



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

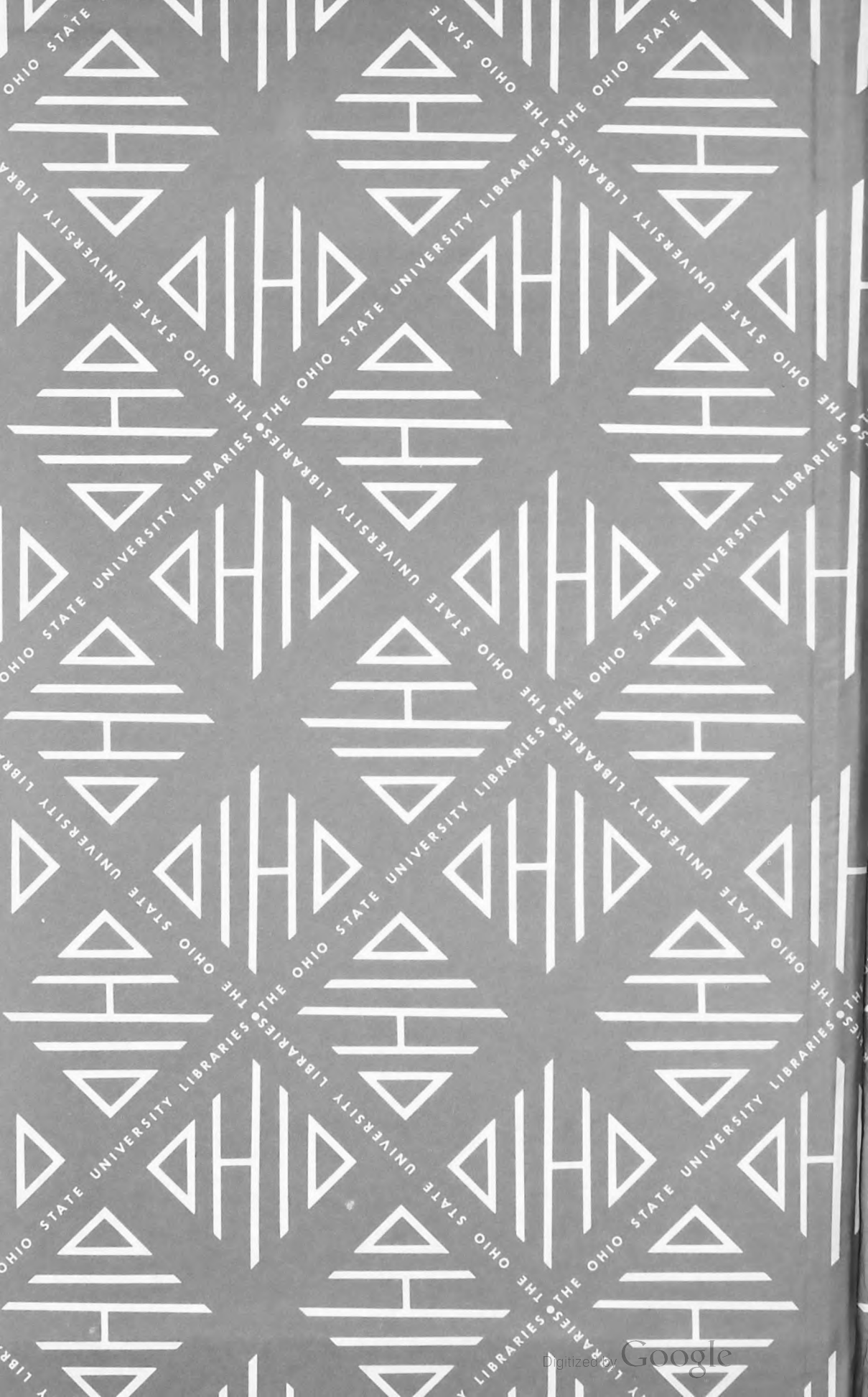
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

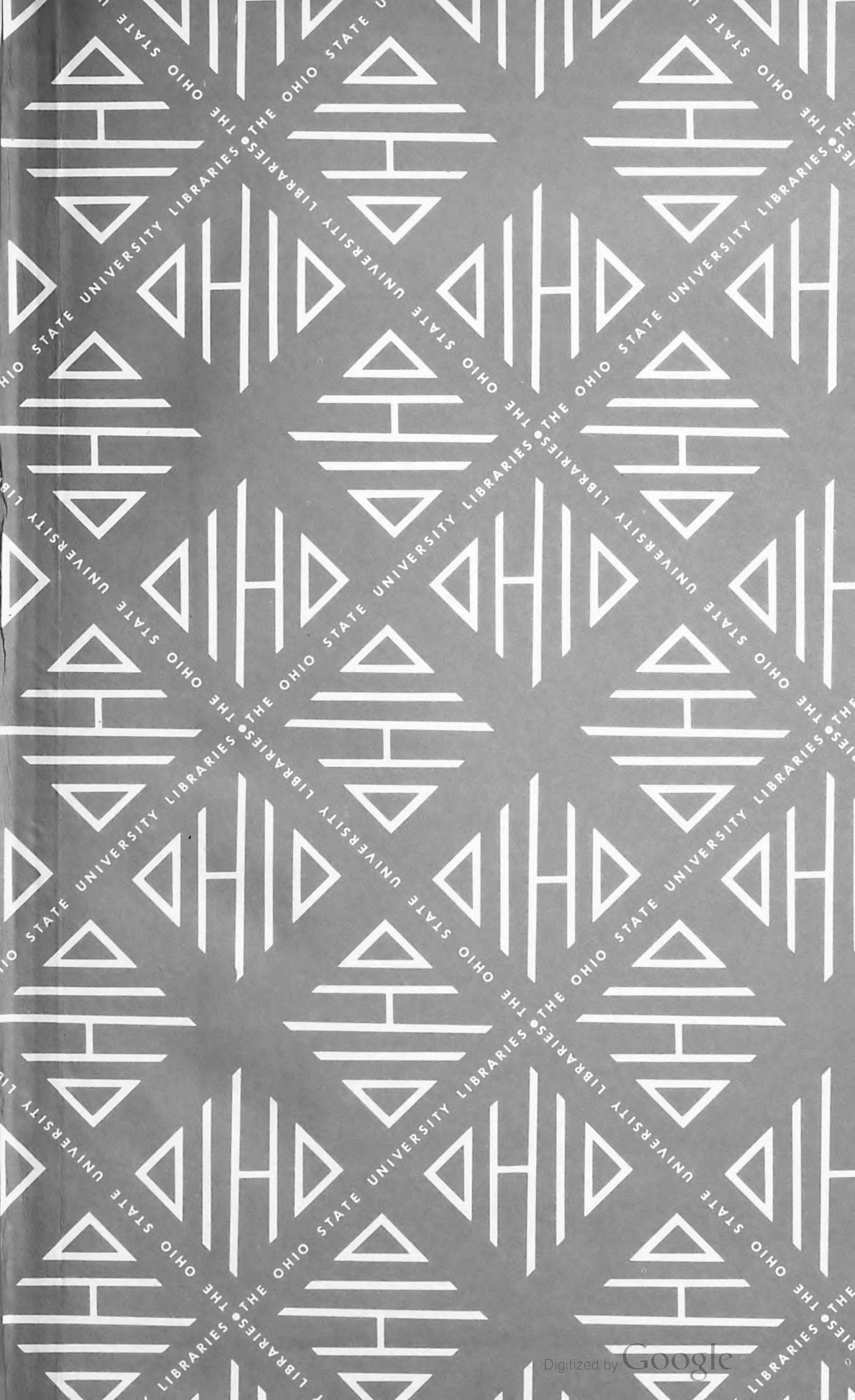
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.





Allgemeine
4
Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer, und **Dr. Heinrich Weber,**
Geh. Forstrat u. Professor der Forstwissenschaft i. R. o. Professor der Forstwissenschaft
an der Universität Gießen.

Neue Folge.

Zweihundneunzigster Jahrgang.

Frankfurt am Main.
J. D. Sauerländer's Verlag.
1916.

SD 1
A 43
92-94

Inhalts-Verzeichnis

der

Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung.

Jahrgang 1916.

Aufsätze.	Seite	Forstverwaltung.	Seite
Forstwissenschaft i. A., Forstgeschichte, Biographien.		(Politik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)	
Forstliches aus dem „Tessin“. Von W. Kehler, kgl. Preuß. Forstmeister a. D.	1, 26, 49	Die Verwendung von Kriegsgefangenen in der Forstwirtschaft. Von R. Forstmeister Schinzinger in Hohenheim	190
Forstwirtschafts-Philosophie der Gegenwart. Von Heinrich Weber, Großh. Hess. Forstassessor	275, 304	Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung aus dem Kriegsjahr 1916. Von Forst-rat Rönige-Heidelberg	237
Waldbau: Schutz und -Pflege.		Bemerkungen zu vorstehendem Aufsatz. Von Dr. Wimmenauer	252
Scheint es, besonders in Rücksicht auf Erhaltung und Vermehrung der Bodengüte, geboten, bei Nichte und Kiefer anstelle des Kahlschlagbetriebes den Femelschlagbetrieb einzuführen? Von Forstmeister a. D. Tiemann in Göttingen	83	Jagd und Fischerei.	
Vorträge zur Anzucht von Carya-Arten. Von Forstmeister Rebmann in Straßburg	125	Verwertung der Süßwasserfische, insbesondere der Forellen	25
Bestimmung des Verhaltens der Holzarten zum Wasser von Dr. phil. Anderlind	149	Die Jagd in Belgien und die deutsche Jagdordnung für Belgien	77
Forstbenutzung einschl. Transportwesen.		Unsere Weidmannssprache. Von Balz-Hannover	177
Verfahrenen bei der Verwertung des Buchenbrennholzes. Von Frh. Forstmeister Härter, Forsthaus Weißenbach	108	Die Okkupation des Wildes. Von M. Reuter	181
Die Frage der inneren Mängel des Rundholzes. Von Oberförster Alfred Müller (Klingenthal, j. Rt. im Felde)	141	Forstliche Hilfsfächer.	
Die Kiefer oder Nichte? Dechsel oder Dächsel? Von Balz, städt. Revierverwalter a. D., Hannover	217	(Mathematik und Naturwissenschaften etc.)	
Forstliche Betriebsfächer.		Aus dem Humus isolierte Substanzen. Von H. Bauer-München	107
Forsteinrichtung, Vermessung, Holzmeskunde, Waldbewertung und Statistik, forststatistische Versuche.)		Kalkindustrie und Land- und Forstwirtschaft	110
Die Waldteilung im Odenwalde. Von Dr. Wimmenauer in Gießen	101	Biologische Umwälzungen, insbesondere bei Leporiden und Sciuriden. Von Wilhelm Schuster	297
Die Statistik des Durchforstungsbetriebs. Von Dr. Hemmann in Gießen	205	Literarische Berichte.	
		Forstwissenschaft i. A., Forstgeschichte, Biographien.	
		Neues aus dem Buchhandel	39, 112, 193, 310
		Die Bedeutung des Waldes insbesondere im Kriege. Von Franz von Mammen	220

Waldbau, -Schutz und -Pflege.

Die Technik des Forstschutzes gegen Tiere. Von Prof. Dr. Eckstein. 2. neu bearbeitete Aufl.	11
Mitteilungen der schweizerischen Centralanstalt für das forstliche Versuchswesen von Prof. A. Engler. XI. Band, Heft 1	163
Einfluß der Grundwasserentziehung auf den Wald und seine Bewirtschaftung. Von Kgl. Sächs. Forstmeister Linz, Naunhof bei Leipzig	193
Zur Frage der Buchennachzucht im Sächsischen Erzgebirge. Von Oberförster Grafer	194
Massenbekämpfung der Kaninchenplage unter Anwendung von Verwitterungsmitteln. Von Dr. A. Ströse	310

Forstbenutzung einschl. Transportwesen.

Praktischer Pilzsammler. Von Dr. Johann Macù und M. Kaspar	39
Pilzkochbuch. Von Prof. Dr. Johann Macù	40
Das Holz als Baustoff. Von G. Lang, Wiesbaden	63
Tafeln zum Abstecken von einseitigen offenen Wegkurven mit Beibehaltung des Weg-Gefälles berechnet von F. W. Fürst zu Hsenburg und Büdingen in Wächtersbach	144
J. Großmann, das Holz und seine Bearbeitung	312
Der Wald als Retter in der Not. Von Dr. Rudolf Jugoviz	313
Die Eichenrinde. Von Prof. Dr. Joh. Paekler	315
Die Sonnenblume, ihre Kultur, Nutzwert, Würdigung und Bedeutung als Del- und Fettmittel	315

Forstliche Betriebsfächer.

(Forsteinrichtung, Vermessung, Holzmesskunde, Waldwertrechnung und Statistik, forststatistische Versuche.)	
Bodenuntersuchungen auf Rotbuchen-Streuversuchsflächen im Forstbezirk Philippsburg in Baden. Von Forstpraktikant Karl Ganter	41
Waldbüßer aus Sachsen. Von Prof. Dr. Borgmann-Charandt	65
Wachstum und Ertrag der Fichte im Hochgebirge. Von Prof. Dr. A. von Guttenberg	115
Mitteilungen der schweizerischen Centralanstalt für das forstliche Versuchswesen von Prof. A. Engler. XI. Band, Heft 1	163
Lehrbuch der Holzmesskunde. Von Dr. Udo Müller, o. Professor der Forstwissenschaft an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe. Zweite neubearbeitete Auflage	284

Forstverwaltung.

(Politik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)	
Deutscher Forstkalender des deutschen Forstvereins für Böhmen. 1916. IX. Jahrgang	14
Forst- und Jagdkalender 1916. 66. Jahrgang	14
Preussisches Förster-Jahrbuch für 1915. VI. Bd.	15
Der Förster	15

Seite

Frommes forstliche Kalender-Tasche 1916 von R. R. Hofrat Emil Böhmerle	
Taschenbuch für Jäger und Jagdsfreunde, zugleich Repetitorium für das Studium der Jagdwirtschaft und die Vorbereitung zur Jagdprüfung von R. R. Hofrat Emil Böhmerle	
Der deutsche Wald. Von Prof. Dr. M. Buesgen. Zweite, durchgesehene Auflage	
Der deutsche Wald. Von Prof. Dr. Hans Hausrath in Karlsruhe. Zweite Auflage	
Resultate der Forstverwaltung im Regierungsbezirk Wiesbaden. Jahrgang 1914	
Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Holzwirtschaft vor, während und nach dem Kriege von Prof. F. von Mammen	
Neugestaltung im Mittelschul-Unterrichte. Von L. f. Oberforststrat Dr. Rudolf Jugoviz	

Jagd und Fischerei.

Weidmanns Erinnerungen von Erzherzog Joseph	
Jagd-Abreißkalender 1916	
„Waldheil“, Kalender für deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1916. 28. Jahrgang	
Wild- und Hundkalender. XVI. Jahrgang	
Arthur Schleitner: Im grünen Rod	

Forstliche Hilfsfächer.

(Mathematik und Naturwissenschaften.)

Die Beziehungen der Tiere und Pflanzen zu einander. 2. Aufl. Von R. Kräpelin	
Natgeber-Bibliothek. „Mein Sonntagsblatt“	12
Jahres-Bericht über die Erfahrungen und Fortschritte auf dem Gesamtgebiete der Landwirtschaft	
Boden und Pflanze. Von Eduard J. Ruffel	
Notwendigkeit und Nutzen des Vogelschutzes im Land- und Gartenbau. Von Friedrich Schwahl	
Die Bodentkolloide von Paul Ehrenberg	
Streifzüge durch Wald und Flur von B. Landsberg. Fünfte Aufl. Von Dr. A. Günthart und Dr. W. B. Schmidt	
Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit. Von Oekonomierat Dr. phil. h. c. Hoefsch	
Geisenheimer Mitteilungen über Obst- und Gartenbau. XXXI. Jahrgang	
Kaninchenzucht. Von Fr. R. Paulus	

Verschiedenes.

Hermann Löns: Goldhals	
Wirtschaftszeitung der Zentralmächte.	
Deutsche Helbenhaine. Herausgegeben von Willy Lange in Wannsee bei Berlin	
Richtlinien für die Erstellung von Kriegserinnerungszeichen. Herausgegeben vom (staatlichen) Württemberg. Landesausschuß für Natur- und Heimatschutz	
Hirschbrunn. Eine Erzählung aus dem Wald von Ferdinand von Raesfeld	
Hermann Löns: Tal der Nieder	

Jahrsbericht des Erholungs-, Alters- und
 Invalidenheims für Jäger und Schützen des
 deutschen Heeres in Marburg (Lahn). . . 314

Briefe.

Aus Baden.

Einrichtung des Eichelausschlages 1915, Vollzug der Diebstahlpläne für 1916, Ausbarmachung von Waldfasern	15
Massnahmen der badischen Forstverwaltung	121
verschiedene Kriegsmassnahmen	291

Aus Hessen.

Besteuerung der Waldungen	68
Vorrichtung über Vorschläge. Von Geh. Ober- rath Joseph in Darmstadt	198
Vertheilungen aus der Forst- und Kameralver- waltung für die Jahre 1914 und 1915	225, 257

Uns Bayern.

Arbeitsfähigkeit	71
Forstetat in der bayerischen Abgeordneten-	
ammer	224
Öffentliches Fortbildungswesen	290

Uns Preußen.

der Preussischen Forstverwaltung	16
Etat der Domänen-, Forst- und landwirtschaflichen Verwaltung für das Etatsjahr 1916/1917	93
Rechtsstellung des Wildes in „eingefriedigten Wildgärten“	149
Beratungen des Abgeordnetenhauses über den Etat der Forstverwaltung	144
der Preussischen Forstverwaltung	169,
195, 221, 287	
Sammeln von Brennesseln	255
über die Notwendigkeit der Schaffung von Naturschutzgebieten	315

Aus Württemberg.

Anbau der Brennessel im Walde. Von
Forstmeister Dr. Schinzinger, Hohenheim . 256

Aus Rumänien.

Reichtum und Verwertung	201
Lieferungen für die Eisenbahn	292

Notizen.

Forstwissenschaft i. A., Forstgeschichte, Biographien.		
Prof.		48
Lehrer Dr. Richard Heß		48, 99
Lehrer Dr. Georg Roth †		72
Lehrer a. D. Julius Hamm †		122

Zum Gedächtnis	Seite 124
Karl Eduard Ney †	147
Oberförster Robert Fischer †	174
Geheimer Rat Dr. Gustav Marget †	202

Forstbenutzung einschl. Transportwesen.

Original-Erntebericht über Laub- und Nadelholzsaamen von Conrad Appel, Samen-Werke Darmstadt	22
Harzleim	48
Kriegsausnutzung des Waldheidekrauts	123
Der Präsident des Kriegsernährungsamtes an die Bundesregierungen: Beeren- und Pilzernte	230
Desgl.: Kapsanbau auf Eichenschäl schlägen	232
Desgl.: Samengewinnung für Kapsanbau	233
Ueber die Bedeutung der Waldweide, Gras- und Futterlaubnutzung für die Viehhaltung im Kriege. Von Prof. Dr. Borgmann	233
Günstige Witterung für den Anbau von Winter rapz auf Eichenschälwalschlägen. Von Dr. Borgmann	268
Ausfuhrtsstelle für Speisepilze	269
Aufruf zum Sammeln von Bucheckern für die Gewinnung von Del. Von Prof. Dr. Borgmann	271
Der Einfluß der Kaliabwässer auf die Leberfabrikation	293
Rohrkolben-Bewertung	295

Forstliche Betriebsfächer.

(Forsteinrichtung, Vermessung, Holzmeßkunde, Waldwertrechnung und Statik, forststatistische Versuche.)

Die praktische Verwertbarkeit der Bodenreinertragstheorie 176

Forstverwaltung.

(Politik und Statistik forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)	
Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Sommersemester 1916	75
Prüfung für den Revierverwaltungsdiens t der Privaten	76
Streit des Holzkäufers mit dem Forstfiskus wegen der Holzabnahme	76
Hochschulnachrichten	175, 204, 295, 319
Der Deutsche Forstverein	204
Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Wintersemester 1916/17	229
Das vorläufige Festnahmerecht der Forstbeamten	236
Der Forstverein für das Großherzogtum Hessen Gegenüberstellung des deutschen und österreich- ungar. Forsttarifes	236 292

Jagd und Fischerei.

Festsetzung der Höchstpreise für Wild	19
Jagdvergehen infolge passiven Verhaltens gegen- über dem jagenden Hunde (durch Nichtabrufen aus dem angrenzenden fremden Jagdgebiete)	42
Höchstpreise für Wild	45
Festsetzung der Höchstpreise für Fische	45

Streckung des Weidwerks?	Seite 73
Muß der Käufer eines Grundbesitzes in den darüber abgeschlossenen Jagdpachtvertrag eintreten	100
Unberechtigte Jagdausübung durch Anstehen auf eigenem Bezirk	122
Die „Hähne“ oder „Hahnen“ der Waldbühner	175
Die Beeinflussung der Ausübung des Jagdrechtes durch den Krieg	175
Jagdbliches aus dem Schützengraben	229
Ueber die Bedeutung des Wildes für die Volksernährung im Kriege	235
Massenüberwinterung von Schnepfen in deutschen Winterquartieren	270
Die Okkupation des Wildes	293
Schriftlichkeit der Jagdpachtverträge	293
Zur Frage der Tötung wildernder Hunde durch Forstschutzbeamte	296
Tötung revierender Hunde	296
Wildernde Hunde	317
Schonung des Raubwildes? — Zwangsweiser Abschluß des Nutzwildes!	317
Ist Mövenfleisch genießbar?	319
Freisprechung eines Försters durch das Obergerichtsgericht, nachdem er wegen Erschießung eines wildernden Hundes vom Schöf-	

fengericht wegen Sachbeschädigung verurteilt worden war
 Wann ist ein Jagdrevier als „Tiergarten“ anzusehen.

Forstliche Hilfsfächer

(Mathematik und Naturwissenschaften.)

Ueber Vogelschutz
 Kaninchen als Viehhaber der Bawiste
 Ueber Pflanzenschutz

Verschiedenes.

Ein für Kriegergräber geeigneter immergrüner Baum
 Mißhandlung von Wäldern seit Kriegsausbruch. Heldenhaine
 Warum kleiden die Raubbögel ihr Nest mit grünen Pflanzenstoffen aus?
 Beschlagnahme der Wallnußbäume
 Seit 50 Jahren Mitarbeiter der Allgem. Forst- und Jagdzeitung
 J. D. Sauerländers Verlag
 Vertretung der deutschen Forstwirtschaft im Kriegsernährungsamt

Alphabetisches Sachregister.

- Leitner, Arthur: Im grünen Rod 42.
 en, Briefe aus: 15, 121, 291.
 en, Briefe aus: 71, 224, 290.
 entung des Waldes im Kriege 220.
 ren- und Pilzernie 230.
 gien, Jagd und deutsche Jagd-
 ordnung daselbst 77.
 enuerung der Waldungen im Großh.
 essen 68.
 ogische Ummwälzungen 297.
 schläge, Beobachtungen darüber 198.
 entolloide 143.
 denreinertragsheorie 176.
 den und Pflanze 42.
 denuntersuchungen auf Rotbuchen-
 streuversuchflächen im Forstbezirk
 Philippsburg 41.
 ennesseln, Einsammeln und Umbau
 255, 256.
 edern für die Oelgewinnung 271.
 chennachzucht im Sächsischen Erzge-
 birge 194.
 chhandel, neues aus dem: 39, 112,
 193, 310.
 rya-Kulturen 125.
 eutscher Forstkalender des deutschen
 forstvereins für Böhmen 1916 14.
 eutscher Forstverein 204.
 eutscher Wald von Buesgen 195.
 eutscher Wald von Hausrath 195.
 idenrinde 315.
 olungsheim für Jäger und Schützen
 des Heeres in Marburg 314.
 at der bayerischen Forstverwaltung in
 der Abgeordnetenversammlung 224.
 at der preussischen Forstverwaltung
 93, 144.
 ebnahmerecht der Forstbeamten 236.
 ichte im Hochgebirge. Von von Gut-
 tenberg 115.
 ichter, Robert, Oberförster, Nekrolog
 174.
 ordiensttauglichkeit in Bayern 71.
 ichter, der, Kalender 15.
 orschung gegen Tiere, dessen Technik.
 Von Esflein 11.
 orsch- und Jagdkalender 1916 14.
 orstwirtschafts-Philosophie der Gegen-
 wart 273, 304.
 ommes forstliche Kalendertafel 1916
 168.
 orbildungsweisen, forstliches in Bayern
 290.
 odinus früherer Schüler der Univer-
 sität Gießen 124.
- Geisenheimer Mitteilungen über Obst-
 und Gartenbau 254.
 Grundwasserentziehung 193.
 „Hähne“ oder „Hahnen“ 175.
 Hamm, Julius, Forstrat a. D. † 122.
 Harzleim 48.
 Heldenhaine 23, 282.
 Heidekraut 123.
 Heß, Dr. Richard † 48, 99.
 Hessische Forstverwaltung 225, 257.
 Hessen, Briefe aus: 68, 193, 225, 257.
 Hessen, Forstverein für das Großherzog-
 tum 236.
 Hirschbrunn 286.
 Hochschule nachrichten 175, 204, 295, 319.
 Höchstpreise für Wild 19, 45.
 Höchstpreise für fische 45.
 Holzabnahme 76.
 Holz als Baustoff 63.
 Holzlieferungen für die Eisenbahn in
 Rumänien 292.
 Holzmeßfunde, Lehrbuch. Von Dr. Udo
 Mäüller 284.
 Holz und seine Bearbeitung. Von Groß-
 mann 312.
 Holzzollpolitik Deutschlands und Oester-
 reich-Ungarns 286.
 Humussubstanzen 107.
 Jagdabreißkalender 1916 14.
 Jagdausübung 122.
 Jagdliches aus dem Schützengraben 229.
 Jagdpachtvertrag 100, 293.
 Jagdrecht im Krieg 175.
 Jagende Hunde 42.
 Jahresbericht über die Erfahrungen und
 Fortschritte auf dem Gesamtgebiete
 der Landwirtschaft 13.
 Jahl- oder Femelschlagbetrieb? 83.
 Kali-Abwässer 293.
 Kaliindustrie und Land- und Forstwirt-
 schaft 110.
 Kaninchen als Liebhaber der Bovierte 204.
 Kaninchenplage 310.
 Kaninchenzucht 255.
 Kriegergräber 22.
 Kriegerinnerungszeichen 283.
 Kriegerernährungsamt 204, 230, 232, 233.
 Kriegsgefangene in der Forstwirtschaft
 190.
 Kriegsmaßnahmen in Baden 15, 121, 291.
 Lache oder Lachte? 217.
 Löns, Hermann: Goldhals 42.
 Löns, Hermann: Tal der Kieder 312.
 Marchet, Dr. Gustav, Nekrolog 202.
 Massenüberwinterung von Schnepfen 270.
- Mitarbeiter der Allgem. Forst- und Jagd-
 zeitung 175.
 Mittelschul-Unterricht 313.
 Moortschützgebiete 315.
 Mövenfleisch 319.
 Nachruf Kübler 48.
 Ney, Karl Eduard, Nekrolog 147.
 Offkulation des Wildes 181, 293.
 Pflanzenschutz 269.
 Pilzochbuch 40.
 Pilzjammler, praktischer 39.
 Preußen, Briefe aus: 16, 93, 119, 144,
 169, 195, 221, 255, 287, 315.
 Preussische Forstverwaltung 16, 93, 144,
 169, 195, 221, 287.
 Preussisches Förster-Jahrbuch für 1916
 15.
 Privat-Revierverwaltungsdiens, Prüfung
 für denselben 76.
 Rapsanbau auf Eichenstämmelschlägen 232,
 268.
 Ratgeber-Bibliothek 12, 255.
 Raubvögel-Nester 45.
 Rohrkolben-Verwertung 295.
 Roth, Dr. Georg, Forstrat, Nekrolog 72.
 Rumänien, Briefe aus: 201, 292.
 Rumäniens Holzreichtum und Verwer-
 tung 201.
 Rundholzmängel 141.
 Samengewinnung für Rapsanbau 233.
 Sauerländers Verlag 176.
 Schonung des Raubwildes 317.
 Schweizerische Zentralanstalt für das
 forstliche Versuchswesen, Mitteilungen
 daraus 163.
 Sonnenblumen 315.
 Speisepilze 269.
 Statistik des Durchforstungsbetriebs 205.
 Streifzüge durch Wald und Flur 253.
 Süßwasserfische, deren Verwertung 25.
 Taschenbuch für Jäger und Jagdfreunde
 168.
 Tassin, forstliches aus dem 1, 26, 49.
 Tiere und Pflanzen, deren Beziehungen
 zueinander 11.
 Tiergarten? 320.
 Vereinfachung und Einsparung in der
 badischen Forst- und Domänenverwal-
 tung 237, 252.
 Verhalten der Holzarten zum Wasser 149.
 Verwertung des Buchenbrennholzes 108.
 Vogelschutz 20, 66.

Vorlesungen, forstliche im Sommersemester
1916 75;
im Wintersemester 1916/17 229.

Wald als Retter in der Not 313.

Waldbilder aus Sachsen 65.

Waldheil-Kalender 14.

Waldsamenernte - Bericht von Konrad

Appel, Samenwerke 22.

Waldteilung im Odenwald 101.

Waldweide, Gras- und Futterlaubnutzung
im Kriege 233.

Wallnußbäume, deren Beschlagnahme 174.

Wegfurven-Abdeckung 144.

Weidmanns Erinnerungen an Erzherzog
Josef 12.

Weidmanns Sprache 177.

Weidwerk, dessen Streckung 73.

Wiesbaden, Resultate der Forstverwal-
tung 254.

Wild als Volksernährung 235.

Wildernde Hunde 296, 317, 319.

Wildgärten 119.

Wild- und Hundkalender 14.

Wirtschaftliche Fragen der Zeit 2

Wirtschaftszeitung der Zentralmäd

Württemberg, Briefe aus: 256.

Zolltarif Deutschlands und Oester-
Ungarns 292.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Januar 1916.

Forstliches aus dem „Tessin“.

Von W. Reßler, Kgl. Preuß. Forstmeister a. D.

I. Standort und Bestände. „O sole mio“!

Kalt und grau lag der Winter auf Deutschlands Gefilden. In der Reichshauptstadt war auf harten Frost und Schnee Tauwetter mit eisigem Regen und böigem Nordwest gefolgt, welcher den Aufenthalt und das Fortkommen im Freien verleibete und erschwerte. In Süddeutschland und der Nordschweiz war es trockener, aber noch kälter. Eine tiefe Schneedecke verhüllte die Fluren und grauweißer kalter Nebel ließ von der sonst so freundlichen Landschaft am Vierwaldstättersee nur schwache Umrisse sichtbar werden. In Göschenen war alles noch grau in Grau und die Temperatur 5° unter Null.

Noch eine Viertelstunde — und der Gotthardtunnel war passiert. Wirbelndes Schneegestöber begrüßte uns bei der Ausfahrt in Airolo, inmitten hellen Sonnenscheins. Es war wie der Uebergang in eine andere Zone, eine andere Welt. Immer heller und sonniger wurde es auf der Talsfahrt längs des rauschenden Tessin. In Faïdo glaubte man sich schon in den Süden versetzt und in Bellinzona zeigte der Thermometer in der Sonne 20° C.! Man konnte es verstehen, daß die Herren der alten Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden mit zäher Liebe an ihrem „Sonnen-garten“, dem Tessin, gehangen hatten; was sie freilich leider nicht abhielt, während der 3 Jahrhunderte ihrer Herrschaft einen Despotismus zu entfalten, der an Härte, Ungerechtigkeit und Bestechlichkeit seines Gleichen suchte.

Dem Reisenden, welcher im Gotthardexpress das Tessintal durchfliegt, fällt beim ersten Blick die Nacktheit und Waldarmut der Berge und Hänge auf, zumal im Winter, wenn der lichte und niedrige Buschwald, welcher sie dürtig bekleidet, im blattlosen Zustand doppelt kahl und arm erscheint. Nur in den höheren Regionen findet sein Auge, das an den dichten Rottannenforsten der Nordschweiz sich erfreut hatte, noch einige geschlossene Waldinseln dunkler Nadelholzbestände. Kein Wunder, daß der Beobachter die ungünstigsten Schlüsse auf Waldbreichtum und Waldbzu-

stand des durchheilten Gebietes zieht und unwillkürlich an die Felswüsten des Südens mit ihren devastierten Wäldern und kahlen von aller Vegetation entblößten Gebirgen denkt. Sein Gedächtnis ruft ihm dunkle Erinnerungen an verhängnisvolle Bergstürze und große Ueberschwemmungen infolge des Austretens der Wildbäche wach, welche viele Menschenleben vernichtet und riesige Verheerungen angerichtet haben. Mit einem aus Bedauern und Enttäuschung gemischten Gefühle betrachtet er die Landschaft; im Herzen den etwas selbstgerechten Gedanken: „Seht, wir Deutschen sind doch bessere Menschen“!

Tessin, Land der Sonne, der Berge, der Wasserfälle, der Kirchen, Kapellen und Glocken, und — des Weins! Wenig gekannt und gewürdigt, trotz der Tausende von Gästen, welche alljährlich an seinen weltbekannten und weltbeliebten Seen in Lugano und Locarno sich einfinden, und meist nach kurzem Aufenthalt wieder scheiden, ohne mehr als die nächste Umgebung dieser Kurorte kennen gelernt zu haben und ohne zu ahnen, wie viel Schönes und Interessantes gerade die entlegneren Teile dieses eigenartigen Kantons bergen, der auch in forstlicher Beziehung eine ganz besondere Stellung einnimmt.

Wie die ganze Flora des Tessin in seltenem Reichtum südliche und nördliche Formen vereinigt, — so zeigt auch der Wald die denkbar größten Verschiedenheiten je nach seinem Standort. Einige nähere Nachrichten und Schilderungen von den forstlichen Zuständen dieses Südalpenlandes dürften auch den deutschen Fachgenossen nicht unwillkommen sein¹⁾.

In Form eines Dreiecks, dessen Grundlinie sich an das Gotthard-Massiv anlehnt und zwischen Gotthard- und Greinapafz erstreckt, und dessen Spitze bis nahe an den Comer See in die Lombardie vorspringt,

¹⁾ Zur weiteren Orientierung verweise ich auf die verdienstvolle kleine Schrift von F. Merz, langjährigem Kantonsforstinspektor in Bellinzona, jetzigem Bundesforstinspektor in Bern: „Die forstlichen Verhältnisse des Kantons Tessin“, welche f. St. als Vortrag für die 1908 zu Locarno abgehaltene Jahresversammlung der schweizerischen naturforschenden Gesellschaft ausgearbeitet ist.

zwischen $60^{\circ}5'$ u. $60^{\circ}49'$ östl. Länge und $45^{\circ}46'.45''$ und $46^{\circ}31'.15''$ nördl. Breite gelegen, ist der heutige Kanton Tessin in seiner Abgrenzung das Resultat einer durch jahrhundertlange Kämpfe fortgesetzten, oft scheinbar in wirren und willkürlichen Bidsacklinien verlaufenden politischen Entwicklung, deren Leitmotiv seit Urzeiten der Streit um die Beherrschung der wichtigsten Alpenpässe (Gotthard, Lucmanier, San Bernardino) und ihrer südlichen Zugangsstraßen war. Seitdem der Tessin, zunächst als Vasallenland, dann seit 1815 als gleichberechtigter Kanton, der Eidgenossenschaft angehörte, hat sich in seiner Ausdehnung und Größe, welche 2818 km^2 beträgt, nichts wesentliches geändert. Die Meereshöhe bewegt sich zwischen 3398 m (Rheinwaldhorn) und 197 m (Lago maggiore), wobei oft auf kurzen Strecken von kaum 5 km ein Abfall von mehr als 2000 m sich findet. Ueberhaupt ist der jähe Absturz der Gebirgsketten nach den fast durchweg in nordsüdlicher Richtung verlaufenden, tief eingeschnittenen Längstälern sehr charakteristisch. Abfälle und Terrassen, welche die Steilhänge mildern und unterbrechen, sind meist nicht oder nur in geringer Ausdehnung vorhanden. Das so häufige, zur Verschönerung des Landschaftsbildes beitragende Auftreten von Wasserfällen ist wohl auf diese Bodengestaltung zurückzuführen, ebenso wie die Gefahr, welche die mit stärkstem Gefälle herabstürzenden Wildbäche bei ungewöhnlichem Anschwellen für das untere Gelände bilden. Die Geschichte der Ueberschwemmungen, in welcher das Jahr 1868 mit Riesenlettern eingeschrieben ist, umfaßt eine lange Reihe von schmerzlichen Erinnerungen an die Gewalt des ungehemmt von den Steilhängen abströmenden Wassers.

Andererseits beruht auf dieser gefährvollen Gestaltung des Terrains und der Wasserverhältnisse auch der große Reichtum des Tessin an Wasserkraft, der sogen. „weißen Kohle“, welche immer mehr zur Gewinnung von Elektrizität ausgebeutet wird. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt die verfügbare Wasserkraft der 5 Haupttäler im nördlich des Monte Generi belegenen Teil des Kantons, dem sogen. Sopraceneri, bei niedrigstem Wasserstande mehr als $140\,000$ Pferdekraft. Nur etwa der 4. Teil dieses Reichtums wird bis jetzt für Beleuchtungs- und Transportzwecke ausgenutzt.

In Hochwasserzeiten steigert sich Wassermenge und Wasserkraft ins Ungemessene. Um nur 2 Beispiele anzuführen, so kann der Tessin bei Bellinzona von 14 auf 1400 cbm , also auf das Hundertfache steigen, und die Maggia bei Ponte Brolla gar von 4 auf 1000 cbm .

Im spitzen zulaufenden Südtile des Kantons, dem Sottoceneri, welcher die Kreise Lugano und Mendrisio

umfaßt, sind die Formen der Oberfläche im allgemeinen weit milder und abgestumpfter, auch die Flüsse mit wenigen Ausnahmen (z. B. Cassarate) flach und harmloser. Der geologische Aufbau weist manche Verschiedenheit auf.

Durchaus vorherrschend und für die geologische Struktur ausschlaggebend sind für den Tessin kristallinischen Schiefergesteine des Urgebirges, nämlich Gneiß und Glimmerschiefer. Das oberste Quertal des Tessin, das Val Vedretto, trennt das Granitmassiv des Gotthard von der großen Gneißzone Südschaffs. Nur vereinzelt treten im Sopraceneri jüngere Formationen, wie z. B. Dolomitadern Leventina- und Bleniotale, auf und erst nahe Lago Maggiore finden sich zusammenhängende jüngere Schichten.

Auch die Kette des Monte Generi, welche den nordöstlichen Teil des Kantons von der kleineren Südschaffs trennt, besteht noch aus kristallinischen Schiefergesteinen; Porphyre, Kalk und Dolomit. Der berühmte Aussichtsberg von Lugano, der Monte Salvatore, besteht aus Dolomit der Triasformation, während die weiter südliche gewaltige Kette des Monte Generi dem unteren Jura angehört. Die Bleniotalegruppe mit ihren charakteristischen Rieselschichten herrscht dann auch weiter bis über die italienische Grenze hinaus.

Gneiß und Granit geben übrigens dem Tessin die Möglichkeit einer nicht unwichtigen Stein-Industrie, welche in Herstellung von Treppenstufen und ähnlichem Bedeutendes leistet. Jedem Besucher von Locarno und Umgebung werden auch die zahlreichen schmalen Steinsäulen, vielfach auch als Weinbergspfähle, aufgefallen sein, welche namentlich früher zu unglaublich billigen Preisen hergestellt und zu allen möglichen Zwecken verwendet wurden.

Die Schiefergewinnung im oberen Maggital, das Val Davizzara, ist leider in neuerer Zeit sehr zurückgegangen, ebenso wie die einst berühmte Marmorindustrie im Kreise Mendrisio durch den modernen billigen Stein fast ganz verdrängt ist. Dagegen werden die in diesem Südtile vorhandenen reichen Kalk- und Tonlager immer mehr ausgebeutet.

Der aus den genannten Grundgesteinen hervorgehende Verwitterungsboden ist im allgemeinen für den Pflanzenwuchs, namentlich auch die Holzgewächse nicht ungünstig, wobei allerdings mit der großen Kalkarmut der Urschiefer gerechnet werden muß. Giebeln und schädigend wirkt, namentlich für die Wiederkulturfähler Flächen, die ungünstige äußere Bodengestaltung, die Steilheit der Hänge, Schmalheit der Feldrücken usw.

Die Ergebnisse der großen Anschwemmungen in unteren Flußteilen und den Mündungsbeltas des Inn, der Maggia usw. sind mehr oder minder aussehnte Ebenen mit meist fruchtbarem Boden, welcher durch breite Riesbetten alter Flußläufe und durch dem Hochwasser herabgeschwemmte Felsblöcke von riesigem Umfang überlagert und entwertet wird. Hartnäckige Meliorations- und Korrektionsarbeiten haben hier, namentlich an der Tessinmündung, bedeutende Flächen der Kultur gewonnen und gesichert. Die zahlreich vorhandenen Moränen sind auch in der Tessiner Bergen stets die Stellen größter Fruchtbarkeit und üppigsten Pflanzenwuchses.

Ebenso mannigfaltig und eigenartig, von wilder Unberechenbarkeit bis zur größten Milde wechselnd, wie die Reliefgestaltung und Bodenbeschaffenheit, ist nun auch die zweite Faktor des Standorts, das Klima.

Seit der wackere Schinz in den Jahren 1770/72 die ersten sorgfältigen Temperaturbeobachtungen in Locarno machte und veröffentlichte, ist das Klima des Ortes der Gegenstand fortgesetzter Aufmerksamkeit der Meteorologen gewesen. Besonders die Mönche, die Kapuziner vom St. Gotthard und die Benediktiner von Bellinzona, haben fleißige Messungen und Beobachtungen gemacht; bis dann vom Jahre 1863 ab ein regelrechter Wetterdienst unter Leitung der meteorologischen Zentralanstalt zu Zürich mit ca. 20 Stationen eingerichtet wurde.

Wie bei der wechselnden Höhenlage nicht anders möglich, sind die mittleren Jahrestemperaturen der einzelnen Stationen außerordentlich verschieden: Am Gotthard — 0,6; in Locarno 11,8° C.

Die absoluten maxima und minima haben in dem 25 jährigen Zeitraum 1864/88 in Lugano 36,1 und — 11° (im Jahre 1870) betragen.

Im allgemeinen finden sich in Tessin bei gleicher Höhenlage höhere Mitteltemperaturen, und namentlich viel geringere Minima und dementsprechend auch geringere Schwankungen sowohl in den Monatsmitteln wie in den einzelnen Tagestemperaturen als in der Nordschweiz (Nerz).

Nicht ohne Grund nannten die früheren Zwinglianten des Landes den Tessin ihren Sonnengarten! Die im großen und ganzen vorherrschende Abkühlung nach Süden bewirkt neben anderen Faktoren, daß der Tessin wohl der sonnigste und lichtreichste Landstrich Mitteleuropas ist. Lugano z. B. hat im Mittel der 39 Jahre 1864—1903 jährlich 125 helle Sonnentage, daneben 103 trübende Tage mit bedecktem Himmel, und nur 2 Nebeltage gehabt. Im November 1914 habe ich selbst in Locarno 23 helle Sonnentage und nur 7 regnerische gezählt. Nicht selten hat der Januar bis zu 25 Sonnen-

tagen! Lugano, das an Sonnenreichtum von Locarno noch übertroffen wird, hat im Durchschnitt von 25 Jahren jährlich 2244 Sonnenstunden, davon im Winter 831, gehabt. Für das klimatisch keineswegs ungünstige Zürich, welches jedenfalls hinter deutschen Orten wie Stuttgart, Karlsruhe usw. nicht zurückstehen dürfte, betragen dieselben Zahlen 1671 (1219 und 452); für das wegen seines Klimas so gerühmte, aber durch seine Nebel benachteiligte Montreux sogar nur 1621 (1098 + 523) Stunden!

Natürlich nimmt mit zunehmender Meereshöhe nicht nur die Temperatur, sondern auch die Sonnenmenge ab. Airolo z. B. bei etwa 1150 m hat nur noch 108 heitere Tage und nicht selten sind in den höheren Tälern Ortschaften, welche während eines gewissen Teils des Jahres von der Sonne überhaupt nicht mehr erreicht werden. Ungewöhnlich reich wie die Besonnung ist aber auch die Niederschlagsmenge. Hier werden Zahlen erreicht, welche am Nordabhang der Alpen gänzlich unbekannt sind. Am regenreichsten ist unbedingt der Landstrich am Lago Maggiore von Monte Generi bis Brissago. Letzteres weist 2118 mm, Locarno 1911 mm, aber auch Riviera am Südbang des Generi 1940 mm als durchschnittlichen jährlichen Niederschlag auf. Tessinaufwärts nimmt die Regenmenge etwas ab (Faifo nur 1423 mm), während einige Stationen zwischen 700—1000 m wie Russo u. Grana-Sigirino wieder auf 1900—2100 mm kommen und auch der Monte generoso bei 1610 m Höhe in 9 jährigem Durchschnitt noch 1829 mm gehabt hat.

Diese bedeutende Regenmenge fällt vorwiegend, wenigstens im Hauptteile des Landes und besonders im eigentlichen Tessintale, in den Sommer- und Herbstmonaten Mai—Oktober. Nur in einigen höheren Lagen (z. B. Fusio, Sonogno) ist auch Januar, März und April niederschlagsreicher, während überall Februar, November und Dezember die trockensten Monate sind.

Der Schneefall ist im höheren Gebirge stets sehr reichlich, geht aber mitunter auch bis in die südlichsten und niedrigsten Teile herab. In Locarno z. B. hatten wir während der Monate Januar—Februar 1915 fast beständig Schnee, welcher tagsüber auftaute und nachts gefror.

Die Grenze des ewigen Schnees liegt bei etwa 2750 m. Der bedeutenden Niederschlagsmenge und dem Umstand, daß sie hauptsächlich in der wärmeren Jahreszeit fällt, sind denn auch die zeitweise auftretenden, recht gefährlichen Hochwasser und Überschwemmungen zu verdanken, welche in der Geschichte des Tessin eine so große und unheilvolle Rolle gespielt haben. Namentlich der Monat September hat sich als gefährlich erwiesen (z. B. im Jahre 1829 und 1868);

aber auch im Oktober kommen große Ueberschwemmungen vor, wie z. B. 1913, und selbst im Juni haben wolkenbruchartige Regen großen Schaden angerichtet. In manchen Fällen bekannter Zerstörungen hat freilich die geologische Beschaffenheit des Gebirges den wesentlichen Ausschlag gegeben.

Nicht selten besteht auch ein Zusammenhang zwischen heftigen Regengüssen und dem Winde. Gefürchtet ist namentlich der heißfeuchte, aus SO. kommende Sirocco, hier „marenca“ oder „marin“ genannt. Er hat, namentlich im September und Oktober schon wahre Wolkenbrüche mit einer Niederschlagsmenge von 170 mm in 24 Stunden mit sich gebracht. Im Laufe des Oktober 1907 sind in Vocarno 700 mm registriert worden, also ungefähr die durchschnittliche Jahresmenge des Unterengadin und des Wallis!

Gänzlich verschieden vom Sirocco ist der Föhn (Javonio), welcher im Tessin von Norden kommt, sehr trocken und stets von schönem klarem Wetter begleitet ist; während auf der Nordseite der Alpen dann fast immer dauernder Regen herrscht.

Dieser trockene Nordföhn hat übrigens u. a. den großen Brand von Airolo verschuldet, welches am 17. Sept. 1877 fast ganz in Flammen aufging.

Im übrigen herrschen viele lokalen Winde. Die durch das Tessintal von N. nach S. ziehende Luftströmung scheint bei Vocarno aus SW. zu kommen, („Inverna“) während sie bei Lugano SO. Richtung annimmt. Forstlich spielt der Wind durch direkte Waldbeschädigungen wie Windbrüche usw. keine erhebliche Rolle, wie denn überhaupt der Tessin durch seine Lage am Fuß und umgeben von hohen Gebirgswällen wohl eine der sturmfreißen Landschaften Europas ist.

Boden und Klima bestimmen die Pflanzenwelt eines Landes.

In Reisehandbüchern und Reisebeschreibungen über den Tessin, welche meist an Oberflächlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, wird häufig in überschwänglichen Ausdrücken von einer fast „tropischen“ oder „subtropischen“ Vegetation geredet, welche sich hier in unvergleichlicher Ueppigkeit entfalte. In Wirklichkeit gehört auch der Tessin noch im wesentlichen dem nördlichen europäisch-asiatischen Florengebiete an, welches sich vom atlantischen bis zum Stillen Ozean erstreckt. Im übrigen stoßen hier 2 Untergebiete zusammen; die der Mittelmeerflora nahestehende sogen. Insubrische Flora und die Alpenflora.

Als ihre Trennungslinie wird die Bergkette vom Camoghe über den Monte Generi bis zum Tamaro, also die Scheide zwischen Ober- und Unter-Tessin, angegeben. Richtiger ist es wohl den Unterlauf des Tessin und den Vangensee, also die Linie Bellinzona-

Vocarno-Brissago als Grenze der beiden Vegetationsgebiete anzunehmen, da die Pflanzenwelt dieser Landschaft unbedingt noch der südlichen Zone zurechnen ist.

Durch diese Berührung zweier artenreicher Florengebiete und das dem Pflanzenwuchs so außerordentlich zugunsten vielseitige Klima ist nun allerdings die Reichhaltigkeit der Pflanzenwelt und eine Kraft der Entwicklung im einzelnen geschaffen, welche in den gemäßigten Breiten unseres Planeten ihresgleichen sucht. Nicht mit Unrecht kann man deshalb den Tessin als ein Paradies für den Botaniker, wie auch als ein Auklimatisationsgebiet ersten Ranges für Einfuhr und Anbau fremder Kulturgewächse, namentlich für Obstarten, bezeichnen.

Wenden wir uns nun im besonderen den Holzgewächsen zu, so begegnen wir einem staunenswerten Reichtum von Arten und Unterarten. In der sehr fleißigen und verdienstvollen Werke von Dr. E. Molino Bettelini: „La Flora legnosa del Sottoceneri“ Bellinzona 1904 (als Doktordissertation in Zürich verfaßt) sind 166 einheimische Holzarten mit vielen Varietäten (bei *Castanea vesca* allein 16) aufgeführt. Fast man den ganzen Kanton, also auch den Nordteil Sopraceneri, ins Auge, so vermehrt sich diese Anzahl noch um einige nördliche bzw. Hochgebirgsarten, wie *Pinus Combra*, welche im Südtessin nicht vorkommt.

Unter Hinzurechnung der vielen eingeführten Arten aus anderen Ländern, unter denen namentlich Cedern und Zypressenarten hervorragend gedeihen, werden sich weit über 200 Holzgewächse aufzählen lassen.

Bevor wir auf die einzelnen Holzarten je nach ihrer forstlichen Bedeutung näher eingehen, möchte ich versuchen, diese überreiche Flora nach ihren hauptsächlichsten pflanzengeographischen Regionen, Zonen und Gruppen kurz zu gliedern.

Die Waldgrenze liegt im Tessin nach Molino zwischen 1900 und 2000 m; im Mittel bei 1920 m, während sie im trockeneren Wallis fast 300 m höher liegt. Der hervorragende Botaniker Christ gibt als mittlere Höhengrenze des eigentlichen Hochwaldes 1800 m an. Darüber hinaus gehen nur noch kleine Gruppen und einzelne Stämme als Vorposten; meist aus Lärchen bestehend. Die Gründe der relativ niedrigen Waldgrenze werden teils in den großen jährlichen Niederschlagsmengen, teils in der an sich geringeren Massenerhebung des Gebirges gesucht.

Wenn man die I. Alpine Region, wie es üblich ist, erst bei 2000 m beginnen läßt, so findet man in ihr eigentlichen Wald nicht mehr vor. Seine letzten Ausläufer sind einige vom Sturm vielfach ge-

te und vom Schnee beschädigte Bärchen und en.

Alnus viridis und *Rhododendron ferrugineum* die wesentlichsten Sträucher dieser Region, welche er noch niedrige Kriechweiden (*Salix herbacea retusa*) *Azalea procumbens* und an moorigen *vacinium* *fuliginosum* aufweist. Der Voller findet in diesen Höhen noch zahlreiche Pflanzen-
ppen, die er je nach Standort (Schneetälchen, Ge- u. a.) zu besonderen Formationen zusammenfaßt. Steigen wir jetzt bergab zur II. subalpinen
ion zwischen 1500—2000 m, so gelangen wir in eigentliche Nadelholzgebiet. Hier können 2 Stufen unterscheiden; zu oberst von 1750 bis 2000 m den Bärchen- und darunter den Fichten-
b. Alpenerle (*A. viridis*) und Alpenrose finden wir, namentlich auf früherem Waldboden, ihr bestes
beihen. Heidelbeere, Preiselbeere und Zwergwach-
ber bedecken den Boden auf den offenen frucht-
teren Stellen. Die obere Fichtengrenze liegt bei
wa 1800 m. Die Folgen der großen Waldzer-
rungen, welche seit etwa einem Jahrhundert leider
Tessin vor sich gegangen sind, machen sich hier
von erheblich bemerkbar. Noch mehr freilich in der
genden III. Region von 1000—1500 m, der Buchen-
region. Freilich reicht die Rotbuche vereinzelt noch
das vorige Gebiet hinein, wo ihre oberste Grenze
wa bei 1700 m liegt. Im eigentlichen geschlossenen
Waldbestand dürfte sie jedoch 1500 m nicht erheblich
berreichen.

Leider sind die einst so ausgedehnten herrlichen
Buchenwälder des Tessin heute bis auf spärliche Reste
erschwunden. An den stattlichen Exemplaren, oft
hohen Baumriesen, welche man an den obersten Rän-
ern der Walbtäler, namentlich an Sennhütten und
Weideplätzen noch häufig findet, kann man ermeßen,
welche Waldbäume hier einst vorhanden gewesen und
kurzfristiger Weise zerstört sind. Diese Gutebuchen,
wie wir sie deutsch nennen würden, im Tessin „Merig-
gio, d. h. Mittag (= Mittagskraft) genannt, sind
übrigens im ganzen Lande, namentlich auch im Sotto-
meri, verbreitet und liegen meist unmittelbar am
Buchen-Alp- oder Weidewald, kümmerlichen
unter fortgelegtem Verbiß durch Weidevieh leidenden
Resten einstiger ausgedehnter Waldgürtel.

Das von der Buche verlorene Terrain hat zum
großen Teil die Weißerle eingenommen, welche
überhaupt im Tessin eine bedeutende Rolle spielt, ja
vielleicht nächst der Edelkastanie die größten Flächen
bedeckt. Auch Alpenerle, Birke und Hasel treten hier
teils unterholzartig, teils bestandsbildend, namentlich an
nachgründigen Hängen, in großer Ausdehnung auf.

Aus dem Reich der Buche führt uns der Weg
bergab in die unterste und reichhaltigste Waldbregion,
welche durch die heute wohl wichtigste Holzart des
Tessin, die Edelkastanie, bezeichnet wird und die
Höhenlagen von 300—1000 m einnimmt.

Abgesehen von Corsica, wo in einem großen Teil
der Insel die Kastanie nicht nur der herrschende
Waldbaum, sondern auch die wichtigste Wirtschafts-
pflanze ist, auf welcher die Existenz der Einwohner
vornwiegend beruht, ist mir kein Land bekannt, wo die
Kastanie eine ähnlich bedeutende Rolle spielt, als im
unteren Tessin. Nur Mais- und Weinbau können
als Bodenkulturen ähnliche Wichtigkeit beanspruchen;
während die früher bedeutende Maulbeerzucht immer-
mehr abnimmt.

Oberhalb des Kastanienwaldes, welcher im All-
gemeinen bei 800—900 m seine Höhengrenze erreicht,
schiebt sich bis zur Buchenregion häufig noch ein
schmäler Gürtel von Eichen und Birken ein.
Natürlich erscheinen im Kastaniengebiet, besonders in
seinem unteren Teil, auch alle jene zahlreichen süd-
lichen und südöstlichen Holzgewächse, welche die Baum-
flora des Tessin so bunt und reichhaltig gestalten und
von denen ich hier nur Hopfenbuche, Mannaesche,
Zürgelbaum und Zerreiche erwähnen will.

Außer nach den vorstehend aufgeführten Höhen-
regionen kann man die Pflanzenwelt des Tessin in
gewisse große Formationen zusammenfassen, von
denen die allgemein und für uns wichtigste die
A. Waldformation ist. Weiter werden dann
unterschieden: B. die Haide; C. Wiesen und Weiden;
D. Felsen und Geröll mit besonders reicher Flora;
E. Wasser und Sümpfe, namentlich Hochmoore und
Teltabildungen.

In der Waldformation unterscheidet nun Dr. Bet-
telini 12 einzelne Gruppen nach bestimmten leiten-
den Holzarten; nämlich:

1. Gruppe der Hopfenbuche;
2. „ der Kastanie;
3. „ der Eichen;
4. „ des Flußniederungswaldes (Erlen und
Eichen);
5. „ der Birke;
6. „ der Haselnuß;
7. „ der Buche;
8. „ der Nadelhölzer (besonders Bärche);
9. „ der Alpenerle;
10. „ der Alpenrose;
11. „ des Ginsters;
12. „ der Heide.

Kürzer und übersichtlicher erscheint mir die Ein-
teilung nach den folgenden 8 Gruppen:

- I. Kastanienwald;
- II. Eichenwald, der allerdings in reinen ausgedehnten Hochwaldbeständen kaum vorkommt und auch Hopfenbuche, Mannaesche usw. einschließt;
- III. Buschwald; sehr artenreich; oft den maquis sich nähernd;
- IV. Schwemmbodenwald;
- V. Birkenwald;
- VI. Hasel- und Weißerlenwald;
- VII. Buchenwald;
- VIII. Nadelholzwald.

Um die einzelnen Holzarten nach ihrem forstlichen Verhalten und ihrer Bedeutung zu würdigen, wollen wir mit der letzten Gruppe, dem Nadelholzwald, beginnen.

Fichte und Lärche dürften im Tessiner Hochgebirgswald ungefähr gleiche Wichtigkeit beanspruchen; die erste mehr für die geschlosseneren Bestände der mittleren Gänge; die letztere, vielfach auch mit Fichte gemischt, in den oberen Lagen; oft in lichten Beständen, die in den raumen Gutwald übergehen. Unter der Lärche gedeiht bis nahe an die Waldgrenze der Graswuchs vorzüglich, so daß hier Wald und Weide vereint sind. In der Massenerzeugung hat natürlich die Fichte den Vorrang; in Holzqualität die Lärche.

In geschützten Lagen und mittleren Höhen (1200—1500 m) gesellt sich auch die Weißtanne den obigen Nadelhölzern als Mischbaum zu. Ich fand sie am reichlichsten und besten entwickelt oberhalb Dalpe an den Hängen des Piumognatals. Die Bewirtschaftung der Bestände erfolgt ausschließlich im Plänterhiebe, der freilich leider stellenweise zum Kahlhiebe ausartet. Die Verjüngung geschieht, soweit sie nicht die Natur besorgt, durch Pflanzung.

Weit weniger Wichtigkeit hat die Kiefer, welche meist in kleinen Beständen mehr horstweise vorkommt und vielfach unter dem Fraß von *Cnethocampa Pityocampa* leidet.

P. Cembra erscheint nur ganz vereinzelt an der oberen Waldgrenze im äußersten Norden des Kantons und ist forstlich ohne jede Bedeutung; ebenso wie die Krummholzkiefer, welche hier nicht annähernd eine ähnliche Verbreitung besitzt als in den Nordalpen oder gar den Karpathen.

Die Gruppe des Buchenwaldes ist zweifellos ursprünglich die wichtigste geschlossene Waldformation des Tessin gewesen. Auch heute noch bedecken Reste einstiger ausgedehnter Bestände viele N., NO. und O.-Gänge der Bergketten, z. B. im Campotal, am Generoso usw. Manchmal sind es Niederwaldformen, in denen die Rotbuche unter vielen andern Einspreng-

lingen vorherrscht. Nicht selten finden sich noch Meereshöhen von 1200 m Mischbestände von Buchen und Fichten.

Daß die Buche nicht nur im freistehenden Einzelstamm, wie bei den Meriggio-Riesen, sondern auch Bestände sich vorzüglich entwickeln und große Mengen wertvollen Holzes erzeugen kann, daß sie zudem Waldstreuerzeugung und Bodenverbesserung unermüdlich bewirkt, beweisen die noch vorhandenen Bestände und deutlich. Ihre Verjüngung und Fortpflanzung durch Samen wäre bei den äußerst günstigen klimatischen Bedingungen leicht und sicher — wenn es gelang, sie vor dem Zahn des Weideviehs, namentlich der Ziegen, zu schützen. In der Beseitigung oder wenigstens Einschränkung der Ziegenweide liegt das ganze Problem der Erhaltung und Verjüngung des Buchenwaldes!

Dr. Bettelini empfiehlt, wenigstens für den Sottoceneri, bei den nur zu umfangreichen notwendigen Aufforstungen möglichst Laubhölzer zu wählen, da dunklen Nadelhölzer nur schlecht zu dem lichten freundlichen Ton der ganzen Landschaft paßten. Ich möchte auf diese forstästhetische Frage hier nicht näher eingehen, muß aber, was die Rotbuche anlangt, allerdings bestätigen, daß sie in Schönheit der Färbung alle anderen Holzarten, auch die bunten Amerikaner weit übertrifft. Mein werter alter Freund, der Forstästhetiker H. v. Salisch, hat dies stets behauptet. So ich die Rotbuchen im oberen Collatal und vor allem die Bergwand zwischen Mergoscia und Contralbal-Verzasca in Oktoberfärbung und Beleuchtung gesehen habe, muß ich zugestehen, daß er Recht hat.

Von Begleitern der Rotbuche und Gliedern ihrer Gruppe will ich nur als die wichtigsten und schönsten anführen: Den Mehlsbeerbaum, welcher mit seinen silberhellen Blättern eine Zierde der Wiesen und Bachränder in den oberen Tälern ist; ferner die Vogelbeere, welche auch hier wie in anderen Gebirgen bis an die obere Waldgrenze geht; klein- und seltenegroßblättrige Linde, Birke, Bergahorn, Stechpalm, die beiden Alpenrosen (*Rh. ferrugineum* und *Rh. hirsutum*), Hopfenbuche (während die Hainbuche selten ist), Berberitze, Vogelkirsche, Schlehe, mehrere Weidenarten, Goldregen, Wachholzer usw.

Die Gruppe des Haselbuschwaldes möchte ich mit der freilich weit mehr verbreiteten Weißerle zusammenfassen, obgleich beide Holzarten in ihrem Vorkommen, namentlich der Meereshöhe nach, keineswegs völlig übereinstimmen. Weißerle wie Hasel findet sich dort, wo sie zusammenhängende größere Bestände bilden, meist auf früherem Buchenboden, den sie in erwünschter Weise bedecken und schützen.

Ueber die Weißerle und ihr im Tessin so ausgedehntes Reich ließe sich allein eine umfangreiche Abhandlung schreiben. Ohne diese vielseitige und unvergleichliche Holzart wären weite Flächen kahl und verödet. Die Hasel trifft man übrigens auch als bodenhebendes Unterholz unter raumen Bärchen (z. B. bei Locarno). Künftige Waldkulturen und Aufforstungen werden in vielen Fällen nur im Schutz dieser beiden nützlichen Helfer möglich sein und gedeihen.

Die Birkenformation, deren Gebiet unter dem Buchenwalde liegt, ist häufig mit der Weißerle vermischt, indem letztere das Unterholz unter den Birken bildet. Diese Buschwaldform ist namentlich in der Gegend von Locarno an den unteren Hängen der Täler, welche nach dem Tessin und der Maggia ausmünden, und zwar sowohl an der Sonnen- wie der Schattenseite reich vertreten. Wie leicht zu begreifen, hat auch die Birke viel vom früheren Buchengebiet erobert. Sie muß aber auch schon in älteren Zeiten weit verbreitet und nicht ohne wirtschaftliche Bedeutung gewesen sein. Dr. Bettelini führt zum Beweis dessen wohl mit Recht an, daß viele Ortsnamen mit dem Stamme *Betula* gebildet sind, z. B. Bedolla, Beduglio, Beglia usw.

Die Birke leitet häufig in den unteren Flußtälern den Uebergang zum Alluvialwald ein, welcher sich auf dem Schwemmboden der Flüsse und ihren Deltabildungen entwickelt hat. Auch hier spielt die Weißerle eine wichtige und nützliche Rolle, indem sie namentlich Geröll und Bergstürze zuerst bekleidet, sofern sie nur einigen Wurzelboden findet. Auf dem leider nur zu oft vorhandenen nackten Kies und Geröll ist es hauptsächlich der Sanddorn, welcher zuerst Fuß faßt, meist begleitet von der Tamariske und schmalblättrigen Weiden. Auf etwas besseren Böden ist die Schwarzpappel herrschend, oft in größeren Horsten und stattlichen Stämmen. An den feuchteren Rändern wächst die Schwarzerle, welche übrigens auch auf moorigen Bergwiesen viel vertreten ist. Die fruchtbarsten und mildesten Standorte werden von der Esche bevorzugt.

Bemerkenswerter Weise gedeiht übrigens die Kiefer, mit welcher sowohl im Maggiadelta bei Locarno, wie im mittleren Maggiatal selbst, z. B. bei Cebio, Anbauversuche gemacht sind, stellenweise recht gut auf diesem Geröll- und Schwemmland, dessen Bodenbeschaffenheit sie erheblich verbessert und wo sie durch Anflug sich selbst fortpflanzt und verbreitet. Auf den besten Stellen findet sich auch die Traubeneiche ein, während die vielfach angebaute Kiefer hier wie so häufig in ihrem Fortkommen und Gedeihen wechselnd und unsicher ist.

Der eigentliche Buschwald im engeren Sinne, den Bettelini als Gruppe der Hopfenbuche bezeichnet, ist nicht nur die artenreichste, sondern auch nach seiner ganzen Zusammensetzung südlichste Waldform unseres Gebietes und in dessen nördlichen und rauheren Teilen überhaupt nicht vertreten. Er erinnert durchaus an die Maquis Korsikas und Sardinien, von denen er sich jedoch wiederum durch lichteren Stand und Auftreten nördlicher Arten unterscheidet. Die Zahl der in ihm vorkommenden Holzgewächse ist unter Umständen erstaunlich groß. Hat doch Bettelini im Buschwald des bekannten Monte San Salvatore bei Lugano nicht weniger als 86 Holzarten festgestellt! Hopfenbuche, Mannaesche, Zürgelbaum, Goldregen (4 Arten), Feige, Mispel, Blasenstrauch mischen sich hier mit Esche (4 Arten), Buche, Ulme, Linde; 2 *Sorbus*-, 2 *Pyrus*-, 4 *Prunus*-, 4 *Rosa*- und 5 *Rubus*arten sind vorhanden.

Im nördlichen Teil des Kantons findet sich eigentlicher Niederwald hauptsächlich an und in den Flußtälern. An den unteren Hängen herrschte früher die Rotbuche auch im Ausschlagwalde vor, bis die alten Stöcke nicht mehr lebensfähig waren. Im Ganzen sollen im Tessin etwa 25 000 ha Niederwald sein.

Auch die Eichengruppe umfaßt im Wesentlichen Niederwaldbestände, besonders von *Qu. lanuginosa* und *sessiliflora*. Größere zusammenhängende Hochwaldbestände sind mir nicht bekannt geworden. In den Flußtälern findet sich oft die Stieleiche in Horsten und Einzelmischung zwischen anderen Holzarten. Im Allgemeinen herrscht sonst im Gebirge die Traubeneiche vor, neben der auf sonnigen Flächen im südlichen Teil die Zerreiche häufig ist und bis zu 1200 m ansteigt. Gerade diese letzte Art tritt auch in reinen Beständen auf.

Nach den vielen Ortsnamen zu schließen, welche von dem italienischen Stamm *rovere* (Steineiche) und *corro* (Zerreiche) sich ableiten lassen, muß die Esche in früheren Zeiten im Tessin eine weit größere Verbreitung und Bedeutung besessen haben als heute.

Die letzte und wirtschaftlich bei weitem wichtigste Gruppe der Holzgewächse des Tessin ist die der Edelkastanie, welche jedoch botanisch am artenärmsten und einförmigsten ist. Die *Kastanienseibe*, d. h. der Kastanienhochwald, ist im südlichen Teil des Tessin die vorherrschende Form des Kulturwaldes, in welchem neben der Kastanie kaum ein anderes Holzgewächs auftritt oder gebildet wird. Wo die Selve sich mehr dem Naturwald nähert, meist in abgelegeneren Teilen, stellen sich als Unterhölzer manche Strauchholzarten, wie Mispel, Kornelkirsche, Vogelnestkirsche, Hollunder, Goldregen u. a. ein. Die Kastanienseibe, welche allein im Sottoceneri mehr als 4000 ha einnimmt, ist für

den Tessiner Landmann zugleich Frucht-, Holz- und Streulieferant und soll in guten Lagen jährlich bis 250 Frs. Reinertrag je ha liefern. Der Fruchtertrag des einzelnen Baumes schwankt sehr je nach Standort, Sorte und Alter; von 30–400 kg grüner Kastanien.

Bettelini erörtert mit vielem Fleiß und großer Ausführlichkeit die interessante Streitfrage, ob die Kastanie in den Südalpen und Italien eine eingeführte Kulturpflanze oder von Natur einheimisch sei.

Im Gegensatz zu dem Philologen Victor Hehn, welcher aus sprachwissenschaftlichen Gründen alle wichtigen Kulturgewächse der Mittelmeerzone (Olivo, Feige, Weinstock u. a.) aus dem Orient stammen und von Pelasgern und Griechen eingeführt sein läßt; und dem Botaniker Engler, welcher meint, daß, wenigstens in den Südalpen, die Kastanie auf ursprünglichem Buchengebiet künstlich angebaut sei und ohne menschliches Zutun von der Buche auch wieder verdrängt sein würde, kommt B. in Übereinstimmung mit dem wohl besten Kenner der Schweizer Flora, dem Botaniker Christ, Verfasser des „Pflanzenleben der Schweiz“ und auf Grund prähistorischer Funde aus der Zwischenzeit zu dem Schluß, daß die Heimatsberechtigung der Kastanie wenigstens für den Tessin und seine Nachbarlandschaften (Piemont usw.) nicht angezweifelt werden könne. B. verweist darauf, daß der Kastanienwald stets eine ganz bestimmte Zone einnehme, welche der Buche schon zu heiß und trocken sei, daß die raume und lichte Bestandsform der meisten Kastanienwälder sich ebenso in den nicht selten an sie anschließenden Eichenhainen finde, deren Ursprünglichkeit doch niemand bestreite, und daß die Kastanie erst veredelt werden müsse, um als Kulturbaum wirklich eßbare Früchte zu tragen.

Ich halte mich natürlich nicht für berechtigt und berufen, in diesem Streit der wissenschaftlichen Autoritäten eine Ansicht zu verfechten, möchte aber doch eher den Gründen Bs. als denen seiner Gegner beipflichten. Ob man nun freilich die natürliche Verbreitung der Edelkastanie auch auf die Nordseite der Alpen in der Schweiz und auf Süddeutschland usw. ausdehnen kann und will, ist eine weitere Frage.

B. führt aus dem Sottoceneri nicht weniger als 16 bekannte deutlich unterschiedene Unterarten dieser so nützlichen und wertvollen Holzart an, von denen die „Marron“ genannte Varietät die besten Früchte liefert, aber durchaus frische Standorte verlangt. Man muß überhaupt streng zwischen dem eigentlichen *Kastanienwald*, in lichter hainartiger Stellung meist nahe den Ortschaften und aus durchweg veredelten Bäumen bestehend, und der Selbe im engeren Sinne, dem *Kastanienhochwald* schlechthin, unterscheiden.

Beiderer liefert weit mehr und besseres Holz, aber geringere und spärlichere Früchte. Solche geschlossenen Kastanienhochwaldbestände sah ich z. B. im Gamberogno, dem am Südrande des Langensees belegenen Teile des Kreises Locarno.

Die Höhengrenze der Kastanie liegt im Sottoceneri etwa bei 1100 m, im Sopraceneri noch 100–150 m höher; ihr Optimum dürfte zwischen 300 und 700 m sich befinden. Freilich findet man auch noch in höheren Lagen vorzüglich entwickelte Stämme. Die berühmte Riesenkastanie von Peccia z. B., welche in 1,5 m Höhe 13,5 m Umfang messen soll, steht bei etwa 900 m Meereshöhe. Hierbei möchte ich übrigens bemerken, daß diese uralten unförmlichen Riesenstämme fast stets als Kopfholz behandelt sind und aus einem mehr oder weniger dicken unteren Ende, eigentlich nur einem hohen Wurzelstock, mit mehreren jüngeren Wipfel- und Seitenzweigen bestehen. Das Köpfen erfolgt natürlich stets oberhalb der Veredlung, falls solche geschehen ist.

Die Kastanie bevorzugt die sonnigen Lagen der Täler; dunkle kaltfeuchte Standorte sagen ihr niemals zu und lassen auch die Früchte nicht zur eigentlichen Vollreife kommen. Andererseits liebt sie keineswegs geradezu trockne und dürre Böden. Vielleicht beruht auch mit auf diesem Umstande ihre wenigstens für den Tessin unbestreitbar nachzuweisende Kalkfeindlichkeit. Gerade über diese Eigenschaft der merkwürdigen Holzart ist ebenfalls viel gestritten und geschrieben worden.

A. Engler bestreitet, daß die Kastanie den Kalk fliehe, auf Grund seiner Beobachtungen in der Nordschweiz, namentlich auch im Versuchsgarten zu Zürich, wo diese Holzart auf Böden mit 10–20 % Kalkgehalt gut fortkommt. Er nennt aber trotzdem die Kastanie eine Kalkpflanze, welche Böden mit großem Reichtum an Kieselsäure beanspruche. Die französischen Botaniker (Mathieu u. a.) erklären im allgemeinen die Kastanie für eine Kieselpflanze, welche auf Kalkböden nicht gedeihe.

Der italienische Forstinspektor Ludovico Piccoli, welcher eine Monographie der Kastanie verfaßt hat und jedenfalls einer ihrer gründlichsten Kenner ist, behauptet, daß ein gewisser geringer Kalkgehalt (bis 1,8 %) von der Kastanie ohne Schaden vertragen werde und daß reicher Kalkgehalt des Bodens die ungünstige Wirkung des Kalkes aufhebe.

Aus den sehr gründlichen Untersuchungen von Bettelini im Sottoceneri geht wenigstens für dies Beobachtungsgebiet mit Sicherheit hervor, daß die Kastanie auf Granit, Gneis, Glimmerschiefer und Porphyry normal gedeiht, auf dem Dolomit dagegen fehlt. Nur wo Moränen den Dolomit bedecken, erscheint die Ka-

nie wieder. Auf dem Reupertstall kommt sie nur vor, wo großer Reichtum an Kieselsäure vorhanden ist und der Kalkgehalt zurücktritt. Auf den Albhöden am S. Salvatore und Monte Brè bei Lugano fand B. an den Stellen, wo die Kastanie noch fortkam, einen Gehalt an Kieselsäure von 64 bis 70%, bei einem Kalkgehalt von 0,4 und 0,7%. Wir dürfen daher die weite Verbreitung und das Gedeihen der Kastanie im Tessin wohl dreist dem Vorkommen der Urschiefer und Silurgesteine zuschreiben. Wo der Standort der Kastanie wirklich zusagt, zeigt sie ein vorzügliches Gedeihen und erreicht ein hohes Alter. Außer der schon genannten Riesenkastanie von Peccia sind noch mehrfach, namentlich in der Sottoceneri, Stämme von 9–10 m Umfang am unteren Ende bekannt.

Ueber die erreichbare Altersgrenze stehen mir leider keine zuverlässigen Angaben zur Verfügung. Ich glaube aber nicht zu irren, wenn ich den stärksten Patriarchen dieser Holzart ein Alter von 200–300 Jahren zuschreibe. Da die meisten der ältesten Kastanien infolge von Koppfholzbetrieb usw. inwendig hohl sind, ist bei ihnen eine genaue Jahrringzählung auf dem kahlen heilem Wurzelstock selten möglich.

Piccioli will festgestellt haben, daß die Blüte der Kastanie eintritt, wenn die mittlere Temperatur 15–18° C. erreicht hat, was im Tessin je nach der Lage im Mai und Anfangs Juni der Fall ist. Dann erleben die zahllosen hellen weißgelben Rispen der männlichen Blüten die ganze Landschaft.

Die Befruchtung erfolgt wohl im Allgemeinen durch den Wind, welcher den feinen Pollenstaub weit verbreitet. Andererseits wird auch den Bienen, welche aus der Kastanienblüte einen recht konzentrierten ein wenig bitteren Honig bereiten, eine große Rolle bei diesem wichtigen Geschäft zugeschrieben. Jedenfalls hat die Kastanienblüte für die Honigerzeugung im Tessin eine große Wichtigkeit. Die Reife der Früchte soll nach Piccioli eintreten, wenn diese nach der Blüte 2000–2300° Wärme in mittlerer Tagestemperatur genossen haben. Nach meinen diesjährigen Beobachtungen fiel die Reifezeit je nach Meereshöhe und Lage zwischen dem 25. September und 15. Oktober. Nach alter Sitte wurde in früheren patriarchalischen Zeiten den Armen an den Selven nicht als Eigentümer berechtigten Einwohnern erst zu Martini die sog. Ruspada („Scharrecht“) gestattet, d. h. die Befugnis, die noch auf dem Boden liegenden Kastanien in den dann oft schon leicht verschneiten Selven für sich zu sammeln.

Erfahrene Kenner des Landes behaupten, daß heute die Kastanie in Tessin als Fruchtbaum und Nahrungsmittel längst nicht mehr die Rolle spiele, wie vorzeiten, wo ihre Frucht das Brot größtenteils ersetzen

mußte. Es ist richtig, daß infolge des durch Eisenbahnen und Straßen erleichterten Verkehrs heute Getreidemehl und Brot auch in die entlegensten Täler gebracht und weit mehr verzehrt wird als früher. Dennoch bildet auch in der Gegenwart noch neben der Polenta aus selbstgebauteM Mais die Kastanie in der verschiedensten Form (meist als Pellkastanie gekocht) eins der wesentlichsten Nahrungsmittel nicht nur der Armen. Vielleicht ließe sich durch ähnliche Trocknung, wie sie neuerdings bei der Kartoffel angewendet wird, auch die bis jetzt leicht dem Verderben ausgesetzte Kastanie für längere Zeiträume erhalten und damit für die Volksernährung noch nutzbarer machen. Ein reichlicher Zusatz von Kastanienmehl zum Brot macht letzteres eigentlich wohlschmeckender, aber schwerer verdaulich.

Ein großer und zwar der beste Teil der geernteten Kastanien wird übrigens heute als „Maronen“ verkauft und ausgeführt. Die geringeren Qualitäten werden zur Schweinemast verwendet.

Sehr wichtig ist für den Tessiner Bauer die Kastanie als Streulieferant für seinen meist verhältnismäßig hohen Viehstand an Rindvieh und Ziegen. Da im ganzen Lande und besonders in den Hochtälern der Getreidebau nur verschwindend gering ist, muß der Wald und namentlich die am nächsten und bequemsten belegene Kastanienelve fast den ganzen Bedarf an Streu für die 6–8 Wintermonate decken. Man kann nicht sagen, daß dem Vieh hiermit ein besonders weiches Lager geboten wird; denn mit den Blättern werden meist auch die stacheligen äußeren Hüllen der Früchte zusammengebracht und eingestreut.

Während der Kastanienfruchtwald meistens teilweise reines Privateigentum ist, gehört der sonstige Kastanienhochwald fast durchweg schon zum gemeinsamen Eigentum der alten Bürgergemeinden, hier Patriariate genannt; ist also nach unseren Begriffen ungeteiltes Gemeindemitglieder vermögen. Er dient vorwiegend der Holzgewinnung und enthält wenig oder gar keine veredelten Stämme.

Wie dem Bewohner des Nordens die Nadelhölzer alles liefern, was er an Bau-, Nutz- und Brennholz benötigt, so ist für den Tessiner Landmann in der Kastanienregion diese Holzart der ausschließliche Spender allen Holzbedarfes. Höchstens, daß er zur Herstellung seiner Holzschuhe („zoccoli“) das leichtere Pappelholz nicht entbehren kann. Sonst wird Alles aus Kastanienholz gemacht. Auch als Brennholz hat die Kastanie bei weitem den Vorrang, da Birke, Buche und Hase in diesen Gebieten entweder zu selten sind oder zu wenig Masse liefern.

Sehr viel Kastanienholz wurde früher und wird

auch heute noch zu Holzkohle verschwelt, welche zu Schmiedezwecken sehr geschätzt wird.

Auch Gerbstoff wird von der Kastanie gewonnen. Namentlich im letzten Jahre, wo wegen des Krieges alle Gerbmaterien im Preise sehr gestiegen sind. bin ich Transporten von Kastanienrinde wiederholt begegnet. Wenn ich mich recht erinnere, wurde an Ort und Stelle ein Preis von 10 Frs. für 100 kg gezahlt. Eine Tanninfabrik in Maroggia ist zur Gewinnung dieses Gerbstoffes aus dem Kastanienholz gegründet worden.

Ueber die Massenerzeugung des Kastanienhochwaldes habe ich sichere Angaben nicht finden können. Ich glaube, daß bei etwa 120 jährigem Umtriebe wohl 500—600 fm per Hektar erreicht würden.

Wie an der oberen Waldgrenze die Lärche als Baum der Waldweide sich auszeichnet, so ist an der unteren die Kastanie im lichterem Hochwald- oder Fruchtwaldbestande der Hutebaum, unter dem Graswuchs, namentlich im Frühling und Herbst, freudig gedeiht.

Der Verjüngung der Kastanienbestände wird leider viel zu wenig Sorgfalt und Aufmerksamkeit zugewendet, obgleich weder Saat noch Pflanzung besondere Schwierigkeiten bieten, vorausgesetzt, daß man den nötigen Schutz gegen Weidevieh gewährt. Auch natürliche Verjüngung durch Aufschlag halte ich bei entsprechender Bodenvorbereitung und Einzäunung für recht gut ausführbar. Sie soll an mehreren Stellen, z. B. zwischen Ronco und Brissago beobachtet worden sein. Die Ergänzung des Fruchtwaldes erfolgt zumeist durch Pflanzung starker 2—3 m hoher, bereits veredelter Heister. Nach Merz keimen die im Frühling gesäten Kastanien in 30—40 Tagen und erscheinen Wurzeln und Stämmchen beide an der zugespitzten Seite der Frucht, weshalb die Aussaat in horizontaler Lage geschehen sollte.

Die unschöne und vom forstlichen Standpunkte durchaus verwerfliche Koppfholzwirtschaft ist lediglich ein Notbehelf und Zugeständnis an die Viehweide.

Der Kastanie besonders schädliche Insekten sind mir nicht bekannt. Ihre einzigen wirklich gefährlichen Feinde sind das Weidevieh, namentlich die Ziege, welche unerbittlich etwaigen Aufschlag und teilweise auch den Aufschlag vernichtet — und das Feuer.

Allerdings ist die raue Selbe und namentlich der Fruchtwald nicht so sehr dem Waldbrand ausgesetzt, zumal wenn ihm die Laubstreu entzogen wird und dichteres Unterholz fehlt, als der Kastanienniederwald, die sogen. Palina. Wie sein Name

sagt („palo“ = Pfahl) soll er wesentlich zur Erziehung von Pfahlholz, besonders für den Weinbau dienen. Als Umtriebszeiten werden 8—35 Jahre, nach der Lage und den Zwecken, für welche das Holz bestimmt ist, genannt. Für schwache Weinbergpfähle werden 8—10 Jahre genügen; für Erziehung von den viel verlangten Telegraphenstangen sind 25—30 Jahre erforderlich¹⁾. Neben und zwischen diesen Verwendungszwecken und dem Brennholz gibt es zahlreiche andere Sortimenten zu allen möglichen Gebrauchsgegenständen und Gerätschaften; z. B. zur Herstellung des im Tessin so verbreiteten Riepen und Tragen.

Unter günstigen Verhältnissen machen die ziemlich hoch belassenen Stöcke im ersten Jahr Aufschläge von 2—3 m Höhe. Nach Merz sollen die Stöcke ihre Aufschlagsfähigkeit bis zum 150 jährigen Alter behalten.

Unter und zwischen den Kastanienwäldern liegen in den Tälern und im südlichen Teil des Landes die Region der Weinberge, vorwiegend in Terrassen angelegt und stets in Lauben-, Spalier- und Gitterlandform gezogen, wozu es eben stärkerer Stützpfeiler und Pfähle bedarf.

Als Ersatz der Kastanienpfähle, welche immer nur eine Reihe von Jahren aushalten, und der heute zu kostspieligen Steinsäulen, hat sich in manchen Gegenden, namentlich bei Locarno, die Verwendung des Felshorn als lebendiger Stützen eingebürgert. Die Stämme werden durch Köpfen und Schneideln in entsprechender Höhe und Stärke gehalten und erfüllen ihren Zweck in bester Weise, ohne, wie es scheint, dem Boden zuviel wertvolle Kräfte zu entziehen.

Die trotz Phylloxera, Peronospora und Oidium immer noch weit ausgebreiteten Tessiner Weinberge werden durch die Verbindung verschiedener Kulturen — Gras und Gemüse unter dem Weindach; Obst, namentlich Pfirsiche und niedrige Äpfel und Birnen, oft auch Maulbeeren in den Zwischenräumen — und nun daneben noch eine Art Holzzucht durch die lebenden Pfähle — von Frühjahr bis Spätherbst ein eigenartigen und freundlichen Eindruck, welcher der Fruchtbarkeit des Landes zeugt. (Fortf. f.)

¹⁾ Schweizer Telegraphentechniker rühmen die Kastanienstange wegen ihrer außerordentlichen Biegefestigkeit und Ausdauer besonders in der Erde, wo Fäulnis unbekannt ist. Namentlich bei hohen Vergleutungen werden sie mit Vorliebe verwendet und soll dort fast unbegrenzte Dauer (bis 50 Jahre) zeigen, während sie auch in den tieferen Regionen die sonst viel benutzte Lärche noch erheblich übertrifft.

Literarische Berichte.

Die Beziehungen der Tiere und Pflanzen zueinander. Nr. 426 u. 427 der Teubner'schen Sammlung aus Natur und Geisteswelt. 2. Aufl., von R. Kräpelin. Leipzig 1913.

In den letzten Jahrzehnten hat in der Erweiterung unseres Wissens über die Lebewesen die Biologie besonders stark die Aufmerksamkeit der Forscher in Anspruch genommen; besonders die Lehre von den Einflüssen der Umgebung auf die Lebewesen, die Lehre von der Gestaltung und Haushaltung der Lebewesen durch die auf sie wirkenden Faktoren, die Ökologie, hat sich als besonders gepflegter Wissenszweig herausgebildet, der für die angewandte Naturwissenschaft viele neue Gesichtspunkte gebracht hat. Hesse und Döslin haben für das Gebiet der Zoologie, die Werke Schimper, Wiesners und Warmings für das Gebiet der Botanik, Ruschbaum, Karsten und Weber für das Gesamtgebiet der Biologie namentlich die ökologische Seite ihres Themas betont. Auch unsere Lehre des Waldbaus hat durch F. Mayr infolge der ökologischen Betrachtungsweise (Bestandesklimatologie, Soziologie) eine neuartige Behandlung erfahren.

Dem Charakter der Sammlung entsprechend konnte der Verf. nur das Wesentliche in kurzem Umriß geben; der Text der beiden Bändchen ist aus einem Vortragszyklus entstanden und bedurfte daher Erläuterungen durch Abbildungen, da vieles nur gestreift wurde. Es sind so dem Band I 64, dem Band II 68 Abbildungen im Texte beigegeben.

Band I behandelt die Beziehungen der Tiere zueinander.

Von den einfachsten Beziehungen, den geschlechtlichen Beziehungen derselben Arten ausgehend, gibt der Verf. Einblicke in das Familienleben der Tiere, in das soziale Zusammenleben über die Familie hinaus — (Schwarm-, Herden-, Staatenbildung) und erläutert dann die Beziehungen verschiedener Tierarten zueinander, indem er auf Symbiose, Parasitismus und Symbiose eingeht. Die Vieh- und Sklavenhaltung im Insektenstaat tritt uns als höchstentwickelte Form der Symbiose entgegen.

Im 2. Bande wird zunächst auf die Beziehungen der Pflanzen untereinander, dann die Beziehungen zwischen Pflanzen und Tieren eingegangen. Von den ersteren sind für uns besonders anziehend die Beziehungen derselben Art zueinander, wie sie im Konkurrenzkampf und im geselligen Zusammenleben der Pflanzen hervortreten. Die Beziehungen der Individuen verschiedener Arten zueinander werden von den Gesichtspunkten des Nahrungs- und Raumwettkampfes

besprochen. Der Bedeutung des Lichtes im Konkurrenzkampf der Pflanzen wird ein besonderer Abschnitt gewidmet. Weiter schildert R. die Ausnutzung der Mittpflanzen durch die Licht und Raumparasiten und die echten Parasiten. Die Symbiose unter den Pflanzen wird durch das Leben der Knöllchenbakterien und durch das Zusammenleben von Algen und Pilzen, das die frühere Klasse der Flechten geschaffen hatte, veranschaulicht.

Der letzte Teil, der von den Beziehungen der Pflanzen zu den Tieren handelt, ist in drei Kapitel eingeteilt, die behandeln: Feindliche Beziehungen zwischen Tier und Pflanze, einseitige Ausnutzung der anderen Partei ohne feindliche Absicht, Beziehungen der Tiere und Pflanzen mit Vorteil für beide Teile. Der Bestäubung der Blüten durch Tiere ist dabei der größte Raum gewidmet.

Der knappe Auschnitt aus dem weiten Gebiete der Biologie wird Anregung zum weiteren Eindringen in dieses Wissensgebiet geben; möge er viele auf diese Seite der Naturwissenschaft hinweisen.

Dr. Wimmer.

Die Technik des Forstschutzes gegen Tiere von Prof. Dr. R. Eckstein. 2. neubearbeitete Auflage. Berlin, Parey. 1915.

Zu Havelberg in den Tagen der Winterschlacht an den majurischen Seen hat Eckstein das Manuskript der 2. Aufl. seiner Technik des Forstschutzes vollendet, die schon bei ihrem Erscheinen in erster Auflage 1904 berechtigten Beifall gefunden hatte. Die Technik der Schädlingsbekämpfung hat in dem abgelaufenen Jahrzehnt wesentlich Fortschritte gemacht. Vieles ist erprobt, manches als unbrauchbar, manches als nützlich gefunden worden. Entsprechend diesem Gang der Schädlingsbekämpfung haben einzelne Abschnitte eine tiefgreifende Veränderung erfahren. Dem Zweck des Buches entsprechend, das eine Anleitung zur Ausführung von Vorbeugungs- und Vertilgungsmaßnahmen in der Hand des Revierverwalters, Forstschutzbeamten und Privatwaldbesitzers sein soll, ist Eckstein der knappen, allgemeinverständlichen Fassung treu geblieben und hat in klarer Weise das Wichtigste aus der angewandten Zoologie und dem Forstschutze dem Zwecke gemäß zusammengestellt.

Einige Schädlinge sind neu aufgenommen, die Blattläuse etwas ausführlicher als früher behandelt worden; sie werden in gegebenen Rahmen immer ein schwer zu behandelndes Kapitel bleiben. Im 1. all-

gemeinen Teil bespricht Verf. die Bedeutung der Tierwelt für den Wald und die allgemeinen Maßregeln zum Schutze des Waldes gegen schädliche Tiere und geht dabei auf die allgemeine Vorbeugungsmaßregeln, auf die Parasiten, Abwehr und Bekämpfung und Verwertung der gesammelten Schädlinge im allgemeinen ein.

E. macht bei der Verwertung der Schädlinge den Vorschlag, daß einzelne Forstbeamte bestimmte Schädlinge in ihrer biologischen Entwicklung oder als fertige Sammlungsobjekte sammeln und diese einer Zentrale abliefern sollten, die dann an einen wohlthätigen forstlichen Verein (Waldheil, Forstwaisenverein, Verein deutscher Privatforstbeamten usw.) angegliedert, die Verwertung an Naturalienhandlungen zu Gunsten der Witwen und Waisen unserer grünen Farbe durchführen sollte. So könnten durch Lust und Liebe gesammelte Schädlinge das Wissen der Sammler bereichern und das Bewußtsein geben, zur Besserung der Notlage von Angehörigen unseres Standes beizutragen.

Der II. spezielle Teil des Buches gliedert sich in die Bekämpfung der forstschädlichen Wirbeltiere — auf 60 Seiten — und die Bekämpfung der forstschädlichen Gliedertiere — auf 146 Seiten. — In einem Schlußkapitel sind Risten und Nachweise in praktischer Anordnung zusammengestellt, wie sie bei der Schädlingsbekämpfung am zweckentsprechendsten geführt werden sollen.

Bei jedem Schädling wird zunächst äußere Erscheinung und Lebensweise dann der Schaden und zuletzt die Abwehr beschrieben.

Im allgemeinen betont E. & Stein die Bekämpfungsmittel aus dem Reiche des Anorganischen gegenüber der biologischen Bekämpfungsweise etwas stark. Es liegt dies zum Teil darin begründet, daß über letztere, wenigstens in unseren forstlichen Betrieben, noch wenig positive Resultate vorliegen und das Buch nur die erfolgreichen Abwehrmaßregeln zusammenfassen will. E. würdigt die biologische Bekämpfungsweise zwar im einleitenden Abschnitte, betont aber m. E. namentlich in dem Abschnitt über die Bekämpfung der Dipteren zu wenig, daß wir mit all den dort angeführten Mitteln auch eine große Anzahl ihrer Feinde damit vernichten. Sicherlich gebührt aber in unserem arbeitserzehrenden forstlichen Betriebe der biolog. Bekämpfungsmethode noch ein weites Feld. Möge das aufs beste von dem bekannten Verlag P. Pareys ausgestattete Werkchen eine möglichst weite Verbreitung in der Praxis erlangen, das als orientierendes Buch jedem Revierverwalter zur Verfügung stehen sollte.

Dr. Wimmer.

Weidmanns Erinnerungen von Erzherzog Joseph. Wien 1915. Verlag des Aktionskomitees für die Herausgabe des St. Hubertus-Kriegsdenkmals. In Kommission für den Buchhandel bei Wilhelm Friedl, Wien und Moritz Ráth, Budapest. 176 S. Lexikon-8°-Format auf imit. Büttenpapier, farbbroschiert. Preis geh. 5 Kr.

Erinnerungen an unvergeßliche Jagden seines 35 jährigen Jägerlebens nennt der Verfasser sein den ersten Weidmann Oesterreich-Ungarns, dem Kaiser Franz Joseph, gewidmetes Buch. Und wenn er schließlich hinzufügt, daß es die schönsten Erinnerungen eines Weidmanns seien, der seine höchste Freude in der Herrlichkeit der großen Natur finde, so ist damit der Charakter des Buches gekennzeichnet. Es enthält eine Auswahl von Jagderlebnissen, deren Schilderungen jeden echten Weidmann vom Anfang bis zum Ende fesseln und zwar nicht nur der spannenden Jagderlebnisse halber, sondern vor allem wegen der lebensfrischen Darstellung. Das Buch ist mit seltener Liebe zur Natur geschrieben; der Verfasser ist ein Kenner und ein warmherziger, aufrichtiger Freund der Natur. Das verrät jede Seite des Buches, ob der Verfasser nun in seiner „lieben, schönen“ Marmaros, in der Tatras oder im Allföld herrscht, ob er an der Nordsee oder in den Steppen Afrikas oder am Nile dem Weidwerke obliegt.

Der Ertrag des Buches soll der Fürsorge für die Witwen und Waisen von „im Felde“ gestandenen Berufsjägern zufallen, und es sei daher seine Anschaffung allen denen aufs wärmste empfohlen, die Interesse an weidgerechter Jagd und liebevoller Naturschilderung haben und die sich zugleich wohlthätig erweisen wollen. We.

Ratgeber-Bibliothek. „Mein Sonntagsblatt“. Wochenblatt für Haus, Hof und Garten. Praktischer Ratgeber für Jedermann. Verlag des E. v. Enders'schen Kunst-Anstalt; Neutitschein, Wien. Leipzig.

Aus dieser Ratgeber-Bibliothek liegen uns folgende Bändchen vor:

1. Die Feinde der Geflügelzucht unter den Bakterien. Die Erreger der ansteckenden Krankheiten. Mit 11 Illustrationen aus F. Kraus's bakteriologischem Museum in Wien. Von Georg Wiener, Konsulent für Geflügelzucht im k. k. Ackerbauministerium. Preis 50 Pf.

2. Beerenobst. An 140 Rezepte über die Verwendung von Beerenobst zu Saucen, Suppen, Mehlspeisen, Chaudeaux, Bäckereien, Torten, Sülzen, Cremes, Eis- und Eisbomben, Bonolen, Säften, Beerenwein und Champagner, Essig, Siför, Sorbett, un-

hließlich zum Einkochen in Dunst, zu Marmeladen, Jam usw. Im Anhang eine Belehrung über die Zuckergrade, über die Bereitung von Chaubaux, Dunstleberei, Fruchtgelee, Jam und über die Herstellung von Gefrorenem (Eis). Von Rätke Koch-Nicolai. Preis 25 Pf.

3. Sommer-Schnellküche. Eine Sammlung von Speisen, die zum Teil nur auf dem Spirituskocher, zum Teil auf dem Herde in etwa einer Stunde fertig zu stellen sind. Im Anhang Rezepte für erfrischende Getränke. Von Rätke Koch-Nicolai. Preis 50 Pf.

4. Wie gewinnen wir billig Enten und Gänse? Von Georg Wieninger.

In dem unter 1 genannten Heftchen werden nach einer kurzen Einleitung erörtert: die Geflügelcholera, die Geflügelpest, die Geflügelbiptherie, die Geflügelruhr, die Tuberkulose des Geflügels, die Spirillenkrankheit oder Epicochätose u. a. Die zur Bekämpfung der Krankheiten bzw. zur Behandlung des erkrankten Geflügels gegebenen Ratschläge werden vielen Geflügelbesitzern willkommen sein.

Das unter Nr. 2 aufgeführte Schriftchen gibt Rezepte über die Verwendung der Verberlitz, Brombeere, Hederich, Erdbeere, Hagebutte, Heidelbeere, Himbeere, des Hollunders, der Johannis-, Preisel-, Stachelbeere und der Weintrauben. In einem Anhang wird die Herstellung der Beeren-Obstweine besprochen. In diesem billigen Büchlein werden die Frauen der Forstbeamten manche guten Rezepte für die Ausnutzung der Früchte des Gartens und des Waldes finden.

Nr. 3 enthält eine Sammlung solcher Speisen, welche einerseits auf dem Spirituskocher, andererseits in etwa einer Stunde auf dem Herde hergestellt werden können. In einem Anhang wird eine Anleitung zur Bereitung erfrischender Getränke gegeben.

Dieses Heftchen sei besonders den Hausfrauen empfohlen, die während der heißen Jahreszeit möglichst schnell mit dem Kochen fertig zu werden wünschen.

Nr. 4 endlich bringt eine kurze aber gute Anleitung zur Enten- und Gänsezucht. Auch dieses Schriftchen wird vielen Forstbeamten von Nutzen sein können.

Jahres-Bericht über die Erfahrungen und Fortschritte auf dem Gesamtgebiete der Landwirtschaft. Zum Gebrauche für praktische Landwirte begründet von Oekonomierat Dr. Buerstenbinder. 29. Jahrgang. 1914. Unter Mitwirkung von Dr. von Ollech, Berlin, Dipl.-Ing. J. Hagmann, Berlin, Winterschuldirektor Dr. A. Rossian, Duderstadt. Herausgegeben von Prof. Dr. Max Hoffmann, Agrulturchemiker und staat-

lich geprüfter Landwirtschaftslehrer, wissenschaftlicher Geschäftsführer in der D. L. G., Berlin. Mit 16 eingedrucktten Abbildungen. Braunschweig, Druck und Verlag von Friedr. Vieweg u. Sohn. 1915.

Einleitend wird mit Recht auf die großen Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges hingewiesen. Deutschland hat den Beweis erbracht, daß seine Landwirtschaft imstande ist, den inländischen Bedarf an Nahrung voll zu decken. Der Weisheit der verbündeten Regierungen ist es zu danken, daß Deutschland nicht zum einseitigen Industriestaat geworden ist. Weiter wird auf die vielen Anregungen und Vorschläge zur Erzeugung schnellwachsenden Futters, größtmöglicher Ernten, zweckdienlicher Ackernutzung usw. hingewiesen. Die große Unterstützung, die der Landwirtschaft durch die Forstwirtschaft, insbesondere durch die Hergabe von Streu- und Futtermitteln, zu teil geworden, wird auffallenderweise mit keinem Worte erwähnt!

Der Jahresbericht zerfällt in folgende Abschnitte:

A. Pflanzenproduktion: 1. Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau, Referent: Prof. Dr. M. Hoffmann, Berlin; 2. Spezieller Pflanzenbau, Referent: Winterschuldirektor Dr. A. Rossian-Duderstadt;

B. Tierproduktion: 1. Allgemeiner Teil (Allgemeine Tierzucht, Fütterungslehre, Tierheilkunde und Gesundheitspflege), 2. Spezieller Teil (Pferde-, Rindvieh-, Schaf-, Ziegen-, Schweine-, Geflügel- und Kleintierzucht, Fischereiwesen, Molkereiwesen), Referent: Dr. v. Ollech-Berlin;

C. Wirtschaftsbetrieb, Referent: Dr. von Ollech-Berlin;

D. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Referent: Dipl.-Ing. J. Hagmann-Berlin.

Im ersten Hauptabschnitt findet sich ein besonderes Kapitel über „Forstwirtschaft“, wo folgende Aufsätze angeführt werden: Sieber: Ueber natürliche Verjüngung, Schubert: Ueber den Blendersaumschlag, Bargmann: Das Schattenflächenverfahren in seinem Verhältnis zum Blendersaumsystem, Eberhard: Der Blendersaumschlag und seine Behandlung, Harbach: Die Dreieckspaltpflanzung, Reiß: Kiefernplantagen, Bertog: Die Beschaffung des Kiefernsaamens, Frey: Anzucht von Waldmänteln, Neger: Anbaubersuche mit fremdländischen Holzarten, Wimmer: Zuwachs- und Sortimentuntersuchungen im Buchenhochwalde, von Kapff: Wie treten wir den gefährlichen Schneebeschädigungen der Wälder wirksam entgegen?, Kühne, Sonnenschein, Ruzke, Butt, Busch, v. Seydel, Holleuser: Schutzmittel für Kulturen gegen Wildverbiss, v. Tübeuf: Biologische Bekämpfung von Pilzkrankheiten der Pflanzen, Haase: Der Kienzopf, Preuß:

Lehrbuch des Flintenschießens, Weber: Jahresbericht über die Fortschritte des Forstwesens.

In dem Kapitel „Fischereiwesen“ werden u. a. erwähnt: Schieman: Die Wanderungen unserer Süßwasserfische im Binnenlande, Schulz: Wie kommen die Fische in Gewässer, wo vorher keine waren?, Waser: Der Hecht und seine wirtschaftliche Bedeutung, Seydel: Neue Untersuchungen über das Wachstum des Aales, Hofer: Städtische Abwässer und Fischzucht, v. Alten: Hydrobiologische Studien über Flüsse und Kaliabwässern, Eberts: Zum Fischereigesetzentwurf und die Vertretung der Fischerei bei den mit der Durchführung des Preuß. Wassergesetzes betrauten Behörden, Vink: Bemerkungen zum Fischereigesetz-Entwurf.

E.

Jagd-Abreißkalender 1916. Herausgegeben von der Deutschen Jägerzeitung. Verlag J. Neumann. Neudamm. Preis 2 Mk.

Außer dem Kalendarium enthält der Kalender wertvolle Anleitung zur Jagdpflege und Ausübung. Er ist zugleich eine Zierde für das Zimmer eines jeden Jagd- und Forstmannes.

E.

„Waldbheil“, Kalender für deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1916. Vereinskalender des Vereins Rgl. Preuß. Forstbeamten. Achtundzwanzigster Jahrgang. 1. Teil: Taschenbuch; II. Teil: Forstliches Hilfsbuch. Neudamm, Verlag von J. Neumann. Ladenpreis: Ausgabe A = 1,60 Mk., Ausgabe B 2 Mk.

Die Form von Teil I des allbekannten Kalenders ist unverändert. Teil II enthält folgende Abschnitte: 1. Das Forst- und Jagdjahr (die Forst-, Jagd- und Fischereigeschäfte in den einzelnen Monaten; Schonzeitkalender; Begattungs-, Satz- und Brutzeiten des Wildes; Schrotbezeichnung); 2. Forsteinrichtung und Wertberechnung (Schätzungshilfen; Ertragstafeln, Formzahlen, Sortimentstafeln, Formeln zu Wertberechnungen, Rententafeln, Preisflächentafeln, Zuwachsermittlungen, Wassergerhalte der Schichtmasse usw.); 3. Kulturen und Wegebau (Pflanzenmengen, Kulturekosten, Samenmengen, Hilfstafeln für Wegebau usw.); 4. Holzhandel und Statistik (Eisenbahntarife, Holzpreise, Holzertträge, Nutzholz, Ein- und Ausfuhr, Brennstoff, Rohlenausbeute, Gewichte der Rinde und des Holzes, Schwindeprozent, Rindenprozent, Taxtklassen für Langholz); 5. Verschiedenes (Trächtigkeitskalender, Vogelschutzgesetz, Post und Telegraph).

Wild- und Hundkalender. Taschenbuch für deutsche Jäger. XVI. Jahrgang. 1916. Herausgegeben von der illustrierten Jagdzeitung „Wild

und Hund.“ Berlin. Verlagsbuchhandlung Parey. 1916. Preis 2 Mk.

Dieser allbekannte Kalender ist pünktlich für das Jahr 1916 in bewährter Form erschienen. In ihm finden wir zunächst das Kalendarium und die üblichen Tabellen. Sodann sind die Schonzeiten, Abschüsse regeln, Weidmannssprache, Verhalten bei Zusammenstößen mit Jagdfrevelern, jagdliche Naturgeschichte des Wildes, Anlage von Wildbädern und Hochsitzen, Beschreibung der Jagdgewehre, Beschußstempel, Verfaß von Wild, Präparieren der Rehgehörne, Wildfütterung, Jagdhunde, Schußwirkungen und vieles andere mehr. Der Kalender ist kurz und übersichtlich dargestellt.

E.

Deutscher Forstkalender des deutschen Forstvereins für Böhmen. 1916. IX. Jahrgang. Bearbeitet von Dr. Richard Grieb, Direktor der Deutschen Forstschule in Eger, staatlich geprüfter Forstwart, Bezirks-Forsttechniker, Zivil-Geometer usw. Eger 1916. Druck und Verlag von J. Robitsch & Gschihay, Eger. Preis 2,60 R.

In diesem, besonders in den Kreisen der deutschen Forstleute Böhmens, beliebten Kalender finden sich neben dem Kalendarium und Tagesmerkblättern Kreisflächen-, Walzen-, Massen-, Formzahl-, Ertrags- und Tafeln, Angaben über die Zeit der Blüte, der Samenreife und des Samenabfalls der verschiedenen Holzarten, über den Samen- und Pflanzenbedarf bei Kulturen, über das Gewicht des Holzes, den Holzhandel und Transport, den deutschen Holzolltarif, sowie eine Anleitung für die erste Hilfe bei Unglücksfällen.

E.

Forst- und Jagdkalender 1916 Begründet von Schneider (Eberswalde) und Judeich (Charlottenburg). Sechshundsechzigster Jahrgang. Bearbeitet von Dr. M. Neumeister, Geh. Oberforstrat und Oberforstmeister in Dresden, und M. Reglaff, Rechnungsrat im Rgl. Preuß. Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. In zwei Teilen. I. Teil: Kalendarium, Wirtschafts-, Jagd- und Fischereikalender, Hilfsbuch, verschiedene Tabellen und Notizen. Berlin. Verlag von Jul. Springer, 1916. Ausgabe A in Leinw.: 2 Mk., in Leder: 2,50 Mk. „ B „ „ : 2,20 „ „ „ : 2,70 „

Der Jahrgang des altbewährten Forst- und Jagdkalenders für 1916 weist Veränderungen in den Wildschonbestimmungen des Königsreichs Sachsen und eine andere Formel für die Berechnung des Krümmungshalbmessers bei Wegkurven nach.

Was den II. Teil anbelangt, der i. J. 1915 überhaupt nicht erschienen ist, wird im Vorwort zu Teil

merkt, daß derselbe in diesem Jahre kaum noch rechtzeitig erscheinen könne, weil die Personalverhältnisse durch den Krieg wesentlich gestört worden seien.

E.

Preussisches Förster-Jahrbuch für 1915.

Ein Ratgeber für die preussischen Kron- und Staatsbeamten. VI. Bb. Herausgegeben zum Teil nach amtlichen Quellen von der Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung. Neudamm 1915. Verlag von J. Neumann; 1915. Preis 3 M.

Der vorliegende Band enthält neben den forstlichen Gesetzen und Verwaltungsbestimmungen, die seit im Erscheinen des letzten Bandes ergangen sind, in erster Linie alle Vorschriften, die für den im Felde stehenden und für den kriegsinvaliden Staatsforstbeamten sowie für seine Familie von Bedeutung sind. Von besonderem Interesse sind ferner zwei, in das Personalgebiet fallende Nachweisungen, von denen die eine sämtliche nach Beendigung des Krieges zu be-

stehende Oberförsterstellen, die andere die für die Ernennung zum Förster o. R. maßgebende Reihenfolge der ältesten Forstversorgungsberechtigten aufweist. Im übrigen ist Einteilung und Stoff, dem der früher erschienenen Bände gleich.

E.

Der Förster. Land- und forstwirtschaftlicher Kalender für Forstschutzbeamte. 1916. Herausgegeben vom praktischen Forstmann Th. Conrad. Preis: Kleine Ausgabe (2000 Nummern zur Abzählungstabelle) in Weinw. 1,50 Mk., in Lederb. 2 Mk.; große Ausgabe (4000 Nummern zur Abzählungstabelle) in Weinw. 1,80 Mk., in Lederb. 2,30 Mk. Graubenz, Gust. Röhres Buchdruckerei und Verlag „Der Gesellige“. 1915.

Dieser Kalender erscheint nunmehr im 30. Jahrgange. Die Einrichtung des Kalenders, die sich bewährt hat, ist im wesentlichen die gleiche wie bei den früheren Jahrgängen. Auch die Preise sind unverändert geblieben.

E.

B r i e f e.

Aus Baden.

Begünstigung des Eichelaußschlages 1915, Vollzug der Hiebspläne für 1916, Nuzbarmachung von Waldsamen.

Die Großherzogliche Forst- und Domänenverwaltung hat in bemerkenswerten Entschlüssen in obigen Betreff Anordnungen an die unterstellten Forstämter erlassen, aus denen die nachfolgenden kurzen Angaben für weitere Kreise Interesse bieten dürften.

Infolge der überaus reichen Eichelmast des vorigen Herbstes hat sich in den meisten mit Eichen bestandenen Waldungen eine mehr oder weniger gute Eichenbestimmung eingestellt, die es als geboten erscheinen läßt, zur Erhaltung des natürlichen Eichenaußschlages in den Hoch-Überführungs- und Mittelwaldungen durch Aufsichtung dunkler Orte in angemessenem Umfange Bedacht zu nehmen.

Im Hoch- und Überführungs- und Mittelwald sind Hiebe zunächst in den Abteilungen vorzusehen, die bereits in der Verjüngung liegen oder in denen nach dem Einrichtungswerke mit der Verjüngung zu beginnen ist; in zweiter Linie in solchen Beständen, die nach Ablauf der Einrichtungsperiode voraussichtlich zur Verjüngung herangezogen werden müssen. Bei der Auswahl der Hiebe ist besonders zu prüfen, ob die zu schaffende Verjüngung im allgemeinen Verjüngungsgang der Unterabteilung durchgeführt werden kann. Vor-

allem sollen die besseren Flächen der I. und II. Standortsklasse berücksichtigt werden. In größeren Waldungen wäre den Besamungsflächen eine verhältnismäßig größere Ausdehnung zu geben als in den kleineren; sehr wichtig wegen der Möglichkeit der rechtzeitigen Führung der Nachhiebe.

In Mittelwaldungen dürfte es im allgemeinen genügen, außer einzelnen Nachhieben in den jüngsten Schlägen, vornehmlich im neuen Hiebsschlag an besamten Stellen das Oberholz zu lichten, in den 2–3 nächsten Schlägen sich aber nur auf die Durchlichtung des Unterholzes zu beschränken.

In Anbetracht des wohl auch im nächsten Winter zu erwartenden schwierigen Abfahres der Eichen- und Buchenholz werden in Mischbeständen zwecks Aufsichtung vielfach die den Nutzholzeichen benachbarten Föhler entnommen werden müssen, die leichter verkäufliches Nutz- und Brennholz liefern. Zur Vermeidung größerer Hiebsüberschreitungen wie bei Arbeitermangel empfiehlt sich statt Richtung im stärkeren Holz die Beseitigung verdämmenden Unterstandes. Etwa notwendige Abweichungen von dem 10 jährigen Wirtschaftsplan sind bei Vorlage des Hiebsplanes zu vermerken.

Diese sachgemäßen Richtlinien ermöglichen es dem Wirtschaftler eine entsprechende freie Bestandswirtschaft durchzuführen. Infolge der Einberufungen zum Kriegsdienst wird in vielen Forstämtern Mangel an Holzhauern zu gewärtigen sein. Zur Verminderung eines

etwaigen Arbeitermangels wird es etwas beitragen, wenigstens die Brennholzhiebe ausnahmsweise in stärkerem Holz zu führen. An Vertlichkeiten mit großer Verbringungsweite soll tunlichst wenig gehauen werden. Bei empfindlichem Arbeitermangel wird die Einstellung von Kriegsgefangenen zu erwägen sein. Wegen des zu erwartenden großen Pferdemangels ist empfohlen, die Hiebe im Hügel- und Berglande soviel als möglich an Orten mit gut fahrbaren Wegen und nicht zu weit von den Verbrauchsorten entfernt zu legen, damit insbesondere die der ländlichen Bevölkerung angehörigen Holzkäufer sich des Kufuhrwerks bedienen können.

Mit Rücksicht auf den teilweisen Mangel an Stroh und Futtermitteln zur Viehhaltung, sowie auf die Knappheit an Fetten und Speiseölen zum menschlichen Verbrauch sollen die Eiweiß, Stärkmehl und Fett enthaltenden Waldsamen nach Möglichkeit für die Gesamtwirtschaft nutzbar gemacht werden.

Als solche Waldsamen kommen in Betracht die Früchte von Buche, Eiche, Ahorn und Esche, ganz untergeordnet auch von Kiefer, Linde und Kieferkastanie.

Stärkmehlhaltig sind die Früchte von Eiche, Buche, Ahorn und Kieferkastanie. Del liefern Bucheln (21 v. H.), Samen von Linden bis 58 v. H. und Esche bis 26 v. H. In Domänenwaldungen ist die Gewinnung von Waldsamen ohne Beschränkung freigegeben. Auf die waldbesitzenden Gemeinden und Körperschaften sowie auf die Besitzer größerer Privatwaldungen wäre hinzuwirken, daß sie in gleicher Weise verfahren, wenigstens aber das Sammeln der Samen gegen Entgelt gestatten.

Die Buche, deren Samen weitaus am vorteilhaftesten zu Del verarbeitet werden, läßt in Baden in den meisten Bezirken eine Sprengmast, nach einer umfassenden Zusammenstellung namentlich im Norden von Deutschland eine ziemlich reichliche Ernte erwarten, so daß die Delgewinnung aus Buchefnern immerhin Bedeutung gewinnen kann. Der Ertrag von Eichen ist nach der überaus reichen Mast des Vorjahres nur im Rheintal und da nur spärlich zu erwarten. Er ist, nebenbei bemerkt, auch im übrigen Deutschland mit wenigen Ausnahmen sehr mäßig. Soweit der Verbrauch der Samen durch die Sammler selbst nicht stattfindet, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin W. 35 Potsdamerstraße 80 für gute Ware in gesunder Beschaffenheit frei Waggon ab Verladestelle bezahlt für je 100 kg

Eicheln lufttrocken (höchstens 40 v. H. Wasser)	19 Mk.
" gebörst (" 15 " " ")	34 "
Kieferkastanie lufttrocken	15 "
" gebörst	28 "

ferner, daß der Kriegsausfluß für pflanzliche tierische Öle und Fette, Berlin W. 8, Rannstraße 29/30, bezahlt

für Bucheln lufttrocken	45 Mk.
" " gebörst	55 "
" Bindensamen lufttrocken oder gebörst .	140 "

Die ölhaltigen Samen der Esche werden am besten in den Oelmühlen verwertet. Vom Reichsanwalter sei noch angefügt, daß das Kgl. Preussische Ministerium für Landwirtschaft Domänen und Forsten einen ähnlichen Erlass herausgegeben hat.

Aus Preußen

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Holzverkauf.

Durch Erlass v. 7. September 1915 wird darauf hingewiesen, daß die Holzabfuhr durch den herrschenden Pferdemangel sehr erschwert und daher der Verkauf von Handelsholz tunlichst in die Nähe der Eisenbahnverladestellen zu legen sei. Damit diese Maßnahmen in größerem Umfange ausgeführt werden können, werden die Regierungen ermächtigt, selbständig solche Bestände, die in der Nähe einer Eisenbahnverladestelle liegen und hauptsächlich Gruben- und Schwellenholz liefern, im kommenden Wirtschaftsjahre auch dann zu verkaufen, wenn sie nicht der ersten Periode angehören. Voraussetzung ist, daß gute Preise erzielt werden können. Daß besondere Gründe, wie z. B. die Rücksicht auf die Viehpreise, nicht dagegen sprechen.

Weiter werden die Regierungen durch Erlass v. 2. Oktober 1915 auch für das Jahr 1916 ermächtigt, die bedürftigen Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Soldaten und den gefallenen Waldbewerker der Staatsforsten zum eigenen Wirtschaftsverkehr Reisigholz — mit Ausnahme der I. Klasse — gegen Zahlung eines Viertel des Taxpreises abzugeben.

In einer Eingabe richtet der Sägewerksverband in Berlin die Bitte an den Oberlandforstmeister, den Regierungen darauf hinzuwirken, daß eine möglichst schnelle Uebergabe der Schläge statfinde, damit den Käufern die Abfuhr des Holzes zur Winterzeit ermöglicht werde, da während der vergangenen Winterperiode der Abtransport der Hölzer aus dem Wald bei Frühjahrswetter mit ungeheuren, nicht vorherzusehenden Kosten zum Schaden der Holzkäufer verbunden gewesen sei. Durch Erlass v. 12. Oktober 1915 hat der Minister demgemäß die Oberförster angewiesen, diesem Wunsche tunlichst Rechnung zu tragen.

Ferner haben mehrere Firmen der Holzverkohlungsinindustrie mitgeteilt, daß sie große Mengen von Buchenholz zur Herstellung unentbehrlicher Kriegshilfsstoffe vor allem des zur Bereitung des rauchschwachen Pulvers

ers erforderlichen Acetons, nötig haben, und endlich
 fi aus Kreisen der Handels- und Gewerbetreibenden
 der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, daß in den
 Staatswaldungen auf den Einschlag von Brennholz
 nicht genügend Bedacht genommen werden würde, um
 den Bedarf der Gewerbe und der Bevölkerung an
 Brennholz zu erfüllen und das Ansteigen der Brenn-
 holzpreise auf unerträglich hohe Höhe zu vermeiden.

Hieraus nahm der Minister für Landwirtschaft,
 Domänen und Forsten Veranlassung, die Rgl. Re-
 gierungen in einem Erlaß vom 27. Oktober 1915 da-
 rauf hinzuweisen, daß beim Einschlage auf die Er-
 füllung des Brennholzbedarfes und insbesondere auf den
 Bedarf der Holzverkohlungsanstalten genügend Rück-
 sicht genommen wird. Voraussetzung für eine Ver-
 stärkung des Brennholzhiebes sei jedoch, daß ange-
 messene Preise in Aussicht stünden.

Durch Nutzung von solchen Beständen, die haupt-
 sächlich Brennholz lieferten, sowie durch Ausführung
 von Brennholzburchforstungen werde es möglich sein,
 den Bedarf zu befriedigen, ohne Kuchholz zu unzu-
 reichenden Preisen verkaufen zu müssen. Voraussicht-
 lich werde sich auch Reisig und Stockholz besser als
 bisher verwerten lassen.

Die Regierungen werden ferner durch Erlaß vom
 27. Oktober 1915 ermächtigt, Bestände, die haupt-
 sächlich Brennholz liefern und zu wertvollen Kuchholz-
 beständen nicht heranwachsen werden, zu nutzen, wenn
 sie zwar nicht der ersten Wirtschaftsperiode angehören,
 aber in der Nähe von Eisenbahnverladestellen oder
 von Brennholz beanspruchenden Ortschaften liegen und
 gute Preise abbedungen sind oder sicher auf solche zu
 rechnen ist.

Allerhöchsten Erlaß, betr. die Anrech-
 nung der Jahre 1914 und 1915 als Kriegs-
 jahre.

Durch Allerhöchsten Erlaß v. 7. September 1915
 wird folgendes bestimmt:

Als Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege
 gelten:

1. Die Angehörigen des deutschen Heeres, der
 Marine, der Schutz- und Polizeitruppen in den Schutz-
 gebieten, die während des Krieges an einer Schlacht,
 einem Gefecht, einem Stellungskampf oder an einer
 Belagerung teilgenommen haben, gleichgültig, ob diese
 Teilnahme bei den deutschen oder den Streitkräften
 eines mit dem deutschen Reiche verbündeten oder be-
 freundeten Staates erfolgt ist,

2. die Angehörigen des deutschen Heeres, der Ma-
 rine, der Schutz- und Polizeitruppen, die, ohne vor
 den Feind gekommen zu sein, sich während des Krieges
 1916

aus dienstlichem Anlaß mindestens zwei Monate im
 Kriegsgebiete aufgehalten haben.

Als Kriegsgebiet sind anzusehen:

a) Das Gebiet der Staaten, mit denen das deutsche
 Reich und die mit ihm verbündeten oder befreundeten
 Staaten sich im Kriege befinden, einschließlich der Kolo-
 nien dieser Staaten und Luxemburg,

b) sämtliche deutsche Schutzgebiete,

c) die Gebietssteile des deutschen Reichs und der
 mit ihm verbündeten oder befreundeten Staaten, so-
 weit in ihnen kriegerische Operationen stattgefunden
 haben,

d) das gesamte Meeresgebiet und

e) das Küstengebiet, soweit sie vom Feinde ge-
 fährdet sind.

Eine Anrechnung von Kriegsjahren auf Grund
 der Ziffer 2 unter c, d, e findet nur für diejenigen
 Personen statt, die sich in den bezeichneten Gebiets-
 teilen, im Falle c während der Dauer kriegerischer
 Operationen, im Falle d, e während ihrer Gefährdung
 durch den Feind aufgehalten haben.

In zweifelhaften Fällen entscheidet darüber, ob die
 räumlichen und zeitlichen Voraussetzungen zu c vor-
 liegen, die oberste Marineverwaltungsbehörde. Diese
 bestimmt auch, bis zu welchen Grenzen Einbuchtungen
 und Häfen als Meeresgebiet anzusehen sind.

Denjenigen Kriegsteilnehmern, die sowohl im Ka-
 lenderjahr 1914 wie im Kalenderjahr 1915 die vor-
 stehenden Bedingungen erfüllt haben, sind zwei Ka-
 lenderjahre anzurechnen.

* * *

Gebühren für die zur vorübergehenden
 forstlichen Verwendung beurlaubten
 kriegsinvaliden Jäger.

Nach dem Min.-Erlasse vom 13. November 1915
 erhalten die von der Militärverwaltung zur vorüber-
 gehenden forstlichen Verwendung beurlaubten Jäger
 neben den Beschäftigungsgeldern Dienstkleidungszu-
 schüsse, sowie freies Brennholz oder eine bare Brenn-
 holzentanschädigung, soweit sie einer zu diesen Bezügen
 berechtigten Beamtenklasse angehören. Dienstklei-
 dungszuschüsse sind aber nur dann zu bewilligen, wenn
 die Jäger während der forstlichen Verwendung die
 Walduniform tragen.

Den gelernten Jägern, die noch nicht zur Klasse A
 verpflichtet sind, stehen demnach nur die Beschäftigungs-
 gelder zu. Sie haben, da sie noch nicht auf Forst-
 versorgung dienen, weder die Pflicht, noch das Recht
 zum Tragen der Walduniform.

Die den Urlaubern für die Hin- und Rückreise
 neben dem Ersatz der Ausgaben für Militärfahrtarten

zu zahlenden gesetzlichen Reisetagegelder sind in Höhe der vollen Sätze zu gewähren.

* * *

Miets- und Brennholzentzündung für diejenigen Familien von Kriegsteilnehmern, welche die Dienstwohnung haben verlassen müssen.

Durch Erlaß v. 28. Juni 1915 wurde von dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

„Hat die Familie eines zur Fahne einberufenen oder freiwillig eingetretenen Staatsforstbeamten aus Gründen, die die Rgl. Regierung als triftig anerkennt, die Dienstwohnung verlassen und eine Mietswohnung bezogen, so ist dem Stelleninhaber die Dienstwohnung für die Dauer ihrer Mitbenutzung als solche zu entziehen und hiernach eine Miets- und eine bare Brennholzentzündung zu gewähren. Die Mietsentzündungen haben sich innerhalb des Höchstsatzes zu halten, der für die Ortsklasse des bisherigen Amtssitzes des Kriegsteilnehmers vorgeschrieben ist. Bleibt das Mobiliar und das tote Inventar des Stelleninhabers während der Dauer der Entziehung der Dienstwohnung ganz oder teilweise in dieser, so hat der Beamte für die Nutzung der Dienstwohnung als Aufbewahrungsraum eine jährliche Vergütung zur Forstklasse zu entrichten, die in der Regel auf etwa „eine Mark“ für jedes volle Tausend desjenigen Betrages zu bemessen ist, zu welchem die aufbewahrten Gegenstände gegen Feuer versichert sind. Im Einzelfalle hiervon abweichende Festsetzungen zu treffen, bleibt den Rgl. Regierungen überlassen, besonders auch dann, wenn eine Feuerversicherung nicht abgeschlossen worden ist und der Versicherungsbetrag nicht festgestellt werden kann.“

Ein weiterer Erlaß vom 15. November 1915 trifft hierzu noch folgende ergänzende Bestimmung für diejenigen Familien der am Kriege teilnehmenden Forstbeamten, denen keine Dienstwohnung überwiesen ist: „Hat die Familie eines zur Fahne einberufenen oder freiwillig eingetretenen Staatsforstbeamten, dem keine Dienstwohnung überwiesen ist, aus Gründen, die die Rgl. Regierungen als triftig anerkennen, den zugewiesenen Amtssitz verlassen und muß die bisherige Naturallieferung der freien Feuerung insoweit eingestellt werden, so ist eine bare Brennholzentzündung zu gewähren. Voraussetzung hierfür ist, daß die Familie nicht etwa unentgeltliche Aufnahme gefunden hat, sondern daß ihr zum mindesten Feuerungskosten erwachsen. Auch wenn die Familie an dem bisherigen Amtssitz geblieben ist, kann die Umwandlung der Brennholzlieferung in eine Holzvergütung erfolgen usw.“

* * *

Winterfütterung der Vögel.

Sinsichtlich der Winterfütterung der Vögel hat das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 22. Oktober 1915 folgende allgemeine Verfügung erlassen:

„Wie in der kleinen Schrift „Fütterung der Vögel“ nach Freiherrn v. Berlepsch von Martin Giesemann unter Abschnitt II B „Winterfütterung“ des näheren ausgeführt ist, bedürfen gerade unsere nützlichen Vögel, Meisen, Kleiber, Spechte u. a. bei Witterungsverhältnissen, die ihre gewöhnlichen Nahrungsquellen unzugänglich machen, wie Raufreif und Glätteis, der künstlichen Ernährung, da sie infolge ihres raschen Stoffwechsels in wenigen Stunden der Entbehrung zu Grunde gehen. Nach der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 15. Juli 1915 sind Raps, Rübsen, Hederich, Dotter, Mohn, Leinsamen und Hanfsamen beschlagnahmt, und auch Sonnenblumenkerne werden im Handel schwer zu haben sein. Nun hat allerdings der Herr Reichskanzler auf Grund des § 9 dieser Verordnung genehmigt, daß der Kriegsausfluß, soweit dies seine Vorräte erlauben, den folgenden Verteilungsstellen von den beschlagnahmten Oelfrüchten die für Vogelfutter nötigen Mengen überläßt:

1. für Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen der Firma Adolf Rappaport-Charlottenburg,
2. für Schlesien und Posen der Firma Bernh. Jos. Grund-Breslau,
3. für Bayern und Pfalz der Firma Joh. Schmitt-München,
4. für die Hansestädte, Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg der Firma Karl A. Grütter u. Komp. in Hamburg,
5. für Königreich Sachsen, Provinz Sachsen, Thüringische Staaten der Firma J. O. Rohleder-Weipzig,
6. für Rheinland, Westphalen, Hessen und das übrige Süddeutschland einschließlich Elsaß-Lothringen der Firma De Haen Carstanjen & Söhne-Düsseldorf.

Da jedoch nicht feststeht, welche Mengen abgebar sind, und es jedenfalls angezeigt ist, von dieser Genehmigung nur im Notfalle Gebrauch zu machen, empfiehlt es sich, bei der Vogelfütterung den Mangel an Oelfrüchten nach Möglichkeit durch Aushängen von Kadavern usw. auszugleichen. Besonders in größeren Waldungen muß mit dem Aushang alsbald begonnen werden, um die Vögel an die Futterplätze rechtzeitig zu gewöhnen. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, wie wertvoll die Erhaltung dieser nützlichen Vögel für unsere Land- und Forstwirtschaft ist.

* * *

Begriff der Uniform. § 360 Abs. 1 Nr. 8 St. G. B.

Ueber den Begriff der Uniform hat das Reichsgericht durch Urteil vom 4. April 1914 eine wichtige Entscheidung getroffen, welche unzweifelhaft die vielfach, auch besonders unter Privatforstbeamten verbreitete Ansicht widerlegt, daß eine Zuwiderhandlung gegen § 360 Nr. 8 dann nicht vorliege, wenn jemand eine Berufskleidung so einrichte, daß sie in geringen Punkten von der Uniform der Staatsbeamten abweiche.

In dem vorliegenden Falle war A. wegen unbefugten Tragens einer Uniform verurteilt worden. Seine Revision hatte keinen Erfolg. „Die Annahme des Landgerichts, daß die von A. getragene Kleidung als eine „Uniform“ anzusehen war, läßt keinen Rechtsirrtum erkennen. Insbesondere genügt für den Begriff der Uniform im Sinne des § 360 Abs. 1 Nr. 8 St. G. B. die Feststellung, die Kleidung des A. habe nach ihrem Gesamteindruck, trotz der kleinen Abweichungen von der echten Uniform eines Angehörigen der Schutztruppe in sämtlichen Teilen, doch eine derartig auffallende Ähnlichkeit mit der Schutztruppenuniform gezeigt, daß jeder, der nicht deren Einzelheiten genau kennt, getäuscht wurde.“

Das was hier für die Schutztruppenuniform gesagt ist, gilt selbstverständlich auch für jede andere

Uniform, also auch für die Uniform der Rgl. Forstbeamten.

Sammeln abgeworfener Hirschstangen.

Durch eine Polizeiverordnung des Reg.-Präsidenten zu Gumbinnen vom 2. Februar 1900 ist das unbefugte Suchen und Sammeln von Geweihen oder einzelnen Stangen von Rothhirschen in den Rgl. Forsten bestimmter Kreise verboten und mit Strafe bedroht worden. Ein auf Grund dieser Polizeiverordnung wegen unbefugten Sammelns von Hirschgeweihen Verurteilter hat gegen das betr. Urteil Revision eingelegt und behauptet, daß die Polizeiverordnung ungültig sei, weil dem Regierungspräsidenten die Berechtigung gemangelt habe, sie zu erlassen. § 6a des preuß. Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 habe die Grundlage der fraglichen Polizeiverordnung nicht abgeben können, weil hier, bei den Geweihen und Stangen kein Eigentum in Frage stehe. Dementgegen hat das Reichsgericht durch Urteil vom 16. März 1914 die Revision mit der Begründung verworfen, daß die fragliche Polizeiverordnung den Schutz des Jagdrechts bezwecke und daß dieses nur ein Ausfluß des Eigentums sei. Es brauche deshalb nicht erörtert zu werden, inwieweit andere Vorschriften jenes Gesetzes den Ausgangspunkt der Verordnung gebildet haben, gegen deren Rechtsgültigkeit auch im übrigen keine Bedenken vorlägen.

Notizen.

A. Festsetzung der Höchstpreise für Wild.

Auf Grund der im Dezemberheft 1915 mitgeteilten Verordnung des Bundesrats vom 28. Oktober 1915 hat der Reichskanzler unter dem 22. November 1915 über die Regelung der Wildpreise folgendes bestimmt:

I. Der Preis für Wild darf beim ersten Verlaufe für beste Ware folgende Sätze nicht überschreiten:

bei Rot- und Damwild für 0,5 kg mit Felle	0,60 M.
Rehwild " " " "	0,70 "
Wildschweinen " " " (Schwarte)	0,55 "
Hasen für das Stück mit Fell (Balg)	3,75 "
Raninchen " " " "	1,00 "
Hasenbühnen " " " " Federn	2,50 "
Hasenbühnen " " " " "	1,75 "

Diese Preise gelten nicht für den Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht Mengen von mehr als 10 kg zum Gegenstand hat.

II. Insofern für Wild gemäß § 4 der Verordnung des Bundesrats vom 28. Oktober 1915 Höchstpreise für die Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher festgelegt werden, dürfen sie für beste Ware folgende Sätze nicht überschreiten:

bei Rot- und Damwild für 0,5 kg	1,40 M.
Rehwild " " " "	1,80 "
Wildschweinen " " " "	1,10 "

bei Hasen für das Stück ohne Fell	4,50 M.
" Hasen " " mit "	5,00 "
" Raninchen " " ohne "	1,30 "
" Raninchen " " mit "	1,60 "
" Hasenbühnen für das Stück mit Federn	3,50 "
" Hasenbühnen " " ohne "	2,50 "

Bei abweichender Anordnung der Grundpreise gemäß § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 28. Oktober 1915 tritt eine entsprechende Änderung dieser Sätze ein.

III. Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Dezember 1915 in Kraft.

Der Magistrat von Berlin erläßt nun weiter eine Verordnung, wonach der Preis für 0,5 kg bester Ware im Kleinhandel folgende Preise nicht übersteigen darf:

a) bei Rot- und Damwild:

für Reulen und Filtrüden	1,40 M.
für Oberrücken	0,90 "
für Blätter	0,80 "
für Kochfleisch	0,50 "

b) bei Rehwild:

für Reulen und Rücken	1,80 "
für Blätter	1,20 "
für Kochfleisch	0,50 "

c) bei Wildschweinen:	
für Keulen und Felletrüden	1,10 M.
für Ober Rücken und Wampe	0,90 "
für Blätter	1,10 "
für Kochfleisch	0,30 "
d) bei Hasen:	
im ganzen mit Fell	5,00 "
im ganzen ohne Fell	4,50 "
für 1 Rücken	2,00 "
für 2 Keulen zusammenhängend	2,00 "
für 2 Bäue zusammenhängend	0,50 "
für Häuten und Spitzen eines Hasen bis zu	1,50 "
e) bei Kaninchen:	
ohne Fell	1,30 "
mit Fell	1,00 "
f) bei Fasanen:	
für Hähne	3,50 "
für Hennen	2,50 "

B. Ueber Vogelschutz.

Die Tatsache, daß die Vogelwelt unserer Zeit in ihrem Bestand die Merkmale der Auflösung und Vernichtung zeigt, hat seit langen Jahren die Frage nach einem Vogelschutz mehr oder weniger stark in die Öffentlichkeit gestellt. Man kann zwei grundlegende Formen des Vogelschutzes unterscheiden; einmal den rein gesetzlichen, der vornehmlich die Tötung bestimmter Vogelarten verbietet und unter Strafe stellt; auf der anderen Seite den noch weitergehenden Vogelschutz, der den Vögeln eine Erleichterung der Lebensbedingungen durch jegliche Mittel zu schaffen sucht, wie leichte Brutgelegenheit oder Stellung von Futter.

Was den gesetzlichen Vogelschutz anbelangt, so wäre es ein Irrtum, annehmen zu wollen, daß es erst unserer Zeit vorbehalten bliebe, den humanen Gedanken des Vogelschutzes auszusprechen. Schon um 1300 bestanden Vogelschutzgesetze; so erließ im Jahre 1335 der Rat der Stadt Zürich eine Verordnung, nach welcher alle Vögel, ob groß, ob klein, sofern sie Mücken oder anderes Gewürm vertilgen oder vertreiben, vom Fang ausgeschlossen wurden. Besonders wurde die Wachtel geschützt. Wer gegen diese Verordnung verstieß, wurde mit einer Strafe von 5 Schillingen oder 24 Mart belegt. Wilbe Enten dagegen durfte man sowohl mit dem Netz, wie auch merkwürdiger Weise mittels Leim jederzeit fangen. Auch der Rat der alten Hansestadt Lübeck erließ im Jahre 1483 eine ähnliche, den Vogelschutz betreffende Verordnung. Man sieht also, daß die Bestrebungen des Vogelschutzes uralte sind. Vor allen Dingen soll man den Vogelschutz nicht allein im Sinne einer Liebhaberei aus ethischen oder ästhetischen Gründen auffassen, sondern sich stets vor Augen halten, daß der Vogelschutz eine sehr wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen hat. Daß unsere Singvögel durch die Insektenvernichtung der Land- und Forstwirtschaft einen großen Nutzen stiften, ist zweifellos, daran ändert auch nichts die Tatsache, daß der eine oder andere Sänger in seiner Nahrungswahl auch hin und wieder Schaden stiftet. Jedenfalls überwiegt der Nutzen den Schaden bei weitem.

Wir wollen zunächst in eine Erörterung des gesetzlichen Vogelschutzes eintreten und uns insbesondere den Maßnahmen zuwenden, die Deutschland hier getroffen hat. Die ersten staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vogelschutzes ergriff Deutschland durch das Reichsgesetz vom 22. März 1888, das durch das Reichsgesetz vom 30. Mai 1908 abgeändert wurde. Durch dieses Gesetz wurde ein allgemeines Verbot gegen das Zerstreuen und Ausheben von Nestern oder Brutstätten der Vögel geschaffen, das im gleichen Sinne für Vogeleger gilt und das sich insbesondere auch auf die Tötung von Jungen

erstreckt. Als Folge dieses Verbots ist auch der Kauf und Verkauf, wie auch die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Nestern, Eiern und Brut aller in Europa heimischen Vogelarten untersagt. Ausgenommen hiervon sind die Eier von Möven und Rebhühnern. Es ist ferner entgegen diesen gesetzlichen Bestimmungen erlaubt, Nester von Wohnhäusern und aus dem Innern von Hofräumen zu entfernen. Das Vogelschutzgesetz von 1908 untersagt ferner ganz allgemein jeden Vogelfang, solange der Boden mit Schnee bedeckt ist. Sobald also die Jahreszeit schneefrei ist, erlaubt das Gesetz den Vogelfang allerdings mit erheblichen Einschränkungen. Das Gesetz verbreitet sich über die verschiedenen Arten des Vogelfanges, und errichtet für die folgenden Arten ein Verbot. Gesetzlich untersagt ist hiernach das Fangen von Vögeln mittels Leimes oder Schlingen; das Fangen und die Erlegung mittels Netzen oder Waffen während der Nachtzeit. Die Nachtzeit umfaßt den Zeitraum, der eine Stunde nach Sonnenuntergang beginnt und eine Stunde vor Sonnenaufgang endet. Wer den Vogelfang mit Körnern oder anderen Futterstoffen betreibt, darf hierbei weder bewußt noch giftige Bestandteile beimischen. Die Anwendung von gebundenen Lockvögeln ist streng verboten. Ferner dürfen bei dem Vogelfang keine Fallkäfige oder Fallkästen, Keulen, große Schlag- und Zugnetze, sowie sonstige über das Feld oder im Wald aufgespannte Netze benutzt werden. Dem Bundesrat bleibt es vorbehalten, jedes andere Fangmittel zu verbieten, das der Massenvertilgung von Vögeln dient.

Nach dem Vogelschutzgesetz ist in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober jeder Fang, Ankauf und Verkauf europäischer Vögel untersagt. Auch hat in dieser Zeit jeder Transport lebender wie toter Vögel zu unterbleiben. Für Meisen, Kleiber und Baumläufer gilt dieses Verbot das ganze Jahr. Von diesem Schutz sind nun solche Vögel ausgenommen, die dem jagdbaren Feder- und Haarwild, dessen Brut und Jungen nachstellen. Auch die sogenannten Fischräuber unter den Vögeln bleiben schutzlos. Das Vogelschutzgesetz läßt noch weitere gewisse Ausnahmen zu. Wenn nämlich Vögel in Weinbergen, Gärten, bestellten Feldern, Baumpflanzungen und Schomngen Schaden anrichten, so können die hierfür von den Landesbehörden bestimmten Behörden den Geschädigten die Erlaubnis erteilen, innerhalb der betroffenen Vertriebszeit mit Feuerwaffen die Tötung der Vögel vorzunehmen. Der Verkauf dieser erlegten Vögel ist jedoch nicht gestattet. Die Behörden sind weiter ermächtigt, Ausnahmen für Stubenvögel, für wissenschaftliche oder Lehrzwecke zu treffen. Verstöße gegen diese Bestimmungen ziehen eine Geldstrafe bis zu 150 M. nach sich oder eine entsprechende Haftstrafe. Bemerkenswert ist, daß die gleiche Strafe denjenigen trifft, der es unternimmt, die seiner Aufsicht unterstehenden Kinder oder Personen von Verletzungen des gesetzlichen Vogelschutzes zurückzuhalten. Neben der verwirkten gesetzlichen Maßnahme erfolgt noch die Einziehung der Vögel, Eier, Nester und insbesondere der Fanggeräte. Wir haben bisher die allgemeinen Bestimmungen des deutschen Vogelschutzgesetzes hier zum Ausdruck gebracht, müssen jedoch betonen, daß das Vogelschutzgesetz ausdrücklich eine ganze Reihe von Vögeln von diesem Schutz ausnimmt und zwar sind es die nachgenannten Vögel: alle Lagraubvögel mit Ausnahme der Turmfalken, Schreiadler, Seeadler, Bussarde und Gabelweihen (rote Milanen), ferner die Mäuse, Würger, Neuntöter, Sperlinge, rabenartigen Vögel, wie Rabenträuben, Nebelträuben, Saatkrähen, Eßern, Stelldhäher. Ohne Schutz bleiben weiter Wildtauben, Ringeltauben, Fohltauben, Lurkeltauben, Wasserföhner, Reiher, Rohrdommeln, Säuger, wie Sägetaucher, Lauchergänse, Kormorane, Eisstauer und Laubentaucher. Auch die im Binnenlande brütenden Möven genießen keinen Schutz.

für alle diese an sich jagdfreien Vögel besteht jedoch ein Verbot des Fangens mittels Schlingen. Das Vogel-Hukgesetz findet ferner keine Anwendung auf das im Privateigentum befindliche Federwild. Auch bleiben die nach Maßgabe der Landesgesetze jagdbaren Vögel vom Schutz ausgeschlossen. In der Hauptsache besteht also auf freier Weise für alle Singvögel ein bedingungsloser Schutz.

Ein voller internationaler Vogelschutz hat sich jedoch bis jetzt nicht durchführen lassen; mehr oder weniger erfolgreiche Bestrebungen dahin sind jedoch fast in allen Ländern im Gange. In England wurde 1908 ein Gesetz beraten, nach welchem jedermann, der sich im Besitz von Vögeln oder Federn zu Handelszwecken befindet, mit 100 M. Geldstrafe im Erstfalle belegt werden sollte; im Wiederholungsfall stieg diese Strafe schon auf 500 M. Bezüglich der Federn von Strauß und der Ebernate, sowie von Vögeln, die zu Nahrungszwecken dienen, waren ausgeschlossen. In den Vereinigten Staaten ist in den letzten Jahren ein großartiger Vogelschutz zur Entwicklung gekommen, an dem sich allerdings nicht alle Bundesstaaten der Union beteiligt haben. Die Vogelschutzbestrebungen in Amerika gehen in der Hauptsache von der großen und bedeutenden Vereinigung der „Audubon-Society“ aus, die überall eine lebhafteste Propaganda für den Vogelschutz entwickelt. Im Staate North Carolina ist diese Gesellschaft sogar zu einem Regierungsamt für Wildschutz ausgestaltet worden. Die Gesellschaft entwickelt überaus lebhafteste Werbetätigkeit für ihre Aufgaben. Broschüren mit farbigen Abbildungen werden in ungezählten Exemplaren jährlich verkauft. Vertreter der Gesellschaft halten überall Vorträge, besonders in Schulen und Jagdvereinen. Die Presse des Landes erhält regelmäßig Nachrichten; auch wird eine eigene Fachzeitschrift herausgegeben. Bei der Vorbereitung von Vogelschutzgesetzen ernennen die Vereinigten Staaten ihre Vertreter der Regierung zur Unterstützung und Beratung. So hat sich die Tätigkeit der Audubon-Society für die amerikanische Vogelwelt von großer, segensreicher Wirkung erwiesen. In Südamerika jedoch liegen die Verhältnisse in dieser Hinsicht trostlos. Hier ist immer noch der Massenmord in der Vogelwelt die Hauptpatole; besonders beklagenswert ist die Ausrottung der prachtvollen Reiher am Amazonasstrom. Alle Proteste der Kulturwelt haben hier nichts genutzt. Die Mode der Damenwelt fordert rücksichtslos ihre Opfer. Die künstliche Reihergattung scheint hier den einzigen rettenden Ausweg zu bieten.

Deutschland hat sich mit dem gesetzlichen Vogelschutz keineswegs begnügt, sondern man hat mit gutem Erfolge praktischen Vogelschutz geübt. Die Wege hierzu sind mannigfache. Von hohem Wert ist naturgemäß, den Vögeln gute Fortpflanzungsbedingungen, also sichere, unge störte Brutstätten zu beschaffen. Ein schönes, praktisches Beispiel in dieser Hinsicht hat Freiherr von Berlepsch in Gemeinschaft mit dem Grafen Wilamowitz-Möllendorf aufgestellt. Die Genannten haben von der preussischen Regierung eine kleine Nordseeinsel, den sogenannten Memmert bei Sylt, gepachtet, mit der ausschließlichen Bestimmung, daß diese Insel lediglich dem Brutgeschäft der Vögel dienen soll, zu welchem Zweck eine strenge Bewachung der Insel durch angestellte Wächter erfolgt. Kein Unberufener hat diese Insel zu betreten. Den gleichen Weg hat der Lützow-Verband „Zorbsand“ des „Deutschen Vereins zum Schutze der Vogelwelt“ beschritten. Auch die Vogelkolonie „Zorbsand“ ist an der deutschen Nordseeküste eine sehr erfolgreiche Vogelfreistätte geworden. Die Erfolge beider Freistätten waren in wenigen Jahren überraschende; es trat durch das unge störte Brutgeschäft eine starke Vermehrung der Vögel ein; es handelte sich um Silbermöven, Flußseeschwalben, Küstenseeschwalben, Austernfischer, Regenpfeifer und Zwergsee-

schwalben. Es ist dringend zu wünschen, daß die Zahl dieser Freistätten, insbesondere auch an der Ostseeküste vermehrt wird. Amerika hat mit diesen Vogelfreistätten das erste Beispiel gegeben. Da die Hutmode der Damenwelt vorzugsweise unter den Strand- und Seenvögeln, wie Reiher und Möven ihre Opfer sucht, so hat sich ein besonderer Schutz gerade dieser Vögel als notwendig herausgestellt. Auch andere Völker sind dazu übergegangen, Vogelfreistätten an den Küsten zu schaffen. So hat die dänische Regierung das große Gebiet um den Rönnebyng Fjord mit reichem Erfolge unter Schutz gestellt; in letzter Zeit haben die Holländer dem Vogelschutz eine gleiche praktische Ausführung gegeben.

Die Ursachen, welche die Abnahme bestimmter Vogelarten hervorgerufen, können verschiedener Art sein. Abgesehen von dem durch die ständige Bevölkerung betriebenen Massenmord der auf der Wanderung begriffenen Zugvögel gibt es zahlreiche Gründe, die die Vernichtung der Vögel herbeiführen können. Die starke Abnahme des Storchs bei uns beruht zweifellos darauf, daß die Zahl unserer heimischen Sümpfe durch Trockenlegung immer geringer wird. Der Sumpf ist aber dem Storch ein Lebensbedürfnis, wie der im Sumpf lebende Storch ein Hauptnahrungsmittel für den Storch bedeutet. Ueberhaupt erscheinen die Sumpfvögel in Europa von allen Vögeln am meisten von der Vernichtung bedroht. Denn in allen Ländern sucht man Sumpfgebieten durch Trockenlegung der landwirtschaftlichen oder forstlichen Kultur zu gewinnen. Auf der anderen Seite pflegen starke Abholzungen gleichfalls schädlich auf die Vogelwelt zu wirken. Der Wald ist noch immer das beste und sicherste Brutgebiet für den Vogel. Freiherr von Berlepsch hat daher mit Recht dort, wo der Wald fehlt, die Anlage besonderer Vogelschutzgehölze empfohlen. In Süddeutschland hat man dieser Anregung vielfach Folge geleistet. Nachahmung verdient ein von der Regierung des Großherzogtums Weimar-Eisenach an die Forstverwaltung gerichteter Erlaß, nach welchem alle Forste in den Dicken vom Hieb auszuschließen sind. Ebenso sind nach Möglichkeit alle Hecken, Dornen, beerentragende Bäume und Sträucher im Interesse der Vogelwelt zu schonen. Quellschlüsse sollen gestaut werden, um Wasserstellen zu schaffen. Anbrüchtige Bäume sollen stehen bleiben, damit die Höhlenbrüter bequem Nistgelegenheit finden. Hand in Hand hiermit muß natürlich ein verstärkter Pflanzenschutz gehen. Bedauerlicherweise muß der gerade in Deutschland immer stärkere Ausdehnung gewinnende Nadelwald für die Vogelwelt als wenig förderlich bezeichnet werden, da die Laubbäume dem Vogel besonders in der Brutzeit einen viel größeren Schutz gewähren. Auch das preussische Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Domänen betätigt sich praktisch für den Vogelschutz. Mit besonderen Anweisungen ist in dieser Hinsicht die Kgl. General- und Spezialkommission für die Flurbereinigung versehen worden, die berechtigt ist, auf Antrag staatliche Unterstützungen für Vogelschutzanlagen zu gewähren. Auch die Eisenbahnverwaltungen sind angewiesen, Bahndämme nach Möglichkeit mit schützenden Hecken und Gebüsch zu versehen.

Den Höhlenbrütern unter den Vögeln kann man sehr nützlich werden, wenn man ihnen künstliche Nisthöhlen zur Verfügung stellt. Diese Maßnahme ist nicht nur auf Obstdörfern zu beschränken, sondern sie hat sich insbesondere auf den Wald zu erstrecken. Freiherr von Berlepsch, der seine Waldungen mit einer großen Zahl von künstlichen Nisthöhlen versah, hatte die Gewährung, als gelegentlich Nachbarmälder durch Raupenfraß fast zerstört wurden, seine Wälder im vollsten Grün prangen zu sehen. Die angesiedelten starken Vogelkolonien verhinderten das Auskommen der gefährlichen Raupen vollständig.

Auch der Kaiser bringt der Vogelschutzbewegung ein lebhaftes Interesse entgegen. So ist auf den Wunsch des Kaisers auf dem kgl. Schloß zu Celle eine geradezu vorbildliche Vogelschutzstätte eingerichtet worden. Der Monarch ließ, wobei ihm der „Rund für Vogelschutz“ beratend zur Seite stand, die ganze westliche Schloßberganhöhe zu Celle zu einem prachtvollen Vogelschutzgehölz ausgestalten. Neuerdings hat sich auch die Militärverwaltung auf den ihr gehörenden Geländen praktisch im Vogelschutz betätigt, indem in den Gärten der Kasernen und Lazarette Vogelschutzanlagen Platz gefunden haben.

Eine große Gefahrenquelle für die Vögel bilden die Starkstromleitungen, wenngleich kleinere Vögel, wie Finken, Amseln, Schwaben usw. weniger hierbei zu Tode kommen, da diese kleinen Vögel nur selten mit ihren Flügeln gleichzeitig zwei Drähte berühren. Mehr fallen die Raubvögel den Starkstromleitungen zum Opfer, da diese Vögel ihre Beute oftmals unter Benutzung des Leitungsmastes als Stützpunkt verzehren, wobei dann leicht Berührungen mit den Drähten eintreten. Auch Spechte und Meisen sind hier vielfach das Opfer, da das Herumklettern am Mast und an den Isolatoren leicht zu Berührungen zweier Drähte führt. Schuhmakeregel sind auf diesem Gebiet bisher nicht ergriffen worden. Wohl mit der wertvollste Vogelschutz ist in der Winter- und Frühjahrsfütterung gegeben, da man in diesen Notzeiten natürlich zur Erhaltung der Vogelwelt am wirksamsten beitragen kann. Für Insekten- oder Körnerfresser sind fettthaltige Stoffe, wie Butter, reines Fett, Talg, ölhaltige Samenarten, wie Hanf, Leinsamen, Mohn usw. sehr zu empfehlen. Der im Publikum so beliebte Kürbissen wird nur von wenigen Vögeln genommen. Wird Brot verabreicht, so muß es vor Feuchtigkeit geschützt werden, da es sonst säuert und dem Vogel alsdann gefährlich wird. Man vergesse nicht, für eine Gelegenheit zur Wassereinnahme zu sorgen. Leider ist die Zahl der natürlichen Feinde der Vogelwelt recht groß; abgesehen von der in erster Linie zu nennenden Hauskatze, die übrigens bei richtiger Erziehung für die Vogelwelt harmlos werden kann, sind zu erwähnen Fuchs, Marder, Fuchs und Eichhörnchen, schließlich die Raubvögel selbst gegenüber den Singvögeln. Wohl wird man keineswegs grundsätzlich die Ausrottung dieser Vogelfeinde fordern können, da vielen von ihnen eine nützliche Seite anhaftet. Auch wird man trotz mancher Schädlichkeit je nach der Sachlage vereinzelt für einen solchen Vogelräuber aus Sicherheitsgründen, wie beim Fuchs den „Naturschutz“ mit Erfolg geltend machen können. Wo eine Vertilgung dieser Vogelräuber angebracht ist, wird sich nur in Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse von Fall zu Fall entscheiden lassen.

Wie dem auch sei, die Gegenwart hat die Pflicht, der Vernichtung der Vogelwelt, die Wald und Halde erst mit erquickendem Odem belebt, in jeder Weise zu steuern und man wird diesen unseren Bestrebungen in der Nachwelt sicher zu danken wissen.

Duisburg a. Rh.

Dr. P. Martell.

C. Ein für Kriegergräber geeigneter immergrüner Baum.¹⁾

Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit auf einen Baum zu lenken, eine Buche (Nothofagus Dombeyi), die immergrün ist, ein Baum bis 40 Meter Höhe und im

¹⁾ Der geehrte Herr Verfasser schickt uns diese Notiz unter Beifügung eines Ausschnittes der gut deutsch geschnittenen „Deutschen La Plata-Zeitung“, in welchem das schwarze, d. h. rauchgeschwärzte, Land in der Umgebung von Lens und die dortigen Kriegergräber geschildert werden.

D. Ned.

Fleischbäume ziemlich schnell wächst. Dieser Baum bildet große Bestände in Süd-Chile und in Argentinien an der chilenischen Grenze usw. (Scotiaberg 1907).

Die Wälder, da sie immergrün sind, bieten einen schönen Anblick das ganze Jahr hindurch, und da der Baum zwischen dem 37. und 54.° südlicher Breite (Feuerland-Inseln) gedeiht, dürfte er wahrscheinlich in der Gegend um Lens ohne weiteres angepflanzt werden können.

Meine unmaßgebliche Meinung ist: die Buche, welche Cohigue auf spanisch heißt, gemischt vielleicht mit Colorado blue spruce (Colorado, blaue Fichte, Nordamerika), dürfte zwei Holzarten sein, die den Friedhöfen schmücken sollten.

Die Cohigue-Samen könnten im Februar und März gesammelt sein. Adressen von Sammlern: Baron von Bülow, Bariloche, Neuquen, Argentinien, Baron von Vienthal (Ex-Garde-Leutnant) das. und Fr. Albert, Oficina bosques, Santiago, Chile. Wenn Sie diese Notiz gefälligst publizieren in Ihrer Zeitschrift, vielleicht ernannt sich nach dem Kriege ein Forstmann und macht den betreffenden Behörde den Vorschlag.

Max Rothkugel,

Buenos Aires, Florida 524, 5° pisa

D. Original-Erntebericht über Laub- und Nadelholzsaamen von Conrad Appel, Samen-Werk Darmstadt.

Da es gerade in Kriegszeiten, in welchen wir trotz unserer günstigen Waffenerfolge leider immer noch leben müssen — es heißt eben in jeder Hinsicht „durchhalten“ — besonders erwünscht sein wird, zur Bestimmung der ausfuhrbaren Kulturen über die Ernteverhältnisse der wichtigsten Laub- und Nadelholzsaamen unterrichtet zu sein, so erlaube ich mir, hierüber nachstehend folgendes mitzutheilen:

Von den Laubholzsaamen hatten Eichen in Deutschland nur in einigen Gebieten kleine Mäße, wobei ich mir einige Posten vorzüglicher Saatware sicherte. Das Ausland hatte bessere Ernte, die Bezüge daher waren indessen mit Schwierigkeiten verknüpft. Wegen ihrer Verwendung als Futtermittel sind Eichen derzeit beschlagnahmt, es dürfte jedoch späterhin eine teilweise Freigabe der Vorräte zu Saatwecken zu erwarten sein. Rotkehlchen sind bei zufriedenstellender Qualität zu mittleren Preisen erhältlich. Buchen (Bucheckern) Deutschlands werden größtenteils zur Delgewinnung benutzt, ausländische Früchte unterliegen der Beschlagnahme. Rotkehlchen, die teilweise befriedigende Ernte brachten, sind ebenfalls als Futtermittel beschlagnahmt.

Berg- und Spitzahorn verzeichnen günstige Ertrag und sind in vollkommener Ware preiswert erhältlich, von Birke wurde nur wenig eingesammelt. Hainbuche zeigte in einigen Bezirken kleinen Bestand, Weißdorn ist genügend geerntet worden, ebenfalls Eiche gut geraten. Von Linden, die auch als Delfrucht Verwendung finden, ist fast nichts zur Saat frei, Weißerle ist in guter Qualität vorteilhaft lieferbar, Rotkehlchen dagegen sehr gesucht. Von Stachelginster sind noch kleine Mengen an Lager, Ginster in neuer Ware knapp, Alazie wird gefragt sein.

Zu den Nadelhölzern übergehend, kann festgestellt werden, daß die Kiefer in diesem Jahre wieder einmal einen befriedigenden Ertrag in Aussicht stellt, somit, da auch die Güte des Samens allen Anforderungen entsprechen dürfte, garantiert deutsche

lieferungsamen wieder unter günstigen Bedingungen in erster Linie in zuverlässiger Saatware durch die Kontrollstellen des Deutschen Forstwirtschaftsrates, wozu namentlich auch meine Firma sich zählen darf, erhältlich in wird. Durch mein System, Verarbeitung nur nach Mitte Dezember aus alten, gutwüchsigen Beständen gesammelten Zapfenmaterials vermittelt meines äußerst vorsichtigen Mengverfahrens werde ich in der Lage sein, vor allen Dingen einen hochfeinenden Samen mit guter Keimenergie zu liefern, welchen ich auch, infolge meiner Aufklärungen über die tatsächlichen Ernteverhältnisse und Bemühungen, fiskalische Mengen und Landwirtschaftskammern von übertriebenen Preisanlagen für Kiefernzapfen fernzuhalten, voraussichtlich zu wesentlich günstigeren Preisen als in den letzten Jahren abzugeben vermag. Diese vorteilhaftesten diesjährigen Verhältnisse werden gewiß Veranlassung geben, noch rückständige und irgend möglich ausführbare Kulturen vorzunehmen, wozu von praktischer Seite bei der Güte des Saatgutes nur geraten werden kann. Besonders hervorheben möchte ich noch, daß ich sowohl in meinen hiesigen Menganlagen, wie auch in meinen Zweigmengen in Süd- und Norddeutschland unter Kontrolle des Deutschen Forstwirtschaftsrates nachweisbare große Mengen heftigste und überhaupt süddeutsche Zapfen verarbeite, ebenso aber auch dank meiner guten Verbindungen mit norddeutschen Forstbehörden beträchtliche Quantitäten norddeutsche Kiefernzapfen zur Samengewinnung beziehe, sowie auch durch meine norddeutschen Zweigmengen norddeutsches Kiefern-Saatgut in bester Qualität erhalte, sodaß ich jeglichen Sonderwünschen der Waldbesitzer bezüglich der Herkunft von Kiefern Samen nachzukommen vermag.

Fichte bezeichnet kaum nennenswerten Ertrag, es steht indessen gutgelagerter vorjähriger Samen mit sehr hoher Keimkraft in großkörniger Ware zur Verfügung, auch der Bedarf an Bärchen wird in zufriedenstellender Qualität zu mittleren Preisen gedeckt werden können. Von Weymouthskiefern vermag ich durch Erwerbung des Zapfenertrages eines alten, gutwüchsigen und beliebten Bestandes eine äußerst hochfeinende vorzügliche Qualität preiswert zu liefern, dagegen ist bei Bestannenamen mit hohen Schnittprozenten sehr gefragt, die Zapfenernte war eine beschränkte.

Obige Nadelholzsamen gewinne ich aus nachweisbar deutschem Zapfenmaterial in meinen eigenen Mengen und liefere solche unter Garantie für Herkunft und höchste Keimkraft.

Schwarzkiefer wird in mittlerer Qualität zu normalen Preisen am Markt sein.

Die gezeigten ausländischen Coniferen Samen (Eroten), welche nach eingegangenen Bestellungen meiner zuverlässigen Sammler eine befriedigende Ernte verzeichnen sollen, werden aller Voraussicht nach bei den unsicheren Verichtsungsverhältnissen nicht geliefert werden können.

Darmstadt, den 23. Dezember 1915.

Conrad Appel,
Kontroll-Menganstalten
des Deutschen Forstwirtschaftsrates.

Die Mißhandlung der Wälder seit Kriegsausbruch. Heldenhaine.

Seit dem Kriegsausbruch — so wird gesagt — haben sich da und dort besonders schwere Mißstände ereignet. Die zuständigen Stellen üben den Forst- und Wildschutz nur mit äußerster Nachsicht oder garnicht.

Teils weil sie überhaupt nicht zur Stelle waren, da in den Krieg gezogen, teils weil namentlich zu Anfang des Krieges heimische Parole war: laissez aller, laissez faire — laßt die armen Leute gehen, es ist ihnen jetzt alles erlaubt (— übrigens, nebenbei gesagt, die gleiche Verwilderung der Sitten beobachtet man vielfach in der Jugendpflege und seitens der Weiber in der Häuslichkeit —). Es gilt dies in der Hauptsache von Wäldern, die in der Nähe großer Städte liegen. Die Folgen bleiben ja natürlich nicht aus. Ich bin im Oktober 1915 durch den sonst so schönen Grunewald bei Berlin gegangen; es hat mich seiner gejamert wie den Herrn des armen Weibes. Die Mißhandlung ist hier ganz typisch. Ich habe dann einen alten Waldbäuer, Vogelfenner und Eierfucher unbedeutenden Namens aufgesucht — früher war mein Vertrauter der bekannte Zoologe H. Hocke, der jetzt tot ist — und herausbekommen, was an dem allen schuld ist. Schon im Frühjahr waren die Zugangswege zum Grunewald alle Tage mit Scharen von Personen und Gefährten jeder Art bedeckt, die abends hochgefüllt mit Holz heimkehrten. Da in den Stangen- und Althölzern, die den Wohnquartieren am nächsten liegen, das Raß- und Befehlholz für diese Sammlungen nicht ausreichte, nahmen viele Sammler in rücksichtslosester Weise die Schonungen in Anspruch, um dort mit Händen und Gerätschaften Holz abzubrechen. Dabei sind erhebliche Beschädigungen der Bäume an der Tagesordnung. Daß und wie die Holzfucher „wüsten“, Bäume zerreißen und dergleichen, solange sie keine Verantwortung fürchten, ist ja bekannt. Die abgerissenen Rinde reißen Teile der Rinde, vielfach auch des Stammes mit heraus, der Baum wird krank und für Schädlinge zugänglich. Die Aststümpfe wachsen in den Baum ein und erzeugen die Astlöcher in den Brettern, die später aus den Hölzern geschnitten werden. Aber die „freundlichen“ Besucher gingen noch weiter. Sie benutzten Äxte und Sägen, und als die Krieger gefangenen zu schlagen begannen, sammelten sie sich an den Arbeitsstätten, um den Gefangenen das Zapf- und Altholz förmlich unter den Händen wegzureißen. Schließlich scheuten sie sich auch nicht, das schon aufgefekte Holz einfach zu nehmen und warteten, bis die Gefangenen verschwanden, um in Ruhe die Verladung vorzunehmen. Holzgittel werden erst garnicht mehr gelöst. Mit Hilfe der Polizei wurde solchem Unfug wenigstens einigermaßen gesteuert. Ohne Schein und an nicht freigegebenen Tagen darf überhaupt nicht mehr gesammelt werden. — Auch die Bauherren ließen sich trotz der Dürre vollständig „gehen“. Viele Brände haben erheblichen Schaden angerichtet. — Die Verunreinigung des Waldes durch Papier hat auch im Kriege kaum nachgelassen. Die Schulen und die Presse werden immer wieder gebeten, belegend auf die große Masse zu wirken. Wenn die Sitten der Besucher nicht besser werden, was soll dann aus dem mißhandelten Grunewald werden, den jetzt die Groß-Berliner Steuerzahler doch erhalten sollen?

In diesem Zusammenhange möchte ich noch auf eine andere Form der „Kriegswälder“ zu sprechen kommen, auf die **Ehrenhaine aus Heldenhainen**. Ich schließe mich ganz dem Urteil des Herrn Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Schwaappach-Eberswalde an, welches er in der „Deutschen Forstzeitung“ über solche geplanten Haine fällt:

„Der bloße Gedanke an die Errichtung von hunderttausenden solcher Heldenhaine nach gleicher Schablone erregt Schauern. Von Memel bis zum Bodensee, von Marib bis Passau sollen sich künftig etwa alle fünf Kilometer diese Pflanzungen von Eichhorsten wiederholen, die sich lediglich durch die Zahl der Eichen unterscheiden!“

Bestimmt ist man ja jüngst in der Presse mit viel Stimmung für diese neue Form der Heldenbehrung

eingetreten. Als nämlich jüngst in der Presse über den Plan einer pfälzischen Stadt, ihren Gefallenen ein Denkmal zu setzen, berichtet wurde, erhielt die „Münchener Augsburgische Staatszeitung“ aus Offizierskreisen folgende Zuschrift:

„Wir danken für diese Ehrung. Es gibt nur eine Form: Weitgehende dauernde Fürsorge für die Hinterbliebenen, die Waisen und Witwen. Dazu nehmt das Geld, das Ihr für Denkmäler verschwenden wollt! Gebt es als Grundstock einer Stiftung, die Ihr nicht klein genug errichten, nicht reichlich genug beschenken könnt! Denn die Verlassenen werden unzählig sein und Eure Schande ebenso, wenn Ihr sie darben laßt. Gebt Brot statt Steine, und wenn Ihr dann noch etwas tun wollt, schreibt die Namen Eurer toten Kameraden auf schmutzlose Tafeln in Euren Kirchen!“

Daraufhin hat in der „Täglichen Rundschau“ der Königl. Gartenbau-Direktor **Willy Lange** in Berlin-Dahlem den Vorschlag gemacht, „jedem, ohne Unterschied von Rasse und Glauben, der durch seinen Opfertod zum Helden Deutschlands ward, in seiner Heimatgemeinde eine, seine Ehre zu pflanzen, um den Friedensbaum die Kaiserlinde — — sodaß Deutschland als Sinnbild seiner Ehre und seiner Kraft das Land der Heldehaine würde“. Tausende von Zustimmungen aus allen Volkskreisen der Heimat und besonders aus den Reihen der Kämpfer in Ost und West und auf der See trafen ein. Dank dieser ungeteilten Zustimmung hat sich eine „Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Heldehaine“ (ehrenamtliche Geschäftsstelle: Berlin-Barnsee, Bismarckstraße 5) gebildet und eine Schrift: „Deutschlands Heldehaine“ ist in Vorbereitung. Es sind folgende Gesichtspunkte aufgestellt:

1. Es soll jedem seine Ehre, nicht einer Gruppe von Kämpfern ein Baum gepflanzt werden, denn damit würde die brüderlich-völkische Grundlage vernichtet.

2. Eichen sollen gepflanzt werden, nicht Buchen oder Nüstern, denn eben mit dem Heldebaum der Deutschen verbindet sich jener Begriff, den wir auch ohne Wort und Stein zum Ausdruck bringen wollen. Die neugermanischen Eichenhaine sollen die Verbindung mit unseren Altvordern wiederherstellen.

3. Im Mittelpunkt stehe die Linde als der alte deutsche Gemeinde- und Friedensbaum, denn jedes Kampfes Ziel und Ende ist der Friede. Die Kaiserlinde aber blühe dem Friedenskaiser, der uns aus dem heiß umworbenen Frieden durch Kampf zu neuem ehrenvollen Frieden führt.

4. Als hegende Form der Umrahmung empfehlen sich Wall und Graben, mit Buschbaum- und Wildhecke besetzt, demnächst eine niedrige Feldsteinmauer.

5. Keine Verquickung finde statt mit Friedhofsanlagen, denn hier haben wir eine Stätte fortbauenden Lebens, den Gemeindeplatz für völkische Weisefeste.

6. Die Verbindung großartiger Denkmäler mit Eichenhain entzieht der Kriegsfürsorge notwendige Mittel man überlasse die Vorbereitung der steinernen Male dem Staat.

7. Der „Ring“ um die Linde als altgermanisches Sinnbild der Geschlossenheit und Selbstsicherheit deutschen Weltkampf diene als Weisefestplatz!

Nun wird man uns aber gewiß folgende Einwände gestatten.

Zu 1. So gewiß der Einheitsgedanke für je seine besondere Ehre erfordert und nur auf diese Weise das hohe, die Gegenwart befehlende Gemeinschaftsgefühl versinnbildlicht wird, so ernstlich wird man sich doch vor zu hüten haben, daß die Einheit und Einigkeit der Idee zur Einkerheit in der Form führt. Es käme sonst in den lebendigen Ehrendenkmalen die Schablone wiederholen, die in der Denkmälerfabrikation uns so unheimlich „beglückte“, wogegen sich eben auch Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Schwappach-Eberswalde in der „Deutschen Fortszeitung“ mit Recht wandte.

Zu 2. Wenn auch die Eiche als der Freiheitsbaum des deutschen Volkes und das Sinnbild deutscher Heldentat zuerst und vornehmlich für die Ehrung in Betracht kommt, so vermag doch da, wo sie etwa nicht gedeiht oder zu einen krüppelhaften Hain abgeben würde, oder wo sie die örtlichen Verhältnisse, die Mittel und der Geschmack ein besonderes Wortlein reden, auch jede andere einheimische Laub- oder Nadelholzartpflanzung ein würdiges Ehrenzeichen abzugeben. Denkbar wäre sogar die Pflanzung von Fruchtbäumen, deren reife Früchte bei der Abnahme ständig neu das Bild der Vollenbung deutscher Heldentat vor das Auge führten — so meint unter anderen Otto Eberhardt —; immerhin fragt sich, ob sich eine Pflanzung mit dem Gedanken eines Heldehains verträgt (im Geschmack der Fortsleute liegt er wohl kaum!) Die Pflege und Ertragnisse solcher Fruchtbäume ließen sich freilich wieder volkswirtschaftlich für Kriegsbeschädigten oder andere Bedürftige nutzbar machen. So geschieht es seit Jahren mit dem Herzogin-Palastina.

Zu 3. Eichenpflanzungen über ganz Deutschland Ehren der Gefallenen — vor einer gar zu eintönigen Durchführung wird auch bewahren, wenn wir nicht unbedingt auf der Verbindung mit der Friedens- und Kaiserlinde bestehen. Die Eichengemeinschaft bedarf nicht notwendig solcher Anlehnung. Ursprünglich wird die Wälder der Heldehaine vermutlich nur der Eichenhain als das Sinnbild der gefallenen Helde vorgeschrieben haben. Brettet aber eine Friedenslinde in der Mitte des eichenumkränzten Haines auf freiem Raumplatz in die Aeste, so besteht immer noch die Möglichkeit der Umgestaltung. Die Anlage kann mehr partiarisch erfolgen oder auch den Charakter des Waldes ebenso gut wie den des offenen Haines tragen. Nur den Eindruck einer heiligen Baumhülle vermeiden! Wo alte Eichen oder Lindenhege, einzeln ragende Bäume oder alte Baumgruppen sind, sollten sie unbedingt ausgenommen werden.

Pfarrer W. Schuster.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Februar 1916.

Erwertung der Süßwasserfische, insbesondere der Forellen.

Vielen Besitzern von Fischereien fällt es schwer,nehmer für ihre Fische zu finden. Forellen sind vielen Gegenden kaum absetzbar. Der deutsche Fischerei-Verein hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, deren Absatz zu fördern, und zu diesem Zwecke ein Rundschreiben veröffentlicht, welches folgendermaßen lautet:

„Wohl wird noch immer Geld für Auster, Steinbutt und andere feinen Gerichte, die aus dem Auslande stammen, abgegeben, den Genuß von Forellen aber scheint der größte Teil des bemittelten Publikums für einen unverzeihlichen Luxus zu halten. Infolgedessen sind unsere Forellenzüchter, die schon durch die Unterbindung der Ausfuhr nach Frankreich und unter dem Mangel an Futtermitteln empfindlich zu leiden haben, in eine Notlage gekommen. Um den Absatz wieder zu beleben und nicht dauernd große Bestände weiter flütern zu müssen, hat sich eine große Zahl von Forellenzüchtern bereit erklärt, sowohl kleine Post- wie Bahnpakete frisch geschlachteter, fertig ausgenommener Forellen zum Preise von 2 bis 3 Mk. für das Pfund — gegen 3 bis 5 Mk. früher — direkt an eine Haushaltung für eine oder mehrere Familien, die gemeinschaftlich beziehen wollen, zu versenden. So ist es den Hausfrauen möglich, ein vorzügliches, äußerst gesundes Gericht von 3 bis 4 Fischen zu diesem verhältnismäßig sehr billigen Preise zu bereiten. Auch werden Warenproben von 2 Fischen in wasserdichten Rollen versandt. Die Adressen der liefernden Fischzuchtanstalten weisen die Landes- und Provinzialfischereivereine oder der „Deutsche Fischerei-Verein“, Berlin W. 10, Königin-Augustastr. 21 nach; in einigen Fällen ist dieser auch bereit, Bestellungen direkt an die dem Besteller nächstgelegene Fischzuchtanstalt weiterzuleiten. Beim direkten Bezuge vom Züchter geht der Käufer auch sicher, daß er deutsche, nicht dänische Forellen erhält.“

Im Anschluß an dieses Rundschreiben hat der Deutsche Fischereiverein ein weiteres Rundschreiben folgenden Inhalts versendet:

„Infolge unseres Rundschreibens zur Steigerung des Forellenverbrauchs in einer Tageszeitung sind uns eine Menge von Anfragen nach Züchtern, Probeforderungen usw. aus dem Leserkreise dieser Zeitung zugegangen. Die wenigen Fischzüchter der betreffenden Gegend, welche sich bereit erklärt haben, Forellen zu Kriegspreisen direkt an den Verbraucher zu senden, werden kaum imstande sein, die Bestellungen zu erledigen. Wir bringen dies zur Kenntnis aller Forellenzüchter, damit die Beteiligung größer wird.

Scheinbar setzen viele Züchter als selbstverständlich voraus, daß wir ihnen bei uns einlaufende Bestellungen oder Nachfragen nach Bezugsquellen überweisen. Deshalb sei ausdrücklich bemerkt, daß nur diejenigen Züchter berücksichtigt werden können, welche auf unseren früheren Aufruf hin erklärt haben oder noch erklären, Forellen zu billigeren Kriegspreisen (2–3 Mk. per 1 Pfund) zu verkaufen und geschlagene Fische in Paketen direkt an Haushaltungen zu verschicken. Alle Züchter, welche dem deutschen Fischerei-Verein in Berlin (W. 10, Königin-Augustastr. 21) angeben, zu welchen Preisen sie liefern, welche Wochen- oder Monatsmengen, welche Arten (Bach- und Regenbogenforelle oder Bachsaiblinge), ob nur lebende oder geschlagene, in Post- oder Bahnexpressepaketen, Warenproben usw., werden in einer Liste eingetragen und bei Anfragen, die dem deutschen Fischereiverein zugehen, berücksichtigt. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß unsere Versuche, Forellen in Pappdosen und Papplisten zu versenden gute Ergebnisse gezeitigt haben. Es hat sich herausgestellt, daß in einer besonderen Art wasserdichter Pappbüchsen zwei geschlagene mittelgroße Speiseforellen sehr gut für 20 Pfg. als Warenprobe versendet werden können. Die Pappbüchsen würden bei Herstellung im großen, die der deutsche Fischerei-Verein ev. veranlassen wird, nur ungefähr 11 Pfg. das Stück kosten. Holzlisten für den Post- und Expresseversand könnten gleichfalls vom deutschen Fischereiverein beschafft werden. Der Preis dafür würde bei Großbezug nur 25–35 Pfg. fürs Stück betragen. Angesichts der Preissteigerung für derartige Fabrikate wäre es erwünscht, daß die Züchter baldigst ihren voraussichtlichen Bedarf mitteilen.“

In weiten Kreisen ist leider die Ansicht verbreitet, daß lebend zu Markte gebrachte Fische vor geschlachteten Fischen den Vorzug verdienen. Diese Ansicht ist eine irrige, vorausgesetzt, daß es sich um frische tote Fische handelt. Ob dies letztere der Fall ist, läßt sich an dem Aussehen der Fische leicht erkennen¹⁾. Lebend zu Markte gebrachte Fische sind selbstverständlich erheblich (etwa 20%) teurer, wie tote Fische, zudem sind sie weniger wohlschmeckend, als die gleich nach dem Fange geschlachteten.

Daß sie teurer sind, ist selbstverständlich, denn die Transportkosten sind bei lebenden Fischen recht erheblich; daß sie weniger wohlschmeckend sind, ist nicht so einleuchtend, aber trotzdem der Fall.

¹⁾ Frisch geschlachtete Fische sind steif (Todesstarre), fühlen sich schleimig an; die Augen sehen klar aus; die Kiemen sind tiefrot und ohne Schleim.

Wenn man sich den Transport solcher lebender Fische einmal genauer ansieht, dann wird man bald hiervon überzeugt werden. Was müssen solche Fische alles über sich ergehen lassen, bis sie endlich in der Küche des Verbrauchers enden! Nachdem sie mit Netz oder Angel gefangen worden sind, werden sie in kleine Behälter gebracht, wo sie bis zum Abtransporte zum Verbrauchsorte aufbewahrt werden. In diesen Behältern bleiben sie oft eng zusammen gedrängt, ohne Nahrung aufzunehmen, längere Zeit, um dann wieder mit einem Räucher gefangen und in das Transportgefäß gebracht zu werden. Ohne Verletzungen — abgesehen von der Hitze — geht es in der Regel hierbei nicht ab. In dem Transportgefäße werden nun, um die Transportkosten so billig wie möglich zu machen, so viele Fische untergebracht, wie nur irgend möglich. Infolge des in diesem engen Raume erfolgenden stetigen Drängens, Stoßens, Schlagens und Reibens kommen die durch das längere Fasten bereits abgematteten Fische in völlig erschöpftem, zerschundenem Zustande, oft vielfach mit blutigen Wunden am Marktorde an, wo die Quälerei von neuem beginnt. Die Fische werden nun wieder mit dem Räucher gefangen, lebend verwogen und sodann zappelnd in Netzen oder Körben von dem Käufer nach Hause getragen. Hier sterben sie eines langsamen qualvollen Todes, oder werden im günstigsten Falle von unkundiger Hand geschlachtet. Daß die Fische auf diesem Leidenswege an Wohlgeschmack erhebliche Einbuße erleiden, ist selbstverständlich. Ebenso wie geheiztes oder erst infolge eines Schusses nach längerer Zeit verendetes Wild minderwertig ist und an Geschmack und Haltbarkeit verliert, ebenso geht es den Fischen.

Bergegenwärtigt man sich einmal die Qualen, die solche Fische aushalten müssen, bis sie in der Küche des Verbrauchers ihr Ende finden, dann muß man sich wundern, daß nicht schon längst vom tierschützlerischen Standpunkte gegen diese Tierquälerei, die der Versand lebender Fische zu Genußzwecken darstellt, eingeschritten worden ist. Welchen Apparat haben seiner Zeit die Tierschutzvereine in Bewegung gesetzt, um den Krammetsvogelfang im Dohnenstiege zu verbieten. Sind die Qualen, die die armen Fische beim Aufenthalt in Hältern, beim Versand in kleinen Transportfässern und beim Verkaufe in lebendem Zustande erdulden müssen etwa kleiner wie der nur kurze Zeit dauernde Todeskampf des in der Schlinge gefangenen Krammetsvogels?

Die heutigen Bestrebungen gehen auf die Beschaffung möglichst vieler und billiger Lebensmittel hinaus. Durch die Versendung lebender Speisefische werden die Fischpreise unnötig verteuert.

Nach alledem muß dem Bestreben, die Fische lebend

zu Märkte zu bringen, mit allen Kräften entgegen gearbeitet werden.

Frisch geschlachtete tote Fische sind

1. billiger als lebend zu Märkte gebrachte, weil sie geringere Transportkosten verursachen;
2. besser an Geschmack, weil sie nicht durch den Aufenthalt in Hältern ohne ausreichende Nahrung und durch die Qualen des Versandes usw. gelitten haben, und
3. besser von Aussehen, weil sie nicht durch den Transport, das wiederholte Fangen mit dem Räucher usw. zerschunden und mit Wunden bedeckt sind.

Sehr erwünscht wäre es, wenn sich die Bevölkerung von der alten Gewohnheit, den lebend zu Märkte gebrachten Fischen vor den geschlachteten Fischen den Vorzug zu geben, entwohnen wollte! Hierdurch würde sie in der Lage sein, sich billigere und wohlgeschmackvollere Fische zu verschaffen und es würde außerdem den Fischern und Fischzüchtern ihr Betrieb erheblich erleichtert werden, da die Lieferung lebender Fische wegen Mangels an Hilfskräften und Fuhrwerk sowie infolge der während des Krieges vielfach ungünstigen Eisenbahnverbindungen sehr erschwert ist. Eberts.

Forstliches aus dem „Tessin“.

Von W. Reßler, Kgl. Preuß. Forstmeister a. D.

(Fortsetzung.)

„Nothing should be permitted to stand in the way of the preservation of the forests.“

Roosevelt.

II. Früherer und gegenwärtiger Waldbestand, Waldabnutzung und Forstschutz.

Genau 600 Jahre waren am 15. November 1911 verfloßen, seit die Eidgenossen, deren Kern die 3 Kantone oder Waldstätte Uri, Schwyz und Unterwalden bildeten, mit der siegreichen Schlacht beim Morgarten am Aegerisee stolz und tapfer ihren Einzug in die Weltgeschichte feierten. Mit dem erlangten Selbstbewußtsein entstand und wuchs auch naturnotwendig das Streben nach Ausdehnung über die engen Grenzen der beschränkten kleinen Heimat hinaus. Für die am Nordostende der Mittellalpen belegenen Kantone ergab sich naturgemäß und unabweisbar der Zug nach dem Süden, wo reichere Länder unter wärmerer Sonne seit jeher das Ziel kühner Eroberer gewesen waren. Führten doch die nördlichen Zugangswege zu den wichtigsten Alpenpässen durch das Gebiet der Waldstätte. Was Wunder, wenn nun ihr Wunsch dahin ging, die Pässe selbst und die nach Süden von ihnen auslaufenden Straßen mit ihren Talgebieten zu besetzen und zu beherrschen.

Seit etwa 1400 beginnen die Eidgenossen, namentlich Uri, festen Fuß in den Tälern des Tessin zu fassen. Auch die Niederlagen von Arbedo, wo am 9. Juni 1422 die Mailänder die nordischen Eroberer schlugen, und die viel größere und wichtigere von Marignano, wo am 13. und 14. September 1515 Franz I. von Frankreich die Schweizer zum Rückzug aus der Bombardierung und damit aus der Weltgeschichte zwang, haben nicht vermocht, sie aus diesem Besitz wieder zu verdrängen. Seit 1512 waren diese Südschweizerprovinzen als Vasallenländer derart verteilt, daß Uri, Schwyz und Unterwalden das eigentliche Tessintal bis Bellinzona zusammen beherrschten, während das Magadino, Locarno und das Sottoceneri (Vugano und Mendrisio) gemeinsamer Besitz der ganzen Eidgenossenschaft, damals aus 12 Kantonen bestehend, wurden. Das noch nicht dem Bunde angehörige Graubünden schloß sich das Misogtal (Mesolcina) und den Veltlin an. Alle hatten so ihren „Sonnengarten“, ihr Weinland; und haben es unentwegt als strenge Herren fast genau 3 Jahrhunderte beherrscht und genutzt, bis die große Revolution des westlichen Nachbarlandes auch hier Wandel schuf. Nach verschiedenen Kämpfen und Übergangszuständen wurde dann 1815 der Tessin als selbständiger Kanton anerkannt und in die Eidgenossenschaft aufgenommen.

Während der 3 Jahrhunderte der Zwingherrschaft wurde die Regierung durch *Vandvögte* ausgeübt, welche alle 2 Jahre wechselten, ihre Stellen oft gekauft hatten und meist auch vorwiegend nach dem Gesichtspunkt persönlicher Bereicherung verwalteten. Am schlimmsten ging es wohl in dieser Hinsicht im Südtal des Tessin zu, wohin jeder der 12 Herrrentantone alljährlich noch einen besonderen Vertreter (*sindicators*) neben den Vandvögten sandte und die gerichtlichen Bußen wie die üblichen Bestechungsgelder nun immer vielfach geteilt werden mußten. Kein Wunder, daß noch heute im Tessiner Volke ein gewisses Mißtrauen in Bezug auf Rechtsprechung und Gerechtigkeit der Behörden vorhanden ist.

Auch die heute noch den Tessinern eigene Neigung zum zeitweisen oder gänzlichen Auswandern ist ebenfalls schon in dieser Zeit der Zwingherrschaft und Mißregierung entstanden.

Als 1798 die Despotenherrschaft der Vandvögte ein Ende nahm, waren im Tessin weder Volksschulen, noch Straßen, noch öffentliche Güter und Fonds vorhanden! Neben den großen und beklagenswerten Nachteilen, welche das Vasallenverhältnis zu den harten und habgierigen Herren auf der Nordseite für den Tessin gehabt hat, darf man doch auch gewisse Nachteile dieser 300 jährigen Unterdrückung nicht übersehen. Zunächst war es in jenen unruhigen Zeiten

schon ein Vorteil, daß wenigstens der äußere Friede des Landes gesichert war, so daß bei der hohen künstlerischen Veranlagung seiner Bewohner sich jener wohl in der neueren Geschichte einzig dastehende Reichtum von Künstlern aller Art, besonders Malern, Bildhauern und Baumeistern, entwickeln konnte, die in der ganzen Welt Meisterwerke, ihres Könnens geschaffen haben.

Von kundiger Seite (z. B. Merz) wird behauptet, daß auch der frühere Waldreichtum des Tessin durch die Vandvogtherrschaft geschaffen und erhalten sei. Nun ist es ja eine bekannte und in der Geschichte der Länder und Völker häufig festgestellte Tatsache, daß ein autokratisches und despotisches Regiment eben durch die Eindämmung des Einzelwillens und Eigennutzes der Beherrschten die Waldzerstörung in gewissem Grade hemmt, selbst wenn nicht, wie in Deutschlands Vergangenheit, Rücksichten auf Jagd und andere angenehme und wertvolle Regale zum Schutz und zur Erhaltung des Waldes wirken.

Nach Merz hat die große Waldverwüstung und -Zerstörung erst seit den Tagen der Unabhängigkeit und persönlichen wie kommunalen Freiheit begonnen. Nach den Ausführungen von Bettelini (S. 188 ff.) haben jedoch schon in den früheren Jahrhunderten, besonders im 18., umfangreiche Holzschläge und Holzverkäufe nach der holzarmen Bombardierung, namentlich Mailand, stattgefunden. In Locarno und Brissago hatten sich zu diesem Zweck förmliche Holzkontore gebildet, welche den Ankauf des Holzes im Walde und seinen Transport bis zur Verwendungsstelle vermittelten.

Von den Raufschlägen wurden die Stämme in Klößen (*borro*) von 2,5—5 m Länge mittels Holzfleisen (*sovende*¹⁾), die oft mehrere Hundert Meter lang waren und hauptsächlich bei starkem Frost im Winter benutzt wurden, bis in die Flußtäler gebracht und von dort auf den, wenn nötig, durch Klausen angestauten Flüssen in den Tessin, den Vangen See und den aus ihm nach Mailand führenden Schiffahrtskanal. Aus dem Sottoceneri, welchen keine direkte Wasserstraße mit Mailand verband und wo große nußholzreiche Nadelholzbestände seltener waren, wurde hauptsächlich Holzkohle ausgeführt, die größtenteils auf Saumtieren nach Luino geschafft und von dort in Barken auf dem Wasserwege weiter befördert ward. Um das Jahr 1770 herum hatte die Verkohlung von Kastanienholz bereits solchen Umfang erreicht, daß die Vandvögte mit Ausfuhrverboten einschritten, über welche dann die Mailänder Behörden Beschwerde erhoben. Unbedingt hat die planlose Forst-

¹⁾ Von „Schwänden“ (verschwenden).

abnutzung und Waldzerstörung schon vor der Befreiung des Kantons aus seinem Untertänigkeitsverhältnis begonnen. Da die Landvögte sich im allgemeinen um die Patriziatwirtschaft nicht kümmerten, ist auch eigentlich kein Grund einzusehen, weshalb die waldbesitzenden Gemeinden, an deren Spitze noch dazu nicht selten Holzhändler standen, nicht jede Verwertungs- und Absatzmöglichkeit hätten benutzen sollen. Was den Wald damals noch erhielt und schützte, war die wenigstens stellenweise absolute Wertlosigkeit oder richtiger Unverwertbarkeit seiner Erzeugnisse.

Nur darin scheint die alte Herrschaft der Landvögte waldschützend gewirkt zu haben, daß sie die Waldzerstörung zu Gunsten der Ausdehnung der Weide verhinderte und auf die Erhaltung der Bannwälder (*boschi sacri* oder *favre*) achtete.

Unbestreitbar hat dann die Waldvernichtung in den ersten Jahrzehnten nach der Befreiung ganz außerordentlichen Umfang, namentlich in dem für den Verkehr schon etwas mehr erschlossenen Sottoceneri, angenommen. Da die Holzpreise noch immer sehr niedrig waren, handelte es sich oft weniger um Erzielung von Gelberträgen aus der Holznutzung als um Beseitigung des lästigen Waldbestandes zur Gewinnung von weiterem Gelände für die Waldweide.

Die Besitzverhältnisse erleichterten nur zu sehr eine derartige kurzfristige Wirtschaft.

Die Gebirgswaldungen des Tessin waren nämlich und sind noch heute größtenteils in Besitz und Eigentum der sogenannten Patriziate, d. h. einer Korporation der alten ortsangesessenen Familien. Ursprünglich ist wohl das Patriziat aus der Gemeinde entstanden und mit ihr zusammengefallen, bis neue Einwohner, die nicht den Patriziern entstammten, hinzukamen. Ihnen gegenüber schloß sich die alte Bollbürgergemeinde mit ihren Gerechtsamen und Anteilen am bis dahin Allmend-artigen Gemeinbesitz an Wiesen, Weiden und Waldungen streng ab. Die oft fast feindliche Trennung ging soweit, daß in manchen Gemeinden den Nichtpatriziern sogar die Mitbenutzung der aus dem Patriziatvermögen unterhaltenen Schulen verweigert wurde. Neuere Gesetze haben hierin Wandel geschaffen. Meist ist das Verhältnis jetzt derart geregelt, daß auch die Nichtpatrizier, die sogen. Kommunisten, durch Zahlung einer einmaligen oder jährlichen Taxe an den Nutzungen des Patriziats teilnehmen können. Bis zum Jahre 1835 bestand jedoch überhaupt keinerlei Gesetz über Art und Nutzungsrecht des Patriziatvermögens und es muß als eine große Unterlassungsfünde der früheren Herrschaft bezeichnet werden, daß sie diese wichtige Frage ganz übersehen und vernachlässigt hat.

Die völlig gesetz- und aufsichtslose Zeit, welche die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts umfaßt, ist unbedingt die Periode der größten Waldzerstörung in den Patriziatgemeinden gewesen. Jede Korporation handelte nach Willkür und Belieben aller oder vieler mehr wohl meist einzelner maßgebender Mitglieder. In vielen Fällen wurde die Allmende und auch der Wald zum realen Eigentum aufgeteilt; in anderen wurde nur die Nutznießung geteilt usw., so daß namentlich im Sottoceneri die buntesten Eigentums- und Nutzungsverhältnisse entstanden, welche noch heute kaum zu entwirren sind.

In allen Fällen aber ging es über den armen Wald und Holzbestand her. Es ist eine uralte, auch in Deutschland, Oesterreich, Scandinavien usw. immer wiederkehrende Beobachtung, daß der kleine Bauer namentlich im Gebirge, stets der erbitterteste Feind des Waldes ist, den er förmlich haßt, weil er seine Erzeugnisse nicht richtig zu würdigen vermag und im Wald nur ein Hindernis für weitere Ausdehnung der ihm unmittelbaren Gewinn abwerfenden anderen Bodenbenutzungsarten, namentlich Ackerbau und Viehweide erblickt. In südlichen Ländern und Gebirgen ist diese Nichtachtung und Beseindung des Waldes um so größer, als der Brenn- und Bauholzbedarf der Einwohner durch Klima und Steinreichtum sehr gering ist.

Es fehlt leider an jedem genauen Anhalt zur Beantwortung der Frage, wie groß die Waldfläche und der Walddreichtum des Tessin vor etwa 100 Jahren gewesen ist. Merz setzt anscheinend voraus, daß damals nur die heute angenommenen 60 bis 70 Tausend ha Waldfläche vorhanden gewesen wären. Aus vielen Tatsachen, welche teils geschichtlich feststehen, teils aus örtlichen Beobachtungen sich ergeben, läßt sich jedoch schließen, daß nicht nur eine riesige Zerstörung der Waldbestände und Holzvorräte, sondern auch eine erhebliche Verminderung der Waldfläche überhaupt stattgefunden hat. Deicht erklärlicher Weise ist besonders die obere Waldgrenz gegen die Alpen oder Weideflächen der höheren Gebirgslagen herabgedrückt worden. Bettelini führt zum Beweis dieser Tatsache das Vorhandensein zahlloser alter Kahl- oder Meilerstellen in Höhenlagen (von 1500 m und darüber) an, wo heute längst kein Wald überhaupt oder doch nur in kümmerlichen Resten noch sich findet, zur Zeit der Röhlerei aber doch unbedingt genügender Holzbestand und zwar über den Meilerstellen gewesen sein muß. Auch die uralten prächtigen Schattenbäume (*Meriggi*) an der heutigen oberen Waldgrenze, welche doch sicherlich Reste weiterer höherer Waldstände sind, können als unanfechtbare noch lebende Zeugen früherer größerer Waldausdehnung gelten.

enso wie die riesenhaften teilweise schon verfaulten Stämme, die sich auf heute ganz oder fast ganz entwaldeten Alpenflächen finden.

Aber auch indirekte Anzeichen früherer umfangreicher Bewaldung lassen sich aus der Bodentopographie oberhalb der heutigen Waldgrenze ableiten. Nach der wissenschaftlich wohl begründeten Ansicht namhafter Botaniker wie C. Schröter und Nikli, gibt es ober der jetzigen Waldgrenze deutliche Formationen von Farren, Gräsern und Blumenarten, welche ausstrophene Waldpflanzen sind und als Zeugen früheren Waldbestandes gedeutet werden müssen. Namentlich auch das dichte Auftreten der Alpenrose (*Rh. ferrugineum*), welche einst das Unterholz unter Waldbestand gebildet hat, ist in dieser Hinsicht beweisend.

Dass also der Wald zurückgedrängt und die von ihm eingenommene Fläche beschränkt ist, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Nun wird es schwerlich möglich sein, über das Maß der Waldzerstörung und das Verhältnis der früheren Waldfläche zur jetzigen ein begründetes Urteil zu gewinnen. Ich halte die Annahme, daß die frühere Waldfläche im letzten Jahrhundert um 20—25% vermindert worden ist, noch für möglich.

Hätten nun wenigstens noch die Einwohner und Waldbesitzer entsprechenden Nutzen von der Waldbenutzung gehabt, hohe Geldeinkünfte erzielt und gute Weiden gewonnen: so hätte die wirtschaftliche Unterhaltung des Bestehenden wenigstens noch finanzielle Vorteile gebracht. Aber auch hieran hat es meist durchaus gefehlt.

Der Wald ist zerstört und nichts dafür gewonnen worden als unfruchtbare Freiflächen, auf denen nicht einmal ein dürftiger Buschwald mehr gedeiht. Merz wie Bettelini führen als recht bezeichnendes Beispiel das Tal Cella an, das obere Talgebiet des bei Lugano in den See einmündenden durch seine Hochwasser berühmten Cassarateflusses. Hier wurde z. B. eine Eisengießerei gegründet, um die reichen Vorräte, namentlich an starkem Buchenholz, auszunutzen. Das Roheisen mußte auf Saumtieren meilenweit bis zur Hütte geschleppt werden, welche dafür nicht nur ihren Holzbedarf unentgeltlich aus den umliegenden Waldungen entnehmen durfte, sondern sogar noch eine Belohnung für die Abholzung erhielt, die sich je nach der Größe der abgetriebenen Fläche steigerte! Heute sind die damals entwaldeten Hänge bürre unfruchtbare Halben, so daß die Anwohner genötigt sind, meilenweit nach etwas Brennholz zu gehen, und der Cassarate hat mit zahllosen Sperrbauten besetzt und gesichert werden müssen, welche Hunderttausende gekostet haben!

Wohl mag der Waldzerstörung an manchen Orten zunächst eine Ausdehnung der Weidewirtschaft gefolgt

sein. Es wird wenigstens berichtet, daß gerade in die am meisten entwaldeten Ostteile des Sottoceneri zeitweise auch große Herden aus den anstoßenden italienischen Provinzen Bergamo und Cremona zur Weide gebracht seien. Lang dürfte jedoch auch diese Freude nicht gewährt haben.

Alle Versuche, welche die Kantonsbehörden in zunächst recht schüchternen Weise machten, um wenigstens einige Ordnung in diesen Wirrwarr zu bringen und durch Gesetze und Verordnungen den größten Mißbräuchen zu steuern, waren vergebens. Zumal in Zeiten und Orten, wo das Holz schon höhere Preise hatte und sich abbringen ließ, wurde genutzt und verkauft, was überhaupt erreichbar war. Manchmal waren die Aufsichtsbeamten selbst Holzhändler, welche mit den Beherrschern der Patriazie gemeinsame Sache machten. In vielen Gemeinden wurde durch Jahre überhaupt keine Rechnung gelegt und der Erlös aus den Wald- und Holzverkäufen wanderte einfach in die Taschen von Geschäfts- und Privatleuten¹⁾.

Nachdem im Sottoceneri nicht mehr viel zu holen und auszuführen war, kam der Sopraceneri, namentlich das obere Tessintal, die sog. Leventina, und ferner das Maggialtal, in seinem oberen Teil Lavizzara genannt, und das Verzascatal an die Reihe. Aus allen 3 Tälern wurde das Holz zunächst auf den Flüssen bis in den Langen See getriftet und dann weiter zu Wasser in die Lombardei und nach Mailand gebracht. Merz führt an, daß allein in der Lavizzara in der Zeit von 1830—50 mindestens 600 000 fm Holz eingeschlagen und verkauft seien. Man kann annehmen, daß hierdurch mehr als 1500 ha Wald in dem beschränkten Talgebiete völlig devastiert und kahl gehauen sind²⁾. Der Forstinspektor Rasthofer aus Bern, welcher im Jahre 1846 die Tessiner Waldungen besichtigte, hat den Geldwert der damaligen jährlichen Holzexporteure aus dem Kanton auf 3½ Millionen Frs. berechnet, während alle anderen viel walddarreicheren Kantone der Schweiz zusammen nur für etwa 6¼ Mill. Frs. exportierten!

Nachdem schon in den Jahren 1807, 1808 und 1824 Gesetze und Bestimmungen zur Sicherung gegen Mißbräuche bei der Benutzung der Wälder erlassen

¹⁾ Nicht umsonst bildete sich im Volksmund das Sprichwort:

„Il denaro di selva venduta, d. h. „der Gelderlös aus Waldverkauf. È farina che in crusca si muta“! gleicht Mehl, das in Schalen (Spreu) sich wandelt“.

²⁾ Sehr zur Waldzerstörung trugen die auf lange Fristen, oft Jahrzehnte, abgeschlossenen Holzverkaufsverträge bei, welche nur das Interesse der Käufer verfolgten, sowie der Umstand, daß der Bau der damaligen schwierigen und kostspieligen Straßen stets große Holz Mengen an einem Ort erforderte.

waren, erschien im Jahre 1840 ein umfassendes Forstgesetz für den Tessin mit Gültigkeit vom 1. Januar 1841, welches an Vortrefflichkeit der Bestimmungen nichts zu wünschen übrig ließ. Nach demselben wurden alle Waldungen unter Staatsaufsicht gestellt. Die Teilung von Gebirgsforsten wurde untersagt und ebenso Kahlhieb, Stodroden und Urbarmachung an allen Stellen, wo Erdrutschungen und Lawinen zu befürchten waren. Der Weidebetrieb sollte eingeschränkt und geregelt, Servituten sollten abgelöst werden usw. Zur Ausführung aller dieser schönen Vorsätze wurde die Ernennung eines Kantonsforstinspektors, mehrerer Bezirksförster und zahlreicher Waldbhüter vorgeesehen.

Sehr merkwürdiger und bezeichnender Weise ist dies vorzügliche Gesetz zunächst viele Jahre gar nicht zur eigentlichen Durchführung gekommen; höchst wahrscheinlich, weil der Einfluß der an ungehinderter weiterer Waldbausnutzung interessierten Kreise zu mächtig war.

Endlich wurde im Jahre 1856 der erste Kantonsforstinspektor gewählt. Der würdige Kollege, ein Thurgauer mit Namen Brunnschweiler, konnte bald mit Wehmut fingen:

„Oh, welche Lust, Forstmann zu sein (nb. im Tessin)!“

Trotz besten Willens und bester Absichten konnte er nicht nur nichts erreichen, sondern fühlte sich auch bald seines Lebens nicht mehr sicher und zog es vor nach wenigen Jahren seinen undankbaren und gefährlichen Posten aufzugeben (1859). Um diese Zeit wurde der bekannte Züricher Forstmeister und forstliche Lehrer am Polytechnikum, Vandolet, beauftragt, die Hochgebirgs-Waldungen der Schweiz und namentlich auch des Tessin zu bereisen und zu begutachten. Er hat im Jahre 1861 hierüber einen ausführlichen Bericht¹⁾ erstattet, in welchem der trostlose Zustand der Forsten klar ersichtlich gemacht ist. Auch einsichtsvolle Tessiner selbst, wie Franscini, Ravizzari u. a. bemerkten und beklagten die Waldverwüstung ihrer schönen Heimat. Der Letztere wies u. a. in Uebereinstimmung mit den Vandolet'schen Angaben nach, daß die damalige jährliche Holzherzeugung des Tessin durch Zuwachs nur 72 954 fm oder einschließlich der Kastanienwälder mit 40 500 fm im ganzen 113 454 fm ausmache, während geschlagen wurden 225 747 fm und davon nach Italien ausgeführt 101 250 fm, also fast soviel als der wirkliche Zuwachs betrage²⁾. Nach Ravizzari sind noch in den Jahren 1853–60 allein auf den am Ostrande einmündenden Klässen mehr als 157 000 fm in

meist schwächeren Stämmen von 3–5 m Länge und 20–50 cm Stärke in den Bängen See eingefloßt worden. Dennoch beharrten das eigentliche Tessiner Volk und seine Vertreter, der sogen. Großrat, in ihrer kurzfristigen, eigennützigen und waldföindlichen Politik. Im Jahre 1860 war ein neuer Forstinspektor, diesmal ein Graubündener, Andreas Sieber, gewählt worden. Auch er kam zu keiner erfolgreichen Tätigkeit, wurde vielmehr nach 3 Jahren durch Grossratsbeschuß wieder entlassen, „da das Volk von Forstordnung nichts wissen wolle“ (Merz). Zugleich wurde der ganze Forstetat einfach abgesetzt. Die früher eingerichteten Baumschulen usw. ließ man eingehen und überall herrschte wieder unbeschränkt der Holzhaude der Hirt¹⁾ und — die Ziege!

Endlich übernahm die Natur selbst das Amt des Mahners und Erziehers. Im September 1868 kamen nach starken Regengüssen jene furchtbaren Hochwasser und Uberschwemmungen, welche in der Geschichte des Tessin so leicht nicht vergessen werden dürfen. Allen der direkte Schaden, welchen sie anrichteten, wird auf fast 5 Millionen Frs. veranschlagt! Allgemein brach sich die Einsicht Bahn, daß diese Naturkatastrophen durch die frevelhaften und unsinnigen Entwaldungen namentlich an den Steilhängen, verschuldet sei, und daß unbedingt Wandel geschaffen werden müsse. Im Jahr 1870 wurde deshalb auch ein neues Forstgesetz erlassen, welches die Staatsaufsicht über die Forsten wiederherstellte und die Anstellung eines Kantonsforstinspektors und dreier Kreisoberförster anordnete. Die erstere wichtige Stelle wurde einem tapferen und energiegelichen Graubündner, Namens Barro, aus dem benachbarten Mesocotale stammend, übertragen, welcher 18 Jahre lang sein schwieriges Amt mit Ausdauer und Erfolg verwaltet hat. Sein hauptsächlichster Kampf galt den Ziegenherden, welche bis dahin jede Kultur und Verjüngung unmöglich machten.

1876 wurde durch Bundesgesetz die Oberaufsicht der Eidgenossenschaft auch über die Forsten des Tessin erklärt und damit eine bis dahin nur zu sehr vermehrte Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der forstlichen Behandlung und Ueberwachung gesichert. Ein Folge dieser segensreichen Maßregel war dann ein neues Kantonsforstgesetz von 1877. Inzwischen war auch in weiteren und Baienkreisen der Tessiner Bevölkerung eine gewisse Bewegung zugunsten des Waldes entstanden. Als im Jahr 1872 der Schweizer Forstverein zum ersten Male im Tessin tagte, traten mehr als 70 Tessiner als neue Mitglieder bei.

Leider war diese Begeisterung, wie Bettelini, welchem ich in der Schilderung dieser geschichtlichen Ent-

¹⁾ Bericht an den hohen Schweizerischen Bundesrat über die Untersuchung der schweiz. Hochgebirgswaldungen, vorgekommen in den Jahren 1868, 1869 und 1860. Bern 1862.

²⁾ Vergl. Escursioni nel Cantone Ticino di Luigi Ravizzari. Lugano 1869–63. S. 787 ff.

ffung im wesentlichen folge, mit Recht bemerkt, ein trostfeuer, welches nur wenige Jahre vorhielt. Die Rücksichte des kurzfristigen Eigennutzes, welche namentlich in den Patriziaten wirkten, waren zu stark, als daß sie so rasch und leicht hätten überwunden werden konnten. Die Geseze und Einrichtungen waren wohl gut und zweckmäßig, aber ihre richtige und genaue Durchführung ließ nur zu viel zu wünschen übrig. Noch immer wurde auf persönliche und private Interessen überwiegende Rücksicht genommen und die berechtigten Vettern- und Parteiwirtschaft, welche übrigens keineswegs nur im Tessin daheim ist, machte sich auch auf diesem Gebiete in hohem Maße geltend.

Ich möchte gleich hier bemerken, daß unter solchen Verhältnissen, wie sie im Tessin und anderen südlichen Bergländern herrschen, die Versöhnung und der Ausgleich zwischen dem öffentlichen, allgemeinen und dem privaten Einzelinteresse doppelt schwer ist, ohne daß man deshalb dem Charakter der Bevölkerung besondere Schuld beimeessen darf. Man versehe sich selbst an die Stelle der kleinen Bergbauern, sei er nun Patriziatssteilhaber oder nicht. Immer spielt für ihn die Hauptrolle die Weide, um möglichst viel Vieh, namentlich Ziegen, halten und durchbringen zu können. Jede Ziege mehr bedeutet für ihn einen Vermögenszuwachs von rd. 30 Frs., und ohne ihre Milchherzeugung vermöchte er sein schon an sich dürftiges Leben überhaupt nicht zu fristen. Welches Interesse soll nun er in der Aufforstung und Bewaldung seiner Berge haben, welche ihm nur seine Wirtschaft, d. h. Viehhaltung, beschränkt und erschwert? Selbst von den wasserwirtschaftlichen Maßregeln der Wildbachverbauungen usw. wird er kaum berührt, da ihr Nutzen meist erst den untenliegenden Talbewohnern zugute kommt; von Lawenschutz und dergleichen schönen Dinge will er überhaupt nichts wissen, wenn nicht gerade sein Wohnort selbst direkt gefährdet ist. So sieht er in allen noch so gut gemeinten Schutzmaßregeln eigentlich fast immer nur Beschränkungen seiner persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit, gegen welche er sich nur zu offen öffentlich oder heimlich (durch Waldbrände und dergl.) auflehnt.

Unbedingt bildet die Versöhnung der weiden-, wasser- und forstwirtschaftlichen Interessen in den Gebirgsländern, wie dem Tessin, eins der wichtigsten und schwierigsten Probleme, über welches später noch zu reden sein wird.

Durch die Geseze und Einrichtungen der 70er Jahre war indessen wenigstens die Grundlage geschaffen, auf welcher mit einiger Aussicht auf Erfolg gearbeitet werden konnte. Nachdem dann das neue Schweizer Bundesforstgesetz vom Jahre 1902 nebst Ausführungsverordnung von 1903 erschienen war, hat

der Kanton Tessin nach einem gescheiterten Versuch vom Jahre 1908 im Jahre 1912 sein letztes Kantonsforstgesetz erhalten, welches hoffentlich längere Zeit gelten und nützen wird.

Die gegenwärtige Waldfläche des Tessin wird von Merz 1903 auf 59 870 ha angegeben = 20 % der Gesamt- und 32 % der produktiven Fläche des Kantons¹⁾. In dem 1914 erschienenen Werk „Die forstlichen Verhältnisse der Schweiz“ (besprochen im Juliheft 1915 d. N. F. u. J.-Z.) finden sich, wohl auf Grund neuerer Ermittlungen, etwas höhere Angaben, nämlich 73 739 ha = 26,3 bzw. 39,4 %. Für ein so ausgesprochenes Bergland, wie der Tessin es ist, erscheint das Bewaldungsprozent keineswegs hoch, zumal wenn man berücksichtigt, wie dürrstig es mit der „Bewaldung“ der als Wald angegebenen Flächen größtenteils bestellt ist.

Ganz besonders groß ist auch das Verhältnis des unproduktiven Bodens zur Gesamtfläche, nämlich 33,2 %, (Deutschland 9,3, Tirol 18,3 %). Auch wenn man den Hochgebirgscharakter und die ungünstige Bodengestaltung im größten Teil des Kantons berücksichtigt, dürfte doch die Annahme nicht unberechtigt sein, daß ein gewisser Teil der als unproduktiv geschätzten Flächen altes und vielleicht auch wieder künftiges Waldgebiet sein könnte. Auf jeden Kopf der Bevölkerung kommt 0,47 ha Waldfläche (in Deutschland 0,22), was völlig genügen dürfte, vorausgesetzt daß auf der Waldfläche auch wirklicher Holzbestand steckt.

Was die Eigentumsverhältnisse anbelangt, so sollen nach den neuesten Angaben rd. 76 % (= 55 953 ha) den Gemeinden und Korporationen, d. h. Patriziaten gehören und 24 % (= 7786 ha) Privateigentum sein. Merz führt 1903 88 und 12 %, 1908 81 und 19 % an. Sind seine Angaben richtig gewesen, so muß in den letzten 12 Jahren ein nicht unbeträchtlicher Teil von Patriziatswald aufgeteilt und in Einzelbesitz übergegangen sein.

Wie verwickelt im Uebrigen durch die lange Zeit jeder gesetzlichen Aufsicht entbehrende Patriziatswirtschaft die Eigentums- und Nutzungsverhältnisse an den Waldungen geworden sind, geht aus den Angaben von Merz für den Sottoceneri hervor. Danach sind

¹⁾ In einer Statistik von 1908 nennt Merz folgende Zahlen:

Produktive Waldfläche (einschl. 19 059 ha bewaldeter Weiden	72 904 ha
Unproduktive Waldfläche	16 000 „

Gesamtfläche 88 904 ha

Auf absolute Genauigkeit können alle Zahlen wohl keinen Anspruch machen.

die dortigen Wäldungen: ungeteilt in 24 Gemeinden;	
real zum Eigentum geteilt	15 " ;
teils ungeteilt, teils geteilt	13 " ;
zur Nutznießung geteilt	4 " ;
teils ungeteilt, teils zur Nutznießung geteilt	19 " "
usw.	

Die unglückseligen Teilungen, welche man heute nur zu gern rückgängig machen möchte, sind übrigens zur selben Zeit geschehen, wo man auch in Deutschland, und besonders in Westphalen und Rheinland, die berückichtigten Gemeinheitsteilungen vornahm und die fogen. Interessentenforsten schuf.

Eine ganz besondere Form gemischten Eigentums stellt das im Tessin seit Jahrhunderten übliche jus plantandi der Patrizier dar, d. h. das Recht, auf dem gemeinsamen Grund und Boden gegen eine geringe Abgabe bestimmte Bäume, bes. Kastanien, zu pflanzen, welche dann Eigentum des Pflanzers blieben und von ihm beliebig genutzt werden konnten. Die Jahressteuer betrug 1—5 centesimi je nach dem Alter und der Stärke des Baumes. In vielen Kastanienselven wurden die einzelnen Stämme numeriert und nur von den betreffenden Baumbesitzern genutzt.

Wie leicht zu denken, gab diese eigenartige Holzzucht zu vielen Unklarheiten und Streitigkeiten zwischen Grundbesitzer (Patriziat) und Baumbesitzer Anlaß und wird demzufolge in der Neuzeit immer mehr abgeschafft.

In der allerjüngsten Zeit ist nun auch der Anfang mit der Schaffung von Kantonsforsten gemacht worden, welche bisher dem Tessin völlig fehlten.

Nachdem durch das neue Forstgesetz von 1912 im Grundsatz die Begründung und Erwerbung von einer Kantonsforstdomäne bewilligt und ein besonderer Fonds hierfür vorgesehen war, der jährlich 10000 Frs. aus Kantonsmitteln erhalten sollte, wurde gleich in demselben Jahre mit dem Erwerb von Grundstücken der Anfang gemacht.

Die erste größere Erwerbung betraf die Anlage einer Schutzwaldzone im Val Morobbia zwischen Bellinzona und Giubiasco, für welche die Alpen Giggio, Giumello und Buco erworben wurden.

Der Bund sicherte zu diesem Unternehmen einen Zuschuß von 50 % zu Grunderwerb, Anschließung, Einrichtung und Beschützung; für die Aufforstung (rd. 200 000 Frs.) sogar von 80 % der Kosten; im Ganzen bis zu 251 000 Frs. zu, eine gewiß reichliche und weitherzige Unterstützung.

Im Jahre 1913 wurde zu diesem Terrain noch die benachbarte Alpe Urno mit 36,8 ha hinzu erworben. Für die Ausführung der umfangreichen und schwierigen Herrichtungs- und Aufforstungsarbeiten

wurde ein besonderer junger Forsttechniker als Domänenoberförster angestellt.

Fast noch wichtiger und aussichtsvoller dürfte ein weiterer ebenfalls im Jahre 1913 abgeschlossene Erwerb im Val Vergeletto, einem Seitental des Onsernone, sein, wo für 35 000 Frs. eine Fläche von 251 ha, darunter 124 ha mit durchschnittlich 70 % ziemlich geschlossenem Nadelholzhochwald (Mischung von Tanne, Fichte und Lärche mit Buchenunterholz) bestanden, angekauft wurde. Der Holzvorrat war auf 18 176 fm und der Jahreszuwachs auf 232 fm, also noch nicht ganz 2 fm je ha Waldbfläche berechnet.

Hier kann nun der Kanton beginnen, wirklich Forstwirtschaft zu treiben, der ganzen weiteren Umgebung zum Beispiel und Segen!

Als erste und notwendigste Maßregel wird gegenwärtig mit großen Kosten eine Zugangsstraße gebaut, welche den Wald mit dem im Uebrigen vorzüglichem Kantonswegeneß bei Vergeletto verbinden soll.

Möchte dieser jetzt so hoffnungsvoll beschrittene Weg immer weiter mit Mut und Tatkraft verfolgt werden und zu dem so erstrebenswerten Ziele der Schaffung eines möglichst umfangreichen Staatswaldbesitzes führen!

Was nun den jetzt noch vorhandenen Wald und den Forstbetrieb anlangt, so läßt sich leicht zu denken, die Bestandsbeschaffenheit im allgemeinen recht viel zu wünschen übrig. Die Hochwaldbestände von Fichte, Lärche und Buche, seltener auch mit Tanne gemischt, welche sich eigentlich ganz auf den nördlichen Hauptteil des Kantons beschränken, sind meist lückig und ungleichmäßig, teils durch unpfleglichen Plänterhieb, teils durch schädliche Einwirkung der Waldweide. Selten sieht man einigermaßen normale und geschlossene Bestände, an denen das Auge des Forstmanns sich erfreuen kann. Die besten, welche ich kenne, fand ich westlich oberhalb Zäziwil und Dalpe, wo schon seit längerer Zeit eine vorbildliche Patriziatsforstwirtschaft betrieben ist. Sie und andere von ähnlicher Güte beweisen, daß es wahrlich nicht die Schuld der Natur- und Standortverhältnisse, sondern lediglich der Menschen ist, wenn heute der Tessin den Eindruck eines armen verwüsteten Walderlandes macht.

Daß die Hochwälder durchweg im Plänterbetriebe behandelt werden, ist bei den vorliegenden Bestands- und Standortverhältnissen durchaus gerechtfertigt. Merz gibt als Umtriebszeiten 80—150 Jahre an. Selbstredend ist in den meisten Fällen schon der kostspieligen Holzbringungsanstalten (heute meist Drahtriesen) halber, auch nur ein ausgedehnter Betrieb mit größeren, alle 20—40 Jahre wiederkehrenden Hieben möglich.

Daß diese Hiebe einigermaßen forstlich-technisch geführt werden, ist eine Hauptforge der Forst-
aufsichtsbeamten. Der laufende jährliche Zuwachs wird
nach der Bestandsbeschaffenheit auf 4–10 fm an-
gegeben. Die lichte Kastanienelve, welche einen großen
Prozentsatz der zum Hochwald gerechneten Flächen ein-
nimmt, wird wohl kaum mehr als 1 fm je 1 ha er-
zeugen.

Nach einer mir vorliegenden allerdings schon älteren
Angabe (aus dem Jahre 1880) sollen von der vor-
handenen Waldfläche etwa 70% auf Hochwald ent-
fallen, so daß für den Niederwald nur 30% übrig
bleiben. Ich bin fest überzeugt, daß heute der Nieder-
wald weit größere Flächen einnimmt, wenigstens wenn
man die zahlreichen licht bestockten, allerdings wohl
eines regelrechten Betriebes meist entbehrenden Busch-
wäldchen von Weißerle, Hasel usw. mit in Anrech-
nung bringt.¹⁾

Die vornehmste Form des Ausschlagwaldes ist un-
bedingt der Buchenniederwald, der nach Merz
in 20–25 jährigen Umtriebe mittelfst alle 6–12 Jahre
wiederkehrenden Planterhieben bewirtschaftet wird. Man
schlägt dann jedesmal nur die stärkeren Stangen von
6–10 cm Durchmesser ein und erreicht so, daß der
Boden immer hinreichend gedeckt und geschützt bleibt.
In diesen Beständen kommt auch die Selbstverjüngung
durch Ablegerzweige vielfach vor. Als Zuwachs und
Ertrag sollen im allgemeinen 3–4, in einzelnen Fällen
bis 12 fm je Jahr und ha festgestellt sein.

Die wenigen vorhandenen Eichenhainwälder hatten
15–20jährig. Umtrieb.

Die übrigen Niederwälder von Kastanien, Weiß-
erlen usw. werden kahl abgetrieben und in meist kurzem
Umtriebe von etwa 10 Jahren behandelt. In guten
Lagen und bei guter Bestockung sollen nach Merz 13
bis 21 fm je Jahr und ha erzielt werden, während
andere Quellen als Durchschnitt nur 4 fm angeben.

Im südlichsten Teil des Kantons, dem sogen. Men-
drisiotto, ebenso wie im oberen Val Verzasca spielt auch
der Schneitelbetrieb eine gewisse Rolle. Er wird
sowohl bei Eichen wie bei Schwarzerlen angewendet;
einesteils, um Nutz- und Brennreißig, und andernteils,
um Viehfutter zu gewinnen. Die dadurch geschaffe-
nen Vegetationsbilder sind, wie leicht zu denken, kei-
neswegs schön. Wirtschaftlich mag dieser Betrieb in-
dessen nicht unvorteilhaft sein.

Außerdem findet sich die Schneitelwirtschaft nament-
lich bei der Verwendung von Felldahornstämmen als

lebenden Reispfählen; wobei aber selbstredend die Holz-
erzeugung ganz in den Hintergrund tritt.

Im allgemeinen läßt sich nicht leugnen, daß be-
sonders für den südlichen Teil des Kantons und die
unteren Talhänge heute und künftig der Ausschlag-
wald die gegebene und einstweilen gar nicht zu er-
setzende Wald- und Betriebsform ist und bleiben
wird. Nur muß angestrebt werden, daß der Hieb
pfleglich und nach richtigen forstlichen Grundsätzen er-
folgt und daß vor allem die Schläge gegen Weide-
vieh und Feuer geschützt werden. Auch verdient die
von Merz vorgeschlagene Einpflanzung von als Basi-
reitel überzuhaltenden Nutzholzarten, namentlich Lär-
chen und Birken, die ernsteste Beachtung.

Die Holzpreise und Gelberträge sind,
wie bei der leichten und lohnenden Ausfuhr nach der
holzarmen aber fruchtbaren und wohlhabenden Com-
barbei wohl erklärlich, keineswegs niedrig. Ich bin
fest überzeugt, daß in nicht ferner Zeit die Holzzucht
in den Bergen des Tessin eine der lohnendsten
Bodenbenutzungsarten sein wird. Gegen-
wärtig werden für mittleres Bau- und Schneideholz im
Walde bei Fichte und Lärche nach Beschaffenheit und
Lage etwa 10–30 Frs. je fm gezahlt, wobei der Käu-
fer Fällung und Transport selbst zu besorgen hat.

Für trockenes Kastanienhainbrennholz, welches nach
Gewicht gehandelt wird, verlangt man heute in Locarno
und Lugano 12–15 Frs. je rm¹⁾. Als Gelberträge
des gemischten Niederwaldes unter allerdings günstigen
Verhältnissen werden von Merz 80–120 Frs. je Jahr
und ha genannt.

In den letzten 20 Jahren sind die Holzpreise um
mehr als 30% gestiegen.

Ueber den Gesamtholzeinschlag in den
letzten 26 Jahren habe ich nach den Rechenschafts-
berichten²⁾ der Kantonsregierung folgende Tabelle zu-
sammengestellt:

(Tabelle nächste Seite.)

Wie man sieht, ist die jährliche Abnutzung in den
letzten 4 Jahren beständig gesunken. An der erheb-
lichen Verringerung für 1914 dürfte allerdings wohl
jedenfalls der Krieg und die durch ihn herbeigeführte
wirtschaftliche Depression die Schuld tragen. Von dem
Einschlage entfallen fast 80% auf den Niederwald.

Bei einer Annahme von 56 288 ha Korporations-
und 16 616 ha Privatforsten berechnet F. Merz in
einer Statistik, welche er gelegentlich seines Scheidens

¹⁾ Aus dem Jahre 1880 werden von Locarno als Holz-
preise angegeben: 37 Frs. für 1 fm Sägeholz und 8–9 Fr.
für 1 fm Brennholz. 1895 kostete in Lugano 1 rm Buchen-
brennholz 10 Frs.

²⁾ Diese pünktlich erscheinenden, sehr ausführlichen Jah-
resberichte geben die genaueste Auskunft über alle Vor-
gänge des öffentlichen Lebens und Ergebnisse aller Ver-
waltungsämter (einschließlich Justizwesen) des Kantons und
können bringend zur Nachahmung auch für die Regierungs-
bezirke anderer Staaten empfohlen werden.

Zusammenstellung des Holzeinschlages in den Jahren 1889—1914.

Es sind eingeschlagen worden										Aus den Korporationsforsten sind verkauft		
in den Jahren	in Korporationsforsten			in Privatforsten			im Ganzen			fm	frs.	a.
	im		zu- sammen	im		zu- sammen	im		zu- sammen			
	Hoch- wald	Nieder- wald		Hoch- wald	Nieder- wald		Hoch- wald	Nieder- wald				
F e s t m e t e r										F e s t m e t e r		
1889—98	152124	460166	612290	51482	362271	413703	203556	822487	1025993	459522	1322684	87
mithin durchschnitt- lich jährlich	15212	46017	61229	5143	36227	41370	20356	82244	102599	45952	132268	—
1899—1908	232592	510923	813515	101540	413615	515155	334132	1024538	1358670	615695	2011814	28
mithin durchschnitt- lich jährlich	23259	51092	84351	10154	41361	51515	33413	102454	135867	61569	201181	—
1909	23631	53935	77566	14683	41957	56640	33314	95892	134206	55624	251270	58
1910	14070	52861	66931	14921	57421	72342	28991	110282	139273	45108	184501	53
1911	20597	49403	70005	10773	46069	56842	31370	95477	126847	46165	213367	54
1912	16605	53481	70086	8268	45795	54063	24873	99276	124149	50509	220846	48
1913	18118	46933	65051	10331	4.006	54337	23449	90939	119388	44583	278060	03
1914	11097	40558	51655	7707	39.138	46747	18906	79596	98402	33245	157143	60

aus dem Kantonsforstdienst nach 20-jähriger Tätigkeit im Jahre 1909 aufgestellt hat, die jährliche Abnutzung je ha

I. für die Korporationsforsten im Jahrzehnt

1889—98 auf	1,1 fm
1899—1908 auf	1,5 "
im ganzen Zeitraum auf	1,3 "

II. für die Privatforsten im Jahrzehnt 1889

bis 98 auf	2,5 fm
1899—1908 auf	3,1 "
im Ganzen	2,8 "

und für alle Waldungen im Ganzen . 2 "

Den Nettogeldwert des Jahreseinschlages veranschlagt M. für die genannten 20 Jahre unter Zugrundelegung der erzielten mäßigen Lokalspreise von 2—7 Frs. je fm auf jährlich rd. 346 000 Frs., für das letzte Jahrzehnt 1904—8 auf rd. 550 000 Frs.

Bei Einstellung der wirklichen Handelsholzpreise (von etwa 20 frs. je fm Nutz- und 15 Frs. je fm Brennholz) erhöht sich dieser Wert auf fast das Vierfache des obigen Betrages.

Bezüglich der Aufbereitung des Holzes ist zu bemerken, daß das Brennholz im Allgemeinen nicht in Raummaßen aufgesetzt, sondern nach Gewicht verkauft wird. Das Reisig wird in Wellen zusammengebunden.

Wenn es auch in den meisten Fällen schon wegen des Mangels an genügender dauernder Beschäftigung an einem geübten ständigen Holzhauer- und Waldarbeiterpersonal fehlt, so würde es doch nicht schwer halten, die Technik des Holzeinschlages befriedigend zu gestalten, wenn es gelänge, den Arbeitern einen vorteilhaften Erwerb durch die Forstarbeit zu gewähren. An Gewandtheit und Geschick fehlt es ihnen wahrlich nicht.

Als ich vor nunmehr 36 Jahren nach dem Kaukasus ging, um dort eine Waldausnutzung unter schwierigen Gebirgsverhältnissen zu organisieren, holte ich mir auf der Durchreise in Wien bei dem damals in solchen Dingen wohl erfahrensten forstlichen Praktiker dem Freiherrn W. v. Berg, Rat, wo ich die brauchbarsten Arbeiter für meine Zwecke, namentlich Errichtung von Holzbringungsanstalten, Triftbetriebe, Kählerei usw. finden und gewinnen könnte. In Deutschland hatte man mir den Schwarzwald als Quelle für die tüchtigsten Holzhauer genannt. Herr v. Berg riet mir jedoch dringend von diesen Vandalen, welche nur in ihrer Heimat am Plage seien ab und bezeichnete mir als die gewandtesten und brauchbarsten Arbeiter die Italiener aus den Grenzbezirken namentlich in Kärnten. Ich habe dann auch in Pontafel mit solchen Leuten verhandelt und die Ueberzeugung gewonnen, daß sie den schwierigsten Verhältnissen auch im fernsten Ausland gewachsen waren. Besondere Umstände verhinderten später leider die praktische Ausführung des Plans und Anwerbung der Arbeiter. Ähnlich ist es mit den Tessinern und angrenzenden Italienern, welche nicht umsonst durch Jahrhunderte hindurch der Welt die geschicktesten Künstler und Handwerker geliefert haben. Wo es im Tessin an Einheimischen fehlt, stellen die benachbarten italienischen Provinzen, besonders das Bergamaster Land genügend tüchtige, geschickte und kräftige Arbeiter, welche geradezu als Spezialisten für Holztrieb und Holztransport gelten können.

Wo in früheren Zeiten die meist aus dem Val Pontirone stammenden „borradori“ („Flößer“) ihre Triftanfänge zimmerten und mit Schnee- und Wasserriesen („strusoni“) das Holz talabwärts schafften, war

aturgemäß nicht ohne schwere Beschädigung von Boden und Bestand abging, werden heute kunstvolle und dabei doch unendlich einfache Drahtseil-Riesen gebaut, die wohl kaum irgendwo so verbreitet und so vielfach benutzt sind, wie im Tessin. In allen Tälern sieht man die Drähte von den Wald- oder Grasregionen der Berge mehr oder minder steil abwärts an geeignete Stellen der großen Straßen oder nach den Ortschaften führen. Auf den stärkeren aus Drahtseilen mit Bremsvorrichtung bestehenden werden die schwereren Hölzer, namentlich Sägeflöße, bis 1,5 fm bzw. 1200 kg Gewicht; auf den schwächeren, 8 bis 12 mm starken einfachen Drähten, die Reisigbündel, Heu und dergl. leichtere Lasten befördert.

Nach Merz waren schon vor 12 Jahren 20 große und ca. 130 kleinere Drahtriesen im Betriebe, deren Anlagekosten sich für den laufenden Meter auf je 4—5 Frs. bzw. 50—60 Cent. stellten. In einer Statistik vom Jahre 1910 werden schon 475 Leitungen, (darunter 21 größere mit Bremsen) mit einer Gesamtlänge von 435 740 m aufgeführt, welche sich auf 454 Eigentümer verteilen und 364 399 Frs. gekostet hatten. Wie sich gegenwärtig die Anzahl dieser genialen Transportanstalten stellt, vermag ich nicht zu sagen. Wahrscheinlich haben sie sich noch vermehrt. Im Jahre 1913 ist übrigens ein besonderes Gesetz über diesen Gegenstand erlassen, welches alle Rechtsfragen bei der Anbringung und Benutzung der Drahtseilriesen ordnet.¹⁾

Neben dem Holz spielen die Forstnebenprodukte heute nur eine geringe Rolle. Lediglich die Holzverkohlung kann noch auf eine gewisse Bedeutung Anspruch machen. In manchen Tälern sieht man Sommer und Winter den Rauch der Meiler aufsteigen. Immerhin ist die heutige Röhlerei gegenüber früheren Zeiten, wo jährlich 50—60 Tausend Meterzentner Kohlen allein nach der Kombardei ausgeführt wurden, gering.

Holzasche (zur Kaligewinnung), Harz und Serpentin, welche früher ebenfalls in erheblicher Menge ausgeführt wurden, kommen heute wohl kaum noch in den Handel, ebenso ist die fast ganz abgekommene, einst ziemlich erhebliche Bohrrindengewinnung erst in der allerletzten Zeit in Folge des Krieges wieder aufgelebt.

Eine Waldnebenbenutzung, deren Wert bis vor Kurzem fast unbekannt war, das Sammeln und Verkaufen von Waldbeeren, namentlich Heidelbeeren

¹⁾ Für Interessenten möchte ich noch eine größere Niese von 820 m Länge bei 450 m Höhendifferenz und 80 % Gefälle erwähnen, welche 1895 mit einem Kostenaufwande von 10 000 Frs. über die Via Mala bei Rongellen erbaut wurde. Hier wurde das Tragseil 28 mm, das Retourseil 22 mm und das Bremsseil 12 mm stark genommen. Das Tragseil soll, um die Abnutzung durch Scheuern zu vermindern, nicht geflochten sein, sondern aus nebeneinander liegenden Drähten bestehen.

(mirtilli), hat in den letzten Jahren einen ziemlich Umfang, namentlich im Südtail des Kantons mit seinen Kurorten und Fremdenkolonien, gewonnen.

Ueber den Forstschuß ist nicht viel zu sagen. Wie schon früher hervorgehoben, sind die einzigen wirklich gefährlichen Feinde des Tessiner Waldes der Mensch und die Ziege.

Von schädlichen Naturereignissen richten mitunter Lawinen und Wolfenbrüche (wie am 8. bis 9. Oktober 1913) große Verheerungen an, während Windbruch seltener sich bemerkbar macht. Schneeebruch und Bruch schädigt zuweilen besonders die jüngeren Nadelholzbestände in erheblichem Maße. Von Waldverderbern aus dem Reiche der Insekten ist eigentlich nur *Cnethocampa pityocampa*, der PinienproceSSIONsspinner¹⁾, *Tinea larinella* und allenfalls noch *Tortrix pinicolana* zu nennen. Auch der Maikäfer ist ein ständiger, aber bisher nicht gerade gefährlicher Gast in den Pflanzgärten und Schwemmlandwäldern.

Um die Menschen in ihrer Waldfeindschaft und Zerstörungssucht zu zügeln, sind die gegenwärtigen Forstgesetze völlig genügend und geeignet. Auf Grund des Bundesforstgesetzes von 1902 ist durch das Kantonsforstgesetz vom 26. Juni 1912 nunmehr auch für den Kanton Tessin alles Notwendige angeordnet worden, um den Wald zu schützen, zu verbessern und, wo es angängig und erforderlich, zu vermehren.

Der Artikel 1 des Gesetzes lautet:

„Der Staat (Kanton Tessin) übt die Aufsicht über die Waldungen in den Grenzen des Bundesgesetzes aus und beschützt im öffentlichen Interesse die Erhaltung und Vermehrung der öffentlichen und privaten Forstflächen.“

18 weitere Artikel handeln dann von der Organisation der Forstverwaltung und dem Forstpersonal.

Art. 22 enthält die wichtige Bestimmung, daß die Forstfläche des Kantons nicht verringert werden darf. Jede Rodung im Schutzwaldgebiete bedarf der Bundes-, im übrigen Walde der Kantonsgenehmigung.

Ferner wird bestimmt, daß alle durch Sturz oder sonstige Ereignisse (Feuer, Wind, Lawinen) geschaffenen Kahlfächen binnen 3 Jahren wieder aufgeforstet werden müssen; daß Korporationsforsten ohne besondere Staatsgenehmigung nicht veräußert und nach genehmigten Betriebsplänen bewirtschaftet werden sollen.

Sehr wichtig ist Art. 28, in welchem die verhängnisvolle Teilung der Patriziatsforsten zu Eigentum oder zur Nutznießung verboten und die Wiederaufhebung der schon bewirkten Teilung den Patriziats-

¹⁾ Dieser südlliche Vertreter unseres NiesernproceSSIONspinners (pinivore) befallt auch gern die im Tessin sonst vorzüglich gedehenden Cedern, bes. *Deodara*.

behörden anheimgestellt wird. Weitere Teilung schon bestehender Parzellen ist auf alle Fälle unterjagt; dagegen soll möglichst Zusammenlegung kleiner Waldungen zu gemeinsamen Wirtschaftskomplexen angestrebt werden.

Alle Hiebe, welche nicht auf Grund eines bestimmten Betriebsplanes erfolgen, bedürfen der vorherigen Genehmigung der Forstbehörde, welche berechtigt ist, eine Kautions für die vorgeschriebene Wiederkultur usw. zu fordern.

Die Nebennutzungen, namentlich Weide und Streuentnahme, sollen, wenigstens in den Korporationswaldungen, möglichst streng begrenzt und auf den dringenden Bedarf beschränkt werden und jedenfalls nur nach bestimmten festgesetzten Regeln erfolgen.

Servituten und Berechtigungen sind zunächst genau festzustellen und dann möglichst bald, im allgemeinen nur durch Gelbabfindung, abzulösen. Neue Lasten können in Korporationsforsten nicht mehr begründet werden.

Im Fall von Waldbränden sind die Ortsbehörden zum sofortigen Einschreiten verpflichtet und für allen durch ihre Versäumnis entstehenden Schaden verantwortlich. Die Brandflächen müssen nach den Anordnungen des Kreisforstinspektors behandelt und zunächst von der Weide ausgeschlossen werden. Im Fall schuldhafter Brandstiftung kann die ganze Waldzone bestimmte Zeit für Weide gesperrt, geeignetenfalls auch auf Kosten des Eigentümers wieder aufgeforstet werden.

Wo es zur Erhaltung von Quellen und zur Abwendung von Gefahren durch Wasser, Lawinen usw. erforderlich scheint, kann die Aufforstung bestimmter Flächen gefordert und entweder auf Kosten des Eigentümers, oder aber des Kantons mit Enteignung durchgeführt werden. Im ersteren Fall werden erhebliche Unterstüzungen (bis 50 % der Kosten) gewährt.

Ueber die sehr wichtige Beziehung der Weide zur Forstkultur ist in Art. 56 gesagt, daß möglichst eine Verbindung und Versöhnung der beiden (sich leider meist nur zu feindlich gegenüber stehenden) Interessen angestrebt werden soll. Wo es nötig erscheint, die Waldfläche auf Kosten der Weide auszudehnen, sollen die bleibenden Weiden tunlichst verbessert werden.

Neue Kulturen und Verjüngungen dürfen nicht eher wieder beweidet werden, bis sie dem Zahn des Weideviehs völlig entwachsen sind.

Die Strafbestimmungen (Art. 59–64) sind ziemlich streng. So werden z. B. Zuwiderhandlungen gegen die Betriebspläne oder Hiebsbewilligungen mit 50–300 Frs. geahndet. Weideübertretungen kosten je Fall und Kopf (des Viehs) mindestens 2 Frs.; in Schonungen und Kulturen aber mindestens 10 Frs.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind in den 3 Jahren 1912–14: 528 Fälle von Forstvergehen

und Uebertretungen zur Anzeige gebracht worden, mithin jährlich im Durchschnitt 176 Fälle; während in den 4 Jahren vorher nur 120 Fälle je Jahr vorkamen. Die festgesetzten Geldbußen und Strafen haben fast 8000 Frs. betragen. Selbstredend hat im letzten Jahre auch auf diesem Gebiete der Kriegszustand nachteilig eingewirkt, namentlich dadurch, daß viele Forstbeamten zum Militärdienst einberufen wurden und die Aufsicht nicht mehr so sorgfältig ausgeübt werden konnte. Von den verhängten Geldbußen erhält der Anzeigende (auch der Beamte) einen gewissen Teil.

Waldbrände spielen leider noch immer eine bedeutende und unheilvolle Rolle.

Aus dem Jahre 1912 werden 15 größere Brände gemeldet, welche auf 276 ha den Holzwuchs vernichteten. Schlimme Waldbrandjahre waren 1893 mit 418 ha und 1899 mit 730 ha Brandfläche, was schlimmer noch 1907, wo 2300 ha abgebrannt wurden. Besonders berücksichtigt ist in dieser Hinsicht die Umgegend von Locarno. Wohl kein Herbst- und Frühlingsgast verläßt diese sonst so großartige und dabei so liebliche Landschaft, ohne das eigenjchöne Schauspiel eines abendlichen oder nächtlichen Waldbrandes an den Berghängen zwischen Verzascatal und Brissago erleben zu haben. Nächst Locarno ist dann das Sottocenergebiet und zwar sein westlicher Teil, der sogen. Malfanton, am häufigsten der Schauplatz von Waldbränden. Ausgesehen von ganz vereinzelt Fällen, wo die Brände gelegentlichem Leichtsinns und persönlicher Unvorsichtigkeit ihre Entstehung verdanken, werden dieselben stets absichtlich angelegt. Es ist gewissermaßen noch ein Rest uralter Brandkultur, welche bezweckt, durch Vertilgung der Busch-, Ginster-, Heide- und Borstgrasvegetation und durch Düngung des Bodens mit der Asche der verbrannten Bodenbedeckung eine neue fruchtbarere Grasnarbe für Weidezwecke zu gewinnen. Auch im westlichen Deutschland finden sich ja noch Spuren ähnlicher Wirtschaftsart in den Brandhainen u. dergleichen einzelner Gebirgsgegenden.

Man könnte für ganz bestimmte, streng abgegrenzte Örtlichkeiten unter Umständen das Abbrennen der Bodenüberzugs vielleicht gestatten, wenn nicht stets das Feuer auch dort angelegt würde und vor allem dahin übergriffe, wo es nicht nur die lästige Unkraut- und Buschvegetation, sondern auch hoffnungs- und wertvollen Waldbestand zerstört. Zudem hält die erstrebte Verbesserung der Grasnarbe stets nur kurze Zeit vor. Nach wenigen Jahren herrscht wieder Ginster, Heidekraut und Borstengras wie früher.

Fast immer sind es trockene Südhänge, welche abgebrannt werden.

In den Rechenschaftsberichten der Forstbehörde wird bitter darüber geklagt, daß es nur selten gelingt, die schuldigen Urheber der Waldbrände zu ermitteln und

Verantwortung zu ziehen. Die Tessiner Forstleute können sich hierin mit ihren deutschen Kollegen öfters, denen es auch nicht besser geht. Im übrigen ist begründete Hoffnung, daß mit der im Gange befindlichen Vermehrung des Forstpersonals, namentlich Einstellung gewissenhafter und unabhängiger Waldärzte, auch dies Uebel erfolgreicher bekämpft werden wird. Sehr wirksam würde ja die im Gesetz vorgesehene, in Wirklichkeit bis jetzt nur zaghaft angewendete Maßregel sein, daß im Falle eines böswilligen Waldbrandes die Waldweide in der ganzen betroffenen Zone für längere Zeit verboten würde.

Ueber den Schaden, welcher durch rücksichtsloses Streurechen in den Laubholzbeständen angerichtet wird, hört man von forstlicher Seite oft lebhaftes Klagen.

Ich sollte jedoch meinen, daß, abgesehen von den immerhin seltenen Buchenverjüngungen, dieser Schaden wohl ertragen oder doch genügend eindämmen läßt, zumal wenn der streubedürftigen Bevölkerung Kienrind, Heide und ähnliches Material zur Verfügung gestellt werden kann.

Der größte und schlimmste Waldfeind nächst dem Menschen ist und bleibt nun einmal die Ziege. Die im Umherziehen betriebene Ziegenweide ist die große Klippe, an welcher alle Forstkultur wie in südlichen Bergländern überhaupt, so ganz besonders im Tessin, scheitert oder wenigstens zu scheitern droht.

Die Versöhnung von Waldbwirtschaft und Weidebetrieb ist wohl zur Zeit das größte wirtschaftliche Problem für den Kanton, welches sich vom einseitigen forstlichen Gesichtspunkte allein niemals wird lösen lassen.

„Primum vivere, deinde philosophari (i. e. forrestam facere)!“ Wenn man Einwohner haben und behalten will, muß man ihnen auch die Möglichkeit geben, zu leben. Wohl möchte es für manche Gebirgsgegenden, — rein theoretisch und absolut betrachtet — das wirtschaftlich Beste sein, wenn alles Gelände mit Ausnahme der wirklich guten Wiesen, Acker und der Alpweiden über der Baumregion zu dichtem Wirtschaftswald umgewandelt und als solcher rationell bewirtschaftet würde.

Vielleicht wird dieser Entwicklungsgang sich allmählich in fernerer Zukunft stellenweise vollziehen, zumal wenn die Holzzucht und Waldbwirtschaft ihre Rentabilität in bisheriger Weise weiter steigert. Einstweilen hat man aber noch mit den bestehenden Bevölkerungs- und Kulturverhältnissen zu rechnen.

Für diejenigen, welche die jetzt schon spärliche Bevölkerung¹⁾ den Bergen und damit dem Lande erhalten

wollen, bleibt nichts anderes übrig als die Interessen derselben mit denen der Gesamtheit, im Besonderen der Talandschaften, in Einklang zu bringen und nicht schlechthin Meliorationen zu planen und durchzuführen, welche an sich zwar notwendig und nützlich sind, von den Bergbewohnern aber zunächst nur Opfer verlangen, ohne ihnen einen sichtbaren und direkten Vorteil zu gewähren. Hierzu gehören aber Aufforstungen, Schaffung von Schutzwald- und Schonungsdistrikten, ja selbst Schutzbauten gegen Hochwasser und Lawinen, welche zunächst dem Anwohner nur Zwang und Beschränkung, weniger in seinem eigenen, als im allgemeinen Interesse, auferlegen. Freunde und Kenner des Landes und besonders der Berggegenden haben deshalb in letzter Zeit im Bundesrat ihre Stimme erhoben und auf die Gefahren und Unbilligkeiten aufmerksam gemacht, welche durch eine einseitige Anwendung des Forstgesetzes und Bevorzugung der forstlichen Gesichtspunkte leicht entstehen könnten. Sie halten es namentlich für bedenklich, daß beim Bundesrat Forst-, Wasser- und Weideangelegenheiten von 3 verschiedenen Ressorts abhängen und bearbeitet werden, und möchten diese ganze, für das Gebirge eine Lebensfrage bildende Angelegenheit in den Händen einer Behörde wissen, welche dann alle Interessen gleichmäßig wahrnehmen und berücksichtigen könnte.

Es wird auf das Beispiel des benachbarten Italien hingewiesen, wo durch den gerade als Kenner des Landes und besonders der Berggegenden, hervorragenden Staatsmann Giolitti in neuester Zeit mehrere wichtige Gesetze geschaffen sind, die den uralten und immer bitterer werdenden Konflikt zwischen Wald und Weide ordnen und lösen sollen. Zunächst ist hier im Jahre 1910 die Forstverwaltung in eine Gesamtverwaltung der Wälder, Wiesen, Weiden, und des Wassers verwandelt worden. — Nach demselben Gesetz werden alle aufgeförfsteten Flächen, bei Niederwald 15, bei Hochwald 40 Jahre, von jeder Steuer und Abgabe befreit und auch Privaten die Dienstleistungen der Staatsforstbeamten unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Flächen, auf denen die Weide im öffentlichen Interesse ruhen muß, erhalten einen bedeutenden Nachlaß der Abgaben. Zur Begünstigung kleiner Waldbetriebetriebe werden den Unternehmern bis 15 Pferdekraften an Wasserkraft unentgeltlich geliefert. Durch ein weiteres Gesetz von 1912 wurde für Aufhebung oder Beschränkung der Weide in den durch Aufforstung oder Wasserbauten in Schonung gelegten Bezirken eine direkte Entschädigung gewährt, was in den Schweizer Gesetzen bis jetzt nicht vorgesehen ist.

Neuerdings hat man sogar in Italien durch Gesetz einen großen umfassenden Plan festgelegt, wonach die umfangreichen Flächen, welche weder eigentlicher

¹⁾ Nach der letzten Feststellung beträgt die Einwohnerzahl des Tessin nur 161 000; mithin je 1 km² 57. In den letzten 50-60 Jahren hat sie nur um rd. 80 000, also 28 % zugenommen.

Wald, noch brauchbare Weiden sind, bis zu 10 Jahren in Schonung (*riserva*) gelegt und auf Staatskosten zur Wiederherstellung ihrer ursprünglichen Benützung verbessert werden sollen, wobei die Eigentümer noch für die Zeit der Schonung die vormals von ihnen erzielte Rente als Entschädigung erhalten.

Alle diese zweifellos weitblickenden und weitherzigen Maßnahmen des Nachbarlandes werden nun der Schweiz und besonders dem Tessin als nachahmenswertes Muster hingestellt.

Nun wird zunächst der Kenner von Land und Leuten in Italien, welcher die materiellen und moralischen Kräfte dieses Landes richtig einzuschätzen vermag, bei aller Anerkennung der guten Absichten dieser Gesetze billig bezweifeln können, ob ihre Durchführung wirklich den daran geknüpften Erwartungen entsprechen wird. Jedenfalls aber wird man grundsätzlich billigen und anerkennen müssen, daß die bodenwirtschaftliche Melioration der Gebirgsgegenden einer Behörde übertragen und daß für jedes Opfer und jede Nutzungsbeschränkung den Bewohnern auch eine Entschädigung gewährt wird. Es muß erstrebt und erreicht werden, daß das Volk Einsicht und Interesse für alle Arbeiten und Verbesserungen in seinem Bereich gewinnt und ihnen mit freundlichem Auge und helfender, schützender Hand zur Seite steht.

Daß alle Meliorationsarbeiten nach einem großen sorgfältig erwogenen Plane vorgenommen werden, ist ferner ein durchaus berechtigter Wunsch. Bettelini verweist in dieser Hinsicht mit Recht auf das Beispiel Frankreichs, wo alle zu Wald oder Weide bestimmten und tauglichen Flächen im Maßstabe von 1:25 000 genau aufgenommen und örtlich festgelegt sind. Unbedingt kann und muß aber auch von Seiten der Herdenbesitzer und Eigentümer von Wiesen und Weiden noch viel geschehen, um diese Flächen zu verbessern und ihre Erträge zu erhöhen.

Das treffliche Organ der Tessiner Landwirtschaftlichen Gesellschaft, der *Agricoltore Ticinese*, enthält fast in jeder Nummer dringende Mahnungen zur Verbesserung der Alpweiden und -Wiesen. Seitdem Kalidünger, Thomasmehl und Phosphate auch in den entlegendsten Tälern unschwer zu beschaffen sind, empfiehlt es sich durchaus, diese gehaltreichen, leicht zu transportierenden Düngemittel auch für die Alpweiden zu verwenden, um eine bessere, nährstoffreichere Grasnarbe zu erzielen. Auch der bei den Ställen und Käseereien in schädlichem Uebermaß abgelagerte Viehdung mußte weiter verbreitet und nutzbar gemacht werden. Vorhergehen mußte in allen Fällen eine Säuberung und Einebnung der Weideflächen, soweit diese möglich und nützlich ist. Man kann manchen Tessiner Berggemeinden den Vorwurf nicht ersparen, daß sie für

ihre Alpweiden fogut wie nichts tun, während die nahe den Dörfern belegenen Wiesen leidlich gepflegt werden¹⁾.

Bettelini erwähnt und empfiehlt den schon wiederholt gemachten Vorschlag, die Alpweiden, soweit sie noch in der Baumregion liegen, mit hochstämmigen Schattenbäumen, namentlich *Bergahorn*,²⁾ in genügend weitem Abstände (15–20 m) zu bepflanzen. Man will die Erfahrung gemacht haben, daß durch eine solche schwache und milde Beschattung namentlich an trocknen besonnten Hängen der Graswuchs erheblich gesteigert und verbessert wird.

Ganz besonders würde sich auch die *Bärche* als Baum der Weiden eignen, wenn nicht das Sehen um Schützen genügend starker Pflanzen große technische Schwierigkeiten böte.

Durch diese Schaffung von Hutebeständen, wie sie in den unteren Regionen der Raftanien selbst schon vielfach vorhanden sind, würde beiden Interessen, der Holzzucht, wie der Weide, bestens gedient, und kann ihre Anlage nur dringend angeraten werden.

Daß im übrigen durch eigene Einsicht und Selbstzucht alles Wünschenswerte erreicht werden kann, zeigen einzelne Gemeinden, von denen ich namentlich Cornomonte und Dalpe oberhalb Faedo lobend hervorheben möchte. Hier ist die Ziegen- und Schafweide völlig abgeschafft und die Kuhweide streng geregelt, so daß jede berechtigende Familie nur eine genau begrenzte Anzahl Vieh auf die Weiden treiben darf. Während die Hauptherde den Sommer über auf den höheren Alpweiden sich befindet, wird in der Nähe des Dorfes nur eine beschränkte Zahl Milchkühe (die sogen. „Heimkühe“) für den häuslichen Bedarf an Milch usw. geweidet. Die sorgfältig gepflegten Wiesen dürfen überhaupt von Weidevieh niemals betreten werden. Dafür ist denn auch der Dalper Wald musterhaft geschlossen und liefert neben dem nötigen Bau- und Brennholz für die Bürger sowie einen Reinertrag, daß alle Gemeinbeanstalten wie Schule, Kirche, Wege usw. davon gut unterhalten werden können.

Im letzten Sommer wurde durch den besten Teil des Waldes eine Kunststraße gebaut, deren Kosten allein auf 30 000 Frs. veranschlagt waren!

Dalpe gehört auch zu den bis jetzt leider nicht zahlreichen Gemeinden, welche schon längst einen vorläufigen schriftsmäßigen Betriebsplan für ihren Wald haben aufstellen lassen und beobachten. (Schluß folgt.)

¹⁾ C. Schroeter weist in seinem klassischen Werk „Das Pflanzenleben der Alpen“ S. 307 mit Nachdruck darauf hin, wie durch richtiges Düngen und Bewässern aus der sterilen Narbuswiese bald eine fruchtbare Fettweide geschaffen werden könne.

²⁾ Vorausgesetzt, daß diese sehr kalte liebende Holzart auf dem kalkarmen Boden der im Tessin vorherrschenden Kalkschiefergesteine entsprechend gebeißt.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

Böhm. Geh. Reg.- u. Forstr. B.: Anleitung zur Buch- u. Rechnungsführung f. Privatforstreviere. 2., umgearb. Aufl. (152 S.) Lex.-8°. geb. in Halbleinw. M. 6.50. J. Neumann in Neubamm.

Best.-Jahrbuch, Preussisches, f. 1915. Ein Ratgeber f. die preuß. Kron- u. Staats-Forstbeamten. 6. Bd. Hrsg. zum XI. nach amtll. Quellen v. der Geschäftsstelle der deutschen Forst-Zeitg. (XXXVI, 212 S.) Lex.-8°. M. 3.—. J. Neumann in Neubamm.

Forst-Kalender f. d. Schaltj. 1916. 26. Jg. Hrsg. v. Forstr. i. R. August Leuthner. (V, 268 S.) 16°. Lwbd. M. 3.—; Ldrbd. M. 4.50. Joh. Leon sen. in Klagenfurt.

Forst- u. Jagdkalender d. kärntner Forstvereins für das Schaltj. 1916. 37. Jg. Hrsg. vom kärntner Forstverein. (259 u. 50 S.) kl. 8°. Lwbd. M. 4.—. Joh. Leon sen. in Klagenfurt.

Forstkalender, Deutscher, des deutschen Forstvereins f. Böhmen. 1916. 9. Jahrg. Bearb. v. Forstsch.-Dir. Forstwart Bez.-Forsttechn. Biv.-Geometer Dr. Rich. Grieb. (152 u. Beilage 48 S.) Kl. 8°. in Leinw.-Tasche u. geh. 2.40. J. Robritsch & Gschlhaug in Eger.

Forstkalender, Schweizerischer, Taschenbuch f. Forstwesen, Holzgewerbe, Jagd u. Fischerei. 11. Jahrg. 1916. Hrsg. v. Prof. Thdr. Felber. (IV, 252 S. u. Schreibkalender.) Kl. 8°. geb. in Leinw. 2.—. Huber & Co., Verlagskontor in Frauenfeld.

Leitfaden f. die volkswirtschaftliche Würdigung des Weidwerkes in den Schulen. Für die Mittelschulen, landwirtschaftl. u. forstl. Fachschulen. Verf. im Auftrage der „Freien Vereinigg. zum Schutze des Weidwerkes“ in Wien. (V, 102 S.) gr. 8°. 1.70. Alfred Göblner in Wien.

Pressler, weil. Geh. Hofr. Forstakad.-Prof. Dr. M. R.: Forstliche Kubierungstabeln. Im Auftrage des königl. sächs. Finanzministeriums bearb. 16. verm. Aufl., hrsg. v. Geh. Ob.-Forstr. Ob.-Forstmr. [fr. Forstakad.-Dir.] Dr. Max Neumeister. (VIII, 134 S.) 25×14,5 cm. geb. in Halbleinw. 5.—. Moritz Perles, k. u. k. Hof-Buchhändler, Verlags-Konto, in Wien.

Bomstorfer, Karl A., Archit. Reg.-R.: Der land- u. forstwirtschaftl. Bau in Anlage u. Ausführung. unter Berücksicht. d. örtl. Bauweisen. Hrsg. m. Unterstützung. d. k. k. Ackerbauministeriums. Mit 1030 Abb. (VIII, 496 S.) Lex.-8°. Lwbd. 17.—. Franz Deuticke Verlag in Wien.

Rebmannsheim! Forst- u. Jagdkalender f. d. J. 1916. 11. Jahrg. (XII, 127 u. 32 S.) Kl. 8°. geb. in Leinw. M. 1.50. Carl Kochs Verlagbuchh. in Nürnberg.

Praktischer Pilzsammler. Illustriertes Taschen-Bestimmungsbuch zum Bestimmen aller in unserer Heimat wachsenden essbaren und giftigen Pilze auf Grund ihrer wissenschaftlichen Systematik mit Anleitung zur Behandlung der Pilze in der Praxis und Küche. Mit 162 farbigen und 20 schwarzen Abbildungen auf 48 Tafeln. Verfaßt von Prof. Dr. Johann Macé und Al. Raspar. Olmütz 1915. Verlag von R. Promberger. Preis 3.80 R. bez. 3.20 Mk.

Ein zeitgemäßes Büchlein! Zeitgemäß aus dem Grunde, weil es in der jetzigen Kriegszeit unser Bestreben sein muß, alle uns von der Natur für Mensch und Tier zur Verfügung gestellten Nahrungsmittel möglichst auszunutzen, um unsere Nahrungsvorräte tunlichst zu ergänzen und zu strecken. Zwar ist es unseren Feinden trotz wirtschaftlicher Blockade und trotz völkerrechtswidriger Behandlung der neutralen, mit den Zentralmächten im Handelsverkehr stehenden Staaten nicht gelungen, uns auszuhungern, wohl aber sind manche Nahrungsmittel knapp geworden, und auf dem ganzen Nahrungsmittelmarkte macht sich Teuerung in unliebsamster Weise bemerkbar. Da gilt es denn, auch solche Nahrungsmittel stärker heranzuziehen, die in normalen Zeiten aus mancherlei Gründen zum großen Teile ungenutzt bleiben. Hierher gehören auch unsere essbaren Pilze, deren Nährwert beinahe jenem des Fleisches gleichkommt, die aber trotzdem viel zu wenig gesammelt und verwertet zu werden pflegen. Diese Tatsache erklärt sich wohl hauptsächlich dadurch, daß Vergiftungen durch den Genuß von Pilzen auch heute noch nicht gerade selten vorkommen.

Das vorliegende Büchlein will nun dazu beitragen, diesem Uebelstande abzuhelpen; es will die Pilzkunde mehr zum Gemeingut des Volkes machen und kann daher als eine willkommene Bereicherung unserer Pilz-literatur angesehen werden. Es zerfällt in zwei Hauptteile: den Text und den Bilderatlas. Ersterer umfaßt 208 Seiten und gliedert sich, abgesehen von der Einleitung, in folgende Abschnitte:

Kurzgefaßte morphologische und biologische Uebersicht.

Tabellen zum Bestimmen der Familien.

Tabellen zum Bestimmen der Gattungen.

Tabellen zum Bestimmen der Arten.

Anleitung zum Gebrauche vorliegender Bestimmungstabellen.

Die Pilze in der Praxis und Küche.

Vergiftung durch Pilze und Hilfe bei Vergiftungen.

Naturgemäße Konservierung der Pilze und die Pilzsammlung.

Zum Schlusse folgen noch verschiedene alphabetische Verzeichnisse.

Die morphologische und biologische Uebersicht behandelt, wie das ganze Büchlein, nur die sogen. höheren Pilze, die wegen ihrer großen, hutförmigen und fleischigen Fruchtkörper als „Hutpilze“ bezeichnet werden und für den vorliegenden Zweck allein Interesse bieten. Sie zerfallen in zwei große Klassen, die Basidienpilze

(Basidiomycetes) und die Schlauchpilze (Ascomycetes). Die niederen Pilze, wie Schimmel-, Brand-, Rostpilze usw. sind in dem Büchlein nicht behandelt.

In der nun folgenden Systematik nehmen die Tabellen zum Bestimmen der Pilze den weitaus größten Raum ein. Sie bilden den Bestimmungsschlüssel, aber dieser Schlüssel ist nicht in der sonst gebräuchlichen Art der botanischen Schlüssel stufenweise bis zu der zu bestimmenden Art zusammengestellt, sondern nach der modernen französischen dreireihigen Bestimmungsweise, wonach zuerst die Familie, dann die Gattung und schließlich die Art nach der Diagnose oder Beschreibung bestimmt wird. Die drei Tabellen zur Bestimmung der Familien, Gattungen und Arten stellen lediglich eine übersichtliche Klassifikation der Pilze dar, aber die Verfasser sind der Ansicht, daß nur eine richtige und übersichtliche Klassifikation den Schlüssel zum Bestimmen der Pilze bilden könne, weil eine Reihe von Merkmalen, die bei den Blütenpflanzen zur Bestimmung dienen, wie Farbe, Geschmack, Geruch, Standort usw. gänzlich unbeständige und unzuverlässige Erkennungszeichen seien, und weil es einzig und allein auf Grund botanischer Merkmale und wissenschaftlicher Systematik möglich sei, eine sichere Bestimmung der einzelnen Pilzarten vorzunehmen.

Ueber die Zweckmäßigkeit dieser Bestimmungs-methode gegenüber der auf dichotomer Grundlage aufgebauten läßt sich streiten. Und tatsächlich haben die Verfasser auch nicht streng an ihrer Methode festgehalten; sie sind bei verschiedenen sehr artenreichen Gattungen davon abgewichen, indem sie besondere Uebersichts-Tabellen beigegeben haben, die allerdings nicht der endgültigen Bestimmung dienen, immerhin das Suchen in den Tabellen dieser artenreichen Gattungen erleichtern sollen. Das bedeutet aber doch nichts anderes als eine Erleichterung der raschen und sicheren Bestimmung der Art.

Als „Familien“ sind 9 praktische Gruppen ausgeschieden, nämlich: Blätter-, Röhren-, Keulen-, Stachel-, gallertartige, knollenartige, becher- oder schalenartige, morchelartige und verschiedengestaltige Pilze. Den größten Teil des Textes nehmen die Tabellen zum Bestimmen der 460 Arten ein. Neben einer Beschreibung der besonderen äußeren Merkmale ist die Zeit des Erscheinens der Fruchtkörper, ihr Geruch und ihr Geschmack sowie der Standort angegeben. Bei jeder Art findet sich auch eine zuverlässige Angabe über die Güte der Pilze. Die sicher eßbaren Arten werden als „eßbar“ bezeichnet, Arten von besonders feinem Geschmack durch die Worte „eßbar, von vorzüglichem Geschmack“, giftige Arten durch „giftig“ und wertlose holzige Arten oder solche von widerlichem Geschmack durch „uneßbar“.

Die Anleitung zum Gebrauche der Bestimmungstabellen wäre zweckmäßiger vor statt hinter die Tabellen gesetzt worden.

Die Schlußkapitel des Textes bilden eine wertvolle Ergänzung des Inhalts hinsichtlich des Zweckes des Büchleins, der besseren und vollständigeren Ausnutzung der eßbaren Pilze zur menschlichen Ernährung zu dienen.

In vorzüglicher Weise ergänzt wird schließlich der Text, ja die sichere Bestimmung der Arten wird ermöglicht durch den beigegebenen Bilderatlas. Mit Hilfe der auf 48 Tafeln gegebenen 182 Abbildungen läßt sich die Arbeit des Bestimmens kontrollieren. 32 von den 48 Tafeln enthalten 162 farbige Abbildungen, während die 20 übrigen schwarzen Bilder Reproduktionen von Photographien sind. Die Bilder, insbesondere die farbigen, sind im großen ganzen in Gestalt und Farbe gut gelungen.

Das leicht in der Tasche unterzubringende Büchlein kann Pilzsammlern warm empfohlen werden.

Zum Gebrauch für Schulen, Forst- und Gemeindetanzleien usw. sind die farbigen Bilder des Büchleins auch in Form von „vier Wandtafeln der eßbaren und giftigen Pilze“ erschienen. Der Preis für diese auf schwarzem Grund mit goldgelben Aufschriften und in der Größe von 65:34 cm hergestellten Tafeln beträgt 6 R., eingerahmt unter Glas 18 R.

Ferner erschienen die farbigen Bilder noch als vorzügliches Belehungsmittel besonders für Kinder in Form von „32 Postkarten der eßbaren und giftigen Pilze“ in einem Pappumschlag zum Preise von 3,80 R. Hierüber wurde bereits im Febr. Heft 1914, S. 44 kurz berichtet.

We.

Pilzkochbuch. 100 Rezepte zur Zubereitung von Pilzen im Haushalte. Als Ergänzung zum „Praktischen Pilzsammler“ verfaßt von Professor Dr. Johann Macil. Olmütz 1915. Verlag von R. Promberger. Preis 60 Heller bzw. 50 Pf.

Das Büchlein soll dem gleichen Zwecke dienen wie das vorige. Während aber der „Praktische Pilzsammler“ hauptsächlich die Kenntnis der ungeheuren Mengen von eßbaren und nahrhaften Pilzen, welche unsere Wälder und Fluren hervorbringen, vermitteln soll, behandelt das „Pilzkochbuch“ die praktische Seite der Mykologie, die Kunst, die Pilze in der Küche wohl schmeckend zuzubereiten.

Das Büchlein zerfällt in zwei Teile: Ein allgemeiner behandelt die gewöhnlichen Arten der Konservierung und Zubereitung von Pilzen, der besondere dagegen ist der speziellen Verwertung einzelner wertvoller Pilzgattungen, wie der Champions

Feinpilze, Trüffeln, Morcheln, Gelblinge, Reizker, Stättlinge u. a., gewidmet.

Möchte das Büchlein und seine Rezepte von unseren Ausräuen fleißig benutzt werden, um den in den Wäldern vorhandenen reichen Schatz an Eiweißstoffen der Menschheit dienstbar zu machen. We.

Bodenuntersuchungen über die Rotbuchen-Streuversuchsflächen im Forstbezirk Philippsburg in Baden. Von der Großherzogl. Techn. Hochschule „Friederiziana“ zu Karlsruhe genehmigte Dissertation, von Forstpraktikant Karl Ganter. (Druck von Beher u. Söhne in Langensalza.) 1914.

Verf. bringt einleitend eine kurze Schilderung der Entwicklung der Anschauungen über die Wirkung bzw. die Berechtigung der Streunutzung. Im allgemeinen handelt es sich um bekannte Dinge, das ist für den Leser nicht neu.

Durch die eigenen Untersuchungen will Ganter seinen Beitrag zum Nachweis der Schädlichkeit der Streunutzung liefern und befaßt sich vor allem mit der physikalischen Wirkung, wie sie in den betreffenden Streuversuchsflächen zum Ausdruck kommt.

Die Bestockung besteht aus 120j. aus Naturverjüngung hervorgegangenen Buchen III. u. IV. Bonität. 4 Meter unter der Bodenoberfläche (Diluvium der Rheinebene) steht das Grundwasser an.

Schon das Bodenprofil weist Unterschiede je nach der Streubehandlung auf. Der unberechtete normale Boden hat eine 5,7 cm dicke Laub- und Moosdecke, darunter findet sich eine ca. 10 cm mächtige Schicht humosen Sandes; letztere ist nur noch 5–7 cm, wo alle fünf Jahre Streu gereicht wird, und 5 cm, wo dies alle Jahre geschieht.

Die Untersuchungen, durchgeführt mit den eben zur Verfügung stehenden z. T. unzulänglichen Mitteln, erstreckten sich auf die Bestimmung von:

1. Wassergehalt und Wasserverdunstung;
2. Korngröße und Porenvolumen;
3. Bodentemperaturen;
4. Humusgehalt;
5. Stickstoffgehalt;
6. Nährstoffgehalt;
7. Ertragsverhältnisse.

Verfasser kommt zu folgenden Resultaten und kann damit zum großen Teil bereits Bekanntes bestätigen.

1. Die größte Gesamtwassermenge und die geringste Verdunstung besitzt die niemals berechtete Fläche; einen mittleren Wassergehalt bei größter Ver-

dunstung zeigt die alljährlich berechte Fläche. Die alle 5 Jahre berechte Fläche hatte die geringste Bodenfeuchtigkeit und verdunstete fast so viel wie die nie berechte Fläche. In einer Tiefe von 25–35 cm konnte im alljährlich berechtigten Boden öfters ein höherer Wassergehalt nachgewiesen werden als im unberechten. Dies erklärt sich wohl ungezwungen aus der geringen Stammzahl von 310 Stück gegenüber von 410 auf der unberechten Fläche, die naturgemäß mehr verdunstet.

2. Die meisten ab schl ä m m b a r e n Teile wurden auf der alljährlich berechtigten Fläche nachgewiesen, die geringsten auf der alle 5 Jahre berechtigten Fläche. Ihr jeher nahe steht die niemals berechte Fläche.

Die ab schl ä m m b a r e n Teile betragen in Prozenten

	Tiefe cm	
A. Allj. berechte Fläche	5–15	10.4 %
	25–35	11.8 "
	60–70	7.6 "
B. Niemals berechte Fläche	5–15	10.6 "
	25–35	6.8 "
	60–70	7.6 "

d. h. die Laubstreuendecke des geschnittenen Bodens verhindert das Ab schl ä m m e n der Feinerde. Im alljährlich berechtigten Boden unterliegt dieser durch die Umfegungsprodukte der torfigen Decke verstärkter Verwitterung und gewinnt dadurch an feinerdigem Material.

3. Das größte Porenvolumen ergab die niemals und die alle 5 Jahre berechte Fläche.

4. Die höchste Temperatur weist die alljährlich berechte, die niederste die unberechtete Fläche auf.

5. Den größten Humus- und

6. Stickstoffgehalt zeigt die niemals berechte Fläche, einen etwas geringeren die alle 5 Jahre berechte und den kleinsten die alljährlich berechte Fläche. Bezüglich des Stickstoffs hat bekanntlich Ramanns Untersuchung seinerzeit das Gegenteil ergeben. Den rel. hohen N-Gehalt der jährlich berechtigten Fläche führt Verf. auf den höheren N-Gehalt der diesen Boden bedeckenden Moose zurück.

7. Von besonderem Interesse ist das Ergebnis der Zuwachsuntersuchung. Die niemals berechte Fläche hat die durchschnittlich größte Höhen- und Durchmesserzunahme, sowie den durchschnittlich größten Kreisflächen- und Massenzuwachs; etwas abgeschwächt äußern sich die betr. Zuwachsverhältnisse der alle 5 Jahre berechtigten Fläche, ausgenommen das durchschnittliche Kreisflächenzuwachsprozent, das um 0,1 % höher ist als das der niemals berechtigten Fläche. Den geringsten Zuwachs an Höhe, Durchmesser, Kreisfläche und Masse

hat die alljährlich berechnete Fläche, auch beginnt sich die Gipfelbürre bemerkbar zu machen.

Drei recht anschauliche Aufnahmen aus den betr. Flächen vervollständigen die fleißige Arbeit.

H. Bauer.

Boden und Pflanze von Edward J. Russell, in deutscher Sprache herausgegeben und bearbeitet von Hans Brehm, Chemiker an der pflanzenphysiologischen Versuchsanstalt Dresden, gebunden. 8.50 M. 243 Seiten. Verlag von Th. Steinkopff, Dresden und Leipzig 1914.

Der Verfasser des Buches ist der Leiter der berühmten landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Rothamsted (gegr. 1843) und es ist verständlich, daß gerade ihm zur Begründung mancher wissenschaftlichen Anschauung Versuchsergebnisse zur Verfügung stehen, deren Wichtigkeit mit der Dauer des Versuchs zusammenhängt.

Folgende Uebersicht orientiert darüber, was in dem Buche behandelt wird:

- Kapitel I. Geschichtliches und Einleitung,
- „ II. Die Bedürfnisse der Pflanzen,
- „ III. Die Konstitution des Bodens.
- „ IV. Der Kohlenstoff- und Stickstoffkreislauf im Boden,
- „ V. Die biologischen Verhältnisse im Boden,
- „ VI. Der Boden in Beziehung zum Pflanzenwachstum,
- „ VII. Die Bodenanalyse und die Interpretierung ihrer Ergebnisse,

Anhang. Methoden der Bodenanalyse.

Ausgewähltes Literaturverzeichnis, zugleich Autorenregister, Sachregister.

Die einzelnen Kapitel sind nach Material und Darstellung wohl das Beste, was gegenwärtig zur Verfügung steht. Die beigegebenen Tabellen sind in ihrer Knappheit und Auswahl mustergültig.

Besondere Anerkennung verdient der Bearbeiter der deutschen Ausgabe dafür, daß es ihm gelungen ist, die prägnante Ausdrucksweise des englischen Originals wiederzugeben.

Die Ausstattung des Buches ist des vorzüglichsten Inhalts würdig.

H. Bauer, München.

Sermann Vöns: Goldhals. Ein Tierbuch. Von Hermann Vöns. Sponholz Verlag, G. m. b. H., Hannover 1914. geb. 1. Mk.

Die Auswahl Sammlung Vöns ist sehr zu empfehlen. Vöns ist ein ganz hervorragender Tierfreund und -Kenner. Außerordentlich charakteristisch weiß er die einzelnen Tiere — Marder, Schnepfe, Wildkatze, Kaninchen, Auerhahn, Dachs, Hirsch, Wildsau, Fuchs, Rabe — zu schildern. Einzelne Skizzen sind von hohem, poetischem Reiz. Andere zeigen einen gesunden Humor. Das sehr billige Bändchen des in seinem 48. Lebensjahr auf dem Felde der Ehre gefallenen Dichters verdient weiteste Verbreitung, insbesondere in den Kreisen der heranwachsenden Jugend.

B. Th.

Arthur Achleitner: Im grünen Rod. Erzählungen aus dem Jägerleben. (Wild und Hund, Jagdromane, Band 4). Berlin, Verlag von Paul Parey. 1915. Geb. 4 Mk.

Ueber dieses Buch ist wenig zu sagen. Achleitner's Art ist bekannt. Sämtliche Erzählungen sind äußerst harmlos und unbedeutend. Die bekannten Figuren solcher Hochlands-Geschichten — Jäger, böse Väter, gütige Fürsten usw. — kehren wieder. Wenn Geschmack an „Gemüt“, „Sinnigkeit“ und „lebensfrischen Humor“ hat, wird auf seine Kosten kommen. Hervorzuheben sei der interessante Beitrag „Aberglaube und Zaubermittel der Wildschützen“. Er fällt allerdings ganz aus dem Rahmen des Buches.

B. Th.

Notizen.

A. Jagdvergehen infolge passiven Verhaltens gegenüber dem jagenden Hunde (durch Nichtabrufen aus dem angrenzenden fremden Jagdgebiete).
Entsch. des bayr. Obersten Landesger. v. 18. V. 1915 R. R. Nr. 108/105.

Ein Jagdberechtigter S. ging die Grenze seines Jagdgebietes entlang, das an die R...er Waldungen, woselbst der

Kaufmann C. seine Jagd hat, anstößt; sein Knecht folgte ihm. Jeder hielt sein Gewehr schußbereit. Der etwa 7 Monate alte Jagdhund des S., den dieser bei sich hatte, lief im Jagdgebiete des C. umher und gab Hie und da Laut nach Art von Hunden, welche Wild aufgestöbert haben. Der Hund lief eine Strecke von etwa 1800 m im Jagdgebiete des C. und hielt sich dort annähernd eine Viertelstunde auf. Weber S. noch sein Be-

ter trafen Anstalten den Hund zurückzurufen; sie stellten vielmehr etwa 100 m voneinander entfernt mit schußbetem Gewehr an einer Stelle der C.'schen Jagdgrenze auf, der sich ein Hasenwechsel befindet; sie warteten auf Wild, das über die Grenze kommen würde. Der Hund befand sich während dieser Zeit immer noch jagend im Jagdgebiete des C. Die Strafkammer stellte Angesichts dieses Sachverhalts fest, daß S. sich des Hundes als Werkzeug zur Aufzucht und Verfolgung des Wildes in dem fremden Jagdbezirk des C. bedienen wollte — doch wohl tatsächlich dient hat, ein Versuch kommt nicht in Frage, sondern eine absichtliche Handlung — und verurteilte ihn wegen Jagdvergehens nach §§ 292, 293 StGB., wobei Jagdgewehr, Geschosse und Hund eingezogen wurden. Gegen dieses Urteil legte er Revision zum Obersten Landesgericht ein, vor welchem er insbesondere geltend machte, „es sei nicht nachgewiesen, daß er den Hund in das fremde Jagdgebiet hineingeschickt habe; die Verurteilung der Strafkammer, er habe sich des Hundes als Werkzeug bedient, aus dem „Rückzurufen“ des Hundes sei rechtsirrig; es sei übrigens auch ein vergeßliches Bemühen, einen „im Walde stürmenden Dackel“ zurückzurufen.“ Tatsächlich ist auch der Dackelhund derjenige Hund, welcher in dieser Hinsicht keine Grenzen kennt und nicht weiß, wie weit er zu gehen hat. Auch gelingt es nicht leicht, dem Dackelhund einen derartigen Appell beizubringen, daß er sofort auf die Stimme oder den Pfiff seines Herrn das Jagden einstellt. Eine strenge Führung vermag aber auch den notorisch eigenfinnigen Dackel soweit zu bringen, daß er bald nach dem Ruf in seiner Jagdbegierde nachläßt und schließlich sich fügt. Es ist dies allerdings der Effekt einer guten Führung im Zusammenwirken mit ebensolcher vorgegangener Dressur und einer guten Abkammerung des Hundes. Für alle Fälle hat jedoch der Führer oder Begleiter des Hundes die Folgen zu tragen, wenn es ihm nicht gelingen sollte, dem Dackel das Jagden einzustellen. Außerdem müßte man dieser Hundart ein Präjudiz beziehungsweise ein Patent für zwar nicht unberechtigtes, wohl aber unbedingbares Jagden einräumen. Es gehört aber, wie auch durch die Praxis erwiesen ist, nicht zu einer Unmöglichkeit der Beseitigung in der Dressur, auch beim Dackelhunde, gleich allen übrigen im Jagdbetriebe verwendbaren Hunden, soviel Raison oder im weidmännischen Sinne „Appell“ beizutreiben, daß sie zu gegebener Zeit wissen, was sie tun und lassen sollen. Uebrigens läßt die Entscheidung nicht erkennen, ob der Beklagte überhaupt nur den Versuch gemacht hat, den jagenden Dackel zurückzurufen. Jedenfalls wäre die Sache anders zu beurteilen bei einem Spaziergänger, welcher in erster Linie kein Interesse an dem Jagden seines Hundes, also auch keinen Vorteil hiervon hat und in zweiter Linie trotz aller Anstrengungen und Abmahnversuche nicht imstande ist, den Hund vom Jagden abzuhalten. Anders wenn der Spaziergänger selbst eine Freude am Jagden seines Hundes hat und solche seinem Viebling nicht verderben will, daher gar keinen Versuch macht den Hund abzurufen. Eine solche Handlung würde den Tatbestand eines Jagdvergehens qualifizieren.

Nach der Anschauung des Beklagten verbiete der § 292 StGB. auch nicht, einen sich zufällig bietenden Umstand auszunutzen, der den Wechsel des Wildes aus dem fremden Jagdgebiet in das eigene erleichtert; der Jäger brauche nicht das Gewehr abzuliegen und dem Hunde nachzugehen. — Das ist sicherlich zutreffend, allein es stehen gleichwohl andere Hilfsmittel zu Gebote und sind diese im Bereiche des Willens und der Vollzugsmöglichkeit gelegenen erschöpft, so wird dem Führer des Hundes auch schlechterdings keine strafrechtliche Verant-

wortung aufgebürdet werden können. Wie nach dem BGB. ein auf Unmöglichkeit der Leistung gerichteter Vertrag ungültig ist, so z. B. ein Kaufvertrag, daß ein erworbener Hund nicht nach Wild jagen dürfe, eine Eigenschaft, welche allen Hunden eigen ist und von denselben bei jeder sich bietenden Gelegenheit, namentlich wenn sie sich unbeachtet wissen, ausgeübt wird, so kann auch eine absolute Haftpflicht nicht verbindlich werden, wenn deren Ausübung dem Nachbierbereich des Pflüchtigen entrückt ist. Wohl aber kann vertragsgemäß rechtsgültig festgesetzt werden, daß der jagende Hund auf Abruf die Untugend einstellt. — Der Beklagte behauptete weiter es sei nicht festgestellt, daß er den Hund schon von vornherein in der Erwartung mit auf die Jagd genommen habe, daß er ihm auf der fremden Jagd Wild zutriebe. Er sei also nicht strafbar, selbst wenn er des Willens gewesen wäre, einen durch Zufall aufgeschreckten und in sein Jagdgebiet versprengten Hasen zu erlegen.“ Die Revision wurde verworfen mit folgender Begründung: „Die Strafkammer hat ihre Ueberzeugung, daß der Angeklagte sich des Hundes als eines Werkzeuges zur Aufzucht und Verfolgung des Wildes in dem Jagdreviere des C. bediente, nicht allein aus der Tatsache, daß er den Hund nicht zurückgerufen hat, gewonnen, sie hat diesen Schluß vielmehr aus verschiedenen Tatsachen gezogen, nämlich daraus, daß der Angeklagte den Hund zur Jagdausübung mitnahm, daß er sich an der fremden Jagdgrenze aufhielt, daß er sah, wie sein Hund in das fremde Jagdgebiet lief, absichtlich aber unterließ, den Hund zurückzurufen — also noch ehe der Hund jagte —, weil es seinem Willen entsprach, daß der Hund das Wild in dem fremden Jagdgebiet aufsuchte und dadurch ihm zutrieb. Dieses Verhalten des Angeklagten läßt den von der Strafkammer gezogenen Schluß zu; ein Rechtsirrtum ist hierin nicht zu finden. — Nach diesen Ausführungen qualifiziert sich schon das fahrlässige Ueberlaufenlassen eines Jagdhundes von Seite des Jagdberechtigten in fremdes angrenzendes Gebiet in dem gleichen Maße als ein Jagdvergehen, als wenn der Berechtigte den Hund absichtlich ins Revier gesandt und nicht zurückgerufen hätte, damit er ihm Wild zutriebe. Schon das passive Verhalten ist hinreichend zur Begründung des Tatbestandes der verbotswidrigen Jagdausübung im fremden Gebiete, soferne der ausübende Jäger keine Anstalten gemacht hat, den Hund zurückzurufen. Selbstredend kommt es auf den Erfolg zur Beurteilung der Handlung im strafrechtlichen Sinne nicht mehr an, ob der Hund tatsächlich im fremden Revier gejagt, also Laut gegeben hat und hierdurch das Wild in das eigene Revier getrieben wurde oder nicht, ganz abgesehen davon, daß es auch still jagende Hunde gibt.

Ob der Angeklagte den Hund schon vornherein in der Erwartung auf die Jagd mitgenommen hat, daß dieser Wild aus fremdem Jagdgebiet aufspüren und ihm zutreiben werde, oder ob der Angeklagte erst im Laufe der Jagdausübung auf seinem Jagdgebiete den Entschluß faßte, auf die von der Strafkammer festgestellte Weise sich aus dem fremden Jagdrevier Wild zutreiben zu lassen, um es zu erlegen, ist rechtlich bedeutungslos; eine Feststellung, daß der Angeklagte schon von vornherein den Hund in dieser Absicht mitgenommen hat, daher für die Beurteilung des Angeklagten nicht notwendig. Rechtlich ohne Belang ist auch, ob der Angeklagte den Hund in das fremde Jagdgebiet hineingeschickt hat, es genügt, daß er das Ueberlaufen des Hundes geflissentlich huldete. Nach den einwandfreien tatsächlichen Feststellungen der Strafkammer ist sonach der Hund nicht ohne und gegen den Willen des Angeklagten in das fremde Jagdgebiet übergelaufen; die Aus-

nutzung eines sich zufällig bietenden günstigen Umstandes, der den Wechsel des Wildes aus dem fremden Jagdbrevier in das eigene erleichterte, steht nicht in Frage. Der Hinweis des Angeklagten auf die Unanwendbarkeit des § 292 StGB. in Fällen solcher Art ist daher verfehlt. Der äußere und innere Tatbestand der §§ 292, 293 StGB. ist von der Strafkammer in allen Richtungen einwandfrei als erwiesen angenommen worden.

Wie durch die Rechtsprechung schon wiederholt ausgesprochen worden ist, kann eine verbotswidrige Jagdausübung auch ohne ein aktives Eingreifen von Seiten des Jägers selbst durch Hunde, selbst Treiber im gewissen Sinne als Bevollmächtigte oder Vollzugsorgane für seine jagdlichen Interessen begangen werden. Immerhin hat der Jagdberechtigte als der *spiritus rector* in Frage zu kommen. Im vorliegenden Falle hatte aber schon ein passives Verhalten, das allerdings im Effekte gleichkommt der Inszenierung einer verbotswidrigen Dienstleistung für den Jagdbetrieb im verbotenen Revier, zur Verurteilung genügt, weil dasselbe dem Jagdbesitzer einen unberechtigten Gewinn einzubringen geeignet ist.

Das Urteil stellt somit fest, daß eine unberechtigte Jagdausübung durch Hunde in rechtlichem Sinne statfinden kann und daß für dieselben die Besitzer in dem Grade strafrechtlich verantwortlich sind, als wenn sie selbst ohne Berechtigung in dem Jagdbrevier die Jagd ausgeübt hätten. Scheinbar steht der Wortlaut des Strafgesetzes dieser Auffassung entgegen. Der § 292 StGB. sagt nämlich: „Wer“ — also sollte doch damit nur ein verantwortliches menschliches Wesen, ein Jagdliebhaber oder der Jagd auf irgend eine Weise Befähigter verstanden werden, daher auch Treiber und sonstige Beauftragte des Jagdberechtigten „an Orten, an denen zu jagen er nicht berechtigt ist, die Jagd ausübt, wird mit Geld bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“

Der Begriff „Jagd“ ist aber im weitesten Sinne des Wortes zu verstehen, auch auf Hilfssträße, um das Wild ausfindig zu machen, beizutreiben, ausgedehnt und nicht auf das Erlegen allein.

Es kann sich nach dem Wortlaute der angezogenen Gesetzesbestimmung, wofür auch der Abs. 2 des § 292 a. a. O. spricht, dahinlautend: „Ist der Täter ein Angehöriger des Jagdberechtigten, so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein, in der Hauptsache nur um an sich jagdberechtigte Personen handeln.“ — Hunde können überhaupt vom Gericht nicht bestraft werden. — Da jedoch auch Hunde jagen, nämlich nach ihrer Art und wie in berechtigter Weise unter Führung ihres Herrn, ebenso auch in unberechtigter Weise eine Jagd nach Wild ausüben können, so hat gewissermaßen als deren Vertreter und Auftraggeber der Besitzer der Hunde die Folgen für die unberechtigte Jagdausübung seiner Hunde gerade so zu tragen, als wenn er selbst im fremden Jagdbreviere dem Wildwerk nachgegangen wäre. Insofern ist die hierdurch geschaffene Rechtslage von der früheren abweichend und damit eine Frage geklärt, welche vielfach als eine Lücke im Jagdrecht empfunden und zu unberechtigten Eingriffen in das Jagdgebiet eines anderen eine Handhabe geboten hatte. Es ist somit auch die Bestrafung eines „dolosen“ Jagdangrenzers ermöglicht, wenn derselbe durch Hunde aus dem fremden Revier sich Wild zutreiben läßt, sich zu dem Zwecke in der Nähe verborgen hält und wenn dann ahnungslos der Angrenzende den revierenden „herrenlosen“ Hund umlegt, plötzlich, wie ein „Deus ex machina“ auftaucht, sich als Besitzer des Hundes legitimiert und Schadloshaltung wegen des Hundes verlangt.

Uebrigens nimmt auch schon eine Entsch. des Obersten Landesger. v. 9. VI. 1914 Ber. N. Nr. 43 929 den gleich Standpunkt ein. Danach haben K. und B. in dem Gemeindefischbezirk S., in welchem sie jagdberechtigt sind, in der Nähe des Jagdgebietes des Grafen A. ihre zwei Dachshunde gegen die Grenze losgelassen und anstandslos weiterlaufen lassen, obwohl sie wußten, daß die Hunde sich nicht zurückziehen lassen und die Grenze überschreiten; die Hunde sind auch über die Grenze gelaufen und haben in der Nachbarjagd des A. etwa fünfzig Meter über der Grenze Wild gefaßt. K. und B. wurden wegen gemeinschaftlich begangenen Jagdfrevels nach § 292 StGB. bestraft. Nach den Entscheidungsgründen sind die Hunde nicht ohne Wissen und ohne den Willen der Angeklagten übergelaufen, auch haben die Angeklagten nicht bloß eine entfernte „Möglichkeit“ des Jagens der Hunde auf dem fremden Jagdgebiete angenommen, sondern ihr Verhalten war gerade darauf berechnet, daß die Hunde Wild auf dem fremden Jagdgebiete auffuchen und auf das eigene Jagdgebiet der Angeklagten herüberjagen zu dem Zweck, um da von ihnen erlegt zu werden. Hierin liegt aber ein Eingriff in das fremde Jagdrecht im Sinne des § 292 a. a. O. (Entsch. des Reichsger. in StrS. Bd. 211 S. 98).

Mürnberg, Septbr. 1915.

M. Reuter,
Bezirkskriegerarzt a. D.

B. Ornithologische Kriegsmitzellen.

Zu den ornithologischen Kriegsmitzellen meines Bruders im Augustheft 1915 unserer Zeitschrift bemerke ich ergänzend folgendes: Der Zippammer, *Emberiza cia*, kommt in meinem Beobachtungsgebiet, dem Maas- und Aisnegebiet nördlich-nordöstlich und nordwestlich von Verdun wahrscheinlich nicht vor.

Wenn im Winter 1914/15 die Saatkrähen in Luxemburg tatsächlich weniger zahlreich aufgetreten sein sollten, als in den Vorjahren — im Maasgebiet von nördlich Verdun bis Sedan — also in der Luxemburg nach Westen vorgelagerten Zone, war das nicht nach meinen Beobachtungen nicht selten —, so hat diese Erscheinung wie überhaupt ganz allgemein das Auftreten oder Ausbleiben von Vogelarten mit dem Krieg und sogen. Kriegslärm gar nichts zu tun, wie die Luxemburger Beobachter anzunehmen geneigt sind. Veranlassung zur dergleichen Annahme hat wohl die — selbstverständlich am Schreibtisch gemachte — Erwägung gegeben, daß das kriegerische Leben, das sich längs der Schlachtfrenten entwickelt, die gewaltigen, die Luft erschütternden Artilleriebeduelle, kurz, daß der sogen. Kriegslärm (von dem sich natürlicherweise der heimliche Beobachter keine richtige Vorstellung machen kann) die Zugvögel zu einer Aenderung ihrer Zugrichtung, zur Weibung der Kampfsituation veranlassen könnte; und da nun einmal eine gewisse Sucht besteht, auch Erscheinungen des Vogel Lebens mit dem Krieg in Verbindung zu bringen (so wie man früher und heute wohl auch noch aus dem Erscheinen von Selbenschwänzen auf Krieg und Pestilenz schloß; aufgeklärter ist ja wohl die große Masse immer noch nicht geworden), so wird auch hier die weniger häufige Erscheinung von Saatkrähen flugs auf den Krieg zurückgeführt; dabei findet es eine natürliche und gute Erklärung in den Witterungsverhältnissen, in der Herrschaft einer sehr milden und schneefreien Winters im Jahr 1914/15, in dem die Krähen das Verweilen in östlicher gelegenen Ländern stattete. Schon ein einziger Blick auf die Karte und die Gegenwärtigung unserer Frontstellungen, wie sie im verfloßenen

erbst und Winter, zur Zeit des Eintreffens der Saatkrähen westlichen Ländern bestanden, hätte die Zugemburger „Beobachter“ lehren können, daß das weniger zahlreiche Erscheinen der Krähen in Zugemburg mit dem Kriegslärm nichts zu tun haben konnte. Nicht nur, daß Zugemburg im Osten und Süden von Sandstrichen umgeben ist, die die Kriegsschrecken nicht ankommen gelernt haben, und daß im Norden ein Gebiet anrengt, in dem sich kaum einige kriegerische Operationen und das noch Wochen vorher abgespielt hatten, und das zur Zeit des Frühzuges gänzlich befriedet war, so lag vor allem zur Frühzugzeit die Schlachtfront mit all ihrem Lärm ein ganzes Stück westlich von Zugemburg, ca. 70 km von der ungefähren Landesmitte entfernt, eine Entfernung, auf der sich der Kanonendonner nur noch als schwaches Grollen bemerkbar gemacht haben wird. Das einzige kriegerische Treiben zu jener Zeit in Zugemburg hat sich voraussichtlich nur auf das häufigere Laufen der Eisenbahnzüge, wie es die Truppenverschiebungen und Nachschübe mit sich bringen mußten, beschränkt; daß hieraus aber etwa eine Beunruhigung der Saatkrähen hätte resultieren können, wird doch wohl niemand ernstlich zu glauben geneigt sein.

Wie wenig sich die Saatkrähe aus dem Schlachtenlärm macht, habe ich in diesem Herbst (1915) gut zu beobachten Gelegenheit gehabt. Ich kam Mitte Oktober, zur Zeit der furchtbaren tobenenden Champagneschlacht, in die Champagne nördlich von Reims. Tagelang war die Luft von einem einzigen Donnern und Grollen erfüllt worden und wurde es noch immer. Trotzdem waren in der Champagne überall zahlreiche Krähenzüge, trotzdem zogen die Krähen hoch in der Luft dem Westen und dem Kanonendonner entgegen. Ebenso sah ich in den Argonnen die Saatkrähenschwärme trotz Geschützdonners ohne bemerkbare Erregung nach Westen ziehen und die Kampffronten überfliegen.

In den „Ornithologischen Monatsberichten“ habe ich meine Beobachtungen über das Verhalten der Zugvögel (meine Wahrnehmungen erstreckten sich auf Kranich, Saatkrähe, Berche, Ringelgans, Bussard) gegenüber dem Schlachtenlärm mitgeteilt und bin dabei zu dem Schluß gekommen, daß aller Lärm die Zugvögel von ihrer Zugrichtung nicht abzubringen vermag, daß sich kaum eine merkliche Beunruhigung der ziehenden Vögel feststellen läßt; der Zugtrieb scheint stärker zu sein als das Furchtgefühl.

Daß die Standvögel (bezw. Sommervögel) sich an den Lärm längs der Fronten gewöhnen, inl. der sonst so scheuen Hasenkrähen und Elstern, daß sie unbeeinträchtigt vom Kanonendonner dicht an die Frontlinie und Geschützstellungen heran kommen und hier auch nisten, ist wohl allgemein bekannt; es liegt hierin ja auch weiter nichts Verwunderliches.

Argonnenwald, Dezember 1915.

Kaiserl. Oberförster Ludwig Schuster.

C. Höchstpreise für Wild.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 28. Oktober 1915 ist in Abänderung der Verordnung vom 22. November 1915 über die Regelung der Wildpreise folgendes bestimmt worden:

Der Preis für Wild darf beim ersten Verkaufe für die Ware folgende Sätze nicht überschreiten:

bei Rot- und Damwild für 0,5 kg mit Decke . . .	0,60 M.
„ Rehwild für 0,5 kg mit Decke	0,70 „
„ Wildschweinen im Gewichte von mehr als 80 kg für 0,5 kg mit Schwarte	0,55 „

bei Wildschweinen im Gewichte bis zu 80 kg einschließ-

lich (Frischlinge) für 0,5 kg mit Schwarte . .	0,70 M.
„ Hasen für das Stück mit Balg	4,00 „
„ Kaninchen für das Stück mit Balg	1,20 „
„ Fasanenhähnen für das Stück mit Federn . .	2,50 „
„ Fasanenhennen „ „ „ „ „ „	2,00 „

Die Preise schließen die Bahn- und Wasserfrachtkosten, die vor dem ersten Verkauf entstehen, die Abrollkosten am Ankunftsorte sowie etwaige Vermittlungskosten beim Verkaufe nicht ein. Sie gelten nicht für den Verkauf an den Verbraucher bei Mengen bis zu 10 kg.

Insofern für Wild gemäß § 4 der Verordnung des Bundesrats vom 28. Oktober 1915 Höchstpreise für die Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher festgesetzt werden, dürfen sie für beste Ware folgende Sätze nicht überschreiten:

bei Rot- und Damwild für 0,5 kg	1,40 M.
„ Rehwild für 0,5 kg	1,80 „
„ Wildschweinen im Gewichte von mehr als 80 kg für 0,5 kg	1,20 „
„ Wildschweinen im Gewichte bis zu 80 kg (Frischlinge) für 0,5 kg	1,50 „
„ Hasen ohne Balg, für das Stück im ganzen . .	4,75 „
„ „ „ „ „ „ „ zerlegt	5,00 „
„ „ mit „ „ „ „ „ im ganzen	5,25 „
„ Kaninchen ohne Balg für das Stück	1,50 „
„ „ mit „ „ „ „ „	1,60 „
„ Fasanenhähnen für das Stück mit Federn . .	3,50 „
„ Fasanenhennen „ „ „ „ „	3,00 „

Diese Bestimmung trat mit dem 1. Januar 1916 in Kraft.

D. Festsetzung der Höchstpreise für Fische.

Auf Grund der im Dezemberheft 1915 mitgeteilten Verordnung des Bundesrats vom 28. Oktober 1915 ist über die Regelung der Preise für Süßwasserfische bestimmt worden, daß am Berliner Markt folgende Preise nicht überschritten werden dürfen:

a) beim Verkauf im Großhandel für 50 Kilogr.

Nettogewicht einschl. Verpackung:

bei Karpfen: 105 M., bei Schleien: 125 M., bei Hechten: 110 M., bei Bleien oder Brachsen von 1 Kgr. u. darüber: 80 M., bei Bleien oder Brachsen unter 1 Kgr.: 60 M., bei Blögen und Rotaugen von 1 Pfd. u. darüber: 60 M., bei Blögen und Rotaugen von unter 1 Pfd.: 50 M.

b) beim Verkauf im Kleinhandel für das Pfund:

bei Karpfen: 1,30 M., bei Schleien: 1,50 M., bei Hechten: 1,25 M., bei Bleien von 1 Kgr. u. darüber: 1 M., bei Bleien unter 1 Kgr.: 0,75 M., bei Blögen u. Rotaugen von 1 Pfd. und darüber: 0,75 M., bei Blögen u. Rotaugen unter 1 Pfd.: 0,65 M.

Die vorstehenden Preise ermäßigen sich bei toten Fischen um 20 v. H.

Diese Bestimmung trat am 13. Dezember 1915 in Kraft.

E. Warum leiden Raubvögel ihr Nest mit grünen Pflanzenstoffen aus?

Als ich im Sommer 1911 Aegypten, Syrien, Palästina und das Jordantal bereiste, fiel

mir namentlich eins auf: Für den kundigen Araber bilden die lebenden Zweige auf dem Horst des Bonelli-Adlers (*Falco bonelli*) ein Kriterium dafür, ob der Horst bezogen ist; denn der Araber sagt sich ganz mit Recht: Der Horst ist alt oder verlassen, wenn er keine grünen Zweige trägt. Genau wie für den vogelkundigen Sohn der arabischen Berge ist auch für den deutschen Walbläufer bei Bussardnestern die Horstbelegung mit grünen Kiefernzweigen ein Kennzeichen dafür, daß der alternde Bau vom Bussard neu bezogen und wohnlich gemacht worden ist¹⁾. Eine — wie gesagt — dem echten Walbläufer ganz bekannte Erfahrungstatsache! Und überhaupt ist ja dieses Thema so alt wie die Vogelbeobachtung selber, hat doch schon der Stagirit, der weise Lehrer Alexanders des Großen, 350 Jahre vor Christi Geburt 7 Pflanzenarten genannt, mit denen Vögel den Rand ihrer Nester ausschmücken, und zwar: Lorbeerzweige, Wegebörsen (*Rhamnus*), wilde Cichorie (die blauen Blüten), Samenhüllen der Schwertlilie (*Iris*), Vitex, Frauenhaar (*Adiantum*), Myrtenzweige — also Ausschleifungsstoffe, von denen die modernen Ornithologen kaum eine Ahnung haben und mit denen doch tatsächlich die Vögel am Mittelmeer seit dreitausend Jahren und länger ihre Nester ausschleifen (und vielleicht früher mehr als jetzt?). Und so alt das Thema ist, so interessant und köstlich ist es auch: Läßt es uns doch einen Blick tun in das lieblichste Nestgebilde, das mit blühendem Vergißmeinnicht am Rand belegte Stieglitznest (Eckstein, „Haus, Hof und Garten“, 1912, 18), in das zartbustige, von lieblichem Reiz überhauchte Wespennussbussardnest mit seinen jungfrischen grünenden Lärchenreislein auf dem Nestrand und den schönsten Eiern der deutschen Vogelwelt²⁾ — zart grünlich weiß mit so dichter tief rotbrauner Bewölkung von der Farbe der frischesten Mooskassanie, daß die Grundfarbe oft fast verschwindet —; und wer schon in ein kleines nettes Kleibernestchen geschaut hat, wie da die zarten Eierchen auf einer Schicht feinsten, dünnster Rindenblättchen vom Kiefernstamm, die teils gelblich braun, teils (da, wo sie frisch vom Baumstamm gezerrt wurden) noch naturfarben grünlich sind, der hat ein Bild geschaut von intimstem Reiz. Da ist eine Frische, ein würziger Duft, eine Sauberkeit zu Hause, daß man fast annehmen möchte, dem Ganzen liege der Schönheitssinn zugrunde, den wir Menschen haben und den wir auch dem Vogel zusprechen möchten. Und doch — dürfen wir das? Dürfen wir ihn „anthropozentrisch“ — von dem Standpunkt des Menschen aus — betrachten? Dürfen wir in die Natur Erklärungsprinzipie tragen, die zunächst doch nur dem intellektuellen Wesen, Mensch genannt, angehören und die dann also rein — oder vielleicht: rein — biologische, ja noch schärfer charakterisiert: biophysische Vorgänge ästhetisch erfassen und erklären? Nein, und aber-

mals nein! So wenig trifft die Erklärung aus ästhetischen (menschlichen) Beweggründen zu wie die des weisen Aristoteles: Zauberwirkung, das frische Grün diene Zaubermittel! —

Welches sind die grünenden Stoffe, mit denen unsere deutschen, beziehungsweise mitteleuropäischen Vögel ihre Nester „aus schmücken“ (um das jetzt nicht mehr irrtümlich zu stehende Wort weiterhin zu gebrauchen)? In einem hervorragenden Werke, betitelt „Das Problem der Brutpflege“ von Dr. Fischer¹⁾, das uns der Weihnachtsmarkt 1913 gescheert hat, ist ein ganzes Kapitel den „grünen Nestern“ gewidmet und es sind daselbst mit rastlosem Fleiß die verschiedensten Pflanzenarten genannt, die in lebendem Zustande von Vögeln benutzt werden. Darum wundere ich mich, bei dieser Aufzählung außer des Kleibern Kiefernblättchen (Ninde vom Stamm) zwei sehr gebräuchliche, bei gewöhnlichen Vogelarten sehr beliebte Pflanzenstoffe nicht genannt zu finden: 1. Grüner Salat, der vom Star gern in den Kassen getragen wird, desgleichen bevorzugt er Thymian, das wohlriechende Bergpflänzchen, wenigstens nach meinen Beobachtungen Oberhessen; 2. Moos, das frischgrün in wahren Bündeln Haufen oder Klumpen vom weißen Storch eingetragen wird und zwar auch dann noch, wenn die Jungen fast erwachsen sind und es nicht mehr notwendig ist, am Nest Detailausbesserung vorzunehmen.

Als von Vögeln verwendete grüne Pflanzenteile werden weiter genannt: Kiefernzweige — Lärchenzweige — Buchen- und Tannenzweige. Diese hauptsächlich von Raubvögeln. Für den Mäusebussard nennt der Ornithologe auch grüne Epheu- und Eichenzweige. Kiefernzweige sind für den Turmfalken gut geeignet, frisches Heidekraut für die Steppenwelle, Weidenzweige und Büschel von Seggen für den Gänsefalken. Der Bonelli-Adler der Araber liebt das grüne Reis der wilden Olive. *Melierax canorus polyopterus* begnügt sich mit grünen Akazienblättern. *Pernis apivorus* (Wespennussbussard) liebt außer frischen Lärchenreislein auch grüne, blühende Buchenzweige, doch nach meiner Beobachtung nie beide zusammen in einem Nest (oder richtiger gesagt: am Rand eines Nestes). — Die Singdrossel trägt grüne Erlenblättchen in ihr Nest. Der kleine Würger verwendet stets frische, grüne Kleeengel. Sowohl Kuckuck wie Hühnerhabicht bevorzugen Tannenzweige und erneuern sie sogar stets. Eine Schwarzmantel hatte ihr Nest in einer Laube mit aufrechtstehenden Steddingen von Rohrkolben garniert. — Ganz auffallend ist die Verwendung von frischgrünem Moos im Vogelreich. Schon wir ab von solchen Vögeln, die aus Moos ihr ganzes Nest bauen, wie vielfach der Baunkönig, wie z. B. ähnlich das Leichhuhn aus frischen Schilfblättern sein Nest zusammengebastet²⁾. Es handelt sich hier nur um solche Fälle, wo die grünen Pflanzenstoffe gewissermaßen nur nebenbei auf oder das Nest gebracht werden. Da ist es hochinteressant — und ich wundere mich, daß Dr. Fischer dies in seinem reichhaltigen Buch nicht erwähnt —, daß der weiße Storch, genau so wie der schwarze, in sein Nest von Zeit zu Zeit immer wieder grüne Moosflocken trägt, auch dann noch, wenn schon

¹⁾ Schon in meiner Jugendzeit hunderte Male von mir erprobt im Vogelsberg, wo ich alljährlich eine Reihe von Mäusebussardhorsten feststellte und besetzte, einmal auch ein Waldbussardnest in einem Bussardhorst fand (bei dem oberen Schalksbacher Weiher — Herbsheim). Das interessanteste Bussardnest, ein Spurei in Wicke einer starken Walnuß mit regelrechter Flechtung, fand ich in dem Bussardhorst eines Laubwaldes zwischen Hopfmannsfeld und Frischborn.

²⁾ Wie ich sie in meinem Buche: „Unsere einheimischen Vögel“ nenne; die schönsten Eier überhaupt dürften die leuchtend grünen des Schopfstelchens, die man im Frankfurter Zoo laufen kann, sein (*Tinamus*).

¹⁾ Dieser Autor, Dr. Julius Fischer, dessen oben genanntes Buch ich in einer früheren Nummer dieser Zeitschrift besprochen habe, ist nicht zu verwechseln mit Dr. W. J. Fischer, der uns 1914 in seiner „Vogelwelt Württembergs“ eine erste Klasse vorbildliche „Zielfauna“ geschenkt hat.

²⁾ 1915 fand ich — bisher nie beobachtet — sein Nest aus Moos und aus Blättern der Schwertlilie (*Iris pseudocorus*) am Eissee bei Heilbronn gebildet.

erwachsene Junge darin sind¹⁾. Buchfink, Goldhähnchen, Taubelle verwenden beim Nestbau grünes Moos. Der Auenbussard (*Buteo desertorum*) füttert sein Nest mit grünem Moos aus, ebenso der kleine Flegelfänger, die Lannenne, der braunkehlige Wiesenschwäger. Die Turteltaube soll im Nestbau frische Zweiglein vom Gebüsch abbrechen, frei der Luft rüttelnd, doch bezweifle ich diese Mitteilung, da ich nach meinen sehr ausgiebigen Beobachtungen der Turturart im Mainzer Becken hierzu die Turteltaube weder nach Befestigung des Schnabels noch nach Temperament, noch nach Art des Fluges eigne. Der Star holt sich in seinen Nistkasten Salat, Thymian.

Welche Gründe haben nun die Vögel zum Auskleiden ihrer Nester mit grünen Pflanzenstoffen?

1. Aristoteles vermutete eine Zauberwirkung. Der gelehrte des Altertums urteilt in den Anschauungen seiner Zeit. Für uns sind diese nicht mehr haltbar. Wir glauben nicht an böse Geister, die durch „Zauberäugen“ fernzuhalten können.

2. Schönheitssinn der Vögel wird von anderen vermutet. Gewiß verrät die ganze Art des Aufbaus eines Nestes einen gewissen Ordnungs- und Schönheitssinn, aber letzterer ist unbewußt, d. h. ohne Absicht vorhanden und darf nicht im Sinne dessen, was der Mensch darunter versteht, ausgedeutet werden. Wir müssen uns hüten, bei Vögeln von „ästhetischem Sinn“ zu reden²⁾.

3. Geruch strömen die frischen Pflanzenteile aus (Thymian z. B.), und diesen sollen die Vögel lieben. Diese Verbindung fällt ganz und gar unter den Tisch. Denn erstens ist dies wieder ein rein ästhetisches Moment, das als erklärendes Prinzip in die Natur getragen wird, um physiologische Dinge zu erklären, die nur rein biophysikalisch aufgefaßt werden dürfen. Mit anderen Worten: Der Vogel hat eben wenigstens Gefallen an Wohlgeruch wie an Schönheitssinn. Zweitens riecht der Vogel so gut wie garnicht, im allgemeinen sehr schlecht; viele Vögel können wahrscheinlich überhaupt nicht riechen, und nur für einige ist es bestimmt anzunehmen, nämlich für den Kiwi und wenige Meer vogelarten (*Thalassidroma pelagica*), bei denen die Nasenlöcher an die Spitze des Schnabels gelegt sind (während sie ja sonst meist von den Federn verdeckt werden) und bei diesen wenigen Vogelarten mit zur Nahrungssuche helfen. Es gilt beim Vogel der allgemeine Satz der Natur: Je besser das Gesicht, um so schlechter die Nase. Der Vogel ist ein vorzügliches Gesicht, ein schlechtes Nasentier.

¹⁾ Ausführlich von mir behandelt in den Jahrbüchern der Société des Naturalistes Luxembourgeois. In Meerwarths Bildern aus der Tierwelt ist diese Situation auch photographisch sehr hübsch festgehalten. Was bezweckt der Storch mit dem Eintragen der Moosbündel? Will er die Jungen weich betten?

²⁾ Aus diesem Grunde, und weil es wirklich ein experimentell festzustellender Irrtum ist, muß man auch immer, was ich nicht oft genug betonen kann, die These des von mir im übrigen hochgeschätzten Darwin zurückweisen, daß im Rahmen der berühmten Zuchtwahl oder Auslese der Natur das Vogelweibchen dem „schöneren“, dem durch Farben oder Gesang glänzenden Männchen den Vorzug gebe. Keine Spur davon! Wie ich tausendmal festgestellt habe, herrscht im Vogelreiche lediglich das Recht des Stärkeren. Das physikalisch stärkere Männchen wählt aus, das Weibchen nie; jenes kommt zu seinem Recht, herrscht und zwingt; lediglich auf Grund seiner besonderen Körperkräfte.

4. Kühlung sollen die grünen Pflanzenteile den Eiern bringen, teils direkt, teils durch Ausbünstung von Feuchtigkeit und dadurch eintretende Kühlung der Luft. Allein, erstens kommen die grünen Büschel fast nie mit den Eiern direkt in Verührung, sobald ist ihre wärmevermindernde Tätigkeit eine ganz minimale, die vielleicht überhaupt keinen Ausschlag zu geben vermag.

5. Verdecken der Eier durch das Pflanzengrün ist zwar auch schon angegeben worden, aber direkt Unsinn. Ich habe dies noch in keinem der zahlreichen von mir kontrollierten Fälle beobachtet.

6. Reinhalten des Nestes gibt dieser und jener Autor an. Aber es fragt sich nur: Wie? Auf welche Weise sollen denn die wenigen grünen Pflanzenteile das Nest reinhalten?! Das ist doch fast unmöglich, in den meisten Fällen direkt ausgeschlossen.

7. Bleibt immer noch die eine Erklärung, die ich schon in meinem Buche „Unsere einheimischen Vögel“ (Heimatverlag, Gera) auf S. 1 beim Turmfalken gegeben habe: Spielerei. Es ist eine mehr oder minder willkürliche Spielerei von seiten der Vögel, wenn sie grüne Zweige auf den Rand des Nestes tragen. Nur ist diese Spielerei auch wieder in gewissen Grenzen gebannt, indem die einzelnen Arten gewöhnlich immer dieselben und ganz bestimmte Baumzweige und Pflanzlein bevorzugen bezw. verwenden. Vielleicht gibt uns auch diese Tatsache noch irgendwie einmal einen näheren Fingerzeig und Anhaltspunkt zur restlosen Er- und Aufklärung. Einstweilen ist es aber nur als Spielerei aufzufassen. Fragt sich nur noch: Wie ist diese Spielerei zustande gekommen? Und darauf habe ich zunächst und einstweilen noch keine Antwort. Ebenso nicht auf die andere Frage: Warum ist sie zustande gekommen? Doch auf das: warum? bleiben wir ja meist der Naturerforschung gegenüber die Antwort schuldig.

Ich verkenne nicht die schwerwiegenden Bedenken gegen diese Erklärung. Denn: Spielen die Vögel überhaupt? Tun sie etwas in der Art dessen, was wir „Spielerei“ nennen? Wäre dies nicht eine zwecklose Lebensbetätigung, also eine nutzlose Kräftevergeudung der (sonst immer?) zwecksetzenden Natur? Und wäre diese Erklärung nicht wieder eine solche, die wir auf dem Wege „ästhetischer“ Anschauung zu geben suchen? — Daß Tiere spielen, steht fest. Es ist beispielsweise nach meinen Erfahrungen gerade einer der charakteristischsten (freilich in keinem ornithologischen Werke genannten) Unterschiede zwischen *Nebele*- und *Nabele*-Tiere, daß jener ein außerordentlich starker Spieltrieb vor dieser eignet, ein Unterschied, der auf rein biologischem, vielleicht sogar physiologischem Gebiet liegt. Wenn man den Spieltrieb der Tiere in dem Sinn auffaßt, wie es Groos-Gieken in seinem Buche („Spiele der Tiere“) tut, so macht er sich unbewußt geltend, ist die Auslösung überschüssiger Körperkräfte, und hat in den meisten Fällen die Zwecksetzung, daß er das junge (vorwiegend spielende) Tier auf spätere Lebensbetätigung (z. B. flinke Bewegung) zur Erwerbung der Nahrung oder Befähigung zum Kämpfen vorbereitet, also zu diesen Zwecken tauglich macht (spielende junge Hunde, Katzen). In unserem Falle betr. Ausschmückung der Nester läme ja Derartiges nicht in Frage. Ueberhaupt ist, wie oben gesagt, das schwerwiegendste Moment gegen meine Erklärung mit Spielerei dasjenige, daß die einzelnen Vogelarten ganz bestimmte Pflanzensorten bevorzugen bezw. allein verwenden. Wenn man diesen Umstand näher nachdenkt, so muß man sagen: Da muß doch einmal, wenn auch vielleicht jetzt nicht mehr, ein ganz bestimmter Zweck vorge-

legen haben. Es könnte ja sein, daß der Zweck in früheren Zeiten deutlicher vorlag, wirkliche Berechtigung hatte, und daß jetzt dasjenige, was früher zweckmäßig war, in Spielerei ausgeartet ist, also im Sinne eines atavistischen Nektis gewertet werden dürfte. Allein es ist billig, auf Atavismus schließen zu wollen, wo man einen Zweck nicht sogleich erkennt, und man darf dies zunächst auch nicht; eben darnum neige ich mehr und mehr zu der Erklärung die ich in einer hier folgenden Nachschrift gegeben habe.

Nachschrift. Bei einer von mir angeregten ausgiebigen Aussprache über dieses Thema im Unterländer Zweigverein f. Nat.f. (Heilbronn) wies ein Apotheker darauf hin, daß die von den Vögeln eingetragenen grünen Stoffe meist stark riechen; er erklärte zwecksehn die Erscheinung damit, daß der Geruch dieser Pflanzenteile den Vögeln lästige, ihren Eiern und Jungen vielleicht schädliche Insekten abhalten sollte. Diese Erklärung erscheint im Großen und Ganzen recht plausibel (Thymian, Waldbmeister usw. legt man ja auch in Schubladen, um Motten fernzuhalten). In Fällen, wo die grüne Ausleibung nicht stark duftet oder überhaupt nicht riecht, wie bei Moos, frischem Buchenlaub usw., würde auch diese Erklärung hinfällig werden. Immerhin haben die Insekten ein anderes Geruchsorgan wie die Menschen und könnten auch in Fällen riechen, wo wir keinen Geruch wahrnehmen, und dadurch abstoßend berührt werden. Insekten sind ja ausgesprochene Geruchstiere. Demnach käme doch die Erklärung des Geruchs in Frage, nur daß er nicht auf die Vögel, sondern die Insekten bezogen würde. Auch und gerade in diesem Falle dürften wir die Aus schmückung der Nester in ihrer Spezialisierung (für die verschiedensten Insekten?) nicht dem Intellekt der Vögel zuschreiben, es wäre eine reine Instinkthandlung.

Pfarrer Wilhelm Schuster.

F. Nachruf.

Am 14. Dezember 1915 starb wieder einer der vielversprechendsten jüngeren bayerischen Forstverwaltungsbeamten den Heldentod. Forstpraktikant Dr. Wilhelm Kähler, Leutnant im 1. bayerischen Reserve-Fußartillerie-Regiment, wurde durch eine Granate bei Thelau getötet. Dem erst 28-jährigen wäre sicher eine glänzende Laufbahn beschieden gewesen. Persönlich ein überaus lebenswürdiger, vornehmer Charakter, zog ihn auf der Universität besonders das naturwissenschaftliche Studium an. Nach Abschluß seines Referendarexamens, das er mit Note 1 bestand, promovierte Kähler unter Vorlage einer pflanzenphysiologisch-chemischen

Arbeit „Die Periodizität der Nährsalzaufnahme und Trophsubstanzbildung von zweijährigen Buchen“ „summa cum laude“ an der staatswirtschaftlichen Fakultät der Münchener Universität. Das Spezialstudium des ungewöhnlich begabten Schülers Altmeyer Ramanns galt der Bodenkunde und Ernährungchemie der Forstpflanzen.

Auch die soldatischen Eigenschaften Käblers waren glänzend, wie aus den rühmenden Worten im Nachrufe seines Regimentskommandeurs gefolgert werden muß.

G. Harzheim,

wie er zur Herstellung guten Schreibpapiers notwendig ist, wurde seither durch Destillation aus Terpentin gewonnen. Das letztere früher in ausgedehntem Maße von deutschen und österreichischen Kiefern (*Pinus silvestris* und *nigricans*), in letzter Zeit vorwiegend von ausländischen Kiefernarten, insbesondere *P. palustris* und *maritima*, aus Amerika und Frankreich. Seitdem nun der Krieg diese Einfuhr erschwert oder unmöglich gemacht hat, müßte man wieder auf die bei uns fast ganz abgekommene Harznutzung zurückkommen, wenn es nicht etwa gelingen sollte, auf dem Wege chemischer Synthese oder durch Verarbeitung geeigneter Industrie-Produkte einen Ersatz für das Harz zu gewinnen. Mit diesem Problem ist wie uns in dankenswerter Weise mitgeteilt wird, zurzeit Herr Dr.-Ing. Emil Heuser, Professor an der Technischen Hochschule in Darmstadt, beschäftigt und vor einiger Zeit auch zu greifbaren Ergebnissen gelangt, so daß der künstliche Harzersatz bereits in einem Teile der Papierindustrie Anwendung findet. Für die Leser der N.-F. u. J.-Z. wird es ohne Zweifel von Interesse sein, zu erfahren, ob auf diese Art der inländische Bedarf gedeckt werden kann oder ob und in welchem Umfang noch die Harznutzung in unseren Kadelholzwaldbungen wieder einzuführen wäre. Für weitere Mitteilungen hierüber würden wir dankbar sein.

D. Reb.

H. Geheimrat Dr. Richard Heß,

von 1869 bis 1910 ordentl. Professor der Forstwirtschaft an der Universität Gießen, seit dem 1. Oktober 1910 ebendasselbst im Ruhestand lebend, ist am 18. Januar d. J. nach längerem schwerem Leiden gestorben. Im Juni d. J. hatte er das 80. Lebensjahr zurückgelegt. In einem der nächsten Hefte werden wir sein Bild mit Lebensbeschreibung und Nachruf bringen.

D. Reb.

¹⁾ Vgl. März- und Novemberheft 1910.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

März 1916.

Forstliches aus dem „Tessin“.

Von W. Rehter, Rgl. Preuß. Forstmeister a. D.
(Schluß.)

III.

„Arbeiten und nicht verzweifeln“!
Carlyle.

Forstorganisation. Leistungen und Ziele. Bemerkungen und Förderungen.

Das Jahr 1908 war ein kritischer Zeitpunkt in der Geschichte der Tessiner Forstverwaltung.

Auf Grund des Bundesforstgesetzes vom 11. Oktbr. 1902 und der Ausführungs-Verordnung vom 13. 3. 1903 war endlich im Jahre 1907 dem Großrat (Landtag) der Entwurf eines neuen Kantonsforstgesetzes vorgelegt worden. Dasselbe wurde nach sehr eingehender Beratung vom Landtag angenommen und vom Bundesrat in Bern bestätigt, der zugleich verweigerte, über Einsprüche, welche gegen das Gesetz aus dem Kanton erhoben waren, zu entscheiden.

Anträge auf ein Referendum, d. h. Volksabstimmung über das Gesetz, wurden als nicht rechtzeitig gestellt und genügend unterstützt abgelehnt und das neue Forstgesetz vom 19. Juni 1903 als gültig erklärt. Eine Klage, welche vom Patriziat Locarno beim Oberbundesgericht gegen das Gesetz, welches in verschiedenen Punkten gegen die Verfassung verstoßen sollte, erhoben wurde, ward zurückgewiesen.

Inzwischen waren die Gegner des Gesetzes aber nicht untätig geblieben und stellten unterm 4. Nov. 1908 den Antrag auf die sogen. Initiative d. h. Volksentscheidung über einen von ihnen dem Gesetz entgegengesetzten neuen Entwurf. Innerhalb der gesetzmäßigen Frist von 60 Tagen brachten sie 9182 Unterschriften¹⁾ hierfür zusammen und erzielten damit, daß am 7. November 1909 zur Volksabstimmung über das Gesetz geschritten wurde. Von den abgegebenen 12750 Stimmen waren 11381, also rd. 90%, gegen das Gesetz von 1908, welches damit fiel.

¹⁾ Im Kanton Tessin sind für Einbringung einer Volksinitiative 7000 Unterschriften erforderlich, während für ein Referendum 5000 genügen.

Während des Streites um das Forstgesetz hatte der Kantonsforstinspektor F. Merz, welcher 20 Jahre seinen wahrlich nicht leichten Posten mit Eifer und Erfolg versehen hatte, im Jahre 1909 seine Entlassung eingereicht, um einer ehrenvollen Berufung als eidgenössischer Forstinspektor an das Bundesforstamt in Bern zu folgen.

An seine Stelle trat der bisherige Kreisoberförster von Bellinzona, Carlo Albisetti, welcher noch gegenwärtig an der Spitze der Tessiner Forstverwaltung steht.

Der vorher geschilderte Kampf gegen das Forstgesetz von 1908 war nichts anderes als der Ausdruck eines schon längere Zeit gährenden und bei dieser Gelegenheit zum offenen Ausbruch gekommenen Konfliktes zwischen den Patriziaten und der Forstverwaltung. Nachdem das Volk sich in so entschiedener Weise und überwältigender Mehrheit gegen die Forstverwaltung erklärt hatte, wurde nunmehr seitens des Großrates eine Kommission von 3 Abgeordneten zur Prüfung der ganzen Verhältnisse ernannt, die nach gründlicher Untersuchung unterm 5. April 1910 einen ausführlichen Bericht erstattete.

In demselben wurde ausgeführt, daß die eigentliche Schuld des Konfliktes in dem natürlichen Gegensatz zwischen den Interessen der auf das allgemeine und die Zukunft hinzielenden Forstwirtschaft und dem mehr einseitigen auf den gegenwärtigen Nutzen, namentlich durch die Weidewirtschaft, bedachten Standpunkt der Korporationen liege, und daß beide Teile gefehlt hätten; der eine durch Mangel an Rücksicht auf die einmal bestehenden Verhältnisse; der andere durch Störrigkeit und kurzfristigen Widerstand. Eine künftige gesunde und aussichtsvolle Forstpolitik müsse durchaus die beiderseitigen Interessen zu versöhnen suchen und jede unnötige Bevormundung der gegen Beschränkung ihrer wirtschaftlichen Freiheit empfindlichen Korporationen vermeiden.

Im besonderen wurde empfohlen, mehr Hochwald zu schaffen, welcher der Weide weniger hinderlich sei als Niederwald, und gleichzeitig die Verbesserung der Weidegründe in die Hand zu nehmen, auch betreffs

der Abgrenzung des Waldes und der Weide keine undurchführbaren Forderungen aufzustellen.

Bei der Ausführung der Aufforstungen möge man den Ansichten und Wünschen der Waldeigentümer möglichst Rechnung tragen.

Die von der Forstverwaltung angestrebte Aufhebung der Parzellenwirtschaft der einzelnen Nutznießer im Niederwalde sollte fallen gelassen werden, ebenso wie es nicht durchführbar sei, auf der Einführung eines ständigen verantwortlichen Hirten (*pastori stabili*) für die waldschädlichen Ziegenherden zu bestehen. Dagegen sollte man die Zahl der auszutreibenden Ziegen, welche sich übrigens schon von selbst stets vermindere, möglichst beschränken. Es wurde dann ferner empfohlen, die Zahl der Revierförster zu vermehren und die Anstellung eigener Waldwärter seitens der Patriziate zu begünstigen, die im Fall der Tauglichkeit zu Revierförstern befördert werden könnten. Dadurch würden auch die häufigen Reibungen zwischen den jetzigen Revierförstern und den Patriziatsverwaltungen leichter vermieden.

Auf alle Fälle aber sei die Schaffung eigener Domänenforsten für den Kanton anzustreben.

Es wurde nun unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen und Milderungen des Gesetzes von 1908 noch im Jahre 1910 der Entwurf eines neuen Forstgesetzes ausgearbeitet und sowohl dem Großrate wie der Vereinigung der Patriziate und der Bundesforstbehörde zur Vorprüfung vorgelegt; welches dann nach langen Verhandlungen im Jahre 1912 angenommen und proklamiert wurde.

Die Forstorganisation des Kantons ist nach Erlaß des neuen Forstgesetzes wohl auch weitgehenden Ansprüchen genügend.

Das Forstgesetz vom 26. Juni 1912 bestimmte in Art. 5 die Anstellung

- I. eines Kantonsforstinspektors *capo ispettore forestale*, etwa unserm „Bezirks-Oberforstmeister“ entsprechend,
- II. eines Forstinspektors *ispettore forestale* für jeden Kreis (*circondario*); als „Kreisoberförster“ zu bezeichnen,
- III. eines Unterinspektors (*sottoispettore*) für jedes Revier (*sezione*) also Revierförster¹⁾.

Außerdem sollten von den einzelnen waldbesitzenden Patriziaten oder sonstigen juristischen Personen (*ente pubblico*) mindestens je 1 geeigneter Wald-

wärter oder Bannwart (*guardaboschi*) angestellt werden.

Es wurde hiermit übrigens nur der schon bestehende allmählich herausgebildete Zustand gesetzlich festgelegt und erweitert; denn schon im Jahre 1900 waren nach Merz außer dem Kantonsforstinspektore 5 Kreisoberförster, 1 Adjunkt, 20 vom Staate bezahlte Revierförster und mehr als 200 Bannwarte vorhanden.

Der neueste Etat und Rechenschaftsbericht von 1911 führt auf:

1 Kantonsforstinspektor, 6 Kreisoberförster, 1 Domänenoberförster und 37 Revierförster. Die Zahl der nicht mehr zu den Kantonsforstbeamten zählenden Waldwärter wird nicht genannt. Für die 8 höheren Forstbeamten war im Gesetz ein Gehalt von 4000–4500 Frs. für den Kantonsforstinspektor, und 3000–4000 Frs. für die Kreisoberförster vorgesehen, außer welchen nur noch geringe Diäten für Dienstreisen (5–6 Frs. für den Tag und 3–4 Frs. für die Nacht, neben den Eisenbahn- und Postfahrkosten) gewährt werden.

Die Revierförster sollten 1000–1800 Frs. Gehalt und 3 Frs. Uebernachtungsgebühren erhalten.

Nach den vorliegenden Jahresrechnungen werden diese Sätze auch in Wirklichkeit ziemlich genau inne gehalten; jedenfalls nicht nennenswert überschritten. Einzelne Revierförster bleiben sogar noch hinter den Mindestsätzen zurück und erhalten nur 500–900 Frs. Es sind dies solche, welche aus dem Stand der Waldwärter hervorgegangen sind. Das Gesetz sieht nämlich in Art. 15 ausdrücklich vor, daß Bannwarte, welche die erforderliche Vorbildung nachweisen und ein Gehalt nicht unter 500 Frs. erhalten, zu der Stellung des Revierförsters, also eines technischen Kantons-Forstamten, aufrücken können.

Im allgemeinen sollten sonst die Waldwärter aus der ansässigen Landbevölkerung und den Waldarbeitern genommen werden. Die für sie bisher seitens der Waldbesitzer angelegten Besoldungen waren außerordentlich gering; 30–200 Frs. pro Jahr! Dagegen dementsprechend auch ihre Leistungen nicht sehr hervorragend sein können, ist nur natürlich.

Nach dem Bundesforstgesetz vom 11. Oktober 1900 (Art. 40) trägt der Bund zu den Besoldungen der höheren Forstbeamten 25–35 %; zu denen der subalternen 5–20 % bei. Die Waldeigentümer haben für die Revierförster 10–30 % der Kosten beizusteuern.

Zweifelloos sind die vorstehend aufgeführten Gehälter, welche noch nicht die Hälfte der z. B. in Preußen geltenden Sätze erreichen, außerordentlich niedrig; zumal wenn man berücksichtigt, daß alle anderen Nebenbezüge und Lebenserleichterungen, wie Dienstwohnungen

¹⁾ Für jedes Revier ist im Jahre 1913 eine besondere Geschäftsanweisung erlassen worden, wonach z. B. die Revierförster sich den Patriziaten zur Verfügung halten und ihre Revierbesuche in eine bei der Korporationsbehörde geführte Kontrolle genau vormerken müssen.

Brennholz usw., gänzlich fortfallen. Freilich sind Lebensunterhalt und Lebensansprüche etwas einfacher und leichter zu befriedigen als in Deutschland; aber immerhin möchte man den Kollegen im Tessin recht sein und bald eine erhebliche Aufbesserung wünschen.

Seider ist bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zunächst kaum eine Hoffnung hierfür vorhanden. Bald nachdem das neue Forstgesetz und die neue Organisation durchgeführt waren, trachten im Winter 1913/14 die 3 Hauptbanken des Tessin in zusammen; wodurch das Volksvermögen des Kantons in viele Millionen geschädigt wurde. Dann kam der Weltkrieg, welcher auch die neutrale Schweiz in bittere Notleidenschaft zog, und ganz besonders den wirtschaftlich vielfach von Italien abhängigen, im übrigen auf Fremdenindustrie angewiesenen Kanton Tessin.

Man kann es nur zu gut verstehen, wenn gegenwärtig überall gespart und gestrichen wird, wo es irgend denkbar und möglich ist. So kommen auch wieder die hoffnungsvoll begonnenen forstlichen Anläufe wieder ins Stocken. Hat man doch sogar den im Gesetz ausgeworfenen Jahresbetrag von 10 000 Frs. für Schaffung von Kantonsforsten für die nächsten 5 Jahre wieder abgelehnt!

Anerkennenswert ist übrigens, daß die sämtlichen Kantonsforstbeamten schon seit 1899 von Amtswegen bei der Schweizer Unfallversicherungsgesellschaft in Winterthur zu angemessenen Sätzen versichert sind, wobei der Kanton die Hälfte der Prämie zahlt. Alle Kantonsforstbeamten werden auf Perioden von 6 Jahren gewählt. Was die Vorbildung anlangt, so haben die höheren Forstbeamten selbstredend den Bundesvorschriften entsprechend die Berechtigung zur Anstellung durch den schweizerischen jetzt 5jährigen Studien- und Lehrgangskurs und die damit verbundenen Prüfungen erworben.

Die Revierförster werden aus gebildeten und körperlich geeigneten Einwohnern gewählt, welche einen forstlichen Ausbildungsunterricht von 2 Monaten in 2 getrennten Kursen, einem wissenschaftlichen und einem mehr praktischen, durchmachen müssen. Es finden sich unter ihnen viele fähige und gewandte Männer, u. a. auch frühere Lehrer. An allgemeiner Bildung dürften sie den deutschen Förstern keineswegs nachstehen.

Weniger günstig ist es mit den Waldwärttern bestellt, für welche nur kurze Ausbildungskurse von 1 Woche abgehalten werden. Immerhin würden diese einfachen, dem praktischen Leben entnommenen Männer sich bei entsprechender fortgesetzter Schulung durch ihre Vorgesetzten nicht schwer zu brauchbaren Gehilfen in Betrieb und Forstschutz erziehen lassen, wenn man sie

derart besolden könnte, daß sie eine gewisse Unabhängigkeit erlangten.

Als neulich im Bezirke Lugano die Teilnehmer eines solchen Waldwärtterkurses nach Schluß desselben zur Entlassung kamen, wurden ihnen seitens der Aufsichtsbehörde Abschieds- und Geleitsworte gewidmet, welche voll Anerkennung und liebevoller Würdigung ihrer künftigen Tätigkeit waren. Sie wurden als Missionare und Apostel gefeiert, welche nun die Kenntnis vom Walde draußen im Lande verbreiten und das Evangelium von der Bedeutung und dem Nutzen der Forsten überall predigen und verkünden sollten!

Gearbeitet worden ist in den letzten Jahrzehnten auf forstlichem Gebiete im Tessin recht viel; wohl mehr als in den meisten anderen Kantonen. Merz hebt schon in seiner Zusammenstellung vom Jahre 1903 mit einem gewissen nicht unberechtigten Stolz hervor, daß in den letzten 15 Jahren 1500 ha Rahlflächen mit ca. 12 Millionen Pflanzen und einem Kostenaufwand von rund 700 000 Frs. aufgeforstet seien. 7 ha Pflanzkämpfe waren angelegt, welche jährlich ca. 800 000 Pflanzen lieferten. Er erinnert an das gewaltige Werk der Tessin- und Maggiakorrection¹⁾, welche weit über 2000 ha schützt und gegen 600 ha teilweise auch zur Holzzucht brauchbaren Bodens gewonnen hat. Er erwähnt die verdienstvollen Lavinenschutzbauten im Hochgebirge, deren damals schon 23 mit einem Kostenaufwande von mehr als 300 000 Frs. vollendet waren. Fast noch wichtiger waren die Arbeiten zur Verbauung der Wildbäche, von denen nicht weniger als 44 allein 54 000 cbm Mauerwerk außer Flechtwerken, Erdbauten usw. erfordert hatten. Hierfür war mehr als 1/2 Million Frs. ausgegeben worden. Im ganzen waren für alle Arbeiten, Aufforstungen, Lavinen- und Wildbachverbauungen 1 600 000 Frs. aufgewendet worden, wovon die Eidgenossenschaft mehr als die Hälfte als Unterstützung gewährt hat²⁾.

Im Jahre 1908 wurde auf Ansuchen der Kantonsforstbeamten, welche vielfache Anfeindungen ihrer Tätigkeit und Erfolge erfahren hatten, und auf Anregung aus dem Landtage selbst seitens des großen Rates eine Untersuchung der bisherigen forstlichen Arbeiten an Ort und Stelle durch eine Kommission angeordnet, an welcher der damalige Professor der Forstwirtschaft am Eidgenössischen Polytechnikum zu Zürich, M. Decoppet (gegenwärtig Bundesoberforstinspektor zu Bern, Nachfolger des unverwundlichen und unvergeßlichen Dr. Coaz,

¹⁾ Die Gesamtkosten allein der Tessinkorrection haben bis Ende 1914 5 696 118 Frs. betragen.

²⁾ In der ganzen Schweiz waren in demselben Zeitraum 6 1/2 Millionen für Forstarbeiten ausgegeben worden, so daß auf den Tessin 1/4 aller Aufwendungen kommt.

welcher mit 93 Jahren noch sein Amt versah), als forstlicher Sachverständiger teilnahm. Aus seinem im Jahre 1909 veröffentlichten Bericht entnehme ich folgende Angaben, welche auf der Merz'schen Statistik von 1908 beruhen.

In dem Zeitraum 1876—1908 waren neu aufgeforstet mit 12 313 100 Pflanzen 1900,27 ha für 723 481 Frs.

davon 30 % Laubhölzer

Für Einzäunungen der Kulturen (108 356 m) waren aufgewendet . . . 124 986 „

Zum Schutz gegen Lawinen waren erstellt 58 516 cbm Mauerwerk und 39 526 m Pfahlbauten für . . . 385 624 „

Für Wildbachverbauungen waren errichtet 85 107 cbm Mauern, 11 386 m Flechtzäune und 7 529 m Gräben für 688 275 „

Ferner waren in den Schutzgebieten 1465 m neue Wege angelegt für . . . 9 454 „

Mithin für fertige Arbeiten Summe 1 931 830 Frs.

Von den bereits vollendeten Arbeiten entfallen auf Aufforstungen allein 37,5 %; auf Schutzarbeiten 62,5 %. Zu den aufgewendeten Kosten hatten beizutragen:

Der Bund: 55,5 %, der Kanton 19,9 % und die Grundeigentümer 24,6 %.

Man sieht, welche im Verhältnis zur Größe des Bezirks bedeutenden Summen aufgewendet¹⁾ und namentlich von der im Tessin leider so oft verkannten Bundesregierung zugeflossen sind, um den Kanton in der schwierigen und kostspieligen Aufgabe zu unterstützen, frühere Sünden wieder gut zu machen²⁾.

Ich möchte übrigens bei dieser Gelegenheit bemerken, daß nichts unrichtiger ist, als sich den Tessin, wie es so vielfach geschieht, als ein zwar von der Natur

¹⁾ Im Tessin sind aufgewendet je km² Walbfläche 2600 Frs.; in Graubünden 825, im Wallis 250 Frs.

²⁾ Besuchern des Tessin, welche sich über „die Sünden der Väter“ und ihre Folgen näher an Ort und Stelle unterrichten möchten, empfehle ich Studium des Maggia- und Novanotals, besonders bei Como und Campo. Das Maggialtal bei Como wird vor 100 Jahren als „eine fruchtbare Ebene mit üppiger italienischer Kultur“ beschrieben. Heute ist es nach den furchtbaren Verheerungen, welche die Maggia nach der Entwaldung der Talhänge in ihrem mittleren und oberen Lauf angerichtet hat, eine Fels- und Steinwüste mit vereinzelt Kulturöasen. Bei dem durch seine gleitenden Erdschichten berühmten und gefährdeten Campo hat ebenfalls Entwaldung des oberen Geländes und namentlich ein unbedachter Flößereibetrieb in der durch gewaltige Kläusen aufgestauten Novana, welcher das Bett des Flusses um mehr als 30 m tiefer aushöhlte, die ganzen Wasserabflußverhältnisse der Art ungünstig beeinflusst, daß die Bodenschichten ins Abrutschgerieten.

begünstigtes, von der Kultur aber vernachlässigtes Land vorzustellen, dessen Einwohner materiell und moralisch unfähig seien, wirksam an der Hebung ihrer Heimath zu arbeiten! Ich behaupte, daß der Tessin viele derartige Landschaften in ähnlicher Lage an Kultur übertrifft. Man nenne mir einmal ein deutsches Gebirgsland, wo z. B. Poststraßen und Postverkehr von ähnlicher guter Beschaffenheit vorhanden sind! Selbst wenn Unterfunkt und Verpflegung anlangt, bieten einsame Tessiner Bergorte oft mehr als die großen Dörfer und Flecken in der Nähe Berlins! Auch an das hiesige gebrachte Märchen von der Tessiner Armut glaube ich nicht mehr, seit ich erlebt habe, wie anscheinend leicht die so großen Schädigungen der Bankkrache ertragen wurden. Die außerordentliche Genügsamkeit und Sparsamkeit der Bewohner überwinden auch die ungünstigsten Verhältnisse leichter, als man denkt, und der namentlich im Auslande bewährte Erwerbsfleiß der Tessiner sorgt für die Schaffung und das Zufließen frischen Kapitals. Ich bin überzeugt, daß auch in der Walbkultur und Forstwirtschaft von diesem begabten und unverdrossenen Volke Gutes geleistet werden könnte, wenn es gelänge, die Einsicht zu verbreiten, daß dieser Wirtschaftszweig zum privaten wie öffentlichen Vortrage gereichte.

Dies ist der Kernpunkt für allen Fortschritt der forstlichen Bestrebungen im Tessin.

Daß auf die eigentlichen Aufforstungen nur etwa $\frac{1}{3}$ der Gesamtkosten verwendet seien, während auf die Schutzarbeiten fast $\frac{2}{3}$ entfielen, bezeichnet Decoppet mit Recht als ein unrichtiges für die Forstkulturen zu ungünstiges Verhältnis.

Im einzelnen findet dann D. bei den gemachten Kulturen das so bedeutende Vorwiegen der Nadelhölzer (70 %) bedenklich¹⁾ und tadelt die große Bevorzugung der Bärche, welche man auch in zu niedrigen und zu warmen Lagen gebracht habe. Er möchte, namentlich mit Rücksicht auf die Feuersgefahr und Streuungswinnung, die Laubhölzer mehr berücksichtigt wissen, verwirft aber andererseits auch die einseitige Abneigung gegen Nadelholzkulturen im Sottoceneri.

Er warnt ferner, das Ziel von Anfang an gleich zu hoch zu stecken, d. h. auch über der heutigen Waldgrenze schon Aufforstungen zu versuchen, während innerhalb des jetzigen Waldbereichs noch so unendlich viel zu tun bleibt.

Dann müßten vor allem die einmal mit so großen Kosten angelegten Kulturen auch dauernd geschützt und erhalten werden, was bedauerlicher Weise

¹⁾ Wohl infolge der D.'schen Ausstellungen hat sich seit 1908 das Verhältnis zu Gunsten der Laubhölzer geändert. Von 1908—14 sind 2 263 796 Laubhölzer und nur 1 505 260 Nadelhölzer ausgelegt, also 60 % zu 40 %.

len Fällen nicht geschehen sei. Man habe das Vieh nicht im Zaum zu halten vermocht und die ganze Anlage sei wieder vernichtet worden!

Ganz besonders scheint mir in den D.'schen Ausführungen aber das Betonen eines grundsätzlichen Wertes von Bedeutung; daß nämlich an der Sanierung eines Talgebietes nicht nur die obengenannten Berggemeinden interessiert sind, auf deren Gelände die Arbeiten ausgeführt werden, sondern oft auch mehr die unteren Talandschaften, welche eben durch diese Arbeiten gegen die Folgen von Ueberflutungen, namentlich Ueberflutung mit herabgebrachtem Geröll usw., geschützt werden. Unbedingt müßten auch sie mit zu den Kosten der Anlage und Unterhaltung der Schutzbauten und Kulturen herangezogen werden. Als Beispiel wird das schon mehrfach erwähnte Val Colla angeführt mit dem Oberlauf der Cassarate, in dessen Bereich fast $\frac{1}{2}$ Million Frs. zu Sanierungszwecken verarbeitet ist. Das an der Ausmündung des früher sehr gefährlichen Flusses in den See besiegene Lugano genießt heute eigentlich den Hauptvorteil dieser großen und, wie man wohl behaupten darf, durchaus gelungenen Melioration!

Von der großen dort aufgewendeten Summe haben die Grundbesitzer etwa 25% und der Kanton 20% aufgebracht; das Uebrige ist Beitrag des Bundes. Im Val Colla ist übrigens nicht nur der unmittelbare Zweck; die Verbauung der Wildbäche, Befestigung des Bodens und Wiederbewaldung der Quellgebiete, erreicht worden, sondern, was vielleicht noch höher anzuschlagen ist, die Ausböhnung und Befreundung der Bevölkerung mit dem ursprünglich mit Mißtrauen und Feindschaft betrachteten Sanierungswerk.

Neben der Aufstellung von Forstwirtschaftsplänen und Ablösung der Servituten wird die Erwerbung bestimmter geeigneter und gefährdeter Gebiete und ihre Aufforstung seitens des Kantons auch von D. warm empfohlen.

Besonderes Gewicht legt er darauf, daß der Erhaltung und Verjüngung der noch vorhandenen Wäldungen größere Sorgfalt als bisher zugewendet werde. Er hebt hervor, daß in Sicherungs- und Aufforstungsarbeiten im Tessin verhältnismäßig weit mehr geschehen sei als in anderen Kantonen, daß aber in Schutz und Erhaltung der schon bestehenden Wälder die Leistungen viel zu wünschen übrig ließen. Er rät, neben Vermehrung ihrer Zahl vor allem die Stellung der Forstbeamten materiell und moralisch zu heben und zu bessern, so daß sie frei von Sorgen und gestützt durch die Regierung ihren schönen aber im Tessin doppelt schweren Beruf erfüllen können.

Jeder Kenner des Landes und wahre Freund des

Tessin wird sich diesem Wunsche nur von ganzem Herzen anschließen können. Die Fachgenossen in Deutschland und anderen Ländern mit älterer fest begründeter und pfléglich geführter Forstwirtschaft können sich kaum eine Vorstellung davon machen, mit welchen Schwierigkeiten die Kollegen am Südfuß der Alpen zu kämpfen und zu arbeiten haben.

Nicht nur, daß ihre materielle Stellung eine unzureichende ist; daß das schwierige oft fast unzugängliche Terrain, welches sie nicht selten nötigt, gegen 1000 m bergab und bergauf wiederholt an einem Tage auf pfadlosem Gelände zu machen, ihnen Anstrengungen auferlegt, die man anderswo gar nicht kennt — es gilt auch für sie, berghohe Vorurteile und abgrundtiefes Mißtrauen der Bevölkerung zu überwinden, welche in jeder Forstkultur nur eine Beschränkung ihrer Freiheit und ihres Eigennutzes sieht. Alles unter solchen Verhältnissen Erreichte ist den Arbeitern doppelt hoch anzurechnen!

Seit der Vereisung und Begulachtung Decoppets sind wiederum 7 Jahre verfloßen. In diesem Zeitraum, in welchem auch das neue Forstgesetz das Licht der Welt erblickt hat, sind die Befestigungs- und Aufforstungsarbeiten fleißig weiter gefördert worden.

Nach den Rechenschaftsberichten wurden in den 7 Jahren 1908—14 aufgeforstet: rd. 517 ha mittelst 3 473 117 Pflanzen und einem Kostenaufwande von 237 036 Frs.

Für Schutzarbeiten (darunter 30748

Kubitm. Mauerwerk sind ausgegeben 721 348 „

Mithin im ganzen . . . 958 424 Frs.

Die Kosten für Aufforstungs- und Schutzarbeiten stehen also in dem Verhältnis von 25 zu 75 %.

Außerdem sind von Privaten ohne Kantons- oder Bundesunterstützung für Forstkultur- und Schutzarbeiten aufgewendet worden 40 652 Frs.

Von der obigen Summe entfallen auf Unterstützungen Seitens des Bundes . . . 419 098 Frs.

und „ „ Kantons . . . 182 011 „

zusammen . . . 601 109 Frs.

Rechnet man hierzu die Zahlen der Merz'schen Zusammenstellung von 1876—1908, so erhält man für den ganzen Zeitraum 1876—1914, der für die Forstwirtschaft und Forstkultur im Kanton überhaupt nur in Frage kommt, folgende Angaben:

Es sind im Ganzen aufgeforstet 2417 ha mit 15 786 217 Pflanzen. Die eigentlichen Kulturkosten haben betragen . . . 1 085 512 Frs.

also 38 %

Für Schutzbauten, Wildbachverbauungen usw., darunter allein 115 955

zu übertragen 1 085 512 Frs.

Uebertrag	1 085 512 Frs.
Rubitm. Mauerwerk, sind aufgewendet	1 804 741 „
also 62 %	
Mithin im ganzen . . .	2 890 253 Frs.
(davon in den letzten 26 Jahren 1889 bis 1914 allein 2 793 195 Frs.)	
und mit den Aufwendungen der Privaten	2 930 905 „
Zu dieser beträchtlichen Summe hat der Bund beige-steuert 53 % =	1 555 727 Frs.
Der Kanton 17 % =	506 219 „
zusammen	2 052 246 Frs.
sodass von den Waldbesitzern getragen sind 30 % =	868 659 „

In diesen Zahlen sind mit enthalten die Kosten für Erwerb usw. der neuen Kantonsforsten.

In den Jahren 1912—14 sind für das Demanio forestale verarbeitet 57 494,16 Frs., davon ist Beitrag des Bundes gewesen 39 986,23 Frs. Ausgepflanzt sind bis inkl. 1914 312 510 Pflanzen.

Nicht mit enthalten in den obigen Summen sind die Abschlässe des Pflanzgartenbetriebes, welcher im Tessin eine besondere Rolle spielt, bei der Berechnung der für die Forstkultur aufgewendeten Kosten jedoch insofern außer Acht bleiben kann, als er einen, wenn auch geringen, Ueberschuß ergeben hat. Hier ist in Umfang und Ertrag ein langsamer Rückgang zu verzeichnen.

Während im Jahrzehnt 1889/98 durchschnittlich jährlich 6,066 ha Rämpe im Betrieb waren und im ganzen einen Ueberschuß von 24 443,09 Frs. lieferten, betragen die Zahlen für 1899/1908 5,221 ha und 4 817,32 Frs. und für den Zeitraum 1908—14 nur 4,363 ha und 2 185,07 Frs.

Bis zum Jahre 1909¹⁾ waren der Forstverwaltung auch die landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten anvertraut, soweit dieselben in ihren örtlichen Bereich fielen.

Merz führt im Rechenschaftsbericht von 1908 an, daß in den 20 Jahren 1889—1908 unter seiner Leitung für landwirtschaftliche Zwecke nicht weniger als 52 Straßen und Brücken, 44 Wasserleitungen mit Tränken und 38 Viehställe und Unterstände gebaut, 8 Bewässerungs- und 5 Entwässerungsanlagen herge-

¹⁾ Wohl infolge des Gutachtens von Decoppet, welcher die Entlastung der Forstbeamten von nicht eigentlich forstlichen Arbeiten und die Anstellung besonderer Landwirtschaftstechniker befürwortete, ist seitdem die Ausführung der landwirtschaftlichen Meliorationen durch die Forstverwaltung nicht mehr obligatorisch, wird aber noch häufig gewünscht und auch geleistet.

stellt, 24 Weideflächen gereinigt und gesäubert und größere Bodenmeliorationen durchgeführt seien.

Der Gesamtkostenaufwand für diese Arbeiten betragen 954 166,08 Frs., davon hatte der Bund gesteuert 28 % = 246 408,11 Frs., der Kanton 21 % = 195 037,86 Frs., so daß für die Grundeigentümer und Interessenten zu leisten blieben 51 % = 482 720,10 Frs.

Noch im Jahre 1908 wurden von der Forstverwaltung auf diesem Gebiete weitere umfangreiche Arbeiten ausgeführt, und zwar im Einzelnen:

7 Straßen nebst Brücken in Länge von 9,898 m für	50 733,52 Frs.
9 Wasserleitungen von 7479 m mit 22 Tränken für	34 471,24 „
1 Bewässerungsanlage von 106 m Länge	3 005,48 „
7 Stallungen	24 821,— „
4 Säuberungen auf zusammen 16 ha Weideflächen	4 140,04 „
1 Bodenmelioration auf 4,5 ha	7 885,87 „
zusammen	125 056,55 Frs.
Davon Beitrag des Bundes	38 177,44 „
des Kantons	22 043,58 „
der Interessenten	65 835,83 „

Wie bedeutend auch im übrigen gerade auf landwirtschaftlichem Gebiete im Kanton gearbeitet wird, mag die Angabe zeigen, daß in den Jahren 1899—1914 im ganzen landwirtschaftliche Meliorationen für 2 096 371½ Frs. ausgeführt sind mit einem Bundesbeitrag von 450 580,75 Frs. und einem Kantonsbeitrag von 375 721,92 Frs.

Mindestens ebensoviel als für diese Verbesserungen steuert der Bund noch jährlich für die verschiedensten landwirtschaftlichen Zwecke: Prämiiierung von Zuchtvieh, Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten, landwirtschaftlichen Unterricht, Viehverversicherung usw. bei. In den Jahren 1911 z. B. betrug der Bundeszuschuß für diese Zwecke 33 708,78 Frs., während für Meliorationen beige-steuert wurden 32 989,37 Frs.

Dauernd der Forstbehörde unterstellt sind auch die Zweige der Jagd und Fischerei.

Bis tief in das vorige Jahrhundert waren die Jagdverhältnisse im Tessin verhältnismäßig gut¹⁾. Abgesehen von einem leidlichen Bestand von Niederwild, namentlich Hasen, auch Schneehasen, Stein- und Schnepfenvögeln und Wild, waren die höheren Bergpartien

¹⁾ Geschichtlich mag interessieren, daß nach Angabe von Daviz (S. 262) in den Jahren 1852—59 noch 7 Bären (4 ♂ u. 3 ♀) und 53 Wölfe (30 ♂ u. 23 ♀) im Kanton gelegt wurden, wofür eine Prämiensumme von 2320 Frs. gezahlt ward.

ch fast überall von Gamsen bevölkert. Besonders das *val Verzasca* bot den Gamsjägern reiche Beute.

Mit der Vernichtung der Wälder scheint auch die Verschlechterung der Jagdverhältnisse Hand in Hand gegangen zu sein. Als die Forstbehörde die Aufsicht über die Jagd vor etwa 40–50 Jahren übernahm, war auch in dieser Hinsicht wohl zerstückt, was nur möglich war. Seitdem hat es sich um tunlichsten Schutz des Verbliebenen und langsame Wiederaufbauen handelt.

Was den Jagdschutz anlangt, so ist die Riesenzahl von verbotenen Jagdgeräten (*ordigni proibiti*), Fallen, Schlingen, Dohnen usw. bemerkenswert, welche alljährlich beschlagnahmt werden. In einzelnen Jahren sind über 30 000 Stück der Konfiskation erfallen; in den 14 Jahren 1901–1914 nicht weniger als 256 713! Wenn man berücksichtigt, daß doch gewiß nur ein bescheidener Teil dieser verhängnisvollen Werkzeuge entdeckt wird, so kann man sich eine Vorstellung von dem unerlaubten Jagdbetriebe und der Wildddieberei im Kanton machen. Denn selbstredend haben die zahllosen Viehhäber dieser seit Menschenaltern gebräuchlichen Fangapparate kaum jemals einen Jagdpas (Patent) gelöst, welcher gegenwärtig 10 Frs. kostet¹⁾. Anzuerkennen ist, daß die Raubzeugverteilung ziemlich fleißig, allerdings größtenteils mit Bistbrocken, betrieben wird. In den 10 Jahren 1905 bis 1914 wurden an Raubzeug gegen Prämien erlegt: 3658 Füchse, 313 Baummarder, 432 Steinmarder, 307 Misse, ca. 70 Fischotter, ferner 59 Adler, 193 Uhu, 2134 Sperber²⁾.

Solange für Krähen, Elstern, Häher usw. Prämien gezahlt wurden, kamen jährlich von diesen Vögeln gegen 3000 unter dem Sammelnamen *gazzo* zur Ablieferung. An Prämien für Raubzeugerlegung wurden in dem genannten Jahrzehnt 23 456,64 Frs. ausgezahlt.

In demselben Zeitraum wurden 527 Jagdvergehen und Uebertretungen zur Anzeige gebracht und mit im ganzen 17 340 Frs. Geldbuße bestraft.

Außer den Forstbeamten und der Gendarmerie waren noch 4–5 besondere Aufseher für den Jagdschutz angestellt.

An positiven Maßregeln zur Verbes-

serung der Jagd und Hebung des Wildstandes lassen sich anführen:

I. Die Bildung von Jagdschonrevieren, in denen die Jagd für einige Zeit (mindestens 5 Jahre) ruhen soll.

Als solche wurden z. B. die höchste Gebirgsgegend des Kantons am Campo Tencia und Simano, und später der Pizzo di Claro an der Bündner Grenze und der Pizzo Ruscada am Valle Maggia erklärt. Der Bestand an Gamsen und Murmeltieren soll sich dort erheblich gehoben haben.

II. Die Bildung und Unterstützung von Jagdvereinen, deren etwa 10, meist mit dem schönen Namen *Diana*, im Kanton bestehen. An dieselben werden jährlich 5–6000 Frs. verteilt für Verbesserung des Wildstandes und andere jagdliche Zwecke. Fasanen und Rebhühner sind ausgelegt, aber bis jetzt ohne rechten Erfolg; wohl wegen des unpfleglichen Jagdbetriebes.

Die entstehenden Ausgaben wurden durch die Einnahmen für Jagdpatente, von denen in dem Jahre vor dem Kriege bis zu 3000 (!) ausgegeben wurden, und einem jährlichen Bundeszuschuß von ca. 2000 Frs. für die Schonreviere gedeckt. Es wäre sehr zu empfehlen, daß die Jagdscheingebühr recht erheblich erhöht und die Zahl der Jäger dadurch vermindert würde.

Wohl mit reichlichem Erfolge als auf dem Felde der Jagd hat die Forstbehörde auf dem Gebiet der Fischerei gearbeitet, wo es sich wesentlich darum handelte, die Bäche, Flüsse und Seen des Kantons, welche besonders für die Forellenzucht geeignet sind, mit Salmoniden verschiedener Art zu bevölkern. In letzter Zeit sind namentlich viel *salmerini*, d. h. Saiblinge oder Röteln, aus nordschweizerischen Seen eingeführt worden. Merz gibt an, daß in den 15 Jahren von 1893 bis 1908 mit Hilfe von 15 Fischbrutanstalten 10 831 800 Stück Fischbrut geliefert und ausgelegt seien, darunter allein die Hälfte Bachforellen.

Seit 1908 ist die Fischzucht erheblich weiter gefördert worden. In dem Zeitraum von 1908–14 sind in 14–20 Fischbrutanstalten 24 466 620 Eier zum Ausbrüten angelegt und 19 791 737 Stück Fischbrut ausgelegt worden, im letzten Jahre 1914 allein 5 867 169, darunter 2 496 759 Saiblinge! Diese wertvolle Fischart hat sich im Luganer See derart vermehrt, daß wohl von einer wirklichen Bereicherung des Gewässers gesprochen werden kann. Der Fischereischuß, welcher freilich leichter auszuüben ist als der Wildschutz, scheint mit Erfolg wahrgenommen zu werden. In den 12 Jahren 1903–14 sind 693 Fischereivergehen und Uebertretungen zur Anzeige gebracht und mit Geldbußen von zusammen 15 869 Frs. geahndet worden. Die Einnahmen dieses Zweiges,

¹⁾ Zu den Zeiten *Franscinis*, um 1835, kostete das Jagdpatent nur 1 Frs. Damals wurden jährlich 1000–1500 Jagdscheine für die Jagd mit Schießgewehr ausgegeben. Die Jagd mit Netzen usw. war ganz frei.

²⁾ Kenner der Vogelwelt des Tessin haben mir die Vermutung ausgesprochen, daß unter „Adler“ alle größeren Raubvögel, unter „Sperber“ alle kleineren (Turm- u. Baumfalken inkl.) und unter „Uhu“ alle größeren Eulen zusammengefaßt seien.

welche aus dem Erlös für Fischereipatente (Erlaubnis-scheine) und Bundeszuschüssen bestehen, haben sich von 2514,62 Frs. auf 24 614,52 Frs. in 1914, die Ausgaben von 5733,66 auf 19 551,34 Frs. gesteigert. Außer den Revierförstern und der Gendarmerie sind noch mehrere besondere Fischereiaufsicher für den Fischschutz tätig.

Der Bundeszuschuß hat 1914 10 202,93 Frs. betragen.

Nach der Durchmusterung der verschiedenen Gebiete, auf denen die Forstverwaltung im Tessin ihre Tätigkeit mit vielem Fleiß und teilweise auch gutem Erfolge entfaltet hat, müssen, um ein Gesamtbild der gemachten Aufwendungen zu gewinnen, auch die Besoldungen der Kantonsforstbeamten mit in Rechnung gezogen werden.

Seitdem im Jahre 1857 zuerst ein bescheidener Betrag (von damals 8400 Frs.) für Besoldung von Forstbeamten im Etat des Kantons erschien, um 5 Jahre später wieder bis 1870 abgesetzt zu werden, haben sich diese Ausgaben naturgemäß erheblich vermehrt. Im Jahre 1908 betrugen sie 65 532 Frs. und haben sich dann annähernd auf dieser Höhe bis zum Inkrafttreten des neuen Forstgesetzes von 1912 gehalten. Durch die hiermit verbundene Vermehrung des Personals, namentlich der Revierförster, hat sich auch der Aufwand für Besoldungen nicht unerheblich, bis auf 86 275,17 für 1914, erhöht. Der Beitrag des Bundes betrug 21 233,87 Frs.

Seit 1908 haben die Ausgaben für Gehälter betragen: 495 325,50 Frs. und der Bundeszuschuß 124 179,74 Frs. Im ganzen, d. h. seit Begründung der Forstverwaltung überhaupt, kann man den Aufwand für Besoldungen auf rund $1\frac{1}{2}$ Millionen Frs. beziffern, wovon der Bund etwa 25 %, also rund 370 000 Frs. beigesteuert haben wird.

Alles in allem genommen hat der Bund für forstliche Zwecke im Kanton schon annähernd 2 Millionen Frs., außerdem für landwirtschaftliche Verbesserungen und Bestrebungen verschiedener Art mindestens 1 Million Frs. zugeschossen. Berücksichtigt man nun hierbei noch die großen Unternehmungen der Tessin- und Maggiakorrekturen, welche 7—8 Millionen Frs. verschlungen haben, von denen der Bund die Hälfte getragen hat, so darf man wohl behaupten, daß für keinen anderen Kanton auf diesem Gebiete auch nur annähernd gleiche Opfer seitens der Eidgenossenschaft gebracht worden sind, als für den Tessin¹⁾. Wenigstens in dieser Beziehung können die Tessiner sich über stiefmütterliche Behandlung nicht beklagen. Sie sollten die ihnen geleistete weitherzige

¹⁾ Im Jahre 1897 z. B. sind 38 % aller Bundessubventionen nach dem Tessin geflossen!

und großzügige Hilfe nicht vergessen und beherzigen, daß dieselbe nun auch sie verpflichtet, nach Möglichkeit an der großen Aufgabe eifrig mitzuarbeiten, die gesamte Bodenvirtschaft des Kantons zu sichern und zu heben; sei es auch mit einigen eigenen Opfern und Verzicht auf ein wenig wirtschaftliche Freiheit, welche manchmal richtiger als regel- und planlose Ungebundenheit zu bezeichnen ist.

Denn bei aller Anerkennung für das Geleistete und namentlich für den treuen Fleiß, welchen die Kantonsbeamten dort unten im Sonnenlande in langer mühseligen Arbeit entfaltet haben, muß offen erklärt werden und wird auch von keinem Kenner des Landes und der Verhältnisse bestritten, daß die bis jetzt erreichten und vor aller Augen liegenden Ergebnisse den für sie geleisteten Aufwendungen an Mitteln und Arbeit nicht entsprechen.

Die Gründe liegen, abgesehen von einigen immerhin nicht erheblichen technischen Mängeln, wesentlich in der Eigenart und dem Verhalten der Bevölkerung gegenüber den geplanten und ausgeführten Arbeiten.

Entwerfen wir uns einmal in großen flüchtig umrissenen Zügen ein Bild von den zu erstrebenden Bodenkultur- und Wirtschaftszuständen! Das Ziel aller Bestrebungen darf und kann nur sein: Das möglichste Wohl und Gedeihen der Menschen, welche dieses Fleckchen Erde bewohnen und bebauen, und zwar in ihrer Gesamtheit!

Deshalb ist die erste und grundlegende Maßregel, die ihnen diese Erde gegen übermächtige Naturgewalten, welche in der Form von Lawinen, Erdstürzen und Ueberschwemmungen Leben, Wohnsitze und Kulturland gefährden, zu sichern und zu schützen.

An der Spitze und am Anfang aller Arbeiten müssen daher unbedingt die Schutzbauten aller Art stehen, welche Erfahrung und Scharfsinn gegen die genannten Gefahren als tauglich und wirksam erproben und erprobt haben.

Erst nach und frühestens mit diesen Anlagen kann die Anpflanzung von Wald an den gefährdeten Stellen geschehen, welcher dann als Schutzwald zu erklären und zu behandeln ist. Noch vorzuhandene Wälder an den betreffenden Vertikaltellen müssen von vornherein zu diesem Zwecke der beliebigen Privat- oder Korporationsbenützung entzogen und unter Schutzbann gestellt werden.

Am besten und gründlichsten würden natürlich diese Zwecke erreicht werden können, wenn das Schutzge-
lände einfach enteignet würde und in das Eigentum des Kantons oder des zu bildenden engeren Schutzverbandes übergingen. In Frankreich scheint dieser Weg der übliche zu sein. Will und kann man nicht

art vorgehen und sollen die Eigentumsverhältnisse unberührt bleiben, so muß schließlich strenge unabhängige Aufsicht genügen.

Die erste und wichtigste Verwaltungsmaßregel vor Beginn aller Arbeiten muß die Bildung und Abgrenzung des betreffenden Schutzbezirktes und Meliorationsverbandes sein; sowohl wegen Aufstellung eines systematischen zusammenhängenden Arbeitsplanes, als auch wegen gerechter Verteilung der auf die Einwohner entfallenden Lasten und Kosten. Denn es erscheint durchaus ungerecht und unzweckmäßig, bei umfassenden Verbauungs- und Sicherungsarbeiten, abgesehen von rein örtlichen Herstellungen gegen Laminen und Erbstürze, lediglich oder auch nur vorwiegend die Einwohner und Eigentümer der obersten Quellgebiete heranzuziehen, während in Wirklichkeit die Anlieger der unteren Täler und ihrer Ausmündungen den Hauptvorteil davon haben.

Wo sich eine Vermögens- und Einkommenschädigung durch die Anlagen und die zu ihrer Herstellung und Erhaltung erforderlichen Maßregeln, namentlich auch Beschränkung der Weide, nachweisen läßt, muß angemessen und gerecht entschädigt werden. Ist dies geschehen, kann mit Fug und Recht auch verlangt werden, daß jeder sich in die neu geschaffene Lage fügt und die nach gerechtem Maßstab von ihm verlangten Opfer trägt.

Das Verhältnis der Anwendungen für Schutzbauten zu denen für Forstkulturen und Aufforstungen ist bisher im Tessin, wie wohl in der ganzen Schweiz, zu ungünstig für die letzteren gewesen. Nach den sehr umfangreichen und, wie ich glaube, maßgebenden Erfahrungen, welche in Frankreich¹⁾ unter der bewährten Leitung des Altmeisters der Wiederkultur des Hochgebirges Demongey gemacht sind, müßte sich der Aufwand für beide Arbeiten ungefähr gleichstellen. Demongey hat immer wieder betont, daß richtig ausgeführte und weiter behandelte Waldanlagen im Schutzgebiete viele kostspielige Bauten ersetzen und überflüssig machten, da durch den Wald und seine Vegetation, wenn auch nicht die Menge, so doch die Verteilung, die Versickerung und der Abfluß der Niederschläge bald und erheblich beeinflusst und geregelt werde. Zudem soll man nicht vergessen, daß schließlich jeder Wald, auch der Schutzwald, in Zukunft immerhin einigen Ertrag liefert, wogegen die Bauwerke noch einer kostspieligen steten Unterhaltung bedürfen.

Welche Holzarten zu und im Schutzwald angebaut werden sollen, muß nach den örtlichen Er-

fahrungen und Verhältnissen entschieden werden. Wahrscheinlich wird die Fichte wohl die Hauptrolle spielen müssen. In den höheren Lagen könnte auch gelegentlich die Arve oder Zürbe mit herangezogen werden. Von einigen Seiten wird behauptet, daß Weißerle, Vogelbeere und Douglastanne vom Weidevieh, namentlich den Ziegen, nicht angenommen und verbitzen würden. Falls sich dies bewahrheiten sollte, wären diese Holzarten, wo es angängig ist, zu berücksichtigen, zumal die Weißerle auch als Schutz- und Treibholz für edlere Holzarten dienen kann.

Daß für die Schutzwälder nur Plänterbetrieb in Frage kommt, bedarf kaum der Erwähnung.

Sind die Schutzanlagen und Schutzwälder vollständig oder doch planmäßig festgelegt, so bleibt der Wirtschaftswald übrig, welcher im allgemeinen lediglich nach dem Gesichtspunkte des höchsten und besten Ertrages behandelt werden kann. Hier kann den Ansichten und Wünschen der Eigentümer und Interessenten möglichst freie Hand gelassen werden, soweit die Erhaltung und Verbesserung des Waldes damit vereinbar ist.

B. Freuler, i. St. Kreisoberförster in Lugano, hat behauptet (Schweiz. Zeitschrift für Forstwesen 1898 S. 84):

„Daß die geringste Weide im Hochgebirge immer noch höhere Gelberträge abwirft als der Wald“ und „daß von allen Bodenproduktionszweigen die Waldwirtschaft die geringste Verdienstgelegenheit bietet“.

Wenn diese Aussprüche wirklich zutreffend wären, so würde sich jedes weitere Streben zur Vermehrung und Ausdehnung, wenigstens des Wirtschaftswaldes, völlig erübrigen. Sie dürften aber unrichtig oder doch sehr cum grano salis aufzufassen sein. Wahrscheinlich hat ihr Urheber weder das stete Steigen der Holzpreise, welches die Forstwirtschaft immer rentabler macht, gebührend berücksichtigt, noch davon Kenntnis gehabt, daß in großen Aufforstungsgebieten, wie z. B. in den französischen Landes, sich Bevölkerung und Wohlstand nach der Bewaldung bedeutend vermehrt und gehoben hat. Man hat in Frankreich überhaupt mit Sicherheit festgestellt, daß Entwaldung und Entvölkerung miteinander parallel gehen. Im Tessin wird es nicht anders sein. Die Bedeutung der Weide- und Alpwirtschaft auch für den Kanton Tessin soll damit nicht herabgesetzt werden.

Nach der Generalstatistik der 465 Tessiner Alpen, bearbeitet von Professor G. Mariani im Auftrag des landwirtschaftlichen Kantonal-Vereins und publiziert durch den Schweizerischen alpwirtschaftlichen Verein „Solothurn 1901“, besaß vor 15 Jahren der Kanton 465 Alpen, auf welchen während der Alpzeit 1563

¹⁾ Hier sind 52 % der Gesamtkosten für Aufforstungen und nur 48 % für Schutzarbeiten aufgewendet worden.

Männer und 950 Frauen beschäftigt waren. Es wurden damals 23 584 Stück Rindvieh, 33 510 Ziegen, 7824 Schafe, 3852 Schweine und 203 Maultiere und Esel gesömmert. Der Wert der Milchprodukte wurde auf 1 165 915 Frs. veranschlagt.

Es ist mir leider nicht möglich, nachzuprüfen, ob die Angaben dieser Statistik noch gegenwärtig benutzbar sind. Ich glaube, daß der Wert der Jahresproduktion sich eher vergrößert haben wird. Zu demselben müßte nun noch der Wert der Vieherzeugung selbst, an Schlachtvieh wie an Zuchtvieh, sowie des nicht auf den Alpen gesömmerten Viehs gerechnet werden. Es dürfte dann kein Zweifel sein, daß die Viehzucht im weitesten Sinne heute bei weitem der wichtigste Wirtschafts- und Erwerbszweig des Kantons ist. Denselben zu schädigen und zu beschränken kann deshalb niemals das Ziel einer verständigen und richtigen inneren Politik sein. Wohl aber kann es sich darum handeln, die Vieh- und besonders die Weidewirtschaft rationeller und intensiver und so zu gestalten, daß mit und neben ihr eine gesunde Forstkultur bestehen und gedeihen kann.

Was nun die Waldbehandlung anlangt, so müssen die noch vorhandenen Buchenbestände unter allen Umständen erhalten und gepflegt, auch ihre natürliche Verjüngung ermöglicht werden. Wo es irgend angeht, sollten wertvollere Mischhölzer, namentlich Fichte, Lärche und Tanne, in die Buchen eingesprengt werden.

Im übrigen ist die Wahl zwischen Hoch- und Nieder-, Laub- und Nadelholzwald der örtlichen Entscheidung und Erfahrung vorzubehalten. Naturgemäß wird im eigentlichen Hochgebirge stets der Nadelholzhochwald vorherrschen, zumal hier die größere Feuergefährdung kaum ins Gewicht fallen kann. Auch für die unteren und mittleren Lagen, selbst des Sottoceneri, vermag ich mich nicht ganz der Ansicht des Kollegen Bettelini anzuschließen, welcher besonders aus landschaftsästhetischen Gründen die Nadelhölzer dort verwirft. Ich möchte sogar glauben, daß es nur zur Verschönerung des jetzt namentlich im Winter manchmal recht eintönigen Landschaftsbildes beitragen könnte, wenn stellenweise auch dunklere immergrüne Waldflächen vorhanden wären. An den oberen Hängen des Camoghé und Monte Generoso würden Nadelhölzer zudem sicher am meisten dem Standort entsprechen. Man darf auch nicht vergessen, daß raschwüchsige Fichten- und Lärchenbestände sicherlich den schnellsten und höchsten Geldertrag liefern. Gerade dieses letztere Moment der Rentabilität des Wirtschaftswaldes müßte meiner Ansicht nach weit mehr in den Vordergrund gestellt werden, als bis jetzt geschehen ist. Wenn die Tessiner Waldbesitzer und Patrizier erst erfahren und einsehen, daß ein rationeller Forstbetrieb sich rentiert und bei

den sicher steigenden Holzpreisen eine lohnende Art Bodenbenutzung wird, dürfte auf dem Wege durch den Geldbeutel auch immer mehr Schätzung und Verständnis für die Waldbwirtschaft sich einstellen. „L'amore viene del utile“, d. h. „Die Liebe kommt mit dem Nutzen“, ist ein treffendes landesübliches Sprichwort.

Man darf wohl ohne Übertreibung behaupten, daß, wenn der noch vor einem Jahrhundert vorhandene Waldbreichtum des Tessin erhalten, wirtschaftlich ausgenutzt und pfleglich verwaltet wäre, heute die Forstwirtschaft im Kanton eine Rente abwerfen könnte, welche der aus der Weide- und Viehwirtschaft nachwachsende¹⁾

Auch in dieser Hinsicht würden gut bestandene und bewirtschaftete Kantonsforste als zur Nachahmung ansehnliche Muster und Lehrmittel dienen.

Was die besondere technische Bewirtschaftung der übrigen Waldformen anlangt, so kann man sich wohl mit den Grundrissen einverstanden erklären, welche der langjährige Kantonsforstinspektor Merz an der Versammlung des Schweiz. Forstvereins am 1. August 1895 zu Lugano aufgestellt hat. Danach sollen

- I. die Kastanien-, Eichen- und Erlenwäldungen in der unteren Zone (200—700 m) durch Kahlschlag verjüngt werden;
- II. die Buchenniederwälder in der mittleren Zone (700—1000 m) planterweise behandelt werden, indem man eine Anzahl Ausschlüge überhält und auch die Verjüngung durch Ableger begünstigt. Die Einspaltung von Lärchen, Fichten, Ahorn, Eichen und Eichen als Oberständler ist dringend zu empfehlen;
- III. die höher gelegenen Buchenniederwälder allmählich in Mittel- und Hochwaldformen übergeführt und durch Einsprengung von Lärchen, Fichten usw. verbessert werden.

Ueber die Frage, ob im Hochgebirge lediglich der bisher im Tessin übliche Plenterbetrieb oder ein anderer Art Femelschlagbetrieb geführt werden soll, ist neuerdings im Nachbaranton Graubünden eine lebhafte Erörterung entstanden, welche in der Schweizerischen Zeitschrift für Forstwesen (1914 und 1915) verfolgt werden kann. Wie es scheint, möchten die Graubündener Kollegen lieber an ihrem bisherigen Femelschlagbetrieb festhalten, weil dieser für Holztransport, Weidengang, Bestandsverjüngung und Bodenschutz ihnen gegenüber dem Plenterbetriebe Vorteile zu bieten scheint. Ohne die Streitfrage für die mir nicht genügend bekannten Graubündener Verhältnisse entscheiden zu wollen, wo vielleicht ein langsamer vorsichtiger Schlagschritt

¹⁾ Noch für das Jahr 1841 läßt sich der Wert des Holzeinschlages auf rund 4 Millionen Frs. berechnen; darunter allein 2 Millionen für Ausfuhr!

etrieb angemessen sein mag, möchte ich doch für den Tessin mit seinem weit feuchteren Klima und unregelmäßigem Waldbestand einstweilen den Plenterbetrieb als das Richtige halten, wenn er mit Rücksicht auf Verjüngung und — wegen der kostspieligen Holzrödingsanstalten — auf genügend großen Flächen, so in aussehender Nutzung, geführt wird.

Steil und langwierig ist der Weg, welcher zur wirtschaftlichen Gesundung des Tessin durch Erhaltung und Verbesserung der noch vorhandenen Forsten und ausreichende Wiederbewaldung führt. Schon im unteren Teil der vielfach unwegsamen Straße stoßen wir auf ein großes hinderndes und einengendes Bollwerk: die Verfassung der Patriazie, welche über den bei weitem größten Teil der Wälder und Weiden verfügt.

Aus uralten Siedelungsverhältnissen geschichtlich erwachsen, kann diese Form gemeinschaftlichen Grundeigentums nicht ohne weiteres beseitigt oder verändert werden. Sie stellt dasselbe Gemeindemitglieder- oder Interessenten-Vermögen dar, wie es in gewissen Gegenden des deutschen Westens, z. B. im rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Coblenz, sich entwickelt und ebenfalls zu den unliebsamsten Zuständen und Folgen für die forstliche Bewirtschaftung der unter dieses Eigentum fallenden Waldungen geführt hat.

Wäre die Patriaziegemeinde zur rechten Zeit zur politischen Kommunalgemeinde umgewandelt und, wo erforderlich, geteilt worden, so wäre der Weg klar und einfach. Noch verwickelter ist die Sachlage durch die vor 100 und mehr Jahren bewirkten realen und ideellen Teilungen von Grund und Nutzung geworden; welche hauptsächlich ihrer Zeit geschahen, um bei den vor sich gehenden und weiter befürchteten politischen und sozialen Umwälzungen die Beschlagnahme des gemeinsamen Eigentums für Staats- oder Kommunalzwecke zu verhindern. Hierdurch ist namentlich die ungeliche Quadrellen- oder Parzellen-Wirtschaft entstanden.

Auch hierfür finden wir im westlichen Deutschland nur zu treffende Vergleiche. Ich erinnere an die verhängnisvolle Zerstückelung der alten Markenwaldungen in großen Teilen Westfalens, besonders im Wiehengebirge und im Sauerlande, welche auf Grund der von Friedrich dem Großen in wohlmeinender Absicht erlassenen Verordnung vom 4. Mai 1771¹⁾ in der kurzschichtigsten Weise von den betr. Behörden vorgenommen und zugelassen worden ist, und deren üble

¹⁾ Die Verordnung wollte ursprünglich im Interesse der Landeskultur nur die zu „gemeinschaftlichen und vermengten Nutungen liegenden gebliebenen Brüche, Gutungen, Angern usw.“, welche sich zu Acker- oder Wiesenkultur eigneten, in Privateigentum und Privatbewirtschaftung überführen, wurde aber unbegreiflicher Weise zuerst auf die Gebirgswaldungen angewendet.

Folgen noch heute vor aller Augen liegen und bitter empfunden werden. Ich glaube, daß auch in Baden und Württemberg ähnliche Fehler begangen sind.

Selbstredend ließe sich auch heute im Tessin auf dem Wege der Teilung zu freiem Einzeleigentum leicht der Patriazieverfassung ein Ende machen, wobei man aber noch ein weit größeres Uebel herbeiführen und den Teufel durch Veelzebub austreiben würde.

An sich kann das gemeinsame Eigentum an Grund und Boden nur als ein erwünschter sozialer Zustand begrüßt werden, welcher in den Alpenenden der übrigen Schweiz wie Süddeutschlands seine immer mehr volkswirtschaftlich als segensreich anerkannte Verkörperung findet.

Es kann sich nur darum handeln, diese alte geschichtliche Entwicklung in ihrem ursprünglichen sozialen Sinne zu erhalten oder weiter auszubauen.

Genaue Kenner der Verhältnisse wie Bettelini und Freuler, der jetzige und der frühere Kreisoberförster von Lugano, beklagen mit Recht, daß die heutige Patriazieverfassung dem eigentlichen Geiste einer echten und rechten Demokratie, d. h. des gemeinen Nutzens, fast gar nicht mehr entspreche. Wohl handele es sich noch um gemeinsames Eigentum und dessen gemeinsame Nutzung. Aber diese erfolge wesentlich nach der Fähigkeit, die Ausnutzung zu betreiben und zu verwerten, und nicht etwa nach für alle gleichem Maße; so daß die Hauptnutznieser die Wohlhabenden und Reichen seien. Dies ist leider nur zu richtig. Denn, wenn Weide und Wald von den Patriazatsgenossen selbst gemeinsam ausgenutzt werden, hat natürlich der Besitzer des größten Viehstandes auch den größten Vorteil von der Weide, und der Eigentümer der größten Baulichkeiten den größten Nutzen vom Walde, welcher ihm ganz oder fast unentgeltlich Bau- und Brennholz nach Bedarf liefert. Es hat denn in der Tat auch nicht an Beschwerden und Klagen solcher Patriazier gefehlt, welche durch ihre Vermögens- und Wirtschaftsverhältnisse gar nicht in der Lage waren, an der Nutzung von Weide und Wald teilzunehmen, und nun beantragten, die Nutzungen für das gesamte Patriaziat durch Weideverpachtung und Holzverkauf in Gelderlös umzusetzen und gleichmäßig unter alle Mitglieder zu verteilen.

Da jedoch die beati possidentes und Vermögenden in den Korporationen immer den Ausschlag gegeben haben, ist bisher jeder derartige Antrag abgelehnt und zurückgewiesen worden.

Die geschichtliche Entwicklung der Siedelungen hat den heute als großen Nachteil empfundenen Umstand geschaffen, daß Patriaziat und politische Gemeinde gänzlich von einander verschieden sind. Manchmal bilden ganze Talgebiete (wie z. B. das Onsernonetal mit

9 Gemeinden) nur 1 Patriziat. Dadurch ist den politischen Behörden auch bedeutend erschwert, über die Verwaltung und Nutznießung des Patriziatsvermögens allgemeine und gerechte Anordnungen zu treffen und ihre Ausführung zu überwachen. Wohl ist die Verfassung der einzelnen Patriziate durch Statuten (regolamenti) geregelt, welche übrigens fast alle Entscheidungen von der Mehrheit der Interessenten abhängig machen; eines modernen, den heutigen Zuständen und Bedürfnissen entsprechenden organischen Gesetzes über die Patriziate und ihre Verwaltung überhaupt entbehrt der Kanton noch immer.

Die großen Schwierigkeiten, welche sich der gesetzlichen Regelung dieser eigenartigen und verwickelten Angelegenheit entgegenstellen, sind nicht zu verkennen. Da eine Zurückführung der Patriziate auf politische Gemeinden durch Teilung des gemeinsamen Grundbesitzes auf schwer überwindbare sachliche und technische Hindernisse stoßen dürfte, wird nichts übrig bleiben, als diese Korporationen als Zweckverbände anzusehen und zu behandeln. Unbedingt könnte und müßte dann verlangt werden, daß der gemeinsame Besitz nach dem Grundsatz des größten Nutzens für Alle verwaltet würde; also durch meistbietende Versteigerung oder Verpachtung seiner Nutzungen und gleichmäßige Verteilung des Erlöses unter die Berechtigten nach Abzug aller erforderlichen Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke, Verbesserungen usw. Wo, wie bei der Weide, Selbstnutzung beibehalten werden soll, müßten die Lagen für den Kopf auszutreibenden Viehs dem wahren Wert entsprechend erhöht werden. Auf diese Weise könnten auch die nichtpatrizischen Gemeindemitglieder, die sogen. „Kommunisten“ ohne Nachteil für die Patrizier an den Nutzungen gegen gerechtes Entgelt teilnehmen.

Teilung von Waldgrundstücken ist schon jetzt gesetzlich ausgeschlossen, Verkauf von Gemeinde- und Patriziatsland nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig.

Um die Aufforstung geeigneten, als Weide wertlosen Terrains zu bewirken und die Erhaltung vorhandener Waldungen zu sichern, wäre natürlich das einfachste und gründlichste Mittel, wenn der Kanton derartige Grundstücke auf dem Wege freiwilligen Verkaufs oder durch Enteignung an sich bringen und in Selbstbewirtschaftung nehmen könnte. Leider wird die ungünstige Finanzlage wohl noch längere Zeit die Verwirklichung derartiger schöner Pläne und segensreicher Anlagen in größerem Umfange verhindern und verzögern.

Daß im übrigen Bund und Kanton wohl berechtigt sind, bei der Bewirtschaftung und Verwaltung der Patriziatsgüter ein gewichtiges und entscheidendes Wort

mitzureden, ergibt sich einerseits aus dem Begriff der Staatshoheit von selbst, welche für das allgemeine Wohl sorgen und wirken soll — und andererseits aus dem nicht zu unterschätzenden Umstande, daß in mehr als einem Menschenalter Kanton und namentlich Bund zur Verbesserung und Bewirtschaftung der Eigenschaften, besonders der Waldungen, im Tessin Unterstützung gegeben und Aufwendungen gemacht haben, welche absolut und relativ eine Riesensumme für die Grundbesitzer darstellen.

Millionen sind vom Bund für forstliche und landwirtschaftliche Schutz-, Aufforstungs- und Verbesserungsarbeiten im Tessin zugesprochen worden. Bedeutende Summen, welche wohl 1 Million erreichen, werden alljährlich für diese und andere Zwecke (Straßenbauten usw.) als Hilfe gewährt: alles Mittel, die Bodenkultur und den Bodenwert im Kanton zu heben. Daß für kann jedenfalls auch das Recht zur Mitbestimmung und Aufsicht über die Bodenbenutzung und die den Gemeinwohl am besten entsprechende Art derselben beansprucht werden.

Ist das mehr künstliche Bollwerk, durch welches die jetzige Patriziatsverfassung den Weg nach oben zu sperren droht, überwunden, so geht es eine Strecke weit durch leidlich gehaltenen Wald und gepflegte Wiesen ohne Schwierigkeiten aufwärts, bis sich der schmaler gewordene Pfad in mit sperrigem Busch verwachsenden Klippen zu verlieren scheint. Es ist die Fels- und Dornwildnis der Ziegenweide, welche jeden Fortschritt zu lichterem Regionen hemmt. Seit uralten Zeiten ist die Ziegenweide in den Gebirgsländern, namentlich auch in der Schweiz, das Haupthindernis jeder Forstkultur und jedes forstlichen Fortschritts gewesen und auch als solches erkannt worden. Schon im Jahre 1559 hat z. B. der Halbkanton Appenzell-Auder-Rhoden vorgeschrieben, daß Ziegen nur auf dem Eigentum des Besitzers gesümmert und gewintert werden dürften. Im Jahre 1708 wurde sogar bestimmt, daß Geißen im Stall gehalten oder an einen Pfahl oder ein Seil gebunden werden sollten; und 1749 im Jahre 1762 wurde streng verboten, „Geißen in gebannte und in ungebannte Waldungen zu treiben“.

Nirgends aber hat die Ziegenweide eine derartig verhängnisvolle Rolle gespielt wie im Tessin, wo Decoppet noch 1908 die Zahl der Ziegen auf 60 000 beziffert.¹⁾ Die selbständig weidende, auch im harten Winter an den sonnigen Hängen usw. ihre Nahrung suchende Ziege ist geradezu eine Besonderheit des Tessin und eine wenigstens biologisch bestimmte Rasse geworden. Als man vor Jahren auch in diesem Kanton Versuche

¹⁾ Für 1838 gibt Ravinari (S. 765) die Ziegenzahl auf 75 000; für 1859 auf 46 255 an.

achte, die einheimische Ziegenrasse durch Einführung
erer Schläge zu verbessern, mußte man bald wieder
umtätig zu der alten Tessiner Ziege zurückkehren,
eil die anderen feineren und zarteren Geißen sich
rigerten, im Winter und bei Kälte und Kälte auf
e Weide zu gehen!

Die Ziege wird stets als die Ruh der Armen hin-
stellt und gefeiert; wie zugegeben werden muß, nicht
ohne gewissen Grund. Es wäre unsinnig und un-
möglich, die gänzliche Abschaffung der Ziegenweide unter
allen Umständen zu verlangen und zu versuchen. Alles
was erstrebt und erreicht werden kann, ist ihre Be-
schränkung und Regelung.

Schon Landolt macht darauf aufmerksam, daß ge-
rade die wohlhabenderen Patrizier, welche im Besitz
von vielen Kühen sind, auch die meisten Ziegen, oft
60–70 Stück, haben, während auf die ärmeren Fa-
milien nur wenige entfallen. Man dürfte also nur die
Zahl der von einem Berechtigten zu haltenden Ziegen
festsetzen und beschränken, um sofort eine erhebliche
Verminderung der Ziegenherden zu erreichen, ohne
gerade der ärmeren Bevölkerung irgend welchen Nach-
teil zuzufügen. In den angeführten Verordnungen
des Kantons Appenzell A. Rh. war die Höchstzahl der
Ziegen für eine Haushaltung auf 21 festgesetzt; Le-
dige durften gar keine und die Sennen nur zwei hal-
ten. Die Verringerung der Ziegenzahl ist übrigens
auch im Tessin von Vertretern der Patriziate selbst
als der beste Weg zur Besserung empfohlen und be-
reits eingeschlagen worden.

Eine weitere unbedingt erforderliche und wohl auch
im allgemeinen ohne große Härte durchführbare Maß-
regel wäre die Aufhebung des *pascolo vagante* (auch
p. vago richtiger *vagantivo* genannt), d. h., der
Ziegenweide ohne Hirten, welche außer der Som-
merzeit jetzt die Regel bildet. Es läßt sich nicht
leugnen, daß sie für die Einwohner äußerst bequem
ist: die Ziegen werden einfach morgens aus dem Stall
gelassen, finden sich selbst zusammen, streifen überall
umher und kehren je nach Bitterung früher oder spä-
ter wieder heim. Man muß ferner berücksichtigen,
daß zur Zeit dieser freien Weide, d. h. im Winter,
die sonst mit der Aufsicht über die Ziegen betrauten
Kinder im Schulunterricht sind, der im Sommer ruht.
Trotzdem wird sich bei irgend gutem Willen ein Hirte
oder sonstige Aufsicht wohl überall ohne Schwierigkeit
bestellen lassen. In verschiedenen Kantonen hat man
schon vor längerer Zeit die Bestimmung getroffen,
daß, wer 1 Kuh daheim halten kann, überhaupt keine
Ziegen austreiben darf, und daß stets die Ziegen-
haltung sich auf die Gewinnung des Milchbedarfs für
die einzelne Familie beschränken soll.

Bettelini macht den eigentlich sehr nahe liegenden

Vorschlag, daß die erheblichen Unterstüzungen, welche
für Meliorationen, namentlich der Wiesen und Wei-
den, den Korporationen und Privaten gewährt werden,
von der Bedingung der Einschränkung und Regelung
der Ziegenweide abhängig gemacht würden. Es kann
dies umso eher geschehen, als ja gerade durch die Ge-
winnung von mehr und besseren Futtermitteln die
Durchhaltung der benötigten jetzt oft im Winter halb-
verhungerten Ziegen erleichtert und ermöglicht würde.
Gesehlich ist übrigens (in Art. 62) vorgesehen, daß
bei wiederholten Kulturbeschädigungen die Regierung
die Ziegenweide in der betreffenden Gemeinde völlig
untersagen kann. Daß es auch ohne freie, d. h. wilde
Ziegenweide und ohne Ziegen überhaupt geht, zeigt
das Beispiel von Patriziatsgemeinden, welche Ziegen
und Ziegenweide ebenso wie die Schafe gänzlich abge-
schafft haben.

Der von verschiedener Seite gemachte Einwand,
daß durch Beschränkung der Ziegenweide stets ein auf
andere Weise gar nicht wieder ersetzbarer Verlust an
Volksvermögen und Volkseinkommen herbeigeführt
würde, ist weder allgemein noch im besonderen Falle
zutreffend und anzuerkennen. Denn eben das mög-
liche und bessere Gedeihen der Forstkulturen und Jung-
wüchse wird und soll durch vermehrten Zuwachs und
dadurch statthastenden höheren Einschlag den Ertrag einer
Anzahl Ziegen in einer Form ersetzen, welche Allen
zugute kommt. Im besonderen Falle würde leicht
eine Unterstüzung zur Verbesserung der Weidegründe
direkt und indirekt etwaigen augenblicklichen Ausfall
reichlich ausgleichen. Mit Recht sagt schon Decoppet:
es ist Raum genug für mehr Vieh und mehr
Wald im Tessin.

Die Klippen und Dornen der Ziegenweide lassen
sich also einebnen und beseitigen, so daß der weitere
Weg zu besserer Zukunft frei wird.

Vor nahezu 100 Jahren, im Sommer 1821 machte
der Bernische Oberförster Karl Rasthofer eine forst-
lichen und allgemein wirtschaftlichen Beobachtungen
gewidmete Reise über den Gotthard und Bernardinpaß
nach Graubünden, auf welcher er den Tessin abwärts
bis Bellinzona verfolgte und dann das Mesocotal
aufwärts zog. Im Eingange (S. 9–10) seines Be-
richts¹⁾ stellt er als Kernpunkte seiner Ansichten und
Erfahrungen folgende Sätze auf:

„Da der größte Teil der Wälder in den Gebirgs-
kantonen entweder eigentümlich den Gemeinden gehört,
oder durch Nutzungsrechte unter ihrem Einflusse liegt,
und die bestehenden Verfassungen die Vollziehung von
strengen allgemein eingreifenden Administrations-Ver-

¹⁾ Vergl. „Bemerkungen auf einer Alpenreise über den
Susten, Gotthard, Bernardin, Oberalpe, Furka und Grimsel“,
Aarau 1822.

fügungen nicht erlauben; so kann die Erhaltung dieser Wälder, wo sie noch vorhanden sind; ihre bessere Pflege, und die Anzucht neuer Wälder am Platz der zerstörten in der gebirgigen Schweiz nicht durch die Regierungen, nicht durch Reglemente und nicht durch Regierungsbeamte allein bewirkt, sondern es muß zu diesem Zweck die Sorgfalt der Landleute in Anspruch genommen werden.

Diese Sorgfalt der Landleute in den Gebirgskantonen wird für die Waldpflege nie allgemein tätig werden, wenn nicht ein besserer Unterricht in den Volksschulen und freie Verfassungen, oder eine von dem Geiste freier Verfassungen belebte Administration den Gemeinfinn da wieder wecken kann, wo er sich verloren hat."

Auf diesen Gedanken, durch die Schule das Interesse für den Wald zu erwecken und das Wichtigste von seiner Behandlung zu lehren, kommt R. auch später immer wieder zurück; so auf S. 101:

„Der Unterricht des Landmanns in den einfachsten allgemein anwendbarsten Wahrheiten der Forstwirtschaft ist in allen Kantonen, wo der größte Teil der Wälder den Gemeinden eigentümlich gehört, oder von der Regierung nicht frei bewirtschaftet werden kann, das wesentlichste Beding der Verbesserung der Landesforste“.

Er möchte dann in jedem Kanton einen tüchtigen Lehrer der Forstwissenschaft bestellt sehen, der geeignete Jünglinge unterrichtete, welche später in ihren Gemeinden die Behandlung der Wälder übernähmen.

R. verwirft im übrigen jede einseitige Fachwirtschaft und meint: „Die Forstwirtschaft muß nicht als ein für sich bestehender Administrations- und Produktionszweig, sondern als ein den Rücksichten der Landwirtschaft und der Viehzucht untergeordnetes Fach betrachtet und behandelt werden.“

Er möchte deshalb am liebsten nur Arven, Bärchen und im übrigen Laubhölzer anbauen, weil diese mehr Futterstoffe erzeugten und Graswuchs zuließen.

Auch Sandolt sagt am Schlusse seines Berichtes sehr treffend (S. 356): „Im allgemeinen wird der schweizerische Forstmann seinen Zweck besser erreichen und seine Aufgabe vollständiger zu erfüllen im Stande sein, wenn er mehr durch Belehrung als durch strikten Befehl zu wirken sucht“. Für eine Republik, wo jeder Bürger mit Stolz und Eifersucht über seine persönliche Freiheit wacht, ist dies Wort zweifellos eine tiefe Wahrheit; ganz besonders aber für den Tessin, wo dreihundertjährige Bevormundung und abweichende völkische Beanlagung leicht erklärliches Mißtrauen und geheimen Argwohn gegen fremde Beeinflussung und obrigkeitliche Verordnung, namentlich von Seiten des Bundes, tief eingepflanzt hat und noch immer lebendig

erhält. Hier müssen Belehrung, Ueberzeugung und Erziehung zu besserer Bodenvirtschaft und damit an Waldbehandlung und Forstkultur den durch das Geseß eröffneten Weg erst erweitern und glätten.

Mancherlei Mittel gibt es zu diesem Zweck.

Sehr wichtig ist die schon begonnene Schaffung von Kantonsforsten, als Muster pfleglicher und einträglicher Forstwirtschaft und zweckmäßig möglichst billiger und einfacher Kultur. Sie würden durch Anschauung und Erfolg überzeugend wirken und sicherlich bald und viel von Wissbegierigen und Interessenten besucht und beachtet werden.

Bis vor Kurzem erfreute sich der Kanton ein Wanderlehrstuhl (cattedra ambulante) für Landwirtschaft, welcher unbedingt segensreich gewirkt hat. Landwirtschaftliche Lehrer durchzogen den Kanton und hielten bald hier bald dort Vorträge über Landwirtschaft und Alpwirtschaft. Wenn eine ähnliche Einrichtung auch für Forstwirtschaft getroffen würde, d. h. ein geeignete mit Wald, Land und Deuten vertraute Persönlichkeit an den Hauptorten der Patriziate einfach belehrende Vorträge über Nutzen, Bedeutung und richtige Behandlung des Waldes hielte, so könnte hierdurch die Arbeit der Forstbeamten sehr erleichtert und viel mehr Verständnis für ihr Wirken und Schaffen erweckt werden. Vielleicht könnten die Kreisoberförster sich dieser wichtigen Aufgabe widmen, wenigstens wenn sie das ganze Gebiet von Wald, Wasser und Weiden gemeinsam beherrschten.

Der erwähnte Wanderlehrstuhl ist seit dem Herbst 1915 mit der neu eröffneten Landwirtschaftsschule des Kantons zu Mezzana bei Mendrisio vereinigt worden. Auch diese Anstalt, welche jetzt bereits von 40 lernbegierigen jungen Landwirten besucht wird, ließe sich für die Hebung der Forstwirtschaft und Forstkultur im Kanton mit dienlich machen.

Einmal müßten den Schülern selbst die einfachsten Kenntnisse und Fertigkeiten in Holzzucht und Forstbenutzung, namentlich Pflanzung und Holzverwertung beigebracht werden, wozu wenige Stunden wöchentlich genügen würden. Dann könnte man aber auch die Ausbildungskurse für Waldwärter, wenigstens für den Südtel des Kantons, wohl zweckmäßig an diese Anstalt verlegen.

Für das Wichtigste halte ich aber, daß auch die Volksschule für unseren schönen und wichtigen Zweck gewonnen und mit herangezogen wird. Wie die ganze Schweiz so hat auch der Kanton Tessin in großenteils musterhafter Weise für den Unterricht der Jugend durch Schulen aller Art gesorgt. Trotz der durch Wirtschafts- und Witterungsverhältnisse bedingten beschränkten Schulzeit erhalten die Kinder selbst der entlegensten Bergdörfer im allgemeinen einen Unterricht

der durchschnittlichen deutschen Verhältnissen keineswegs nachstehen dürfte. Nun wäre nichts weiter erforderlich, als daß beim naturwissenschaftlichen Unterricht in einfachster Weise ein wenig von der Art und Bedeutung des Waldes den mißbegierigen Kleinen gelehrt und damit Liebe und Verständnis für denselben in die empfänglichen Kinderherzen eingesät würde. Einige Ausflüge in die nächsten Wälder könnten den Unterricht praktisch ergänzen, ohne daß deshalb im Gesamtunterrichtsplan auch nur das Geringste geändert zu werden brauchte.

Ich bin überzeugt, daß eine derartige Ausfaat gerade bei der im allgemeinen begabten und lernbegierigen Tessiner Jugend reiche Frucht träge.

Eine ganz vorzügliche Einrichtung, die Schulen an der forstlichen Aufklärung zu beteiligen und die Herzen der Kinder für den Wald und die Bäume zu gewinnen, sind die neuerdings auch im Tessin eingeführten Baumpflanzfeste „feste dell'Albero“, wie sie hier genannt werden. Diese schöne Sitte, welche schon Virgil als den alten Pelasgern eigentümlich feiert (die dem Gotte Silvan an besonderen Festtagen heilige Opaine weihten), ist wohl aus Nordamerika durch Italien nach der Südschweiz gekommen. In den Vereinigten Staaten spielten schon vor nahezu 30 Jahren, als es mir vergönnt war, einen Teil des westlichen Kontinents zu durchstreifen, die Arbor days eine große Rolle. Ich glaube sicher, daß sie nicht wenig dazu beigetragen haben, die seit dieser Zeit bewirkten Fortschritte in der Walderhaltung und Waldbehandlung, welche drüben zu verzeichnen sind, mit anzubahnen und volkstümlich zu machen.

In Italien wurden diese feste dell'Albero zuerst 1899 durch den Unterrichtsminister Baccelli eingeführt, unter Mithilfe der Königin Margherita, welche an dem ersten in der römischen Campagna an der Via

Appia veranstalteten Baumpflanzfeste lebhaften und persönlichen Anteil nahm.

Im Tessin wurden im letzten Jahre an mehreren Orten, namentlich im Sottoceneri, sehr gelungene feste dell'Albero veranstaltet, von denen das am 25. März 1915 zu Castagnola bei Lugano abgehaltene wohl das bedeutendste war. Mehr als 650 Schulkinder nahmen daran teil. Der um diese Sache hochverdiente Schuldirektor A. Tamburini, welcher die Feier in trefflicher Weise leitete, hat in der Tessiner Lehrerzeitung, dem „Educatore“, einen schwungvollen Aufsatz über die Bedeutung solcher Feiern für Erweckung von Liebe und Verständnis für den Wald und seine Natur veröffentlicht. Mit großem Nachdruck ruft er den Lehrern und ihren Schülern den ernststen Mahnruf zu: „Un paese, che disbosca, muore“, d. h. „ein Land, welches sich entwaldet, stirbt“. Tamburini möchte, daß jede Schule einen wenn auch noch so bescheidenen „Arboreto scolastico“, einen Schulschulgarten, erhielte, wo die Schüler selbst Pflanzungen ausführen könnten.

Ein eigens für diesen Tag gedichtetes und komponiertes Lied wurde von der Schuljugend gesungen. Es lautet in freier Uebersetzung:

„Allmutter Erde vertrauen wir euch an,
Der fruchtbaren ewigen Zeugin,
Die soviel Lebensäfte in sich schließt
Und für alle sorgt und alle segnet.
Spendet der Erde dichte, grüne Belaubung,
Dem Boden unerschütterlichen Bestand;
Schenkt bunten Blüten Schmuck
Und warme Viebkosung von Duft und Schatten!
Allmutter Erde vertrauen wir euch an;
Gedeiht geheimnisvoll in Traum und Schweigen:
Vielleicht werden eure Wipfel grausamen Krieg schauen,
Aber die Wurzeln sollen Frieden saugen.“

Literarische Berichte.

Das Holz als Baustoff, sein Wachstum und seine Anwendung zu Bauverbänden von G. Bang, Wiesbaden. C. W. Kreidels Verlag, 1915.

Wenige Tage nachdem der letzte Druckbogen dieses Werkes die Presse verlassen hatte, ereilte den Verfasser im Dienste des Vaterlandes der Tod. Am 9. Juni starb Professor G. Bang im Alter von 66 Jahren infolge einer Blutvergiftung, die er sich bei Untersuchungen über Propellerhölzer im Dienste der Heeresverwaltung in seinem Laboratorium zugezogen hatte. Professor Quietmeyer hat die Herausgabe pietätvollerweise vollendet und dem Werke eine kurze Dar-

stellung des Werdegangs und Schaffens des Verfassers vorangestellt.

Gewidmet hat Bang dieses Buch den Bau- und Forstleuten. Das Werk und die Umstände, unter denen es erscheint, stellen die Kritik vor keine leichte Aufgabe.

Bang betont im Vormort, daß die Bauleute von dem Holze, seinem Bau und seinen Eigenschaften sehr wenig verstehen. Daraus folgern nach Bangs Ansicht mit Recht die Forstleute, daß sie möglichst viel Holz ohne Rücksicht auf Qualität erziehen. Den Grund für das mangelnde Verständnis der Bauingenieure für das Holz als Baustoff schreibt der Verfasser dem mangel-

haften Unterricht in dieser Materie auf unseren Hochschulen zu und beabsichtigt im vorliegenden Buche den Technikern eine Anleitung zu dem Verständnis des Holzes und seiner Eigenschaften zu geben. Vang richtet sich gegen einen Ausspruch Prof. Weilers aus dem Jahre 1907 auf der Tagung der Vereinigung für angewandte Botanik, der lautet:

„An den technischen Hochschulen müsse der botanische Teil der Holzkunde von Botanikern gelesen werden, da die technischen Lehrer hierfür meist zu wenig vorgebildet seien.“

Daß Professor Weiler mit diesem Satze recht hatte, kann durch nichts schlagender bewiesen werden, als durch den botanischen Teil dieses Buches. Verf. hat sich zwar eifrig bemüht, die einschlägige Literatur zu benutzen, aber man merkt ihm auf Schritt und Tritt an, daß er sich hier auf einem Gebiete bewegt, auf dem er nicht zu Hause ist. Ungemein erschwerend für das Studium des Buches wirkt, daß Vang mit einer übertriebenen Verdeutschung aller wissenschaftlichen und technischen Ausdrücke durch deutsche Ausdrücke zu ersetzen sucht. Verf. läuft namentlich gegen die Worte nicht deutscher Abstammung auf dem Gebiete der Botanik Sturm und glaubt dadurch das Verständnis zu erhöhen, hat meines Erachtens aber gerade das Gegenteil erreicht. Welcher Ingenieur wird unter Zuhilfenahme eines Buches über Botanik sich weitere Kenntnisse auf diesem Gebiete zu holen vermögen, der nach diesen hier aufgeführten Worten darin sucht. Er wird suchen, suchen und wird nichts finden; nicht einmal in einem Konversationslexikon, das jetzt nach Vang „Weltwörterbuch“ heißt. Die aus dem Lateinischen herausgebildeten technischen Ausdrücke, die gleichzeitig die notwendige internationale Verständigung erleichtern, sind eben keine Fremdworte; ihre begriffliche Uebersetzung in dem Umfange, wie sie der Verf. hier durchgeführt hat, bringt nur Erschwerung des Gedankenaustausches, oft nur Mißverständnisse hervor. So wird überseht „Anatomie“ in „Kleingefüge“. Das müßten nunmehr nicht nur Botaniker, sondern auch Zoologen und Anatomen annehmen. Wohin würde dies führen? Auch die Uebersetzung der systematischen Namen in der Botanik hat seine Grenzen. Dort, wo der deutsche Namen nicht mehr allgemein bekannt ist, wo er lokal rasch wechselt, oder gar wo es sich um fremde Hölzer handelt, da gibt es, um zur Klarheit zu gelangen, nur einen Ausweg, die richtige systematische botanische Bezeichnung zu ermitteln, auf der allein eine Verständigung möglich ist. Wer sich schon einmal mit der Benennung der Hölzer im Handel befaßt hat und erfahren hat, unter welchen Namen die überseeischen Hölzer laufen, wird das ohne weiteres einsehen. Vang nennt die *Robinia pseudacacia* Schotendorn;

nachdem Vang aber später in der zur Zeit der Herausgabe vor der Holznot von Medicus herausgegebenen Schrift „der unächte Akazienbaum“ (1794–1803) gefunden hatte, daß Hülfsendorn richtiger ist, er jetzt diesen Ausdruck gewählt. Welcher Holzhandwerker liefert einen Wagen Hülfsendornholz? Welches Forstamt kann 100 cbm Hülfsendornholz abgeben, ob lange zu studieren, um welche Holzart es sich handelt? Ist schließlich nicht Robinie gerade so gut deutsch als Lilie?

Diese Tendenzen des Verfassers führen ihn geradewegs auf falsche Wege, so teilt Vang die Bäume ein:

- A) Spitzkeimer,
- B) Nadelhölzer,
- C) Raubhölzer.

Den Ausdruck Spitzkeimer habe ich für die Monokotylen in keinem geltenden Syllabus gefunden; 1830 hat Reichenbach die Monokotylen als *Acroblastae* — das sind wohl diese Spitzkeimer — den *Phylloblastae* gegenüber gestellt. Heute wird jedermann eine richtige und allgemein gültige systematische Anordnung der Gewächse in einem technischen Lehrbuche verlangen, da er durch diese Einreihung allein schon sehr viel Wissenswertes und Wesentliches erfährt. Die Einteilung der Samenpflanzen in A) Gymnospermen B) Angiospermen, 1. monokotyle, 2. dikotyle Gewächse ist gerade für ein Buch, das den Holzaufbau klar darzustellen sucht, die einzig mögliche, um das Thema folgerichtig entwickeln zu können.

Noch ein Beispiel einer Neuerung in technischen Ausdrücken. Um das Kleingefüge zu studieren, empfiehlt der Verfasser 5 Schnitte, dies sind

- 1. Hirnschnitt,
- 2. Strahlschnitt,
- 3. Spiegelschnitt,
- 4. Fladenschnitt,
- 5. Sehenschnitt.

Dafür genügen doch die drei eingebürgerten Schnitte

- 1. der Querschnitt = Hirnschnitt,
- 2. die Längschnitte,
 - a) der radiale = Spiegelschnitt,
 - b) der tangential = Fladerschnitt,

denn der Strahlschnitt ist ebenfalls ein Spiegelschnitt und der Sehenschnitt ist ein tangentialer Längschnitt.

Nun muß aber noch der alte Fladerschnitt in Fladenschnitt umgetauft werden. Weshalb? Nach Grimms Wörterbuch heißt Flader mhd. der Ahorn und das könnte zu Verwechslungen führen; man könnte glauben, man hätte nur Ahornschnitte vor sich, wenn man von Fladerschnitten spricht. Aber gerade weil der gemaserte Ahorn diese Holztextur besonders ausgeprägt zeigt, wie sie auf allen Fladerschnitten durch das Ueberschneiden der Jahrringe typisch ist, kann man

nehmen, daß auf den tangentialen Längsschnitt die Zeichnung Fladerschnitt allgemein angewendet wurde. Schnitt als Fladerschnitt zu bezeichnen, weil eine Natur zu Tage tritt, bei der die Jahrringe das Aussehen „wie breiter Fladen“ haben, scheint mir sehr unrichtig.

Einer allgemeinen Verdeutschung technischer Ausdrücke sehr mit Vorbehalt gegenüber zu stehen, rechtfertigt das Durchblättern dieses Buches, wie die angeführten Beispiele zur Genüge erkennen lassen. Schon 1851 schrieb ein deutscher Philosoph: „Die Einführung der armen Grammatik in die deutsche viel edlere Sprache machen die verderblichen Galizismen aus; aber wie bornierte Puristen meinen, die Einführung einzelner Fremdwörter. Diese werden assimiliert und bereichern die Sprache“. Diese Sprachreinigung von unnötigen Fremdwörtern kann nicht und werksmäßig geschehen; letzten Endes entscheidet wie auf allen Gebieten der Kunst auch hier das richtige Gefühl, das Sprachgefühl.

Auf Seite 112 ist noch forstbotanisch etwas Interessantes zu finden. Es heißt dort: Die Abarten der gemeinen Kiefer sind sehr zahlreich. Unter den europäischen sind zu nennen: a) die Gotlandkiefer, b) die österreichische Schwarzkiefer, c) die Zirbelkiefer, d) die Weimutkiefer, eine amerikanische Abart von c) usw. Solche Ausführungen sind falsch und vermögen keine Grundlage für die Unterschiede des Holzes der verschiedenen Angehörigen der Gattung *Pinus* niemals zu geben.

Wie auf botanischem Gebiete ist der Verfasser auch auf dem der Forstwissenschaft wenig beheimatet, was ihn jedoch nicht hindert unter anderem Folgendes mit apodiktischer Sicherheit zu behaupten. Die geringe Bezahlung der guten Bauholzorten habe die Forstwirtschaft im vorigen Jahrhundert verführt, einen Wirtschaftsbetrieb einzuführen, der die Erträge steigert und die Güte des Bauholzes verschlechtert. Verf. meint damit die Einführung der Kahl Schlagwirtschaft mit darauffolgender weitständiger Kultur. Zunächst sind für die Entwicklung unserer Forstwirtschaft im vorigen Jahrhundert ganz andere, weit höhere Gesichtspunkte maßgebend gewesen als der Verf. sich träumen läßt. (Entwicklung des Verkehrswesens und der Industrie). Mindestens eben so wichtig, wie die Bestandesbegründung für die Qualität des Holzes ist der standortsgemäße Anbau und die Bestandserziehung. Wie viele erstklassige Bestände im natürlichen Verbreitungsgebiet der Fichte und der Kiefer sind aus der Kahl Schlagform seither hervorgegangen? Bedarf der deutsche Markt nur Qualitätsbauholzer?

Seite 74 steht der lapidare Satz: Man pflegt die

Hochwaldbäume, kurz nachdem sie ihr stärkstes Wachstum (Optimum) überschritten haben, zu fällen.

Die Sammlung solcher falsch verstandener oder einseitiger Behauptungen, botanischer und forstlicher Unrichtigkeiten ließe sich noch leicht vermehren. In den letzten Abschnitten (4 u. 5) ist der Verfasser wieder auf seinem Spezialgebiete angelangt; sehr lehrreich sind zahlreiche originelle Versuche aus dem Gebiete der Festigkeitsprüfung. Die Versuche mit Bambus und mit Holzverbänden, von denen viele aus dem Bauingenieurlaboratorium des Verfassers stammen, geben das Wertvollste vom Inhalt des Buches.

Den Verlag, der für die Ausstattung viele Mühe und Kosten aufgewendet hat, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß das vorliegende Format sich für diese Arbeit wenig eignet. Es enthält 374 Seiten durch Abbildungen reichlich unterbrochenen Text — auf Seite 223 z. B. nur 7 Zeilen Text, auf Seite 224 nur 11 Zeilen Text — sodaß ein Zusammenfinden des Textes und ein Übersehen sehr erschwert wird; dadurch fällt es auch schwer, schon bekannte Punkte rasch wieder zu finden.

Dr. Wimmer.

Waldbilder aus Sachsen von Prof. Dr. Borgmann-Tharandt mit 27 Autotypen. Tübingen. Verlag der Laupp'schen Buchhandlung 1915. Preis 2,80 M.

Prof. Borgmann hat diese Skizze für die geplante XV. Hauptversammlung des deutschen Forstvereins zu Dresden im Aug. 1915 entworfen und darin zu dem Verhandlungs-Thema: „Die Entwicklung des Kahl Schlagbetriebs in Sachsen im 19. Jahrhundert. Welches Ergebnis hat dieser Betrieb gehabt und welche Schlüsse lassen sich daraus für die Zukunft ziehen?“ Stellung genommen. Der Kriegsausbruch hat diese Tagung vereitelt und Prof. Borgmann hat daher seine Gedanken zu dem genannten Thema in der „Silva“ mit zahlreichen wohl gelungenen Abbildungen aus den Versuchsflächen der Tharandter forstlichen Versuchsanstalt zusammengefaßt, eine Abhandlung, die gleichzeitig als anregender Führer durch Sächsische Bestandsbilder dient. Jetzt ist die Arbeit auch als Sonderabdruck im Buchhandel erschienen.

Schon ein Blick auf die Abbildungen wird manchen Forstmann dadurch in Erstaunen setzen, daß der gemischte Wald heute noch in so mannigfacher Art, freilich nur in kleinen Beständen, in Sachsen zu finden ist. Verbinden doch viele mit der sächsischen Forstwirtschaft die Vorstellung einer alleinherrschenden, finanziell tabellos berechneten Fichtenkahl Schlagwirtschaft, der alles

andere, was nicht in diese Schablone hineinpaßt, zum Opfer gefallen ist.

An vielen Orten ist in Sachsen der reine Nadelwald anstelle gemischter Bestände oder des Laubwaldes getreten; da wo die Kiefer den Laubwald als erste Nadelholzgeneration verdrängt hat, besteht trotz der guten Wachstumsverhältnisse der Kiefer vielfach die Tendenz, der Kieferngeneration den Fichtenkahlschlagbetrieb folgen zu lassen, jodaß der Fichtenkahlschlagbetrieb weit über die Grenzen hinaus dominiert, innerhalb deren er seine optimale Entfaltung, seine unleugbare Ueberlegenheit, gezeigt hat. Ueber diesen Grenzen birgt dieser Betrieb wie jede Anwendung einer waldbaulichen Technik, über die Grenzen hinaus, wo nicht alle Bedingungen zu ihrer vollkommenen Entfaltung gegeben sind, eine ständige Gefahr für die Nachhaltigkeit der Erträge. Darum kann man auch nicht über den F.-Kahlschlagbetrieb einfach den Stab brechen und aus Mißerfolgen an Standorten heraus, wo für eine wuchskräftige Entfaltung der Fichte die Bedingungen nicht mehr gegeben sind, den Kahlschlagbetrieb überhaupt erledigen.

In nicht zu großen Flächen in den rauen, luftfeuchten Tagen und auf frischen Böden des Erzgebirgs hat dieser Betrieb, wie auch in anderen Gebieten, in denen die Fichte ihre optimale Entfaltung erreicht, — in dem kühlfsten Waldgürtel der Erde — ausgezeichnete Erfolge erzielt. Man hat in der Zeit der allgemeinen „Verfichtung“ diese Holzart in der ihr im Wirtschaftswald am meisten zukommenden Bestandesform weit über das Gebiet hinausgetragen, in dem der reine Fichtenhochwald eine nachhaltig günstige Entfaltung zeigt.

Borgmann weist mit Nachdruck daraufhin, daß fast jede Forstverwaltung Schmerzenskinder aufzuweisen hat. Solche wenig erfreulichen Erscheinungen gibt es nicht nur beim Kahlschlagbetrieb, auch die natürliche Verjüngung bei der Nachzucht gemischter Bestände vollzieht sich nicht überall sicher ohne Fehlschlag.

„Man ist nur zu oft geneigt, Fehlschläge im Wirtschaftserfolg einseitig betonten ökonomischen Zielen, einer starren Schablone der Forsteinrichtung zuzuschreiben, welche den Waldbau in Fesseln schlägt. Häufig mit Recht“. Nicht immer. Oft ist eben unsere noch unzureichende Kenntnis bezw. Beachtung der Standortbedingungen und Lehren des Waldbaus dafür verantwortlich zu machen. Verf. betont, daß oft den zu niedrigen Umtrieben die Schuld für waldbauliche Mißerfolge zugeschrieben wird ohne daß man die Augen öffnet und sieht, daß zu hohe Umtriebe meist ein weitaus größeres Hemmnis für eine erfolgreiche naturgemäße Verjüngung in sich schließen.

Fast allgemein ist die Behauptung zu hören, der ausgedehnte Anbau der Fichte ein Ergebnis Bodenreinertragslehre sei. Demgegenüber muß darauf hinweisen, daß die Waldbreinerträge die Fichte ihre Ueberlegenheit schon zur Genüge beweisen. In der Periode der „Fichtenmanie“ waren es in der Praxis vorwiegend „Waldbreinerträger“, die den Fichtenanbau in waldbaulich heute ungerechtfertigter Weise übertrieben haben.

Heute sind die Lehren der Bodenreinertragslehre überall im deutschen Walde zum Durchbruch gelangt und gleichzeitig erschallt von fast allen Seiten der Ruf zur Rückkehr zu gemischten, die Bodenkraft erhaltenden Bestandsformen. Die Bodenreinertragslehre läßt alle Holzarten gleiches Recht widerfahren, auch sie betont die Nachhaltigkeit der Erträge und damit die Pflege des Standorts und der Holzart durch standortgemäße Bestände.

Auch in Sachsen begannen die Bestrebungen zur Rückgewinnung und Erhaltung einer naturgemäßen Bestockung, insbesondere der Laubholz Mischung lebendiger zu werden.

Die Forstwirtschaft ist nicht berechtigt, überkommene Holzarten, insonderheit die standortgemäßen Formen des gemischten Waldes zugunsten der einen oder anderen heute besonders rentablen Holzart verschwinden zu lassen. Freilich binden den forstl. Betrieb durch die Länge seiner Produktionszeiträume getroffene Maßnahmen auf längere Zeit und die Umwandlung der Bestände in naturgemäßere kann sich nur allmählich vollziehen. „Aber er wird sich vollziehen“ schließt Borgmann, darauf hin deuten die heute mehr und mehr erkannten Ergebnisse des seither eingehaltene Systems. Eine Fülle von Anregungen und Ausblicken hat Borgmann in dieser Skizze, wie Verfasser diese Arbeit bezeichnet, gegeben; mögen viele deutsche Forstleute bald nach Beendigung des Krieges unter Prof. Borgmanns Führung in anregender Diskussion durch Sachsens Wälder wandern.

Den Schluß der Bilderreihe bildet in pietätvoller Weise Heinrich Cottas Eichen bepflanztas Grab bei Tharandt.
Dr. Wimmer.

Notwendigkeit und Nutzen des Vogelschutzes im Land- und Gartenbau. Von Friedrich Schwaßl in Seebach, Kreis Langensalza.

In einem unter dieser Uebersicht erschienenen, von dem an der Versuchs- und Musterstation für Vogelschutz in Seebach tätigen Ornithologen Fr. Schwaßl verfaßten Flugblatt, welches von dem preussischen Landwirtschaftsministerium durch Erlaß vom 3. XI. 1918 allen Oberförstereien überwiesen worden ist, wird zu

st darauf hingewiesen, daß die allmählich üblich gewordenen Formen unseres Pflanzenbaues in sich die Notwendigkeit bergen, gewisse Tierarten, besonders Vögel, zu schützen, denn ihre Grundlage, die durch arttreuer Bestände, andere die Lebensbedingungen der Tiere, denen das Wohnen auf und zwischen einfrörmigen Pflanzensiedelungen nur ausnahmsweise möglich sei, im Gegensatz zu gewissen "Schädlingen", die hier nicht allein geeignete Nahrung, sondern auch Schutz in allen Entwicklungsstufen fanden. Daraus erkläre sich der scheinbare Widerspruch, daß die ungewollte Begünstigung der Pflanzenseinde zugleich die Vermehrung der von ihnen zehrenden Helfer zur Folge habe. Dieses Mißverhältnis werde freilich mit der rücksichtslosen Ausdehnung der Anbauflächen erst dort zur dringenden Gefahr, wo jeder Unter- oder Zwischenbau, jede anders gestetete Bodennutzung, besonders aber jeder Wildwuchs ausgeschlossen oder beseitigt werde. Diesem traurigen Zustande, den z. B. unsere besten Weinbaugebiete, die Rübenwästen, die waldbverdrängenden Fichteneichen usw. schon längst zeigten, würden noch weitere große Flächen entgegengeführt werden, wenn die in Angriff genommenen Oedflächen rest- und lückenlos dem Pfluge anheimfielen.

Die künstliche Bekämpfung der Raze-, Kerb- und Weichtierplagen genüge allein nicht, sie müsse durch natürliche Helfer unterstützt werden, in erster Linie durch die Vögel. Zunächst müßten ihnen geeignete Niststellen geschaffen werden, weil diese durch die herrschend gewordene Bodennutzung zerstört würden. Hierbei müsse man streng den im Urzustande gefundenen Vorbildern folgen; hieraus ergebe sich die Einteilung der Vögel in Höhlenbrüter, Halbhöhlenbrüter und Freibrüter.

Die verschiedenen Zweige des Land- und Gartenbaus stellten sehr häufig die Frage, welche Vogelarten gegen die Schädlinge, mit denen eine Gegend gerade zu kämpfen habe, wirksam seien, und durch welche ausgeführten Einrichtungen nur diese Arten herangezogen, vermehrt, und festgehalten werden könnten. Die Beantwortung solcher Fragen sei nicht möglich. Bis auf Ausnahmefälle, in denen gewisse Vogelarten als erfolgreiche Vertilger bereits vorhandener und verheerender Schädlingmassen aufgetreten seien, wüßten wir im einzelnen gar nicht, einen wie großen Anteil am eigentlichen Nutzen wir einer oder der anderen Art anrechnen dürften. Denn, was für uns wirklichen Wert habe, das sei die vorbeugende Verhütung der ungelunden Vermehrung schädlicher Kleintiere; mit anderen Worten, die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Tier- und Pflanzenwelt. Wieviel hierzu die verschiedenen Vogelarten beitrügen, das werde schwer-

lich aufzuklären sein. Dies sei aber für die Ausübung eines unmittelbar und mittelbar wirksamen Vogelschutzes auch gar nicht erforderlich. Es wäre verfehlt, bei bestimmten Zweigen des Pflanzenbaus auch nach bestimmten Vogelschutzeinrichtungen zu suchen, zumal wir jeden unserer gefiederten Helfer nur durch lückenlose Erfüllung der Gesamtheit der Lebensbedingungen halten könnten, die immer dieselben, festgeregelten seien. Die Verhütung der Ueberhandnahme der Schädlinge, um die es sich bei der Bekämpfung durch Vögel lediglich handeln könne, sei bis jetzt nur an den Orten festzustellen gewesen, wo alle Vögel bis auf die wenigen allgemein oder örtlich schädlichen geschützt oder gehegt worden seien.

Für die Höhlenbrüter seien die v. Berlep'schen Nisthöhlen anzubringen. Die Halbhöhlenbrüter liebten keine engen Flugöffnungen, sie nahmen mit Nistlöchern oder Tragbrettchen, die unter Simsen und Dachvorsprüngen anzubringen seien, gern fühlbar. Den Schwalben könne man nur durch zweckmäßige Gestaltung der Dachsimse und durch ständiges Erhalten von Schlemmstellen zur Entnahme von Baustoff, helfen. Viel schwieriger sei die Hilfe bei den sog. Freibrütern. Soweit diese Sümpfe und Moore, Gestade und Inseln oder Oedflächen bewohnten, bleibe nichts anderes übrig, als diese Gebiete soviel wie irgend möglich zu schonen und unverändert zu erhalten. Hier dürfe es nicht gehen wie bei den Flurverkopplungen.

Für die Maßnahmen, mit denen das Kulturland zu durchsetzen sei, kämen besonders die Strauchbrüter in Betracht. Der wild wuchernde Busch, das gleichmäßig aufstrebende Gestrüpp werde irrtümlich als die beste Heimstätte unserer Sänger angesehen. Sie könnten es freilich da sein, wo noch Kräfte walteten, die den Kreis bodenständiger Lebensgemeinschaft schlossen. Gemeint sei z. B. der Wildverbiss, der Einbruch abgestorbener Baumäste in das Unterholz und andere Hemmungen des Wachstums, welche Krüppelwüchse verursachten, die bevorzugten Baustellen der Strauchbrüter seien. Da nun aber solches Zusammenwirken in den eintönig erzogenen Pflanzenbeständen unterbleibe, müßte dies künstlich durch Beschneiden der Holzpflanzen, welche Nester tragen sollten, ersetzt werden. Dazu könne leider nicht jede Baum- oder Strauchart verwendet werden, erfahrungsgemäß sogar nur eine beschränkte Anzahl. An erster Stelle sei hier der Weißdorn zu nennen, dann die Weißbuche, Ulme, wilder Apfel und Birne, Liguster, die Eiche als Stodansschlag, im Schatten auch die Roßkastanie. Wenn diese Laubhölzer auszutreiben begännen, seien die frühbrütenden Klein vogelarten schon mit dem Nestbau beschäftigt. Für die Erstbruten seien deshalb immergrüne Gehölze

erforderlich, vor allem die durch Schnitt kurz gehaltene Fichte. Einige Laubhölzer müssen von selbst kurztriebzig und dicht, wie z. B. die Stachelbeerarten. Diese seien daher nicht zu beschneiden. Wichtig sei die Erhaltung und Behandlung lebender Einfriedigungen durch richtiges und rechtzeitiges Beschneiden. Senkrechte Seitenflächen und Sommerschnitt seien nachteilig für die Hecken und die Vogelbrüter. Einzellig gepflanzte, nach oben verzüngte und im Winter geschnittene lebende Zäune erfüllten ihren Zweck allseitig.

Ein großer Teil der im Sommer aufgetretenen Vögel gehe im Winter wieder zugrunde, die ziehenden durch die Gefahren der Wanderung, die hier bleibenden durch die Not des Winters. Darin komme eine naturgewollte Auslese zur Geltung, worauf ja schon die erhebliche Vermehrungsfähigkeit namentlich der kleinen Standvogelarten (Meisen) schließen ließe. So könne es scheinen, als wäre ein Füttern der Vögel im Winter nicht erforderlich. Man müsse aber bedenken, daß dies nur zutrefte, wenn alle natürlichen Nahrungsquellen vorhanden wären, an die der Vogel im Urzustande angepaßt sei. Dies sei aber nicht der Fall: Die Wildobstarten des deutschen Waldes seien verschwunden; hohle, kranke Bäume, dichtes Unterholz, un durchdringliche Dickungen dulde die Durchforstung erst neuerdings wieder; an Stelle des urwüchsigem Waldes seien Baumacker getreten. Der wesentlichste Unterschied des früheren Zustandes gegen den heutigen bestehe aber in dem uner schöp flichen Unterschlupf und Nahrungsquelle für jedwedes Getier bei jeder Witterung damals und im Verschwinden dieser Vorräte und dem ungehemmten Einfluß der Niederschläge auf alle noch vorhandenen Nahrungsquellen der Vögel jetzt. Wir müßten daher füttern und zwar wettersicher. Die Kleinvögel könnten nicht lange ohne Nahrung aushalten, auch nähmen sie nicht jede an beliebigem Orte zur Stunde der Not gereichte Futtergabe an. Es müsse eine Angewöhnung an die Futterstellen stattfinden. Solche

Futterstellen müßten von oben und allen Seiten zur wahren Höhe herab überdacht sein. Der Vogel finde den einmal kennen gelernten Anflug weder allein offenen unteren Seite ohne Schwierigkeit wieder.

Nicht alle Vogelarten litten durch die moderne Wirtschaft, einigen würden sogar die Lebensbedingungen verbessert. Ungewollt würden gewisse Arten durch dieselben Vorgänge, durch die andere ungewollt vermehrt würden, vermindert, je nachdem ihnen die Anpassungsfähigkeit an unsere Kultur fehle oder eigen sei. Es entstünden den Arten, die wir schützen wollten, Feinde durch das Ueberhandnehmen anderer Arten. Der Raubvogel stelle sich darunter meist die Raubvögel vor, während doch gerade diese der fortschreitenden Kultur unterlägen und heute schon zu den Seltenheiten gehörten. Die schädlichen Arten, welche alle noch belassenen Lebensmöglichkeiten für sich in Anspruch nähmen und bei ungehemmter Vermehrung die Schwächeren unterdrücken würden, seien einzuschränken, denn keine Tierart solle ausgerottet werden. Dahin gehörten die drei Krähenarten (Häher, Elster, Dohle), ferner die Spatzen und in den Städten Mittel- und Westdeutschlands die Amsel. Nicht wenige Vogelarten unterlägen freilich nur menschlichem Vorurteil. Weil man ihre Lebensäußerungen nicht verstehe, betrachte man sie als schädlich. In ihrer Anpassungsfähigkeit an die Kultur wetteiferten zwei schlimme Vogelfeinde unter den Säugetieren mit dem Sperling: die wildernde Hauskatze und die Wanderratte; im Bereich der Städte und Dörfer litten die Brutten der Vögel außerdem erheblich unter dem Stöbern der Hunde.

Auch gegen das kleine einheimische Raubwild (Iltis, Hermelin, Wiesel) müsse dann und wann eingeschritten werden, auch dürfe man das Giechhorn nicht zu zahlreich werden lassen. Immer aber müsse vorher geprüft werden, ob diese Tiere mehr als zuträglich ver treten seien. E.

B r i e f e.

Aus dem Großherzogtum Hessen.

Die Besteuerung der Waldungen.

Mit mir werden viele Leser dieser Zeitschrift mit Interesse den Ausführungen der Herrn Kollegen Urstadt und Wimmenauer gefolgt sein¹⁾. Wenn ich zu dieser Steuerfrage ebenfalls die Feder ergreife, so geschieht es einmal, um das amtlich vorgeschriebene Veranlagungsverfahren zu verteidigen, und sodann um

¹⁾ Jahrgang 1915 Juli-August und Oktober-Novemberheft.

einzelne Mitteilungen der genannten Kollegen zu ergänzen¹⁾.

¹⁾ Wenn ein größerer, z. B. standesherrlicher Wald, in Nachhaltbetriebe einen gewissen Jahresertrag abwirft, so halte ich es nach wie vor für irrig und fehlerhaft, den letzteren auf ein kleines Bauernwäldchen zu übertragen, auch wenn Bodengüte und Holzart die gleichen sind. Denn eine auch nur annähernd gleichbleibender Jahresertrag ist hier eben einfach unmöglich. Das richtige Verfahren kann hier m. E. nur darin bestehen, zuerst Boden- und Bestandes-

Urstadt bezeichnet es als eine Mäße, daß keine aus-
 örtlichen Vorschriften für die Ermittlung des Ein-
 ommens aus Waldungen gegeben seien. Ich be-
 äufte es im Gegenteil, daß hier keine schablonenmäßige
 Vorschrift besteht, da die Einkommen aus den zahl-
 reichen, zum Teil sehr kleinen Privatwaldungen von
 der örtlichen Kommission eingeschätzt werden, die mit
 einer Schablone nicht viel anzufangen wüßte. Be-
 merkt man, daß Einkommen unter 500 M. steuerfrei
 sind, daß die Steuerklassen auch etwas willkürlich ge-
 schätzt sind und sich sprungweise nach oben bewegen,
 daß z. B. bei einem Einkommen von 2299 M. die
 Steuer 33½ M., bei einem solchen von 2300 2600
 (auschl.) 39 M. beträgt, so wird man es verstehen,
 daß eine verfeinerte Berechnung des Einkommens hier
 nicht am Platze wäre. Nehmen wir beispielsweise an,
 der wahrscheinliche (von der örtlichen Kommission) ge-
 schätzte durchschnittliche jährliche Reinertrag aus einem
 etwa großen Kiefernwalde sei zu 60 M. angenommen,
 während der (z. B. nach Wimmenauers Vorschlag) ge-
 nau berechnete nur 45 M. betrüge, so kann, muß aber
 nicht hiermit eine Verschiebung in der Steuerklasse ver-
 bunden sein. Das Beste findet theoretisch nur an
 den Grenzen der Steuerklassen statt. Da aber Art. 48
 des Gesetzes über die Einkommensteuer vorschreibt, daß
 andere die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen be-
 rührende Umstände dergestalt berücksichtigt werden
 sollen, daß die betr. Personen in der Regel zu der
 ihrem wirklichen Einkommen entsprechenden Klasse ein-
 geschätzt sind, so werden so geringe Unterschiede, wie
 sie sich nach der mehr oder weniger genauen Berech-
 nung oder Schätzung ergeben, für die Zuteilung des
 Steuerpflichtigen zu einer bestimmten Steuerklasse gar
 nicht von Belang sein. Demgegenüber wären aber die
 Veranlagungskosten durch Forsttechniker Angebots der
 Kleinheit der Privatwaldparzellen unverhältnismäßig
 hoch. Fällt aber das Einkommen aus dem Walde
 ins Gewicht und haben wir es mit Einkommen von
 2600 und mehr Mark (I. Abteilung) zu tun, dann
 findet Steuererklärung durch den Waldbesitzer selbst
 statt, der im Zweifelsfalle sich den Rat des zustän-
 digen Oberförsters erhalten kann. Je größer dann der
 Waldbesitz ist, um so eher wird sich ein durchschnitt-
 licher Reinertrag berechnen lassen. Soviel mir be-
 kannt, sind übrigens seit Einführung des neuen Ein-
 kommensteuergesetzes Berufungen gegen die Veran-
 lagungen nicht vorgekommen, vielleicht schon allein aus
 dem Grunde nicht, weil diese Besteuerung hinter der-
 jenigen nach der alten Grundsteuer zurückbleibt. Den
 tatsächlichen Verhältnissen wird die örtliche Kommission

unter Vorsitz und Leitung des Finanzamts sicherlich
 Rechnung tragen, so daß Härten vermieden werden.
 Ist aber diese Behörde einmal im Zweifel, so kann
 sie die Ansicht der Oberförsterei hören, die alsdann
 nach wissenschaftlichen Grundsätzen (vgl. Weber und
 Wimmenauer im F. C. Bl. Heft 11 von 1901 u. a. m.)
 verfahren wird. Bei der staatlichen Vermögenssteuer
 (Gesetz vom 12. 8. 1899) haben sich kaum Schwierig-
 keiten ergeben, nachdem Wimmenauer zweckmäßige Vor-
 schläge zur Ermittlung des Waldvermögens gemacht
 hatte. Werden bei den nicht im Nachhaltbetrieb be-
 wirtschafteten Waldungen, bei den Privatwaldparzellen
 2. Klasse, sog. Mittelwerte zur Feststellung des Wald-
 vermögens verwendet, wie dies amtlich vorgeschrieben
 ist, und hierbei der Durchschnittszuwachs mit dem für
 die betr. Holzart und das Holzalter bei Berück-
 sichtigung des Bestockungsgrads und sonstiger Ver-
 hältnisse zutreffenden Preise vervielfältigt, so kann mit
 geringstem Aufwand an Kosten annähernd das Rich-
 tige getroffen werden. In Zweifelsfällen steht nichts
 im Wege ein genaueres Verfahren anzuwenden. Jeden-
 falls stimme ich aber Urstadt darin bei, daß nach nicht
 allzulanger Zeit eine Neu Veranlagung des Waldver-
 mögens stattfinden sollte. Den Veränderungen des
 Waldvermögens und etwaigen unrichtigen Einschät-
 zungen wird hierdurch am leichtesten Rechnung getragen.
 Auch hier ist darauf hinzuweisen, daß bei im Nachhalt-
 betrieb bewirtschafteten Waldungen, deren Steuerwert
 nach Wimmenauers Vorschlag §. 3. ermittelt wurde,
 wesentliche Veränderungen sich unter sonst gleichen Um-
 ständen nicht ergeben werden, wohl aber ist dies bei
 den zahlreichen kleinen, im auskessenden Betrieb stehen-
 den Privatwaldungen wahrscheinlich. Nach dem Haupt-
 voranschlag von 1916 soll für je 1000 M. Vermögen
 ein Satz von 1 M. erhoben werden; eine Aenderung
 des Werts der kleinen Waldparzellen wird aber
 kaum einen Einfluß auf den Steuersatz des Eigen-
 tümers ausüben. Aus diesem Grunde ist auch hier
 das einfachste und gleichzeitig billigste Veranlagungs-
 verfahren das Beste. So richtig unzweifelhaft das von
 Wimmenauer vorgeschlagene Verfahren ist, so dürfte
 doch dessen Anwendung in praxi bei den Tausenden
 von kleinen, oft ganz unvollkommen bestockten Privat-
 parzellen nicht so einfach sein, daß jeder Forstwart
 diese Arbeit vollziehen könnte. Ein Mehr oder Weniger
 an Wert spielt außerdem bei der Besteuerung keine
 Rolle. (Vermögen unter 3000 M. sind so wie so
 steuerfrei.) Hiermit will ich durchaus nicht sagen,
 daß sich nicht allmählich das richtigere Verfahren Ein-
 gang verschaffen könnte. Für unsere jüngeren Kol-
 legen wäre es ja gewiß eine lehrreiche Tätigkeit, hier-
 nach die Vermögenswerte, die gleichzeitig die beste
 Grundlage für die Berechnung des Wald-Einkommens

wert abzuschätzen und dann als „Einkommen“ einen ge-
 wissen Prozentsatz des letzteren, vielleicht 3 bis 5 %, anzu-
 setzen.
 Wimmenauer.

abgaben, zu ermitteln — aber kostspielig würde eine derartige Veranlagung, auch wenn sie nur alle 10 Jahre vorgenommen werden sollte, doch werden.

Den Vorschlägen von Urstadt (S. 185) über die Besteuerung nach dem G. U. G. von 1911 vermag ich nach der Absicht des Gesetzgebers nicht zu folgen. U. fällt hier aus dem Rahmen der Grundsteuer heraus. Wir müssen uns aber an die gesetzlichen Vorschriften halten. Wollte man Härten vermeiden, so müßte man unbestockte oder nicht normal bestockte Grundstücke einige Jahre (bis zur Herstellung des normalen Zuwachses) steuerfrei lassen; allerdings fällt dann der Anreiz zum alsbaldigen ordnungsmäßigen Wiederaufbau des Waldgrundstücks weg. § 3 der Dienstsanweisung sagt: „Die Grundsteuer wird als Objektsteuer vom Grundbesitz und von den diesem gleichzuachtenden Rechten erhoben ...“ § 11 „Im Gegensatz zu den landwirtschaftlich benutzten Grundstücken werden Grundstücke, die wesentlich der Holzgewinnung dienen und unter Forstschutz stehen (Waldungen), ausnahmslos und stets nach dem Ertragswert besteuert ... Entsprechend dem realsteuerartigen Charakter der Grundsteuer wird auch hier der objektive Reinertrag zu Grund gelegt, wie er bei den gegebenen Standortverhältnissen und Holzarten für die übliche Betriebsreihe und Umtriebszeit unter Annahme normaler forstmäßiger Wirtschaft zu erzielen ist ... Bei dem aussehenden Betrieb wird von der Annahme ausgegangen, daß das Waldstück im jährlichen Betrieb bewirtschaftet werde (§ 3 der B.) Hiernach wird für die genannten Waldungen der normale Haubarkeits-Durchschnittszuwachs des Gesamtertrags (Haubarkeitsertrag und Vorerträge) nach Maßgabe der betreffenden Holzart und unter Zugrundelegung der für diese Holzart im Nachhaltbetrieb üblichen Umtriebszeit für 1 ha, und zwar nach dem Ergebnis gleichgelegener Waldungen ermittelt ...“ Maßgebend ist grundsätzlich die Ertragsfähigkeit des Grundstücks. Es kommt daher für die Besteuerung gar nicht darauf an, ob bei der Veranlagung tatsächlich das Grundstück so bewirtschaftet wird, wie es ordnungsmäßig bewirtschaftet werden sollte, ob z. B. der Fichtenboden bestockt oder nicht bestockt ist, ob auf ihm ein 20- oder 60 jähr. Bestand steht.

Aus diesem Grunde sind mir die Ausführungen Urstadts auf S. 185 nicht verständlich. Während bei der erstmaligen Veranlagung für die staatliche Vermögenssteuer nach dem Gesetz vom 12. VIII. 1899 die tatsächlichen Verhältnisse (Bonität, Holzalter, Bestockungsgrad, Preislage usw.) genau zu ermitteln waren, um den Vermögensstand kennen zu lernen, kam es nach dem Gemeindeumlagen-Gesetz vom 8. VII. 1911 nur darauf an, die Ertragsfähigkeit eines Grundstücks einzuschätzen, um den normalen Haubar-

keits-Durchschnittszuwachs zu begutachten. Daß dies im einzelnen Falle, wo doch die vorhandene — aber vielleicht gar nicht standortgemäße — Holzart und daneben gleichzeitig normale forstmäßige Wirtschaft berücksichtigt werden sollen, recht schwierig sein kann, ist eine Sache für sich. Da nun der Vermögenswert nach dem Gesetz von 1911 über Gemeindeumlagen auf Grund des wirklichen oder des möglichen (ideellen) Reinertrags durch Vervielfältigen mit 25 gebildet wird und c. p. sich gleichbleiben kann für eine lange Reihe von Jahren, falls nicht periodisch eine Neuabschätzung stattfindet und hierbei sich Änderungen ergeben, so ist es nur begreiflich, daß der gesetzfremde Waldbesitzer sich wundert, daß die Vermögenswerte für einen 0—10—20 jähr. ... —80 jähr. Bestand + Boden sich gleich bleiben, während er sich doch nie darüber gewundert hat, daß die Grundsteuer — ohne Rücksicht auf den Holzvorrat unverändert die Jahre hindurch zu zahlen war; dabei ist die neue Grundsteuer (nach Ges. v. 1911) insofern viel gerechter wie ihre Vorgängerin, als sie den Veränderungen der gegenwärtigen Waldwirtschaft vollständig Rechnung trägt. Hat doch auch bei uns in Hessen die Waldwirtschaft etwa seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine vollkommene Ummwälzung erfahren. Während bis dahin die Aufgabe des Forstbetriebs darin gipfelte, möglich viel und möglichst gutes Brennholz zu erzeugen, trat mit der ungeahnten Ausdehnung des Kohlenbergbaus ein vollständiger Wechsel ein.

Früher befanden sich die Erzhöfen inmitten großer Waldgebiete — des Brennholzes wegen —, Stadt und Land waren auf Brennholz angewiesen, damals blühte die Buchenbrennholzwirtschaft; daher auch die hohe Grundsteuer für Buchenboden. Durch die Ausbeute der fossilen Brennstoffe, die allein in der Zeit von 1860—1880 um das Sechsfache gestiegen war, trat ein vollständiger Umschwung ein. Mit jedem Bahnbau drang die Stein- und Braunkohle in neue Absatzgebiete vor und siegte hier über das Brennholz. (Jetzt während des Krieges, wo die Kohle schwer zu beschaffen ist, bildet sich wieder gegen die seitherige Entwicklung ein guter, ja ausgezeichnete Brennholzmarkt.) Der Steinkohle folgten die Industrien auf dem Fuße, die wiederum den Wald in gerade entgegengesetzter Richtung beanspruchten. Es kam die Nutholzwirtschaft auf. Industrie, Eisenbahnen und das rasche Anwachsen der Städte verlangten solche Mengen Nutholz, daß Deutschland allein nicht im Stande war, die Nachfrage zu decken. Unsere einst so ertragreichen Buchenbrennholzwälder sanken im Wert und die Nadelholzwälder stiegen, dabei bestehen 95 vom H. der Einfuhr aus Nadelholz. Allein an Papierholz werden jährlich rd. 2 Millionen Sm. eingeführt.

ist es begreiflich, daß die Steuerwerte für die einzelnen Betriebsarten sich gewaltig änderten und sich geradezu kehrten. Da die Bonitierung früher (vgl. Instr. 31 1825 u. Ausschreiben v. 14. II. 1865) nach ähnlichen Grundlagen wie jetzt erfolgte, so geben die früheren und jetzigen Steuerwerte ein deutliches Bild von dem Umwandel der Waldwirtschaft. Ende der 80er Jahre trug in Hessen im Domanielwald das Nutzholz prozent rd. 20 jetzt rd. 40. Der nicht unerhebliche Flächenzugang (= 12 135 ha seit 1885) an Gemeinde- und Domaniel-Waldfläche kommt der Nadelholzwirtschaft zu gut. Dieser Flächenzugang und eine intensive Nutzholzwirtschaft (auch im Laubwalde) sowie die Umwandlungen des Eichenhainwaldes in Hochwald erklären die zum Teil auffallenden Abweichungen der alten von den neuen Steuerwerten.

Wie aus Obigem sich ergibt, haben wir in Hessen zweierlei Vermögenswerte, einmal nach dem Gesetz von 1899 (staatliche Vermögenssteuer) und sodann nach dem Gesetz von 1911 (Gemeindeumlagen). Es ist nun interessant, beide Werte zu vergleichen. Für die staatliche Vermögenssteuer wurden die Werte der größeren von Forsttechnikern geleiteten Waldwirtschaften wohl ohne Ausnahme nach Wimmenauers Vorschlägen ermittelt (Boden- und Vorratswerte wurden getrennt berechnet). Ich habe nun für 33 Waldbesitzer die Werte zusammengestellt, wobei sich folgendes ergab.

Waldfläche: 52 883 ha, Bodenwert 21 232 652 M. (401 1/2 M. je ha), Vorratswert 54 094 411 M. (1023 M. je ha), gemeiner Wert 75 327 093 M. (1424,4 M. je ha). Für 13 größere Wirtschaften stellt sich das Verzinsungsprozent auf 2,3. Da in den meisten Waldungen konservativ gewirtschaftet wird, so erschien der Vorratswert von 1023 M. je ha gering, wenn man nicht wüßte, daß es sich zum großen Teile um Laubwaldungen (Buche!) handelte. Für mehrere Domanieloberförstereien habe ich nach den Betriebs-einrichtungen den wirklichen Vorrat an Holzmasse je ha auf 278,42 fm berechnet (den Jahreshiebssatz je ha auf 5,91 fm). Nimmt man je fm nur 6 M. an, so ergibt das für 278,42 fm = 1672 M., hierzu 400 M. Bodenwert, berechnet sich ein Waldwert von 2072 M., der sich für Fichtenwald noch um mindestens 500 M. erhöht. In der Rhein-Main-Ebene stellt sich der bgl. Wert für einen größeren Gemeindegeldwald auf 2950 M. Vergleicht man nun demgegenüber die nach dem Gemeindeumlagegesetz erhaltenen Vermögenssteuerwerte, so müssen diese wesentlich geringer ausfallen, da hier dieser Wert durch Kapitalisierung mit vier Prozent ermittelt wird gegenüber einem Waldbzinsfuß von 2—3%. Für das Königreich Sachsen ist die Verzinsung des Waldkapitals zu 2,63% durchschnittlich für 1913 angegeben (Vgl. Lh.

Jahrbuch 1915 S. 420 uff.). Für 11 große Domanieloberförstereien (mit gemischter Bestockung) habe ich 1,71 bis 3,01, im Mittel 2,12% berechnet. Wenn nun aus den Reinerträgen der Vermögenswert nach dem Gesetz von 1911 mit 4% festgestellt wird, so ist es einleuchtend, daß dann die Werte gegenüber den staatlichen Vermögenssteuerwerten etwa nur die Hälfte betragen können (4% gegen 2%!). Zu diesen Ertragswerten kann natürlich c. p. der Waldbesitzer nicht verkaufen. Er wird, und dies ganz mit Recht, bei der Kapitalisierung den sogen. Waldbzinsfuß (von 2—3%) anwenden, in dessen geringer Höhe sich eben die Vorteile des Grundbesitzes, die künftige Wertserhöhung neben der Annehmlichkeit und Sicherheit des Waldbesitzes ausdrücken. Steuerwert und Verkaufswert sind eben zweierlei und werden sich nur in wenigen Fällen decken. Walthers.

Aus Bayern.

Forstdiensttauglichkeit.

Das kgl. Staatsministerium hat im Vollzuge der Allerhöchsten Verordnung vom 2. August 1915 über die Neuordnung des akademischen forstlichen Unterrichts kürzlich folgendes bestimmt:

1. Zur Forstdiensttauglichkeit wird der Besitz aller jener körperlichen und geistigen Eigenschaften verlangt, die den Bewerber als den Anforderungen des äußeren und inneren Forstverwaltungsdienstes vollkommen gewachsen erscheinen lassen.

Zu diesen Eigenschaften zählen namentlich:

Ein im allgemeinen normaler Körperbau, Gesundheit der inneren Organe, insbesondere des Herzens und der Lunge;

Befähigung zum anhaltenden Gehen bei jeder Witterung auch im bergigen Gelände;

körperliche Befähigung zum Schreiben, Zeichnen, Vermessen;

entweder beiderseits mindestens zwei drittel Sehstärke, wobei Korrektur zulässig ist, oder auf einem Auge mindestens zwei drittel Sehstärke ohne oder mit Korrektur und auf dem anderen Auge mindestens halbe Sehstärke, ohne Korrektur; beiderseits Hörschärfe von mindestens 3 Meter für Flüstersprache.

Dagegen schließen die Forstdiensttauglichkeit aus:

Organische Nervenleiden, Fallsucht, Sprachstörungen, ausgedehnter auf die Luftröhre drückender Kropf, Unterleibsbruch oder ausgesprochene Anlage hierzu, dem Dienste hinderliche Schäden der Extremitäten, darunter Plattfuß und ausgesprochene Krampfadervbildungen.

Das Zeugnis über die Forstdiensttauglichkeit hat

sich auf eine amtsärztliche, nach erfolgreicher Zurücklegung der forstlichen Studien vorzunehmende Untersuchung zu stützen.

2. Kriegsteilnehmer, die bei Kriegsausbruch mindestens 4 Semester auf das forstliche Studium verwendet hatten, können beim Vorliegen einer Erkrankung oder Verletzung vor Wiederaufnahme ihrer Studien, jedoch erst nach Ablauf der Erkrankung oder nach Heilung der Verletzung eine vorläufige Entscheidung darüber herbeiführen, ob dieser auf den Krieg zurückzuführende Körperschaden ihre spätere Verwendung im Staatsforstbetriebe ausschließt. Das zu erholende Gutachten des Amtsarztes hat sich über Art und Umfang

des körperlichen Schadens und darüber auszusprechen, ob der Schaden auf den Krieg zurückzuführen sei, und inwieweit der Untersuchte trotz des Schadens den Anforderungen des Forstdienstes bei nicht so schwierigen Verhältnissen noch zu genügen entspricht. Wenn die Möglichkeit solcher Dienstleistung bejaht, so ist trotzdem nach Beendigung der Studien die vorgeschriebene amtsärztliche Untersuchung stattzufinden. Hierbei sind jedoch jene Schäden, die bereits früher festgestellt und als nicht hinderlich erachtet wurden, nicht weiter in Betracht zu ziehen, es sei denn, daß sie sich inzwischen verschlimmert haben und nunmehr die Forstdiensttauglichkeit wesentlich beeinflussen.

Notizen.

A. Forstrat Dr. Georg Roth †.

Am 5. Dezember 1915 verstarb zu Laubach in Oberhessen ein Fachgenosse, der in früheren Jahrzehnten als hervorragender Schriftsteller auf forstwissenschaftlichem Gebiete, insbesondere als wirklich ernst zu nehmender Gegner der sog. Bodenreinertragslehre, in späterer Zeit durch wertvolle botanische Arbeiten sich einen geachteten Namen erworben hat.

Georg Roth ist am 23. März 1842 in Laubach als Sohn des dortigen Lehrers, Präzeptors Roth, geboren; er besuchte nach der Volksschule und einer Privatschule seines Geburtsortes die „höhere Gewerbeschule“ in Darmstadt, bestand daselbst 1859 die Maturitätsprüfung und widmete sich alsdann dem Studium der Forstwissenschaft an der Landesuniversität Gießen. Leider erlitt dies infolge eines Unfalls auf der Jagd, der eine langwierige Krankheit, Hüftgelenkentzündung, zur Folge hatte, große Unterbrechungen, so daß Roth erst 1865 die forstliche und 1868 die kammerrätische Fakultätsprüfung ablegen konnte. Nachdem er hierauf die vorgeschriebenen Vorbereitungskurse und Staatsprüfungen im Forst- und Finanzfach mit Auszeichnung absolviert hatte, fand er, da sein erwähn-tes Leiden ihm den praktischen Forstdienst unmöglich machte, Anstellung als Kalkulator, später als Revisor bei der Großh. Ober-Forst- und Domänen-Direktion, bezw. der Forstabteilung des Großh. Finanzministeriums. Hier erwarb er sich durch die Ausarbeitung des 1883 erschienenen „Handbuchs für die Forst- und Kameralverwaltung“ des Landes ein allgemein anerkanntes Verdienst. Aber schon im Jahre 1887 veranlaßte sein Gesundheitszustand die Verlegung in den Ruhestand wobei ihm der Titel „Rechnungsrat“ gegeben wurde, was freilich seinen Wünschen nicht entsprochen haben wird. Er nahm nun seinen Wohnsitz in seiner Vaterstadt Laubach, die er bis zu seinem Tode nicht mehr verließ. Dort wohnte er mit seinen zwei Schwestern zusammen.



In Roths literarischen Arbeiten sind, wie schon angedeutet, zwei Perioden zu unterscheiden: die ältere, in der er sich hauptsächlich auf forstmathematischem Gebiete betätigt hat, und die spätere botanische. Zum Belege dafür, daß Roth als der originellste, geist- und erfolgreichste Gegner der Bodenreinertragslehre ansehe, möchte ich an zwei Abhandlungen von ihm erinnern, von denen die erste unter dem

Titel „Beiträge zur Rentabilitätsfrage der Waldbungen“ schon in der Monatschrift für das Forst- und Jagdwesen 1874 S. 397 ff., die zweite im forstwissenschaftlichen Zentralblatt 1880 S. 152 erschienen ist. In der ersteren erhebt er — vgl. auch Baum's Handbuch der Walbwertberechnung 1880 — gegen die Faustmann'sche Boden-erwartungswert-Formel zunächst den Einwand, daß sie nur mit einem Zinsfuß operiere ohne zu beachten, daß in der Waldwirtschaft umlaufende und fixe Kapitalien nebeneinander tätig seien. Wollte man das berücksichtigen, so seien im Zähler der Formel die baren Geldeinnahmen für Zwischennutzungen usw. und ebenso die Ausgaben für Kultur- und jährliche Kosten mit dem höheren Zinsfuß ausgeliehenen Geldkapitalien auf das Ende des Umliebs zu prolongieren, dem Umliebsertrag zuzugählen und dann erst die Summe mit dem geringeren forstlichen Zinsfuß auf den Anfang des Umliebs zu diskontieren. Hierdurch werde (selbstverständlich!) ein größerer Bodenwert erzielt. Ohne Zweifel hat diese Auffassung, wenigstens auf den ersten Blick, etwas Bestehendes für sich; das hat auch zur Folge gehabt, daß 32 Jahre später O s e f f den gleichen Gedanken wieder aufgegriffen und weiter ausgeführt hat. Vgl. Oesterreich, Vierteljahresschrift für Forstwesen 1906 S. 148. Man muß aber m. E. dagegen einwenden, daß bei Berechnung aller Erwartungswerte künftige Geldeinnahmen und Ausgaben grundsätzlich nur auf einen früheren Zeitpunkt diskontiert werden und daß die vorkommenden Prolongie-

ungen nur Hilfsmittel zur bequemeren Berechnung sind. Alle Einnahmen und Ausgaben haben den Charakter umlaufender Kapitalien; da sie aber als Erträge resp. Erfordernisse der Forstwirtschaft ausgefaßt werden, kommt für sie nur der eben dieser Wirtschaft eigentümliche Zinsfuß in Anwendung.

Der zweite a. a. O. von Roth erhobene Einwand gegen die Baumformel betont mit vollem Rechte, daß sie vom „ausgehenden Betrieb“ ausgehe, der doch in der Forstwirtschaft nur als Ausnahme gelten könne. Die Regel bilde der „jährlich nachhaltige Betrieb“, bei welchem die normalen Erträge bezogen werden könnten, sobald der „Normalforst“ vorhanden sei; also bei gleichzeitigem Anbau der ganzen Waldbfläche im Alter des halben Umtriebs. Demnach könne der der Waldrentierungswert

$$W_r = \frac{A_u + D_a + \dots - c - u_v}{u \cdot 0,0p}$$

dem Waldbkostenwert im Jahre $\frac{u}{2}$

$$W_k \frac{u}{2} = (B + c) 1,0p^{\frac{u}{2}} + V(1,0p^{\frac{u}{2}} - 1) -$$

$$D_a \cdot 1,0p \left(\frac{u}{2} - a \right)$$

gleichgesetzt werden, woraus sich für den Bodenwert im Nachhaltbetrieb eine neue Formel

$$B = \frac{W_r + D_a \cdot 1,0p \left(\frac{u}{2} - a \right) + \dots - V(1,0p^{\frac{u}{2}} - 1)}{1,0p^{\frac{u}{2}}} - c$$

ergebe. Hiergegen läßt sich wohl einwenden, daß im halben Umtriebsalter vielleicht schon der normale Holzertrag, sicher aber nicht der normale Selbstertrag bezogen werden kann; daß in dem angenommenen Falle ein Teil der Holzbestände in zu niedrigem, ein anderer Teil in zu hohem Abtriebsalter genutzt wird, was immer mit Verlusten verknüpft ist; daß also, wenn u die finanzielle Umtriebszeit bedeutet, die richtig berechneten Bodenwerte nicht, wie Roth meint, höher, sondern niedriger ausfallen müssen als der Bea.

Auch dieser Gedanke Roths ist später und zwar von Baur in seiner Waldbwertberechnung S. 192 reproduziert worden. Nur ist dabei dem letzteren das Unglück passiert, die Roth'sche Formel falsch abzuschreiben; er verwechselt den Waldbkostenwert im Jahre $u/2$ mit dem gleichzeitigen Kostenwerte des Bestandes. Außerdem leidet das Baur'sche Zahlenbeispiel S. 193 an mehreren Fehlern in Ansatz und Ausrechnung. So sind also Roths immerhin sinnreiche Gedanken von seinen Nachfahren mit mehr oder weniger Glück und Geschick ausgebeutet worden.

Der spätere Aufsatz „Die Reinertragsstheorie, insbesondere die Unterschiede zwischen Boden- und Waldbreinertragsstheorie“ im forstwissenschaftl. Centralblatt 1880 S. 152 bringt den Beweis, daß der Waldbrentierungswert im Nachhaltbetrieb, ausgehend von den Erwartungswerten der einzelnen Schläge, dem Rentierungswert

$$\frac{A_u + D_a + \dots - c - u_v}{0,0p}$$

gleich ist, also mit dem Umtriebsalter des größten durchschnittlichen Selbstertrags sein Maximum erreicht. Das ist ohne Zweifel ganz richtig; aber für die praktische Anwendung ist der geführte Beweis doch nicht maßgebend. Denn man hat es in Wirklichkeit nicht mit mehreren Normalwäldern von verschiedenem u zu tun, unter denen die Auswahl zu treffen wäre, sondern immer nur mit einem Walde von bestimmter Zusammenlegung, die höchstens für eine Umtriebszeit normal sein kann und für alle anderen abnorm ist. In diesem Falle aber be-

zeichnet, wenn die einzelnen Schläge normal bestanden sind, doch immer wieder der größte Bodenerwartungswert den vortheilhaftesten Umtrieb und das Maximum des Vorwertes künftiger Erträge.

Ueber diese und ähnliche Fragen habe ich wiederholt mit Herrn Roth mündlich und schriftlich verhandelt; zuletzt noch im Sommer 1914 anlässlich meines Aufsatzes „über den Streit um die forstlichen Reinerträge“ im Jullhefte d. Bl. Dort S. 222, bezw. im Augustheft S. 283 ist auch über eine weitere Auffassung Roths in der 1874er Monatschrift berichtet. Meine Aufforderung, etwaige Einwände in der A. F. u. J. Z. zu bringen, lehnte er jedoch mit der Begründung ab, daß er die Vermittelung der streitenden Richtungen mir überlassen wolle.

Seit seiner Versetzung in den Ruhestand hat Roth sich vorwiegend mit Moosstudien befaßt, als deren erste Frucht in den Jahren 1904 und 1905 das zweibändige Werk „Die Europäischen Laubmoose“ zu Leipzig erschien. Dasselbe enthält zahlreiche sehr sorgfältig und schön ausgeführte Zeichnungen nach mikroskopischen Präparaten, wurde in den Kreisen der Botaniker als höchst wertvoll anerkannt und gab Veranlassung dazu, daß dem Verfasser von der Philosophischen Fakultät der Universität Gießen auf Antrag der Vertreter des Forstfachs und der Botanik 1907 der Dokortitel honoris causa verliehen wurde. Kurz darauf erfolgte auch die Aenderung seines seitherigen Titels „Rechnungsrat“, an dessen Stelle er den Charakter als „Groß. Forstrat“ erhielt. In Fortsetzung seiner Arbeiten gab R. dann im Jahre 1911 zu Dresden noch den ersten Band eines zweiten ähnlichen Werkes „Die außereuropäischen Laubmoose“ heraus. Ob dem noch ein zweiter Band folgen kann, weiß ich nicht; doch habe ich R. noch wenige Wochen vor seinem Tode daran arbeiten sehen.

Die erwähnte akademische Ehrung Roths liefert den Beweis, daß die Gießener Vertreter der Forstwissenschaft auch den literarischen Gegner sachlich und unparteiisch zu beurteilen wissen. Das nämliche folgt aus der Tatsache, daß Roth zweimal und zwar im Jahre 1873 neben Hempel und Borch, dann 1878 neben Stöcker, Schwappach und mir für die zweite, damals außerordentliche Professur unseres Faches in Vorschlag gebracht worden ist. Daß man von ihm wieder absah, wurde nur durch seine körperliche Unfähigkeit zur Abhaltung von Vorträgen im Walde begründet.

Zum Schlusse soll nicht verschwiegen werden, daß Roth in seinen letzten Jahren infolge mancher Enttäuschungen, die das Leben ihm gebracht, einer krankhaften Einbildung verfallen war vermöge deren er sich von gewissen Personen verfolgt und um den Lohn seiner Arbeiten betrogen glaubte. Inwieweit etwas derartiges mit Bezug auf das Honorar seiner botanischen Werke begründet gewesen sein mag, entzieht sich meiner Beurteilung. Sein ungeteiltes Vertrauen genoß in dieser Zeit wohl nur sein gleichaltriger Jugendfreund, Graf Hermann zu Solms-Laubach, der bekannte und allgemein hochgeschätzte Straßburger Botaniker, der ihm um wenige Wochen im Tode vorangegangen ist und ebenfalls auf dem Laubacher Friedhofe ruht.

Beim Begräbnis am 8. Decbr. v. J. habe ich im Auftrage der Philosophischen Fakultät am Grabe ihres hingegangenen Ehren doktors einen Kranz mit kurzer Ansprache niedergelegt, die ich wie diesen Nachruf mit den Worten schließen konnte:

„Have pia anima!“

Wimmenauer.

B. „Streckung des Weidwerks?“

Wir müssen diese Frage noch einmal anschneiden. Die Preisregelung für Wild ist erfolgt, und im Anschluß

darán verlangt ein so bekannter Mann wie Dr. Fritz Skowronnek in einem vielgelesenen Berliner Blatt — Streckung des Weidwerks! Hören wir zunächst, wie Skowronnek argumentiert¹⁾:

„In Preußen sollen Verfügungen ergangen sein, Tiere und Käiber abzuschießen. Wie sieht es aber mit der Ausführung solcher Verordnung aus? Erstens sind in den staatlichen Revieren nur noch Grünröcke in höheren Semestern, ehrwürdige Graubärte, vorhanden, von denen fast jeder mehrere Reviere zu verwalten und zu beaufsichtigen hat, und ihre — auch schriftliche — Arbeitslast ist so gestiegen, daß man ihnen wirklich kein Weidwerk zumuten kann. Zweitens wissen die Grünröcke nur zu gut, daß ihr Forstmeister, der jetzt irgendwo im Felde steht oder in einer Garnison Dienst tut, den Abschuss in seiner wohlgepflegten Wildbahn nicht gern sieht. Da ist es doch gut, wenn man keine Zeit hat, eine solche unangenehme Pflicht zu erfüllen. Die alten Forstmeister a. D., die jetzt als Revierverswalter tätig sind, haben über den Abschuss nichts zu bestimmen. Zur Brunstzeit hatten übrigens die Garnisonsdienst leistenden Forstmeister Urlaub, und es wurden auch hier und dort einige Gewehle geschossen, deren Nahrungswert gerade in dieser Zeit recht problematisch ist. Man muß aber doch jetzt, wo unsere Fleischvorräte durch zwei fleischlose Tage in jeder Woche gestreckt werden sollen, fragen, ob es so weitergehen soll? In Friedenszeiten beträgt der Marktwert des erlegten Wildes etwa 40 Millionen Mark. Die Gewichtsmenge soll nur etwa ein Prozent des deutschen Fleischverbrauchs ausmachen. Jetzt würde der Friedensabschuss erheblich mehr ins Gewicht fallen. Nun ist aber unser Wildstand in diesem Herbst erheblich größer als im vorigen Jahre. Davon habe ich mich an verschiedenen Stellen der Mark und in Mecklenburg selbst überzeugt. Daß es keine Jäger mehr gibt, die von den leicht zu erlangenden Einladungen gern Gebrauch machen würden, ist nicht richtig. Nein, es haben nur viele, die früher gern und oft auf die Jagd gingen, ihr Gewehr an den Nagel gehängt, weil sie die Ausgabe für den Jagdschein scheuen. Ein Gutsbesitzer, dem ich meine Zweifel aussprach, daß der Preis des Jagdscheins eine solche Wirkung ausüben könne, zählte sofort mehrere ältere Herren auf, die bisher regelmäßig seine Jagdgäste gewesen waren, jetzt aber keinen neuen Jagdschein mehr gelöst hatten. Er wisse nicht, wie er dies Jahr seine Treibjagd, die mindestens 400 Hasen und 200 Karnikel bringen müßte, werde abhalten können. Ich meine: die Verhältnisse haben sich so ausgespielt, daß man mit aller Dringlichkeit ein energisches Eingreifen verlangen darf und muß: die Herabsetzung des Jagdscheinspreises auf eine winzige Anerkennungsgebühr, wenn es durchaus nicht anders gehen sollte. Richtiger wäre es jedoch, jedem, der bereits einen Jagdschein besessen hat, eine kostenlose Bescheinigung zu erteilen, daß er bis zum Kriegsschluß die Jagd ausüben darf.“

Diese Argumentation Skowronneds scheint zunächst recht zutreffend zu sein, zum wenigsten hat sie etwas Befriedigendes an sich. Und doch kann man ihr nicht rückhaltlos zustimmen. Zunächst die Verteuerung des Jagdscheins: Diese liegt seinerzeit von 3 auf 15 und dann auf 22,50 M. in Preußen; sie war eine ganz heilsame Maßregel nicht nur für die damalige Zeit, sondern auch für die jetzige und für immer. Wenn jetzt tatsächlich jeder, der nur einigermaßen treffen kann,

zu einer gesuchten Persönlichkeit geworden ist, so ließe gerade die Herabsetzung des Jagdscheinspreises: Die Jagd dem Nichtjäger zu, den Schießern ausliefern. Sie opfern zu Gunsten einer nicht absolut notwendigen Volksernährungsmaßnahme, denn das deutsche Volk hat nach der reichen 1915er. Ernte genug Nahrungsmittel, um auch ohne Verwüstung der Jagdstände auszukommen. Bei Auslieferung der Jagd an Jäger und Kunz durch Herabsetzung oder Abschaffung der Jagdscheinspreise würde gerade das eintreten, wogegen namentlich Privatbozent Dr. Guenther-Freiburg immer Front machte, wenn er für solche, die Jagd ausüben wollen, ein Examen darüber verlangte, ob sie auch fähig sind, sie so auszuüben, wie man es vom Standpunkt nicht nur der Menschlichkeit, sondern auch echter Hege und Pflege des Wildes verlangen kann (Trefflichkeit, Kenntnis der Vogelarten, Vernichtung nur der schädlichsten Tiere usw.). Gerade vom Standpunkt des Tierkenners und Vogelschäfers aus möchte ich bitten und warnen, von einer „Streckung der Jagd“ abzusehen. Aus diesem Grunde kann ich mich auch nicht mit dem von vielen Seiten gebilligten Vorschlag befremden, die Feldgrauen in den Genesungs- und Erholungsheimen zur Ausübung der Jagd heranzuziehen. Wenn es mit Einschränkung geschieht, schon ja.

„Noch vor kurzem“ schreibt hierzu ein Fachmann, Skowronnek im „Berliner Tageblatt“ „sah ich mit einer Anzahl Witzfeldweibel, Offiziersstellvertreter und Feldweibellieutenants in fröhlicher Tafelrunde zusammen. Sie haben viel freie Zeit, die sie am Bierisch — na, sagen wir mal offen — toilschlagen. Meine Frage, ob sie bereit wären, sich als Jäger zu betätigen, erregte stürmische Begeisterung. Zwei der Feldgrauen entpuppten sich als Förster und alle als leidenschaftliche Jäger. Von den Nebentischen, wo viel Militär saß, kam sofort das Angebot, Treiberdienste zu tun. Wo liegt der Hinderungsgrund, diese brachliegenden Kräfte, denen ein Jagdtag blutiger wäre als mehrere Vortage, in den Dienst des Weidwerks zu stellen, das jetzt kein Sport, sondern ein Dienst zur Fleischgewinnung sein soll?“ In diesem Falle ist die Heranziehung der Feldgrauen zur Ausübung des Weidwerks schon erwünscht, aber nicht im allgemeinen.

Prüfen wir aber den Vorschlag zur „Streckung des Weidwerks“ noch im besonderen von dem speziell weibmännlichen Standpunkt aus! Ist es wirklich wahr, daß wir nach „Jahrzehnten sorgsamer Wildpflege“ eine so vortreffliche Wildbahn haben, daß sie „etwas schärfer als üblich“ angefaßt werden kann, ohne sie zu schädigen? Ich meine, unsere Wildbahn kann nie vortrefflich genug sein, denn nach modernen Begriffen bezeichnet dieses Attribut immer noch einen recht spärlichen Wildbestand, und die vortrefflichste moderne Wildbahn bedarf m. E. der Schonung. Denn wo sind z. B. heute die prächtigen Rehherden von 30 und 40 Stück, die ich in meiner Jugendzeit sah, wenn ich in der Morgendämmerung über Berghöhen und durch Wiesentäler des heftigen Vogelberges als Bateinschüler zum Institut des Kreisrätchens pilgerte? Hat nicht in der modernen Zeit jeder aus seiner Wildbahn soviel herausgeschossen, als sie nur eben zu leisten vermochte! Warum kann ich auch das Argument nicht verstehen: Wir haben in zahlreichen Gebieten einen solchen Ueberschuß an Wild, daß die bittersten Klagen über Wildschaden in der Landwirtschaft laut wurden. Die Landwirtschaft wird immer klagen, auch wenn nur noch ein Reh im Revier steht. „Die Klagen helfen ebensowenig wie die ganz energischen Beschwerden in den Landtagsausschüssen des Landtags und Reichstags. Die zuständigen Regierungen sollen sich kühl bis ans Herz hinan verhalten haben.“ Das glauben wir wohl. Sie werden ihren guten

¹⁾ Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 489. Der Jagdschreiber Skowronnek versteht unter „Streckung des Weidwerks“ ein Mehrabschuss von Wild, als in Friedenszeiten Normalmaß ist.

und dazu gehabt haben; denn sie besitzen mehr eingehende Kenntnis der Sachlage, mehr Einsicht und Vernunft als mancher ungeschickte Jäger. Wenn es aber wirklich wahr ist, daß im letzten Jagdjahre, vom 1. Oktober 1914 bis 30. Septbr. 1915, nicht so viel Wildmenge wie in Friedenszeiten abgejagt wurde — eine Sache, die man ja nicht zu bezweifeln gezwungen ist, obwohl Skowronnek irren mag, wenn er schreibt: nicht die Hälfte der in Friedenszeiten auf dem Markt kommenden Wildmenge —, so verlangt dies natürlich eine Abhilfe; es sollen mindestens so viel Stücke geschossen werden, wie im Frieden, auch vom Großwild; das ist denn keine „Streckung des Wildwerks“, sondern der mehr oder weniger normale Abschuss.

Ich will in diesem Zusammenhang betonen, daß ich bei dieser Weise für eine vorübergehende Wiederfreigabe des Dohnenstiegs in zwei süddeutschen Zeitschriften eintreten bin. Auch die Krammetsvögel liefern unserem deutschen Volke alljährlich eine ganz nette Portion Fleisch und es ist kein Grund vorhanden, die Fleischreservoirs der Lüste nicht zu benutzen. Verboten wurde der Krammetsvogelfang aus humanen Gründen und weil sich im Dohnenkrieg außer den natürlichen Krammetsvögeln viele deutsche Singvögel mitfangen. Andere Zeiten verändern die Lage. Nachdem die norddeutschen Krammetsfänger sich in mehrjähriger Schonzeit erholt haben, würden sie einen Fang wieder einmal ganz gut vertragen; außerdem streben sie, wenn sie unangekommen bleiben, zu Stallenern, unseren Feinden, zu und helfen deren wirtschaftliche Kraft stärken (denn für die Mandolinspieler bedeutet die Polenta schon etwas). Da uns die Land- und Meeresjagd versperrt sind, so wollen wir die Nahrung, die uns auf dem Luftweg zugetragen wird, ausnützen. Dies ist jedoch nicht leichter gesagt als getan. Denn inzwischen — seit Verbot des Dohnenkriegs — sind die Dohnenstiege verfallen und wer sollte bei dem jetzigen Leutemangel wohl diese von Zeit und Wetter zerstörten Dohnenstiege wieder herstellen? Allerdings darf man die Krammetsvögel ja auch in kleinen Fällen fangen und in dieser Beziehung ist in der Jetztzeit mancherlei Brauchbares — darunter ganz humane Fallen — hergestellt worden. Natürlich sollte der Krammetsvogelfang nur gestattet werden, solange der Krieg dauert — nächstes Frühjahr, den darauffolgenden Herbst — — —.

Wichtiger wäre es aber gewiß noch, den Fang der wilden Kaninchen von den Hemnissen zu befreien, die den nach Absicht der Gesetzgebung „freien“ Fang ins Gegenteil verkehrt haben. Die Kaninchenplage, die schon im Frieden viele Landwirte schwer bedrohte, ist sicherlich nicht kleiner geworden. Jetzt wäre die Gelegenheit gegeben, dieser Plage so energisch zu Leib zu rücken, daß die Ausbeute der Fretterier für die Ernährung ins Gewicht fiele. Man könnte hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Mindestens ebenso wichtig wäre eine Aktion des Staates zur Aufrechterhaltung der Berufsfischerei im Süßwasser. Es handelt sich um ein Gewerbe, das zu Friedenszeiten bei Friedenspreisen für rund 100 Millionen Mark Fischfleisch auf den Markt geliefert hat. Und wie sieht es jetzt damit aus. Hören wir das Urteil eines Sachkenners¹⁾:

„Da ich monatelang mitten in einem Seengebiet gelebt habe, wo ich den „Betrieb“ dreier Großpächter, die etwa 7000 bis 8000 Mt. Pacht zahlen, nicht nur beobachtet, sondern als hochgeschätzter „Mitarbeiter“ genau kennen gelernt habe, kann ich wohl auf unbedingte Glaubwürdigkeit Anspruch machen, wenn ich berichte, daß der Ertrag um rund zwei Dritt-

tel zurückgegangen ist. Die Ursache? Leutemangel! Zwei Pächter sind im Felde, ihre Stellvertreter fischen auf 8000 und 4000 Morgen mit drei oder vier alten Krümpern. Jetzt soll die Herbstfischerei mit dem großen Zuggarn, die große Erträge zu liefern pflegt, beginnen; es fehlen leider nur die Arbeitskräfte.“

Man fragt sich da: Sollten sich nicht unter den russischen Gefangenen Leute finden lassen, die mit der Fischerei etwas wissen? Da selbst das Gewerbe des Fischfangs mit einer gewissen Passion verknüpft ist, würde eine Umfrage freiwillige Meldungen in genügender Zahl ergeben. Gegen eine solche Verwendung russischer Gefangener könnte kein Bedenken vorliegen.

Wfr. B. Schuster.

C. Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Sommersemester 1916.

I. Universität Gießen.

Prof. Dr. Weber: Waldbau II. Teil, vierstündig. — Forstschutz I. Teil, vierstündig. — Forstpolitik II. Teil, vierstündig. — Einführung in die Forstwissenschaft, einstündig. — Praktische Kursus über Waldbau (Exkursionen) am Samstag Nachmittag. — Privatdozent Dr. Bader: Forstschutz II. Teil, vierstündig mit Exkursionen.

Außerdem zahlreiche Vorlesungen aus den Gebieten der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft, Landwirtschaft usw.

Beginn der Immatrikulation: 17. April, der Vorlesungen: 27. April.

Das allgemeine Vorlesungsverzeichnis kann vom Univ.-Sekretariat bezogen werden.

Ob die angekündigten Vorlesungen zustande kommen, hängt von der Kriegslage ab, da die beiden Dozenten der Forstwissenschaft noch im Heere stehen und ein Nachfolger Dr. Wimmermanns bis jetzt nicht ernannt ist.

II. Universität München.

Prof. Dr. Endres: Geschichte des Forst- und Jagdwesens, dreistündig; Übungen in forstlicher Rentabilitätsrechnung; Exkursionen zu der Vorlesung im Wintersemester über Einführung in die Forstwissenschaft. — Prof. Dr. Schäpper: Geodäsie, vierstündig; Ribellieren und Wegprojektion, dreistündig; Exkursionen und Übungen. — Prof. Dr. Fabricius (z. B. im Heere): Forstbenutzung, fünfstündig; Forstschutz, zweistündig; Exkursionen. — Prof. Dr. Rammann: Agrarkulturchemie, fünfstündig mit Exkursionen; Bodenkundl. Praktikum. — Prof. Dr. Escherich: Forstzoologie II. Teil: Insekten, fünfstündig; Forstentomologische Übungen und Exkursionen. — Prof. Dr. von Tüben: Naturgeschichte forstlicher Kulturpflanzen, fünfstündig mit Exkursionen; Pflanzenpathologie, fünfstündig.

Sonstige Vorlesungen wie ad I.

Im verklossenen Wintersemester haben die genannten Herren mit Ausnahme des Dr. Fabricius Vorlesungen gehalten.

III. Universität Tübingen.

Beginn: 12. April. — Schluß: 14. August.

Prof. Dr. v. Bühler: Waldbau II (Praxis des Waldbaus), dreistündig mit Übungen und Exkursionen. — Übungen in der Versuchsanstalt, dreistündig. — Exkursionen und Übungen, auch für Fortgeschrittene (Kriegsteilnehmer). — Prof. Dr. Lehmann (z. B. im Heere): Forstbotanik, zweistündig und forstbotanische Untersuchungen.

Sonstige Vorlesungen wie ad I.

¹⁾ Skowronnek im „Berliner Tagblatt“.

II. Technische Hochschule zu Karlsruhe. Abteilung für Forstwesen.

Geh. Oberforsttrat Prof. Siefert: Forsttechnologie und Waldbau II. Teil. — Prof. Dr. U. Müller: Forsteinrichtung, Forststatistik, Jagdkunde, Übungen. — Prof. Dr. Hausrath: Forstschutz, Forstgeschichte, Waldbewegungsübungen. — Geh. Hofrat Prof. Dr. Heid: Geodät. Praktikum. — Obergeometer Bürgin: Plan- und Terrainzeichnen. — Geh. Hofrat Prof. Dr. Klein: Forstbotanik, Pilzkrankheiten der Waldbäume, Übungen usw.

Sonstige Vorlesungen wie ad I.

V.—VII. Die Forstakademien Eberswalde, Münden und Tharandt

bleiben bei Fortbauer des Krieges voraussichtlich geschlossen.

D. Prüfung für den Revierverwaltungsdienst der Privaten usw.

Nachdem die im Dezember 1914 vom Deutschen Forstwirtschaftsrat ausgeschriebene, für September 1915 angelegte Prüfung wegen unzureichender Anmeldungen ausfallen mußte, soll im Sommer 1916 zu Eisenach eine solche stattfinden, falls sich mindestens 4 Bewerber melden.

Zu dieser Prüfung werden solche Anwärter zugelassen, die den Befähigungsnachweis zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst besitzen, 4 Semester mit Erfolg an einer deutschen forstlichen Hochschule studiert haben und eine mindestens 2 jährige praktische Verwendung nachweisen. Außerdem können ausnahmsweise auf Antrag eines, dem Deutschen Forstvereine angehörenden Waldbesitzers bereits in dessen Dienst stehende Anwärter zugelassen werden, wenn sie eine mindestens 4 jähr. praktische Verwendung und eine genügende allgemeine Bildung nachweisen.

Das Nähere ist aus der Prüfungsordnung zu entnehmen, welche unentgeltlich vom Obmann des Prüfungsausschusses bezogen werden kann.

Die Anmeldungen zur Prüfung sind unter Beifügung der in § 4 der Prüfungsordnung bezeichneten Schriftstücke bis längstens 5. August 1916 an den Obmann des Prüfungsausschusses, Herrn fürstl. Oberforsttrat Eigner in Regensburg, fürstl. Domänenkammer, einzusenden.

E. Streit des Holzkäufers mit dem Forstfiskus wegen der Holzabnahme.

Der Geschäftsführer einer großen Holzfirma hatte dem Forstfiskus drei verschiedene Angebote bezüglich des Aufkaufs von Holz gemacht, und der Fiskus hatte die Offerten angenommen. Die Firma nahm indessen das Holz nicht ab, Fiskus brachte es daher gemäß seinen allgemeinen Verkaufsbedingungen auf Rechnung des Käufers zur Versteigerung und verlangte von der Beklagten Zahlung der Differenz zwischen dem mit der Firma vereinbarten und dem bei der Versteigerung erzielten Preise.

Die klagende Firma wandte ein, ihr Geschäftsführer habe zu der Zeit, als er die fragl. Offerte abgab, gar nicht die Vollmacht für sie besessen. Der Geschäftsführer sei sonach nicht befugt für die Beklagte aufzutreten, und die Beklagte brauche sich daher von dem Kläger nicht so behandeln zu lassen, als hätte sie Vollmacht zu den Käufen erteilt.

Tatsächlich war daraufhin auch das Oberlandesgericht in Rostock zur Abweisung der Klage des Forstfiskus gelangt, woraufhin das Reichsgericht dieses Urteil nicht befestigen lassen. Nicht das sei von ausschlaggebender Bedeutung, sondern der erwähnte Geschäftsführer zu der Zeit, als er die Offerte abgab, die Vollmacht von der Beklagten bereits entzogen worden sei. In dem Urteile des Reichsgerichts kommt es an, wie zur Zeit der Abschlußes der streitigen Geschäfte die dem Geschäftsführer eingeräumte Stellung in den beteiligten Verkehrskreisen aufzufassen war. Die klagende Firma läßt sich, da der Widerruf nur dem Geschäftsführer gegenüber erklärt worden ist und deshalb auch nicht ohne weiteres nach außen wirkte, für die hier in Rede stehende Zeit nur im Zusammenhange mit dem Vorhergegangenen und aus der Lage heraus, die zur Zeit des Widerrufs bestand, ermessen. Nach dem Urteile des Reichsgerichts war der Geschäftsführer zu jener Zeit auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender Einräumung oder auch nur unter Duldung der Beklagten bei dieser eine Stellung ein, die ihn als Vertreter befugte für Geschäfte der hier vorliegenden Art erscheinen ließ, dann hätte eine nur dem Geschäftsführer gegenüber erklärte Aenderung dieser Befugnis gutgläubigen Dritten gegenüber insoweit keine Wirkung, als die Stellung des Geschäftsführers, welche die Befugnis ergab, nach außen fortbestand.

Von diesem Standpunkt hat der Vorderrichter die Sache nicht geprüft, weshalb sie, unter Aufhebung des angefochtenen Urteils, in die Vorinstanz zurückzuverweisen war. (Reichsger. II. 219/15.)



Gefinnur Dr. Hef.

Forst- und Jagd-Zeitung.

Juni 1910.

Jagd in Belgien und die deutsche Jagdordnung für Belgien.

Das okkupierte Belgien hat der Generalgouverneur am 11. April 1915 eine Jagdordnung erlassen, die nach der Fassung einer Jagdordnung, die große Wichtigkeit besitzt. Belgien ist ein Land, in dem die Jagd eine wichtige Rolle spielt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt.

Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt.

Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt.

Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt.

Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt.

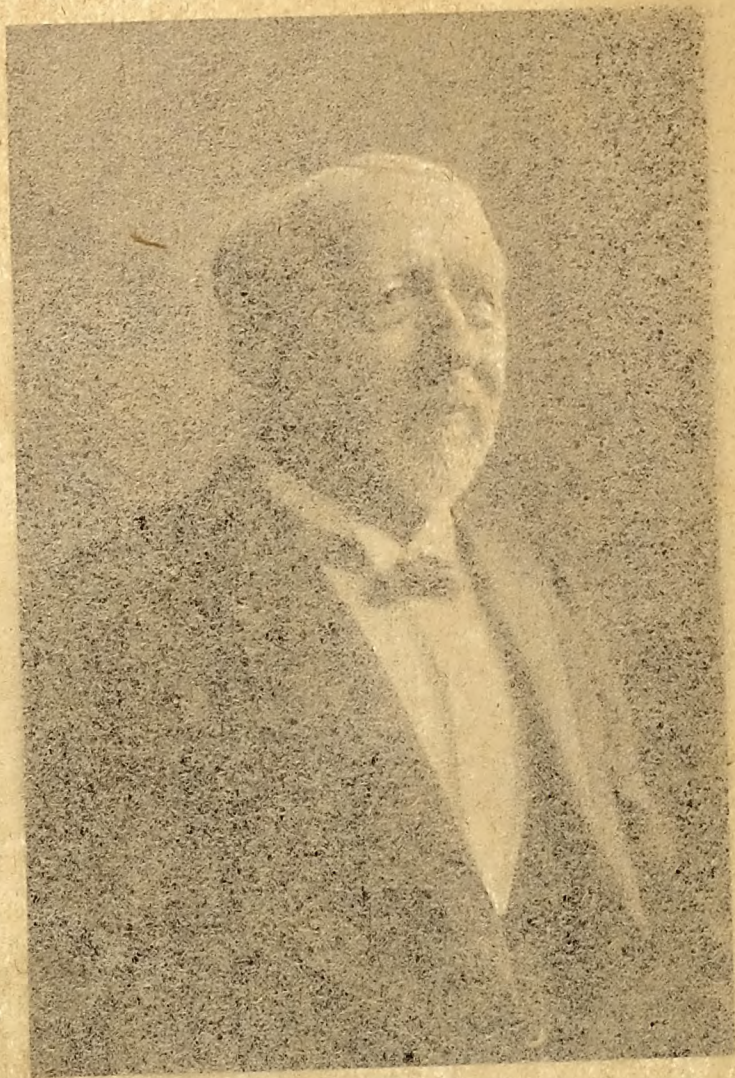
Das Kaninchen besteht im Walde, in den Dünen und auf dem Anstand keine Schonzeit, dagegen ist auf den besten Feldern dessen Jagd untersagt vom 30. 8. bis 31. 12. Für das Rebhuhn geht die Jagd erst am 1. 8. auf.

Die Jagd ist nur des Tags gestattet, nur Enten und auf dem Anstand Schnepfen dürfen auch nachts geschossen werden und Kaninchen 1/2 Stunde vor Sonnenanbruch bis 1/2 Stunde nach dessen. Die Jagd ist grundsätzlich verboten während der Schusszeit. Ebenfalls verboten ist das Ausnehmen von Tieren über dem Jagdbaren Vogel auf fremdem Grund.

Das Recht zur Ausübung der Jagd ist abweichend vom deutschen Gebrauch nicht an den Grundbesitz gebunden, mithin steht auch der auf eine gewisse Mindestgröße des Grundbesitzes begründete Begriff des selbständigen Jagdbereichs in Belgien. Jedermann, der einen gültigen Jagdschein (W. v. L. 3. 1882) hat, ist zur Ausübung der Jagd berechtigt auf eigenem Grund, auf dem eines anderen mit dessen Zustimmung. Die Jagd auf Staatsgrundbesitz wird beschränkt mit Ausnahme der allfälligen Jagd auf öffentlichen Gebieten. Das Wild gehört dem, der es geschossen oder gefangen hat. Nur wenn es in einem Jagdgebiet geschossen ist, gehört es dessen Eigentümer. Wenn ein Jagdgebiet nicht mehr gegen die Jagd gesichert ist, kann der Eigentümer oder Besitzer darüber verfügen oder lassen eine Absicht auf die Schüsse und ohne Jagdschein.

Die Jagd wird grundsätzlich ausgesetzt, wenn es allgemein aus dem üblichen Jagdbereich. Eigentümer und Besitzer sind berechtigt, wenn sie die Jagd aussetzen. Die Jagd wird ausgesetzt, wenn es allgemein aus dem üblichen Jagdbereich. Eigentümer und Besitzer sind berechtigt, wenn sie die Jagd aussetzen. Die Jagd wird ausgesetzt, wenn es allgemein aus dem üblichen Jagdbereich. Eigentümer und Besitzer sind berechtigt, wenn sie die Jagd aussetzen.

Wild ist allgemein als solche Tiere, die nicht gehalten werden dürfen. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt. Die Jagd ist eine wichtige Tätigkeit, die die Bevölkerung in Belgien beschäftigt.



Professor Dr. Hef

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

April 1916.

Die Jagd in Belgien und die deutsche Jagdordnung für Belgien.

Für das okkupierte Belgien hat der Generalgouverneur unter dem 11. August 1915 eine Jagdordnung erlassen. Mit ihr wird an die Lösung einer Frage herangetreten, die große Wichtigkeit besitzt. Belgien ist in weiten Gebieten ein waldbereiches Land. Im Rahmen der Jagdausübung und Wildverwaltung wurden erhebliche Werte umgesetzt. Der Krieg und die Besetzung des Landes haben wohlgeordnete, eingehend organisierte jagdliche Zustände über den Haufen geworfen, deren Neuordnung für die Volkswirtschaft wichtig ist.

Das Jagdwesen ist in Belgien gesetzlich geregelt durch folgende Bestimmungen: 1. Gef. v. 28. 2. 1882 betr. die Jagd mit Ausführungsbestimmungen v. 2. 3. 1882. 2. Königl. Verordn. v. 1. 3. 1882 betr. Jagdscheine. 3. Königl. Verordn. v. 10. 3. 1900 betr. die Vertilgung von Kaninchen mit Ausf.-Best. v. 4. 4. 1900. 4. Königl. Verordn. v. 15. 8. 1906 betr. insektenfressende Vögel.

Die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften erstrecken sich auf Schonzeiten, Recht zur Jagdausübung, Wild-, Wildschadenersatz, Jagd- und Wildschutz.

Die Schonzeiten und Schußzeiten stehen nicht gesetzlich fest, sondern werden alljährlich von der Regierung für jede Provinz oder jeden Teil einer Provinz bekannt gegeben. Das geschieht nach vorherigem Benehmen mit dem ständigen Provinzialrat jeder Provinz und dem Zentralausschuß für Jagd. Nachdem die gesetzlich vorgesehene örtliche Verschiedenheit des Anfangs und Endes der Schußzeit sich als zweckmäßig nicht bewährt hat, wird seit einigen Jahren diese Zeit einheitlich fürs ganze Staatsgebiet durch Erlass des Ackerbauministers bestimmt, so für 1813/14 durch Min. Erl. v. 20. 3. 1913.

Die Schußzeit unterliegt allgemein keinen nennenswerten Verschiedenheiten in den Jahren, weicht aber von den in Deutschland üblichen vielfach ab, am meisten beim Rebhuhn, für den die Schußzeit v. 20. 9. bis 31. 1. dauert. Die für Fasanen ist für Hähne v. 6. 10. bis 31. 1., für Hennen vom 6. 10. bis 30. 11. Für

das Kaninchen besteht im Walde, in den Dünen und auf dem Anstand keine Schonzeit, dagegen ist auf bebauten Feldern dessen Jagd untersagt vom 30. 8. bis 31. 12. Für das Rebhuhn geht die Jagd erst am 30. 8. auf.

Die Jagd ist nur des Tags gestattet, nur Enten und auf dem Anstande Schnepfen dürfen auch nachts gejagt werden und Kaninchen $\frac{1}{2}$ Stunde vor Sonnenaufgang bis $\frac{1}{2}$ Stunde nach diesem. Die Jagd ist grundsätzlich verboten während der Schonzeit. Ebenfalls verboten ist das Ausnehmen von Eiern oder Brut jagdbarer Vögel auf fremdem Grund.

Das Recht zur Ausübung der Jagd ist abweichend vom deutschen Gebrauch nicht an den Grundbesitz gebunden, mithin fehlt auch der auf eine gewisse Mindestgröße des Grundbesitzes begründete Begriff des selbständigen Jagdbezirks in Belgien. Jedermann, der einen gültigen Jagdschein (W. v. 1. 3. 1882) hat, ist zur Ausübung der Jagd berechtigt auf eigenem Grund, auf dem eines anderen mit dessen Zustimmung. Die Jagd auf Staatsgrundbesitz wird verpachtet mit Ausnahme der als Hofs Jagd zurückbehaltenen Gebiete. Das Wild gehört dem, der es getötet oder tödlich verwundet hat. Nur wenn es in einem eingezäunten Grundstück fällt, gehört es dessen Eigentümer. Wenn ein Grundbesitz wildfährig gegen die Nachbargrundstücke eingezäunt ist, kann der Eigentümer oder Besitzer darauf jagen oder jagen lassen ohne Rücksicht auf die Schonzeit und ohne Jagdschein.

Die Jagd muß weidmännisch ausgeübt werden, d. h. allgemein mit den üblichen Jagdwaffen. Eigentümer und Grundpächter sind berechtigt, wilde Tiere, die ihrem Grundbesitz Schaden verursachen, im Falle eines Angriffs oder unmittelbaren Schadens zu verschrecken oder zu vernichten, selbst mit der Schußwaffe.

Wild sind allgemein alle eßbaren oder nicht eßbaren wilden Tiere, die gewohnheitsmäßig gejagt werden und welche das Eigentum des ersten Besitzergreifers werden können. Als wilde schädliche Tiere gelten nach der Rechtsprechung solche Tiere, gegen welche man sich oder sein Eigentum schützen muß.

Dahin gehören Fuchs und Wildschwein. Sie unterliegen nach Art. 6 des G. v. 28. 2. 1882 dem freien Tierfang. Im übrigen bezeichnen die Ausführungsbestimmungen es als sehr schwierig, eine Aufzählung der schädlichen wilden Tiere zu geben. Gemeinhin wurden dazu gerechnet Wolf, Schwein, Fuchs, Otter, Marbler, Iltis, Wiesel, Dachs. Das Kaninchen ist zwar Wild, genießt indessen keine Schonzeit. Jeder Inhaber von Grund und Boden kann es auf diesem fangen oder töten. Die Anwendung von Gift ist verboten, die von Schusswaffen nur mit Erlaubnis der Behörde gestattet. Die Behörde kann auch bei festgestelltem zu zahlreichem Vorhandensein von Kaninchen und Wildschweinen deren polizeiliche Bekämpfung anordnen. Wenn, wie erwähnt, für Kaninchen auf der Feldjagd eine begrenzte Schutzzeit festgesetzt ist, so ist hierfür offenbar nicht der Schutz des Wildes sondern der Schutz der Feldkulturen bestimmend.

Die Strafen wegen Jagdvergehen sind verhältnismäßig hoch. Beispielsweise für Jagen ohne Jagdschein 100 Frs., für Jagen auf Eisenbahn- und öffentlichen Wegen, auf fremdem Jagdgrund ohne Erlaubnis des Jagdbesizers oder in der Schonzeit, für Ausnehmen der Eier von Federwild je 50 Frs. Diese Geldstrafen werden verdoppelt und durch Gefängnis gesteigert, wenn verbotene Waffen angewendet oder des Nachts gejagt wurde, bei Verkleidung, Maskierung oder Bandenwildbetei. Ebenfalls Verdoppelung tritt ein bei Rückfall oder wenn die Kontravenienten Zollwächter, Gendarme, Feld-, Wald-, Jagdhüter sind.

Wildschadenersatz Die Verpflichtung zum Ersatz des Wildschadens an Feldfrüchten und im Walde besteht gesetzlich für jeden Inhaber des Jagdrechts und für alle Fälle, in denen Schaden entstanden ist. Ist der Schaden durch Kaninchen verursacht worden, wird er in doppelter Höhe entschädigt. (Art. 7. B. v. 4. 4. 1900).

Jagd- und Wildschutz. Die Aufsicht über die Jagd führt allgemein die Verwaltung der Gewässer und Forsten durch die Forstinpektoren. Öffentliche Anstalten und Privatpersonen haben das Recht, Jagdhüter anzustellen. Diese bedürfen der Bestätigung durch den Gouverneur. Sie erhalten dann das Recht, Waffen zu tragen und erhalten öffentlichen Glauben durch ein Anstellungsdekret nach erfolgter Vereidigung.

Die Jagdverhältnisse Belgiens. Die folgenden Angaben beschränken sich auf die Provinz Namur oder das Gebiet des jetzigen Gouvernements Namur und wesentlich wieder nur auf dessen südlichen Teil. Die Jagd hier ist durchaus charakterisiert als Eigentums- und Pachtjagd. Diese ist eine Folge der Eigentumsverteilung im bergigen Gebiete Südbelgiens, dem sog. Condreau. Der Grund und Boden wird

vorherrschend besessen von altangesessenen Adelsfamilien, anscheinend meist flämischer Herkunft. Diese haben sich auf ihrem Grundeigen inmitten weiter Parks ihre Landschlösser errichtet, wo sie ständig oder zeitweise wohnen, kaum ja selbst Landwirtschaft betreiben, sondern ihr Land an Bauern verpachten. Zu den altangesessenen Grundeignern sind im Laufe der letzten etwa 80 Jahre reiche Industrielle getreten wie anderwärts auch. Sie haben bisweilen das adelige Grundeigentum nebst Schloß und Park erworben, oder gleichartige neue gegründet oder haben auch nun Schloß und Park errichtet ohne weiteren Grunderwerb. Neben und zwischen den Großbesitzen, die sich da und dort über mehrere Ortsgemeindebezirke ausdehnen, liegen die kleinen Grundbesitze selbständiger Bauern. Indessen stehen diese der Fläche nach hinter dem Großbesitz durchaus zurück. Im Kanton Dinant fallen etwa 70—80% der Fläche auf den Großgrundbesitz. Selbst in den bäuerlichen Ortschaften findet man einen mehr oder minder großen Teil der Bauern nur oder teilweise als Pächter. Die Kleinbesitze sind von nicht erheblichen Ausnahmen abgesehen in der Regel so klein, daß sie zur vollen Ernährung der Familie aus der eigenen Landwirtschaft nicht ausreichen. Diese Besitzer ergänzen dann das ihnen Fehlende durch Lohnarbeit in den Großbetrieben. Die Gemeinden haben häufig auch Realbesitz, wohl nirgends aber landwirtschaftliches Nutzland, sondern immer nur Wald und Oedland.

Die Jagd ist überwiegend in der Hand der Grundeigentümer oder der Eigner der Landschlösser. Die Regel bildet dann, daß der Großherr zu der Jagd auf dem eigenen Grund, der, soweit es sich um landwirtschaftliches Kulturgelände handelt, an Fermiers verpachtet ist, auch die Jagdnutzung auf benachbartem Gelände angepachtet hat, gleichviel ob es Gemeinde- oder Privateigen ist. Daneben auch, aber nicht eben häufig, findet sich die Jagdgenossenschaft gebildet von einer Mehrheit auch meist städtischer Jagdpächter. Verpachtung der Jagd kommt auch auf Großgrundbesitz vor. Es ist dann bald der gesamte Grund und Boden verpachtet bald nur Teile, sei es, daß der Grundeigentümer die Jagd nicht selbst ausüben kann oder will oder daß Teile seines Geländes nach Lage oder Ausgestaltung schwer für ihn zu bejagen sind. Hier tritt bisweilen auch Afterverpachtung auf.

Unter dem Einfluß dieser Umstände ist Wesen und Form der einzelnen Jagdbezirke vielgestaltig, oft bunt und verschiedenartig. Als Beispiel mag der Zustand im Dorfe Falam angeführt werden. Zum Gemeindebezirk, 212 ha, gehören zwei Landschlösser, das des Baron C., der in Jambes wohnt und das des Baron M. aus Namur. C. besitzt 212 ha Land, M. 282 ha. Auch im Ge-

meindebezirk hat sich ein vermögender Industrieller B. aus Brüssel einen Park erworben und ein Schloß darin gebaut. B. hat nun vom M. 'schen Grundbesitz etwa 70 ha, von demjenigen des C. etwa 60 ha, hierzu noch in angrenzenden anderen Gemeindebezirken Gelände zur Jagdnutzung gepachtet. Wiederum besitzt M. im Dorfe Saumière Grund und Boden, auf dem er die Jagd ausübt und zu dem er nicht ihm gehörendes Land für die Jagd zugepachtet hat. In Falam endlich sind vom Kleinbesitz zusammen gegen 150 ha an einen Herrn D. zur Jagd verpachtet. So jagen im politischen Gemeindebezirk Falam vier Jagdherrn C., M., B., D. deren einzelne Jagdgebiete sind aber nicht auf die Gemarkung Falam beschränkt, sondern umfassen auch Gelände in anderen Gemarkungen. Wie hier liegen die Verhältnisse häufig auch anderswo. Das erschwert ungemein die Aufnahme einer brauchbaren Statistik. Die Jagdherrn stellen ihre Jagdhüter für ihr gesamtes Jagdgebiet an und üben die Jagd darauf ohne Rücksicht auf die Gemarkungsgrenzen aus. Bei Ermittlung z. B. der Jagdpachtbeträge oder der Jagderträge sind daher die Jagdherrn und deren Beamte nur im Stande, für den ganzen Jagdbezirk Angaben zu machen, die Ortsbürgermeister aber können, wenn überhaupt, nur Auskunft geben über das im Gemeindebezirk Gezahlte und Erlegte.

Die Jagdausübung wird ausnahmslos als Sport, nicht als Nutzjagd betrieben. Sie bildet das vornehmste Vergnügen reicher Leute. Und der Hauptreiz wird anscheinend im Schießen und in der großen Zahl des erlegten Wildes gefunden. Der deutschweidmännische Genuß am Beobachten, Erlauschen, Verschleißen, Ueberlisten des Wildes scheint dem Belgier zu fehlen. Daß die Jagd auf den Rebhock erst im September aufgeht, beweist, daß der Belgier weder die Pirche auf den Feißhock noch den hohen Reiz der Blattjagd kennt, sondern das edle schöne Reh zum Opfer des Schrottschusses auf den herbstlichen Treibjagden macht. Es ist dafür gewiß charakteristisch, daß unter den vielen Hunderten beschlagnahmter Jagdschusswaffen, die mir durch die Hände gegangen sind, sich eine einzige Büchse, ein Doppelbüchsendrilling besaß. Alles andere waren Doppelflinten. Kaliber 12 herrscht durchaus vor, Kaliber 16 ist selten. Es kommen aber einerseits Kal. 20 und 24, anderseits Kal. 8 vor. Der Kugelschuß auf der Jagd, überhaupt der Fährgang des Einzeljägers ist dem belgischen Jäger fremd. Für Schwarzwild, das im Bergland mit seinen dichten unterholzreichen Mittelwaldbeständen nicht selten ist, aber sogar auf Rotwild verwendet man nur höchstens die Rundkugel aus glattem Lauf. Die vorgefundenen Patronen lassen das vermuten, erwerben

weiterhin aber den begründeten Verdacht, daß noch lieber sehr starkes Schrot aus großkalibrigen Flinten auf Hochwild verschossen wird. Rotwild ist selten, von wenigen Parks abgesehen kommt es nur im großen Wald um St. Hubert und als Wechselwild in den hohen Ardennen vor.

Der Schwerpunkt der Jagd ist durchaus die Niederjagd mit dem Ziel auf reichliche Strecke durch eleganten Schrotschuß. Selbst das Rebhuhn ist dem untergeordnet. Dessen Schutzzeit beginnt erst 30. Aug. gleichzeitig mit der für Gase, Fasan, Schnepfe, Wachtel. Das am häufigsten vorkommende und am meisten gepflegte Wild ist der Fasan, eben dasjenige Flugwild, das auf der Treibjagd den gewandten Sportschützen fordert. Reiche Jagdbesitzer wenden für die Anzucht und Pflege des Fasans bisweilen enorme Summen aus. Die künstliche Zucht ist hoch entwickelt. Winterfütterung mit Mais und Hafer ist in den besseren Jagden allgemein üblich. Sehr verbreitet ist das Kaninchen, der Gase demgegenüber wenig. Das mag an dem vorherrschenden kalten schweren Boden liegen, seit Kriegsausbruch aber auch an der Schlingenstellerei durch Wilddiebe.

Die fast alleinige Methode der Jagdausübung bildet die Treibjagd. Sie wird in kleinen Treiben mit 12—15, höchstens einmal 20 Flinten und der mindestens doppelten Anzahl von Treibern ohne Hunde gehandhabt. Das Rebhuhn, gelegentlich wohl auch Gase und Kaninchen, werden vor dem Hunde geschossen. Der Anstand wird selten geübt.

Der Jagdschutz ist überall gut organisiert. Die Jagdherrn haben einen oder auch mehrere Jagdhüter angestellt, in der Regel im Hauptberufe. Gutes Verständnis für ergiebige und bequeme Treibjagden findet man immer bei ihnen, auch Geschick zur Anlage von Fütterungen, zu An- und Aufzucht von Fasanen und zur Bekämpfung von Wildschädlingen. Als Beweis dafür kann das fast völlige Fehlen des Fuchses gelten. Sie sind allgemein gut vertraut mit dem Kaninchenfang mit Frettchen und üben ihn fleißig aus. Infolge des Krieges sind viele Jagdhüter als Soldaten eingezogen oder geflohen oder getötet.

Die Jagdpachten bewegen sich in weiten Grenzen, nach den gewinnbaren Angaben schwankend zwischen etwa 100 und 1100 Frs. für je 100 ha. Ebenso schwanken die Zahlen des auf 100 ha erlegten Wildes. Die Grenzwerte betragen etwa bei Reh 1—3, Rebhuhn 10—120, Gase 10—140, Kaninchen 10—170, Fasan 20—860.

Die Einwirkung des Kriegszustands auf die Jagd war tiefgreifend aus zwei Ursachen. Die Schrecken der ersten Okkupation fielen in den Beginn der Niederjagd. Die notwendige Beschlagnahme

der Waffen machte den zur Jagdausübung an sich berechtigten den planmäßigen Abschluß unmöglich. Die Unmöglichkeit wirksamen Jagdschutzes durch waffenlose Güter ließ die Wildddieberei erstarken, die ohnehin schon immer bei den herrschenden Jagd- und Wildverhältnissen gern geübt worden sein mag, nunmehr durch Not und Hunger gesteigert wurde. Die Wirkungen auf den Wildstand waren erheblich. Infolge Nichtabschlusses wäre der winterliche Wildstand überall über den Normalstand gekommen, wenn nicht die Wildddieberei wiederum ihn dezimiert hätte. Die empfindlichste Wildart, das Reh hat am meisten gelitten. Der belgische Forstinspektor in Dinant schätzt, daß allein in den Jagdgebieten der Umgebung des Ardennenschlosses mehr als 200 Rehe, nahezu der ganze Bestand, in Schlingen weggefangen sind. In vielen anderen Revieren ist es ebenso. Andere mit Schlingen leicht fangbare Wildarten haben ebenfalls stellenweise starke Einbuße erlitten, so der ohnehin nicht eben reichlich vertretene Gase, das Kaninchen und der Fasan. Das Rebhuhn dagegen ist reichlicher als sonst vertreten. Im Sommer und Herbst 1914 wurde es nicht beschossen und mit Schlingen läßt es sich nicht fangen. In manchen von Wilddieben minder heimgesuchten Jagdgründen hat sich das Kaninchen in einer für die Landwirtschaft nachteilig fühlbaren Weise vermehrt. In solchen Jagden, die aus Liebhaberei der Jagdbesitzer infolge Fütterns und besonderer Hege ohnehin überseht waren, tritt auch der Fasan in unerwünscht großer Zahl auf. Da überall ist als natürliche Folge des Kriegs und der Wildddieberei die zu große Zahl der Hähne im Verhältnis zu den Hennen festzustellen. Normal werden auf 1 Hahn 6—9 Hennen gerechnet. In mehreren Jagden ist das Verhältnis auf 1:1 gesunken, in einem bekannt gewordenen Falle gab es sogar mehr Hähne als Hennen. Von tierischen Wildfeinden ist vor allem die Krähe zu nennen. Sie hat in geradezu erschreckendem Umfange zugenommen und bildet als Räuber von Fasänen- und Hühnergelegen und von Junghasen eine schwere Gefahr für den Wildstand.

Die Wildddieberei hat im wildreichen Belgien von jeher eine erhebliche Rolle gespielt. Das geht schon aus den jagdgesetzlichen Bestimmungen hervor, besonders der Nov. v. 1900, die sich vorwiegend auf ihre Bekämpfung richtet. Wohl in den meisten Orten gibt es den und jenen, der sie gelegentlich betreibt. Aber einzelne Ortschaften sind von Alters her, und nunmehr vor allem durch die Kriegsnöte, bekannt als Schlupfwinkel professioneller Wildddiebe. Diese gehören durchweg den untersten Schichten der Bevölkerung an. Sie betreiben ihr lichtschauriges Gewerbe zum Gelderwerb. Vielsach sind es Angehörige einer bestimmten Familie

oder Sippe, die gemeinsam arbeiten. Vandenwildebeert kommt häufig vor. 5, 6, 10, ja selbst 30 und 40 Mann ziehen auf Beute aus, halten bisweilen förmliche Treibjagden und terrorisieren die Bevölkerung und die Jagdhüter und die Güter der öffentlichen Ordnung. Sie fühlen sich sicher, weil sie wissen, daß keiner der Güter ihnen mit der Waffe entgegentreten kann. Von den vorzugsweise heimgesuchten Jagdhäusern klagen manche, daß durch die Wildddieberei ihre Jagd schon so gut wie vernichtet sei. Die Wildddiebe arbeiten fast durchweg mit der Schlinge. Ein Jagdhüter gab an, er habe an einem Tage gegen 1000 Schlingen gefunden und beseitigt. Ein anderer bemerkt das Gewicht der von ihm gesammelten Schlingen auf mehrere Zentner. Wahrscheinlich ist, daß trotz der peinlichen Beschlagnahme aller auffindbaren Waffen auch noch die Schußwaffe gehandhabt wird. Die hochentwickelte Waffenindustrie Belgiens liefert alle möglichen Systeme auseinandernehmbarer Flinten, Stockflinten und dergl. Aber selbst mit der gewöhnlichen Jagdflinte fühlen die Beute sich den unbewaffneten Jagdschutzbeamten gegenüber ziemlich sicher. Die Strafverfolgung ist zur Zeit nur eben möglich, wenn die Wildddiebe auf frischer Tat betroffen werden und ihre Namen bekannt sind. Dann treten die empfindlichen Strafen, die das belgische Gesetz androht, wirksam ein.

Neben dieser Wildddieberei zeitigte der Krieg auch den ungeordneten Wildabschluß durch Personen der deutschen Truppen und der militärischen Verwaltungskörper. Das war vor allem der Fall in der ersten Zeit, als die innere Verwaltung noch nicht organisiert war und jeder jagdlustige Deutsche die Freiheit hatte, die Jagd auszuüben. Manchen Jagdgebieten ist dadurch empfindlicher Schaden entstanden, zumal solchen, die in der Nachbarschaft viel benutzter Heerstraßen gelegen, von passierenden Truppen, Fuhrkolonnen, Infanterien von Kraftwagen bejagt werden konnten.

Als im Herbst 1914 die Ordnung der inneren Verwaltung in die Hände der militärischen Kreise gelegt wurde, wurde die Befugnis zur Jagdausübung bald an die Lösung eines vom Kreischef auszustellenden Jagderlaubnisscheins gebunden, ohne daß indes diese Maßregel bei der noch nicht möglichen genauen Kontrolle genügt hätte, überall der räuberischen Schießerei vorzubeugen. Einzelne Jagdherrn stellten für Treibjagden ihre Reviere den Gouverneuren und den Kreischefs zur Verfügung, um dieser Art einen angemessenen Abschluß herbeizuführen. Bei ihnen wurden solche Jagden veranstaltet. Im übrigen verblieb es bei regellosen Streijagden und Revierbegängen durch legitimierte Angehörige der Besatzungstruppen. Den offiziellen Schluß der Niederjagd setzte ein Gouvernementsbefehl zum 15. 1. 15 fest. Der Jagdschutz sollte

durch militärische Patrouillen ausgeübt werden. In dessen gelang es nicht, ihn allgemein wirksam zu gestalten; bei der Mannigfaltigkeit und Reichhaltigkeit der dienstlichen Aufgaben waren ständige Jagdpatrouillen nicht durchführbar. Den Jägern aber, die aus besonderem Anlaß zu diesem Dienst bestellt wurden, fehlte bei mangelnder Orts- und Personalkennntnis zum meist der volle Erfolg. Auch die Ausstattung einzelner vertrauenswürdiger belgischer Jagdhüter mit Seitengewehren konnte einen solchen nicht bringen. Das alles drängte auf eine grundlegende Ordnung der Jagdverhältnisse im Okkupationsgebiete gebieterisch hin. Sie erfolgte durch

die Jagdordnung für den Bereich des Generalgouvernements in Belgien vom 11. August 1915 mit Ausführungsbestimmungen vom selben Tage.

Sie geht aus von zwei Tatsachen: dem Umstande, daß die jagdberechtigten Belgier durch den Kriegszustand an der Ausübung der Jagd verhindert sind, und der Notwendigkeit, den Wildschaden zu vermindern und das Wildbret als Nahrungsmittel nutzbar zu machen.

Zur Ausübung der Jagd sind ausschließlich deutsche Offiziere, Sanitätsoffiziere und im Offiziersrang stehende Beamte berechtigt. Nur ausnahmsweise können unter Beschränkung auf den Abschluß von Raubzeug und Kaninchen auch Offizierstellvertreter, Unteroffiziere und Mannschaften einen Ausweis zur Führung der Jagdschusswaffe erhalten. Wer von den Berechtigten jagen will, muß einen Jagdschein bei sich führen. Die Jagdscheine gelten, gleichviel wann sie ausgestellt sind, bis Ende Februar des nächsten Jahres. Sie werden gebührenfrei vom zuständigen Kreischef ausgestellt, können übrigens ohne Angabe von Gründen auch verweigert oder zurückgezogen werden. Die Beschränkung auf Offiziere und diesen gleichstehende Beamte hat den Zweck, einmal nur zuverlässige, moralisch durchs eigne Gewissen gebundene Jäger auf dem tatsächlich nur schwer und unzulänglich kontrollierbaren Gebiete der Jagd zuzulassen und alle Personen auszuschalten, die etwa aus Gewinnsucht oder unter Vernachlässigung der geltenden Bestimmungen oder räuberisch jagen. Wenn zweifellos auch unter den nicht im Offiziersrang stehenden Angehörigen der deutschen Armee es sehr viele geben wird, die nach Charakter und Lebensstellung die gleiche Gewähr geben, so war doch militärisch eine anderweite Auscheidung nicht wohl möglich. Der in Belgien Jagende hat bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen und diese aus sich selbst ohne äußere Kontrolle innezuhalten. Die Jagd darf nur weidgerecht und schonend ausgeübt und es muß überall vermieden werden, daß der Abschluß den Wildstand verschlechtert oder gar vernichtet. Ebenso muß Jagdschaden an den

Feldfrüchten vermieden werden. Für berechtigtermaßen geltend gemachte Schadenersatzansprüche haftet der Jagd ausübende persönlich. Dagegen lehnt die Jagdordnung grundsätzlich die Ersatzpflicht der Jagd ausübenden und überhaupt der deutschen Militärbehörden für Wildschaden ab. Die Vergütung für Wildschaden bleibt Verpflichtung des Jagdbesitzers nach Maßgabe der eingangs angeführten belgischen Gesetze. Das Äquivalent dafür bietet die Bestimmung, daß das erlegte Wild Eigentum des belgischen Jagdbesitzers ist. Nur die Trophäen (Gehörne, Geweihe) sind ohne weiteres Eigentum des Erlegers. Dieser ist ferner berechtigt, das von ihm erlegte Wild gegen den dafür durch die J.O. festgesetzten Preis zu übernehmen. Dieser Betrag oder aber das erlegte Wild ist von ihm unverzüglich an den zuständigen zum Jagdvorsteher bestellten deutschen Offizier abzuliefern. Dieser kann und soll tunlichst das nicht vom Schützen übernommene Wild an Kaserne, Truppentüchen, Offiziersspeiseanstalten zum festgesetzten Preise abgeben. Der so erlöste Preis wird dem Jagdberechtigten oder falls dieser nicht bekannt oder nicht erreichbar ist, zu dessen Gunsten an den Gemeindevorsteher gegen Quittung gezahlt. Das soll nach der J.O. unverzüglich geschehen. Eine spätere ergänzende Bestimmung gestattet aber, daß bei größeren Treibjagden mit wenigstens 20 Treibern die Treiberlöhne ganz, bei kleineren zur Hälfte aus dem Wilderlös bestritten werden.

Das erlegte Wild, das weder der Erleger erwirbt noch der Jagdvorsteher verwertet, wird dem belgischen Jagdbesitzer oder zu dessen Gunsten dem Gemeindevorsteher übergeben. In diesem Falle muß der Jagdvorsteher jedes Stück mit einem anzuhängenden Wildschein versehen, der Ort und Zeit der Erlegung und Wildart sowie die Dauer der Gültigkeit verzeichnet. Nur mit Wildschein versehenes Wild darf in den Handel gebracht werden. Die Schützen und Jagdvorsteher sowie andere Militärpersonen dürfen kein Wild in den Handel bringen.

Der Preis für das Wildbret, was der Jagdvorsteher oder der Schütze übernimmt, beträgt für jedes Stück: Rehwild 25 Fr., Hase 3 Fr., Fasanenhähne 2.50 Fr., Fasanenhennen 2 Fr., Rebhuhn 1 Fr., Enten 1.50 Fr. Wildschwein aufgebrosen in der Schwarte gewogen, unter 50 kg 1 Fr., über 50 kg 0.80 Fr. für das kg., Rotwild 1 Fr. für das kg. Kaninchen können ohne Bezahlung vom Erleger oder Jäger behalten werden. Im Vergleich mit den jetzt in Deutschland für Wildbret gezahlten Preise und festgesetzten Höchstpreise ist danach das Wild in Belgien billig. Mancher Hase und Fasan wandert infolgedessen an die Angehörigen der Jäger. Die Bestimmung, daß Wild nur vom Jagdberechtigten oder dessen

Vertreter, nicht vom Jagdvorsteher oder Schützen in den Handel gebracht werden darf, gibt den ersteren die Möglichkeit, den höchstmöglichen Nutzen zu erzielen und das ihnen überlassene Wild nach ihrem freien Ermessen zu verwerten. Der größere Teil des erlegten Wildes wird in der Regel von den Erlegern oder von den Jagdvorstehern übernommen und an die Truppenküchen und Offiziersspeiseanstalten weitergegeben.

Die Schutzzeiten und die Verkaufszeiten sind für die Wildarten festgesetzt. Die letzteren enden 10 Tage nach Beginn der Schonzeiten. Schwarzwild und Kaninchen genießen keine Schonzeit. Die Niederjagd für Rebhühner 20. 8.—30. 11., Hasen 16. 9.—15. 1., Fasanenhähne 16. 9.—Ende Februar, Fasanenhennen 16. 10.—30. 11., Rebhock Mitte Mai bis Jahreschluß, weibliches Rehwild November, Dezember, Rot- und Damwild männlich Mitte August, weiblich Mitte Oktober bis Jahreschluß. Der Beginn der Niederjagd kann nach dem Stande der Erntearbeiten vom Gouverneur um 14 Tage hinausgeschoben werden.

Die örtliche Organisation der Jagd schließt sich der territorialen Einteilung des okkupierten Gebietes in Verwaltungsbezirke an. Die Provinzen Belgiens sind als Gouvernements den Gouverneuren unterstellt. Sie gliedern sich in Kreise mit den Kreischefs an der Spitze. Der Kreischef teilt den Kreis in Jagdreviere und überträgt jedes einem geeigneten Offizier, der als Jagdvorsteher die Aufsicht darüber führt und die Treibjagden leitet. Die Jagdreviere (besser wäre die Bezeichnung Bezirke) sind je nach den örtlichen Verhältnissen sehr verschieden groß, in runden Zahlen 2000 bis 40 000 ha. Beispielsweise hat der 157 000 ha große Kreis Dinant 4 Reviere von je 30—40 000 ha. Der Jagdvorsteher soll tunlichst Erfahrung und Neigung besitzen. Ihm liegt ob die Ordnung der Jagdausübung und die Aufsicht darüber, die Veranstaltung von Treibjagden, Verwertung des Wildes, Berechnung und Buchführung hierüber. Ihm ist Hilfspersonal beigegeben, zur Unterstützung bei Jagden und zur Ausübung des Jagdschutzes. Zum Jagdüberwachungsdienst können auch die Gendarmeriepatrouillen sowie vertrauenswürdige belgische Aufsichtsbeamte herangezogen werden.

Von der Ausübung der Jagd sind Belgier, schon wegen des allgemeinen Waffenverbots, ausgeschlossen. Nur der Fang von Kaninchen mit Frettchen und Netzen (nicht mit Hunden) kann ihnen vom Kreischef gegen besondern Erlaubnischein gestattet werden. Ebenso die Ausübung des Vogelfangs in der Zeit v. 15. 9. bis 15. 11. gemäß der belgischen Rgl. Ver. v. 15. 8. 1906. Beide Arten des Tierfangs werden viel und gern in Belgien geübt. Den Kaninchenfang benutzen

besonders die privaten Jagdhüter gern, um sich eine kleine Einnahme zu schaffen. Gemeinhin war ihnen kontraktlich Abschluß und Fang der Kaninchen zu eigenem Nutzen eingeräumt. Seit dem Kriegsausbruch sind viele von ihnen ohne Gehalt geblieben. Den Vogelfang auf primitiven Vogelherden üben Angehörige der untersten Stände nach altem Brauche im Herbst aus. Es bedarf dazu der Genehmigung des Inhabers des Jagdrechts. Dies Rechtsverhältnis hält ein Nachtrag zur J.O. v. 17. 9. 15 aufrecht. Leimruten und Schlingen sind verboten, nur der Krammetzvogelfang darf mit Roßhaarschlingen, Dohnen, erfolgen. In den Vogelherden bildet die Hauptbeute der Waldsperling, nach ihm der Fink.

Inhabern größerer Fasanenjagden kann der Kreischef gestatten, Fasane zur künstlichen Fasanenzucht in bestimmter Zahl einzufangen. Diese Erlaubnis ist in mehreren Fällen erteilt worden. Es gibt Züchtereien, die unter normalen Verhältnissen gegen 5000 Jungfasanen verkaufen.

Die Jagdordnung hat sich, soweit gegen Jahreschluß ein Urteil sich bilden läßt, im allgemeinen gut bewährt. Die Jagden sind pflöglich behandelt worden; wenn in einzelnen Fällen der Bestand und damit die Jagdbeute sich gegen früher erheblich vermindert hat, so liegt das, vor allem an der Wilddieberei, sodann daran, daß die sonst übliche Winterfütterung und künstliche Zucht der Fasane unterblieben ist. Der unregelmäßige Abschluß, der vor Erlaß der J.O. eingerissen war, ist der im ganzen weidgerechten oder doch weidmännischen Jagd gewichen und die scharf geregelte und kontrollierte Verwertung der Beute führt den Jagdbesitzern eine willkommene Einnahme, den Heeresangehörigen und der Bevölkerung eine sehr geschätzte billige Versorgung mit Fleischnahrung zu. Die Ausübung der Jagd gewährt den Offizieren des Befehlshabers im anstrengenden oder im eintönigen Dienstleben eine Gelegenheit zur Erholung, insbesondere auch solchen, die in großen Standorten oft zu einer sitzenden Lebensweise genötigt sind. Der Jagdvorsteher hat jedem einzelnen für Suche, Anstand oder Pirsche ein oder auch mehrere Einzelreviere zuzuweisen, die nahe gelegen oder bequem zu erreichen sind. Einige Schwierigkeit verursachte bisweilen bei größeren Treibjagden die Gewinnung genügender Schützen. Nicht nur die Bindung durch den Dienst, sondern auch die Schwierigkeit, zur Jagd und wieder ins Quartier zu kommen, besonders infolge der notwendigen Beschränkung der Autofahrten, endlich auch die immerhin ins Gewicht fallenden Kosten, zumal zu Anfang der Jagdsaison, als die Treiberlöhne von den Schützen bestritten werden mußten, hielten manchen von der Teilnahme zurück.

Das nur gegenbweise vorkommende Rot- und Damwild ist dem allgemeinen Abschluß entzogen geblieben. Der Abschluß ist nur mit besonderer Genehmigung des General-Gouvernements erlaubt, eine Maßregel die sich ohne weitere Begründung rechtfertigt.

Jentsch.

Erscheint es, besonders in Rücksicht auf Erhaltung und Vermehrung der Bodengüte, geboten, bei Fichte und Kiefer anstelle des Kahlschlagbetriebes den Femelschlagbetrieb einzuführen?

Von Forstmeister a. D. **Ziemann** in Göttingen.

Bekanntlich findet der Femelschlagbetrieb bereits seit einer langen Reihe von Jahren naturgemäß bei der Verjüngung der zärtlicheren Holzarten, wie Buchen und Weißtannen seine hauptsächlichste Anwendung und hat man ihm bisher eine besonders sorgfältige Ausbildung zugewandt.

Die Fichte ist in diesem Betriebe wegen der Windbruchgefahr schwieriger zu bewirtschaften, und für die Kiefer ist letzterer wegen deren Lichtbedürftigkeit überhaupt weniger geeignet. Ohnehin setzt er bei diesen beiden Nadelhölzern eigentlich besseren Boden und bei der Fichte eine einigermaßen geschützte Lage voraus. Nach dem vorzüglichen „Waldbau“ von Heyer-Heß¹⁾ hat bei letzterer Holzart „der Femelschlagbetrieb unbedingt den Vorzug in hohen Gebirgslagen und auf einem sehr steinigem und felsigen Boden, wo von der Erhaltung der die Felsen bekleidenden Moosdecke die Möglichkeit der Bestandsnachzucht fast allein abhängt. Auf solchen Standorten kann sogar der reine Femelschlagbetrieb angezeigt sein.“²⁾

In demselben Werke³⁾ heißt es bezüglich der Kiefer: „Die große Mehrheit der Forstwirte dürfte wohl der Ansicht sein, daß die natürliche Verjüngung der Kiefer in Samenschlägen nur ausnahmsweise, etwa auf besonders kräftigen Niederungsböden und bei großer Luftfeuchtigkeit, sowie auf sogenannten Rienmooren (Torfböden mit Rienporst) Aussicht auf Erfolg biete.“

Der Kahlschlagbetrieb dagegen, in Verbindung mit künstlicher Verjüngung, ist bei Fichte und Kiefer in ausgedehntem Gebrauch, bei der Fichte schon seit langer Zeit, und zwar in den nord- und mitteldeutschen Gebirgsgegenden (Harz, Thüringer-

wald, Erzgebirge usw.) ausschließlich im Verein mit der Pflanzung¹⁾.

Wenn in süddeutschen Gebirgen die Fichte vorwiegend durch Femelschläge verjüngt wird, so liegt der Grund wohl darin, daß hier die Fichte mehr mit Tanne, auch Buche, gemischt vorkommt, und die so gemischten Bestände, besonders in Rücksicht auf die beiden letzteren Holzarten, „am angemessensten, sichersten und wohlfeilsten“ zu einer solchen Verjüngungsweise in Samenschlägen führten. Ohnehin sind Tanne und Buche sturmsefter, als die Fichte, und ist für den Samenschlag obiger Gebirge die Sturmgefahr vielleicht nicht von so großer Bedeutung, als z. B. für unseren Harz²⁾.

Hinsichtlich der Verjüngungsweise der Kiefer wird in dem Waldbauwerke von Heyer-Heß³⁾ Folgendes mitgeteilt:

„In Norddeutschland findet in Kiefernforsten ausschließlich Kahlschlag-Wirtschaft statt; auch in Mittel- und Süddeutschland herrscht diese Form vor. In Ostpreußen hingegen verjüngt man die Kiefer auf natürlichem Wege; auch in Bayern wird diese Methode hier und da angewendet.“

Der Femel- oder Plenterbetrieb, die älteste Betriebsart, entspricht wegen seiner bekannten Schattenseiten nicht den heutigen, an den Wald zu stellenden Anforderungen und hat gegenwärtig nur noch „für sehr rauhe und steile Lagen insbesondere für die Hochgebirgsforste, welche den Charakter als „Schutzwälder“ haben, sowie bei kleinem Waldbesitz“ Bedeutung⁴⁾.

Obgleich nun bei Fichte und Kiefer der Kahlschlagbetrieb, in Verbindung mit künstlicher Kultur — in erster Linie mit Pflanzung —, verglichen mit dem Femelschlagbetriebe, viele sehr erhebliche Vorteile bietet, und in den Gegenden, wo er sich, wie besonders bei der Fichte, längst eingebürgert hat, wichtige Ausstellungen gegen denselben bisher nicht erhoben sind, so treten doch in der neuesten Zeit, veranlaßt durch das verdienstvolle, berühmte Waldbauwerk Bayer's, Bestrebungen hervor, den Kahlschlagbetrieb, wie er hauptsächlich bei den genannten beiden Nadelhölzern in ausgedehnter Anwendung steht, durch den gebräuchlichen Femelschlagbetrieb, besonders aber durch die von Bayer empfohlene, plenterbetriebsähnliche, ungleichalterige Form desselben, zu ersetzen. Man geht dabei wohl in der Hauptsache von der Erwägung aus, der Femelschlagbetrieb sei naturgemäßer, stelle

¹⁾ 5. Aufl., II. Bd., S. 113.

²⁾ Von besonderem Interesse ist das in Burdhardt's „Allgemeinem „Säen und Pflanzungen“ über die Bewirtschaftungsweise der Fichte in den Hochlagen unseres Harzes Gesagte.

³⁾ II. Bd., S. 143.

¹⁾ II. Bd., S. 113.

²⁾ S. Burdhardt's „Säen und Pflanzen“.

³⁾ II. Bd., S. 148.

⁴⁾ II. Bd., S. 13.

sich infolge der natürlichen Verjüngung viel billiger und bewahre die Bodenkraft weit besser, als der Kahlschlagbetrieb in Verbindung mit künstlicher Wiederaufforstung.

Forstet man nach den Gründen der Einführung des Kahlschlagbetriebes bei der Fichte, so mußte sich ein solcher ganz natürlich herausbilden, nachdem man sich wohl überzeugt hatte, daß ein Ueberhalten von Samenbäumen an vielen Orten wegen der Sturmgefahr sich für die Besamung der Schläge zwecklos erwiesen hatte. Weit mehr Erfolg mußten Kahlschläge mit Erwartung der natürlichen Besamung vom stehenden mannbaren Bestande her versprechen. Natürlich durften die der herrschenden Sturmrichtung entgegen zu führenden Fichten-Abtriebschläge wegen Ermöglichung einer vollständigen Randbesamung nur eine geringe Breite — nach dem genannten Burckhardt'schen Werte etwa 3 Baumlängen — erhalten¹⁾.

Später vervollständigte man diese natürlichen Fichten-Verjüngungen durch Saat, sodann auch durch Pflanzung. Wo nun aber durch verheerende Sturm Schäden große Blößen entstanden waren, deren Aufforstung durch natürliche Randverjüngung unmöglich war, lag es nahe, zum Anbau der Fichte hauptsächlich die leicht ausführbare, billige Saat zu verwenden, während die Pflanzung nur zur Ausbesserung der Saat benutzt wurde.

Leider wurden die Saaten anfangs viel zu dicht ausgeführt, was natürlich einen sehr langsamen Wuchs derselben zur Folge hatte. Schädigungen der Saatspflanzen durch Gras und Forstunkräuter führten allmählich mehr zu einem Verlassen der Saat und, besonders in Norddeutschland, zur fast ausschließlichen Anwendung der Fichten-Pflanzung deren Ergebnisse äußerst zufriedenstellend sind.

Aber selbst da, wo eine Verjüngung der Fichte in Femelschlägen möglich war und geübt wurde, mußten sich doch auch mancherlei schwerwiegende Uebelstände geltend machen, von denen hier nur die Abhängigkeit des Betriebes von der Wiederverkehr der Samenjahre — ungleiche Größe der Schläge —, sowie die immerhin bestehende Unsicherheit des letzteren durch Sturm- und Graswuchsgefahr, erwähnt sein mögen.

Höchst anziehend ist, wie Burckhardt in seinem berühmten „Säen und Pflanzen“ die „Entwicklung der Fichtenzucht am Harz“ schildert. Es würde zu weit führen, hier näher darauf einzugehen und muß auf das bekannte obige Werk verwiesen werden. Nur möge es mir gestattet sein, den Schlußsatz des betr. Ab-

schnittes wörtlich folgen zu lassen. Derselbe lautet nach der 3. Aufl. von 1867:

„So sind wir denn in dem einige Jahrhunderte langen Entwicklungsgange unserer hiesigen Fichtenzucht auf ihrem heutigen Standpunkte angelangt; es ist noch der alte Kahlschlag, den man nur kleiner machen möchte, aber es ist weder die vormalige Verjüngung durch Anflug, noch durch Saat, selbst die Büschelpflanzung räumt, ungeachtet sie viel geleistet hat, mehr und mehr das Feld; es ist heute der Kahlschlag mit Einzelpflanzung und Pflanzschulen.“

Wenn nun auch die Windbruchgefahr stets ein hauptsächliches Hindernis bei der allgemeineren Einführung des Femelschlagbetriebes der Fichte bislang gewesen ist, so verdient doch jetzt hervorgehoben zu werden, daß eine solche Gefahr infolge der bei allen Holzarten mit Recht sehr in Aufnahme gekommenen, naturgemäßen, die Standhaftigkeit und die Zuwachsfähigkeit der Bestände ungemein fördernden, starken Durchforstungen (C Grad), überhaupt durch eine rationelle Erziehungsweise in lockerem Kronenschlusse von Jugend an, wenn auch sich nicht ganz beseitigen, so doch aber wohl sich erheblich vermindern lassen wird, so daß selbst in weniger geschützten Lagen bei der Fichte ein Versuch mit der Verjüngung durch Femelschläge einmal zu wagen sein dürfte.

Obiges Erziehungsverfahren würde auch noch insofern einer Einführung bezw. größeren Verbreitung des Femelschlagbetriebes günstig sein, als es eine frühzeitigere, öftere und reichlichere Fruchtbildung zur Folge hat.

Weitere Vorbeugungsmaßregeln gegen Sturm Schäden der Fichtenbestände sind außer der genannten folgende:

a) Soweit möglich, Beimischung der Buche zur Fichte (zugleich gegen die, „den reinen Fichtenbeständen durch Insekten, Pilze, Schnee usw. drohenden Gefahren“, sowie zum Zwecke des Vogelschutzes und der Waldverschönerung zu empfehlen) „In finanzieller Beziehung steht aber der Mischbestand hinter dem reinen Bestand zurück“¹⁾.

Ebenso erscheint eine Einsprengung von Weißtannen oder Lärchen in Fichtenbestände nützlich²⁾.

b) Wahl kräftiger (verschulter) Setzlinge bei der Pflanzung der Fichte, Weidung zu enger Verbände.

c) Versuch den Fichtenpflanzen in Rämpfen eine Pfahlwurzel anzuerziehen und beim Anbau

¹⁾ In Peyer-Hef, Waldbau, II. Bd., S. 121, wird die Breite der Saumschläge für die Fichte mit nur 1—1,5 Baumlängen angegeben.

¹⁾ S. Peyer-Hef, Waldbau II, S. 116. Ferner „Forstw. Zentralblatt“, Heft Juni u. Juli v. 1912.

²⁾ S. Hef, Forstschut.

iche Pflanzen zu benutzen — der Kostenersparung wegen etwa nur diejenigen, die den künftigen Haubarkeitsbestand bilden sollen —, um vielleicht so eine größere Sturmfestigkeit der Stämme zu erreichen. Auch bei der Mitverwendung der Buche wäre ein ähnliches Verfahren versuchsweise zu beobachten¹⁾.

d) Rechtzeitige Anlegung sturmfester Windmantele von Eichen, Eschen, Bergahorn, Weißtannen, Kiefern — je nach den Standortverhältnissen — oder auch gewöhnlicher Waldmantele — mit nieder- oder mittelwaldartiger Bestockung —, nicht allein an den Rändern, sondern auch im Inneren größerer, reiner Fichtenbestände, wo sie auch zugleich Schutz gegen austrocknende Winde gewähren würden²⁾.

Bei einer Vergleichung des Femelschlagbetriebes mit dem Nahlschlagbetriebe bezw. bei der Wahl dieser Betriebsarten muß selbstverständlich in erster Linie deren Wirkung auf den Boden maßgebend sein; denn alle unsere forstlichen Maßnahmen müssen stets mit möglichster Sorgfalt so getroffen werden, daß die Bodenkraft erhalten und vermehrt wird und Rückgänge derselben entschieden vermieden werden, zumal ja beim Forstbetriebe — abgesehen von Forstgärten, Dehländereien, mageren Sandböden usw. — nicht, wie bei der Landwirtschaft, Stalldüngung und künstliche Düngung, neben intensiver Bodenbearbeitung, zur Anwendung gelangen können.

Weiter bleibt aber auch zu berücksichtigen, daß „die Holzpflanzen, im Vergleiche zu den Agrikulturgewächsen, dem Boden weit weniger Mineralbestandteile entziehen und unter diesen vorzugsweise solche, welche schon reichlich in den Böden vorkommen und am leichtesten sich aufschließen“³⁾.

Hauptsache bleibt, daß dem Waldboden der Laub- bzw. Nadelabfall der Bestände als Rückersatz für die durch letztere entzogene Boden-Nährstoffe verbleibt.

Von den physikalischen Bodeneigenschaften ist die Feuchtigkeit von größter Wichtigkeit, da das Wasser nicht allein Pflanzen-Nährstoff, sondern auch ein Lösungsmittel für die Mineralstoffe des Bodens ist⁴⁾.

¹⁾ Juli-Heft des „Forstw. Zentralblattes“ v. 1913.

²⁾ Interessant dürfte es auch sein, einmal zu untersuchen, ob mit der Tiefe der Bodenschichten vielleicht deren Gehalt an mineralischen Pflanzennährstoffen etwas zunimmt. Wäre dies der Fall, so würde die Verwendung so bewurzelter Pflanzen nicht allein durch Zuführung einer größeren Menge an Feuchtigkeit, sondern auch an jenen Stoffen günstig auf das Wachstum der Holzpflanzen einwirken. August-Heft d. Bl. v. 1908.

³⁾ S. Heyer-Hef, Waldbau, I. Bd., S. 33.

⁴⁾ Bezüglich der großen Bedeutung des Wassers für die Holzbestände dürften folgende Notizen bemerkenswert sein:

a) Wie Professor Hausrath in Karlsruhe in seinem interessanten Werkchen: „Der deutsche Wald“ („Aus Natur

Wir müssen daher stets darauf bedacht sein, dem Waldboden einen ausreichenden Feuchtigkeitsgrad zu erhalten. Das geschieht ja nun einfach dadurch, daß wir durch angemessenen Bestandeschluß eine zu starke Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit verhindern. Andererseits darf aber der Bestandeschluß auch wiederum nicht ein so vollständiger sein, daß die Quelle aller Bodenfeuchtigkeit, die atmosphärischen Niederschläge, nicht zu sehr durch die Baumkronen vom Boden zurückgehalten werden, es würde dieser sonst durch Austrocknung leiden, und der in dicht geschlossenen Beständen angesammelte Rohhumus würde wegen mangelnder Feuchtigkeit sich nicht in milden, der Vegetation zuzugenden Humus umwandeln können; das Humuskapital würde also den Beständen nicht den vollständigen Nutzen gewähren, oder doch erst nach längeren Jahren gegen Ende der Umtriebszeit, wenn bei beginnender natürlicher Verjüngung die Stellung der Vorbereitungs- und Samenschläge eine Unterbrechung des Kronenschlusses nötig macht.

Demnach wird es das Richtige sein, daß wir unsere Holzbestände nicht in einem dichten, sondern nur in einem lockeren Kronenschlusse erziehen, wie ein solcher bekanntlich von Bohdanetz und Schiffel bei der Fichte mit bestem Erfolge angewendet wird und wie er sich seit einer Anzahl von Jahren durch Einführung der starken Durchforstung bezw. der Hochdurchforstung bei unseren Hauptholzarten den verdienten Eingang verschafft hat.

Ohnehin ist ja, wie bereits früher erwähnt, diese Erziehungsweise naturgemäßer, sichert durch notwendige größere Einwirkung des Lichtes auf die Baumkronen eine kräftige Ausbildung der Stämme und läßt daher einen guten Zuwachs neben größerer Widerstandsfähigkeit erwarten. Dabei wird infolge zeitigerer, häufigerer und reichlicherer Frucht-erzeugung zugleich die natürliche Verjüngung sehr gefördert.

und Geisteswelt“, Bändchen 153), Seite 15, anführt, hat „Hohnel berechnet, daß 1 ha 115 jährigen Buchenwaldes während der Vegetationszeit 3 500 000–5 400 000 Liter Wasser braucht“. Die Niederschlagsmenge in Deutschland soll nach Hausrath „überall den Bedürfnissen unserer Waldbäume genügen“.

b) In dem „Botanischen Bilderatlas“ von Hoffmann-Dennert, 3. Aufl. von Prof. Dr. Dennert, 1911, wird in dem Abschnitte: „Die Pflanze und das Wasser“, Seite 19, gesagt: „Die verdunstete Wassermenge kann sehr groß sein: man hat berechnet, daß große Bäume täglich über 100 l abgeben können. Natürlich ist diese Menge von vielen Umständen abhängig (Boden, Klima, Besonnung, Temperatur der Luft); jedenfalls versorgt die Pflanze, besonders also der Wald, die Luft mit großen Mengen von Wasser“.

Durch den von den Mutterbäumen gewährten Bodenschutz ist nun allerdings der Femelschlagbetrieb gegen den Kahlschlagbetrieb im Vorteil.

Hinsichtlich der Einwirkung auf den Boden lasse ich hier die Vorteile und Nachteile folgen, wie sie in dem mehrerwähnten Waldbauwerke von Heyer-Hefß, II Bd., S. 16, beim Femelschlagbetriebe im allgemeinen hervorgehoben sind:

a) „Die Mutterbäume erhalten nicht bloß die vorhandene Bodenkraft, sondern vermehren sie auch durch ihren Laubabwurf (Bereicherung der oberen Erdschichten). Die Gefahr der Verunkrautung ist bei rationeller Wirtschaft entweder gar nicht oder nur im geringen Grade vorhanden.

b) Der Nachwuchs leidet entweder gar nicht oder nur unter gewissen Umständen (bei Böcherhieben) durch Frost, Sonnenbestrahlung und austrocknende Winde; daher bleibt die Bodenfeuchtigkeit mehr erhalten. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß durch den Ueberhalt die Feuchtigkeitszufuhr zu den jungen Pflanzen geschmälert wird, weil die Mutterbäume bedeutende Wasserquantitäten aus dem Boden für sich beanspruchen und einen großen Teil der atmosphärischen Niederschläge mit ihren Kronen auffangen. Auch wird die Laubildung durch den Oberstand wesentlich vermindert, und die von den einzelnen Stämmen reflektierten Sonnenstrahlen wirken sehr austrocknend. Auf armen, trocknen, flachgründigen Böden, wo diese Uebelstände sich besonders bemerklich machen, kann hierdurch dieser Nutzen der Beschattung mehr als aufgewogen werden.“

Hierzu möchte ich Nachstehendes bemerken:

Interessant und von Wichtigkeit dürfte es sein, wenn von den forstlichen Versuchsanstalten einmal bei anhaltend trockenem Sommerwetter, bei derselben Holzart, demselben Alter und unter den gleichen Standortverhältnissen, der Boden in je einem vollständig geschlossenen und in je einem nur locker geschlossenen Bestande, ferner in je einem Femelschlage — vor und nach der natürlichen Besamung — sowie auf je einem frischen Kahlschlage einer vergleichenden Untersuchung, auf seinen durchschnittlichen Feuchtigkeitsgehalt unterzogen würde. Am besten würde es selbstredend sein, wenn letztere auf jede unserer Hauptholzarten und verschiedene Standortverhältnisse ausgedehnt werden könnte. Die betreffenden annähernden Zahlen würden natürlich auch nach dem Dichtgrade der Schlagstellungen verschieden sein. Für die vorliegende Arbeit würden Untersuchungen bei Fichte und Kiefer ein besonderes Interesse beanspruchen.

Es ist hohe Zeit, daß sich unsere forstliche Praxis

auf derartige exakte Zahlenangaben und nicht bloß auf unbewiesene Meinungen stützen kann.

Den obigen, nach dem gen. Werte mitgeteilten Einwirkungen des Femelschlagbetriebes auf den Boden mögen die dort weiter aufgeführten hauptsächlichsten sonstigen Vorteile dieses Betriebes folgen:

c) „Man gewinnt an den Mutterbäumen während der Verjüngungsdauer einen beträchtlichen Sichtungszuwachs und erzieht — zumal bei langer Verjüngungsdauer — wertvolle Starkhölzer.“

Bei den beiden, hier in Betracht kommenden Nadelhölzern: Fichte und Kiefer, hat wegen deren kurzen Verjüngungsdauer dieser Zuwachs keine besondere Bedeutung. Nur bei einem Sichtungs- oder etwa bei einem Ueberhalt-Betriebe — auf kräftigem Boden und bezw. in geschützter Lage — würde er von Belang sein.

d) „Die Insektengefahr und gewisse Jugendkrankheiten sind geringer als in Kahlschlagwäldern.“

e) „Die Kulturkosten fallen entweder ganz weg oder stellen sich doch niedriger als beim Kahlschlagbetriebe mit künstlicher Nachbegründung.“

Da, wo übrigens Bodenbearbeitungen in den Samenschlägen, Ausbesserungen der Verjüngungen und zeitige Ausläuterungen zu dichter Stellen der natürlichen Ansammlungen nötig werden, sind geringere oder größere Kostenaufwendungen unvermeidlich.

Schließlich wird noch gesagt: „Hiernach empfiehlt sich diese Verjüngungsmethode vorzugsweise für zärtliche Holzarten, wie Rotbuchen und Weißtannen, zumal in rauhen oder den Spätfrösten exponierten Lagen, ferner auf freiliegenden Bergkuppen, an steilen, mit grobem Felsgerölle bedeckten Hängen, überhaupt in Gebirgen.“

Als größerer Nachteil des Femelschlagbetriebes muß immerhin, wie erwähnt, die Sturmgefahr, in erster Linie bei der Fichte, hervorgehoben werden. Man wird daher diesen Betrieb hier mehr auf geschützte Lagen beschränken; doch wird sich jene Gefahr durch die empfohlenen Erziehungsmaßregeln auch sehr verringern lassen. Der Betrieb eignet sich übrigens bei Fichte und Kiefer hauptsächlich nur für bessere Böden.

Bei der Erörterung des üblichen Femelschlagbetriebes darf selbstredend die von Gayer in seinem berühmten „Waldbau“ beschriebene forstmäßige Form dieses Betriebes nicht unerwähnt bleiben. Indem ich auf dieses Werk verweise, möchte ich zugleich auf die in dem „Waldbau“ von Heyer-Hefß, Bd. II, S. 17, aufgeführten Vorteile und Nachteile des Gayer'schen Betriebes aufmerksam machen. Da nach dem letztgenannten Werke die Vorzüge dieser Betriebsform „auch bei sach- und ortsgemäßer Anwendung des Heyer'schen

emelschlag-Betriebs erreicht werden, ohne daß man größere Nachteile mit in Kauf zu nehmen braucht", und da vergleichende Untersuchungen über die Resultate beider Femelschlagformen noch nicht vorliegen, so haben wir keine Veranlassung, die geräuchliche Heyer'sche Femelschlagform durch die Gayer'sche Betriebsform zu ersetzen. Für die in vorstehender Arbeit besonders zu berücksichtigende Fichte und Kiefer ist die Angelegenheit ohnehin nicht von großer Wichtigkeit.

Zum Schlusse des Abschnittes über den letzteren Betrieb heißt es in dem Heyer-Heyß'schen Werke: „Die Holzart, für welche dieser Betrieb seine hauptsächlichste Bedeutung besitzt, ist die Weißtanne. Vollmasten der Buche sind zu selten; auch ist diese keine Nugholzart¹⁾. Für die Fichte eignen sich femelartige Betriebe — wegen der Sturmgefahr — in der Regel nicht, und für reine Bestände aus Nichtholzarten (Eiche, Kiefer, Lärche) kann die Gayer'sche Femelschlagform überhaupt nicht in Frage kommen.“

Bei der Weißtanne wird in jenem Werke, S. 103, noch besonders betont, daß für die lange Verjüngungsdauer (Gayer's Femelschlagform)“, wie sie im sächsischen Schwarzwalde üblich sei, „bedeutender Bichtungsansehnlicher Wertzuwachs und geringere Kulturhülfe“ spreche.

In geschädigten Lagen, auf kräftigen Böden und falls beim Femelschlagbetriebe der Fichte der Mutterbestand durch vorangegangene starke Durchforstungen widerstandsfähig erzogen ist, könnte behufs Erziehung von Starkhölzern auch einmal ein Versuch mit einem eigentlichen Bichtungsbetriebe²⁾ ausgeführt werden, der beim Gelingen infolge des Bichtungszuwachses sich sehr vorteilhaft erweisen würde.

Da, wo wegen Grasmüchsigkeit des Bodens ein Erfolg der natürlichen Verjüngung der Fichte durch Samenschläge nicht zu erwarten ist, und wo bei Kahlschlägen Frostschäden zu befürchten sind, wäre eine Umpflanzung mit allmählicher Bichtung des Schutzbestandes (Schirmschlagform) zu versuchen³⁾.

Sehr lehrreich würde es sein, wenn durch eingeleitete Versuche bei der Fichte die übliche Heyer'sche Femelschlagform mit der Gayer'schen, sowie mit dem Bichtungsbetriebe untereinander und mit dem Kahlschlagbetriebe in derselben Vertlichkeit nach ihren Ergebnissen verglichen werden könnten.

Nach der vorstehenden Erörterung der Vorteile und Nachteile usw. des Femelschlagbetriebes

möge nun zum Vergleich der Kahlschlagbetriebe einer näheren Betrachtung unterzogen werden, und zwar zunächst die äußere Beschaffenheit der Kahlschläge, wie sie sich meist bei den sehr verbreiteten Fichten-Abtriebschlägen zeigt.

Da, wo auf diesen Stöcke von geringer Höhe zum Zwecke der Rodung belassen werden, wie wohl meist z. B. im Harze üblich, findet letztere im folgenden Frühjahr und Sommer statt. Das gewonnene Stock- und Wurzelholz wurde bisher sodann an Ort und Stelle in Meilern verkohlt. In neuerer Zeit wird aber auf den Eisen-Hüttenwerken zur Ausnutzung der wertvollen Nebenprodukte der Holzdestillation (Holzessig, Holzteer, Holzgeist usw.) mehr die Retortenverkohlungen angewendet, bei der ebenfalls die Kohle als Rückstand verbleibt.

Die auf den Abtriebschlägen erfolgten Hölzer werden nach den vorgeschriebenen Bau-, Nutz- und Brennholzfortinenten — mit Ausnahme der stärkeren Block- und Balkenhölzer — an die Abfuhrwege gerückt oder in Reihen geordnet und in Haufen bezw. Raummaßen aufgeschichtet. Eine solche Anordnung der Hölzer auf dem Schlage ist wegen Erleichterung der Numerierung, Abnahme und Kontrolle seitens der Forstbeamten, sowie um den Käufern eine gute Uebersicht zu ermöglichen, selbstverständlich durchaus notwendig.

Zur Verhütung von Borkenkäferfraß werden wenigstens alle etwas stärkeren Stämme entrindet. Die etwa vom Käfer befallene Rinde wird verbrannt, die übrige bleibt auf dem Schlage liegen.

Das Ausästungsreisig wird — soweit es nicht zur Aufarbeitung gelangt — bei zu starker, die nachfolgende Pflanzung hindernder Lage, auf der Abtriebsfläche verbrannt, und die Asche auf letzterer verteilt. Bildet das Reisig kein zu lästiges Hindernis, wird es auf der Fläche belassen.

Auf den Nadelholz-Abtriebschlägen bildet sich nun infolge der Freistellung bald ein meist dichter Gras- und Unkrautüberzug. Ein solcher hat besonders nachstehende schädliche Wirkungen:

- a) Er verwurzelt den Boden und ist der Kultur hinderlich.
- b) Er entnimmt dem Boden mineralische Nährstoffe, die also den Holzpflanzen entgehen.
- c) Er unterdrückt junge Holzpflanzen durch Entzug von Licht, Wärme, Luft, Tau, Regen
- d) Er trocknet und magert als dichter Filz einen an und für sich schon trockenen Boden teils durch Abhaltung der Luftfeuchtigkeit und der wässerigen Niederschläge vom Boden, teils dadurch um so mehr aus, als „die Gräser durch ihre Wurzeln sehr große Wassermengen konsumieren

¹⁾ Für verschiedene Gegenden ist übrigens in neuerer Zeit bekanntlich auch die Buche in die Reihe der Nugholzarten getreten.

²⁾ S. Heyer-Heyß, Waldbau, II. Bd., S. 139.

³⁾ S. Heyer-Heyß, Waldbau, II. Bd., S. 115.

und durch die Transpiration ihrer oberirdischen Organe wieder abgeben ¹⁾“.

Die Nützlichkeit der Forstunkräuter würde außer ihrem unmittelbaren Nutzen hauptsächlich in Folgendem bestehen:

- a) Sie erhalten durch Abhaltung der direkten Sonnenstrahlen vom Boden diesen frischer und schützen, bei entsprechender Höhe und nicht zu dichtem Stande zarte Holzpflanzen in exponierten Vertikalitäten gegen Frost, austrocknende Winde und Hitze ²⁾.
- b) Durch ihre Verwesung bereichern sie den Boden an mineralischen Nährstoffen ³⁾.

Hinsichtlich der Erforschung des Einflusses der Forstunkräuter auf den Boden der Kahlschläge würden etwa nachstehende Versuche und Untersuchungen von Interesse sein:

1. Während anhaltend trockener Sommerwitterung wären einestheils von Unkraut befreite, andernteils von demselben stark überzogene, kleine Probeflächen in der gleichen Vertikalität auf ihren ungefähren Feuchtigkeitsgehalt zu untersuchen und die Ergebnisse miteinander zu vergleichen.

Zugleich wäre festzustellen, inwieweit annähernd die infolge der direkten Einwirkung der Sonnenstrahlen auf den Boden verursachte Erhitzung desselben eine Ermäßigung durch die Unkrautdecke erfährt.

2. Eine ähnliche Untersuchung wäre auf diesen Probeflächen nach Regenwetter anzustellen, um zu ermitteln, wie viele Regenfeuchtigkeit annähernd durch die Unkräuter vom Boden abgehalten wird. Ebenso wäre an klaren Sommertagen der Entzug des Taues festzustellen. Natürlich sind die betr. Feuchtigkeitsmengen nach Art und Stand der Unkräuter verschieden.

3. Da, wo bestimmte Forstunkräuter massenhaft auf den Schlagflächen sich vorfinden, wäre es

¹⁾ S. Heß, Forstschutz, 2. Aufl., II. Bd., S. 132.

²⁾ Dasselbst S. 131.

³⁾ Näheres über Schädlichkeit und Nützlichkeit der Forstunkräuter, s. dasselbe Werk. Bemerkungsweise mag hier noch erwähnt sein, daß auf Fichten-Abtriebsschlägen mit frischem humosem Boden vieler Formationen, wie bekannt, sofort nach dem Abtriebe der rote Fingerhut (*Digitalis purpurea*) oder auch das Weidenröschen (*Epilobium angustifolium*) massenhaft erscheinen. Dieses Auftreten der beiden Schlagpflanzen wird darauf hindeuten, daß höchstwahrscheinlich schon seit Generationen Fichtenbestände in denselben Vertikalitäten vorhanden gewesen sind, da jene Pflanzen sich hauptsächlich auf großen Kahlschlägen zeigen, und diese wohl nur in Fichtenbeständen — nicht in Laubholzbeständen üblich waren oder leicht durch Sturmverheerungen entstehen konnten. Man muß annehmen, daß die Samen der gen. Forstunkräuter sich lange Jahre keimfähig im Boden erhalten und auf den Abtriebsflächen infolge der Einwirkung von Luft, Wärme und Licht zum Keimen gebracht werden.

interessant, zu untersuchen, ob und welche mineralischen Nährstoffe durch diese Pflanzen vorwiegend dem Boden entzogen werden. Es ließe sich darnach feststellen, inwieweit die angebauten Holzpflanzen vielleicht in der Aufnahme dieser Stoffe beeinträchtigt werden.

4. Untersuchung, in welchem ungefähren Maße eine Vermehrung jener Nährstoffe und des Feuchtigkeitsgehalts des Bodens durch Verwesung der Unkräuter bewirkt wird.

Die Schlagruhe bei dem Fichten-Kahlschlagbetriebe bis zur Bepflanzung der Schlagflächen ist gewöhnlich eine zwei- bis dreijährige.

Durchhardt äußert sich darüber in seinem vorzüglichen „Säen und Pflanzen“ bei Abhandlung der Saat der Fichte folgendermaßen: „Weder im Rohhumus noch in einer Mineralerde findet der Samen ein passendes Keimbett“. Fichtenabtriebsschläge haben in der Regel eine mehr oder minder starke Decke von Rohhumus, der man weder eine Saat noch Pflanzung anvertrauen darf. Durch streifenweises Reinigen oder durch landwirtschaftliche Benutzung, sonst durch entsprechende Schlagruhe wird der Rohhumus unschädlich gemacht.

Bei Erörterung der Pflanzung der Fichte heißt es: „Der Rohhumus der frischen Abtriebsschläge ist der Fichte in solcher Form nicht zuträglich; gemeinlich läßt man daher den Schlag vor der Bepflanzung einige Jahre ruhen, damit teils der Rohhumus sich zersehe und mild werde, auch der zu lose Boden sich dichte, teils die größere Gefahr des Rüsselkäfers vorübergehe. Indes hält man es mit dieser Schlagruhe je nach Vertikalität, Betrieb und Erfahrung sehr verschieden. Am einen Orte liegt der Fichtenschlag nur ein Jahr lang, währenddem die Stückenrodung erfolgt, am andern erfordern Rüsselkäfergefahr, Holzvertrieb und Röhrlerei ein zweites, selbst drittes Jahr“.

Bezüglich des Rohhumus muß übrigens bemerkt werden, daß da, wo bei der Fichte die rationellen starken Durchforstungen als wichtige Erziehungsmaßregel eingeführt sind, der angesammelte Rohhumus sich aus bekannten Gründen bald in milden, den Bestände mehr zugutkommenden Humus umwandelt und daher lediglich in Rücksicht auf den Boden eine eigentliche Ruhezeit der Abtriebsschläge vor der Bepflanzung nicht nötig erscheinen dürfte. Meistens erfordern aber schon die letztgenannten obigen Rücksichten die Innehaltung einer angemessenen Schlagruhe.

Zum Zwecke einer richtigen Vergleichung des Kahlschlagbetriebes mit dem Femelschlagbetriebe wird es empfehlenswert sein, nunmehr die hauptsächlichsten Vorteile und Nachteile des ersteren Betriebes übersichtlich zusammenzustellen.

achdem beim Femelschlagbetriebe bereits das Nötige erörtert ist:

I. Vorteile bzw. günstige Eigenschaften des Kahlschlagbetriebes.

A. Inbezug auf Erhaltung der Bodengüte.

1. Soweit durch die Stockrodung bei Fichte und Kiefer nicht auch die schwächeren Wurzeln mit Wurzelstücken gelangen, sondern dem Boden verbleiben, verrotten sie und tragen zur Verbesserung des Bodens durch Abtriebsschläge bei. Zugleich wirkt die mit der Stockrodung verbundene Bodenlockerung (Einebnung der Stocklöcher) auf den Wuchs der angebauten Holzpflanzen günstig.

Eine Untersuchung des Feuchtigkeitsgehaltes des Bodens einestheils auf den eingeebneten Stocklöchern, andernteils auf den Zwischenräumen würde diese Wirkung deutlich zeigen.

Die Asche, die durch Verbrennung des zu den Feuern der Holzhauer behufs Speisenzubereitung benutzten Holzes zurückbleibt, bessert gleichfalls bei ihrer Verteilung auf der Fläche den Boden.

2. Das auf den Schlägen verbliebene Reisig und die belassene abgeschaltete Rinde — soweit solches Material nicht benutzt wird — üben zunächst durch Bodenbedeckung eine günstige Wirkung auf die Feuchtigkeiterhaltung des Bodens aus¹⁾. Nach der Verrottung hängen sie den letzteren. Werden sie verbrannt, so wirkt die verteilte Asche ebenso.

3. Das bei der Fällung und Aufarbeitung dem Boden verbleibende Sägemehl, sowie die Haulspäne, nützen gleichfalls durch Verrottung, wenn es sich hier auch nur um unerhebliche Mengen handeln kann.

4. Wo das gewonnene Stockholz etwa noch in Weilern verkauft wird, wirkt die auf den Weilerstellen zurückbleibende Rohlenstübe usw. als Bodenbedeckung. Jene verbessert die physikalischen Eigenschaften des Bodens durch ihre Hygrokapazität²⁾.

5. Die auf den Abtriebsflächen aufgeschichteten Nutz- und Brennholzer verhindern, so lange sie im Walde lagern, eine zu rasche Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit auf den Lagerstellen und schützen gegen Unkrautwucherung.

¹⁾ Allerdings erhitzen sich bekanntlich die von dem Fichtenreisig abgefallenen trockenen Nadeln stark und wirken insofern ungünstig auf den Boden.

²⁾ S. „Beobachtungen über Erhitzung der Bodenoberfläche im Jahre 1914“. Vom Kgl. Forstamtsassessor Dr. Münch. „Naturwissenschaftliche Zeitschrift für Forst- und Landwirtschaft“ 1915, S. 249 u. f. (Besprochen von Herrmann in der „Forstlichen Rundschau“, Heft 9 v. 1915).

³⁾ S. Heyer-Hefz, Waldbau, I. Bd., S. 203.

6. Die oft massenweise auftretenden Forstunkräuter schützen den Boden, wie bereits früher erwähnt, gegen zu starke Erhitzung durch die direkten Sonnenstrahlen und gegen eine zu rasche Verdunstung der Feuchtigkeit; außerdem düngen sie den Boden bei ihrer Verwesung.

7. Etwaige Steine auf den Abtriebsschlägen wirken ebenfalls günstig auf Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit.

8. Die atmosphärischen Niederschläge werden nicht durch Baumkronen zum Teil vom Boden zurückgehalten und können — soweit sie nicht durch dichtstehende Forstunkräuter behindert sind — dem Boden in vollem Maße zugutkommen.

9. Die von den Wurzeln des Abtriebsbestandes während dessen Vorhandenseins aus dem Boden aufgenommene beträchtliche Feuchtigkeitsmenge verbleibt — soweit sie nicht verdunstet — dem Boden.

B. Sonstige Vorzüge des Kahlschlagbetriebes.

1. Dem Femelschlagbetriebe gegenüber zeichnet er sich durch große Einfachheit aus.

2. Er „gestattet die größte Freiheit in der Anlage, Form und Größe der Schläge, welcher Vorzug für Fichtenkahlschlagwälder von besonderer Bedeutung ist.“

3. Er „bleibt unabhängig von dem Fruchtbarkeits-eintritt der zu verjüngenden Bestände, sowie von der Wiederkehr der Samenjahre.“

4. „Mit den Mutterbäumen fallen auch die Sturmschäden und die Beschädigungen an dem Nachwuchse durch die Holzernte hinweg.“

5. „Man erzieht gleichförmigere und überhaupt bessere Bestände“ als beim Femelschlagbetriebe¹⁾.

II. Nachteile des Kahlschlagbetriebes.

1. Durch den direkten Zugang der Sonnenstrahlen zum Boden, besonders im Sommer, kann jener, dem Femelschlagbetriebe gegenüber, durch zu starke Austrocknung und Vermagerung leiden, wenn der Bodenschutz durch Unkräuter sich ungenügend erweist; dieselbe ungünstige Wirkung können trockene Winde ausüben.

2. Infolge ungehinderten Lichteinflusses kann ein humoser Boden durch Unkrautwucherung benachteiligt werden²⁾.

¹⁾ Im weiteren darf ich auf Heyer-Hefz, Waldbau, II. Bd., S. 18 u. 123 verweisen.

²⁾ Vorteile und Nachteile der Forstunkräuter auf den Abtriebsschlägen sind früher bereits hervorgehoben.

Die genannten Nachteile zu 1 und 2 äußern sich natürlich je nach der Dauer der Schlagruhe und je nach den Standortverhältnissen in verschiedenem Maße. Wissen wir

3. Der Kahlschlagbetrieb erfordert selbstredend einen größeren Aufwand an Anstufkosten, als der Femelschlagbetrieb, doch werden die Mehrkosten durch die Vorteile des ersteren, sowie bei der Pflanzung durch den Altersvorsprung der Pflänzlinge wohl meist reichlich aufgewogen¹⁾.

In dem mehrerwähnten „Waldbau“ von Heyer-Hefß (II. Bd., S. 19) wird bezüglich der Nachteile der Kahlschläge gesagt: „Allerdings sind mit größeren Kahlschlägen (Breitschlägen) die Gefahren der Verunkrautung, Vermagerung und Verhärtung des Bodens verknüpft, so daß leicht ein Zurückgang des Holzwuchses von Geschlecht zu Geschlecht stattfindet. Auch leiden die auf den schutzlosen Schlägen begründeten Kulturen vielfach von Frost, Hitze, Winden, Krankheiten (Schütte) und Insekten (Maitäfer, Rüsselkäfer usw.).“

In Hochlagen kommen an steilen Hängen die Gefahren durch Bodenabschwemmung und Bodenabrutschungen, sowie nachteilige Einwirkungen auf das Regime der Gewässer hinzu. Man muß daher hier unter solchen Verhältnissen von der Kahlschlag-Wirtschaft absehen.“

Ferner heißt es in demselben Bande, S. 144, in dem Abschnitte über die Anwendbarkeit des Femelschlagbetriebes bei der Kiefer: „Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß mit größerer Ausdehnung der Kahlschlag-Wirtschaft die Engerlingskalamität zugenommen hat, weil die Maitäferweibchen ihre Eier lieber an freien als an beschatteten Orten ablegen. Auch tritt die Schütte und der Schaden durch Dürre in Kahlschlägen meist verderblicher auf als in Femelschlägen. Allein ein Durchschlagendes Mittel gegen diese Feinde ist überhaupt noch nicht gefunden. Andererseits könnte aber durch die Femelschlag-Wirtschaft der Insektengefahr insofern Vorschub geleistet werden, als infolge der unvollständigen Stockrodung eine Vermehrung der Brutstätten für manche Rüssel- und Bastkäfer eintritt.“

Da bei den vielen wichtigen Vorzügen des Kahlschlagbetriebes für Fichte und Kiefer die möglichste Erhaltung dieses Betriebes in hohem Grade wünschenswert erscheint, könnte man die Frage stellen: Ist die Möglichkeit vorhanden, die Nachteile des Kahlschlagbetriebes durch besondere

Maßnahmen und welche bedeutungslos zu machen bzw. angemessen herabzumindern?

Als solche Maßregeln wären etwa folgende — allerdings teilweise erst noch zu erprobende — zu nennen:

1. Für obige beide Nadelhölzer sind schmale Schläge, also kleine Hiebszüge zu wählen, „weil breite Schläge mehr unter den austrocknenden Wirkungen von Wind und Sonne leiden“¹⁾.

In Heyer-Hefß, Waldbau, II. Bd., S. 124, wird bezüglich des Fichten-Kahlschlagbetriebes mit künstlichem Anbau, nachdem die Vorzüge dieses Betriebes aufgezählt sind, gesagt: „Im allgemeinen empfehlen sich für Fichtenwaldungen — wegen des Schutzbedürfnisses dieser Holzart in der Jugend — mehr schmale Schläge (Absäumungen), welche da, wo eine regelwidrige Altersklassengruppierung (in Rücksicht auf die Sturmfolge) vorhanden ist, durchsagen. Loshiebe eingeleitet werden müssen. Zur Verminderung der Rüsselkäfergefahr dient ein angemessener Schlagwechsel in der Art, daß man die Schläge in einem Forstort (Bestand) erst nach etwa 3–5 Jahren fortsetzt.“

Von den Kiefern-Kahlschlägen heißt es daselbst S. 150: „Der kahle Abtrieb in Verbindung mit künstlicher Kultur ist für die Kiefer am meisten geeignet, zumal in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet. Die besten Resultate erzielt man durch grundsätzliche Aueinanderreihung der Jahresschläge mit einjähriger Schlagruhe bis zur Kultur; nur dürfen diese nicht zu groß, bzw. breit gemacht werden. Der gleichzeitige Angriff an möglichst vielen haubaren Beständen, die Wahl schmaler Schläge von etwa 50 bis 60 m Breite und deren Fortsetzung erst dann, wenn die Kultur auf dem vorausgegangenen Schläge gesichert ist, finden zurzeit die meisten Fürsprecher, weil durch die insolgedessen entstehenden kleinen Hiebszüge die Nachteile der großen Kahlschläge wesentlich gemindert und sonstige Vorteile (beste Ueberzicht, leichte Kontrolle, keine Beschädigung der Kulturen durch die Fällung und das Rücken, Schutz gegen den Rüsselkäfer, Ersparnis an Käfergräben usw.) erreicht werden.“

Um zu erkennen, in welchem ungefähren Maße der Feuchtigkeitsgehalt des Bodens auf schmäleren Kahlschlächen größer erscheint, als auf breiteren, wurden vergleichende Untersuchungen in trockener Jahreszeit von Interesse sein. Zugleich müßten diese sich auf Bestände mit vollem und mit lockerem Kronenschluß erstrecken. Selbstverständlich sind die zu erwartenden Resultate nach Boden und Lage verschieden.

Auch ein Versuch mit den bekannten Wagner-

doch, daß z. B. die Böden der Sandsteinformationen gegen Richtungen und Bloßlegen besonders empfindlich sind. Leicht wuchert hier das Heidelbeertraut, wird aber später durch Heide verdrängt, die wie bekannt, den höchsten Trockenheitsgrad des Bodens anzeigt; auf einem solchen Boden vermag dann nur noch die Kiefer einigermaßen zu gedeihen.

¹⁾ S. Heyer-Hefß, Waldbau, II. Bd., S. 124.

¹⁾ S. Hefß, Forstschutz, 2. Aufl., II. Bd., S. 278.

n Blendersaumschlägen, die, abweichend von der gewöhnlichen Ost-Westrichtung, — in Rücksicht nicht allein auf erfolgreichste Randbesamung, sondern auch auf Zuführung der meisten Niederschläge — im Norden nach Süden bezw. von Nordwest nach Südost geführt werden, würden durch eine Vergleichung mit ebenso schmalen, gewöhnlichen Kahlschlägen, hinsichtlich des ungefähren Feuchtigkeitsgehalts des Bodens, Interesse darbieten ¹⁾.

2. Zum Zwecke der Erreichung einigen Schutzes der Abtriebsflächen gegen die austrocknenden Sonnenstrahlen dürfte es sich vielleicht, besonders bei der Fichte, empfehlen, versuchsweise eine kleine Anzahl von geeigneten Stämmen so lange über zu halten, bis die ausgeführte Pflanzung gehörig angewachsen ist. Wenn man zu einem solchen vorläufigen Ueberhalt wegen der Sturmgefahr auch zunächst nur Schlagflächen mit kräftigen Böden und in geschützten Lagen wählen wird, so könnte man doch auch einmal in weniger geschützten Vertikalitäten, falls dem Abtriebsbestande durch bereits seit längerem Jahren ausgeführte starke Durchforstungen mehr Widerstandsfähigkeit aneignen sein sollte, denselben Versuch wagen. Wären etwa einzelne gutgeformte Stämme von Weißtannen und Lärchen vorhanden, so könnten natürlich auch diese mit übergehalten werden. Außer dem erreichten Schutze würde auch der erfolgende Sichtungs- und Zuwachs einen Vortheil darbieten.

Ein Vergleich des ungefähren Feuchtigkeitsgehalts des Bodens auf diesen, mit vorläufigem Ueberhalt versehenen Abtriebsflächen, mit reinen Kahlschlägen derselben Vertikalität würde über die etwaige Zweckmäßigkeit solchen Ueberhaltes Aufschluß erteilen.

3. Die rechtzeitige Anlegung von Waldmänteln in nieder- bezw. mittelwaldähnlicher Form, nicht allein an den Waldrändern, sondern bei größeren Fichtenbeständen auch in angemessenen Abständen im Inneren jener, würden, wie früher erwähnt, einen vermehrten Schutz der vorhandenen Bestände gegen Stürme usw. bieten, aber auch durch weiteres Fortwachsenlassen dieser Waldmäntel bezw. Schutzstreifen auf den Abtriebsflächen, letzteren sofort nach dem Abtriebe den so nötigen Schutz gegen austrocknende Winde gewähren.

Nähme man außer den Schutzstreifen vielleicht noch den zu 2 bemerzten Ueberhalt gegen die, durch die Sonnenstrahlen verursachte, zu starke Erwärmung des Bodens, mit zur Hülfe, so dürfte wohl zu hoffen sein, daß der letztere vor empfindlicher Ausrodnung mehr bewahrt bleiben würde.

¹⁾ S. Heyer-Hef, Waldbau, II. Bd., S. 121.

Die bereits früher angeführten vergleichenden Untersuchungen über den Feuchtigkeitsgehalt des Bodens theils in geschlossenen Beständen, theils in solchen mit lockerem Kronenschlusse, theils auf Abtriebsflächen, müßten, wo es sich ermöglichen ließe, bezüglich der letzteren theils auf mit Schutzstreifen, theils auf mit Ueberhalt, theils auf mit beiden zugleich versehene Abtriebsschläge ausgedehnt werden.

4. Auf Kiefern-Abtriebsflächen mit trockenem Sandboden wäre eine Bedeckung des Bodens zwischen den Kiefern-Pflanzenreihen mit grünem Kiefernreisig, zum Zwecke der Frischerhaltung des Bodens und allmählichen Zuführung von Stickstoff zu demselben, zu versuchen, ein Mittel, dessen günstige Wirkung von dem verdienstvollen Professor Schwappach gerühmt wird.

5. Bei der Aufforstung der Abtriebsflächen würde, soweit die Standortsverhältnisse geeignet erscheinen, durch Beimischung der Buche zu Fichte und Kiefer, ein etwa zu befürchtender, dauernder Rückgang der Bodenkraft vermieden und diese noch wesentlich erhöht werden.

Zugleich ist diese Mischung bereits früher als Vorbeugungsmittel gegen Sturmschäden usw. der Fichte erwähnt worden.

Wir müssen uns nun wieder der Beantwortung der hier ausschlaggebenden Frage zuwenden: Ist bei dem Kahlschlagbetriebe, wie er seit langen Jahren in vielen Gegenden, besonders bei der Fichte, üblich ist, in der Zeit vom Abtriebe des bisherigen Bestandes bis zu annähernden Schlusse der baldmöglichst nachfolgenden Pflanzung ein Rückgang der Bodenkraft und in welchem Maße — je nach den Standortsverhältnissen — unvermeidlich, so daß ein Uebergang zum Femeischlagbetriebe notwendig wäre?

Ermägt man die bereits hervorgehobenen Vortheile des Kahlschlagbetriebes in bezug auf Erhaltung der Bodengüte — besonders die volle Zuführung der atmosphärischen Niederschläge zum Boden, den Schutz des letzteren durch Gras und Unkräuter, den Ersatz der von diesen Pflanzen dem Boden entzogenen mineralischen Nährstoffe durch die Verrottung einer solchen Pflanzendecke an Ort und Stelle usw. — so sollte man meinen, die Bodenkraft der forstlich unangebauten Abtriebsschläge könne wohl kaum weder physikalisch noch chemisch Abbruch erleiden, wenn nicht die früher zugleich erwähnten großen Nachteile — Gefahr der Austrocknung des Bodens durch die direkten Sonnenstrahlen und trockenen Winde, ferner zu fürchtende starke Verunkrautung des Bodens u. a. — beständen. Aber auch diese Nachteile würden sich wahrscheinlich durch die oben empfohlenen Maß-

nahmen, in Verbindung mit einer zeitigen, zweckmäßigen Aufforstung, vermeiden oder genügend vermindern lassen. Durch Versuche und Untersuchungen muß natürlich erst noch Klarheit geschaffen werden.

Zunächst müßte einmal auf verschiedenen Standorten festgestellt werden, wie lange ungefähr eine Abtriebsfläche unaufgeforstet (Schlagruhe) bleiben kann, ohne eine merkliche Abnahme der Bodengüte zu erleiden?

Sodann wäre es wohl von Interesse, auch einmal die Wirkung der atmosphärischen Niederschläge auf eine bereits bepflanzte Schlagfläche vor erreichtem Schluß der Kultur etwas näher zu betrachten. In dieser Beziehung möchte Folgendes zu bemerken sein: Die Niederschläge verteilen sich hier selbstverständlich direkt teils auf die Pflanzen, teils auf den Boden der Zwischenräume derselben und auf den Boden unter den Zweigen, soweit das von diesen abfließende Wasser sich auf ihm ansammelt. Die auf den Pflanzen verbleibende Feuchtigkeit verdunstet hier natürlich, ohne ihnen zugutzukommen.

Der auf die Zwischenräume der Pflanzen fallende Teil der Niederschläge gelangt nur insoweit auf den Boden, als er nicht etwa durch Gras und Unkräuter von jenem zurückgehalten wird und auf solcher Bodenbedeckung verdunstet. Die den Boden der Zwischenräume erreichende Feuchtigkeit wird sich übrigens auch zum Teil nach den Wurzeln der Holzpflanzen hin seitwärts ausbreiten und so den Wassergehalt der Pflanzstellen noch etwas vergrößern. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß die betreffende Bodenbedeckung zwar aus dem Boden Feuchtigkeit und mineralische Nährstoffe für sich verbraucht, aber insofern günstig wirkt, als sie eine zu rasche Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit hindert und durch ihre Verwesung jene aufgenommenen Stoffe dem Boden wieder zurückgibt.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn alle diese Verhältnisse durch die forstlichen Versuchsanstalten einmal gründlich untersucht werden könnten.

Der Wiederaufbau der Abtriebschläge geschieht, wie bekannt, beim Fichtenbetriebe fast ausschließlich durch Pflanzung, in Kiefernrevieren mehr durch Saat als durch Pflanzung, doch hat letztere an Ausbreitung gewonnen. Auf den Aufbau selbst hier näher einzugehen, würde zu weit führen und erscheint überflüssig, da bei jedem Forstmann die nötigen Kenntnisse in dem so wichtigen Forstkulturwesen vorausgesetzt werden können. Nur einige Bemerkungen mögen mir gestattet sein:

Daß die Aufforstung möglichst bald, bei der Pflanzung unter Verwendung nur guten, kräftigen Pflanzmaterials — besonders bei dem Aufbau der Kiefer nur unter Benutzung einheimischen Samens bezw.

aus solchem erzeugter Pflanzen — zu geschehen ist selbstverständlich.

Die Vorzüge der Pflanzung vor der Saat liegen hauptsächlich darin, daß die Pflanzung den Stämmchen schon von der ersten Jugendzeit an einen naturgemäßen, größeren und gleichmäßigeren Wachs- und Nahrungsraum bietet, bei dem dieselben sich regelmäßiger entwickeln und rascher erstarren können. Eine schädliche Ueberfüllung an Pflanzen wie sie bei Saaten und natürlichen Verjüngungen eintritt, kann nicht vorkommen. Ebenso sind etwaige regelmäßige Bestandsmischungen am besten durch Pflanzung zu erreichen.

Versuche bei Fichten, auch durch Verwendung langwurzellig erzeugter Pflanzen vielleicht mehr auf Verminderung von Sturm- und Schneedruckschäden, sowie bei Kiefern auf trockene Sandböden durch die Benutzung ebenso bewurzelte Pflanzen mehr gegen Vertrocknung derselben hinzuwirken, setzen Pflanzung voraus. Gelänge die Anerkennung einer Pfahlwurzelbildung bei den Fichtenpflanzen, so würde dadurch wahrscheinlich auch das Höhenwachstum gefördert werden. Selbst eine forstliche Zuchtwahl, die als ein Vorzug der natürlichen Verjüngung und der Saat hingestellt wird, findet bis zu einem gewissen Grade auch bei der Pflanzung statt).

Durch die Wahl kleinen, übrigens kräftigen Pflanzmaterials und die Anwendung einfacher, guter, billiger Pflanzmethoden stellen sich die Kulturkosten kaum wesentlich höher als bei der Saat. Ohnehin schädigen die berührten Vorzüge der Pflanzung und der Altersvorsprung der Setzlinge gegen einen Mehraufwand an Kosten, den Saate gegenüber.

Weiter möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, wie es zur möglichsten Vermeidung bezw. Verminderung der bekannten empfindlichen Kalamitäten durchaus notwendig ist, daß da, wo es die Standortverhältnisse erlauben, viel mehr als bisher, auf die bereits erwähnte Beimischung der Buche zur Fichte und Kiefer gesehen werden muß. Freilich kommen für die Fichte in etwas höheren Gebirgslagen und für die Kiefer auf trockenerem Sandboden nur rein Bestände in Frage.

Auf geeignetem Boden und in passender Lage würde auch eine Einsprengung von Weißtanne und Lärche in die Fichtenkulturen, wie gleichfalls schon bemerkt, empfehlenswert sein.

Aus allen den vorstehenden betr. Auseinandersetzungen ist nun schließlich zu entnehmen, daß zu einem

¹⁾ Näheres s. Mai-Fest d. Bl. v. 1918, S. 167.

indlichen Beantwortung der in der Ueberschrift die-
Artikels gestellten Frage erst noch die Ergeb-
nisse mancher, den Boden betreffender Untersuchungen
und Versuche abgewartet werden müssen. Besonders
würden selbstredend die Reinerträge von anzu-
wendenden Versuchsfeldern bei beiden genannten Ver-
triebsarten zu einander in Vergleich gebracht werden.

Da, wo schon seit längeren Jahren durch starke
Nutzholzfällungen auf erhöhte Widerstandsfähigkeit der
Waldbestände gegen Kalamitäten hingearbeitet ist,
würden Versuche mit Samen Schlagstellungen
nicht auf geschützte Lagen mit gutem Boden be-
schränkt zu werden, sie könnten auch einmal, wie be-
reits erwähnt, auf weniger günstige Standorts-
verhältnisse Anwendung finden. Obige Erziehungs-
weise würde, wie gleichfalls schon früher hervorgehoben,
auch insofern einer weiteren Ausdehnung des Feme-
lschlagbetriebes förderlich sein, als bei jener zu-
gleich eine frühzeitigere, öftere und reichlichere Frucht-
bildung erwartet werden kann. Später würde es
sich ja dann zeigen, ob und innerhalb welcher Grenzen
auch der letztere Betrieb, auch in Gegenden mit bis-
heriger fast ausschließlichem Kahlschlagbetriebe,
zur Einführung, wenn auch etwa nur in geringem
Umfange, empfiehlt. Beide Betriebsarten könnten
vielleicht mitunter nebeneinander bestehen, was
in den letztgenannten Gegenden zugleich eine sehr wün-
schenswerte Abwechslung und vieles Interesse dar-
bieten würde.

Wenn erst einmal unter geeigneten Standortsver-
hältnissen die sehr zweckmäßige Beimischung der Buche
zur Fichte und Kiefer mehr durchgeführt sein wird,
würden die so herangewachsenen Mischbestände selbst-
redend am besten und billigsten durch Femelschläge
verjüngt werden, und würde schon hierdurch somit
dieser Betrieb eine größere Verbreitung erhalten.

In Gegenden, wo der Kahlschlagbetrieb
wegen seiner vielen, wichtigen, früher schon aufgezähl-
ten Vorteile seit langer Zeit ausschließlich in Anwen-
dung steht, wird man sich nur bei besonders wichtigen
Gründen zu einer vollständigen oder stellenweisen Um-
wandlung in den Femelschlagbetrieb verstehen.
Versuche mit beiden Betrieben nebeneinander müßten
natürlich eingeleitet werden.

Sehr zu berücksichtigen bleibt doch auch, daß durch
Anwendung der bezeichneten Maßregeln die Nach-
teile des Kahlschlagbetriebes sich, wie zu er-
hoffen, mehr vermeiden oder doch vermindern
lassen werden, nachdem event. jene Maßnahmen durch
Versuche und Erfahrungen ausreichend begründet sind.

Ein event. Rückgang der Bodenkraft bei
letzterem Betriebe würde sich, wie wohl anzunehmen,
nur unter bestmöglichen Standorts-, namentlich Boden-

verhältnissen oder bei längerer Dauer der Schlag-
ruhe bemerkbar machen. Bisher sind, wenigstens aus
unserem Harze, Klagen in dieser Richtung, soweit mir
bekannt, nicht lautbar geworden. Allerdings könnte
es ja sein, daß sich ungünstige Wirkungen hier und
da erst aus genauen vergleichenden wissenschaftlichen
Untersuchungen und Versuchen, sowie aus weiteren Er-
fahrungen feststellen ließen. Auch dürfte es wohl an
Vertlichkeiten nicht fehlen, wo vielleicht trotz aller
Vorsichtsmaßregeln, schon wegen etwa sehr zu
fürchtender Sturmgefahr, der Femelschlag-
betrieb bei der Fichte sich nicht ermöglichen ließe,
so wünschenswert sich seine Einführung in Rücksicht
auf den Boden auch erweisen sollte.

Besonders unter Beachtung der hier in Vorschlag
gebrachten Schutzmaßregeln wird man in reinen
Fichten- sowie Kieferrevieren getrost den
üblichen Kahlschlagbetrieb so lange beibehal-
ten können, als eine Minderung der Boden-
güte durch Vergleichung, namentlich der Bodenfeuch-
tigkeit und der Erträge bei beiden fragl. Betriebsarten,
nicht deutlich nachweisbar ist. Wo solches aber der
Fall sein und die Umwandlung in den Femel-
schlagbetrieb ratsam oder notwendig erscheinen
sollte, werden vielleicht die Bodenverhältnisse
derartig sein, daß man diesen Betrieb durch Boden-
bearbeitungen, sowie durch Saaten und Pflanzungen
kräftig unterstützen und ihm mehr Sicherheit
verleihen müßte.

Ohne den Ergebnissen von Versuchen und Erfah-
rungen vorgreifen zu wollen, möchte ich mich im großen
Ganzen bei Fichte und Kiefer mehr für die Wahl
des Kahlschlagbetriebes in Verbindung
mit der Pflanzung aussprechen, unter beson-
deren Standorts-, namentlich Bodenverhältnissen aber
muß dem Femelschlagbetriebe der Vorrang ein-
geräumt und ihm, meiner Meinung nach, eine grö-
ßere Ausdehnung als bisher, hauptsächlich in Revieren
mit ausschließlichem Kahlschlagbetriebe, ver-
schafft werden, insofern hier die Einführung des ersteren
Betriebes für manche Vertlichkeiten etwa durchaus
als zweckmäßig zu erachten sein sollte.

Zum Schluß meiner Arbeit möchte ich noch eine
Aeußerung des sehr verdienten Professors Heß über
den Kahlschlagbetrieb im allgemeinen
in dem mehrgenannten „Waldbau“ von Heyer-Heß,
II. Bd., S. 19, nicht unerwähnt lassen. Derselbe
lautet bei Aufzählung der Vorzüge dieses Betriebes
folgendermaßen: „Es ist für den Herausgeber er-
freulich, daß auch jetzt noch manche Forstmänner —
gegenüber der allgemeinen Schwärmerei für den Femel-
und Femelschlag-Betrieb — für den Kahlschlag-Betrieb

als überwiegende Form im Hochwalde eintreten, z. B. Arndt“.)

Weiter sagt er aber auch: „Es ist ein unbestreitbares Verdienst Gayers, in seinem „Waldbau“ auf

1) Arndt: Waldbauliche Streifzüge (Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen, 1905, S. 479).

die Nachteile einer übertriebenen Ausdehnung der Raßflächenform hingewiesen und eindringlich vor derselben gewarnt zu haben. Er ist aber mit der Verurteilung der Raßschlagform etwas zu weit gegangen, und einige seiner Anhänger haben die Verherrlichung der natürlichen Verjüngung auf Kosten der künstlichen Bestandesbegründung übertrieben.“

Literarische Berichte.

Wirtschaftszeitung der Zentralmächte. Offizielles Organ des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes und des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes. Herausgeber für das Deutsche Reich: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, für Oesterreich: Erz. Geh. Rat Dr. Wilh. Czner, für Bulgarien: Deputierter Erz. Ratschow, für die Türkei: Hadji Abil Bey, Präsident der 1. Türkischen Kammer. Geschäftsstellen: Berlin, Lindenstraße 105; Wien, Rote Turmstraße 19; Budapest, Bajza utca 26; Sofia und Konstantinopel. Redaktion: Berlin, Am Karlsplatz 16. Erscheint allwöchentlich in Berlin, Wien, Budapest, Sofia, Konstantinopel.

Das Jahres-Abonnement beträgt für Deutschland: 24 M., für Oesterreich-Ungarn: 30 K., für das übrige Ausland. einschl. Porto 32 M. Zu beziehen durch jede Postanstalt oder direkt vom Verlag.

Diese Zeitung, deren erste Nummer uns vorliegt, hat sich die Aufgabe gestellt, die in dem Weltkriege zusammen kämpfenden Staaten auch wirtschaftlich zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden, um sich in dauern- dem, engsten Anschluß aneinander stark und unabhängig zu machen und sich auf dem Weltmarkt die Stellung zu verschaffen, die ihnen einen sicheren Anteil am Welthandel gewährleistet und dadurch die Möglichkeit bietet, ihre wachsenden Volksmassen immer mehr zu berechtigtem materiellen und geistigen Lebensgenuß zu führen.

In einem Artikel „Zur Einführung“ weist der Erste Vizepräsident des Reichstages, Geh. Regierungsrat Dr. Paasche darauf hin, daß der Weltkrieg mit unheimlicher Deutlichkeit zeige, wie notwendig es für jede kontinentale Großmacht sei, sich nicht nur militärisch, sondern auch finanziell und wirtschaftlich so stark und unabhängig wie möglich zu machen, um ihre Selbständigkeit bewahren und behaupten zu können. Treue Pflege der Nahrung spendenden Bodenkultur, Förderung unseres auf wissenschaftlicher Grundlage sich entwickelnden Gewerbefleißes, Ausbau unseres Verkehrs- wesens und Sicherung unseres Handels durch zweck-

mäßige Handelspolitik müsse neben aller Pflege religiöser und geistiger Bildung, neben aller wachsenden sozialen Fürsorge die erste Pflicht der vereinten Völker sein. Die törichtsten Bestrebungen, die zurzeit in wachsendem Maße in England, Frankreich, Rußland und Italien zutage träten, die Mittelmächte Europas auch nach dem Kriege vom Handel mit den gegenwärtigen Feinden, womöglich auch mit den Neutralen, auszuschließen, würden, so unhaltbar und undurchführbar die Pläne auch sein möchten, doch für eine gewisse Uebergangszeit uns die alten Handelskanäle sperren oder ihre Benutzung stark erschweren. Darum müsse es das erste Ziel sein, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den heutigen Bundesgenossen so eng wie möglich zu gestalten, um ein großes Wirtschaftsgebiet zu schaffen, das mit den heutigen Weltmächten, Rußland, Nordamerika und England in erfolgreichen Wettbewerben treten könne. Ein möglichst enges Zusammenschließen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei, Bulgariens und etwaiger sonstiger Balkanstaaten würde zu einer ungeahnten Entwicklung all der mannigfachen wirtschaftlichen Kräfte führen, die in diesem großen Ländergebiet von der Nordsee bis zum Mittelmeer und bis zum Persischen Meerbusen heute noch der Erschließung harren. Gemeinsames Arbeiten, gegenseitige Förderung und zweckentsprechender Schutz gegen das Ausland könnten für alle Glieder dieses Verbandes einen wesentlichen Teil der Schäden ausgleichen, die durch die entstehende Störung der Welthandelswege entstehen müßten. Gelänge es dann, auch ein einheitliches, leistungsfähiges, afrikanisches Kolonialreich für Deutschland zu erhalten und zu schaffen, so würden die Lebensbedingungen dieses neuen Völkerbundes über allen Zweifel sichergestellt sein.

Es wird weiter ausdrücklich betont, daß die Wirtschaftszeitung es zu ihren besonderen Aufgaben rechnen werde, auf eine steigende, wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Kaiserreiche mit der Türkei und den Balkanstaaten, die den Anschluß an die Zentralmächte sichern oder finden werden, hinarbeiten.

Es soll zunächst von den mannigfachen Gesichtspunkten aus gekennzeichnet werden, in welcher wirtschaftlichen Lage sich die verbündeten Reiche und ihre einzelnen Erwerbsklassen befinden, wie sich ihre Wirtschaftspolitik gestaltet und gestalten muß, um ihre weitgehende Annäherung zu fördern, Hemmnisse, die dem entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen.

Diesem allgemeinen Teil des Blattes wird sich ein weiterer anfügen, der eine fortlaufende Uebersicht aus möglichst allen Teilen des wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Lebens in den verbündeten Reichen geben soll. Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Börse, Banken und Kapitalmärkte, Schifffahrt, Arbeitsmärkte, die Entwicklung des Verkehrs- und Lebens usw. sollen eine fortlaufende Betrachtung unter verschiedenen Gesichtspunkten erfahren. Auf diese Weise ist zu erhoffen, eine gründliche, gegenseitige Kenntnis zu fördern, ein gesteigertes Interesse der Völker von Hamburg bis Bagdad zu erwecken.

Diesem Beileitwort „Zur Einführung“ folgen eine Reihe höchst interessanter Artikel: „Deutsche Stimmen über die Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ (von Staatssekretär Helfferich, Geh. Regierungsrat Dr. G. Reiche-berlin, Franz v. Mendelssohn, Präsident der Handelskammer-Berlin, Dr. Rizzo, bulgar. Gesandter in Berlin, Graf Westarp, Dr. Hertel usw., Mitglieder des Reichstages u. a.), „Annäherung auf der ganzen Linie“

von Dr. Ernst Müller-Meiningen, Mitglied des Reichstages, „Der mitteleuropäische Wille“ von Dr. Fr. Naumann, Mitglied des Reichstages, „Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands“ von Kommerzienrat Hr. Friedrichs, „Renten und Dividenden im Kriege“, „Exportorganisation“, „Binnenschiffahrtswünsche“, „Günstiger Saatenstand“, „Amtliche Mitteilungen des Deutsch-Oesterr.-Ungar. Wirtschaftsverbandes in Berlin“. In einem besonderen Abschnitt: „Oesterreich-Ungarn“ werden nach einem Artikel: „Stimmen über die Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ Abhandlungen über „Wirtschafts- und Außenpolitik“ vom Reichstagsabgeordneten Max Friedmann, Obmann des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes in Wien, „Handelspolitische Annäherung der Zentralmächte“ vom k. k. Komm.-Rat H. Wetter, Präsident des Bundes österr. Industrieller in Wien, „Wirtschaftliche Annäherung“ von Sektionschef a. D. Dr. Sign. Brosche, Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs, „Die Bedeutung Mitteleuropas“ von Wirkl. Geh. Rat Jos. Szterényi, (gl. ungar. Staatssekretär a. D., Mitglied des ungar. Reichstages, und „Wirtschaftliche Rundschau“ gebracht.

Möge es der „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ gelingen, die großen Ziele, die sie erstrebt, voll und ganz zu erreichen!
E.

B r i e f e

Aus Preußen.
Der Etat der Domänen-, Forst- und landwirtschaftlichen Verwaltung für das Etatsjahr 1. April 1916/1917.

I. Der Etat der Domänen-Verwaltung.
Nach dem Abschluß des Etats der Domänenver-

waltung betragen die **Einnahmen** 33 841 200 M. gegen 33 782 380 M. des Vorjahres, die **Ausgaben** 14 325 130 M. gegen 14 846 430 M. des Vorjahres, es bleibt mithin ein **Ueberschuß** von 19 516 070 M., gegen 1915 ein Mehr von 580 120 M.

II. Der Etat der Forstverwaltung.

Der Abschluß des Forst-Etats lautet:

Ordinarium.

Die ordentlichen Einnahmen betragen	154 513 000 M. gegen 1915 mehr	245 000 M.
Die dauernden Ausgaben betragen	64 791 000 M. gegen 1915 weniger	1 656 000 M.
Mithin Ueberschuß im Ordinarium:	89 722 000 M	gegen 1915 mehr 1 901 000 M.

Extraordinarium.

Die außerordentlichen Einnahmen betragen	2 000 000 M. gegen 1915	ebensviel.
Die einmaligen u. außerordentlichen Ausgaben betr.	2 930 000 M. gegen 1915 mehr	300 000 M.
Mithin Zuschuß im Extraordinarium:	930 000 M. gegen 1915 mehr	300 000 M.
bleibt Ueberschuß:	88 792 000 M. gegen 1915 mehr	1 601 000 M.

A. Einnahmen.

Ordentliche Einnahmen.

		gegen den vorigen Sta
1. Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1916	143 600 000 M.	ebensoviel.
2. Nebennutzungen	7 709 000 „	mehr 164 000 M.
2. Jagd	800 000 „	ebensoviel.
4. Torfgräbereien im Forstwirtschaftsjahre 1916	124 000 „	weniger 16 000 „
5. Rückzahlungen auf die an Forstbeamte (Oberförster, Revierförster, Förster, Meister und Wärter) zur wirtschaftl. Einrichtung bei Übernahme oder anderweiter Ausstattung einer Stelle gewährten Vorschüsse	350 000 „	ebensoviel.
6. Forstliche Behranstalten	111 000 „	„
7. Verschiedene andere Einnahmen	1 819 000 „	mehr 97 000 „

Außerordentliche Einnahmen.

8. Erlöse aus dem Verkaufe von Forstgrundstücken (Einnahmen des vor- maligen Staatsfiskus)	2 000 000 „	ebensoviel.
---	-------------	-------------

Die Einnahme für Holz, welche im Etatsjahre 1912 = 146 007 147 M. und im Jahre 1913 = 151 241 453 M., mithin durchschnittlich pro Jahr 148 624 300 M. und im Etatsjahr 1914 = 126 310 420 Mark betragen hat, ist mit Rücksicht auf die Ungewißheit über die Verhältnisse des Etatsjahres 1916 in der Höhe des Vorjahres wieder eingestellt worden

Die Ist-Einnahme für Holz betrug in Millionen Mark:

1905 = 108,8	1910 = 118,1
1906 = 109,8	1911 = 147,2
1907 = 117,9	1912 = 146,0
1908 = 116,3	1913 = 151,2
1909 = 119,2	1914 = 126,3

Der Naturalertrag an Holz ist für 1916 veranschlagt auf:

a) kontrollfähiges Material	= 9 155 546 fm
b) nichtkontrollfähiges Material	= 2 089 777 „
im ganzen	= 11 245 323 fm

Der Flächeninhalt der Staatsforsten hat im Jahre 1915 betragen:

a) z. Holzzucht bestimmter Waldboden	= 2 729 502 ha
b) „ „ nicht „	= 322 177 „

im ganzen = 3 051 679 ha

gegen 3 043 425 ha im Jahre 1915

An Erlösen für veräußerte Forstgrundstücke in sind den Jahren 1912 und 1913 eingekommen:

im Etatsjahre 1912	= 6 864 158 M.
„ 1913	= 10 315 146 „

im ganzen = 17 179 304 M.

mithin durchschnittlich für ein Jahr 8 589 652 M.

Als mutmaßliche Einnahme ist ein Betrag von Millionen Mark in den Etat eingestellt worden.

B. Ausgaben.

Die Ausgaben betragen nach dem Etat in Millionen Mark:

1906 = 50,3	1911 = 73,1
1907 = 52,9	1912 = 73,9
1908 = 54,7	1913 = 80,0
1909 = 56,0	1914 = 80,3
1910 = 69,4	1915 = 69,2

Dauernde Ausgaben.

1. Kosten der Verwaltung und des Betriebes.

		gegen den vorigen Sta
Befoldungen	17 010 380 M.	mehr 130 210 M.
Wohnungsgeldzuschüsse	171 000 „	5 000 „
Anderer persönliche Ausgaben	2 730 448 „	ebensoviel.
Stellenzulagen, Dienstaufwands- und Mietsentschädigungen, Dienstkleidungszuschüsse	4 383 330 „	mehr 170 130 „
Werben und Verbringen von Holz und anderen Forstzeugnissen im Forstwirtschaftsjahre 1916	17 900 000 „	ebensoviel.
Unterhaltung und Neubau der Gebäude	3 250 000 „	„
Unterhaltung und Neubau der öffentlichen Wege	3 600 000 „	„
Beihilfen zu Wege- und Brückenbauten, zur Anlegung von Eisenbahngüterhaltestellen, außerhalb der Forsten, die von wesentlichem Nutzen für die Forstverwaltung sind	250 000 „	ebensoviel.
Wasserbauten in den Forsten	59 000 „	„

Forstkulturen, Bau- und Unterhaltung der Wirtschaftswege u. Eisenbahngüterhaltestellen, die im Interesse der Forstverwaltung angelegt werden müssen, Verbesserung der Forstgrundstücke, Forstvermessungen und Betriebsregelungen	6 000 000	„ weniger 1 790 000	„
Jagdverwaltungskosten und Wildschadenerfahrgelder	121 000	„	ebensoviel.
Forstgräbereien	31 000	„ weniger 2 500	„
Reisekosten	110 000	„	6 400
Umszugskosten	172 000	„	ebensoviel.
Bertilgung schädlicher Tiere im Wirtschaftsjahre 1916	300 000	„	„
Holzverkaufs- und Verpachtungskosten, Vorflutkosten, Prozeß-, Druckkosten und andere vermischte Ausgaben, darunter nicht abgelöste Postporto- und Gebührenbeträge mit Einschluß von Fernsprech- und Telegrammgebühren und sonstige Kosten des dienstlichen Verkehrs	1 110 842	„ weniger 65 440	„

2. Forstwissenschaftliche und Behrzwende.

Befoldungen	135 550	„ mehr 2 970	„
Wohnungsgelbzuschüsse	11 420	„	ebensoviel.
Andere persönliche Ausgaben	59 400	„	„
Sonstige Ausgaben	187 630	„ mehr 30	„

3. Allgemeine Ausgaben.

Real- und Kommunalsteuern und Kosten der örtlichen Kommunal- und Polizeiverwaltung in fiskalischen Guts- u. Amtsbezirken	4 100 000	„ weniger 100 000	„
Ablösungsrenten und zeitweise Vergütungen an Stelle von Naturalabgaben	1 242 000	„	ebensoviel.
Gesetzliche Kosten der Unfallversicherung und Unfallfürsorge sowie Ausgaben für die Unfallversicherung bei den Forstakademien und Beiträge zum Pensionskassenverbande für Gemeindeforstbeamte des Regierungsbezirks Wiesbaden	427 000	„	„
Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte sowie Pensionen und Unterstüzungen für Witwen und Waisen von Beamten	200 000 M.	„	„
Kosten der dem Forstfiskus auf Grund rechtlicher Verpflichtungen obliegenden Armenpflege mit Einschluß von rund 30 000 M., die im Durchschnitt alljährlich als Beiträge der Forstverwaltung zur Clausthaler Forstarbeiterunterstützungskasse im Reg.-Bez. Gildesheim gezahlt werden	128 000	„	„
Unterstützungen aus sonstiger Veranlassung, darunter einmalige Unterstüzungen für Personen ohne Beamteneigenschaft, die im Dienste der Forstverwaltung beschäftigt werden oder beschäftigt gewesen sind, und für ihre Hinterbliebenen	60 000	„	„
Ankauf von Grundstücken zu den Forsten	1 050 000	„	„

Einmalige und außerordentliche Ausgaben.

Ablösung von Forstservituten, Realsteuern und Passivrenten	100 000 M.	
Ankauf und erste Einrichtung von Grundstücken zu den Forsten, Vorbereitung und Ausführung des Verkaufs von Forstgrundstücken, deren Veräußerung beabsichtigt ist, z. B. Herstellung der nötigen Straßen-, Beleuchtungs-, Entwässerungs- usw. Anlagen sowie deren laufende Unterhaltung und Benützung	1 200 000	„

Hier kann derjenige Teil der St-Einnahme bei Kap. 1 Tit. 10 (Erlöse aus dem Verkauf von Domänen- und Forst-Grundstücken) und Kap. 2 Tit. 8 verwendet werden, der die Summe von 1 600 000 M. übersteigt und nicht zur Erwerbung und ersten Einrichtung von Domänen- und Domänengrundstücken verwendet wird. An Erlösen aus dem Verkauf von Domänen- und Forstgrundstücken sind veranschlagt unter Kap. 1 Tit. 10 = 2 000 000 M.

und unter Kap. 2. Tit. 8 = 2 000 000 M. Diese 4 000 000 M. übersteigen die Summe von 1 600 000 M., die nicht zur Erwerbung und ersten Einrichtung von Domänen- und Forstgrundstücken bestimmt ist, um = 2 400 000 M. Nach dem Verhältnis der Einnahmen zu einander entfallen hiervon je 1 200 000 M. auf die Domänen- und Forstverwaltung:

Versuchsweise Beschaffung von Instthäusern für Arbeiter	300 000
Außerordentlicher Zuschuß zum Wegebaufonds (3 850 000 M.)	1 300 000
Herstellung von Fernsprechanlagen	30 000

Die Zahl der Forstbeamtenstellen hat sich gegen 1915 um eine Forstrendanten- und eine Waldbwärterstelle verringert.

Ueber die Zahl der vorhandenen Dienstwohnungen und die Ist-Einnahme für Holz aus dem Etatsjahre 1914, sowie den Erlös für veräußerte Forstgrundstücke im Etatsjahre 1914 fehlen die näheren Angaben.

Die Organisationsreform ruht während des Krieges

selbstverständlich. Auch eine anderweite Arbeitsteilung zwischen den Oberforstmeistern und Forsträten ist noch nicht erfolgt, obwohl die Anordnung, daß die Prüfung und Feststellung der jährlichen Wirtschaftspläne durch die Forsträte allein und nicht durch die beiden Regierungsjorstbeamten erfolgen soll, seit einer Reihe von Jahren in Aussicht gestellt worden ist.

III. Der Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung, einschl. der Zentralverwaltung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

gegen den vorigen Etat.

A. Einnahmen 9 924 208 M. mehr 3 884 M.

B. Ausgaben.

B. Dauernde Ausgaben.

1. Ministerium	1 973 000 M.
2. Oberlandeskulturgericht	169 010 "
3. Generalkommissionen	13 195 421 "
4. Baultechnische Revisoren	32 700 "
5. Landwirtschaftl. Lehranstalten und sonstige wissenschaftliche und Lehrzwecke	5 046 517 "
6. Tierärztliche Hochschulen und Veterinärwesen	6 435 035 "
7. Förderung der Viehzucht	7 635 000 "
8. Förderung der Fischerei	588 527 "
9. Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen	4 194 444 "
10. Allgemeine Ausgaben	1 805 069 "

Unter den unter 9 aufgeführten Ausgaben sind enthalten, für: Ausführung des Gesetzes betr. Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, sowie Förderung der Wald- und Wiesenkultur überhaupt 195 000 M., ferner für Ausführung des Gesetzes vom 16. September 1899 betr. Schutzmaßregeln im Quellgebiete der linksseitigen Zuflüsse der Oder in der Provinz Schlesien 15 000 M.

Unter 10 (Allgemeine Ausgaben) sind zur Beobachtung der in den Flüssen vorkommenden Wasserstände und Messung der hierbei zum Abfluß gelangenden Wassermengen sowie Feststellung des tatsächlichen Verlaufs der Hochwasserwellen in den preussischen Stromgebieten 55 219 M. ausgeworfen.

Einmalige und außerordentliche Ausgaben

Hier sind im Ganzen vorgesehen = 5 638 350 M.

Unter diesen einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sind besonders zu erwähnen:

Für Errichtung von ländlichen Stellen mittleren und kleineren Umfangs auf staatlichen Grundstücken 280 000 M.

Zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen 915 000 "

Hierzu bemerken die Erläuterungen zum Etat:

Den westlichen Provinzen sollen wiederum die im vergangenen Jahre überwiesenen Beträge zugewendet werden, jedoch sind mit Rücksicht auf die Kriegslage Minderausgaben für 1915 zu erwarten, so daß unter Uebertragung der hieraus entstehenden Ersparnisse auf das Etatsjahr 1916 eine Kürzung des Fonds um 100 000 M. angezeigt erscheint. Danach sind von dem angelegten Betrage zu verwenden innerhalb der Rheinprovinz 400 000 M., Provinz Westfalen 175 000 M., Provinz Sachsen 100 000 M., Provinz Hannover 80 000 M.,

Provinz Hessen-Nassau 100 000 M., Provinz Schleswig-Holstein 40 000 M. und der Hohenollernschen Bande 30 000 M. Die Zuwendungen sollen wie bisher unter der Voraussetzung wenigstens gleicher Leistungen der Provinzial- oder Kommunalverbände und der gemeinsamen Verwendung der Fondsanteile des Staates und der beteiligten Verbände geleistet werden.

Zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen	1 252 000 „
Zur Durchführung des öffentlichen Wetterdienstes	210 000 „
Zur Förderung der Kultivierung und Besiedelung von Oedländereien in der Provinz Hannover	150 000 „
Zur Förderung der Kultivierung von Oedländereien in der Provinz Schleswig-Holstein	60 000 „
Desgl. in der Provinz Westfalen	50 000 „

Notizen.

A. Geheimerrat Dr. Richard Heß,

von 1869 bis 1910 ordentlicher Professor der Forstwissenschaft an der Universität Gießen, ist daselbst am 18. Januar gestorben und am 21. unter zahlreicher Beteiligung aus den Kreisen des Landes, der Stadt und der Universität auf dem alten Friedhofe an der Seite seiner Gattin, die ihm vor neun Jahren im Tode vorausgegangen war, beerdigt worden. Am Sarge wurden Kränze mit Ansprachen niedergelegt: namens der Universität vom Rektor Professor Dr. Sievers, namens der Philosophischen Fakultät von deren Dekan Prof. Dr. Kalschke, namens der Forstabteilung des Großh. Finanzministeriums von Geh. Oberforstrat Dr. Walther, für die Burschenschaften und deren Ältere Herren von Geh. Hofrat Dr. Haupt, seitens des studentischen Ausschusses und einer Gießener Gesellschaft näherer Freunde, des sog. „Dienstagskranzes“, dem früher auch Hundeshagen, Karl und Eduard Heyer sowie dessen Amtsvorgänger, der Oberförster und Professor Dr. Zimmer angehört hatten. Im Auftrage dieser Gesellschaft rebete der langjährige Amtsgenosse des Verstorbenen, Geh. Forstrat Dr. Wimmenauer. Diesem war zugleich nach Verabredung mit den genannten Vertretern der Universität die eingehendere Würdigung der wissenschaftlichen Verdienste des Verstorbenen vorbehalten. Ueber dessen Lebenslauf ist folgendes zu berichten:

Richard Heß ist am 23. Juni 1835 als jüngster Sohn des damaligen Regierungs- und Steuerrats, späteren Geh. Staatsrats und Geheimerrats Karl Heß in Gotha geboren. Seine Jugendjahre verbrachte er je nach dem Amtsorte des Vaters teils in Koburg, teils in Gotha, wo er die Gymnasien besuchte und im Jahre 1854 die Maturität erlangte. Seine ursprüngliche Absicht, Artillerieoffizier zu werden, hatte er infolge eines längeren Ferienaufenthalts zu Oberhof im Thüringer Walde zugunsten des forstlichen Berufes, den er dort kennen lernte, aufgegeben. Nachdem er zunächst die vorgezeichnete 1½-jährige Lehrzeit, und zwar bei dem als Entomologen rühmlichst bekannten Revierröhrer Kellner zu Georgenthal, zugleich auch unter dem leitenden Einfluß des dortigen Oberforstmeisters Schröbter, absolviert hatte, bezog er zunächst im Herbst 1855 die Akademie Wschaffenburg, wo damals Stumpf, Raufingher und, nach diesem Bayer Forstwissenschaft lehrten, und im folgenden Jahre die Universität Göttingen, um staats- und rechtswissenschaftliche, sowie naturwissenschaftliche Vorlesungen zu hören. Hier schloß er sich der Burschenschaft Brunsviga an, der er bis zu seinem Tode als treuer „Älter Herr“ angehörte. Die Staatsprüfungen

im Forst- und Kameralfach legte er 1856 und 1858 zu Gotha mit bestem Erfolge ab. Nun folgte eine Reihe von Jahren während deren sich Heß mit größtem Eifer den praktischen Arbeiten der Forstverwaltung an verschiedenen Revieren des Landes widmete. Zugleich entfaltete er seit 1860 eine ausgebreitete schriftstellerische Tätigkeit, die ihn in nähere Berührung mit Professor Dr. Gustav Heyer, dem Herausgeber der „Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung“ brachte. Denn in dieser Zeitschrift erschienen die meisten seiner damaligen Abhandlungen; so unter anderem eine über „Die Boshlebe“ im Oktoberheft 1862, der eine redaktionelle Bemerkung besonderen Dank und rühmende Anerkennung zollte. Heyer suchte ihn bei verschiedenen Gelegenheiten für den akademischen Lehrberuf zu gewinnen, aber Heß zog es zunächst vor, in der Praxis zu bleiben. Im Jahre 1860 wurde er zum Forstgehilfen ernannt, 1863 als Forstconducateur und 1868 als Forstcommissair, d. h. als zweiter Beamter einer Forstmeisterei, angestellt. Im Jahre 1863 gründete Heß in Ohrdruf durch seine Vermählung mit Sophie Schenk den eigenen Hausstand. Dieser Ehe sind vier Kinder entsprossen: zwei Töchter, Clara und Elise, von denen die erstere mit Herrn Oberstleutnant Pampe verheiratet, die zweite leider frühzeitig gestorben ist, und zwei Söhne, Arthur und Hugo, beide zurzeit im Heere stehend, sonst der eine Kaufmann, der andere Landwirt.

Als nun Gustav Heyer, zu jener Zeit ohne Zweifel unter allen akademischen Lehrern des Forstfaches der hervorragendste, im Jahre 1868 die Professur an der Universität Gießen mit der Direktion der neugegründeten Forstakademie Ründen vertauschte, schlug er Richard Heß zu seinem Nachfolger vor, denn in ihm glaubte er zu finden und fand er tatsächlich, was er suchte: reise Kenntnisse auf allen Gebieten seines Faches, reiche Erfahrung in der forstlichen Praxis, Behrgebe und unermüdblichen Fleiß in der Sammlung, Sicherung und Ordnung des Wissensstoffes. Wenn Heß auch an Originalität und genialer Durchführung eigener Gedanken seinem Vorgänger nicht gleich kam, so war er ihm an Vielseitigkeit doch überlegen. Wer die Lehrmittel des Gießener Forstinstituts, die Sammlungen und den akademischen Forstgarten vor seiner Zeit gekannt hat und nun sieht, was Heß daraus gemacht hat, der staunt und bewundert seine unermüdbliche Arbeitsleistung. Und wer die lange Reihe seiner Schriften überflieht, die bis ins Einzelne und Kleinste mit einer unerreichten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt ausgearbeitet sind, der begreift es vollkommen, daß alles, was Heß an tatsächlichen Angaben festgestellt hat, von anderen unbezogen als zweifellos

richtig übernommen werden konnte. Das gilt von seinen „Lebensbildern“ hervorragender Fachgenossen (1885), von seiner Schrift über „Eigenschaften und forstliches Verhalten der Holzarten“ (1883 und 1895), von seinen Erfahrungen und Beobachtungen im Gebiete des Waldbaus, wie sie in den zwei von ihm bearbeiteten letzten Auflagen des klassischen Werkes von Karl Heyer enthalten sind (1893 und 1906/9), und vor allem von seinem Hauptwerke: „Der Forstschutz“ (1878, 1887/90, 1898/1900), das in mehrere fremde Sprachen übersetzt worden ist, dessen vierte Auflage zu bearbeiten ihm aber leider nicht mehr vergönnt war. — Im Frühjahr 1869 trat Hef sein akademisches Lehramt an; seinem Vater war die Freude, dies zu erleben, noch beschieden; er starb im März 1871; seine Mutter war bereits 3 Jahre früher heimgegangen.

Im November 1869 hielt Hef seine akademische Antrittsrede „über die Organisation des forstlichen Versuchswesens“. Er vertrat darin die Anschauung, daß dies einem ausschließlich hierfür anzustellenden Beamten, der zugleich Mitglied der obersten Forstbehörde sein solle, zu übertragen sei. Als dann aber im Jahre 1882 die „forstliche Versuchsanstalt für das Großherzogtum Hessen“ errichtet und die Leitung der Versuche den beiden Professoren der Forstwissenschaft an der Landesuniversität übertragen wurde, unterzog sich Hef auch dieser Aufgabe, übernahm die Geschäftsleitung und die Leitung der Durchforschungs- und Kulturversuche, die er mit der ihm eigenen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit bis 1907 fortführte.

Nicht weniger als 41 Jahre hat Hef ohne Unterbrechung der Gießen'schen Universität angehört; fast alle lebenden hessischen Forstleute und viele auswärtige sind seine Schüler gewesen, die ihm 1894 und 1909 zum 25. und zum 40jährigen Amtsjubiläum ihre Dankbarkeit und Verehrung zum Ausdruck brachten. Vorträge auf seine Berufung an die Hochschule für Bodenkultur in Wien und die Universität München blieben ohne Erfolg. Im Jahre 1877 wurde er zum Rektor der Universität Gießen gewählt, 1890 zum „Geheimen Hofrat“ und 1907 zum „Geheimrat“ ernannt. Hessische und Großhessische Orden zierten seine Brust; der Oesterreichische Reichsforstverein und der Mährisch-Schlesische Forstverein verliehen ihm die Ehrenmitgliedschaft. Aber seinen höchsten Stolz dürfte er in der allseitigen Anerkennung seiner Verdienste um die Wissenschaft und ihre Lehre finden.

Ehre seinem Andenken!

Eine ausführliche „biographische Skizze“, von dem fürstlich Wittenstein'schen Forstmeister Herrn Franz Kraehl verfaßt, ist in den „Verhandlungen der Forstwirte von Mähren und Schlesien“, 53. Jahrgang, sowie als Sonderabdruck hieraus 1902 erschienen. Diese Schrift enthält auch ein bis dahin vollständiges Verzeichnis der literarischen Arbeiten von Richard Hef. Neben den bereits erwähnten Hauptwerken seien hier noch folgende selbständige Schriften zur Ergänzung genannt:

1. Grundriß zu Vorlesungen über Encyclopädie und Methodologie der Forstwissenschaft, 1873, sowie zu Vorlesungen über Forstbenutzung und -Technologie, 1876 und 1901.
2. Die forstliche Unterrichtsfrage, 1874; über die Organisation des forstlichen Unterrichts an der Universität Gießen, 1877; der forstwissenschaftliche Unterricht an der Universität Gießen in Vergangenheit und Gegenwart, 1881; über Umfang und

Bedeutung der Forstwissenschaft als Univeritäts-Disziplin, Festschrift 1881.

3. Der akademische Forstgarten bei Gießen, 1878 und 1890.
4. Encyclopädie und Methodologie der Forstwissenschaft, 1883, 1890 und 1892.
5. Ueber Walbschutz und Schutzwald, Rektoratsrede 1888.

An größeren und kleineren Abhandlungen und sonstigen Beiträgen in forstwissenschaftlichen Zeitschriften werden dort 176 aufgezählt. Davon finden sich mehr als 70 und auch später noch einige in der Allg. Forst- und Jagdzeitung. Den Schluß der Aufzählung endlich bilden 111 Biographien, die in dem Sammelwerke der historischen Kommission bei der kgl. Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu München — „Allgemeine Deutsche Biographie“ — erschienen sind.

Wahrlich eine Fülle wissenschaftlicher Arbeit, wie nur wenige sie aufzuweisen haben! W.

B. Muß der Käufer eines Grundbesitzes in den darüber abgeschlossenen Jagdpachtvertrag eintreten.

Urteil des Oberlandesgerichts Celle vom 16. Mai 1914.

(Nachdruck auch im Auszug verboten.)

Für Jagdpächter und Verpächter von Wichtigkeit ist folgende Entscheidung des Oberlandesgerichts Celle. — Vom Vollerbführer M. pachtete der Kaufmann S. dessen Jagd auf 6 Jahre, und zwar von 1911 bis Oktober 1917 gegen eine jährliche, im Voraus zu zahlende Jagdpacht von 150 M. Im März 1912 verkaufte M. seinen Vollerbführer an den Grundbesitzer L., und dieser verbot dem S. die Jagd auf seinem Grund und Boden, da durch den Verkauf des Hofes der Jagdpachtvertrag hinfällig geworden sei. Daraufhin begehrt S. durch Klage Feststellung, daß er auf Grund des mit M. abgeschlossenen Jagdpachtvertrages berechtigt sei, bis zum 1. Oktober 1917 auf dem von M. an den Beklagten veräußerten Grundbesitz zu jagen. Sowohl Landgericht Stade wie Oberlandesgericht Celle gaben der Klage statt; letzteres mit folgender Begründung: Der Jagdpachtvertrag sei eine besondere Art des Pachtvertrages. Pachtverträge gingen aber nicht schlechthin auf den Nachbegründer des Verpächters über. Nur dann finde ein solcher Übergang („Kauf bricht Pacht“) statt, wenn ein Grundstück verpachtet sei und wenn außerdem das Grundstück vor dem Eigentumswechsel dem Pächter überlassen, d. h. im Besitz übergeben sei. Das letztere treffe aber auf den Jagdpächter nicht zu; jedenfalls treffe es im vorliegenden Falle auf den Kläger nicht zu. Der Kläger bringe mit seiner Forderung durch, wenn er den Nachweis erbringe, daß der Beklagte den Jagdpachtvertrag übernommen habe, daß er also durch Vertrag mit M. in den Jagdpachtvertrag eingetreten sei. Dieser Beweis sei erbracht. Beim Verkauf seines Hofes habe M. dem Beklagten 75 M. gegeben als die Hälfte der Summe, die er von dem Kläger als Pacht für das erste Pachtjahr vom Oktober 1911 bis 1912 im Voraus erhalten habe. Durch die Annahme dieser 75 M. habe der Beklagte nicht, wie er meine, nur die Pflicht übernommen, dem Kläger die Ausübung der Jagd für die zweite Hälfte des ersten Pachtjahres zu gestatten, sondern er sei durch stillschweigende Uebereinkunft in den Pachtvertrag eingetreten, und habe daher zu dulden, daß der Kläger bis Oktober 1917 die Jagd auf seinem Grund und Boden ausübe. (Sächsischer Korrespondenz, G. m. b. H., Leipzig.)

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Maï 1916.

Eine Waldteilung im Odenwalde.

Von Dr. Wimmenauer in Gießen.

Im Januar- bis Märzhefte 1906 habe ich unter dem Titel „Praktische Waldwertrechnung“ über die Teilung eines etwa 3000 ha großen Waldbesitzes im Hügellande der Provinz Oberhessen berichtet. Einige Jahre später wurde mir Gelegenheit, an der Teilung eines noch größeren Waldgebietes, das sich auf mehr als 4000 ha erstreckt, mitzuarbeiten. Der Hergang hierbei ist vielleicht für die geehrten Leser der Allg. Forst- und Jagdzeitung nicht ohne Interesse, weil es mir gelungen ist, diese Teilung in wesentlich vereinfachter Art zur Ausführung zu bringen.

Es handelt sich dabei um die sogen. „Gemeinherrschaft Breuberg“, die seit mehr als 300 Jahren sich im gemeinschaftlichen Eigentume der gräflichen, später fürstlichen Häuser Löwenstein und Erbach befindet. Auch historisch ist diese Gemeinherrschaft nicht ohne Interesse. Ich werde deshalb unter Zugrundelegung von G. Simons Geschichte der Dynasten und Grafen zu Erbach und ihres Landes, Frankfurt a. M. 1858, zunächst kurz über die

Geschichte der Burg und Herrschaft Breuberg

berichten.

An der Mümling oder Mömbling, einem linksseitigen Nebenfläßen des Mains, liegt etwa 20 km südwestlich von Aschaffenburg, unweit der Grenze zwischen Hessen und Bayern, aber noch auf hessischem Gebiete, das alte Städtchen Neustadt i. O. Ueber demselben erhebt sich ein etwas über 300 m hoher Bergkegel, den die großenteils noch wohlerhaltene stattliche Burg Breuberg krönt. Sie ist nach Simons Annahme um das Jahr 1200 vom Kloster Fulda zum Schutze seiner dortigen Besitzungen erbaut und dann dem angesehensten Adelsgeschlechte der Umgegend, den Herren von Büchelbach zu Lehen gegeben worden. Diese nannten sich danach „Herren von Breuberg.“

Zur Herrschaft Breuberg gehörten das Gericht Neustadt und die Renten Höchst, Büchelbach und Kirch-

brombach. Die Grenze der Herrschaft ist auf der hier beigegebenen Uebersichtskarte leicht zu verfolgen und verläuft nach Simons Beschreibung wie folgt. Von der Böllsteiner Höhe (westlich von König und Kirchbrombach) in südlicher Richtung über Hembach bis zur „Spreng“ (einem kleinen Gasthaus an der Straße); dann nach Osten dem Langenbrombacher Bache folgend bis zur Mümling; längs dieser abwärts bis zur Mündung des Weilbachs, dem sie nun wieder aufwärts bis zum „toden Mann“, einem alten Grenzstein zwischen Breitenbrunn und Rimhorn, folgt. Hier wendet sich die Grenze nach Süden zum Rimbacher Tal, ersteigt jenseits desselben die Höhe des Eulbacher Parkes und fällt dann wieder bis Ohrenbach. Von da zieht sie zunächst talaufwärts, dann längs der jetzigen Landesgrenze, am Hofe Brunntal vorüber, bis zu dem Bache, der die Dörfer Haingrund und Sedmauern durchfließt, diesem folgend bis zur Landesgrenze und längs dieser an den Dörfern Büchelbach und Wiebelsbach vorüber in nördlicher Richtung bis zum Mümlingtale; dieses unterhalb Hainstadt überschreitend wieder aufwärts zwischen Wald-Amorbach und Sandbach, Heubach und Hetschbach hinlaufend bis Ober-Kaufes; von hier unweit des Ohlberges (bei Hering) in südlicher Richtung zwischen Gummetroth und Hasserroth nach Hölzerbach und zuletzt zwischen Wallbach und Brensbach, Affhöllerbach und Nieder-Rainsbach um den Schnellerts herum wieder zur Böllsteiner Höhe.

Der hervorragendste Mann des Breuburger Geschlechtes war Gerlach Reiz von Breuberg, der gegen Ende des 13. Jahrhunderts unter Rudolf von Habsburg und Adolf von Nassau sich als Heerführer auszeichnete und zum Landvogt von Thüringen und der Wetterau ernannt wurde.

Zu Anfang des 14. Jahrhunderts ging die Herrschaft nach dem Tode der letzten Breuburger an deren Erben, die Herren von Trimbarg, Eppenstein, Weinsberg und Wertheim über, von denen die letzteren, die Grafen von Wertheim, 1497 bis 1556 im Alleinbesitz der Herrschaft blieben.

Als nun 1556 der letzte Wertheimer, Graf Michael III. kinderlos starb, wurden wieder von verschiedenen Seiten Ansprüche an die Herrschaft Breunberg erhoben, bis man sich 1563 dahin einigte, daß die gräflichen Häuser Stolberg-Königstein und Erbach sämtliche Nutzungen und Gefälle gemeinschaftlich besitzen sollten. Der Anteil des ersteren Hauses ging endlich mit Anfang des 17. Jahrhunderts an die Grafen von Löwenstein über.

Obwohl die letzteren katholisch, die Erbacher dagegen evangelisch waren, beide Condomini also im dreißigjährigen Kriege getrennten Parteien angehörten, bestand die Gemeinherrschaft fort und besteht noch heute. Freilich ging es während jenes großen Krieges nicht ohne Streitigkeiten und wechselnden Besitz der Burg Breunberg, die damals als Festung eine Rolle spielen konnte, ab. Wir finden sie im Jahre 1631 unter kaiserlicher, 1634 unter schwedischer, 1637 wieder unter kaiserlicher Besatzung und 1644 abermals im Besitze der Gegenseite. Daß trotzdem während mehr als drei Jahrhunderten keine Spaltung eingetreten ist, bezeugt die rechtliche und gemeinnützige Gesinnung der beiden hochadeligen Familien.

Der Erbachtische Anteil der Gemeinherrschaft ging im Jahre 1747 an die jüngere Linie Erbach-Schönberg über, die zu Anfang des 20. Jahrhunderts in den Fürstenstand erhoben wurde. Dagegen verblieb der Löwensteinische Anteil der (katholischen) fürstlichen Linie Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. Das Eigentumsrecht an der Burg Breunberg und allem zugehörigen Grundbesitz steht nach wie vor beiden fürstlichen Häusern gemeinsam zu.

Den größten Teil ihres Besitzes machen

die Waldungen der Gemeinherrschaft aus. Deren Lage innerhalb der schon beschriebenen Umgrenzung ist aus der Uebersichtskarte zu ersehen, auf welcher sie nebst einigen privativ fürstlichen Walddistrikten durch Schraffierung der Waldbegrenzen hervorgehoben sind. Forstrat Dr. Räß gibt in seinem, leider Fragment gebliebenen, Werke von 1890 über die Ertragsregelung der Reviere Neustadt und Vielbrunn die Flächengröße des gemeinherrschaftlichen Waldbesitzes wie folgt an.

1. Selbständige Waldgemarkung mit dem Jagdschloß Hainhaus, dem höchsten Punkte des Höhenzugs zwischen Main und Mümling, die Feldgemarkung Vielbrunn vollständig umschließend = 2591 ha
2. Waldkomplex östlich von Neustadt, teils eigene Gemarkung, teils der Gemarkung Rai-Breitenbach angehörend . 924 "
3. Waldgemarkung „Gräben“, auf der zu übertragen . 3515 ha

Uebertrag . . . 3515 ha

- Karte mit Gr. bezeichnet, Distrikt „Steinwald“ (St.) und Kohlwald“ (K.) bei Rimhorn . . . 150 "
4. Waldgemarkung „Eichels“ zwischen König und Kirchbrombach . . . 169 "
 5. Distrikt „Hermesberg“ (H.) und Schlutruf (Schl.) bei Hüllerbach . . . 80 "
 6. Distrikt „Breunberg“, Distrikt „Schwedenchanze“ (Schw.), Distrikt „Scheuerberg“ (Sch.), Distrikt „Schließ“ usw. (Schl.) bei Neustadt und Sandbach . 196 "
 7. Distrikt „Schnellerts“, westlich von Böllstein . . . 27 "
 8. Distrikt „Hartsteinshecken“ (Hst.), Amtsgut und Kirchberg (A.) bei Sedmauern . 129 "

Summe 4266 ha

Der unter Nr. 7 genannte „Schnellerts“ mit spärlichen Resten einer Burgruine ist im Odenwalde nach der Volkslage bekannt als Ruhestätte des letzten Ritters von Rodenstein, der aber nur in Friedenszeiten hier liegt und, wenn ein Krieg ausbricht, mit dem „wilden Heere“ nach der Burg Rodenstein bei Reichelsheim überzieht¹⁾. Scheffel hat bekanntlich diese Sage in seinen viel gesungenen Rodensteinliedern verherrlicht. Der Walddistrikt „Schnellerts“ ist inzwischen da er von den anderen weit abliegt, seitens der Gemeinherrschaft gegen eine Anzahl fiskalischer Parzellen, die an Breunbergische Waldungen angrenzen, zusammen 21 ha; ausgetauscht worden.

Die aufgezählten gemeinherrschaftlichen Waldungen bildeten nebst einigen nachher noch zu nennenden privativ fürstlichen Distrikten zwei Oberförstereien: Neustadt und Vielbrunn. Zur letzteren, die ihren Sitz bis vor kurzem auf dem Bremhof hatte, dann aber nach Vandebach a. M. verlegt wurde, gehörte der unter 1 genannte große geschlossene Komplex mit 5 Schutzbezirken: Hainhaus, Bremhof, Brunnental, Haingrund und Hengmantel; zeitweise auch der Bezirk Sedmauern Nr. 8. Alles übrige bildete zusammen das kleinere, aber wegen zerstreuter Lage beschwerlichere Revier Neustadt.

¹⁾ Aus meiner Kinderzeit ist mir noch erinnerlich, daß zu meinem Vater, der ums Jahr 1850 ev. Pfarrer in Kirchbrombach war, ein Bauersmann aus Hüllerbach oder einem der benachbarten Orte kam und erzählte, in einer der letzten Nächte sei das wilde Heer wieder umgezogen und habe, wie gewöhnlich, seinen Weg durch eine Scheuer (soweit ich mich erinnere, in Nieder-Rainbach) genommen, die vorn und hinten ein Tor habe. Am Morgen nach dem Umzug habe man beide Tore ausgerissen und niedergelegt gefunden. Auch im Sommer 1914 soll, wie mir am Rodenstein erzählt wurde, wieder ein Umzug stattgefunden haben. W.

Die Forstverwaltung war dadurch erheblich erschwert, daß beide Oberförstereien nicht nur über die jährlichen Wirtschaftspläne, sondern auch über alle anderen wichtigen Vorschläge an zwei Zentralstellen, die fürstlich Löwensteinische Domänen-Kanzlei in Wertheim a. M. und die fürstlich Erbachische Rentkammer in Schönberg a. d. Bergstraße, zu berichten hatten. Diese „kommunizierten“ dann untereinander und so kam es, daß die endgiltige Entscheidung oft stark verzögert wurde. Ein so schwerfälliger Geschäftsgang paßt in die heutige Zeit nicht mehr. Man entschloß sich daher im Jahre 1903, eine Teilung, zwar nicht im Eigentume, weil eine solche wegen der agnatischen Konsequezen vielleicht Schwierigkeiten verursacht haben würde, wohl aber „in Besitz und Genuß“ auszuführen; dergestalt, daß zwei gleichwertige Reviere ausgeschieden werden sollten, von denen je eines zu selbständiger Verwaltung und Nutzung der einen und der anderen Seite zugewiesen würde. Die Ausführung der Teilungsarbeit wurde einer fünfköpfigen Kommission übertragen, zu der jede der beiden fürstlichen Verwaltungen zwei Mitglieder zu ernennen hatte. Von Löwensteinischer Seite waren es die Herren Forststrat Dr. Räß und Oberförster von Uiblagger, von Erbachischer Seite Herr Oberförster Scheel und der Verfasser dieses Aufsatze. Als fünftes unparteiisches Mitglied und Vorsitzender der Kommission wurde Herr Geh. Oberforststrat Seyd in Darmstadt gewählt.

In einem längeren Gutachten hatte ich schon im Jahre 1902 näher ausgeführt, daß und warum ich im vorliegenden Falle ein abgekürztes Teilungsverfahren für anwendbar hielt. Anstatt einer vollständigen Wertermittlung des Bodens und der Holzbestände, wie sie in anderen Fällen bei komplizierter Bestockung und Betriebsart unentbehrlich erscheint, glaubte ich hier durch Ausscheidung zweier Waldhälften zum Ziele zu gelangen, die wenn möglich

1. gleiche, auf mittlere Bonität reduzierte Flächengröße,
2. gleiche Holzvorräte und
3. gleiche Durchschnittserträge aufweisen sollten. Beide letzteren sollten zunächst in Festmetern, dann aber, wenn es nötig erschiene, auf Grund weniger Reduktionsfaktoren auch in Wertmetern veranschlagt werden.

Denn im Breunberger Walde sind tatsächlich nur zwei Holzarten, Buche und Kiefer, von wesentlicher Bedeutung. Alle anderen wie Eiche, Fichte, Tanne, Lärche, spielen nur eine ganz untergeordnete Rolle. Und der Geldwert der beiden Hauptholzarten ist auch kein erheblich verschiedener, weil die Kiefer zwar mehr und wertvolleres Nutzholz, die Buche aber das viel be-

gehrtere Brennholz liefert. Im Durchschnitt der fünf Jahre 1898 bis 1902 wurden vom Festmeter

	Laubholz	Nadelholz
im Revier Neustadt	9,61	9,09 Mk.
„ „ Vielbrunn	9,76	10,35 „
„ ganzen	9,70	9,77 „

erlöst.

Sollte das oben bezeichnete Ideal gleicher reduzierter Waldflächen, Holzvorräte und Durchschnittserträge nicht ganz zu erreichen sein, so wäre das Hauptgewicht auf die Jahreserträge zu legen, zugleich aber darauf Rücksicht zu nehmen, daß jedem der beiden Teilstücke möglichst gleiche Flächen und Holzvorräte der geringeren, zur Umwandlung in Nadelholz vorgesehenen Buchenbonitäten zugewiesen würden.

Zur besseren Abrundung der beiden zu bildenden Verwaltungsbezirke wurde noch bestimmt, daß auch die angrenzenden beiderseitigen privativ fürstlichen Waldparzellen in das Teilungsverfahren einbezogen werden sollten. Eigentum des fürstlichen Hauses Erbach-Schönberg sind nur kleine, auf verschiedenen Gemarkungen zerstreute Waldflächen mit zusammen 19 ha. Dagegen gehören dem fürstlichen Hause Löwenstein-W. N. folgende Distrikte:

1. Kammerschlag und Gaisberg (auf dem Plane mit G. bezeichnet) bei Sedmauern = 52 ha
2. Schwanne (Schw.) bei Breitenbrunn . 89 „
3. Verschiedene, auf dem Plane nicht ausgeschiedene Waldstücke bei Vielbrunn, zusammen 150 „
4. Dgl. bei Nieder- und Mitteltinzig . . 33 „
5. Dgl. bei Wald-Amorbach 24 „
6. Dgl. bei Schloß-Naues 92 „

im ganzen 440 ha

Der Teilungskommission, welche im Jahre 1904 zum ersten Male zusammentrat, legte ich zwei Entwürfe A und B vor, von denen der erstere Annahme fand. Dieser wies dem fürstlichen Hause Löwenstein-W. N. als Oberförsterei Vielbrunn den weiter oben unter 1 genannten großen Waldkomplex beim Jagdschloß Hainhaus mit Ausnahme der Distrikte Eichen, Klinge (Kl.) und Neuerwald (N.) zu, die im Plane durch eine schraffierte Grenzlinie ausgeschieden sind; außerdem die sieben erwähnten beiderseitigen privativen Waldparzellen bei Vielbrunn und die unter 6 genannten bei Schloß-Naues. Alles übrige war als Oberförsterei Neustadt dem fürstlichen Hause Erbach-Schönberg zugeteilt. Der zweite Entwurf B unterschied sich von dem ersten dadurch, daß er auch den Bezirk Schloß-Naues sowie einen weiteren Distrikt beim Hainhaus zu Neustadt, dagegen den Bezirk Sedmauern zu Vielbrunn schlug. Hierdurch wären beide

Tab. I.

Uebersicht der Waldflächen in ha und der Ansprüche beider fürstlichen Häuser.

Flächenteile	Laubholz in Standortsklasse					Summe	Nadelholz in Standortsklasse				Summe	Hauptsumme
	I	II	III	IV	V		I	II	III	IV		
Obf. Neustadt	1,7	32,7	238,2	190,7	101,9	565,2	435,6	565,5	12,6	—	1013,7	1578,9
Eingetauschte Parzellen .	—	—	—	—	—	—	15,9	5,0	—	—	20,9	20,9
Obf. Vielbrunn	6,0	25,6	325,8	54,8	139,7	1072,6	576,4	737,7	79,4	11,2	1404,7	2477,3
Gemeinschaftl. Besitz . .	8,3	58,3	564,0	765,6	241,6	1637,8	1027,9	1308,2	92,0	11,2	2439,3	4077,1
Hiervon die Hälfte . . .	4,1	29,2	282,0	382,8	120,8	818,9	514,0	654,1	46,0	5,6	1219,7	2088,6
Privativ Erbach-Schönbergisch	—	—	1,1	7,5	—	8,6	9,3	0,9	—	—	10,2	18,8
Anspruch des fürstl. Hauses Erbach-Schönberg .	4,1	29,2	283,1	390,3	120,8	827,5	523,3	655,0	46,0	5,6	1229,9	2057,4
Reduktionsfaktor	1,7	1,4	1,1	0,9	0,6	—	1,0	0,8	0,6	0,4	—	—
Reduzierte Flächen . . .	7,0	40,9	311,4	351,3	72,5	783,1	523,3	524,0	27,6	2,2	1077,1	1860,2
Hälfte des gemeinschaftl. Besitzes	4,1	29,2	282,0	382,8	120,8	818,9	514,0	654,1	46,0	5,6	1219,7	2088,6
Privativ Löwensteinisch in der Obf. Neustadt .	—	13,8	36,4	28,1	3,1	81,4	66,0	113,9	16,7	11,6	208,2	289,6
„ „ „ Vielbrunn . . .	0,3	—	1,8	12,0	1,6	15,7	43,5	91,8	—	—	135,3	151,0
Anspruch des fürstl. Hauses Löwenstein	4,4	43,0	320,2	422,9	125,5	916,0	623,5	859,8	62,7	17,2	1563,2	2479,2
Dgl. in redug. Größe . .	7,6	60,1	352,2	380,6	75,3	875,8	623,5	687,8	37,6	6,9	1355,8	2231,6

Tab. II.

Buteilung der Waldflächen in absoluter und reduzierter Größe.

Flächenteile	Laubholz in Standortsklasse					Summe	Nadelholz in Standortsklasse				Summe	Hauptsumme
	I	II	III	IV	V		I	II	III	IV		

Fürstliches Haus Erbach-Schönberg.												
Obf. Neustadt . . .	1,7	32,7	238,2	190,7	101,9	565,2	435,6	565,5	12,6	—	1013,7	1578,9
Eingetauschte Parzellen .	—	—	—	—	—	—	15,9	5,0	—	—	20,9	20,9
Vom gemeinschaftl. Besitz in der Obf. Vielbrunn	—	2,1	29,9	34,7	2,8	69,5	76,4	104,3	2,9	—	183,6	253,1
Vom fürstl. Löwenst. Be- sitz in Neustadt . . .	—	10,5	9,6	2,0	—	22,1	51,8	95,4	16,7	11,5	175,4	197,5
Dgl. in Vielbrunn . . .	—	—	—	—	—	—	0,3	0,7	—	—	1,0	1,0
Summe	1,7	45,8	277,7	227,4	104,7	656,8	580,0	770,9	32,2	11,5	1394,6	2051,4
Reduktionsfaktor . . .	1,7	1,4	1,1	0,9	0,6	—	1,0	0,8	0,6	0,4	—	—
Reduzierte Flächen . . .	2,9	63,5	305,5	204,6	62,8	639,3	580,0	616,7	19,3	4,6	1220,6	1859,9

Fürstliches Haus Löwenstein-Vertheim-Rosenberg.

Vom gemeinschaftl. Besitz in der Obf. Vielbrunn	6,6	28,5	295,9	540,3	136,8	1003,1	500,0	633,4	76,5	11,2	1221,1	2224,2
Fürstl. Erbach-Sch. 'scher Besitz	—	—	1,1	7,5	—	8,6	9,3	0,9	—	—	10,2	18,8
Fürstl. Löwenst. Besitz in Vielbrunn	0,3	—	1,8	12,0	1,6	15,7	43,2	91,0	—	—	134,2	149,9
Dgl. in Neustadt	—	3,3	26,8	26,1	3,1	59,3	14,3	18,6	—	—	32,9	92,2
Summe	6,9	26,8	325,6	585,9	141,5	1086,7	566,8	743,9	76,5	11,2	1398,4	2485,1
Dgl. in redug. Größe . .	11,8	87,5	358,2	527,3	84,9	1019,7	566,8	595,1	45,9	4,5	1212,3	2232,0

Tab. III.

Uebersicht der Holzvorräte in fm und der Ansprüche beider fürstlichen Häuser.

Flächenteile usw.	Eiche	Buche	Kiefer	Fichte	Summe	Hiervon	
						Raubholz über 100	Nadelholz über 60
	Festmeter					Jahren	
Gemeinschaftlicher Besitz	10058	337591	474245	46463	868357	106819	247856
Hiervon die Hälfte	5029	168796	237123	23231	434179	53409	123928
Privativ Erbach-Schönbergisch	48	1054	1322	62	2486	47	945
Anspruch des fürstl. Hauses Erbach-Sch. .	5077	169850	238445	23293	486665	53456	124873
	174927		261738			178329	
pro red. ha	228		243		234		
Hälfte des gemeinschaftl. Besitzes	5029	168795	237122	23232	434178	53410	123928
Privativ Löwensteinisch							
in der Obf. Neustadt	416	18331	42311	635	61693	7032	27761
in der Obf. Wielbrunn	689	979	20692	5118	27478	340	15197
Anspruch des fürstl. Hauses Löwenstein .	6134	188105	300125	28985	523349	60782	166886
	194239		329110			227668	
pro red. ha	222		243		234		

Tab. IV.

Zuteilung der Holzvorräte.

Flächenteile usw.	Eiche	Buche	Kiefer	Fichte	Summe	Hiervon	
	Festmeter					Raubholz über 100	Nadelholz über 60
						Jahren	
Fürstliches Haus Erbach-Schönberg.							
Gemeinherrschaftl. Obf. Neustadt	1096	120922	219850	14727	356595	32251	104070
Eingetauschte Parzellen	—	—	1088	64	1152	—	—
Obf. Wielbrunn	109	7927	33762	349	42147	5742	10237
Fürstl. Löwensteinisch	416	5797	37175	571	43959	43	26193
Summe	1621	134646	291875	15711	443553	38036	140500
	136267		307586			178536	
pro red. ha	213		252		239		
Fürstliches Haus Löwenstein-Wertheim-Rosenberg.							
Gemeinherrschaftl. Obf. Wielbrunn	8853	208742	219713	31352	468660	688 6	133557
Fürstl. Löwensteinisch							
Obf. Wielbrunn	689	979	20524	5089	27281	340	15189
Obf. Neustadt	—	12534	5186	64	17734	6989	1568
Fürstl. Erbach-Schönb.	48	1054	1322	62	2486	47	945
Summe	9590	223309	246695	36567	516161	76202	151259
	232899		283262			227461	
pro red. ha	229		234		231		

Oberförstereien noch besser arrondiert worden; da man aber von fürstl. Löwensteinischer Seite besonderes Gewicht auf die Beibehaltung von Schloß-Mauses legte, wurde der Entwurf A vorgezogen.

Daß dieser hinsichtlich der Flächen-Zuteilung der gestellten ersten Bedingung entspricht, beweisen die vorstehenden Tabellen I und II, aus denen hervorgeht, daß die zugeteilten reduzierten Flächen den berechtigten Ansprüchen bis auf Bruchteile des ha genau entsprechen, daß aber auch die absoluten Flächen annähernd zutreffen, also die Durchschnitts-Bonität der Flächeneinheit beiderseits die gleiche ist. Die Endziffern der Tabelle I und II sind folgende:

Oberförsterei	Vielbrunn	Neustadt
Anspruch in absol. Größe	2479,2	2057,4
Zuteilung	2485,1	2051,4
Anspruch in reduzierter Größe	2231,6	1860,2
Zuteilung	2232,0	1859,9

Die beiderseits angewendeten Reduktionsfaktoren sind aus den benutzten Ertragstafeln, die bei den Forsteinrichtungsarbeiten in Hessen eingeführt sind, abgeleitet. Die Abweichungen der hier aufgeführten Flächensummen von den weiter oben nach Maß angegebenen erklären sich dadurch, daß die Wegflächen hier ausgeschlossen, dort aber eingerechnet sind.

Daß auch die zweite Forderung, Verteilung der Holzvorräte nach Maßgabe der Ansprüche, annähernd erfüllt ist, zeigen die Tabellen III und IV. Deren Schlußziffern sind folgende:

Oberförsterei	Vielbrunn	Neustadt
Anspruch im ganzen	523 349	436 665 fm
Zuteilung	516 161	443 853 "
Anspruch an älteren Beständen	227 668	178 329 "
Zuteilung an dgl.	227 461	178 536 "

Hiernach würde die fürstl. Erbach-Schönbergische Oberförsterei Neustadt etwas über 7000 fm im ganzen zu viel und die Gegenseite ebensoviel zu wenig erhalten. Das wären ungefähr 1,5 % der betr. Ansprüche. Diese Differenz verliert aber an Bedeutung, wenn man beachtet, daß die Zuteilung haubarer und angehend harbarer Bestände, die doch den bei weitem größeren Teil des Wertes darstellen, fast genau mit den Ansprüchen übereinstimmt.

Viel größer sind allerdings die Unterschiede zwischen Anspruch und Zuteilung an den einzelnen Holzarten; hier hat Vielbrunn entschieden zu viel Laubholz, Neustadt zu viel Nadelholz erhalten. Aber die Durchschnittszahlen pro red. ha zeigen, daß die Bestockung im Mittel annähernd normal ist. Immerhin weisen die Zahlen beider Tabellen darauf hin, daß doch noch weitere Kontroll-Berechnungen notwendig erschienen, auf die ich nachher zurückkomme.

Zunächst ist noch zu konstatieren, inwieweit auch der dritten obigen Forderung, nämlich anspruchsgemäßer Zuteilung von Durchschnittserträgen, Genüge geleistet ist. Diese Durchschnittserträge stellen sich nach den Ertragstafeln für Standorte mittlerer Güte, nämlich:

Buchen und Eichen III./IV. Kl. auf 5,5 fm	
Kiefern	I. " " 9,0 "
Fichten	I. " " 11,1 "

pro ha einschließlich Zwischennutzungen.

Unter Zugrundelegung dieser Zahlen ergeben sich für die neu gebildete fürstlich Löwensteinische Oberförsterei Vielbrunn folgende Zahlen:

	Anspruch		Zuteilung	
	red. ha	fm	red. ha	fm
Laubholz	876	4818	1020	5610
Fichte	208	2288	253	2808
Kiefer	1147	10323	959	8631

Summe 2231 17429 2232 17049

Ebenso für die Erbach-Schönbergische Oberförsterei Neustadt:

	Anspruch		Zuteilung	
	red. ha	fm	red. ha	fm
Laubholz	783	4306	639	3514
Fichte	166	1826	121	1331
Kiefer	911	8199	1100	9900

Summe 1860 14331 1860 14745

Auch hier scheint das letztgenannte Revier vor dem anderen begünstigt zu sein. Ich habe deshalb auf Grund der seither erzielten Durchschnittspreise eine Umrechnung der Holzvorräte und Durchschnittserträge in Wertmeter ausgeführt, wobei sich hinsichtlich der ersteren eine weit geringere Bevorzugung des Neustädter Reviers und bezüglich der Erträge eine solche des Reviers Vielbrunn ergab; in beiden Fällen betrug die Differenz nur ungefähr 1 % des betr. Anspruchs. Auf die Einzelheiten dieser Umrechnung kann hier nicht näher eingegangen werden.

Als nun die Teilungskommission im April 1904 zusammentrat und ihr diese Ausführungen vorgelegt wurden, beschloß sie, wie schon erwähnt, die Annahme des hier näher dargelegten Teilungs-Entwurfs A, der hinsichtlich der Flächenzuteilung alsbald in Wirksamkeit treten sollte. Ueber die Holzvorräte sollten nach Anleitung des Herrn Forstrats Dr. Maß durch einen Forstassessor spezialisierte Zusammenstellungen nach Holzarten, Standorts- und Altersklassen angefertigt und etwaige, sich hierbei noch ergebende Differenzen durch Ueberweisung von Bestandsmassen ausgeglichen werden. Weitere Beschlüsse bezogen sich auf bestehende Berechtigungen, von denen nur solche auf Streu und Stockholz berücksichtigt werden sollten.

Es folgten dann noch zwei Kommissionsitzungen

im Januar und Oktober 1905, welche zum Ergebnis hatten, daß auf Grund der inzwischen ausgearbeiteten Vorrats-Zusammenstellungen beschlossen wurde, von Herauszahlungen (in Geld oder Holz) wegen der Vorratsdifferenzen sowie auch wegen der Stockholzberechtigungen ganz abzusehen, weil beide den Betrag von 1 % des Vorratswertes nicht erreichen, also in die unvermeidliche Fehlergrenze fallen, und die bestehenden Streuberechtigungen durch Ablösung zu beseitigen.

Damit war in verhältnismäßig kurzer Zeit die Teilungsarbeit zu Ende geführt.

Nachträglich sei noch bemerkt, daß — nachdem die beschriebene „Teilung in Besitz und Genuß“ während einer Reihe von Jahren in Geltung gewesen war — später ein veränderter Modus eingeführt wurde, nach welchem behufs besserer Ausgleichung der Jahreserträge eine alljährliche gegenseitige Verrechnung und Teilung der letzteren stattfindet; aber ohne daß hierdurch die freie Verfügung beider Verwaltungen über die ihnen zugewiesenen Waldbhälften beeinträchtigt wird.

Aus dem Humus isolierte Substanzen.

Von H. Bauer-München.

Noch wenig bekannt ist der forstlichen Praxis, daß aus dem Boden doch eine große Zahl chemisch wohl definierter organischer Körper isoliert worden ist. Die diesbezüglichen Arbeiten stammen hauptsächlich von amerikanischen Forschern und sind fast durchwegs neueren Datums. S. L. Jodidi berichtet hierüber.¹⁾ Freilich bleibt der Einblick abzuwarten, in welchem Mengeverhältnis die gefundenen Körper zu den Gesamthumusstoffen stehen, aus denen sie isoliert worden sind. Nach den Mitteilungen ist es möglich, daß die wirklichen Humusäuren, wenn deren Existenz und Konstitution einmal einwandfrei bewiesen werden sollte (unbeschadet ihrer kolloiden Eigenschaften), einen verschwindenden Anteil an den im Boden sich findenden organischen Verbindungen ausmachen. Böhnis²⁾ meint, daß jetzt etwa $\frac{2}{3}$ der kohlenstoffhaltigen Substanz des Bodens hinsichtlich ihrer Zusammensetzung bekannt sei; das bezieht sich natürlich nicht auf mächtigere humose Bildungen wie Torfe.

Es ist jedenfalls logisch, anzunehmen, daß der Humus aus einer großen Menge organischer Substanzen bestehen müsse, da doch die Gewebe der Pflanzen und Tiere, aus denen sie hervorgehen, gleichfalls aus den verschiedensten Verbindungen zusammengesetzt sind. Der größte Teil der Tier- und pflanzlichen Organismen setzt sich aus Eiweißstoffen und Nukleoproteinen

(Zellkernbestandteil) „Lebensträger“, sowie aus Kohlehydraten und Fetten zusammen. Also muß auch der Humus diese und ihre Abbauprodukte enthalten.

Die Eiweißstoffe werden zu Albumosen, Peptonen und schließlich Aminosäuren abgebaut. Humin-substanzen, Oxy- und Fettsäuren, basische Körper zc. sind Abkömmlinge der Aminosäuren, entstanden durch die Tätigkeit der Mikroorganismen.

Die Kohlehydrate (Zuckerarten, Stärke zc.) gehen allmählich durch Enzyme und Gärung in Alkohol, Fettsäuren usw. über.

Die Fette werden in Glycerin und Fettsäuren gespalten. „Das Glycerin löst sich in Wasser und wird von den Mikroorganismen leicht assimiliert, während die frei gewordenen Fettsäuren z. B. als Seifen gebunden werden. Die Seifen werden durch Mikroorganismen wieder zerlegt und ebenso wie die freien Fettsäuren weiter verarbeitet.“¹⁾

Aus dem Boden wurden tatsächlich verschiedene Kohlenwasserstoffe, Alkohole und Aldehyde, deren namentliche Aufzählung zu weit führte, isoliert. Ferner gelang die Isolierung vieler organischer Säuren und diese übertreffen auch der Menge nach die genannten übrigen Körper. Jodidi erinnert an das Vorkommen der Ameisensäure in Ameisen, Prozessionsraupen, Fichtennadeln, von essigsauren Salzen in Pflanzen, dem Schweiß, den Muskeln und Excrementen der Tiere, von Apfelsäure, Zitronensäure, Weinsäure und Oxalsäure in den verschiedenen Früchten und Pflanzen; ferner sind höhere Fettsäuren (Ester) als Fette, Öle, Wachse in der Natur sehr verbreitet; das wichtigste ist aber, daß die gewaltigen Mengen von Kohlehydraten, Eiweißstoffen und Fetten in der Natur durch Verwesung und Fäulnis organische Säuren liefern. Zuckerarten, Stärke, Gummi, Mannit usw. werden zu Milchsäure und Buttersäure vergoren und aus Eiweißstoffen entsteht Essigsäure, Buttersäure, Valeriansäure, Bernsteinsäure usw. Manche erleiden rasch eine weitere Zersetzung, so daß man sie aus dem Boden noch nicht isolieren konnte; wohl aber gelang dies bezüglich der Essigsäure, der Oxal-Bernstein-Zuckersäure und anderer. Die Oxalsäure steht dem Endprodukte aller Oxydation der Kohlen-säure nahe, die Bernsteinsäure kommt als solche im Tier- und Pflanzenkörper vor, bildet sich außerdem aus vielen organischen Körpern und schließlich wird die in Pflanzen häufige Asparaginsäure durch Fäulnis in Aminogruppen und Bernsteinsäure gespalten; so erklärt sich deren Vorkommen im Boden.

Isoliert wurden ferner (neben anderen weniger interessanten) Eiweißstoffe, Nukleoproteine (diese in relativ beträchtlicher Menge), Pentosane (Derivate fünf-wertiger Alkohole), Aminosäure und Purinbasen. Die

¹⁾ Landwirtsch. Versuchsstationen 1914 S. 359 ff.

²⁾ Bodenbakterien und Bodenfruchtbarkeit 1914 S. 18.

¹⁾ Lafar Hdbch. der Mykologie III. S. 399.

letztenannten sind vorübergehende Verbindungen, entstehen aber fortwährend in frischen organischen Materialien, wie in frischem Stalldünger, bei Gründüngerpflanzen etc.

Nach Ruffel¹⁾ haben Schreiner und Shorey eine Wiederauflösung der Humusäure und der Krensäure (d. i. des durch Salzsäure nicht fällbaren Anteils) versucht und dabei gleichfalls eine Menge wohl definierter organischer Substanzen aus dem Extrakt erhalten.

Durch Alkohol, Äther und Toluol isolierbare Substanzen, die gleichfalls zu den Humusstoffen zählen, sind wachs- und harzartiger Natur (bes. im Heidehumus nach Grebe). Wollny²⁾ fand, daß an diesen Stoffen am wenigsten der Mullhumus, mehr der Rohhumus und am meisten die Torfe (bis zu 20 %) enthalten, selbst Sandböden enthalten daran erhebliche Mengen (Grebe). Harze und Wachs sind resistent und häufen sich deshalb an; durch den starken Benetzungswiderstand können sie auf die Durchfeuchtung der Böden störend wirken.

Erfahrungen bei der Verwertung des Buchenbrennholzes.

Von Frl. Forstmeister Härtel, Forsthaus Weissenbach.

Mag man auch den reinen Buchenhochwald wegen seiner Unrentabilität in Acht und Bann erklären, jedenfalls ist er vorhanden und wird wohl meiner Ueberzeugung nach aus verschiedenen hier nicht weiter zu erörternden Gründen, wenn auch in geringerer Ausdehnung, bestehen bleiben, solange über deutschem Boden Wipfel rauschen. Der Wirtschaftler in unseren großen Buchenforsten steht mithin ganz abgesehen von dem oben angedeuteten Streit vor der Aufgabe, sein Buchenholz so teuer wie möglich zu verwerten. Da solche größeren Buchenwälder naturgemäß in abgelegenen und schwach bevölkerten Gegenden ohne größere Industrie liegen und da das Buchenholz ob seiner Schwere keine weite Verfrachtung verträgt, ist diese Aufgabe meist nicht ganz leicht. Es kommt hinzu, daß mit dem sachgemäßen Durchforstungs- und Verjüngungsbetrieb der Anfall an Buchenholz und insbesondere an schwächerem von Jahr zu Jahr größer wird.

Der örtliche Markt ist nicht imstande, die jährliche Hiebmasse aufzunehmen oder tut das nur zu geringen Preisen. Es ist also zunächst notwendig, den örtlichen Markt zu entlasten, um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen. Das geschieht durch eine möglichst große Nutzholzaushaltung. Die Nutzholzausbeutung der Buche erreicht aber schnell ihre Grenze, die

durch die Holzstärke und die Beschaffenheit der Stämme gezogen wird. Mindestens 60 % des Anfalls in einem größeren Wirtschaftsgangen aus Buchenhochwald sind in der Regel Brennholz. Man kann auch mit der viel empfohlenen und gerühmten Nutzholzaushaltung bei der Buche zu weit gehen und würde die schwächeren Nutzholzsortimente sehr oft besser als Brennholz verwerten können. Jedenfalls liegt auf der Brennholzverwertung mindestens daselbe Gewicht wie auf der des Nutzholzes. Auch das bessere Buchenbrennholz trägt Bahnfracht und die Entlastung des örtlichen Marktes ist nicht nur durch eine gute Nutzholzaushaltung, sondern auch durch ein Hinaussenden des Brennholzes möglich. Immer finden sich nicht allzuweit von großen Buchenforsten stärker bevölkerte oder landwirtschaftlich oder industriell höher entwickelte Gebiete, auch größere Städte, die einen hohen Bedarf an Buchenbrennholz haben, das trotz der Kohle namentlich von der landwirtschaftlichen Bevölkerung oder dem wohlhabenderen Teil der städtischen noch gern und zu hohen Preisen gekauft wird. Es gilt nur, diesen Absatz zu organisieren und den Gewinn, welchen er bringt, nicht in die Taschen eines mehr oder weniger sachgemäßen Zwischenhandels fließen zu lassen. Auch die Holzzeffigfabriken, denen heute noch mancher Wirtschaftler große Posten Buchenbrennholz billig verkaufen muß, werden dann höhere Preise anlegen müssen.

Die Hauptpunkte, die hierbei zu beachten sind, sollen im folgenden kurz dargelegt werden, wobei ich bemerke, daß sie bei einer jährlichen Verwertung von 4–5000 rm Buchenholz, die mit der Bahn fortgeschafft wurden, sich ergaben.

Will man mit Brennholz noch weiterhin Handel treiben, so müssen folgende Vorbedingungen erfüllt sein. Das Holz muß tadellos sortiert sein, gut aufgefacht werden und richtiges Maß haben. Man muß imstande sein, das Holz frei Bahnwagen Abgangs- oder Bestimmungsort zu liefern und man muß freihändig verkaufen dürfen. Schließlich muß man sich zum Grundsatz machen, alles gute Brennholz fortzuschaffen und den örtlichen Verfeigerungen nur das geringere Holz, das keine hohe Fracht verträgt, zu überweisen.

Von den weit entfernt wohnenden Käufern kann man nicht verlangen, daß sie sich das Holz im Walde ansehen. Sie müssen auch unbesehen wissen, was sie kaufen und deshalb ist eine genaue Sortierung nach einheitlichen Grundsätzen notwendig. Im allgemeinen genügt eine Ausscheidung des Scheitholzes in 2 Klassen und der Prügel in 3 Sorten nach Stärke, Astreinheit bezw. Spaltigkeit und Geradheit. Diese Sortierung belastet die Hauer im Walde nicht unnötig, wie es weitgehendere Ausscheidungen tun.

¹⁾ Boden u. Pflanze 1914 S. 96.

²⁾ Die Verfeuerung der org. Stoffe S. 110.

Ferner muß der Käufer richtiges Maß erhalten, für gutes dichtes Sezen eine Hauptbedingung ist. Das bei uns hier in Bayern eingeführte Uebermaß von 5 cm für den Meter Höhe ist damit aber nicht gemeint. Dieses sogenannte Schwindmaß stellt viel mehr meiner Ansicht nach ein ganz unnötiges Geschenk an die Brennholzändler dar. Die machen es sich regelmäßig in der Weise zu nütze, daß sie 14 cm im Walde für 15 cm oder doch wenigstens 17 cm für 18 cm weiter verkaufen. Es wäre wirklich an der Zeit, daß jeder alle Bopf abgeschafft würde, der Waldbesitzer schneidet sich damit nur ins eigene Fleisch. Gute Sortierung und ordnungsgemäßes Sezen kann man nicht von jedem Holzhauer verlangen, zumal das gerade Gegenteil in seinem Interesse liegt. Man fährt daher am besten, wenn man für jeden Schutzbezirk einen eigenen Holzsezer aufstellt, wie das ja in vielen Gegenden von jeher üblich ist. Es kann leicht bewiesen werden, daß der cm von sortiertem und gut geseztem Holz 2—3 M. unter sonst gleichen Umständen mehr kostet wie von sogenanntem gemischtem Holz, das die Holzhauer selbst ins Maß gesetzt haben.

In den abgelegenen großen zusammenhängenden Wäldern, von denen ja hier allein die Rede ist, spielt natürlich die Anfuhr eine ausschlaggebende Rolle. Nur wer im Stande ist, sein Brennholz prompt an die Bahn zu bringen, kann mit einem Geschäft in der geschätzten Weise rechnen. Dazu gehört einmal ein gut ausgebautes Wegenetz und dann die nötige Anzahl von Fuhrwerken. Da gute Waldstraßen eine Grundbedingung jeder gewinnbringenden Forstwirtschaft sind, braucht hier darüber kein Wort verloren zu werden. Auf die Fuhrwerksfrage wird dagegen von forstlicher Seite meist zu wenig Wert gelegt. Wie oft heißt es in den Holzverkaufsmittelungen seitens der Verwaltungen „Fuhrlohn unbekannt“ oder es werden Fuhrlohnätze mit so großer Spannung angegeben, daß sich der Händler gar nichts dabei denken kann. Diesem ist es aber einerlei, ob er sein Geld dem Fuhrmann oder dem Waldbesitzer gibt, er kalkuliert, wieviel ihm das Holz frei Bahn bzw. frei Verwendungsort kostet. Was also der Forstmann am Fuhrlohn zu ersparen vermag, ist sein eigener Verdienst. Der Krieg und der dadurch hervorgerufene Pferde- und Futtermangel weist ja nun gerade auf diese Verhältnisse mit aller Deutlichkeit hin und es gibt heute Wälder genug, wo niemand wegen zu hoher Anfuhrkosten kauft. Je wertvoller das Holz ist, eine umso geringere Rolle spielen diese Unkosten, also ist bei dem verhältnismäßig geringwertigen Brennholz der Fuhrlohn von besonderer Wichtigkeit. Hinzu kommt, daß die Käufer, namentlich die bäuerlichen großen Wert

auf prompte Lieferung legen; wenn sie erst mitten in der Feldbestellung stehen, darf man ihnen keinen Wagen Brennholz mehr schicken. Man kommt daher aus allen Schwierigkeiten am sichersten heraus, wenn sich die Forstverwaltung eigene Gespanne anschafft. Denn selbst da, wo aus irgend welchen Gründen zahlreichere Fuhrleute vorhanden sind, tritt doch in der Zeit der Brennholzlieferrung ein gewisser Mangel ein, weil dann auch größere Posten Buchenstamm- oder Schwellenhölzer aus dem Walde gebracht werden müssen. Es würde zu weit führen, hier auf die Einzelheiten eines eigenen Fuhrwerkbetriebs näher einzugehen, nur möchte ich aus eigener Erfahrung bemerken, daß dabei trotz Ankauf sämtlichen Futters eine Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals sehr wohl möglich ist. Wer neben großer Holzanzuhr noch ausgedehnte Wegebauten auszuführen hat, wird trotz Arbeit und Ärger, den Pferde und Knechte mit sich bringen, doch die Unabhängigkeit, die solche eigenen Gespanne gewähren, legen.

Will man sein Brennholz nach auswärts verkaufen, muß man sich natürlich erst das Absatzgebiet dafür erschließen. Das geschieht nicht durch Versteigerung, wenn man dafür auch noch soviel Reklame macht. Dazu kommen doch immer nur wieder die paar bekannten Brennholzändler, die den Verdienst wegschnappen. Man muß aus freier Hand verkaufen, darf einige Reisen und Probeflieferungen nicht scheuen. Sehr gute Abnehmer sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Konsumvereine, auch an größere staatliche Anstalten (Krankenhäuser, Irrenanstalten, Gefängnisse) kann man unschwer liefern. Den Händler schlägt man leicht durch das gute Maß aus dem Feld. Wenn erst einmal Holz herausgegangen ist und wenn die Abnehmer wissen, daß man bereit ist, frei Bahnwagen zu verkaufen, wenn man auch noch die Fracht vorlegt, was der Händler meist nicht tut, ist es gar nicht so schwer, auch private und gute Kundschaft zu erhalten.

Zum Einladen des Holzes in die Bahnwagen benutzt man am besten einen zuverlässigen Holzsezer.

Zur Berechnung der Fracht ist das Gewicht des Holzes wissenswert und ich gebe daher im folgenden einige Zahlen, wie sie sich im Durchschnitt mehrerer Jahre ergeben haben. Es handelt sich um Buchenholz, das auf Buntsandstein gewachsen ist und aus Beständen erster und zweiter Standortklasse (nach Schwappach) stammt. Nicht unwesentlich für Frachtersparnis und Preiskalkulation ist die Gewichtsverminderung, die das Holz bei längerem Lagern im Walde erfährt und die auch aus den unten mitgeteilten Zahlen hervorgeht.

1 rm wiegt bei der Verladung im	Scheit I. Kl. kg	Scheit II. Kl. kg	Prügel I. Kl. kg	Prügel II. Kl. kg
Januar } Februar } März }	830	800	865	840
April } Mai }	650	640	830	750

Nach meinen Erfahrungen wird der Forstmann bei einem derartigen Brennholzverkauf frei Bahn vollen Bohn seiner Mühe finden und damit eine weitere Möglichkeit, die Buchenwirtschaft gewinnbringender zu gestalten.

Kaliindustrie und Land- und Forstwirtschaft.

Im Laufe der letzten 10 Jahre hat die Kaliindustrie einen ungeahnten Aufschwung genommen und es unterliegt keinem Zweifel, daß hierdurch das ganze deutsche Volk, insbesondere aber die deutsche Landwirtschaft, großen Nutzen gehabt hat. Andererseits aber sind durch die Einleitung der Abwässer der Kalimerke in die Wasserläufe Mißstände hervorgerufen worden, welche dringender Abhilfe bedürfen. Nicht nur die Fischerei, verschiedene wichtige Industriezweige, die Wasserversorgung großer und kleiner Orte leidet durch die Versalzung und Verchlörung der Gewässer, sondern auch die Landwirtschaft selbst. Abgesehen davon, daß das Wasser derart verunreinigter Wasserläufe zum Tränken des Viehs nicht verwendet werden kann, leiden auch die Wiesen und Ackerländereien erheblich.

Die Herren Prof. Dr. Haselhoff, Vorsteher der landw. Versuchstation der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Cassel und Prof. Dr. P. Dünbar, Direktor des staatl. hygienischen Instituts in Hamburg haben hierüber in dem „Gesundheits-Engineering“ Zeitschrift für die gesamte Städtehygiene (Verlag von H. Oldenbourg, München und Berlin) interessante Abhandlungen veröffentlicht, denen wir folgendes entnehmen.

Die Einnahmen im Betrage von jährlich fast 200 Millionen Mark, welche dem deutschen Nationalvermögen durch die Kaliindustrie schon jetzt direkt zufließen und die sich voraussichtlich in absehbarer Zeit verdoppeln und vervielfachen dürften, spielen in wirtschaftlicher Beziehung nur eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu den indirekten Mehreinnahmen, welche unsere Landwirtschaft durch Uebergang zur künstlichen Düngung erzielt hat und zu der Tatsache, daß die Kalisalze im Verein mit den übrigen künstlichen Dün-

salzen uns in der Ernährungsfrage vom Auslande unabhängig zu machen imstande sind. Angesichts solcher Tatsachen wird niemand eine Hemmung des Fortschrittes in der Entwicklung der Kaliindustrie mün-

Ein großer Teil der geförderten Kalirohsalze kann zurzeit nach einfachem Vermahlen, ohne weitere Verarbeitung, für die landwirtschaftlichen Zwecke verwendet werden. Der Rest wird zuvor einer fabrikatorischen Verarbeitung unterworfen, bei der sich große Mengen von Abwässern (Endlaugen) ergeben, die vorwiegend Chlormagnesium enthalten. Fast die Gesamtheit dieser Endlaugen wird den Flüssen überantwortet, weil sie zurzeit noch keine ausreichende Möglichkeit zu ihrer Verwendung oder Verwertung bietet. Den Stromgebieten der Elbe und Weser, innerhalb derer die Kaliindustrie sich entwickelt hat, werden infolgedessen ununterbrochen sehr große Salzmengen zugeführt, die sich von Jahr zu Jahr weiter steigern, und sich in absehbarer Zeit vervielfachen werden. Wegen die dadurch ergebende Versalzung der Flüsse haben die verschiedensten Interessentkreise Einspruch erhoben. Wo immer ein neues Kalivert angelegt wird und um die Konzession zur Ableitung seiner Endlaugen in die Flüsse nachsucht, erheben sich zahlreiche Proteste gegen die Konzessionierung. Die Aufsichtsbehörden stehen diesen Vorgängen ratlos gegenüber. Auf der einen Seite sind die Interessentkreise derjenigen, die sich durch die Endlaugenableitung geschädigt fühlen, zu groß und zu bedeutungsvoll, als daß man über sie hinwegsehen könnte. Auf der anderen Seite möchte man die Kaliindustrie fördern, soweit es irgendwie möglich ist. Andere Abwasserproduzenten werden von den Aufsichtsbehörden dazu angehalten, ihre Abwässer zu reinigen, bzw. die schädlichen darin enthaltenen Stoffe den Flüssen fernzuhalten. Die Kaliindustrie erklärt, es gäbe für sie gar keine andere Möglichkeit, die Endlaugen unterzubringen, als sie in die Flüsse abzuleiten. Hier liegt der strittige Punkt. Die technische Möglichkeit, Kalislaugen einzudampfen, darf als erwiesen angesehen werden. Während man früher annahm, daß das Eindampfen pro cbm Endlaugen Kosten von ungefähr 2 Mk. oder noch mehr verursache, kann jetzt behauptet werden, daß Verfahren zur Verfügung stehen, mittels deren diese Eindampfung sich für weniger als 1 Mk. pro cbm ermöglichen läßt. Herr Bergassessor Dieß hat über diese Frage eine sehr eingehende Arbeit veröffentlicht, aus der auch zu ersehen ist, daß sich uns einige ausreichende Verwendungsmöglichkeiten für die Endlaugen bieten. Das größte Interesse scheint zurzeit die Herstellung von Kunststeinen aus Kalislaugen zu bieten.

Wenngleich die Urteile heute noch darüber auseinandergehen, ob der gegenwärtige Versalzungsgrad,

die Elbe und Weser mit einigen ihrer Nebenflüsse führen, zu erheblichen Schädigungen Anlaß gibt, so ist darüber doch kein Zweifel bestehen, daß bei einer Verdoppelung oder gar vielfachen Verstärkung dieser Verfalzung sich völlig unhaltbare Zustände ergeben werden. Ueber kurz oder lang wird deshalb unter den Umständen ein Weg gefunden werden müssen, es ermöglicht, die Kaliendlaugen von den Flüssen anzuhalten.

Wenngleich der Nutzen, den die deutsche Landwirtschaft aus der Kaliindustrie gezogen hat, ungeheuer groß gewesen ist, so sind es auf der anderen Seite gerade doch auch mit in erster Linie diejenigen Landstriche, deren Anbauflächen an den durch die Kaliabwässer verfalzenen Flußstrecken liegen, die immer wieder gegen eine weitere Verfalzung der Flußläufe durch Kaliabwässer protestieren und erklären, daß ihre Ländereien dem Untergange geweiht sein würden, falls dieser sich weitverbreitenden Verfalzung nicht Einhalt geboten würde. Neuerdings sind die Ergebnisse verschiedener Versuche veröffentlicht worden, durch die bewiesen werden sollte, daß der Landwirtschaft aus der Einleitung der Kaliabwässer in die Flüsse keinerlei Nachteile erwachsen. In diesen Versuchen hat Herr Prof. Dr. Haselhoff eine vernichtende Kritik geübt und in Fühlings landwirtschaftlicher Zeitung eine ausführliche Besprechung aller der Arbeiten veröffentlicht, die sich mit der Frage beschäftigen, bei welchem Verfalzungsgrade das Wasser für landwirtschaftliche Zwecke unbrauchbar wird. Hierbei ist Prof. Dr. Haselhoff zu folgenden Ergebnissen gekommen.

Bei Beurteilung der Wirkung, welche die Kaliendlaugen auf Boden und Pflanzen ausüben, kommen im wesentlichen nur Chloride, und zwar in erster Linie Chlormagnesium, sodann Chlornatrium in Frage. Nach den vorliegenden Untersuchungen tritt die nachteilige Wirkung auf wachsende Pflanzen erst bei einem verhältnismäßig so hohen Chloridgehalt auf, wie er im Zusammenhange mit der Ableitung der Kaliabwässer zurzeit selten vorkommen dürfte.

Die Keimung der Samen wird durch Chlornatrium und Chlormagnesium beeinträchtigt. Der Grad der Beeinflussung ist verschieden je nach der Pflanzenart. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bereits die geringe Menge von 0,087 % Chlorid im Boden eine deutliche Schädigung der Keimkraft zur Folge haben kann. Wenn daher angenommen wird, daß die direkte Schädigung des Pflanzenwachstums durch Chloride keine erhebliche sei oder doch nur bei größeren Chloridmengen in Frage komme, so muß hieron die erste Zeit der Entwicklung, d. h. die Zeit der Keimung, ausgeschlossen werden.

Bei andauernder Einwirkung chlornatriumhaltiger Wässer auf Wiesen wird der Pflanzenbestand ein anderer, und zwar hinsichtlich der Futterwirkung ein schlechterer.

Die nachteilige Wirkung der Salzlösungen an Sträuchern und kleinen Bäumen, macht sich umso empfindlicher bemerkbar, je stärker das Wachstum derselben ist. Nach F. Storp wurden 3—4 jähr. Eichen durch das Begießen des Bodens mit chlornatriumhaltigem Wasser in ihrem Wachstum nicht gestört, 1—2 jähr. Fichten dagegen litten schon erheblich, wenn sie mit Wasser begossen wurden, das nur 100 bis 600 mg Chlornatrium im Liter enthielt. Bei 100 mg zeigte sich die Störung zwar nicht im ersten wohl aber im zweiten Jahre.

Beim Ueberbrausen von Grasflächen mit hochsalzhaltigem Wasser war die schädliche Wirkung um so größer, je geringer die atmosphärischen Niederschläge sich gestalteten und je mehr Wasser während und bald nach dem Aufbringen der Salzlösung verdunstete.

Die bisherigen Versuche berechtigen zu dem sicheren Schlusse, daß das Wachstum der Pflanzen durch ein Wasser von 5 g und mehr Chlornatrium im Liter gestört wird und daß unter Umständen die schädigende Wirkung schon bei $\frac{1}{2}$ g im Liter sich zeigt. Bodenart, Nährstoffgehalt des Bodens, atmosphärische Niederschläge und besonders die Pflanzenart spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Für chlormagnesiumhaltige Wässer wird man dieselbe nachteilige Wirkung annehmen dürfen wie für hochsalzhaltige. Wahrscheinlich liegt die zulässige Grenze für Chlormagnesium etwas höher als für Chlornatrium.

Durch die Einwirkung der Chloride wird der Boden in chemischer und physikalischer Beziehung geändert.

Hochsalzhaltiges Wasser wirkt auf die Bodenbestandteile lösend, auswaschend; der Zersetzung der humusbildenden Stoffe wirkt es entgegen, die bodenauswaschende Wirkung tritt bereits bei einem Chlornatriumgehalt von 300 mg im Liter deutlich hervor. Ein Kieselwasser mit 1 g Chlornatrium im Liter übt bei regelrechtem Kieselbetrieb eine derartig starklösende Wirkung auf die Nährbestandteile des Bodens aus, daß selbst in vollem Wachstum befindliche Pflanzen nicht imstande sind, diese Nährstoffe aufzunehmen; sie also mit dem Drainwasser verloren gehen. Die auswaschende Wirkung hochsalzhaltigen Wassers auf Kieselwasser beginnt bei $\frac{1}{2}$ g Chlornatrium im Liter Wasser; ein Wasser mit 1 g Chlornatrium im Liter ist für Kieselzwecke zu verwerfen.

Ähnlich wie Chlornatrium wirken Chlormagnesium

und Chlorkalzium lösend auf wichtige Bodenbestandteile wie Kalk- und Kaliverbindungen.

Der Nährstoffvorrat des Bodens wird durch die Einwirkung der salzhaltigen Wasser schneller aufgebraucht und hierdurch eine vermehrte Anwendung von Düngemitteln erforderlich.

In physikalischer Hinsicht wirken chloridhaltige Wässer ungünstig auf die Schlickablagerung und die Verschlämmung des Bodens. Salzhaltiges Wasser soll auf die feinerdigen, tonigen Teile, die ein Flußwasser mit sich führt, niederschlagend wirken. Diese tonigen Teilchen, sogen. Schlick, die für die Fruchtbarkeit des Bodens von größter Bedeutung sind, werden je höher der Salzgehalt ist, um so schneller niedergeschlagen werden. Je weiter abwärts die betr. Kulturlächen liegen, je weniger werden sie daher auf Schlickablagerungen rechnen können. Außerdem können die salzhaltigen Wasser noch die physikalische Beschaffenheit des Bodens durch Verschlämmung und Verkrustung der oberen Bodenschichten ungünstig beeinflussen. Hierdurch wird der Zutritt der Luft zum Bodeninneren erschwert, was auf die Fruchtbarkeit des Bodens nachteilig wirken muß.

Prof. Dr. Dunbar schließt seine Abhandlung: „Kaliindustrie und Landwirtschaft“ in Nummer 2 des „Gesundheits-Ingenieur“ v. 8. Jan. 1916 mit folgenden zutreffenden und zu beherzigenden Ausführungen:

„Was können alle Bestrebungen, den zulässigen Grad der Versalzung immer weiter hinaufzuschrauben, der Kaliindustrie schließlich nützen? Der Zeitpunkt wird kommen, wo die Einleitung der Kaliendlaugen zur allgemeinen Katastrophe führen muß. Dann wird man notgedrungen nach Mitteln und Wegen suchen müssen, um die Kaliabwässer den Flüssen fernzuhalten. Auch die sonstigen Abwasserproduzenten sind bei ihren Bestrebungen zur Reinigung ihrer Schmutzwässer erst durch jahrzehntelange überaus kostspielige Versuche zum

Ziel gekommen. Angesichts der Interessengemeinschaft sämtlicher Kaliwerke werden diese die Kosten tatkräftiger systematischer Versuche zur Fernhaltung des Chlormagnesiums von den Flüssen und Verwendung der selben viel leichter tragen können als die übrigen Abwasserproduzenten es konnten, selbst wenn zunächst größere Opfer gebracht werden müßten. Die Kaliindustrie verfügt über hervorragende Sachverständige mit umfassenden Kenntnissen und Erfahrungen auf den einschlägigen chemischen und technischen Gebieten. Deshalb kann ein zielbewusstes Vorgehen von vorn herein als gesichert gelten. Die bisherigen Erörterungen der Frage, wie man die Kaliendlaugen am besten verwerten könnte, gehen noch allzusehr von der Voraussetzung aus, daß die Rentabilität der Verwertungsweise von vornherein gesichert sein müßte. Gewiß wäre das wünschenswert. Wo es sich aber um die Reinhaltung der Flüsse handelte, hat man immer noch Opfer bringen müssen. Und selbst, wenn die Verwendung und Unterbringung des Chlormagnesiums nur unter Aufwendung von Geldopfern möglich wäre, müßten diese im Interesse der Allgemeinheit gebracht werden. Es ist wirklich an der Zeit, daß die verhältnismäßig geringen Aufwendungen gemacht werden, die erforderlich sind, um die verschiedenen höchst sinnreichen Verfahren zur Verwendung der Kaliendlaugen, die erdacht worden sind, praktisch in genügend großem Maßstabe zu erproben, soweit sie auf gesunder Grundlage beruhen. Es würde ebenso sehr im Interesse der Kaliindustrie selbst, wie im Interesse der Allgemeinheit liegen, wenn alle die Mühe und Arbeit, die jetzt darauf verwendet wird, nachzuweisen, daß die gegenwärtige Versalzung der Flüsse keinerlei hygienische, landwirtschaftliche, industrielle oder biologische Schädigungen verursacht, darauf konzentriert würde, Abhilfemaßregeln zu treffen, oder wenigstens vorzubereiten, ehe es zur Entwicklung einer allgemeinen Kalamität gekommen ist.“

Eberts.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

Berichte üb. Pflanzenschutz d. Pflanzenschutzstellen an d. kgl. landwirtschaftl. Akademie in Bonn-Poppelsdorf u. an d. kgl. Lehranstalt f. Wein-, Obst- u. Gartenbau in Geisenheim. Die Vegetationsperiode 1913/14 hrsg. v. Dr. E. Schaffnit u. Prof. Dr. G. Löffner, m. 11 Textabb. (98 S.) gr. 8°. M. 1.—. Pflanzenschutzstelle an der königl. landwirtschaftl. Akademie Bonn-Poppelsdorf, Rufallee 7.
Besser, Hans: Raubwild und Wildhüter in Deutsch-Ostafrika. Mit zahlr. Abb. nach Orig.-Aufnahmen d. Verf., nach Zeichn. v. Prof. Wagner u. R. Deffinger, 1 Rätzchen u. 1 farb. Umschlagbild, gez. v. M. Zimmer. 2. Aufl.

(92 S.). 8°. M. 1.—; Swbd. M. 1.80. Franck'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart.

Forstkalender, Schweizerischer. Taschenbuch f. Forstwesen, Holzgewerbe, Jagd u. Fischerei. 11. Jg. 1916. Hrsg. v. Prof. Thdr. Felber. (IV, 252 S. u. Notizblätter.) fl. 8. Geb. M. 2.—. Huber & Co., Verlags-Konto, in Frauenfeld.

Rubier-Tabelle f. Rundhölzer. (19 S.) 8°. M. —. Keyßner'sche Hofbuchdr. (Karl Keyßner) in Weinigen. Rubriktabellen z. Berechn. d. Grubenhölzer. Dreistell. Hilfsstabellen, um d. Rubrikinhalt u. Anzahl Rund-(Gruben-)hölzer bei gleicher Länge u. Stärke zu ermitteln. Durchmessen

—25 Zentimeter. Umfang: 20–8) Zentimeter. Länge: —6 Meter. Hsgest. aus d. Rohmannschen Kubittabelle. 6 S.) 16°. M. 1.—. C. W. Offenbauer in Eisenburg. —, Max Frdr., Geh. Hofrat Prof. i. R. Dr.: Anleitung zur Aufnahme d. Holzgehaltes d. Waldbestände. 3., durchges. Aufl. (63 S.) 8°. Kart. M. 3.—. Paul Parey in Berlin.

—, Mammen, Franz v.: Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns Holzpolitik vor, während u. nach d. Weltkrieg. (Vierteljahrsschrift f. Volksw. u. Weltwirtschaft. Hrsg.: Prof. Dr. Franz Mammen. 9. Heft.) gr. 8°. (87 S.) M. 1.50. „Globus“ Wissenschaftliche Verlagsanstalt in Dresden.

—, Lisch, Hans, Prof. Dr.: Pflanzenphysiologie als Theorie d. Gärtnerei. Für Botaniker, Gärtner, Landwirte, Forstleute u. Pflanzenfreunde. Mit 127 Abb. im Text. (X, 206 S.) Lex.-8°. M. 10.—; Lwbd. M. 11.20. Gustav Fischer in Jena.

—, Personal-Verzeichnis d. kgl. sächs. Staatsforstverwaltg. auf d. J. 1916. (63 S.) M. 1.—. C. Heinrich, Verlagsbuchhandlung in Dresden-N.

—, Rancé, Landkulturstelle-Vorst. Dr.: Die Urbarmachg., d. Land- u. forstwirtschaftl. Nutzg. d. Sandheiden. (82 S. m. Abb.) 8°. Kart. M. 1.50. Johann Schwardt in Wilsdorf. (Verlegt nur direkt.)

—, Rammann, Hans, Baumstr. Archt.: Landwirtschaftliches Bauten-Album 1: „Wohnbauten“. Eine Sammlg. v. Entwürfen ausgeführter u. projektierter Wohnhäuser f. d. Land- u. Forstwirtschaft, unter bes. Verlicf. d. Landarbeiter-Wohng. m. zugehör. Stallg. (107 S. m. 21 farb. Abb.) 35×45 cm. Lwbd. M. 40.—. Paul Parey in Berlin.

Wachstum und Ertrag der Fichte im Hochgebirge von Prof. Dr. A. von Guttenberg, mit 3 Abbildungen im Text und 21 Tafeln. Wien und Leipzig, Deuticke, 1915.

Nach seinem Rücktritt vom Lehramte fand der Verfasser erst Muße zu dieser Arbeit; zwar war das gesamte Material dazu schon fast vollkommen gesammelt und damals schon 2 Ertragstafeln, eine für Fichtenbestände des Hochgebirges im allgemeinen und eine für den Staatsforst Paneveccio, aufgestellt, aber diese Tafeln waren mehr vorbereitende Arbeiten, die nicht der Veröffentlichung übergeben worden waren. Seither haben sich die Ansichten über Bestandserziehung wesentlich geändert und von Guttenberg hat in der vorliegenden Bearbeitung diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen versucht und das Thema tiefgreifend und methodisch originell behandelt. Eine erstaunliche Fülle zeitraubender Untersuchungen liegt der Bearbeitung zugrunde.

v. Guttenberg fand bei Forsteinrichtungsarbeiten in den Nordtiroler Alpen im Jahre 1870, daß die Ertragstafeln von Feistmantel und Preßler und auch die später erschienene von Baur für die Fichtenbestände des Hochgebirges nicht brauchbar waren. Er stellte daher die beiden obenerwähnten Ertragstafeln auf, zu deren Ergänzung bis in die 80er Jahre hinein Nacherhebungen gemacht worden sind. Die end-

gültige vorliegende Umarbeitung ist das Ergebnis fast vierzigjähriger Forscherarbeit.

Die Methode der Ertragstafel-Aufstellung von Guttenberg geht vom Einzelstamme aus, wobei die Wuchs und Form wesentlich bedingenden Faktoren, Standort und Standraum, besonders eingehend berücksichtigt werden. Neben den Bestandsmittelfstämmen, den Weiserstämmen, sind auch Stämme der stärkeren und geringeren Stammklassen genau untersucht worden.

Dem Wachstumsgang des Einzelstammes ist der erste Abschnitt gewidmet; in ihm sind für die Ertragskunde wertvolle Ergebnisse veröffentlicht, auf die von Guttenberg bei seinen Vorlesungen, in seiner Holzmesskunde im Borey'schen Handbuch und anderen Veröffentlichungen teilweise eingegangen ist. Vom theoretischen Standpunkte aus betrachtet enthält dieser Abschnitt das Wertvollste. Der zweite Abschnitt handelt von dem Wachstum des Bestandes, dem dann als dritter Abschnitt die Fichte von Paneveggio (Südtirol) nach Wachstum und Ertrag folgt.

I. Das Wachstum des Einzelstammes.

Die Untersuchungen sind auf 125 Stammanalysen von Modellstämmen der Probeflächen aufgebaut, die im Alter zwischen 60 und 320, zumeist zwischen 120 und 160 Jahren liegen; es mußten jedoch davon noch 18 Stämme ausgeschieden werden, weil sie Wachstumsanomalien infolge abnormer Bestandsverhältnisse aufwiesen. Es blieben für die Durchschnittsberechnung von Grundstärke, Grundfläche, Höhe, Holzmasse und Formzahlen für Standortsklasse I 21, für Standortsklasse II 37, für Standortsklasse III 20, für Standortsklasse IV 21 und für Standortsklasse V 8 Stämme übrig. Aus der Betrachtung des Wachstumsganges des Einzelstammes sind folgende Schlüsse zu ziehen.

Das Höhenwachstum ist zuerst rasch ansteigend, nach dem höchsten Punkte erst rasch, dann langsam fallend. Der Zeitpunkt des größten Höhenwuchses tritt umso später ein und die Kulmination wird umso flacher, je geringer die Standortsgüte ist.

Der Grundstärkezumachs (die Jahrringbreite) ist bei der Fichte des Hochgebirges in der ersten Jugend am größten und nimmt von da ab anfangs, besonders auf den besten Standorten, sehr rasch, später nur langsam ab, so daß auch diese Zunahme bei allen Standorten im 150. Jahre mit einer fast gleichen Größe von 1,2 bis 1,4 mm pro Jahr abschließt. Die Meßhöhe von 1,3 m wird auf der ersten Standortsklasse im 8. Jahre, auf der fünften erst mit 20 Jahren erreicht. Die Mittelfstämme erreichen im 100. Jahre auf:

Standortsklasse I eine Grundstärke von 38 cm

„ V „ „ 20 „

samt Rinde, was einer durchschnittlichen Jahrringbreite von 1,8 bzw. 1 mm gleichkommt. Der im Alter fast gleichbleibende Grundflächenzuwachs bedingt eine mit dem Alter abnehmende Jahrringbreite als eine durchaus naturgemäße Erscheinung.

„Der Unterschied in den Grundstärken wird mit abnehmender Standortsgüte geringer, worin der Einfluß der Standortsgüte auf das Höhenwachstum gegenüber jenem auf das Stärkewachstum sich als überwiegend herausstellt“ sagt von Guttenberg auf Grund seiner Untersuchungen. Es ist bei seiner Ertragsstafel im 100. Jahre die mittlere Grundstärke der I. Standortsklasse nur 1,96 mal größer als die der V. Standortsklasse, die entsprechende Höhe der I. Standortsklasse dagegen 2,52 mal größer als die Höhe der V. Standortsklasse.

Die Abstufung der Grundstärken ist je nach der Standortsklasse keine so gleichmäßige als bei den Höhen: der Unterschied in den Grundstärken wird mit abnehmender Standortsgüte geringer, worin der Einfluß der Standortsgüte auf das Höhenwachstum sich als überwiegend gegenüber jenem auf das Stärkewachstum zeigt. Von neuem ein Beweis für die Richtigkeit der Bonitierung nach der Höhe!

Im Alter 150 ist auf Standortsklasse:

	I	II	III	IV	V
d =	44,6	38,7	33,4	29,3	25,6 cm
Differenz	5,9	5,3	4,1	3,7	
h =	39,1	33,2	28,2	23,2	17,7 m
Differenz	5,9	5,0	5,0	5,5	

Der Massenwuchs zeigt sehr deutlich den Unterschied der einzelnen Standortsklassen in Gesamtleistung und Wachstumsgang.

Charakteristisch für den Wuchs der Fichte im Hochgebirge ist die sehr langsame Jugendentwicklung und der hierauf ausdauernde Erwachs bis in ein hohes Alter; die Mittelstämme erreichen auf Standortsklasse

	I	II	III	IV	V
im Jahre 100 eine					
Schaftmasse von	1,6	1,0	0,56	0,34	0,17 fm
im Jahre 150 eine					
Schaftmasse von	2,75	1,8	1,1	0,7	0,4 fm

Es leistet daher auf der besten Standortsklasse bis zum Jahre 100 der Mittelstamm nahezu das Zehnfache, während im Alter von 150 Jahren dieser Unterschied nur noch das Siebenfache beträgt.

Von den Formzahlen zeigen die Brusthöhen-(unechten) Formzahlen ein von den absoluten Formzahlen wesentlich verschiedenes Verhalten. Während die absoluten Formzahlen, bei denen nur der Inhalt des Stammes von der Meßhöhe aufwärts in Betracht kommt, vom 20. Jahre an von etwa 0,33 bis zum 90. oder 100. Jahre regelmäßig ansteigen,

um dann wieder langsam abzunehmen (Einauftrieb des Wurzelanlaufs über die Meßhöhe!), sinken die Brusthöhenformzahlen anfangs rasch, nehmen dann etwas zu, um dann vom 90. Jahre an abermals abzunehmen.

Dies Verhalten ist bekanntlich in der gleichzeitigen Veränderung der Stammhöhe und der Vollholzigkeit begründet.

Auch von Guttenbergs außerordentlich peinliche und instruktive Untersuchungen beweisen, daß im höheren Alter, in dem der Einfluß des Höhenwachses sehr gering wird, beide Formzahlen fast parallel verlaufen. Ein Umstand, der die Verwendung der unechten Formzahlen bei älteren Beständen und Bäumen berechtigt. Zur Erkenntnis der Stammformänderungen in der Jugend bilden die unechten Formzahlen keine brauchbare Unterlage.

Aus den Untersuchungen über die Formzahlen geht deutlich hervor, daß die Vollholzigkeit der Stämme mit der Standortsgüte im allgemeinen abnimmt.

Die unechten Formzahlen sind infolge der mit abnehmender Standortsgüte abnehmenden Höhe bis zum 50. Jahre umso höher, je geringer die Standortsgüte ist.

Ein Auszug aus einer auf S. 17 zusammengestellten Tabelle der berechneten und ausgeglichenen Mittelwerte läßt diese Beziehungen am deutlichsten erkennen:

Formzahlen nach Alter und Standort in 1/100		im Alter von						
		20	40	60	80	100	120	140
I. absolute Formzahlen:								
Standortsklasse	I	336	404	440	453	453	447	440
"	II	330	400	442	455	458	455	449
"	III		380	420	439	442	441	436
"	IV		376	416	436	439	438	433
"	V		356	384	399	406	410	409

II. Brusthöhenformzahlen:								
Standortsklasse	I	565	457	470	476	473	466	458
"	II	608	466	478	484	482	475	468
"	III	756	492	473	476	474	469	462
"	IV		516	492	494	488	480	472
"	V		624	528	493	477	468	463

Zusammenfassend beurteilt der Verf. dann noch die formelmäßige Darstellung der Wachstumskurven von Prof. Weber u. E. L. Koller und zieht den Schluß, der aus der Feder eines so lange erfolgreich wirkenden Hochschullehrers besonders beherzigenswert erscheint, daß die graphische Darstellung der Wachstumskurven keinesfalls zu umgehen ist, und daß der Verf. die graphische Methode bei seinen Vorträgen stets vorgezogen habe, weil sie anschaulicher ist und sich dem Gedächtnis des Hörers viel besser einprägt als eine auf die Tafel geschriebene Formel.

Nach der Darstellung der Wachstumsgeetze des Einzelstammes geht von Guttenberg auf das mittlere

halten und die durchschnittliche Formausbildung der Fichte sowohl nach Standortsgüte als auch nach Standraum ein.

Es werden hierzu nur Mittelfstämme als Normalstämme der Fichte ausgewählt. Im allgemeinen stimmt das Verhalten dieser sorgfältig als Mittelwerte ausgewählten Stämme mit den Wachstumsgeetzen der vorher erwähnten Modellstämme, unter denen auch die starken und geringen Stärkeklassen enthalten sind, überein. Auch die Betrachtung dieser Normalstämme zeigt, daß „durch die Standortsgüte mehr der Höhenwuchs, durch den freieren Standraum mehr der Grundstärkezumachs beeinflusst wird“.

Das Verhältnis der Höhen dieser Mittelfstämme im 120. Jahre von der IV. Standortsklasse aufwärts

$$1,0 : 1,3 : 1,6 : 1,9$$

der Grundstärken

$$1,0 : 1,2 : 1,4 : 1,6$$

Bei den 3 Stammklassen, in die die Bestände zerlegt werden, verhalten sich im Durchschnitt der 3 in Betracht gezogenen Standortsklassen die Höhen wie

$$1,0 : 1,14 : 1,25$$

die Grundstärke wie

$$1,0 : 1,3 : 1,65.$$

Die Masseninhalte der Mittelfstämme der 4 Bonitäten im Alter verhalten sich im 120. Jahre wie:

$$1,0 : 1,9 : 3,3 : 4,9.$$

Das Verhältnis der Mittelfstämme der 3 Stammklassen ist von den geringen zur starken Klasse auf allen 3 Standortsklassen fast übereinstimmend

$$1,0 : 2,0 : 3,0.$$

Eine weitere Untersuchung an den Normalstämmen zielt dazu, das Verhalten des Stärkezumachses (Jahringbreite) und des Quersflächenzumachses am Stamm zu untersuchen.

Einen genauen Einblick in diese Verhältnisse gewährt Beilage 6, in der der Stärkezumachs und Flächenwachs für die einzelnen Alterstufen aus den sektionsweisen Messungen berechnet ist.

Ersichtlich ist daraus, daß die Stelle der geringsten Jahringbreite nur etwa bis zum 20. Jahre in der Abhiebshöhe von 0,3 m, dann längere Zeit hindurch in der Meßhöhe (1,3 m), dann bis zur Höhe von 4,3 m, bei den Stämmen der I. u. II. Standortsklasse selbst bis auf 8,3 m hinaufreicht. Von dieser Stelle nach abwärts nehmen die Jahringbreiten zu; von der Stelle der geringsten Jahringbreite nach aufwärts nimmt die Jahringbreite ebenfalls durchweg zu und erreicht im Gipfel oft die doppelte Jahringbreite wie im unteren Stammteil.

Der Verlauf des Quersflächenzumachses am Stamm

geht am besten aus einigen Zahlen hervor, die aus ausführlichen Uebersichten hier zusammengestellt sind.

Verhältnis des Quersflächenzumachses je nach Stammhöhe für Standortsklasse I.

a) Mittelfstämme:

Im Alter von 20—30 50—60 70—80 90—100 J.

Höhe	0,3 m	132	141	170	152
"	1,3 "	100	100	100	100
"	4,3 "	70	95	90	86
"	8,3 "	—	98	88	78
"	12,3 "	—	93	88	74
"	19,3 "	—	—	84	68
"	25,3 "	—	—	43	63

b) geringe Stammklasse:

Höhe	0,3 m	110	171	158	188
"	1,3 "	100	100	100	100
"	4,3 "	73	101	102	97
"	8,3 "	—	104	104	97
"	12,3 "	—	100	106	94
"	20,3 "	—	—	85	88
"	25,3 "	—	—	—	57

c) starke Stammklasse:

Höhe	0,3 m	114	141	141	140
"	1,3 "	100	100	100	100
"	4,3 "	73	88	87	84
"	8,3 "	—	94	87	78
"	12,4 "	—	96	87	77
"	20,3 "	—	46	84	74
"	24,3 "	—	—	57	67

Auch das Dimensionsverhältnis $\left(\frac{H}{D} = \frac{\text{Höhe}}{\text{Grundstärke}}\right)$ hat für die Beurteilung der Stammform einen Wert. Es ist nicht gleichgültig, ob bei gleichem Brusthöhendurchmesser ein Baum 15 oder 30 m hoch ist; es läßt auch Schlüsse auf den Schlußgrad des Bestandes zu; $\frac{H}{D}$ ist um so größer, je besser der Standort, um so kleiner, je größer der Standraum des Baumes ist.

Die vorwiegenden Wirkungen von Standort auf H , des Standraums auf D kommen hierin zum Ausdruck.

Mit zunehmendem Alter der Stämme ist $\frac{H}{D}$ bis etwa zum Alter von 80 Jahren steigend, dann längere Zeit nahezu gleichbleibend, im höheren Alter etwas fallend. $\frac{H}{D}$ des Mittelfstammes ist im Alter von

	40	60	80	100	120
auf Stand					
ortsklasse I	79	87	92	93	92
III	74	82	86	86	86
V	65	66	69	70	70

Dem Rindenprozent der Schaftmasse, das bei der sorgfältigen Analyse der Stämme leicht mit erhoben werden konnte, widmet der Verf. einen besonderen Abschnitt.

Im allgemeinen wird die Rindendicke der Fichte am Stamme aufwärts allmählich geringer, ist aber im mittleren Stammteile auf längerer Strecke gleichbleibend.

Das Rindenprozent nimmt mit abnehmender Standortsgüte zu, bis zum Alter von 120 Jahren regelmäßig ab. Seine Größe schwankte bei diesen Untersuchungen zwischen 6,3 bis 14,6 %, im Durchschnitt war es auf Standortsklasse:

I	II	III	IV	V
8,0%	9,0%	9,5%	11%	12%

Das Verhältnis der Kronenlänge zur Schaftlänge bespricht von Guttenberg zum Schluß seiner Ausführungen über das Wachstum des Einzelstammes. Schiffer hat bekanntlich dieser Verhältniszahl eine hohe Bedeutung für die Bestandserziehung beigelegt und diese Zahl deshalb auch in seine Fichten-ertragstafel aufgenommen.

Die Kronenentwicklung wurde zunächst für das Studium des Einflusses der Kronenlänge auf Stärkezunahme und Schaftform erhoben; der Einfluß hat sich nach den Untersuchungen des Verf. bei der Hochgebirgsfichte nur als sehr wenig hervortretend gezeigt.

Das Verhältnis $\frac{\text{Kronenlänge}}{\text{Baumhöhe}} = \frac{1}{H}$ wird mit zunehmendem Bestandsalter kleiner, mit abnehmender Standortsgüte größer. Es ergaben sich im Durchschnitt Verhältniszahlen für Standortsklasse

I	II	III	IV	V
von 0,42	0,44	0,48	0,56	0,66.

Es muß daher bei der Bestandserziehung darauf geachtet werden, daß je geringer die Bonität ist, desto größer der Kronenanteil, desto größer die Anforderung des Baumes an Licht, Luft und Boden sind, um einen befriedigenden Zuwachs zu leisten. Innerhalb des Bestandes betragen diese Verhältniszahlen für die drei Stammklassen (stärkste) 0,45, 0,50 (mittel), 0,55 (schwächste).

Höherer Wert kommt der Untersuchung über diese Zahl dann zu, wenn sie auf die Vergleichung von Beständen verschiedenen Schlußgrades, verschiedener Bestandserziehung ausgedehnt werden; es ist dieser Abschnitt auch hier erwünscht, weil er Schlüsse auf die Bestandserziehung zuläßt, die der folgenden Ertragstafel zu Grunde gelegt ist.

Auf diesen tief durchdachten und äußerst anregenden Abschnitt, in dem eine Fülle zeitraubender Einzelforschungen enthalten sind, folgt II. die Ableitung des

Wachstums des Bestandes, die aus dem ersten Teil gewissermaßen organisch herauswächst.

Auf Grund der untersuchten Probestämme wurde auf 170 Probestflächen wurde der Wuchsgang und die daraus sich ergebende Ertragstafel für die Fichte im Hochgebirge abgeleitet. Zur Einreihung der Probestflächen in die 5 Standortsklassen wurde in erster Reihe die Höhe, daneben auch die Masse als Funktion des Alters benutzt. Bemerkenswert sind dazu die Daten einer Probestfläche, die im 50. Jahre 55,4 qm Grundfläche aufwies — mehr als die I. Standortsklasse diesem Alter verlangt —, aber nur eine Höhe von 12,5 m, eine mittlere Grundstärke von 11,5 cm hatte; der Höhe nach daher in die III., dem Durchmesser nach in die IV./V. Bonität hätte eingereiht werden müssen.

In Wirklichkeit gehört die Probestfläche in die II. Standortsklasse; gedrängter Schluß (im Alter von noch 5400 Stämme pro ha!) hatte in dem vermuthlich aus Vollsaat hervorgegangenen Bestande einen so völligen Stillstand des Wuchses bewirkt; die Verwertung dieser Fläche für die Ertragstafel ist natürlich unterblieben.

Die Höhenentwicklung der mittleren Modellstämme kann als mittlere Bestandshöhe nicht unmittelbar verwendet werden. Diese Stämme gehören in frühem Bestandsalter zur vorherrschenden Stammklasse, entsprechen daher mehr der Oberhöhe als der mittleren B.-höhe. Ist der Abstand der Oberhöhe von der Bestandsmittelhöhe in den einzelnen Altersstufen durch Untersuchungen bekannt, dann läßt sich nach der Oberhöhe die mittlere Bestandshöhe leicht finden. Diesen Weg konnte der Verf. hier nicht einschlagen.

v. Guttenberg hat daher die Mittelhöhen der einzelnen Probestflächen aufgetragen und da, wo die Kurven infolge des Grundlagematerials unsicher waren, wurde die Kurve durch den Verlauf der Höhenkurve einer zweiten Reihe von Modellstämmen ergänzt. Die zweite Reihe von Modellstämmen, die namentlich für die jüngeren Alter nötig war, wurde dadurch gebildet, daß die in der Jugend stark vorwüchsigen Stämme ausgeschieden wurden und der Entwicklungsgang der Vertreter der geringen Stammklasse mitherangezogen wurde. Auf S. 37 bringt eine Figur die mittlere Höhenzunahme des Bestandes und den Höhenzuwachs der Modellstämme klar zum Ausdruck.

„Die Zunahme der jeweiligen Bestandsmittelhöhe ist demnach gegenüber dem Höhenzuwachs der Stämme des Abtriebsbestandes in der Jugend etwas langsamer ansteigend, erreicht später als dieser ihren Höchstbetrag und bleibt von da ab infolge des stetigen Hinaufrückens des jeweiligen Mittelstammes in eine höhere Stammklasse über dem Höhenzuwachs des Einzelstammes.“

Die Stammgrundfläche konnte aus den in Probeflächen erhobenen Beträgen derselben ziemlich sicher gezogen werden.

v. Guttenberg konnte sich der Ansicht, die in neueren Ertrags tafeln zum Ausdruck kommt, daß bei einem $G =$ von 40–50 qm, bei lichterer Bestandserziehung sogar von 20–30 qm, eine Zunahme der Kreisflächen-summe nicht mehr erfolge, nicht anschließen.

Hauptsächlich die Rücksicht darauf, daß in den Hochgebirgsforsten die Möglichkeit eines weitgehenden intensiven Durchforstungsbetriebes in der Regel fehlt, hat v. Guttenberg zu der Festlegung verhältnismäßig hoher Grundflächensumme veranlaßt, die zwar gegenüber der ersten nicht veröffentlichten Bearbeitung durch Ausschreibung aller Bestände mit abnorm hoher Grundfläche ermäßigt sind; es kamen auf I. und auch noch II. Standortsklasse Grundflächensummen von 70, ja selbst von über 80 qm! vor.

Im 100. Jahre haben für den bleibenden Bestand auf Standortsklasse	I.	II.	III.	IV.	V.
v. Guttenberg	64,5	58,4	52,0	45,7	35,9
Flurh, Gebirge (Schw.)					
(B. Grad)	75,6	65,4	56,1	47,6	39,5
Schwappach 1890 Ndd	64,0	57,2	50,4	43,1	36,4
" 1902 "	48,3	43,4	38,4	33,5	27,5
Grundner (Harz)	52,0	50,0	47,0	42,0	34,9

Die Bestandsformzahlen haben die Eigenschaft eines stetigen Fallens. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wurden die aus den Stammanalysen gewonnenen Formzahlen, unter Ausgleichung des für den Einzelstamm charakteristischen Verlaufs, benutzt.

Die zur Charakteristik erwünschte mittlere Grundstärke des Bestandes wurde analog den Höhen aus Modellstammreihen ermittelt, die dann mit den Grundstärken aus den Probeflächen verglichen wurden, wodurch dann die zuletzt ausgeglichene Kurve hervorgegangen ist.

Die Stammzahlen der Probeflächen hat noch keiner der zahlreichen Ertragsstabelfarbeiter benutzen können, um daraus halbwegs sichere Stammzahlreihen abzuleiten. Auch v. Guttenberg hat diese Größe aus der Division der mittleren Grundstärke in die Grundflächensumme des Bestandes erhoben.

Die Masseninhalte der Mittelstämme sind einmal durch Division der Stammzahl in die Holzmasse, dann durch das Produkt aus Grundfläche \times Höhe \times Formzahl des Mittelstammes bestimmt.

Die Holzmassen pro ha ergaben sich dann aus Multiplikation von Stammgrundfläche \times Bestandshöhe \times Formzahl; die hieraus berechneten Reihen zeigten einen so gesetzmäßigen Aufbau, daß der periodische Zuwachs aus der Differenz der Massen fast ohne Ausgleich sich ergab.

Die seither den Probeflächen meist mangelnde Erziehung, machte die Benutzung des ausscheidenden Bestandes dieser Flächen zur Bestimmung der Vorerträge völlig unbrauchbar; ist es doch schon unmöglich solche Vorerträge bei länger beobachteten Versuchsflächen zu benutzen, wenn irgend ein Faktor die Art der Bestandserziehung von der genau einzuhaltenen Erziehungsmethode ablenkt. Im vorliegenden Falle wurde der Zwischenbestand nicht aufgenommen und v. Guttenberg hat sich mit dem ihm allein übrig bleibenden Wege geholfen, die Holzmasse der Vorerträge in den verschiedenen Altersstufen aus der ausscheidenden Stammzahl und dem anzunehmenden mittleren Kubikinhalte der ausscheidenden Stammklasse zu berechnen. Die Ermittlungsart kann nur ein Nothelfer sein, der zu ganz einwandfreien Größen nicht führt. Für die Beurteilung des Gesamtertrags des ausscheidenden Bestandes vom mittleren Bestandsalter ab bis zum Abtriebsalter hat v. Guttenberg den Satz aufgestellt: die Größe des Zwischennutzungsertrages vom mittleren Bestandsalter bis zum Abtriebsertrag ist gleich der Differenz zwischen der Gesamtmasse des Hauptbestandes und der dem künftigen Abtriebsbestande in der betreffenden Altersstufe zugehörigen Holzmasse. Die Masse dieses künftigen Abtriebsbestandes in den betreffenden Altersstufen ist gegeben durch die entsprechenden früheren Massen der Mittelstämme des Abtriebsbestandes multipliziert mit der Stammzahl des Abtriebsbestandes. Eine geringe Erhöhung der Summe des ausscheidenden Bestandes, nach dieser Art berechnet, ist angebracht und auch geschehen, da an diesem noch ein, wenn auch geringer, Zuwachs erfolgt. Zur Beurteilung der Vorerträge wurde die ausscheidende Stammzahl und der mittlere Inhalt dieser Stammklasse maßgebend, der zu $\frac{1}{3}$ des Bestandsmittelstammes angenommen worden ist. Bei starker Niederdurchforstung stimmt dies letztere vom 50.–80. Jahre überein, von da ab ist aber der Mittelstamm des ausscheidenden Bestandes meist größer als hier angenommen wird.

Im 100. Jahre betragen die Vorerträge in % der Gesamtleistung:

	auf Standortsklasse				
	I.	II.	III.	IV.	V.
bei v. Guttenberg (Schaftmasse)	23	24	22	24	26
Grundner "	45	42	37	35	34
Schwappach 1890 (Verb.)	26	24	21	17	13
1902 "	45	43	41	39	39
Flurh (Gebirge) "	28	28	29	29	30

Einen direkten Vergleich lassen nur die v. Guttenbergische und die Grundnerische Tafel zu, da sie allein die Schaftmasse enthalten, während die anderen Tafeln auf die Verbmasse aufgebaut sind.

Der Grundnerschen Tafel liegt eine starke Niederdurchforstung zu Grunde, Flury hat seine Flächen mäßig (B. Grad) durchforstet; die v. Guttenbergische Tafeln sind nach diesem Vergleich auf eine schwache bis mäßige Durchforstung aufgebaut.

Flury entnimmt mit B. Grad-Durchforstung auf III. Bonität

im Alter von Jahren:

60 70 80 90 100 110 120

Derbmasse in % des

bleib. Bestandes 8,2 10,7 9,7 8,9 7,0 6,2 4,9

v. Guttenberg (Schafstmasse in % des bleibenden Bestandes

8,3 6,8 5,7 4,8 4,1 3,7 3,3

Darnach scheint der Durchforstungsgrad v. Guttenberg sich zwischen schwach und mäßig zu bewegen oder die Berechnungsmethode der Vorerträge an diesem Bilde schuld zu sein.

Die fertigen Ertragstafeln werden dann noch mit anderen Fichtenertragstafeln verglichen.

Zunächst mit Schiffels Ertragstafeln, die bekanntlich auf Boreh's und Schwappach's Tafel 1890 aufgebaut sind und denen keine eigenen Erhebungen zu Grunde liegen, weiter mit Ertragsuntersuchungen der Fichte aus dem Mittelgebirge (Herrschaft Weitra an der niederösterreich-böhmischen Grenze).

Darauf wird am Schlusse noch näher eingegangen werden.

Als letzten Abschnitt hat von Guttenberg noch eine Ertragstafel für die Fichte in Paneviggio in Südtirol aufgestellt, wobei er sich derselben Methode wie im vorigen Abschnitt bedient hat.

Herrliche Fichtenstämme, schlank, vollholzig, 36 bis 40 m hoch in einer Höhenlage von 1500–1800 m u. d. M., das Holz von gleichmäßigem Jahrringbau, 200 bis 300 Jahre alt haben diese Bestände das Auge jedes Besuchers erfreut. Bessely's Ansicht, daß dies Waldungen im „Plenterbetrieb“ seien, kann v. Guttenberg nicht teilen. Bestände mit 800–1200 fm pro ha, in welchen die jüngeren und mittleren Altersstufen fast völlig fehlen, sind keine Plenterbestände. Auch die geringe Abholzigkeit weist darauf hin. Umtriebe in der Höhe von 140 Jahre lassen sich finanziell vielleicht gerade noch rechtfertigen, so daß wohl die älteren Bestände verschwinden werden, es sei denn, daß die Staatsforstverwaltung sie als Naturschutzreservat erhält, schreibt der Verfasser bei der Abfassung dieses Abschnittes.

Kurz vor Schluß der Besprechung teilte der Verfasser mit, daß diese 200–300 jährigen Bestände nunmehr dem Krieg zum Opfer gefallen sind. Es ist nach ihrer Zerstörung kaum irgendwo mehr Gelegenheit geboten eine Ertragstafel bis zum 200. Jahre, Stammanalysen bis zum Alter von 250 Jahren aufzustellen.

Diese Arbeit bildet daher neben dem wissenschaftlich Interessanten einen Gedenkstein für ein im Kriege geopfertes Naturdenkmal.

Die Wuchseistung sei hier an der Hand einiger Zahlen skizziert.

In drei Standortsklassen eingeteilt leisteten die Fichten-Bestände Paneviggios folgendes.

Alter Jahre	Hauptbestand:				Gesamt-Massen- ertrag (Schafmasse) fm
	Stamm- zahl	Höhe cm	Durch- messer cm	Schaf- masse fm	
I. Standortsklasse.					
50	2010	12.4	15.0	217	266
100	692	26.2	31.5	664	866
150	433	33.6	42.4	952	1308
200	316	38.8	50.8	1121	1607
II. Standortsklasse.					
50	2720	9.0	11.4	128	128
100	910	20.0	25.5	498	498
150	580	26.8	36.0	674	674
200	372	31.7	44.2	825	825

Da der Verlauf des Höhenwachstums bei der Fichte des Hochgebirges verschieden ist von dem der Fichte aus niederen Lagen, so ist ein Vergleich, der auf der Höhe aufgebaut ist, nicht einwandfrei. Ein Vergleich, der auf der Gesamtwuchseistung für eine bestimmte Umtriebszeit beruht, ist ebenfalls hier ansehnlich, da die Vorerträge nicht in ihrem wirklichen Anfall ermittelt werden konnten.

Die Masse des Hauptbestandes schwankte je nach der Art der Bestandserziehung. Trotzdem will ich von dieser und zwar im Jahre 100 ausgehend einige Vergleiche erwähnen, die von Guttenberg (S. 53 u. 54) gibt, ergänzt durch Daten aus Grundners Ertragstafel, die allein die Schafstholzmassen wie von Guttenberg angibt.

Die Hauptbestandsmasse im Jahre 100 = 400 fm bei v. Guttenbergs Fi des Hochgebirges. IV. Stbkl. Schiffel (aus Schwappachs Tafel 1890 v. Boreh berechnet IV. Stbkl. Grundner auf Stbkl. IV/V.

im Alter von 50 60 70 80 90 100 110 120

Mittlere Bestandsgröße: m.

v. Guttenbergs: Fichte Hochgebirg IV. Bon.	9,1	11,2	13,2	14,9	16,5	18,0	19,4	20,7
Schiffel (Dichtschluß) IV. "	7,8	10,6	13,1	15,3	17,1	18,7	20,0	20,9
Grundner: IV./V. "	9,7	12,0	14,2	16,8	19,9	21,2	22,3	

Stammgrundfläche pro ha: qm.

v. Guttenbergs: Fichte Hochgebirg IV. Bon.	28,0	33,0	37,2	40,6	43,4	45,7	47,5	48,8
Schiffels " IV. "	23,6	28,9	33,0	36,1	38,6	40,8	42,4	43,6
Grundner " VI/V. "	30,4	33,7	35,9	37,3	38,7	38,6	38,7	38,7

Schaftmasse pro ha.

v. Guttenbergs: Fichte Hochgebirg IV. Bon.	129	184	241	296	348	397	442	481
Schiffel " IV. "	112	177	240	298	359	398	438	467
Grundner " IV./V. "	173	231	284	330	371	402	423	239

Es zeigt sich, der Verlauf der Hauptbestandsmassen Grundners ist vor diesem Zeitpunkt höher als bei v. Guttenberg, später niedriger. Es ist dies die v. Guttenberg betonte Erscheinung, daß die Kulmination des Höhenwuchses und des Durchschnittszuwachses bei der Hochgebirgsfichte später als bei der Fichte des Mittelgebirges eintritt, nachher langsamer abfällt. Auf der IV. Bonität (Hochgebirge) kulminiert der Durchschnittszuwachs erst mit 120 bis 130 Jahren. Schwappach hat darauf aufmerksam gemacht, daß dies zum Teil von der Benutzung der Analysen von Modellstämmen zur Konstruktion der Ertragstafel herrührt.

Die Höhen zeigen in den jüngeren Altersklassen

einen energischeren Wuchs bei Grundner als bei v. Guttenbergs Hochgebirgsfichte, die aber im 100. Jahre noch starken Höhentrieb zeigt, während bei Grundners Fichtenstafel dies nicht mehr der Fall ist.

Auch die Stammgrundfläche, die bei Grundner infolge des Standorts und der B.-Erziehung rasch ansteigt, nimmt im Hauptbestand vom 95. Jahre nicht mehr zu, während die v. Guttenbergische Tafel noch eine weitere Mehrung zeigt.

Ein Vergleich der Wachseistung der mittleren Standortsklassen mit denen anderer Fichtenenertragstafeln sei hier noch gegeben:

Hauptbestand Holzmasse im J. 100	Vorerträge bis z. J. 100	Gesamt- leistung bis z. J. 100	Laufender Zuwachs jährlich im J. 100
--	-----------------------------	--------------------------------------	---

III. Standortsklasse.

Schaftmasse {	576	163	739	7,4	v. Guttenberg Hochgebirg Fi
	438	134	572	8,2	(mittel) " Fi v. Paneveggio
	632	203	835	8,4	Schwappach 1890
Verbmasse {	480	338	818	8,2	" 1992
	740	297	1037	9,6	Murh (Gebirge)
Schaftmasse	602	359	961	7,5	Grundner.

Das vorzüglich ausgestattete Werk bietet eine Fülle von Material, das nach allen Richtungen hin tief durchdacht und verarbeitet ist. Wenn meine Besprechung etwas verspätet erscheint, so möge der Verf. es teilweise mit meiner derzeitigen starken dienstlichen Inanspruchnahme entschuldigen, teilweise aber auch daraus schließen, daß mir das Werk eine Fülle von Anregungen geboten

hat. Mit dieser sorgfältigen Arbeit hat von Guttenberg für die Erkenntnis der Methodik in der Zuwachselehre, namentlich des Einzelstammes, einen klassischen Baustein, für die praktische Forsteinrichtung in Hochgebirgsforsten eine wesentliche Stütze geliefert; wir wünschen ihm eine weite Verbreitung.

Dr. Wimmer.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Die Rechtsstellung des Wildes in „eingeschränkten Wildgärten“.

In der heutigen Zeit wirft jeder neue Tag auf diesem oder jenem Gebiete eine neue Frage auf.

Aus diesem Grunde hat auch auf dem Gebiete des Jagdrechtes, den Verhältnissen Rechnung tragend, das königliche Staatsministerium schon in verschiedenen Fällen von der Befugnis Gebrauch machen müssen, die ihm der Artikel 63 der Verfassungsurkunde für den

preussischen Staat vom 31. Jan. 1850 verleiht, Verordnungen zu erlassen, die ändernd in das bestehende Jagdrecht eingreifen. So ist am 30. Dezember 1915 eine inzwischen vom Abgeordnetenhaus genehmigte Verordnung erlassen worden, welche den § 47 der J.O. vom 15. Juli 1907 und den § 10 des preussischen Wildschonengesetzes vom 14. Juli 1904, das noch in der Provinz Hannover gilt, aufgehoben hat. Inhaltlich decken sich die erwähnten Vorschriften vollständig, denn sie sagen in beiden Fällen, daß alle Bestimmungen,

welche für die Versendung von Wild, ganz besonders innerhalb der Schonzeit gegeben sind, auch auf das Wild Anwendung finden, welches in eingefriedigten Wildgärten erlegt oder gefangen ist.

Die erwähnten Gesetze sprechen weiter an anderer Stelle aus, daß die Vorschriften, welche über Schonzeiten gegeben sind, auf das Fangen oder Erlegen von Wild in eingefriedigten Wildgärten keine Anwendung finden, so daß das hier vorhandene Wild das ganze Jahr hindurch uneingeschränkt erlegt werden darf. Seinem Verkauf und seiner Versendung waren aber die Schranken gezogen, die für alles übrige Wild zu gelten hatten.

Durch die Verordnung vom 30. 12. 15 sind alle diese Hemmnisse beseitigt worden, so daß heute der Eigentümer des Wildgartens in der Verfügung über das in seinem Besitz und Eigentum stehende Wild keinerlei Einschränkungen unterworfen ist.

Es mag auffällig erscheinen, daß der Wildgartenbesitzer bei der Verwertung seines im Eigentum stehenden Wildes denselben Einschränkungen unterliegen soll wie der Jagdberechtigte, der herrenloses Wild okkupiert.

Diese Gleichstellung hat ihren guten Grund, denn schon das Gesetz über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 ging von der Voraussetzung aus, daß es unbillig wäre, wenn man dem aus eingefriedigten Wildgärten stammenden Wild eine Vorzugsstellung einräumen wollte. Für die Praxis ist nun die Frage außerordentlich wichtig, was unter einem „eingefriedigten Wildgarten“ zu verstehen ist, denn die Meinungen der Juristen gehen hierüber weit auseinander.

Das Bürgerliche Gesetzbuch sagt in seinem § 960: „Wilde Tiere sind herrenlos, so lange sie sich in der Freiheit befinden. Wilde Tiere in Tiergärten und Fische in Teichen oder anderen geschlossenen Privatgewässern sind nicht herrenlos“. Die Jagdgesetzgebung hat den Ausdruck „eingefriedigter Wildgarten“ aus dem alten Schonzeitgesetz von 1870 übernommen und hat es — leider — unterlassen dem Beispiele des B. G. B., das vom „Tiergarten“ spricht, zu folgen. Somit war von vornherein Veranlassung gegeben, die verschiedenen Ausdrücke begrifflich von einander zu unterscheiden. Diese Auffassung wurde besonders dadurch unterstützt, daß bei der Beratung des Wildschongesetzes von 1904 ein Vertreter der Staatsregierung in der Kommission des Herrenhauses erklärt hatte, daß „Tiergarten“ nach Auffassung des B. G. B. ein engerer Begriff als „Wildgarten“ sei, weil dieser ein „Gehege“ bedeute. Es war also nur ein ganz kleiner Schritt bis zu der Auffassung, daß das unterscheidende Merkmal zwischen „Tiergarten“

und „Wildgarten“ in der Größe bestehe und ein Tiergarten im Sinne des B. G. B. nur dann in Frage kommen könne, wenn er so klein sei, daß ein gewisser Besitz an dem Wilde möglich erscheine.

Alles das hat dazu geführt, daß ein Unterschied zwischen „eingefriedigten Wildgärten“ und „Tiergärten“ gemacht wurde.

Nur im letzteren sollte das Wild im Eigentum des Besitzers stehen, während es im ersteren als herrenlos gelten sollte, was namentlich auch in strafrechtlicher Hinsicht zu den verschiedensten Konsequenzen führen mußte. Ein sehr namhafter Jurist, Herr Prof. Dr. Carl Dödel, hat diese Auffassung von vornherein auf das Entschiedenste bekämpft und den Standpunkt vertreten, daß der Parteigentümer auch im größten Gehege Eigentum an den durch die Umzäunung am Entweichen absichtlich verhinderten jagdbaren Tiere haben müsse, weil das Gefängnis ein engeres oder ein weiteres, also auch ein eingegegtes Grundstück sein könne. Das deckt sich aber auch ganz mit dem Wortlaut des § 960 B. G. B., wo nicht allein Fische in Teichen, sondern auch in anderen geschlossenen Privatgewässern nicht herrenlos sind.

Nichts spricht dafür, daß das Wild anders behandelt werden sollte, so daß es einzig und allein darauf ankommt, ob den Tieren im „eingefriedigten Wildgarten“ die natürliche Freiheit entzogen ist oder nicht.

Die Nichtschnur, daß der Besitzer jeden Augenblick in der Lage sein müsse ein bestimmtes Tier zu töten, beziehungsweise zu ergreifen und so tatsächlich in seine Gewalt zu bringen, um zwischen Tier- und Wildgarten zu unterscheiden, stand von vornherein auf sehr schwachen Füßen, denn wenn auch der Besitz einer Sache von der Erlangung der tatsächlichen Gewalt über die Sache abhängig ist, so sollte eigentlich darüber keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß man durchaus nicht in der Lage zu sein braucht die Verfügungsgewalt in jedem Augenblick ausüben zu können. Dieser Standpunkt war unhaltbar, weil der Wildgartenbesitzer in der Lage ist jedes der vorhandenen jagdbaren Tiere zu erlegen, wenn er auch dazu einige Vorbereitungen treffen muß, die Zeit in Anspruch nehmen.

Es wird nach dem Inkrafttreten der neuen Verordnung nicht ausbleiben, daß der Versendung von Wild, das aus „eingefriedigten Wildgärten“ stammt, Schwierigkeiten erwachsen und deshalb sei darauf aufmerksam gemacht, daß das Reichsgericht in seinem Urteil vom 9. Jan. 1902, in einem 3600 ha großen Wildpark Besitz und Eigentum des Parteigentümers am Rotwild angenommen hat, weil nach den örtlichen Verhältnissen das im Wildpark eingeschlossene Rot-

o vollständig am Austreten gehindert und damit
er natürlichen Freiheit beraubt war.

In der neueren Zeit hat sich auch das Kammer-
recht in seiner Entscheidung vom 1. Dezember 1910
den Standpunkt gestellt, daß der Begriff eines
Wildgartens im Sinne des § 960 B. G. B. im wesent-
lichen eine nach den Umständen des einzelnen Falles
beurteilende Tatfrage ist. Der hierfür maßgebende
Sichtspunkt mußte darin gesehen werden, daß durch
Aufenthalt der wilden Tiere in dem betreffenden
Orte, deren Freiheit als aufgehoben erscheinen müsse.
Die Einfriedigung des Grundstücks begründe den Zu-
stand der Gefangenschaft, welche die Herrenlosigkeit
der Tiere aufhebt. Danach ist in der Praxis zu
urteilen ob „ein eingefriedigter Wildgarten“ in Frage
kommt oder nicht. Nicht die Größe ist zur Entschei-
dung heranzuziehen, sondern die Sachlage, die ergeben
muß, daß dem Wildstande die Möglichkeit des Ent-
weichens fehlt.

Auch strafrechtlich ist dieses von ganz besonderer
Bedeutung, denn die unbefugte Aneignung derartigen
Wildes ist nicht als Jagdvergehen anzusehen,
sondern als gemeiner Diebstahl zu bestrafen.

Wenn nun heute der Besitzer des eingefriedigten
Wildgartens in der Lage ist, das in seinem Eigentum
befindende Wild in uneingeschränkter Weise zu verkaufen
und zu versenden, so gilt dieses natürlich nur für das
von der Einfriedigung betroffene Wild.
Das Flugwild, welches von der Einfriedigung nicht
betroffen wird, ist selbstverständlich auch im Wild-
garten herrenlos, wenn es nicht zu den zahmen Tieren
gehört, und dasselbe gilt natürlich auch für die Hasen,
wenn die Einfriedigung eine derartige ist, daß ihrem
Ein- und Auswechseln keine Hindernisse entgegenstehen.
Unter diesen Umständen bleiben sie stets im Zustande
der Herrenlosigkeit, so lange sie sich in ihrer natür-
lichen Freiheit befinden. Sie unterliegen dem aus-
schließlichen Okkupationsrecht des Jagdberechtigten und
für sie gelten wie unter anderen Umständen die Vor-
schriften über die Schonzeiten und auch die Bestim-
mungen, welche die Versendung des Wildes regeln.

Um sich vor Nachteilen zu schützen, muß der Eigen-
tümer des „eingefriedigten Wildgartens“ dieses be-
achten.

Baltz-Hannover.

Aus Baden.

Kriegsmaßnahmen der badischen Forst- verwaltung.

In dem Briefe aus Baden auf Seite 15/1916
d. Bl. sind einige bemerkenswerte Entschlüsse der
badischen Forst- und Domänenverwaltung auszugsweise
wiedergegeben. Es hat nun der Großh. Oberforstrat

Gretsch, technischer Leiter der badischen Forstverwaltung,
unter obigem Titel eine Druckschrift veröffentlicht, aus
der einige Mitteilungen allgemeines Interesse bieten
dürften.

Die badische Forstverwaltung hat es sich zur be-
sonderen Pflicht gemacht für eine zureichende Ernäh-
rung von Menschen und Nutztieren Sorge zu tragen.
Zu diesem Behufe wurden die Walдарbeiten im Jahre
1915 zu gunsten der dringendsten landwirtschaftlichen
Arbeiten, der Vergung der Ernte und Wiederbestellung
der Felder tunlichst eingeschränkt.

Auch fand eine weitgehende Abgabe an Waldstreu
und Waldgras statt.

So wurde verabsolgt gegen den Durchschnitt 1911/13
ein Mehr in den Domänenwäldungen an Reststreu
von 40 %, an Unkrautstreu von 8 %, an Dürr- und
Futtergras von 137 %, bzw. in den Gemeinde- und
Körperschaftswäldungen von 27 %, 84 % und 37 %.
Von der Erlaubnis Futterlaub und Laubheu zu sammeln
wurde ein kaum nennenswerter Gebrauch gemacht, eben-
so wenig von der gestatteten Waldweide. Auch die
freigegebene Schweineweide beschränkt sich auf den Aus-
trieb von Zuchtschweinen, hauptsächlich aus dem Grunde,
weil unsere jetzigen Schweinerasen für die Nutzung der
Erbmast nicht mehr recht geeignet sind und die Land-
wirte die Stallfütterung wegen des Düngersankalles
bevorzugen.

Diese wurde durch die überaus reiche Eichelmast
des Jahres 1914 ausgiebig ergänzt. Es kann nach
angestellten Schätzungen und Feststellungen die Menge
der gesammelten Eicheln auf 200 000 Zentner veran-
schlagt werden. Ein Teil der Eicheln biente zur Be-
reitung des ebenso wohlschmeckenden als gesunden Eichel-
kaffees, der entschieden noch weitere Beachtung verdient.
Ueber die wirtschaftliche Behandlung der sehr zahlreichen
Eichenaufschläge ist bereits S. 15 das Erforderliche mit-
geteilt.

Die größte Einwirkung auf die Lage des Holz-
marktes und die Walderträge ergab die lebhafteste Nach-
frage nach Eichenschälrinde mit einem Preisaufschlag
von jeither 2.60 bis 2.80 M. je 1 Ztr. auf 9 bis
10 M. Es mögen nach Erhebungen und zuverlässigen
Schätzungen auf einer Niederwaldfläche von beiläufig
1700 ha 118 000 Ztr. (in Privatwäldungen beiläufig
55 000 Ztr.) geschält worden sein mit einem Erlöse
von rd. 900 000 M.

Auch die Fichtenrinde war lebhafter gefragt, doch
konnte wegen Beamten- und Arbeitermangels nur eine
mäßige Menge von etwa 35 000 Ztr. mit einem Ge-
samterlöse von beiläufig 200 000 M. gewonnen werden.

Mit der Beschäftigung von Kriegsgefangenen in
Staatswäldungen wurde im Frühjahr 1915 beim

Kinderschulen der Anfang gemacht. Im Winter 1915 waren in 13 Forstbezirken (von 78) 260 Russen verwundet.

Sichtlich der Beamten- und Arbeiterfürsorge wäre Folgendes zu erwähnen: Mit Rücksicht auf die durch den Krieg eingetretene Teuerung der Lebenshaltung wurden mit Wirkung vom Juni 1915 für die verheirateten Beamten, Bediensteten und ständigen Arbeiter mit Kindern, deren monatliches Dienst-einkommen weniger als 130 M. betrug, Teuerungszulagen gewährt mit je nach der Kinderzahl, der Dienst- und Beschäftigungsart abgestuften Sätzen

zwischen monatlich 3 und 12 M. für die Familie. Die Zulagegrenze wurde vom November 1915 auf 170 M. erhöht.

Die Angehörigen der vom Forstärar beschäftigten zum Kriegsdienste einberufenen ständigen Arbeiter (12 Beschäftigungstage) erhalten als Beihilfe: die Ehefrau 25 %, jedes Kind bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahr 15 %, jedes Kind eines verwitweten oder geschiedenen Arbeiters 7 1/2 % des wirklichen Arbeitsverdienstes; diese Sätze wurden später noch etwas erhöht. Die Gesamtbeihilfe darf 50 % des Lohnes nicht übersteigen.

Notizen.

A. Forstrat a. D. Julius Hamm †.

Am 17. Januar 1916 verschied zu Karlsruhe Forstrat Julius Hamm.

Hamm war 1842 geboren und hatte an der Karlsruher Hochschule studiert, wo er u. a. die anregenden Kollegen von Klauprecht und Dengler gehört hatte. 1864 wurde er bad. Forstpraktikant, war dann längere Zeit bei der Forsteinrichtung und Waldsteuereinschätzung tätig, Geschäfte, die ihn mit den vielseitigen Waldverhältnissen unseres Landes näher bekannt machten. 1871 übernahm Hamm das Forstamt Stodach, 1884 das Forstamt Rengingen und 1892 das Forstamt Karlsruhe.

Am 1. April 1914 war Hamm in den Ruhestand getreten, den er nur so kurz genießen sollte.

Mit Hamm ist eine unermüdbliche Arbeitskraft dem badischen Forstwesen und der Forstwissenschaft dahingegangen. Die seltene Gabe eindringender Naturbeobachtung gepaart mit dem eifrigen Streben, die Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaft und Volkswirtschaft zu verfolgen, befähigten den Verstorbenen neben seiner mit großer Initiative geführten praktischen Tätigkeit, jederzeit an der Diskussion forstlicher Tagesfragen lebhaft teilzunehmen und unsere Wissenschaft durch literarische Arbeiten zu bereichern.

Neben Beiträgen forstpolitischer und verwaltungstechnischer Natur in dieser Zeitschrift und im Forstw. Zentralblatt war Hamm's wissenschaftliche Arbeit namentlich auf das Gebiet des Waldbaus gerichtet.

In seinem ersten Bezirke Stodach entstanden Beiträge zu dem biologischen Verhalten der Fichte, Eiche und Kiefer auf den Molasseböden des Bodenseegebietes, denen Ertragsuntersuchungen beigegeben waren. Seit seiner Tätigkeit in den Rheintalforstbezirken Rengingen-Karlsruhe war es der Ausschlagwald, mit einer enormen Wuchskraft und Vielgestaltigkeit nach Holzarten, der Hamm besonders anzog.

Hier entstand seine bedeutendste Veröffentlichung über den Ausschlagwald, das einzige zusammenfassende Werk über diesen interessanten Teil des Waldbaus, das unsere forstliche Literatur besitzt. Mitten in einer ihn viel in Anspruch nehmenden Praxis fand Hamm immer Zeit, zu wissenschaftlicher Arbeit; seit den 1890er Jahren hatte Hamm sich dann noch mit Fragen fischerpolitischer Natur beschäftigt und war für dieses Gebiet technischer Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern.

Seine fast unbeflegbare Lebenskraft hatte in den letzten Jahren Krankheit geschwächt, die er aber mit der ihm eigenen

Energie und Humor zu überwinden suchte. Im Verkehr ein ungemein anregender und heiterer Gesellschafter vermochte Hamm seine waldbaulichen Leistungen den Besuchern seines Bezirkes auf die kurzweiligste Art belehrend vorzuführen. In Julius Hamm ist seiner Familie ein treubeforgter Vater, dem Forstwesen ein Mann verloren gegangen, der über ein reiches Maß allgemeinen und forstlichen Wissens verfügte, der mit Leib und Seele an seinem Fache hing und sein Ansehen zu fördern suchte.

Wissenschaft und Praxis wird ihm ein treues Andenken bewahren. Dr. Wimmer.

B. Unberechtigte Jagdausübung durch Aufsehen auf eigenem Bezirk.

Entsch. des Bayer. Obersten Landesger. v. 29. Juli 1911. Rev.-Nr. 173/15.

Die Angeklagten St., M. und R. haben am 28. Januar 1915 in der Weise die Jagd ausgeübt, daß einer von ihnen mit einem Hund in einem an das Jagdgebiet des Bierbrauers St. angrenzenden Jagdbezirk ein Wildchen abging, um Wild aufzuspüren und gegen das Jagdgebiet des Bierbrauers zu treiben, während die beiden anderen Jäger mit schußbereiten Gewehren auf dem fremden Jagdgebiet standen, um das aus dem Wildchen herauskommende Wild zu erlegen. — Die drei Jäger wurden wegen Vergehens des strafbaren Eigennutzes durch unberechtigte Jagdausübung vom Landgericht Passau verurteilt, ihre Revision wurde verworfen. Aus den Gründen: „Wer eine Handlung vornimmt, durch die er dem Wild nachstellt, um es zu erlegen, einzufangen, oder sonst in seinen Besitz zu bringen, übt die Jagd aus. Eine solche Handlung liegt in der von der Strafkammer festgestellten, auf Erlegung von Wild aus einem fremden Jagdbezirk gerichteten gemeinschaftlichen Tätigkeit der drei Angeklagten, von denen einer sich bemüht, in dem fremden Jagdbezirk Wild aufzusuchen und seinen Jagdgenossen zuzutreiben, während dieselben bereitstanden, dieses Wild beim Vorbrechen zu erlegen. Das Wild aus dem fremden Jagdbezirk nicht hervortrat und deshalb eine weitere, auf Aneignung von Wild gerichtete Tätigkeit der Angeklagten unterbleiben mußte, ist rechtlich belanglos. Die Frage, an welchem Orte die Jagd ausgeübt wird, und ob die Jagdausübung berechtigt ist oder nicht, entscheidet nicht der Standort des Jägers, sondern des Wildes.“

Das Okkupationsrecht erstreckt sich nur auf das Wild, sich im Jagdbreviere des Berechtigten befindet.

Die Strafkammer hat zwar tatsächlich festgestellt, daß St. Glaubens war, noch auf seinem Jagdgebiete zu stehen. Ein mit Recht hat sie auch diese irrige Meinung St.'s für unzulässig erklärt, da feststeht, daß St. dem Wilde nachzusehen, das ihm von dem Mitangeklagten nach seinem Willen in dem fremden Jagdbezirk zugetrieben werden sollte. Ein Irrtum über die Jagdgrenze, soweit der Standort des Wildes in Betracht kommt, dem die Angeklagten nach den Feststellungen der Strafkammer nachstellten, ist weder von St. noch von einem anderen Angeklagten behauptet worden.

Wenn die Revision des Angeklagten St. darzulegen vermag, daß Wille und Tätigkeit St.'s sei nicht auf Erlegung von Wild aus einem fremden Jagdbezirk gerichtet gewesen, so steht sich in Widerspruch mit den tatsächlichen Feststellungen des Strafungsgerichtes.

Diese Entscheidung hat eine gewisse grundlegende Bedeutung. Hier ist in Bezug auf den Standort des Wildes ab jenen des Jägers bei der Grenzjagd und in gleicher Weise auch in Bezug auf die Frage eines entschuldigen Irrtums (de facto) das Recht der verbotswidrigen Jagdausübung nach an sich jagdberechtigte Personen differenziert, wie man es in der Rechtsprechung wohl noch nicht die Rechtslage darstellt hat. Demnach kommt es bei der strafrechtlichen Entscheidung über eine grenznachbarliche Jagdausübung, vorausgesetzt, daß der Angrenzer seinen Bezirk überhaupt nicht verlassen hat oder doch, im Falle dies geschah, sich hierin in einem entschuldigen Irrtum befunden hat, in erster Linie auf den Standort des Wildes an. Trifft der Angrenzer Maßnahmen, durch welche das Wild in dem jenseitigen Bezirk in seiner natürlichen Bewegung, in seinem Wechsel derart beeinflusst wird, daß abgelenkt wird, daß dasselbe genötigt wird, in den fremden Bezirk überzulaufen und wenn dieses erreicht wird, die Möglichkeit des Abschusses für den Angrenzer besteht, so qualifiziert sich diese Handlungsweise als eine verbotswidrige Jagdausübung nach § 292 StGB. Auch wenn der Erfolg nicht erreicht wird, also Wild weder überwechselt noch überlaufendes zum Schuß kommt, ist die Strafbarkeit gegeben. Ebenso ist es belanglos, ob die auf die Bewegung des Wildes gerichtete Tätigkeit durch Personen, Treiber, in der Nähe der Grenze angestellte Jäger mit oder ohne Hunde oder ob dieselbe durch frei wandernde und von dem jagdlichen Interessenten in das fremde Jagdbrevier abgelassene Hunde ausschließlich inszeniert wird. Das Okkupations- oder weidmännische Aneignungsrecht erstreckt sich im weitesten Sinne auf alles im Jagdbreviere des Berechtigten befindliche jagdbare Wild. Dieses im gewissen Sinne absolute Aneignungsrecht erleidet aber eine Einschränkung insofern, wenn es sich bei der Erlegung um Wild handelt, das nicht auf natürlichem Wege, entsprechend dem Zuge des Wildes und unbeeinflusst durch einen interessierten Dritten, sondern durch bestimmte Berechnung von Seite des Angrenzers, selbst auf dem Wege des Blattes und Bodens (in der Nähe der Grenze) in sein Revier gelangt ist. Die Okkupation als solche ist auch hier nicht strafbar, wenn das Wild erlegt wird, wohl aber die Handlung, welche eine solche Erlegung ermöglicht hat. Der Tatbestand ist natürlich nur so flagrant und markanter nach seiner Strafbarkeit zu werten, wenn, wie im vorliegenden Falle, eine gemeinschaftliche Tätigkeit mehrerer Organe, also von Hund, menschlichem Treiber und von Jägern zur Erreichung eines bestimmten Zweckes in Frage kommt.

Ein Irrtum über die Jagdgrenze kann nun nach der übereinstimmenden Rechtsprechung von Reichsgericht und den

einschlägigen Landesgerichten die Strafbarkeit unter Umständen ausschließen. Auch im gegebenen Falle würde diese Wohlthat von dem obersten bayerischen Landesgerichte den Beteiligten zugestanden worden sein. Allein dieses Moment war hier bedeutungslos, weil es sich nicht um den Standort des Jägers in Bezug auf die Jagdausübung als solche, um Wild im fremden Jagdbrevier direkt zu erlegen, handelte, sondern um das Nachstellen und Zutreiben von Wild aus dem fremden Jagdbreviere in das eigene. Da im vorliegenden Falle nur der Standort des Wildes als maßgebender Faktor in Betracht kam und infolge der gemeinsamen Aktion der Beteiligten über denselben ein Irrtum ausgeschlossen und auch nicht behauptet worden war, so war eine wohlberechnete Tätigkeit von Seite der Angeklagten, um Wild aus dem fremden Reviere in das eigene zu bringen, gegeben und infolge der gerichtlichen Feststellungen eine gegenteilige Anschauung nicht mehr haltbar.

R.

C. Kriegsansonnung des Waldheidekrauts.

Was doch der Krieg alles zuwege bringt! So manches alte deutsche Kraut kommt wieder zu Ehren. Und warum auch nicht? Warum soll beispielsweise der Tee aus überseeischen Pflanzenblättern besser schmecken als der Heidekraut-Ersatztee? Es liegt vielfach nur an einer bestimmten Geschmackskritik — Geschmack ist durchaus Modefache! —, die wir uns in der Zeit der Bevorzugung alles Ausländischen angewöhnt haben. Nun sieht sich sogar das offizielle Wolffbüro des mächtigen deutschen Reiches veranlaßt, in einem seiner täglich kommenden Telefonbriefe, Rubrik: „Nachrichten dienst für Ernährungsfragen“, auf den Heidekraut-Ersatztee die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Allerdinge erscheint es ja bei den jetzigen hohen Teepreisen und bei der noch zu erwartenden größeren Knappheit an Tee und Kaffee ratsam, sich nach einem Ersatz für diese Genussmittel umzusehen. Es sind auch schon mancherlei Vorschläge in dieser Richtung gemacht worden, die jedoch zum Teil wenig aussichtsreich sind. Die Schwierigkeit liegt eben darin, Kräuter auszuwählen, die nicht allzu sehr an bekannte Volksarzneien und Hausmittel erinnern. Denn da spielt uns wieder gerade der uns angewöhnte Geschmack einen Streich: Derartige Getränke würden dem an so ausgesprochene Genussmittel wie Tee und Kaffee gewöhnten Gaumen bald widerstehen. Der Heidetee ist nun aber nicht nur den anderen Ersatzmitteln für Tee, wie Brombeer- und Erdbeerblättern, im Geschmack überlegen, sondern er stellt auch ein sehr bekömmliches Getränk dar, wobei zu betonen ist, daß der Heidekraut-Aufguss keineswegs an eine Arznei erinnert, wie dies bei Kamillen- und Lindenblütentee der Fall ist. Es scheint nun auch tatsächlich so, als ob der Ericattee in älteren Zeiten ein Volksgetränk war — man behauptet wohl nicht zu viel, wenn man diesen Satz aufstellt. Demnach möchte es anscheinend nur ein Zurückschreiten auf ältere Volksgewohnheiten sein — allerdings ein glücklicher Griff —, wenn S c h n e i d e r in der Pharmazeutischen Zentralhalle das Heidekraut als Ersatz für Tee empfiehlt. Er führt folgendes aus:

Der mit kochendem Wasser bereitete Aufguss des Heidekrautes (1 Teelöffel auf eine Tasse) ist von blaßgelber Farbe, schwachem Geruch und stark zusammenziehendem Geschmack. Mit 1 bis 2 Stückchen Zucker auf die Tasse gesüßt, ist der Aufguss ein angenehmes Getränk. Auch mit Milchzusatz soll der Geschmack angenehm sein. Da das Heidekraut (*Calluna vulgaris* oder *Erica vulgaris*) in großen Mengen vorkommt leicht zu sammeln und zu trocknen ist, läßt es sich billig auf dem Markt bringen. Beim Einsammeln lege man Wert da-

rauf, daß die roten Blütenhüllen mitgesammelt werden, weil dadurch der Tee ein gefälligeres Aussehen erhält.

Für den Forstmann, der, wenn er ein richtiger Forstmann ist, nicht nur die ihm anvertrauten Bäume, sondern auch seine Waldkräuter betreut, ist die Ehrenrettung der Erica wichtig im Hinblick auf die best- und größtmögliche Ausnutzung seines wirtschaftlichen Kapitals. Es würde ihm ein Leichtes sein, aus der Einsammlung des Waldheidekrauts, sofern es ein begehrter Marktartikel würde, einen Nutzen zu schlagen. Eine gewisse Skepsis wird ja natürlich auch in diesem wie in allen anderen ähnlichen Fällen am Platze sein müssen. Denn bis sich so etwas wie Heidekrauttee im Volke einbürgert, darüber vergehen Jahrzehnte; solange aber würden wir den Krieg gar nicht aushalten, und mit Kriegsende käme der überseeische Tee wieder auf den Markt. Wie ich schon früher an dieser Stelle ausführte, lassen sich Volksitten nicht von heute auf morgen einführen. Allein der deutsche Mann tut, was er kann, und es genügt uns nicht, festgestellt zu haben, daß das Heidekraut ein gutes Ersatzmittel für Tee ist, sondern wir wollen es auch effektiv auszunützen suchen. Der deutsche Wald birgt noch viel mehr Schätze, als wir glauben.

Schuster.

D. Zum Gedächtnis

meiner im Kampfe für das Vaterland gefallenen früheren Schüler habe ich die nachfolgenden Angaben gesammelt und in Tabellenform zusammengestellt. Ich darf hinzufügen, daß sie alle ohne Ausnahme bei mir in guter Erinnerung stehen. Alle waren prächtige Menschen, niemals hat meine Beziehung zu ihnen irgendwelche Störung oder Trübung erfahren. Ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten, die meistens auch noch bei meinem 25 jährigen Amtsjubiläum im April 1911 ihre Anhänglichkeit erwiesen.

Ehre ihrem Andenken!

Zur Erläuterung bemerke ich noch, daß die Namen in der Liste nach dem Alter geordnet sind. In der Spalte „Ort und Zeit des Todes“ bedeutet B. den weltlichen, O. den östlichen Kriegsschauplatz; außerdem ist, wo möglich, auch der betr. Ort näher angegeben. Die unter Nr. 4 und 11 Genannten sind seit mehr als einem Jahre vermißt und wohl schwerlich noch am Leben. Alle älteren, Nr. 1 bis 13, waren hessische Forstassessoren; nur die drei jüngsten, Nr. 14 bis 16, waren Thuringer.

Wimmenauer.

Nr.	N a m e n	O r t u n d Z e i t		B e z u g e Z i v i l s t e l l u n g	M i l i t ä r i s c h e S t e l l u n g
		der Geburt	des Todes		
1	Karl Schmall	Gießen 27./5. 80	B. bei Weilsche 8./11. 14	Niederl. Kolonialdienst auf Java	Leutnant d. R. im Inf.-Reg. 118
2	Heinrich Weiß	Lieberbach bei Alsfeld 2./12. 80	B. vor Verbund 27./2. 18	Seit 20./7. 14 als Grobsh. Forstassistent angestellt	Oberleutnant d. R. im 2. Oberrhein. Inf.-Reg. 99
3	Leo Vogt	Reichelsheim i. W. 21./2. 81	B. bei Gernay en Dormois 15./9. 14	Fürstl. Hohenzoll. Oberförster in Bistritz (Böhmen)	Leutnant im Landw.-Inf.-Reg. 116
4	Hermann Rühl	Schotten 28./6. 82	B. vermißt seit 10./9. 14	Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz	Unteroffizier im Inf.-Reg. 116
5	Wilhelm Brückner	Neustadt i. Odw. 7./9. 82	B. bei Etalon 24./9. 14	Hilfsleistung bei Grobsh. Oberförsterei Höchst	Leutnant d. R. im Inf.-Reg. 97 (z. eif. Kreuz vorgeschl.)
6	Ludwig Nicolaus	Grebshain 15./10. 82	B. bei Maurupt 10./9. 14	Fürstl. Erbass. Oberförster zu Neustadt i. O.	Leutnant d. R. im Inf.-Reg. 116.
7	v. Wedekind, Frhr. Georg	Mainz 6./8. 83	B. bei Biel St. Remy 30./8. 14	Hofjagdjunker in Darmstadt	Leutnant d. R. im Schützen-Reg. 108
8	Richard Kern	Darmstadt 6./12. 83	O. bei Vania (Galizien) 27./5. 15	Assistent b. d. Bade- u. Kurverwaltung in Nauheim	Oberleutnant d. R. im Inf.-Reg. 222 (Eif. Kreuz u. Eif. Zapf.-Med.)
9	Ernst Rudelshausen	Otterbach (Oberhessen) 19./8. 84	B. in Berman 21./8. 15	Forsteinrichtung für Elsaß-Lothringen	Leutnant d. R. im Inf.-Reg. 99 (Eif. Kreuz u. Eif. Zapf.-Med.)
10	Wilhelm Scheele	Babenhausen 5./7. 84	B. bei Vitry le François 9./9. 14	Lehrera. b. Herzgl. S.-Meln. Forstwirtschaftsschule Sonneberg	Leutnant d. R. im Landw.-Inf.-Reg. 118
11	Eberh. Mezger	Gießen 28./1. 85	B. vermißt seit 13. 9. 14 b. Soissons	Frhrll. v. Seckendorfsche Forstverwaltung. Buchenau	Leutnant im Reserve-Inf.-Reg. 71
12	Franz Leibfried	Groß-Umstadt 20. 6. 87.	B. bei Craonne 20./9. 14	Forsteinrichtung für Elsaß-Lothringen	Leutnant d. R. im Inf.-Reg. 172
13	Ludwig Franz	Darmstadt 23./7. 87	O. bei Lodz 21./11. 14	Reichsgräflich Schaffgotsch'scher Oberförster in Ullersdorf	Kriegsfreiw. Oberjäger im Hirschberger Res.-Jäger-Bat. 21
14	Fritz Döll	Gotha 30./4. 89	B. vor Ypern Juli 15	Forstreferendar	Leutnant im Inf.-Inf.-Reg. 233 (Eif. Kreuz)
15	Alexander Graf von Keller	Oberfüllbach bei Coburg 7./8. 90	B. bei Moorslebe 20./10. 14	Forstreferendar	Kriegsfreiwilliger im Jäger-Bat. 24
16	Hans Kirsten	Gotha 21. 9. 91	O. bei Nowe a. b. Weichl. 10./10. 14	Stud. d. Forstwiss.	Offizier-Stellvertreter im Inf.-Reg. 95



Carl Eduard Key

Forst- und Jagd-Zeitung.

Wegweiser zur Kenntniss von Gorno-Baleu.

an mehrere Stellen eingeteilt. Meine Gefah-
ren, die ich im Laufe von 20 Jahren über die An-
sicht der Menschen genommen habe, auch in
den Briefen zu verzeichnen, dürfte ich nicht
über, als 20 verschiedene Antworten zur Über-
zeugung gekommen zu sein. Ich habe diesen zur Führung
frage den 24. bis 26. September anstehend
zu verzeichnen, wie folgt. Ich habe mich selbst
sollte mich zu verzeichnen, wie folgt. Ich habe mich selbst
sollte mich zu verzeichnen, wie folgt. Ich habe mich selbst

Das erste ist die Frage, ob die Erde ein
eines oder mehrere zusammenhängenden Stücke
besteht. Es ist eine mittelaltliche Frage, die
den und die Erde in der Natur liegen. Es ist
nicht eine Frage, die man nur durch
die Natur der Erde und die Natur der
Erde in der Natur der Erde beantworten kann.

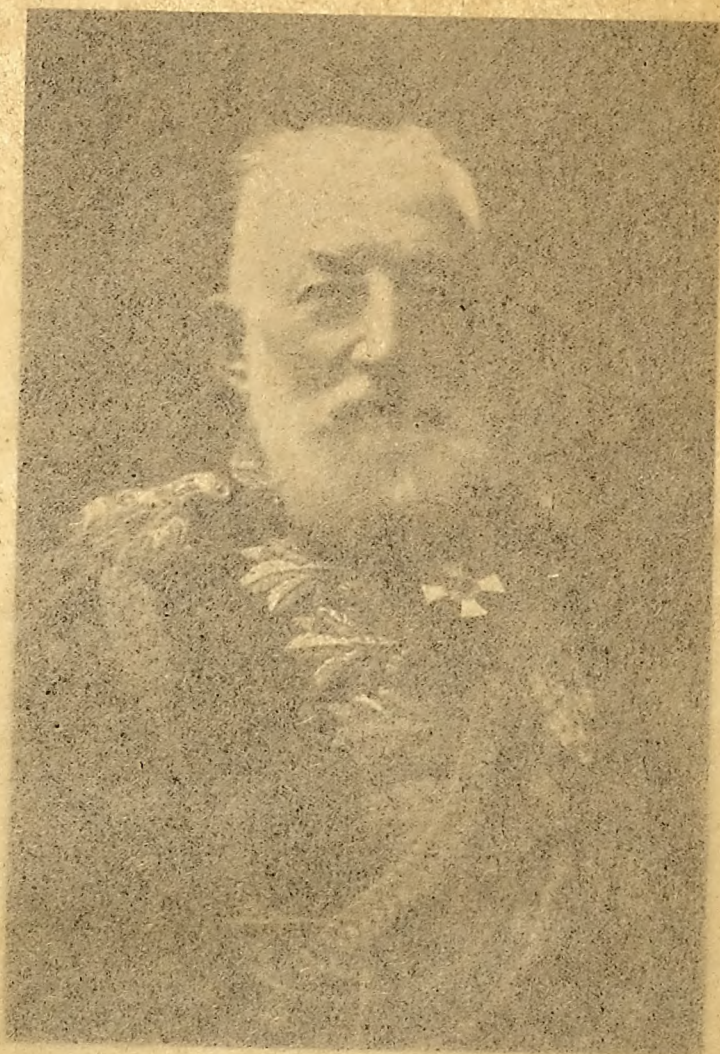
nur jedoch möglich, den weitens größten Theil der in Baden, der Pfalz und im Elßaß vorhandenen Anlagen zu sehen und Vergleiche über die Wachselementen auf sehr verschiedenen Standorten zu gewinnen.

Dadurch und durch das Entgegenkommen vieler Herren, die mir werthvolle Rathen gaben, ferner durch das Studium der vorhandenen Literatur, darunter 2 neuere amerikanische Brochüren, bin ich doch in der Lage, weitere Beiträge zur Klärung der Frage geben zu können.

Allen diesen Herren, insbesondere Prof. Dr. Schlegel
nach, Geh. Oberforstrat Herrn Privatdozenten Dr.
Wimmer, den Gutsbesitzern von Schönbürg, in Sch-
weitzer und Gutenbrunnen, sowie den Professoren Dr.
Bernow in Toronto und Dr. Koffy in Ann Arbor
(Michigan) sei auch herzlich gedankt.

Die aus Amerika stammenden Carya-Arten sind nicht nur sehr schön, sondern auch werthvolle Nahrungsmittel. Von 4 Arten sind durch ihr werthvolles Holz, die anderen 5 durch ihre begehrten Früchte bekannt. Letztere Arten werden neuerdings in Amerika viel angebaut und sogar veredelt. Für unser Land kommen nur jene Arten in Betracht, welche das schöne Holz liefern. Das wir kennen und das für unsere Zwecke am geeignetsten ist, sind sieben Arten, die wir hier in einem kleinen Garten bei Bonn, bei der Herrschaft, pflanzen, alle und kommen sehr üppig. Es wird uns wohl möglich sein. Wir werden auch das Aussehen dieser Götter ein photographisches Bild nehmen, um so mehr zur Geltung kommt, als diese Götter in der ursprünglichen Heimat abnehmen und schließlich ganz verschwinden. Und dieser Umstand hat mich schonen Berichten nicht so fern

Weder das vergangene im 16. und 19. Jahrhundert
als Markensitten bei uns eingeführten Arten sind die
Ordnung der Schmuckpflanzen vertreten. Nur in Parkan-
lagen oder bestimmten Gärten trifft man ganz be-
sonders eine Pflanze vor Pflanzenzennern gestellt und
hervorgehoben, und der ganzen Natur Raum gebracht.
Das ist die Pflanze der ungenutzten Räume, händ-
lich, in der dreierlei Bedeutung in der Jugend-
zeit, als Pflanze, die die Pflanzung der Pflanzung



Genl. Wood (1844)

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Junii 1916.

Beiträge zur Anzucht von Carya-Arten.

Von Forstmeister **Rebmann** in Straßburg.

Von mehreren Seiten aufgefordert, meine Erfahrungen, die ich im Laufe von 33 Jahren über die Anzucht einiger Caryaarten¹⁾ gewonnen habe, auch in forstlichen Blättern zu veröffentlichen, entspreche ich um so lieber, als ich nach zahlreichen Anfragen zur Uebersetzung gekommen bin, daß jeder Beitrag zur Klärung der Frage den sich für die Anzucht interessierenden Herren willkommen sein wird. Sind doch diese Hölzer so wertvoll und so wichtig für uns, daß sie keine Zurücksetzung verdienen.

Bei dem gewaltigen Völkerringen haben wir manches gelernt, vor allem auch eingesehen, wie wichtig es für uns ist, auf eigenen Füßen zu stehen und vom Auslande unabhängig zu sein. Dies gilt auch für unsere Caryahölzer. Es ist zu hoffen, daß mancher Kollege, der bis jetzt der Anzucht von Ausländern kühl und abwartend gegenüberstand, fernerhin aus patriotischen Rücksichten diesen Holzarten ein größeres Interesse entgegenbringen wird. Die Anzucht bietet allerdings Schwierigkeiten; aber dies darf kein Grund sein, eine so wertvolle Holzart zu vernachlässigen.

Zum gründlichen Studium dieser Holzarten fehlt es bei uns und in den angrenzenden Ländern leider an Gelegenheit. Ältere und mittelalte Bäume sind sehr selten und die jüngeren Anlagen liegen in Deutschland so weit auseinander, daß man nur einen kleinen Teil der Kulturen aufsuchen und Studien über das Gedeihen an Ort und Stelle machen kann. Es war

¹⁾ In dieser Abhandlung ist durchweg die Benennung der Art nach Nuttall: also Carya gewählt.

Benutzt wurden folgende Schriften:

1. Schriften von John Booth.
2. Fremdländische Walb- und Parkbäume für Europa von Heinz Mayr 1906.
3. Laubholzkunde von Camillo Schneider 1906 - 1912
4. Artikel von Prof. Dr. Schwappach in den Zeitschriften für Forst- und Jagdwesen.
5. Artikel in den D. D. G.-Heften von verschiedenen Autoren.
6. Anbauversuche mit fremdl. Holzarten von Dr. E. Wimmer, Rhrldrüse 1909.
7. The Commercial Hickories, Washington 1910.
8. Sylval characteristics of Canadian Trees Toronto 1914.

1916

mir jedoch möglich den weitaus größten Teil der in Baden, der Pfalz und im Elsaß vorhandenen Anlagen zu sehen und Vergleiche über die Wuchsleistungen auf sehr verschiedenen Standorten zu gewinnen.

Dadurch und durch das Entgegenkommen vieler Herren, die mir wertvolle Notizen gaben, ferner durch das Studium der vorhandenen Literatur, darunter 2 neuere amerikanische Broschüren, bin ich doch in der Lage, weitere Beiträge zur Klärung der Frage geben zu können.

Allen diesen Herren, insbesondere Prof. Dr. Schwappach, Geh. Oberforstrat Siefert, Privatdozenten Dr. Wimmer, den Gutsbesitzern von Schlumberger in Gersweiler und Gutenbrunn, sowie den Professoren Dr. Fernow in Toronto und Dr. Roth in Ann Arbor (Michigan) sei aufs wärmste gedankt.

Die aus N.-Amerika stammenden Carya-Arten sind nicht nur sehr schöne Zier-, sondern auch wertvolle Nutzhäume. Etwa 4 Arten sind durch ihr wertvolles Holz, die anderen 5 durch ihre begehrten Früchte berühmt. Letztere Arten werden neuerdings in N.-Amerika viel angebaut und sogar veredelt. Für unsern Zweck kommen nur jene Arten in Betracht, welche das zäheste Holz liefern, das wir kennen und das für unsere Artillerie von allergrößtem Werte ist und bleiben wird. Denn wir besitzen in unsern heimischen Forsten kein Holz, das dem der C. porcina, alba und tomentosa ebenbürtig ist und es voll ersetzen kann. Wir erfüllen durch den Anbau dieser Hölzer ein patriotisches Werk, welches um so mehr zur Geltung kommt, als diese Hölzer in der ursprünglichen Heimat abnehmen und schließlich ganz verschwinden. Und dieser Zeitpunkt liegt nach manchen Berichten nicht so fern.

Unter den zahlreichen im 18. und 19. Jahrhundert von Nordamerika bei uns eingeführten Arten sind die Hickories am schwächsten vertreten. Nur in Parkanlagen oder botanischen Gärten trifft man ganz vereinzelt ältere Bäume, von Pflanzentennern gepflegt und hochgeschätzt, von der großen Menge kaum beachtet. Das seltene Vorkommen der nützlichen Bäume hängt offenbar mit der schwierigen Erziehung in der Jugendzeit zusammen. Schon die Beschaffung keimfähigen

Samens war zur Zeit der Segelschiffe und bei dem Mangel an Wegen und Straßen mit den größten Schwierigkeiten verknüpft; dazu kam die Reimung, die schwierige Verpflanzung, der langsame Wuchs in den ersten 5—7 Jahren, die Frostepfindlichkeit u. dgl., kurz Verhältnisse, die sehr ungünstig waren. Man darf sich daher nicht wundern, daß der Baum in Deutschland so selten ist. Wenn auch einzelne weitblickende Männer, wie v. Wangenheim, Burgsdorf, du Roi und einzelne andere für die so wertvollen Hölzer lebhaft eintraten, so geschah doch für die Erziehung im Walde gar nichts.

Erst unser großer Kanzler brachte auf Anregung von J. Booth die Erotenfrage in Fluß und man ging von 1880 an planmäßig mit der Anzucht bestimmter Holzarten voran. Nach einem Arbeitsplane, der aber dem Wirtschaftsbeamten großen Spielraum ließ, wurden mehr oder minder geeignete Versuchsflächen ausgewählt und diese mit den von der Zentralstelle gelieferten Samereien angepflanzt bzw. die Pflanzen in der Saatschule erzogen. Die Versuche erstreckten sich im Reichslande auf 8 verschiedene Holzarten — davon hatte ich sämtliche Arten mit Ausnahme von *Pinus rigida*; ich darf beifügen, daß — mit Ausnahme von *Juglans nigra* — alle anderen Flächen sehr schön sind.

Die Versuche mit *Carya* dehnten sich anfangs auf die 6 Arten *alba*, *tomentosa*, *porcina*, *amara*, *sulcata* und *olivaeformis* aus und hatten leider nur zum kleinsten Teile Erfolg, immerhin bieten die An-

<i>C. alba</i>	vom Atl. Ocean bis	100° w.
" <i>porcina</i>	" " " "	97° "
" <i>toment.</i>	" " " "	98° "

Nach Dr. Mayr reicht die atlantische Waldregion etwa bis zum 90° westlicher Länge, von da an beginne die Präirie. Nach den Aufnahmen der Schrift *The Com. Hick.*, die ich als maßgebend ansehe, geht die Verbreitung nach Westen bis zum 95. und 97°, — nach Norden bis zum 45°. S. Zeichnung S. 127. — Der Artenreichtum in diesem ungeheuren Waldgebiet ist außerordentlich groß; je nach Standort und Bodengüte herrscht bald das Laub- bald das Nadelholz vor.

Von den *Carya*-Arten hat *alba* die größte Verbreitung; *porcina*, *tomentosa* und *amara* nehmen einen etwas kleineren Flächenraum ein. (Siehe Anlage). Die *Carya*-Arten findet man meistens einzeln mit andern Laubhölzern gemischt — selten in Gruppen; nur beim Eingriff des Menschen entstehen auch reine Horste oder Gruppen. Die schönsten und wertvollsten Bäume seien bereits gehauen. Es komme jetzt der sogenannte 2. Wuchs an die Reihe. Derselbe vom Alleghany-Gebirge sei der Baum ganz verschwunden,

— auch die mißlungenen — lehrreiche Objekte für weitere Studien. Die Flächen im Elsaß und besonders in Baden, deren Ergebnisse mir gütigst zur Verfügung gestellt wurden, haben mir die Arbeit ungemein erleichtert. Einen besonderen Wert hatten auch die aus N.-A. stammenden Nachrichten. Die von der Regierung der Ver. Staaten zu Washington im J. 1910 herausgegebene Broschüre: „*The Commercial Hickories*“ enthält ungemein wertvolle Angaben über Vorkommen, Ansprüche an Boden und Klima, Gedeihen, Höhen und Dickenwuchs, Lebensdauer, Formzahlen, Gewinnung, Verarbeitung, Verkauf mit Bezug auf alle im Handel üblichen Gebrauche, so daß man ein vollkommen klares Bild über die dortigen Verhältnisse bekommt. Gegen 30 tabellarische Zusammenstellungen, deren Aufstellung unendlich viel Zeit und Mühe kosteten, erhöhen den Wert und ermöglichen einen Einblick in diese schwierige Frage. Einen ähnlichen Dienst leistete mir die in Toronto 1914 herausgegebene Schrift für unsere klimatischen Verhältnisse haben sich die härteren Arten *alba*, *porcina* und *tomentosa* als anbaumwürdig erwiesen und soll daher in der Folge hauptsächlich von diesen Arten die Rede sein.

Vorkommen. Um über diese Frage ein richtiges Bild zu bekommen, müssen wir zunächst die Verbreitung in der Heimat kennen, um Anhaltspunkte zu gewinnen, wie weit wir in Deutschland gehen können. Nach einer Abhandlung des Hofgärtendirektors Graubener — D. D. Z. v. 1911 — erstreckt sich das Verbreitungsgebiet der

Länge und von 32—49° nördl. Breite,	
" " " 30—46° " "	
" " " 29—44° " "	

westlich aber seien noch einige zerstreute Gebiete, in südlichen Ohio aber noch das meiste Holz zu finden.

In Deutschland kommen nach meinen Erhebungen nur 37 über 50 Jahr alte *Hickories* vor; davon treffen 15 auf das nördliche und 22 auf das südliche Gebiet. Am stärksten ist *alba* (18) und *amara* mit 12 vertreten, während von den andern Arten nur je 1 oder 2 Exemplare vorhanden sind. Mit Ausnahme der 2 Bäume in Hohenheim stehen alle anderen in der Ebene. Die in den letzten 4 Jahrzehnten angelegten Kulturen befinden sich größtenteils in der Ebene, doch trifft man auch im Hügelland und im Gebirge sehr hübsche Anlagen. Im Oberelsaß ging man mit den Versuchen sogar bis 990 m, welche natürlich mißglückten. Aber bei 600 m M. H. habe ich noch gute wüchsige Bäume gesehen.

2. Standortverhältnisse.

a) Klima.

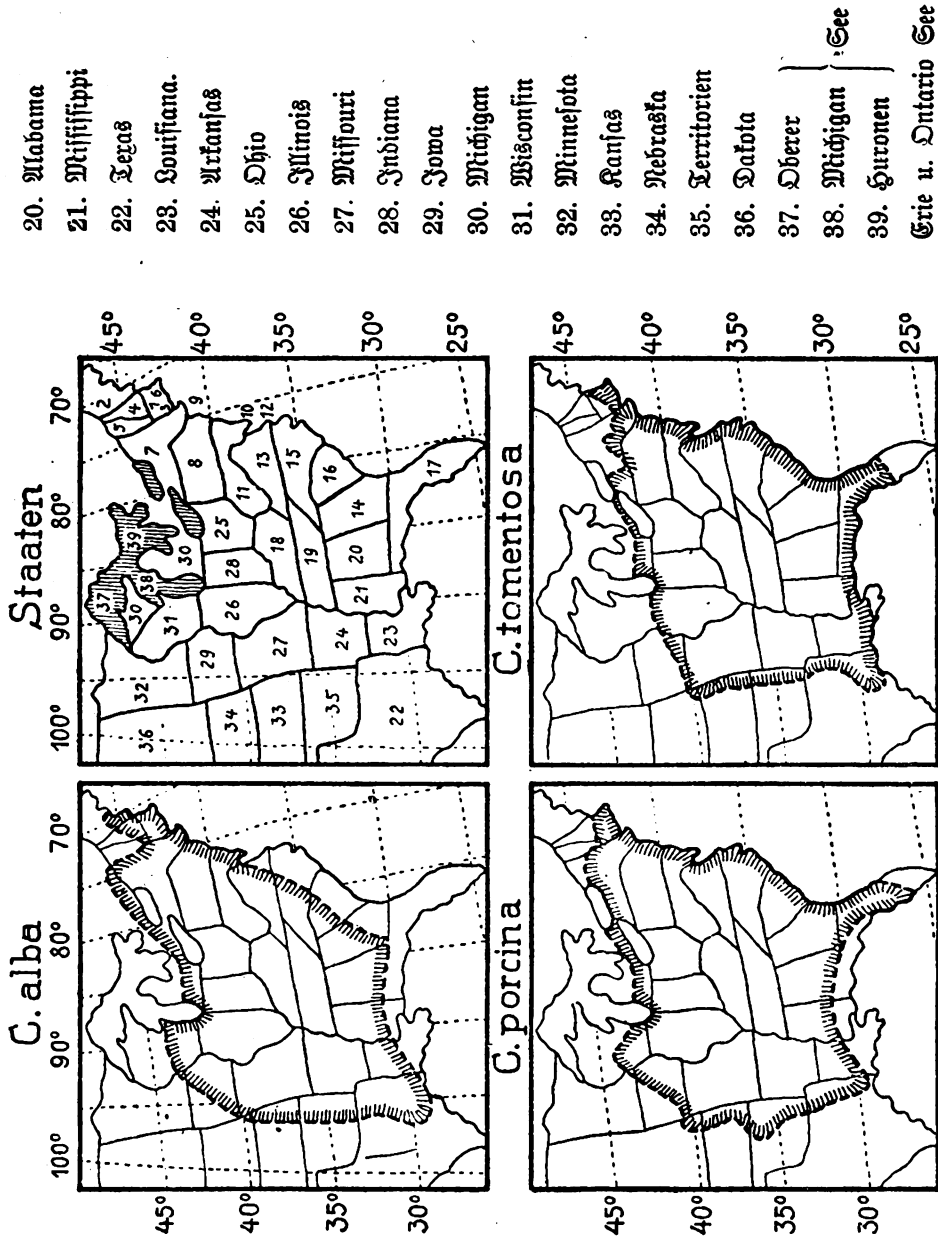
Die *Hickories* sind wärme- und lichtbedürftige Holzarten. Sie machen ungefähr die gleichen Ansprüche

Vegetationsgebiet von *Car. alba*, *porcina* u. *tomentosa*.

Aus The Commercial Bickories.

Staaten:

1. Massachusetts.
1. Maine
3. Connecticut
4. Vermont
5. New Hampshire.
6. Rhode Island
7. New York
8. Pennsylvania
9. New Jersey
10. Maryland
11. W. Virginia
12. Delaware
13. D. Virginia
14. Georgia
15. N. Carolina
16. S. "
17. Florida
18. Kentucky
19. Tennessee



wie die Juglandaceen. Doch kommen bei den einzelnen Arten immerhin bemerkbare Unterschiede vor, die nicht übersehen werden dürfen.

Schon v. Wangenheim konstatiert, daß zwischen unserm und dem amerikanischen Klima große Verschiedenheit besteht; daß aber dort auch Länderstrecken mit nahezu gleichen klimatischen Verhältnissen vorkommen, wie bei uns. So habe das Klima der Staaten, welche zwischen dem 39. und 45° nördl. Breite liegen, die größte Ähnlichkeit mit dem von Deutschland und könne man daher auch bei uns die dort vorkommenden wertvollen Holzarten erziehen. Diese vor 130 Jahren von v. W. geäußerte Ansicht hat sich als vollkommen richtig erwiesen. Heute sind wir in der Wetterkunde etwas weiter vor und wissen, daß die Witterung hauptsächlich von den Windströmungen abhängt. Dies ist dort ebenso wie bei uns der Fall, nur ist die Windrichtung nicht die gleiche.

Bei S. und SO.-Winden wird die heiße feuchte Luft über dem mexikanischen Meerbusen und dem angrenzenden atlantischen Ozean weit ins Land hineingetrieben und verursacht eine üppige Vegetation. Dann bringen die mächtigen wasserreichen Flüsse, welche das Land in reicher Zahl durchströmen und die vielen großen Seen im Norden eine Menge Feuchtigkeit, welche einen günstigen Einfluß auf das Pflanzenwachstum hat. Dagegen wirkt der W. und NW.-Wind in ähnlicher Weise, wie bei uns der N., NO. und O.-Wind — sie bringen trockene und im Winter kalte Luft. Das Klima in jenem Gebiet hat große Ähnlichkeit mit dem unsrigen, doch scheinen mir im ganzen die Verhältnisse dort günstiger zu liegen. Ob für immer, ist allerdings eine andere Frage. !

Was die einzelnen Jahreszeiten betrifft, so ist das Frühjahr angenehm, doch kommen im Mai auch noch Fröste vor, die Schaden verursachen. Der Sommer weicht darin von unserm deutschen ab, daß die Hitze im Juli und August größer und intensiver ist, was bei den dortigen kälteren Nächten eine sehr starke Taubildung zur Folge hat. Diese Witterungsverhältnisse sind insofern für das Pflanzenleben von Bedeutung, als das Holz gut ausreift und auch die Vegetation zum Abschluß bringt. Das ist ein Vorzug, den wir in kalten regenreichen Sommern vermissen. Die Wintermonate sind in N.-A. erheblich kälter, wie bei uns, die Hickories leiden aber nicht unter der Kälte und können als vollkommen winterhart bezeichnet werden.

Sie haben nahezu die gleiche Verbreitung, wie *Juglans nigra* und gehen wie diese unter dem Einfluß des Seeklimas und des Golfstromes an der atlantischen Küste um 2–3 Breitengrade weiter nach Norden, wie auf der Westseite, welche schon das trockenere Kontinentalklima hat. Den besten Wuchs findet man in

Ost-Maryland und Pennsylvanien und wie Dr. Mayr sagt im Treibhausklima des südlichen Alleghany-Gebirges.

Nach einer Mitteilung des Prof. Dr. Roth „in ann Arbor kann man *alba*, *porcina* und noch *tomentosa* so weit anbauen, als der Mais gedeiht.“ Es ist dies ein guter Anhaltspunkt.

b) Lage, Boden, Feuchtigkeitsverhältnisse.

Die Ansprüche an den Boden sind nach den amerikanischen Berichten groß, obgleich man auch einzelne Arten auf geringeren Böden antrifft. So finde man — allerdings geringwüchsig — *tomentosa* in Alabama und Mississippi auf dem sandigen Boden der Weihrauchkiefer und die blaßblättrige *Hicory* auf den trockenen Hängen und Rücken des westlichen Arkansas und Missouri; auch *porcina* und *tomentosa* treffe man auf trockenen Lagen z. B. auf west- und südlichen Abhängen, sowie Rücken in Cumberland usw., aber in allen diesen Lagen sind die Bäume mangelhaft entwickelt und von Spechten verhaßt. „Selbst an Trockenheit gewöhnte Arten“ erfordern zur guten Entwicklung einen mäßig frischen und fruchtbaren Boden. Je besser, fruchtbarer und tiefgründiger der Boden sei, um so besser wäre der Wuchs! Besonders lohne *porcina* die größere Fruchtbarkeit; so ist sie in den Mulden der Cumberland-Berge im Verein mit *alba* und andern Laubhölzern stets die größte und stärkste *Hicory*. Ebenso sei es im Flußgebiet des Mississippi, nur Bekanntuß übertreffe sie dort. Bemerkenswert sei, daß *C. alba* im Süden größere Mengen Feuchtigkeit beanspruche, wie im Norden. Im Ohiogebiet käme sie noch auf weniger frischem Boden auf Ost- und Nordhängen fort, ebenso in Cumberland aber stets in Mischung mit andern Laubhölzern. Hinsichtlich der Ansprüche an Boden und Feuchtigkeit würden die *Hicories* folgende Reihe bilden: *C. porcina*, *tomentosa*, *alba amara*, *sulcata*, *myristicaeformis*, *olivaeformis* und *aquatica*.

Das Vorkommen im deutschen Reiche berechtigt zu folgenden Angaben: Nach den Wahrnehmungen von Prof. Dr. Schwappach machen die 3 bezeichneten Arten keine so großen Ansprüche an den Boden, wie *J. nigra*. Hinsichtlich des schweren, kalten Lehmbodens, auf welchem ich *Carya alba* und *tom.* noch ziemlich gut gedeihend antraf, stimmt dies mit meinen Beobachtungen überein; auf Urgebirgs-, Kalk-, Böß-, Dilluvialböden fand ich keinen Unterschied in den Ansprüchen an den Boden. Eine Bevorzugung einer bestimmten Bodenart konnte ich nicht bemerken.

Den schönsten Wuchs traf ich auf milden, humosen, frischen, tiefgründigen, mineralisch kräftigen Böden an.

Mein Rat geht dahin, für diese wertvollen Holzarten stets den besten Boden zu wählen, schon aus dem Grunde, weil alle durch Unbilden der Witterung, durch Tiere usw. entstehenden Beschädigungen schneller und besser ausheilen.

Die meisten *Carya*-Anlagen befinden sich in Deutschland in der Ebene. Aber auch im Hügelland und Gebirg treffen wir prächtig gedeihende Forste an. Wie hoch man im Gebirg gehen kann, ist nicht genau festgestellt, aber nach dem Vorkommen der *J. regia* zu schließen, welche ich im mittleren Schwarzwald und den Vogesen auf 750 m Meereshöhe noch mit gutem Wuchse angetroffen habe, würde ich kein Bedenken tragen *C. alba* und *porcina* in gleicher Höhe zu erziehen. Als beste Himmelsrichtung möchte ich Ost, Südost ansehen; Süd und Südwestseite nur dann wählen, wenn die Hänge sanft geneigt sind. Vorteilhaft wird es auch sein, wenn im N. und NO., von welcher Seite die rauhen Winde kommen, ein Schutz bestand vorhanden ist. Auf der Sonnenseite kann und soll es offen sein.

Nun möchte ich noch kurz die Frage über das Gedeihen der *Hicoria* auf mäßig fruchtbarem und trockenerem Boden berühren. Es scheint, daß auf solchen Lagen in N.-Amerika allmählich eine Verschlechterung der Standortsverhältnisse eingetreten ist, wie dies bei uns auch in recht unliebsamer Weise eintritt. Wo heute gute Eichen und Eschen wachsen, bringen wir bei der Wiederjüngung diese Holzarten häufig nicht mehr fort, sondern müssen zu genügsameren Holzarten greifen. Genau so wird dies überm Wasser der Fall sein. Die *Hicoria* wird man auf mageren trockenen Böden nicht mehr fortbringen. Als sie sich auf solchen Standorten ansiedelten, war noch jungfräulicher Urwaldboden da. Der ist jetzt verschwunden und kommt nie mehr wieder. . . !

Eine Holzart an einen schlechten Boden gewöhnen — das gibt es nicht.

3. Erziehung.

Dieses Kapitel muß seiner Wichtigkeit wegen möglichst eingehend behandelt werden. Hängt doch hier von Gelingen oder Mißlingen ab. Es handelt sich hier um Beschaffung keimfähigen Samens, um Aufbewahren desselben, um rechtzeitiges Keimen, Saat und Pflanzung und Pflege der Anlage in den verschiedenen Lebensperioden.

Die Beschaffung guten keimfähigen Samens ist mitunter dem Forstmanne, der mit Exoten wenig oder noch nie zu tun hatte, gar nicht so einfach. Oft mehrere Jahre nacheinander erhielt ich schlechten Samen, obgleich ich ihn stets von großen berühmten Firmen bezog. Anfangs glaubte ich, daß die Keimungsmethoden

unrichtig seien, fand aber nach Versuchen, die doch mehrere Jahre in Anspruch nahmen, daß die Ursache im schlechten Samen zu suchen sei. Die Früchte hatten eben durch zu lange Lagerung die Keimkraft vollständig verloren. Der Ausfall an Pflanzen 3—4 Jahre lang ist aber im Betrieb sehr störend, derselbe kann selbst einen mit guter Geduld ausgestatteten Beamten zur Verzweiflung bringen, denn er weiß, daß der Boden immer mehr verangert und das Aufbringen der Pflanzen von Jahr zu Jahr schwieriger wird und schließlich eine lückige Kultur übrig bleibt. Für viele Forstleute ist dies ein Grund solche Holzarten zu meiden — besonders bei solchen, die auf rasche Erfolge hinarbeiten. Sie werfen dann die Flinte ins Korn. Gute zuverlässige Firmen zu kennen oder zu ermitteln, ist daher wichtig. In den letzten Dienstjahren bezog ich *Hicoria*-Früchte von der D. D. G. (dendrologischen Gesellschaft) — von Helms Söhne in Großabarg und direkt von Thomas Meehan & Sons in Drescher (Pa.) U. S. A. einer berühmten Firma. Ich bekam von da an stets frischen keimfähigen Samen. Ratfam ist es, den Samen schon im September zu bestellen, damit man ihn anfangs oder mitte November erhält.

Was die Aufbewahrung oder Ueberwinterung der Früchte betrifft, so fehlt es nicht an Vorschlägen verschiedener Art. Ich habe sie nicht alle erprobt, fühle mich aber verpflichtet sie anzugeben:

1. Aufbewahrung der Nüsse in Kisten, welche in trockenen Räumen oder Kellern aufgestellt werden. Die Früchte werden mit nicht zu trockenem Sand schichtenweise gemischt. Die oberste Schicht wird durch Asche bewirkt, sie verhindert ein zu starkes Austrocknen und vor allem das Eindringen von Nagetieren.

Die Kastanien habe ich immer so aufbewahrt und es später mit *Hicoria* ebenso gemacht. Erfolg stets günstig.

2. Aufbewahren der Früchte in einem Gartenbeet oder in der Saatschule. Man schüttet die Früchte auf den vorher eingeebneten Boden, verteilt die Nüsse, daß sie in einer Schichte nebeneinander liegen, überdeckt sie dann 6—8 cm oder noch stärker mit Erde oder Sand und sichert sie durch Drahtgitter eventuell seitwärts durch Dielen vor Nagetieren, Eichhörnchen, Vögeln usw., sie sind bei starkem Frost und fehlendem Schnee zu bedecken. Diese Methode habe ich vielfach angewandt, stets mit bestem Erfolg.

3. Aufbewahrung in Gruben.

Man legt eine 70—80 cm breite und ebenso tiefe Grube (Lehmboden, sandiger Lehm) an und schüttet die Früchte 20—25 cm hoch hinein. Damit die Seitenwände nicht einsinken, werden sie oben mit Dielen oder Schwarten gespreizt. Zum Schutze gegen Kälte, Regen, Hitze wird die Grube mit einer dachartigen Erdschichte,

welche auf mit Rasen bedeckten Stangen ruht — geschlossen: etwa so:



Erfolg stets günstig; besonders bei Eichen.

4. Ein mit O. B. Z. unterzeichneter Herr gibt im Oktoberheft der Forst- und Jagdzeitung von 1887 folgendes Mittel an: Man überwintere die Nüsse in flachen etwa 30 cm tiefen Gruben, die man vor Eintritt strenger Kälte anlegt — bringt die Nüsse hinein, begießt sie reichlich mit Wasser bis es übersteht; hierauf bedeckt man die Nüsse mit einer dünnen Schicht trockenen Stroh, dann etwa 25 cm mit Erde und darauf etwa 50 cm Pferdemist. Bei dieser Art sollen 80% Früchte zum Keimen kommen.

5. Einsichten und Vorkeimen nach U. v. St. Paul. D. D. Z. (dendrolog. Zeitschrift) 1901 S. 28. Man hebt eine 60—80 cm breite und ebenso tiefe Grube aus, bringt in diese eine etwa 10 cm hohe Schicht Pferdedung, dann eine Lage Nüsse (10 cm) vermischt mit Sand und so fort bis die Grube angefüllt ist. Dann gießt man Wasser oder verdünnte Jauche darüber. Bei schwerem Boden empfiehlt es sich einen derartig geschichteten Hügel oberirdisch anzulegen — aber mit stärkerer Erd-, Laub-, Schilfbedeckung usw.; zeitweises Begießen sei zweckmäßig.

6. Nach einer Mitteilung des Freih. v. Fürstenberg — D. D. Z. 1906 S. 116 werden in der Provinz Ontario Carya-Nüsse in Kisten mit feuchter Erde im Keller überwintert, um sie zum rascheren Keimen zu bringen.

7. Förster Himmelpach in Pulversheim, Ober-Elsaß (Reisgebiet), überwintert die mit Sand vermengten Früchte in Fässern (oben offen), die er in den Boden eingräbt und oben mit Drahtgeflecht gegen Nagetiere usw. schützt. Resultate sehr günstig.

Kommerzienrat Hesse-Weener bezieht seine Früchte direkt aus N.-Amerika und behandelt sie, wie unter Nr. 2 geschildert ist. Erfolg sehr gut.

Sehr wichtig ist bei allen Nußarten das Ankeimen.

a) Prof. Dr. Mayr schlägt in seinem Werke „Fremdländ. Wald- und Parkbäume“ (1906 S. 455) vor, die Nüsse vor der Saat 10—14 Tage zur Vorbereitung der Keimung ins Wasser zu legen.

b) Die unter 2, 4, 5 und 6 angegebenen Aufbewahrungsarten bezwecken gleichzeitig die Keimung.

c) Bei trockener Ueberwinterung — Nr. 1, 3 und 7 werden die Früchte behufs Ankeimung — etwa Mitte März — je nach der Gesamtwetterlage in ein Gartenbeet, wie in Nr. 2 geschildert, eingelegt, um sie zum Keimen zu bringen.

Je nach der Witterung und je nach den Feuchtig-

keitsverhältnissen erfolgt die Keimung bald früher, bald später. Ein öfteres Nachsehen ist unbedingt nötig. Ein zu frühes Keimen würde Unheil bringen und muß verhindert werden. Durch stärkere Erdbedeckung, Laub oder Stroh, durch Beschattung u. dgl. kann die Keimung erheblich verzögert werden, so daß das zarte Pflänzchen nicht mehr dem Spätfrost zum Opfer fällt. Aber auch zu spät darf die Keimung nicht erfolgen. Sind etwa bis zum 20. Mai noch keine oder nur sehr wenige keimende Nüsse da, so muß man eine Schicht Pferdemist über das Saatbeet ausbreiten — dann wird es schon vorwärts gehen. In der Regel wird es nicht notwendig werden. Wo es aber nötig wird, muß es mit Vorsicht geschehen, denn zuviel des Guten kann auch Unheil stiften.

Die keimenden Früchte werden täglich ausgefucht und direkt in die vorbereiteten Streifen im Walde bezw. Pflanzgarten eingekuft. Daß die keimenden Früchte vorsichtig in Körben mit feuchtem Moos transportiert werden, versteht sich von selbst.

Nachdem Beschaffung und Keimung des Samens besprochen, können wir zur eigentlichen Erziehung übergehen. Hier wird es zweckmäßig sein einen Rückblick auf unsere ersten Kulturen — die sogenannten Kulturversuche — zu werfen. Die Ansichten über diese Versuche und ihren Wert gehen ja auseinander und man hört mitunter über die Anstalten recht abfällige Urteile. Aber diesen Standpunkt kann ich durchaus nicht teilen und Jeder, der diese Frage gründlich und ohne Vorurteil prüft, der die schönen Resultate z. B. in Baden sieht — die ich genau kenne — muß zugeben, daß wir den Versuchsanstalten sehr vielen Dank schulden. Die Kultur- und Durchforschungsversuche u. a. klären uns über manche zweifelhafte Frage auf und liefern das Material zu weiteren Studien: „Ohne die 1880 ins Leben gerufenen Anstalten wären wir heute in der Grottenfrage auf dem gleichen Standpunkt, wie vor 130 Jahren.“

Es ist ja leider richtig, daß die meisten Versuche mit Carya, Juglans usw. mißglückten, aber daran sind nicht die Anstalten, welche nur das Beste erstrebten, sondern mancherlei andere Ursachen schuld. Abgesehen von der Auswahl ganz ungeeigneter Flächen seitens der Vorkasbeamten, wurden auch waldbauliche Fehler gemacht, die man leicht hätte vermeiden können. So säte oder pflanzte man an manchen Orten die Eichen einzeln oder in zu kleinen Gruppen — 10—12 St. — in schon vorgewachsene Kulturen von Eichen und Buchen oder Tannen und Buchen ein oder legte Mischbestände von Carya und andern Holzarten an. Alle derartige Anlagen mußten ja mißlingen. So kam es, daß von den hier — im Reichsland — angelegten 80 Caryaflächen nur 6 — davon

recht gut — durchfamen. Man hätte noch einige Flächen durchbringen können, wenn der dem Begründer folgende Wirtschaftsbeamte etwas Interesse für die Bzoten gehabt hätte . . !

In Baden waren die Erfolge schon besser, aber in Bayern noch weit ungünstiger wie im Elsaß.

Die ungünstigen Resultate in den 80er Jahren sind begreiflich und zu entschuldigen; waren uns doch damals die biologischen Verhältnisse dieser Holzarten — insbesondere das schwere Keimen bei den Juglans- und Carya-Arten, der langsame Wuchs in den ersten Jahren, die Frostopfindlichkeit usw. — völlig unbekannt. So kam es, daß die Mißerfolge in allen Staaten die Regel bildeten und leider ein großes Mißtrauen, das heute noch besteht, gegen diese wertvollen Holzarten Platz griff. Ja viele Forstleute glauben, daß diese Holzarten bei uns überhaupt nicht gedeihen — auch in der Broschüre The Commercial Hickories wird diese Ansicht vertreten!

Aber so schlimm steht es doch nicht. Wir besitzen einige Duzend schöner alter Carya-Bäume, die alle Unbilden der Witterung ohne jeden Nachteil überstanden haben und eine Reihe hoffnungsvoller Jungwüchse in Nord und Süd liefern den Beweis, daß Carya auch bei uns gedeiht. (Siehe Verzeichnis.)

Unsere Erfahrungen und Kenntnisse über diese Holzarten sind heute andere als damals, und wir können jetzt mit dem Bewußtsein vorgehen, daß wir Erfolge erzielen.

Zur Begründung von Carya-Anlagen können wir bei uns nur mit Saat oder Pflanzung vorgehen. Im Heimatgebiet des Baumes ist dies anders. Aus den amerikanischen Schriften entnehme ich, daß sich die Hickories natürlich verzüngen und die Jungwüchse Schatten und Ueberschirmung mehrere Jahrzehnte lang ohne Nachteil ertragen können. Und bei der Freistellung sollen sich die Pflanzen verhältnismäßig rasch erholen und oft besser wachsen als freistehende, vorher nicht unterdrückte Bäume. Das sind vorzügliche Eigenschaften, beinahe genau, wie sie unsere Weißtanne besitzt. Wohl darf man annehmen, daß auf dem jungfräulichen, fruchtbaren, humosen Urwaldboden eine Holzart die Ueberschirmung weit besser verträgt, als auf unseren ausgenutzten Böden. Und dann mag auch die Beschattung in den schon kräftig durchgeplanten Beständen nicht mehr so intensiv sein, wie bei unseren Hochwäldungen von Buchen, Tannen oder Fichten. Diese gute Eigenschaft soll besonders bei *C. alba*, *porcina* und *tomentosa* hervortreten, sie ist gerade bei uns von größter Bedeutung, weil sie die Möglichkeit bietet, diese Arten unter einem Schutzbestand sicher und ohne Gefahr — ähnlich

wie die Weißtanne — in die Höhe zu bringen. Das Schattennertragnis der Hickories wird auch von Prof. Dr. Schwappach betont und ich selbst habe mit Hilfe des Schutzbestandes Erfolge erzielt.

Die amerikanischen Kollegen rechnen z. Bt. weniger auf natürliche Verjüngung, weil durch Eichhörnchen, Mäuse, Schweineweide und den Menschen so viele Früchte vernichtet werden, daß genügender Aufschlag nicht zu erwarten ist. Man geht deshalb auch zur künstlichen Verjüngung mittelst Saat über.

a) Begründung von reinen Forsten durch Saat.

Wir werden gut tun, auch bei uns die Saat als Regel anzuwenden, da die in Betracht kommenden 3 Arten lange Pfahlwurzeln treiben, welche die Pflanzung sehr erschweren. Unsere Buchen und Weißtannen haben in der Jugendzeit wohl die meiste Ähnlichkeit mit dem Schattennertragnis der Carya und wir werden unter dem Schirm des Altholzes, der Frost und Unkraut zurückhält, die Carya aufbringen. Am besten wird es sein, durch Vorkulturen die Hickories in die Bestände einzubringen, ebenso wie es bei der Eiche geschieht. Es kann sich nur darum handeln, wie viel Jahre Vorsprung die Pflanze haben muß. Bei dem Umstand, daß der Wuchs erst mit 8 oder 9 Jahren unter Schirmbestand lebhafter wird, wird man auch einen ebenso langen Vorsprung wählen müssen. Die nötigen Richtigungen wird man alle 2 oder 3 Jahre vornehmen müssen, so daß man in 10–12 Jahren mit dem Endhieb fertig sein wird.

Fehlt ein Schutzbestand auf einer sonst sehr geeigneten Fläche, so wäre ein solcher mit Kiefern, Birken oder Weißerlen zu begründen und erst, wenn derselbe seinen Zweck erfüllen kann, mit der Kultur zu beginnen.

Ausnahmsweise kann auch die Erziehung ohne jeden Schutzbestand auf Freilagern erfolgen — sofern die Lage frostfrei ist und sehr geschützt liegt. Dies war z. B. bei meinen Barrer Flächen der Fall, die mit zu den besten in Vogesen und Schwarzwald gehören. Was die Größe der Forste betrifft, so wird man im Hochwald nicht unter 10–12 a gehen dürfen — besser werden Flächen von 16–20 a ihren Zweck erfüllen; im Mittelwald, wo es gilt, Oberholz einzeln oder in Gruppen zu erziehen, wird man größere Nähe haben; die Hickory aufzubringen. Man wird hier zur Pflanzung greifen müssen.

In Amerika ist Streifensaar üblich. Die Streifenentfernung beträgt za. 1.50 m und auf die gleiche Weite werden 2 oder 3 im Sand überwinterte Früchte eingestuft. Ich kann auch nur Streifen, die tief gelockert sind, empfehlen. Die Bökkerkulturen sind zwar

etwas billiger, haben aber bei diesen langsam wachsenden Holzarten so viele Nachteile, daß ich nur dringend davor warnen kann. Der Streifenbestand kann 1,40 bis 1,80 m betragen; die vorher angekeimten Nüsse wären je nach den Verhältnissen auf 60—100 cm einzustufen. Wo Kleinnußholz — (Stöcke, Schirmstöcke, Peitschenstiele usw.) — gut abgesetzt werden kann, ist ein engerer Verband vorteilhaft. Beim Einstufen in die Streifen ist es zweckmäßig, die Stelle, an welcher die Nuß liegt, durch ein kleines Stäbchen zu markieren, damit man bei sich einstellendem Unkrautwuchs die anfangs sehr zarte Pflanze leichter findet.

Beim Einstufen der Früchte kann man durch mehr oder minder starkes Bedecken das Erscheinen der Pflanze regulieren. Erfolgt die Keimung schon frühe und muß das Einstufen schon Ende April stattfinden, so ist ein tieferes, andernfalls ein schwächeres Bedecken am Platze. Der Wirtschaftser wird sich nach der mehr oder minder vorgeschrittenen Keimung und nach der Jahreszeit richten müssen.

b) Begründung durch Pflanzung.

Wenn auch bei den *Carya*-Arten die Pflanzung ihre Nachteile hat und zweifellos zu den vielen Mißerfolgen beigetragen hat, so gibt es doch Fälle, wo wir sie nicht entbehren können.

Uebrigens haben wir durch Pflanzungen bei entsprechender sorgfältiger Pflege auch recht hübsche Resultate erzielt. Wie aus den Aufnahmen hervorgeht, wurden sogar die meisten Kulturen durch Pflanzung begründet (von 52 Flächen 35 durch Pflanzung und 17 durch Saat; das vollständige Verzeichnis ist in der D. D. Z. veröffentlicht).

Es sei hier erwähnt, daß folgende Notizen bezüglich des Gedeihens erzielt wurden

		bei Saat	Pflanzung	Sa.
sehr gut	I	4	17	21
gut	II	11	11	22
mäßig	III	1	4	5
schlecht	IV	1	3	4
		17	35	52

Bei allen im Park und einzeln vorkommenden *Hicorys* darf man ohne Weiteres annehmen, daß sie durch Pflanzung begründet wurden.

Eine Erziehung in der Pflanzschule wird in diesem Falle notwendig. Es wird zweckmäßig sein den Boden nicht zu tief herumzustecken, um kürzeres Wurzelwerk zu bekommen. Die Pflanze muß dann 2 mal verpflückt werden und zwar je nach der Entwicklung im 1. und 4. — bezw. im 2. und 5. Jahre mit ent-

sprechender Kürzung der Pfahl- und eventuell der Seitenwurzeln. Mit 6 oder 7 Jahren wird dann die Pflanze zur Waldbanlage verwendet.

Im Pflanzkamp ist im Frühjahr durch starke Beschattung, starkes Bedecken mit Saub usw. das Treiben möglichst lange zurückzuhalten und sind mit Beginn der Vegetation die Pflanzen durch Battengatter, die eventuell mit Tannenreis noch gedeckt werden können, gegen Frost zu schützen. Ebenso ist auch Schutz gegen grelle Sonnenhitze notwendig. Die durch Frost oder sonstige Ursachen sich bildenden Doppelgipfel sind alljährlich im Winter eventuell schon Juni oder Anfangs Juli entsprechend zu beschneiden, um einen hübschen Gipfel zu erziehen.

Was den Verband im Forste betrifft, so kann man je nach der Entwicklung der Pflanzen 1,50 bis 2 m wählen — Reihen oder auch Böckerkultur.

4. Wuchsverhältnisse.

Während der ersten Jahre verbraucht der *Hicorys*-sämpling seine Hauptkraft zur Pfahlwurzelbildung. Die Wurzel hat das Bestreben in die Tiefe zu bringen. Auf lockerem Boden wird sie im 1. Jahre etwa 30, im 2. 45, im 3. 60 und im 4. 75 cm lang. So schnell sich die Wurzel entwickelt, so langsam geht der Wuchs über dem Boden voran und diese Eigenschaft, die vielen Baumzüchtern nicht bekannt war und von der wir bei unsern ersten Kulturen auch keine Ahnung hatten, war mit ein Grund des Mißlingens vieler Kulturen. Der Wirtschaftser glaubte, daß die Pflanze bei uns nicht gedeihe, die nötige Pflege unterblieb oder wurde nicht genügend besorgt, Gras und Unkraut erstickten viele Pflanzen und was übrig blieb, vernichtete der Frost. „Die Pflanzen sind wieder untergetaucht“ — sagt Prof. Mayr treffend in seinem Bericht über die *Carya*-Kulturen in Bayern. Nun aber kennen wir diese Eigenschaft und müssen die nötige Rücksicht darauf nehmen. Unsere Weißtanne hat in dieser Beziehung wohl die meiste Ähnlichkeit mit *Carya* und wir werden unser Ziel erreichen, wenn wir in der Jugendzeit in annähernd gleicher Art bei der Anzucht vorgehen. Der dichte Schirmbestand hält Unkrautwuchs und Frost ab, die Pflanze erstarbt allmählich, sie wird nach und nach freigestellt und schließlich der Altholzrest ganz abgetrieben. Wie lange wir den Schirmbestand bei *Carya* belassen müssen, ist noch fraglich, ausreichende Erfahrungen darüber fehlen noch. Bei dem anfangs so langsamen Wuchs werden wir etwa 10 bis 12 Jahre brauchen. Bei den einzelnen Arten ist der Wuchs nicht gleichmäßig, wie aus der nachfolgenden Uebersicht, welche der Schrift „The Commercial Hickories“ teilweise entnommen ist, zu ersehen.

Es erreichen hiernach im Ohiogebiet:

Holzart	1	2	3	4	5	6	Bemerkungen
	Jahre cm Höhe						
<i>alba</i>	7	11	19	30	43	.	Die Aufnahmen erfolgten im Freistand und unter leichter Beschirmung im Flußgebiet des Ohio.
<i>porcina</i>	8	14	20	30	43	.	
<i>tomentosa</i>	8	12	20	31	51	71	
<i>amara</i>	9	16	24	33	49	69	
<i>sulcata</i>	11	15	28	41	56	.	
<i>olivaeform.</i>	16	30	48	71	.	.	

Im Elsaß und in Baden ergaben die Ermittlungen

<i>C. alba</i>	5-6	15	25	40	55	75	Die hiesigen Aufnahmen erfolgten ausschließlich im Freistande der Saatschulen von Karlsruhe, Straßburg, Pulversheim, Barr und Gutenbrunnen.
<i>tomentosa</i>	5-6	15	25	40	55	.	
<i>amara</i>	8	30	80	135	.	.	

Die hier ermittelten Durchschnittszahlen sind vom 2. Jahre an etwas höher, wie die amerikanischen Zahlen, vielleicht eine Folge günstigerer Verhältnisse und gut gebüngter Saatkämpfe. Meine im Straßburger Gebiet gewonnenen Zahlen stehen unter dem Durchschnitt und stimmen bezüglich *alba* beinahe genau mit denen vom Ohiogebiet überein. Erwähnen möchte ich noch, daß in einzelnen Pflanzenverzeichnissen die Höhenangaben noch größer sind, als die vorstehend ermittelten. So gibt z. B. Hesse zu Weener a. d. Ems im Verzeichnis 1914 an:

2jähr. *C. alba* 10—20 cm; *c. amara* 25—50 cm Höhe
4 " " " 30—60 " u. *toment.* 40—60 " "

Solche Wachstumsleistungen werden nur bei sorgfältiger Pflege und besonders günstigen Verhältnissen erreicht, im allgemeinen muß man mit viel bescheidenen Resultaten zufrieden sein.

Für *Carya alba* wurde folgendes festgestellt:

Erst vom 7. oder 8. Jahre an wird der Wuchs lebhaft; Höhentriebe von 30—70 cm erfreuen das Herz des Wirtschafers und alle Sorgen über das Gelingen der Kultur sind vorüber.

Bekanntlich wurde vor 34 Jahren mit den Anbauversuchen begonnen und bis heute mit der Anzucht fortgesetzt. Es sind daher ziemlich viele Anpflanzungen aus dieser Zeitperiode vorhanden und wir sind in der Lage zuverlässige Zahlen über die Wachstumsleistungen auf verschiedenen Standorten sammeln zu können. Dagegen haben wir nur wenig ältere Bäume und von diesen wissen wir nicht viel. Meistens fehlt in den Zeitschriften, wo sie erwähnt werden, die Angabe des Alters und der zur Beurteilung der Wachstumsverhältnisse nötigen Notizen. Immerhin bieten mehrere genaue Angaben gute Anhaltspunkte, die auch fürs höhere Alter annähernd richtige Zahlen geben.

Im Alter von	In Deutschland						Ohiogebiet		Bemerkungen
	Durchmesser cm			Höhe in m			Durch- messer cm	Höhe m	
	von	bis	Durchschn.	von	bis	Durchschn.			
10	1.5	3	1.8	1.4	2.9	2.2	3	2.1	Alle Aufnahmen erfolgten im Frühj. 1914. Die Zahlen für die 2 letzten Rubriken sind den Tabellen 4 und 6 der Schrift: „The Commercial Hickories“ entnommen und zwar die Durchmesser d. T. 4 Aufnahmen aus Süd-Indiana und Nord-Kentucky; die Höhen d. T. 6 im Ohio Valley.
20	2	15	4.9	3.2	12	6.8	7.1	3.5	
30	2	22	9.8	2	14	11.4	10.2	9.8	
32	3	23	10.9	6	23	12.2	.	.	
40	17	31	15.8	14	16	15.3	13.7	13.1	
50	.	.	22.3	.	.	18.6	17.3	15.6	
60	.	.	28.3	.	.	21.2	20.3	17.7	
70	39	54	33.2	25	27	23.5	23.9	19.5	
80	29	.	36.5	18	.	25.6	26.7	21.3	
90	45	54	38	21.5	30	27.6	29.5	22.9	
100	.	.	39	.	.	29	.	24.1	
110	31	.	.	
120	32	.	.	

Gute Vergleiche sind in dieser Tabelle nur für die ersten 30 Jahre möglich, weil hier, wie dort nur Zahlen aus dem Walde in Betracht kommen. Für

unsere älteren Bäume, die ausschließlich im Park erwachsen sind, hat die Gegenüberstellung weniger Wert.

Die Zahlen aus dem Walde weichen nur wenig von einander ab und sind recht interessant. Wir sehen daraus, daß C. alba hier nahezu das Gleiche leistet, wie im nördlichen Heimatgebiet und dies wird einen weiteren Antrieb zum Anbau dieser vortrefflichen Holzart bilden.

Nun wollen wir noch Eiche und C. alba nebeneinander stellen und sehen, wie sie sich im Wuche gegenüber verhalten.

Nach den Ertragstafeln von Prof. Schwappach erreicht

in Alter von	Die Eiche auf				C. alba		Bemerkungen
	Standortsklasse I		Standortsklasse II		Durchm. cm	Höhe m	
	Durchm. cm	Höhe m	Durchm. cm	Höhe m			
20	4.2	7.5	.	.	4.9	6.8	Bei Carya-Waldanlagen
25	5.5	9.4	3.9	6.3	7.2	9.1	" "
30	7.2	11.2	5.1	7.7	9.8	11.4	" "
35	9	13	6.5	9.1	12.7	13.4	" "
40	11.2	14.7	8.1	10.5	15.8	15.3	" "
60	21	20.3	16.8	15.5	28.3	21.2	Partebäume
80	31	24.1	25.0	19.5	36.5	25.6	"
100	40	26.6	32.9	22.2	39.5	29.5	"

Hiernach leistet C. alba im Dicken- wie Höhenwuchs soviel, als die Eiche auf Standortsklasse I im Hochwaldbetrieb. Damit kann man zufrieden sein. Wer die schönen Jungwüchse von C. alba und tomentosa in Karlsruhe, Barr, Haslach, Finstingen, Pulversheim und andere gesehen hat, wird nicht mehr behaupten, daß diese Holzarten bei uns versagen. Auch im nördlichen Deutschland — Hambach, Schtenitz, Gaffeln, Stettin usw. haben wir noch recht gute Erfolge. Die wärmebedürftigeren Arten lassen allerdings im Wuchs nach oder verschwinden, wie dies im Heimatgebiet auch der Fall ist. Sie werden dort im Süden auch höher und stärker und wachsen rascher, wie im Norden.

Der Wuchs unserer 3 Carya-Arten ist im Heimatlande außerordentlich gleichmäßig; die Jahres-

ringe haben beinahe die ganze Lebensdauer hindurch die gleiche Breite. So entnehme ich der Tabelle der öfters genannten Schrift, daß C. alba in den Cumberlandbergen 8 Jahre braucht, um 1 Zoll = 2,54 cm zu wachsen d. i. = 3,17 mm pro Jahr. Und dieser Wuchs soll 184 Jahre der Eiche sein. Dieser schöne gleichmäßige Wuchs erinnert mich an die herrlichen Eichen im Speessart und Pfälzer Waldgebiete.

Von dieser hochinteressanten Tabelle 3 gebe ich hier einen Auszug, weil er die Möglichkeit bietet, einen lehrreichen Einblick in die Wuchsverhältnisse zu tun. Um Raum zu sparen, habe ich je 4 Zoll zusammengezogen. Es läßt sich aber leicht berechnen, wie viele Jahre nötig sind, um 1 Zoll zu wachsen.

Um einen Durchmesser auf Brusthöhe von ... Zoll zu erreichen, braucht ein Baum ... Jahre:

Durchmesser in Brusthöhe Zoll = cm	Maryland Pennsylvanien		E.-Ohio		N.-Ohio		Cumberland			Mississippi		
	Porcina	tomentosa	Porc.	alba	Porc.	alba	Porc.	alba	tom.	Porc.	alba	tom.
	Anzahl Jahre											
4 = 10.16	41	33	38	34	38	36	42	33	32	38	32	28
8 = 20.32	72	58	61	66	70	69	76	65	64	70	64	56
12 = 30.48	99	82	89	98	102	105	108	97	96	102	96	84
16 = 40.64	123	109	120	130	135	147	140	129	128	134	128	112
20 = 50.80	147	140	.	.	175	.	172	161	161	166	160	141
24 = 61.0	171	174	204	193	201	198	192	173
28 = 71.1	199	237	229	.	230	221	205

Zu den Zahlen in dieser Tabelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeitperiode der Unterdrückung in der Jugendzeit unberücksichtigt blieb, um brauchbare Zahlen zu erhalten.

Ueber die Lebensdauer der Hickorys ist folgendes zu sagen: Die ältesten Bäume von C. alba und

porcina fand man in W.-Virginien, sie waren 350 Jahre alt; C. tomentosa hat augenscheinlich eine kürzere Lebensdauer. Doch waren mehrere Bäume in Mississippi-Tale über 260 Jahre alt. Bitternuss, Wasser- und Nuttmechhickory haben eine kürzere Lebensdauer, als tomentosa.

Reife Stämme von *alba* und *porcina* sind gewöhnlich 2–300 Jahre alt.

Erwähnt sei hier noch, daß im Museum zu New-York die Stammscheibe einer Pekaunuß sich befindet, welche bei einem Alter von 382 Jahren — 1,20 m Brustdurchmesser und 53 m Höhe hatte.

Eine weitere wertvolle Eigenschaft besitzen alle Arten insofern, als sie reichlich von Stoc, Wurzel und Wurzel ausschlagen und dadurch sich für Niederwaldbetrieb eignen. Es gilt dies besonders von *amara*, welche für Reis- und sonstiges Kleinnutzholz dort in Frage kommt. Nur müsse der Boden im Niederwaldbetrieb sehr kräftig sein.

Die Ausschlagsfähigkeit vom Stoc nehme mit dem Alter ab; dagegen nehme der Ausschlag von der Wurzel mit Alter und Stärke des Stoces zu.

Eine Tabelle gibt die Prozente an, in der die Zuwachsm. Abnahme nachgewiesen wird.

5. Pflégliche Verhältnisse.

Der langsame Wuchs von *C. alba*, *porcina* und *omentosa* in den ersten 6–7 Jahren, sowie die Empfindlichkeit gegen Spätfröste in der Jugendzeit weisen darauf hin, daß die Pflege bei der Erziehung der Pflanze eine sehr große Rolle spielt. Das wird jeder Gärtner zugeben. Wer keine Geduld hat und sich nicht entschließen kann die Pflanze jahrelang zu pflegen, der lasse die Finger von diesen Anlagen; denn alle Ausgaben werden vergebens — Mißerfolge aber die Regel sein. Auch ein weiterer Punkt ist beim forstlichen Betrieb von größter Bedeutung. Hat der Begründer der Kulturen die schwer zu erziehenden Holzarten mit vieler Mühe und durch sorgfältige Pflege etwas in die Höhe gebracht, so bleibt ihm beim Stellenwechsel eine schwere Sorge für die Zukunft seiner Pflänzlinge. „Wird der Nachfolger das nötige Interesse und Verständnis, die Liebe zur Sache haben...? Wird er dem schlimmen und falschen Grundsatz huldigen: zuerst meine Kinder, dann die andern...!? Ist dies der Fall, so werden stets für die Stiefkinder keine Mittel mehr da sein und viel versprechende wertvolle Anlagen gehen durch eine solche Gewissenlosigkeit elendiglich zu Grunde. Es ist sehr traurig — leider aber nur zu oft wahr...! Meine Lebensjahre während einer langen Dienst- und Forschungszeit berechtigen mich vollkommen zu diesem Ausspruch.“

Gehen wir nun etwas spezieller auf diese Frage ein. Am einfachsten gestaltet sich die Erziehung unter einem Schutzbestand. Unkraut und Frost werden wenig Schaden und nur geringe Geldausgaben verursachen. Die Pflanze treibt infolge der starken Beschattung ohnehin schon später und ist dadurch weniger

dem Spätfroste ausgesetzt. Der Wuchs ist zwar langsamer, wie im Freistand, dafür aber auch sicherer. Alle 2 Jahre wird man lichten müssen.

Bei den Kulisienkulturen sind die Kosten für Pflege schon größer. Es gilt das Unkraut nicht aufkommen zu lassen und durch Behacken oder Ausjäten zu vertilgen. Das Unkraut kann man liegen lassen; es verwest, bildet Humus und wirkt günstig auf den Wuchs der Pflanzen. Ueberhängende zu stark beschattende Zweige sind entsprechend einzustutzen. Der Frost wird sich in den Kulisien aber schon unliebsam bemerkbar machen und auch Kosten verursachen.

Die meiste Arbeit und die größten Ausgaben verursachen die Kulturen oder das Hochbringen einzelner Pflanzen im Freistand ohne jeden weiteren Schutz. Unkraut und Spätfröste und wohl greselles Sonnenlicht erschweren hier ungemein die Aufzucht der anfangs so zarten Pflanze. Bestecken mit Reisig hilft zwar ein wenig, aber nicht ausreichend. Auf Bodenarten, die stark zum Unkrautwuchs neigen, sind die Ausgaben recht erheblich, denn alljährlich ist es 2 mal und in feuchtwarmen Jahren oft dreimal nötig, das Unkraut zu vertilgen. In solchen Fällen fragt man sich, ob man nicht billiger fährt, nachträglich einen Schutzbestand zu erziehen. Meistens wird man die Frage bejahen müssen. Ich habe mich auch in einem Fall nachträglich zur Erziehung eines Schutzbestandes teils mit Kiefern, teils mit Weißerlen entschlossen. Später gilt es dann die Schutzhölzer entsprechend abzuästen oder zu entgipseln.

Ebenso nachteilig, wie starkes Unkraut, wirken die Spätfröste. Sie beeinträchtigen in starker Weise das Wachstum der Pflanzen. Einzelne Pflanzen im Park oder Wald kann man durch rechtzeitiges Einbinden wohl schützen, aber wo es sich um größere Anlagen handelt, ist dies meistens nicht möglich. Hat man genügende Arbeitskräfte, so kann man mit Einbinden der Gipfeltriebe schon viel erreichen, bei windstillem Wetter auch durch Rauchentwicklung. Ist der Gipfeltrieb erfroren, so wartet man die Bildung neuer Schosse ab und schneidet im Juli den oder die Doppelgipfel mit einem scharfen Messer glatt am Stämmchen ab. Es ist nur der Gipfel zu begünstigen, jede weitere Beschneidung soll unterbleiben. Die Triebe sind in den ersten Jahren ohnehin so klein und schwach, daß man nur das Notwendigste abnehmen darf. Dann ist darauf zu achten, daß nur ganz zuverlässige Leute zu dieser Arbeit verwendet werden.

Im Schlusse reinigen sich die Bäumchen bald von den Seitenästen und bilden einen schönen nahezu zylindrischen Schaft aus. Eine Klobastbildung, wie bei der Eiche, kommt bei *Hicory* nicht vor.

Die Einbringung der Fidorh als Einzelpflanze z. B. in Mittelwaldungen wird im allgemeinen nicht ratsam sein, weil solche Pflanzen zu leicht vergessen werden und in Verlust gehen. Allenfalls kann man sie rechts und links von Straßen, breiten Wegen, Ruheplätzen usw., wo man sie stets im Auge hat, anbauen. In die Bestände selbst zu gehen, können nur Erfolge bei gruppen- und forstweisem Einbringen erwartet werden.

Ein Beschneiden verträgt die Fidorh viel besser, wie Juglans, sie kommt in diesem Punkt der Eiche nahe.

Bei Forsten, welche im engeren Verbande erzogen sind, wird man bereits mit 12–15 Jahren, in welchem Alter die Bäumchen 2,5–3 m Höhe erreichen, mit Durchreisierungen beginnen müssen, um einen räumlichen Stand zu erziehen. Prof. Dr. Schwappach macht hierauf besonders aufmerksam und ich selbst habe es erlebt, daß bei Anlagen in engem Verband ein Mißverhältnis zwischen Schaft und Krone entstand und die Pflanzen sich umbogen. Es mußten die Bäumchen durch Pfähle und Stangen gestützt werden. Bei weiterem Verband 1,30 und darüber kommt dies nicht vor, so daß man diesem Uebelstand durch eine lichtere Stellung vorbeugen kann. Sind die Pflanzen einmal so weit und der Forst geschlossen, so geht es rasch vorwärts und kann man mit 25 Jahren mit Durchforstungen beginnen und alle 8–10 Jahre wiederkommen, um auf einen Lichtwuchsbetrieb hinzuarbeiten. Im ganzen wird die Bewirtschaftung die gleiche sein, wie bei der Eiche, auch wird eine Unterbauung mit Buchen nicht entbehrt werden können.

6. Schutz gegen Feinde.

In der besagten Broschüre wird geklagt über Beschädigungen durch Insekten, Spechte, Mäuse, Eichhörnchen und Verletzungen durch Fällungen, Anschläge und Anprellen der Bäume, Schaden durch Feuer und Weidevieh usw. Viele Bohrkäfer würden ortsweise — besonders im nördlichen Gebiet an stehendem und liegendem Holze — erheblichen Schaden anrichten, ebenso die Spechte in trockenen Lagen. Die Stämme würden dadurch stark entwertet, öfters ganz unbrauchbar. Auch das Verlegen der Rinde und des Holzes durch Anprellen verursache schwarze Flecken und Streifen im Holze, was zwar die Güte des Holzes in keiner Weise beeinträchtigen würde. Aber die Leute wollten solches Holz nicht, weil sie ein Vorurteil dagegen hätten. Solche mit Schönheitsfehlern behaftete Stämme würde man im Walde meistens liegen lassen. Den Ausfall könne man mit 10 % veranschlagen. Auch durch zu raschen Wuchs in feucht-warmem Gelände kämen örtliche Fehler im Herzholze vor, indem zu große Poren

und leere Gefäße entstünden, welche den Wert des Holzes vermindern würden.

Einer der größten Feinde sei aber der Frost. Er sei die „Hauptursache“, daß im nördlichen Gebiet und auch in Deutschland die Fidorhanpflanzungen keinen Erfolg hätten...! So weit amerikanische Bericht.

Nach meinen Beobachtungen können wir bis jetzt über Insekten Schaden nicht klagen. Daß Schaden in den amerikanischen Wäldern so groß hängt mit der ganzen Gewinnungsart aufs engste zusammen, denn so viele und so günstige Brutstätten wie dort, können die Insekten wohl nirgends finden.

Dagegen haben wir auch Beschädigungen durch Spätfröste, Wild, Mäuse, besonders Wühlmäuse, Eichhörnchen, Fäher usw. zu gewärtigen.

Wie wir unsere Anlagen gegen Frost schützen, unter Nr. 5 schon erwähnt; gegen Wild können nur durch Umgatterung die Pflanzen schützen. Gegen Mäuse müssen wir durch Gift, gegen Eichhörnchen und Fäher usw. durch Abschluß vorgehen.

7. Verschiedenes.

Ueber das Verhalten der Fidorh im Walde, über Wuchs, Erträge an Holz und Früchten, über Rentabilität und so manche anderen Fragen haben wir in Deutschland und in den angrenzenden zur Anzucht geeigneten Ländern keinerlei Gelegenheit, um aus der Praxis Kenntnisse zu sammeln. Zur Klärung solcher Fragen bieten aber die zwei mir gütigst übersandten neuen amerikanischen Broschüren, welche mit feinem Verständnis und größter Sachkenntnis ausgearbeitet sind, sowie die brieflichen Mitteilungen der oben genannten Professoren für Forstwissenschaft reichlich Gelegenheit, unsere Kenntnisse zu erweitern.

In der Annahme, daß vielen Waldbesitzern und Forstmännern solche Mitteilungen willkommen sind, füge ich kurze Notizen, die allgemeines Interesse bieten, hier bei. Die Wichtigkeit des Baumes mit seinem wertvollen nicht zu ersetzenden Holz für Wagenbauteile, Werkzeuge, Radkämme, Reife, Automobile, Stöcke und Sportgegenstände usw., sowie als bestes Brennholz wird gebührend hervorgehoben, ebenso aber auch, daß der Verbrauch — den Vorrat leider übersteigt. Genauere Zahlen über Vorrat und Einschlag können nicht gegeben werden, doch nimmt man an, daß der jährliche Totalverbrauch etwa 450 Millionen Brettfuß beträgt. Früher sei der Vorrat bedeutend gewesen und habe ca. $\frac{1}{40}$ des Hartholzbestandes betragen — heute aber sehe man der Erschöpfung entgegen. Deshhalb von Alleghany-Gebirge sei der Baum ganz verschwunden.

¹⁾ 423 Brettfuß = 1 Festmeter.

lich seien noch einige zerstreute Gebiete, im südlichen Ohio aber das meiste Holz zu finden.

Der Wettbewerb der Händler sei groß; sie durchkäufen das ganze Land und nehmen jetzt jene Hölzer, beim ersten Fieb als zu gering stehen blieben. Die ersten Vorräte seien bald erschöpft. Die Hauptquelle wird dann der sogen. zweite Wuchs sein. Zu bemerken wäre hier, daß einsichtige Leute für Erhaltung des Vorrats, Regelung des Verbrauchs, Erhaltung der Holzverschwendung neuerdings lebhaft auftreten und auch Vereine gründen, um diesen Zweck zu erreichen.

Einen wichtigen Faktor in dieser Frage bildet aber der Besitz an d. Soweit die Nationalforste — ja. Millionen Hektar — in Betracht kommen, geht es von recht ordentlich zu; aber bei den kleinen Privatwäldern, in deren Wäldern viel Hickories sich befinden, hapere es. Zum Ackerbau ist immer mehr Land erforderlich, und da muß der Wald weichen. Der Bedarf an Holz für Geräte aller Art und für Feuerung wird immer größer, andererseits verkauft der Besitzer die wertvollen Holzarten — Carpa und Juglans — und so verschwinden diese Hölzer immer mehr und geringwertige treten an ihre Stelle. Wohl sind auch im unteren Mississippi-Gebiet größere Laubholzbestände vorhanden, aber nur wenige Hickories kommen darin vor.

Ueber den Einschlag des Holzes ist folgendes zu sagen. Nach der Fällung des Baumes wird sofort mit der Aufarbeitung an Ort und Stelle begonnen. Zu diesem Zwecke werden kleine fahrbare Sägewerke

mitgebracht und von Ort zu Ort weiter transportiert. Diese Sägen werden nur für Hickory und Eiche gebraucht. Die Bedienung derselben erfordert einen hohen Grad von Geschicklichkeit, weil das Holz für alle möglichen Gebrauchszwecke schon im Walde hergerichtet werden muß. Die Kosten der Fällung und Herrichtung des Holzes, welches ohnehin zerstreut im Walde vorkommt und schwer zu finden ist, der Transport des Sägewerks usw. sind viel größer wie bei anderen Hölzern. Daher rentiert sich der Baum nach amerikanischen Begriffen nicht, obwohl bei einem 20 cm dicken Baume auf Brusthöhe 44%, bei einem von 30 cm 50% und bei einem von 40 cm 54% gebrauchsfähiges Holz verbleiben. Bei dieser Aufbereitungsart bleibt viel Holz im Walde unbenuzt liegen; man veranschlagt diesen Verlust auf 40%.

Von den vielen in der Washingtoner Schrift enthaltenen Tabellen möchte ich nur 3, welche für unsere Frage besonderes Interesse bieten, in aller Kürze besprechen.

Tabelle 7 weist, wie unsere Massentafeln, den Kubikinhalt des Baumes bei Brustdurchmesser und Höhe nach; außerdem das noch gebrauchsfähige Holz in Prozenten. Die Zahlen für Hickories stimmen so ziemlich mit den in unseren Massentafeln von Behm für die Eichen angegebenen überein, bald sind sie etwas höher, bald niedriger.

Sehr interessant ist Tafel 12. Sie weist nach, wie sich die Schaftform gestaltet. Hieraus z. B. einige Zahlen:

Es beträgt									Bemerkungen
bei einem dm auf Brusthöhe von		in einer Höhe von							
		1	5	10	20	30	40	Fuß	
		= 0,3	1,52	3,05	6,1	9,1	12,2	Meter	
Zoll	cm	der dm des Baumes in cm							
8	20,3	26	20	16,5	15,7	12,7	8,1	Die amerikanischen Maße sind in Meter umgerechnet. Bei 1 bis 4' Höhe ist der dm noch größer als bei Brusthöhe.	
16	40,6	48	39	38	34,8	32,5	29,9		
23,5	60	70	58	55	51,3	49,5	48,3		
31,5	80	93	78,5	75	68,3	64,7	62,5		
36	91,4	108	90,7	84,8	77	72,1	69,6		

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, wie vollholzige die Baumschäfte gewachsen sind. Schon bei unseren Stangenhölzern fällt dieser schöne Wuchs auf.

Tabelle 14 handelt vom Durchschnittsertrag pro acre.

Alter Jahre	dm Brusthöhe		Höhe		Zahl der Bäume	Kubik-Fuß im ganzen	Davon Handelsware		Festmeter pro ha Derbholz	Bemerkungen
	Zoll	cm	Fuß	m			Kubik-Fuß	Festmeter		
40	5	13	41	12,5	480	1 100	300	8,49	76,7	1 acre = 0,405 ha 1' = 0,3048 m
60	7,2	18	57	17,4	230	1 700	700	19,81	118,5	
80	9	23	69	21	155	2 300	1 000	28,30	160,4	Fuß, Zoll, Flächenmaße sind auf unsere Maße umgerechnet.
100	10,5	26	78	23,8	120	2 900	1 300	36,80	202,2	
120	11,8	30	85	25,9	100	3 500	1 650	48,70	244,0	
150	13,4	34	92	28	75	4 400	2 000	56,60	306,7	
200	19	48	100	30,5	65	5 700	2 700	76,40	397,4	

Nach den Ertragstafeln von Dr. Schwappach hat die Eiche auf Standortsklasse III nahezu gleich hohe Erträge. Es bietet diese Tabelle einen schönen Anhaltspunkt für spätere Berechnungen.

Als echte *Hicories* gelten bei den Amerikanern nur *C. alba*, *porcina*, *tomentosa* und *sulcata*; bei *alba* und *porc.* soll das Schattenertragnis am größten sein. Die Fortpflanzung erfolge durch Samen, Stock- und Wurzelanschlag. Die Samenjahre wären unregelmäßig: alle 2—3 Jahre im südlichen und mittleren und alle 3—5 Jahre im nördlichen Gebiet. Ein freistehender Baum gebe 2—3 bushel (72—109 l) Früchte, ein veredelter Pflanzbaum aber bis 15 bushel = 540 l. Der kleinste Teil der Früchte gelange jedoch zum Keimen, da Vögel, Eichhörnchen, Mäuse, Schweine und die Menschen den größten Teil vertilgen würden. Dann wären die erscheinenden Sämlinge vielen Unbilden — Wild, Vieh, Feuer usw. — ausgesetzt, so daß nur wenige durchkämen. Zum Glück sei die Ausschlagsfähigkeit sehr groß und können Schäden wieder ausgeheilt werden. Im Ohiogebiet finde man den meisten Aufwuchs, im Süden aber wenig infolge der Ueberschneemungen und des Schweine-eintriebs.

Der Wuchs der echten *Hicories* sei langsam, andere Arten würden mehr leisten, die Weiß-Eiche z. B. das Doppelte an Masse und das Zwei- bis Vierfache an Handelsware. Das Holz der *porcina* gilt als das beste, dann kommt *alba* und *tomentosa*; die anderen haben geringeres Holz; *C. olivaeformis* und *sulcata* werden nur der Frucht wegen erzogen.

Der technische Wert des Holzes variiert sehr, selbst bei der gleichen Art, ja selbst beim gleichen Baum. Der untere Stammteil hat stets das beste Holz. Die Größe der Jahrringe ist kein Maßstab für die Güte des Holzes, auch die Zähigkeit bleibe unberührt beim Wechsel von Kern- und Splintholz. Der beste Wertmesser für das Holz sei das Gewicht (84 spez. Gewicht). Die Verletzungen und Fehler wurden schon oben erwähnt.

8. Ausblicke in die Zukunft.

Ein Anknappwerden des Vorrats steht unmittelbar bevor; die jungfräulichen Bäume sind bald fort, wir müssen auf den zweiten Wuchs greifen. Die Waldbesitzer sehen den Baum als minderwertig an, weil er sich nicht so hoch rentiert wie andere raschwüchsige Holzarten. Für die Wiederanzucht geschieht nichts. Startholz wird nur wenig verlangt und für die Geräte, Werkzeuge usw. genüge schwächeres Holz von 8—9 Zoll (20—30 cm), das mit 40—60 Jahren erzogen werden kann. Uebrigens rechne man bei entsprechender Vorratsverminderung auf eine Preiserhöhung und dann auf — Wiederanzucht.

Man glaubt jedoch, daß der Holzvorrat für Amerika ausreicht, wenn die *Hicory*-Wälder unter Verwaltung kommen, welche die Holzverschwendung und andere Mißstände abstellt. Eine Pflege wäre für Millionen acre nötig.

9. Oekonomische Mittel.

In diesem Kapitel wird auf ökonomische Mittel und forstliche Pflege mit wohlgemeinten und praktischen Vorschlägen hingewiesen.

Das Abfallholz soll vermindert, das Vorurteil kämpft, die ungerechte Vermessungsart geändert, die Ueberproduktion vermieden werden. Der Ausschlagwald genüge für die Erziehung der sogenannten Kleinnughölzer. Zur Startholzerziehung müsse man reine Bestände durch Saat begründen, weil die natürliche Verjüngung infolge ungünstiger Verhältnisse wenig Erfolg verspreche. Im übrigen werden wohl durchdachte waldbauliche Vorschläge, die auf den Wuchsbetrieb hinausgehen, gemacht.

10. Schlußfolgerungen.

Es wird nochmals auf den hohen Wert des Holzes hingewiesen, auf die vielen guten Eigenschaften des Baumes, auf seinen Nutzungswert, die zur Zeit hohen Gewinnungskosten und den geringen Reingewinn. Auch darauf wird aufmerksam gemacht, daß sich die Verhältnisse zu gunsten des Baumes ändern durch gruppen- und horstweise Erziehung der *Hicory*. Sei Hoffnung da, daß in absehbarer Zeit die Anzucht sich lohnen wird. Der Anbau dieser wertvollen Holzart könne nur aufs beste empfohlen werden.

So viel aus dieser hochinteressanten Schrift, der Verfasser die Anzucht der *Hicory* so warm empfiehlt und der Zukunft so vertrauensvoll entgegenfieht. Möge alle seine Erwartungen sich erfüllen! Das ist der Wunsch weiterer Kreise, insbesondere der deutschen Forstmänner. —

Im Anhange folgt noch ein Verzeichnis von einigen Teil der in Deutschland vorkommenden *Hicory*-Anlagen. Diese erbringen den Beweis, daß auch in unserem Klima bei richtiger Auswahl des Standortes und entsprechender Pflege die härteren *Hicory*-Arten noch gut gedeihen. Dieses Vorkommen, insbesondere die Wuchseigenschaften bilden das Fundament auf das sich meine Abhandlung stützt. Es ist zu hoffen, daß die bisher erzielten schönen Resultate manchen Waldbesitzer und Forstmann veranlassen, einen Versuch mit dieser wertvollen Holzart zu machen. Und wenn dies — wie ich annehmen darf — der Fall ist, so ist diese mühevollen Arbeit nicht vergebens gewesen.

Nur Frage der inneren Mängel des Rundholzes.

Von Oberförster **Hr. Müller** (Alingenthal, z. Bt. im Felde).

Für innere oder verborgene Mängel lehnen die Rundholzverkaufsbedingungen zahlreicher Forsthaushalte zur Zeit noch jede Gewährleistung ab. Auch die Handelsgebräuche der einzelnen Holzhandelsgebiete Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bestimmen fast durchgängig, daß der Verkäufer für innere Fehler, die erst bei Verarbeitung eines äußerlich gesunden Holzabschnittes erscheinen, nicht aufzukommen braucht. In einigen dieser Handelsgebräuche („Wanzen“) gilt hierbei die Einschränkung, daß der Rundholzverkäufer im Falle arglistiger Verschleierung des Mangels verantwortlich ist. Für den, der die Wechselbeziehungen zwischen Forstwirtschaft und Holzhandel mit besonderem Interesse verfolgt, ist die erwähnte Bestimmung der Holzhandelsgebräuche nicht ohne Belang. Sie kann entweder ihren Grund darin haben, daß Holzhandel und Holzindustrie ebenso wie unsere meisten Forsthaushalte (insbesondere die staatlichen) tatsächlich anerkennen, daß verborgene Rundholzfehler gewährsfrei sein müssen. Oder aber, die Industrie hält es nur für zweckmäßig, ihre Bestimmungen über den Fall des verborgenen Fehlers den nun einmal herrschenden Anschauungen der maßgebenden großen Rundholzproduzenten anzupassen. Beideres halte ich für den ausschlaggebenden Grund. Nun verlangt ja das Interesse unseres Abfahes ebenso wie das volkswirtschaftliche bzw. forstpolitische Interesse heutzutage mehr noch als früher, daß wir mit den Wünschen und Bedürfnissen von Handel und Industrie dauernd engste Fühlung halten und berechtigten Wünschen nach Möglichkeit entgegenkommen. Daher sei es gestattet, hier einige auf die inneren Mängel bezügliche Wünsche zu besprechen, die mir im Verlaufe langjähriger holzkaufmännischer Studien näher bekannt geworden sind.

1. Daß der Rundholzverkäufer für innere Mängel, die wirklich von außen unkenntlich sind und dem Verkäufer auch sonst auf keine Weise bekannt werden konnten, nicht haftet, das ist zweifelsohne ein durchaus gesunder Rechtsgrundsatz. Nur muß man hierbei voraussetzen, daß der Verkäufer nichts versäumt hat, um sich auch wirklich nach Möglichkeit von der inneren Güte des Holzes zu vergewissern. Je wertvoller der zu veräußernde Rundholzabschnitt, umso sorgfamer muß versucht werden, Klarheit über die innere Fehlerfreiheit zu schaffen. Hierzu gehört in erster Linie eingehende praktische Schulung des zur Aufnahme der geschlagenen Hölzer verwendeten Unterpersonals, dessen Blick und dessen praktisches Wissen hinsichtlich der mannigfachen inneren Mängel ständiger Weiterbildung bedarf. Man kann gelegentlich beobachten, daß die

alterfahrenen Abnahmebeamten, Regimenten usw. einer Holzfirma oft eine erstaunliche Sicherheit im Erkennen verborgener Fehler besitzen. Zu derselben Sicherheit kann und muß auch das Forstpersonal gelangen, insbesondere in Revieren, die hochwertige Laubholzabschnitte und sonstige ausgesuchte Sortimente liefern. Ein wichtiges Ausbildungsmittel ist hierbei der häufige Besuch von Sägewerken und Holzverarbeitungsstätten aller Art.

Der Aufklärung über die innere Fehlerfreiheit dient ferner gelegentlich auch eine Befragung der Vorgesichte des Bestandes. So ist es z. B. wichtig, zu erfahren, daß ein Bestand in einem bestimmten Jahre unter Hagelschlag gelitten hat, dessen Spuren vielleicht längst überwältigt sind oder, daß in seiner Nähe ein gefechtsmäßiges Schießen abgehalten worden ist. Wie weit man mit diesbezüglichen Mitteilungen an den Käufer zu gehen hat, darüber entscheiden selbstverständlich die örtlichen und sonstigen Verhältnisse sowie Takt und kaufmännische Einsicht des Revierverwalters. Nicht außer Acht darf hierbei die Erwägung bleiben, daß auch der Käufer, seinerseits verpflichtet ist, sich die Ware vor Kaufabschluß gründlich anzusehen, wozu ihm der Verkäufer natürlich ausgiebig Gelegenheit geben muß.

2. Eine Anzahl innerer Mängel ist nur selten oder nie beim Rundholzverkauf zu entdecken. Als Beispiel sei das Vorhandensein von Holzwespenlarven erwähnt, die nachträglich höchst empfindliche Entwertungen und Schädigungen herbeizuführen vermögen. In solchen Fällen wird der Rundholzverkäufer von Fall zu Fall erwägen, ob er den Käufer durch entsprechende nachträgliche Preisherabsetzung aus Billigkeitsgründen für den Verlust entschädigen darf. Ein derartiges Entgegenkommen wird in geeigneten Fällen bei einigen großen Forsthaushalten geübt, ohne daß hierunter der Grundsatz der Nichthaftbarkeit für einen tatsächlich verborgenen Mangel zu leiden braucht.

3. In höherem Maße, als allgemein bekannt sein dürfte, leidet die Holzverarbeitende Industrie unter drei inneren Holzfehlern, die (im Gegenjake zu den meisten anderen Fehlern dieser Art) lediglich durch menschlichen Eingriff entstanden sind.

a) Fremdkörper im Holzinne. Die vielerlei Fälle, in denen eiserne Schrauben, Nägel, Krampen usw. in dem lebenden Holzkörper befestigt werden, führen sehr leicht zur Entstehung eines solchen inneren Mangels. Wir können dies allenthalben beobachten, wo man Mistkästen, Wegweiser, Warnungstafeln, Nummerschilder zur Bezeichnung der Waldbabteilung u. dgl. auf dem lebenden Baume befestigt. Der befestigte Gegenstand wird im Laufe der Zeit entfernt oder er fault ab und es genügen oft wenige Jahre, um den Nagel, die Schraube usw. spurlos überwallen zu lassen.

Dasselbe kann eintreten, wenn eiserne Bänder, Einfriedigungsdrähte u. dgl. den Baum andauernd und fest berühren und bei flottem Zuwachse rasch durch neue Holzschichten überkleidet werden.

Wird ein Stück Holz, das einen solchen metallischen Fremdkörper birgt, verarbeitet, so können dreierlei Nachteile eintreten.

1. Das Holz zeigt in der Umgebung des Metallkörpers Rostflecken und ähnliche Farbfehler oder auch Faulstellen. Dieser Nachteil tritt übrigens (gleich dem unter 2. erwähnten) bereits dann ein, wenn der Nagel usw. noch rechtzeitig vor dem Ueberwachsenwerden entfernt wurde.
2. Die Holzfasern sind an der verletzten Stelle zerrissen und verlaufen in den Ueberwallungsschichten wellenförmig, wodurch manches schöne Nutzstück für feinere Zwecke wertlos wird.
3. Treffen die Holzbearbeitungswerkzeuge auf den Metallkörper, so können sie erheblich beschädigt werden. Dies gilt nicht nur für die empfindlicheren Messerleisen, Fräser, Kreis- und Bandsägen, sondern auch für die robusteren Formen der großen Gattersägen. Wir können uns dies leicht dadurch erklären, daß die zum Zerschneiden von Metallen dienenden Sägen durch andere Zahnform und durch die Kühlungsrichtung wesentlich von den Holzbearbeitungssägen abweichen.

Mit dem Auftreffen auf einen Metallkörper ist außer Beschädigung der Maschinen oft auch noch eine Verletzung des bedienenden Arbeiters und eine mehr oder wenig lange Betriebsstörung verbunden. Erwähnenswert ist, daß dieser Nachteil im Gegensatz zu den beiden erstgenannten auch bei Brennholzern fühlbar werden kann, indem z. B. die Kreissägen der in Großstädten eingeführten Holzspaltmaschinen erheblich leiden können. Als einzige Schutzvorrichtung gegen solche gefährdete Unfälle könnte vielleicht erwähnt werden, daß eine bekannte Maschinenfabrik neuerdings Gatter mit Walzenvorschub baue, die einen mit Doppelschaltrad ausgerüsteten einfach und sicher wirkenden Vorschubmechanismus aufweisen, bei dem ein rasches Ausschalten, ermöglicht ist. Auch die Horizontalgatter werden von manchen hinsichtlich solcher Störungen für günstiger gehalten.

Wie wir sehen, ist dieser innere Mangel überaus nachteilig, daher sollte seiner Entstehung überall mit Strenge entgegengearbeitet werden. Daß die Großwaldbesitzer hierin mit gutem Beispiel vorangehen, ist selbstverständlich.

b) Ganz ähnliche Folgen hat das Eindringen von Geschossen in den Baumkörper, nur daß hier meist stärkere physiologische Schädigungen hinzutreten, wodurch der verborgene Mangel technisch noch bedeut-

samer wird. Die Ueberwallung, die den Mangel zu einem verborgenen macht, geht übrigens oft sehr rasch von statten. So fand Anfang Februar 1916 mein Bursche beim Brennholzmachen an der Westfront ein Stück Kiefer mit einem deutschen Infanteriegeschoss, welches von außen bereits unkenntlich war. Das Geschoss mußte nach Lage der Dinge im August oder Anfang September 1914 in den Baum gedrungen sein.

Die Entstehung dieses Mangels ist meist unvermeidbar, außer bei privaten Schießständen, bei deren Anlage sich der Revierverwalter erforderlichenfalls den Einspruch gegen ungenügende Geschosslänge sichern wird. Daß nirgends einzelne Bäume zu Schießübungen dienen dürfen, ist selbstverständlich.

c) Verborgene Fehler des Nutzholzes kann schließlich noch die Aufastung verursachen. Wird beispielsweise eine Eiche erst im späteren Alter aufgeastet (gleichviel aus welchem Grunde) so ist dies auf guten Standorten nach wenigen Jahren äußerlich nicht mehr erkennbar. Im Sägewerk aber zeigt der anscheinend tadellose Rundholzabschnitt oft innere Faulstellen und Farbfehler, günstigstenfalls aber stets Abweichungen vom normalen Faserverlaufe, die von der Marktröhre bis zur Ueberwallungsfläche des seinerzeit entfernten Astes reichen. Es bedarf wohl keiner ausführlicheren Darlegung, inwieweit solcher abnormer Faserverlauf die kaufmännische Kalkulation bei Ausnutzung eines wertvollen Abschnittes stört, und es sei nur gestattet, daran zu erinnern, daß für bestimmte technische Zwecke z. B. die Tragkraft sowie die Spaltbarkeit stark hierunter leidet und daß die Ausführung eines exakten Verschnittes sehr erschwert wird (besonders bei Bandsägen).

Die späte Aufastung hat also in dem Beispielsfalle einen inneren Mangel geschaffen, der dem Rundholzkäufer mannigfache finanzielle Nachteile bringen kann. Wo sich solche späte Aufastungen daher ausnahmsweise nicht vermeiden lassen, erwächst dem Verkäufer gegenüber einem nicht ortsanfässigen Käufer die Pflicht der Aufklärung über die seinerzeit erfolgte Maßregel.

Vom holzindustriellen Standpunkte aus kann eine Grünastung in der Regel nur dann erwünscht sein, wenn sie in der Jugend des Laubholzbaumes erfolgt. Sorgsamste Ausführung vorausgesetzt, überwallen dann die Wunden meist rasch und ohne Nachteil für die innere Holzgüte. Die unteren Abschnitte des haubaren Stammes werden in diesem Falle beim Auftrennen auf der Sägemühle etwa dasselbe Bild zeigen, wie diejenigen eines im Bestandschlusse astrein und vollholzig erwachsenen Baumes. Bei beiden sehen wir in der Nähe des Markes zahlreiche Astspuren, und die Industrie trägt diesem ihr von vornherein bekannten Umstande dadurch Rechnung, daß sie einige Kernbretter (Herzbretter) oder auch Kernbohlen heraus-

oft. Aus dem übrigen Teil des Abschnittes darf sich dann der Industrielle, mit Sicherheit astreie Sortimente versprechen, zumal gelegentlich und vereinzelt vorkommende gesunde Aeste auch bei astreiner Ware handelsüblich meist geduldet werden.

Bei allen verborgenen Mängeln wird der Kund-

holzverkäufer gut tun, sich zu vergegenwärtigen, in welchem Umfange sie alle Kalkulationen des Erstehers zu schanden machen. Ein von Fall zu Fall genau zu erwägendes nachträgliches Entgegenkommen im Preise dient in gewissen Fällen mittelbar auch dem Nutzen des Waldbesizers.

Literarische Berichte.

Die Bodenkolloide. (Der „Kolloide in Land- und Forstwirtschaft“ erster Teil) von Paul Ehrenberg, außerordentlicher Professor und Direktor des agrarisch-chemischen Instituts der Universität Göttingen. Nur gebunden M. 14.50. Verlag von Th. Steinkopff, Dresden 1915.

Verfasser bringt als Einleitung einen „Abriß der Kolloidchemie“; das ist natürlich ein großer Vorzug, weil der Leser beim Studium sich jederzeit über die ihm etwa noch nicht geläufigen Begriffe dieser etwas neuartigen Wissenschaft orientieren kann. Im besonderen wird es angenehm empfunden werden, daß die theoretischen Ueberlegungen sich nicht zu weit von dem Gebiete entfernen, das nachher praktisch behandelt wird.

Die Kolloide, die sich durch Schweben feinst verteilter bis feiner Teilchen in einem anderen Stoffe kennzeichnen und dementsprechend außergewöhnliche Oberflächenentwicklung aufweisen, können nach Prof. Ehrenberg unter den Begriff der „ungleichartigen Verteilungen“ zusammengefaßt werden.

Je nach den dabei aneinander grenzenden Oberflächen wird zu unterscheiden sein zwischen: ungleichartigen Verteilungen flüssig-gasförmig (Nebel, Schaum), fest-gasförmig (Rauch, Staub), flüssig-flüssig (Emulsionen oder Milcharten), hier von feinsten Art die Tröpfchenkolloide, zu denen Verf. als sehr wichtig die kolloide Kieselsäure wie die kolloiden Humusstoffe zählt, fest-flüssig (feiner Art: die Suspensionen oder Aufschwemmungen; feinsten Art: die Körnchenkolloide). Als Uebergangsform zwischen Tröpfchen- und Körnchenkolloiden bezeichnet E. die Hydroxyde des Eisens und Aluminiums.

Auf rund hundert Seiten werden sodann die verschiedenen Bodenkolloide und ihre Eigenschaften besprochen.

Auch die Bakterienverteilungen im Boden gehören zu den Kolloiden und zwar zu den Emulsionen bzw. Tröpfchenkolloiden. Bekannt ist freilich die Kolloidnatur der Kieselsäure, der Humusstoffe, des Eisens, der Tonerde; soweit Sande Aufschwemmungen bilden, entstehen ebenfalls ungleichartige Verteilungen.

Als besonders wichtig ist der Ton unter den verschiedensten Gesichtspunkten beurteilt.

Der größte Teil des Wertes ist den „Wirkungen der Bodenkolloide“ gewidmet. Es wird dargelegt, daß Verhältnisse, wie wir sie beim Experiment beobachten, sehr wohl auch in der Natur gegeben sind. Verf. erinnert besonders an die Ausfällung einer Tontrübung, die beim Versuch wie auch im Boden stattfindet. Auch die Quellungs- und Schwindungsvorgänge sind dem Gebiete der Kolloidchemie einzuordnen. Ganz besonders wichtig ist aber die Adsorption (= Absorption) im Boden, deren Behandlung, gleichfalls der Kolloidchemie zusteht und Adsorption tritt ebenso an trockenen Bodenteilen auf wie an unter Wasser befindlichen oder feuchten.

Die Bodenkolloide üben die verschiedensten Wirkungen aus, je nach den Einflüssen, denen sie selbst unterliegen. Solche Einflüsse sind: Natur- und Kulturkräfte. Zu ersteren gehören die Witterung, die Adsorption, die Bodensalze, schließlich Pflanzen und Tiere. Es gibt wohl kaum eine einschlägige Frage, die nicht mit außerordentlicher Sachkenntnis behandelt und über die nicht mit strengster Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit die hiesbezügliche Literatur angegeben wäre.

Ebenso erschöpfend sind die Kulturkräfte erörtert; so ziemlich jede mögliche Maßnahme ist unter dem Gesichtspunkte der Kolloidforschung behandelt Erwähnt seien die verschiedenen Meliorationen wie das Brennen des Bodens, die Drainage, die Mischkultur, Bewässerung usw.

Unter den Wirkungen der Bodenbearbeitung interessieren uns besonders die Ausführungen über die Pflugsohle, auf die z. B. das schlechte Wachstum des Waldes auf Ackerland zurückgeführt wird. Wie diese Erscheinung unerfreulicher Natur auf Bodenkolloide zurückgeführt wird, so auch jene günstige, die wir als Bodengare bezeichnen; sie wird nach Prof. E. erzeugt durch die Ausfällung der Bodenkolloide; dazu ist ein ausreichender Gehalt an Kalk und Magnesia im Bodenwasser nötig. Die Löslichmachung dieser Stoffe besorgen die Mikroorganismen, welche Kohlensäure bzw. Salpetersäure z. T. aus dem Humus produzieren.

Ein umfangreiches Kapitel ist der Düngung gewidmet und insbesondere dargelegt, wie die einzelnen

Düngemittel organischer und anorganischer Natur auf die Bodenkolloide wirken. Der Inhalt dieser rund siebzig Seiten ist mit der interessantesten des Werkes.

Unter den Ausführungen über den Pflanzenbau findet sich auch eine freilich kurze Uebersetzung, die sich auf die in Betracht kommenden Wirkungen des Kahlschlags und Waldfeldbaus beziehen. Hinsichtlich des ersteren wird neben anderem (Regenaufsprall, Durchschlängen usw.) darauf Bezug genommen, daß auf kalkarmen Böden „angesammelte saure Humusmassen dem versickernden Regenwasser die nötigen Mengen von Schutzkolloiden mit auf den Weg geben“. „Dann ist Ortsteinbildung oder jedenfalls gründliche Bodenverschlechterung nahezu mit Sicherheit zu erwarten“.

Mit der Lektüre am Schlusse des Werkes angelangt, sieht man, daß es wenige Probleme der Bodenkunde usw. sind, die nicht in Beziehung zur Kolloidchemie gebracht werden können. Das Interesse an diesen Dingen wird durch die klare Darstellung nicht nur erweckt, sondern auch gesteigert. Bescheiden und vielleicht vorsichtigerweise nennt Verf. sein 563 Seiten umfassendes, tadellos ausgestattetes Werk „eine Ergänzung für die üblichen Lehrbücher der Bodenkunde, Düngerlehre und Ackerbaulehre“.

Dr. Bauer-München.

Tafeln zum Abstecken von einseitigen offenen

Wegkurven mit Beibehaltung des Weg Gefälles berechnet von F. W. Fürst zu Isenburg und Büdingen in Wächtersbach. Preis M. 1.00. Frankfurt a. M., J. D. Sauerländers Verlag, 1915

Die kleine Schrift ist im Wesentlichen ein Abdruck des Abschnittes „I. Gebrauchsanweisung“ aus dem ersten Aufsatze im Maiheft 1915, aber vervollständigt durch sämtliche Hilfstafeln für die Kurvenhalbmesser von 11 bis 20 m, während jenem Aufsatze nur eine solche Tafel (für 16 m Radius) beigegeben war. Die Tafeln enthalten alle für den praktischen Gebrauch im Walde notwendigen Zahlen sowie eine Beschreibung des dazu erforderlichen einfachen Winkelinstrumentes, das hiernach von jedem Schreiner angefertigt werden kann; sie werden in der Hand auch des mathematisch-ungeschulten Forstbeamten gute Dienste leisten. Wer sich aber für die Theorie des Verfahrens interessiert, muß den Original-Aufsatz im 1915er Maiheft der Allg. Forst- und Jagdzeitung nachlesen.

Das Problem, austretende Bogenlinien von bestimmtem Halbmesser und gegebener Steigung abzustecken, ist m. W. zuerst von mir in meinem „Grundriß der Waldwegebaulehre, Leipzig und Wien 1896“ in den Aufgaben 52 bis 58 zu § 41 gelöst worden. Dort wird aber vorausgesetzt, daß der zu schlagende Bogen immer nur ein Halbkreis ist, der dann beiderseits durch Tangenten bis zur ursprünglich abgesteckten Gefälllinie fortgesetzt wird. Das den Tafeln des Fürsten zu Y. und B. zu Grunde liegende Verfahren löst die kompliziertere Aufgabe, den in seiner Länge nicht beschränkten Kreisbogen, der kürzer oder länger, als ein Halbkreis sein kann, durch Gegenkurven von 30 m Halbmesser mit den Gefälllinien zu verbinden.

Wimmenauer.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Die Beratungen des Abgeordnetenhauses über den Etat der Forstverwaltung.

Zunächst berichtete der Berichterstatter, Dr. Hoesch-Neukirchen, über die Beratungen der Staatshaushalts-Kommission über den Etat der Forstverwaltung. Hier sei darauf hingewiesen worden, daß man zu einem vermehrten Schutz der Schälwaldungen zurückkehren müsse. Diese seien seit Jahr und Tag in einen gewissen Mißkredit gekommen, nachdem vom Auslande außerordentlich billige Gerbmittel eingeführt worden seien, und nachdem die Technik auf diesem Gebiete ganz besonders vorgeschritten wäre.

Der Berichterstatter für den Forstverwaltungsetat, Graf v. d. Groeben, gedachte sodann der im Kriege gefallenen Forstbeamten; es seien von Forstverwaltungsbeamten allein 4 Regierungsforstbeamte, 39 Oberförster m. R., 4 Oberförster o. R., 37 Forstassessoren, 14 Forstreferendare und 33 Forstbesoffene gefallen. Das Abgeordnetenhaus werde

diesen gefallenen Helden ein ehrendes Andenken bewahren. Die Forstverwaltung habe sich nach Mittheilung der kgl. Staatsregierung, ungeachtet der Schwierigkeiten, die aus der Einziehung zahlreicher Beamten und Waldbarbeiter, aus dem Hervortreten so vieler Bedürfnisse und nach dem Nachlassen der Einfuhr sich ergeben hätten, bemüht, ihren Anforderungen nach Möglichkeit gerecht zu werden und unter Hintansetzung des fiskalischen Interesses der Allgemeinheit zu dienen. Die Holzpreise seien in den einzelnen Bezirken und für die einzelnen Sortimente außerordentlich verschieden. Im Jahre 1915 sei die Nachfrage nach Eichen-, Buchen- und Nadelholz, und zwar Schneide- und Bauholz, im allgemeinen geringer gewesen, als sonst. Ungünstig beeinflusst seien die Preise durch schlechte Abfuhrverhältnisse und den Arbeitermangel geworden. Den Schälwaldungen werde die Staatsregierung ihr lebhaftes Interesse zuwenden. Die Brennholzpreise seien hoch. Aber die Forstverwaltung habe auch hier eingegriffen und Anweisung

eben, soviel Brennholz wie möglich einzuschlagen, wenn irgend angängig, an die Gemeinden freimädig zu verkaufen, mit der Maßgabe, daß die Gemeindevorstände dann ohne Preiserhöhung es an die unbemittelten Einwohner abgeben.

Es sei sodann über das Weiterbestehen der Forstakademie Münden verhandelt worden. Für das Fortbestehen sprächen die sehr günstige Lage, die herrliche Umgebung, die mannigfache Ausbildungsmöglichkeit und der Umstand, daß der Wettbewerb zwischen zwei derartigen Anstalten innerhalb eines Raumes beide anspornten, ihren Schülern das Beste zu geben. Auf der anderen Seite sei aber zu berücksichtigen, daß die Forstakademie Münden noch nicht so lange bestünde, und daß sich gerade jetzt durch den Tod des Direktors und das hohe Alter zahlreicher Dozenten eine günstige Gelegenheit bieten würde, sie aufzuheben. Es komme hinzu, daß für die Forstakademie Eberswalde die Nähe Berlins mit seinen mannigfachen Lehranstalten einen ganz gewaltigen Vorzug bedeute. Dieser Umstand habe dazu geführt, daß die meisten Studierenden der Mündener Akademie sich auf ein Jahr nach Eberswalde begeben hätten. Es werde kaum möglich sein, an der Frage vorüberzugehen, ob man nicht mit Rücksicht auf die durch den Krieg gebotene Sparsamkeit davon Abstand nehmen müsse, sich den Luxus zweier Akademien zu leisten. Aus der Kommission seien sehr lebhaftes Bedenken gegen die Aufhebung der Mündener Akademie geltend gemacht worden, wobei namentlich auch hervorgehoben worden sei, daß gerade bei Münden viel Laubwaldbestände vorhanden seien, während in der Gegend von Eberswalde in erster Linie Nadelwälder wären. Demgegenüber habe die Staatsforstverwaltung erklärt, daß auch bei Eberswalde Laubwälder vorhanden seien, und daß außerdem jährlich Exkursionen in andere Staatsforstreviere gemacht würden, so daß die Studierenden Gelegenheit hätten, auch andere Reviere kennen zu lernen. Auf die Waldstreue sei ferner eingegangen und bemerkt worden, daß die Regierung nach Möglichkeit bemüht sei, dem Bedürfnis der Gemeinden nach Waldstreue entgegenzukommen. Ebenso seien die Staatsforsten für das Eintreiben von Vieh freigegeben worden, die Gemeinden hätten aber nicht in dem erwarteten Maße Gebrauch davon gemacht.

Der Abgeordnete Stull (Zentr.) bebauert den Rückgang der Eichen schälwälder, der durch die Konkurrenz der Industrie und durch den geringen Zoll, der auf ausländischen Gerbmitteln liege, veranlaßt worden sei. Die chemische Schnellgerberei habe bedeutend zugenommen und pflanzliche Gerbmittel seien infolgedessen nicht mehr so notwendig wie früher. Demgegenüber sei aber zu berücksichtigen, daß das Leder, das mit Eichenlohe gegerbt sei, zweifellos das beste

sei und die Statistik der letzten Jahre beweise, daß auch bei gewisser Schnellgerberei große Mengen ausländischer Gerbmittel eingeführt würden. Durch die fabrikmäßige Herstellung des Leders seien in der Eifel und dem Hunsrück wie auch in Westfalen blühende Kleinbetriebe bedauerlicherweise vernichtet worden. Die Gemeinden, deren Schälwald zurückgehe, verlören bedeutende Einnahmen und private Besitzer würden in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet. Aus dem Siegerlande seien die Klagen besonders lebhaft, weil dort der Schälwald einen doppelten Zweck habe. Nach seinem Abtriebe werde die Fläche des Schälwaldes dem Getreidebau zugeführt, also einem Zwecke, der in unserer Zeit eine besonders wichtige Rolle für unsere Volksernährung spiele. Es seien im Siegerlande in letzter Zeit in den Wäldern Weideplätze für das Vieh angelegt worden. Auch hier würde es zu bedauern sein, wenn die Schälwaldungen noch weiter zurückgehen würden. Es werde im Gegenteil dort gewünscht, daß man staatliche Mittel zur Verfügung stelle, um den Schälwald in seiner jetzigen Bedeutung zu erhalten.

Der Herr Minister habe in dankenswerter Weise verfügt, daß mit Rücksicht auf die Futternot die königlichen Waldbreviere den Landwirten zu Weidezwecken freizugeben seien. Leider hätten die Landwirte davon nur geringen Gebrauch gemacht. Diese Erscheinung sei wohl darauf zurückzuführen, daß die gute Absicht, welche die Zentralverwaltung gehabt habe, in den unteren Instanzen nicht in dem Maße vorhanden und ausgeführt worden sei, wie es von oben herab gewünscht sei. Es seien Klagen darüber laut geworden, daß von den unteren Instanzen Schwierigkeiten bei dem Versuch der Ausführung dieses ministeriellen Erlasses gemacht worden seien.

Bezüglich der Akademie Münden habe der Minister in der Kommission nur die Mitteilung gemacht, daß die Absicht bestehe, vielleicht die Akademie aufzuheben und zwar ganz besonders aus Sparsamkeitsrücksichten. Sparsamkeitsrücksichten seien zurzeit sehr zu billigen, aber man müsse sich dabei doch fragen, ob man auch an der richtigen Stelle spare. Es komme hier in Betracht, daß einmal Münden mit seiner Umgebung sehr geeignet sei, nicht bloß für die theoretische, sondern auch für die praktische Arbeit, die zur Vorbildung der Forstmänner notwendig sei. Jetzt habe Preußen zwei Forstakademien und sicher nicht zum Nachteil der Forstwirtschaft und Forstverwaltung. Im Interesse der wissenschaftlichen Konkurrenz würde es zu bedauern sein, wenn die Regierung sich doch dazu entschließen sollte, Münden aufzuheben.

Abgeordneter Brütt (freikons.) schließt sich dem Vorredner hinsichtlich seiner Ausführungen über die Akademie Münden an und spricht sich für deren Erhaltung aus.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Frhr. von Schorlemer, bemerkt, daß die Frage der Aufhebung dieser Akademie zunächst nur Gegenstand einer vorläufigen Erörterung sei und daß endgültige Entscheidungen darüber noch nicht gefaßt worden seien. Der einzige amtliche Schritt, der geschehen sei, sei der gewesen, daß an verschiedene Behörden eine Anfrage ergangen sei, ob sie bei eventueller Aufhebung der Akademie in der Lage sein würden, die Gebäude anderweit zu verwerten. Für die Beibehaltung der Akademie kämen die Gründe in Frage, die der Abgeordnete Stull angeführt habe, seinerseits seien als Grund für die Aufhebung nicht allein der Grund der Sparsamkeit, sondern auch andere Gründe ins Feld geführt worden. Man dürfe nicht vergessen, daß nach einer sehr sorgfältigen statistischen Zusammenstellung bei den Forstakademien in Preußen auf einen Dozenten ungefähr 5,5 Studierende entfielen, und daß der jährliche Zuschuß, den der Staat für einen Studierenden leiste, bei den Forstakademien ungefähr 2000 M. im Jahr betrage. Daß bei diesen Kosten, die gegenüber anderen akademischen Lehranstalten erheblich höher seien, die Erwägung nahe liege, ob man vom staatlichen und finanziellen Standpunkte aus die weitere Aufrechterhaltung der Akademie noch verantworten könne, sei wohl selbstverständlich. Es komme nun auch noch etwas anderes hinzu. Es halte an sich schon sehr schwer, für Forstakademien geeignete und tüchtige Dozenten zu gewinnen. Die Herren von der grünen Farbe seien doch in der Regel praktische Leute und, wenn sie die Akademie hinter sich hätten, theoretischer Beschäftigung weniger zugänglich. Die sonstigen akademisch gebildeten Lehrkräfte betrachteten die Forstakademie immer als Lehrstätten zweiter Ordnung; sie strebten nach den Universitäten, und insolgedessen sei es schwer, für die Forstakademie tüchtige Lehrkräfte zu gewinnen, und noch schwerer, sie dort dauernd zu erhalten. Wenn man dabei die Zahl der Forstakademiker betrachte, die in Münden im Durchschnitt der letzten Friedensjahre ca. 73 und in Eberswalde 64 betragen habe, dann müsse man sich fragen, ob es notwendig sei, für diese geringe Zahl von Studierenden soviel Lehrkräfte in Bewegung zu setzen, und ob nicht beiden Teilen damit gedient sein könne, wenn die Ausbildung der Forstakademiker an einer Stelle mit weniger Lehrkräften und besserer sonstiger Ausstattung stattfinden würde. Die Sache habe aber ihre zwei Seiten und deshalb sei es erwünscht, daß sich die Öffentlichkeit mit dieser Frage beschäftige und daß auch die westlichen Provinzen der Monarchie ihre Wünsche bezüglich der Akademie Münden geltend machen könnten.

Der Abgeordnete Stull habe zwar anerkannt, daß alles geschehen sei, um die Benutzung der Wald-

weide den Landwirten zugänglich zu machen, habe aber gemeint, daß die nachgeordneten Behörden nicht überall im Geiste der Zentralbehörde gehandelt hätten. Vielleicht empfinde zwar der eine oder der andere Waldbesitzer und auch Waldverwalter es nicht annehm, daß die Ruhe des Waldes durch eingetriebene Viehherden gestört werde, soweit Staatsforstbeamte aber in Frage kämen, habe keiner derselben sich der Ueberzeugung entzogen, daß in gegenwärtiger Zeit von Staaten sowohl wie von den Privatwaldbesitzern alles geschehen müsse, um den Eintrieb von Vieh und damit dessen Ernährung sicherzustellen. Die Waldweiden komme aber nicht überall der Bevölkerung gelegen und es sei nicht ganz leicht, diese in Gegenden einzuführen, wo sie bisher in Friedenszeiten nicht betrieben worden sei. In Gegenden, wo bereits früher Vieh in den Wald getrieben worden sei, habe dies in der Kriegszeit in verstärktem Maße stattgefunden, in anderen Gegenden habe die Aufforderung hierzu seitens der Behörden wenig Erfolg gehabt. Zum Teil sei wohl auch der Mangel an Hirten hieran Schuld gewesen.

Was den Eichen- und Buchenwald anbetreffe, so habe der Krieg den Beweis erbracht, wie wichtig die pflanzlichen Gerbstoffe im Inlande für unsere Volkswirtschaft seien, und wie notwendig daher es sei, den Eichen- und Buchenwald dem deutschen Volke für die Zukunft zu erhalten.

Abgeordneter Hoff (fortschr. Volksp.) begrüßt im Namen seiner Partei die Erklärung des Ministers, daß die bisherigen Verhandlungen über die Aufhebung der Akademie Münden nur einen mehr akademischen Charakter hätten, und bittet, daß für und Wider nach jeder Seite hin zu erwägen. Es sei nicht zu leugnen, daß die von dem Minister für die Aufhebung angeführten Gründe Beachtung verdienten. Wenn eine bessere Versorgung der Studenten durch bessere Dozenten und bessere Einrichtungen gewährleistet werde, so dürfe man dies nicht außer Acht lassen. Andererseits seien aber auch die Gründe für die Beibehaltung der Akademie sehr wichtig.

Der Abgeordnete Hofer (Soz.) führt Klagen über die hohen Holzpreise. Brennholz habe den doppelten und dreifachen Preis wie in Friedenszeiten. Erfreulicherweise suche der Minister Abhilfe zu schaffen. Sollten dem Forstfiskus aus der billigeren Abgabe von Holz Ausfälle entstehen, dann könnten diese durch die Verpachtung der Jagd in den Staatsforsten gedeckt werden.

Abgeordneter Dr. Noe (kons.) weist auf die Bedeutung der Eichen- und Buchenwälder hin. Die heutigen Erfahrungen zeigten, wie notwendig es sei, in Zukunft diese Quelle des Gerbstoffes nicht ver-

den zu lassen. Die Aufhebung der Forstakademie München würde er bedauern.

Abgeordneter Krüger (nat.-lib.) bittet ebenso um Erhaltung der Forstakademie München, die für den Westen der Monarchie von großer

Bedeutung sei. Weiter empfiehlt er, den Förstern, denen das Dienstland genommen und hierfür eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt werden solle, eine Aufbesserung zu gewähren, weil sie sich sonst künftighin schlechter stehen würden als bisher.

Notizen.

A. Karl Eduard Ney †.

Am 16. Dezember v. J. starb in Freiburg i. B. der dort 1912 im Ruhestand lebende kaiserliche Oberforstmeister Ney Alter von 74 Jahren an den Folgen einer kreisförmigen Darmkrankheit. Sein in weitesten forstlichen und nichtforstlichen Kreisen bekannter Name wird es rechtfertigen, wenn ihm folgende Zeilen im Andenken geschrieben werden.

Ney wurde in einem pfälzischen Pfarrhause geboren. Er wuchs in Aschaffenburg, Karlsruhe und München forstwissenschaftlich auf und legte 1863 das bayerische Staatsexamen ab. 1866 trat er als Leutnant für Kriegsbauer kurze Zeit in den Militärdienst, ebenso 1870 als Kriegsfreiwilliger, später als Reserveoffizier. Bis zu seinem am 1. Oktober 1871 erfolgenden Eintritt in den reichsständischen Forstdienst stand Ney als Forsthilfsbeamter im königl. bayerischen Dienst, speziell in den Revieren Amheim, Jägersberg, Bergzabern und Johanniskreuz. Im Reichsdienst wurde ihm die schöne Oberförsterei Schirmdorf übertragen, die dem schaffensfreudigen Mann ein reiches Feld der Tätigkeit bot, sowohl was Kultur- und Wegebaubetrieb als auch Holzverwertung betraf. In die aus dem ungeregelten Fehlbetrieb und dem sich diesem anschließenden sinnlosen fränkischen Flächenfackelwerk (Affektationswirtschaft) geschaffenen abnormen Waldbestände — große zusammenhängende Flächen überalterteter Tannen mit teilweiser Verjüngung — griff er mit starker und geschickter Hand ein und schuf in verhältnismäßig kurzer Zeit gutwüchsige ausgebeutete Verjüngungen von Tanne mit Eiche. Die Verwertung der anfallenden großen Holzmassen geschah mit gutem Erfolg, wozu nicht wenig ein in kurzer Zeit von Ney ausgebautes gutes Wegenetz beitrug. Die Oberförsterei war lange Zeit die eintönigste des Landes. Jahr für Jahr flossen rund 1/2 Mill. M. in die Landeskasse. Hier wandte N. auch erstmalig den französischen Absichtsverkauf an, dem er in der Folge einen großen Vorzug beimaß. Die Erziehung seiner Kinder veranlaßte N., im Jahre 1881 um seine Versetzung in die Oberförsterei Hagenau-W. nachzusuchen. In deren in der Rheinebene liegenden Waldungen, die aus französischem Mittelwaldbetrieb, später aus der eigentümlichen Schlagwirtschaft (*coupes à tire et aire*) hervorgegangen waren, hatte N. besondere Gelegenheit, die seit langer Zeit beobachtete große forstliche Verschiedenheit zwischen Traubeneiche und Stieleiche zu studieren und seine Ansicht zu Gunsten der ersteren weiter zu befestigen. Mit gutem Erfolg wurde von ihm dort der Unterbau von Eichen- und Kiefernbeständen mit Buche begonnen. Im Jahre 1890 erfolgte die Ernennung N.s zum Forstaufsichtsbeamten — Forstmeister alten Stiles — mit Übertragung des Aufsichtsbezirkes Stralsburg-Hagenau. Doch war für kurze Zeit; denn schon Anfang 1891 wurde ihm die Stelle des Vorstandes des Forsteinrichtungsbüros beim Ministerium übertragen. Seine Tätigkeit bei dieser Anstalt führte ihn im ganzen Lande herum und gab ihm neben zahlreichen Besuchen altdeutscher Forsten reichlich Gelegenheit, seine forstlichen Erfahrungen und Kenntnisse zu erweitern. Ob ihm der Druck bei der Einrichtung aber zusagte, möchte ich bezweifeln. Die damals hier übliche Methode des kombinierten Fachwerkes mit starrer Glebsfolge selbst im Laubwald mochte ihm, der in dem bayerischen Verfahren groß geworden war, kaum liegen. Auch erkannte er, daß die damals übliche Disposition für jede Abteilung auf ein ganzes Umliebsalter hinaus mehr oder weniger theoretische Spielerei war.

1896 erfolgte die Ernennung N.s zum Oberforstmeister in Stralsburg. 16 Jahre lang wirkte er in dieser Stellung, die ihm

reichlich Gelegenheit bot, seine in der Praxis erworbenen Kenntnisse zur Geltung zu bringen. Mit ganz besonderem Interesse wandte er sich der großen forstlichen Aufgabe in Lothringen zu: Ueberführung der alten Mittelwaldbestände in Hochwald.

Die Franzosen hatten schon seit etwa 60 Jahren hiermit begonnen und in einigen Bezirken mit günstigen Standortverhältnissen (Château-Salins, Rombach, Dux, Diebentzen) achtungswürdige Erfolge erzielt. Die deutsche Forstverwaltung schrieb sehr bald das Umwandlungsverfahren für alle Staatswaldungen vor. Der Umstand, daß einerseits im dünn bevölkerten Lothringen Brennholz schlechte Verwertung findet, und daß die Arbeitskräfte für Aufarbeitung der geringen Sortimente fehlen, andererseits in fast allen Lagen, selbst auf schweren Böden, die Eiche zum Nutzholzbaum erwächst, führte unschwer zur Erkenntnis, daß Hochwald am Platze sei.

Häufiger Wechsel der Standorts- und Bestockungsverhältnisse erschwerten indes die Umwandlung, namentlich bei der Größe der Reviere. Ney suchte dann seiner „Wirtschaft der kleinsten Fläche“ zur Anwendung zu helfen. Leider fehlten für ein rasches Tempo der Ueberführung gerade während seiner Meyer Dienstzeit die schnellst ermittelten Eichenmastjahre der Traubeneiche. Erst das Kriegsjahr 1914 brachte Lothringen eine Vollmast, die leider nicht genügend ausgenutzt werden konnte.

Ney's Stärke lag auf waldbaulichem Gebiet. Die Liebe zur Natur, seine reichen botanischen Kenntnisse, viele Reisen im Lande selbst und in allen deutschen Waldgebieten, verbunden mit einem offenen Blick hatten das „forstliche Auge“ geschult, das leicht das Wesentliche vom Unwesentlichen scheidet und schnell das Richtige erkennen läßt. So war sein stetes Bestreben auf Vereinfachung der Kulturmethoden gerichtet. Nichts konnte seinen Unwillen so leicht erregen, als ein teures Pflanzverfahren oder kostspielige Spielereien in den Räumchen oder auf freier Kulturfäche; gedankenloses verschwenderisches Erziehen von nicht benötigtem Pflanzenmaterial war ihm ein Greuel. Auch die Pflege der Schonungen und jungen Gehege nahmen seine besondere Aufmerksamkeit bei den fleißigen Revierbereisungen in Anspruch. Es verging kaum ein Waldbegang, an dem er nicht den stets scharfgeschliffenen Hirschfänger zog, um die durch Ueberwachsen bedrohten edlen Hölzer selbst frei zu hauen. Der Förster, der in der Freistellung edler Holzarten säumig war, konnte sicher sein, etwaige persönliche Wünsche nicht sobald erfüllt zu sehen.

Galt den Sorgen in jungen Beständen der Entfernung minderwertiger Bestandteile und dem Freihieb des zukünftigen Hauptbestandes, so wandten sie sich in den Mittelhölzern einem vernünftigen Durchforstungsbetriebe zu. Es gehörte zu N.'s Verdiensten, daß er frühzeitig die Wichtigkeit der Hochdurchforstungen erkannte, namentlich die Pflege einer guten Krone zur Starkholzzucht der Eiche im Hochwaldbestande. Die großen Vorräte von Eichenstarkholz, die das Land noch birgt, stammen vorwiegend aus dem alten Mittelwald oder den *coupes à tire et aire*. Hier konnte sich die Krone frei entwickeln. Im Hochwalbschluß ist die Lage eine entgegengesetzte. Dazu kam die Sorge vieler Forstleute, durch vorzeitigen Freihieb Längenwachstum, Altreinheit und auch den Boden zu schädigen. Das führte zu verspäteten Eingriffen. Häufig war es zu spät, noch eine gute Krone zu erzielen. N. trat für rechtzeitigen Kronenfreihieb und für Unterbau ein und verlangte die wiederholte Entfernung etwa auftretender Wasserreifer. Eine für die Eichenstarkholzzucht ebenfalls wichtige

Maßnahme fand gleichfalls in N. ihren überzeugten Vertreter: Der Einzelüberhalt. Diese viel umstrittene Maßregel hat bekanntlich manchen Wideracher, begründet durch üble Erfahrungen, die sich in Wipfeldürre, Wasserreißbildung schon vom ästhetischen Standpunkte garstig aufdrängen. N.'s Ansicht war auch hier richtig. In fast allen Fällen sind die Mißerfolge Folgen unrichtiger Erziehung und Handhabung. Wer schlecht bekronte Eichen einzeln überhält kann nichts Gutes erwarten. Es muß von langer Hand her für eine richtige Kronenentwicklung gesorgt werden, dann bleiben üble Erfahrungen weg. Der schön bekronte, wasserreißfreie Einzelüberhalt bildet nicht allein ein wertvolles mit starkem Massen- und Verzugszuwachs arbeitendes Bestandesglied, er erfreut auch jedes für schöne Baumkronen und abwechslungsreiche Bestandesbilder empfängliche Auge.

Sorgte N. einerseits für Erziehung wertvoller Hölzer, so war er andererseits auch Meister bei der Verwertung, ein Gebiet, das ihm ebenso lag wie der Waldbau. Schon in Schirmwed zeigte er besondere Geschicklichkeit beim Holzverkauf. Der Absatz forderte dort Rücksichtnahme sowohl auf den deutschen als auch den französischen Markt, und letzterer gab wohl den Anstoß, daß N. das beim französischen Großverkauf übliche Abstrichverfahren im öffentlichen Verlaufe einführte, und diesem Verfahren stets — auch unter anderen Verhältnissen — den Vorzug einräumte. Natürlich — und das wurde auch von N. gewürdigt — eignet es sich nicht für den Kleinverkauf und namentlich nicht für den Brennholzverkauf an den Verbraucher. Dem Holzverkaufswesen wandte N. in allen seinen Stellungen besondere Aufmerksamkeit zu. Er nahm dabei den richtigen Standpunkt ein, auch die Interessen der Käufer tunlichst zu berücksichtigen, was ihm auch gedankt wurde. In seinem Grabe noch hat mich der erste Vertreter des süddeutschen Holzhandels, bei einem Lebensbild nicht zu vergessen, anzuführen, was N. für den Holzhandel und für dessen Vertreter getan habe, daß er stets durch ein vorurteilsfreies und gerechtes Handeln sich die Verehrung weiterer Kreise zugezogen habe und daß man ihm dafür dankbar sei.

Auch bei der Ausbildung der Sortimentseinteilung (Holztafklaffen) erwarb sich N. besonderes Verdienst dadurch, daß er darauf drang, diese ebenso wie die Verkaufsausbildung den Bedürfnissen des Marktes anzupassen.

Es entsprach seinem lebhaften geistigen Charakter, daß N. stets ein reger Teilnehmer an forstlichen Vereinen war. Wohl kaum hat er jemals bei den Tagungen des Elsaß-Bothringischen Forstvereines gefehlt, und es war für Jeden selbstverständlich, daß er sich bei allen Debatten und Waldbegängen lebhaft beteiligte. Hervorragend trat sein Vereinstalent beim Deutschen Forstverein hervor. Wie dessen Präsident gelegentlich der Ernennung N.'s zum Ehrenmitglied des Deutschen Forstvereines hervorhob, war N. es gewesen, der zuerst den Gedanken, im geeinten Vaterland auch einen geeinten Forstverein für das ganze Reich zu begründen, in die Praxis übertragen hat. Er rief f. B. den Reichsforstverein ins Leben und durch sein Entgegenkommen gelang es, den Reichsforstverein mit der Versammlung deutscher Forstmänner zu verschmelzen und so den Deutschen Forstverein zu begründen. N. war dann jahrelang sein Vorsitzender und gehörte bis zum Jahre 1913 sowohl dem Vorstand wie dem Forstwirtschaftsrat an, letzterem in seiner Eigenschaft als Obmann für den Elsaß-Bothringischen Landesbezirk.

Außerordentlich fruchtbar war N.'s literarische Tätigkeit, zunächst auf forstlichem Gebiet. Schon als Forstgehilfe schrieb er sein gutes Werkchen: „Die natürliche Bestimmung des Waldes und die Streunutzung“, das speziell pfälzischen Verhältnissen entsprungen war, aber auch in weiteren Kreisen Beachtung fand. Sein Waldbau, zweifellos das Beste, was er verfaßt, litt an einem unzutreffenden Titel, insofern er ihn „Die Lehre vom Waldbau für Anfänger in der Praxis“ nannte. Ganz im Gegenteil ist dieser Waldbau mehr als jeder andere für ältere Pra-

tiker geeignet, denn er enthält viele Erfahrungen aus der Vorsterdienstzeit. Der Titel mag daran Schuld sein, daß das Buch weniger Verbreitung fand, als es verdient. Auch „Forstlichen Dummheiten“ enthalten viele praktische Erfahrungen. Zu nennen sind weiter „Anleitung zur Begründung und Pflege der Waldbestände“ — „Ueber den Einfluß des Waldes auf das Klima“, „Die Schablonenwirtschaft im Walde“, „Die heilige Forst von Hagenau“. Ein mit großem Fleiß und Wissenschaft geschriebenes Werk sind „Die Gesetze der Waldbewegung im Gebirge“. Von früh auf hatte sich N. mit Beziehungen der Niederschläge zum Walde beschäftigt.

Weit größer als bei Verfassung selbständiger Werke war N.'s schriftstellerische Tätigkeit in den forstlichen Zeitschriften, in denen eine große Zahl von Aufsätzen, meist waldbaulicher Inhalts von ihm erschienen sind. Von besonderem Interesse war f. B. die Polemik mit Oberforstmeister Dr. Borggreve bei der beiderseitigen Späne flogen. N. war dabei der Angreifer durch eine Notiz mit der Ueberschrift „Ein neuer Feind des Waldes“. D. antwortete mit noch schwererem Geschütz. D. hinderte aber nicht, daß sich beide Herren nicht lange darauf bei einer in Straßburg tagenden Versammlung deutscher Forstmänner aufreudeten; wobei D. den N. mit „alter Freund u. Gewohnheitsgegner“ ansprach.

Sowelt Reiz als Forstmann.

Nicht minder interessant war er als Mensch. Pfälzer von Geburt, verlor er gewisse Eigenschaften die Eigenschaften des Volkstammes. Eine bis zum Eintritt der tödlichen Krankheit gottbegnadete Gesundheit schenkte den starkköpfigen, breitschultrigen, mit starker Stimme begabten Mann Körper und unerwähnt zu machen. In dem mit Lebenslust überfüllten, gesüßten Körper wohnte ein von Lebenslust überfüllter Geist, dessen sonnigste Seite ein unverwundlicher Humor war. Mit Humor stand er auf, mit Humor legte er sich nieder. Nichts konnte ihm diese herrliche Gottesgabe rauben. D. früh bis spät leuchtete ihm die Freude am Leben, an der Natur, an der Familie, an der Menschheit. Nie fühlte er sich wohl als an großer Tafelrunde beim Vortrag seiner Gedichte u. Volksgeschichten. Die in ihm wohnende poetische Aber war fast stets in der Richtung des Alles von ihm erfolgreich fixiert. Hierpon legen 3 Bände seiner „Reimerelen eines alten Grünrocks aus der Pfalz“ reichlich Zeugnis ab. Vielfach selbst erlebte, dann auch namentlich dem frühlichen Pfälzerleben entnommene Schwänke waren meist der Inhalt seiner, wie er selbst nannte, Reimerelen, deren Hauptstärke in der pfälzischen Mundart lag.

In weiten Kreisen bekannt, auch in mehreren fremden Sprachen übertragen war sein „Jurist“.

Das Forstmann- und Jägerleben gab ihm selbstverständlich auch reichlich Stoff zu allerhand erbaulichen Erzählungen in gebundener Form. Da Reiz einen ausgesprochenen „Herbesinn“ besaß, ein Freund der frühlichen Tafelrunde und ein durchaus verträglicher Mensch war, so kam es, daß er in weiten Kreisen beliebt und gern gesehen war. Leider waren die letzten Lebensjahre durch Krankheit getrübt. Eine etwa 4 Jahre vor dem Tode vorgenommene Operation konnte das Leiden nicht aufhalten. Reiz liegt auf dem Friedhof von Freiburg i. L. begraben. Am 18. Dezember wurde unter lebhaftem, von den Vögeln herüberrollendem Geschlagsdonner die Hülle des Mannes der Erde übergeben.

Reiz hinterläßt 1 Sohn und 3 Töchter, von denen 1 verheiratet, 1 verwitwet ist. Der Sohn ist Oberforst in Weiler, er folgte verwundet und geschwächt mit dem ersten Kriege 1 und 2. Klasse dem Sarge des geliebten Vaters.

Die Gattin, mit der N. in harmonischer Ehe lebte, war ihm einige Jahre im Tode vorausgegangen.

Die edle Charaktereigenschaft der Menschlichkeit betätigte N. besonders als Vorgesetzter durch großes Wohlwollen gegenüber den Untergebenen, die wie die Kollegen und Bekannten dem hochbegabten Manne ein gutes Andenken bewahren wollten.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Juli 1916.

Darstellung des Verhaltens der Holzarten zum Wasser.

Von Dr. phil. Audertind.

Einige namhafte Schriftsteller, welche sich auf dem Gebiete des Waldbaues betätigt haben, halten die meisten unserer Holzarten nicht für fähig, Ueberschwemmungen, besonders oft sich wiederholende, in der Vegetationszeit zu ertragen.

Jäger¹⁾ schreibt, „Die Weißerle ist hauptsächlich zum Anbau in Flusstälern geeignet, welche starken periodischen Ueberschwemmungen ausgesetzt sind, denn sie ist die einzige Holzart, welche Ueberschwemmungen zu jeder Zeit zu ertragen vermag“.

Rey²⁾ sagt, „In der Ueberschwemmung durch alljährlich wiederkehrende Hochwässer ausgesetzten Tieflagen kann nur von der Weide, den Pappelarten und verschiedenen geringwertigen Straucharten die Rede sein“.

Borggreve³⁾ behauptet, „Die Tanne ist unfähig Ueberschwemmungen zu ertragen, was auch für alle sonstigen einheimischen Nadelholzarten gilt“.

Und Hamm⁴⁾ meint, „Am wenigsten empfindlich gegen Ueberschwemmung ist Vorbeerweide, Balsampappel und andere Pappel- und Baumweidenarten; gleichwohl gehen in der Regel (selbst) die widerstandsfähigsten Holzarten und Sträucher bei einer sechs bis achttägigen Sommerüberschwemmung vollständig zugrunde“.

Wären die Aussprüche der genannten Autoren zutreffend, so würde man sowohl in den ausgedehnten, im Ueberschwemmungsgebiete großer Flüsse gelegenen Anpflanzungen als auch in den Fällterwaldungen, deren Einrichtung ich schon längst und oft empfohlen habe, auf den Anbau einer großen Anzahl Holzarten, und gerade der wertvollsten, verzichten müssen.

Unter diesen Umständen erscheint es mir angezeigt, das Verhalten der Holzgewächse zum Wasser und be-

sonders zum Oberflächenwasser einer Nachprüfung zu unterziehen.

Dies soll in einer Reihe von Artikeln inbezug auf die meisten für die heimische Forstwirtschaft mehr oder weniger in Betracht kommenden Holzarten geschehen.

1. Die Kiefer (*P. silvestris* L.).

Die Urteile der forstwissenschaftlichen Schriftsteller und praktischen Forstmänner über das Verhalten der Kiefer zum Wasser lauten zum Teile mehr oder weniger ungünstig, zum Teile günstig. Mein eigenes, durch Anschauung, Ueberlegung und wissenschaftliche Studien gewonnenes Urteil ist unter gewissen Voraussetzungen recht günstig. Ich werde im nachstehenden, im wesentlichen chronologisch, zuvörderst die mehr oder weniger ungünstigen, dann die günstigen Urteile der Schriftsteller und Praktiker anführen und diesen Urteilen meine eigenen Wahrnehmungen folgen lassen.

Schon durch meine erklärende und kritische Behandlung der ungünstigen Urteile werden diese für den jetzigen Auenwaldbetrieb und vornehmlich für die in den Auen, Niederungen und Ebenen gelegenen Waldungen, welche nach meinem Vorschlag zur künstlichen Bewässerung eingerichtet werden sollen, als im allgemeinen wenig bedeutsam nachgewiesen werden.

I. Mehr oder weniger ungünstige Urteile.

Der erste mir bekannt gewordene Schriftsteller, welcher die Kiefer unter Umständen für wasserschwach hält, ist Pfeil¹⁾. Er schreibt, daß die Kiefer (in der Vegetationszeit) einer Ueberschwemmung dort leicht erliege, wo sie an trockenen Stand gewöhnt sei.

Es kann vorkommen, daß durch den Eintritt sehr bedeutender Hochwässer (in Au- und Niederungswaldungen) Kiefieranlagen vorgeschrittenen Alters ins Wasser geraten, welche bis dahin von Ueberflutungen verschont waren. Ein solcher plötzlicher Wechsel in der Bodenfeuchtigkeit kann der Kiefer verderblich werden. Sie bedarf zur Unterhaltung der Atmung der Wur-

¹⁾ J. Pfeil, E. v. Jäger, Das Forstkulturwesen. 2. Aufl. 1886, S. 43.

²⁾ E. C. Rey, Die Lehre vom Waldbau. 1885, S. 91.

³⁾ B. Borggreve, Die Holzzucht. 2. Aufl. 1891, S. 62.

⁴⁾ J. Hamm, Der Ausschlagwald. 1896, S. 60.

¹⁾ Pfeil, Neue vollständige Anleitung zur Behandlung, Benutzung und Schätzung der Forsten. 3. Ausgabe. 2. Abtheilung, Holzkenntnis und Holzgerziehung. 1889, S. 144.

zeln eines gewissen Maßes Sauerstoffs. Aber durch das Bodenwasser wird die Deckung des Bedarfs plötzlich verhindert. Ein um so bedenklicherer Vorgang, weil die anatomische Struktur der Organe, insbesondere der Wurzeln, sich allmählich der Trockenheit des Bodens in dem Sinne angepasst hatte, daß die Ausbildung geräumiger Luftbehälter unterblieb, aus welchen zum Ersatz der von außen unterbrochenen Luftzufuhr der Bedarf an Sauerstoff für die Atmung eine zeitlang hätte bezogen werden können. Der Ausdruck Pfeils läßt sich also theoretisch wohl begründen. In- des werden in Au- und Niederungswaldungen Fälle, daß ganz überschwemmungsfrei aufgewachsene ältere Kiefernbestände doch noch von Ueberschwemmungen heimgesucht werden, äußerst selten vorkommen. Weit eher können überschwemmungsfrei aufgewachsene ältere Kiefernbestände von einer Fußwasserdecke betroffen werden dort, wo die Hälterung mit einer bis vier Wochen währenden Stauwasserdauer eingeführt werden soll. Da wären auf trockenem Boden erwachsene Bestände einer Bewässerung von langer Dauer zu entziehen. Jedoch nicht der Bewässerung überhaupt zu entziehen. Die Anwendung einer mäßigen Bewässerung wird sich zunächst in anatomischer Beziehung für die Bäume vorteilhaft erweisen. Man kann sich vorstellen, daß hierdurch eine Aenderung der anatomischen Struktur der Organe, besonders der Wurzeln, in der Richtung veranlaßt wird, daß sich umfängliche Lusträume ausbilden. Ein Vorgang, welcher den Bäumen die Gewinnung einer im Laufe der Zeit immer zunehmende Widerstandsfähigkeit gegen eine Wasserdecke ermöglicht. Als mäßig kann man eine Bewässerung bezeichnen, welche in trockener Vegetationszeit etwa alle 14 Tage während einiger Stunden stattfindet. So können auch ältere Kiefern, ohne gefährdet zu werden, sich der Bewässerung allmählich anpassen, und dadurch eine Zuwachsteigerung erfahren.

Reichter vollzieht sich die Anpassung natürlich, wenn die Kiefer von frühester Jugend an bewässert wird. Durch zweckmäßige, viele Jahrzehnte betriebene künstliche Bewässerung (in Streifen oder Hältern) könnte die Kiefer dermaßen zur Anpassung an eine Wasserdecke von kürzerer oder längerer Dauer gedrängt werden, daß daraus wahrscheinlich eine äußerst wasserfeste Spielart, die Wasserkiefer, hervorginge, deren Samen zur Aussaat in den Hälterwaldungen zu benutzen wäre.

Näher liegt es, bei Einführung der Waldbewässerung, namentlich der Hälterung, auf trockenen Standorten der Niederungen für Kiefernanlagen Samen zu verwenden, welcher in solchen Kiefernwaldungen gewonnen worden ist, welche schon vielmal längere Zeit, ohne Schaden zu erleiden, im Wasser gestanden haben.

In dieser Beziehung werde ich unten, an geeigneter Stelle, einen Vorschlag von, wie ich denke, praktische bedeutender Tragweite machen.

Sodann sei der für die Wasserfestigkeit von jungen Kiefernanlagen ungünstig lautenden Mitteilungen des Königl. Preuß. Oberförsters Blankenburg in Zedlitz (Regierungsbezirk Breslau) gedacht. Das oberhalb Breslau gelegene Forstrevier Zedlitz war unter allen in Niederungen der Ober gelegenen Forstrevieren vor der Errichtung der Deiche dem Hochwasser am häufigsten und längsten ausgelegt¹⁾. Große Strecken des Revieres wurden beispielsweise durch die Flutwellen der Ober im Aug./Sept. des Jahres 1854 zwei bis drei Wochen lang überschwemmt. Dieses Hochwasser war das gewaltigste unter den Sommerhochwässern, welche in dem 103jährigen Zeitraum von 1813 bis 1915 in den Oberniederungen vorgekommen sind. Es erreichte am 1. Sept. in Frankfurt a. O. den höchsten Stand, 534 cm, und übertraf den höchsten Stand des kleinsten Hochwassers in der bezeichneten Zeit, welches in Frankfurt a. O. am 15. Sept. 1890 350 cm betrug, um 184 cm. Blankenburg schreibt, daß die Pflanzen eines infolge Dammbruches übersfluteten gewesenen Saatgartens vollständig, eine 5 ha umfassende, gleichfalls unter Wasser gestandene Kiefernsaat nahezu vollständig und, an einem anderen Orte, selbst ältere, 4 Fuß hohe, kräftige Kiefernpflanzen dem flutenden Wasser erlegen seien. Dem Berichte Blankenburgs ist aber auch zu entnehmen, daß die Pflanzen des Saatgartens und der Freisaaten durch die Gewalt des strömenden Wassers größtenteils umgelegt wurden, und daß auch die 4 Fuß hohen Kiefernpflanzen starker Strömung ausgelegt waren und Schädigungen erlitten haben²⁾. Angenommen, man habe versucht, die niedergelegten Pflanzen wieder aufzurichten. Dann werden diese durch das Niederlegen und Aufrichten erhebliche Wurzelverletzungen erlitten haben. Dadurch wurde die Nährstoffzufuhr zu den Pflanzen in hohem Maße gehemmt und überdies das Eindringen zahlreicher säulniserregender Bakterien in die Wurzeln ermöglicht. Solche durch die Gewalt des strömenden Wassers verursachte Schädigungen der Pflanzen lassen sich bei Ueberschwemmungen in den Auwaldungen nicht leicht vermeiden. Anders liegen die Verhältnisse in den zur Bewässerung eingerichteten Waldungen der Niederungen. In diesen Waldungen kommen heftige Strömungen des Wassers, welche die

¹⁾ Näheres hierüber enthalten die Mitteilungen Blankenburgs in den Verhandlungen des Schlesischen Forstvereins 1855. S. 128 bis 132.

²⁾ Verhandlungen des Schlesischen Forstvereins 1855. S. 130.

Pflanzen in der angegebenen Art schädigen könnten, überhaupt nicht vor.

Schon etwas besser lauten die von dem Königl. Oberförster Middelborg¹⁾ in Stoberau (Regierungsbezirk Breslau) über das Verhalten der Kiefer in seinem Verwaltungsbezirk gegen die Oberflut im Aug./Sept. des Jahres 1854 veröffentlichten Berichte. In einem 0,31 ha großen Kiefern- und Fichten-saatgarten (Jagen 1), welcher fast drei Wochen lang dermaßen überflutet war, daß nur die ältesten Pflanzen mehrere cm aus dem Wasser hervorrugten, gingen die Kiefern fast sämtlich ein. Die Fichten zeigten ein gelbliches, kränkliches Aussehen. Ich denke mir, daß Nadeln und Rinde der Pflänzchen durch das Wasser verschlammmt wurden, und daß die Schlamm-schicht noch lange nach Ablauf des Wassers an ihnen haften blieb, so daß der Zutritt der Luft für Atmungszwecke durch die Lentizellen der oberirdischen Organe wochenlang außerordentlich geschwächt war. Möglich auch, daß, nach Verschwinden des Wassers aus dem Saatgarten, auf der Oberfläche der Beete eine Schlammkruste entstand, deren Zerkrümelung unterblieben ist. Die Wurzeln, welche schon während der fast dreiwöchigen Dauer der Bodenwasserbedeckung nur eine sehr geringe Menge Luft aus dem Wasser zu beziehen vermochten, waren durch das Bestehen der Schlammkruste möglicherweise auch noch für den ganzen Rest der Vegetationszeit am Luftbezug von außen behindert. Bodenwasserbedeckung und Schlammkruste zusammen wären für sich schon imstande gewesen, das Ersticken der Pflanzen herbeizuführen. Ferner kommt hier in Betracht, daß auch die Assimilation in den Nadeln durch Minderung der Zufuhr von Kohlensäure aus der Luft und — besonders während der Dauer der Wasserbedeckung — aus dem Pflanzenkörper beeinträchtigt war, zumal dann, wenn sich eine Schlamm-schicht an den äußeren Organen abgesetzt hatte.

Ähnliche Beobachtungen wie bei den Kiefern- und Fichten-saaten hat Middelborg²⁾ auch bei völlig mit Wasser bedeckt gewesenen Kiefern- und Fichten-pflanzungen gemacht³⁾. Soweit die Kiefern-pflanzungen im Jagen 9 vollständig unter Wasser gestanden hatten, gingen sie ein. Dagegen ließen die Fichten-pflanzungen, obwohl sie nach Ablauf der Flut gelb gefärbt erschienen und kränkelten, Erholung erhoffen. Aber auch eine in den Jagen 13 und 14 vorhandene Kiefern-pflanzung machte, obgleich sie völlig unter Wasser gestanden hatte, im Jahre 1855 neue Triebe und wuchs

freudig weiter¹⁾. Ich will versuchen, die auffallenden Unterschiede im Verhalten der beiden Kiefern-pflanzungen gegen das Wasser zu erklären. Möglich, daß die vernichtete Pflanzung in einer Vertiefung gestanden hat und daher den Wirkungen einer Gipfelwasserbedeckung oder wenigstens Wurzelwasserbedeckung mehrere Wochen länger ausgesetzt war als die am Leben gebliebene, möglich auch, daß die vernichtete Pflanzung von Stauwasser, die unverfehrt gebliebene jedoch nur von fließendem Wasser betroffen worden ist. Infolgedessen wäre die Luftzufuhr zu den später eingegangenen Pflanzen beschränkter gewesen als die Luftzufuhr zu den unverfehrt gebliebenen Pflanzen. Infolgedessen hätte ferner bei ersteren eine schädliche Verschlammung der äußeren Organe leichter eintreten können als bei den am Leben gebliebenen Pflanzen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Wurzeln der vernichteten Pflanzung im Gegensatz zu denjenigen der unverfehrt gebliebenen verletzt waren, z. B. durch Kerf-raß, wodurch den Wurzelsäulnis verursachenden Bakterien der Zutritt zu den Wurzeln ermöglicht gewesen wäre. Erwähnt sei noch, daß Middelborg²⁾ wahrgenommen haben will, daß Kiefern-kulturen, welche geschüttet hatten, eine Wasserbedeckung ertragen haben, daß dagegen Kiefern-kulturen, welche noch nicht geschüttet hatten, durch die Flut benachteiligt worden seien.

Middelborg³⁾ berichtet weiter, daß infolge der Wasserbedeckung des Bodens auch in den Kiefern-stangen-hölzern der Jagen 12, 13, 14, 18 und 19 viel Holz trocken geworden sei³⁾.

Der Fürstl. Trachenbergische Forstmeister Buro in Trachenberg und der Königl. Preuß. Oberforstmeister v. Pannewitz in Breslau machen gleichfalls Mitteilungen, welche eine geringe Widerstandsfähigkeit der Kiefer gegen Wasserbedeckung des Bodens bekunden sollen.

Buro⁴⁾ gibt betreffs der im Regierungsbezirk Breslau gelegenen, zur Herrschaft Trachenberg gehörigen Forste an, daß die schönen Kiefern-jungwüchse in den Vertiefungen und Einsenkungen, wo das von den im Sommer 1854 erfolgten Ueberschwemmungen der Bartsch, Horle und Schäfte zurückgebliebene Wasser den Boden eine Zeitlang überstaute, bedeutenden Schaden erlitten, so daß der Schluß der mehrere Hundert preuß. Morgen umfassenden Bestände infolge Ab-

¹⁾ N. a. D. S. 11.

²⁾ N. a. D. S. 11 f. und 185.

³⁾ N. a. D. S. 135.

⁴⁾ Buro, Beschreibung der zum Fürstentum Trachenberg gehörigen Forste in den Verhandlungen des Schles. Forstb. 1857. S. 286.

¹⁾ Middelborg, Folgen der Ueberschwemmungen des Monats August 1854 auf die Kulturen des Forstmeisters Stoberau, Verhandlungen des Schles. Forstb. 1855. S. 134 f.

²⁾ N. a. D. S. 135.

sterbens zahlreicher Bäumchen an vielen Stellen Unterbrechungen erfuhr. v. Pannewitz¹⁾ bestätigt diese Beobachtungen auf Grund des Befundes der Kiefernorte „in den angrenzenden und sonst ähnlich gelegenen Königl. Forsten“.

Indes kann aus diesen Beispielen keineswegs eine geringe Widerstandsfähigkeit der Kiefernjungwüchse gegen das Wasser hergeleitet werden. Schon deshalb nicht, weil genaue Angaben über die Dauer der Wasserdecke fehlen. Eine viele Wochen währende Wasserdecke kann der Kiefer unter gewöhnlichen Verhältnissen verderblich werden. Und einer Wasserdecke von solcher Dauer sind höchstwahrscheinlich die Kiefernorte in den Vertiefungen und Einsenkungen ausgesetzt gewesen. Aus der Darstellung Buros geht nämlich hervor, daß die drei genannten Wasserläufe den Boden der Jungwüchse im Juni 1854 etwa 8 Tage lang, dann wiederum im August und September desselben Jahres beinahe 14 Tage lang überfluteten. Nun standen aber die die Vertiefungen und Einsenkungen beftockenden Jungwüchse nach Abfluß des strömenden Hochwassers noch eine Zeitlang im Stauwasser, welches, weil ärmer an Sauerstoff als fließendes Wasser, den Holzwuchs mehr zu gefährden vermag als letzteres. Das Stauwasser kann sich stellenweise im Juni und dann wieder im September noch mehrere Wochen erhalten haben, bis es durch Versickerung und Verdunstung verschwand. Eine Wasserdecke von dieser Dauer geht über das Maß dessen hinaus, was die Kiefer unter gewöhnlichen Verhältnissen, ohne Schaden zu erleiden, ertragen kann. Bei den vor mir zum Gebrauch in den Niederungen und Ebenen vorgeschlagenen Bewässerungsverfahren ist eine Wasserdecke von so langer Dauer ausgeschlossen. Das Holz erhält in der Vegetationszeit bei Anwendung der Streifenbewässerung höchstens eine etwa 5- bis 7tägige, bei Anwendung der Hälfierung, wenn es sich um Ablenkung eines Teiles des Flutwassers in die Hälfen handelt, eine 1- bis 2wöchige, in ganz seltenen Fällen eine 3 Wochen und länger währende Wasserdecke. Außerdem vermag die Kiefer, besonders wenn sie von Jugend an bewässert wird, durch Aenderung der Organisation, z. B. durch Vermehrung der Lufträume und Nadeln, Vergrößerung der Nadelflächen, durch Erhöhung und Erweiterung der Spaltöffnungen sich dem Wasserüberfluß allmählich anzupassen und dessen gefahrdrohende Wirkungen zu paralisieren.

v. Sips²⁾ behauptet, daß die Kiefer Wechsel von Nässe und Trockenheit nie ertrage und daher auch Standorte, welche zeitweise überschwemmt werden, meide.

Sips' Urteil ist in diesem Umfange nicht zutreffend. In direktem Widerspruch hierzu steht beispielsweise eine Mitteilung des Königl. Oberförsters Widdelborpf³⁾, Verwalters des Forstreviers Stoberau (Reg.-Bez. Breslau), welche aus natürlicher Besamung entstandene Kiefern betrifft. Widdelborpf schreibt: Alljährlich sind hier Sommer-, Winter- und Frühjahrswässer von verschiedenen Wärmegraden zwischen den Kiefern hingeströmt. In jugendlichem Alter sind diese von der Flut kürzere oder längere Zeit oft in einem Maße heimgesucht worden, daß aus dem Wasser gewiß nicht eine Nadel hervorrage. Trotzdem gingen die jungen Kiefern unverfehrt aus der Flut hervor und wuchsen freudig empor.

Hätte v. Sips gesagt, ältere, auf trockenem Boden erwachsene Kiefern ertragen eine sich ereignende Ueberflutung des Bodens von beträchtlicher Dauer nicht, und umgekehrt, ältere, auf nassem Boden erwachsene Kiefern ertragen plötzlich und dauernd eintretende Bodentrochnis nicht, so hätte man diesem Satze im allgemeinen zustimmen können. Betreffs des ersteren Teiles meines Satzes verweise ich auf meine Bemerkungen zu Pfeils Ausspruch (S. 149 f.). Zum Beweise für die Richtigkeit des anderen Teiles des Satzes teile ich die Erfahrungen mit, welche man hierüber in der Rheinpfalz gewonnen hat: Ueber in den „Seen“ (Bächen) des Bienwaldes in der Rheinpfalz bei ständiger Nässe erwachsene, 60 jährige Kiefern berichtet Eßlinger²⁾, daß sie im Jahre 1880 „beim Sinken“ des Grundwassers auf 1 m unter die Oberfläche innerhalb 3 Wochen abgestorben seien. Ein gleiches Schicksal erlitten, nach den Erkundigungen Eßlingers, viel früher auch anderwärts im Bienwalde auf der Sohle von „Seen“ erwachsene Kiefern. Nachdem die „Seen“ in den Jahren 1818 und 1819 abgezapft worden waren, starben die Kiefern in den darauffolgenden Sommern ab. Ähnliche Erfahrungen hat man übrigens vielfach auch mit anderen Holzarten gemacht, namentlich in Flußtalern, wenn infolge Eindeichung und Geradlegung des Wasserlaufes Ueberschwemmungen des Waldes nahezu ausgeschlossen wurden und das Grundwasser eine beträchtliche Senkung erfuhr (österreichische Donauauen).

Die Kiefern, welche ihre Organisation der häufig eingetretenen Wasserfülle entsprechend allmählich geändert haben, können bei danach sich einstellender ständiger Trockenheit sich dieser nicht sogleich wieder anpassen. Daher können die von den Bäumen zur Abwendung der Wirkungen anhaltender Bodennässe getroffenen, z. B. die

¹⁾ Verhandlungen des Schles. Forstz. 1857. S. 236, Anmerkung.

²⁾ E. v. Sips, Die Schule des Waldbaues 1859. S. 120.

¹⁾ Verhandlungen des Schles. Forstz. 1866. S. 205 f.

²⁾ Verhandlungen des Pfälzischen Forstvereins bei seiner 9. Jahresversammlung zu Kandol am 3. und 4. Sept. 1881. Bergzabern 1882. S. 22, 24.

Verdunstung des Wasserüberflusses aus dem Baumkörper fördernden Vorkehrungen, wie die in den Wurzeln und im Stamme mutmaßlich erfolgte Vermehrung der Lufträume, die Aenderung bezüglich der Belüftung, der Spaltöffnungen usw. den Holzgewächsen bei Eintritt anhaltender Trockenheit leicht verderblich werden. Der Ernährungs- und Wachstumsbetrieb wird schwach und schwächer, bis er völlig erlischt.

v. Pannowitz¹⁾ behauptet, daß junge Kiefern die Ueberschwemmung im Sommer, wo das Wasser warm sei, fast nie ertragen, sondern ihr erliegen.

Sind in den Wurzeln und Stämmchen der jungen Pflanzen Lufträume nur sehr spärlich vorhanden, so werden die jungen Pflanzen — und dies gilt nicht bloß für die Kiefer, sondern für alle Holzarten — infolge Mangels an unentbehrlicher Luft allerdings sehr gefährdet. Das Wasser, aus welchem die Wurzeln die in ihm, wenn auch in geringer Menge, enthaltene Luft teilweise zu beziehen vermögen, wird mit zunehmender Wärme immer ärmer an Luft. Dazu kommt, daß junge Pflanzen, weil sie rasch atmen, einer verhältnismäßig größeren Luftmenge bedürfen als ältere Pflanzen. Indes wird das Sommerwasser nur wenn es steht, und nicht fließt, und wenn es anhaltendem Sonnenschein ausgesetzt ist, eine die Atmung der Pflanzen in hohem Maße beeinträchtigende vollständige Luftleere zeigen. Durch diese Umstände erklärt der etwas schroffe Ausspruch v. Pannowitz eine bedeutende Einschränkung.

Englinger²⁾ bezeichnet die Kiefer in der ersten Jugend als sehr empfindlich, wenn der Boden fast ununterbrochen und besonders im Frühjahr durchnäßt ist und hält das oft sich zeigende Auswintern der Jährlinge zum großen Teile für eine Folgeerscheinung derartiger Durchnässung des Bodens.

Auch Heß³⁾ schreibt sehr jungen Kiefern Empfindlichkeit gegen Nässe zu.

Meines Erachtens gedeiht die gemeine Kiefer überhaupt nicht gut auf dauernd nassem Boden. Die Pfahl- und Stechwurzeln, welche sie bei normalen Bodenverhältnissen zu treiben pflegt, können auf dauernd nassem Boden nicht zur Ausbildung gelangen, indem sie früher oder später wegen ungenügender Sauerstoffzufuhr absterben und verschwinden. Nur die nahe der Bodenoberfläche streichenden Wurzeln, welche der Nässe weniger ausgesetzt sind und mehr Sauerstoff zu beziehen vermögen als tiefgehende Wurzeln, bleiben

am Leben. Ich habe unweit des nördlichen Endes des Wildsees im Schwarzwald auf nassem, moorigem Boden einige, ungefähr 50 jährige, vom Winde geworfene Kiefern gesehen, deren Wurzelwerk sehr umfangreiche, dünne Ballen anhafteten. Auf der Unterseite der etwa 40 cm starken Ballen waren Pfahl- und Stechwurzeln nicht vorhanden. Will man auf dauernd nassem, moorigem Boden Nadelhölzer anbauen, so wären hierzu andere, besonders flachwurzelige Holzarten, wie die Fichte, wohl geeigneter.

Vorggreve¹⁾, welcher weitaus die meisten Holzarten für wenig widerstandsfähig gegen eine Wasserdecke hält, spricht insbesondere der gemeinen Kiefer ganz allgemein die Befähigung ab, Ueberschwemmungen zu ertragen, weshalb die Kiefer denn auch gleich allen sonstigen Nadelhölzern von Natur im deutschen Auwalde fehle.

Die Kiefer, wie fast alle in Deutschland vorkommenden Holzarten, fehlt von Natur im Auwalde, wenn der von den Bäumen unmittelbar oder mittelbar (durch fließendes Wasser, Wind, Vögel) an den Boden gelangte Samen immer gerade in dessen Reimzeit von einer anhaltenden Wasserdecke betroffen wird. Die überaus zarten Organe des keimenden Samens werden dann oft schon nach wenigen Tagen von Fäulnis ergriffen. Werden aber die Flußauen nicht regelmäßig jedes Jahr zur Reimzeit des Holzsamens von Ueberschwemmungen heimgesucht, wie die Isarau bei Plattling, die Donauau bei Linz, die Elbau bei Dessau, dann erwachsen aus von der Flut oder durch Wind herbeigeführtem oder von Vögeln verschlepptem Samen einzelne Kiefern oder Fichten oder kleinere oder größere Gruppen, ja selbst ansehnliche Bestände.

Wäge nun die Kiefer von Natur im deutschen Auwalde fehlen oder nicht: Tatsächlich findet sich die Kiefer, wie ich im 2. Teile dieses Artikels nachweisen werde, im Ueberschwemmungsgebiete der deutschen Auwaldungen in ansehnlichen, frohwüchsigem Beständen. Gedeiht die Kiefer hier schon unter oft äußerst schwierigen Verhältnissen, so wird sie erst recht gedeihen unter für sie günstigeren Verhältnissen, nämlich auf den zur künstlichen Bewässerung eingerichteten Böden. Denn hier erreicht die Dauer des Wasserstandes die im natürlichen Ueberschwemmungsgebiete vorkommende bei weitem nicht usw.

Erwähnt sei ferner, daß in den Verhandlungen der am 26. Aug. 1890 in Wien stattgefundenen Generalversammlung des Niederösterreichischen Forstvereins vom Oberförster Arnold²⁾ vor dem Anbau der Kie-

¹⁾ Verhandlungen des Schlesischen Forstvereins 1866. S. 209.

²⁾ Verhandlungen des Pfälz. Forstv. 1881. S. 18, 22.

³⁾ H. Heß, Die Eigenschaften und das forstliche Verhalten der wichtigeren in Deutschland vorkommenden Holzarten. 1888. S. 131.

¹⁾ B. Vorggreve, Die Holzzucht. 2. Aufl. 1891. S. 62 f. und S. 70.

²⁾ Mitteilungen des Niederösterreichischen Forstvereins 1890. S. 178.

fer in der Donauau gewarnt wird, weil Kiefern-
kulturen, welche durch Ueberschwemmung „unter Wasser
gesetzt werden“, absterben. Leider unterläßt es Ar-
nold, Angaben zu machen über die Art des Kultur-
verfahrens, welches zur Herstellung der von einer
Wasserdecke betroffenen Anlagen angewandt wurde;
über das Maß der Wurzelverletzungen, welche die
Pflanzen, wenn die Anlagen aus Pflanzung hervor-
gingen, beim Versetzen erfuhren; ferner darüber, ob die
Ueberschwemmung bald nach dem Versetzen der Pflan-
zen eintrat, ehe noch die hierdurch in größerem oder
geringerem Maße verursachten Wurzelverletzungen ge-
heilt waren, denn bei längerer Dauer der Ueber-
schwemmungen können in die verletzten Wurzeln leicht
Fäulnis erregende Bakterien eindringen; über die Dauer
der Gipselwasserdecke; darüber, ob die Radeln und die
Rinde der Zweige und der Stämmchen der Pflanzen
durch die Gipselwasserdecke beschlammmt wurden und
nach dem Verschwinden der Wasserdecke noch längere
Zeit beschlammmt blieben; ob die Pflanzen durch An-
griffe von Mikroben, Kerfe, Wild, durch die Wirkung
von Frost, Trockenis usw. verletzt oder geschwächt waren.
Unter diesen Umständen läßt sich der Wert und die
Tragweite des Arnold'schen Ausspruches nicht beur-
teilen.

Mitteninne zwischen den Forstmännern, welche die
Kiefer, sei es in der Jugend, sei es überhaupt, für
wasserförmig halten und denen, welche der Kiefer
einen höheren oder geringeren Grad von Wasserfestig-
keit zuerkennen, stehen der Enkel H. Cotta's, H. v.
Cotta und Gayer.

v. Cotta¹⁾ sagt, die Kasse scheine die Kiefer über-
haupt nicht in dem Grade zu benachteiligen als man
oft glaube, denn auch auf Torfbrüchern und Fen-
nen des Moorbodens sei sie heimisch. Nur könne sie sol-
chen Standort nicht vertragen, wo Trockenheit und
Kasse oft wechseln.

Gayer²⁾ schreibt der Kiefer einerseits auf nassem
Moor- und Torfboden ein „noch erträgliches“ Wach-
stum, bei Vorhandensein von stehender, gleichförmiger
Kasse selbst einen besseren Wuchs als der Fichte zu,
hält die Kiefer jedoch andererseits für empfindlich ge-
gen extremen Wechsel der Bodenfeuchtigkeit, weil solcher
schon in einem Alter der Bäume von 30 bis 40 Jah-
ren Wurzelsäule verursacht. Hierzu sei bemerkt, daß
nach der am Schlusse dieses Aufsatzes mitgeteilten Be-
obachtung Middelborpfs, wenn man sie als all-
gemein zutreffend ansehen darf, das Stammholz der
Kiefer durch oft eintretende und lange währende Bo-
denwasserdecke nicht benachteiligt wird.

¹⁾ H. Cotta's Anweisung zum Waldbau. 9. Aufl.,
herausgegeben von dessen Enkel H. v. Cotta. 1865. S. 67.

²⁾ K. Gayer, Der Waldbau. 4. Aufl. 1893. S. 62 f.

Nun will ich einige selbst beobachtete oder durch
das Forstpersonal der betreffenden Forstreviere er-
kundete Fälle anführen, daß Kiefern-
kulturen durch eine
Wasserdecke von kürzerer oder längerer Dauer zum größ-
ten Teile oder selbst vollständig vernichtet wurden.
Diese Fälle ereigneten sich in den bayerischen Staats-
forstrevieren Speyer, Sondernheim und Randel-Süd
(Schutzbezirk Goldgrund). Im Forstrevier Speyer,
Schutzbezirk Berghausen, erlagen zwei in den neun-
ziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgeführte
Kiefern-
kulturen den Wirkungen einer in der Vege-
tationszeit des Jahres 1897 erfolgten Ueberschwem-
mung fast vollständig¹⁾. Eine in den Jahren 1893
bis 1895 auf einer Fläche von 1/2 ha mit zweijähri-
gen Pflanzen ausgeführte Pflanzung wurde in der
Vegetationszeit des Jahres 1897 von einer Wasser-
decke in der Dauer von 7 bis 10 Tagen heimgesucht.
Die meisten Pflanzen gerieten völlig unter Wasser.
Nach dessen Ablauf waren die von Gipselwasserdecke
betroffenen Pflanzen an den Radeln und der Rinde
mit einer Schlamm-
schicht vollständig überzogen. Da
sie wegen Ausbleibens ergiebiger Regenfälle oder starker
Winde noch lange nach Wasserablauf bestehen blieb,
so gingen sämtliche völlig beschlammten Pflanzen ein.
Dagegen blieben solche Pflanzen, welche bei der Ueber-
schwemmung zum Teile aus der Wasserfläche hervor-
ragten und daher teilweise der Beschlammung entrückt
waren, am Leben. Eine Anzahl dieser Pflanzen wur-
den dann freilich vom Rehwild durch Schlagen und
Verbeißen tödlich verletzt. Bei meiner am 11. Sept.
1904 in Anwesenheit Gekorns erfolgten Besichtigung
betrug die Zahl der noch vorhandenen Pflanzen etwa
10 % des ursprünglichen Bestandes. Die anderen von
der Ueberschwemmung betroffenen Kulturen bestanden
aus Säaten, welche in den Jahren 1894/97 auf einer
ein wenig tiefer, näher am Rhein gelegenen, etwa 3 ha
umfassenden Fläche ausgeführt worden waren. Die
Säaten, besseren Boden bestockend als die vorher er-
wähnte Pflanzung, übertrafen diese vor Eintritt der
Ueberslutung in Frohwüchsigkeit. Die Pflanzen stan-
den durchweg und natürlich länger als die Pflanzung
unter Wasser, zeigten nach dessen Ablauf völlig be-
schlammte Organe und erlagen ausnahmslos der Was-
serdecke und der daran anschließenden Beschlammung,
deren in gänzlicher Abschließung der Luft von den
oberirdischen Organen bestehende Wirkung die der
Gipselwasserdecke, aus welcher die Pflanzen noch ein
wenig Luft zu beziehen vermögen, übertrifft.

¹⁾ Meine Mitteilungen beruhen teils auf eigener
Anschauung, teils auf Angaben des Forstwartes Gekorn
und des Verwalters des Reviers, des inzwischen in den
Ruhestand getretenen Forstrates Gumbel in
Speyer.

In dem vom Forstmeister Will verwalteten Forstrevier Sondernheim ist nach Angabe des Genannten eine junge Kiefernnpflanzung einer Gipfelwasserdecke ergeben, von welcher sie in der Vegetationszeit des Jahres 1910 heimgesucht wurde. Auch hier waren sämtliche äußeren Organe der Pflanzen stark beschlammmt. Ueberdies war ein Teil derselben von der Gewalt des strömenden Wassers niedergelegt.

Nun das letzte Beispiel. Bei dem am 19. Okt. 1911 in Begleitung des Forstwartes Sauer erfolgten Besuche des Schutzbezirktes Goldgrund, welcher einen Teil des vom Königl. Forstamtsassessor H. Köfinger zu Berg verwalteten Forstreviers Randel-Süd darstellt, sah ich auf einer etwa 1 ha umfassenden Fläche die Reste einer achtjährigen Kiefernnpflanzung. $\frac{5}{6}$ davon waren den Wirkungen der Wasserdecke erlegen. Das meist stehende, selten strömende Wasser überhöhte lange Zeit die Pflanzen. Die Wasserdecke währte nach Angabe Sauers — und die Pegelbeobachtungen in Ragimiliansau bestätigen diese — in der wärmsten Jahreszeit, im Juni, Juli, August, September des Jahres 1910, ununterbrochen mindestens 3 Monate. Dieses Beispiel bekundet nicht sowohl ein geringes, sondern vielmehr ein verhältnismäßig hohes Maß der Widerstandsfähigkeit der Kiefer gegen eine Wasserdecke unter ungünstigen äußeren Verhältnissen. Und es ist anzunehmen, daß die Pflanzung bei einer kürzeren Flutdauer, etwa bei einer solchen von 4 bis 5 Wochen, völlig oder nahezu völlig unversehrt aus ihr hervorgegangen wäre.

Da, wo man durch Gipfelwasserdecke vollständig beschlammte junge Kiefern nach Ablauf der Flut durch Anwendung der Waldbsprixe, etwa wegen der nicht unbedeutenden Anschaffungskosten oder wegen der Schwierigkeit der Wasserbeschaffung, nicht reinigen kann, sowie an Stellen, wo die jungen Kiefern mutmaßlich einige Monate hindurch der Ueberflutung ausgesetzt wären, empfähle sich wohl der Anbau wasserfester Laubhölzer, namentlich der amerikanischen Eiche (Graueiche), Stieleiche, der Silberpappel, Kanadischen Pappel mittelst Heisterpflanzung. Ob freilich die Heister, auch wenn sie angepfläht würden, der Gewalt strömenden Wassers widerstehen, weiß ich nicht. Wie begünstigt gegen Beschädigungen der bezeichneten Art sind dagegen die Kiefernkulturen in den Hälterwaldungen! Hier hat man die Regelung des Wasserstandes in der Hand. Außerdem ist in jedem Forstrevier eine auch zur Verteilung mancher Kerse (Ronne, Raikaser usw.), und zur Löschung von Waldbränden verwendbare Waldbsprix vorhanden, mit welcher man beschlammte Kulturen nach Ablauf des Wassers gründlich zu reinigen vermag. Eine am Boden sich etwa zeigende Schlammkruste wird mit dem leicht zu

handhabenden Rümmler zermürbt. Er besteht aus einem 1 bis $1\frac{1}{4}$ m langen Stängchen, an dessen unterem Ende eine mit Zinken versehene runde oder rechteckige Holzscheibe angebracht ist.

Nachdem ich die für die Widerstandsfähigkeit der Kiefer gegen eine Wasserdecke mehr oder weniger ungünstig lautenden Behauptungen, Wahrnehmungen und Urteile erklärt und einer Wertung unterzogen habe, will ich nun eine stattliche Reihe fremder und eigener Beobachtungen anführen, aus welchen die beachtenswerte Wasserfestigkeit der Kiefer, insbesondere auch in früher Jugend, sich ergibt.

2. Erfahrungen, welche eine bedeutende Widerstandsfähigkeit der Kiefer gegen eine Wasserdecke von beträchtlicher Dauer bekunden.

Einen ansehnlichen Grad von Widerstandsfähigkeit der Kiefernsaaten bekundet ein Bericht des Rgl. Preuß. Forstinspektors Guntau¹⁾ zu Breslau. Danach hat eine zweijährige Kiefernfaat im sogenannten Badener See, einem niedrigen flachen Gelände des Forstreviers Bobiele (Reg.-Bez. Breslau), welches im Spätsommer 1854 länger als 14 Tage gänzlich vom Wasser bedeckt und wiederum im Frühjahr 1855, wenigstens in den Furchen, so überflutet war, daß die Pflänzchen, als Guntau sie sah, entweder unter Wasser standen oder nur mit den Gipfeln daraus hervorragten, sich im ganzen gut erhalten.

Erwähnenswert sind auch die Beobachtungen und Ansichten des Forstmeisters Preßler²⁾ zu Stettin:dorf bei Wien über das Verhalten einjähriger Kiefern gegen eine Wasserdecke. Preßler hatte im Jahre 1890 in einer an einem Donauarm gelegenen Pflanzschule Kiefern-, Fichten- und Lärchenamen gesät. Die Sämlinge zeigten ein gutes Gedeihen. Da trat im September des nämlichen Jahres Hochwasser ein, welches die Saaten meterhoch volle 8 Tage überflutete. Nach Ablauf der Flutwelle fand es sich, daß ein Teil der Pflänzchen aus dem Boden ausgewaschen waren und mit den Wurzeln bloßlagen. Preßler setzte die ausgewaschenen Pflänzchen sorgfältig wieder in die Erde. Im folgenden Jahre hatte er die Genugtuung, zu sehen, daß die überfluteten Pflanzungen freudig fortwuchsen. Auf Grund dieser und anderer Erfahrungen empfiehlt er den Fachgenossen aufs gelegentlichste, die Kiefer, zusammen mit der Birke, in den Donauauen an passenden Stellen, wozu er selbstverständlich die nach Ablauf der Flut noch geraume Zeit mit Wasser gefüllten Einsenkungen, Mulden und Bächen nicht rechnet, anzubauen. Nach den Beobach-

¹⁾ Verhandlungen des Schles. Forstn. 1855. S. 122 f.

²⁾ R. Preßler, Die Kultur der Föhre in den Donauauen, Oesterreichische Forstzeitung 1891. S. 264.

tungen Preßlers ist es nicht das Hochwasser, sondern „einzig und allein der übermäßige Wildstand“, welcher alle Waldkulturen in hohem Maße benachteiligt. Zur Unterstützung seines Ausspruches beruft sich Preßler überdies auf die gelungenen Föhrenkulturen, welche der Lehrmeister der Auenwirtschaft, der vor einiger Zeit verstorbene Herzogl. Ratiborsche Forstmeister G. Podubežky zu Grafenegg auf den an Preßlers Verwaltungsbezirk angrenzenden Strecken des Ueberschwemmungsgebietes ausgeführt hat. Hier mußte demnach Wild garnicht oder doch nicht in einer die Kiefernkulturen gefährdenden Menge vorhanden gewesen sein.

Schon wenige Jahre später hat Preßler jedoch den Anbau der Kiefer in der Au vollständig aufgegeben. Aber nicht etwa wegen der Ueberschwemmungen, sondern lediglich wegen der namentlich durch Reh, Gase und das „elende Kaninchen“ den Kiefernkulturen zugefügten Schädigungen¹⁾.

Auch der Oberförster Arnoscht²⁾ in Sirndorf (österreichische Donauau) berichtet, daß der Wuchs und das Aussehen der Kiefernjungwüchse in den Auen nichts zu wünschen übrig lassen. Wenn die Kiefern dort später nicht mehr schieben, ihre Kronen abzurunden beginnen usw., so wird diese Erscheinung nicht durch die Uebersflutungen, von welchen die Kiefernbestände in der Vegetationszeit oft heimgesucht werden, verursacht, sondern dadurch, daß die Pfahl- und Stachwurzeln bei Vordringen in die Tiefe die nährstoffarme, meist aus Schotter bestehende Bodenschicht erreicht haben.

Die Befähigung der Kiefer, eine Wurzelwasserdecke zu ertragen, wird ferner bekundet durch die Angabe des früheren Königl. Bayer. Oberförsters Eßlinger³⁾, daß die im Forstrevier Schaidt (Bienwald in der Rheinpfalz) vorhandenen, inzwischen trockengelegten „Seen“, obgleich sie fast beständig Wasser enthielten, gleichwohl oft eine, wenn auch spärliche Bestockung von Kiefern, geringwüchsigen Birken und struppigen Stieleichen aufzuweisen hatten. Nach den Erfahrungen Eßlingers⁴⁾ schädigt selbst eine „hochgradige

Feuchtigkeit“ die Kiefer nicht mehr, sobald sie angewachsen und in Schluß gekommen ist.

Unter den Lehrern der Forstwissenschaft müssen hier Geß und Weise wegen ihrer Äußerungen über das Verhalten der Kiefer zum Wasser erwähnt werden. Geß¹⁾, welcher, wie oben berichtet wurde, die Kiefer in der ersten Jugend gegen stehende Rässe empfindlich hält, erkennt dagegen älteren Kiefern eine geringe Empfindlichkeit gegen Ueberschwemmungen zu. Weise²⁾ betont die bedeutende Anpassungsfähigkeit der Kiefer an Böden von verschiedenartigem Feuchtigkeitsgehalt. Sie bestoche Flugand, wie Moorboden mit stauendem Wasser und alle hinsichtlich des Feuchtigkeitsgrades dazwischen liegenden Bodenarten.

Ich will nun meine teils durch Anschauung teils durch Befragung des betreffenden Forstpersonals gewonnenen Ergebnisse über die Widerstandsfähigkeit der Kiefer gegen eine Wasserdecke hier anführen.

In dem zum Waldbesitz des Fürsten Gassel gehörigen Forstrevier Neßigerode (Reg.-Bez. Breslau) zeigte mir am 20. August 1898 Herr Revierförster Ruchel ein ausgebreitetes, etwa 30jähriges Kiefernstangenholz, welches seit dem Jahre 1888 während der Vegetationszeit viermal, davon einmal im Juli, vom Hochwasser der durch das Forstrevier fließenden Bartsch heimgesucht wurde. Die Kiefern haben in den Ueberschwemmungsjahren durchschnittlich etwa 10 Tage lang im Wasser gestanden. Der Bestand mochte an einigen Stellen etwas dünner sein als gewöhnlich in diesem Alter, weil bisweilen einzelne abgestorbene Stämme hatten entfernt werden müssen. Im allgemeinen war aber hierdurch der Schluß des Bestandes nicht unterbrochen worden. Die Bäume zeigten infolge der durch die Ueberschwemmungen verbesserten Nährstoffzufuhr eine üppige, dichte Benadelung. Der Unterschied in der Benadelung zwischen diesem und einem ein wenig höher gelegenen, überschwemmungsfreien Stangenholz war augenfällig, daß ich Herrn Ruchel darauf aufmerksam machte.

Bei einem in Begleitung des Försters Herrn Gassel am 26. September 1898 unternommenen Ausflug in das Herzogl. Anhaltische Forstrevier Großkühnau sah ich einen vor den Uebersflutungen der Elbe durch Deiche geschützten älteren Kiefernjungwuchs. Etwa 1,2 ha desselben hat mindestens eine Woche hindurch in dem durch Luftarmut berücksichtigten Druckwasser ge-

¹⁾ R. Preßler, Holzartenwahl, Holzartenwechsel, die Kulturarten und die Bestandspflege in den Auwäldern der Donau, Mitteilungen der Forstvereine für Niederösterreich, Steiermark, Krain-Küstenland, Kärnten Jahrg. 1894. S. 210 bis 214

²⁾ G. Arnoscht, Kulturarten, Holzartenwechsel, Bestandspflege, Haupt- und Nebennutzungsbetrieb in den Auen, Mitteilungen der Forstvereine für Niederösterreich usw. Jahrgang 1894. S. 220.

³⁾ Verhandlungen des Pfälz. Forstv. bei seiner Jahresversammlung zu Randel am 3. u. 4. Sept. 1881. Bergzabern 1882. S. 12.

⁴⁾ U. a. D. S. 22.

¹⁾ R. Geß, Die Eigenschaften und das forstliche Verhalten der wichtigsten in Deutschland vorkommenden Holzarten 1883. S. 132.

²⁾ Weise, Leitfaden für den Waldbau. 2. Aufl. 1894. S. 208.

anden, welches durch das Hochwasser der Elbe im August 1897 hervorgerufen worden war. Der von dem Druckwasser betroffene Teil des Jungwuchses ließ einerlei Benachteiligung erkennen.

Beachtenswerte Wahrnehmungen über das Verhalten einer Kiefernanlage mittleren Alters zum Wasser eröffneten sich mir in dem 15 km oberhalb der Stadt Straßburg am linken Rheinufer gelegenen Schutzbezirk Plobsheim, welcher zu der damals von Herrn Forstmeister Nebmann in Straßburg verwalteten Oberförsterei Straßburg gehört. Von dem Schutzbezirk wird ein ansehnlicher Teil in der Vegetationszeit fast alljährlich einmal oder selbst einige Male während geraumer Zeit überschwemmt. Ich habe diesen damals von mehreren Holzarten bestockten Waldteil zweimal besucht, am 6. und 20. Juni 1899, das erste Mal in der von Herrn Forstmeister Nebmann freundlichst angeordneten Begleitung der Herren Förster G. Gasser in Plobsheim und E. Jung in Schau. Unterlagen für meine Beobachtungen bildeten die mir von Herrn Förster Gasser persönlich gemachten Angaben sowie die mir von Herrn Forstmeister Nebmann in entgegenkommendster Weise zur Benutzung überlassenen Aufzeichnungen für die Jahre 1896/98 über Vegetationsverhältnisse und über den Wasserstand am Pegel der Straßburger Rheinschleuse Nr. 88.

Das Hochwasser des Rheins beginnt in dem der Ueberschwemmung vorzugsweise unterliegenden Teil des Schutzbezirk Plobsheim einzudringen, wenn der Pegel an der Straßburger Rheinschleuse Nr. 88 einen Wasserstand von 2,20 m anzeigt. Bei einem Wasserstand von 3,00 m ist die der Ueberflutung ausgesetzte Waldfläche vollständig mit Wasser bedeckt. Unter Berücksichtigung des Wasserstandes von 3 m ergab sich betreffs der Dauer der Ueberflutung für die einzelnen Jahre des Zeitraums 1896 bis 1898 folgendes:

Die Plobsheimer Flutwaldfläche war während der Vegetationszeit des Jahres 1896, welche in diesem Jahre spät eintrat und sich vom Mai bis Oktober erstreckte, 133 Tage lang mit Wasser bedeckt. Ununterbrochene Wasserbedeckungen bestanden vom 5. Juni bis 14. Juli in der Dauer von 40 und vom 23. Juli bis 2. September in der Dauer von 42 Tagen.

Im Jahre 1897 erwachte die Vegetation schon im März. Ende des Monats begannen bereits die meisten Sträucher und auch einige Baumarten, nämlich Krokastanie, Birke, Weißerle, sich zu begrünen. In der etwa vom 21. März bis Ende Oktober sich erstreckenden Vegetationszeit war der Boden des Auwaldes während 104 Tage überflutet. Anhaltende, ununterbrochene Flutwellen traten zweimal ein. Sie

erstreckten sich vom 26. Mai bis 12. Juli über 48 Tage und vom 21. August bis 3. Oktober über 44 Tage.

1898 waren die Laubhölzer Ende April völlig begrünt. Die Flutwaldfläche war während der Vegetationszeit 63 Tage mit Wasser bedeckt. Ununterbrochen standen die Holzgewächse in der Wachstumszeit 30 Tage lang, vom 13. Juni bis 12. Juli im Wasser.

Der der Ueberschwemmung ausgesetzte, 39 bis 40 ha umfassende Teil des Schutzbezirk Plobsheim liegt am linken Ufer des Rheins zwischen dem Strombett und dem sehr hohen und starken Flutdamm. Die Fläche des Auwaldes steigt vom Fuße des Dammes nach dem Rheine hin sanft, etwa 1 m, an. Der Auwald besteht hauptsächlich aus Mittelwald und aus den oben erwähnten, damals etwa zwei ha umfassenden Kiefernanlagen. Diese setzen sich zusammen aus drei kleinen isolierten Beständen und einigen sehr kleinen Gruppen. Der größte, etwa 1,25 ha umfassende Bestand stockt am Ufer des Rheins und steht, da die Bodenoberfläche ungefähr 80 cm höher liegt als diejenige der beiden anderen, zusammen etwa 0,75 ha einnehmenden Beständchen, nicht solange im Flutwasser als diese. Nur bei beträchtlicher Ueberschwemmung zeigt das Wasser in der Umgebung der beiden Beständchen langsame Strömung. Dieses ist daher im allgemeinen als Stauwasser zu bezeichnen.

Die Kiefernanlagen sind aus einer Saat entstanden, welche ein früherer Förster des Schutzbezirk Plobsheim, Klöpfer, um das Jahr 1850 ausgeführt hat. Dies geschah an mehreren, durch ausgetrocknete oder mit Stauwasser gefüllte Lachen und Schlingen, vielleicht auch durch Buschholz von einander getrennten Stellen, auf sandigem Flußkies, einem zum Anbau der Kiefer wenig geeigneten Boden. Man kann sich vorstellen, daß hier ein Teil der aufgelaufenen Pflänzchen infolge mangelnder Nährstoffzufuhr vertrocknete, ein Teil zwar am Leben blieb, jedoch in den ersten Jahren oder Jahrzehnten nur kümmerlich vegetierte, bis die Pflanzen aus der zwischen ihnen allmählich zur Ablagerung gelangten Schlammdecke Nährstoffe etwas reichlicher als früher zu beziehen vermochten. Man sollte denken, unter diesen widrigen Verhältnissen hätten Kiefern in Bestandsform nicht aufkommen können. Allerdings erlitten die Kiefern namentlich im Jahre 1896, in welchem die Bodenwasserbedeckung in der Vegetationszeit mit Unterbrechungen 133 Tage währte und im Jahre 1897, in welchem der Boden mit Unterbrechungen 104 Tage überflutet war, erhebliche Schädigungen. Betrug doch das Anfallholz, welches wohl meist zu Lasten der Bodenwasserbedeckung zu schreiben ist,

in diesen beiden Jahren sechs Raum meter. Immer hin entsprach der Zustand der Kiefernanlagen, als ich sie am 6. und 20. Juni 1899 sah, keineswegs der oben ausgesprochenen Befürchtung.

Der Befund ergab folgendes: Der hoch gelegene, am Rheinufer stochende größere Bestand ließ allerdings im allgemeinen Schluß vermiffen. Dies erklärt sich zur Genüge durch die hier starke Strömung des Flutwassers, welches wohl manches aus der Saat hervorgegangenes Pflänzchen umgelegt und überdies mehr Ries als Feinsand und Schlamm abgelagert haben wird. Aus diesem Medium vermochten die Pflanzenwurzeln Nährstoffe nur in beschränktem Maße zu gewinnen. Weit besser war der Zustand der auf tiefer gelegenem Boden stochenden beiden Beständchen. Hier bewegt sich das Flutwasser gar nicht oder, zeitweilig, nur schwach. Infolgedessen waren die Pflanzen in früher Jugend der Gefahr, umgelegt zu werden, nicht ausgelegt. Außerdem wird hier wohl schon bei Ausföhrung der Saat ums Jahr 1850 der Ries mit Feinsand und Schlammteilchen einigermaßen gemengt gewesen sein. Allmählich setzten sich aus dem Wasser Feinsand und Schlamm in solcher Menge ab, daß die Pflanzenwurzeln im Laufe der Zeit ihren Nährstoffbedarf aus dem Boden in immer reichlicherem Maße zu beziehen vermochten. Wie der Augenschein lehrte, war die Bodenbedcke der beiden Beständchen ziemlich mächtig, wozu ohne Zweifel der Abfall organischer Stoffe von den Bäumen beigetragen hat. Der Schluß der Beständchen war nur wenig unterbrochen. Die mittlere Scheitelhöhe der Kiefern betrug 15 bis 20 m. Eine im Hinblick auf den ursprünglich dürrigen Boden ansehnliche Höhenentwicklung. Auch die Stammstärke war nicht unbedeutend. Ich habe den Durchmesser zweier Stämme in Brusthöhe gemessen. Der eine stochte im Innern eines hier vollkommen geschlossenen Beständchens, der andere an einer nicht vollkommenen Schluß aufweisenden Stelle des nämlichen Beständchens. Der Durchmesser des ersteren betrug 21, der des letzteren sogar 33 cm.

Remerkt sei noch, daß ich Anflug nicht wahrgenommen habe. Selbst am Rande der kleinen Beständchen nicht, obwohl die zahlreichen Zapfen am Boden befundeten, daß die Kiefern, und wohl nicht zum ersten Male, gefruchtet hatten. Wasserbedeckung des Bodens von einiger Dauer, wie sie an diesem Orte fast regelmäßig in der Vegetationszeit vorkommt, wird — ich wiederhole es — den Kiefernkeimlingen, überhaupt den Keimlingen der Holzgewächse, verderblich. Möglich, daß Zapfen und Samen von der Flutstromabwärts geführt und an nicht von jedem Hochwasser überfluteten Stellen der Auwaldflächen abgelagert werden. Dann ist es nicht ausgeschlossen, daß

dort unter günstigen Verhältnissen Kieferngruppen, ja ganze Bestände entstehen.

Besser noch als durch die Plobsheimer Kiefernanlagen wird der hohe Wasserfestigkeitsgrad der Kiefer bekundet durch die in zwei Staatsforstrevieren der Rheinpfalz gewonnenen Beobachtungsergebnisse.¹⁾ Hier werden die Kiefernanlagen zwar nicht so oft vom Hochwasser des Rheins heimgesucht als diejenigen im Schutzbezirk Plobsheim. Dafür ist der ursprüngliche Umfang der Kiefernanlagen jener beiden Forstreviere im Gegensatz zu den Plobsheimer Anlagen genau bekannt. Etwaige Einwirkungen des Hochwassers auf die Minderung der Ausdehnung der Kiefernwälder lassen sich daher dort leichter bestimmen als hier. Außerdem sind die pfälzischen Kiefernanlagen viel ausgedehnter als die Plobsheimer und im Lebensalter nicht einförmig wie im Schutzbezirk Plobsheim, sondern von einander verschieden.

Zuvörderst sei zweier Kiefernstangenhölder gedacht, welche in der Abteilung 2a, Gehög, Schutzbezirk Goldgrund, Forstrevier Randel-Süd nahe am Rheine stehen. Herr Forstamtsassessor H. Rösinger, welcher mich, seitdem ihm die Verwaltung des Forstreviers Randel-Süd übertragen worden ist, wiederholte im Goldgrund zu Beobachtungszwecken begleitete, teilte mir im Jahre 1913 mit, daß sich die Stangenhölder aus zwei Beständen zusammensetzen, deren einer 30, der andere 40 Jahre alt sei, und daß der Flächenumfang beider Bestände 15,2 ha betrage. Sie stochten auf einer Riesbank, auf welcher gegenwärtig eine bis 60 cm hohe, aus Flutschlick und Humus bestehende Erdschicht lagert. Augenscheinlich ist der 30 jährige Bestand aus Pflanzung, der 40 jährige aus Saat hervorgegangen. Darüber, ob der ältere Bestand durch künstliche oder natürliche Befamung (durch vom Flutwasser abgelagerte Zapfen oder Samenförner) entstanden ist, vermochte Herr Rösinger aufgrund der Durchsicht der einschlägigen Akten des Forstamtsarchives Aufschluß nicht zu erhalten.

Der von 1888 bis 1912 im Goldgrund tätig gewesene Forstwart Herr Sauer konnte bei bedeutenden Hochwässern seinen Schutzbezirk nur mittelst Rahnen besuchen, wobei er über den Gipfeln der auf tief gelegenen Flächen ausgeführten Kiefernkulturen hingefahren ist. In den beiden Kiefernstangenhöldern betrug bei einem Pegelstand in Maximiliansau (Rhein)

¹⁾ Vergl. Eßlinger, Hochwasserschäden in den am Rhein gelegenen Staats- und Gemeindewaldungen der Pfalz während des Sommers 1910. Forstwissenschaftl. Zentralblatt 1911. S. 394 bis 400 und Will, Die Hochwasserschäden in den Staatswaldungen des Königl. Forstamtes Sontheim im Jahre 1910. Naturwissenschaftl. Zeitschrift für Forst- und Landwirtschaft 1911. S. 198 bis 198.

l) von 6,60 m die Wassertiefe unterm Rahn ungefähr 80 cm. Mithin würden die Kiefernstangenhölzer bei einem Pegelstand von 30 m gerade noch wasserfrei sein, bei einem solchen von 6 m aber eine etwa 20 cm hohe Bodenwasserbede zeigen, sodaß der Boden auch an unebenen Stellen völlig überflutet gewesen sein wird.

In neuester Zeit hatte der Rhein die betreffs Höhe und Zeitdauer beträchtlichsten Ueberschwemmungen der Vegetationszeit der Jahre 1897 und 1910 zuweisen. Der Pegel von Maximiliansau zeigte Wasserstände von 6 m und darüber:¹⁾

Im Jahre 1897 am 23., 26. und 27. August, dann ununterbrochen an 21 Tagen vom 7. bis 27. Sept. Der Wasserstand überstieg an 3 Tagen 7 m und erreichte am 11. Sept. das Höchstmaß mit 7,33 m; im Jahre 1910 ununterbrochen an 42 Tagen vom 16. Juni bis 27. Juli, ferner an 4 Tagen vom 10. bis 13. Nov. Der Wasserstand überstieg an 9 Tagen 7 m und erreichte am 19. Juni das Höchstmaß mit 7,60 m.

Die Wasserstände von 7 m an aufwärts befunden, daß die Kiefern in mehr als 1 m hohem Wasser gestanden haben. 1897 war dies an 3 Tagen der Fall. Am 11. September erreichte das Wasser an den Stämmen mit 1,33 m die beträchtlichste Höhe. 1910 standen die Kiefern durch 9 Tage in mehr als 1 m hohem Wasser. Am 19. Juni, an welchem das Hochwasser den höchsten Stand des ganzen Jahres erreichte, war die Wassermarkte an den Stämmen in einer Höhe von 1,60 m, um 27 cm höher als 1897.

Eine von mir gemeinsam mit Herrn Forstamtsassessor R ö s i n g e r am 28. Juli 1913 unternommene Befichtigung sämtlicher Kiefernorte ergab, daß die Stangenhölzer im wesentlichen unversehrt aus den bezeichneten Ueberschwemmungen hervorgegangen waren, und daß die letzten Gipfeltriebe des 30 jährigen Stangenholzes eine Länge von 30 bis 40 cm, die letzten Gipfeltriebe eines benachbarten 20 jährigen Kiefernjungwuchses eine Länge von durchschnittlich 50 bis 60 cm erreicht hatten. Das 30 jährige Stangenholz enthielt nach Angabe des Herrn R ö s i n g e r auf dem ha 25 bis 30 Festmeter Derbh Holz.

Einige nicht sehr umfängliche Jungwüchse bis zum Alter von 20 Jahren stehen tiefer als die vorstehend

¹⁾ Die 6 m und mehr betragenden Wasserstände des Jahres 1897 habe ich mit Erlaubnis des Herrn Dammmeisters J. D o l l im Jahre 1905 aus dem Pegelstandsbuch in Maximiliansau ausgezogen. Die 6 m und mehr betragenden Wasserstände des Jahres 1910 hat Herr D o l l selbst in dankenswertester Weise für meine wissenschaftlichen Zwecke aus dem Pegelstandsbuche herausgeschrieben.

erwähnten Kiefernstangenhölzer und sind, 1897 etwa 5 jährig, länger als drei Wochen von Gipfelwasserbede und 1910, etwa 18 jährig, länger als sechs Wochen von Wurzelwasserbede heimgesucht worden, ohne Schaden zu erleiden. Nur einige kleine Stellen dieser Jungwüchse, namentlich des tieft gelegenen Jungwuchses, welcher ungefähr 2 bis 3 Monate im Wasser gestanden hat, zeigten sich etwas lüdig.

Sehr lehrreich inbezug auf Widerstandsfähigkeit gegen eine Wasserbede sind auch die Jungwüchse, welche, gleichfalls auf pfälzischem Gebiete, rheinabwärts in den Auwäldungen des vom Königl. Forstmeister Bill verwalteten Forstreviers Sondernheim stoden.

Diese Kiefern Jungwüchse, wie auch alte Kiefernbestände, welche zuletzt besprochen werden sollen, stoden in dem durch 8,5 m hohe Dämme (Deiche) geschützten Teile der Auwäldungen¹⁾. Die Dämme sind so hoch und stark, daß deren Ueberflutung oder Durchbrechung durch die Rheinflut damals nicht möglich war. Unsere Kiefernorte sind daher 1910 nicht direkt von strömendem Hochwasser des Rheins betroffen worden. Dafür wurden sie freilich von dem in der Vegetationszeit für sehr schädlich gehaltenen Grund- oder Druckwasser des Rheins erfaßt. Dieses erfuhr eine Verstärkung durch die zeitweilig, und gerade im Jahre 1910, sehr wasserreichen Fließchen, welche teils im Pfälzer Gebirge, teils in der nach dem Rheine sich sentenden Pfälzer Ebene entspringen und zunächst in die durch den Rheindamm geschützten Binnenwäldungen des Rheins sich ergießen. Hier werden diese Zuflüsse sowie das Rheindruckwasser des oberen Teiles der Binnenwäldungen von einem in früherer Zeit entstandenen Altrheinarme aufgefangen, an welchen ein diese Wassermassen dem Rheine zuführender künstlicher Kanal angelegt ist. An der Kreuzungsstelle desselben mit dem Rheindamme findet sich eine Schleuse, deren auf der Rheinseite gelegene beide Torflügel sich selbsttätig öffnen und schließen. Sie öffnen sich nach dem Rheine hin, wenn das Rheinwasser niedriger ist als das Kanalwasser. Sie schließen sich, wenn der Wasserstand des Rheins den des Kanals überhöht. Geschieht letzteres, was bei der gewaltigen Flut des Rheins im Jahre 1910 geraume Zeit der Fall war, dann sammelt sich das Wasser in diesem Teile des Binnenwaldgebietes in beträchtlicher Menge an. Wohl sind zur Verhinderung des Eindringens dieser Wassermassen in die seit- und abwärts von diesem Altrheinarme gelegenen Binnenwäldungen und in die an der westlichen Grenze dieser Wäldungen vorhandenen Felder Dämme in der

¹⁾ Nach Bill umfaßt dieser Teil der Auwäldungen des Forstreviers Sondernheim 570 ha, der im Flutgebiet des Rheins gelegene, von strömendem Wasser heimgesuchte Teil der Auwäldungen 530 ha

durchschnittlichen Höhe von 6,5 m errichtet. Bis zum Jahre 1910 erfüllten diese Dämme auch ihren Zweck. In diesem Jahre jedoch erreichten die Wassermassen eine solche Höhe, daß ein Teil des Wassers sich über die Dämme ergoß und das Wald- und Feldgelände, soweit es von Druckwasser noch frei war, überflutete. So glichen die Binnenwaldflächen einem ausgedehnten See, aus welchem nur kleine hochgelegene Waldstreifen als Inseln hervorragten¹⁾. Das Wasser blieb auf den überfluteten Waldflächen stehen bis es bei sinkendem Wasserstande des Rheins in diesen mittelst des Kanals und der selbsttätigen Schleuse abzog oder versickerte und verdunstete.

Diese Vorgänge brachten es mit sich, daß im Jahre 1910 sämtliche Kiefernanlagen der Auwäldungen des Forstreviers Sondernheim von einer 1½ bis 2½ Monate andauernden Wasserdecke betroffen wurden.

Die Jungwüchse im Umfange von 8 ha bestanden eine früher als Feld benutzte Fläche, welche zu ⅔ mittelst Pflanzung, zu ⅓ mittelst Saat aufgefördert worden ist. Die Anlagen waren bei Eintritt des Wasserstaues im Jahre 1910 5 bis 14-jährig. Der Wasserstau währte 1½ bis 2½ Monate, von Ende Juli bis Sept., an den tiefsten Stellen bis Okt. hinein. Die von mir und Herrn Forstmeister Bill am 20. Okt. 1911 besichtigten Jungwüchse waren im allgemeinen von guter Beschaffenheit. Nur etwa ⅓ einer 1 ha bestockenden 7-jährigen Pflanzung war an einer Stelle zum großen Teile abgestorben. Dies erklärt sich mutmaßlich so: Vor Ausführung der Pflanzung wurde das außerordentlich stark von Engerlingen bewohnte Feld gepflügt. Auf der ein ha umfassenden Fläche wurden ungefähr 1 kbm Engerlinge gesammelt und vertilgt. Viele von Engerlingen bewohnte Bodenteile werden aber von der Pflugschar nicht erfasst worden sein. Aber auch in den durch Pflügen an die Oberfläche gebrachten Bodenteilen werden eine Anzahl Engerlinge den Blicken der Sammler entgangen sein. So konnten zahlreiche im Boden gebliebene Engerlinge die Wurzeln der in den umgepflügten Boden gesetzten Kiefernpflanzen mehr oder weniger stark beschädigen. Die Pflanzen, deren Wurzeln stark beschädigt wurden, starben ab, die Pflanzen, deren Wurzeln nur mäßig beschädigt wurden, blieben zunächst am Leben. Wohl werden die verletzten Wurzeln dieser Pflanzen infolge der Wirkungen des Stauwassers abgestorben sein. Allem Anscheine nach waren jedoch nach dem Verschwinden der Wasserdecke eine, wenn auch nur kleine, Anzahl mehr oder weniger gesunder Wurzeln noch vor-

handen. Denn die am Leben gebliebenen Pflanzen entwickelten im Frühjahr 1911 noch bis 20 cm lange Gipfeltriebe. Da trat aber in diesem Jahre eine über mehrere Monate sich erstreckende, fast regenlose Trockenperiode ein. Die geringe Anzahl Wurzeln, welche von Engerlingfraß verschont geblieben waren, vermochten nicht, den Pflanzen die ungemein beträchtliche Wassermenge zuzuführen, deren sie infolge der überaus starken Verdunstung bedurften. Die Pflanzen vertrockneten. Diese kleine, übrigens nur den 40. Teil der Fläche der Gesamtjungwüchse darstellende Fehlstelle dürfte sonach im wesentlichen durch Engerlingfraß und nicht durch die Wirkungen des Stauwassers verursacht worden sein.

Am 25. Juli 1913 besuchte ich in Begleitung des Herrn Forstmeisters Bill die ein Hektar umfassende achtjährige Pflanzung von neuem. Der Zustand der übrigen ⅔ der Pflanzung hatte sich seit dem Herbst des Jahres 1911 verschlechtert. Die ganze 1 ha umfassende, ein wenig nach Süd geneigte Fläche bildet, so zu sagen, ein Stelldichein tierischer Schlingens. Außer den Engerlingen haben namentlich Kaninchen und Rehe größere oder kleinere Schäden in den Kulturen verschuldet. Beispielsweise war eine Anzahl Kiefernstämmchen in der Höhe von 1 bis 2⅓ m von Rehen in der Weise verbissen, daß als Aesung dienenden Gipfel nach unten hingen.

Aus vorstehender Darstellung geht hervor, daß der etwas mißliche Zustand des Kiefernjungwuchs nicht sowohl durch die Wirkung des Wasserstaues, sondern vielmehr durch die von Engerlingen und Wildtieren bewirkten Beschädigungen der Pflanzen verursacht worden ist.

Zum Schluß seien die die bedeutende Wasserfestigkeit alter Kiefern bekundenden Tatsachen angeführt. Die in der Nähe der Kiefernjungwüchse an einigen Stellen sich findenden, mindestens 40-jährigen bestockenden alten Kiefernbestände waren zur Zeit des Wasserstaues, im Jahre 1910, 60 Jahre alt. Nach mündlicher Angabe des Herrn Forstmeisters Bill hat der größte Kiefernbestand, soweit er eine breite flache Mulde bestockt, 2½ Monate, soweit in 20 cm höher gelegenen Boden wurzelt, 1 Monat im Stauwasser gestanden. Die Benadelung der Kiefern in der flachen Mulde hatte sich infolge der Wirkung der Wasserdecke etwas verdünnt. Herr Bill meinte, der Ersatz für die abgefallenen Nadeln werde nicht lange ausbleiben. Wie die am 25. Juli 1913 wiederholte Besichtigung des Bestandes lehrte, erwies sich diese Meinung als zutreffend; die Benadelung war vollkommen. Im übrigen sei über den Zustand des nicht selten von anhaltender Wasserdecke heimgesuchten Bestandes folgendes berichtet. Schluß nahe-

¹⁾ Vergl. Bill, Die Hochwasserchäden in den Staatswäldungen des Königl. Forstamtes Sondernheim im Jahre 1910, Naturwissenschaftl. Zeitschrift für Forst- und Landwirtschaft 1911. S. 193 f.

enlos, durchschnittliche Scheitelhöhe (Schätzung) unter 20 bis 22 m, mittlerer Stammdurchmesser 20 bis 30 cm.

Außerdem bekundet unser Kiefernbestand, welcher 1888 und 1899 mit Buchen unterpflanzt worden war, daß die Kiefer die Buche in Wasserfestigkeit erheblich übertrifft. Die Hälfte der Buchen waren der Flut des Jahres 1910 erlegen.

Betreffs der Beschaffenheit des Holzes ist häufig von langwierigem Hochwasser betroffener Kiefernbestände habe ich etwas Ungünstiges nicht vernehmen können. Der Königl. Preuß. Oberförster Middelburg (Rpf.) in Stoberau (Reg.-Bez. Breslau), welcher fünf verschiedenen Forstrevieren des Ueberschwemmungsgebietes der Oder sechs oft und lange im Flutwasser gestandene Kiefern im Alter von 32, 45, 66, 83, 85 und 105 Jahren untersuchte, fand die Bäume durchweg gesund.

Ob ich meine Darstellung über das Verhalten der Kiefer zum Wasser schließe, möchte ich der Königl. Regierung, Abteilung für Forsten, in Speyer, sowie den Herren Vorstehern der Forstämter Randel-Süd und Sondernheim, Forstamtsassessor Köfinger und Forstmeister Will eine Bitte ehrerbietigst unterbreiten, durch deren Erfüllung die Forstwirtschaft möglicherweise eine überaus bedeutende Förderung erführe. Die Bitte lautet, es mögen Versuche angestellt werden, durch Gewinnung von Samen aus den wasserfestesten Kiefernbeständen der Forstreviere Randel-Süd (Goldgrund) und Sondernheim und durch Aussaat des Samens eine gegen die Wirkungen lange währenden Stauwassers sehr widerstandsfähige Spielart, die Wasserkiefer, zu züchten.

Lieferten die Versuche das erhoffte Ergebnis, so wäre der Same oder das daraus gewonnene Pflanzmaterial zunächst zur Befriedigung des Bedarfs der Forstreviere Bayerns abzugeben, der etwa verbleibende Ueberschuß nach auswärts zu verkaufen.

Die Versuche ließen sich auch auf alle anderen forstlich wichtigen Holzarten erstrecken, deren Wasserfestigkeitsgrad in den genannten Forstrevieren durch Anpassung an die nicht seltenen und langwierigen Wasserbedeckungen allmählich ein außerordentlich hoher geworden ist.

¹⁾ Verhandlungen des Schlesischen Forstvereins 1886, S. 206 bis 208.

²⁾ Das Forstamt Sondernheim scheidet aus meiner Darstellung aus, da der Herr Finanzminister bald nach Beginn des Krieges aus militärischen Gründen die unverzügliche Abholzung von 140 ha Staatswald im Forstrevier Sondernheim angeordnet hat. Von dieser Abholzung sind auch nahezu sämtliche Kiefernorte betroffen worden,

Hauptergebnisse der vorstehenden Darstellung.

1. Unterirdische Bodennässe, ohne Oberflächenwasser, wird von der Kiefer länger ertragen als oberirdische Wasserdecke. Bei unterirdischer Bodennässe erhalten die nahe an der wenig feuchten Oberfläche hinstreichenden Wurzeln stets oder doch zeitweise Sauerstoffzufuhr direkt aus der freien Luft vermittelt der Lentizellen. Bei oberirdischer Wasserdecke wird Sauerstoff von den Wurzeln weit spärlicher aufgenommen. Die Ausnahme beschränkt sich auf die im Wasser enthaltene Luft, deren Menge nur gering ist und sich überdies bei zunehmender Tiefe des Wassers und mit dessen zunehmender Erwärmung durch die Sonne und Luft im Sommer noch vermindert.

2. Durch stehendes Oberflächenwasser oder Stauwasser wird die Kiefer mehr benachteiligt als durch fließendes. Aus ersterem wird verhältnismäßig viel Luft durch Erwärmung des Wassers in der warmen Jahreszeit ausgetrieben. Doch ist der Unterschied in der Wirkung zwischen stehendem und fließendem Wasser nicht sehr bedeutend. Vermutlich, weil die Kiefer in hohem Maße befähigt ist, die Lufträume in den Wurzeln zu vergrößern und zu vermehren. Stehendes Wasser kann noch durch eine andere Wirkungsweise die Kiefer benachteiligen. Stauwasser begünstigt das Entstehen von den Holzgewächsen mehr oder weniger schädlichen Bodenjäuren weit mehr als fließendes Wasser, welches den Boden sogar zu entsäuern und zu entsalzen vermag. Indes vollzieht sich die Bodenversäuerung durch Stauwasser nur langsam und kommt oft nur bei Wasserdecke von langer Dauer vor.

3. Gipselwasserdecke, bei welcher die Pflanzen völlig unter Wasser stehen, ist der Kiefer schädlicher als bloße Bodenwasserdecke. Durch Gipselwasserdecke wird der Zutritt von Sauerstoff vermittelt der Rindenporen oder Lentizellen nicht nur zu den Wurzeln, sondern auch zu den Stämmen, Ästen und Zweigen in hohem Maße gehemmt und außerdem der Assimilationsvorgang in den Nadeln außerordentlich beeinträchtigt. Ferner bewirkt die Gipselwasserdecke, wenn das Wasser schlammig ist, die Ablagerung einer Schlammsschicht auf Rinde und Nadeln. Bleibt die Schlammsschicht nach Ablauf des Wassers noch eine Zeitlang bestehen, so erhält hierdurch die nachteilige Wirkung, welche bei Gipselwasserdecke das Wasser hervorruft, gleichsam eine Fortsetzung.

4. Durch Gipselwasserdecke werden sehr junge Pflanzen, weil sie rascher atmen als ältere und weil jene wegen ihrer kurzen Lebensdauer noch nicht imstande waren, die Lufträume beträchtlich zu vergrößern und zu vergrößern, mehr gefährdet als ältere Pflanzen.

5. Die Kiefer vermag, gleich den meisten anderen Holzarten, ohne Schaden zu erleiden, außerhalb der Vegetationszeit länger im Wasser zu stehen als innerhalb derselben. In unseren Breiten atmen die Holzgewächse, insbesondere auch die Kiefer, in der kalten Jahreszeit nur sehr schwach, bedürfen daher auch nur einer geringen Menge Sauerstoffs. Außerdem ist das Wasser unter gleichen äußeren Verhältnissen in der kalten Jahreszeit reicher an Luft als in der warmen.

6. Das Stammholz oft und lange im Flutwasser gestandener Kiefern ist gesund.

Aufgrund meiner Darstellung habe ich den Wasserfestigkeitsgrad der Kiefer eingeschätzt. Hierbei blieben Keimlinge und sehr junge Pflanzen unberücksichtigt. Kiefern auf solcher Stufe der Entwicklung atmen besonders rasch und sind nicht imstande, die durch Ueberschwemmungswasser von langer Dauer außerordentlich verminderte Luftzufuhr zu den Organen durch Vergrößerung und Vermehrung der Lufträume sofort in gewissem Maße wettzumachen. Auch werden Keimlinge und zarte Pflänzchen noch nicht befähigt sein, dem übermäßigen, Zellsprengungen usw. verursachenden Eindringen von Wasser in die Organe durch Verstopfung der Zugänge in Form von Thyllen zu begegnen. Ferner habe ich bei meiner Einschätzung angenommen, daß anhaltende Wasserdecke nicht eintritt kurz nach dem Verlesen der Pflanzen, ehe noch die dadurch etwa entstandenen Wurzelverletzungen geheilt sind, nicht eintritt zu einer Zeit, wo die Pflanzen oder Bäume etwa durch pflanzliche oder tierische Schädlinge verletzt oder geschwächt sind, nicht eintritt in Jungwüchsen, Stangen- und Althölzern, welche von Oberflächenwasser nie betroffen worden sind. Weiter ist meine Einschätzung unter der Voraussetzung erfolgt, daß das Ueberschwemmungswasser nicht einen Zutritt der Luft zu den Pflanzenwurzeln abhaltende Verkrustung oder Versandung oder Vertiefung des Bodens bewirkt, und daß es nicht eine solche Menge Schlamm enthält, daß sämtliche oberirdischen Organe der unter Wasser geratenen Pflanzen mit einer nach Ablauf des Wassers noch lange fortbestehenden Schlammdecke überzogen werden.

Unter diesen Annahmen und Voraussetzungen trägt die Widerstandsfähigkeit in der Vegetationszeit bei von fließendem Wasser dargestellter Gipfelwasserdecke etwa 4 bis 5 Wochen, bei fließendem Wasser ohne Uebergipfelung der Pflanzen für Jung-

wüchse etwa 5 bis 6 Wochen, bei fließendem Wasser für Stangen- und Althölzer 6 bis 8 Wochen, ohne daß ein erheblicher Abgang von Pflanzgen oder Bäumen zu befürchten ist. Bei stehendem Wasser ist die Widerstandsfähigkeit der vom Wasser übergipfelten und nicht übergipfelten Holzgewächse etwas geringer.

Obige Annahmen und Voraussetzungen werden freilich bei der unregulierbaren natürlichen Bewässerung durch Ueberschwemmungen der Au- und Niederungswaldungen nicht oder nur teilweise erfüllt werden. Demgegenüber wird sich die Widerstandsfähigkeit der Kiefer durch eine Wasserdecke bisweilen vermindern. Dagegen wird die Erfüllung der Voraussetzungen für meine Einschätzung ermöglicht durch die von mir an mehreren Stellen¹⁾ vorgeschlagenen und beschriebenen, vornehmlich in der Streifenbewässerung und Hälterung der Au- und Niederungswaldungen bestehenden künstlichen Bewässerungsverfahren. Hier hat man es völlig in der Hand, diejenigen Waldflächen, für welche eine Wasserzufuhr nicht erwünscht ist, davon auszuschließen. Daraus, daß man bei Anwendung der künstlichen Bewässerung imstande ist, dem Walde Wasser zuzuführen, wenn den Pflanzenwuchs fördert, es vom Walde auszuschließen, wenn es den Pflanzenwuchs zu benachteiligen droht, beruht die hoch bedeutsame Ueberlegenheit der künstlichen Bewässerung über die natürliche (durch Ueberschwemmungen). Außerdem kommen an der Oberfläche der Streifen und Hälter, Senken und Vertiefungen nicht vor im Gegensatz zu den von Ueberschwemmungen heimgesuchten Au- und Niederungswaldungen. In deren Senken können daher die Kulturen nach Ablauf des fließenden Wassers ungemein lange Zeit den dann unerwünschten Wirkungen des stehenden Wassers unterworfen sein. Endlich muß erwähnt sein, daß die künstliche Bewässerung das Abbrausen verschlammter Pflanzen durch die auch die Vernichtung von am Stamme und an den nachfolgenden Schädlingen und zur Beseitigung von Bränden verwendbare Waldspritze ermöglicht. Schließlich sei bemerkt, daß bei zweckmäßiger Anwendung der künstlichen Bewässerung, besonders des Streifen- und Hälterungsbewässerungsverfahrens, sich möglicherweise außerst wasserfeste Spielarten der Kiefer und von den meisten anderen Holzarten gewinnen lassen.

¹⁾ Oesterreichische Forstzeitung 1896, S. 145 bis 147 und 386 f.; Allgemeine Forst- und Jagdzeitung 1903, S. 4 bis 450; 1904, S. 257 bis 259; 1905, S. 403 bis 406; 1906, S. 389 bis 395; Anderlind, ein System von Mitteln zur Verhütung schädlicher Hochwässer usw. 1904.

Literarische Berichte.

Mitteilungen der schweizerischen Centralanstalt für das forstl. Versuchswesen. XI. Band. Heft 1. Herausgegeben von Prof. A. Engler Zürich, Beer u. Co. 1914.

Das Heft enthält 2 Abhandlungen, eine aus dem Bereiche der Produktionslehre und eine aus dem Gebiete der Ertragskunde.

In der ersten Abhandlung berichtet Dr. W. Rnuchel über Spektrophotometrische Untersuchungen im Walde. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß hiermit wieder eine wichtige theoretische Grundlage geliefert wird, wie wir sie zur wissenschaftlichen Begründung unserer Lehre vom Waldbau dringend bedürfen. Die schweizerische und österreichische Versuchsanstalt sind mit solchen Arbeiten bahnbrechend, während wir uns der Tatsache nicht verschließen dürfen, daß die deutschen Versuchsanstalten ihr Arbeitsgebiet fast vorwiegend auf das Gebiet der Ertragskunde beschränkt haben. Die Einrichtung und wohl auch die Zersplitterung der Anstalten im Reich sind wohl der triftigste Grund dafür. Möge der kommende Friede auch hier eine kräftige Weiterentwicklung in der Organisation der deutschen forstlichen Versuchsanstalten und einen gleichmäßigen Ausbau sowohl für Fragen aus der Produktions- als auch der Betriebslehre bringen.

Rnuchel gibt zunächst einen Ueberblick über die Methoden der Lichtmessung, die im Gebiete der Pflanzenphysiologie seither angewandt worden sind.

Der erste, der photometrische Untersuchungen für das Verständnis physiologischer Vorgänge im Walde forderte, war Theodor Hartig; er stellte schon vor 40 Jahren mit lichtempfindlichen Papieren Lichtmessungen an, die aber kein endgültiges Ergebnis brachten. Prof. J. Wiesner, der als Pflanzenphysiologe dem Sichtgenuß der Pflanzen einen großen Teil seiner Forschungen widmet, vereinfachte die von Dunken und Roscoe erfundene Methode der Lichtmessung derart, daß sie für biologische Untersuchungen verwendet werden konnte.

Die Wiesnersche Methode wurde bekanntlich von Prof. Cieslar-Wien dann zu Lichtmessungen im Walde benutzt.¹⁾

Die genannte Methode besteht im wesentlichen darin, daß besonders hergestelltes lichtempfindliches Normalpapier solange dem Lichte ausgesetzt wird, bis es die Farbe eines konstant gefärbten Vergleichspapiers

angenommen hat. Nach dem Talbotschen Gesetze muß gleichen Produkten aus Zeit und Lichtintensität gleiche Färbung entsprechen, es muß $J \cdot t = J_1 \cdot t_1$ sein. Da aber heute das lichtempfindliche Papier meist nicht selbst hergestellt wird, sondern künstliches photogr. Papier zu den Versuchen benutzt wird, so liegt darin schon eine Fehlerquelle, weil die Lichtempfindlichkeit solcher Papiere durch das Lagern stark beeinflusst wird. Dr. E. Kiebel nahm anstelle des farbenempfindlichen Chlor Silberpapiers zu Lichtmessungen „Wynnes Infallible Exposuremeter“, den bekannten Expositionsmeßer der Photographen, der Brom Silberpapier enthält.

Abgesehen von der genannten unbestimmten Fehlerquelle hustet aber der Wiesnerschen Methode — damit allen photographischen Methoden — noch der Mangel an, daß die Resultate nur dann Schlüsse auf die Helligkeit zulassen, wenn die verglichenen Lichtquellen dieselbe Farbenzusammensetzung haben. Die diffuse Strahlung besteht nun aber meist aus den dunkeln Strahlen kurzer Wellenlänge, während bei direktem Sonnenlicht, dieses durch die Atmosphäre gerade um die Strahlengattung kurzer Wellenlänge am meisten geschwächt wird. Dorn hat nachgewiesen, daß die Methode nicht genügend Anhaltspunkte für die Bestimmung der chemischen Intensitäten des diffusen und des direkten Tageslichtes gibt, um die Helligkeiten beider Lichtquellen zu vergleichen. Weiter geht dann Verf. noch auf die Lichtstudien von Ramann, Bogen Jensen, Zederbauer und Max Wagner ein.

Wichtig ist das Resultat Zederbauers für ein weiteres Eindringen in das Lichtmessungsproblem im Walde. Zederbauer folgert, daß das Kronendach des Walde eine selektive Absorption auf das Tageslicht ausübt, daß ferner die Absorption bei den Holzarten verschieden ist, weshalb Untersuchungen über das Bestandslicht die einzelnen Spektralbezirke zu berücksichtigen habe.

Max Wagner beschrieb 1913 ein Photometer, das dem vom Verf. verwendeten im Prinzip ähnlich ist, hat aber bisher nur wenige Ergebnisse mitgeteilt.

Der Einfluß der Qualität und Quantität des Lichtes auf den Lebensprozeß der Pflanzen ist Gegenstand vieler Spezialarbeiten geworden.

Willstätter zerlegte das Absorptionsspektrum von Chlorophyllösungen in 7 scharf getrennte Bänder; er fand, daß die Absorption am stärksten in Rot und Blau, am geringsten im Ultrarot ist. Timiriazeff und Engelmann stimmen darin überein, daß Ab-

¹⁾ Mitteilungen u. d. forstl. Versuchswesen Oesterreichs. XXX. Heft.

sorption- und Assimilationmaximum im Rot liegen; Reintke gelangte zu demselben Schlusse.

Rniep und Minder fanden jedoch, daß „bei Anwendung gleicher Intensitäten für Rot und Blau nahezu gleiche Assimilationswerte erzielt werden“.

Insofern herrscht nach dem heutigen Stande der Wissenschaft Uebereinstimmung, daß „alle Strahlungsgattungen des sichtbaren Spektrums fähig befunden werden, Assimilation hervorzurufen, den Strahlen mittlerer Brechbarkeit jedoch eine geringere Bedeutung zugeschrieben wird als den übrigen. Bezüglich der Gestaltungsprozesse der Pflanzen weisen die seitherigen Forschungsergebnisse dahin, „daß die Pflanzen sich im monochromatischem Lichte nicht normal entwickeln, daß jedoch die kurzwelligen Strahlen von besonderer Bedeutung sind“.

Rnuchel verwendete für seine Untersuchungen ein unter Mitwirkung von Prof. Schweizer konstruiertes Spektrophotometer, ein ziemlich schwerfälliges Instrument. Es hat den Vorteil, daß bei jeder Messung an 5 genau bestimmten Stellen des Spektrums

bei rot	(Wellenlänge = 652 mm)	
„ gelb	„	= 589 „
„ grün	„	= 520 „
„ hellblau	„	= 472 „
„ dunkelblau	„	= 652 „

die Intensität des Lichtes gemessen werden kann.

Das Instrument ist nur zur Messung von Zenithlicht eingerichtet; es wird zur Lichtmessung im Bestande 3 mal aufgestellt: Zunächst im Freien, dann an der vorher bestimmten Stelle im Bestand, zuletzt wieder im Freien. Dazu sind im ganzen 60 Einstellungen und etwa 30 Minuten erforderlich.

Fasten auch dem neuen Photometer Nachteile an — der Verf. erwähnt den großen Umfang und die hohen Kosten des Apparates, die beschränkte Transportfähigkeit, die Notwendigkeit zweier Beobachter, die Beschränkung der Messung auf nur vertikal einfallendes Licht —, so sind doch erst mit diesem Photometer Eigentümlichkeiten des Lichtes unter Baumkronen festgestellt worden, die mit den früheren Methoden niemals zu erkennen waren. Weiter zeigt aber die noch etwas umständliche Methode neue Wege zu einfacheren Methoden der Messung des Bestandeslichtes.

Die Ergebnisse sind in den folgenden Abschnitten sehr klar und anschaulich dargestellt, die folgende Punkte behandeln:

I. Das Tageslicht.

II. Die Lichtdurchlässigkeit der Blätter.

III. Das Licht unter einzelnen Bäumen und Beständen.

1. Das Licht unter Kronen freistehender Bäume verschiedener Holzarten.

2. Die Lichtverhältnisse unter Bestandesschirm.

3. Die Lichtintensität unter laublosen Kronen.

Zum Schlusse werden die Ergebnisse zusammengefaßt und Folgerungen gezogen.

Die Ergebnisse sind im wesentlichen:

1. Das Tageslicht ist selbst bei scheinbar unmerklichen Veränderungen des Himmels großen nicht vom Sonnenstande abhängigen Schwankungen unterworfen.
2. Die grünen Blätter der Laubbäume absorbieren die Strahlen verschiedener Wellenlänge des sichtbaren Spektrums verschieden.

Die Absorption ist bei verschiedenen Blättern desselben Baumes quantitativ sehr verschieden. Lichtblätter sind im allgemeinen weniger durchlässig als Schattenblätter. Hauptsächlich lichtdurchlässig sind die Blattnerben; die chlorophyllhaltigen Zellen sind für chemisch wirksame Strahlen fast undurchlässig.

3. Beim Durchgang durch belaubte Laubholzkronen erleidet das Tageslicht eine Abschwächung bis auf wenige Prozente seiner Helligkeit. Die Abschwächung ist im Grün und Gelb geringer als in den übrigen Spektrumsteilen.
4. Die Menge des vertikal durch Kronen von Fichte und Tanne hindurchgehenden Lichtes beträgt meist nur Bruchteile eines Prozentes der Helligkeit.
5. Die starke Auslöschung des Tageslichtes durch die Baumkronen erklärt sich aus der geringeren Durchlässigkeit und der großen Oberfläche aller Blattoorgane des Baumes.

Die einseitige Blattoberfläche aller Blätter einer stark gelichteten 100 jährigen Buchenbestandes ist etwa 2—3 mal größer als die Bestandesfläche und in einem 55 jährigen geschlossenen Fichtenbestande beträgt die totale Nadeloberfläche mehr als das zehnfache der Bestandesoberfläche.

6. Für die Praxis der Lichtmessung im Walde ergibt sich, daß
 - a) für feinere Untersuchungen unter Laubblättern die einzelnen Farben getrennt gemessen werden müssen,
 - b) daß im Nadelholzwalde diese getrennte Messung nicht nötig ist.

Es kommt dies daher, daß das im Nadelholzbestande auf den Boden gelangende Zenithlicht mehr Licht ist, das durch die Lücken des Kronendaches einbringt und daher keine Veränderung in der Farbe bei Zusammenfassung gegenüber dem Freilicht erleidet.

Ein weites Feld der Forschung über die Rolle des Lichtes im Walde eröffnet das Studium der streng wissenschaftlich durchgeführten äußerst anregenden Arbeit, die unserem Waldbau festere Grundlagen zu geben vermögen. Möge es viele zu eifrigem Studium

des für die forstliche Produktion so wichtigen Faktors: Nicht anregen und darin fördern.

„Größe und Aufbau des Normalvorrates im Hochwalde“ ist die 2. Abhandlung betitelt, in der Flury mittels theoretischer Untersuchungen über den Normalvorrat die Resultate unserer Ertrags tafeln der Forsteinrichtung leichter dienstbar zu machen sucht.

Nicht einverstanden kann man sich damit erklären, daß Flury in der Einleitung schreibt: „Es ist ohne weiteres einzuräumen, daß bei dem heutigen Stande der Forsteinrichtung und Waldbehandlung der Normalvorrat gegenüber der früheren Auffassung erheblich an Wichtigkeit verloren hat“.

Das ist nicht richtig. Der Begriff des „Normalvorrates“ ist heute für jede nachhaltige Forstwirtschaft noch so wichtig wie ehemals. Geändert haben sich nur bei der Entwicklung einer rationelleren Forstwirtschaft draußen im Walde die Maßnahmen ihn zu verwirklichen. Die schablonenhafte Aneinanderreihung der Altersklassen ist weggefallen, die freiere Bestandswirtschaft ist im allgemeinen an ihre Stelle getreten. Selbst der reine Plenterwald bedarf zu seiner nachhaltigen Bewirtschaftung den Begriff des „Normalvorrates“ und Flury selbst gibt im Gegensatz zu den einleitenden Sätzen im I. Abschnitt über den „Begriff“ des Normalvorrates dies zu, der mit dem Satz schließt: „Sind auch für die endgültige Festsetzung des Glats meist andere Gesichtspunkte und Erwägungen bestimmend, so „soll uns dies nicht verleiten, deswegen den Normalvorrat als hemmenden Ballast über Bord zu werfen, solange wir an dessen Stelle nichts besseres zu setzen vermögen, was in zahlenmäßiger Form einfacher und prägnanter als Kriterium für die Sicherung der Nachhaltigkeit dienen könnte“.

Nach dem I. Abschnitt „Begriff des Normalvorrates“ geht Flury auf die Beschreibung und Größe im II. Abschnitt ein. Zunächst behandelt der Verfasser die Berechnung des Normalvorrates aus dem jährlichen Haubarkeitsdurchschnittszuwachs, die von der falschen Voraussetzung ausgeht, daß der Zuwachs in allen Lebensaltern gleich groß ist.

$$Nv = uz \cdot \frac{u}{2} = uz \cdot 0.5 u.$$

In dieser Formel hat der Faktor 0.5 aber nur für einen Punkt der Kurve des graphisch dargestellten Normalvorrates Gültigkeit, was sofort ersichtlich wird, wenn man den Normalvorrat nach der richtigen Methode aus den Massenziffern einer Ertrags tafel berechnet.

Man kann daher aus dem richtig nach einer Ertrags tafel berechneten Normalvorrat den richtigeren Wert als 0.5 oder für die sogenannte variable Konstante

c aus der Formel: $Nv = u \cdot cu$ berechnen. Diesen Weg hat Flury eingeschlagen; es wurden für verschiedene Holzarten, Bonitäten und Umtriebszeiten der Normalvorrat aus den Ertrags tafeln berechnet und dann daraus die Werte für c gesucht. Zu Grunde gelegt wurde den Untersuchungen für

Fichte die Ertrags tafeln	Flurys	1907
Tanne	„	Borehs 1896
„	„	Sichhorns 1902
Kiefer	„	Schwappachs 1896—1908
Buche	„	Flurys 1907
„	„	Schwappachs 1911
Eiche	„	Schwappachs 1905.

Aus den Untersuchungen, die von dem theoretisch richtigen Aufbau des Normalvorrates ausgehen, geht hervor, daß je langsamer der Entwicklungsgang einer Holzart ist, (Nicht-Schattholzarten) es desto länger dauert, bis die Konstante c den Wert von 0.5 erreicht. Die Resultate sind in klarem übersichtlichen Tabellen sehr anschaulich dargestellt.

Für die Tanne und Buche erhält man mit der Haubarkeitsdurchschnittszuwachsformel von über 120 Jahren den annähernd richtigen Vorrat, meist also einen zu hohen, was die badische Forsteinrichtungsvorschrift in den 1880er Jahren zu Abänderung der Formel auf $Nv = uz \times 0.45 u$ bewogen hat, eine Vorschrift, die aber nach einigen Jahren wieder fallen gelassen wurde.

Um ein kurzes Bild über die Größe der Konstanten c zu geben, haben wir deren Wert für einige Holzarten, Umtriebszeiten und Standortsklassen im folgenden zusammengestellt, zumal die Arbeit vielen Forsteinrichtungsbeamten nicht leicht zugänglich sein wird.

Tabelle I.

Wert der Konstanten c für Derbholzmasse.
Fichte (Flury) Gebirge.

Umtriebszeit = u	Standortsklasse				
Jahre	I	II	III	IV	V
60	0.362	0.340	0.316	0.284	0.247
80	0.427	0.411	0.392	0.363	0.334
100	0.485	0.471	0.453	0.426	0.393
120	0.537	0.525	0.480	0.484	0.453

Kiefer (Schwappach 1908).

60	0.439	0.409	0.374	0.301	0.234
80	0.507	0.483	0.456	0.390	0.331
100	0.562	0.539	0.525	0.469	0.416
120	0.607	0.603	0.596	0.555	0.524
140	0.655	0.670	0.682	—	—

Weißtanne (Baden).

80	0.363	0.345	0.317	0.271	0.204
100	0.435	0.410	0.384	0.347	0.285
120	0.483	0.463	0.437	0.400	0.345

Die Konstante c steigt mit zunehmender Umtriebszeit und Standortsgüte.

Für die Praxis wertvoller als diese vorwiegend theoretisch interessanten Untersuchungen sind die Ausführungen und Darstellungen der Verteilung des Normalvorrates nach Alters- und Standortsklassen.

Höhere Umtriebszeiten verlangen einen höheren Normalvorrat. Seine Größe und angemessene Verzinsung sind Hauptfragen der Forstwirtschaft. Die

Forsteinrichtung sucht den wirklichen Vorrat mit diesem Normalvorrat zu vergleichen und dies ist eingehend nur bei der Kenntnis der Größe des Normalvorrates nach Altersklassen möglich.

In tabellarischen Uebersichten, von denen ein Auszug hier wiedergegeben ist, hat Flury den prozentualen Anteil der einzelnen 20 Jahre umfassenden Altersklassen am Normalvorrat für verschiedene Holzarten, Umtriebs- und Standortsklassen zusammengestellt.

Tabelle II.

Verteilung des Normalvorrates nach Altersklassen (für *Derbholz*).

Standorts- klasse x	u = x	Normal- vorrat p. 100 ha fm	A l t e r s k l a s s e n :					
			1-20	21-40	41-60	61-80	81-100	100-120
			Prozentualer Anteil nm Gesamt-Normalvorrat.					

Kiefer (Schwappach 1896).

I	100	28608	0.9	11.1	22.2	30.1	35.7	—
III		17795	0.5	9.1	21.9	31.2	37.3	—
I	120	33289	0.6	7.9	15.9	21.6	25.6	28.4
III		21062	0.4	6.4	15.4	21.9	26.3	29.6

Kiefer (Schwappach 1908).

I	100	24111	0.2	12.4	23.2	30.0	34.2	—
III		14856	—	8.4	23.1	38.9	36.6	—
I	120	27443	0.1	9.1	17.0	22.0	25.0	26.8
III		17153	—	6.1	16.1	23.0	26.4	27.8

Fichte (Flury, Gebirge).

I	100	56761	0.6	8.0	21.4	31.1	38.8	—
III		33540	—	5.3	26.8	32.8	41.1	—
I	120	67645	—	5.6	15.0	22.2	27.2	20.1
III		40918	—	3.6	14.2	22.4	28.1	31.7

Tanne (Eichhorn).

I	100	41800	—	3.0	19.8	34.3	42.9	—
III		23820	—	1.3	16.9	34.7	47.1	—
I	120	51893	—	2.0	13.3	23.1	29.8	32.8
III		30996	—	0.8	10.8	22.2	30.2	36.0

Buche (Flury)

I	100	27054	—	5.2	20.4	32.7	41.7	—
III		17925	—	3.3	18.2	33.3	45.2	—
I	120	33224	—	3.5	13.8	22.2	28.3	32.2
III		22703	—	2.2	12.0	21.9	29.7	34.2

Eiche (Schwappach).

			1-40	41-80	81-120	121-160	161-200	
I	200	35167	2.0	12.9	22.5	29.1	38.5	—
III		10224	0.5	9.2	23.1	31.4	35.7	—

Bei der Fichte in 100jährigem Umtrieb macht der Vorrat der Altersklassen: 81-100 Jahre 41.1 % des Gesamtnormalvorrates aus, entsprechend bei der

Tanne 23.9 % auf I., 47.1 % auf III. Standortsklasse, bei der Buche 41.7 % auf der I., 45.2 % auf der III. Standortsklasse!

Eine bemerkenswerte Darstellung ist dann die der prozentualen Verteilung des Normalvorrates nach Alters- und Stärkekassen. Als Beispiel dieser zeitraubenden und peinlichen Untersuchungen ist

die Gliederung des Normalvorrates einer Fichtenbetriebsklasse im 100jährigen Umtrieb auf III. Bonität nach der Fluryschen Tafel (Gebirge) hier wiedergegeben.

Tabelle III.

Prozentuale Verteilung der Gesamtmasse des Normalvorrates nach Alters- und Stärkekassen für 120 jährige Umtriebszeit.

Fichte (Gebirge). Flurh. III Standortsklasse.

Stärkeklassen cm	Prozentualer Anteil	Anteil der Altersklassen						
		1-20	21-40	41-60	61-80	81-100	100-120	
		Jahre						
4	0.6	0.6	—	—	—	—	—	
8	4.4	12.8	0.5	2.3	1.3	0.3	—	—
12	7.0		—	3.3	2.7	1.4	0.4	—
16	10.6		—	1.4	4.2	3.1	1.5	0.4
20	12.6	36.7	—	—	3.7	4.5	2.9	1.5
24	13.5		—	—	2.0	4.4	4.4	2.7
28	13.1		—	—	0.9	3.3	4.6	4.3
32	11.6	40.9	—	—	0.3	2.2	4.0	5.1
36	9.3		—	—	—	1.5	3.1	4.7
40	6.9		—	—	—	0.7	2.4	3.8
44	4.7	9.6	—	—	—	0.3	1.5	2.9
48	2.9		—	—	—	—	0.9	2.0
52	1.5		—	—	—	—	0.3	1.2
56	0.5	—	—	—	—	—	0.5	
60	—	—	—	—	—	—	—	
64	—	—	—	—	—	—	—	
	100.0	1.1	7.0	15.1	21.7	26.0	20.1	

Prozentuale Verteilung des Normalvorrates im Tannen- und Fichtenplenterwald nach 5 Hauptstärkekassen. III. Bonität.

6-12	3.3					
14-24	10.0					
26-40	28.7					
42-60	45.0					
über 70	13.0					

Befriedigt die Gliederung des Normalvorrates nach Altersklassen meist die tagatorischen Ansprüche, so ist dies nicht der Fall bei Forderungen der Statik oder Bestandsbewertung, die die Stärkekassen erheben müssen.

Das Grundlagematerial für solche Untersuchungen lag leider nur für Fichte und Buche vor.

Weiter versucht Flurh, — wie er selbst einräumt, auf noch allerdings unvollkommenen Grundlagen — die Konstruktion eines Normalvorrates für den Plenterwald auf Grund von 6 Versuchsfächenaufnah-

men. In Tabelle III haben wir die Verteilung der Stärkekassen der III. Standortsklasse dieser Plenterbetriebe zum Vergleich angefügt.

Es ergibt sich daraus ein viel größerer Massenanteil der höheren Stärkekassen am Gesamtvorrat als bei dem gleichalterigen Hochwald.

Allerdings sind direkte Vergleiche hier nicht zulässig, da die Plenterbestände Mischungen von Ta und Fi aufweisen, und besonders bei der Tanne im Plenterbetrieb die älteren Stämme rasch erstarken, der

Jungwuchs aber lange zuwachsarm zurückbleibt. Es ist diese Mitteilung auch nur als eine „vorläufige Mitteilung in Ermangelung von etwa Besseren“ aufzufassen.

Zum Schlusse geht Flury noch auf das Hundeshagen'sche Nutzungsprozent ein.

Die nachhaltig jährliche Nutzung in Prozenten des Normalvorrates ausgedrückt ergibt bekanntlich das Nutzungsprozent:

$$p = 100 \cdot \frac{uz}{Nv}$$

oft so weiter entwickelt, daß $Nv = uz \times \frac{u}{2} = uz$

$$u = 0.5 \text{ dann } p = \frac{200}{u}.$$

Setzt man aber wie oben statt der Größe 0.5 : c, so ergibt sich

$$p = 100 \frac{uz}{uz \cdot cu} = \frac{100}{cu}.$$

Wenn die Größe $c = 0.5$ ist, dann ergibt sich $p = \frac{200}{u}$, in den anderen Fällen dagegen ergeben sich für sie andere Werte.

Unter Berücksichtigung der wandelbaren Konstante c hat dann Flury in einer Tabelle für verschiedene Holzarten, Bonitäten und Umtriebszeiten die Nutzungsprozente berechnet und übersichtlich dargestellt, ein für die Praxis der Forsteinrichtung willkommenes Hilfsmittel.

Voraussetzung für die praktische Anwendung der Tabelle sind in hohem Alter geschlossene Bestände, die wie die Bestände der benutzten Ertrags tafeln erzogen sind. Stärkere Durchforstungen und Lichtungsbetriebe steigern natürlich das Nutzungsprozent.

Neben wertvollen, mehr theoretisch wichtigen Untersuchungen, enthält die Flury'sche Arbeit für die Praxis der Forsteinrichtung Anregendes und viel Nutzbares.

Auch diese Arbeit Flurys zeichnet sich, wie seine anderen Untersuchungen auf dem Gebiete der Ertragskunde durch Gründlichkeit in der Methode und klare Darstellung aus, die bei allen theoretischen Erörterungen die verbindenden Wege zur Praxis niemals aus dem Auge verliert.

Dr. Wimmer.

Frommes forstliche Kalender-Tasche. 1916.

Zugleich Kalender des Allgemeinen Güterbeamten-Vereines in Wien. Redigiert von R. R. Hofrat Emil Böhmerle, Ehren- und Zentral-Ausschuß-Mitglied des Allgem. Güterbeamten-Vereines in Wien, Ehrenmitglied und Erster Bundesrat des „Bund deutscher Forscher“ in Hannover, Correspondierendem Mitglied des N.-D. Forstvereines usw. XXXIV.

Jahrgang. Mit 45 Figuren im Texte. Druck und Verlag der Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung C. Fromme, Wien. Preis Kr. 3.50.

Im Vorworte wird darauf hingewiesen, daß die forstliche Kalender-Tasche zum 30. Male unter Böhmerle'scher Leitung in diesem Jahre erscheint. Hierin liegt der beste Beweis für die Gediegenheit ihres Inhalts. Dieselbe zerfällt in folgende Hauptabschnitte: 1. Allgemeine (Kalender für 1916, Post- und Telegraph, Maß- und Gewichtstabellen, Stempel-Stala, verschiedene Berechnungsformeln und Tafeln, die wichtigsten Formeln der Waldwertberechnung usw.); 2. Forstbetrieb (Sortimente und Maße der Forstprodukte der Haupt- und Nebennutzung, Feststoffgehalt der üblichen Raummaße, Gewicht der vornehmsten Forstbetriebsstoffe und anderer Materialien, Schwand der forstlichen Rohstoffe, Harznutzung, Ausbeute bei der Teerschwelerei, der Pechsieberei und der Kienrußbrennerei, Knoppernnutzung, Mast, Seegrass-Nutzung, Bindenbastnutzung, Holzverkohlung, Sägenbetrieb, Schindelerzeugung, Massenaufnahmen, Brusthöhen-Formzahlen, Normal-Ertragstafeln, Rindenprozente, Sortimententafel, Stock- und Wurzelholz-Prozenttafel); 3. Waldbau (Gewicht, Körnerzahl, Keimprozent der Samen, Blütezeit, Reife und Abfall der Samen, Dauer der Keimkraft, Tabellen für den Forstgartenbetrieb und für Freilandkulturen); 4. Jagd (aus der Fortpflanzungsgeschichte des Fehers, wildes, Hauptlebensmomente des Haawildes); 5. Technische Notizen; 6. Staatsprüfungsvorschriften; 7. Forstliche Staatsbehörden, Lehranstalten, Vereine und Kongresse.

E.

Taschenbuch für Jäger und Jagdfreunde, zugleich Repertorium für das Studium der Jagdwirtschaft und die Vorbereitung zur Jagdprüfung. Von Emil Böhmerle, em. k. k. Hofrat des techn. Departements des k. k. Ackerbau-Ministeriums für die Verwaltung der Staats- und Fondsforste. Mit 52 Kopf- und Randleisten von H. Poß und J. Edelmüller und 164 Abbildungen. Dritte, gänzlich neu bearbeitete Auflage. Wien und Leipzig 1915. 8° XVI und 636 Seiten. Preis: 11 Mk. Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Fromme, Ges. m. b. H. in Wien V., Nikolsdorfgasse 7—11.

Das im Jahre 1903 erschienene „Taschenbuch für Jäger und Jagdfreunde“ erlebt hiermit seine dritte Auflage. Die systematische Einteilung des Stoffes ist im wesentlichen die gleiche geblieben wie die der früheren Auflage. Textlich ist jedoch dem Fortschritte der Wissenschaft Rechnung getragen worden. Um Raum zu gewinnen wurde der Abschnitt II der früheren Auflage: „Schon- und Schutzzeit des Wildes“ sowie ein

II des Abschnittes III: „Schnitzzeit der Fische und Fische“ weggelassen, was mit Rücksicht darauf, daß die Schnitzzeiten auf jeder Jagd- und Fischereikarte merkt sind, begründet erscheint.

Wesentliche Erweiterungen haben die Abschnitte IV: Die Hauptlebensmomente des Haar- und Federwildes, V: „Körpergröße und Gewicht der wichtigsten Wildarten“ und VI: „Jagd und Fang der wichtigsten Wildarten“ erfahren. Neu ist der Abschnitt XII: „Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen für das Jagdpersonal“ mit Anhang „Uebersicht über die jagdrechtlichen Normen in den Reichsratsländern“.

Im übrigen ist der reiche Inhalt des Buches in folgende Hauptabschnitte eingeteilt: 1. Die gebräuchlichsten Kunstausdrücke der Weidmannssprache, 2. Systematische Uebersicht der Jagdtiere einschließlich der wichtigsten bei der Bodenkultur in Betracht kommenden Tiere, 3. Die Hauptlebensmomente des Haar- und Federwildes in Oesterreich-Ungarn, 4. Die Krankheiten des Wildes und der Jagdhunde, 5. Körpergröße und Gewicht der wichtigsten Wildarten, 6. Jagd und Fang

der wichtigsten Wildarten, 7. Die wichtigsten Jagdhilfsmittel, 8. Ueber Wildfütterung und Wildfuzen, 9. Ueber Jagd- und Wildschäden, 10. Laichzeit, Brutdauer, Größe und Gewicht der Fische, gebräuchliche Räderarten, 11. Die Obliegenheiten des Berufsjägers in den einzelnen Monaten, 12. Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen für das Jagdschutzpersonal.

In einem Anhang werden noch eine Reihe von Aufsätzen und Kommentaren gebracht über: Einige fremdländische Wildarten, Jagdstatistik, Wildabschussvergebung in Ungarns Staatsforsten, Jagdpachtvertrag, Schußlöhne für Wild, Bestimmungen zum Tarif über Wildpreise und Schußlöhne, Schußlisten, Bestimmungen für die Wehr-Verhaltensmaßregeln für die Hochwildjagden in den k. k. Staatsforsten im Wienerwalde, usw.

In dem gut ausgestatteten und mit guten Abbildungen versehenen Buche ist eine Menge interessanten Materials enthalten. Auch die neue Auflage wird bei Jägern und denen, die es noch werden wollen, dankbare Aufnahme finden. E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Benutzung der Fichtenrinde zur Gerbstoffgewinnung.¹⁾

Unter dem 26. November d. J. hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgende allgemeine Verfügung an die kgl. Regierungen erlassen:

„Der Mangel an Gerbstoffen nötigt dazu, die Fichtenrinde, soweit irgend angängig, zur Gerbstoffgewinnung zu benutzen. Zu dem Zwecke ist in die Holzverkaufsverhandlungen folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Dem Forstfiskus bleibt das Recht vorbehalten, die Rinde von allem verkauften Fichtenholz für sich zu gewinnen und zu verwerten, so lange das Holz noch im Walde liegt. Der Käufer darf das von ihm gekaufte Holz im Walde nicht entrinden. Er ist jedoch zur Abfuhr des Holzes berechtigt, auch wenn die Rinde vom Forstfiskus noch nicht gewonnen ist.“

In den meisten Bezirken wurde den Käufern aufgetragen, das Nadelholz bis Ende Mai zu schälen. Diese Verpflichtung muß bezüglich der Fichte in Wegfall kommen. Da die im Walde während des Winters

zu gewinnende Schnitzrinde wegen der Schwierigkeit des Austrocknens sich zu Gerbzwecken nicht verwerten läßt, sind die im Winter gefällten Fichten, sofern nicht ganz besondere Gründe dagegen sprechen, nicht alsbald nach der Fällung zu entrinden, sondern erst bei Eintritt der Saftzeit, dann aber schnelligst zu schälen und an Stellen, die sich nicht schälen lassen, durch Schnitzen zu entrinden. Die Frühjahrsschnitzrinde ist wie die Schälrinde zu behandeln. In der Saftzeit gefällte Fichten werden sofort geschält. Die Sommerfällung ist soweit wie möglich auszudehnen, insbesondere für Fichtengruben- und Papierholz zu bevorzugen. Soweit bisher die Messung mit der Rinde üblich war, verbleibt es hierbei. In diesem Falle ist an den Meßstellen ein Rindenring zu belassen. Ich habe der Kriegslebergesellschaft in Berlin zugesagt, ihr die gesamte im Staatswalde zu beschaffende Fichtenrinde zum Preise von 5 Mk. je Zentner waldbetrockener Rinde zu überlassen. An andere darf demnach Fichtenrinde nicht abgegeben werden.

Die Abfuhr der Rinde wird der Kriegslebergesellschaft obliegen, doch hat der Oberförster die Verpflichtung, ihr hierbei nach Kräften beizustehen. Von den vor der Saftzeit abgefahrenen Fichten geht die Rinde für Gerbzwecke verloren, wenn Käufer die Rinde nicht selbst gewinnen. Die Oberförster haben daher

¹⁾ Vgl. Allg. Forst- u. Jagd-Zeitung, 1915, S. 197.

bei Verkauf von ungeschältem Fichtenholz darauf hinzuweisen, daß es sich für die Käufer in ihrem und im allgemeinen Interesse empfiehlt, die Fichten auf den eigenen Lagerplätzen zu entrinden und sich wegen Verkaufs der Rinde mit der Kriegsleder-Aktiengesellschaft in Verbindung zu setzen. Haben bereits Fichtenverkäufe stattgefunden, nach denen dem Forstfiskus das Recht der Entrindung nicht zusteht, so empfiehlt es sich, mit den Käufern größerer Mengen von Fichtenholz eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Fiskus das Recht des Schälens erhält, oder den Käufern, wenn sie hierauf nicht eingehen wollen, die Gewinnung der Fichtenrinde nahezulegen."

Abschrift dieser Verfügung wurde auch den Regierungspräsidenten mit dem Ersuchen zugesandt, in jeder möglichen Weise auf die waldbesitzenden Gemeinden und Privaten dahin einzuwirken, daß auch sie sich bemühen, tunlichst große Mengen Fichtenrinde zu gewinnen.

* * *

Barzahlung gestundeter Holzkaufgelder gegen Abzug von Zinsen.

Durch Erlaß vom 30. Januar 1915 war bestimmt worden, daß das bei Verkauf von stehendem Holz ausbedungene Angeld, da es hauptsächlich zur Sicherung des Kaufgeschäftes dienen soll, bei Barzahlung nicht zu kürzen ist. In Abänderung dieser Verfügung ist durch die allgemeine Verfügung vom 2. Dezember 1915 angeordnet worden, daß denjenigen Holzkäufern, die auf Grund der Holzverkaufsbedingungen Anspruch auf zinslose Stundung des Kaufgeldes haben, im Falle vorzeitiger Barzahlung des letzteren auch von dem in bar gezahlten Angeld eine Zinsvergütung bei der Schlußzahlung des Kaufgeldes gewährt wird. Die Vergütung ist für das Angeld besonders nach dem bei der Schlußzahlung angewendeten Lombardsatz auf die Zeit von der Barzahlung des Angeldes bis zum Kaufgeld-Stundungstermin zu berechnen. Die Zinsvergütung kommt nur für die nach dem 1. Dezember 1915 erfolgenden Barzahlungen von Angeld zur Anwendung und zwar auch dann, wenn die Sicherheit für das Angeld vor dem 1. Dezember d. J. in Wertpapieren geleistet wurde.

* * *

Stundung von Holzkaufgeldern.

Die durch die Allgemeine Verfügung vom 30. Januar 1915¹⁾ den Regierungen erteilte Ermächtigung, die bis zum Schluß des laufenden Etatsjahres fälligen Holzkaufgelder des Wirtschaftsjahres 1914 auf Widerruf über das Etatsjahr 1914 hinaus gegen Zahlung von 5 und vom 1. Juli 1915 ab von 6% Verzugszinsen

¹⁾ Vgl. Allg. Forst- u. Jagd-Zeitung 1915, S. 128.

vom Fälligkeitstage ab gerechnet bis äußerstenfalls am 1. März 1916 zu stunden, wenn die volle Höhe der Holzkaufgelder durch Sicherheitsleistung gedeckt wird durch Ministerial-Erlaß vom 22. Januar 1915 entsprechend auf die Holzkaufgelder aus dem Wirtschaftsjahre 1915 erteilt. Doch sind vom Fälligkeitstage ab 6% Verzugszinsen zu zahlen. Die Stundung kann äußerstenfalls bis zum 3. März 1917 ausgedehnt werden, darf jedoch erst nach Prüfung der Sachlage, insbesondere der persönlichen Verhältnisse und der finanziellen Lage des Antragstellers gewährt werden.

* * *

Brennholzverkauf an Minderbemittelte.

Die erhebliche Steigerung der Brennholzpreise Veranlassung zu folgendem Erlasse des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 3. Februar 1915 gegeben:

„Wiederholt sind bei mir Klagen darüber laut geworden, daß Brennholz nur zu unerträglich hohen Preisen zu kaufen sei. Wenn ich auch annehme, daß infolge der von mir veranlaßten Verstärkung des Brennholzeinschlages sowie infolge der Milde des Winters auf eine Ermäßigung der Brennholzpreise zu rechnen ist, will ich doch die Rgl. Oberförster ermächtigen, wenn ein Bedürfnis vorliegt, an Gemeinden, die in unmittelbarer Nähe von Walde benachbart sind, freihändig Brennholz möglich in günstiger Abfuhrlage zu mäßigen Preisen unter Bedingung zu überlassen, daß die Gemeinden das Holz ohne Gewinn unbemittelten Einwohnern zur Befriedigung des eignen, dringendsten Bedarfs abtreten. Ich überlasse es den Rgl. Oberförstern, den Preis von Holz zu Fall nach Lage der Verhältnisse festzusetzen, doch ist mindestens die Lage des Holzes zu fordern. Auch durch die im § 32 der Oberförstergeschäftsanweisung angeordnete Abhaltung von Versteigerungen mit beschränkter Konkurrenz, bei der Holzhändler, Personen, die Holz zum Gewerbebetriebe kaufen wollen, und notorisch wohlhabende Personen vom Mitbieten ausgeschlossen werden, wird die Befriedigung des eignen Bedarfs für die minderbemittelten Einwohner erleichtert werden können.

* * *

Landwirtschaftliche Nutzung forstfiskalischer Flächen aus Anlaß des Krieges.

Die Rgl. Regierungen werden auf Grund der höchsten Ermächtigung durch Erlaß des Staatsministeriums vom 11. Dezember 1915 ermächtigt, zur vorübergehenden landwirtschaftlichen Nutzung geeigneten forstfiskalischen Schlag- oder sonstigen, Aufforstung bestimmten und zur Zeit ungenutzten Flächen zur unentgeltlichen landwirtschaftlichen Nutzung auf die Dauer von 1—3 Jahren unter der Bedingung

zugeben, daß die landwirtschaftliche Bestellung und Entnahme der ersten Ernte noch im Jahre 1916 lgt. Zugleich werden die Regierungen angewiesen, jede mögliche Weise dahin zu wirken, daß die zudigen Revierverwalter, deren Ermessen die Auswahl das Ausgeben der in Rede stehenden Flächen, so es sich nicht um den Nießbrauch von Forst- anten handelt, in der Regel zu überlassen sein wird, der erteilten, den Anwohnern des Waldes ihrer bekanntzugebenden Ermächtigung im Interesse der emehrung der landwirtschaftlichen Produktion, ins- ondere des Kartoffelanbaus, ohne Rücksicht auf forst- schaftliche Erwägungen einen tunlichst ausgedehnten rauch machen. Bei Zuteilung der Nutzungsflächen d zunächst bedürftige Anwohner des Waldes, Wald- eiter, Forstbeamte und sonstige kleinere Wirte, hier- ch auch größere Wirte und Unternehmer zu berück- tigen. Die Nutznießer der Flächen sind vertraglich ver- pflichtet, für den Fall, daß die Bestellung des en überlassenen Landes nicht rechtzeitig erfolgt, den ppelten Grundsteuerreinertrag als einmaligen Pacht- s zu entrichten und zugleich die Flächen der Forst- waltung zur anderweiten Verwendung zurückzugeben.

* * *

Grubenholz-Einschlag.

An sämtliche Regierungen hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgenden Erlaß unter dem 25. Februar d. J. gerichtet:

Bei einer im Handelsministerium erfolgten Be- rührung mit Beauftragten von Steinkohlengruben- eigern und von Grubenholzhändlern Preußens wurde festgestellt, daß auf fast allen Gruben trotz der Minder- erung die greifbaren Vorräte an Grubenholz hinter dem normalen Vorrat zurückbleiben, und daß schleunigst Maßregeln zur Wiederauffüllung der Bestände ge- troffen werden müssen. Der Holzmangel sei insbe- ondere durch die Verminderung der Einfuhr aus dem Auslande und dadurch herbeigeführt worden, daß der Einschlag in den Staatsforsten und besonders in den Privatwaldungen infolge Fehlens von Beamten und Arbeitskräften hinter dem der Friedensjahre zurück- geblieben sei. Dazu komme, daß viele Grubenholzer, schungsweise 1 Million Festmeter, zugerichtet im Walde lagern, aber bisher nicht abgefahren werden konnten, da Pferde und Fuhrleute nicht zu beschaffen waren. Die Militärverwaltung ist ersucht worden, der Abhilfe zu schaffen, doch ist es fraglich, ob ihr dies möglich sein wird. Jedenfalls hat die Staats- verwaltung die Aufgabe, nach ihren Kräften dahin zu wirken, daß den Steinkohlengruben das zur Auf- richterhaltung des Betriebs erforderliche Holz zur Ver- fügung gestellt wird. Ich veranlasse daher die Kgl.

Regierungen, Anträgen auf Abgabe von Grubenholz entgegenzukommen und dafür zu sorgen, daß der Gruben- holzhieb im Frühjahr und Sommer fortgesetzt wird. Bei Auswahl der Schläge ist besonders Gewicht darauf zu legen, daß die Abfuhr zur Eisenbahnverladestelle möglichst leicht, wenn tunlich durch eine Waldbahn, bewirkt werden kann. Freihändige Verkäufe sind nicht auszuschließen. Ihnen ist ein angemessener, den ört- lichen Verhältnissen entsprechender Preis zugrunde zu legen. Es empfiehlt sich, größere Verkäufe für mehrere Oberförstereien gleichzeitig abzuschließen. Kriegs- gefangene werden bei Mangel an Arbeitskräften über- wiesen werden können, da der Herr Kriegsminister aus- drücklich die Grubenholzschläge als zu berücksichtigende Arbeiten bezeichnet hat.

* * *

Nutzung von Futterlaub.)

In einem Erlasse vom 7. Februar 1916 wird die Menge des auf Kosten der Forstverwaltung erworbenen Futterlaubs auf 90 000 Zentner angegeben. Die Wer- bungskosten betrugen durchschnittlich etwa 2,20 Mk. je Zentner. Bei der Verwertung haben sich Schwierig- keiten ergeben teils wegen der Höhe der Werbungs- kosten, die in einzelnen Fällen mehr als das Doppelte dieses Durchschnittssatzes betrugen, teils aus dem reg- nerischen Wetter während der Werbung, das bei gleich- zeitiger Steigerung der Kosten den Wert des Futters stark beeinträchtigte, teils aus der guten Grummet- ernnte vieler Gegenden, die den befürchteten Mangel an Raufutter nicht eintreten ließ, endlich und sehr wesentlich auch aus dem Mißtrauen, das die Land- bevölkerung dem bisher unbekannten Futter entgegen- brachte und weiter entgegenbringt.

Weiter ermächtigt der betr. Erlaß die Kgl. Re- gierungen, den etwa noch vorhandenen Bestand an Futterlaub zu jedem erreichbaren Preise zu verkaufen, und verweist darauf, daß ein sehr bedeutender Teil des bisher verkauften Futterlaubes an die Proviantämter hat abgesetzt werden können, die sich zum Teil sehr an- erkennend über den Wert und die Bekömmlichkeit des Futters geäußert haben.

Diese Ermächtigung erstreckt sich auch auf die Ab- gabe von Futterlaub an Forstbeamte zu einem von der Regierung festzusetzenden Preise. Als Wildfutter soll das Futterlaub nur verwendet werden, nachdem jede andere Art der Verwertung ohne Erfolg versucht worden ist. In diesem Falle sollen die Werbungs- kosten aus dem Jagdverwaltungsfonds (Titel 26) ge- zahlt werden.

* * *

¹ Vgl. Allg. Forst- u. Jagd-Zeitung 1916, S. 199 u. 248.

Verwendung der gesammelten Bucheln und Eicheln.¹⁾

Ueber die Verwendung der auf ministerielle Anordnung in den Staatsforsten gesammelten Bucheln und Eicheln trifft ein Erlaß vom 14. Februar 1916 folgende Bestimmungen:

1. Die von einer Anzahl von Regierungen erbetene Genehmigung zur Verwendung geringer Mengen von Bucheln und Eicheln zu Forstkulturen wird erteilt.

2. Die noch ungesammelten Bucheln werden zur Delbereitung voraussichtlich nicht mehr brauchbar sein; sie eignen sich aber noch zum Verfüttern. Ihr Einsammeln auf Kosten der Verwaltung ist deshalb nur da noch angängig, wo durch den Verkauf an Viehhalter der Sammellohn gedeckt wird. Im übrigen werden diese Bucheln durch Ausgabe von Sammelscheinen oder durch Eintrieb von Schweinen und Schafen, von denen die jetzt weicheeren Früchte lieber als im Herbst genommen werden, zu verwerten sein.

3. Die bereits gesammelten Bucheln werden auch in ganz geringen Mengen von dem „Kriegsauschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette“ übernommen und sind demnach ohne Ausnahme bei diesem zur weiteren Bestimmung anzumelden. Die Abzüge für die höhere Fracht bei der Versendung der Früchte als Stückgut sind verhältnismäßig so gering, daß sie der Stückgutversendung nicht im Wege stehen können.

4. Nachdem durch die Verordnung vom 8. November 1915 die Verordnung vom 28. Juni 1915 (Reichsgesetzbl. S. 747 u. 399) auf Eichen und Korkastanien ausgedehnt und durch Verordnung vom 6. Januar 1916 (Reichsgesetzbl. S. 2) Höchstpreise für diese Früchte festgesetzt worden sind, sind die Vorschriften gedachter Verordnungen sorgfältig zu beachten. Der durch die allgemeine Verfügung vom 14. September 1915 zugelassene freihändige Verkauf von Eichen an viehhaltende Anwohner des Waldes ist also, soweit es sich um Vorräte von mehr als einem Doppelzentner handelt, erst statthaft, nachdem die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte die Uebernahme der ihr anzumeldenden Vorräte abgelehnt hat. Als Mengen, die zum Verbrauch im eigenen Betriebe der Eigentümer erforderlich sind (§ 4 der Verord. vom 28. Juni 1915), sind auch die von den Staatsforstbeamten in Anspruch genommenen anzusehen. Die nach dem Runderlasse vom 14. September 1915 statthafte Abgabe von Eichen an diese ist also auch weiterhin zulässig. Die Verwertung von Eichen durch Einnehmen von Vieh oder durch Ausgabe von Sammelscheinen ist als ein „Absetzen“ der Früchte im Sinne des § 2 der Verord. vom 28. Juni 1915 nicht anzusehen.

5. Soweit die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte auf die Abnahme der ihr angemeldeten Eichen verzichtet, sind die Vorräte nunmehr nach eigenem Ermessen der Rgl. Regierungen, tunlichst aber zu Höchstpreisen zu verkaufen.

* * *

Brennholz-Einschlag.

Zur Befriedigung des Brennholzbedarfes hat das Landwirtschaftsministerium folgende Verfügung vom 10. Februar d. J. erlassen:

Der Herr Kriegsminister hat betont, daß es zur Befriedigung des Heeresbedarfes dringend erforderlich sei, den Holzverkohlungsanstalten das nötige Brennholz zu liefern, da die Erzeugnisse der Holzverkohlung (Methylalkohol, Holzgeist, Aceton, Formaldehyd, Gase) für Herstellung von Kampfmitteln erforderlich seien. Den Rgl. Regierungen wird es daher Pflicht gemacht, den Anträgen der Verkohlungsindustrien usw. möglichst entgegenzukommen.

In vielen Gegenden ist die Bevölkerung wegen hohen Brennholzpreise erregt. Daher empfiehlt es sich nicht, den Verein für chemische Industrie in Mannheim zu Frankfurt a. M. in den Holzverkaufsterminen zu bieten zu lassen, vielmehr scheint es geboten, die größeren Posten freihändig zu verkaufen. Es muß hierbei vermieden werden, daß der Vorratbedarf Brennholz unbefriedigt bleibt. Daher sind in der Regel besondere Hiebe zu Gewinnung des Rohholzes einzulegen. In Nadelholz umzuwandelnde Buchenbestände, die beim Abtrieb nur Brennholz oder auch diesem nur geringwertiges Nutholz liefern, eignen sich besonders für diese Holzabgabe. Durch die vorgedachte allgemeine Verfügung habe ich die Regierungen bereits ermächtigt, derartige Bestände zu nutzen, auch wenn sie nicht der I. Periode angehören. Ebenfalls eignen sich Buchendurchforstungshiebe gut zur Beschaffung des fgl. Holzes.

In Rücksicht auf die großen Mengen, die der Verein übernimmt, wird es genügen, für das Brennholz einen Preis zu fordern der etwa nur 30 bis 50 % höher ist, als derjenige Brennholzpreis, oder wenn geringwertiges Nutholz mitverschnitten wird, derjenige Preis je Festmeter dieses Nutholzes und des Verbrennholzes der betreffenden Bestände, der in den letzten Friedensjahren zu erzielen gewesen wäre.

Die Regierung in L. hat dem Verein aus 9 Oberforstereien 60 000 rm Buchendurchbrennholz und dazugehörige (stärkere) Reisig mit der Verabredung gekauft, daß der Einschlag den ganzen Sommer hindurch erfolgen kann. Doch müssen die im Laub gefällten Stämme einige Tage bis zum Verwelken im Laubes unaufgearbeitet liegen bleiben. Der Verein

¹⁾ Vgl. Allg. Forst- u. Jagd-Zeitung 1914, S. 246.

at die Vermittlung für Beschaffung der Kriegs-
esfangenen übernommen. Deren Arbeit war im Ter
bezirke bisher billiger, als die der gelernten heimischen
Polzhauer, wenn fleißige Gefangene eine besondere
Vergütung von 20 Pfg. je Tag erhielten. Voraus-
ichtlich wird der Verein auch für den dortigen Bezirk
auf eine gleiche Verabredung bezüglich der Sommer-
allung und der Beschaffung der Kriegsgefangenen ein-
gehen. Da nicht feststeht, daß die erforderlichen Ar-
beitskräfte sicher vorhanden sein werden, wird von der
Kgl. Regierung eine Gewähr für Lieferung der ver-
tragsmäßigen Mengen nicht zu übernehmen sein.

* * *

Überlassung von Wild an Forstschutz- beamte.

Durch Erlaß vom 9. Februar 1916 erklärt der
Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
es für erwünscht, daß den einen eigenen Haushalt
führenden Forstschutzbeamten, soweit dies nicht schon
geschieht, von den Oberförstern Gelegenheit gegeben
wird, für ihren Bedarf Wild zu ortsüblichen
Preisen zu erwerben.¹⁾ Als solche haben die behufs
Feststellung der Wildbretttagen ermittelten örtlichen
Bewertungspreise zu gelten.

* * *

Anpflanzen von Frühkartoffeln.

Wenn auch das Anpflanzen von Frühkartoffeln
keine forstwirtschaftliche Maßnahme ist, so dürfte ein
Erlaß des Landwirtschaftsministers vom 18. Januar
d. J., der sich hiermit befaßt, für viele Forstbeamte
von Interesse und Wert sein. In diesem Erlasse wird
folgendes ausgeführt:

„Je früher die Kartoffeln gepflanzt werden, um
so früher tritt unter normalen Verhältnissen die Reife
ein, und um so zeitiger kann mit der Aberntung be-
gonnen werden. Von besonderer Wichtigkeit ist des-
halb ein tunlichst frühes Auspflanzen der Früh-
kartoffeln, sobald es die Bodenbeschaffenheit und die
Witterungsverhältnisse gestatten. Im allgemeinen dürfte
jedoch für Norddeutschland ein Auspflanzen vor An-
fang bis Mitte April kaum zu empfehlen sein. Ein
bewährtes Mittel, möglichst frühzeitig Kartoffeln ernten
zu können, ist das Auspflanzen bereits vor-
gekeimter Kartoffeln. Zu diesem Zwecke bringt
man die Pflanzknollen etwa Mitte Februar auf kleine,

leicht zu handhabende, etwa 10 cm hohe Sorten von
Holz, oder in entsprechende Holzkästen, indem man sie
eine neben der anderen, mit dem Kronenende nach
oben in diese einsetzt. Die so beschickten Sorten werden
in einem frostfreien, am besten heizbaren, warmen,
hellen, trockenen, und leicht zu lüftenden Raum unter-
gebracht. Sie werden hier entweder auf Lattengerüsten
oder einfach übereinander geschüttet, so aufgestellt, daß
die Kartoffeln überall genügend Licht und Luft haben.
und verbleiben dort bis zum Auspflanzen. Unter
diesen Verhältnissen bilden sich dann die erwünschten
kurzen gedrunghenen und besonders kräftigen Reime
unter gleichzeitigem Einschrumpfen der Knollen, wäh-
rend die Bildung langer, dünner und schwächlicher
Reime, wie sie bei dunkler und feuchter Lagerung zu
entstehen pflegen, verhindert wird. Wenn die Zeit
zum Auslegen gekommen ist, werden die Sorten aufs
Feld gebracht und die Knollen aus diesen direkt, unter
möglichster Schonung der Reime, mit der Hand in die
Pflanzlöcher, das Kronenende nach oben, gesetzt, gut
eingedrückt und vorsichtig mit Erde bedeckt. Bei Ver-
wendung gut vorgekeimten Pflanzmaterials wird unter
sonst günstigen Umständen immerhin auf eine 10 bis
14 Tage frühere Ernte zu rechnen sein. Frühkartoffeln
werden enger gepflanzt als späte Sorten. Die Pflanz-
weite ist zweckmäßig bei ganz frühen Sorten etwa auf
40 mal 30 bis 40 mal 40 cm, bei mittelfrühen auf
40 mal 50 cm zu bemessen.

Die Bearbeitung der Frühkartoffeln ist die
gleiche wie bei anderen Kartoffeln. Sie ist besonders
sorgfältig auszuführen und geschieht am besten durch
Handarbeit.

Da die Frühkartoffeln häufig durch Nachfröste er-
heblichen Schaden erleiden, so muß nach Möglichkeit
Sorge getragen werden, sie in kalten Nächten, nament-
lich im Mai gegen Frost zu schützen. Selbstverständ-
lich können hierbei nur kleinere, mit frühen Sorten
bestellte Flächen in Betracht kommen. Man bedeckt
die Pflanzen für die Nacht entweder mit bereitgehaltenem
kurzem strohigem Dünger, oder man deckt sie mit Rohr-
oder Strohmatte (alten Decken, Planen usw.) zu, die
auf etwa 1/2 m Höhe über den Anbauflächen anzu-
bringende Gerüste gelegt werden, und zwar so, daß
auch die Seiten durch die bis zur Erde reichenden
Deckmittel geschützt sind.

Soweit die Frühkartoffeln für Speisewecke Ver-
wendung finden sollen, ist es nicht erforderlich mit der
Aberntung bis zu ihrer vollständigen Reife zu warten,
da sie oft schon wesentlich früher genießbare und markt-
fähige Knollen zu liefern pflegen. Wo es sich dagegen
um Gewinnung von Pflanzkartoffeln und Aufbewahrung
dieser während des Winters handelt, darf ein zu frühes
Abernten nicht stattfinden.

¹⁾ Den forsttechnischen Vorgesetzten des Oberförstlers mußte
auf Grund des § 69 der Geschäftsanweisung für die Ober-
förster Wild zu ihrem eigenen häuslichen Bedarfe zu diesem
Preise bereits seit jeher auf Verlangen überlassen werden.

Notizen.

A. Oberförster Robert Fischer †.

Auf der Bahnfahrt von Eisenach nach Ruhla, wo er vereinstetungsweise das Großh. S. Forstrevier Ruhla verwaltete, verstarb plötzlich der Großh. S. Oberförster Fischer im eben vollendeten 41. Lebensjahre. Der Tod riß ihn mitten aus seiner hoffnungsreichen forstlichen Laufbahn.¹⁾

Im waldbumrauschten, an forstlichen Erinnerungen reichen Ruhla geboren, wandte er sich nach Abolvierung des Gymnasiums Weimar dem forstlichen Berufe zu und trat nach sehr erfolgreicher Ablegung aller Prüfungen in den forstlichen Vorbereitungsdienst ein. Nach kurzer Zeit übernahm er die Verwaltung der Fürstl. Wittgenstein-Hohensteinschen Oberförsterei Banse und wurde bald zum Fürstl. Wittgenstein-Verleburg'schen Forstinsp.ektor und hierauf zum Kammerdirektor ernannt. Im Jahre 1908 trat er in den Großh. S. Staatsforstdienst zurück und wurde zunächst mit Betriebs-einrichtungsarbeiten an der Großh. S. Forsttagationskommission Eisenach beschäftigt. Im Jahre 1910 rückte er zum 1. Beamten an dieser Behörde auf und wurde hauptsächlich an der ehemaligen Großh. S. Forstakademie als Dozent besonders für die Betriebsfächer verwendet.

In dieser Stellung hat er ganz Hervorragendes geleistet; daneben war er auch in sehr bemerkenswerter Weise wissenschaftlich tätig als Referent der Thüring. Forstversammlung und in der Journalistik.

Mit ihm ist viel zu früh ein hervorragender Forstmann dahingegangen, auf dessen Leistungen in der Praxis und Theorie die Thüringer Forstleute stolz waren und dem sie ein treues Andenken bewahren werden.

Matthes.

B. Beschlagnahme der Wallnußbäume.

Jetzt sind uns auch die Wallnußbäume in den Parks und Gärten nicht mehr sicher. Sie werden beschlagnahmt. Eine Bekanntmachung, deren Anordnungen mit dem 15. Januar 1916 in Kraft treten, betrifft Beschlagnahme und Bestands-erhebung von Nußbaumholz und stehenden Wallnußbäumen.

Durch diese Bekanntmachung werden Vorräte an Nußbaumholz mit einer Mindeststärke von 6 cm, einer Mindestlänge von 100 cm und einer Mindestbreite von 20 cm, sowie alle stehenden Wallnußbäume, deren Stämme bei einer Messung in Höhe von 100 cm über dem Boden einen Umfang von mindestens 100 cm aufweisen, beschlagnahmt. Trotz der Beschlagnahme ist die Verarbeitung zu Gegenständen des Kriegsbedarfs und ihre unmittelbare Veräußerung an staatliche Militärwerkstätten gestattet. Im übrigen darf ihre Verarbeitung oder Veräußerung nur zur Erfüllung eines militärischen Lieferungsauftrages erfolgen. Als Nachweis hierüber gilt eine schriftliche Bescheinigung des königlichen stellvertretenden Generalkommandos, in dessen Bezirk der Verarbeiter oder Erwerber seinen Wohnsitz hat. Die Veräußerung und Verarbeitung von Hölzern, die zur Herstellung von Gegenständen

des Kriegsbedarfs nicht geeignet sind, ist allgemein gestattet, falls der Verkaufspreis für das Kubikmeter (Festmeter) der Ware 60 M. nicht übersteigt.

Die Beschlagnahme der Wallnußbäume erinnert mich an ein höchst persönliches Erlebnis. Im väterlichen Pfarrgarten zu Felschborn im Vogelsberg (bei Lauterbach) hatten wir einen jungen Wallnußbaum und er war der Gegenstand der Fürsorge von uns Kindern, der Jugend. Wir doktorten nämlich selbst an den Obstbäumen im Pfarrgarten herum schon in unserer frühen Kindheit, machten Gräben im Kreise um die Bäume, düngten sie, sähten alte, setzten neue, aßen die Kirschchen und Pflaumen, brachen die Äpfel und Birnen, und versahen die jüngeren Stämme mit dem damals beliebten Kinderschnitt einer Mobetorheit, welche die Stämme, angeblich besserer Ausbreitung im Dickenwachstum wegen, von oben bis unten mit einem Einschnitt versah, der, wenn er nicht ganz vorsichtig gemacht wurde und nur die oberste Rinde spaltete, den Baum unter Umständen regelrecht ruinierte. Wir hatten dort auch einen Wallnußbaum, wie oben gesagt, der im Schatten und fast unter dem äußeren Kronenrand einer ungemein mächtigen Linde aufwuchs. Das biologisch Interessante an diesem Nußbaum war, daß er, um Freiheit und Licht zu gewinnen, sich aufwuchs, und als er sich einmal dieser Tendenz zugewandt hatte, halfen die jugendlichen Gartenbesucher unbewußt selbst nach, indem sie an dem schiefen Baum hinaufkletterten und ihn immer schiefer drückten. Trotzdem entwickelte sich ein mächtiges Exemplar von Wallnußbaum aus dem anfänglichen Krüppel, namentlich nach der Leiber (infolge Pfarrhausumbau) erfolgten Fällung der mächtigen Linde, und ich erzähle dies hauptsächlich aus dem Grunde, um zu zeigen, daß selbst in den rauhen Vogelsberg den Wallnußbäumen noch ein verhältnismäßig gutes Gedeihen gesichert ist. Wir hatten im Ort einen anderen stattlichen Wallnußbaum. Diesen dürfte nun zum Teil die letzte Stunde geschlagen haben. Das bringt der Weltkrieg mit sich. Zum wenigsten erfolgt eine Registrierung, denn die Bekanntmachung ordnet außer der Beschlagnahme eine Meldepflicht für alle stehenden Wallnußbäume (selbstverständlich auch für die oben vorbezeichneten Vorräte an Nußbaumholz) an; diese Registrierung dürfte auch allein schon an sich wissenschaftlich und forstwirtschaftlich interessant und wertvoll sein.

Die Meldung hat in einer in der Bekanntmachung näher bezeichneten Weise auf besonderen Meldebögenen zu erfolgen und zwar bis zum 25. Januar 1916. Die Meldebögenen können bei dem zuständigen Landrat, in den Stadtkreisen bei der Polizeiverwaltung angefordert werden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die u. a. auch ein Lagerbuchführung für diejenigen vorschreibt, die Nußbaumholz des Erwerbs wegen in Gewahrsam haben, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Pfr. W. Schuster.

Nachschrift.

Zu demselben Gegenstande ist der Redaktion eine Bemerkung des Herrn Oberförsters Müller-Ilzhausen, Reg.-Bez. Gumbinnen, zur Zeit im Felde stehend, zugegangen. Sie lautet wie folgt:

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die forstl. Presse in der Heimat auf etwas aufmerksam machen:

¹⁾ Bei ihren Vorschlägen wegen Wiederbesetzung meiner Stelle hatte die Universitäts Sieben u. a. auch Fischers Namen auf die Liste gesetzt.

Wr.

Wie ich höre, geht man den wenigen Balnußbäumen deutschen Helmat zu Selbe. M. E. bedeutet, wenigstens Mittel- und Norddeutschland, ein alter Nußbaum zumest altes liebes Familienersbstück. Er gehört mit zu Haus und Man wird seinen Fall als ein schmerzliches Opfer auf Altar des Vaterlandes betrachten. Muß es nun sein? Ich antworte nein! So lange nicht, als in dem besetzten Belgien Nußbäume noch in weit erheblicherer Menge umherstehen. In belgischen, zumal wallonischen Bauer, wird auch kaum eine sentimentale Wertschätzung seines Baumes nachkommen wollen, eine Wertschätzung, die über den nachrechnenden Selbstertragswert hinausginge. Ehe man also den schmerzlichen Eingriff bei uns macht, hole man in Belgien das Vorbild. Es ist genug damit, daß die deutschen Kupferfessel geschmolzen werden und die belgischen unverehrt bleiben. Ich kann mich als Forstmann des Verbachtes nicht erhehren, daß man über den Vorrat an greifbarem Eschen-, Eichen-, Kastanienholz in Belgien nicht genügend unterrichtet. Das gilt auch für Kastanien-Gerbirnde. Es handelt sich meist nicht um sehr große Waldbkomplexe, aber häufig um wertvolles Material bei außerordentlich günstigen Transportverhältnissen.

C. Hochschule Nachrichten.

Herr Forstamtmann und Privatdozent Dr. Wimmer ist zum außerordentlichen Professor an der technischen Hochschule Karlsruhe ernannt worden. D. Red.

D. Seit 50 Jahren Mitarbeiter der Allgem. Forst- und Jagdzeitung

Ottomar Viktor Anderlind, dessen Familiennamen ursprünglich Leo lautete. CL die Anzeige seiner Selbstbiographie im Septemberhefte 1903 S. 311. Dem ersten Beitrage A.'s, der im Jahrgang 1866 S. 244 erschien und die Imprägnierung des Holzes behandelt, folgten bis zum Jahre 1900 mehr als 40 größere und kleinere Aufsätze und Mitteilungen aus verschiedenen Gebieten: Forstschutz, -Nutzung, -Einrichtung, -Geschichte und -Politik. Seine bedeutendsten Arbeiten sind aber ohne Zweifel die seit 1902 erschienenen Abhandlungen, welche größtenteils die Wasserwirtschaft im Walde behandeln und zwar auf Grund ausgebreiteter Studien und Beobachtungen in den meisten Kulturländern der Erde. Sie finden sich in folgenden Heften: Oktober 1902, Dezember 1903, Juli 1904, Dezember 1905, November 1908, August 1910, Oktober 1911, Juli 1912, Juni 1913, Februar, März und September 1914. Ihren Abschluß finden diese Untersuchungen in der Abhandlung über das Verhalten der einzelnen Holzarten zum Wasser, deren erster Teil an der Spitze dieses Heftes erscheint. Er behandelt die Nadel-; andere Holzarten folgen demnächst. Wr.

E. Die „Hähne“ oder „Hahnen“ der Waldbühner.

In Nummer 3 (März) 1916 der „Mitteilungen des niederrheinischen Jagdschützvereins“ wird die Frage aufgeworfen und besprochen, ob für eine Mehrzahl männlicher Waldbühner die Bezeichnung „Hähne“ oder „Hahnen“ die richtige sei, und hieraus folgende Schlussfolgerung gezogen: „Die Form „Hähne“ ist grammatisch richtig und in der Fachliteratur gebräuchlich, wogegen die Form „Hahnen“, namentlich in den österrheinischen Alpenländern, insbesondere bei den Jägern sehr verbreitet ist und demnach von vielen Jagdschriftstellern angewendet wird; weshalb beiden Formen ganz einwandfrei ihre

Gebrauchsberechtigung in Wort und Schrift zuerkannt werden muß. Ergänzend sei noch hinzugefügt, daß bei der Zusammenfassung dieser, das männliche Huhn betreffenden Worte des Wohlklanges wegen beispielsweise gesagt wird „Kampfhähne“, bezw. „Hahnenkämpfe“, gleichviel ob es sich um Haus- oder Waldbühner handelt.“ E.

F. Die Beeinflussung der Ausübung des Jagdrechtes durch den Krieg.

Ein Jagdblechhaber hatte mit einer Gemeinde einen Jagdpachtvertrag für die Dauer von zehn Jahren geschlossen und in dem Vertrage sich verpflichtet, die Pachtsumme jährlich im Voraus zu entrichten. Bei Ausbruch des jetzigen Krieges erließ der zuständige Bezirkspräsident eine Verfügung, wonach die Jagdausübung in jener Gemeinde völlig verboten wurde. Durch dieses Verbot wurde der Jagdpächter fast sieben Monate an der Ausübung der Jagd behindert, und infolgedessen forderte er die Gemeinde auf, den von ihm für diese Zeit im Voraus entrichteten Pachtzins auf die nächste Jahrespacht zu verrechnen. Hiermit war die Gemeinde indessen nicht einverstanden. Im Verhältnis zu der langen Dauer des Pachtvertrages sei der Zeitraum, während dessen der Pächter an der Ausübung des Jagdrechtes verhindert war, nur ein unerheblicher, und es könne auch keine Rede davon sein, so behauptete die Gemeinde, daß der Pächter irgendwelchen Schaden erlitten habe, da er mit Rücksicht auf die erzwungene Schonung des Wildes nach Aufhebung des Verbotes in der Lage war, erheblich mehr Wild abzuschießen. Der Pächter war jedoch der Ansicht, daß die Gemeinde durch die Zurückbehaltung des Pachtzinses für eine Zeit, während welcher er an der Jagdausübung behindert war, ungerechtfertigt bereichert sei; er strengte daher gegen sie Klage auf Herausgabe dieses Betrages an und erzielte auch die Verurteilung der Gemeinde.

Infolge der Verhängung des Kriegszustandes, so führte das Oberlandesgericht Kolmar in den Urteilsgründen aus, sind für diejenigen Gebiete des Deutschen Reiches, welche an der vom Feinde gefährdeten Grenze bezw. im oder in der Nähe des militärischen Operationsgebietes lagen, neben dem Verbot, Waffen zu tragen, auch noch besondere Verbote erlassen worden, wonach die Jagdausübung nicht gestattet war. Diese Verbote stehen deshalb in örtlicher Beziehung zu den Jagdgrundstücken, betreffen diese selbst und befreien den Pächter von der Entrichtung des Pachtzinses für die Zeit, während deren die Ausübung der Jagd unmöglich war. Es handelt sich um einen Fehler des verpachteten Rechtes im Sinne des § 537 BGB., der die Tauglichkeit zu dem vertragsmäßigen Gebrauche aufhob. Die Behauptung der Gemeinde, es komme hierfür nur eine unerheblich kurze Zeit in Betracht, ist unrichtig. Ein Zeitraum von sechs Monaten kann — auch bei Berücksichtigung der langen Dauer des Vertrages — nicht als unerheblich gelten. Ohne Bedeutung ist es, ob der Pächter mit Rücksicht auf die erzwungene Schonung des Wildes in der Lage war, mehr Wild abzuschießen. Denn die Gemeinde hatte nicht dem Kläger eine bestimmte Menge Wildes zum Abschuss zu stellen, sondern ihm die Ausübung des Jagdrechtes für bestimmte Zeit zu sichern. Hat aber der Pächter aufgrund des Vertrages die Jagdpacht im Voraus für eine Zeit entrichtet, für die er wegen Eintritts eines Fehlers der verpachteten Sache von der Pachtzinszahlung zu befreien ist, so ist die beklagte Gemeinde insoweit ungerechtfertigt bereichert und gemäß § 812, Satz 2 BGB. zur Herausgabe verpflichtet. (Oberlandesgericht Kolmar, 3. BS., U 64/15, 21. Februar 1916.)

A. Radloff, Gerichts- und Verwaltungs-Korrespondenz.

G. Die praktische Verwertbarkeit der Bodenreinertragstheorie.

Auf die Ausführungen des Herrn Oberförsters Hepp in Nr. 16 der Wochenschrift Silva möchte ich kurz folgendes erwidern¹⁾. Wenn Herr Kollege Hepp deutsche Professoren für schlimmere Gegner hält, als die Franzosen, so will ich hierüber nicht mit ihm rechten; mit seiner Auffassung dürfte er wohl in jeglicher Zeit allein stehen. Auch die deutlich hervor tretende Meinung, daß ein Professor unter allen Umständen ein unpraktischer Doktrinär sein müsse, kann mich nicht in Aufregung bringen; denn ich glaube für meine Person in fast fünfzigjähriger praktischer Tätigkeit gerade auf dem Gebiete der Waldwertrechnung und Statistik das Gegenteil erwiesen zu haben.

Ob etwas, z. B. eine mathematische Formel, theoretisch richtig, aber praktisch unbrauchbar, ja in gewissen Fällen geradezu „falsch“ sein kann, möchte ich bezweifeln. Denn eine Theorie, die in ihrer Anwendung falsche Ergebnisse liefert, ist m. E. selber falsch. Doch auch hierauf will ich nicht näher eingehen; es wäre nur ein Streit um Worte, d. h. um den Begriff, den man mit dem Worte Theorie verbindet. Im vorliegenden Falle bin ich allerdings der Meinung, daß Ausgaben und Einnahmen, die zu verschiedenen Zeiten erfolgen, nur in ihren Vor- und Nachwerten mit einander verglichen werden können; ganz ohne Unterscheidung der Person oder der Kasse des Besitzers. Herr Hepp glaubt für Staats- und Gemeinbewaldungen eine Ausnahme von dieser Regel unterstellen zu dürfen, weil z. B. ein Aufwand für Kulturkosten nicht aus einem auf Zins und Zinseszins angelegten Kapital, sondern durch laufende Einnahmen bezw. Umlagen bestritten werde. Ich gebe gern zu, daß er diese Auffassung geschickt und sinnreich vertreten hat; doch würde sie immerhin zu bedenklichen Konsequenzen führen. Wenn mir jemand einen Wechsel über 100 Mk., in einem Jahre zahlbar, ausgestellt hat, werde ich von jedem Bankhaus jetzt nicht 100, sondern vielleicht nur 95 Mark dafür ausgezahlt erhalten. Wollte ich dagegen geltend machen, daß ich das Geld nicht zinstragend anlegen, sondern dazu benutzen werde, alsbald eine Rechnung zu bezahlen, so dürfte sich schwerlich ein Gericht finden, das mir Recht geben und das Bankhaus zur Auszahlung des vollen Betrags von 100 Mk. verurteilen würde. Herr Hepp wird gegen diesen Vergleich einwenden, daß er hinf. Das gebe ich ohne weiteres zu; aber alle Vergleiche haben diese Eigenschaft, d. h. es findet sich immer irgend ein Punkt, in dem der Vergleich nicht zutrifft. Es kommt eben nur auf das tertium comparationis an; hier nämlich darauf, daß ein später fälliger Betrag jetzt weniger als den vollen Nennwert gilt; einerlei, ob es sich um 100 oder 15000 Mk. und um eine Frist von einem Jahr oder von 120 Jahren handelt.

Wenden wir uns bei dem von Herrn Hepp gewählten Beispiel. Er veranschlagt den Abtriebszertrag eines Buchenhochwaldes einschließlich der prolongierten Zwischennutzungen zu 9000 Mk. pro ha und berechnet daraus bei kostenloser natürlicher Verjüngung einen Bodenwert von

$$\frac{9000}{1,03^{120} - 1} = 267 \text{ Mk.}$$

Dem stellt er für Tannen und Eichen 15000 Mk. Ertrag und 500 Mk. Kulturkosten gegenüber, wonach sich der Bodenwert zu

$$445 - 515 = -70 \text{ Mk.}$$

berechnet. Hieraus schließt er, daß ein Anhänger der Bodenreinertragstheorie dem Buchenhochwaldbetrieb den Vorzug geben müsse. Ich bin, obgleich ich 28 Jahre lang „Professor“ war, anderer Meinung. Von den hier berechneten Bodenbruttowerten kommt noch das „Kapital der jährlichen Kosten“ in Abzug. Veranschlagen wir diese nur zu 6 Mk. pro ha, also

¹⁾ Diese Erwiderung war ursprünglich für die Silva bestimmt, wurde aber von deren Redaktion wegen Raummangels abgelehnt.

das Kapital zu 200 Mk., so bleibt für den Buchenhochwaldbetrieb nur ein Nettowert von 67 Mk. übrig; dafür wird nirgends ein Hektar Waldboden zu kaufen sein. Dem schreibe ich, daß der Buchenhochwald nicht 3% abwerfen im Ermäßigten wir also den Zinsfuß auf 2%, wie ich ihn in großen Waldwertrechnungen wiederholt für Laubholz gefunden habe, so ergibt der Buchenhochwald einen Bodenwert

$$9000 \times 0,102 - \frac{6}{0,02} = 918 - 300 = 618 \text{ Mk.}$$

Dem gegenüber berechnen sich für Tannen oder Eichen bei gleichem Zinsfuß

$$15000 \times 0,102 - 500 \times 1,102 - 300 = 1580 - 551 - 300 = 679 \text{ Mk.}$$

also ein höherer Bodenwert!

Nach heutigen Verhältnissen dürften in vielen Fällen etw. 8 Mk. pro Hektar für die jährlichen Kosten anzusetzen sein. Dann würden sich bei 2-prozentiger Verzinsung je 100 Mk. weniger, also Bodenpreise ergeben, wie sie tatsächlich öfters gezahlt werden. Aber das gegenseitige Verhältnis bleibt vollständig das nämliche.

Rechnet man mit 3%, so ergeben sich bei 8 Mk. jährlichen Kosten beiderseits schon negative Bodenwerte; bei 2,5%-iger Verzinsung stellt sich das Resultat ähnlich wie bei 3%, aber der Unterschied der beiderseitigen Bodenwerte wird geringer.

Hiernach würde ich ebenso wie Herr Hepp einem Buchenhochwaldbetrieb den Vorzug einräumen; zumal wenn, wie leicht sein kann, für die Nuthölzer mit größerer Wahrscheinlichkeit auf eine höhere Preissteigerung zu rechnen ist.

Also schlage ich dem Herrn Kollegen vor, daß wir uns gegenseitig die Hand reichen und mit Befriedigung feststellen beiderseits, wenn auch auf verschiedenem Wege, zu dem gleichen „praktischen“ Ergebnis gelangt zu sein. Ich tue dies mit dem aufrichtigen Wunsche, daß Herr Hepp nach dem Abschluß eines ehrenvollen Friedens bald gesund in die Heimat zurückkehren möge.

Dr. Wimmenauer.

H. J. D. Sauerländers Verlag

beginnt am 1. Juni d. J. den hundertsten Jahrestag seines Bestehens. Der Begründer der Firma war Johann David Sauerländer, der Großvater des jetzigen Besitzers. Seit dem Jahre 1845 war Heinrich Kemignus S., der zweite Sohn des Begründers, Teilhaber und nach dessen Tode (1869) alleiniger Inhaber der Firma. Dieser nahm 1871 seinen Sohn Robert David S. als Teilhaber auf und starb 1896. Der letztgenannte führt seitdem, jetzt also schon 20 Jahre lang, das Geschäft allein.

Die allgemeine Forst- und Jagdzeitung, 1841 von Stephan Behlen begründet, wurde 1882 von J. D. Sauerländer in Kommissionsverlag übernommen und ging 1883 in dessen Verlags-Eigentum über. In demselben Jahre (1883) übernahm Oberforstrat G. W. Freiherr von Wedell die Redaktion; ihm folgten als Herausgeber 1886 Gustav Heyer, 1869 Julius Behr und Luise Dorey, 1891 Dorey allein, 1902 Karl Wimmenauer und 1908 Heinrich Weber als Mitredakteur. Verlag und Redaktion unserer Zeitschrift haben mithin schon mehr als 80 Jahre lang und zwar im besten Einvernehmen zusammen gearbeitet. Dies ist ausdrücklich und rühmend anzuerkennen erscheint uns als unsere kommende Pflicht.

Außer unserer Zeitschrift sind in gleichem Verlage noch vielbenutzte Lehr- und Handbücher von Hermann Süsserth erschienen; ferner verschiedene forstwissenschaftliche Schriften von Alex. Binger, Borggrebe, Fischbach, Mühlhausen, Neumann, Pauly, Räß, Rohmann, Wöhlhausen, Karl Weber sowie von früheren und jetzigen Herausgebern der Allg. Forst- und Jagdzeitung.

D. Neb.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

August 1916.

Unsere Weidmannssprache.

Von Salz-Hannover.

Seider ist es nur allzu wahr, daß vor dem großen Kriege bei uns die stark ausgeprägte Neigung bestanden hat, das Fremde, mit dem eine Berührung stattgefunden hatte, aufzunehmen, und daß es heute noch viele gibt, die nicht begreifen wollen, daß in nichts mehr das Wesen eines Volkes so zum Ausdruck kommt, wie in seiner Sprache, deren Durchsetzung mit fremden Brocken gleichbedeutend ist mit dem Abbröckeln eines Stückes Deutschtums, das in dauernder Wiederholung nicht ohne schädliche Entwicklung auf den Volksgeist bleiben kann. Die Sprache ist für uns nicht nur das Instrument zur Übertragung des Gedankens, sondern sie hat diese Gedanken so zu übermitteln, wie es dem unverfälschten deutschen Geiste entspricht, der nur dort lebendig erhalten werden kann, wo dem zerlegenden Einfluß des Fremden der Eingang verwehrt wird.

Wie nach dieser Richtung der Volksgeist zerrüttet werden kann, dafür bieten die Franzosen, die wir in vielem so gerne nachgeahmt haben, ein lebendiges Beispiel. Mit großem Kraftaufwand betonen sie immer wieder ihr lateinisches Rassenhumour, scheinbar ohne zu ahnen, daß sie damit das klägliche Geständnis ablegen ganz im Geiste ihrer Unterdrückten, der Römer, aufgegangen zu sein, denn die Gallier sind keine Lateiner. Um so törichter erscheint aber diese Truthahnmanier sich aufzublasen, weil die Gründer des Frankenreiches Germanen waren. Als von den Römern Befehle haben die Gallier bald die Sprache des Siegers angenommen, was allenfalls zu verstehen ist, aber als germanische Volksstämme, die als Sieger Galliens Boden unterwarfen, soweit gekommen waren, daß sie ihre Sprache nicht mehr zur Geltung brachten und ihre Gesetze lateinisch schrieben, da war Rassen- und Stammesstolz im Schwinden, und so gingen Franken, Burgunder, Alemannen und andere, wo sie die Herren waren, in dem Meer der Knechte unter. Obgleich wir längst gutes deutsches Recht haben, wühlen wir immer noch im römischen herum. Wollen wir wissen, was ein „Wildpark“ ist, dann muß das uns ganz wesenfremde römische vivarium herhalten, das zum

Vergleiche nicht paßt. Unter solchen Umständen dürfen wir uns nicht wundern, daß der Rakelmacher Oberster, Ehren Salandra, uns vorhält, die lateinische Kultur sei der unsrigen um 2000 Jahre voraus.

Die Parforcejagd hat Deutschland aus Frankreich übernommen. Germanen sind es aber doch gewesen, die sie ins Leben gerufen haben, denn schon die salischen Franken, deren Häuptling Pharamund der erste König des Frankenreiches war, kannten etwas derartiges, besonders aber die Merovinger und Karolinger und schließlich waren es auch Westgoten und Vandalen, welche diese Jagd in Spanien eingeführt haben. Sie ist bei uns in Vergessenheit geraten und in Frankreich allerdings zu großer Blüte gebracht.

„Am Ende des XVII. und am Anfang des XVIII. Jahrhunderts“, sagt ein französischer Schriftsteller, „wollten auch die deutschen Fürsten wie unsere Könige, denen sie ebenso große Bewunderung wie Haß entgegenbrachten, es ihnen gleich tun. Alles richteten sie nach französischem Muster ein und ebenfalls bediente man sich der französischen Ausdrücke, die gröblich entstellt wurden“. Als „lächerliche Nachahmungen“ schätzte man diese Bestrebungen ein und wenn das nach den obigen Erklärungen auch nicht ganz zutrifft, so hat es doch an lächerlichen Nachahmungen nicht gefehlt.

Die Entwicklung des Sportes hat dazu geführt, daß französische und ja nicht zu vergessen englische Brocken die deutsche Sprache geradezu verhunzten und wie groß das Armutszeugnis ist, das sich die Förderer dieses Gebahrens ausstellen, scheinen diese nicht geahnt zu haben. Namentlich den düsternen Engländern gegenüber war es eine klägliche Unterwürfigkeit, die sich nicht mit sogenanntem internationalem Brauch rechtfertigen ließ, denn auch in diesem Falle ist eine Verleugnung des Wertes unserer Sprache und Einlaufen mit vollen Segeln in fremde Sitten und Gebräuche ein Gebahren, das uns vor dem Auslande herabsetzen mußte.

Das gilt bis zu einem gewissen Grade auch für die Weidmannssprache, die deutsch sein und den Geist deutscher Jägerei atmen soll.

Natürlich sind es wiederum die Franzosen, die sich

als die Väter der Weidmannssprache betrachten, denn wie sie sagen, hat Deutschland sie von ihnen übernommen.

In den alten deutschen Helden- und anderen Liedern, da sind die Wurzeln unserer Weidmannssprache zu suchen, und wenn wir sie heute von französischen und englischen Brocken durchsetzt finden, so haben wir das leider unseren Altmeistern zu verdanken, die sich nur an die in Frankreich nach dieser Richtung zuerst festgesetzten Regeln hielten, und das hier gegebene in bekannter deutscher Schwäche der Nachwelt überliefern zu müssen glaubten.

Wer unter Berufung hierauf, wie es heißt, „aus Pietät“ die Fremdkörper, die wir nicht nötig haben, in unserer Sprache stecken lassen will, nun, der fühlt eben nicht deutsch, und gegen den richten sich diese Zeilen, um den Glauben auszurotten, daß in dem Uebernehmen entbehrlicher Fremdwörter eine Bereicherung unserer Sprache liegt, und um das Gefühl zu wecken, daß solche Unterwürfigkeiten dem Deutschthum nur großen Schaden zufügen können, weil sie uns in den Augen des Auslandes herabsetzen.

Aus allen diesen Gründen gehorche ich gerne einem von dritter Seite ausgesprochenen Wunsche mich dazu zu äußern, inwieweit es möglich ist, unsere Weidmannssprache von fremden Bestandteilen zu reinigen und das soll an der Hand des Buches „Deutsche Weidmannssprache“ von Dombrowski in möglichster Kürze geschehen.

Abnorm nennt man unregelmäßige Formen und Färbungen, und Abnormitäten unter den Geweißen und Gehörnen sind die Freude des Erlegers. Norm kommt von Norma, die Regel. Normal ist das regelmäßig entwickelte, abnorm (abnormis) das Gegenteil. Abnormität entspricht dem lateinischen abnormitas.

Abnorm läßt sich durch unregelmäßig ersetzen. Immerhin aber ist der Begriff abnorm ein schärfer umrissener und besser durch Mißbildung gekennzeichnet.

Der Ausdruck abnorm hat sich eingebürgert und ist mit Rücksicht auf seine Bedeutung einer derjenigen, die vielleicht gerne beibehalten werden.

à droit. Alter, heute kaum noch üblicher Befehl an den Hund sich gerade auf den Hinterläufen aufzurichten. Er bedeutet also so tenir droit = sich aufrecht hinstellen. Dombrowski ist der Ansicht, daß ein Ausdruck im Deutschen fehlt. Das Wort „hoch“ mit entsprechender Handbewegung kann ihn vollkommen ersetzen.

Allons chercher. Dieser Ermunterungsruf zum Suchen ist so überflüssig wie nur etwas, abgleich man ihn noch bis in die neuere Zeit hört. „Such!“ ist viel kürzer und deutsch und dasselbe gilt von Derrière,

das für „Zurück“ gebraucht wird, aber „hinter“ heißt. „Zurück“ heißt das Kommando wenn man den Hund hinter sich haben will und das „Such“ zeigt ihm an, daß er von neuem seine Tätigkeit beginnen soll.

Appel muß der Hund haben. Appellare heißt ansprechen und Appell ist zuerst bei Heppe in der Bedeutung der Folgsamkeit des Hundes angewendet und bis heute beibehalten worden. Trotz der Einbürgerung des Ausdrucks gehört er zu den entbehrlichen und unersehbaren, denn er soll nur die Folgsamkeit des Hundes dartun und ist deshalb durch Folgsamkeit oder folgsam vollständig zu ersetzen.

Dombrowski nimmt auch an, daß der Ausdruck à la vue keinen Ersatz im Deutschen hat. Avouer oder avuer heißt im Auge behalten, und vue bedeutet dasselbe wie Sicht, und sichtig jagt der Hund, wenn er das Wild sieht. „Sichtig“ kommt zwar heute hauptsächlich nur noch in Zusammensetzungen vor, wie „ansichtig“ usw. wenn es sich nicht auf das Wetter bezieht, aber es ist deutsch, denn es kommt von dem mittelhochdeutschen sihtec, sihtic und kann à la vue voll und ganz ersetzen.

Das „Apportieren“ ist uns, wie viele annehmen, so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie es ganz und gar für unentbehrlich halten. Diese Auffassung theile ich nicht, denn es ist kein unersehbare Bestandteil unserer Weidmannssprache; apportare „heißt herbeibringen und deshalb ist Bringen“ hierfür ein ausreichender Ersatz, und das „Bring!“ oder „Bringher“ ersetzt „Apporte“ oder „Faß apporte“ in jeder Weise. Deshalb ist es geradezu unverständlich, wie Dombrowski zu der Ansicht kommen kann, der Ausdruck sei im Deutschen unersehbare. Schwieriger ist es schon, „Apportierbock, Apportierholz“ zu verdeutschen. Die Zusammensetzung des „Apportier“ mit „Bock“ und „Holz“ ist sprachlich etwas unschönes und jedenfalls ist das aus dem Imperativ „bring“ und den deutschen Ausdrücken „Bock“ und „Holz“ zusammengesetzte Hauptwort besser. Warum nicht „Bringbock“ und „Bringholz“? Das Sprachgefühl sträubt sich dagegen keineswegs, denn daß das andere besser sein soll ist Einbildung und weiter nichts. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß, wie mißverkannt wird, zwischen apportare und Bringen ein Unterschied besteht, der hier nicht erörtert zu werden braucht, weil „Bring“ apporte ersetzt.

Arretieren (von arrêter, adrestare) (aufhalten) ist wohl kaum noch gebräuchlich und ganz und gar überflüssig, schon wegen seiner Nebenbedeutungen. Warum denn nicht das niederdeutsche „Stopp“, das nicht allein viel besser und bezeichnender, sondern auch deutsch ist, und nicht, wie Dombrowski annimmt, dem englischen entstammt.

Birſchen nennt Dombrowski beſſer als Bärſchen, rſchen, Pirſchen. Das mit Recht, denn es kommt bersare und Bersa. Es iſt die Schießjagd die Umwandlung in „Anſchleichen“ eigentlich nicht ründet. Die chasse à berceur war ganz etwas deres als die heute darunter verſtandene Jagd, aber nn wir die Veränderung des Begriffes feſthalten llen, dann ſollte man doch die richtige Schreibweiſe halten. Zwar wollen im Nibelungenlied Günthér d Hagéne „pirsen in den walt“ aber in den alt- anzöſſiſchen Artus- und Abenteuer-Romanen kommt berceur zur Geltung. Die Birſchjagd beſtand auch Umzingeln des Standortes des Wildes, wo es dann r Jäger an einen Baum gelehnt (afusté, s'es- andro à unfust) erwartete, aber dieſe Jagd fand auch Gehegen ſtatt, (berser as acointes) und ſchloß hließlich auch das Verfolgen durch die Hunde in ſich. Buſchieren iſt das Jagen im Walde nur mit em Hunde. Ein Fremdwort iſt der Buſch nicht, denn t iſt in der deutſchen Sprache zu Hauſe, wenn dieſe Bezeichnung ſchließlich auch aus dem lateiniſchen boscus, uscus ſtammt. Gut klingt das Wort mit dem An- gänſel ieren aber nicht und es ſteht nichts im Wege n ſeine Stelle die Waldfuche im Gegenſatze zur Feld- uche treten zu laſſen.

Dem Buchſtaben C will ich nur das entnehmen, was wirklich noch gebräuchlich, das andere aber übergehen.

Carreſſieren, heißt beſſer Careſſieren mit einem r, denn es kommt von carosse (Liebköſung) (caresser, liebköſen, liebſeln, ſchmeicheln), das wiederum auf carus, (lieb, teuer) zurückzuführen iſt. Wir ſind alſo nicht in Verlegenheit das careſſieren auszumerzen.

Ceremoniell iſt der Inbegriff feierlicher Gebräuche, das feierliche, förmliche; alſo die Gebräuche bei Jagden. Jedenfalls iſt das verſtändlicher und auch richtiger, denn caerimonia iſt ein heiliger Gebrauch und deshalb caerimoniales, das zur Gottesverehrung gehörige.

Cherche heißt zu deutſch ſuch! Chiens courants werden von Dombrowski die zur Parforcejagd gebrauchten Hunde genannt. Der Begriff iſt zu eng, denn zu den Chiens courants zählen alle lautjagenden Hunde. Nennen wir ſie Laufhunde, weil dieſe Bezeichnung üblich iſt und courant von courir (laufen) kommt. Couche. Warum denn nur? Coucher heißt ſich niederlegen. Couche, Ruſch = leg dich! Kürzer iſt Ruſch. Es gehört auch zu denjenigen Wörtern, die ſich feſter eingebürgert haben, aber wenn man es anwendet, ſage man nicht „Ruſch dich“, denn das Ruſch, couche, ſchließt das „dich“ ſchon ein, weil Ruſch „leg dich hin“ heißt. Couche kommt von collocare.

Es wird krampfhaft weiter das Coupiere der Hunde vorgenommen. couper heißt abſchneiden, abtrennen.

Es denkt aber kein Menſch dran dem Hunde die Rute abzuschneiden, ſondern man kürzt ſie. Coupiere iſt alſo nicht nur eine ganz überflüſſige, ſondern auch eine unzutreffende Bezeichnung. Man ſpricht von coupierten, alſo „geſchnittenen Hunden“. Nicht die Hunde werden kupiert, ſondern ihr Schwanz wird gekürzt und man muß deshalb von einem Hunde mit kupiertem Schwanz oder Ohren reden, denn das Wort ſagt nicht, was gekürzt iſt.

Ein couteau oder couteau de Chasse können wir richtig durch Jagd- oder Weidmeſſer erſetzen.

Für Curée oder Curie haben wir keinen Erſatz. Nur will ich bemerken, daß ich der Auslegung des Begriffes durch Dombrowski nicht ganz beitreten kann. Kurz will ich andeuten, daß man mit wenigen Worten Curée als das vom Wilde bezeichnet, was nach Zubereitung den Hunden gegeben wird.

Für den Jäger beſteht ein Jägerrecht. Daſſelbe bedeutet die Curie für die Hunde.

Derby, ein beſonders abstoßend wirkendes Wort, weil es von England kommt, einer Nation, die nicht minder verächtlich iſt wie die franzöſiſche. Warum ſehen wir denn nicht Jugendſuche, was nicht allein verſtändlicher, ſondern auch beſſer iſt. Denn es bedeutet urſprünglich das Rennen dreijähriger Pferde und wurde davon auf die Abrihtung der Hunde übertragen. Hier haben wir einen der Fälle unter vielen, wo wir ohne Not dem großmäuligen, anmaßenden Albion etwas abgequodt haben, was wie manches andere dieſem berechtigte Veranlaſſung gegeben hat ſich für überlegen zu halten. Müſſen wir Deutſche uns nicht lächerlich vorkommen, wenn wir mit Derby und Field trial um uns werfen, wo für das letzte doch wohl Feldprüfung ein paſſender Erſatz iſt. Iſt es nicht geradezu blöde in engliſcher Nachäfferei von einem Hunde als „Champion“ — urſprünglich = Kämpfer — zu reden, wo mit dem Worte „Meiſterſchaft“ alles, was man jetzt darunter verſteht, ſagt iſt. Früher waren die Hunde im Stall oder im Zwinger, heute im Kennel und ihre Herren bilden einen Club, beiße keinen Verein. Alles recht engliſch, aber wenn man den Kennelclub ins Deutſche überträgt, dann hat man einen Hundehütten- oder Hundestallverein. Etwas anderes kann bei der Verknüpfung dieſer engliſchen Brocken nicht herauskommen.

Auf derſelben Höhe ſteht das engliſche Down, das wir ganz und gar nicht nötig haben. Das deutſche Nieder iſt mindeſtens ebenſo gut, denn es iſt deutſch. Oberländer hat ſchon das Wort Daun-Lage und damit ſprachlich ein neues Wortungeheuer erfunden, denn was ſoll man ſich darunter denn vorſtellen? Ebenſo unſinnig iſt, was hier ſchon vormweg genommen werden ſoll, das galliſche Tout-beau, das Dombrowski un-

richtig mit „ganz gut“ übersetzt. Döbel sagt *dubois* und übersetzt mit „stehe oder halte“. Du Bois heißt „Holz“, *tout beau* aber „ganz schön“. Mit „*tout beau*“ und „*down*“ wollen wir ungefähr dasselbe.

Der Hund soll sich hinlegen und das können wir mit „Nieder“ voll und ganz erreichen. Zuweilen wird *tout beau* auch in dem Sinne gebraucht, daß er langsam und vorsichtig vorgehen soll (Hartig). Wir sprechen immer von der Dressur, vom Dresseur, dressieren usw. und meinen damit das Abrichten des Hundes durch den, der es kann. Dressur ist vor allem eine ganz willkürliche Wortbildung, die im französischen ganz unbekannt ist, denn hier ist nur von *dressage* die Rede. Abrichtung ist das, was gemeint ist und für dressieren haben wir das gute deutsche Wort abrichten. Der Begriff des Wortes dressieren ist ein ganz anderer, denn das französische *dresser*, von dem es stammt, heißt „grade richten“, irgend wohin, denn abgeleitet ist es von dem lateinischen *directus* bzw. *dirigere*. Ein Abrichter ist der Dresseur und Dressierbock, Dressierhalsband sind zwei zusammengesetzte Hauptwörter deren Bestimmungswort durch „Abricht“ ersetzt werden kann.

Von Dubletten und dublieren hört man immer sprechen. Diese Ausdrücke haben die aller verschiedenste Bedeutung im Sprachgebrauch des Lebens. In der Weidmannssprache machen wir eine Dublette, wenn wir, ohne abzusehen, zwei Stück Wild erlegen; wir dublieren, wenn es das erste oder auch zweitemal vorbeigeht.

Wir können ebensogut statt zu dublieren zweimal hintereinander schießen, vorbei oder treffen. Doubler heißt verdoppeln, double doppelt oder zweifach. Ursprünglich hat man unter der Dublette den zweimal in demselben Besitz befindlichen Gegenstand gemeint. Der Ausdruck ist auch anwendbar, so wie es in der Weidmannssprache geschehen ist, aber der gelegentlich von der Schriftleitung der Deutschen Jägerzeitung vorgeschlagene „Doppeltreffer“ ist der Dublette entschieden vorzuziehen.

Ferm ist der Hund wenn er gut abgerichtet ist. Ferm kommt vom lateinischen *firmus*. Mit dem „guten“ oder „zuverlässigen“ Hund kommen wir ebensoweit.

Auf fall choke, half choke, choke bore, chilled shot usw. brauche ich wohl nicht näher einzugehen, denn diejenigen, welche in späteren friedlichen Zeiten sich von der englischen Waffenindustrie das Geld aus der Tasche ziehen lassen wollen, werden sich auch dadurch eines Besseren nicht belehren lassen, wenn man ihnen vorhält, daß in Deutschland alles mindestens ebensogut zu haben ist.

Haut goût muß das Wildbret haben und da-

runter denkt mancher, daß es halb verwest sein muß. Unter *haut-gout* ist nicht „hoher Geschmack“ zu verstehen, denn aus dieser Uebersetzung kann sich niemals ein Vers machen. Unter *haut goût* ist der würzige Geschmack oder Wildbretgeschmack schlechtweg zu verstehen. Wildbret darf wie alles übrige Fleisch nicht frisch gegessen werden, sondern es muß eine Zeit lang hängen und diesen Zeitpunkt richtig zu erfassen, das heißt den *haut goût* wahrnehmen, d. h. den Augenblick, in dem es den höchsten Wohlgeschmack erreicht hat.

Koppel sagen wir zum Hundepaar, das nebeneinander am Riemen geht. Es kommt von *couple*, *copula*, ist aber ganz und gar eingebürgert und ein Teil des deutschen Sprachschazes geworden.

Für das Vancieren — mit dem Hunde am Riemen der Fährte folgen — wird sich kaum ein leuchtenderer Ausdruck finden, aber von *lapins* zu reden liegt kein Grund vor, denn Kaninchen (von *cany* conyn usw.) ist jedenfalls verständlicher.

Bei *à la meute* sagt Dombrowski, daß der Ausdruck unersetzbar sein solle. Das ist doch wohl nur teilweise der Fall, denn warum denn nicht „zu Meute“ rufen, wenn die Hunde sich in einem Haufen sammeln sollen. Meute ist allerdings auch ein Fremdwort, denn *meute* oder *mute* kommt von *mouvoir* (movere) und man versteht oder verstand ursprünglich darunter eine Anzahl in Bewegung gesetzter Hunde. Roy Modus¹⁾ sagt: „*Mute de Chien est quant il y a douze chiens courants et un limier, et moins en y a, elle n'est pas dicte mute*“.

Also 12 Laufhunde und 1 Reithund müssen mindestens vorhanden sein, um eine Meute auszumachen. Einen Ersatz für diesen Ausdruck haben wir nicht und in seiner Uebernahme können wir nur eine Bereicherung unseres Sprachschazes suchen. Das „à la“ aber kann sehr gut entbehrt werden.

Für Munition können wir ruhig Schießbedarf sagen, denn dieser Begriff ist nicht minder scharf und fest umschrieben und ruht sprachlich auf festerer Grundlage.

Die Parforcejagd hat französischen Charakter, ist aber nicht, wie oben schon angedeutet, ganz französischen Ursprunges, wie meistens angenommen wird. Es sei denn, daß man sich, wie die Franzosen zu machen, auf den Standpunkt stellt, Karl der Große sei ein Franzose gewesen und alle die Könige der Merovinger, die sie, wenn auch in etwas anderer Form geübt haben.

Eigentlich steht die französische Jägerei auf drei Standpunkten, daß das *chasser à force de chiens*

¹⁾ Le livre du Roy Modus et de la Rayne Ratio, ein Jagdlatechismus, vor 1388 geschrieben und am Ende des XV. Jahrhunderts gedruckt. Neue Auflage: Paris 1882.

t Chasse à courre zu bezeichnen ist, abgesehen von deren Bezeichnungen. Wir sehen in der Parforcejagd gewissermaßen eine Vervollkommenung der Chasse à courre, der Hekjagd, aber scheinbar nicht mit all-großem Rechte. Chasse à courre und parforce sind in Frankreich ganz gleichbedeutend, denn es wird in Dunoyer de Noirmont¹⁾ beispielsweise gesagt: *la chasse à courre, qui conserva toujours en Allemagne son nom français „Par force Jagd“.*

Die wirkliche Bedeutung ist in force de chiens zu suchen, deshalb Parforcejagd, während das courre sich auf das scharfe Mitreiten bezieht. Die Parforcejagd ist einfach eine mit bestimmten Gebräuchen verbundene Hekjagd. Wir stellen uns das Reiten hinter dem Hirsch in der Hauptsache darunter vor, aber das ist ein Irrtum, denn es wurden nicht allein Hirsche, Damwild und Rehe à force de chiens gejagt, sondern auch Hasen, Bären, Wildschweine, Wölfe, Füchse, Otter und Dachse. Der Unterschied zwischen Hek- und Parforcejagd, den man machen kann, ist vielleicht ein genügender Grund, den letzten Ausdruck beizubehalten.

Weil wir zwischen Wechsel und Paß unterscheiden müssen, können wir passieren (aus passer) nicht entbehren. Einschalten will ich hier, daß Dombrowski von Reißzähnen sagt, sie seien die beiden verlängerten Zähne im Oberkiefer der Raubtiere. Das sind die Eckzähne, denn Reißzahn (Dens lacerans) heißt bei Raubtieren jederseits der letzte Prämolargahn des Ober- und der erste Molargahn des Unterkiefers. Sie sind nicht verlängert wie die Eck- oder Fangzähne, aber von den andern durch Größe und Schärfe unterschieden, sowie durch einen besonderen Höcker an der Innenseite.

Rasant ist die Flugbahn des Geschosses, wenn sie flach, nicht in hohen Bogen, verläuft. Ich nehme an, daß gestreckt dasselbe ausdrückt.

Remise kann durch Schutzgehölz ersetzt werden; Rendez-vous durch Sammelplatz. So lange wir solo singen und tanzen, können wir auch den Solofänger behalten, der allein, ohne Mitwirkung anderer Hunde fängt.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf einige weib-männliche Ausdrücke eingehen, deren Herkunft und Bedeutung nicht überall bekannt ist.

In Nr. 39 des „Weidmann“ habe ich den Jagdruf „Horrido“ so eingehend erörtert, daß ich mich hier auf den Hinweis beschränken kann, daß es mit „Rideau“ (Vorhang) nicht den allergeringsten Zusammenhang hat, denn es ist ein echt deutscher Kampf- und Freudenruf. Hier habe ich auch darauf aufmerksam ge-

macht, daß Halali unser bekannter Ruf, wenn die Jagd aus ist, namentlich den Hunden zugerufen wurde, wenn sie die Kurie erhielten, „Hallali, valets, hallali!“ Das ha la lit hat man in „ha, da liegt er“ (Döbel) übertragen und ist dadurch dem richtigen unbewußt nahe gekommen, wenn der Ruf auch nicht dem zu Stande gekehrten Hirsch galt, sondern ein Bestandteil der nachfolgenden Feierlichkeiten war. au lit, au lit! heißt aber „saßt an“ und das deutet auf den Aufseuerungsruf für die Hunde hin, denn wozu hätte man diesen Jägerschrei in dem Moment gebrauchen sollen, in dem sie über die Kurie herfielen. Bei dem feierlichen Akt war der valet de limier (Führer des Beithundes) derjenige, der die Decke des Hirsches von der Kurie fortriß und „Hallali“ schrie.

Bett nennen wir die Stelle, an der sich das Wild niederlegt um auszuruhen, und so wurde auch schon die Stelle im altfranzösischen bezeichnet. lit (deutsch Bett) wurde sie genannt, denn „Jusques au lit vins li vrais liomiers.“ Bis zum Bett führte der Beithund, aber Halali gibt es erst später. Hiermit oder auch bei der Kurie läßt sich das „ha da liegt er“ wohl in Verbindung bringen, aber an der Berechtigung dieser Auffassung zweifle ich.

Der Ruf „Taïaut“ galt ebenfalls der Meute. War die Kurie vorbei, nahm ein Jagdknecht das vorher bei Seite gelegte dünne Geseheide und ließ die Hunde mit dem taïaut hoch und höher springen, bis es ihnen zugeworfen wurde. Statt taïaut finden wir auch „Ta haut“, „tiel au“, „thyalau“ und „ty a hillaud“.

Dieser Nachschuß wurde forhu genannt von hu (Härm) huer (schreien, rufen). Beim forhu wurde nochmals la vue geblasen (Hirsch in Sicht) und demzufolge großes Getöse durch Blasen der verschiedensten Weisen vor dem allgemeinen Ausbruch.

Von der Kurie ein andermal ausführlich.

Die Okkupation des Wildes.

Das jagdbare Wild nimmt in rechtlicher wie tatsächlicher Hinsicht eine Ausnahmestellung ein gegenüber den übrigen in der Freiheit befindlichen oder herrenlosen Tieren. Das Okkupationsrecht steht hier lediglich dem Jagdberechtigten beziehungsweise Jagdbesitzer zu; derselbe besitzt das Eigentumsrecht auf alles in seinem Jagdbezirk befindliche Wild. Allein dieses Eigentumsrecht ist kein absolutes, sondern an gewisse Einschränkungen im Rahmen des subsidiären Jagdrechtes, wie des Strafrechts gebunden. Das Recht der Okkupation oder der Aneignung des Verfügungsrechts über das erlegte und gefallene Wild — die dauernde Besitzergreifung ist hierzu keineswegs unbe-

¹⁾ Verfasser der Histoire de la Chasse en France, 3 Bände.

dingt erforderlich — schließt auf der einen Seite die Vornahme der auf die Aneignung abzielenden Tätigkeit, aber auch das Recht auf Hege des Wildes in sich (§§ 958 Abs. 1, 872, 854 BGB). Hiernach erwirbt der Jagdberechtigte (Eigenjagdberechtigte und Jagdausübungsberechtigte) das Eigentum beziehungsweise Besitztum am jagdbaren Wild in dem Augenblicke, in dem er die tatsächliche Gewalt über das Wild erlangt. Ob diese schon in dem Beibringen der tödlichen Verletzung liegt, wird vom BGB. nicht entschieden, ist vielmehr als Tatsache der Entscheidung des Richters nach den Umständen des Falles überlassen. Selbstredend erstreckt sich das Okkupationsrecht nur auf den Umfang des dem Jagdberechtigten gehörigen Bezirkes. Trotz tödlicher Verletzung hat derselbe kein Recht zur Aneignung, wenn es dem Wilde gelingt, noch auf das Nachbargebiet zu entkommen. Ist das Wild auf den Schuß liegen geblieben, so hat der Jagdberechtigte die physische Möglichkeit der tatsächlichen Einwirkung auf dasselbe und in diesem Falle ist die Okkupation im rechtlichen Sinne vollendet, ohne daß er das erlegte Wild effektiv an sich genommen hat, sofern er nur den Willen der Okkupation kund gegeben hat. Ist jedoch eine Besitzergreifung des durch den tödlichen Schuß dem Jagdberechtigten eigentümlich gewordenen Wildes im eigenen Revier nicht möglich, wie z. B. beim Wassermilch, auch bei Hasen und Rehen usw., wenn solche auf Eis oder ins Wasser sich flüchten, dort verenden und in ein anderes Revier weiter getrieben werden, so würde natürlich die Besitzergreifung des im eigenen Revier erlegten im fremden Revier eine verbotswidrige und daher strafbare Jagdausübung involvieren. Jede unberechtigte Okkupation vom Wilde im eigenen Revier, wie z. B. des während der Schonzeit geschossenen jagdbaren Wildes oder des absolut hegeberechtigten Wildes qualifiziert sich als ein Jagdvergehen oder ein Jagdsrevel. Der Jagdberechtigte kommt auf die gleiche Stufe mit einem unberechtigt Jagenden überhaupt, in gewissem Sinne sogar mit einem Wilderer zu stehen.

Der Irrtum über die Jagdbarkeit ist im Sinne des § 59 RStG. als faktischer zwar möglich, wird aber bei der genauen Bestimmung der Jagdobjekte nur selten mit Erfolg geltend gemacht werden können. Zweifel, ob das Tier jagdbar sei, gilt nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts als Eventualdolus (RG. StrG. G. Bd. X S. 234).

Der Begriff des Jagens setzt die Absicht des Jagenden, den Besitz des zu erlegenden Wildes für sich zu erwerben, nicht voraus. Rechtliche und tatsächliche Okkupation sind zwei von einander getrennte Begriffe. Die rechtliche Okkupation kann oftmals nach der tatsächlichen Seite hin, welche die Besitzergreifung ermög-

licht hat für den Jagdberechtigten ein strafbares Jagdvergehen begründen. Der Jagdbegriff als solcher erfordert nicht die Erlangung, die Absicht, das Wild zu erlegen, nicht die Aneignung oder gar wirtschaftliche Verwertung des Wildes. Alle jagdbaren Tiere fallen in den Bereich der Jagdausübung mit der Folge der Okkupation, mag ihr körperlicher Zustand ein normaler sein oder nicht, daher auch krankes und stielches Wild. Immerhin räumt aber letzteres kein Vorrecht im Falle des Schutzes ein.

Nachdem nunmehr das Okkupationsrecht des Jagdberechtigten für das jagdbare, keiner Beschränkung unterworfenen Wild, einwandfrei festgelegt ist, so kam die auf Grund dieses Rechts erfolgte Besitzergreifung von Wild als solche im eigenen Revier auch in jenen Fällen nicht strafbar sein, in welchen dieselbe nur in Folge vorbereiteter an sich sogar verbotener Handlungen ermöglicht wurde oder ermöglicht werden konnte. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht ein in der jagdlichen Presse vielfach besprochenes Erkenntnis des Landgerichts Eichstätt v. 16. Juni 1915. Nach diesem war vom Schöffengericht ein Jagdberechtigter bestraft worden, weil er und zwar erwiesenermaßen das Vorhandensein von Füchsen und nur von solchen in einem Baue anzunehmen Grund hatte, seine beiden Töchter nach solchen schließen ließ. Allein dieselben forderten statt eines Fuchses, einen Dachse und zwar während der Schonzeit desselben zu Tage. In der 2. Instanz wies ein als Sachverständiger vernommener Forstbeamter in sehr ausführlicher Begründung der vorliegenden tatsächlichen und daher entschuldigen Irrtum nach und bemerkte, daß, wenn dieses außerhalb des Willensbereichs des Jagdberechtigten gelegene Verhalten strafbar sein soll, das Schließen nach Füchsen während der Schonzeit einfach unmöglich sei. „Heute sei z. B. ein Bau mit Füchsen und morgen der gleiche mit Dachsen befahren, es ließe sich niemals voraussehen, ob in einem Fuchsbau und selbst neben dem Fuchsen nicht auch Dachse sein könnten...“ Daraufhin erfolgte Freisprechung. In die letzte Instanz kam die Sache nicht. Zweifellos wäre dieselbe aber an das Landgericht zurückverwiesen und mit einer Verurteilung des Beklagten beendet worden, aber nicht wegen des Schließens nach Dachsen während der Schonzeit, sondern wegen unberechtigter Okkupation des von den Hunden gerissenen und mit Schonzeit belegten Dachses. Es liegt also in anderem Sinne eine verbotswidrige Jagdausübung nach § 292 StGB vor. Der Jagdberechtigte war nicht befugt den Dachse da er nicht jagdbar war, zu okkupieren — der Pächter hatte denselben in verschiedenen Wirtschaften als Kuriosität und Trophäe seiner wackeren Töchter gezeigt —, er mußte ihn entweder liegen und zu Ma-

erden lassen oder der Polizeibehörde zur Verfügung stellen.

Nach der gleichmäßigen Rechtsprechung der Strafrichter sind im Sinne des § 292 StG. bei den Grenzjagden trotz des Wortlautes: „Wer an Orten, an denen zu jagen er nicht berechtigt ist . . .“ alle Handlungen durch Hunde, Treiber, dritte Personen usw. als Jagdsfrevel strafbar, durch welche im fremden Jagdrevier dem Wilde nachgestellt, dasselbe in seiner natürlichen Bewegung beeinflusst und zum Ueberwechseln in den benachbarten Bezirk veranlaßt wird. Auf den Erfolg kommt es nicht an. Es genügt die erwiesene Thatfache einer vorbereitenden Handlung, selbst wenn sie nur dazu geeignet war, das Wild im fremden Bezirk zu „beruhigen“. Der Voratz ein bestimmtes Tier zu okkupieren, ist zum Tatbestand des § 292 nicht nötig. Es genügt der Voratz im allgemeinen, dem Wilde nachzustellen, sogar das Stehen auf dem Anstand selbst bei noch nicht geladenem Gewehr (Oppenhof StG. 14. Aufl. S. 783), natürlich nur dann, wenn im fremden Revier gleichzeitig Maßregeln zu einem Ueberwechseln des Wildes getroffen sind. (Hingegen ist Anlocken des Wildes an der Grenze allein in verschiedenem Sinne entschieden worden.) Haben diese verbotswidrigen Handlungen einen Erfolg, so daß dadurch die Okkupation des fremden Wildes im Eigenrevier ermöglicht wurde, so wird der Jagdberechtigte nicht wegen der Okkupation als solcher, sondern wegen der vorbereitenden Handlungen, durch welche die Erlegung und Okkupation des Wildes bewirkt wurde, bestraft.

In einem solchen Falle sind die die Erlegung vorbereitenden Handlungen darauf gerichtet gewesen, den Stand des Wildes im fremden Jagdrevier in einer derartigen Weise zu beeinflussen, daß dasselbe zum Ueberwechseln in das benachbarte Revier veranlaßt wurde. Nicht der Stand des an der Grenze postierten Jägers bildet für die Strafbarkeit der Handlung ein maßgebendes Kriterium — denn zu solcher Aufstellung ist er ja berechtigt —, sondern der Stand des Wildes, dem durch unberechtigte Machinationen im fremden Jagdrevier nachgestellt wurde, um es im eigenen Reviere okkupieren zu können. In Folge dessen ist der Jagdberechtigte auch strafbar, wenn derselbe nach Wild im fremden Revier vom eigenen Bezirk aus schießt, gleichviel mit welchem Erfolg. Die Befugnis zur Okkupation ist auch dann nicht gegeben, wenn das angeschossene oder erschossene Wild aus dem fremden Jagdreviere in das eigene durch irgendwelche Umstände gelangt. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht ein Urteil des Obersten Bayer. Landesger. v. 12. IV. 1913. Nach demselben hatte ein Jagdberechtigter in seinem Bezirk nach einem Rebhuhn im fremden angrenzenden

Revier einen Schuß abgegeben; dasselbe fiel ab jenseits des die Grenze bildenden Baches. Ein Bauernbursche bemerkte dies und warf das Rebhuhn dem Jäger über den Bach zu, dieser okkupierte es. In der Entscheidung ist ausgeführt, daß mit dem Schuß auf das Rebhuhn in dem fremden Jagdrevier die strafbare Handlung schon vollendet war. Daß der Angeklagte sich nach dem Rebhuhn gebückt und es aufgehoben hat, würde die Besitzergreifung noch nicht ergeben. Wegen dieser — und wie es scheint nicht einwandfrei festgestellten — ist auch die Verurteilung nicht erfolgt.

Nachdem es eine Jagd- oder Wildfolge nicht mehr gibt, ist auch Wild, welches vom Berechtigten innerhalb seines Bezirkes im fließenden Wasser erlegt oder angeschossen wurde, dann aber in den Nachbarbezirk weiter schwimmt, im rechtlichen, wie tatsächlichem Sinne nicht als von diesem okkupiert zu erachten. In ersterer Hinsicht müßte derselbe fremdes Gebiet betreten und in letzterer hatte er das Wild nicht in seine physische Gewalt gebracht. War also die sofortige Ergreifung des Wildes durch den Jäger nach den obwaltenden Umständen z. B. wegen der Terrainverhältnisse, Ueberschwemmung usw., in der Hauptsache auch in Folge der Einwirkung einer vis major nicht möglich, und ist das Wild nach der Verwundung in das benachbarte Jagdgebiet gelangt, so war die Okkupation, also die physische Besitzergreifung beim Eintreffen des Wildes in letzteren noch nicht vollendet, es kam als verwundet oder als Fallwild dahin, der Jäger, der es zur Strecke gebracht hat, hat hierauf keinen Rechtsanspruch mehr. Weber das Jagdrecht noch das BGB. bieten hierzu eine Handhabe; es bliebe nur die gütliche Einigung unter den Beteiligten übrig. Dasselbe trifft auch zu, wenn ein angeschossenes und später verendetes Wild mehrere Jagdbezirke durchschwimmt. Okkupationsberechtigt ist derjenige Jagdberechtigte, in dessen Bezirk das verendete Wild zur Landung kommt oder in dem dessen Besitzergreifung bemerkgestellt werden kann.

Die Okkupationsberechtigung kann auch zweifelhaft sein für den Jäger, wenn Wild durch wildernde, fremde Hunde während der Schonzeit gerissen wurde. Nach der allgemeinen Anschauung steht hier dem Jagdberechtigten, als rechtl. Eigentümer des Wildstandes seines Bezirkes das Okkupationsrecht zu. Durch die Hunde wurde seinem Wildstande ein Schaden zugefügt, den er nicht veranlaßt hatte. Anders verhält sich die Sache, wenn der Jagdbesitzer seine eigenen Hunde während der Schonzeit auf Wild jagen, daher auch auf Dachse graben läßt. In diesem Falle hat der Jagdberechtigte nicht nur keinen Anspruch auf das gerissene Wild, sondern sogar noch Bestrafung wegen verbotswidriger Jagdausübung zu gewärtigen.

Wie Grenzjagd überhaupt im Jagdbetriebe manche Modifikationen bedingt, so kann auch oft die Okkupation des im Bereiche der Grenzlinie selbst erlegten oder dort verendeten Wildes zu sehr verschiedenen Auffassungen Anlaß geben. Fällt der angeschossene Rehbock, nachdem sein Vorderkörper schon die Grenze überschritten hat, so ist es jagdlicher Brauch, aber keineswegs eine Rechtsregel, daß der Jagdbesitzer okkupationsberechtigt ist, in dessen Bezirk Kopf mit Geweih und Vorderteil sich befindet. Man nimmt an, daß in dieser Richtung das Wild den Lauf eingeschlagen hätte und daher doch dort noch verendet wäre. Solange dieses nicht der Fall ist, ist auch der andere auf diesem Gebiet d. h. auf der Lagerungsstätte des Wildes Berechtigte in der Lage, das Wild an sich zu nehmen, ohne in das Nachbargebiet physisch überzugreifen. Auch ist der vordere Teil des Tieres der wertvollere und in physiologischer Hinsicht ausschlaggebendere. Infolge dessen hätte nach dem „pars pro toto“ der Jagdberechtigte mit der Lagerung des Kopfes auch Anspruch auf das Ganze. Im Hochgebirge ist inbezug auf Hirsch- und Rehwild zwischen den Grenz-nachbarn meist in diesem Sinne ein Uebereinkommen getroffen. Im eigentlichen Sinne und ohne gegen den § 292 St.G., also gegen den Begriff der unberechtigten Jagdausübung zu verstoßen, müßte dem Jagdberechtigten gestattet sein, das innerhalb der Grenzlinie gelagerte Wild zu okkupieren, wenn dies ohne Betreten des fremden Bezirkes möglich ist. Es müßte nur ein Stützpunkt, wie z. B. für Großwild gegeben sein, von dem aus durch Herüberziehen und ohne Anwendung von mechanischen Hilfsmitteln die Okkupation im eigenen Bezirke möglich ist. Allerdings hat der Grenznachbar das Recht der Einrede, wenn er nachweisen kann, daß der größere Teil des okkupierten Wildes auf seinem Gebiete gelagert hat. Somit hätte man dann glücklich eine geometrische Jagdfolge. Sollte eine Einigung nicht zu erzielen sein, so müßte auf dem Wege der ungefähren Schätzung festzustellen sein, welches Plus der okkupierende Jäger seinem Konkurrenten zurückzuerstatten beziehungsweise in Geldwerte zu ersetzen hätte. Eine derartige Streitfrage wäre dann auf dem Wege der Zivil- oder Forderungs- beziehungsweise Entschädigungs-klage für das Zuviel des okkupierten Wildbrets auszutragen. Ein strafbares Delikt ist ausgeschlossen, weil sowohl Wahrung berechtigter Interessen als auch Irrtum über die Grenze inbezug auf Jagdausübung durch Okkupation in Betracht kommen können. Noch schwieriger als beim Großwild wird die Regelung der geometrischen Jagdfolge im Grenzgebiet, wenn Kleinwild, z. B. ein Hase, ein Fasan, Auer- und Birkhahn usw. auf der Grenz-

linie selbst längs dieser, also horizontal und nicht diametral liegen bleibt. Offenbar können auch hier im Streitsfalle nur die für das Großwild erörterten Gesichtspunkte als maßgebend für die Entscheidung der Okkupation erachtet werden. Man ist vielfach auch hier gewohnt, die Okkupation von der Lage und Richtung der Läufe und Ständer abhängig zu machen, weil man sich sagt, der Hase oder das Geflügel hat in dieser Richtung seinen Lauf oder Flug genommen und wäre daher sicher nur in diesem Reviere, wo die vorgelagerten Gliedmaßen sich befunden haben, unmittelbar darauf eingegangen. Allein dem steht andererseits doch wieder nach dem Augenschein das geometrische Größenverhältnis entgegen, wenn dieser Einwand von dem Jagdkonkurrenten erhoben wird. Glücklicherweise sind solche Okkupationsstreitigkeiten inbezug auf die geometrische Jagdfolge überaus selten und wenn es gelingt den Tatbestand einwandfrei festzustellen d. h. auch in der Richtung, daß Uebergreifung ausgeschlossen sind und die Lage des Wildes eine bestimmtere ist, daß geradezu homogene Interessen im Spiel sind, so wird sich leicht eine Einigung unter den Beteiligten erzielen lassen. Nur dann, wenn ein unverhältnismäßig kleiner Teil des geschossenen Wildes auf der Grenzlinie desjenigen Jagdbesitzers gelegen ist, welcher Anspruch auf die Okkupation macht und dieselbe bereits vollzogen hat, wird es zu Mißhelligkeiten und selbst zum gerichtlichen Austrage kommen können. „Quod licet Jovi non licet bovi“, also die Geltendmachung eines gewissen Vorrechtes mag hier auch oft eine Rolle spielen.

Das ausschließliche Aneignungsrecht des Jagdberechtigten erstreckt sich auf die lebenden jagdbaren, die erlegten, toten Tiere, auch auf die Eier des jagdbaren Federwildes, hier jedoch oft nur nach besonderer polizeilicher Genehmigung, dagegen aber nicht auf eine abgeworfene Geweihstange, oder auf das Geweih und Gehörn, welches durch den Tod und die völlige Körperauflösung des Hirsches oder Bodes vom Körper getrennt ist. Solche Geweihe sind vielmehr herrenlose Sachen und können von Jedermann in Besitz genommen werden. Dagegen bestraft das Jagdrecht nach einigen Landesgesetzen auch die unbefugte Aneignung der von Hirschen abgeworfenen Geweihe, nicht aber von Rehböcken. Es kommt also ganz darauf an, in welchem Lande die Aneignung abgeworfener Stangen oder Geweihe von gefallenem, bereits in Verfall übergegangenem Hirschen durch einen Nichtjagdberechtigten stattgefunden hat, um strafbar zu bleiben oder nicht. Bayern hat in seinem Jagdgesetz hinsichtlich der abgeworfenen Geweihe und Gehörne keine besonderen Bestimmungen getroffen. Auf Bayern hat daher die Rechtsprechung des Reichs-

nichts, wonach abgeworfene Gemeiße oder solche von fallenen, in Verwesung und Zerfall übergegangenen Hirschen, ebenso abgeworfene Stangen eine herrenlose Sache sind, die sich jedermann aneignen darf, Anwendung zu finden. Nach einer autogr. Justiz-Min.-Entschl. stellt sich aber das Werfen, Schlagen, Verfolgen und Fegen von Wild durch die Unberechtigten zu dem Zwecke, daß es das lockere Gemeiß abwirft oder daß es auf der Flucht dasselbe abstreift oder daß es über Felsen und Abhänge stürzt, um die Aneignung des Gemeißes zu ermöglichen, als unbefugte Jagdausübung dar. Hingegen besitzen die Provinzen Ostpreußen und Pommern Polizeiverordnungen, nach welchen bei Gemeißen das Recht zur Aneignung allein dem Jagdberechtigten zusteht. Da hier lediglich Verordnungen ohne gesetzliche Grundlage maßgebend sind, ist es fraglich, ob solche in rechtlicher Hinsicht begründet sind. Im Königreich Sachsen, in den Herzogtümern Braunschweig, Anhalt und Sachsen-Koburg-Gotha ist durch „Jagdgesetze“ nur Jagdberechtigten die Aneignung der abgeworfenen Gemeiße eingeräumt. Bereits im Jahre 1885 hat das Reichsgericht — es betraf einen Fall im Gothaischen — ausgesprochen, daß es in denjenigen Gebieten, in denen die abgeworfenen Gemeiße usw. der ausschließlichen Aneignungsbefugnis des Jagdberechtigten durch Landesrecht, also auf dem Wege der Gesetzgebung, vorbehalten sind, die unbefugte Aneignung dieser Gegenstände nach § 292 StGB. strafbar sei.

Für das Herzogtum Braunschweig ist die strittige Frage ebenfalls im obigen Sinne entschieden worden und zwar durch das Reichsger.-Erl. vom 3. Juli 1894. Danach wurde ein Nichtjagdberechtigter verurteilt, welcher im Herzoglichen Revier Trautenstein das Gemeiß eines verendeten Hirschen, von dem sonst nur noch einzelne Knochenteile vorhanden waren, gefunden und sich angeeignet hatte.

Bezieht sich das Aneignungsrecht des Jagdberechtigten in Braunschweig auch auf Rehgehörne so ist dies im Königreich Sachsen, sowie in Anhalt und Koburg nicht der Fall, vielmehr spricht hier das Gesetz ausdrücklich nur von Hirschgemeißen. Die abgeworfenen Rehgehörne gehören im Deutschen Reiche mit Ausnahme von Braunschweig zu den herrenlosen Sachen, welche sich jedermann aneignen kann. — Uebrigens ist im Deutschen Walde nicht viel davon zu finden.

Nicht bloß das lebende Wild, sondern auch das Fallwild unterliegt dem ausschließlichen Aneignungsrecht des Jagdberechtigten, doch ist der Begriff einer verschiedenen Auslegung fähig. Fallwild im engeren Sinne, d. i. aus natürlichen Ursachen infolge einer Krankheit, Absturz, also auch aus mechanischen Ur-

sachen, wie infolge einer Schußverletzung, nach einiger Zeit erst eingegangenes Wild, somit auch Fallwild in erweitertem Sinne, wie durch Jagdhunde oder Raubzeug gerissenes Wild, auch ein Hirsch, welcher von dem andern in der Brunstzeit getötet wird, Federwild, welches sich in den Telegraphen- oder Telephondrähten, insbesondere an den Drahtnetzen der Ueberlandzentralen fängt, auch ein teilweise angeschnittener, noch nicht unbrauchbarer Hase usw. begründen die Okkupation. Dagegen gilt jenes Fallwild als herrenlos und daher als aneignungsberechtigt auch für den Nichtjäger, das die Bezeichnung Was oder Ruder verdient. Es muß einen mehr oder minder hohen Grad der Fäulnis — also bei weitem nicht hinreichend der sprichwörtliche haut-goût höchster Potenz — aufweisen. Völlig in Verwesung übergegangene Tierkörper oder Skelette, bei welchen eine wirtschaftliche Verwertung des Wildbrets zu Genußzwecken, so namentlich beim Nutzwild, und selbst der äußeren Körperhülle — Haut oder Decke beim Reh-, Rot- und Schwarzwild, Balg beim gesamten übrigen Wild mit Ausnahme der Schwarte des Dachses und des Fells der Wild- und verwilderten Katzen — nicht mehr ratsam erscheint, gelten als herrenloses Gut.

Als Fallwild kommt auch das in einer Schlinge gefangene, dann verendete Wild in Betracht. Wer sich solches unberechtigter Weise aneignet, begeht zwar keinen Diebstahl, sondern ein Jagdvergehen. Ergreift aber jemand Fallwild, um es an die Jagdberechtigten abzuliefern, so ist dies kein Jagdvergehen. Hingegen ist die Okkupation eine vollendete, wenn ein jagdbares Tier in dem von den Jagdberechtigten zu seinem Fange aufgestellten Netze sich verwickelt hat, da das Netz ebensoviet die Gewalt für den Herrn manifestiert wie ein Käfig oder ein apportierender Hund, vorausgesetzt die Tauglichkeit des Werkzeuges. Dagegen wird der Besitz vereitelt — hier tritt Eigentum und Besitz in reziprotem Verhältnis in die Erscheinung —, wenn der Hund schlecht dressiert ist, die apportierte Bekassine oder Ente im Sumpfe liegen läßt oder einem Dritten bringt, auch sich von einem fremden Hunde abjagen läßt, der Fangapparat oder die Schlinge defekt wird und das eingefangene Wild wieder entkommt. Nach dem Jagdrecht der Pfalz erlangt der Jagdberechtigte, der eine Schlinge oder Falle gelegt oder eine Grube hergestellt hat, die tatsächliche Gewalt über das Tier, das in einer solchen Vorrichtung gefangen wird, es sei denn, daß es dem Wilde gelingt, sich zu befreien, und tritt der Eigentumserwerb mit der Gefangennahme ein, wenn der Jagdberechtigte auch von derselben keine Kenntnis hat. Vermag das Tier mit der Falle zu entweichen, so verliert der Jagdberechtigte den Besitz der Falle und

erlangt nicht die tatsächliche Gewalt über das Tier.

Divergierender Anschauung begegnet die Okkupationsbefugnis bei gewilderten Tieren. Selbstredend erwirbt der Wilderer kein Eigentum, sondern nur den (widerrechtlichen) Besitz. Allein auch der Jagdberechtigte erwirbt durch den Wilderer kein Eigentum, wiewohl hier zwischen jagdberechtigtem Wilde und Schonwild zu unterscheiden wäre. Nach der Rechtsprechung bleibt das Wildererergut herrenlos, bis es an den Jagdberechtigten oder auch an einen gutgläubigen Dritten (Erwerber) gelangt. Der Jagdberechtigte kann aber dem Wilderer, wenn er ihn auf frischer Tat ertappt, die Beute abnehmen und gegen den Wilderer strafrechtlich vorgehen, wegen Diebstahls und zivilrechtlich wegen Schadloshaltung (*actio furti*). Gegen diejenigen aber, welche sich Wildererergut zwar unberechtigt, aber in gutem Glauben aneigneten (z. B. die Gemeinde eignet sich im Bezirke des Pächters Fallwild an, in dem Glauben, ein Recht zu haben) kann nur auf dem Zivilrechtswege (die *conditio sine causa*) vorgegangen werden.

Schließlich wäre noch die Frage aufzuwerfen, ob es für den Jagdberechtigten und Jagdbesitzer auf eine Okkupationsverpflichtung unter gewissen Verhältnissen nach dem Grundsatz: „Wo Rechte, da auch Pflichten“ geben könne. Es würde sich darum handeln, Fallwild größerer Gattung, Has oder Luder, wie auch erlegte, wildernde Raken und Hunde zu beseitigen d. h. zu vergraben. Damit sollte den hygienischen und veterinärpolizeilichen Voraussetzungen Genüge geschehen. So müssen alle wirtschaftlich nicht verwertbaren eingegangenen größeren Haustiere auf den Wäsen verbracht werden. In manchen Ländern besteht Abdeckereizwang auch für technisch noch verwertbare Tiere. Allein kleinere Haustiere, wie kleinere Hunde, dann Raken, Ferkel, Lämmer darf der Besitzer in der Regel selbst verscharren. Eine hygienische oder jagdrechtliche Bestimmung auch für entsprechende Beseitigung und Verscharrung gesallenen unverwertbaren Wildes zu sorgen, besteht für den Jagdbesitzer nicht. Offenbar könnte derselbe aber, sofern Gefahren durch den Prozeß der Fäulnis für die Öffentlichkeit zu befürchten wäre, hierzu von der Polizeibehörde angehalten beziehungsweise die Beseitigung auf seine (oder des betreffenden Grundeigentümers) Kosten veranlaßt werden. Nur bei Wildkadavern, welche die Erscheinungen oder den Verdacht auf Wildseuche, Milzbrand, auch Rauschbrand aufweisen — Schwarz-, Rot-, Dam- und Rehwild kommt hierfür in Betracht —, schreitet nach dem Viehseuchengesetze die Polizeibehörde sofort ein. Hier hat der Jagdberechtigte die Anzeigepflicht. Nach derselben verliert er jede Berechtigung, über das gefallene, erlegte seuchenranke wie seuchenverdächtige Wild zu verfügen. Ist der Ver-

dacht unbegründet, so bleibt ihm die Verwertung des Wildes gewahrt, außerdem werden die Kadaver nach den Vorschriften des Gesetzes zur Verhütung einer Ausbreitung unschädlich beseitigt. Anders verhält es sich mit der Okkupation und Verscharrung der erlegten Hunde und Raken. Diese müssen im Gegensatz zum Haswild unbedingt verscharrt werden, sie dürfen nicht länger als 24 Stunden im Freien lagern. Hat nun der Jagdberechtigte und Jagdbesitzer das Recht zur bedingungslosen Okkupation und damit auch die Verpflichtung zur Verscharrung der in seinem Jagdgebiete erlegten wildernden Hunde und Raken? Diese Frage muß nach beiden Richtungen verneint werden. Der Jagdberechtigte hat nach Maßgabe der in den einzelnen Ländern bestehenden Vorschriften, außerdem nach den Bestimmungen des BGB. über den Notstand das Recht, solche Tiere zu „töten“, auf welche Weise, ob durch die Schußwaffe, Fangapparate usw. ist gleichgültig, nur dürfen nicht absichtliche Quälereien stattfinden. Durch die berechtigte Tötung — und solche einwandfrei erwiesen — wird der Jagdberechtigte aber keineswegs zum Eigentümer des erlegten Hundes, wie bei der eingedrungenen oder weidrechtlichen Okkupation des Wildes. Es sind zwei von einander völlig verschiedene Modalitäten. Die jagdrechtliche Okkupation ist Selbstzweck, das Endziel des Jagdbetriebs, die Umlegung der wildernden Hunde und Raken als Störenfriede der Jagd ist jedoch nur ein Mittel zum Zweck, eine Selbst- und Nothilfe, um den Jagdbetrieb auf seiner Höhe zu halten. In diesem Falle tritt der Jagdberechtigte als Korrektor und bedingter Eigentumsstellvertreter für den Hundebesitzer, welcher nach dem BGB. die Pflichten eines guten Tierhalters zu erfüllen hat, ein und zwar mit der summarischen Maßnahme, die von demselben durch seine Fahrlässigkeit, durch Nichtbeaufsichtigung des Hundes oder der Rake dem Wildstande drohende oder tatsächliche zugefügte Schädigung durch den Tod des Tieres abzuwenden oder zu bestrafen. Der Tierkörper gehört aber dem Jäger ohne Weiteres nicht, im Gegenteil hat derselbe die Pflicht, denselben auf Verlangen an den Hunde- oder Rakenbesitzer herauszugeben. Dem Jäger kann daran gelegen sein, das Fell, das Fett oder selbst das Fleisch zu verwerten. Eine Verpflichtung des Hundebesitzer vom Tode des Tieres in Kenntnis zu setzen, ist, wenn er dem Jagdberechtigten bekannt ist, ratsam — oft aber auch nicht! —, aber keineswegs vorgeschrieben. Nun fragt es sich: „Wer hat die vorläufige oder dauernde Okkupation mit der Folge der Verscharrung und Beseitigung des Tieres zu übernehmen?“ Der „Jäger“, der „Besitzer des Hundes“ wie der „Eigentümer des Grundstücks“, auf dem der Hund erschossen wurde, können hierfür in Betracht kommen. Die Rechtslage wird am besten illustriert

nachfolgendes in der „Deutschen Jägerzeitung“, Nr. 7 Bd. 57 enthaltene Urteil: „Der Forstlehrling A. hatte im September 1910 bei Ausübung der Fühnerjagd auf der von seinem Vehrern, Oberförster Dr. B., gepachteten Gemeindejagd H. einer vom Hunde bewachten Rahe einen Fangschuß gegeben und die Rahe sodann in einem Haferstüde liegen lassen. Es erging polizeilicher Strafbefehl wegen Uebertretung des § 26, 3 des Feld- und Forstpolizeigesetzes. Das Schöffengericht in C. sprach den Angeklagten frei. Die hiergegen seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung wurde durch Urteil der Strafkammer in Koblenz verworfen mit folgender Begründung: Durch das Liegenlassen der Rahe hat der Angeklagte sich nicht strafbar gemacht. Das Feld- und Forstpolizeigesetz verfolgt nicht den Zweck, die öffentliche Gesundheit zu gewährleisten. Dieses Ziel soll durch andere Gesetze erreicht werden, gegen deren Bestimmungen der Angeklagte nicht verstoßen hat. Das vorgenannte Gesetz bezweckt nur, die Privatinteressen des Grundstückseigentümers zu sichern. Der § 26, 3 stellt nur den unter Strafe, der unbefugt ein totes Tier liegen läßt, verscharrt oder vergräbt. Ein unbefugtes Liegenlassen der Rahe seitens des Angeklagten würde vorliegen, wenn das Gesetz die Verpflichtung, ein totes Tier zu entfernen, allgemein für den aufstellte, der den Tod des Tieres verursacht hat. Eine solche Verpflichtung ist im Gesetze nicht begründet. Als zur Entfernung des Tieres verpflichtet kann nur der angesehen werden, der einerseits berechtigt war, über das Tier zu verfügen, andererseits das Haferfeld betreten durfte. Im vorliegenden Falle könnten zur Entfernung des Tieres nur in Frage kommen entweder der Eigentümer des Tieres oder der Eigentümer des Grundstücks, auf welchem es sich befand. Der Angeklagte war zur Entfernung des Tieres um so weniger verpflichtet, als er sich durch das Betreten des Haferstücks, das er, um die Rahe zu entfernen, betreten mußte, nach § 10 des vorgenannten Gesetzes strafbar gemacht hätte. Eine Verpflichtung des Angeklagten, dem Eigentümer der Rahe oder der Ortspolizeibehörde von dem Tode der Rahe Mitteilung zu machen, ergibt sich weder aus dem § 26, 3 noch aus einer anderen Bestimmung des genannten Gesetzes. Der Uebertretung einer solchen Vorschrift ist der Angeklagte auch nicht beschuldigt. Demgemäß war die Berufung zurückzuweisen. Die gegen vorstehendes Urteil seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision ist leider zurückgezogen worden, so daß eine höchstgerichtliche Entscheidung nicht ergangen ist. Belehrt dürfte aber kaum zu einem anderen Ergebnisse geführt haben, da die Revisionsbegründung nicht sehr überzeugend war.“ Im gleichen Sinne spricht sich auch eine Entscheidung des Landgerichts Zweibrücken —

veröffentlicht in Nr. 7 des Deutschen Jäger von 1916 — aus. Nach derselben hatte ein Jagdhüter angeblich gegen das Ueberhandnehmen der wildernden Hunde Vorstellung beim Bürgermeister erhoben. Als er wieder einmal zwei Hunde nach Wild jagend in seinem Revier antraf, streckte derselbe den einen davon nieder und beauftragte seinen Begleiter, dem vermeintlichen Besitzer des Hundes hiervon Mitteilung zu machen. Dieser kümmerte sich nicht weiter darum; der Hund blieb liegen und der Jäger wurde wegen Nichtverscharrrens des Hundes — über 24 stündigen Lagerns — mit der geringst zulässigen Strafe von 1 Mk. belegt, weil die Polizeibehörde glaubte, den Jäger verantwortlich machen zu können für das Unterlassen der Verscharrung, in der Berufungsinanz aber mit der Begründung freigesprochen, daß zur Verscharrung des Hundes der Besitzer verpflichtet gewesen wäre, „weil derselbe infolge Unachtsamkeit, durch Nichtbeaufsichtigung den Tod des Hundes veranlaßt habe und rechtzeitig von der Tötung des Hundes verständigt worden war.“

In gleicher Weise wie mit der Okkupation der erlegten Hunde und Ragen verhält es sich auch mit der Erlegung (gemeingefährlicher) herrenloser, entlaufener anderer Haustiere, oder der Gefangenschaft entwichener und in den Zustand der früheren Wildheit zurückgekehrter wilder Tiere; der Jagdberechtigte darf solche erlegen und auch okkupieren, jedoch nur dann, wenn sich kein Eigentümer derselben meldet. Das Okkupationsrecht ist hier gegenüber dem jagdbaren Wilde nur ein bedingtes. Der Jäger hat dem Eigentümer ebenso wie bei der Erlegung von Ragen auch bei anderen Tieren, zu deren Tötung er berechtigt war, die Verfügung über das getötete Tier zu überlassen. Die zahmen Tiere begründen das Eigentumsrecht auch dann noch, selbst wenn sie verwildern. Sie gelten also nicht im absoluten Sinne als „herrenlos“, sodaß jeder, der sie fängt oder erlegt, dieselben ohne weiteres behalten darf. Wohl zu unterscheiden davon sind allerdings gezähmte Tiere. Es sind dies solche, welche ihrer Art nach zu den wilden (jagdbaren) Tieren gehören, aber an die menschliche Herrschaft gewöhnt worden sind, wie dies z. B. bei Hunden, Fischen, Störchen, selbst Fischottern u. a. bisweilen geschieht. Diese bleiben im Eigentum des Eigentümers, solange sie die Gewohnheit haben, an den ihnen bestimmten Ort z. B. in ihren Stall, Gehege zurückzukehren, auch wenn sie ihn zeitweise verlassen. Wer sie bei einer solchen Gelegenheit einfängt oder gar tötet, um sie zu okkupieren, begeht, wenn er weiß, daß sie gezähmt sind, einen Diebstahl, und selbst, wenn er das nicht weiß, kann ihm das tote Tier vom Eigentümer abgefordert werden. Es ist daher auch

der Jäger, der Feldtauben schießt und okkupiert wegen Diebstahls strafbar. Liegt jedoch tatsächlicher Irrtum, Verwechslung mit Wildtauben ohne Okkupation vor, so kann der Schütze nur wegen Schadenersatz durch den Taubenbesitzer belangt werden. Ein Okkupationsrecht besitz in solchen Fällen der Jäger oder Erleger nicht. Der Tierbesitzer verliert mit dem Entweichen zahmer oder gezähmter Tiere, in dem dieselben nicht mehr an den für sie bestimmten Ort zurückkehren, zunächst nur die physische Gewalt über sie, sie werden „herrenlos“, allein eine gewisse rechtliche Gewalt über sein früheres Eigentum bleibt demselben im Falle der Ergreifung oder der Tötung doch gewahrt. Es müßte denn sein, daß er sich von freien Stücken der Tiere entledigt und das Eigentum über dieselben aufgegeben hat.

Die Frage der Okkupation bei gezähmten, der Gefangenschaft entwichenen wilden Tieren wird an einem praktischen Fall unter dem Titel „Die Rostocker Löwenjagd“ in „Bernhöft, Rechtsfragen des täglichen Lebens“ in sehr instruktiver Weise behandelt. Wir entnehmen den interessanten Ausführungen das Nachstehende.

„In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ereignete sich in der Umgegend von Rostock ein Fall, der den Juristen Gelegenheit zu endlosen Erörterungen gab und auch die Nichtjuristen aller Kreise lebhaft interessierte. Beiläufig gesagt, wurde dadurch Ben Alkiba büßen gestraft, denn kein Lied, kein Heldentum meldet, daß jemals vor- oder nachher bei Rostock eine Löwenjagd veranstaltet worden ist.

Einem Menageriebesitzer, der sich einige Zeit in Rostock aufgehalten hatte und von dort nach Ribnitz ziehen wollte, war eine Löwin beim Füttern entkommen. Er hatte zunächst versucht, sie wieder in den Käfig zu locken, war aber, da sich dies als vergeblich erwies, nach Ribnitz weiter gezogen. Das Tier irrte nun in der Umgegend umher, scheint aber keinen Schaden angerichtet zu haben. Wahrscheinlich war es in der Gefangenschaft geboren und kannte die Freiheit überhaupt nicht; manches deutet auch darauf hin, daß es krank war. Jedenfalls verstand die Löwin es nicht, sich bei den Landbewohnern in den Respekt zu setzen, der ihr eigentlich gebührt hätte. Vielsach wurde sie für einen „großen gelben Hund“ gehalten; ein besonders intelligenter Tagelöhner, der sie auf dem Felde bemerkt hatte, berichtete seinem Herrn darüber und meinte, „das müßt wohl en Mulesel sin, so'n Diert had he noch nich sehn“.

Schließlich nützte sie in dem Dorfe Ruffewitz in der Viehbucht eines Hofmeisters. Des Morgens kam dessen Frau, die nach dem Vieh hatte sehen wollen, zu ihm: er möchte doch einmal schnell herauskommen,

in der Viehbucht läge „en gruglich Diert“, sie hätte ihm schon einen mit der Forke gegeben, es wollte aber nicht forgehen. Der Mann nahm seine Flinte und gab aus nächster Nähe einen Schrottschuß auf das Ungeheuer ab. Dies wurde der Löwin denn doch zu ungemütlich; sie sprang auf, mitten durch die in der Bucht eingesperrten zahmen Tiere, ohne diesen indessen etwas zu tun, setzte über den Zaun und lief nach dem Felde, wo sie sich wieder niederlegte. Der Gutsherr, dem der Vorfall berichtet wurde, sandte nach Rostock um Hilfe. Eine Kompanie Soldaten rückte aus, dem Hauptmann an der Spitze, umstellte das Tier, das weder anzugreifen noch zu fliehen Miene machte, und erschoss es. Die Löwenjäger legten die getötete Löwin auf eine Bahre, umkränzten sie mit Eichenlaub und zogen mit ihr siegreich in Rostock ein.

Nun erhob sich der Streit um das Löwenfell. Als Präbendenten kamen in Betracht: der Menageriebesitzer, der Gutsherr von Ruffewitz als Jagdberechtigter, endlich der Militärarkus, für den die Soldaten gehandelt hatten.

Viele, selbst Juristen, waren anfangs geneigt, sich für den Ruffewitzer Gutsherrn zu erklären. Ihnen wurde aber entgegengehalten, daß die mecklenburgische Jagdordnung nichts von Löwen sagt, und so schmolz die ursprünglich ansehnliche Partei schnell zusammen. Denn es ließ sich allerdings nicht leugnen, daß die Löwen in Mecklenburg — und wohl auch in den anderen deutschen Staaten — nicht zu den jagdbaren Tieren gehören.

Also war gemeines Recht zur Anwendung zu bringen. Damals galt in Mecklenburg das römische Recht, das in diesem Punkte mit dem heutigen bürgerlichen Rechte ziemlich genau übereinstimmt.

Eine große Zahl der Juristen trat für den Menageriebesitzer ein. Sie behaupteten, er habe das Eigentum an der Löwin nicht verloren. Gab man das zu, so war die Tötung der Löwin zwar berechtigt, weil diese trotz ihrer offensbaren Gutartigkeit immerhin eine Gefahr für die Bewohner der ganzen Gegend war, aber an dem Kadaver, also auch an dem Felle, blieb das Eigentum des Menageriebesitzers bestehen.

Diese Auffassung wurde durch eine von dem angesehenen Rechtsgelehrten Dernburg aufgestellte und damals weitverbreitete Meinung gestützt, daß ausländische Tiere überhaupt nicht bei uns durch Entfliehen herrenlos würden. Hierzu sei nötig, daß sie in ihre „natürliche Freiheit“ zurückkehrten, und von einer „natürlichen Freiheit“ solcher Tiere könne bei uns nicht die Rede sein.

Der Begriff der „natürlichen Freiheit“ ist unklar, und eine scharfe Begrenzung der Tiere, die bei uns „natürlich frei“ sein können, würde auf große Schwierigkeiten stoßen.

gezeiten stoßen. Ueberhaupt hat die Ansicht viel Bedenkliches, auch vom rechtspolitischen Standpunkte aus. Denn es ist kein Grund dafür abzusehen, daß diejenigen, die fremde Tiere ins Land bringen und sie dann nicht bändigen können, besser gestellt sein sollen, als diejenigen, die einheimische Tiere einfangen. Für das Bürgerliche Gesetzbuch (§ 960 Abs. 2) ist die Ansicht gar nicht zu halten, weil dieses nur von „Freiheit“ und nicht von „natürlicher Freiheit“ spricht.“

Die richtige Entscheidung ist, daß der Menageriebesitzer das Eigentum an der Löwin verlor, als er die Versuche, sie wieder an sich zu locken, einstellte, denn damit „gab er die Verfolgung auf“. Die Löwin wurde dadurch herrenlos und konnte nunmehr, da die Jagdordnung über Tiere dieser Art keine Bestimmung trifft, nach den allgemein geltenden gesetzlichen Regeln von jedem nicht nur erlegt, sondern auch in Besitz genommen werden. Der Militäriskus hatte also das Eigentum erworben.

Zum Prozeß kam es damals nicht. Das Militär behielt einfach das erlegte Tier, der Russenwälder Gutsherr sah, als seine Reklamationen unbeachtet blieben von einer Klage ab, und der Menageriebesitzer meldete sich überhaupt nicht. Das Löwenfell liegt noch heute auf der Hofstocker Offiziersmesse. Es soll aber ziemlich schäbig aussehen.“

Eigenartig gestaltet sich auch das Okkupationsrecht bei der im Jahre 1906 in Böhmen eingeführten und von da aus immer weiter in die benachbarten Länder vordringenden amerikanischen Wisamratte. Dieselbe ist ein Nagetier, weder eine Ratte noch eine Viberart, sondern eine Wühlmaus. Solange dieselbe nicht als jagdbar oder fischereiberechtigt erklärt ist, hat jeder das Recht, dieselbe einzufangen und zu okkupieren. Es bestehen also weder für Jäger noch für Fischereiberechtigte Vorrechte. Letzterer darf aber nicht durch die Schußwaffe, sofern nicht der Jagdeigentümer zu deren Gebrauch denselben ermächtigt hat — da das Betreten des Jagdreviers in Jagdausrüstung ohne Erlaubnis verboten ist —, die Okkupation der Wisamratte sich sichern. Das Gleiche würde auch für Fischreier und Fischotter gelten.

Das Okkupationsrecht für Wild in Wildparks, Wildhegen oder Tierparks kann oftmals zu divergierenden Rechtsanschauungen führen. Der Inhaber der großen Gehege ist, wie jeder Jagdeigentümer, im weitesten Sinne Eigentümer des Wildlandes, aber nicht ohne weiteres Eigenbesitzer, weil er nach § 872 BGB. die Tiere insofern nicht als ihm gehörend besitzt, als er beliebig sein Eigentumsrecht ausüben und sie ohne weiteres in seine Gewalt bringen kann. Größe, Umzäunung, Wildstand, insbesondere ob das

Wild durch die Beschaffenheit der Umfriedigung verhindert wird, sich der gewollten Tötung und Okkupation zu entziehen oder nicht, sind hier von Belang insofern, als ein für sich abgeschlossenes Ganze, für das auch die Bestimmungen über Hege (Wildgärten) nicht Platz greifen können, mit der Möglichkeit, jederzeit die Okkupation an dem eingeschlossenen Wildstande zu vollführen, in Frage kommt oder ob trotz des Umfanges, der Einfriedigung, da mit der Möglichkeit des Entweichens zu rechnen ist, die Okkupation erst durch planmäßiges Jagen, wie in freier Wildbahn überhaupt geschehen kann. In letzterem Falle würde derjenige, welcher eine abgeworfene Hirschstange als herrenlose Sache okkupiert, keinen Diebstahl begehen — Entsch. des Oberl. Köln v. 20. X. 1895 —, dagegen würde jeder, der das in einem Park, Hege- oder eingeschlossene Wild wider den Willen des Eigentümers jagt und okkupiert, einen Diebstahl nach § 242 StGB. begehen. Wer aber eingezäuntes Wild nur tötet, z. B. aus Vergnügen an der Jagd, mit der Schußwaffe oder durch Hezen mit Windhunden, ohne es wegnehmen zu wollen, der begeht eine Jagdschädigung. Wer dagegen im geschlossenen Gehege Flugwild, welches seinen Anflug nach oben hat, unberechtigt schießt, ist weder wegen Diebstahles noch wegen Jagdschädigung, sondern wegen Jagdvergehens zu bestrafen; denn dieses Flugwild befindet sich in seiner natürlichen Freiheit und nicht in dem Gewahrsam eines andern. Daß indes der für den Ausschluß des Jagdrechts in bezug auf Wildhege und für die rechtliche Beurteilung des Begriffes „Wildgarten“ sehr weit gezogen werden kann, beweist ein Erkenntnis des VI. Ziv.-Senats des Reichsger. v. 9. I. 1902. Nach demselben wurde für das in einem 3600 ha großen, von der Eisenbahn durchschnittenen Wildpark des Fürsten Hentel von Donnersmark Besitz und Eigentum des Parteigentümers am Rotwild angenommen, „weil nach den örtlichen Verhältnissen das im Wildpark eingeschlossene Rotwild vollständig am Austreten gehindert und damit seiner natürlichen Freiheit beraubt ist“. Vgl. auch den Artikel „Die Rechtsstellung des Wildes in eingefriedeten Wildgärten“ auf S. 119 dieser Zeitschrift.

Das Okkupationsrecht des Jagdbesitzers ist somit von verschiedenen Voraussetzungen in bezug auf Wild oder auf jagende und frei umherstreifende Haustiere, wie der Gefangenschaft entwundene wilde Tiere, abhängig und, soweit nicht die einschlägigen Bestimmungen des BGB. (§§ 854, 872, 958) anwendbar sind, dem Jagdrechte der einzelnen Bundesstaaten unterstellt. Vielleicht bringt uns in absehbarer Zeit ein der ungeheueren Opfer würdiger Friede auch ein wahrhaft deutsches, bodenständiges

Jagd- und ein einheitliches Okkupationsrecht, in welchem die Mäuren der englischen und französischen Fleischjäger und Wildmörder keine Stätte finden können.

M. Reuter.

Die Verwendung von Kriegsgefangenen in der Forstwirtschaft.

Von R. Forstmeister Dr. Schinzinger in Hohenheim.

Zu den gewaltigen Aufgaben, welche der Krieg mit sich brachte, gehörte von Anfang an für Heeresverwaltung wie Regierungen eine andauernde, geeignete und nutzbringende Beschäftigung der Kriegsgefangenen im Dienste der Landeskultur. Diese Aufgabe ist trotz ihrer außerordentlichen Schwierigkeiten voll gelöst worden. In weitgehendem Maße wurde den Wünschen der Gewerbetreibenden ebenso wie der Land- und Forstwirtschaft Rechnung getragen, die Gefangenen nach ihren früheren Berufsarten ausgeschieden und dementsprechend verteilt. Die stellv. Generalkommandos stellten Bedingungen auf für Gestellung der Kriegsgefangenen zu gewerblichen, landwirtschaftlichen und solchen forstlichen Arbeiten, die in geordneten Forstbetrieben vorkommen (Holzhiebe, Kultur-, Wegarbeiten, Kindeeschälbetrieb, Schädlingsbekämpfung usw.). Die Nachfrage nach Kriegsgefangenen war zunächst gering von Seiten der Land- wie der Forstwirtschaft.

Es zeigte sich, von größeren Betrieben abgesehen, überhaupt recht wenig Neigung, Kriegsgefangene in Anspruch zu nehmen. Mündlicher und schriftlicher Anregung gegenüber erfolgten Einwendungen der verschiedensten Art, welche indessen meist das gemeinsame hatten, daß sie wenig stichhaltig waren.

Mit der Steigerung der Einberufungen wuchs aber die Erkenntnis, daß, wenn auch mit den Beurteilungen von Mannschaften nicht gefahrt, ja bis an die durch militärische Interessen gezogene äußerste Grenze gegangen wurde, dennoch die land- und forstwirtschaftliche Arbeit mit den bisherigen Hilfsmitteln nicht bewältigt werden konnte.

Die Not lehrte die Vorurteile überwinden, gute Beispiele taten das ihrige, die Gesuche schwollen in einer Weise an, daß heute bei weitem nicht mehr allen Wünschen Rechnung getragen werden kann.

Das Gesuch um Gestellung von Kriegsgefangenen ist in Württemberg bei dem stellv. Generalkommando einzureichen.

Es muß enthalten: die Zahl der Kriegsgefangenen, Wünsche bezüglich der Nationalität, Angabe der Arbeit, Beginn und Dauer der Beschäftigung, Art der Unterbringung und die Erklärung, daß der Gesuchsteller

sich den vom Generalkommando aufgestellten Bedingungen unterwerfe.

Der Inhalt der letzteren ist im wesentlichen folgender: Die Gestellung erfolgt in kleineren Betrieben an die Gemeinden, in größeren an die Betriebsinhaber (Forstämter, Gutsbesitzer, Pächter) als Arbeitgeber.

Weniger als 10 Kriegsgefangene werden in der Regel nicht abgegeben. An Bewachungsmannschaften sind erforderlich:

bei 10	Kriegsgefangenen 2 Mann,
" 11—20	" 3 "
" 21—30	" 4 "
" 31—40	" 5 "
" 41—50	" 6 "
" 51—60	" 7 "

je mit Einschluß des Kommandoführers (Unteroffizier, Gefreiter oder Gemeiner).

Die Heeresverwaltung wird darauf bedacht sein, daß als Bewachungsmannschaften womöglich solche Leute kommandiert werden, die in der betreffenden Arbeit einige Erfahrung besitzen.

Als Entgelt für die Gestellung der Kriegsgefangenen hat der Arbeitgeber zu leisten:

a) eine an die Heeresverwaltung zu entrichtende allgemeine Vergütung, die im einzelnen Fall mit dem Arbeitgeber vereinbart wird und sich nach den ortsüblichen Löhnen des Beschäftigungsortes richtet, jedoch unter angemessener Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der überlassenen Kriegsgefangenen;

b) eine tägliche Zulage an die Bewachungsmannschaften in Höhe von 50 Pfg. für den Kopf;

c) für jeden Kriegsgefangenen eine Gelbabfindung, die für den Arbeitstag beträgt

bei 8 stündiger Arbeit 20 Pfg.,

" 9 " " 25 "

" 10 " " 30 "

d) endlich fallen dem Arbeitgeber die Kosten des Transportes der Gefangenen und Bewachungsmannschaften zur Last.

Die Beförderung der letzteren auf der Eisenbahn erfolgt zum Militärfahrpreis, d. h. zum Preis von 1 Pfg. für die Person und den Kilometer, der ersteren mit Fahrkarten 4. Klasse.

Tägliche Gestellung der Kriegsgefangenen vom Lager aus erfolgt nur, wenn der Arbeitsort vom Lager nicht weit entfernt ist.

Werden — wie dies die Regel bildet — die Kriegsgefangenen und Bewachungsmannschaften vom Arbeitgeber untergebracht und verpflegt, so werden ihm die Kosten hierfür zurückvergütet, und zwar für die Unterbringung 15 Pfg. für den Kopf und Tag, für die Verpflegung der Gefangenen 75 Pfg., der

Bewachungsmannschaften 1,20 Mk. für den Kopf und Tag.

Wird nur die Mittagskost von dem Arbeitgeber bewahrt, so werden ihm für die Gefangenen 50 Pfg. für die Bewachungsmannschaften 90 Pfg. für den Kopf und Tag vergütet.

Bei täglicher Bestellung vom Lager aus wird den Bewachungsmannschaften keine Zulage gewährt.

Die Unterbringung der Kriegsgefangenen hat streng besonders in Schulräumen, Turnhallen, Scheunen oder ähnlichen Räumen, die eine leichte Bewachung ermöglichen, zu erfolgen.

Lagerstätten aus Strohsäcken, dazu Rissen mit Heu, Seegras oder Stroh gefüllt und 1, wenn nötig 2 wollene Decken.

Den Bewachungsmannschaften ist angemessene, gute Unterkunft zu gewähren.

Den Kriegsgefangenen ist eine auskömmliche, einfache Kost, welche in ihrer Menge und Zusammensetzung den Arbeitsleistungen entspricht, zu verabreichen.

Den Lebensgewohnheiten ist tunlichst Rechnung zu tragen.

Die Bewachungsmannschaft hat Anspruch auf gute Verköstigung. Die Geldabfindung ist den Kriegsgefangenen täglich auszubezahlen. Solchen, die es an Eifer oder Disziplin fehlen lassen, kann die Geldabfindung ganz oder teilweise einbehalten werden und ist an die Kasse des Depots abzuführen. Die Bohnlisten sind dem Kommandoführer mitzugeben.

Die Arbeitsgeräte sind vom Arbeitgeber zu stellen (wichtig). Die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung finden auf die Kriegsgefangenen keine Anwendung.

Die Gefangenen müssen in einem Trupp oder wenigstens in so großen Gruppen beschäftigt werden, daß eine genügende, ständige Bewachung gewährleistet ist.

Wirtshausbesuch, jeder Verkehr mit der Zivilbevölkerung ist zu unterbinden.

Entweicht ein Kriegsgefangener, so sind die nächstgelegenen Polizei- und Landjägerstellen, die Landespolizeizentrale sowie das Gefangenendepot telephonisch in Kenntnis zu setzen. Die Mitteilung hat zu enthalten Namen, Personalbeschreibung des Entwichenen, ferner Angaben über seine Sprachkenntnisse und Geldebesitz.

Die Gefangenen dürfen weder Briefe zur Post geben noch empfangen. Hiervon sind die nächsten Postanstalten zu verständigen.

Erkrankte Kriegsgefangene sind unter Benachrichtigung des Gefangenendepots in das nächst gelegene Kriegsgefangenenlazarett abzuführen.

In Fällen leichter Erkrankung ist es Sache des

Arbeitgebers, den Gefangenen die etwa erforderliche ärztliche Behandlung angedeihen zu lassen.

Die Bestellung von Kriegsgefangenen erfolgt nur gegen Bescheinigung des am Beschäftigungsort befindlichen oder ihm nächstgelegenen öffentlichen Arbeitsamtes darüber, daß der Arbeitgeber seinen Arbeiterbedarf bei dem öffentlichen Arbeitsamt angemeldet hat, daß sein Bedarf aber durch dieses nicht oder nicht vollständig befriedigt werden konnte.

Mit Genehmigung der R. Forstdirektion wurden im Forstamtsbezirk Hohenheim im Mai 1915 in einem 10 Hektar großen Eichenhälschlag französische Kriegsgefangene aus dem Gefangenelager Stuttgart-Berg verwendet, da es an einheimischen Arbeitskräften fehlte.

Auf Grund der an Ort und Stelle getroffenen Rücksprache war die Kommandantur des Lagers bereit, 51 Gefangene nebst 1 Unteroffizier und 7 Mann Bewachung bis auf weiteres in stets widerruflicher Weise täglich zu stellen.

Als Entgelt für die Bestellung hatte das R. Forstamt zu leisten:

a) an die Heeresverwaltung eine Vergütung von 1 Mk. für den Gefangenen und Tag,

b) an jeden Kriegsgefangenen eine tägliche Abfindung von 30 Pfg.,

c) an die Stuttgarter Straßenbahn die Kosten für die Bestellung eines Sonderwagens samt Beiwagen für die tägliche Hin- und Herfahrt mit zus. 21 Mk. für einen Tag.

Als Bohnliste diente das namentliche Verzeichnis, das der Kommandoführer täglich dem Lager überbrachte.

Weiter mußte das Forstamt blaue Ueberziehhosen für die Gefangenen herstellen lassen, bzw. mieten, mit breitem rotem Längsstriß, während der Arbeit zu tragen.

In der Nähe des Arbeitsplatzes mußte für die Gefangenen wie für die Bewachungsmannschaft Gelegenheit zum Austreten und zum Unterstehen bei starkem Regen geboten sein.

Der Aufwand für die Kriegsgefangenen samt Bewachungsmannschaft berechnete sich folgendermaßen:

Gearbeitet wurden 610 Tagesschichten.	
Taggeld von 30 Pfg. an die Gefangenen, Mk. Pfg.	
zusammen	183 —
Kosten der Beförderung mit der Straßenbahn	273
Verpflegung der Gefangenen und Wachmannschaften	659 76
Gebühr an das Gefangenelager	610 —
Für Benutzung der Arbeitslosen	85 —
Zusammen	1810 76

Eine Gefangenen-Tagesschicht berechnete sich somit auf 2 Mk. 97 Pfg., entsprechend 68 % des orts-

üblichen Taglohns eines einheimischen Vollarbeiters mit 4 Mk. 40 Pfg. Nach bisherigen Erfahrungen schätzt man die Arbeitsleistung französischer Kriegsgefangener auf 70 bis 75 % der Vollarbeit.

Zu bemerken ist zu obiger Berechnung:

Die Kosten für Beschaffung von 50 Rindenhämmern blieben außer Berechnung, da solche weiterverwendet werden konnten.

Für Schutz gegen Regen wurden Holzhauerzelte aufgestellt.

Die Verköstigung bestand aus einem warmen Mittagessen, das 1 ltr. Suppe mit 100 gr. Fleisch nebst Gemüse inbegriff, ferner einem Morgen- und Mittagbrot, bestehend in einer Wurst.

Die Bewachungsmannschaft erhielt dazu $\frac{1}{2}$ Liter Apfelwein. Jedermann wurde satt und war zufrieden.

Es wurde hier wie auch anderwärts die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen sich in erster Linie nach der Verpflegung richtet.

Schlechte Urteile über Gefangenen-Arbeit haben vielfach ihren Grund in minderwertiger, kärglicher oder aber auch zu üppiger Verpflegung.

Den Gefangenen wurde mit Genehmigung des Lagerkommandanten erlaubt, auf eigene Kosten Limonade oder $\frac{1}{2}$ Liter Apfelwein sich zu beschaffen, desgleichen Tabak.

Rauchen innerhalb des Waldes war streng verboten. Die ganze Verköstigung wurde einem Gastwirt vertragsweise übertragen unter steter Aufsicht des Forstamts. Brot war vom Lager aus mitzunehmen.

Die Vergütung betrug je Kopf und je Tag für einen Gefangenen: 84 Pfg., einen Wachmann: 1 Mk. 14 Pfg., wobei die Kopfbzahl der Bohnliste maßgebend war. Die Kopfbzahl schwankte an den einzelnen Tagen um 1 bis 2, was nicht zu vermeiden war.

Teller, Besteck, Gläser sowie frisches Trinkwasser waren vom Gastwirt zu stellen.

Das Mittagessen wurde in einem abgeschlossenen Saale der Gastwirtschaft, die nur 5 Minuten vom Arbeitsplatz entfernt war, eingenommen.

Die Mittagspause betrug 1 Stunde, die Pausen vor- und nachmittags je $\frac{1}{2}$ Stunde.

Was nun die Arbeitsleistungen der Kriegsgefangenen anbelangt, so kann man dieselbe als befriedigend bezeichnen.

Ungute Elemente kommen überall vor und dieselben können sich auch recht unliebsam bemerkbar machen. Das erfordert sofort scharfes Eingreifen und Umtausch mit zufriedenen Leuten, wobei die Kommandanturen der Gefangenenlager in liebenswürdigster Weise Hilfe leisten.

Es dürfte sich vielleicht für künftige Fälle empfehlen, durch Gewährung kleiner Geldprämien einen gewissen Wettbewerb in der Arbeitsleistung hervorzurufen.

Daß Gefangene nur für Rinden klopfen verwendet werden sollen, einem Geschäft, das auch Mädchen und Burschen besorgen können, verteuert selbstredend die Arbeit.

Nachdem aber bei der Aufbereitung des Sturmholzes im Winter 1870/71, wo die Gefangenen mit Axt und Beil gewaltig mithelfen mußten, sich keinelei Unstand ergeben, ist nicht einzusehen, warum man auch jetzt nicht die volle Manneskraft nutzbringend ausnützen und die Gefangenen als Holzhauer verwenden sollte.

Im vorliegenden Falle ist das zum Teil auch zu sehen, als es durch weitere militärische Einberufung einheimischer Holzhauer kaum mehr zu umgehen war. Die Berufsholzhauer wurden herausgezogen, mit der Axt bewaffnet und konnten — vielleicht stolz auf das Vertrauen — ruhig als Vollarbeiter angesehen werden.

Die Frage, ob sich, wenn eine Wahl möglich ist, für die Arbeit im Walde Franzosen oder Russen eignen, dürfte sich nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres zu Gunsten der Russen entscheiden.

Im Garten-, Obst- und Weinbau mag der Franzose unbedingt vorzuziehen sein, da er für diese Arbeit Liebe besitzt und von seiner Heimat her mit ihr vertraut ist.

Für Ackerbau und Waldbarbeit ist aber der Russe weit mehr geschaffen vermöge seiner ruhigen, andauernden und gleichmäßigen Arbeit, die auch einmal längere Zeit der Aufsicht entbehren kann.

Die anfängliche Befürchtung der Heeresverwaltung, die Beschäftigung von Kriegsgefangenen im Wald müsse mehr wie sonst Anlaß zu Fluchtversuchen bieten, hat sich nicht bestätigt. Wohl aber hat die verlangte Beschäftigung der Gefangenen in größeren geschlossenen Gruppen Nachteile gezeigt in der Richtung, daß eben die Franzosen mit ihrem lebhaften Temperament um so öfter in der Arbeit aussetzen, je größer die Gesellschaft ist.

Auch hier ist der Russe wertvoller.

Zu bemerken ist noch, daß größeren Gefangenenkommandos, wie dem vorstehenden, Dolmetscher beigesetzt werden, welche die Anordnungen des Arbeitsgebers zu übermitteln haben.

Es wäre von Interesse zu hören, ob und wie sich auch anderwärts Kriegsgefangenen-Arbeit in der Forstwirtschaft bewährt hat.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

berhard, Julius, Oberförst. Dr.: Tafeln z. Bonitierung. u. Ertragsbestimmg. nach Mittelhöhen (Höhen-Ertragskurven) f. Tanne, Fichte, Forche, Buche u. Eiche. 3. Aufl. (2 S. m. 2 Fig. u. Text auf d. Umschl.) 8°. Kart. in schmal 8° M. 2.60. Carl Kochs Verlagsbuchhandlung in Nürnberg.

Waldereigesetz, Das. Vom 11. V. 1916. (G. S. 55.) (52 S.) (Gesetzestexte Nr. 45/46.) 16°. M. —.40. Carl Heymanns Verlag in Berlin.

Waldereigesetz, Das neue preussische. Nach d. übereinstimm. Beschlüssen beider Häuser d. Landtages. Textausg. m. ausführl. Sachregister. (48 S.) 8°. M. 1.—. J. Neumann in Neudamm.

Waldereigesetz, Preussisches. Entgült. Fassg. nach d. Beschlüssen d. Abgeordnetenhauses [22. III. 1916, stenogr. Ber. 32. Sitzg.] u. d. Herrenhauses [31. III. 1916, stenogr. Ber. 8. Sitzg.]. Amtl. Ausg. Abdr. d. Drucksache Nr. 197 d. Hauses d. Abgeordneten. (48 S.) 8°. M. —.50. Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H. in Berlin.

Geß, Rich., weil. Prof. Forstinst.-Dir. Dr.: Der Forstschutz. Ein Lehr- u. Handbuch. 4. Aufl. vollst. neu bearb. v. Forstakad.-Prof. R. Bed. 2. Bb. 8°. 2.: Schutz gegen Menschen, Gewächse u. atmosphär. Einwirkgn. Mit 133 Abb. u. e. schwarzen Taf. (XII, 461 S.) Lwbb. M. 14.—. B. G. Teubner in Leipzig.

Jahrbuch d. Schles. Forstvereins f. 1914. Hrsg. v. Oberforstmr. Roth. — Nebst: Führer f. d. Exkursion d. Schles. Forstvereins am 3. VII. 1914 durch d. Block I d. Rbdt. Oberförsterei Lauban. Hierzu e. Karte. (IV, 256 u. 15 S.) 8°. Kart. M. 3.—. E. Morgenstern, Verlagsbuchhandlung in Breslau.

Kreutzer, E., Forstmr.: Dr. Theodor Glaser u. seine Bedeutung. f. d. Waldwertrechng. u. forstl. Statik. (46 S.) Lex.-8°. M. 2.—. Gustav Neugebauer in Prag.

Leiss, Carl: Das Zielfernrohr, seine Einrichtg. u. Anwendg. 2. verm. u. verb. Aufl. Mit 48 Abb. im Texte. (88 S.) 8°. M. 2.—. J. Neumann in Neudamm.

Mammen, Franz v., Prof. Dr.: Die Bedeutg. d. Waldes insbes. im Kriege. (Bibliothek f. Volks- u. Weltwirtschaft. Hrsg.: Prof. Dr. Franz v. Mammen. 11. Heft.) gr. 8°. (VIII, 96 S.) M. 1.50. „Globus“ Wissenschaftl. Verl.-Anst. in Dresden.

Peßler, Wilh., Museumsdirektorialassst.: Die Forst- u. Jagdabst. im Vaterländ. Museum d. Stadt Hannover. (102 S. m. 14 Taf.) (Veröffentlichungen z. niedersächsischen Geschichte. 12. Heft.) 8°. M. 2.25. Friedrich Gersbach in Hannover.

Ramann, E., S. März u. H. Bauer: Ueber Bodenpresssäfte. (Mitteilgn. a. d. bodenkundl. Laboratorium d. bayer. forstl. Versuchsanstalt.) (S.-A. a.: Internationale Mitteilgn. f. Bodenkunde.) (26 S. m. 1 Abb.) Lex.-8°. M. 2.—. Verlag f. Fachliteratur G. m. b. H. in Berlin.

Zeitschrift für Wasser-Versorgung. II. Jahrgang. Heft 7 und 8.

Veränderungen des Grundwasserstandes innerhalb des Wurzelraums der Waldbäume haben häufig Nachteile für den Wald zur Folge, weil die Bodengüte abnimmt, Zuwachsverluste eintreten und ein Holzartenwechsel veranlaßt wird. An die Stelle der vorhandenen standortsgemähesten Holzart muß eine andere minderwertigere treten. Da man aber nicht in allen Fällen alsbald zum Anbau der nunmehrigen standortsgemähesten Holzart übergehen kann, erhöht sich der Schaden meist noch erheblich.

Der Verfasser des Aufsatzes erläutert diese Tatsachen an einem Beispiele aus dem Naunhofer Staatswalde im nordwestlichen Teile Sachsens. In dessen Nähe sind in den Jahren 1887 und 1896 zwei Wasserwerke der Stadt Leipzig errichtet worden, welche ihrer Umgebung das Grundwasser mehrere Meter tief entzogen haben. Eine blau gefärbte, für die Pflanzenwurzeln schwer durchdringbare Leittenschicht schließt das obere Grundwasser des Geschiebelehms, das sich im Wurzelraume der Bäume befindet, von dem in der altdiluvialen Flußschotterdecke sich fortbewegenden Tiefengrundwasser ab.

Darüber, daß durch die Errichtung der Wasserwerke das Tiefengrundwasser im Bereiche des Schotters abgezapft werden würde, war man sich von vornherein klar. Man glaubte aber annehmen zu können, daß die dazwischen liegende undurchlässige Leittenschicht eine Verminderung des Wassergehalts der darüber befindlichen Lehmschicht im Bereiche der Baumwurzeln verhindern werde. Diese Annahme hat sich jedoch als irrig herausgestellt, weil zahlreiche Bodeneinschnitte bis auf die Flußschotterdecke, hervorgerufen durch Entwässerungsgräben, Straßenanlagen u. dergl., Verbindungswege zwischen dem Ober- und Tiefengrundwasser bilden. Die Wasserabzapfung hat sich insolge dessen auch auf das obere Grundwasser im Bereiche der Baumwurzeln übertragen, und eine nachteilige Einwirkung auf den Wald war die Folge davon. War der Naunhofer Wald vor der Senkung des Grundwasserstandes in der Hauptsache mit gesundem Nadelholze, namentlich wüchsigen Fichtenbeständen, zum kleineren Teile aber auch mit Eichen, Eschen und Roten erlen bestockt, so wird er in Zukunft eine wesentlich andere Holzartenzusammensetzung aufweisen. Die hohe Anforderungen an die Bodenfeuchtigkeit stellenden Holzarten Fichte, Eiche, Esche und Roterle werden mehr und mehr ihren Platz an die anspruchslosere Kiefer abtreten, die Laubholzwirtschaft und die eine hohe

Einfluß der Grundwasserentziehung auf den Wald und seine Bewirtschaftung. Vom Hgl. Sächsischen Forstmeister Einz. Naunhof bei Leipzig. Sonderabdruck aus der Internationalen

Kente liefernde Fichtenwirtschaft werden also allmählich aufgegeben werden müssen. Die zur Zeit der Wasserwerkerrichtung vorhandenen Bestände aber haben allgemein einen Rückgang im jährlichen Massen- und Wertzuwachs sowie eine Verminderung des technischen Gebrauchswerts der Hölzer erfahren, zuwachsreiche Bestände sind zum Teil im Wachstum derart zurückgegangen, daß sie vor dem normalen Hiebsreifealter abgetrieben werden mußten, die den Holzbeständen drohenden Gefahren, wie Insekten, Pilze, Sturm, Schnee, Eis, Rauchgase, haben in erhöhtem Maße ihre nachteiligen Wirkungen auf die weniger widerstandsfähig gewordenen Bestände ausgeübt, Bodenverwilderung und -Verschlechterung sind vielenorts an die Stelle der vorherigen günstigen Bodenverfassung getreten, dadurch haben sich die Kosten des Holzanbaus und der Boden- und Bestandspflege erheblich erhöht. Kurz: der dem Walde durch die Wasserabzapsung zugefügte Schaden ist leicht nachweisbar und sehr erheblich, aber meist sehr schwer so genau zu berechnen, daß der Waldbesitzer keinen finanziellen Nachteil durch die Errichtung derartiger Wasserwerke erleidet. Die vollständige Vergütung des gesamten wirtschaftlichen Schadens muß aber unbedingt gefordert werden.

Der Aufsatz, dem vier Abbildungen beigegeben sind, ist sehr lesenswert. Den Bemerkungen, daß die Kiefer eine minderwertige Holzart und das Kiefernholz an und für sich geringwertiger sei als das Fichtenholz kann ich jedoch nicht zustimmen. Weber.

Zur Frage der Buchennachzucht im Sächsischen Erzgebirge. Von Oberförster Grafer, z. St. im Felde. Berlin Verlagsbuchhandlung Paul Parey. 1916. Sonderabdruck aus „Jahrb. forstl. Jahrbuch“, Bd. 67 (1916) S. 1–30.

Verfasser weist zunächst darauf hin, daß die Flächen der Buchenbestände im sächs. Staatswalde infolge des weitgehenden künstlichen Fichtenanbaus sehr erheblich zurückgegangen seien. Der Anbau der Fichte in naturwidrigen Bestands- und Betriebsformen und zum Teil auch auf ungeeigneten Standorten habe dazu geführt, daß diese Holzart den ihr durch Sturm, Schnee, Frost, Trockenheit, Insekten usw. drohenden Gefahren nicht genügend Widerstand leisten könne. Gegenwärtig im ersten Umtriebe leiste die Fichte in finanzieller Beziehung zwar ungleich mehr wie die Buche, man binde sich aber die Hände für die Zukunft, denn die Umwandlung der Fichte in Buche sei äußerst schwierig, vielfach unmöglich. Der zu weitgehende Fichtenanbau im Kahlschlagbetriebe bringe auch Eingriffe in das Bodenkapital mit sich. Die Trockentorfbildung werde gefördert und diese führe zu Wuchstodungen. Nur durch Buchenbeimischung könne der Boden und Be-

stand bei Fichtennachzucht gesund erhalten werden. Die Frage der Buchennachzucht, bestandsweise oder als Mischholzart, sei daher eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben der sächsischen Staatsforstverwaltung.

Verfasser bespricht nun Zeit und Ort der Buchennachzucht, die Schwierigkeiten der Buchenverjüngung, das Schirmschlagverfahren, das Femelschlagverfahren, ein kombiniertes Verfahren (eine Verbindung des Bayer'schen Femelschlages mit dem Wagner'schen Blendersaumschlag), die Buche im Unterstande in reinen Fichtenbeständen, und stellt schließlich folgende Grundsätze für die Erhaltung und Nachzucht der Buche im sächsischen Erzgebirge auf:

1. Erhaltung aller noch vorhandenen Buchen- und Mischbestandsorte als solcher und Umwandlung einzelner zwischen die Buchenbestände eingeschobener, für den vorliegenden Zweck günstig gelegener Fichtenorte in horstweise (stark mit Buche) gemischte Bestände, um durch Verbindung kleinerer Buchen- und Laubholzorte zu größeren, zusammenhängenden Laubholz- und Mischbestandskomplexen Bestandsverhältnisse herbeizuführen, unter denen die natürliche Verjüngung der Buche in späteren Umtrieben geringere Schwierigkeiten bietet als gegenwärtig.

2. Verjüngung der Buche grundsätzlich im Femelschlagverfahren unter entsprechender Anpassung an die von Natur gegebenen örtlichen Verhältnisse. Dabei Einmischung von standortlich und finanziell geeigneten Mischholzarten (Ahorn, Esche, Tanne, Bärche, in geringerem Umfange Fichte) auf etwa $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$ der Fläche. Anwendung des Schirmschlagverfahrens nur ausnahmsweise und mit großer Vorsicht in reichen Samenjahren und unter weitgehender künstlicher Nachhilfe. Unter Umständen auch Kombination des Femelschlagverfahrens mit dem Blendersaumschlagverfahren. Inangriffnahme der Verjüngung stets von Norden, Nordwesten oder Nordosten.

3. Allmähliche Umwandlung derjenigen Fichtenbestände, die sich unzweifelhaft zur Buchennachzucht eignen würden, in Mischbestände mit der Maßgabe, daß auf etwa $\frac{1}{5}$ — $\frac{1}{4}$ der Fläche in Horsten und Gruppen die Buche bestandbildend wird und in den übrigen Bestandteilen möglichst gleichmäßig verteilt im Unterstande vorhanden ist. Künstliche Erziehung vorwüchsiger Buchenhorste, Erhaltung aller einigermaßen tauglichen Gruppen und Einzelstämme der Buche bei der Schlagführung, um sie in die Fichtenorte des nächsten Umtriebes einwachsen zu lassen usw. Eine solche Erziehung von Fichten-Buchen-Mischbeständen wird durch Naturverjüngung im Blendersaumschlagverfahren wesentlich unterstützt werden, eventuell in Verbindung mit dem Femelschlag- oder Kahlschlagverfahren.

4. Herstellung einer geringen Bucheneimischung in allen übrigen Fichtenbeständen behufs Bodenbesserung durch Laubstreuung, soweit dies die Standortsverhältnisse irgend zulassen. Je ungünstiger die Verhältnisse auf geringen Böden und in höheren rauhen Lagen sich gestalten, desto mehr wird jede sich bietende Gelegenheit und Form der Bucheneimischung restlos auszunützen sein (bestandbildende Forste und Trupps, Ueberhälter, Zwischen- und Unterwuchs, Unterbau); außerdem empfiehlt sich alsdann die weitgehende Mitberücksichtigung aller anderen standortlich geeigneten Holzarten, um die Entstehung einer gemischten Streu und damit gesunder Humusverhältnisse zu fördern. Bei der Verjüngung im Kahlschlagbetriebe wird das anzustrebende Ziel, daß alle Flächen nach Möglichkeit der Ueberstreuung durch Buchenlaub teilhaftig werden, auch dadurch zu fördern sein, daß große Kahlsflächen und Auskriebe von Osten in Zukunft tunlichst vermieden werden.

Die vorliegende Abhandlung enthält viel Zutreffendes und Beachtenswertes. Ein Eingehen auf die Vorschläge im Einzelnen verbietet uns der Raum und der Umstand, daß uns die ausschlaggebenden Boden- und klimatischen Verhältnisse des Erzgebirges zu wenig bekannt sind.

E.

Der deutsche Wald. Von Prof. Dr. M. Buesgen. Zweite, durchgesehene Auflage. Mit zahlreichen Abbildungen und 3 Tafeln. Leipzig, Verlag von Quelle & Meyer. Preis: 1,80 M.

Dieses Werkchen stellt ein Bändchen der „Naturwissenschaftlichen Bibliothek für Jugend und Volk“, herausgegeben von Konr. Höller und Dr. G. Ulmer, dar.

Die vorliegende zweite Auflage bringt zur ersten Auflage keine nennenswerten Aenderungen. Wir können uns daher auf den Hinweis auf die Besprechung der ersten Auflage im Jahrgang 85, S. 147, beschränken.

E.

Der deutsche Wald. Von Prof. Dr. Hans Haus-rath in Karlsruhe. Zweite Auflage. Mit einem Bilderanhang und 2 Karten. Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. 1914. Preis: geheftet 1 M., in Leinw. gebunden 1,25 M.

Dieses als 153. Bändchen von „Aus Natur und Geisteswelt“, Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen, erschienene Schriftchen ist bereits im Jahrgang 84, S. 173, ausführlich besprochen worden.

Die zweite Auflage hat außer einigen nach dem heutigen Stande des Wissens erforderlichen Berichtigungen und Ergänzungen keine Aenderungen erfahren.

E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Aus der preußischen Forstverwaltung.

Unterstützung der Landwirtschaft durch die Forstverwaltung.

Unter dem 20. März 1916 hat das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Regierungen folgende allgemeine Verfügung erlassen:

„Das herannahende Frühjahr gibt mir Anlaß, die kgl. Regierungen erneut darauf hinzuweisen, daß die Staatsforstverwaltung verpflichtet ist, der Landwirtschaft in ihrer gegenwärtigen schwierigen und täglich schwieriger sich gestaltenden Lage auf jede mögliche Weise und ohne entscheidende Rücksichtnahme auf etwa entgegenstehende forstwirtschaftliche oder finanzielle Interessen helfend beizustehen. Ich bringe der kgl. Regierung die in dieser Richtung seit Ausbruch des Krieges von mir bereits getroffenen Anordnungen über die Einschränkung forstlicher zugunsten landwirtschaftlicher Arbeiten, über die Einnahme von Weidevieh und über die Abgabe von Waldstreu erneut in Erinnerung.

Was die Zurückstellung der forstlichen Arbeiten zugunsten der Landwirtschaft

betrifft, so ist die allgemeine Verfügung vom 20. März v. J., die zunächst nur die Sicherung der Frühjahrsbestellung des Jahres 1915 bezweckte, als maßgebend gegenüber allen unaufschiebbaren Arbeiten des landwirtschaftlichen Betriebes während der ganzen Dauer des Krieges zu betrachten. Als forstliche Arbeiten, die den landwirtschaftlichen Arbeiten an gemeinwirtschaftlicher Bedeutung gleichstehen und deshalb hinter diese nicht oder doch nur vorübergehend zurückgestellt werden dürfen, weil sie unbedingt rechtzeitig ausgeführt werden müssen, erkenne ich im allgemeinen nur den Einschlag der — namentlich für die Heeresverwaltung — unentbehrlichen Hölzer und Rinden, nicht aber Kultur- und Wegebauarbeiten irgend welcher Art an. Auch die Harznutzung wird zugunsten der Bestellungs- und Erntearbeiten vorübergehend nach Möglichkeit eingeschränkt, wenn auch nicht ganz eingestellt werden dürfen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Bestimmungen der Allgem. Verfügung vom 15. 4. 15. über den zeitweisen oder vollständigen Ausschluß bestimmter Personen von dem Sammeln von Beeren und Pilzen, an dem im Interesse der Landwirtschaft auch künftighin festzuhalten ist.

Der Eintrieb von Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen in den Wald ist nach Maßgabe der Allg. Verfügungen vom 24. 8. 14, 25. 8. 14, 13. II. 15, 20. III. 15 im weitesten Umfang und ohne ängstliche Rücksichtnahme auf das forstwirtschaftliche Interesse zuzulassen. Soweit Mangel an Graswuchs in den Beständen zu befürchten ist, sind graswüchsige Blößen, wie schon im Vorjahre, von der Aufforstung zurückzustellen. Die Rücksicht auf die Jagd darf unter keinen Umständen zu einem Ausschluß solcher Waldteile von dem Weidegang führen, die an sich diesem geöffnet werden könnten.

Dasselbe gilt von der Streunutzung, die in Anbetracht des bestehenden großen Mangels an Stroh von hoher Bedeutung für die Landwirtschaft ist. Ich ermächtige die Allg. Regierung, in Fällen des Bedarfs Bestände jeglicher Art zur Streunutzung heranzuziehen und unter Umständen Streu auch an solche Landwirte abzugeben, die ihren das eigene Bedürfnis an sich bedeckenden Strohvorrat zu Futterzwecken verkaufen wollen, da es unter den gegenwärtigen Umständen allein darauf ankommt, daß möglichst viel Stroh für Futterzwecke freigemacht wird. Hierbei ist es von besonderer Wichtigkeit, daß die Waldstreu nach Möglichkeit aus Beständen abgegeben wird, die in der Nähe der bedürftigen Wirtschaften liegen. Der Bestand an Zugtieren bleibt zur Zeit überall hinter dem Bedarf zurück und -es entspricht den Zeitumständen durchaus, die Streuabgabe sowohl unter dem Gesichtspunkte der möglichsten Ersparung von Spannarbeit als unter dem der möglichst geringen Beeinträchtigung des Holzwachses zu regeln. Endlich ist auch von der Forderung, die gewonnene Streu nach Raummetern aufzusetzen, abzuweichen, vielmehr die Streu zur Ersparung unnötiger Arbeit in der Regel flächenweise nach geschätzten Massen abzugeben."

Gewinnen und Verfüttern von Laubholzreisig.

Ueber das Gewinnen und Verfüttern von Laubholzreisig als Ersatz für Heu und sonstiges Raufutter äußert sich ein Erlaß des Landwirtschaftsministeriums vom 11. April d. J. in folgender Weise:

Gut und rechtzeitig geschnittenes und unverdorben eingebrachtes Reisig hat sich als ein schätzbarer Ersatz für anderes Raufutter erwiesen. Die Gewinnung möglichst großer Mengen von Futterreisig ist daher ins Auge zu fassen.

Das Laub und die Zweigspitzen fast aller Holzarten sind als Viehfutter verwendbar. Ausnahmen sind Traubeneiche, Faulbaum und Goldregen. Seinen höchsten Nährwert hat das Futterreisig, sobald die

jungen Blätter sich voll entwickelt haben, also etwa Mitte Mai bis Anfang Juni. Nach dieser Zeit nimmt der Nährwert allmählich ab. Aus verschiedenen Gründen empfiehlt es sich, das Gewinnen des Futterreisigs tunlichst schon in der zweiten Hälfte des Mai in Angriff zu nehmen und dann so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. Infolge der Sonnenwirkung an den Abenden heller, warmer Tage ist das an solchen Abenden geschnittene Futterreisig besonders nährstoffreich.

Am leichtesten und wohlfeilsten kann das Futterreisig in Eichenschäl- und sonstigen Niederwaldschlägen, bei Gelegenheit von Durchforstungen, beim Auskieseln verbämmender Weichhölzer aus älteren Forstkulturen und bei sonstigen Räuterungshieben, ferner durch das Schneiden junger Stodausschläge im Mittel- und im Niederwalde gewonnen werden. Daneben kommt das Schneiden älterer Bäume in Wäldern, Gärten, Parks und Anlagen, an Wegen, Rainen, Bächen und Gräben, von Waldsträuchern und von Hecken in Betracht. Zum Abhauen und Schneiden bedient man sich der Sense, der Sichel, der Hecken-, der Garten- und der Stangen-, schwere, heppenartiger schwerer Messer und kleiner Axt. Das Futterreisig darf ältere als die vorigjährigen Triebe nicht umfassen und am Abschnitt höchstens $\frac{1}{2}$ cm stark sein. Das abgehaueene Reisig wird zunächst zum Vertrocknen auf dem Boden ausgebreitet und hiernach in Bündel von 30–40 cm Stärke gebündelt. Sie müssen in allen Teilen gut austrocknen und daher nach Bedarf umgekehrt werden. Wird das Reisig in scharfer Sonne getrocknet, so verliert es den würzigen Geruch, wird brüchig, läßt die Blätter leichter fallen und wird vom Vieh weniger gern angenommen. Am empfindlichsten gegen das Verregnen ist Erlenreisig. Die Aufbewahrung erfolgt am besten locker geschichtet in Scheuern. Ist dies nicht möglich, setzt man es an zur Abfuhr bequemen gelegenen Stellen, tunlichst im Wetterschutz eines höheren Bestandes, aber nicht unter dessen Traufe, in Mieten ein.

Zur richtigen Zeit gewonnenes und gut eingebrachtes Futterreisig hat im allgemeinen den Wert von mittlerem Heu. Die nachstehende Reihe ordnet die wichtigsten Laubholzarten nach ihrem Futterwert: Schwarzer und roter Hollunder, Bergahorn, Felsruster, Sommerlinde, Spitzahorn, Alpe, Schwarzerle, Bruchweide, Winterlinde, Salweide, Eiche, Esche, Weißbuche, Kofkastanie, Weißerle, Eberesche, Birke, Haselnuß, Rotbuche. Der Rohproteingehalt des Futterreisigs beträgt beim schwarzen Hollunder 27,07 % und bei der Rotbuche 12,67 %.

Auch der Weinstock und die Himbeere liefern ein vorzügliches Futter.

An Pferde und Rindvieh wird das Futterreisig am besten nur gehäckselt, gequetscht oder eingeweicht und

gefauert als Viehfutter und in Untermischung mit a, Strohhäcksel, Raff, Melasse usw. gegeben, zuletzt in kleinen, dann in allmählich steigenden Mengen zum Ersatz von etwa der Hälfte des gesamten Viehfutters.

An Schafe und Ziegen kann das Futterreisig wie in den Bündeln liegt, also ungehäckelt und ohne ständige Zubereitung in Mengen von bis zu zwei Dritteln des gesamten Trockenfutters gegeben werden. Schweine erhalten Futterreisig, soweit es nicht in einem Zustande gehäckelt werden kann, nur in aufwändigstem Zustande.

Pferde nehmen es, wenn es gut eingebracht wurde, ungefahren von den etwa zu dicken Zweigen, im allgemeinen gut und willig an; Rindvieh zeigt in der Regel weder besonderen Widerwillen, noch besondere Vorliebe, nimmt es aber im allgemeinen willig an. In einem Falle wurden dem Milchvieh bis zu 40 % des Gesamtfutters in Form von Reisig gegeben, ohne daß ein Rückgang in der Menge oder im Geschmack der Milch eintrat; Schafe und Ziege fressen es mit besonderer Vorliebe; auch Schweine nehmen es, entsprechend zubereitet, gern.

Verfäultes und dumpf gewordenes Reisig ist ungesund und sollte überhaupt nicht verfüttert werden.

Buchen-, Schwarzerlen- und Eichenreisig darf nicht in großen Mengen verabreicht werden, weil anderenfalls leicht Verdauungsstörungen infolge von Verstopfung eintreten. Langes ausschließliches Füttern mit Eichenreisig soll unter Umständen bei tragenden Kühen ein Verwerfen und zu starkes Füttern mit Schwarzerlenreisig mit Blutabgang im Urin verbundene Nierenentzündungen nach sich ziehen.

Die Kosten der Futterreisiggewinnung haben i. J. 1915 in den preussischen Staatsforsten trotz des anhaltend schlechten Wetters während der Werbungszeit, und obwohl Beamten und Arbeitern jede Erfahrung und Übung in dieser Arbeit fehlte, nicht mehr als 2,20 M. je Zentner oder 2,40 M. je Raummeter des trockenen Reisigs betragen.

Ein weites, mit Bahnverladung verbundenes Versenden des Futterreisigs wird dadurch erschwert, daß die besonders wertvollen Blätter sich leicht von den Zweigen lösen und deshalb beim Auf- und Abladen größtenteils verloren gehen. Das früh im Jahre geworbene Reisig eignet sich für solches Versenden noch am besten, weil es weniger brüchig ist und die Blätter fester hält als das spät geworbene. Im übrigen dürfte sich das vorherige Häckseln des zu verbringenden Reisigs und die Verpackung in Säcken empfehlen.

Weiter wird in dem Erlasse bestimmt:

Die Abgabe von Futterreis aus den Staats-

waldungen zur Selbstwerbung ist möglichst zu fördern. Sie kann auf Grund von Erlaubnischeinen, die auf ganze Familien ausgestellt werden dürfen und für die ein Preis von 50 Pf. zu zahlen ist, gestattet werden. Liegt die Entnahme von Futterreisig wie bei Säuerungen, Wege- und Grenzausbiegen usw., in unmittelbarem wirtschaftlichen Interesse des Forstfiskus, so können unentgeltliche Erlaubnischeine verabsolgt werden. Die Abgabe zur Selbstwerbung kann auch nach Raummetern unter Verzicht auf das förmliche Aufsetzen auf Grund von Schätzung geschehen, in welchem Falle für ein Raummeter 10 Pf. zu zahlen sind.

Daneben ist die Aufarbeitung von Futterreisig auf Kosten der Verwaltung ebenso wie im vergangenen Jahre in möglichst weitem Umfange durchzuführen.

Die Oberförster sind ermächtigt, das geworbene Futterreis nach eigenem Ermessen entweder freihändig gegen die Werbungskosten zuzüglich von 10 Pf. je Raummeter oder öffentlich meistbietend zu verkaufen.

Den Rgl. Forstbeamten wird die Entnahme von Futterreis für den eigenen wirtschaftlichen Bedarf zu den gleichen Bedingungen und gleichzeitig der Verkauf des auf den Dienstländereien geernteten Raufutters gestattet.

Wert des Adlerfarns als Schweinefutter.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat unter dem 22. März 1916 die Reviervorwarter angewiesen, der Abgabe von Farnwurzeln in jeder tunlichen Weise Vorschub zu leisten. Die für diese Abgaben festzusetzenden Tagespreise sollen so niedrig gehalten werden, daß sie mehr den Charakter einer Anerkennungsgebühr, als den einer Vergütung für den Futterwert der Wurzeln bekommen.

Des weiteren wird über die Wurzeln (Rhizome) des gemeinen Adlerfarns (*Pteris aquilina*) und deren Wert als Schweinefutter folgendes ausgeführt:

Der gemeine Adlerfarn ist durch ganz Deutschland verbreitet und tritt in unseren Wäldern oft auf großen Flächen und in dichten Mengen auf. Er ist der einzige größere Farn Deutschlands, der seine Wedel (Blätter) nicht zu einer Rosette zusammenstellt, sondern einzeln aus dem Boden herortreiben läßt. Die Wedel erreichen eine Höhe von 1 m und mehr und sind im Winter im abgestorbenen Zustande rostrot-braun gefärbt. Die von den Wildschweinen gern genommenen Wurzeln liegen wagerecht im Boden, etwa 20—25 cm unter der Oberfläche, werden bis 4 m lang und etwa 1 cm stark, sind schwärzlich gefärbt, wenig verzweigt, ziemlich saftig und von etwas bitterlichem Geschmack. Sie durchziehen den Boden oft so massenhaft, daß sie, aufgedeckt, das Ansehen eines losen Geflechts bieten.

Durch die Untersuchungen des Geh. Regierungsrats Dr. Hansen, Direktor des landwirtschaftlichen

Instituts, und des Prof. Dr. Mez, Direktor des botanischen Instituts der Universität in Königsberg ist festgestellt worden, daß diese Wurzeln reich an Stärke sind; auch nicht unerhebliche Mengen von Eiweiß enthalten und als ein wertvolles Ersatzfutter für Schweine zu betrachten sind.

Die in dem Königsberger Institut mit den Wurzeln gefütterten Säuerfische nahmen die ihnen zunächst in geringen und dann allmählich sich verstärkenden Gaben gereichten Wurzeln bei langsamer Gewöhnung gut an, erhielten zuletzt bei Entziehung aller Kartoffeln täglich 2½ Pfund Wurzeln und haben sich durchaus wohl dabei befunden. Für Säuer und Zucht-schweine stellen die Farnwurzeln hiernach ein unbedingt brauchbares Futter dar; für Mastschweine können sie mindestens einen Teil des Futterbedarfs decken.

Als Futter für Rindvieh kommen die Wurzeln wegen ihres bitteren Geschmacks nicht in Betracht.

Die Gewinnung der sich unschwer vom Boden ablösenden Wurzeln ist leicht. Ein Arbeiter sticht den Boden mit dem Wurzellager um, während ein zweiter Arbeiter — hierfür genügt ein Kind — die Wurzeln aus dem umgestochenen Boden herausliefert.

Die Wurzeln müssen gewonnen werden, ehe die jungen Wedel im Frühjahr austreiben. Sobald die Wedel treiben, verringert sich der Futterwert der Wurzeln erheblich.

Vor dem Verfüttern sind die Wurzeln durch Abspülen von der anhaftenden Erde zu befreien. Einer weitgehenden Zerkleinerung oder sonstigen Zubereitung bedürfen sie für die Verfütterung nicht. In luftigen Räumen, insbesondere in Scheunen, lassen sie sich gut aufbewahren.

Den Schweinehaltenden Wirten wird dringend empfohlen, sich das Gewinnen von Farnwurzeln noch während des Monats April zur Streckung ihres Futtervorrats angelegen sein zu lassen.

Die preussische Staatsforstverwaltung ist bereit, das Graben der Wurzeln in weitestem Umfange zu gestatten, auch steht zu hoffen, daß die übrigen Forstverwaltungen das gleiche Entgegenkommen zeigen werden.

A n b a u d e s W a l n u ß b a u e s.

Durch den infolge des Krieges stark erhöhten Bedarf an Nußbaumschiffhölzern und die dadurch herbeigeführte Steigerung der Nußbaumholzpreise sind viele Baumbesitzer veranlaßt worden, ihre Nußbäume, die zu anderer Zeit noch nicht gefällt worden wären, zu fällen. Hierdurch sind die Nußbaumbestände Deutschlands, namentlich im Westen und Süden, stark gelichtet worden. Zur Erhaltung der Nußbaumbestände, die gleichermaßen für die Herstellung von Gewerkschaften und die Möbelfabrikation notwendig wie ihrer Schönheit und ihres Nutzens halber wertvoll sind,

hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 7. März d. J. die Regierungsräte aufgefodert, die Bevölkerung durch Behörden und durch die Presse auf die Notwendigkeit hinzuweisen, unverzüglich junge Nußbäume in größtmöglichem Umfange anzupflanzen und sich zugleich bereit erklärt, solche Anpflanzungen durch Zuwendung aus Staatsmitteln zu unterstützen.

Streu-, Heide- und Weidenutzung an nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken.

Der Bundesrat hat unter dem 13. April 1914 folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Besitzer von Forsten und anderen nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken sind auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde verpflichtet, den von dieser benannten Personen, Gemeinden oder Kommunalverbänden zu gestatten, daß sie:

1. aus den Grundstücken Streumaterial jeder Art sowie Heideaufwuchs zu Futterzwecken oder sonstigen Futtermittel gewinnen,
2. auf den Grundstücken Schweine und Rindvieh weiden lassen und die zu diesem Zwecke erforderlichen Gärten und Unterkunftsräume anlegen.

Die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt den Umfang und die Bedingungen dieser Nutzung und insbesondere die zu zahlende Entschädigung endgültig fest.

§ 2. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wann als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

U e b e r n a h m e d e r A b f u h r v o n W a l d e r z e u g n i s s e n d u r c h R e g l. F o r s t b e a m t e.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat durch Erlaß vom 5. April d. J. die Regierungen ermächtigt, den Rgl. Forstbeamten die Uebernahme der Abfuhr von Holz- und sonstigen Walderzeugnissen für andere oder die Teilnahme daran insbesondere auch das Verleihen oder Vermieten des eigenen Gespannes zu solchem Zwecke gegen Entgelt ausnahmsweise für die Dauer des Krieges zu gestatten.

Aus Hessen.

Beobachtungen über Blizschläge.¹⁾

Von Geh. Oberforstrat Joseph in Darmstadt.

Die in 1914 im Großherzogtum Hessen begonnene Beobachtungen und Aufzeichnungen über die Blizschläge an Bäumen sind in 1915 fortgesetzt worden. Obwohl

¹⁾ Vgl. Allgem. Forst- u. Jagd-Zeitung, Juli-Heft 1914, S. 166 ff.

große Zahl der Beobachter zum Heere einberufen und viele Forstwarten verwaist standen, so kann dem regen Interesse, das diesen Beobachtungen entgegengebracht wird, doch angenommen werden, daß wenigstens die im Walde vorgekommenen Blitzschläge vollständig gemeldet worden sind. Einige sind allerdings erst später entdeckt worden, so daß die Zeit, zu der sich der Blitzschlag ereignete, nicht mehr festgestellt werden konnte.

Die Gesamtzahl der an Bäumen wahrgenommenen Blitzschläge mit zusammen 72 bleibt hinter derjenigen des ersten Beobachtungsjahres mit 399 weit zurück. Die Ursache hiervon ist aber wohl lediglich in den Witterungserscheinungen des Jahres 1915 zu suchen, dem seltenen Auftreten von Gewittern während der

	Rhein- u. Main-Ebene	Odenwald	Wetterau u. Lahnthal	Taunus	Bergland u. Oberhessen	Ganzes Land	(In 1914)
März	1	—	—	—	1	2	(1)
April	—	—	—	—	1	1	(5)
Mai	1	—	—	—	—	1	(13)
Juni	1	1	3	—	13	18	(186)
Juli	1	8	2	1	7	19	(184)
August	12	6	3	—	4	25	(10)
	16	15	8	1	26	66	(399)

Von 6 Blitzschlägen im Walde, sämtlich an Kiefern an der Rhein- und Mainebene, konnte der Zeitpunkt ihres Entstehens nicht mehr ermittelt werden, sie sind aber wahrscheinlich dem gewitterreichen Monat August zuzurechnen. Mit diesen erhöhte sich die Zahl der Blitzschläge in diesem Gebiet auf 18 im August und die Gesamtzahl auf 22, während im Vorjahr hier 179 Bäume getroffen wurden. Die Oberförsterei Bingen meldete aus dem außerhalb des Großherzogtums in der preussischen Rheinprovinz gelegenen Wald der hessischen Gemeinden Ober- und Nieder-Ingelheim noch 2 Blitzschläge vom 24. Juni, wobei 2 Eichenüberhälter im früherem Eichenniederwald getroffen und vollständig bis in den Boden entrindet wurden.

In Fernspreckleitungen wurden 2 Masten aus Fichtenstangen vom Blitz getroffen, der eine in der Oberförsterei Nidda wurde zersplittert, der andere in der Oberförsterei Bengelsb. erhielt eine senkrechte Blitzeinwirkung.

Wie im Vorjahre ereigneten sich weitaus die meisten Blitzschläge in den Nachmittagsstunden von 2—6 Uhr; in die ersten Morgenstunden von 1½—2 Uhr fielen 2 Blitzschläge an Fichten im hohen Vogelsberg.

Von den getroffenen Bäumen befanden sich 66 im Walde, 6 — nämlich 1 Eiche, von der der Blitz auf einen Zwetschenbaum übersprang, 1 Birnbaum und 3 Pyramidenpappeln — in Obstgärten und auf Wiesen.

Innerhalb des Waldes wurden durch Blitzschlag

lange andauernden Dürre des Vorsummers, der sonst gewitterreichsten Jahreszeit.

Der früheste Blitzschlag ereignete sich am 24. März an einem 150jähr. Eichenoberständer in der Oberförsterei Konradsdorf (Oberhessen), die spätesten am 30. August zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags ebenfalls an Eichen, deren Standort 9 bis 10 km voneinander entfernt war. Die eine 140 jährige Eiche stand in der Main-Ebene (Forstwald der Oberförsterei Dieburg), die andere 90 jährige auf den Vorbergen des Odenwalds im Bestandschluß und von gleichaltrigen Buchen umgeben.

Auf die einzelnen Monate verteilen sich in den verschiedenen Landesgegenden die Blitzschläge folgendermaßen:

beschädigt von Laubhölzern: 15 Eichen, 8 Buchen, 1 Aspe, 1 Birke, 1 Esche und 1 kanadische Pappel i. G. 27, von Nadelhölzern 39, nämlich 18 Kiefern, 19 Fichten und 2 Lärchen.

Die Fichte steht sonach in diesem Jahre, zumal wenn der Anteil dieser Holzart an dem Aufbau des Waldes mit nur 14.9% in Betracht gezogen wird, weitaus an erster Stelle, auch die Blitzschläge in Buchen zeigen eine verhältnismäßige Zunahme. Die Erklärung hierfür wird ebenfalls in den Witterungserscheinungen des Berichtsjahres gefunden werden können. Die Gewitter entluden sich besonders in den Monaten Juni und Juli vorzugsweise in dem Hügelland und Bergland, in Gebieten, wo Fichte und Buche ihre größte Verbreitung besitzen und vielfach in reinen Beständen auftreten. In der Ebene mit vorwiegender Kiefern- und Eichenbestockung kamen bei den Frühjahrsgewittern 3 Blitzschläge in 1 Eiche und 2 Kiefern vor; in der dann folgenden langen Zeit der Dürre, mit seltenen, meist rasch sich verziehenden Gewitterbildungen ist nur 1 Blitzschlag am 12. Juli, der eine Eiche traf, wahrgenommen worden, während im Vorjahr dieses Gebiet mit 86 und 82 Blitzschlägen an Bäumen in den Monaten Juni und Juli allen anderen Gegenden weit voraus war. Erst der August brachte hier zahlreiche und schwere Gewitter; an Zahl der Blitzschläge übertrifft dieser Monat auch weit die entsprechende Zeit des Vorjahres.

Die Besonderheiten der einzelnen Landesgegenden und Waldgebiete hinsichtlich der Zahl der Blitzschläge

und der im Walde getroffenen Holzarten zeigt nachstehende Uebersicht, in der die Gesamtzahlen der Blitz-

schläge im Walde in 1914 in Klammer beigelegt sind. Es wurden getroffen:

	Eichen	Buchen	Eichen	Birken, Aspen	Kiefern	Fichten	Lärchen	Im Ganzen
1. Im Gebiet der Rhein- u. Main-Ebene	6	—	1	2	9	1	—	19 (17)
2. In den Vorbergen des Odenwalds	—	—	—	—	—	—	—	— (1)
3. Im Odenwald	3	—	—	—	5	5	—	13 (5)
4. Rhein Hess. Hügelland	—	—	—	—	—	—	—	— (11)
5. In Wetterau und im Lahntal	2	2	—	—	1	3	—	8 (30)
6. Im Taunus	—	—	—	—	—	—	1	1 (3)
7. Im Berg- und Hügelland von Oberhessen (Vogelsberg usw.)	4	6	—	1	3	10	1	25 (66)
	15	8	1	3	18	19	2	66 (353)

Die meisten Blitzschläge ereigneten sich hiernach in den Wäldern des Vogelsbergs mit seinen Ausläufern, während auf die ausgedehnten Waldgebiete der Rhein- und Mainebene nur 19 Blitzschläge — 11% der vorjährigen Anzahl — entfielen. Auffallend ist, daß im Vogelsberg — trotz geringerer Anzahl der Blitzschläge im Ganzen, die Zahl der getroffenen Buchen größer ist als im Vorjahre. In der Meldekarte über einen Blitzschlag in eine 90 jährige Buche ist von dem Beobachter bemerkt, daß dies die erste vom Blitz getroffene Buche sei, die ihm in 29 Dienstjahren zu Gesicht gekommen, und daß sie nur 2,5 und 9 m von zwei Eichen von 30 cm Brusthöhendurchmesser gestanden habe. Der gleiche Fall, daß eine von Eichen umgebene Buche allein vom Blitz getroffen wurde, war im vorigen Jahre schon aus dem Odenwald berichtet worden. Weit aus zahlreicher sind indessen die Fälle, die für die besondere Bevorzugung der Eiche sprechen.

So wurde am 2. Juli im Brensbacher Gemeinwald (Odenwald) eine nur 10 m hohe, völlig unterdrückte Eiche getroffen, während eine nur 2 m entfernt stehende 28 m hohe, starke Lärche durchaus unbeschädigt blieb. An dem Stamm der Eiche war die Rinde vollständig abgeschält und hing in Fetzen in benachbarten Unterholz, der Stamm selbst zeigte 7 in gleicher Richtung nebeneinander laufende Blizrinnen. Eine weitere vom Blitz getroffene Eiche in der Oberförsterei Dieburg war von weit höheren Birken umgeben und von diesen unterdrückt. Nur an der Eiche war eine Beschädigung wahrzunehmen, die in einer 15 m Höhe beginnenden, in einer Windung um den Stamm bis in den Boden verlaufenden, 5 cm breiten Blizrinne bestand.

Welche Stellung die getroffenen Bäume im Bestande einnehmen, zeigt folgende Uebersicht:

	Ueberhälter	Randstämme	Im Bestandsinneren			Im Ganzen
			Vorherrschend	Mitherrschend	Unterdrückt	
Eiche	3	3	5	—	4	15
Aspe.	—	1	—	—	—	1
Birke	—	—	1	—	—	1
Buche	—	1	6	1	—	8
Eiche	—	—	1	—	—	1
Kanad. Pappel	—	1	—	—	—	1
Kiefer	2	4	10	2	—	18
Fichte	1	9	7	1	1	19
Lärche	—	2	—	—	—	2
	6	21	30	4	5	66

Daß für Randbäume eine größere Blitzgefahr zu bestehen scheint, kann auch aus den diesjährigen Beobachtungen wieder gefolgert werden. Die Zahl der getroffenen Randstämme ist sogar verhältnismäßig noch größer als im vorigen Jahre. Die im Innern der Bestände getroffenen Bäume waren meist vorwüchsig; von unterdrückten Bestandsgliedern ist — außer Eichen — nur eine Fichte getroffen worden und diese durch einen von einer vorwüchsigen Kiefer abgesprungenen Blitz.

Die Beschädigungen der getroffenen Bäume sind wieder außerordentlich verschieden. In 47 Fällen sind

Blizrinnen entstanden, die mitunter nur in der Rinde verlaufen, meist aber mehr oder weniger tief in das Holz eingreifen. Ofters sind mehrere Blizrinnen sichtbar, die entweder in gleicher Richtung nebeneinander herziehen oder strahlenförmig auseinandergehen, auch mitunter aussetzen.

Zerplittert, abgeschlagen oder gespalten wurden 14 Fichten, 2 Buchen, 1 Eiche, 1 Eiche und 1 kanadische Pappel.

Bei einer 100 jährigen Buche bestand die Blitzbeschädigung nur in einer 70 cm langen, schwachen

Blitzrinne in 1,5 m Höhe, aus der ein dünnes Holzplättchen abgelöst war.

Eingehend sind die Blitzspuren an einer 150 jährigen Buche im Nieder-Bessinger Gemeindewald der Oberförsterei sich untersucht worden. Diese Buche, ein Zwiesel, stand vorherrschend zwischen Buchen und Hainbuchen und wurde in dem niedrigeren, nordwestlichen Teil der Gabel vom Blitz getroffen. Die Blitzbahn zeigt sich hier in zahlreichen Verästelungen unterhalb der Rinde, die dadurch sichtbar sind, daß auf der Rinde an diesen Stellen der Flechtenüberzug verbrannte oder abgefenkt wurde. Die Verästelungen laufen um den Stamm unterhalb des Gabelansatzes herum und endigen unterhalb der südöstlichen Gabel in drei Blitzrinnen, von 2—3 cm Breite, die an den Tagwurzeln in den Boden verlaufen. Die eigentlichen Blitzrinnen sind nur auf 2, 5, 0,5 und 1,5 m Höhe vom Boden aus sichtbar, letztere ist noch auf 0,5 m unterbrochen. Bei einer weiteren 96 jährigen Gabelbuche in der Oberförsterei Stornborf, die in 10 m Höhe sich in drei starke Äste teilt, wurde der mittlere Ast 4 m über der Gabelung getroffen. Die Blitzrinne geht von der Einschlagsstelle 3 m abwärts bis 1 m über den Gabelansatz, setzt dort aus, während auf der entgegengesetzten Seite 3 m unter der Gabelung zwei getrennte, 20 cm voneinander entfernte Rinnen sichtbar werden, die in schwacher Krümmung zum Boden verlaufen. Vollständige Entbindung des unteren Stammteils wurde — außer bei Eichen — wieder an einer 70 jährigen Buche beobachtet.

Als nachträgliche Wirkung eines am 7. Mai erfolgten Blitzschlags in eine 91 jährige vorherrschende Kiefer im Gräfenhäuser Gemeindewald der Oberförsterei Mörfelden wird das vom Spätherbst an beobachtete Eingehen von 28 Kiefern im Umkreis der getroffenen gemeldet. An den bis Ausgang des Winters abgestorbenen Stämmen konnten keinerlei Blitzspuren entdeckt werden, während die sichtbar getroffene Kiefer eine senkrechte von der Krone zur Erde gehende Blitzrinne zeigte. Wurzelkrankung oder Insektenbeschädigung liegen nicht vor. Am westlichen Rande der entstandenen Lücke von etwa 20 m Durchmesser ist an einigen Kiefern noch weiter ein Dürrewerden der Kronenäste wahrzunehmen, so daß wohl noch weiteres Absterben einzelner Bäume zu erwarten steht. Seit Aufnahme der Beobachtungen ist dies nun der erste Fall des gruppenweisen Absterbens von Holzbestand im Anschluß an einen zweifellos festgestellten Blitzschlag.

Aus Rumänien.

Holzreichtum und Verwertung.

Mit Rücksicht darauf, daß nach dem Kriege das Nutzholz eingeführter Artikel sein wird, einmal, weil

durch den Wiederaufbau der zerstörten Häuser viel Bauholz nötig ist, andererseits aber große Werte durch die Kriegsführung in Polen, Frankreich usw. vernichtet sind, verdienen der Holzreichtum Rumäniens und seine Sägeindustrie einige Beachtung.

Nach der letzten amtlichen Statistik besitzt Rumänien 2 757 789 ha Wald und zwar:

Kron-Domänen	71 401 ha
Staats-Wald	1 067 562 „
Gemeinde- „	125 985 „
Privat- „	1 492 801 „

Der größte Teil befindet sich also in Händen des Großgrundbesitzes. Von der Gesamt-Waldfläche sind z. Bt. etwa 78 576 ha in Nutzung.

Holzfällung und Transport erfolgt in den meisten Fällen durch den Käufer, die Art des Verkaufs ist entweder per Flächen- oder Festmetereinheit unter Beobachtung einer Mindestdurchmessergränze in Brusthöhe. Nur ganz vereinzelte, von deutschen Forstbeamten geleitete, Verwaltungen haben Fällung und Transport in Regie eingeführt.

Da das Holz in den meisten Fällen weit von den öffentlichen Verkehrswegen, Eisenbahnen usw. geschlagen ist, bildet die Transportfrage die größte Sorge für den Interessenten. Alle Arten von Transportmitteln — vom einfachen Schleifen mit Ochsen bis zu komplizierten Wald- oder Drahtseilbahnen, von der einfachen Trift bis zu den großartigsten Anlagen für Klauen usw. — findet hier Anwendung.

Abgesehen von den zahllosen kleinen Bauern-Sägen, die für die Waldbesitzer unentbehrlich sind, und die nicht nur den Vokalbedarf decken, waren im Jahre 1912 in Rumänien 71 große Dampfsägen (Fabriken) im Betrieb. 50 derselben benutzten Dampf-Maschinen von ca. 15 000 Pferdekraften und beschäftigten über 12 000 Arbeiter, die jährlich ca. 8 350 000 Lei verbienten.

Für Fällung und Transport des von den Sägen benötigten Holzes werden noch weitere ca. 50 000 Arbeiter beschäftigt. Bei einer mittleren jährlichen Arbeitszeit von 150 Tagen verdienen diese ca. 50 Millionen Lei [1 Lei = 0,80 Mk.].

Der weitaus größte Teil der Rundhölzer wie Bretterware geht ins Ausland.

Im Jahre 1911 betrug die Ausfuhr über 400 000 Tonnen mit einem Wert von ca. 26 Millionen Lei, und zwar Nadelholzbretter und Balken für über 19 Millionen Lei, Klobholz für ca. 4 Millionen Lei, Eichenbretter und Balken für 800 000 Lei, Parkettleisten für 600 000 Lei und sonstige Holzwaren für 1 750 000 Lei.

Die Haupt-Exportländer sind: Holland (1913 mit 4 Millionen Lei), Oesterreich-Ungarn (6

Millionen Lei), Ägypten (5 Millionen Lei), Türkei (3 Millionen Lei), Italien (2 Millionen Lei), Frankreich (1,5 Millionen Lei), Bulgarien (ca. 1 Million Lei).

Es ist klar, daß durch den Weltkrieg die Ausfuhr des Holzes sehr gelitten, vielmehr fast völlig aufgehört hat.

Nach der amtlichen Statistik des Ministeriums für Handel und Industrie gab es in Rumänien im vergangenen Jahre 14 Aktiengesellschaften für Ausbeutung der Wälder mit einem Aktienkapital von ca. 66 Millionen Lei, einem Umsatz von über 200 Millionen und einem Reingewinn von ca. 7 Millionen Lei.

Die maschinellen Einrichtungen, Bahnen usw. dieser Gesellschaften können außerdem noch mit ca. 40 Millionen veranschlagt werden.

Die fortwährende Abnahme der Wälder in allen Ländern hat auch in Rumänien in den letzten Jahren bedeutende Preissteigerung hervorgerufen und es ist zu erwarten, daß auch nach dem Kriege die hohen Preise anhalten werden, um so mehr, als sich neue Gebiete für den Holzverbrauch eröffnen, z. B. die Papierfabrikation, die allein ganze Wälder benötigt.

Friedrich,
Großh. Geff. Forstassessor.

Notizen.

A. Geheimer Rat Dr. Gustav Marchet †.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel überraschte die Kunde von dem am 27. April d. Js. erfolgten Ableben Seiner Excellenz des Geheimen Rates Dr. Gustav Marchet. Derselbe genoß als einstiger Lehrer unter den Forstwirten der letzten Jahrzehnte eine beispiellose Beliebtheit, zumal er gegen jedermann von beständiger Liebenswürdigkeit war. Seinen Schülern blieb er allezeit ein guter Freund und Vöner sowie Helfer und Tröster in der Not.

Marchet traf am 26. April abends als Gast des erzherzoglichen Domänendirektors Oscar Giesl v. Gieslingen aus Karlsbad, wo er zum Kurgebrauche weilte, in Schlackenwerth ein, um an der Schildhahnbalz teilzunehmen. Zu früher Morgenstunde begab sich derselbe in Begleitung des Direktors und eines Hegers auf den Stand und nahm in einer hergerichteten Hütte Platz, worauf sich die Begleiter entfernten. Nach kurzer Zeit hörte der Heger zwei Schüsse fallen, die Marchet auf Vorfähne abgegeben hatte. Da aber Marchet nicht aus der Hütte herauskam, um nach dem Resultat der beiden Schüsse zu sehen, begab sich der Heger zur Hütte und fand dort Marchet entsetzt auf der Erde liegend auf. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Leiche wurde in das Schlackenwerther Schloß gebracht, das Eigentum des Erzherzogs Josef Ferdinand ist. Hier wurde dieselbe im Jagdkostüm in einem prachtvollen Metallsarg gebettet und feierlich eingeseget.

Nachfolgende kurze biographische Daten sollen den Lebenslauf des allseitig Gefeierten illustrieren: Gustav Marchet wurde am 29. Mai 1846 in Baden bei Wien als Sohn eines Apothekers geboren. Nach Absolvierung der Gymnasialstudien bei den Schotten in Wien und Kremsmünster bezog er die Wiener Universität und wandte sich dann den juristischen Studien an der Grazer Universität zu, an der er 1870 promovierte. Ein Jahr vorher war er bei der niederösterreichischen Statthalterei als Konzeptspraktikant eingetreten und wurde Assistent an der k. k. Forstakademie in Maria-brunn bei Wien, woselbst er bürgerliches Recht und Volkswirtschaftslehre vortrug. Nach Auflösung dieser Anstalt und Erhebung der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien wurde er zuerst zum außerordentlichen und später zum ordentlichen Professor für Rechtslehre und Nationalökonomie ernannt. Seit 1877 fungierte er auch als Prüfungskommissär an der juristischen Fakultät der Universität in Wien für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft.

Als Lehrer war Marchet vielfach auch als Fachschriftsteller tätig. Bekannt wurde in weiteren Kreisen sein Werk „Das Recht des Landwirtes“.

Am 5. März 1891 gelangte er nach heißem Kampfe gegen den Deutschnationalen Fiegl in das Abgeordnetenhaus, wo er sich der Vereinigten deutschen Werten anschloß. Im Parlament widmete er sich besonders den Fragen der Weinkultur. 1896 wurde er in den Vorstand der Werten und fünf Jahre später in die Obmannschaft der Deutschen Fortschrittspartei gewählt und war einer der Führer der Partei im Hause.

Bei der Bildung des Kabinetts Beck wurde Marchet am 2. Juni 1906 an Stelle des damaligen Leiters des Unterrichtsministeriums Sektionschef Dr. Richard Freiherr v. Bienerth zum Minister für Kultus und Unterricht ernannt. In die Zeit seiner Amtsführung fallen eine Reihe von Reformen auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Großes politisches Aufsehen erregte auch die „Wahrmondsaffäre“, die dann durch die Ernennung Wahrmonds zum Professor des Kirchenrechtes in Prag beigelegt wurde. Marchet schied auch Beck aus dem Amte. Dem Herrenhaus gehörte er seit 1907 an, wo er sich der Verfassungspartei anschloß, in der er eine führende Rolle inne hatte. Von 1908 bis 1914 nahm er an den politisch-parlamentarischen Vorgängen den lebhaftesten Anteil; auch an den während der Kriegszeit stattgehabten Besprechungen über die Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche war er rege tätig; auch an der letzten Zusammenkunft deutsch-österreichischer und ungarischer Parlamentarier nahm Marchet teil.

Eine hervorragende Tätigkeit entwickelte er im Dienste der Kriegsfürsorge; er verfaßte eine Broschüre über „Versorgung der Kriegsinvaliden“ und war der Anregung der Aktion der Versendung von Büchern ins Feld.

Marchet war Ehrenpräsident des Allgemeinen österreichischen Güterbeamtenvereins in Wien und war als treu und unermüdlicher Freund des Güterbeamtenstandes für diesen Verein als vieljähriger wirklicher Präsident desselben rask tätig.

Seiner Einflussnahme ist das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung der Privatbeamten vom Jahre 1906 und das Gesetz über die Regelung der rechtlichen

Stellung der Privatgüterbeamten vom Jahre 1918 zu veranlassen.

Marchet war Honorarprofessor an der Hochschule für Bodenkultur, Ehren doktor der Hochschule für Bodenkultur und der Tierärztlichen Hochschule in Lemberg, Vize-Präsident der staatswissenschaftlichen Prüfungskommission, Präsident des Verwaltungsrates der Wiener Handelsakademie und der k. k. Gesellschaft der Musikfreunde, Vize-Präsident der Zentralbank der deutschen Sparkassen, Ehrenbürger von Baden, Bergreichenstein, Budweis, Goltstsee und St. Georgen am Reith, Inhaber des Leopoldordens I. Klasse, Ritter des Ordens der Eisernen Krone I. Klasse und Komtur des Franz-Joseph-Ordens mit dem Stern.

Welches Ansehen der Verewigte an Höchster Stelle genoß, geht wohl am deutlichsten aus nachstehender Depeße hervor, die der Witwe des verbliebenen Geheimen Rates zum: „Seine Majestät erfuhr zu Allerhöchsthoren wärmst empfundenen Bedauern das ungewärtigte Ableben Seiner Erzellenz des Ministers a. D. und Herrenhausmitgliedes Dr. Gustav Marchet, Euer Erzellenz jäh dahingegangenen Gemahls, und geruhen Euer Erzellenz und Töchtern sowie den Freiherrn Viktor Haerdtl und Hugo Haan Allerhöchsthoren aufrichtigste und innigste Teilnahme an dem Schmerz ob dieses überaus schweren Verlustes huldvollst auszubringen. Die besonders erspriechliche und mehrfach bahnbrechende Dienstleistung des durch ungewöhnliche Begabung, erlesene Bildung und nie erlahmenden Pflichteifer hervorragenden Verbliebenen sowohl im Rate der Krone als auch in anderweitigen Verwendungen, seine vielseitige sozialpolitische, legislatorische und parlamentarische, stets von den lautersten patriotischen Motiven durchdrungene Betätigung sichert ihm bei Seiner Majestät eine ehrende, dankenswerte Erinnerung. Im Allerhöchsten Auftrage Generaloberst Graf Paar.“

Die Leiche Marchets wurde von Schlackenwerth nach Baden überführt, woselbst dieselbe von der Gemeindevertretung empfangen wurde. Der Tod Marchets, des Ehrenbürgers seiner Geburtsstadt Baden, hat in der dortigen Bevölkerung große und allgemeine Teilnahme hervorgerufen. Der Verbliebene erfreute sich in Baden hoher Verehrung und Beliebtheit. Vom Rathause und dem Gebäude der Sparkasse wählten Trauerfahnen und hielt die Stadtgemeinde eine Trauerfeier ab, nachdem sie seinerzeit die Berggasse in „Dr. Gustav Marchetstraße“ umgetauft hatte.

Unter ungemein zahlreicher Beteiligung fand Dienstag, den 2. Mai um 4 Uhr nachmittags das Leichenbegängnis Marchets statt, das sich zu einer eindrucksvollen Trauerkundgebung gestaltete. Zwei Sonderzüge brachten die Trauergäste aus Wien, unter ihnen Abordnungen zahlreicher wissenschaftlicher Institute, künstlerischer Vereinigungen und Kriegsfürsorgekorporationen. In der Kirche hatten sich nebst den Familienangehörigen eingefunden: in Vertretung der Regierung der Minister für Kultur und Unterricht Dr. May Ritter von Haffarek-Heinlein, in Vertretung des Kriegsministers Militär-Kommandant Freiherr von Kirchbach, der Präsident des Obersten Rechnungshofes Dr. Wladimir Freiherr von Bed, die Minister a. D. Baernreither, Korytowski, Freiherr von Plener, Graf Widenburg, Bankgouverneur Dr. Popovich, Sektionschef Direktor Freiherr v. Banhaus, die Sektionschefs Freiherr v. Weckeder und Dr. Galedi, Generaldirektor Dr. Scheuchstuchl, der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Juchl mit den Abgeordneten Abrahamowicz, Reblid, Denk und Prade, von der Universität Rektor

Hofrat Menzel mit den Hofräten Himmelbauer, v. Wettstein, Fuchs und Illawatsch, von der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien Rektor Professor Hede, Hofrat von Guttenberg, u. a. der Rektor der Technik Professor Jäger, von der Akademie der bildenden Künste Rektor Professor Ritter v. Helmer, Professor Dr. Guido Adler, vom niederösterreichischen Landesschulrat Vizepräsident Freiherr Röh v. Sternegg und Landesschulinspektor Hofrat Janauscha, die Ministerialräte Dlabac und Förster-Streffleur vom Unterrichtsministerium, der Präsident des Allgemeinen Güterbeamtenvereins in Wien Wirtschaftsrat Benotti mit mehreren Mitgliedern des Zentralausschusses, der gefertigte Hofrat als Vertreter der Absolventen der bestandenen k. k. Forstakademie in Mariabrunn und viele andere.

Bei der Einsegnung Marchets in der Stadtpfarrkirche zu St. Stephan in Baden durch Seine bischöfliche Gnaden den Weihbischof Th. Dr. Hermann Bischoffe unter Assistenz des f. e. geistlichen Rats, Kanonikus Karl Frim und dreier Kooperatoren brachte die vollständige Kapelle des Tonkünstlerorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Redbal den Trauermarsch aus der „Grolca“ zum Vortrag; diesem folgte Josef Richters „Die Klage“ von neun Waldhornbläsern des Philharmonischen Orchesters unter Leitung des Hofmusiklers Stigler. Ein Sopransolo mit Orgelbegleitung „Water unser“ von Regenschöre Bernhard Refzger bildete den Abschluß der kirchlichen Trauerfeier.

In den Straßen, durch die sich der Leichenzug von der Kirche zum Friedhof bewegte, brannten die Straßenlaternen, eine dichte Menschenmenge bildete Spalier. Am offenen Grabe widmete der Rektor der k. k. Hochschule für Bodenkultur, Professor Hede, ein ehemaliger Schüler Marchets folgenden Nachruf: „Vom tiefsten Schmerz erfüllt finden Sie sich heute von fern und nah, aus allen Kreisen ein, welche einem teuren Verstorbenen die letzte Ehre erweisen, den letzten Gruß entbieten. Auch die Hochschule für Bodenkultur schließt sich an die lange Reihe an, denn auch ihr wurde ein treuer Freund entzogen. „Denn er war unser; mag das stolze Wort den lauten Schmerz gewaltig übertönen.“ Dieses Antwort erfüllt uns, die Hochschule für Bodenkultur; heute an diesem Grabe. Ein Menschenalter, dreißig Jahre dieses inhaltsreichen Lebens, waren der Hochschule für Bodenkultur gewidmet! Gustav Marchet! So wie ich vor dreißig Jahren als Dein Schüler Deinen Worten lauschte, wie ich später als ein Mitglied des Professorenkollegiums das Glück hatte, Dich Kollege nennen zu können, mit denselben Gefühlen der Dankbarkeit und Verehrung stehe ich heute als Dein Nachfolger in dem Amte des Rektors, das Du so oft zum Ruhme der Hochschule versehen hast, hier als ihr Vertreter, um Dir die letzten Grüße von uns allen zu bringen, die Grüße von einer Stätte, die Dir so lieb war und wo Du Liebe erworben hast. Treu hast Du zeitlebens uns Deine Liebe bewahrt. Ueber den Tod hinaus wird in Stolz und Dankbarkeit die Hochschule für Bodenkultur stets Deiner gedenken. Und so nimm zum letzten Male ihren treuen Gruß.“ — Unzählige Kränze bedeckten weiterhin die Grabstätte des uns so jäh Entzogenen. —

Nachdem Dich, hochgeschätzter Herr und Meister, Diana aus der Jagdhütte in die ewigen Jagdgründe abgerufen hat, widmet Dir diesen letzten Bruch mit donnerndem Weidmannsheil Dein dankbarer Schüler

Emil Böhmerle.

B. Kaninchen als Liebhaber der Bommelte?

Ich sammle und esse gern Pilze, erlesen sie doch in Wohlgeschmack Kalbshirn und in Nährwert Fleisch überhaupt. Wenn das Pilzsammeln auch vielleicht ein Geschäft der kleinen Leute ist — lieber Gott, ist Raabes „Hungerpastor“ nicht auch ein armer (aber doch glücklicher) Mann gewesen? —, so macht ein Walbläufer wie unserens doch immer seine interessanten Naturstudien dabei. In Hessen habe ich gern die Pfifferlinge gesammelt, schon allein weil sie mir gut bekannt waren und keine giftigen Doppelgänger hatten, so daß sie jedermann unbeschadet seiner Gesundheit sammeln und essen kann; dann aber auch, weil sie dort häufig wuchsen, z. B. in den Wäldern bei Mainz und um den Benlberg, wo die Gonsenheimer Buben Sommers über Sade voll holen, dann in den Wäldern um das Rabensteiner Schloß¹⁾ bei Neckarsteinach am Neckar, während ich beispielsweise im Vogelsberg in den Waldungen bei Lauterbach und Frischborn den echten Reizker vielfach fand, den wir in Fulda in unserer Knaben-Gymnasialzeit kennen gelernt hatten. Augenblicklich bin ich vorübergehend an der pommerschen Seenplatte in Stettin und sammelte in den letzten Tagen im Eckerberger Walde unter dem Quistorpturm die vollfleischigen Birkenpilze (*Boletus scaber*), die sich überall unter Birken finden, und ihre Lebenskraft aus dem von den herabgefallenen Birkenblättern am Boden aufgespeicherten Blattgrün, sobald es in moderigen Zustand verfest ist, ziehen, sowie ferner seinen nah verwandten Bruder Rothäutchen (*Boletus versipellis*), den violettten, auch als Oktoberpilz noch reichlich vorhandenen Maskenritterling und den nebelgrauen Mitterling, sowie die starken wohl-schmeckenden Steinpilze (*Boletus edulis*), ab und zu an einer Waldwiese einen Champignon, dann aber vor allem auch die eßbaren Bommelte, Eierbommelte und Flaschen-Stäubling, während ich Pfifferlinge hier gar nicht finde, obwohl sie doch — wahrscheinlich aus anderer Gegend — neben Grünlingen auf dem Markte in Stettin reichlich zum Verkauf aufgestellt sind. Ich beobachtete dann vielfach in der letzten Zeit, daß die Bommelte bis auf den untersten Stumpf abgeäst sind. Anderes Wild als Kaninchen gibt es hier kaum, diese freilich in

¹⁾ Bekannt unter dem Namen „Burg Schade“ oder „Schwalbennest“. Die Bezeichnung „Rabensteiner Schloß“ oder „Rabenschloß“ findet sich im Volksmund, auch auf Karten und in Reiseführern. Der Wald, der hier gemeint ist, beginnt an der Hinterburg, der ältesten der vier Burgen des herrlichen Neckarstädtchens, die durch Fürsorge des heftigen Staates vor wenigen Jahren wetterfest gemacht wurde, und zieht sich hinter dem Schwalbennest über den runden Bergfelg zwischen Neckar und Steinach.

sehr großer Zahl. Es sind auch Fasanen im Revier, bei diesen traue ich als Ornithologe das Verzehren der Pilze nicht zu. So bleibt meine Vermutung nur an den Kaninchen hängen. Direkt beobachtet habe ich es noch nicht; darum frage ich an dieser Stelle an, ob andere Beobachter auf ähnliche Erscheinungen aufmerksam geworden sind. — Uebrigens, nebenbei bemerkt, lernt man die Pilze, wenn man mit einem Pilzkenner ausgeht, sehr bald kennen und erzielt aus ihnen in dieser Kriegszeit manches schmackhafte Gericht.

Hr. Wilhelm Schuster.

C. Eine Vertretung der deutschen Forstwirtschaft im Kriegs-ernährungsamt. Auf Antrag des Kriegsausschusses des Deutschen Forstvereins ist in der Stelle eines Referenten für Forstwirtschaft in der kürzlich neu begründeten „Kriegs-ernährungsamt“ zu Berlin vom 14. Juni d. Js. ab der Professor Dr. Borgmann aus Tharandt berufen worden.

Wir behalten uns vor, über die Vorgänge, welche zu dem genannten Berufung geführt haben, demnächst noch näher zu berichten. Die Einrichtung einer, die gesamte deutsche Forstwirtschaft vertretenden, Stelle im Kriegs-ernährungsamt darf im Hinblick auf die mannigfachen und bedeutsamen Aufgaben, die auch dem Walde in der Organisation der Volksernährung während des Krieges zufallen, mit besonderer Genugthuung begrüßt werden.

Die Red.

D. Der Deutsche Forstverein wird laut Beschluß des Forstwirtschaftsrates im Jahre 1916 keine Hauptversammlung abhalten.

E. Hochschulnachrichten. Am 17. Juni d. Js. waren 100 Jahre seit der Eröffnung der Forstakademie Tharandt als Staatsanstalt verfloßen. Durch Kestrit vom 12. März 1816 wurde die bisherige Privatanstalt H. Cottas in ein landesherrliche, unter die gemeinschaftliche Oberdirektion des Geheimen Finanzkollegiums und des Oberhofjägermeisters gestellte Forstakademie umgewandelt. Zugleich wurde H. Cotta zum Direktor und ersten forstlichen Lehrer der Anstalt ernannt. Am 17. Juni 1816 fand die feierliche Eröffnung der Akademie statt und am 19. Juni wurden die ersten Vorlesungen gehalten.

Wie im Jahre 1866 die fünfzigjährige, so fällt jetzt die 100-jährige Wiederkehr des Eröffnungstages der Akademie in die Zeit eines Krieges unseres Vaterlandes. Fast alle jetzigen und sehr viele ehemalige Studierende stehen im Felde. Eine akademische Fete kann daher nicht in Frage kommen.

(Tha. forstl. Jahrbuch.)

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

September 1916.

Zur Statistik des Durchforstungsbetriebs.

Von Dr. Hemmann in Gießen
nach Unterlagen der großh. hess. forstl. Versuchsanstalt
bearbeitet.

Nach welchen statistischen Grundsätzen wird im großen
heutzutage eigentlich durchforstet?

Genau wie vor einem Menschenalter: am aller-
nächsten gerade nach mathematisch festgelegten Rich-
tungen!

Vielmehr betreiben mit wenig Ausnahmen jüngere
als ältere Praktiker ihre Bestandespflege rein nach
altbaulichem Gutdünken oder überlassen sie
weder dem Ermessen von Untergebenen, die
vielleicht nun wieder mit den Beständen verfahren,
noch sie es für richtig halten.

Alles in allem aber handelt hierbei im Grunde
eben nach seinem Geschmaack, über den sich natür-
lich nur zu häufig streiten läßt

Ist es denn auch zu verwundern, daß in den ge-
meinen Durchforstungsbetrieb bis heute noch kein rechter
Fortschritt gekommen ist und keine Klarheit vor allem da-
über herrscht, ob man zur Erzielung des höchsten
wirtschaftlichen Nutzens stark durchforsten oder sich
mit mäßigen und geringen Vorentnahmen be-
gnügen sollte?

Durchaus nicht; denn es sind im ganzen noch zu
wenig Beweise für die höchste Rentabilität einer ganz
stimmigen Bestandespflege erbracht, die nach den be-
standesbildenden Holzarten verschieden sein kann.

Wohl haben die methodisch geleiteten Durchforstungs-
versuche des Versuchswesens bereits mancherlei bemerkens-
werte Aufschlüsse gebracht über die Wirkungen der ver-
schieden starken Eingriffe auf die Massenerzeugung;
zur Statistik der Durchforstungen aber, aus der allein
Aufschlüsse auf die Rentabilität der praktisch durchführ-
baren Durchforstungsarten gezogen werden konnten,
sind Beiträge nur selten geliefert worden.

Darum aber sind die bisher mitgeteilten Ergeb-
nisse exakter Versuche nicht auch für die Statistik ver-
wertet worden, und wie ist es mit jenen Durch-
forstungsversuchen, die ja den Ertragsversuchen parallel
liegen, überhaupt gegangen?

Das läßt sich ganz gut zurückverfolgen und wird
auch von allgemeinem Interesse sein. Was man
sich als endliches Ergebnis vor dreißig und mehr
Jahren von den Versuchen hauptsächlich versprochen
hatte, war doch eine in Zahlen ausdrückbare
Verschiedenheit des Wachstums der grund-
sätzlich von einander verschieden behan-
delten, ursprünglich aber gleichmäßig
geschlossen gewesenen Bestände.

Denn die Annahme, daß dermaßen verschieden
angegriffene Bestände schon bald in ihren Wuchs-
leistungen weit auseinanderstreben müßten und die
größere oder geringere Rentabilität dieses oder jenes
Durchforstungsgrades sich hiernach ganz klar beweisen
lassen würde, war mit einer der natürlichsten, die es
geben konnte. Zweifel an der Erreichbarkeit positiver
Resultate dürften bei der Einleitung der Durchforstungs-
versuche jedenfalls kaum aufgetaucht sein. Und jeder
praktische Forstmann, der vordem zu stärkeren Durch-
forstungen, als sie bis dahin allgemein gebräuchlich
gewesen, von sich aus schon übergegangen war, sah
auch mit der Erwartung einer fast selbstverständlichen
Tatsache gerade solchen wissenschaftlichen Veröffent-
lichungen entgegen, die im allgemeinen die offenbar
zeitgemäßer gewordenen stärkeren Durchforstungen
rechtfertigten sollten.

Auf eine Rechtfertigung ganz zu verzichten ging
eben nicht gut an; denn die ungemein gestiegenen vor-
zeitigen Gelderträge konnten schließlich mehr als nur
die Zinsen vom Bestandeskapitale darstellen, die bei
einem geregelten Durchforstungsbetriebe ohnedies nur
in anteiligen, nicht aber in vollen Beträgen bezogen
zu werden pflegen. Verschwendung jedoch wollte nie-
mand treiben oder verantworten müssen, nachdem die
Lehre von der Statistik die gesamte forstliche Praxis
über gewisse untere und obere Grenzen für die Ab-
nutzung forstlicher Kapitalien aufgeklärt und sich Be-
achtung von allen Seiten erzwungen hatte. Fraglich
konnte es eigentlich nur sein, bis zu welcher Höhe
man die vorzeitigen Eingriffe in das Bestandeskapital
steigern durfte, ohne dieses — wie etwa mit Lichtungs-
und Verjüngungshieben — selbst angreifen zu müssen.

Das aber konnte nur durch mühseliges Berechnen und langjähriges Vergleichen herausgebracht werden und mußte dem Versuchswesen überlassen bleiben; wo wäre man auch hingekommen, wenn vor jeder Durchforstung in den vielen ungleichartigen Beständen erst ein langes Rechenexempel hätte angestellt werden müssen!

Was aber haben die mancherlei Veröffentlichungen des Versuchswesens nun ergeben, zu deren letzten und vollständigsten auch diejenige gehört, die vom ersten Versuchsleiter der großh. hess. forstlichen Versuchsanstalt aus deren altenmäßigen Unterlagen den Vertretern aller deutschen Versuchsanstalten bei ihrer Tagung im Herbst 1913 zu Neustadt a. d. Hardt vorgelegt und im 1914er Märzhefte der A. F. u. J. B. dann auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht wurden?

Entgegen allen Erwartungen forstlicher Praxis die jedenfalls sehr eigenartige Tatsache, daß der Wertzuwachs und gesamte Wertsertrag der daselbst verglichenen schwach durchforsteten Kiefern- und Buchenbestände sich von dem der stärker durchforsteten nur herzlich wenig unterschied — es hierfür also ganz gleichgültig blieb, ob man schwach, mäßig oder stark in die Vorräte eingriffe und ob einer dunkle oder lichte Stangenholzer draußen stehen habe.

Ohne die unwiderleglichen Zahlen besonders der im 1914er Märzheft veröffentlichten Uebersichten eine kaum für möglich gehaltene statische Wirkung, deren Erkenntnis allein niemanden recht befriedigen konnte und die der bisher meist willkürlichen Bestandespflege auch kaum den Boden zu entziehen vermochte! Jedenfalls erscheint es nicht aussichtsvoll, das von den Versuchsanstalten seit Jahrzehnten angesammelte Material fernerhin in gleicher Weise und lediglich für Ertrags- und Zuwachsermittlungen im Gesamtbestande zu verarbeiten.

Auf welche Art aber dann?

Hierzu wies der Gießener Professor der Forstwissenschaft Dr. Wimmenauer in seiner IV. Auflage von Gustav Heyers Waldwertrechnung im Jahre 1892 — zu einer Zeit also, da die Durchforstungsfrage durch wissenschaftliche Veröffentlichungen noch bedeutend weniger und nach keiner Seite hin geklärt war — einen neuen Weg, den er zur Begründung einer Statistik des gesamten Durchforstungsbetriebes, dann im Septemberhefte der A. F. u. J. B. von 1900, im Januarhefte von 1904 und zuletzt im Märzhefte von 1914 weiter beschritt.

Sein Grundgedanke für die große Praxis war dabei, wenn ich ihn kurz wiederholen darf, der, daß die Durchforstung eines Bestandes statisch dann vorteilhaft wirke, wenn nach Ablauf mehrerer Jahre der Wert des durchforsteten Bestandes zugüglich des pro longierten Durchforstungsertrags größer wäre, als der

Wert desselben Bestandes, wenn dieser selbe Bestand undurchforstet geblieben wäre.

Jedermann muß zugeben, daß gegenüber allen gut wie unberührt fortwachsenden, geschlossenen Beständen die verschieden stark durchforsteten auch zu bemerkenswerten Unterschiede anwachsen.

Diese bestehen — von dem auch ungeschulten Auge gewiß deutlichen und grundverschiedenen Aufbaue der durchforsteten und nicht durchforsteten Bestände abgesehen — einmal im Wertsertrage der nach jeder Durchforstung verbleibenden Hauptbestandesmassen, dann in der fortbauenden, wachsenden Tätigkeit der versilberten und zu Geldzins anlegbaren, aus dem Bestande ausgeschiedenen Durchforstungshölzer.

Um die Berücksichtigung dieser Unterschiede dreht sich die gesamte Durchforstungsstatistische Berechnung, die Wimmenauer i. J. 1900 in die Literatur eingeführt und hernach vervollkommen hat.

Nur wenn man nach ihm verglich, welche Wertzuwachs einer stärker durchforsteten Bestand gegenüber einem schwächer oder nicht durchforsteten annahm und welchen Summen die Durchforstungserträge in den Forstflächen anwachsen konnten gegenüber den entsprechenden Kapitalien, die andererseits im Walde mit dem Zuwachsprozente des Holzwertes weiterarbeiten, konnte man die wirkliche finanzielle Zweckmäßigkeit gewisser Durchforstungsgrade für gewisse Holzarten wirklich ermitteln und den ganzen Durchforstungsbetrieb darauf einstellen.

Nun heben sich die einzelnen Durchforstungsgrade von einander hauptsächlich durch diejenigen Stammstärken ab, die sie noch mit in die Entnahme einbezogen wissen wollen. Also ließ sich auch Wertsertrag und Wertzuwachs des verbleibenden Bestandes und Durchforstungsertrages besserer und sicherer von Stammstärkeklasse zu Stammstärkeklasse bestimmen und vergleichen, als bloß nach Gesamtertrag und durchschnittlichen Zuwachsprozenten. Denn Gesamtertrag und durchschnittliche Zuwachsprozente konnten sich nie immer einander ähneln, wenn innerhalb der Bestände die statisch folgenschweren Veränderungen sich sich vollzogen hatten, die dauernd auf die Wertserzeugung drückten und in keiner jener rechnerischen Gesamt- oder Durchschnittsgrößen zum Ausdruck zu bringen waren.

Bestimmlich verfallen den schwachen Durchforstungen in der Hauptsache nur die schwächsten Stämme, die mäßigen bereits Stämme mit mittlerem Durchmesser, die starken aber auch Stämme aus den jeweils verbleibenden stärksten Stammklassen. Hoch- und Plentdurchforstung haben gleichfalls ihre Merkmale für sich. Was es denn trotz eines ziemlich gleichen Gesamtertrags oder durchschnittlichen Zuwachses verschieden

ndelter Bestände von jeher wohl einerlei, ob vor-
iegend schwache Stämme, oder ob auch schon mittel-
rte und schließlich gar beträchtliche Mengen stärk-
er Stämme frühzeitig aus dem Bestande mit ver-
wandten und fortan mit einem einheitlichen Zinse
weiter zu arbeiten vermochten, den im Bestande viel-
icht nur eine Stammklasse und auch diese nur
aufällig aufwies?

Doch kaum; denn jemehr eine Durchforstung ein-
griffen hatte in die weit über den Durchschnitt des
gesamten Bestandes und über den Geldzinsfuß hinaus
produzierenden Stärteklassen, um so ärmer war natur-
gemäß der verbleibende Bestand an solch bestrentieren-
em Materiale oder Kapitale geworden und um so
weiter wurde stets und ständig der Abstand zwischen
der Wertmehrung verlaufen und auf der Klasse an-
gelegbaren oder unverkauften und im Bestande fortwer-
enden Holzes. Es war also für die Geldwirtschaft
im Walde ohne allen Zweifel am wichtigsten, durch
genauere Verrechnung festzustellen, bis zu welchem Be-
trage die an der Gesamtproduktion verschieden betei-
ligten einzelnen Stärteklassen zusammenschmelzen durf-
ten, ohne daß die Wertserzeugung auf die Dauer er-
mattete und hinter derjenigen der Parallelklassen un-
durchforsteter Bestände zurückbliebe.

Dies war, weiterumschrieben, die Idee, die der be-
kannten Verrechnungsweise des Herrn Geheimrats
Wimmenauer ebenfalls zu Grunde lag.

Wer nun bereit ist, die Folgerichtigkeit der Grund-
gedanken bis hierher anzuerkennen, der wird auch zugeben,
daß eine nachträgliche Zerschaltung des Stammvorrates
von Durchforstungsversuchsflächen in Stammstärke-
klassen zu brauchbaren Ergebnissen dann führen konnte
wenn innerhalb dieser Klassen die Wertveränderungen
von der ersten bis zur letzten Durchforstung sich genau
verfolgen ließen und hieran nachgewiesen werden könnte,
welchen Einfluß ihr allmähliches Zusammenschmelzen
oder ihr ungeschmälertes, kräftiges Weiterwachsen auf
die gesamte Kapitalbildung nach und nach ausübe.

Die vom Begründer der Durchforstungsstatik im
fürstlich Solms-Bichsichen Walde um die Mitte der 80er
Jahre angelegten Buchenderversuchsflächen erhielten eine
Einteilung in fünf Stammklassen von annähernd gleicher
Grundfläche, die sich nach der Stärke abstufen.

Die statischen Berechnungen geschahen nach der,
von ihm selbst abgeleiteten und begründeten Formel
 $\Delta = H(z - y) + D(p - x)$, in der Δ das Ergeb-
nis der Wertvergleichung,

H den Wert des verbleibenden Bestandes,
z das Zuwachsprozent des durchforsteten Bestandes,
y und x die Zuwachsprozente des undurchforsteten
Bestandes,

D den Wert des Durchforstungsertrages und
p den Geldzinsfuß bedeutete.

Bei den von allem Anfange an hierfür eingerich-
teten sicher Versuchsflächen war die Erhebung der rech-
nerischen Formel-Größen eine einfache Sache. Kreis-
fläche und Höhe des verbleibenden Bestandes einer
jeden Stammklasse wurden nach der Durchforstung
sorgfältig aufgenommen, daraus die Bestandesmasse
berechnet und daraus wiederum der in Wertmetern
ausgedrückte Vorratswert.

Die Masse des Durchforstungsholzes einer jeden
Stammklasse ergab sich aus der Aufnahme, sein Wert-
meter-Ertrag nach dem erfahrungsgemäß zulässigen
Ansätze des Reisigankfalls zum halben Wertmeterertrage
des Durchholzes. Fielen beispielsweise in einer Durch-
forstung 100 fm Durchholz und 80 fm Reisig an, so
ergaben diese $100 + \frac{80}{2} = 140$ Wertmeter im ganzen.

In dem nur auf Durchholz durchforsteten Vergleichs-
bestande wurden zu gleicher Zeit, wie in den durch-
forsteten Beständen, die Parallelstammklassen ebenfalls
gekluppt und gemessen, der Abgang festgestellt und
so der jeweilige Wert auch in Wertmetern ermittelt.

Die Zuwachsprozente des undurchforsteten und jedes
durchforsteten Bestandes wurden hiernach stammklassen-
weise berechnet und, wie alle veröffentlichten Artikel
erkennen lassen, auch stammklassenweise einander
so gegenübergestellt, daß man sofort über sah, welche
Wirkung ein bestimmter Durchforstungsgrad auf die
Stammklassenwerte und im ganzen gegenüber der Durch-
holzdurchforstung hervorgebracht hatte.

Der Geldzinsfuß, zu dem der Durchforstungs-
ertrag weiter werdend zu denken war, konnte zu 3%
angenommen werden. Ihm gegenüber stand, stamm-
klassenweise verschieden, der Zinsfuß des Holzes oder
das Zuwachsprozent des nur auf Durchholz durch-
gangenen Bestandes.

Also hatte man alle Werte zum Vergleiche bei-
einander, die sich nach jeder neuen Aufnahme ohne
weiteres zum Endresultate formen ließen.

Wesentlich anders lagen die Buchführungsverhält-
nisse bei den Durchforstungsversuchsflächen der groß-
herzogtl. hessischen- und wohl auch jeder andern deut-
schen forstl. Versuchsanstalt. Diese Versuchsflächen
sind nicht stammklassenweise, sondern entweder durch-
laufend oder nur nach dem Haubarkeitsbestande num-
meriert und zumeist auch erst vom Stangenholzal-
ter an; eine Verrechnung der Erträge auf jene statische
Art hatte bei keiner noch stattgefunden.

In den Aufnahmebüchern für jede Vergleichsfläche
ist aber bei durchlaufender Nummerierung von jedem
Stamme doch wenigstens die Brusthöhenstärke von der
ersten bis zur letzten Aufnahme zu verfolgen. Also

kann man auch von jedem Stamme nach der Nummerierung den Grundflächenzuwachs von der ersten Aufnahme an bis zu seinem Aushiebe oder bis zur letzten Aufnahme, die ihn noch stehend vorgefunden hatte, genau berechnen.

Wenn man also die durchlaufend nummerierten Stämme entsprechend etwa den Stammstärken, nach denen die Durchforstungsgrade sich abtufen, in den Aufnahmebüchern nachträglich in Stärkeklassen einteilte und danach mit ihren Kreisflächen auszugswise auf besonderen Bögen ordnete, so konnte man klassenweise wenigstens den Zuwachs an Stammgrundfläche nach jeder Durchforstung verfolgen und die verbliebenen oder ausgeschiedenen Beträge an Stammgrundfläche aus den Büchern und durch Rechnung hinterher ebenso ermitteln, wie sie auf den Vicher Flächen mühelos durch direkte Kluppierung der klassenweise auch äußerlich gekennzeichneten Stämme im Walde selbst zu erheben waren.

Zu statischen Wertberechnungen gehört freilich nicht nur die Kenntnis der Stammgrundfläche allein, sondern auch diejenige der gesamten verkäuflichen oder verkauften Masse; hierzu wiederum die Kenntnis von Stammgrundfläche und Höhe und, wenn nicht Probeholz gefällt und nach Sektionen kubiert und volumetriert wird, auch die der Formzahl.

Da besonders Höhen auf den Durchforstungsflächen

Nr. 17 mit 3 Feldern, gelegen im Distrikt

" 18 " 2 " " " "

" 20 " 3 " " " "

von Buchen die Versuchsflächen

Nr. 10 mit 4 Feldern, gelegen im Distr Kirchberg der Oberförsterei Laubach,

" 12 " 3 " " " " Sauberg der Oberförsterei Schotten,

" 23 " 5 " " " " Ramsberg des Laubacher Stadtwaldes der Oberförsterei gleichen Namens

Von den Buchenversuchsflächen 10 und 23 mußte je ein Feld wegen Beschränkung der Numeration auf den sogenannten Haubarkeitsbestand unverglichen bleiben.

Angelegt sind die verglichenen Versuchsflächen vom nunmehr verstorbenen Geheimrat Heß in den Jahren 1887–1898, übernommen und weitergeführt von Geh. Forstrat Wimmenauer im Jahre 1908.

Wegen der Abstufung der Durchforstungsgrade und

Stammklasse I, umfassend die Stämme bis zu 12 cm Brusthöhenstärke,

II, " " " zwischen 12 u. 14 cm "

III, " " " " 14 " 16 " "

IV, " " " " 16 " 18 " "

V, " " " über 18 cm "

Zu den exakten Rechnungsergebnissen, die von den Vicher Flächen veröffentlicht sind, treten nunmehr die in den nachstehenden Tabellen mitgeteilten Resultate hinzu. Sie sind auf genau die gleiche Rechnungsweise gefunden, wie diejenigen des Herrn Geheimrats Wimmenauer. Nur hat man sich unter H und D

nur in längeren Zwischenräumen und mittels Probestammfällungen wiederholt gemessen zu werden pflegen, so fehlen sie zu manchen Zwischenaufnahmen der Flächen gänzlich.

Eine Interpolation fehlender Höhen für die nachträglich gebildeten Klassenstämme erweist sich dabei aber als unmöglich. Damit schwindet auch die Möglichkeit genauer Massen- und Wertberechnung von Klasse zu Klasse.

Also mußte bei Verarbeitung des Zahlenmaterials der forstlichen Versuchsanstalt zur Statistik des Durchforstungsbetriebes Abstand davon genommen werden, in Wertmetern ausgedrückte Erträge mit einander zu vergleichen.

Zum Erfasse solcher absoluten Werte ließ sich doch, da bekanntlich die Stammgrundfläche der Hauptzuwachs faktor ist, diese auch als Hauptwertserzeuger zum Vergleiche in die Rechnung nach der statistischen Formel einführen.

So sind denn im Auftrage des Geschäftsteilhabers der Großh. Hess. Versuchsanstalt von den hessischen Durchforstungsflächen, die ihm nach Ausscheiden des Geheimrats Heß aus dem Versuchswesen mit zur Verfügung stehen, im ganzen vorerst sechs auf die beschriebene Art verglichen worden.

Und zwar von Kiefern die Versuchsflächen

Niedstrauch der Oberförsterei Eudorf,

Rasse Seifen der Oberförsterei Grebenau,

Kemberberg derselben Oberförsterei;

des Ansteigens der Stärkeklassen im ausschließlichen Bestande mit zunehmender Stärke der Durchforstung sind die Stämme aller statistisch bearbeiteten Felder der ersten, auf die durchlaufende Nummerierung folgenden Aufnahme in die nachstehenden fünf Klassen untergebracht, die für jeden Stamm bis zu seinem Aushiebe unverrückbar blieben:

eben nicht die Werte der verbliebenen und ausgeschiedenen Bestandesmassen zu denken, sondern nur Stammgrundflächen, die sie vertreten sollen, weil eben jeder Massen- und Wertberechnung hauptsächlich zur Unterlage dienen.

Dementsprechend sind ferner die in den Tabellen

Schlüsse berechneten Zuwachsprozente auch keine entlichen Werts-, sondern nur Flächenzuwachsprozente. Und weil man es doch nicht mit dem endgiltigen relativen Werte und Wertzuwachs zu tun hatte, ist natürlich höher ist, als der Betrag an bloßer Stammgrundfläche und an Flächenzuwachs, so ist schließlich der Gelbzinsfuß anstatt zu 3% nur zu 5% angenommen und in die Formel eingesetzt worden; damit wurde das Verhältnis des Flächenzuwachses zum Wertzuwachs bei den Gegenüberstellungen der im Holze fortwerbenden oder auf den Forst-

kassen anlegbaren Kapitalien wenigstens annähernd gewahrt. So also entstanden und würden zu verstehen sein die tabellarischen Uebersichten, die dem Aufsatze anzufügen waren und die allen, von den sicher Flächen veröffentlichten auch in der Anordnung des Zahlenmaterials vollkommen gleichen.

Da dieses aber sehr reichhaltig und weniger bequem zu lesen ist, so seien daraus folgende Hauptzahlen auszugsweise besonders mitgeteilt:

Die Zuwachsprozente des Gesamtbestandes sind nach

		5	10	15 Jahren
in Kiefern-Bfl.	17I (schwach durchforstet)	3,7	3,1	2,7
	17II (mäßig ")	3,7	3,4	2,8
	17III (stark ")	3,9	3,6	3,0
	" " 20I (schwach ")	2,3	2,7	2,5
	20II (mäßig ")	2,7	2,8	2,7
	20III (stark ")	2,7	3,1	2,8
	" " 18II (mäßig ")	2,8	3,0	2,6
	18III (stark ")	3,2	3,0	2,7
	Buchen-Bfl. 12I (schwach ")	1,8	2,2	1,8
	12II (mäßig ")	2,9	2,8	2,4
	12III (stark ")	3,7	3,3	2,9
	" " 23I (schwach ")	3,2	2,9	2,5
	23II (mäßig ")	4,2	3,9	3,2
	23III (stark ")	5,3	4,6	3,9
	23V (plenter ")	4,7	4,1	3,5
	" " 10I (schwach ")	2,0	2,2	1,8
	10II (mäßig ")	2,6	2,7	2,2
	10III (stark ")	3,2	3,2	2,7

Diesen scheinbar regellos hin- und herschwankenden Prozentziffern stehen folgende, nach der Wimmenauer'schen Formel berechneten statischen Ergebnisse gegen-

über, von denen die eingeklammerten lediglich die Folge starker Durchforstungen verglichen mit mäßigen bedeuten:

		Nach 5	10	15 Jahren
in Kiefern-Bfl.	17I (schwach durchforstet)	—	—	—
	17II (mäßig ")	— 2,450	+ 1,353	+ 2,264
	17III (stark ")	— 3,815	— 0,489	— 0,674
		(— 2,673)	(— 1,958)	(— 1,488)
	" " 20I (schwach ")	—	—	—
	20II (mäßig ")	+ 1,729	+ 0,661	+ 1,496
	20III (stark ")	— 1,548	— 2,141	— 3,002
		(+ 0,350)	(— 1,408)	(— 2,215)
	" " 18II (mäßig ")	—	—	—
Buchen-Bfl.	18III (stark ")	(+ 3,508)	(— 2,633)	(— 0,234)
	12I (schwach ")	—	—	—
	12II (mäßig ")	+ 9,430	+ 5,424	+ 6,383
	12III (stark ")	+ 12,011	+ 5,548	+ 5,749
	" " 23I (schwach ")	—	—	—
	23II (mäßig ")	+ 8,496	+ 10,025	+ 10,015
	23III (stark ")	+ 12,686	+ 9,866	+ 10,827
	23V (plenter ")	+ 14,214	+ 10,890	+ 11,412
	" " 10I (schwach ")	—	—	—
	10II (mäßig ")	+ 12,334	+ 17,404	+ 12,074
	10III (stark ")	+ 4,782	+ 11,073	+ 14,529

Was folgt daraus?

Zweifellos doch dies:

Was an statischer Wirkung durch rechnerischen Vergleich bloß des Zuwachsganges oder der erzeugten Gesamtwerte festzustellen nicht möglich ist, das läßt sich durch exakte Verrechnungsweise der Erträge und durch klassenweisen Vergleich der Differenzen von Holz- und Gelbertrag einwandfrei nachweisen.

In den 40—60 jährigen Kiefernbeständen III. Standortsklasse, der die 6 Felder der Durchforstungs-Versuchsflächen 17 und 20 angehören, bleibt die starke Durchforstung in ihrer finanziellen Wirkung hinter der mäßigen und schwachen zurück.

In der gleichartigen Versuchsfläche 18 konnte die starke nur mit der mäßigen Durchforstung verglichen werden; während hier nach fünf Jahren die starke Durchforstung der mäßigen überlegen ist, sinkt sie nach 10 Jahren unter diese herab und weist auch nach 15 Jahren noch keine Ueberlegenheit wieder auf.

Vergleicht man nach den eingeklammerten Beträgen auch in Versuchsfläche 17 und 20 die starke lediglich mit der mäßigen Durchforstung, so findet sich der Vorgang bestätigt, der bei 18 zu beobachten ist.

Hiernach kann von einer vorteilhaften statischen Wirkung der starken Durchforstungen gegenüber den mäßigen und schwachen in Kiefernbeständen jener Alters- und Standortsklasse nicht die Rede sein.

In den 40—80 jährigen Buchenbeständen III. und IV. Standortsklasse, der die 10 Felder der Durchforstungs-Versuchsflächen 10, 12 und 23 angehören, bewegt sich — wenigstens vorerst noch — die Statistik in weniger gesetzmäßigen Bahnen, als bei Kiefern.

Während ähnlich, wie im Kiefernbestande, in der Buchenversuchsfläche 12 und 23 die anfänglich überlegene starke Durchforstung unter die mäßige oder doch bis zu dieser herabsinkt, tritt in Versuchsfläche 10 das Gegenteil hiervon ein und die starke Durchforstung nimmt aus anfänglicher Unterlegenheit einen sehr kräftigen Aufschwung, der sie nach 15 Jahren über die mäßige hinaus trägt.

Die Plenterdurchforstung aber, die nach fünf Jahren über der mäßigen und starken Durchforstung stand, weist nach 15 Jahren kaum noch einen nennenswerten Vorsprung auf.

Damit findet wiederum ein bereits von den Vichers Flächen bekannter Vorgang seine Bestätigung.

Im ganzen aber läßt sich von den Durchforstungen in Buchenbeständen dieser Alters- und Standortsklassen noch nicht sagen, welchem Grade statisch der Vorrang gebühre.

Ueberhaupt würde in einem Schlußsatze noch da-

rauf einzugehen sein, daß statische Ergebnisse dieser Art einen wirklichen Einfluß auf die Wirtschaft im Walde erst dann ausüben können, wenn die Versuchsdauer bedeutend verlängert und die statischen Untersuchungen bis zum Abtriebe mancher Bestände fortzusetzen wären. Denn je umfassender die Untersuchung, um so zwingender natürlich ihr Gesamtergebnis! Was hier aus langjährigen Aufnahmen der großh. hess. forstlichen Versuchsanstalt veröffentlicht werden konnte, das läßt sich vorerst ja nur auf einen verhältnismäßig kurzfristigen Entwicklungsabschnitt von 15 Jahren beziehen — ist also aus dem langen Bestandesleben gleichsam herausgeschnitten worden.

Und wenn auch alle verglichenen Versuchsfelder schon in sehr frühem Bestandesalter angelegt wurden, so konnten sie ihrer erst nachträglich erfolgten Nummerierung wegen nicht auch von frühestem Alter an schon statisch verglichen werden.

Selbstverständlich war die Behandlung aller Flächen ihren Bestimmungen entsprechend nach wie vorher ein völlig konsequente und für jede Parallelfäche gleichartige.

Das wird vielleicht ausdrücklich hervorgehoben werden müssen, weil andernfalls jemand auf den Gedanken kommen könnte, daß bereits durchgehauene Bestände statisch nicht mehr so recht vergleichbar seien und daß die statische Untersuchung unter allen Umständen auch mit der ersten bestandespfleglichen Maßnahme einsetzten müsse.

Ueberdies dürften nicht gerade im Versuchsweise tätige Forstleute ganz allgemein auch weniger Interesse an einem Zurückverfolgen der statischen Wirkungen in die Bestandesvergangenheit oder bis zum Beginne der geordneten Bestandespflege überhaupt haben. Wie mehr wird ihnen an einer ergänzenden Fortführung der Versuche bis in die höheren Bestandesalter hinangelegen sein, in denen die Bestandesbehandlung viel einträglicher, zugleich aber auch verantwortungsvoller zu werden pflegt.

Freilich sind nun gerade die nachstehenden ziffermäßigen Ergebnisse aus einer Zeitspanne größter Wuchskraft hergeleitet — aus Altersklassen also, in denen die Bestandespflege für gewöhnlich erst mit größerem Nachdrucke einsetzt! — immerhin könnte es doch sein, daß nach Abflauen mancher heftiger Bestandesangriffe, wie sie starke oder Plenterdurchforstungen bedeuten, auch manche der hier nachgewiesenen periodisch unvorteilhaften Wirkungen sich statisch wieder ausgleichen. Auch kann niemanden ohne weiteres zugemutet werden, um geringfügiger statischer Differenzen willen von einer Bestandespflege abzugehen, in die das gesamte Hilfspersonal im Laufe vieler Jahre eingeweiht ist.

(Fortsetzung Seite 217.)

Bfl. Nr.	Zeit	Gegenstand der Aufnahme	Alter	Maßeinheit	G r u n d f l ä c h e der Stamm-Stärkeklasse					Summe	ΣH × (z-y)	ΣD × (p-x)	Δ
					I	II	III	IV	V				
					Statistisches Ergebnis nach 5 Jahren:								
17 ^a	1895 1900	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 " " %	qm " " " %	5,64 1,87 4,90 1,18 3,6	1,79 0,03 2,16 0,40 4,0	1,31 — 1,62 0,31 4,2	0,86 — 1,00 0,14 3,0	0,31 — 0,36 0,05 3,0	9,91 1,90 10,04 2,03 3,7			Schwach
17 ^b	1895 1900	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 " " %	qm " " " %	4,77 1,71 4,09 1,03 3,9	2,14 0,10 2,39 0,35 3,0	1,18 0,02 1,43 0,27 4,0	0,48 — 0,57 0,09 3,4	0,23 — 0,29 0,06 4,6	8,80 1,83 8,77 1,80 3,7	- 0,385	- 2,065	- 2,450 Mäßig
17 ^c	1895 1900	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 " " %	qm " " " %	2,46 2,00 1,19 0,73 5,1	2,16 0,67 2,11 0,62 5,0	1,90 0,13 1,81 0,04 0,4	0,69 — 0,84 0,15 3,9	0,30 — 0,37 0,07 4,2	7,51 2,80 6,32 1,61 3,9	- 0,389 (+ 0,657)	- 3,426 (- 3,330)	- 3,815 Start (- 2,673)
Statistisches Ergebnis nach 10 Jahren:													
17 ^d	1895 1900 1905	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 51 " "	qm " " " %	5,64 1,87 1,43 4,00 1,66 2,6	1,79 0,03 0,06 2,54 0,84 3,8	1,31 — — 1,97 0,66 4,0	0,86 — — 1,23 0,37 3,5	0,31 — — 0,45 0,14 3,7	9,91 1,90 1,49 10,19 3,67 3,1			Schwach
17 ^e	1895 1900 1905	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 51 " "	qm " " " %	4,77 1,71 1,26 3,62 1,82 3,2	2,14 0,10 0,21 2,69 0,86 3,3	1,18 0,02 0,03 1,72 0,59 4,0	0,48 — — 0,68 0,20 3,4	0,23 — — 0,36 0,13 4,4	8,80 1,83 1,50 9,07 3,60 3,4	+ 1,905	- 0,552	+ 1,353 Mäßig
17 ^f	1895 1900 1905	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 51 " "	qm " " " %	2,46 2,00 0,51 0,99 1,04 3,5	2,16 0,67 0,64 1,95 1,10 4,0	1,90 0,13 0,14 2,30 0,67 3,0	0,69 — 0,11 0,95 0,37 4,2	0,30 — — 0,46 0,16 4,2	7,51 2,80 1,40 6,65 3,34 3,6	+ 1,379 (+ 0,842)	- 1,868 (- 2,800)	- 0,489 Start (- 1,958)
Statistisches Ergebnis nach 15 Jahren:													
17 ^g	1895 1900 1905 1910	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 51 56 "	qm " " " %	5,64 1,87 1,43 0,39 4,09 2,14 2,1	1,79 0,03 0,06 0,09 2,82 1,21 3,4	1,31 — — 0,08 2,17 0,94 3,5	0,86 — — 0,03 1,36 0,53 3,1	0,31 — — — 0,51 0,20 3,3	9,91 1,90 1,49 0,59 10,95 5,02 2,7			Schwach
17 ^h	1895 1900 1905 1910	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 51 56 "	qm " " " %	4,77 1,71 1,26 0,48 3,63 2,26 2,8	2,14 0,10 0,21 0,09 2,94 1,20 2,9	1,18 0,02 0,03 0,03 1,84 0,84 3,5	0,48 — — — 0,76 0,38 3,0	0,23 — — — 0,41 0,18 3,3	8,80 1,83 1,50 0,55 9,68 4,76 2,8	+ 1,478	+ 0,788	+ 2,264 Mäßig
17 ⁱ	1895 1900 1905 1910	Borh. Bestb. Ausgeschn. Verbl. Sumachs Sumachsproz.	41 46 51 56 "	qm " " " %	2,46 2,00 0,51 0,19 1,02 1,26 2,7	2,16 0,67 0,64 0,36 1,99 1,50 3,4	1,90 0,13 0,14 0,44 2,04 0,85 2,4	0,69 — 0,11 0,08 1,03 0,53 3,7	0,30 — — — 0,52 0,22 3,0	7,51 2,80 1,40 1,07 6,60 4,36 3,0	- 0,110 (- 0,341)	- 0,564 (- 1,147)	- 0,674 Start (- 1,488)

Bem. Die eingeklammerten Zahlen bedeuten das statistische Ergebnis der starken gegenüber der mäßigen Durchforstung.

Bfl. 20 (Kiefer).

Tabelle 2.

Bfl. Nr	Zeit	Gegenstand der Aufnahme	Alter	Masseinheit	G r u n d f l ä c h e der Stamm-Stärkelasse					Summe	ΣH \times (z-y)	ΣD \times (p-x)	Δ
					I	II	III	IV	V				
Statistisches Ergebnis nach 5 Jahren:													
20 ^I	1897	Borh. Best.	42	qm	3,46	1,60	1,80	0,87	0,88	8,11			Schw.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,77	—	—	—	—	0,77			
	"	Verbl.	"	"	2,86	1,86	1,54	1,04	1,04	8,34			
	"	Zuwachs	"	"	3,17	0,26	0,24	0,17	0,16	1,00			
	"	Zuwachsprz.	"	%	1,0	3,0	3,4	3,6	3,3	2,3			
20 ^{II}	1897	Borh. Best.	42	qm	2,57	1,68	1,39	0,74	1,28	7,66	+ 0,462	+ 1,267	Mäß.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,89	0,10	0,02	—	—	1,01			
	"	Verbl.	"	"	1,95	1,82	1,61	0,88	1,51	7,77			
	"	Zuwachs	"	"	0,27	0,24	0,24	0,14	0,23	1,12			
	"	Zuwachsprz.	"	%	2,0	2,7	3,2	3,5	2,4	2,7			
20 ^{III}	1897	Borh. Best.	42	qm	0,92	1,53	1,20	0,93	2,11	6,69	- 1,633	+ 0,085	Sto.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,60	0,64	0,23	0,08	0,25	1,80	(+ 0,138)	(+ 0,212)	
	"	Verbl.	"	"	0,38	1,0	1,17	1,03	2,19	5,87			
	"	Zuwachs	"	"	0,06	0,21	0,20	0,18	0,33	0,98			
	"	Zuwachsprz.	"	%	1,3	2,6	3,1	3,5	2,9	2,7			
Statistisches Ergebnis nach 10 Jahren:													
20 ^I	1897	Borh. Best.	42	qm	3,46	1,60	1,30	0,87	0,88	8,11			Schw.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,77	—	—	—	—	0,77			
	1907	"	52	"	1,05	0,05	—	—	—	1,10			
	"	Verbl.	"	"	2,24	2,17	1,84	1,28	1,28	8,81			
	"	Zuwachs	"	"	0,60	0,62	0,54	0,41	0,40	2,57			
20 ^{II}	1897	Borh. Best.	42	qm	2,57	1,68	1,39	0,74	1,28	7,66	- 0,334	+ 0,995	Mäß.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,89	0,10	0,02	—	—	1,01			
	1907	"	52	"	0,82	0,14	0,04	0,03	—	1,03			
	"	Verbl.	"	"	1,30	2,03	1,95	1,04	1,84	8,16			
	"	Zuwachs	"	"	0,44	0,59	0,62	0,33	0,56	2,54			
20 ^{III}	1897	Borh. Best.	42	qm	0,92	1,53	1,20	0,93	2,11	6,69	- 1,222	- 0,919	Sto.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,60	0,64	0,23	0,08	0,25	1,80	(- 0,750)	(- 0,649)	
	1907	"	52	"	0,24	0,55	0,30	0,13	0,16	1,38			
	"	Verbl.	"	"	0,24	0,80	1,16	1,14	2,62	5,96			
	"	Zuwachs	"	"	0,16	0,46	0,49	0,42	0,92	2,45			
Statistisches Ergebnis nach 15 Jahren:													
20 ^I	1897	Borh. Best.	42	qm	3,46	1,60	1,30	0,87	0,88	8,11			Schw.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,77	—	—	—	—	0,77			
	1907	"	52	"	1,05	0,05	—	—	—	1,10			
	1912	"	57	"	0,80	0,12	0,02	—	—	0,94			
	"	Verbl.	"	"	1,61	2,40	2,17	1,48	1,50	9,16			
20 ^{II}	1897	Borh. Best.	42	qm	2,57	1,68	1,39	0,74	1,28	7,66	- 0,112	+ 1,608	Mäß.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,89	0,10	0,02	—	—	1,01			
	1907	"	52	"	0,82	0,14	0,04	0,03	—	1,03			
	1912	"	57	"	0,34	0,18	0,07	0,02	0,08	0,64			
	"	Verbl.	"	"	1,17	2,24	2,21	1,20	2,07	8,69			
20 ^{III}	1897	Borh. Best.	42	qm	0,92	1,53	1,20	0,93	2,11	6,69	- 2,310	- 0,692	Sto.
	1902	Ausgeschn.	47	"	0,60	0,64	0,23	0,08	0,25	1,80	(- 1,615)	(- 0,600)	
	1907	"	52	"	0,24	0,55	0,30	0,13	0,16	1,38			
	1912	"	57	"	0,06	0,04	0,22	—	0,11	0,43			
	"	Verbl.	"	"	0,22	0,93	1,17	1,35	2,04	6,61			

Bem. Die eingeklammerten Zahlen bedeuten das statistische Ergebnis der starken gegenüber der mäßigen Durchforstung.

Bfl. 18 (Kiefer).

Tabelle 3.

Bfl. Nr.	Zeit	Gegenstand der Aufnahme	Alter	Masseinheit	Grundfläch e der Stamm-Stärkeklasse					Summe	ΣH \times (z-y)	ΣD \times (p-x)	Δ			
					I	II	III	IV	V							
Statistisches Ergebnis nach 5 Jahren:																
18I	1896	Vorh. Best.	44	qm	4,11	3,35	2,70	1,95	0,97	13,08			Mäßig			
	1901	Ausgesch.	49	"	1,95	0,49	0,21	0,12	—	2,77						
	"	Verbl.	"	"	2,59	3,37	2,97	2,20	1,17	12,30						
	"	Zuwachs	"	"	0,43	0,51	0,48	0,37	0,20	1,99						
	"	Zuwachsprz.	"	%	2,0	2,8	3,4	3,5	3,7	2,8						
18II	1896	Vorh. Best.	44	qm	2,65	3,00	3,19	1,99	1,31	12,14	(+ 3,393)	(+ 0,110)	Stark			
	1901	Ausgesch.	49	"	2,02	1,07	0,35	0,18	0,07	3,69						
	"	Verbl.	"	"	1,00	2,47	3,47	2,18	1,50	10,62						
	"	Zuwachs	"	"	0,37	0,54	0,63	0,37	0,26	2,17						
	"	Zuwachsprz.	"	%	2,6	3,3	3,6	3,4	3,6	3,2						
Statistisches Ergebnis nach 10 Jahren:																
18I	1896	Vorh. Best.	44	qm	4,11	3,35	2,70	1,95	0,97	13,08			Mäßig			
	1901	Ausgesch.	49	"	1,95	0,49	0,21	0,12	—	2,77						
	1906	Verbl.	54	"	1,00	0,65	0,22	0,14	0,11	2,12						
	"	Zuwachs	"	"	1,99	3,38	3,45	2,57	1,35	12,74						
	"	Zuwachsprz.	"	%	0,83	1,17	1,18	0,88	0,49	4,55						
18II	1896	Vorh. Best.	44	qm	2,65	3,00	3,19	1,99	1,31	12,14	(- 2,048)	(- 0,585)	Stark			
	1901	Ausgesch.	49	"	2,02	1,07	0,35	0,18	0,07	3,69						
	1906	Verbl.	54	"	0,21	0,57	0,65	0,26	0,04	1,76						
	"	Zuwachs	"	"	0,93	2,39	3,44	2,39	1,79	10,94						
	"	Zuwachsprz.	"	%	0,54	1,03	1,25	0,84	0,59	4,25						
Statistisches Ergebnis nach 15 Jahren:																
18II	1896	Vorh. Best.	44	qm	4,11	3,35	2,70	1,95	0,97	13,08			Mäßig			
	1901	Ausgesch.	49	"	1,95	0,49	0,21	0,12	—	2,77						
	1906	Verbl.	54	"	1,00	0,65	0,22	0,14	0,11	2,12						
	1911	Zuwachs	59	"	0,42	0,29	0,06	0,04	—	0,81						
	"	Zuwachsprz.	"	%	1,92	3,53	3,91	2,91	1,52	13,79						
18III	1896	Vorh. Best.	44	qm	2,65	3,00	3,19	1,99	1,31	12,14	(- 0,783)	(+ 0,549)	Stark			
	1901	Ausgesch.	49	"	2,02	1,07	0,35	0,18	0,07	3,69						
	1906	Verbl.	54	"	0,24	0,57	0,65	0,26	0,04	1,76						
	1911	Zuwachs	59	"	0,49	0,59	0,59	0,25	0,05	1,97						
	"	Zuwachsprz.	"	%	0,61	2,21	3,52	2,58	2,05	10,97						

Bfl. 12 (Buche).

Tabelle 4.

Statistisches Ergebnis nach 5 Jahren:													
12I	1897	Vorh. Best.	61	qm	7,36	2,59	1,80	1,18	1,19	14,12			Schwach
	1902	Ausgesch.	69	"	0,50	—	—	—	—	0,50			
	"	Verbl.	"	"	7,28	2,92	2,08	1,32	1,59	14,99			
	"	Zuwachs	"	"	0,42	0,33	0,28	0,14	0,20	1,37			
	"	Zuwachsprz.	"	%	1,1	2,4	2,9	2,2	3,1	1,3			
12II	1897	Vorh. Best.	64	qm	3,56	2,53	1,95	1,47	1,47	10,98	+ 7,755	+ 1,675	Mäßig
	1902	Ausgesch.	69	"	1,18	0,15	0,02	—	—	1,35			
	"	Verbl.	"	"	2,71	2,78	2,37	1,72	1,75	11,33			
	"	Zuwachs	"	"	0,33	0,40	0,44	0,25	0,28	1,70			
	"	Zuwachsprz.	"	%	1,8	2,8	4,1	3,1	3,5	2,9			
12III	1897	Vorh. Best.	64	qm	1,23	1,80	1,72	1,70	2,14	8,59	+ 11,193	+ 0,818	Stark
	1902	Ausgesch.	69	"	0,60	0,50	0,42	0,34	0,15	2,07			
	"	Verbl.	"	"	0,81	1,67	1,76	1,68	2,39	8,31			
	"	Zuwachs	"	"	0,24	0,37	0,46	0,32	0,40	1,7			
	"	Zuwachsprz.	"	%	3,6	3,7	4,7	3,4	3,4	3,7			

Bem. Die eingeklammerten Zahlen bedeuten das statistische Ergebnis der starken gegenüber der mäßigen Durchforstung.

Bl. Nr.	Zeit	Gegenstand der Aufnahme	Alter	Maßeinheit	Grundfläche der Stamm-Stärkeklasse					Summe	ΣH × (z-y)	ΣD × (p-x)	A
					I	II	III	IV	V				
Statistisches Ergebnis nach 10 Jahren:													
12 ^I	1897	Borh. Best.	64	qm	7,36	2,59	1,80	1,18	1,19	14,12			Eckm
	1902	Ausgefch. "	69	"	0,50	—	—	—	—	0,55			
	1907	Verbl. "	74	"	1,13	0,01	0,05	—	—	1,19			
	"	Bumachs	"	"	6,90	3,46	2,37	1,54	1,62	15,89			
	"	Bumachsprz.	"	%	1,17	0,88	0,62	0,36	0,43	3,46			
12 ^{II}	1897	Borh. Best.	64	qm	3,56	2,53	1,95	1,47	1,47	10,98	+ 3,917	+ 1,507	+ 5,424 Ma
	1902	Ausgefch. "	69	"	1,18	0,15	0,02	—	—	1,35			
	1907	Verbl. "	74	"	0,87	0,18	0,02	—	—	1,07			
	"	Bumachs	"	"	2,24	3,06	2,74	2,05	2,08	12,15			
	"	Bumachsprz.	"	%	0,73	0,86	0,83	0,58	0,59	3,59			
12 ^{III}	1897	Borh. Best.	64	qm	1,23	1,80	1,72	1,70	2,14	8,59	+ 5,564	- 0,016	+ 5,548 E
	1902	Ausgefch. "	69	"	0,66	0,50	0,42	0,34	0,15	2,07			
	1907	Verbl. "	74	"	0,34	0,57	0,41	0,28	0,48	2,08			
	"	Bumachs	"	"	0,63	1,47	1,72	1,75	2,27	7,69			
	"	Bumachsprz.	"	%	0,45	0,74	0,83	0,67	0,76	3,45			
Statistisches Ergebnis nach 15 Jahren:													
12 ^I	1897	Borh. Best.	64	qm	7,36	2,59	1,80	1,18	1,19	14,12			Eckm
	1902	Ausgefch. "	69	"	0,50	—	—	—	—	0,50			
	1907	" "	74	"	1,13	0,01	0,05	—	—	1,19			
	1912	" "	79	"	2,38	0,11	0,04	—	0,04	2,57			
	"	Verbl. "	"	"	4,81	3,63	2,55	1,67	1,73	14,39			
12 ^{II}	1897	Borh. Best.	64	qm	3,56	2,53	1,95	1,47	1,47	10,98	+ 3,828	+ 2,555	+ 6,383 Ma
	1902	Ausgefch. "	69	"	1,18	0,15	0,02	—	—	1,35			
	1907	" "	74	"	0,87	0,18	0,02	—	—	1,07			
	1912	" "	79	"	0,53	0,29	0,20	0,08	0,06	1,11			
	"	Verbl. "	"	"	1,95	3,07	2,86	2,23	2,24	12,35			
12 ^{III}	1897	Borh. Best.	64	qm	1,23	1,80	1,72	1,70	2,14	8,59	+ 4,342	+ 1,407	+ 5,749 E
	1902	Ausgefch. "	69	"	0,66	0,50	0,42	0,34	0,15	2,07			
	1907	" "	74	"	0,34	0,57	0,41	0,28	0,48	2,08			
	1912	" "	79	"	0,23	0,19	0,27	0,11	0,16	0,96			
	"	Verbl. "	"	"	0,61	1,42	1,76	1,93	2,48	8,20			
		Bumachs	"	"	0,61	0,88	1,14	0,96	1,13	4,72			
		Bumachsprz.	"	%	2,6	2,5	3,3	2,8	2,7	2,9			

Bl. 23 (Buche).

Tabelle 5

Statistisches Ergebnis nach 5 Jahren:													
23 ^I	1898	Borh. Best.	42	qm	11,22	1,00	0,41	0,12	—	12,75			Eckm
	1903	Ausgefch. "	47	"	0,96	—	—	—	—	0,96			
	"	Verbl. "	"	"	11,99	1,30	0,54	0,16	—	13,99			
	"	Bumachs	"	"	1,73	0,30	0,13	0,04	—	2,20			
	"	Bumachsprz.	"	%	2,9	5,8	5,5	5,7	—	3,2			
23 ^{II}	1898	Borh. Best.	42	qm	9,44	0,60	0,11	0,02	—	10,17	+ 9,560	- 1,064	+ 8,496 Ma
	1903	Ausgefch. "	47	"	2,66	—	—	—	—	2,66			
	"	Verbl. "	"	"	8,91	0,80	0,14	0,03	—	9,88			
	"	Bumachs	"	"	2,13	0,20	0,03	0,01	—	2,37			
	"	Bumachsprz.	"	%	4,0	5,7	4,8	8,0	—	4,2			
23 ^{III}	1898	Borh. Best.	42	qm	6,12	1,00	0,54	0,14	0,04	7,84	+ 14,308	- 1,622	+ 12,686 E
	1903	Ausgefch. "	47	"	2,72	0,14	0,02	0,03	—	2,91			
	"	Verbl. "	"	"	5,16	1,23	0,72	0,15	0,05	7,31			
	"	Bumachs	"	"	1,76	0,37	0,20	0,04	0,01	2,88			
	"	Bumachsprz.	"	%	5,0	6,2	6,2	5,0	4,4	5,3			
23 ^V	1898	Borh. Best.	42	qm	8,37	0,53	0,14	0,05	—	9,09	+ 14,274	- 0,060	+ 14,214 Blen
	1903	Ausgefch. "	47	"	0,15	—	—	—	—	0,15			
	"	Verbl. "	"	"	10,37	0,75	0,19	0,06	—	11,37			
	"	Bumachs	"	"	2,15	0,22	0,05	0,01	—	2,48			
	"	Bumachsprz.	"	%	4,5	6,9	—	8,6	—	4,7			

Jr.	Zeit	Gegenstand der Aufnahme	Alter	Masseinheit	G r u n d f l ä c h e der S t a m m - S t ä r k e k l a s s e					Summe	ΣH \times (z-y)	ΣD \times (p-x)	Δ
					I	II	III	IV	V				
Statistisches Ergebnis nach 10 Jahren:													
23 ^I	1898	Borh. Best.	42	qm	11,22	1,00	0,41	0,12	—	12,75			Schwach
	1903	Ausgesch. "	47	"	0,96	—	—	—	—	0,96			
	1908	" "	52	"	2,00	—	—	—	—	2,00			
	"	Berb. "	"	"	11,71	1,63	0,66	0,20	—	14,20			
	"	Zuwachs "	"	"	3,45	0,63	0,25	0,08	—	4,41			
	"	Zuwachsprz.	"	%	2,7	4,8	4,7	5,0	—	2,9			
23 ^{II}	1898	Borh. Best.	42	qm	9,44	0,60	0,11	0,02	—	10,17	+ 10,669	— 0,644	+ 10,025 Mäßig
	1903	Ausgesch. "	47	"	2,66	—	—	—	—	2,66			
	1908	" "	52	"	1,12	—	—	—	—	1,12			
	"	Berb. "	"	"	10,08	1,02	0,18	0,04	—	11,32			
	"	Zuwachs "	"	"	4,42	0,42	0,07	0,02	—	4,93			
	"	Zuwachsprz.	"	%	3,8	5,2	4,8	6,7	—	3,9			
23 ^{III}	1898	Borh. Best.	42	qm	6,12	1,00	0,54	0,14	0,04	7,84	+ 11,104	— 1,238	+ 9,866 Stark
	1903	Ausgesch. "	47	"	2,72	0,14	0,02	0,08	—	2,91			
	1908	" "	52	"	1,39	0,08	0,02	—	—	1,49			
	"	Berb. "	"	"	5,39	1,54	0,90	0,20	0,07	8,10			
	"	Zuwachs "	"	"	3,38	0,76	0,40	0,09	0,03	4,66			
	"	Zuwachsprz.	"	%	4,3	5,5	5,4	4,9	5,5	4,6			
23 ^V	1898	Borh. Best.	42	qm	8,37	0,53	0,14	0,05	—	9,09	+ 11,495	— 0,605	+ 10,890 Pflenter
	1903	Ausgesch. "	47	"	0,15	—	—	—	—	0,15			
	1908	" "	52	"	1,87	0,29	0,05	—	—	2,21			
	"	Berb. "	"	"	10,51	0,67	0,19	0,07	—	11,44			
	"	Zuwachs "	"	"	4,16	0,43	0,10	0,02	—	4,71			
	"	Zuwachsprz.	"	%	4,0	5,8	5,3	3,3	—	4,1			

Statistisches Ergebnis nach 15 Jahren:

23 ^I	1898	Borh. Best.	42	qm	11,22	1,00	0,41	0,12	—	12,75			Schwach
	1903	Ausgesch.	47	"	0,96	—	—	—	—	0,96			
	1908	"	52	"	2,00	—	—	—	—	2,00			
	1913	"	57	"	3,20	—	—	—	—	3,20			
	"	Berb.	"	"	9,45	1,95	0,81	0,28	—	12,44			
	"	Zuwachs	"	"	4,39	0,95	0,40	0,11	—	5,85			
	"	Zuwachspr.	"	%	2,2	4,8	4,4	4,2	—	2,5			
23 ^{II}	1898	Borh. Best.	42	qm	9,44	0,60	0,11	0,02	—	10,17	+ 8,740	+ 1,275	+ 10,015 Mäßig
	1903	Ausgesch.	47	"	2,66	—	—	—	—	2,66			
	1908	"	52	"	1,12	—	—	—	—	1,12			
	1913	"	57	"	2,53	0,02	—	—	—	2,55			
	"	Berb.	"	"	8,84	1,24	0,22	0,04	—	10,34			
	"	Zuwachs	"	"	5,71	0,66	0,11	0,02	—	6,50			
	"	Zuwachspr.	"	%	3,1	4,7	4,4	4,4	—	3,2			
23 ^{III}	1898	Borh. Best.	42	qm	6,12	1,00	0,54	0,14	0,04	7,84	+ 10,254	+ 0,573	+ 10,827 Stark
	1903	Ausgesch.	47	"	2,72	0,14	0,02	0,03	—	2,91			
	1908	"	52	"	1,39	0,08	0,02	—	—	1,49			
	1913	"	57	"	1,20	0,26	—	0,04	—	1,50			
	"	Berb.	"	"	5,46	1,07	1,12	0,20	0,09	8,54			
	"	Zuwachs	"	"	4,65	1,15	0,62	0,13	0,05	6,67			
	"	Zuwachspr.	"	%	3,7	4,9	4,9	4,2	5,1	3,9			
23 ^V	1898	Borh. Best.	42	qm	8,37	0,53	0,14	0,05	—	9,09	+ 10,957	+ 0,455	+ 11,412 Pflenter
	1903	Ausgesch.	47	"	0,15	—	—	—	—	0,15			
	1908	"	52	"	1,87	0,29	0,05	—	—	2,21			
	1913	"	57	"	1,55	—	—	—	—	1,55			
	"	Berb.	"	"	10,70	0,80	0,22	0,08	—	11,80			
	"	Zuwachs	"	"	5,90	0,56	0,13	0,03	—	6,62			
	"	Zuwachspr.	"	%	3,5	4,6	4,2	3,1	—	3,5			

Bfl. 10 (Buche).

Tabelle 6.

Bfl. Nr.	Zeit	Gegenstand der Aufnahme	Alter	Maßeinheit	G r u n d f l ä c h e der Stamm-Stärkelasse					Summe	ΣH × (z—y)	ΣD × (p—x)	Δ
					I	II	III	IV	V				
					Statistisches Ergebnis nach 5 Jahren:								
10 ^I	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	13,37	6,43	5,83	4,02	4,42	34,07			
	1902	Ausgefch. "	69	"	2,26	0,02	0,01	—	—	2,29			
	"	Verbl. "	"	"	11,38	7,27	6,76	4,76	5,16	35,31			
	"	Zuwachs	"	"	0,25	0,86	0,94	0,74	0,74	3,53			
	"	Zuwachsprz.	"	%	0,4	2,5	3,0	3,4	3,1	2,0			
10 ^{II}	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	5,55	5,73	6,80	3,99	5,04	27,11	+ 5,574	+ 6,760	+ 12,334
	1902	Ausgefch. "	69	"	3,36	1,08	0,52	0,04	—	5,00			
	"	Verbl. "	"	"	2,76	5,38	7,26	4,63	5,92	25,95			
	"	Zuwachs	"	"	0,57	0,73	0,93	0,63	0,88	3,84			
	"	Zuwachsprz.	"	%	2,0	2,4	2,7	3,1	3,2	2,6			
10 ^{III}	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	2,22	4,60	6,14	4,59	5,13	22,68	+ 9,384	— 4,602	+ 4,782
	1902	Ausgefch. "	69	"	1,56	2,32	2,28	6,78	1,06	8,00			
	"	Verbl. "	"	"	1,03	3,17	5,11	4,34	4,93	18,58			
	"	Zuwachs	"	"	0,37	0,89	1,25	0,58	0,86	4,90			
	"	Zuwachsprz.	"	%	3,1	3,5	3,7	2,2	3,1	3,2			
Statistisches Ergebnis nach 10 Jahren:													
10 ^I	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	13,37	6,43	5,83	4,02	4,42	34,07			
	1902	Ausgefch. "	69	"	2,26	0,02	0,01	—	—	2,29			
	1907	Verbl. "	74	"	1,54	0,13	0,09	0,02	—	1,78			
	"	Zuwachs	"	"	10,98	8,22	7,80	5,53	5,94	38,47			
	"	Zuwachsprz.	"	%	1,41	1,94	2,07	1,53	1,52	8,47			
10 ^{II}	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	5,55	5,73	6,80	3,99	5,04	27,11	+ 11,838	+ 5,566	+ 17,404
	1902	Ausgefch. "	69	"	3,36	1,08	0,52	0,04	—	5,00			
	1907	Verbl. "	74	"	1,55	1,18	0,39	0,24	—	3,36			
	"	Zuwachs	"	"	1,68	5,41	8,00	5,22	6,84	27,15			
	"	Zuwachsprz.	"	%	2,04	1,94	2,11	1,51	1,80	8,40			
10 ^{III}	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	2,22	4,60	6,14	4,59	5,13	22,68	+ 11,405	— 0,332	+ 11,073
	1902	Ausgefch. "	69	"	1,56	2,32	2,28	0,78	1,06	8,00			
	1907	Verbl. "	74	"	0,64	1,18	1,50	0,76	0,55	4,63			
	"	Zuwachs	"	"	0,79	2,90	4,96	4,63	5,57	18,85			
	"	Zuwachsprz.	"	%	0,77	1,80	2,60	1,58	2,05	8,80			
Statistisches Ergebnis nach 15 Jahren:													
10 ^I	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	13,37	6,43	5,83	4,02	4,42	34,07			
	1902	Ausgefch. "	69	"	2,26	0,02	0,01	—	—	2,29			
	1907	" "	74	"	1,54	0,13	0,09	0,02	—	1,78			
	1912	" "	79	"	4,76	0,21	0,07	0,03	—	5,07			
	"	Verbl. "	"	"	6,11	8,72	8,28	6,12	6,51	35,74			
10 ^{II}	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	5,55	5,73	6,80	3,99	5,04	27,11	+ 3,067	+ 9,007	+ 12,074
	1902	Ausgefch. "	69	"	3,36	1,08	0,52	0,04	—	5,00			
	1907	" "	74	"	1,55	1,18	0,39	0,24	—	3,36			
	1912	" "	79	"	0,81	0,33	0,19	0,03	—	0,91			
	"	Verbl. "	"	"	1,52	5,31	8,60	5,73	7,57	28,73			
10 ^{III}	1897	Vorh. Bestb.	64	qm	2,22	4,60	6,14	4,59	5,13	22,68	+ 10,055	+ 4,474	+ 14,529
	1902	Ausgefch. "	69	"	1,56	2,32	2,28	0,78	1,06	8,00			
	1907	" "	74	"	0,64	1,18	1,50	0,76	0,55	4,63			
	1912	" "	79	"	0,19	0,49	0,69	0,40	0,24	2,01			
	"	Verbl. "	"	"	0,73	2,91	5,03	4,97	6,16	19,85			
		Zuwachs	"	"	0,90	2,30	3,41	2,32	2,88	11,81			
		Zuwachsprz.	"	%	2,2	2,7	2,9	2,7	2,9	2,7			

arbeitet wurde. An entscheidenden statistischen Momenten fehlt es aber zur Zeit noch.

Ihr praktischer Nutzen jedoch wird von niemanden mehr zu bestreiten sein.

Darum ist die Fortsetzung der statistischen Untersuchungen nicht bloß wissenschaftlich wünschenswert.

Daß allerdings der etwas ausgetretene Weg der bloßen Zuwachsvergleiche ohne Rücksicht auf innere Wertverschiebungen hierzu nicht mehr gangbar ist und daß vielmehr den Wirkungen der Durchforschungsgrade von Stammklasse zu Stammklasse nachgespürt werden muß, wenn der forstlichen Praxis ein wirklicher Anhalt geboten werden soll, darauf weisen die zum Vergleiche untereinander gesetzten statistischen Ergebnisse und Zuwachsprozente hin, die zur größeren Bequemlichkeit als Auszug aus den Tabellen bereits im Texte mitgeteilt wurden.

Einmal stehen in 17II, III, 23II und 10III erheblich abnehmenden Zuwachsprozenten ansteigende statistische Ergebnisse gegenüber; andererseits schwanken in 20II, III die Zuwachsprozente nur wenig und die statistischen Ergebnisse lassen gleichwohl starke Ausschläge beobachten.

Und nur in 12II, III sowie in 23III, V stimmen Prozentziffern und statistische Ergebnisse in ihren periodischen Bewegungen überein.

Tritt darin nicht ein Widersinn zu Tage?

Eine kann doch nur die richtige Art der Berechnung sein; freilich wird sie zur endgültigen Lösung ihrer statistischen Aufgabe jedenfalls noch einiger Jahrzehnte bedürfen.

Vorläufig ist höchstens vor gewissen Uebertreibungen in der Behandlung der Bestände zu warnen.

Sache oder Sächte? Bechsel oder Bächsel?

Von **Balk**, städt. Revierverwalter a. D., Hannover.

Seit der Weltkrieg tobt, haben wir unseren Vettern jenseits des Kanals, welchen aus der geschichtlichen Erfahrung heraus der mit Recht verdiente Namen des „perfiden Albion“ gegeben worden ist, es zu verdanken, daß uns die Zufuhr von Lebensmitteln und auch an den für die Industrie so notwendigen Rohstoffen vollständig abgeschnitten ist. Von dem Harz und Terpentin, welches Frankreich und Amerika erzeugten, verbrauchte Deutschland für sich für ungefähr 39 Millionen Mark, und weil die Gewinnung dieser Produkte im deutschen Walde da, wo sie wirklich, wenn auch nur einer alten Ueberlieferung getreu stattgefunden hat, garnicht in die Wagschale fallen konnte, so war es eine ganz natürliche Erscheinung, daß unsere Harzöl-, Papier- und Seifenindustrie sowie diejenige, die sich mit Lack- und Anstrichfarben-

herstellung befaßte, sehr bald einen empfindlichen Mangel an Rohstoffen hatte.

Die große Anpassungsfähigkeit an die veränderten Verhältnisse, welche das deutsche Volk zeigte, versagte auch nicht nach dieser Richtung, und wenn man sich zuerst auch darauf beschränkte, in den vom Wild beschädigten Fichtenrevieren das auf den Schälwunden vorhandene Harz abzukratzen, so trat aber bald das Bestreben in den Vordergrund, diese Rohstoffgewinnung sachgemäß zu betreiben und das Harz und Terpentin liefernde „Balsam“ genannte Rohharz der Kiefer in ausgebeuteterem Maße nutzbar zu machen.

Gayer hat in seiner Forstbenutzung der Harznutzung ein besonderes Kapitel gewidmet und dort angeführt, daß die Weißtanne das Straßburger Terpentinsel, die Lärche den Venezianischen Terpentinsel, die nordamerikanische Balsamtanne den Canadabalsam liefert, während im südlichen Frankreich die Eekiefer, in den österreichischen Ländern die Schwarzkiefer und schließlich in Deutschland gemeine Kiefer und Fichte die eigentlichen Harzbäume sind.

Das Verfahren der Harzgewinnung ist in der letzten Zeit in der forstlichen Presse eingehend erörtert worden, und hierbei fällt es auf, daß die Bezeichnung der Wunden, welche, um das Rohharz zu gewinnen, den Bäumen zugefügt werden müssen, eine verschiedene ist, und ebenso, daß ein bei der Harzgewinnung unentbehrliches Werkzeug einer abweichenden Schreibweise unterworfen wird.

So sagt z. B. Gayer, daß die zum Zwecke der Harznutzung künstlich und regelmäßig beigebrachten Wunden, welche nur bis auf das Holz gehen, Lachen (Risse, Raken, Rachen, Rachten) genannt werden.

In dem Handbuch der Forstwissenschaft von Borey wird in dem Bande über die Produktionslehre auch der Harzgewinnung ein Kapitel gewidmet und hier das stellenweise Abnehmen der Rinde Lachtenreiß genannt. Die Bezeichnungen Lachte und Lachten treten auch in der neueren Literatur stark in den Vordergrund, und wenn es nun auch für die Harzgewinnung keinerlei praktische Bedeutung hat, ob die den Harzbäumen zugefügten Wunden Lachen oder Lachte genannt werden, so ist doch die Untersuchung angebracht, ob diese Benennungen nebeneinander gleiche Berechtigung haben oder die eine der anderen vorgezogen werden muß.

Das Wort „Lache“ hat eine sehr verschiedene Bedeutung, denn man schlägt eine Lache an, besonders wenn man sich über irgend etwas lustig machen oder einer freudigen Erregung recht kräftigen Ausdruck geben will. Im übrigen ist die Lache die Pflanze oder der Tümpel mit dem Nebenbegriff des Sumpfigen

und Morastigen, oder auch die Vertiefung, wo das Wasser gestanden hat, und schließlich findet sich die Lache wiederum in der Gestalt, in der sie uns bei der Harznutzung entgegen tritt.

Wenn von der „Lache“ als Wassertümpel ausgegangen wird, so ist dieser mittelhochdeutsche Ausdruck mit dem althochdeutschen „Laha“ oder auch „Laccha“, das wiederum mit „Lafe“ übereinstimmt, das heute ebenfalls noch eine leichte Stelle oder Sumpf bezeichnen soll, als gleichbedeutend anzusehen.

Das lateinische lacus, lacuna bezeichnet ursprünglich jede Vertiefung, aber auch den See und jedes stehende Gewässer, im übrigen aber auch den Röhrentrog oder das Bassin, wie den Röhrentrog der Schmiede und hat mit dem griechischen λάκκος Verwandtschaft, das auch auf Teiche Anwendung gefunden hat, die zum Halten von Wasservögeln bestimmt waren, die wiederum mit dem lateinischen vivarium identisch sind, obgleich dessen Bedeutung auch auf andere Tierbehälter wie den Tiergarten Anwendung gefunden hat. Ob die „Lache“ mit dem lateinischen lacus zusammenhängt oder nicht, soll dahingestellt bleiben, aber jedenfalls kann als feststehend angenommen werden, daß die „Lache“ des Harzbaumes hiermit nicht im Zusammenhang steht, sondern eine ganz andere Bedeutung hat.

Im Althochdeutschen findet sich die Bezeichnung „Lah“, die männlichen Geschlechtes und mit der Mittelhochdeutschen Lache, Lachene, lauche gleich ist. Diese Ausdrücke bedeuten die Lache oder das in einen Baum gehauene Grenz- oder Merkzeichen. Der Baum, welcher hierfür in Frage kam, war ursprünglich der Grenzbaum und abgesehen von der Wolfsangel waren die „incisiones factae in arboribus“ hauptsächlich in der Form des Kreuzes vorhanden (in vallem, ubi cruces in arboribus), während, wie hier nebenbei erwähnt werden soll, auch Nägel eingeschlagen wurden.

Ein derartiger Einschnitt, wie er hier erwähnt wird, war der althochdeutsche lah oder auch hlah.

In „Deutsche Rechtsaltertümer“ von Grimm wird in Band 2 Seite 72 ff. folgendes darüber gesagt:

„terram et silvam, quae est in illa marcha de Birstat, seu in eo fine, de ecclesia sancti Nazarii ad partem meridianam inter partem sancti Petri per Agilolfum et suos consortes pro signo incisa; et inde ad partem orientalem usque in fluvium dictum Wisgoz, ubi marcha de Basinheim conjungit, et de ipso rubore (robore) ad partem aquilonis, sicut ipsa incisio arborum in ipsa die facta fuit, quae vulgo lachus appellatur sive divisio; et sic ad illam ligneam crucem, quae est posita iuxta illam viam, quae venit de Birstat et inde ad partem aquilonis,

sicut illa incisio arborum sive lachus in ipsa die facta fuit, usque ad illum monticulum usque in dictum Wisgoz, ubi marcha de Basinheim quicquid intra illam incisionem arborum seu lachum sive divisionem usque ad marcham de Basinheim de dote Angilae vel de qualibet parte Cancoris ibidem videbatur esse portio sive possessio vel dominatio.“

Hieraus geht hervor, daß die in die Bäume eingeschnittenen Zeichen lachus genannt wurden.

Hier finden wir alle erforderlichen Erklärungen über „Lache“ und „Lachen“. Ursprünglich war das „Lachen“ die Bezeichnung des Grenzbaumes, in dem unter anderem Kreuze oder auch andere Merkzeichen eingehauen wurden. Das althochdeutsche lah, welches ursprünglich männlichen Geschlechtes war, erscheint später als „die Lache“ in veränderter Schreibweise und wurde schließlich in lachus latinisiert.

Der Grenzbaum, welcher dieses Zeichen trug, war der Lachbaum (mittelhochdeutsch Lachbaum, Lachenbaum, arbor incisa, arbor terminalis; Lachbaum setzen = ponere in confinio arbores; Lachbaum oder Lachbeume in jure forestali dicuntur arbores antemissae et terminales). Nach der Art der Bäume wurden im alten deutschen Recht Lachbüche und Lacheichen und Lachtannen unterschieden.

Die Lache als Merkzeichen (lachus) hat mit lacus lacuna keinerlei Zusammenhang, sondern der Ursprung des Wortes kann einzig und allein in dem althochdeutschen lah gesucht werden.

Ich habe vorhin die Bezeichnung Lachbeume erwähnt, die ebenfalls gebräuchlich war. Sie ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß man die Merkzeichen an den Grenzbäumen alle fünf Jahre erneuerte, da mit sie sichtbar blieben. Auf diese Weise wurden die ursprünglichen Grenzzeichen in Böcher verwandelt, wenigstens ist diese Annahme die wahrscheinlichste. Jedenfalls aber hat die Wandlung des Lachen in Lochen und Lachbaum in Lochbaum keinen inneren Zusammenhang, denn Loch (foramen) hat mit Lache nicht das Geringste zu tun, und die entgegengesetzte Annahme kann nur die etymologische Deutung erschweren.

Unter Lachen hat man aber auch das Schlagen eines Steiges in ein Buschholz verstanden, um die Grenze der Haue anzudeuten, und schließlich, woraus es hier besonders ankommt, auch das Zeichen oder den Hieb, welchen der Harzer an einem Nadelbaum führte, um so besser erkennen zu können, ob der Baum zum Harzscharren brauchbar war. Die Bezeichnung Lachbaum hat sich im Laufe der Zeit auf die Bäume übertragen, an denen durch Anhauen und Abschälen der Rinde Harzgriffe gemacht

wurden, und daraus wurde schließlich aus dem zum arzen gemachten Einschnitt die Lache.

Erst in der neueren Zeit ist für die Lache auch der Ausdruck Lacht und für Lachbaum Lachterbaum gebraucht worden, aber das ist eine Abweichung, die zum eine Berechtigung haben kann. Das mittelhochdeutsche lachter (lakter) taucht schon im 14. Jahrhundert auf und bedeutet eigentlich die Klaste, wovon das Maß der weit ausgespannten Arme verstanden wird. Beim Bergbau hat der Ausdruck Lachter eine ziemlich ausgedehnte Verbreitung, und um Verwechselungen mit der bergmännischen Bedeutung des Wortes zu vermeiden, sollte man den Gebrauch bei den Harzbäumen vermeiden, umso mehr aber aus dem Grunde, weil hierdurch die ursprüngliche Bedeutung des Wortes nur verdunkelt und verwischt werden kann. Die Wunde, welche den Nadelbäumen zugefügt wird, um deren Harz zu gewinnen, kann nur als Lache bezeichnet werden, und die zu ihrer Erzielung vorzunehmenden Maßregeln sind das Lachen.

Wir haben heute in der Weidmannssprache auch den Malbaum und verstehen darunter den Baum, an dem sich eben aus der Suhle gestiegenes Rot- oder Schwarzwild gerieben hat. Der Malbaum im alten deutschen Recht ist der Lachbaum, der im niederdeutschen auch Maatboom genannt wird. Die Bezeichnung Malbaum hat ihren Ursprung in dem althochdeutschen mal, welches das Zeichen bedeutet. In diesem Sinne ist die Einverleibung in den Sprachschatz des Weidmannes voll und ganz berechtigt, denn der Schlamm, welcher den Malbäumen anhaftet, ist das Erkennungszeichen, daß sich hier Wild gerieben hat, und je nach der Höhe, in welcher dieses Zeichen festzustellen ist, ob Rot- oder Schwarzwild in Frage kommt.

Nach dieser Richtung am Alten festhalten ist schon aus volkstümlichen Gründen geboten, denn die Lachbäume waren heilig und unverleßlich.

„antemissae arbores dicuntur, quas nonnulli in tanta possessionum suarum fines dimittere solent intactas, ex quibus neque frondem neque lignum neque cremum caedant, ut magnitudine ceteras antistant et sic observationem finium praestent.“

Es waren bevorzugte Bäume, die unverlezt bleiben mußten, aus denen man weder Laub noch Holz oder Ästig schnitt, damit sie an Größe die übrigen übertrugen und so die Beobachtung der Grenzen gewährleisteten.

Daselbe gilt von den Grenzsteinen oder Malsteinen, denn wer sie absichtlich entfernt hatte, wurde eingegraben und ihm der Hals mit dem Pfluge abgeführt, wenn man die Milde walten lassen wollte, bis zum Kopf in die Erde einzugraben. Sonst wurde er an der Stelle, an welcher der Malstein ge-

standen hatte, bis zum Gürtel eingebuddelt, und dann „mit einem pluge unde vier pferden“ über ihn gefahren.

Grenzzeichen wurden feierlichst angebracht, und die zugezogenen Knaben wurden kräftig in die Ohren gekniffen und gehrseigt, damit sie ihr Leben lang sich dieses Vorganges erinnerten. Auch herrschte der Brauch, sie auf den neugesetzten Stein kräftig zu stoßen, wofür sie nachher kleine Geschenke erhielten.

Beim Anlegen und Erweitern der Harzlache wird ein Instrument gebraucht, welches „Dähsel“ oder auch „Dehsel“ genannt wird.

Die verschiedene Schreibweise weist schon darauf hin, daß der Ursprung des Wortes verschiedenedeutet wird, aber schließlich kann doch nur das eine oder das andere das Richtigere sein. Im Althochdeutschen finden wir die Benennungen Döhsa, Döhsala, Döhsa, im Mittelhochdeutschen Döhs und Döhsel. Die veränderte Schreibweise „Dehsel“ ist natürlich genau dasselbe, aber trotz des klaren Ursprunges des Wortes hat sich in der Schweiz und in Bayern „Dähsel“ und „Däsel“ eingebürgert. Unter „Dehsel“ ist die Bezeichnung für verschiedene Werkzeuge zu verstehen. Es kann eine Querart sein wie die mit einer Art Hammer versehene Art der Zimmerleute oder auch ein mit krummer Schneide versehenes Werkzeug zum Aushöhlen, wie es die Wöttcher zum Herstellen der Faßdauben verwenden. Als Werkzeug des Felsbaues ist es eine Art, die auf der Rückseite mit einem Karst (rostrum) versehen ist. Die Beschaffenheit des Dehsels, wie er bei der Harznutzung verwendet wird, weicht von der ursprünglichen Form ab, denn er hat nicht die Querform und soll nur benutzt werden, um die Lache herzustellen und nach oben zu erweitern. Dehsel stimmt überein mit ascia und ἀσκία, und asciola ist die Diminutivform von ascia und bedeutet das Werkzeug mit ausgehöhlter Schneide. Die Umwandlung des Dehsel in Dähsel sowie Dähselart und Dähsbeil läßt sich etymologisch nicht begründen, denn es ist ganz natürlich, daß der Dachs oder der Dächshund mit seinen krummen (höhlen) Bäuser mit Dehsel nichts zu tun haben. Auch Dähsel hat sich eingeschlichen, und das hat wohl dazu geführt, daß die kurzstiellige Art oder Beil auch als Deichsel bezeichnet wurde. Das hat natürlich ebensowenig Berechtigung, denn die Bezeichnung könnte auf den Gedanken bringen, daß ein Zusammenhang zwischen Dehsel und der zwischen den Zugtieren vor dem Wagen befindlichen Stange besteht. Die Deichsel (temo) wird im Althochdeutschen Döhsala, im Mittelhochdeutschen Döhsel genannt, und hieraus geht hervor, daß das Deichseln, welches die Bearbei-

tung mit dem Werkzeug Dechsel zum Ausdruck bringen soll, nicht berechtigt ist.

Allem Anschein nach stammt Dechsel von dem Verbum Döhsen, was schwingen (flach schwingen) bedeutet, ab. Die Umwandlung in Dächsel und Däxsel, wie sie in der Schweiz und in Bayern stattgefunden hat, entbehrt der Berechtigung. Dächsel und Däxsel sind Maskulina, aber Dechsel ist Femininum, sodaß man statt der Form der Dechsel, die Dechsel gebrauchen muß, um nicht das ursprüngliche Geschlecht durch das Geschlecht der eigentlich unrichtigen und unberechtigten Bezeichnung verwischen zu lassen.

Die Dechsel ist mit wenigen Worten gesagt ein für die verschiedensten Zwecke zu verwendendes Hohl-

beil, und das Dechseln die Arbeit, die mit der Hohldechsel verrichtet wird.

Nach diesen Ausführungen möchte ich mir den Vorschlag erlauben, bei der Harznutzung das Wort „Dächsel“ auszuschalten und der sprachlich allein berechtigten Sache wiederum zu der Stellung zu verhelfen, die ihr gebührt.

Weil die Richtigkeit der Bezeichnung Dächsel einer näheren Untersuchung nicht Stand halten kann, so kann es nur besser sein, den Ausdruck Dechsel festzuhalten, was in den neueren Ausführungen über die Harznutzung auch geschehen ist. Dechsel ist weiblichen Geschlechts, und weil wir dieses dem Wort nicht ohne weiteres rauben dürfen, müssen wir stattdessen, die Dechsel sagen.

Literarische Berichte.

Die Bedeutung des Waldes insbesondere im Kriege. Von Franz von Mammen. Heft 11 der „Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft“, herausgegeben von demselben. — Dresden und Leipzig, „Globus“, wissenschaftliche Verlagsanstalt, 1916. — Preis: Mk. 1,50.

Die 96 Druckseiten umfassende Schrift bringt nach dem Vorwort in erweiterter Form einen Vortrag zum Abdruck, den der Verfasser Ende 1915 im Literarischen Verein zu Dresden gehalten hat; nachdem er früher schon im Jahre 1903 im Tharandter Bürgerverein über das gleiche Thema gesprochen hatte und auch dieser Vortrag in drei auf einander folgenden Auflagen im Buchhandel erschienen war.

Der Verfasser will „die überaus wichtige Frage über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Waldes nach dem neuesten Stande der Wissenschaft und Erfahrung in möglichst vielseitiger Beleuchtung zusammenfassend behandeln“. Dieses Ziel hat er in muster-giltiger Weise erreicht, wenn er auch bescheiden hinzusetzt: „Nicht Mehrere der Wissenschaft soll darum das Heftchen sein, sondern nur dazu beitragen, die Kenntnis von der großen Bedeutung des Waldes für unser gesamtes Wirtschaftsleben in weitere Kreise zu tragen, dadurch die Liebe zu dem den Forstwirten anvertrauten Nationalgute in den breitesten Schichten unseres Volkes zu wecken und zu vertiefen und so auch der immer mächtiger werdenden Heimatschutzbewegung, die ebenfalls den Wald in ihr Bereich mit einbezogen hat, mittelbar einen Dienst zu erweisen“.

Der Inhalt der Schrift gliedert sich in zwei Hauptabschnitte, deren erster

den materiellen, direkten oder unmittelbaren Nutzen des Waldes bespricht. Hier kommen einerseits „die Rohmaterialien des Waldes“, Holz und Nebennutzungen, andererseits „Kapital und Arbeit im Walde“ in Betracht.

Etwa $\frac{1}{9}$ der gesamten festen Erdoberfläche ist mit Wald bedeckt;¹⁾ in Deutschland annähernd $\frac{1}{4}$ mit 14 Mill. ha, während Europa im Ganzen zu $\frac{1}{6}$ der Fläche bewaldet ist. Der deutsche Wald erzeugt jährlich 54 Mill. cbm Holz im Werte von 400 Mill. Mark. Dazu kommen noch etwa 10 Mill. cbm, die von außen eingeführt werden; hauptsächlich aus Rußland, Oesterreich-Ungarn, Schweden und Nordamerika. Ungefähr die Hälfte dieser gesamten Holzmenge wird neben den Mineralkohlen zur häuslichen und gewerblichen Feuerung verwendet; die andere Hälfte als Nutzholz. Der Bergbau erfordert allein 4 Mill. fm Grubenholz, an Eisenbahnschwellen werden mehr als 1 Mill., zur Papierfabrikation 7 Mill. fm verbraucht. Welche Mengen an Bauholz verarbeitet werden, kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, daß allein die Baracken für etwa 700 000 Kriegsgefangene 1 Mill. fm Holz verschlungen haben. Auch sonst ist gerade der Kriegsbedarf an Holz für Schützengräben und Unterstände, an Holzwohle zur Füllung der Betten a. a. m. von großer Bedeutung.

¹⁾ Die Angabe auf Seite 4, wonach $\frac{1}{4}$ der gesamten (festen) Erdoberfläche bewaldet wäre, beruht auf einem Schreib- oder Rechenfehler. Denn die ganze Erdoberfläche einschließlich der Meere beträgt ca. 509 Mill. qkm; hiervon sind etwa 132 Mill. qkm (26 %) Land und wenn die Waldungen zu 1600 Mill. ha = 15 Mill. qkm (nicht 150 Mill., wie dort steht) geschätzt werden, so macht dies 11,4 % oder rund $\frac{1}{9}$ der festen Erdoberfläche aus.

Neben dem Holze spielen die Nebennutzungen des Waldes auch heute noch eine beträchtliche Rolle; in erster Linie durch die Lieferung von Nahrungsmitteln für Menschen und Tiere — Waldfeldbau, Futterlaub und Waldweide, Jagd, Fischerei und Bienenweide, Delgewinnung aus Bucheln, Wal- und Haselnüssen, Bindensamen —, ferner durch Streumaterialien, Gerbstoffe, Harz für Schreibpapier, Schmieröl u. a. m.

In dem Abschnitt „Kapital und Arbeit im Walde“ wird der Gesamtwert der deutschen Wälder zu etwa 25 Milliarden Mark veranschlagt, wovon etwa $\frac{1}{5}$ auf den Boden und $\frac{4}{5}$ auf die Holzvorräte entfallen. Der in die Taschen der Waldbesitzer fließende Reinertrag soll etwa 500 Mill., also 2 % des Kapitalwertes betragen. Dazu kommen aber mindestens 300 Mill. Arbeitsverdienst und erhebliche Werte, die wie der Erlös aus gesammelten Waldbereen der ärmeren Bevölkerung zufließen; ferner die Jagdbeute, die sich in Preußen auf 20, in ganz Deutschland auf etwa 30 Mill. belaufen soll. Auf die Wichtigkeit der Vermeidung schädlicher Waldnebennutzungen, insbesondere auf die notwendige Erhaltung der Streudecke wird nachdrücklich hingewiesen. Im Kriege spielt der Wald durch seine strategische Bedeutung und durch seine Nutzungen eine wichtige Rolle. Die Haager Friedenskonferenz hat 1899 bestimmt, daß der Wald in Feindesland zur Nutznießung herangezogen werden darf, aber nicht verwüstet werden soll.

Der zweite Hauptabschnitt behandelt den immateriellen, indirekten oder mittelbaren Nutzen des Waldes und zerfällt wieder in zwei Teile, deren erster „die Wohlfahrtswirkungen des Waldes“ bespricht. Hier wird die früher verbreitete Meinung, daß der Wald die Regenmenge direkt vermehre, widerlegt, aber auf die Abschwächung der Temperaturextreme, die größere relative Feuchtigkeit der Waldluft, nachhaltigere Speisung der Quellen und Verhinderung

von Ueberschwemmungen durch Verlangsamung des Wasserabflusses hingewiesen. Als interessantes Beispiel wird hier mitgeteilt, daß die Stadt Bern ihren Wasserbedarf aus 3 Tälern bezieht, von denen eines gut, das zweite mäßig bewaldet, das dritte waldbarm ist. In diesem letzteren schwankt die Wassermenge um den 7-fachen, in beiden anderen nur um den 4-, resp. 2,7-fachen Betrag. Außerdem bietet der Wald im Gebirge Schutz gegen die Entstehung von Lawinen, in der Ebene gegen Versumpfung und Verwehen des Fluglandes.

Weiter kommt „die gesundheitliche, ethische und ästhetische Bedeutung des Waldes“ in Betracht. Die Waldluft ist reiner, nicht erfüllt von Fäulnisstoffen, Rauch und Ruß, wie insbesondere die Luft der Städte; in Paris hat man 6000 Bakterien und Schimmelpilze auf ein Kubikmeter Luft festgestellt, im benachbarten Park Montsourris nur 455. Dazu kommt der Schutz gegen rauhe Winde, die entzündliche Krankheiten verursachen. Auch der Boden ist im Walde freier von Spaltpilzen u. dgl., der Grundwasserstand tiefer, das Quellwasser reiner und gesunder. Baumpflanzungen in und bei großen Städten, die zugleich Gelegenheit zur Erholung und zum Naturgenuß bieten, vermögen in dieser Richtung ähnliche Wirkungen hervorzubringen.

Im Schlußwort richtet der Verfasser an seine Zuhörer und Leser noch die Mahnung, den Hütern des Waldes in ihrer Aufgabe, diesen gegen Angriffe zu schützen, die gerade in der Kriegszeit in vergrößertem Maße auftreten, behilflich zu sein.

Ein Anhang bringt noch das im Felde entstandene schöne Gedicht „Der Baum im Argonner Wald“ von Th. Leeb in Dresden; dann ein Verzeichnis der von Deutschen Forstverwaltungen angeordneten Maßnahmen im Kriege und eine Literatur-Uebersicht.

F. von Mammens Schrift wird sicher zahlreiche und freudig zustimmende Leser finden. Wr.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Belassung kriegsbeschädigter Jäger der Klasse A und kriegsbeschädigter gelernter Jäger in der Försterlaufbahn.

Um allen Anwärtern der fiskalischen Försterlaufbahn, die in diesem Kriege dauernd selbst- und dauernd

garnisondienstunfähig geworden sind oder noch werden, die Fortsetzung der Laufbahn, soweit dies irgendwie angängig ist, zu ermöglichen, bestimmt ein Ministerial-Erlaß vom 1. Mai d. J. im wesentlichen folgendes:

1. Die militärische Untersuchung, die vor der Entlassung aus dem Militärdienst vorzunehmen ist, hat festzustellen, ob der betr. Anwärter in gewissem Um-

junge „bedingt“ forstdienstfähig ist; hierbei ist nicht nur der Außendienst, sondern auch Schreibdienst zu berücksichtigen. Für die Beurteilung der Fähigkeit Kriegsbeschädigter für den Forstaußendienst können die in den Ziffern 251—256 der Dienstanweisung zur Beurteilung der Militärdienstfähigkeit gegebenen Gesichtspunkte als allgemeiner Anhalt dienen. Stärkere Behinderung in der Fortbewegung im Gelände, im Gebrauch der Waffen, auffallende Schwerhörigkeit auf beiden Ohren, hochgradige Kurz- und Schwachsichtigkeit auf beiden Augen schließen i. d. R. die Fähigkeit für den Außendienst aus; nicht dagegen ohne weiteres der Verlust eines Auges bei guter Gebrauchsfähigkeit des anderen Auges. Will die Regierung abweichend vom militärärztlichen Gutachten den kriegsbeschädigten Jäger annehmen oder ablehnen, so bedarf dies der Zustimmung des Landwirtschafts- und des Kriegsministers, die im Falle der dem ärztlichen Gutachten widersprechenden Annahme erst nach einjähriger zufriedienstellender Probezeit von der Regierung nachzusehen ist.

2. Voraussetzung zur Fortsetzung der Laufbahn ist, daß dem Anwärter ein Anspruch auf Kriegszulage zugewilligt ist. Der Anwärter hat sich, wenn er als Jäger der Klasse A bei einer Regierung bereits notiert war, bei dieser, andernfalls für Notierung bei irgend einer Regierung zu melden.

Forstlehrlinge, deren Verwendungsfähigkeit unbedenklich ist, müssen zur Beendigung der Lehre zugelassen werden. Solange der Anwärter die Jägerprüfung noch nicht bestanden hat, kommt für die Meldung, Notierung und Beschäftigung nur die Regierung des Lehrbezirks in Frage. Als Anwärter in diesem Sinne gilt auch derjenige, der zwar zur Forstlehre zugelassen war, diese aber vor seinem freiwilligen Eintritt in das Heer noch nicht hat beginnen können.

3. Ist der feld- und garnisondienstunfähige Anwärter bei seiner Meldung noch nicht forst- oder schreibdienstfähig, so kann von dem Verlangen einer berufsmäßigen Beschäftigung äußersten Falls noch zwei Jahre abgesehen werden. Nach Ablauf dieser Zeit ist seine Verwendung im Staatsdienste nicht mehr zulässig.

4. Beschäftigungsgelder erhält der im Staatsforstdienst beschäftigte kriegsbeschädigte gelernte Jäger, der die Jägerprüfung bestanden hat oder aber doch seiner Ausbildungszeit nach hätte bestehen können und nur durch den Krieg an der Ablegung der Prüfung verhindert worden ist, in Höhe von 2,50 Mk. täglich. Unter welchen Voraussetzungen eine Erhöhung angängig ist, wird nach Friedensschluß erwogen werden. Neben den Beschäftigungsgeldern werden Dienstkleidungszuschüsse sowie freie Feuerung oder eine bare Brennholzentschädigung und, wo eine solche vorhanden

ist, freie Dienstwohnung gewährt. Auch stehen ihnen, wenn die Art der Beschäftigung dazu berechtigt, die Betriebsregelungszulagen, die Schreibgehilfenzulagen und die Zulagen der Forsthilfsaufseher bei der Forstakademie zu.

5. Die übrigen kriegsbeschädigten gelernten Jäger können nur während des Krieges Tagegelber in Höhe der den Forstlehrlingen zugestandenen Sätze erhalten, wenn die für die Bewilligung an Bevrhlinge geforderten Voraussetzungen gegeben sind.

6. Die kriegsbeschädigten gelernten Jäger, welche Beschäftigungsgelder nach 4 beziehen, haben im Dienst die Uniform der Forsthilfsaufseher zu tragen.

7. Wegen Abnahme der Jäger- und der Försterprüfung ergeben später besondere Bestimmungen, die sich darauf erstrecken sollen, inwieweit für diejenigen Anwärter, deren Versorgungsleiden eine Verwendung im Außendienst dauernd ausschließt, die Prüfungen zu vereinfachen sind.

8. Den Forstversorgungschein erhalten die kriegsbeschädigten gelernten Jäger 9 Jahre nach dem Eintritt in das Militär, wenn sie bereits vor diesem Eintritt die Jägerprüfung erfolgreich abgelegt haben, andernfalls 11 Jahre nach dem Eintritt in die Laufbahn, wobei die Unrechnung einer Vorlehre ausgeschlossen ist.

Zu diesem Erlasse ist ein weiterer Erlaß unter dem 27. Mai l. J. ergangen, der u. a. bestimmt:

1. daß die militärärztliche Untersuchung von dem Truppenteil anzuordnen ist, von dem der Anwärter entlassen wird, und daß sie erst dann stattzufinden hat, wenn über die Versorgungsansprüche entschieden worden ist. Bei bereits entlassenen Anwärtern soll das militärärztliche Urteil nachträglich abgegeben werden;

2. daß mit der Entlassung die kriegsbeschädigten gelernten Jäger aus der Kontrolle der Jägerkompanie ausscheiden.

* * *

Besetzung von Försterstellen während des Krieges.

Da sich bei der langen Dauer des Krieges die durch die allgemeine Verfügung vom 22. Februar 15 getroffene Bestimmung, — wonach für jeden Kriegsdienste leistenden Förster o. R., der zur Verleihung einer Stelle mit Revier an der Reihe ist, eine solche freigehalten werden soll, — nicht mehr aufrecht erhalten läßt, da andernfalls das Ausruken der Forstversorgungsberechtigten in Försterstellen o. R. völlig ins Stocken gerade würde, ist durch Erlaß vom 22. Mai d. J. bestimmt worden, daß bis auf weiteres nur für je zwei zur Fahne einberufene Förster o. R. eine Stelle mit Revier freizuhalten ist. Forstschreiber sollen dabei außer Betracht bleiben. Das hierdurch in er-

weiterem Maße vorgeschriebene Vorgehen auf jüngere Beamte bei der erstmaligen Verleihung einer Stelle mit Revier hat sich aber nur auf Förster o. R. und nicht auf Forstversorgungsberedhtigte zu erstrecken. Bevor hiernach Förster o. R. übergangen werden, soll sorgfältig geprüft werden, ob nicht von der Militärverwaltung ihre Beurlaubung zwecks Uebnahme einer Stelle erzielt werden kann, was von vornherein nur für die in der Front stehenden ausgeschlossen erscheint. Daß die übergegangenen Förster o. R. im übrigen keinerlei Nachteile erleiden, ist selbstverständlich.

* * *

Verwertung der Wasserpest.

Durch Erlaß vom 9. Mai d. J. macht der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten darauf aufmerksam, daß die Wasserpest, *Elodea canadensis*, die in Seen und Wasserläufen oft in solchen Mengen auftritt, daß die Gewässer vollständig zuwachsen und die Fischerei außergewöhnlich erschwert wird, sowohl in grünem wie auch getrocknetem Zustand ein vorzügliches Futter für das Vieh, namentlich für Schweine ist.

Nach der Analyse von W. Hoffmeister enthält die Wasserpest: Rohprotein: 18,3%, Rohfett: 2,5%, Kohlehydrate: 42,5%, Holzfaser: 16,7%, Metallsalze: 20%.

Auch die Gründüngung mit Wasserpest, die in manchen Gegenden mit gutem Erfolge geübt wird, sei beachtenswert.

Der Minister ersucht die Regierungspräsidenten, dafür Sorge zu tragen, daß die Wasserpest möglichst für die landwirtschaftliche Produktion nutzbar gemacht werde.

Die Rgl. Oberförstereien sind zur unentgeltlichen Abgabe der Wasserpest aus den forstfiskalischen Gewässern ermächtigt werden.

* * *

Verwertung der Pilze.

In einem Erlasse vom 26. März d. J. wird darauf hingewiesen, daß in den Wäldern noch immer tausende von Zentnern eßbarer Pilze jährlich verloren gehen. Erfahrungsgemäß bestche für den Genuß von Pilzen eine große Vorliebe, die aber durch die Furcht, daß unter den gesammelten Pilzen giftige sich befänden, beeinträchtigt werde. Die Pilzkunde müßte daher besser gepflegt werden, als dies bisher durch die Verteilung von Tafeln mit Darstellungen der eßbaren und giftigen Pilze geschehen sei. Hand in Hand müßten Unterweisungen über das Pflücken der Pilze gehen, damit die Pilze nicht durch unsachgemäßes Vorgehen ausgerottet werden, sowie über die Zubereitung der einzelnen Pilzsorten. Das ließe sich da-

durch erreichen, daß in den waldbreichen Gegenden Pilzkundige mit den daheim gebliebenen Frauen und Kindern, soweit sie nicht notwendige landwirtschaftliche Arbeiten in Anspruch nehmen, gemeinsame Pilzwanderungen veranstalten, um die Teilnehmer an der Hand des gefundenen Materials über die in der Gegend vorkommenden eßbaren Pilze, ihre Ernte, augenblickliche Verwertung im Haushalte und die Aufbewahrung von Vorräten durch Einkochen oder durch Eintrocknen zu unterrichten.

Die Landwirtschaftskammern werden sodann ersucht, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß in der Pilzzeit Lehrer, Geistliche usw. eine solche Unterweisung der Bevölkerung erteilen, oder kurzfristige Unterrichtskurse durch die landwirtschaftlichen Wanderlehrer usw. ins Leben zu rufen.

* * *

Verkauf von Eichen- und Fichtenrinde.

Zwischen dem Rgl. Preuß. Forstfiskus und der Kriegsleder-Aktiengesellschaft zu Berlin ist über den Verkauf von Eichen- und Fichtenrinde aus den Staatsforsten ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach der Verkaufspreis für den Zentner (50 kg) Rinde beträgt:

1. für Eichenrinde:

a) Glanzrinde erster Güte . . .	13.— Mk.
b) Rinde im Alter bis zu 25 Jahren . . .	11.— "
c) Rinde im Alter von 25-bis 45 Jahren . . .	9.50 "
d) Rinde im Alter von mehr als 45 bis zu 60 Jahren . . .	7.50 "

2. Fichtenrinde:

a) Gebirgsrinde höchstens bis zu $\frac{1}{3}$ schuppig . . .	9.50 Mk.
b) Andere Rinde . . .	7.50 "

Wird Rinde, ehe sie zur Abfuhr fertig gestellt ist, durch Feuchtigkeit oder ähnliche Einflüsse beschädigt, so hat der Revierverwalter den Preis der Wertminderung entsprechend herabzusetzen. Ist die Gesellschaft mit dem festgesetzten Preise nicht einverstanden und kommt eine Einigung nicht zustande, so setzt der zuständige Forst-Inspektionsbeamte den Preis fest.

Als Gebirgsrinde gilt die in einer Höhenlage von über 600 m über N. N. erwachsene. Sollte die Bekanntmachung, betr. Höchstpreise für Eichenrinde usw. vom 15. II. 16 durch eine andere Bestimmung ergänzt werden, gilt diese Bestimmung. Die Altersfestsetzung und Klasseneinteilung erfolgt durch die Forstverwaltung. Letztere übernimmt das Trocknen sowie das Aufbinden der Rinde auf ihre Kosten durch von ihr angenommene Arbeiter oder Kriegsgefangene. Die Kosten und Gefahren der Abfuhr und die Kosten des Verwiegens trägt der Käufer. Ist die Rinde nicht

binnen 8 Wochen, nachdem die Mitteilung über ihre Fertigstellung an die Kriegsleder-Aktiengesellschaft abgefertigt ist, zur Abfuhr und Verwiegung gelangt, so wird von den Forstbeamten das Gewicht festgestellt und der Preis der Rinde ermittelt. Der Gesellschaft ist mit der Rinde von 50—60 jährigen Eichenbeständen besonders gebient; sie ist bereit, Fichtenrinde auch dann zu übernehmen, wenn sie in kleineren Mengen zerstreut liegt, nur soll die auf einer Eisenbahnstation zu verfrachtende Menge mindestens 20 Zentner betragen.

* * *

Saatkrähen für die Volksernährung.

In einem Erlaß des Landwirtschaftsministers vom 19. April d. J. wird mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Fleischmarktes auf die Saatkrähe hingewiesen. Wenn diese auch vorwiegend nützlich sei, so sei sie doch in vielen Gegenden so zahlreich vertreten, daß sie zuweilen auch erheblichen Schaden anrichte und die Verminderung ihres Bestandes in einem Jahre keinen Bedenken unterliege. Es empfehle sich daher in diesem Jahre die Saatkrähen planmäßig der Volksernährung nutzbar zu machen. Wildpret Händler seien auf die Möglichkeit des Bezuges von Saatkrähen hinzuweisen und ihnen anheimzugeben, Kaufangebote in den Zeitungen zu veröffentlichen.

Aus Bayern.

Der Forstetat in der bayerischen Abgeordneten-kammer.

In 3 Sitzungen, am 18., 19. und 20. Mai hat die bayerische Kammer der Abgeordneten den Forstetat für die Finanzperiode 1916/17 erledigt, nachdem vorher der Finanzausschuß sich in ebenfalls 3 Sitzungen damit befaßt hatte. Aus den Verhandlungen dürften mit Ausschaltung der mehr örtlichen Gegenstände nachstehende Mitteilungen ein weiteres Interesse bieten. Zunächst hat sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und dem Finanzausschuß ergeben über die Höhe des Einschlags für 1 Jahr der Finanzperiode und den Erlös aus Holz. Der Ausschuß beantragte neben der Erhebung der etatsmäßigen Fällungsgröße von 4,4 Mill. Festmeter noch eine Minderfällung aus dem am 1. Juli 1915 begonnenen Wirtschaftsjahre 1916 mit 580 000 fm nachzuholen und außerdem mit Rücksicht auf bestehende Vorratsüberschüsse eine weitere Mehrfällung von 500 000 fm zu nutzen, woraus sich eine Gesamtfällungsziffer von rd. 5,5 Mill. fm berechnet. Infolge dessen soll der Roherlös gegenüber dem Regierungsvorschlage von 67 Millionen auf 77 Millionen Mark für 1 Jahr erhöht werden. Die Regierungsvertreter äußerten Bedenken wegen der Schwierigkeiten infolge Mangels an

Arbeitern und namentlich an Gespannen, dann wegen Unsicherheit der Holzpreise, wegen niedrigen Preisstandes für die wertvollen Sortimente besonders die Eichenhölzer. Trotz dieser Bedenken ist der Satz von 77 Millionen Mark beschlossen worden. Es liegt wohl die Absicht zugrunde, den Vorschlag auf dem Papier hoch zu halten, um die sehr wenig beliebte von der Regierung für notwendig erachtete Steuererhöhung möglichst abzuwenden.

Einen breiten Rahmen nahmen die Erörterungen über die leider noch in großem Umfange in Bayern bestehenden Forstrechte ein. Es wurde namentlich vom Zentrum darauf gedrungen trotz der schweren Kriegzeiten das Eintragen der Forstrechte in das Grundbuch auf grund kommissioneller Verhandlungen möglichst zu fördern. Der Minister von Breunig zog sich ernstliche Mißbilligung seitens einzelner Redner zu durch seine Aeußerung, während des Krieges könne in der Sache nichts geschehen und auch nach Eintritt des Friedens wären wichtigere Fragen zu behandeln. Diesen die Einnahmen aus Forsten sowie die Bewirtschaftung vielfach beeinträchtigenden Forstrechten wird in Bayern, namentlich seitens des Zentrums und des Bauernbundes, eine übergroße Bedeutung beigelegt. Ueber allzustarke Wildheege, namentlich in den Staatswaldungen und Hofsjagdbezirken, wurden nachdrückliche Klagen vorgebracht und Abhilfe begehrt und zugesagt, soweit im Einzelfalle Mißstände bestehen.

Der bayerische Försterverein hatte in einer umfangreichen Eingabe u. a. die Bitte gestellt, die Beförderungs- und Nebenbezüge der Forstassistenten (Försteranwärter) wegen ungünstiger Borrückungsaussichten zu verbessern, dann den Absolventen der Waldbauschulen die Beförderung zum Reserveoffizier nicht zu behindern. Auf diese von verschiedenen Rednern befürworteten Anträge sagte der Minister zu, selbständige Sekretärstellen für Förster bei den wichtigeren Forstämtern schaffen zu wollen und die Beförderung von Forstassistenten auf ihren dermaligen Posten bis zur Uebertragung eines Försterfitzes in Aussicht zu nehmen. Dieses in Bayern bisher nicht übliche Verfahren kann als sehr weitgehendes Zugeständnis betrachtet werden. Außerdem versicherte der Minister im Ausschuß und Plenum, die oberste Stelle habe durchaus kein Bedenken dagegen, den Försterkandidaten die Erreichung des Reserveoffiziers zu ermöglichen, allein die Entscheidung liege auf militärischer Seite. Auf das Drängen einzelner Abgeordneter, kleinere Forstämter zusammenzulegen zwecks Stellenverminderung, erklärte der Minister im allgemeinen sein Einverständnis jedoch unter dem Vorbehalte, daß solche Stelleneinziehungen nur in Erledigungsfällen durchgeführt werden könnten, um nicht den Pensionsfond zu belasten. — Es sei hier

ingeschaltet, daß in Bayern noch verschiedene Forstämter aufgehoben werden könnten, ohne dem jetzigen gesunden Verwaltungsgrundsatz untreu zu werden, daß der Forstamtsvorstand den Betrieb vollständig durchbringen und leiten solle. Eine solche Verminderung der Ämter könnte namentlich dann geschehen, wenn für genügende Schreibhilfe gesorgt und die ausgiebige Benutzung des modernen Verkehrsmittels, des Autos, bei entsprechenden Geländebedingungen, dann des Telefons, der Schreibmaschine usw. Platz greifen würde. — Bei dieser Gelegenheit machte der Minister auch Mitteilung, die schon längst erwarteten neuen Geschäftsanweisungen für die Ministerialforstabteilung, die Regierungsforstkammern und Forstämter, deren Abschluß seither aus zwingenden Gründen nicht möglich war, seien nunmehr innerhalb des Ministeriums fertig gestellt und sollten nur noch den Regierungsforstkammern und einzelnen Forstämtern zur Aeußerung übergeben werden. — Damit wird einem schon lange schwer empfundenen Mißstande endlich Abhilfe gewährt. Denn die jetzige Dienstorganisation ist mit dem 1. Januar 1909 ins Leben getreten und heute noch fehlen die Dienstesinstruktionen für die einzelnen Stellen, die verschiedene Vereinfachungen bringen sollen. Die Verhandlungen im Ausschuß und im Plenum sind offenbar unter dem Einfluß des schweren Krieges viel kürzer und einfacher verlaufen als früher. Insbesondere haben außer der im Eingange erwähnten Hinaufsetzung der Einnahmen aus der Holzverwertung die Ziffern der sonstigen Einnahmen und der Ausgaben fast keine Veränderungen erfahren mit Ausnahme des Abstriches von 10 000 Mk. an der Position für Aus- und Weiterbildung der Forstverwaltungsbeamten. Auch haben Erörterungen über wichtige grundsätzliche Fragen gefehlt. In dieser Hinsicht ist vielleicht der Mangel eines forstlichen Vertreters in der Kammer zu bemerken. Die Zahl der Redner war gegen früher geringer, ferner sind nicht zum Schaden der Sache die früher stets einen breiteren Rahmen einnehmenden Streuwörterreden und Kleinliche Beschwerden gegen einzelne Beamte glücklich unterblieben. Zum Schlusse sei noch angeführt, daß der auf dem Felde der Ehren gefallenen Forstbeamten ehrenvoll gedacht und daß dem ganzen Stande sowohl seitens des Ministers als der Vertreter aller Parteien für seine unter besonders schwierigen Verhältnissen geleisteten vorzüglichen Dienste die größte Anerkennung ausgedrückt wurde.

Aus dem Großherzogtum Hessen.

Mitteilungen aus der Forst- und Kameralverwaltung für die Jahre 1914 u. 1915.

A. Personal-Veränderungen.

Gestorben.¹⁾

1915.

1. Der Oberförster der Oberförsterei Münster, Forstmeister Friedrich Stork zu Dieburg;
2. der Oberförster der Oberförsterei Kellterbach, Forstmeister Karl Freiherr Schenk von Schmittburg.

Versehung in den Ruhestand.

1914.

1. Der Oberförster der Oberförsterei Dübelsheim, Forstmeister Friedrich Büding zu Büdingen;
2. der Oberförster der Oberförsterei Friedberg, Forstmeister Ludwig Spieler zu Friedberg;

1915.

3. der Professor der Forstwissenschaft, Geh. Forsttrat Dr. Wimmenauer zu Gießen;
- alle auf ihr Nachsuchen, unter Anerkennung ihrer lang-jährigen, treu geleisteten Dienste.

Versehungen.

1914.

1. Der Oberförster der Oberförsterei Grebenhain, Forstmeister Gustav Krug zu Grebenhain in die Oberförsterei Dübelsheim (Wohnsitz zu Büdingen).

1915.

1. Der Oberförster der Oberförsterei Mittelbich, Forstmeister Johannes Gillerich zu Vangen in die Oberförsterei Münster (Wohnsitz zu Dieburg);
2. der Oberförster der Oberförsterei Michelstadt, Forstmeister Eduard Heß zu Michelstadt in die Oberförsterei Kellterbach.

Ernennungen.

1914.

Forstassistent Otto Schwieder zu Ortenberg zum Oberförster der Oberförsterei Grebenhain.

1915.

Forstassistent Hermann Koch zu Vorsch zum Oberförster.

¹⁾ Die Zahl der hessischen Forstassessoren ist durch den Krieg erheblich vermindert worden. Im Maihefte sind die bis dahin Gefallenen oder seit langer Zeit Vermissten bereits mit Angabe von Geburtsort und -zeit, letzter Zivilstellung und militärischer Stellung aufgeführt. Zu den 13 dort genannten ist inzwischen noch ein vierzehnter hinzugekommen: Rudolf Glaser, geb. in Nordheim am 17. März 1885, in Frankreich gefallen im April 1916. Derselbe war vor dem Kriege in den Wäldungen des Fürsten Schönburg-Waldenburg in Rumänien mit Forsteinrichtungsarbeiten beschäftigt; im Heere war er Leutnant der Reserve beim Rgl. Sächsischen Schützenregiment 108, dekoriert mit dem Eisernen Kreuz, dem Albrechts-Mitterkreuz und der Hess. Tapferkeitsmedaille.

Anstellungen.

1914.

1. Forstassessor Karl Blich aus Bengfeld als Forstassistent;
2. Forstassessor Heinrich Weiß aus Niederbach als Forstassistent.

1915.

Forstassessor Wilhelm Jochem aus Laubach als Forstassistent.

Charakter-Verleihungen.

1915.

1. Dem vortragenden Rat bei der Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung des Großh. Ministeriums der Finanzen, Oberforststrat Julius Hein zu Darmstadt der Charakter als „Geheimer Oberforststrat“.
2. Der Charakter als „Geheimer Forststrat“:
 - a) dem Oberförster der Oberförsterei Ober-Eschbach, Forstmeister August Schwarz zu Ober-Eschbach;
 - b) dem Oberförster der Oberförsterei Bengfeld, Forstmeister Alfred Preuschen zu Bengfeld der Forsthaus;
 - c) dem Oberförster der Oberförsterei Langen, Forstmeister Ernst Klump zu Langen.
3. Der Charakter als „Forstmeister“ dem Oberförster Dr. Alwin Schend zu Darmstadt.

Ordens-Verleihungen.

1914.

Die „Krone“ zum Ritterkreuz I. Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmütigen:

1. dem Forstmeister Friedrich Bading zu Badingen,
2. dem Forstmeister Ludwig Spieler zu Friedberg aus Anlaß ihrer Versetzung in den Ruhestand.

1915.

Das Komturkreuz II. Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmütigen dem ordentlichen Professor an der Landes-Universität Gießen, Geh. Forststrat Dr. Karl Wimmenauer.

B. Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen.

1. Gesetz, betreffend die Besoldungen, Ruhegehälter und die Hinterbliebenenversorgung der Staatsbeamten, vom 21. März 1914 (Reg.-Bl. Nr. 10, Seite 95 u. ff.) Die neue Fassung des Gesetzes vgl. S. 195–206.

Die Bestimmungen haben mit Wirkung vom 1. April 1914 eine neue Regelung erfahren. Im großen ganzen sind die Grundsätze des früheren Gesetzes beibehalten und Härten in letzterem wurden beseitigt.

Eine Vergütung für Wohnungsaufwand wird nicht mehr gewährt, sie ist im Gehalt inbegriffen. In den Städten Darmstadt, Offenbach, Gießen, Mainz und Worms kommen zu den Gehaltsätzen nichtpensionsfähige Ortszulagen; sie betragen bei einem Forstwart

50 Mk., bei einem Forstassistent 100 Mk., bei einem Oberförster 150 Mk. jährlich. Ist mit einem Amt nach Anordnung des vorgelegten Ministeriums Dienstwohnung verbunden, so ist hierfür der Betrag zu entrichten und vom Gehalt abzugiehen, welcher der in den Gehalt aufgenommenen Vergütung für Wohnungsaufwand entspricht. Dieser Abzug beträgt z. B. bei

Forstwarten . . . 250 Mk. jährlich.

Forstassistenten . . . 400 „ „

Oberförstern . . . 550 „ „

Die Gehaltsätze sind folgende:

Forstwarte 1600–2250 Mk. Aufrückungszeit 18 Jahre, 3jährig. Gehaltsbeträge in den Aufrückungsstufen: 1600, 1700, 1850, 1950, 2050, 2150, 2250 Mk. Nicht pensionsfähige Befeldungszulage = 100 Mk. Nach 21 Dienstjahren erhalten die Forstwarte eine pensionsfähige Zulage von 200 Mk.

Forstassistenten 3200–4100 Mk. Aufrückungszeit 12 Jahre, 3jährig. Gehaltsbeträge in den einzelnen Aufrückungsstufen 3200, 3500, 3700, 3900, 4100 Mk.

Beim Uebergang in die höhere Stellung als Oberförster, forsttechnischer Beamter des Forstvermessungs- und Lagations-Bureaus, Ministerialsekretär wird ihnen bei Bemessung des Gehalts ihre gesamte Besoldungsdienstzeit wie bei einer ersten Anstellung gerechnet.

Oberförster 3400–7400 Mk. Aufrückungszeit 24 Jahre, 3jährig.

Gehaltsbeträge in den einzelnen Aufrückungsstufen 3400, 3900, 4400, 4900, 5400, 5900, 6400, 6900, 7400 Mk.

Für die bei Inkrafttreten dieses Besoldungsstarifs (1. April 1914) bereits angestellten Beamten betragen die Gehaltsätze 3500, 4000, 4500, 5000, 5500, 6000, 6500, 7000, 7400 Mk.

Durch das Gesetz haben auch die Bestimmungen des Gesetzes über Versetzung der Zivilbeamten in den Ruhestand vom 27. November 1874 (Reg.-Bl. S. 671), das in seiner neuen Fassung Seite 206–210 abgedruckt ist, eine sehr wesentliche Aenderung erfahren. Letzteres bestimmt in Artikel 2:

„Wird ein Beamter nach zurückgelegtem fünfsten Dienstjahre in den Ruhestand versetzt, so erhält er als Ruhegehalt, (Pension) 40% seiner Besoldung. Für jedes weitere zurückgelegte Dienstjahr werden vom 6.–10. Dienstjahre 2%, vom 11.–30. Dienstjahre 1½%, und vom 31.–40. Dienstjahr 1% zugesetzt. Wer nach zurückgelegten 50 Dienstjahren in den Ruhestand versetzt wird, erhält den vollen Betrag seiner Besoldung als Ruhegehalt.“

Die neue Fassung dieses Artikels behält die Vorschriften bis zum 30. Dienstjahr bei; vom 31.–40. Dienstjahr wird jedoch nur ½% zugesetzt und der

Ruhegehalt darf dabei 85% des pensionsfähigen Gehalts nicht überschreiten.

Die Bestimmungen über die Hinterbliebenen-Versorgung der Staatsbeamten (vgl. die Gesetze vom 30. Juni 1886, Reg.-Bl. Seite 95 und vom 2. August 1899, Reg.-Bl. Seite 397) haben eine Aenderung dahingehend erfahren, daß das Witwengeld während der ersten 5 Jahre der Anstellung von 30% auf 35% des Ruhegehalts und der Mindestbetrag des Witwengeldes von 216 Mk. auf 300 Mk. erhöht wurde.

2. Verordnung, die Ausführung des Jagdstrafgesetzes, insbesondere Anordnungen wegen der Hegezeit betreffend, vom 29. April 1914 (Reg.-Bl. Nr. 12, Seite 218).

Unter Aufhebung einer Anzahl früherer Bestimmungen wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Die allgemeine Hegezeit in Wald und Feld beginnt mit dem 1. Februar einschließlich und endigt mit dem 31. August einschließlich.

Von der allgemeinen Hegezeit bestehen — außer den in dem Artikel 30 des Jagdstrafgesetzes vom 19. Juli 1858 angeführten — dienachfolgenden Ausnahmen:

1. die Hegezeit für weibliches Rehwild beginnt mit dem 15. Dezember und endigt mit dem 15. Oktober;
2. die Hegezeit für männliches Rehwild beginnt mit dem 15. Dezember und endigt mit dem 30. April;
3. die Hegezeit für den Dachs beginnt mit dem 15. Februar und endigt mit dem 15. Mai;
4. die Hegezeit für Hasen beginnt mit dem 1. Februar und endigt mit dem 30. September;
5. die Hegezeit für Auer-, Rackel-, Birk-, Hasel-, Fasanen- und Truthennen beginnt mit dem 1. Februar und endigt mit dem 15. September;
6. die Hegezeit für Auer-, Rackel-, Birk-, Hasel-, Fasanen- und Truthähne beginnt mit dem 1. Juni und endigt mit dem 15. September;
7. die Hegezeit für Enten beginnt mit dem 1. Februar und endigt mit dem 15. Juli;
8. die Hegezeit für Waldschnepfen beginnt mit dem 1. April und endigt mit dem 15. September;
9. die Hegezeit für Sumpfschnepfen, Trappen, Brachvögel und Riebiße beginnt mit dem 16. April und endigt mit dem 15. Juli;
10. die Hegezeit für Rebhühner beginnt mit dem 1. Dezember und endigt mit dem 31. August;

11. die Hegezeit für den Star beginnt mit dem 1. Februar und endigt mit dem 31. Juli, die bezeichneten Tage jedesmal mit einbegriffen;
12. die Hegezeit für Muffelwild wird bis auf weiteres auf das ganze Jahr ausgedehnt.

§ 3.

Es bleibt vorbehalten, aus forst- und feldpolizeilichen Gründen die Hegezeit für einzelne Wildarten vorübergehend aufzuheben.

Mit dieser Neuordnung der Hegezeiten sind die Wünsche der Jägerwelt größtenteils erfüllt worden.

3. Gesetz, die Teilung von Grundstücken betreffend, vom 23. Mai 1914 (Reg.-Bl. Nr. 14, Seite 235).

Nach dem Artikel 94 und Artikel 95, Abs. 2 des Gesetzes, die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches betr., vom 17. Juli 1899 ist eine Teilung von Grundstücken (ausgenommen Weinberge, Gartengelände, Obstbaumstücke, Kraut- und Gemüseländer, sowie Grundstücke, die zu öffentlichen Zwecken oder zu Hofratten abgetreten werden), nur insoweit zulässig, als hierdurch keine selbständigen Teilstücke unter 10 Ar Acker- oder 6 Ar Wiesengelände und unter 50 Ar Waldgelände gebildet werden.

Von diesen Bestimmungen kann jetzt Befreiung bewilligt werden. Zuständig ist für Acker- und Wiesengelände das Großh. Ministerium des Innern, für Waldgelände das Großh. Ministerium der Finanzen. Wird die Befreiung nachträglich bewilligt, so ist die Teilung von Anfang an als gültig anzusehen.

4. Verordnung, die Abänderung der Verordnung über die Tagegelber, Reisekosten und Umzugskosten der Zivilbeamten vom 9. September 1879 betr., vom 27. Juni 1914 (Reg.-Bl. Nr. 15, Seite 247).

Seither bestand Anspruch auf Entschädigung dann, wenn das Geschäft einschließlich der Zeit für Hin- und Rückweg einen Zeitaufwand von mehr als 3 Stunden erfordert hat. Erforderte das Dienstgeschäft einen Zeitaufwand von über 3, jedoch unter 6 Stunden, so war die Hälfte des Tagegeldes anzusehen. Diese Zeitgrenzen sind auf 4 Stunden, bezw. über 4, jedoch unter 8 Stunden hinaufgesetzt worden.

5. Gesetz, Aenderungen des Gesetzes vom 17. Januar 1901, die Dienstbezüge der staatlich bestätigten Forstwärte betr., vom 29. Juli 1914 (Reg.-Bl. Nr. 28, Seite 317).

Das j. Zt. im Juliheft 1902 der Allgem. Forst- und Jagdzeitung ausführlich besprochene 1901er Gesetz brachte den staatlich bestätigten Forstwarten den lang ersehnten gesetzlichen Anspruch auf Gehalt, Ruhe

gehalt, Witwen- und Waisenversorgung. Im allgemeinen betrug der Gehalt 70% des Gehalts eines Domanialforstwarte. Grundlegend waren die Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Juni 1898, die Besoldungen der Staatsbeamten betreffend. Als nun das unter 1. besprochene Gesetz vom 21. März 1914 den Staatsbeamten eine Aufbesserung ihrer Bezüge brachte, konnte diese Aufbesserung nicht kurzer Hand auch den durch das Gesetz vom 17. Januar 1901 betroffenen Beamten zugewilligt werden, da im letzteren ausdrücklich die Gehaltsätze des 1898er Besoldungsgesetzes erwähnt waren. Es mußte deshalb für die staatlich bestätigten Forstwärte = Kommunalforstwärte ein neues Gesetz erlassen werden. Dessen Artikel 3 heißt jetzt:

„Der Gehalt der Kommunalforstwärte in Forstwartereien mit 300 Hektar oder mehr Waldfläche bemißt sich nach den Vorschriften, die für die Dienstbezüge der Domanialforstwärte jeweils gelten.“

Da nach dem gleichfalls anders gefaßten Artikel 4 dieser Grundsatz auch bei den Forstwarten mit weniger als 300 ha Waldfläche sinngemäße Anwendung findet, so bedarf es in Zukunft keines neuen Gesetzes, um bei einer etwaigen Erhöhung der Gehalte der Domanialforstwärte auch die Bezüge der Kommunalforstwärte hinaufzusetzen.

Das Gesetz ist in seinem neuen Wortlaut — wobei auch der Sprachgebrauch des Forstverwaltungsgesetzes vom 15. April 1905 übernommen wurde — Seite 319—323 des Regierungsblatts von 1914 abgedruckt.

6. Verordnung, die Jagdwapfenpässe betr. vom 19. August 1914 (Reg.-Bl. Nr. 36, Seite 465).

Die Vorschriften in § 7, Absatz 2 der Verordnung vom 30. Juni 1894 werden dahin erweitert, daß in der Provinz Rheinhessen und im Kreise Groß-Gerau Jagdwapfenpässe auf Inhaber nur mit ausdrücklicher Genehmigung des zuständigen Kreisamts an Ausländer abgegeben werden dürfen.

Die Verschärfung der Vorschriften erfolgte aus militärischen Rücksichten (Bereich der Festung Mainz).

Da die Jagdwapfenpaß-Verordnung in den letzten Jahren verschiedene einschneidende Abänderungen erfahren hat, so wurde die Regierung ermächtigt, den Text der Verordnung in der jetzt gültigen Fassung bekannt zu geben.

Dies geschieht durch

7. Bekanntmachung des Textes der Verordnung über die Jagdwapfenpässe vom 30. Juni 1894 in der vom 16. Oktober 1914 an geltenden Fassung, vom 4. November 1914 (Reg.-Bl. Nr. 38, Seite 475).

8. Bekanntmachung, Organisation der Oberförstereien betreffend, vom 9. Oktober 1914 (Reg.-Bl. Nr. 38, Seite 473).

In Friedberg hatten 2 Großh. Oberförstereien ihren Wohnsitz: Heldenbergen und Friedberg. Letztere gehörte zu den 9 Oberförstereien, welche nach den Beschlüssen bei der Beratung des 1912er Hauptvoranschlags nur auf den Inhaber bewilligt wurden und nach Erledigung nicht wieder besetzt werden sollten. Da der Fall eingetreten ist, wird durch die Bekanntmachung die Großh. Oberförsterei Friedberg aufgehoben und aufgeteilt. Die seitherige Großh. Oberförsterei Heldenbergen zu Friedberg erhält die amtliche Bezeichnung Oberförsterei Friedberg.

9. Verordnung, die Unterküilenfischerei im Rhein betreffend, vom 9. Juni 1915 (Reg.-Bl. Nr. 13, Seite 163):

Auf Grund der Artikel 15 und 47 des Gesetzes vom 27. April 1881, die Ausübung und der Schutz der Fischerei betreffend, wird bestimmt:

§ 1.

Der Fischfang mittelst Unterküilen ist auf den Nebenflüssen und Altwässern des Rheins verboten, ebenso 1 km oberhalb und 1 km unterhalb der Grenze eines Altwassers im Rheinstrom selbst.

§ 2.

Der Fischfang mittelst Unterküilen ist auf dem Rhein in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. Juli verboten und in der Zeit vom 16. Juli bis 30. November nur unter folgenden Bedingungen gestattet.

§ 3.

Fischereibezirke mit einer Ausdehnung	
bis zu 1 km dürfen nur mit 1 Unterküile	
„ „ 7 1/2 „ „ „ „ 2 Unterküilen	
„ „ 10 „ „ „ „ 3 „	
über 10 „ „ „ „ 4 „	

befischt werden.

§ 4.

Mehr als zwei Schocker dürfen nicht beieinander liegen und zusammen nicht mehr als zwei Unterküilen fischen.

Jeder Schocker muß mit zwei Mann zur Bedienung besetzt sein.

§ 5.

Die in § 2 der Verordnung vom 14. Dezember 1887 (Reg.-Bl. S. 303) vorgeschriebene wöchentliche Schonzeit findet auf die Unterküilenfischerei keine Anwendung.

§ 6.

Die Maschenweite des Unterküilen-Schlupnetzes darf in nassem Zustande von der Mitte des Knotens —

dem Garn entlang gemessen — nicht weniger als 1,5 cm betragen.

Das Schlußnetz muß durch eingespannte Reisen, die nicht mehr als 1 m Abstand von einander haben dürfen, in einer solchen Stellung im Wasser gehalten werden, daß ein Zerdrücken der Fische vermieden wird.

Unmittelbar hinter dem letzten Reisen ist das Schlußnetz so abzubinden, daß die Bildung eines Sackes unmöglich ist.

§ 7.

Zu widerhandlungen gegen die in §§ 1—6 enthaltenen Vorschriften werden gemäß Artikel 64 des Gesetzes vom 27. April 1881 mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

10. Verordnung, die Jagdwaffenpässe betreffend, vom 8. September 1915 (Reg.-Bl. Nr. 16, Seite 183).

Es wird bestimmt:

Artikel 1.

Ein auf sieben unmittelbar auf einander folgende Tage lautender Jagdwaffenpaß kann auch ohne den Nachweis des Besitzes eines noch gültigen deutschen Jahresjagdwaffenpasses jedem Reichsdeutschen ausgestellt werden, der freiwillig oder auf Grund der Dienstpflicht an dem gegenwärtigen Kriege teilnimmt, oder teilgenommen hat.

Die Abgabe für einen Wochenjagdwaffenpaß für Kriegsteilnehmer beträgt 10 Mk., gleichviel ob der Antragsteller seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in Hessen, in einem anderen deutschen Bundesstaat oder im Ausland hat.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im Regierungsblatt in Kraft und erlischt mit dem Wiedereintritt des Friedens.

(Fortsetzung folgt.)

Notizen.

A. Jagdliches aus dem Schützengraben.

Der Wildstand des westlichen Operationsgebietes ist streckenweise trotz der langen Stellungskämpfe noch überraschend gut. Man könnte auch sagen, er ist wieder gut. Denn zweifellos hat sich das Nutzwild seit Herbst 1914 erholt und stark vermehrt, wenigstens die kleineren Wildgattungen. Besonders auffällig sind die starken Bestände an Rebhühnern. Dies erklärt sich daraus, daß die Jagd von unseren Truppen überall pfleglich gehandhabt worden ist und daß andererseits immerhin weite Strecken in und vor den vordersten Linien nicht besagt (bafür freilich oft in anderer Weise gestört) werden, so daß sich hier immerhin sozusagen kleine Schonreviere bilden. Ferner bietet das Gelände in vorderster Linie sehr reichhaltige Nahrung weil sich beispielsweise Hasen und andere Getreidearten überall durch Naturverjüngung vermehrt haben. An diesen selbst ausgefallenen Nutzpflanzen kann man übrigens vom Graben aus sehr interessante ökologische Studien machen, ebenso wie an der natürlichen Vesteilung zahlreicher Stellen verlassenen Kulturlandes mit Holzgewächsen. Das weiter zurückliegende Gelände wird, wie allgemein bekannt, in echt deutscher Sorgsamkeit soweit möglich bestellt und bewirtschaftet. Auch hier findet man hinreichend Wild und schließlich eine sachgemäße Durchführung der Jagdpolizei, welche der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Jagd völlig gerecht wird. Ebenso fügt sich natürlich auch die Fischerei in den Rahmen unserer wirtschaftlichen Maßnahmen ein.

Neben dem Rebhuhn findet sich gelegentlich die Ringeltaube, die Zwergtrappe, die Wildente. Im vorigen Herbst sah ich auch große Flüge von Wildgänsen. Vom Haarnutzwild ist bei uns Gase und Kaninchen am häufigsten. Ersterer auch in vorderster Linie als „Drahtverbauhase“ allgemein beliebt und mit Interesse — beobachtet.

Auffällig zahlreich ist das gefiederte Raubzeug. Verschiedene Falkenarten rütteln gerne nach Mäusen usw. über dem Drahtverbau und ruhen auf dessen Pfählen aus. Die zahlreichen

(setzt bei uns durch energische Vertilgung sehr verminderten) Mäuse und Ratten sowie die Ruinen der an der Front liegenden Gebäude mögen auch dazu beitragen, daß sich verschiedene Gänsearten besonders häufig zeigen. Oder es wird einem deren Häufigkeit nur besonders auffällig, weil wir alle miteinander nachts weit mehr als im Frieden alle Sinne anspannen und schärfen müssen.

A. M.

B. Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Wintersemester 1916/17,

I. Universität Gießen.

Prof. Dr. Weber: Einführung in die Forstwissenschaft, einstudig. — Forstbenutzung II. Teil, vierstudig. — Forstpolitik II. Teil, vierstudig. — Konversationskurs über forstliche Produktionslehre und die Forstverwaltungsfächer, einstudig. — Praktischer Kursus über Forstbenutzung und Technologie (Exkursionen) am Samstag Nachmittag. — Privatdozent Dr. Baader: Holzmekhanik mit Übungen im Walde, dreistudig. — Übungen auf dem Gebiete der Waldwertrechnung und Statistik, einstudig.

Außerdem zahlreiche Vorlesungen aus den Gebieten der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft Landwirtschaft usw.

Beginn der Immatrikulation am 16. Oktober, der Vorlesungen am 23. Oktober. — Das allgemeine Vorlesungsverzeichnis kann vom Univ.-Sekretariat bezogen werden.

Für Vorlesungen usw. derjenigen Dozenten, welche die beiden der Forstwissenschaft im Jahre stehen, kann keine Gewähr geleistet werden. Jedoch wird nach Möglichkeit für Vertretung gesorgt.

II. Universität München.

Geht. Hofrat Dr. Brentano: Wirtschaftsgeographie, fünfstudig. — Prof. Dr. Endres: Forstpolitik, fünfstudig; Waldwertrechnung und forstl. Statistik, vierstudig; Übungen

hiez; Einführung in die Forstwissenschaft, dreistündig (mit Lehrwanderungen). — Prof. Dr. Vog: Allgem. oder theoretische Volkswirtschaftslehre, fünfstündig; Finanzwirtschaft, fünfstündig. — Prof. Dr. Raman: Bodenkunde mit Lehrwanderungen, fünfstündig; Bodenkundl. Praktikum für Geübtere, täglich und halbtäglich; Kleines bodenkundliches Praktikum. — Prof. Dr. Freiherr von Tübenf: Anatomie und Physiologie der Pflanzen, vierstündig; Mikroskopisches Praktikum. — Prof. Dr. Schüpfer: Forsteinrichtung, fünfstündig; Baum- und Bestandsmassenermittlung, dreistündig; Praktische Übung in Verbindung mit Lehrwanderungen. — Prof. Dr. Fabricius (z. B. beim Heere): Waldbau, sechstündig mit Lehrwanderungen. — Prof. Dr. Escherich: Forstzoologie I. Teil: Wirbeltiere, vierstündig; Praktische Übungen; Zeitung wissenschaftlicher Arbeiten. — Prof. Dr. Willstätter: Anorganische Experimentchemie, fünfstündig. — Prof. F. Brunn: Elemente der höheren Mathematik und der darstellenden Geometrie, vierstündig. — Prof. Dr. Jaffe: Oekonomische Politik II. Teil: Gewerbepolitik und gewerbliche Arbeiterfrage, zweistündig. — Prof. Dr. Leonhard: Oekonomische Politik I. Teil: Agrarpolitik, zweistündig. — Privat-Doz. Dr. Schmauß (z. B. beim Heere): Allgemeine Meteorologie und Klimatologie, vierstündig.

III. Universität Tübingen.

Prof. Dr. v. Bühler: Einführung in die Forstwissenschaft, zweistündig mit Übungen und Exkursionen. — Waldbau I, dreistündig mit Übungen und Exkursionen. — Exkursionen und Übungen, insbesondere für Kriegsteilnehmer. — Prof. Dr. Wagner (z. B. im Heere): Waldwertrechnung, dreistündig mit Übungen. — Forstschutz, dreistündig. — Seminarübungen, dreistündig, und Exkursionen am Donnerstag und Samstag.

Sonstige Vorlesungen wie ad I.

Anfang des Wintersemesters: 16. Oktober. — Schluß: 14. März.

IV. Technische Hochschule Karlsruhe. Abteilung für Forstwesen.

Demoll: Zoologie, Fischerei. — Engler: Anorgan. Chemie, Praktikum. — Klein: Botanik, Pflanzenkrankheiten, Praktikum. — Lehmann: Physik. — Paulke: Geologie II, Mineralogie. — Schultze: Meteorologie.

Bürgin: Pflanzenzeichen. — Haib: Prakt. Geometrie. Noether: Mechanik.

Hausrath: Forstpolitik, Verwaltung, Waldwegbau. — Helbig: Bodenkunde. — Müller: Einführung in die Forstwissenschaft, Holzmehlkunde, Forsteinrichtung II, Waldwertrechnung. — Siefert: Waldbau I, Forstbenutzung. — Wimmer: Das Holz. — Cronberger: Landwirtschaft. — Drach: Wiesenbau. — Flügel: Baukonstruktionen. — G. Fuchs: Biologie.

Fuchs: Soz. Gesetzgebung. — Lewald: Verfassungs- und Verwaltungsrecht. — Mainhard: Bürg. Recht. — v. Zwielineck: Volkswirtschaftslehre, Geld, Bank, Transportwesen.

Beginn 10. Oktober.

Auskunft durch den Abteilungsvorstand Prof. Dr. Hausrath.

V.—VII. Die Forstakademien Eberswalde, Münden und Tharandt.

bleiben bei Fortdauer des Krieges voraussichtlich geschlossen. Undersfalls folgt noch besondere Anzeige.

C. Der Präsident des Kriegs- und Ernährungsamtes an die Bundesregierungen.)

Die vielseitigen Aufgaben der Volksernährung im gegenwärtigen Kriege lassen es erwünscht erscheinen, auch die Nutz-

barmachung der im Walde kostenlos sich bietenden Nährstoffe durch geeignete organisatorische Maßnahmen so wirksam als möglich zu gestalten.

Neben anderen Fragen bedarf vor allem die in Kürze folgende

Beeren- und Pilzernte

einer baldigen Regelung nach einheitlichen Grundsätzen in allen Teilen des Reiches unter Berücksichtigung der in den einzelnen Landesteilen geltenden besonderen gesetzlichen Bestimmungen und bereits erlassenen Verordnungen.

Im Interesse einer möglichst vollkommenen Ausnutzung der Beeren- und Pilzernte wie auch dem Schutz des Waldes selbst gegen unberechtigte Uebergreife wird am besten dienen, wenn Staat, Gemeinden und Private allen berechtigten Wünschen der sammelnden Bevölkerung gleichem Maße entgegenkommen, insbesondere derselben durch ihre Forstverwaltungen geeignete Erntegebiete zuweisen und die Ueberwachung der Sammler im Walde selbst in die Hand nehmen.

Hierfür bietet die Ausgabe nicht übertragbarer, auf den Inhaber lautender Ausweisscheine, die je nach Verkommenheit unentgeltlich oder gegen eine geringe Anerkennnisgebühr ausgestellt werden, eine geeignete Handhabe für die Kontrolle der Sammler durch die Forstbeamten des äußeren Dienstes oder sonstig dafür bestellte Aufsichtspersonen, wie Feldhüter, Vorarbeiter, Kriegsbeschädigte u. a.

Das Verfahren gibt die Möglichkeit, einerseits Arbeitskräfte, die volkswirtschaftlich anderweit nützlicher zu verwenden sind, fernzuhalten, andererseits der Begehung von Forst- und Jagdsfreveln verdächtige oder bereits vorbestrafte Personen durch Verfassung des Ausweisscheines vom Walde auszuschließen.

Die Ausstellung solcher auf den Inhaber lautender Ausweisse wird in der Regel auf die erwachsenen Mitglieder einer Familie beschränkt werden können, während für Kinder die Ausgabe gewöhnlicher Beeren- und Pilzettel, wie solche schon früher schon vielerorts üblich waren, ausreichend sein dürfte.

In solchen Landesteilen, in denen eine gesetzliche Handhabe für die Regulation der Beeren- und Pilzernte fehlt, wird zu erwägen sein, inwieweit mit Rücksicht auf den bestehenden Kriegszustand die Mitwirkung der General-Kommandos durch Erlass einer Anordnung für die Ausgabe von Ausweisscheinen ausnahmsweise angerufen werden kann.

Es wird ferner eine Regelung des zeitlichen Beginns der Beeren- und Pilzernte, um einer unwirtschaftlichen Ausbeutung vor Eintritt der vollen Reife vorzubeugen, durch polizeiliche Verordnung, insoweit diese noch nicht geschehen sein sollte, unverzüglich in Aussicht zu nehmen sein.

Inwieweit eine Festsetzung von Höchstpreisen, insbesondere für Heidelbeeren in Aussicht zu nehmen ist, muß der Entscheidung der Landesbehörden von Fall zu Fall überlassen bleiben. Es werden hierbei im Wesentlichen nur solche Fälle ins Auge zu fassen sein, in denen besonders durch Aufkäufe Preistreibern in einem Maße statifinden, daß die notwendige Versorgung der Bevölkerung, kommunalen Verbände und Militärbehörden in Frage gestellt wird, und in denen mit den Bestimmungen der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerung nicht geholfen werden kann.

Von einer Beschränkung der Beeren- und Pilzernte auf bestimmte

1) Dieser und die beiden folgenden Erlasse des Präsidenten des Kriegs- und Ernährungsamtes sind uns von da zur Veröffentlichung zugegangen.

D. Red.

sage in der Woche ist im Interesse einer möglichst ausgiebigen Ausnutzung derselben abzusehen.

Erwünscht ist ferner beim Vollzug der Beeren- und Pilzernte eine rege Beteiligung der Schulen, für welche die Freigabe sowohl einzelner Schultage als auch die Gewährung förmlicher Ferien in Aussicht zu nehmen ist.

Auch werden die Militärverwaltung darum anzufragen, für die Kaserne die Anordnung zu treffen, daß diese sich an dem Einbringen und der Verwertung der Beeren- und Pilzernte beteiligen.

Den Privatwaldbesitzern wird, insoweit diese mit Rücksicht auf die Kriegslage nicht schon aus eigenem Antrieb der Beeren- und pilzsammelnden Bevölkerung die erforderlichen Freizeiteinrichtungen für das Betreten des Waldes gewähren, in geeigneter Form durch die dazu berufenen Behörden nahe zu legen sein, sich den für die Staats-, Gemeinden- usw. Waldbesitzer getroffenen Anordnungen — unbeschadet des Rechts der Selbstgewinnung der auf dem eigenen Waldbesitz wachsenden Beeren und Pilze — ferner in Betracht kommenden größeren Kommunalverbänden zu empfehlen, die erforderlichen Anordnungen zur Einrichtung von Sammelstellen, wie dies mehrfach schon üblich ist, sowie nötigenfalls auch von Trockenanlagen zu treffen und insbesondere der Abwicklung des Zwischenhandels (Unternehmer, Aufkäufer, Konservenfabriken) durch behördliche Aufsicht wie durch Bestellung von Vertrauenspersonen ein Augenmerk zuzuwenden, um Preistreiberien, Zurückhaltung der Ware, Fälschungen usw. rechtzeitig aufdecken und verhindern zu können.

Die Gemeindebehörden werden ferner für den Bedarf der Militärbehörden dahin zu wirken haben, daß den von diesen bezeichneten Abnahmestellen für Beeren und Pilze die angeforderten Mengen rasch und vollständig zugeführt werden.

Auch die Eisenbahnverwaltungen werden bei der Verladung der Beeren und Pilze um ihre Mitwirkung im Interesse einer raschen Abwicklung des Versandgeschäftes zu ersuchen sein.

Für den Vollzug der Pilzernte liegen die Verhältnisse mehrfach anders als für die Beerennte. Während die letztere sich meist in kürzerer Zeit abzuwickeln pflegt, vertreibt sich die Pilzernte auf die gesamte wärmere Jahreszeit, innerhalb deren nur bestimmte, meist von der Witterung abhängige Zeitschnitte eine lohnende Ernte zu gewähren pflegen.

Die kurze Lebensdauer der Pilze erfordert außerdem, wenn deren Ertrag voll ausgenutzt werden soll, eine besondere Ortskenntnis, Aufmerksamkeit und Mühigkeit der Sammler.

Der Sammler muß daher über eine sichere Kenntnis aller wichtigeren Arten verfügen, um einerseits alle wertvolleren Speisepilze bei der Ernte berücksichtigen zu können, andererseits aber alle untauglichen und insbesondere giftigen Pilze zur Vermeidung von Unglücksfällen auszuschneiden.

Trotz der seither in auerkenntniswerter Weise und mit wachsendem Erfolg durch Behörden, Schulen, wissenschaftlichen Vereinigungen, Gebirgs- und Wandervereine, Hausfrauenvereine und andere Private betriebenen Aufklärungen weiter Volkstreu ist heute noch mancherorts die Kenntnis der wichtigeren essbaren und giftigen Pilze wenig verbreitet und namentlich das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Pilzkost noch nicht beseitigt. Ich darf in dieser Hinsicht auf die anliegende Schrift: „Bedeutung der Pilze für die Volksernährung“ von W. Obermayer empfehlend hinweisen.

Wenn bedacht wird, daß 1 Kilo frischer Pilze i. W. einem Nährwert von 100 Gramm Fleisch entspricht, und daß alljähr-

lich bedeutende Mengen wertvoller Pilze infolge der bestehenden Hemmungen ungenutzt verloren gehen, so muß es als ein besonders dringliches Gebot der gegenwärtigen Kriegszeit angesehen werden, daß Behörden, Schulen und Private zur Aufklärung weiter Volkstreu erneut und mit besonderem Nachdruck beitragen.

Allgemein wird für die Verbreitung von guten Pilztafeln und Belehrungsschriften durch die zuständige Behörden in erhöhtem Maße Sorge zu tragen, demnächst die Kenntnis der Pilze durch Vorträge, Unterrichtskurse, Pilzausstellungen, Pilzwanderungen unter fachkundiger Führung zu fördern sein. Gleichzeitig ist auf eine geeignete Unterweisung der Frauen in der Verwertung der Pilze durch Mitwirkung der Haushaltungsschulen, Frauenvereine und Landesvereine vom Roten Kreuz hinzuwirken. Auch die naturwissenschaftlichen Vereine, die Gebirgs- und Wandervereine, die Jugendorganisationen und sonstigen Vereinigungen dieser Art werden bereit sein, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen und zur Aufklärung weiterer Kreise beizutragen.

Eine wesentliche Aufgabe der Forstverwaltungen wird darin zu erblicken sein, nach vorgängiger Unterweisung der Lokalforstbeamten an der Hand von Pilztafeln, Merkblättern, Belehrungsschriften usw. neben einer allgemeinen Aufklärung in den ländlichen Bezirken dafür Sorge zu tragen, daß der Bevölkerung geeignete Ernteorte im richtigen Zeitpunkt zugewiesen werden, damit ein planloses Absuchen des Waldes an ungeeigneten Orten und zu ungeeigneten Zeiten vermieden wird.

Die örtliche Waldaufsicht wird ferner ihr Augenmerk darauf zu richten haben, daß die Pilze pfleglich gesammelt, insbesondere die größeren Edelpilze nicht ausgerissen, sondern abgegeschnitten, und allgemein nur gesunde Pilze bezw. Pilzteile durch Verlesen und Reinigen am Sammelort gewonnen werden.

In den größeren Städten wird auf eine ausgiebige Verwendung der Pilzkost für die Kriegsküchen zum Zweck der Massenpfelungen hinzuwirken sein. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Abfälle von Pilzen oder sonstig in ganzen Stücken ausgeschiedene, für die menschliche Nahrung minder taugliche Arten sich vorteilhaft zur Verfütterung an Hühner und Schweine eignen. Ebenfalls sollten, wo wegen zu weiter Entfernung der Sammelorte oder aus sonstigen Gründen ein Versand nicht angängig ist, die für die menschliche Ernährung nicht mehr benötigten Pilze durch Dörren (Backöfen, Ziegeleien usw.) zu Hühnerfutter verarbeitet werden.

Dringlich erscheint endlich eine verschärfte Aufsicht des Handels mit frischen Pilzen und Pilzkonserven — getrocknete Pilze, Pilze in Büchsen, Extrakte für Suppen usw. — durch die zuständige Polizeibehörden. Neben einer Kontrolle des Kleinhandels wird besonders die Marktaufsicht sorgsam zu handhaben sein, damit minderwertige oder gesundheitsschädliche Ware vom Verkehr ferngehalten wird.

Den vielfachen Fälschungen von Pilzkonserven wird durch Aufsichtsbewachung nach der Verordnung vom 18. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) über die äußere Kennzeichnung von Waren vorzubeugen sein.

Das Kriegsernährungsamt steht bei der Kürze der Zeit und mit Rücksicht auf die in den einzelnen Landesteilen nach Recht und Herkommen verschiednen liegenden Verhältnisse davon ab, über die Organisation der Beeren- und Pilzernte besondere Vorschriften anzugeben, legt jedoch Wert darauf, daß den gegebenen Anregungen nach Möglichkeit Nachachtung getragen wird. Es rechnet außerdem auf eine Unterstützung durch die wissenschaftlichen Institute der Hochschulen

und der Landesversuchsanstalten für Land- und Forstwirtschaft im Interesse der Erforschung der Produktionsbedingungen der Bodenfrüchte des Waldes, namentlich auch des Pilzwachstums und der Möglichkeit seiner künstlichen Förderung.

Berlin, 27. Juni 1916.

In Vertretung:
Gez. von Braun.

D. Der Präsident des Kriegsbernährungsamtes an die Bundesregierungen.

Der bestehende Mangel an Fetten und Ölen macht es erforderlich, alle für eine nachhaltige Behebung desselben sich eignende Quellen so vollkommen als möglich zu erschließen.

Neben einer allgemeinen Vermehrung des Anbaues von Öelpflanzen eröffnet sich im Bereiche der Forstwirtschaft die Möglichkeit, durch eine ausgiebige Heranziehung der diesjährigen Eichen schälwalbschläge zum Anbau von Naps (Winterraps, Kohlraps, Kohlsaaf) zur Steigerung der Öelproduktion wesentlich beizutragen.

Auf Grund der in den Königlich Bayerischen Staatsforsten der Pfalz in den letzten Jahren bereits gemachten günstigen Erfahrungen ist eine alsbaldige Inangriffnahme größerer Anbauflächen auf allen geeigneten Böden des Eichenschälwalbsbetriebs nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte an Saatgut in Aussicht genommen.

Die mir vorliegenden Gutachten sprechen sich über die Durchführbarkeit des Anbaues und den zu erwartenden Ernteerfolg sowohl vom forsttechnischen als auch vom landwirtschaftlichen Standpunkt gleichermaßen günstig aus.

Von der in der Reichsstatistik vom Jahre 1900 auf 446 587,2 ha ermittelten Gesamtfläche des deutschen Eichenschälwalbs stehen heute nach Abzug der Umwandlungsbestände und sonstiger für den Schälbetrieb minder in Frage kommender Niederwalbflächen noch annähernd 250 000 ha zur Verfügung.

Von dieser Fläche entfallen auf:

Kron- und Staatsforsten annähernd	10 000 ha
Gemeindeforsten	90 000 "
Stiftungsforsten	3 000 "
Genossenschaftsforsten	32 000 "
Privatforsten	115 000 "

An der Gesamtfläche sind beteiligt:

Preußen mit etwa	70 %
Bayern " "	10 "
Baden " "	5 "
Hessen " "	5 "
Oldenburg " "	2 "
Elß-Lothringen mit etwa	2 "
Die übrigen deutschen Staaten, insbesondere Württemberg und Sachsen, mit zusammen	6 "

Bei einem mittleren Umtrieb von 16 bis 17 Jahren würde unter normalen Verhältnissen die jährliche Schlagfläche rund 15 000 ha betragen. Infolge des durch die Kriegslage gesteigerten Bedarfs an Gerbstoffen kann jedoch mit dem Einschlag einer gegenwärtig 2 bis 3 mal so großen Fläche = etwa 35 000 ha gerechnet werden.

Da in den Hauptverbreitungsgebieten des Eichenschälwalbs großenteils auch die klimatischen Bedingungen für das Gedeihen des Napses gegeben sind, so darf nach Abzug aller nach Lage und Boden oder aus sonstigen Gründen minder geeigneten Flächen auf eine anbaufähige Fläche von immerhin beachtenswerter Größe gerechnet werden.

Um die für die Organisation des Anbaues zu ergreifenden Maßnahmen, da die Einsaat i. A. schon in der zweiten Hälfte des Monats August begonnen

werden muß, rechtzeitig übersehen zu können, ersuche ich alsbald getrennt nach dem Bestände Erhebungen darüber anzustellen:

1. welche Schälwalbfläche im Sommer 1916 überhaupt zum Abtrieb gelangt ist,
2. welche Fläche hiervon nach Klima, Lage und Boden sich zum Anbau von Winterraps eignet.

Im Besonderen wären die Nachweisungen so einzurichten, daß auch die auf die engeren Erhebungsbezirke (Provinzen, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden, Forstreviere usw.) entfallenden Anteile ersehen werden können. Die für eine Aufschätzung minder geeigneter Flächen maßgebend gewesenen Gründe wären hierbei kurz zu erläutern.

Für den demnächst auszuführenden Anbau und die künftige Sicherstellung der Ernte werden die nachstehenden Gesichtspunkte zu beachten sein:

1. Die klimatischen Vorbedingungen sind als gegeben zu erachten, wenn der Boden einen gut entwickelten Eichenschälbestand getragen hat. Hierher wird in erster Linie die Mehrzahl der west- und süddeutschen Schälwalbgebiete mit einer mittleren Jahrestemperatur von 8–10° Celsius und sonnenreichen Tagen bis zu 400 m Höhe zu rechnen sein.

Aber auch noch in Mittel- und Ostdeutschland, z. B. Hannover, Sachsen, Schlesien werden noch vielfach sich eignende Standorte in milderen Tagen vertreten sein.

2. Hinsichtlich der Bodenbeschaffenheit beansprucht der Naps einen lockeren, hinreichend frischen, mit Humus gemischten, mineralfräftigen Boden. Nach den in dem Hauptverbreitungsgebieten des Eichenschälwalbes vornehmlich vertretenen Grundgestein (Tonsgiefer, Grauwacke, Kohlen sandstein, Kolliegenes, Bunt sandstein, Kalk, Borphyr u. a.) ist ein hinreichender Mineralgehalt zumeist vorhanden. Der Verwitterungsboden selbst befindet sich, sofern nur der Vorbestand hinreichend bestockt war, in der Regel in günstiger Verfassung, ist reich an Stickstoff und neigt in den auf den Abtrieb folgenden ersten Monaten noch wenig zu Unkrautwuchs. Eine mehr oder minder reichliche, lose Steinbemengung ist dem Gedeihen des Napses nicht hinderlich.

3. Die Kultur des Napses ist auf allen Böden dieser Art verhältnismäßig leicht und sicher ausführbar. Eine Düngung ist nicht erforderlich.

In den meisten Fällen genügt eine Auflockerung des Bodens mit eisernen Rechen, unter schwierigeren Verhältnissen unter Zuhilfenahme eines 3 zinkigen Karstes. Der Auflockerung muß die Einsaat, welche am besten breitwürfig mit 8–10 kg auf 1 ha ausgeführt wird, unmittelbar folgen. Der Samen wird alsdann mit eisernen Rechen leicht eingekratzt.

4. Die Kosten des Anbaues sind im Vergleich mit den selbstmäßigen Anbau sehr geringe. Der Bedarf an Arbeitskräften ist daher ebenfalls nicht erheblich. Frauen- und Kinderarbeit mit Unterstützung durch einige wenige männliche Arbeitskräfte dürfte ausreichend sein.

Bodenarbeit, Aussaat und Bedecken des Samens können im Mittel auf 20 Mk., der Wert des Saatguts auf 5 Mk., die Gesamtkosten der Bestellung somit auf 25 Mk. für 1 ha geschätzt werden.

5. Der Ernteertrag kann bei mäßiger Schätzung annähernd 25 Zentner Körner, 40 Zentner Stroh und 8 Zentner Schoten veranschlagt werden. Unter günstigen Verhältnissen werden Ernten bis zum 1½fachen Betrage der genannten Schätzung zu erwarten sein.

6. Für den Erntevollzug ist die richtige Bemessung der i. A. auf Ende Juni bis Anfang Juli fallenden Erntegel-

n wesentlicher Bedeutung. Der Samen darf nicht zu reif sein, da sonst beim Schnitt Verluste eintreten.

7. Was die dem Kapsanbau drohenden Schäden (ungünstige Winter, Erdstöße, Glanzläser, Pilzkrankheiten) anbetrifft, sind diese bei dem Anbau auf Schälwaldschlägen nicht größer, als auch bei feldmäßigen Anbau.

Was den Schaden durch Wild anbelangt, so wird diesem durch verstärkten Abschluß und Abwehrmaßnahmen (Verlappen, erwidern) rechtzeitig entgegen zu treten sein.

8. In forstwirtschaftlicher Beziehung ist der Kapsanbau als einmalige Nutzung auf frischen Schälschlägen unbedenklich.

Für die Organisation der Nutzung werden verschiedene Wege je nach dem Bestands und den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen einzuschlagen sein.

Die bei verhältnismäßig geringen Anbaukosten zu erwartenden günstigen Ernteerträge lassen die Uebernahme des Anbaues durch den Waldbesitzer selbst als in erster Linie geeignet erscheinen.

In den Kron- und Staatsforsten, ebenso in allen der Staatsaufsicht unterstellten Gemeinde- und Genossenschaftsforsten, sowie in den Stiftungsforsten dürften wesentliche Schwierigkeiten diesem Verfahren nicht entgegenstehen.

Auch für den Privatforstbesitz dürfte in den günstigen Umständen, welche der Kapsanbau als lohnende Zwischennutzung an sich schon eröffnet, ein hinreichender Anreiz gegeben sein, wenn gleichzeitig für eine sachgemäße Aufklärung, namentlich auch im forstlichen Kleinbesitz, durch alle beteiligten Behörden (Erlaß von Bekanntmachungen, Belehrungsartikel in den in den ländlichen Bezirken verbreiteten Zeitungen, Vorträge in den landwirtschaftlichen Vereinen, Mitwirkung der Lokal-Forstbeamten durch mündliche Werbearbeit u. a. m.) Sorge getragen wird.

Insofern sich in dem Bestands der Gemeinden, Genossenschaften, Stiftungen und besonders der Privaten Schwierigkeiten ergeben sollten, wird zu erwägen sein, inwieweit die Besitzer dazu bestimmt werden können, ihre diesjährigen Schälschläge gegen Gewährung eines angemessenen Nachzinses dem Staate befreit einmalige Nutzung zu Kapsanbau zur Verfügung zu stellen. Weiterhin wäre auch die kostenfreie Lieferung des Saatgutes an Private in Betracht zu ziehen, wenn diese zur Aussaat sich verpflichten und bereit erklären, daß bei entsprechendem Ausfall der Ernte die vorgelegten Kosten des Saatgutes ersetzt werden.

Was endlich die künftige Einbringung der Ernte anbetrifft, so wird besonders für die Kron- und Staatsforsten, erforderlichenfalls auch für die Gemeinde- und Genossenschaftsforsten, sowie auf den im Privatbesitz vom Staat in Pachtung genommenen Schlägen, der flächenweise Verkauf auf dem Heim zur Selbstgewinnung durch den Käufer zu empfehlen sein. Es bietet dieses Verfahren, wenn der Verkauf der Lose rechtzeitig vor Beginn der Samenreife erfolgt, den Vorteil, daß die Einbringung der Ernte im richtigen Zeitpunkt bei günstiger Witterung gesichert wird.

Ueber die Zuleitung der nächstjährigen Samenernte an die Oelmählen, die weitere Verwendung des gewonnenen Oels und der Delfuchen wird der Erlaß besonderer Bestimmungen vorbehalten.

Ueber die erörterten technischen, ökonomischen und organisatorischen Fragen sehe ich, insofern noch Zweifel obwalten sollten, weiteren Vorschlägen entgegen. Die Mitteilung der Erhebungen wird mit Rücksicht auf die kurze, bis zur Aussaat nur noch zur Verfügung stehende Zeit bis längstens zum 25. Juli 1916 erden.

Berlin, 29. Juni 1916.

In Vertretung: v. Braun.

E. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes an die Bundesregierungen.

Vetr. Samenbezug für Kapsanbau auf Eichen-
schälwaldschlägen usw.

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 29. Juni 1916 B. 934 ersuche ich ergebenst, daß für den Anbau von Winterraps erforderliche Saatgut baldmöglichst bei dem Kriegsausschuß für Oele und Fette in Berlin W 8, Französische Straße 63–65 anzufordern. Für die örtliche Verteilung des Saatgutes an die Besteller ist es erwünscht, daß Sammelstellen in den kommunalen Verbänden, Oberförstereien usw. eingerichtet werden, von denen die Samenmengen an die einzelnen Verwendungsstellen weitergeleitet werden. Diese Sammelstellen sind unter Angabe der für die bestimmten Samenmengen mit genauer Bezeichnung der Post und Bahnstation dem genannten Kriegsausschuß bei Anforderung des Bedarfs mitzuteilen.

Für die Berechnung des Samenbedarfs ist ein Höchstsatz von 8 Kilogramm auf 1 Hektar zu Grunde zu legen. Der Preis für ein Kilogramm beträgt 0,75 M. Hinsichtlich der dem Erzeuger zu Gute kommenden Vergünstigungen wird noch auf die Bestimmungen der „Bekanntmachung über den Verkehr mit Delbrüchten und daraus gewonnenen Produkten vom 15. Juli 1915“ (Reichs-Gesetzl. S. 438) und die „Bekanntmachung zur Aenderung derselben vom 26. Juli 1916“ (Reichs-Gesetzl. S. 595) besonders hingewiesen. Hiernach dürfen von der Ernte zur Herstellung von Nahrungsmitteln in der Hauswirtschaft des Lieferungspflichtigen bis zu 30 Kilogramm einbehalten werden. Außerdem werden dem Erzeuger, welchem auch die Käufer von Rapserten auf dem Heim besonders in den Staatsforsten, Gemeindeforsten usw. gleich zu achten sind, auf je 100 Kilogramm abgelieferten Samen auf Antrag für den eigenen Bedarf bis zu 35 Kilogramm Delfuchen von der Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte geliefert werden.

Bei der Ueberweisung des Saatgutes an die einzelnen Besteller wird noch darauf zu achten sein, daß der gelieferte Samen auch ausschließlich und vollständig für den Anbau, zu dem sich diese bereit erklärt haben, verwendet wird.

Berlin, 24. Juli 1916. In Vertretung: v. Braun.

F. Ueber die Bedeutung der Waldweide, Gras- und Futterlaubnutzung für die Viehhaltung im Kriege.

Von Professor Dr. Borgmann.¹⁾

Die in letzter Zeit mehrfach in der Tagesspresse — so u. a. in einem „Vieh in die Wälder“ übertrichenen Artikel in „Der Tag“ vom 11. Juni d. J., 1. Beiblatt — hervorgetretenen Anregungen zur Bänderung der bestehenden Futternot durch die Gewährung der Waldweide, Gras- und Futterlaubnutzung verkennen, so erwünscht auch eine ausgiebige Veranziehung der Futtermittel des Waldes für die Erhaltung der Viehbestände an sich ist, zumeist das Wesen und den wirklichen Wert der genannten Nutzungen und gelangen nicht selten zu Vorschlägen, die unausführbar sind.

So spricht z. B. der oben genannte Artikel von einem Futterreichtum der Wälder, der in ungeheuren Mengen jährlich zu Grunde geht, hunderttausende von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen könnten sich hier ernähren, aber niemand kümmere sich um diese zwecklos herangerufenen nationalen Schätze. Es sei eine sträfliche, unbegreifliche Vernachlässigung, die hier vorliege. Die Regierung habe zwar eine lauwarme Erlaubnis für den Waldweidetrieb gegeben, die Forstbeamten seien aber nicht überall besonders entgegenkommend, und die Landwirte betrieben die Sache auch

¹⁾ Forsttechnischer Referent im Kriegsernährungsamt.

nicht so, wie sie es verdient, weil die Stallfütterung bequemer und übersichtlicher sei.

Endlich betont der Artikel, daß auch auf diesem Gebiet eine sehr lohnende Aufgabe für Herren von Batocki zu liegen scheine.

So erheblich die in dem Artikel zu Tage tretende Ueberschätzung der Bedeutung der Waldweide, Gras- und Futterlaubnutzung ist, so ungerechtigt sind die gegen die beteiligten Behörden, wie gegen die Landwirte erhobenen Vorwürfe.

Daß im übrigen die Reichsregierung auch selbst der Frage der Nugharmhaltung der im gesamten deutschen Walde sich findenden Nähr- und Futterstoffe nach wie vor Rechnung zu tragen gesonnen ist, geht schon daraus hervor, daß für die Bearbeitung aller einschlägigen Fragen ein besonderes Referat für Forstwirtschaft in dem neu gebildeten Kriegsernährungsamt eingerichtet worden ist.

Durch die Verordnung des Bundesrats vom 13. April 1916 ist seither schon eine sogar zwangsweise Gewährung der Viehweide angeordnet worden, besondere Maßnahmen der Einzelstaaten zur Gewährung von Gras, Futterlaub und Waldweide sind ebenfalls getroffen.

Wenn es somit an einem Entgegenkommen der Behörden nicht gefehlt hat, so werden die Gründe für eine trotzdem in nur geringem Maße hervorgetretene Neigung der Landwirte, sich die Futtermittel des Waldes in größerem Maßstabe zu Nuge zu machen, in der Sache selbst zu suchen sein.

Was zunächst die Waldweide anbetrifft, so steht einer ausgiebigen Ausnutzung derselben in Zeiten der Not ein wesentliches Bedenken in forstwirtschaftlicher Beziehung nicht entgegen, wenn auch manche für den Wald damit verbundenen Nachteile und Schäden mit in Kauf genommen werden müssen. Daß alle Jungwüchse, welche vom Weidevieh meist stark zertreten und verbißen werden, ausgeschlossen werden müssen, ist eine billige Forderung im Interesse des Waldes selbst, über dessen Pflege als eines unserer wertvollsten nationalen Güter sich die Parteien sonst meist einig zu sein pflegen.

Die Schwierigkeiten der Waldweide liegen aber nicht in dem Wesen der Waldwirtschaft, sondern in den meist nur bedingten Erfolgen des Vieheintriebs selbst begründet. Die Möglichkeit einer ohne Nachteile für das einzutreibende Vieh zu betreibenden Waldweide beschränkt sich auf solche Lagen, in denen das Vieh einerseits gutes Grasfutter reichlich vorfindet, andererseits aber nicht zu weite Wege bis zu den Weideplätzen zurückzulegen hat.

Solche Fälle befinden sich aber in erheblicher Minderzahl. Hat das Vieh weite Wege zurückzulegen, so magert es meist ab, anstatt zuzunehmen, nicht selten treten sogar Verluste empfindlicher Natur ein.

Die Waldweide leistet außerdem der Verbreitung von Viehkrankheiten Vorschub, besonders wenn große Viehbestände, die seither nur an die Stallfütterung gewöhnt waren, in den Wald getrieben werden.

Vor allem ist aber hervorzuheben, daß die große Mehrzahl der im Walde wachsenden Gräser bei weitem nicht den Grad von Nährwert und Bekömmlichkeit besitzt, als die guten Gräser unserer Wiesen. Dazu kommt der Verlust bedeutender Mengen frischen Dingers, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen dringend von der Landwirtschaft benötigt wird.

Es ist undenkbar, hunderttausende von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen in den Wald zu treiben und sich von dieser Maßnahme auch nur den geringsten Vorteil zu versprechen. Im Großen ist ein Vieheintrieb aus den angeführten Gründen unausführbar. Inwiefern die Waldweide in Einzelfällen vor-

teilhaft ist, bestimmt sich somit vorwiegend aus den Verhältnissen des Waldes selbst wie nach seiner örtlichen Lage zu den einzelnen Viehwirtschaften.

Was die einzelnen Vieharten anbelangt, so kommen wesentlich nur Rindvieh und Schafe in Betracht. Der Eintrieb von Ziegen ist mit Rücksicht auf den ungewöhnlich großen Schaden, den diese Viehgattung im Walde verursacht, nur in Ausnahmefällen zulässig.

Der Schweineeintrieb würde vom forstwirtschaftlichen Standpunkt nur zu begrüßen sein, da hierdurch zahlreiche Forstschädlinge vernichtet werden.

Leider aber bieten sich geeignete Weidestellen für das Schweinefleisch ebenfalls nur in selteneren Fällen. Die betreffenden Orte müssen wiederum günstig gelegen sein und zugleich ausgiebige Nährstoffe an Waldbrüchten, Gras, Wurzeln, Blätter, Rinden, Puppen usw. bieten, wenn die Schweine nicht alsbald abmagern und erkranken sollen.

Die große Mehrzahl unserer heutigen Züchtungen ist jedoch für die Waldweide nicht mehr geeignet und diese Vieh zu erlernen auch nicht mehr befähigt. Man wird es den Landwirten daher nicht verargen können, wenn sie bei dem tatsächlichen Wert der Waldweide diese nur von Fall zu Fall in Anspruch zu nehmen geneigt sind.

Nicht anders steht es auch mit der Gras- und Futterlaubnutzung im Walde.

Die Gräserlei beschränkt sich meist nur auf die guten Gräser an Wald- und Begerändern, an Gewässern und auf den kleineren Waldwiesen selbst. Eine förmliche Heugewinnung von Waldgräsern im Großen ist undurchführbar, da unter den beschattenden Kronenschirme der Holzbestände eine sichere Trocknung des gewonnenen Grases nicht möglich ist.

Die Futterlaubgewinnung ist, wenn auch zu richtigen Zeit gewonnenes und bei sonnigem Wetter rasch getrocknetes Futterlaub bestimmter Laubholzarten ein wertvolles Futtermittel abgibt, ebenfalls mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft. Einmal sind die geeigneten Holzarten nicht überall im Walde vertreten, zum anderen gehören hinreichende Arbeitskräfte dazu, da nur rasch getrocknetes und sicher eingebrachtes Laubheu sich aufbewahren läßt.

Also auch hier wird nur von Fall zu Fall die Nutzung des Futterlaubes im Walde ausführbar sein.

Bei allen drei Verfahren — Waldweide, Gras, Futterlaub — tritt somit eine erhebliche Beschränkung der Ausnutzungsmöglichkeit hervor, und zwar zumelst aus Gründen, die dem Fernstehenden weniger bekannt sind.

Im Vorjahre lag eine große Futternot vor. Die gewachsenen Futtervorräte reichten für die Erhaltung des Viehstandes nicht aus. Trotzdem wurden die angebotenen Futtermittel des Waldes aus den genannten Gründen nur wenig in Anspruch genommen.

In diesem Jahre sind unsere Viehbestände wesentlich zusammengeschmolzen, es mußten des Futtermangels wegen umfangreiche Schlachtungen vorgenommen werden — gleichzeitig ist aber eine reiche Futterernte heute in Deutschland herangewachsen, so daß künftig mehr Futter zur Verfügung stehen wird, als von unserem Viehbestand aufgenommen werden kann.

Unter solchen Umständen erscheint der Ruf nach Deffnung des Waldes für Weide-, Gras- und Futterlaubnutzung gerade in diesem Jahr nicht sehr aussichtsreich. Daß an den hohen Fleischpreisen die vorjährige Futternot und die unzureichende Erschließung der Waldweide, Gras- und Futterlaubnutzung schuld sein soll, wie in dem eingangs-

nannten Artikel im „Tag“ vom 11. Juni d. J. gesagt wird, nicht stichhaltig.

Nicht die bestehende Futternot, sondern der bestehende Viehmangel ist die Ursache der gegenwärtigen hohen Fleischpreise. Die reiche Futterernte dieses Jahres eröffnet aber, im Verein mit der opferwilligen Mitarbeit des ganzen deutschen Volkes in der Einsparung von Fleisch, die Aussicht, einen auskömmlichen Viehbestand allmählich wieder heranwachsen zu lassen und die künftige Fleischversorgung sicher zu stellen. (Mitteilungen aus dem Kriegs-Ernährungsamt Nr. 188.)

Ueber die Bedeutung des Wildes für die Volksernährung im Kriege.

Von Professor Dr. Borgmann.¹⁾

Die in letzter Zeit mehrfach in der Tagespresse hervorgetretenen Anregungen zur Nuklearmachung der Wildbestände für die Volksernährung lassen es erwünscht erscheinen, über das Wesen und die Bedeutung der Jagdnutzung, sowie über deren Organisation in der gegenwärtigen Kriegszeit die nachstehenden Ausführungen zur Aufklärung weiterer Kreise folgen zu lassen. Es erscheint dies um so notwendiger, als neben einer Anzahl durchaus berechtigter Wünsche sich häufig Vorschläge finden, welche infolge mangelnder Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse meist zu Forderungen zu führen pflegen, die ebenso wenig die erstrebte Verbesserung der Fleischversorgung zu erreichen, als die Möglichkeit einer erfolgreichen Durchführung überhaupt zu eröffnen geeignet sind. Daß das Kriegsernährungsamt alle einschlägigen Fragen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Bundesstaaten verschiednen liegenden jagdlichen Verhältnisse prüfen und vorsorglich ordnen wird, kann nicht zweifelhaft sein.

Das für die Volksernährung in Frage kommende Wild verteilt sich auf eine Fläche des Deutschen Reiches von 54 Millionen Hektar, von welcher 14 Millionen Hektar oder rund $\frac{1}{4}$ auf die Waldfläche entfallen. Hieraus ist ersichtlich, daß neben dem Wald die landwirtschaftlich benutzte dreimal größere Fläche einen sehr erheblichen Beitrag zur Wildversorgung, namentlich an Rehwild, Hasen, Fasanen, Rebhühnern usw. leistet.

Meist werden jedoch die auf verstärkten Wildabschuß gerichteten Forderungen ausschließlich an den Wald gerichtet.

Das Innere großer zusammenhängender Waldungen ist aber, zumal im Gebirge, sowohl an Wildarten als an Stückzahl meist erheblich ärmer, als die Randgebiete des Waldes und der in der Gemengelage mit der Feldflur liegende, parzellierte Wald.

Wer von einzelnen gewiß oft ansehnlichen Jagdergebnissen aus klimatisch und kulturell besonders begünstigten Gebieten der letztgenannten Art auf die gesamte forst- und landwirtschaftliche Fläche des Deutschen Reiches schließen wollte, würde zu einer erheblichen Überschätzung unserer Wildbestände kommen.

In der Tat ist das alljährlich zur Strecke kommende Wild nur mit rund $\frac{1}{2}$ Prozent an der gesamten Fleischversorgung beteiligt. Selbst eine Steigerung des Abschusses auf das dreifache, was bereits einer Vernichtung der gesamten Wildbestände gleichkommen würde, könnte noch keinen nennenswerten Einfluß auf die Fleischversorgung ausüben.

Daß bei der heute in Feld und Wald ständig sich steigenden Intensität der Bodenkultur das Wild, namentlich das kleine Wild (Rotwild, Damwild, Rehwild, Schwarzwild) mehr

und mehr zurückgedrängt wird, ist jedem Sachkenner zur Genüge bekannt.

Die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen über die Verhütung des Wildschadens spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Ein wirklich ins Gewicht fallender Wildschaden an Feldfrüchten ist jedoch im Allgemeinen nur beim Rot-, Dam- und Schwarzwild und unter besonderen Verhältnissen auch beim Fasan, der sonst durch Vertilgung von Schnecken, Insekten und dergleichen großen Nutzen stiftet, zu verzeichnen. Der Schaden durch Rehwild und Hasen ist, von ebenfalls meist nur geringfügigen Einzelfällen abgesehen, unerheblich.

Wie häufig der Umfang eines für vorliegend erachteten Wildschadens überschätzt wird, zeigte die von den meisten Bundesregierungen vorgesehene Schadenfeststellung zur Zeit der Ernte. Der Schaden ist dann meist sehr viel geringer, als man anfangs angenommen hatte, häufig sogar überhaupt nicht mehr nachweisbar.

Erhebliche Schäden, wie sie fast nur durch Rot- und Schwarzwild verursacht wurden, können natürlich nicht hingenommen werden.

In der jetzigen Kriegszeit kann es auch nicht als eine zufriedenstellende Regelung erachtet werden, wenn der Geschädigte mit Geld abgefunden wird.

Es kommt darauf an, die Früchte des Feldes zu schützen und ihren unverkürzten Ertrag für die Volksernährung sicher zu stellen. Hierfür bieten die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen an sich schon eine genügende Handhabe, so durch Aufhebung der Schonzeit, verstärkten Abschuß, Abgatterung des Wildes oder sonstige Mittel, die Entziehung von Wildschaden zu verhüten. Daß auf eine wirksame Anwendung dieser gesetzlichen Handhaben von maßgebender Stelle seither schon Wert gelegt worden ist, geht aus den von fast allen Bundesstaaten inzwischen erlassenen besonderen Verordnungen über verstärkten Wildabschuß, Wildschadenverhütung u. a. mehr deutlich hervor.

Einzelfälle von Wildschäden werden auch bei gesteigertem Abschuß noch immer verbleiben. Daß aber, wie mehrfach behauptet wird, der Wildschaden seit dem Ausbruch des Krieges in erheblicher Zunahme begriffen sei, ist nicht zutreffend.

Wäre es ferner überhaupt möglich, die Höhe des alljährlich in ganz Deutschland eintretenden Wildschadens festzustellen, so würde im Verhältnis zur Gesamternte eine so verschwindend kleine Ziffer zu Tage kommen, daß ihr füglich eine Bedeutung für die Volksernährung nicht würde zugesprochen werden können.

Daß ein stärkerer Wildschaden im Einzelfall recht empfindlich sein kann, steht außer Zweifel. In allen solchen Fällen darf aber auf ein entsprechendes Eingreifen der Behörden jederzeit gerechnet werden.

Unsere Wildbestände etwa aus Anlaß eines übermäßigen Wildschadens abzuschließen, dafür liegt mithin ebenfalls ein triftiger Grund nicht vor.

Ein einmal zusammengegangener Wildbestand bedarf vieler Jahre der größten Schonung und Pflege, bis er soweit herangewachsen ist, daß er wieder Erträge abzuwerfen beginnt. In vielen Fällen wird seine Hebung überhaupt nicht mehr möglich sein.

Wer sein Haus gut bestellt wissen will, wird nicht vom Kapital, sondern vom Ertrag leben, sonst geht er alsbald dem wirtschaftlichen Ruin entgegen.

Wie das Kapital unserer Viehbestände heute durch die Futternot des vorigen Jahres zusammengeschmolzen ist, so daß es heute kaum noch den dringlichsten Bedarf für die Fleischversorgung zu liefern vermag, ebenso würden wir auch mit unseren

¹⁾ Forsttechnischer Referent im Kriegsernährungsamt.

Wildbeständen bald vor dem Nichts stehen, wollten wir den oft weit über das Ziel hinausgehenden Forderungen auf rücksichtslosen Wildabschuß nachgeben.

Wenn Wald und Feld jährlich Wild liefern soll, so muß ein gewisses Wildvorratskapital ständig vorhanden sein, dessen normaler jährlicher Zuwachs den Gegenstand der Nutzung bildet. Dieses Kapital soll auf sein günstigstes Maß bemessen sein, d. h. auf höchstmöglichen Ertrag bei geringstem Produktionsaufwand, d. h. für die Frage der Volksernährung bei einem Mindestmaß von Wildschaden.

Ist solches Kapital an Wildbeständen örtlich im Uebermaß vorhanden, so liegt ein unwirtschaftlicher Zustand vor. Dasselbe ist also durch Abschuß überschüssigen Wildes, wozu namentlich auch der Abschuß kranker Wildes zu rechnen ist, auf sein günstigstes Maß zurückzuführen.

Darauf zielen auch alle seither erlassenen Verordnungen der Einzelstaaten ab. Daß hierbei in unserer jetzigen Lage erheblich weiter gegangen werden muß als im Frieden, ist selbstverständlich.

Alle unvermittelt und jäh einschneidenden Maßnahmen pflegen vom Uebel zu sein.

Welche Wildmengen würden jetzt allein in der heißen Jahreszeit verderben, wenn plötzlich große Massen abgeschossen und auf den Markt geworfen würden. Es müßten förmliche Jagdkommandos von zumelst Nichtjägern für den Wildabschuß gebildet werden. Wie manches Stück würde mit schlechtem Schuß im Walde eingehen und verludern, oder, wenn es noch zur Strecke gebracht wird, stark entwertet und dem Verderben auf dem Transport ausgesetzt sein.

Es wird ferner ein wesentlicher Punkt bei der Versorgung mit Wild oft gänzlich übersehen: Wildfleisch ist Magerfleisch, zu seiner Zubereitung gehört Fett.

Wir leiden aber nicht so sehr unter dem Mangel an Fleisch, als unter dem Mangel an Fett.

Diesem Umstand ist seither mehrfach in den schon erlassenen Verordnungen der Einzelstaaten Rechnung getragen, z. B. derart, daß von Wildfleisch etwa die doppelte Menge gewährt wird, als von Rind-, Schweinefleisch usw.

Daß das stärkere Wild (Rot-, Dam-, Rehwild, Schwarzwild, Fasan) in die Fleischkarte unter Festsetzung von Höchstpreisen mit einbezogen wird, ist im Interesse einer sparsamen Wirtschaft, wie sie bis auf Weiteres noch geboten ist, notwendig. Zugleich wird auf diese Weise vor allem auch den minderbemittelten Kreisen des Volkes der Wildmarkt erschlossen, zumal wenn auf eine Fleischkarte die doppelte Menge bezogen werden kann.

Eine angemessene Höchstpreisfestsetzung gibt außerdem den Anreiz für verstärkten Wildabschuß, besonders im Privatbesitz, in den Eigenjagdbezirken sowohl wie in den öffentlich meistbietend verpachteten gemeinschaftlichen Jagdbezirken. Wilde Kaninchen und Wildgeflügel bleiben marktfrei.

Es ist nur zu begreiflich, daß in den Zeiten der Not auch die Vorschläge für eine gesteigerte Wildnutzung in buntem Wechsel hervortreten und vielfach zu Extremen gelangen, wie z. B. die Forderungen einer allgemeinen Öffnung des Waldes für alle möglichen Nutzungen, die man für aussichtsvoll hält, die es aber in der Regel nur in beschränktem Maße sein können. (Mitteilungen aus dem Kriegs-Ernährungsamt N. 189).

H. Das vorläufige Festnahmerecht der Forstbeamten

Urteil des Reichsgerichts vom 15. Juni 1915.

Der Fabrikarbeiter Heinrich Harmeling ist am 24. Februar 1915 vom Landgericht Verden von der Anklage des Forstwiderstandes (§ 117 StGB.) und der Bedrohung (§ 24 StGB.) freigesprochen worden. Am 23. Februar 1914 beobachtete der Kgl. Förster Erbes auf einem Nebtergang, woher ihm persönlich unbekannte Harmeling mit einem Messer in der Hand aus einer Tannenschonung hervorkam, während die Ehefrau Harmeling etwas in einen Sack steckte. Als Erbes der sofortigen einen Forstfrevler vermutete, nach dem Inhalt des Sackes fragte, erwiderte H., er wolle ein Ferkel kaufen. Darauf darauf selber nach, fand in dem Sack einen frisch abgeschnittenden jungen Tannbaum und forderte nun von H. die Angabe seines Namens, was H. aber verweigerte. Inzwischen kam ein Walbarbeiter herbei und rief dem Förster zu: „Das ist Harmeling; den kenne ich ja!“ Nunmehr mußte also Harmeling den Zunamen des Forstfrevlers, wollte aber noch den Vornamen erfahren und machte Miene, den H. zu verhaften und zur Polizei zu bringen, als er die Namensangabe verweigerte. Hierbei kam es zwischen beiden zu einem Ringen. Als H. sein Messer zog und den Beamten bedrohte, ließ dieser den H. laufen. — Die Strafkammer hielt nicht für erwiesen, daß H. in der rechtmäßigen Ausübung seines Forstschutzwiderstandes gewalttätigen Widerstand geleistet hat. Eine rechtmäßige Amtsausübung liege nicht vor. Der Förster dürfe nach den Strafprozeßvorschriften nur dann zur vorläufigen Festnahme eines unbekannten Verdächtigen schreiten, wenn dieser die Namensnennung verweigere oder falsche angebe. Da nun H. den Namen des H. von dem Walbarbeiter glaubhaft erfahren habe, sei kein Anlaß gewesen, den H. noch weiter festzuhalten und ihn auch den Vornamen abzuverlangen. Solche Einzelheiten hätten H. auch anderswie erfahren können. Die weitere Festhaltung des H. stelle daher eine Ueberschreitung der Amtsgewalt dar, gegen die sich H. mit Recht gewehrt habe. Daher falle ihm schließlich auch keine Bedrohung zur Last, wenn er den unberechtigten Angriff des Försters auf seine Freiheit durch Zücken des Messers abgewehrt habe.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob jetzt das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück: Die Strafkammer hat den Begriff der rechtmäßigen Amtsausübung verkannt. Für deren Nachweis genügt, daß der Beamte bei der Vornahme einer innerhalb seiner gesetzlichen Zuständigkeit liegenden Handlung, also auch bei der vorläufigen Festnahme, sich nach pflichtmäßigem Ermessen zum Einschreiten berechtigt glaubt. Hier hatte allein der Förster E. zu entscheiden, ob der Jurf des Walbarbeiters die Namensangabe ersetzte oder dieselbe doch noch mittels der vorläufigen Festnahme zu erzwingen war. Bei der Nachprüfung ist zu beachten, daß nach § 41 der Dienstinstruktion für preussische Forstbeamte vom 20. Oktober 1868 der Förster vor festgenommenen Forstfrevler genaueste Angaben des Namens, Wohnortes und Standes verlangen darf und muß. (Urteil vom 2 D. 198/15.) (Sächs. Korrespondenz, G. m. b. H. Leipzig.)

I. Der Forstverein für das Großherzogtum Hessen

wird auch im Jahre 1916 keine Versammlung abhalten.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Oktober 1916.

Bedenken über Vereinfachung und Einsparung der badischen Forst- und Domänenverwal- tung (aus dem Kriegsjahr 1916).

Von Forstrat **Rönige-Heibelberg.**

Seit einer Reihe von Jahren ist in immer weitere Reife die Empfindung gedungen, daß die meisten Zweige unserer öffentlichen Verwaltungen zu sachlich ungerechtfertigt großen Beamtenkörpern ausgewachsen sind, die übermäßig an den Kräften des Landes zehren. Dieser Auffassung ist in den Volksvertretungen, namentlich der süddeutschen Staaten wiederholt Ausdruck gegeben und von den Regierungen nicht widersprochen worden. Die gleiche Ursache aber, die diese ungesunde Answellung hervorgerufen — Rücksichten auf Sonderinteressen zu gunsten kleiner Minderheiten, seien es einzelne Personen oder Berufsgruppen, seien es Anstalten, Gemeinden oder Parteien — haben bisher jede wirksame Maßregel zur Gesundung verhindert. Kammern wie Regierungen schielten sich diesen Verhältnissen gegenüber mehr oder minder machtlos. Der Staat d. h. die Gesamtheit trug die von Einzelteilen zu ihren Gunsten beanspruchten Aufwendungen, auch wo er sie für überflüssig hielt, als Zugusausgabe. Diese Nachgiebigkeit fand ihre Erklärung, wohl auch ihre teilweise Entschuldigung in der verhältnismäßigen Wichtigkeit, womit die erforderlichen Mittel aufgebracht werden konnten, in der Schwere, mit der wünschenswerte Vereinfachungen die in übergroßer Anzahl angenommenen Beamtenanwärter wie einzelne Gemeinden kosten mußte, und in dem kaum abzuwehrenden weiteren Aufwand zur Beamtenlaufbahn.

Der Krieg hat die Lage gänzlich geändert. Das Land wird auf ein Menschenalter hinaus ungeheure Lasten tragen und abtragen müssen. Die Zahl der zur Arbeit leistenden Bevölkerung ist zusammengeschmolzen. Geld, Stoff und Menschenkraft dürfen überall nur noch auf wirtschaftlichster Weise verwendet werden. Zur Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Volks in seiner Gesamtheit müssen alle bisher auf einzelne Teile genommenen Rücksichten, soweit sie dem widersprechen, dem kategorischen Imperativ weichen. Alles drängt auf eine wesentliche Vereinfachung der öffentlichen Verwal-

tung ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Leider hat der Krieg auch solche Schäden namentlich in der jüngeren Beamenschaft gerissen, daß eine Verringerung des Beamtenkörpers persönliche Härten nicht in solchem Maße bringen wird, wie dies bei Andauer der Friedenszeit der Fall gewesen wäre. Je zeitiger das Eingreifen, um so leichter die Durchführung. Alle Verwaltungszweige werden einer genauen und strengen Durchsicht unterzogen werden müssen, die einen nach ihrer Gliederung im allgemeinen, andere mehr nach Einsparungen im einzelnen.

Zu den ersteren dürfte in Baden wohl auch die Forst- und Domänenverwaltung gehören. Schon seit langem steht die Frage der Vereinfachung, Zusammenlegung und Verbilligung dieser Verwaltung zu besonders eingehender Erörterung. Darüber, daß eine solche sehr wünschenswert sei, war man sich einig, nur gegen das „Wie“ wurden von der Regierung Bedenken erhoben. Aufhebung der Domänenämter und Vergrößerung der Forstämter, Angliederung der Forst- und Domänen-direktion an das Finanzministerium wurden vorgeschlagen; zu nichts konnte man sich entschließen, teils aus sachlichen, teils aus beamtenpolitischen Bedenken, teils aus persönlichen Rücksichten. Heute müssen auch lieb gewordene Einrichtungen und kleinere Bedenken unbedingt dem einen großen Ziel geopfert werden. Die Lage schreit geradezu nach einer erneuten Erörterung und endgiltigen Lösung dieser Frage. Darin mögen die nachfolgenden Ausführungen ihre Begründung und Rechtfertigung finden.

I. Umfang und staatswirtschaftliche Bedeutung des bad. Domänenbesitzes.

Der Domänenbesitz umfaßt folgende Eigenschaften:

1. Wald (Forstdomänen) — ohne die der Zivilliste zugewiesenen 4911 ha — innerhalb Badens 95 828 ha
außerhalb „ 330 „
96 158 ha

2. Zehmes Gelände (Kameraldomänen)
(die Kameraldomänen 1906, Stand 1900)

Gärten 76 ha

Acker 8 816 „

zu übertragen . . . 8 892 ha

Uebertrag	8 892 ha	
Wiesen	7 860 ha	
Neben	28 "	
Weid- und Reutefeld	419 "	
Debungen	990 "	18 189 ha
		114347 ha

(Die Fläche der Kameraldomänen ist bis 1913 auf 17 592 ha zurückgegangen)

3. Grundstößgebäude 360,

4. Staatsbrauerei Rothaus,

Dazu kommen eine Anzahl Berechtigungen, wie Fischereien und dgl.

Die auf dem Domänenbesitz ruhenden Lasten sind — meist kirchliche — Baulasten, Pfarrkompetenzen, Aufwand für 2 Kolonien, Unterhaltung öffentlicher Wege, Umlagen und dgl.

Im Staatsvoranschlag erscheint die Forst- und Domänenverwaltung:

in Einnahme (Haushalt 1915/16 Friedenshaushalt)

	Million Mk.	%
aus Wald	9,28	75
„ Kameraldomänen (zahn. Gel.).	1,66	14
„ Staatsbrauerei	0,72	6
„ Gebäuden, Berechtigungen und dgl.	0,61	5
zusammen	12,27	100

in Ausgabe (neuester Stand 1916/17)

Zentralverwaltung	0,32	4
Bez. Forstverwaltung	3,71	50
„ Domänenverwaltung	1,23	16
Allgem. Verwaltungsausgaben	0,37	5
Abgaben und Lasten	1,82	25
zusammen	7,45	100

Von den Liegenschaften sind zur Zeit (1916/17)

	im Selbstbetrieb		verpachtet	
	ha	%	ha	%
Wald	96 158	100	—	—
Kameraldomänen	4 460	21	12 030	79

Die Einnahmen ohne Berücksichtigung der allgemeinen Verwaltungskosten sind auf 1 ha

	roh	rein
im Selbstbetrieb: Wald (1913)	95 Mk.	61 Mk.
Wiesen u. Acker	138 "	105 "
verpachtet		
Hofgüter	55 "	—
Stückgüter	87 "	—

II. Gliederung der Verwaltung.

Die Oberleitung der Staatsforst-, der Domänen- und der Salinenverwaltung ist in der „Forst- und Domänenverwaltung“ vereinigt. Diese untersteht als selbstständige Mittelstelle dem Ministerium der Finan-

zen. Die Staatsforstverwaltung umfaßt neben dem staatlichen Forstbetrieb die Bewirtschaftung der Domänenwald an Umfang um das 2 1/2 fache übertragenden Gemeinden und Körperschaftswaldungen und die Ausübung der Forstpolizei.

An der Spitze der Forst- und Domänenverwaltung steht ein juristisch gebildeter Verwaltungsbeamter als Direktor. Als forsttechnischer Berater steht ihm ein Forstmann als vorsitzender Rat der forstlichen Abteilung zur Seite. An Referenten sind vorhanden 7 forstliche, 4 kameralistische, 1 Verwaltungsjurist, 1 Beamter. Diese gliedern sich in eine forstliche und eine sogen. wirtschaftliche Abteilung, treten aber auch als gemeinsames Kollegium zusammen. Die Geschäftsführung war ursprünglich eine kollegiale, heute ist es nur noch der Form nach, sachlich unterscheidet sich kaum mehr von der bürokratischen. Der Referent im Ministerium ist Finanztechniker. Die Forstverwaltung hat dort keinen Vertreter.

Die Bezirksverwaltung ist zweiteilig, jedoch ist die ursprünglich strenge Trennung zwischen Forstdomänen- und Kameraldomänenverwaltung verwischt.

1. Die Bezirksforstverwaltung: Geschäftskreis

- a) als Domänenbehörde: Verwaltung und Bewirtschaftung des staatlichen Waldbesitzes und des kleineren Teiles der Kameraldomänen der zugehörigen Gebäude und Fischereien.
- b) als Staatsforstbehörde: Beförderung aller Gemeinde- und Körperschaftswaldungen, Ausübung der Forstpolizei in sämtlichen Waldungen, sachverständige Behörde in Jagdangelegenheiten.

2. Die Bezirksdomänenverwaltung: Geschäftskreis

- a) als Kassen- und Rechnungsbehörde: Führung der Kasse und Gelbrechnung für die Forst- und Domänenverwaltung, Betreibungsweisen.
- b) Als Verwaltungsbehörde: Verwaltung und teilweise Bewirtschaftung des Hauptteils der Kameraldomänen, Fischereien und dergl. Betrieb der Staatsbrauerei Rothaus.

Sie wird ausgeübt von

- a) reinen „Domänenämtern“ mit ausschließlichem Domänendienst (13 Stellen).
- b) Finanzämtern und Hauptsteuerämtern (3 + 4 = 7 Stellen) die den Domänendienst neben ihrer Hauptaufgabe, dem allgemeinen Finanz- und Zolldienst, befragen und der Zoll- und Steuerrichtung unterstehen.
- c) Forstämtern (etwa 68), wie schon bei der Bezirksforstverwaltung angegeben (davon 42 mit über 5 ha, 36 mit über 10 ha, 11 mit über 100 ha, Bonndorf mit über 600 ha).

I. Allgemeine Verwaltungsgrundsätze, Vor- und Ausbildung der Beamten.

a) Forstverwaltung.

Der Schwerpunkt der Verwaltung liegt in den mit hoher Selbständigkeit ausgestatteten Bezirksstellen. Zentralisiert ist lediglich Forsteinrichtung, Statistik und Vermessung. Ursprünglich sollten bei den Forstämtern grundsätzlich alle, auch die rein mechanischen Arbeiten von Oberbeamten oder Oberbeamtenhelfern ausgeführt werden. Und heute noch muß der Forstmeister oder der zweite Beamte die volle persönliche Verantwortung für alle Schreibarbeit tragen. Den ersten Beamten sind zweite Beamte (Forstamtmänner), Forstgehilfen aus dem Afforenstand, teilweise auch „Schreibforstwärter“, zugeteilt.

b) Domänenverwaltung.

Alle wichtigeren Angelegenheiten werden von der Zentralstelle aus bearbeitet. Die Bezirksstellen unterliegen einer genauen, bis ins einzelne gehenden Leitung und Aufsicht. Alle untergeordneten und Kassengeschäfte, die die Buchhaltung sind besonderen mittleren Beamten unter eigener Verantwortlichkeit übertragen. Die Hauptaufgabe der Oberbeamten ist ausgesprochenenmaßen die Bewirtschaftung der in Selbstbetrieb stehenden Verwaltungen. Im übrigen sollen sie nur die Dienstaufsicht führen.

Der Inspektionsbezirk eines „Forstrats“ umfaßt durchschnittlich 15 Forstämter mit 50 000 ha beförsteter Waldbungen und etwa 130 ha Wiesen im Selbstbetrieb, einer eines „Domänenrats“ 5 Bezirksstellen und 340 ha Güter im Selbstbetrieb.

Die Oberbeamten sowohl der Forst- wie der Domänenverwaltung haben gleichwertige, volle akademische Bildung.

Die forstliche Ausbildung beruht auf volkswirtschaft-

licher und mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundlage und umfaßt neben diesen und den forstlichen Fächern Finanzwissenschaft, Rechtskunde, Landwirtschaft (insbesondere sind darin vorgeschrieben Wiesen- und Obstbau, Düngerlehre), Fischerei und Fischzucht und forstliche Hochbaukunde.

Die Domänenbeamten werden aus der Zahl der Finanzbeamten entnommen. Ihre akademische Ausbildung ist die der Verwaltungsbeamten und Richter. In der späteren Staatsprüfung ist als Wahl- und Nebenfach Landwirtschaftslehre unter Beschränkung auf Dünger-, Pflanzenproduktions- und Betriebslehre freigestellt. Ein Studiennachweis darüber wird nicht verlangt.

Mittlere und technisch gebildete Unterbeamte gibt es bei der Forstverwaltung nicht. Die wenigen Schreibforstwärter werden aus den Forstwarten des äußeren Dienstes entnommen und haben, wie diese als einfache Waldbarbeiter eingestellt, keinerlei besondere Vorbildung. Als Forstwärter erhalten sie in einem 8wöchigen sog. Forstwartskurs eine Auffrischung der Volksschulkenntnisse und Einführung in die einfachsten Regeln der forstlichen Arbeiten. Sie stehen mit den Forstwarten in der untersten Klasse der Unterbeamten.

Die mittleren und Unterbeamten in der Domänenverwaltung gehören zu den Beamten der allgemeinen Finanzverwaltung, haben zumeist eine besondere Vor- und Berufsbildung und sind dementsprechend in die höheren Unterlassen des Gehaltsstarifs eingereiht. Die Beamten sind voll genügend mit solchen ausgestattet.

IV. Größe und betriebliche Bedeutung der Bezirksstellen.

a) Für den Forstdienst.

Es gibt 99 landesherrliche Forstämter. Dazu 4 städtische und ein Hofforstamt, die hier außer Betracht bleiben.

Diese landesherrlichen Forstämter haben sich mit folgenden Waldbungen zu befassen:

	Gesamtfläche ha	Durchschnittsfläche eines Forstamts ha
Domänenwald, Holzbodenfläche	94 200	952
Gemeinde und Körperschaften, Holzbodenfläche	263 200	2 648
Privatwald, Gesamtfläche	208 500	2 106
zusammen	565 900	5 706

Die Privatwaldbungen kommen nur für die forstpolizeiliche Tätigkeit in Betracht, verursachen daher im allgemeinen keine nennenswerte Arbeit. Das Arbeitsfeld der Forstämter ist in der Hauptsache der Staats- und Gemeinewald und danach ist die Inanspruchnahme der einzelnen Stelle zu bemessen. Aber auch hier ist die Aufgabe der Forstämter verschieden. Nur in den Domänenwaldbungen haben sie die volle Betriebsleitung, Bewirtschaftung und Verwaltung. In den Gemeinde- und Körperschaftswaldbungen haben sie sich mit der „Beförderung“, d. h. mit der forsttechnischen

Bewirtschaftung zu befassen. Die eigentliche Verwaltung und der ganze geldliche Teil der Bewirtschaftung, wie Verwertung der Walberzeugnisse, Einstellung und Entlohnung der Arbeiter und dergl. ist Sache des Walbeigentümers. Das Forstamt wirkt dabei nur beratend mit. Aber auch der forsttechnische Teil der Bewirtschaftung bietet hier in der Regel nicht die gleiche Möglichkeit einer so vielseitigen, tiefgehenden Ausgestaltung wie der Domänenbetrieb. Die Art der Zurichtung und Verwendung des Holzes ist meist an bestimmte Abgaben (Sabbholz) gebunden und schwerfällig,

dem Eigentümer fehlt vielfach Verständnis und Neigung, oft auch die Möglichkeit mehr für die Waldbirtschaft aufzuwenden, als unbedingt erforderlich ist und gesetzlich erzwungen werden kann. Dazu kommt die Schwierigkeit der Arbeiterfrage, der Mangel an brauchbarem Wirtschaftsvollzugspersonal und die Zersplitterung des Besitzes. Die Ausstattung der Forstämter mit Waldbflächen schlechthin gibt daher keinen Aufschluß über ihr Tätigkeitsfeld. Die Flächen müssen vielmehr auf einheitliche Vergleichsgrößen zurückgeführt werden. Diese Vergleichsgrößeneinheit kann nur die Flächeneinheit des in vollem Betrieb behandelten Domänenwaldes sein, d. h. der Vollbetriebshektar (V. b. ha). Der beförsterte Gemeindewald muß dahin umgewertet werden.

Die amtliche Forststatistik 1913 gibt dazu den Schlüssel. Sie verteilt den Aufwand für die Bezirksforstverwaltung auf das ha Domänenwald mit 4,28 Mk., auf das ha Gemeindewald mit 1,84 Mk. D. h. in den Verwaltungskosten, und darin findet der Arbeitsaufwand seinen Ausdruck, stehen 2,3 ha Gemeindewald 1 ha Domänenwald oder 1 V. b. ha gleich. Bei dieser Einschätzung dürfte aber wohl der Wunsch mitgewirkt haben, den Unterschied zwischen der den Waldeigentümern auferlegten Beförsterungssteuer von nur 1,05 Mk. je ha und dem tatsächlichen Aufwand, den der Staat (das Domänenärar) aufzulegen hat, nicht allzu hoch erscheinen zu lassen. In Wirklichkeit ist der Unterschied im Arbeitsaufwand geringer. Die Annahme eines Verhältnisses von 2:3 oder 1:1½ dürfte den tatsächlichen Verhältnissen näher kommen. Hiernach wären 1½ ha beförsteter Wald = 1 V. b. ha zu setzen.

Auf solche Vollbetriebsfläche zurückgeführt berechnen sich die Betriebsflächen der Forstämter

	im ganzen V. b. ha	für 1 Amt V. b. ha
Domänenwald	94 200	952
Gemeinde- usw. wald	175 500	1 770
	269 700	2 722,
	rund	2 700 ha.

Die Größe der einzelnen Forstbetriebe und der Forstämter ist sehr unterschiedlich. Wie sich die Betriebe unter die Klassen der Zwerg-, Klein-, Mittel- und Großbetriebe verteilen, und die Gruppen der größten und kleinsten Forstbezirke sind in den Übersichten am Schluß (Seite 250/251, Taf. I u. II) dargestellt. Bei dem Domänenbesitz überwiegt ganz bedeutend der Groß- und größere Mittelbetrieb, bei den Gemeindewaldungen dagegen der Klein- und kleinere Mittelbetrieb.

Die größten Forstämter sind Forbach II mit 4 800 V. b. ha und 49 000 fm Holznutzung, und Bonndorf mit 4 490 V. b. ha und 51 000 fm Nutzung. Die kleinsten sind der Fläche nach Marxborf mit 1 035 V. b. ha (Nutzung 10 400 fm), der Nutzung nach Wertheim mit 8 181 fm (2 126 ha) und Schöna u. i. N. mit 8 970 fm (2 006 ha). Marxborf hat kaum ¼ der Betriebsfläche, Schöna u. und Wertheim kaum ⅓ der Nutzung Bonndorfs.

b) Für den Kameraldomänendienst.

An der Verwaltung der Kameraldomänen, ohne die 28 ha Neben, sind die Bezirksstellen etwa beteiligt wie folgt (Kameraldomänen 1906 gutächtlich nach dem neuesten Stand ausgeglichen):

	Selbst- betrieb	Ver- pachtet	Zusam- men	Selbst- betrieb	Ver- pachtet	Zu- s.
	Hektar			Prozent		
68 Forstämter	900	2650	3550	21	22	21
18 Domänenämter	3160	8430	11590	72	70	71
11 Finanzämter	300	950	1250	7	8	8
Zusammen	4360	12030	16390	100	100	100

Der von den Domänenämtern verwaltete Besitz liegt zumeist in der Rheinebene in fruchtbarster Gegend in größeren Flächen beisammen, er ist daher der ertragreichste und wertvollste und am leichtesten zu bewirtschaften. Den Finanzämtern sind die mehr zerstückelten Güter in den besseren Lagen zugewiesen, den Forstämtern die weniger ertragreichen und schwieriger zu verwaltenden und zu betreibenden Güter in den entlegeneren Gebirgsgegenden.

Ihre Erträglichkeit ist nach dem Staatsvoranschlag 1916/17:

	Fläche	Roh- ertrag	A u f w a n d			R e i n e r t r a g		
			sachl.	Gehalt usw.	Zusam- men	im Ganzen	auf 1 ha	
	ha	M.	M.	M.	M.	M.	M.	
Wiesen im Selbstbetrieb	4360	601700	145060	25000	170060	431640	98	*geschätzt roh
Neben "	42	55850	48250	9480	52730	3120	74	
Forstliche "	13	2950	1046	—	1045	1545	118	
Fischzucht	44	10050	6590	1500*	1980	1980	45*	
Verpachtet, Hofgüter	9609	889250	37350	?	?	?	55	
" Stüd	2421	134270					87	

Dabei ist der Aufwand für die Bezirksverwaltung nicht berücksichtigt.

Eine eigentliche Wirtschaftstätigkeit erfordern nur die

Güter in Selbstbetrieb. Im allgemeinen wird daher die betriebliche Tätigkeit einer Stelle nach deren Umfang und den daraus erwirtschafteten Reinerträgen zu bemessen sein.

Der Durchschnittsertrag der Wiesen ist selbstverständlich bei dem ertragreichsten Teil, der von den Domänen- und Finanzämtern bewirtschaftet wird, wesentlich höher als bei den geringeren und geringsten Wiesen, die den Forstämtern zugeteilt sind. Bei einem Gesamtdurch-

schnittsertrag von 98 Mf. je ha wird er sich verhalten wie 108 : 70.

Daraus ergibt sich folgendes Bild der betrieblichen Tätigkeit der mit Kameraldomänendienst beauftragten Bezirksstellen:

Bez. Stellen	Wiesen im Selbstbetrieb	Reinertrag aus Selbstbetrieben				auf 1 Stelle	
		aus Wiesen		sonstige Güter	im Ganzen	Wiesen Fläche	Reinertrag im Ganzen
		1 ha	zusammen				
	ha	M	M	M	M	ha	M
13 Domänenämter . . .	3160	108	341000	5000	346000	242	28600
7 Finanzämter . . .	300	108	33000	1500	34500	43	5000
etwa 90 Forstämter . . .	900	70	63000	—	63000	30	2100

Nicht berücksichtigt ist dabei die Staatsbrauerei. Diese ist zwar einem Domänenamt unterstellt, hat aber eine eigene Verwaltung und besondere Rechnung.

V. Personal und Verwaltungsaufwand für die Bezirksstellen (Staatshaushalt 1916/17).

a) Personal.

1. Forstverwaltung:

Für die 99 Forstämter sind vorhanden

Oberbeamte: Amtsvorstände . . .	99	
Zweite Beamte . . .	15	
Affessoren . . .	32	146

Uebertrag . . .	146
Mittlere Beamte . . .	—
Unterbeamte (Schreibforstwärte) etwa	20
zusammen	166

2. Domänenverwaltung:

Die 13 reinen Domänenämter sind besetzt mit

Oberbeamten: Amtsvorstände . . .	13	
Zweite Beamte . . .	2	
Affessoren . . .	7	22
Mittlere Beamte . . .		23
Unterbeamte . . .		20
zusammen . . .		65

Es kommen sonach auf einen Oberbeamten:

im	Hilfspersonal		
	mittleres	unteres	zuf.
Forstdienst	0	0,1	0,1
Domänendienst	1,0	1,0	2,0

Betriebsfläche

1 850 ha Wald
144 ha Wiesen, Heben, Fischteiche

Auf einen Schreibforstwart kommen 13 500 V. b. ha Wald.

b) Verwaltungsaufwand.

Vorbemerkung: Wert und Unterhaltungskosten der Dienstgebäude sind aus dem Staatsvoranschlag nicht möglich. Der Wert kann für ein Domänenamts-

gebäude zu etwa 70 000 Mf., für ein Forsthaus zu etwa 50 000 Mf., die Verzinsung und Unterhaltung mit den üblichen 6 % dieser Werte, d. ist zu 4 200 Mf. und 3 000 Mf. angenommen werden.

1) Forstämter (99)

99 Forstamtsvorstände je 5000 Mf.	492 000	
15 zweite Beamte „ 3200 + 500 Mf.	57 500	
32 Affessoren „ 2000 Mf.	64 000	
10 Schreibforstwärte je 1500 Mf.	15 000	
10 desgl. nicht etatsmäßig je 1000 Mf.	10 000	
Reisekosten u. dgl.	202 000	
Schreibaushilfe	25 200	
Sachliche Amtsunkosten	41 900	907 600 Mf.

Dazu Aufwand und Verzinsung für 93 Dienstgebäude je 3000 Mf. 279 000 Mf.

Miete für Dienstwohnungen 6 etwa 10 000 Mf.

zusammen 1 196 600 Mf.

ein Forstamt kostet somit rund 12 000 Mf.

Davon entfallen nach dem forststatistischen Schlüssel (Statistik 1913) auf das ha Domänenwald 5 Mf. Weitere 1,34 Mf. erwachsen für die Zentralver-

waltung. Im ganzen fallen somit an Verwaltungskosten rund 6,30 Mf. auf das ha.

2. Domänenämter (18)		Mt.	
13 Amtsvorstände		72 380	
2 zweite Beamte		6 050	
9 Kassierer		26 275	
16 Bürobeamte		34 020	
7 Schreibbeamte		11 935	
3 Kulturmeister		4 850	
Wohnungsgelder (geschätzt)		20 000	
Nicht etatsmäßiges Personal		29 100	
Dienstreisekosten		14 350	
Anderer persönliche Ausgaben (teilw.)		7 950	
Sachliche Amtskosten		11 860	238 720 Mt.
Aufwand und Verzinsung für 12 Dienstgebäude je 4 200 Mt.			50 400 Mt.
Mietzins für 1 Dienstwohnung (geschätzt)			1 400 Mt.
zusammen			290 520 Mt.

ein Domänenamt kostet somit rund 22 000 Mt.

Wie viel davon der eigentlich betrieblichen Tätigkeit zur Last fällt, läßt sich aus den amtlichen Angaben nicht ermitteln. Es ist nur aus folgenden Erwägungen zu vermuten:

Die Regierungsdenkschrift über die Vereinfachung in der Staatsverwaltung (1912) begründet die Notwendigkeit der Erhaltung von, durch Oberbeamte geleiteten besonderen Domänenämtern ausschließlich mit der Verwaltung der Kameraldomänen, insbesondere der im Selbstbetrieb stehenden Wiesen. Man wird also wohl die Sonderaufwendungen für diese Oberbeamten als Verwaltungskosten für diese Güter in Anrechnung zu bringen haben.

Sie sind für jedes Amt:

Gehalt eines Oberbeamten	5 500 Mt.
Für das bes. Dienstgebäude	4 200 Mt.
Dienststreifen	1 000 Mt.
	10 700 Mt.

Dabei bietet sich folgendes Bild:

	Es trägt ein ha im Selbstbetrieb	Reineinnahme ohne Verm.-Kosten Mt.	Verm.-Kosten Mt.	nach deren Abzug Mt.
Wald		61	6	55
Wiesen der Domänenämter		108	37	71
" Forstämter		70	—	70
Neben		74	37	37
Fischereien		45	37	8
Forstliche		118	37	81
Verpachtet:				
Hofgüter		55 (roh)	4	51
Städtegüter		87	4	83

Dabei sind für den Forstbetrieb alle Kosten ohne Ausnahme berücksichtigt und dem Wald zur Last geschrieben, bei den von den Domänenämtern bewirtschafteten Kameraldomänen fehlen die öffentlichen Lasten und die Arbeiterversicherungen, da diese nicht festzustellen sind.

Anmerkung. Nach der Forststatistik 1918 verteilen sich die Bezirksverwaltungskosten auf die Domänenwäldungen mit 40 %, die Gemeindeväldungen mit 50 % und die Forstpolizei-Verwaltungen mit 10 %. Von dem Aufwand für die Zentralverwaltung trifft der ha Domänenwald 1,84 Mt.

Auf ein Amt fallen an selbstbetrieblenen Gütern (Wiesen, Neben und Fischteichen) 250 ha, an verpachteten Gütern 650 ha, zusammen 900 ha. Hiernach träfen auf das ha etwa 12,— Mt. Verwaltungskosten. Verpachtete Güter erfordern aber eine nur sehr geringe, kaum $\frac{1}{10}$ der Arbeit des Selbstbetriebs. D. h. 10 ha der Pacht-Güter erfordern soviel Aufwand wie 1 ha der selbstbetrieblenen (V. b. ha). Auf ein Domänenamt entfällt also eine Vollbetriebsfläche von $250 + 65 = 315$ ha und der Vollbetriebsha ist mit $\frac{10 700}{315} = 34$ Mt. Kosten zu belasten. Die Kosten der Zentralverwaltung sind auf mindestens 3 Mt. zu veranschlagen, die Gesamtverwaltungskosten auf das ha also auf 37 Mt.

Zur Feststellung des wirtschaftlichen Enderfolgs sind diese Kosten an den auf Seite 240 und 241 berechneten Reinerträgen in Abzug zu bringen.

VI. Geschichtlicher Entwicklungsgang.

Die Forst- und die Kameraldomänenverwaltung waren ursprünglich bis zur Ministerialbehörde streng getrennt.

a) Forstverwaltung.

Die Dienstverrichtung in der Forstverwaltung nahm in fast allen deutschen Staaten einen ähnlichen Verlauf.

In Baden stammt die, heute noch äußerlich in ihren Grundlagen wenig veränderte Einrichtung des Bezirksforstamtes aus dem Jahr 1831. Sie war, der damals verhältnismäßig geringen wirtschaftlichen Bedeutung der Waldungen und dem unentwickelten Stand der Waldwirtschaft und Forstwissenschaft entsprechend, auf das Einfachste gestaltet. Der „Bezirksförster“ hatte eine kaum akademisch zu nennende Ausbildung, war sehr gering bezahlt und von sehr bescheidenen Ansprüchen. Er zählte nicht zu den vollen Oberbeamten. Dazu gehörten erst seine Vorgesetzten, die Wirtschaftsforstmeister. Dienstgebäude waren nicht oder nur in einfacher Art vorhanden, Hilfskräfte nur, insoweit Bewerber für die eigene Laufbahn zur Verfügung standen. Alle Verkehrseinrichtungen waren noch unentwickelt. Der „Förster“ ritt, fuhr im Einspanner oder ging noch häufiger zu Fuß. Von den „Waldhütern“ konnte die große Mehrzahl nur notdürftig lesen und nicht mehr schreiben als den Namen. Die Unterhaltung einer solchen „Revier-, später Bezirksforstei“ forderte keinen großen Aufwand. Mit zunehmender Bedeutung und Entwicklung der Waldwirtschaft und Forstwissenschaft und nach Uebergang der „Forstamts-geschäfte“ an sie, konnten diese einfachen, alleinstehenden Beamten den von allen Seiten an sie herantretenden Anforderungen nicht mehr genügen. Änderungen an Ausbildung, Bezahlung und Dienstausrüstung mußten vorgenommen werden. Heute sind die Forstbeamten längst in die Gruppe der vollen Oberbeamten eingerückt, allerdings erst nach langen Kämpfen. Forstbetrieb, Verkehr und Verkehrsmöglichkeiten sind völlig umgestaltet. Ein geordneter, umfangreicher Kanzleidienst hat sich bei den „Forstämtern“ entwickelt, mit der Möglichkeit zu reichlicher Erleichterung durch Verwendung der heutigen Hilfsmittel, die aber nur in größeren Betrieben wirtschaftlich voll ausgenutzt werden können, wie Schreib- und Rechenmaschinen und dergl. Der allgemeine Bildungsstand ist so fortgeschritten, daß aus den Unterbeamten Kräfte zur Besorgung der einfacheren, handwerksmäßigen Betriebs- und Schreibarbeiten herangezogen werden können.

Diese Wandlungen traten aber zeitlich ganz unmerklich ein und so begnügte sich die Verwaltung damit, den bei den einzelnen Forstämtern auftretenden Bedürfnissen von Fall zu Fall Rechnung zu tragen durch vermehrte Zuweisung von Assessoren und gesteigerte Annahme von Anwärtern für die höhere Laufbahn. Diese mußten die fehlenden technischen Unterbeamten ersetzen und fanden so bald bezahlte Verwendung. Dadurch, noch begünstigt durch das Bestehen einer eigenen Forstlehranstalt in der Residenzstadt, bildete sich allmählich ein außerordentlich ungesundes Mißverhältnis zwischen der Zahl der wirklichen Oberbeamtenstellen und der Zahl der Anwärter und eine noch größere Unzufrieden-

heit der letzteren über die Art ihrer Beschäftigung und mangelnde Anstellungsmöglichkeit. Auch den Oberförstern war damit dauernd nicht gebient. Einmal fehlte es immer noch an Hilfskräften und dann empfanden auch sie das Mißverhältnis zwischen Bildung und Arbeitsgebiet ihrer Gehilfen persönlich äußerst peinlich und als nachteilig für den Dienst. Entschiedene grundsätzliche Maßnahmen zur Abhilfe konnten nicht mehr umgangen werden.

Preußen griff zuerst zielbewußt ein. Die Forstlaufbahn wurde fast gänzlich gesperrt, vorübergehende etatmäßige Stellen für die älteren Assessoren wurden geschaffen, mit dem Ziel, daß die Wartezeit bis zur Anstellung als „Oberförster mit Revier“ von der Staatsprüfung ab höchstens 8 Jahre betragen soll, was heute erreicht ist, so daß diese Stellen wieder aufgehoben werden können. Jedem Oberförster wurde ein „Forstschreiber“ aus der Zahl und mit dem Rang der Förster zugewiesen. So sind dort gesunde Verhältnisse und die Grundlage zu einer sachgemäßen Weiterentwicklung geschaffen. Ein neuer Schritt dahin, die Uebertragung einer begrenzten Selbstverantwortung an den „Forstschreiber“ steht in Aussicht, seine Vervollkommnung zu einem den Förstern übergeordneten „technischen Hilfsbeamten“ der Oberförsterei wird nicht ausbleiben. Bayern verfuhr, wenigstens was die Beschränkung im Studium anbelangt, ähnlich.

Die übrigen Staaten konnten sich zu einer solchen, das Uebel an der Wurzel fassenden Maßregel nicht entschließen. Man glaubte allen, auch persönlichen Wünschen Rechnung tragen und die Forstlehranstalten erhalten zu können, indem man die Stellen für Oberbeamte dauernd vermehrte, sei es durch Errichtung neuer Forstämter, sei es durch Schaffung von zweiten Beamten bei den Forstämtern oder gar auf eigenen „Amtmannsbezirken“, sei es durch dieses zusammen. Und wo die Regierung dabei noch etwa Zurückhaltung üben wollte, fanden die mit Recht nach Versorgung drängenden Assessoren die wärmste Unterstützung in der Volksvertretung. Die Folgen waren, wie voraussehen, nicht die gewünschten. Es trat keine dauernde Gesundung ein. Anstatt einer sachlich bemessenen Anzahl mit gut abgestuften Kräften ausgestatteter Verwaltungsstellen, bekam man eine übergroße Anzahl von Oberbeamten, die teils nicht voll, teils nicht ihrer Bildung und Leistungsfähigkeit entsprechend beschäftigt sind. Die notwendige Eingliederung einfacher technischer Hilfskräfte wurde unmöglich oder sehr erschwert. Man hatte aus persönlichen Rücksichten das „Offiziercorps“ vermehrt, wo sachlich „Unteroffiziere und Feldwebel“ nötig waren. Die Beamten wurden nicht zufriedener, die Verwaltung teurer, aber nicht besser. Allorts werden Stimmen laut, die eine Verminderung der Oberbeamten verlangen. Auch der Widerstand gegen

Aufhebung der kleinen Forstlehranstalten hat erheblich nachgelassen. Sachsen-Weimar hat mit der Aufhebung von Eisenach begonnen, Preußen beabsichtigt eine Vereinigung seiner beiden Akademien. In Württemberg, Baden und Hessen sind die Verhältnisse zur Lösung in gleichem Sinne völlig reif geworden. Auch die badische Forstverwaltung hat seit mehreren Jahren auf Eingreifen des Ministeriums den Zugang zur Forstlaufbahn beschränkt; der erst kurz vorher vorgenommenen Vermehrung der Forstämter folgten Aufhebungen und man beginnt sich auch nach der Schaffung eines brauchbaren Gehilfenpersonals umzusehen. Eine neuerliche Verminderung der Forstämter ist gefordert und gewissermaßen zugesagt worden.

b) Domänenverwaltung.

Die Dienst Einrichtung der Domänenverwaltung stammt aus der gleichen Zeit wie die der Forstverwaltung, dem Jahr 1831. Damals waren die Einnahmen aus dem Domänenbesitz und den Gefällen für den Staatshaushalt von der größten Bedeutung, sie betrugen 44 % der gesamten Staatseinnahmen. Den „Domänenverwaltungen“ unterstanden 738 Grundstücksgebäude, eine große Anzahl gewerblicher Betriebe, wie Mahl- und Sägemühlen, Ziegelhütten, Bleichen, Wirtschaften. Sie hatten eine große Anzahl von Lehen und Berechtigungen und den Zehnten zu verwalten, dem weitaus der größte Teil des landwirtschaftlichen Grundbesitzes unterlag. Dieser wurde in Naturalabgaben geleistet und teils wieder als Besoldungsteil an die Beamten, Kompetenzempfänger usw. abgegeben, teils verwertet. Die Einnahmen allein aus Lehen, Berechtigungen und Zehnten betrugen 1831 1 870 000 Mk. Demgegenüber fielen die Einnahmen aus den meist verpachteten Kameraldomänen mit 464 000 Mk. weniger ins Gewicht. Die Tätigkeit der Domänenämter als „Forstkassen“ war nebensächlich. Diese Verhältnisse haben im Lauf der Zeit eine völlige Umwälzung erfahren.

Die Zahl der Grundstücksgebäude ist (1913) auf 360 zurückgegangen, die wohl zum größeren Teil mit dem Forstbetrieb in Verbindung stehen und von den Forstämtern verwaltet werden. Bei den übrigen besorgen die Hauptarbeit — Unterhaltung — die Baubehörden. Alle Liegenschaften mit besonderen Gewerbeeinrichtungen sind abgestoßen mit Ausnahme einiger Sägemühlen, die von den Forstämtern verwaltet werden. Einzig die Brauerei Rothaus ist als Schmerzenskind übrig geblieben, weil sich kein Käufer findet; aber sie hat eine besondere Verwaltung. Der gesamte Zehnte und fast alle Berechtigungen, Frohnden, Lehen und dergl. sind längst abgelöst und das Ablösungskapital von rund 30 Millionen ist dem Domänengrundstock zugeführt. Die Naturalwirtschaft hat überall der Geldwirtschaft Platz gemacht. Verblieben ist den Domänen-

ämtern vor allem die früher nebensächliche forstliche Geld- und Kassenrechnung als Hauptaufgabe und die Verwaltung der landwirtschaftlichen Güter. Aber auch hier haben die reinen „Domänenämter“ das Feld nicht gänzlich behauptet. Die Forstkasse müssen sie mit einem Teil der allgemeinen Finanzstellen, die Verwaltung und Bewirtschaftung der Kameraldomänen mit dieser und einer größeren Anzahl von Forstämtern teilen. Ihre Zahl ist von 44 im Jahr 1831 auf 13 zurückgegangen. Die „Domänenverwaltung“ wurde mit der Forstdirektion in einer Mittelstelle vereinigt. Für die Finanzbeamten ist das „kameralistische“ Studium durch das juristische ersetzt, und den so vorgebildeten Beamten erscheint der Domänendienst wesenfremd, mehr oder minder subaltern und daher, zumal er wenig Aussicht auf Erlangung höherer Stellen bietet, wenig begehrt.

Die Gesamteinnahme der Forst- und Domänenverwaltung verteilt sich nach Hundertteilen

	im Jahr 1831	1860	1900	1914
auf Forstdomänen	36	54	72	78
„ Kameraldomänen	64	46	28	22

Die Entwicklung der beiden ursprünglichen Einnahmequellen des Staatshaushalts, Steuern und Domänen, ergibt sich aus folgender Vergleichung:

Die Gesamteinnahme aus beiden = 100 gesetzt, entfallen auf

	Steuern	Domänen	davon	
		zuf.	Kameral	Forstb.
im Jahr 1831 (unsicher)	56	44	(28)	(16)
„ 1860	66	34	?	?
„ 1900	87	13	(4)	(9)
„ 1913/14	86	14	(3)	(11)

VII. Sind bei dieser Gliederung alle Kräfte voll und wirtschaftlich zweckmäßig ausgenutzt?

Unbestrittener, neuerdings auch ganz besonders zur Richtschnur für die Staatsverwaltung erhobener Grundsatz ist, daß zu Arbeiten, die ein Beamter minderer Bildung erledigen kann, ein höherer, insbesondere ein akademisch gebildeter Oberbeamter nicht verwendet werden soll. Arbeit solcher Art gibt es in allen wirklichen Verwaltungsstellen, namentlich in Wirtschaftsbetrieben, und sie sind hier in der Regel an Umfang überwiegend. Als Untergrenze einer wirtschaftlich richtigen Beamtenausstattung dieser Stellen wird man daher ein Verhältnis zwischen Oberbeamten und Hilfskräften aus dem Stand der mittleren oder Unterbeamten von 1:1 annehmen müssen. Die Obergrenze tritt ein, wenn der leitende Oberbeamte Gefahr läuft den Überblick zu verlieren und nicht mehr voll verantwortlich sein kann für eine sorgfältige Durchführung des Dienstes nach den allgemeinen Dienstvorschriften und seiner eigenen Auffassung.

Forstbetrieb und Forstverwaltung unterliegen darin keinem Sondergesetz. Die preussische Forstverwaltung hat die Grundlagen zur Durchführung nach diesem Grundsatz geschaffen, indem jedem Oberförster ein „Forstschreiber“ zugeteilt ist, in Bayern stehen den meisten Forstämtern forsttechnisch gebildete mittlere Beamte für ihren Dienst zur Verfügung, auch in Hessen, Württemberg und Elsaß hat jeder Oberförster einen Schreiber, allerdings häufig von minderer Leistungsfähigkeit zur Verfügung. In Baden kommt zur Zeit erst auf 7 Oberbeamte ein „Schreibforstwart“. Das ist ein unbestreitbares Mißverhältnis und eine völlig unwirtschaftliche Verwendung der Oberbeamten. Gründliche Abhilfe in wirtschaftlicher Weise kann nur dadurch geschaffen werden, daß der Geschäftskreis des Oberbeamten, wo er in seinem jetzigen Umfang die volle Ausnutzung mindestens eines unterbeamtlichen Gehilfen nicht möglich macht, entsprechend erweitert wird, bis diese Untergrenze erreicht ist. Diese Erweiterung kann geschehen durch Vertiefung der Arbeit innerhalb des Bezirkes selbst, durch Zuweisung neuer Aufgaben, durch Vergrößerung der Bezirke, oder je nach Umständen durch alles gemeinsam. Der Arbeitsumfang der Forstämter wird bestimmt durch Größe der Betriebsflächen und Nutzungen wie Größe und Anzahl der einzelnen Betriebe, durch die geographische und topographische Lage der Bewirtschaftungsgegenstände und deren Entfernung vom Amtssitz wie unter sich, und endlich durch die Betriebsweise. Je größer die Zersplitterung der Waldungen, desto umfangreicher die Arbeit, aber nicht nach der leitenden, sondern nach der mehr handwerksmäßigen, mechanischen Seite also nach dem Arbeitsgebiet des „technischen Gehilfen“ hin.

Die Schwierigkeiten, ein genügend großes Arbeitsgebiet rein leitender Art für einen Oberbeamten zu schaffen, lagen früher in den Entfernungen der Waldungen und haben bei den jetzigen Verkehrsmöglichkeiten und Verkehrsmitteln an Bedeutung ganz wesentlich abgenommen. Es handelt sich nur darum, diese in gleichem Maße wie das private Wirtschaftsleben sich zunutze zu machen. Je einfacher und gleichförmiger die Betriebsweise, umso größer kann die Flächenausdehnung des Bezirkes gewählt werden.

Die mittlere Größe der Forstbezirke ist in den einzelnen Staaten sehr verschieden. Sie beträgt:

in	Staats-	Gemeinde-	zusammen	auf Voll-
	waldungen	waldungen		betrieb er-
	ha	ha	ha	mäßigt
				V. b. ha
El.-Lothringen	2 400	3 150	5 550	4 500
Preußen	3 840	680	4 500	4 300
Bayern	2 465	1 010	3 475	3 140
Baden	940	2 700	3 640	2 700
Württemberg	1 330	1 140	2 470	2 100

Baden steht hiernach an der unteren Grenze. Keine Verwaltung verfügt bis jetzt über volle „technische Gehilfen“ und nirgends werden die gegenwärtigen Hilfsmittel des Verkehrs und für den Kanzleibienst nach Möglichkeit voll ausgenutzt. In keiner Verwaltung, auch nicht in jenen mit den größten Bezirken, ist von den Betriebsleitern selbst die Notwendigkeit einer Verkleinerung ihrer Bezirke ausgesprochen worden. Ihr Verlangen ging immer nur auf Entlastung von den untergeordneten Arbeiten durch Zuteilung von selbstverantwortlichen technischen Hilfsbeamten. Auch in Baden selbst haben wir Forstbezirke bis zu 4 800 V. b. ha und Jahresnutzungen bis zu 50 000 fm. Aber trotz der unvollkommenen Diensteinrichtung hat noch niemand behauptet, dort würde mit weniger wirtschaftlichem Erfolg gearbeitet als in den kleinen und kleinsten Forstämtern. Vielleicht dürfte eher das Gegenteil zutreffen. Auch das Verlangen dieser Bezirksvorstände ist nicht auf Bezirksverkleinerung sondern auf Zuteilung geeigneter und ausreichender Hilfsbeamten und bessere Dienstausrüstung gerichtet.

Hieraus in Verbindung mit den früheren Ausführungen ergibt sich von selbst, unter welchen Bedingungen und bei welcher Bezirksgröße in Baden die Kräfte der Oberbeamten im allgemeinen am nützlichsten verwertet werden würden und so die Verwaltung am wirtschaftlichsten arbeiten könnte. Vor allem muß jeder Betriebsleiter durch Zuteilung mindestens eines vollwertigen technischen Hilfsbeamten und durch zureichende Nuzbarmachung aller neuzeitigen Hilfsmittel auf die höchste Stufe seiner Leistungsfähigkeit gebracht werden.

Der Hilfsbeamte, aus der Zahl der Forstwarte sorgfältig ausgewählt und frühzeitig besonders weitergebildet, muß dem Betriebspersonal, aber nicht als unmittelbarer Vorgesetzter, übergeordnet sein. Zu seinem Arbeitsgebiet gehören neben der Buchführung und dem sogenannten Sekretärsdienst Dienstverrichtungen einfacherer Art im äußeren Betrieb, soweit dies zur Entlastung des Betriebsleiters nötig ist, wie Beteiligung an Holzabnahmen und Holzanweisungen — unter einfachen Verhältnissen und bei kleineren Massen in selbständiger Weise — Nachschau und Beaufsichtigung von Betriebsarbeiten aller Art. Ein so unterstützter und ausgerüsteter Oberbeamter wird unter mittleren Verhältnissen eine Waldfläche, wie sie die größeren Forstbezirke aufweisen, das sind 4 000 V. b. ha, mit vollem Erfolg bewirtschaften, eine Jahresnutzung von 30 000 bis 40 000 fm verarbeiten und dabei immer noch den Betrieb in allen Teilen übersehen und beherrschen können. Könnten die Gemeinden gesetzlich zur besseren Ausbildung ihres Futpersonals Hand in Hand mit einer Zusammenlegung der unwirtschaft-

lichen kleinen Gutbezirke gezwungen werden, so wäre das nicht nur ein wirtschaftlicher Vorteil für die Gemeinden selbst und eine wesentliche Förderung der Waldbewirtschaft, sondern es ermöglichte auch eine noch weitere Vergrößerung der Forstbezirke über diese Zahlen. Bezirke unter 3000 V. b. ha dürften nur in seltenen Fällen der Kraft eines Oberbeamten mit Gehilfen genügend Gelegenheit zur vollen Ausnutzung bieten. Bei Bezirken von über 5000 V. b. ha läuft der Betriebsleiter bei nicht ganz einfachen Verhältnissen Gefahr, den erforderlichen persönlichen Einfluß auf die Betriebseinzelheiten zu verlieren. Hier wären im allgemeinen die Unter- und Obergrenzen.

b) Die Bezirksdomänenverwaltung.

Der Hauptdienst der Domänenämter ist Rassen- und Rechnungsführung und das Viehtreibungswesen geworden. Derartige Dienste werden in allen anderen Verwaltungszweigen und in allen anderen Staatsverwaltungen von mittleren Beamten besorgt.

Auch die badischen Großstädte entnehmen die Leiter ihrer Rassen- und Rechnungsstellen den mittleren Finanzbeamten und sind mit den Ergebnissen sehr zufrieden. Anerkannt ist ferner der Vorteil, den eine Vereinheitlichung des staatlichen Rassenwesens bietet und für alle anderen Verwaltungszweige, mit Ausnahme der Eisenbahnen, bestehen gemeinsame Bezirks-Rassen- und Rechnungsstellen in den Finanz- bzw. Hauptsteuerämtern. Eine Angliederung der Forst- und Domänenkasse an diese wäre ein großer Vorteil auch für die Forst- und Domänenverwaltung selbst. Die Domänenkasse hat nämlich keine eigenen Dienststellen in den einzelnen Gemeinden und ist für alle dort vorzunehmenden Auszahlungen von Löhnen und dgl. wie einzuholende Auskünfte auf die örtlichen Dienststellen der allgemeinen Finanzverwaltung, die Steuereinnahmer, angewiesen durch Vermittlung der Finanzämter. Das ist umständlich und einer vollen Ausnutzung dieser Ortsstellen für Domänenzwecke hinderlich. So dürfen sie heute nicht verwendet werden zu Zustellung von Forderungs- und Voszetteln und zur Empfangnahme von Bezahlungen für die Domänenkassen. Mit Vereinheitlichung der Rassen würde sich das ganze Zahlungsverfahren im Domänenwesen ganz außerordentlich auch zu Gunsten der Bevölkerung vereinfachen lassen, und auch die Kreditgewährung würde auf wesentlich sicherere Füße gestellt.

Auch darüber herrscht kein Zweifel, daß die eigentliche Verwaltungs- und Betriebstätigkeit der Domänenämter zu unbedeutend ist und der Hauptwirtschaftsgegenstände, der Wälder, zu wenige sind und diese zu zerstreut liegen, als daß sich die Anstellung besonders dafür ausgebildeter Oberbeamten lohnte. Ebenso wird nicht bestritten, daß Finanzbeamte in ihrer heutigen Ausbildung für Landwirt-

schaftsbetrieb auch einfacher Art, wie es der Wiesenbetrieb ist, nicht vorbereitet sind. Man hat diesen Mißstand zwar durch zeitweise Zuteilung einzelner für den Domänendienst bestimmter Beamten an die Kulturingektionen (Meliorationsämter) zu verbessern gesucht. Dort wird aber keine Landwirtschaft sondern Tiefbautechnik für alle Zweige des öffentlichen Interesses — unter anderem auch Ent- und Bewässerungstechnik — in meist großzügiger Weise getrieben. Zu deren gründlichen Erfassung und praktischen Anwendung gehören aber eine mathematisch-naturwissenschaftliche-technische Vorbildung, wie sie der Finanzbeamte nicht besitzt und nicht besitzen kann. Dieser wird daher günstigen Falls durch seine Tätigkeit bei dem Kulturingenieur nur zu einer mehr oder minder dilettantenhaften Verstandnis dieser einen Teils des Wiesenbetriebs gelangen. Solche fachliche Halbbildung kann der Wirtschaft wenig Vorteile bringen, unter Umständen aber zu höchst kostspieligen Experimenten führen, wenn je Gelegenheit sich findet sie anzuwenden.

Die einzigen Verwaltungsbeamten, die in der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Wiesenbaus und der Fischzucht eine systematische wissenschaftliche Vorbildung, wenn auch selbstverständlich beschränktem Umfang, erhalten und den Nachweis dafür in der Staatsprüfung erbringen müssen, sind die Forstbeamten. Auch bietet deren sonstige wissenschaftliche Vor- und praktische Ausbildung die Gewähr dafür, daß sie sich rasch und mit Verständnis im landwirtschaftlichen Betrieb, wie in der Leichwirtschaft, zurecht finden werden. Der kleinere Teil dieser Betriebe ist ihnen schon übertragen und der Gedanke liegt nahe, auch der Rest der Kameraldomänen könnte ohne Schaden der Forstverwaltung überwiesen werden. In Hessen ist dies seit Jahren der Fall und hat sich bewährt. Der Berichterstatter der I. badischen Kammer, der als Sachkenner in forst- und landwirtschaftlichen Dingen gilt, ist in entschiedener Weise für diese Vereinheitlichung eingetreten und die Regierung selbst hat diese Frage wiederholt untersucht.

In der Denkschrift der Regierung über die Vereinfachung in der Staatsverwaltung vom Jahr 1912 wird die Stellung der Forst- und Domänenverwaltung wie folgt wiedergegeben: Die Möglichkeit der Aufhebung der Domänenämter und der Verwaltung der Kameraldomänen durch die Forstämter wird anerkannt. Nur wird die Befürchtung ausgesprochen, die Forstämter möchten diesen Zweig ihres Dienstes dem Forstbetrieb gegenüber nebensächlich behandeln und darunter könnten die Güter leiden. Auch müßte zu diesem Zweck die Zahl der Forstämter um zwei vermehrt werden, es würde daher eine Verminderung des Verwaltungsaufwandes nicht eintreten. Die Grundlagen für

diese Befürchtungen sind nicht angegeben. Handelte es sich darum, ob die Kameraldomänen den Bezirksstellen der allgemeinen Finanzstellen gänzlich übertragen werden sollten, so wären diese Bedenken sicher gerechtfertigt, wie sie voll und ganz für jene 8 % dieser Güter Geltung haben, die von dort aus jetzt verwaltet werden.

Gegenüber den Forstämtern liegen die Verhältnisse doch ganz anders, und es darf wohl angenommen werden, daß die genannten Bedenken ausschließlich bei der „Wirtschaftlichen Abteilung“ der Forst- und Domänendirektion obwalten, die Ansicht der „forstlichen Abteilung“ aber damit nicht zum Ausdruck gebracht ist. Jedenfalls finden sie in den tatsächlichen Verhältnissen und der bisherigen Tätigkeit der Forstämter bezüglich der ihnen übertragenen Kameraldomänen keinen Anhalt und halten einer sachlichen Prüfung nicht wohl Stand.

Land- und Forstwirtschaft beruhen auf den gleichen wissenschaftlichen und sehr verwandten wirtschaftlichen Grundlagen. In der Ausübung haben sie viele Berührungspunkte. Wald, Wiesen und Feld liegen in Baden, namentlich in jenen Gegenden, wo der größte Kameraldomänenbesitz sich befindet, meist in buntem Gemisch durch- oder in nächster Nachbarschaft nebeneinander. Der Schwerpunkt des Forstberufs ist der äußere Dienst. Der Forstmann hat daher von allen in Betracht kommenden Beamten, die Vorstände der Domänenämter nicht ausgeschlossen, die weitaus günstigste Gelegenheit zur eingehenden und regelmäßigen Nachschau, Beaufsichtigung und Beobachtung der Kameraldomänen, seien sie verpachtet, oder im Selbstbetrieb, seien es Wiesen, Felder, Forstliche oder Fischteiche, ohne daß dadurch besonderer Zeit- oder Geldeaufwand entstände. Auch stehen ihm eine ganze Anzahl wertvoller Kräfte zu seiner Unterstützung in dieser Aufgabe zur Verfügung. Mit den Landleuten kommt er so häufig und nicht nur in der Kanzlei, sondern in Wald und Feld in Berührung wie kaum ein anderer Beamter. Seine Unterbeamten und Arbeiter sind alle Kleinlandwirte, die Gemeinden, deren Waldungen er bewirtschaftet, zumeist ländliche, und die Landleute mit Hauptabnehmer der Walderzeugnisse. Der Hauptbetrieb in der Forstwirtschaft, namentlich in der Rheinebene, wo die wichtigsten selbstbewirtschafteten Domänengüter liegen, fällt in die Winterzeit, der Wiesenbetrieb (ausschließlich solcher kommt in Betracht) in Frühjahr, Sommer und Herbst, die Zeit der „Waldruhe“, wo die Forstämter genügend Zeit haben, sich diesem zu widmen ohne den Forstdienst zu schädigen. Der Wiesenbetrieb bildet somit eine ausgezeichnete Ergänzung zur völligen Ausnutzung und gleichmäßigen

Beschäftigung der forstlichen Beamten und Arbeiter. Liegt Forst- und Kameraldomänenbetrieb in einer Hand, so wird häufig ein Wirtschaftsunterbeamter genügen, wo jetzt ein Forstwart und ein Güteraufseher, beide nur zeitweise voll in Anspruch genommen, nebeneinander wirken, jedenfalls werden sich die Arbeitsgebiete besser abgrenzen lassen. Wo bisher keiner der beiden Betriebe für sich einen Stamm ständiger Arbeiter halten konnte wegen Mangels ständiger Arbeitsgelegenheit, wird dies bei vereinheitlichtem Betrieb möglich sein.

Unter solchen Verhältnissen wird jeder unbefangene, rein sachlich Urteilende dem Forstbeamten so viel gesunden Menschenverstand, Pflichtgefühl wie Verständnis für die Landwirtschaft zutrauen, daß er den ihm anvertrauten Kameraldomänengütern die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden wird wie dem Wald. Soweit den Forstämtern bisher eine solche Tätigkeit zugewiesen war, haben sie sie gerne übernommen und sich ihr mit vollem Eifer und anerkanntem Erfolg gewidmet. Auch die forstliche Abteilung der Forst- und Domänendirektion war von je für eine tunlichst ausgedehnte Uebertragung der Kameraldomänen an die Forstämter. Und die Regierung selbst hat wohl in der Voraussicht, daß die Forstbeamten zu Nachfolgern der im Absterben begriffenen und durch neuzeitige Finanzbeamte abgelösten alten Kameralbeamten in der Verwaltung der Domänen berufen sein würden, deren Bildungsgang durch Aufnahme der dazu notwendigen landwirtschaftlichen Fächer vervollständigt. Die Forstbeamten fühlen sich befähigt und berufen dieses Amt zu übernehmen und es liegt in keiner Weise an Mangel guten Willens bei ihnen, wenn sie bis jetzt in dieser Richtung nur in dem unvermeidlichsten Umfang tätig sein dürfen und jede Erweiterung darin erkämpft werden muß.

Welch außerordentlich hohen Kostenaufwand die Selbstbewirtschaftung der Wiesen durch die Domänenämter erfordert, ist auf Seite 242 nachgewiesen. Wenn, wie die Denkschrift angibt, zum Zweck der vollen Uebertragung der Kameraldomänen die Zahl der Forstämter um zwei vermehrt werden muß, so ist es irrtümlich anzunehmen, dieser Mehraufwand würde die durch Aufhebung der Domänenämter erzielten Ersparungen aufzehren. Der Aufwand für ein Forstamt beträgt (Seite 241) 12000 Mk., der für ein Domänenamt, soweit er der Bewirtschaftung der Güter zur Last zu schreiben ist, (Seite 242) 10700 Mk. 2 weitere Forstämter erfordern 24000 Mk., wegfielen für 13 aufgehobene Domänenämter 139100 Mk. Es bleibt somit immer noch die recht ansehnliche Ersparnis von 115000 Mk.

VIII. Wie ist der Bezirksdienst zweckmäßig zu gliedern und wie würde dadurch die Gesamtverwaltung beeinflusst?

Für die gesamte Forst- und Domänenverwaltung gibt es, getrennt nach Verwaltung und Bewirtschaftung einerseits, Kasse und Verrechnung andererseits, je nur einheitliche Bezirksstellen.

Die Verwaltungsstellen, „Forst- und Domänenämter“, einfacher „Forstämter“ benannt, werden von forstlich gebildeten Oberbeamten geleitet, unter Zuteilung der erforderlichen Anzahl, mindestens eines technischen Hilfsbeamten, „Forstgehilfen“ aus der Klasse der höheren Unterbeamten. Was sich zur Zuteilung an diese Ämter nicht eignet, wie die Staatsbrauerei, die Kellerei und Rebwirtschaft in Meersburg, werden, soweit sie nicht als unrentabel abgestoßen werden können, besonders geordnet und von der Zentralstelle aus unmittelbar geleitet. Die Bearbeitung der Kompetenzen und ähnlicher Vasten mit großer Rechnungsarbeit wird dem Kontrollbüro dieser Stelle übertragen.

Die Kasse und Verrechnung einschließlich der Beibehaltungsangelegenheiten besorgen die „Forst- und Domänenkassen“, oder einfacher „Forstkassen“. Diese werden den allgemeinen staatlichen Bezirkskassen — Finanzämtern — angegliedert, soweit nötig als besondere Abteilung unter einem mittleren Beamten als „Buchhalter“.

Damit wäre die Behandlung des gesamten Domänenbesitzes nach einheitlichen Grundsätzen durch sachverständige Beamte sichergestellt. Der bisherige oft recht peinlich sich geltend machende und einer natürlichen Ordnung hinderliche, gänzlich unbegründete Gegensatz zwischen Kameraldomänen und Forstdomänen, zwischen Domänenverwaltung und Forstverwaltung wäre endgültig beseitigt und damit eine Menge von Umständen und Schwierigkeiten. Die Kassen aber würden alle jene Vorteile genießen, die mit einer Vereinheitlichung zu einer großen Zahl- und Abrechnungsstelle verbunden sind, die überall hin Verbindung und in jedem Ort ihre besondere Unterstellen hat. Das ganze Zahlungs- und Rechnungswesen, Verbürgungen, Beibehaltungen, Kreditfeststellungen, Zustellungen und dgl. könnten auf eine neue, ganz wesentlich vereinfachte Grundlage gestellt werden.

Die Wirkung dieser Neuordnung wird sich aber nicht in der Bezirksverwaltung erschöpfen, sondern sich auch auf die Leitung in der Forst- und Domänenverwaltung erstrecken. Die bisher künstlich noch aufrecht erhaltene Zweiteilung in eine „Wirtschaftliche“ und eine „Forstliche“ Abteilung mit all den damit verbundenen Geschäftshemmungen würde fallen, an Stelle der jetzigen vier „wirtschaftlichen Referenten“ dürfte die Zuteilung eines Finanztechnikers und vielleicht eines landwirtschaftlich gebildeten Referenten oder Hilfsreferenten, genügen. Besterer könnte

dann Kellerei und Brauerei bearbeiten, wenn man diesen nicht mit dem Referat für die Salinen zu einem „gewerblichen“ Referat vereinigen will. Auch wird dann nicht mehr die Notwendigkeit bestehen, daß ein Hauptleiter und, neben und unter ihm, ein „forsttechnischer“ Leiter vorhanden sind. Ein Leiter mit der erforderlichen Sachkenntnis würde vollständig genügen. Mit einer unmittelbaren Angliederung der Direktion an das Ministerium als „Abteilung für Forste und Domänen“ unter Leitung eines Abteilungsdirektors hätte die Vereinfachung und Vereinheitlichung den wirkungsvollen natürlichen Schlußstein gefunden.

Daß man auch in Forsteinrichtung, Forststatistik und Forstvermessung erheblich vereinfachen kann, wenn man sich auf das wirklich notwendige und wesentlich beschränkt und auf alles, was nur nach außen wirkt verzichtet, sei nur nebenbei bemerkt.

IX. Finanzielle Bedeutung dieser Gliederung.

Der Bedarf an Forstämtern berechnet sich:

a) für den Forstbetrieb:

Die mittlere Betriebsgröße eines neuzeitigen Forstamtes ist (Seite 246) auf 4 000 V. b. ha oder eine Jahresnutzung von etwa 35 000 fm, die Größe der zu bewirtschaftenden Waldungen im ganzen Land (Seite 240) auf rund 270 000 V. b. ha berechnet, die jährlich Holznutzung beträgt 2 299 000 fm (1913). Bei schematischer Durchführung der Gliederung nach diesen Zahlen wären nötig nach der Fläche $\frac{270\,000}{4\,000}$

= 68 Ämter, nach der Nutzung $\frac{2\,299\,000}{35\,000}$ = 77 Ämter

b) für die Bewirtschaftung der Kameraldomänen Die Denkschrift der Regierung gibt an, daß dazu zwei weitere Forstämter erforderlich sind.

Hiernach wäre der Gesamtbedarf zwischen 70 und 79 Stellen, mehr der unteren Grenze zuneigend, denn die Nutzung von 1913 war von außergewöhnlicher Größe. Die einzelnen Forstämter werden nach Umfang und Bedeutung immer abgestuft bleiben müssen, schon wegen der Verschiedenheit in der Leistungsfähigkeit der Beamten nach Alter, Rüstigkeit und Veranlagung. Alles in allem genommen wird eine Anzahl von 80 Stellen als ausreichend anzunehmen sein.

Der Aufwand für eine Stelle ist zu schätzen unter Berücksichtigung der erweiterten Aufgaben:

	M.
Gehalt des Vorstandes (wie bisher)	5 000
Dienstgebäude (wie bisher)	3 000
1 Forstgehilfe mit Wohnungsgeld (neu)	2 300
Schreibhelfer (erhöht)	400
Sachliche Amtskosten (erhöht)	500
Reisekosten, Fuhrwerk, Tagelohn usw. (erhöht)	3 800
zusammen	15 000
(bisher)	12 000 M.

Der Aufwand für die ganze Bezirksverwaltung wird hiernach betragen:

10 Bezirksstellen je 15 000 Mk.	1 200 000 Mk.
zweite Beamte " 3 700 "	18 700 "
5 Assessoren " 2 000 "	30 000 "
zusammen . . .	1 248 700 Mk.

Dabei sind die Aufwendungen reichlich angelegt. In zweiten Beamten und Assessoren sind nur so viele vorgesehen, als sachlich zu Vertretungen, Aushilfen und als Nachwuchs für die abgehenden Oberbeamten nötig sind. Eine weitere Anzahl solcher junger Beamten wird, wie bisher, für die Zentralstelle und die Forsteinrichtung nötig bleiben, in letzterer allerdings nach teilweiser Ersetzung durch Forstgehilfen.

In Wegfall kommen:

1. Der bisherige Aufwand für die Forstämter (Seite 241) mit 1 196 600 Mk.

2. Der bisherige Aufwand für die Domänenämter, soweit er durch deren Bestehen als selbstständige Stellen und durch die Verwaltung der Kameraldomänen verursacht wird, d. i. (Seite 242):

	Mk.
Gehalte für 13 Dienstvorstände	72 300
" " 2 Finanzamtänner	6 050
" " 3 Kulturmeister	4 850
Wohnungsgelder	1 500
Diener	2 500
Vergütung für 7 Finanzassessoren	14 000
Dienstreisefkosten	14 350
Amtsunkosten (1/2 des bisherigen Betrags)	5 900
Aufwand für Dienstgebäude	51 800
zusammen	173 250

Dabei wird angenommen, daß das gesamte mittlere und untere Beamtenpersonal des inneren Dienstes zur Versorgung der Domänenkassengeschäfte bei den Finanzämtern erforderlich bleibt.

Künftig fielen somit im Ganzen weg

$$1\,196\,600 + 173\,250 = 1\,369\,850 \text{ Mk.}$$

Die neue Bezirksverwaltung kostet 1 248 700 "

Unmittelbare Ersparnis somit 121 150 Mk.

Wird die Folge der neuen Gliederung der Bezirksverwaltung auch für die Zentralstelle gezogen, so kämen je nach Umständen weiter in Wegfall der Aufwand für zwei Kollegialmitglieder mit zusammen 16 000 Mk.

Die finanzielle Bedeutung dieser Neugliederung kommt aber nicht völlig in dieser unmittelbaren Einsparung von rund 137 000 Mk. zum Ausdruck. Denn darin sind neben den Vereinfachungen und Verbesserungen, deren Wirkung sich in festen Zahlen nicht nachweisen läßt, die Mehrkosten enthalten, die durch die so wie so unumgänglich notwendige und in Aussicht genommene Schaffung eines Personals technischer Gehilfen für den Forstamtsdienst auch ohne diese Neu-

ordnung entstehen würden. Diese sind auf mindestens 50 000 Mk. zu schätzen.

Weiter wird diese Vereinheitlichung auch auf den Haushalt des Unterrichtsministeriums einen unausbleiblichen Einfluß nach der Seite der Ersparung ausüben. Denn mit der Schaffung eines technischen Gehilfenpersonals für die Forstverwaltung wird der Bedarf an Assessoren so gering, daß damit die selbst für den Wohlwollendsten längst strittige Frage, ob die forstliche Abteilung der technischen Hochschule erhaltungsfähig und erhaltenswert sei, zu einer unbedingt verneinenden Lösung kommen muß. Die Forstverwaltung bedarf auf längere Jahre überhaupt keinen Zugang von Anwärtern und später darf er die Zahl von 3 bis höchstens 4 nicht überschreiten, wenn die Beförderungsverhältnisse gesund werden und bleiben sollen. Ein eigener forstlicher Hochschulbetrieb wird damit für jedermann ersichtlich völlig unmöglich. Der bisher darauf verwendete Aufwand von jährlich 40 000 bis 50 000 Mk. wird für andere Zwecke frei.

Als Gesamtwirkung der Neuordnung in finanzieller Beziehung kann die Minderung der Ausgaben im Staatshaushalt um etwa 220 000 bis 230 000 Mk. angenommen werden.

Die heutige Lage verlangt aber neben sparsamstem Haushalt auch, daß die letzten Quellen für Vermehrung der Staatseinkünfte aufgedeckt und nutzbar gemacht werden.

In diesem Sinne ist darauf hinzuweisen, daß die Beförsterungssteuer, die die Gemeinden und Körperschaften für die Bewirtschaftung ihrer Waldungen zahlen, weitaus nicht den dafür erwachsenden Aufwand decken.

Der Staat legt dafür alljährlich (Statistik 1913) 244 000 Mk. auf, welcher Betrag zu Unrecht dem ärarischen Forstbetrieb zu Lasten bleibt. Es handelt sich fast durchweg um wirtschaftlich kräftige Waldbesitzer, die eine angemessenere Beitragsleistung sehr wohl tragen könnten. Ferner beansprucht eine größere Zahl von Waldbesitzern die Leistungen und die Mitwirkung der staatlichen Forstbeamten zu ihrer Betriebsführung in einem über deren amtliche Verpflichtung hinausgehenden Umfang. Diese Mitwirkung erfolgt auf Grund von Privatverträgen mit dienstpolizeilicher Genehmigung. Es wäre zu erwägen, ob die Forstverwaltung diese Leistungen nicht von sich aus gegen angemessene Entschädigung an die Staatskasse übernehmen sollte. Den dafür beanspruchten Beamten müßte dann eine entsprechende Erhöhung ihres Dienstaufwandes bewilligt werden. Leistungen für Waldbesitzer, die in dieser Weise nicht geordnet werden können, sollten den Beamten überhaupt nicht gestattet werden. Damit würde zugleich ein mit Recht viel beanstandeter Uebelstand, der sich kaum noch in einem anderen Zweig der Staatsverwaltung findet, beseitigt.

X. Durchführung der Neuordnung.

Die Uebertragung dieser Neuordnung in die Wirklichkeit wird nicht einfach sein; es werden ihr eine Menge von Schwierigkeiten teils sachlicher, teils persönlicher Art entgegenstehen.

„Eng ist die Welt und das Gehirn ist weit“.

„Reicht bei einander wohnen die Gedanken“.

Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“.

Vor allem die Personalfrage erfordert die vorzüglichste und wohlwollendste Behandlung. Die Vorstände der 13 Domänenämter sind zum größeren Teil ältere Herrn, die in nächster Zeit auf dem natürlichen Weg der Ruhesetzung abgehen werden. Die übrigen, wie die im Domänendienst vorübergehend beschäftigten Finanzassessoren finden ohne Schwierigkeit Verwendung in dem weit verzweigten und beamtenreichen Dienst der allgemeinen Finanzverwaltung.

Auch wird es nicht schwer sein nach dem Krieg eine Anzahl Forstämter frei zu bekommen. Teils sind solche schon erledigt, teils werden manche alte Beamte nur den Frieden abwarten, um in den Ruhestand zu treten. Aber es wäre ein bitterer Willkomm für unsere Assessoren und Praktikanten bei ihrer Heimkehr aus dem Feld, wenn sie ihre früher schon trüben Anstellungsaussichten noch weiter verschlechtert vorfinden. Das will niemand. Und woher soll das, zu ihrem teilweisen Ersatz bestimmte jetzt kaum in den allerersten Anfängen vorhandene Personal der „Forstgehilfen“ in der nötigen Zahl kommen?

Das Vorgehen kann daher nur schrittweise erfolgen. Die Einleitung muß gänzlicher Schluß in der Annahme neuer Anwärter für die höhere Forstlaufbahn und der Abbau der Domänenämter sein. Für die Verminderung der Forstämter ist ein Plan aufzustellen, der unter Benützung jeder sich bietenden Gelegenheit in einer bestimmten Reihe von Jahren durchzuführen ist. Bis zur völligen Gesundung der Beförderungsverhältnisse bei den vorhandenen Assessoren und Praktikanten ist für jede eingehende Forstamtsvorstandsstelle eine „künftig wegfallende“ Stelle für einen zweiten Beamten in den Staatshaushalt aufzunehmen. Die Ausbildung von „Forstgehilfen“ ist sofort in solchem Umfang aufzunehmen und mit aller Kraft zu betreiben, daß die Bedienung der Forstämter mit solchen so bald als möglich erfolgen kann. Das wird allerdings noch manches Jahr währen. Auch während dieser Uebergangszeit findet immerhin noch eine sehr wesentliche Ersparnis gegen bisher statt.

Laßen sich so auch nicht alle Härten für den einzelnen vermeiden, so werden sie wenigstens wirtschaftlich nicht allzu einschneidend, daher erträglich sein. Auch bieten sich vielleicht in dem neuen Deutschland für unsere überzähligen Forstassessoren andere befriedigendere Arbeitsgebiete. Gewisse Opfer zur Erhaltung des Staates zu bringen muß heute jedermann zu tragen bereit sein.

„Ernst ist der Augenblick der Notwendigkeit.“

Tafel I.

Uebersicht über die Zahl und Größen der den staatlichen Forstämtern unterstellten Forstbetriebe

(nach „die Gemeindeforstverwaltung in Baden 1864 und Forststatistik 1913“).

I. Nach Größeklassen.

Größeklasse	Domänenbetriebe					Gemeindebetriebe				
	Anzahl		Fläche	Anteil nach Zahl %	Anteil nach Fläche %	Anzahl		Fläche	Anteil nach Zahl %	Anteil nach Fläche %
I. Zwergbetriebe										
unter 1 ha	—					14				
1—10 „	—					95				
11—50 „	—					287	396	9 000	29	4
II. Kleinbetriebe										
51—100 ha	2					255				
101—200 „	6	8	1 028	10	1	320	576	67 000	48	29
III. Kleine Mittelbetriebe										
201—300 ha	4					151				
301—400 „	8					94				
401—500 „	3	15	4 896	19	5	46	291	90 000	22	38
IV. Größere Mittelbetriebe										
501—1000 ha	18	18	13 387	23	14	68	68	49 000	5	21
V. Großbetriebe										
über 1000 ha	37	87	74 956	48	80	12	12	10 000	1	8
zusammen		78	94 212	100	100		1 342	238 000	100	100
dazu Körperschaftsbetriebe							803	12 400		
							1 645	245 400		

Auf ein Forstamt entfallen durchschnittlich 18 Betriebe (1 staatl., 17 Gemeinden).

II. Nach Landesgegenden.

Landesgegend	Domänenbetriebe		Gemeindebetriebe	
	Anzahl	Mittlere Größe ha	Anzahl	Mittlere Größe ha
Bodenseegegend	7	762	176	87
Donauegegend	2	946	72	220
Schwarzwald	28	1 597	300	205
Schwarzwaldvorberge	21	944	365	157
Oberes Rheintal	—	—	—	—
Unteres Rheintal	7	1 890	59	269
Bauland	9	368	241	158
Odenwald	4	1 493	129	236
Im ganzen Land	78	1 208	1 342	174
Dazu Körperschaftsbetriebe			303	41

Tafel II.

Uebersicht über die Gruppen der größten und der kleinsten Forstbezirke in Baden.

OZ	F o r s t a m t	Walzfläche in ha			Zahl der Eigen- tümer	Walzfläche in V. b. ha	Wirtsch. 1918	
		Domänen	Ge- meinden	zusammen			Nutzung fm	Kult. ha
	Von den größten							
1	Bonnndorf	2 887	2 479	5 316	14	4 390	50 874	50
2	Geislingen	—	5 040	5 040	23	3 360	27 415	91
3	Lodtnau.	—	4 536	4 536	13	3 024	29 265	14
4	St. Blasien	3 578	919	4 497	9	4 191	35 703	14
5	Schönau i/W.	341	4 149	4 480	32	3 107	33 878	51
6	Forbach II.	4 801	—	4 801	1	4 801	48 722	7
7	Pforzheim	2 639	2 175	4 814	9	4 089	36 423	31
9	Philippsburg	3 469	1 567	5 037	11	4 514	27 414	59
10	Bruchsal	3 990	—	3 990	1	3 990	27 266	96
11	Eberbach	—	5 084	5 034	17	3 356	16 000	59
	Die kleinsten							
1	Marldorf	600	653	1 253	40	1 035	10 405	14
2	Ueberlingen	115	1 655	1 770	22	1 218	19 145	22
3	Pfullendorf.	—	2 724	2 724	31	1 816	28 007	60
4	Lodtmoos	1 881	617	2 498	16	2 292	20 552	12
5	St. Märgen	1 452	727	2 179	8	1 917	14 345	16
6	Jestetten	585	2 217	2 801	20	2 063	15 018	6
7	Rheinbischofsheim	456	2 306	2 762	20	1 891	18 091	33
8	Mannheim	245	1 959	2 204	5	1 751	11 254	30
9	Eppingen	77	2 482	2 559	16	1 732	11 051	14
10	Nekar-Bischofsheim	—	2 472	2 472	20	1 648	10 694	13
11	Gerlachshausen	368	2 503	2 870	38	2 085	12 642	30
12	Tauber-Bischofsheim	110	2 435	2 345	25	1 633	9 589	26
13	Schönau i/N.	831	1 763	2 594	14	2 006	8 970	55
14	Wertheim	—	3 129	3 129	32	2 126	8 181	38
	Das größte städt. Forstamt Freiburg	—	3 624	3 624	1	3 624	27 000	32

Die Forstämter Lodtmoos, St. Märgen und Schönau i/N. sind aus Abtrennung von anderen, als zu groß erachteten Bezirken hervorgegangen. Mannheim ist durch Ausschabung größerer Flächen aus dem Waldverband zusammengeschrumpft. Der Forstamtsvorstand von Eberbach verwaltet nebenbei noch etwa 1 800 ha Großherzogliche Privatwaldungen. Seine Betriebsfläche ist somit 5 156 ha, seine Nutzung etwa 35 000 fm. Forbach II hat nur Genossenschaftswald, an dem das Domänenräar wesentlich beteiligt ist und der daher wie Domänenwald verwaltet wird.

Bemerkungen zu vorstehendem Aufsatz.

Von Dr. Wimmenauer.

Der Gedanke des geehrten Herrn Kollegen, daß die Staatsverwaltungen nach Beendigung des Krieges doppelte Veranlassung haben werden auf Ersparnisse hinzuwirken, ist ohne allen Zweifel richtig. Das wird überall nicht anders sein und es erscheint daher gewiß gerechtfertigt, diesen Gedanken näher auszuführen. Wenn dies hier mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Großherzogtum Baden geschieht, so wird auch außerhalb dieses Landes dem Interesse der Leser unserer Zeitschrift damit gebient sein. Und es wäre für die Redaktion nur höchst erfreulich, wenn sich eine ausgiebige und vielseitige Besprechung der hier angeregten Fragen daran knüpfen würde.

Für meine Person möchte ich gegen einzelne Punkte Bedenken äußern. Allerdings kann ich mich langjähriger Erfahrung im staatlichen Forstdienste nicht rühmen; denn von den 20 Jahren meiner praktischen Tätigkeit habe ich mehr als 15 in standesherrlichem Dienste zugebracht; hier bin ich fast ganz ohne Schreibhilfe ausgekommen und habe mich auch nicht unglücklich gefühlt, wenn ich oft stundenlang mechanische Arbeiten zu verrichten hatte. Freilich war ich andererseits insofern im Vorteil, als ich mir meine Dienstinstruktion selber machen durfte und dabei selbstverständlich alle irgend überflüssigen Schreibereien vermied. In dieser Hinsicht dürfte, wie ich annehmen möchte, auch im Staatsdienst an manchen Stellen eine bessernde Hand anzulegen sein.

Ein Punkt fordert m. E. in erster Linie den Widerspruch heraus. Das ist die von Forstrat Rönige ausgesprochene und konsequent durchgeführte Ansicht, daß die Bewirtschaftung der Kommunalwäldungen dem Oberförster nur $\frac{2}{3}$ der Arbeit verursache, die ein Domänenwald von gleicher Größe erfordert. Die hierdurch durchgeführte Flächenreduktion auf „Vollbetriebs-Sektare“ (V. b. ha) führt nach meiner Ueberzeugung zu fehlerhaften Schlüssen. Und in dieser Hinsicht darf auch ich mir ein Urteil erlauben; denn die beiden staatlichen Reviere in Hessen, die ich zeitweise selbständig zu verwalten hatte, bestanden zum größten Teil aus Gemeinde-Wäldungen. Dabei hatte ich das Glück, mit allen Gemeindebehörden auf gutem Fuße zu stehen, was bekanntlich nicht immer und überall der Fall ist. Aber verursacht denn nicht gerade die Zersplitterung des Waldbesitzes in zahlreiche Wirtschaftseinheiten und der unvermeidliche schriftliche Verkehr mit deren Besitzern eine Menge von Arbeiten, die der Verwalter eines großen Domänenbezirks gar nicht kennt? In Baden beträgt die Durchschnittsgröße der Gemeinde-

wäldungen nach der Tabelle am Schluß des Artikels 174 ha. Welcher Oberförster würde wohl ein Revier von 20 solchen Einheiten einem Staatswaldbezirk von 3500 ha vorziehen? Unterläßt man aber die Reduktion auf V. b. ha, so bleibt als Durchschnittsgröße der badischen Forstämter eine Fläche von

$$\frac{357400}{99} = \text{rund } 3600 \text{ ha.}$$

Würde nun (wie in Hessen) die Verwaltung der Kameraldomänen (16390 ha) den Forstämtern auch noch übertragen — das ist ja von Herrn R. vorgeschlagen — so bliebe die Durchschnittsgröße eines Verwaltungsbezirks nur wenig hinter 4000 ha zurück. Das ist m. E. reichlich genug und also wohl kaum ein ausreichender Grund vorhanden, die Stellenzahl weiter auf 80 zu vermindern.

Für mich liegt natürlich die Vergleichung mit Hessen besonders nahe. Hier beträgt nach der neuesten Zusammenstellung die Gesamtsumme der Verwaltungsobjekte von 83 Oberförstereien 184426 ha, also deren Durchschnittsgröße 2222 ha. Wollte man diese wie in Baden auf 3600 resp. 3765 ha erhöhen, so blieben nur etwa 50 Stellen übrig. Diese Zahl dürfte weder in den Kreisen der Regierung noch in den Ständekammern von irgend einem Sachverständigen für ausreichend erachtet werden. Denn man würde damit den derzeitigen Ausnahmezustand, wobei während des Krieges zahlreiche Oberförster 2 Reviere zu verwalten haben, zum normalen und dauernden machen.

Am Schlusse seiner Ausführungen glaubt Herr Kollege R. darauf hinweisen zu sollen, daß zwischen den Lebensbedürfnissen der bestehenden forstlichen Hochschulen und einer gesunden Weiter-Entwicklung der Verwaltungs-Organisation eine bessere Harmonie als seither anzustreben wäre. Der gleiche Gedanke ist schon seit Jahrzehnten gerade in den Kreisen der Hochschulen zum Ausdruck gekommen; deren Anzahl wäre zu vermindern, der Ausbau der verbleibenden zu vervollkommen. Gerade hier in Gießen haben nacheinander Herr, ich selbst und zuletzt Kollege Weber darauf hingearbeitet. So wie jetzt, nach Aufhebung der Forstakademie Eisenach, die Verhältnisse liegen, würde m. E. eine forstliche Hochschule für Mitteldeutschland, d. h. Hessen und die thüringischen Länder, und eine für Süddeutschland exkl. Bayern, also Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen, dem Bedürfnis entsprechen. Die erstere dürfte namentlich dann unentbehrlich werden, wenn Preußen — wie Herr Kollege R. annimmt — sich dazu entschließen sollte, die eine seiner beiden Forstakademien aufzuheben und dann die verbleibende (hoffentlich!) mit einer Universität zu vereinigen. Für die

mitteldeutsche forstliche Hochschule würde dann Gießen in seiner Lage und geschichtlichen Entwicklung wohl der geeignete Ort sein.

Weiteren Beiträgen zu den hier berührten interessanten Fragen sieht die Redaktion d. Bl. gern entgegen.

Literarische Berichte.

Streifzüge durch Wald und Flur. Eine Anleitung zur Beobachtung der heimischen Natur in Monatsbildern. Von weil. Bernhard Landsberg. Fünfte Auflage, vollständig neu bearb. von Dr. A. Günthart und Dr. W. B. Schmidt. Mit zahlreichen Originalzeichnungen und Abbildungen. Leipzig und Berlin. Druck und Verlag von B. G. Teubner. 1916. In Origineleinband gebd. Mf 5,40.

Dem Landsberg'schen Buche liegt der Gedanke zu Grunde, mit dem Unkundigen an die verschiedenen von der Natur im Wechsel der Jahreszeiten gebotenen Bilder heranzutreten, ihm zu deuten, was er sieht und ihm das einzelne tierische oder pflanzliche Lebewesen, sowohl mit seinen von der Systematik gefassten Eigenschaften, wie auch mit seinen Anpassungseinrichtungen an die Umgebung vorzustellen. In richtiger Würdigung des Wertes dieses Buches haben die Verfasser der neuen Auflage das Hauptgewicht auf die zuletzt genannten biologischen Eigenschaften gelegt. Im Rahmen seiner Umgebung, als Teil der jeweils von der Natur oder auch vom Menschen bedingten Genossenschaft gewinnt das Einzelwesen erst Wert und Leben; mit dem Kennenlernen seines Rüstzeuges für den Kampf ums Dasein wächst das Interesse an ihm und festet sich die Erinnerung an seine Formen.

Entgegen der bisherigen Verteilung des außerordentlich reichen Stoffes auf 3 Jahreskurse entrollen die Verfasser zwölf Monatsbilder in der Jahreszeitenfolge vor dem Leser. Jedes Bild umfaßt Exkursionen in den Wald, ins Flußtal, auf die Wiese, ans Fluß- oder Seeufer, auf die Debung usw. Und was da grünt und blüht, kriecht und fliegt, das muß Rede und Antwort stehen auf die Frage nach woher und wohin, muß seine äußeren und inneren Eigenschaften aufdecken und muß sich ausweisen nach Daseinszweck und Daseinserfüllung. In buntem Wechsel folgen sich botanische und zoologische Schilderungen. Ueberall wird Halt gemacht, um den Lernenden auf die alltäglichen Erscheinungen des Tier- und Pflanzenreiches hinzuweisen und um ihn mit ihren Eigentümlichkeiten, ihren meist so wenig bekannten und doch so hochinteressanten Beziehungen zur Umwelt, sowie mit ihren Einrichtungen zur Erhaltung der Art vertraut zu machen. Dem stillen Volke der Pflanzen ist hier der

größere Raum zu Verfügung gestellt worden; der Botaniker hat den Grundbau des Buches geliefert.

Das eine Fülle von Anregungen bietende, vorzüglich geschriebene Buch soll zunächst dem Anfänger und zum Selbstunterrichten dienen. Fast will es uns scheinen, als ob es hierfür des Guten zu viel böte. Wenn auch, wie im Vorwort gesagt, die Verfasser darauf bedacht gewesen sind, die Stofffülle der früheren Auflagen zugunsten vertiefterer Behandlung einzelner Formen und Erscheinungen einzuschränken, so birgt das Buch doch noch eine so große Menge von Fragen und berührt so viel Richtungen und Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forscherarbeit, daß die Darstellung des Elementaren hinter manchen nur dem Gereifteren vollkommen verständlichen Streiflichtern zurücktreten muß. Dem Zwecke des Anfängerunterrichts scheint es uns auch nicht förderlich, daß die Betrachtung zusammengehöriger Fragen bezw. Darstellung der Entwicklung des einzelnen Lebewesens hin und wieder nicht im Zusammenhang, sondern, dem Aufbau des Buches entsprechend, in verschiedenen Abschnitten erfolgt.

Wir möchten deshalb, ohne damit eine Mindererschätzung seines Wertes andeuten zu wollen, das Buch lieber als höchst genußreiches Repetitorium für den Kenner bezeichnen und möchten es aus diesem Grunde gerade dem Forstmann ganz besonders warm empfehlen. Ihm treten die in dem Buche in bunter Reihe genannten und behandelten Gestalten des Tier- und Pflanzenreiches tagtäglich vor Augen, er kennt ihre Namen, und ihr Charakterbild ist ihm seiner Zeit im Hörsaal oder auf der Lehrwanderung von kundiger Seite dem Stande der damaligen Erkenntnis entsprechend geschildert worden. Vieles von dem, was in der Ausbildungszeit zum Bestandteil des erforderlichen naturwissenschaftlichen Wissens wurde und was unvergeßlich schien für alle Zeiten, hat das spätere Berufsleben mit seinen anders gearteten Gedankenrichtungen aus der Erinnerung weggewischt und das zu Auffrischung verblässender Bilder befähigte Lehrbuch hat gefehlt, oder ist ungeöffnet geblieben. Da sind die vorliegenden „Streifzüge“ wie geschaffen, alte Kenntnisse wieder aufleben zu lassen und die Verbindung mit den kleinen Gebilden der Natur wieder herzustellen. Als äußerst brauchbarer Leitfaden für die Vorbereitung und erfolg-

reiche Gestaltung von Vehrassflügen empfehlen wir das mit zahlreichen neuen Originalen bezw. guten Abbildungen des Teubner'schen Verlags reich ausgestattete Buch in erster Linie allen mit der Ausbildung forstlichen Nachwuchses sich beschäftigenden Wirtschaftlern. In deren Hand scheint es uns ebenso sehr am richtigen Platze zu sein wie in der Hand des Lehrers, dem die Aufgabe obliegt, die heranwachsende Jugend in die Schönheiten der Natur einzuführen. R. Beck.

Resultate der Forstverwaltung im Regierungsbezirk Wiesbaden. Jahrgang 1914. Herausgegeben von der Rgl. Regierung zu Wiesbaden. Druck und Verlag von P. Plaum, Wiesbaden, 1905.

Der Flächeninhalt der Forsten beträgt: 238 473 ha (1,5 ha weniger wie i. J. 1913), darunter 53 651 ha Staatswald (2,6 ha mehr wie i. J. 1913).

Der Naturalertrag betrug im Staatswalde pro ha Holzboden: 4,6 Fm Verbholz und 1,3 Fm Reifig und Stochholz, zusammen 5,9 Fm. Von dem Gesamteinschlage entfallen auf Verbholz 27,8%, auf Reifernutzholz 1,2%, auf Verbholzbrennholz 40,6%, auf Stochholz 0,3%, auf Brennreifig 30,1%. Im Gesamtverbholz sind an Nutzholz enthalten 38%. Der Anfall an Eichenlohrinde betrug 22 306 Ztr. gegen 24 474 Ztr. im Vorjahre.

Der Gelbertrag belief sich im Staatswalde pro ha der Gesamtfläche auf 53,88 Mk., darunter Roh-einnahme für Holz 90,8% der Gesamteinnahme = 50,49 Mk. pro ha Holzboden; die Roh-einnahme für Nebennutzungen auf 4,7% der Gesamteinnahme = 2,51 Mk. pro ha der Gesamtfläche.

Die Gesamtausgabe betrug 36,09 Mk. pro ha der Gesamtfläche.

Die Werbungskosten betrugen 30,5% der Gesamtausgabe; die Kulturkosten 8,1% der Ausgabe; die Kosten der Gelberhebung 2% der Ausgabe.

Der Reinertrag betrug 17,70 Mk. pro ha der Gesamtfläche gegen 14,01 Mk. im Vorjahre.

Das Nutzholz erzielte einen Durchschnittspreis von 14,31 Mk. für das Festmeter, das Brennholz von 6,12 Mk.; der Durchschnittspreis für 1 Fm des Gesamtanfalls hat 8,57 Mk. betragen.

An Kulturgeldern, ausschließlich Wegebau und Unterhaltung, sind je ha Holzbodenfläche 1,45 Mk. verausgabt worden; hiervon betrug der Geldaufwand für eigentliche Kulturen 43,85%, für Anlegung und Unterhaltung, von Pflanzkämpfen 27,61% der Gesamtausgabe.

An Wegebaugeldern sind pro ha Holzbodenfläche 1,56 Mk. ausgegeben worden.

Der Gesamtaufwand für Kulturen und Wege zusammen belief sich pro ha Holzboden auf 3,01 Mk.

Die Größe der Schälwaldbetriebsfläche betrug 358 ha mit einem Ertrage von 62 Zentnern pro ha und einem Gelderlös von 103 Mk. je ha. Der Jäger Vohrbrinde brachte 1,66 Mk. bei einem Schälverlust von 2,04 Mk.

Die Einnahmen aus der Jagd beliefen sich auf 6597 Mk.

In den Staatsforsten waren 6752 Arbeiter und ungefähr 221 347 Arbeitstagen beschäftigt. Es wurden 118 Unfälle angemeldet, von denen 10 eine längere als 13 Wochen dauernde Erwerbsbeeinträchtigung zur Folge hatten.

Gegen Krankheit waren alle Arbeiter versichert.

Die Zahl der Waldbrände belief sich auf 4, darunter 6 im Staatswalde. E.

Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit. Von Dr. phil. h. c. Hoesch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Verlag von Reimer, Hoesch in Berlin. 1916. Preis: 1,20 Mk.

Zweck der Schrift ist die Beseitigung des Mißverständnisses zwischen Konsumenten und Produzenten von Nahrungsmitteln. Verfasser schildert den bewundernswerten Aufschwung unserer Industrie während des Krieges und weist darauf hin, wie auch die Landwirtschaft allen berechtigten Anforderungen gerecht geworden sei. Er schildert ihren glänzenden Aufstieg, ihre Stellung, ihre Leistungen für unser Durchhalten im Kriege und gibt beachtenswerte Winke für eine künftige erforderliche wirtschaftliche Kriegsvorbereitung.

Der Inhalt der Hoesch'schen Arbeit zerfällt in folgende Hauptabschnitte: das Mißverständnis; die deutsche Industrie; die deutsche Landwirtschaft; die landwirtschaftliche Arbeitsweise während des Aufstiegs; die Zeit der Prüfung; Interessengemeinschaft der Erzeuger und Verbraucher von Nahrungsmitteln; die landwirtschaftliche Produktion während der Kriegszeit; der Produktionszweck; Kartoffelversorgung im Kriege und andere Ernährungsfragen; deutsche Organisationskunst und Ausblick.

Die Schrift verdient weitestgebreitete Verbreitung. Wir vermessen in derselben einen Hinweis auf die große Hilfe, die der Wald der Landwirtschaft während des Krieges durch Hergabe seiner vielen Nebennutzungen geleistet hat. E.

Geisenheimer Mitteilungen über Obst- und Gartenbau. XXXI. Jahrgang. Gründer: Baron v. Geisenheim, Direktor des Oekonomierats R. Goethe, Schriftleiter: Ag. Garteninspektor E. Junge. Verlag von Rud. Beckmann u. Comp., Wiesbaden. Preis: 1,75 Mk. jährlich. Die Geisenheimer Mitteilungen für Obst- und Gartenbau.

bau erscheinen monatlich in einem Heftchen. Die-
ben sind geeignet, vielen Besitzern von Aedern und
orten gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo auf eine
möglichste Ausnutzung und möglichst intensive Bewirt-
schaftung Bedacht genommen werden muß, ein will-
kommener Ratgeber zu sein.

Das vorliegende Heft enthält Aufsätze über: Ge-
sehbau im Kriegsjahre von Obergärtner Schlegel-
strich, Bepflanzung von Nordwänden von A. Koch;
eisenheim, Schädlingsbekämpfung durch Vogelschutz
n A. Trautsen-Wiesbaden; Warum eignen sich
gige Höhen nicht für den Obstbau?; Zum Anbau
r Zwiebel, die Kartoffel und Dörrprodukte u. a. m.
E.

Ratgeber-Bibliothek. Mein Sonntagsblatt.
B. B. Enders'sche Kunstanstalt, Neutitschein.

1. Kaninchenzucht für den Haushalt. Mit 60
Abbildungen. Von Friedr. Fürst, landw. Fachlehrer.
Preis: 75 Pfg.

Die Kugeigenschaften des Kaninchens, die verschie-
enen Rassen, die Zuchttrichtung, die Stallungen, die
Zucht, die Fütterung, die Mast, das Kastrieren, die
Krankheiten, das Schlachten, das Abkalben, die Fell-
verwertung werden eingehend erörtert und durch Ab-
bildungen veranschaulicht.

Jetzt, wo es darauf ankommt, in kürzester Zeit
möglichst viel Fleisch zu erzeugen, wird dieses Büchlein
höchstlich viele Abnehmer finden.

* * *

2. Die feine Kaninchenküche. Ueber 50 Koch-
vorschriften, zumeist auf österreichische Art. Von Rätke
Koch-Nicolai. Preis: 25 Pfg.

Da die meisten Hausfrauen und Köchinnen der
Zubereitung des Kaninchens ziemlich fremd gegenüber-
stehen und die meisten Kochbücher keine oder nur
wenige Rezepte für dessen Zubereitung enthalten, wird
auch dieses Schriftchen bei vielen eine freundliche Auf-
nahme finden.

* * *

3. Landwirtschaftliche Fürsorge während
und nach dem Kriege. Von einem Freiagravier.
Preis: 25 Pfg.

In zwei Abschnitten werden 1. die landwirtschaft-
lichen Fürsorgemaßnahmen während des Krieges und
2. die landwirtschaftlichen Friedensmaßnahmen be-
sprochen.
E.

Kaninchenzucht. Praktische Ratschläge für An-
fänger von einem erfahrenen Züchter mit einer An-
zahl billiger, gutbewährter Kaninchenfleisch-Rezepte.
Von Fr. K. Paulus. Druck und Verlag von
Erich Spandel-Nürnberg. Preis: 25 Pfg.

Die Kaninchenbeschaffung, die billige und zweck-
mäßige Unterbringung, die Deckung, Aufzucht und
Kreuzung, die rentable Zucht im Gegensatz zur Sport-
zucht, die Kaninchenrassen, die Fütterung, die Krank-
heiten und deren Behandlung, die Schlachtarten und
Fellverwertung, die Verwendung und Zubereitung
des Kaninchenfleisches werden erörtert und eine große
Anzahl von Rezepten für diese gegeben.

Mit Rücksicht auf die derzeitige Fleischnot wird
manchem dieses billige Büchlein willkommen sein.
E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Einsammeln von Brennesseln.

Da der Krieg die Einfuhr von Hanf und Baum-
wolle fast vollständig unterbunden hat, sollen nach
einem Erlasse des Ministers für Landwirtschaft, Do-
manen und Forsten alle im Inlande vorhandenen ver-
spinnbaren Pflanzen genutzt werden. Dazu gehört
auch die Brennessel, deren Faser nach einem neuen,
von einer, deutschen Firma gefundenen Verfahren ver-
arbeitet werden kann. Die Faserausbeute beträgt etwa
8% der trockenen Nesseltengel. Die Bildung einer
Kriegsgesellschaft zur Sammlung und Verwertung der
Brennessel ist im Gange. Die Sandräte werden ange-
wießen, das Einsammeln der Brennesseln zu regeln

und eine möglichst große Menge für die Vermehrung
des heimischen Vorrates an spinnbaren Fasern und
Gewebe nutzbar zu machen. Auf Grund der bei der
Einsammlung des ersten Brennesselschnittes gemachten
Erfahrungen soll später die Aberntung des zweiten
Schnittes geregelt werden.

Für das Einsammeln wird folgende Anweisung ge-
geben:

1. Zu sammeln ist nur die brennende langstielige
Brennessel (*Urtica dioica*). Die krautartige, ver-
ästelte, niedrige Brennessel ist nicht zu sammeln.

2. Der günstigste Zeitpunkt zum Ernten ist die
Zeit nach vollendeter Blüte, beginnend Ende Juni.
Auch später gesammelte Brennesseln sind noch brauchbar.

3. Die geernteten Stengel müssen eine Länge von mindestens 50 cm aufweisen. Kürzere Stengel sind nicht zu sammeln, da sie für die Fasergewinnung wertlos sind.

4. Die Stengel sind unmittelbar über dem Boden abzuschneiden; dürfen nicht ausgerissen werden. Das Abschneiden erfolgt am besten mit einem Messer oder einer Sichel, bei großen Beständen mit einer Sense.

5. Zum Schutze gegen das Brennen wird die Verwendung von Handschuhen aus irgendwelchen Stoffen empfohlen. Kurze Zeit nach der Ernte brennen die Pflanzen nicht mehr.

6. Ein Zerreißen oder Zerbrechen der Stengel ist unter allen Umständen zu vermeiden, besonders ist dies auch bei dem Packen in Bündel oder Garben zu beachten.

7. Die abgeschnittenen Brennesseln sind, wenn sie nicht am Gewinnungsorte liegen bleiben können, in Bündel zu packen und an geeigneten Stellen zum Trocknen dünn auszubreiten. Die Stengel müssen gut getrocknet werden, weil sie sonst in kurzer Zeit unter Wärmeentwicklung zu faulen beginnen. Faule Stengel sind für die Fasergewinnung unbrauchbar. Die genügende Trocknung ist erreicht, wenn die Blätter sich leicht abstreifen lassen.

8. Nach dem Trocknen sind die Blätter, etwaige Seitenäste und die Köpfe zu entfernen. Hierzu wird je eine handvoll Stengel durch eine Art Kamm hindurchgezogen. Der Kamm wird zweckmäßig dadurch hergestellt, daß in eine etwa 1,5 m lange Latte kräftige Nägel in einem Abstand von je 1,5 cm eingeschlagen werden. Die Latte ist danach zur Vereinfachung der Entlaubungsarbeit vor dem Gebrauch an einem Baum oder Balken zu befestigen.

9. Die entblätterten Stengel sind sorgfältig geordnet in Bündel oder Garben zu binden.

10. Die Abnahme erfolgt an der, dem Gewinnungsorte nächstgelegenen Eisenbahn- oder Schiffsverladestelle durch einen Beauftragten des Vandrats zu den von ihm bekannt gegebenen Zeiten.

11. Für entblätterte und sorgfältig gebündelte Brennesselstengel werden 10 Mk. für 100 kg bezahlt.

12. Die verbleibenden Blätter und Köpfe sind wertvolles Viehfutter und haben den gleichen Wert wie gutes Heu.

Aus Württemberg.

Der Anbau der Brennessel im Walde.

Von Forstmeister Dr. Schinzinger, Hohenheim.

Zur Zeit wird der Anbau der Brennessel auf ertraglosen Flächen im Walde, Felde, auf den Dämmen, Böschungen und Auffüllplätzen unserer Eisenbahnen usw. warm empfohlen.

Aus dem heute schwer gehakten Unkraut war im Mittelalter ein durch seine Zartheit bekanntes Gewebe gesponnen, das unter dem Namen „Nesselwand“ fortlebt.

In neuester Zeit soll es der Technik wieder gelingen, die in der Rinde der Brennessel enthaltenen Fasern auszufordern und zum Verspinnen geeignet zu machen.

Nun soll den Fabriken das geeignete Rohmaterial in genügender Menge zur Verfügung gestellt und zu diesem Zwecke einmal die wild wachsende Brennessel in schattigen Wäldern, an Hecken, Zäunen, auf alten Schutt- und Komposthaufen, an Bächen mit schlammigen Ufern gesammelt und getrocknet, des weiteren auf oben genannten ertraglosen Flächen neu angebaut werden.

Da über Brennesselkultur praktische Erfahrungen bis jetzt kaum vorliegen, wurde in diesem Frühjahr auf dem Versuchsfelde der Kgl. landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim ein Unbauversuch eingeleitet.

Der Acker erhielt eine normale gründliche Bodenbearbeitung, wurde mit 440 dz Stallmist je 1 ha gedüngt und auf 15 cm Tiefe unterpflügt, beides im letzten Winter.

Vor dem Auspflanzen der aus den Rhizomen mitwachsender Brennesseln im März gewonnenen 15 cm langen Stecklinge wurde die Fläche mit der Egge tüchtig gelockert und jene hierauf mit dem Markför in den geeigneten Boden in ca. 8 cm tiefen Rillen mit 30 cm Entfernung gelegt. Nach der Pflanzung der Stecklinge wurde die Fläche gewalzt und die Erde dadurch fest an die Stecklinge gedrückt.

Diese Aufmerksamkeit, wie man sie auch landwirtschaftlichen Nutzpflanzen nicht besser angebeihen läßt, war von einem günstigen Erfolg nicht begleitet. Die Anlage bildet zur Zeit einen sehr dünnen lückenhaften Bestand, der im heurigen Jahr keinen irgendwie nennenswerten Ertrag an Stengeln verspricht. Vielleicht wird man bei künftigen Anlagen darauf zu sehen haben, nur die Kopfstücke der unterirdischen Rhizome als Stecklinge zu verwenden, weil nur an diesen junge Knospen sitzen.

Jedenfalls läßt sich erkennen, daß im ersten Jahre der Pflanzung nur eine ganz kleine Ernte zu erzielen ist und daß vielleicht erst vom zweiten oder dritten Jahre ab auf die volle Ernte gerechnet werden kann, sofern die Brennessel überhaupt unter den Verhältnissen des Feldbaues entsprechende Erträge zu liefern vermag. Bekanntlich gibt der Nessel nahe verwandte Hopfen im ersten Jahre einen ganz kleinen Ertrag in Form des sog. Jungfernhopfens.

Die Vermutung liegt nahe, daß ein Brennesselanbau auf Oedflächen innerhalb des Waldes bei den weniger günstigen Boden- und Bearbeitungsverhältnissen noch weniger Erfolg haben wird.

Wir finden die wildwachsende Brennessel nicht auf

geren, trockenen, sandigen Böden, sondern nur auf Feuchten, wo größere Humusmengen vorhanden sind, organische Massen, besonders altes Holz, Baumde, Laub, Schlamm u. s. w. der Verwesung unterliegen. Demgemäß paßt sie weder auf Oedland, noch auf Dämme und Böschungen der Eisenbahnen.

Der Landwirt wird, solange nicht wirklich brauchbare und zuverlässige Erfahrungen über den feldmäßigen Anbau dieser Pflanze vorliegen, gut daran tun, wenn er sich um Anbau von Fasernpflanzen handelt, sich an altbewährten Gespinnstpflanzen Flachs und Hanf halten, schon weil Brenneffelsamen nirgends erhältlich und die Anpflanzung mit Stecklingen immerhin eine ziemlich umständliche Arbeit ist.

Im übrigen wachsen in Feld und Wald an oben erwähnten Plätzen jetzt so viele wilde Brenneffeln, daß man vorerst diese in rentabler Weise sammeln sollte. In jährlich recht ansehnliche Mengen der Nesseltengeln zur Fasergewinnung zusammenzubringen.

Der günstigste Zeitpunkt zum Ernten ist die Zeit nach vollendeter Blüte, beginnend Ende Juni. Die zweite Ernte kann dann etwa Ende September erfolgen.

Ueber Gewinnung, Trocknen, Bündeln, Aufbeahrung, Einlieferung und Verkauf an den Kriegs-

ausschuß für Baumwollindustrie sind in den Zeitungen bereits die entsprechenden Anleitungen¹⁾ bekannt gegeben.

¹⁾ Eine Bekanntmachung hierüber hat die kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel zu Stuttgart unter dem 1. Juli 1916 herausgegeben. Derselben ist eine Anweisung für das Einsammeln der Brenneffeln, ähnlich der in dem Briefe aus Preußen enthaltenen, beigelegt.

Aus dem Großherzogtum Hessen.

Mitteilungen aus der Forst- und Kameralverwaltung für die Jahre 1914 u. 1915.

(Fortsetzung und Schluß.)

C. Mitteilungen aus der engeren Verwaltung.

Aus den Aufstellungen, die zum Zwecke der forstlichen Produktionsstatistik für das Deutsche Reich für das Wirtschaftsjahr 1913 (1. Oktober 1912 bis 1. Oktober 1913) gefertigt wurden, sei folgendes entnommen:

Es stellt sich die Gesamtwaldfläche für:

a. Waldungen des Großherzoglichen

Hauses (Familien-Eigentum) auf . 72 897 ha

b. Staatsdomänen auf 2 987 „

c. Kommunalwaldungen auf 94 433 „

I. Uebersicht des Holzmassenertrags:

Walbeigntümer	Wirt- schafts- jahr	Fällungsergebnis u. Nutzholz % im Ganzen				Laubholz-Nutzholz %			Nadel- holz- Nutzholz %
		Nutzung je ha Holzboden		Nutzholz %		im Ganzen	Hiervon		
		an Derbholz fm	an der ganzen Holzmasse fm	vom Derbholz	von der gesamten Holzmasse		Eiche	Buche	
Großherz. Haus, Familien- Eigentum	1913	4,73	6,12	48,19	37,61	21,94	41,70	14,81	78,79
Staat	1913	3,82	5,53	70,85	50,00	7,28	18,69	2,57	90,90
Kommunen	1913	4,26	6,05	46,03	32,94	17,21	37,79	6,98	64,94

II. Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben in Mark:

Walbeigentümer	Wirt- schafts- jahr	Einnahme	Ausgabe	Ein- nahme- Ueber- schuß	Von der Einnahme entfallen auf Holz	Personalaufwand in Mark je ha		Holz- hauer- u- Rücker- löbne je fm	Sachlicher Auf- wand je ha	
						für Sozialver- waltung	für Forstschuß		Kultur- kosten	Wegbau- u. sonstige Kosten
						je ha				
Großh. Haus, Fam.-Eigent.	1913	70,88	34,63	35,75	67,46	4,06	4,89	2,30	4,47	3,29
Staat	1913	56,63	28,61	28,02	54,48	4,06	4,51	2,00	2,66	1,70
Kommunen	1913	67,80	29,59	38,21	65,54	4,06	2,90	2,41	4,48	2,44

Der starke Kälterückfall zu Anfang Mai 1914 hat wieder vielerorts empfindlichen Schaden an Kulturen verursacht. Es wäre verfehlt, solche besonders in der Rheinebene öfters wiederkehrende Schäden als etwas Unabänderliches hinzunehmen, wenn sie durch geeignete Maßnahmen bei der Fiebsführung und Bestandsbegründung bis zu einem gewissen Grade verhütet werden können. Schon mehrfach und zuletzt in den „Wirtschaftsgrundsätzen“ ist auf solche Maßnahmen hingewiesen worden. Durch das Ausschreiben vom 13. Mai 1914 zu Nr. F. M. D. 25 764 wurden die Oberförstereien beauftragt, unter dem frischen Eindruck des Spätfrostschadens und so lange dieser seiner Intensität und Ausdehnung nach noch deutlich erkennbar war, eingehend zu prüfen, inwieweit die empfohlenen Maßnahmen sich bewährt haben. Nach den eingegangenen Berichten lassen — wie den Oberförstereien durch den Erlaß vom 21. Oktober 1914 zu Nr. F. M. D. 52 703 mitgeteilt wurde — die Beobachtungen über den Spätfrostschaden im Mai 1914 erkennen, daß dieser in sehr verschiedener Weise aufgetreten ist, sodaß sich für die einzelnen Wirtschaftsgebiete, selbst für Nachbarreviere mit fast gleicher Lage kein einheitliches Bild über den Grad und Umfang seines Auftretens ergibt. Mehrfach wird hervorgehoben, daß der Spätfrost vom 1./2. Mai und 2./3. Mai unter ganz eigenartigen und außergewöhnlichen Umständen nach einer Reihe abnorm warmer Tage und zuletzt nach einem starken Regensfall plötzlich mit einem so starken Temperatursturz eingetreten sei, daß der Gefriertod der frisch ausgetriebenen, weichen, mit Feuchtigkeit übersättigten Zweige unvermeidlich habe erfolgen müssen. Weder Kronen- noch Seitenschutz habe dies verhüten können. Einem mit solcher Festigkeit auftretenden, immerhin seltenen Naturereignis gegenüber seien alle wirtschaftlichen Maßnahmen unwirksam. Andererseits werden aber auch sehr günstige Erfahrungen über frostverhütende oder doch frostmindernde Wirkung des Seitenschutzes mitgeteilt. So berichtete z. B. die Oberförsterei Hsenburg, daß die in Altholz eingelagerten Eichenkulturen von je 1 ha Größe infolge des Seitenschutzes nur ganz geringe Frostschäden und zwar nach der Mitte hin zunehmend aufwiesen, während in einem Buchenverjüngungsschlag mit eingebrachten Eichen, Eschen usw. der Frost geradezu verheerend gewirkt habe. Das Gleiche wird von einer größeren Anzahl von Oberförstereien der Rhein- und Mainebene berichtet und hervorgehoben, daß durch die Verjüngung auf Böchern bei der Eiche der Frostgefahr fast vollständig vorgebeugt werden konnte und die in gleicher Weise begründeten Kulturen von Esche, auch Schwarznuß, keinen oder doch nur geringen Frostschaden erlitten haben. Auch die Douglasfichte ist bei Seitenschatten vor Frost-

schaden bewahrt geblieben. Im Berg- und Hügelland hat die Weißtanne besonders gelitten. Aber auch hier hat sich gezeigt, daß in Buchenaltholz auf Böden flächen eingebettete Kulturen dieser so sehr frostempfindlichen Holzart ganz verschont geblieben sind. — Wenn in manchen Fällen eine frostverhütende oder frostmindernde Wirkung des Seitenschutzes nicht festgestellt werden konnte, so mögen wohl vielfach besonders ungünstige örtliche Verhältnisse und Einflüsse mitgewirkt haben, denen genauer nachzuforschen sich bei einem späteren wiederholten Eintritt von Spätfrosten wohl lohnen wird. Mitunter war die Bestandesverfassung und Lagerung wohl auch nicht derart, daß der Kulturschutz ein ausreichender und wirksamer Seitenschutz besonders nach den gefährdeten Seiten hin belassen werden konnte. — Die vorliegenden günstigen Erfahrungen über die Wirkungen des Seitenschutzes sprechen dafür, ihn bei der Bestandsbegründung an den Deckungsstellen, die erfahrungsmäßig häufiger von Spätfrost heimgesucht werden, möglichst vielseitig anzuwenden und auf diesem Wege die frostempfindlichen und empfindlichen Kulturen des Gipfeltriebs oft dauernd geschädigten Holzarten rascher über die gefährlichste Frosthöhe hinauf zu bringen.

Die Revision der Dienstjagdwaffenpässe der Forstbeamten durch die Steuerbeamten hat schon öfters Anlaß zu Mißliebigkeiten gegeben. Hat wieder einmal ein Großh. Forstwart — als gelegentlich einer Treibjagd die Jagdwaffenpässe durch einen Steuerausheber nachgesehen wurden — die Vorzeigung seines Jagdwaffenpasses verweigert. Da nach § 1 der Jagdwaffenpaßordnung jeder, der mit einem Jagd tauglichen Feuergewehr außerhalb der Wohnorte erscheint, in eine Strafe von 5 Mk. zu nehmen ist, wenn er zur Zeit der Betretung die erforderliche Legitimation zwar besitzt, aber auf Anfordern nicht sofort vorzeigt, so wurde gegen den betreffenden Forstwart die vorerwähnte Strafe verhängt. Hiergegen wurde Beschwerde verfolgt mit der Behauptung: Es sei dem Steuereinsammler untersagt, den Forstwarten die Dienstpässe abzuverlangen. Eine Hinterziehung der Abgabe sei bei Forstbeamten ausgeschlossen und bestehe daher kein Anlaß, den Dienstpaß eines Forstbeamten abzuverlangen, zumal wenn dieser sich, wie bei dem betreffenden Forstwart der Fall gewesen sei, in seinem Dienstbezirk befindet. — Die Beschwerde wurde abgewiesen. Eine Vorschrift, wonach die Dienstpässe der Forstbeamten nicht der allgemeinen Revision durch die Steuerbeamten unterliegen, besteht nicht. Der Forstwart ist vielmehr ebenso wie jeder andere mit einem zur Jagd tauglichen Feuergewehr außerhalb der Wohnorte erscheint, verpflichtet, seinen Paß auf Verlangen vorzuzeigen. Darauf — ob eine steuer-

der Hinterziehung in Betracht kommt oder nicht — nimmt es für die gesetzliche Vorschrift nicht an, ebensovienig darauf, ob der Betreffende sich in seinem Dienstverhältnis befindet oder nicht. Diese Entscheidung — welche die gesetzliche Vorschrift gemäß als eine endgültige anzusehen ist — wurde den Großh. Oberförstereien zur Bedeutung des unterstellten Forstpersonals mitgeteilt.

Mit dem Schutze der Naturdenkmäler beschäftigt sich das Ausschreiben vom 4. April 1914 zu Nr. M. D. 16 994. In einzelnen Fällen wurde wahrgenommen, daß Oberförstereien über ihre Obliegenheiten auf dem Gebiet des Denkmalschutzes nicht ausreichend unterrichtet waren. Dies gab Anlaß, auf die Art. 33 ff. des Gesetzes, den Denkmalschutz betreffend vom 16. Juli 1902, sowie auf das Ausschreiben Nr. 9 vom 29. Oktober 1902 zu Nr. F. M. D. 73 586 — vgl. August-Heft 1903 dieser Zeitschrift, Seite 268 und 271 — wiederholt hinzuweisen. Dabei wird weiter bemerkt:

1. Das Gesetz, den Denkmalschutz betreffend, hat die Anordnung des Naturschutzes von dem Antrage der Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung abhängig gemacht. Es geht davon aus, daß die Behörden der Forstverwaltung, die ihr Beruf innig mit der Natur verknüpft, den Zwecken des Gesetzes mit besonderem Verständnis gerecht werden. Sind auch andere Behörden von der Mitwirkung bei dem Schutze der Denkmäler nicht ausgeschlossen, so liegt es hiernach doch in ganz besonderem Maße den Oberförstereien ob, bei der Ausführung des Gesetzes mitzuarbeiten. Dabei sollen die Oberförstereien ebenso von anderer Seite kommende Anregungen verfolgen und würdigen, als auch selbst auf Grund ihrer eigenen Wahrnehmungen dafür Sorge tragen, daß des Schutzes werthe Naturdenkmäler auch geschützt werden. Die erforderlichen Anträge sind nicht unmittelbar bei den Großh. Kreisämtern zu stellen, sondern es ist an die Ministerialbehörde in Darmstadt zu berichten.
2. Ob sich ein Naturdenkmal in einem Walde befindet oder außerhalb der Waldungen in der Feldbegrenzung oder innerhalb einer Ortschaft — ist gleichgültig. Es ist deshalb nicht zutreffend, wenn gelegentlich die Meinung ausgesprochen wurde, eine Oberförsterei sei nicht befugt, den Schutz einer Dorflinde zu beantragen. Von Wichtigkeit ist namentlich die Erhaltung von Naturdenkmälern auf Friedhöfen.
3. Zur Förderung der geschäftlichen Erledigung und zur Vermeidung überflüssiger Rückfragen sollen die Oberförstereien darauf achten, daß schon bei der ersten Berichterstattung kurz gehaltene An-

gaben über alle wesentlichen Punkte nicht fehlen, z. B. die geschichtlichen oder naturgeschichtlichen Gründe oder die Rücksichten auf die landschaftliche Schönheit oder Eigenart, aus denen der Naturschutz gerechtfertigt ist; die geschichtliche oder volkstümliche Benennung eines Baumes oder sonstigen Naturdenkmals, bei Bäumen die botanisch richtige Bezeichnung der Art oder Spielart; ob Gründe vorliegen, den Schutz auch auf die Umgebung eines Naturdenkmals auszudehnen, Mitteilungen über besondere Maßnahmen, die zur Erhaltung des Naturdenkmals etwa erforderlich sind u. dgl. m. Vielfach, und insbesondere in Fällen, in denen es zweifelhaft sein kann, ob die Voraussetzungen des Artikels 33 des Gesetzes erfüllt sind, ist auch eine Äußerung darüber zweckmäßig, ob der Grundeigentümer der Anordnung des Naturschutzes vermutlich widersprechen wird oder nicht. Durch geeignete mündliche Aufklärung und Belehrung wird es häufig möglich sein, nichtbegründete Widerstände und Bedenken des Grundeigentümers von vorn herein auszuscheiden.

4. Wenn in einzelnen Fällen wegen unmittelbar drohender Gefahr für ein Naturdenkmal ein schleuniges Eingreifen geboten sein sollte, so ist möglichst umgehend mit dem zuständigen Kreisamt in Verbindung zu treten, zugleich aber auch unverzüglich an die Ministerialforstbehörde zu berichten.

Der Erlaß teilt weiter mit, daß beabsichtigt ist, eine Neuauflage des vergriffenen Werkes „Bemerkenswerte Bäume im Großherzogtum Hessen“ zu veranstalten, wobei das Werk inhaltlich ergänzt und reicher ausgestattet werden soll. Ueber den Umfang, der früheren Ausgabe hinausgehend, soll die neue Ausgabe außer bemerkenswerten Bäumen auch sonstige Naturdenkmäler (z. B. eigenartige Felsbildungen, Wasserläufe usw.) zum Gegenstand haben. Dem Erlaß sind folgende, den Natur- und Heimatschutz betreffende Ausschreiben des Großh. Ministeriums des Innern beigegeben, betreffend:

- a. Erhaltung und Anlage der Friedhöfe, insbesondere den Schutz des Baumwuchses und der Grabdenkmäler, v. 17. Mai 1911 zu Nr. M. d. J. 1852;
- b. Den Schutz der Alleen und beachtenswerter Bäume vom 17. Mai 1911 zu Nr. M. d. J. 18 658 v. 1910.
- c. Heimatschutz bei elektrischen Kraftanlagen vom 22. Februar 1913 zu Nr. M. d. J. 3148;
- d. Heimatschutz, Erhaltung und Erbauung von Brücken vom 23. Dezember 1913 zu Nr. M. d. J. 20 180.

Der Inhalt dieser Ausschreiben ist in vielem auch für die Forstbehörden unmittelbar von Bedeutung, doch würde es zu weit führen, hier näher darauf einzugehen.

Zur Erleichterung und Verbilligung der Schreibarbeiten ist nach Ausschreiben vom 28. Juli 1914 zu Nr. F. M. D. 40 936 in Aussicht genommen, für diejenigen Oberförstereien Schreibmaschinen zu beschaffen, für die es sich nach Art und Umfang der Schreibgeschäfte als notwendig oder zweckmäßig erweist. Die Schreibgehilfen müßten alsdann den Gebrauch der Schreibmaschine erlernen. Die Mittel sollen im Laufe der nächsten Jahre in das Budget eingestellt werden.

Mit Erlaß vom 10. Juni 1914 zu Nr. F. M. D. 31 165 wird den Großh. Oberförstereien ein Bericht der Großh. Oberförsterei Darmstadt zur Kenntnisnahme mitgeteilt, deren Vorstand Geh. Forstrat Kullmann zu Darmstadt auf dem Gebiete des Vogelschutzes eine ganz besondere Tätigkeit entfaltet. Sie hat von der Strangmann'schen Nisthöhlenfabrik zu Nieder-Eschbach — welcher die Lieferung der Nisthöhlen übertragen ist — ein Verzeichnis der für 1913/14 eingegangenen Bestellungen angefordert, das gleichsam eine Uebersicht über den Umfang der praktischen Vogelschutzbestrebungen in den Großh. Hess. Wäldungen abgibt. Hiernach lassen — wenn man für Höhlenbrüter einen 20-jährigen Vogelschutzturnus zu Grunde legt — von 39 Oberförstereien nur 4 ungefähr den halben jährlichen Sollbestand erreichen. Dieses Tempo wird für einen zielbewußten praktischen Vogelschutz unstreitig zu langsam und das von den übrigen Oberförstereien sogar noch ganz bedeutend und bis zum Viehhäber-Vogelschutz verkürzte Tempo als unzureichend und beinahe zwecklos gehalten. Zur Beseitigung dieses Mißstandes beantragt R., einen Schutzturnus für die einzelnen Oberförstereien in Uebereinstimmung mit den Betriebsleitern festzusetzen und darnach die Einstellungen für Vogelschutz in die jährlichen Wirtschaftspläne zu normieren. Auf Grund seiner vieljährigen, von gutem Erfolg begleiteten Vogelschutzpraxis empfiehlt R., den Betrieb des Vogelschutzes für Höhlenbrüter im Wald in der Art einzurichten, daß sogenannte Vogelschutzstationen an geeigneten Stellen über die ganze Oberförsterei hin gelegt werden. Eine solche Station soll bestehen aus reichlich ausgehängten Berlep'schen Nisthöhlen, aus einem hessischen Futterhaus und wo irgend möglich aus einer Kullmann'schen Vogeltränke, die im dichten Gebüsch mit einzelnen Hochstämmchen, aber ja nicht auf freier Fläche angebracht sein muß. Von diesen Vogelschutzstationen aus werden dann durch weiteres Aushängen von Nisthöhlen und stellenweises Anbringen von Berlep'schen Futterglöcken die Vögel weiter in den Wald

geleitet und dabei besonders die Hegen berücksichtigt werden. Die einzelnen Stationen sollen nicht ab $\frac{3}{4}$ Stunden auseinander liegen. Im Allgemeinen erachtet R. für je 100—150 ha eine solche Station für genügend, namentlich, wenn zwischen den Stationen noch hier und da Futterglöcken ausgehängt werden. Die vorgeschlagene Betriebsart wird Ordnung und Uebersicht für den Vogelschutzbetrieb im Wald bringen und die guten Erfolge der Berlep'schen Vogelschutzmaßnahmen sichern. — Das eingangs erwähnte Ausschreiben empfiehlt den Großh. Oberförstereien, die von R. gemachten Vorschläge bei den in den jährlichen Wirtschaftsplänen zu stellenden Anträgen zu berücksichtigen.

Um die berufliche Weiterbildung der Forstpersonals, z. B. durch Besuch von Forstversammlungen, von Wirtschaftsräten usw. zu fördern, sind lt. Ausschreiben zu Nr. F. M. D. 34 742 vom 29. Juni 1914 vom Etatsjahr 1914 ab (unter Ra. 101, Titel 7 des Hauptvoranschlags) wieder besondere Mittel vorgesehen worden. Der Umfang dieser Mittel ermöglicht es, daß voraussichtlich 4 Oberförster an der Tagung des Deutschen Forstvereins teilnehmen können. Außerdem werden die Mittel ausreichen, um den Oberförstern, Forstassistenten und den dienstlich beschäftigten Forstassessoren beim Besuche der Wirtschaftsräte ein Tagegeld von je 4 Mk. zu gewähren, vorausgesetzt, daß im Laufe des Jahres nicht mehr als 3 Tagfahrten eines Wirtschaftsrats stattfinden. Hierbei entstehende Transportkosten sind in der bisherigen Weise zu verrechnen. — Wie in der Berichterstattung für das Jahr 1910 (Oktoberheft 1911 dieser Zeitschrift, Seite 350) erwähnt wurde, war vom Etatsjahre 1910 ab das frühere Tagegeld von 15 Mk. beim Besuch der Versammlungen des Deutschen Forstvereins weggefallen und es wurde nur noch Ersatz der Reisekosten gewährt. Wenn nun auch nicht — wie früher — ein jeder der 7 Wirtschaftsräte einen Vertreter zu den erwähnten Versammlungen entsenden kann, so ist doch die eingetretene Besserung dankbar zu begrüßen.

In den letzten Jahren sind mehrfach, sowohl in der hessischen Landtag als auch in der Tagespresse, Ausschreitungen junger Leute, die mit Kochtopf und Zupfgeige ausgerüstet waren, irrtümlich als Ausschreitungen von Wandervögeln bezeichnet worden. Der Kreisleiter des Wandervogel in Südhessen hat sich deshalb an die Ministerialforstabteilung gewendet. Die Oberförstereien werden gebeten, ihre Unterbeamten ausdrücklich anzuweisen, bei Untaten Jugendlicher nachzuforschen, ob diese Wandervogel-Ausweiskarten bei sich führen, d. h. wirkliche Wandervögel sind. Es soll dadurch möglichst verhindert werden, daß in die Tagespresse und in das Gerede der Leute falsche Nachrichten kommen, die den Jugendwandern bisher nur ge-

gabelt und den Namen und die Ehre des Wandervogelbundes in der Öffentlichkeit herabgesetzt haben. Sollten sich einmal wirkliche Wandervogel was zu Schulden kommen lassen, so wird gebeten, es unter Nennung der Namen und der Ortsgruppe der jugendlichen Sünder der Kreisleitung mitzuteilen, damit auch vom Wandervogel aus streng dagegen vorgegangen werden kann. (Ausf. zu Nr. F. M. D. 7578 v. 13. Juli 1914.)

Mit dem Verkauf von Gemeindewald beschäftigt sich das Ausschreiben zu Nr. F. M. D. 37798 vom 21. Juli 1914. Nach der Städte- und Landgemeinde-Ordnung ist zur Uebertragung des Eigentums von Grundbesitz, sofern es sich um Werte von mehr als 5000 Mk., bei Landgemeinden um solche von 500 Mk. handelt, die Genehmigung der Verwaltungsbehörde, des Kreisamtes erforderlich. Inwieweit es sich hierbei um die Uebertragung des Eigentums von Gemeindewald handelt, soll nach einer von dem Großh. Ministerium des Innern an die Kreisämter ergangenen Weisung die Genehmigung erst dann erteilt werden, wenn eine Äußerung der oberen staatlichen Forstbehörde eingeholt ist. Letztere wird hierdurch in die Lage versetzt, die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinden in forstlicher Hinsicht zu wahren und auf etwaige Nachteile und Schäden aufmerksam zu machen. Zugleich ist es im Interesse der Betriebsführung selbst gelegen, daß die Forstbehörde von Änderungen an dem Wirtschaftsobjekt zeitig Kenntnis

erhält. Die Kreisämter sollen deshalb vor jeder Genehmigung einer Veräußerung von Gemeindewald mit der Ministerialabteilung für Forst- und Kameralverwaltung in Benehmen treten.

Aus den Zusammenstellungen der Naturalerträge, der Nutzholzprozente und der Bruttoerlöse aus Holz in den Domänenwaldungen des Großherzogtums Hessen wird folgendes entnommen:

Nutzholzprozente.

%	Anzahl der Oberförstereien	
	1914	1915
über 60	5	2
50—60	5	4
40—50	12	6
30—40	17	15
20—30	17	14
10—20	13	18
unter 10	7	16

Brutto-Erlöse für den Festmeter.

Erlöse in Mk.	Anzahl der Oberförstereien	
	1914	1915
über 14	4	6
12—14	16	17
10—12	35	27
8—10	16	18
unter 8	5	7

A. Natural-Einnahme.

Wirtschaftsjahr.	in den Provinzen Starkenburg und Rheinhessen fm	in der Provinz Oberhessen fm	im Großherzogtum fm	Nutzholz-Prozent		
				in den Provinzen Starkenburg und Rheinhessen	in der Provinz Oberhessen	im Durchschnitt für das Großherzogtum
1914	184 857	295 805	480 192	32.20	44.88	39.97
1915	165 311	228 771	394 082	27.28	34.89	31.67

B. Geld-Einnahme in Mark.

Wirtschaftsjahr	in der Provinz Starkenburg und Rheinhessen		in der Provinz Oberhessen		für das Großherzogtum	
	im Ganzen	für den fm	im Ganzen	für den fm	im Ganzen	für den fm
1914	2 252 917	12.19	3 107 392	10.52	5 360 309	11.16
1915	1 987 881	12.08	2 144 566	9.87	4 132 447	10.49

Der Voranschlag für das Etatsjahr 1914 und 1915 rechnete mit einem Durchschnittserlös von 10,50 Mk. für den Festmeter.

Die Submissionsholzverkäufe aus den Großh. Hess. Domänenwaldungen fanden

in der gewohnten Weise statt. Für das Wirtschaftsjahr 1915 fanden 3 Termine statt: einer am 1. Oktober 1914 für das Schwellenholz, einer (der Hauptverkauf) am 4. November 1914 und ein dritter am 19. Januar 1915 für Eschen-Stammholz. Besterer

wurde veranstaltet, um der infolge des Krieges eingetretenen starken Nachfrage nach Eschenholz gerecht werden zu können. Es wurden hierbei 524,5 fm Eschen-

Es stellte sich der Preis für:

Klasse I	über 60 cm Durchmesser	auf 125.04 Mk für den Festmeter.
" II	v. 50—59 "	" 114.19 " " " "
" III	" 40—49 "	" 104.68 " " " "
" IV	" 30—39 "	" 81.14 " " " "
" V	" 25—29 "	" 58.57 " " " "
" VI	" unter 25 "	" 29.43 " " " "

Ähnliche Preise erzielten auch die waldbesitzenden Gemeinden und Private.

Der Verkauf für das Wirtschaftsjahr 1916 fand am 4. November 1915 statt.

Der Gesamtumsatz stellt sich auf:

Wirtschaftsjahr	Festmeter	Erlös in Mk.	Durchschnittspreis für den fm in Mk.
1915	67 719	1 181 400.55	16.71
1916	53 628	910 866.17	16.98

Bei den Submissionsholzverkäufen aus den Gemeindewaldungen, die in üblicher Weise etwa 4 Wochen später stattfanden und sich einer guten Beteiligung zu erfreuen hatten, wurden gleich günstige Ergebnisse erzielt. Die mit dem Verkauf verbundenen Kosten wurden wie in den früheren Jahren auf die Staatskasse übernommen und die mit dem Verkauf zusammenhängenden Arbeiten durch das Sekretariat der Ministerialabteilung für Forst- und Kameralverwaltung erledigt.

Die Submission vom 4. November 1915 hatte ergeben, daß damals für verschiedene Sortimenten, so für Schnitt- und Bauholz, sowie für Buchenschwellenholz nur eine geringe Nachfrage bestand, die sich neben einem zum Teil nicht unerheblichen Rückgang der Preise auch dadurch bemerkbar machte, daß auf einen Teil der Verkaufslose keine, oder nur wenige oder unbefriedigende Gebote eingelegt wurden. Dagegen waren Kiefern- und Fichtengrubenholz, Zelluloseholz sowie auch Erlennholz begehrt und die Preise für diese Sortimenten überstiegen die vom Vorjahr mehrfach beträchtlich. Aber schon 3—4 Wochen später machte sich eine Nachfrage nach starkem Schnittholz geltend, so daß es möglich war, größere Posten auf dem Wege des Handverkaufs zu guten Preisen abzugeben.

Es ist klar, daß der Krieg die Forstverwaltung in ganz besonderem Maße in Anspruch nehmen mußte. Der Beruf des Forstmanns stellt an die körperliche Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft der Beamten hohe Anforderungen und nur wenige werden es sein, die infolge eines körperlichen Mangels vom Militärs-

stammholz zu einem Gesamtpreis von 39 501,88 Mk verkauft, was einem Durchschnittserlös von 75,31 Mk für den Festmeter entspricht.

dienst befreit geblieben sind. Die Forstverwaltung hat deshalb einen erheblichen Prozentsatz ihrer Beamten hergeben müssen, als das Vaterland rief. Für unabhängig wurde keiner erklärt und viele, die nach ihrem Alter der Dienstpflicht enthoben waren, haben sich freiwillig gestellt. So wartete denn derer, die nicht hinaus in den Kampf ziehen konnten, reichlich Arbeit zu Hause. Nicht wenige Oberförster haben außer ihrem Dienstbezirk noch 1 oder 2 Oberförstereien mitzuversehen. Bei dem Forstschutz- und Büropersonal ist es nicht anders. Wenn auch mancher bereits in den Ruhestand getretener Beamter seine Kraft dem Staate wieder zur Verfügung stellte, es hier und da auch möglich war Ersatzkräfte, allerdings ungeschult einzustellen, so wird es doch wenige Berufsarten geben, bei denen das Durchhalten die Kraft des Beamten in Anspruch nimmt als beim Forstmann.

Ein leuchtendes Beispiel gab der verehrte Chef der hessischen Forstverwaltung, Staatsrat Wilbrand. Er — der im Frühjahr 1914, im 72. Lebensjahr stehend — daran dachte in den wohlverdienten Ruhestand zu treten und ein dahingehendes Gesuch bereits eingereicht hatte — steht heute noch seinem arbeitsreichen, verantwortungsvollen Amt vor. Seine Königliche Hoheit der Großherzog Ernst Ludwig hat deshalb dem Genannten nachstehendes Allerhöchste Handschreiben zugehen lassen:

Darmstadt, den 16. November 1915.

Vieher Staatsrat Wilbrand!

Schon vor 1½ Jahren war Mir Ihr Gesuch wegen Uebertritts in den Ruhestand zugegangen. Der Ausbruch des Krieges verhinderte Mich daran, Ihrem Wunsche zu willfahren, den Ich bei der Länge Ihrer reichsegneten Dienstzeit an sich nicht hätte ablehnen können. Ich fand Mich vielmehr zu dem Ersuchen bewogen, Sie wissen zu lassen, Sie möchten von einem Bescheid auf die vorgetragene Bitte vorerst absehen. Wenn Ich neuerdings erfahre, daß Sie hierauf zurückkommen, so kann Ich Meinen damaligen Wunsch nur wiederholen. Mein Vertrauen auf Ihren durch mehr als 50 Jahre bewiesenen treuen Dienstleister, läßt Mich nicht zweifeln, daß Sie bei

Ihrer trefflichen Gesundheit bereit sein werden, auch an Ihrem Teile die allseitige Pflicht zu erfüllen, in der gegenwärtigen Zeit nach Kräften und bis zum siegreichen Ende des Krieges durchzuhalten.

Ihr wohlgeneigter Großherzog
Ernst Ludwig.

Da zu erwarten stand, daß die Kriegszeit namhafte Ausfälle in den Einnahmen des Staates zur Folge habe, war es erforderlich, die Geschäftsführung in allen Zweigen der Staatsverwaltung daraufhin zu prüfen, ob und wo die laufenden Staatsausgaben beschränkt werden konnten. (Aus Schreiben des Großh. Staatsministeriums vom 8. August 1914 zu Nr. St. M. 6930 und vom 20. April 1915 zu Nr. St. M. 3507). Um die persönlichen und sachlichen Kosten möglichst zu beschränken, wurden alle Maßnahmen, Arbeiten und Herstellungen, die zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs nicht unbedingt erforderlich waren, ein- oder zurückgestellt, sofern sie — wenn bereits begonnen — nicht zu Ende geführt werden mußten, oder sofern nicht bereits rechtsgültige Verträge — die nicht mehr im Wege der Vereinbarung gelöst werden konnten — darüber abgeschlossen waren. Neben der Einschränkung in den laufenden Ausgaben, mußten vor allem größere Arbeiten unterbleiben, für die größere laufende oder einmalige Mittel vorgesehen waren. Auch auf den Gebieten von Wissenschaft und Kunst usw. mußten Aufwendungen weiteren Umfangs vermieden werden, sofern nicht ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Volksgesundheit und der Kriegslage bestand. So wurde es z. B. für angezeigt erachtet, die Ausgaben für Denkmalpflege, Naturschutz und dgl. zu beschränken oder ganz einzustellen. Die allgemeinen Fonds für Vertretungs-, Aushilfs- und Reisekosten dürfen nicht mehr als unumgänglich nötig in Anspruch genommen werden. Dabei blieb es aber den Behörden und Beamten unter eigener Verantwortung überlassen, innerhalb ihres Verwaltungsbereiches zu prüfen, ob und inwieweit Arbeiten und Herstellungen, die ein Unterbleiben oder ein Zurückstellen vertragen können, nicht trotzdem im Einzelfall dann auszuführen sind, wenn es sich darum handelt, arbeitslos Gewordenen oder bedürftigen Angehörigen von Einberufenen Verdienst zu verschaffen.

Als zu Anfang des Krieges durch das Stillstehen von Fabriken vielerorts Arbeitskräfte frei geworden waren, die nach Beendigung der Getreideernte im Landwirtschaftsbetrieb nicht mehr beschäftigt werden konnten, wurden diese Arbeitskräfte — soweit irgend möglich — in Domänialwaldungen zum Aufarbeiten des Brennholzes und zur Ausführung von Durchforstungen in jüngeren Nadelholzbeständen herangezogen. Es wurde — nach Verf. zu Nr. F. M. D. 43970

vom 19. August 1914 — davon abgesehen, die Arbeiter vertraglich für die Dauer der ganzen Holzhauerei zu binden; mündliche Vereinbarung des Arbeitsvertrages und der Lohnsäge wurde als genügend und wöchentliche Auszahlung des Lohnes ebenfalls durch die Zeitverhältnisse geboten erachtet. In den Gemeindefeldungen wurde nach den gleichen Grundsätzen verfahren.

Im Einverständnis mit den Landständen wurde ein größerer Betrag für Wegbauten in den fiskalischen Waldungen für den Fall bereitgestellt, daß Bedürfnis nach Notstandsarbeiten sich zeigen sollte.

Was die Fürsorge für die zum Heeresdienst einberufenen Beamten und Bediensteten anlangt, so machte diese Frage den Erlaß einer größeren Anzahl von allgemeinen Verfügungen des Großh. Staatsministeriums notwendig, die sich zum Teil aus der Verordnung vom 24. Januar 1890, die Ausführung des § 66 des Reichsmilitärgesetzes betr. (Reg.-Bl. 1890, S. 9) herleiten. Nachstehende Vorschriften des Aus Schreibens zu Nr. St. M. 6713 vom 2. August 1914 seien erwähnt:

1. Jedem etatsmäßig angestellten Beamten bleibt während des Kriegsdienstes seine Zivilstelle gewahrt.
2. Den etatsmäßig angestellten Staatsbeamten und den in unmittelbarem Staatsdienst ständig gegen Entgelt aus der Staatskasse verwendeten Bediensteten (also z. B. Staatsdienstanwärtern usw.) wird während der Dauer des Kriegsdienstes ihr persönliches Dienst Einkommen aus der Staatskasse unverkürzt fortgewährt.
3. Erhält der Beamte die Besoldung eines Offiziers oder oberen Beamten der Militärverwaltung, so wird der reine Betrag desselben, als welcher $\frac{7}{10}$ der Kriegsbesoldung angesehen werden, auf das Zivildienst Einkommen angerechnet. Das Dienst Einkommen eines Unteroffiziers in einer freien Leutnantsstelle gilt nicht als Offiziersbesoldung.

In dem Aus Schreiben des Großh. Staatsministeriums vom 4. September 1914 zu Nr. St. M. 7634 wurde näher erläutert, was unter den in unmittelbarem Staatsdienst ständig gegen Entgelt aus der Staatskasse verwendeten Bediensteten verstanden werden soll und hiernach zählen hierzu auch die Forstassessoren, Forstwartaspiranten und die ständig beschäftigten Schreibgehilfen der Großh. Oberförstereien. Eine Beschäftigung soll als ständig gelten, falls mit Rücksicht auf das Dienstalter der Bediensteten oder den ihnen zur Zeit des Eintritts in den Militärdienst erteilten Auftrag anzunehmen ist, daß sie fortbauern in Betrieben oder im Dienst des Staates beschäftigt worden wären. Diese Annahme gilt stets als gerechtfertigt, wenn die bisherige Beschäftigung ununterbrochen länger als zwei Jahre gedauert hat.

St. Ausschreiben des Staatsministeriums vom 3. August 1914 zu Nr. St. M. 6742 wurde der Lohn (Entgelt) der in Betrieben oder im Dienste des Großherzogtums Hessen zur Zeit der Mobilmachung, ihrer Einberufung oder ihrer freiwilligen Meldung beschäftigten Personen, welche

1. entweder zur Erfüllung der Wehrpflicht eingezogen sind, oder
2. freiwillig militärische Dienstleistungen verrichten, für die Dauer von zwei Wochen unverkürzt weitergezahlt. Folgende Voraussetzungen mußten jedoch erfüllt sein:
 - I. Es darf sich nicht um nur vorübergehend beschäftigte Personen handeln; als vorübergehend beschäftigte Personen im Sinne dieses Ausschreibens wurden solche Personen angesehen, deren Beschäftigung auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache oder im Voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist;
 - II. Die in den Militärdienst eintretenden Personen müssen
 - a. entweder Angehörige besitzen, die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben, oder
 - b. zum Unterhalt von Angehörigen beigetragen haben.

Die zweiwöchige Frist begann mit dem Gestellungstag. Die beschäftigenden Behörden (Oberförstereien) hatten selbständig zu prüfen, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind. Sie sollten sich dabei von dem Wohlwollen leiten lassen, das im Interesse der Fürsorge für die dem Vaterland dienenden Personen und ihre Angehörigen selbstverständliche Pflicht aller staatlichen Behörden ist.

Für die Zeit nach Ablauf dieser zwei Wochen können St. Ausschreiben des Großh. Staatsministeriums vom 4. Septbr. 1914 zu Nr. St. M. 7635 im Bedarfsfall Beihilfen gewährt werden, wenn die betr. Personen im Dienste des Staates ständig beschäftigt gewesen sind und wenn sie zur Zeit ihres Eintritts in den Militärdienst in Betrieben oder im Dienste des Staates beschäftigt waren. Als ständig gilt eine Beschäftigung, wenn sie:

- entweder a. innerhalb der Zeit vom 1. August 1913 bis zum 31. Juli 1914 wenigstens 40 Wochen gedauert hat,
- oder b. sich bei mehrjähriger Beschäftigung im Durchschnitt jährlich auf wenigstens 40 Wochen belaufen hat.

Die Beihilfen betragen:

- a. für die Ehefrauen bis zu 25 vom Hundert des Lohnes (Entgelt) ihres Mannes.
- b. für jedes eheliche oder einem ehelichen gesetzlich gleichstehenden Kind unter 15 Jahren bis zu 6 vom Hundert des Lohnes.

Das erwähnte Ausschreiben hebt auch hervor, daß bei Bewilligung und Bemessung staatlicher Beihilfe auf das Vorhandensein von Arbeitsgelegenheit Rücksicht zu nehmen sei. Dieser Gesichtspunkt wird sich in den verschiedenen Jahreszeiten in verschiedenem Maße geltend machen. Die Frühjahrszeit gab den Angehörigen einberufener Arbeiter vielfach Gelegenheit, in der Landwirtschaft oder auch in eigenen Betrieben des Staates selbst etwas zu verdienen. Zudem war es auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und der Volksernährung dringend erwünscht, daß die vorhandenen Arbeitskräfte zu landwirtschaftlicher Tätigkeit in möglichst großem Umfange nutzbar gemacht werden. Den Oberförstereien wurden daher durch die Verfügungen vom 9. April 1915 zu Nr. F. M. 6593 und vom 6. Mai 1916 zu Nr. F. M. 12105 angewiesen, ihre besondere Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken und staatliche Beihilfen jedenfalls dann nicht oder nicht in dem seitherigen Umfang anzuweisen, wenn Gelegenheit zu Verdienst durch landwirtschaftliche oder andere Beschäftigung vorhanden ist und die in Betracht kommenden Personen arbeitsfähig sind.

Nebenamtliche Bezüge werden nach Ausschreiben des Großh. Staatsministeriums vom 22. Dezbr. 1914 zu Nr. St. M. 10896 nur dann fortgezahlt, wenn sie pensionsfähig sind. Nach I. 2 Absatz 3 der Verordnung vom 24. Januar 1890 werden Dienstaufwandsgehalte nicht zu dem persönlichen Einkommen gerechnet, das unverkürzt fortgewährt wird. Es fallen deshalb für die Dauer des Militärdienstes aus:

- a. die Dienstaufwandsentschädigungen der Oberförster,
- b. die Bekleidungszulagen der zum Heeresdienst einberufenen Domanal- und Gemeindeforstwärter,
- c. die Vergütung für Benutzung des Fahrrads.

Es ist klar, daß während des Krieges auch der Wald das Seine dazu beitragen muß, die Viehbestände zu erhalten und die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands sicher zu stellen. Mehrfach ist zu Beginn des Krieges in den Zeitungen darauf hingewiesen worden, daß die Futtermittel des Waldes in weitestem Umfang nutzbar gemacht werden müßten. Der Hessischen Forstverwaltung kann das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie mit ihren Maßnahmen nicht gewartet hat, bis derartige Wünsche in der Presse laut geworden sind. Als bald nach Ausbruch des Krieges ist den Oberförstereien empfohlen worden, in der Abgabe von Gras den Viehhaltern, insbesondere den Besitzern von Kleinvieh, weitgehendstes Entgegenkommen zu zeigen. Wenn hiervon zu Beginn des Krieges nur vereinzelt Gebrauch gemacht wurde, so lag der Grund hierfür darin, daß damals ein Ueberfluß an Futtermittel in Feld und Flur vorhanden war und es daher nicht lohnend erschien,

Walde Gräser und Kräuter zusammenzusuchen. Auch war das Gras von den Waldwegen und Schneisen, als den Hauptertrag bildet, damals schon geerntet. Aber den Wert und die Menge der in den Beständen selbst wachsenden Halbschattengräser und Kräuter legen vielfach übertriebene Vorstellungen obzuwalten. In den meisten Beständen sind es doch nur bescheidene Mengen, die zusammengebracht werden können. Aber schon mit Beginn des Frühjahr 1915 wurde namentlich durch die Besitzer von Kleinvieh (Ziegen, Kaninchen usw.) die Gelegenheit zur Gewinnung von Futter aus den Waldungen stark benutzt. Manche Last, manchmal Handwagen voll Grünfutter wurde durch Aufhacken und Ausschneiden von Gras und Forstunkräutern aus Hegen gewonnen. In den Hegen, in welchen Grassamen hätte genutzt werden können, wurde auf dessen Verwertung im Allgemeinen im Interesse der Gewinnung von Futtermitteln verzichtet; indessen blieb es den Oberförstereien überlassen, da — wo Grasabgabe nicht erfolgt und eine Ernte von besonders gutem Grassamen zu erwarten stand — diesen zu verwerten. Die Nutzung des Grases und der Futterkräuter wurde ohne Entgelt gestattet, unter Beobachtung der für die Hegenpflege und den Schutz der jungen Holzpflanzen, sowie Aufrechterhaltung der Ordnung unerlässlichen Vorschriften. Von der Festsetzung besonderer Grastage — wie dies im Notjahr 1893 vielfach geschehen ist — wurde abgesehen, da diese Frage nach den örtlichen Verhältnissen und dem jeweiligen Bedarf geregelt werden muß.

Um die Erhaltung der Viehbestände sicher zu stellen, wurde auch Gelegenheit zur Waldweide geboten. Zunächst kam ja nur der Eintrieb von Schweinen und Schafen in Betracht, zumal durch die Schweine auch die noch etwa vorhandene Eichelmast nutzbar gemacht werden konnte. Leider wurde im Frühjahr 1915 von der Freigabe der Waldweide und besonders von dem Eintrieb der Schweine wenig Gebrauch gemacht, da es anscheinend zu schwierig ist, größere Herden zusammen zu bekommen. Da die Domänenpächter wohl zunächst in der Lage sind, mit dem Eintrieb einer entsprechenden Anzahl Zucht- und Jungschweine vorzugehen und damit ein vorbildliches Beispiel zu geben, wurde den Oberförstereien empfohlen, mit den Domänenpächtern ihrer Dienstbezirke ins Benehmen zu treten und mit diesen die geeigneten Maßnahmen zu vereinbaren. Wo die Bestände, die mit Schweinen befahren werden konnten, zu weit von den Domänenhöfen entfernt sind, als daß der Weg zum Walde und zurück täglich zurückgelegt werden könnte, wurde der Verbleib der Herden im Walde bis zum Spätherbst gestattet. Etwa vorhandene Schutzhütten und Schutzzelte konnten für die Unterkunft der Hirten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Auch

wurden die Oberförstereien ermächtigt, das Holz zur Herstellung der Unterstände zum Brennholzpreis abzugeben. Weiter hat das Großh. Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Großh. Ministerium der Finanzen in einem Ausschreiben an die Großh. Kreisämter Maßnahmen zur Förderung der Waldweide während der Kriegsdauer, insbesondere die Schaffung von Einrichtungen für den Waldeintrieb von Schweinen angeregt, um den Schweinebesitzern namentlich das Durchhalten der Zuchttiere und des jungen Nachwuchses zu erleichtern. Die den Domänenpächtern zugestandenen Erleichterungen sollen auch hier Platz greifen.

Um die geernteten Futtermittel für den Winter aufzusparen und die vorhandenen Weideflächen nach Möglichkeit auszunutzen zu können, gab die Domänenverwaltung auch die selbstverwalteten fiskalischen Wiesen nach der Grummeternte zum Beweiden frei; die Oberförstereien wurden beauftragt, die Bürgermeistereien der Gemeinden, die für das Beweiden der fiskalischen Wiesen in Betracht kommen, zu bedeuten.

Bereits zu Anfang Oktober 1914 ist darauf hingewiesen worden, daß die landwirtschaftliche Anbaufläche vergrößert und der Ernteertrag unmittelbar vermehrt werden könnte, wenn die Abtriebsflächen in geeigneten Lagen zum Anbau von Feldfrüchten als landwirtschaftlichem Zwischenbau benutzt würden. Ausdrücklich wurde dabei hervorgehoben, daß der Zweck dieser landwirtschaftlichen Zwischennutzung von Holzbodenflächen nicht die Erschließung einer Einnahmequelle für die Staatskasse, sondern die tunlichste, wenn auch nur vorübergehende Vergrößerung der der Volksernährung dienenden Fläche sein soll. Dieser Waldfeldbau, bei dem besonders gute Kartoffelernten erzielt werden können, war noch vor wenigen Jahrzehnten in den Wäldern der Rheinebene sehr verbreitet. Der Mangel an Arbeitskräften hat inzwischen zu nahezu gänzlicher Aufgabe dieses Betriebes genötigt. Den Oberförstereien blieb es überlassen, die Verpachtung entweder öffentlich auszubieten, oder — wo keine größere Beteiligung zu erwarten steht — freihändig an zuverlässige Pacht Liebhaber zu vergeben. Gründliche Rodung der Fläche war auszubedingen und wegen des gleichzeitigen Holzanbaus durch die Forstverwaltung das Erforderliche vorzuschreiben. Das Reinigen und Behacken der Pflanzenreihen oder Saatstreifen konnte den Pächtern mitübertragen werden; in diesem Falle konnte bei richtiger Ausführung der Arbeit unter Verzicht auf jede Pachteinnahme, sogar ein entsprechender Zuschuß aus der fiskalischen Kasse gewährt werden. Wo größerer Wildschaden zu befürchten stand, wurde die Eingatterung der Anbaufläche auf fiskalische Kosten zugesagt.

Auch die Gewinnung von Futterreißig wurde in weitgehendstem Maße gestattet und mehrfach auf dessen Wert in der Öffentlichkeit hingewiesen. Auf Anregung der Ministerialabteilung für Forst- und Kameralverwaltung hin hatte das Proviantamt Darmstadt im Sommer 1915 im Domanielwald der Oberförsterei Messel auch einen Versuch mit Gewinnung von Laubheu durchgeführt. Der Versuch ergab, daß selbst unter den günstigsten Verhältnissen (trockene Witterung, Entnahme der Zweige in jüngeren Beständen in der Nähe der Wege, Mitverwendung billiger weiblicher Arbeitskräfte) der Zentner gutgetrockneten Laubheus im Walde an Ort und Stelle soviel herzustellen kostet, als für den Zentner besten Wiesenheus eingeliefert bezahlt wurde.

Die Eichelmast im Herbst 1914 war auch in den hessischen Waldungen eine überaus reiche und brachte einen erheblichen Schritt weiter in der Verjüngung der für die Nachzucht der Eiche geeigneten Bestände. Das Sammeln der Eicheln wurde unentgeltlich überall da gestattet, wo nicht etwa im Eigenbetrieb gesammelt wurde. Wo die Mast durch Schweine eintrieb nutzbar gemacht werden konnte, waren die Oberförstereien angewiesen, alle Walddorte hierfür freizugeben, die ohne unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Nachteil und unbeschadet bestehender Rechtsverhältnisse der Schweinehut geöffnet werden konnten. Die Bevölkerung machte ausgedehnten Gebrauch von der Erlaubnis zum Sammeln von Eicheln sowohl zur Deckung des eigenen Bedarfs als auch zum Verkauf. An manchen Orten entwickelte sich ein lebhafter Handel mit Eicheln. Tausende von Rentnern sind von Frauen und Kindern gelesen und damit nicht allein guter Arbeitsverdienst erzielt, sondern auch wertvolle Futtermittel eingebracht worden.

Für das Sammeln von Beeren, Pilzen usw. im offenen Wald ist nach den im Großherzogtum Hessen geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine besondere Erlaubnis nicht erforderlich; es ist nur beschränkt durch die reichsgesetzliche Vorschrift, die das Betreten von Hege unter Strafe stellt. Auch auf den Wert dieser Nutzungen wurde mehrfach öffentlich hingewiesen und betont, wie es unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen geboten erscheint, die Früchte des Waldes in weitestem Umfang zu sammeln und nutzbar zu machen. Den Oberförstereien wurde empfohlen, während der Reisezeit der Waldbeeren überall da, wo deren Ernte lohnend erscheint, die Hege freizugeben, soweit dies ohne offensichtlichen Schaden möglich ist. Die Hegezeichen wurden während dieser Zeit entweder entfernt, oder es wurde öffentlich bekannt gegeben, für welche eingezogene Walddorte das Hegeverbot ruht.

Um während der Dauer des Krieges das Sammeln von Besenholz in den Domaniel- und Gemeinbewaldungen möglichst zu erleichtern, wurden die Oberförstereien ermächtigt, da — wo seither die Besenholznutzung zeitweise nur an einem Wochentag gestattet war und das Bedürfnis und der Wunsch nach einer Erweiterung dieser Erlaubnis bestehen — bis auf weiteres im Einvernehmen mit den Großh. Bürgermeistereien zwei wöchentliche Besenholtztage festzusetzen.

Erwähnt sei noch, daß alle vorerwähnten Maßnahmen auch in den der Verwaltung der Großh. Oberförstereien unterstellten Gemeinbewaldungen Anwendung fanden, wozu selbstverständlich vorher die Zustimmung der betr. Waldeigentümer eingeholt werden mußte.

Was die Ausübung der Jagd während der Kriegszeit anlangt, so wurde diese Frage von Großh. Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Großh. Ministerium der Finanzen, Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung in folgender Weise geregelt (K. M. D. 46368 vom 29. August 1914).

In den Provinzen Starkenburg und Oberhessen erfolgt die Ausübung der Jagd durch Reichsdeutsche oder Angehörige der Oesterreich-Ungar. Monarchie wie seither nach Maßgabe der bestehenden Gesetze und Verordnungen, insbesondere in Gemäßheit der Verordnung vom 29. April 1914 (vergl. B. 2 dieses Berichts). In der Provinz Rheinhessen ist die Ausübung der Jagd bis auf weiteres gänzlich untersagt. Eine Ausübung der Jagd durch Angehörige neutraler Staaten kann in den Kreisen der Provinzen Starkenburg und Oberhessen mit Zustimmung der betr. Kreisämter von Fall zu Fall gestattet werden; Angehörige solcher Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befinden, dürfen die Jagd im ganzen Großherzogtum bis auf weiteres nicht ausüben, auch dann nicht, wenn sie Pächter oder Eigentümer hessischer Jagden sein sollten.

In allen Fällen, in denen hiernach oder durch die Abwesenheit von Jagdberechtigten auf einem Jagdgebiet der regelmäßige Wildabschuß nicht sichergestellt sein sollte, hat sich zur Verhütung von übermäßigem Wildschaden die örtlich zuständige Großh. Oberförsterei mit dem betr. Kreisamt zu benehmen, welches alsdann die geeigneten Anordnungen erläßt. Bei diesen Anordnungen ist — soweit es sich um Deutsche, Oesterreicher oder Angehörige neutraler Staaten handelt — nach Möglichkeit auf die vermutliche oder durch Nachfrage festzustellende Willensmeinung des verhinderten Jagdberechtigten über die Auswahl der Personen, die an seiner Statt den Abschuß vornehmen sollen, Rücksicht zu nehmen. Die Abschußjagden sind unter Leitung der Großh. Oberförstereien oder des von ihnen hierfür bezeichneten Forstpersonals abzuhalten. Ist es hin-

entlich solcher Abschlußjagden nicht möglich, eine Entschädigung des Jagdberechtigten über die Verwertung des erlegten Wildes rechtzeitig herbeizuführen, so ist dasselbe zu veräußern und der Erlös nach Abzug der entstandenen Kosten in Verwahr zu nehmen. Es empfiehlt sich, den Erlös mündelsicher anzulegen. Bei Domaniajagden haben die Großh. Oberförstereien die Verwertung des Wildes, die Verrechnung des Erlöses und die Auseinandersetzung mit den Jagdberechtigten zu besorgen.

Der Verminderung des Wildschadens zum Schutze der Saaten wurde ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet; die Entstehung namhaften Wildschadens in den Feldfluren soll soweit als möglich verhindert werden. Wo nach dieser Richtung Besorgnisse bestanden, war den Kreisämtern empfohlen, alsbald mit dem Jagdberechtigten wegen Ergreifung wirksamer Abwehrmaßnahmen in Verbindung zu treten. Es wurde dabei mit Recht auf volles Verständnis und tätige Mitwirkung seitens der Jäger gerechnet. Sofern es in einzelnen Bezirken wünschenswert erschien, die bestehenden Vorschriften über die Hegezeit für irgend eine Wildart vorübergehend aufzuheben, hatten die Kreisämter dem Großh. Ministerium des Innern zwecks Herbeiführung einer Entschädigung gemäß § 3 der Verordnung vom 29. April 1914 Vorlage zu machen. Wo es im Interesse der Ernte für erforderlich erachtet wurde, besondere Maßnahmen zur Vertilgung der wilden Kaninchen zu treffen und wo der Jagdberechtigte nicht allein in der Lage ist, die nötige Verminderung dieser Schädlinge zu bewirken, war mit ihm wegen Zuziehung der Forst- und Feldschutzbeamten zu den Vertilgungsmaßnahmen zu verhandeln. Bei allen diesen Maßregeln sollte beachtet werden, daß es sich um im Interesse der Allgemeinheit wünschenswerte Eingriffe in private Rechte handelt und daß sich ein Einvernehmen zwischen Behörde und Jagdberechtigten ebenso sehr diesbezüglich wie zur Erzielung eines möglichst günstigen praktischen Ergebnisses empfiehlt. Nur wenn der Zweck der Maßnahmen — die Verhinderung empfindlichen Wildschadens — eine vorherige Anhörung des Jagdpächters schlechterdings nicht gestattete, durfte dieser Gesichtspunkt außer Acht gelassen werden.

In den in Frage kommenden Domaniajagdbereichen wurden die Oberförstereien beauftragt, nament-

lich den Beschädigungen durch Kaninchen nach Möglichkeit vorzubeugen. In erster Linie wurde ein vermehrter Abschluß und Fang der Kaninchen in den an die Felder angrenzenden fiskalischen Waldteilen und zunächst der Eisenbahnschutzstreifen herbeigeführt, auf denen die Eisenbahnverwaltung im Interesse der Volksernährung durch planmäßigen Anbau von Feld- und Gartengewächsen ganz außergewöhnliche Kosten aufgewendet hatte.

Bei dem großen Bedarf der Heeresverwaltung an Leder bzw. der starken Nachfrage von Gerbstoffen kam der Eichen- und Buchenholzwaldbetrieb, der in den Domaniajagden gänzlich aufgegeben war, in den Kommunalwaldungen nur noch in geringem Maße vor und auch von den Privatwaldbesitzern schon mehr oder minder verlassen war, wieder zu Ehren. Mancher bereits als Hochwald behandelte Stodschlag wurde wieder auf Kinde genutzt. Da schon im Jahre 1915 Preise bis zu über 10 Mk. der Zentner erzielt wurden, mußte dieser Umstand in solchen Oberförstereien — wo die Ueherführung von Eichen- und Buchenholzwald in Hochwald eine große Rolle spielte — die im W. J. 1915 erzielten Durchschnittserlöse für den Festmeter ganz wesentlich erhöhen. Dieser stellte sich in der

	1914 auf	1915 auf
Beerfelden	9.90 Mk.	19.77 Mk.
Vindensfeld	11.82 "	14.59 "
Börzenbach	9.65 "	11.81 "
Michelstadt	8.39 "	13.48 "
Rothenberg	10.65 "	18.22 "
Wald-Michelbach	11.67 "	24.20 "
Ober-Eschbach	4.96 "	14.07 "
Ober-Rosbach	3.39 "	9.18 "

Trotzdem der Krieg dem Forstbetrieb eine Menge geschulter Arbeitskräfte entzog, hat die Tätigkeit in der Aufforstung von Gemeindeforstweiden keinen Stillstand erlitten. Hierfür, sowie für Ueherführung von Schälchlägen in Hochwald war unter Kap. 74, Titel 3 des Hauptvoranschlags sowohl für 1914 als auch für 1915 ein Betrag von je 20000 Mk. — gegenüber 15500 Mk. in 1913 — eingestellt und bewilligt worden. Für die Aufforstung von Gemeindeforstungen kommt nur die Provinz Oberhessen und Starkenburg in Betracht. Nachstehende Tabelle mag die Tätigkeit auf diesem Gebiet erläutern:

Wirtschaftsjahr	Anzahl der Bemerkungen, in denen Aufforstungen stattfanden			Größe der aufgeforsteten Fläche in ha			Kosten der Aufforstung nebst Nachbesserungen in Mk.	Den beteiligten Gemeinden wurden zurückerstattet Mk.
	Starkenburg	Oberhessen	im Ganzen	Starkenburg	Oberhessen	im Ganzen		
1914	10	62	72	19	23	42	14 592.38	6 866
1915	8	28	36	10.7	13.8	24.5	7 251.83	3 625

Von den Gesamtkosten entfallen auf:

- a) Nachbesserungen früherer Aufforstungsflächen
in 1914 6 919.47 Mk.
" 1915 3 395.21 "
- b) Aufforstung der genannten Flächen
in 1914 7 692.91 Mk.
" 1915 3 856.62 "

Ueberführung von Eichen-Schäl-Schlägen in Hochwald fand in den 3 Provinzen des Großherzogtums Hessen statt. Nachstehende Tabelle gewährt einen Ueberblick:

Provinz	A n z a h l				Kulturfläche in ha		Gesamtkosten im Jahre		Aus der Staats- kasse gewährte Beihilfe in M.	
	der Oberförstereien		der Gemeinden				1914	1915		
	1914	1915	1914	1915	1914	1915	M	M	1914	1915
Starkenburg	9	8	36	36	71.41	53.66	19 575.30	14 214.36	9 212	7 121
Oberhessen	5	5	12	16	11.37	61.38	2 867.69	4 447.98	1 350	2 223
Rhein Hessen	1	1	3	3	27.00	42.50	5 468.16	4 747.19	2 572	2 374
Summe	15	14	51	55	109.78	157.54	27 911.15	23 439.48	13 134	11 718

Von den 27 911.15 Mk. in 1914 entfallen auf:

Neukulturen . . . 18 008.93 Mk.
Nachbesserungen . . 9 902.22 "

Von den 23 439.48 Mk. in 1915 entfallen auf:

Neukulturen . . . 15 807.78 Mk.
Nachbesserungen . . 7 631.70 "

Notizen.

A. Günstige Witterung für den Anbau von Winter-raps auf Eichen-Schäl-Waldbschlägen.

Von Professor Dr. Borgmann.

Die gegenwärtige feuchte Witterung läßt es angezeigt erscheinen, nachdem auf das bis vor kurzem herrschende trockene Wetter ausgiebigere Regenfälle gefolgt sind, nunmehr mit allen Kräften an die Aussaat von Winter-raps auf Eichen-Schäl-Waldbschlägen heranzugehen.

Die Aussaat erfolgt nach vorheriger Bodenverwundung — unter Ausschluß vergrasteter oder nasser Bodenstellen — mit starken eisernen Rechen, erforderlichen Falls mit einem dreizinkigen Karst, breitwürfig unter Verwendung von höchstens 8 Kilogramm Samen auf 1 Hektar. Die Aussaat wird leicht eingekratzt. Die Kosten der Bodenbearbeitung stellen sich bei dem einfachen, besonders auch von Frauen und Kindern leicht zu bewerkstelligenden Verfahren auf etwa nur 20–30 Mark, diejenigen des Saatgutes auf etwa 5 Mark, im Ganzen somit auf nicht mehr als 25–35, im Mittel 30 Mark für 1 Hektar.

Dieser Aufwendung steht unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Waldbodens ein Ertrag von immerhin 25 Zentner Körner, 40 Zentner Stroh und 8 Zentner Schoten gegenüber. Mithin kann der Anbau in Ansehung der geringen Kosten bei recht befriedigendem Ertrag als durchaus vorteilhaft angesehen werden.

Der durch Humus in längerer Zeit angereicherte Waldboden, in dem selbst eine reichlichere, wenn nur lose gelagerte Steinbeimengung dem Anbauerfolg nicht hinderlich ist, ist der

Entwicklung der Rapsaat, ohne daß es einer tiefergehenden Bodenlockerung oder Düngung bedarf, durchaus günstig.

Es ist bei der Auswahl der Anbauflächen darauf zu achten, daß mineralfräftige, etwas bindige Böden in milden Lagen ausgewählt werden, die zuvor einen gutwüchsigem und geschlossenen Eichen-Schäl-Waldbbestand, besonders auch einen solchen von Eichen-Schäl-Waldbbestand getragen haben. Auf solchen Böden ist der Nachteil der Unkrautentwicklung nach dem erst kurz zuvor im Vorfrühling erfolgten Abtrieb des Schäl-Holzes noch gering.

Geeignete Standorte für den Rapsanbau dieser Art finden sich in größerer Zahl in dem Eichen-Schäl-Waldbbeständen des Staates, der Gemeinden und Privaten, besonders in Süd- und Westdeutschland (Altbayern, Pfalz, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und in den preussischen Bezirken Hessen-Nassau, der Rheinprovinz und Westfalens).

Die heutige Eichen-Schäl-Waldbfläche dieser Bezirke beträgt noch immerhin 250 000 Hektar, von denen etwa 85 000 Hektar auf die diesjährigen Schäl-Schläge gerechnet werden können, so daß bei entsprechendem Zugreifen des Staates, der Gemeinden und besonders auch der Privaten im Klein-Waldbestände eine beachtenswerte Fläche zum Anbau herangezogen werden könnte. Abgesehen von dem nur geringen Risiko des Anbaus für den auf Antrag das Saatgut von dem Kriegsausschuß für Öle und Fette in Berlin vorstufweise sogar kostenlos geliefert werden kann, ist die Betreibung des Anbaus von größtem Interesse als wertvoller Beitrag zur Behebung der bestehenden Ölnappheit.

Insoweit der Anbau inzwischen noch nicht erfolgt sein wird, wird derselbe nummehr nach Kräften zu beschleunigen.

Das Saatgut kann, insoweit nicht in den einzelnen Bundesländern selbst Vorräte verfügbar sein sollten, durch alsbaldige Lieferung von dem genannten Kriegsaussschuß für Öle und Fette in Berlin zum Preise von 0,75 Mark für 1 Kilogramm unter genauer Angabe der Post- und Bahnstation gen werden.

Hinsichtlich der künftig dem Erzeuger zu Gute kommenden besonderen Vergünstigungen wird noch auf Bestimmungen der „Bekanntmachung über den Verkehr Oelfrüchten und daraus gewonnenen Produkten vom 15. 1. 1915“ (Reichs-Gesetzbl. S. 488) und der „Bekanntmachung Aenderung derselben vom 26. Juli 1916“ (Reichs-Gesetzbl. S. 595) hingewiesen. Hiernach dürfen von der Ernte zur Herstellung von Nahrungsmitteln in der Hauswirtschaft des Erzeugers bis zu 30 Kilogramm einbehalten werden; außerdem werden dem Erzeuger auf je 100 Kilogramm abgelieferten Samen auf Antrag für den eigenen Bedarf bis zu 1 Kilogramm Oelfrüchten zu Futterzwecken von der Bezugs-Ermittlung Deutscher Landwirte überwiesen.

Auf den in jeder Beziehung vorteilhaften und aus vaterländischen Interessen in hohem Maße wünschenswerten Anbau von Winterraps auf Eichen- und Buchenwäldern ist seitens des „Kriegsernährungsamts“ durch ein an alle Landesregierungen gerichtetes Schreiben vom 29. Juni 1916 (Nr. 334 bezw. vom 24. Juli 1916 B. 10386) hingewiesen worden.

Auf die bezüglichen beiden Schreiben, zu denen von Seiten der beteiligten Bundesregierungen und Eisa-Bohringen die erforderlichen weiteren Bekanntmachungen und Anweisungen ergangen sind, sei daher noch einmal besonders hingewiesen. Derselben können auf Wunsch auch direkt vom „Kriegsernährungsamt“ an Interessenten in Abschrift mitgeteilt werden, insoweit diese sich eingehender über die wirtschaftliche und organisatorische Seite des Rapsanbaus auf Eichen- und Buchenwäldern zu unterrichten wünschen. (Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt Nr. 216).

B. Auskunftsstelle für Speisepilze.

Um die Bekanntheit mit den in unseren Wäldern so zahlreichen Speisepilzen zu verallgemeinern, ist auch in diesem Jahre in Königsberg i. Pr. eine städtische Pilz-Bestimmungsstelle in Tätigkeit. Sie wird wiederum von Lehrer E. Gramberg verwaltet, dessen zweibändiger Pilz-Atlas „Pilze der Heimat“ (pro Bd. 5,40 Mk.) weite Verbreitung gefunden hat. Jeder Ausflügler der Stadt kann hier Pilze kostenlos bestimmen lassen. Auch Auswärtige können Pilze zur Bestimmung einsenden (Adresse: Städt. Pilz-Bestimmungsstelle in Königsberg i. Pr.), haben jedoch für jede Pilzart eine Gebühr von 50 Pf. beizulegen. Die Pilze sind — ebenso wie die zurückbehaltenen — zu nummerieren. Die Bestimmung erfolgt den deutschen und wissenschaftlichen Namen an und vermerkt, ob die Art essbar, ungenießbar oder giftig ist.

Die Speisepilze, die an Nährwert mindestens den Gemüsepilzen gleichstehen, werden leider in den breiten Volksschichten noch viel zu wenig beachtet. Da es in den heimischen Wäldern über 100 wohlgeschmeckende Pilzarten gibt, sollte man doch endlich in unserer ersten Zeit der Nahrungsmittelknappheit mit der Annäherung dieser so wohlfeilen Lebensmittellquelle Ernst machen.

C. Ueber Pflanzenschutz.

Während der Tiereschutz seit Jahrzehnten in fast allen Kulturländern durch Vereine in teils ausgezeichnete Weise organisiert ist, steht sich die Pflanze in dieser Hinsicht bis zur Stunde recht hilflos dar. Das Tier als geistig und körperlich wesentlich höher organisiertes Wesen vermag aus diesen Fähigkeiten heraus lebhafter und eindringlicher zu unserem Gemüt zu sprechen und so wird jede Rundgebung des Tieres, stütze sie sich nun auf Hunger, Krankheit oder sonstiges Leiden, bei uns ein sicheres Echo des Mitleids erwecken, das wohl immer zur Hilfe bereit ist. Die Tiereschutzvereine haben in diesem Sinne eine unendlich segensreiche Tätigkeit entwickelt und nicht genug damit: in vielen Staaten suchen Tiereschutzgesetze dem leidenden Tier zu Hilfe zu kommen, wo sich gelegentlich menschliche Herzlosigkeit breit macht. Unsere Jagd- und Forstgesetze fallen auch in diesen Kreis des Pflanzenschutzes, obwohl diese nicht gerade einen idealen Tiereschutz verkörpern, sich vielmehr zur Hauptaufgabe stellen, die einzelne Tierart mehr vor der Ausrottung zu schützen, die sonst bei ungestörter freier Jagd nicht ausbleiben würde.

Die Heimatschutzbestrebungen unserer Zeit haben nun auch dem Pflanzenschutz ihre Aufmerksamkeit geschenkt, was anzuerkennen und hochzufrieden ist, doch ist der Pflanzenschutz in diesem Fall nur ein Teilglied, das dem großen Ganzen halb mehr oder weniger stark untergeordnet ist. Unsere Feld- und Forstgesetze kennen allerdings einen begrenzten Pflanzenschutz, doch ist von dem gesetzlichen und rechtlichen Bestand eines solchen vielen so gut wie nichts bekannt und der Städter ist in diesem Fall fast immer von einer ziemlichen Unkenntnis begleitet. In Parks und öffentlichen Gärten ist der Pflanzenschutz dem Besucher meist eine gutbekannte Sache und wo gelegentlich etwas Vergeßlichkeit obwalten sollte, wird man durch einen unerwartet auftauchenden Aufseher manchmal unangenehm an den bestehenden Pflanzenschutz erinnert, wenn man sich unerlaubt Eingriffe in das Pflanzenreich gestattet hat. Ganz anders liegt die Sache im Wald und auf der Heide, hier fühlt man sich frei und ungehindert und man empfindet die Pflanzenwelt schutzlos vor sich liegen. Ein Freibeutertum greift Platz; man überfällt die wehrlosen, die stumm und lautlos ihr Leben lassen, bündelt sie formlos zu einem Dufett, schleppt sie eine Strecke des Weges, um dann plötzlich die wellgewordenen, abgestorbenen Blumen wie ein Nichts achlos zu Boden zu werfen. So etwa gehen jährlich Millionen von Blumen zu Grunde, an deren Anblick sich im anderen Fall noch Tausende sonst erfreut hätten. Solange es sich um Pflanzen handelt, die als typische Kinder der deutschen Flora überall in ungezählten Mengen zu finden sind, wird man sich mit einem Vorgang, wie dem eben geschilderten, noch abfinden können, obgleich auch hier ein Pflanzenschutz voll am Platze wäre. Bedenklicher aber ist, daß gerade seltene Pflanzen am ehesten dem Pflücken und so der Vernichtung zum Opfer fallen. Eine seltene Wald- oder Wiesendolme, einmal erpöht, hat ihr Leben sicher verwirkt. Im Ueberreifer des glücklichen Fundes wird dem seltenen Findling gedankenlos das Todesurteil gesprochen. Der Gedanke an Nachkommenschaft scheitert in diesem Augenblick völlig aus; die Zerstörung triumphiert, im nächsten Augenblick wird das blühende Kind der Flora raub von der Mutter Erde gerissen, um kurze Zeit darauf den Weg des Vergessenen und Verlorenen zu gehen. Und so sind wir dahin gekommen, daß viele Pflanzen der deutschen Flora immer seltener werden und daß ihr Verschwinden und Aussterben nur noch eine Frage der Zeit ist.

Erfreulicherweise beginnt man dem Pflanzenschutz in amtlichen Kreisen mehr und mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wenn gleich es hier noch viel zu tun gibt und eine wesentlich stärkere

Ausdehnung und Verbreitung des Pflanzenschutzgedankens dringend zu wünschen wäre. So hat die Stadt Bernigerode Gärten und Büsche von besonderer Größe und Schönheit, ferner den Straußfarn und das Adonisröschen (*Adonis vernalis*) in den Stadtförsten unter besonderen Schutz gestellt. München brachte das Fargelände bei Harlaching in seinen Besitz und erließ zu Gunsten der Alpenpflanzen, die dem Fluß bis zu den Stadttoren folgen, ein Verbot des Pflückens und Botanisierens. Die Stadt Duisburg stellte den in ihrem Stadtwald zu einer großartigen Entwicklung gekommenen Adlerfarn unter Schutz, der von der Bevölkerung willig geübt wird. Die Stadt München hat sich hinsichtlich des Pflanzenschutzes in ihren Maßnahmen als besonders weischaunend erwiesen; so untersagte sie in ihrer Marktordnung vom Jahre 1903 den Verkauf von wildwachsenden Pflanzen mit Wurzeln und Knollen auf dem Viktualienmarkte. Nürnberg und Regensburg haben Verbote von Frauenschuh (*Cypripedium calceolus*) und anderer Orchideen erlassen. Auf dem Dugentelch in Nürnberg wächst eine seltene Scerpenart, die seitens der Stadt einen besonderen Schutz genießt. Die Stadt Garmen hat für das in ihrem Stadtforst gedeihende große Schneeglöckchen (*Leucoium vernum*) ein besonderes Schutzgebot erlassen. Die staatliche Naturdenkmalpflege, die ganz hervorragende Erfolge aufzuweisen hat, von privater Seite in glücklicher Weise unterstützt, nimmt sich des Pflanzenschutzes in besonderer Weise an. Die an den deutschen Seeküsten vornehmlich von Badegästen hart bebrängte Strandbistel (*Eryngium maritimum*) hat staatlichen Schutz gefunden, sodaß von den beteiligten Regierungspräsidenten entsprechende Polizeiverordnungen erlassen wurden, welche das Ausreißen, Abschneiden, Abpflücken und Feilbieten der Strandbistel bis zu 150 Mk. Geldstrafe bedrohen. In den Badeorten der Küste wird auf diese Verordnungen durch Anschlag hingewiesen. In der Provinz Sachsen hat sich die Stadt Artern gemeinsam mit der Domänenverwaltung entschlossen, eine mit seltenen, charakteristischen Pflanzen der Salzflora bestandene Gelände unter Schutz zu nehmen. Sehr wertvolle Dienste leisten dem Pflanzenschutz die auf Veranlassung des preussischen Landwirtschaftsministers herausgegebenen amtlichen „Forstbotanischen Merkblätter“, welche die einzelnen Provinzen behandeln, wenngleich diese Merkblätter noch nicht von allen Provinzen vorliegen. Für Baden und Württemberg sind ähnliche „Forstbotanische Merkblätter“ geschaffen worden. In Bayern, Oesterreich und der Schweiz wurden die selteneren Alpenpflanzen vielfach unter Schutz gestellt, besondere Schutzmaßnahmen waren für das Edelweiß erforderlich, das als Handelsartikel der massenhaften Vernichtung ausgesetzt war. Auf dem Brocken befindet sich ein Schutzzgarten, der die immer seltener werdenden Brockenpflanzen zu erhalten versucht. Man erseht, daß von amtlicher und auch privater Seite reichlich Ansätze zu einem Pflanzenschutz vorhanden sind, der allerdings nicht als allgemeiner Pflanzenschutz auftritt, sondern mehr in Einzelfällen selten werdende Heimatspflanzen vor dem Aussterben zu retten sucht. So erfreulich dieser Sonderchutz einzelner ausgewählter Pflanzen ist, wäre doch künftighin die Parole eines allgemeinen Pflanzenschutzes wünschenswert. Der großen Masse des Volkes muß, wie es beim Tierchutz so ziemlich erreicht wurde, der Begriff Pflanzenschutz geläufig werden und hier ist die Schule der eigentliche Nährboden, wo die Saat ausgestreut werden muß. Auf den Wanderungen und Ausflügen der Jugend bietet sich die beste Gelegenheit, Pflanzenschutz zu predigen und zur Tat werden zu lassen. Für die Touristenvereine muß der Pflanzenschutz gleichfalls zu einem Schlagwort werden, während die recht nächsten Verschönerungsvereine in Reise- und Badeorten durch die ihnen gestellte Aufgabe von selbst auf den Pflanzenschutz kommen dürften. Vor allem sollte es Regel

werden, Pflanzen nie mit der Wurzel auszureißen, sondern wenn botanische Zwecke verfolgt werden, möglichst abzuschneiden. Ähnlich sollen Zweige von Sträuchern und Bäumen nie abgebrochen, sondern stets nur abgeschnitten werden, da selbst im legeren Fall die Verletzung immer noch groß und schädlich genug ist. Die Gründung besonderer Pflanzenschutzvereine dürfte zu erwägen sein, die von Botanikern geleitet ihren Arbeitskreis nicht nur auf den Schutz heimatischer Pflanzen beschränken brauchten, sondern sich auch weitergehende Ziele stellen könnten. Eine solche Aufgabe wäre die planmäßige Ausbreitung im Aussterben begriffener Heimatspflanzen und die Einführung und Anpflanzung fremder Wildpflanzen, die durch ihr schönes Aussehen als eine willkommene Bereicherung der heimatischen Flora zu gelten hätten. In einer ins Leben zu rufenden Pflanzenschutzbewegung wäre dem Botaniker eine äußerst dankbare Aufgabe gestellt, zu deren Erfüllung sich sicher viele bereit finden würden.

Dr. P. Martell.

D. Massenüberwinterung von Schnepfen in deutschen Winterquartieren. Raum eins der früheren Jahrs hat einen so deutlichen Beweis von der Revolutionierung der grundsätzlichen Gewohnheiten im Vogelreich, die ich unter einem bestimmten Schlagworte zusammengefaßt habe („Wiederkehr tertiärzeitähnlichen Tierlebens“), gebracht wie dieser Winter. Vielleicht niemals früher haben die Schnepfen so zahlreich in Deutschland den Winter überstanden wie diesmal. Es handelt sich in erster Linie um die gemeine Kaffassine, Heerschneepfe (*Scolopax gallinago*, *Gallinago gallinago* (L.), oder *Gallinago coelestis*). Wer z. B. in diesem Winter 1915/16 den schönen, etwa zwei Stunden langen Weg von Stettin nach Altbamm (am Dammschen See) ging, konnte zu gewissen Tageszeiten, namentlich gegen Abend und Dunkelwerden, alle 5 Minuten neben dem Straßenrand an dem sumpfigen Gelände eine Schnepfe mit lautem, „zätsch“ aufsteigen, in zackigem Fluge vorwärts streben und auf Dornbüschen ausgehen sehen. In den letzten Jahren ist ja durch zahlreiche Beobachtungen festgestellt worden, daß viele unserer Zugvögel, die sonst regelmäßig im Herbst nach dem Süden ziehen und im Frühjahr zurückkehren, die weite Reise nicht mehr antreten, sondern in der Heimat bleiben, wo sie sich schlecht und recht durch den Winter zu schlagen suchen. Was haben festgestellt, wodurch diese merkwürdige Erscheinung hervorgerufen wurde: In erster Linie durch die überwiegen milde Winter, die in einer Reihe von Jahren aufeinander folgten. Die Vögel ließen sich durch das milde Wetter bis Spätherbstes zu längerem Aufenthalt verleiten, und als der Winter mit Frost und Schnee nicht eintraf, blieben sie eben ganz hier. Daß der Eintritt häufiger und dauernd milder Winter nicht eine Baune der Natur ist, sondern auf grundstürzenden tellurischen Veränderungen beruht, habe ich fröhlich schon an anderer Stelle angeführt, ist übrigens auch aus den einschlägigen Werken zu ersehen (z. B. Neumayr, „Erde im Weltraum“). Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, die Veränderung in der Lebensweise sei am auffälligsten und häufigsten bei dem Stieblingsschilde des deutschen Jägers, der Waldschnepfe, beobachtet worden; eventuell trafe es für diese viel leichter zu in England, wo ein englischer Herzog starkes Ueberwintern namentlich von jungen Waldschnepfen (*Scolopax rusticola*) festgestellt hat; aber in Deutschland ist es unstreitig die gemeine Sumpfschnepfe, die viel zahlreicher überwintert als die Waldschnepfe, was sich auch schon aus ihrer überhaupt viel zahlreicheren Auftreten ergibt. Im ganzen Vogelsberg beispielsweise sahen wir viele Jahre hindurch nicht

Waldschnepe, während in jedem feuchten Biesengrunde
 stehende von Pärchen der gemeinen Sumpfschnepe lagen. Die
 Schnepen, sowohl die Walb- wie die Sumpfschnepe, waren
 über ausgesprochene Zugvögel. Jetzt ist das Ueberwintern
 Schnepenreich gang und gäbe, fast zur Regel geworden:
 Ueberwinterung nimmt immer mehr zu. Selbst in strengen,
 meereichen Wintern werden an passenden Ortschaften immer
 einige Langschnäbel getroffen. Lieblingsorte für die Walb-
 schnepen sind moorige, lichte Wälder, für die Sumpfschnepen
 umfrieses Gelände, sumpfige Niederungen, Teiche, Lämpel,
 Wühläusen. Ueberall da, wo der Untergrund aus gewaltigen
 Torfmooren besteht, die fortwährend in Zersetzung und Um-
 wandlung begriffen sind, wird eine Wärme erzeugt, welche
 verhindert, daß die Torfschichten leicht gefrieren, und hier ist
 immer ein Insekten- und Wurmlieben vorhanden, sodaß für
 die Nahrung der Schnepen gesorgt ist. Wieviel Würmer, im
 Norden Deutschlands „Tierage“ genannt, selbst im Januar
 und Februar sich nicht unter der Oberfläche des Bodens be-
 finden, das sah ich, als ich im Januar 1916 in einer großen
 russischen Stadt (Stettin) der Zirkus Krone für einige Wochen
 Ueberwinterung auf dem von ihm benutzten Gelände strebten aus
 dem lockeren Erdbreich nach allen Seiten viele „schöne“, ver-
 hältnismäßig junge Würmer in zart rosenroter Farbe fort.
 Sind die von den Schnepen-Wintergästen ausgewählten Ge-
 biete, die Lämpel und Wassergräben, nun noch mit dichten
 Torfmoorpflöckern, Wollgräsern und Heidekraut durchsetzt, dann
 ist ein Dorado für die Langschnäbel geschaffen, wo sie immer
 hinreichend Nahrung finden, um ihren Hunger zu stillen. Wird
 allenfalls die Kälte mal so hart, daß selbst diese Gebiete zu
 Eis erstarren, dann wissen die klugen Vögel immer noch hier
 und da eine warme Quelle, an der sie wenigstens für kurze
 Zeit ihr Leben fristen können, bis wieder weiches Wetter
 eintritt, ja kommen auch an die Misthaufen der Dörfer. Er-
 fahrungsgemäß dauern ja diese Perioden strengster Kälte nicht
 gar zu lange; ist dies ausnahmsweise aber doch einmal der
 Fall, so tritt noch lange nicht ein, was ein Herr St. in „Für
 alle Welt“ glaubt annehmen zu dürfen: daß es dann den
 armen Schnepen sehr schlimm geht und sie elend zugrunde
 gehen müssen; nein: mit ihrem sehr fördernden Fluge bringen
 sie sich rechtzeitig in Sicherheit, machen einen mitunter recht
 ausgebreiteten Abstecher nach Süden, aber nur für kurze Zeit.
 Dieser Fall sehr harter Kälte tritt aber nur selten ein, meistens
 kommen die Schnepen ganz gut durch den Winter, und es
 begnügt ihnen in den stillen, ruhigen deutschen Winterquartieren.
 Ich habe diese ganz eigentümliche avifaunistische Erscheinung,
 die von einem höheren Gesichtspunkt gemessen den Charakter
 der bloßen Naturmerkwürdigkeit verliert, auf Grund anderer
 Belege ausführlich behandelt in einem früheren Jahrgang der
 Jahreshefte der Oberhessischen Gesellschaft für Naturkunde.
 Die Mitteilung über die Zeichnung und dadurch erfolgte Fest-
 stellung des Ueberwinterns jüngerer Walbschnepen in Eng-
 land (seitens eines britischen Herzogs) findet sich in Schillings
 „Mit Wichtigt und Wäse“. *) Im Vogelsberg umhühen
 die Ueberwinternde Sumpfschnepen allabendlich die Mist-
 haufen der „Daumenmühle“ bei Frischborn (Kreis Lauterbach).
 Die Revolutionierung der grundsätzlichen Gewohnheiten im
 Vogelreich zeigt sich u. a. auch in der Besiedelung höher lie-
 gender Gebirgspartien durch Ebene-Vögel und in der charak-
 teristischen Nordwärtsverschiebung der Brutgebiete fast sämt-
 licher mitteleuropäischer Vogelarten.

Schuster.

E. Aufruf zum Sammeln von Bucheckern für die Gewinnung von Del. *)

Von Professor Dr. Borgmann, forsttechnischer Referent im Kriegsbernährungsamt.

In den meisten Gebieten Süd- und Westdeutsch-
 lands liegt in diesem Jahre eine vielerorts günstige
 Bucheckernmast vor.

Im Hinblick auf die Seltenheit von Buchen-
 mastjahren kann diese Tatsache bei der bestehen-
 den Knappheit an Ölen und Fetten als ein be-
 sonders glücklicher Umstand bezeichnet werden,
 dem voll Rechnung zu tragen nicht unterlassen
 werden darf.

Das Kriegsbernährungsamt hat sich daher die Or-
 ganisation der diesjährigen Bucheckernernte besonders angelegen
 sein lassen.

Nachdem inzwischen durch Bundesratsverordnung
 vom 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1027) die
 allgemeinen Anordnungen für das Einsammeln und die Ver-
 arbeitung der Bucheckern zu Del erlassen worden sind, ergeht
 an alle Kreise der Bevölkerung die Aufforderung,
 die Landesbehörden in der Durchführung der
 besonderen Maßnahmen für die Sicherstellung
 der Ernte zu unterstützen, insbesondere sich an
 dem Einsammeln der Bucheckern während der
 Monate Oktober und November ausgiebig zu
 beteiligen.

Zur Einbringung der Ernte, sowohl im eigenen
 Betriebe der Staats-, Gemeinde- und Privatforsten, als auch
 durch die besonderen Organisationen für Lebensmittelversorgung
 sowie durch das private Unternehmen werden zahlreiche
 Arbeitskräfte aller Art benötigt. Neben einem guten
 Sammellohn wird nach § 1 Absatz 2, Nr. 3 der Verord-

*) Zu der hier besprochenen Frage hat die Groß-
 Hessische Ministerial-Abteilung für Forst- und Ka-
 meralverwaltung durch Ausschreiben vom 21. Septbr. das
 außer den Groß- Oberförstereien auch den größeren Privat-
 Forstverwaltungen zugegangen ist, Stellung genommen. Darin
 wird ausgeführt, daß im Domänenwalde das Sammeln
 der Bucheckern grundsätzlich freigegeben ist, aber nach einem
 alsbald aufzustellenden Plane erfolgen soll, wobei auf die Lage
 der Forstorte zu den Ortschaften Rücksicht genommen wird und
 diejenigen Stellen, wo wie an vielbefahrenen Wegen usw. die
 Bucheln der Beschädigung durch Fuhrwerke und Tiere ausge-
 setzt sind, zunächst geschlossen werden. Bei Sprengmast wird Be-
 zeichnung der reichlich mit Bucheckern behangenen einzelnen
 Bäume mit Kalkstrichen oder -Ringen im Innern der Bestände
 empfohlen. Daneben kann auch im Eigenbetrieb der Forstverwal-
 tung die Ernte durch Anprellen solcher Stämme, die keinen
 Kuchholzwert besitzen, erleichtert werden; wobei schwere, mit
 Zapfen umwickelte Hämmer verwendet und Lächer auf dem
 Boden ausgebreitet werden.

Bei Kommunalwaldungen sollen die Groß- Ober-
 fürstereien im Einvernehmen mit den Ortsbehörden ebenfalls
 die erforderlichen Anordnungen treffen und sich hinsichtlich der
 Privatwaldungen mit den Eigentümern ins Benehmen
 setzen.

Schweine-Eintrieb soll in der Regel erst nach Be-
 endigung des Einsammelns gestattet werden.

Wegen Einrichtung der Sammelstellen, Mitwirkung der
 Schulkinder und Jugendwehren, Erwirkung schulfreier Tage
 usw. soll mit den Kreisämtern Vereinbarung getroffen wer-
 den.

D. Reb

86*

*) Der englische Herzog erhielt die Anregung zu seinem
 Versuch durch meine These einer „Wiederkehr tertiarzeitäh-
 nlichen Tierlebens“.

nung jedermann, der Buchedern abliefern, die besondere Vergünstigung zu Teil, zur Herstellung von Del für die eigene Wirtschaft $\frac{1}{4}$ der gesammelten Buchedern bis zum Betrage von 25 kg für den einzelnen Hausstand einzubehalten. Er kann die hiernach einbehaltenen Buchedern gegen einen von der Ortsbehörde seines Wohnorts auszustellenden Ausweis von einer Oelmühle verarbeiten lassen. Je nach der Güte und Reinheit der Buchedern ergibt die genannte Menge von 25 kg eine Ausbeute von 4–5 kg Del, das sich jeder, der Buchedern zu sammeln in der Lage ist, gegen eine mäßige an die Oelmühle zu zahlende Vergütung vorweg beschaffen kann. Die gleiche Vergünstigung genießen auch die Forsteigentümer, wenn sie sich das Einsammeln der Buchedern angeschlossen sein lassen, und ihre bei der Sammlung beteiligten Beamten.

Eine weitere Vergünstigung betrifft nach § 8 der Verordnung die gesamte Bevölkerung derjenigen Gebiete, in denen Buchedern gesammelt und abgeliefert werden. Dieselbe besteht darin, daß den Landeszentralbehörden auf je 100 kg abgelieferte Buchedern bis zu 4 kg Del und bis zu 20 kg Delfuchen oder -Mehle, die ein wertvolles Kraftfutter sind, als Vorausleistung ohne Anrechnung auf die weitere Verteilung von Del bezw. Delfuchen oder -Mehlen zugewiesen werden.

Je größere Mengen von Buchedern somit in einem Lande gesammelt und abgeliefert werden, um so günstiger stellt sich für dasselbe die allgemeine Zuteilung von Del bezw. Delfuchen oder -Mehlen.

Die genannte Vergünstigung umfaßt nicht weniger als etwa $\frac{1}{4}$ des gewonnenen Dels und etwa $\frac{1}{5}$ der entfallenden Delfuchen bezw. -Mehle.

Eine wesentliche Steigerung der Buchedernernte ist fernerhin zu erwarten, wenn sich in allen denjenigen Gebieten, in denen Buchedern gewachsen sind, auch die Schulen an dem Sammeln beteiligen, insbesondere den Kindern das Sammeln nicht nur gestattet wird, sondern diese bei Zubilligung eines angemessenen Sammellohns unter Leitung der Lehrer oder sonstiger geeigneter Personen entsprechend organisiert, geführt und zum Sammeln der Buchedern angehalten werden. Um die erwünschte wertvolle Beteiligung der Jugend an der Einbringung der Ernte für die Delversorgung so erfolgreich als möglich zu gestalten, wird allen Schulbehörden nahegelegt, eine tages- oder wochenweise Freigabe des Unterrichts zu diesem Zwecke, zumal bei günstiger Witterung besonders im Laufe des Monats Oktober in Aussicht nehmen zu wollen.

Es ergeht ferner die Aufforderung an alle Forsteigentümer, insofern sie nicht selbst bereit oder in der Lage sind, die bei ihnen anfallenden Buchedern zu sammeln, der Bevölkerung das Sammeln von Buchedern in ihren Forsten zu gestatten und durch Zuweisung ergiebiger Erntegebiete im vaterländischen Interesse beifällig zu sein, insbesondere auch zu gestatten, daß die Sammler die zum Sammeln, Reinigen und Wegschaffen der Buchedern notwendigen Einrichtungen treffen können.

Hinsichtlich des Erntevollzugs sei noch auf das von dem „Kriegsausschuß für Öle und Fette“ in Berlin NW. 7 herausgegebene Merkblatt zum Sammeln und Aufbewahren von Buchedern für die Delgewinnung hingewiesen.

Die Reifezeit der Buchedern fällt im allgemeinen in den Anfang bezw. die Mitte des Monats Oktober. Die tauben Edern fallen zuerst, die besten zuletzt.

Für das Sammeln sind möglichst Tage mit trockenem Wetter zu wählen. Das Sammeln selbst kann geschehen 1. durch Auflesen mit der Hand, 2. durch Zusammenkehren, 3. durch Abklopfen und Abschütteln der Edern auf untergebreitete Tücher oder den zuvor Hargerechte Boden, insofern dieser eine Laubbede trägt.

Bei Auflesen mit der Hand erübrigt sich ein weiteres Reinigen der Buchedern. In allen andern Fällen müssen diese durch Werfen oder auch mit Hilfe von Sieben von beigemischtem Laub, Holzteilen, Erde usw. zunächst befreit und nötigenfalls noch nach oberflächlicher Trocknung in Windsegemühlen weiter gereinigt werden.

Bis zur Ablieferung an die von dem „Kriegsausschuß für Öle und Fette“ bestimmten Stellen, insbesondere die staatlichen und kommunalen Abnahme- und Lagerstellen, sowie die sonstigen in den einzelnen Staaten bestehenden, mit der Verarbeitung der Buchedern betrauten besonderen Organisationen müssen die Buchedern trocken und kühl aufbewahrt werden. Dieselben werden am besten auf luftigen Speichern, Böden, Tennen oder dergleichen etwa 20 bis 30 cm hoch flach ausgebreitet und nach Bedarf des öfteren umgestochen, bis sie lufttrocken sind.

Bzüglich der Aufbewahrung im Freien in sachartig überdeckten Gräben oder nach zuvoriger guter Abtrocknung in Mieten enthält das von dem genannten Kriegsausschuß herausgegebene Merkblatt die näheren Vorschriften.

Von großer Bedeutung für eine rasche und sichere Einbringung der Ernte ist die Einrichtung möglichst zahlreicher, kleinerer und größerer Sammelstellen in den Dörfern und am Walde — Forstämter, Marktflecken, Dorfgemeinschaften, Güter, Höfe — und ergeht daher nach dieser Richtung, insbesondere an alle ländlichen Besitzer die Aufforderung, alle verfügbaren Räume den Behörden, den mit dem Sammeln der Buchedern betrauten besonderen Organisationen oder sonstigen Unternehmern entgeltlich oder auch unentgeltlich zur Verfügung stellen zu wollen.

Wenn alle helfen, jeder an seinem Teil mitarbeitet, und besonders fleißig gesammelt wird, darf auf ein immerhin beachtenswertes Ernteresultat gerechnet werden.

Umfassen doch die Buchenaltholzbestände Süd- und Westdeutschlands, in denen in diesem Jahre eine Mast gewachsen ist, mehr als 200000 ha. Wird angenommen, daß es überall gelingt, nur die Hälfte dieser Fläche, mithin 100000 ha, mit einem mittleren Ertrag von 10 Zentner Buchedern abzusammeln, so würde bei einer Ausbeute von 10 Litern auf 1 Zentner ein Ertrag von im ganzen 10 Millionen Litern Del erzielt werden können.

Inwieweit diese Menge eingebracht werden kann, wird abgesehen von der Güte der Ernte und der Gunst der Witterung von einem starken Zugreifen aller beteiligten Behörden in der Durchführung der örtlichen Maßnahmen und einer lebhaften Beteiligung weite Kreise der Bevölkerung abhängen.

Möchte es gelingen, die seltene Gelegenheit einer Buchedernernte, die dem deutschen Volke von einer gütigen Vorsehung in der Zeit der Not beschert wurde, in einmütigem Zusammenwirken von Regierung und Volk so auszunutzen, daß die sich bringende Versorgung mit Ölen und Fetten eine starke Hilfe in dem „Del aus dem Walde“ zu finden vermag!

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

November 1916.

Die Forstwirtschafts-Philosophie der Gegenwart.

Die Darlegung und Würdigung des neuesten Versuches
er „Grundlegung, Systematik und Methodik“ unserer
Wissenschaft

von Heinrich Weber, Großh. Hess. Forstassessor.

Einleitung.

Die Entwicklung der Einzelwissenschaften vollzieht
in unserer Zeit in einem rasenden Tempo, und
die Erkenntnisse sprudeln wie ein Wunder in unge-
hörten Fällen hervor. Das Prinzip der Arbeitsteilung
hat sich auch hier bewährt, und innerhalb der Spezial-
wissenschaften haben sich wieder viele Sonderabteilungen
hervorgebildet. Der Spezial-Forscher, der etwas leisten
will, tut gut, sich auf ein engbegrenztes Gebiet zu
beschränken.

So vorteilhaft diese Spezialisierung und Arbeits-
teilung für die Entwicklung der Wissenschaften auch ist,
hat auch einen großen Nachteil mit sich gebracht.
Sie hat den Blick für das Ganze der Einzelwissenschaft,
für die Form und Gesamtkonstruktion derselben be-
schränkt.

Das gilt auch für unsere Wissenschaft. Auch bei
uns hat die mächtige Stoffanhäufung und die Spe-
zialisierung eine fast allgemeine Interesselosigkeit für
forstwirtschaftsphilosophische, d. h. grundlegende, syste-
matische und methodologische Fragen zur Folge gehabt.

Man merkte gar nicht, daß die alte Form, die man
als ein Dogma verehrte, für die Menge des neuen
Erkenntnistoffes schon längst zu enge geworden war
und erkannte nicht, daß es not tue, eine neue zu prä-
gen. Man fragte überhaupt nicht mehr nach dem
Wie, nach der zeitgemäßen Komposition des überhand-
nehmenden Stoffes und der philosophischen Grund-
legung derselben.

Da kam Eimer, der den Weg von unserer Wissen-
schaft zur Philosophie, die ja die Einheit alles Wissens
ist, wieder fand und so der ganz in Vergessenheit ge-
fallenen „Forstwirtschafts-Philosophie“ ein Wieder-
erwecker wurde: Herr Regierungsdirektor Dr. Lorenz
Wappes. Er hat im Jahre 1909 eine kleine Schrift

mit dem Titel: „Studien über die Grundbegriffe und die
Systematik der Forstwissenschaft“ veröffentlicht, in der er
die fraglichen Probleme von Grund auf zu lösen ver-
sucht. Vier Jahre später hat er eine etwas veränderte
Darstellung seiner Ideen als einleitende Abhandlung;
„Grundlegung, Gliederung und Methode der Forst-
wissenschaft“ im „Borey'schen Handbuch der Forstwissen-
schaft“ (3. Aufl., hrsg. von Dr. C. Wagner, 1. Bd.,
Tübingen 1913) erscheinen lassen.

Von seinen Gedanken über das Wesen unsrer
Wissenschaft soll im Folgenden die Rede sein. Diese
Abhandlung will ein Weg sein zur Förderung und Weiter-
verbreitung forstwirtschafts-philosophischer Wahrheiten
— das will sie sein, auch wenn sie Kritik übt. Ich
bin mit Widenmann der Ansicht, daß der Kritiker, sobald
er „bloß die Sache erörtert“, „die Wahrheit ohne Schminke
sagen kann“, und glaube der guten Sache nur nützen
zu können, wenn ich meine Ansicht frank und frei
bekenne.

I. Die Wappes'sche Grundlegung der Forstwissenschaft.

Die Grundlegung einer Wissenschaft kann auf rein-
logischem und historischem Wege angenommen werden.
Die Grundlegung, wie sie Wappes von unsrer Wissen-
schaft gibt, ist rein logisch. Er legt erst dar, was
seiner Ansicht nach Wissenschaft im Allgemeinen
bedeutet, fixiert dann den Gegenstand unsrer
Wissenschaft und baut auf dieser Grundlage schließ-
lich seine Definition der Forstwissenschaft auf.

1. Was ist nach Wappes Wissenschaft im Allgemeinen?

Bei seiner Begriffsbestimmung der „Wissenschaft
im Allgemeinen“ stützt sich Wappes auf den bekannten
Leipziger Philosophen und Psychologen Wundt. Ein
Verständnis und eine gerechte Beurteilung seiner De-
finition ist ohne eine Kenntnis der fraglichen Ansichten
Wundts schlechthin unmöglich. Deshalb soll hier zuerst
eine kurze Darstellung und kritische Würdigung der in
Betracht kommenden Ideen Wundts gegeben werden.

Wundt ist weder reiner Idealist, noch reiner
Realist, er sucht vielmehr zwischen Realismus und
Idealismus eine vermittelnde Stellung einzunehmen.

In seinen erkenntnistheoretischen Ansichten stimmt er ganz mit dem sog. „Kritischen Realismus“ überein. (Das Folgende im Anschluß an Messer: „Geschichte der Philosophie vom Beginn des 19. Jahrh. bis zur Gegenwart“. Leipzig 1913. S. 148 ff.) Der philosophische Naive, der an seinem Erkenntnisvermögen noch keine Kritik übt, der naive Realist, wie man ihn mit dem philosophisch-technischen Ausdruck zu nennen pflegt, glaubt, er vermöge die Dinge so zu erkennen, wie sie in Wirklichkeit sind. Anders der Idealist im Sinne Kants, der sog. transscendentale Idealist. Ihm wird der rohe Stoff, wie ihn die Sinne liefern, erst durch die Verstandskräfte zur gültigen objektiven Erfahrung umgeformt. Die Sinnesindrücke allein machen für ihn das Erkennen noch nicht aus. Er glaubt erst zu einer Erkenntnis zu gelangen, vermittelt der Begriffe, durch sie existieren erst Gegenstände für ihn, und ohne sie ist seiner Ansicht nach eine Erkenntnis nicht möglich.

Zwischen beiden, dem Realisten und dem Idealisten sucht, wie gesagt, Wundt zu vermitteln. Er geht nicht von dem Gegensatz zwischen Subjekt und Objekt, Vorstellung und Gegenstand, sondern von der nicht differenzierten Einheit beider aus. Das wahre Objekt selbst ergibt sich nach seiner Ansicht aus der Wahrnehmung, sobald man alle die Eigenschaften abzieht, die sich durch Vergleichung der objektiven Erfahrungen als subjektiv erweisen. Diese Uebernahme von einzelnen Merkmalen des Wahrgenommenen auf die subjektive Seite geht jedoch nie so weit, daß das „Vorstellungsobjekt“ ganz und gar in eine rein subjektive Vorstellung aufgelöst würde. (Das ist der Standpunkt des sog. subjektiven Idealismus). Die Existenz einer vom Subjekt unabhängigen Wirklichkeit kann nach der Ansicht Wundts selbst niemals zu den subjektiven Elementen gehören, denn sie ist ja die Voraussetzung, welche erst die das „Vorstellungsobjekt“ korrigierenden Unterscheidungen zwischen subjektiven und objektiven

Elementen möglich macht. Die Gesamtheit der ursprünglichen, undifferenzierten Erkenntnisinhalte oder jeder Einwirkung der Denkfunktionen vorausgehende „Erfahrung“ nennt Wundt „unmittelbare Erfahrung“. Ihr gegenüber steht nach ihm die „mittelbare Erfahrung“, d. i. diejenige, „die durch die Wirkksamkeit der Denkfunktionen, namentlich durch die mittels derselben gewonnenen Begriffsbildungen irgendwie verändert ist“. Schon die unmittelbaren Erfahrungsobjekte zerfallen in solche, die auf Erfahrungsobjekte („Vorstellungsobjekte“) und in solche, die auf das erfahrende Subjekt selbst („Gefühls- und Willenstätigkeiten“) bezogen werden. Dann werden auch die Gedächtnis- und Phantasievorstellungen und alle qualitativen Bestimmungen der „Wahrnehmungsobjekte“ ins Subjekt verlegt. Das, was als reales Objekt übrig bleibt, ist in keiner Anschauung gegeben und kann deshalb kein Gegenstand begrifflicher Erkenntnis sein. Somit ist der Gegensatz von Vorstellung und Gegenstand dem Gegensatz des anschaulich und des begrifflich Bekannten umgestaltet. Anschaulich ist die Erkenntnisart der Psychologie, die die unmittelbare Erfahrung in ihrer Einheit von Fühlen, Wollen und Vorstellungsobjekt zum Gegenstand hat. Begrifflich dagegen ist die Erkenntnisart der Naturwissenschaft, die untersucht, „wie die Objekte ohne Rücksicht auf das Subjekt beschaffen sind. Demnach läßt sich auch der naturwissenschaftliche Standpunkt als der Standpunkt der mittelbaren Erfahrung, der psychologische als derjenige der unmittelbaren Erfahrung bezeichnen.“

Alle Wissenschaften, die „dem bloßen Erkenntnisbedürfnis dienen“, nennt Wundt die „reinen“ Wissenschaften. Für die Klassifizierung dieser „reinen“ Wissenschaften schlägt er in seiner „Einleitung in die Philosophie“ 5. Aufl., Leipzig 1909, S. 76 folgendes Schema vor:

Formale Wissenschaften
(Keine Mathematik)

Naturwissenschaften

Reale Wissenschaften

Geisteswissenschaften

Phänomenologische (Physik, Chemie, Physiologie)

Genetische (Kosmologie, Geologie, Entwicklungsgeschichte der Organismen)

Systematische (Mineralogie, Systematische Botanik und Zoologie usw.)

Phänomenologische (Psychologie)

Genetische (Geschichte)

Systematische (Syst. Rechtswissenschaft, Nationalökonomie usw.)

Er zerfällt also, wie man sieht, die „reinen“ Wissenschaften wieder in die formalen und die realen Wissenschaften. Dadurch, daß er diese wieder durch Gegensatz unmittelbar-mittelbar trennt, schlägt er auf einfachste Weise die Brücke zwischen Psychologie und Geisteswissenschaften“. „Handelt es sich in der unmittelbaren Erfahrung“ (so sagt Dr. Bisea Friederichs) in ihrer Schrift: „Wundts psychologische Grundlegung der Geisteswissenschaften“. Freiburg i. B. 1913) „nicht um die anschauliche Erlebnisgegenstandlichkeit, in der alle empirischen Wissenschaften ausgehen, sondern um diese unmittelbare Erfahrung von der Psychologie allein beschlagnahmt, so daß es außerhalb derselben nur noch Abstraktion von Unmittelbarkeit und Anschaulichkeit: Naturwissenschaft gibt, so bleibt allerdings kein anderer Weg offen, als der, die Geisteswissenschaften zu Anwendungen der Psychologie zu machen. Wundt sieht denn auch tatsächlich hierin den einzigen Weg, sie überhaupt als Wissenschaften zu betrachten, und vollzieht konsequent die Scheidung aller Erfahrungswissenschaften in Naturwissenschaften und Psychologie, für die sich insofern die Zweifelt, Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften einsetzen läßt, daß die Psychologie allgemeinste Geisteswissenschaft genannt werden mag“. In Wahrheit aber stellt Wundt den Gegenstand der Naturwissenschaft dem Material der Psychologie entgegen und setzt auf diese Weise beide Wissenschaften in völlig verschiedenen Ebenen“. „So gewinnen denn die Begriffe unmittelbar-mittelbar allerdings keinen Schein der Berechtigung, aber nur solange, als nicht eingesehen ist, daß dieser Gegensatz nur den von Material und wissenschaftlichem Gegenstand, nicht den zweier Wissenschaften bezeichnen kann“.

Wie in seiner Erkenntnistheorie, so sucht Wundt auch in seiner Ethik zwischen Empirismus und (Kantischem) Apriorismus den Vermittler zu spielen. Die sinnlichen Anschauungen sind nach ihm gesetzmäßige Erzeugnisse der universellen geistigen Entwicklung; wertvoll sind nur die objektiven geistigen Schöpfungen, in denen zwar das Einzelbewußtsein Teil nimmt, deren Zweckobjekt aber nicht der einzelne selbst, sondern der allgemeine Geist der Menschheit ist.“

(Siehe bei Messer a. a. O. S. 153, ferner in seinen „Einführung in die Erkenntnistheorie“ Leipzig 1903. S. 138 ff.)

Werte können jedoch, wie Messer mit Recht hiergegen einwendet, ihren Wertcharakter doch nur haben durch die Beziehung auf bewertende Subjekte. „Eine Bestimmung der Lebenswerte aber, bei der den Subjekten sozusagen kein Platz eingeräumt wird, bleibt darum unbefriedigend.“

Wundt ordnet die menschliche Freiheit einer psy-

chischen Kausalität unter. Darum kann er auch die Willens- oder Gemeinschafts-Wissenschaften, welche ein ausschließliches Produkt der menschlichen Freiheit, der menschlichen Normsetzung sein wollen, nicht anerkennen.

Er spricht zwar auch von „normativen Wissenschaften“ (siehe seine „Logik“ 2. Aufl. 1. Bd. S. 1), die im Gegensatz zu den „theoretischen“ Wissenschaften nicht feststellen wollen, was ist, sondern was sein soll, und bezeichnet z. B. die Logik und die Ethik als solche. Die Norm ist aber nach seiner Ansicht kein Erzeugnis des wertenden, ideale Zwecke frei setzenden Individuums, sondern als ein Produkt gesetzmäßiger Entwicklung aus der beschaulichen Betrachtung abzuleiten. Die „normativen“ Wissenschaften sind ihm nicht „Willens-“, sondern „Sollens-Wissenschaften“.

Wundt erkennt zwar die „normativen“ Wissenschaften nicht als vollberechtigte, „reine“ Wissenschaften an, läßt sie aber dennoch als „Wissenschaften“ gelten und spricht nirgends davon, daß sie kein Recht zum Tragen dieses Titels hätten. Nach ihm enthält jede „normative“ Wissenschaft eine „reine“ Wissenschaft, aus der die „Norm“ erst abgeleitet wird. So bildet nach ihm z. B. die Individualpsychologie die Grundlage der Logik, die Völkerpsychologie die der Ethik. Logik und Ethik selber aber haben als wissenschaftliches Ganzes genommen in dem Wundtschen Klassifikationschema der reinen Wissenschaften — ein Gesamtschema der reinen und normativen Wissenschaften hat Wundt aus begreiflichen Gründen nicht aufgestellt — keinen Platz. Dieses dient ja, wie wir gesehen haben, nur zur Klassifizierung der theoretischen Wissenschaften und kann also nur den „rein wissenschaftlichen“ Teil der normativen Wissenschaften enthalten. Jede „normative“ Wissenschaft aber hat nach Wundt „einen halb wissenschaftlichen (d. h. also „rein wissenschaftlichen“), halb technischen (d. h. normativen) Charakter“ (I. a. a. O. 2. Bd. S. 533).

Im Gegensatz zu dieser Ansicht Wundts muß jedoch betont werden, daß in jeder praktischen Wissenschaft der rein wissenschaftliche und der normative Teil zu einer organisch verbundenen höheren Einheit zusammenschmelzen und sich gegenseitig durchdringen. Denn alle theoretischen Untersuchungen werden ja immer nur im Hinblick auf die aus ihren Ergebnissen zu konstruierende Norm vorgenommen.

Die Darlegung der Wundtschen Ideen bildet die notwendige Grundlage der nun folgenden Kritik der Wappes'schen Definition der Wissenschaft im allgemeinen. Ohne sie wären wir über ein fruchtloses Raisonement nicht hinaus gekommen.

Es ist sehr zu bedauern, daß es Wappes nicht immer gelingen will, die richtigen Konsequenzen aus

den Anschauungen seines philosophischen Gewährsmannes zu ziehen.

Das zeigt sich schon in seiner strikten Verwerfung aller praktischen, d. h. normativen Wissenschaften. Solche Wissenschaften gibt es nach seiner Ansicht überhaupt nicht und kann es für ihn auch nicht geben, denn er verlangt von einer „jeden Wissenschaft“, daß sie „Selbstzweck“ sein soll. (Siehe seine Abh. „Grundlegung, Gliederung und Methode der Forstwissenschaft“ S. 3.) Er glaubt sich hiermit in vollem Einklange mit Wundt zu befinden. Aus unseren Ausführungen auf S. 275 geht jedoch hervor, daß dem nicht ganz so ist. Wundt stellt diese Forderung des Selbstzweckes mit Recht nur für die theoretischen Wissenschaften auf. Er erkennt zwar nur diese als eigentliche oder „reine Wissenschaften“ an, geht aber nicht so weit, den normativen Wissenschaften den Anspruch auf den Titel „Wissenschaft“ gänzlich streitig zu machen. Sie sind für ihn zwar keine reinen Wissenschaften, aber doch noch Wissenschaften.

Die Wappes'sche Wesensbestimmung der Wissenschaft im allgemeinen steht ganz unter dem Zeichen dieses eigenartigen Mißverständnisses.

„Wissenschaft entsteht“, nach ihm dann, „wenn Erscheinungen realer oder idealer Natur nach ihrem kausalen Zusammenhang erforscht und begrifflich erfaßt werden.“ Der Begriff der „Wissenschaft“, der aus dieser Entstehungserklärung derselben resultiert, ist m. E. zu eng gefaßt. Er hat keinen Raum für die Norm- oder Sollenswissenschaften, die es auch verdienen als Wissenschaften bezeichnet zu werden.

Seine Ansicht über das Wesen der Wissenschaft im allgemeinen legt Wappes noch näher in folgenden drei Thesen dar:

„Nicht die Gegenstände an und für sich“, so führt er a. a. O. auf S. 4 im § 3 aus, „können Ausgangspunkte einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung oder Gliederung sein, sondern die Begriffe, zu deren Bildung sie Anlaß geben.“

Ein und derselbe Gegenstand kann deshalb Objekt mehrerer Wissenschaften werden je nach dem Gesichtspunkt, von dem er betrachtet wird.

Jede Wissenschaft charakterisiert sich einerseits durch ihr Objekt, andererseits durch den Gesichtspunkt, von dem aus sie ihr Objekt begrifflich erfaßt.“

Begrifflich ist nach Wundt nur die Erkenntnisart der Naturwissenschaft, während die der Psychologie und der Geisteswissenschaften anschaulich ist. In dem ersten Satze aber spricht Wappes, der sich in einer Anmerkung zu dem 2. der zitierten Sätze ausdrücklich auf Wundt bezieht, alle Erkenntnis, also auch die der

Geisteswissenschaften als eine begriffliche an. So kann man ihm auch hierin beistimmen muß — oben wird ja gezeigt, daß sich die Wundt'sche Grundlegung der Geisteswissenschaften u. E. auf falschen Prämissen baut — mit den Wundt'schen Ansichten, denen Wappes hier eng anzuschließen glaubt, ist diese Auffassung nicht zu vereinbaren. Ebenfalls nicht im Einklange mit Wundt ist die Behauptung, daß deshalb, weil eine Wissenschaft nicht von den Gegenständen, sondern von den Begriffen ausgehe, ein und derselbe Gegenstand Objekt mehrerer Wissenschaften werden könne. An der von Wappes hierzu angezogenen Stelle („Logik“ Aufl. Stuttgart 1906 3. Bd. S. 12) sagt Wundt nach dem er ausgeführt hat, daß der Unterschied zwischen Natur- und Geisteswissenschaften nicht in den Objektbetrachtungen, sondern nur in den Gesichtspunkten ihrer Betrachtung liegen könne, Folgendes: „Suchen wir uns nun von diesem Gesichtspunkte aus, daß die ursprüngliche Unterscheidung von Erfahrungsgebieten in der Unterscheidung gewisser Klassen von Vorgängen ihren Grund haben muß, über die Sonderung der einzelnen Wissenschaften Rechenschaft zu geben, so erscheint es vollkommen begreiflich, daß ein und dasselbe Objekt Gegenstand ganz verschiedener (!) Wissenschaften sein kann.“ Hiermit will er sagen, daß ein Objekt nach dem es begrifflich oder anschaulich erfaßt wird, sowohl Gegenstand der Naturwissenschaften als auch zu gleicher Zeit der Geisteswissenschaften sein kann.

Die Schlufthese der Wappes'schen Wesensbestimmung der Wissenschaft lautet: „Jede Wissenschaft charakterisiert sich einerseits durch ihr Objekt, andererseits durch den Gesichtspunkt, von dem aus sie ihr Objekt begrifflich erfaßt.“ Unter dem „Objekt einer Wissenschaft versteht man aber die Gedankenkomplexion, welche alle Einzelbegriffe und -Urteile einer Wissenschaft zu der großen Einheit zusammenfaßt.“ Es ist z. B. — wie wir später sehen werden — das Objekt der Forstwissenschaft die ideale Form der Forstwirtschaft. Zu ihr werden alle Urteile der Forstwissenschaft in Beziehung gesetzt. Jede Wissenschaft hat ihr bestimmtes, ausschließlich ihr angehörendes Objekt und wird durch es vollständig bestimmt; der Gesichtspunkt aber, von dem aus sie ihr Objekt betrachtet — dieses Objekt ist schon ein Oberbegriff, braucht also nicht mehr begrifflich erfaßt zu werden — steckt schon in dem Begriff desselben, d. h. eben in dem Objekt selber darin und ist unlöslich mit diesem verbunden. Jede wissenschaftliche Bestimmung von Einzelbegriffen aber ist „die Einreihung von mannigfaltigen Stoffen in eine einheitliche Auffassung nach gleichmäßiger Methode.“ Es steckt also in jeder gegenständlich festgestellten Tatsache der besondere be-

umte Stoff und die allgemein bedingende Art des Verfahrens notwendig und untrennbar verbunden ist". (Siehe Stammer „Wirtschaft und Recht". Aufl. Leipzig 1906, S. 11.)

Was bezeichnet Wappes als Gegenstand der zu Grund zu legenden Wissenschaft.

Wappes verfällt nicht in den Fehler, von dem hypothetischen Bilde: „Forst-Wissenschaft" auszugehen. Er nimmt vielmehr zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen ganz richtig den Ausdruck: „Forstwirtschafts-Wissenschaft". Mit großem Nachdruck betont er, daß nicht der „Forst" oder der „Wald", sondern die „Forstwirtschaft" das Objekt der falschen, „Forstwissenschaft" genannten Wissenschaft darstellt. Offentlich ist es ihm gelungen, die irrtümliche Ansicht, daß der Wald das Objekt unserer Wissenschaft sei, mit endlich einmal mit Stumpf und Stiel auszurotten. Daß sich dieser Aberglaube bis auf unsere Tage so fest einwurzeln konnte, ist eine traurige Folge der bei uns weit verbreiteten Interesslosigkeit für die Literatur unserer Wissenschaft. Hundeshagen behauptet zwar noch in seiner „Enzyklopädie" der Forstwissenschaft, daß die Forste allein den eigentlichen Gegenstand der Forstwissenschaft oder der Wissenschaft in den Wäldern ausmachten. Aber schon im Jahre 1826 hat Widenmann eine kleine Schrift „Ueber Zweck und Begriff der Forstwissenschaft" (Tübingen 1826) veröffentlicht, in der er eine „formelle Begründung" der Forstwissenschaft zu liefern versuchte und als deren Objekt klipp und klar die „Forstwirtschaft" bezeichnete. Hiernach konnte dem einsichtigen, in der Literatur seiner Wissenschaft bewanderten, Forstmann kein Zweifel über den Gegenstand seiner Wissenschaft nicht mehr aufkommen. Man muß indessen bedauern, daß die Schriften Widenmanns unverdienter Weise von der großen Mehrzahl gar nicht beachtet wurden, während das System Hundeshagens bis in unsere Tage hinein als ein Dogma verehrt wurde. Mit seinen Vorzügen hat dieses auch seine Fehler verdient. Und so ist es denn kein Wunder, daß man noch heute von Vielen hören muß, der Gegenstand unserer Wissenschaft sei der Wald. In einer der bedeutendsten nach Hundeshagenschen-Systematiker unserer Wissenschaft, Kraft, schreibt noch im Jahre 1868 in seiner Abh. „Zur Systematik der Forstwissenschaft" („Kritische Blätter für Forst- und Jagdwissenschaft" 51. Bd., Leipzig 1868, S. 177 ff.): „Objekt der Forstwissenschaft sind die Wälder, d. h. gesellige Vereine solcher Holzgewächse, welche einen Gegenstand der Forstkultur zu bilden pflegen". Was Johann Gottlieb Beckmann von der Jägerei sagt, das gilt leider auch heute noch für die Forstwissenschaft: „Denn so ist es bei der

Jägerei in gar vielen Stücken gebräuchlich, daß einer von dem anderen etwas höret, und wie er es höret, weiter fort sagt; untersucht man die Sache etwas genauer, so befindet sich dieselbe ganz anders, als man bisher geglaubt hat". Wappes vermutet nicht mit Unrecht, „daß auch heute noch in diesem Punkte nicht überall völlige Klarheit herrscht", und wir müssen ihm Dank dafür wissen, daß er so energisch für die richtige Ansicht eintritt.

Was versteht aber Wappes unter „Forstwirtschaft"? Den scheinbaren Oberbegriff „Wirtschaft" oder „wirtschaftlich" erläutert Wappes nicht besonders. Er begnügt sich vielmehr damit, die Definitionen seiner beiden diesbezüglichen Gewährsmänner Wundt und Marshall zu zitieren. „Wirtschaftlich" ist nach Wundt der „Inbegriff derjenigen gesellschaftlichen Erscheinungen, welche in der durch vorsorgliche Arbeit zu erreichenden Befriedigung der Lebensbedürfnisse ihre Quelle haben". Marshall definiert; „Die politische Oekonomie oder Wirtschaftslehre betrachtet „Die Tätigkeit des Einzelnen und der Gesellschaft, soweit sie sich auf die Gewinnung und den Verbrauch der Mittel zum materiellen Wohlbefinden erstreckt".

Die „Forstwirtschaft" sieht Wappes als einen Teil der „Volkswirtschaft" an. Die Forstwirtschaft kann aber nur dann als ein Teil der Volkswirtschaft betrachtet werden, wenn man unter dieser die Summation aller Privatwirtschaften versteht. Im allgemeinen faßt man indeß die Volkswirtschaft als die wechselseitige Verflechtung aller Privatwirtschaften auf und aus diesem Grunde dürfte die Bezeichnung der Forstwirtschaft als eines Teiles der Volkswirtschaft nicht wohl zu rechtfertigen sein. Unter „Forstwirtschaft", als dem Objekt der Forstwissenschaft, versteht Wappes nur „die auf den Wald sich beziehende wirtschaftliche Tätigkeit einer Person", also ausschließlich die Tätigkeit des privaten Wirtschafters. Die vom Staate zur Förderung der privaten Forstwirtschaft ausgeübte Tätigkeit rechnet also Wappes nicht zum Gegenstand der Forstwissenschaft. Damit erkennt er aber auch die sogenannte „Forstpolitik", als die Wissenschaft von dieser Tätigkeit des Staates, nicht als einen inhärenten Teil der eigentlichen Forstwissenschaft an. Denn sie hat ja eine Tätigkeit des Staates zum Gegenstande und gehört deshalb, so schließt Wappes, zum Kreis der Staatswissenschaften. Der Gedanke, daß die Forstpolitik nicht in das System der Forstwissenschaft hineingehöre, ist nicht neu und schon sehr früh in unserer Literatur ausgesprochen worden. Schon im Jahre 1811 schreibt Fresenius in seinen „Abhandlungen über forst- und staatswissenschaftliche Gegenstände", Frankfurt a. M., einem Büchlein, in dem er mit berebten Worten für die Gründung einer hessischen Forstschule in Darmstadt eintritt, For-

gendes: „Der Verfasser kann sich nicht überzeugen, daß der besondere Zweig der Staatswirtschaft, welcher das Forstwesen betrifft, Gegenstand der Forstwissenschaft sei, und er fühlt sich daher ebensowenig versucht, die bisher häufig sogenannte höhere Forstwissenschaft für etwas anderes, als ein Gemenge der eigentlichen Forstwissenschaft mit Grundsätzen der Staatswirtschaft, zu halten, als er die Mitglieder derjenigen Sektion des Staatsrates, welcher die oberste Direktion des Forstwesens anvertraut ist, höhere Forstbediente nennen möchte.“ Im allgemeinen hat man indeß der Zustellung der „Staatsforstwirtschaftslehre“ in das Gefüge unserer Wissenschaft, wie sie, durch Burgsdorf und Walther gefordert, Hundeshagen zum ersten Male in seiner Enzyklopädie in praxi durchgeführt hat, bis in unsere Tage hinein volle Anerkennung gezollt. Eine geistvolle theoretische Begründung dieser Auffassung hat Widenmann geliefert. Er faßt allerdings auch den Begriff der Forstwirtschaft als des Gegenstandes unserer Wissenschaft viel weiter und versteht darunter „den Inbegriff der Anstalten und Einrichtungen, durch welche auf die möglichst vorteilhafte Weise aus den Waldungen der unseren Zwecken und Bedürfnissen entsprechende Ertrag an nutzbaren Gegenständen derselben erzeugt und gewonnen wird, die gegebenen Waldungen selbst aber möglichst erhalten werden.“ Dieser weiten Fassung des Begriffes der Forstwirtschaft entspricht auch seine verhältnismäßig weite Absteckung der Grenzen der Forstwissenschaft. Ueber diese sagt Widenmann: „Namentlich ist von vielen Schriftstellern das, was eigentlich bloß Forstwirtschaftslehre ist, Forstwissenschaft genannt worden. In dieser kann aber das Gewerbe der nachhaltigen Erzeugung und Gewinnung der nutzbaren Gegenstände der Waldungen nicht bloß in seiner privatwirtschaftlichen Bedeutung aufgefaßt werden, sondern es muß in derselben auch nach seiner Beziehung zur Volks- und Staats-Wirtschaft dargestellt werden.“ Er faßt also den Begriff der Forstwirtschaft und damit auch den der Forstwissenschaft weiter als Fresenius und Wappes und will als Gegenstand dieser neben der Tätigkeit des privaten Wirtschafters auch noch die diesbezügliche Tätigkeit des Staates geltend machen. Merkwürdige Ironie der Geschichte! Gerade die Disziplin, durch deren Miteinbeziehung für Widenmann erst die wahre Forstwissenschaft entstand, ist uns heute im Rahmen unserer Wissenschaft ein Stein des Anstoßes.

Es ist auch in der Tat nicht zu denken möglich, wie aus einer gemeinsamen Behandlung zweier ganz verschiedenartiger Gegenstände eine einheitliche Wissenschaft resultieren sollte. Die Forstwissenschaft muß aus einem einheitlichen Grundgedanken heraus entwickelt werden, und deshalb muß dieser Dualismus aus

privat- und staatswirtschaftlicher Tätigkeit auseinander gebrochen werden. Es ist ein Gebot der Gegenwart, daß wir uns endgültig von dieser zwiespältigen Auffassung losreißen. Wappes zählt die „Forstpolitik“ wie wir sahen, zu den Staatswissenschaften. Richtig ist aber ohne Zweifel, sie als ein Zwischengebiet, einen Berührungstreifen zwischen Forstwissenschaft und Staatswissenschaft aufzufassen. Der Ausbau der „Forstpolitik“ bleibt deshalb doch in erster Linie eine Aufgabe der „Forstwissenschaftler“.

Analog der „klassische Schule“ der Nationalökonomie, die den von dem ganzen übrigen menschlichen Zusammenhang losgelösten, rein ökonomisch bestimmten Menschen, den sogenannten „homo oeconomicus“ zum idealen Gegenstand ihrer Forschung machte, will Wappes den sogenannten „homo foresticus (gleichsam Art der Gattung oeconomicus)“ der Forstwissenschaft als Studienobjekt zu Grunde legen. „Das Erkenntnisobjekt der Forstwissenschaft, so führt er aus „wird dadurch gewonnen, daß die auf den Wald sich beziehende wirtschaftliche Tätigkeit einer Person einer isolierenden Betrachtung unterzogen wird.“ Es wird also, wie bei der Nationalökonomie der homo oeconomicus, der homo foresticus . . . konstruiert.

Die Unzulänglichkeit der einseitigen Forschungsmethode der sogenannten klassischen Schule hat man in der Nationalökonomie schon seit langem erkannt. Noch viel einseitiger, abstrakter und konstruierter als der homo oeconomicus der klassischen Schule ist der homo foresticus der Forstwirtschaftslehre. Wie die Volkswirtschaftslehre nur durch ein Studium der konkreten menschlichen Zweckzusammenhänge zu wertvollen Ergebnissen gelangen kann, so kann eine wissenschaftliche Behandlung der Forstwirtschaft „nur in Beachtung und folgerichtiger Verwertung der jeweils maßgeblichen konkreten Rechtseinrichtungen und der dadurch bestimmt geregelten Sozialökonomie möglich“. Diese kulturellen Grundlagen bilden neben den naturwissenschaftlichen und den kunstwissenschaftlichen Grundlagen das einzige Erkenntnisobjekt der Forstwissenschaft. Die sozialwirtschaftlichen Prinzipien bedingen die Forstwirtschaft genau so gut und so stark wie die naturgesetzmäßigen. Eine Forstwirtschaft losgelöst von der sozialen Gesellschaft ist ein Ding der Unmöglichkeit, eine leere Abstraktion. Was sollen wir uns also mit der Konstruktion eines solchen leblosen unfähigen Baues beschäftigen? Die Forstwirtschaft darf keinesfalls als isolierte Einzelwirtschaft angesehen werden. Das Erkenntnisobjekt der Forstwissenschaft ist nicht der „homo foresticus“, dieses abstrakte Gebilde, das nicht die geringste Existenzfähigkeit besitzt, sondern die mannigfaltigen Beziehungen der Forstwirtschaft zu den bedingenden Faktoren der Natur, des Rechts und

sozialen Wirtschaft bilden den Ausgangspunkt der Wissenschaft. Zu den oben zitierten Worten von Wappes ist fernerhin noch zu bemerken, daß die forstwirtschaftliche Tätigkeit mit nichts diejenige wirtschaftliche Tätigkeit ist, die sich auf den Wald bezieht. Forstwirtschaftliche Tätigkeit charakterisiert sich viel-
— wie bald ausgeführt werden soll — durch Bezug auf die forstwirtschaftlichen Güter. Zu Wald steht sie nur zu einem Teile und zwar in enger Beziehung.

Forstwirtschaft entsteht", so sagt Wappes, "an die in der Vegetationsform „Wald“ vorhandenen natürlichen Kräfte und Stoffe Gegenstand wirtschaftlicher Tätigkeit werden". Gegen diesen Satz ist Folgendes einzuwenden. Natürliche Kräfte können wohl Gegenstand wirtschaftlicher Tätigkeit sein wie z. B. Elektrizität, die man erzeugen und rentabel verwerten kann. Die Forstwirtschaft wirtschaftet jedoch mit Stoffen, die als Gegenstand der Privatwirtschaft „Güter“ sind. Diese Güter bilden den Gegenstand der Forstwirtschaft, nicht aber der Wald, wie Wappes meint. Der Forstwirt erzeugt sie und verwertet sie rentabel, d. h. er wirtschaftet mit ihnen oder sind der Gegenstand seiner Privatwirtschaft. Mit natürlichen Kräften aber wirtschaftet er nicht. Er bezieht diese nur zu einem Teile seiner wirtschaftlichen Tätigkeit, nämlich der Produktion; bei dem ebenso wichtigen Teile der wirtschaftlichen Tätigkeit, der Verwertung, spielen diese aber nicht die mindeste Rolle mehr. Sie sind nur ein Mittel zum Zweck der Produktion, aber ihrerseits wieder nur einen Teil der forstwirtschaftlichen Tätigkeit ausmacht. In seinen „Studien über die Grundbegriffe und die Systematik der Forstwissenschaft“ (Berlin 1909) beschäftigt sich Wappes mit diesem Gegenstand ausführlicher. Dort sagt er S. 21: „Je nachdem der Wald als Kapital oder Produktionsmittel benutzt wird, ist er verschiedenen wirtschaftlichen Lebens zuzuteilen. Forstwirtschaft ist jene menschliche Tätigkeit zu nennen, welche den Wald als Produktionsmittel benutzt" und in einer Anmerkung: „diese Unterscheidung zwischen Benutzung des Waldes als Kapital und als Produktionsmittel muß erfolgen, weil sonst in die Definition der Handel mit Waldgütern auch eingeschlossen würde, was doch zweifellos nicht als Forstwirtschaft zu betrachten ist, da beim Handel der Wald nur als Kapital behandelt wird“.

Zu derartigen Schlußfolgerungen wird Wappes verleitet durch die Annahme, der „Wald“ sei als Gegenstand der Forstwirtschaft zu betrachten. Der Wald kann aber unmöglich Gegenstand der Forstwirtschaft sein. Diese ist eine sogenannte „Produktionswirtschaft i. w. S.“

Die arbeitsteilige Wirtschaft der Gegenwart wird in erster Linie durch das Vorhandensein des allgemeinen Tauschmittels, des Geldes, ermöglicht. In der Geldwirtschaft richtet sich die Tätigkeit des Wirtschaftenden „vorzugsweise oder ausschließlich auf den Erwerb von Geld im Austausch gegen seine eigenen Produkte oder Leistungen und das in Geld dargestellte Einkommen dient zur Anschaffung der für die Konsumption bestimmten Güter“. So entstehen auch reine Produktions- oder allgemeiner ausgedrückt, Erwerbs-Wirtschaften, die von der Konsumtions-Wirtschaft der Beteiligten ganz getrennt sind". Hiernach besteht also die Tätigkeit einer jeden Produktionswirtschaft i. w. S. darin, Güter zu produzieren und rentabel zu verwerten und erst mit der Einnahme des Geldes für die verkauften Güter erreicht sie ihren Abschluß.

Schon Pfeil sagt in seinen: „Grundsätzen der Forstwirtschaft“, Züllichau und Freistadt 1822/24, 2. Bd. S. 9, „wir behandeln den Wald nur zu oft als Zweck, während er doch nur Mittel ist und sein kann“. Und S. 11: „Es ist lächerlich, den Wald um des Waldes willen zu bauen und zu pflegen, nichts ist natürlicher, als daß die Arbeiten und Sorgen des Menschen die Vervollkommenung des physischen und moralischen Wohls der menschlichen Gesellschaft zum ausschließlichen Zweck haben.“ Warum scheut man sich aus diesen noch heute nicht genug gewürdigten Sätzen die notwendigen Folgerungen zu ziehen auch für die begriffliche Festlegung unserer Wirtschaft und deren Wissenschaft? Der Wald ist nur Mittel zum Zweck des Produzierens der forstwirtschaftlichen Güter, bei der Verwertung aber, ohne die eine Forst-„Wirtschaft“ nicht zu denken ist, ist er völlig ausgeschaltet. Deshalb kann er auch nicht der „Gegenstand“ der Forstwirtschaft sein. Im forstwirtschaftlichen Verstande ist der Wald nicht Gut, sondern Fabrik zur Produktion der forstwirtschaftlichen Güter. Der Wald ist genau so wenig Gegenstand der Forstwirtschaft, als etwa die Porzellanfabrik der Gegenstand der Porzellanindustrie ist. Gegenstand der Porzellanindustrie sind die Porzellangüter, Gegenstand der Forstwirtschaft die forstwirtschaftlichen Güter. Unter diesen sind die bisher in der „Forstbenutzung“ als „Haupt- und Teilbenutzungen“ des Waldes bezeichneten Güter, d. h. alle diejenigen zu verstehen, die durch ein Zusammenwirken des Bodens mit der auf ihm stöckenden Holzpflanzengemeinschaft durch Mitwirkung des Lichtes und der Atmosphäre erzeugt werden.

3. Wie definiert Wappes die „Forstwissenschaft“ und welche Stellung weist er ihr im Gesamtgefüge der Wissenschaften an?

Nachdem wir in den beiden letzten Abschnitten die Wappes'schen Wesensbestimmungen der „Wissenschaft

im Allgemeinen" und des „Objektes des forstlichen Wissensgebäudes" einer ausführlichen Darlegung unterzogen haben, sind wir nunmehr genügend vorbereitet, auf dessen Wesensdeutung der Forstwissenschaft selber unser Augenmerk zu richten. Die Wappes'sche Grundlegung gipfelt in folgender Definition der Forstwissenschaft: „die Forstwissenschaft hat als Aufgabe die Erforschung, als Inhalt die hierdurch gewonnene Erkenntnis des Wesens der Forstwirtschaft". Auf den ersten Blick fällt an dieser Definition ihre überaus enge Begrenzung des Arbeitsgebietes der Forstwissenschaft auf. In der bloßen „Erforschung des Wesens der Forstwirtschaft" soll sich die ganze Aufgabe dieser Wappes'schen Forstwissenschaft erschöpfen. Erforschung des Wesens der Forstwirtschaft bedeutet aber nichts anderes als Feststellung des Begriffes der Forstwirtschaft und bildet als solche, wie wir gesehen haben, einen Teil der Grundlegung der Forstwissenschaft. Sie kann also unmöglich den ganzen Inhalt derselben ausmachen. Wappes aber scheint an etwas ganz anderes, als eine logische Begriffsbestimmung der Forstwirtschaft zu denken, wenn er von der Erforschung des Wesens derselben spricht. Er versteht, so weit ich es beurteilen kann, darunter nichts anderes, als die rein beschauliche Betrachtung der forstwirtschaftlichen Tätigkeit des sogenannten „homo foresticus". Von dieser Betrachtung erwartet er, daß sie ihm das Wesen der Forstwirtschaft entschleierte, d. h. deren Entwicklungsgehege enthüllt. In meinem, im Aprilheft des Jahrgangs 1914 der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung erschienenen Artikel „Wissenschaft und Erfahrung" (S. 120/121) habe ich schon darauf hingewiesen, daß diese Begrenzung der Forstwissenschaft zu eng ist, „die Forstwissenschaft will nicht bloß eine Erklärung der forstwirtschaftlichen Tätigkeit, sondern in erster Linie eine Richtschnur für diese liefern". Das ganze Streben unserer Wissenschaft war deshalb bisher mit Recht darauf gerichtet, mit Hilfe des theoretischen Studiums der natürlichen und kulturellen Grundlagen der Forstwirtschaft für die praktische Ausübung derselben eine Norm aufzubauen, eine Anweisung zu geben. Die rein beschauliche Betrachtung der in praxi ausgeübten forstwirtschaftlichen Tätigkeit bildete zwar auch einen Teil unserer Wissenschaft. Sie war aber nur von untergeordneter Bedeutung. Die Konstruktion einer Norm war die Spitze, in der die ganze bisherige Forstwissenschaft mit Recht gipfelte; sie war die Krone, der eigentliche Zweck des Ganzen.

Was aber, so fragen wir uns, bewegte denn eigentlich Wappes dazu, den stolzen Baum der überkommenen Forstwissenschaft so stark zu beschneiden? Sein operativer Eingriff in die alte Forstwissenschaft ist so stark, daß nur ein kleines Stümpflein von dieser

übrig bleibt. Oben habe ich gezeigt, daß Wappes die theoretischen Wissenschaften als solche anerkennt. Die praktischen Wissenschaften sind für ihn gar keine Wissenschaften. Die überkommene Forstwissenschaft aber ist keine theoretische Wissenschaft, sondern sie hat einen normativen Charakter und kann deshalb nach Wappes keinen Anspruch auf den Titel „Wissenschaft" erheben. Für Wappes blieb also, wollte er der Forstwissenschaft den Wissenschaftscharakter in seinem Sinne nicht ganz und gar absprechen, nichts anderes übrig, als sie eine reine Wissenschaft aus ihr zu machen. Das aber ist ein m. E. der Grundfehler seiner logischen Begründung der Forstwissenschaft, daß er nicht von dem tatsächlichen Wissenskomplex derselben ausgeht und den wissenschaftlichen Charakter erst hiernach bestimmt, sondern daß er ein ganz bestimmtes Wissenschaftsidéal zum Ausgangspunkt nimmt und den forstlichen Erkenntniskomplex diesem anpaßt. Die Aufgabe einer Grundlegung unserer Wissenschaft darf nicht verkannt werden; sie besteht nicht darin, aus dem forstlichen Wissen unter allen Umständen, und koste es was es wolle, eine „reine" Wissenschaft zu formen, sondern darin, sein Wesen und seine Eigenart zu erkennen. Die Forstwissenschaft, wie sie sich historisch entwickelt hat, ist eine Lehre vom Seinsollen und kann deshalb unmöglich eine „reine", theoretische Wissenschaft sein. Wer es aber nicht über sich bringt, ihr deshalb überhaupt den Namen einer Wissenschaft zuzugestehen, mag sie nennen, wie er nur immer will, aber ihr Kern darf er nicht antasten. Wappes hat sich jedoch in dem Glauben, daß es nur Seins-, nicht auch Sollenswissenschaften gebe, in dem Streben, der Forstwissenschaft unter allen Umständen den vermeintlichen Wissenschaftscharakter zu sichern, nicht gescheut, ihre eigentliche Domäne, gleich einem Fremdkörper, aus ihrem Gesamtgefüge herauszureißen und eine kleine Sonderparzelle, die seinen strengen Ansprüchen an Wissenschaftlichkeit allein Genüge leistete, als neue eigentliche Forstwissenschaft zu proklamieren.

Er wollte unter allen Umständen eine „Scientia pura" aus unserer Wissenschaft machen. Seine nächste Aufgabe war also die Entscheidung darüber, ob er zu einer Natur- oder zu einer Geisteswissenschaft machen sollte. Denn Natur- und Geisteswissenschaften, die sind ja im Sinne seines philosophischen Gewährsmannes Wundt, wie wir sahen, die beiden Unterabteilungen der Realwissenschaften. Die Formalwissenschaften, die mit den letzteren die theoretischen Wissenschaften ausmachen, kamen ja für die Forstwissenschaft auf keinen Fall in Betracht. Da die überkommene Forstwissenschaft sowohl natürliche als auch kulturelle Erkenntnisgebiete in sich schließt, wird demjenigen, der aus ihr absolut eine „reine" Wissenschaft machen will, die Wa-

ischen Natur- und Geisteswissenschaft gar nicht so leicht gemacht. Gemischte, aus Natur- und Geisteswissenschaft kombinierte theoretische Wissenschaften gehören nicht in das Bereich der Möglichkeit, sonst hätte man die Forstwissenschaft ja einfach — und das ist denn auch tatsächlich versucht worden — als eine solche gemischte Wissenschaft bezeichnen können. Wappes war sich indessen der Unhaltbarkeit einer solchen gemischten theoretischen Wissenschaft zu sehr bewußt, als daß er in diesen Fehler hätte verfallen können. Daß die Forstwissenschaft als reine Wissenschaft entweder nur Naturwissenschaft oder nur Geisteswissenschaft sein konnte, darüber war er sich im Klaren. Sehr naheliegend wäre es deshalb für ihn gewesen, sie zu einer Naturwissenschaft zu stempeln. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das naturwissenschaftliche Wissen vom Walde eine der Hauptgrundlagen der Forstwirtschaft ausmacht. Auf der anderen Seite aber ist die Forstwirtschaft, die ja den Gegenstand der Forstwissenschaft bildet, „ein Teil des geistigen Lebens (im weiteren Sinne)“ und die Forstwissenschaft demnach eine „Geisteswissenschaft“. Wappes entscheidet sich für die Geisteswissenschaft. Damit ist er aber auch gezwungen die wichtigste Grundlage der Forstwirtschaft, die theoretische Erforschung des Naturobjektes „Wald“ aus dem Rahmen der Forstwissenschaft auszuscheiden. Er teilt diesen wichtigsten Teil der überkommenen praktischen Forstwissenschaft einer gesonderten Gruppe von außerhalb des Systems stehenden Wissenschaften, den sogenannten „Grundwissenschaften“ zu. An diesen durfte er jedoch konsequenter Weise überhaupt kein Interesse bezeugen; denn das alleinige Erkenntnisobjekt der als Geisteswissenschaft aufgefaßten Forstwissenschaft soll und kann doch nur die forstwirtschaftliche Tätigkeit selber sein. Auf diesen Widerspruch der Wappes'schen Ausführungen weist schon Professor Dr. F. Weber hin, wenn er in seiner Besprechung der Wappes'schen „Studien . . .“ auf S. 345/346 d. N. F. u. F. 3. Jg. 1909 sagt: „teilt man die Ansicht von Wappes, indem man die Forstwissenschaft lediglich als Geistes-, und zwar als technische Wissenschaft auffaßt, und ihr nur „die wissenschaftliche Betrachtung der Forstwirtschaft als wirtschaftlicher Organismus“ zuweist, dann darf man in logischer Konsequenz dieser Begrenzung m. E. nicht sagen: „die forstliche Technik kann die durch die Naturwissenschaft errungenen Kenntnisse benutzen, beziehungsweise mittelst naturwissenschaftlicher Methoden in systematischer Weise die für den Vorgang wichtigen Verhältnisse erforschen“. Daß sie so ganz und gar den eigentümlichen Charakter des Gegenstandes der Forstwissenschaft verkannte, das ist seiner Wesensbedeutung zum Verhängnis geworden. Gerade das, was Wappes an der historisch gewordenen Forstwissen-

schaft auszusetzen hat, daß sie eine Lehre, eine Anweisung, eine Norm sein wolle für die Forstwirtschaft, gerade das macht ihre innerste Wesenheit aus und wird auch immer ihre Hauptaufgabe bleiben. Es ist durchaus nicht so ganz unrichtig zu sagen, Forstwissenschaft sei: „der Inbegriff derjenigen Grundsätze, nach denen die Behandlung oder Benutzung der Waldungen zu betreiben ist“. Wappes verzichtet ja — seine Auffassung der Wissenschaft im allgemeinen zwingt ihn dazu — ganz auf die Aufstellung einer Norm und glaubt allen von einer „Forst-Wissenschaft“ geforderten Ansprüchen damit Genüge zu tun, daß er sich auf eine rein beschauliche Betrachtung der forstwirtschaftlichen Betätigung des „homo foresticus“ beschränkt. Diese rein theoretische Betrachtung der Forstwirtschaft in der sich für Wappes die Forstwissenschaft erschöpft, ist auch gar nicht imstande, Grundsätze und Leitlinien für eine künftige Forstwirtschaft an die Hand zu geben. Sie kann ja immer nur schon Geschehenes, Abgeschlossenes konstatieren. Geschichte jeglicher Art aber ist nie imstande, Zukünftiges zu erklären, bezw. Normen für eine Tätigkeit zu bieten. Die Natur kann sich der menschliche Geist durch konstruierte Gesetze zum Verständnis bringen, das Wesen seiner Selbst aber kann er unmöglich in solche, aus ihm doch selber fließende, Gesetzeskonstruktionen einzwängen.

Solche Grundlagen und Richtlinien kann vielmehr nur ein Studium der aus allen vorhandenen Kulturgebieten herfließenden Grundlagen der Forstwirtschaft liefern. Das zeigt ein Blick auf den Erkenntnisinhalt unserer Wissenschaft. Dieser ist ein ausschließliches Resultat des Studiums der genannten Grundlagen der forstwirtschaftlichen Tätigkeit. In der Literatur unserer Wissenschaft findet man vielfach die irrtümliche Meinung vertreten, daß die Theorie immer erst ein Ergebnis der Praxis sei, und diese jener zeitlich vorausgehe. So sagt z. B. Karl Eduard Ney in seiner „Lehre vom Waldbau“, Berlin 1885, im Vorwort: „Der Bayer'sche Waldbau, der einzige, welcher auf der Höhe der heutigen Praxis steht, welcher ja in unserem Fache die Theorie fast immer um Jahrzehnte nachhinkt, war für mein Publikum zu hoch gefaßt; die Angaben der übrigen widersprechen in nicht wenigen Beziehungen denjenigen Ansichten, welche in den Kreisen wenigstens der Praktiker, mit welchen ich verkehre, seit Jahrzehnten die herrschenden sind, und welche in Gayers klassischem Werke nachträglich ihre theoretische Begründung gefunden haben“. Die Theorie also, so meint Ney, würde bei uns der Praxis „fast immer um Jahrzehnte“ nachhinken. Ein Vergleich der Geschichte unserer Wirtschaft mit derjenigen unserer Wissenschaft beweist jedoch schlagend, daß durchweg das gerade Gegenteil der Fall ist. Die Theorie ist nicht

ein Ergebnis der Praxis, sondern sie ist es, die dieser erst den Pfad weist. Und auch in dem von Ney erwähnten Falle liegen die Dinge nicht anders. Die Gayer'sche Theorie ist das Ursprüngliche und die praktische Ausführung derselben erst deren Folge. Daß man in einem kleinen Kreise von Praktikern schon vor Veröffentlichung des epochemachenden Gayer'schen Wertes ähnliche Ideen, wie sie Gayer in diesem Buche vertritt, in die Praxis umgesetzt hat, kann unsere Auffassung nicht erschüttern. Auch in diesem Falle kann nur der Gedanke der Vater der Tat gewesen sein. Die praktische Durchführung solcher Ideen in einem so kleinen, beschränkten Bezirke will übrigens gar nichts heißen. Von einer allgemeinen Verwirklichung der fraglichen Gedanken kann jedenfalls vor dem Erscheinen des Gayer'schen Waldbaues nicht die Rede sein; und das ist ausschlaggebend für uns. Daß bei uns die Praxis der Theorie nachhinkt und nicht umgekehrt, das zeigen auch sehr schön zwei der unmittelbaren Gegenwart entnommene Beispiele. Die C. Wagner'sche Idee des Blendersaumschlags ist doch gewiß nicht ein Ausfluß der forstwirtschaftlichen Praxis, und wenn Forstmeister Max Wagner neuerdings den Nachweis zu erbringen versucht, daß

man, „wenn es gelingt zuverlässige Unterlagen zu beschaffen, aus der Lichtabsorption die Standortsgüte und mögliche Massenproduktion wird bestimmen können“, so verdankt er diese Erkenntnis, die für unsere Wissenschaft von nicht geringer Bedeutung zu werden verspricht, doch nicht einer Betrachtung der forstwirtschaftlichen Tätigkeit. Es wird eine vergebliche Mühe bleiben, aus dieser Beifolge für eine künftige Ausübung der Forstwirtschaft abzuleiten. Fortschritte kann und nur wie bisher ein gründliches Studium der Fundamente bringen, auf die sich jede forstwirtschaftliche Tätigkeit stützt, und je tiefer wir diese Fundamente erkennen, desto reinere Normen können wir auch aufstellen für diese Tätigkeit. Aus der Tätigkeit selber aber, wie sie früher ausgeübt wurde, und heute ausgeübt wird, können wir nichts erschließen, was ihr Fortschreiten befördern könnte.

Nicht nur bei uns, auch auf allen anderen Erkenntnisgebieten ist der Gedanke die treibende Macht. Die praktische Wirklichkeit kann die Erkenntnis niemals überholen, sie kann höchstens gleichen Schritt mit ihr halten. Meist wird jedoch — und so liegen die Dinge auch bei uns — die Erkenntnis der Wirklichkeit mit Riesenschritten vorausseilen. (Schluß folgt.)

Literarische Berichte.

Deutsche Heldenhaine. Herausgegeben im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Heldenhaine von dem Rgl. Preußischen Gartenbaudirektor Willy Lange in Wannsee bei Berlin. Verlag J. J. Weber, Leipzig 1915.

Der Vorschlag:

„Jedem für das Vaterland Gefallenen eine Eiche in seiner Heimatgemeinde zu pflanzen, so daß „Deutsche Heldenhaine“, von Baumwall und Graben begrenzt, entstehen, in deren Mitte auf freiem Ringplatz die Kaiser- und Friedenslinde blüht!“, fand weithin Zustimmung in deutschen Landen.

Die vorliegende Schrift stellt sich die Aufgabe, den Empfindungen und Gedanken des Vorschlags weitere Ausarbeitung und zu seiner Verwirklichung eine Anleitung zu geben.

Die Ausführung ist in der Weise gedacht, daß in jeder Gemeinde unter möglicher Anlehnung an die Natur und unter Vermeidung gärtnerischer Ausschmückung ein Hain geschaffen wird, in dem jeder aus der Gemeinde Gefallene in regelmäßiger Reihenstellung eine Eiche erhält und der im übrigen mit Wildgras und Wildblumen bestanden ist. Ein kreisförmiger, zu

Gemeindeseiten usw. dienender freier Platz mit einer Friedenslinde soll den beherrschenden Mittelpunkt des Haines bilden, während er von einer Schuttpflanzung mit Wall und Graben umgeben wird. Zur Förderung dieses Planes, der in den weitesten Schichten der Bevölkerung großen Anklang gefunden hat, ist von Vertretern der verschiedensten Städte eine „Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Heldenhaine“ gegründet worden, deren Geschäftsstelle sich in Berlin-Wannsee befindet. Seine Durchführung muß natürlich den Gemeinden, Vereinen oder den zu diesem Zweck zu bildenden Ortsausschüssen überlassen bleiben; die Arbeitsgemeinschaft will hierbei nur mit Rat und Tat zur Seite stehen und auf eine möglichst einheitliche Ausgestaltung der Haine hinwirken. Diesem Zwecke soll zunächst die obengenannte Schrift dienen, die in zwei Teile: einen anleitenden und einen berichtenden zerfällt. Im ersten Teile finden sich Abhandlungen über: die leitenden Gestaltungsgedanken für die Heldenhaine, die Bedeutung des Ringes im Heldenhain, den Wert derselben für die Siedelungskultur, Heldenhaine und Jugendpflege, die Herstellung der Heldenhaine, die gärtnerische Behandlung von Eiche und Linde, allerlei Einwände und ihre Erwidern, Ver-

lung der Arbeit usw.; im zweiten Teile über Eichen und Friedenslinden (erste Anregung), den Niederhall draußen und daheim, ferner eine Auswahl an Dichtungen u. a. m.

Von Oberforstmeister Dr. Möller-Ebers-
a lde enthält das Buch eine Abhandlung „Forstliche
emerkungen zur Pflanzung von Eiche und Linde“.

Hierin weist M. vor allem darauf hin, für die
etr. Vortlichkeit die richtige Eichenart zu wählen: die
Traubeneiche für das Hügels- und Bergland, die Stiel-
eiche für die Niederungen. Die breite und ausladende
Krone, den knorrigeren Wuchs zeige die Stieleiche,
während die Traubeneiche straffer gebaut sei und ihre Äste
schief spitzwinklicher emporrichteten. Im ganzen weniger
anspruchsvoll dem Standort gegenüber sei die Trau-
beneiche, weniger auch durch Frühjahrsfröste gefährdet.
Außer auf die Art sei aber auch auf die Heimat und
Herkunft der Bäume zu achten. In heimischen Pflanz-
schulen aus selbst gesammelten Samen gezogene Bäume
verdienten den Vorzug vor solchen, deren Herkunft
unbekannt sei. Als Pflanzmaterial werde zunächst
wohl der verschulte Starkheister gewählt werden. Es
gelte im allgemeinen für alle Baumpflanzungen die
Regel, daß sie um so sicherer seien, je jüngere Pflanzen
man verwende. Wer die nötige Sorgfalt, Pflege und
Geduld, vor allem den sicheren Schutz gegen Mensch
und Tier aufwenden könne und wolle, werde den
Heldenhain auch mit ein- oder zweijährigen sicher be-
gründen können. Ein Starkheister sei mindestens 5—7
Jahre alt. Dem allgemeinen Wunsche und der Vor-
stellung, die man sich in der Bevölkerung von den
Heldenhainen gebildet habe, dürfte jedoch durch eine
Kleinpflanzung nicht gedient sein. Die Eichenpflanzung
sei zudem bei sorgfamer Durchführung sehr sicher. Die
nächste wichtige Aufgabe sei die des Verbandes. Der
Heldenhain erfordere einen regelmäßigen Verband;
es könne Quadrat- und Dreiecksverband angewen-
det werden; letzterer sei gefälliger und vorzuziehen.
Ein Quadratverband von 8 m oder ein Dreiecksver-
band von 9 m sei zu wählen, um der Eiche den
nötigen Raum zur Kronenentwicklung zu gewähren.
Dabei gingen auf 1 ha im Quadratverband 135, im
Dreiecksverband 144 Eichen. Die Herrichtung der
Pflanzlöcher werde am besten im Herbst, die Pflan-
zung im Frühjahr ausgeführt. Runde Pflanzlöcher
sollten nicht unter 1 m Durchmesser und Tiefe haben.
Kompost oder Humus, in gleichmäßiger Verteilung dem
Boden beigemischt, werde von guter Wirkung sein.
Eine alte forstliche Lehre sage, die Eiche wolle Licht
auf den Kopf und Schatten auf den Fuß haben. Eine
so vollständige Eichenpflanzung, wie sie der Heldenhain
erfordere, brauche einen dackenden Unterstand von Sträu-
chern und Halbbäumen und werde nur in Ausnahmes-

fällen gedeihen, wenn man zwischen den Eichen nur
Gras und Blumen wachsen lasse. Ein dichtes Unter-
holz von deutschen Sträuchern, denen Aspen, Weiß-
buchen, Binden, Faulbaum, Rüstern, Ahorn je nach
der Vortlichkeit in passender Auswahl beigemischt sein
könnten, sollte die Fläche bedecken. Die pflegende Art
werde dafür sorgen, daß kein unberufener Baum des
Unterstandes über die Eichen emporwache. Er werde
alsbald auf den Stock gesetzt und bilde dann
Stockauschlag, der das Unterholz verdichte. In dem
Maße, wie die Eichen erstarkten, könne das Unterholz
weichen und erst, wenn sie selbst nach Jahrzehnten den
Boden völlig beschirmten, könnten hie und da Gras, Kraut-
wuchs und Blumenflor den Bodenteppich bilden. Keine
Eichen-Heisterpflanzung ohne bodenschützenden Unter-
stand würde an vielen Orten Bilder zeitigen, die dem
erträumten Heldenhain wenig entsprächen. Bezüglich
der Auswahl der Friedenslinde wird auf den Unter-
schieb der kleinblätigen Winterlinde hingewiesen, welche
im nördlichen Deutschland und in jeder rauheren
Lage vor der großblätigen Sommerlinde den Vorzug
verdiene. Der rohe Trockentorf oder Rohhumus, der
bei genügender Zerkleinerung und Mischung mit dem
Mineralboden der Eiche vortreffliche Dienste leiste, sei
für die Linde nicht günstig. Humose Erde und gut
zersehter Kompost seien für ihr Pflanzloch als düngende
Beigabe am geeignetsten. E.

**Richtlinien für die Erstellung von Kriegs-
erinnerungszeichen.** Herausgegeben vom (staat-
lichen) Württemberg. Landesauschuß für Natur- und
Heimatschutz.

Diese sehr beachtenswerten Richtlinien behandeln
nach einer Einleitung im ersten Abschnitt A die
Erinnerungszeichen mit wohlthätigem, sozialem, gemein-
nützigem oder ähnlichem Zwecke. Hier wird ähnlich
wie in der Notiz E unseres Januarheftes hervorgehoben,
daß als allererste Aufgabe nach dem Kriege die Für-
sorge für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene
gelten müsse. Wie diese namentlich seitens der Ge-
meinden allenfalls mit Erinnerungszeichen zu vereinigen
wäre, wird dann näher ausgeführt.

Dann folgt ein größerer Abschnitt B: Schmückende
Erinnerungszeichen. Hier werden Denkmale zur Er-
innerung an den Krieg als solchen und Kriegerdenk-
male zur Ehrung der Kriegsteilnehmer abgehandelt.
Unter den ersteren werden neben Kunstwerken archi-
tektonischer und plastischer Art auch Anlagen an
Wohnplätzen und in freier Landschaft besprochen.
Gerade die letzteren dürften für unsere Leser im Hin-
blick auf die a. a. O. sowie im vorstehenden Berichte er-
wähnte Frage der „Heldenhaine“ besonderes Interesse

bieten. Wir lassen daher den betr. Abschnitt wörtlich folgen.

38. Schon Vorhandenes zu verwenden und auszugestalten, ist oft eine reizvolle und künstlerisch dankbare Aufgabe. Nach solchen Möglichkeiten auszuschaun, ist jetzt schon die Zeit gekommen.

Ein großer alter Einzelbaum (Weidebuche, Wettertanne, Linde) an günstiger, stimmungsvoller Stelle läßt sich mit geringen Mitteln zu einem Denkmal stampeln, z. B. durch Aufhängen von Gedenktafeln, etwa noch mit einem Kreuzbild am Stamm, dessen Fuß mit einer Bank ummauert werden mag. Die alten Gemeindevorstände, wie sie sich z. B. besonders in Franken finden, sind schon von vornherein mit ihrem Säulenzirkel und Gebälk und ihrem Steinbankring oder Sockelgemäuer zu Denkmalstätten hergerichtet. Jede Säule kann durch Inschrift und Abzeichen als Einzeldenkmal für einen Krieger bezeichnet werden.

39. Allerdings hat es gewisse Schwierigkeiten, einen einzelnen Baum nach seinem Eingehen wieder zu ersetzen. Bei einer Mehrheit von Bäumen (Gruppe, Hain, Wäldchen usw.) fällt diese Schwierigkeit weg; der Ersatz ist hier leicht und unbeheblich, da ja nicht das einzelne Stück, sondern der Gesamtbestand als solcher Gegenstand der Erhaltung und Verewigung sein soll.

Schon zwei, drei und mehr Bäume gleicher Art und ungefähr gleichen Alters bilden einen stimmungsvollen Raum zur Aufstellung eines Denkmals. Das Denkmal darf ganz bescheiden sein, ein Kreuz oder Bildstock oder Schriftblock von Stein oder Holz, auch wohl verbunden mit einer Bank oder einem Brunnen, ein offenes Kapellchen usw.

40. Neuschöpfungen gärtnerischer Art haben zwar den Nachteil, daß die Baumpflanzungen lange Zeit noch keinen denkmalmäßigen Eindruck machen. Andererseits aber gewähren sie die höchste künstlerische Freiheit. (Für das Verpflanzen schon erwachsener Bäume, das sich unter Umständen empfiehlt, wo der Schmuckzweck rasch erreicht werden soll, gibt nähere Anweisungen Nr. 1 der Veröffentlichungen des Landesauschusses von 1911.) Ganze Gedächtnishaine und ebenso Ehrenbäume für einzelne Krieger zu pflanzen, ist nicht nur ein pietätvolles, sondern auch gemeinnütziges Werk für ferne Zeiten. Nur muß dafür gesorgt sein, daß die Anlage dauernd gegen Verbauung, Verunstaltung, Mißbrauch oder Zerstörung geschützt ist.

41. Ein Hain ist eine feierliche Halle von Bäumen, eine Art Naturdom. Dazu gehört ein gleichmäßiger Bestand von Bäumen einheitlicher Art und ungefähr gleichen Alters in regelmäßiger Verteilung, ohne Unterholz im inneren Hauptraum; ferner ein gleichmäßiger äußerer Umriß mit fester Einfassung (Hege, Zaun, Mauer, Wall und Graben). Auch ein alter Hochwald kann durch Ausschlag zum Hain ausgestaltet werden, ein Soldatenfriedhof durch Anpflanzung von Bäumen in Reihen. — Das Ganze braucht nicht groß zu sein. — Ein Schema für einen Normal-Hain, das landauf landab wiederholt wäre, würde seinen Zweck verfehlen.

Eine besonders günstige Gelegenheit, geeignete Geländeteile dem Anbau zu entziehen und vorhandene Anlagen zu schützen, bietet die Feldberbereinigung, wenn man das dabei übrig bleibende sog. Massengrundstück auf landschaftlich hervorragende, beherrschende oder sonst eindrucksvolle Punkte der Markung verlegt, einheitlich mit kräftigen Bäumen bepflanzt und entsprechend einhegt.

Wirdige Hainbäume sind unsere einheimischen Baumarten, die fast überall mehr oder weniger gut gedeihen, und

auf sog. schlechtem Boden und im Freiland wenn nicht Applikation so umso malerischere Formen annehmen. In Betracht kommen besonders: Esche, Birke, Ulme, Esche, Buche, Hagbuche, Ahorn, Pappel, Birke, Fichte, Eibe, nicht aber Obstbäume, Kastanie, Robinie, (sog. Alazie) und ausgesprochene Fremdwäpfe. — Die spätere Erneuerung (Verjüngung) bei Abgang einzelner Bäume wird erleichtert, wenn von Anfang an der Standort nicht zu eng gewählt wird. —

Zum Gedächtnis-Hain gehört ein Denkmal mit Inschrift, das recht einfach und nicht groß sein, auf einem freien Mittelraum oder am Ende einer durchgehenden Hege usw. stehen soll. — Auch der Zugang zum Hain kann durch Baumfahnen hervorgehoben werden. — Ein Wassergraben um den Hain, ein einfacher Brunnen im Innern der Anlage oder ein Wasserbecken, (wenn künstlich angelegt, von strenger, regelmäßiger Form,) steigert die Wirkung der Stimmung ungemein. —

42. In der Mehrzahl der Fälle wird man mit einer gegebenen Partie der Landschaft, einem Naturdenkmal in weiteren Sinn, eine für den Erinnerungszweck bezeichnende Anlage verbinden. Inselartig hervorragende Punkte der Landschaft (Bergkuppe, Felsen, Gehäse, Insel, Sandspitze usw.) sind besonders geeignet. — Stille Lage ist erwünscht. —

43. Gegebene Naturformen (Naturdenkmale im engeren Sinn,) durch Zutaten zum Erinnerungsmal zu stampeln oder gar umzuformen, ist ein heikles Unterfangen. Selbst erscheint die Sache als ungemütliche und unkünstlerische Willkür als Mißbrauch oder Entstellung der Natur. Kunst und Natur dürfen auch im Bauwerk des Denkmals nicht vermengt erscheinen. Eine Inschrift an der Felswand soll bestimmt abgegrenzt und eingerahmt sein; noch mehr das Bildwerk. Der gewachsene Fels kann in den Unterbau des Denkmalbaues einbezogen sein (wie auch an mittelalterlichen Burgen oft der Fall). Der Berg darf unter Umständen als Sockel für den Denkmalbau hergerichtet werden mit abgegrabenen und angehöhten Böschungen und Stufen. — Aber immer soll das Menschentum von den Formen der Natur deutlich unterchieden sein.

44. Durchaus unzulässig ist Nachahmung unzulässiger Naturformen, „künstliche Natürlichkeit“, so von Felsen, Wasserfällen, Seen u. dgl.

Lehrbuch der Holzmekhanik. Von Dr. Udo Müller, o. Professor der Forstwissenschaft an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe. Zweite, neubearbeitete Auflage. Berlin, P. Parey, 1915. Gr. 8°. S. XVI und 398. Preis geb. M. 13,50.

Ueber die erste Auflage dieses Buches, das in den Jahren 1899 bis 1901 in drei Teilen erschienen ist, hat Porey in dieser Zeitschrift 1899 S. 429, 1900 S. 422 und 1902 S. 22 berichtet. Seinem sehr günstigen Urteil kann ich mich nur durchaus anschließen, der am Schluß ausgesprochene Wunsch, daß „das Buch überall entsprechend gewürdigt und in weiten Kreisen benutzt werden“ möchte, ist in Erfüllung gegangen, wie die jetzt erschienene zweite Auflage beweist. Ich kann mich daher hier darauf beschränken, die Abänderungen und Zusätze hervorzuheben, welche das Werk bei sorgfältigster Benützung der inzwischen erschienenen Literatur erfahren hat.

Im ersten Teile (S. 1 bis 119), der die „Inhaltsbestimmung des gefällten Holzes“ behandelt, sind neuere Untersuchungen von Schiffel, Gerhardt, Glaser u. a. über den Fehler angeführt, bei Anwendung der Mittenflächen-Formel begangen wird. Anstatt der Formeln von Brehm und Webber ist die empirische Formel von Schiffel $= 1 (0,61 G^{1/4} + 0,62 G^{3/4} - 0,23 G^{1/4} \cdot G^{3/4})$ angenommen. Ein neu hinzugekommener Anhang (S. 45 bis 48) bespricht die Inhaltsermittlung von bearbeitetem Holze: scharf-, voll-, baum- oder mehrteilige Hölzer, Bahnschwellen, Bohlen u. a.

In dem umfangreichen Kapitel S. 48 bis 95, das die Ausführung der stereometrischen Auswertung“ behandelt, sind zahlreiche neue Hilfsmittel eingeführt; so die Meßkluppe von Flury, die Sortierungskluppe von Gerhardt und Kleinig, Kiefernholzkluppe „Einfach“. Die Registrierkluppen von Reuß, Zschonoff, Ed und Bodenstein, welche nur den Durchmesser nacheinander notieren und spätere Zählung derselben erfordern, werden als veraltet bezeichnet. Brauchbarer seien die neueren Kreisflächenzählkluppen von Hirschfeld, Wimmenauer und Busse, welche Gesamtstammzahl und Kreisflächensumme automatisch feststellen. Die Kluppen von Busse, Hohenadl und Wild sollen auch Stärkestufen und Holzarten auseinander halten; die Bestandsmassenkluppen von Hirschfeld und Hohenadl sogar jede nachherige Berechnung überflüssig machen. Endlich werden als neue mechanische Rechnungshilfsmittel Apparate von Tröbl, Göbberer, Holan und Hohenadl beschrieben.

Streng genommen gehören m. E. alle Registrier- und Zählkluppen, da sie bei gefälltem Holze kaum Anwendung finden, nicht in den ersten, sondern in den dritten Abschnitt: Inhaltsermittlung des Bestandes.

Die physikalischen Methoden der Inhaltsbestimmung, bei denen auch die Ermittlung des Festgehaltes der Schichtmaße untergebracht ist, sind ohne wesentliche Änderung aus der ersten Auflage übernommen.

Der zweite Teil (S. 120 bis 246): Inhaltsermittlung des stehenden Baumes, zählt ebenfalls eine ansehnliche Reihe neuer Instrumente, insbesondere Höhenmesser auf; als solche mit geometrischer Grundlage diejenigen von Felber, Klein, Maader, Reiß, Borglind, Hüni, Wimmenauer (aus 1869) und Fuschlberger; als trigonometrische Höhenmesser Hüblers Meßplatte, Wimmenauers Höhen Spiegel und das Visierrohr von Benjes. Unter den Instrumenten zur indirekten Stärkemessung ist nur der schon erwähnte auch hierzu eingerichtete Baummesser von Borglind hinzugekommen.

Hinsichtlich der Anforderungen, welche an gute Instrumente zu stellen sind, möchte ich dem, was auf S. 178 und 197 bemerkt ist, auf Grund vielfacher praktischer Erfahrung noch beifügen, daß es für Höhenmesser erwünscht ist, wenn ein Anvisieren des Baumfußpunktes nicht erfordert wird, weil dieser oft durch Unterholz u. dgl. verdeckt ist; und daß eine sichere optische Stärkemessung nur möglich ist, wenn das Instrument (insbesondere das Fernrohr) die gleichzeitige Erfassung beider Enden des betr. Durchmessers gestattet. Denn im anderen Falle, also beim Herabklippen oder seitlichen Verschieben des Fernrohrs, muß vorausgesetzt werden, daß der Baum still hält, was er gewöhnlich, selbst bei wenig bewegter Luft, nicht tut.

Im dritten Teile (S. 247 bis 327): Inhaltsermittlung des ganzen Bestandes, unterscheidet der Verfasser nur zwei Methoden: Messung und Schätzung, und bringt die zahlreichen Fälle, in welchen beide nebeneinander angewendet werden, teils im ersten Abschnitt („ideelle Probestämme“), teils im zweiten („teilweise Schätzung, Probestämme“) unter. Einfacher und übersichtlicher würde mir die Unterscheidung dreier Methoden erscheinen: Schätzung, Messung, Kombination beider.

Dem Kapitel, das in der ersten Auflage die Bestandskluppierung abhandelte, ist in der zweiten eine kurze Erörterung über Bestandshöhenmessung (S. 260) angefügt. Bei den Schätzungsmethoden ist die Verbesserung des Gerding-Vorggrebe'schen Verfahrens durch Reiß erwähnt. Sonst keine wesentlichen Änderungen.

Im vierten Teile (S. 328 bis 392) ist der erste Abschnitt „Die Ermittlung des Alters“ fast unverändert geblieben; im zweiten: „Die Ermittlung des Zuwachses“, sind bei den „allgemeinen Vorbemerkungen“ die Beziehungen zwischen laufendem und durchschnittlichem Zuwachs durch eine größere und bessere Figur (S. 344) erläutert.

Im 1. Kapitel: „Zuwachsermittlung am Einzelstamm“, wird (S. 350) darauf hingewiesen, daß der Höhenwuchs nach Glaser nicht einmal durch eine Gleichung vierten Grades richtig dargestellt werden kann. Beim Zuwachsprozent ist der Preßler'schen und Kunze'schen Formel noch diejenige Merkers beigefügt (S. 366) und weiterhin nachgewiesen, daß zur annähernden Berechnung des Massenzuwachsprozentes die Zuwachsprozente der Grundfläche, Höhe und Formzahl einfach addiert werden dürfen. (S. 376.)

Im 2. Kapitel: „Zuwachsermittlung am Bestande“, werden wie in erster Auflage 4 Methoden unterschieden:

1. Messung am Bestande selbst,
2. mit Hilfe von Ertragsasteln,

3. nach dem Durchschnittszuwachs,

4. nach erfahrungsmäßigen Zuwachsprozenten.

Unter Nr. 2 werden Begriff, Geschichte und Literatur, Aufstellung und Anwendung der Ertragstafeln (S. 380 bis 389) abgehandelt, die Literatur-Angaben der ersten Auflage vervollständigt. Da nun die Ertragstafeln doch keineswegs nur Hilfsmittel der Zuwachsschätzung für einzelne Bestände sind, möchte ich in Übereinstimmung mit Vorey's Andeutungen (a. a. O.) als meine unmaßgebliche Ansicht aussprechen, daß den Ertragstafeln vielleicht besser ein selbständiger Abschnitt gewidmet worden wäre. Dann hätte das 2. Kapitel etwa so gegliedert werden können:

a. Ermittlung des Zuwachses normaler Bestände während ihrer ganzen Lebensdauer; b. i. Aufstellung von Ertragstafeln;

b. Zuwachsermittlung an einzelnen Beständen für gewisse Zeitabschnitte.

Möge dem Buche auch in der neuen Gestalt ein reicher Erfolg beschieden sein!

Wr.

Sirschbrunn. Eine Erzählung aus dem Wald von Ferdinand von Raesfeld. Berlin, P. Parey 1916. 363 Seiten. Preis geb. 4 Mk.

Zwischen Rostock und der Insel Rügen, nordwestlich von Stralsund, zieht sich, vom Festlande durch mehrere „Bodden“ — Meeresarme und -Büsen — getrennt, die langgestreckte Halbinsel Bingst hin. Deren breiteste Stelle bedeckt ein etwa 5000 ha großer Staatsforst, der Darß. Dort lebte und wirkte bis zum Jahre 1913 der Verfasser dieser Erzählung, die als 5. Band der Jagdromane „Wild und Hund“¹⁾ erschienen ist, und mit der er sich ein Denkmal aere peronnius gesetzt hat. Denn wer sich für das Leben und Treiben im Walde, wie es der Verwalter eines solchen Forstbezirks in weltferner Einsamkeit führt, begeistern kann, der wird das Buch nur hochbefriedigt aus der Hand legen. Den Glanzpunkt bildet ohne Zweifel die Schilderung eines großen Waldbrandes im 12. Kapitel, mit dem die Aufdeckung eines zuvor verübten Verbrechens, Ermordung eines Försters durch Wildddiebe, vielleicht etwas zu künstlich verknüpft ist. Nicht weniger als die Naturschilderungen nehmen die scharf und klar gezeichneten handelnden Personen mit ihren teils erfreulichen, teils tragischen Schicksalen das Interesse des Lesers in Anspruch.

Wr.

Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Holz-zollpolitik vor, während und nach dem Kriege von Prof. von Mammen. Dresden und

¹⁾ Vgl. die lit. Berichte im Septemberheft 1914, S. 298 und im Februarheft 1916, S. 42.

Leipzig, Verlag, „Globus“, Bibliothek für Volk und Weltwirtschaft. Herausgegeben von Prof. F. v. Mammen. 1916. Heft 9.

Das Heft behandelt eine Frage, der ein großer Teil unserer Fachgenossen ferner steht und die z. Z. völlig im Flusse ist; es ist ein Sonderabdruck aus der Wochenschrift „Silva“ aus dem Jahre 1915 über das Thema: Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Holz-zollpolitik vor, während und nach dem Weltkriege.¹⁾

Die Holz-zollpolitik beider Reiche vor dem Weltkriege wird skizziert unter Beigabe des nötigen statistischen Grundlagematerials. Es geht aus den Zahlen der bekannten Tatsache hervor, daß das Deutsche Reich für Holz ein Haupteinfuhrland, Oesterreich-Ungarn ein Exportland ist. 1913 betrug die Mehreinfuhr an Holz im Deutschen Reich 350 Mill. Mk. im Wert, die Mehrausfuhr Oesterreich-Ungarns 212 Mill. Deutschlands Ausfuhr und Oesterreichs Einfuhr von Holz sind dem gegenüber gering. So verschieden gestaltet lagerte Interessen haben eine verschieden gestaltete Holz-zollpolitik zur Folge. Das Deutsche Reich hat auf Holz einen je nach dem Grade der Verarbeitung abgestuften Einfuhrzoll, der für Rohholz allerdings sehr gering ist. Schutz der heimischen Industrie war das Hauptmotiv bei der Festlegung der deutschen Holz-zoll. Oesterreich-Ungarn bedarf wie aus seiner starken Holz-ausfuhr hervorgeht keiner Einfuhrzölle, da das Rohprodukt dort in großem Umfange und billiger als bei uns zu finden ist. Ausfuhrzölle bestehen in dem jetzigen Rahmen der Zollgesetzgebung beider Länder nicht. Ein Finanzzoll betrachtet bringt der Holz-zoll dem Deutschen Reich eine nicht unerhebliche Einnahme; Oesterreich-Ungarn hätte aus einem Holzeinfuhrzoll keinen großen Gewinn. Nach Sortimenten gegliedert zeigt die Handelsstatistik folgende wichtige Tatsachen:

Das Deutsche Reich zeigt eine stetig zunehmende Mehreinfuhr an Rohholz, Oesterreich darin eine gleichbleibende Ausfuhr. Oesterreich-Ungarns Schnittholzausfuhr ist von 1905—13 ebenfalls ziemlich gleich groß, während die Einfuhr in das Deutsche Reich stieg, daraus leiten unsere Sägeindustriellen ab, daß die Spannung zwischen unserem Schnittholzzoll und Rohholzzoll noch nicht ausgiebig genug ist. Die Einfuhr von Papierholz in das Deutsche Reich ist stark gestiegen.

Weiter ist bemerkenswert, daß die Holz-Einfuhr in das Deutsche Reich, die 1905 noch zu 38,4% aus Oesterreich-Ungarn kam, 1913 auf 27% zurückgegangen ist, während Rußlands Beteiligungsziffer in demselben Zeitraum von 36,4% auf 51,2% hinaufgegangen ist. Rußland lieferte uns mehr Kohnholz, das doppelt so viel an Schnitthware, das vierfache an Zelluloseholz zu-

¹⁾ Cf. die Notiz „Gegenüberstellung des Deutschen und Oesterr.-Ungar. Zolltarifs“ in diesem Hefte.

nistigeren Preisen als Oesterreich-Ungarn. Der Krieg hat nun auf dem Gebiete der Holzzollpolitik mit der allgemeinen Umwälzung der Handelsbeziehungen folgendes gezeitigt.

Er hat alle Handelsbeziehungen zu den feindlichen Mächten auch formell abgebrochen, alle Handelsverträge sind aufgehoben und jeder sucht durch Abschneiden des Bezugs wichtiger Güter den anderen zu schädigen. Auch England auch die absolute Blockade unserer Häfen nicht gelungen, so ist der Warenverkehr auf dem Weltmeer durch die Minengefahr und das Recht auf Konterbandebeschlagnahme fast völlig lahm gelegt. Das Deutsche Reich hat mit Kriegsbeginn wegen der relativen Knappheit unserer sofort greifbaren Holzbestände die Holzausfuhr und die Ausfuhr von Gerbstoffen verboten.

Oesterreich hat seine ursprünglich eingeführten Holzausfuhrverbote, nachdem Italien und der Osten für seine Holzausfuhr geschlossen wurden, sehr gemildert und so ist die Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche fast völlig aufrecht erhalten geblieben. Für die Gerbstoffe und mechanisch und chemisch bereiteten Holzstoffe hat das Deutsche Reich Freiheit von Einfuhrzöllen eingeführt, wodurch die Einfuhr dieser Stoffe aus neutralen Ländern begünstigt werden soll. Als unbedingte Bannware hat das Deutsche Reich Grubenholz erklärt. Die wichtigste Frage ist die Gestaltung der Holzzollpolitik nach dem Kriege. Wenn sich auch über die Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik noch die divergierendsten Wünsche kreuzen und auf dem Gebiete der Holzzollpolitik nicht viel Bestimmtes sich sagen läßt, so soll doch hier das vom Verf. Angeführte der Betrachtung empfohlen werden. Im allgemeinen können wir feststellen, daß wir diese Frage mit Ruhe an uns herankommen

lassen können, daß dagegen in Oesterreich, wo in den letzten Jahren verschiedene Bestrebungen auf Aenderung der Holzzollpolitik sich eifrig zur Geltung zu bringen suchten, diese Frage zunächst mit viel mehr Eifer betrieben werden wird als bei uns.

Es ist dies auch daraus erklärlich, als in der Handelsbilanz Oesterreichs das Holz eine ganz andere Rolle spielt als bei uns. 1913 steht das Holz in der Statistik der österr. Ausfuhr dem Werte nach an erster Stelle mit $\frac{1}{10}$ der Gesamtausfuhr. Die Ausführungen über Wirtschaftsgemeinschaft, Zollunion und andere Arten mehr oder weniger starker handelspolitischer Annäherungen hat Verf. unter Heranziehung der bis zur Veröffentlichung erschienenen wichtigeren Verhandlungen zusammengestellt und dann die Tendenzen der Holzzollpolitik beider Staaten klar gelegt.

Verf. hat, um diese Frage zu betrachten, zunächst die Veröffentlichungen über das zu erwartende Verhältnis in den wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder kritisch besprochen und dann aus den Tendenzen, die sich in den um die Holzzollpolitik interessierten Kreisen in jüngster Zeit zeigten, herausgearbeitet, in welcher Richtung hin, die Holzzollpolitik beider Reiche gehen wird. Zunächst werden nach dem siegreichen Friedensschlusse die allgemeinen handelspolitischen Streitfragen einer kühlen Abwägung bedürfen und in den für uns vorteilhaften allgemeinen handels- und zollpolitischen Grundsätzen werden dann auch die forstpolitischen Forderungen unter Hinblick auf unsere allgemeine Wirtschaftspolitik einzufügen sein. Als Grundlage und zur Anregung für solche Erwägungen sei die Schrift warm empfohlen.

Dr. Wimmer.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Aus der preußischen Forstverwaltung.

Grundsätze über Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten.

Auf Grund Allerh. Ermächtigung hat das Staatsministerium nachstehenden Beschluß gefaßt:

1. Höheren Beamten, bei denen die Fähigkeit zur Bekleidung ihres Amtes von dem Bestehen einer Prüfung abhängt, wird bei Bestimmung des Dienstalters, sofern dieselbe gemäß dem Zeitpunkte des Bestehens der Prüfung zu erfolgen hat, die Zeit ihres Kriegsdienstes insoweit angerechnet, als infolge derselben die Ablegung

der bezeichneten Prüfung nachweislich später stattgefunden hat.

2. Mittleren und Kanzleibeamten wird bei Feststellung des Dienstalters, welches für ihre Berufung zur ersten etatsmäßigen Anstellung in Betracht kommt, die Zeit ihres Kriegsdienstes insoweit angerechnet, als sie infolge des Kriegsdienstes die Befähigung zur Bekleidung des betr. Amtes nachweislich später erlangt haben.

3. Wo auch für Unterbeamte die erste etatsmäßige Anstellung von dem Bestehen einer Prüfung abhängt oder wo für die Beförderung in eine höhere Stelle das Bestehen einer Prüfung erforderlich ist, wird den Beamten die Zeit ihres Kriegsdienstes auf das für die

Anstellung oder Beförderung maßgebende Dienstalter insoweit angerechnet, als infolge des Kriegsdienstes die Prüfung nachweislich später abgelegt worden ist.

4. Bei allen Beamten ist auf das Diätariatsdienstalter die Kriegsdienstzeit insoweit anzurechnen, als durch sie der Beginn der diätarischen Beschäftigung nachweislich verzögert ist.

5. Anwärtern, welche nach Ableistung des Probe- oder Vorbereitungsdienstes ohne weiteren Nachweis ihrer Befähigung zur ersten etatsmäßigen Anstellung gelangen, wird bei dieser Anstellung diejenige Zeit des Kriegsdienstes auf das Besoldungsdienstalter angerechnet, um die ihre Anstellung nachweislich später erfolgt ist.

6. Wenn die Anstellung oder Beförderung nach der Reihenfolge der Anwartschaft erfolgt und die Anstellung oder Beförderung nach der Anwartschaft, wie sie sich nach den vorstehenden Bestimmungen ergibt, zu einem früheren Zeitpunkt erfolgt wäre, als sie tatsächlich stattgefunden hat, so wird das Besoldungsdienstalter so festgesetzt, wie es im Falle der Anstellung oder Beförderung zu dem früheren Zeitpunkt bestimmt worden wäre.

7. Ueber etwaige Anrechnungen auf das Besoldungsdienstalter, die durch die vorstehenden Bestimmungen nicht getroffen sind, entscheidet der Verwaltungschef im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

8. Kriegsdienst im Sinne dieser Bestimmungen ist der Dienst bei dem Heere, der Marine, den Schutztruppen vom Tage der Mobilmachung bis zur Demobilmachung, oder der Dienst bei der Krankenpflege, sofern er auf Grund einer auch für den Etappendienst übernommenen Verpflichtung erfolgt, sowie der Dienst der für die Verwaltung der besetzten fremden Landesteile zur Verfügung gestellten Beamten. Dem Kriegsdienst ist auch die Zeit gleich zu rechnen, während der ein Kriegsteilnehmer der vorbezeichneten Art infolge seiner Gesundheitschädigung oder aus sonstigen Gründen über die Demobilmachung hinaus beim Heere usw. zurückgehalten werden sollte.

9. Dem Kriegsdienste kann bis zum Höchstmaße von 9 Monaten hinzugerechnet werden die Verzögerung, die eintritt:

a) infolge einer im Kriegsdienste erlittenen oder über die Zeit nach Beendigung des Kriegsdienstes hinaus wirkenden, mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Gesundheitschädigung;

b) bei denjenigen Kriegsteilnehmern, die ohne Ausbruch des Krieges innerhalb eines Jahres seit ihrer Einberufung zum Kriegsdienste zu einer vorgeschriebenen Prüfung hätten zugelassen werden können, infolge der durch den Kriegsdienst verursachten Einbuße in der

Beherrschung des zu dieser Prüfung erforderlichen Lernstoffes.

10. Die Anrechnung findet nur statt, sofern der Beamte unmittelbar nach Beendigung des Kriegsdienstes oder der Schulzeit sich dem demnächst ergriffenen Berufe im Staatsdienste oder der Vorbereitung darauf zugewendet hat. Wie weit im Falle eines späteren Berufswechsels eine Anrechnung stattfinden kann, entscheidet der Verwaltungschef im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Eine Anrechnung von Kriegsdienst findet auch zugunsten von höheren und mittleren Staatsbeamten statt, die als ehemalige aktive Offiziere sich unmittelbar nach Beendigung des Krieges oder ihrem früheren Ausscheiden aus dem Militär-, Marine- oder Schutztruppendienste oder der nachfolgenden Schulzeit der höheren oder mittleren Beamtenlaufbahn oder der Vorbereitung darauf zugewendet haben.

* * *

Anbau von Raps auf Eichen-schälwaldschlägen.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat unter dem 12. Juli d. J. angeordnet, daß in den Staatsforstrevieren Eichen-schälwaldflächen, welche sich für den Rapsanbau eignen, in diesem Herbst mit Winterraps bestellt werden sollen, sowie daß, wenn in der Nähe von Staatsforstrevieren oder Rgl. Domänen geeignete Eichen-schälwaldschläge von Gemeinden, Genossenschaften, Stiftungen oder Privaten, deren Besitzer die Bestellung mit Raps nicht selbst ausführen wollen oder können, die Anpachtung zwecks Nutzung auf Raps von der Forstverwaltung in Erwägung gezogen werden solle. Es wird zugleich ein Ausschreiben des Kriegs-ernährungsamtes mitgeteilt, dem wir folgen des entnehmen.

„Der bestehende Mangel an Fetten und Ölen macht es erforderlich, alle für eine nachhaltige Behebung derselben sich eignende Quellen so vollkommen als möglich zu erschließen. Neben einer allgemeinen Vermehrung des Anbaues von Oelpflanzen eröffnet sich im Bereiche der Forstwirtschaft die Möglichkeit, durch eine ausgiebige Heranziehung der diesjährigen Eichen-schälwaldschläge zum Anbau von Raps zur Steigerung der Oelproduktion wesentlich beizutragen. Auf Grund der in den Rgl. Bayerischen Staatsforsten der Pfalz in den beiden letzten Jahren gemachten günstigen Erfahrungen ist eine alsbaldige Inangriffnahme größerer Anbauflächen auf alle geeigneten Böden des Eichen-schälwaldbetriebes nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte an Saatgut in Aussicht zu nehmen. Die deutsche Eichen-schälwaldfläche beträgt annähernd 250 000 ha. Da in den Hauptverbreitungsgebieten des Eichen-schälwaldes größtenteils auch die klimatischen

ingungen für das Gedeihen des Kapses gegeben, so darf nach Abzug aller nach Lage und Boden aus sonstigen Gründen minder geeigneten Flächen eine anbaufähige Fläche von beachtenswerter Größe berechnet werden.

Für den Anbau und die künftige Sicherstellung der Ernte sind folgende Gesichtspunkte zu beachten.

1. Die klimatischen Vorbedingungen sind als gegeben zu erachten, wenn der Boden einen gut entwickelten Eichen-Schälwaldbestand getragen hat. Hierher wird in erster Linie die Mehrzahl der west- und süddeutschen Schälwaldgebiete mit einer mittleren Jahres-temperatur von 8–10° Celsius und sonnenseitigen Höhen bis zu 400 m Höhe zu rechnen sein.

2. Hinsichtlich der Bodenbeschaffenheit beanprucht der Kaps einen lockeren, hinreichend frischen mit Humus gemischten, mineralkräftigen Boden. Nach dem in den Hauptverbreitungsgebieten des Eichen-Schälwaldes vornehmlich vertretenen Grundgestein (Ton- und Gipssteine, Grauwacke, Röhlsandstein, Rotliegendes, Buntsandstein, Kalk, Porphyr u. a.) ist ein hinreichender Mineralgehalt meist vorhanden. Der Verwitterungsboden selbst befindet sich, sofern nur der Vorbestand hinreichend bestockt war, in der Regel in günstiger Verfassung, ist reich an Stickstoff und neigt in den ersten Monaten nach der Aussaat noch wenig zu Unkrautwuchs. Eine nicht oder minder reichliche, feste Steinmengung ist dem Gedeihen des Kapses nicht hinderlich.

3. Die Kultur des Kapses ist auf allen Böden dieser Art verhältnismäßig leicht und sicher. Eine Düngung ist nicht erforderlich. In den meisten Fällen genügt eine Auflockerung des Bodens mit eisernen Rechen, unter schwierigeren Verhältnissen unter Zuhilfenahme eines dreizeinkigen Karstes. Der Auflockerung muß die Einsaat, welche am besten breitwürfig mit 8–10 kg auf 1 ha ausgeführt wird, unmittelbar folgen. Der Samen wird alsdann mit eisernen Rechen leicht eingekratzt.

4. Die Kosten des Anbaus sind gering. Bodenarbeit, Aussaat und Bedecken des Samens können auf etwa 20 Mk., der Wert des Saatgutes auf 5 Mk. geschätzt werden.

5. Der Ernteertrag kann bei mäßiger Schätzung auf ca. 25 Zentner Körner, 40 Zentner Stroh und 8 Zentner Schoten veranschlagt werden.

6. Für den Erntevollzug ist die richtige Bemessung der im allgemeinen auf Ende Juni bis Anfang Juli fallenden Erntezeit von wesentlicher Bedeutung. Der Samen darf nicht zu reif sein, da sonst beim Schnitt Verluste eintreten.

7. Was die dem Kapsbau drohenden Schäden (ungünstiger Winter, Erdfloh, Glanzkäfer, Pilzerkrankungen) anbetrifft, so sind diese bei dem Anbau auf Schälwaldflächen nicht größer als bei selbstmäßigem Anbau. Was den Schaden durch Wild anbelangt, so wird diesem durch verstärkten Abschuss und Abwehrmaßnahmen (Verlappen, Verwittern) entgegenzutreten sein.

8. In forstwirtschaftlicher Beziehung ist der Kapsanbau als einmalige Nutzung auf frischen Schäl- schlägen unbedenklich.

Für die Organisation der Nutzung werden verschiedene Wege, je nach dem Besitzstand und den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen, einzuschlagen sein. Die bei verhältnismäßig geringen Anbaukosten zu erwartenden günstigen Ernteerträge lassen die Uebernahme des Anbaues durch den Waldbesitzer selbst als in erster Linie geeignet erscheinen. In den Kron- und Staatsforsten, ebenso in allen der Staatsaufsicht unterliegenden Gemeinde- und Genossenschaftsforsten, sowie in den Stiftungsforsten dürften wesentliche Schwierigkeiten diesem Verfahren nicht entgegenstehen.

Auch für den Privatforstbesitz dürfte in den günstigen Aussichten, die der Kapsanbau als lohnende Zwischennutzung an sich schon eröffnet, ein hinreichender Anreiz gegeben sein, wenn gleichzeitig für eine sachgemäße Aufklärung durch alle beteiligten Behörden Sorge getragen wird. Insoweit sich in dem Besitzstand der Gemeinden, Genossenschaften, Stiftungen und besonders der Privaten Schwierigkeiten ergeben sollten, wird zu erwägen sein, inwieweit die Besitzer dazu bestimmt werden können, ihre diesjährigen Schäl- schläge gegen Gewährung eines angemessenen Pachtzinses dem Staate behufs einmaliger Nutzung zu Kapsanbau zur Verfügung zu stellen. Weiterhin wäre auch die kostenfreie Lieferung des Saatgutes an Private in Betracht zu ziehen, wenn diese zur Aussaat sich verpflichten und bereit erklären, daß bei entsprechendem Ausfall der Ernte die vorgelegten Kosten des Saatgutes erstattet werden.

Was endlich die Einbringung der Ernte anbetrifft, so wird besonders für die Kron- und Staatsforsten, erforderlichenfalls auch für die Gemeinde- und Genossenschaftsforsten, sowie auf den im Privatbesitz vom Staat in Pachtung genommenen Schlägen, der flächenweise Verkauf auf dem Halme zur Selbstgewinnung durch den Käufer zu empfehlen sein.

Ueber die Zuleitung der nächstjährigen Samenernte an die Oelmühlen, die weitere Verwendung des gewonnenen Oels und der Oelkuchen wird der Erlaß besonderer Bestimmungen vorbehalten.

Verstärkung des Wildabschlusses und Wildverwertung.

Durch Erlass des Ministers für Landwirtschaft Domänen und Forsten vom 25. Juni 1916 werden die Rgl. Regierungen wiederum angewiesen, mit allen Mitteln auf einen verstärkten Abschluß von Wild hinzuwirken, um dadurch der jetzigen Fleischknappheit, soweit die vorhandenen Wildbestände dies ermöglichen, abzuhefeln und um gleichzeitig eine wirksame Verminderung des Wildschadens herbeizuführen.

Die für Wild festgesetzten Höchstpreise haben die Wirkung gehabt, daß Wild den Städten kaum noch zugeführt wird. Es wird daher bestimmt, daß bis auf weiteres das in den preussischen Staatsforsten unter Administrationsaufsicht zur Strecke gebrachte Rot-, Dam- und Schwarzwild, soweit dieses nicht von den Forstbeamten zur Verwendung im eigenen Haushalt übernommen oder an Lazarette abgegeben wird, und soweit dem nicht etwa rechtsverbindliche Abkommen entgegenstehen, den Gemeindeverwaltungen der nächsten größeren Städte angeboten und auf deren Wunsch zu den in der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 30. Dezember 1915 festgesetzten Höchstpreisen zuzüglich etwaiger Transportkosten überlassen wird. Voraussetzung ist dabei, daß die Gemeindeverwaltungen sich verpflichten, das so erworbene Wildbret an die minderbemittelte Bevölkerung in einer der Verteilung an möglichst viele Haushaltungen gewöhnlichstenden Weise ohne Gewinn weiter zu verkaufen.

* * *

Sammlung der Früchte des Weißdorns.

In Berlin hat sich eine gemeinnützige Gesellschaft unter Kapitalbeteiligung von Reich und Staat gebildet, deren Zweck die Gewinnung und Verwendung der Früchte des Weißdorns für ein Kaffee-Ersatzmittel ist. Die Gesellschaft führt die Bezeichnung „Kriegsgesellschaft für Kaffee-Ersatz, G. m. b. H.“ und, hat ihren Sitz in Berlin W. 66.

Wie in einem Erlass des Ministers des Innern vom 21. Juli d. J. ausgeführt wird, läßt die Gesellschaft aus den Früchten des Weißdorns nach einem besonderen, nur in größeren Betrieben durchführbaren Verfahren ein Kaffee-Ersatzmittel herstellen, das sowohl in gesundheitlicher Hinsicht wie in Bezug auf den Geschmack allen Anforderungen an einen guten schmackhaften und preiswerten Kaffee-Ersatz entspricht. Im dringenden öffentlichen Interesse liegt es, daß die Früchte des Weißdorn in diesem Jahre in möglichst weitem Umfange für die gen. Gesellschaft gesammelt und zur Gewinnung von Kaffee-Ersatz nutzbar gemacht werden. Denn die Menge an Kaffee-Ersatzmitteln, die aus Weißdorn hergestellt wird, kommt in Anrech-

nung auf die aus Gerste und Brotgetreide herzustellende Menge von Kaffee-Ersatz. Je mehr Kaffee-Ersatz aus der Weißdornfrucht gewonnen wird, desto weniger Gerste und Brotgetreide wird für diesen Zweck verbraucht.

In jedem Landkreise ev. in den Stadtkreisen, denen Weißdorn in nennenswerter Menge vorkommt, soll eine Kreissammelstelle, in Landkreisen je einer Ortsammelstellen eingerichtet werden. Weiter der Ortsammelstellen werden von den Ortsvorstehern, Gemeinde- und Gutsvorstehern oder Bürgermeistern ausgewählt. Den einzelnen Sammlern wird für je 1 kg luftgetrockneter Früchte ein Sammellohn von 20 Pf. gewährt. Die Ortsammelstellen hat die Bevölkerung zum Sammeln der Weißdornfrüchte anzuregen, die gesammelten Früchte ordnungsgemäß aufzubewahren und in Säcken nach dem von der Kreissammelstelle angegebenen Ort zu befördern. Für seine Tätigkeit erhält der Leiter der Kreis- und der Ortsammelstelle eine Vergütung von 2 Mk. für je 100 kg luftgetrockneter Früchte. Die Kreissammelstelle leitet die Werbetätigkeit für das Sammeln im Kreise, überwacht die Ortsammelstellen und vermittelt den Verkehr mit der Gesellschaft. Sie prüft die von den Ortsammelstellen aufgenommenen Früchte auf Ordnungsmäßigkeit der Ware, besorgt die Verpackung und bewirkt die Versendung an die ihr von der Gesellschaft aufgegebenen Stellen.

In der für den Leiter der Ortsammelstelle angelegten Vergütung ist das Entgelt für die Beförderung der gesammelten Früchte nach der nächsten, nicht mehr als 5 km entfernten Eisenbahnstation oder sonstigen von der Kreissammelstelle bezeichneten Stelle enthalten. Ebenso ist in der Vergütung der Kreissammelstelle das Entgelt für die Aufbewahrung der derselben zugeführten Früchte und deren Abtransport nach dem nächsten Güterbahnhof einbegriffen.

Aus Bayern.

Forstliches Fortbildungswesen.

Die durch ministerielle Entschliebung vom Jahre 1913 im Interesse der Fortbildung angeordneten Zusammenkünfte der Forstverwaltungsbeamten und die forstlichen Reisen haben durch den schweren Krieg in den Jahren 1914 und 1915 eine Unterbrechung erfahren. Nun sind neuerdings forstliche Zusammenkünfte angeordnet worden, infolge dessen kürzlich eine solche für den Regierungsbezirk Oberfranken in Bayreuth abgehalten wurde. Der Einladung durch die Regierungs-Forstkammer hatten beiläufig 60 Forstverwaltungsbeamte Folge geleistet. In der unter dem Vorsitz des Rgl. Regierungspräsidenten von Brenner und unter

teilung des Rgl. Regierungsdirektors Neblich am ersten Tage abgehaltenen Sitzung wurden von verschiedenen Berichterstattern zeitgemäße Fragen eingehend behandelt, so von Direktor Neblich in ausführlicher Weise die durch den Krieg veranlaßten Maßnahmen der Forstverwaltung, namentlich die weitgehende Unterstützung der Landwirtschaft usw. Außerdem wurde berichtet über Holzverwertung während der beiden Kriegsjahre, über Harznutzung, über Gerbrindegewinnung und über eine in dem nahe gelegenen Forstamt Glasbitten vorgekommene sehr bedeutende Waldverheerung durch eine Windhose vom 3. Januar 1916, durch die beil. 50 000 Fm schönsten Fichten- und Tannenholzes geworfen wurden. An die Vorträge der Berichterstatter schlossen sich sehr belebte Besprechungen an, die noch sehr viel Anregendes brachten. Am 2. Tage wurde das Windbruchgebiet des Forstamts Glasbitten besucht mit lebhafter Erörterung der getroffenen forsttechnischen Maßnahmen.

Solche Zusammenkünfte haben zweifellos sehr großen Wert, da neben dem Interesse, das die Vorträge und Verhandlungen bieten, die gegenseitige vertrauliche Aussprache der Fachgenossen eine Fülle von Anregungen mit sich bringt.

Die forstliche Zentralstelle unterstützt die Sache durch Gewährung der ordnungsmäßigen Tagegelber und Reisekosten an die Teilnehmer. Für Bayern liegt noch eine besondere Bedeutung darin, daß mit Ausnahme der Pfälzlichen Forstvereine nicht bestehen, die ja auch sehr geeinnet sind, solche Tagesfragen fruchtbringend zu erörtern.

Aus Baden.

Verschiedene Kriegsmaßnahmen.

Zu den unter vorstehender Spitzmarke in diesem Blatte bereits gebrachten Mitteilungen dürften die nachstehenden Angaben allgemeines Interesse verdienen. Mit Rücksicht auf den dringenden Bedarf hat die Forst- und Domänen-Direktion in verschiedenen Erlassen sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, in den Domänial- und beförsterten Gemeindewaldungen die zur Vereitung von Papier und Holzwohle geeigneten Nadelholz-Rollen- und Prügel nach Möglichkeit auszuformen und zu gewinnen. Einer besonderen Aufmerksamkeit empfohlen ist die Herrichtung von Grubenholzn, die auch außer dem Wirtschaftsplane und ohne Rücksicht auf eine geordnete Stiebsfolge geliefert werden sollen, um die notwendige Kohlenförderung sicher zu stellen.

Der Schwierigkeit der Gespannsbeschaffung soll unter besonders schwierigen Umständen durch militärische Maßnahmen entgegengewirkt werden. Auf die dringende Nachfrage nach Eschen und Erlenstammhölzern ist

nachdrücklich aufmerksam gemacht. Der Landwirtschaft wird weitgehendes Entgegenkommen bezüglich der Streu-, Gras- und Weidennutzung zugesichert und ein besonderes Gewicht gelegt auf die im Vorjahre bereits zugelassene, aber so gut wie nicht beachtete Gewinnung von grünem Laubfutter und von Laubheu, das bei richtiger Behandlung einen sehr brauchbaren Ersatz für Raufutter für Pferde, Rindvieh, Schafe, Ziegen zu liefern vermag. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß die einheimische Landbevölkerung diesem Futterersatz so wenig Gegenliebe bietet. Vielleicht hilft die wiederholte Anregung und namentlich auch die Verbreitung der veröffentlichten sehr ausführlichen Anleitung für die Zubereitung des Laubheus in diesem Jahre zu einer vermehrten Bereitstellung. Die Gewinnung von Fichtenrinde ist besonders empfohlen und hierbei darauf aufmerksam gemacht, die im Winter gefällten Stämme mit Eintritt der Saftzeit zu schälen, außerdem auch die Schnitzrinde zu benützen. Zur Einleitung des im ganzen Deutschen Reich eingeführten Harzens fand anfangs April im Großherzoglichen Wildpark bei Karlsruhe und später an einigen anderen Orten eine Vorführung der vorbereitenden Arbeiten, Räten der Stämme und Anlage von Grandeln statt. Diese Arbeiten sind sehr energisch in den Staats- und beförsterten Gemeinde- und Stiftungswaldungen durchgeführt worden. Allein gegen Erwarten zeigt sich jetzt im letzten Drittel vom Mai trotz der gut warmen Witterung nur ein sehr mäßiger Harzfluß. Als neue Nebennutzungen haben sich ergeben das Sammeln von bisher wenig oder gar nicht beachteten Arzneipflanzen als Kamillen, Linden-, Königsferzenblüten usw. Auch das von jeher in Waldgegenden zum Viehfutter benützte Heidekraut, dessen Verwendung zu einem gesunden Tee auf S. 123/1916 dieses Blattes empfohlen ist, soll im Großen durch Vermahlen der Spizen zu einem Futterersatzmittel verarbeitet werden. Es ist wirklich staunenswert, welche bis jetzt unbekannten Werte dem deutschen Wald entnommen werden können. Als sehr beachtenswert ist empfohlen die Verwertung eingesammelter Maikäfer zu Hühner-, Schweine- und Fischfutter, auch beabsichtigt die badische Landwirtschaftskammer in der Zuckerfabrik Waghäusel Maikäfer im großen zu trocknen und zu verwerten. Für den Doppelzentner lufttrockener Maikäfer werden 5 Mark angeboten. Hierbei möchte darauf aufmerksam gemacht werden, daß die empfohlene Tötung der Maikäfer durch kochendes Wasser umständlich, kostspielig und u. U. feuergefährlich ist, während ein sehr einfaches, in der bayr. Pfalz (Wienwald) längst gut erprobtes Verfahren darin besteht, die gesammelten Käfer in ein leeres Petroleumfaß einzufüllen, die vorher eingeschnittene Oeffnung, nach Zugießen von beiläufig $\frac{1}{8}$ Liter Schwefelkohlenstoff, dicht zu verschließen

worauf die heftig krabbelnden Käfer in beil. 5 Minuten zuverlässig alle getötet sind.

Zur Aussaat der so vielfach zum Anbau empfohlenen Sonnenblumen auf unbestellten Saatschulflächen und Komposthaufen innerhalb der Waldungen ist etwas Samen verteilt worden.

In jagdlicher Hinsicht waren weniger bemerkenswerte Änderungen zu verzeichnen. Zunächst wurde die Abminderung überhegter Wildstände unter Erinnerung an die bereits erlassenen Vorschriften dringend in Erinnerung gebracht. Dann ist durch das Ministerium des Innern das Fuchsgraben allgemein für alle Jagden bis einschl. 30. September l. J. verboten und durch die Forst- und Domänendirektion für die Selbstverwaltungsjagden die Schonung von Fuchs, Marder, Iltis und Wiesel bis 30. September l. J. anbefohlen worden für den Fall, als ein größerer Mausechaden zu befürchten steht. Es war bereits als zulässig erklärt worden, die auf den 1. Febr. 1915 leihfällig gewordenen Domänenjagden im Einverständnis des Pächters unter den bisherigen Bedingungen um 1 Jahr zu verlängern. Diese Ermächtigung ist für die am 1. Februar 1916 abgelassenen Jagden in gleicher Weise erstreckt worden, auch für solche Bezirke, deren Pachtvertrag bereits vom 1. Februar 1915 auf 1 Jahr verlängert wurde. Ferner hat das Ministerium des Innern unterm 4. Februar 1916 die Ermächtigung erteilt, während des Kriegs pachtfrei werdende Gemeindejagden mit Genehmigung des Bezirksamtes auf ein bis zwei Pachtjahre aus der Hand an zuverlässige Personen abzugeben, sofern in jedem Einzelfalle zur Verhütung eines übermäßigen Abschusses eine entsprechend bemessene Obergrenze des Abschusses für die wichtigeren Wildarten (Rehwild, Hasen, Fasanen) festgesetzt wird, deren Überschreitung nur mit Zustimmung des Bezirksamtes geschehen darf. Vor Festsetzung der Obergrenze und vor jeder Genehmi-

gung ihrer Überschreitung ist das zuständige Forstamt zu hören.

Aus Rumänien.

Holzlieferungen für die Eisenbahn.

Die Lokomotiven der rumänischen Eisenbahn werden zum weitaus größten Teil mit Holz geheizt, und die Versorgung mit dem nötigen Brennholz war der stetigen Preissteigerung wegen mit den größten Schwierigkeiten verbunden.

In den letzten Tagen kam nun ein für die Eisenbahnverwaltung außerordentlich günstiger Vertrag zu Stande. Darnach wird die Staatsforstverwaltung, vertreten durch Direktor Cudalbu, der Eisenbahnverwaltung jährlich ca. 20—30 000 Waggons¹⁾ Eichen- und Buchenbrennholz und einige 1000 fm Schwellen liefern.

Als Preis für den Raummeter Brennholz — frei Verladung — wurden 2.— Lei festgesetzt, gegenüber einem solchen im Handel von 6—8 Lei. Auch für die Schwellen wird der Preis nur die Hälfte bis ein Drittel des normalen betragen.

Sämtliches Holz wird in ziemlich abgelegenen Staatswäldern geschlagen und mittels noch zu erbauender Waldeisenbahnen bis zu den Stationen gebracht. So sollen allein in dem königl. Staatswald bei Cacuti, Distr. Bacau, an der Eisenbahnlinie Marasesti—Palanka, jährlich 200 000 fm Holz geschlagen werden.

Nur in so großem Maßstab angelegte Säunungen vermögen eine Ausbeute der Transportschwierigkeiten wegen rentabel zu machen, andererseits müßte das Holz ungenutzt verfaulen. Auf diese Weise sind in Rumänien schon große Kapitalien für die Volkswirtschaft verloren gegangen und gehen noch verloren. F.

¹⁾ Auf den Waggon (10 000 kg) gehen je nach der Austrocknung 20—23 rm Buchenscheller.

Notizen.

A. Gegenüberstellung des deutschen und österreich.-ungar. Zolltarifes.

In kürzester Zeit wird der Deutsch-Österreich.-Ungarische Wirtschaftsverband in Berlin eine Gegenüberstellung des deutschen und österreich.-ungarischen Zolltarifes erscheinen lassen. Der Verband hat unter Mitwirkung von Sachleuten und Zollbeamten die Positionen des österreich.-ungar. Zolltarifes den gleichen Positionen des deutschen Zolltarifes derart gegenübergestellt, daß sich ein übersichtliches Bild der in Deutschland und Österreich-Ungarn für die gleichen Waren erhobenen Zollsätze ergibt. Es ist ferner bei jeder einzelnen Position eine Übersicht des Austauschverkehrs der betreffenden Ware, der wechselseitigen Ein- und Ausfuhr zwischen den beiden

Reichen beigelegt. — Dieses deutsch-österreich.-ungarische Zollbuch ist von größter Bedeutung als Nachschlagebuch für jeden, der am Handelsverkehr der Zentralmächte interessiert ist, und es ist zur Beurteilung der Grundlagen eines eventl. deutsch-österreich.-ungarischen Gemeinschaftstarifes unentbehrlich. Bei jeder Position ist Raum gelassen für Bemerkungen. Der Preis des Buches, von dem nur ein beschränkter Vorrat hergestellt wird, stellt sich auf M. 5.— und es empfiehlt sich, Bestellungen der Geschäftsstelle des Deutsch-Österreich.-Ungar. Wirtschaftsverbandes, Berlin W. 35, Am Karlsbad 16, möglichst umgehend zu übermitteln, da zu erwarten ist, daß die Auflage bald vergriffen sein wird.

B. Die Okkupation des Wildes.

Begen die unter diesem Titel im Augusthefte erschienenen Ausführungen des Herrn Reuter, Bezirksförsterarzt zu Nürnberg von verschiedenen Seiten Einwendungen erhoben. Zu dem auf Seite 182 erwähnten Falle der Tötung einer Aneignung eines Daches während der Schonzeit schreibt als Sachverständiger vernommene Forstbeamte folgendes: „Gutachter zu diesem Falle kann ich Aufschluß geben. Klager war nicht der Jagdpächter, sondern ein Hundebesitzer aus Nürnberg, der den Jagdpächter ersucht gehabt hatte, wissen zu lassen, wenn er einen von Füchsen besetzten Bau abreißen habe. Der Jagdpächter führte den Hundebesitzer an den gefährten Bau und versicherte ihm, daß er schon oft Fuchse aus diesem Bau gegraben habe. Als nun ein Dach aufgefasse dieses Baues von den Hunden erwürgt war, machte Hundebesitzer dem Jagdpächter den Vorschlag, den Dachbesitzer aus Nürnberg und über die Sache zu schweigen. Der Hundebesitzer hat also den Dach nicht okkupiert und auch nicht zerstören wollen. Das Vergehen der unbefugten Okkupation des Jagdpächters war im Zeitpunkte der landgerichtlichen Verhandlung bereits verjährte. Der Hundebesitzer hat sich lediglich im Interesse seiner Hunde mit der Sache befaßt und das Gericht hat auf meine Begutachtung geachtet, daß der Hundebesitzer keine strafbare Handlung begangen hat.“

Von anderer Seite wird eine längere Reihe von Stellen erwähnten Aufsatzes brandstaudet. Der Jagdberechtigte habe Eigentumsrecht am Wilde (§. 181), sondern nur Recht der Aneignung — das ganz unnötige Fremdwort „Okkupation“ kennt das BGB. überhaupt nicht. Erlegung von Wild während der Schonzeit sei kein Vergehen, habe auch die Befugnis zur Aneignung nicht auf, habe aber als Jagdpolizei-Übertretung bestraft. Der Grenzlinie verendetes Wild (§. 184) gehöre beiden Jagdberechtigten gemeinsam oder je hälftig. Ueber Aneignung von verworfenen Gehörnen (§. 185) beständen in Preußen, Bayern, Braunschweig usw. zum Teil andere als die angegebenen Bestimmungen. Wilderer gut sei allerdings herrenlos, bis es in den Besitz des Jagdberechtigten gelangt sei; der ein Diebstahl sei dessen Aneignung doch nicht. Wenn überbende Hunde oder Katzen (§. 186) vom Jäger erlegt werden, habe dieser in Preußen allerdings nicht die Verpflichtung, das geübte Tier zu verscharren, sondern der Grundstückseigentümer. Anderwärts könne durch die Landesgesetzgebung abweichende Bestimmungen darüber, z. B. zu Lasten des Hundebesitzers, getroffen sein. Die Ausführungen über entnommene zahme und gezähmte Tiere, Feilbtauben usw. (§. 187) seien zum Teil unzutreffend und widersprechend. Die Regelung eingeparkten Wildes (§. 189) sei, wenn nicht mit Aneignung verbunden werde, als Sachbeschädigung zu bestrafen.

Um eine etwaige Kontroverse über solche juristische Fragen, die noch nicht Aufgabe dieser forstlichen Zeitschrift sein kann, zu vermeiden, habe ich einen mir befreundeten Richter, der zugleich erfahrener Jäger ist, darüber befragt. Dessen Urteil lautet dahin, daß der Aufsatz im Augustheft neben interessanten Ausführungen auch manche Punkte enthalte, die vom juristischen Standpunkt ansprechbar seien.

Wr.

C. Schriftlichkeit der Jagdpachtverträge.

Urteil des Reichsgerichts.

(Nachdr., auch im Auszug, verb.)

Gemäß § 22 Nr. 1 der Jagdordnung bedürfen Pachtverträge mit Jagdgenossenschaften der Schriftform. Um die Frage,

ob diese Form gewahrt ist, handelte es sich in dem folgenden Rechtsstreit, in welchem der Kläger als Pächter der Jagd in den gemeinschaftlichen Jagdbezirken U. und K. mit der Behauptung, der Beklagte habe die Pachtungen übernommen, und der Kläger ihm seine Pachtrechte abgetreten, von dem Beklagten Befreiung von seinen Verpflichtungen aus den beiden über den Jagdpacht abgeschlossenen Verträgen und Zahlung des Pachtzinses verlangt. Während Landgericht und Oberlandesgericht Düsseldorf der Klage stattgaben, hat sie das Reichsgericht abgewiesen mit folgenden Gründen:

Die erste Voraussetzung eines solchen Abkommens, wenn es den Beklagten zur Zahlung des Pachtzinses verpflichten soll, ist, daß dem Kläger selbst die angeblich abgetretenen Pachtrechte zustanden, sie ihm also in rechtsverbindlicher Art auf die Zeit für welche der Beklagte in das Pachtverhältnis eingetreten sein soll, übertragen worden sind. Der Einwand des Beklagten, daß dies nicht geschehen sei, weil die in Betracht kommenden Jagdverpachtungen der für Pachtverträge mit Jagdgenossenschaften vorgeschriebenen Schriftform entbehrten, ist deshalb rechtlich erheblich. Bei Verträgen, welche, wie der Jagdpachtvertrag nach gesetzlicher Bestimmung in Schriftform zu schließen sind, muß, sofern nicht mehrere gleichlautende Urkunden aufgenommen werden, die Unterzeichnung der Parteien auf derselben Urkunde erfolgen. Daß hier mehrere gleichlautende Urkunden aufgenommen sind, ist nicht behauptet. In den Jagdverpachtungsprotokollen aber findet sich, wie die Revision mit Recht geltend macht, eine vom Kläger und vom Jagdvorsteher unterzeichnete, den Pachtvertrag enthaltende Urkunde nicht. Das Berufungsgericht will mit Rücksicht darauf, daß das Verpachtungsprotokoll alle Vertragsbestimmungen enthält, dieses als Vertragsurkunde ansehen. Dem steht aber entgegen, daß inhaltlich das Protokoll erst aufgefordert wird, unter den angeführten Bedingungen Angebote zu machen. Auch durch ein dementsprechendes Angebot gelangt aber der Vertrag noch nicht zum Abschluß, denn es fehlt zur Willensübereinstimmung noch das dem Zuschlag vorbehaltende Einverständnis des Jagdvorstehers. Das Verpachtungsprotokoll beurkundet lediglich die Bereitwilligkeit des Ansteigerers, die Jagd zu dem von ihm abgegebenen Gebot unter den im Protokoll aufgeführten Bedingungen zu pachten. Damit, daß dieses Protokoll von beiden Teilen unterschrieben oder, wie das Berufungsgericht annimmt, in dem Falle K. die fehlende Unterschrift des Jagdvorstehers durch dessen Unterschrift unter dem Zuschlag ersetzt wird, ist sonach ein schriftlicher Pachtvertrag nicht geschlossen worden. Eine andere von beiden Teilen unterschriebene Urkunde liegt nicht vor. Sind hiernach zwischen dem Kläger und den Jagdgenossenschaften Verträge in der vom Gesetze für Jagdpachtungen von Jagdgenossenschaften zu ihrer Rechtswirksamkeit erforderlichen schriftlichen Form nicht abgeschlossen, so entbehrt, wie vorstehend ausgeführt ist, das Klagerverlangen der rechtlichen Grundlage. (Altenzeilen: VII. 99/15.)

Dr. jur. C. Klamroth.

(Reichsgerichtsreferat der Sächsischen Korrespondenz, G. m. b. H. Leipzig, Querstraße 18, vom 18. August 1916.)

D. Der Einfluß der Kalkabwässer auf die Lederfabrikation.

Im Laufe der letzten Jahre haben Gerbereibesitzer wiederholt darüber geklagt, daß das ihnen zur Verfügung stehende Flußwasser, welches sich in langjähriger Benutzung immer vorzüglich bewährt hatte, sich für Gerbereizwecke nicht mehr eigne, seit die Kalkfabriken ihre Abwässer in die Wasserläufe einleiteten.

Hierdurch veranlaßt hat sich der Direktor des Staatlichen Hygienischen Instituts zu Hamburg, Prof. Dr. W. B. Dunbar, mit dieser Frage eingehend beschäftigt und die Ergebnisse seiner Untersuchungen in Nr. 44 und 45 des „Gesundheits-Ingenieurs“, 1916, veröffentlicht. D. weist zunächst darauf hin, daß die Literatur über die Bedeutung der Wasserbeschaffenheit auf die Lederfabrikation verhältnismäßig nur spärliche Angaben enthalte. Es werde immer wiederholt, die Gerbereien hätten sich dort niedergelassen, wo ihnen reines, weiches, salzarmes Wasser zur Verfügung gestanden habe. Hartes, namentlich auch an Chloriden reiches Wasser sei für Gerbereizwecke ebenso wenig brauchbar wie ein Wasser, das einen hohen Gehalt an organischen Stoffen enthalte. Seit W. Citner nähere Studien über diese Frage veröffentlicht habe, übernahmen die Lehr- und Handbücher seine Behauptung, wonach bei der Weiche in weichem Wasser die Felle im allgemeinen schlaff und dünn würden, was erwünscht sei, weil sich in diesem Zustande der fettige und schmutzige Inhalt löse und leicht entfernt werden könne. Hartes Wasser halte den Fettsstoff in der Erstarrung. Deshalb löse sich dieser und im Zusammenhange damit der Schmutz nur schwer. Chloride schwellten die Haut nicht, sie hoben sogar die schwellende Wirkung der Säuren auf. Citner sei der Meinung, daß das für Gerbereizwecke bestimmte Wasser nicht zu hart sein und keine großen Mengen Chlorverbindungen enthalten dürfe. Die frühere Annahme, hartes Wasser mache festes Leder, sei nicht richtig, vielmehr werde die Ausnützung der Gerbmittel durch hartes Wasser wesentlich beeinträchtigt. Beim Gerben mit an Chloriden reichem Wasser erhalte man weniger Gewicht, die Häute gerbten schwer, und man müsse mehr Säbe geben, um sie gar zu bekommen. Das chlorhaltige Leder halte mehr Wasser zurück und ziehe leichter Feuchtigkeit an, bleibe daher weich und werde nicht fest. Nach Riboul löse hartes Wasser weniger Gerbstoff aus dem Gerbmittel als weiches Wasser. Auch nach Simand solle das Wasser in der Gerberei nicht zu hart sein und keine großen Mengen Chlor enthalten.

Die Fachleute schienen in ihrem Urteil allgemein darin übereinzustimmen, daß der Beschaffenheit des Wassers im Gerbereibetriebe eine hervorragende Bedeutung beizumessen sei, und daß gute Gerbergebnisse nur zu erzielen seien, wenn dem Betriebe ein reines, weiches, salzarmes Wasser zur Verfügung stehe. Außer den allgemeinen Klagen darüber, daß Gerbereien, die mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Flußwasser Jahrzehnte hindurch zufriedenstellende Ergebnisse erzielt hätten, auf Schwierigkeiten gestoßen seien, nachdem den betr. Flüssen Kaliabwässer zugeführt werden, enthalte die Literatur keine weitere Bestätigung für die Ansicht der Fachleute, daß die Gerbereien auf die Benutzung eines reinen, weichen, salzarmen Wassers durchaus angewiesen seien.

Der Umstand, daß die Lederfabrik August Wehl u. Sohn in Celle, welche seit ihrem Bestehen (1849) im Aufste stand, immer erstklassige Produkte zu liefern, seit Jahren, insbesondere seit 1909, ernstliche Klagen über mangelhafte und teilweise vollständig ungenügende Durchgerbung der Leder, verbunden mit unreinem und fleckigem Aussehen erhielt, sowie daß die Schuhfabrikanten klagen, daß bei der Bearbeitung der Fäßen reisse, die Leder hart und holzig wären und z. T. wie Glas zerbrochen werden könnten, gab Veranlassung, daß Prof. Dr. Dunbar in Verbindung mit der „Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie in Freiberg i. Sa.“ der Frage des Einflusses der Kaliabwässer auf die Lederfabrikation näher trat.

Bereits i. J. 1912 hatte die gen. Versuchsanstalt sich mit dieser Frage beschäftigt und war damals zu dem Ergebnisse gekommen, „daß die seit einigen Jahren auftretenden Schäd-

gungen in der Beschaffenheit der Wehl'schen Leder tatsächlich auf die durch die Einleitung von Kaliabwässern veränderten Beschaffenheit des Allerswassers zurückzuführen seien und daß Fehler nur dadurch vermieden werden könne, daß die Verwendung von Allerswasser nicht nur bei der Gerbung, sondern auch bei der Ausführung der Vorarbeiten (Wässern, Aeseln, Reinemachearbeiten) vollständig unterlassen werde“.

Bei einem sodann i. J. 1914 abgegebenen erneutenachten war der Vorstand dieser Versuchsanstalt, Prof. Paasch, auf Grund der ausgeführten Versuche zu folgender Schlussfolgerung gelangt:

„Die Verwendung chlormagnesiumhaltiger Wasser in Gerbereibetrieben muß zu solchen Ergebnissen führen, wie im Betriebe der Firma Wehl u. Sohn bei der Benutzung durch chlormagnesium verunreinigten Allerswassers beobachtet worden sind. Auf Grund der früheren und der jetzt in der Versuchsanstalt angestellten Versuche bin ich zu der Uezeugung gelangt, daß die Mängel, die in den letzten Jahren bei den von dieser Firma unter Verwendung von Allerswasser hergestellten Ledern aufgetreten sind, tatsächlich auf die Verunreinigung des Allerswassers durch die chlormagnesiumhaltigen Kaliabwässer der oberhalb liegenden Kaliabfabriken zurückzuführen sind“.

Um den endgültigen Beweis dafür zu erbringen, daß die mangelhafte Beschaffenheit der von der Firma Wehl u. Sohn unter Verwendung von Allerswasser hergestellten Leder auf die Benutzung dieses Wassers bzw. auf die Verunreinigung des Allerswassers durch die Kaliabwässer der Kaliabfabriken zurückzuführen sei, hat die Versuchsanstalt angeregt, im Betriebe dieser Firma vergleichende Versuche mit einer Anzahl von Häuten anzustellen.

Diese Versuche sind alsbald auf Veranlassung der Firma Wehl u. Sohn im Wehl'schen Betriebe unter Leitung des Assistenten am Hygienischen Institut in Hamburg Dr. Nachligall ausgeführt worden.

Bei diesen Versuchen wurden Häute halbiert und die eine Hälfte mit von dem Fabrikgrundstück entnommenen Allerswasser, die andere Hälfte in folgender Weise behandelt:

1. Vorbehandlung (Wässern, Aeseln, Reinigen) und Gerbung mit Allerswasser ohne Endlaugenzusatz;¹⁾
2. Vorbehandlung mit Allerswasser mit Endlaugenzusatz;
3. Vorbehandlung mit Allerswasser ohne Endlaugenzusatz und Gerbung mit Allerswasser mit Zusatz;
4. Vorbehandlung und Gerbung mit Allerswasser mit Endlaugenzusatz;
5. bei Vorbehandlung und Gerbung Verwendung von Leitungswasser.

Die nach 5 behandelten Leder waren einwandfrei und wiesen eine Beschaffenheit der früheren Wehl'schen Erzeugnisse, die guten Ruf der Firma begründet haben. Ganz anders hielten sich die Leder, die bei der Vorbehandlung und Gerbung hinsichtlich des Wassers in verschiedener oben angegebener Weise behandelt worden waren. Den größten Unterschied gegenüber den nach 5 erzeugten Ledern wiesen die nach 4 behandelten (Vorbehandlung und Gerbung mit Allerswasser unter Endlaugenzusatz) Leder auf. Die anderen Leder, denen entweder nur bei der Vorbehandlung, aber nicht bei der Gerbung Allerswasser mit Endlaugenzusatz (Nr. 2), oder bei der Gerbung aber nicht bei der Vorbehandlung so viel Wasser (Nr. 3) verwendet worden war, zeigten die ungün-

¹⁾ Der Kali-Endlaugenzusatz erfolgte insoweit, als das Wasser auf einen Cylorgehalt von etwa 450 mg per Liter gebracht wurde.

affenheit in nicht so ausgesprochenem Maße wie die 4 gegerbten Leder. Noch geringer war der Unterschied mit Allerwasser ohne Endlaugenzusatz vorbehandelten gegerbten Leder (Nr. 1).

Die ungünstige Beschaffenheit besteht namentlich in einem stämmlichen harten Griff, der als hölzern und knochig zu fühlen ist und den normalen Erzeugnissen der Firma Wehl Sohn nicht eigen ist, in einer weniger günstigen Farbe und darin, daß beim Anschneiden diese Leder einen weniger geerbten Eindruck machen. Diese Abweichungen in der Beschaffenheit gegenüber normalen Ledern bewirken, daß der Käufer einen niedrigeren Preis zahlt, weil er solche Leder geringwertig hält. Da die Fehler bei den Ledern, bei sowohl für die Vorbehandlung als auch für die Gerbung Allerwasser mit Endlaugenzusatz verwendet worden ist, am besten und bei den Ledern, die unter Verwendung des Allers ohne Endlaugenzusatz hergestellt worden sind, am häufigsten auftreten, und da diese Fehler mit denen sich decken, seit einigen Jahren bei den im Betriebe der Firma Wehl Sohn hergestellten Ledern beobachtet werden, so ist hiermit Beweis erbracht, daß die bei den Wehl'schen Ledern bei Verwendung von Allerwasser beobachteten Fehler tatsächlich auf Verunreinigung des Allers durch die Abwässer der Fabriken hervorgerufen sind.

Der Mitinhaber der Schuhfabrik Haug u. Leonhardt in Wenden, Haug, dem diese Leder ohne weitere Mittellung Begutachtung vorgelegt wurden, bezeugt, daß die nur mit Allerwasser behandelten Leder als gute Durchschnittsware, während die nach 1—4 behandelten Leder unansehnlicher und unregelmäßiger brettiger und strohiger Beschaffenheit seien. Ein Schuhmachereimer Rönigk in Freiberg sagte sein Urteil dahin zusammen, daß an dem mit Allerwasser hergestellten Leder nichts auszufehen sei, daß dagegen die nach 1—4 behandelten Lederhälften in bezug auf Griff und Farbe von längerer Beschaffenheit seien.

Es wurden endlich Trageversuche mit aus dem verschiedenartig behandelten Leder hergestellten Schuhen angestellt und es ergab, daß in mehreren Fällen das unter Endlaugenzusatz gegerbte Leder eine geringere Haltbarkeit aufweist, als das ohne Endlaugenzusatz gegerbte.

Die deutsche Versuchsanstalt für Lederindustrie in Freiberg gibt ihr Urteil schließlich dahin ab, „daß durch diese Trageversuche und die Ergebnisse der Prüfung die Beurteilung der hierbei erhaltenen Leder durch Sachverständige einwandfrei nachgewiesen ist, daß die Verunreinigung der Aller durch die Abwässer der oberhalb liegenden Schuhfabriken die Ursache der Schäden sei, die bei der Verwendung eines derartig verunreinigten Allers in dem Betriebe der Firma Wehl Sohn an den von ihr erzeugten Ledern aufgetreten.“

E. Hochschule-Nachrichten.

Für die Zeit von Ende Oktober bis Weihnachten 1916 an der Forstakademie Tharandt die Abhaltung des forstwissenschaftlichen Kurses in Aussicht genommen. In demselben sollen hauptsächlich Vorlesungen über die Fächer, welche nach dem Lehrplan der Akademie dem 6. Halbjahr zuwiden, in abgekürzter Fassung gehalten und durch Übungen und Vorträge ergänzt werden. Nach Abschluß des Kurses wird die Diplomprüfung abgehalten werden. — Abgesehen davon finden im Wintersemester 1916/17 keine Vorlesungen statt.

Der am 9. April 1916 verstorbene Kgl. Sächs. Forstmeister Schramm zu Dresden hat in seinem letzten Willen vom 18. Februar 1918 der Kgl. Forstakademie Tharandt für 2 Stipendien von je 600 M. jährlich an 2 würdige inländische Staatsdienstwärter 80 000 M. als Vermächtnis ausgesetzt.

Das Kgl. Finanzministerium hat aus den Mitteln des Vermächtnisses eine rechtsfähige Stiftung errichtet und hierzu die staatliche Genehmigung erteilt.

Der Königlich Preussische Minister der Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat unterm 11. Aug. l. J. bestimmt, daß solange in Folge des Kriegszustandes Vorlesungen an den Preussischen Forstakademien nicht gehalten werden, zur weiteren Ausbildung der Forstbediensteten in den Hilfswissenschaften wie in der Forstwissenschaft und Rechtskunde die Technische Hochschule Karlsruhe, jedoch längstens zwei Semester, besucht werden darf.

F. Rohrkolben-Verwertung.

Alljährlich wachsen in Teichen und Sümpfen die bekannten zylindrischen Fruchtstände der Rohrkolbenpflanze (*Typha latifolia* = breitblättrig oder *angustifolia* = schmalblättrig), die im Volksmund ganz verschiedene Bezeichnungen haben, als z. B. Narrenzepter, Bumsstulen, Rüssel, Zylinderpuffer, Schmachdusschen, Rohrpumpen und dergleichen mehr. Diese besonders von der Schuljugend beliebten Gewächse werden meistens achselig gepflückt und zu Spielereien oder Neckereien benutzt. Wenn sie reif sind und die behaarten Samen anfangen auszufliegen, so müssen sie, namentlich bei der Ernte, vorsichtig behandelt werden. Die behaarten Samen können, wenn sie in die Augen kommen, leicht Entzündungen hervorrufen. Seit Kriegsausbruch und der dadurch behinderten überseeischen Zufuhr von Rohstoffen hat die Rohrkolbenpflanze einen gewissen Wert erlangt, weil sie auf Grund patentamtlich geschützter Bearbeitungsmethoden gute Verwendung finden kann. Darum soll man die Rohrkolben schonen und die Samenstände erst, wenn sie naturreif sind, sammeln und an die bei den Gemeindeämtern zu erfahrenden Sammelstellen abliefern. Sie werden daselbst je nach Güte bezahlt. Die Hauptsammelstelle befindet sich bei Herrn Kommerzienrat Zieg, Dresden, der an alle Interessenten kostenlos Anleitungen über das Ernten und die sonstige Behandlung der Rohrkolben abgibt.¹⁾ Noch nicht völlig naturreife Kolben dürfen nicht gepflückt werden, weil diese für die gedachten Zwecke nicht verwendbar sind. Ein jeder, der mit sammeln hilft, macht sich, abgesehen davon, daß er Geld dafür bekommt, mit Rücksicht auf die mangelnde Zufuhr an Rohmaterialien vom Auslande um das Gemeinwohl verdient.

¹⁾ Wir haben uns diese Anleitung schicken lassen und daraus sowie aus dem Begleitschreiben des Herrn Kommerzienrat Zieg — Dresden, Welferichstraße 8 — entnommen, daß die Rohrkolben hauptsächlich in Zigaretten und Krankenhäusern Verwendung finden; wozu, wurde nicht näher angegeben. Die Ernte soll am besten von Mitte November an erfolgen. Die Kolben sollen mit Messer oder Schere vom Stengel abgeschnitten, sorgfältig getrocknet und ähnlich wie Zigarren in Holzkisten u. dgl. eingeschichtet werden; zum Ausfüllen leerer Räume in den Kisten ist zusammengeballtes Papier zu verwenden. Wachsen die Kolben in sumpfigen Gräben, so sind sie vom Grabenrand mit Hakenrost leicht zu erreichen; stehen sie dagegen in Teichen oder Sümpfen, so wartet man Frostmwitter ab oder benutzt Röhre.

D. Reb,

G. Zur Frage der Tötung wildernder Hunde durch Forstschutzbeamte.

Ein Forstkauffeher hatte einen Foxterrier, den er öfters wildernd in dem ihm unterstellten Revier gefunden hatte und dessen Herr bereits verschiedentlich auf das Jagen des Hundes aufmerksam gemacht worden war, als er wiederum unbeaufsichtigt jagte, erschossen.

Der Eigentümer des Hundes hatte von dem Forstkauffeher im Wege der Klage Schadensersatz wegen vorsätzlicher Tötung des Tieres verlangt, indem er geltend machte, der Beklagte sei nicht berechtigt gewesen, den Hund zu erschließen, es hätte vielmehr ein Schuß in die Luft genügt, um die drohende Gefahr, daß der Hund durch sein ferneres Jagen das Wild schädige, abzuwenden. Gegebenenfalls hätte ja der Beklagte auch Strafanzeige gegen ihn, den Kläger, erstatten können.

Das Amtsgericht war den Ausführungen des Klägers gefolgt und hatte den Forstkauffeher zur Leistung von Schadensersatz verurteilt; auf Berufung des Beklagten hat jedoch das Landgericht Gießen das angegriffene Erkenntnis aufgehoben und auf Abweisung der gegen den Forstkauffeher gerichteten Klage erkannt.

Der Kläger bestreitet selbst nicht, so heißt es in den Gründen, daß sich sein Hund bisweilen unbeaufsichtigt herumgetrieben haben könne, und es ist festgestellt, daß der Hund in zahlreichen Fällen im Wald nach Wild suchend, manchmal auch direkt jagend, umhergestreift ist. Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß der Hund des Klägers jemals Wild geangelt, beschädigt oder getötet hat, sondern es genügt die Tatsache, daß der Hund häufig jagend, d. h. nach Wild suchend, oder aufgeschrecktes Wild verfolgend in Feld und Wald sich herumgetrieben hat. Jeder erfahrene Jäger weiß, daß die fortgesetzte Beunruhigung eines Jagdreviers, mag sie auch nur durch einen einzigen störenden Hund geschehen, das Wild, namentlich das wertvolle Rehwild, allmählich vertreibt. Weiterhin steht es für jeden Kundigen außer Frage, daß der wildernde Hund — wenn es auch nur selten gelingen wird, hierfür einen Beweis zu erbringen — in dem für Menschen schwer zugänglichen Dickicht auch Wild ergreift und tötet. Man denke nur an die fest auf dem Neste am Boden brütende Fasanenhenne, an die trachtige, fest im Lager liegende Gans und namentlich an die zahlreichen Junghasen, die noch nicht die genügende Schnelligkeit besitzen, um sich dem verfolgenden Hunde durch die Flucht zu entziehen. Daß endlich der Hund, der einmal Gefallen am Jagen und Sitbern gefunden hat, wenn er unbeaufsichtigt durch Feld und Wald streift, stets nach Wild sucht und nicht etwa, um die Schönheiten der Natur zu genießen, quer durch Dickicht und Feld spazieren läuft, ist für jeden Hundekenner klar.

Wenn der Kläger Erhebung einer Strafanzeige gegen sich als ausreichendes Mittel zur Verhütung von Schädigungen durch seinen Hund bezeichnet, so ist das völlig unbeachtlich. Denn es ist doch fraglich, ob auf die Anzeige auch wirklich Bestrafung erfolgt wäre und ob eine Bestrafung den Kläger veranlaßt

haben würde, seinen Hund so zu verwahren, daß ihm Entschlüpfen unmöglich geworden sein würde. Ein Hund, dem die Jagdpassion rege ist, gibt sich ihr erfahrungsgehemmt immer wieder hin. Ebenso ungeeignet war im vorliegenden Falle die Abgabe eines Schreckschusses. Der Schreckschuß den wildernden Hund nicht von seiner Passion heilen; er höchstens bewirken, daß der Hund dem begegnenden Jäger flüchtig ausweicht.

Nach alledem war die Tötung des Hundes das einzige Mittel zur Abwendung der Gefahr geeignete und deshalb erforderliche Mittel. (Landger. Gießen, II. Bz., 19. V. 15, S. 228/229.)

A. Rabloff, Gerichts- u. Verwaltungs-Korrespondent

H. Tötung revierender Hunde.

X. hatte einen wertvollen auf dem Felde umherlaufenden Jagdhund erschossen und war deshalb auf Grund des Preussischen Landrechts bestraft worden. Das Oberlandesgericht Breslau wies seine Revision zurück. Aus den Gründen:

Der Frage anlangend, ob außer dem Forstbeamten auch ein Jagdgast ermächtigt ist, einen Hund zu erschließen, so ist die Zulässigkeit der Uebertragung des Jagdschusses grundsätzlich zu bejahen, jedoch nur dann, wenn eine ausdrückliche Ermächtigung des Jagdberechtigten vorliegt, die nicht schon durch die Jagdgesetze gegeben ist, daß dieser Fremden die Jagd gestattet hat. Der § 65 spricht nur von einem „Herumlaufen“ des Hundes. Allein aus dem Zusammenhang mit § 64 des Allgemeinen Landrechts und aus dem Zwecke der Vorschrift, das Jagdrevier zu schützen, ergibt sich, daß nur ein Herumlaufen in revierender Absicht gemeint ist, d. h. zu dem Zwecke, das Wild aufzusuchen und zu verfolgen. Es muß verlangt werden, daß die Tötung erst erfolgt, wenn der Hund reviert und nur solange, als er reviert, nicht aber, nachdem er reviert hat. Die Tötung soll ein Vorbeugungsmittel sein; die Befugnis zur Tötung erlischt also, wenn eine Beunruhigung des Wildes nicht mehr anzunehmen ist. Der Angeklagte beruft sich auf § 228 BGB. „Wer eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, um eine durch sie drohende Gefahr von sich oder einem Anderen abzuwenden, handelt nicht widerrechtlich, wenn die Beschädigung oder die Zerstörung zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zur Gefahr steht. Hat der Handelnde die Gefahr verschuldet, so ist er zum Schadensersatz verpflichtet.“ Allein diese Gesetzesbestimmung kann ihn nicht entschuldigen, denn der Hund war im Begriffe, das Jagdgebiet zu verlassen, er bedrohte daher nicht mehr den Wildstand; endlich stand sein Wert bei 200–400 Mk. außer jedem Verhältnis zu der Gefahr, aus der Beunruhigung des Wildes durch den Hund drohte.

Sächsl. Korrespondenz, G. m. b. H. in Leipzig, Querstraße 18.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Dezember 1916.

biologische Annäherungen, insbesondere bei Leporiden und Sciuriden.

neue Studien über Hasen, Kaninchen, Eichhörnchen. Veränderte Lebenserscheinungen und ihre Erklärung. Zugleich kritische Bemerkungen zur Behandlung der Mager der Neuaufgabe von Brehms Tierleben.

Von Wilhelm Schuster, Pfr.

Gemeiner Hase. — *Lepus Europaeus* Hall. — *L. timidus* L.

Feld-, Wald- und Buschhase. Warum verschwindet der Waldhase mehr und mehr?

Es ist keine Frage, daß dieser Tatbestand vorliegt. Man findet ihn wiederkehrend in Jagdzeitschriften angegeben; zuletzt las ich in „Zwinger und Feld“ vom Verschwinden der Waldhasen. Aus Waldhasen werden Buschhasen, ja Feldhasen.

Der Unterschied zwischen Wald-, Busch- und Feldhasen ist in Brehms Tierleben IV. Aufl. zur Genüge angegeben.¹⁾ Feldhase: geht nie in den Wald, auch bei Tage nicht, liegt selbst im Winter stets auf freiem Feld. Buschhase: wechselt regelmäßig zwischen Wald und Feld, liegt bei Tage in ersterem, rückt abends ins Feld, zieht morgens zu Holze und macht nur zur Zeit des ihn erschreckenden Blätterfalls eine Ausnahme davon. Waldhase: stets im Walde. „Der Feldhase“, sagt der österreichische Jägermeister Wöber, „ist ein Vagabund, der, wenn es

¹⁾ Geistreicher als der alte Brehm ist der neue (Tierleben, IV. Aufl.), wenn auch die sehr ausgiebige Benutzung von Jägerzeitungen zunächst ein gewisses unbehagliches, wenn nicht misstrauisches Gefühl beim Nachlesen des Textes erweckt (der Gedanke an „Batein“ liegt immer etwas nahe). Typisch ist die Behandlung des Hasen; beim gründlichen Durchdenken obiger Frage fiel mir zunächst auf, daß bei der Verbreitung des Hasen, zur Erörterung obiger Begriffe, 60 Zeilen in den Text des alten Brehm eingeschoben wurden, mit einem Urteil von Jägers beginnend (der dieses Thema, wie so viele andere, zuerst gründlich durchdacht zu haben scheint) und der Bemerkung eines „Ortskundigen“ der „Deutschen Jägerzeitung“ schließend. Tatsächlich haben die Beschreibungen von Hase und Kanin den Wert von Monographien, wie es im Vorwort heißt.

ihm gerade einfällt, zu jeder Stunde des Tages nach Genossen sucht, mit ihnen balgt, der keine Mahlzeit, keinen Wechsel einhält, der sich sein Lager nach Gefallen heute da und morgen dort bereitet, mit wenigen Worten gesagt: ein Sumpfenleben führt. Der Waldhase hingegen hält stets seinen Wechsel, schiebt sich stets in das gleiche Lager ein, sofern er nur in Ruhe gelassen wird, und rückt, dem Rehe gleich, zu bestimmten Stunden des Morgens und Abends auf Aesung aus. . . Der Waldhase ist scheuer, vorsichtiger als sein Bruder im Felde und hat alle Gewohnheiten anderer Waldtiere angenommen“. Der charakteristische Unterschied steht also fest.

Die deutschen Hasen müssen ehemals durchweg Waldhasen gewesen sein. Denn das Germanien des Caesar und Tacitus war ein Waldgebiet. Hasen waren damals in Deutschland vorhanden. Ueberhaupt legt uns die Untersuchung der oben gestellten Frage weitere Fragen nahe: Wo kommt der Hase her? War er ursprünglich Feld- oder Walddier? Mit Brehm, vielmehr den Bearbeitern der neuen IV. Auflage (Geck, Hilzheimer — der alte Brehm enthält den betreffenden Passus nicht —) bin ich der Ansicht, daß der Hase gleich anderen Nagern seiner ursprünglichen Art nach Steppentier ist und von Osten einwanderte (Brehms Tierleben, IV. Aufl., Bb. 11, S. 86). Nun vermute ich aber, daß er nicht erst nach der Eiszeit, sondern in Steppenzeiten zwischen den Eiszeitperioden oder unmittelbar darnach bei uns einwandert ist. Denn nur so würde ich mir erklären können, wie er sich als Steppentier allmählich — mit dem Auftreten des Waldes — an den Wald gewöhnen konnte, und dieser war ja dann hernach, in geschichtlicher Zeit und noch im Mittelalter bis in die neuere Zeit, die hergebrachte Vegetation auf deutschem Boden.

Wenn es nun Tatsache ist, daß die eigentlichen Waldhasen im neuen modernen Deutschland zu einer Seltenheit geworden sind, d. h. aus den typischen Waldhasen neuerdings mehr und mehr Buschhasen (Uebergangsform!) und Feldhasen geworden sind, so läßt sich folgendes feststellen: Es waren die Waldhasen besonders zarte Tiere, die bedeutend mehr Deckung

brauchten, mehr Deckung gegen Witterung, widrige Temperatureinflüsse, Kälte. Die veränderten neuzeitlichen Verhältnisse, die zu ihren Gunsten ausfallen, machen diese Deckung nicht mehr so nötig wie früher. Ich weiß nicht, ob ich richtig verstanden werde und will mich in Kürze noch näher auszudrücken versuchen. Wir erleben seit Jahrtausenden, daß die Eiszeitfortsetzung (unsere Zeit) immer mehr abflaut und in den Zustand vor der Eiszeit zurückflutet, sich also der ehemaligen (weiter zurückliegenden) Tertiärzeit wieder annähert. Mildere Winter und dgl.! Der Hase kann den Schutz des Walbes vor Wind und Wetter entbehren. Darum entzieht er sich ihm. Denn es muß ehemals dem charakteristischen scheuen Steppentier äußerst schwer geworden sein, sich an den Wald zu gewöhnen; um so leichter muß es ihm jetzt werden, wenn es ihm günstige Verhältnisse erlaubten, zum Normalhasen, zum Steppentier sich zurückzubilden. Hand in Hand damit geht die Erscheinung, daß der Hase sich in der Neuzeit ungeheuer stark vermehrt hat; denn Europa ist ja zur förmlichen Kultursteppe — auch dies unter Einfluß wiederkehrender tertiärzeitähnlicher Verhältnisse! — geworden; 200 und 300 Hasen werden jetzt in Revieren geschossen, wo noch vor 50 Jahren nur 20 oder 30 Hasen zur Beobachtung kamen (z. B. in Ostpreußen, Ludwig Dach). Daß der Hase seiner ganzen Natur nach absolut nicht in den Wald gehört, beweist die Tatsache, daß der sogenannte Waldbase bei dem herbstlichen Blätterfall fortgesetzt schreckt, dadurch aus dem Laubwald ins freie Feld oder in den Nadelwald vertrieben wird; aber auch aus letzterem muß er nach der Beobachtung des Oesterreichers Wöber flüchten, wenn im Winter und beginnenden Frühling bei eintretendem Tauwetter die Eiszapfen und Schneeteilchen von den Baumzweigen zur Erde niederfallen und ihn furchtbar erschrecken.

II. Eichhörnchen. — *Sciurus vulgaris* L.

Beim **Eichhorn** macht sich eine parallele Erscheinung geltend. Es verzichtet allmählich mehr und mehr auf die Winterruhe. Ehedem artete die Winterträchtigkeit in einen Winterschlaf von kürzerer oder längerer Dauer aus. In den jetzigen milden Wintern aber sieht man es allerorten lebhaft sich bewegen. Im Januar des letzten Winters beobachtete ich Tag für Tag das lebhafteste Treiben der Hörnchen am Glambek-See bei Stettin, wo sie sich auf dem Boden umhertreiben und über die Wege laufen, als wäre es im schönsten Herbst. Dabei liegt Stettin doch immerhin schon ziemlich weit nördlich, auf dem 53° nördlicher Breite.

Die Tatsache der Winterregsamkeit ist um so auffallender, als die Sciuriden außerordentlich empfind-

lich gegen die Einflüsse der Witterung sind. Ich zeichne darum die Abänderung ihrer Lebensgewohnheit — genau wie die Umwandlung des Waldbasen in Busch- und Feldhasen, die Verwandlung der Kaninchen aus Höhlentieren in Freilandbewohner, wovon noch Rede sein wird — als eine biologische Umwandlung ersten Grades. *Sciurus vulgaris* ist ein „Thermometer der Natur“. Wie die Syrphiden-Fliegen (bei Heilbronn zur Zeit namentlich *Syrphus pyrausta* sowie *Volucella*) und wohl auch der Turmfalk bei Nütteln einen ganz bestimmten „Anemotropismus“ an den Tag legen, so möchte ich dem Eichhörnchen einen „Thermotropismus“ d. h. Wärmeeuwendung zuschreiben. Ludwig Heß und Max Hilzheim bemerken in dem von Prof. Dr. O. zur Straßte herausgegebenen Brehms Tierleben ganz richtig: „... noch viel mehr aber scheuen sie Regengüsse, heftige Gewitter, Stürme und vor allem Schneegestöber. Ihr Vorgefühl der kommenden Witterung läßt sich nicht verkennen. Schon einen halben Tag bevor das gefürchtete Wetter eintritt, zeigen sie Unruhe durch beständiges Umherpringen auf den Bäumen und ein ganz eigentümliches Pfeifen und Klatschen, das man bloß bei größerer Erregung von ihnen vernimmt. Sobald die ersten Vorboten des schlechten Wetters sich zeigen, ziehen sie sich in ihre Nester zurück, oft mehrere in ein und dasselbe, und lassen, das Ausgangsloch an der Wetterseite sorgfältig verstopfend und behaglich in sich zusammengerollt, das Wetter vorüberstoben.“

Im neuen Brehm finde ich keine Angabe über die merkwürdige Abänderung der Lebensgewohnheit des Eichhörnchen. Band 11 Seite 549 ist nur eine Notiz meines Bruders Ludwig Schuster mitgeteilt — und für unsere Erörterung ist dies ja auch recht bezeichnend und wertvoll —, daß Eichhörnchen im Winter 1900 im Vogelsberg — im „rauen, kalten“ Vogelsberg! — und zwar in einem Fichtenbestande vergrabene Nüsse recht gut aufzufinden vermochten. Im allgemeinen ist ja das Gegenteil der Fall; die größere Menge der von ihnen geborgenen Reichtümer geht ebenso wie die versteckten Eichelhäferschätze den Tieren selbst verloren, dienen anderen Tieren zur Nahrung oder bilden die Keime zu neuem pflanzlichem Leben. Die weitere Notiz in Brehms Tierleben, IV. Aufl.: „Ein schlechter Herbst wird für sie gewöhnlich verderblich, weil sie in ihm die Wintervorräte aufbrauchen; folgt dann ein nur einigermaßen strenger Winter, so bringt er eine Unzahl von ihnen den Tod; manche Speicher werden vergessen, zu anderen verwehrt der hohe Schnee den Zugang, und so kommt es, daß die münteren Tiere geradezu verhungern, hier liegt eins und dort eins tot im Nest oder fällt entkräftet vom Baumwipfel herunter.“ und Edelmarder und Bobel haben es noch leichter als

ist, ihre Hauptnahrung zu erlangen" — diese Notiz zwar richtig, aber jetzt doch schon ziemlich veraltet, die Notiz älteren Stiles fürs ältere Deutschland.¹⁾ trifft für unsere moderne wärmere Zeitperiode am noch zu. Die nördliche Erdhemisphäre hat sich infolge der Erdbendulation in eine klimatisch günstigere Weltlage gestellt. „Strenge“ Winter — vacant!

L. Kaninchen. — *Oryctolagus (Lepus) ouniculus* L.

Schon oft habe ich Beweise wiederkehrenden tertiär-tätähnlichen Tierlebens mitgeteilt.²⁾ Das Kaninchen

¹⁾ Weit aktueller sind die immerhin wohl wertvollen Mitteilungen, die über die „Kriegsberwendung“ der Sciuriden und überhaupt der Nagetiere von zutändiger Seite gegeben werden. In einem längeren Aufsatz in Nr. 5, 1916, der „Forstlichen Wochenschrift Silva“, Tübingen, stellt und beantwortet Prof. Dr. Karl Schrein, Eberswalde, die Frage, ob und inwieweit dem Futtermangel unserer Haustiere auch durch Mägen des Forstschuges wenigstens zu einem kleinen Teil abgeholfen werden könne. Er findet die Möglichkeit hierzu in der Verwertung der Forstschädlinge aus dem Reiche der Säugetiere, Vögel und Insekten. Die Vorteile dieser wirtschaftlichen Verwertung sollen nicht nur dem Forstpersonal, sondern auch den aus Gemeinden herangezogenen oder sich anbietenden Hilfskräften zuteil werden. In Betracht kommen folgende Gattungen:

1. Das Eichhörnchen. Der Abschluß der Eichhörnchen ist von dem im Revier verbliebenen Forstschugsbeamten sehr zu betreiben. Das Eichhörnchen ist wie das Kaninchen in der Küche zu verwerten; wer dies nicht will, soche das Fleisch und füttere seine Hühner damit, die für Fleischnahrung sehr empfänglich sind. Auch die Eingeweide sind zu kochen und den Hühnern zu geben, nachdem der Darm in längere Stücke zerschnitten und entleert ist. Man gebe den Hühnern gleich nur in kleinen Brocken, da sie größere Stücke nicht verschlucken und im Sande verkommen lassen. Der Abschluß der Eichhörnchen hat möglichst noch in der Winterzeit zu geschehen. Das Abbalgen erfolgt genau wie das Streifen eines Marders. Die getrockneten Felle sind zu sammeln und zum Verkauf bereit zu halten.

2. Mäuse. Alle Mäuse, einerlei welche Art es ist, ob langschwänzige Mäuse oder kurzschwänzige Wühlmäuse, sind leicht zu vergiften, sondern in Fallen zu fangen. Die Mäuse werden mit Gift und Haaren gekocht, zerhackt und den Hühnern gegeben oder gekocht, aber unzerkleinert den Schweinen vorgeworfen. Seitdem man gelernt hat, die Mäuse mit Schwefelkohlenstoff und Typhusbazillen zu bekämpfen, ist der Gebrauch von Fallen in Feld und Wald eingestellt. Man wird sich zurückgreifen. Verfasser hat mit gewöhnlichen Mausefallen, wie man sie in verschiedensten Konstruktionen überall finden kann, im Walde große Ausbeute gemacht.

3. Ratten. Wenn die Wanderratte auch nicht zu den wirklich schädlichen Tieren gehört, so soll sie hier doch erwähnt werden. Auch sie muß verwertet werden als Hühner- und Schweinefutter, aber — und darauf sei ausdrücklich aufmerksam gemacht — nachdem sie bis zum Zerfallen weich gekocht ist, weil sie unter Umständen der Träger von Trichinen sein kann. Selbstverständlich dürfen vergiftete Ratten nicht verwertet werden; auch sie sind in Fallen zu fangen.

²⁾ Einige Detailangaben macht mit Beziehung auf die Vogelwelt das „Illustrierte österreichische Jagdblatt“ (Brünn).

ist ein Kronzeuge erster Güte. Es wird eine totale „Abänderung der Artgewohnheit“ bemerkt. Diese wird als „weitausholende, unsere ganze Naturanschauung berührende Frage“ richtig eingeschätzt von den Neubearbeitern von Brehms Tierleben (IV. Aufl. Band 11 S. 32), die auch anerkennen, daß mein Bruder Ludwig Schuster neben Hugo Otto zuerst auf die biologischen Umwälzungen aufmerksam gemacht hat: Das Kaninchen ist aus einem Höhlentier zum Freilandbewohner geworden. Im Mainzer Becken namentlich kann man beobachten, daß das Kaninchen vielfach gar nicht mehr in Höhlen wohnt, im Waldgebiet fast durchweg nicht mehr. Erfolgreiche Walddreibjagden bei Schnee beweisen, daß die Kaninchen trotz Schnees ihre Baue nicht bezogen haben. Andererseits wieder erfolgloses fünfständiges Frettieren im Februar bei „schlechtem“ Wetter; es sprang auch nicht ein einziges Kaninchen vor dem Frettchen, alle Baue waren leer, dagegen trieben die Frettierer öfters Kaninchen unter dem Gebüsch und Strauchwerk hervor. „Aus alledem ergibt sich, daß das Kaninchen zum Schutze gegen die Witterung den Bau gar nicht mehr bezieht; eine andere Veranlassung, einen Bau aufzusuchen, hat es aber nicht“ (Ludwig

So berichtet es 1907, daß die Sumpfschnepfen in Deutschland überwintern und dazu auch wieder häufiger geworden sind (S. 117, A. Butow). Nr. 3 1908 meldet: „Unter den Wintergästen (1907/08) zählte auch diesmal die Waldschnepfe, was uns ein Beweis dafür ist, daß der Vogel in einer gewissen Eingewöhnung bei uns steht. Man will das nicht gut haben, denn durch diese Tatsache verurteilt sich immer mehr der „Schnepfenstich“, das heißt das Erlegen des Vogels im Frühjahr auf dem Anstande“ (wo wir bekanntlich unsere eigenen Brutschnepfen erschießen).

Selbst Laien in ornithologischen Dingen ist dies aufgefallen, denn in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 16. April 1908 schreibt ein solcher: „Bei warmem Herbstwetter und milder „offener“ Wintertemperatur treibt sich unser Kängarnabel, dessen eigentliche, ursprüngliche Heimat die Tundra ist, ziguernd da und dort herum, solange der Boden nicht gefriert und der biegsam weiche Stecher nach reichlich vorhandener Nahrung wurmen kann. Daher besonders in den letzten beispiellos milden Wintern die große Zahl Lagerschnepfen in fast ganz Deutschland, Lagerschnepfen, die größtenteils bei uns überwinterten, während nur eine verschwindende Minderheit den Donauauen, dem mediterranen Gebiet, der Levante zustrebte. Ist jedoch der Winter weniger gnädig, tritt plötzlich Vorfröste ein, so ist denn auch die ganze Gesellschaft im Nu verschwunden. Mit der gleichen, man möchte sagen, „Saunenhaftigkeit“ vollzieht sich, besonders merklich im Rhein- und Elbetal, die Rückreise. Auch bei dieser Gelegenheit pflegt Scolopax sehr selten „zieltreibig“ zu reisen; meist geht die Fahrt etappenweise vor sich, so daß häufig die bereits eintretenden Natterjorgen unseren Gulentopf zwingen, Station zu machen, ehe noch das eigentliche, ursprüngliche Reiseziel erreicht ist“. Das letzte bestreite ich insofern, als die Waldschnepfe wirklich bei uns endemischer Vogel ist, das heißt ein alteingesessener Brutvogel, der nur nicht leicht beobachtet wird.

Schuster). Hier finden wir deutlich den Grund angegeben, warum das Kaninchen Baue anfertigte: Zum Schutz gegen die Witterung („andere Veranlassung hat es nicht“, denn Feinde hat es z. B. im Mainzer Becken kaum und seine gefährlichsten Feinde können es ebensogut unter die Erde verfolgen wie über dieser, z. B. Frettchen, Wiesel). Nicht aber ist im obigen der Grund angegeben, warum es jetzt Freilandbewohner geworden ist. Die Beobachter finden alle natürlich etwas sehr Merkwürdiges dabei, auch z. B. „Feld“ (1909), wenn in dieser Zeitschrift erklärt wird, daß in schottischen Hochmooren Kaninchenwürfe über der Erde in Grassbüscheln gefunden wurden, daß bereits „viele derartige Fälle“ bekannt seien, aber als ungewöhnlich, merkwürdig angesprochen werden müßten. Und doch ist gar nichts besonders Merkwürdiges daran, wenn man den näheren Zusammenhang nachgeht. Die wahren Gründe sind die veränderten Luft-, Temperatur-, Klima-, Witterungsverhältnisse. Die angebrochene „wiederkehrende Tertiärzeit“ (W. L.) gestattet dem Kaninchen, zum Freilandbewohner zu werden. Oder richtiger muß man vielleicht sagen: Wenn das Kaninchen jetzt Freilandbewohner ist, beweist dies doch, daß auch die Witterung eine andere geworden ist (gegen die schlechte Witterung hat ja das Kaninchen früher die Höhlen angelegt); das beweist diese Tatsache im Zusammenhang mit allen anderen gleichen oder ähnlichen Erscheinungen, denn der andere Schluß, der auch zulässig wäre, daß nämlich das Kaninchen von sich aus ohne Grund anders geworden sei, ist deswegen nicht zu gebrauchen, weil dann merkwürdigerweise sich alle anderen Tiere, bei denen gegenwärtig Veränderungen beobachtet werden, ohne gemeinsame Ursache verändert haben müßten, während in Wirklichkeit ein genereller Grund, der allen Erscheinungen zugrunde liegt, ohne merkwürdige Umkehrweise die Sachlage ganz natürlich erklärt. Hätte das Kaninchen sich allein verändert, so würde man eben mit gutem Grunde sagen können: Die Veränderung hat individuelle Gründe. Tritt sie ganz allgemein auf, so muß doch eine gemeinsame Unterlage vorhanden sein, beziehungsweise die Veranlassung gegeben haben. Auf diese gemeinsame Veranlassung, die **wiederkehrende tertiärzeitähnliche Zeitepoche**, lassen alle Teilerscheinungen schließen. — Die Verwandlung des Kaninchens aus einem Höhlentier zu einem Freilandbewohner schildert für den Niederrhein Hugo Otto-Mörs. Am Niederrhein gibt es eine Menge geradezu idealer Kaninchenreviere, wo es weder an passendem Baugebilde noch an reichlicher Nahrung gebricht. Trotzdem sieht man die Kaninchen dort andere Vertikalitäten besiedeln, die für ihre natürlichen, angestammten Lebensgewohnheiten „weniger geeignet erscheinen müssen“

(diese Ausdrucksweise ist der alten Denkform angepasst; warum müssen sie „weniger geeignet erscheinen“, wenn die Kaninchen dabei ebenso existieren?!). So bewohnten sie in der Dürre des Sommers 1904 „selbst Sumpfgelände, dicht mit Röhren und Schilf bewachsen“, und „auch nach der Dürre, als sich längst wieder die gewöhnliche Wassermenge eingestellt hatte, konnte man sie dort noch beobachten“. Hochinteressant ist nun, daß am Niederrhein, wie aus den Mitteilungen schließen darf, die Kaninchen aus ihrer veränderten Lebensweise noch nicht alle Vorteile gezogen haben, wie etwa am Mittelrhein im Mainzer Becken. Hier nämlich haben sie direkte Vorteile von der Veränderung; sie sparen u. a. die mühselige Grabarbeit. Am Niederrhein aber hat sich der Fortschritt noch nicht allen Zeitverhältnissen angepasst, es ist noch eine bestimmte Waghalsigkeit damit verbunden, wenn dies zutrifft, was Otto behauptet: „Ihre bei trockener Witterung angelegten, kurzen Baue zur Ausnahme der Nachkommenschaft werden leicht beim ersten heftigen Gewitterregen oder bei anhaltenden Niederschlägen so unter Wasser gesetzt, daß die Jungen erlaufen. Nicht selten findet man später die Jungenbaue solcher Kaninchen auf hochgelegenen Feldern“. Auch hier werden sich die Kaninchen den Orts Umständen noch anpassen in weiter fortschreitender Entwicklung und sie werden davon Nutzen haben, genau wie im Mainzer Becken. Aber festgehalten so dabei immer werden: Gar nicht einmal speziell auf den Nutzen reflektiert letzten Endes die Umwandlung, sondern sie tritt ein, weil sie eintreten muß. Die Kaninchen „halten es gewissermaßen im Bau nicht mehr aus“. So muß die Veränderung eintreten, ja sie mußte es wohl, auch wenn die Art Schaden davon hätte und unter Umständen untergehen würde. Es vollzieht sich alles unter dem Motto: „Wiederkehrende Tertiärzeit“! Dieser Begriff ist von mir geschaffen.

IV.

Ich füge vorstehenden Ausführungen einen weiteren allgemeinen Teil an. Meine Leser wissen vielleicht, daß ich den gewaltigen, die Tierwelt tatsächlich revolutionisierenden **Veränderungsercheinungen der Gegenwart** ein umfangreiches Buch widme, an dem ich zur Zeit arbeite, worüber ich schon verschiedentlich Mitteilung gemacht habe und zuletzt auf Veranlassung des bekannten Astronomen Direktor Archenholz bei meinem Vortrag in der Berliner „Tryptom Sternwarte“ am 6. Mai 1916 (voraussichtlicher Titel des Wertes: „Die Veränderung der Arten. Bd. 1: Revolutionierung der Vogelwelt infolge wiederkehrender tertiärzeitähnlicher Tierlebensverhältnisse. Bd. 2: Biologische Umwälzungen im Säugetier-, Fisch-, Amphibien-, Insektenreich in der Gegenwart“). Ich bin schon

das Thema zu sprechen gekommen in meinem
Vogeljahr, 20 Jahre Vogelbeobachtungen aus
meinem Vogelforscherleben in Deutschland, Oesterreich
und allen angrenzenden Ländern Europas" (Korneu-
berg, Verlag Julius-Rückhoff, Preis 5 Mk.)¹⁾. Frei-
lich nur dem Eingeweihten werden diese Veränderungen
der gegenwärtig existierenden Lebewesen sichtbar und
bekannt; für diesen jedoch ist es eine Lust, den grund-
legenden Erscheinungen nachzugehen, sie zu erkennen
und zu verfolgen, — eine „Lust zu leben“ und zu
verstehen; denn beide sind in diesem Falle eins.

Mein Rärtchen Fig. I
anschaulicht die Ver-
breitung des Feldhasen
und des Eichhörn-
chens. Unser Hase
bewohnt ein verhältnis-
mäßig kleines Gebiet,
europäisches Wald- und
Kulturland; und es ist
noch merkwürdig, daß
in Verbreitungskärtchen
des Weizens etwa genau
dieselbe Fläche bedeckt
würde wie das

bisherige Skizze (mit einer weiteren Ausladung nach
Osten), worauf m. W. bisher niemand aufmerksam
gemacht hat. Zugleich zeigt hier mal eine Karte, daß

¹⁾ Hierüber urteilt Staatsanwalt Bacmeister-Hell-
mann: „Es ist wohl kein Gebiet der Ornithologie, das hier
nicht klar- oder ausführlicher behandelt wird: das Angro-
phen, Verunst und Instinkt, Nest- und Brutgeschäft, Eheleben,
Schupfbuna, Brut- und Schlafstätten, Albinismus, Verbrei-
tung, bis alles und noch mehr wird in anregender und geist-
voller Weise behandelt. Es versteht sich von selbst, daß auch
die Sympathie des Verfassers nicht unerwähnt bleibt: die
von ihm aufgestellte Lehre, daß ornithologische
und entomologische (Entomologie das ist Insektenkunde)
Anzeichen für die Wiederkehr einer tertiärzeit-
lichen Verbreitung der Vogel- und Tierwelt über-
haupt vorhanden sind, daß wir mit anderen Worten einer
wärmeren Zeitperiode entgegengehen, welche eine Umwälzung
im biologischen Charakter unserer Vogelwelt und ebenso auch
in der geographischen Verbreitung der Arten heraufzuführen wird.“
Hieran kann hier des näheren nicht eingegangen werden. So-
wohl ist aber zu sagen, daß Schuster diese seine These
mit so reichhaltigem Beweismaterial im bespro-
chenen Buche und anderen Orten belegt hat, daß
ihm beläufig ist. — Mit dem bisher erwähnten ist
aber das Buch noch nicht erschöpft. Es ist ihm noch ein Bil-
deraal der Ornithologen beizufügen, der in gut getroffenen Ab-
bildungen die wichtigsten Forscher der Vogelkunde mit je einem
kurzen Abriss ihres Lebens und ihrer Bedeutung für die Wissen-
schaft bringt. Und endlich sind noch dem Werke eine statistische
Anzahl wohlgefügener und charakteristischer Vogelbilder bei-
gegeben. Erwähnen wir noch zum Schluß, daß der Ver-
fasser in der Einleitung seines Buches in pietätvoller Weise

die neue Nomenklatur von Brehms neuestem Tierleben
(IV. Aufl.) mit „europaeus“, nach Gadow in
Bronns „Klassen und Ordnungen des Tierreichs“
durchgeführt streng nach dem Prioritätsgesetz — somit
älteste Nomenklatur! —, von Pallas mit ebenso
viel Recht gewählt wurde wie das bisher gebräuchliche
Binnesche „timidus“ (unser Hase ist ebenso furchtsam
wie spezifischer Europäer)¹⁾. Um die Sache interessant
und noch anschaulicher zu machen, füge ich die Ver-
breitungskarte der Fasänen bei. Was ich auch vom
Feldhasen glaube, ist mir bei den Fasänen ganz un-

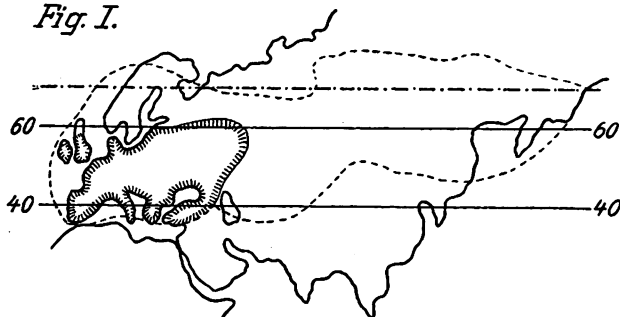
zweifelhaft gewiß: Daß
die Eroberung der
kälteren Teile unse-
rer Erde erst in neue-
rer Zeit stattgefun-
den hat und noch nicht
abgeschlossen ist. Bei den
Fasänen ist dies ganz
offenkundig. Denn der
ganze graue Batschen
von der Küste des
Marmarameeres, Dar-
danellen und Hellespont
bis England und Süd-

Schweden ist erst in allerneuester Zeit, wahrschein-
lich erst ungefähr seit dem Mittelalter und in der
Hauptache gerade erst im vorigen Jahrhundert hin-
zugekommen. Die Fasänen haben sich Europa auf
Schusters Rappen vom Balkan her erwandert, sind
auch ausgelegt worden, haben aber auch in Ostasien
einen Vorstoß nach Norden gemacht, wie figura zeigt.
Wie unvergleichlich ruhig hebt sich dagegen die in sich
geschlossene Ellipse der Sprosser- bzw. Nachtigall-
verbreitung ab (vergleichsweise eingezeichnet)! Auch
die Verbreitung des Eichhörnchens kennzeichnet sich

ein Bild seines verstorbenen Vaters (Pfarrers in Frischborn-
Vogelsberg), eines Vogelfreundes von echtem Schrot und Korn,
entworfen hat, so ist es durchaus berechtigt, wenn wir diese
neue Arbeit Wilhelm Schusters als eine überaus reichhaltige,
anregende und wertvolle bezeichnen.“ — Ich lasse diese Worte,
ausdrücklich sei es bemerkt, hier nicht wiederholen, um pro
domo zu reden (bitte auch betreffs der Bobeserhebungen, von
denen ich absolut kein Freund bin, um Entschuldigung), son-
dern um das Urteil eines gewiegten Tierkenners und vortref-
lichen Ornithologen zur Geltung kommen zu lassen.

²⁾ Vielleicht schwebte manchem die Frage auf dem Mund:
Wie kann diese Nomenklatur die älteste sein? Pallas
lebte doch 1741—1811 und der nordische Pastorssohn Binné
schon 1707—1778. „Da staunt der Late“ und der Fachmann
wundert sich nicht. Binné benannte mit timidus seinen
skandinavischen Schneehasen (so auch im neuen Brehm), nicht
unsern Feldhasen Lepus europaeus. Ebenso wird sich auch
noch mancher altergraute, ehrwürdige Weidmann daran ge-
wöhnen müssen, das umständliche Oryctolagus cuniculus L.
(Kaninchen) zu lesen statt Lepus cuniculus L.

Fig. I.



Verbreitungsgebiet des Hasen —————
Verbreitungsgebiet des Eichhörnchens - - - - -

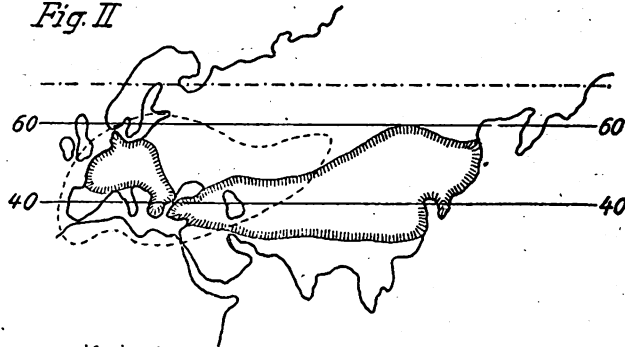
Bez. vom Verfasser.

durch eine ähnliche, nur länger gestreckte und höher in den Norden reichende Ellipse. Ich vermissе diese so sehr instruktiven Rätchen im neuesten Brehm. Soviel aber steht mir jedenfalls fest: Viele Tiere sind in ihrem Areal noch nicht stabil, und manche Arten heute weniger als je. Dahin darf man ruhig auch die Wanderzüge der Mäger (Remmings, Ratten) auslegen. Hasen hat man in Scharen von 5–600 Stück wandernd getroffen. „Wasserratten, Eichhörnchen, Hasen, ja sogar Siebenschläfer — also auch echte Winterschläfer — machen sich ins Sibirien scharenweise zu gelegentlichen Wanderungen auf“ (Middendorf). „Auf der Laimyrhalbinsel scheint der Anstoß namentlich durch starke Winterkälte veranlaßt zu werden, wobei die Tiere sich von den höheren Lagen der Bergzüge in niedere ziehen. Die Parallele zu den Quadvögeln liegt auf der Hand. Noch ist die Blutwärme nicht ausreichend, auch der stärksten Kälte zu trotzen“ (Simroth¹⁾).

Ganz eigentümlich ist die Rolle, welche die Kaninchen des Gonsenheimer und Budenheimer Waldes im

¹⁾ Wie ich über die Simrothsche These urteile, habe ich an anderer Stelle („Geisteskampf der Gegenwart“ 1916) folgenhermaßen fixiert: Die Entwicklung des Lebens und seiner Formen erklärt viel besser als Darwins Zuchtwahllehre eine neue Theorie, die ein deutscher Gelehrter, Simroth, an die Stelle des Darwinismus gesetzt hat: Die Erdbendulationstheorie. Die Metaphysik Simrothsche Erdbendulation schaltet den typischen Darwinismus vollständig aus, indem sie eine Verschiebung der Tierwelt bald in wärmere, bald in kältere Raue, und damit ihre Umwandlung nachweist. Der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Simroth sagt selbst auf S. 37 seines biden Werkes „Die Erdbendulationstheorie“ (Leipzig 1907) bei der Abschätzung seiner These in ihrem Verhältnis zu Darwins These: „Der Kampf ums Dasein erscheint jetzt weniger als ein Konkurrenzkampf der verschiedenen Beweisen untereinander, wiewohl vereinzelt beglaubigte Beispiele von der Ausrottung einer Pflanze oder eines Tieres durch ein anderes vorkommen, er wird jetzt viel mehr unter den Gesichtspunkt der klimatischen Ursache gerückt. So ordnen sich die Einzelfaktoren des Darwinismus ohne weiteres unter: ein kosmisches Gesetz, das der Stellung der Erde zur Sonne, tritt für sie ein.“ Die Erklärung der Entwicklung durch ein Weltgesetz, ein kosmisches, erscheint uns jüngerer Forschern viel natürlicher als der typische Darwinische struggle for life. Die Ent- oder Auswicklung der Tierwelt, die für jeden klar Widenben eine Tatsache ist, kam zustande durch die Verschiebung der Tierwelt bald in kältere, bald in wärmere Erdlagen.

Fig. II



Verbreitungsgebiet der Fasanen —————
Verbreitungsgebiet der Nachtigall/Schwarz - - - - -

Gez. von Frau Dr. B. A. Schuster, geb. Freiln von Forstner.

warmen Januar 1913 spielten oder vielmehr nur der einen Nacht vom 12. auf den 13. Januar, vorübergehend verhältnismäßig hoher Schnee gefallen war. Die Kaninchen im Mainzer Becken hatten nämlich auffallender Weise weder durch die große Sommerhitze 1911 („Blutjahr“), noch durch die anhaltende Kälte 1912 („Blutjahr“) im geringsten gelitten¹⁾. Im Sommerwärme bezw. auffallende Hitze 1911 schaden dem Tier deshalb nicht, weil es sich bei möglichst warmer Wärme offenbar wohl fühlt, was darauf schließen läßt, daß der Ausgangspunkt seiner geographischen Verbreitung mehr im Süden Deutschlands oder südlich von Deutschland als nördlich von unseren Breitegraden liegt. Die Kälte 1912 hat dem Kaninchenbestand wohl sicher geschadet, wenn sie sich im Mainzer Becken mehr geltend gemacht hätte; die warmen Sandbecken sind bekanntlich unter der Kälte 1912 nicht sonderlich gelitten. Im warmen Winter 1912/13 aber hatten die Kaninchen genug junges, saftiges Grün zu fressen, da ja die Pflanzenwelt so ungewöhnlich früh ausgetrieben hatte (z. B. die Stechpalmensträucher, die in den Wäldern des bergisch-märkischen Landes und bei Heilbronn bereits Anfang Januar 1913 die typischen Frühlingstriebe herausgestoßen, die bekannten zwei zarten hellgrünen Blättchen an der Spitze der Zweige). Nun kam aber die eine Nacht mit hohem Schnee und deckte alles zu. Da nun die Kiefernwälder von Mainz bis Ingelheim voll tausender *Oryctolagus cuniculus* stecken und diese nicht zu fressen hatten, so kam „Not an den Mann“. Was taten sie? Mitten im Wald hat Baron von Waldhausen vor einigen Jahren ein großartiges Schloß, Waldhausen, das auf der den ganzen Mainzer Rheingebiet beherrschenden Höhe gelegen ist, errichtet, weit sichtbar dem auf dem Rhein fahrenden Touristen, und unterhalb des Schlosses Waldhausen sind nach Budenheim zu ganz umfangreiche gärtnerische Anlagen hergestellt. In diese brachen die zahlreichen Kaninchen

¹⁾ Wer sich noch zu erinnern vermag, denkt an das von einer Pigeunerin prophezeigte Blut-, Flut-, Blutjahr, von meinem Aufsatze: „Blut-, Flut-, Blutjahr! Prophezelung einer Pigeunerin für die Jahre 1911, 1912 und 1913“ in der Familienwochenchrift: „Aus Zeit und Leben“ vom 15. März 1913. Das Blutjahr ist auch eingetreten, allerdings hat es sich um ein Jahr verspätet, kam erst 1914, aber dann gleich in verstärkter Auflage!

Schuster.

Sie machten sich an die jungen Obstbäume. Wir haben hier ein klassisches Beispiel 1. für die Baumvernichtung durch Kaninchen in einer einzigen Nacht, 2. für die ganz bestimmte Geschmacksrichtung des *omniculus* (leider konnte die Feststellung dieser Ursachen im neuesten Brehm keine Aufnahme mehr finden!) Der Schlossherr Baron von Waldbausen ist im weiten Bogen um die ganze Runde der Anlage eine Reihe von Quitten und Mispeln gelangt. Hinter dieser ersten Reihe von Pomazeen stehen Nüsse (Blut-, Lamberts-, Haselnuß). Die Kaninchen haben diese zweite Reihe nicht angerührt, dagegen sämtliche Bäumchen der ersten Umfassungsrunde rundum am Unterteil des Stammes abgenagt, wie einige der hinter der zweiten Reihe mehr nach im Innern zu stehenden Pomazeen. Daß die Tiere nur die erste Bäumchenreihe angingen und nicht die zweite, hat sicher wohl darin seinen Grund, daß die Quitten und Mispeln für den Geschmack des Kaninchens süße Nüsse haben, die Nüsse aber bittere, was ein ganz neues Licht auf die bestimmte Geschmacksrichtung des Kaninchens wirft. Hier und da und dort war ganz vereinzelt auch ein Nussstammchen angegangen, und zwar immer nur wenig, und es erschien dies als eine ungewollte oder unbedachte Verwechslung. Es kam wohl auch hinzu, daß die Tiere von der niedrigen Kieferndickung aus erst über ein freies Feld laufen mußten, ehe sie die Obstbäumchen erreichten, und dadurch wohl schon etwas in ihrem Sicherheitsgefühl gestört, wagten sie sich im Allgemeinen nicht mehr viel weiter an die hinteren der inneren Reihen von Obstbäumchen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Stammchen gerade in Kaninchenhöhe oberhalb der Schneedecke angegangen worden waren. Die dem Untergang geweihten Bäumchen wurden durch neue ersetzt.

Ueber den Wandertrieb und die freie Bewegung der Eichhörchen, die neuerdings auch im Winter beobachtet wird, finde ich von H. Bülow noch folgende Notiz:

Der Wanderzug, der dem Tier im Norden besonders eigen ist, bekundet sich auch bei uns. Überall, wo Nahrung zu finden ist, findet es sich ein: im Dohnenstrich stellen sie den Drosseln nach; im Vorwinter, wenn die Bucheckern noch auf den Bäumen liegen, sind sie im Buchenschlage zu finden; später verschaffen sie sich die Kerne des Hainbuchsamens, der bekanntlich bis in den Nachwinter an den Zweigen sitzen bleibt. Dagegen verschmähen sie den Samen der Tanne gänzlich. Im hohen Winter ziehen sie sich wandernd nach Fichtenbeständen hin. Überall aber ist das Eichhorn im Frühjahr zu Hause

und namentlich in dichten Laubbeständen, wo die Vögel zahlreiche Nester bauen. Selten erstreckt sich seine Wanderung über weite, unbestandene Flächen, dagegen habe ich häufig die Beobachtung gemacht, daß es auf hohen, dichtbelaubten Wegbäumen weiter wechselt („Leitung“, Schust.). In meinem Heimatdorf befand sich ein großer Dorfplatz, der mit Birken, Buchen, Linden und Kastanien fast dicht besetzt war, so daß das Dorf einem Garten gleich; hierher kamen häufig Eichhörchen in dem Schutz der großen Bäume, die überall die Straße besäumten. (Anfang Juli 1916 sah ich ein Eichhörchen am Wunnenstein (Niederlande) eine halbreife Walnuß verzehren. Schust.)

Die Vorliebe des Eichhörchens für Vogelnester bekundet es selbst in seinen Wohnungsverhältnissen. Es hat mehrere Wohnungen, wie alte Krähenhorste, Eisternester usw. Auch Höhlungen in Bäumen, am liebsten in hohlen Stämmen, baut es aus oder benützt sie zum vorübergehenden Aufenthalte. Venz hat beobachtet, wie Eichhörchen das Eingangsloch zu Starenkästen erweiterten, um ihre Wohnung darin aufzuschlagen.

Die Ansichten des mir eng befreundeten Werner über die verschiedenen Spielarten der Eichhörchenester, die aus den Westfälischen Jahrbüchern für Naturkunde auch im neuen Brehm (IV. Aufl.) Aufnahme gefunden haben, vermag ich nicht ganz zu teilen. Insbesondere glaube ich nicht, daß das Eichhorn speziell Fallen in Nestern baut, um Vögel darin zu fangen.

Mit der „wiederkehrenden tertiärzeitähnlichen Tierlebensperiode“, dem von mir geprägten und zuerst erklärten Begriff, haben die zuletzt gemachten Bemerkungen nichts zu tun. Ich machte sie von passant und weil sie im Zusammenhange stehen mit den Angaben im neuesten Brehm (IV. Aufl.). Die Betrachtung der Tierwelt aber im Lichte meiner These ist nicht allein ungewöhnlich anziehend, sondern gibt für viele bisher rätselhafte Erscheinungen mühelos Erklärung. Da ich in erster Linie Ornithologe bin, könnte ich fast für jede Vogelart ungewöhnliche neuzeitliche Erscheinungen auf die Wiederkehr tertiärzeitlichen Tierlebens zurückführen, nach dieser Richtung hin genügend begründen und leicht erklären. Wie sich die Forscher zu meiner These stellen, habe ich in den Jahrbüchern der Wetterauischen Gesellschaft für Naturkunde durch Zusammenstellung ihrer Äußerungen klargestellt.

Die Forstwirtschafts-Philosophie der Gegenwart

von Heinrich Weber, Großh. Hess. Forstassessor.
(Schluß.)

II. Das Wappes'sche System der Forstwissenschaft.

Der I. Teil dieser Abhandlung gipfelte in der Erkenntnis daß die Forstwissenschaft eine praktische, besser gesagt eine Gemeinschafts- oder Willens-Wissenschaft ist. Es wurde der Versuch gemacht, den Nachweis zu erbringen, daß es nicht gerechtfertigt erscheint, unsere Wissenschaft als eine theoretische Geisteswissenschaft (wie Wappes) oder gar als eine theoretische kombinierte Wissenschaft (wie Rager es tut) aufzufassen. Es liegt auf der Hand, daß das Wappes'sche System, das ja bekanntlich für eine geisteswissenschaftliche Forstwissenschaft berechnet ist, für eine gemeinschaftswissenschaftliche Forstwirtschaftswissenschaft als Einteilungsprinzip nicht in Betracht kommen kann. Eine Kritik des Wappes'schen Systems von meinem Standpunkt aus ließe sich also ganz kurz und einfach damit abtun, daß ich sagen würde: Unsere Wissenschaft ist Gemeinschaftswissenschaft und kann nur Gemeinschaftswissenschaft sein; ein für eine geisteswissenschaftliche Forstwissenschaft aufgestelltes System ist also von vornherein als unbrauchbar abzulehnen.

Eine andere Frage ist es jedoch, ob sich das System von Wappes für eine als Geisteswissenschaft aufgefaßte Forstwissenschaft, für die es ja geprägt ist, wirklich eignet. Der Untersuchung dieser Frage soll im Folgenden näher getreten werden. Vorher soll jedoch die Wappes'sche Stellungnahme zu den älteren Systemen der Forstwissenschaft kurz beleuchtet werden.

Zu den vorhandenen Systembildungen hat Wappes sowohl in seinen „Studien über die Grundbegriffe und die Systematik der Forstwissenschaft“ als auch ganz besonders in seiner Abhandlung im „Doreh'schen Handbuch“ Stellung genommen.

Ich gestatte mir nun einige kleinere, belanglose Fehler, die Wappes in der Literatur unterlaufen sind, kurz zu berichtigen. Herr Regierungsdirektor Dr. Wappes ist ein vielbeschäftigter und verantwortlicher Verwaltungsbeamter und entfaltet nebenbei auf wissenschaftlichem Gebiet eine rege Tätigkeit. Zudem hat er sich von vornherein ausdrücklich entschuldigt für den Fall, daß seine Ausführungen kleinere Mängel enthalten sollten. Ich hoffe, daß man mir diese Hinweise nicht verübelt und sie für das nimmt, was sie sein wollen, Richtigstellungen im allgemeinen wissenschaftlichen Interesse.

In der erstgenannten Schrift befaßt sich Wappes nur mit einem der älteren Systeme, nämlich mit dem System Hundeshagens. „Wer über das

Thema schreiben will“, so fährt er auf S. 55 an „das ich mir in vorliegender Arbeit gestellt habe, muß auf Hundeshagens „Enzyklopädie der Forstwissenschaft“ zurückgehen: erstens, weil nirgends die einschlägigen Fragen so ausführlich behandelt worden sind und zweitens, weil Hundeshagen in seinem System, obwohl es eigentlich der erste Versuch war, bis heute den Umfang und Folgerichtigkeit nicht übertroffen wurde. Es ist nicht richtig das Hundeshagen'sche System als den ersten Versuch eines Systems unserer Wissenschaft zu bezeichnen. Es ist genau betrachtet garnicht originell, als man gewöhnlich annimmt und in allen Büchern über forstwissenschaftliche Systematik liest. Nicht allein bei Wappes, auch sonst findet man es unserer Literatur immer und immer wieder so dargestellt, als ob Hundeshagen der forstlichen Welt sein System als eine funkelneue, durchaus originale Schöpfung fix und fertig zu Füßen gelegt hätte. Das ist ein Grundirrtum! Daß die älteren Systeme auch den Ausbau des Hundeshagen'schen Systems nicht ohne Einwirkung bleiben konnten, ist ganz selbstverständlich. Ohne die Systeme eines Moser, eines v. Burgdorf und eines Walthers wäre auch das Hundeshagen'sche System nicht denkbar. Darüber besteht kein Zweifel, daß ohne die Gedankenarbeit dieser Vorgänger Hundeshagen auf systematischem Gebiete niemals Großes hätte vollbringen können. Von v. Burgdorf sagt ja Hundeshagen selber auf S. 6 seiner „Enzyklopädie der Forstwissenschaft“ (2. Aufl. Tübingen 1828): „Mit Recht gebührt dem talentvollen und verdienstvollen wohl unterrichteten Burgsdorf der Verdienst, in seinem 1788 erschienenen und 1796 durch einen zweiten Teil fortgesetzten „Forsthandbuch“ zuerst ein vollständiges System der Forstwissenschaft aufgestellt und dieselbe dadurch eigentlich begründet zu haben.“ So ansehnlich diese Behauptung Hundeshagens im übrigen auch sein mag, dieser Satz zeigt auf jeden Fall klar und deutlich, daß Hundeshagen weit davon entfernt war, in sich selber den Begründer des ersten forstwissenschaftlichen Systems zu erblicken.

Von großem Einfluß ist ohne Zweifel auch das System Fr. B. Walthers auf das Hundeshagen'sche System gewesen. Hierauf ist in der Literatur noch nicht gebührend hingewiesen worden. Walthers schreibt in seinem „Lehrbuche der Forstwissenschaft“ (2. Aufl. Gießen 1803): „Was nun die Forstwissenschaft selbst anbetrifft, so teilt man sie in die Privat- und Staatsforstwissenschaft.“ Damit hat Walthers einen der Grundgedanken des Hundeshagen'schen Systems schon auf das deutlichste ausgesprochen und bezüglich desselben muß ihm unstreitig die Priorität zuerkannt werden. Walthers hat deshalb ein Anrecht auf einen Ruhmanteil. Wenn auch sein Anteil nicht dem eines Hundeshagens

gen vergleichbar ist, so ist sein Verdienst deshalb nicht gering einzuschätzen. Auch die Großen im Reiche der Wissenschaft und Kunst sind in hervorragendem Maße auf die Arbeit ihrer Vorgänger angewiesen. Selbst Goethe sagt von sich in den „Zahmen Rassen“:

„Gern wär ich Ueberlieferung los
Und ganz original;
Doch ist das Unternehmen groß
Und führt in manche Qual.“

Als Autokthone rechnet' ich
Es mir zur höchsten Ehre,
Wenn ich nicht gar zu wunderbar
Selbst Ueberlieferung wäre.“?

Hierdurch wird natürlich das große Verdienst, das sich Hundseshagen um unsere Wissenschaft und ganz besonders auch um deren systematische Einteilung erworben hat, nicht im geringsten geschmälert. Und dann kommt als sein Hauptverdienst noch hinzu, daß er seine systematischen Pläne auch in die Tat umgesetzt hat, indem er in seiner Enzyklopädie zum ersten Male ein System entsprechendes vollständiges Gebäude der Forstwissenschaft aufgeführt hat.

In seiner Abhandlung im Boreh'schen Handbuch schickt Wappes seinem „organischen“ System ein ganzes Kapitel voraus, das die Ueberschrift trägt: „Geschichte und Kritik der Lehrsysteme“.

Als Gegner einer „praktischen“ Forstwissenschaft verwirft er darin auch alle für eine solche berechneten Systembildungen, d. h. aber alle bisher aufgestellten Systeme der Forstwissenschaft. Für diese prägt er den Ausdruck „Lehrsysteme“.

Auch hier möge mir gestattet sein, auf einen kleinen Irrtum von Wappes kurz hinzuweisen. Wappes sagt auf S. 15: „die Heß'sche Stoffabgrenzung kann insofern als ein Fortschritt betrachtet werden, als die vorbereitenden Naturwissenschaften von der Fachlehre abgetrennt sind. Auch die Unterscheidung von Grund- und Hilfswissenschaften ist im Prinzip zutreffend.“ Hierzu ist zu bemerken, daß Heß nicht der erste war, der diese Neuerungen in die Literatur eingeführt hat. Eine Unterscheidung zwischen Grund- und Hilfswissenschaften macht schon Müller im Jahre 1824 („Einelemente zur Theorie der Forstwissenschaft im Geiste der lebenden Natur und der positiven Staaten-Einrichtung.“ Abh. in der „Zeitschrift für das Forst- und Jagdwesen mit besonderer Rücksicht auf Baiern.“ II. Bd. 3. Heft S. 77 und 4. Heft S. 52 f. Bamberg). Als Grundwissenschaften bezeichnet er (S. 53) die „Erkenntnislehre der Holzpflanzen“ und die „Staatslehre“, Hilfswissenschaften sind nach ihm (S. 56): „Mathematik“, „Chemie“, „Physik“. Die gleiche Unterscheidung findet sich in demselben Heft (4) der genannten Zeitschrift in einer Rezension der Widen-

mann'schen Schrift: „das System der Forstwissenschaft“. Der Rezensent (der mit Müller identisch zu sein scheint) sagt dort auf S. 127: „Referent macht indessen einen Unterschied zwischen Grund- und Hilfswissenschaften. Erstere enthalten die Lehren, von welchen die Fundamentalsätze der Forstwissenschaft ausgehen, letztere begreifen die unentbehrlichen Vorkenntnisse zum richtigen Auffassen derselben und bieten mannigfaltige Kenntnisse dar, welche zu deren Erläuterungen benutzt werden. Hiernach sind die Botanik und die Staatslehre Grundwissenschaften der Forstwissenschaft, die Mathematik, Chemie, Physik, Technologie usw. unentbehrliche aber nützliche Hilfswissenschaften derselben.“ Auch Cotta und Stumpf unterscheiden schon Grund- und Hilfswissenschaften.

Für eine Abscheidung der vorbereitenden Naturwissenschaften von der Fachlehre tritt schon Theodor Hartig in seiner Schrift: „System und Anleitung zum Studium der Forstwirtschaftslehre“ (Leipzig 1858) auf S. 10 f. ein. Ob diese Abtrennung, wie Wappes meint, als ein Fortschritt bezeichnet werden darf, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Von dem Anhänger einer „praktischen“ wissenschaftlichen Forstwirtschaft kann sie nur als Rückschritt betrachtet werden.

Den „Lehrsystemen“ der älteren Systematiker, die ja für eine praktische Forstwissenschaft berechnet und deshalb für eine Forstwissenschaft nicht brauchbar waren, stellt Wappes nun sein eigenes System entgegen. Sein sog. „organisches“ System ist in der Hauptsache eine Uebertragung des von einigen Staatswissenschaftlern wie v. Stein und den älteren Soziologen, wie Schäffle, angewandten organischen Systemschemas auf die Forstwissenschaft bezw. ihren Gegenstand. Wie v. Stein den Staat und Schäffle die Gesellschaft, so betrachtet Wappes die forstliche Unternehmung als einen einheitlichen Organismus. Die forstliche Unternehmung ist ein „geistiger Organismus“. Auf diese Annahme baut Wappes sein ganzes System auf. „Das Wesen der forstlichen Unternehmung“, so sagt er, „ist in ihrer Eigenschaft als einheitlicher wirtschaftlicher Organismus zu suchen“. Das Wesen der forstlichen Unternehmung liegt jedoch m. E. in der besonderen Eigenart ihrer Betätigung und nicht in einer ihr angeblicheten, auf alle mögliche andere menschliche Zweckzusammenhänge, wie z. B. den Staat, auch übertragbaren Eigenschaft eines Organismus. Wappes führt auf S. 43 weiter aus: „Alle Wissenschaften nun, deren Aufgabe die Erforschung von Organismen, deren Inhalt die Erkenntnis ihres Vorkommens, ihrer Beschaffenheit und ihrer Lebensäußerungen ist, finden ihre Einteilung darin, daß sie ihr Objekt mit Hilfe wissenschaftlicher Metho-

den nach den drei eben genannten Richtungen hin erforschen und die dadurch gewonnenen Erkenntnisse nach diesem Gesichtspunkte zusammenfassen". Ganz nach Analogie der Zoologie und der Botanik, so meint Wappes, ist deshalb auch die forstliche Unternehmung nach drei Richtungen hin zu betrachten:

- A. Geographisch und Systematisch;
- B. Nach der äußeren und inneren Gestaltung (Morphologie und Anatomie) und
- C. Nach den Lebensäußerungen. (Physiologie und Biologie.)

Ist diese Voraussetzung, daß man die forstliche Unternehmung als Organismus betrachten und deshalb zu ihrer Erforschung sich der gleichen Methoden und desselben Einteilungsschemas bedienen könne, wie die Biologie bei der Betrachtung der tierischen Organismen, ist diese Voraussetzung, mit der das Wappes'sche System steht und fällt, haltbar? Oder allgemeiner gesprochen: Ist die organische Methode der Biologie überhaupt auf die wissenschaftliche Betrachtung menschlicher Zweckmäßigkeit anwendbar?

Schon E. Wagner äußert in seiner Besprechung der Wappes'schen Studien („Naturw. Zeitschrift für Land- und Forstwirtschaft" 7. Jahrg. 1909, Heft 10 S. 503—506) Bedenken darüber, „ob eine glatte Aufteilung des Stoffs und damit ein praktisch brauchbares System auf diesem Wege überhaupt gewonnen werden könne. Darüber sind Zweifel immerhin noch möglich, denn die Basis bildet ja einen Vergleich zwischen Wirtschaft und Organismus und Vergleiche heterogener Dinge pflegen zu hinken".

Wappes sucht einen diesbezüglichen Angriff auf die Prämissen seines Systems von vornherein damit abzuwehren, daß er kurzer Hand auf die Anwendung dieses Prinzips bei der Staatswissenschaft durch R. von Stein und bei der Soziologie durch Schäffle, von Vilsenfeld u. a. verweist. Mit dem einfachen Hinweis, daß es andere für verwandte Gebiete auch benutzt haben, ist jedoch noch keineswegs die Berechtigung der Anwendung dieses Prinzips für die forstliche Unternehmung bewiesen. Denn gesetzt, für die Staatswissenschaft und die Soziologie sei eine derartige Analogie ganz an ihrem Orte, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie sich auch dann ohne weiteres für die forstliche Unternehmung eigne. Die stete Wechselwirkung zwischen den einzelnen Teilen, wie sie für den Staat und die Gesellschaft so charakteristisch ist, welche die unmittelbare Veranlassung zu der Analogie mit körperlichen Organismen gegeben hat, ist in der forstlichen Unternehmung bei weitem nicht in dem Maß zu finden.

Doch man kann davon ja ganz absehen; es dreht

sich ja hier um die prinzipielle Frage: ob die organische Methode überhaupt auf menschliche Zweckmäßigkeit irgendwelcher Art angewendet werden darf? Diese Frage aber muß verneint werden.

Die Soziologen selber sehen neuerdings immer mehr von derartigen Analogiebildungen ab. Selbst Schäffle hat bezeichnender Weise in seinem nach seinem Tode von Bücher herausgegebenen „Abriss der Soziologie" (Tübingen 1906) jede biologische Analogie vermieden und in der Einleitung zu dieser Schrift ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er sich imstande fühle, auch ohne die Krücken der biologisch-psychologischen Analogien eine ziemlich vollständige Systematisierung der sozialen Tatsachentreife zu geben.

Es sei hier noch auf die kleine Schrift von Rudolph Stein „Wesen und Aufgabe der Soziologie", Berlin 1898, hingewiesen. Rudolph Stein tritt darin für eine Anwendung der empirisch-induktiven bezw. der vergleichend-geschichtlichen Methode in der Soziologie ein, bezüglichen der biologischen Analogien aber vertritt die Ansicht, daß sie „allenfalls als heuristische Notbehelfe" herangezogen werden könnten. „Ist aber die Soziologie solcherart wie die Geschichte selbst zunächst und zu oberst Ereigniswissenschaft (Stein fällt sich hier auf die Rickert'sche Einteilung der Wissenschaften in Gesetzwissenschaft und Ereigniswissenschaften), als durch und durch empirisch, dann muß auch ihr methodisches Verfahren ein empirisch-induktives, vor allem ein vergleichend-geschichtliches sein. Ueber die vergleichend-geschichtliche Methode s. Wundt, Logik. Gegen diese empirische Basis aller Soziologie verfährt nun die organische Methode; sie sucht nach Naturgesetzen, statt sich bei empirischen Gesetzen, bei der Konstatierung von sozialen Rhythmen zu bescheiden; sie erklärt das historische Leben nach dem Schema des biologischen Geschehens, ohne sich des Unterschiedes zwischen Gesetzwissenschaft und Ereigniswissenschaft bemerkt zu werden; sie verfährt endlich deduktiv statt induktiv."

Auch die Mehrzahl der modernen Nationalökonomien bezw. Staatswissenschaftler verhält sich gegen die Anwendung der organischen Methode und Einteilung in Staats- und Gesellschaftswissenschaften durchaus ablehnend. So sagt Vezis im „Wörterbuch der Volkswirtschaft" (Hrsg. von Eker, 2. Aufl., Jena 1907 S. 927 f.): „vor allem aber sind die Beziehungen zwischen den Menschen in einer Gesellschaft anders, ihrem ganzen Wesen nach von den Beziehungen zwischen den Zellen eines Organismus abwaltenden verschieden; es sind nicht physikalische, chemische oder physiologische Kräfte, sondern Erregungen des Geistes oder des Willens, Empfindungen von Bedürfnis und Befriedigung Lust und Unlust, Haß und Liebe und unser ganzes

Interesse am gesellschaftlichen Leben beruht gerade darauf, daß ihm diese spezifisch menschlichen Triebfedern Grunde liegen, wie auch die Hauptprobleme der Sozialwissenschaft auf die Frage hinauslaufen, wie trotz der jedenfalls großen Freiheit des individuellen Denkens, Fühlens und Handelns Regelmäßigkeiten in den gesellschaftlichen Massenerscheinungen entstehen können. Scheidet man aus dem gesellschaftlichen Zusammenhange das psychologische und bewußte Element aus, wie es durch die Parallellisierung mit dem Leben eines Organismus tatsächlich geschieht, so verliert die Soziologie gerade das, was sie zu einer besonderen und selbständigen Wissenschaft machen kann“.

Zum Schlusse seien noch die Ausführungen von Dilthey in die Waagschale geworfen, der schon in seiner 1883 erschienenen epochemachenden „Einleitung in die Geisteswissenschaften“ (1. Bd. Leipzig 1883) die Unanwendbarkeit der biologischen Methode auf die Geisteswissenschaften überzeugend nachgewiesen hat. „Der Begriff des Organismus“, so führt er auf Seite 39 dieses Werkes aus, „substituiert für ein gegebenes Problem ein anderes, und zwar wird vielleicht, wie schon J. St. Mill bemerkt hat, die Auflösung des Problems der Gesellschaft früher und vollständiger gelingen als die des Problems des tierischen Organismus“.

Was hier Mill von der Gesellschaft bemerkt, das spricht Martin in seiner Besprechung der Wappes'schen „Studien“ („Forstwissenschaftliches Zentralblatt“ Jahrg. 1909, S. 593—596) bezüglich der Forstwirtschaft aus, wenn er sagt: „Die hier begründete Systematik (gemeint ist natürlich die Wappes'sche) darf wegen ihrer Eigenartigkeit gewiß Interesse beanspruchen. Manche treffende Analogien zwischen den Organismen der Natur und der Wirtschaft lassen sich aufstellen und verfolgen. Gegenüber der Uebereinstimmung muß man aber auch die großen Unterschiede hervorheben, die zwischen beiden Lebensgebieten bestehen. Man darf insbesondere nicht verkennen, daß gegenüber der unendlichen Mannigfaltigkeit der Natur und dem Reichtum der Naturwissenschaften die entsprechenden Vorgänge der Forstwirtschaft — insbesondere was die Morphologie (Diensteinrichtung) und Anatomie (Geschäftsbehandlung) betrifft — sehr einfach sind und eine weit geringere Bedeutung haben.“

Wenn nun Wappes zur Erpiderung auf einen Angriff von nationalökonomischer Seite sagt: „Aus der Naturwissenschaft möchte ich aber nicht den Inhalt, sondern nur das System, die Bildung und Abgrenzung der einzelnen Disziplinen übernehmen“, so ist dies gerade das, was im Vorliegenden beanstandet wurde. Wappes hätte nicht ausdrücklich zu betonen brauchen, daß er nicht den Inhalt der Naturwissen-

schaft auf unsere Wissenschaft übertragen wolle. Eine derartige Absicht wird ihm wohl niemand zutrauen. Es ist doch ganz klar, daß er von der Naturwissenschaft nur das Formale, d. h. die Methode oder das System übernehmen kann. Daß er dies tut, das habe ich aber oben gerade angefochten. Dort glaube ich nachgewiesen zu haben, daß die Anwendung der organischen Methode auf die Forstwissenschaft im Wappes'schen Sinne, die, wie er selber zugibt, mit psychischen Affekten zu rechnen hat, nicht angängig ist.

„Nicht dadurch“, so sagt Dilthey, „erweisen wir uns als echte Schüler der großen naturwissenschaftlichen Denker, daß wir die von ihnen erfundenen Methoden auf unser Gebiet übertragen, sondern dadurch, daß unser Erkennen sich der Natur unseres Objektes anschmiegt, und wir uns so zu diesem ganz so verhalten, wie sie zu dem ihrigen. *Natura parendo vincitur*“.

Eine Anwendung der sogenannten organischen Methode auf die wissenschaftliche Erforschung menschlicher Tätigkeit ist also grundsätzlich nicht gerechtfertigt. Deshalb ist es auch nicht langängig, den Stoff unserer Wissenschaft in die äußere Fessel eines fremden Systems zu bannen. Die Form hat sich nach dem Gegenstand zu richten und nicht dieser sich jener zu fügen. Damit fällt aber auch das Fundament, auf dem Wappes sein System errichtet hat. Mit seinen Voraussetzungen stürzt es in sich selber zusammen. Also selbst für die Forstwissenschaft im Wappes'schen Sinne ist das sogenannte „Organische System“ als ihrem Gegenstande inadäquat abzulehnen. Auch das System einer als theoretische Geisteswissenschaft aufgefaßten Forstwissenschaft muß aus ihrem Gegenstand selbst hervornachsen und dem ureigensten Wesen dieses besonderen Objektes angemessen sein. Jeder Versuch, das Objekt einer Wissenschaft in einen, von einem ganz anderen Gebiet entliehenen, ihm nicht entsprechenden Rahmen zu spannen, kann von vornherein als verfehlt bezeichnet werden.

III. Die Wappes'sche Methodik der „Forstwirtschaftswissenschaft“.

Die Methodik unserer Wissenschaft baut sich wie ihr System, mit dem sie in einer innigen Wechselbeziehung steht, auf der Basis der Grundlegung auf. Die Eigenart des speziellen Objektes unserer Wissenschaft ist bedingend und richtungsgebend für die Art der Forschungsmethoden.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Methodik verschieden sein muß je nach der verschiedenen Art des Grundes, den man unserer Wissenschaft legt.

Wer, wie Wappes, unsere Wissenschaft in einer theoretischen Erfassung der forstlichen Unternehmung, d. h. der tatsächlich ausgeübten forstwirtschaftlichen

Tätigkeit, sich erschöpfen läßt, der kann auch nur die, zur Erkenntnis dieses besonderen Gebietes notwendigen Methoden als Forschungsmethoden unsrer Wissenschaft gelten lassen.

Sehr viel komplizierter gestaltet sich die Darstellung einer Methodenlehre unsrer Wissenschaft für einen Vertreter einer willenswissenschaftlichen „Forstwirtschaftswissenschaft“ im Sinne des transzendental-logischen Idealismus, wie sie im I. Teile dieses Artikels in ihren Grundzügen angedeutet wurde.

Für ihn bildet ja das Studium der Forstwirtschaft in concreto nur ein Glied seiner Wissenschaft, die außerdem noch die, aus den drei großen Gebieten der menschlichen Kultur, (dem der Natur, dem des „Beisammen der Menschen“ und dem des „Gefühls des Schönen“) herfließenden Grundlagen der forstwirtschaftlichen Tätigkeit, denen Wappes in seinem „organischen“ Systeme keinen Platz gönnt, und aufliegt aber nicht zumindest die sich darauf aufbauende Forstwirtschaft der Idee in sich faßt.

Er hat also neben den Methoden, die zur Erforschung der Forstwirtschaft in concreto — die ihm nichts als eine Kontrollinstanz ist — dienen, auch noch die besonderen Methoden der einzelnen Grundlagen, als da sind die mathematischen, die mathematisch-naturwissenschaftlichen, die biologisch-naturwissenschaftlichen, die kunstwissenschaftlichen, die juristischen, staats-, volkswirtschafts- und privatwirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen, und vor allem die den Aufbau der Norm bewirkende Methode als Forschungsmethoden unsrer Wissenschaft anzuerkennen und zu beglaubigen.

Doch diese Gedanken können hier nicht weiter ausgesponnen werden. Hier soll ja nicht eine Methode dieser willenswissenschaftlichen Forstwirtschaftswissenschaft beschrieben, sondern nur eine Kritik der Wappes'schen Methodik gegeben werden.

Im I. und II. Teile dieser Abhandlung wurde ausgeführt, daß Wappes die forstliche Unternehmung, die er ja als das Objekt seiner Forstwissenschaft ansieht, als einen geistigen Organismus auffaßt und die Wissenschaft von ihr nach einem „organischen“ System-Schema geordnet haben will.

Danach müßte man vermuten, daß er auch, in Berücksichtigung der, zwischen System und Methode herrschenden, Wechselbeziehung, für eine „organische“ Forschungsmethode unsrer Wissenschaft eintreten würde.

In seinen „Studien über die Grundbegriffe und die Systematik der Forstwissenschaft“ macht sich der Einfluß der Wundt'schen Philosophie auf seine Anschauungen noch nicht sehr deutlich bemerkbar. Wappes steht vielmehr noch ganz im Banne v. Stein's und der älteren Soziologen. Er geht in seiner Vergleichung der forstlichen Unternehmung mit einem

natürlichen Organismus noch sehr weit und verfährt auch nicht der ange deuteten Relation gebührend Rechnung zu tragen. Auf S. 34 sagt er: „Wenn man aber das Objekt unserer Forschung, die forstliche Unternehmung . . . als geistigen Einzelorganismus auffassen, so müssen wir die gleichen Methoden anwenden können, wie die Naturwissenschaft den körperlichen Organismen gegenüber.“ Und er macht in der Tat den Vorschlag, die von einem Biologen F. Dreher für die biologische Forschung vorgeschlagenen Methoden auch bei der „forstwissenschaftlichen“ Forschung zu verwenden. F. Dreher unterscheidet (ich zitiere hier nach Wappes „Studien“ . . . S. 34): drei Methoden:

1. die deskriptiv-registrierende (Vinné), welche die vorhandenen Erscheinungen als fest annimmt und sie beschreibt (entspricht der empirischen Paul du Bois-Reymonds);
2. die historisch-morphologische (Darwin), welche das Verständnis der Formen durch Befolgung ihrer Entstehung und Entwicklung anstrebt und
3. die ätiologisch-mechanische (gegenwärtige Richtung), welche die Aufgabe hat, die inneren treibenden Kräfte zu erforschen.“

„Diese Unterscheidung Dreher's“, so führt Wappes dann wörtlich aus, „dürfte auch bei der forstwissenschaftlichen Forschung anzunehmen sein. Es darf hier bei jedoch nicht die Auffassung Platz greifen, als ob die erste und zweite Methode ein überwundener Standpunkt sei. Die drei Methoden müssen vielmehr nebeneinander angewendet werden und ergeben durch ihre Anwendung den Inhalt der Forstwissenschaft.“

Er stellt aber den Wert seines Vorschlags wieder in Frage, wenn er sagt, die Forstwirtschaft sei als geistiger Organismus kein sicher reagierendes Objekt wie der natürliche Organismus, sondern müsse als solcher mit psychischen Affekten rechnen, es gäbe daher bei ihr nur Gesetze der Wahrscheinlichkeit. Damit gibt er aber zu, daß die naturwissenschaftlichen biologischen Methoden, die er vorgeschlagen hat, für eine Geisteswissenschaft im Wundt'schen Verstande — das ist unsere Wissenschaft seiner Ansicht nach ja sein — eben nicht ausreichen.

In der vier Jahre später im Dreyer'schen Handbuche veröffentlichten Abhandlung ändert er seinen Standpunkt ganz wesentlich. Er hält zwar das „organische“ System noch aufrecht, nicht aber die organisch-naturwissenschaftlichen Methoden. Er scheint inzwischen eingesehen zu haben, daß man in einer Geisteswissenschaft im Wundt'schen Sinne doch nicht so ohne weiteres nach denselben Methoden forschen kann, als in den Naturwissenschaften. Und zwar verdankt er diese Einsicht, wie unzweideutlich

seiner letztgenannten Schrift zu entnehmen ist, hauptsächlich dem Studium der „Logik“ Wundt's. Meiner Ansicht nach hat er dessen Darlegungen nicht durchweg richtig aufgefaßt. Er bringt zunächst eine kurze Darstellung der „allgemeinen Methodenlehre“, die ja auch für die Forschungsmethoden unserer Wissenschaft bedingende Geltung besitzen muß. Und er bedient er sich hierzu eines gedrängten Auszuges aus der Wundt'schen „Methodenlehre“, wie sie dieser in seiner „Logik“ entwickelt hat.

Hierauf geht er zur „Anwendung“ der Methoden über und führt, indem er sich wieder auf Wundt bezieht, auf S. 31 Folgendes aus: „Hier gibt sich sofort ein schwieriges Problem, nämlich die Verschiedenheit des Objektes der beiden großen Gruppen Natur- und Geisteswissenschaften, die in ihrer Rückwirkung auch Einfluß auf die Methode hat. Die Aufgabe der Naturwissenschaft besteht in der methodischen Erforschung der einzelnen Naturerscheinungen. Alle Naturforschung geht aus von der Sinneswahrnehmung. Im Gegensatz dazu ist das Merkmal geistiger Erfahrungsinhalte Wertbestimmung, Zwecksetzung und Willensbetätigung. Man kann zusammenfassend sagen, die Naturwissenschaft wolle ihr Objekt erklären, die Geisteswissenschaft es verstehen. Die Natur kann als Mechanismus erkannt werden, das Geistige bleibt irrational, d. h. mit den Sinnen nicht zu fassen und vorzustellen. Eine scharfe Grenze in methodologischer Hinsicht ist jedoch nicht zu ziehen. Wenn aber auch das Prinzip der Methode nicht geändert wird, wenn es bei beiden Gruppen Induktion, Deduktion usw. gibt, so hat sich doch im ganzen eine verschiedene Art des Vorgehens entwickelt. Als spezifisch naturwissenschaftlich ist zu nennen das Experiment, als spezifisch geisteswissenschaftlich die Kritik und Interpretation.“

Ich möchte hier nur ganz flüchtig auf einen kleinen Fehler in der Wappes'schen Interpretation der Wundt'schen Gedanken aufmerksam machen. Im ersten Satze des soeben angeführten Zitates spricht Wappes von einer Verschiedenheit des Objektes der Natur- und Geisteswissenschaften. Wundt aber bekämpft gerade die Auffassung, daß die Natur- und die Geisteswissenschaften verschiedene Objekte hätten; und gerade die Annahme, daß es nur ein Objekt der Erkenntnis für diese beiden Arten der Wissenschaft gibt, und daß deshalb der Unterschied dieser nicht in den Objekten, sondern in der verschiedenen Betrachtungsweise dieses einen Objektes durch dieselben liegt, ist der Grundpfeiler, auf dem er seine ganze Klassifikation der „reinen“ Wissenschaften in Naturwissen-

schaften einerseits und Geisteswissenschaften andererseits aufbaut.

Die Schlüßsätze des Zitates dagegen sind wieder ganz im Sinne Wundt's und stimmen auch überein mit der Erläuterung der einschlägigen Ideen Wundt's, wie ich sie im I. Teile dieser Abhandlung gegeben habe. Dort habe ich ausgeführt, daß nach Wundt die Psychologie, die auch die allgemeinste Geisteswissenschaft genannt werden kann, es mit der unmittelbaren Erfahrung zu tun hat, und deshalb auch als anschaulich bezeichnet werden kann, daß aber die Naturwissenschaft, die das gleiche Objekt hat, von der mittelbaren Erfahrung ausgeht und daher begrifflich ist. Das deckt sich voll und ganz mit der Erklärung, daß die Naturwissenschaften mehr mit dem Experiment, die Geisteswissenschaften mehr mit der Kritik und der Interpretation arbeiten. Als Anhänger des transszendental-logischen Idealismus, wie ihn Cohen u. A. gelehrt haben, kann ich mich mit der Philosophie Wundt's, die ja mehr realistisch und psychologisch ist, nicht einverstanden erklären. Ich bin mir indes meiner Schülerschaft in der Philosophie zu sehr bewußt, als daß ich mich vermaßen könnte, mich auf eine Kritik der Methodenlehre Wundt's einzulassen. Eine solche zu geben, das ist Sache der reinen Philosophen.

Hier liegt mir nur daran festzustellen, daß sich Wappes in seiner „Grundlegung . . .“ auf die Methodenlehre Wundt's beruft und damit seine Meinung, wie er sie in seinen „Studien . . .“ an den Tag legt, von Grund auf ändert. Im Vorne der Wundt'schen Philosophie wirft er die früher empfohlene „organische“ Methode über Bord und bekennt sich zu den, von Wundt für die Geisteswissenschaften vorgeschlagenen, Methoden. Gegen diese Entwicklung ist an und für sich nichts zu sagen, im Gegenteile, sie ist sogar sehr erfreulich. Aber wenn die organische Methode als unbrauchbar fallen gelassen wird, kann da das organische System noch mit Recht aufrecht erhalten werden? Organische Methoden lassen sich nur mit einem organischen System und geisteswissenschaftliche nur mit einem geisteswissenschaftlichen System vereinbaren. Ein „organisches“ System für die Forschung einer Wissenschaft, die nur mit geisteswissenschaftlichen Methoden arbeitet, ist ein Unding. Wer davon überzeugt ist, daß man in einer Geisteswissenschaft nicht nach naturwissenschaftlicher Methode forschen kann, der muß auch einsehen, daß das „organische“ Einteilungsschema dem Erkenntnismaterial einer solchen Wissenschaft nicht angemessen sein kann.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

- Bericht üb. d. 22. Tagg. (Kriegstagg.) d. deutschen Forstwirtschaftsrates zu Berlin 28.—30. III. 1916. (VIII, 221 S.) gr. 8°. M. 3.60. Julius Springer in Berlin.
- Bolle, Joh., Direkt. i. R., Hofr.: Die Bedinggn. f. d. Ge-
deihen d. Seidenzucht u. deren volkswirtschaftl. Bedeutg.
Mit 33 Textabb. (51 S.) (S.-A. a. d. Zeitschrift f. an-
wandte Entomologie. 3. Bd.) M. 1.60. Paul Parey in
Berlin.
- Delius, G., Geh. Just.-R., Kammerger.-R., Dr.: Das Fischerei-
gesetz. Vom 11. V. 1916. (G.S. S. 55.) (H. 8°. XII,
307 S.) (Taschen-Gesetzsammlung. Nr. 86.) Lwbd. M. 4.—.
Carl Heymanns Verlag in Berlin.
- Didel, Karl, Univ.- u. Forstakad.-Prof. Dr.: Die Anfänge
d. forstwissenschaftl. Unterrichts in Preußen. Ein Beitrag.
Der tgl. sächs. Forstakademie zu Tharandt zu ihrer Hun-
dertjahrfeier. (S. 11—337.) gr. 8°. (S.-M. a. d. Zeit-
schrift f. Forst- u. Jagdwesen. 1916.) M. 2.—. Julius
Springer in Berlin.
- Dombrowski, Raoul v., illustrierter Jagd-Kalender pro 1917.
Ein Vademekum f. Jäger u. Jagdfreunde. 39. Jg. Red.
v. Ernst Ritter v. Dombrowski. (IV, 187 S. u. Tage-
buch.) kl. 8°. Lwbd. M. 3.80. Moritz Perles, Verlags-
konto, in Wien.
- Fischereigesetz. Vom 11. V. 1916. Mit ausführl. Sachregister.
(Preussische Gesetze.) (68 S.) H. 8°. M. —.75. J. U.
Kerns Verlag (Max Müller) in Breslau.
- Floeride, Kurt, Dr.: Ueber d. Vögel d. deutschen Waldes.
Mit zahlr. Abb. 21., neu umgearb. Aufl. (103 S.) 8°.
M. 1.—; geb. M. 1.80.
- Forst- u. Jagdstatistik f. d. J. 1913. (Zsgst. im k. k.
Ackerbauministerium.) (44 S.) Lex.-8°. (S.-A. a. d. statist.
Monatsschrift, 20. Jg.) M. —.80. Wilhelm Frick, Verlags-
konto in Wien.
- Forstkalender, Deutscher, d. deutschen Forstvereines f. Vögh-
men. 1917. 10. Jg. Bearb. v. Forstsch.-Dir. Forstwirt
Berg-Forsttechn. Riv.-Geometer Dr. Rich. Grieb. (152 u.
Beilage 48 S.) H. 8°. Lwbd. u. geb. M. 2.40. J. Robritsch
& Gschihay in Eger.
- Forst- u. Jagdkalender 1917. Begr. v. Schneider u. Judeich.
67. Jg. (4b. Jg. d. Judeich-Behm'schen Kalenders.) Bearb.
v. Geh. Oberforst. Oberforststr. Dr. M. Neumeister. (In
2 Tln.) 1. Tl. Kalendarium, Wirtschafts-, Jagd- u.
Fischerei-Kalender, Hilfsbuch, verschiedene Tab. u. Notizen.
[Ausg. A. 7 Tage auf d. linken Seite, d. rechte Seite
frei.] (XXXII, 10 S., Schreibkalender, 144 u. 52 S.) H. 8°.
Lwbd. M. 2.40; Kunstldrbd. M. 3.—. [Ausg. B auf jeder
Seite nur 2 Tage] Lwbd. M. 2.60; Kunstldrbd. M. 3.20
Julius Springer in Berlin.
- Fromme's forstliche Kalender-Tasche 1917. Zugleich Ka-
lender d. allgemeinen Güterbeamten-Vereines in Wien.
Red. v. Hofr. Emil Böhmerle. 31., der ganzen Folge 45.
Jg. Mit d. Bildnis d. Redakteurs u. 44 Fig. im Texte.
(VIII, 225 S. m. Tages-Notizbuch u. 4. S. in 16°.) kl. 8°.
Lwbd. M. 3.80; Brieffaschen-Ausg. M. 4.80. Buchdruckerei
u. Verlagsbuchhandlung Carl Fromme, Ges. m. b. H. in
Wien.
- Herrmann, Max, Rechtsanw.: Kommentar z. preuß. Fischerei-
gesetz vom 1. V. 1916. (96 S.) 8°. Pappbd. M. 3.50.

- Herrmann, Max, Rechtsanw.: Kommentar z. preuß. Fischerei-
gesetz vom 1. (überlebt 1.). V. 1916. (96 S.)
Lwbd. M. 3.50. M. Moeser, Buchhandlung in Berlin.
- Jugoviz, Rud., Dr.: Der Wald als Netter in d. Rot. C.
Bruchstück aus zeitgemäßer Forstbenutzg. (III, 48 S.)
gr. 8°. (S.-M. a. d. Zeitschrift d. steierm. Forstvereines
32. u. 33. Jg. M. 1.—. M. Moeser's Buchhandlung
(J. Meyerhoff), Verlagskonto in Graz.
- Mitteilungen aus d. Forst- u. Kameralverwaltg. f. d. W.
schaftsjahr 1913. Bearb. im Grossh. Ministerium d. Finan-
zen, Abt. f. Forst- u. Kameralverwaltg. (48 S.) Lex.-
M. 1.—. (Beiträge z. Statistik d. Grossh. Hessen. Hrsg.
v. d. Grossh. Hess. Zentralstelle f. d. Landesstatistik
Schriftleitg.: Reg.-R. L. Knöpfel. 64. Bd. 4. Heft.) Buch-
handlung des Grossh. Hess. Staatsverlags in Darmstadt.
- Nechleba, Forstr.: Ein Eisenbahnunfall vom forstl.
geolog. Standpunkte betrachtet. (2 S.-m. 1 Abb.) 33.—2.
cm. (S.-A. a. d. Montanistischen Rundschau. 1916.) M. —.50.
Verlag f. Fachliteratur, G. m. b. H. in Berlin.
- Ross, H., Konserv. Dr.: Die Pflanzengallen Bayerns u.
angrenz. Gebiete. Mit 325 Abb. v. Dr. G. Dunzinger.
Hrsg. m. Unterstützg. d. kgl. bayer. Akademie d. Wissen-
schaften. (XII, 104 S.) Lex.-8°. M. 2.50. Gustav Fischer
in Jena.
- Schifflora, Frdr.: Die Wiederbevölg. d. deutschen Gewässer
m. Krebsen. Mit e. Karte u. 9 Lichtdr.-Tab. v. Krebs-
arten u. Krebspräparaten. (VII, 195 S.) H. 8°. Lwbd.
M. 4.50. Emil Hübners Verlag in Wauzen.
- Taschenkalender (Einbd.: Gustav Hempel's Taschenkalender
f. d. Forstwirt f. d. J. 1917. 36. Jg. Begr. v. Hofr.
Prof. G. Hempel. Fortges. v. Hofr. Prof. Julius March
u. Forst- u. Domänen-Verw. Dr. Frdr. Hempel. (VIII,
303 S.) kl. 8°. Lwbd. M. 3.80. Moritz Perles Verlags-
konto in Wien.
- Weller, Hubert, Förster: Unsere einheim. Stubenvögel. Ein
prakt. Handbuch üb. Naturgeschichte, Aufzucht u. Pflege
unserer bekannten einheim. Wald- u. Singvögel. Nebst
e. Anleitung üb. d. Einfangen d. Vögel u. d. Behandlg.
ihrer Krankheiten. Mit e. Anh.: Die Behandlg. d. Ra-
narienvögel i. d. Feder. 5. Aufl. Bearb. v. R. Walte
(VI, 140 S. m. Abb.) 8°. M. 1.—. Ernst'sche Verlags-
buchhandlung, Leipzig.

**Die Massenbekämpfung der Kaninchenplage
unter Anwendung von Verwitterungs-
mitteln.** Von Dr. A. Ströde, Geh. Regierungsrat
in Berlin-Wehlendorf. Mit 9 Abbildungen in
Texte. Neudamm 1915. Verlag von J. Neumann
72 S. Preis geheftet 60 Pf.; in Partien billiger.

In diesem „Belehrungsheft des Instituts für Jagd-
kunde“ schildert und empfiehlt der Verfasser ein durch
mehrfährige Untersuchungen und Versuche als bewähr-
tes befundenes Verfahren, die auch an manchen Orten
Deutschlands vorhandene Kaninchenplage rationell zu
bekämpfen. Nach eingehenden Studien über die Ver-
hütung und Unterdrückung des Kaninchen Schadens hat
Ströde die Ueberzeugung gewonnen, daß es sowohl

vollwirtschaftlichen wie vom Standpunkte der
b aus am zweckmäßigsten sei, den Kampf gegen
Wildkaninchen in erster Linie mittels Abschusses
zunehmen, die dann noch übriggebliebenen Kanin-
durch Vermittlungsmittel und Zäune von der
Schädigung erheblich gefährdeter Kulturlächen usw.
zu halten und erst in äußersten Notfällen an ein-
zelnen Orten zur Vergiftung der Kaninchen zu schrei-
Eine vollständige Ausrottung des Wildkaninchens
t er nicht nur für aussichtslos, sondern auch für
wirtschaftlich und überflüssig.

Der Verfasser schildert zunächst die bemerkenswerten
Lebensgewohnheiten der Lebensweise des Kaninchens,
spricht den durch dieses Wild in Wald und Feld,
Gärten und Weinbergen verursachten
Schaden und legt dann die allgemeinen Gesichtspunkte
der Bekämpfung der Kaninchenplage dar.

Da das Kaninchen sich in der Regel in der Nähe
seines Baues oder Versteckes aufzuhalten pflegt, erstreckt
sich die Zone, innerhalb welcher die Kaninchen ihr
Lebensgeschäft verrichten, selbst bei einem starken
Kaninchenbesatz selten auf mehr als etwa 50 m Ent-
fernung vom Rande der Kolonie. Hinsichtlich des
Schadens im Walde läßt es sich vielerorts so einrich-
ten, daß das Kaninchen durch Verwertung des Wild-
reizes und des Balges einen Gewinn abwirft, der die
Kosten der Verhütung des Schadens mehr oder weniger
auswägt. Welche hohe volkswirtschaftliche Be-
deutung das Wildkaninchen hinsichtlich der Fleischver-
wertung gewisser Bevölkerungsteile hat, geht u. a.
aus der Tatsache hervor, daß allein in der Zentral-
markthalle zu Berlin im Jahre 1913 nicht weniger
als 518 645 Kaninchen zum Durchschnittspreis von
78 Mk. veräußert wurden. Aus diesem volkswirt-
schaftlichen Grunde soll denn auch das Vergiften, das
von allen zur Bekämpfung der Kaninchenplage
bisher angewandten Mitteln als das wirksamste er-
wiesen hat, nur in solchen Ausnahmefällen stattfinden,
in welchen man mit keinem anderen Mittel die Plage
abstellen kann, denn die vergifteten Kaninchen sind
wertlos, während das mit der Flinte erlegte sowie das
in Netzen gefangene Kaninchen zu gutem Preise ver-
kauft werden kann, ganz besonders jetzt während des
Krieges, wo infolge der eingetretenen Fleischknappheit
der Preis für Kaninchen sehr erheblich gestiegen ist.
In der Berliner Zentralmarkthalle z. B. kostete das
Stück im vorigen Jahre bis zu 1,40 Mk. und heute
trägt der Preis dort vielleicht noch mehr.

Das Wesentliche des von Ströde empfohlenen Be-
kämpfungsverfahrens ist der planmäßige Massenabschuß
der Kaninchen und der Schutz ganzer Kulturlächen
und einzelner Pflanzen usw. gegen Kaninchen Schaden
durch das Anbringen dauerhafter Vorrichtungen. Bei

beiden Arten der Bekämpfung spielt eine besondere
Art des Vermittlers der Kaninchenbaue eine hervor-
ragende Rolle. Von den zahlreichen Vermittlungs-
mitteln hat sich bei den Versuchen des Verfassers als
bestes das Kresol (Cresolum crudum) erwiesen,
dessen Anwendung deshalb aufs wärmste empfohlen
wird.

Der Abschluß erfolgt auf Treib- und Stöberjagden
und beim Frettieren. Zwei bis vier Tage vor der
Treibjagd sind die Röhren zu vermitteln, damit die
Kaninchen, welche sich zur Zeit des Vermittlers außer-
halb der Baue befinden, diese auf längere Dauer nicht
auffuchen, während die in den vermittelten Bauern
stehenden Kaninchen so lange dort verbleiben, bis sie
der Hunger hinaustreibt, was im allgemeinen ein bis
zwei Tage dauert. Durch ein derartiges Vermitteln
der Baue lassen sich die Strecken der Kaninchen-
jagden erfahrungsgemäß leicht auf das Doppelte des
sonstigen Durchschnitts bringen. Auch beim Frettieren
sollen zur Erzielung besserer Ergebnisse die in der
weiteren Umgebung des abzufrettierenden Gebiets be-
findlichen Kaninchenröhren etwa vier bis fünf Tage
vor der Jagd mit Kresol vermittelt werden, um
die Kaninchen aus den vermittelten Bauern zu ver-
treiben und nach den Bauern zu ziehen, welche frettet
werden sollen. Zum Vergiften der Kaninchen in
besonderen Ausnahmefällen empfiehlt Ströde in erster
Linie die Verwendung von Phosphatlatwerge in
einem Stückchen Mohrrübe. Hiermit sollen weit durch-
greifendere Erfolge erzielt werden als mit dem be-
kannten, bisher sehr viel angewandten Schwefelkohlen-
stoff-Verfahren, weil mit Phosphor die Kaninchen
„nahezu restlos“ vertilgt würden, während man bei
Anwendung von Schwefelkohlenstoff nur diejenigen
Kaninchen vertilgt, die sich gerade während der An-
wendung des Mittels im Baue befanden.

Zum Schutze ganzer Kulturlächen gegen die
Beschädigungen durch Wildkaninchen sind Scheuchen
oder Drahtzäune aufzustellen. Als wirksamstes
Scheuchmittel empfiehlt Ströde allgemein Kresol-
leimdüten. Der Kresolleim wird aus Kresol und
Fischtran, Kolophonium und etwas Glycerin herge-
stellt und auf Streifen von 25 cm Länge und 25 cm
Breite aus Zeitungspapier gestrichen, von welchen je
drei zu einer Düte gedreht werden. Die Düten wer-
den in Abständen von je 2 m in einer Höhe von
 $\frac{1}{2}$ m wie Jagdclappen an einem dünnen Draht an
den zu schützenden Revierteilen aufgehängt. Dieses
Verfahren hat vor dem der Umzäunung den Vorzug
seiner größeren Billigkeit. Die Kosten belaufen sich auf
nur 1—2 Mk. für 100 laufende Meter, während
Drahtzäune der bisher allgemein gebräuchlichen Art
etwa 50 Mk. kosten. Die Kresolleimscheuchen lassen

sich jedoch nur dort verwenden, wo ein 8–10 wöchiger Schutz vor Kaninchenschaden genügt, also z. B. für junge Saaten. Waldkulturen, Gärten und Parkanlagen dagegen bedürfen eines allgemeinen dauernden Schutzes vor Kaninchen durch feste Zäune. Bei den bisher allgemein gebräuchlichen Kaninchen-Maschendrahtzäunen haben sich jedoch eine Reihe von Mängeln herausgestellt, die Ströje zur Herstellung eines neuen Modells („Modell S“) veranlaßt haben. Dasselbe soll vor dem bisher gebräuchlichen u. a. den Vorzug haben, daß die Karnikel sich nicht unter das auf besondere Art in die Erde eingelassene Drahtgeflecht hindurchwühlen und den Zaun auch nicht überklettern können.

Zum Schutze einzelner Stämme, Sträucher usw., ferner von Eisenbahndämmen, Deichen, Festungsanlagen und Exerzierplätzen wird ebenfalls die Verwendung von Kresolleim in erster Linie empfohlen.

Ströje hält einen mäßigen Kaninchenbesatz für durchaus zulässig, ganz besonders aber jetzt während des die Zufuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande uns abschneidenden Wirtschaftskrieges, wo ein mäßiger Kaninchenbestand geradezu im Interesse der Volksernährung liegt. Einem übermäßigen Besatze kann mit Hilfe des empfohlenen Verfahrens vorgebeugt bzw. ein solcher kann gegebenenfalls schnell und sicher auf das zulässige Maß verringert werden. Deshalb verdient dieses Bekämpfungsverfahren zurzeit allgemeine Anwendung, denn es muß heute mehr als sonst das Bestreben der Volkswirtschaft darauf hinausgehen, einerseits dem Schaden des Wildes an den Erzeugnissen des heimischen Bodens mit allen brauchbaren Mitteln entgegenzutreten, andererseits aber auch die bedeutenden Werte, die wir in unseren Wildständen haben, so zweckmäßig und vorteilhaft wie irgend möglich auszunutzen.

Dem klar geschriebenen Büchlein sei weiteste Verbreitung in all' den Kreisen gewünscht, welche die Frage der Kaninchenbekämpfung berührt. Möchten die maßgebenden Behörden und Interessenvertretungen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Jagd den Kampf gegen die Kaninchenplage nach den Anleitungen des vorliegenden Belehrungsheftes überall dort unverzüglich aufnehmen, wo es bisher noch nicht geschehen ist.

Weber.

J. Großmann, Das Holz und seine Bearbeitung. Aus Natur und Geisteswelt, Bändchen 473. B. G. Teubner.

In populärer dem Zweck der Sammlung entsprechenden Weise beschreibt der Verf. in 13 Abschnitten das Holz und seine Bearbeitung. Aufbau, Eigenschaften

und Fehler des Holzes werden nach bekannten Wertbegriffen dargestellt; es folgen dann wertvollere Abschnitte, der Holzbearbeitung nach knapper Schilderung Holztransportes und der Lagerung gewidmet. Dann geht Verf. zunächst auf die mechanische Bearbeitung des Holzes, das Zerteilen, Wiegen und Pressen ein, wobei die dazu nötigen Werkzeuge und Maschinen in ihren Grundtypen anschaulich beschrieben werden. Gute Abbildungen sind beigegeben. Dem Verf. des Holzes, das durch Schleifen, Laspieren, Lackieren, Anstreichen, Weizen, Wachsen, Mattieren, und Polieren geschehen kann, werden die folgenden Abschnitte gewidmet. Das Holz der wichtigsten Holzarten wird beschrieben und deren hauptsächlichste Verwendung angegeben. Unter „Bederholz“ ist gesagt, daß es vornehmlich, schön bräunlich, dem Mahagoniholz sehr ähnlich sei und weitaus am meisten von der Atlas- und Deodarzeder stamme. Hier liegt eine Verwechslung mit dem Holze von Cedrela odorata vor, das im Handel fälschlich als Bederholz (bekanntes Zigarrenkistenholz) bezeichnet wird.

Das Holz der echten Zeder stammt von der Himalaya, Atlas- oder Libanonzeder, hat das Gefüge der „Nadelhölzer“, ist im Kern gelb bis gelblich-braun und ist für den Holzhandel und die Holzbearbeitung bedeutungslos. Das Cedrelaholz ist braun, stammt von einem Laubbaume, Cedrela odorata und seinen Verwandten und hat daher das Gefüge der Laubhölzer. Solche Unstimmigkeiten hätten sich vermeiden lassen, wenn der Verfasser bei der Bearbeitung die grundlegenden Werke benutzt hätte, die wir in dem Literaturverzeichnis vermissen. Das Werkchen gibt über die Holzbearbeitung einen guten Ueberblick. Der letzte Abschnitt über die wirtschaftliche Bedeutung des Holzes hängt mit dem Thema nur sehr lose zusammen und verallgemeinert rasch; es ist nicht möglich auf so engem Raume die Bedeutung des Problems einigermaßen gerecht zu werden, sein Weglassen bei der 2. Auflage würde die Abgeschlossenheit und den Wert des Ganzen nicht beeinträchtigen.

Dr. Wimmer.

Hermann Vöns, Das Tal der Vieder. Verlag von Friedrich Bersbach in Hannover. Geb. 1 Mk.

Dieses Büchlein ist in gewissem Sinn eine Ergänzung des an dieser Stelle besprochenen Tierbuchs „Goldhals“. Hier bietet Vöns Stimmungsbilder, zeichnet Städte und Landschaften. Es ist ein Buch seiner engeren Heimat Hannover. Ein paar Ueberschriften mögen seinen Inhalt andeuten: „Die bunte Stadt am Harz“ (Wernigerode), „Die Stadt am hohen Ufer“ (Hannover), „Am Steinhuder Meer“, „Die deutschen Erdbölgebiete“ und — last not least: wie könnte es

dem „Gebedächter“ anders sein? — „einsame Gebedächter“.

Möge das Bändchen Böns, der einer der besten unserer Tage war, viele neue Freunde erwerben.

B. Th.

Umgestaltung im Mittelschul-Unterrichte.

Bericht, erstattet an den vom Oesterreich, Ingenieur- und Architektenverein eingesetzten Ausschuss für technisch-wirtschaftliche Staatsnotwendigkeiten von I. I. Oberforstrat Dr. Rudolf Jugoviz, Direktor der höheren Forstlehranstalt f. d. Oesterr. Alpenländer zu Bruck a. d. Mur. — Das. 1916, Buchdruckerei H. Snerzgel u. Comp.

Der Verfasser dieser Schrift, welche dem Andenken Dr. Gustav Marchets — Of. Nekrolog im Augustheft d. Bl. — gewidmet ist, erstrebt eine durchgreifende Umgestaltung des Mittelschul-Unterrichts in dem Sinne, daß dem 4- oder 5-jährigen Besuche der Volksschule an Stelle der Unterstufen der Gymnasien, Realschulen usw. eine einheitliche Mittelschule, „nach dem Arbeitsprinzip organisiert“, folgen solle. Diese möge 5 oder 6 Jahreskurse umfassen und den Absolventen das Anrecht auf Einjährig-Freiwilligen-Dienst gewähren. Dann folge, etwa im 16. Lebensjahr, die Berufswahl und für solche, die eine weitere wissenschaftliche Ausbildung erstreben, der Uebergang zu einer Akademie, die entweder der allgemeinen Weiterbildung (Gymnasium, Realschule usw. als Vorstufe für Hochschulen) oder dem Fachunterricht für Erziehungs-, Bank- und Handels-, Post- und Eisenbahn-, Berg- und Hütten-, Gemeinde- und Steuer, See- und Heerwesen, Gewerbe, Kunst und Industrie, Land- und Forstwirtschaft zu widmen wäre. Nur den besten und tüchtigsten Absolventen der einen oder anderen Akademie stehe nach vierjährigem Besuche derselben der Uebergang zur Hochschule offen. Den Zubräng zu dieser abzuleiten, sei in Oesterreich zu einer Staatsnotwendigkeit geworden.

Ein besonderer Abschnitt der Schrift sucht an dem Beispiel einer Forstakademie den Nachweis zu erbringen, daß hier neben der fachlichen auch die allgemeine Bildung gefördert werden könne und solle. Nicht nur Wissen und Können, sondern insbesondere auch Liebe zur Arbeit und Pflichtbewußtsein müssen sich als unerläßliche Erfordernisse der Ueberzeugung des Schülers einprägen. Wohlthuend wirkt namentlich auch der warme Ton, in welchem die Erziehung zu wahrer Religiosität ohne konfessionelle Einseitigkeit, die Pflege der Muttersprache und der Vaterlandskunde gefordert wird.

Es ist mir nicht zweifelhaft, daß der geehrte Ver-

fasser eine Reihe gesündester Gedanken entwickelt — mag auch im Einzelnen vielleicht manches anfechtbar sein.

Wr.

Der Wald als Retter in der Not. Ein Bruchstück aus zeitgemäßer Forstbenutzung. Von Dr. Rudolf Jugoviz. — Sonderabdruck aus der Zeitschrift des Steierm. Forstvereins XXXII, 2 und XXXIII, 1. — Graz, U. Mosers Buchhandlung, 1916. — 48 Seiten.

Der Verfasser, bekanntlich Direktor der höheren Forstlehranstalt für die Oesterreich, Alpenländer in Bruck a. d. Mur, bespricht in dieser Schrift nach einer kurzen Erörterung über „das Holz als solches“ zunächst ausführlich die Nährwerte des Waldes, hauptsächlich auf Grund neuerer Untersuchungen und Berichte von Haberlandt und Zunk. Futterlaub und Futterreisig der verschiedenen Holzarten haben nach Päßler-Charandt (1893) im Vergleiche zum Wiesenheu folgende Zusammensetzung:

	Wiesenheu			Trockenes			Reisig
	%	von	bis	Mittel	von	bis	Mittel
Roh-Asche	7	5	15	10	3	9	6
„ -Protein	11	13	35	24	12	27	20
„ -Fett	2	1	10	5	1	6	3
„ -Faser	32	9	21	15	20	36	28
Stickstoff-freie Extraktstoffe	48	36	59	46	36	50	43
Summe	100			100			100

Diese Zahlen, welche den dort einzeln eingeteilten Ergebnissen auszugsweise entnommen sind, zeigen deutlich, daß die Waldprodukte an Nährwert hinter dem Wiesenheu keineswegs zurückstehen. Um das (mechanische und chemische) Verfahren zur Verarbeitung des Reisigs hat sich auch Raman verdient gemacht.

Aber auch das fertige Holz, insbes. von Horn, Pappel, Ulme, Linde und Birke enthält reichliche Nährstoffe, die durch Schleifmaschinen und dergl. in Zeiten der Futternot einen brauchbaren Futterzusatz liefern können. Ja sogar zur Nahrung für Menschen — nicht nur als Magen-Füllmittel, wie es für Vieleser wie die russischen Kriegsgefangenen nötig und nützlich ist — läßt sich nach den eigenen Untersuchungen des Verfassers ein Zusatz von 20 bis 30% Holzmehl zum Brote verwerten. Er hat solches „Brüder Brot“ wochenlang mit seiner Familie gegessen, wohlschmeckend gefunden und keinerlei nachteilige Folgen davon beobachtet.

Daß Holzstoff und Zellulose in der Papierfabrikation, als Ersatzmittel für Baumwolle, zu Verbandwatte und Sprengmitteln, zu Kunstseide u. a. Verwendung finden, ist bekannt und wird neben der im Kriege auch wieder zu Ehren gekommenen Holzkohle und der Kesselfaser erwähnt; ebenso die

vorteilhafte Gewinnung von Alkohol aus Sägespänen, welche die Konkurrenz mit Zuckerrübe, Getreide und Kartoffel ausschält.

Die Nutzung von Eichen- und insbes. Fichtenrinde, auch von im Winter gefällten Stämmen, die im Frühjahr „in Saft kommen“ und sich schälen lassen, wird nachdrücklich befürwortet, um Ersatz für die zur Zeit gesperrte Einfuhr fremder Gerbmittel zu schaffen. Auch Weiden- und Bärchenrinde, wenn sie noch nicht dickborstig ist, kann verwendet werden. Und die Borke der Kiefer und Lärche läßt sich anstatt des Korks zur Bekleidung der Wände gebrauchen.

Harz wurde in Oesterreich seither nur von der Schwarzkiefer gewonnen. Bei seiner vielfachen Verwendung zu Sprengmitteln, in der Papierindustrie, zum Anstrich, zu Schmieröl und Wagenfett usw. und bei dem Ausschluß der Einfuhr aus Amerika und Südfrankreich wird man auch die gemeine, die Brehmthskiefer, die Fichte, Lärche und Tanne heranziehen müssen.

Die Früchte der Buche, Eiche und Kastanie werden als gute Futtermittel erwähnt; der Delgehalt der Bucheckern zwar mit 27% beziffert, aber die Delgewinnung selbst nicht näher besprochen.

Von sonstigen „unscheinbaren, aber in Kriegszeiten wertvollen Walberzeugnissen“ wird neben Beeren und Pilzen das Heidekraut als Ersatz-Futtermittel empfohlen. Auch Waldweide und Waldfeldbau gewinnen wieder erhöhte Bedeutung.

Zum Schlusse wird auf die Bedeutung des Wildes für die Volksernährung hingewiesen. Als forstliche Nebenutzung, nicht als Sport für sich und im Widerstreit mit Forst- und Landwirtschaft, muß das edle Weidwerk wieder zur vollen Geltung kommen. Aber „der feste alles stützende Fuß heimatlicher Volkswirtschaft in den Alpen ist der Wald“.

Möge die gebiegene, im höchsten Maße zeitgemäße Schrift nicht nur in der Heimat des Verfassers, sondern auch in Deutschland Interesse und Beachtung finden.

Wr.

I. Geschäftsbericht des Erholungs-, Alters- und Invalidenheims für Jäger u. Schützen des deutschen Heeres in Marburg (Sahn). Marburg, 1. Juli 1916. Invalidenheim für Jäger und Schützen. E. B.

Der vorliegende erste Geschäftsbericht des „Erholungs-, Alters- und Invalidenheims für Jäger und Schützen des Deutschen Heeres in Marburg“ enthält zunächst den Aufruf zur Gründung eines Heims für invalide Jäger und Schützen. Hiernach soll in Marburgs schönster Gage, unmittelbar am Walbe, ein Bau errichtet werden, der den invaliden Jägern und Schützen

des deutschen Heeres zu einem dauernden Heime zu einer Pflegestätte werden soll. Die gänzlich arbeitsunfähigen sollen hier dauernd Ruhe und Beschäftigung finden, die vorübergehend Arbeitsunfähigen zeitweise Erholung und Kräftigung.

Als Zweck und Ziel des Heimes werden angegeben:

1. Dauernde Versorgung erwerbsunfähig gewordener Angehörigen der deutschen Jäger- und Schützenbataillone in körperlicher und geistiger Hinsicht, wogegen sich die Aufzunehmenden verpflichtet, einen zu vereinbarenden Teil seiner vom Staate gezahlten Invalidenrente in das Heim abzutreten.

2. Unterkunft für erwerbsunfähige Angehörige deutscher Jäger- und Schützenbataillone, deren Bestand verspricht, daß sie noch zu nützlichem Erwerbe herangebildet werden können. Diese sollen hier Gelegenheit finden, sich in einer, ihrer Veranlagung entsprechenden Weise zu betätigen oder zu einem Berufe vorzubereiten.

3. Soweit der Platz reicht, vorübergehende Unterkunft für Erholungsbedürftige anderer Truppenteile gegen Zahlung einer zu vereinbarenden bescheidenen Vergütung.

4. Unterkunft und Unterhalt für Angehörige der Jäger- und Schützenbataillone, welche das 65. Lebensjahr erreicht haben, bis an ihr Lebensende gegen eine zu vereinbarende jährliche Vergütung.

5. Ueberlassung von Land mit oder ohne Gebäulichkeiten zur pachtweisen Benutzung an Invaliden zwecks Betätigung in landwirtschaftlicher, gärtnerischer oder gewerblicher Hinsicht.

Ein solches Grundstück kann auch käuflich oder als Rentengut erworben werden.

Für die dem Forstfache angehörenden Kriegsgeschädigten sollen Fachkurse eingerichtet und praktischer Unterricht in einem anzulegenden Forstgarten erteilt werden.

Zunächst ist ein 42.000 qm großes Grundstück erworben und ein anschließendes ähnlich großes zur Erwerbung gesichert worden. Die Gebäude sollen in Form der Pavillons errichtet werden, wozu die Pläne von dem Wirtl. Geh. Oberbaurat Erz. von Ihne in Berlin ausgearbeitet wurden. Das Protokoll der Se. Hoheit Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein übernommen.

Aus einem Auszuge aus der Reichsanzeiger über die erste Hauptversammlung ist ersichtlich, daß bereits über 190.000 Mk. für den besagten Zweck zur Verfügung stehen. 32.450 Mk. haben die Jäger-Bataillone hierzu beigetragen.

Die Feier der Grundsteinlegung des Alters-, Erholungs- und Invalidenheims hat in diesem Jahre be-

als stattgefunden. Der vorliegende Bericht bringt eine Beschreibung derselben.

Die weiter erforderlichen Mittel sollen durch Sammlungen, Beiträge von Vereinen, Veranstaltungen volkstümlicher Konzerte und Vorträge, selbstgrüner Abende, Lotterien, Preisschießen, Nagelungen, Vertrieb von Postkarten, Herausgabe eines Ehrenbuches deutscher Jäger und Schützen beschafft werden.

In den Künstler-Werkstätten zu Warmbrunn soll ein überlebensgroßer Hubertus-Hirsch zur Nagelung bestimmt werden. Der Hirsch steht auf einem von Schwertern umgebenen Sockel. Jedes dieser Schwerter soll von einem Jäger-Bataillon genagelt werden. Das Ganze wird später zugleich ein Ehrenzeichen für die im Kriege gefallenen Kameraden in den Anlagen des Invalidenheims bilden.

Möge das Erholungs-, Alters- und Invalidenheim Marburg a. S. recht vielen invaliden Jägern und Schützen des deutschen Heeres zum Segen gereichen und möchten die weiter zur Errichtung und Unterhaltung desselben erforderlichen Mittel auch fernerhin diesem patriotischen Unternehmen in reichem Maße zufließen.

E.

Die Eichenrinde. Von Prof. Dr. Johannes Paeppler, Vorstand der deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie zu Freiberg in Sachsen. Mitteilungen aus der deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie. Berlin 1916. Verlag: J. A. Günther u. Sohn, A.-G., Berlin. Preis: 1,10 Mk. Zu beziehen von der Geschäftsstelle der „Lederindustrie“, Berlin SW 11, Schönebergerstr. 9/10.

Verfasser weist auf die große Bedeutung der Eichenrinde für die inländische Ledererzeugung in der Gegenwart hin und gibt an, daß an der Einfuhr von Eichenrinde im Jahre 1913 beteiligt waren: Oesterreich-Ungarn mit 198 500 dz, Frankreich mit 59 500 dz, Belgien mit 32 500 dz und Holland mit 26 000 dz. Die Frage, welche der beiden deutschen Eichenarten die gerbstoffreichste Rinde liefere, beantwortet er da-

hin, daß jede der beiden Arten dort die gerbstoffreichste Rinde erzeuge, wo sie die ihr zugehörigen Verhältnisse in Bezug auf Klima, Standort usw. finde. Der Gerbstoffgehalt der Eichenrinde nehme von Jahr zu Jahr zu und erreiche seinen Höhepunkt im Alter von 12 bis 20 Jahren. Unter normalen Verhältnissen bemesse sich der Ertrag an trockener Rinde pro Jahr und Hektar auf 1—5 dz, im Mittel 3 dz. Die im Saft geschälte Rinde enthalte 50—60% Wasser, die getrocknete nur noch 15%. Das geschälte Holz enthalte nur 0,5—1,5% Gerbstoff.

Bei korkfreien Eichen sei der Gerbstoffgehalt unten am höchsten und nehme von unten nach oben ab; der Gerbstoffgehalt der Astrinde sei noch niedriger als der der Wipfelrinde. Stärkere Rinde, soweit sie korkfrei, sei gerbstoffreicher wie schwächere. Sonnenlage, durchgreifende Durchforstung wirkten günstig auf das Wachstum der Rinde und deren Gerbstoffgehalt ein. Bei der Eichenaltholzrinde sei das Fleisch der Rinde auch gerbstoffreich; nach Entfernen der Rinde komme der Gerbstoffgehalt dem guten Spiegelrinden gleich. Trotzdem sei sie nicht einer so vielseitigen Anwendung fähig als die Spiegelrinde, weil sie sehr arm an zuckerartigen Stoffen sei und infolgedessen nur in geringem Maße die Fähigkeit besitze, Säuren zu bilden.

Schließlich werden noch Angaben über die Rinden von einigen ausländischen Eichenarten gemacht. E.

Die Sonnenblume, ihre Kultur, Nutzwert, Würdigung und Bedeutung als Del- und Futterpflanze. Mit Abbildungen. Von Dr. Arthur M. Grimm. Preis 18 Pfennige. Druck und Verlag: B. B. Enders'sche Kunst-Anstalt in Neutitschein.

Zur Abhilfe des herrschenden Fett- und Ölmangels wird der Anbau der Sonnenblume allgemein empfohlen. Das vorliegende billige Schriftchen, in dem u. a. eine Kulturanleitung für Sonnenblumenzucht enthalten ist, wird daher manchem Landbesitzer willkommen sein.

E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Ueber die Notwendigkeit der Schaffung von Moorschutzgebieten.

Die Frage der Schaffung von Moorschutzgebieten war Gegenstand der Beratungen der VII. Jahreskonferenz für Naturdenkmalpflege in Berlin am 3. und 4. Dezember 1915. In einer von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen heraus-

gegebenen Denkschrift wird hierüber ausführlich berichtet.

Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß nach der Schilderung von Tacitus Deutschland einst von Wäldern und Mooren starrte. Die Kulturarbeit der Jahrhunderte habe diesen Zustand gründlich geändert. Die Wälder seien durch Abholzungen und Rodungen vermindert und durch einen geregelten Wirtschaftsbetrieb

mehr und mehr in Forsten von höchster Nutzbarkeit umgewandelt worden. Die Moore seien größtenteils entwässert oder doch angeschnitten worden und angesichts der rastlosen, durch den Staat eifrig geförderten, durch wissenschaftlich-technische Arbeit in zielsichere Bahnen gelenkten Meliorierungen sei ihr nahezu völliges Verschwinden nur eine Frage der Zeit. Einbringlich mahnten die Erfahrungen des gewaltigen Krieges zur Ausdehnung unserer Acker- und Wiesen und nirgends böte sich besser Raum für die Schaffung neuen Kulturlandes als auf unseren Mooren und Sumpfflächen. Trotzdem könne man gegen ihre völlige Beseitigung ernste Bedenken erheben.

Schon vor 60 Jahren habe F. B. Hochstetten vor zu weitgehender Kultivierung gewarnt und auf die große Bedeutung der Moore als Wassersammler hingewiesen. Diese Warnung sei seitdem häufig und seit Beginn der Kriegsmeliorationen besonders nachdrücklich wiederholt worden, jedoch habe sie auch Widerspruch gefunden. Während auf der einen Seite von der fortschreitenden Austrocknung eine schädliche Einwirkung auf die Wasserregulierung und die Niederschlagsverhältnisse des Landes befürchtet und das Nahen eines Steppenklimas vorausgesagt werde, betrachteten andere diese Besorgnisse wenigstens für die in der Ebene gelegenen Moore als unbegründet. Daß in der Nachbarschaft von Meliorationsgelände durch Sinken des Grundwassers Benachteiligungen des Baumwuchses eingetreten seien, werde mehrfach bezeugt. Aber im allgemeinen sei die Frage noch wenig geklärt, und da die Meliorierungsarbeiten im großen und ganzen nicht aufzuhalten seien, könne man nur wünschen, daß diejenigen, die auf Grund von Einzelbeobachtungen oder theoretischen Betrachtungen eine Schädigung der Landschaft durch die Entwässerungen voraus sagten, sich als schlechte Propheten erweisen möchten.

Wenn auch die Bedeutung der Moore für die Wasserwirtschaft strittig sei, so stehe ihr Wert für die wissenschaftliche Forschung außer allem Zweifel. In den Wiesenmooren der verlandenden Seen und Ueberschwemmungsgebiete finde man eine mannigfaltige Pflanzenwelt. Nimmer sei die Flora der Hochmoore, hier träten aber besonders einige bemerkenswerte Arten auf, die sich auf dem nassen, kalten Boden lange erhalten hätten und Zeugen einer früheren Entwicklungsstufe der Erdoberfläche seien. In den Mooren begegneten wir so ziemlich den letzten natürlichen Lebensgemeinschaften, die im Kampfe mit der Kultur ihre Ursprünglichkeit hätten bewahren können. Auch die Tierwelt der Moore weise eigentümliche Formen auf und stelle der weiteren Forschung lohnende Aufgaben. Kleintiere seien zuweilen in nicht geringer Artenzahl vorhanden, aber auch einzelne Aristokraten der Tier-

welt hätten im Moore ihren Standplatz, wie z. B. der Kranich.

Außer der lebenden Pflanzen- und Tierwelt der Moore seien auch die Reste ehemaliger Floren und Faunen, die ihr Boden umschließen, ein wichtiger Gegenstand der naturwissenschaftlichen Forschung. Die Entstehung der Moore gehe teilweise in die Eiszeit zurück. Sie enthielten daher Reste früherer Organismen in aufeinanderfolgenden Schichten. So bildet der Moorboden gewissermaßen ein Album der geschichtlichen Entwicklung der Pflanzen- und Tierwelt unseres Landes.

Neben den Vertretern der Naturwissenschaft beklagten die Prähistoriker die allzu hastige Meliorierung, weil sie der vorgeschichtlichen Forschung die Möglichkeit nehmen, die Reste alter Kulturen, die so manch Moor in seinem Schoße berge, ans Tageslicht zu ziehen und zur Aufhellung früherer Perioden der Besiedelungsgeschichte Deutschlands zu verwenden.

Und endlich würden durch die schrankenlose Moornivernichtung auch allgemeine Kulturgüter gefährdet. Mit den Mooren verschwinde aus der deutschen Landschaft eine der eigenartigsten Geländeformen. Wenn aus den großen Meliorationsflächen einige Stücke der charaktervollen Landschaft ausgeschieden und als Moorschutzgebiete dauernd erhalten würden, würden damit ideale Werte gesichert, die für unser Volksleben von Bedeutung seien.

Die Erhaltung der Moore werde jetzt nicht zum erstenmale gefordert. In Dänemark sei schon 1844 das staatliche Sphagnummoor Gammelmoose im wissenschaftlichen Interesse geschützt worden, in Preußen seien zwei kleinere Moore mit der zierlichen Zwergbirke, einem Ueberbleibsel der Eiszeit, geschützt; das staatliche Naturschutzgebiet Plägesenn bei Chorin umfasse ein Niederungsmoor, das sich teilweise in Hochmoor umbilde. Besonders erfreulich sei, daß die Böhlaus ein großes Hochmoor in Ostpreußen, auf dem noch Elchwild stehe, bis auf weiteres zur Erhaltung bestimmt sei. Ferner habe der Landwirtschaftsminister angeordnet, daß auch unter Umständen kleine charakteristische Moorflächen von jeder Kultur unberührt bleiben und dem freien Privatbesitz entzogen werden könnten. Hierauf seien in Preußen noch weitere kleinere Moore geschützt worden, z. B. in einer Oberförsterei eine Moorfläche mit *Betula humilis* und in einer anderen eine solche mit brütenden Kranichpaaren. Ebenso schone die sächsische Forstverwaltung das Kranichsumpfmoor im Erzgebirge, und die bayerische Forstverwaltung habe bestimmt, daß mehrere Moore im Böhmerwald erhalten bleiben sollten. In Württemberg sei ein Teil des Federseerieds bei Buchau vom

für Vogelschutz mit erheblichen Mitteln gesichert
en.

Unter der Herrschaft des Friedens hätte man hoffen
können, daß die Bemühungen um die Erhaltung von
Naturdenkmälern zum Ziele führen würden, aber die seit dem
Jahre 1914 unter Heranziehung von Kriegsgefangenen
intensiv vermehrten und beschleunigten Meliorierungen
erhöhten erheblich die Gefahr, daß wertvolle Denk-
mäler der Natur und Vorgeschichte vernichtet würden.
Nur hätten die Leiter der staatlichen Stelle für
Naturdenkmalpflege und der Leiter der vorgeschichtlichen
Abteilung des Museums für Völkerkunde eine gemein-
same Eingabe an das Kultusministerium gerichtet, auf
die ein Erlass an die Oberpräsidenten ergangen sei,
den Bodenarbeiten, soweit es mit den wirtschaft-
lichen Zielen vereinbar sei, auf die Ausscheidung und
sorgfältige Berücksichtigung bemerkenswerter Vorkommen
der Natur und der Geschichte Bedacht zu nehmen.
Daß der Landwirtschaftsminister habe verfügt, die zur
Ausführung von Projekten zu Bodenverbesserungen und
andere der Ausführung berufenen Beamten zu veranlassen,
im Sinne des Erlasses des Kultusministers zu wirken, ins-
besondere die für den Natur- und Denkmalschutz in Be-
zug kommenden Stellen von dem Vorkommen seither
bekannter Naturdenkmäler usw. zu benachrichtigen.
Technisch sei es nun aber nicht durchführbar, im
ganzen eine Dase zu erhalten, wenn ringsum melioriert

werde, es könnte nur die Erhaltung ganzer Moore in
Betracht kommen. Ferner sei es erwünscht, daß sie
nicht von Acker- oder Wiesenflächen, sondern möglichst
von Wald begrenzt seien. In einer Eingabe vom
Jahre 1915 habe die staatliche Stelle den Kultus-
minister gebeten, dahin wirken zu wollen, daß in jeder
Provinz durchschnittlich wenigstens ein bis zwei größere
Moore von der Meliorierung ausgeschlossen und als
Naturdenkmäler erhalten würden.

Die am 3. und 4. Dezember 1915 tagende
Konferenz endlich brachte zum Ausdruck, daß
dem großen nationalen Werte der Urbär-
machung von Oedländereien nicht hindernd in
den Weg getreten werden solle, daß aber bei
diesen Arbeiten auch den idealen Bedürfnissen
des Volkes Rechnung zu tragen und eine mit
so vielen Reizen für Geist und Gemüt ausge-
stattete Landschaftsform, wie es die Moore
sind, in einer ausreichenden Zahl von Bei-
spielen der deutschen Heimat zu erhalten seien.
Die staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege
in Preußen hoffe zuversichtlich, daß der Staat,
der an dem Besitze der Moore in hervorragender
Weise beteiligt sei und der ja die Notwen-
digkeit der Erhaltung von Naturdenkmälern
anerkannt habe, zur Verwirklichung dieser
Wünsche die Hand bieten werde!

Notizen.

A. Wildernde Hunde.

Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig.

Nach der für das Landesstrafrecht maßgebenden örtlichen
Auslegung der Strafvorschriften (§ 8 Abs. 1 St. G. B.) erstreckt
sich die Braunschweigische Jagdordnung lediglich auf die im
Gebiete des Herzogtums begangenen Straftaten, auf diese aber
nicht, wenn der Täter außerhalb des Herzogtums seinen
Wohnsitz hat. Wer es unbefugt gesehen läßt, daß ein Hund
in fremden braunschweigischen Jagdgebieten führerlos frei
herumläuft, wird nach § 84 Abs. 1 der Jagdordnung bestraft.
Nur wenn es dem Hunde ermöglicht haben, seiner Jagd-
pflicht nachzukommen, oder welche Maßnahmen der Herr des Hundes
zur Verhinderung des Herumtreibens getroffen hat, ist an sich
nicht maßgebend; seine Ursachen oder diese Maßnahmen berühren
nicht den gesetzlichen Tatbestand, der nicht in der Unterlassung
der Bewachung der Hunde besteht. Auch die größte Nach-
lässigkeit in der Aufsicht über die Hunde würde nicht strafbar
sein, so lange die Hunde nicht Gelegenheit nehmen, fremde
Jagdgebiete zu durchstreifen. Nur das unerlaubte Umher-
treiben macht die strafbare Handlung aus; sie ist nur
im Herzogtum begangen und untersteht der Herrschaft der
braunschweigischen Jagdordnung. Nur für die subjektive Seite
der Strafbarkeit kann es von erheblicher Bedeutung sein, aus welchen
Ursachen der jagende Hund sich der Aufsicht entzogen hat. In
dieser Hinsicht ist jedoch festgestellt, daß der Angeklagte es an

der gehörigen Bewachung seiner als Wilderer bekannten Hunde
hat fehlen lassen, daß ihn also der Vorwurf der Fahrlässigkeit
trifft.

Sächs. Korrespondenz, G. m. b. H. in Leipzig, Querstraße 13

B. Schonung des Raubwilds? — Zwangsweiser Abschuß des Raubwilds!

Der Krieg hat merkwürdige Jagdmaßnahmen ge-
zeitigt. Schonung oder Schutz des Raubwilds, und gleichzeitig
zwangsweiser Abschluß des Rot- und Schwarzwilds, Hand in
Hand mit verlängerter Schutzzeit für Fasanenheiden und Hasen.
Dies wirkt komisch, namentlich in der Gegenüberstellung, auf
unser weibmännliches Empfinden ein, und ich darf in dieser
Zusammenstellung einige Worte darüber sagen. Teils haben
diese, anscheinend zeitgemäßen Forderungen schon
Gesetzeskraft erhalten, teils sucht man noch nach der Gesetzform
in der diese unser bisheriges jagdliches Verhalten auf den Kopf
stellenden Normen untergebracht werden könnten. Also einer
seits Schutz dem Raubwild! In Mecklenburg wird damit Ernst-
gemacht.¹ Die Fische sind die Auserwählten, deren Ver-

¹ Aus Mecklenburg-Schwerin kommt die Nachricht, daß
dort die wilden Kaninchen in einer Weise zugenommen haben,
daß die Feldfrüchte ernstlich gefährdet seien. Es ist dahin-

mehrtung begünstigt werden sollte, damit sie mit der Bandplage der Kaninchen mehr aufräumen: Im Interesse der Landwirtschaft bezw. Volksernährung. Alle Gedanken werden wach; was wir da jetzt in Mecklenburg eingeführt sehen, hat schon lange vor dem Krieg der berühmte Schillings, auch Pfarrer W. Schuster (auf dem internationalen ornithologischen Kongress 1911 in Stuttgart), gefordert im Interesse einer allseitig gleich gerechten Behandlung der Natur unter dem Gesichtspunkte des Naturschutzes. Wir haben schon längst gefordert, das Raubwild, und namentlich die Raubvögel, nicht ganz auszurotten; sie sind nötig zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in der Natur. Wir haben in der Schweiz und Süddeutschland mehr als einmal erlebt, daß garstige, ekelhafte Seuchen unter dem Hasenbestand furchtbar aufräumten, weil die Füchse fehlten, die jene leicht und zuerst erkrankten Stücke, welche den Keimherd der Ansteckung bildeten, rechtzeitig wegnahmen. Da und dort hat man ja auch den Füchsen ab und zu ganz besonderen Schutz gewährt, aber aus anderen Gründen. So erinnere ich mich aus meiner Jugendzeit, daß einmal im Oberwalb im Vogelsberg, welcher den Freiherrn R. gehört, die Parole ausgegeben wurde, die Füchse zu schonen, weil die Dörfler aus gewissen eigensinnigen Motiven heraus die Gemeindegäben gepachtet hatten (wo sie natürlich mit dem auszurottungslisternen Schweiß des Bauern — als Bandwirt —, weniger mit dem weibmännischen Gefühl des geschulten Jägers und Jegers jagten: alles niederknallen); und nun sollten die Füchse aus den Wäldern dem Hasenbestand der Felder recht zu Leibe gehen, dann würden ja hernach schon die Gemeinden ihre „nutzlosen“ Jagden anderen überlassen. In der Gegend von Schilly, also zwischen Vogelsberg und der Fulda, wurden ja gelegentlich auch die Füchse unter Obhut genommen, genau wie in der Saar, Hochebene östlich des Schwarzwalds, damit sie sich recht zahlreich vermehren und möglichst viel Mitglieder der Familie Reinecke für die Fuchsjagden stellen, an denen bekanntlich auch der Kaiser teilnahm. In Mecklenburg haben sich nun protestierende Stimmen gegen den Schutz des Raubwilds erhoben. Sie haben, nicht ganz mit Unrecht, hervorgehoben, daß für die Volksernährung nicht allein das Erzeugnis des Bandwirts in Frage komme (den ja die Kaninchen ungewisselhaft schädigen), sondern auch die Beute des Jägers oder Kaninchenfängers. Und da sei es doch ungewisselhaft von größerem Werte, die Kaninchen durch Menschenhand oder — ist zu erlegen und auf den Lebensmittelmarkt zu bringen anstatt in die Mägen der gern geduldeten Füchse wandern zu lassen. Dies ist unstreitig richtig. Hierzu kommt, daß der Erfolg der Fuchsvermehrung, wie diese selbst, nur allmählich erst sich bemerkbar macht und darum wohl nachträglich zur Geltung käme, mit anderen Worten: zu spät; Menschen aber könnten sogleich, oder bald Abhilfe schaffen. Fragt sich nur, ob solche zur Stelle sind; das ist der springende Punkt und daran wird es eben fehlen. Denn wer hat eben Zeit zur Kaninchenjagd oder -fang? Unsere Jäger, die rüstigen alle, sind draußen im Felde, die daheimgebliebenen haben alle Hände voll zu tun, und private Müßiggänger, die jetzt zur Frettchenjagd Zeit hätten, finden sich auch nicht. So ist die

gehend von der großherzoglichen Regierung eine vorläufig für das Domanium geltende Verfügung erlassen worden, nach der alles Raubzeug, das dem Kaninchen nachstellt, als Fuchs, Dachs, Iltis, Wiesel, Baummarber und Steinmarber, eine Schonzeit vom 15. März bis zum 15. Oktober genießen soll. Nun stellt die Schwerinsche Landwirtschaftskammer beim Landtag den Antrag, dieses Schongesetz auch für die Ritterschaft und die Städte zu erlassen.

Kaninchenplage und -frage eine der Kriegsfragen wie die anderen und könnte nur wegen Mangels an Kräften nicht mitgeteilt werden. — Land in Hand mit dem Schwanz des Rot- und Schwarzwilds auf. Auch hier ist die Erwägungsfrage zu Grunde, da diese Tiere an der Ernte voller Ernten hinderlich sind, darum die Volksernährung das Volkswohl schädigen. Gewiß darf man nicht solchen kühnen Behauptungen nicht zu weit gehen, einfach das Kind mit dem Bade ausschütten hat ja die Fortschrittliche Volkspartei im Hauptauschuß des Reichstages eine Entschließung über die Wildschadenfrage erregt, worin der Reichstagsrat ersucht wird, zu veranlassen, daß in wirksamerer Weise als bisher dem Wildschaden, besonders durch Rot- und Schwarzwild, entgegengetreten möglichenfalls durch zwangsweisen Abschluß der schädigen Wildarten, und entstandene Schäden möglichst schnell und entschädigt werden. Es heißt darin u. a. „Der ernannte Ausschuss auf eine wirksamere Verhütung des Wildschadens ist durch notwendig geworden, weil die wiederholten Beschlüsse des Reichstages zwar den Reichstagsrat veranlaßt haben, Landesregierungen zu lebhafterer Bekämpfung des Wildschadens aufzufordern, diese aber ihrerseits dieser Anregung nicht in genügender Weise entsprochen haben. Nach wie vor wird bauerlichen Kreisen über den starken Wildschaden geklagt, den die Saaten wie die Ernte schwer geschädigt werden. Mit ist über die privatwirtschaftliche Schädigung des einzelnen Landwirts hinaus auch die Volksernährung in besorgniserregender Weise beeinträchtigt. Der Abschluß, besonders von Rot- und Schwarzwild, ist aber nach wie vor ungenügend geblieben. Es mag ja zugegeben sein, daß die Einziehung vieler Jagden zu einer Verminderung des Abschusses geführt hat. Unbringenbarer wäre es aber nötig gewesen, die im Lande gegebenen Jagdpächter zum Abschluß anzuhalten, die Ausübung der Jagd auch während der Schonzeit zeitweilig einzustellen und vor allem die Forstbeamten zum eifrigeren Abschluß anzuweisen.“

Es mag dahingestellt sein, vielleicht auch fraglich bleibt, ob dies alles so zutrifft, was hier und da, und nicht selten auch von Leuten, deren Urteil durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, behauptet wird; unter anderem z. B., daß die Verlängerung der Schonzeit nicht in genügendem Maße gewirkt worden sei, daß gelegentlich durch Hinauszögern der Jagdverteilung die Ausnützung der verlängerten Schonzeit gegenstandslos gemacht worden sei. Wir wollen gewiß nicht verkennen, daß die schnelle und genügende Abschätzung und hinreichende Ersatz des Schadens gerade für kleinen und kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe außerordentlich wichtig ist, namentlich wenn erschwerende Umstände vorliegen, wenn z. B. die Verzögerung eine wirtschaftliche Schädigung bedeuten kann insofern, als landwirtschaftliche Betriebe nicht rechtzeitig in Angriff genommen werden können, da zur Schadensabklärung natürlich eine Feldbesichtigung nötig ist. Andererseits hat neben der Landwirtschaft eine stimmungsgemäße Jagdwirtschaft genau dieselbe Ergebnisse berechnung wie jene, und zwar auch, worauf jene pocht, Interesse der Volksernährung und Landeskultur. Ob es dieser Hinsicht sehr zweckmäßig, oder auch nur angebracht scheint, die Ausübung der Jagd auch während der Schonzeit „zeitweilig freizugeben“, könnte man füglich doch stark zweifeln. Wir wollen immer bedenken, daß wir auch unmittelbar nach dem Kriege und später vielleicht noch längere Zeit Fleisch sehr notwendig brauchen, und daß es da von großer

sehr reich sein kann, auch in den Wildbeständen ganz erheblich Fleischreserven zu haben, daß wir aber bestimmt nicht rechnen können, wenn wir jetzt an unserem Jagdbau treiben. Nun, die „großen Herren“, die uns die bedeutendsten und ergiebigsten Jagden in der Provinz haben und als Jagdherren frei und selbständig darüber verfügen, nicht nur nach ihrem und anderer Leute Gutdünken, sondern nach ihrem besten Wissen und Gewissen, die werden dafür sorgen, daß hier nicht des „Guten“ zu viel gemacht wird.

Jetzt haben wir ja nun die Erfahrung gemacht, wie die verlängerte Schutzzeit wirkt. Dieses Erlebnis liegt direkt hinter dem für Hasen und Fasanen ist die Schutzzeit durch die kaiserliche Verordnung, im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. (Durch Abänderung einiger gesetzlicher Bestimmungen über Schonzeiten des Wildes und den Verkehr mit Wild aus freigelegten Wildgärten“), verändert d. h. verlängert worden. Zum 1. Februar durften Hasen geschossen werden (früher 1. Januar), Fasanenhennen bis zum 1. März (früher 1. Februar).

Weiter wird der § 47 der Jagdordnung und ein entsprechender Paragraph des Wildschongesetzes für die Provinz Hannover die Dauer des gegenwärtigen Krieges außer Kraft gesetzt. § 47 haben die Vorschriften, betr. Verbot des Verkaufes des Verkaufes von Wild vom Beginn des 15. Tages der Jagdzeit festgesetzten Schonzeit bis zu deren Ablauf auf Wild Anwendung, das in eingefriedigten Wildgärten erlegt oder gefangen war. Der Landwirtschaftsminister wird ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem die zuletzt erwähnten gesetzlichen Bestimmungen wieder Kraft treten.

Wie gesagt, für Hasen und Fasanenhennen liegen die Erfahrungen, wie die verlängerte Schutzzeit auf den Bestand einzuwirken wird, namentlich auch für Fasanenhennen, bei denen es sich nicht, ob sie in der nötigen Anzahl zum Brüten kommen, wie es wünschenswert wäre. Ich fordere alle Jäger auf, ihre Erfahrungen über die oben erwähnten Punkte in dieser Jagdzeitsschrift niederzulegen.

Am noch einmal auf das Kaninchen zurückzukommen: Dieses liefert es in diesen fleischlosen Tagen einen wohlverdaulichen Braten. Das wilde Kaninchen hat augenblicklich einen Marktpreis von 1.60 M. bis 1.80 M. bis 2 M. Es ist wirklich nicht sehr sozial gedacht, jetzt, wo ein gar nicht zu bewältigender Mangel an Fleisch und Wildbret sich fühlbar macht, die Fische und die Stiffe mit dem Wegfangen der Wilder zu betrauen. Hier käme doch das Frettieren in Frage (wenn auch der „wilde“ Frettierer, wie er gern von uns in der Stadt gelegenen Domizil aus auf Schleichwegen weit entfernte Jagdgründe heim sucht, um dort ohne Erbsen sein verstoßenes Handwerk zu treiben, seine erwünschte Meinung ist). Frettierer finden sich wohl immer noch trotz Krieges.

Wilhelm Schuster, Pf.

C. Hochschul-Nachrichten.

Nachdem im laufenden Wintersemester wieder einige Studierende der Forstwissenschaft — zum Teile verwundet oder aus dem Felde zurückgekehrt oder behufs Ablegung der Prüfung beurlaubt — sich an der Universität Gießen eingeschrieben haben, sind nach zweijähriger Unterbrechung forstwissenschaftliche Vorlesungen wieder eingerichtet worden. Es tragen vor: Geh. Forstrat Dr. Wimmeraner

„Forstgeschichte des klassischen Altertums und Deutschlands“ zweifach und Forstmeister Dr. Alwin Schend „Einführung in die Forstwissenschaft“, zweifach mit Exkursionen. Derselbe ist Privatdozent an der Darmstädter Technischen Hochschule und war vorher jahrelang ausübender Forstwirt und Leiter einer forstlichen Unterrichtsanstalt in Biltmore, Nord-Amerika.

Herr Forstamtsassessor Dr. Bauer, Assistent der chemisch-bodenkundlichen Abteilung der forstlichen Versuchsanstalt zu München, hat eine Berufung als Direktor der türkischen forstlichen Hochschule im Belgrader Walde bei Konstantinopel erhalten und angenommen. D. Ned.

D. Ist Mövenfleisch genießbar?

Von geschätzter Seite wird an uns die Anfrage gerichtet, ob Möven, auch junge, schon als menschliches Nahrungsmittel Verwendung gefunden haben, wie die Ergebnisse waren und in welcher Weise die Zubereitung erfolgt ist.

Seither hierüber eingezogene Erkundigungen haben nur ergeben, daß Mövenesser als Delikatesse gelten, das Fleisch aber wegen trüben Geschmacks ungenießbar sei und weder an der Nord- und Ostsee noch am Mitteländischen Meere von der Bevölkerung gegessen werde.¹⁾

Sollten irgendwo andere Erfahrungen gemacht, der Geschmack des Mövenfleisches etwa durch besondere Zubereitung verbessert worden sein, so wären wir für gefällige Mitteilung dankbar. D. Ned.

E. Freisprechung eines Försters durch das Oberverwaltungsgericht, nachdem er wegen Erschießung eines wildernden Hundes vom Schöffengericht wegen Sachbeschädigung verurteilt worden war.²⁾

Urteil des Preussischen Oberverwaltungsgerichts. (1. Senat).

Am 6. August 1911 entließ dem Vollmeter R. zu R. in Hannover sein kurzhaariger, schwarz-weißer Jagdhund im Werte von 200 bis 800 Mark. Er jagte einem Hasen nach und verfolgte diesen bis in den fiskalischen Forstort M. Hier wurde er von dem Rgl. Förster K. erschossen. Auf Antrag des R. erhob die Staatsanwaltschaft gegen den R. Klage wegen Sachbeschädigung; der Förster wurde vom Schöffengericht zu 10 M. eventl. 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Er legte Berufung ein, gleichzeitig erhob die Regierung den Konflikt, dem das Preussische Oberverwaltungsgericht aus folgenden Gründen zustimmte:

Durch den Hund des R., der sich von der Leine losgerissen hatte und in die Rgl. Forst hineingelaufen war, drohte dem Wildbestande daselbst eine unmittelbare Gefahr. Diese Gefahr beschränkte sich keineswegs, wie das Schöffengericht annimmt, auf den einen von dem Hunde gehegten Hasen, sondern dehnte sich auf den gesamten in der Forst gehegten Wildbestand aus. Da der Hund des R. nach dessen eigenen Angaben

¹⁾ Vor Kurzem wurde mir eine am Rhein geschossene Möve zugesandt. Meine Tochter hat, nachdem die Haut, die sich mit den Federn leicht abziehen ließ, entfernt war, das wenige übrig gebliebene Fleisch gekocht. Dieses sowie die Fleischbrühe erwies sich als genießbar, wenn auch nicht gerade besonders wohlschmeckend. Wr.

²⁾ Die in diesem und dem vorigen Hefte angegebenen Fälle beweisen, daß über die vorliegende Frage ganz verschiedene Rechtsanschauungen bestehen. Eine durchgreifende gesetzliche Regelung wäre daher sehr erwünscht. D. Ned.

die Folgsamkeit aufgegeben hatte und nach Entschwinden aus dem Gesichtsfelde seines Herrn sich selbst überlassen war, so stand zu besorgen, daß er, wenn er weiterhin ungehindert blieb, immer tiefer in die Forst hineinlaufen und das Wild — Rehe und Hasen — vor sich her und aus der Forst heraus in die benachbarten Gebiete hineintreiben würde. Eine solche Gefahr lag um so näher, als nach den von der kgl. Regierung bestätigten Angaben des Angeklagten gerade das Wild in dem diesem unterstellten Gebiet in hohem Maße durch frei umherlaufende Hunde beunruhigt wird und es keine Seltenheit ist, daß Rehe und Hasen von wildernden Hunden gerissen werden. Da dem Angeklagten als Jagdaufsichtsbeamten die Hege und Pflege des Wildes obliegt, so war es seine Pflicht, die zur Abwendung der von ihm erkannten Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Daß dazu gerade die Tötung des Hundes geboten war, wird von N. in Abrede gestellt, muß jedoch nach Lage der Sache angenommen werden. Wenn sich nämlich auch der Hund, als ihn der Angeklagte sah, noch unweit der Grenze befunden haben muß, so ist doch nicht ersichtlich, wie es dem Angeklagten möglich gewesen sein sollte, ihn auf irgend eine andere Weise aus der Forst hinaus in das Jagdgebiet des N. zurückzubringen, da der Hund einem Hasen folgte, der in das Innere des Waldes flüchtete, und er sich, wie nach allgemeiner Erfahrung anzunehmen ist, davon durch mildere Mittel — wie Rufen oder Abgabe eines Schreckschusses — nicht würde haben abbringen lassen. Endlich kann es nach dem auf wissenschaftlicher Grundlage erstatteten Gutachten der kgl. Regierung, dem gegenüber die von N. beigebrachten schriftlichen Äußerungen zweier ortskundiger Landwirte bedeutungslos sind, keinem Zweifel unterliegen, daß der durch die Tötung des Hundes angerichtete Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefährdung des Wildes stand. Der Wert, den der getötete Hund hatte, wird von N. und seinen Jagdgenossen auf 200 bis 300 M. geschätzt. Demgegenüber bestand die Gefahr, die der herrenlos im Walde laufende Hund bildete, nicht in der zu befürchtenden Vernichtung des einen von ihm gehegten Hasen, sondern in der Beunruhigung und Schädigung des Wildbestandes der Forst N. überhaupt. Infolge der fortgesetzten Beunruhigung, namentlich durch wildernde Hunde, an der der Hund des N. für seinen Teil mitgewirkt hat, ist der dortige Wildstand seiner Zahl und seinem Werte nach so herabgesetzt, daß alljährlich ein Jagdvertragsausfall von etwa 400 M. entsteht, was bei Annahme eines Zinsfußes von 4 v. H. einer Wertminderung der Jagd im Kapitalwerte von 10000 M.

entspricht. Der Angeklagte handelte daher nicht widerlich und überschritt seine Amtsbefugnisse nicht, als er N. erschoss.

Sächs. Korrespondenz, S. m. d. S. in 2.

F. Wann ist ein Jagdbrevier als „Tiergarten“ anzusehen?

Die Frage, ob und wann ein Jagdbrevier als „Tiergarten“ anzusehen ist, beschäftigte vor einiger Zeit das Kammergericht gelegentlich der Erörterung eines Falles, in dem es sich um die Entwendung zweier abgeworfener Hirschstangen aus fiskalischen eingegatterten Wäldern handelte. — Gemäß § 242 Abs. 1, Satz 2 StGB. sind bekanntlich wilde Tiere in Gärten nicht herrenlos; im vorliegenden Falle hatte der Angeklagte die eingegatterten Reviere, in denen die Hirsche sich befunden hatten, als „Tiergärten“ im Sinne des § 242 Abs. 1, Satz 2 StGB. angesehen und dementsprechend die Verurteilung des Angeklagten wegen Diebstahls gemäß § 242 des Strafgesetzbuches beantragt. Indessen hat das Kammergericht die Anwendbarkeit des § 242 des Strafgesetzbuches verneint. — Allerdings habe das erkennende Gericht früher im Anschluß an eine Kammergerichtsentscheidung als Tiergärten auch Jagdbreviere Rücksicht auf deren Größe angesehen, falls ihre Umgebung geeignet wäre, das Entweichen des Wildes zu hindern; Anstalt kann aber nicht mehr aufrecht erhalten werden, führte das Kammergericht aus; denn der Sprachgebrauch steht unter „Tiergärten“ Flächen von geringer Ausdehnung auf denen Tiere zu anderen als Jagdweiden, insbesondere Schau und Zierde, gehalten werden. Die frühere Auffassung nach der auch eingegatterte größere Waldgelände als Tiergärten angesehen wurden, steht nicht im Einklang mit der Anschauung der beteiligten Kreise, welche das Aufspüren, Verfolgen und Erlegen des Wildes in solchen Revieren als Jagd ansieht, sie widerspricht der Anschauung des Volkes, das die Wegnahme von Wildstangen auch in diesen eingegatterten Revieren nicht als Diebstahl erachtet. Die Behandlung dieser Jagdweiden als Tiergärten würde auch zu sachwidrigen Ergebnissen, insbesondere zur Nichtanwendung der Jagdscheinbestimmungen, führen. Nach alledem ist eine Verurteilung des Angeklagten wegen Diebstahls gemäß § 242 des Strafgesetzbuches abzulehnen, es muß bei seiner Bestrafung aus Tit. 35, § 1 der Polizey- und Jagdordnung vom 30. Mai 1720 sein Vergehen herabgesetzt werden.

A. Nabloff, Gerichts- und Verwaltungs-Korrespondent.
Steglitz-Berlin.

A43

LIBRARY

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer, und **Dr. Heinrich Weber,**
Geh. Forstrat u. Professor der Forstwissenschaft i. R. o. Professor der Forstwissenschaft
an der Universität Gießen.

Zweihundneunzigster Jahrgang.

1916. Januar.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Die Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung erscheint regelmäßig jeden Monat und wird halbjährlich mit Mark 8.— berechnet; zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Preise: $\frac{1}{16}$ Seite 60. — Mk., $\frac{1}{2}$ Seite 32. — Mk., $\frac{1}{4}$ Seite 17.50 Mk., $\frac{1}{8}$ Seite 10 Mk., $\frac{1}{32}$ Seite 7.50 Mk., $\frac{1}{16}$ Seite bei kleineren Inseraten: die 40 mm breite Petitzeile 30 Pfg. — **Rabatt bei Wiederholungen** 15% bei 3x, 6x, 33 $\frac{1}{3}$ % bei 10x, 40% bei 12x, 50% bei 24x iger Aufnahme eines Inserates. — **Zeitänderungen** bei Aufträgen unberechnet. **Beilagen-Preise** nach Vereinbarung, je nach Gewicht des beizulegenden Prospekts



Wer weiss

es heute noch nicht, dass **Weber-Fallen** in Fangsicherheit und Haltbarkeit unerreicht sind? Illustrierte Liste über sämtliche Raubtierfallen, Schiesssport- und Fischereiartikel gratis!

— **R. Weber, k. k. Hoflieferant, Haynau i. Schl.** —

Älteste deutsche Raubtierfallenfabrik.



Bestbewährt und unschädlich
ist der säurefreie

Wildverbissteer

der Firma

„Rheinland“, Abt. Chem. Fabrik, Boppard a. Rh.

Zu jeder Auskunft gern bereit.



Die Kunst des Jägers



gute sichere Fangresultate zu erzielen, lehrt unser neu erschienenes Weidmannsbuch Nr. 59 Zusendung desselben kostenfrei.

Bestes Fuchstellereisen Nr. 11b mit Ankerkette . . . M. 6.50
Grell's Orig. Fuchswitterung i. Dosen M. 2. — u. M. 4. —
Marderselbstabzugeisen Nr. 12 M. 10. —

Haynauer Raubtierfallen-Fabrik

E. Grell & Co., Haynau i. Schl.

Hoflieferanten.

Büttner's Baumwinde u. Zahnleisten = Waldteufel sind sowohl in den hauseigenen wie bei der Wandlung von Baufeld die besten Maschinen, die existieren. Preisliste mit Abbildungen kostenlos. Gerner empfehle: Doppelbürsten, Meßbänder, Stammholz, geachte Mögkhebe und Klappen best. Konstr. **H. Büttner, Gifa bei Milsfeld, Hesse**

Waldwertrechnung u. forstl. Sta

Ein Lehr- und Handbuch von

weiland Prof. Dr. Hermann Stoetzer,

Grossh. Sächs. Oberlandforstmr. u. Direktor d. Forstakademie z. B.

Fünfte Auflage.

Durchgesehen von Prof. Dr. Hans Hausrath, Kar

Gross-Oktav VIII und 252 Seiten.

Preis: brosch. Mk. 5. —, gebunden Mk. 8. —

Das Erscheinen der fünften Auflage legt am Zeugnis ab von der allseitigen Anerkennung, die Werk durch die prägnante und klare Darstellung des Stoffes und durch seine mehr popularisierende u. Hervorhebung der praktischen Gesichtspunkte zielende Richtung in Fachkreisen gefunden hat.

Frankfurt a. M.

J. D. Sauerländer's V

Suche für meinen Sohn, 15 Jahre alt, mögl. bei Königl. Förster eine

Lehrstelle

mit Familienanschluss. Angeb. erbittet

Otto Apel, Dortmund

Hansastraße 86.

Kiefernnsamen garantiert deutscher Herkunft

nachweisbar aus besten süd- und norddeutschen Zapfen in hiesigen und Zweigklengen in Süd- und Norddeutschland unter Kontrolle des deutschen Forstwirtschaftsrates gewonnen, ebenso Fichten-, Lärchen-, Weymuthskiefern- und Weissannensamen garantiert deutschen Ursprungs mit höchstem Gebrauchswert

— **Roteichel, Buchel und andere Laubholzsaamen** —

in zuverlässigen Qualitäten letzter Ernte

ferner **Gras-, Klee- und Feldsaaten** mit Herkunfts- und Qualitätsgarantien, in eigener Samenuntersuchungsanstalt vorgeprüft und ersten Samenkontrollstationen attestiert

empfiehlt

Conrad Appel, Samen-Werke, Darmstadt

Kontrollklengen des deutschen Forstwirtschaftsrates. Gegr. 1789.

Petroleum

haben abzugeben

W. Bode Nachf.

Gebr. Bräunlich

Berlin S. 42

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer, und **Dr. Heinrich Weber,**
Beh. Forstrat u. Professor der Forstwissenschaft i. R. o. Professor der Forstwissenschaft
an der Universität Gießen.

Zweihundneunzigster Jahrgang.

1916. Dezember.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Die Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung erscheint regelmäßig jeden Monat und wird halbjährlich mit Mark 8.— berechnet; zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Preise: $\frac{1}{2}$ Seite 60.— Mt., $\frac{1}{3}$ Seite 32.— Mt., $\frac{1}{4}$ Seite 17.50 Mt., $\frac{1}{8}$ Seite 10 Mt., $\frac{1}{12}$ Seite 7.50 Mt., $\frac{1}{16}$ Seite 5 Mt. bei kleineren Inseraten: die 40 mm breite Petitzeile 30 Pfg. — **Rabatt bei Wiederholungen** 15% bei 3x, 25% bei 6x 33 $\frac{1}{3}$ % bei 10x, 40% bei 24x iger Aufnahme eines Inserates. — **Fertänderungen** bei längerer Aufträgen unberechnet. **Beilagen-Preise** nach Vereinbarung, je nach Gewicht des beizulegenden Prospektes.



Wer weiss

es heute noch nicht, dass **Weber-Fallen** in Fangsicherheit und Haltbarkeit unerreicht sind? Illustrierte Preisliste über sämtliche Raubtierfallen, Schiesssport- und Fischereiartikel gratis! :: ::

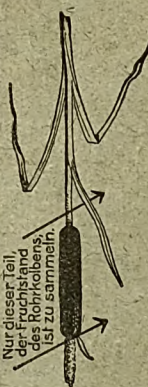
— **R. Weber, k. k. Hoflieferant, Haynau i. Schl.** —

Älteste deutsche Raubtierfallenfabrik.

Hirschhornstangen u. Spitzen kauft jeden Posten
Rich. Plümacher
Solingen.

Hirschgeweihstangen
zu Stilletheften geeignet kaufen
Lauterjung & Co.
Solingen.

Sammelt Rohrkolben




Dieselben dienen als Rohstoffersatz gelangen in Lazaretten, für die Krankenpflege und für die Industrie zur Verwendung, und helfen fehlendes Material ersetzen.


Jeder Sammler dient dem Vaterland

Grössere Schulkinder können das Sammeln leicht vornehmen. Die Kolben müssen 2 $\frac{1}{2}$ cm (s. Abbildung) vom Stengel abgeschnitten und getrocknet werden und werden je nach Brauchbarkeit und Qualität bezahlt. Die Hauptsammelstelle befindet sich in Dresden, bei Herrn Kgl. Säcker-

Kommerzienrat Hugo Zietz, wo die gesammelten Kolben in getrocknetem Zustande abzuliefern sind und bezahlt werden. Sammel-Anleitungen versendet kostenlos die Hauptsammelstelle.

Bitte,
bei Bestellungen bei den hier inserierenden Firmen gefl. auf die „Allg. Forst- und Jagd-Zeitung“ Bezug nehmen zu wollen.

 **Arbeits-Handschuhe** (ohne Bezugsschein) aus Leder und Malmör Oelstoff, mit und ohne Futter.

 **Strassen-, Reit- und Fahr-Handschuhe** aus gutem Kernleder, mit u. ohne Futter. Einlegesohlen, Asbestkork, Schilf, Ziegenhaarfilz.
Preisliste kostenlos.

Heinrich Brandenburg, Kolberg (Ostsee).

Waldwertrechnung u. forstl. Statik.

Ein Lehr- und Handbuch

von

weiland Professor Dr. Hermann Stoeßer,

Großh. Sächl. Oberlandforstmeister und Direktor der Forstakademie zu Eilenach.

Durchgesehen von Prof. Dr. Hans Hausrath, Karlsruhe.

fünfte Auflage.

Groß-Oktav, VIII und 252 Seiten.

Preis: broich. Mk. 5.—, gebunden Mk. 5.80.

Das Erscheinen der fünften Auflage legt am besten Zeugnis ab von der allseitigen Anerkennung, die das Werk durch die prägnante und klare Darstellung des Stoffes und durch seine mehr popularisierende und auf Hervorhebung der praktischen Gesichtspunkte abzielende Richtung in Fachkreisen gefunden hat.

Diese neue Auflage, deren Durchsicht auf ausdrücklichen Wunsch des verstorbenen Verfassers Herr Prof. Dr. Hausrath in Karlsruhe bereitwilligst übernommen hat, hat wieder einige Ergänzungen erfahren, welche durch die neueren Erscheinungen auf den bezüglichen Gebieten bedingt wurden.

Frankfurt a. M. J. D. Sauerländer's Verlag.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer

und

Dr. Heinrich Weber

beh. Forstrat u. Professor d. Forstwissenschaft i. A.

ordentl. Professor der Forstwissenschaft

an der Universität Gießen.



Neue Folge.
Dreiundneunzigster Jahrgang.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

1917.



Inhalts-Verzeichnis

der

Allgemeinen Forst- und Jagd-Zeitung.

Jahrgang 1917.



Aufsätze.	Seite	Seite
Forstwissenschaft im Allgemeinen, Forstgeschichte, Biographien.		
vom französischen Mittelwalde. Von Privatdozent Dr. G. Baader	1	
Nachtrag	6	
Künsterländer Eichenwirtschaft. Von Dr. Herwig, Forstassessor, Meppen a. d. Ems . . .	29	
zur Systematik der Forstwissenschaft. Eine vorläufige Erweiterung. Von Dr. L. Wappes, K. B. Regierungsdirektor	85	
Einige forstlich-volkswirtschaftliche Aufgaben nach dem Weltkriege. Von Oberförster A. Müller, z. Zt. im Felde	87	
Aufgaben der deutschen Forstwirtschaft nach dem Kriege. Von Dr. Künkele, Kgl. Forstmeister zu Elmstein, Pfalz, z. Zt. Hauptmann und Adjutant	90, 117	
Entstehung und Entwicklung des Rumänischen Forstwesens. Vom Forstlich Schönburgischen Forstmeister Adolph	120	
Versuch einer neuen Grundlegung der Forstwirtschafts-Wissenschaft. Von Heinrich Weber, Großh. Hess. Forstassessor	157	
Kameralismus und praktisch-technische Wissenschaften. Vom Gr. Bad. Oberförster Prof. Dr. Wimmer-Berlin	162	
Zur Abwehr. Von Karl Kaper, fürstl. Thurn und Taxischem Oberförster	265	
Betrachtungen über den Wettstreit der Stämme reiner, gleichalter, geschlossener Bestände um die Oberherrschaft, sowie über Vererbung bei unseren Waldbäumen und über Erziehung der Bestände. Von Forstmeister a. D. Tieemann in Göttingen		253
Forstliche Betriebsfächer.		
(Försteinrichtung, Vermessung, Holzmeßkunde, Waldwertrechnung und Statistik, forststatistische Versuche.)		
Über die Genauigkeit der Höhenmessungen. Von Dr. Hemmann, Gießen		194
Forstverwaltung.		
(Politik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)		
Markgenossenschaften und Waldeigentum im Lichte neuerer Forschungen. Von Professor Dr. F. Hausrath		32
Nochmals Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der Badischen Forst- und Domänenverwaltung. Von Forstrat Könige, Heidelberg		42
Jagd und Fischerei.		
Der Krammetsvogelzug im Dohnenstieg. Von Geh. Regierungsrat Eberts in Cassel . .		7
Der Jagdgesang des Gratius Faliscus. Von Balz-Hannover		189
Forstliche Hilfsfächer.		
(Mathematik und Naturwissenschaften etc.)		
Zur Geschichte der europäischen Hasen usw. Von Dr. Max Hilzheimer		181
Absterbende Walnußbäume. Von Forstmeister Nebmann in Straßburg		217
Waldbau-, Schutz und -Pflege.		
Über Zuführung und sparsame Verwendung der Feuchtigkeit in den Holzpflanzen. Von Forstmeister Riemann in Göttingen . . .	61	
Darstellung des Verhaltens der Holzarten zum Wasser. Von Dr. Anderlind	227	

Die Entwicklung vom Waldhasen zum Feldhasen (oder umgekehrt?) und die Neubildung von Tierformen in der Gegenwart: — im Beginne der wiederkehrenden tertiärzeitähnlichen Tierlebensperiode. Von Wilhelm Schuster, Pfarrer a. D. und Chefredakteur 259

Literarische Berichte.

Forstwissenschaft im Allgemeinen, Forstgeschichte, Biographien.

Neues aus dem Buchhandel 13, 101, 165, 266
Die Mitwirkung der deutschen Forstwirtschaft an den Aufgaben der Volksernährung im Kriege. Von Prof. Dr. Borgmann . . . 48
Die Geschichte der Kammergutsforsten im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen. Von Dr. ing. F. Fischer . . . 233
Bialowiez in deutscher Verwaltung. Herausgegeben von der Militärforstverwaltung Bialowiez. Erstes Heft. I. Hauptmann Gruber: Die Eroberung des Urwaldes; II. Hauptmann Dr. Voit: Die Erschließung des Urwaldes usw. 269

Waldbau, Schutz und -Pfleger.

Der Forstschutz von Hess. Vierte Auflage, vollständig neu bearbeitet von H. Beck, Professor der Forstwissenschaft an der kgl. Forstakademie Tharandt 70

Forstbenutzung einschl. Transportwesen.

Handbuch der Holzkonserverierung von Troschel. Fichten Samen als Quelle von Speiseöl. Von C. von Tüben 104
Anleitung zur Gewinnung von Fichtengerbründe. Herausgegeben von der Forstabteilung der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz . . . 105
Der Krieg und die Gewinnung von Nahrungsmitteln durch Waldfeldbau. Von B. Bornemann, Großh. Hess. Forstmeister i. P. . . 137
Bestandeswirtschaft und Altersklassenmethode. Von Th. Midlitz 138
Die Kriegsnutzung des Waldes. Eine Anleitung zur Mobilmachung des deutschen Waldes. Von Prof. Dr. von Mammen und Oberlehrer Riedel 268

Forstliche Betriebsfächer.

(Forsteinrichtung, Vermessung, Holzmeßkunde, Waldwertrechnung und Statistik, forststatistische Versuche.)
Ph. Flury: Untersuchungen über die Sortimentsverhältnisse der Fichte, Weißtanne und Buche 14
Dr. Theodor Glaser und seine Bedeutung für die Waldwertrechnung und forstliche Statistik, von Forstmeister E. Kreuzer 18

Das Weiserprozent des Ertragswaldes im Jahresbetrieb. Von Forstmeister E. Kreuzer Hönlingers Waldertragstheorie. Besprochen von Forstmeister E. Kreuzer 20
Anleitung zur Aufnahme des Holzgehaltes der Waldbestände. Von Dr. Max Friedrich Kunze, Geh. Hofrat und Professor i. R. Dritte durchgesehene Auflage 139

Forstverwaltung.

(Politik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)

„Waldheil“, Kalender für Deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1917. I. u. II. Teil 21
Jagd-Abreißkalender 1917. Herausgegeben von der Deutschen Jäger-Zeitung 21
Forst- und Jagd-Kalender 1917. Begründet von Schneider und Judeich. 66. Jahrgang
Deutscher Forstkalender des deutschen Forstvereins für Böhmen 1917. 10. Jahrgang 21
Der Förster. Land- und Forstwirtschaftlicher Kalender für Forstschutzbeamte 1917. Herausgegeben vom praktischen Forstmann Th. Conrad 22
Wild- und Hund-Kalender. XVII. Jahrgang. Herausgegeben von der illustrierten Jagd-Zeitung „Wild und Hund“ 22
Bericht über die XXII. Tagung (Kriegstagung) des deutschen Forstwirtschaftsrats zu Berlin, 28.—30. März 1916 49
Statistische Nachweisungen aus der Forstverwaltung des Großherzogtums Baden für das Jahr 1914. XXXVII. Jahrgang 72
Anleitung zur Buch- und Rechnungsführung für Privatforstreviere. Von B. Böhm, Geh. Regierungs- und Forstrat in Königsberg i. Pr. Zweite umgearbeitete Auflage 166
Die Studienreise des kommerziellen Kurses an der Hochschule für Bodenkultur im Jahre 1908. Von J. Schröter 198
Die Veränderung des Eigentums an Grundstücken in Preußen usw. Von J. Leopold 200
Preussisches Förster-Jahrbuch für 1916 . . . 200
Die Tharandter Forstakademie als Hemmschuh für den Fortschritt. Von Hans Hönlinger . 229
Das österreich. Reichsforstgesetz mit Erläuterungen zu seiner Handhabung. Von Rudolf Fischer und Dr. Albrecht Hirsch Edlen von Stronstorff 230
Die organisatorischen Aufgaben und Ziele der deutschen Forstwirtschaft, zugleich Bericht der Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten. Herausgegeben vom Leiter der Geschäftsstelle Regierungsdirektor Dr. Wappes, Speyer . 267

Jagd und Fischerei.

Die Bedeutung der Binnenfischerei in der Ernährung des deutschen Volkes. Von Dr. A. L. Buschtiel	101
Die preußische Jagdordnung nebst Sonderrecht Hannovers und Helgolands sowie ergänzenden Gesetzen. Von Dr. jur. Werner Brandis	105
Tiefenthals Jagdlexikon. Zweite Auflage	198
Planmäßiger Abschluß des Rehstandes usw. Von E. Graf Kalnein	199
Jagden und Abenteuer in den Gebieten des oberen Nil. Von A. David	231
Praktische Anleitung zur Erhaltung der vermähnten Rebhühner- und Fasanengelege. Von Paul Clausius	231

Forstliche Hilfsfächer.

(Mathematik und Naturwissenschaften etc.)

Die Ernährung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Von Professor Dr. Schneidewind	48
Novellen aus dem Tierleben. Lebensbilder aus der Tierwelt von H. Meerwarth u. Karl Cossel	105
Die Ameise. Schilderung ihrer Lebensweise. Von Prof. Dr. Karl Escherich. — 2. Aufl.	231

Verschiedenes.

Adademia! Von Ferdinand von Raesfeld	139
Praktische Stallhasen- und Ziegen-Muzucht mit Kriegskochbuch. Von Rödel-Paulus-Zittlau	231

Briefe.**Aus Baden.**

Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung. Von Geh. Finanzrat Reinach, Karlsruhe	54
Zu Herrn Forsttrat Königes Ausführungen im Oktoberheft 1916. Von W. Hamm	77
Zu den Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung. (Von Forsttrat Könige, Heidelberg). Von Forstmeister Feist	79
Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung. Von Forsttrat Könige, Heidelberg	147
Sein oder Nichtsein der Forstabteilung an der techn. Hochschule Karlsruhe. Von Forsttrat Könige	206

Aus Bayern.

Beschäftigung von Frauen bei der Holzhauerei Bucheleunte. Von Eßlinger	240
--	-----

Aus Hessen.

Beobachtungen über Blißschläge. Von Geh. Oberforsttrat Joseph	204
---	-----

Aus Kurland.

Aus den kurländischen Forsten	174
---	-----

Aus Österreich.

Forstwesen in Istrien. Von Hugo Bissl	212
Kroatiens und Slavoniens Forstwesen. Von Hugo Bissl	243

Aus Preußen.

Das neue Preußische Fischereigesetz	22
Das neue preußische Fischereigesetz vom 11. Mai 1916	26
Zur Preußischen Verwaltungs-Reform	54
Aus der Preußischen Forstverwaltung	73
Zur Preußischen Verwaltungs-Reform	106
Aus der Preußischen Forstverwaltung	113
Aus der Preußischen Forstverwaltung (Schluß)	140
Der Etat der Domänen-, Forst- und Landwirtschaftlichen Verwaltung für das Etatsjahr 1. April 1917/1918	144
Forstakademie Münden	166
Aus der Preußischen Forstverwaltung	169
Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Etat der Forstverwaltung	200
Die preußische Fischereiordnung vom 29. März 1917	202
Aus der Preußischen Forstverwaltung	234
Welche Bestimmungen des neuen Preuß. Fischereigesetzes hat der Angler zu beobachten?	237
Aus der preußischen Forstverwaltung	270
Zur Vergrößerung der Oberförstereien	273

Berichte über Versammlungen und Ausstellungen.

Die 23. Tagung des Forstwirtschaftsrates. Von Dr. G. Weber	245
Die XXIV. Tagung des Forstwirtschaftsrates	276
Tagung des Deutschen Forstvereins am 17. bis 19. Septbr. 1917 zu Erfurt	277

Notizen.**Forstwissenschaft im Allgemeinen, Forstgeschichte, Biographien.**

Dr. Hermann von Fürst †	82
Dr. Adolf Ritter von Guttenberg †	178
Ministerialrat a. D. Prof. Ferdinand Edler von Wang †	180
Invalidenheim für Jäger und Schützen in Marburg	214

	Seite
Berichtigung	215
Forstwirtschaftliches von der Ostfront. Von Oberförster A. Müller, Klingenthal i. Sachf. R. Bayer. Oberforstrat Otto Eßlinger † Von J. Reiper	216
Forstbenußung einschl. Transportwesen.	
Ernte-Bericht	84
Walbsamen-Erntebericht. Von Heinrich Keller Sohn in Darmstadt	251
Forstfamen-Erntebericht 1917/18. Von Conrad Appel, Kontrollfenganstalten, Darmstadt	252
Aufruf an alle Jäger von der Messelsäfer-Verwertungs-Gesellschaft	279
Forstverwaltung.	
(Politik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)	
Die Errichtung einer Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates für kriegswirtschaftliche An- gelegenheiten. Von Dr. Wappes	81
Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Sommersemester 1917	83
Der Forstverein f. d. Großh. Hessen	215

Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Wintersemester 1917/18	216
An die geehrten Leser der A. F. u. S. = S. Unfallversicherung im Forstbetrieb	28

Jagd und Fischerei.

Wildversorgung der großen Städte	2
Pachtung einer Jagd durch einen Belgier. Muß der Pächter trotz Unmöglichkeit persönlicher Jagdausübung den Pachtzins zahlen? Aufruf	11
Jagdliche Mitteilungen aus Süddeutschland	15
Fischerei in Talsperren	13
Die Jagd und der Krieg	15
Tötung eines fliehenden Wilddiebes durch einen Privatförster	28

Forstliche Hilfsfächer.

(Mathematik und Naturwissenschaften etc.)

Wer verbreitet die Mistelbeeren?	15
Zum Nutzen der Krammetzsvögel	17
Gegen vermehrten Haherabschuß	21

Verschiedenes.

Deutsche Helbenhaine	11
--------------------------------	----



Alphabetisches Sachregister.



Abwurf, planmäßiger des Rehtands 199.
 Adademia 139.
 Aneise, Schilderung ihrer Lebensweise von Escherich 231.
 Aufgaben der Forstwirtschaft nach dem Kriege 87, 90, 117.
 Aufruf an die Jäger 116, 279.
 Baden, Briefe aus: 54, 77, 79, 147, 206.
 Baden, statistische Nachweisungen aus der Forstverwaltung 72.
 Baden, Vereinfachung u. Einsparung pp. 42, 54, 79, 147, 206.
 Bayern, Briefe aus: 240.
 Berichtigung 215.
 Bestandswirtschaft und Altersklassenmethode von Midtliß 138.
 Bialowiez in deutscher Verwaltung 269.
 Binnenfischerei 101.
 Blüßschläge, Beobachtungen darüber 204.
 Buchhandel, neues aus dem 13, 101, 165, 266.
 Buch- und Rechnungsführung für Privatforstreiere 166.
 Deutscher Forstverein, Versammlungsbericht 277.
 Eigentum an Grundstücken, dessen Veränderung 200.
 Ernährung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen 48.
 Eßlinger, Otto, Oberforstrat † 250.
 Etat der preussischen Forstverwaltung 144, 200.

Feuchtigkeit, deren Zuführung und Verwendung in den Holz-
 pflanzen 61.
 Fichtengerbrinde 105.
 Fichtensamen, als Quelle von Speiseöl 104.
 Fischerei-Ordnung, Preussische 202, 237.
 Forstabteilung der techn. Hochschule Karlsruhe 206.
 Försterjahrbuch, Preussisches für 1916 200.
 Förster, Kalender 22.
 Forstkalender, deutscher des deutschen Forstvereins für
 Böhmen 21.
 Forst- und Jagdkalender 1917 21.
 Forstschuß von Hess, Dr., IV. Auflage 70.
 Forstwirtschaftsrat, dessen Tagungen 49, 245, 276.
 Forstwirtschaftsrat, Geschäftsstelle für kriegswirtschaftliche
 Angelegenheiten 81.
 Französischer Mittelwald 1.
 Frauen, deren Beschäftigung in der Holzhauerei 240.
 Först, Dr. Hermann, Nekrolog 82.

Wassers Bedeutung für die Waldwertrechnung und forstliche
 Statistik 18.
 Gratins Faliscus, dessen Jagdgesang 189.

Abteilung der Forstwirtschaftswissenschaft 157, 265.
 Huttenberg, Dr. A. † 178.

en, deren Geschichte usw. 181, 259.
 erabschuß 215.

denhaine 115.

en, Briefe aus: 204.

en, Forstverein für das Großherzogtum 215.

enmessungen, deren Genauigkeit 194.

lingers Waldertragstheorie 20.

gehalt der Waldbestände von Kunze 139.

zonserbierung, Handbuch von Troschel 47.

Abreißkalender 1917 21.

den und Abenteuer am oberen Riß 231.

blische Mitteilungen aus Süddeutschland 153.

ordnung, preußische 105.

dpachtung durch Ausländer 28.

nd und Krieg 155.

validenheim für Jäger und Schützen 214.

riens Forstwesen 212.

meralismus und praktisch-technische Wissenschaften 162.

mmertgutsforsten im Fürstentum Schwarzburg-Sonders-

hausen 233.

ammetsvögel 179.

ammetsvogelfang im Dohnenstieg 7.

iegnutzung des Waldes 268.

oniens und Slavoniens Forstwesen 243.

urand, Briefe aus: 174.

uländische Forste 174.

fer der A. F. und J. J. 215.

artgenossenschaften und Waldeigentum 32.

stfelbeeren 154.

ünden, Forstakademie 166.

ünsterländer Eichenwirtschaft 29.

esselsiafer-Verwertung 279.

rganisatorische Aufgaben und Ziele der deutschen Forst-
 wirtschaft 267.

Österreich, Briefe aus: 212, 243.

Österreichisches Reichsforstgesetz 230.

Östfront, Forstwirtschaftliches von der 216.

Preußen, Briefe aus: 22, 26, 54, 73, 106, 113, 140, 144, 166,
 169, 200, 202, 234, 237, 270, 273.

Preussische Forstverwaltung 73, 113, 140, 169, 234, 270.

Preussisches Fischereigesetz 22, 26.

Rebhühner und Fasanengelege 231.

Riesenthals Jagdlexikon 198.

Rumänisches Forstwesen 120.

Sortimentsverhältnisse der Fichte, Weißtanne und Buche 14.

Stallhasen- und Ziegen-Muzucht 231.

Studienreise der Hochschule für Bodenkultur 198.

Systematik der Forstwissenschaft 85.

Talsperren, Fischerei 154.

Tharandter Forstakademie 229.

Tierleben, Novellen 105.

Tötung eines fliehenden Wildbids 280.

Unfallversicherung im Forstbetriebe 280.

Vereinfachung und Einsparung in der Badischen Forst- und
 Domänenverwaltung 42, 54, 77, 79, 147, 206.

Verhalten der Holzarten zum Wasser 227.

Verwaltungsreform in Preußen 54, 106, 273.

Volksernährung im Kriege, Mitwirkung der Forstwirtschaft
 dazu 48.

Vorlesungen, forstliche, an den Hochschulen 83, 215.

Waldfeldbau zur Gewinnung von Nahrungsmitteln 137.

Waldheil-Kalender 21.

Waldsamenernteberichte 84, 251, 252.

Walnußbäume, absterbend 217.

v. Wang, Ministerialrat u. Professor † 180.

Weiserprozent des Ertragswaldes im Jahresbetrieb 19.

Wettstreit der Stämme im gleichaltrigen Bestand 253.

Wildverjüngung großer Städte 28.

Wild- und Hund-Kalender 22.



Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Januar 1917.

Vom französischen Mittelwald.

von Privatdozent Dr. G. Baader, Hauptmann d. L.

Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich auf das Waldgebiet nordöstlich von Verdun, das durch Verbindungslinien der 4 Orte Etain—Gondrecourt—Epinécourt—Mannes umgrenzt wird. In einer Höhenlage zwischen 210 bis 260 m erhebt sich hier das Hügelland, dessen sanfte Wellen von Ost nach West immer mehr abflachen und die nach Südwesten in die Moselle-Ebene auslaufen, aus der unvermittelt und steil die Côte de Vorraine, der natürliche Wall der Gegend ansteigt.

I. Die Eigenart der Bestockung und die Wirtschaftsform der Waldungen wird bestimmt durch die Bodenverhältnisse. Der Boden wird gebildet von einem schweren Lehm, der in größerer oder geringerer Tiefe eine wasserundurchlässige Schicht von plastischem, blau-grauem Ton führt, der sich fettig anfühlt. Die Tonsschicht wird meist schon bei 0,6 bis 1,0 m Tiefe gefunden und ist von ungewöhnlicher Mächtigkeit. Bei dem Versuch, einen Brunnen zu graben, war sie in 1 m Tiefe noch nicht durchstoßen. Das Grundgestein ist ein der Juraformation angehöriger Kalk, dem etwas Sand beigemischt ist und der vielfach in verbröckelten Schichten zu Tage tritt. Charakteristisch sind die vielen kesselartigen Partien, die sich fast in allen Tiefenlagen finden und zahlreich auftretende, flach tellerförmige Vertiefungen — auch auf den Höhen —, die mit Grundwasser angefüllt sind (s. Bild Nr. 1). Einige größere Teiche und Seen tragen zur Belebung des Landschaftsbildes bei.

Im Winter und bei Regenwetter erschweren der geringe Fall des Geländes und die Tonsschicht den Abfluß des Wassers; die obere Lehmsschicht ist dann vollgesaugen wie ein Schwamm. Bei Trockenheit hingegen tritt schon nach kürzester Zeit Wasserarmut ein, weil die Kapillarkraft die Oberschicht rasch auspumpt, so daß tiefe Risse das dürre Land durchziehen. Die unfruchtbarsten Felder, die zum großen Teil nun schon fast 10 Jahre in der Feuerzone der Artillerie liegen und

deswegen nicht bearbeitet werden können, gleichen ausgebrannten Schlacken.

Ein Boden, der zeitlich und örtlich in seinem Wassergehalt derart krasse Gegensätze aufweist, ist zum Kahlschlagbetrieb offenbar schlecht geeignet. Der künstlichen Wiederbefestigung, sei es Saat, sei es Pflanzung, würden große Schwierigkeiten sich entgegenstellen, da auf freier Fläche im Uebermaß von Nässe oder bei vollkommener Trockenheit die jugendliche Pflanze verkümmerte. Eine nachhaltige Wirtschaft ist m. E. unter den gegebenen Verhältnissen, und ich möchte dies nachdrücklich betonen, nur möglich bei einer Betriebsform, die auf dauernden Bodenschutz Rücksicht nimmt.

Wenn man hierüber klar ist, dann wird man im Mittelwald, der hier ausschließlich herrschenden Betriebsart, nur ein natürliches Ergebnis der Standortverhältnisse erblicken, und der französische Forstmann hat somit guten Grund, diese Wirtschaftsform zu erhalten und zu pflegen. Mit weitschauenden Plänen der Landesverteidigung hat dagegen das Dasein des Mittelwaldes gewiß nichts zu tun und Behauptungen dieser Art, die dazu etwas post festum kommen, gehören in das Gebiet der Legende.

II. Die herrschenden Holzarten auf der rund 10 000 ha umfassenden Waldfläche sind Stieleiche und Hainbuche, beide vortrefflich für den Bodenpassend und waldbaulich sich ergänzend. Als unstandortsgemäß muß die Traubeneiche bezeichnet werden, die man stellenweise findet. Andere Hölzer sind nach Zahl und Art reichlich vertreten. Obenan stehen Saalweide und Aspe, sehr häufig sieht man auch Felsbarn und Linde, weniger oft die Birke. Geradezu eine Seltenheit ist die Rotbuche, und die wenigen Eschen, die der Boden trägt, sind meist krummschaftig oder gegabelt. Die Erle fehlt offenbar ganz und die Anbauversuche mit Nadelholz beschränken sich auf sehr kleine Flächen. Die ältesten vorhandenen Fichten, Kiefern und Stoben sind etwa 35jährig. Erwähnt man endlich noch die Elsbeere, die Mehlbeere und den wilden Birnbaum, dann dürfte die Aufzählung vollständig sein.

III. Wenn das äußere Bild des hiesigen Mittelwaldes trotz dieses Holzartenreichtums einen eintönigen Eindruck macht, dann liegt das daran, daß alle Beihölzer sich fast ausschließlich im Unterholz finden. Nur gelegentlich rettet sich ein Stämmchen hiervon aus der zudringlichen Gesellschaft der Hainbuchen-Stockschläge in die Klasse des Oberholzes hinüber. Der Wirtschaftler vollzieht dieses Rettungswerk sicher nicht, denn eine Bestandspflege im Jungholz wird anscheinend überhaupt nicht geübt. In dieser Vernachlässigung der heranwachsenden Dicken während der ersten 30 bis 40 Jahre dürfte die Hauptursache für die waldbaulichen Mängel zu erblicken sein, die vielen Beständen anhaften und auf die ich später noch zu sprechen komme.

Die Tätigkeit des Wirtschaftlers beschränkt sich somit im wesentlichen auf den Ernteakt. In 25- bis 40jährigem Turnus wird die Hainbuche auf den Stock gesetzt, während von der Stieleiche, die allein den Oberstand bildet, so viel entnommen wird, als der Vorrat gerade erlaubt. Von einer bestimmten Umtriebszeit und Klassenzahl des Oberholzes läßt sich nicht reden. Man trifft Bestände, in denen der Kernwuchs mit zwei Altersstufen vertreten ist, und andere, die mit 5 bis 6 Klassen ausgestattet sind, so daß die Abtriebsalter zwischen 90 und 220 Jahren schwanken. Im einen Fall ähnelt das Waldbild einem stark verlichteten und unterbauten gleichaltrigen Eichenwald, im letzteren hat der Bestand einen mehr plenterwaldbartigen

Charakter. Einen in jeder Hinsicht normal aufgebauten Bestand trifft man kaum.

IV. Es ist selbstverständlich, daß die besonderen Lebensbedingungen des Mittelwaldes auch im äußeren Aufbau des Einzelstammes und dessen Wachseleistung sich geltend machen. Das Längenwachstum der Stieleiche ist schon frühzeitig, etwa mit dem 80.-90. Jahr abgeschlossen. Je nach dem Standort bewegt sich die Mittelhöhe zwischen 25 und 22 m; nur in einem Fall (Bild Nr. 2) habe ich bei 170jährigen Eichen eine Höhe von 26 m und einen durchschnittlichen Holzgehalt von 9 fm festgestellt. Der grobe Durchschnitt aller Bestände ist etwa 18–20 m hoch.

Die Krone ist im Oberholz überall vorzüglich ausgebildet und nimmt etwa $\frac{2}{3}$ der gesamten Baumhöhe in Anspruch, während der Rest auf den meist tabellos gereinigten, aufreien Schaft entfällt (Bild Nr. 3). Im Gegensatz zu dem stark herabgeminderten Längenwuchs zeigt das Stärkewachstum einen gesteigerten Verlauf. Die nachstehenden Angaben sollen dafür einen Beleg bilden. Wissenschaftliche Genauigkeit können und wollen sie natürlich nicht beanspruchen, da die Zahl der Messungen, die ihnen zugrunde liegen, eine beschränkte ist. Immerhin erfüllen sie den Zweck, das Bild schärfer zu zeichnen als es lange Ausfahrungen vermöchten.

Bei Beständen der am meisten vertretenen Standortsklasse (18–20 m Höhe) ergab sich bei der Stieleiche in Brusthöhe ohne Rinde:

	im Alter von Jahren:															
	20	30	40	50	60	70	80	90	100	110	120	130	140	150	160	170
eine Stärke von etwa om:	5	9	15	20,6	24,9	31,0	34,9	36,0	38,0	40,0	44,6	48,6	52,6	56	60,4	64,2

Den Verlauf des Massenwachstums kann man auf Grund dieser Unterlagen nicht feststellen. Hierzu wären schon Stammanalysen notwendig, deren Vorname mir aber nicht möglich war. Zu welcher erstaunlichen Massenerträgen der ununterbrochene Lichtstand den einzelnen Baum u. U. befähigt, dafür einige Beispiele.

Eine 220jährige Eiche ergab bei ihrer Fällung 5,74 fm bei 13 m Länge und 75 cm Mitteldurchmesser. Auf einer ausgeprochen nassen Partie fand ich auf einer Fläche von 900 qm 6 Stück 170jährige Stieleichen mit einem Brusthöhendurchmesser von 0,8 bis 1,10 m. Da die Mittelhöhe 26 m beträgt, entfällt auf den einzelnen Baum ein Gesamtgehalt von rund 9 fm. 120jährige Eichen von 3–4 fm Gesamtgehalt sind keine Seltenheit.

V. Wenn trotz dieser blendenden Einzelleistungen die Gesamtvorräte an Oberholz auf der Flächeneinheit oft nicht befriedigen, dann liegt dies an der geringen Stammzahl. In Anbetracht der außerordentlich schwankenden Zusammensetzung des Oberholzes, sowohl nach Klassenzahl, Alter und Stammzahl der einzelnen Klassen, ist es schwer, bestimmte Angaben zu machen. Weite Flächen, deren Unterholz nur mit wenigen Stämmen durchsetzt ist, wechseln mit lichter, räumlich und voller bestockten Vertikalitäten. Läßt man die Baßreitel außer Acht, weil die Brusthöhenstärke der meisten unter 14 cm liegt, dann dürfte die Bestockungsdichte, wie sie sich am häufigsten findet, einen Standraum von 6–12 m Quadratseite entsprechen. Das sind pro Hektar etwa 70–250 Stämme von 2, 3 oder mehr Altersstufen. Eine schwächere Bestockung

umt öfter vor, eine stärkere selten. Die Holzmassen, sich hieraus ableiten, schwanken zwischen wenigen Metern bis zu etwa 220 fm; Vorräte von 100—200 fm auf den Flächeninhalt bilden die Regel (Bild 4 und 5).

Anschließend noch einige Worte über das Unterholz. Je nach Abtriebsalter und Standortsgüte erreichen die Hainbuchenstoßschläge eine Höhe von 5 bis 10 m. Die Ausschläge stehen nesterweise zusammen, auf einem Stöck oft bis zu 50 Stück fingerstarke bis umbrüche Boden und bilden vielfach ein undurchdringliches Hindernis. Der Schluß ist nur dort unbefriedigend, wo die Stöcke überall sind und ihre Ausschlagfähigkeit verloren haben. Nach der Schätzung eines meiner Kompanie stehenden Forstassessers, der in einem Mittelwaldbrevier angestellt ist, dürften die Abtriebserträge des Unterholzes zwischen 40—70 fm schwanken.

VI. Eine erschöpfende Würdigung der Vorzüge und Nachteile des hiesigen Mittelwaldes in waldbau-, forst- und ökonomischer Hinsicht ist mir nicht möglich. Da mir weder Ziele noch Aufwand und Erfolg der Wirtschaft im einzelnen Fall bekannt sind, muß ich mich darauf beschränken, mein Urteil auf den wirklichen Zustand im Walde zu begründen. Den Hauptvorteil erblicke ich in der dauernden Bedeckung des Bodens, dessen zu Extremen neigende Eigenschaften dadurch aufgehoben werden. Eine gleichmäßige Feuchtigkeit schafft für die Naturverjüngung die günstigsten Bedingungen. Und da die Stieleiche des Mittelwaldes dank einer gesunden Kronenentwicklung und dauernden Lichtgenusses ein vorzüglicher Fruchtträger ist, kann man an der Tat auf allen Schlagflächen einen Eichenaufschlag feststellen, dessen Fülle erstaunlich ist. Rechnet man hierzu die völlige Unabhängigkeit der Wirtschaft von den Fesseln einer bestimmten räumlichen Ordnung, die Sicherheit gegen Wind und Frost, die geringe Gefährdung durch Schädlinge, insbesondere durch den Engerling, so sind dies alles Vorzüge, die für den Mittelwald sprechen und die der um so höher schätzt, wer weiß, daß gerade der schlagweise Hochwald in den angegebenen Punkten seine schwächsten Stellen zu offenbaren pflegt.

Bei der statischen Beurteilung sind es namentlich zwei Umstände, die einen günstigen Einfluß ausüben. Einmal das Fehlen von Kulturkosten und dann der hohe Stärke- und Qualitätszuwachs im Oberholz, der früher und kräftiger einsetzt als im gleichaltrigen Hochwald. Da ferner die Abfuhr der Hölzer unmittelbar von der Schlagfläche erfolgt, werden Rückerlöse erspart und hohe Wegbaukosten überflüssig. Allerdings kann diese Sparsamkeit u. U. höchst unangebracht sein.

Diesen Vorzügen stehen aber gerade auf statischem

Gebiet beträchtliche Nachteile gegenüber. Der jährliche Massenertrag im Oberholz beträgt nach vorsichtiger Schätzung im günstigsten Fall 3 fm pro Hektar, vielfach wird er bis auf 1 fm herabsinken. Hiervon hat aber nur das Stammholz, dessen Anteil auf höchstens 60% zu veranschlagen ist, einen hohen Wert. Das sperrige Astholz der Krone ergibt dagegen ein minderwertiges Brennholz und der Erlös aus dem Reifig des Unterholzes (1—2 fm pro Jahr und Hektar) ist wahrscheinlich noch geringer. Das finanzielle Gesamtergebnis dürfte somit ein recht dürftiges sein und weit hinter den Erträgen des gleichaltrigen Waldes zurückbleiben.

Die weiteren Mängel fallen mehr dem Wirtschaftler als der Waldform zur Last. Wie schon unter Punkt II und IV gesagt wurde, zeigt zwar das Unterholz eine reichliche Beimischung anderer Holzarten, nach deren Verbleib man jedoch im Oberholz vergeblich suchen wird. Dem vorwüchsigem und gedrängt stehenden Hainbuchen-Stoßschlag erliegen aber nicht nur die Beihölzer, sondern auch der reichlich vorhandene Eichenanwuchs geht vielfach ganz oder größtenteils zugrunde. Eine Bestandspflege, die sich mit der Freistellung von Edelhölzern und der Sicherung der nötigen Eichenkernwüchse befaßt, gibt es eben nicht. Mit Sicherheit läßt sich dies in älterm, über 35-jährigem Unterholz feststellen, wo Dürchholz und faulende Stämmchen in wirrem Durcheinander umherliegen und ein Bild der Verwahrlosung abgeben. Die üblen Folgen zeigen sich in mehrfacher Beziehung. Um die Nachhaltigkeit nicht zu gefährden, wird der Wirtschaftler sowohl beim Mangel wie beim völligen Fehlen an Saftreichtum genötigt sein, mit dem vorhandenen Oberholz hauszuhalten und den Hiebssatz einzuschränken. Hieraus ergibt sich ein Hinausschieben der Nutzungsalter und bei mehrmaliger Wiederholung eine teilweise Ueberalterung der Kernwuchsklassen. Die Hainbuchenstöcke verlieren ihre Ausschlagfähigkeit und da auch zu wenig Hainbuchenstammesbäume vorhanden sind, verschwindet das Unterholz auf solchen Vertlichkeiten vollständig. Bodenverhärtung und Unkraut tun dann das übrige, um eine Neubegründung überhaupt zu erschweren.

VII. Die Forsteinrichtung stützt sich in der Hauptsache wohl auf die Fläche. Ob eine Aufnahme der gesamten Oberholzmasse hierbei erfolgt, entzieht sich meiner Kenntnis. Sicher ist, daß dies mit dem Starkholz, d. h. den in Brusthöhe über 50 cm starken Stämmen geschieht, da diese in den einzelnen Abteilungen fortlaufend durchnummeriert sind. Ueber die Höhe des Hiebssatzes habe ich bereits gesprochen. Die Hiebe selbst erstrecken sich wie im Niederwald auf weite Flächen von 30, 40, ja selbst 50 ha. Das Wege- und Schneisennetz ist dünn, die Abteilung insolgedessen groß.

III. Wenn das äußere Bild des hiesigen Mittelwaldes trotz dieses Holzartenreichtums einen eintönigen Eindruck macht, dann liegt das daran, daß alle Beihölzer sich fast ausschließlich im Unterholz finden. Nur gelegentlich rettet sich ein Stämmchen hiervon aus der zudringlichen Gesellschaft der Hainbuchen-Stockschläge in die Klasse des Oberholzes hinüber. Der Wirtschaftler vollzieht dieses Rettungswerk sicher nicht, denn eine Bestandspflege im Jungholz wird anscheinend überhaupt nicht geübt. In dieser Vernachlässigung der heranwachsenden Dicken während der ersten 30 bis 40 Jahre dürfte die Hauptursache für die waldbaulichen Mängel zu erblicken sein, die vielen Beständen anhaften und auf die ich später noch zu sprechen komme.

Die Tätigkeit des Wirtschafters beschränkt sich somit im wesentlichen auf den Ernteakt. In 25- bis 40jährigem Turnus wird die Hainbuche auf den Stock gesetzt, während von der Stieleiche, die allein den Oberstand bildet, so viel entnommen wird, als der Vorrat gerade erlaubt. Von einer bestimmten Umtriebszeit und Klassenzahl des Oberholzes läßt sich nicht reden. Man trifft Bestände, in denen der Kernwuchs mit zwei Altersstufen vertreten ist, und andere, die mit 5 bis 6 Klassen ausgestattet sind, so daß die Abtriebsalter zwischen 90 und 220 Jahren schwanken. Im einen Fall ähnelt das Waldbild einem stark verlichteten und unterbauten gleichaltrigen Eichenwald, im letzteren hat der Bestand einen mehr plenterwaldartigen

Charakter. Einen in jeder Hinsicht normal aufgebauten Bestand trifft man kaum.

IV. Es ist selbstverständlich, daß die besonderen Lebensbedingungen des Mittelwaldes auch im äußeren Aufbau des Einzelstammes und dessen Wachseistung sich geltend machen. Das Längenwachstum der Stieleiche ist schon frühzeitig, etwa mit dem 80.—90. Jahr abgeschlossen. Je nach dem Standort bewegt sich die Mittelhöhe zwischen 25 und 22 m; nur in einem Fall (Bild Nr. 2) habe ich bei 170jährigen Eichen eine Höhe von 26 m und einen durchschnittlichen Holzgehalt von 9 fm festgestellt. Der grobe Durchschnitt aller Bestände ist etwa 18—20 m hoch.

Die Krone ist im Oberholz überall vorzüglich ausgebildet und nimmt etwa $\frac{2}{3}$ der gesamten Baumhöhe in Anspruch, während der Rest auf den meist tadellos gereinigten, astfreien Schaft entfällt (Bild Nr. 3). Im Gegensatz zu dem stark herabgeminderten Längenwuchs zeigt das Stämmelement ein gesteigertes Verlaufs. Die nachstehenden Angaben sollen dafür einen Beleg bilden. Wissenschaftliche Genauigkeit können und wollen sie natürlich nicht beanspruchen, da die Zahl der Messungen, die ihnen zugrunde liegt, eine beschränkte ist. Immerhin erfüllen sie den Zweck, das Bild schärfer zu zeichnen als es lange Ausführungen vermöchten.

Bei Beständen der am meisten vertretenen Standortsklasse (18—20 m Höhe) ergab sich bei der Stieleiche in Brusthöhe ohne Rinde:

	im Alter von Jahren:															
	20	30	40	50	60	70	80	90	100	110	120	130	140	150	160	170
eine Stärke von etwa cm:	5	9	15	20,6	24,9	31,0	34,9	36,0	38,0	40,0	44,6	48,6	52,6	56	60,4	64,2

Den Verlauf des Massenwachstums kann man auf Grund dieser Unterlagen nicht feststellen. Hierzu wären schon Stammanalysen notwendig, deren Vornahme mir aber nicht möglich war. Zu welcher erstaunlichen Massenerträgen der ununterbrochene Lichtstand den einzelnen Baum u. U. befähigt, dafür einige Beispiele.

Eine 220jährige Eiche ergab bei ihrer Fällung 5,74 fm bei 13 m Länge und 75 cm Mittendurchmesser. Auf einer ausgesprochen nassen Partie fand ich auf einer Fläche von 900 qm 6 Stück 170jährige Stieleichen mit einem Brusthöhendurchmesser von 0,8 bis 1,10 m. Da die Mittelhöhe 26 m beträgt, entfällt auf den einzelnen Baum ein Gesamtgehalt von rund 9 fm. 120jährige Eichen von 3—4 fm Gesamtgehalt sind keine Seltenheit.

V. Wenn trotz dieser blendenden Einzelleistungen die Gesamtvorräte an Oberholz auf der Flächeneinheit oft nicht befriedigen, dann liegt dies an der geringen Stammzahl. In Anbetracht der außerordentlich schwankenden Zusammensetzung des Oberholzes, sowohl nach Klassenzahl, Alter und Stammzahl der einzelnen Klassen, ist es schwer, bestimmte Angaben zu machen. Weite Flächen, deren Unterholz nur mit wenigen Stämmen durchsetzt ist, wechseln mit lichter, räumlich und voller bestockten Vertikalitäten. Läßt man die Baupittel außer Acht, weil die Brusthöhenstärke der meisten unter 14 cm liegt, dann dürfte die Bestockungsdichte, wie sie sich am häufigsten findet, einen Standraum von 6—12 m Quadrasteite entsprechen. Das sind pro Hektar etwa 70—250 Stämme von 2, 3 oder mehr Altersstufen. Eine schwächere Bestockung

kommt öfter vor, eine stärkere selten. Die Holzmassen, die sich hieraus ableiten, schwanken zwischen wenigen Metern bis zu etwa 220 km; Vorräte von 100—200 km auf den Flächeninhalt bilden die Regel (Bild 4 und 5).

Anschließend noch einige Worte über das Unterholz. Je nach Abtriebsalter und Standortsgüte erreichen die Hainbuchenstoßschläge eine Höhe von 5 bis 10 m. Die Ausschläge stehen nesterweise zusammen, auf einem Stöck oft bis zu 50 Stück fingerstarke bis umdicke Boden und bilden vielfach ein undurchdringliches Hindernis. Der Schluß ist nur dort unbefriedigend, wo die Stöcke überalt sind und ihre Ausschlagfähigkeit verloren haben. Nach der Schätzung eines meiner Kompanie stehenden Forstauffsehers, der in einem Mittelwaldbrevier angestellt ist, dürften die Abtriebserträge des Unterholzes zwischen 40—70 km schwanken.

VI. Eine erschöpfende Würdigung der Vorzüge und Nachteile des hiesigen Mittelwalbes in waldbaulicher und ökonomischer Hinsicht ist mir nicht möglich. Da mir weder Ziele noch Aufwand und Erfolg der Wirtschaft im einzelnen Fall bekannt sind, muß ich mich darauf beschränken, mein Urteil auf den wirklichen Befund im Walde zu begründen. Den Hauptvorteil erblicke ich in der dauernden Bedeckung des Bodens, dessen zu Extremen neigende Eigenschaften dadurch aufgehoben werden. Eine gleichmäßige Feuchtigkeit schafft für die Naturverjüngung die günstigsten Bedingungen. Und da die Stieleiche des Mittelwalbes dank einer gesunden Kronenentwicklung und dauernden Lichtgenusses ein vorzüglicher Fruchtträger ist, kann man in der Tat auf allen Schlagflächen einen Eichenaufschlag feststellen, dessen Fülle erstaunlich ist. Rechnet man hierzu die völlige Unabhängigkeit der Wirtschaft von den Fesseln einer bestimmten räumlichen Ordnung, die Sicherheit gegen Wind und Frost, die geringe Gefährdung durch Schädlinge, insbesondere durch den Engerling, so sind dies alles Vorzüge, die für den Mittelwald sprechen und die der um so höher schätzt, der weiß, daß gerade der schlagweise Hochwald in den ange deuteten Punkten seine schwächsten Stellen zu offenbaren pflegt.

Bei der statischen Beurteilung sind es namentlich zwei Umstände, die einen günstigen Einfluß ausüben. Einmal das Fehlen von Kulturkosten und dann der hohe Stärke- und Qualitätszuwachs im Oberholz, der früher und kräftiger einsetzt als im gleichaltrigen Hochwald. Da ferner die Abfuhr der Hölzer unmittelbar von der Schlagfläche erfolgt, werden Rückerlöse erspart und hohe Wegbaukosten überflüssig. Allerdings kann diese Sparsamkeit u. U. höchst unangebracht sein.

Diesen Vorzügen stehen aber gerade auf statischem

Gebiet beträchtliche Nachteile gegenüber. Der jährliche Massenertrag im Oberholz beträgt nach vorsichtiger Schätzung im günstigsten Fall 3 km pro Hektar, vielfach wird er bis auf 1 km herabsinken. Hiervon hat aber nur das Stammholz, dessen Anteil auf höchstens 60% zu veranschlagen ist, einen hohen Wert. Das sperrige Astholz der Krone ergibt dagegen ein minderwertiges Brennholz und der Erlös aus dem Reifig des Unterholzes (1—2 km pro Jahr und Hektar) ist wahrscheinlich noch geringer. Das finanzielle Gesamtergebnis dürfte somit ein recht dürftiges sein und weit hinter den Erträgen des gleichaltrigen Waldes zurückbleiben.

Die weiteren Mängel fallen mehr dem Wirtschaftler als der Waldform zur Last. Wie schon unter Punkt II und IV gesagt wurde, zeigt zwar das Unterholz eine reichliche Beimischung anderer Holzarten, nach deren Verbleib man jedoch im Oberholz vergeblich suchen wird. Dem vorwüchsigen und gedrängt stehenden Hainbuchen-Stoßschlag erliegen aber nicht nur die Beihölzer, sondern auch der reichlich vorhandene Eichenanwuchs geht vielfach ganz oder größtenteils zugrunde. Eine Bestandspflege, die sich mit der Freistellung von Edelhölzern und der Sicherung der nötigen Eichenkernwüchse befaßt, gibt es eben nicht. Mit Sicherheit läßt sich dies in älterm, über 35 jährigem Unterholz feststellen, wo Dürholz und faulende Stämmchen in wirrem Durcheinander umherliegen und ein Bild der Verwahrlosung abgeben. Die ähnl. Folgen zeigen sich in mehrfacher Beziehung. Um die Nachhaltigkeit nicht zu gefährden, wird der Wirtschaftler sowohl beim Mangel wie beim völligen Fehlen an Laßreiteln genötigt sein, mit dem vorhandenen Oberholz hauszuhalten und den Hiebssatz einzuschränken. Hieraus ergibt sich ein Hinausschieben der Nutzungsalter und bei mehrmaliger Wiederholung eine teilweise Ueberalterung der Kernwuchsklassen. Die Hainbuchenstöcke verlieren ihre Ausschlagfähigkeit und da auch zu wenig Hainbuchenstammäume vorhanden sind, verschwindet das Unterholz auf solchen Vertlichkeiten vollständig. Bodenverhärtung und Unkraut tun dann das übrige, um eine Neubegründung überhaupt zu erschweren.

VII. Die Forsteinrichtung stützt sich in der Hauptsache wohl auf die Fläche. Ob eine Aufnahme der gesamten Oberholzmasse hierbei erfolgt, entzieht sich meiner Kenntnis. Sicher ist, daß dies mit dem Starkholz, d. h. den in Brusthöhe über 50 cm starken Stämmen geschieht, da diese in den einzelnen Abteilungen fortlaufend durchnummeriert sind. Ueber die Höhe des Hiebssatzes habe ich bereits gesprochen. Die Hiebe selbst erstrecken sich wie im Niederwald auf weite Flächen von 30, 40, ja selbst 50 ha. Das Wege- und Schneisennetz ist dünn, die Abtheilung insolgedessen groß.

bis zu 100 und mehr Hektar. Die Wege selbst sind meist in trostlosem Zustand. Eine Folge des ungeheuren Kolonnenverkehrs, der sich der Deckung wegen vorzüglich in den Wäldern abspielt. Befestigte Wege sind selten und dienen dann zugleich der Verbindung von Ort zu Ort.

VIII. Die Bedeutung des Waldes im Kriege, über die in diesen Tagen manches gesagt und geschrieben wurde, äußert sich in mehrfacher Hinsicht. Es ist zu unterscheiden:

- 1) Der Wald als Kampfgelände,
- 2) der Wald als Deckung gegen feindliche Sicht (Flieger!),
- 3) der Wald als Lieferant unerseßlicher Mittel zur Kriegsführung.

In dieser Aufstellung hat eigentlich nur der letzte Punkt Interesse für den Forstmann. Eine Besprechung der Bedeutung des Waldes als Kampfgelände kann ich mir deswegen ersparen, außerdem ist diese in der militärwissenschaftlichen Literatur längst durch berufene Feder erfolgt. Auch eine Erörterung über den zweiten Punkt, die Bedeutung des Waldes als Deckung gegen feindliche Sicht, gehört im Grunde genommen nicht in diese Zeitschrift. Der Umstand jedoch, daß es sich hierbei um eine zum erstenmal im jetzigen Kriege angewandte, grundsätzliche Ausnutzung der Eigenschaften des Waldes handelt, rechtfertigt vielleicht einige Worte.

Die bis zur Vollkommenheit gebiehene Entwicklung des Flugwesens, sowohl als Erkundungsmittel wie als Angriffswaffe, verlangt eine viel größere Geheimhaltung aller Truppenbewegungen als in früherer Zeit. Die Partei, die unter sonst gleichen Umständen am besten das Geheimnis wahrt, hat die höchsten Siegesmöglichkeiten. Diese Erkenntnis ist heute in der Armee durchgedrungen bis zum letzten Musketier. So ist der Wald der treue Freund des Soldaten geworden, denn sein Kronendach bietet Schutz vor dem Auge des Feindes. Hier stehen die Batterien schwerster Riesengeschütze, im Wipfel hochragender Eichen sind Beobachtungsstellen, ein Netz von Drähten vermittelt die Verbindung der einzelnen Kommandostäbe, auf den Schienen der Feldbahnen rollen Tag und Nacht die Wagen mit Menschen und Material, und in den Waldlagern sammeln die ruhenden Truppen neue Kräfte für ihren schweren Dienst.

Der Wald schützt treu das Geheimnis der Armee!

Eingehendere Behandlung verlangt die dritte und letzte Frage, die Bedeutung des Waldes als Lieferant unerseßlicher Mittel zur Kriegsführung. Zwang und fieberischer Sinn des Einzelnen geben dem Holz aller Stärken eine gesteigerte Verwendungsmöglichkeit, mit der Hand in Hand ein

Massenverbrauch geht, der mit der Länge des Krieges ins Ungemessene wächst. Den Gesamtverbrauch an Holz heute schon festzustellen oder auch nur schätzungsweise zu bestimmen, ist ein völlig aussichtsloses Beginnen. Dazu fehlen jede Unterlagen. Ich muß mich daher darauf beschränken, ein Bild verkleinerten Maßstabes zu zeichnen. Wenn die Multiplikation der angegebenen Zahlen Vergnügen macht, mag dies immerhin tun.

Einen Einblick vermittelt ein Gang durch ein Truppenlager. Der Weg führt ab von der großen Straße. Ein schmaler, etwa 1 m breiter Pfad nimmt uns auf und führt ins Waldbinnere. Er ist sauber belegt mit einem Rost aus Reisig oder gespaltenen Stangen und an den Seiten eingefast von einem Holzgelenker. Ein labyrinthisches Gewirr solcher Straßen durchzieht den ganzen Wald. Die Herstellung von 100 lfd. m Holzrost erfordert 3–4 km Reisig. Zu beiden Seiten der Pfade liegen die Unterkunftsräume. Von der einfachsten Hütte aus Brettern und Dachpappe bis zum massiven Blockhaus sind hier alle Formen vertreten, je nach der Zeit und dem Geschmack, die den Erbauern zur Verfügung standen. Die Wände sind meist aus horizontal aufeinander liegenden Eichenstämmen aufgeführt, die dem Feind zugewandte Seite ist durch 2–3 Stammlagen und einen kräftigen Erbanstrich verstärkt. Der ganze Bau ist 1–2 m in die Erde eingelassen, der Fußboden zum Schutze gegen das Grundwasser mit einem Holzrost belegt. Bei Regenwetter müssen Handpumpen die Trockenhaltung besorgen. Die Stärke des Daches ist von der Gefährdung durch die feindliche Artillerie abhängig. Vier kreuzweis verlaufende Schichten Eichenstammholz und eine Erdbedeckung von 1–2 m bieten gegen die Mehrzahl der Geschosse einen ausreichenden Schutz. Bei einem Wohnunterstand dieser Art für 20 Mann habe ich 36 km eingebautes Eichenstammholz gemessen, das bei einem Mittendurchmesser von 25–40 cm pro Festmeter mit etwa Mk. 30.—, im ganzen mit wenigstens Mk. 1000.— zu bewerten ist (Bild Nr. 6). Eine Verschalung mit Eichenborte und schmucke Beisten aus Birkenreisig längs der Dachränder und am Giebel verleihen mitunter dem Ganzen ein gefälliges Aussehen.

Auch die Unterstände der Schützengräben sind weiter nichts als bombensichere Wohnräume, bei denen aber der Oberbau verschwindet. Um die Gefahr des Verschlüßens herabzumindern, erhält jeder Unterstand tunlichst zwei Ausgänge. Die ganze Anlage besteht dann aus 2 steil nach unten verlaufenden Stollen, die in einem spitzen Winkel zu einander stehen und die auf der Sohle durch einen Quergang, den eigentlichen Unterstand, miteinander verbunden sind. Die Stollen

ad der Quergang sind aufs kräftigste mit Stämmen gestützt, die Wände entweder mit Rundholz, Spaltholz oder starken Bohlen bekleidet. In den Stollen sind Stufen eingehauen, die mit Holz gefüttert sind. Da fast jeder Unterstand vom anderen abweicht, ist es nicht möglich, Durchschnittszahlen für den Holzverbrauch zu geben. In einem Unterstand für 8 Mann, der 6 m tief liegt und der nur mit Rund- und Spaltholz ausgebaut ist, habe ich beispielsweise rund 10 km festgelegt. Andere wieder enthalten mehr, andere dagegen kaum die Hälfte. Den Höchstverbrauch dürften aber die bergmännisch angelegten Stollen und Gallerien für Minensprengungen, ferner die sogenannten Vereithafte-Stollen und endlich die Unterstände in den Ortsunterkünften aufweisen. 50 und mehr km sind in einzelnen Fällen nicht ausreichend. Mit diesen so mangelhafteren Räumen dürfen nicht die splittersichereren Unterstände verwechselt werden, bei denen eine schwache Erdbedecke über 3 bis 4 zollstarken Brettern den ganzen Schutz darstellt.

Der Ausbau der Gräben ist jedoch mit der Anlage der Unterstände nicht beendet. Wo die Standfestigkeit der Grabenböschungen ungenügend ist und die Wände einrutschen, hat ihre Verfestigung durch ein Flechtwerk von Reisig zu erfolgen, dessen festes Gerippe von Pfählen gebildet wird, die von m zu m in den Grabenboden getrieben sind. Wenn Zeit und Umstände es erlauben, wird noch die Grabensohle mit einem Holzrost ausgelegt.

Beträchtliche Holz Mengen verlangt ferner der Bau von Zeltgerästen für Pferdebeställe und die Anlage trockener Lagerplätze für Material und Munition in einer Ausdehnung von vielen ha.

Die Verwendungsmöglichkeiten des Holzes beim Wege-, Brücken- und Bahnbau sind jedem Forstmann geläufig. Ich kann daher auf nähere Ausführungen verzichten und mich auf die Mitteilung einer Art Wegeverbesserung beschränken, die ich hier kennen lernte und die vielleicht dem einen oder anderen Fachgenossen u. U. nachahmenswert erscheint.

Eine völlig versumpfte Wegstrecke wurde zunächst in der Längsrichtung mit 4 Reihen Eisenbahnschwellen ausgelegt, die Längsreihen alsdann mit Querschwellen, die breite Seite nach oben, dicht zugelegt. Zwei Schwellenlängen bildeten die Wegbreite. Es entstand so eine Fahrstraße, die bei stärkstem Verkehr schwereladener Fuhrwerke sich vorzüglich bewährt. Als „fliegendes Baumaterial“ könnte ich mir auch in der Forstwirtschaft eine gleiche Verwendung alter Schwellen bei der Räumung abgelegener Schläge denken, wozu der Bau fester Wege bei einmaliger Benutzung unrentabel wäre.

Hier wären noch die Maskierungsanlagen zu er-

wähnen, d. i. wandartige Kulissen von etwa 4 m Höhe aus belaubtem Reisig oder Schilf, die längs der offenen Wegstrecken und Bahnlinien aufgestellt sind, um den Verkehr der feindlichen Beobachtung zu entziehen. Auch das Verblenden von Dächern, Munitionslagern, Fuhrwerken, Beobachtungsstellen usw. mit frischem Reisig zwingt fortwährend zu starken Eingriffen in das Unterholz.

Wie viel Holz geht ferner nicht als Rauch auf aus den ungezählten Kochstellen? Sehr sparsam brennen die fahrbaren Feldküchen. Mit 1 rm Scheit oder Knüppel reicht eine Feldküche 7—8 Tage. Feststehende Koch-einrichtungen verlangen mindestens das Doppelte an Brennmaterial. Unkontrollierbar nach Zahl wie nach Verbrauch sind die vielen Feuerstellen in den einzelnen Quartieren und Unterständen.

Genug der Beispiele, deren Reihe verlängert werden könnte. Und jetzt richte man einen Blick auf das Ganze!

Sagen wir rund 10000 km Schützengraben — wie viel Unterstände mögen sie bergen? Wie viel km Feldbahn sind gebaut im Rücken einer Front von 2000 km, wie viel ist in 2 langen Jahren zerstört, ersetzt und wieder zerstört worden?

Die Fragen allein genügen, um uns die Gewissheit zu geben, daß der Krieg gewaltige Holz Mengen verschlingt, die hoch in die Millionen km gehen und daß auch an den Wald unerhörte Anforderungen gestellt werden, die den Opfern entsprechen, die von den Völkern verlangt werden.

IX. Nach diesen allgemeinen Feststellungen komme ich auf mein eigentliches Thema zurück, auf die Bedeutung des Mittelwaldes im Kriege.

Wenn ich nicht irre, ist es Wappes gewesen, der in der Silva zum Ausdruck brachte, daß der deutsche Forstmann nach dem Kriege vielleicht genötigt sei, aus Gründen der Landesverteidigung sich mehr als bisher mit dem Mittelwald zu beschäftigen.¹⁾ Wappes betonte dabei die besondere Eignung dieser Waldform, hier einen zähen Widerstand zu organisieren. Dies ist, wie der Krieg lehrt, richtig. Doch muß m. E. bei solchen Zukunftsplänen mit Sicherheit mit einer weiteren Verbollkommnung der Angriffsmittel, insbesondere der Artillerie schwersten Kalibers gerechnet werden, so daß es in einem Zukunftskriege auf die Waldform überhaupt nicht mehr ankommt. Dagegen wird der Infanterist noch mehr wie jezt genötigt sein, Schutz in der Tiefe der Erde zu suchen. Noch mehr Holz Mengen werden verbraucht werden und die Frage, die angesichts

¹⁾ Sollte ich mit der Anführung des Autors und der Zeitschrift irren, — in der Sache selbst irre ich mich nicht — dann bitte ich das Versehen nicht schwer zu nehmen. Die Mitnahme von Legethron ins Feld ist leider nur beschränkt möglich.

dieser Entwicklung allein entscheidet, lautet: ist der Mittelwald überhaupt im Stande mit seinen geringen Vorräten solche Holzmassen zu liefern? Nach den Erfahrungen im jetzigen Kriege ist diese Frage aber keineswegs mit Sicherheit zu bejahen und die großen Nachschübe an Holz, insbesondere an Schnittware, aus der Heimat beweisen eher das Gegenteil.

Die Einführung des Mittelwaldbetriebes im Grenzgebiet oder im Bereich unserer Festungen ist m. E. deswegen abzulehnen. Der Landesverteidigung wegen haben wir nicht nötig, unseren waldbaulichen Idealen eine andere Richtung zu geben als seither. Wir erfüllen unsere Pflicht, wenn wir nach diesen Grundsätzen weiter arbeiten und der Zukunft möglichst hohe Holzvorräte zur Verfügung stellen.

Die Beschädigungen durch Artilleriefire in dem Waldgebiet, von dem hier die Rede ist, sind erstaunlich gering, trotzdem es seit September 1914 unmittelbar hinter der Front und im Bereich der gegnerischen Artillerie lag und zum größten Teile heute noch liegt. Am häufigsten sind Kronen- und Schaftverletzungen, hier und da hat eine schwere Granate auch das Unterholz auf kreisförmigen Flächen von etwa 10 m Durchmesser herausgeschleudert. (Bild Nr. 7 stellt einen Volltreffer dar.) Aber Zerstörungen, die bis zur völligen und fast spurlosen Vernichtung ganzer Waldungen gehen, ¹⁾ wie man sie jetzt auf der Côte Lorraine sieht, gibt es hier nicht.

Trotzdem wird es der Arbeit vieler Jahrzehnte bedürfen, bis der hiesige Mittelwald seine alten Erträge wieder abwirft. Die Bedürfnisse für eine zweijährige Kriegsführung verlangten eben gebieterisch Eingriffe, die vielfach bis an die Grenzen des Möglichen gingen.

X. Die Forstbenutzung im Operationsgebiet kennt keine Rücksichten waldbpflegerischer Natur, sie kennt nur militärische Erwägungen. Der Stamm wird in 0,8—1,0 m Höhe über dem Boden abgesägt, die Krone wird abgeschnitten und bleibt ungenutzt liegen. Selbst als Brennholz wird sie nur ausnahmsweise verwertet. Der Transport und die Zerkleinerung wären viel zu zeitraubend. Der stehen bleibende untere Schaftteil kann u. U. bei der Anlage eines Drahthindernisses verwandt werden.

Um den Bedarf an Holzkohle zur Feuerung in den Schützengräben zu decken, hat wohl jede Division einen eignen Röhlertrupp arbeiten. Verkohlt wird nur

¹⁾ In der Schrift: „Die Champagne-Herbstschlacht, bearbeitet und herausgegeben vom Armeekorpskommando 8“ ist auf S. 31 über die Artilleriewirkung zu lesen: „Bäume wurden entwurzelt. Ganze Waldstücke verschwanden vom Boden. Einige kahle Stämme zeigten bald nur noch die Stellen an, wo sich früher die für die Champagne so charakteristischen Liefergehölze erstreckt hatten.“

Eiche. Die Meiler haben 30 bis 45 rm, der Holzprozeß dauert je nach der Größe des Meilers 3—5 Wochen. Schnittholz liefert das Divisionsjägerskommando. Leider konnte ich über die Leistungsfähigkeit dieser Einrichtung nichts in Erfahrung bringen.

XI. Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen angelangt. In den freien Stunden, die der Dienst mir ließ, habe ich mich bemüht, einen Einblick in den hiesigen Mittelwald zu gewinnen. Der erste Eindruck der Eintönigkeit wird bei tieferem Eindringen bald verwischt. Auch der Mittelwald hat seine Reize und enthält Bilder von großer waldbaulicher und landschaftlicher Schönheit. Einem regamen und zielbewußten Wirtschaftler erwachsen hier dankbare und interessante Aufgaben.

Was ich gesehen, ist in den vorstehenden kurzen Skizzen festgehalten, und was mir durch das Wort nicht gelungen ist, vermitteln vielleicht die beigegebenen photographischen Aufnahmen. Ihre Betrachtung erweckt wohl eine besondere Teilnahme, sind es doch Bilder von den Orten, wo unsere braven Truppen gekämpft und wo viele unserer Brüder ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.

Mitte Juli 1916.

Nachtrag.

Zu meinen vorstehenden Ausführungen über französischen Mittelwald kann ich einen weiteren kleinen Beitrag liefern. Durch Vermittelung eines Kameraden, der Ortskommandant von Gondrecourt ist, habe ich Kenntnis erlangt von einer Waldbarte aus dem Jahre 1773 über den Gemeinewald von Aix. Dieser Wald liegt in der Südostecke des von mir beschriebenen Waldgebietes. Die Art der Waldeinteilung ist aus der photographischen Wiedergabe der Karte (Bild Nr. 8) und aus dem beigebeschriebenen Text, den ich wortgetreu anführe, ersichtlich.

Carte topographique d'un Canton de bois appart. à la Communauté d'Aix Contenant 864 arp.¹⁾ suivant l'arpentage du Sr. Bagard, Landmesser der Forstinspektion von Briey ist der Wald 864 Morgen groß und auf Grund eines Staatsbeschlusses durch mich den unterzeichneten Oberlandmesser in der ge-

¹⁾ arpent = alfranzösisches Flächenmaß, 2100—3000 qm groß, entspricht etwa dem deutschen Morgen.

né Rearpenteur en la
Maitrise deduction
tte du quart en Re-
rve de 216^{arp.} Les
uzes Premieres Coup-
s Contiennent vingt
arpens chaq'une, la
sizieme, la quatorzie-
e, la quinzieme, la sei-
me, la Dix-septieme,
Dix-huitieme et la
Dix-neuvieme vingt
ux arpens, la vingtie-
vingt quatre arpens,
viugt unieme vingt
ux arpens. la vingt
uxieme vingt un, la
ngt troizieme, la vingt
uatrieme, la vingt cin-
nieme, la vingt sixieme
t la vingt septieme
haq'une vingt deux ar-
ens, la vingt huitieme
t la vingt neuvieme
ngt un arpens, la tren-
ieme et Derniere vingt
arpens, ce qui fait sui-
ant la Division un to-
al 861^{arp.} Mesure de
orraine, fait sur les
ieux et achevé a long
e quatre fevrier mil sept
ent soixante et treize.

Zur Erläuterung darf nachgetragen werden, daß die Wäldungen im alten Lothringen bis zum Jahre 1760 entweder einer regellosen Plenterwirtschaft oder einer niederwaldartigen Bewirtschaftung unterworfen waren. Später wurde der schlagweise Mittelwaldbetrieb eingeführt; für den Gemeindewald von Aiz erfolgte diese Neuordnung im Jahre 1773 und zwar gemäß eines „arrest du Conseil“. Ob damit der Gemeinderat oder der Rat der Forstverwaltung von Bries oder eine andere Körperschaft gemeint ist, geht aus dem Text nicht hervor.

Sehr groß erscheint für heutige Anschauungen die Reservereserve, die nicht schlagweise, sondern im Plenterbetrieb bewirtschaftet wurde. Die in meinem Aufsatz erwähnten plenterwaldartigen Waldbilder sind somit zum Teil Ergebnisse zielbewußter Wirtschaft.

Zum Schluß füge ich noch an, daß die für den genannten Gemeindewald im Jahre 1773 festgelegte

nannten Forstinspektion in 30 Schläge eingeteilt, nachdem ein Viertel der Fläche, 216 Morgen als Reserve ausgeschieden wurde.

Die 12 ersten Schläge enthalten je 21 Morgen, der 13., 14., 15., 16., 17., 18. und 19. Schlag je 22 Morgen, der 20. hält 24 Morgen, der 21. 22 Mor- gen, der 22. hält 21 Mor- gen, der 23. hält 21 Mor- gen, der 24., 25., 26 und 27. Schlag jeder 22 Morgen, der 28. und 29. je 21 Morgen, der 30. und letzte Schlag 20 Mor- gen. Diese Verteilung ergibt im ganzen 861 Mor- gen lothringisches Maß. Aufgenommen an Ort und Stelle und beendet am 4. Februar 1773.

Wirtschaftsform im Jahre 1860 unverändert für die Folge übernommen wurde und heute noch in Kraft ist. Im Felde, Ende Oktober 1916.

Dr. Baader.

Der Krammetsvogelfang im Dohnenstiege.

Von Geh. Regierungsrat Eberts in Cassel.

Bis zum Jahre 1908 durften die Krammetsvögel im Dohnenstiege gefangen werden, sodann wurde der Fang mit Schlingen durch das Vogelschutzgesetz vom 30. Mai 1908 (§ 2 b) verboten. Dieses Fangverbot hat seiner Zeit mit Recht vielseitigen Widerspruch erfahren. Einzig und allein ausschlaggebend waren die übertriebenen Schilderungen der Qualen, welche ein in der Schlinge gefangener Vogel zu erdulden haben sollte, bevor er verendete.

Seitdem ist nun die Stimmung in weiten Kreisen eine andere geworden, die Hoffnungen, die man an dieses Verbot des Fanges der Krammetsvögel mit Schlingen knüpfte, haben sich nicht erfüllt und der Krieg verlangt eine Nugharmachung aller für die Volksernährung nur irgendwie in Betracht kommenden Nahrungsmittel.

Hierdurch veranlaßt hat — wie die „Deutsche Forstzeitung“ in Nr. 31, Bd. 31 mitteilt — ein Reichstagsabgeordneter bereits im Jahre 1915 einen Antrag im Reichstage eingebracht:

„Während der Dauer des Krieges in der Zeit vom 2. September bis 31. Dezember den Krammetsvogelfang im Dohnenstiege mittels festhängender Dohnen zu gestatten und für die Dauer der Zulassung dieses Fanges die Krammetsvögel (Drosseln) für nicht jagdbare Tiere zu erkennen.“

Zu diesem Antrage ist folgendes zu bemerken:

Mit der Gestattung des Krammetsvogelfanges im Dohnenstiege für die Dauer des Krieges wird nichts erreicht. Die Herstellung eines lohnenden Dohnenstieges erfordert viel und zeitraubende Arbeit. Es muß zunächst der Dohnenstiege im Walde hergerichtet, es müssen sodann tausende von Dohnen und noch viel mehr Schlingen angefertigt und in die Dohnen eingefügt werden. Allein die Beschaffung von Pferdehaaren für Lehtere würde gegenwärtig kaum möglich sein. Der Freigabe des Vogelfanges im Sinne des obigen Antrages können wir daher nicht das Wort reden, dagegen dürfte es sich empfehlen, nachdem seit Einführung des Fangverbotes in Schlingen 8 Jahre verflossen sind, auf Grund der inzwischen gesammelten Erfahrungen in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angezeigt wäre, das Krammetsvogelfangverbot wieder ganz zu beseitigen.

Die Gründe, die i. J. 1908 für das Verbot des

Dohnenstieges ins Feld geführt wurden, waren folgende:

1. Durch den Fang der Krammetsvögel im Dohnenstiege sollte eine merkliche Abnahme derselben eingetreten sein;
2. durch die Einführung des Fangverbotes in Deutschland würden sich wohl auch die anderen Staaten, besonders die Italiener, veranlaßt fühlen, in ähnlicher Weise die Krammetsvögel zu schützen;
3. der Fang der Vögel in Schlingen sei eine Tierquälerei, die nicht geduldet werden dürfe;
4. die Krammetsvögel seien nur ein Vederbissen für die vermögenden Leute, die Masse der Bevölkerung habe nichts von denselben;
5. es würden im Dohnenstiege außer den sehr nützlichen Drosseln auch eine Menge nützlicher Kleinvögel gefangen.

Sehen wir uns nun diese Gründe näher an, dann erweisen sie sich meist als Scheingründe, die der ausreichenden Begründung entbehren.

Was zunächst die behauptete Abnahme der Vögel anbelangt, so ist dieselbe ebensowenig erwiesen, wie eine Zunahme derselben, die doch seit 1908 hätte bestimmt erwartet werden müssen, sofern der Vogelfang in Deutschland einen merklichen Einfluß auf den Bestand der Vögel ausüben würde. Den Haupteinfluß übt in dieser Richtung aber nicht der Fang in Deutschland, sondern der in den Nachbarländern, vor allem in Italien, aus. Wie hier von Jedermann, Groß und Klein, Hoch und Niedrig den Vögeln nachgestellt wird, ist allbekannt. Je mehr der Krammetsvogel in Deutschland geschont wird, um so mehr Vögel werden dort erbeutet. Die Italiener sind niemals geneigt gewesen, auf den Vogelfang, den sie mit Schlingen, Netzen, Schießgewehren usw. ausüben, zu verzichten, sind es aber nach Einführung des deutschen Vogelschutzgesetzes vom Jahre 1908 noch weniger wie früher, denn der Ertrag aus dem Vogelfange ist infolge unserer Schonung für sie ein erheblich größerer geworden. Keine Regierung würde es dort wagen, ein Vogelschutzgesetz einzuführen, welches dem Volke diesen Sport des Vogelfangens und Schießens verbieten wollte. Wir schonen also nur für andere und entziehen hierdurch dem Lande einen recht ansehnlichen Gewinn.

Nach der amtlichen Statistik über den Wildabschuß usw. in Preußen vom 1. April 1885 bis 31. März 1886 wurden in Preußen allein während dieser Zeit 1295 702 Drosseln gefangen. Rechnet man, daß der Vogel im allgemeinen nur mit 25 Pfg. bezahlt wurde — oft wurden 30 und mehr Pfennig bezahlt — so stellen diese einen Wert von über 300 000 Mk. dar. Der Wert der in ganz Deutschland gefangenen Vögel überstieg sicher eine Million Mark. Diese Ein-

nahme geht seit 1908 dem Vaterlande nicht nur verloren, sondern, da der Krammetsvogel immer noch sehr beliebter Vederbissen ist, gehen viele tausende zum Ankauf von uns geschonten im Auslande gefangenen Vögel in das Ausland. Wir erleiden also einen doppelten Verlust und bezahlen außerdem dem Auslande den Krammetsvogel, der bei uns gefangen mit 25—30 Pfennigen verkauft wurde, noch mit dem doppelten Preise!

Die infolge unserer Schonung in Aussicht gestellte Zunahme der Krammetsvögel ist infolge des Massenfanges derselben in unseren Nachbarländern ebensowenig eingetreten, wie ehemals eine Abnahme vor Einführung des Fangverbots. Selbst Regierungsrat Prof. Dr. Röhrig, Mitglied der biologischen Abteilung für Land- und Forstwirtschaft, ein Fürsprecher des Dohnenstiegeverbots, hat zugegeben, daß die Behauptung eines Rückganges im Bestand der heimischen Drosseln nicht aufrecht erhalten werden könne. Zum gleichen Ergebnis kommt die Vogelfangstatistik von Geheimen Regierungs- u. Forsttrat Ebert aus der Oberförsterei Gemünd in der Eifel, einem an der Haupt-Vogelzugstraße gelegenen Forstreviere. Auch Forstmeister Belling-Seesen und Prof. Dr. Altum-Eberswalde u. a. sind auf Grund genauer Beobachtungen und Aufzeichnungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß trotz des Fanges im Dohnenstiege die Krammetsvögel alljährlich immer wieder in gleicher Zahl bei uns durchwandern. Hierzu kommt, daß die Gefahren, die den Vögeln durch Raubzeug usw. drohen, infolge der Verminderung der Räuber, Marder, Raubvögel usw. von Jahr zu Jahr vermindert werden.

Als im Jahre 1904 das neue Wildschutzesetz für Preußen beraten wurde, spielte der Krammetsvogelfang ebenfalls eine Hauptrolle. Der Regierungskommissar erklärte bei dieser Gelegenheit, der Krammetsvogelfang sei von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Ein Abnehmen der Krammetsvögel wäre trotz des großen Fanges nicht nachweisbar.

Es ist jedenfalls ebensowenig eine Abnahme des Krammetsvögel durch den Fang im Dohnenstiege wie eine Zunahme infolge des eingeführten Fangverbots seit dem Jahre 1908 erwiesen. Wenn Freiherr von Berlepsch eine Abnahme der Krammetsvögel behauptet, so ist er den Beweis dafür bis jetzt schuldig geblieben.

Der zweite Grund, der für das Fangverbot in Deutschland angeführt wurde, daß hierdurch auch andere Staaten veranlaßt würden, diesem Beispiele zu folgen, ist durch die Tatsache in ausreichender Weise widerlegt, daß auch nicht ein einziger Staat daran

nacht hat und daran denkt, irgend etwas in dieser Richtung zu tun.

Auch die behauptete Tierquälerei kann als Grund und für das Fangverbot in Schlingen nicht aufrecht erhalten werden.

Der Abgeordnete Dr. Varenhorst hat im Reichstage die Abgeordneten durch Vorzeigung einiger Schlingen und eine graufige Schilderung der Qualen, welche ein darin gefangener Vogel erdulden mußte, in Ergrübeln gebracht. Es gelang ihm dies, weil die meisten seiner Zuhörer den Fang im Dohnenstiege seiner eigener Anschauung nicht kennen. Mit demselben Erfolge könnte er die Schilderung einer Treibjagd oder einer Fühnerjagd und ihre Folgen benutzen, um das Verbot des Ergusses von Wild mit dem Schießgewehr zu begründen. Jede Jagd ist grausam, aber die grausamsten die Jagd mit der Schrotflinte. Diese ist jedenfalls mit viel größerer Quälerei für die Tiere verbunden, wie der Fang des Vogels in der Schlinge. Die viele Tiere werden auf der Jagd mit der Flinte angeschossen, die erst nach langem Leiden und Siegen zum Eingehen und Verkommen! Dies ist beim Dohnenstiege ausgeschlossen. Die regelrecht gefangenen Vögel sterbenden sofort, die ausnahmsweise am Ständer oder an Flügel gefangenen werden nach ganz kurzer Zeit vom Vogelfänger gefunden und getötet. Verklütern, wie so vieles andere Wild, tut kein Krammetsvogel; jeder in die Schlinge gegangene Vogel wird auch genutzt! Durch das Verbot des Anbringens von Bodenschlingen würde außerdem dem Fange mit dem Ständer usw. wirksam entgegen gearbeitet.

Hören wir, was der bekannte Parlamentarier, der Abgeordnete Dr. Windthorst bei den Verhandlungen über das Vogelschutzgesetz im Jahre 1888 gesagt hat. Er sagte wörtlich Folgendes:

„Ich werde für inhuman gehalten, weil ich den Krammetsvogel gegen die bösen Vogelfsteller nicht schützen will. Ich bin jedoch der Meinung, daß die Sache mit der Humanität an sich nichts zu tun hat, glaube vielmehr, wir sollten im Uebermaß der Sorge für die Tierwelt nicht die Menschen vergessen, für welche die Schöpfung die Tiere gemacht hat. Man treibt, glaube ich, diese und ähnliche Fragen jetzt etwas auf die Spitze, und das ist namentlich bei den Vögeln der Fall. Es hat sich, wie bei allen Gelegenheiten, da wir uns über Vogelschutz unterhalten haben, hauptsächlich nur um den Krammetsvogel gehandelt, so daß, wenn dieser nicht in Frage käme, das Gesetz längst fertig sein würde. Ob nun durch dieses Gesetz, ob durch die Verhandlungen, welche auf Grund dessen international geführt werden sollen, wirklich der Zweck erreicht wird, das ist mir sehr zweifelhaft, weil ich daher halte, daß die Ausführung des Gesetzes die Haupt-

sache ist und schwer Kontrollen und Garantien dafür geschaffen werden können, daß wirklich das Gesetz ordentlich ausgeführt wird. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß der Verkehr mit der Vogelwelt wirklich vollständig ist, ganz in den Sitten und Gewohnheiten des Volkes wurzelt. Solche Sitten und Gewohnheiten entwickeln sich historisch und man kann sie durch positive Gesetze schwer beseitigen oder ändern, und selbst, wenn Sie mit allerlei Strafen und Drohungen vorgehen wollten, so würde die Sitte des Volkes sich dagegen stemmen. Wenn ich mir nun denke, es sollte dieser Massenmord der Krammetsvögel gesetzlich verboten werden, so würde ein solches Verbot, wenn es auch vertragsmäßig z. B. mit Italien vereinbart wäre, schwerlich dort durchgeführt werden können, weil nach meiner Ueberzeugung der Krammetsvogelfang in Oberitalien in der Bevölkerung so eingewurzelt ist, daß das Gesetz in gleicher Weise unbeachtet bleiben und übertreten werden würde. Nun ist bereits hervorgehoben, daß ein Gesetz, welches in Italien zum Schutz der Vögel infolge eines Uebereinkommens mit dem deutschen Reiche erlassen würde, dennoch nur einen zweifelhaften Erfolg haben dürfte, weil der Krammetsvogelfang auch in Frankreich, in Belgien und in Holland in Übung ist. Die Folge würde also sein, daß die Krammetsvögel, wenn sie unbehelligt unsere Gegenden verlassen haben, auf der einen oder anderen Seite unseres Landes gefangen werden. Es handelt sich also in der That darum, ob wir diesen Braten uns entziehen lassen wollen, damit ihn andere Völker essen. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich außerordentlich gern einen Krammetsvogel esse, wenn er gut zubereitet ist. Ich würde ja wahrscheinlich so viel Krammetsvögel, als ich überhaupt noch in meinem Leben nötig haben möchte, auch nach Erlaß des Gesetzes noch bekommen, aber das ist es nicht, was wir in den Vordergrund stellen dürfen. Wir können nicht sagen, es handelt sich hier bloß um einen Braten für die Reichen, nein, es handelt sich um große Schichten der Bevölkerung. In bezug auf die Krammetsvögel erzielen die Kleinen Beute dadurch einen besonderen Gewinn, wie ich aus meinem Wahlkreise bezeugen kann, daß eine ganze Reihe von Deuten eine erhebliche Summe sich alljährlich aus dem Fangen und Verkaufen der Krammetsvögel verschafft. Weiter halte ich in der That die Behauptung, daß bei dem Krammetsvogelfang eine Tierquälerei vorliege, für eine Sentimentalität, die ich gar nicht begreife. Ich habe die Schlingen nicht allein selbst gemacht, sie selbst aufgehängt, ich habe auch die Vögel darin fangen sehen. Ich bin in der Frühe in den Wald gegangen, um zu sehen, was ich etwa ernten könnte.

Ich kenne also die Sache ex fundamento, und da kann ich nur sagen, daß die Krammetsvögel sehr bald durch die Schlinge vom Leben zum Tode befördert werden. Daß allerdings auch einmal ein Krammetsvogel am Wein gefaßt wird, das gebe ich zu. Ich habe selbst auch wohl einzelne in dieser Situation in meinen Dohnen gefunden, dann habe ich sie mitgenommen und sie lange gepflegt. Ich hatte meine Freude daran. Aber das sind immer einzelne Fälle und Sie werden finden, daß überall in der Natur, in der Tierwelt, soweit solche von Gott den Menschen als Nahrung gegeben ist, derartige Fälle vorkommen. Alsdann gleich von Tierquälerei zu sprechen, wird wohl schwerlich gehen, denn dann würden wir auf das Gebiet des Schlachtens usw. kommen, auf dem meiner Meinung nach viel mehr Tierquälerei stattfindet, wie dies irgendwie beim Vogelfang der Fall ist."

In ähnlicher Weise bezeichnete der Abgeordnete Freiherr von Wolff-Metternich es im Jahre 1908 im Reichstage als eine Sentimentalität, wenn beim Vogelfang im Dohnenstiege von Tierquälerei gesprochen würde.

Er sagte am 10. Januar 1900 im Reichstage in dieser Beziehung folgendes:

"Ich möchte nun noch mit wenigen Worten einige Bedenken erwähnen, die gegen den Fang des Krammetsvogels zur Sprache kamen. Es wurde zunächst darauf hingewiesen, daß der Fang im Dohnenstiege eine besondere Grausamkeit sei. Ich bin der Meinung, daß vielfach in dieser Hinsicht eine übertriebene Sentimentalität Platz gegriffen hat. Das große Publikum wird durch Zeitungsartikel, welche nicht immer aus sachverständiger Feder stammen, irreführt. Ich glaube, mit der Grausamkeit ist es wirklich so schlimm nicht. Mag es hier und da vorkommen, daß sich ein Krammetsvogel, wenn die Schlingen schlecht aufgestellt sind, mit dem Ständer oder den Flügeln fängt, das sind aber immer nur einzelne Fälle. Wir haben ja auch behördliche Vorschriften, wodurch das Aufstellen der Schlingen immer so geschehen muß, daß Grausamkeiten vermieden werden. Der gewöhnliche Fall ist der, daß der Vogel sich mit dem Kopfe fängt und dann halb verendet. Der Tod des Erhängens ist keineswegs immer als ein besonders qualvoller zu bezeichnen. Ich erinnere daran, daß man in England die Fühner in der Weise schlachtet, daß man sie mit der Schlinge ersticht. Der Fang der Krammetsvögel gehört zur Ausübung der Jagd, und es ist zweifellos, daß es auf der Jagd hier und da, wenn man es so nennen will, ohne Grausamkeiten nicht abgeht. Das ist auch beim besten Willen nicht zu umgehen. Aber die kommen auch anderwärts vor. Ich erinnere z. B. an

das Schlachten der Schweine, wie es vielfach üblich ist. Man denke ferner an das Nudeln der Gänse oder an das Schlachten des Mals. Also die unvermeidlichen Grausamkeiten, wie sie zuweilen vorkommen beim Fangen der Krammetsvögel, kann ich in dem Maße, wie sie gewöhnlich dargestellt werden, nicht gelten lassen."

Ferner verweisen wir auf einen trefflichen Artikel der „Deutschen Jägerzeitung“. Bd. 50 Nr. 51 u. 52, wo es heißt:

„Nicht waidgerecht soll der Dohnenstiege sein, sagt man. Waidgerecht nennt man diejenigen Jagdarten, welche geeignet sind, das zu tötende Wild möglichst sicher in die Hand des Jägers zu bringen und es so schnell wie möglich vom Leben zum Tode zu befördern. Könnte es zur Erlangung einer Beute wie des Krammetsvogels eine bessere Art geben als der Schlingenfang, welcher diesen Zweck erfüllt? Das grauselnnerregende Bild, welches dem mit der Fangart weniger Vertrauten künstlich dadurch beigebracht wird, daß man die Sache so darstellt, als ob nun der größte Teil der sich fangenden Vögel erst nach langen Qualen verendet, oder gar, daß die meisten von ihnen sich an den Ständern in den Schlingen fangen und stundenlang hilflos zappeln müssen, kann für jeden, der die Sache aus eigener Anschauung kennt und ohne Vorurteil eingenommenheit urteilt, nicht verfangen. Es kommt ja freilich unter 100 Fällen vielleicht 4—5 mal vor, daß sich Vögel nicht mit dem Halse, sondern mit den Ständern fangen, sie gelangen dann aber doch mit Sicherheit in den Besitz des Jägers. Sie werden genutzt und gehen nicht verloren, während beim Schießen das Wild nicht selten angeschossen wird, dem Jäger verloren geht und oft erst nach Tagen und Wochen qualvollen Daseins verendet. Man führt aus, die waidgerechten Jäger wollen doch auch nicht, daß Hasen und Rehe mit Schlingen gefangen werden. Weshalb sollte dies nun gerade beim Krammetsvogel zulässig sein? Hierauf ist zu erwidern, daß es zur Erlegung von Hasen und Rehen andere bessere Jagdarten gibt, und daß ferner das an der Erde lebende Haarwild, wenn es sich hängt, stets einen Stützpunkt findet, der das Zuziehen der Schlinge verzögert oder gar dem Wilde die Möglichkeit gibt, die Schlinge abzustreifen und mit ihr die Freiheit zu erlangen, nicht ohne daß sie die Haut durchschneidet und schmerzhaft, meist zum Eingehen führende Entzündungen hervorruft, dem geplagten Wilde also ein grausames, oft erst nach Wochen eintretendes Ende bereitet. Auch ist dem im Verborgenen mit der Schlinge geräuschlos jagenden Frevler weit schwerer beizukommen. Daß in dieser Hinsicht beim Krammetsvogel ganz andere Verhältnisse bestehen, liegt auf der Hand. Also von einer besonderen Graus-

keit im Dohnenstiege gegenüber anderen Jagdarten absolut keine Rede sein. Dieser Vorwurf ist hinfällig!"

Von allen Jagdarten ist der Vogelfang im Dohnenstiege mit den wenigsten Quälereien verbunden. Mit Recht ist von dem Reichstagsabgeordneten Feldmann darauf hingewiesen worden, daß die meisten mit der Kugel verletzten Stücke Wild nicht sofort zur Strecke gelangen, sondern erst nach Stunden, Tagen, Wochen. Bei der Beratung des preussischen Wildschutzes wollten mehrere Abgeordnete eine Bestimmung einführen, wonach es erlaubt sein sollte, krankes, kimmerndes oder angeschossenes Wild, welches dem Tode verfallen sei, auch während der Schonzeit zu erlegen, um dieses so von seinen Qualen zu lösen. Im Interesse der Jagdpolizei und um ein überdrüssiges Anwenden dieser Bestimmung zu vermeiden, wurde der Antrag abgelehnt. Todkrankes und blutig verletztes Wild darf der fühlende Jäger, ohne die Gefahr einer Bestrafung auszusetzen, also nicht erlegen, den Vogelfang hat man aber verboten, weil es zuweilen vorkommt, daß ein Vogel infolge schlechter Wunden in der Schlinge nicht sofort verendet!

Auf Hasentreibjagden ist man im allgemeinen mit dem Ergebnis wohl zufrieden, wenn auf drei Schüsse eine Kreatur zur Strecke gebracht wird. Daß alle abgegebenen Schüsse immer auf die zur Strecke kommenden Stücke abgegeben werden, ist ausgeschlossen, es werden vielmehr außer den gestreckten noch andere Stücke angeschossen, die oft erst nach langem Siechtum qualvoll und elendiglich zugrunde gehen. Alles dies ist beim Vogelfang, ausgeschlossen. Jeder gefangene Vogel kommt zur Strecke, und zwar sehr bald ohne lange Qualen, ohne langes Siechtum.

Was würden die Herren Reichstagsabgeordneten wohl gesagt haben, wenn ihnen statt der Schlingen, die Herr Dr. Varenhorst — der vom Saulus zum Paulus gewordene Vogelfänger, der sogar nicht einmal mehr Krammetsvögel ißt, weil er den Vogelfang für unwaidmännisch hält — um die Abgeordneten gruselig zu machen, vorgezeigt hat, einmal die verschiedenen Angeln gezeigt würden, mit denen der Fischer seine Fische fängt und bei dieser Gelegenheit geschildert würde, was für schreckliche Folterwerkzeuge diese Angeln sind! Wie urteilt Herr Dr. Varenhorst denn über die Bestimmung des Fischereigesetzes, daß alle gefangenen Fische, welche das gesetzliche Mindestmaß nicht haben, wieder in das Wasser eingeseht werden müssen? Der Angler ist leider nicht in der Lage, seinen Fang auf die gesetzlich vorgeschriebenen Maße zu beschränken, er fängt, was anbeißt. Die mindermaßigen Fische muß er von der Angel loslösen und dem Wasser wieder übergeben. Welch' elendes

Schicksal steht solch armen, oft tödlich verletzten Fischen bevor, bis sie durch den Tod von ihren Qualen erlöst werden. Bei den Hühnerjagden wird auf ein hochgehendes Volk mit dünnem Schrot geschossen und während ein oder zwei fallen, wird noch das eine oder andere krank geschossen, um dann elend zugrunde zu gehen. Hühner mit abgeschossenem Schnabel, mit zerbrochenem Ständer usw. müssen verhungern, wenn nicht das Raubzeug sich ihrer erbarmt und sie schon vorher erlöst. Deshalb wird es aber keinem Menschen einfallen, die Jagd mit der Flinte verbieten zu wollen. Weshalb soll nun aber der mit viel weniger Quälerei verbundene Dohnenstieg verboten sein?

Weiter wird auf die Nützlichkeit der Krammetsvögel sowie darauf hingewiesen, daß im Dohnenstiege außer ihnen viele nützliche Kleinvögel gefangen würden.

Mit dem Nutzen der Krammetsvögel ist es lange nicht so weit her, wie behauptet wird. In der Hauptsache sind dieselben Beeren- und Körnerfresser, darum werden sie auch mit Beeren im Dohnenstiege gefangen. Ob sie nun durch Beerenfressen nicht ebenso viel oder gar noch mehr schaden, als sie auf der anderen Seite vielleicht durch Verzehren von Insekten nützen, erscheint mindestens fraglich. Nur während der Brutzeit sind die Krammetsvögel Insektenfresser. Sie suchen ihre Insektennahrung dann aber auch nur auf dem Boden, aber nicht auf den Bäumen, wo unsere Waldinsekten leben. Für die Landwirtschaft kommen sie gar nicht in Frage. Im Sommer sieht man die Drosseln fast immer da, wo Beeren sind. Heidelbeeren und später Erdbeeren, auch Wachholder- usw. Beeren sind ihre Hauptnahrung. Als Herr Dr. Varenhorst noch zur Kunst der Vogelfänger gehörte, wird er beim Auslösen der Vögel aus den Schlingen wohl recht oft blaue Finger bekommen haben. Dies war nicht eine Folge des Insekten-, sondern des Heidelbeerenfrasses.

Der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Wolff-Metternich beleuchtete in der Reichstags-sitzung am 10. Januar 1908 auch diese Frage und bemerkte:

„Gegenstand des Fanges sind die Drosselarten, also die Weindrossel, Schwarzdrossel, Mistel-, Schnarr- und auch die Singdrossel. Der Nutzen der Drosselarten für Wald und Feld wird meist überschätzt. Viele glauben z. B., daß die Drossel besonders dadurch nützt, daß sie die Obstbäume von schädlichen Insekten säubert. Das ist nicht der Fall. Diejenigen Vögel, die den Obstbäumen besonders nützen durch Ableben der Insekten, sind hauptsächlich die Meisen, nicht die Drosselarten. Ein großer Teil, wozu insbesondere der Weinvogel, der Hauptgegenstand des Fanges, gehört, nistet überhaupt nicht bei uns, sondern besucht

ns nur auf dem Durchzuge vom hohen Norden zum Süden. Bei uns besteht die Nahrung dieser Weindrossel fast nur aus Beerenfrüchten. Die bei uns brütenden Drosseln nähren sich während der Brutzeit allerdings meist von Insekten, die sie auf dem Waldboden auflesen. Es sind dies indessen hauptsächlich solche, die ziemlich indifferent sind für das Wachstum der Nutzpflanzen. Ich möchte hier an das Feldhuhn erinnern. Das ist eine Wildart, die zweifellos ganz erheblich viel nützlicher ist für den Landwirt als die Krammetsvögel; aber kein Mensch denkt daran, die Jagd auf Feldhühner deshalb einzustellen. Was würde man sagen, wenn die Jagd auf Feldhühner beseitigt werden sollte, weil es ein nützliches Tier ist? Und nun soll die einträgliche Jagd auf den Krammetsvogel, dessen Braten doch mindestens ebenso gut ist wie derjenige des Feldhuhns, aufhören! Nun wird weiter gegen das Fangen der Einwand erhoben, daß durch das massenhafte Töten der Vogelgesang in unseren Wäldern verstummt. Auch dieser Auffassung kann ich nicht beitreten. Ich gebe zu, daß gelegentlich in den Dohnen andere Vögel mitgefangen werden z. B. Dompfaffen. Aber der Dompfaff ist doch nie und nimmer ein nützlicher Vogel, er ist auch kein Singvogel, denn wenn er singen soll, muß er erst gefangen und ihm das Lied vorgepfeifen werden, sonst kann er nicht singen. Ich gebe zu, daß einzelne Rotkehlchen dabei zu Grunde gehen; aber der Schaden, der Nachteil, der dadurch entsteht, entspricht doch keineswegs dem Ertrage, der durch das Fangen der Krammetsvögel manchen weniger bemittelten Leuten zugute kommt. Der einzige Mangel, den man mit Recht hierbei erwähnen könnte, ist die Singdrossel, die besser nicht gefangen würde. Aber ich möchte den sehen, der mir beweist, daß durch den Dohnenstiege die Zahl der Singdrosseln abgenommen hätte. Das ist durchaus nicht der Fall, nur ein reichlicher Ueberschuß wird gefangen. Ueberall da, wo ihnen ihre Lebensbedingungen geboten sind, Gestrüpp, feuchter Boden usw., sind sie recht reichlich immer noch bei uns zu finden; auch dort, wo der Krammetsvogelfang betrieben wird, ist von einer Verminderung nichts zu bemerken. Das ist auch ganz natürlich, wenn man bedenkt, wie weit die Singdrossel verbreitet ist; sie ist Brutvogel von Westeuropa bis tief nach Asien hinein, und die Vermehrung ist so stark, daß der geringe Prozentsatz, der durch den Krammetsvogelfang in Abgang kommt, keine Rolle spielt. Wenn in Preußen der Fang beginnen darf, dann haben die bei uns heimischen Drosseln ihren Durchzug bereits vollendet; was dann noch gefangen wird, sind ausländische Vögel. Ich will dann noch daran erinnern, daß der Hauptgegen-

stand des Fanges, die Weindrossel, überhaupt kein Singvogel ist, d. h. sie kann überhaupt nicht singen und besucht uns nur auf dem Durchzuge; ihre Brutplätze liegen im hohen Norden. Daß die Singdrossel, die auch mitgefangen wird, in ihrem Vorkommen dadurch vermindert wird, muß ich auch bestreiten. Gerade sie gehört trotz des vielgeschmähten Dohnenstieges zu denjenigen Vogelarten, die sich bei uns erheblich vermehrt haben, stellenweise sogar so stark, daß sie für nicht wenige Gartenbesitzer unangenehm wird. Das Fangen der Singdrossel ist also auch kein Grund, um mit dem Dohnenstiege aufzuräumen.

Als i. J. 1904 das neue Wildschongesetz beraten wurde, erklärte namens der Staatsregierung ein Regierungskommissar folgendes:

„Was den Nutzen der Drosseln für die Landwirtschaft anbelangt, so kann man kaum davon sprechen, denn fast sämtliche Drosselarten, die dem Krammetsvogelfang unterliegen, leben im Walde; sie kommen nur selten auf die Felder, können also der Landwirtschaft durch Auflesen von Wärmern usw. keinen besonderen Nutzen gewähren. Auch den Insekten, die sich im Walde aufhalten, wenigstens in unseren Wäldern, tun sie keinen erheblichen Abbruch. Die meisten Drosselarten brüten im hohen Norden und leben dort während des Sommers, sie kommen meist nur in der Herbstzeit zu uns und können also unseren Wäldern keinen Nutzen bringen. Außerdem sucht die Drossel bekanntlich ihre Insektennahrung in der Regel auf dem Boden und nicht in den Gipfeln der Bäume, wo unsere schädlichen Waldinsekten leben.“

Hiermit stimmen im wesentlichen auch meine Erfahrungen überein. Die Drosseln nehmen in der Hauptsache nur so lange Insektennahrung, als noch keine Beeren vorhanden sind. Sind diese erst da, dann findet man die Drosseln stets dort, wo solche vorhanden sind. Durch dieses Beerenfressen können die Vögel unter Umständen sehr schädlich werden. Das Sammeln der Waldbeeren ist für viele Gemeinden eine sehr erhebliche Einnahmequelle. Für eine Oberförsterei in dem Regierungsbezirk Cassel wurde der Wert der in einem Sommer gesammelten Beeren auf 15 000 Mk. und die Einnahme einer einzigen Gemeinde durch den Beerenverkauf auf 10 000 Mk. festgestellt. (Deutsche Forstzeitung, Nr. 17, 1904). Für die Provinz Pommern hat Forstmeister Heynemann die Zahl der Beeren Sammler auf 120 550 Personen ermittelt und deren Verdienst auf jährlich 5 225 682 Mk. berechnet. Diese Erträge können besonders in beerenarmen Jahren durch die Krammetsvogel wesentlich gemindert werden.

Daß die Drosseln durch Verzehren der für die Bodenlockerung und Bodendurchlüftung unentbehrlichen

Armer eher schaden als nützen, sowie daß das Verweilen der höchst schädlichen Mistel durch sie nicht als Nutzen betrachtet werden kann, soll nur nebenbei bemerkt werden.

Gewiß werden in einem Dohrenstiege außer den Krammetsvögeln auch einige andere Vögel gefangen werden. Nach der Vogelfangstatistik von Geheimrat Hertzs sind dies aber nur 3,9% des Krammetsvogelfanges, also eine wirklich nicht beängstigende Zahl. Der Förster Schmidt zu Forsthaus Rudak bei Horn äußerte sich hierüber folgendermaßen in der deutschen Forst-Zeitung, 1908, Nr. 8:

„Tatsächlich fangen sich auch zufällig einige Rotkehlchen, auch wohl mal eine Meise, indes dies sind so wenig, daß ihre Zahl wirklich so gut als gar nicht in Betracht kommt. Häufiger ist der Fang der Gimpel (Dompfaffen), welche die Eberescheneren, die in den Dohren hängen, als Nahrung nehmen. Wer aber etwa weiß, welchen Schaden diese Tiere oft in Obstgärten durch das vollständige Ausreißen der Tragknospen machen, der wird sich freuen, wenn ihre Zahl sich verringert. Auch wird im Dohrenstiege so mancher Sperber, also ein großer Feind der kleinen Vögel, gefangen, wenn er, seiner Gewohnheit gemäß, unter den Zweigen, in dichteren Stangenhölzern den Stieg entlang fliegt und sich, um Auszurufen und auf Beute zu spähen, in eine Dohne setzt. Hatte doch der Förster Schmied zu Traffenmoor auf der Insel Usedom i. J. 1874 in den damaligen großen Dickungen des Schutzwaldes im Hammetstall in einem Herbst etwa 30 Sperber gefangen. Alljährlich habe auch ich im Dohrenstiege in Dickungen oder jungen Stangenhölzern einige Exemplare gefangen und ich komme auf Grund meiner Beobachtungen zu der bestimmten Meinung, daß die so

vogelgefährlichen Sperber am meisten durch die Dohrenstiege erlegt werden, folglich letztere durch die erhebliche Vertilgung dieses sehr schädlichen Raubvogels für unsere heimischen Singvögel von großem Werte sind. Wie viel nützliche kleine Singvögel mag wohl ein brütendes Sperberpaar in einem Sommer samt deren Brut vernichten! Gewiß hundertmal mehr, als in einem Dohrenstiege zufällig und unbeabsichtigt mitgefangen werden! Ebenso ist die Zahl der im Stiege erbeuteten, den Brutten der Waldbögel so sehr nachstellenden und auch sonst schädlichen Hähner meist recht bedeutend“.

Der Fang von Kleinvögeln ist bei richtiger Schlingeneinstellung nach meiner Erfahrung fast ausgeschlossen. Nur wenn durch Regen und Sturm die Schlingen ihre normale Lage verändert d. h. sich gesenkt haben, und wenn Unterschlängen angebracht sind, werden auch Kleinvögel gefangen. Da die Anbringung von Unterschlängen aber durch Polizeiverordnung verboten werden kann und in der Tat früher auch meist durch Polizeiverordnung verboten war, kann von einer Gefahr, daß im Dohrenstiege viele Kleinvögel gefangen werden, keine Rede sein.

Ich für meine Person habe immer das Verbot des Fanges der Krammetsvögel im Dohrenstiege bekämpft und für verfehlt gehalten; auf Grund der Erfahrungen, die seit dem Jahre 1908 gemacht worden sind, bin ich in meiner Ansicht noch immer mehr bestärkt worden. Die Hoffnungen, die man an dieses Verbot geknüpft hat, sind ohne Ausnahme nicht eingetroffen. Wir können nur für unsere Nachbarstaaten, besonders für Italien, welches alles andere eher verdient, als auf unsere Kosten begünstigt zu werden.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

Borgmann, Referent Prof. Dr.: Die Mitwirkg. d. deutschen Forstwirtschaft an d. Aufgaben d. Volksernährg. im Kriege. (S. 867–456.) 8°. S.-A.-a. Tharandter forstl. Jahrbuch. 67. Bd. M. 1.60. Paul Parey in Berlin.

Hilde, Kurt, Dr.: Taschenbuch z. Vogelbestimmen. Prakt. Anleitung z. Bestimmung unserer Vögel in freier Natur nach Stimme, Flug, Beweggn. usw. nebst Tabellen z. Bestimmung tot. Vögel, d. Nester u. Eier. Mit 9 farb. Doppeltaf. v. B. Heubach, 1 Doppeltaf. m. d. Flugbilderschema d. Raubvögel u. m. vielen Textbildern v. F. Kuttner. 3. Aufl. (260 S.) 8°. Lwbd. M. 3.80. Franck'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart.

Graßhey, Otto: Praktisches Handbuch f. Jäger. Ein zuverläss. Nachschlagebuch f. d. gesamte Wildwerk. 3. Aufl. Bearb. v. Gen.-Maj. z. D. B. v. Sprenger u. F. Berg-

miller. Mit 322 Text-Illustr. u. 48 (z. T. farb.) Taf. (XXIV, 527 S.) Lex.-8°. Lwbd. 28.—; auch in 12 Bänden je 2.— G. Schweizerbart'sche Verlagsbuchh. Neugele & Dr. Sprenger in Stuttgart.

Jagd-Abreißkalender 1917. Hrsg. v. d. deutschen Jägerzeitg. (I, 220 Bl. m. Abb.) Lex.-8°. M. 2.50. J. Neumann in Neudamm.

Jordan, W., weil. Prof. Dr.: Handbuch d. Vermessungskunde. Fortges. v. weil. Prof. Dr. C. Reinhertz. 3. Bd.: Landesvermessung u. Grundaufgaben d. Erdmessg. Mit zahlr. Abb. 6. erw. Aufl. Bearb. v. Prof. Dr. O. Eggert (VIII, 785 u. 78 S.) gr. 8°. M. 22.—; Lwbd. M. 24.— J. B. Metzlersche Buchhandlung, G. m. b. H., in Stuttgart.

Kreutzer, E., Forstmr.: Hönlinger's Waldetrags-theorie besprochen. (15 S.) gr. 8°. M. —.80. Gustav Neugebauer in Prag.

Riesenthal's Jagdlexikon. Nachschlage- und Handbuch für Jäger u. Jagdsteunde. 2., vollst. umgearb. Aufl., hrsg. v. d. Schriftleitg. d. deutschen Jäger-Zeitg. Mit 364 Abb. (VIII 636 S.) gr. 8°. Zwbb. M. 15.—. J. Neumann in Neudamm.

„Waldbheil“. Kalender f. deutsche Forstmänner u. Jäger auf d. J. 1917. Vereinskalendar d. Vereins tgl. preuß. Forstbeamten. 29. Jg. 2 He. (218 u. 100 S. m. Fig. u. 1 Karte.) Kl. 8°. Zwbb. u. geh. M. 2.—; stärkere Ausg. M. 2.40. J. Neumann in Neudamm.

Ph. Flury: Untersuchungen über die Sortimenteverhältnisse der Fichte, Weißtanne und Buche. Mitteilungen der schweizerischen Zentralanstalt für das forstliche Versuchswesen. XI. Band 2. Heft. Zürich 1916.

Die Kenntnis der Massenerträge der Bestände, wie sie uns die Ertrags tafeln geben, genügt für viele forstliche Aufgaben heute nicht mehr. Ein weites Reich forstlichen Gebietes der Forsteinrichtung, Wertrechnung und Statist verlangen eine weitgehende Erhebung der Werterzeugung. Um die Werte der Holzmassen zu bestimmen, ist es nötig, sie in Sortimente zu zerlegen und mit dem entsprechenden Preise in Beziehung zu bringen. Für Erhebung über Einzelsortimente bestehen die eingehenden Untersuchungen von Behriger, Dr. Gähle und E. Gayer für Tanne, Fichte auf der sog. „Heilbronner Sortierung“, von Dr. Michlitz und Schmied für Fichte auf die Sorten des böhmischen Bahnholzhandels aufgebaut.

Als eine Sortiments tabelle, die zum erstenmal für ganze Bestände aufgestellt worden ist, nennt Flury die Ertrags- und Sortimentsuntersuchungen im Buchenhochwalde von E. Wimmer.

Den Nachteil allein für das Bereich der einen bestimmten Sortierung zu gelten, den alle erwähnten Arbeiten gemeinsam haben, will Flury in seiner Arbeit vermeiden und eine solche Tabelle geben, die für alle Verhältnisse passend, bzw. leicht angleichbar ist.

Es ist ein wirtschaftlich schwerwiegender Nachteil, daß wir im Holzhandel so weit von einander abweichende Sortierungen haben. Nicht nur mit den Nachbarstaaten besteht keine Übereinstimmung, sondern innerhalb des Deutschen Reiches bestehen noch grundsätzliche verschiedene Sortierungsvorschriften, die den Holzverkauf, den Handel und die Preisstatistik ungemein mit unnötigen zeitraubenden Arbeiten erschweren. Diese Tatsachen sind ja in neuester Zeit, als Hindernisse eines beweglichen und übersichtlichen Holzverkaufs, als der Reform dringend bedürftig sowohl im deutschen Forstwirtschaftsrat als auch in der Vorstandssitzung Südwestdeutscher Holzinteressenten in Baden bezeichnet worden; es besteht die Hoffnung, daß den Worten auch bald Taten folgen werden. Flury führt in sehr lehrreicher

Übersicht die Sortierung in Süddeutschland, in Norddeutschland (preuß. Taxklassen), im böhmischen Bahnholzhandel auf und belehrt uns, daß es in der Schweiz noch unerfreulicher ist, wo hinsichtlich der Sortimentsbildung noch größere Mannigfaltigkeit herrscht.

Zwar besteht zwischen dem Schweiz. Forstverein und dem Schweiz. Holzindustrieverein eine Vereinbarung über Sortierung und Messung, die aber nach keiner Seite hin eine Verpflichtung bildet; es wird daher vielerorts nach wie vor nach der ortsüblichen Weise weitergemessen und sortiert. Es ist dies für unsere in Gänge befindlichen Bestrebungen ebenfalls sehr instruktiv, wie Sitte und Herkommen einer auf klaren Benutzungsründen aufgebauten Reform Widerstände entgegensetzt.

Flury teilt seine Untersuchungen über die Sortimentsverhältnisse der Fichte, Tanne und Buche in solche des Einzelstammes und solche beliebiger ganzer Bestände ein.

Für die Sortimentsverhältnisse des Einzelstammes lagen dem Verf. als Grundlagematerial vor: Probestämme der nach dem Ulrich'schen Verfahren aufgenommenen Versuchsflächen und weiter eine Reihe von Stämmen aus Rahlhiebsen, die sektionsweise vermessen worden sind. In der Hauptsache rühren die Bäume aus Beständen her, die im mehr oder weniger gleichaltrigen Hochwalde meist rein im mittleren Schlußgrade erzogen worden sind. Da die vorliegenden Tabellen sich keinem bestimmten Sortierungssystem anschließen, hat Flury für die Popfärken von 42, 32, 24, 18, 15, 12 und 7 cm des berindeten Stammes die zugehörigen Sortimentslängen und Inhalte bestimmt; für die Einschätzung dazu sind Scheitelhöhe und d 1,3 m bekannt, so daß jeder selbst bestimmen kann, in welche Klasse eines Sortierungssystems ein einzuschätzender Stamm gehört.

Unberücksichtigt sind Stammstücke folgender Längen geblieben:

	bei einem Popf von Fi. u. La.	Buche
42 cm	Stammst. unter 5 m Lge.	unter 4 m
32 "	5 " "	4 "
24 "	6 " "	5 "
18 "	7 " "	6 "
15 "	8 " "	
12 "	8 " "	

Dann werden die Stämme nach Scheitelhöhe und nach 2 cm (Brusthöhenstärke) = Gruppen geordnet und der Schaftinhalt ein und derselben Stärke und Höhenklasse wurde in Prozenten der Verbholzmasse ausgedrückt. Dabei zeigte sich, daß die absoluten Sortimentsinhalte einer und derselben Stärkekategorie bei wechselnder Scheitelhöhe große Verschiedenheit aufweisen, daß sie aber alle das gleiche prozentuale

Verhältnis zur entsprechenden Verbholzmasse be-
rechnen. Diese Gesetzmäßigkeit erleichtert die Aufstellung
der Sortimentstafel sehr. Es sei dies an einem Bei-
spiel erläutert:

Fichten mit $d \ 1,3 = 40 \text{ cm}$
Bopf = 24 cm

haben in allen Höhenstufen einen Sortimentsinhalt
von 82% des Verbholzgehaltes; es beträgt ferner für
die Bopfstärken von

32	24	18	15	12 cm
Sortimentsprozent				
47	82	94	96,8	98,4

Die vorkommenden Massendifferenzen betragen nur
ausnahmsweise 2%. Betrachten wir Tannen
von gleicher Grundstärke aber verschiedener Scheitelhöhe
ergibt sich z. B. für $d \ 1,3 = 30 \text{ cm}$

längster Stamm	kürzester Stamm
$H = 32,6 \text{ m}$	21,4 m
Verbh. = 1,17 fm	0,76 fm
Verbh.-Formzahl = 0,505	0,500
$\frac{h}{d} = 108,7$	71,3

Bei einem Bopf von 18 cm zeigt sich folgendes Sor-
timentsergebnis:

Sort.: Länge	24,0 m	14,3
: Inhalt	1,07 "	0,69
% des Verbh.	91,5 "	90,8

Es ist weiter sehr bemerkenswert, was auch durch eine
Zusammenstellung der Verbholzformzahlen von Grund-
ner und Schwappach nach gleichen Grundstärken für
verschiedene Höhen beleuchtet wird, daß die Formzahl
für denselben Dm. von der Höhe sehr wenig beeinflusst
wird, daß die Formzahl lediglich eine Massen-
reduktionszahl ist, daß die Schaftform bei gleicher
Formzahl sehr verschieden sein kann: diese Verschieden-
heit zeigt sich in dem Quotienten $\frac{h}{d}$ den Flury an-

führt, auch in $\frac{\delta}{d} = q_2$ den Schiffel und Gayer
als Hauptformweiser verwendet haben. Wesentlich für
die weitere Entwicklung der Abhandlung ist nun
Flury's Stellung zu der Frage des Einflusses der
Schaftform auf die Sortimentsbildung. Bei einer
und derselben Grundstärke und Höhe können die ein-
zelnen Stämme je nach ihrer Vollholzigkeit sowohl in
den Verbmengen als auch in den Sortimenten ziem-
lich verschieden sein. Schiffel hat als wertvollsten
Weiser für die Beurteilung der Schaftform wie schon
erwähnt, den Formquotient insbesondere q_2 (= Ver-
hältnis des Durchmessers in halber Scheitelhöhe zu
demjenigen in Brusthöhe) angesehen und in seinen
Tafeln diese Methode sehr eingehend durchgearbeitet.

E. Gayer hat sich ebenfalls dahin ausgesprochen,
daß q_2 der einzige zuverlässige Faktor sei, mit
dessen Hilfe man verhältnismäßig einfach zu brauch-
baren Sortimentenzahlen für Einzelsämme gelangen
könne. Flury bestreitet die „verhältnismäßige Ein-
fachheit“ dieses Verfahrens und nahm von der Be-
nützung des Formquotienten Abstand.

Entgegen der Anschauung Gayer's, daß nur
wenige Probestämme genügen um einen sicheren An-
halt über den Formquotient zu bekommen, da dieser
in geschlossenen Beständen nach Schiffel's Forschungs-
ergebnissen regelmäßig verläuft, oder daß eine augen-
scheinliche Einschätzung der Formklassen für viele Fälle
genügt, ist Flury der Ansicht, daß diese wissenschaft-
lich freilich genaue Methode für ihre Anwendung er-
hebliche tagatorische Mehrarbeit voraussetzt und deshalb
von der Praxis einfach übergangen wird. Flury ist
der Meinung, eine Sortimentstafel soll nicht Selbst-
zweck sein, sondern soll als tagatorisches Hilfsmittel
übersichtlich und einfach in ihrer Anwendung sein.
Mit dieser Begründung hat Flury die Ausscheidung
von Schaftformklassen unterlassen. Der Tatsache, daß
gleiche Durchmesser und Höhen sehr verschiedene Schaft-
massen bedingen können, hat Flury dadurch Rechnung
zu tragen versucht, daß er für die Einzelsämme durch-
schnittliche Sortimentzwerte ermittelte, aber den von
diesen Mittelwerten möglichen Abweichungen, (sehr voll-
holzig und sehr abholzig) dadurch gerecht wird, daß
er dafür Korrekturen anbringt. Für die Durchmesser-
abstufungen von 10 zu 10 cm ist in einer Tabelle
(VI) angegeben, um wieviel cm der Durchmesser
(in 1,3 m) bei sehr abholzigen zu erhöhen, bei
sehr vollholzigen Stämmen zu erniedrigen ist,
um zu richtigen Resultaten zu gelangen. Hat z. B.
eine 62 cm starke Fichte eine sehr abholzige Form,
so werden nach der Tabelle 4 cm von $d \ 1,3$ abge-
zogen und dann für den Durchmesser 58 cm, die
diesem entsprechenden Größen in der Tabelle aufge-
sucht und in die Rechnung eingestellt. In Wirklichkeit
operiert also Flury auch mit 3 Schaftklassen und ich
möchte noch bezweifeln, ob man damit leichter und
sicherer zum Ziele gelangt, als mit der Methode
Schiffels oder Gayers mit q_2 , namentlich wenn man
die dazu bearbeiteten Tabellen benützt. Eine verhält-
nismäßig zeitraubende Arbeit bleiben Sortimentser-
mittlungen immer.

In Tabelle VI, die die Größe der vorzunehmenden
Brusthöhendurchmesserkorrektur angibt, ist der Spiel-
raum z. B. für Fichte:

$d = 60 \text{ cm}$	$: 6 + 6 = 12 \text{ cm}$
$= 50 \text{ "}$	$: 5 + 5 = 10 \text{ "}$
$= 40 \text{ "}$	$: 4 + 4 = 8 \text{ "}$
$= 30 \text{ "}$	$: 3 + 3 = 6 \text{ "}$

nach den Gayer'schen Untersuchungen für Stammkl. I, die d 60 und d 50 entspricht

	13—17 cm
für Stammkl. II (d 40)	10—16 cm
" " III (d 30)	8—12 cm

Es ist diese Verschiedenheit wohl in dem Grundlagematerial begründet. Flury hat Stämme aus sehr gleichartigen Beständen, das bad. Material scheint infolge Bestandsbehandlung und Verbreitungsgebiet etwas weitgreifender zu sein. Jedenfalls zeigt es, daß größere Schwankungen möglich sind als Verf. annimmt.

Die Untersuchungen über die Genauigkeit der Stammkubierung aus Länge und Mittelstärke zur sektionsweisen Vermessung, worüber der Verf. schon früher eine ausgezeichnete Arbeit veröffentlicht hat, sind auf Grund des vorliegenden Materials erweitert und neu geprüft worden. Es ist darnach festgestellt und bewiesen:

1. daß die Kubierung aus Länge und Mittelstärke gegenüber der 2 m Sektionsmessung in der Regel zu kleine Resultate liefert; eine Ausnahme macht davon nur die Zopfstärke von 7 cm, also die gesamte Derrholzmasse;
2. unter sonst gleichen Bedingungen bleiben mit wachsendem Zopfdurchmesser die Inhalte aus Länge und Mittenstärke mehr und mehr hinter den sektionsweise ermittelten Inhalten zurück;
3. mit zunehmender Stammstärke wird der Kubierungsfehler prozentual aufsteigend größer.

Die größere Vollholzigkeit der Tanne gegenüber der Fichte äußert sich deutlich im relativ stärkerem Steigen der aus Länge und Mittelstärke bezeichneten Derrholzmasse.

Die prozentuale Abweichung des Stamminhaltes berechnet aus H u D von dem sektionsweise ermittelten Inhalt beträgt:

bei einem Zopf von:					
d 1,3	24	18	15	12	7 cm
bei Fichte					
60	— 5,2	— 3,8	— 3,1	— 2,5	— 1,8
30	— 4,0	— 1,5	— 0,8	— 0,2	+ 0,6
bei Tanne					
60	— 5,0	— 3,4	— 2,7	— 2,1	— 1,0
30	— 3,3	— 1,4	— 0,7	— 0,0	+ 1,1
bei Buche					
60	— 0,3	+ 4,3			
30	—	— 2,2			

Daß Buchen schon bei einem Zopf von 18 cm in größeren Stärken eine höhere Masse als aus sektionsweiser Messung ergeben, erklärt sich aus dem Aufbau der Buchenschaften, Vollholzigkeit bis zum Kronenansatz, dann rasches Sinken der Durchmesser nach oben

hin. Hätte nun Verf. die genau sektionsweise ermittelten Inhalte, in die Tafel eingesetzt, so würde sich mit der Praxis, die nach H u D den Inhalt festsetzt, Unstimmigkeiten ergeben haben. Flury hat dies dadurch vermieden, daß er die auf genaue sektionsweise Stammkubierung aufgebauten Sortimentprozente prozentual entsprechend der Kubierung aus H u D umgerechnet hat. Auch der Umstand, daß ein als ganzes vermessenes z. B. 20 und mehr m langes Stammstück nach Zerlegung in 6 m lange Stücke nicht denselben Inhalt, wie das ungeteilte Stammstück gibt, hat Flury zu einer weiteren Untersuchung Anlaß gegeben. Es ergaben die Vermessungen von 6 m-Sektionen für die Zopfstärken von 42—18 m meistens höhere, genauere Resultate als aus Länge und Durchmesser des ganzen Stückes. Bei geringeren Zopfstärken ändert sich jedoch dieses Verhältnis in entgegengesetztem Sinne.

Eine Tanne z. B. mit

d = 56 cm ergibt bei einem Zopf

	von 41	32	24	18 cm
(nach 2 m Sektionen) =	100	100	100	100 %
" 6 m " =	93.5	96.8	97.5	98.6 %
" g h vermessen =	93.5	94.8	96.2	97.6 %

des wirklichen Maßes.

Es folgen dann die trotz des reichen Inhalts sehr übersichtlich geordneten Sortimentstafeln für Einzelstämme der Fichte, Tanne und Buche. Dazu ist zu bemerken, daß die Angaben der Schwappach-Grundner'schen Massentafeln gegenüber dem schweizerischen Material als etwas zu hoch sich erwiesen haben und an denselben daher eine Reduktion vorgenommen wurde, was bei Benützung der Flury'schen Tafeln zu beachten ist.

Flury hat die Tafeln durch Anwendung auf genau vermessene Stämme aus Rahlhieben geprüft und für die Zopfstärken 12—32 cm zufriedenstellende Resultate erzielt. Für die Zopfstärke von 42 cm ergeben sich größere Abweichungen, weil hier der Grad der Vollformigkeit am sichtbarsten wird. Eine Vergleichung von Stämmen aus verschiedenen Durchforstungsgraden ergab keine bemerkenswerte Gesetzmäßigkeit; es sind aber die Zeiträume einer vergleichenden Bestandeserziehung noch zu kurz, um daraus weitere Schlüsse ihrer Wirkung auf Stammform und Sortiment ziehen zu können. Ebenso ergab eine Vergleichung von Stämmen aus dem Plenterwald mit den Angaben der Sortimentstafeln ein gutes Resultat, wenn bei den über 60 cm starken Stämmen des Plenterwaldes die nur 2—4 cm schwächeren Stämme der Sortimentstafel benützt wurden; es entspricht diese Durchmesserkorrektur der größeren Abholzigkeit bezw. dem starken Wurzelanlauf in den unteren Teilen der Stämme. Die Stämme von 30—60 cm des Plenterwaldes sind für die Zopfstärken 30—60 cm nach Flury eher voll-

oliger als die Stämme aus geschlossenem Hochwalde. An Grund dafür ist nicht angegeben.

Im Prinzip des Aufbaues der Fluryschen Sortimentstafel und der Bayerschen ist der wesentliche Unterschied, daß Flury möglichst den Anforderungen der Praxis entgegenkommt, Bayer mehr den theoretisch höheren Weg durch Benutzung des Formquotienten einschlägt. Da Flury für bestimmte Zapfstärken die Sortimentsprozente gibt, Bayer auf die Heilbronner Sortierung seine Tafel eingerichtet hat, so sind Vergleiche beider Tafeln für Fi und Ta nur nach Umrechnungen möglich¹⁾. Nimmt man diese vor, so ergibt sich:

1) daß die Nutzholzmassenprozente für alle Höhen nahezu gleich sind;

2) die Sortimentsuntergrenzen der Stammklassen Bayers, auf die Heilbronner Sortierung bezogen, stimmen mit den entsprechenden Werten H u D aus Flurys Tafel genommen gut überein.

Die Fluryschen Zahlen liegen darnach für Kl. I zwischen den Kurven von Bayer:

$$\text{für } q_2 = 0.60 - 0.64$$

$$\text{für Kl. II} = 0.64 - 0.66$$

$$\text{III und IV} = 0.66 - 0.72 \text{ für Fichte.}$$

Die Fluryschen Mittelwerte entsprechen für Klasse I und II den mittelförmigen, III und IV den mittelbis vollförmigen Stämmen Bayers.

Die Fluryschen Tafeln sind daher auch gut für die Heilbronner Sortierung verwendbar.

Trotz der verschiedenen originellen Wege, die beide Forscher gegangen sind, stimmen ihre Resultate für die Praxis gut überein. Für die Buche lassen sich Vergleiche nicht ziehen, da die vorhandenen Buchensortimentstafeln nicht auf die Zapfstärke der Sortimente aufgebaut ist.

Nach dieser gründlichen Untersuchung über die Sortimentsverhältnisse des Einzelstammes geht Flury zu dem 2. Teil, den Sortimentsverhältnissen beliebiger ganzer Bestände über.

Die Sortimentstafeln für den Einzelstamm lassen sich natürlich auf jeden beliebigen nach Durchmesserabstufungen aufgenommenen reinen oder gemischten Bestand anwenden. Diese stammweise Ermittlung des Sortimentseinhalts verursacht aber weitläufige Arbeit.

Man greift daher besser zu einem abgekürzten Verfahren; für dessen Anwendung müssen von dem Bestande bekannt sein: Masse, Stammzahl nach Stärkestufen und die Höhen zu diesen, also Größen, die bei

¹⁾ Herr Forstamtmann Bayer hat diese Vergleiche graphisch durchgeführt und mir sein Resultat als Grundlage für die vergleichende Besprechung überlassen, wofür ich auch an dieser Stelle danken möchte.

einer stammweisen Aufnahme ohnehin ermittelt werden müssen. Die Stammverteilung nach Durchmesserstufen ist am wichtigsten; der mittlere Durchmesser eines Bestandes kann für konkrete Bestände kein Sortimentsweiser sein, weil Bestände mit gleicher Höhe, mittlerem Durchmesser und Masse ganz verschiedene Sortimente je nach der Verteilung der Stämme auf die Durchmesserstufen aufweisen können. Der mittlere Bestandsdurchmesser läßt sich nur bei reinen, gleichalterigen, normalen Beständen, wie sie die Ertragstafeln enthalten, als Weiser für die Sortimentsverteilung anwenden.

Für die weitere Sortimentsermittlung konkreter Bestände liegt die ganze Methode in der Beantwortung der Frage: Welche Sortimentseinhalte liefert bei bekannter Verbholzmasse und Scheitelhöhe eine gewisse Anzahl von Stämmen einer und derselben Hauptstärkeklasse? Daraufhin wurde das Grundlagematerial untersucht. Für die Bestände des annähernd gleichalterigen schlagweisen Hochwald gilt der Satz, daß in ihrer Verteilung auf die Stärkeklassen Vorrat und Kreisfläche analog prozentual zusammengesetzt sind; es ist demzufolge nach der Kenntnis der Verteilung der Kreisfläche auf die Durchmesserklassen die Verteilung der Massen leicht gegeben. Die absolute Größe der Sortimentswerte für jede Stärkeklasse ergibt sich aus dem klassenweisen Anfall beim Rahlhiebsverfahren, aus den Probestammanfall bei dem Probestammverfahren. Die bezeichneten absoluten Sortimentswerte in Prozenten der zugehörigen Verbholzmasse ausgedrückt ergeben die Sortimentssprozente, die der Tafel zu Grunde liegen. Flury hat die Hauptstärkeklasse (6) in Anlehnung an die in der Schweiz üblichen Hauptsortimente gebildet. Da auch hier die Gesetzmäßigkeit gilt, daß für alle Höhenklassen einer und derselben Grundstärke dasselbe prozentuale Verhältnis der Sortimentssmassen gemeinsam ist, so ist aus der entsprechenden Tafel mit der Stärkeklasse als Eingang für die einzuhaltende Zapfstärke das prozentuale Verhältnis der Sortimentsmasse zur Verbholzmasse leicht abzulesen.

Die Prüfung der Tafeln ergab, daß sich für die Zapfstärken von 12 – 32 cm die Fehlerprozente zwischen Wirklichkeit und Annahme innerhalb erlaubter Grenzen bewegen. Ein letzter Abschnitt, der wieder mehr der Theorie als der Praxis genähert ist, enthält die Sortimentssverhältnisse reiner gleichalteriger normaler Bestände, wie sie in den Ertragstafeln enthalten sind.

Es wird dabei die Verteilung der Holzmassen nach 4 cm Stärkeklassen und nach 6 Hauptstärkeklassen auf Grund von Ertragstafeln der Fichte, Tanne und Buche untersucht und dargestellt, was für den Einblick in die Bestandgliederung nach Alter, Holzart, und Bonität wichtig ist. Darauf sind dann die weiteren Sorti-

mentstafeln reiner normaler Bestände nach 6 Stärkeklassen aufgebaut.

Die außerordentlich klare Arbeit Flurys vermag durch ihre Darstellung der Sprödigkeit des Stoffes in jeder Hinsicht Herr zu werden; mögen diese zeitraubenden Untersuchungen reichliche Früchte für die forstliche Praxis tragen. Es kann ja nicht Aufgabe des Versuchswesens sein, der Praxis für alle Fälle zahlenmäßig fertiges Material zu liefern. Das Versuchswesen kann auf Grund seiner Untersuchungen den akademisch gebildeten Forstleuten nur die Wirkung und den organischen Zusammenhang der einzelnen untersuchten Faktoren klarlegen. Bei der Vielgestaltigkeit der Natur bleibt der Praxis für die Anwendung von Ertrags- und Sortimentstafeln auf konkrete Verhältnisse noch die geistige Arbeit vorbehalten, Normen, die auf Grund von systematischen Untersuchungen der Versuchsanstalten gewonnen sind, auf den Einzelfall richtig anzuwenden.

Diese Arbeit Flurys hat die Tendenz, soweit als möglich der Praxis entgegenzukommen und ihr ein möglichst einfach zu verwendendes Material für Sortimentsermittlung an die Hand zu geben. Für die Exaktheit und Gebiegenheit der Arbeit bürgt der Name des durch seine früheren Arbeiten aus dem Gebiete der Ertragskunde geschätzten Verfassers.

Dr. Wimmer.

Dr. Theodor Glaeser und seine Bedeutung für die Waldwertrechnung und forstliche Statistik. Von Forstmeister E. Kreuzer, Löffnitz. Prag 1916. G. Neugebauer. 46 Seiten.

In der Einleitung werden drei Glaeser'sche Hauptanforderungen an Grundlagen und System der Rentabilitätslehre sowie deren Begründung besprochen, zugleich aber — und zwar mit größerem Aufwande an Raum — der Versuch gemacht, mir Widersprüche in verschiedenen Sätzen meiner Schriften nachzuweisen. Dies konnte scheinbar dadurch gelingen, daß jene Sätze einzeln aus dem Zusammenhang gerissen und deren Begründungen weggelassen wurden. Ein Widerspruch zwischen den verschiedenen Sätzen meines sog. „Glaubensbekenntnisses“ — Januarheft dieser Zeitschrift 1915, S. 17 — besteht z. B. nicht, wenn man beachtet, daß dort zwischen normalen und abnormen Beständen resp. Betriebsklassen unterschieden wird; daß Fälle namhaft gemacht werden, in denen mit einheitlichem Zinsfuß, andere, in denen mit verschiedenen Zinsfüßen zu rechnen ist; daß ich den Bodenerwartungswert (S. 17) niemals allgemein als „praktisch unbrauchbar“ bezeichnet, vielmehr von seiner Berechnung reichlich Gebrauch ge-

macht habe, wenn ich ihn auch nicht als alleinigen Maßstab der Rentabilität gelten lasse; daß ich ausführlich begründet habe, warum die „finanzielle Umtriebszeit“, wie sie sich aus Selbstertragsstafeln auf Grund derzeitiger Holzpreise berechnet, Veränderungen unterworfen ist und deshalb nicht überall und immerwährend eingehalten werden kann u. dgl. m. Daß ich (S. 16) irgendwo behauptet haben soll: „daß ich keinen Zweck, mathematische Formeln für den Normalwald zu entwickeln, denn einen solchen gäbe es nicht“, kann ich mich nicht erinnern. Habe ich doch in der 4. Auflage von Heyers Waldwertrechnung zahlreiche solche Formeln von früher übernommen oder auch selbst entwickelt. Wo steht denn jener mit Anführungszeichen versehene Satz? Das hätte Herr R. doch angeben müssen. Und wenn er andererseits behauptet, die Vertreter der Reinertragslehre verschwiegene „wohlweislich“ (S. 18), also absichtlich und wider besseres Wissen, dies oder jenes, so kann ich einen solchen Vorwurf nur als ebenso häßlich wie unbegründet bezeichnen.

Der Einleitung folgt ein Abschnitt

I. Der gemeine Waldwert,

den Herr R. $= N_x + x \cdot B$ setzt, wobei x die Umtriebszeit, B den Bodenverkaufswert und N_x den Normalvorratswert, berechnet aus den Abtriebserträgen der einzelnen Bestände, bedeutet. Den letzteren habe ich als ein „Phantasiegebilde ohne praktischen Wert“ bezeichnet, weil 10-, 20-, 30-jährige und andere junge Bestände eben in Wirklichkeit nicht abgetrieben werden. Ich habe diese Ansicht mit Beispielen aus der Praxis belegt (Juniheft 1915, S. 146). Herr R. bekämpft sie mit mathematischen Formeln. Wer ist nun der Theoretiker? Ich möchte hier noch ein weiteres Beispiel anführen, aus dem hervorgeht, daß auch für Bestände von weit mehr als 40 Jahren der Abtriebswert unter Umständen nicht zutrifft. Aus der in meinem Grundriß der Waldwertrechnung (Leipzig und Wien 1891) unter Aufgabe 28 entwickelten Holz- und Selbstertragsstafel für Buchenhochwald ergibt sich

für das Alter von	45	75 Jahren
ein Bestandesverkaufswert von	1195	3084 M.

Dagegen berechnet sich für Femelschlagbetrieb und 90-jährigen Umtrieb nach Aufg. 70

der Bestands-Erwartungswert zu	1318	3306 M.
--------------------------------	------	---------

Die Unterschiede betragen über 10 und 7%, sind also doch noch zu beachten.

Daß ich mich einer „Selbsttäuschung“ (S. 25) hingegeben habe, wenn ich im Maihefte 1915 S. 111 richtiger als Frey gerechnet zu haben glaubte, ist mir unerklärlich und erstaunlich; denn ich komme dort ja zu fast zu dem gleichen Ergebnis wie Glaeser.

Daß dessen Methode zur Berechnung des Wertes jüngerer Bestände von U. Müller als „Erwartungswert“ bezeichnet wird (S. 26), ist m. E. ganz richtig. Wenn jeder aus künftigen Erträgen abgeleitete Wert ein Erwartungswert, einerlei nach welcher Formel berechnet wird.

Wenn ich den Bodenwert (S. 21) bei einer Waldschätzung zu einem gewissen Betrage und die jährlichen Kosten zur Hälfte der Boden-Bruttorente „angenommen“ habe, so waren diese „Annahmen“ doch nicht aus der Luft gegriffen, sondern den Erfahrungen der betr. Dertlichkeit entsprechend und mit Zahlen belegt. Was dies mit einer „Verkürzung über die Hälfte“ bei Kaufverträgen zu tun haben soll, verstehe ich nicht. Selbstverständlich wollte ich jenen „Annahmen“ keine allgemeine Gültigkeit zuschreiben.

II A: Die Waldwertrechnung als Trägerin des richtigen Wertgedankens.

Hier bringt R. eine Wertertagsstafel ohne Angabe der Holzart und berechnet unter Einführung folgender Zahlen

Bodenwert	= 914.5 Rr.
jährliche Kosten	= 9.0 "
Kulturkosten	= 120.0 "
Zinsfuß	= 3%

für 7 verschiedene Betriebsklassen von 60-, 70-, ... 120jährigem Umtrieb

1. den Rentierungswert,
2. den gemeinen Waldwert,
3. den Kostenwert

jeder Betriebsklasse. Diese 3 Werte steigen selbstverständlich mit dem Umtrieb, stimmen aber unter sich nur bei 100jährigem Umtrieb überein. Vorher sind beide letzteren kleiner, nachher größer als der Rentierungswert. Der 100jährige Umtrieb wird deshalb als der vorteilhafteste bezeichnet. Im Durchschnitt pro Hektar wäre — beiläufig bemerkt — der Rentierungswert des 110jährigen Umtriebs der größte, also dieser nach Ansicht der Waldbreinertragslehre vorzuziehen.

M. E. hat man es bei praktischen Waldwertrechnungen stets mit einem Walde von bestimmter meist abnormer Zusammensetzung zu tun und die zu beantwortende Frage lautet nur, welche Wirtschaft resp. Umtriebszeit hier am besten einzuführen ist. Die Vergleichung 7 verschiedener normaler Betriebsklassen hat wenig praktischen Wert.

In dem folgenden Abschnitt:

II B: Der richtige Rentabilitätsgedanke der forstlichen Statistik,

berechnet R. (S. 36) den größten Bodenerwartungswert für die Einzelbestände nach der Faustmannschen

Formel zu 1056,8 Rr. beim 80jährigen, den der Betriebsklasse zu 914,5 Rr. beim 100jährigen Umtrieb. Dieser Unterschied erklärt sich dadurch, daß in der R.'schen Formel des gemeinen Waldwertes der Abtriebsertrag des 80. Jahres als Bestandswert figuriert der eben kleiner ist, als der Kosten- resp. Erwartungswert. Die übrigen Ausführungen dieses Abschnitts sind mir teilweise unverständlich.

In dem Schlußabschnitt

„Rückblick“

kommt Herr R. auf einen von mir i. B. gebrauchten verhassten Ausdruck zurück, den er offenbar übel genommen hat, der aber nichts anderes bedeutet, als die auf Seite 1 von ihm geäußerte Äußerung, wonach die Gegner der Reinertragslehre mitunter nicht das bekämpfen, was deren Anhänger sagen, sondern das, was sie nach Ansicht der Gegner sagen sollten. Daß jene (die Anhänger) damit „selbstverständliche Schlußfolgerungen verschweigen“, darf hieraus nicht gefolgert werden; denn es gibt auch mißverständliche Schlußfolgerungen und gerade solche sind es, auf die ich hingewiesen habe. Im übrigen glaube ich die wissenschaftlichen Leistungen Glasers im 1915er Junihefte unparteiisch gewürdigt und anerkannt zu haben; ein einzelner herausgegriffener Satz, der einen Tadel enthält, kann das Gegenteil nicht beweisen.

Wimmenauer.

Das Weiserprozent des Ertragswaldes im Jahresbetrieb. Von Forstmeister E. Kreutzer, Vessoni. 24 Seiten. — Prag, G. Neugebauer 1916.

Auf Grund mathematischer Entwicklungen, denen in allen Einzelheiten zu folgen mir nicht gelungen ist, kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß das Weiserprozent des Einzelbestandes für den jährlichen Nachhaltbetrieb keine Geltung habe. Das ist nichts neues, vielmehr schon vor 27 Jahren von Bose in seiner Schrift „Das forstliche Weiserprozent“ ausgeführt worden. Vgl. den lit. Bericht hierüber im Aprilheft 1890.

Schon der erste Satz der Broschüre

„Die Suche nach der vorteilhaftesten Wirtschaft führte die Begründer der Bodenertragslehre zum Bodenertragswert Bx als Maßstab für den vom Bestande gewährten Gewinn.“

fordert die Kritik heraus. Denn allgemeiner Maßstab in diesem Sinne ist nur der Bestandes-Erwartungswert, der bei normalen Beständen — aber nur bei diesen — allerdings zu demselben Haubarkeitsalter führt wie die Ermittlung des max. B_q.

Ganz unverständlich ist der folgende Satz, wonach

das Bodenkapital der Betriebsklasse nicht = u. B₀, sondern — wie weiterhin (S. 10) ausgeführt wird — als Mittel aus u. verschiedenen Bodenwerten, die für Abtriebsalter von 1 bis u Jahren sich berechnen, abzuleiten wäre. Wenn ein jeder der u Schläge erst im Umtriebsalter u zum Abtrieb gelangt, so kann doch auch nur aus dem Abtriebsertrag A_u dieses Alters der Bodenwert ermittelt werden, nicht aber aus anderen Abtriebszeiten, die gar nicht verwirklicht werden.

Ebenso wenig ist einzusehen, warum dann folgerichtig der Normalvorrat, der doch aus u Schlägen im Alter 1 bis u besteht, = u. A_u gesetzt werden sollte.

Wenn der Verf. ferner eine Stelle aus der von mir herausgegebenen 4. Aufl. von Heyers Waldwertrechnung anführt, in der gesagt wird, die finanzielle Umtriebszeit sei eine veränderliche Größe und deshalb nur in beschränktem Umfang als maßgebend zu betrachten; und wenn er daran anknüpfend fortfährt: „im Sinne W.'s können . . . nur die Größen: gemeiner Bodenwert B und das Verzinsungsprozent p als unsichere Grundlagen qualifiziert werden“, so überfieht er dabei gänzlich, daß ich an der fragl. Stelle hauptsächlich den Abtriebsertrag, wie er sich aus Ertragsstafeln für geschlossene Bestände, also nur für den Kahlschlagbetrieb im Hochwald ergibt und weiterhin die Holzpreise sowie Kultur- und andere Kosten als schwankende Größen (je nach Betriebsart, Marktlage und sonstigen Umständen) bezeichnet habe.

Auch auf Seite 9 findet sich eine völlig mißverständliche Auffassung der Bedeutung, welche nach Judeich, Heyer und mir dem Weiserprozente zukommt. Steht dies noch höher als der für die Wirtschaft angenommene Zinsfuß, so wird von den genannten Autoren übereinstimmend der Abtrieb eines solchen Bestandes als unvorteilhaft oder mit Verlust verbunden bezeichnet; erst wenn es unter jenen Betrag sinkt, gilt der Bestand als hiebsreif. Wie der Verf. hieraus folgern kann, daß Judeich und ich „in der höheren Verzinsung des Produktionsaufwandes durch den Wertzuwachs keinen Vorteil, ja sogar einen Verlust erblickten“, bleibt unverständlich; denn der Verlust wird eben nicht durch das Fortwachsen, sondern durch den Abtrieb des Bestandes herbeigeführt.

Die hier angeführten Stellen zeigen deutlich, daß Herr R.'s Polemik gegen die Reinertragslehre nicht auf genügender Kenntnis derselben aufgebaut ist. Was er aber für Betriebsklassen an die Stelle des Preßler'schen Weiserprozentes der Einzelbestände setzen will, nämlich das Verhältnis zwischen gleichbleibendem oder durchschnittlichem Jahresertrag und Gesamtwert des Bodens und Holzvorrats, ist gar nichts anderes, als die „Verzinsung des normalen Waldvermögens“, wie

ich sie schon im Augustheft des Jahres 1891 S. 262 als maßgebend gefordert habe. Dabei besteht nur insofern ein Unterschied, als ich den Verkaufswert nur für solche Glieder der Schlagreihe gelten lasse, die schon abfahrsfähige Sortimente liefern, nicht aber wie Kreuzer, Glaser u. a. auch für ganz junge Bestände, an deren Abtrieb niemand denkt. Auf welcher Seite hier die Denkweise des Praktikers und wo das starre Festhalten an gewissen Doktrinen zu suchen ist, mögen die geehrten Leser entscheiden. Wimmenauer.

Hönlingers Waldvertragsstheorie. Besprochen von Forstmeister E. Kreuzer, Bessnitz. — Prag 1916, Kommissionsverlag von Gustav Neugebauer. 15 Seiten.

Vor längeren Jahren erklärte der inzwischen verstorbene Oberforstmeister Dr. Borggreve gelegentlich einer Zusammenkunft hier in Gießen dem Kollegen Heß und mir: Um ein Buch zu rezensieren, sei es keineswegs nötig, dieses Buch vollständig zu lesen; vielmehr genüge es völlig, wenn man von einzelnen Seiten, gewissermaßen Stichproben, Kenntnis nehme. So verfare er schon lange als Redakteur seiner Zeitschrift, der „Forstlichen Blätter“. Wer den seligen Kollegen Heß und seine Gewissenhaftigkeit gekannt hat, mag sich vergegenwärtigen, welchen Eindruck jene Erklärung B.'s bei ihm hinterlassen hat. Ich selbst kann der Wahrheit gemäß bezeugen, daß ich bei den zahlreichen literarischen Berichten, welche die A. F. u. J.-Z. aus meiner Feder gebracht hat, bisher dem Borggreve'schen Verfahren niemals gefolgt bin. So habe ich auch die beiden Schriften Hönlingers, nämlich:

1. „Waldwertrechnung und forstliche Statistik des jährlich nachhaltigen Betriebes“ von 1906 und
2. „Beweise für die Unrichtigkeit der Reinertragslehre“ von 1908

erst auf Grund eingehenden Studiums im Maiheft 1907 und im Juniheft 1908 ausführlich besprochen und, was mir unrichtig schien, m. E. schlagend widerlegt.

Die jetzt vorliegende Schrift des Herrn Kollegen Kreuzer bestätigt zu meiner Freude meine Auffassung; denn sowohl am Anfang (S. 6.) als auch am Ende (S. 14) wird erklärt, „Hönlingers Theorie verdanke ihr Dasein einem Rechenfehler“. Unter diesen Umständen hielt ich mich diesmal für berechtigt, die dazwischen liegenden Seiten 6 bis 13 mit ihren 24 Formeln zu überschlagen und mir deren Durcharbeitung zu schenken. Ich beschränke mich darauf, die Liebesswürdigkeiten zurückzuweisen, mit denen Herr R. seine Gegner, die Anhänger der Reinertragslehre bedankt: daß sie nur eine Schein-Wissenschaft pflegen, die Mathematik gleich einer feilen Dirne zu unlauteren Zwecken

Bedürfnissen, den Beweis für die von ihnen behauptete Unrichtigkeit der Schönlingtheorie pflichtwidriger Weise schuldig blieben und dgl. Das letztere ist unrichtig, wenn den verlangten Beweis habe ich a. a. O. geführt. Der sich aber so empfindlich zeigt, wie Herr Kreuzer in dem „Rückblick“ am Schlusse seiner Schrift „Theodor Blasius usw.“, der sollte sich doch auch im Streite mit wissenschaftlichen Gegnern einige Mäßigung auferlegen. Wimmerauer.

„Waldheil“, Kalender für Deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1917. Neunundzwanzigster Jahrgang. I. Teil: Taschenbuch. II. Teil: Forstliches Hilfsbuch. Schwache Ausgabe: Preis 2 Mk. (5 Stück zu 1.70 Mk.) Starke Ausgabe: Preis 2.40 Mk. (5 Stück zu 2.10 Mk.) Verlag von J. Neumann in Neubamm.

Durch die Fortdauer des Krieges hat sich die Vornahme der längst geplanten durchgreifenden Aenderung des ersten Teils immer noch nicht ermöglichen lassen. Man hat sich vielmehr auf Unerlässliches beschränken müssen. Dagegen soll im zweiten Teile von jetzt ab jährlich eine Abhandlung eines namhaften Forstmannes über einen Gegenstand gebracht werden, der im Vordergrund des forstlichen Interesses steht und alle Kreise der forstlichen Praxis angeht. Zum ersten Male ist eine Abhandlung Prof. Dr. Schmappachs über Forstdüngung abgedruckt. We.

Jagd-Albrecht-Kalender 1917. Herausgegeben von der Deutschen Jäger-Zeitung. Verlag von J. Neumann in Neubamm. Großformat. Reich illustriert, 220 Abbildungen. Mit monatlichen Ratsschlägen für Jagdbetrieb und Wildbahn, tägliche Mitteilungen für weidgerechtes Jagen, Hege und Pflege des Wildes und Titelblatt in Farbendruck. Preis 2.50 Mk. Fünf Stück und mehr zu 2.30 Mk.

Der dritte Jahrgang dieses belehrenden und anregenden Kalenders steht seinen beiden Vorgängern, was Ausstattung, Text und Illustrierung anlangt, in keiner Weise nach. Das Geleitwort weist insbesondere auf die schweren Opfer hin, die der Krieg auch in den Reihen der Jäger des deutschen Waldes und Wildes gefordert hat, sowie auf die Bedeutung des Jagdwesens als eines idealen und wirtschaftlichen Gutes, eines Jungbrunnens der Kraft und des besten Mittels zur Vorbereitung für den Krieg. Einer besonderen Empfehlung, besonders als passendes Weihnachtsgeschenk für Jäger, bedarf der Kalender nicht. We.

Forst- und Jagd-Kalender 1917. Begründet von Schneider und Judeich. 66. Jahrgang. Bearbeitet von Fr. M. Neumeister, Geheimen Oberforstrat und Oberforstmeister in Dresden. In 2 Teilen. I. Teil. Kalendarium, Wirtschafts-, Jagd- und Fischerei-Kalender, Hilfsbuch, verschiedene Tabellen und Notizen. Berlin, Verlag von Julius Springer. 1917. Preis: Ausgabe A: in Leinw. geb. 2.40 Mk., in Leder 3 Mk. Ausgabe B: in Leinw. geb. 2.60 Mk., in Leder 3.20 Mk.

Der Kalender, der bisher von dem Geh. Oberforstrat Dr. Neumeister in Gemeinschaft mit dem Rechnungsrat Rehlaß herausgegeben wurde, ist in seiner vorliegenden Auflage nur von ersterem bearbeitet, weil Rechnungsrat Rehlaß aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten ist. Bei der Prüfung des Jagd-Kalenders auf Grund der hierbei maßgebenden Bestimmungen über die Schonzeit der Jagdtiere stellten sich Aenderungen für Oldenburg, Meiningen, Braunschweig, Schwarzbürg-Rudolstadt, Sippe, Lübeck und Tirol heraus. Die vorübergehenden Abänderungsbestimmungen während der Kriegszeit sind unberücksichtigt geblieben. Nur für Mecklenburg wird darauf hingewiesen, daß auch für 1917 bei Rehlaß, Hasen, Fasänen, Feldhühnern und Enten eine Verlängerung der Schonzeit angeordnet ist, um die Verluste des Jahres 1914/15 auszugleichen. E.

Deutscher Forstkalender des deutschen Forstvereins für Böhmen 1917. 10. Jahrgang. Bearbeitet von Dr. Richard Grieb, Direktor der deutschen Forstschule in Eger, staatl. gepr. Forstwirt usw. Eger 1917, Druck und Verlag von J. Kobrich und Gschihay, Eger. Preis: 2,60 Kr.

Die Anordnung des Stoffes ist unverändert geblieben. Neubearbeitet wurden infolge der geänderten behördlichen Bestimmungen: der Post- und Telegraphentarif, die Stempelskalen, der Jagdkalender für Böhmen usw. Der Kalender enthält die für den Dienstbetrieb üblichen Tabellen, darunter Kreisflächen- und Walzentafeln, Angaben über die erste Hilfe bei Unglücksfällen usw. In einer besonderen Beilage finden sich eine Reihe von Angaben über Post- und Gebührensachen, über die Hauptlebensmomente des Haar- und Federwildes, sowie der wichtigsten Gesehe betr. Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, über Mittel gegen Wunden, Entzündungen, Durchfall, Uebelkeit, Erbrechen, rheumatische, gichtische, Zahn- und Ohrenschmerzen, Infektionsstoffe usw. E.

Der Förster. Land- und Forstwirtschaftlicher Kalender für Forstschutzbeamte 1917. Herausgegeben

vom praktischen Forstmann Th. Conrad. Preis: Kleine Ausgabe: (2000 Nummern zur Abzählungstabelle) in Leinw. geb. 1.80 Mk., in Lederb. 2.40 Mk.; Große Ausgabe: (4000 Nummern zur Abzählungstabelle) in Leinw. 2.20 Mk., in Lederb. 2.75 Mk. Graudenz, Gust. Röhres Buchdruckerei und Verlag „Der Gesellige“. 1916.

Der Kalender „Der Förster“ erscheint nunmehr im 31. Jahrgang, und zwar wie bisher in zwei Ausgaben. Die Einrichtung ist im wesentlichen die gleiche wie bei den früheren Jahrgängen. E.

Wild- und Hund-Kalender. Taschenbuch für deutsche Jäger. XVII. Jahrgang 1917. Herausgegeben

von der illustrierten Jagdzeitung „Wild und Hund“ Berlin, Verlagsbuchhandlung Paul Parey. 1917. Preis: geb. 2.25 Mk.

Nach dem Uebersichtskalender und dem Kalendarium für tägliche Eintragungen folgen Angaben über Schonzeiten, Abschußregeln, Weidmannssprache, Verhalten bei Zusammentreffen mit Jagdfreblern, Einfluß der Jagdart auf den Wildstand, Anlage von Wildbädern und Hochsitzen, Behandlung der Jagdgewehre, Beschußstempel, Versand von Wild, Präparieren der Jagdgehörne, Wildfütterung, Jagdhunde, Schußwirkungen u. a. m. Ferner enthält der Kalender Tabellen für Wildschadentaxation, Abschußlisten, Jagd-Ausgaben und -Einnahmen, Treibjagd-Formulare usw. E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Das neue Preußische Fischereigesetz.

Viele Jahre hat das neue preußische Fischereigesetz die Staatsregierung, den Landtag, die Fischereiinteressenten, die Grundbesitzer und die Industrie beschäftigt. Viele Schwierigkeiten waren zu überwinden, bevor es unter Dach und Fach kam. Während das bislang geltende Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 in erster Linie ein Polizeigesetz war, ist das neue Fischereigesetz mehr ein Wirtschafts-gesetz.¹⁾

Zweck des Fischereigesetzes von 1874 war — wie in der Begründung zu dem neuen Gesetze ausgeführt wird — neben einer Zusammenfassung der provinziell und lokal zersplitterten, älteren Vorschriften eine Neuordnung des gesamten Fischereirechts unter dem Gesichtspunkte der Fischereipolizei. Infolge der Ungleichartigkeit der früheren Gesetzgebung war namentlich der Schutz der laichenden Fische und der jungen Brut völlig vernachlässigt worden. Intensive Fischereiwirtschaft wurde nur vereinzelt betrieben. Der Erlass polizeilicher Schonvorschriften erschien daher unter den damaligen Verhältnissen als das wirksamste Mittel zur Hebung der Fischerei. In dieser Beziehung hat sich im Lauf der Jahre ein erheblicher Umschwung vollzogen. Gegenwärtig ist anerkannt, daß die Binnenfischerei weniger durch die Einhaltung bestimmter Vorschriften über Mindestmaße der Fische, Maschenweite der Netze oder Schonreviere als durch eine nach Art der Teichwirtschaft betriebene ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Fischgewässer gefördert wird. Zu einer

derartigen Gewässerwirtschaft bietet das geltende Gesetz keine Handhabe. Insbesondere gewährt es keinen ausreichenden Schutz gegen die tatsächliche Ausübung der Fischerei durch eine große Zahl von Berechtigten.

Das Fischereirecht umfaßt die Befugnis, in einem Gewässer Fische, Krebse, Austern und andere Muscheln, Seemoos und Korallenmoos sowie Schildkröten zu hegen und sich anzueignen. Soweit das Gewässer zur Fischerei benutzt wird, erstreckt sich das Fischereirecht auch auf Frösche. In den Küstengewässern, an denen kein Eigentum besteht, hat jeder Deutsche freien Fischfang, in denen, die im Eigentume stehen, sowie in den Binnengewässern hat der Eigentümer das Fischereirecht mit der Einschränkung, daß 1. alle Fischereirechte und der freie Fischfang unverändert erhalten bleiben, soweit sie am 30. April 1914 bestanden haben, 2. die Vermutung für den, der ein Fischereirecht bis zum 1. Mai 1914 mindestens 30 Jahre lang als sein eigenes ausgeübt hat, dafür spricht, daß es ihm zusteht.

Zur Sicherstellung der Fischereirechte, die nicht dem Eigentümer des Gewässers zustehen, bestimmt das Gesetz, daß diese auf Antrag des Berechtigten ins Wasserbuch einzutragen sind, und daß diese Rechte mit Ablauf von zehn Jahren nach Inkrafttreten des Fischereigesetzes erlöschen, wenn die Eintragung ins Wasserbuch nicht vorher beantragt ist.

Im Falle von Ueberschwemmungen hat der in dem über die Ufer austretenden Gewässer Fischereiberechtigte das Recht, auf den überfluteten Grundstücken zu fischen. Der Grundeigentümer darf während der Ueberschüttung nicht fischen; bleiben aber nach Rücktritt des Wassers in Gräben oder anderen Vertiefungen, die nicht mehr in Verbindung mit dem

¹⁾ Die besonderen Bestimmungen des neuen Gesetzes, welche mit der Jagd in Beziehung stehen und die hierauf bezüglichen Befugnisse der Fischerei-Berechtigten ordnen, sind in dem folgenden Briefe näher besprochen. D. Red.

Wasser stehen, Fische zurück, so darf er diese sich eignen.

Hinsichtlich des Uferbetretungsrechts enthält das Gesetz folgende wichtige Bestimmung:

„Der in einem Gewässer zur Fischerei Berechtigte und mit dessen Ermächtigung der Fischereipächter oder angestellte Fischer darf mit seinen Gehilfen und seinen Verboten die an das Wasser angrenzenden Ufer, Inseln, Anlandungen, Schiffsfahrtsanlagen sowie Brücken, Wehre, Schleusen und sonstige Wasserbauwerke soweit betreten, als es die Ausübung seines Fischereirechts erfordert. Das Betreten von Schiffsfahrtsanlagen und Wasserbauwerken, sowie von Anlandungen, die durch Unterhaltungs- und Ausbauarbeiten entstanden sind, kann durch Polizeiverordnung verboten oder eingeschränkt werden. Das Uferbetretungsrecht erstreckt sich nicht auf Gebäude, Hofräume, Gartenanlagen, Forstkulturen, bestellte Acker, gewerbliche Anlagen und dauernd vollständig eingefriedigte Grundstücke, sowie auf die Ufer von Bewässerungs- oder Entwässerungsgräben in Wiesen. Der Schaden, der durch die Uferbetretung verursacht wird, ist dem Geschädigten zu ersetzen.“

Um einer weiteren Zerspaltung der Fischereirechte vorzubeugen, ist die Belastung eines Gewässers mit neuen Fischereirechten verboten. Ferner ist, um eine Ausdehnung der Koppelwirtschaft zu verhindern, bestimmt, daß bei Rechtsgeschäften unter Lebenden die Zahl der Erwerber die Zahl der bisher Fischereiberechtigten nicht übersteigen darf.

Die Ausübung des Fischereirechts, soweit sie nicht von dem Berechtigten selbst erfolgt, kann durch Verpachtung oder durch Erteilung von Erlaubnissen erfolgen. Pachtverträge bedürfen der schriftlichen Form. Die Pachtzeit ist auf mindestens 12 Jahre festzusetzen. Eine Bestimmung über die Höchstdauer der Pachtverträge und über die Zahl der Pächter ist leider nicht getroffen, dagegen ist dem Bezirksausschuß die Ermächtigung erteilt, zu bestimmen, an wie viel Personen ein Gewässer oder eine Gewässerstrecke verpachtet werden darf.

Sehr wichtig sind die Bestimmungen über die Fischerei in den Abzweigungen (Mühlgräben, Wertkanälen usw.). Dadurch, daß der Eigentümer solcher Abzweigungen in diesen den Fischfang ausübt, wird der in dem Hauptgewässer Fischereiberechtigte oft sehr geschädigt. Besonders bei Hochwasser und bei sehr niedrigem Wasserstande ziehen sich die Fische gerne in die Mühl- usw. Gräben, weil sie hier bei Hochwasser Schutz und bei Niedrigwasser das meiste Wasser vorfinden. Der Grabenbesitzer macht dann reiche Ernte auf Kosten des im Hauptwasser Fischereiberechtigten, ohne auch nur das Geringste zur Hebung der Fischerei

beizutragen. Er erntet ohne zu säen. In Bayern hat man daher die sehr zweckmäßige Bestimmung getroffen, daß dem im Hauptwasserlauf Berechtigten auch das Fischereirecht in der Abzweigung gehören soll. Hierzu konnte sich die Staatsregierung leider nicht entschließen. Nach dem Entwurfe des neuen Fischereigesetzes sollte aber der Grabenbesitzer verpflichtet sein, die Ausübung der Fischerei in dem Mühl- usw. Graben dem in dem angrenzenden Hauptgewässer Fischereiberechtigten gegen einen nach billigem Ermessen festzusetzenden jährlichen Pachtzins zu verpachten.

Bedauerlicher Weise fand diese sehr zweckmäßige Bestimmung nicht die Zustimmung des allzuindustriefreundlichen Landtages und es wurde nunmehr folgende Bestimmung beschlossen:

„Fischereiberechtigte in Abzweigungen müssen die Ausübung ihrer Fischereirechte den in den angrenzenden Strecken des Hauptwasserlaufs zur Fischerei Berechtigten auf Verlangen gegen eine Geldrente überlassen, wenn sie nicht bereit sind, die zum Schutz und zur wirtschaftlichen Nutzung der Fischgewässer notwendigen Maßnahmen gemeinschaftlich mit ihnen zu treffen usw.“

Der Mißstand, daß in dem Hauptgewässer und in der Abzweigung zwei verschiedene Personen fischereiberechtigt sind, bleibt hiernach auch ferner zum Schaden der Fischerei bestehen.

Für blind endigende Gewässer enthält das Gesetz die zweckmäßige Bestimmung, daß, wenn ein Wasserlauf oder ein See in Verbindung mit einem nicht zu den Wasserläufen gehörenden, blind endigenden Gewässer steht, der im Wasserlauf oder See an der Verbindungsstelle Fischereiberechtigte verlangen kann, daß dieses Gewässer gegen den Wechsel von Fischen, die das vorgeschriebene Mindestmaß haben, abgesperrt wird. Solange das nicht geschieht, ist er ausschließlich berechtigt, die Fischerei in dem Gewässer auszuüben.

Zum Schutze der verschiedenen in einem offenen Gewässer oberhalb und unterhalb liegenden Fischereiberechtigungen ist es verboten, Vorrichtungen zu treffen, die den Wechsel der Fische verhindern. Der Regierungspräsident kann jedoch aus polizeilichen und wirtschaftlichen Gründen, vorübergehend Ausnahmen, namentlich für den Fischfang gestatten. Durch ständige Fischereivorrichtungen darf ein offenes Gewässer zum Zwecke des Fischfanges nicht mehr als auf die Hälfte der Wasserfläche für den Wechsel der Fische versperrt werden.

Die Bestimmungen über Fischereigenossenenschaften sind in dem neuen Fischereigesetze im fischereiwirtschaftlichen Interesse wesentlich ergänzt und in

bezug auf das Verfahren den Vorschriften des Wassergesetzes nachgebildet worden.

Das Gesetz unterscheidet Schutz- und Wirtschaftsgenossenschaften. Erstere sollen behufs geregelter Aufsichtsführung und zum gemeinsamen Schutze des Fischbestandes, letztere behufs gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung der Fischgewässer gebildet werden.

Eine Schutzgenossenschaft kann auch ohne Zustimmung der Fischereiberechtigten gebildet werden, eine Wirtschaftsgenossenschaft in der Regel nur mit Zustimmung der Mehrheit der Fischereiberechtigten, wenn der genossenschaftliche Zusammenschluß der Erhaltung und Vermehrung des Fischbestandes dient und einen höheren wirtschaftlichen Nutzen in Aussicht stellt, als der selbständige Fischereibetrieb der einzelnen Berechtigten. Nur, wenn der selbständige Fischereibetrieb der einzelnen Berechtigten mit einer wirtschaftlichen Fischereinutzung der Gewässer im ganzen unvereinbar ist und wenigstens ein Berechtigter mit der Bildung einverstanden ist, kann auch ohne Zustimmung der Mehrheit der Fischereiberechtigten eine Wirtschaftsgenossenschaft gebildet werden.

Eine erwünschte Neuerung bringt das Gesetz in den Fischereibezirken. Solche können, wenn der geringe Umfang der Fischereirechte der Erhaltung oder Vermehrung des Fischbestandes oder einer vollen wirtschaftlichen Ausnutzung eines Gewässers hinderlich sind und ein genossenschaftlicher Zusammenschluß unausführbar erscheint oder nicht den gleichen wirtschaftlichen Erfolg in Aussicht stellt, auf Antrag der Fischereibehörde oder eines Beteiligten durch Beschluß des Bezirksausschusses gebildet werden. Neben diesen gemeinschaftlichen Fischereibezirken können, ähnlich wie nach der Jagdordnung gemeinschaftliche und eigene Jagdbezirke gebildet werden können, selbständige Fischereibezirke gebildet werden, wenn sich ein Fischereirecht ununterbrochen auf mindestens 2 Kilometer Länge in der ganzen Breite der Gewässer oder auf einen ganzen See erstreckt. Ausnahmen kann der Bezirksausschuß dahin gestatten, daß dem selbständigen Fischereibezirk auch solche Gewässerstrecken angeschlossen werden, auf denen der Fischereiberechtigte nicht in der ganzen Breite der Gewässer Fischereiberechtigt ist, und daß auch aus kürzeren Strecken und auch wenn das Fischereirecht nicht die ganze Breite des Gewässers oder die ganze Fläche des Sees umfaßt, ein selbständiger Fischereibezirk gebildet wird.

Fischereiberechtigte eines Gewässers, das an einen selbständigen Fischereibezirk angrenzt, sind verpflichtet, die Ausübung ihrer Fischereirechte dem Inhaber dieses Bezirks gegen eine Geldrente zu überlassen, wenn sie durch eigene Ausübung ihrer Fischereirechte den wirt-

schaftlichen Betrieb desselben schädigen und der Wert des Fischereirechts in dem selbständigen Bezirke durch ihre Fischereirechte übersteigt. Sie können statt dessen auch die Fischerei ruhen lassen, wenn das Ruhen dem selbständigen Fischereibezirk nicht nachteilig ist.

Das Fischereigesetz führt, analog dem Jagdschein, einen Fischereischein ein, den jeder bei sich führen muß, der den Fischfang ausübt. Es soll dadurch die notwendige Kontrolle der Fischerei erleichtert und verhindert werden, daß Personen, von denen eine Gefährdung wirtschaftlicher Interessen zu befürchten ist, den Fischereibetrieb ausüben können. Zur Ausstellung des für die ganze Monarchie geltenden Fischereischeines ist die Fischereibehörde (Ortspolizeibehörde), in deren Bezirk der Antragsteller den Fischfang ausüben will, befugt. Der Fischereischein, der kostenfrei ausgestellt wird, kann versagt werden: Personen, die nicht glaubhaft machen können, daß sie zur Ausübung der Fischerei im Bezirke der Fischereibehörde befugt sind, sowie Personen, die in den letzten drei Jahren wegen Diebstahls, Unterschlagung, Hehlerei, Jagd- oder Fischereivergehens oder Widerstandes gegen einen Fischereibeamten aus § 113 R. St. G. B. oder aus den §§ 117—119 daselbst, oder wegen einer Straftat, die zugleich mit Polizeiaufsicht, Ehrverlust oder Ueberweisung an die Landespolizeibehörde bedroht ist, bestraft worden sind, und endlich Personen, die keinen Wohnsitz im Deutschen Reiche haben. Ausgenommen sind die Fischereiberechtigten, diesen muß immer ein Fischereischein erteilt werden, weil die Versagung des Fischereischeines oft der Einziehung des Fischereirechts gleichkommen würde. Für Ausländer kann nur der Regierungspräsident einen Fischereischein ausstellen.

Neben dem Fischereischein muß derjenige, der in einem Gewässer fischt, in dem er nicht Fischereiberechtigter oder Fischereipächter ist, einen Erlaubnischein des Berechtigten oder Pächters bei sich führen, sofern dieser nicht zugegen ist. Zur Erhaltung des Fischbestandes kann der Regierungspräsident die Zahl der Erlaubnischeine, die für eine Fischereistrecke erteilt werden sollen, festsetzen, die Ausstellung auch zeitweise ganz verbieten oder auf bestimmte Fischarten oder Fangmittel beschränken.

Die Anwendung schädlicher oder explosiver Stoffe ist verboten. Zum Schutze der Fische kann den Eigentümern von Turbinen die Herstellung und Unterhaltung von Vorrichtungen, die das Eindringen der Fische in die Turbinen verhindern, auf ihre Kosten auferlegt werden, soweit solche Vorrichtungen mit dem Unternehmen vereinbar und wirtschaftlich gerechtfertigt sind.

In Ergänzung der Bestimmungen des Wassergesetzes über die Verunreinigung der Gewässer

enthält das Fischereigesetz eine Bestimmung, welche hin lautet:

„Werden auf Grund eines nach den §§ 379, 380 G. aufrechterhaltenen Rechtes in ein Gewässer fließende Stoffe eingeleitet, welche die Fischerei wesentlich beeinträchtigen, so können die Fischereiberechtigten verlangen, daß der Unternehmer der Anlage Einrichtungen trifft, die geeignet sind, die nachteiligen Wirkungen zu verhüten oder zu verringern, soweit solche Einrichtungen wirtschaftlich gerechtfertigt sind und den Betrieb des Unternehmens nicht wesentlich beeinträchtigen.“

Um eine Trockenlegung eines Gewässers, besonders von Mühl- und Wertgräben ohne Vorwissen des Fischereiberechtigten zu verhindern, sieht das Gesetz vor, daß durch Polizeiverordnung bestimmt werden kann, daß Fischgewässer nur zu einer bestimmten Zeit oder bis zu einem bestimmten Maße abgeleitet werden dürfen, und daß der zur Ableitung Berechtigte dem Fischereiberechtigten den Beginn und die voraussichtliche Dauer einer beabsichtigten Ableitung bestimmte Zeit vorher anzuzeigen hat.

Zum Schutze der Fischerei gegen fischereischädliche Tiere darf der Fischereiberechtigte und der Fischereipächter, wenn er einen Fischereischein besitzt, in einem Fischgewässer Fischottern und Fischreiher mit den zur Jagd erlaubten Mitteln, ausgenommen Schußwaffen, töten oder fangen und für sich behalten. Ein Jagdscheines bedarf er hierzu nicht. Außerdem kann, nach § 67 der Jagdordnung, die Jagdpolizeibehörde die Eigentümer und Pächter solcher zur Fischerei dienenden Seen und Teiche, die nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören, selbst wenn die Jagd auf ihnen ruht, ermächtigen, jagdbare und nicht jagdbare Tiere, welche der Fischerei Schaden zufügen, zu jeder Zeit auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung von Schußwaffen zu erlegen.

Zur Hebung der Fischerei können von dem Regierungspräsidenten nach Anhörung der Fischereiberechtigten oder Fischpächter Gewässerstrecken, die vorzugsweise den Wechsel der Fische beherrschen, zu Fischschonbezirken und Gewässerstrecken, die vorzugsweise geeignete Laichplätze für die Fische bieten, zu Laichschonbezirken erklärt werden. In ersteren ist jede Art des Fischfanges verboten, in Laichschonbezirken gilt dies nur für die Laichzeit der Fischarten, für die der Schonbezirk angeordnet ist. Damit der Wechsel der Fische nicht behindert wird, müssen bei der Anlage von Wehren, Schleusen, Dämmen oder anderen Anlagen, erforderlichen Falls Fischwege angelegt und unterhalten werden. Die Eigentümer von solchen Anlagen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes

bereits vorhanden sind, müssen die Anlage und Unterhaltung eines Fischweges gegen Entschädigung dulden, wenn der Staat aus öffentlichen Rücksichten oder die Fischereiberechtigten im oberen oder unteren Teil des Gewässers ihn anlegen wollen. In den Fischwegen ist jede Art Fischfang verboten, auch ober- und unterhalb derselben muß für die Zeit, während welcher sie geöffnet sind, der Fischfang in einer den örtlichen Verhältnissen angemessenen, vom Regierungspräsidenten zu bestimmenden Ausdehnung unterbleiben.

Fischereibehörden sind in den Binnengewässern die Ortspolizeibehörden bezw. die Oberfischmeister, in den Küstengewässern nur die Oberfischmeister. Zur Unterstützung letzterer dienen Fischmeister und Fischereiaufseher.

Polizeiverordnungen auf Grund des neuen Fischereigesetzes können nur erlassen werden von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, den Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten.

Der späteren Regelung durch Polizeiverordnungen sind hauptsächlich folgende Gegenstände vorbehalten worden:

1. die Bestimmungen über die das Eindringen der Fische in die Turbinen verhindernden Schutzvorrichtungen;
2. die Bestimmungen betr. Ableitung von Fischgewässern;
3. die Bestimmungen über:
 - a) das Mindestmaß der Fische;
 - b) die Schonzeiten der Fische, die Verbote und Beschränkungen des Fischens während der Schonzeiten und die Behandlung der während der Schonzeit gefangenen Fische;
 - c) weitergehende Verbote und Beschränkungen hinsichtlich der Aussetzung, des Fanges und der Versendung von Fischen, sowie hinsichtlich der Art und Beschaffenheit der Fanggeräte;
 - d) die aus Rücksichten auf den öffentlichen Verkehr und die Schifffahrt sowie zur Vermeidung gegenseitiger Störung der Fischer und zur Erleichterung der Aufsichtsführung beim Fischfange zu beobachtende Ordnung;
 - e) die Abfischung von Gewässern;
 - f) die Bekämpfung von Fischkrankheiten;
 - g) das Aussetzen ausländischer Fische;
 - h) die Art und Zeit der Verbung von Wasserpflanzen (Rohr, Schilf, Binsen usw.);
 - i) den Schutz der Futtertiere;
 - k) den Schutz des Fischlaichs;
 - l) das Einlassen von Enten in Fischgewässer;
 - m) den Schutz von Fischteichen und Fischzuchtanstalten mit zugehörigen Anlagen.

Diese Polizeiverordnungen sind von der größten

Wichtigkeit. Von ihnen wird es vor allem abhängen, wie sich das neue Fischereigesetz bewähren wird. Ihr Erlaß steht noch aus, ist aber wohl in nächster Zeit zu erwarten. Es wird dann über dieselben weiter berichtet werden.

Das neue preußische Fischereigesetz bedeutet zweifellos einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der Fischereigesetzgebung, wenn es auch nicht allen berechtigten Wünschen der Fischereiinteressenten gerecht geworden ist. Vor allem wäre es erwünscht gewesen, wenn die Bildung von Fischereibezirken nicht nur eine fakultative, sondern ähnlich wie bei der Jagd eine obligatorische wäre. Hierdurch wäre das Gesetz wesentlich vereinfacht worden und eine ganze Reihe schwieriger Fragen, wie die Behandlung der Fischerei in den Mühl- und Wertgräben, die Behandlung kleiner Fischereistrecken, die sich nicht zu selbständiger rationeller Bewirtschaftung eignen u. a. m., hätten hierdurch ihre zweckmäßige und einfachste Lösung gefunden! Bei der Behandlung dieser und manch anderer Fragen ist die Rücksichtnahme auf die Industrie wohl etwas zu sehr in den Vordergrund getreten.

Daß ein Fischereigesetz nicht alle Wünsche der Fischereiinteressenten befriedigen kann, ist selbstverständlich. Ein solches Gesetz darf nicht nur auf deren Wünsche Rücksicht nehmen, auch die Interessen der Landwirtschaft, der Industrie, der Uferanlieger müssen gewahrt werden. Es muß anerkannt werden, daß das neue preußische Fischereigesetz ernstlich bemüht gewesen ist, die vielen widerstreitenden Interessen der Fischerei, Landwirtschaft, Industrie usw. möglichst auszugleichen. Daß dies nicht in allen Fällen gelungen ist, liegt in den großen Schwierigkeiten, die hierbei zu überwinden waren.

Wenn, wie wir zuversichtlich hoffen, zu diesem Gesetze als Ergänzung gute Ausführungsbestimmungen und Polizeiverordnungen erlassen werden, dann wird es der Fischerei und zugleich dem ganzen Lande sicherlich zum Nutzen und Segen gereichen. Eberts.

Aus Preußen.

Das neue preußische Fischereigesetz vom 11. Mai 1916.

Das neue Fischereigesetz vom 11. Mai 1916, welches das alte Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 und vom 30. März 1880 aufhebt, ist allerdings noch nicht in Kraft getreten, weil dieser Zeitpunkt durch eine königliche Verordnung bestimmt werden soll, die bis heute noch nicht ergangen ist (§ 135 Ges. vom 11. Mai 1916). Auch die Interessen der Jägerwelt werden durch das Fischereigesetz berührt, denn es ist bekannt, daß in dem alten jetzt noch weiter geltenden Gesetz den Fischereiberechtigten die Befugnis eingeräumt ist, außer

den nicht jagdbaren Tauchern, auch Eisvögel, Reiher, Kormorane und die jagdbaren Fischadler und Fischottern ohne Anwendung von Schußwaffen zu töten oder zu fangen und für sich zu behalten (§ 45 F. G.). Dieses den Fischereiberechtigten gemachte Zugeständnis ging recht weit und jedenfalls aus diesem Grunde hat das neue Gesetz gewisse Einschränkungen eintreten lassen.

Im § 105 ist den Fischereiberechtigten oder den Fischereipächtern nur noch erlaubt worden, in seinen Fischgewässern Fischottern und Reiher mit den zur Jagd erlaubten Mitteln, ausgenommen Schußwaffen, zu töten oder zu fangen und für sich zu behalten.

Nach den Vorschriften der J.-O. vom 15. Juli 1907 mußte auch der Fischereiberechtigte zur Erlegung der jagdbaren Tiere, wie z. B. Fischottern, einen Jagdschein haben, eine Forderung, die, wie zugegeben werden muß, demjenigen gegenüber, welcher die gesetzliche Befugnis hat, seine Interessen Schaden anrichtenden jagdbaren Tieren gegenüber zu schützen, nicht berechtigt ist. Das neue Fischereigesetz schafft nach dieser Richtung die erforderliche Abhilfe, denn es schreibt vor, daß der Fischereiberechtigte in Ausübung der ihm erteilten gesetzlichen Befugnisse eines Jagdscheins nicht bedarf (§ 105 Abs. 1).

Damit sind die Befugnisse des Fischereiberechtigten aber noch nicht erschöpft, denn wie Absatz 2 des § 105 weiter vorschreibt, soll es, soweit durch Gesetze der Fischereiberechtigten oder Fischereipächtern der Fang jagdbarer, der Fischerei schädlicher Tiere in weiterem Umfange gestattet ist, hierbei sein Bemessen behalten.

Die Bestimmung des § 67 der J.-O. vom 15. Juli 1907 ermächtigt die Jagdpolizeibehörde, den Eigentümern und Pächtern solcher zur Fischerei dienenden Seen und Teiche, die nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören, selbst wenn die Jagd auf ihnen ruht, die Erlaubnis zu erteilen, jagdbare und nicht jagdbare Tiere, welche der Fischerei Schaden zufügen, zu jeder Zeit auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung von Schußwaffen zu erlegen. In diesem Falle kann aber der Jagdberechtigte verlangen, daß ihm die erlegten Tiere soweit sie seinem Jagdrecht unterliegen, gegen das übliche Schußgeld überlassen werden.

Von dem § 67 der Jagdordnung kann man sagen, daß er besser und deutlicher hätte abgefaßt werden können, als es tatsächlich der Fall ist, denn er ist sehr unklar. Es ist die Rede vom Fangen und Erlegen von Tieren mit der Schußwaffe. Die auf Grund dieser Bestimmung erlegten jagdbaren Tiere sollen gegen Schußgeld dem Jagdberechtigten ausgehändigt werden. Fangen und Erlegen sind

verschiedene Begriffe, denn beim fangen ist die Wirkung nur das in die Gewalt bekommen, während erlegen das Töten des Tieres bedeutet, im vorliegenden Falle mit der Schußwaffe.

Nur die auf Grund des § 67 erlegten Tiere jagdbaren Charakters sind gegen Schußgeld zu überlassen, aber Schußgeld, wo es festgesetzt ist, wird schließlich auch für Wild gezahlt, das gefangen worden ist, ohne daß es erlegt zu sein braucht. Wenn aber nur für erlegtes Wild die Ablieferung gelten soll, dann würde sie bei diesem, wenn es gefangen und nicht erlegt ist, nicht beansprucht werden können und im Sinne des Wortlautes des § 67 ist die Auslegung die nächstliegende, daß hierfür nur mit der Schußwaffe erlegte jagdbare Tiere in Frage kommen. Andererseits kann man aber auch wiederum sagen, daß alle jagdbaren Tiere, auch die gefangenen, gegen Schußgeld herausgegeben werden müssen. Nach dem Inhalt des § 67 ist dieses keineswegs selbstverständlich, denn es wird mit Recht auch die Auffassung vertreten, daß nur die jagdbaren mit der Schußwaffe erlegten Tiere herausgegeben zu werden brauchen.

Unklar wie dieser Teil des § 67 ist auch der andere, „daß der Jagdberechtigte verlangen kann, herauszugeben, was herauszugeben ist“.

Der § 13 der J.-O. gibt den Eigentümern der zur Fischerei dienenden Seen und Teiche, die über 75 ha groß sind, die Befugnis, diese einschließlich der in ihnen liegenden Inseln, soweit diese ganz ihnen gehören, von dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk auszuscheiden, und bestimmt zu Absatz 4, daß für die Dauer des Ausschlusses der Grundstücke die Jagd auf ihnen ruhen soll. Danach darf auf ihnen weder der Pächter des gemeinschaftlichen Jagdbezirks noch der Eigentümer selbst die Jagd ausüben. Wenn nun die von Fischereiberechtigten auf Grund des § 67 der J.-O. erlegten jagdbaren Tiere dem Jagdpächter auf dessen Verlangen auszuhändigen sind, mit der erwähnten Ausnahme, so handelt es sich darum, wer im Falle des Ruhens der Jagd der Jagdberechtigte ist. Dankelmann-Engelhard bemerken hierzu, daß dieser nur vorhanden ist, wenn die Grundstücke nicht von dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk ausgeschlossen sind.

Der § 67 J.-O. findet aber in vollem Umfang auf Seen und Teiche, die nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören, auch dann Anwendung, wenn die Jagd auf ihnen ruht. Das bezieht sich natürlich auf die vorgesehene Herausgabe erlegter jagdbarer Tiere, denn es ist keine Rede davon, daß diese nur stattfinden soll, wenn die Grundstücke zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehören. Ist dieses der Fall, dann könnte der Fischereiberechtigte so wie so kein

Eigentumsrecht geltend machen, soweit es ihm nicht ausdrücklich zugestanden ist. Hat Ausschluß der Seen und Teiche aus dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk stattgefunden, dann ist Jagdberechtigter der Grundeigentümer, der es sich nicht selbst herausgeben kann.

Es ist daher anzunehmen, daß als Jagdberechtigter im Sinne des § 67 der Pächter des gemeinschaftlichen Jagdbezirks allein in Frage kommt. Ganz zu billigen ist das natürlich nicht, denn wenn diese Seen und Teiche vom gemeinschaftlichen Jagdbezirk ausgeschlossen sind, so können sie auch nicht mehr als Teile desselben gelten. Auf sie entfällt keinerlei Jagdpachtanteil, denn es wird nichts für sie bezahlt und deshalb müßte die Verpflichtung des Fischereiberechtigten, beispielsweise die mit der Schußwaffe erlegten Fischottern unter diesen Umständen herauszugeben, fallen.

Das alte Fischereigesetz vom 30. Mai 1874, das ja heute noch in Kraft steht, hat den Fischereiberechtigten die Eisvögel vollständig preisgegeben. Unter der Herrschaft des neuen Gesetzes ist das nicht mehr der Fall und deshalb hat der Fischereiberechtigte diesen schönen und selten gewordenen Vögeln gegenüber die Vorschriften des R. V. Sch. G. vom 30. Mai 1908 zu beachten. Dieses setzt eine Schonzeit vom 1. März bis zum 1. Oktober fest, die von der Landesgesetzgebung erweitert und auch auf das ganze Jahr ausgedehnt werden kann. Dadurch ist natürlich der Fischereiberechtigte nicht in seinen Interessen geschädigt, denn wenn die Eisvögel der Fischerei wirklich Schaden zufügen, so gibt der § 67 der J.-O. die Möglichkeit diesen Schaden nachzuprüfen und mit den gestatteten Mitteln abzuwenden.

Soweit Fangmittel in Anwendung gebracht werden dürfen, müssen es erlaubte sein. Hierzu gehören Eifen und Fallen, aber die Benutzung von Schlingen ist allgemein verboten.

Es schreibt der § 13 des neuen Fischereigesetzes vor, daß der in einem Gewässer zur Fischerei Berechtigte und mit dessen Ermächtigung der Fischereipächter die an das Wasser angrenzenden Ufer, Inseln, Anlandungen . . . so weit betreten darf, als es die Ausübung seines Fischereirechts erfordert. Nach Absatz 4 erstreckt sich dieses Recht aber nicht z. B. auf Forstkulturen, bestellte Acker und dauernd vollständig eingefriedigte Grundstücke.

Soweit der Fischereiberechtigte außerhalb seines Fischwassers sein Fischereirecht ausüben darf, muß ihm auch die Befugnis zustehen, von hier aus Ottern und Reiher, so wie es ihm das Fischereigesetz gestattet, zu töten und zu fangen. Anders verhält es sich natürlich, wenn die Jagdpolizeibehörde auf Grund der Jagdordnung die Erlaubnis erteilt hat, jagdbare und nicht

jagdbare Tiere, welche der Fischerei Schaden zufügen, zu erlegen, denn in diesem Falle darf die Schußwaffe nur soweit verwendet werden, wie die Wasseroberfläche reicht.

Eine wesentliche Aenderung hat das neue Fischereigesetz gebracht.

In Absatz 2 § 45 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 heißt es:

„Wenn in einzelnen Landesteilen durch die bestehende Gesetzgebung dem Fischereiberechtigten der Fang jagdbarer, der Fischerei schädlicher Tiere in weiterem Umfange gestattet ist, (nämlich über Absatz 1 hinaus. Der Verf.), behält es dabei sein Bestehen.“

In § 132 bleiben die auf Staatsverträgen beruhenden besonderen Vorschriften über die Fischerei aufrecht erhalten und schließlich setzt der § 133, abgesehen von den in § 132 bezeichneten Vorschriften alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen des bisherigen Rechtes außer Kraft.

Der § 67 F.-O. geht über den „Fang“ hinaus und gestattet die Anwendung der Schußwaffe, wie oben dargetan ist.

Absatz 2 des § 105 des Gesetzes vom 11. Mai 1916 bestimmt:

„Soweit durch Gesetze den Fischereiberechtigten oder Fischereipächtern der Fang jagdbarer, der Fischerei schädlicher Tiere in weiterem Umfange gestattet ist (wie in Absatz 1 festgesetzt. D. Verf.), bleibt es dabei.“

Auf Grund des § 133 sind aber anderweitige Bestimmungen aufgehoben.

Unter diesen Umständen fällt später für den Fischereiberechtigten die Möglichkeit fort, irgend welche Schaden anrichtenden Tiere mit behördlicher Erlaubnis unter Anwendung der Schußwaffe zu erlegen.

Baltz.

Notizen.

A. Wildversorgung der großen Städte.

Wie uns im Auftrag des hohen Präsidiums des allgemeinen Deutschen Jagdschützenvereins mitgeteilt wird, haben zur Erreichung des in der Ueberschrift angeedeuteten Zwecks zwischen diesem Vereine und dem Deutschen Wild- und Geflügelhändler-Verband Beratungen stattgefunden, die zur Gründung einer „Reichsgesellschaft m. b. H. zur Wildversorgung der Deutschen Städte“ geführt haben. Den Jägern wird empfohlen, Wildbret an Wildhandelsfirmen, welche Mitglieder dieser Gesellschaft sind, zu versenden. Nähere Auskunft erteilt:

1. Der allg. Deutsche Jagdschützenverein, Berlin W. 50, Gröbnerstraße 25/26.
2. Der Deutsche Wild- und Geflügelhändlerverband V. B. Berlin SW. 63, Neuenburgerstraße 34.
3. Die Reichsgesellschaft usw. Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
4. Jurizrat und Notar Eschenbach, Berlin SW. 48, Endeplatz 31.

D. Reb.

Wachung einer Jagd durch einen Belgier. Muß der Pächter trotz Unmöglichkeit persönlicher Jagdausübung den Pachtzins zahlen?

Ein Belgier hatte vor Kriegsausbruch mit einer deutschen Gemeinde einen Jagdpachtvertrag geschlossen, demzufolge er den Pachtzins in Jahresraten im Voraus zu zahlen hatte.

Nach Kriegsbeginn wurde durch das zuständige Generalkommando der Abschluß von Jagdpachtverträgen mit Ausländern und die Jagdausübung durch solche verboten, und infolgedessen ordnete die Zivilverwaltungsbehörde zur Vermeidung von Wildschaden den Wildabschuß auf der fraglichen Gemeindejagd durch den deutschen Jagdaufsicher des belgischen Pächters und vorläufige Hinterlegung des Erlöses an.

Der Pächter verweigerte nun die Vorauszahlung des Pachtzins, wurde aber sowohl vom Landgericht wie auch vom Oberlandesgericht Karlsruhe dazu verurteilt. — Das Verbot des Generalkommandos stellt lediglich einen in der Person des Pächters liegenden Grund für die Unmöglichkeit der Jagdausübung dar, so führte das Oberlandesgericht aus. Der Pachtvertrag, in dem der Beklagte für den Fall des Eintritts seiner Jagdunfähigkeit infolge etwaiger Verweigerung des Jagdscheins ausdrücklich das Fortbestehen des Anspruchs der Gemeinde auf den Pachtzins anerkennt, ist nach § 157 BGB. dahin auszuliegen, daß der Pächter für alle Fälle des Erlöschens seiner Jagdberechtigung aus einem in seiner Ausländereigenschaft liegenden Grunde die Gefahr der Fortzahlung des Pachtzinses für die ganze Vertragsdauer auf sich genommen hat. Er kann sich daher jetzt nicht darauf berufen, daß es ihm lediglich um den persönlichen Jagdgenuss zu tun gewesen sei. — Demgemäß war er zur Vorauszahlung des Pachtzinses zu verurteilen. (Oberlandesger. Karlsruhe, J. I. B. R. 188/15, 8. 3. 16.) — (Nachdruck verboten).

A. Radloff, Gerichts- und Verwaltungs-Korrespondenz, Steglitz-Berlin.



Bild Nr. 1



Bild Nr. 2



Bild Nr. 3



Bild Nr. 4



Bild Nr. 5



Bild Nr. 6

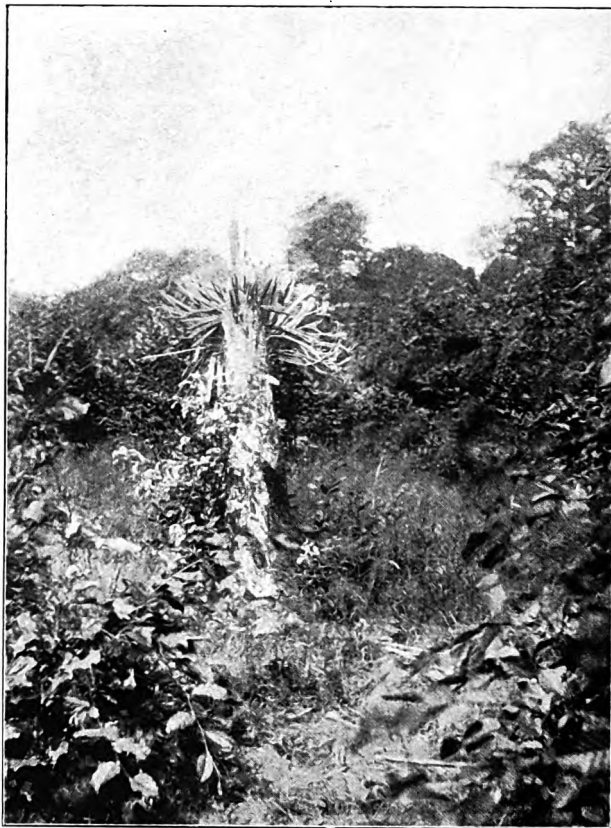


Bild Nr. 7



Bild Nr. 8

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Februar 1917.

Münsterländer Eichenwirtschaft.

Von Dr. Gerwig, Forstassessor, Meppen a. d. Ems.

Einem jeden Forstmann, den seine Reise über Münster in Westfalen hinausführte, sind wohl unter-
wegs die zahlreich im Gelände zerstreut liegenden Eichen-
stände aufgefallen, welche, nach Größe, Alter und
Lage verschieden, in Verbindung mit Ackerland und
offenen Weideflächen ein gerade nicht großartiges, aber
doch außerordentlich liebliches Landschaftsbild vor den
Augen des Reisenden entstehen lassen.

Welch ein Eldorado für das Niederwild und im
sonderen für die Fasanen, denkt dabei unwillkürlich
der Weidmann und ich kann es ihm heilig versichern,
mit vollem Rechte.

Bäusche nennt der Münsterländer seine Eichenbestände,
wenn sie auch, was Höhen- und Stärkezuwachs
betrifft, ganz Erledliches leisten, so ist die Flächen-
größe des Einzelbestandes meistens so gering, daß er
den Namen Wald nicht recht verdient. Die Zahl der
Einzelbestände ist dafür um so größer, da zunächst
jeder nach westfälischer Sitte einzeln liegende
Hof seinen Busch direkt am Hofe liegen hat, um
diesen vor Wind und Wetter zu schützen und ihm bei
geschlossener Hauswirtschaft das nötige Werk und Bau-
holz zu liefern.

Größere Waldkomplexe findet man schon bei herr-
schaftlichem Besitz und bei dem im Münsterland noch
zahlreich vertretenen bäuerlichen Großgrundbesitz. In
Zusammenhang auf größere Strecken liegen aber auch
diese nur selten, sondern Acker- und Weideland liegen
dazwischen. Absoluten Waldboden gibt es
oben auf den von lehmigem Sand bis schwerem Mer-
gellehm wechselnden Böden des Münsterlandes überhaupt
nicht, da sich fast jeder Waldboden bei ebener Lage
benutzt zu Acker- oder Weideboden eignet. Als
Ideal für den Münsterländer kann es gelten, wenn,
was das ist, dort sehr oft der Fall, sein eigener Busch
und sein eigenes Feld die Größe eines eigenen Jagd-
gebietes ausmachen.

Was dem Forstmann im Münsterland aber merk-
würdig erscheinen muß, ist die Einseitigkeit der dortigen
Eichenwirtschaft. Gewiß, der Boden des Münster-

landes — von den leichten Sandböden, welche der
Kieferngrubenholzwirtschaft vorbehalten bleiben, ist hier
nicht die Rede — eignet sich für den Anbau der Eiche
vorzüglich. Eiche, Schwarzpappel, die Buche besonders
auf Mergellehm und stellenweise auch die Fichte ge-
beihen darauf aber doch auch ganz vorzüglich, oft weit
besser noch als die Eiche, und dennoch ist es eine Selten-
heit, wenn man einmal einen Forst oder gar einen
Bestand dieser Holzarten zu Gesicht bekommt.

Die Einseitigkeit der Wirtschaft hat sich wie stets,
auch hier bitter gerächt. Das Münsterland ist das
klassische Land des Eichenwicklerfraßes und des Mehl-
taues geworden. Ich darf hier auf eine i. Zt. in
dieser Zeitschrift erschienene Abhandlung verweisen, in
welcher ich an Hand zahlreicher Zuwachsuntersuchungen
den hierdurch entstandenen Zuwachsverlust der letzten
10 Jahre auf 28 % berechnet habe.¹⁾

Ein Bekämpfungsmittel dieser stets wiederkehrenden
Kalamität kann ich nach wie vor nur darin erblicken,
daß mit der einseitigen Eichenwirtschaft gebrochen und
die Begründung von Laubholzmischbeständen als erster
forstlicher Grundsatz für das Münsterland aufgestellt
wird. Mischbestände werden bekanntlich weniger stark
befallen, und selbst dann würde sich der Zuwachsver-
lust doch nur an der Hälfte der Bestandesmasse be-
merkbar machen, wenn als bestes Mischungsverhältnis
etwa folgendes gewählt würde: Eiche 0,5, Eiche 0,3,
Buche 0,2. Die Rentabilität der Wirtschaft würde
durch Begründung von Mischbeständen nicht fallen,
sondern steigen, einmal durch Wegfall oder doch Ver-
ringerung des Zuwachsverlustes bei fortgesetztem Wiekler-
fraß und zum anderen durch Beimischung der hoch-
wertigen Eiche, für welche, wenn sie in größeren Mengen
zum Verkauf angeboten wird, nicht nur wie jetzt in
Kriegszeiten horrenden Preise — für beste Ware wurden
bis 350 Mk. pro Festmeter gelöst — sondern auch in
Friedenszeiten solche erzielt werden, welche mit 40 bis
80 Mk. für Blockware und 15—20 Mk. für schwächere
Rundhölzer die der Eiche oft wesentlich übersteigen.
Das Zuwachsprozent der Eiche ist ferner nach meinen

¹⁾ Der Eichenwicklerfraß in Westfalen von Dr. Gerwig
Allg. F. u. J.-Z., Sept.-Heft 1913.

früheren Zuwachsuntersuchungen ein gleich hohes, öfters aber noch ein höheres als das der Eiche. Die Begründung von Mischbeständen bietet den weiteren Vorteil, daß sie im Abtriebsalter eine natürliche Verjüngung des Bestandes und damit eine erhöhte Rentabilität ermöglicht. Ich habe freilich in Westfalen auch reine Eichenaturverjüngungen gesehen, die ihresgleichen suchen, doch sind die Vollmastjahre zu selten infolge des Widlerfraßes, welcher die zur Samenproduktion notwendige Ansammlung überschüssiger Reservestoffe unmöglich macht, als daß die Verjüngung reiner Eichenbestände nicht nach wie vor eine glückliche Ausnahme bilden würde.

Stehen dagegen in Altholzbeständen, wie man dies wohl öfters findet, auch nur einige Eichen, dann ist eine teilweise Naturverjüngung in dieser Holzart stets möglich und anzustreben. An Stellen, welche der Eiche besonders zusagen, wächst sie wie Unkraut und der Forstmann hat dann nur darauf zu achten, daß sie die beigemischten anderen Holzarten, wie Buche und Buche, nicht gänzlich verdrängt. Eine Vorverjüngung von Eiche und Buche ist deshalb zweckmäßig. Unbegreiflich aber bleibt es, daß man diesen Fingerzeig der Natur einer leichten Verjüngung der Eiche nicht früher erkannt und ausgenutzt hat, sondern im Gegenteil die Eiche als forstliches Unkraut stets aus den Kulturen zu beseitigen sich bestrebt. Die Eiche ist vielmehr für das Münsterland der Baum der Zukunft und ihr Anbau durch gruppen- und horstweise Beimischung zusammen mit Buche, Bärche und Kiefer je nach der Schwere und dem Feuchtigkeitsgehalt des betreffenden Bodens ist zu fördern, wo immer es nur möglich ist. Die Fehlstellen in den Kulturen wird man deshalb künftig auch nicht mit Eiche, sondern, wie dies in großen Betrieben des öfteren schon geschieht, vornehmlich mit Eichenhalbheistern ausspflanzen. Daß natürlich in den jüngeren Beständen einer natürlichen Reigung der Eiche zum Zwieselwuchs durch Beschneiden und in den älteren Beständen durch Auskies etwa stehengebliebener Zwiesel entgegengearbeitet werden muß, ist selbstverständlich.

Die Eiche eignet sich schließlich vorzüglich zum Ausspflanzen der durch den Widlerfraß und den sekundär auftretenden Mehltau entstandenen Bestandeslücken. Wenn dann auch in älterem Holz die Böcher etwas erweitert werden müssen, um einen lebensfähigen Eichenhorst darauf zu begründen, dann verschlägt dies gar nichts; der Boden wird voll ausgenutzt und die Eiche hat bei Abtrieb des Hauptbestandes bei ihrem schnellen

Wachstum meist schon Nutzholzstärke erreicht und trägt bei frühzeitiger Pubertät zur teilweisen Naturverjüngung des Bestandes bei.

Da ich die durch den Widlerfraß hervorgerufenen Bestandeslücken erwähnte, will ich nicht verfehlen, noch auf einen Punkt aufmerksam zu machen, nämlich auf den für die dortigen reinen Eichenbestände zu wählenden Grad der Durchforstungen, welche m. E. vielerorts viel zu stark gegriffen werden. Die Eiche leidet zwar im Münsterland nirgends an kalten Füßen, doch allenthalben ein wildes Unterholz von Hainbuche, Faulbaum rasch und reichlich für einen bedeckten Fuß Sorge trägt und aufs beste den künstlichen und teuren Unterbau ersetzt.

An und für sich stünde also einer jedesmaligen kräftigen Durchforstung zwecks Erziehung der Eiche im Sichtwuchsbetrieb nichts entgegen, wenn eben der Widlerfraß nicht immer wieder auftreten würde. Tritt auch wirklich einmal ein großes Sterben ein, wiederkehrt der Widler doch und der Mehltau bleibt auch. Kleinere und größere Bestandeslücken sind die Folge.

In Zeiten der Fraßruhe würde ich deshalb empfehlen, die Durchforstungen bis etwa zum 75. Jahre nur auf das Notwendigste zu beschränken, da die Bestände durch die während der ganzen Lebensdauer des Bestandes sich öfter wiederholenden Fraßschäden allmählich so stark gelichtet werden, als es für einen intensiven Sichtwuchsbetrieb der Eiche nur immer erwünscht erscheint. Auf diese Weise dürfte ein Grad der Durchforstungen erreicht werden, welcher zwischen den in Forst- und Jagdkalender von Dr. Wimmenauer und Dr. Schwappach angegebenen Durchforstungssätzen etwa die Mitte hält. Zu beachten ist dabei, daß bei Bonitierung der Bestände nach der Bestandesmittelhöhe die II. Ertragsklasse nach Wimmenauer der I. Ertragsklasse von Schwappach entspricht.

Da Zahlen stets eine größere Beweisraft inne wohnt als Worten, so füge ich zum Schluß noch eine Rentabilitätsberechnung an durch Berechnung des B. einmal für reine Eichenbestände und zum andern für Mischbestände. Als Preise lege ich die Friedenspreise, welche in einer Münsterländer Oberförsterei bei Abtrieben und Durchforstungen pro Festmeter Durchschnitt der letzten Jahre erzielt wurden, zu Grunde. Reiserholz und Stockholz bleiben als unverwertbar außer Betracht. Es berechnet sich somit bei Unterstellung eines Zinsfußes von 2,5 % der B. für Eiche nach der bekannten Faustmann'schen Formel wie folgt:

Bestandesalter:	30	40	50	60	70	80	90	100	110
Nettopreis pro Festmeter Zwischennutzung:	7	8	11	14	16	18	20	22	25

	II. Ertragsklasse nach Wimmenauer	I. Ertragsklasse nach Schwappach	im Durchschnitt
$Da \times 1, op^{n-1} + \dots =$	13 532	22 835	18 183
$Au = (35 \text{ Mf. pro fm})$	18 270	16 170	17 220
	31 802	39 005	35 403
$c = 425 \times 1,025^{120} =$	8 228	8 228	8 228
$r =$	23 574	30 777	27 175
$r \frac{1}{1, op^n - 1} =$	1 272	1 661	1 467
$V = \frac{6}{0,025} =$	240	240	240
Be rund	1 000	1 400	1 200
(bei 3%)	400	700	550)

Bei der für den Durchschnitt geführten Berechnung zeigt es sich also, daß die Summe der prolongierten Durchforstungserträge ungefähr dem Abtriebsertrag gleich zu setzen ist, während der Nachwert der Kulturkosten etwa die Hälfte des Abtriebsertrages verzehrt. Stellt man ferner den während der ganzen Lebensdauer des Bestandes öfters eintretenden Zuwachsverlust infolge des Widlerfraßes in Rechnung, dann erniedrigt sich der für reine Eichenbestände bei 2,5 %

mit 1200 Mf. berechnete Be auf durchschnittlich 1000 Mf.

Bei der nun folgenden Berechnung von Be für Mischbestände setze ich für Eiche, für welche bis jetzt keine genaueren Ertragsuntersuchungen vorliegen, dieselben Abtriebserträge wie für Buche ein, da sie dieser Holzart in ihren Wuchsleistungen wohl am nächsten stehen dürfte:

Mischungsverhältnis	Masse fm	Preis Mf.	
Eiche 0,5	246	35	= 8 610
Eiche 0,3	180	42	= 7 560
Buche 0,2	120	20	= 2 400
Au	546		18 570
Sa Da bleibt dieselbe, da sich die höheren Eichen- und niederen Buchenpreise ausgleichen			+ 18 183
			36 753
$c \times 1, op^n$ bleibt =			- 8 228
			28 525
$r \frac{1}{1,025^{120} - 1} =$			1 540
$V =$			- 240
Be =			1 300 Mf.

Bei der Erziehung von Mischbeständen steigt also Be bei gleich hohen Kulturkosten allein infolge der höheren Massen- und Gelderträge um 100 Mf. Nimmt man nun an, daß sich die Mischbestände später teilweise natürlich verjüngen lassen, so daß dadurch die Kulturkosten auf etwa 150 Mf., ermäßigt würden, dann wächst bei 2,5 % Verzinsung der Be für Mischbestände sogar auf rund 1600 Mf.; oder richtiger gesagt, es verzinst sich der Boden, welcher in seiner Güte derselbe bleibt, einerlei, ob darauf reine Eichenbestände oder Saubholz-mischbestände erzogen werden, bei Unterstellung eines gemeinsamen Bodenwertes von 1000 Mf. pro Hektar bei reiner Eichenwirtschaft mit

2,5 %, bei Erziehung von Mischbeständen dagegen mit 3 %.

Diese Zahlen und der Umstand, daß durch die künftige Erziehung von Saubholz-mischbeständen die Widlergefahr im Münsterland herabgemindert und allmählig wohl ganz beseitigt werden kann, dürften wohl genügen, um den Uebergang von reiner Eichenwirtschaft zu dieser Betriebsart als gerechtfertigt und wünschenswert erscheinen zu lassen. Daß Saubholz-mischbestände gleichzeitig zur Hebung des Landschaftsbildes beitragen würden, soll nur nebenbei gesagt sein. Sehr zu wünschen wäre es, wenn demnächst von einer der forstlichen Versuchsanstalten eine allgemeine Ertrags-

tafel auch für die Esche herausgegeben würde¹⁾, da die zu erwartenden hohen Haupt- und Zwischennutzungserträge und das damit verbundene hohe Zuwachs- und Verzinsungsprozent wohl am ehesten zu einem ausgedehnten Anbau dieser Holzart auf den ihrem Wuchs so außerordentlich günstigen Böden des Münsterlandes führen würden.

Markgenossenschaften und Waldeigentum im Lichte neuerer Forschungen.

Von Professor Dr. G. Hausrath.

Die bisher herrschende Anschauung geht dahin, daß der Wald in der germanischen Urzeit Gemeineigentum des Volkes war und nach Entstehung der Siedelungen im Eigentum freier Markgenossenschaften stand, soweit er im Bereich der Nutzungsmöglichkeiten lag. Maurer und seine Schule²⁾ bezeichnen die ältere Markgenossenschaft ausdrücklich als die „freie“ im Gegensatz zur grundherrlichen Hofgenossenschaft, die von ihnen als viel jünger angesehen wird. Wohl haben auch sie erkannt, daß zur Zeit der Aufzeichnung der Weistümer die freie Mark mit wenigen Ausnahmen verschwunden war, „[s]o man sah vielfach in den Weistümern Versuche der Märker, sich gegen die immer wachsenden Ansprüche der Grund- und Landesherren zu wehren. Aber i. a. gibt, was Gierde in seiner Rechtsge-
schichte der deutschen Genossenschaft sagt, daß zur Zeit der Karolinger in Deutschland „alte vollfreie Bauer- und Dorfgemeinschaften noch die eigentliche Grundlage der Verfassung“ waren, die damals schon begonnene Zersetzung durch die Grundherrschaften aber in wenigen Jahrhunderten vollendet war, den Standpunkt wieder, auf dem die maßgebenden Rechtsgelehrten und ihnen folgend unsere Forsthistoriker in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts standen.“³⁾ Auch nach

¹⁾ Die forstliche Versuchsstation für das Großherzogtum Hessen ist zur Zeit mit der Anlage und Aufnahme von Ertragsversuchsflächen in Eschenbeständen beschäftigt. Dabei hat sich bis jetzt herausgestellt, daß die Esche im Höhenwuchs bis etwa zum 50. oder 60. Jahre nicht nur der Buche, sondern auch der Esche überlegen ist, später aber (mit etwa 100 Jahren) hinter beiden, namentlich hinter der Buche zurückbleibt. Die Stammgrundfläche des Hauptbestandes steht häufig zwischen den Zahlen, welche für geschlossene und gelichtete (resp. stark durchforstete) Bestände beider anderen Holzarten gelten.

Wr.

²⁾ G. S. v. Maurer: Geschichte der Markenverfassung in Deutschland, Erlangen 1856 und Einleitung zur Geschichte der Mark, Hof, Dorf und Stadtverfassung, München 1854.

³⁾ Gierde: Das deutsche Genossenschaftsrecht I 1868, § 8. Lamprecht: Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter 1886/8. Heußler, A.: Institutionen des deutschen Privatrechts 1885; A. Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte IV. Aufl. 1902; A. Bernhardt, Geschichte des Waldeigentums usw., Ver-

Schwappach fällt der Untergang der freien Markgenossenschaften in der Hauptsache in die Karolingerzeit.

Fustel de Coulange¹⁾ hat zuerst die Richtigkeit der ganzen Lehre angefochten. Auf Grund der Angaben von Caesar und der anderen Quellenchriftsteller, vor allen Dingen aber sich stützend auf die Zustände des westfränkischen Reiches, bestreitet er, daß bis zum Ende der Karolingerzeit überhaupt Belege für das Bestehen von Markgenossenschaften zu finden seien. Erwähnt werde gemeinsamer Besitz von Wald und Weide, aber dies waren rein privatrechtliche Verbände, wie sie auch Erbschaft noch heute entstehen. Zudem tragen die Marken wie die Dörfer Galliens meist den Namen ihrer Eigentümer, sie sind daher nach Coulange nicht von den Franken übernommenen „saltus“ der galloromanischen Grundherrschaft, die angeblichen Markgenossenschaften sind als vom Grundherren abhängige Nutzungsverbände anzusehen.

In noch schrofferer Form sprach 1907 Hildebrand²⁾ diesen Gedanken aus: „Man hat als res communis behandelt, was noch res nullius war, für Gesamteigentum, was noch ungeteiltes Miteigentum, für Eigentumsrecht der Bauern, was nur Nutzungsrecht am grundherrlichen Boden, für Eigentumsrecht der Dorfgemeinde, was nur administrative Befugnis war, entspringen der solidarischen Haftbarkeit für die Grundsteuer.“

Erhöhte Bedeutung erhielten diese Lehren durch ihr Zusammentreffen mit einem Angriff gegen eine andere Grundanschauung unserer Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, nach der bei den alten Deutschen freie Bauern die Hauptmasse des Volkes bildeten, während die Zahl der Adligen und Hörigen ganz unbedeutend war. Erst seit der Karolingerzeit sei eine wesentliche Verschiebung durch den massenhaften Uebertritt kleiner bäuerlicher Freier in Schutz- und Abhängigkeitsverhältnisse eingetreten und im weiteren Verlauf des Mittelalters die freien Bauern ganz verschwunden. Zunächst suchte Ged³⁾ hauptsächlich aus den Wehrgeldverhältnissen der lex Frisionum zu erweisen, daß die friesischen Edelinges den fränkischen Vollfreien entsprechen und daß unter ihnen eine größere Anzahl von Hörigen und Freigelassenen — frilinges und

lin 1872. Roth, Geschichte des Forst- und Jagdwesens, Berlin 1879. Schwappach, A., Handbuch der Forst- und Jagdgeschichte, Berlin 1886 und Handbuch der Forstwissenschaft 1912, Band IV.

¹⁾ Revue des questions historiques 1889. Fustel de Coulanges: Le problème des origines de la propriété foncière.

²⁾ Hildebrand, A.: Recht und Sitte auf den primitiven wirtschaftlichen Kulturstufen. 2. Aufl. Jena 1897.

³⁾ Ged: Altfrisische Gerichtsverfassung, Weimar 1894. Beiträge zur Geschichte der Stände im Mittelalter I und II Halle 1900/5.

ten — standen. Auch für Sachsen und Thüringer hielt er diese Auffassung für richtig. Nach seinen weiteren Arbeiten waren aber auch diese nobiles überwiegend Bauern, nicht Grundherren. Dagegen zeigte 1896 Wittich¹⁾ daß in dem Sachsen der ottonischen Zeit die Grundherrschaft schon voll ausgebildet war, und bestritt, daß damals oder in karolingischer Zeit ein Stand freier Feldbauer als Kern des Volkes irgendwie bezeugt sei. Der, daß wir Urkunden für die von der herrschenden Lehre angenommenen „massenhaften Ergebenheiten“ in die Hörigkeit besäßen. So kam er rückschließend zu dem Satz „Der freie Deutsche zu Tacitus Zeit war ein Grundherr, der von den Abgaben seiner Hörigen lebte. Er ist der sächsische Edeling“. Die Riten im altfriesischen Sachsen der Karolingerzeit seien aus den unterworfenen Thüringern entstanden und die fränkische Eroberung habe die Gegensätze noch verschärft, indem Karl d. Gr. die Edeling durch Vorrechte an sich zu fesseln suchte, die er ihnen auf Kosten der großen Masse verlieh, während er die Lage der Friesen und Riten durch Auflage von Zehnten und Kriegsdienst verschlechterte. Seine massenhaften Verfassungen trafen in erster Linie diese Klassen. Die so entstandene Mißstimmung benutzte Lothar 841 zur Entflammung des Stellingaufstandes, den Ludwig der Deutsche niederwarf, wodurch das Schicksal der sächsischen Bauern besiegelt war. Auch bei den übrigen Stämmen hält Wittich eine solche Verfassung für die ursprüngliche, ihm schloß sich in allen wesentlichen Punkten sein Lehrer Knapp an,²⁾ der als das Haupt der ganzen Schule angesehen werden darf, weiter Gutmann für Bayern. Aus sprachgeschichtlichen Gründen vertrat Kauffmann³⁾ einen ähnlichen Standpunkt. Die Hufenanteile gehörten in der Urzeit der Hausgemeinschaft. Diese war nach R. der wichtigste herrschaftliche Verband. Der Hausvater leitete ihn unumhüllbar. Aus dem abhängigen Hufner dieser Hausgemeinschaften — colonus ahd kapuro — gingen die Bauern hervor, die ja daher den Namen haben. Mancher von ihnen hat später die Freiheit zu erlangen gewußt und insbesondere sind bei der Völkerwanderung viele Nachkommen alter Bauern den alten Sippenmitgliedern gleichgestellt worden.

War wirklich die Gliederung des Volkes eine derartige, daß nicht die Freien die Hauptmasse bildeten, verfügten schon in taciteischer Zeit grundherrliche Verbände über das Land, so verliert die Annahme der

¹⁾ Wittich: Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland, Leipzig 1896 und Zsft. für Rechtsgeschichte. Germ. Abt. Band XXII. 1901.

²⁾ Knapp, G. F.: Grundherrschaft und Rittergut, Leipzig 1897. Gutmann: Die soc. Gliederung d. Bayern. Straßburg 1906.

³⁾ Brüter und Sachen 1910, p. 9 ff. Fr. Kauffmann: Altsächsische Genossenschaften.

alten freien Markengenossenschaften den Boden. Auch wir müssen daher ihre Berechtigung prüfen.

Zunächst sind die Hed'schen Ausführungen über die Wehrgeldsätze bei Friesen, Sachsen und Franken von Brunner und von Winogradoff einer eingehenden Nachprüfung unterzogen worden, die ergab, daß die Unterschiede in der Hauptsache aus der Verschiedenheit der Gold- und Silberwährung zu erklären sind. Beide Autoren lehnen daher die Gleichsetzung der friesischen und sächsischen Edeling mit dem fränkischen Volfreien ab und ihnen schloß sich R. Schröder auf Grund der erneuten Prüfung der alten Volksrechte an. Die sächsischen Frilinge waren echte Volfreie, die zwar manchmal aber durchaus nicht immer von den Edelingen in einer gewissen Abhängigkeit standen.¹⁾

Bei Beurteilung der Zustände in Deutschland zu Cäsars Zeit muß, wie M. Weber überzeugend dargelegt hat, scharf auseinander gehalten werden, was Cäsar von den auf einer vieljährigen Kriegsfahrt begriffenen Sueben des Ariovist und was er von den übrigen deutschen Stämmen sagt. Denn nur von jenen gilt „minime omnes agriculturæ student“. Tacitus aber schildert uns den Germanen als richtigen Bauern, der freilich die Feldarbeit gern der Frau und dem Gefinde überläßt, nur die Führung des Pfluges übernimmt, soweit ihm dafür nicht Söhne oder Gefinde zur Verfügung stehen.²⁾ Das ist ja auch heute noch die Arbeit, bei der der Großbauer am ersten mit zugreift, und daß hier eine uralte Ueberlieferung vorliegt, hat Brunner durch den Hinweis auf die Worte der Rigipula aufgedeckt: „Da zählte er Stiere, fertigte einen Pflug, zimmerte das Haus, baute Scheuren, machte Karren und führte den Pflug“.

Auch Röhsche³⁾ wendet sich scharf gegen die Verallgemeinerung der Worte „ipsi hobent, ament inertiam oderint quietem“, die Tacitus nur auf das Gefolge der Großen gemünzt habe. Die Volfreien, d. h. die Hauptmasse des Volkes, lagen selbst dem Feldbau ob, einen eigenen Stand von Grundherren gab es nicht, obwohl, wie auch Weber ausdrücklich betont, Ungleichheiten im Grundbesitz auch schon damals bestanden. Sie können auf einer Bevorzugung der angesehensten Geschlechter bei der Landverteilung oder

¹⁾ Zsft. f. Rechtsgeschichte. G. Abt. XIX. Heinrich Brunner: „Nobiles und Gemeinfreie der karolingischen Volksrechte“ und „Deutsche Rechtsgeschichte“, 2. Aufl. 1906.

²⁾ Zsft. f. Rechtsgeschichte. G. Abt. XXIII. Paul Winogradoff: „Wehrgeld und Stand“. Ebenba XXIV. R. Schröder: „Der altsächsische Volksadel und die grundherrliche Theorie“.

³⁾ Jahrb. f. Nationalökonomie u. Statistik 1904. M. Weber: „Der Streit um den Charakter der altgermanischen Socialverfassung“.

⁴⁾ D. Zsft. f. Geschichtswissenschaft II, 1897/8. Röhsche: „Die Gliederung der Gesellschaft bei den alten Deutschen“.

auf dem Vorsprung beruhen, den der Besitzer von Höfingen bei der Ausnutzung des Wifangsrechtes zur Rodung von Wildland hatte. Ansätze zu Grundherrschaften sind also nicht zu bestreiten, aber sie treten noch ganz hinter dem freien Eigentum der Bebauer zurück. Die Knapp'sche Schule sieht eine Hauptstütze ihrer Auffassung in der Hufenverteilung auf Gewanne. Die Tatsache, daß jedem Genossen ursprünglich in jedem Gewann ein gleichgroßes Stück wie den andern zugewiesen wurde, gilt ihr als Beweis für die grundherrliche Verfassung der altgermanischen wie der späteren Gemeinde. Wir werden uns demgegenüber doch lieber Weber anschließen, der schon 1894 ihr massenhaftes Vorkommen „einen der stärksten Beweise für die ursprüngliche Freiheit der dort ansässigen Bevölkerung“ nennt,¹⁾ zumal wenn wir uns vergegenwärtigen, daß das gleiche, hier erst recht unwirtschaftliche Verfahren in den letzten beiden Jahrhunderten bei der Aufteilung bäuerlicher Genossenschaftswaldungen nur gar zu oft gewählt wurde. Wir werden den Grund in dem Rechtsempfinden, in der peinlichen Ängstlichkeit suchen, die befürchtet, es könne der einzelne wegen der verschiedenen Bodengüte und Lage benachteiligt werden, wenn die Zuteilung des Landes an einer Stelle erfolgte. Hätten Grundherren die Aufteilung der Hufen besorgt, so wäre sie zweckmäßiger ausgefallen.

Aber auch für die Karolingerzeit hat die Wittich'sche Lehre zum wenigsten nicht allgemeine Gültigkeit. Oppermann hat aus den Änderungen der Gerichtsverfassung nachgewiesen, daß am Niederrhein tatsächlich „ein massenhafter Uebertritt“ kleiner Freier in die Abhängigkeit stattfand, und Caro stellte auf Grund der Schenkungsverzeichnisse verschiedener Klöster fest, daß in jener Zeit in der Nordostschweiz die kleinen freien Eigentümer noch zahlreicher waren als die unfreien, und daß auch im südlichen Schwarzwald und der Bodenseegegend noch um 1100 zahlreiche nicht rittermäßige kleine Freie lebten.²⁾ Nach Roehrsche haben wir drei Gruppen zu unterscheiden: 1. Burgunder und Goten, nehmen den römischen Vorbesitzern einen Teil ihres Grundeigentums weg, wurden kleine Grundherren, die aber selbst noch Landwirtschaft trieben. 2. Franken, Alemannen und Bayern. Die Hauptmasse besteht aus Bauern mit Grundeigentum. 3. Sachsen. Die zahlreichen Frilinge sind vollfreie Bauern mit kleinem Grundeigentum, daneben standen viele

Edelinge, deren Besitz größer war, als der eines vollfreien Franken, und die ihn durch Hörige bebauen ließen.¹⁾

In Westfranken haben allerdings auch die Franken einen großen Teil der galloromanischen Grundherrschaften übernommen, ja Clodwig hat sie bestätigt, seine Nachkommen sogar noch ihr Wachstum durch Schenkungen gefördert, obwohl sie dadurch ihre eigene Macht verminderten.²⁾ Der Ausbildung von Markgenossenschaften waren daher enge Grenzen gezogen und so erklärt sich die Stellung Coulanges.

Mit der Ablehnung der grundherrlichen Theorie für die Urzeiten ist aber die Frage nach der Existenz der Markgenossenschaften und ihrem Waldeigentum noch nicht entschieden. Nach allem, was wir den Urkunden der Zeit zwischen 600 und 1200 entnehmen können, ist die Abgrenzung der von den Gemeinden beanspruchten Bodensflächen fast immer erst erfolgt, wenn andere Bewerber austraten. Nun ist es freilich für den Forsthistoriker ein müßiger Streit, ob die Germanen der Urzeit dem Stamm ein Eigentum oder nur eine Nutzungsbefugnis an seinem ganzen Gebiete zuschrieben, soweit dieses nicht von den Einzelnen im Anbau genommen war oder den Niederlassungen als Milchviehweide diente. Ob aber darüber hinaus schon eine rechtliche nicht nur tatsächliche Ausscheidung von Nutzungsbezirken, von Markwäldern, für größere oder kleinere Teile des Stammes erfolgte, wird wohl immer eine offene Frage bleiben. Sie ist denkbar für dichtbevölkerte Gegenden, also vor allem für die waldbreichen Böhgebiete der Urbedelung.³⁾ Unwahrscheinlich ist sie für dünnbesiedelte Striche, weil dort der Anlaß fehlte. Auch das Abtriebsrecht beweist nichts, da die Befugnis, den fremden Siedler zu vertreiben, vor allem den anbausfähigen Boden dem fremden Wettbewerb entziehen sollte. Denn solcher war vor der Völkerwanderung nur in beschränktem Maße vorhanden, weil die Rodung geschlossenen Urwaldes noch nicht möglich war. Wir müssen uns begnügen zu sagen, in der ältesten Zeit bestand an Wald und Dehland eine allgemeine Nutzungsbefugnis der Freien des Stammes, eine abgeleitete für ihre wenig zahlreichen Hinterlassen, näheres über die Organisation ist nicht bekannt. Welches sie aber gewesen sein mag, von den Stürmen der Völkerwanderung ist sie schwerlich ganz unberührt geblieben. Hat sich doch in diesen auch bei den Westgermanen das Adnigtum herausgebildet und das unbefiedelte Land für sich in Anspruch genommen.

¹⁾ Ztschft. f. Rechtsgeschichte. G. A. 1894, p. 191.

²⁾ Westf. Ztschft. f. Geschichte u. Kunst. 1911, p. 409 f. Oppermann: „Die Unfreiheit der niederrhein. Ministerialität“. Jahrb. f. Nationalökonomie u. Statistik. 1901. 474 ff. 1902. 601 ff. Caro: „Die Grundbesitzverteilung usw.“ und „Zur Agrargeschichte“.

¹⁾ a. a. O. p. 808.

²⁾ Westf. Ztschft. f. Gesch. u. K. 1896. B. Stiel: „Die Privatherrschaften im fränkischen Reich“.

³⁾ Näheres in meinen „Pflanzengeographischen Wandlungen der deutschen Landschaft“. Leipzig 1911.

die Zustände der fränkischen Zeit dürfen also nicht auf die Urzeit übertragen werden, und auch sie weisen nicht innerhalb der Stammesgrenzen mancherlei Verschiedenheiten auf.

Bei der folgenden Betrachtung wird als freie Mark jene bezeichnet, in der das Grundeigentum den Markgenossen gehörte.

Zunächst müssen wir uns mit den Anschauungen auseinandersetzen, die Nibel an verschiedenen Orten entwickelt hat.¹⁾ Schon Thudichum hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Markgrenzen überwiegend Bergtälern oder Wasserläufen folgen. Nibel glaubt nun beweisen zu können, daß die letzteren bevorzugt und auch spitze Winkel geschaffen wurden, wenn so die nächste Quelle am raschesten erreicht werden konnte. Nach seiner Schilderung traten die Grenzseher, die ut *franci dicunt, forestem faciunt* und daher *forestarii* genannt werden, unter der Leitung eines hohen Beamten, des Präfecten zusammen. Sie gehören zum königlichen Gefolge, der *Trustis*. Bei ihrer Arbeit folgten sie dem als Grenze gewählten Wasserlauf bis zu seiner entlegendsten Quelle. Dann wurde der nächste grenzbildende Wasserlauf bis zu seiner Quelle verfolgt und nach Verständigung mit Hornsignalen und Rufen die Verbindungslinie mit dem Scharheil, der „*scara*“, ausgezeichnet, das nur die Förster führen durften. Sagen die beiden zu verbindenden Quellpunkte nahe bei einander, so wählten sie die direkte Verbindungslinie, sonst erstiegen sie den Bergtamm und legten die Grenze auf ihn, bis sie in die Nähe der andern Quelle kamen. Diese Bevorzugung der Wasserläufe führt Nibel auf die Verhältnisse in der Heimat der salischen Franken zurück; wo die täglich steigende Flutwelle die Wasserläden zu deutlich sichtbaren Grenzen stempelte. Hier hatten sie sich nach vollständiger Vertreibung der früheren Bewohner niedergelassen und zwar wahrscheinlich so, daß jeweils ein besetzter Salhof den Stützpunkt für die Niederlassung von je 10 Familien bildete. Die Einteilung entstammt nach Nibel der Heeresorganisation, welche die Römer den Franken als einem Hilfsvolk gegeben hatten. Bei ihrem Vordringen im römischen Gallien siedelten sich die Franken zunächst in geschlossenen Gruppen an. Dazwischen blieb der alte Großgrundbesitz bestehen, der König zog ihn für sich ein.

Ebenso nahm dieser nach Unterwerfung der deutschen Stämme, der Alemannen, Thüringer, Sachsen

usw. grundsätzlich das ganze eroberte Land für sich in Anspruch. Sein Wille bestimmte, was für die Besiedelung freigegeben, was als Königsgut ausgeschieden werden, was Forst sein sollte. Vor allem ließ er längs der Grenzen und an den Heerstraßen ein System von großen Königshöfen mit zahlreichen Nebenhöfen entstehen, die Verteidigung des Landes und die Verpflegung des Heeres zu sichern. Um dabei nicht behindert zu sein, schuf die *Trustis* durch Vertreibung der Einwohner künstliche Einöden, den *ερημος* und die *solitudo* der Urkunden. Solche künstliche Einöden sind es, die Klöstern überwiesen wurden, wie die *Mön* dem Bonifacius für Fulda, denn nur so erklärt sich der scheinbare Widerspruch, daß der Zustimmung oder des Verzichts der Umwohner zur Schenkung der „Einöde“ gedacht wird, sie mußten eben dem Machtgebot der *Trustis* weichen.

Die fränkische Mark und ihre Durchführung im Eroberungsland ist nach Nibel ein Werk der fränkischen Könige. Sie wurde planmäßig geschaffen und gleichzeitig Forsten, sonstiges Königsgut — *regnum* Reich — sowie Einzelgüter für Private ausgeschieden, wie wir bei der Ausstattung des Sachsenherzogs Widukind und anderer Großen sehen können. Aber auch der Klein- und Streubesitz wurde dabei geregelt und zusammengelegt, von ihm beansprucht der König ein Zehntel. So entstanden die kleinen Splitter, die schon früh im Besitz des Reiches auftauchen. Der Aufstand der Thüringer 785/6, die wiederholten Erhebungen der Sachsen wurden nach Nibel durch diese Marksetzungen verursacht. Eine Stütze für seine Theorie sieht Nibel in Fällen, in denen Gemeinden von ihrem Genossenschaftswald durch verschiedene nicht beteiligte Bemerkungen getrennt sind, denn das habe nur eine selbstherrliche Behörde anordnen können. Uebrigens kam auch die Aufteilung von Wald unter die Interessenten vor. Die *Waldland*ausweisung als Besitz des Königs war grundsätzlich von den fränkischen Herrschern ausgesprochen, die tatsächliche Durchführung erfolgte freilich in einzelnen Fällen erst im späteren Mittelalter, aber stets nach dem gleichen Verfahren.

Diesem Vorgehen verdanken nach Nibel die Markgenossenschaften ihre Entstehung, sie sind eine zwangsstaatliche Einrichtung. Die altgermanische Mark, die das *Waldland* nicht einschließt, sondern durch es von andern Marken getrennt wird, wurde von den Franken unter Aufteilung des *Waldlandes* beseitigt. Daß es vor dem Eingreifen der Franken keine organisierte Markgenossenschaft gab, lehren uns die Verhältnisse Englands, es beweisen es Schenkungen einzelner Deute, die über ihren Anteil ohne Einspruch der Genossen verfügen — so bei Werden 793. Auch die Markrechte waren früher unregelt. Das alles hat erst die frän-

¹⁾ R. Nibel: „Die Franken, ihr Eroberungs- und Siedlungssystem im deutschen Volksland“. Leipzig-Bielefeld 1904, Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Mark 1901: „Die Reichshöfe im Lippe-, Ruhr- und Diemelgebiet“ und am Hellweg. Ebenda 1907. „Die Dortmunder Reichsleute“.

kische Markensetzung festgelegt und so der Entwicklung bestimmte Bahnen gewiesen.

Wir haben hier eine von den bisherigen Anschauungen abweichende, auf den ersten Blick durch ihre Geschlossenheit bestechende Theorie vor uns. Mübels Ausführungen über den Verlauf fränkischer Markgrenzen sind i. a. als richtig anerkannt, aber es gibt doch Ausnahmen, so daß von einem streng durchgeführten System nicht gesprochen werden kann. So finden wir im Neckartal, daß die Grenzen der Hirschhorner, der Eberbacher Cent und der Zwingenberger Mark nicht einmal den Strom als Grenze achten, sondern über ihn hindübergreifen. Besonders auffällig ist, daß es sich bei Hirschhorn nur um einen schmalen Saum längs des Flusses und den Inhalt der Erzheimer Stromschlinge handelt. Aber auch bei der Abgrenzung des südlichen Teils der Eberbacher Cent sind die Wassersäben nicht ausgenutzt. Wir befinden uns hier in dem den Alemannen entworfenen Gebiet, aber trotzdem sind die Marken offenbar nicht planmäßig von Beamten geschaffen, sondern sie stellen sich dar als nachträglich festgelegte Nutzungsbezirke der Siedlungen, wie sie im Wettbewerb der Nachbargemeinden sich ausgebildet hatten. Am Niederrhein hat Weymann¹⁾ ähnliche Ausnahmen nachgewiesen. Für die Gegend von Brauweiler kommt Oppermann²⁾ zu dem Ergebnis, daß die Centen schon auf römische Verhältnisse zurückgehen und nur von den Franken übernommen wurden. Eine bewußte ordnende Tätigkeit der fränkischen Könige liegt in einzelnen Gebieten, wo militärische Gesichtspunkte die Schaffung geschlossener fränkischer Kolonien nötig machten, bestimmt vor, nicht aber überall. Vielmehr wird wohl Dopsch³⁾ recht haben, der die Marken der Karolingerzeit bezeichnet als „das Ergebnis einer fortgesetzten Aussonderung ursprünglich noch herrenlosen Wildlandes, dessen Nutzung den anrainenden Siedlern niemand wehrte, durch die immer kräftiger vordringenden Grundherrschaften oder auch freie Grundeigner“. Ob so freie oder grundherrliche Marken entstanden und welche Nutzungsrechte den Genossen zufielen, hing davon ab, wer zuerst den Boden in Besitz genommen hatte und wer sich als der stärkere erwies. Grundherrliche und

freie Marken sind gleich alt, ebenso der unbefahrene Privatwald.

Mübel sah in der Schenkung von Nutzungsanteilen den Beweis dafür, daß die Mark noch nicht organisiert war. Es reichen solche Schenkungen aber bis in das späte Mittelalter herab.¹⁾ Da liegt doch die alte Auffassung näher, daß es sich um Marken handelt, in denen die Rechte schon von der Hufe losgelöst waren, „Alliencharakter“ angenommen hatten.

Im folgenden soll die Entwicklung in den einzelnen Gebieten erörtert werden. Natürlich kann es sich nicht um eine erschöpfende Darstellung, sondern nur um einen Überblick und die Erörterung einzelner Fälle handeln. Daß noch viele Punkte unsicher sind, beruht darauf, daß wir darauf angewiesen sind, aus viel jüngeren Zuständen auf die früheren zurückzuschließen. Die Verhältnisse am Niederrhein haben in neuerer Zeit, außer Weymann, Ilgen und Hammers erörtert.²⁾ Die großen Waldmarken dieser Gegend — Rottensforst, Flammersheimer Wald, Weseler Wald, die Burge bei Düren, der Probstei-Gschweiler und Rothbergerwald, der Reichs- und Alfcherwald — waren altes Königsgut, an denen die anstoßenden Orte ausgedehnte Nutzungsrechte erwarben. Ja am Probsteiwald erlangten sie sogar das Grundeigentum, die Mark war im 15. Jahrhundert aus einer grundherrlichen eine freie geworden. Auch die Beke bei Bonn und die großen Wälder um Jülich waren von jeher grundherrlich. Das älteste Weistum der Wehrmeistereiwaldbungen kennt nur einen freien Gemeinewald, den von Nieberau.³⁾ Ob der sich bei Frimersheim zwischen sicher altköniglichen Waldbesitz einschließende Markwald einer ursprünglich freien Mark gehörte, muß nach dem von Köhsche⁴⁾ mitgeteilten Material dahingestellt bleiben. Wohl aber besaßen einzelne Gemeinden, wie Remagen, schon früh Gemeinewald.⁵⁾ Für das eigentliche Gebirgsland der Eifel, Hunsrück, Idar und Soon

¹⁾ Untersuchungen zur d. Staats- u. Rechtsgeschichte 106. 1911. R. Weymann: „Die Mark- u. Waldberechtigungen des Niederrheins“.

²⁾ Weist. Bschft. f. G. u. R. 1908. Oppermann: „Die älteren Urkunden des Klosters Brauweiler“.

³⁾ A. Dopsch: „Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit“ I. Weimar 1912. Vergl. auch Heußler: „Deutsche Verfassungsgeschichte“. Leipzig 1905, der Mübel für das Eroberungsland zustimmt, aber für das Volksland seine Anschauung ablehnt.

¹⁾ Zum Beleg mögen dienen: Urkunde für Alkenberg von 1281. Saccombet, Urkundenammlung z. Gesch. des Niederrheins II. 443, R. v. Falkensteins von 1326; Smoler, „Historische Blicke aus d. Forst- u. Jagdwesen“ p. 164 Fußnote, 1323 für H. v. Redichshusen und Eberhard, Mübel Dortmunder Urkundenbuch p. 284 und 1842 für R. u. H. v. Ariste ebenda p. 384.

²⁾ Weymann a. a. O. Weist. Bschft. f. G. u. R. Ilgen „Die Grundlagen der mittelalterlichen Wirtschaftsverfassung“. Hammers: „Die Waldberechtigungen in der Aachener Gegend“ Dissertation Aachen 1913.

³⁾ Weist. Bschft. f. G. u. R. 1907. Schwarz: „Zur Geschichte d. rhein. Pfalzgrafschaft“ p. 168. Ritz: „Urkunden u. Abhandlungen z. Gesch. d. Niederrheins“ 1824. Oppermann a. a. O.

⁴⁾ Köhsche: „Studien z. Verwaltungsgeschichte d. Grundherrschaft Werben“. Leipzig 1900.

⁵⁾ Saccombet, Urkundenbuch p. 284.

und ursprünglich freie Marken nicht zu erweisen. Im Gebiet zwischen Mosel, Saar und Ruwer mußten nur die jüngeren, nicht die älteren Gemeinden den Forsthafer entrichten, aber wohl nur, weil diese ihre Nutzungsrechte erworben hatten, ehe der Grundherr ihnen großen Wert beilegte.¹⁾

Böhl²⁾ glaubt in der Vorderpfalz und in wenigen unbefiedelten Tälern der Westpfalz freie Marken nachweisen zu können. In den letzteren habe aber die Grundherrschaft das Eigentum an sich zu ziehen geübt, während die Äcker bis 1500 frei blieben. Das mag i. a. zutreffen, nur für den Bereich des Klosters Hornbach — Marken Wilgartswiesen, Queichhambach, Balbfischbach, Queidersbach, Glanmünchweiler, Weidenheim und Nimbach — ist es nach meiner Meinung wenigstens gerade so wahrscheinlich, daß es sich um ursprünglich grundherrlichen Besitz handelt, an dem die Orte Nutzungsrechte erworben haben. Denn zu Waldfischbach gehören die Strafen und die Mäst dem Abt, wohl ist auch das Bauholz den Märkern frei, aber die Ausmärker gehen ebenfalls frei aus, wenn sie nur beladen haben, ehe der Förster sie antrifft. Die Vorzugsrechte der Märker sind also recht gering.

Mit Müller und Ruby übereinstimmend bezeichnet Böhl weiter die Pfälzer Gaingeraiden als freie Markengenossenschaften. Diese nahmen den Ostabhang der Harzt und Nordvogesen ein und gehörten jeweils einer größeren Anzahl von Gemeinden. Es waren 15 ober, wenn man mit Serini den Hagenauer Wald mitzählt, 16.

Böhl sieht die Freiheit der Marken durch den Umstand als erwiesen an, daß sie als reichsunmittelbar und im Eigentum der Dörfer stehend betrachtet wurden. Das ist für das Ende des Mittelalters zutreffend. Müller³⁾ glaubt dagegen, daß die Tradition, Dagobert II. habe die Gaingeraiden den Dörfern zum Dank für Hilfe bei einem Aufstand geschenkt, insoweit begründet sei, daß dieser den schon länger bestehenden Markengenossenschaften die Organisation verliehen habe. Er selbst sagt andererseits, im 6. Jahrhundert sei das

ganze Gebiet vom Bienwald bis zum Nahegau ein Königsforst gewesen.

Obwohl die Dörfer im späteren Mittelalter zu den verschiedensten Herrschaften gehörten, ist sicher, daß wir im ganzen Gebiet der Gaingeraiden altes Reichsgut vor uns haben. Darum konnte Konrad II. 1035 die Dürkheimer oder sechste Gaingeraide zur Ausstattung des Klosters Limburg benutzen, dem daher auch später noch die Mäst meist allein, in einem Teil gemeinsam mit dem Vogt zustand. Auch die Hergheimer und die Bohenheimer Geraide sollten zu Kloster Limburg gehört haben. Gestützt auf die Rechte des Reichs ordnete Friedrich Barbarossa die Verhältnisse der Oberhaingeraide und wies dem Kloster Eufertal bei der Stiftung nicht nur das Mitnutzungsrecht, sondern auch ein Drittel der Strafen zu. Und darum war Rudolf von Habsburg befugt, 1291 der Stadt Landau in dieser Geraide das Mitmärkerrecht zu verleihen. Die Geraiden sind daher doch wohl als Nutzungsgenossenschaften aufzufassen, die seit alten Zeiten Holz und Weide im Königswald genossen und diese Rechte behaupteten; i. F. des Verfalls der Reichsgewalt sind sie zu Eigentümern emporgestiegen. Bei der Zersplitterung dieses Gebietes in kleine Herrschaften ist es begreiflich, daß die Eifersucht der verschiedenen Herren ihnen dabei zugute kam. Und doch haben einzelne Grundherrschaften auch in ihnen Rechte und Anteile erworben, so Kloster Weisenburg in der ersten, Burg Pleißweiler in der zweiten, Lindenburg in der 12. und Wachenheim in der 13. Gaingeraide. War wirklich der Heilige Forst zu Hagenau mit dem Wangenauer und Brumather Gewäld ursprünglich eine Gaingeraide, so zeigt seine Geschichte, daß die Entwicklung auch anders verlaufen konnte.⁴⁾ Hier blieb der Hauptteil des Waldes lange Reichsgut, ging dann in den Besitz verschiedener Fürstenhäuser über, von denen ihn die Staufer erwarben, mit deren Aussterben er wieder an das Reich fiel. Die Stadt Hagenau verlor ihren Anteil am Wald Barbarossa und Karl IV.

In der badiſchen Pfalz hatten die Schriesheimer und die Reichhardshäuser Gent eine den Gaingeraiden ähnliche Entwicklung, sie führte von okkupatorisch erlangenen Nutzungsrechten bei letzterer zu vollem Eigentum der Gemeinden, bei der andern zu einer hälftigen Teilung mit dem Landesherren. Zahlreich sind in dem Hügelland südlich des Odenwalds alte Gemeinden, die eigenen freien Gemeinewald seit alter Zeit besitzen, d. h. altfreie Einzelmarkengenossenschaften, die ihr

¹⁾ Ergänzungsheft XIII z. westb. Zschft. f. G. u. R. Herzog: „Entstehung der Landeshoheit“ des Trierer Erzbischofs... Hamm: „Die Wirtschaftsentwicklung der Mark Rhammen“. Dissertation München 1905. Fröhlich: „Geschichte der Mark Thalfang“ 1895. Westb. Zschft. f. G. u. R. 1905. Herlein: „Das Hochgericht auf der Heide“ und ebenda 1909. Derselbe: „Das pfälzische Oberamt Stimmern“. Bad., Fr.: „Das Kloster Rabengiersburg usw.“ Koblenz 1841/53.

²⁾ D. Böhl: „Die Rechtsverhältnisse d. rheinpfälz. Waldungen“. Dissertation. Heidelberg 1909.

³⁾ Pfälzerwald 1905. Müller: „Die Geschichte der pfälz. Gerabewaldungen“. Ferd. Ruby: „König Dagobert und d. Gaingeraiden“. Eckenfoden 1885.

1917

⁴⁾ Beder: „Geschichte der Reichslandvogtei im Elsaß“ 1905. Zschft. f. d. G. u. R. d. Odenwalds 1897. Witte: „Der Heilige Forst und seine ältesten Besitzer“. Beiträge zur Volkskunde von Elsaß-Lothringen 1888. Mey: „Geschichte d. Heiligen Forstes bei Hagenau“.

Eigentum bewahrten. Größere wohl ursprünglich ebenfalls freie Marken waren hier Bretten und Eppingen. Das letztere hat dann einen Teil seiner Mitmärker zu Berechtigten herabgedrückt, die anderen durch Teilung abgefunden.

An der Südgrenze des fränkischen Gebiets waren im Rheintal die alte Forchheimer, die Malscher und die Ettlingen-Speffarter Mark bis zum Moosaltal wahrscheinlich freie Marken, während die weiter östlich gelegenen Gebirgswälder zum Königsgut gehörten, in denen die Gemeinden durch grundherrliche Siedelung entstanden. War ja auch Ettlingen selbst Reichsbesitz, doch liegen für eine grundherrliche Entstehung der Markgenossenschaft keine Anzeichen vor. Bei Rastatt sind die Wälder so früh geteilt worden, daß die ursprünglichen Eigentumsverhältnisse nicht mehr zu erkennen sind, um 1370 bestanden freie Gemeindewaldungen neben grundherrlichem Sonderwald. Die große Badener Mark, in der nach Gotheim das Reichsgut erst spät ausgetrennt wurde, war ursprünglich wohl königlich-grundherrliches Eigentum. Denn Eobwig hat bei der Grenzfestsetzung gegen die Alemannen gerade dieses Gebiet wegen der heißen Quellen an sich gezogen und schon früh ist eine Vergabung an Kloster Weisenburg erfolgt.¹⁾ Königsgut war offenbar auch das ausgedehnte Waldgebiet, das von der Alb bis gegen Darmstadt zieht, denn auch die älteren Gemeinden haben überwiegend nur Nutzungsrechte, nicht Eigentum daran erworben, während viele von ihnen dafür in der Rheinniederung oder im Hügelland freien Gemeindewald besaßen. In der von den Karolingern dem Kloster Borsch geschenkten Heppheimer Mark, in der Michelsstädter Mark und den übrigen Centen der Grafschaft Erbach liegt wohl ursprünglich königlicher Besitz mit weitgehenden Nutzungsrechten der Anwohner vor.²⁾

In der Taubergegend bestand noch 1404 die eine große freie Mark „auf der Hardt“. Daneben besaßen viele Gemeinden altfreien Gemeindewald und im 16. Jahrhundert fand hier noch die Bildung einer freien Waldmark statt, indem die Gemeinden Dungenbors, Bermuthshausen und Wildentierbach aus der Gemarkung des eingegangenen Hohenweilers einen gemeinen Wald machten. Ihr Eigentum beweist drastisch das „Saufrecht“, d. h. der Brauch, den Erlös aus dem Holz zu vertrinken. Im übrigen württembergischen Franken waren dagegen nach Vossert wenigstens

im 15. Jahrhundert keine freien Marken vorhanden. Ebenso schreibt Weller der Mehrzahl der Dörfer im Weiler rechts des Neckars grundherrlichen Ursprung zu. Auch die Mark der „sieben Dörfer“ zwischen Steinheim und Kleinspach war grundherrlich.¹⁾

Ob die Miltenberger Mark ursprünglich frei war, ist unsicher, später hat die Stadt die Obermärker erworben und die Mitmärker zu Berechtigten herabdrücken wollen.²⁾ Für den Untermaingau hat Imgram zu beweisen gesucht, daß hier die Markenbildung erst um 900 einsetzte. Im einzelnen wird ihm darin kein zustimmen sein, daß die Biebermark altfrei war; auch die Roeder scheint mir bei dem Vorkommen ausgedehnter Königswalden doch fraglich. Die Rheingauer Haingeraide war wohl eine altfreie Großmark, die 1158 zum erstenmal geteilt wurde, doch ist eine gewisse Zurückhaltung im Urteil nötig, da die wichtigste Quellenansammlung Bodmanns nicht unbedingt zuverlässig ist.³⁾

Die Verhältnisse der hessischen Marken hat Barrentrapp eingehend untersucht. In der Wetterau bestanden, wie schon Schatzmann 1746, barlegte keine altfreien Marken, in denen auch später der Obermärker keine überragende Stellung erlangt hatte. Noch im 16. Jahrhundert wurde er in verschiedenen Marken frei gewählt und die Bingenheimer Märker tauschten das Geschlecht ihres Obermärkers, um wirksamere Schutz zu gewinnen. Ebenso gab es in dem spätkolonisierten hessischen Bergland und dem Thüringerwald altfreie Marken, daneben viele, die erst allmählich frei geworden sind. Im allgemeinen entstanden nach Barrentrapp sofort bei der Niederlassung die Markgenossenschaften. Diese teilten aber zunächst nur einen kleinen Teil des Gebietes auf. An den dazwischenliegenden Wäldern übten sie Nutzungsrechte aus, in Bezirken ohne feste, ja gegen die Wildnis hin ohne jede Grenze. So konnten denn auch Verhältnisse entstehen, wie beim Freiwald, der dem Kloster Georgental geschenkt wurde, an dem aber verschiedene entfernt

¹⁾ Herwagen: „Die Lage der Bauern . . . i. d. Taubergegend“. Dissertation Heidelberg 1899. Württ. Jahrb. f. Statistik 1886. Vossert: „Fränkisches Gemeinderecht“. Württ. Vierteljahressch. 3. Bandesgeschichte 1894. Weller: „Die fränkische Ansiedelung . . .“.

²⁾ Hohlhausen: „Von denen Gerechtsamen u. Pflichten eines Obermärkers“. 1757.

³⁾ Imgram: „Geschichte der Markgenossenschaft im unteren Maingau“. Dissertation Münster 1918. Burt: „Befugnisse der Vorrechte“. Offenbach 1744. Fellner: „Geschichte d. Frankfurter Stadtwalds“. Dissertation München 1895. R. Franke: „Geschichte des Rheingauer Markwaldes“. Vierteljahressch. f. Volkswirtsch. u. Kulturgesch. 1872. Bsch. f. Rechtsgeschichte. G. M. XXIV. G. Mayer: „Das sogenannte Rheingauer Landrecht“.

¹⁾ Seeger: „Beitrag z. G. d. Waldungen d. Stadt Ettlingen“. Dissertation Karlsruhe 1908. Gotheim: „Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds“ I. 1892 p. 185. Hierordt: „Baldische Geschichte“ 1865 p. 105.

²⁾ Klinger: „Die Centen der Grafschaft Erbach“. Dissertation Straßburg 1912.

gende Gemeinden gemeinsame Rechte besaßen, während näher liegende Orte die dazwischen befindlichen Wälder sich zu alleiniger Nutzung angeeignet hatten. Im späteren Mittelalter herrscht in Hessen die geistliche Mark, aber sie ist in vielen Fällen aus der Grundherrschaft, nicht aus der freien hervorgegangen. Schon auf dem 531 den Thüringern von den Franken übertragenen Eichsfeld große freie Marken bestanden, ist trotz der Ausführungen von J. Müller fraglich. Vielmehr lassen die sorgfältigen Aufzeichnungen von Wingerode-Rnorr's erkennen, daß meist alter Reichsbesitz vorliegt, so für den großen Waldbestand um Mühlhausen: Forst, Herzogswald, Hart, Mühlhauser Stadtwald und Steinerwald, weiter für den Fürstentum einschlieflich Heiligenstädter Forst, den Grafen bei Holungen, den Wald zwischen Ammern und Sulungen. Auch für das Segel bei Holungen und den Hainich ist alter Reichsbesitz wahrscheinlich. Am nächsten wäre der Hohenberg — Obinsberg — bei Hainichen als allfreie Mark anzusprechen. Aber auch hier sind die Orte überwiegend jungen Alters, also wohl Grundherrschaftlichen Ursprungs. Ebenso spricht für grundherrschaftliches Eigentum am Walehagen, was bei der Gründung des Klosters Gerode 1124 gesagt wird: *Willelmi quaedam novalium Hildenhagen, Immedal, Juzenbach, Haselbach, Solebach, Walehagon quousque usque ad Wizzanbrunnon, qui cives terminum habent in silva S. Michaelis tantum, quantum iactus securis comprehenderit.* Die Dörfer haben also lediglich ein Nutzungsrecht als Anrainer in einem noch nach vorfränkischer Weise durch Weidewerk begrenztem Streifen. Auch für Nordthüringen ist das Vorkommen von ursprünglich freien Waldmarken, nach dem was Schlüter über die Besiedelungsgeschichte mitteilt, wenig wahrscheinlich. Zwar hatten Meier und Rackwitz die Marken des Helmegaus älter als den Reichsbesitz. Doch ist ihre Beweisführung nicht zwingend. Der Siebengemeindewald — 1341 „das Holz aller Dörfer gemein“ —, an dem 12 Gemeinden teilhatten, ist nach der Tradition Schenkung einer fürstlichen Person. Von diesen Gemeinden waren Berga, Görsbach und Worrieth 802 mit ihrer ganzen Flur Königsgut, Bösenroda und Timmenroda sind junge Gründungen. Von den Orten der Windehauser Markgenossenschaft waren Windehausen, das später zwei Drittel der Rechte besaß, Grumbach, der Sitz des Markvogtes, und 9 andere ebenfalls 802 mit den ganzen Gemarkungen Königsgut. Vom Gibichenhagen ist der mittlere Teil immer Reichsgut bzw. landesherrliches Eigentum geblieben. Nur für die Mark von Questenberg fehlen ähnliche Anhaltspunkte. In dem an der sächsischen Grenze gelegenen Hesttenwald waren nach Varrentrapp, wie

bei den niedersächsischen Marken, die Erzeugnisse die wahren Eigentümer.¹⁾

Noch ein fränkisches Gebiet ist zu erwähnen, Drenthe. Hier hat sich die freie Mark immer erhalten, indem die Bauern dem Eindringen der Grundherrschaft erfolgreich widerstanden. Die Verhältnisse liegen hier ähnlich, wie im benachbarten Friesland. Denn auch dort hat die freie Mark, der allerdings meist der Wald fehlt, langen Bestand gehabt.²⁾

Für das Gebiet, das den Alemannen nach ihrer Unterwerfung durch Clodwig verblieb, ist zunächst festzustellen, daß die Ausscheidung von Markwäldern in vielen Teilen erst spät erfolgte. So führt Schotte mit Recht darauf die Streitigkeiten zwischen St. Gallen und den Gaubewohnern zurück. Im Berner Jura ist der Wald erst im 14. Jahrhundert ausgesondert worden, auch in Unterwalden geschah dies erst spät, da die schwache Bevölkerung keine Beschränkung der Nutzungen nötig machte. In der Nordschweiz finden sich seit Beginn der Nachrichten zahlreiche grundherrschaftliche Marken neben freien, und zwar wiegen die nur eine Gemeinde umfassenden Marken weitaus vor. Die spätere Entwicklung führte hier vorübergehend dazu, daß fast alle Marken grundherrschaftlich waren. Doch fiel meist das echte Eigentum am Gemeindeland der Dorfgemeinschaft schließlich zu, obwohl die Grundherrschaft weiter bestand, nur daß sie vom Adel an Städte überging.

Im Berner Jura hat der Bischof von Basel früh das Waldeigentum beansprucht und dann auch gegen die nutzungsberechtigten Gemeinden behauptet. Im Berner Oberland bildeten im späteren Mittelalter Oberhasli, Urseren und Entlibuch geschlossene Genossenschaften, denen auch ein Teil der Wälder gehörte. Da aber die Stadt Bern als Landesherr den übrigen Wald beanspruchte, bleibt die Frage nach den ursprünglichen Rechtsverhältnissen offen. Dagegen war das Grindelbacher Tal durchaus grundherrschaftlich. Das Gleiche gilt von Engelberg und Einsiedeln. Am interessantesten sind die Verhältnisse in den drei Urkantonen, von denen Schwyz oft als Vorbild einer großen freien Mark bezeichnet worden ist. Auch Wyß neigt in seiner sorgfältigen Untersuchung über die schweizer-

¹⁾ Varrentrapp: „Rechtsgeschichte und Recht der gemeinen Marken in Hessen“. Teil I. Marburg 1909. Schazmann, Diss. iuridica „De iure communitatum...“ Göttingen 1746. Forschungen z. Thür.-sächs. Geschichte II 1911. Joh. Müller: „Frankenkolonisation auf dem Eichsfeld“. v. Wingerode-Rnorr: „Die Wälder des Eichsfeld“. Halle 1908. O. Schlüter: „Die Stadelungen im nordöstlichen Thüringen“. Berlin 1908. Mittell. d. B. f. Erdkunde. Halle 1888/90. Meier u. Rackwitz: „Der Helmegau“.

²⁾ Fall: „Das Eigentum an Grund u. Boden in Drenthe“ Dissertation Würzburg 1914. Nachschl. a. a. O.

rischen Bandgemeinden dieser Anschauung zu, da die Schwyzler schon vor der Loslösung von Habsburg Eigentum an der gemeinsamen Mark besaßen und freie Grundeigentümer den Kern der Gemeinde bildeten. Doch waren sie nach Schweizer schlechter gestellt als die Freien anderer Gebiete. Während diese sich ihren Amtmann selber wählen durften, empfingen ihn die Schwyzler von der Herrschaft und mußten „sich noch glücklich preisen, wenn ihnen einmal versprochen wird, daß kein Unfreier oder Fremder ernannt werden soll“. Der Vogt nahm an der Ausübung der Gemeinde-rechte teil, „unter seiner Autorität werden die Beschlüsse gefaßt, seine wenigstens stillschweigende Zustimmung ist mit erforderlich, er bezieht einen Teil der Bußen“ (Wys). Erst die Befreiung von der Vogtei beseitigte diese Rechte, die ich als die letzten Reste der Grundherrschaft ansehe, sie beendete eine Entwicklung, die mit der Niederlassung freier Männer im Bereich des Königs-gutes und der Ausübung von Nutzungen an einem Wald begonnen hatte, von dem ursprünglich galt, was eine Urkunde Heinrichs II. 1008 über das angrenzende, bald auch von den Schwyzern zur Hälfte an sich gerissene Einsiedler Gebiet sagt: *silva invia et inculta et ob hoc nostrae proprietati deputata*. Die ursprüngliche Wertlosigkeit der Waldbnutzungen, die Entlegenheit des Gebietes, die Schwäche der Zentralgewalt mögen die Ausdehnung der Nutzungsrechte gefördert haben. In Uri bestanden vor der Befreiung mehrere große Grundherrschaften, obwohl Wald und Allmende wahrscheinlich dem ganzen Tal gemeinsam waren. Dagegen waren diese in Unterwalden unter die Gemeinden geteilt, die z. T. grundherrlich waren. Das Gleiche gilt für Appenzell, Glarus, Zug, Graubünden und Wallis.

Altgrundherrliche Marken sind die Bischofshöri um Konstanz und die Allmende der Baar, die den Ostabfall des Schwarzwaldes und das vorgelagerte Riet umfaßte. Denn die Genossen konnten die Anlage von Klöstern und Städten auf der Allmende durch die Herrengeschlechter nicht hindern und erhielten selbst von diesen ihre Einzellammen aus der Gesamtmark zugewiesen. Auch im eigentlichen Schwarzwald sind grundherrliche Marken häufig. Hierher gehören die

Gengenbacher Mark und die später reichsfreien Täler bei Zell-Harmersbach, denn diese haben ihre Reichsfreiheit erst spät erworben, weiter die Dornstetter Mark trotz des ausgedehnten Jagdrechtes der Eingeseffenen. Waren doch von diesem nicht nur Rotwild sondern auch Rehe ausgeschlossen und mußten von den schädlichen Tieren Teile als Anerkennung des Herrschaftsrechtes eingeliefert werden. Vor allem aber war für Holz- und Weidenutzung eine Haferabgabe zu leisten. Schwieriger sind die Verhältnisse in der Rheinebene und den Vorbergen zu beurteilen. Die Sasbacher, Bähler, Steinbacher, die große Rorke und die Ulm-Richtenauer Mark waren wohl frei. Nicht so sicher ist dies für die große Rinzigdorfer Mark, die schon früh in einen Verband um Ortenberg und einen andern um Griesheim zerfiel. Denn der alte Offenburger Stadtwald war, wie Gothein gezeigt hat, Reichslehen, ebenso der Gotteshauswald, an dem die Gemeinden des Griesheimer Verbands die Nutzung. Kloster Gengenbach aber das Eigentum besaß. In der Ortenberger Mark wurde Offenburg Markherr. Offen bleibt die Frage nach dem ursprünglichen Eigentum für die Marken des vorderen Neck- und des Durbachtals, die Ulmhardt, Hardtwald und Mooswaldgenossenschaft. In der schwäbischen Alb ist nach Weller die Münfinger Gemeinmark der Hartorte eine altfreie Hundertschaftsmark und ebenso im Allgäu der Zwölfpfarrwald nach Baumann der Rest einer solchen. Frei waren auch, wie Haß ausführt, verschiedene Marken des ostalemannischen Gebirgslandes, so die von Pfronten und jene von Nesselwangen, denn obwohl Wildbann und Obrigkeit 1059 an Augsburg fielen, wurde das Eigentum nie bestritten.¹⁾

Aus dem Gebiet des bairischen Stammes ist wenig über Markgenossenschaften überliefert, während Privatwald bereits in der *lex Bajuvariorum* erwähnt wird und eine Fülle von Grundherrschaften uns in den Schenkungsurkunden der Agilulfingerzeit entgegentritt. Auch spricht die Kleinheit der meisten Gemarkungen gegen die Annahme, daß früher umfangreiche freie Markgenossenschaften in größerer Zahl vorkamen. Im Egerland überwog stets der grundherrliche Besitz, im Oesterreich o. d. E. ist nach Krüppin „auch gemeinsames Eigentum der Anrainer am Wald überliefert“. In entlegeneren Teilen der bairischen Alpen ist die Regelung der Eigentumsverhältnisse vielfach erst im 17. und

¹⁾ Müntz. Beiträge z. Geschichtsforschung XVII 1908, Schötle: „Studien z. Geschichte d. westf. Mark“. Gierke: „Deutschrrechtliche Untersuchungen“ 74 1905, Rennefahrt: „Die Allmend im Berner Jura“. Zischl. f. Schweiz. Recht I 1852, Wys: „Die Schweiz. Bandgemeinden“, ebenda X. 1862. Heußler: „Die Rechtsverhältnisse am Gemeinland in Unterwalden“. Staats- u. sozialwiss. Forschungen 2. 1879. A. v. Miasowskij: „Die Schweiz. Allmend usw.“. Jahrbuch f. Schweiz. Geschichte X 1885. 7. B. Schweizer: „Die Freiheit der Schwyzler“. Der Geschichtsfreund 48. 188. D. Ringholz: „Geschichte d. früh-Benediktinerstiftes u. d. f. z. Einsiedeln...“

²⁾ Gothein a. a. O. Trenkle: „Der Rorke Waldbrief d. 1476“. Karlsruhe 1880. E. Weiß: „Die Gemeinde u. Gemarkungsverhältnisse des bad. Rebortes Durlach. Dissertation Heidelberg 1910. Vierteljahressh. zur Landesgesch. Württemberg VII 1898. Weller: „Die Besiedelung d. Alemannenlandes“. Baumann: „Geschichte d. Allgäu“. Rempfen p. 128. K. Haß: „Gesch. e. ostalemann. Gemeinlandverfassung. Dissertation Würzburg 1902, sowie die Weistümer bei Grimm.

3. Jahrhundert erfolgt, der Wald wurde meist stark mit Rechten belastetes Staatseigentum. Ebenso war nach Wopfner in Tirol das Eigentum an den Allmendenden im 11. Jahrhundert noch unregelt, im 13. das Allmendregal der Landesherren durchgeführt, das auch mit unter dem Einfluß des Bergbaus und seines großen Holzbedarfes „zu Eigentum im Sinn des römischen Rechtes verdichtete“. Selbst in den Hofmarken anderer Grundherren drang dieser Anspruch durch. Nach ihren Weistümern möchte man Dorf und Au Dostal, Schluders, Carein und Steinegg für vielleicht altfreie Marken halten, jedenfalls war deren Verbreitung im ganzen Bereich des bairischen Stammes gering.¹⁾

Ueber die nieder-sächsischen Marken besteht eine ansehnliche Literatur.²⁾ Während Haff ihr Bestehen schon im 8. Jahrhundert versieht und nicht freie Markennutzung, sondern einen Kreis alleinberechtigter Hufenbesitzer annimmt, worin er mit Schaumann und Lappe übereinstimmt, hält Schotte für sicher, daß bis zum Ende der Karolingerzeit von Markgenossenschaften nicht geredet werden kann, sondern nur von einer gemeinschaftlichen Nutzung an dem zwischen den Siedelungen liegenden Oedland. Vermittelnd gibt Barrentrapp zu, daß zwar keine Markgenossenschaften im späteren Sinn, aber doch genossenschaftliche Verbände irgend einer Art bestanden. Ich möchte mich dem anschließen. Denn was Seiberg mitteilt über die Entwicklung der Rechte am Arnsbergerwald mit seinen 4 Haupt- und 19 Untermarken, zwischen denen Sonderwaldungen des Reichs, später der Landesherren lagen, wobei doch noch den Herren Mastvorrechte in den Marken zutamen,

¹⁾ Studien u. Darstellungen a. d. G. d. Geschichte 1908. Faßlinger: „Die wirtsch. Bedeutung usw.“ Mitt. d. geogr. Gesellschaft München 1908. Reindl: „Dörfer u. Weller in Südbayern“. Zentralbl. f. d. g. Forstw. 1913. „Die erste Forstordnung für Eger“ ebenda 1895, Kschipin: „Die Anfänge d. öst. Forstgeschichte“. Schwappach: „Forst-, Jagd- und Fischereipolitik“ 1895 p. 76. Forst. z. in. Gesch. Oesterreichs III, Wopfner: „Das Allmendregal der Tiroler Landesfürsten“.

²⁾ Schotte a. a. O. Vierteljahrsh. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. VIII 1910. Haff: „Markgenossenschaft u. Stadtgemeinde in Westfalen“. Schaumann: „Gesch. d. nieder-sächs. Volkes“. Göttingen 1839. Gierke: Unterf. z. d. Staats- u. Rechtsgesch. 97. 1908. Lappe: „Die Bauerschaften der Stadt Geseke“. Dieser: „Das Nordbläner Markenrecht“. Beilage z. B. d. Pro gymnasium Bienen und „Die Bauerschaften und Juden der Stadt Salztotten“ in Beherle, Deutschrechtliche Untersuchungen VII 1912. Philippi: „Die Erbergen i. d. sächs.-westf. Markgenossenschaft“. Dissertation Münster 1914. Seiberg: „Landes- und Rechtsgeschichte d. Herzogtum Westfalen“. 1860/75 u. „Quellen der westf. Geschichte“. 1857/69. Grunert, Forstblätter. Suppl. I 1872. Seidensticker: „Ueber die genossensch. Holzungsrechte“. Dieser: „Ueber den gesch. Ursprung usw. d. Interessentenforsten“. Peine 1853. Meyer v. Anonau: Jahrb. d. Reichs unter Heinrich IV. II, 228 ff.

läßt sich am besten erklären, wenn wir annehmen, daß in altsächsischer Zeit solche Nutzungsverbände bestanden, welche die näher liegenden Teile des Wildlandes für sich allein beanspruchten und in denen die Rechte wenigstens teilweise fest mit dem Hofbesitz verknüpft waren, während dazwischen noch ausgebehnte herrenlose Gebiete lagen, die dann dem Könige zufielen. Auf solche Gebiete bezieht sich wohl die Klage der Sachsen gegen Heinrich IV: „pupilla et advena quivis — indigenas prohibent silvis communibus uti — pascua praeripiunt, abigunt armenta gregesque — herodes circumvenit, vi praeda tollunt“; die auch Schotte als Beweis für das Vordringen der Grundherrschaft geltend macht. Es war die Auseinandersetzung des Königs, der, auf die fränkische Rechtsanschauung gestützt, das Wildland als res nullius in Anspruch nahm, mit den Erbergen — Bauern und kleinen Grundherren — die es zu ihrer bisher nicht abgegrenzten Mark ziehen wollten, d. h. eine Folge der angewachsenen Bevölkerung. Verschärft mag den Streit haben, daß wie Meyer-Anonau annimmt, die Bauern während Heinrichs Unmündigkeit sich vielfach Rechte in Forsten angemacht hatten, die früher unbestritten dem Reich gehörten. Sie machten dabei auch keinen Unterschied zwischen Reichsgut und Kirchengut, wie der Bericht der vita S. Bennonis über die Vorgänge bei Kloster Iburg zeigt: „circum manentes rustici, quos hic commarchiones appellant, porcos suos immittere glandesque saccis asportare et rem episcopi communi usui mancipare coeperunt“.

Allgemein anerkannt ist, daß die Erbergen, d. h. die Besitzer eines berechtigten Hofes, in der späteren Zeit als die wahren Eigentümer der sächsischen freien Mark zu betrachten sind. Aber hinter ihnen saßen schon früh abhängige Leute, ursprünglich wohl Kitten, später auch Freie, die an der Marknutzung nur kraft des Rechtes ihrer Schutzherrn teilnahmen. Aus diesen freien Marken wurden im Laufe der Zeit grundherrliche, aber nicht etwa durch ein Herabsinken der Erbergen in Hörigkeit und Verlust des Eigentumsrechts an einen Herrn, sondern dadurch, daß sie selbst zu Grundherren wurden, die ihre Höfe durch Zinsbauern bestellen ließen, und jenen dann die Marknutzung ganz oder teilweise übertrugen. Der Vorgang wurde beschleunigt durch die Loslösung des Markenrechts von Grund und Boden, so daß es verkauft und verschenkt werden konnte. Dadurch wurde auch die Vereinigung der Erbergenrechte in wenigen Händen ermöglicht. Für manche Marken kann auch die Ansicht Schaumanns zutreffen, daß nach Aufteilung der alten Nutzungsverbände, seiner Großmarken, der einzelne Erbege in seinem Anteil die Nutzungsrechte seiner Hinterlassen

organisierte. Also nicht ein Herabsinken der freien Mark in Abhängigkeit, sondern ein Aufsteigen der freien Märkte zur Grundherrlichkeit. Daneben gab es auch in Niedersachsen schon früh Hofmarkgenossenschaften auf dem Besitz des Königs und der Großen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen: das Bestehen echter Markgenossenschaften in der Urzeit und insbesondere von Markwaldbungen muß als offene Frage betrachtet werden. In vielen Fällen haben sich die Markgenossenschaften erst in und nach der Karolingerzeit organisiert. Soweit die Ueberlieferung reicht, gab es neben freien Marken auch grundherrliche und zwar in verhältnismäßig großer Zahl, vielleicht waren sie immer in der Mehrzahl. Nicht nur die Umwandlung von freien Marken in gemischte und grundherrliche, sondern auch die umgekehrte Entwicklung kam vor. Diese erklärt sich wahrscheinlich daraus, daß vom 12. bis 14. Jahrhundert die alten Grundherrschaften in vielen Gebieten aufgelöst waren in selbständige zins-tragende Bauernwirtschaften und die Lage des Bauernstandes wirtschaftlich günstig war.

Nachmals Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der Badischen Forst- und Domänenverwaltung.

(Von Forstrat Könige, Heidelberg.)

Herr Geheimer Forstrat Dr. Wimmenauer war so freundlich meinem Aufsatz im Oktoberheft 1916 ein Geleitwort hinzuzufügen, das zur Besprechung auffordert und diese alsbald einleitet.

Er berührt dabei die wichtigsten, grundlegenden Punkte, die einer möglichst vielseitigen und eingehenden Untersuchung wohl wert sind. Es sind folgende Fragen:

1. Wird die Leistungsfähigkeit des Betriebsleiters erst durch Zuteilung eines sachlich besonders ausgebildeten Gehilfen aus der Klasse der mittleren oder Unterbeamten auf ihre ganze Höhe gehoben?
2. Ist das von mir angenommene Verhältnis der Leistungsbeanspruchung zwischen Vollbetrieb und Beförderung wie $1\frac{1}{2}$ zu 1 der Wirklichkeit entsprechend?
3. Kann die Größe eines neuzeitlich mustermäßig ausgestatteten Forstamtes im Durchschnitt auf 4000 Vbha bemessen werden, ohne daß dadurch die Gründlichkeit des Betriebs leidet?
4. Genügen für Baden 80 solcher Forstämter, wenn diesen auch die Verwaltung sämtlicher Kameraldomänen überwiesen wird?

Der Herr Geheimrat stellt die Richtigkeit meiner Ausführungen auf Grund seiner eigenen Erfahrungen in Frage.

Hier steht Ansicht gegen Ansicht, Erfahrung gegen

Erfahrung. Der Herr Geheimrat gibt allerdings zu, daß die seine auf einer nur kurzen Verwaltungstätigkeit beruht, die wohl ein Menschenalter hinter der Gegenwart zurück liegt. Die meinige erstreckt sich über die letzten 40 Jahre lückenlos bis auf den heutigen Tag und ist in den verschiedensten Bezirken wie in den verschiedenen Stellungen und Tätigkeiten aller Art gewonnen. Aus solchen Erfahrungen aber haben eine Menge mehr oder minder großen persönlichen Einschlag, können daher eine allgemeine Gültigkeit nur in beschränktem Maß beanspruchen.

Ich habe daher den Versuch gemacht aus den bestehenden Verhältnissen heraus, möglichst auf reinem logischem Weg, die Richtigkeit meiner Sätze zu prüfen und soweit möglich für jedermann prüfbar zu beweisen. Das Ergebnis lege ich der Öffentlichkeit vor.

I. Gehilfenfrage.

Der Herr Geheimrat versichert, daß er seiner Zeit die Beschäftigung mit untergeordneten (subalternen) Arbeiten nicht unangenehm empfunden habe. Für jene Zeit wird das zutreffen, es waren die Zeiten des forstlichen Paradieses. Der Apfel der Erkenntnis hing noch reifend am Baum. Die Schlange der Wissenschaft hatte sich noch nicht im schillernden Kleid heutiger Forsteinrichtung und Statistik genahet. Inzwischen aber hat der Förster längst vom Baum der Erkenntnis genascht und ist, als schuldig geworden, vom Erzengel Gabriel mit dem im Feuer der 150 Sortimente, der sozialen Gesetzgebung und ähnlicher unvermeidlicher Fortschritte entflammten Schwert aus diesem Paradies vertrieben worden. Seitdem schreibt er nicht mehr zur Erholung, sondern im Schweiß seines Angesichts. Hier handelt es sich aber nicht darum, ob der Oberförster die Beforgung solchen Kleinkrams mehr oder minder lästig empfindet, als vielmehr darum, ob die Kraft eines hochschulgebildeten Oberbeamten bei einer solchen Tätigkeit auch wirtschaftlich voll ausgenutzt wird.

Wer dies bejaht und in dem Oberförster den Alleinbeamten für alle mit der Betriebsleitung verbundenen Arbeiten, auch jener niederer Natur erblickt, der muß folgerichtig zu dem Schluß kommen, daß kleine Forstbezirke die Grundlage der Dienst-einrichtung sein müssen. Meines Wissens ist allerdings noch kein Vertreter der Wissenschaft der Gehilfenfrage näher getreten und auch Herr Professor Bühler hat sie in seinen Untersuchungen über die zweckmäßige Größe der Forstbezirke nicht berührt. Alle größeren Forstverwaltungen aber und alle Verwaltungsbeamten, die sich in den Fachzeitschriften darüber geäußert haben, erkennen die Notwendigkeit des „Forstgehilfen“ im Bezirksdienst unbedingt an. Seine Einführung ist, wie

Preußen und Bayern, schon durchgeführt, teils wird erstrebt. Das einzige, namentlich in den kleineren Staaten mit eigenen Forstlehranstalten schwer zu überwindende Hemmnis ist die Uebersahl der vorhandenen Assessoren und das Lebensbedürfnis dieser Anstalten.

II. Das Vollbetriebshektar.

(Vbha.)

Hier wie in den folgenden Punkten beschränke ich mich grundsätzlich auf die badischen Verhältnisse, weil

ich diese allein voll übersehen und beurteilen kann, wie auch meine Ausführungen in dem ersten Aufsatz sich vorweg auf dieses Land beziehen!

Teilt man die Badischen Forstbezirke in solche von über und solche von unter Mittelgröße und teilt man jede der beiden Gruppen (nach dem Badischen Geschäftskalender 1913) in solche mit und solche ohne ständigen II. Beamten oder Assessor, und zieht man aus jeder Gruppe der größeren Ämter jene mit ausschließlich Gemeindewaldungen heraus, so ergibt sich folgendes

Bild I.

Forstämter		Gesamtwaldfläche			Waldfläche eines Amtes					
Gruppe	Zahl	Domänen ha	Gemeinde ha	zusammen ha	Domänen ha	%	Gemeinde ha	%	zusammen ha	Vbha
1. Ueber Mittelgröße (über 3600 ha)										
a) mit ständigem Assessor . .	11	25 437	21 771	47 208	2813	54	1979	46	4292	3622
b) mit zeitweisem Assessor oder ohne Assessor	38	36 720	122 413	159 133	967	23	3221	77	4188	8141
zusammen .	49	62 157	144 184	206 341	1268	30	2943	70	4211	3230
a gegen b .					+ 1346	+31	- 1242	-31	+ 104	+ 481
2. Unter Mittelgröße										
a) mit ständigem Assessor . .	7	10 214	11 509	21 753	1464	47	1644	53	3106	2560
b) ohne Assessor	42	21 799	103 707	125 506	519	18	2469	82	2988	2165
zusammen .	49	32 043	115 216	147 259	654	22	2351	78	3 05	2221
a gegen b .					+ 945	+29	- 828	-29	+ 118	+ 395
3. Ueber Mittelgröße mit rein Gemeindewald (Auszug aus 1)										
a) mit ständigem Assessor . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) mit zeitweisem Assessor . .	5	—	24 072	24 072	—	—	4816	—	4816	3201
c) ohne Assessor	5	—	20 993	20 993	—	—	4198	—	4198	2799
zusammen .	10	—	45 065	45 065	—	—	4506	—	4506	3004
gegen 1b .									+ 318	- 187

Die Ämter unter 1a und 2a haben ständige Gehilfen aus der Zahl der Oberbeamten oder Assessoren, jene unter 1b und 3b vielfach solche Aushilfe zeitweise in der Hauptgeschäftszeit, etwa je 6 Monate, jene unter 2b und 3c haben Dienstaushilfe nur in Extrantungsfällen des Vorstandes.

Es fällt sofort in die Augen, daß für die Gehilfenzuteilung nicht die zahlenmäßige Größe ausschlag-

gebend ist, sondern das Verhältnis, wie die Domänenwaldungen an der Gesamtgröße beteiligt sind.

Nimmt man an, daß die Leistungsfähigkeit eines Amtes durch Zuteilung eines ständigen Hilfsoberbeamten um $\frac{1}{3}$, durch Zuteilung eines solchen für $\frac{1}{2}$ Jahr um $\frac{1}{6}$ gesteigert wird — gewiß eine recht mäßige Einschätzung der Hilfsleistung —, so muß die wirkliche Leistung der Ämter 1a um $\frac{1}{6}$ höher sein als die

der Aemter 1b, und jene der Aemter 2a um $\frac{1}{3}$ höher als die der Aemter 2b. Setzt man ferner die Arbeitsinanspruchnahme des ha: Domänenwald = d, Gemeinwald = g, so ergeben sich folgende Gleichungen:

aus Gruppe 1.

$$\frac{7(967d + 3221g)}{6} = 2313d + 1979g, \text{ woraus}$$

$$g = 0,67d$$

aus Gruppe 2.

$$\frac{4(519d + 2469g)}{3} = 1464d + 1644g, \text{ woraus}$$

$$g = 0,47d.$$

Nach dem von der Großh. Forst- und Domänen-direktion in der Forststatistik gegebenen Schlüssel ist, wie ich schon angegeben, $g = 0,43d$.

Ich selbst habe geschätzt $g = 0,67d$.

Hieraus darf wohl angenommen werden, daß meine Schätzung der vergleichsmäßigen Beanspruchung durch den Gemeinwald eher zu hoch als zu nieder ist.

Zur Vervollständigung und als Grundlage für meine weiteren Ausführungen habe ich auch versucht die vergleichsmäßige Arbeitsinanspruchnahme (den Arbeitswert) der selbstbewirtschafteten Wiesen rechnerisch fest zu stellen. Dies ist nur möglich in der Annahme, daß jährlicher Bewirtschaftungsaufwand und Ver-

waltungsarbeitsbeanspruchung in Forst- und Viehbetrieb verhältnismäßig sind.

Der Unterhaltungsaufwand für Wiesen beträgt nach dem Staatshaushalt 1914 (Seite 240 Spalte 1 meines Aufzuges) für 4360 ha 170060 M., somit für 1 ha rund (einschließlich Düngung) 40 M., für den ha Domänenwald (Forststatistik 1914, Seite 145) 30 M. Beim Wald gehen ab durch Ausscheidung aller Kosten, die bei den Wiesen nicht berücksichtigt sind 6 M., bleiben zur Vergleichung 24 M.

Bezeichnet man den Arbeitswert der Wiesen mit w, so ergibt sich folgende Gleichung:

$$w = \frac{40d}{24} = 1,67d$$

Ein ha Wiese wird somit an Arbeitsbeanspruchung höchstens die Bedeutung von 2 Vbha Wald haben.

III. Genügen 80 Forstämter für Baden?

Zur rechnerischen Untersuchung ist zunächst das Forstamt Forbach II auszuscheiden, da es Gemeinheitswäldungen einer Genossenschaft und des Staates verwaltet, wegen besonderer Verhältnisse untrennbar ist und besondere Einrichtungen hat.

Nach Ausscheidung dieses Amtes und seiner Fläche ergibt sich folgendes

Bild II über den jetzigen Stand:

Landesgegend	Forstämter	Gemeinden	Waldflächen				äcker, Wiesen im Selbstbetrieb	Auf ein Forstamt kommen					
			Do- mänen	Ge- meinden	zusammen			Wald				Gemein- den	
								Do- mänen	Ge- mei- nden	zusammen		Zahl	mit je Wald
					ha	Vbha				ha	ha		
		Zahl	ha	ha	ha	Vbha		ha	ha	ha	Vbha		ha
1. Bodensee	8	252	5 314	19 624	24 938	18 397	584	664	2 453	3 117	2 299	31	79
2. Donau	4	88	1 891	16 215	18 106	12 701	31	473	4 054	4 527	3 176	22	184
3. Schwarzwald	32	366	44 726	70 583	115 309	91 781	754	1 397	2 205	3 602	2 868	11	200
4. Oberes Rheintal	24	453	19 815	65 922	85 737	63 763	1 736	826	2 745	3 572	2 657	19	144
5. Unteres Rheintal	7	61	13 228	12 455	25 683	21 531	1 147	1 890	1 779	3 669	3 076	9	197
6. Bauland	13	261	3 266	40 143	43 409	30 028	86	231	3 088	3 339	2 810	20	154
7. Obenwald	10	182	5 971	34 505	40 476	28 975	19	597	3 405	4 047	2 897	18	180
	98	1 663	94 211	259 447	353 658	267 176	4 360	961	2 648	3 609	2 726	17	166
Vbha			94 211	172 965	267 176		8 720	961	1 765	2 726			
						275 896							

ermäßigt man die Zahl der Forstämter von 98 auf 79 Normalforstämter und teilt die Betriebsgegend unter Einhaltung der Grenzen der Landes-

gegebenen unter die neuen Aemter auf, so bietet sich folgendes

Bild III.
Stand bei 79 Normalforstämtern.

Landesgegend	Bew. Fläche		Anzahl d. Aemter	Auf 1 Amt Vbha					Auf 1 Amt wirkl. Fläche					Auf 1 Amt Gemeinden
	Wald	Wiesen		Wald			Wiesen	im Ganzen	Wald			Wiesen	im Ganzen	
				Do- mänen	Ge- mein- den	zusam- men			Do- mänen	Ge- mein- den	zusam- men			
Bodensee	18 397	1 168	6	886	2 180	3 066	194	3 260	886	3 270	4 156	97	4 253	42
Donau	12 701	68	3	630	3 603	4 233	22	4 255	630	5 405	6 035	11	6 046	29
Schwarzwald	91 781	1 503	27	1 657	1 743	3 400	56	3 956	1 657	2 614	4 271	28	4 299	14
Oberes Rheintal	63 793	3 472	20	991	2 198	3 189	173	3 362	991	3 294	4 285	87	4 372	22
Unteres Rheintal	21 531	2 294	6	2 205	1 389	3 594	392	3 986	2 205	2 076	4 281	191	4 472	10
Bauland	30 028	172	8	408	3 345	3 753	21	3 774	408	5 002	5 410	11	5 421	33
Obenwald	28 975	38	9	663	3 556	3 219	4	3 223	663	3 834	4 497	2	4 499	20
zusammen .	267 176	8 720	79	1 193	2 189	3 382	113	3 495	1 193	3 284	4 477	55	4 532	21

Hiernach würde die mittlere Bezirksgröße nur bei 2 Donaugegend die Zahl von 4000 Vbha etwas überschreiten, sonst aber zwischen 3223 und 3986 Vbha schwanken und im Mittel des ganzen Landes rund 3500 Vbha betragen. Diese Größe bleibt um 500 Vbha hinter der eines „Musterforstamtes“ zurück.

Reiht man dieses „Badische Musterforstamt“ in die Uebersicht auf Seite 245, Spalte 1 ein, so ergibt sich folgendes

Bild IV.

Durchschnittsgröße der Forstbezirke.

Elß-Lothringen	4500 Vbha
Preußen	4300 "
Normal	4000 "
Baden „Musterforstamt“	3500 "
Bayern	3140 "
Baden jetzt	2700 "

Dazu sei bemerkt, daß Preußen wie Bayern fortwährend Forstämter aufheben und die belassenen vergrößern.

IV. Wie wird sich der Geschäftsbetrieb beim Normalforstamt gegenüber jenem bei den derzeitigen Aemtern gestalten?

Darüber, wie der Jahresbetrieb bei einem Forstamt der jetzigen Dienst Einrichtung verläuft, bestehen teils in den Tagebüchern für auswärtige Geschäfte ziemlich genaue Aufzeichnungen, teils weiß jeder Geschäftskundige, der gewohnt ist sich ungeschminkte Rechenschaft über das Maß seiner Arbeitsleistung zu geben, an Hand seiner Aufzeichnungen, wie seine Jahresarbeit sich einteilt.

Nach meinen eigenen Erfahrungen und Aufzeichnungen wie nach dem, was mir aus den Aufzeich-

nungen anderer Amtsgeoffen bekannt geworden ist, habe ich eine Geschäftseinteilung aufgestellt.

Unterstellt man, daß dem künftigen Musterforstamt sowohl Kraftwagen wie eine mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgestattete Kanzlei zur Verfügung stehen muß, so ergibt sich aus Tatsachen, Erfahrungen und Vergleichen folgendes

Bild V (Fortsetzung folgende Seite).

2. Assessoren.

A. Jetziges Verhältnis; Betriebsfläche 267176 Vbha.

Stand: 47 Amtmänner und Assessoren.

a. Außendienst: 1 Assessor 120 Geschäfte zu je 6 Stunden reiner Arbeit gibt zusammen 720 Stunden und für 47 Assessoren 33 840 Stunden.

Arbeitswidmung auf je 100 Vbha, jährlich somit 13 Stunden.

b. Innendienst: 1 Assessor 150 Arbeitstage zu je 8 Stunden = 1200 Stunden; für 47 Assessoren 56 400 Stunden.

Arbeitswidmung auf je 100 Vbha jährlich somit 21 Stunden.

B. Verhältnis bei 79 Normalforstämtern und einer Betriebsfläche von 275 896 Vbha.

Stand: 20 Amtmänner und Assessoren.

Geschäftseinteilung wie bei A.

a. Außendienst: 20 Assessoren zu 720 Stunden = 14 400 Stunden.

Arbeitswidmung auf je 100 Vbha jährlich somit 5 Stunden.

b. Innendienst: 20 Assessoren zu 1200 Stunden = 24 000 Stunden.

**Bild V. Jahresgeschäftseinteilung beim Forstamt.
1. Dienstvorstand.**

OZ	Gegenstand	Maßeinheit	jetzt		Norm. Amt	
			fl. Amt ohne Aufw.	gr. Amt mit ständ. Aufw.	bei 79 Stellen	mit 4000 Vbha
1	Betriebsfläche	Vbha	2165	3622	3500	4000
2	Sonn- und Feiertage	Tage	65	65	65	65
3	Urlaub, Krankheit usw.	"	60	60	60	60
4	Außendienst	"	140	150	150	150
5	Innendienst	"	100	90	90	90
a) Außendienst						
6	Mittlere Entfernung der Geschäftsorte vom Dienstsz	km	10	15	15	18
7	Beförderungsmittel	Art	Pferdefuhrwert		Kraftwagen	
8	dessen Geschwindigkeit	Stund. km	10	10	35	35
9	Zeitdauer für ein Geschäft	Stunden	6	8	8	8
10	Zeitdauer für den Weg	"	2	3	1	1
11	Keine Arbeitszeit	"	4	5	7	7
12	Keine Arbeitszeit im Jahr	"	560	750	1050	1050
13	Arbeitswidmung auf 100 Vbha	"	26	21	30	26
	im Mittel		23			
b. Innendienst						
14	Je Arbeitstag	"	8	8	8	8
15	Im Jahr	"	800	720	720	720
16	Arbeitswidmung auf 100 Vbha	"	37	20	21	18
	im Mittel		28			

(Fortsetzung 3. 2 auf voriger Seite.)

Arbeitswidmung auf je 100 Vbha jährlich somit
9 Stunden.

3. Forstgehilfen (Schreibforstwerte).

A. jetziges Verhältnis: Betriebsfläche
267 176 Vbha.

Stand: 20 Schreibforstwerte.

a. Außendienst: Keine Verwendung.

b. Innendienst: Ein Schreibforstwart 280 Tage
zu 8 Arbeitsstunden = 2240 Stunden, 20 Forstwerte
44 800 Stunden.

Arbeitswidmung auf je 100 Vbha jährlich somit
17 Stunden.

B. Verhältnis bei 79 Normalforst-
ämtern und einer Betriebsfläche von 275 896 Vbha.

Stand: 79 Forstgehilfen.

a. Außendienst: 1 Gehilfe 100 Tage zu je 6
reinen Arbeitsstunden = 600 Stunden, 79 Gehilfen
= 47 400 Stunden.

Arbeitswidmung auf je 100 Vbha jährlich somit
17 Stunden.

b. Innendienst: 1 Gehilfe 180 Tage zu 8 Stunden
= 1440 Stunden, 79 Gehilfen = 113 760 Stunden.

Arbeitswidmung auf je 100 Vbha 41 Stunden.

(Fortsetzung Bild VI nächste Seite.)

Hiernach wird beim „Badischen Musterforstamt“
dem jetzigen gegenüber die Arbeitswidmung für die
Flächeneinheit sowohl im Außen- wie im Innendienst
sich nicht unwesentlich — im ganzen um 10% —
erhöhen, zugleich auch in einem der Leistungsfähigkeit
der verschiedenen Beamtengruppen angemessenerem Ver-
hältnis vollziehen.

Aber auch bei dem Musterforstamt von 4000
Vbha ist noch eine Verstärkung der Arbeitswidmung
von im ganzen 4% nachzuweisen.

Bei den Schätzungen von Zeit, Weg usw. ist trotz
aller rechnerischen Grundlagen der persönliche Einschlag
selbstverständlich nicht völlig auszuschließen. Die mög-
lichen Fehlergrenzen sind aber so gelegen, daß auch
bei einer anderen Veranschlagung im einzelnen das
vergleichsmäßige Endergebnis sich keinesfalls zu Un-
gunsten des Musterforstamtes verschieben kann. Eher
dürfte das Gegenteil eintreten.

Es sei nur darauf hingewiesen, daß der Kraft-
wagen einfach als Ersatz für den Pferdewagen einge-
stellt wurde, in Wirklichkeit ist seine Verwendung eine
gänzlich andere, tiefergreifende. Sie wird die Beweg-
lichkeit und Leistungsfähigkeit des Betriebsleiters ganz
außerordentlich erhöhen, indem sie die Hemmnisse von

Bild VI. Gesamtübersicht der Arbeitswidmung.

	Be- zirks- größe Vbha	Arbeitsstunden auf 100 Vbha									Verhältn. Beteiligung								
		Außendienst					Innendienst					Auß. Dienst			Innendienst				
		Vor.	Af.	G.	auf.	i. G.	Vor.	Af.	G.	auf.	i. G.	B. %	Af. %	G. %	B. %	Af. %	G. %		
Jetziges Verhältnis	2700	23	13	—	36	28	21	17	66	102	64	36	—	43	31	26			
Bad. Muster-Amt	3500	30	5	17	52	21	9	41	71	123	58	9	33	30	12	53			
Allgemeines Muster-Amt	4000	26	4	15	45	18	7	36	61	106									
$\left(\frac{85}{40} \text{ v. } 8. 2\right)$																			
8. 2 gegen 1 +	800	7	—	17	16	—	—	24	5	11	—	—	33	—	—	32			
—	—	—	8	—	—	7	12	—	—	—	6	27	—	13	29				
8. 8 gegen 1 +	1300	3	—	15	9	—	—	19	—	4									
—	—	—	9	—	—	10	14	—	5	—									

(Fortsetzung vorige Seite Sp. 2.)

eil und Raum auf ein Mindestmaß zurückdrängt, an dem man früher keine Wohnung hatte.

Ebenso ist die Bedeutung der gegenwärtigen Hilfsmittel für den Innendienst, wie Fernsprecher, Schreibmaschine und dergl. nicht in Rechnung gezogen. All diese Umstände aber geben der Arbeitsstunde des Zuzugsforstamtes einen ganz wesentlich erhöhten Arbeitswert gegenüber der jetzigen.

Ich glaube, soweit dies irgend auf den vorhandenen Grundlagen möglich ist, den Nachweis erbracht zu haben, daß Baden mit 79 bzw. 80 Forstämtern auch

unter Zuteilung sämtlicher Kameraldomänen nicht nur auskommen kann, sondern daß bei dieser Umordnung neben wesentlichen Ersparungen und Vereinfachungen darüber hinaus auch eine Steigerung der Bewirtschaftungstätigkeit erzielt werden kann.

Aber auch das scheint mir erwiesen, daß das Musteramt mit 4000 Vbha die derzeitigen Forstämter im Durchschnitt an vergleichsmäßiger Leistungsfähigkeit eher übertreffen als hinter ihnen zurückbleiben wird.

Ich danke dem Herrn Geheimrat Wimmenauer, daß er mich durch sein Geleitwort zu dieser nochmaligen Durcharbeitung veranlaßt hat.

Literarische Berichte.

Handbuch der Holzkonserverierung. Unter Mitwirkung von Eisenbahn-Bau- und Betriebsinspektor a. D. E. Biedermann-Berlin; ehem. Direktor der R. Eisenbahn-Versuchsanstalt Dr. J. Dehnst-Berlin; Oberförster Dr. Dengler-Reinhausen; Prof. Dr. R. Gastein-Eberswalde; Prof. Dr. Fall-Gann. Münden; Regierungs-Baumeister a. D. O. v. Haselberg-Berlin; R. u. R. Hauptmann der Pioniertruppe B. Malenkovic-Wien; Dr. Ing. Fr. Moll-Berlin; Dr. Fr. Peters-Berlin; Dr. Fr. Pfennig-Berlin; Ingenieur R. Sodemann-Hamburg; Direktor R. F. Wolman-Berlin, herausgegeben von Marine-Oberbaurat + Ernst Trotschel-Berlin. Mit 220 Textabbildungen. Berlin bei Springer 1916.

Da eine planmäßige und begründete Bekämpfung der pflanzlichen und tierischen Holzschädlinge schließlich nur auf Grund der physiologischen und anatomi-

schischen Verhältnisse der Holzentstehung und Holzeigenschaften Aussicht auf Erfolg hat, ist das Wissenswerte über letztere in knapper und klarer Form mitgeteilt. Nicht minder wichtig scheint auch die Betrachtung alles dessen, was schädigend auf das Holz wirkt. Neben der Zerstörung des Holzes durch atmosphärische, klimatische, mechanische und chemische Einflüsse sind es insbesondere die holzerzeugenden Pilze, die wie alle Kapitel durch eine erstklassige, selbstforschende und erfahrene Kraft behandelt werden. Auch die tierischen Schädlinge und deren Lebensäußerungen sind eingehend besprochen.

Einen breiten Rahmen nimmt naturgemäß der (zweite) Teil ein, der sich mit den einzelnen Konservierungsmethoden befaßt; das hierüber gebotene Detail erspart vielfach die Zurhandnahme der weitverstreuten Spezialliteratur. Diesem Teile ist als Anhang eine histo-

rische Zusammenstellung der Konservierungsmethoden angeschlossen.

Je nachdem das konservierte oder nicht konservierte Holz im Freien, in Innenräumen oder unter Wasser verwendet wird, ist sein Verhalten ein verschiedenes; aber auch die Konservierungsmittel selbst lösen unterschiedliche Wirkungen aus. Das wichtigste ist selbstverständlich die Lebensdauer roher bzw. konservierter imprägnierter Hölzer. Ueber all das belehrt uns der dritte Teil.

Im vierten ist die hauptsächlichste Verwendung des Holzes im Eisenbahn-, Gruben-, Wasser-, Schiff-, Hoch-, Straßen-, Brückenbau usw. eingehend und sachmännisch, unter Angabe der einschlägigen Konservierungsmethoden geschildert.

Für noch genaueren Aufschluß Suchende bildet die beigegebene Patentliste eine wohl allen Bedürfnissen Rechnung tragende Fundgrube.

Das Werk, welches geheftet 18 und gebunden 19.60 M. kostet, ist abgesehen vom Inhalte noch ausgezeichnet durch glänzenden Druck und ebensolche Abbildungen. Wer irgendwie mit Holzkonservierung zu tun hat, wird Aufschluß und Anregung darin finden.

H. Bauer-München.

Die Ernährung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Lehrbuch auf Grundlage der wissenschaftlichen Forschung und praktischen Erfahrung bearbeitet von Professor Dr. W. Schneidewind, Vorsteher der agr.-chem. Versuchstation der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen. Halle a. S. Berlin bei Parey 1915. Preis gebunden 13 M.

Ein Lehrbuch, geschrieben von einer bekannten Autorität auf dem Gebiete der Landwirtschaft. So weit sich die Ausführungen nicht ausschließlich auf landwirtschaftliche Pflanzen beziehen, gewähren sie auch dem Forstwirt wertvolle Aufschlüsse und Anregungen. Der Inhalt entspricht dem neuesten Stande von Wissenschaft und Praxis; er ist in drei Teile gegliedert:

1. „Die Physiologie der Ernährung“; eine theoretische Stoffbehandlung als wissenschaftliche Grundlage für die praktischen Düngerfragen. Die Ernährung der Keim- und der grünen Pflanze ist mit viel Geschick und belegt mit z. T. originellen Versuchen behandelt.

2. „Der Boden“. Die Kapitel „Bestandteile der festen Erdrinde“ (Mineralien und Gesteine), „die Bodenbildung“, „die verschiedenen Bodenarten, ihre Eigenschaften und Umwandlungen durch menschliche Eingriffe“ bezeugen, daß diese übrigens elegant geschriebene „Bodenkunde“ auf die Bedürfnisse der Praxis zugeschnitten ist.

3. „Die Düngung“. Verf. bespricht zuerst die einzelnen Düngemittel, deren Bewertung und Preis, dann ihre Anwendung auf die verschiedenen Kulturpflanzen unter Bezugnahme auf eine sorgfältig ausgewählte Versuchsreihe. Von besonderem Interesse sind die Düngerrezepte für die verschiedenen Bodenarten.

H. Bauer-München.

Die Mitwirkung der deutschen Forstwirtschaft an den Aufgaben der Volksernährung im Kriege. Von Prof. Dr. Borgmann, Forsttechnischer Referent im Kriegsernährungsamt in Berlin. Sonderabdruck aus „Charakteristisches Jahrbuch“ Band 67. Heft 5.6. Berlin: Verlagsbuchhandlung, Paul Parey. 1916. Preis: 1,60 M.

In der Zeit vom 2.—4. Juni 1916 trat, wie Verfasser einleitend mitteilt, der vom deutschen Forstwirtschaftsrat gebildete „Kriegsausschuß“, unter Leitung des Regierungsdirektors Dr. Wappes, erstmalig zu einer Sitzung in Berlin zusammen, um im Hinblick auf das kurz zuvor ins Leben gerufene „Kriegsernährungsamt“ zu den Aufgaben Stellung zu nehmen, die dem deutschen Walde für die Volksernährung während des Krieges zufallen. Hierbei wurde beschlossen, an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes mit einem Antrage heranzutreten, die deutsche Forstwirtschaft wegen ihrer Bedeutung für die Volksernährung im Kriege in den Geschäftsbereich des Kriegsernährungsamtes einzubeziehen, im besonderen eine Vertretung derselben:

1. durch die Einrichtung eines Referats für Forstwirtschaft und 2. durch die Berufung von Vertretern der deutschen Forstwirtschaft, insonderheit auch eines solchen aus dem deutschen Forstverein, in den Beirat des Kriegsernährungsamtes in Aussicht zu nehmen.

Bereits unter dem 14. Juni 1916 erfolgte hierauf die Einberufung des Verfassers als forsttechnischer Referent in das Kriegsernährungsamt. Die Zuziehung eines Vertreters des deutschen Forstvereins in den Beirat desselben wurde von Fall zu Fall vorbehalten.

Verfasser weist weiter auf die Mitwirkung des Waldes in den Fragen der Volksernährung hin, wobei als leitender Grundsatz für die zutreffenden Entschlüsse das doppelte Ziel berücksichtigt wurde: einmal den Wald für die Zwecke der Volksernährung so vollkommen als möglich zu erschließen, zum anderen den Wald gegen ungerechtfertigte Ansprüche nachdrücklich zu schützen.

In einer allgemeinen Uebersicht stellt B. sodann die dem Walde für die Volksernährung zufallenden

aufgaben zusammen und läßt dann die besondere Behandlung derselben folgen.

Es handelt sich hiernach um folgende Gegenstände:

I. Waldbeeren und Pilze. 1. Bodenfrüchte: Beerenfrüchte (Heidelbeere, Preiselbeere, Rauschbeere, Moosbeere, Erdbeere, Himbeere, Brombeere); Pilze (Steinpilz, Champignon, Pfifferling, Grünling, Moosling, Butterpilz, Täubling, Reizker, Morchel u. a.); 2. Strauch- und Baumfrüchte (Eberesche, Kirsche, Preiselbeere, Elsbeere, Berberitze, Weißdorn, Schwarzbjorn, Hagebutte, Hollunder, Wachholder, Mispel, Kornelkirsche u. a.).

II. Tee- und Heilkräuter.

III. Oelfrüchte. 1. Anbau von Raps auf Eichen- und Buchenwäldern; Kultur der Sonnenblume und des Rohns im Walde; 2. Ernte der Bucheckern; 3. Sonstige Oelfrüchte (Wal- und Haselnüsse, Koffkastanien, Eichenkorn, Eberesche, Fichtensamen).

IV. Kraftfuttermittel. a. unmittelbar: Baumfrüchte (Eicheln, Bucheckern, Koffkastanien), Holzmehl (Fichte, Birke, Buche), Heide- und Flechtenmehl, b. mittelbar: Oelfrüchte und Oelmehle wie Raps aus dem Anbau auf Eichen- und Buchenwäldern, aus Bucheckern, von Wal- und Haselnüssen, Koffkastanien, Fichtensamen, Freiwerden von Kartoffeln infolge der Spiritusherstellung aus Holz und den Sulfitablaugen der Zellstoffindustrie.

V. Spiritusherstellung aus Holz und den Sulfitablaugen der Zellstoffindustrie.

VI. Zuckerherstellung aus Holz, Sulfitzelluloseablaugen und Laubblättern.

VII. Waldweide, Gras- und Futterlaubnutzung, Reisigfutter.

VIII. Wald- und Torfstreu.

IX. Landwirtschaftlicher Zwischenbau, Moorkultur.

X. Wildabschuß und Wildschadenverhütung, Wildfütterung im Kriege.

Auf die nun folgende besondere Behandlung dieser einzelnen Punkte näher einzugehen, verbietet uns der zur Verfügung stehende Raum. Es kann aber auch aus dem Grunde um so mehr hiervon abgesehen werden, als das Wichtigste hierüber schon unter „Notizen“ in den letzten Hefen der Allg. Forst- und Jagd-Zeitung mitgeteilt worden ist. E.

Bericht über die XXII. Tagung (Kriegstagung) des deutschen Forstwirtschaftsrats zu Berlin, 28.—30. März 1916. Berlin, Verlag von Julius Springer. 1916.

Mit Recht wies der Vorsitzende, Oberforstmeister Riebel-Filshne, am Schluß der Kriegstagung des deutschen Forstwirtschaftsrats darauf hin,

daß diese Tagung eine der interessantesten und inhaltreichsten des deutschen Forstwirtschaftsrates gewesen sei. Aus diesem Grunde soll dem Inhalte des vorliegenden Berichts auch größere Beachtung geschenkt werden, als es bei sonstigen Besprechungen eines derartigen Berichtes zu geschehen pflegt.

Zunächst wurde über „die Gewinnung von Nährstoffen und technischen Hilfsstoffen aus dem Walde“ gesprochen.

Als Berichterstatter wies Oberforstmeister Riebel-Filshne auf den Existenzkampf hin, den Deutschland führt, der nur mit der Niederwerfung eines der beiden großen Nebenbuhler, Deutschland und England, enden werde. Da man uns durch Hunger zugrunde richten wolle, sei es nötig, im Lande alle Mittel herauszufinden und rücksichtslos nutzbar zu machen, die geeignet seien, uns in der Ernährung des Volkes und seines Viehstandes unabhängig von der Einfuhr aus dem Auslande zu machen und uns ganz auf eigene Füße zu stellen, nicht nur während des Krieges, sondern möglichst für immer.

Auch der Wald müsse hierbei mithelfen. Zur direkten menschlichen Ernährung werde derselbe zwar nur verhältnismäßig wenig beitragen können, es könne dies nur in beschränktem Maße durch Hergabe von Anbauflächen für Feldfrüchte geschehen; eine erhebliche Veränderung der Waldfläche erscheine auch nicht ratsam. Hilfsstoffe zur Tierernährung könnten aber aus dem Walde in großen Mengen entnommen werden. Ferner kämen zum direkten Nahrungsmittelbezug aus dem Walde noch Beeren, Pilze und sonstige Waldfrüchte in Betracht, und es liege nahe, zu erwägen, ob man nicht deren Produktion, wenn auch nicht durch Anbau, so doch durch Schaffung geeigneter Lebensbedingungen fördern solle.

Die Beeren- und Pilznutzung habe leider die üble Kehrseite, daß sie in die Sommerzeit falle und einen erheblichen Arbeitsaufwand erfordere. In guten Beerenjahren seien daher schwer Erntearbeiter zu bekommen; die Leute zögen das Beeren sammeln, wobei bequem und angenehm 4—8 Mk. täglich verdient würden, anderer Arbeit vor.

Unter den tierischen Futtermitteln stehe in erster Reihe das Gras. Zunächst könnten gute Wiesen im Walde geschaffen werden, welche nicht nur zur Heugewinnung, sondern auch als Weidekoppeln genutzt werden könnten. Sodann ließen sich die Gräser im Walde als Viehfutter benutzen und es sei zu erwägen, ob man die Grasnutzung nicht in geeigneten Beständen durch billige Düngung mit Kalisalzen verbessern könne.

Auch von den Forstunkräutern seien manche wertvoll. Die Kesseln z. B. enthalte einen hohen Stickstoffgehalt und reichlich Zucker. Junge Kesseln

würden mit Vorliebe zur Schweinefütterung, Disteln zu Schweine- und Gänsefutter verwendet. Durch Einsäuerung könnten Forstunkräuter, die sonst vom Vieh nicht gern genommen würden, schmackhafter und verdaulicher gemacht werden. Viele der Forstunkräuter (z. B. Heidekraut, Ginster, Besenpfrieme) ließen sich auch zur Erzeugung von Pflanzmehl verwerten.

Als weiteres Futtermittel seien Laubheu und Laubholzreisig zu nennen, welches in großen Mengen beschafft und in frischem und getrocknetem Zustande verfüttert werden könne.

Von anderen landwirtschaftlichen Hilfsmitteln käme dann noch die Streu in Betracht. Die Landwirtschaft könne das Stroh verfüttern und durch Waldstreu ersetzen.

Als Düngemittel könne Moorerde, Kehm und Mergel benutzt werden. Gute Moorerde wirke auf Sandböden fast wie Chilisalpeter.

Als technischer Hilfsstoff stehe in erster Linie das Holz. Dieses müsse man bei dringendem Bedarf während des Krieges unter Außerachtlassung der strengen Nachhaltigkeit, nehmen, wo es zu bekommen ist. Vor stärkeren Vorgriffen, besonders zur Beschaffung von Gruben- und Papierholz, dürfe man nicht zurückschrecken. Die deutsche Industrie müsse leistungsfähig erhalten werden, ohne Rücksicht darauf, ob später die Erträge aus dem Walde zurückgehen könnten. Auch für genügend Brennholz müsse gesorgt werden. Hierbei könne die Stockrodung helfen. Wenn hierzu die Arbeitskräfte fehlen sollten, müsse man sich mit mechanischen Mitteln (Stockrodemaschinen) behelfen, oder Stockholz zur Selbstwerbung abgeben.

Weiter sei auf die Faserstoffe hinzuweisen, wie die Nessel, die liefern. Die Nessel wolle eine mäßige Beschattung haben und man könne ihren Wuchs leicht durch Schaffung geeigneter Belichtungsgrade fördern.

Die heimischen Gerbmateriale hätten einen unerwartet hohen Wert erlangt und der bereits aufgegebene Eichenschälwald komme wieder zu Ehren.

Die Harznutzung erlange immer größere Ausdehnung, der wertvollste Bestandteil des Harzes, der Terpentin, sei für eine Menge Industriezweige ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Aus dem Holze könnten ferner auf dem Wege der trockenen Destillation eine ganze Reihe wertvoller Produkte gewonnen werden, darunter namentlich Essigsäure, Methy- und auch Methylalkohol. Hierdurch könnten eine Menge Kartoffeln, die jetzt zur Spiritusgewinnung erforderlich seien, für die menschliche Ernährung frei gemacht werden.

Geheimer Oberforstrat Dr. Neumeister-Dresden bespricht die Verwendung des Laub- und

Reisigfutters, Regierungs-Direktor Dr. Wappes-Speyer empfiehlt die Kenntnis der essbaren Pilze zu erweitern, denn tausende von Bäumen essbarer Pilze gingen jährlich im Walde ungenutzt verloren, und weist ferner auf den Anbau der Sonnenblume hin. Für die menschliche Ernährung sei auch die Heidelbeere von größter Bedeutung. Ebenso sei ihr hygienischer Wert bei Verarbeitung und Verwertung in getrocknetem Zustande sehr groß.

Wenn es daher einerseits sehr erwünscht sei, daß Frauen und Kinder die Heidelbeerernte in größtem Maßstabe vornähmen, sei es andererseits sehr unerwünscht, wenn Arbeitskräfte, die man anderweitig sehr notwendig gebrauche, im Walde herumlaufen, um Heidelbeeren zu pflücken. Diese Angelegenheit bedürfe in irgend einer Weise der Regelung.

Landforstmeister Scheide-Berlin hält auch die Verwertung des Laubes zu Futterzwecken für sehr wichtig und teilt die Erfahrungen mit, die die Preuß. Forstverwaltung mit der Abgabe von Futterlaub gemacht hat. Die Beeren hätten zweifellos eine ihrem massenhaften Vorkommen entsprechende außerordentliche Bedeutung, diesen Beerenmassen entsprächen aber die für ihre Ernte zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte leider so wenig, daß die preuß. Staatsforstverwaltung schon zu Friedenszeiten ihre Politik immer dahin habe richten müssen, die Bevölkerung zum Sammeln der Beeren nicht anzuregen, vielmehr den Teil der hierfür in Betracht kommenden Personen, die ihre Kräfte als landwirtschaftliche Arbeiter nützlicher verwerten könnten, nach Möglichkeit vom Beeren sammeln zurückzuhalten.

Die Brennessel verdiene infolge der Erfindung des Prof. Richter die größte Beachtung. Früher seien dadurch Schwierigkeiten entstanden, daß bei längerem Liegen der Brennessel im Wasser sich ein Bazillus entwickelte, der die Fasern zersetzt habe. Dies werde jetzt dadurch vermieden, daß das Wasser bald nach dem Einlegen der Nessel gewechselt würde. Das erste Wasser, in dem die Nessel gelegen hätten, solle noch zur Zuckersfabrikation verwendet werden, da dieselben nicht weniger als 8 1/2% ihres Trockengewichts an Zucker enthielten. Die Brennesselfaser sei anerkannt besser als die Flachsfaser, sie sei haltbarer und stärker.

Ein vorzügliches Futtermittel für Schweine sei die Wurzel von *Pteris aquilina*.

Verschiedene Verfahren zur Verwertung des Holzes zu Futterzwecken seien soweit gefördert, daß gute Aussicht vorhanden sei, daß sie zu einem brauchbaren und wertvollen Futter führen würden.

Oberforstmeister Runnebaum-Erfurt

bespricht die Harznutzung an der Fichte und die Benutzung transportabler Destillationsöfen zur Gewinnung des Terpentinöls.

Forstmeister Heyer-Jugenheim teilt mit, daß neuerdings Eichenaltholz zu Gerbstoffen verarbeitet werde. Die Kriegsleber-A.-G. nehme hierzu schlechte Stammabschnitte bis zu 10 cm Zapfstärke und zahle frei Waggon für den Festmeter 22 Mk. Auch die Stubben nähme sie und zahle dafür 14 Mk. je Raummeter. Für Fichtenrinde zahle sie 8—10 Mk. je Zentner.

Regierungs-Direktor Dr. Wappes-Speyer bemerkt, daß die Heidelbeernutzung in Süddeutschland eine große volkswirtschaftliche Bedeutung habe. Zu ihrer Werbung solle man Schulen, Gefangene usw. heranziehen. In Altbayern sei auch der Pilz ein ausgeprägtes Volksnahrungsmittel.

Oberforstrat Bretsch-Karlsruhe weist auf den Fett- und Delgehalt des Eichen- und Binden-Samens hin, Oberförster Dr. Roedig bemerkt, daß aus Eichensamen in Württemberg gutes Speisefehl hergestellt werde. Das beste Del hätten Apfel- und Birnenkerne ergeben.

Oberförster Kiebel-Flethne will im Interesse der Vermehrung der Heidelbeere keine Maßnahmen ergriffen haben; der größeren Ausdehnung der Heidelbeernutzung stehe das Bedenken der großen Arbeitsleistung entgegen und außerdem wirke die Beerenauflora auf den Boden dauernd nachteilig. Eine große Bedeutung habe die Waldweide. Sie sei aber für die verschiedenen Vieharten getrennt zu bewerten. Für Pferde und größere Herden von Rindvieh komme nur die Koppelweide in Betracht; kleinere Herden könne ein Hütejunge wohl beaufsichtigen. Jungvieh werde man im Walde mit Nutzen weiden können; beim Milchvieh bringe die Waldweide wenig ein. Sehr zu empfehlen sei die Waldweide für Schweine, Gämäl und besonders auch für Schafe. Für diese müsse man Bruchschläge liegen lassen. Durch die Waldweide könne die Schweinezucht wesentlich verbilligt und vermehrt werden. Bezüglich der Baubehauptung sei zu erwägen, ob diese nicht durch künstliche Trocknung in vorhandenen Trockenanlagen in geschäftlichem Zustande vorteilhafter gestaltet werden könne.

Sandforstmeister v. Harling-Neustreitz bemerkt, daß zur Waldweide getriebenes Rindvieh vielfach erkrankt sei. Der Vorsitzende bestätigt dieses und führt an, daß die Infektion durch Zecken oder Holzbock erfolge. Es sei festgestellt, daß Vieh, das an die Waldweide nicht gewöhnt sei, in der Regel schwer erkrankte, während das Vieh, das von Jugend auf daran gewöhnt sei, immun sei oder doch die Krankheit im Falle der Infektion leichter überstehe.

Schließlich wird noch von verschiedenen Seiten bemerkt, daß die Sonnenblume auf armem Boden sich weniger gut entwickelt hätte und daß es falsch sei, die kleine Sonnenblume anzubauen, man solle die gewöhnliche Art wählen.

Als zweites Thema kam: „Der forstliche Betrieb während des Kriegszustandes“ zur Erörterung.

Regierungs-Direktor Dr. Wappes-Speyer bespricht als Berichterstatter zunächst die Störungen, die der forstliche Betrieb durch den Krieg erlitten; andererseits stünden diesen aber günstige Wirkungen auf Absatz und Preisbildung gegenüber, welche die Nachteile ausgeglichen hätten. Hinsichtlich der Störungen müsse man unterscheiden zwischen dem Anfange des Krieges und seiner späteren Entwicklung. Im Anfange sei das wirtschaftliche Leben beinahe gelähmt gewesen, Handel und Wandel hätten mit der Mobilmachung mehr oder weniger aufgehört; auch der Holzabsatz habe nahezu gestoppt. Es seien zuerst noch hinreichend Arbeitskräfte vorhanden gewesen, es habe sogar eine gewisse Verlegenheit mit der Beschäftigung der Leute bestanden. Infolgedessen sei auch der Mangel an Beamten nicht gerade unangenehm hervorgetreten. Mit dem weiteren Verlaufe des Krieges, mit der stärkeren Einziehung der Mannschaften und auch mit den erhöhten Anforderungen des sich langsam wieder entwickelnden Betriebes sei dann ein umgekehrtes Verhältnis eingetreten. Immer mehr hätten sich die Anforderungen an die Forstwirtschaft sowohl von seiten ihrer bisherigen Konsumenten, des Handels, der Industrie wie des neu auftretenden militärischen Bedarfs gesteigert, während auf der anderen Seite der Mangel an Beamten und Arbeitern immer mehr gewachsen sei. Für die Direktionsbehörden hätten die Personalangelegenheiten, die ständigen Verschiebungen eine gewaltige Arbeitslast gebracht.

Was nun den Absatz und den eigentlichen Forstbetrieb betreffe, so seien manche Sortimente seit Kriegsbeginn fast nicht mehr abzusetzen gewesen, insbesondere die Eichenstammhölzer, zum Teil auch die schweren Kiefern und Buchen. Auf der anderen Seite hätten die überraschenden Anforderungen, die der Krieg stellte, zu Nutzungen geführt, an die man früher nicht habe denken können. Hinsichtlich des dritten Punktes, Zahlung und Kredit, habe der Krieg außerordentlich wenig Störungen gebracht. Anfangs seien allerdings zahlreiche Stundungsgesuche eingelaufen, die Zahlungen seien aber nach und nach erfolgt und die Forstverwaltungen hätten nur sehr geringe Verluste erlitten. Heute werde fast jeder Händler und Industrielle imstande sein, gut zu zahlen, denn der größere Teil der Lieferungen sei für Kriegsbedürfnisse bestimmt

und werde prompt bezahlt. Für die Preisbildung habe sich daraus eine günstige Wirkung ergeben, daß es möglich geworden sei, eine Reihe von Sortimenten abzusetzen, die vorher schlecht absetzbar gewesen seien. Deshalb hätten in den großen Saubholzgebieten Durchforstungen nachgeholt und zumwachsarme Bestände, deren Einschlag bisher wegen Mangel an Absatz nicht möglich gewesen sei, genutzt werden können. Besonders günstigen Absatz hätten Grubenholz, Holzwoleholz, Minendielen, sowie Brenn- und Kahlholz einschließlich Stockholz gefunden. Von Holzarten sei besonders die Esche in der Wertschätzung gestiegen.

Weit mehr als die Holznutzung hätten sich die Verhältnisse bei den Nebennutzungen geändert. Gerbstoff, Harz, Streu, Heide, Futterlaub seien zu einer ganz überraschenden Wertschätzung gekommen.

Die größte Schwierigkeit, die der Forstverwaltung erwachsen sei, habe in dem Mangel an Arbeitskräften bestanden. Eine umfangreichere Heranziehung von Kriegsgefangenen zu den Hauen sei erst im J. 1915 erfolgt. Berichterstatter bespricht dann die Unterbringung, Verpflegung, Entlohnung, Leistung der Gefangenen und weist sodann darauf hin, daß auch schon vor dem Kriege Arbeitermangel geherrscht habe. Die Forstwirtschaft werde daher Fürsorge treffen müssen, um sich einen dauernden und tüchtigen Arbeiterstand zu sichern.

Schließlich wird noch die Holzabfuhr erörtert und auf die Lang'schen Dampflokomotiven hingewiesen, die sich sehr gut bewährt und viel billiger gearbeitet hätten, wie Pferdefuhrwerk.

Oberforstmeister Kunnebaum-Erfurt empfiehlt die Benützung von Motowagen der Firma Büßing in Braunschweig zur Holzabfuhr und die Anlage von Waldeisenbahnen.

Einen großen Raum der weiteren Besprechung nimmt die Arbeiterfrage in Anspruch. Es würde zu weit führen, hier näher darauf einzugehen.

Zu dem dritten Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Forstwirtschaft und des Holzhandels im Kriegszustande“ berichtet Prof. Dr. Franz v. Mammen-Brandstein.

Kein Zweig unseres Wissens habe sich im Kriege vor so vielen neuen und gewaltigen Problemen gesehen, als die Volkswirtschaftslehre, und naturgemäß auch deren Nutzenanwendung auf den uns anvertrauten Wald, die Forstpolitik. Der Weltkrieg habe Deutschland vor die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlichen Schäden, die vor allem der Nahrungungsplan Englands mit sich gebracht habe, aus innen heraus tunlichst abzuschwächen und zu überwinden. Auf diese Weise sei durch den Krieg auf allen Gebieten eine vollständige Umwertung von Werten ein-

getreten, die natürlich auch vor dem der Forstwirtschaft und des Holzhandels nicht halt gemacht habe. Auf dem Gebiete der Nebennutzungen seien recht bedeutende Wandlungen hervorgerufen worden. Auch der forstliche Betrieb stehe unter dem Zeichen des Krieges. Mangel an Arbeits- und Gespannkräften habe veranlaßt, manche Arbeiten auf spätere Zeiten zu verschieben. Die ganze Walb- arbeiterfrage habe sich in ganz anderem, neuem Lichte gezeigt, und das so vorteilhafte Zusammenarbeiten von Land- und Forstwirtschaft sei ungemein deutlich zutage getreten. Beinahe unübersehbar seien die Momente, welche die wirtschaftliche Lage von Forstwirtschaft und Holzhandel im Kriegszustande beeinflussten hätten.

Die Bedeutung des Holzes habe im Kriege bedeutend zugenommen, was auch im Preise zum Ausdruck gekommen sei. Für Nutz- und Brennholz sei die Preisbildung nicht ganz einheitlich gewesen. Der Brennholzpreis sei, weil die Kohलगewinnung in den Bergwerken und auch die Zufuhr infolge der Einberufung zahlreicher Arbeits- und Gespannkräfte erschwert und verlangsamt wurde, mehr oder weniger stark gestiegen. Zur Befriedigung des Brennholzbedarfes sei alles mögliche geschehen, es sei sogar seitens der Staatsforstverwaltung Brennholz zu ermäßigten Preisen an bedürftige Angehörige von Kriegsteilnehmern und sonstige Notleidende und Minderbemittelte abgegeben worden. Eine Herabsetzung der Walbpreise bleibe aber ziemlich wirkungslos wegen des gewaltigen Steigens der Fuhrlohne. Eine gewaltsame Einwirkung auf die Höhe der Anfuhrlohne für Holz sei aber ganz ausgeschlossen, weil die Fuhrleute anderweitige Beschäftigung suchen und finden würden.

Beim Nutzholze sei beim Kriegsausbruche zunächst ein allgemeines Stocken auf dem deutschen Markte im Verlaufe des Krieges aber eine allgemeine Besserung eingetreten. Die Einfuhr hätte aufgehört und die Heeresverwaltung bedürfe ungeheure Mengen von Holz der verschiedensten Art. Ferner sei der Bedarf zum Wiederaufbau in den vom Feind besetzt gewesenen Landesteilen groß; Holzschuhe müßten die aus den teureren Leder gefertigten Stiefel zum Teil ersetzen, riesige Mengen an Sägespänen gingen als Pferdestreu an Stelle von Stroh nach den Kriegsschauplätzen; ungeheure Mengen von Holzwole würden benötigt zum Stopfen der Strohsäcke und Matrasen an der Front und in den Gefangenenlagern. Zu Verpackungen werde viel Holzschliff gebraucht, der auch zur Anfertigung von Decken, Socken, Taschen, Handtüchern und Westen für die Soldaten Verwendung finde; an Stelle der Pußwole und Pußlappen diene die Papierwole, und welche Rolle das Papier im Weltkrieg

piele, brauche nicht gesagt zu werden, es werde ebenfalls zum Füllen von Matratzen, als Ersatz für Lagerstroh, als Schutzmittel gegen das Einfrieren der Kartoffeln, von Ärzten zu Gelenkpackungen und Breiumschlägen, als Verbandstoff und endlich sogar für den mangelnden Bindfaden verwendet. Der Bedarf an Hölzern für Heereszwecke sei in den ersten 6 Kriegsmonaten bereits auf 15 Millionen Mark geschätzt worden. Die Nachfrage habe naturgemäß hauptsächlich nach schwächeren Hölzern (Gruben-, Schwellen-, Papierholz) bestanden. Da Bautätigkeit, Tischlerei usw. ruhten, und die Militärverwaltung den Bedarf an Eichenhölzern in den eroberten Gebieten decken konnte, sei die Lage des Eichenhandelsholzes am schlechtesten gewesen. Auch der Nadelholzmarkt habe infolge des Stöckens der Bautätigkeit anfangs darnieder gelegen, habe sich aber neuerdings erheblich gehoben. Großer Bedarf sei an Eschen- und Kirschbaumholz hervorgetreten, auch für Koterlen-, Birken-, Pappeln- und Weidenholz sei die Nachfrage gestiegen. Außer nach Linde sei auch stärkere Nachfrage nach Eichen- und Edelkastanienholz zur Gewinnung von Gerbstoff. Die Buche sei wieder zu Ehren gekommen. Sie liefere auch die beste Holzkohle. Der Krieg habe gezeigt, wie wichtig es für die Forstwirtschaft sei, daß das Holz marktfähig gemacht, d. h. auf Lagerplätzen zusammengedrückt oder noch besser frei Eisenbahn geliefert werde.

Auch die Holzindustrie habe durch den Krieg viel Arbeit bekommen (Ristenherstellung, Anfertigung von Schlitten für die Feldartillerie, von Zeltstöcken, Weilen und Axtstielen, Barackenfenster-, Papier- und Holzstoff usw.).

Die Behauptung, daß der Holzeinschlag im allgemeinen eingeschränkt werden müsse, habe sich nicht begründet erwiesen, es hätte aber den besonderen Verhältnissen, die der Krieg geschaffen, Rechnung getragen werden müssen (Veränderung des Einschlags an wertvollen Nadelhölzern, Vermehrung des Einschlags an Bahnschwellen, Grubenholz, Papierholz, Buchenholz zur Verkohlung, Holzwolleholz usw.; Verlegung der Schläge in die Nähe der Bahnhöfe usw.).

Der abgeschlossene Handelsstaat, in dem wir jetzt leben, weise neben manchem Nachteiligen auch gewisse gute Seiten auf. Vor allem schaffe der Krieg Geld: die nicht abgeschlossenen Staaten zahlten ihr Geld nach Amerika, wir brachten dagegen alles, was wir aus unserem Wirtschaftsleben herauspumpten, wieder auf den Markt. Der Krieg habe erwiesen, daß wir im großen und ganzen in unserem Holzbedarf nur hinsichtlich der Luxushölzer und stärkeren Hölzer vom Auslande abhängig seien, aber hinsichtlich der in weit größerer Menge benötigten schwächeren Hölzer in der

Lage seien, den größten Teil des Bedarfes im Lande selbst zu befriedigen. Die künftigen Aussichten für die Forstwirtschaft, für Holzhandel und Holzindustrie würden keine schlechten sein. Gewiß werde infolge der Beeinträchtigung der Arbeits- und der Schwächung der Kapitalkraft das Gesamtergebnis des Weltkrieges eine wesentliche Einschränkung der Produktionskräfte in fast allen Ländern der Erde sein, und dieser veränderten Produktionsfähigkeit werde vielfach ein verminderter Bedarf gegenüberstehen. Hinsichtlich des Kriegsmaterials würde derselbe sich jedoch wohl nur langsam abschwächen, da die kriegsführenden Mächte ihr durch den Krieg zerstörtes, abgenutztes oder verloren gegangenes Material ergänzen müßten. Hierdurch würde die Holzindustrie unstreitig sogar einer steigenden Konjunktur entgegengehen. Es werde zu erwägen sein, ob der Zollschutz auf Gerbmateriale, Holzkohle, Holzwolle, Harze, Walddwolle, Vanillin u. a. m. nicht noch zu verstärken sei. Hoffentlich gelänge es, unsere Wünsche Rußland gegenüber, das uns für seinen Holzabsatz unbedingt gebrauche, ganz besonders energisch durchsetzen zu können, und Sache der Holzindustrie müsse es sein, dahin zu wirken, daß Schädigungen, die für ihre Ausfuhr vor dem Kriege seitens Frankreichs und auch der Schweiz sich geltend gemacht hätten, nach demselben abgestellt würden. Auf alle Fälle müßten die Zentralmächte beim Friedensschluß sich gegen etwa geplante Beunruhigungen und Verdrängungen und allzuhohe Zollmauern unserer Gegner zu schützen wissen. Nicht ganz so einfach lägen die Verhältnisse hinsichtlich Oesterreich-Ungarn und der anderen uns verbündeten Staaten. Redner bespricht dann eingehend die Holzzollfrage und legt im Anschlusse daran die von der Holzhandelskommission des deutschen Forstvereins gestellten Anträge dar, die in folgender Form angenommen werden: „Die Holzhandelskommission bittet den deutschen Forstwirtschaftsrat, im Interesse einer einwandfreien Erörterung der Frage über die Zulässigkeit der deutschen Schwachholzerzeugung an das Reichsamt des Innern und an die in Frage kommenden Bergbehörden das Ersuchen zu richten, die Endergebnisse ihrer einschlägigen Erfahrungen über den Papierholz- und Grubenholzverbrauch, am besten nach Provinzen gesondert, mitzuteilen.

Die Holzhandelskommission nimmt zu Vorschlägen einer wirtschaftlichen Annäherung des Deutschen Reiches an Oesterreich-Ungarn zur Zeit in bindenden Anträgen noch nicht Stellung, da sie die einschlägigen Fragen noch nicht genügend geklärt erachtet, erbittet aber vom Forstwirtschaftsrat die Ermächtigung, nicht nur, wie bisher mit deutschen, sondern nun auch mit österreichisch-ungarischen Vertretern von Forstwirtschaft, Holzhandel und Holzindustrie, insbesondere mit dem österreichischen

Reichsforstverein über diese Fragen Fühlung nehmen zu können."

Ferner wird der Antrag des Vorstehenden angenommen, „daß der Forstwirtschaftsrat einen kriegswirtschaftlichen Ausschuß wählen möge, der die Aufgabe haben soll, die in den (vorstehend mitgeteilten) drei Referaten und in den sich daran anschließenden Verhandlungen angeregten Gedanken weiter fortzuspinnen, etwa erforderliches Material zu sammeln, die beschlossenen Anträge zu stellen und entsprechende Anregungen zu geben".

In diesen Ausschuß werden sodann gewählt: Re-

gierungsdirektor Dr. Wappes, Prof. Dr. O. Mammen, Oberforstmeister Niebel, Oberforstmeister v. Dörzen, Graf zu Westerholt, Forstrat Blum.

Es folgte nun noch ein Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Dickel über: „Die Beurteilung des Diebstahls an aufgearbeitetem Holz als Mundraub“ und ein Bericht der Sanktionskommission.

Das Studium des vorliegenden interessanten und lehrreichen Berichtes des Deutschen Forstwirtschaftsrates können wir allen Lesern der Allg. Forst- und Jagdzeitung warm empfehlen.

E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Zur Preussischen Verwaltungs-Reform.

„Allgemeine Freude bei den Beamten, insbesondere auch bei den Forstbeamten hat folgender königl. Erlass vom 19. Januar d. J. erregt:

Der geschichtlich gewordene Aufbau der Staatsverwaltung trägt nicht mehr allerorts den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung, ist vielfach zu verwickelt und verlangt dadurch mehr Kräfte, als nach dem Kriege zur Verfügung stehen werden. Auch haben die Erfahrungen des Krieges gezeigt, daß eine einfachere Gestaltung und Handhabung der Verwaltung möglich ist. Dazu kommt, daß die öffentlichen Lasten nach dem Kriege eine außerordentliche Steigerung erfahren werden. Mit Rücksicht hierauf wünsche ich, daß die Frage ernstlich geprüft wird, wie eine Vereinfachung und Verbilligung aller Staatsverwaltungen herbeigeführt werden kann.

Die Eisenbahn- und Bergverwaltung nehme ich hiervon aus.

Ich beauftrage das Staatsministerium, ungesäumt in die Vorarbeiten einzutreten und mir nach ihrem Abschluß seine Vorschläge zu unterbreiten. Damit das Staatsministerium einheitliche, durch besondere Ressort-rücksichten nicht beeinflusste Grundlagen für seine Entscheidungen erhält, will ich zwei erfahrene Staatsbeamte, von denen der eine die Angelegenheiten der Rechtspflege, der andere die übrigen Angelegenheiten zu bearbeiten hat, mit der Beschaffung betrauen. Ich ordne an, daß jeder dieser Beamten befugt sein soll, Auskünfte von Behörden zu erbitten, sowie sich seine Mitarbeiter, die nötigenfalls von anderen Dienstgeschäften zu befreien sind, selbständig auszuwählen, und daß weder sie, noch ihre Mitarbeiter bei ihren Arbeiten an die Weisungen ihrer Vorgesetzten gebunden sind.

Mit der Prüfung der Justiz-Angelegenheiten beauftrage ich den Unterstaatssekretär im Justizministerium Dr. Mängel mit der Prüfung der Verwaltungsangelegenheiten den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Drews."

Dieser königliche Erlass ist ein richtiges Wort zur richtigen Zeit!

Möge die geplante Reform auch bei der Forstverwaltung, wo so vieles vereinfacht werden könnte, die schon solange ersehnte größere Selbständigkeit der Oberförster und eine gänzliche Umformung der beiden forstlichen Regierungsinstanzen unter Beseitigung der Doppelarbeit der Oberforstmeister und der Regierungs- und Forsträte in derselben Sache bringen.

Hier kann die Verwaltung in sehr vielem vereinfacht und verbilligt und in Verbindung hiermit die Selbständigkeit, das Verantwortungsgefühl und die Arbeitsfreude der Beamten gehoben werden.

Unseres Erachtens sollte man aber mit der Durchführung der als zweckmäßig erkannten Maßnahmen, wie z. B. mit der schon lange in Aussicht gestellten Beseitigung der gleichzeitigen Mitwirkung der Oberforstmeister und der Forsträte bei Prüfung und Feststellung der jährlichen Wirtschaftspläne, sowie der Baupläne usw., nicht bis zur Durchführung der allgemeinen Verwaltungsreform warten, sondern solche mit Rücksicht auf die möglichste Ersparung von Arbeitskräften in der jetzigen Zeit unverzüglich treffen.

Aus Baden.

Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung.

(Von Geh. Finanzrat Reinach-Karlshöhe.)

In der Oktober-Nummer der Allg. Forst- und Jagdzeitung vom Jahre 1916 hat Herr Forstrat König-Heidelberg unter obiger Ueberschrift eine Ab-

andlung veröffentlicht, die sich mit der Organisation der badischen Forst- und Domänenverwaltung eingehend beschäftigt und unter kritischer Beleuchtung der bestehenden Zustände die Notwendigkeit einer Abkehr von den bisher in diesem Verwaltungszweige eingeschlagenen Bahnen oder, wie man es mit einem zeitgemäßen Ausdruck bezeichnen könnte, eine Neuorientierung der Behörden- und Beamtenpolitik auf genanntem Gebiet zu begründen versucht. Man könnte im Zweifel sein, ob derartige interne Angelegenheiten der Behörden- und Beamtenorganisation eines einzelnen Bundesstaates, deren richtige Beurteilung und Würdigung doch nur auf Grund einer genauen Kenntnis der gesamten Verwaltungseinrichtung des betreffenden Staates und ihrer geschichtlichen Entwicklung sowie des ursächlichen Zusammenhangs ihrer einzelnen Glieder möglich ist, sich zur Behandlung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift, die über ganz Deutschland und vielleicht noch über die deutschen Grenzpfähle hinaus verbreitet ist, eignen. Nachdem aber die Frage einmal aufgerollt ist, hat die Wissenschaft ein Interesse daran, die widersprechenden und sich widersprechenden Angaben, wie sie hier zutage treten, in das richtige Licht gerückt zu sehen.

Man wird in der Annahme kaum fehl gehen, daß der Reformplan des Herrn Verfassers in den Kreisen seiner badischen Fachgenossen mit gemischten Gefühlen aufgenommen wird, handelt es sich doch um nichts Größeres als um die Preisgabe von 20% ihrer Besitzstellen; auf der anderen Seite soll ihnen allerdings diese bittere Pille durch Zuweisung der gesamten landwirtschaftlichen Güterbewirtschaftung etwas versüßt werden.

Auf den ersten Punkt — Aufhebung von Forstämtern — soll hier nicht eingegangen werden, zumal wohl angenommen werden darf, daß dies von berufener Seite geschehen wird. Dagegen kann ich es mir als eines der Opfer, über deren Haupt das Damoklesschwert der auf vollständige Umwälzung des badischen Domänendienstes gerichteten Bestrebungen des Herrn Verfassers schwebt, nicht versagen, zu diesem Teil seiner Ausführungen Stellung zu nehmen.

Einen breiten Raum in der dieser Frage gewidmeten Beweisführung nimmt, wie dies ja auch schon in der Uebersicht des Aufsatzes zum Ausdruck kommt, das in heutiger Zeit namentlich für unsere Staatsfinanzen besonders wichtige Sparproblem ein. Der Verfasser glaubt, bei Durchführung seiner Reformpläne eine Ersparnis von mehreren Hunderttausend Mark verheißend zu können — ein Finanzkunststück, das doch wahrlich den Reiz jedes „Finanztechnikers“ erregen mußte. Zur Begründung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen stellt er eine Art von Gewinn- und Verlustrechnung

auf und zieht daraus das Fazit. Wie nicht anders zu erwarten war, fällt die Bilanz glänzend aus, sie hat nur den einen Fehler, daß die einzelnen Teile der Bilanz auf verschiedenen Grundlagen aufgebaut sind.

Auf der Gewinnseite bucht der Verfasser alle Ersparnisse, die er der Staatskasse durch Aufhebung der Domänenämter in Aussicht stellen zu können glaubt, während das Verlustkonto die an die Staatskasse durch Erweiterung des Aufgabekreises der Forstämter herantretenden Mehrausgaben zur Darstellung bringt.

In die Gewinnrechnung stellt er folgende Posten ein:

1) Wegfall der Bezüge von 13 Domänenamtsvorständen zu 5500 Mk. = 72300 Mk. Vergleicht man damit den entsprechenden Teil des Verlustkontos, so findet man, daß für eine Oberförsterstelle nur ein Durchschnittssatz von 5000 Mk. angenommen wird. Diese unterschiedliche Berechnungsart dürfte umso weniger begründet sein, als der Verfasser ja doch auf Seite 243 seiner Ausführungen selbst anerkennt, daß „heute die Forstbeamten längst in die Gruppe der vollen Oberbeamten eingerückt sind“. Ebenso unverständlich ist es, warum der Verfasser auf der Gewinnseite den Wegfall sämtlicher 13 Domänenämter unterstellt, während er doch die Angliederung der den Domänenämtern Bonndorf und Meersburg unterstellten Brauerei- und Weinkellereibetriebe an die Forstverwaltung selbst nicht für möglich hält. Er findet sich bei diesen Betrieben mit dem Auskunftsmittel ab, daß sie „besonders geordnet und von der Zentralstelle aus unmittelbar geleitet werden“. Wie er sich nun diese „besondere Ordnung“ denkt, ist aus den Darlegungen nicht ersichtlich. Jeder unbefangene Sachverständige wird aber zugeben müssen, daß ein größerer Brauerei- oder Reb- und Kellereibetrieb, bei dem in zahlreichen Fällen ein rasches Handeln nicht zu umgehen ist, viel weniger die örtliche Leitung entbehren kann, als der Forstbetrieb; hat es sich doch in der Kriegszeit gezeigt, daß eine ganze Reihe von Forstbezirken von benachbarten Forstämtern oder der Zentrale mitverwaltet werden können.

2) Wegfall von 2 Finanzamt männerstellen mit 6050 Mk. Tatsächlich ist schon seit vielen Jahren nur ein Domänenamt mit einem Finanzamt mann besetzt, dessen Tätigkeit bis zum Einrücken in eine Vorstandsstelle im wesentlichen in Besorgung von Kassen- und Rechnungsgeschäften besteht. Für ihn gilt das Gleiche, was unter Ziffer 4 hinsichtlich der Finanzassessoren zu sagen ist.

3) Wegfall von 3 Kulturmeisterstellen 4850 Mk. In Wirklichkeit sind im Bereich der badischen Domänenverwaltung nur 2 Kulturmeister vorhanden. Außerdem fehlt es aber auch an jedem ersichtlichen

Grund dafür, warum diese Beamten, die nicht zum eigentlichen Verwaltungspersonal der Domänenämter, sondern gerade so wie das Forsthutpersonal zu den Organen des äußeren Dienstes zu rechnen sind, bei Zuweisung der Güterbewirtschaftung an die Forstämter in Wegfall kommen sollen. Es ist dies umso unwahrscheinlicher, als der Verfasser für den Forstamtsdienst die Schaffung eines ganzen Stabes technischer Gehilfen in Aussicht gestellt hat.

4) Wegfall von 7 Finanzassessorstellen 14 000 Mk. Die den Domänenämtern zugeteilten Finanzassessoren bekleiden samt und sonders Stellen von Verrechnungsgehilfen. Diese Stellen müßten unter allen Umständen erhalten bleiben, wird ja doch vom Verfasser selbst angenommen, daß „das gesamte mittlere und untere Beamtenpersonal des inneren Dienstes zur Besorgung der Domänenkassengeschäfte bei Finanzämtern erforderlich bleibt“.

5) Wegfall des Aufwands für Dienstgebäude 51 800 Mk. Von den 13 Domänenämtern sind nur 6 in besonderen Dienstgebäuden und 3 zusammen mit anderen staatlichen Dienststellen in je einem Gebäude untergebracht. 3 Ämter haben ihren Sitz in alten Schloßgebäuden und bei 1 Amt sind die Dienst- und Wohnräume gemietet. Der Verfasser geht mit Unrecht von der Unterstellung aus, daß der Aufwand für Dienstgebäude bei den Domänenämtern (4 200 Mk.) höher zu veranschlagen sei, als bei den Forstämtern (3 000 Mk.). Viel leichter ließe sich das Gegenteil nachweisen, da gerade in den letzten Jahrzehnten in Baden eine große Reihe luxuriöser Forsthausbauten erstellt worden ist, deren Aufwand jenen für die Domänenämter ganz erheblich übersteigt.

Uebrigens hat der Verfasser nicht berücksichtigt, daß bei Uebertragung der Kassen- und Rechnungsführung des Domänendienstes an die Finanzämter ganz beträchtliche Kosten für Erweiterung der Diensträume der letzteren aufgewendet werden müßten.

6) Wegfall zweier Stellen von Kollegialmitgliedern bei der Zentralbehörde 16 000 Mk. Der Verfasser nimmt in Aussicht, die bisher von der sogenannten wirtschaftlichen Abteilung der Forst- und Domänen-direktion besorgten Geschäfte zum großen Teil an die forstliche Abteilung zu überweisen. Dies wäre aber ganz abgesehen von anderen, hier nicht weiter zu erörternden Umständen nur dann möglich, wenn es den forstlichen Referenten bisher an genügender Beschäftigung gefehlt hätte. In diesem Falle ließe sich aber zur Erzielung der angestrebten Ersparnis auch noch ein anderer Weg finden.

Auf die Einzelheiten der Verlustrechnung will ich als Außenstehender in forstlichen Fragen nicht näher eingehen. Doch will mir scheinen, daß der von dem Verfasser für die erweiterten Forstämter angenommene Bedarf von zweiten Beamten (5) und Assessoren (15) gegenüber der bisherigen Zahl von zweiten Beamten (22) und Assessoren (32) sehr knapp bemessen ist. Das Gleiche trifft zu, wenn er für die erweiterten Forstämter durchschnittlich nur 1 Forstgehilfen mit einem Gehalt von nur 2 300 Mk. in Rechnung stellt, während er an anderer Stelle (Seite 248) die Forderung zum Ausdruck bringt, daß jedem erweiterten Forstamt „mindestens“ ein technischer Beamter (Forstgehilfe) aus der Klasse der höheren Unterbeamten zuzuteilen sei.

Was aber selbst dem Nichtfachmann bei Durchsicht der Verlustrechnung sofort auffallen muß, ist der hohe Aufwand, den der Verfasser für den äußeren Dienst der erweiterten Forstämter in Anspruch nimmt. Eines der Hauptargumente, die er für die Zweckmäßigkeit der Uebertragung der Güterbewirtschaftung an die Forstämter ins Feld führt, ist folgendes: „Der Forstmann hat daher von allen inbetracht kommenden Beamten, die Vorstände der Domänenämter nicht ausgeschlossen, die weitaus günstigste Gelegenheit zur eingehenden und regelmäßigen Nachschau, Beaufsichtigung und Beobachtung der Kameraldomänen, seien es Wiesen, Felder, Forstliche oder Fischteiche, ohne daß dadurch besonderer Zeit- oder Gelbdaufwand entstände“ (Seite 247). Man wäre hiernach zu der Erwartung berechtigt gewesen, daß bei der vorgeschlagenen Neuorganisation eine erhebliche Steigerung des Kostenaufwandes für den auswärtigen Dienst der Forstämter nicht eintreten werde. Diese Erwartung wird aber gründlich zerstört durch die Berechnung auf Seite 248, wo der Aufwand eines erweiterten Forstamts für Dienststreifen (Fuhrwerk und Tagegelber) auf durchschnittlich 3 800 Mk. veranschlagt wird. Dies würde für 80 Forstämter einen Jahresbeitrag von im ganzen 304 000 Mk., also gegenüber dem bisherigen budgetmäßigen Aufwand von 202 000 Mk. ein Mehr von 102 000 Mk. ergeben. Die Neuorganisation würde somit allein bei den Reisekosten eine Verteuerung des Betriebs um etwa 50 % mit sich bringen.

Auch die auf Seite 240/1 des Aufsatzes gemachten Zahlenangaben über die Roh- und Reinerträge der von den Domänenämtern und Forstämtern selbstbewirtschafteten Wiesen entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Beispielsweise ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 1913 für das Hektar folgendes Bild:

	selbstbewirtschaftete Güter:		Pachtgüter:	
	Rohertrag	Reinertrag:	Rohertrag	Reinertrag
Von den Domänenämtern (einschl. Finanz- und Hauptsteuerämtern) bewirtschaftete Wiesen:	160 Mk.	118 Mk.	110 Mk.	105 Mk.
Von den Forstämtern bewirtschaftete Wiesen:	66 Mk.	43 Mk.	42 Mk.	40 Mk.

Hierbei sind die Verwaltungskosten nicht berücksichtigt. Diese sollen nun nach der Berechnung des Verfassers für den ha Wiesen 37 Mk., für den ha Wald dagegen nur 6 Mk. betragen. Auch diese Rechnung beruht auf ansehbaren Voraussetzungen.

Einmal ist der Jahresaufwand für ein Domänenamtsgebäude mit 4200 Mk. — wie schon oben gezeigt wurde — viel zu hoch gegriffen; es kann hierfür höchstens der gleiche Aufwand wie für ein Forstamtsgebäude mit 3000 Mk. eingesetzt werden. Hiernach würden die Verwaltungskosten für ein Domänenamt statt 10700 Mk. — wie der Verfasser annimmt — nur 9500 Mk. betragen. Wenn man nun weiter unterstellt, daß die Tätigkeit der Domänenamtsvorstände etwa zu $\frac{1}{3}$ durch die Bewirtschaftung der in Selbstbetrieb stehende Wiesen usw. in Anspruch genommen wird — was keineswegs zu nieder gegriffen ist; denn die übrige Zeit wird durch die Verwaltung der Pachtgüter, Einzug der Gefällschuligkeiten und die zahlreichen sonstigen Amtsgeschäfte reichlich ausgefüllt — so entfällt auf den Selbstbetrieb ein Aufwand von $\frac{9500}{3} = \text{rund } 3200 \text{ Mk.}$ und auf den ha $\frac{3200}{250} = \text{rund } 13 \text{ Mk.}$ (statt 34 Mk. wie der Verfasser annimmt) oder einschließlich des einschlägigen Aufwands der Zentralverwaltung $13 + 3 = 16 \text{ Mk.}$ Hiernach hätte z. B. der Reinertrag der von den Domänenämtern bewirtschafteten Wiesen im Jahre 1913 betragen: $118 - 16 = 102 \text{ Mk.}$ für den ha, während die von den Forstämtern bewirtschafteten Wiesen im gleichen Jahr nur eine Rente von 43 Mk. abgeworfen haben. An letzterem Betrag wäre übrigens noch ein entsprechender Abzug für Verwaltungsaufwand zu machen, da ja doch die diesen Geschäften gewidmete Tätigkeit der Forstämter und der Zentralverwaltung nicht kostenlos geleistet werden kann, wie sich schon aus der für den auswärtigen Dienst eines erweiterten Forstamts aufgestellten Rechnung ergibt.

Wenn nun dem Reinertrag der selbstbewirtschafteten Wiesen jener aus den Domänenwäldungen mit 55 Mk. für den ha gegenübergestellt wird, so ist die letztere Zahl insofern nicht einwandfrei, als bei Ermittlung der Verwaltungskosten für den forstlichen Betrieb ein anderer Maßstab angelegt wurde, als beim landwirtschaftlichen Selbstbetrieb. Während der Verfasser z. B. bei letzterem als Wohnungsaufwand einen jährlichen Betrag von 4200 Mk. zugrundelegt, stellt er bei der Waldbirtschaft — im Widerspruch mit seinen späteren Ausführungen, wo er den Wohnungsaufwand für ein Forstamt auf 3000 Mk. veranschlagt — nur das Wohnungsgeld mit $\frac{72706 \cdot 95}{99} = 735 \text{ Mk.}$ für ein Forstamt in die Rechnung ein. Ferner müßte den

Verwaltungskosten des forstlichen Betriebs noch ein angemessener Betrag für den Einzug der Holzgefälle zugeschlagen werden, der bei 20 Einzugsstellen (Domänen-, Finanz- und Hauptsteuerämter) auf mindestens $5000 \times 20 = 100000 \text{ Mk.}$ zu veranschlagen ist.

Mit besonderem Nachdruck glaubte der Verfasser die Vorzüge der auf volkswirtschaftlicher und mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundlage beruhenden Vorbildung der Forstbeamten in Hinsicht auf ihre Ver-eigenschaftung zur Leitung landwirtschaftlicher Betriebe hervorheben und im Gegensatz dazu die Ausbildung der Finanzbeamten nach dieser Richtung als ungenügend bezeichnen zu sollen. — Wenn nun aber denn doch die theoretische Vorbildung eines Beamten als alleiniger Prüfstein für seine Verwendbarkeit im praktischen Dienst gelten soll — man kann darüber verschiedener Meinung sein — so darf füglich bezweifelt werden, ob die Forstbeamten ein höheres Maß von Wissen und Verständnis für die Verwaltungstätigkeit mitbringen, als die durch ein einheitliches und umfassendes Studium der volkswirtschaftlichen und juristischen Wissensgebiete unter Einbeziehung naturwissenschaftlicher Fächer gerade für die Verwaltungslaufbahn besonders vorgebildeten sog. Finanztechniker, die in der überwiegenden Mehrzahl durch Besuch mehrerer Universitäten und zum Teil technischer und landw. Hochschulen, in steter Berührung mit den Lehrern und Jüngern anderer wissenschaftlicher Berufe ihren Gesichtskreis zu erweitern und den Blick für die vielfachen Wechselbeziehungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erscheinungen unserer Zeit — worauf es gerade im Verwaltungsdienst so sehr ankommt — zu schärfen Gelegenheit hatten.

Dem Verfasser scheint übrigens nicht bekannt zu sein, daß die neue badische Prüfungsordnung für Finanzbeamte bis jetzt noch garnicht zur praktischen Anwendung gekommen ist, da der Bedarf an solchen Beamten durch die vorhandene Zahl an jüngeren Kameralisten noch für viele Jahre gedeckt ist. Auch befindet er sich insofern im Irrtum, als er annimmt, daß die Vorstände der 13 Domänenämter zum größeren Teil ältere Herren seien, die in nächster Zeit auf dem natürlichen Wege der Ruhesetzung abgehen werden, denn in Wirklichkeit trifft dies allerhöchstens bei einem einzigen dieser Beamten zu, während alle übrigen nach menschlicher Berechnung von diesem „natürlichen Wege“ noch recht weit entfernt sind. Die weitere Gestaltung der Dinge kann deshalb unbedenklich der Zukunft überlassen werden. — Wer weiß, ob nicht die altbewährte kameralistische Ausbildung über kurz oder lang wieder zu Ehren kommt und vielleicht in anderem Gewande wieder aus der Versenkung hervorgeholt wird; machen sich doch jetzt schon Anzeichen dafür bemerkbar, die in weiten

kreisen den Wunsch nach einer gründlicheren und vertieften volkswirtschaftlichen Ausbildung unserer im öffentlichen Leben stehenden Beamten erkennen lassen. Es sei in dieser Beziehung an den in Nr. 19/20 der bad. Zeitschrift für Verwaltungs- und Verwaltungsrechtspflege vom 27. September 1916 erschienenen, in der Öffentlichkeit viel beachteten Aufsatz des Senatspräsidenten a. D. Buch: „Die Vorbildung der badischen Verwaltungsbeamten“ erinnert, der die Forderung erhebt, die Anwärter des Justizdienstes von jenen des höheren Verwaltungsdienstes und die zweite Staatsprüfung beider zu trennen, wobei er u. a. folgendes ausführt: „Für die zweite badische Staatsprüfung für den höheren Finanzdienst bezeichnet § 1 der 1 h. V. O. vom 3. August 1909 als Prüfungsgegenstände an erster Stelle die Volkswirtschaftslehre, (insbesondere Agrarpolitik, Gewerbepolitik und soziale Gesetzgebung) und ferner aus dem Gebiete der praktischen Volkswirtschaft die Landwirtschaftslehre und Gewerbekunde. Man wird nicht behaupten können, daß diese Prüfungsfächer für die künftigen Beamten der inneren Verwaltung weniger wichtig seien, als für Finanzbeamte“.

Mit schwerem Gefühl zieht der Verfasser gegen die praktische Tätigkeit der Domänenbeamten zu Feld, der er die Epitheta ornantia „dilettantenhaft“ und auf Halbbildung beruhend beizulegen für gut findet. Demgegenüber wird den Leistungen der Forstbeamten auf landwirtschaftlichem Gebiet uneingeschränktes Lob gespendet und auf das Beispiel von Hessen verwiesen, wo die Forstbeamten als Leiter landwirtschaftlicher Betriebe sich sehr gut bewährt hätten. — Es liegt mir selbstredend fern, die Tätigkeit der hessischen Forstbeamten irgend wie einer abfälligen Kritik unterziehen zu wollen, aber die eine Frage darf doch wohl gestellt werden: Wie kommt es, daß die Erträge der unter der Selbstverwaltung der hessischen Forstämter stehenden Kameraldomänen, die übrigens dem Umfang nach nicht einmal die Hälfte der selbstbewirtschafteten Domänengüter in Baden ausmachen, in den letzten 20 Jahren um 14% zurückgegangen sind, während die badischen Domänenwiesen in den Jahren 1890–1915 eine Ertragssteigerung von 56% und bei Ausschreibung der von den badischen Forstämtern bewirtschafteten Wiesen noch einen wesentlich höheren Einnahmezuwachs erfahren haben?

Dem etwaigen Einwand, daß der Forstmann der Landwirtschaft nicht das gleiche Interesse entgegenbringe, wie seinem Hauptberuf, sucht der Verfasser durch den Hinweis zu begegnen, daß zwischen Land- und Forstwirtschaft zahlreiche Berührungspunkte bestehen. Die Richtigkeit dieses Satzes ist nicht zu bestreiten; denn in der Tat bestehen zwischen Land- und Forstwirtschaft Wechselbeziehungen verschiedenster

Art, die aber nicht immer in dem vom Verfasser gemeinten Sinn sich auslösen, sondern in zahlreichen Fällen als Interessentengegensätze von mehr oder minder scharfer Art in die Erscheinung treten. Es darf nur an die zahlreichen Aufforstungen erinnert werden, um die Berührungspunkte zwischen Land- und Forstwirtschaft in das richtige Licht zu stellen. Im Großherzogtum Baden hat die Walbfläche in den letzten 36 Jahren um 61950 ha oder 11,8% zugenommen. Die Folgen machen sich gerade jetzt bei der durch die Kriegslage geschaffenen Lebensmittelnknappheit in unserem kleinen Lande, das mit einem Waldbesitz von 36,5% der Gesamtfläche ohnedies schon nahezu alle übrigen Bundesstaaten des deutschen Reiches an Waldbreichtum übertrifft — selbst in dem gebirgigen Bayern beträgt das Waldbareal nur 31,6% der Gesamtfläche — fühlbar; mußte doch Baden als Zuschußland in den Kriegsjahren allein an Kartoffeln ganz bedeutende Mengen aus anderen Bundesstaaten einführen, um seinen Bedarf an diesem unentbehrlichen Nahrungsmittel auch nur notdürftig decken zu können. Es soll dabei durchaus nicht verkannt werden, daß große Gebiete unseres Landes, namentlich im hohen Schwarzwald, für den landwirtschaftlichen Anbau nicht oder nur wenig geeignet sind und am zweckmäßigsten durch Waldbanpflanzungen wirtschaftlich ausgenutzt werden. Immerhin liegt der Gedanke nahe, mit Wald bestockte Flächen, die einen lohnenden Anbau von Feldfrüchten versprechen, vor allem in der Rheinebene und den Vorbergen, für die landwirtschaftliche Erzeugung nutzbar zum machen und auf diese Weise den Nahrungsspielraum unseres Volkes zu erweitern. Die Bodenfrage ist in einzelnen Landesteilen Badens durch das Anwachsen der Bevölkerung und die zunehmende Industrialisierung, wie im Bezirke Bruchsal und im Ganauerland, namentlich aber in der Nähe der Großstädte mit ihrem ungeheuren Bedarf an Milch, Butter, Eiern, Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen — das Gebiet in der Umgebung der Städte Heidelberg und Mannheim gehört zu den dichtestbevölkerten Gegenden von ganz Europa — nachgerade derart brennend geworden, daß in diesen Gegenden neben einer besseren Regelung der Wasserverhältnisse auf den zur Versumpfung neigenden Bändereien auf Gewinnung von Neuland im Wege der Waldbaustockung zur möglichsten Erweiterung der landwirtschaftlichen Anbauflächen hinzuwirken sein wird. Den besten Gradmesser für die Dringlichkeit des Bedürfnisses bilden die hohen landwirtschaftlichen Grundstückswerte, die in einzelnen Gebietsteilen schon vor dem Kriege auf 10000 Mk. und darüber für den ha gestiegen sind und infolge der während des Krieges eingetretenen hohen Bewertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

eine geeignete Gelegenheit, die Ueberleitung der
 Wirtschaft zum Feldbau in größerem Maßstabe
 aufzuführen, wäre gerade jetzt oder nach dem Kriege
 en, da eine große Zahl von Gemeinden, darunter
 auch solche in der Rheinebene und den angren-
 n Gebieten, umfangreiche Holzhiebe, um Mittel
 Zeichnung von Kriegsanleihen zu gewinnen, vor-
 en. — Die früher verbreitete Anschauung von
 geringen Vereignenschaftung der leichteren Wald-
 n des Rheintals für eine landwirtschaftliche Nutz-
 ist schon längst durch die Tatsache überholt, daß
 en letzten Jahrzehnten mit Hilfe der neuzeitlichen
 enenschaften (künstliche Düngung, Tiefkultur,
 ndlung) die Umwandlung nährstoffarmer Böden
 ruchtbares Feld bereits in weitem Umfang statt-
 nden hat, wie z. B. ein Blick auf die von der
 ersfabrik Wagghäusel und den Landwirten benach-
 er Gemeinden bebauten Ausstoßungsflächen in über-
 ender Weise dartut.

Nach Ansicht des Verfassers könne kein Zweifel daran bestehen, daß die eigentliche Verwaltungs- und triebstätigkeit der Domänenämter zu unbedeutend und der Hauptwirtschaftsgegenstände, der Wäffern, zu wenige seien, als daß sich die Anstellung anders dafür ausgebildeter Oberbeamten lohne. Als weiteres Argument für die geringe Bewertung der tätigkeit der Domänenämter macht er den Umstand geltend, daß die Domäneneinkünfte im heutigen Staatshaushalt gegen früher an Bedeutung erheblich verloren hätten. Demgegenüber muß betont werden, daß die Höhe der Einkünfte eines bestimmten Verwaltungszweigs der Staatsmaschine nicht als alleiniger Maßstab für seine Bedeutung im öffentlichen Leben gelten kann, denn die Hauptaufgaben zahlreicher wichtiger Behörden der Staatsverwaltung liegen auf ganz anderen Gebieten und haben mit den fiskalischen Interessen gar nichts zu tun. — Was insbesondere den Wirkungskreis der Domänenbehörden anbetrifft, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Domänenbesitzer früher allerdings im wesentlichen nach rein wirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet wurde, zu welcher im Laufe der Zeit eingetretenen Umbildung allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse neben seiner Aufgabe als staatliche Einkommenquelle noch wichtige volkswirtschaftliche und soziale Funktionen zu erfüllen hat, die ihn zu einem beachtens-

Digitized by Google

ist, als der mehr nach der technischen Seite hin vor- gebildete Forstmann.

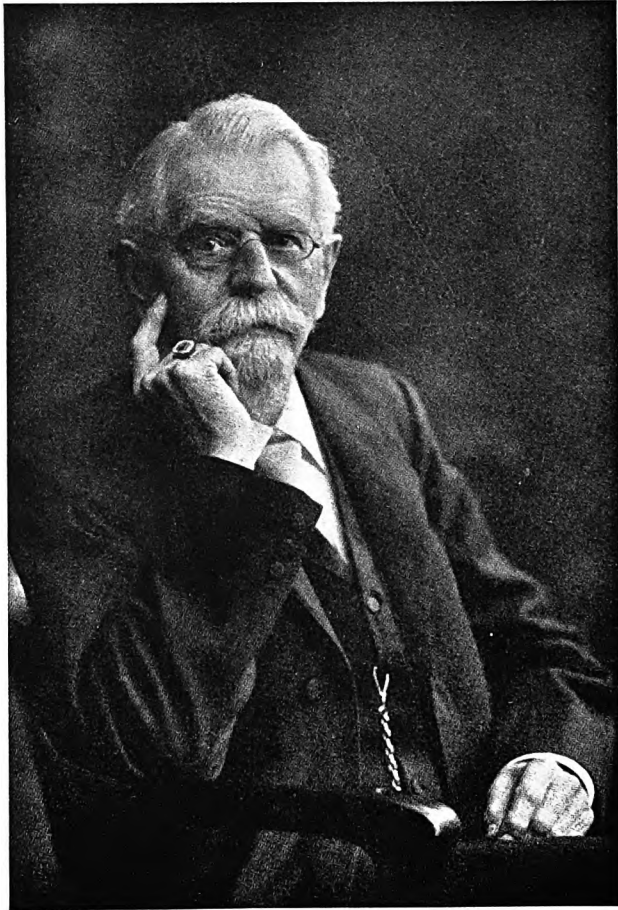
Wenn der Verfasser meint, daß im Geschäftsbereich der Domänenverwaltung alle wichtigeren Angelegenheiten von der Zentralstelle aus bearbeitet werden, so entspricht dies in keiner Weise den Tatsachen.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß der Wirkungskreis der Domänenbehörden nicht auf die Verwaltung und Bewirtschaftung der Felddomänen beschränkt ist, sondern daß sie ja auch für die Forstverwaltung durch den Einzug der Holzgefälle, wie die Verrechnung und Auszahlung sämtlicher im Staatsforstbetrieb erwachsender Ausgaben in weitgehendem Umfange Dienste zu leisten haben. Diese Arbeit mag in den Augen eines Forstmanns als etwas Untergeordnetes, Subalternes erscheinen, aber sie muß eben auch getan werden; denn mit dem bloßen Verkauf des Holzes ist der Staatskasse nicht gedient, sondern der dabei erzielte Erlös muß auch hereingebracht werden. Forst- und Domänenverwaltung sind Glieder eines und desselben Verwaltungskörpers, sie schließen sich nicht einander aus, sondern gehören zusammen und ergänzen sich, wie die einzelnen Glieder einer Familie. Deshalb ist es auch nicht verständlich, wie der Verfasser die beiden Verwaltungen in Gegensatz stellen kann; viel eher hätte man gerade in heutiger Zeit, in der die Wahrung des sogenannten Burgfriedens in aller Munde ist, eine Mahnung zum einheitlichen Zusammenwirken beider Verwaltungen, wodurch dem staatlichen und privaten Interesse sicherlich besser gedient ist, erwarten sollen. In diesem Sinne kann man dem vom Verfasser aufgestellten kategorischen Imperativ, daß zur Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Volkes die Sonderinteressen einzelner Teile zurückstehen müssen, vollauf zustimmen, denn „salus publica suprema lex esto“.

Aus dem Obengesagten dürfte zur Genüge hervorgehen, daß der Verfasser sich auch insofern im Irrtum befindet, als er annimmt, daß der Hauptdienst der Domänenämter unter den heutigen Verhältnissen in Rassen- und Rechnungsführung und in der Gefällbeitreibung besteht. Wenn dies aber auch der Fall wäre, so sollte sich der mit der Holzverwertung betraute Forstmann darüber freuen, wenn der Einzug

der Holzgefälle in den Händen von Beamten ist, denn man in dieser Hinsicht auf Grund der gemachten Erfahrungen vollstes und uneingeschränktes Vertrauen schenken kann. Der Verfasser steht auf einem anderen Standpunkt, er meint, diese Geschäfte könnten anstandslos mittleren Beamten übertragen werden, wie ja auch in allen anderen Verwaltungszweigen diese Dienste von mittleren Beamten besorgt würden. Das Bessere ist nicht einmal richtig, denn auch außerhalb des staatlichen Dienstes steht an der Spitze der größeren Bezirksstellen (Hofverwaltung, Marktgräf. Verwaltung, Fürstenbergische Standesherrschaft, Kirchenverwaltung) durchweg ein wissenschaftlich gebildeter Finanzbeamter, der genau wie bei den Domänenämtern neben seinen sonstigen Dienstaufgaben das wichtige Geschäft des Einzugs, der Sicherstellung und der Beitreibung der Gefällschuldigkeiten mit eigener Verantwortung zu leiten hat. Daß sie alle diese Geschäfte nicht allein besorgen können, sondern dabei von anderen ihnen beigegebenen Beamten unterstützt werden, ist selbstverständlich. — Ob es ratsam erscheint, wie der Verfasser vorschlägt, das ganze Rassen-, Rechnungs- und Beitreibungswesen mittleren Beamten zur selbständigen und allein verantwortlichen Besorgung zu übertragen, muß nach den bisherigen Erfahrungen, zumal bei den ständig steigenden Einnahmen und dem gerade in Baden besonders weit ausgebildeten Befristungssystem, bei dem der Sicherheitsleistung in ihren verschiedenen Formen hohe Bedeutung zukommt, bezweifelt werden; ganz abgesehen davon, daß eine Selbständigmachung der zur Zeit in abhängiger Stellung befindlichen Verrechnungsgehilfen — wie gerade das vom Verfasser angezogene Beispiel der städtischen Beamten beweist — die unabwendbare Folge höherer Gehaltsansprüche nach sich ziehen und damit den vom Verfasser angestrebten Zweck der Entlastung der Staatskasse vereiteln würde.

Der Verfasser dürfte also auch in diesem Punkt die Rehrseite seiner Reformpläne nicht genügend beachtet haben, wie er auch anzugeben unterlassen hat in welcher Weise „das ganze Rassen-, Zahlungs- und Rechnungswesen, Verbürgungen, Beitreibungen, Kreditfeststellungen, Zustellungen u. dergl. auf eine neu ganz wesentlich vereinfachte Grundlage gestellt werden könnte“.



Dr. v. Jünger

Forst- und Jagd-Zeitung.

März 1917.

Ueber Zuführung und sparsame Verwendung der Feuchtigkeit in den Holzpflanzen.

Von Forstmeister Niemann in Göttingen.

Es ist selbstverständlich, daß zum Zwecke guten Wachstums und Gedeihens unserer Holzbestände nicht allein die Zuführung der nötigen Feuchtigkeitsmenge zum Boden unbedingt erforderlich ist, sondern wir müssen auch unsere wirtschaftlichen Maßregeln so einrichten, daß ein ausreichender Grad von Wassergehalt im Boden erhalten bleibt und den Holzpflanzen nachhaltig zugut kommt. Daß solche Maßnahmen für schon an sich trockene Böden (namentlich Sandböden, flachgründige Böden usw.) von besonderer Wichtigkeit sind, ist einleuchtend. Zur möglichsten Steigerung der Ertragsfähigkeit solcher Böden müssen außerdem natürlich bei der künstlichen Bestandsgründung auf Oedland, Abtriebsflächen usw. — auf armen Sandböden hauptsächlich, wie bekannt, durch Anbau der genügsamen Kiefer, wennmöglich mit Beimischung der Buche — noch geeignete Düngemittel (Humuserde, Moorerde, künstliche Dünger) in Anwendung kommen, deren Wirksamkeit aber aus bekannten Gründen wiederum einen angemessenen Feuchtigkeitsgrad des Bodens zur Voraussetzung hat.

Interessant dürfte es auch für den Forstmann sein, die Verhältnisse der Wasserzuleitung zu den Wurzeln, sowie diejenigen der Verdunstung des Wassers durch die Spaltöffnungen der Blätter nicht allein bei unseren Holzpflanzen, sondern zum Vergleich auch bei anderen Gewächsen, wenn auch nur ganz im allgemeinen, ein wenig näher zu betrachten. Allerdings ist das Wichtigste über diesen Gegenstand, wenigstens insoweit es sich auf Holzpflanzen bezieht, wohl jedem Forstmann bekannt; aber doch erscheint vielleicht eine übersichtliche, kurze Zusammenstellung aller hauptsächlichsten Punkte Manchem erwünscht. Ein Vergleich mit anderen Gewächsen dürfte naheliegen und unser Interesse erregen, wenn man bedenkt, daß ja unsere Forstwirtschaft eigentlich nur „angewandte Botanik“ ist.

Schon in dem bekannten, viel verbreiteten „Lehrbuche für Förster“ von unserem berühmten Altmeister 1917

Dr. Georg Ludwig Hartig, 9. Auflage, herausgegeben von dessen Sohne, Professor Dr. Theodor Hartig 1851, heißt es in dem von letzterem bearbeiteten Bande: „Luft-, Boden- und Pflanzen-Kunde in ihrer Anwendung auf Forstwirtschaft“ gegenüber der „Erkennungslehre“ der Pflanzen, Seite 128: „Um so wichtiger ist die Lehre vom Leben und den Lebensverrichtungen der Pflanzen (Pflanzenphysiologie). Sie ist die Grundlage der Forstwissenschaft, da sie uns mit der Natur derjenigen Geschöpfe bekannt macht, deren Erziehung, Pflege und Benutzung unser Beruf ist.“

Das Nähere kann selbstredend nur Sache des Botanikers von Fach sein und muß auf die neueren Lehrbücher der Botanik¹⁾ verwiesen werden. Bei diesen ist es als ein wesentlicher, deren Studium sehr fördernder Fortschritt anzusehen, daß sie nicht, wie die älteren Bücher, lediglich trockene Beschreibungen der Pflanzen darbieten, sondern auch die höchst interessanten, bedeutungsvollen, biologischen Vorgänge derselben behandeln.

Ohnehin ist ja die Botanik eine allgemeine beliebte Wissenschaft, die deshalb auch wohl als *scientia amabilis* bezeichnet wird.

Bei einer kurzen Betrachtung des in Frage stehenden Gegenstandes dürften nun etwa folgende Gesichtspunkte zweckmäßig einer gesonderten Behandlung zu unterziehen sein:

I. Die direkte und indirekte Zuführung ausreichender Feuchtigkeit zu den Wurzeln der Pflanzen und die möglichste Erhaltung dieses Feuchtigkeitszustandes.

1. Direkte Zuführung der Feuchtigkeit zu den Wurzeln.

¹⁾ U. a. möchte ich hier das vorzügliche, von Sachkennern sehr günstig beurteilte „Lehrbuch der Botanik“ von Professor Dr. Otto Schmeil in Heidelberg empfehlen. Es ist im Verlage von Quelle und Meyer in Leipzig 1916 bereits in 86. Auflage erschienen und „unter besonderer Berücksichtigung biologischer Verhältnisse bearbeitet“. Die zahlreichen Abbildungen sind ausgezeichnet, und der Preis von 6 M. geb. äußerst mäßig. Auch ich habe das Werk bei der vorliegenden Arbeit vielfach benutzt.

a) Durch atmosphärische Niederschläge (Regen, Schnee, Tau).

Zuvörderst wird hinsichtlich der Wurzelthätigkeit der Pflanze die Bemerkung nicht unangebracht erscheinen, daß nach dem erwähnten Schmeil'schen Werke in der Regel die sogen. Wurzelhaare die Aufnahme des Wassers und der darin gelösten Boden-Nährsalze vermitteln. Wie dort weiter auseinandergelegt wird, stellen diese zahlreichen Wurzelhaare zarte, „lange, schlauchförmige Ausstülpungen der Oberhautzellen“ dar und finden sich nur an den jüngsten Wurzeln, mit Ausnahme eines äußersten Endes. „Die älteren Teile der Wurzel umkleiden sich mit wasserdichten Rorklagen, sind also zur Aufnahme von Wasser und Nährsalzen untauglich.“ In Rücksicht auf die überaus zarte Beschaffenheit und die leichte Verletzbarkeit der Wurzelhaare, „sollte man die Gewächse möglichst mit dem „Ballen“ verpflanzen“.

Ferner heißt es in demselben Werke noch von den Wurzelhaaren: „Sie durchdringen jede Lücke des Bodens und sind imstande, selbst noch die geringste Wassermenge einzusaugen und das kleinste Bodenteilchen auszubeuten“.

Nun fehlen aber, wie daselbst bemerkt, den meisten unserer Waldbäume die Wurzelhaare, dagegen sind „die Wurzelnenden von einem dichten Geflechte zarter Pilzfäden umspinnen. Von diesem Pilzmantel gehen zahlreiche Fäden nach außen, durchwuchern den Waldboden und entnehmen ihm Wasser samt den darin gelösten Nährstoffen. Andererseits legen sich die Fäden aber so dicht um die Wurzelnenden, daß diese imstande sind, ihnen das aufgenommene Wasser zu entziehen und es sich dienstbar zu machen. Schon aus der Länge der Fäden geht hervor, daß der Baum den Waldboden auf diese Weise weit besser auszunutzen vermag, als wenn seine Wurzelnenden, wie bei den meisten andern Pflanzen, mit winzig kleinen Wurzelhärchen bedeckt wären. Weiterhin wird übrigens noch betont: „Im einzelnen sind aber die Beziehungen zwischen Pilz und Wurzel noch ziemlich unbekannt“.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, wie sich der Verfasser obigen Werkes auch noch über die Wurzel-ausbreitung und die von den Pflanzen bewirkte Ableitungsweise des Regenwassers äußert. Es wird dort gesagt: „Zwischen der Ausbreitung der Wurzeln und der Art, wie die Pflanzen das Regenwasser ableiten, besteht — wir wir mehrfach gesehen haben — eine innige Beziehung. Tropft das Wasser am Umfange der Krone nieder, ist die Wasserableitung also nach außen gerichtet oder zentrifugal, so breiten sich die Wurzeln allseitig so weit aus, daß die mit Wurzelhaaren besetzten feinsten Wurzelzweige meist im Umkreise der Krone liegen (dichtbelaubte Bäume,

Königskerze u. a.). Fließt das Wasser dagegen nach innen oder zentripetal ab, so sind die Wurzeln mehr oder weniger senkrecht nach unten gerichtet und eng zusammengedrängt (Kaps, Tulpe u. a.). — Bei dünn belaubten Bäume (Birke) sind die Saugwurzeln gleichmäßig unter der ganzen Krone verteilt. — Wasser- und Sumpfpflanzen, sowie viele Gewächse, die gesellig beieinander stehen, lassen das Wasser in keiner bestimmten Richtung von den Blättern abtropfen.“

Einige Beispiele der bei vielen Gewächsen bestehenden zentripetalen Wasserableitung mögen nach dem genannten Werke hier noch folgen:

Von der Heidelbeere (*Vaccinium myrtillus*) wird erwähnt: „Die schräg stehenden, rinnigen Blätter leiten das Regenwasser über den kurzen, gefurchten Blattstiel zu dem Zweige, dem sie ansitzen; in einer tiefen Rinne, die sich an ihm von Blatt zu Blatt zieht, fließt es hinab und sammelt sich von sämtlichen Zweigen am Hauptstamme, der es schließlich der Wurzel zuführt“.

Ebenso stehen beim Kaps (*Brassica napus*) „die Blätter am Stengel schräg aufwärts und bilden in der Regel flache Rinnen“. Die auf die Blätter fallenden Regentropfen fließen daher zum Stengel ab und werden schließlich zur Wurzel geleitet. Die Pflanze „begießt“ sich also selbst.

Bei der Schwarzwurzel (*Symphytum officinale*) entspricht die zentripetale Wasserableitung der Richtung der mit Saugwurzeln besetzten Wurzel. Bedingt wird diese Art des Wasserabflusses dadurch, daß erstens die Blätter schräg aufwärts gerichtet am Stengel stehen, daß zweitens die Blattflächen sowohl, wie die Blattstiele (soweit vorhanden), die Form von Rinnen besitzen, und daß drittens die Blattflächen als Säume an den Stielen und am Stengel herablaufen, so daß dieser „geflügelt“ erscheint. Die Säume verhindern das Wasser, von den Blattstielen abzuspringen und leiten es an dem Stengel hernieder.

Auch beim allbekannten Löwenzahn (*Taraxacum officinale*) sind „die Blätter auf der Oberseite mit einer deutlichen Rinne versehen. Infolgedessen leiten sie jeden Regentropfen, von dem sie getroffen werden, der dürstenden Wurzel zu“.

Da, wie bemerkt, nur die feinen Saugwurzeln eines Baumes Feuchtigkeit aus dem Boden aufzunehmen vermögen, stärkere Wurzeln aber durch die dicke Rinde daran gehindert sind; da ferner die Saugwurzeln sich nur im Bereiche der Kronentraufe des Baumes finden, so sieht man z. B. bei der Zuführung flüssigen Düngers zu Obstbäumen darauf, daß dieses nur an jener Stelle geschieht.

Uebrigens möchte ich noch anführen, daß bei stark abgekühltem und überhaupt bei kaltem Boden

B. Moorboden) die Aufnahme von Wasser durch Wurzeln nachläßt und bei stark gefrorenem Boden fast ganz aufhört.

Auch die Humusäuren des Torfbodens hemmen die Tätigkeit der Wurzeln.

Hinsichtlich des Regens muß noch besonders hervorgehoben werden, wie es nicht genügt, daß er, namentlich in trockener Zeit und bei trockenem Boden, in ausreichender Menge fällt, sondern wir müssen auch, so weit möglich, Vorkehrungen treffen, daß das Regenwasser nicht zu rasch abläuft, vielmehr langsam in den Boden zu den Wurzeln der Gewächse dringt und lange genug von dem Boden festgehalten wird — natürlich ohne durch Uebermaß schädlich zu wirken. Nur so kommt das Wasser den Pflanzen möglichst reichhaltig zuzunug.

In unseren Forsten suchen wir diesen Zweck dadurch zu erreichen, daß wir zum Auffangen des Regenwassers, z. B. an steilen, trockenen Hängen die bestimmten Horizontalgräben in angemessenen Abständen von einander anlegen, sowie bei Pflanzungen, vorwiegend auf geneigten Flächen, kleine Rinnen um die Pflanzen bzw. Pflanzlöcher herumziehen, was besonders für größere Pflanzen (Eichen usw.) wichtig ist. Mindestens sind hier kleine Erdwälle an den unteren Rande der Pflanzlöcher anzubringen.

Anmerkung: Bezüglich der Wurzeltätigkeit der Pflanzen dürfte auch noch eine Bemerkung über die vielleicht jedem Forstmann bekannten Ausscheidungen der Wurzeln Interesse beanspruchen: Nach dem Schmeil'schen Werke scheiden die letzteren nämlich außer einer Säure, die zur Lösung von Boden-Nährsalzen dient, zufolge neuer, sorgfältiger Untersuchungen, „Stoffe aus, die auf Gewächse derselben Art, aber auf die einer andern Art wie Gifte einwirken. Je öfter nun ein Boden mit derselben „Feldfrucht“ bepflanzt wird, um so mehr muß er von diesen Stoffen durchtränkt, der Nährwert also herabgesetzt werden. Erst nachdem er durch Witterungseinflüsse (Regen und dergl.) von den „Giften“ wieder befreit ist, gedeihen Pflanzen der ersteren Art auf ihm wieder vortrefflich“.

Ist letztere Beobachtung richtig, so würde schon eine solche Rücksicht auf unsere Forstwirtschaft gegen die Erziehung einer, geschlossener Holzbestände, aber für standortsgemäße, naturreiche Holzarten-Mischungen sprechen, wie sie wohl gewöhnlich in den meisten Revieren, insoweit klimatische Verhältnisse nicht entgegenstehen, eingeführt sind. Wo aus besonderen Gründen nur reine Bestände zulässig wären, müßten sie, zur dauernden Erhaltung guten Wachstums, nicht geschlossen, sondern in looßem Kronenschlusse erzogen werden, wie es ja überhaupt für alle unsere Holzbestände sich empfiehlt, um sie etwa im Boden reiner Bestände vorkommenden „Giften“ durch ausgiebigere Einwirkung des Regens usw. möglichst unschädlich zu machen, was bei vollständigem Kronenschlusse sich nur ungenügend erreichen ließe. Erst bei den dünnsten Schlagstellungen bisher geschlossen aufgewachsener, reiner Bestände, zum Zwecke der natürlichen Verjüngung, und bei Abtrieben, würde die bezeichnete Regenwirkung in ausreichendem Maße eintreten.

b) Durch Bewässerung.

Eine solche kommt naturgemäß weit mehr bei der Landwirtschaft und beim Gartenbau, als bei der Forstwirtschaft vor. Bei letzterer beschränkt sie sich meist auf die Forstgärten oder gelegentlich auf kleine Bestandsstellen, größere Anlagen sind selten.

Im Kleinen lassen sich in den Forsten Bewässerungen wohl öfter anwenden als geschieht. Z. B. könnte bei vorgenommenen Entwässerungen sumpfiger Stellen das Wasser aus den Gräben bei vorhandenem Gefälle zweckmäßig den angrenzenden Bestandteilen und etwaigen Kulturen in erforderlichem Maße zugeleitet werden¹⁾.

c) Durch Begießen.

Solches muß selbstredend bei trockenem Wetter in größter Ausdehnung beim Gartenbau Anwendung finden, in der Forstwirtschaft ist es nur in Saat- und Pflanzkämpen anwendbar. Wie bekannt, muß das Gießen, wenn einmal begonnen, bis zu eintretendem Regen fortgesetzt werden, weil sich sonst an der Beetoberfläche eine feste Erdrinde bildet, die den Zutritt der Atmosphäre zu den Pflanzenwurzeln und die Absorption von Wasserdämpfen durch die Erdoberfläche verhindert²⁾.

Interessant würde es sein, einmal durch leicht anzustellende Versuche zu ermitteln, inwieweit bei anhaltend trockener Witterung während der Vegetationszeit eine wiederholt vorzunehmende Lockerung der Zwischenräume zwischen den Pflanzreihen der Kämpen, in Verbindung mit einem gleichzeitigen Anhäufeln der Saat- und Pflanzreihen, das kostspielige Begießen zu ersetzen vermag. Das Bodern „macht die Bodenträume absorptionsfähiger für Wasserdampf und Tau, befördert das Eindringen des Regens in die Tiefe und ermäßigt die Wasserverdunstung“.

d) Hierher würde auch ein Versuch gehören, Pflanzlinge in trockener Zeit, etwa einen oder ein paar Tage lang vor dem Versetzen, mit ihren Wurzeln im Wasser aufzubewahren und von letzterem aufsaugen zu lassen, unter der berechtigten Annahme, daß die Pflanzen sodann jene Zeit besser überstehen, also geringeren Abgang zeigen werden.

2. Indirekte weitere Zuführung von Feuchtigkeit zu den Wurzeln.

Solche könnte bewirkt werden:

a) Durch das erwähnte Bodern der Zwischenräume zwischen den Pflanzreihen und das Anhäufeln

¹⁾ Näheres s. das vorzügliche Waldbauwerk von Heyer-Hef, 5. Aufl., I. Bd., S. 251.

²⁾ S. Heyer-Hef, Waldbau, I. Bd., S. 250 und 305.

³⁾ Dasselbst S. 305.

letzterer in den Forstgärten, sowie durch Bodenauflockerung um Pflanzheister behufs Hebung deren Wachstums.

b) Durch Beimischung des Bodens der Beete in Forstgärten mit hygroskopischen Stoffen, z. B. Humuserde, Moorerde, Rasenasche, Kohlengrus. Bekanntlich haben die drei erstgenannten schon als eigentliche Düngemittel im Forstbetriebe ihre Bedeutung. Auch die Kalisalze sollen außer ihrer düngenden Wirkung noch dadurch einen günstigen Einfluß ausüben, daß sie aus der Luft Wasser aufnehmen und dessen Verdunstung hindern.

c) Zu erwähnen wäre etwa noch, daß bei der Zersetzung der Humussubstanzen, außer Kohlensäure, Ammoniak usw. auch Wasser sich bildet.

II. Möglichste Ausnutzung des im Boden vorhandenen Wassers — und somit der sonstigen Boden-Nährstoffe — durch besondere Beschaffenheit des Wurzelsystems der Pflänzlinge, sowie durch naturgemäße Lagerungsweise der Wurzeln beim Einpflanzen.

Die im Boden vorhandene Feuchtigkeit kann nur dann von den Pflanzen möglichst vollständig ausgenutzt werden, wenn diesen eine reichliche Menge von Saugwurzeln zu Gebot steht, wie sie sich nur in einem lockeren, humosen Boden zu entwickeln vermögen. Wir erziehen daher im Forstbetriebe die bestbewurzelten, ein gutes An- und Fortwachsen tunlichst verbürgenden, Holzpflänzlinge in unseren, durch sorgfältige Bodenbearbeitung und Pflege wohlzubereiteten Saat- und Pflanzkämpen, namentlich durch Verschulung.

Die meisten Saugwurzeln werden sich natürlich in den oberen Bodenschichten entwickeln, weil sich hier nicht allein die meisten Nährsalze finden, sondern auch Wärme und Luft hier günstiger wirken können.

Hierzu möchte ich noch erwähnen, daß man auch versucht hat, bei etwas älteren Kamppflanzen noch ein reiches Saugwurzelsystem im Kampe durch Abstecken bzw. Kürzen weiterstreichender, stärkerer Seitenwurzeln hervorzurufen. So hat man z. B. bei dem etwa nötig werdenden, längeren Verbleiben von Fichten-Schulpflanzen im Kampe — etwa über das Alter von vier Jahren hinaus, wo sich dann schon längere Seitenwurzelstränge mit weniger Saugwurzeln bilden — durch Kürzung der ersteren mittels scharfen Spatens im Frühjahr eine besonders reiche Saugwurzelerwicklung, wie sie beim Verpflanzen ins Freie sehr erwünscht ist, noch in demselben Jahre erreicht und so eine spätere Verpflanzung mit genügender Sicherheit des An- und Fortwachsens ermöglicht.

Dieselbe Idee hat nun der Ratsobersförster Muth zu Bertholdsdorf (Erzgebirge) der von ihm erfundenen „Wurzelschnittmaschine“ zum Grunde gelegt.

Infolge der so entstehenden dichten Bewurzelung wird auch eine größere Ballenfestigkeit der Schulpflanzen erlangt werden. Versuche müssen über die Brauchbarkeit des Maschinchens entscheiden¹⁾.

Da die Feuchtigkeit im Boden natürlich mit der Tiefe zunimmt, so müssen wir zugleich bestrebt sein, auch den reichlicheren Wassergehalt der tieferen Bodenschichten den Pflanzen möglichst zugänglich zu machen, was besonders für trockeneren Boden von großer Bedeutung ist. Wir erreichen diesen Zweck dadurch, daß wir auf solchem Boden, falls er genügend locker ist, Pflanzen mit tiefgehender Wurzelbildung (Pfahl- oder Herzwurzeln) anbauen, und auf etwas festerem Boden eine solche durch tiefere Bearbeitung desselben ermöglichen, sowie daß wir z. B. bei Pflanzungen humose Erde besonders auf den Boden der Pflanzlöcher bringen, um die Verlängerung der Wurzeln namentlich einer Pfahlwurzel, weiter nach unten zu leiten; dabei muß die Tiefe der Pflanzlöcher die Wurzellänge etwas überschreiten.

Bezüglich unserer Waldbäume wissen wir, daß z. B. die wichtige, genügsame Kiefer in großen Gebieten mit trockenem Sande nur aus dem Grunde noch einigermaßen zu gedeihen vermag, weil sie schon von der ersten Jugend an eine Pfahlwurzel entwickelt, welche die Feuchtigkeit aus den tieferen, frischeren Bodenschichten aufsaugt.

Zu denjenigen Holzarten, welchen eine solche Wurzelform schon von Natur eigen ist, gehören bekanntlich, außer der Kiefer, noch Eiche und Weißtanne, sodann auch Ulme, Ahorn, Esche, Linde, Weimouthskiefer und Bärche. Die Buche geht mit ihren Wurzeln meistens weniger tief in den Boden, ebenso Schwarzerle und Schwarzkiefer. Eine mehr flache Bewurzelung zeigen Hainbuche, Weißerle, Birke, Kiefer und die Pappeln. Am flachsten bewurzelt ist die Fichte, die deshalb auch in so hohem Grade der Sturmgefahr ausgesetzt ist²⁾.

Von sonstigen bekannten, kleinen, wildwachsenden Pflanzen zeichnen sich durch Pfahlwurzelbildung, die deren Gedeihen auf trockenerem Boden möglich macht, aus: die Ruchenschelle (*Rhynchoglossa*), die Pulsatilla (*Pulsatilla pratensis*), die Steinnelke (*Dianthus carthusianorum*), die Zichorie (*Cichorium intybus*), der Löwenzahn (*Taraxacum officinale*), der Maltzwurz (Papaver *Papaver rhoeas*), die Wegmalve (*Malva neglecta*), der Reiherschnabel (*Erodium cicutarium*) u. a.

¹⁾ Näheres darüber s. das genannte Waldbauwerk, I. Bd., S. 296.

²⁾ S. Seyer-Hess, Waldbau, I. Bd., S. 24.

Interessant und wichtig würde es sein, einmal zu prüfen, ob es nicht erreichbar sei, auch den von Flachwurzeln den Holzarten, in erster Linie für unsere Finanzen so bedeutungsvollen Fichte wenigstens den künftigen Hausbarkeitsstämmen — die bleibende Pfahlwurzel oder überhaupt dauerhafte, tiefergehende Wurzeln durch tiefere Bodenlockerung der Rämme und durch, den längeren Pfahlwurzeln entsprechende, tiefere Pflanzlöcher anzuziehen. Gätten derartige Versuche einigen Erfolg, würden sich durch Verwendung solcher Pflanzen bei Kulturen die mitunter so verheerend auftretenden Wurmschäden — namentlich in reinen Fichtenkulturen — wohl sehr ermäßigen lassen, besonders wenn in letzteren bereits die rationellen, starken Wurmschorstungen (C-Grab) eingeführt wären. Ebenso würden Fichten mit einer solchen anerzogenen Bewurzelung den durch Hitze verursachten Beschädigungen weit besser zu widerstehen vermögen; hat doch in dem außerordentlich trockenen Sommer des Jahres 1911 besonders die Flachwurzeln Fichte stark gelitten.

Etwa mit Pfahlwurzeln erzogene, kleine, ballenlose Buchenpflanzen könnten auch einmal selbst auf lockeren Boden, z. B. als wichtiges Mischholz in Kiefer auf besserem Sandboden, versuchsweise angebaut werden.

Vielleicht ließe sich bei Buche und Fichte durch Erziehung einer Pfahlwurzel auch der Höhenwuchs günstig beeinflussen¹⁾.

Sollen nun aber z. B. die Wurzeln unserer Holzpflänzlinge eine erfpriechliche, volle Tätigkeit entfalten und dadurch ein gutes Anwachsen und Gedeihen der Pflanzen bewirken, so müssen wir den Wurzeln selbstverständlich eine vorsichtige, schonende Behandlung und den Pflanzen überhaupt eine gute Pflege zuwenden lassen. Um nur Einiges, übrigens jedem Forstmann Bekanntes, hier noch einmal hervorzuheben, müssen beim Ausheben der Pflanzen die Wurzeln sorgfältig vor Verletzungen geschützt, die ausgehobenen Pflanzen gut eingeschlagen, und beim Transport die Wurzeln durch gutes Verpacken frisch erhalten werden.

Beim Einsetzen sind kleine, ballenlose Pflanzen in einem Gefäße mit Wasser oder in einem Korbe, unter Bedeckung der Wurzeln mit frischer Erde, aufzubewahren. Das Einpflanzen hat so zu geschehen, daß die Pflanzen nicht tiefer als vorher zu stehen kommen; nur auf lockeren oder tief aufgelockertem oder sehr trockenem Boden kann etwas tiefer gepflanzt werden²⁾. Die

Wurzeln müssen naturgemäß nach allen Richtungen ausgebreitet, besonders dürfen Pfahlwurzeln kleiner Pflanzen nicht umgebogen, und die Wurzeln auch nicht gequetscht werden. Billige Klemmpflanzung, unter Anwendung der bekannten Geräte, ist bei solchen Pflanzen nur auf lockerem Boden, besonders Sandboden, sowie auf künstlich gelockertem Boden zulässig. Dabei muß das Befestigen der Pflanzen in den Pflanzlöchern mittels jener Geräte in der Art bewirkt werden, daß nach nochmaligem Einstechen derselben neben dem Pflanzloche die Erde zuerst gegen dessen Boden und sodann nach dem oberen Rande zu — also nicht allein in letzter Weise — angebrückt wird, um ein schädliches Hohlstehen der Wurzel zu vermeiden.

Selbstverständlich wird den Wurzeln die pfleglichste Behandlung durch die Ballenpflanzung zuteil. In dem mehrgenannten „Waldbau“ von Heyer-Hef³⁾ wird darüber gesagt: „Die Ballenpflanzung ist zwar teurer als die Pflanzung mit gleichalten ballenlosen Setzlingen, gewährt aber dafür größere Sicherheit in bezug auf das Anwachsen und nachhaltige Gedeihen. Die Wurzeln verbleiben hierbei in ihrer natürlichen Lage, sind gegen das Austrocknen geschützt und werden beim Ausheben und Versetzen der Pflanzballen weniger verletzt. Die schädliche Tiefpflanzung ist hierbei ganz ausgeschlossen usw.“ Natürlich empfiehlt sich die Ballenpflanzung hauptsächlich für ungünstige Standorte.

Von den Geräten zu dieser Methode für kleine Pflanzen mögen hier die sinnreich konstruierten, in dem obigen Werke beschriebenen, verbreiteten, billig arbeitenden Pflanzbohrer: der C. Heyer'sche „Hohlbohrer“ und der Ed. Heyer'sche „Regelbohrer“, die sich seit langen Jahren bestens bewährt haben, noch einmal Erwähnung finden; auch der Jansa'sche „Patent-Hohlbohrer“ wäre hier zu nennen.

Der bezeichnete „Regelbohrer“ soll bekanntlich bei kleinen Pflanzen mit Pfahlwurzeln, welche der Holzbohrer nicht herauszufördern vermag, zur Anwendung kommen.

Die Pflanzbohrer setzen natürlich stein- und wurzelfreien, genügend bindenden Boden voraus und könnten — besonders der Regelbohrer — auch sogar einmal bei Pflanzungen im Laube angewendet werden.

Kleine ballenlose Pflanzen sind übrigens weit mehr im Gebrauch, als gleichalte Ballenpflanzen, da das gute Wurzelsystem der ersteren, wie es bei der sorgfältigen Erziehung in unseren Rämmen ausgebildet wird, den Ballen bis zu einem gewissen Grade ersetzt, wenn auch für schwierigere Verhältnisse die Ballenpflanze immer ihren höheren Wert behauptet.

¹⁾ Näheres s. Forstw. Zentralblatt, Juli-Heft von 1913.

²⁾ Bei der Ballenpflanzung- und der bekannten von Mannefelden Hügelpflanzung wird ein schädliches zu tiefes Einpflanzen natürlich ein für allemal vermieden.

Größere Billigkeit redet übrigens der Benutzung kleiner ballenloser Pflanzen gleichfalls das Wort.

Nach Prof. Hausrath¹⁾ ist eine Bodentiefe von 1 m zum Gedeihen der wichtigeren Bäume schon völlig ausreichend, und sind Tiefen von über 2 m für den Holzwuchs ohne Bedeutung.

Noch näher auf den Holzanbau überhaupt und seine Methoden einzugehen, entspricht nicht dem Zwecke meines Aufsatzes, sondern ist Sache unserer Waldbauwerke. Es kam mir hier in erster Linie nur darauf an, das Hauptsächliche über die Wurzelstätigkeit und die Wurzelformen unserer Holzpflanzen aus dem praktischen Betriebe noch einmal hervorzuheben und in Erinnerung zu bringen.

III. Die Hinderung einer zu raschen Verdunstung der Feuchtigkeit, sowohl der in den Pflanzen selbst, als der im Boden vorhandenen.

1. Natürliche Schutzmittel der Pflanzen gegen zu starke Wasserverdunstung.

Es möge mir gestattet sein, hier etwas näher auf die interessanten Ausführungen in dem genannten Schmeil'schen „Lehrbuch der Botanik“ einzugehen.

Wenngleich die ununterbrochene Wasserverdunstung der Pflanze für ihr Leben von größter Bedeutung ist, so wirkt doch eine zu starke Verdunstung sehr schädlich, indem die Pflanze dadurch, namentlich auf trockenen Standorten, den Gefahren des Welkens und schließlich des Vertrocknens ausgesetzt wird. Es ist im höchsten Grade bewundernswert, wie sparsam unter solchen Verhältnissen die Gewächse mit ihrer Wasserverdunstung, unter Benutzung besonderer, zweckmäßiger Form und Beschaffenheit ihrer Blätter, sowie sonstiger Einrichtungen, verfahren. Die Schutzmittel gegen zu starke Verdunstung sind nun nach jenem Werke etwa folgende:

a) Größe und Form der Blätter.

Manche Pflanzen bilden auf trockenen Standorten zum Zwecke einer Beschränkung der verdunstenden Oberfläche der Blätter und demgemäß zur Verringerung der Anzahl der Spaltöffnungen nur kleine oder schmale oder feinzerteilte oder überhaupt nur wenige Blätter. In dem obigen Werke sind hier beispielsweise folgende Pflanzen aufgeführt:

Leintraut (*Linaria vulgaris*): Blätter sehr schmal; Aushülle oder Ruchenschelle (*Pulsatilla pratensis*): fein zerteilte Blätter; von holzigen Forstunkräutern: Heidekraut (*Calluna vulgaris*) und

Besenginster (*Sarothamnus scoparius*): haben sehr kleine Blätter; bei der Heide sind letztere auch noch zusammengerollt (Rollblatt). „Ein solches Rollblatt bietet der Luft nur die Oberseite dar, wird daher auch weit weniger Wasser verdunsten, als wenn es ausgebreitet wäre“.

Auch die Blätter des Strandhafers (*Ammophila arenaria*) und Strandroggens (*Elymus arenarius*) sind, wenn diese Pflanzen auf trockenem Sande stehen, „zu langen Röhren zusammengerollt“. Dadurch verkleinern sie ihre Oberfläche sehr stark und verdunsten nicht so viel Wasser, wie auf feuchtem Boden im ausgebreiteten Zustande.

Ebenso „bieten gefaltete Blätter dem Wind eine viel kleinere Verdunstungsfläche dar, als ausgebreitete“. Siehe die gefalteten jungen Einzelblätter des Rosskastanie (*Aesculus hippocastanum*).

„Bei den Rattusarten sind die Blätter in der Regel in Dornen umgewandelt, durch die kaum eine Verdunstung stattfindet.“ Zugleich haben diese Pflanzen „verhältnismäßig wenige Spaltöffnungen“.

b) „Die Blätter sind dem Stengel angedrückt“. Z. B. Heide und Mauerpfeffer (*Sedum acre*). „Infolgedessen können sie von der Luft nicht in dem Maße umspült werden, als wenn sie weit und frei vom Stengel abständen.“

c) „Die Blätter sind senkrecht gestellt“. Z. B. die jungen Blätter der Rosskastanie. „Die Sonnenstrahlen treffen zur Mittagszeit — also wenn sie am kräftigsten wirken — das senkrecht aus der Knospe hervortretende oder später nach unten hängende Blatt unter viel spitzerem Winkel als das vollkommen ausgebreitete, das zu den einfallenden Sonnenstrahlen schräg gestellt ist. Ein senkrecht gestelltes Blatt kann zur Mittagszeit also nicht in dem Grade erwärmt werden wie ein wagerecht oder schräg gestelltes; daher wird es auch nicht soviel Wasser verdunsten wie jenes.“

d) „Die Blätter schlagen sich bei zu starker Erwärmung nach unten.“ Z. B. Sauerkle (*Oxalis acetosella*): „Die beschatteten Pflanzen breiten ihre Blätter so aus, daß die drei herzförmigen Einzel-Blättchen in einer Ebene liegen; die von den Sonnenstrahlen getroffenen dagegen haben die Blättchen senkrecht nach unten geschlagen und — wie der vorhandene Raum dies bedingt — in der Mittellinie etwas eingefaltet. In dieser Lage werden die Blätter selbstverständlich viel weniger besonnt und mithin auch viel weniger erwärmt, als wenn sie ausgebreitet wären.“

e) „Mehrere Trockenlandpflanzen (Mauerpfeffer, Rattus und andere Fettpflanzen oder Succu-

¹⁾ S. das interessante Werkchen: „Der deutsche Wald“ von Prof. Dr. Hans Hausrath in Karlsruhe (Bändchen Nr. 158 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“).

lenten, sowie tropische Orchideen, die auf Baumstämmen wachsen) speichern in den Blättern oder Stämmen Wasser auf."

Die, besonders in den tropischen Teilen Amerikas heimischen Kaktusgewächse der heißen, außerordentlich trockenen, fast regenlosen Wüsten und Steppen vermögen so viel Wasser zu fassen, daß sie „weiter grünen, wenn um sie her scheinbar alles Pflanzenleben erloschen ist."

f) Die Blätter sind lederartig und in Folge dessen meist immergrün. „Die Außenwände der Oberhautzellen sind stark verdickt, in hohem Maße mit wachsartigen Stoffen (Rutin) durchtränkt und mit einer so dicken Kutikula versehen, daß sie für Wasserdampf fast undurchlässig sind (Efeu, Agaven, Kaktusarten)."

Immergrüne Blätter haben unsere Nadelhölzer, mit Ausnahme der Dürche, von Sträuchern (Forstunkräutern): Wacholder (*Juniperus communis*), Stechpalme (*Ilex aquifolium*); von kleineren Forstunkräutern: Heide, Preiselbeeren (*Vaccinium vitis idaea*). Bei der Heidebeere lösen sich die lederartigen, der vorigen ähnlichen Blätter im Herbst von den grünen Zweigen. Die Mistel (*Viscum album*) hat immergrüne Blätter.

Von unseren sonstigen bekannten Kräutern sind immergrün: Efeu, Haselwurz (*Asarum europaeum*), Leberblume (*Hepatica triloba*), Wintergrün (*Pirola*), Immergrün (*Vinca minor*).

Bezüglich der Laubholz-Sträucher wird in dem obigen Werke noch vom Liguster (*Ligustrum vulgare*) gesagt: „Die weidenartigen Blätter (Rainweide!) sind etwas lederartig. Infolge dessen überdauert an jedem Strauche stets eine Anzahl von ihnen selbst den kältesten Winter."

Als bekannte immergrüne ausländische Bäume sind u. a. zu nennen: Zitronen, Orangen und Lorbeerbäume. Da man „in den südlicher gelegenen Ländern Verhältnisse, wie sie bei uns im Winter herrschen, nicht kennt, so sind die Bäume und Sträucher dort zumeist immergrün."

Ferner heißt es von den Kaktusarten, daß sie „eine sehr dicke, fast wasserdichte Oberhaut" besitzen.

Es darf wohl angenommen werden, daß die Blätter unserer Laub-Bäume und -Sträucher, so lange sie noch jung und zart sind, die meiste Feuchtigkeit verdunsten, daß die Verdunstung aber gemindert wird, wenn die Blätter später mehr Festigkeit erlangen.

g) „Die Blätter sind mit einer Wachs-schicht überzogen (Naps; auch viele Früchte,

z. B. Weinbeere, Pflaume a. a.). Hierher gehören auch die schmalen Blätter des Beintrauts (*Linaria vulgaris*).

h) „Die Blätter besitzen einen firnisartigen Ueberzug (junge Blätter des Kirschaums; Knospenschuppen der Rosskastanie)."

i) „Die Blätter sind auf einer Seite oder auf beiden Seiten mit Haaren bedeckt (junge Blätter der Rosskastanie; Edelweiß u. v. a.)." Man könnte hier weiter noch den Mohn (*Papaver rhoeas*), die Wegmalve (*Malva neglecta*), die Schwarzwurz (*Symphytum officinale*), sowie die jungen Blätter der Linde anführen.

k) Die meisten Pflanzen haben die Fähigkeit, „die Spaltöffnungen zu verschließen, sobald Wassermangel eintritt."

l) Als fernerer Schuttmittel mag hier noch erwähnt sein, daß manche Pflanzen, z. B. der bekannte Löwenzahn (*Taraxacum officinale*) ihre Blätter auf trockenem Boden zu einer Rosette ordnen, „die dem Boden dicht aufliegt, ihn beschattet und mithin vor zu starker Austrocknung schützt."

Auch der Reiherschnabel (*Erodium cicutarium*) und der Wegerich (*Plantago*) zeigen diese Anordnung der Blätter, letzterer an trockenen Standorten.

Zugleich möchte ich an dieser Stelle daran erinnern, wie die jungen gepflanzten Fichten sich die erforderliche Bodenfeuchtigkeit unter ihrem Kronenbereich meist dadurch möglichst zu erhalten suchen, daß sie zunächst unmittelbar über dem Boden eine dichte Zweigbildung entwickeln. Wie jedem Forstmann bekannt, pflegt die Fichtenpflanze erst dann größere Höhentriebe zu bilden, nachdem sie ihren Fuß durch dichte Beastung gehörig bedeckt und dem Boden so die nötige Feuchtigkeit gesichert hat.

Bei verschiedenen Pflanzen sind mehrere Schuttmittel gegen zu starke Verbunstung vereinigt und wirken daher um so intensiver. Im Nachstehenden erlaube ich mir, wenigstens einige, dem Schmeißchen Werke entnommene, interessante Beispiele anzuführen.

Heide.

1. Das Heidekraut zeigt infolge der auffallenden Dürre und Trockenheit aller seiner Teile nur eine schwache Wasserverdunstung.

2. Es wächst in dichtem Stande und erhebt sich nur wenig über den Boden, es hat daher auch nur wenig unter den austrocknenden Winden zu leiden.

3. „Das wichtigste Mittel ist aber in dem eigentümlichen Bau der Blätter zu erblicken." Diese sind „sehr kleine Gebilde", die „nur auf der

Unterseite Spaltöffnungen besitzen"; außerdem ist der Zugang zu letzteren durch haarähnliche, die Verdunstung gleichfalls stark herabsetzende Organe versperrt. Ferner sind die Blätter ungestielt und vermögen sich den Zweigen eng anzuschmiegen. Dazu sind die ersteren „Rollblätter“ und immergrün.

Mauerpfeffer (*Sedum acre*).

Die Blätter sind sehr klein, liegen dem Stengel meist dicht an und stellen dicke, fleischige Körper dar, die als Wasserspeicher dienen (Fettpflanze, Saftpflanze oder Succulente).

Der Zellsaft der Blätter zeigt oft einen reichlichen Schleim, der das Wasser nur sehr langsam abgibt. „Infolge der verhältnismäßig dicken Oberhaut der Blätter und der sehr geringen Zahl von Spaltöffnungen vermag nur wenig Wasser in Dampfform zu entweichen.“ „Vorteilhaft für eine langsame Verdunstung ist auch, daß die Stengel sehr niedrig bleiben und der Mauerpfeffer einen dichten Rasen bildet.“

Von Waldbäumen möge die Kiefer erwähnt sein, bei der ebenfalls verschiedene Schutzmittel vereinigt sind, die das Wachstum bzw. Aushalten dieser wichtigen Holzart auf selbst sehr trockenem Sandboden noch ermöglichen und daher, „auf einen sparsamen Wasserverbrauch hinweisen.“

„Die Außenwand der Oberhautzellen der Nadeln ist stark verdickt. Infolgedessen ist sie für Wasserdampf schwer durchbringbar und läßt die Nadel hart und trocken erscheinen.“ Außerdem „sind Spaltöffnungen, durch die die Verdunstung des Wassers am stärksten erfolgt, nur in sehr geringer Zahl vorhanden.“

„Die Kiefer verliert alljährlich im September einen größeren, und im Oktober oder November einen weitem kleineren Teil ihrer Blätter. Da die einzelne Nadel aber 2–3 Jahre alt wird, erscheint die Kiefer immergrün.“

Auch das in dem betreffenden Werke als Wirkung der letzteren Eigenschaft Hervorgehobene ist sehr bemerkenswert: „Im Herbst verlieren unsere Laubbäume durch den Blattabfall eine große Menge von Stoffen, die im Frühjahr wieder ersetzt werden müssen. Die Kiefer dagegen behält ihre Blätter mehrere Jahre hindurch. Sie braucht daher dem Boden auch nicht eine solche Menge von Nährstoffen zu entziehen als ein Laubbaum mit derselben Blattmasse, eine Tatsache, die bei der Nahrungsarmut des Bodens, auf dem die Kiefer zumeist wächst, wohl zu beachten ist. Auch insofern befindet sich die Kiefer den Laubbäumen gegenüber im Vorteile, als sie im Früh-

jahre sofort die Arbeit beginnen kann, während jene erst die Blätter, d. h. die Werkstätten bilden müssen, in denen neue Baustoffe erzeugt werden.“

Erwägt man noch weiter den bekannten Umstand, der Kiefer eignen Pfahlwurzel, so muß man zugeben, daß für das Gedeihen bzw. die Wachstumsmöglichkeit dieser Holzart, sogar auf armem Sandboden, durch die Pflanze selbst bestens gesorgt ist.

Es würde zu weit führen, noch fernere Beispiele der vorstehenden Art anzuführen und muß auf die botanischen Lehrbücher verwiesen werden.

Eine höchst bedeutsame Einrichtung im Leben unserer Laub-Bäume und Sträucher gegen zu starke Wasserverdunstung durch die Blätter bietet der herbstliche Laubabfall.

Man hat hierbei nach dem mehrgenannten Schmeißchen Lehrbuch Folgendes zu bedenken: Da die Blätter jener Gewächse beständig Wasser verdunsten, so würden letztere eine solche Tätigkeit auch im Winter fortsetzen, wenn sie während dieser Jahreszeit ihr Laub behielten. Nun läßt aber die Aufnahme der Feuchtigkeit durch die Wurzeln bei stärkerer Abkühlung des Bodens, wie sie sich „schon im August und September (kurze Tage, lange Nächte!)“ zeigt, allmählich nach, und würden die Wurzeln „bei hart gefrorenem Boden überhaupt gar nicht mehr imstande sein, ihm Wasser zu entziehen. Würden die Laubgewächse jetzt durch ihre Blätter noch fortgesetzt Wasserdampf an die Luft abgeben, so müßten sie bald vertrocknen,“ da „die Wurzel jetzt nicht mehr so viel Wasser aufzunehmen vermag, wie die Pflanze verdunstet. Kalter Boden wirkt auf die Pflanze also wie trockener Boden ein.“ „Die meisten Bäume und Sträucher helfen sich über diese für sie durchaus ungünstige Zeit des Jahres bekanntlich dadurch hinweg, daß sie ihre Blätter einfach abwerfen.“

Da nun „Stärke, Eiweiß und alle andern wertvollen Stoffe aus den Zellen des herbstlichen Blattes ausgewandert und in den Stämmen und Zweigen abgelagert sind, um im nächsten Frühjahr zum Aufbau der jungen Zweige, Blätter und Blüten verwendet zu werden, so verliert die Pflanze beim Laubfalle also nicht viel mehr, als die jetzt wertlos gewordenen Skelette der Blätter.“

Nur unsere immergrünen Nadelhölzer — mit Ausnahme der Lärche —, sowie die bereits unter f erwähnten hiesigen immergrünen Gewächse mit derben, lederartigen Blättern zeigen infolge dieser verdickten Blattoberfläche eine so geringe Wasserverdunstung, daß ein Abfall der Blätter im Herbst nicht notwendig wird.

Bäume und Sträucher mit immergrünen Nadeln haben gegen die, das Laub im Herbst abwerfenden, den Vorteil, daß sie, wie schon bei der Beobachtung bemerkt, beim Eintritt des Frühlings mit den Wurzeln der Nährstoffaufnahme und -verarbeitung sofort beginnen, also diese über einen viel größeren Zeitraum des Jahres ausdehnen¹⁾ können.

Wenn der Forstmann, namentlich bei größeren Nadelholzpflänzlingen, die Kronen vor dem Einsetzen der Pflanze in bekannter Weise beschneidet¹⁾, so besteht er, außer der Absicht der Form- und Wuchsgestaltung, auch denselben Grundsatz, wie ihn die Natur durch den herbstlichen Laubfall benützt, d. h. er sucht die Anzahl der wasserverdunstenden Blätter, also der künftigen Blätter, zu vermindern, und zwar im Verhältnis eines beim Ausheben der Pflanze stattgefundenen Wurzelverlustes. Er auch ohne einen solchen würde für trockenen Boden ein stärkeres Beschneiden der Kronen dieser Pflänzlinge rätlich sein.

Dieselben Gründe gelten natürlich auch für das sogenannte Stummeln unter etwa 1–2 cm starker Nadelholzpflänzlinge, wie es besonders bei deren Verpflanzung im Nieder- und Mittelwalde üblich ist. In erwähnten Waldbauwerke von Heyer-Hess, I. Bd., S. 24, wird darüber gesagt: „Man drängt hier den Pflänzling nicht eine Schaft- und Kronenmasse zu ernähren auf, ohne zu wissen, ob er sie auch ernähren vermag, sondern man überläßt es ihm, nach Maßgabe seines unbekannten Ernährungsvermögens sein neues Wachstum sich selbst zu bilden. Hier die gesamte Saftzufuhr durch die Wurzeln schließlich auf die neuen Stodauslässe verwendet, so entwickeln sich diese kräftiger; es bildet sich ein neuer Jahrring an Stod und Wurzeln, der Pflänzling schlägt sicherer an und ersetzt reichlich wieder den sich wertlosen Verlust an Schaft und Krone.“

Schutzmaßregeln gegen eine zu starke Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit.

Wenngleich die hierunter aufgeführten dergl. Maßnahmen bekannt sind und bereits in früheren Artikeln²⁾ Erwähnung gefunden haben, gestatte ich mir doch, sie, aus Vollständigkeit wegen, hier noch einmal kurz folgen lassen:

¹⁾ Das Beschneiden der Wurzeln beschränkt sich auf das Abtrennen der mit dem Spaten abgestochenen, tieferen Wurzeln und auf die Wegnahme beschädigter Wurzeln. Prinzipien muß selbstverständlich ein Beschneiden der Wurzeln möglichst vermieden werden, um eine Verminderung der wichtigen Saugwurzeln zu verhüten.

²⁾ Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung, Mai-Heft von 1918, S. 153 und Forstwissenschaftl. Zentralblatt, Juli-Heft von 1914, S. 370.

a) Als eine sehr naheliegende Schutzmaßregel galt früher, hier und da bis in die neuere Zeit hinein, die allgemein streng durchgeführte Erziehung unserer Bestände in dichtem Schlusse. Aber abgesehen davon, daß durch den auf diese Weise hervorgerufenen Lichtmangel die Entwicklung gesunder, ausreichender Baumkronen und somit überhaupt ein naturgemäßes, kräftiges Wachstum an Stamm und Wurzeln erheblich behindert ist, muß ein großer Nachteil darin gefunden werden, daß ein großer Teil der so wichtigen atmosphärischen Niederschläge nicht zum Boden gelangt, sondern von dem dichten Kronendache aufgefangen wird und dort verdunstet. Die Folge hiervon ist daher ein Wassermangel im Boden, eine ungenügende Ernährung der Bestände und wegen zu großer Trockenheit des Bodens eine durchaus unvollkommene Humusbildung. Die verursachte Minderung des Zuwachses, sowie der Widerstandsfähigkeit der Bestände — in erster Linie der Fichtenbestände — sind natürlich sehr fühlbar. Es muß als ein großer waldbaulicher Fortschritt bezeichnet werden, daß in neuerer Zeit die starke Durchforstung (der C-Grad), die Hochdurchforstung und überhaupt eine rationellere, naturgemäßere Erziehung der Bestände in lockerem Kronenschlusse, wie sie bekanntlich schon seit längeren Jahren zuerst von Bohdanetz und Schifferl beim Fichtenbetriebe mit Erfolg geübt wird, eine immer größere Verbreitung erlangt.

b) Für trockenen Sandboden wird, wie bekannt, von Professor Schwappach zur Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit eine Bedeckung des Bodens mit Kiefernreisig, auch mit Lupinenstroh, Kartoffelkraut u. a. empfohlen. Ersteres wirkt auch durch seinen Stickstoffgehalt günstig. Weitere Versuche sind notwendig.

Einen ebenso guten Einfluß auf den Feuchtigkeitsgehalt des Bodens würde auch die von Forstmeister Rauz in Anregung gebrachte gleichmäßige Ausbreitung des Durchforstungsreisigs auf dem Boden zeigen, und wären auch darüber Versuche anzustellen.

c) Das Bedecken der Pflanzstellen mit abgeschältem Rasen — wo solcher zu gewinnen —, die Grasseite nach unten, selbst mit platten Steinen würde die Feuchtigkeitsverdunstung mindern.

d) Ähnlich würde auf trockenem Boden eine Vertiefung der Saat- und Pflanzstellen wirken. Selbstverständlich ist eine solche Pflanzweise nicht mit einer schädlichen Tiefpflanzung zu verwechseln.

e) Wo der Wagner'sche Blendesaumschlag vielleicht versuchsweise eingeführt ist, würde es von großem Interesse sein, zugleich dessen Einfluß auf

den Feuchtigkeitsgehalt des Bodens festzustellen.

f) Von besonderer Wichtigkeit ist die rechtzeitige Anlegung der bekannten, so nützlichen Waldbänke, in Form von Niederwald- bzw. Mittelwaldstreifen, an den Bestandesrändern, sowie ähnlicher Schutzstreifen bei ausgedehnten Beständen auch im Innern derselben.¹⁾

Uebrigens möchte ich noch bemerken, daß Bodenfeuchtigkeit durch Luftfeuchtigkeit ersetzt zu werden vermag.

Ich bin am Schlusse meiner Arbeit angelangt. Wenn ich durch meine einfache Behandlung des Gegenstandes derselben einiges Interesse erregt haben sollte, wäre der Zweck der Arbeit erreicht.

Literarische Berichte.

Der Forstschutz. Ein Lehr- und Handbuch von Dr. Richard Heß, weiland o. ö. Professor der Forstwissenschaft und Direktor des Forstinstituts an der Rudewigs-Universität zu Gießen. Vierte Auflage vollständig neu bearbeitet von R. Bed, Professor der Forstwissenschaft an der Kgl. Forstakademie Tharandt. Zweiter Band: Schutz gegen Menschen, Gewächse und atmosphärische Einwirkungen. Mit 133 Abbildungen und einer schwarzen Tafel. Leipzig und Berlin, Druck und Verlag von B. G. Teubner. 1916.

Nachdem Ende 1914 der I. Band des Forstschutzes erschienen ist, hat Bed Anfang 1916 den zweiten und letzten Band folgen lassen. Die diesem Bande zugewiesene Materie ist schon aus der Einleitung des I. Bandes bekannt, über die Zweckmäßigkeit ihrer Verarbeitung, besonders ihrer Gliederung und Abgrenzung gegen andere Wissensgebiete ist erst heute ein Urteil möglich.

Nach beiden Richtungen hin hat aber das Studium des Buches bei mir Zweifel geweckt. Diese gelten vor allem dem I. Abschnitt „Schutz gegen direkt und indirekt schädliche Eingriffe des Menschen.“ Ich hätte es als einen Fortschritt begrüßt, wenn Bed sowohl den „Schutz der Waldbegrenzung“ wie den „Schutz gegen schädliche Ausübung der Hauptnutzung bzw. Nebennutzungen“ ganz aus dem Rahmen des Forstschutzes gestrichen hätte. Die Forderungen, die der Forstschutz an Forstvermessung und Forstbenutzung stellt, lassen sich zwanglos einem Vortrage über diese Fächer einfügen. Das von Heß-Bed eingeschlagene Verfahren dagegen nötigt, weil sonst der Zusammenhang verloren ginge, zur Abhandlung über Dinge, die in einem Buche über Forstschutz kaum am Platze sind. Ich rechne hierher die Ausführungen über Grenzbezeichnung und Grenzgräben, über Kartierung und Kosten der Grenzen. Auch die S. 19 bis 32 er-

hobenen Forderungen bezüglich einer schonenden Ausübung der Haupt- und Nebennutzungen haben mit dem eigentlichen Forstschutz z. T. recht wenig zu tun. Ein scharfer Trennung der einzelnen Wissenszweige ist die Verwischung der Grenzlinien nicht förderlich. Vornahme wäre allerdings eine Umgestaltung der von Bed gegebenen allzu dehnbaren Definition des Begriffs „Forstschutz“. ¹⁾

Zum Inhalt des ersten Abschnittes ist noch eine Bemerkung nötig. Auf S. 18/19 nennt Bed unter den indirekten Maßnahmen zum Schutze der Waldbegrenzen u. a. die Verbannung von waldbefindlichen industriellen Unternehmungen, also von Fabriken und anderen Rauchquellen aus gefahrbringender Nähe des Waldes. Ich muß gestehen, daß mir der Zusammenhang dieses Vorschlags mit dem Schutze der Waldbegrenzen unklar geblieben ist.

Die beiden nächsten Abschnitte über Forstfrevler und Walbserwidtuten sind von dem inzwischen gestatteten Professor Biermann-Halle bearbeitet. Meine Bedenken hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zur Lehre vom Forstschutz ergeben sich aus dem eben gesagten, hinsichtlich ihrer Bewertung stimme ich durchaus bei.

¹⁾ Nach Bed ist Forstschutz „Die vom Waldbesitzer ausgehende Sicherung des Waldes gegen Gefährdungen.“ Bei der Neuprägung dieser Definition die eine klar abgegrenzte Fassung der Aufgaben des Forstschutzes ermöglichen soll, wäre m. E. zu beachten:

- a) daß der Forstschutz nur Angriffe auf das lebende Holz abzuwehren hat,
- b) daß die möglichste Eindämmung von Schäden an lebendem Holz, soweit sie bei einer planmäßigen Bewirtschaftung des Waldes unvermeidlich sind, Sache der Forstbenutzung sind,
- c) daß die Abwehr unberechtigter Angriffe des Menschen in das Gebiet der Forstpolizei fällt.

„Forstschutz“ ist somit die durch den Waldbesitzer bewirkte Sicherung des lebenden Holzes gegen Gefährdungen, soweit diese nicht vom Menschen ausgehen und mit der planmäßigen Waldbewirtschaftung zusammenhängen.

¹⁾ Näheres s. Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung, August-Heft von 1908, S. 277.

Urteil Bed's (vergl. Vorwort S. 1V) bei. Unvereinbar mit den Interessen des Waldbesizers halte ich die Forderung S. 38, wo zur Einschränkung der Forstverwaltung den Gemeinden empfohlen wird, bei ihren Ortsergänzen hinzuwirken auf möglichste Benutzung von Holzsurrogaten und Einführung von Holz sparenden Neuerungen.

Die folgenden Kapitel behandeln Waldbürnde und Wuchschäden und es ist außer Zweifel, daß sie unter der Behre vom Forstschuß fallen. Ihre Einordnung unter die direkt oder indirekt schädlichen Eingriffe des Menschen halte ich jedoch nicht für glücklich. Mit welcher Berechtigung könnten hier Sturmschäden, Sonnen- und Rindenbrand, auch Insektenkalamitäten ausgesprochen werden, denn sie alle sind u. U. indirekt verursacht durch eine fehlerhafte Wirtschaft, also einen schädlichen Eingriff des Menschen.

Abgesehen von diesen Einwendungen gegen eine mir anscheinbar scheinende Systematisierung hat Bed mit Sachkenntnis und entschiedenem Geschick die Neubearbeitung der beiden Abschnitte durchgeführt. Bei der wachsenden Zahl von Waldbürnden, die dem Eisenbahnbetrieb zur Last zu legen sind, betont der Verfasser mit Nachdruck die große Bedeutung, die der Anlage von Schutzstreifen längs der Schienenwege zukommen. Ihr Ausbau und ihre Behandlung sind ebenso klar und erschöpfend besprochen wie die eigentlichen Bekämpfungsmaßnahmen. Zu begrüßen ist endlich auch ein kurzer Ueberblick über Geschichte und derzeitigen Stand der Frage der Waldbürndversicherung.

In den beiden letzten Jahrzehnten hat sich die Wissenschaft mit erhöhtem Interesse den Rauchschäden zugewandt zur Erforschung der eigentlich schädlichen Bestandteile im Rauch und deren Wirkung auf die Pflanzenwelt in chemischer und physiologischer Hinsicht, ohne daß es ihr gelungen ist, den zweiten Teil der Aufgabe bis jetzt restlos zu lösen. Es ist deswegen kein unwesentliches Verdienst Bed's, daß er aus der Fülle der Literatur und der Meinungen das wertvolle Gefügte und zusammengetragen hat. Umso störender habe ich aber die verunglückte Beweisführung S. 117 empfunden, wo unter den Rauchschäden „Zunachstverluste infolge Minderung der Massenproduktion“ aufgeführt werden. Wer denkt da nicht an Bräfigs Wort: „die große Armut in der Stadt kommt her von der großen Powertek“?

Ohne einschneidende Änderungen ist der erste Teil des III. Buches „Schutz gegen Forstunkräuter“ aus der alten Auflage übernommen. In Gliederung, Einteilung und Nummerierung der einzelnen Absätze und Abschnitten ist aber entschieden zu viel des guten geschehen.

Die Fortschritte in der Mykologie bringen es mit

sich, daß an die Ausbildung der Forstleute auf diesem Gebiet immer höhere Anforderungen gestellt werden. Wollen wir unsere Kräfte nicht zersplittern und von wichtigeren Dingen ablenken, dann muß in Anbetracht der Studienzeit von 7 bis 8 Semestern irgendwo eine Grenze gezogen werden. Um die Praxis jedoch in ständiger Berührung mit der Wissenschaft zu halten, wäre es alsdann unbedingt notwendig, daß aus der Zahl der jüngeren Assessoren geeignete Leute durch Abkommandierung an Universitäten oder Akademien zu Spezialisten¹⁾ herangebildet würden. Bed hat somit triftige Gründe, wenn er bei seinen Ausführungen über die kryptogamen Parasiten eine weise Beschränkung übt. Er glaubt sich hierzu umso mehr berechtigt, da er, gestützt auf Sorauer, bei den meisten Pilzkrankheiten eine Disposition voraussetzt, die den Schädling zu einer sekundären Rolle verurteilt. In der vorbeugenden Tätigkeit des Waldbaus, der Anzucht von Rassen, die auf Klima und Standort abgestimmt sind, erblickt Verfasser die wirksamsten Waffen im Kampfe gegen die Kleinwelt. Entsprechend ihrer praktischen Bedeutung sind ausführlich behandelt Lophodermium Pinastri, Aecidium elatinum, Peridermium Pini, Trametes Pini, Fomes annosus und endlich Agaricus melleus. Nachdrücklich erwähnt und dem Wirtschaftler zum Studium empfohlen seien die fleißigen Angaben über die Kupferpräparate und deren zweckmäßigste Verwendung.

Das vierte und letzte Buch des II. Bandes ist dem „Schutz gegen atmosphärische Einwirkungen“ gewidmet. Vorangestellt ist die Besprechung der verschiedenen Frosterscheinungen als Erfriertod, Starrfrost und Barfrost.

Soweit über die physiologische Deutung dieser Vorgänge Meinungsverschiedenheiten bestehen, sucht Bed durch Gegenüberstellung der Urteile namhafter Botaniker aufzuklären. Dagegen scheint mir die allzu vorsichtige Zurückhaltung im eigenen Urteil bei der Bewertung der verschiedenen Bestandsbegründungsmethoden und deren Beziehungen zur Frostgefahr nicht angezeigt. Insbesondere werden auf den Studierenden die vielen Einschränkungen und Vorbehalte (S. 262/263) mehr verwirrend als belehrend wirken.

Einer gründlichen und wohl gelungenen Umarbeitung wurde der Abschnitt über Hitzeschäden unterworfen. Der Hitzetod, der früher ausschließlich auf ein Mißverhältnis zwischen Verdunstung und Wasseraufnahme zurückgeführt wurde, ist nach den neuern Arbeiten von Münch in vielen Fällen verursacht durch

¹⁾ Ich denke dabei nicht nur an Mykologie und Entomologie; auch die Bodenkunde, das forstliche Versuchswesen und die holzverwertende Industrie sind Felder, deren gründliche Erkenntnis und Bearbeitung Wissenschaft und Wirtschaft zum Segen gereichten.

eine zu starke Erwärmung der oberen Bodenschichten. Steigt hier die Temperatur auf 54°C und mehr, dann „stirbt die Pflanze an der Berührungsstelle mit der Bodenoberfläche umso leichter ab je weniger ihr Schaft verholzt ist“ (vergl. S. 276).

Mit Interesse werden die Ausführungen über Wind und Sturm aufgenommen werden. Die Zuwachsverluste, die durch anhaltend wehende schwächere Winde (Stärke 1–6) eintreten, sind jetzt durch zahlenmäßige Angaben belegt. Nach Bernbeck verhalten sich auf optimal feuchtem Boden die Zuwachseleistungen bei Windstärken von 0–5–10 m wie 3 : 2 : 1.

Was im folgenden über die Stürme (Stärke 7–10) neues gesagt wird, besonders über Entstehung, Wirkungsweise und Sturmschutz, entspricht im allgemeinen den literarischen Rundgebungen von Stöcker, Eisert, Bargmann und Wagner. In Übereinstimmung mit diesen Autoren will Beck den Sturmschutz organisieren 1. im Innern des Bestandes durch zweckentsprechende Durchforstung und Holzartenmischung, um dadurch die Standfestigkeit der einzelnen Individuen zu heben, 2. nach Außen durch Trauf und Deckung. Die Herstellung des Deckungsschutzes, die auf die Bildung von Hiebszügen hinausläuft, wird der Forsteinrichtung zugewiesen, die Lösung der übrigen Aufgaben dem Waldbau. Als durchaus zutreffend müssen die Grundsätze bezeichnet werden, die der Verfasser für die Begründung und Behandlung der Waldmäntel aufstellt, für ebenso begründet aber auch die Zweifel, die er dem Verlangen nach „abgestuften“ Waldmänteln entgegenbringt. In der Hiebszugfrage wird, gestützt auf den Erfahrungssatz, daß die Sturmgefahr nicht mit dem Umfang, sondern mit der Tiefe gleichaltrig bestockter Flächen zunimmt, den kurzen Hiebszügen der Vorzug gegeben.

Der Abschnitt über Wassers Schäden hat m. E. nur zum kleinsten Teil Heimatrecht in der Lehre vom Forstschutz. Die Angriffe des Wassers richten sich vornehmlich gegen den Boden, dessen Oberflächengestaltung und Zusammenfassung sie nachteilig beeinflussen können. Die Abwehr der Wilbbachverheerungen, d. i. die Wilbbachverbauung, ist außerdem eine Wissenschaft für sich und das gleiche gilt bei den Ueberschwemmungen. Was dem Forstmann zu tun übrig bleibt, besteht oft nur darin, daß er im Hochgebirge Vorposten aufstellt, Schutzwaldungen, die das Uebel bei der Wurzel packen sollen. Aber Forstschutz ist das nicht!

Wo endlich Versumpfung droht oder die Nachteile einer solchen abzuwenden sind, tritt die Bodenmelioration in ihre Rechte.

Mit ähnlichem Vorbehalt bezüglich der Zugehörig-

keit zum Forstschutz ist auch das Kapitel über Lawine zu versehen.

Eine Erweiterung hat die Darstellung der Schnebruch- und Druckschäden erfahren, auch die Glibderung wurde einigen Aenderungen unterworfen, während die Besprechung von Duft- und Eisanhang, sowie der Hagelschäden nur wenig von der 3. Auflage abweicht.

Den Schluß des II. Bandes bildet ein Anhang über Blitzschäden und auf wenigen Seiten wird eine Fülle neuer Erklärungen und Tatsachen beigebracht. Was z. B. der Verfasser unter „Blitzempfindlichkeit“ versteht, in welcher Weise diese bei den einzelnen Holzarten gesteigert oder gemindert wird, welche Rolle hierbei die Beschaffenheit der Rindenoberfläche spielt, sei jedem, der diesen Fragen Interesse entgegenbringt, zum Studium warm empfohlen.

Was ich an dem II. Bande des Forstschutzes anzusetzen habe, ergibt sich aus dem Gesagten. Das Buch ist nach Ansicht des Berichterstatters etwas stark belastet mit Dingen, die in die Lehre vom Forstschutz nicht gehören. Inwieweit Beck sich hierbei von rein sachlichen Erwägungen oder von dem Gebot der Pielat gegen Heß hat leiten lassen, sei dahingestellt.

Durch den Teubner'schen Verlag hat das Werk eine würdige, vornehme Ausstattung gefunden und eine große Zahl guter Bilder und Photographien erleichtert das Verständnis des geschriebenen Wortes. Möchte das Buch die Anerkennung finden, die der Fleiß des Verfassers verdient, und möchte es nach dessen eigenem Wunsche ein „Kampfbuch“ werden zum Schutze der „heimischen Wälder“. Dr. Baader.

Statistische Nachweisungen aus der Forstverwaltung des Großherzogtums Baden für das Jahr 1914. XXXVII. Jahrgang. Karlsruhe, C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung 1916.

Die Gesamtwaldfläche hat sich im Jahre 1914 um 726 ha auf 588 722 ha vergrößert. Die Zugänge haben hauptsächlich Anläufe und Aufforstungen landwirtschaftlich geringwertigen oder ertragslosen Geländes zur Ursache.

Nach dem Bestitande gestaltet sich die Verteilung der Waldfläche am 1. Januar 1915 folgendermaßen:

Domänenärar	= 100 922 ha	= 17,2 v. H.
Gemeinden	= 258 980 „	= 44,0 v. H.
Körperschaften	= 20 256 „	= 3,4 v. H.
Standes- u. Grundherrn	= 62 414 „	= 10,6 v. H.
Sonstige Private	= 146 150 „	= 24,8 v. H.

Ausgestockt wurden i. J. 1914 = 97 ha, neuaufgeforstet: 408 ha. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, betreffend das Forststrafrecht und Forststrafver-

ren, vom 25. Februar 1879 ist die Zahl der Forst-
vel stetig zurückgegangen.

Waldbbrände sind nur 30 nennenswerte vor-
kommen, wodurch 21 ha beschädigt und ein Schaden
3663 Mk. veranlaßt wurde.

Durch Sturm- und Schneeschaden sowie durch Eisbruch-
schaden wurden hauptsächlich die
Gemeinde- und Körperschaftswaldungen der
Oden- und Donau-Region, der mittleren und höheren
Region des Schwarzwaldes mit Vorbergen, durch Schnee-
und Eisbruch die Gemeinde- und standesherrlichen Wal-
dungen in Odenwald, größtenteils im Januar bis April
angefallen. Die betroffene Fläche beträgt rund 970 ha,
geworfene bzw. gebrochene Holzmasse etwa 58 500 fm.

Der Holzmassenertrag belief sich a) für den
Odenwald auf 605 940 fm, darunter 422 453 fm
End- und 183 487 fm Vornutzung, d. i. pro ha
39 fm End- und 2,03 fm Vornutzung, zusammen
pro ha 6,72 fm; b) für den Mittel- und Niederwald
auf 209 638 fm; darunter 196 110 fm End- und 13 528 fm
Vornutzung, d. i. pro ha 4,76 fm End- und 0,33 fm
Vornutzung, zusammen pro ha 5,09 fm.

Der Anfall vom Nutzholz betrug für den Hoch-
wald 46,9%, für den Mittel- und Niederwald 19,2%.

Der Holzgelbertrag betrug a) für den Hoch-
wald: 8 533 962 Mk., und zwar für 1 fm Nutzholz
85,34 Mk., für 1 fm Verb-Brennholz 9,78 Mk., für
1 fm Reis-Brennholz 3,73 Mk.; die Zurechnungskosten
betrugen pro fm 2,37 Mk., der erntekostenfreie Erlös
pro fm 11,71 Mk.; b) für den Mittel- und
Niederwald: 302 541 Mk., und zwar für 1 fm
Nutzholz 36 Mk., für 1 fm Verb-Brennholz 12 Mk.,
für 1 fm Reis-Brennholz 7 Mk.; die Zurechnungs-
kosten betrugen pro fm 2,53 Mk., der erntekostenfreie
Erlös pro fm 11,90 Mk.

Der Reinertrag berechnet sich pro ha auf
7,49 Mk.

Die Einnahmen betrugen pro 1 ha 95,01 Mk.,
die Ausgaben 37,52 Mk.

Der Gesamtwert aller Nebennutzungen
beträgt 256 234 Mk., d. i. 2,60 Mk. pro ha. Der
Ertrag der domänenäranischen Jagd stellt sich auf
73 820 Mk.; von diesem Ertrag entfallen auf selbst-
verwaltete Jagden 17 192 Mk., auf verpachtete Jagden
56 628 Mk. Die Fläche der selbstverwalteten Jagden
beträgt nach dem Stande vom 1. Januar 1914:
31 076 ha Wald und 7 061 ha Feld, zusammen
38 137 ha. Der Reinerlös der selbstverwalteten Jagden
beträgt für das Rechnungsjahr 1914: 0,55 Mk. für
1 ha Waldfläche und 0,45 Mk. für 1 ha der gesamten
Jagdfläche. Im Jahre 1914 wurden im ganzen
4 051 Stück Wild erlegt, nämlich 2 226 Stück Haar-
wild, 907 Stück Federwild und 918 Stück Raubzeug usw.

Die Kulturfläche betrug: a) Saat: Neu-
kulturen 106 ha und 3,3 ha Nachbesserungen;
b) Pflanzung: 420 ha Neukulturen, 163 ha Nach-
besserungen. Der Gesamtaufwand an Kulturgeldern
betrug 200 327 Mk. d. i. pro ha = 2,13 Mk.

Für Holzabfuhrwege sind pro ha 4,67 Mk.
verausgabt worden. Der Durchschnittspreis für 1 fm
Eichenstammholz betrug 54,61 Mk., für 1 fm Buchen-
stammholz 21,31 Mk., für 1 fm Eichenstammholz
62,50 Mk., für 1 fm Fichten- und Tannenstammholz
21,44 Mk., für 1 fm Kiefer-, Lärchen-, Weymouths-
kiefernstämmen 24,94 Mk.

Die Zahl der Unfälle i. J. 1914 betrug 144. Hier-
von entfielen auf die Holzhauerei 125 (87%), auf
Wegearbeiten 8 (5%), auf sonstige Betriebszweige 11
(8%). Von diesen Unfällen hatten zur Folge: 7 teil-
weise dauernde, 137 vorübergehende Erwerbsunfähig-
keit. Entschädigungen wurden in 19 Fällen (13%)
bezahlt. Von den Unfällen entfielen auf 100 ha
Waldfläche 0,1, auf 1000 Arbeiter 15,7, auf 100 der
zum Kataster angemeldeten Arbeitstage 0,02. Die
Ausgaben des Meisters für Unfallversicherung betrugen
rund 23 316 Mk. d. h. auf den Kopf der Beschädigten
Arbeiter rund 2,54 Mk. E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Landwirtschaftliche Nutzung forstwirtschaftlicher
Flächen aus Anlaß des Kriege.

Durch Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten vom 12. September 1916 wur-
den die kgl. Regierungen ermächtigt, die zur vorüber-
gehenden landwirtschaftlichen Nutzung geeigneten Forst-

fiskalischen Schlag- oder sonstigen zur Aufforstung be-
stimmten und zur Zeit ungenutzten Flächen zur unent-
geltlichen landwirtschaftlichen Nutzung auf die Dauer
von einem bis zu drei Jahren unter der Bedingung
abzugeben, daß die landwirtschaftliche Bestellung und
die Entnahme der ersten Ernte noch im Jahre 1917
erfolgt.

Verwertung von Eichen, Korkastanien und Bucheln.

Ein Erlass vom 29. Sept. 16 bestimmt folgendes:

1. Verwertung von Eichen und Korkastanien.

a) Der Eintrieb von Schweinen in die masttragenden Eichenbestände ist, soweit ein Sammeln der Früchte nicht in Frage kommt, wie bisher in jeder nach den allgemeinen Vorschriften zulässigen Weise zu begünstigen.

b) Die von der Forstverwaltung gesammelten Früchte sind, abgesehen von Mengen unter 100 kg und von denjenigen Mengen, die zum Verbrauch im eigenen Betriebe der Verwaltung (einschließlich ihrer Beamten) erforderlich sind, ausschließlich an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin, W. 35, Potsdamerstr. 30, oder an die von dieser eingerichteten Abnahmestellen abzuführen, es sei denn, daß die Bezugsvereinigung ausdrücklich auf die Früchte verzichtet hat.

c) Die Bezugsvereinigung zahlt in Gemäßheit der Verordnung vom 6. Januar 1916 für lufttrockene Eichen in Mengen von wenigstens 100 Zentnern 190 Mk. je 1000 kg und für lufttrockene Korkastanien in Mengen von wenigstens 100 Zentnern 150 Mk. je 1000 kg. Die Annahmestellen (Auskäufer) der Bezugsvereinigung zahlen für waldbrische, schalentrockene Eichen jeder Gewichtsmenge 120 Mk. je 1000 kg und für ebensolche Korkastanien 90 Mk. je 1000 kg. Unter lufttrockenen Früchten werden solche verstanden, die nicht mehr als 40 % Wassergehalt, unter waldbrischen solche, die mehr als 40 % Wassergehalt haben. Für alle Früchte ist Voraussetzung, daß sie von mindestens mittlerer Art und Güte frei Eisenbahnwagen oder Schiff der Verladestation geliefert werden. Die Preise gelten für das Bruttogewicht, einerlei, ob die Ware unter Ueberlassung der Säcke an den Empfänger oder in den vom Eigentümer geliehenen Säcken geliefert werden. Voraussichtlich wird die Bezugsvereinigung die Säcke leihen.

d) Die Abnahmestellen (Auskäufer) der Bezugsvereinigung werden von dieser öffentlich bekannt gegeben. Die Abgabe an diese Abnahmestellen kommt für die Forstverwaltung nur für Mengen unter 100 Zentner in Betracht. Sie ist nach Möglichkeit zu vermeiden, unter Umständen auch durch Zusammenfahren der in benachbarten Staatsforstrevieren gesammelten geringeren Mengen zu solchen von mindestens 100 Zentnern entbehrlich zu machen.

e) Die Rgl. Oberförstereien sind befugt, Eichen und Korkastanien auch aus nichtfiskalischen Nachbarforsten aufzukaufen, soweit dies zur Förderung des Sammelwerkes erwünscht erscheint.

Lufttrockene Früchte sind für Rechnung der Ver-

waltung nur anzukaufen, wenn es zu Preisen geschehen kann, die hinter den Preisen der Bezugsvereinigung soweit zurückbleiben, daß die bis zur Ablieferung der Früchte frei Bahnstation der Verwaltung noch entstehenden Kosten aus dem Unterschied zwischen Einkaufs- und Ablieferungspreis noch gedeckt werden können.

f) Die Bezahlung der Früchte seitens der Forstverwaltung an die Sammler wird nach dem Gefagten zweckmäßig nach Gewicht erfolgen. Führt die Feststellung des Gewichts durch die abnehmenden Beamten zu Schwierigkeiten, so ist das Durchschnittsverhältnis zwischen Maß und Gewicht zu ermitteln und nach ihm ein feststehender Maßpreis aus dem Gewichtspreis herzuleiten.

2. Verwendung von Buchedern.

1. Es wird auf die ergangene Verordnung vom Bundesrat über Buchedern vom 14. September 16 verwiesen.

2. Die Rgl. Regierungen sollen erforderlichenfalls bei den zuständigen Behörden da, wo offenbar ein rechtzeitiges Sammeln der Buchedern zu Völbereitungs-zwecken ausgeschlossen ist, für die Aufhebung des Verfütterungsverbotes und insbesondere des Schweine-eintriebs sofort, und in allen sonstigen Fällen dann eintreten, sobald das Sammeln der Buchedern für die Zwecke des Heeresauschusses für Öle und Fette infolge der vorgerückten Jahreszeit nicht weiter in Frage kommt.

3. Die von der Forstverwaltung gesammelten Bucheln sind, abgesehen von denjenigen, die zu Forstkulturzwecken verwendet werden sollen, oder nach § 1 lfd. Nr. 3 der Verordnung den Sammlern usw. zu überlassen sind, dem Kriegsauschuß für Öle und Fette in Berlin, Unter den Linden 68a, nach Vorschrift der Verordnung zur Verfügung zu stellen.

4. Die nach § 1 lfd. Nr. 3 den Sammlern usw. zu überlassenden Buchedern sind, soweit der Verwaltung bereits Kosten für das Sammeln usw. entstanden sind, gegen Erstattung dieser Kosten, sonst unentgeltlich abzugeben.

5. Die in der allgemeinen Verfügung vom 14. September 1915 empfohlene Abgabe von Bucheln zum Zwecke der Verfütterung an Forstbeamte und an die in der Umgebung der Forsten wohnenden Viehhalter kommt nur noch unter der Voraussetzung in Frage, daß das Verfütterungsverbot für den betr. Bezirk aufgehoben worden ist, und daß die Bucheln von den Beamten und Viehhaltern oder deren Beauftragten auf Grund von Erlaubnisscheinen gesammelt werden.

6. Mit dem Kriegsauschuß für Öle und Fette ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

I. Jedes Staatsforstrevier gilt als Sammelstelle

des Kriegsausschusses im Sinne des § 1 der Verordnung vom 14. September 1916.

Die Sammelstellen zahlen den Sammlern für frische gereinigte Bucheckern 50 Mk. für 100 kg. Die Sammelstellen liefern die Bucheckern — auch in Mengen unter 100 kg — nachdem sie lufttrocken geworden sind, zum Preise von 55 Mark für 100 kg frei nächster Bahnstation und tragen den bis zur Ablieferung eingetretenen Gewichtsverlust.

IV. Für Lagerung und Pflege der Bucheckern bis zur Ablieferung erhalten die Sammelstellen in jedem Falle eine Vergütung von 5 Mk. für 100 kg. Diese Vergütung schließt das Lagergeld für 6 Wochen ein. Die Lagerzeit läuft vom Tage der Anmeldung der gesammelten Menge bei dem Kriegsausschuß. Dauert sie länger als 6 Wochen, so wird eine weitere Vergütung von 1 Mk. für 100 kg für jede angefangene Woche gewährt.

Der Forstverwaltung wird, soweit sie Bucheckern sammeln läßt, selbst in Verwahrung und Pflege nimmt und demgemäß direkt beim Kriegsausschuß zur Ablieferung anmeldet, als Vergütung für die erteilte Sammelerlaubnis ein weiterer Betrag von 5 Mk. für 100 kg gezahlt.

Die im § 4 der Bundesratsverordnung vorgesehene Vergütung für verspätete Abnahme der Bucheckern durch den Kriegsausschuß und für Verwahrung und Pflege der Bucheckern nach Ablauf der Abnahmefrist wird als durch die oben festgesetzten Verhältnisse voll abgegolten angesehen.

Dohnenstieg.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können die Ausübung des Dohnenstiegs mittels hochhängender Dohnen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1916 einschließlich gestatten.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können die Art der Ausübung des Dohnenstiegs näher regeln.

§ 2. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft wird bestraft, wer den nach § 1 Abs. 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Auf Grund dieser Verordnung hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 3. Oktober 1916 den Jagdberechtigten die Ausübung des Dohnenstiegs mittels hochhängender Dohnen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1916 einschließlich gestattet. Unterschlängen dürfen nicht verwandt werden. Binnen drei Tagen nach Schluß der Fangzeit müssen die Schlingen aus den Dohnen entfernt sein.

Erhöhter Holzeinschlag in den Staatswaldungen.

Da nur wenig Holz nach Deutschland eingeführt wird und namentlich am Anfange des Krieges der Holzeinschlag sehr verringert worden ist, stellt sich allmählich Holzknappheit ein, der im allgemeinen Interesse abgeholfen werden muß. Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat daher unter dem 22. September 1916 die Rgl. Regierungen angewiesen, darauf hinzuwirken, daß im Wirtschaftsjahre 1917 nicht nur der normale Einschlag wieder erfolgt, sondern auch — zumal in Rücksicht auf die eingesparten Holzmengen — in geeigneten Revieren überschritten wird. Selbstverständlich soll der Hieb in den vom Handel begehrten Holzarten geführt werden.

Es wird weiter bemerkt, daß nach Gesuchen aus Holzhändlerkreisen besonders Verwendung für folgende Holzsorten vorliegt:

Nadelholz, vorwiegend Sturtholz,

über 30 cm starkes glattes Nutholz von Buche und Birke,

Papierholz, Grubenholz, Buchenholz zu Verkohtungszwecken, zu Beisten, Holzsohlen und Fässern,

starke Eichen u. a. zu landwirtschaftlichen Maschinen,

Erlen, langschäftige, über 30 cm starke Binden.

Die Firmen der Holzverkohtungsindustrie (Verein für chemische Industrie in Mainz, Verkaufsstelle Frankfurt a. M., Chemische Fabrik Bruchhausen, G. m. b. H. in Bruchhausen, Kreis Arnberg, Gewerkschaft Marienglück in Cöln-Indenthal, Chemische Werke Henke u. Baertling, Aktiengesellschaft in Holzminde) bitten um freihändige Ueberlassung von Holz, was insofern eine gewisse Berechtigung hat, als es nicht wohl angängig und auch unerwünscht ist, daß diese Firmen bei den Brennholzverkäufen mitbieten. Wenn Arbeitskräfte mangeln oder die Beschaffung der Kriegsgefangenen Schwierigkeiten macht, bieten diese Firmen ihre Unterstützung an.

Inwieweit im übrigen freihändige oder meistbietende Verkäufe anzuwenden sind, überlasse ich dem Ermessen der Rgl. Regierung. Wenn auch eine Erhöhung der

Holzpreise in Rücksicht auf die gesteigerten Werbkosten, die günstige Lage der Hölzer und die Opfer, die vielfach durch die Störung der planmäßigen Wirtschaft gebracht werden, angezeigt ist, so halte ich doch eine übermäßige Steigerung der Holzpreise für nicht im allgemeinen Interesse liegend.

Es ist darauf zu achten, daß die Fällungen möglichst zeitig beginnen und die Abfuhr wenig Aufwand von Pferdekraften verursacht.

Da die Arbeitskräfte zur Beschaffung des erforderlichen Holzbedarfs meistens fehlen, haben mehrere Regierungen der Landbevölkerung Brennholzhebe zur Selbstwerbung übergeben. Dieses Verfahren empfiehlt sich zur ausgedehnten Anwendung für geeignete Schläge.

In Rücksicht auf den eigenartigen Holzbedarf und die besonderen Abfuhrverhältnisse werden die Regierungen ermächtigt, allgemein Hauptnutzungshiebe außerhalb der ersten Periode zu führen und das zulässige Abnutzungssoll in der Hauptnutzung um mehr als 20 % zu überschreiten.

Verkehr mit Harz.

Der Bundesrat hat folgende Verordnung vom 7. September 1916 erlassen:

§ 1. Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Bärchen- und Tannenharz, sowie Kolophonium (Fertigharz), hergestellt aus Rohharzen vorbezeichneter Art, ist dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H. in Berlin anzubieten und auf Verlangen abzuliefern. Dies gilt nicht: 1. für Vorräte, die insgesamt 10 Kilogramm nicht übersteigen, und für Kolophonium, das im Eigentum der Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung steht.

§ 2. Harz jeglicher Herkunft, Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Bärchen- und Tannenharz, sowie Kolophonium, hergestellt aus Rohharzen vorbezeichneter Art, flüssiges Harz und Harzprodukte, insbesondere Harzleim (Harzseife) und Brauerpech, die aus dem Ausland eingeführt worden sind, sind an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin, zu liefern.

§ 3. Der Reichskanzler erläßt die Ausführungsbestimmungen, er kann Ausnahmen zulassen und weitere Vorschriften über den Verkehr mit Harz und Harzprodukten erlassen. Er kann die Vorschriften dieser Verordnung auf Harzersatzmittel ausdehnen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieser Ermächtigung erlassenen Vorschriften mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft werden, sowie

daß neben der Strafe auf Einziehung derjenigen Stoffe erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht usw.

Zu dieser Verordnung sind unter dem 7. September 1916 folgende Ausführungsbestimmungen laffen worden:

§ 1. Wer mit Beginn des 10. September 1916 Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, usw. im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die Bestände getrennt nach Eigentümer und Arten in landesüblicher Bezeichnung unter Angabe der Menge, des Eigentümers und des Lagerungsortes und unter Beifügung einer versiegelten Probe dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin bis zum 20. September 1916 anzugeben.

Mengen, die sich mit Beginn des 10. September 1916 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger anzugeben.

Wer Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Bärchen- und Tannenharz, gewinnt, hat dem Kriegsausschuß die im Vormonat angefallene Menge bis zum 10. jeden Monats anzugeben, sofern nicht andere Vereinbarungen getroffen sind.

§ 2. Der Kriegsausschuß hat sich unmittelbar nach Empfang der Anzeige zu erklären, ob er die Ware annehmen will. Geht binnen 3 Wochen nach Absendung des Angebots eine Erklärung nicht ein, oder erklärt der Kriegsausschuß, daß er die Ware nicht übernehmen will, so erlischt die Lieferungsverpflichtung. Erklärt der Kriegsausschuß, die angebotene Ware übernehmen zu wollen, so ist sie auf sein Verlangen in die von ihm aufgegebene Adresse zu verladen.

Das Eigentum geht auf den Kriegsausschuß über in dem Zeitpunkt, in welchem die Uebernahmeerklärung dem Eigentümer oder dem Inhaber des Gewahrsams zugeht.

§ 3. Wer aus dem Ausland Harz jeglicher Herkunft, Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, einführt, ist verpflichtet, den Eingang der Ware im Inland dem Kriegsausschuß unter Angabe der Menge, des Einkaufspreises und des Aufbewahrungsortes unverzüglich durch eingeschriebenen Brief anzugeben.

§ 4. Wer aus dem Ausland Stoffe der im § 1. bezeichneten Art einführt, hat sie an den Kriegsausschuß abzuliefern usw.

§ 5. Der Kriegsausschuß setzt für die von ihm übernommenen Stoffe den Uebernahmepreis fest. Jeder Verpflichtete mit dem angebotenen Preise einverstanden, so setzt die höhere Verwaltungsbehörde

für den Ort zuständig ist, von dem aus die Lieferung erfolgen soll, den Preis endgültig fest usw.

§ 6. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme usw.

§ 7. Die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonum eignet usw., darf nur mit Zustimmung des Kriegswirtschaftsausschusses erfolgen.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. wird bestraft: 1. wer die in § 1, 3 vorgeschriebenen Anzeigen nicht rechtzeitig erstattet, oder wer wissentlich falsche oder unvollständige Angaben macht; 2. wer den Vorschriften des § 7 zuwiderhandelt. Neben der Strafe kann auf Verurteilung der Stoffe erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob der Täter gehören oder nicht.

*

*

*

Begen des silbernen (Offizier-) Portepees der Feldwebelleutnants zur Ziviluniform.

Ein Erlaß des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 23. September 1916 bestimmt:

Das silberne Portepees dürfen nach § 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 29. Juli 1889 zur Ziviluniform nur diejenigen Beamten tragen, die Offiziere der Reserve oder Landwehr sind oder die Offiziere waren und als solche mit der Berechtigung zum Tragen der Militäruniform verabschiedet worden sind. Die Feldwebelleutnants gehören nach der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 8. April 1915 zu den Offizieren. Sie treten nach der Entlassung aus dem Heeresdienst in den Ruhestand — soweit sie noch dienstpflchtig sind — oder in das Inaktivitätsverhältnis — soweit sie Landsturm- oder nicht mehr wehrpflchtig sind — zu. S. 1. Sofern und solange obige Voraussetzungen erfüllt sind, trifft daher die Berechtigung zum Tragen des silbernen Portepees auch auf Feldwebelleutnants zu.

E.

Aus Baden.

Zu Herrn Forstrat Königes Ausführungen im Oktoberheft 1916.

Im letzten Oktoberheft der Allg. Forst- u. Jagdwirtschaft macht Forstrat Könige-Heidelberg eine Reihe von Vorschlägen zur Vereinfachung und Ersparrung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung. Wenn diese Vorschläge, die Sache und Personen teilweise recht scharf ansprechen, auch nicht auf resillosen Beifall rechnen dürfen, so sind sie trotzdem zu begrüßen, weil sie ohne Frage wert-

volle Gedanken über die durch den Krieg zur unabweisbaren Notwendigkeit gewordenen Umgestaltung unserer Verwaltung enthalten und jetzt schon die Aussprache über die bevorstehende Aufgabe einleiten. Es wird vieler Arbeit und Klugheit und vor allem viel guten Willens bedürfen, um die Verwaltung den harten Forderungen der neuen Verhältnisse anzupassen. Höchste Wirtschaftlichkeit wird allenthalben die Lösung sein. Um ihr zu dienen, werden wir, abgesehen von dem Erschließen neuer Quellen, vereinfachen und sparen müssen. Dabei mag manch schmerzlicher Verzicht und manch willensstarkes Verbrechen der überlieferten Tafeln von uns gefordert werden. Es hilft nichts, wir müssen.

Die wichtigsten Vorschläge, die Forstrat Könige macht, sind!

1. Aufhebung der Domänenämter und Verwaltung der Kameraldomänen durch die Forstämter;
2. Verringerung der Zahl der staatlichen Forstämter von 99 auf 80; Verringerung der Stellen der 2. Beamten auf 5 und der Assessoren auf 15;
3. Aufhebung der Forst- und Domänenverwaltung und statt ihrer Bildung einer „Abteilung für Forste und Domänen“ beim Ministerium der Finanzen unter gleichzeitiger Beseitigung der Zweiteilung in eine „Wirtschaftliche“ (Kameraldomäne) und „Forstliche“ Abteilung;
4. Ausstattung aller Forstämter mit mindestens einem technischen Hilfsbeamten „Forstgehilfen“;
5. Aufhebung der forstlichen Abteilung der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Alle diese Forderungen wurden in der einen oder andern Form schon früher erhoben. Bis jetzt war es aber nicht möglich, für die einzelnen Fragen eine befriedigende Lösung zu finden, weil bald von der einen, bald von der andern Seite Widerstände eingeschaltet wurden. Mit Forstrat Könige bin ich der Meinung, daß die Gesamtheit der von ihm aufgestellten Forderungen in ihrem organischen Zusammenhang nunmehr geprüft und zur grundsätzlichen Entscheidung gebracht werden muß.

Der Aufhebung der Domänenämter und die Verwaltung der Kameraldomänen (meist Wiesen, Acker, Gärten, Teiche) durch die Forstämter halte ich für spruchreif. Die von Forstrat Könige ins Feld geführten Gründe sind beweiskräftig. Daß wir Forstamtsvorstände die Verwaltung der Güter gerne übernehmen, und daß wir das Zeug dazu haben, darüber sind sich unsere und wohl auch andere Kreise einig. Es liegt somit weder ein persönlicher noch ein sachlicher Grund vor, die Ersparrnis verbürgende Neuordnung hintanzuhalten. Ebenso begründet ist auch die Einschnürung der „Wirtschaftlichen Abteilung der Forst- und Domänenverwaltung“ auf einen oder zwei Refe-

renten, zumal diese Maßregel manche, der Sache nicht dienliche Reibungsflächen verschwinden läßt.

Der Verringerung der staatlichen Forstämter auf die niedere Zahl 80 möchte ich nicht so bedingungslos das Wort reden. Die Grundlage, auf der Forstrat Könige seinen Vorschlag aufbaut, erscheint mir nicht sicher genug. In Übereinstimmung mit Herrn Prof. Dr. Wimmenauer bin ich der Ansicht, daß der Vollbetriebshektar (Vbha) keine zuverlässige Beweisgröße ist. Auch ich vermag nach meinen Erfahrungen nicht zuzugeben, daß der Hektar Gemeindewald nur $\frac{2}{3}$ des von 1 ha Domänenwald beanspruchten Arbeitsaufwandes erfordert oder umgekehrt, daß man mit der Arbeit, die man auf die Bewirtschaftung eines Hektar Domänenwald zu verwenden pflegt, $1\frac{1}{2}$ ha Gemeindewald bewirtschaften kann. Diese Annahme mag für einzelne Fälle zutreffen; im großen Ganzen aber halte ich sie nicht für gerechtfertigt. Eigentumszerpflitterung, mangelhafte Ausbildung des Unterpersonals, schwierige Betriebsform, Unaufgeschlossenheit der Waldungen und oft auch Widerstand der Gemeindeverwaltungen sind Dinge, die den Arbeitsbedarf im Gemeindewald über denjenigen eines geordneten Domänenwaldbetriebes häufig hinausheben. Wenn man die Zahl der staatlichen Forstämter beschränken will, so kann man m. E. die Grundlage dieses Bestrebens nicht auf dem Papier machen, sondern man muß sie durch eine eingehende Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse an Ort und Stelle und von Fall zu Fall gewinnen. Mir erscheint indes die ganze Frage der Aufhebung einer Anzahl Forstämter nicht lösbar, wenn nicht gleichzeitig eine andere, die seit Jahrzehnten angestrebte Ordnung des Forstschutzes in den Gemeindewaldungen, mit ihr verknüpft und befriedigend geregelt wird. Zunächst muß das Gutpersonal der Gemeindewaldungen auf einen nach Ausbildung, Arbeitsumfang und Bezahlung der Staatswaldhut entsprechenden Stand gebracht werden. Erst wenn dies geschehen ist, wird der Größenbemessung der einzelnen Forstämter und das Einsparen der Bezirksstellen auf einheitlicher Grundlage möglich sein. Für kostspielige Eigenbrödeleien, wie sie in der Bestellung eines eigenen Forstschutzes auf 4 ha Gemeindewald bisher zum Ausdruck kamen, ist die Zeit jetzt dahin. Gemeinden, deren Waldbesitz für die Schaffung eines dem staatlichen Beispiel nachgebildeten Gutbezirks zu klein oder zu zerpflittert ist, müssen auf den „eigenen“ Waldbesitz verzichten, wenn anders sie nicht der Vorwurf treffen soll, daß sie aus kleinlichen Beweggründen der Verbilligung der Staatsverwaltung und somit dem Gesamtwohl bewußt entgegenarbeiten. Aufgabe der Regierung wird es sein, die Neuordnung des Gemeindeforstschutzes, diese Maßregel, über deren

Notwendigkeit und Ersprießlichkeit in badischen Forstkreisen nur eine Stimme besteht, bei der Volkstretung in einem Zusammenhang mit der Umbildung einzelner Forstämter durchzuführen. Ob sich bei allem aber das Aufgeben von ganzen 19 Forstbezirken erreichen läßt, scheint mir zweifelhaft.

Hand in Hand mit der Beschränkung der Zahl der Forstämter will Könige eine starke Verringerung der 2. Beamten- und der Assessorstellen durchgeführt wissen. Dem hierdurch entstehenden Zuwachs an Arbeit bei gleichzeitigem Ausfall an Arbeitskräften beabsichtigt er durch die Zuweisung von technischen Hilfsbeamten „Forstgehilfen“ an die Forstämter Rechnung zu tragen. So zustimmend ich einem allmählichen Abbau des bei uns durch eine verfehlte Verwaltungspolitik viel zu stark angewachsenen Körpers an akademisch gebildeten Gehilfen gegenüberstehe — wenn ich auch die von Könige vorgeschlagene Beschränkung auf 20 Stellen als zu weitgehend erachte — so wenig vermag ich mich mit der Schaffung der „Forstgehilfen“ zu befreunden. Sie schmeckt nach Förstersystem.

Bis jetzt stand bei uns zwischen dem Akademiker und dem Forstschutzesbeamten Niemand. Diesen Zustand, der ein äußerst ersprießliches und unmittelbares Zusammenwirken der oberen und unteren Organe ermöglichte, empfand ich stets als besondere Wohltat. Es ist mir eine unerfreuliche Vorstellung, ihn nur leise angetastet zu sehen. Das geschieht aber durch den „Forstgehilfen“. Ich bin der Ueberzeugung, daß alle bei einem Forstamt zu leistenden Schreib-, Buchführungs-, Registratur- und Rechenarbeiten von einem tüchtigen „Forstwart“ besorgt werden können. Der Forstwart wird trotz seiner bevorzugten Verwendung und wohl auch etwas besseren Bezahlung als primus inter pares mit seinen Kollegen verkehren. Der Forstgehilfe aber wird, aller menschlichen Voraussicht nach sich etwas besseres dünkend, den Verbindungsmann zwischen Forstamtsvorstand und Schutzpersonal spielen wollen und dadurch allerlei Widerwärtigkeiten in unsern nach dieser Richtung hin bisher reibungsfreien Betrieb hineintragen. Man lasse es also beim System der Schreibforstwarte, verbessere und erweitere es.

Ueber die Zukunft der forstlichen Abteilung an unserer technischen Hochschule werden die politischen Kriegsergebnisse entscheiden. Ich halte es für verfrüht, jetzt schon zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Dagegen halte ich den Zeitpunkt bereits für gegeben, die Umwandlung der Forst- und Domänenverwaltung in eine selbständige Abteilung des Ministeriums der Finanzen ins Auge zu fassen. Die Verwirklichung dieses Gedankens würde neben beachtenswerter Geldersparnis eine bedeutende Vereinfachung und Förderung des Geschäftsganges mit sich bringen und der badischen

Forstverwaltung endlich jene Stellung einräumen, auf die sie kraft ihrer Bedeutung und ihrer Leistungen berechtigterweise Anspruch machen darf. Ich befürworte deshalb lebhaft den dahin zielenden Vorschlag des Forstrates Könige.

Es ist mir nicht möglich, mich zu allen Gedanken, die Herr Verfasser in seiner umfangreichen Arbeit vorgelegt hat, zu äußern. Dazu fehlt mir die Zeit. Ich freue mich aber, mich in den großen Richtlinien mit ihm einig zu wissen und für die Zeit nach dem Kriege eine dem Wohle unseres Heimatlandes förderliche Umgestaltung unserer forstlichen Verhältnisse erreichen zu dürfen.

28. Dezember 1916.

Oberförster W. Hamm (Randern)
a. 3. im Felde.

Aus Baden.

Über den Gedanken über Vereinfachung und Einmündung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung. (Von Forsttrat Könige-Heidelberg.)

Vor dem Kriege hat Deutschland jährlich für über 100 Millionen Mark Holz eingeführt, zu 15 Millionen Kubikmeter angenommen, macht das auf 1 ha der deutschen Waldbfläche ungefähr 1 fm. Die Gesamtproduktion an Verb- und Reisholz war (nach Dr. Endres, Handbuch der Forstpolitik) im Jahr 1900 vom ha 3,4 fm, die Steigerung der Holzherzeugung um 1 fm würde also einen Gesamtzuwachs von etwa 4,5 fm erfordern, eine Leistung, die in einem Lande, das wie Deutschland dem Holzwuchs so günstig ist, eine pflegliche Forstwirtschaft sollte erreichen können. Der Krieg hat die ungeheure Wichtigkeit der nationalen Wirtschaft im Gegensatz zur Weltwirtschaft erwiesen. Wenn dies im Wald weniger in die Erscheinung getreten ist, so

beruht es darauf, daß das feindliche, besetzte Gebiet viel Holz geliefert hat und weil im Anfang des Krieges die Nachfrage nach Holz stark zurückging. Bei einer weiteren Verlängerung des Krieges wird der Bedarf wohl wieder stark ansteigen. Aber auch bei einer baldigen Beendigung wird es gut sein, sich nicht allzu sehr auf das Ausland zu verlassen, selbst wenn der angekündigte Wirtschaftskrieg nicht eintritt. Es wird auf jeden Fall Aufgabe der deutschen Forstwirtschaft sein, das Holz möglichst im Inlande zu erzeugen. Der von Forsttrat Könige gezeigte Weg der Reduzierung der Zahl der Forstämter wird uns diesem Ziel aber nicht näher bringen, denn es handelt sich bei der Produktionssteigerung nicht um die Abnutzung vorhandenen Holzes allein, sondern um die Hebung des Zuwachses, um die Auffindung und die Anwendung wissenschaftlicher Grundsätze zur Hebung der Holzproduktion, die im Allgemeinen nur von den akademisch gebildeten Beamten erwartet werden kann. Zweifellos werden aber in dieser Richtung 100 Beamte mehr leisten als 80. Die Ueberlegenheit der deutschen Anilinfarbenindustrie über die englische beruht bekanntlich darauf, daß in Deutschland ein wissenschaftlich gebildeter Chemiker auf 40 Arbeiter kommt, ein Prozentsatz, den keine andere Nation der Welt erreicht. Die deutsche Landwirtschaft hat seit dem Jahre 1880 ihre Erträge verdoppelt. Nach einer Zusammenstellung, die unlängst durch die Tagesblätter ging, stieg der Ertrag vom Hektar

Roggen von 8,4 dz auf 19,1 dz

Weizen „ 12,4 „ „ 23,6 „

Kartoffeln „ 71,0 „ „ 156,6 „

im Jahr 1913. Diese Steigerung, die allein uns das Durchhalten ermöglicht, ist wie in der Chemie in erster Reihe der Wissenschaft zu verdanken, was nicht genug betont werden kann. Was forstwirtschaftlich in diesem Zeitraum geleistet wurde, zeigt folgende Zusammenstellung für die badischen Verhältnisse:

	Hauptnutzung		Zwischennutzung		im Ganzen	
	im im Ganzen	per ha	im im Ganzen	per ha	zusammen	per ha
Domänenwäldungen						
1880	316 000	3,62	72 000	0,82	388 000	4,44
1913	454 000	4,82	180 000	1,91	634 000	6,73
Gemeindefwäldungen						
1880	1 028 000	4,07	148 000	0,58	1 176 000	4,65
1913	1 390 000	5,00	359 000	1,29	1 749 000	6,29
Zusammen						
1880	1 344 000		220 000		1 564 000	
1913	1 844 000		539 000		2 383 000	
Zunahme	500 000		319 000		819 000	

Diese Zahlen lassen es als durchaus möglich erscheinen, die zur Ausgleichung der Einfuhr nötige

Holzmenge mit der Zeit selbst zu erzeugen. Zwar der angenommene Zuwachsgewinn von 1 fm wird nicht

ausschließlich in Nutzholz bestehen. Aber abgesehen davon, daß in Deutschland sich noch viel Gelände findet, das für die Landwirtschaft wenig geeignet ist, wohl aber der Forstwirtschaft zugeführt werden kann, sind auch noch Waldungen genug vorhanden, deren Ertrag bei rationeller Bewirtschaftung wesentlich gehoben werden kann, man denke nur an den parzellierten Kleinprivatwaldbesitz oder an die durch Streunutzung herabgewirtschafteten Waldungen. Eine Einschränkung der Streunutzung würde den Handelsgewächsbau zu Gunsten des Ackerbaues vermindern, was, wie die jetzige Zeit zeigt, nur von Vorteil wäre. Der Tabak ist zum Leben nicht nötig. Aber auch die nach durch wissenschaftlichen Grundsätzen bewirtschafteten Waldungen sind einer Ertragssteigerung sicherlich noch fähig. Man kann von Düngung, Bewässerung und ähnlichem ganz absehen. Jede Produktionssteigerung in der Landwirtschaft, zu welcher die Forstwirtschaft zählt, wird durch eine Aenderung in der Kombination der Produktionsfaktoren bewirkt. Die Bestandsverfassung und Bestandsbehandlung übt auf den Zuwachs einen Einfluß aus, der neben dem der Standortsgüte wohl Beachtung verdient. Wenn es nun möglich wäre, durch eine Aenderung im Forstbetrieb, sagen wir einmal, durch Umwandlung der gleichaltrigen, reinen Bestände in ungleichaltrige, gemischte, die fehlenden 300 Millionen Mark jährlich nachhaltig herauszuwirtschaften, und wenn dies nur durch Vermehrung des wissenschaftlich gebildeten Personales erreicht werden könnte, müßten dann die berufenen Faktoren nicht mit beiden Händen nach dieser Möglichkeit greifen? Und wenn, um den Mehrtrag zu erreichen, für 100 Millionen neue Forstämter errichtet werden müßten (das Forstamt zu 12 000 Mk. gerechnet gäbe 8000 Stück) so wäre das keine unproduktive Ausgabe. Die angeführten Zahlen sind natürlich nur sozusagen bildlich zu verstehen, weder kann eine Zuwachssteigerung von 15 Millionen Festmeter plötzlich erfolgen, noch ist alles Holz, was vom Ausland bezogen wird, durch inländisches zu ersetzen, noch auch wird die Einfuhr von Holz aus dem Ausland ganz aufhören, noch wird der eine Festmeter Zuwachssteigerung lediglich in Nutzholz bestehen. Aber es wäre eine hervorragende volkswirtschaftliche Leistung, wenn Deutschland in die Lage versetzt werden könnte, seinen Holzbedarf in der Hauptsache selbst zu erzeugen. Mit der größten Sparsamkeit allein werden wohl die ungeheueren Lasten, die der Krieg uns auferlegt, nicht gedeckt werden können. Das deutsche Volk wird nach dem Krieg die Hände nicht in den Schoß legen dürfen, es muß zu neuen und noch gewaltigeren Arbeitsanstrengungen sich entschließen. Sollten die deutschen Forstverwaltungen sich nicht mit Freuden an dieser nationalen Arbeit beteiligen?

Wenden wir uns jetzt zu dem Vorschlag von Forstrat Könige, die badische Forstverwaltung durch Reduzierung der Forstämter von 100 auf 80 und durch Zuteilung von je einem technischen Gehilfen zu reformieren. Eine Ersparnis soll dabei nicht gemacht werden. 80 Forstämter zu 15 000 Mk. kosten somit wie 100 zu 12 000 Mk. Es soll vielmehr eine Entlastung des Dienstvorstandes von mechanischen Schreib- und auswärtigen Geschäften herbeigeführt werden. Das ist eine große Verlockung für jeden Dienstvorstand. Besonders für jene, die seither eines Assessors oder II. Beamten sich nicht erfreuen konnten. Für die ist es sicherlich nicht erhebend, wenn sie in ihren allerersten Tagen als selbständige Dienstvorstände noch die Arbeiten mit verrichten müssen, die sie in ihren jungen Jahren als Praktikanten geleistet haben, wo ihre Tätigkeit in der Hauptsache in Beihilfe bei den Holzaufnahmen und im Schreibwerk bestanden hat. Seit ihrer Praktikantenzeit hat das Schreibwerk nicht abgenommen. Forstrat Könige deutet das an mit seinem Hinweis auf Statistik und Forsteinrichtung. Diese Verhältnisse haben sich aus der Ueberfüllung des Berufs der Anwärter ergeben. Hört die Ueberfüllung auf, muß die Oberbehörde für genügenden Ersatz durch Hilfskräfte sorgen und sie wird, wenn sie sparen muß, das Schreibwerk, was bei jeder Vermehrung neuer Hilfskräfte erfordert, statt es durch Statistik usw. zu vermehren, vielleicht von selbst vermindern, und aus womöglich die Kompetenz der Dienstvorstände erweitern. Und es wird dann sicher auch ohne technische Gehilfen gehen.

Vor dem Krieg waren es 70 Anwärter auf höhere Stellen, 20 würden zur Ergänzung des Abgangs genügen, es könnten mit der Zeit 50 Stellen eingespart werden, 100 000—150 000 Mk. Aus diesen Einsparungen könnten reichlich Schreibaushilfen bewilligt werden, und es wäre gerade jetzt die rechte Zeit, die geeigneten Kriegsinvaliden genug vorhanden sind, die durch einen Kurs zu ihrem Beruf etwas herangebildet werden könnten. Das wäre dann die Ersetzung der akademisch gebildeten durch mindere Kräfte. Als Schreibgehilfen, keine technischen Gehilfen, deren Einführung den schwersten Bedenken unterliegt. Es gibt keinen Bezirk, der in der Hauptgeschäftszeit dem Dienstvorstand nicht volle Beschäftigung böte. Was an Mangel fehlt — die Bewertung der Gemeindeforstwirtschaft u. a. kann überhaupt nicht anerkannt werden — wird durch die Zahl der Eigentümer und eine oft sehr weitgehende Parzellierung der Waldungen ersetzt. Das dabei Geschäfte unterlaufen, die auch ein nicht akademisch gebildeter Beamter erledigen kann, ist nicht zu vermeiden. Der Grundsatz, daß zu Arbeiten, die einem Beamten minderer Bildung erledigen kann, ein höherer

besondere ein akademisch gebildeter nicht verwendet werden soll, wird sich nicht immer und überall durchsetzen lassen. Gerade in der Forstverwaltung kommt es zur Geltung. Hier darf jedenfalls nicht das Freizeitgeschäft die Grundlage der Organisation abgeben. Wenn Könige anerkennen, daß, je größer die Zersplitterung der Wäldungen, desto umfangreicher die Arbeit, so ist der Nachsatz nicht anzuerkennen, daß dies auch der mehr handwerksmäßigen, mechanischen Seite, so nach dem Arbeitsgebiet des technischen Gehilfen der Fall ist. Der Wirtschaftler muß den zerstückelten Wald gerade so sorgfältig behandeln, wie ein großer, zusammenhängender, die größere Mühe muß er eben selbst tragen, er kann oder soll sie nicht dem technischen Gehilfen zuschieben. Die Gefahr des technischen Gehilfen liegt darin, daß er, um beschäftigt zu werden, zu Geschäften herangezogen wird, die eigentlich Sache des Dienstvorstandes sind. Man gewöhnt sich an seine Leistungen, die ja, wenn es sich nur darum handelt, alterprobtes in Ausführung zu bringen, ganz befriedigend sein können, die sogar manchen Dienstvorstand dazu führen könnten, zu sagen, er getraue sich, einen dreimal so großen Bezirk zu versehen usw., so daß man von dem reinen Oberförsterstypus allmählich

dahin zurückkäme, von wo man ausgegangen, zum Wirtschaftsförstermeister. Wenn damit vielleicht Ersparnisse für die Staatskasse verknüpft wären, ein volkswirtschaftlicher Vorteil wäre es nie und nimmermehr.

Wenn der Fall eintreten sollte, daß bei dem einen oder dem andern Amt zeitweise für den Dienstvorstand eine ungenügende Beschäftigung vorhanden wäre, so könnte ihm auch ohne Vergrößerung des Bezirks neue Beschäftigung geschaffen werden, wie ja auch Forstrat Könige es mit der Aufhebung der Domänenämter vorsieht.

Der Aufschwung, der nach dem Krieg kommen soll, wird auch in der Forstwirtschaft nur kommen können durch wirtschaftlichen und technischen Fortschritt. Die Maschine ist bei uns noch ziemlich unbekannt, das Automobil scheint sich allerdings rasch zu nähern, die Elektrizität geht schon durch den Wald, oder nahe an ihm vorüber, das Beil aber wurde schon in der Steinzeit erfunden, Alles in allem: denken wir daran, daß nicht die Kanzelei, sondern der Wald unser eigenes Arbeitsgebiet ist.

Jestetten, 31. Dezember 1916. Forstmeister Foist.

N o t i z e n.

A. Die Errichtung einer Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten.

Die sich geradezu überstürzende Entwicklung des Holzmarktes, die in verwirrender Fülle sich bildenden und in ständiger Umformung befindlichen Kriegsorganisationen des Reichs sowie der wirtschaftlichen Verbände und Vertretungen aller Wirtschaftszweige, mit denen die Forstwirtschaft verflochten ist, die wachsende Bedeutung der Walderzeugnisse in Haupt- und Nebennutzung, namentlich auch für Schaffung von Ersatzstoffen und für Volksernährung, die sich mehrenden Hemmnisse des Forstbetriebes insbesondere der Mangel an Beamten und Arbeitern sowie die Schwierigkeit der Holzabfuhr, die vielfachen, oft weitgehenden Ansprache jeder Art an den Wald brachte die Satzungs-Kommission des Forstwirtschaftsrates, welche Anfangs Dezember d. J. in Berlin zusammentrat, um über die weitere Gestaltung des deutschen Forstvereins und die Beschaffung der hierzu benötigten Mittel zu beraten, einstimmig zu der Auffassung, daß es unbedingt nötig sei, hier durch rasches Handeln einzugreifen. Die Kommission wurde sich auch über den hier einzig gangbar erscheinenden Weg klar, nämlich daß eine kriegswirtschaftliche Geschäftsstelle zu schaffen sei, welche

1. durch genauere Kenntnis der oben erwähnten Organisationen und durch ständige Verfolgung der Entstehung, Ziele und Wirkungen der behördlichen Maßnahmen imstande sei, den Waldbesitzern und deren Forstverwaltungen Rat und Auskunft zu verschaffen, durch Aufklärung Mißverständ-

nisse zu beseitigen und Klagen vorzubeugen, ferner auch nach Möglichkeit und Erfordernis in der Öffentlichkeit namentlich in der Tagespresse für die Interessen und den Schutz des Waldes und der Jagd zu wirken,

2. als Sammelstelle zum Zusammenfassen der wissenschaftlichen und praktischen Kräfte wirke, welche für die Hebung der Erzeugung des Verkehrs und des Absatzes der Forstprodukte arbeiten.

Der auf Antrag am 28. Dezember zu Leipzig zusammengetretene Vorstand des Vereins trat der Auffassung der Satzungs-Kommission bei und beschloß, es seien mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache sofort die Schritte zu unternehmen, um die Geschäftsstelle so bald als möglich ins Leben zu rufen. Der Unterfertigte hat sich auf Wunsch der Satzungs-Kommission bereit erklärt, die Einrichtung der Geschäftsstelle zu übernehmen und — sofern und soweit dies dienstlich möglich — so lange zu leiten, bis der Geschäftsgang gesichert ist.

Durch einen Aufruf an die deutschen Privatwaldbesitzer, von denen ein einmaliger Beitrag von 10 Bfg. je ha erbeten wurde, konnten sehr rasch so viel Mittel aufgebracht werden, daß die finanzielle Unterlage des Unternehmens fürs erste als hinreichend gesichert erachtet werden kann. Auch das Reich und die deutschen Staatsforstverwaltungen wurden um Zuschüsse angegangen und haben zum größten Teil solche bereits zugesagt.

Es ist nunmehr gelungen den bisherigen Privatoberförster Herrn Schulz (Kudierter Tharandter), Oberleutnant d. R. bis auf weiteres beurlaubt, für fest zu gewinnen; bei weiteren Herren, die sich bereit erklärt haben, mitzuwirken, muß erst noch das militärische Verhältnis geregelt werden, was sich leider

längere Zeit hingleht. Herr Prof. Dr. von Mammen wird von seinem Wohnsitz aus und durch jeweiligen mehrtägigen Aufenthalt in Berlin mitwirken. Durch seine Mitarbeit läßt sich in einfachster Weise die Ordnung der Beziehungen zwischen der Geschäftsstelle und der von ihm versehenen Stelle für Holzhandels-Verkehrs- und Zollangelegenheiten aufrechterhalten.

Die räumliche Unterbringung der Geschäftsstelle konnte durch die sehr dankenswerte Vermittlung eines Privatwaldbesitzers einer glücklichen Lösung zugeführt werden. Im Hause der Kreuz-Zeitung (Brennburgerstraße 24, IV zwischen Potsdamer und Anhalter Bahnhof) wurden sechs passende Räume ab 1. März gemietet. Ein Teil der Zimmer ist bereits bezogen, so daß die Geschäftsstelle, wenn auch zunächst noch in beschränktem Umfang, ihre Tätigkeit beginnen konnte. Fernsprechanschluß wird demnächst mitgeteilt werden.

Ein- und Auszahlungen erfolgen durch Vermittlung der Dresdner Bank.

Hinsichtlich der sachlichen Arbeit der Geschäftsstelle möchte ich einstweilen nachfolgendes bemerken:

Einstweilen steht nur eines fest: Das Bedürfnis zentraler Arbeit ist vorhanden und es ist unendlich viel zu tun. Schwierig ist die Abwägung der Wichtigkeit und Dringlichkeit. Gerade die Unklarheit über die Verhältnisse und die Unkenntnis der Zustände, die dieses Bedürfnis hervorruft, hindert im voraus bereits völlig festzulegen, was und wie verarbeitet werden soll. Die an die Geschäftsstelle herantretenden Anfragen und Forderungen werden erst genauer erkennen lassen, was man von ihr will und wofür man sie braucht und daraus wird sich erst das genauere Arbeitsprogramm ergeben.

Die Geschäftsstelle wird hauptsächlich, wie schon oben angedeutet ist, nach zwei Richtungen zu arbeiten haben, als Beratungsstelle und als Sammel-, Bearbeitungs- und Veröffentlichungsstelle.

Ziel der Arbeit soll in erster Linie sein:

Verbesserung des Betriebes und der Arbeitstechnik durch Vermittlung des Austausches von Erfahrungen und durch Klärung der Meinungen. Als besonders wichtig erscheint, soweit zur Zeit ein Urteil gefällt werden kann,

1. Berichterstattung über die Lage des Holzmarktes (Bedarf, umgesetztes Material und Preise);

2. Förderung der Holzlieferung durch Bekanntgabe der Mittel und Wege zur Erlangung von Fuhrleuten und Gespannen, Ausbildung des maschinellen Zuges;

3. Mitwirkung an der Behebung der Schwierigkeiten der Arbeiterverhältnisse, insbesondere auch Behandlung des Siedlungsproblems (Kriegerheimstätten) als Vorbereitung für die Fragen der Übergangswirtschaft;

4. Mitwirkung bei der Verbesserung der Technik der Holzgewinnung;

5. Mitwirkung bei der Feststellung von Richtlinien für den Anbau von Nadelbäumen;

6. Mitwirkung bei der Volksaufklärung über Pilze und bei der Organisation zur Gewinnung des Wachstums an Pilzen, Heißebeeren, und sonstigen Waldfrüchten.

7. Verfolgen und bearbeiten von Steuerfragen, namentlich der Entwürfe, durch welche der Wald zu Reichsteuern beigezogen werden soll.

Ob und in welchem Maße ein forstlicher Rat seitens der Kriegsorganisationen gefordert wird und erteilt werden kann, muß die spätere Entwicklung zeigen.

Bei der Tätigkeit der Stoffsammlung soll davon abgesehen werden, die ohnehin schon reichlich belasteten oberen und unteren Forstbehörden mit der Bitte um Erhebungen zu behelligen.

Um aber doch den erforderlichen Einblick in die Verhältnisse zu erlangen, soll das Mittel der öffentlichen Umfrage in der Fachpresse, gegebenenfalls unter Beigabe von Fragebogen zu dieser, angewandt werden.

Für die Mitteilungen der Geschäftsstelle sollen hauptsächlich die beiden bestehenden forstlichen Wochenchriften „Silva“ und „Deutsche Forstzeitung“ benutzt werden. Erstere wird zu diesem Zwecke entsprechend erweitert werden.

J. J. Berlin, Ende Februar 1917.

Dr. Wappes.

B. Dr. Hermann von Fürst †.

Am 11. Febr. 1917, wenige Wochen vor seinem 80. Geburtstag, verschied zu Aschaffenburg der I. Forstdirektor a. D. Hermann von Fürst, dort fand er auch an der Seite seiner im Tode längst vorausgerangenen Gattin die letzte Ruhestätte. Mit ihm ist einer unserer bedeutendsten Forstmänner dahingegangen, dessen Name nicht nur in den engeren Grenzen seines Heimatlandes, sondern auch im weiteren In- und Ausland hohes Ansehen genießt.

Fürst war geboren am 29. März 1837 zu Amsbach als Sohn eines Pfarrers. Nach Besuch der Mittelschule war er Gleve in Uffenheim und besuchte zwei Jahre die Forstlehranstalt Aschaffenburg, die er mit Note I absolvierte, sowie ein Jahr die Universität Würzburg. In die Forstgehilfenzzeit, die Fürst an verschiedenen Revieren Mittelfrankens verbrachte, fiel 1860 der Staatskonkurs, den er mit Auszeichnung bestand. 1865 wurde er Forstamtsaktuar in Berchtesgaden und 1867 in gleicher Eigenschaft an die Regierung von Mittelfranken versetzt. Das Jahr 1871 brachte seine Ernennung zum Oberförster in Berg (O.-Pf.), einem für die Ausbildung von Glevenden besonders geschätzten Revier. Am 1. Jan. 1878 wurde Fürst zum Kreisforstmeister in Regensburg befördert, im Herbst gleichen Jahres jedoch erfolgte seine Berufung zum Direktor der neuorganisierten Forstlehranstalt Aschaffenburg. Diese Anstalt, der 1898 ihrem Charakter entsprechend die Bezeichnung Hochschule beigelegt wurde, leitete er bis zur Verlegung des gesamten forstlichen Unterrichtes an die Universität München im Jahre 1910, also volle 32 Jahre; er unterzog sich dann noch freiwillig den umfangreichen Geschäften der Ueberleitung. Am 1. Januar 1911 trat er in den Ruhestand und behielt seinen Wohnsitz in Aschaffenburg, das ihm zur zweiten Heimat geworden war.

Fürst hat als Direktor der Hochschule, die im Jahre 1878 grundlegende Änderungen hinsichtlich des forstlichen Ausbildungsganges erfuhr, das auf ihn gesetzte Vertrauen voll bewährt und mit rastloser Hingabe, guten Geschick und richtigem Takt die ihm gestellte große Aufgabe erfüllt. Er hat die Hochschule, die im Jahre 1895 ihren Höchststand mit 176 Studierenden (darunter 22 Ausländer) erreichte, zu hoher Blüte und Ansehen gebracht. Sein Verhältnis zu der Studentenschaft war anfangs nicht gerade ein glückliches, seinem ernststen Streben sagte die ungebundene akademische Freiheit, die sich oft in schlechtem Besuch der Vorlesungen und Übungen äußerte, nicht zu und er suchte auf die Lebensführung und den Fleiß der Studierenden mehr Einfluß zu gewinnen, als mit einer Hochschule vereinbart war. Dies brachte ihm manche Enttäuschungen, aber allmählich vollzog sich in ihm die innere Umwandlung zum warmherzigen Freund studentischen Lebens und wohlbe-

seiner akademischer Freiheit. Das Zusammenwirken von Akademie und Universität für eine tüchtige und vielseitige forstliche Ausbildung hat Fürst jeberzeit warm vertreten, die Lösung forstlichen Unterrichtsfrage in Bayern konnte ihn deshalb nicht befriedigen und dies machte ihm den Abschied vom Amte doppelt schwer.

Als Lehrer genoss Fürst bei allen seinen Schülern, die sein Streben richtig würdigten, Liebe und Verehrung; in seiner regen Tätigkeit führte er über 1500 Studierende in den Wald und in Waldbau sowie in Jagdkunde ein, außerdem hielt er für die Hospitanten noch besondere Vorlesungen. Er besaß eine vorzügliche Lehrbegabung, seine Vorträge waren wohlüberdacht und klar. Die Lehrwanderungen in dem dankbaren Gelände der näheren und weiteren Umgebung Aschaffenburgs machte er fesselnd und fördernd zu gestalten. Besondere Sorgfalt wand er der Pflanzengucht in den der Hochschule übergebenen Forstgärten zu.

Ausgesprochene Neigung besaß Fürst zu fachliterarischer Tätigkeit, deren Anfänge auf das Jahr 1871 zurückgehen. Als Fachschriftsteller war er von staunenerregender Fruchtbarkeit und Vielseitigkeit, mit klarem Verständnis griff er in fast alle Tagesfragen des Forstwesens ein. Das Zusammenfassen und Sammeln, das Ausbauen und Ordnen war seine starke Seite, seine wissenschaftliche Produktion beruhte weniger auf durchbrechenden neuen Ideen, doch tritt überall seine feinsinnige Beobachtung des Waldes, gepaart mit reicher Erfahrung und scharfer Erfassung des Stoffes zu Tage.

Es würde zu weit führen, die vielen Abhandlungen aufzuzählen, die seiner gewandten Feder entstammen; von selbständigen, in mehreren Auflagen erschienenen Werken sind besonders zu nennen: Die Pflanzengucht im Walde und die Jagd vom Forstschuß, wozu letztere er auch in Dorey's Handbuch bearbeitete; im Verein mit Mitarbeitern verfaßte er das illustrierte Forst- und Jagdlexikon und ein Werk über Deutschlands nützliche und schädliche Vögel. Seine kritische Bekämpfung Lehren Wageners und Vorgrebes sind besonders in Erinnerung. Eifrig betätigte er sich auch in der Besprechung fremder Werke. Von 1877—1914 leitete er das forstwissenschaftliche Zentralblatt mit großem Geschick und unermüdblichem Eifer.

Besonders rege hat sich Fürst am forstlichen Vereinswesen beteiligt, mit der Entwicklung des deutschen Forstvereins ist sein Name eng verbunden. Er war bei den Versammlungen einmal Präsident und häufig Berichterstatter; unermüdblich war in der Werbetätigkeit für diesen Verein und er verstand es, allem den deutschen Gedanken in die Kreise der deutschen Forstleute hineinzutragen. Seine Gewandtheit in der freien Rede und besonders in der Diskussion, in der er sich selbst im heftigsten Streit der Meinungen stets frei von Schärfe hielt, seine bewundernswürdige Wesensart habe ihn zum Mittelpunkt gar vieler Versammlung gemacht. Besondere Freude bereitet ihm die Ernennung zum Ehrenmitgliede, eine Auszeichnung, die ihn auch der Verein bayerischer Forstverwaltungsämter ehrt.

Fürst's vielseitige fachliche Tätigkeit kennzeichnet sich auch dadurch, daß er zur Mitwirkung im Reichsamt des Innern zur Beratung des deutschen Vogelschutzgesetzes berufen wurde, daß er Beirat der biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft und ständiges Mitglied der Prüfungskommission für Waldbaukandidaten war.

An äußeren Anerkennungen hat es ihm nicht gefehlt. 1885 erhielt er Titel und Rang eines Regierungsrates, 1887 wurde ihm das Ritterkreuz vom hl. Michael I. Kl. verliehen. 1889

wurde er zum Doktor der Staatswissenschaft aufgrund des vorgelegten Werkes „Die Pflanzengucht im Walde“ und eines Kolloquiums ernannt. 1892 erhielt er Titel und Rang eines Oberforstrats. Das Jahr 1901 brachte ihm den bayr. Kronenorden mit dem persönlichen Adel und im Jahre 1911 wurde er durch den Titel eines Forstdirektors mit dem Range eines Regierungsdirektors ausgezeichnet.

Fürst war von idealer Begeisterung für den Wald und für seinen Beruf erfüllt. Als Mensch war er einfach, bescheiden, selbstlos und streng gegen sich selbst, eine Persönlichkeit von makellosem Charakter und tadelloser Lebensführung. Sein Leitstern war die Pflicht, er war ein Vorbild unermüdblicher Schaffensfreude und dadurch wirkte er belebend und befruchtend. Auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens war er tätig, soweit es nur immer seine Zeit gestattete; so war er insbesondere stets Vorkämpfer einer echt liberalen Weltanschauung und des deutschen Gedankens. Auf den Festen der Bürger- und Studentenschaft war er ein gern gehörter Redner. Ihm ist es vor allem zuzuschreiben, daß die forstliche Hochschule mit ihren Professoren und Studenten einen wichtigen Faktor im geistigen und geselligen Leben der schönen Residenzstadt Aschaffenburg bildete. Er selbst war lange Jahre in politischen und geselligen Vereinen führende Persönlichkeit. Bis in seine letzten Tage hat er sich überall mit ganzer Kraft beteiligt, wo es galt, gemeinnützige Bestrebungen zu fördern und trotz seiner hohen Jahre hatte er sich ganz in den Dienst der Kriegshilfe gestellt.

Seine Erholung suchte Fürst im edlen Weidwerk, so oft sich Zeit und Gelegenheit ergab, auch hierin zeigte er große Fähigkeit und Ausdauer.

So konnte sich der Dahingegangene, dem körperliche und geistige Tätigkeit bis zuletzt beschieden war, ausleben und ausgeben bis an die äußersten Grenzen menschlichen Daseins.

Fürst hatte sich im Jahre 1867 mit Wilhelmine Succo, einer Pfarrerstochter aus Gochsheim, verehelicht, der Ehe entsprossen 3 Töchter und 1 Sohn, letzterer ist L. b. Forstmeister und steht als Hauptmann im Felde. Auch dadurch war das Fühlen und Sorgen des hochbetagten Mannes eng verbunden mit dem Sehnen nach einem baldigen glorreichen Frieden.

Im Fürst ist eine der sympathischsten Persönlichkeiten der forstlichen Welt dahingegangen. Mit besonderem Bedauern empfinden es seine ehemaligen Schüler, daß der Tod eine beabsichtigte Ehrung zum 80. Geburtstag bereitet hat, ihnen ziemt es vor allem, um das Andenken des Verstorbenen den Kranz immergrüner Erinnerung zu schlingen. Aber auch unter allen anderen deutschen Forstleuten wird sein Name hochgehalten und in Ehren genannt werden, wenn es gilt, die hervorragenden deutschen Forstmänner rühmend aufzuzählen.

M.

C. Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Sommersemester 1917.

I. Universität Gießen.

Geh. Forstirat Dr. W i m m e n a u e r: Walbvertragsregelung 4-st. oder — je nach Verabredung — eine andere Vorlesung aus dem Gebiete der forstl. Betriebslehre. — Prof. Dr. W e b e r (teilweise vertreten durch Forstmeister Dr. S c h e n d): Waldbau II 4-st., Forstschuß I 4-st., Forstpolitik II 4-st., Einführung in die Forstwissenschaft 1-st., Prakt. Kursus über Waldbau (Exkursionen) am Samstag Nachmittags. — Außerdem zahlreiche Vorlesungen aus den Gebieten der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre Finanzwissenschaft, Landwirtschaft usw.

Beginn der Immatrikulation am 16., der Vorlesungen am 28. April. — Das allgemeine Vorlesungsverzeichnis kann vom Univ.-Sekretariat bezogen werden.

II. Universität München.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Endres: Geschichte des Forst- und Jagdwesens 3 St., Forstverwaltungslehre 2 St., Übungen in forstl. Rentabilitätsrechnungen, Lehrwanderungen zu den Vorlesungen im B.-S. über Einführung in die Forstwissenschaft. — Kaiserl. Unterstaatssekretär Dr. Gg. Ritter von Mayr: Praktische (Spezielle) Nationalökonomie 5 St., Finanzwissenschaft 5 St., Statistik 4 St. — Prof. Dr. Raman: Agrilkulturchemie (mit Lehrwanderungen) 5 St., Bodenkundliches Praktikum täglich und halbtäglich. — Prof. Dr. Freiherr v. Tübenf: Pflanzenpathologie mit besonderer Berücksichtigung der Krankheiten forstlicher und landwirtschaftlicher Kulturpflanzen mit Vorführungen und Lehrwanderungen 4 St., Spezielle Botanik I. Teil: Naturgeschichte forstl. Kulturpflanzen mit Übungen und Lehrwanderungen 4 St. — Prof. Dr. Schöpfer: Geodäsie 4 St., Nivellieren und Wegprojektierung 3 St., Übungen und Lehrwanderungen. — Prof. Dr. Fabricius (im Heere): Forstbenutzung 5 St., Forstschutz 2 St., Lehrwanderungen. — Prof. Dr. Escherich: Forstzoologie II. Teil: Insekten 5 St., Forstentomologische Übungen mit Lehrwanderungen, Zeitung wissenschaftlicher Arbeiten ganztäglich. — Prof. Dr. Rothemann: Deutsches und bayerisches Verwaltungsrecht 6 St. — Prof. Dr. Rothpletz: Geologie 4 St. — Prof. Dr. Hegi: Systematische Botanik 4 St. — Privatdozent Dr. Götner: Mineralogie und Gesteinskunde mit Übungen 4 St.

III. Universität Göttingen.

v. Bühler: Einleitung in die Forstwissenschaft, teils im Hörsaal, teils im Walde, mit Übungen und Exkursionen Sa. 9—11; Waldbau I, mit Übungen und Exkursionen Di., Mi., Fr. 8—9; Exkursionen und Übungen Do.; Übungen in der Versuchsanstalt Di. 3—6; Übungen und Exkursionen für Kriegsteilnehmer (Zeit noch zu vereinbaren).

Sonstige Vorlesungen wie ad I.

Anfang des Sommersemesters: 16. April. — Schluß: 14. August.

IV. Technische Hochschule zu Karlsruhe.

Abteilung für Forstwesen.

Prof. Dr. Demol: Forstentomologie mit Übungen und Exkursionen. — Geh. Hofrat Dr. Klein: Forstbotanik, Syst. Botanik, Pilzkrankheiten der Waldbäume. — Prof. Dr. Hausrath: Forstschutz, Waldwegbauübungen, Forstgeschichte. — Prof. Dr. Müller: Forsteinrichtung I, Statist., Jagdkunde. — Geh. Oberforstrat Dr. Siefert: Waldbau II, Technologie. Ferner Vorlesungen in allen Grund- und Hilfswissenschaften als Mathematik, Naturwissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Rechtskunde.

Auskunft durch den Abteilungsvorstand Prof. Dr. Hausrath.

V.—VII. Die Forstakademien Eberswalde, Münden und Charandt bleiben bei Fortbauer des Krieges voraussichtlich geschlossen.

D. Ernte-Bericht.

Die Aussichten für die Waldbamenernte waren im allgemeinen nicht schlecht. Infolge des Krieges und anderer ungünstiger Verhältnisse blieben die Ernteergebnisse für fast alle Arten weit gegen die Erwartung zurück. Die nicht allzureichende Ernte von Kiefernzapfen wurde nur zum kleinsten Teile eingebracht, denn selbst die höchsten Sammelhöhen konnten die wenigen Leute, die überhaupt zum Samen-Rücken in Betracht

kommen, nicht veranlassen, viele Zapfen zu sammeln. Diente haben überall dringendere Arbeiten für sich zu schaffen. Genau dasselbe gilt für die Fichte, die reichlich Zapfen trägt, fast überall in Deutschland. Auch hiervon kommen nur spärliche Mengen herein, seitdem die große Kälte herrscht, so gut wie nichts mehr. Es ist zu befürchten, daß nach der Winterperiode warme Witterung einsetzt, und namentlich die Fichte sich rasch öffnen. Hätte man die Ernte richtig ausnützen können, bei so mäßigen Pfänderlöhnen, wie sie früher gezahlt wurden, dann hätte vielleicht daran gedacht werden können, den Fichtensamen zur Delgewinnung zu benutzen. Bei dem jetzigen Preis des Fichtensamens ist wohl gar nicht mehr daran zu denken, außerdem sind, wie gesagt, die geernteten Mengen zu gering, sie werden kaum für die Saaten ausreichen. Auch die Lärche hatte recht viel Zapfen angelegt, auch von diesen wird nur der kleinste Teil eingebracht. Die Weimutskiefer ergab eine nur mäßige Ernte. Die Weißtanne so gut wie gar nicht. Von der Schwarzkiefer wird ebenfalls ein geringer Ertrag gemeldet.

Von ausländischen Nadelholzsamen wie Korische Kiefer, Douglas- und Sitka-Fichten, Stachsfichten, Pechkiesern, sibirische und japanische Lärchen, Nordmannstanne konnte natürlich wieder nichts hereingebracht werden. Was von kleinen Vorräten vielleicht noch existiert, ist zur Aussaat ungeeignet. Die Danzinker bringt in Deutschland so gut wie keine Zapfen, die wenigen Douglas-Zapfen, die gewachsen sind, kommen ebenfalls kaum in Betracht. Dagegen wurden aus Belgien bezogene Kiefernzapfen geliefert, die recht guten Samen ergaben.

Von Laubhölzern brachte die Buche eine gute Mast, der Ertrag wurde von dem Kriegsausschuß für Dele und Fett in Beschlag gelegt, nur verhältnismäßig kleine Mengen wurden an Saatweiden freigegeben. Die Eichen mußten an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte abgeliefert werden. Der Ertrag war geringer als man vorher annahm. An die Qualität dürfen keine höheren Anforderungen gestellt werden, wie dies bei geringen Ernten ja immer der Fall ist. Auch hiervon wurden nur kleine Mengen für Saatweide abgelassen.

Die Rotelche lieferte in Belgien eine wohl ziemlich befriedigende Mast, es war aber nicht möglich, große Lieferungen aus Belgien freizubekommen. Die wenigen Rotelcheln, die dem Handel zur Verfügung stehen, sind von bester Qualität.

Die Ahorn und Lindenarten hatten reichlich Samen angelegt, die meisten davon wurden gerade vor der Reifzeit durch Stürme davongetragen, so daß fast kein Samen eingebracht wurde.

Von Eichen und Hainbuchen Mißernte. Die Erlenarten brachten etwas Samen von befriedigender Güte. Auch von Birken und Alagien wird wohl genügend geliefert werden können.

Was die Preise betrifft, so wird deutscher Kiefern Samen beträchtlich teurer werden wie voriges Jahr, aber immerhin erheblich billiger als in den vorhergegangenen Jahren. Dagegen wird Fichtensamen einen Preis erreichen, wie er seit Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Auch Lärchensamen wird höher wie voriges Jahr notiert werden müssen, dagegen ist Weimutskiefern Samen zu normalen Preisen erhältlich. Von den Laubhölzern werden Eichen und Bucheln etwa die vorigjährigen Preise erreichen. Rotelcheln sind teurer. Die übrigen Sorten werden zu etwas über normalen Preisen geliefert werden können.

Darmstadt, den 1. Februar 1917.

Heinrich Keller Sohn.

Für die Redaktion verantwortlich: für Aufsätze, Briefe, Versammlungsberichte und Notizen Prof. Dr. Wimmeraner, für literarische Berichte Prof. Dr. Weber, beide in Gießen. — Für die Inserate verantwortlich: J. D. Sauerländer Verlag, Verleger: J. D. Sauerländer in Frankfurt a. M. — G. O. S. S. Buchdruckerei in Darmstadt.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

April 1917.

Bur Systematik der Forstwissenschaft.¹⁾

Eine vorläufige Erwiderung.

Von Dr. E. Wappes, R. V. Regierungsdirektor.

Als ich im Herbst 1911, nach Vollendung der ein-
nden Abhandlung für das Vorey-Wagnersche Hand-
buch, mit großem Gefühl der Erleichterung die Feder
der Hand legte, um, wie ich glaubte, den Stoff
längere Zeit zurückzustellen, hätte ich nicht gedacht,
ich in Verteidigungsstellung einzutreten brauche,
n ich wieder dazu käme, mich mit den Problemen
Grundlegung, Gliederung und Methode der Forst-
wissenschaft zu beschäftigen.

Ich gab mich — nach den früheren Erfahrungen
keinen großen Erwartungen über eine lebhaftere
Annahme für die neu ins Fach geworfenen Ideen hin,
ste aber, daß wenn sich Jemand näher damit be-
äftigte, er dazu kommen werde, die Richtung meines
ntens anzuerkennen. Ich gedachte deshalb damals
Ruhe den sich entwickelnden Gedankenaustausch ab-
warten und erst nach geraumer Zeit eingzugreifen,
an Veranlassung bestände, noch etwas zur Klärung
b Vertiefung der Fragen beizutragen.

Schon der erste Kritiker, Herr Oberförster Raker,
t aber in wichtigen Punkten mein neues System
ht anerkannt.

Nun hat jetzt, nach Umfluß von mehr als 3 Jahren
t dem Erscheinen meiner letzten Veröffentlichung Herr
r Professor Weber in einer längeren Abhandlung in
hem Blatte (November- und Dezemberheft 1916)
eine Arbeiten einer eingehenden Untersuchung unter-
gen und ist zu Ergebnissen gekommen, die von meiner
auffassung grundlegend abweichen.

Die Tatsache, daß ein junger Fachgenosse durch
eine Arbeiten veranlaßt worden ist, mit umfassenden

¹⁾ Ich gebrauche noch diese Ueberschrift, wiewohl ich nicht
leugnen kann, ein pars pro toto zu setzen. Allein mir
eint Ziel und Inhalt der Erörterungen damit genügend be-
hnet und ich wage mich nicht recht an den Ausdruck „Forst-
wissenschafts-Philosophie“, den Herr Forst Professor H. Weber für
gefähr das gleiche Stoffgebiet anwendet. Er scheint mir
sch zu anspruchsvoll für die wenigen Sätze, mit denen wir
s in die Anfänge hineinarbeiten.

Literaturstudien und offensichtlicher Eignung für die
Behandlung des Stoffes die von mir aufgeworfenen
Probleme einer kritischen Prüfung zu unterziehen, und
damit, was bisher Niemand tun wollte, den von mir
aufgenommenen Faden fortspinn, freut mich weit mehr
als es mich betrübt, daß unsere Auffassungen — einfl-
weilen — so weit auseinander gehen. — Aus beiden
Gründen möchte ich die Ausführungen Webers nicht
so lange unerwidert lassen, bis mir eine wirkliche, ein-
gehende Entgegnung möglich ist.

Ich bringe also für jetzt — tief in den organi-
satorischen Arbeiten für die von mir einzurichtende
kriegswirtschaftliche Geschäftsstelle des Forstwirtschafts-
rates stehend — nur einige wenige Bemerkungen zu
den mir am wichtigsten erscheinenden Punkten, rasch
in den wenigen Stunden geschrieben, die mir zwischen
Verhandlungen und Briefdiktaten bleiben.

I.

Vor allem stelle ich gerne fest, daß ich mit Weber
in dem Ausgangspunkte übereinstimme, im Ur-
teil über die Wichtigkeit und Notwendigkeit grund-
legender, systematischer und methodologischer Unter-
suchungen auch für ein sog. „praktisches“ Fach, wie es
das unsrige zweifellos ist.

Weber lehnt dann aber zunächst eine grundlegende
Auffassung von mir ab: die Zuteilung der Forstwissen-
schaft zur Kategorie der Geisteswissenschaften.

Ich habe die Begründung dafür in der Abhandlung I
des Vorey-Wagnerschen Handbuchs im Anschlusse an bei
Wundtsche „Einleitung in die Philosophie“ gegeben. Zu
dieser meiner Auffassung bin ich aber gekommen, lange
ehe ich das Wundtsche Werk gelesen hatte, schon vor
mehr als 20 Jahren¹⁾. Die Ausgangspunkte meiner
damaligen Ueberlegungen und das Ziel meiner Dar-
legung war allerdings mehr negativ als positiv: Ich
wollte vor allem nachweisen, daß die Forstwissenschaft
nicht der Naturwissenschaft zugerechnet werden

¹⁾ Ueber das Verhältnis der technischen zu den Natur-
wissenschaften. Forstlich-naturwissenschaftliche Zeitschrift 1898.

dürfte; ich wollte, von der bisherigen Richtung abgehend, unsere wissenschaftliche Arbeit von dem bisher allein bebauten naturwissenschaftlichen Gebiet abbringen und zur Erforschung des Faches, der forstlichen Methoden führen. Darin ist ja auch Weber mit mir einig.

Unsere Differenz beruht darauf, daß wir uns in verschiedenen Lagern hinsichtlich der Gesamteinteilung der Wissenschaften befinden. Ich stehe auf dem Wundtschen Prinzip der Zweiteilung in Natur- und Geisteswissenschaften (neuerdings spricht man von nomothetischen und ideographischen Wissenschaften), während Weber auch Norm-Wissenschaften anerkennt und die Forstwissenschaft, d. h. die Wissenschaft von der idealen Norm der Forstwirtschaft, zu diesen rechnet.

Das sind Gegensätze von tiefster Grundsätzlichkeit, die auf forstlichem Boden kaum zum Austrag gebracht werden. Ich möchte deshalb, was mir im Augenblick auch gar nicht anders möglich ist, auf weitere Auseinandersetzung hierüber verzichten.

Weber meint, ich hätte Wundt teilweise mißverstanden. Möglich. Ich werde gerne in ruhigeren Zeiten seine Einwendungen nachprüfen. (Man tut sich ja schwer in diesen Dingen als Autodidakt — auch ein Nachteil unseres isolierten Bildungsganges, der sich wohl erst verlieren wird, wenn wir mehr Professoren haben, die von der allgemeinen Hochschule ihre Bildung geholt haben.) Nach einer Richtung aber kann ich keinesfalls zugeben, daß meine Auffassung erschüttert sei; die Auffassung, daß es die forstliche Forschung nur mit der auf die Forstbewirtschaftung gerichteten Tätigkeit zu tun habe und nur daraus ihren Inhalt bekommen könne.

Ich habe das Gefühl, daß ich hier nicht viel zu meiner Verteidigung zu sagen brauche; ich muß nur bitten meine durchweg sehr gedrängt gefaßten Darlegungen in der Sache genau zu lesen. Das allerdings muß ich verlangen, wenn sich Jemand über unseren wissenschaftlichen Streit ein Urteil bilden will.

Insbefondere bleibe ich bei der Auffassung, daß der gesamte wissenschaftliche Stoff über die Beziehungen zwischen Forstwirtschaft und Staat der Staatswissenschaft, der Verwaltungslehre (als Forstpolitik) zugehört. Wollte man das nicht anerkennen, so würde man einerseits der Staatswissenschaft den Inhalt und damit das Daseinsrecht abspreiben und käme andererseits zu einer Landbau-, Industrie- und Gewerbepolitik als Teil dieser Fachwissenschaften.

Wenn bei dieser Operation unsere Fachwissenschaft, wie Weber auf S. 280 meint, auf ein kleines Stümpflein zusammengeschnitten wird, so ist das nicht meine

Schuld. Man kann daraus nur Anlaß nehmen, uns mehr für die Wissenschaft zu tun. Ich brauche nur auf das System Taylor hinzuweisen, dessen Anwendung reichlich Gelegenheit böte, unsere praktische Tätigkeit zu untersuchen und aus dieser Untersuchung einen wissenschaftlich kontrollierten, wirksameren und zugleich billigeren Betrieb abzuleiten. Die große Schwierigkeit der heutigen unzureichenden Holzlieferung beruht nach meinem Dafürhalten darauf, daß der bisher handwerksmäßig geführte Forstbetrieb nicht in der Lage war sich so rasch auf den Wechsel der Verhältnisse und die höheren Anforderungen einzustellen, die die wissenschaftlich geleiteten Betriebe der Industrie

Die „Ersparnisse“ am Aufwand für forstwissenschaftliche Forschung, Ausgestaltung des forstlichen Versuchswesens und wirtschaftliche Organisation machen sich jetzt geltend in Millionen-Ausfällen und unzureichender Versorgung des Volkes und Heeres mit wichtigen Rohstoffen.

Niemals haben sich mir die Beweise für die Richtigkeit dieser Anschauung, der ich schon mehrfach Ausdruck gegeben habe, mehr aufgedrängt als jetzt, wo ich näher Einblick gewinne in die Arbeitsweise und Erfolge anderer Wirtschaftszweige.

Doch das nur nebenbei, darin stimme ich ja mit meinem literarischen Gegner völlig zusammen.

II.

Weber untersucht nun weiter, ob das von mir gestellte System, das ich als „organisch“ bezeichnet habe, brauchbar sei und zwar für den Fall, daß man sich auf meinen — von ihm nicht anerkannten — Standpunkt stelle, daß die Forstwissenschaft eine Geisteswissenschaft sei, und lehnt das System auch von diesem Standpunkt aus ab.

Zu dieser Stellungnahme kommt er nach meinem Dafürhalten durch ein vielleicht von mir verschuldetes, jedenfalls aber nicht gewolltes Mißverständnis. Bei der Bezeichnung „Organismus“ und „organisch“ gebrauchte so wollte ich damit durchaus nicht sagen, daß die wirtschaftlichen Erscheinungen und Zweckrichtungen von gleicher Art wie Naturobjekte seien, sondern es sich hier um Vorgänge und Gestaltungen handle wie etwa bei der Entstehung und beim Leben von Tieren und Pflanzen (ebenso wenig, wie man an etwas denkt, wenn man vom wirtschaftlichen „Leben“ spricht). Dem gemäß habe ich, wenn ich die geistigen Forschungsgebiete der Forstwissenschaft mit den entsprechenden naturwissenschaftlichen Disziplinen — Morphologie und Anatomie, Physiologie und Biologie — bezeichnete, lediglich

ermäßigte Analogie im Auge gehabt; ich wollte die meinem Dasein bereits mehr entwickelte Natur-
 schung gleichsam zur Einführung benutzen, durch die
 gut gekennzeichnete und umschriebene Nomenklatur
 auf analogem Wege gewonnenen oder zu ge-
 nenden Wissensstoff, der auch in analoger Weise
 ammenzufassen ist, in einfachster Weise bezeichnen.
 Daß man die wirtschaftlichen Erscheinungen nach
 r räumlichen Verbreitung, nach ihrer
 Beren Gestaltung und ihrem inneren
 sbau sowie nach der Art ihrer Wirksam-
 t untersuchen kann und, wenn man zu wissen-
 ftlichen Ergebnissen gelangen will, untersuchen muß
 b wohl kaum bestritten werden können.

Die Art der Untersuchung bestimmt das Forschungs-
 iet. Diesem kann man bei den Geisteswissenschaften
 selbstverständlich unter dem Vorbehalt, daß es sich
 Objekte und damit auch „Gesetze“ von anderer
 t handelt — die gleiche Bezeichnung geben wie bei
 Naturwissenschaft oder man kann andere Bezeich-
 nungen einführen. Das ist schließlich nur eine Frage
 Zweckmäßigkeit.

Da die von mir angewandte Systembildung nicht
 r, für die Forstwirtschaft, sondern für alle Wirt-
 schaftszweige passend und anwendbar, meines Erachtens
 gar einzig und allein richtig ist, schien es mir rich-
 ter einstweilen keine neuen Ausdrücke zu schaffen, bis
 in der Hauptsache bei uns erst noch zu schaffende
 hliche Inhalt darnach verlangt.

Die von mir verlangte Art der Be-
 achtung ist der Erforschung menschlicher
 tätigkeit nicht fremd, demgemäß kann sie auch
 r Systembildung benutzt werden.

So viel für heute.

Eine ablehnende Kritik kann nur dann wirksam
 werden, wenn sie ihre negative Stellungnahme aus
 nem entgegengesetzten Ideal ableitet. Erst dadurch
 mn sie ihre volle Begründung entwickeln. Abgesehen
 m den oben erwähnten äußeren Hinderungsgründen
 möchte ich deshalb mit ausführlicherer Entgegnung zu-
 arten, bis Herr Kollege Weber aus seinen Grund-
 tzen sein System entwickelt hat. Denn ich darf
 ch wohl annehmen, daß auch ihm die heute in der
 Hauptsache noch herrschende Hundeshagensche Ein-
 stellung („System“ will ich nur etwas aus einem Grund-
 ebankten logisch Entwickeltes nennen) nicht völlig ent-
 rückt und daß er seine philosophischen Studien gleich-
 mit dem Endziel unternommen hat, zu einem be-
 tiebigenderen System der Fachwissenschaft zu kommen
 ls das ist, was uns seit Jahrzehnten überliefert und
 lehrt wird.

3. St. Berlin, Ende Februar 1917.

Einige forstlich-volkswirtschaftliche Aufgaben nach dem Weltkriege.¹⁾

(Von Oberförster H. Müller, 3. St. im Felde.)

In ungeahntem Maße hat der Krieg alle Zweige
 unserer Volkswirtschaft beeinflusst, teils hemmend und
 schädigend, teils auch fördernd durch neue Erfahrungen
 und Anregungen. Mit der Sichtung solcher Erfahrungen
 und Anregungen möchte bereits jetzt begonnen werden,
 damit die künftige Friedenswirtschaft schon Nutzen
 daraus ziehen kann. Es sei gestattet, einige der hierbei
 in Frage kommenden Aufgaben kurz zur Sprache zu
 bringen.

I. Erhöhung unserer Vorräte an Rohstoffen, die für die menschliche Ernährung oder für die Industrie wertvoll sind.

Der Krieg hat erwiesen, daß wir hinsichtlich aller
 Rohstoffe vom Auslande möglichst unabhängig werden
 müssen, auch wenn wir einst wieder im freien und
 regsamem Warenaustausche mit fremden Völkern stehen.
 Nun bringen unsere Wälder einschließlich der Feld-
 gehölze und alles sonstigen Baum- und Strauchwuchses
 Rohstoffe, deren Bedeutung für die Unabhängigkeit
 der deutschen Volkswirtschaft bisher teilweise unterschätzt
 worden ist.

a) Nahrungsmittel und Öle.

a) Außer den heimischen Holzarten mit eßbaren
 oder für die Viehzucht verwertbaren Früchten erzeugt
 auch die Beeren- und Pilzflora der Waldbestände an-
 sehnliche Mengen von Volksnahrung. Dem doppelten
 Zwecke der Ernährung und der gleichfalls so wichtigen
 Delgewinnung werden außerdem noch die Buche, Linde,
 Walnuß und Haselnuß mehr als bisher dienstbar ge-
 macht werden können, ferner auch die Esche und die
 Nadelhölzer²⁾ wegen ihren ölhaltigen Samereien. Es

¹⁾ Unsere Zeitschrift hat bereits wiederholt einzelne hier
 einschlägige Fragen erörtert; teils durch den Abdruck von
 Erlassen des Kriegernährungsamtes, teils durch Ori-
 ginal-Beiträge des dortigen Referenten für Forstwirtschaft,
 Professor Dr. Borgmann u. a. So sind besprochen worden:
 Haselnuß im Februarheft 1916,
 Beeren, Pilze, Waldbeihe, Gras und Futterlaub im Sep-
 temberheft 1916,
 Napsanbau auf Eichen-Schälchlägen im September- und
 Oktoberheft 1916,
 Wild und Fische als Volksnahrung im Dezemberheft 1916,
 im Februar- und Septemberheft 1916 und im Januarheft
 1917.

Es ist ohne Zweifel dankenswert, daß der Verfasser dieses
 Aufsatze, zur Zeit als Hauptmann d. L. im Felde stehend
 Veranlassung genommen hat, den Gegenstand im Zusammen-
 hang ausführlich vorzutragen.

D. Red.
²⁾ Auf Hochgebirgsstandorten verdient auch die schöne
 Zirbelliefer künftig erhöhtes Interesse.

gilt, diese volkswirtschaftlichen Schätze möglichst restlos zu heben und ihre Verwertung durch praktische und einfache Maßnahmen zu fördern. Derselbe gut organisierte Sammelsinn, der an der Front keinen Bindfadenrest, keine Konservenbüchse verkommen läßt, wird auch hier durch Kleinarbeit große Werte schaffen. Der Samenbedarf für die Holzzucht ist hierbei selbstverständlich sorgsam zu berücksichtigen. Der Ertrag an verwertbaren Holzsamereien aller Art wird sich übrigens oft schon bei der Auszeichnung von Durchforstungs- und Räuterungshieben usw. steigern lassen, ohne andere forstliche Rücksichten zu beeinträchtigen. Man wird ferner bei der stets erstrebenswerten Bildung naturgemäßer Waldsäume die Samenbildung von Buche, Eiche, Linde, von *Pirus* und *Sorbus*-Arten usw. mit Vorteil unterstützen können. Hierbei wird, nebenbei bemerkt, der landschaftliche Reiz des Waldbildes opferlos erhöht. Als schönstes Beispiel für solche nützliche Einsprenglinge im Waldsaume möchte ich *Sorbus aria* und *S. domestica* erwähnen. Unter den Öl- und Nahrung liefernden Holzarten beansprucht die Walnuß und die Haselnuß besonders erhöhte Beachtung.

β) Hinsichtlich der Walnuß darf man wohl behaupten, daß die milderen Gegenden Deutschlands noch zahlreiche Standorte aufweisen, wo die Kultur dieses Baumes bei genauer Berücksichtigung seiner Ansprüche die rentabelste Bodenbenutzung darstellen würde¹⁾. Auf mancher sonnigen steinigten Berglehne ließe sich auf diese Weise eine äußerst dankbare Oblandskultur im Kleinen treiben. Gerade die Forstwirte können hier durch sachverständigen Rat und stetes Beispiel dem Vaterlande viel nützen, zumal große Rußbaumholzvorräte für uns unter anderem auch als Rohstoff für Gewerkschäfte unentbehrlich bleiben dürften.

γ) Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Haselnuß erfährt in Deutschland womöglich noch weniger allgemeine praktische Würdigung als die der Walnuß. Haselnußöl wird als feines Speiseöl geschätzt, und der Nährwert der Nüsse verdient dauernde Beachtung, nachdem uns die Kriegswirtschaft einmal gelehrt hat, auch mit solchen Werten häuslicherisch umzugehen. Im Frieden gab Deutschland beträchtliche Summen für die Einfuhr von Haselnüssen aus. Die Höhe dieser Summe interessiert uns nicht mehr infolge der veränderten Verhältnisse, aber wir müssen trachten, dieses wie manches andere Erzeugnis künftig mehr auf eigenem Boden zu gewinnen. Es darf hierbei wohl daran erinnert werden, daß Haselnüsse massenhaft aus Italien zu uns kamen, wo diese Holzart vielfach in Niederwaldbestände (sogenannte *nuccioletti*) teils mehr

forstmäßig teils mehr gartenmäßig angebaut wird. Wir haben manche Standorte, wo solche Niederwaldbestände sehr wohl am Platze wären, insbesondere auf kleinbäuerlichen Grundstücken. Kleine Oblandparzellen sollten überhaupt viel mehr daraufhin untersucht werden, ob das Gelände (z. B. bei schmalen Hangstreifen zwischen landwirtschaftlichen Kulturen) nicht zur Anlage von Niederwaldbetrieben auffordert (geeigneten Standort vorausgesetzt), insofern Hochmoor der Beschattung wegen ausgeschlossen ist. Auch der Waldsäume verdient die Hasel Beachtung.

Auf die Bedeutung einiger Hornarten zur Gewinnung von Zucker und Syrup sei wenigstens hingewiesen. Deutsche Versuche hierüber dürften erwünscht sein.

δ) Nicht unerwähnt möchte schließlich noch bleiben, daß sich unsere Trüffelproduktion namentlich in Deutschland bei sorgsamem Studium passender Verhältnisse noch ganz wesentlich ausbauen ließe. Hierbei würden dem Volksvermögen beträchtliche Werte erhalten bleiben, da wir doch wohl im Frieden sonst wieder fast gänzlich auf die Einfuhr aus Frankreich angewiesen sein dürften.

b) Harze, Gerbstoffe, Faserstoffe.

α) Unsere Harzindustrie war vor dem Kriege abhän- glich vom ausländischen Rohstoffe. Schon früher ist darauf hingewiesen worden (insbeson- dere durch Heinrich Währ), daß wir kurz vor dem Abtritte geeignete Bestände der Harzgewinnung zugäng- lich machen könnten. Künftig ist die Frage noch be- achtenswerter. Sie sollte eingehenden praktischen Erörterung unterliegen. Unter anderem möchte auch versucht werden, Brennholzbestände, sowie Durchforstungshölzer der Harzversorgung dienstbar zu machen. Sicher wird es gelingen, die großen Mengen Harz, die uns hier jäh- rlich nutzlos verloren gehen, durch Technik und Organisa- tion ohne Schaden für den Wald der Industrie zuzuführen. Wer über dieses ungelöste Problem die Nachsinn zu- dem darf wohl geraten werden, sich durch die Statistik sowie durch die Fachblätter unserer harzverbrauchenden Gewerbe über die Notwendigkeit gesicherten inländischen Harzbezuges zu unterrichten.

β) Was die Gerbstoffe anlangt, so hat ja der Krieg recht eindringlich gezeigt, daß wir uns auch hierin mehr auf eigene Füße stellen müssen. Ohne gegebene Leder können wir weder marschieren noch fahren und reiten. In die Erörterungen über die Beibehaltung oder Umwandlung eines Eichen- oder Buchenwaldbestandes muß sich daher künftig auch die Frage nach dem vater- ländischen Interesse einmischen. Soweit nicht der Staat der Besitzer ist, wird man in bestimmten Schälwal-

¹⁾ Ebenso möchten alle für die Edelkastanie passenden Standorte noch rationeller ausgenutzt werden.

ten vielleicht mit dem Mittel von Belohnungen, Abhängigkeiten usw. zur Erzeugung einwandfreier Rinden-Preise suchen, soweit nicht befriedigende Rinden-Preise schon hierzu auffordern. Auf die Verbesserung der unzulänglicher Schälwaldbetriebe kann auch einzelne Forstwirtschaft durch Rat und Tat, durch Maßnahmen mit den landwirtschaftlichen Vereinen usw. erfolgreich einwirken. Den leitenden Verwaltungsstellen stellt die forstpolitische Behandlung der Eichengallenfrage neue und dankbare Aufgaben. Auch diese Aufgaben werden ein enges Hand- in Handarbeiten mit den führenden Fachleuten der Lederindustrie erfordern. Wahrscheinlich wird man bei der Verfolgung dieser Aufgaben auch zu der Forderung gelangen, daß unsere Fichte kommenden Fichtenhölzer weit gründlicher sorgfamer zur Gerbstoffgewinnung herangezogen werden. Namentlich in der privaten Waldwirtschaft sollte sich auf diesem Gebiete noch viel tun lassen. Durch würden ebensoviel unsere Ausgaben für Gerbstoffeinfuhr verringert wie auch die Ertragnisse Privatwaldes erhöht werden. Ein weiterer Gerbstoff, der in Deutschland noch zu wenig gewürdigt wird, die Weidenrinde, die u. a. bei der Korbflechterei Abfall erhalten wird. Vielleicht empfiehlt es sich zu untersuchen, ob unter den durch den Krieg so entlich veränderten Verhältnissen nicht auch der Gerbstoff unserer Eichengallen mehr praktische Beachtung verdient. Durch unsere engen wirtschaftlichen Beziehungen mit verbündeten Ländern Südosteuropas kommt ferner die Frage erhöhtes Interesse, wie die wertvollen hochwertigen Eichengallenarten nachhaltig und wirtschaftlich zu gewinnen sind.

γ) Was schließlich die erhöhte Ausbeute an heimischen Faserstoffen betrifft, so können wir namentlich durch sorgsame Ausnutzung aller Brennholzstandorte der Industrie gute Dienste leisten. Auch hier wie bei diesen Fragen kann ein wirklicher Nutzen für die Teile nur durch kaufmännische Regsamkeit des Forstwirtschafters und durch sorgsame Beachtung berechtigter Ansprüche des Käufers erzielt werden.

Ein Faserstoff, dessen Wert für Bindewecke und grobe Webewecke vor dem Kriege sehr geschwunden war, ist der Bindenbast. Auch seine erhöhte Gewinnung kann dazu beitragen, unsere Volkswirtschaft unabhängig von fremder Einfuhr zu machen. Die Bastnutzung im Bindenausschlagwalde ist bei uns weniger bekannt. Daher möchte auf Bindenstandorten auch dieser Frage durch sorgsame praktische Studien näher getreten werden.

δ) Die schon jetzt angebaute enge wirtschaftliche Interessengemeinschaft mit den uns verbündeten Ländern sollte künftig unsere Industrie weitere wichtige forstliche Rohstoffe zuführen. Jedenfalls werden Studien

auf diesem Gebiete unseren Forstwirten noch manche wertvolle Anregung bringen.

c) Brennstoffe für Industrie und Haushalt.

a) Daß die Meilerkohlerei während des Krieges wieder eine ungeahnte praktische Bedeutung erlangt hat, liegt an der Eigentümlichkeit des Stellungskampfes. Vielleicht wird man aber (wenigstens in der Uebergangswirtschaft), der Verkohlung geringwertigerer Hölzer aus mehreren volkswirtschaftlichen sowie auch aus rein forstlichen Gründen auch fernerhin mehr Wert beilegen; schon deswegen, weil im Feldzuge Viele mit der Köhlerei praktisch vertraut geworden sind, während es früher an eingearbeiteten Leuten oft völlig fehlte. Auf die Bedeutung bestimmter Holzkohlenarten für einzelne Zweige unserer Metallindustrie näher einzugehen, verbietet hier der Raum. Jedenfalls würde für unsere Schutz- und Trutzrichtung ein Wiederaufleben heimischer Köhlerei unentbehrlich werden, falls Deutschland oder auch Mitteleuropa einmal wieder durch fremde Mißgunst blockiert werden sollte. Ebenso erscheint die Holzkohle berufen, gegebenenfalls bei störender Brennstoffversorgung der Städte und Industrieorte zum Ersatz beizutragen. In der konzentrierten Form von Kohle findet ein Teil des in den Waldgebieten überreich vorhandenen geringen oder abfallenden Holzes noch am ehesten den Weg zur Stadt¹⁾. Die Gewinnung dieses Brennstoffes erfordert überdies verhältnismäßig wenig junge (anderweit besser verwendbare) Arbeitskräfte; auch der anteilige Verwaltungsaufwand ist sehr mäßig. Uebrigens eignet sich die Meilerkohlerei, wie ich in Südtalien häufig beobachten konnte, oft sehr gut dazu, von einem Familienvater mit Frau und Kindern betrieben zu werden.

β) Eine sorgsame und pflegliche Ausnutzung geeigneter Torfmoore wird gleichfalls dazu beitragen, unsere Volkswirtschaft in außergewöhnlichen Zeiten zu entlasten²⁾. Stein- und Braunkohle erfordert hohe Leistungen an Verwaltungstätigkeit und Menschenkraft, an Grubenholz und Waggonraum. Es gilt, diese Leistungen, wo dies für die Gesamtheit nötig ist, einzuschränken, indem vorwiegend und zuerst nur die wichtigsten Gewerbe sowie der Bahn- und Schiffsverkehr mit den hochwertigsten Brennstoffen versorgt werden. Ergänzend greift dann eben die Nuzbarmachung aller sonstigen im Boden und in den Holzbeständen schlummernden Brennstoffe ein.

¹⁾ Vgl. auch die Vorschläge unter γ).

²⁾ Auch die Brauchbarkeit des Torfes als Stroherfatz im Stalle sowie als Faserstoffersatz für Pappen und Gewebe verdient Beachtung.

7) Hinsichtlich solcher Brennholzer, die nicht in nächster Nähe des Waldes verwendet oder verkohlt werden können, erwachsen uns besondere Aufgaben. Oft besteht das Mißverhältnis, daß einerseits im Walde Ueberfluß an Hölzern und Holzabfällen herrscht, die lediglich zu Brennwecken taugen, aber nicht zum vollen Werte absetzbar sind, und daß andererseits die vom Wald entfernten Ortschaften und Industrien ihr Brennholz nur schwer und zu hohen Preisen erhalten. Dieses Mißverhältnis läßt sich vielleicht durch Bahntarifbestimmungen mildern, teilweise wohl auch durch zeitgemäße Handhabung des alten Systems der städtischen Holzhöfe. Den wichtigsten Ausweg aus dieser Schwierigkeit aber erblicke ich darin, daß alles Brennholz (so weit es nicht den rein örtlichen Bedarf zu decken hat und soweit eine Vertriftung nicht in Frage kommt) schon im Walde oder wenigstens bei der ersten Verladeestelle möglichst in ofenfertige Stücke zerkleinert wird. Hierdurch erreicht man rasche Gewichtsverminderung, gute Ausnutzung des Waggon- oder Raumraumes und Verwendbarkeit zahlreicher kleiner Abfälle, die bei den jetzigen Waldfortimenten des Brennholzes häufig selbst von den Leseholzholern nicht restlos ausgenutzt werden. Das Brennholz des entlegenen Schlags erreicht auf diese Weise bereits als völlig verbrauchsfertige Ware unter angemessenen Frachtkosten den großen Markt; auch die Gesamtarbeit für Herstellung der Ware (Sägen, Spalten, Aufschichten usw.) vereinfacht sich etwas. Hersteller und Verbraucher haben Gewinne hiervon.

Selbstverständlich wird ein gesunder Zwischenhandel bei diesem Verfahren ebenso unentbehrlich bleiben wie bisher. Bei großen Schlägen wird gegebenenfalls der Zwischenhändler schon im Walde das ausfallende Brennholz in zerkleinertem Zustande aufbereiten. Oder der Waldbesitzer liefert an den Zwischenhändler zerkleinertes Brennholz (frei Waggon Abgangstation). Für diese und andere Lösungen der Frage bietet die Praxis bereits Vorgänge. Die Bohnberechnung und überhaupt die gesamte Kalkulation der Wertung und Anfuhrer bestimmter Mengen von gebrauchsfertig zerkleinertem Brennholze ist nicht so schwierig, als man zunächst denken möchte. Brauchbare Erfahrungszahlen für diese Berechnungen müssen durch örtliche Untersuchungen beschafft und verbessert werden. Bei der Messung kann man nach Raummaß, Hohlmaß oder Gewicht vorgehen. Raummaß kommt u. a. in Betracht für die durch Kettenpressen oder sonstwie hergestellten Holzbündel, ähnlich wie sie in der Holzindustrie als gutbezahltes Abfallfortiment hergestellt werden. Hohlmaß findet Anwendung in Form von Säcken, Drahtkörben, Kästen usw. Auch die manchmal sehr gut durchführbare unmittelbare Beladung des Bahnwaggons oder

des Raumraumes gehört hierher. Messung nach Gewicht dürfte (nach Erfahrungen aus der Holzindustrie zu schließen) unter Umständen empfehlenswert sein, bald wir über einwandfreie Methoden zur Berücksichtigung des Austrocknungsgrades verfügen werden.

Marktgerichte, sorgsame Orientierung und Anpassung an örtliche Verhältnisse ist natürlich auch bei dieser Form der Brennholzgewinnung unerlässlich.

8) Die Brennholzversorgung Deutschlands und seiner wirtschaftlich Verbündeten bietet noch ein weiteres Problem. Bei Kohlenmangel und Transportbeschwerden wird man hier und da vorübergehend auf stärkere Verwendung von Brennholz zurückgreifen müssen.

Für solche Fälle dienen die mehr oder weniger ausschließlich der Brennholzzucht gewidmeten Waldflächen als wertvolle Reserven. Namentlich die Ausschlagbetrieben bewirtschafteten Flächen kleinerer Forsten sollten gelegentlich auch von diesem Standpunkt aus betrachtet und gewürdigt werden. Und wenn man bei der so wichtigen Nutzbarmachung kleiner Oedländer im landwirtschaftlichen Gelände häufiger auf die Begründung von Niederwald zukommen müssen, so ist hierbei unter anderem schon die Schaffung von Brennholzreserven bedeutungsvoll für die Allgemeinheit und der Unterstützung wert. Hierbei braucht wohl nicht betont zu werden, daß wir auch den Nutzholzertrag des kleinbäuerlichen Brennholzwaldes, soweit irgend möglich, zu heben bestrebt sein müssen.

(Schluß folgt.)

Aufgaben der deutschen Forstwirtschaft nach dem Kriege.¹⁾

Von Dr. Rüntele, Regl. Forstmeister zu Elmstein, Pfalz, z. St. Hauptmann und Adjutant.

Die Aufgaben der Zeit nach dem Kriege jetzt schon zu erkennen, ist schwer; nur vermuten kann man sie jetzt festzulegen, wäre zwecklos. Sie sind abhängig von der Art des militärischen, politischen, wirtschaftlichen Kriegsausganges.

Geheimerat Rießer, M. d. R., nennt²⁾ „Friedenspanik“ die Unordnung, die entstünde, wenn nicht schon während des Krieges rechtzeitig der Friede ebenso vorbereitet würde, wie man mitten im Frieden den Krieg vorbereiten muß, um der Kriegsgefahr vorzubeugen. Er schildert die andernfalls unvermeidlich nach Kriegsende eintretenden neuen

¹⁾ Ein ähnliches Thema behandelt der vorhergehende Aufsatz von A. Müller, jedoch von anderen Gesichtspunkten ausgehend. Es wird die geehrten Leser interessieren, diese zeitgemäßen Betrachtungen kennen zu lernen. Vielleicht knüpfen andere daran an, was dankbar zu begrüßen wäre. D. Red.

²⁾ Deutsche Revue, 1917, S. 82.

ungen der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung, Arbeits-, Frachten- und Geldmarktes. Um ihnen entgegen, ist neuerdings die „Reichsstelle für Übergangswirtschaft“ geschaffen; sie soll „staatssozialistischen“ Kriegsbetrieb möglichst rasch, leicht und schmerzlos in das freie Kräftespiel der Marktwirtschaft überleiten, gegebenenfalls unter Erleichterung, Um- oder Ausgestaltung jener Reichseinrichtungen und amtlich geförderten Einkaufs-, Erzeugungs-, Verteilungsgesellschaften usw., die dauernd wertvoll sein.

Wie das Alles und was noch Alles hierin kommen wird, das weiß niemand. Dieses Dunkel der nächsten Zukunft darf aber nicht hindern, muß vielmehr gerade die Macht antreiben, daß auch wir Forstmänner jetzt schon und soweit möglich mit diesen Fragen beschäftigt werden. Nur dann haben wir die Möglichkeit, diese große Aufgabe nach Zahl und Art, nach Wichtigkeit, Umfang, Gewicht, Lösbarkeit und Zugänglichkeit der Einzelfragen denkbar gut zu erfassen, zu überdenken, und — so weit, gut und rasch es an uns liegt — ihrer Lösung zuzuführen.

1. Die Reinertragsfrage.

Mit ihr sei begonnen, weil sie grundlegend ist. Noch in unser aller Erinnerung ist die vierzigjährige Geschichte und ihr allmählicher Abklang, die über den jährlichen Reinertrag seit Preßler entbrannt war, die trennte fast nach Art von Glaubensbekenntnissen in beiden „Schulen“ in der Forstwirtschaft so lange, die abgeklärte Richtung der Bodenreinertragswirtschaft nicht ohne das wesentliche Verdienst von Marx in der Praxis des deutschen Forstwesens immer mehr zum Siege und in der bayr. F. E. N. v. 1910 schließlich zur Anerkennung gelangte.

Dem praktischen Ergebnisse nach deckt sich zwar die abgeklärte Richtung beiläufig mit dem „volkswirtschaftlichen Reinertrag“, der im Sinne von Marx (w. Borggreve) die gemeinwirtschaftliche Aufwertung der privatwirtschaftlichen gegenüberstellte und entsprechend jene Erzeugungskosten (z. B. Arbeitslöhne) unberücksichtigt ließ, die keine offene Verminderung des zeitigen Volksvermögens oder Volkseinkommens darstellen. Diese Betrachtungsweise hat sich jedoch als unhaltbar erwiesen. Mey hatte befürwortet, daß die nationale Arbeitsmenge und Werterzeugung das Höchstmögliche erreiche. Er war damit seiner Zeit vorausgeeilt.

Nun hat der große Krieg den „geschlossenen Handelstaat“ (Fichte 1800) in gewisser Hinsicht verdrängt. Auf wie lange, das wissen wir nicht. Jedenfalls hat er durch Rathenau den Leitsatz geprägt: Die Wirtschaft ist nicht mehr Sache des Einzelnen, sondern der Gemeinschaft, nicht mehr eigene Angelegenheit,

sondern *res publica*. — Die Wirtschaft aller im Staate oder Staatenbund zusammengefaßten Volksglieder muß also künftig noch zielbewußter als bisher so geleitet werden, daß der Reinertrag der gesamten Wirtschaft des Staatenbundes dauernd den Höchstbetrag erreicht. Diese Leitung muß dort, wo der selbsttätige natürliche Wettbewerb nicht ausreicht, durch Maßnahmen der Gesetzgebung oder Verwaltung erstrebt werden.

Ist die Forstwirtschaft bisher schon von solcherlei Maßnahmen (Holzzölle, Frachttarife, Waldbesteuerung, Waldschutzgesetze usw.) betroffen worden, so werden künftig vielleicht noch einschneidendere Beeinflussungen nötig sein, z. B. bezügl. Flurbereinigung, Forstrechtsablösung, Einschlag oder Anzucht bestimmter Holzarten oder Sortimenten, Rodungsgebote, Aufforstungsverbote usw. Dabei wird man zu sorgen haben, daß der alte Polizeistaat nicht wieder auftaucht und daß die Unternehmungslust nicht zu Schaden kommt.

Der vorerwähnte Leitsatz von Rathenau¹⁾ bedeutet nichts anderes als: Hantieren mit Kraft, Stoff und Kapital innerhalb des Wirtschaftsverbandes! Nichts vergeuden, alles erschließen, richtig verteilen, zur einheitlichen und höchsten Wirksamkeit bringen! — Wir werden diesen Gedanken im Nachfolgenden allenthalben begegnen.

Sie sind gleichbedeutend mit dem, was den preussisch-deutschen Staat werden und gedeihen ließ in seiner dauernden Hochspannung zwischen äußerer Lage und innerem Vermögen, gleichbedeutend mit der „preussischen Prägung“, mit der steten Anspannung aller Mittel zur gemeinsamen Höchstleistung.

In der Reinertragsfrage aber handelt es sich nach wie vor darum, die Wirkung wirtschaftlicher Maßnahmen rechnerisch abzuwägen, allerdings unter möglichster Berücksichtigung der in den natürlichen Wettbewerb eingreifenden Staatsnotwendigkeiten. Denn hier, wie in jedem Organismus, ist das Ganze mehr als die Summe seiner Teile.

2. Der forstliche Zinsfuß.

Die Gestaltung des europäischen Holz-, Arbeits- und Geldmarktes im Kriege und noch für lange Zeit nachher ist von unseren früheren Rechnungsunterlagen so verschieden, daß sie alle überm Haufen liegen. Das scheint alle Voraussetzungen, Vorausrechnungen und finanziellen Abwägungen unmöglich zu machen. Es ist aber nicht so; bei der Länge der forstlichen Erzeugungszeitdauer sind selbst so gewaltige Störungen wie dieser große Krieg doch nur Zwischenereignisse und sie beeinflussen den „forstlichen Zinsfuß“ unserer

¹⁾ Walther Rathenau, Probleme der Friedenswirtschaft, Berlin 1917 (75 Bfg.), S. 28.

Finanzrechnungen nur im Rahmen der Zinsfußentwicklung innerhalb der Umtriebszeiträume.

3. Die Vorratsfrage.

Vor dem Kriege hatten wir in Deutschland bekanntlich eine Holzmehrereinfuhr, die etwa ein Drittel unserer Erzeugung betrug. Der Krieg hat diesen Holz hunger Deutschlands noch vermehrt. Trotzdem würde selbst ein zwanzigjähriger Krieg keine Holznot (im ganzen gesprochen, von bestimmten Sortimenten freilich abgesehen) entstehen lassen, weil die Eigenart der forstlichen Wirtschaft davor schützt, bei der schon das halbreife Erzeugnis viele Zwecke des vollreifen zu erfüllen vermag. Wir haben also bei der Forstwirtschaft schon aus Betriebsnotwendigkeit dauernd jene Vorratsanhäufung eines mehrjährigen Jahresbedarfes, wie wir ihn späterhin für künftige Kriegsgefahr in allen Bannwaren ständig bereit halten müssen, für deren Bezug wir im Frieden auf erhebliche Mehreinfuhr angewiesen sind und die sich nicht durch verfügbare Ersatzstoffe vertreten lassen. Holznotvorräte („Reservefonds in natura“) brauchen wir also der Kriegzeiten wegen nicht anzulegen, sofern wir nur für Anzucht verschiedenartiger Holzarten und Sortimente sorgen. Andererseits wollen wir dankbar dieser Eigenart der forstlichen Wirtschaft gedenken, ohne die uns das Fehlen eines in Massen nötigen Rohstoffes sehr bald hätte mattsetzen können.

4. Rodung und Aufforstung.

Vom Standpunkt der Kriegswirtschaft aus ist also Deutschland überreich bewaldet. Andererseits hat sich unser Acker- und Weideland als zu knapp erwiesen und zwar zum Teil auch deshalb, weil namhafte Ackerbauflächen gewissermaßen dem Ueberfluß dienen (Tabak, Hopfen, Wein). Dazu kommt, daß die gleiche Landfläche durch Ackerbau den etwa 4fachen Bodenertrag gegenüber der forstlichen Bewirtschaftung abwirft, und daß schon etwa 1 ha Gartenland und 5 ha Landwirtschaft, aber erst etwa 50 ha Wald für je eine Familie volle Arbeit und vollen Lebensunterhalt bieten. Durch Innenan siedlung in zeitgemäßen Besitzformen, sowie durch Verbesserung ihrer Wirtschaft und durch Neulandgewinnung aus Mooren und Oedflächen ist die Landwirtschaft schon im Gebiete des alten Deutschland vor so große Aufgaben gestellt, daß sie der bereits Wald tragenden Böden zunächst nicht allerwärts dringend bedarf.

Dennoch wird es nötig sein, alle Waldböden¹⁾, die für Ackerbau dauernd gut geeignet und für den Forstbetrieb nicht unumgänglich als Wald nötig sind, der Landwirtschaft zuzuführen. Dies soll natürlich

¹⁾ Gleichgültig, ob im öffentlichen oder privaten Eigentum.

nicht mit erheblichen Zuwachsverlusten durch vorzeitigen Abtrieb, sondern im Laufe eines Umtriebszeitraumes geschehen und jedesmal nur nach sorgfältigen standortlichen und wirtschaftlichen Erhebungen und Abwägungen. Es ist jedoch zweifellos, daß solcher Wechsel der Kulturart in sehr zahlreichen und sehr ausgedehnten Fällen nach dem Kriege an uns herantreten und im Laufe der Zeit auch möglich sein wird. Vorher aber müssen wir über die Grundsätze bei der Rodung zu Acker- oder Weideland mit uns im Reinen sein¹⁾.

Auf die Besiedlung solchen Neulandes werden wir bei Abschnitt 12 zurückkommen.

Einiger Ersatz hierfür an Waldfläche kann durch raschere Aufforstung geeigneter Oed-, Heide-, Moos- und Weideflächen gewonnen werden.

5. Holzartenwahl.

Zu den wichtigsten waldbaulichen Aufgaben gehört die Wahl der standortlich richtigen Holzart; „standortlich“ im Sinne der natürlichen wie wirtschaftlichen Bestimmungsgründe.

Die Schwierigkeit der hierfür erforderlichen finanziellen Abwägung einerseits und die auf vielen Standorten bestehende ausschließliche Geeignetheit für eine oder wenige bestimmte Holzarten andererseits lassen in der Praxis diese Aufgabe meist nicht in der Schärfe hervortreten, die ihrer Bedeutung für den finanziellen und volkswirtschaftlichen Erfolg unserer Wirtschaft angemessen wäre.

Dazu kommt noch ein Weiteres. Als auf der bayrischen Forsterversammlung zu Neustadt a. S. 1913 unsere Wirtschaftsziele von mir „unsicher“ genannt wurden, begegnete ich lebhaftem Widerspruch. Der Krieg hat aber die „Unsicherheit der forstlichen Wirtschaftsziele“ rasch und kräftig bestätigt. Ich erwähne nur die Not an Gerbstoffen, Gewehrholz²⁾, Pflachholz (für Schuhholzstifte), an Öl und Fett, an Harzen, an Nahrungs- und Futtermitteln usw. Auch die forstlichen Wirtschaftsziele unterliegen den allgemeinen Gesetzen der Entwicklung und sind nicht Selbstzweck³⁾.

Diese Unsicherheit der Voraussicht über den volkswirtschaftlichen Zukunftswert der einzelnen Holzarten und Holzsortimente war schon vor dem Kriege aus der raschen Entwicklung der Technik zu schließen un-

¹⁾ Weiteres in Martins Statist., Bd. I, S. 237.

²⁾ Zum Ersatz der Kiehbäume in Deutschland, die durch den Krieg fast aufgebraucht sind, wurde auf meine Anregung von meinem Nachfolger zu Forsthaus Langenberg (Pfalz) mit der Züchtung einer frostharten, somit auch zur Forstwirtschaft verwertbaren Spielart der Walnuß begonnen. Oarya-Kiehbäume werden ja schon lange forstlich bei uns angebaut.

³⁾ Der Justiz geht es übrigens genau so; mit ihren Rechtsansagen, die der fortschreitenden Entwicklung ständig nachhinken.

achte damals schon viele Forstleute mit Recht dazu, grundsätzlich jeweils diejenigen Holzarten zu bevorzugen, welche den natürlichen Standortbedingungen jeweils am besten entsprachen und somit örtlich das beste Ge-
wissen erwarten ließen. Dabei haben Bodenpflege (Kotbuche, Weißtanne) sowie Seltenheitswert und Nutzholz "Tüchtigkeit" (z. B. Eiche, Esche, Hainbuche, Kieferle, Birke) besondere Berücksichtigung zu finden.

Dieser, an sich einfach-natürliche, unter dem Einfluß von Schul- und Modebestrebungen oder unter der Macht des Gewohnheitsmäßigen zurückgedrängte Grundsatz führt notwendig zu gesunden und vielseitigen Holzartenmischungen und begegnet der Unsicherheit unseres Zukunftsfolges am besten. Er muß nach dem Kriege noch viel stärker betont und durchgeführt werden. Seine Durchführung bei Ver-
wundung und Bestandspflege wird uns in zukünftigen Kriegen vor der Not an bestimmten Holzarten mög-
lichst bewahren.

6. Die Betriebsart.

Dem Wechsel der Wirtschaftsziele im Walde unter-
liegt auch die Betriebsart. Wer kann heute sagen, ob nicht künftig aus Gründen der Volksernährung auch "Nährstoff-Forstwirtschaft" getrieben werden und wie diese dann gestaltet sein muß? Ich erinnere nur an die Gewinnung von Zucker und Alkohol aus Holz.¹⁾

Ob man nicht künftig Pilze, Beeren²⁾ und andere Nähr- und Futtermittel von Berufswegen im Walde nicht nur gewinnt, sondern förmlich züchtet? Ob man nicht noch viel weitergehende Zugeständnisse an die kleineren Landwirte wird machen müssen als bisher und ob man dann aber auch endlich durchsetzt, daß der Gelderlös hieraus wieder dem Walde in Form von Bodenbearbeitung, Düngung usw. wirklich zugute kommen darf? All das sind Zukunftsfragen, die sehr nahe liegen, brennend werden und uns bereit finden sollen.

7. Die forstliche Erzeugung.

Wie in der gesamten Rohstoffwirtschaft, so ist auch im Forstwesen die Hebung der Erzeugung auf die Höchstleistung Deutschlands eine unserer künftigen Friedensaufgaben. Mit der Forderung nach noch stärkerer Anspannung aller Kräfte haben auch die mannigfachen, hierauf bezüglichen forstlichen Verwaltungs- und Betriebsfragen der Zeit vor dem Kriege für die Zukunft an Bedeutung noch gewonnen.

¹⁾ Jetzt bedauern wir, daß durch die Branntweinsteuer-
gelege in Deutschland die industrielle Verwertung dieser Er-
findung unterdrückt wurde.

²⁾ Vgl. Wappes in Silba 1916, ferner Vorgmanns zu-
sammenfassende Darstellung über „die Mitwirkung der deutschen
Forstwirtschaft an der Volksernährung im Kriege“ in Forst-
Jahrb. 1916, S. 387.

8. Holzverkaufswesen.

Der außerordentliche Verbrauch an Pferden und die Schwierigkeit des Pferdebesatzes wird noch viele Jahre nach dem Kriege die jetzige Notlage in der Holzverbringung vom Forstort zum Bahnhof weiter-
bestehen lassen. So ist denn auch sicher, daß die Schöpfungen der Kriegszeit, mit denen diese Holzfuhr-
not da und dort von beweglichen Beamten, Waldbesitzern oder Holzkäufern bekämpft wurde¹⁾, größtenteils fortbestehen bleiben. Ja, es werden immer mehr Waldbesitzer und Beamte zur Erkenntnis kommen, daß die Anfuhr im Betriebe des Waldbesitzers ermöglicht werden muß und durchaus auch im Nutzen des Waldbesitzers liegt, der damit den Kreis seiner Abnehmer außerordentlich erweitern und diesen die Preisberechnung sicherer gestalten kann. Der Wert guter Holzabfuhr-
wege wird dann auch im Frieden so sinnfällig bleiben, wie er jetzt ist.

Eine weitere wesentliche Verbesserung im Holzverkaufswesen wird dem Verkaufsverfahren gewidmet sein; hier wird die Einführung des Verkaufs im mündlichen Abstrich (Neh) oder im schriftlichen Verfahren immer mehr zur Notwendigkeit, je mehr sich die Käufer zu Einkaufsgruppen oder festen Vereinigungen zusammen schließen, ein durch die Erscheinungen der Kriegswirtschaft und ihre Folgen noch besonders geförderter Entwicklungsvorgang.

Diesen Käufervereinigungen gegenüber müssen die Waldbesitzer endlich, trotz aller kleinen Gegenfähigkeiten, sich auch noch zu anderen gemeinsamen Abwehrmaßnahmen (z. B. Gegenringe) bereit finden, insbesondere auf dem Gebiete der Verkaufsberatung. Daß eine notwendige Unterlage dieser die Verkaufsstatistik ist und eine Vorbedingung der letzteren eine möglichst einheitliche Holzsortierung, ist selbstverständlich.²⁾ Solche Verkaufsberatung ist ein Hauptziel der „Geschäftsstelle für Kriegswirtschaft“ des Forstwirtschaftsrates. Andererseits nutzt der Staatswaldbesitz seine Vormachtstellung auf dem Holzmarkt noch fast gar nicht aus, und zwar nicht nur aus gemeinwirtschaftlichen Gründen. — Die Neuordnung unserer Rohstoffversorgung nach dem Kriege (Einfuhrbanken, Monopole, Verteilungssyndikate?) wird auch das Holzverkaufswesen vor neue, große Aufgaben stellen.

¹⁾ Vgl. Stamminger in Silba 1916 und 1917.

²⁾ Vgl. Runkle, Beiträge zum forstl. Wertzuwachs, F. Jbl. 1918, S. 497, Ziff. 4. — Teil I dieser Arbeit weist nach, in welchem Maße für Wertbildung und Stammholzsortierung der einzelnen Holzarten die Stärke, Güte und Länge entscheidend sind. Die preuß. Sortierung nach Festgehalt entspricht diesen Maßgaben nur ganz ungenügend.

9. Grenzgebiete des Forstwesens.

a) Holzverkehrspolitik.

Welche Bahnen die deutsche Zollpolitik nach Außen und die Frachtpolitik im Innern zum Wohle des Ganzen wird einschlagen müssen, ist noch gar nicht abzusehen. Nur soviel ist heute schon zu erkennen, daß der Krieg die schon früher von großen Fürsten, Staatsmännern und Heerführern wohl erkannte, und von Anderen immer wieder verkleinerte Bedeutung des Kanalwesens für die Gesamtwohlfahrt besonders sinnfällig gemacht hat. Und schon hat die bayer. Regierung die Folgerung hieraus herzhast in die Tat umzusetzen begonnen. — Zur Wasserverfrachtung eignen sich naturgemäß die schweren Rohstoffe (Steine, Kohlen, Holz, Eisen) am meisten.

b) Wildbachverbauung, Stauwerke, Stromregelung.

Diese Gebiete der Wasserbewirtschaftung sind ebenfalls durch den Krieg noch mehr in den Vordergrund getreten. An ihrem Ausbau hat die Forstwirtschaft nicht nur stillen Anteil, sondern in hohem Maße selbsttätig mitzuwirken. — Im Gegensatz zu uns haben die Fachgenossen in Oesterreich, Schweiz und Frankreich zum Nutzen der Sache es verstanden, bei einem Großteil dieser Kulturwerke die Führung in der Hand zu behalten, statt, wie das in Deutschland geschah, die zweite oder dritte Rolle übernehmen zu müssen.

c) Waldschutz, Schutzwald, und Alpweidewirtschaft, Moorkultur und Oedlandaufforstung, Naturpflege und Vogelschutz.

Hier gilt wörtlich das Gleiche wie im vorletzten Satz. Sehen wir zu, daß wir nicht immer wieder vor versäumten forstlichen Gelegenheiten stehen und uns nicht weiterhin solche Grenzgebiete der forstlichen Betätigung eins nach dem anderen aus der Hand gleiten lassen müssen.

10. Landesverteidigung.

Die Mobilisierungsvorarbeiten der Forstverwaltungen vor diesem Kriege haben auf den Beamten, der mit der militärischen Kriegsvorbereitung einigermaßen vertraut war, immer sehr unbefriedigend gewirkt; waren es auch, wie sich gezeigt hat. Man wird künftig die wirtschaftliche und zivilstaatliche Mobilisierung gleichgut vorbereiten wie die militärische.

Die wichtigste Kriegsvorbereitung in Heer und Flotte ist die Schaffung des „guten Geistes“ in Offiziercorps und Mannschaft, und die beste Mobilisierungsvorarbeit im Beamtentum wie in der Staatswirtschaft überhaupt ist die Förderung der tüchtigen Kräfte und die Schaffung jener Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit und -willigkeit, wie das bereits eine Besonderheit unserer Industrie ist und sich als so segensreich erwies.

Erst in zweiter Linie kommen die übrigen Personal- und die Materialfragen. Dieser „gute Geist“ in Beamtenkörper und Staatswirtschaft wird uns beim Abschnitt 14 weiter beschäftigen.

Ins Einzelne gehende Erörterungen über künftige „Mob.-Vorarb.“ der Forstverwaltungen sind nicht am Platze. Diesbezüglich genügt es, auf eine Abhandlung von Dr. Wappes zu verweisen in Silva 1915 S. 13 ff., gegliedert nach

1. Der Wald als Kampfgelände
2. Forstbetrieb und Kriegsmaterial
3. Der Forstmann als Soldat
4. Der Forstmann als milit. Erzieher.

Diese Arbeit, sowie im Anschluß daran erschienene Ausführungen von Assessor Höpffner in Silva 1916 S. 17 bringen eine Fülle anregender Gedanken über unsere Zukunftsaufgaben in obiger Richtung.

11. Die Kriegsschäden im Walde.

Schwer haben die Wälder gelitten, die im Kampfgürtel gelegen sind. Eine Längenausdehnung von mehreren Tausend Kilometern nehmen unsere Fronten in West, Ost, Südost und Süd ein, und viele Kilometer Breite. Mit Schußfeld-Durchhieben von mächtigen Abmessungen begann es, rücksichtslose Brennholzhiebe und Ausholzungen nach den Startstämmen für Blockhäuser, Unterstände, Verkehrsbauten usw. folgten und mit völliger Vernichtung im Streu-, Sperr- und Minenfeuer endete schließlich der Wald als jammervolles Trümmer- und Reichenfeld.

Behutsame Aufforstungsarbeiten stehen da bevor, manche mühevoll, schul- und standortgerecht herausgearbeitete und hoffnungsvolle Schlagstellung ist nun für immer verhaun, die schönsten Stangenhölzer sind durch die Hartmantelgeschosse und Eisenplitter für immer entwertet. Da wird es an einem Orte zur Heilung einen „Schnitt bis aufs gesunde Fleisch“ erfordern, an anderer Stelle geduldiges Zuwarten, wo die Zeit die Wunden heilen kann.

Aber auch in der Heimat, fern vom Kampfgetümmel, hat der Wald im Kriegsdienste bleibende Narben davon getragen. Da hat der Mangel an Geld und Arbeitskräften zu ausgedehnten Vernachlässigungen im Kultur- und Weghaubetriebe und in der Bestandserziehung geführt, haben die zwingenden Notwendigkeiten des Kriegsbedarfes und die Abschwierigkeiten Verstöße gegen Betriebsregelung, Hieb- und Fällungsvorschrift hervorgerufen, die in Friedenszeiten den Verlust von Amt und Würden eingebracht hätten, haben die Ausdehnung alter und die Einführung neuer Nebennutzungen, sowie manche schweren Freveleingriffe dauernde Bestockungsschäden hervorgerufen, sind viele Jagden unweidmännisch betrieben oder ausgewildert worden usw.

III diese „Sünden“ müssen zumeist als Folgen sovieler lobenswerten Taten angesehen werden, durch die der betr. Forstverwalter zeigte, daß er die Forderungen des Vaterlandes und der Zeit erkannt und überkommenen, aber im Augenblick der höchsten veralteten Schulbegriffen und Friedensermägungen rangestellt hat. Umso mehr aber wird die Zeit dem Kriege uns die Pflicht auflegen, das alles, soweit möglich, gut zu machen, die Kulturarbeiten und Bestandspflegegebiete nachzuholen, die gestörte Betriebsordnung ins Geleis zu bringen und die losgerissenen oder zerrissenen Bände der örtlichen Dienstführung wieder fest in die Hand zu bekommen.

Hoffentlich sind dann aber auch die Regierungen mit den Volksvertretungen und die übrigen Waldbesitzer Willens und im Stande, diese Kriegsoffer des Waldes anzuerkennen und die Mittel zu ihrer Erhaltung ebenso bereitzustellen wie für die Gesundung anderer kriegsbeschädigter Zweige der Staatsverwaltung. Dies Alles umso mehr, als sehr bald wieder gesteigerte Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Waldes zu erwarten sind.

12. Invalidenfürsorge.

Wenn auch der Haupteinsatz der Invalidenfürsorge das Bestreben ist, den kriegsbeschädigten womöglich in einem früheren Berufe zu erhalten, so gibt es doch noch eine ungeheure Zahl von Fällen, wo wir anders- wie sorgen müssen und können.

Zu diesen Möglichkeiten kann nur in ganz geringem Maße die Versorgung kriegsbeschädigter Berufsoffiziere im Forstwesen gehören. Denn der Forstmann braucht dieselben körperlichen Fähigkeiten wie die aktiven Offiziere. Auch fragt es sich, ob es letzteren lohnt, die forstliche Vorbildung in dem vollen Maße zu erwerben, was unumgänglich ist, wenn die kriegsbeschädigten Kameraden nicht als Fachgenossen zweiter Güte erscheinen sollen.

In ungleich häufigeren Fällen wird es möglich sein, schreibgewandte, hinreichend begabte kriegsbeschädigte als Forstschreiber, Buchhalter, Rendanten zu verwenden, umso mehr, als künftig alle zum Dienst im Walde verwendbaren Forstgehilfen und Förster usw. auch hierfür voll benötigt sein werden.

Ferner gehört dazu die Anlernung und Verwendung geeigneter kriegsbeschädigter als Wegwarte, Obstwarte, Vogelpfleger, Imker, Hühnerfarmer im Walde, sowie als ständige Vorarbeiter für Forstgartenbetrieb, Kultur- und Jungholzpflege. Ich kann mir denken, daß geistig geweckte und fleißige Invaliden mehrere dieser Berufe, je nach Jahreszeit, miteinander verbinden und so eine sehr gegenstandsreiche Tätigkeit ausüben können, deren finanzielle Sicherung in ihren Arbeitsbeziehungen

zur Staatsforstwirtschaft und vielleicht in einem kleinen Vertragsverhältnisse zur ländlichen Gemeinde liegen würde.

Gegebenenfalls würde auch eine Ansiedlung auf geeigneten Forstgrundstücken in Frage kommen, wobei man sich durch die zweifellose Zweischneidigkeit der Sache nicht abschrecken, durch einzelne Mißerfolge nicht irre machen lassen darf¹⁾.

Solche Invalidenfürsorge muß eintreten, selbst wenn dadurch die Vorrückung von heil gebliebenen Beamten oder Arbeitern leiden würde.

13. Arbeiterfürsorge.

Dies führt uns über zur Arbeiterfrage im Walde. Wie immer diese nach dem Kriege liegen wird, jedenfalls wird sie eine Hauptfrage für uns bleiben müssen, und noch viel mehr als früher die Betätigung zeitgemäßer Denkungsweise und sozialer Auffassung erfordern.

Eine glückliche Personalpolitik wird manche Nebenfragen (z. B. Wildererbekämpfung) erleichtern, die durch den Krieg in ihrer Schärfe oder Bedeutung gestiegen sind (vgl. auch Abschn. 12).

Ganz besonders wird es gelten, noch viel mehr als früher die tüchtigsten Kräfte aus der Arbeiterschar zu erkennen, herauszuheben und „mit geruhiger Eile“ zur Entfaltung zu bringen. In manchem Betriebe hat sich gerade in der Kriegszeit gezeigt, was aus einem tüchtigen Vorarbeiter, Rottmeister oder Schlaghüter alles herauszuholen ist.

Die 3 Hauptmittel, der Arbeiternot auf dem Lande zu steuern, sind: Ermöglichung genügenden Barlohnes, einer gesunden Wohnung und eines kleinen, aber befriedigenden Landbesitzes. Schon lange haben das die Großindustriellen, die Berg- und Eisenbahnverwaltungen erkannt und nach dieser Erkenntnis mit Erfolg gehandelt. Unsere Staatsforstbetriebe sind auch auf diesem Gebiete bisher kaum zu bescheidenen Anfängen geblieben. Da wird es gelten, in großzügiger und zugleich örtlich wohlbedachter Weise zuzupacken, ehe wir den bereits im Aussterben begriffenen Stamm und Stand ehrenfester, holzgerechter Forstarbeiter ganz aus dem Walde „hinaus gespart“ haben.

Sobald aber mal unsere Feldgrauen heimkehren, muß auch im Walde (Nachholungen!) Gelegenheit zu Notstandsarbeit bereit stehen.

14. Verwaltung und Beamtentum.

Die hochgetriebene „altpreußische“ Sparsamkeit im Staatshaushalte, die nach dem Kriege einsetzen muß, wird noch dringender als früher zur „Verwaltungs-

¹⁾ Vgl. Wappes in Silva 1916, S. 1, 9. 18.

vereinfachung“¹⁾ führen und damit zu noch viel weitergehenden Zuständigkeitsübertragungen von oben nach unten. Hat doch der Krieg auch da die alten Werte gewandelt und an die Stelle manches Amtsvorstandes einen Assessor, des Assessors einen mittleren Beamten, des mittleren und unteren Beamten rasch geschulte Frauen oder Vorarbeiter treten lassen, die oft und bald den meist einfacheren Verhältnissen des Kriegsbetriebes hinlänglich gewachsen waren. Und ging es hier und da mal holprig, es ging doch und es wird so auch nach dem Kriege noch vielfach gehen müssen.

Reißen wir uns los von den Anschauungen der Friedensjahre und gestehen wir, daß die Arbeit aller Dienstgrade oft bis zur Hälfte an die nächst untere Angestelltenklasse abgegeben werden kann ohne Schaden, ja zum Nutzen des gesamten Dienstbetriebes.

Wenn das jetzt unter Waffen stehende Geschlecht zurückkommt, voll Schaffensfreude für seine alte, neu-zuordnende Berufsarbeit, dann will es das unter den Waffen ihm gegebene Maß von Verantwortung und Vertrauen auch weiterhin genießen und wird sich nicht mehr an den oft zu engen Zuständigkeiten genügen können, die ihm ein Geist des Mißtrauens aus verklungenen Zeiten notdürftig gewährt hatte. Ein Polizeigeist, der von seinem Glanze etwas einzubüßen fürchtete, wenn der Untergebene in die Höhe strebte, während er doch hätte erkennen müssen, daß die Förderung und der Erfolg solches Strebens auch ihn selber erhöht und der Sache nützt.²⁾

Die Abschiebung von Zuständigkeiten nach unten wird als Entlastung von Kleinkram jeder Stelle durch Vertiefung und Erweiterung des Arbeits- und Geschäftskreises, somit durch allseitige Dienstfreudigkeit zu gute kommen. Ganz besonders erfahren dadurch einerseits die Zentralstellen die gerade hier nötige Befreiung von beengender Treitmühlarbeit, andererseits erreichen die Amtsvorstände zum Nutzen des Dienstes die langgestrebte Abwälzung des formellen Rechnungswesens auf einen hierfür verantwortlich zeichnenden Forstschreiber. — Die Folge davon soll nicht so sehr eine wesentliche Verminderung der Stellen, am wenigsten in den Zentralbehörden sein, sondern die Sicherung ihrer Beweglichkeit, Großzügigkeit und Tiefe, also ihre Freihaltung für Verbesserungen und Neueinrichtungen. Dann ist zu hoffen, daß man neuen Möglichkeiten künftig nicht oft bremsend oder untätig, sondern noch mehr als

bisher aufgreifend und prüfend, vorausschauend und führend gegenübertritt.

Wenn man dem Wirken des „Militarismus“ nachgeht, so ergeben sich 3 Hauptsätze in einer Schärfe der Ausformung und Verwirklichung, daß sie sich von der in den Zivilverwaltungen üblichen Dienstauffassung wesentlich abheben, nämlich

1. Die Hochwertung der Tat gegenüber dem Gedanken („Zögern ist schuldhafter als Fehlgreifen in der Wahl der Mittel“ und „allemal zuerst attackieren“).

2. Das Höchstmaß der Anforderungen führt zum Höchstmaß der Leistungen („das Unmögliche erstreben, um das Mögliche möglich zu machen“)¹⁾.

3. Die unablässige und grundsätzliche Sorge für die Untergebenen jeden Grades (sie ist „die schönste Pflicht des Offiziers“).

Wohlan, nehmen wir auch in den Zivilverwaltungen diese 3 Sätze unter die Hauptrichtlinien auf, verbinden wir damit die Förderung der Tüchtigen und ein Höchstmaß an Beweisen des Vertrauens und Zutrauens für Alle, dann werden wir ein in allen Dienstgraden auserlesenes, williges und fähiges, somit auch billig arbeitendes, weil gut ausgenutztes Beamtentum heranziehen. Dieses Verhalten mit den Kräften wird um so nötiger sein, als wir eine lange Reihe von Fachgenossen jedem Dienststandes unter den Kriegsoptionen beklagen, darunter einen großen Teil gerade der Besten; manche Andern hat die Arbeitslast in der Heimat oder der Kummer der Kriegszeit vorzeitig verbraucht.

Zu den Mitteln auf dem Wege dahin gehört auch, daß man dem Moste nicht verübelt, daß er gärt, und dem Meister nicht, daß er sich durchzusehen sucht. Es gehört auch dazu, daß „freie Bahn jedem Tüchtigen“ offen steht, auch wenn seine Herkunft und politische Anschauung oder seine Beziehungen und Prüfungsergebnisse anders sind, als man ihm gewünscht hätte. Ist er wirklich tüchtig, so sind das keine Gewährsfehler.

Allgemein ist darnach zu streben, daß die Hauptvorteile des deutschen Beamtentums, und ganz besonders der Forstmänner, nämlich Pflichtbewußtsein im großen und kleinen, einschl. Treue zu Fürst, Volk und Verfassung, Berufsfreude und selbstlose Sachlichkeit, Sachkenntnis und Stetigkeit, Einheitslichkeit und Straffheit weiterhin erhalten bleiben. Auch jene höhere

¹⁾ Vgl. Februarheft S. 54.

D. Red.

²⁾ Das Gefühl der Mitverantwortlichkeit an der Gesamtleistung steigert die Einzelleistung. „Den Kern der milit. Erziehung sehe ich im Aufsteheraufheben“ (ein Bayr. Oberst aus der Front an die Frankf. Btg.).

¹⁾ Die „militärische“ Dienstauffassung darf aber keinesfalls dazu führen, daß der Untergebene sich seines Gewissens für die Sache, seiner Treue gegen sich selbst und seiner Verantwortung für das Ganze zu entkleiden sucht hinter dem Satz „Was befohlen wird, wird gemacht“ oder gar hinter dessen Umkehrung „Was nicht befohlen ist, wird nicht gemacht“. Das wäre auch keineswegs im Geiste des großen Friedrich, unter dem doch Helden durch lauter Selbständigkeiten hoch gekommen ist.

orm der Pflichttreue, die Verantwortungs-
reudigkeit, bedarf der beständigen Pflege; sie
ar bisher schon eine stete Sorge gerade der besten
eretreter des Beamtentums. Je größer die Aufgaben,
e des neuen Deutschland harren, um so notwendiger
erten jedem Zweige der Staatsverwaltung und des
entlichen Lebens Männer sein, die aus eigener Tiefe,
us innerem Latendrang heraus sich entfalten wollen,
e sich vor keiner Verantwortung, aber auch vor keiner
vorgelegten Stelle scheuen, wenn es die Sache fordert
nd wert ist, aufbauende Menschen von Wirklichkeits-
nn und Gedankenschwung, Entschlußkraft und Festig-
it.

Anderseits ist nicht zu verkennen, daß unser Be-
amtentum von seiner Geburtsstunde im Absolutismus
och eine Reihe von Erscheinungen herübergerettet hat,
ie dem Schüzengrabengeist des heutigen Volksstaates
och fremdartiger gegenüberstehen als dem Geschlecht
or dem 4. August 1914. Man denkt da¹⁾ in der
auptsache daran, was man Affessorismus bezw. Büro-
ratismus nennt und womit Kastengeist, Ultrajustiz,
Einseitigkeit der Beamten, Hörigkeit der Techniker bezw.
Anpersönlichkeit, Schwerfälligkeit, Freude an unfrucht-
arer Altenarbeit und engherzige Ueberschätzung for-
maler „Bedenken“ gemeint sind. Auch wir im Forst-
wesen haben da noch vor unserer Türe zu kehren.

Der große Krieg hat an Stelle der Ideen von
1789 die von 1914 treten lassen. Diese zumeist mit
„Staatssozialismus“ bezeichneten, rein militärischen
Bedenken vom Aufbau durch Zusammenschluß können
nicht mehr verschwinden; sie haben Zeit gehabt und
Kraft genug, um Gemeingut der kriegsführenden Völker
Europas zu werden.²⁾

Sie verlangen für die Zukunft eine sozialere Aus-
drückung des Beamtentums, sie verlangen, daß jede
einzelne Amtshandlung vom Beamten aufgesaßt und
betätigt werde in ihrer Beziehung zur Wohlfahrt des
Volks Ganzen. Diese Forderung schließt sehr viel ein;
sie erfordert neben dem guten Willen noch Kenntnis,
oder besser: Verständnis des Beamten in allen den
vielen und vielgestaltigen Zweigen und Formen der
heutigen Rechts- und Verwaltungseinrichtungen, unseres
Wirtschaftslebens und unserer Gesellschaftsordnung. Es
handelt sich also auch um den bekannten Tropfen so-
zialen Oeles, mit dem der Beamte gesalbt sein muß.

Und nicht zuletzt der Forstmann, der auf der Hälfte
des deutschen Bodens und für ein Großteil des deutschen
Volkes als nächst wohnender höherer Staatsbeamter
das Beamtentum verkörpert, als maßgebend gilt; der

als Bohnherr einer zahlreichen Arbeiterchar beiderlei
Geschlechts und als Verwalter, Erzeuger und Verkäufer
eines Massenbedarfstoffes ein weites Feld zur Be-
währung sozialen Geistes hat. Nicht zuletzt auch die
Forstmannsgattin, die als Hausfrau und Mutter schon
durch ihr Vorbild in Schlichtheit und Abse der Lebens-
führung und außerdem durch werktätige Sozialpolitik
im Dorfe überaus segensreich wirken kann.

Diese Besonderheit der staatsbürgerlichen Stellung
des Forstbeamten, die jener des Landrates oder des
Dorfpfarrers ähnlich ist, legt ihm die besondere Pflicht
auf, an allen Zeitfragen mitzuarbeiten, Stellung zu
ihnen zu nehmen, geeignetenfalls und für den örtlich
möglichen Wirkungskreis sich an ihre Spitze zu setzen,
und auf großen Gebieten dieser Zeitbe-
strebungen die Führung oder wenigstens die Mitführer-
schaft zu gewinnen und zu behalten. Um nur einige
solcher Grenzgebiete zu nennen: Natur- und
Heimatspflege, Volksgesundheit, Bevölkerungspolitik,
Bodenreform, Siedelungswesen, Frauenfrage, Gesellig-
keit ohne Alkoholzwang, landwirtschaftliche Vereine,
Kriegsfürsorge, Jugendwehr, militärisches und Schützen-
Vereinswesen, Kanal- und Verkehrsvereine, Wander-
vereine, naturkundliche und geschichtliche Vereine, Volks-
bildungswesen, jagdliche- und Fischereivereine usw. Vor-
aussetzung für erfolgreiche Tätigkeit auf diesen Gebieten
ist neben einer gewissen, aber auf Grund unserer guten
natur- und volkswirtschaftlichen Vorbildung meist rasch
erworbenen Sachkenntnis noch eine bestimmte persön-
liche Eignung, die aber häufiger vorhanden ist als wir
bisher von uns glaubten, und die meist nur des Selbst-
vertrauens und guten Willens bedarf.

Eine Vorbedingung für solche außerordentlich segens-
reiche Tätigkeit des Forstbeamten in Land und Stadt
ist freilich, daß dem Amtsvorstand und dem selbst-
ständigen Affessor die Verantwortung für formellen
und sonstigen Kleinram (z. B. Grubenholzabzählungen)
abgenommen wird, und daß die vorgelegte Stelle auch
ein Auge zuzudrücken weiß, wenn unter der Tätigkeit
auf obigen Gebieten der eigentliche Forstbetrieb viel-
leicht einmal zu kurz zu kommen scheint. Wahrlich,
es kommt dem Walde anderswo wieder zehnfach zu
gute, wenn es den Forstbeamten gelingt, in richtiger
Erkenntnis ihrer besonderen staatsbürgerlichen Aufgabe
und Wirkungsmöglichkeit die Stellung in Staatsleben,
Volkswirtschaft und Gesellschaft einzunehmen, die ihnen
nach Vorbildung und Leistungsfähigkeit zukommt¹⁾ oder
wenn es gelingt, was ebenso not tut, die Freude am

¹⁾ Vgl. Stier-Somlo, Grund- und Zukunftsfragen deutscher
Politik, Bonn 1917, S. 110 ff.

²⁾ Auch jener des Vielverbanbes, der gerade den Kampf
wider den Militarismus zu seinem Feldgeschrei erhoben hatte.

¹⁾ Ich denke da auch an die Mitgliedschaft von Forst-
beamten in Volksvertretungen aller Grade, die im dienstlichen
Nutzen liegt und stets im Sinne des Gesamtwohles und der
Versöhnung wirken möge.

Wald und das Verständnis für ihn und seine Aufgaben noch viel mehr als bisher zu wecken und zu fördern.

Solches Beamtentum hat den „guten Geist“, von dem wir im Abschnitt 10 sprachen. Es bleibt willig und geeignet zur Aufnahme und Auswirkung der leitenden Grundsätze, die von oben her alle Zweige und Dienststellen der Staatsverwaltung nur dann durchdringen können, wenn diese nicht als Selbstzweck, sondern nur als Glieder des Ganzen sich fühlen und wirken, also „Staatsgesinnung“ zeigen.

Soll ihm dieser gute Geist dauernd erhalten bleiben, so bedarf es auch einer gewissen Unabhängigkeit von den finanziellen Sorgen des Alltags. Es muß im Gehalt neben der angemessenen Entlohnung der Tagesarbeit und der Vergütung für die eigenen Ausbildungskosten auch noch die Entschädigung für besondere Verusserfordernisse finden.

Als solche besonderen Erfordernisse des forstlichen Berufes haben zu gelten die Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Kindererziehung, sowie guter ärztlicher Hilfe, nicht selten auch die Schwierigkeit der Verpflegung, ferner die Schwierigkeit oder Kostspieligkeit, sich in wirtschaftlichen Fragen und in Sachen der allgemeinen Bildung auf dem Laufenden zu halten, sehr häufig die Höhe der ländlichen Gemeindesteuern usw. Wir müssen anstreben, daß diesen Erschwernissen künftig gerechte Rechnung getragen wird.

Eine allgemeine Schwierigkeit in der Beamtenbeholdung bildet das Sinken des Geldwertes. Raum ist eine neue Gehaltsordnung unter Dach, die dem augenblicklichen Geldwert vielleicht angemessen war, so sinkt dieser alsbald weiter. Die Folgen sind Zustände, die in ihrer häufigen Wiederholung der Fortdauer des guten Geistes im Beamtenheer und dessen Ansehen in der Öffentlichkeit leicht abträglich werden. Ein Ausweg bietet sich nur so, daß die Beamtenbeholdung mit dem Sinken des Geldwertes selbsttätig und verhältnismäßig steigend gestaltet wird. Als Maßstab des Geldwertes pflegt der Preis des Roh-eisens, des Getreides, des Tagelohnes usw. zu gelten; der beste wäre für unseren Zweck das Durchschnittseinkommen des Steuerzahlers in dem betreffenden Bundesstaate.

15. Hochschulen und Forschung.

Auch auf diesem Gebiete wird mit Kraft, Stoff und Geld gespart werden müssen. Um so wichtiger ist gerade hier, richtig hauszuhalten.

Das forstliche Hochschulwesen im deutschen Sprachgebiet steht zwar ebenso über dem der andern Kulturländer, wie unsere Forstwirtschaft über der Waldbewirtschaftung des Auslandes. Trotzdem ist auch jenes verbesserungsbedürftig.

Erstens sind der Hochschulen zu viele im Vergleich zur Hörerzahl und so schadet Jede den Andern. Meiner Erachtens dürften 6 genügen, wobei Jeder derselben noch je eine besondere, wertvolle Nebenaufgabe zufiele, nämlich

a) eine norddeutsche für die besondere Berücksichtigung der zumeist großzügigen Bodenkultur des deutschen Nordens und Nordostens,

b) eine mittel- und eine westdeutsche für die hohe Kulturstufe und die vielgestaltigen Besitz- und Standortformen des Westens und der Mitte, insbesondere für die Beziehungen zur Industrie,

c) München; dieser Fakultät würde auch die Pflege der „mitteleuropäischen“ Gesichtspunkte im Forstwesen obliegen.

d) Wien für die besondern Verhältnisse Oesterreichs (Hochgebirg, Landesforstverwaltung, Privatwaldgroßbesitz) und die dort heimische Pflege des forstlichen Ingenieurwesens.

e) Zürich für die besondern Verhältnisse der Schweiz.

Wenn sich die deutschen Staaten einigen könnten, würde damit die Zahl um ein Drittel geringer und die Güte noch höher, da der Aufwand für Lehrmittel entsprechend vermehrt und die Lehrstühle doppelt besetzt werden könnten.

Weitere Schäden im forstlichen Hochschulwesen sind die Unsicherheit der forstlichen Dozentenlaufbahn an sich, sowie der zeitweise Stillstand einzelner Zweige der Forstwissenschaft. Letzteres ist z. B. die Folge von Ersterem, z. B. auch die Folge der Überlastung der Forscher mit Lehr- und Nebenaufgaben. Die Vermehrung der Lehrstühle an den verbleibenden Hochschulen würde diesen 3 Mängeln zugleich abhelfen können.

Vielleicht ließe sich dann auch eine noch innigere Fühlung zwischen Forschung und Wirtschaft erreichen. Ein Weg hierzu ist auch die von einigen Regierungen bereits in geeigneten Fällen betätigte Ueberweisung passender Amtsbezirke an wissenschaftlich begabte und forschend tätige jüngere Forstmänner, die dabei durch Entlastung und entsprechende Arbeitsaufgaben in ihrer Forscherstätigkeit erfolgreich gefördert werden und geradewegs Nutzen für die Wirtschaft bringen können.

Der vierte Nachteil des jetzigen Zustandes ist die mangelhafte Freizügigkeit des Forststudenten. Zum Teil die Folge davon ist die Langsamkeit, mit der forstliche Errungenschaften eines Bundesstaates in den andern übergehen, und die Fähigkeit, mit der gewisse zweifelloso Ruckständigigkeiten sich am Leben halten. Das schadet dem Ganzen, paßt also nicht mehr ins neue Deutschland.

16. Die forstliche Fachpresse.

Das Gleiche gilt für die forstliche Fachpresse. Hier werden genügen im deutschen Sprachgebiet:

a) eine Vierteljahrschrift für größere Aufträge, die schon besteht;

b) eine forstlich-naturwissenschaftliche Monatschrift, die schon besteht;

c) höchstens fünf weitere Monatschriften, deren eine als forstliches Zentralblatt für „Mitteleuropa“ auszubauen wäre, während eine andere mit dem Jahresberichte über das gesamte forstliche Schrifttum verbunden ist;

d) mindestens zwei Wochenschriften (Deutsches Reich und Oesterreich) für kleinere und raschere Mitteilungen, Vereins- und Personalsnachrichten. Eine wesentliche Aufgabe dieser Wochenschriften wären fortlaufende Berichte über die forstlichen Neuerscheinungen und Ereignisse, sowie die Vermittlung aller Bemerkungen, Erfahrungen, Erkenntnisse, die aus Tagesmitteilungen, aus Büchern und Fachzeitschriften anderer Berufe oder Sprachgebiete usw. zu finden und für die forstliche Wirtschaft oder Wissenschaft von Wert sein können, dem Forstmann aber im allgemeinen nicht zugänglich sind;

e) einige Wochenblätter für Holzhandel, von den Staatsregierungen unterstützt und von den Käufervereinigungen unabhängig.

Es muß möglich gemacht werden, daß jede Oberförsterei den Jahresbericht und einen Teil der Zeitschriften als Selbstbesteller, den andern Teil im Umlauf erhält.

17. Forstliches Vereinswesen.

Eine ähnliche Zersplitterung zum Schaden des Ganzen herrscht im forstlichen Vereinswesen. Da bestehen provinziale oder bundesstaatliche Forstvereine von mehr oder minder fester Bindung, forstliche Standesinteressenvereine, teils selbständig, teils als Zweigabteilungen der Forstvereine, ferner Waldbesitzervereine usw. und endlich in nur loser Fühlung mit diesen Teilvereinen der „Deutsche Forstverein“ für das Reichsgebiet.

Das örtliche Vereinswesen ist ein besonders geeignetes Feld für die Auswirkung der jungen Kräfte, die örtlich vereinsamen oder sachlich verkümmern könnten und hier Gelegenheit zum Durchbruch erhalten. Es ist auch der gegebene Ort zur Pflege des forstlichen Standesbewußtseins und Zusammengehörigkeitsgefühls, sowie des Fortbildungswesens und der sogenannten Standesinteressen. Aber es bedarf der Zusammenfassung und der Stütze im Deutschen Forstverein.

Einigkeit macht stark, und Zusammenfassung der Kräfte, Eingliederung in ein großes Ganze vermehrt

ihren Wirkungskreis und ihren Erfolg. Es wird eine geschickte und volle Ausnützung des Zuges dieser Zeit durch den Deutschen Forstverein erfordern, diese jetzt noch so zersplitterten Kräfte zusammenzuführen. Es ist aber nötig, wenn das Forstwesen gegenüber der Ueberfülle der Aufgaben, die seiner warten, und im Vergleich zu den anderen Berufen, die beweglicher sind, das Gebot der Zeit erfüllen will. Wird es das nicht, so wird es eine nimmer wiederkehrende Entwicklungsgelegenheit versäumen und dem Vaterlande in der Zeit der Not nicht das Höchstmäß seines Könnens leisten.

Ein Weg zur Zusammenfassung dieser Kräfte liegt in den von Dr. Wappes schon mehrerenorts gegebenen Richtlinien.

18. Die Waldbesitzer.

Ein reichliches Viertel des deutschen Bodens ist der Verwaltung oder der Aufsicht der Forstbeamten anvertraut. Hiervon etwa die Hälfte ist Eigentum des Staates oder anderer öffentlicher Körperschaften, und auch der Rest wird größtenteils von Forstleuten verwaltet. Daraus ergibt sich eine weitere Besonderheit der Forstwirtschaft, daß sie nämlich in der Hauptsache von Beamten geleitet wird. Die Folgen hiervon sind sowohl eine vorzugsweise, zumeist aber örtliche Pflege der technischen Fragen unter Vernachlässigung der organisatorischen, wie auch eine gewisse Langsamkeit der Entwicklung im Vergleich zu andern Wirtschaftszweigen.

Die Wege zum tunlichen Ausgleich dieser verlustbringenden Folgeerscheinungen einer fest gegebenen Ursache sind in den vorausgehenden Abschnitten angedeutet. Die Staatsregierungen mit den Volksvertretungen und manche anderen Waldbesitzer, ganz besonders aber die Großindustriellen wissen ja wohl, wie gut anderwärts die Ausgaben zur mittelbaren Förderung einzelner Wirtschaftszweige durch Hebung des Fach- und Fortbildungsunterrichtes, des Versuchswesens, der Fachpresse, der Bibliotheken und des Vereinswesens rentieren. Sie wissen nicht nur, daß bis zu einer gewissen Grenze der Mehraufwand an Betriebsmitteln den Betriebsfortschritt fördert und die Rente erhöht, sondern sie gehen auch bis hart an diese Grenze heran. Trotzdem ringt sich diese Erkenntnis gerade für den Forstbetrieb nur langsam bis zur vollentsprechenden finanziellen Betätigung durch.

Bei keinem Zweige der Volkswirtschaft sind die Schäden und Verluste durch mangelnden Fortschritt, Vernachlässigung oder Mißhandlung selbst für den Fachmann so schwer ursächlich nachzuweisen, wie im Forstbetriebe, im langlebigen Walde. Das hat zwar bewirkt, daß die freiesten Beamten des Staates, die Forstmänner, zu seinen gewissenhaftesten Sachverwaltern gehören, es hat aber auch dazu geführt, daß immer

wieder hier ein geldbedürftiger Eigentümer, dort eine kurzlebig arbeitende oder ungenügend unterrichtete Volksvertretung oder Körperschaftsverwaltung dem Walde über Gebühr nahm oder unter Gebühr gab. Am Walde merkt man es nicht, „der wächst ja von selbst“. Und gar Kriegszeiten und ihre Folge waren von jeher die „gefährlichen Jahre“ des Waldes.

Nur an den Bestrebungen der maßgebenden Kreise durch uns Forstleute aller Stufen und Stellen wird es liegen, ob nach dem Kriege dem Walde im Rahmen und zum Nutzen des Ganzen wieder sein Recht wird!

Das Endziel dieser Bestrebungen soll also nicht die Forstwirtschaft als Selbstzweck sein, sondern die dauernd beste Heranziehung des Waldbodens aller Besitzformen zur Reinertragshöchstleistung der Wirtschaft des Gesamtstaates (vgl. Abschn. 1). Soll aber solches Bestreben von Erfolg sein, so müssen über Ziele und Wege zuerst wir Forstmänner uns möglichst klar und einig zu werden suchen!

Schluß.

Seit Goethes Wilhelm Meister zeigt sich¹⁾ im deutschen Schrifttum ein Spähen nach Selbsterkenntnis, ein Verrinnenwollen an den eigenen Erfahrungen, Erfolgen und Enttäuschungen, das unter der Wucht unserer Kriegserlebnisse dem Willen zur Heranbildung der höchsten Volksform durch Züchtung der guten Anlagen in zielbewußter Selbstordnung geradezu mit der Gewalt eines Naturtriebes zum Durchbruch verholfen hat.

In diesem Sinne und im halbbewußten Banne der werdenden Ereignisse habe ich ein Jahr vor Kriegsausbruch am Schlusse eines volkstümlichen forstlichen Schriftchens²⁾ dessen Zeitgedanken von der Auslese der Tüchtigen und von dem Genossenschaftsleben im Walde als die beiden Bergpfade bezeichnet, die, wie den Wald, so auch uns Menschen in Familie und Volk zu den Höhen führen.

War das Streben nach Selbsterkenntnis vor dem Kriege zum großen Teil verbunden mit der zersetzenden Ueberschätzung des Fremden, so hat diese alte, ehrliche, deutsche Selbstprüfung in der Not des Krieges immer mehr die Gestalt aufbauenden Schaffens angenommen unter Verzicht auf das Fremde und unter Bescheidung auf die heimischen Mittel. Das brachte die Umwertung vieler Werte, das brachte auch die gewaltigen militärischen und wirtschaftlichen Neuschöpfungen, die zum großen Teil wirklich Sprünge ins Dunkle waren und Sprünge in den Abgrund hätten werden können, es brachte aber auch die ver-

ständige und opferbereite Gefolgschaft des deutschen Volkes aller Schichten, das im Geiste des 4. August 1914 sein großes Pfingstfest der politischen Mündigkeit erlebte.

Und seitdem zeigen sich allenthalben mächtige Entfaltungen dieses Geistes, regen sich aller Orten starke Kräfte und Führer, die jeweils für ihr Gebiet und von ihrer Warte aus in diesem Sinne die Kriegswirtschaft gestalten, und sie auch wieder in die künftige Friedenswirtschaft überzuführen gedenken.

Wieweit sich der deutsche Wille zur Selbstordnung künftig auf dem Arbeitsfelde und auf den Grenzgebieten des Forstwesens betätigen mag, ist im Vorstehenden mehr anzuregen als darzulegen versucht; mehr als ungleichmäßige und unvollständige¹⁾ „Andeutungen“ zu bieten oder diesen wenigstens die Stütze des Tatsachenstoffes zu geben, hat meine Freizeit nicht erlaubt; auch das „nonum promatur in annum“ müssen diese Ausführungen völlig entbehren.²⁾

Treten wir nun der Bearbeitung dieser Zukunftsaufgaben näher, so sehen wir, daß sie fast sämtlich auf dem Gebiete des Einrichtens, Organisierens liegen, und daß für fast alle diese Fragen unsere vor dem Kriege erarbeiteten Ergebnisse forstlicher Forschung zunächst als voll ausreichend erscheinen. Es wird sonach für die nähere Zukunft im Forstwesen richtiger, verbienflicher und erfolgreicher sein, diesen eingliedernden, auf- und ausbauenden, wirtschaftlichen Fragen die freien und die besten Kräfte der Wissenschaft wie der Verwaltung vorzugsweise zu widmen und nicht mehr im bisherigen Maße den mehr zergliedernden, forschenden, rein wissenschaftlichen Aufgaben. Letzteres sind Erfordernisse glücklicher vergangener und später wiederkehrender Friedensjahre, jenes sind dringliche Forderungen der Gegenwart und der nächsten, schweren Zeit nach dem Kriege.

Für das Forstwesen hat dieser Bloß der Zukunftsaufgaben noch eine besondere Seite. Die geschichtlich erklärliche Eingliederung der forstlichen Erzeugung in die Finanzverwaltungen der meisten Bundesstaaten bildet zweifellos eine Gefährdung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben des Forstwesens, künftig vielleicht mehr als früher. Dazu kommt noch unser räumlicher und dadurch leicht auch geistiger Abschluß von den Gedanken, Schöpfungen und Zielen der Männer und Frauen anderer Berufe, die in

¹⁾ So bzgl. des Forstwesens in den besetzten Gebieten.

²⁾ Immerhin war es möglich, die Niederschrift dieser Arbeit von einem kleinen Kreise meist militärischer Fachgenossen beurteilen und in mehreren Einzelpunkten wertvoll und dankenswert ergänzen zu lassen.

¹⁾ Vgl. Stefan Zweig in D. M. Btg. v. 18. 1. 17.

²⁾ „Wie wächst der Wald“, Kaiserslautern 1914 bei Kayser.

Mittelpunkten des politischen Lebens dem We-
l der Zeitgeschehnisse näher sitzen als wir Forst-
e.

Gegen die Folgen all dieser Uebelstände und im
ne dieser Aufgaben des Forstwesens wie der All-
einheit, gilt es unsererseits Stellung zu

nehmen. Je rascher und besser wir diese Stellungs-
linie unserer Zukunftsaufgaben erkennen, befehen, aus-
bauen, um so leichter werden wir sie halten, um so
erfolgreicher von ihr aus weiter wirken können für die
Zeit und in der Zeit nach dem großen Kriege.

Sträßburg, Elf. 3. 3. 1917.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

Leitung z. Gewinn. v. Fichtengerbrinde. Hrsg. v. d.
Vorsteilg d. Landwirtschaftskammer f. d. Rheinpro-
vinz. (III, 12 S. m. 4 Taf.) 8°. M. —.30. Forststelle
der Landwirtschaftskammer f. d. Rheinprovinz in Bonn,
Endenicher Allee 60.
Richte des Forst-Vereines f. Oberösterreich u. Salzburg.
Hrsg. v. Oberforstr. Franz Gabriel. 1916. 55. Bb. 1. u.
2. Heft. (III, 55 S. m. Abb. u. 8 Taf.) 8°. M. 2.40.
E. Mänhardt in Gmunden.
Förster, Der. Land- u. forstwirtschaftl. Kalender f. Forst-
schutzbeamte. 1917. Hrsg. vom prakt. Forstmanne Th.
Sonrad. [Kleine Ausg.] (288 S.) H. 8°. Lwbb. M. 1.80;
Hrbb. M. 2.40; große Ausg. Lwbb. M. 2.20; Hrbb. M. 2.75.
Kustaw Rütjes Buchdr. u. Verlag „Der Gesellige“ in
Braubenz.
Fischkalender, Schweizerischer. Taschenbuch f. Forstwesen,
Holzgewerbe, Jagd u. Fischerei. 12. Jg. 1917. Hrsg. v.
Forstverwalt. Roman Felber. (IV, 252 S. u. Schreib-
kalender.) H. 8°. Lwbb. M. 2.50. Huber & Co., Ver-
lags-Konto, in Frauenfeld.
Glein, E. Graf: Planmäßiger Beschuß d. Rehstandes, e.
Mittel z. Förderung d. Gehörstärke. (Jahrbuch d. In-
stituts f. Jagdkunde Neubamm u. Berlin-Gehlendorf. 3.
Bb. 1914/16. 4. Heft.) Mit 6 Textabb., 3 Taf. u. e. Tab.
(Lex.-8°. S. 145—174.) M. 1.—. J. Neumann in Neu-
bamm.
Hl, M., Hofgärtner a. D.: Die Champignonzucht, 7., erw.
Ausf., hrsg. v. Abt.-Vorsteher. Fachlehr. Garten-Inst. G.
A. Langer. Mit 35 Textabb. (VIII, 97 S.) 8°. Kart.
M. 2.—. Paul Parey in Berlin.
Hilf, Th.: Bestandeswirtschaft u. Altersklassenmethode.
(V, 73 S.) gr. 8°. M. 2.50. Franz Deuticke in Wien.
Hörten, M., Oberforstmanstr.: Anleitung z. Gewinn. d. Buch-
mast d. J. 1916. (S.-A. a. d. Naturwissenschaftl. Zeit-
schrift f. Forst- u. Landwirtschaft.) Mit 1 Abb. (4 S.)
Lex.-8°. M. —.15. Eugen Ulmer in Stuttgart.
Hul, Thdr.: Untersuchungen üb. d. aus Fichtensamen ge-
wonnene Öl, m. bes. Berücks. seiner Verwendg. als
Speiseöl im Kriege. [Mitteilg. aus d. Laborat. f. ange-
wandte Chemie an d. Universität München.] (S.-A. a. d.
Naturwissenschaftl. Zeitschrift f. Forst- u. Landwirtschaft.)
(3 S.) gr. 8°. M. —.25. Eugen Ulmer in Stuttgart.
Personal-Verzeichnis der kgl. sächs. Staats-Forstverwaltung
auf d. J. 1917. (65 S.) 8°. M. 1.25. C. Heinrich in
Dresden.
Resultate d. Forstverwaltung im Reg.-Bez. Wiesbaden. Jg.
1914. Hrsg. v. d. kgl. Regierung zu Wiesbaden. (12 u.
54 S.) Lex.-8°. M. 2.—. P. Plaum in Wiesbaden.

Rohstoffe, Die, d. Wirtschaftsgebietes zwischen Nordsee u.
Persischem Golf. Hrsg. v. Prof. Dr. A. Binz. 2. Heft.
(Binz, A., A. Leppla u. A. Schwappach: Waldbestände
u. Wasserkraft.) gr. 8°. VI, 63 S. m. 2 Karten. M. 3.—.
Friedr. Vieweg & Sohn in Braunschweig.

Tubenf, C. von, Anbau d. Sonnenblume. [Helianthus annuus.]
(S.-A. a. d. Naturwissenschaftl. Zeitschrift f. Forst- u.
Landwirtschaft.) (3 S.) gr. 8°. M. —.15. Eugen Ulmer
in Stuttgart.

Tubenf, C. von, Harznutzung d. (Kiefer od.) Föhre. (S.-A.
a. d. Naturwissenschaftl. Zeitschrift f. Forst- u. Land-
wirtschaft.) Mit 9 Abb. (10 S.) gr. 8°. M. —.60.
Eugen Ulmer in Stuttgart.

Tubenf, C. v.: Fichtensamen als Quelle v. Speiseöl. (S.-A.
a. d. Naturwissenschaftl. Zeitschrift f. Forst- u. Land-
wirtschaft.) (16 S.) gr. 8°. M. —.30. Eugen Ulmer
in Stuttgart.

Wislicenus, H., Prof. Dr.: Zur deutschen Terpentinergewinn.
m. geschlossenen Baumverwundgn. (S.-A. a. d. Natur-
wissenschaftl. Zeitschrift f. Forst- u. Landwirtschaft.)
Mit 6 Abb. (12 S.) gr. 8°. M. —.60. Eugen Ulmer
in Stuttgart.

**Die Bedeutung der Binnenfischerei in der
Ernährung des deutschen Volkes.** Vortrag,
gehalten in der Hauptversammlung des deutschen
Fischerei-Vereins am 23. September 1916, von
Dr. A. L. Buschfel. R. B. Hofbuchdruckerei von
Gebr. Reichel in Augsburg.

Diejenigen Tiere, für welche Futter in Fülle vor-
handen ist, welche sich stark vermehren, schnell wachsen,
früh Fortpflanzungsreife erhalten und ein nahrhaftes
Fleisch geben, stehen jetzt im Vordergrund des allge-
meinert Interesses. Vom Geflügel und Kaninchen
wird gegenwärtig vielleicht mehr gesprochen als vom
Großvieh. Man sollte auch erwarten, daß die Be-
deutung der Fische, die wir im eigenen Lande erzeugen
können, außerordentlich zugenommen hat; denn der
Fisch scheint auf den ersten Blick bezüglich Vermehrung
und Futterbedarf den Zeitforderungen am besten zu
entsprechen; er vermehrt sich durch Tausende bis Mil-
lionen von Eiern, und er ernährt sich nicht nur von
Abfällen, wie es das Kaninchen zum Teil tut, sondern

von der winzigen Kleintierwelt, die am Ufer und Grunde der Gewässer lebt und im Wasser in Unmengen herumschwärmt. Wir sehen in vielen Gewässern ungeheure Mengen kleiner Fische, haben vielleicht Gelegenheit, reiche Fänge zu beobachten, drängt sich da nicht der Gedanke auf, daß die Binnenfischerei berufen sein müßte, Nahrung in großen Mengen herbeizuschaffen? Und doch merken wir wenig von einem Fischüberfluß. Besonders in den Großstädten wird der Mangel an Fischen sehr empfunden. Wirft man aber einen Blick auf die Speisefarten der Gasthäuser oder sieht man dem Treiben an der Zentralmarkthalle in Berlin etwa zu, dann kommt man zu der Erkenntnis, daß die Ernte aus unseren Gewässern doch recht beträchtlich sein und gegenwärtig eine gewisse Rolle in der Volksernährung spielen müßte.

Nach diesen einleitenden Ausführungen spricht Referent sein Bedauern über das Fehlen einer Fischereistatistik aus; nur in einigen Landesteilen sei es den Fischerei-Vereinen gelungen, Uebersichten über die Fischereierträge aus den Teichen aufzustellen. So habe der bayr. Landesfischerei-Verein 1904 eine Statistik unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden durchgeführt. Da aber eine solche Statistik für das ganze Reich fehle und daher eine den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Verteilung der Teichfische nur während des Krieges nicht nützlich gewesen sei, habe man als Notbehelf durch eine Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung versucht, wenigstens die Ernte der größeren Teichwirtschaften zu ermitteln und festzustellen, welchen Weg die Fische bis zum Verbraucher gehen.

Ueber die Ertragsfähigkeit der bayr. Gewässer angestellte Erhebungen hätten ergeben, daß die rund 15 000 ha umfassende Fläche von 28 000 Teichen einen jährlichen Zuwachs von 30 000—35 000 Zentner im Werte von 2—3 Millionen Mark bringe. Die Berechnung der Erträge aus fließenden Gewässern von mehr als einem Meter Breite, die insgesamt eine Strecke von 70 000 km Länge darstellen würden, habe 85 000 Zentner im Werte von 2,5 Millionen Mark ergeben. Die bayr. Seen mit Ausschluß des Bodensees umfassen etwa 25 000 ha Fläche mit einem Ertrage von 2000—7500 Zentnern im Werte von 500 000 Mk. Der Gesamtertrag der bayr. Gewässer mit Ausschluß des Bodensees und der weniger als einen Meter breiten Bäche beläuft sich auf rund 75 000 Zentner Fische im Werte von 5 500 000 Mk.

Für Preußen könnten zahlenmäßige Angaben nicht gemacht werden. Preußen sei aber fischereilich viel ertragsreicher wie Bayern. Seine fischereilich nutzbare Fläche sei viel größer. Vor allem kämen die großen, vielfach sehr fruchtbaren Seen östlich der Elbe sowie

die reichen breiten, langsam fließenden fischreichen Ströme Brandenburgs, Ost- und Westpreußens und Pommern in Betracht. Die Seenfischerei habe in neuerer Zeit dank der Hilfe des Staates einen großen Aufschwung genommen; teils durch Befestigung der Gewässer mit Erzeugnissen der Teichwirtschaft und der künstlichen Fischzucht, vor allem aber durch die Errichtung des kgl. Instituts für Binnenfischerei. Dieses Institut habe sehr befruchtend auf die Seenfischerei gewirkt und mit alten schädlichen Theorien, besonders mit der übertriebenen sozialen Schonung der Gewässer aufgeräumt. Die Lehren dieses Instituts hätten auch viel dazu beigetragen, daß man während des Krieges manche Vorschriften, welche die Ausnutzung der Gewässer mehr als nötig beschränkten, aufgehoben habe. Die Beseitigung überflüssiger oder unzumutbarer Fangverbote sei entschieden ein Vorteil, den der Krieg gebracht habe. Aber es sei nicht leicht, die Grenze zu finden. So habe man z. B. völlige Freigabe der Fischerei für jedermann während des Krieges verlangt. Von einer solchen Maßnahme würden nur die Elemente Nutzen gehabt haben, die trotz des herrschenden Mangels an Arbeitskräften über viele freie Zeit verfügten; jede geordnete, rationelle Fischereiwirtschaft werde außerordentlich gestört. Die Allgemeinheit habe das größte Interesse, daß unsere Fischerei möglichst große Mengen guten Fischfleisches erzeuge; dies könne aber nur durch sachgemäß betriebene Fischereiwirtschaft erreicht werden.

Dr. Buschfiel geißelt dann das Vorurteil, das noch in weiten Kreisen herrsche, daß ein zu Markt gebrachter Süßwasserfisch leben müsse, um vollwertig zu sein. Diesem Vorurteil könne nicht energig genug entgegengetreten werden,¹⁾ denn welche bedeutende Ersparnisse könnten erzielt werden, wenn auch nur die billigen Süßwasserfische, wie es in Mecklenburg, Pommern, West- und Ostpreußen schon längst geschehen, getötet auf den Markt kämen.

Zur guten Verwertung der Fische gehöre auch eine richtige Zubereitung. Die Klage, daß Fett für die Zubereitung fehle, sei unbegründet, es gebe allerhand Methoden der fettlosen Zubereitung. Der Fisch solle in seinem eigenen Saft gedämpft oder in seinem eigenen Fett mit geringster Fettzugabe gebraten werden. Eine Unfitte sei es, Fischfleisch so von den Gräten zu trennen, daß viel Eßbares verloren gehe. Kleine, billige Fische ließen sich gut verwerten, wenn man sie mit den Gräten fein hacke (am besten nach Entfernung von Kopf und Schuppen in einer Fleischhackmaschine), würze, mit geriebenen Kartoffeln oder Brot vermische und auf eine

¹⁾ Wir verweisen in dieser Beziehung auf den Aufsatz im Februarheft 1916: „Verwertung der Süßwasserfische insbesondere der Forellen“ von Geheimrat Eberts-Gassel.

spanne bade oder mit Mehleig gebunden in Form Klößen kochte.

Mit Rücksicht auf den Futtermangel habe die Teichwirtschaft sich mit Recht im allgemeinen Standpunkt gestellt, im Kriege ohne Fütterung auskommen. Der Kleinteichwirt habe schon zu Friedenszeiten in der Regel in seine Teiche nicht mehr als gefest als darin natürliche Nahrung hätten können: Viele Großteichwirte hätten aber in Friedenszeiten aufs intensivste gewirtschaftet, die Teiche stark besetzt, daß künstliche Fütterung nötig gewesen.

Im Kriege sei nun das Futter mehr und mehr Mangel gegangen und die Fischerzeugung sei dauernd eingert worden. Hätte die Teichwirtschaft sich mit Mitteln bemüht, wäre es ihr wohl gelungen, ihr Futtermittel zu erhalten oder aber eine Erhöhung der Höchstpreise für Karpfen und Schleien zu erwirken, welche den Zukauf von teuren Futtermitteln abhülften hätten. Die Vertreter der Teichwirtschaft hätten aber die volkswirtschaftliche Notwendigkeit erkannt, sobald wie möglich zum extensiven Betrieb ohne Fütterung überzugehen. Infolgedessen hätten viele Opfer bringen müssen, und es sei ganz falsch, wenn man annähme, daß die neuen Höchstpreise für Karpfen und Schleien zur Bereicherung der Teichwirte dienten.

Der starke Rückgang der Fischerzeugung in Teichen sei eine nützliche Lehre des Krieges. Es sei noch nicht lange her, da hätte man behauptet, die Fischerei in offenen Gewässern habe keine Zukunft, sie müsse militärischen Interessen weichen, aber die Teichwirtschaft sei sehr entwicklungsfähig. Heute sehe man, daß diese Auffassung nicht richtig sei. Wohl seien noch längst nicht alle nützlichen Teiche einer rationellen Bewirtschaftung zugeführt, viel sumpfiges Gelände, das nur als Wiesen- oder Forstnutzung zulasse, aber der Fischzucht gut dienen könne, liege brach, aber die Teichwirtschaft habe wohl abgesehen von der Erzeugungsfähigkeit im allgemeinen die Grenzen einer allmählichen Entwicklung schon überschritten.

Man habe ferner oft gesagt, daß die Forellenzucht ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung längst nicht nach der Karpfen- und Schleienzucht heranreiche. Zweifellos habe eine Forellenzucht in Teichen, bei denen Futtermittel verbraucht würden, verhältnismäßig geringe Bedeutung, sie könne jetzt sogar volkswirtschaftlich schädlich werden, wenn Futtermittel verbraucht würden, die zu anderer Fleischherzeugung besser auszunutzen seien, denn die Forelle sei ein schlechter Futterverwerter. Aber die Forellenzucht sei sehr wertvoll, wenn sie der Erzeugung von Befähigungsmaterial für offene Gewässer diene. Noch immer lägen eine Menge Gewässer brach, in denen die Forelle sich nicht oder nur wenig auf

natürlichem Wege vermehre, aber sehr gut zum Speisefisch herangezogen werden könne. Ebenso wie die Forellenzuchtanstalten hätten die Hecht- und Zanderbrutanstalten Bedeutung für die Befähigung von Wildgewässern, ferner die Maränen- und Felchenbrutanstalten. Große Erfolge habe auch die Bachseierbrütung gebracht. Die Befähigung der Ströme mit Bachsbrut sei besonders wichtig, weil hohe Wehre den Aufstieg derselben zu ihren natürlichen Laichplätzen verhinderten. Würde keine Brut ausgelegt, dann hätte die stetige Verschlechterung der natürlichen Vermehrungsmöglichkeiten schon längst zu einer fast gänzlichen Vernichtung der Bachsfischerei geführt. Mit der Bachsfischerei stehe es übrigens keineswegs überall schlecht, an der Nord- und Ostseeküste und im Unterrhein, sowie in manchen Küstengewässern sei sie noch recht bedeutend und sie wäre durch die künstliche Bachszucht noch weiter entwicklungsfähig, wenn nicht Wasserverunreinigung und rücksichtslose Stromverbauung schädigend einwirkten. Von großer Bedeutung sei auch die Aalsfischerei. Da der Aalaufstieg durch die Flußverbauungen stark behindert werde, fange man junge Aale in den Flußmündungen und setze sie im Oberlauf der Flüsse wieder aus. Manche Gewässer könnten erst durch Aale richtig ausgenutzt werden. Der Aal sei nämlich ein sehr wirtschaftlicher Fisch, weil er ein eifriger Räuber sei und dank seiner Körperform an viele Stellen gelange, wo andere Fische nicht hinkämen. Er nütze also Nahrung aus, die sonst verloren ginge. Da der Aal in Bezug auf die Reinheit des Wassers anspruchlos sei, passe er für manche sonst fischereilich wenig wertvollen Gewässer. Die gleiche Eigenschaft habe die Karausche, die sich außerdem sehr stark vermehre und ein recht schmackhafter Fisch sei. Aus guten Gründen habe man ihr bisher keine hervorragende Stelle in der Fischzucht eingeräumt. Sie wachse sehr langsam, vermehre sich sehr stark, es trete daher leicht eine Uebersättigung ein. Eine sehr dankbare Aufgabe wäre die Heranzüchtung einer schnellwüchsigen Karauschenrasse. Die besten Sachkenner hätten den Wert des jährlichen Rohertrags unserer Binnenfischerei auf über 100, ja 120 Millionen Mark geschätzt und seien der Ansicht, daß die Erzeugungsfähigkeit sich in mehreren Jahren auf das Doppelte, ja dreifache steigern lasse.

Zunächst müßten die Schwierigkeiten, mit denen die Fischerei gegenwärtig zu kämpfen habe, aus dem Wege geräumt werden. Abgesehen von dem Arbeitermangel, sowie dem Mangel an Regen und Futtermitteln wirkten ungünstig auf die Fischerei die Höchstpreise und zwar hauptsächlich dadurch, daß solche für die großen Städte, aber nicht für das Land beständen. Hierdurch sei die Versorgung der Hauptmärkte ins Stocken geraten, ferner die unerfreuliche Regelung der

Einfuhr der Süßwasserrische aus dem Ausland. Weiter komme eine stärkere und zweckmäßigere Besetzung der Wildgewässer mit jungen Fischen und eine Erhöhung der diesen Zwecken dienenden Zuschüsse des Reichs und der Einzelstaaten in Frage. Die Organisation des Fischwesens lasse noch sehr viel zu wünschen übrig; vor allem fehle es in den meisten Staaten an entsprechend vorgebildeten Fachbeamten. Auch das Vereins- und Genossenschaftswesen stehe noch auf einer recht entwicklungsfähigen Stufe. In dem Kampfe zwischen Fischerei und Industrie huldige man der Ansicht, daß die beiderseitigen Interessen unvereinbar seien. Meist hätte die Fischerei der Industrie gegenüber zurück treten müssen, weil man ihren Wert unterschätzt habe. Erst neuerdings gelinge es der Fischerei mehr und mehr sich durchzusetzen. Die rechtlichen Grundlagen hierzu seien durch die neuen Wassergesetze und Fischereigesetze gegeben, es bleibe aber noch zu wünschen, daß die Fischerei geschickte Verteidiger finden möge, die Wege suchten, die widerstreitenden Interessen in gerechter Weise auszugleichen. Unbedingt nötig sei es, daß überall, besonders auch in Preußen eine genügende Zahl fachmännisch vorgebildeter Oberfischmeister oder sonstiger Fachbeamter angestellt, und daß für die Reinhaltung der Gewässer mit allen Kräften gesorgt werde. Durch die Einführung der künstlichen Düngung stehe die Teichwirtschaft vor einer neuen Entwicklungsperiode. Prof. Dr. Hofer habe hiermit Mehrerträge bis zu 100% gegenüber den ungedüngten Teichen erzielt. Die verwendeten Düngemittel seien inländischen Ursprungs gewesen, ständen also auch während des Krieges dem Teichwirt in gewissen Mengen zur Verfügung. Es sei zu hoffen, daß mit Hilfe der Teichdüngung der Ausfall von Fischfleisch, der infolge Ausbleibens von Futtermitteln für die intensive Zucht entstehe, wenigstens einigermaßen ausgeglichen werde. Ferner komme die Verwertung der städtischen Schmutzwasser zur Teichdüngung in Frage. Bevor die Abwässer in die Teiche gelangten, würden große Fäkalstoffe durch Siebe aufgefangen — diese würden getrocknet und landwirtschaftlich verwertet —, dann würden die Abwässer stark mit Frischwasser verdünnt und in die Teiche geleitet. Hier zerlegten unter der Einwirkung der Sonne Bakterien die feinen Fäkalstoffe, es entstehe eine reiche, niedere Tierwelt, die von den Fäkalbakterien lebe, diese niederste, winzige Tierwelt diene etwas größeren Tieren, Würmern, Insektenlarven usw. zur Nahrung und diese wiederum den Fischen. Die Teiche blieben ganz klar und die Fische selbst kämen mit den Fäkalien in gar keine Berührung.

Umgekehrt wie in Teichen wirkten ungeklärte städtische Abwässer, sowie Abwässer von Zuckerfabriken, Brennereien, Holzstoffindustrien usw.) in schnellfließenden

Gewässern, verschmutzend und es entstehe hier eine Fischerei sehr schädliche Bakterienwelt.

Schließlich macht Referent Mitteilung über die Gewinnung von Del aus dem Eingeweide von Aeschen. Eine Delsfabrik habe aus dem Eingeweide von 40 Aeschen 1 Pfund dünnflüssigen gelben Dels gewonnen, welches einen Fettgehalt von 99,3% gehabt habe und sich zur Herstellung technischer Fette, zur Seifenherstellung, Verwendung in der Textilindustrie und zu vielen anderen Zwecken eignen und einen Wert bis 600 Mk. für den Doppelzentner haben würde.

Dr. Buschiel schloß seinen interessanten Vortrag mit dem Hinweis, daß die Bedeutung, die die Fischerei im Kriege gewonnen, sich wohl nicht so bald verlieren werde, daß wir nach dem Kriege vielmehr in einer Wirtschaftperiode stärkster Eigenerzeugung eintreten würden und die Binnenfischerei dann berufen sei, dazu beizutragen, daß ein altes Kaiserwort in neuem Glanze wahr werde: „Deutschlands Zukunft liegt am und unter und über dem Wasser!“

Fichtensamen als Quelle von Speisefehl.

E. von Tabeuf. Sonderabdruck aus der Naturwissenschaftlichen Zeitschrift für Forst- und Landwirtschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Freiherr von Tabeuf. Verlag von Eugen Ulmer in Stuttgart.

Für die Gewinnung des Fichtensamens gibt folgende Anleitung:

1. Bei den Herbst- und Winterfällungen sind die Zapfen fortlaufend, womöglich täglich zu sammeln und zu bergen d. h. in Säcken oder Kisten unter Dach zu bringen.
2. Beim Sammeln können Weiber und Kinder mitwirken.
3. Es sollen womöglich nur gute, gesunde Zapfen gesammelt werden; unentwickelte, kranke, verkrümmte und mit Harz ganz übergossene, die offensichtlich stark von Insekten angebohrt sind, sollen ausgeschlossen bleiben. Die Unterschiede müssen den Sammlern durch Vorzeigen der Objekte klar gemacht werden, doch soll dabei nicht ängstlich verfahren werden.
4. Die Zapfen können auf luftigen, trocknen Speichern aufgeschüttet werden; kommen hier schon Samen zum Ausfall, so werden sie zusammengekehrt und bleiben bis zur Absendung offen oder bei Mäusegefahr in geschlossenen Kisten liegen.
5. Die Zapfen werden partienweise in offenen Kisten in geheizten Räumen (in den Holzhauerwohnungen, in Schulhäusern, Gemeinde-Räumen, Forsthäusern usw.) am Ofen so lange getrocknet bis die Samen ausfallen.

Die Samen sind in Säcken oder Kisten zur Lagerung und Reinigung an die Klenganstalt zu bringen, von der die gereinigten Samen gesammelt und in die Delfabrik weiter geleitet werden.

Die Zapfen verbleiben denen, welche die Zapfen sammeln, als ein wertvolles Heizmaterial. Für die abgelieferte Samenmenge könnte eine dem Gewichte entsprechende Entlohnung gegeben werden, sofern die Arbeiter nicht etwa freiwillig geleistet werden.

Ferner macht von Tubeuf interessante Angaben über den Gehalt der Samen von Fichte und anderen Nadelhölzern an Öl und anderen Substanzen, sowie über die Verwendung des Oels als Speise- und Brennöl, sowie zur Delfarben- und Firnisfabrikation. E.

Leitung zur Gewinnung von Fichtengerbinde. Herausgegeben von der Forstabteilung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz. Berlin 1916. F. A. Günther und Sohn, Aktien-Ges. Berlin SW. II (die Lederindustrie; Ledertechnische Rundschau). Preis: 30 Pfennig.

Die große Bedeutung, die der Fichtenrinde für die Versorgung unseres Bedarfs an Gerbstoffen, die vor dem Krieg zu $\frac{6}{7}$ aus dem Auslande bezogen wurden, zukommt, hat die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz zur Herausgabe dieser Schrift veranlaßt.

In sieben Abschnitten wird in derselben behandelt:

1. Die Bedeutung der Fichtenrinde als Gerbstoff.
2. Die Menge der in Deutschland zu gewinnenden Fichtenrinde.

3. Das Schälen der Fichtenrinde

a) das Schälen des Sommerholzes

b) das Schälen des im Winter gefällten Holzes.

4. Die Bedenken gegen die Sommerfällung des Fichtenholzes.

5. Das Trocknen der Rinde.

6. Der Verkauf der Rinde

a) die Verkaufseinheit

b) Verkaufsergebnisse.

7. Die Entlohnung der Arbeiter.

Macht gute Abbildungen veranschaulichen die lehrreichen, wertvollen Darlegungen, die das Schriftchen enthält. Da die rechtzeitige und ausreichende Beschaffung von Gerbstoffen im vaterländischen Interesse liegt, kommt diese Anleitung gerade zur rechten Zeit. Eine möglichst weitgehende Verbreitung ist der dankenswerten Arbeit zu wünschen und mit Rücksicht auf den außerordentlich geringen Preis auch wohl zu erwarten!

E.

Die preussische Jagdordnung nebst Sonderrecht Hannovers und Helgolands sowie ergänzenden Gesetzen. Anhang: Kriegsverordnungen. Mit Erläuterungen von Dr. jur. Werner Brandis, Amtsrichter a. D. in Berlin-Vichtersfelde. Zweite, vermehrte Auflage. Göttingen-Anhalt. Paul Schettlers Erben, Gesellschaft m. b. H. Preis: 2,40 Mk.

Außer der Jagdordnung vom 15. Juli mit ausführlichem Kommentar werden in einem besonderen Abschnitt die Ergänzungen der 2. Auflage zusammengestellt, die sich beziehen auf Anordnungen hinsichtlich den Bestimmungen über: jagdbare Tiere (Muffelwild, Bronzeputer oder Trutwild), den Stempel der Jagdscheine, das Vogelschutzgesetz, sowie auf die Kriegsverordnungen des Reichs und Preußens. Ferner werden mitgeteilt das Reichsvogelschutzgesetz vom 22. März 1888, die die Jagd betreffenden Bestimmungen aus dem Reichsstrafgesetzbuch, insbesondere die Bestimmungen über Widerstand gegen die Staatsgewalt, das preuß. Gesetz über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten v. 31. März 1837 mit der zugehörigen Instruktion v. 17. April 1837 und ihrer Abänderung v. 14. Juli 1897, die Polizeiverordnungen über die Sonntagsruhe, die den Jäger interessierenden Bestimmungen aus dem preussischen Feld- und Forstpolizeigesetz, die neueren Kriegsverordnungen u. a. m.

Die Materie wird klar und erschöpfend behandelt.

In den Abschnitt „der Stempel der Jagdscheine“ hätte unter Hinweis auf Tarifstelle 31 Abs. 2 des Stempelsteuergesetzes v. 30. Juni 1909 bemerkt werden müssen, daß ein Stempel für die unentgeltlich zu erteilenden Jagdscheine nicht zu erheben ist.

Das Buch wird sicherlich in Jägerkreisen viele Abnehmer finden, umso mehr da auch der Preis ein äußerst billiger ist. E.

Novellen aus dem Tierleben. Entnommen aus dem Werke: Lebensbilder aus der Tierwelt von H. Meerwarth und Karl Söffel. Sieben Novellen mit 116 urkundtreuen Photographien nach dem Leben. R. Voigtländer's Verlag in Leipzig. Preis: geb. 3 Mk.

In sieben Novellen mit vielen photographischen Freiaufnahmen wird das Leben und Treiben des Waldfauzes und der Raben- und Nebelkrähe von Hermann Böns, der Sumpfohreule und des Buchfinks von Elise Söffel, der Seeschwalbe von Otto Seege, der Saatkrähe von A. Bülow und des Cormorans von Hugo Otto in frischer, ansprechender, oft humoristischer Weise geschildert. E.

B r i e f e .

Aus Preußen.

Zur Preussischen Verwaltungs-Reform.

Infolge des im Februarhefte mitgeteilten Allerh. Erlasses vom 19. Januar 1917 wird nun wohl die preussische Verwaltungsreform etwas schneller in Fluß kommen. Es dürfte daher angezeigt erscheinen, die hierüber bisher veröffentlichten Ansichten, soweit sie die Reform der Forstverwaltung betreffen, in kurzen Umrissen zusammenzustellen.

Hierbei handelt es sich im wesentlichen um zwei Fragen: 1. um die Organisation der Regierungsabteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten und 2. um die forstlichen Instanzen dieser Abteilung und die damit zusammenhängende Erweiterung der Befugnisse der Revierverwalter.

1. Die Organisation der Regierungs-Abteilung für Domänen und Forsten.

Die „Novelle zum Landverwaltungs-gesetz“, welche im Jahre 1914 dem preussischen Landtage von der Staatsregierung vorgelegt worden, aber infolge des Krieges noch nicht zur Beratung gekommen ist, sieht die Aufhebung der kollegialen Verfassung der noch bestehenden Regierungsabteilungen und die Uebertragung deren Geschäfte an den Regierungspräsidenten vor. Alle Forstverwaltungsbeamte, die sich über diese grundlegende Frage geäußert haben, haben sich mit einer einzigen Ausnahme entschieden gegen die Aufhebung der Kollegialverfassung ausgesprochen, und die eine hiervon abweichende Stimme (Regierungs- und Forstrat Dr. Laspeyres) hat auch nicht unmittelbar gegen die Beibehaltung Stellung genommen, es vielmehr für bedeutungslos bezeichnet, nach welcher Seite hin die Entscheidung fallen werde. Auch mehrere Parlamentarier sind für die Beibehaltung der kollegialen Verfassung eingetreten.

Regierungs- und Forstrat Dr. Laspeyres: Es würde verfehlt sein in der Staatsforstverwaltung die Dreiteilung der forstlichen Behörden in Zentral-, Bezirks- und Lokalinstanz zu beseitigen. Eine Reform der Organisation der forstlichen Bezirksinstanz wird von allen Seiten anerkannt. Die bisherige Verbindung zwischen der Staatsforstverwaltung und der Bezirksregierung ist eine staatliche Notwendigkeit, dagegen bedarf die Stellung der Staatsforstverwaltung im Organismus der Bezirksregierung nach dem einstimmigen Wunsche aller Forstverwaltungsbeamten insofern dringend einer Aenderung, als ihre Vereinigung mit der Domänenverwaltung zu einer Abteilung, in der der Oberforstmeister neben dem Oberregierungsrat der Do-

manenverwaltung nur Mitdirigent ist, beseitigt werden muß. Ob nun die Forstverwaltung als selbständige Fachabteilung mit kollegialer Verfassung organisiert oder ob sie mit bürokratischer Verfassung der Präsidialabteilung angegliedert wird, ist eine Frage ohne große praktische Bedeutung.

Für die erste Lösung läßt sich anführen, daß die Staatsforstverwaltung in erster Linie eine große Vermögensverwaltung ist, deren Erträge zur Deckung öffentlicher Ausgaben bestimmt sind. Diese Verwaltung soll also so geführt werden, daß Beschwerden oder Bevorzugung oder Zurücksetzung einzelner Personen oder Bevölkerungsklassen nach Möglichkeit vermieden werden. Hierfür würde die kollegialische Verfassung am besten und für sich eine bessere Bürgschaft bieten als die bürokratische unter der Leitung eines politischen Beamten. Dagegen läßt sich jedoch einwenden, daß schon jetzt die bestehende kollegiale Verfassung tatsächlich nur auf dem Papier steht, daß Mehrheitsbeschlüsse innerhalb der Abteilung für Domänen und Forsten nur äußerst selten herbeigeführt und schon jetzt fast ausschließlich schwierigen Entscheidungen auf dem Wege der persönlichen Rücksprache und des Vortrages beim Regierungspräsidenten getroffen werden. Das Bedenken, daß der Regierungspräsident möchte bei Einführung des Präsidialsystems in der Forstverwaltung zu sehr exponiert werden und leichter in den Verdacht geraten, die Forstverwaltung seinen politischen Zwecken dienstbar zu machen, wird ferner dadurch abgeschwächt, daß die forstlichen Dezenten die Verantwortung für die Entscheidung mittragen. Der Kreis der verantwortlichen Personen ist deshalb bei beiden Arten der Organisation nicht wesentlich verschieden. Ein unbedingter Vorzug des Präsidialsystems ist aber die Möglichkeit schnellerer Entscheidung.

(Zeitschrift f. Forst- und Jagdwesen, 1912 S. 75 ff.)

Oberforstmeister Schwab: Eine Verbindung der Staatsforstverwaltung mit den Bezirksregierungen ist keine staatliche Notwendigkeit; dies beweisen die Forstorganisationen der meisten größeren Staaten Deutschlands. Die kleinen Regierungsforstabteilungen müssen fortfallen und an ihre Stelle große treten, weil nur große forstliche Mittelbehörden den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen sind. Anzustreben sind große forstliche Mittelinstanzen durch provinziale Vereinigung der Regierungsforstabteilungen zu je einer großen Forstabteilung bei der an dem Orte des Oberpräsidiums befindlichen Regierung unter voller Selbständigkeit. Die Beibehaltung der kollegialischen Verfassung, ist die beste

auswehr der Staatsforsten gegen die Beeinflussung durch gewisse Rücksichten, weil sie nicht nur eine forstliche Entscheidung in wichtigen Fragen sicherstellt, sondern auch verhindert, daß aus sachlichen Meinungsverschiedenheiten persönliche Spannungen entstehen. Bei kollegialen Verfassung ist die als wenig angenehme *ultima ratio* wirkende Abstimmung und Entscheidung durch die Mehrheit oft die Ursache für eine schließliche Verständigung der durch Meinungsverschiedenheit getrennten Parteien und verhindert, daß nach nicht sachlichen, die Interessen des Waldes ohne Grund hinterlegenden Gesichtspunkten entschieden wird.

Es wäre doch auch fast wunderbar, wenn jeder Regierungspräsident in jedem Falle der Versuchung verfallen würde, zu seinen politischen Zwecken der Bevölkerung Vermögensvorteile oder Annehmlichkeiten aus den Staatswaldungen auf Kosten dieser zuzuwenden. Die Bemerkung, daß beim Präfektursystem die Verantwortung von den forstlichen Dezenten mitgetragen würde und dadurch der Wald genügend geschützt sei, ist meines Erachtens nur beschränkt richtig; denn das ist ja gerade das Kennzeichen dieses Systems, daß die Entscheidung lediglich beim Regierungspräsidenten steht, daß dieser, wenn er gegen die Ansicht der Bearbeiter entscheidet, damit auch unter Ausschaltung der Bearbeiter die Verantwortung übernimmt. Im übrigen möchte ich gerade daraus, daß Mehrheitsbeschlüsse immer seltener werden, schließen, daß die kollegiale Verfassung an sich einer schnellen Erledigung der Geschäfte nicht entgegensteht, also in Wirklichkeit nach dieser Richtung Nachteile gegen das Präfektursystem kaum bietet. Tatsächlich wird wohl niemand nachweisen können, daß in den Forstabteilungen der Regierungen langsamer gearbeitet wird als in den Präfabteilungen.

(Zeitschrift f. Forst- u. Jagdwesen, 1912 S. 234 ff.).
Dr. Voening, Mitglied des Herrenhauses:
In dem Entwurfe, welchen die kgl. Staatsregierung am 1. J. 1914 dem Landtage vorgelegt hat, war beabsichtigt, die kollegiale Zusammensetzung der beiden Regierungsabteilungen für Kirchen- und Schulsachen und für direkte Steuern, Domänen und Forsten aufzuheben und den Regierungspräsidenten allein zu einem Einzelbeamten im gesamten Gebiete der inneren Verwaltung und der Finanzverwaltung zu machen. Dies halte ich für einen außerordentlichen Fehler. Das Gebiet der inneren Verwaltung in allen ihren verschiedenen Teilen, der Finanzverwaltung, der Domänen und Forsten ist so außerordentlich groß, daß selbst die Arbeitskräfte des gelehrtesten oder vielmehr des besten oder des praktischsten Regierungspräsidenten nicht ausreichen. Auch der praktischste Regierungspräsident wird nicht in der Lage sein, diese Dinge

allein zu übersehen und einen leitenden Einfluß darauf auszuüben. Ich halte es deshalb für notwendig, die Verwaltung der direkten Steuern, der Domänen und Forsten von den Regierungen zu trennen und dafür Provinzialbehörden einzuführen, die kollegial organisiert und daher wohl imstande sind, in der Provinz die gesamte Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten zu führen. Dadurch würde auch der Verdacht beseitigt werden, daß der Regierungspräsident auf die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten einen Einfluß ausübt, der von der politischen Parteilichkeit abhängig erscheint. Aber gerade diese Verwaltungsangelegenheiten sollen von allen politischen Parteibestrebungen fern bleiben, und das kann nur erreicht werden, wenn sie getrennt werden von der eigentlichen politischen Verwaltung, die in der Hand des Regierungspräsidenten ruhen muß.

(Sten. Bericht über die Verhandlungen des Herrenhauses am 28. März 1917.)

Regierungs- und Forstrat Trebeljahr: Die Bildung besonderer selbständiger Forstabteilungen bei den Regierungen mit dem Oberforstmeister als alleinigem Dirigenten und mit kollegialer Verfassung sind dringend erwünscht. Der Vorzug der Kollegialverfassung besteht nicht nur im Austrag — ohne Verstimmung — sondern auch in der Verhütung von Differenzen. Die Aussicht, eine zu Papier gebrachte Entscheidung bei gehöriger Begründung auch durchdrücken zu können, hebt das Gefühl der Selbständigkeit, die Arbeitsfreudigkeit, Arbeitsgründlichkeit, stärkt das Verantwortlichkeitsgefühl. Der Oberforstmeister und der Regierungspräsident wissen, daß ihre Macht nicht unbegrenzt ist, daß sie nicht mit einem Federstrich über die begründete Entscheidung eines Dezenten hinweggehen können. Bei dem Präfektursystem würde der Regierungspräsident zu stark exponiert werden und leicht in den Verdacht kommen, die Forstverwaltung seinen politischen Zwecken dienstbar zu machen, außerdem fehlt demselben die nötige fachliche Vorbildung und die nötige Uebersicht und Orientierung, um sich ein eigenes richtiges Urteil bilden zu können. Der Regierungspräsident besitzt bereits einen ausreichenden Einfluß auf die Arbeiten der Forstverwaltung; diesen Einfluß bis zur Allmacht zu steigern, liegt weder im Interesse der staatlichen Vermögensverwaltung noch im Interesse des Regierungspräsidenten.

Ein schnellerer Geschäftsgang wird mit der Einführung des Präfektursystems auch nicht erzielt. Die einzelnen Sachen gehen genau denselben Gang wie bisher. Es könnte sogar eine Verschleppung dann eintreten, wenn etwa der Regierungspräsident aus der erweiterten Macht die Veranlassung herleiten sollte,

sich in größerem Umfange als bisher die Sachen der Forstverwaltung vorlegen zu lassen.

(Zeitschrift f. Forst- u. Jagdwesen 1912, S. 265 ff.).

Beh. Regierungs- und Forstrat Schmand:
Die Bedeutung der Staatsforstverwaltung und die Rücksicht auf ihre innere Fortentwicklung verlangen grundsätzlich das Recht der freien Selbstbestimmung. Jede organische Verbindung mit der Landesverwaltung muß vom Standpunkte der Forstverwaltung als eine Hemmung angesehen werden. Der Gefahr, daß der Regierungspräsident in den Verdacht geraten könnte, die Forstverwaltung seinen politischen Zielen dienstbar zu machen, kann nur durch völlige Lostrennung der Forstverwaltung von den Regierungen und den Regierungspräsidenten vorgebeugt werden, mag nun die weitere Gestaltung sich vollziehen in Form einer provinzweisen Zusammenfassung zu selbständigen Finanzdirektionen oder zu besonderen Oberforstämtern. Falls die Forstverwaltung aber auch künftig noch ein Bestandteil der Bezirksregierung bleiben soll, wäre die Einführung des Präfektursystems der verhängnisvollste Schritt, den die Forstverwaltung seit hundert Jahren getan haben würde, verhängnisvoll für die Sache und für die mitwirkenden Beamten. Der innere Selbstzweck der Forstverwaltung würde damit in den Schatten der Politik treten. Die durchaus bewährte kollegiale Verfassung war bisher und ist gegenwärtig noch ungegemindert das feste Bollwerk, auf das sich die Selbständigkeit der Forstabteilung bei der Regierung und die der einzelnen Mitglieder innerhalb der Abteilung gründet. Zwar ist das alte rein instruktionsmäßige Verfahren, wonach die Abteilung so ziemlich über alle materiellen Entscheidungen beschließen mußte, längst außer Übung gekommen, und selbst der § 27 der Reg.-Instr. von 1807 pflegt nur noch beachtet zu werden, soweit es sich um besonders wichtige, vor allem grundsätzliche Fragen oder um Sachen handelt, die besonders zum Vortrag geschrieben sind, oder endlich, wenn kein Einverständnis zwischen den Referenten unter sich oder zwischen diesen und den Abteilungsleitern zu erreichen ist. Gerade in letzterer Hinsicht liegt für die Forstabteilung bei der Regierung noch heute die volle Bedeutung des Kollegialbeschlusses.

Die unbedingte persönliche Zuständigkeit des Regierungspräsidenten, allein und ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Referenten zu bestimmen, mag rücksichtlich der inneren Angelegenheiten der Landesverwaltung am Platze sein. Wie soll sich aber die ganz auf technische Sachkenntnis aufgebaute Forstverwaltung in die völlige Unterordnung unter einen Nichtfachmann finden, abgesehen vielleicht vom Strebertum, dessen Weizen hierbei blühen könnte? Eine sachliche Förderung wird die Forstverwaltung vom Regierungspräsidenten

nicht erwarten können. Wohl aber liegt die Gefahr nahe, daß durch allzu starke Vorkehrung politische Rücksichten die finanziellen Ergebnisse eine Einbuße erleiden könnten. Wenn daher — trotz aller entgegenstehenden Bedenken — die organische Verbindung der Forstverwaltung mit der Landesverwaltung bei der Bezirksregierung aufrecht erhalten werden soll, dann ist die bürokratische Unterordnung unter den Regierungspräsidenten nicht die geeignete Form, vielmehr fordert das eigene Lebensinteresse der Forstverwaltung mindestens die ungeschwächte Erhaltung der bisherigen Selbständigkeit in der kollegialen Verfassung. Man lasse uns unsere durchaus bewährte Kollegialverfassung als allein wirksame Sicherung gegen unberechtigte Eingriffe, ebenso wie für die allgemeine Landesverwaltung durch den § 24 des Landesverwaltungsgesetzes alle wünschenswerten und zulässigen Rücksichten auf die Landesverwaltung und insbesondere auf die Politik ausreichend sichergestellt sind und bleiben mögen. Daß beiderseits von diesen Mitteln so selten Gebrauch gemacht wird, spricht nur für die Bewährung der bisherigen Organisation und sollte vor deren Beseitigung dringend warnen. Der Einwand, daß das Präfektursystem als unbedingt im Vorzug, die Möglichkeit schnellerer Entscheidung bietet, ist bereits durch Trebelsjahr als Irrtum nachgewiesen.

(Zeitschrift f. Forst- und Jagdwesen 1912, S. 335)

Geheim. Regierungsrat Kalk: Den von Obfm. Schwadt vorgeschlagenen Weg, die Regierungsforstbeamten der Provinz in deren Hauptstadt zu ver einigen, halte ich weder in der Form der Zusammenziehung zu einer besonderen Behörde, noch in derjenigen einer Angliederung an die Regierung, welche ihren Sitz in der Provinzialhauptstadt hat, für gangbar. Der Forstinspektionsbezirk, als ein örtliches Stütz des Regierungsbezirks, schafft zu der allgemeinen Staatsverwaltung so vielfache Wechselbeziehungen, daß der unmittelbare Verkehr zwischen der Regierung und ihren forstlichen Mitgliedern ohne Schaden für den Dienst sich nicht beseitigen läßt. Der völligen Lostrennung der Forstverwaltung von der Regierung stehen daher gewichtige Bedenken entgegen. Bestehen hiernach die Notwendigkeit, die Inspektionsbeamten bei der Regierung ihres örtlichen Bezirks zu belassen, den Oberforstbeamten aber einen größeren Wirkungsradius als die Einzelregierung bietet, zuzuwenden, so ergibt sich eine einfache Lösung in der Einrichtung von Oberforstämtern bei den Oberpräsidenten, in ähnlicher Weise wie diesen Strombaudirektionen, Provinzialschulkollegien usw. angegliedert sind. Der Oberforstmeister wird über die Anstellung und Versetzung der Förster zu bestimmen und zu prüfen haben, ob die Bewirtschaftung der Forsten sich im Rahmen der Betriebswerke vollziehen und ob die sonst für die Wirtschaftsführung erlassenen

vorschriften beachtet sind. Durch eine solche Gliederung ist sich für die jetzigen Regierungsforstbeamten die beste Wirkungsmöglichkeit schaffen: Der Oberforstmeister verfügt über ein fruchtbringendes, festumgrenztes Arbeitsfeld, der Regierungs- und Forstrat aber gelangt zu einer selbständigen Betätigung bei der Regierung und in seinem Inspektionsbezirke, für welchen ihm die volle Verantwortung auferlegt ist.

(Zeitschrift f. Forst- und Jagdwesen. 1912, S. 562.)
 Oberförster Merten: Oberforstmeister Schwadt und Forstrat Schmandt haben überzeugend nachgewiesen, daß die Verbindung der Forstverwaltung mit den Bezirksregierungen keine staatliche Notwendigkeit ist. Ersterer hat gleichzeitig treffend die Vorzüge einer großen forstlichen Mittelbehörde hervorgehoben. Nicht recht verständlich ist sein Vorschlag, diese Mittelbehörde als große Forstabteilung der am Sitz des Oberpräsidiums befindlichen Regierung zu unterstellen. Es muß als Armutszeugnis erscheinen, wenn sich die Forstverwaltung die selbständige Erfüllung ihrer Aufgaben unter voller Wahrung der gesamten Staatsinteressen nicht zutraut. Ein selbständiges etwa für jede Provinz zu errichtendes, gut ausgestattetes Oberforstamt, mit Forsteinrichtungs- und Versuchsstelle versehen, mit großzügigen und erfahrenen Forstleuten besetzt, könnte unzweifelhaft allen Aufgaben besser und schneller gerecht werden, es würde seinen Mitgliedern sowohl wie den Oberförstern Raum zu befriedigender Tätigkeit gewähren und alle Vorbedingungen zu einer gesunden Fortentwicklung von Wirtschaft und Verwaltung in sich tragen.

(Zeitschrift f. Forst- und Jagdwesen 1912, S. 426.)

Forstmeister Behnpsuhl: Dr. Gaspeyres erklärt die fortdauernde Verbindung der Forstverwaltung mit den Regierungen als eine staatliche Notwendigkeit. In keiner der seitdem erschienenen Äußerungen über diese Frage findet er jedoch unbedingte Zustimmung, z. T. lebhaften Widerspruch. Es liegt kein Grund vor, bei einer Organisationsänderung diese Einrichtung nicht anders zu regeln. Eine selbständige forstliche Mittelinanz auf breiter, in der Regel provinzieller Basis wird die größte Gewähr dafür leisten, daß die Eigenart der forstlichen Aufgaben nach Möglichkeit zu ihrem Rechte kommt. Diese Provinzialbehörde würde mit Rücksicht auf die überwiegend technische Natur der vorkommenden Fragen und den erheblich erweiterten Wirkungskreis einem Landesforstmeister zu unterstellen und in Abteilungen unter je einem Oberforstmeister zu gliedern sein. Da es mit der Einheitlichkeit der Behörde unverträglich ist, daß die einzelnen Mitglieder besondere Instanzen darstellen, so würde die Abgrenzung ihrer Funktionen nur den Charakter einer inneren Geschäftsverteilung haben dürfen. Die Revierverwalter würden die Organe der Provinzial-

instanz für die Verwaltung sein und als selbständige Wirtschaftler der Kontrolle dieser Behörde unterliegen.

(Zeitschrift f. Forst- und Jagdwesen 1912, S. 468.)

Mitglied des Abgeordnetenhauses Binz (Zentr.): Das Kollegialsystem muß vor allen Dingen deshalb beibehalten werden, weil es das Verantwortlichkeitsgefühl stärkt und den Charakter und die Tüchtigkeit der Beamten. Verlangt man Individualität, Charakterbildung, Selbstverantwortlichkeitsgefühl der Beamten, dann muß das Kollegialsystem wenigstens in seinem jetzigen bescheidenen Maße erhalten bleiben. Nach § 24 des Landesverwaltungsgesetzes hat der Regierungspräsident schon jetzt ein so einschneidendes Veto- und Eingriffsrecht, daß er das Kollegium vor die Türe setzen kann. Wenn durch die Beseitigung des Kollegialsystems die eigene Individualität des Beamten ausgeschaltet oder vermindert wird, wenn er zu einem Instrument eines dritten, des Regierungspräsidenten, gemacht wird, dann leidet das Selbstgefühl, dann wird der Charakter, die Individualität der Beamten hierdurch jedenfalls nicht gestärkt. Außerdem ist der Regierungspräsident derart belastet, daß die von ihm geforderte Arbeit fast über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit hinausgeht. Ihm noch andere Aufgaben zu übertragen, insbesondere die Abteilungen mehr technischer, wirtschaftlicher Natur in seiner Hand zu konzentrieren, würde ihm eine Verantwortung aufbürden, die manchem Regierungspräsidenten im höchsten Grade störend sein würde. (Sten. Berichte der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses v. 14. Febr. 17.)

Mitglied des Abgeordnetenhauses Cassel (Fortschritt. Volkspartei): Bezüglich der Gestaltung der Regierungsabteilungen teile ich den Standpunkt des Herrn Abgeordneten Binz. Er hat vollkommen recht, wenn er Bedenken gegen die Beseitigung der kollegialen Gestaltung der Regierungsabteilung hat und der Meinung ist, daß diese Kollegialität die Selbstständigkeit der einzelnen Beamten zu erhöhen geeignet ist, daß wir aber solcher selbständiger Beamten auch auf dem Verwaltungsgebiete bedürfen, daß die Neigung lange in solchen Regierungsstellen zu bleiben noch erheblich vermindert wird, wenn der Betreffende nicht mehr das Bewußtsein hat, daß seine Meinung, seine Gründe, sein Wissen, seine Erfahrungen nicht auch für die Beschlüsse bestimmend sein sollen. Der Regierungspräsident hat ja schon jetzt sehr weitgehende Befugnisse, um die Beschlüsse der Regierung zu suspendieren und sich an ihre Stelle zu setzen. Aber immerhin muß er dies auf seine Verantwortung hin tun und sich sagen, daß seine Verantwortung auch in Anspruch genommen werden kann und daß daher nur in ganz seltenen und in besonders schwierigen und geeigneten Fällen von ihm von dieser gesetzlichen Be-

fugnis Gebrauch gemacht werden kann. Wird er überhaupt an die Stelle der Kollegien gesetzt, wären die Regierungsräte nur seine Referenten und Dezernenten, dann besitzt der eine Mann eine Allmacht, die nach vielen Richtungen hin der Landesverwaltung und der Bevölkerung durchaus nicht zum Vorteil gereichen kann. In sehr vielen Fällen, wo die Regierungen in bezug auf wirtschaftliche Interessen Einzelner oder einzelner Verbände Beschlüsse zu fassen haben, was in vielen Verwaltungen z. B. der Forstverwaltung nötig ist, ist es besser, wenn ein Kollegium die Verantwortung für die Beschlüsse übernimmt als ein einzelner Beamter, weil durch die Verantwortlichkeit der Kollegien jeder Verdacht von Begünstigung Einzelner, von Nepotismus oder anderen ungebührlichen Einflüssen viel eher zu beseitigen ist, als wenn ein Einzelner alle diese Beschlüsse zu fassen hat. (Sten. Berichte über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 14. Februar 17).

Schließlich möge noch darauf hingewiesen werden, daß aus dem dem Landtage im Jahre 1914 seitens der preuß. Staatsregierung vorgelegten „Entwürfe einer Novelle zum Landesverwaltungsgezet“ selbst deutlich hervorgeht, daß die Staatsregierung die kollegiale Verfassung der Regierungsforstabteilung für einzelne Fächer für unentbehrlich hält. Es ist nämlich dort vorgesehen, daß auch in Zukunft von der Behandlung nach dem Bürosystem (Präsekturssystem) bei der Staatsforstverwaltung ausgenommen bleiben: 1. die Entscheidung über Verwertung des Holzes und der übrigen Forstnutzungen einschließlich der Jagd, 2. die Entschliefungen über Erwerb und Veräußerung von Grundstücken. Bei ihnen soll auch in Zukunft den Regierungsmitgliedern ein mitentscheidendes Votum belassen werden.

2. Die forstlichen Regierungs-Instanzen und die Lokalverwaltung.

Von dem Zeitpunkte ab, wo die früheren Lokalinspektionsbeamten an die Regierungen gezogen wurden, begannen die Klagen über Reibereien zwischen dem Oberforst- und den Inspektionsbeamten. Diese rühren hauptsächlich daher, daß die Funktionen der beiden Regierungsforstbeamten zu wenig klar von einander abgegrenzt sind und daß den Oberforstmeistern, die früher die alleinigen Regierungsforstbeamten waren, auch nach Einreihung der Inspektionsbeamten in die Regierungsinstanz alle früheren Machtbefugnisse belassen worden sind, während aber den Inspektionsbeamten ein großer Teil der früheren Pflichten und der Verantwortung der Oberforstmeister auferlegt worden ist.

Die Ansichten über die Beibehaltung und ev. über die Gestaltung der beiden forstlichen Regierungsinstanzen

sind geteilt; darin, daß eine Aenderung eintreten muß, stimmen alle überein.

Geh. Regierungsrat Hausendorf wünscht: Beseitigung der forstlichen Doppelinstanz bei der Regierung; Vergrößerung der Inspektionsbezirke; Bearbeitung der Generalien durch den ältesten Forstbeamten; Verteilung der Geldfonds auf die einzelnen Inspektionsbezirke; Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten zwischen Dezernenten und Rodezernenten durch den Regierungspräsidenten; bessere Regelung der Rangverhältnisse der Regierungsforstbeamten gegenüber den Oberförstern. (Allg. Forst- u. Jagd-Zeitung, 1911, S. 180.)

Als Vorteile dieser Vorschläge werden bezeichnet: Große Ersparnis an persönlichen und Reisekosten, Beseitigung der Reibungsflächen zwischen den jetzigen beiden forstlichen Regierungsinstanzen, Vereinfachung der geschäftlichen Behandlung, insbesondere Vereinfachung des Verhältnisses des Oberförstlers zur Regierungsinstanz, Stärkung der Wirkungs- und Dienstfreudigkeit bei den Regierungs- und den Lokal-Forstbeamten.

Regierungs- und Forstrat Dr. Laspeyres: Beibehaltung der forstlichen Doppelinstanz bei der Regierung. Der Oberforstmeister ist dem Regierungspräsidenten für die Wahrung der Einheitlichkeit in der Forstverwaltung und dem Minister für die Befolgung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften und dafür verantwortlich, daß die forstfiskalischen Interessen nachdrücklich vertreten und gewahrt werden, wenn die Gefahr besteht, daß sie zum Schaden der Staatskasse politischen Zwecken des Regierungspräsidenten dienstbar gemacht werden sollen. Dem Oberforstmeister soll die Bearbeitung der Generalien, Personalien, die Verteilung der der Regierung zur selbständigen Verwendung überwiesenen Geldmittel, Verantwortung für die richtige Bewirtschaftung der Staatsforsten obliegen. Eine Reform der Organisation der forstlichen Mittelinstanz ist zweifellos notwendig. Auch den Oberforstmeistern sind größere Inspektionsbezirke zu überweisen; die Rangstellung der Forsträte ist zu heben.

Es wird gesagt, daß die örtliche Ueberwachung der Wirtschaft durch den Oberforstmeister sich mit der den Forsträten auferlegten vollen Verantwortung nicht vertrage, daß sie unnötig sei, unnötige Reisekosten verursache, das notwendige Ansehen der Forsträte bei den Oberförstern schmälere, ihre Dienstfreudigkeit und Loyalität lähme, eine dauernde Quelle von Mißhelligkeiten zwischen Oberforstmeister und Forstrat bilde und auch für die Oberförster lästig sei. Demgegenüber ist geltend zu machen, daß grundsätzlich kein Verwaltungsbeamter ohne Kontrolle sein soll. Die Ueberwachung der Wirtschaft in den Oberförstereien kann nicht von

er Zentralstelle erfolgen. Um die Wirtschaft über-
 sehen zu können, muß der Oberforstmeister die Re-
 viere bereisen. Die Kritik des Geleisteten und die Be-
 rechnung der Pläne für die Zukunft wird sich unter
 dreien fruchtbarer gestalten als unter Zweien. Ein-
 reisen wird der Oberforstmeister nur, wenn er die
 Überzeugung gewinnt, daß Mißgriffe gemacht oder
 zu befürchten sind. Glaubt der Forstrat, daß von
 den Anordnungen des Oberforstmeisters wirtschaftliche
 Nachteile zu befürchten sind, dann hat er das Recht
 und die Pflicht, die Entscheidung des Ministers anzu-
 suchen, wenn sich der Regierungspräsident auf die Seite
 des Oberforstmeisters stellt. Dem Forstrat soll also
 durch die Bereisung des Oberforstmeisters von seiner
 vollen Verantwortlichkeit nichts genommen werden.
 Um noch schärfer zum Ausdruck zu bringen, daß die
 Leitung der Wirtschaft Sache des Forst-
 rats ist, während dem Oberforstmeister
 nur die Ueberwachung obliegt, würde in
 Frage kommen, die Bestätigung der von den Forst-
 räten geprüften und festgestellten Wirtschaftspläne
 durch den Oberforstmeister wegfällen zu lassen. Nun
 mag es ja sein, daß hier und da Oberforstmeister mit
 autokratischen Neigungen die Grenzen einer nur über-
 wachenden Tätigkeit überschritten und den Versuch ge-
 macht haben, die gesamte Leitung der Wirtschaft bis ins
 Einzelne an sich zu reißen. Es ist natürlich, daß das
 zu einem Uebermaß von Bereisungen und zu mancher-
 lei Konflikten mit den Forsträten führen muß, denen
 dadurch die Freude am Dienst verleidet und die Tat-
 kraft gelähmt wird. Dann liegt zweifellos ein Fehler
 vor, er liegt aber nicht im System, sondern in den
 Personen. Solche Fälle beweisen nur, daß die Wahl
 des Oberforstmeisters keine glückliche gewesen ist, gegen
 die bestehende Organisation beweisen sie nichts. Ganz
 irrig ist die Ansicht, daß die Stellung des Oberförsters
 durch die Beseitigung des Oberforstmeisters gewinnen
 würde. Das Gegenteil ist richtig. Wenn jetzt Ober-
 förster und Forstrat in forstlichen Fragen entgegen-
 gesetzter Meinung sind, dann wird der Oberforstmeister
 bei seinen Bereisungen vermittelnd eingreifen und den
 Oberförster gegen Einseitigkeit oder Willkür des Forst-
 rats schützen. Ebenso kann auch ein junger Forstrat
 bei Meinungsverschiedenheit mit einem alten Ober-
 förster in dem Oberforstmeister eine wichtige Stütze
 finden.

Oberforstmeister Schwadt ist, wie unter 1
 ausgeführt worden, für Errichtung großer forstlicher
 Mittelbehörden durch provinziale Vereinigung der Re-
 gierungsforstabteilungen zu einer großen Forstabteilung
 bei der an dem Orte des Oberpräsidiums befindlichen
 Regierung mit einem Oberforstmeister an der Spitze.
 Den Hauptvorteil großer forstlicher Mittelbehörden er-

blickt er darin, daß in ihnen jedem Regierungs- und
 Forstrate ein genügend großer und dadurch befriedi-
 gender Wirkungskreis gewährt und die Stellung des
 Oberforstmeisters zu einer nur leitenden und Aufsicht
 führenden umgeschaffen werden könnte, unter einer
 klaren, jede Reibungsfläche beseitigenden Abgrenzung
 der Befugnisse.

Regierungs- und Forstrat Trebeljahr:
 Die Tätigkeit des Forstrats erstreckt sich auf die Tätig-
 keit als Mitglied der Regierung und auf die im Walde.
 Hier hat er zunächst örtliche Revisionen auszuführen,
 dann aber auch mit voller Verantwortlichkeit — na-
 mentlich auch für den technischen Betrieb — bei allen
 Angelegenheiten des Forsthaushalts mitzuwirken. Hier-
 aus kann volle Befriedigung für jeden Forstrat er-
 wachsen, wenn ihm hierbei ein bestimmtes Maß von
 Selbständigkeit gewährt wird. Nach Caspary ist diese
 schon jetzt ausreichend gewährleistet. Dies ist nicht der
 Fall. Verstimmungen und Reibereien zwischen Ober-
 forstmeister und Forstrat kommen daher häufig vor.
 Der Grund für solche Differenzen ist in dem System,
 in dem unzureichenden Maße und der ungenauen Ab-
 grenzung der Befugnisse des Forstrats zu suchen. Es
 würde genügen, wenn der Oberforstmeister nur hin-
 und wieder die Reviere fremder Inspektionen bereiste,
 um sich die nötige Kenntnis über Personen und ört-
 liche Verhältnisse zu verschaffen, und wenn er dabei
 mehr mitteilend und anregend als bestimmend und an-
 ordnend wirkte. Natürlich hätte er dabei eine allge-
 meine Oberkontrolle auszuüben. Er hätte zu prüfen,
 ob die generellen und ministeriellen Anordnungen be-
 folgt werden und keine groben Verstöße gegen die an-
 erkannten Wirtschaftsregeln vorkamen. Die endgültige
 Festsetzung der jährlichen Wirtschaftspläne soll Sache
 des Forstrats sein. Caspary sagt zutreffend: „Rein
 Verwaltungsbeamter soll ohne Kontrolle sein“, von
 seinem Standpunkte aus bleiben aber die Oberforst-
 meister in ihren eigenen Inspektionsbezirken tatsächlich
 ohne Kontrolle.

Geheimer Regierungsrat Schmand: Cas-
 pary will den Oberförster durch den Oberforstmeister
 gegen Einseitigkeit oder Willkür des Forstrats
 schützen. Dieser Schutz ist aber nur lückenhaft, denn
 er bleibt über 100 Oberförstern, welche jetzt schon den
 Oberforstmeister zum Inspektionsbeamten haben und
 künftig noch in größerer Zahl haben werden, versagt.
 Zweifellos empfindet der Oberförster die vielen dem
 Forstrat auferlegten Revisionen lästig. Wo findet sich
 außerdem der Forstrat, der diesen allen vollauf ge-
 nügt? Und doch trägt er die volle Verantwortung!
 Die notwendige Voraussetzung einer Beschränkung des
 unmittelbaren Eingreifens des Forstrats in die ört-
 lichen Revieregeschäfte wäre eine zeitgemäße Abänderung

der bestehenden Vorschriften über die von dem Forstrat auszuführenden Revisionen und Kontrollen im Sinne der Stärkung der Lokalinstanz.

Sichtlich der Geschäftsverteilung bei der Regierung wird man den im wesentlichen dem Erlasse vom 18. II. 1906 entsprechenden Ausführungen Laßpheyres zustimmen können. Insbesondere wird man dem Oberforstmeister die alleinige Verantwortung für einen ordnungsmäßigen und vorschriftsmäßigen Geschäftsbetrieb und für die Disziplin in der Abteilung übertragen müssen. Anders steht es mit den B.'schen Vorschlägen bezüglich der Verantwortung des Oberforstmeisters für die richtige Bewirtschaftung der Staatsforsten, die er örtlich zu überwachen und zu bestimmen haben soll. Hier scheint mir B. doch noch allzusehr in veralteten Anschauungen befangen zu sein, deren zeitgemäße Umformung doch das Ziel einer wahren Reform sein soll.

Vor 100 Jahren, als die Inspektionsbeamten noch eine außerhalb des Regierungssitzes wohnende Zwischeninstanz bildeten und der Oberforstmeister noch der alleinige Repräsentant der Bezirksinstanz war, da war es berechtigt und notwendig, ihm in technischen Sachen die selbständige und alleinige Bestimmung und die Ausführung der Lokalrevisionen zu übertragen. Heute jedoch, wo bereits der Forstrat als vollwertiger und vollverantwortlicher Vertreter der Bezirksinstanz diese Funktionen dem Oberförster gegenüber ausübt, bedeutet die gleichzeitige Leitung und Überwachung des technischen Betriebes durch den Oberforstmeister eine entbehrliche Doppelkontrolle, die nur noch dann einen Sinn hat, wenn man sie als eine Kontrolle gegenüber dem Forstrat auffaßt. Soll aber schon eine Stärkung der Oberförsterinstanz dem Forstrate gegenüber ein ausgesprochenes Ziel der Verwaltungsreform sein, so muß selbstverständlich im selben Sinne auch für die Stellung des Forstrats dem Oberforstmeister gegenüber eine Stärkung gefordert werden. Die von B. aufgeworfene Frage, ob nicht die Bestätigung der von den Forsträten geprüften und festgestellten Wirtschaftspläne durch den Oberforstmeister weggelassen könnte, ist unbedingt zu bejahen. In der nochmaligen Kontrolle der Pläne und der jetzt noch von letzterem verlangten Bestätigung derselben, liegt gerade der Hauptkeim zu den persönlichen Verstimmungen. Entbehren doch auch heute schon die vielen Oberförstereien der heutigen Oberforstmeister-Inspektionsbezirke der doppelten Kontrolle!

Schwieriger ist die weitere Frage bezüglich der Doppelüberwachung der Ausführung der

technischen Arbeiten. So lange die Doppelinstanz des Oberforstmeisters und Forstrats bei der Bezirksinstanz besteht, wird auch die Betätigung beider bei der Überwachung der Reviergeschäfte sich nicht vermeiden und nur schwer gegeneinander scharf abgrenzen lassen. Hierbei kann man nur hoffen, daß der Oberforstmeister nicht vergessen möge: „*Minima non curat praetor*“, und daß Fehlgriffe in der Wahl der geeigneten Personen möglichst selten vorkommen möchten. Sollten sie öfters vorkommen, dann müßte man trotz B.'s entgegengesetzter Ansicht doch wohl das System für die Folgen verantwortlich machen und auf sachliche Abhilfe bedacht nehmen.

Zur Stärkung der Oberförster- und der Forstratsinstanz ist hiernach ein Zurücktreten des Oberforstmeisters bei der sachlichen Leitung des jährlichen Wirtschaftsbetriebes erwünscht; umgekehrt erscheint es angezeigt, dem Oberforstmeister einen größeren Einfluß auf die Aufstellung der periodischen Betriebspläne dadurch zu sichern, daß das Betriebsregelungswesen des ganzen Regierungsbezirks in seine leitende Hand gelegt wird.

Oberförster Merten: Durch die geringe Zuständigkeit des Revierverwalters und das übertriebene Bestreben der Regierungsinstanz, Wirtschaft und Verwaltung der Reviere im einzelnen zu lenken und zu leiten, wird die örtliche Verwaltung aufs schwerste gehemmt. Dem als Grundlage für die Reform der ganzen Staatsforstverwaltung vorgeschlagenen Grundsatz, überall da, wo die Lokalbehörde ebenso gut oder besser entscheiden kann, von der Beteiligung der höheren abzusehen, wird gerade bei der Forstverwaltung eine vernünftige Tendenz nicht abzupprechen sein, da es sich hier ganz überwiegend um Dinge handelt, die ohne genaue Kenntnis der besonderen örtlichen Verhältnisse nicht entschieden werden können. Der gut ausgebildete, mit Lust und Liebe seinem Beruf nachgehende Oberförster, dem man Zeit und Freiheit läßt, seine Aufgaben in Ruhe zu überlegen und durchzuführen, wird die beste Bürgschaft für eine gute Verwaltung sein, da niemand besser wie er in der Lage ist, sich über alle Verhältnisse seines Revieres zu unterrichten und auf sie einzuwirken. Man unterstütze und begrenze sein Wirken durch einen guten Betriebsplan, allgemeine Wirtschaftsregeln und angemessene Betriebsmittel, und gebe ihm mit der Verantwortung die volle Zuständigkeit für alle Reviergeschäfte.

Eine Überwachung seines Dienstes muß sich der Oberförster natürlich gefallen lassen. Diese zugleich anregend und fördernd zu gestalten, die Wirtschaft auf

ute Grundlagen zu stellen, ausreichende Mittel zu erwirken, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, denen der einzelne Oberförster machtlos gegenüber steht, dafür zu sorgen, daß der schwerfällige Apparat der Verwaltung den Betrieb nicht stört, alles dies bleibe neben der Bearbeitung der Betriebsergebnisse, allgemeiner und außergewöhnlicher Dinge die dankbare Aufgabe der Zwischeninstanz.

Forstmeister Bechnpshl: Die erheblichen Lebensstände, an denen die preuß. Forstorganisation krankt, wird man allgemein auf den Mangel einer rationellen Arbeitsteilung zurückführen müssen. Zunächst ist das Verwaltungsgebiet nicht dergestalt scharf abgegrenzt, daß jeder in ihm tätige Beamte ausschließlich diesem allein seine Kräfte zu widmen hätte, vielmehr sind die Grenzen durch die Personalunion mit der inneren Verwaltung durchbrochen. Der zweite wunde Punkt ist die Ueberfülle von Instanzen. Vom Regierungspräsidenten bis zum Landrat ist nur eine Stufe, vom Regierungspräsidenten bis zum Oberförster drei. Da die einheitliche Natur der forstlichen Aufgaben eine organische Gliederung in so viel Arbeitsgebiete, als Instanzen vorhanden sind, nicht zuläßt, fehlt es an einer rationellen Geschäftsverteilung überhaupt. Unter diesen Umständen hat das Zusammenpferchen der Instanzen auf einen engen organisatorischen Raum die weitere Folge, daß das natürliche Expansionsbedürfnis nach der Seite des geringsten Widerstandes einen Druck erzeugt, welcher dem hierher gestellten Beamten jede Bewegungsfreiheit nimmt. Der Oberförster hat die Verwaltung und den Betrieb bis ins Kleinste zu leiten. Jede Position der ausführenden und ausgeführten Arbeiten ist von ihm in dem Revier örtlich zu prüfen, zu genehmigen bzw. zu revidieren. Auch der Forstrat hat eine spezielle Prüfung vorzunehmen. So weit erforderlich hat er ferner eine spezielle Anleitung über die Ausführung der Pläne zu geben und die Arbeiten zu überwachen und zu kontrollieren. Die Ausführung der Hauungen, Kulturen und sonstigen Amtsgeschäfte ist nach der Forstbienstninstruktion Sache des Försters. Die Geschäftskreise des Oberförsters und des Forstrats decken sich im wesentlichen und reichen unmittelbar an die Aufgaben des Försters heran. Eine wirkliche organisatorische Lücke für den Oberförster ist in dieser Stufenleiter nicht vorhanden. Vergleicht man indessen hiermit die Oberförstergeschäftsanweisung, so weisen ihm die beiden ersten Paragraphen zwar auch ein großes Feld für seine Tätigkeit an und legen ihm eine große Verantwortlichkeit auf, doch irgendwelche diskretionären Befugnisse zur Erreichung der ihm gestellten Ziele werden ihm nicht zugestanden. In jeder

seiner Dienstverrichtungen ist er gebunden an die vorgängige Genehmigung. Um jeden Baum, welcher gehauen werden soll, und um jeden Kulturplatz versammeln sich vor und nach dem Hiebe und der Kultur vier Instanzen!

Bechnpshl verlangt für den Oberförster größere Selbstständigkeit. Fehlgriffe werden vorkommen, sie werden aber nie einen so großen Umfang erreichen, wie wenn ein Oberforstmeister eine Idee generalisiert und in allen ihm unterstellten Revieren jahrelang durchführt. Hiergegen bietet die Organisation keinen Schutz, während ein Fehlgriff des Oberförsters schon nach kurzer Zeit zur Sprache kommen würde! E.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Bereitstellung der für die Heeresverwaltung und die Volkswirtschaft erforderlichen Holzmenzen.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten teilte unter dem 8. November 1916 den Rgl. Regierungen eine auszugsweise Niederschrift einer Besprechung in der Kriegs-Rohstoff-Abteilung mit, der wir folgendes entnehmen:

1. Eine Bestellung von Militärpferden für Holzwerbung ist auch nach Beendigung der landwirtschaftlichen Arbeiten ausgeschlossen. Es ist der Ankauf unbrauchbarer Militärpferde zur Bildung fliegender Kolonnen anheimzustellen.

2. Auch die Bestellung von Lastkraftwagen für die Holzgewinnung ist angesichts der bedeutenden Anforderungen an der Front unmöglich. Der Ankauf von Lastkraftwagen, welche für die Heeresverwaltung nicht mehr brauchbar sind, wird empfohlen. Solche Wagen werden von der Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft in Berlin, Friedrichstr., verkauft. Es dürfte weiter zu empfehlen sein, Förderbahnen mit Lokomotiven für die Holzgewinnung anzulegen.

3. Berufsmäßige Waldbarbeiter werden grundsätzlich den Forstverwaltungen vorzugsweise überlassen werden. Bezüglich der Ernährung der Gefangenen werden Maßnahmen erwogen werden, um den Regierungen die notwendigen Lebensmittel hierfür besonders zuzuwenden.

4. Bezüglich der Bestellung von garnisondienstfähigen Holzfällern, vorzugsweise auch von tüchtigen Vorarbeitern sind der Abteilung C1b des Kriegsministeriums Anforderungen zuzuleiten; die Abteilung C1b wird nach Möglichkeit für die Zeit vom 15. Oktober bis Ende Februar 1917 die benötigten Kräfte zur Verfügung stellen.

5. Es wäre den Regierungen nochmals anheimzugeben, die Heranziehung Strafgefangener aus den Gefängnisanstalten für Holzgewinnungsarbeiten zu erwägen.

Hieran knüpft der Minister sodann weiter folgende Bemerkungen:

Zu 1. Es empfiehlt sich, den Ankauf der Militärpferde, die nicht mehr für das Feld brauchbar sind, durch Gespannhalter, die Holzfuhrn leisten wollen, seitens der Forstverwaltung in jeder Weise zu fördern und zu vermitteln. Auch kann in Frage kommen, solche Pferde zwecks Verwendung im eigenen Fuhrwerksbetriebe der Forstverwaltung anzukaufen. Die für das Heer unbrauchbar gewordenen Pferde werden zurzeit von den stellvertretenden Generalkommandos mir zur Verfügung gestellt und von mir den Landwirtschaftskammern überwiesen. Diese verkaufen die Pferde zu den militärischerseits festgesetzten Abschätzungswerten zuzüglich der entstandenen Unkosten an Landwirte, die sich verpflichten, die Tiere zunächst bis nach Beendigung des Krieges in ihren Betrieben zu verwenden und sie vor dieser Zeit nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Landwirtschaftskammer weiter zu verkaufen. Diese Genehmigung wird nur erteilt, wenn der Verkauf dem wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht und an einen Landwirt erfolgt, der sich den gleichen Bedingungen unterwirft. Außer an Landwirte erfolgt die Zuteilung von Pferden unter Auferlegung ähnlicher Bedingungen auch an gewisse Gewerbetreibende, insbesondere an solche, deren Betriebe gemeinnützigen oder öffentlichen Zwecken dienen oder denen Lieferungen für die Armee oder Marine aufgetragen sind. Ich habe die Landwirtschaftskammern nunmehr angewiesen, bei der künftigen Verteilung dieser Pferde neben den Landwirten und den bezeichneten Gewerbetreibenden auch Forstverwaltungen, Holzkäufer und solche Gespannhalter nach Möglichkeit zu berücksichtigen, die sich verpflichtet haben und sich hierüber durch eine amtliche Bescheinigung ausweisen können, die Pferde bei der Holzabfuhr zugunsten bestimmter Forstverwaltungen oder Holzkäufer zu benutzen und nach Beendigung der Holzabfuhr in der Landwirtschaft arbeiten zu lassen oder mit Genehmigung der Landwirtschaftskammer an einen Landwirt oder Waldbesitzer oder Holzkäufer weiter zu verkaufen.

Siegen hier oder dort die Verhältnisse so, daß zuverlässige und in der Holzabfuhr erfahrene, aber nicht hinreichend kapitalkräftige Personen bereit sein würden, Holz aus Staatsforstrevieren abzufahren, sofern ihnen der Ankauf von Pferden durch Vorschüsse aus der Staatskasse ermöglicht würde, so würde ich unter Umständen bereit sein, solche Vorschüsse bei Stellung hinreichender Sicherheiten und Uebernahme bestimmter

vertraglicher Verpflichtungen seitens der Vorschußnehmer in Höhe von bis zu 60 % des Tagwertes der Pferde zu gewähren. In Fällen dieser Art könnte in Frage kommen, zur besseren Sicherung der Staatskasse das Eigentum an den Pferden der Forstverwaltung bis zur Abzahlung des gewährten Vorschusses vorzubehalten. Soweit es sich um Aufwendungen von Staatsmitteln für diese Zwecke handelt, sei es nun, daß Vorschüsse zu gewähren sind oder sei es, daß die Forstverwaltung selbst Pferde anzukaufen beabsichtigt (z. B. für den Betrieb einer Waldbahn), erwarte ich die Anträge der kgl. Regierung auf Bewilligung der erforderlichen Geldbeträge.

In allen Fällen ist dafür zu sorgen, daß die Pferde, die im Interesse der Holzabfuhr angekauft werden sollen, sobald wie möglich und auch schon vor der Ueberweisung der Mittel durch mich bei der zuständigen Landwirtschaftskammer angemeldet werden.

Da ein großer Teil der den Landwirtschaftskammern überwiesenen Pferde nach ihrer Beschaffenheit für die Holzabfuhr nicht in Frage kommt, da ferner in nächster Zeit diejenigen Pferdebesitzer, die bei den jetzt vorgenommenen Zwangsaushebungen Pferde abgegeben haben, in erster Linie zu berücksichtigen sind, so wird mit einer sehr erheblichen Zuweisung von Pferden für die Holzabfuhr kaum gerechnet werden können. Umso mehr ist es von Wichtigkeit, von jeder sich bietenden Gelegenheit zur Verstärkung des geringen, für die Holzabfuhr verfügbaren Pferdebestandes gewissenhaften Gebrauch zu machen.

Zu 2. Lastkraftwagen, die für die Zwecke der Heeresverwaltung nicht mehr brauchbar sind, werden nach Wiederherstellung von der Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft in Berlin, in den Handel gebracht. Ausgebildete Kraftwagenfahrer können unter Umständen von dem im Kriegsministerium beschäftigten Hauptmann d. L., Forstmeister Dr. Storp, nachgewiesen werden.

Neue und gebrauchte Waldbahnen zum Betriebe mit Pferden oder mit Lokomotiven werden vielfach angeboten. Der Verband deutscher Tiefbauunternehmer in Berlin-Wilmersdorf wird vorhandene Bestände dieser Art nachweisen können. Auch werden öffentliche Aufforderungen zur Einreichung von Angeboten Erfolg versprechen.

Zu 3. Die Lieferung von Lebensmitteln für Kriegsgefangenen-Kommandos aus den Lagern ist durch den Runderlaß des Kriegsministers vom 8. X. 16¹⁾ neu geregelt worden und wird voraussichtlich nunmehr nach Bedarf ohne die früheren Erschwernisse erfolgen. Die vorzugsweise Ueberlassung von Kriegs-

¹⁾ Dieser Runderlaß ist nachstehend mitgeteilt.

fangenen, die berufsmäßige Waldbarbeiter sind, ist von großer Wichtigkeit und wird unter Berufung auf den kriegsministeriellen Erlaß von den Lagerkommandanten immer wieder zu erbitten sein.

Zu 4. Anträge auf Bestellung von garnisonstüchtigen Holzhauern, insbesondere auch von tüchtigen Vorarbeitern sind von der Rgl. Regierung direkt an die Abteilung C1b des Kriegsministeriums zu richten. Ich empfehle wiederholt, von dieser Möglichkeit, den Bestand an gelernten Waldbarbeitern zu ergänzen, ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Zu 5. Wegen der Verwendung von Strafgefangenen der Verwaltungen der Justiz und des Innern bei der Waldbarbeit nehme ich Bezug auf den Erlaß des Herrn Justizministers an die Oberstaatsanwälte vom 3. Oktober 1916.

Dieser Erlaß lautet:

„Der gesteigerte Bedarf der Holzverbrauchenden Industrien hat bei der Forstverwaltung zu Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitskräften geführt. Es fehlen vor allem geübte Holzarbeiter, namentlich Vorarbeiter. Die ersten Staatsanwälte sind daher anzuweisen, etwaigen Gesuchen der Forstverwaltung von Strafausschub oder Strafunterbrechung für Forstarbeiter nach Möglichkeit zu entsprechen. Sollten sich in den Justizgefängnissen derartige Personen befinden, deren Verurteilung nicht in Frage kommt, und lassen sich aus ihnen Arbeitskolonnen, die den staatlichen Forstverwaltungen zur Verfügung gestellt werden könnten, nicht bilden, so ist durch Benehmen mit den Regierungspräsidenten festzustellen, ob etwa bei den Gefängnissen der inneren Verwaltung solche Arbeiterkolonnen für die Staatswaltungen zusammengestellt werden, und ob diesen Kolonnen die in Betracht kommenden Gefangenen aus den Justizgefängnissen zugeteilt werden können.“

Ich vertraue, daß die Rgl. Regierungen der Frage der Beschaffung von Holzhauern für die Schlagarbeiten und von Pferden, Kraftwagen und Waldbahnen für die Holzverbringung ihre volle Aufmerksamkeit fortgesetzt zuwenden werden. Die immer schwieriger gewordene rechtzeitige Bereitstellung der für die Bedürfnisse von Heer und Volk erforderlichen Holzmassen ist von allererster Bedeutung.

* * *

Verpflegung der beim Holzeinschlag beschäftigten Kriegsgefangenen.

Durch Erlaß des Kriegsministeriums vom 8. Oktober 1916 wird zunächst anerkannt, daß zur Sicherung des im Interesse der Heeresverwaltung und Volkswirtschaft unbedingt erforderlichen Holzeinschlages die

bei den Forstgefangenenkommandos hervorgetretenen Verpflegungsschwierigkeiten behoben werden müssen, und sodann weiter folgendes ausgeführt.

Von dem Grundsatz, daß nur solche Kommandos von den Lagern mit Lebensmitteln beliefert werden können, welche die Kriegsgefangenenverpflegung in Eigenbetrieb genommen haben, kann nach den sehr mißlichen Erfahrungen, die mit der Unternehmerverpflegung gemacht sind, nicht abgegangen werden, zumal sich bei dieser kaum eine Kontrolle darüber durchführen läßt, daß rationierte Nahrungsmittel nicht doppelt empfangen werden.

Die Kommandos der Arbeitsstätten mit Eigenwirtschaft werden aber künftig nach Maßgabe der vorhandenen Bestände die Nahrungsmittel von den Stammlagern erhalten. Anforderung seitens der Kommandos hat mindestens 14 Tage vor dem Verbrauch der Vorräte zu erfolgen; die anzufordernden Mengen müssen der Größe und Art der vorhandenen Vorratsräume entsprechen, doch können Nahrungsmittel auf eine längere Zeit wie für 4 Wochen nicht geliefert werden.

Auch Pöfelsfleisch wird auf Antrag geliefert werden und zwar ein eiserner, für ungefähr 14 Tage reichender Bestand, welcher der Verrechnung auf die zuständige Fleischmenge unterliegt und nur angegriffen werden soll, wenn die kommunalen Fleischüberweisungen sich verspäten oder ausbleiben, jedenfalls aber innerhalb der Grenzen der Haltbarkeit. Kann ein Vorrat auf längere Zeit nicht gehalten werden, muß das Pöfelsfleisch von Fall zu Fall vom Stammlager angefordert werden. Die Stammlager werden sich aber nötigenfalls mit den zuständigen Stellen ins Benehmen setzen, damit die Gemeinden das von ihnen zu liefernde Frischfleisch tunlichst rechtzeitig und vorschriftsmäßig hergeben. Es ist zu hoffen, daß diese Regelung genügen wird. Sollten gleichwohl noch vereinzelt Unregelmäßigkeiten hervortreten, so wird ersucht, diese unmittelbar, nötigenfalls telegraphisch, durch die Oberförstereien zur Kenntnis der betr. Inspektion der Kriegsgefangenenlager gelangen zu lassen. Auch wird es sich empfehlen, durch die Rgl. Regierungen auf die Kommunalverbände erneut einwirken zu lassen, daß sie ihren Verpflichtungen zur Lieferung von Fleisch usw. für die Arbeiterkommandos unter 100 Mann nachkommen.

(Schluß folgt.)

N o t i z e n.

A. Deutsche Heldenhaine.

Im Novemberheft 1916 haben wir den von der „Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Heldenehrung“ ver-

breiteten Gedanken von Willy Bange: „Jedem Gefallenen in seiner Heimat eine Eiche zu pflanzen“ eingehend besprochen. Zu dieser Frage, der Anlage von Heldenhainen, haben nun

neuerdings Männer Stellung genommen, zu denen das deutsche Volk mit besonderem Vertrauen und Dankbarkeit ausblickt. Alle bekunden ihr volles Einverständnis, indem sie sich in folgender Weise äußern:

Großes Hauptquartier, 3. Februar 1917.

Unsere bravsten Soldaten lehren nicht in die Heimat zurück; sie haben ihren Eidschwur mit dem Tode besiegelt und ruhen in Feindesland.

Dahem ihnen ein Denkmal in Heldenhainen zu setzen, ist ein verdienstliches Werk der Dankbarkeit und treuen Gedankens.

Mögen diese deutschen Eichen ein Wahrzeichen werden für das jetzige und die kommenden Geschlechter, stets der Männer sich zu erinnern, deren Herzblut Deutschlands Durchhalten und Sieg gegen eine Welt in Waffen verbürgte. Der deutsche Baum knorrig fester Wurzel entwachsend, sei ein Sinnbild der Kraft des Einzelnen, ihre Vereinigung ein Abbild der Sammlung zu gleichem Ziel.

Nach Menschenaltern noch künde das Rauschen der Heldenhaine die Erinnerung an die Zeit, in der das Vaterland all seine Söhne rief und von jedem fordernte, sein Bestes willig zum Wohle des Ganzen zu geben. Kinder und Kindeskinde sollen in den Hainen die Kraft finden, nachzufühlen, nachzueifern und bereit zu sein, wenn wieder das Vaterland ruft zu neuem Waffengange. Das ist der schönste Dank an diejenigen, die durch ihr Sterben für Kaiser und Reich den Boden schafften zu freier, stolzer Weiterentwicklung unseres geliebten, deutschen Vaterlandes!

Das walle Gott!

von Hindenburg.

Kriegsministerium. Berlin W. 66, 6. Januar 1917.

Der Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Heldenhaine sage ich für Uebersendung der Schrift „Deutsche Heldenhaine“ mit Nachträgen meinen herzlichsten Dank. Man sollte solche Fragen nicht nach dem Geldwerte behandeln. Etwas höheres liegt zu Grunde und muß gepflegt werden.

In verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes ragen einzelne Bäume einsam aus der Umgebung hervor. Ihr Ursprung und Alter ist sagenhaft umwoben. Mögen sie die Versammlungsplätze unserer Vorfahren beschattet haben oder zur Erinnerung an besondere Ereignisse gepflanzt sein oder auch das einsame Grab eines Helden bezeichnen, immer werden sie einen Schauer der Ehrfurcht erregen als Zeugen eines besonderen Geschehens aus alter Zeit, an denen viele Jahre des Lebens unsers Volkes vorüber gezogen sind.

Wenn wir heute unseren gefallenen Helden zum Gedächtnis Haine pflanzen, so sollen sie ein lebendiges Zeugnis geben von der Volkstreue unserer Toten. Mag auch sie einst die Sage umspinnen und die längst vergangene schwere Zeit verkünden, so sollen sie doch den Nachfahren den das große Ereignis dauernd im Bewußtsein erhalten. Vielleicht lauscht ein Dichter oder das dichtende Volk dem Rauschen ihrer Wipfel und dem Gesang der gesiederten Sängers, die in ihnen wieder eine Heimstätte gefunden haben. Dann mögen neue Wieder erklingen, die das Gedächtnis und die Taten unserer Gefallenen lebendig erhalten, so lange unser deutsches Volk besteht.

So denke ich mit dem Sinn der Heldenhaine und ich begrüße sie als Wiederaufnahme eines geheiligten uralten Brauchs unseres Volkes.

v. Siein.

Kriegsministerium. Berlin W. 9, 27. Dezember 1916.

Kriegsamt.

Ich begrüße die Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft durch Errichtung von Heldenhainen die Dankbarkeit für die

auf dem Felde der Ehre Gefallenen wach zu erhalten, auf wärmste. Solche Erinnerungsstätten werden das Volk ermahnen, an der unter dem Drange der Not neuerstandenen Einigkeit aller Volksschichten untereinander festzuhalten, was anders nicht das Leben von Hundertausenden von Deutschland Söhnen umsonst geopfert sein soll.

Groener,

Generalleutnant, Chef des Kriegsamts.

D. Aufruf!

An die deutschen Jäger!

Die Stärkung unserer Armee macht es zur unabwiesbaren Notwendigkeit, alle in der Heimat und im besetzten Gebiet irgendwie erfahrbaren Militärpersonen für den Waffendienst freizumachen. Eine große Anzahl von Militärpersonen wird zur Zeit durch den Bahn-, Brücken- und Grenzschutz, die Gefangenbewachung, sowie den sonstigen Wach- und Sicherheitsdienst in Anspruch genommen. Sie muß jetzt durch solche Personen ersetzt werden, die im Gebrauch der Schusswaffe geübt, möglichst in der Lage sind, sich selbst mit einer Waffe auszurüsten und für die Verwendung im stehenden Heere nicht mehr in Frage kommen.

Das Vaterland verlangt dringend, von jedem einzelnen, soweit er nicht im Heere steht oder in Hilfsdienstbetrieben beschäftigt ist, sich jetzt zur Verfügung zu stellen.

Der deutsche Jäger, im Waffengebrauch geübt und durch das Badewerk abgehärtet, ist besonders befähigt hier einzutreten. Im Hinblick auf das bringende Gebot der Stunde und da das Vaterland mit jedes deutschen Mannes Hilfe rechnet, richte ich auf Veranlassung des Kriegsamts an alle hierfür in Betracht kommenden deutschen Jäger die eindringliche Aufforderung, sich den zuständigen Stellen unverweilt zur Verfügung zu stellen. Niemand darf die Uebernahme einer auch nur untergeordneten Tätigkeit scheuen, im Dienste des Vaterlandes ist jeder deutsche Mann an dem ihm zugewiesenen Platze am rechten Ort.

Die eigene Waffe darf geführt werden. Auch diejenigen, welche in ihrem Berufe nicht voll beschäftigt sind, können Dienste leisten.

Die für den Bereich der Landesvereine in Frage kommenden Kriegsamtstellen veröffentlichen Aufrufe mit näherer Angabe, für welche Arbeitsleistungen Menschen gesucht werden und wo die Meldungen zu erfolgen haben. Bei den örtlichen Arbeitsnachweisen sind Hilfsdienstmeldestellen, die jede Art von Meldungen annehmen und Auskünfte erteilen. Die Geschäftsstellen der Landesvereine nehmen gleichfalls Meldungen aus Mitgliederkreisen zur Weitergabe zuständigen Orts entgegen. Den Meldungen wäre eine Erklärung beizufügen, ob sich der Betreffende für das besetzte Gebiet oder zum Dienste in der Heimat melden und in letzterem Falle, zu welchen Tages- und Nachtzeiten er sich zur Verfügung stellt.

Wenn von uns Zeit und Tätigkeit es erlauben, dem Vaterlande zu nützen, der hat die dringende Pflicht, seine Person jetzt zur Verfügung zu stellen.

Der deutsche Jäger hat seit Kriegsbeginn sich stets und opferfreudig in den Dienst des Vaterlandes gestellt, ich habe daher die feste Zuversicht, daß mein Aufruf überall in unsern Reihen vom besten Erfolg gekrönt sein wird.

Kaaden, den 1. März 1917.

Mit Weidmannsheil!

Der Präsident

Victor Herzog von Ratibor.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Mai-Juni 1917.

Die forstlich-volkswirtschaftliche Aufgaben nach dem Weltkriege.

Von Oberförster A. Müller, z. B. im Felde.
(Schluß.)

Beförderung der allgemeinen Bodenkultur durch forstliche Maßnahmen.

Wenn der heimische Boden zu Nutz und Frommen der Unabhängigkeit nachhaltig sein Bestes hergeben wenn wir alle seine Kräfte und Stoffe restlos pfleglich ausnutzen wollen, dann müssen alle Aufgaben der Bodenkultur sich verständnisvoll und rückwärts ergänzen und unterstützen. Im Sinne dieser Überlegung entsteht die Frage, welche Rolle unser Wald Schutzwald und als Nutzwald gegenüber der Landwirtschaft zu spielen berufen ist, sodann aber auch die Frage, ob unsere bisherigen Anschauungen vom unbegrenzten (absoluten) Waldboden noch die alte Geltung beanspruchen dürfen.

a) Schutzwald.

Wald aller Arten und aller Flächengrößen kann unter bestimmten Voraussetzungen dem Kulturgelände dienen, ja unentbehrlichen Schutz gewähren. Es müssen diese Verhältnisse überall sorgsam an Ort und Stelle zu studieren und sich für Pflege und Erhaltung als Schutzwald erkannten Waldbestände einzusehen, wo Bedarf auch Neuanlagen zu schaffen. Soweit bei forstpolitischen Maßnahmen in Frage kommen, mußte besonderes Gewicht auf anschauliche Belehrung und Ueberzeugung der mittleren und kleinen Grundbesitzer zu legen sein.

a) Schutz gegen kalte Winde kann ein Grundstück endlich im Ertrage heben. Sehr anschauliche Beispiele hierfür gewährt unter anderem ein Vergleich zwischen Obstgärten, die von passend gelegenen Waldstücken umgeben sind, und zwischen freiliegenden Gärten. Maßgebend ist hier vor allem der Einfluß der kalten Winde auf die Blüten und Früchte¹⁾, bei anderen Kulturen auch der Einfluß auf das Wachstum der

Blattorgane. Weitere Untersuchungen über diese Wechselbeziehungen wären mit Dank zu begrüßen. Sie würden weitere Kreise darüber belehren, daß der Windschutz keineswegs nur in ausgesprochenen Freilagen (Meeresküsten, Hochebenen usw.) hohe wirtschaftliche Bedeutung beansprucht. In Heidegegenden gewähren vorgelagerte Waldstücke den Feldern und Gärten auch Schutz gegen kalte Nebel.

β) Erhöhte Beachtung dürfte auch der Schutz verdienen, den der Wald gegen Verluste an kulturfähigem Boden und gegen Beschädigungen von Kulturgewächsen gewährt, wie sie durch Abspülung von Ackerkrume, Ueberwehung mit Flugand, durch Steinerschlag, Erdbeben u. dgl. entstehen. Neben den großen Verheerungen dieser Art im Dünen- und Flugandgebiete und im Hochgebirge finden wir allerorten kleine Schäden und Verluste, die sich allmählich zu hohen volkswirtschaftlichen Werten summieren. Eins der wichtigsten Vorbeugungsmittel gegen solche Verluste bietet der Holzwuchs aller Arten und Betriebsformen. Um dieses Mittel zur vollen Geltung zu bringen, müssen die den Holzwuchs erhaltenden und begründenden Maßnahmen den örtlichen Verhältnissen besonders sorgfältig angepaßt werden. Neben eigentlichen Waldstücken kommen je nach Lage, Boden usw. auch Baumreihen, Baum- und Strauchgruppen sowie Hecken in Frage.

Ähnliche Erwägungen gelten auch häufig für den Schutz von Feldern, Gärten usw. gegen Straßenstaub und Hüttenrauch.

Auf die bedeutsamen Wechselbeziehungen zwischen Holzwuchs und Wasserhaushalt kann hier nur hingewiesen werden.

γ) Bei Würdigung der erwähnten Schutzgehölze bedarf ein Punkt besonderer Erwähnung. Man befürchtet oft nachteilige Einflüsse der Holzgewächse auf das angrenzende Kulturgelände. Allerdings kann die Beschattung und Durchwurzelung Schaden verursachen. Abgesehen davon, daß dieser Schaden oft nachweisbar durch nützliche Einflüsse aufgewogen wird, läßt er sich auch bei entsprechender Anpassung an das Gelände, an die Himmelsrichtung und an die Kulturart oft ganz ausschalten. Wo hochstämmige Holzbestände im ein-

¹⁾ Ähnliche Beobachtungen wurden in der Kleinasien gemacht. Dort ist die Hebung der so wichtigen Feigenzucht auf gewissen Standorten vollkommen abhängig vom Vorhandensein des Schutzwaldes.

zelnen Falle nicht angebracht erscheinen, wird man oft mit Vorteil auf einen dem Standorte angemessenen Ausschlagholzbetrieb zurückkommen und unter Umständen selbst nützlichen Strauchwuchs nicht verschmähen.

Auch die Beschaffenheit des an das Kulturgelände grenzenden Gehölzrandes ist wichtig. Ein naturgemäßer Waldbaum baut sich, im Querschnitte betrachtet, nach dem Bestandsinnern zu nachschrägig auf. Er enthält am äußeren Rande meist viele Dickholzarten, viele laubabwerfende Gehölze sowie zahlreiche zwischenwüchsig und unterwüchsig Bäume und Sträucher. So finden wir z. B. die Bäume zweiter und dritter Größe vorzugsweise in derartigen Waldbäumen.

Aus diesen Gründen wird der naturgemäß aufwachsende oder vom Menschen entsprechend erzogene Bestandsbaum neben sonstigen Vorzügen auch den aufweisen, daß er das angrenzende Gelände weit weniger beschattet, als etwa ein gleichförmig hochstämmiger Bestandsrand, der aus einer einzigen wintergrünen Schattenholzart gebildet wird.

Holzarten mit Wurzelbrut oder mit besonders weit streichender Bewurzelung werden womöglich in angemessenem Abstände von wertvollem Kulturboden zu halten sein.

Das Gesagte bezieht sich natürlich auch auf den noch zu betrachtenden Fall, daß der Wald auch dem unmittelbaren landwirtschaftlichen Nutzen dienstbar gemacht wird.

Die allgemeine Bodenkultur wird weiter gefördert b) durch **Nutzwald**, indem bestimmte Waldstücke der Landwirtschaft unmittelbar dienstbar gemacht werden. Die Möglichkeiten einer solchen unmittelbaren Dienstbarkeit beanspruchen heutzutage m. E. erneut eine unbefangene Würdigung. Hat man doch diese Wechselbeziehungen lange Zeit in Erinnerung an frühere Mißbräuche oft mit Voreingenommenheit betrachtet. An uns ist es künftig, auf diesem Gebiete Mittel und Wege zu erkunden, um die Waldbpflege soweit möglich mit anderweiten Interessen in Einklang zu bringen.

a) **Waldweide und verwandte Nutzungen.**
Für manches kleinbäuerliche Waldstück, ja selbst für manchen Bestand in größeren Waldungen hält der Nutzen der Waldweide dem Schaden die Wage oder er überwiegt ihn sogar. Hier wie bei allen forstlich-volkswirtschaftlichen Problemen ist selbstverständlich eine sachverständige und vorurteilslose Prüfung der örtlichen Verhältnisse die Grundbedingung. Ebenso wichtig ist bei allen diesen Fragen eine möglichst enge Fühlungnahme der leitenden und beratenden Forstbeamten mit erfahrenen Landwirten.

Unter allen Formen der Waldweide dürfte gegenwärtig der Eintrieb von Schweinen besonders erhöhte Beachtung verdienen. Er ist auch neuerdings in seiner

rein forstwirtschaftlichen Bedeutung wieder mehr würdigt worden, so z. B. im Bunzlauer Stadtwald und in einigen Waldungen der Mark. Ausführliche Darlegungen über Schweineeintrieb (und zwar aus Standpunkte modernster Praxis aus) finden sich namentlich in der Literatur der niederländischen Deblageverbesserungen (Flugblätter der Staatsforstverwaltung Zeitschrift der Heidegesellschaft). Mustergültige Einrichtungen auf diesem Gebiete habe ich vor Jahren in den ausgedehnten Heideaufforstungen von Schorl (niederländisch Brabant) studiert. Wenn dort und anderswo zunächst die forstlichen Tugenden des Schweines (Bodendurchlüftung, Vertilgung tierischer Schädlinge) im Besten des Waldes verwendet wurden, so dürfte in Deutschland künftig der allgemeine volkswirtschaftliche Nutzen (Ausnutzung von Futterstoffen, Darbietung naturgemäßer Lebensbedingungen) als ebenbürtig neben den rein forstlichen Nutzen treten. Der Schweineeintrieb in den Wald erscheint auch als eine zeitlich örtlich beschränkte Maßregel berufen, der Gesundheit der Herden zu dienen und damit auch unmittelbar unsere Erzeugung an Fleisch und Fett zu fördern.

Als landwirtschaftlicher Nutzwald können jetzt solche Waldstücke gelten, die dem Betriebe von Hühner- und Entenfarmen dienen. Ebenso die Gehölze in und an Dauerweiden, denn die für unsere Viehzucht höchst wichtig erkannte Dauerweide kann einzeln oder in kleineren Waldstücken schwer entzogen, um dem Vieh außer Schatten auch Gelegenheit zum Scheuern zu gewähren.

Endlich können auch unsere Waldungen und Forstbestände stellenweise noch weit mehr als bisher der wirtlichen Bienenzucht nutzbar gemacht werden. Ich habe dabei zunächst an allgemeine Anwendung der Bienenzucht mit tragbaren Stöcken (ähnlich der Heideimter) wie ich sie vereinzelt z. B. in den einsamen märkischen Kiefernwaldungen (Gegend von Belgig und Trebbin) gefunden habe.

Förderlich würde es ferner sein, dort, wo es Standort und Bestandsform erlaubt (also namentlich wie im Waldbaume) die Binden zu begünstigen. Die Pflege liegt uns ja ohnedies wegen der Delgewinnung und wegen des Holzes am Herzen. Für die Bienenweide ist die kleinblättrige Linde besonders wertvoll. Sie beginnt in Deutschland leider selten zu werden. Daher erwirbt sich der Forstwirt ein Verdienst, wenn er sie gelegentlich auch im Saat- und Pflanzbeete berücksichtigt und sie wohl auch zur Einzelauspflanzung an Wegen und auf freien Plätzen verwendet. Die weiteren forstliche Bienenpflanzen sind die Aspe und unter den Strauchweiden namentlich die Sahlweide. Beide sind höchst wichtig für die erste Frühlingstracht. Kleine Bestände beider Holzarten sind auf Deblage

auf gewissen schwierigen Standorten oft sehr am Platze, so z. B. die Aspe auf Sand in Frostlagen, die Kiefer auf Geröllstellen. Daß beide zur Blüte- und zur Fruchtzeit auch ein eintöniges Landschaftsbild verschöner, sei nebenbei erwähnt.

Waldstreue und sonstige Nutzungen.

Unter bestimmten örtlichen Verhältnissen können auch alle Formen einer mäßigen Streunutzung zeit- undorts zur Unterstützung des Landwirtes herangezogen werden. In einzelnen Fällen wird dies zugleich den wirtschaftlichen Zwecken dienen. Es gilt daher, diesen Verhältnissen durch unbefangene Prüfung Fall zu Fall Rechnung zu tragen. Aufgabe des Landwirtes wird es hierbei stets bleiben, aufklärend und überzeugend zu wirken, um jeder mißbräuchlichen Ausnutzung entgegenzuarbeiten.

Bei dem Streben, die landwirtschaftlichen Erträge Heimatbodens zu heben, werfen wir vielleicht künftighin als bisher prüfende Blicke auf die Möglichkeit einer gelegentlichen Verbindung des Waldbaues dem Feldbau. Auch diese Möglichkeit verdient wohl ein sorgfames und unbefangenes Studium. Insbesondere sollte man stets erwägen, ob landwirtschaftlicher Vorkulturbau als Kulturmaßregel bei der Benutzung kahler Flächen möglich und ratsam ist. Ein kühnes Feld der Betätigung bietet hier namentlich die Neulandaufforstung. Die Praxis hat erwiesen (es gilt hier wohl auf die besonders umfangreichen einschlägigen Erfahrungen der Niederländer hingedeutet werden), daß der Vorkulturbau gewisser Feldgewächse auf den höchst ungünstigen Neulandflächen bahnbrechend ist für den späteren nachhaltigen Waldbau. Allerdings ist hierbei oft ein sehr hoher Kapitalaufwand Bodenbearbeitung und Düngung unerlässlich. Aber der Aufwand wird bald durch die sich rasch vererndenden Ernten an Hafer, Hackfrüchten usw. gedeckt. Daß der kleine Besitzer bei solchen doppelt gemeinnützigen Neulandverbesserungen meist der Unterstützung durch die Gemeinde vorzuziehen und mit sachmännlicher Beratung bedarf, braucht kaum erwähnt zu werden.

c) Es sei gestattet, in diesem Zusammenhange noch die Frage zu berühren, ob die Bewaldung, die wir haben bezw. die wir bei Neuaufforstungen anstreben, im Einklange steht mit der erhöhten Notwendigkeit, der Landwirtschaft alle geeigneten Flächen anzuweisen. Ebenso wie wir früher von unbedingten (absoluten) Waldböden oder besser Waldstandorten sprachen, möchte der Forstwirt künftig auch die Standorte gelegentlich daraufhin ansprechen, ob sie etwa unbedingte Eignung für Feld, Wiese oder Weide besitzen. Erkennt man unzweifelhaft derartige Standorte im Waldgelände, so wird man von Fall

zu Fall zu erwägen haben, ob eine Umwandlung (etwa beim nächsten planmäßigen Abtrieb des Bestandes) geboten oder erwünscht ist. Bisweilen wird sich im zusammenhängenden Waldgelände aus solchen Erwägungen eine zweckmäßige Isolierung gefährdeter Bestandskomplexe (Feuer, Sturm) ergeben. Am häufigsten werden Erwägungen dieser Art Platz greifen müssen bei größeren Neuaufforstungen, insbesondere auf Neulandflächen. Selbstverständlich verdient auch hier das Bedürfnis nach Schutzwaldbeständen (und zwar in dem bereits erörterten weitesten Sinne dieses Begriffes) stets besonders sorgfame Berücksichtigung.

Die Vermehrung unserer deutschen Ernährungsfläche wird übrigens der stets wünschenswerten Vermehrung unserer Holzbestände keineswegs hinderlich sein. Es gilt nur, einerseits alle wirklich aufforstungsbedürftigen Flächen zu bewalden, andererseits die zahlreichen verwahrlosten Waldstücke des Privatbesitzes einer pfleglichen Wirtschaft entgegenzuführen, mit anderen Worten, alle unbedingten Waldstandorte Deutschlands bezw. Mitteleuropas nachhaltig forstwirtschaftlich auszunutzen.

III. Ausnutzung des Waldes für die Volksgesundheit.

Der deutschen Volkswirtschaft erwächst infolge des Krieges neben vielen anderen dringenden Aufgaben auch die hochbedeutsame Aufgabe, ihre Verluste an menschlicher Arbeitskraft und an Rüstigkeit möglichst bald wieder zu ersetzen. Nicht nur die Dankeschuld, sondern auch das vielseitige Bedürfnis unseres Wirtschaftslebens und unserer Wehrkraft drängt uns dazu, Verwundeten, Kranken und seelisch Gebrochenen mit allen Mitteln heilend beizustehen. Andererseits gilt es heute mehr als je zuvor, dem heranwachsenden Geschlechte, Frische, Kraft und Heimatliebe zu geben.

Bei allen Bestrebungen dieser Art verdient der heilende und belebende Einfluß des Waldes planmäßige Berücksichtigung.

a) Der Wald als Gesundungsstätte.

Der Aufenthalt im Walde wirkt auf den Menschen wohlthätig durch die Ruhe, die staubfreie Luft, den zur tiefen Atmung anregenden Harzgeruch usw. Weniger bekannt ist, daß der durch den Waldbestand gewährte Windschutz in der rauhen Jahreszeit und bei Sonnenschein oft ein örtliches Sonderklima schafft, dessen Milde z. B. für Lungenleidende höchst beachtenswert ist. Näheres hierüber habe ich in den Mitt. der d. dendrol. Ges. 1914 („Forstliche u. dendrologische Aufgaben der modernen Großstädte“) erörtert.

Die Verwertung dieser Heilfaktoren darf sich m. E. nicht auf die Waldungen von Kurorten und Heilanstalten beschränken. Jedes in der Nähe von Ort-

schaften gelegene Waldstück vermag solchen Leidenden und Genesenden zu dienen, die aus irgend welchem Grunde an ihren Wohnort gebunden sind. Bei dem wohl überall vorauszusetzenden Entgegenkommen der betreffenden Waldbesitzer wird sich häufig die Gelegenheit bieten, den Wünschen der genesungsuchenden Waldbesucher Rechnung zu tragen, ohne daß dabei wirtschaftliche Opfer gebracht werden müssen.

b) Der Wald als Erholungsstätte.

Auch der volkswirtschaftliche Wert, den der Wald für den erholungsuchenden Spaziergänger besitzt, wird leicht unterschätzt. Uebrigens ist sehr begreiflicher Weise der Forstwirt in Folge der Rücksichtslosigkeiten mancher Waldbesucher bisweilen etwas voreingenommen gegen das gesamte waldbesuchende Publikum. Zweifellos sollen grobe Störungen der Waldesruhe und Beeinträchtigungen der Wirtschaft nicht geduldet werden.¹⁾ Aber ein sehr großer Teil der Fremden und der Anwohner betritt den Wald mit rücksichtsvoller Freude und Andacht, sucht und findet in ihm seelische und körperliche Erquickung und nicht selten auch neue Arbeitsfrische und neuen Lebensmut. Diesen Erholungsuchenden den Waldgenuß nach Möglichkeit zu erleichtern, bedeutet daher eine Erhaltung und Schaffung volkswirtschaftlicher Werte. Nicht unerwähnt darf hierbei bleiben, daß der Wald namentlich auch für Herz und Sinne der heranwachsenden Jugend ein unerschöpflicher Quell des reinen Naturempfindens und der Heimatliebe werden kann, ein Quell, dessen Segnungen wir für unser Volkstum und unsere Volkswirtschaft auszunutzen verpflichtet sind.

Ueberblicken wir zum Schluß die Reihe der hier skizzierten forstlich-volkswirtschaftlichen Aufgaben, so erkennen wir, daß die größeren Wirtschaftswaldungen nicht allein allen diesen Aufgaben gerecht werden können. Es bedarf hierzu der Mitwirkung unseres gesamten Waldbestandes und aller bewaldungsfähigen und bewaldungsbedürftigen Standorte des deutschen (mitteleuropäischen) Bodens. Ueberaus wichtig ist es daher, daß alle für das Wohl des Landes und des Volkes besorgten Kreise an der Verbesserung, Erhaltung und Vermehrung des privaten Waldbesitzes arbeiten, daß die weitesten Kreise mehr und mehr von dem Verständnis für pflegliche Waldwirtschaft durchdrungen werden.

¹⁾ Auf Grund längerer praktischer Beschäftigung mit diesem Gegenstande vertritt ich die Ansicht, daß der rücksichtslose Teil der Waldbesucher meist aus Unkenntnis stört und schädigt. Belehrung und Aufklärung (namentlich auch gegenüber der Jugend) ist darum ebenso wichtig wie eine straffe aber kalkvolle Handhabung polizeilicher Maßnahmen.

Entstehung und Entwicklung des Rumänischen Forstwesens.

Vom Fürstlich Schönbургischen Forstmeister Adolph

Nachdem Rumänien durch seine Teilnahme am Weltkrieg augenblicklich in den Vordergrund der Ereignisse getreten ist, und nach nun der größte Teil dieses schönen und fruchtbaren Landes von unseren über alles Lob erhabenen tapferen Truppen im Vereine mit den verbündeten Mächten erobert ist und bereits Zivilverwaltung dort eingerichtet wird, dürfte es von Interesse sein, etwas über das seitherige rumänische Forstwesen zu hören, worin dem Verfasser vermöge einer nunmehr 37 jährigen forstlichen Tätigkeit auf den Besitzungen Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schönburg-Waldenburg Rumänien eingehende Studien und Erfahrungen zur Verfügung stehen. Es sei zunächst mit dem geschichtlichen Teile begonnen.

Rumänien verfügte im Altertum über einen großen Waldbreichtum und insbesondere war es die Moldau, welche mit ausgedehnten Wäldern bedeckt war, die in Waldungen des Gebirges, des Hügellandes und der Ebene teilten.

Insbesondere schreibt Demeter Cantimir in seinen Schilderungen über die Moldau vom Jahre 1774, daß die Wälder von hervorragender Schönheit und Güte gewesen sind, die durch zahlreiche Eichenbestände sowohl im reinen als gemischten Bestande von vorzüglicher Qualität, erhöht wurde. Das Eichenholz von besonders guter Qualität für Schiffsbauten gewesen. Insbesondere war nach diesem Autor die Gegend von Cotnari bei Jassy mit sehr schönen Eichenbeständen bestockt, die ihre Entstehung dem berühmten moldauischen Fürsten Stephan dem Großen verdankten, der das frühere dortige flache Feld mit der Eiche bestockte, daß er die in seinen siegreichen Schlachten gefangenen die Polen gemachten Kriegsgefangenen an Pflanzspannen, das Feld beackern und mit Eichen bestockte. Auch der damals zur Moldau gehörige Ort von Bessarabien, der heute von Wald vollständig bedeckt ist, soll reich an Eichenbeständen gewesen sein.

Auch in der Wallachei befanden sich herrliche Eichenwälder, von denen heute nichts mehr oder doch nur geringe Spuren zu sehen sind und in den Kreisen Teleorman und Braila ist das Prozent des bewaldeten Bodens auf 2,2—4,9 herabgesunken. Untersucht man nun, welches die Gründe sind, die die Abnahme des Waldes in Rumänien so sehr gefördert und auf den heutigen geringen Stand gebracht haben, so findet man zunächst, daß es die vielen Störungen waren, welche die Staatsorganisation der beiden Fürstentümer Moldau und Wallachei durch den Einbruch und die Ver

ungen slawischer, türkischer und anderer Völker zu erleiden hatten, die ihr gutes Teil zur Verminderung des Waldbareales in Rumänien trugen. Insbesondere waren es die Türken, welche heute Mengen von Bauholz teils für den Wiederaufbau niedergebrannter Stadtteile von Konstantinopel und anderer Orte Rumeliens, teils für den Bau von Schiffen und Brücken aus Rumänien ausführten. So wurde z. B. bei dem Friedensschluß zwischen Rußland und der Pforte im Jahre 1802 bestimmt, wenn Holz für die Türkei nötig sei, dasselbe den Fürstentümern der Moldau und Wallachei entnommen werden solle, und daß das Holz von diesen Ländern zu den geringsten Kosten an Ort und Stelle des Verbrauches transportiert werden solle.

Es kamen aber damals auch Kaufleute aus anderen Häfen des schwarzen Meeres und aus Aegypten, die große Mengen Holz zu lächerlichen Preisen kauften, nicht der Verkäufer, sondern der Käufer die Preise bestimmte. Vor allem waren es die der Moldau zunächst liegenden Wälder, welche bezimert wurden, da dieselben für die Verfrachtung auf Schiffen am günstigsten lagen.

Als zweite Hauptursache für die Verminderung des Waldbareales in Rumänien ist der frühere enorme Holzverbrauch für die Pflasterung in den Straßen der größeren rumänischen Städte, wie Jassy, Bukarest, Iwowa usw. anzusehen. Diese Straßenbefestigung geschah in der Weise, daß ganze behauene Baumstücke dicht aneinander gefügt quer über die Straße gelegt wurden, und diese Befestigungen mußten teils aus Gesundheitsrücksichten, teils aus Rücksichten für den Verkehr alle 5 bis 6 Jahre erneuert werden, wozu ungeheure Mengen von Holz, namentlich Eichenholz, aufgebraucht und große Waldflächen verwüstet wurden.

Die dritte Ursache der Waldverminderung waren die vielen Verwüstungen durch Krieg, namentlich zwischen Rußland und der Türkei, die sich vielfach auf dem russischen Boden abspielten, Einfälle der Tartaren, wobei große Waldbestände niedergebrannt und zerstört wurden.

So erzählt Professor Pichl in seiner „Geschichte, Lage und Beschaffenheit und Verfassung der Wallachei und Moldau vom Jahre 1790“, daß auf der ganzen ausdehnenden Ebene zwischen Bukarest und Craiova durch Krieg verwüstet war, und daß die Felder baufähig blieben, gleichsam um aufs Neue als Schlachtfeld zu dienen, und daß die Wälder, welche die Ebene bedeckten, durch Krieg verwüstet wurden.

Wohl haben schon in der Zeit von 1790 bis 1820 mehrere Fürsten und hervorragende Männer der Moldau und Wallachei wie M. C. Moruzi, M. C.

Suzu, B. Vacarescu, C. A. Epifilanti eingesehen, daß eine derart fortgesetzte Waldbehandlung zum gänzlichen Ruin des Waldes führen mußte und haben Verfügungen dagegen erlassen, deren Erfolg aber nur ein negativer war, da an der Günstlingswirtschaft alles scheiterte, wie ja heute noch die strenge Aufrechterhaltung der bestehenden Forstgesetze an den Rücksichten auf politische Parteigenossen und hervorragende, einflußreiche Persönlichkeiten vielfach scheitert.

Bis zum Jahre 1842 unterstand das rumänische Forstwesen keiner Regel. Jeder Waldbesitzer konnte seinen Wald ausbeuten, wie er wollte, und Vieh in den Wald treiben, so viel er wollte, auch stöckten viele Waldbesitzer wegen der geringen Holzpreise den Wald als unrentabel aus und arbeiteten ihn zu Feld um. In der Wallachei sieht man noch heute die traurigen Ueberreste herrlicher Eichenwälder.

Im Jahre 1843 wurde nun in der Moldau durch den Fürsten Mihai Sturza und 1847 in der Wallachei durch den Fürsten Bibesco für die Waldungen des Gebirges und Hügellandes die ersten gesetzlichen Erlasse, das sog. „Regulament Organic“ gegeben, wodurch der fortschreitenden Entwaldung ein Ziel gesetzt werden sollte und die französische Parket- oder Reihewirtschaft eingeführt, die bis zum Jahre 1881, wo das erste regelrechte Forstgesetz zu Stande kam, bestanden hat.

Diese Parket- oder Reihewirtschaft bestand darin, daß der Waldbestand bis auf 80 Samenstämme pro Hektar, d. i. 1,43 ha, also 56 Stämme pro Hektar, die aus den mittleren Stärken gewählt sein sollten, abgetrieben wurde.

Abgesehen nun davon, daß eine so geringe Stammzahl für die Besamung der Fläche bei weitem nicht genügte, so wurden auch zu Gunsten der Käufer, die dafür dem Personale Trinkgelber (bacsis) verteilten, nicht die guten Mittelstämme dazu gewählt, sondern nur schwache und geringe Exemplare belassen, die infolge der plötzlichen Freistellung entweder alsbald dem Windwurf oder dem Duf- und Schneebruch anheim fielen oder sich, namentlich die Eichen, mit Wasserreisern bedeckten und zopfstocken wurden.

Die Folge davon war, daß, zumal auf dem guten kräftigen mit Kalk gemischten Lehm Boden, einem Verwitterungsprodukt des Karpathen Sandsteines, sich die Flächen bald mit üppigem Gras- und Unkrautwuchs, Weichhölzern usw. bedeckten, was nicht nur jede Naturbesamung verhinderte, sondern auch der künstlichen Wiederbestockung ernstliche Schwierigkeiten entgegensetzte, und daß an Stelle der früheren schönen Eichen- und Buchen- oder Buchen- und Nadelholzmischbestände die wertlosen Weichhölzer, Weide, Pappeln und die Birke traten oder minderwertige Stodauschlagbestände.

In den meisten Fällen gesellte sich diesem Uebelstande auch noch die Viehweide hinzu, so daß auch das Wenige, was etwa an Stodausschlag von den wertvolleren Holzarten noch hätte wachsen können, dem Maule des Viehes anheim fiel und dann nichts anderes übrig blieb, als die verödete Fläche der Landwirtschaft zuzuwenden und sie als Weide weiter auszunutzen oder in Ackerland umzuwandeln, denn an künstliche Aufforstung dachte des Geldaufwands wegen niemand. Selbst die heutigen Waldbesitzer sind bis auf wenige Ausnahmen nur darauf bedacht, dem Walde Einkünfte zu entnehmen, ihm aber nichts wiederzugeben, und sobald ein Gutsbesitzer in Geldverlegenheiten kommt, muß der Wald herhalten; ob dann dabei noch etwas für die Nachkommen übrig bleibt oder nicht, ist ihm ziemlich gleichgültig.

Nur in seltenen Fällen gingen aus der Parketwirtschaft gute Samenbestände hervor, wenn nämlich im Herbst vor der Fällung eine reichliche Samenproduktion der Bestände stattfand, welche die Fläche mit Samen überschüttete. Den Schutz, welchen die darauf erschienenen jungen Pflänzchen, namentlich der Buche und Tanne, in den ersten Jugendjahren durch einen Mutterbestand nötig haben, übernahm dann der sofort erscheinende Unkrautwuchs, insbesondere das Weidenröschen (*epilobium*), durch welchen sich, wenn kein Vieheintrieb stattfand, der Buchen- und Tannenjungwuchs vermöge seines großen Schattenertügnisses, insbesondere auf gutem Boden, allmählich hindurcharbeitete.

Verschiedene Bestände in meinem speziellen Wirkungskreise auf den in der Moldau bei der Stadt Bacau gelegenen Besitzungen Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schönburg-Waldenburg legen von dieser Entstehungsart Zeugnis ab. Eine Hauptbedingung bleibt dabei aber immer, daß mittelst rechtzeitiger Räuerungen und Durchforstungen die reichlich erschienenen und veräummend wirkenden Weichhölzer entfernt werden, wie dies in den oben erwähnten Waldungen geschehen ist.

Im großen Ganzen aber hatte diese Bewirtschaftung für die Wälder Rumäniens ebenfalls einen negativen Erfolg und trug eher zur Verminderung als zur Vermehrung derselben bei.

An regelrechte Durchforstungen und Räuerungen in den Beständen wurde durchaus nicht gedacht, sämtliches Durchforstungsmaterial ging dem Waldbesitzer verloren, und dies ist leider auch heute noch so, insbesondere beim Staate selbst. Ein weiteres Unglück für die Wälder, namentlich auch des Staates, bildete die bis zum Jahre 1881 den Bauern gewährte Viehweide im Walde, die namentlich im Gebirge insofern zu einem noch viel größeren Uebel wurde, als die

Bauern, um größere und bessere Viehweiden zu haben, den Wald im Sommer anzündeten, wodurch in mit Massen von Trockenholz und dicken Moosteppichen versehenen Urwäldern oft wochen- ja monatelang haltende Waldbrände entstanden, die menschliche Anstrengungen nicht zu löschen im Stande waren und die nur durch ausgiebige Regengüsse zum Abschluß gebracht werden konnten. Auf diese Weise sind Tausende von Hektaren des schönsten Gebirgswaldes vernichtet worden und in diesem Anblick wendet sich der Forstmann mit Schrecken ab.

Diesen Zuständen hat erst das Forstgesetz vom Jahre 1881 allmählich ein Ziel gesetzt, da mit dem Verbot der Waldweide der Bauer auch kein Interesse mehr hatte, den Wald anzuzünden.

Ein Versuch, Mittelwaldwirtschaft zu betreiben, namentlich in der Ebene, scheiterte vollständig, hierfür die Vorbedingungen, insbesondere genügendes Personal und für diesen Betrieb gut ausgebildetes Personal vollständig fehlte.

Angeichts dieser vorbeschriebenen Tatsachen ist es erklärlich, weshalb der Waldbestand so schnell genommen hat, so daß Rumänien heute zu den schärfsten bewaldeten Ländern, namentlich in der Ebene, gehört. Mit dem Momente, wo König Karl von Rumänien im Jahre 1866 als Fürst die Leitung der Geschäfte des Landes übernahm, ist ernstlich an der Verbesserung des rumänischen Forstwesens gearbeitet worden, sollen hier nur kurz die Hauptsachen hervorgehoben werden, welche vom Jahre 1866 ab bis zum Tode König Karls zur Hebung des rumänischen Forstwesens geschehen sind.

1. Einführung eines Spezialforstdienstes für den Wald.
2. Zeitweise Berufung einzelner hervorragender österreichischer und französischer Forstleute zur Organisation des Staatsforstdienstes.
3. Einführung eines Forstgesetzes im Jahre 1876, wonach die dem Forstgesetz unterstellten Waldungen des Gebirges und Hügellandes nur auf Befehl einer von drei Staatsforstbeamten aufgestellt, als Betriebseinrichtung, bezw. eines Hauungsplans für kurze Zeiträume, ausgebeutet werden dürfen.
4. Aufhebung der Waldweide.
5. Einführung künstlicher Kulturen zur Aufforstung verwüsteter und verödeten Flächen und zu dem Zwecke vermehrte Anlage von Forstgärten.
6. Einrichtung der Staats- und Privatwälder unter die Aufsicht der letzteren unter die staatliche Aufsicht.
7. Verkauf der Nadelholzwälder für lange Perioden, insbesondere derjenigen, welche schwer zugänglich und ohne Wegenanlagen sind, damit die Rumänen

welche dort kostspielige Bringungsanlagen errichten müssen, diese Kosten besser amortisieren können.

Verwertung von Waldbenebnutzungen.

Gründung eines Fonds von 2 % aus den Bruttoeinnahmen des Staatswaldes, zur Durchführung von Verbesserungsarbeiten, Verwertung unproduktiven Geländes, Befestigung von Rutschungen, sowie eines Gemeindefonds in der Dobrußja zur Aufforstung von Dehungen.

Sendung junger studierender Forstleute an die deutschen und französischen Forstlehranstalten.

Bindung eines großen Teiles der in der Donau ebene befindlichen Flugsandflächen und Schaffung von Walbflächen in der Dobrußja.

Errichtung einer Forstschule für die höheren Forstbeamten mit einer Abteilung für die Vorbildung des niederen Forstpersonals.

Bau von Dienstwohnungen für das Verwaltungs- und Aufsichtspersonal.

Einführung einer Forstzeitung und Gründung eines Forstvereins mit Abhaltung einer Forstversammlung in jedem Jahre.

Ausgabe einer jährlichen Forststatistik.

Forstgesetz vom Jahre 1910, wodurch dasjenige vom Jahre 1881 modifiziert wird und als Hauptneuerung den Privatwaldbesitzern Garantien in Geld auferlegt werden für die sichere Wiederbewaltung der alljährlich in Ausbeutung genommenen Walbflächen.

So schön nun alle diese Einrichtungen und Verbesserungen klingen, so ist doch der Erfolg nur ein zweifelhafter gewesen, da, wie schon oben bemerkt, die Gesetze und Erlasse nicht mit objektiver Strenge durchgeführt werden und der Erfolg durch die Rücksicht auf teilepolitische Interessen immer wieder in Frage gestellt wurde. Es wird mit einem Worte dem Gesetze die Achtung verschafft, die ihm gebührt.

Ich komme nun zunächst auf den Waldbestand Rumäniens zurück und sei es gestattet, hier einen Vergleich zu ziehen zwischen der ersten statistischen Aufstellung vom Jahre 1899 und der letzten vom Jahre 1907. Dabei sei aber bemerkt, daß der Mangel des Katasters die Genauigkeit der Flächenangaben beeinträchtigt, denn es finden genauere Vermessungen des Waldes immer erst dann statt, wenn verkauft werden soll, und dann wird eben auch nur der zu verkaufende Teil vermessen, die übrigen Flächen sind schätzungsweise oder nach alten, nicht genauen Vermessungen bekannt.

Im Jahre 1899 ergab die Gesamt-Walbfläche Rumäniens die Summe von 2 774 048 ha, welche sich aus folgenden Besitzkategorien zusammensetzt:

1. Staatswäldungen	ha 1 085 033
2. Gemeinden und öffentliche Anstalten	125 986
3. Krondomänen	70 188
4. Privatwälder	1 492 841

im Ganzen ha 2 774 048

Die im Staatswald vorhandenen Blößen wurden damals auf 163 389 ha angegeben, sodaß nach Abzug dieser Fläche sich die wirklich bewaldete Fläche des Staatswaldes auf 921 644 ha und die Gesamtwalbfläche Rumäniens auf 2 610 659 ha ermäßigt. Die Blößen in den übrigen Wäldern sind nicht bekannt und können somit auch vorläufig nicht in Rechnung gezogen werden.

Nach der vom Domänenministerium aufgestellten letzten Statistik vom Jahre 1907 ergeben sich folgende Flächen:

Gesamtwalbfläche einschließlich Blößen ha 2 755 755.

Hiervon entfallen auf:

1. Staatswäldungen	ha 1 065 528,0 = 38,8 %
2. Gemeinde und öffentliche Anstalten	125 985,0 = 4,5 %
3. Krondomänen	71 401,0 = 2,5 %
4. Privatwälder	1 492 841,0 = 54,2 %

im Ganzen ha 2 755 755

Die in den Staatswäldern befindlichen Blößen werden auf 146 703 ha angegeben, sodaß sich die wirklich bewaldete Staatswalbfläche auf 918 825 ha ermäßigt und die Gesamtwalbfläche auf 2 609 052 ha. Die Blößen in den übrigen Wäldern sind auch hier nicht bekannt.

Der Gesamtflächeninhalt des Königreichs Rumänien wird heute auf 13 135 300 ha angegeben, sodaß sich ein Bewaldungsprozent von 21 ergibt einschließlich der im Staatswalde befindlichen Blößen und ausschließlich derselben von 19,8 %.

Vergleicht man die statistischen Daten von den Jahren 1899 und 1907 so ergibt sich eine Abnahme der Walbfläche in den Staatswäldern von 19 505 ha und eine Abnahme der Gesamtwalbfläche des Königreichs von 18 293 ha. Dieser Unterschied kommt teils daher, daß vom Jahre 1899 bis 1907 eine genauere Vermessung und Schätzung der Walbflächen des Staates stattgefunden hat, teils daher, daß Walbteile in der Dobrußja zur Abgabe behufs landwirtschaftlicher Benutzung an die dort angesiedelten Veteranen des Krieges von 1877/78 ausgestoßt wurden und endlich auch daher, daß Teile von Weidenbeständen an den Ufern größerer Flüsse, insbesondere der Donau weggeschwemmt wurden.

Zieht man aber nur die wirklich bewaldete Fläche des Staatswaldes in Betracht, so ergibt sich eine

Waldbverminderung von 921 644—918 825 = 2819 ha, und auf die Gesamtwaldfläche Rumäniens bezogen von 2 610 659—2 609 052 = 1607 ha. Vergleicht man die Blößenflächen des Staatswaldes in diesen beiden Zeitabschnitten, so ergibt sich folgendes Resultat für den Staatswald:

im Jahre 1899 Blößen ha 163 389

" " 1907 " " 146 703

mithin weniger ha 16 686,

woraus folgt, daß sich der wirklich bewaldete Teil des Staatswaldes um 0,3%, dagegen die Blößen um 10,2% vermindert haben, welche letztere Verminderung wohl größtenteils den vorgenommenen Kulturen zuzuschreiben ist, teils aber auch der genaueren Vermessung. Wie schon früher erwähnt, wurde durch Forstgesetz vom Jahre 1881 die alte Parketwirtschaft abgeschafft und durch eine mehr femel- bzw. femelschlagbetriebartige Wirtschaft ersetzt, die darin bestand, daß man eine größere Anzahl von sogenannten Reserverestämmen auf der Fläche beließ und nur Stämme von einem gewissen Brusthöhendurchmesser an aufwärts, bei der Tanne 50 cm, bei der Buche 40 cm, zur Fällung brachte.

Diese Art der Ausbeutung bot wohl dem Forstpersonal beim Auszeichnen der Bestände große Erleichterungen, Ueberlegung war dabei nicht nötig, der Durchmesser gab den Ausschlag und das Forstpersonal konnte bei dieser Schablonenwirtschaft für etwaige Fehler in der Auszeichnung nicht verantwortlich gemacht werden; aber der Wald wurde dabei, namentlich im Gebirge, ebenso zu Grunde gerichtet wie zuvor, denn die mächtigen Urwaldbtannen von 40 m und mehr Länge und 80—150 cm Durchmesser schlugen bei der Fällung, namentlich an Berghängen, den größten Teil ihrer Umgebung zusammen und was übrig blieb, fiel später in Folge der Freistellung dem Lust- und Schneebruch anheim und der Rest der Nadelhölzer, namentlich Fichte, wurde vom Vorkenkäfer zerstört, da die Ueberreste von den Fällungen unenttrindet liegen blieben und durchaus keine Schutzmaßregeln gegen die Insektengefahr ergriffen wurden. So hatte ich, um ein Beispiel zu erwähnen, einmal Gelegenheit einem Waldbesitzer nachzuweisen, daß er bei einem Waldteil, den er mit Zugrundelegung obiger Fiebsart mit 40 000 Frs. zur Ausbeutung verkauft hatte, noch einen Schaden an gebrochenem und niedergeschlagenem Holz von 37 000 Frs. erlitten hatte.

Der Staat sah nun bald ein, daß auch auf diese Weise das Ziel nicht erreicht wurde, die Einnahmen blieben verhältnismäßig geringe, da den Käufern, die stets die Fällungen selbst vornehmen müssen, bezüglich des stehenbleibenden Materials zu schwere Bedingungen

auferlegt werden mußten, wozu dann noch die Kosten von Wegen und sonstigen Bringungsanstalten für Käufer zur Last fielen, und entschloß sich daher im Jahre 1890, insbesondere auf Anraten des damaligen Domänenminister Carp zur Verbesserung des rumänischen Forstwesens berufenen österreichischen Forstrates Pittschaf, zum Kahlschlagbetrieb mit künstlicher Wiederbestockung der Flächen.

Dabei wurde der Vorteil erreicht, daß die Kosten für den auf dem Stock verkauften Wald die Höhe schnellten, aber mit der Wiederaufforstung der Kahlschlagflächen war es schlecht bestellt und als gar in dem Notjahre 1900, wo Rumänien mit seinen Finanzen nahe vor dem Staatsbankrott stand, Wald nach alter Methode wieder herhalten mußte und die Abtriebsflächen in den einzelnen Oberförstereien auf ein Minimum von 250 und auf ein Maximum von 500 ha ausgedehnt wurden, da versagte künstliche Wiederbestockung vollständig; denn abgesehen davon, daß man über ein im Kulturbetrieb abgerundetes und unkundiges Unterpersonal bei Arbeitermaterial verfügte, mußte, um nur annähernd das Pflanzquantum für so große Flächen zu schaffen, die Pflanzung mit zweijährigen unerschulten Pflänzlingen geübt werden, die bald vom Unkraut erstickt wurden. Dabei war die Ausführung der Kulturen denkbar schlechteste. Es wurden und werden heute 500—600 Arbeiter täglich auf einer Fläche von 500 ha Pflanzungen verwendet, die hohe Tagelöhne erhalten, dabei keine Ahnung vom richtigen Einsetzen einer Pflanze haben. Die Aufsicht über diese Arbeit führt eine vollständig ungenügende Anzahl von Wäldhütern, die selbst keinen Begriff von regelrechter Pflanzung haben, so daß der Erfolg geradezu jammervoller ist. Dazu kommt, daß die Kulturen einmal ausgeführt werden und an Nachbesserung oder Pflege durch Ausschneiden von Unkraut, Abhieb von Verwuchs usw. nicht gedacht wird. Man sagt sich: diese Flächen sind nun kultiviert und getan, und rühmt sich dann damit, daß man so und soviel Tausend Hektare wieder in Bestand gebracht hat, sieht man aber nach ein bis zwei Jahren die Kulturen näher an, so ist der Erfolg absolut negativ, denn die meisten Pflanzen sind in Folge schlechten Einpflanzens oder Vertrocknens der Feinwurzeln schon vor dem Einpflanzen eingegangen und diejenigen, welche etwa hätten wachsen können, sind von Gras, Unkraut und Verwuchs überwachsen und fristen ein kümmerliches Dasein.

Auf diese Weise ist es dann gekommen, daß trotz aller Anstrengungen die mit den Jahren ins Riesige anwachsenden Kulturflächen nicht nur nicht vollständig bepflanzt und Tausende von Hektaren

kultiviert werden konnten, sondern daß auch die wirklich kultivierten Flächen einfach größtenteils als Blößen anzusehen sind, auf denen mannshohes Unkraut und Weichhölzer sich breit machen.

Ich sah vor vier Jahren noch eine große, sogar mit vierjährigen verschulten Fichten ausgeführte Kultur im Staatswalde, wo es mir nicht möglich war, auf einem größeren Teil der Fläche auch nur eine Pflanze zu finden, welche Wachstum versprochen hätte. Eine nähere Untersuchung der Ursache ergab, daß die Pflanzen sämtlich zu tief gepflanzt und in Folge dessen eingegangen waren.

Daraus geht hervor, daß das Waldbareal des Staates auch unter der Kahlschlagwirtschaft heute noch zurückgeht, und ich möchte sagen, noch mehr als vorher.

Auch in der Dobrutscha hatte man große Flächen mit Akazien bepflanzt, man sprach im Jahre 1896 von 11 000 ha, aber da die Kulturen nicht gepflegt wurden, so blieb nur wenig davon und diejenigen wenigen Anpflanzungen, welche gewachsen sind, gehen jetzt nach 15–20 Jahren wieder ein. Im letzteren Umfange mögen nun wohl der Akazie ungünstige Bodenverhältnisse mißsprechen. Aus diesen Umständen ist der Schluß zu ziehen, daß das Bewaldungsprozent Rumäniens in Wirklichkeit nicht einmal 21 bezw. 19,8 beträgt, sondern weit geringer ist, etwa 16–17%, da viele als Wald bezeichnete Flächen heute tatsächlich Blößen und Oedungen sind.

Angeichts dieser Tatsachen kam der Staat wieder von der Kahlschlagwirtschaft zurück und wollte nun wirklichen Femelschlagbetrieb einführen.

Die wirkliche gute Durchführung dieses Wirtschaftssystems dürfte aber bei der großen Bequemlichkeit und geringen praktischen Ausbildung des rumänischen Forstpersonals schwer durchführbar sein, denn die Auszeichnungen hierzu, namentlich auf so großen Hiebsflächen, wie sie der Staat führt, geben dem Personal viel Arbeit und Anstrengung, wovon der rumänische Forstmann kein Freund ist, auch fehlt bei den meisten Forstleuten das richtige Verständnis bezw. die nötige praktische Ausbildung dafür; und den Betrieb so zu führen, daß das zu verkaufende Material vom Staate selbst angefertigt wird, ist nicht möglich, da der Staat einerseits hierzu nicht das nötige Vertrauen in seine Forstbeamten hat, andererseits das Personal numerisch viel zu gering und das Unterpersonal dazu in keiner Weise ausgebildet ist, wie weiter unten nachgewiesen werden soll. Ich bin persönlich sehr für den Femelschlagbetrieb, da sich bei den in Rumänien sehr oft wiederholenden Samenjahren (Buche alle 3–4 Jahre, Eiche und Tanne alle 2–3 Jahre) und bei den vorzüglichen klimatischen und Bodenverhältnissen die natürliche Verjüngung bei einiger Umsicht in der Hiebsführung

äußerst leicht, jedenfalls viel leichter als in Deutschland, vollzieht, wo die natürliche Verjüngungsbauer oft 15–20 Jahre ist, während sie hier 8–10 Jahre, in vielen Fällen noch weniger beträgt, namentlich bei der Eiche, die sich am leichtesten natürlich verjüngt. Daß diese meine Ansicht richtig ist, davon legen die Waldungen Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schönburg-Waldenburg, das beste Zeugnis ab. Dieselben sind heute nach 37 jähriger deutscher Bewirtschaftung auch von den Rumänen als muster-gültig anerkannt.

Bei diesem Betriebe bleiben dem Waldbesitzer große Kulturen erspart, dieselben beschränken sich nur auf Auspflanzung geringer Fehlstellen, die in jeder natürlichen Verjüngung vorkommen, und auf das Einbringen wertvoller Nutholzarten, insbesondere Eiche, Tanne, Ahorn, Esche, Ulme in die Vorbereitungs-hiebe, um neue wertvolle Mischbestände zu erziehen. Im ersteren Falle sind es insbesondere die Bärche und Fichte, die als dreijährige verschulte Pflanzen die besten Dienste leisten, im letzteren Falle ist es die Einpflanzung 1 jähriger Eichen-, 2 jähriger Tannen- usw. Pflanzen in die zur Verjüngung gestellten Buchenbestände, sobald der Vorbereitungs-hieb in denselben beendet ist.

Ich komme nach dieser Abschweifung wieder auf das Verwaltungspersonal des Staates zurück, um dabei auch den Nachweis zu liefern, daß dasselbe für eine intensive Forstwirtschaft numerisch viel zu gering ist.

Was die Privatwälder betrifft, so sind es nur 5 Waldbesitzer in Rumänien, welche großen Wert auf ihre Wälder legen und nicht bloß den Wald als eine Einnahmequelle betrachten, sondern sich die Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung ihres Waldbesitzes auch große Summen kosten lassen. Dieselben haben deutsche Forstbeamte, die ihre rumänischen Untergebenen tüchtig praktisch geschult und ausgebildet haben und es wird Tüchtiges nach deutschem System geleistet. Im Uebrigen haben die Privatwaldbesitzer im Lande keine geregelte Wirtschaft von Bedeutung und selbst in den Privatwaldungen des Königs ist die Wirtschaft durchaus keine systematische. Ich will nun bezüglich des Staatsforstpersonals, bezw. der Verwaltung, wieder einige geschichtliche Daten vorausschicken.

Die erste oberste Behörde zur Verwaltung der Staatswälder wurde im Jahre 1860 unter dem Titel „Forstdirektion“ geschaffen und dem Kultusministerium unterstellt, später aber dem Finanzministerium überwiesen. Dieselbe leistete fast nichts mit ihren halben Maßnahmen und war nicht im Stande, die Mißbräuche der Bevölkerung abzuschaffen, bis im Jahre 1881 die neue Ära mit Erlass des Forstgesetzes begann. Es entstand ein Domänen- und Industrie-ministerium, dem die Forstverwaltung unterstand, und

von welchem vor wenig Jahren die Industrie als besonderes Ministerium getrennt wurde, sodaß das reine Domänenministerium mit forst- und landwirtschaftlicher Abteilung verblieb.

Das Verwaltungs-System ist dasjenige der Zentralisation. Alle Geschäfte, wie Verkäufe, Verpachtungen usw. vollziehen sich beim Ministerium. Den Verwaltungsbeamten ist hierin absolut keine freie Hand gelassen aus Gründen des Mißtrauens, was oben schon Erwähnung fand.

Dieses System bildet einen großen Mißstand für das Publikum, denn der Interessent für irgend eine Sache, die mitunter eine Kleinigkeit ist, die vom Verwaltungsbeamten leicht zu erledigen wäre, muß Reisen nach Bukarest zum Ministerium machen, um seine Interessen durchzusetzen und muß hierzu oft große Opfer von Zeit und Geld bringen. Nach dem Gesetze von 1910 steht nächst dem Domänenminister der Administrator der Forstklasse an der Spitze der Forstabteilung. Derselbe ist ein Jurist und hat von Forstwirtschaft keinen Begriff, aber der Posten wird ausschließlich aus Gründen des Mißtrauens und der Intriguen nicht mit einem Fachmanne besetzt. Das ganze Forstpersonal des Landes setzt sich heute zusammen aus:

1.	2	Generalinspektoren (Landforstmeister)	I.	Klasse
2.	4	"	II.	"
3.	4	Inspektoren (Oberforstmeister)	I.	"
4.	7	"	II.	"
5.	14	Forstmeistern	I.	"
6.	21	"	II.	"
7.	32	"	III.	"
8.	69	Oberförstern	I.	"
9.	18	"	II.	"
10.	20	Assistenten		
11.	50	Brigadiere (Förster)	I.	"
12.	60	"	II.	"
13.	100	"	III.	"
14.	150	Padurari (Waldbüter)	I.	"
15.	400	"	II.	"
16.	1400	"	III.	"
17.	11	"		ausschließlich für die
				Anpflanzung in der Dobrotscha.
18.	400	Grenzwächtern.		

Der gesamte Staatswald ist eingeteilt in 11 sogenannte Forstregionen (Forstämter), an deren Spitze je ein Forstmeister I. oder II. Klasse steht, zu dessen Hilfe noch ein bis zwei Forstmeister II. oder III. Klasse als Kontrollbeamte angestellt sind und in 121 Reviere, welche von Oberförstern, Assistenten oder Forstmeistern III. Klasse verwaltet werden.

Als Schreibhilfe ist den Verwaltern der Forstämter je ein Kopist und ein Kanzleidiener beigegeben.

Ebenso haben die Oberförster je einen Schreiber zu ihrer Hilfe.

Hiernach ergibt sich, wenn man die Gesamtgröße des Staatswaldes einschließlich der Blößen, die doch unter Forstverwaltung stehen, mit 1 065 528 ha zu Grunde legt, eine Durchschnittsflächengröße für die Forstregionen von je 96 866,25 ha und für die Oberförstereien eine solche von 8806,02 ha. Die letzteren sind nun natürlich nicht alle gleich groß, sondern es gibt solche, welche über, und solche, welche unter diesem Durchschnitt stehen; aber auch angenommen, es hätten alle Oberförstereien die obige Durchschnittsgröße, so liegt doch klar auf der Hand, daß die Fläche für einen intensiven Betrieb und bei dem Zustande, in welchem sich der Staatswald befindet und bei der Hilfe, welche in der Verwaltung den Oberförstern zur Verfügung steht, viel zu groß ist, ein Uebelstand, der sich selbstverständlich noch erhöht, sobald von einer Oberförsterei die Durchschnittsgröße, manchmal bis 20 000 ha wesentlich überschritten wird. Ebenso sind auch die Forstamtsbezirke viel zu groß. Es stehen wohl jedem Oberförster durchschnittlich 16 Waldbüter und 1 Förster (Brigadier) zur Verfügung, aber die Waldbüter bestehen aus ganz gewöhnlichen Bauern, die weder von Fällungen noch vom Kulturbetrieb eine Ahnung haben und die bei der geringen Bezahlung, welche sie erhalten, den Staat nur bestehlen.

Die Förster (Brigadiere) werden seit einer Reihe von Jahren aus der mit der höheren Forstschule in Branesti verbundenen Försterschule ergänzt, was ja schon einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, da diese Leute doch etwas leisten können. Für die Waldbüter ist mit Inkraftsetzung des neuen Forstgesetzes im Jahre 1910 auch ein Kursus auf der Forstschule eingerichtet worden; bis sich aber das Unterpersonal mit Hilfe dieser Anstalten vollständig ergänzen wird, dürfte noch lange Zeit vergehen, zumal der rumänische Bauer wenig Liebe für den Wald zeigt, und wenn es heißt, mehrere Jahre für den Beruf als Waldbüter zu lernen und sich vorzubereiten, erst recht keine Lust zeigt.

Die Vorbereitung der Waldbüter für ihren Beruf würde viel besser und praktischer beim Militärdienst und speziell bei den Jägerbataillonen geschehen, wie dies auch in Deutschland der Fall ist. Dort besteht der militärische Zwang, der die jungen Leute zum Arbeiten und Lernen nötigt und die Zeit wäre für dieselben vor Allem nicht verloren, da sie sich mit Ableistung ihrer Militärpflicht auch gleichzeitig für den Waldbüterdienst vorbereiten würden. Die Nachfrage nach Waldbüterstellen würde dadurch vermehrt und der Staat würde viel schneller zum Ziele kommen, indem alljährlich eine viel größere Anzahl ausgebildet werden könnte. Dann aber müßte der Staat die Leute, wenn

in den Dienst gestellt werden, viel besser bezahlen, wenn er will, daß dieselben ehrlich bleiben sollen.

Es erhält heute:

ein Förster I. Klasse monatlich bis 85 Frs. oder Lei	
" " II. " " " 70 "	
" " III. " " " 55 "	
" Waldbhüter I. " " " 40 "	
" " II. " " " 30 "	
" " III. " " " 20 "	
" Grenzwächter " " 15 "	

Es erhält: ein General-Inspektor I. Kl. monatlich 800 Lei und 100 Lei Tagegelber

" " II. " " "	700	"	"	100	"	"
" Inspektor I. Klasse " "	650	"	"	150	"	"
" " II. " " "	500	"	"	150	"	"
" Forstmeister I. " "	450	"	"	150	"	"
" " II. " " "	400	"	"	150	"	"
" " III. " " "	350	"	"	150	"	"
" Oberförster I. " "	250	"	"	100	"	"
" " II. " " "	200	"	"	100	"	"
" Assistent " "	175	"	"	50	"	"

Von allen Gehältern und Tagegelbern werden 10% für die Pensionskasse und von dem Rest noch 3% Gehaltssteuer, eine Art Einkommensteuer, in Abzug gebracht. Außerdem beziehen diese Beamten noch Deputatbrennholz und zwar:

die Inspektoren	50 rm
die Forstmeister	40 "
die Oberförster	30 "

Die Inspektionsbeamten haben in ihren Bezirken freie Eisenbahnfahrt, jedoch haben sie keine Dienstwohnungen und auch keine Entschädigungen dafür; dagegen haben fast alle Revierverwalter (Oberförster I. und II. Klasse, ausnahmsweise auch die Assistenten) Dienstwohnungen und in den wenigen Fällen, wo dies nicht der Fall ist, erhalten dieselben Geldentschädigungen, sowie Miete für Kanzleien. Die Kopisten bei den Forstämtern erhalten 100 Lei monatlich, die Kanzleidiener 40 Lei, die Schreiber bei den Oberförstereien 25 Lei.

Aus obigen Darlegungen ist ersichtlich, daß das Forstpersonal für einen intensiven Betrieb einestheils nicht zahlreich genug ist, andernteils meist zu schlecht bezahlt wird und zum Dritten nicht vorgebildet genug ist, denn es fehlt den höheren Forstbeamten an der nötigen praktischen Vorbildung in der Forstwissenschaft, sie sind Bürokraten und Theoretiker und verlieren sich in topographischen und Nebenstudien, wo sie auch, namentlich in Vermessungen, mitunter Gutes leisten, aber die Hauptsache, der Waldbau, bleibt ihnen graue Theorie und jede praktische Gewandtheit darin geht ihnen ab. Sie können diese Praxis auch im Lande nicht lernen, da es an den nötigen Lehrmeistern

und außerdem das Recht Trockenholz aus dem Walde für den Hausbrand zu entnehmen.

Das ist entschieden eine zu geringe Bezahlung, die den einzelnen Mann einestheils dazu veranlaßt, seinen Dienst möglichst notdürftig zu verrichten, und ihn andernteils zur Unehrlichkeit geradezu nötigt.

Es sei nun noch gestattet, hier Einiges über die Gehaltsverhältnisse der höheren Staatsforstbeamten zu sagen, für welche besser geforgt ist.

fehlt, und so ist es denn sehr begreiflich, daß, da die Leute gleich nach Ablegung ihres Staatsexamens in den Verwaltungsdienst treten, sie schwere waldbauliche Fehler begehen und von der Auszeichnung eines Verjüngungshiebes oder Ausführung von Forstkulturen keine praktischen Kenntnisse und Erfahrungen haben.

Das niedere Forstpersonal ist, wie schon oben gesagt, ganz ungeschult und leistet in waldbaulicher Beziehung gar nichts.

Es sei nun noch ein Ueberblick auf die Zusammensetzung der Forstabteilung beim Domänenministerium gestattet.

Wie schon oben bemerkt, steht an der Spitze derselben der „Administrator casei padurilor“ Forstassenverwalter, dem zur Hilfe noch ein Forstmeister I. Klasse und ev. als Stellvertreter beigegeben ist. Neben dem Forstassenverwalter steht der Verwaltungsrat, bestehend aus sieben Personen, teils Advokaten teils Großgrundbesitzern.

Ferner der technische Rat, bestehend aus 2 Landforstmeistern (General-Inspektoren) I. Klasse und 2 Landforstmeistern (General-Inspektoren) II. Klasse, die auch gleichzeitig Kontrollbeamte sind und dem weiteren technischen Personale: 2 Landforstmeistern (General-Inspektoren) II. Klasse und 2 Oberforstmeistern, Inspektoren I. Klasse, welche als Dienstchefs funktionieren und dem Kanzleipersonal mit 2 Oberforstmeistern II. Klasse, einem Forstmeister I. Klasse, 3 Forstmeistern II. Klasse und einem solchen III. Klasse.

Als Aushilfe sind noch tätig: 8 Oberförster I. Klasse, 1 Oberförster II. Klasse, 4 Assistenten.

Weiter gehören noch zum technischen Räte: 3 In-

genieure I., II. und III Klasse für Vermessungs- und Grenzregulierungszwecke.

Hieran reiht sich dann das reine administrative Personal der Forstkasse im Ministerium, als Kanzleivorsteher, Gehilfen usw.

Die Haupttätigkeit in der Forstabteilung des Domänenministeriums fällt dem technischen Räte zu, der die Betriebseinrichtungen, Waldverwertungen, kurz alle Maßregeln im Walde zu prüfen und dem Administrator bzw. Verwaltungsräte zur Genehmigung vorzulegen hat, der dann in letzter Instanz die Genehmigung des Ministers bzw. des Ministerialkollegiums herbeiführt.

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß der Apparat der Forstabteilung beim Domänenministerium ein bedeutender und zahlreicher ist, der viel Kosten verursacht und das alles aus Gründen der unvermeidlichen Zentralisation, die nach französischem System gebildet ist.

Ein großer Nachteil bei der Organisation der Forstverwaltung im Allgemeinen ist noch der, daß die Oberförster direkt an das Ministerium berichten können mit Uebergehung ihres direkten Vorgesetzten, des Forstmeisters, welcher dem einschlägigen Forstamte vorsteht, und daß in gleicher Weise das Ministerium den Oberförstern direkt Befehle erteilt, von denen der Forstmeister keine Kenntnis hat. Wo bleibt da die Verantwortlichkeit des Forstmeisters als kontrollierender Beamter? Es führt dieser Zustand der Dinge geradezu zu unglaublichen Mißverhältnissen.

Es sei nun noch einiges über die Ausbildung des rumänischen höheren Forstpersonals gesagt, wobei zunächst wieder einige geschichtliche Daten Erwähnung finden sollen.

Die ersten Anfänge eines forstlichen Unterrichtswesens finden sich im Jahre 1851 zur Zeit des Fürsten Alexander Stinbey, welcher aus Frankreich den Forstinspektor Reichmond, der Unterinspektor Reichomme und den Oberförster (Garde General) Patras berief. Diese Herren waren beauftragt, im Laufe des Sommers den Forstdienst zu organisieren und im Winter den Forstschülern Unterricht zu erteilen. Es war dies eine Art praktischer Unterricht (Meisterschule). Die ersten Schüler waren die Ingenieure Mihail Râmnicéanu und Josef Hartel, sowie C. N. Racota und Searlat Trăsnea. Die Schule hatte ihren Sitz in Bukarest, indessen verließen im Jahre 1853 die französischen Forstleute das Land wieder und die Schule wurde aufgelöst.

Einer der Schüler, Mihail Râmnicéanu, erreichte jedoch, daß er auf Staatskosten zur Forstschule nach Nancy geschickt wurde, woher er 1857 wieder zurückkehrte und an der Wiedererrichtung der Forstschule arbeitete, was ihm auch gelang, sodaß dieselbe im

Jahre 1860 in Bukarest mit einem zweijährigen Studienkursus wieder eröffnet wurde. Dieselbe wurde jedoch im Jahre 1862 wieder aufgelöst und mit der landwirtschaftlichen Schule in Pantelimon vereinigt, von wo die vereinigten Schulen im Jahre 1869 nach Herestran verlegt wurden und dort bis zum Jahre 1882 vereinigt blieben.

In dieser ganzen Zeit unterstand die Schule dem Finanzministerium.

Im Jahre 1883 zugleich mit der Schaffung eines Domänenministeriums wurde auch die Spezialschule für das Forstwesen errichtet, von der landwirtschaftlichen Schule in Herestran getrennt und in Bukarest in den Räumen des Domänenministeriums untergebracht. Die Studiendauer war 2 Jahre und die jährlichen Kurse waren jeder in zwei Semester eingeteilt, wovon das erste Semester dem theoretischen Teile und das zweite Semester dem praktischen und Prüfungsarbeiten zugewiesen war.

Im Jahre 1886 wurde indessen von Neuem die Schule aufgelöst und wieder mit der landwirtschaftlichen Schule in Herestran vereinigt mit einer dreijährigen Studienzeit und einem Jahre Praxis. Im Jahre 1892 wurden die Lehrkurse von 12 auf 18 Monate verlängert und die Verbindung mit der landwirtschaftlichen Schule war eine weniger innige. Auch wurde in demselben Jahre die Försterschule (Brigadierschule) in Braneşti ins Leben gerufen.

Im Jahre 1893 entstand dann wieder der Gedanke an eine separierte Forstschule, die dann auch unter dem Patronate des damaligen Domänenministers Carp wieder geschaffen wurde, mit ihrem Sitz in Braneşti bei Bukarest, den sie auch heute noch inne hat, wo ein Neubau für die Schule errichtet und am 10. Oktober 1894 eingeweiht wurde.

Mit der Errichtung dieser Schule beginnt zugleich eine neue Ära im forstlichen Unterricht Rumäniens. Die theoretische Studienzeit wurde wieder auf 2 Jahre reduziert und 1 Jahr praktischer Unterricht auf der Schule hinzugefügt. Für die Aufnahme der Schüler war eine Gymnasialbildung von 4 Klassen erforderlich und die Kandidaten mußten vorher ein Jahr praktischen Kurs bei einem Staatsoberförster gemacht haben, um zum Ausnahmeexamen zugelassen zu werden.

Da dieses Verfahren aber viel Unzulänglichkeiten zeigte, so wurde es im Jahre 1899 wieder aufgehoben und nur ein Aufnahmeexamen ohne vorherigen praktischen Kurs gefordert. Gleichzeitig wurde am 1. April 1899 die Schule dem Unterrichtsministerium unterstellt, aber am 31. März 1900 schon wieder zurück zum Domänenministerium genommen. Seit dem Jahre 1901 werden nur noch Schüler, welche Maturitätsprüfung eines Gymnasiums abgelegt haben, aufge-

kommen, wobei diejenigen mit Realgymnasialbildung bevorzugt werden. Aus der Geschichte dieser Forstschule ist in gleicher Weise wie beim ganzen Forstwesen ersichtlich, mit wie wenig Beständigkeit und zielbewusster Energie diese so wichtige Einrichtung geleitet wurde.

Jede neue Regierungspartei, welche ans Ruder kam, hatte andere Ideen und warf Alles, was die Gegenpartei geschaffen hatte, über den Haufen, daher ein fortwährendes Hin- und Herschwanke ohne festes Ziel und greifbare Fortschritte, Nachteile, welche gerade die Forstwirtschaft am wenigsten vertragen kann. Erst seit der Errichtung der Anstalt in Branesti ist Beständigkeit zu bemerken, da die damit verbundene Kapitalanlage des Staates eine zu große ist, als daß dieselbe einfach zum Verschwinden gebracht werden könnte.

Wer früher seine Studien im Forstwesen noch vervollkommen wollte, besuchte noch eine ausländische Forstlehranstalt, wozu mit Vorliebe Nancy gewählt wurde, wie überhaupt früher die rumänische Jugend für alle wissenschaftlichen Fächer ihre Studien in Frankreich machte. Daher trägt auch die ganze Einrichtung des rumänischen Staates und bis vor wenigen Jahren auch das Forstwesen französischen Charakter. Erst in letzterer Zeit und besonders, seitdem das Maturitäts-examen eines Gymnasiums oder einer Realschule für das Forfstudium auch in Rumänien obligatorisch ist, besuchen diejenigen Studierenden der Forstwissenschaft, welche etwas Besseres lernen wollen, als ihnen auf der Landesschule geboten werden kann, zur Vervollständigung ihrer Studien ausländische, insbesondere deutsche Forstlehranstalten, wie München und Tharand; auch besteht die Absicht, die jungen Forstleute nach Absolvierung der rumänischen Forstschule in Deutschland eine Praxis von 1 bis 2 Jahren durchmachen zu lassen; ein Entschluß, der, wenn er wirklich zur Ausführung kommt, nur von großem Vorteil für die Hebung des Forstwesens in Rumänien sein kann. Bis jetzt aber ist die Verwirklichung noch an dem Widerstand des Finanzministeriums gescheitert, obwohl dazu nicht mehr als ein Kredit von etwa 8000 — 10000 Lei jährlich erforderlich wäre, auch trat der Balkankrieg hindernd in den Weg.

Die Anstalt von Branesti, die ein Internat^o ist, hat nun aber wieder große Nachteile aufzuweisen, da der Sitz derselben als eine absolut unglückliche Wahl bezeichnet werden muß. Die Anstalt hat dort weit und breit nichts anderes als einen elenden, aus Stockauschlag erwachsenen Eichenbestand als Behrrevier zur Verfügung, und wenn einmal den Studenten etwas Anderes gezeigt werden soll, so müssen weite und kostspielige Reisen gemacht werden. An eine etwaige Verbesserung dieser Lage ist aber insofern nicht zu denken,

als die dortige heiße und trockene Ebene der Kultur der Schattenholzarten, wie Buche, Tanne, Fichte, die größten Schwierigkeiten entgegensetzt, und selbst wenn diese Holzarten auch dort wachsen könnten, so würden sie sich nicht auf ihrem natürlichen Standort befinden und in ihrem Verhalten den jungen Studenten ganz falsche Bilder geben. Wenn man eine isolierte Forstlehranstalt haben wollte, so hätte dieselbe in den walbreichen Kreisen Prahova, etwa in Aguga oder Sinaia oder im Kreise Neamz errichtet werden müssen, wo den Studenten in nächster Nähe alle möglichen demonstrativen Objekte für ihr Studium hätten vorgeführt werden können und wo ihnen nicht die Behandlung der Gebirgswälder, die gerade in Rumänien die Hauptsache bildet, meist graue Theorie geblieben wäre. Anstatt daß im Laufe eines Studienjahres allmähentlich Exkursionen mit den Studierenden gemacht werden müßten, um ihnen im Anschluß an den Unterricht in der Natur den Stoff handgreiflich und zugänglich zu machen, wird am Ende eines jeden Studienjahres im Juli nur eine einzige große Forstexkursion in die im Karpathengebirge liegenden Staatswälder gemacht, wo dann in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen die ganze Waldbautheorie praktisch verarbeitet werden soll, was ja in den Staatswäldern schon deshalb nicht möglich ist, weil es an demonstrativen Objekten für alles, insbesondere Durchforstungen, Verjüngungshieben, wohl gelungenen Kulturen, fast gänzlich fehlt. Die jungen Leute können höchstens auf diesen Exkursionen lernen, wie die Waldbwirtschaft nicht betrieben werden soll. Dabei werden oft bei riesiger Hitze enorme Tages-touren gemacht, wobei sowohl Lehrer als Schüler übermäßig ermüden und das Interesse am Lehren bzw. Lernen verlieren. Beide Teile, sowohl Lehrer als Schüler, interessieren sich unter solchen Umständen stets sehr rege dafür, wo sie abends unterkommen, ob dort neben glänzendem Empfang auch für die leiblichen Bedürfnisse und Genüsse und für lustige Unterhaltung Sorge getragen ist, Wissenschaft bleibt dabei Nebensache. Würden aber kleinere Exkursionsbezirke besucht, die Exkursionsobjekte vorher von den Lehrern sorgfältig ausgewählt und sich dann bei der Exkursion zum eingehenden Studium der Objekte länger aufgehalten, so würde der Erfolg ein ganz anderer sein.

Wenn nun aber doch größere Reisen für Exkursionen gemacht werden müssen, so ist es unbegreiflich, weshalb man nicht die Forstlehranstalt mit der Universität in Bukarest vereinigt hat, wo der Student in Berührung mit Studierenden anderer Wissenschaften eine bessere allgemeine Ausbildung erlangt und wo für das Studium der Hilfswissenschaften, wie Chemie, Botanik, Mineralogie, Geodäsie, Zoologie usw. alle erforderlichen Lehrkräfte und Mittel vorhanden sind,

und wo der Studierende auch in diesen Hilfswissenschaften seinen Gesichtskreis wesentlich erweitern kann, und auch der Staat würde mit Rücksicht auf das Vorgesagte viele Ausgaben sparen.

Wie schon oben bemerkt, ist mit der Anstalt in Branesti auch ein Ausbildungszweig für die niederen Forstbeamten, zunächst die Brigadiere geschaffen. Diese Einrichtung leidet natürlich an den nämlichen Kalamitäten und ihre langsame Wirkung bezüglich der Waldhüter auf die zukünftige Ergänzung des staatlichen Forstpersonales wurde schon oben erwähnt.

Ein weiteres Verdienst des seinerzeitigen Domänenministers Carp war es, daß im Jahre 1890 begonnen wurde, für das Verwaltungspersonal auf dem Lande geeignete Dienstwohnungen zu errichten, und zwar für Oberförster, Unterförster und Waldhüter, wie überhaupt unter dem Ministerium Carp das Forstwesen in Rumänien einem entschiedenen Aufschwung zustrebte, der sich auch, da Herr Carp nach hiesigen Begriffen ziemlich lange als Domänenminister tätig war, zu verwirklichen begann; aber mit seinem Falle wurde dieser fortschrittliche Weg wieder verlassen und es sind seitdem derartige Fortschritte nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Wie eben der ewige Regierungswechsel auf die Entwicklung aller Zweige hemmend wirkt, so ist es auch ganz besonders beim Forstwesen der Fall, das wie kein anderes Fach einer konstanten, zielbewußten Leitung auf viele Jahre hinaus bedarf, wenn gedeihliche Entwicklung erwartet werden soll. Leider ist es seit 1890 Herrn Carp nicht mehr möglich gewesen, das Domänenministerium zu leiten.

Ich komme nun zunächst noch einmal auf das gegenwärtige Wirtschaftssystem des Staates zurück und wiederhole, daß seit dem Jahre 1890 bis heute der Kahlschlagbetrieb mit künstlicher Wiederbestockung, namentlich für die Gebirgswaldungen, in Anwendung ist. Die Nachteile dieser Wirtschaft wurden oben bereits dargelegt und es bleibt dem Staate daher nichts anderes übrig, als zum Femelschlagbetrieb zurückzugreifen, wobei ihm die geringsten Kosten für die Wiederbewaldung erwachsen. Es ist daher bereits der Verkauf größerer Schläge eingestellt worden, es sollen, namentlich auch mit Rücksicht auf die numerische Schwäche des Personales, kleine Hiebsflächen gewählt und diese intensiver bewirtschaftet werden. Ob dies bei den geringen praktischen Fertigkeiten des Personals und bei der bestehenden Zentralisation gelingen wird, ist eine große Frage.

Hand in Hand mit dem Kahlschlagbetrieb sollte auch das Kulturwesen gehen. Bisher wurden Forstgärten von 3 ha Größe möglichst in der Nähe der Oberförstereien angelegt, die bei dieser Größe überhaupt nicht zu bewirtschaften sind und weiter den Nach-

teil haben, daß der Pflanzentransport bis zu den Kulturstellen meist ein sehr entfernter ist, wodurch sich die Kulturkosten erhöhen und die Pflanzen bei meist mangelhafter Verpackung schon während des Transportes mindestens sehr leiden, wenn nicht vollständig verderben.

Kleinere, auf den Kulturflächen selbst oder in deren unmittelbarer Nähe angelegte Forstgärten würden ganz andere Dienste leisten und die Kulturen erheblich verbilligen.

Dabei dürfte nicht angestrebt werden, möglichst große Teile der nun doch verödeten und verunkrauteten Walbflächen zu kultivieren, da hierzu weder gebildetes Personal noch Arbeitskräfte vorhanden sind, sondern kleinere, nur so große Flächen, als in einem Frühjahr sicher und gut kultiviert und worauf die Kulturen dann auch gepflegt und geschützt werden können.

Die Boden- und klimatischen Verhältnisse sind dem Waldwuchse äußerst günstig, insbesondere der Buche, Eiche, Tanne und Fichte und es können hier bei ungefähr achtzigjährigem Umtrieb dieselben Massen pro Hektar erzielt werden, als in Deutschland bei 100–120jährigem Umtrieb. Allerdings läßt die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Holzes zu wünschen übrig, indem das üppigere, raschere Wachstum aller Holzarten ein looseres Zellengefüge im Gefolge hat, das an Tragfähigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen Fäulnis dem deutschen, auf schwächeren Böden und in rauherem Klima erwachsenen Holze nachsteht.

Die Waldungen des Hügellandes und der Ebene bestehen meist aus Buchen- und Eichenbeständen, teils rein, teils gemischt, wobei im Hügellande die Süd- und Westhänge meist mit der Eiche, die Nord- und Osthänge mit der Buche bestockt sind. Als Mischhölzer gesellen sich denselben Esche, Ahorn, Ulmen, Birke und Aspe hinzu.

Die Fluszniederungen sind mit sog. „Sunkten“ längs der Flußufer bewaldet, aus Weiden und Pappeln bestehende Bestände, die vom sechsten Jahre ab mit Vieh beweidet werden.

Die Gebirgswälder bestehen meist aus Mischbeständen von Buchen und Tannen, in den höheren Lagen Fichte, teilweise finden sich auch reine Bestände dieser Holzarten vor und besonders charakteristisch ist es, daß die Buche im Karpathengebirge verhältnismäßig sehr hoch hinaufgeht und noch in bedeutender Höhe in reinen Beständen vorkommt.

Es finden sich im Gebirge auch noch von der Art bis jetzt unberührt gebliebene Urwälder, welche Riesene Exemplare von Tannen und Buchen aufzuweisen haben, aber bei der Zunahme der Dampfsägemerke im Lande dürfte auch bald die letzte Urwaldfläche verschwinden.

Das aus diesen Urwäldern anfallende Material liefert, da es vielfach überalt und abständig ist, auch in diesem Zustande entsprechendes, meist zweit- und drittklassiges Material.

Bei der künstlichen Wiederbestockung der Blößen bzw. Kahlschlagflächen wird leider nicht in sorgfältiger Weise auf die Auswahl der Holzarten gesehen, damit jeder Holzart der ihren Lebens- und Wachstumsverhältnissen entsprechende Standort zugewiesen wird. Man generalisiert und pflanzt Flächen von Tausenden von Hektaren durchweg mit Fichten oder Kiefern an und läßt dabei unbeobachtet, daß nasse Stellen weit besser mit Esche oder Ulme, frische mit Ahorn, die Hügel und Rücken mit Eiche, die Süd- und Westhänge mit Eiche, wobei im Hügellande die Traubeneiche, im Flachlande die Stieleiche am geeignetsten wären, bestockt werden; und in der Wahl der mit einander zu mischenden Holzarten und des Mischungsverhältnisses fehlt das Verständnis, da die Kenntnis über die Wachstumsverhältnisse der Holzarten zu mangeln scheint.

Die Kiefer eignet sich überhaupt für die Waldkultur in Rumänien mit wenigen Ausnahmen nicht, da im allgemeinen keine Kiefernböden existieren. Die Kiefer wächst viel zu üppig, ist infolge dessen spröde und brüchig und unterliegt schon in jugendlichem Alter dem Schneedrucke, namentlich im Hügelland und in der Ebene. Es eignen sich für den Anbau der Kiefer und Schwarzkiefer nur steinigere, magere Gebirgsrücken oder kegelförmige Erhebungen, wo sie ein normales Wachstum zeigt und auch von Natur vorkommt. Dort unterliegt sie auch nicht dem Schneedruck.

Die Mischungen von Fichte mit Kiefer zeigen hier noch mehr als in Deutschland die nachteiligen Folgen, indem die Kiefer die Fichte bald überwächst und die Kiefer dann zum Schutz und zur Erhaltung der Fichte in einem Alter ausgehauen werden muß, wo sie noch keinen Nutzungswert hat. Aus den verbleibenden Fichten erwächst dann ein weitständiger, stammarmer Fichtenbestand, dessen Einzel Exemplare infolge des räumlichen Standes sich nicht rechtzeitig natürlich von Ästen reinigen und daher ein astiges, geringwertiges Nutzholz liefern.

Bei den ausgeführten Kulturen geschieht, wie schon oben bemerkt, zu deren Pflege gar nichts; Unkraut und Verwüchse werden nicht entfernt und Fehlstellen werden nicht nachgebeffert, sodaß von den Pflanzungen nur wenig bleibt und das Resultat in unvollständigen, von Weichholz überwucherten Beständen besteht oder auch gänzlich fehlt schlägt.

Es sei nun das Forstgesetz vom Jahre 1910 einer etwas eingehenderen Besprechung unterzogen. Dieses Gesetz enthält als besondere Neuerung in Artikel 3

und 10 die Bestimmung, daß jeder Privatwaldbesitzer, bevor er einen Waldbestand zur Ausbeutung anhaut, bei der Forstkasse des Domänenministeriums eine Garantie für die Wiederbewaldung der angehauenen Flächen deponieren muß, bevor er mit dem Hiebe beginnen darf. Die Höhe dieser Garantie wird vom Domänenministerium bestimmt und kann bis zu 100 Frs. pro Hektar gehen. Ferner wird bestimmt, daß die Waldhüter im Privatforstdienst die staatliche Anerkennung haben und auf das Forstgesetz vereidigt werden müssen. Die staatliche Anerkennung wird aber nur für solche Personen erteilt, die des Lesens und Schreibens mächtig sind und im Heere gedient haben, wobei die Chargen bevorzugt werden.

Die Waldhüter für den Staatsforstdienst müssen in Zukunft bei der dazu eingerichteten Abteilung der Forstschule zu Branesti ausgebildet sein, ebenso die Förster.

Das Gesetz bestimmt ferner, daß die höheren Forstbeamten der Privatwaldbesitzer ebenfalls die Anerkennung des Domänenministeriums haben müssen und dieselbe, falls sie Ausländer sind und ihre Studien auf ausländischer Schule gemacht haben, entweder durch eine vor einer eigens dazu ernannten Kommission abgelegte Prüfung erreichen, oder indem sie durch regelrechte Zeugnisse und Akten vor dieser Kommission nachweisen, daß sie mindestens eine forstliche Praxis von 10 Jahren haben und daß sie während dieser Zeit als Leiter einer Forstwirtschaft im In- oder Auslande tätig gewesen sind.

Die aus Deutschland und in Rumänien in Privatdienste tretenden höheren Forstbeamten, welche auf deutschen Forstlehranstalten ihre Prüfungen bestanden haben, erhalten auf Grund ihrer diesbezüglichen Zeugnisse anstandslos die staatliche Anerkennung, soweit ihre Tätigkeit die Verwaltung betrifft. Forstpolizeiliche Funktionen dürfen dieselben indessen nicht ausüben, da hierzu die rumänischen Staatsbürgerrechte erforderlich sind. Der Staatsforstdienst ist Ausländern gänzlich verschlossen.

Ferner kürzt das Gesetz das forstpolizeiliche Verfahren ab und gibt hierin wesentliche Erleichterungen. Den gesetzlichen Bestimmungen über die Verwaltung der Privatwälder sind auch selbstverständlich die Waldungen der alten Freibauern, in der Moldau „Resoşen“, in der Wallachei „Moschneni“ genannt, unterworfen. Im Allgemeinen verschärft das Gesetz die Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1881, insbesondere darf kein Privatwaldbesitzer ohne eine vom Staate genehmigte Betriebseinrichtung seinen Wald ausbeuten, und will dadurch, daß für die Wiederbewaldung der ausgebeuteten Flächen eine Garantie

hinterlegt werden muß, eine Sicherheit für die Erhaltung des Privatwaldbestandes schaffen.

Auch die Viehweide ist im Walde streng verboten und werden Uebertretungsfälle schwer bestraft, sodaß man meinen sollte, daß an der Hand eines solchen Gesetzes jetzt wirklich durchgreifende Verbesserungen zu erzielen sein würden. Leider ist dem aber nicht so, denn das Gesetz wird nicht mit aller Strenge und Objektivität durchgeführt, Rücksichten auf politische Parteiinteressen und einflußreiche Persönlichkeiten treten hemmend in den Weg und wenn man die Resultate des Gesetzes bei Lichte betrachtet, so sind sie fast gleich Null. Selbst die Drohung des Gesetzes, daß, falls der Waldeigentümer in der von der Betriebseinrichtung vorgeschriebenen Zeit die genutzten Waldflächen nicht oder in unvollständiger Weise wieder in Bestand gebracht hat, der Staat mit Hilfe der von ihm deponierten Garantie die volle Wiederbestockung vornehmen wird, schreckt den größten Teil der Privatwaldbesitzer nicht ab, ihre Wälder zu verwüsten und die Wiederbewaldung der Natur zu überlassen, denn er weiß ganz genau, daß der Staat die Wiederbestockung nicht vornehmen wird und auch nicht vornehmen kann, da es ihm hierzu am Material und Personal fehlt. Er riskiert dabei weiter nichts, als daß er seine deponierte Garantie verliert, die er sich durch seinen Einfluß vorher möglichst gering hat bemessen lassen und an deren Verlust ihm gar nichts gelegen ist, insbesondere wenn er seinen Wald gut verwertet hat, daß er durch seinen parteipolitischen Einfluß die Garantie wieder zurück erhält, ohne daß die genutzten Waldflächen wieder bestockt worden sind; und wehe dem Staatsforstbeamten, der sich etwa unterstellen sollte, durch sein Dazwischentreten dem Gesetze Achtung zu verschaffen, derselbe riskiert gegenüber einem solchen einflußreichen Manne einfach seine Stellung.

Mit den Bauernwaldungen ist noch weniger zu erreichen, denn von künstlicher Kultur oder Abstellung der Viehweide will der Bauer in seinem Walde nichts wissen, und betrachtet jegliche gesetzliche Gegenmaßregel als einen jähen Eingriff in die ihm als Eigentümer zustehenden Rechte. Zu künstlichen Kulturen hat er weder Mittel noch Pflanzmaterial und die Weide betrachtet er als ein unbedingtes Recht für seinen Lebensunterhalt; und da der Bauer von jeder Regierung, um ihn sich zu den Wahlzwecken gewogen zu halten, in jeder Beziehung, aber immer am unrechten Platze, verwöhnt und verhätschelt wird, so bleibt auch das Forstgesetz aus obigen Gründen für ihn ein toter Buchstabe und die Regierung wagt es nicht, mit Energie durchzudringen, weil sie eben den Bauer für ihre jeweiligen Wahlzwecke braucht. Dasselbe ist auch bei der Landwirtschaft der Fall. Man glaubt dort dem

Bauer aufhelfen zu können, wenn man ihm in Notjahren auf Staatskosten Mais verteilt, wofür ihm eventuell nach kurzer Zeit die Zahlung erlassen wird, oder wenn man ihm immer mehr landwirtschaftliches Gelände gibt, zumal das Verlangen des Bauern nach Land ein unersättliches ist. Damit wird derselbe aber nur noch mehr verwöhnt und die ihm so schon eingeborene Trägheit noch mehr begünstigt. Die Art des Bauern ist eine so primitive, von Düngung ist gar keine Rede, daß er auf verhältnismäßig großer Fläche nur wenig erntet.

Um diesem Uebelstande abzuhelpen, müßte dem Bauer schon von Jugend auf in der Schule beigebracht werden, wie er sein Land gut und vorteilhaft bebauen muß, um es voll und ganz für seine Bedürfnisse auszunutzen zu können. Vor allem müßte ihm eine rationelle Viehzucht und Verwertung deren Erzeugnisse, Butter, Milch, Käse, gelehrt werden. Dann würde sich ein gewisser Wohlstand beim Bauer einstellen, er würde sich glücklich und zufrieden fühlen und es würden ihm diese Lehren mehr nützen als alle Steuernachlässe und sonstigen Rücksichten.

Nach diesem kurzen Abschweif kehre ich wieder zur Forstwirtschaft zurück.

Aus dem Vorgesagten geht hervor, daß das neue Forstgesetz an und für sich ein gutes und den Verhältnissen entsprechendes und wohl dazu angetan ist, bei strenger Durchführung die forstlichen Verhältnisse des Landes wesentlich zu heben und zu bessern, daß aber die Anwendung und Durchführung des Gesetzes eine laue und lasche, durch innerpolitische Parteiverhältnisse beeinträchtigte ist, sodaß ein voller Erfolg nicht zu erwarten steht; zumal der Staat auch selbst nicht im Stande ist, mit gutem Beispiel voranzugehen und in Folge seines numerisch geringen und auch wissenschaftlich und praktisch ungenügend ausgebildeten Forstpersonals den gesetzlichen Bestimmungen, namentlich bezüglich der Wiederbewaldung ausgebeuteter Waldflächen, nicht nachkommen kann.

Sehr viel hat zur schonungslosen Ausbeutung der Wälder, namentlich im Gebirg, in den letzten 15 Jahren die Holzindustrie (Sägeindustrie) beigetragen, die bisher den Hauptplatz in der rumänischen Industrie einnahm und die auch namentlich auf den Staatswald bezimierend eingewirkt hat; insbesondere seit der Einführung des Rahlschlagbetriebes, der den Käufern wesentlich erleichterte Bedingungen bei der Ausbeutung gewährte, wodurch die Nachfrage, die im Jahre 1896 noch eine beschränkte war, sehr erhöht wurde und wodurch auch der Staatskasse erhöhte Einnahmen zufließen.

Es handelte sich dabei früher immer nur um die Verwertung von Nadelholz, während dem Laubholz,

ntlich der in ausgedehnten Beständen vorkommen-
Buche, zur Kuchholzverwertung kaum eine Bedeu-
beigemessen wurde. Dieselbe diente ausschließlich
zu Brennholz.

erst seit wenigen Jahren, seitdem die Eisenbahn-
haltung durch Mangel an Eichen-Schwellenmaterial
iden beginnt, ist auch der Verwertung der Buche
Kuchholz und insbesondere zu Eisenbahnschwellen,
ere Aufmerksamkeit zugewendet worden.

So groß nun auch die Hoffnungen waren, die in
Verwertung der Buche als Eisenbahnschwelle ge-
wurden, so sehr flauten diese Hoffnungen wieder
als man an die Ausbeutung der alten Buchen-
nde ging, denn der den alten Buchen eigene „rote
“, den die Eisenbahndirektion nicht tolerierte, da
h nicht imprägnieren ließ, beeinträchtigte in hohem
e die vorteilhafte Ausnutzung der Buche und da-
die Lust zu Lieferungen. In Anbetracht dessen
ich die Eisenbahndirektion zu Konzessionen bezüglich
roten Kernes herbei und nachdem in Ploesti eine
rägnieranstalt seitens der Eisenbahnverwaltung er-
t worden war, so wurden verschiedene Klassen
Buchen-Schwellen gebildet, in welchen auch
wellen mit gesundem rotem Kern mit ent-
gender Preisermäßigung Aufnahme fanden.

Nach den auf den ungarischen Staatsbahnen mit
n Kern gemachten Erfahrungen, beeinträchtigt der-
die Dauerhaftigkeit der Buchenschwelle gar nicht,
ern hält mindestens ebenso lange aus als die im-
nierten Teile der Schwelle, da die Zellen im roten
bereits von Natur aus durch Abschluß mit Gummi-
ten gegen das Eindringen der Feuchtigkeit ge-
tet sind.

Außerdem verarbeiten die Sägewerke heute Buchen-
für schwache Kistenbretter, sogenannte „Tabuletta“
Verpackung von Orangen, oder sog. „Testoni“ zur
packung anderer Früchte und Gegenstände, hauptsäch-
für den Export nach Italien. Weiter werden
zur Verwertung in den Möbelfabriken des In-
lands, teils zum Export schwache Stäbe und Latten
ziert.

Als ein Werk, welches sich fast ausschließlich die
Arbeitung der Buche zur Aufgabe gemacht hat, ist
Fassfabrik Seiner Durchlaucht des Fürsten von
Ansburg-Waldenburg in Taslau-Sarat hervorzu-
n. Dieselbe fabrizierte zunächst nach ihrem Ent-
n im Jahre 1907 Buchenfässer für die Petroleum-
strie zum Versand von Schmierölen und Roh-
oleum. Da sich aber diese Fabrikation als nicht
abel erwies, wurde sie aufgegeben und sich auf die
ritikation von Zement-, Farb- und Mehlfässern, mit
n Worte: Fässern für Trockenpackungen, verlegt, was
bei der intensiven Zunahme des Zementverbrauches

und der damit verbundenen Entstehung von Zement-
fabriken im Lande als weit rentabler erwies.

Im Allgemeinen muß bemerkt werden, daß die
Verwertung der Buche als Kuchholz immerhin inso-
fern eine beschränkte bleibt, als die Buchenbestände,
welche im Lande massenhaft vorkommen, die aber von
Jugend auf jeglicher Erziehungsmaßregel entbehrten
und aufgewachsen sind, wie es die Natur gegeben hat,
sämtlich überalt und in Folge dessen vielfach mit
Defekten aller Art behaftet sind, die den Nutzungs-
wert sehr beeinträchtigen und nur verhältnismäßig
geringen Anfall, wohl aber sehr viel Abfall ergeben,
ein Umstand, der manchem Unternehmer schwere Ent-
täuschungen und Verluste gebracht hat.

Eine äußerst ausgedehnte Verwertung hat dagegen
Tannen- und Fichtenholz aufzuweisen und die zahl-
reichen im Lande entstandenen Sägewerke beschäftigen
sich in der Hauptsache mit Herstellung von Tannen-
und Fichten-Schnittwaren, die auch in großen Mengen,
namentlich von Constanta, Braila und Galatz aus
über Rotterdam nach Deutschland exportiert wurden
und besonders zur Deckung der Bedürfnisse der deutschen
Industrie dienten, da der deutsche Wald nicht im
Stande ist, allein diese Bedürfnisse zu decken.

Die größten Unternehmungen in Sägewerken in
Rumänien hat die anonyme Aktiengesellschaft, vor-
mals Götz & Somp, ein österreichisches Unternehmen,
mit Zentralsitz der Verwaltung in Bukarest bzw. Wien.
Dieselbe besitzt ihr größtes Sägewerk in Nehoiu bei
Buzeu mit 25 Sägegattern und mit einer Jahres-
produktion von 125 000 fm Schnittware.

Ferner das älteste Sägewerk in Galatz mit 16 Gattern
und einer Jahresproduktion von 80 000 fm Schnitt-
holz. Comanesti (Silvha) mit 12 Gattern und einer
Jahresproduktion von 60 000 fm Schnittflächenholz.
Iscor Alb, ebenfalls Kreis Bacou, mit 6 Gattern
und jährlich 30 000 fm Produktion.

Slanic, Kreis Bacau 5 Gatter mit 25 000 fm.

Larcau, „ Neamt 6 „ „ 30 000 „

Das Werk in Galatz verarbeitet außer rumänischem
Material jährlich auch je etwa 90 000 fm Rundholz,
die es aus der Bukowina bezieht und welches aus-
schließlich für die Wiederausfuhr in geschnittenem Zu-
stande bestimmt ist, sodaß der sonst auf Rundholz
lastende Einfuhrzoll von 3 Lei pro Festmeter hierfür
nicht bezahlt wird; jedoch muß das exportierte Schnitt-
material mindestens 80 % des importierten Rund-
holzes ausmachen, um dieser Vergünstigung teilhaftig
werden zu können.

Das sämtliche Rohmaterial, welches das Sägewerk
in Galatz, sei es aus der Bukowina, sei es aus
Rumänien kauft, wird mittelst Flößerei auf den Flüssen
Bistritza und Sereth bezogen, da dies die einzigen

Flüsse der Moldau sind, welche von Natur ohne kostspielige Flußregulierungen sich zur Flößerei eignen und mittelst deren das Holz direkt bis Galatz gebracht werden kann.

Eine Einfuhr von geschnittenem Material ist bei dem hohen Zolle von 25 Lei pro Festmeter gänzlich ausgeschlossen, indessen findet alljährlich eine Durchfuhr von 6000 — 7000 Waggonladungen aus Oesterreich nach dem Orient statt.

Die eben genannte Aktiengesellschaft arbeitet hauptsächlich für den Export, etwa 75 % ihrer Produktion werden ausgeführt und nur 25 % verbleiben im Lande. Die exportierte Ware dieses Unternehmens geht in der Hauptsache nach der Türkei, Griechenland, Aegypten, Algier, Frankreich, Italien und nur zum kleinsten Teile nach Deutschland. Außer den Werken der anonymen Aktiengesellschaft befinden sich allein im Kreise Bacau noch folgende Sägewerke:

Bradul in Därmansfi mit 10 Gatter und einer Jahresproduktion von 90 000 fm Schnittware.

Stefan Boda 6 Gatter und 45 000 fm Jahresproduktion.

Union-Casim mit 9 Gatter und 80 000 fm Jahresproduktion.

Cinghes mit 5 Gatter und 50 000 fm Jahresproduktion.

Hieraus ist zu ersehen, welche enorme Nadelholzquantitäten allein aus dem Kreise Bacau jährlich genutzt werden.

Außer diesen Werken bestehen noch große Unternehmungen in Cartea de Unghes, im Botru- und Muscel- und Prahowa-Tale, welche enorme Holzquantitäten verarbeiten und teils aus belgischem, teils aus rumänischem, teils jüdischem Kapitale errichtet sind. Dazu kommen noch zwei große Papierfabriken Oetea bei Bacau und Schill in Buzeni im Prahowatale, sowie eine Pappfabrik Eichler in Piatra R, welche sehr viel Fichtenholz zu Papierstoff verarbeiten.

Stellt man alle diese großen Holzquantitäten zusammen, welche diese Fabriken verarbeiten, so ist es klar, daß bei einer weiteren Fortsetzung derartiger Massenausbeutungen in kurzer Zeit die Nutzholzausbeute Rumäniens versiegen muß.

Die Säge-Industrie hat, wie hieraus ersichtlich, seit dem Jahre 1893 ganz erheblich zugenommen und vermag nicht nur den Bedarf des Inlandes vollkommen zu decken, sondern betreibt auch einen sehr lebhaften Export.

Der Eichenholzvorrat des Landes hat in erschreckender Weise abgenommen. In sinnloser Weise haben namentlich die Privatwaldbesitzer mit ihren Eichenholzbeständen gewirtschaftet, die sie mit Schleuderpreisen verkauften. Die Umgebung von Tirgu-Jin, und viele andere Orte der Wallachei legen davon be-

redtes Zeugnis ab. Die Eiche wurde in Massen exportiert und namentlich hat das Berliner Holzkomptoir, besonders in der Gegend von Tirgu-Jin, mit aufgeräumt.

In Folge dessen und ganz besonders mit Rücksicht darauf, daß sich bei der Eisenbahn der Mangel an Schwellen und Konstruktionshölzern sehr fühlbar machte, hat der Staat vor 3 Jahren einen großen Ausfuhrzoll von 80 Lei pro Festmeter auf Eichenholz gelegt und dadurch den Export in diesem Holz unmöglich gemacht, leider aber für Rumänien zu spät.

Nach der rumänischen Handelsstatistik betrug der Export an beschlagenem Bauholz und Schnittholz im Jahre 1895

56 842 000 kg mit einem Werte von 4 848 048 Lei. Derfelbe stieg im Jahre 1909 auf 298 439 321 kg mit einem Werte von 24 395 936 Lei und fiel im Jahre 1910 wieder auf 256 816 182 kg mit einem Werte von 20 717 829 Lei.

Von den Jahren 1911 und 1912 liegen noch keine Handelsstatistiken vor, jedoch dürften dieselben eine weitere Verringerung der Materialausfuhr, dagegen verhältnismäßig höheren Geldwert aufweisen, da die Bauholzpreise, namentlich vom Jahre 1911 bis Mitte 1912 ganz bedeutend gestiegen waren; und wenn der Staat seinen neuerdings gefaßten Entschluß, von je ab mit seinen Vorräten an haubarem Holze sparsamer zu wirtschaften, aufrecht erhält, so dürfte die Ausfuhr von Bauholz in den nächsten Jahren, sobald die bestehenden Verkaufsverträge abgelaufen sind, noch bedeutend verringern.

Es sei noch bemerkt, daß zu den vorgenannten Zahlen noch die Ausfuhr von Rohmaterial (Schnitthölzer) hinzuzurechnen ist.

Dieselbe betrug im Jahre 1909

1 044 461 kg mit einem Werte von 2 999 554 Lei im Jahre 1910

1 290 339 kg mit einem Werte von 3 278 473 Lei so daß also beide Kategorien zusammengerechnet im Jahre 1909 einen Wert von 27 395 490 Lei und im Jahre 1910 einen solchen von 23 996 302 Lei hatten.

Somit ist der Wert der Ausfuhr vom Jahre 1893 bis 1909, in welchem Jahre derselbe seinen Höhepunkt erreichte, um 22 547 442 Lei gestiegen, ein Umstand, welcher der infolge Einführung des Rahlischlagbetriebes vermehrten Nachfrage zuzuschreiben ist. Welche Nachteile indessen die Uebernutzungen infolge des Rahlischlagbetriebes für den Wald haben, wurde bereits oben erörtert.

Die Einfuhr von Bauholz betrug an Schnittware:

009 — 665 398 kg mit einem Werte von 54 589 Lei
 110 — 895 954 kg mit einem Werte von 80 207 Lei
 Klobholz:

009 — 117 791 rm mit einem Werte von 804 161 Lei
 110 — 144 809 rm mit einem Werte von 478 804 Lei

Die Holzpreise waren bis zum Jahre 1906 recht geringe. Das Festmeter Tannenholz wurde ab Wald nach den größeren oder geringeren Transportschwierigkeiten mit 3 bis 5 Lei verkauft und Schnittmaterial I. Klasse mit 33 bis 38 Lei das Festmeter ab Fabrik. Vom Jahre 1907 ab sind die Preise stetig gestiegen und erlangten im Jahre 1912 ihren Höhepunkt, wo sie bis auf 10 und 12 Lei das Festmeter Rohmaterial ab Wald und bis 45 und 50 Lei das Festmeter Schnittmaterial ab Fabrik stiegen. Seit dem Beginn des Balkankrieges ist natürlich wieder ein bedeutender Preisrückgang zu verzeichnen und auch nachdem der Friede geschlossen war, wollten die Preise noch nicht wieder empor schnellen, was wohl einestheils eine Folge der finanziellen Ermattung und der großen Verluste an Menschen war, welche die Balkanstaaten durch den Krieg erlitten hatten, anderenteils aber auch erst mit dem Eintritt des Winters zum Verschwinden

gebracht werden dürfte. Es dürfte also erst im Frühjahr 1914 ein nennenswertes Steigen der Bauholzpreise zu erwarten sein, die auch eintrat. Auch die letzten Brennholzpreise sind in den letzten Jahren sehr gestiegen und haben sich auch selbst während des Balkankrieges auf guter Höhe erhalten.

Das Brennholz wird, da die Steinkohle als Zimmerheizmaterial zu teuer ist, fast ausschließlich im Lande verbraucht und der Export ist ein geringer im Verhältnis zur anfallenden Masse. Derselbe betrug in 1909 — 27 818 935 kg mit einem Wert von 278 189 Lei
 1910 — 19 268 286 " " " " " 192 683 " der Import

1909 — 12 490 554 kg mit einem Werte von 124 905 Lei
 1910 — 14 403 190 " " " " " 144 032 "

Der Grund der Steigerung des Importes in 1910 und der Abnahme des Exportes ist in der damals schon zunehmenden Preissteigerung des Brennholzes im Inlande zu suchen.

Was nun die Rentabilität der Staatswaldungen anbetrifft, so sei es zunächst gestattet, die Gestaltung der Einnahmen, Ausgaben und Reineinnahmen seit dem Jahre 1896 tabellarisch nachzuweisen.

Jahr	Einnahmen	Ausgaben für	Ausgaben für	Reineinnahme
	Lei	Administration	Material u. Arbeiten	Lei
1896—97	3 700 000	1 192 400	146 000	2 361 600
1897—98	4 090 000	1 247 880	112 000	2 730 120
1898—99	4 200 000	1 248 680	89 500	1 150 180
1899—1900	4 600 000	1 273 160	93 220	3 233 620
1900—01	5 000 000	1 258 700	19 020	3 722 280
1901—02	4 000 000	1 251 300	25 500	2 723 200
1902—03	5 470 000	1 099 112	74 300	4 296 588
1903—04	5 500 000	1 087 592	79 000	4 333 408
1904—05	5 500 000	1 081 472	178 000	4 240 528
1905—06	5 500 000	1 079 240	183 000	4 237 760
1906—07	5 500 000	1 111 376	208 000	4 180 624
1907—08	5 700 000	1 118 096	93 500	4 488 404
1908—09	6 200 000	1 278 480	27 236	4 650 284
1909—10	6 200 000	1 405 080	265 840	4 529 080
1910—11	6 400 000	1 863 600		4 536 400
1911—12	6 000 000	1 906 500	560 620	4 654 300
1912—13	7 000 000	2 095 200	694 500	4 210 300

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die Einnahmen der Forstverwaltung des Staates zwar stetig gestiegen sind, aber auch die Ausgaben, und daß infolge dessen seit dem Jahre 1902 die Reineinnahme eine jährlich fast gleiche geblieben ist.

Die Zunahme der Ausgaben ist in der Hauptsache in der vermehrten Ausgabe für Kulturkosten seit Einführung des Rahltschlagbetriebes zu suchen. Die Administrationskosten, die sich von 1896 bis 1910 ziem-

lich gleich blieben, haben in den letzten drei Jahren durch Schaffung der „Casa Paduribor“ (Staatsforstkasse), in welche auch nach dem Forstgesetze von 1910 die Garantien für die Wiederaufforstungen seitens der Privatwaldbesitzer fließen, wovon schon oben die Rede war, eine wesentliche Erhöhung erfahren. Die Reineinnahme hat im Jahre 1911/12 mit 4 654 120 Lei ihren Höhepunkt erreicht. Die durchschnittlich jährliche Reineinnahme der oben angeführten siebenzehn Jahre be-

trägt somit 3702205 Lei und diejenige der letzten zehn Jahre 4406091 Lei.

Wie Eingangs nachgewiesen, enthält der rumänische Staatswald an rein bewaldeter Fläche rund 918825 Hektar, mithin berechnet sich die jetzige Reineinnahme pro Hektar 4,8 Lei, dem ein Bruttoertrag von 4,43 bis 5,20 Lei im Jahre 1896 entgegensteht und es ist angesichts dieser Tatsache wohl ein Fortschritt zu verzeichnen, aber das Resultat der heutigen Reineinnahme ist dennoch als ein geringes zu bezeichnen, insbesondere wenn man in Rechnung zieht, daß die im Lande befindlichen sechs Privatwaldbesitzungen, die sich in systematischer Bewirtschaftung durch deutsche Forstleute befinden, viel höhere Einnahmen aufzuweisen habe, trotzdem die Ausgaben und insbesondere die Verwaltungskosten verhältnismäßig viel höhere sind als beim Staate. So rechnet z. B. die Forstverwaltung Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schönburg-Waldenburg im diesseitigen Konsulatsbezirke mit einem Reingewinn von 10 Lei pro Hektar. Dabei hat dieselbe mustergültige Waldungen aufzuweisen, wie sie nirgends anderswo im Lande zu finden sind, und daraus folgt, daß man auch in Rumänien intensive und gut rentable Forstwirtschaft, bei welcher dem Besitzer nicht nur der Wald erhalten bleibt, sondern stetig gebessert und vermehrt wird, betreiben kann, wenn dieselbe durch genügend zahlreiches, tüchtig geschultes und umsichtiges Personal geleitet wird.

Es geht aus den obigen Darlegungen klar hervor, daß die rumänische Staatsforstwirtschaft auf sehr schwachen Füßen steht und noch einschneidender Verbesserungen bedarf, bis sie auch nur einigermaßen leistungsfähig wird.

Wie schon im Vorhergehenden gesagt, bildete stets ein großes Hindernis für die Entwicklung des rumänischen Forstwesens die Abhängigkeit derselben von der inneren Politik des Landes und die ewigen Schwankungen, denen sie bei dem häufigen Regierungswechsel unterworfen war.

In den Jahren 1890—1895 hatte unter dem damaligen Domänenminister Peter Carp das Forstwesen einen kräftigen Aufschwung genommen und würde, wenn Carp'scher Geist noch 20 Jahre wenigstens dasselbe beeinflusst haben würde, zu einer schönen und kräftigen Entfaltung gekommen sein; aber mit dem Fall Carps, im Jahre 1895, trat auch wieder ein ebenso schneller Rückgang ein, sodaß bis zum Jahre 1916 eher Rückgänge als Fortschritte zu verzeichnen

sind. Die ewigen Schwankungen in der DIRECTION, die mangelhafte praktische Ausbildung des Forstpersonals, zu der sich schließlich noch das Mißtrauen gesellt, bedingten den Stillstand bezw. den Rückgang des rumänischen Forstwesens.

Peter Carp ist überhaupt der einzige rumänische Staatsmann, der das Land zu hoher Blüte hätte bringen und auf solide Grundlagen hätte stellen können, denn abgesehen von seinem tadellos soliden und ehrenwerten Charakter besitzt er auch in hohem Maße die Energie und die Eigenschaften, einen Staat zu modernisieren, und ihn in ehrenhafte solide Bahnen zu lenken; aber seine stets zu Tage tretende Absicht, mit dem sein Vaterland immer mehr demoralisierenden System zu brechen, die unehrenhaften Elemente auszuscheiden und gründliche Reinigung zu halten, ließen ihn nur selten zur Regierung kommen und dann meist nur kurze Zeit, sodaß die besten Jahre seines Lebens für sein Vaterland nur eine verhältnismäßig geringe Ausnutzung fanden.

Peter Carp fühlt und denkt vollkommen deutsch und daher war es sein Bestreben, deutschen Geist auch seinem Vaterlande aufzuprägen; hatte er doch seine Studien in Heidelberg gemacht, und für sein deutsches Denken und Fühlen liefert den besten Beweis sein glühender und eifriger Kampf, den er seit Ausbruch des Weltkrieges dafür führte, daß Rumänien bei seiner Beteiligung am Weltkriege auf die Seite der Mittelmächte trete. Leider aber haben die gewissenlosen und bestochenen Kriegsheher in Rumänien die Oberhand gewonnen, Rumänien hat sich als Feind der Mittelmächte in den Weltkrieg gestürzt und bekommt nun für seine Treulosigkeit gegenüber den Mittelmächten seinen wohlverdienten Lohn.

Die vorstehende Studie war bereits vor dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg verfaßt und sollte am Schlusse an Hand der seitens des Verfassers gemachten Erfahrungen eine Darlegung derjenigen Maßnahmen enthalten, welche geeignet gewesen wären, eine Sanierung des rumänischen Forstwesens herbeizuführen. Nachdem aber nun Rumänien durch die sinnlose Politik seines Ministerpräsidenten und gewissenloser eigennütziger Kriegsheher ins Verderben getrieben ist und aller Wahrscheinlichkeit nach von der Landkarte Europas als selbständiger Staat verschwinden wird, so haben derartige Erörterungen keinen praktischen Wert mehr und es bleibt den zukünftigen Beherrschern dieses schönen Landes überlassen, auch das rumänische Forstwesen einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Literarische Berichte.

Der Krieg und die Gewinnung von Nahrungsmitteln durch Waldfeldbau.¹⁾ Von B. Bornemann, Großh. Hess. Forstmeister i. P., Bad Homburg v. d. H. Selbstverlag des Verfassers. Preis 50 Pfg.

Die im Januar 1915 verfaßte Denkschrift war Veröffentlichung in der „Frankfurter Zeitung“ benannt, dort aber nur in abgekürzter Fassung abgedruckt worden. Da der Krieg sich in die Länge zieht, Abgeschlossenheit Deutschlands immer größer und durch die Möglichkeit, Nahrungsmittel aus dem Ausland zu erhalten, immer geringer wird, hat der Verfasser nunmehr seine Denkschrift als Broschüre veröffentlicht. Der Reinerlös ist für erblindete Krieger bestimmt.

Mit großer Wärme tritt Bornemann für die Ausnutzung des Waldes zur Vermehrung unserer Nahrungsmittel ein, weil ein hoher Prozentsatz des deutschen Waldes nicht auf sogenanntem „absolutem“, sondern auf „relativem“ Waldboden stockt, d. h. auf Boden, auf welchem mit Vorteil auch landwirtschaftliche Nutzpflanzen angebaut werden können. Und meist dieser bedingte Waldboden durch jahrhundertelange Nutzung und Selbstdüngung in einer so günstigen Verfassung und derart mit allen Pflanzennährstoffen anreichert, daß er mehrere Jahre hindurch ohne jede Düngung reiche Ernten hervorbringen kann. Nach dem letzten in der Einleitung zur Denkschrift niedergelegten Vorschlage will der Verfasser nun die besten Stellen des bedingten Waldbodens zur Gewinnung landwirtschaftlichen Erzeugnisses ausgesucht wissen, will sich also nicht mit den betriebsplanmäßig oder zufällig vorhandenen Schlagflächen begnügen, sondern weiter gehen und mehr als die normale Jahresschlagfläche vorübergehend dem Feldbau zur Verfügung gestellt haben. Auch tritt er hier dafür ein, daß auf diesen ausgesuchten Flächen vorerst nur Nahrungsmittel angebaut werden sollen, während die Anzucht anderer Waldkulturen der Zukunft, d. h. der Zeit nach Beendigung des Krieges, überlassen bleiben soll. Mit

anderen Worten: Bornemann spricht sich hier für die sogenannte „Vorbau“-Form des Waldfeldbaus aus.

In der „Denkschrift“ selbst dagegen redet er dem sogenannten „Zwischenbau“ des Waldfeldbaus das Wort, d. h. derjenigen Form, bei welcher gleichzeitig Wald- und Feldbau auf der Fläche betrieben werden. Die gesamte Jahresernte an Haubarkeitsnutzungen soll durch Kahlhiebe gewonnen werden, und zwar auf kleinen Flächen bester Standortsgüte inmitten der hiebsreifen Bestände. Diese Böcherhiebe sollen sich auf je $\frac{1}{4}$ ha große, quadratische Flächen von 50 m Seitenlänge erstrecken und die Kahlhiebsflächen zur horstweisen Einsprengung anderer Holzarten, insbesondere von hochwertigen Nuthölzern in einem Grundbestand von Buche, Fichte oder Kiefer benutzt werden, um auf diese Weise nach Gayer's horstweiser Femeschlagverjüngung Mischbestände anzuziehen. Der Verfasser unterstellt etwa $\frac{2}{3}$ der gesamten deutschen Waldfläche von rund 14 Millionen Hektar, also 10 Millionen Hektar, als geeignet zum Waldfeldbaubetrieb. Bei Unterstellung einer Durchschnitts-Umtriebszeit von 100 Jahren würde die normale Jahresschlagfläche also 100 000 ha betragen. Diese Fläche soll im Waldfeldbaubetrieb bewirtschaftet werden, und zwar schlägt der Verfasser in Anlehnung an den in der Rhein-Main-Ebene schon zu Anfang des vorigen Jahrhunderts eingeführten Waldfeldbaubetrieb den Kartoffelzwischenbau vor. Er rechnet pro Hektar mit einem Ertrage von 200 Zentner Kartoffeln, auf 100 000 ha also mit 20 Millionen Zentner. Und da ein zweimaliger Anbau von Kartoffeln die Zukunft der anzuziehenden Holzbestände nicht wesentlich schädige, soll im zweiten Jahre eine doppelt so große Fläche und eine Kartoffelernte von 40 Millionen Zentner zu erwarten sein. Und selbst diese Zahl könnte noch für einige Jahre um etwa 10 Millionen Zentner erhöht werden, wenn der gesamte Holzeinschlag im deutschen Walde, also einschließlich der Zwischennutzungen (Durchforstungen), durch die vorgeschlagenen Böcherhiebe gedeckt würde. Ferner könnten bei Frühkartoffelanbau noch Gemüse nachgezogen werden, z. B. Rüben aller Art, Karotten, Spinat, Winterkohl, Salat, Buschbohnen, Buschbohnen usw. Die Arbeiten sollen in Regie ausgeführt werden, weil sich dann Jedermann ohne Risiko daran beteiligen könne. Der Verfasser erhofft davon außer den waldbaulichen Vorteilen und vermehrten Erzeugung von Nahrungsmitteln reichliche Arbeitsgelegenheit und Abhilfe gegen mancherlei Not. Die Ernte soll versteigert werden, jedoch könnten der Staat und die Gemeinden die

¹⁾ In einer von Herrn Forstmeister Hoffmann in Buxtehude an uns gerichteten Zuschrift macht derselbe u. E. mit Recht darauf aufmerksam, daß die Broschüre Bornemanns im Januar 1915 erschienen und dem Preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eingereicht worden ist. Hätte man ihr damals mehr Beachtung geschenkt, Folge gegeben, so hätte in den Jahren 1915 und 1916, noch weit mehr Arbeitskräfte zur Verfügung standen, die noch effizienter erhebtig gesteigert werden können. Jetzt dürfte dem herrschenden Arbeitsmangel die günstige Zeit verpaßt sein.
F. Reb.

Kartoffeln auch auf ihre eigene Rechnung einernnten, um durch Abgabe zu einem angemessenen Preise zur Verhinderung des Wuchers beizutragen.

Der Vorschlag Bornemanns, den Wald während der Kriegszeit in ausgiebiger Weise zum Anbau von Nahrungsmitteln heranzuziehen, findet überall, auch im Kreise der Forstwirte, volles Verständnis und Zustimmung. Aber es fragt sich, ob und in welchem Maße er unter den heute bestehenden Verhältnissen verwirklicht werden kann. Mannigfache Schwierigkeiten stellen sich der Durchführung der in der Denkschrift niedergelegten Gedanken in der Praxis entgegen; der Verfasser scheint sie unterschätzt zu haben. Abgesehen davon, daß die zum Waldfeldbau geeignete Fläche des deutschen Waldes mit 10 Millionen Hektar m. G. zu hoch gegriffen ist, muß der Plan an den fehlenden Arbeitskräften scheitern. Durch die von Monat zu Monat gesteigerte Einberufung der wehrfähigen Männer Deutschlands mangelt es nicht, wie Bornemann annimmt, an Arbeitsgelegenheit, sondern in allen Betriebszweigen, sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie und im Handel, ist mehr und mehr ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften eingetreten. Die Folge davon ist, daß heute nur mit Mühe und Not die landwirtschaftlich benutzte Fläche Deutschlands bestellt werden kann. Nur an sehr wenigen Orten werden deshalb die zur Bestellung von Waldfeldern erforderlichen Arbeitskräfte vorhanden sein. Aber auch dort wird es in diesem Jahre an den nötigen Saatkartoffeln mangeln, um den Waldfeldbaubetrieb durchzuführen. Das Roden der Stöcke und die Bestellung der Waldfelder erfordern viel zu viel Arbeitskräfte. Wir müssen die wenigen zur Verfügung stehenden Kräfte jetzt dort verwenden, wo die Erzeugung von Nahrungsmitteln mit dem geringstmöglichen Aufwande an Arbeit erfolgen kann. Dazu eignen sich vielerorts die jungfräulichen Bodenflächen in den von unseren Heeren besetzten Gebieten weit besser als die heimischen Waldböden. Bauen wir deshalb auf möglichst ausgedehnten Flächen der im Osten und namentlich im fruchtbaren Rumänien besetzten Gebiete Getreide an und suchen wir im Sommer 1917 in Deutschland die Kartoffelanbaufläche tunlichst zu vergrößern. Doch woher die Saatkartoffeln dazu im Frühjahr nehmen? An diesem Punkte wird die Hebung des Kartoffelertrags im Jahre 1917 wohl überhaupt scheitern.

Gut Pilamont (Litauen), im Februar 1917.

Weber.

Bestandeswirtschaft u. Altersklassenmethode.

Von Th. Müllh. Wien u. Leipzig, Franz Deuticke. 1916. 8°. 73 S. Preis 2,50 Mk.

Die Ziele, welche der Verfasser bei Herausgabe dieser Schrift im Auge hat, werden von ihm im „Vorwort“ wie folgt bezeichnet:

„Die Lehrbücher über Forstbetriebsanrichtung enthalten über die heutige Vorgangsweise bei der Bestimmung des periodischen Haubarkeitsnutzungssatzes wie diese zum Teil in verschiedenen Instruktionen großer Administrationen festgelegt ist, nur allgemeine und unvollständige Angaben. Der theoretische Rahmen, in welchen die Gliederung der modernen Etatsermittlung eingefügt werden kann, ist bislang nicht entworfen worden. Mit der folgenden Studie wird der Versuch gemacht, die Systematik in der bezeichneten Richtung auszubauen.“

Das moderne Einrichtungsverfahren stellt eine Verschmelzung der Grundformen beider Methoden, der Bestandeswirtschaft und der Altersklassenmethode, dar. Zum Belege dafür werden S. 7–26 die Forsteinrichtungs-Instruktionen folgender größeren Verwaltungen auszugsweise mitgeteilt:

1. der Oesterreichischen Staats- und Fondsforste von 1901,
2. der k. k. Schwarzenbergischen Forste in Böhmen und Steiermark 1908,
3. der Preussischen Staatsforste 1912,
4. der Bayerischen Staatswaldungen 1911,
5. der Sächsischen Staatsforste nach Angabe der Schriften von Jubeich-Neumeister und Martin,
6. der unter staatlicher Verwaltung stehenden Forste im Großherzogtum Baden 1912 und
7. der Domänen- und Kommunalwaldungen im Großherzogtum Hessen 1903.

Hiernach ist man dem von Sachsen eingeführten Vorgang zuerst in Hessen gefolgt, denn die Anleitung von 1903 stellt nur die Erweiterung und den Abschluß eines bereits im Jahre 1899 ausgegebenen Entwurfs dar. Dann folgen Oesterreich 1901, die k. k. Schwarzenbergische Verwaltung 1908, Bayern (sowie auch Württemberg) 1911, Preußen und Baden 1912.

Im weiteren Verlaufe der Darstellung wird (S. 27–50) die Grundform der Bestandeswirtschaft näher ausgeführt. Deren Kriterien sind:

- „1. die Zuweisung der zugänglichen Einzelbestände zum Hiebe nach deren individueller Hiebszeit unter Rücksichtnahme auf eventuelle zwingende waldbauliche Forderungen, aber ohne Bedachtnahme auf die Verbesserung der Hiebsfolge und Nachhaltigkeit in der Zukunft;
2. Vorkehrungen zur Sicherung der künftigen Hiebszugänglichkeit (Umhauungen);
3. die mittelbare Ableitung des periodischen Hiebsatzes aus dem nach dieser individuellen Bestandes-

behandlung aufgestellten Haubarkeitsnutzungsplan."

Weiter werden die Durchführung der Arbeit, die Nutzung des Weiserprozents, die Berücksichtigung der Nutzung, wirtschaftliche Rücksichten bei Auswahl der Nutzungen, Hiebszugänglichkeit und Hauungsplan besprochen. In dem letzteren sind einzustellen:

1. alle Bestände mit ungenügendem Zuwachs, wobei entweder die Grundsätze der Reinertragslehre (Weiserprozent) oder auch diejenigen anderer Wirtschaftsziele (höchster Massen- oder Selbstertrag) maßgebend sein können;

2. Voshiebe usw. zur Vorbereitung der künftigen Hiebszugänglichkeit ungünstig gelagerter Bestände;

3. gelichtete Bestände, in denen die Freistellung des Unterwuchses aus Rücksicht auf die Verjüngung notwendig ist;

4. etwaige hiebsfragliche Bestände unter Beachtung der Abgabemöglichkeit.

§. 50—61 wird dann die Grundform der Altersklassenmethode besprochen, die „vom Wirtschaftsganzen ausgehend im Wege der Rechnung Kalkulation den Etat nach der Fläche oder nach Masse und Masse direkt ermittelt und ein ausgeglichenes Altersklassenverhältnis sowie die Nutzungshaltigkeit erstrebt, ohne sich um die Bestimmung Hiebsorte selbst zu kümmern."

Bei der Durchführung kann die Auswahl der Hiebsorte selbstverständlich nicht umgangen werden. Ein wesentlicher Unterschied ergibt sich hierbei sowie bei der Freistellung der Altersklassentabelle, nachdem man sich bei von den konkreten oder von auf gleiche Ertragsfähigkeit reduzierten Flächen ausgeht. Der Verfasser führt in dem ersteren Verfahren die eigentliche Grundform der Altersklassenmethode, führt dann aber §. 61—68 die von ihm selbst vorgezogene und praktischere Rechnung nach reduzierten Flächen näher aus. In dieser Auffassung kann ich ihm nur völlig beistimmen. Ich halte es für einen inneren Widerspruch, wenn z. B. nach der heffischen Anweisung in der sogenannten Bonitätstabelle alle Unterabteilungen in die entsprechenden Standortsklassen eingereiht, wenn dann der Holzvorrat und -Zuwachs hiernach berechnet, schließlich aber in der Altersklassentabelle wieder alle Flächen in konkreter Größe eingetragen und zusammengefaßt werden. Als ob ein Hektar erster und dritter Klasse fünfter Klasse überhaupt gleichwertige und verwertbare Größen wären! Bei den von mir nach der heffischen Verfahren ausgeführten Ertragsrechnungen habe ich diesen Fehler ohne irgend welche Schwierigkeiten vermieden.

Den Schluß der Schrift bildet §. 68—73 der Abschnitt: „Systematik des heutigen forst-

binierten Forsteinrichtungsverfahrens". Hier wird außer der bereits besprochenen Gliederung nach konkreten und reduzierten Flächen noch eine weitere erörtert, nachdem ein bindender Hauungsplan verfaßt wird oder der Nutzungsplan nur den Charakter eines Hauungsentwurfs hat, der dem Betriebsführer einen gewissen Spielraum bei der Auswahl der Nutzungen nach Maßgabe etwaiger unvorherzusehender Notwendigkeiten gewährt.

Zum Schluß möchte ich noch eine kritische Bemerkung nicht unterdrücken. Wenn der geehrte Verfasser in dem Vorwort seiner verdienstvollen Schrift die Absicht ausdrückt, eine Lücke in den vorhandenen Lehrbüchern auszufüllen, so wird er diesen Zweck schwerlich erreichen. Denn mit der abstrakten Fassung seiner Ausführungen, die viel zu Vieles als bereits bekannt voraussetzt, und mit der Konstruktion künstlich aufgebauten, oft schwer verständlicher Sätze hat er den richtigen Ton eines Lehrbuchs wohl nicht getroffen.

Wr.

Anleitung zur Aufnahme des Holzehaltes der Waldbestände. Von Dr. Max Friedrich Kunze, Geh. Hofrat und Professor i. R. Dritte durchgesehene Auflage. Berlin, Verlagsbuchhandlung Paul Parey. 1916.

Die zweite Auflage dieser Schrift ist 1891 erschienen und im Oktoberheft desselben Jahres von Dr. Speidel kurz besprochen. Die neue, dritte Auflage, hat jener gegenüber an Umfang und Einteilung wenig Änderungen erfahren.

In § 3 hätte wohl erwähnt werden dürfen, daß, wenn Probestämme nicht gefällt werden sollen, solche nicht nur nach der veralteten Preßler'schen Richthöhenmethode, sondern mit neueren und besseren Instrumenten stehend aufgenommen werden können.

Zu § 10 hatte schon Speidel darauf hingewiesen, daß neben der Berechnung aus Grundfläche, Höhe und Formzahl auch die vielfach übliche Benutzung von Massentafeln Beachtung verdient hätte, weil beide Verfahren sich zwar nicht im Prinzip, aber in der Ausführung von einander unterscheiden. Statt dessen erwähnt die neue Auflage nur die Verwendung anderweitig gefällter Stämme, etwa beim Aufhieb der Einteilungs- und Beglinien, nach den Methoden von Speidel und Roepky: Massenkurve und Masselinie.

Wr.

O Akademie! Ein fröhliches Buch von Jugend, Jagd und Liebe. Von Ferdinand von Raesfeld. Neudamm, Verlag von J. Neumann. 333 Seiten. Preis 4 Mk.

Der im Novemberhefte 1916, S. 286, kurz besprochenen Erzählung hat der Herr Verfasser dieses Buch bald folgen lassen. Von Jugend, Jagd und Liebe ist in der Tat darin viel, vielleicht zuviel die Rede; von der Norddeutschen Forstakademie, an der die Handlung teilweise spielt, aber herzlich wenig. Es ist mir deshalb zweifelhaft, ob der Titel glücklich gewählt ist. Denn der Akademie ist in der Erzählung

wahrlich keine glänzende Rolle zugeteilt. Die Professoren sind komische Ränke, die Forstbeamten a Reibhämmer, die keinem anderen einen guten Schenken, und die Studenten interessieren sich für nichts als Jagd und Liebesgeschichten. Wer an einer anderen meiner Hochschule seine Ausbildung genossen hat, wird denn doch andere und wertvollere Erinnerungen daraus bewahren.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung. (Schluß.)

Zurückstellung und Beurlaubung garnisondienstfähiger Holzarbeiter.

In einem Schreiben vom 6. November 1916 teilt das Kriegsministerium dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mit, daß sämtliche Preuß. stellvertr. Generalkommandos ersucht worden sind, Anträgen auf Beurlaubung und Zurückstellung garnisondienstfähiger Holzarbeiter, soweit mit den dienstlichen Interessen irgend vereinbar, schnellstens zu entsprechen. Die stellvertr. Generalkommandos seien ferner ersucht worden, die von den Regierungen angeforderten Kriegsgefangenen zu stellen und als Wachleute möglichst Holzhauer, Vorarbeiter oder sonstige Waldbarbeiter zuzuteilen.

* * *

Verwendung von Strafgefangenen zur Waldarbeit.

Der Justizminister hat unter dem 3. Oktober 1916 an die Oberstaatsanwälte folgende Verfügung ergehen lassen:

Der gesteigerte Bedarf der Holzverbrauchenden Industrien hat bei der Forstverwaltung zu Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitskräften geführt. Es fehlen vor allem geübte Holzarbeiter, namentlich Vorarbeiter. Die Ersten Staatsanwälte sind daher anzuweisen, etwaigen Gesuchen der Forstverwaltung von Strafausschub oder Strafunterbrechung für Forstarbeiter nach Möglichkeit zu entsprechen. Sollten sich in den Justizgefängnissen derartige Personen befinden, deren Beurlaubung nicht in Frage kommt, und lassen sich aus ihnen Arbeitskolonnen, die den staatlichen Forstverwaltungen zur Verfügung gestellt werden könnten, nicht bilden, so ist durch Benehmen mit den Regierungspräsidenten festzustellen, ob etwa bei den Gefängnissen der inneren Verwaltung solche Arbeiterkolonnen für die Staatswaldungen zu-

sammengestellt werden, und ob diesen Kolonnen in Betracht kommenden Gefangenen aus den Justizgefängnissen zugeteilt werden können.

* * *

Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Das Kriegsministerium hat bezüglich der Beurlaubung der bei der Grubenholzgewinnung und sonstigen Holzeinschlägen beschäftigten Kriegsgefangenen folgende neuen Bestimmungen festgesetzt.

1. Der Arbeitgeber trägt allein, unter Berücksichtigung auf jeden baren Zuschuß die Unkosten für Verpflegung und Unterkunft usw. der Kriegsgefangenen und Wachleute.

2. Der Arbeitgeber zahlt für den Arbeitstag 30 Pf. als Abfindung an jeden Kriegsgefangenen, der wöchentlichen Wochenschluß mindestens 30 % der Leistung eines mittleren tüchtigen freien Arbeiters der Gegend als durchschnittliche Tagesleistung für die betreffende Woche aufzuweisen hat. Der Arbeitgeber hat das von ihm festgesetzte Maß dieser Durchschnittsleistung sowie die freie Arbeiter angemessenen und gütigen Anfordern bei Beginn jedes größeren Schlags der zuständigen Lagerkommandantur mitzuteilen. Bedenken, welche die Lagerkommandantur gegen diese Feststellungen auf Grund örtlicher Nachprüfungen und zugleich im Interesse gemeinsamer Anspornung der Kriegsgefangenen oder der Sicherung einigermaßen gleicher Verdienstmöglichkeiten auf benachbarten Arbeitsstellen erhebt, sind zu beachten und nach gemeinsamer Rücksprache zu beseitigen. Kommt es nicht zu einer Einigung, so entscheidet die Inspektion.

3. Ferner zahlt der Arbeitgeber in Form von „Zuschüssen“, die von den Organen des Lagers bzw. der Inspektion beaufsichtigt, aber nicht kassenmäßig gebucht und verrechnet werden:

a) an die eifrigen Wachleute täglich 50 Pf. Es unterliegt auch keinem Bedenken, wenn dieser Zuschuß in seiner Höhe veränderlich und zu der Gesamtleistung der dem Wachmann unterstellten Gefangenen in ein bestimmtes Verhältnis gebracht wird. Der Charakter eines mäßigen Nebenverdienstes darf durch den Zuschuß aber nicht verlieren. Wachleuten, deren

gruppen auch nach einmonatlicher Einübung nicht über 100 % der Normalleistung der freien Arbeiten aufweisen, sind keinerlei Zuschüsse zuzubilligen;

b) als „Zuschüsse“ an die Kriegsgefangenen, die am Wochenluß nicht über 40 % der Leistung des freien Mannes als durchschnittliche Tagesleistung aufzuweisen: nichts;

die über 40 % bis einschließlich 60 % nachweisen: von der gesamten Leistung einen Akkordlohn, der mit $\frac{1}{10}$ des für die freien Leute (bei gleichen Arbeitsverhältnissen) festgelegten Einheitsfaktes zu berechnen ist; die über 60 bis einschließlich 80 % nachweisen; von $\frac{1}{10}$ des Akkords der freien Leute;

die über 80 bis einschließlich 100 % nachweisen: von $\frac{4}{10}$ des Akkords der freien Leute und die über 100 % nachweisen: $\frac{5}{10}$ des Akkords der freien Leute.

Auf diese veränderlichen Zuschüsse sind die festgesetzten und tassenmäßig nachzuweisenden Abfindungen von 30 Pfg. in Anrechnung zu bringen.

4. Die Leistung des einzelnen Mannes wird in den meisten Fällen nicht festgestellt werden können, es wird aber möglich sein und genügen, die Leistung festzustellen für Rotten von 2–6 Mann, die dann als Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen und deren mehrere je einem Wachmann zu unterstellen sind. Auf die Bildung der Rotten muß dem Arbeitgeber oder dem ihn vertretenden sachverständigen Leiter des Schlages unbedingt ein mitbestimmender Einfluß eingeräumt werden, da sein Urteil am ehesten die nach ihrem Arbeitsgeschick und nach ihrer Arbeitswilligkeit zusammenpassenden Leute erkennen wird.

Soweit die obigen neuen Bedingungen nicht von dem Arbeitgeber gefordert oder angewendet werden, sind sie von den zuständigen Stellen der Heeresverwaltung wenigstens überall dort zu fordern, wo es sich nicht um ganz vorübergehende Beschäftigung einzelner Leute eines Arbeitskommandos beim Holzschlag handelt, deren abweichende Gestellungsbedingungen unvernünftige Umstände verursachen würden. Weitere Ausnahmen können, wenn triftige Gründe vorliegen und genügende Arbeitsleistungen anderweitig gesichert werden, zwischen den kgl. Regierungen und den stellvertretenden General-Kommandos bzw. Inspektionen von Fall zu Fall vereinbart werden.

Nach Maßgabe dieser Bestimmungen würde die Gefangenearbeit erst bei einer Leistung von etwa 70 % der normalen ungefähr ebenso billig werden, wie die der freien Leute. Der Arbeitgeber hat also kein Interesse daran, freie Leute durch Gefangene zu ersetzen, wohl aber ein wesentliches Interesse, die Leistungen der Gefangenen baldmöglichst auf mindestens 70 % zu steigern.

* * *

Verlohnung der Kriegsgefangenen bei Fällungsarbeiten.

Die Durchführung dieser Bestimmungen über die Verlohnung der bei Fällungsarbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen ist mehrfach auf Schwierigkeiten gestoßen. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat daher im Einverständnis mit dem Kriegsminister unter dem 4. September 1916 in dieser Angelegenheit folgendes bestimmt:

1. Das neue Verlohnungsverfahren ist nur anzuwenden, wenn beide Teile — Heeresverwaltung und Arbeitgeber — damit einverstanden sind.

2. Die Vorschriften für das neue Verfahren werden wie folgt abgeändert und ergänzt.

a) Die Tagesdurchschnittsleistung eines mittel-tüchtigen freien Arbeiters hat der Arbeitgeber vor Beginn jedes größeren Schlages nach ihrem Bohnwert in Geld einzuschätzen und dem zuständigen Lagerkommandanten mitzuteilen. Gält letzterer die Schätzung für unzutreffend, so entscheidet, soweit es sich um staatliche oder unter staatlicher Verwaltung stehende Forsten handelt, der zuständige Forstinspektionsbeamte über die bestehende Meinungsverschiedenheit endgültig. In allen anderen Fällen bleibt die Regelung dieses Punktes der besonderen vertraglichen Vereinbarung der Parteien überlassen. Der endgültig festgesetzte Bohnwert ist dem Arbeitskommando bekannt zu geben.

b) Der zur Anwendung kommende Dauerlohntarif einschließlich der etwa bewilligten Rückerlöhe ist vor Beginn der Arbeit dem Lagerkommandanten mitzuteilen. Die von den staatlichen Verwaltungen vorgeschriebenen Dauerlohntarife und Rückerlöhe können von dem Lagerkommandanten nicht beanstandet werden. Andere Tarife usw. werden durch besondere vertragliche Vereinbarung zwischen den Parteien festgesetzt.

c) Ob und wie das Arbeitskommando in mehrere Arbeitsgemeinschaften (Rotten) eingeteilt werden soll, entscheidet der Arbeitgeber oder sein Vertreter nach Anhörung des Kommandoführers, dessen Wünsche nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind.

d) Lohnzahlungen können nur von 14 zu 14 Tagen gefordert werden. Vor Beendigung des Schlages und Feststellung des Schlagergebnisses werden nur Abschlagslöhne gezahlt, deren Höhe in allen unter staatlicher Verwaltung stehenden Forsten der zuständige Revierverwalter allein festsetzt. Dieser kann auch bestimmen, daß, wenn die geleistete Arbeit entsprechend gering war, ein Abschlagslohn für den betreffenden Zeitabschnitt überhaupt nicht zu zahlen ist.

e) Auf Lohnempfang nach Maßgabe der Arbeitsleistung haben nur diejenigen Kriegsgefangenen und Wachmannschaften Anspruch, die bei der Schlagarbeit

selbst beschäftigt waren. Die Kriegsgefangenen Unteroffiziere erhalten eine besondere feste Zulage von täglich 30 Pfg. Den bei anderen Arbeiten z. B. in der Küche beschäftigt gewesenen Zugehörigen des Kommandos gebühren während der Dauer dieser Arbeit nur die üblichen festen Abfindungen.

f) Feiertage, Krankheitsstage und Tage, an denen wegen schlechten Wetters oder aus sonstigen Gründen nicht gearbeitet worden ist, bleiben bei den Berechnungen des Lohnes nach Maßgabe der Leistung außer Ansatz. Für solche Tage werden auch feste Zulagen oder Abfindungen an die Wachmannschaften und Kriegsgefangenen nicht gezahlt.

g) Die in Gemeinschaft mit den Kriegsgefangenen beschäftigten freien Arbeiter der staatlichen Verwaltungen nehmen an dem verdienten Gesamtlohn der Arbeitsgemeinschaften (Rotten) teil. Sie erhalten außerdem einen festen Tagelohn, der in der Regel nicht höher sein soll, als der nach a festgesetzte Lohnwert der Durchschnittsleistung. Die Hausmeister der freien Arbeiter der staatlichen Verwaltungen erhalten außerdem einen Zuschlag zu dem festen Tagelohn in Höhe von nicht mehr als 30 % dieses Lohnes. Alle den freien Waldarbeitern hiernach zustehenden festen Bezüge werden neben dem sonstigen Verdienst der Arbeitsgemeinschaft besonders gezahlt.

3. Wird von der abgeänderten Verlohnungsart nach Istd. Nr. 2 kein Gebrauch gemacht, so tritt an ihre Stelle das folgende Verfahren, bei welchem die Leistungen der Kriegsgefangenen nicht mehr an den Leistungen der freien Arbeiter, sondern allein an der Menge des aufgearbeiteten Holzes gemessen werden:

a) Die Kriegsgefangenen erhalten für das aufgearbeitete Holz 40 % des nach dem Hauerlohntarif und den bewilligten Rückerlöhnen sich berechnenden Lohnes, die Wachmannschaften erhalten neben dem Durchschnittslohn der ihnen unterstellten Kriegsgefangenen an allen für die Gewährung von festen Zulagen überhaupt in Betracht kommenden Tagen eine solche von täglich 50 Pfg.

b) Die Bestimmungen zu Istd. Nr. 2 b—g haben auch für das Verfahren nach Istd. Nr. 3 mit der Maßgabe Geltung, daß Abschlagslohnzahlungen an keinem der unter Istd. Nr. 2 d festgesetzten Termine ausfallen dürfen.

4. Andere Lohnverfahren dürfen nur dann eingeführt oder beibehalten werden, wenn triftige Gründe hierfür vorliegen, gleich befriedigende Arbeitsleistungen gesichert bleiben und Arbeitgeber wie zuständige militärische Dienststelle mit dem anderen Verfahren einverstanden sind.

5. Die Verpflegungszuschüsse der Heeresverwaltung, die bei Anwendung des Verlohnungsverfah-

rens nach Istd. Nr. 2 wegsfallen, kommen auch bei dem Verfahren nach Istd. Nr. 3 in Wegfall. Ob bei Anwendung anderer Verlohnungsverfahren (nach Istd. Nr. 4) Verpflegungszuschüsse zu zahlen sind oder nicht, hängt von den zwischen den Parteien zu treffenden besonderen Vereinbarungen ab. Die bestehenden, hiernach nicht mehr zulässigen Verträge über Ausführung von Fällungsarbeiten durch Kriegsgefangene sind mit tunlichst kurzer Frist zu kündigen oder im Wege der Vereinbarung baldmöglichst zu lösen.

Haben die Arbeiten der Kriegsgefangenen ohne vorangegangenen Vertragsabschluß begonnen, so kann die spätere gewählte Verlohnungsart vom Beginn der Arbeiten ab zur Anwendung kommen.

* * *

Holzankäufe zur Herstellung von Holz- wolle.

Durch Erlass vom 21. November 1916 sind die Regierungen von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten angewiesen worden, wieder Holz-
wolleholz, nötigenfalls in besonders anzulegenden Schlägen, zum Verkauf zu bringen. Das Wolleholz soll freihändig zu einem angemessenen Preise an die Holzwollefabrikanten bezw. deren Holzeinkäufer, soweit diese einen Ausweis der Intendantur der militärischen Institute darüber vorlegen, daß das Holz lediglich zur Herstellung von Holzwolle für die Heeresverwaltung verwendet wird, abgegeben werden. Der Preis soll im Anhalt an die beim Verkaufe von Grubenholz gegen Meistgebot erzielten Preise bemessen und tunlichst einheitlich für den ganzen Regierungsbezirk festgesetzt werden.

* * *

Verbot der Ausübung der Jagd und Fischerei durch Ausländer.

Im Interesse der Spionageabwehr hält das Kriegsministerium es für geboten, daß die Ausübung der Jagd und Fischerei durch Ausländer, soweit sie nicht einem verbündeten Staate angehören, in Deutschland für die Kriegsdauer verboten werde. Es hat daher die stellvertretenden kommandierenden Generale ersucht, auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand entsprechende Anordnungen zu treffen und dabei bemerkt, daß, wenn auch aus diesem im Interesse der Sicherheit des Reiches zu erlassenden Verbot Entschädigungsforderungen nicht hergeleitet werden können, es sich doch empfehle, in dem Verbot zum Ausdruck zu bringen, daß es Ausländern freigestellt sei, ihre Jagd- und Fischereiberechtigungen durch geeignete Deutsche unter Beobachtung der dafür vorgeschriebenen Form ausüben zu lassen. Jagd- und Fischereiverpachtungen, die unmittelbar an der Grenze gelegen, in geringem Um-

ange die Grenzlinie überschreiten, dürfen einem neutralen Ausländer mit Genehmigung des stellvertretenden General-Kommandos des betreffenden Grenzkorps überlassen werden, sofern die betr. Ausländer völlig einwandfrei und die Pachtverträge bereits in Kraft sind.

Nach § 97 des voraussichtlich am 1. April 1917 Kraft tretenden Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 dürfen Ausländer künftig eines durch den Regierungspräsidenten auszustellenden Fischereischeines.

Durch Erlass vom 10. November 1916 ersucht der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Regierungspräsidenten, diese Scheine demnächst auszulassen, soweit sie nicht einem verbündeten Staate angehören, für die Dauer des Krieges grundsätzlich zu versagen. Weiter weist der Minister darauf hin, daß hinsichtlich der Jagdscheine § 29, Abs. 2 der Jagdordnung bestimmt, daß Personen, welche weder Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind, noch in Preußen einen Wohnsitz haben, gegen die Bürgerschaft einer Person, welche in Preußen einen Wohnsitz hat, einen Jagdschein erteilt werden kann, die Jagdpolizeibehörden seien aber anzuweisen, künftighin an Ausländern, die nicht den verbündeten Staaten angehören, Jagdscheine grundsätzlich nicht zu erteilen und Ausnahmen nur in den vom Kriegsministerium bezeichneten Fällen nach Benehmen mit den stellvertretenden General-Kommandos zuzulassen.

*

*

*

Wildschadenverhütung und Wildabschuß.

Unter dem 28. September 1916 hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in einem an die Regierungspräsidenten gerichteten Erlasse darauf hingewiesen, daß der Kriegsbeirat des Kriegs- und Ernährungsamtes sich am 16. September erneut mit der Frage der Wildschadenverhütung und der Ausbesserung des Wildstandes für die Versorgung des Volkes mit Fleisch beschäftigt habe. Hierbei sei behauptet worden, daß in vielen Revieren der Wildstand infolge Einschränkung des Abschusses über das normale und erträgliche Maß hinaus gestiegen sei, und das Verlangen ausgesprochen worden, über die in der Preuß. Jagdordnung zugelassenen Schutzmaßnahmen hinaus, die Jagdberechtigten auch in Eigenjagdbezirken und in eingegatterten Revieren zwangsweise zum Wildabschuß anzuhalten. Es sei ferner als unzulässig bezeichnet worden, Kartoffeln und andere zur menschlichen Nahrung oder als Viehfutter in Betracht kommende Stoffe an Wild zu verfüttern. Der Ernährungsbeirat habe beschlossen, es möchten, wo nötig, die stellvertretenden General-Kommandos auf Grund der ihnen zustehenden Befugnisse alsbald die erforderlichen Anordnungen treffen. Das Kriegs- und Ernährungsamt sei wegen Aus-

führung dieses Beschlusses an ihn herantreten und die Militärverwaltung habe sich zwecks Durchführung des zwangsweisen Abschusses auf Eigenjagdbezirken erforderlichenfalls zur Stellung von Jagdkommandos bereit erklärt.

Der Minister bemerkt weiter, daß der Wildabschuß im allgemeinen auch auf Eigenjagdbezirken und in eingezäunten Revieren wohl über das nach Friedensverhältnissen normale Maß gesteigert worden sei, sollte es aber noch Jagdbezirke geben, in denen der Wildstand eine angemessene Höhe übersteige und der Abschluß — nicht allein im Hinblick auf den Wildschaden, sondern auch auf die Gewinnung von Wildpret — ungenügend sei, so sei auf die Jagdberechtigten mit allem Nachdruck dahin einzuwirken, daß der Wildabschuß unverzüglich und in hinreichendem Maße verstärkt werde. Nötigenfalls sei der Forderung durch Hinweis auf die sonst bevorstehende Anordnung zwangsweisen Abschusses Nachdruck zu verleihen, und, wenn diese nicht zum Ziele führen sollte, eine solche Anordnung bei dem stellvertretenden Generalkommando zu beantragen. Den Nachbarn von Jagdrevieren, in denen übermäßig geschont wird, sei jede gesetzlich zugelassene und mit polizeilichen Rücksichten vereinbare Erleichterung des Wildabschlusses zu gewähren.

Daß die Verfütterung von Kartoffeln und anderen zur Ernährung von Menschen und Vieh geeigneten Erzeugnissen an Wild in gegenwärtiger Zeit durchaus unzulässig ist, bedürfe keiner besonderen Betonung. Sollten in dieser Beziehung Verstöße von Jagdbesitzern vorkommen, so werde durch Beschlagnahme der zur Wildfütterung bestimmten Vorräte und deren Wiederausführung zur Verwertung als menschliche Nahrung oder Viehfutter das Erforderliche nötigenfalls mit Hilfe des stellvertretenden Generalkommandos zu veranlassen sein.

*

*

*

Beschäftigungsgelder für Forstlehrlinge.

Den Abschluß der fiskalischen Forstlehre bildete in Friedenszeiten der Eintritt bei einem Jäger-Bataillon nach bestandener Jägerprüfung. Die Lehrlinge wurden frühestens im Oktober desjenigen Jahres beim Bataillon eingestellt, in dem sie bis zu diesem Monat einschließlich das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Für die Kriegszeit ist nun insofern eine Ausnahme zugelassen, als auch die sogar vor Beginn der Lehre zulässige Einstellung bei anderen Truppenteilen der Einstellung beim Jäger-Bataillon gleich erachtet wird und der Militärdienst, soweit er vor Ablegung der einstellenden bis nach Friedensschluß hinausgeschobenen Jägerprüfung stattfindet, der nach der militärischen Entlassung oder Beurlaubung beginnenden Lehrzeit vorangeht oder sie unterbricht. Bei der langen Dauer des

Krieges wird es nunmehr notwendig, die Beschäftigungsgelder für diejenigen Lehrlinge festzusetzen, die ihrer Ausbildung nach die Jägerprüfung schon hätten bestehen können und nur durch den Krieg an der Ablegung der Prüfung verhindert worden sind. Bezüglich der zu den kriegsbeschädigten Jägern zu rechnenden Lehrlinge ist dies bereits durch die allgemeine Verfügung vom 1. Mai und 2. Oktober 1916 geschehen. Für die übrigen Lehrlinge werden die Beschäftigungsgelder hiermit ebenfalls auf 2,50 M. täglich festgesetzt. Die Ausbildungszeit, zu der jede Beschäftigung im forstfiskalischen Betriebe gehört, gilt im Sinne dieser Bestimmung als beendet, wenn sie, abgesehen von der weiter unten folgenden Ausnahme, zwei volle Jahre gedauert hat. Hierbei ist der Heeresdienst nicht mitzurechnen, wohl aber die Zeit etwaiger militärischer Beurlaubungen, während deren der Lehrling in der Staatsforstverwaltung betätigt war. Hatte er im Oktober des Annahmejahres das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet, so müssen entsprechend den Vorschriften für die Friedenszeit drei volle Jahre zur Ausbildung gerechnet werden.

Die Bestimmung der allgemeinen Verfügung vom 30. Juni 1915, wonach den Forstlehrlingen bei ihrer Heranziehung zur Vertretung eines Forstschutzbeamten

ein Tagegeld von 1,50—2,50 M. gewährt werden kann, wenn ihnen durch Verlegung des Wohnsitzes besondere Unkosten erwachsen, bleibt für diejenigen Forstlehrlinge, die ihre Ausbildung noch nicht vollendet haben, bestehen. Diese Tagegelber können künftig auch den Lehrlingen, deren Ausbildungszeit nach obigen drei volle Jahre umfassen muß, im dritten Jahre auch dann bewilligt werden, wenn sie, ohne den Wohnsitz zu wechseln, einen Forstschutzbeamten vertreten. (Allgemeine Verfügung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 10. November 1916).

Aus Preußen.

Der Etat der Domänen-, Forst- und landwirtschaftlichen Verwaltung für das Etatsjahr 1. April 1917/1918.

I. Der Etat der Domänen-Verwaltung.

Nach dem Abschlusse des Etats der Domänenverwaltung betragen die **Einnahmen** 34 323 450 M. gegen 33 841 200 M. des Vorjahres, die **Ausgaben** 11 551 150 M. gegen 14 325 130 M. des Vorjahres, es bleibt mithin ein **Ueberschuß** von 19 772 300 M., gegen 1916 ein Mehr von 256 230 M.

II. Der Etat der Forstverwaltung.

Der Abschluß des Forst-Etats lautet:

Ordinarium.

Die ordentlichen Einnahmen betragen	154 811 000 M. gegen 1916 mehr	298 000 M.
Die dauernden Ausgaben betragen	64 989 000 M. gegen 1916 "	198 000 M.
Mithin Ueberschuß im Ordinarium:	89 822 000 M. gegen 1916 mehr	100 000 M.

Extraordinarium.

Die außerordentlichen Einnahmen betragen	2 000 000 M. gegen 1916	ebensviel.
Die einmaligen u. außerordentlichen Ausgaben betr.	2 930 000 M. gegen 1915	ebensviel.
Mithin Zuschuß im Extraordinarium:	930 000 M. gegen 1916	ebensviel.
Bleibt Ueberschuß:	88 892 000 M. gegen 1916 mehr	100 000 M.

A. Einnahmen.

Ordentliche Einnahmen.

gegen den vorigen Etat

1. Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1917	143 600 000 M.	ebensviel.
2. Nebennutzungen	7 709 000 "	"
3. Jagd	800 000 "	"
4. Torfgräbereien im Forstwirtschaftsjahre 1917	124 000 "	"
5. Rückzahlungen auf die an Forstbeamte (Oberförster, Revierförster, Förster, Meister und Wärter) zur wirtschaftl. Einrichtung bei Uebernahme oder anderweiter Ausstattung einer Stelle gewährten Vorschüsse	350 000 "	"
6. Forstliche Behranstalten	111 000 "	"
7. Verschiedene andere Einnahmen	2 117 000 "	"

Außerordentliche Einnahmen.

8. Erlöse aus dem Verkaufe von Forstgrundstücken (Einnahmen des vor- maligen Staatschazes)	2 000 000
---	-----------

Für die Einnahme für Holz, Nebennutzungen, Jagd, Forstgräbereien usw. sind mit Rücksicht auf die Unge-
 heit über die Verhältnisse des Rechnungsjahres
 7 die Beträge des Vorjahres wieder eingestellt
 ben.

Der Naturalertrag an Holz ist für 1917
 anschlagt auf:

Kontrollfähiges Material	= 9 199 488 fm
nichtkontrollfähiges Material	= 2 091 202 "
im ganzen	= 11 290 690 fm

Der Flächeninhalt der Staatsforsten
 im Jahre 1916 betragen:

a) z. Holzzucht bestimmter Waldboden	= 2729444 ha
b) " " nicht " "	= 322265 "
im ganzen	= 3 051 707 ha
gegen 3 051 679 ha im Jahre 1916.	

B. Ausgaben.

Die Ausgaben betrugen nach dem Etat in Millio-
 nen Mark:

1907 = 52,9	1912 = 73,9
1908 = 54,7	1913 = 80,0
1909 = 56,0	1914 = 80,8
1910 = 69,4	1915 = 69,2
1911 = 73,1	1916 = 67,7

Dauernde Ausgaben.

Kosten der Verwaltung und des Betriebes.

		gegen den vorigen Etat
Befoldungen	17 191 310	M. mehr 180 930 M.
Wohnungsgelbzuschüsse	174 000	" " 3 000 "
Anderer persönliche Ausgaben	2 730 448	" " ebensoviel.
Stellenzulagen, Dienstaufwands- und Mietsentschädigungen, Dienstkleidungszuschüsse	4 394 880	" mehr 11 550 "
Werben und Verbringen von Holz und anderen Forstzeugnissen im Forstwirtschaftsjahre 1917	17 900 000	" ebensoviel.
Unterhaltung und Neubau der Gebäude	3 250 000	" "
Unterhaltung und Neubau der öffentlichen Wege	3 600 000	" "
Beihilfen zu Wege- und Brückenbauten, zur Anlegung von Eisenbahngüterhaltestellen, außerhalb der Forsten, die von wesentlichem Nutzen für die Forstverwaltung sind	250 000	" ebensoviel.
Wasserbauten in den Forsten	50 000	" "
Forstkulturen, Bau und Unterhaltung der Wirtschaftswege u. Eisenbahngüterhaltestellen, die im Interesse der Forstverwal- tung angelegt werden müssen, Verbesserung der Forstgrund- stücke, Forstvermessungen und Betriebsregelungen	6 000 000	" ebensoviel.
Jagdverwaltungs-kosten und Wildschadenersatzgelder	121 000	" "
Forstgräbereien	81 000	" "
Reisekosten	110 000	" "
Umzugskosten	172 000	" "
Vertilgung schädlicher Tiere im Forst-Wirtschaftsjahre 1917	300 000	" "
Holzverkaufs- und Verpachtungskosten, Vorflutkosten, Kosten in Rechtsstreiten, Druckkosten und andere vermischte Ausgaben, darunter nicht abgelöste Postporto- und Gebührenbeträge mit Einschluß von Fernsprech- und Telegrammgebühren und son- stige Kosten des dienstlichen Verkehrs	1 110 362	" weniger 480 "

Forstwissenschaftliche und Lehrzwecke.

Befoldungen	138 520	" mehr 2 970 "
Wohnungsgelbzuschüsse	11 420	" ebensoviel.
Anderer persönliche Ausgaben	59 400	" "
Sonstige Ausgaben	187 660	" mehr 30 "

Allgemeine Ausgaben.

Grund- und Gemeindefasten und Kosten der örtlichen Ge- meinde- und Polizeiverwaltung in staatlichen Guts- u. Amts- bezirken	4 100 000	" ebensoviel.
---	-----------	---------------

Ablösungsrenten und zeitweise Vergütungen an Stelle von Naturalabgaben	1 242 000 M.	ebensviel.
Gesetzliche Kosten der Unfallversicherung und Unfallfürsorge sowie Ausgaben für die Unfallversicherung bei den Forstakademien und Beiträge zum Ruhegehaltstassenverbande für Gemeindeforstbeamte des Regierungsbezirks Wiesbaden	427 000 "	"
Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte sowie Ruhegehälter und Unterstützungen für Witwen und Waisen von Beamten	200 000 "	"
Kosten der der Forstverwaltung auf Grund rechtlicher Verpflichtung obliegenden Armenpflege mit Einschluß von rund 30 000 M., die im Durchschnitt alljährlich als Beiträge der Forstverwaltung zur Clausthaler Forstarbeiterunterstützungskasse im Reg.-Bez. Hildesheim gezahlt werden	128 000 "	"
Unterstützungen aus sonstiger Veranlassung, darunter einmalige Unterstützungen für Personen ohne Beamteneigenschaft, die im Dienste der Forstverwaltung beschäftigt werden oder beschäftigt gewesen sind, und für ihre Hinterbliebenen	60 000 "	"
Ankauf von Grundstücken zu den Forsten	1 050 000 "	"
Einmalige und außerordentliche Ausgaben.		
Ablösung von Forstberechtigungen, Grundlasten und Schuldbrenten	100 000 M.	
Ankauf und erste Einrichtung von Grundstücken zu den Forsten, Vorbereitung und Ausführung des Verkaufs von Forstgrundstücken, deren Veräußerung beabsichtigt ist, z. B. Herstellung der nötigen Straßen-, Beleuchtungs-, Entwässerungs- usw. Anlagen sowie deren laufende Unterhaltung und Benutzung	1 200 000 "	
Hier kann derjenige Teil der Ist-Einnahme bei Kap. 1 Tit. 10 und Kap. 2 Tit. 8 (Erlöse aus dem Verkauf von Domänen- und Forst-Grundstücken) verwendet werden, der die Summe von 1 600 000 M. zuzüglich der Hälfte des Erlöses aus dem Walbverkauf an den Verband Groß-Berlin übersteigt und nicht zur Erwerbung und ersten Einrichtung von Domänen- und Domänengrundstücken verwendet wird		
An Erlösen aus dem Verkauf von Domänen- und Forstgrundstücken sind veranschlagt unter Kap. 1 Tit. 10 = 2 000 000 M. und unter Kap. 2 Tit. 8 = 2 000 000 M. Diese 4 000 000 M. übersteigen die Summe von 1 600 000 M., die nicht zur Erwerbung und ersten Einrichtung von Domänen- und Forstgrundstücken bestimmt ist, um = 2 400 000 M. Nach dem Verhältnis der Einnahmen zu einander entfallen hiervon je 1 200 000 M. auf die Domänen- und Forstverwaltung. Der Erlös aus dem Walbverkauf an den Verband Groß-Berlin soll zur Hälfte zur Erwerbung und ersten Einrichtung von Domänen- und Forstgrundstücken verwendet werden. Die andere Hälfte soll den Einnahmen des vormaligen Staatschages verbleiben.	300 000 "	
Versuchsweise Beschaffung von Insthäusern für Arbeiter	300 000 M.	
Außerordentlicher Zuschuß zum Wegebaufonds (3 850 000 M.)	1 000 000 "	
Herstellung von Fernsprechanlagen	30 000 "	
Die Zahl der Forstbeamtenstellen hat sich gegen 1916 nicht geändert. Der Haushalts-Entwurf enthält die Bemerkung, daß zur Einziehung gelangende Oberförsterstellen mit Revier in solche ohne Revier nach Bedarf umgewandelt werden können, wozu dann weiter erläuternd bemerkt wird: Es sind nicht so viele Oberförsterstellen ohne Revier vorhanden, daß alle Forstassessoren, die nach ihrem Dienstalter zur Ernennung zum Oberförster an der Reihe sind, eine Stelle erhalten können. Da verschiedene kleinere Oberförstereien mit Nachbarrevieren vereinigt werden sollen, wird durch den eingefügten Vermerk die Möglichkeit gegeben, Oberförsterstellen mit Revier in solche ohne Revier umzuwandeln und Forstassessoren zu Oberförstern ohne Revier zu ernennen.		
Der Höchstbetrag der Dienstaufwandsentschädigung für Oberförster betrug bisher 3900 M. Er soll bis zu 6000 M. hinaufgesetzt werden, damit es möglich wird, eine Reihe von kleinen Oberförstereien, die bisher wegen der weiten Entfernung vom Nachbarrevier als selbständige Reviere erhalten worden sind, nunmehr als solche aufzuheben. Den Oberförstern für die vereinigten Reviere soll in geeigneten Fällen das Halten eines Kraftwagens zur Pflicht gemacht werden.		

II. Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung, einschl. der Zentralverwaltung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

A. Einnahmen. 11 106 967 M.

B. Ausgaben.

Dauernde Ausgaben.

1. Ministerium	1 991 850 M.
2. Oberlandeskulturgericht	169 670 "
3. Generalkommissionen	13 358 145 "
4. Banktechnische Revisoren	32 700 "
5. Landwirtschaftl. Lehranstalten und sonstige wissenschaftliche und Lehrzwecke	5 060 403 "
6. Tierärztliche Hochschulen und Veterinärwesen	6 443 075 "
7. Förderung der Viehzucht	8 815 000 "
8. Förderung der Fischerei	589 687 "
9. Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen	4 175 474 "
10. Allgemeine Ausgaben	1 805 069 "

Unter den unter 9 aufgeführten Ausgaben sind u. a. enthalten, für: zur Ausführung des Gesetzes betr. Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, sowie Förderung der Wald- und Wiesenkultur überhaupt 195 000 M., zur Ausführung des Gesetzes vom 16. September 1899 betr. Schutzmaßregeln im Quellgebiete der linksseitigen Zuflüsse der Oder in der Provinz Schlesien 15 000 M.

Unter 10 (Allgemeine Ausgaben) sind zur Beobachtung der in den Flüssen vorkommenden Wasserstände und Messung der hierbei zum Abfluß gelangenden Wassermengen sowie Feststellung des tatsächlichen Verlaufs der Hochwasserwellen in den preußischen Stromgebieten 55 219 M. ausgeworfen.

Einmalige und außerordentliche Ausgaben

Hier sind im Ganzen vorgesehen 5 639 740 M.

Hierunter sind besonders zu erwähnen:

Für Errichtung von ländlichen Stellen mittleren und kleineren Umfangs auf staatlichen

Grundstücken 280 000 M.

Zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen 1 015 000 "

Hierzu wird erläuternd bemerkt:

Den westlichen Provinzen sollen, dem Bedürfnis entsprechend, wiederum die in früheren Jahren überwiesenen Beträge zugewendet werden. Darnach sollen verwendet werden innerhalb der Rheinprovinz 420 000 M., der Provinz Westfalen 205 000 M., der Provinz Sachsen 120 000 M., der Provinz Hannover 110 000 M., der Provinz Hessen-Nassau 100 000 M., der Provinz Schleswig-Holstein 40 000 M. und der Hohenzollernschen Lande 20 000 M. Die Zuwendungen sollen wie bisher unter der Voraussetzung wenigstens gleicher Leistungen der Provinzial- oder Kommunalverbände und der gemeinsamen Verwendung der Anteile des Staates und der beteiligten Verbände geleistet werden.

Zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen 1 252 000 M.

Zum Ausbau der hochwassergefährlichen Gebirgsflüsse in der Provinz Schlesien 335 000 "

Zur Durchführung des öffentlichen Wetterdienstes 210 000 "

Zur Förderung der Kultivierung der Niederungsmoore durch Folgeeinrichtungen 450 000 "

Zur Förderung der Kultivierung und Befiedelung von Oedlandereien in der Provinz Hannover 150 000 "

Zur Förderung der Kultivierung in der Provinz Westfalen 50 000 "

Aus Baden.

Gedanken über Vereinfachung und Einsparung in der badischen Forst- und Domänenverwaltung.

Von Forstirat Könige, Heidelberg.

Mein Aufsatz im Oktoberheft hat die erwartete und

zur Klärung notwendige Beleuchtung aus dem Gedankenkreis eines Kameraldomänenbeamten im Februarheft erhalten. Der Verfasser, Herr Geh. Finanzrat Reinach — es sei mir gestattet ihn der Kürze halber in meinen weiteren Ausführungen mit R. zu bezeichnen — glaubt mir eine ganze Reihe von Widersprüchen, Un-

richtigkeiten Ungenauigkeiten und falschen Schlüssen nachweisen zu können. Darauf muß ich erwidern.

In der Denkschrift der badischen Regierung vom Jahr 1912 über mögliche Vereinfachungen sind alle Zweige der Staatsverwaltung zu Wort und zu dem einheitlichen Schlußergebnis gekommen, daß innerhalb ihres Bereiches schon alles auf das Sparsamste geordnet sei und wesentliche Vereinfachungen und Einsparungen nicht möglich wären. Die Öffentlichkeit war enttäuscht, und in vertrautem Einzelgespräch konnte man auch von Beamtenkreisen die Ansicht dahin äußern hören, daß wesentliche Vereinfachungen und Einsparungen wohl durchgeführt werden könnten und sollten, merkwürdigerweise aber meist nur in Verwaltungszweigen, denen der betreffende Beamte selbst nicht angehörte.

N. steht für die Kameraldomänenverwaltung heute noch völlig auf dem Standpunkt von 1912, ja er zieht sogar die in jener Denkschrift gemachten theoretischen Zugeständnisse zurück. Die Erfahrungen des Krieges haben seine Ansicht in keiner Weise geändert. Bei dieser Verwaltung ist alles aufs trefflichste und einfachste geordnet. Sie ist auch zu wichtig, um an ihr zu sparen. Die Nachbarin Forstverwaltung, ja die bietet eher ein Feld für Einsparung. Die öffentliche Meinung aber hält mehr denn je an der Forderung einer Vereinfachung und Verbilligung in allen Zweigen der Verwaltung fest, und der Erlaß des Königs von Preußen gibt ihr entschiedenen und entscheidenden Ausdruck. Meine Gedankengänge ruhen auf diesem Boden. Angesichts der schweren Lage unseres Vaterlandes und der nahezu völligen Ergebnislosigkeit der 1912er Erhebungen hielt ich mich für verpflichtet, meine Ansichten in einer Fachzeitschrift jenen Kreisen zu unterbreiten, die zur Prüfung der Frage fähig und berufen sind, niemand zulieb, niemand zuleid, lediglich sachlich.

N.'s Einwände sind teils allgemeiner, grundsätzlicher Art, teils richten sie sich gegen meine rechnerischen Angaben und Grundlagen. Im Rahmen eines forstlichen Fachblattes kann ich nicht auf alle Züge meines Kritikers eingehen. Ich muß mich auf die hauptsächlichsten Einwürfe beschränken, deren Klarlegung und Erörterung für die Sache zum Nutzen und zu meiner eigenen Rechtfertigung geboten ist.

I.

N. lehnt die Vereinigung des Bezirksdienstes der Kameraldomänen mit der Forstverwaltung und die Zusammenlegung der Domänenkassen mit den Finanzkassen grundsätzlich ab, weil:

1. Die Domänenämter neben ihren wirtschaftlichen Aufgaben auch solche von hervorragender agrarpolitischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung und auch rechtlicher

Art hätten, zu deren guten Lösung die Vorbildung und der weitere Gesichtskreis des Finanztechnikers eine bessere Gewähr gäbe als die des Forstbeamten;

2. zwischen Forstmann und Landwirtschaft Gegensätze beständen, insbesondere bei Ausstoßungs- und Jagdfragen;

3. die gewerblichen Betriebe — Staatsbrauerei, Rebhut und Kellerei Meersburg — sich nicht eingliedern ließen;

4. die Uebertragung der selbständigen Kassen- und Rechnungsführung an mittlere Beamte bedenklich sei;

5. durch die Vereinigung der Domänen mit den allgemeinen Finanzkassen eine vereinfachte und besser Grundlage für das Geld- und Kreditwesen nicht geschaffen wären.

Dem ist entgegen zu halten:

1. Auch der Staatsforstbeamte hat neben seinen rein forsttechnischen Aufgaben solche staats- und volkswirtschaftlicher wie agrar- und sozialpolitischer Art und auf rechtlichem Gebiet teils gleichen, teils ganz ähnlichen Charakters wie der Kameraldomänenverwalter zu lösen. Nur umfaßt der Wirkungskreis der Forstverwaltung an Staatseigentum das 8fache, an bewirtschaftetem Gemeindeeigentum (über 1300 Gemeinden) das 20fache der Kameraldomänenverwaltung und an Wert der erwirtschafteten Erzeugnisse das 3 und 9fache. Die Beamten einer Verwaltung von solcher Ausdehnung und Vielseitigkeit werden, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden sollen, an Fähigkeit in praktischer Behandlung allgemeiner staats- und volkswirtschaftlicher Fragen, wie sie bei der Bezirksverwaltung vorkommen, den Kameraldomänenbeamten nicht nachstehen dürfen. Zur Behandlung verwickelterer Rechtsfragen sind auch für Finanztechniker in der Rechtsprechung erfahrene Juristen unentbehrlich. Die Kriegszeit hat die Bedeutung der Forstwirtschaft und die vielseitige Verwendungsfähigkeit der Forstbeamten erwiesen. Unbestreitbar ist, daß die beste Hochschulebildung für alle Verwaltungsbeamte die Universität übermittle. Deren Besuch steht den Forstleuten ebenso frei wie den Finanztechnikern. Wenn die badischen Forstbeamten zu ihrem wie des Staates Nachteil bis jetzt von dieser Freiheit nicht vollen Gebrauch machen, sondern den größeren Teil ihrer Ausbildung an der forstlichen Abteilung der technischen Landeshochschule nehmen, so beruht dies auf der gleichen Ursache wie der Genuß des „Staatsbieres“ seitens der Besucher der badischen Bahnwirtschaften, nämlich auf einem gelinden Druck der Regierung, denn nur so können diese beiden staatlichen Sondereinrichtungen, wenn auch nur notdürftig lebensfähig bleiben. Der Staat gibt aber auch Beamten mit weitaus bedeutenderem und vielseitigerem volkswirtschaftlichem Wirkungskreis als jenem der Kameraldomänenver-

Alter, wie Ingenieuren, Kulturtechnikern und Gewerbeaufsichtsbeamten ihre Ausbildung an den technischen Hochschulen, also dürften, nach Ansicht der Regierung, die dort zu gewinnenden allgemeinen Kenntnisse auch für diesen Bezirksdienst als hinreichend sein.

2. Der angebliche Gegensatz zwischen Forstbeamten und landwirtschaftlichen Interessen ist aufgebaut auf einer meines Erachtens nicht ganz unbefangenen und einseitigen Anschauung.

Warum soll der badische Forstbeamte landwirtschaftlichen Fragen einseitiger und kurzfristiger gegenüber stehen als der Finanzbeamte? Bewirtschaftet er doch über 1300 meist ländlichen Gemeinden ihre Wälder und gewinnt dadurch wie durch seinen fortwährenden Verkehr mit dem Volk Einblick und Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der Bevölkerung seines Bezirkes wie kaum ein anderer. Die Grenzen zwischen Feld- und Waldbau sind von jeher flüchtig gewesen und können nicht nach augenblicklich auftretenden Einzelaussprüchen, sondern nur im Hinblick auf das allgemeine dauernde Wohl gezogen werden. Der Forstbeamte kann allerdings an die Frage der Verschiebung dieser Grenzen nur mit der Vorsicht herantreten, die ihm seine Sachkenntnis auf beiden Seiten, sein Verantwortlichkeitsgefühl und seine Erfahrungen auferlegen. Handelt es sich um Staatsgelände, so wird die Sachlichkeit und die Auscheidung jeder persönlichen Empfindung bei solchen Fragen um so mehr gesichert, wenn mit Verschiebung der Nutzungsart des Geländes nicht zugleich auch dessen Verwaltungsverantwortung an eine andere Verwaltung verbunden ist, wie derzeit der Fall. Es kann nicht geleugnet werden, daß bei der heutigen Ordnung Machtfragen die sachliche Prüfung auf beiden Seiten erschweren können, da und dort wohl auch erschwert haben.

Die jetzt so ziemlich abgeschlossene Erwerbs- und Aufforstungspolitik im Schwarzwald stand in ihren Grundzügen stets unter der obersten Leitung von Nicht-Forstbeamten. Wenn sie nicht überall vollen volkswirtschaftlichen Erfolg hatte, indem sie ortsweise eine Verarmung größerer Landstriche an Menschen verursachte, so liegt dies nicht in der Schuld der Forstverwaltung. Die maßgebenden Nicht-Forstleute waren für Bewilligung der Mittel, die für eine Um- und Neusiedlung nötig gewesen wären, nicht zu gewinnen.

Die Jagd ist ein Nebenbetrieb sowohl der Landwirtschaft als der Forstwirtschaft. Das Wild lebt und bringt Schaden in Wald und Feld. Jäger und Jagdliebhaber gibt es unter Forst- und Landwirten. Letztere sind dabei in ganz erheblicher Uebersahl. Amtlich hat der Forstbeamte mit der Jagd sich nur zu befassen als Bewirtschafter der wenigen Domänenjagden im Selbst-

betrieb und als Sachverständiger in Jagdsachen. Als Jagdbetriebsleiter ist es seine Dienstpflicht, überall dort, wo die Landeskultur in Wald und Feld durch übermäßigen Wildstand Schaden leidet, den Wildstand durch Abschluß so zu ordnen, daß er unschädlich wird. Ausdrücklich zu diesem Zweck wurde an Stelle der Verpachtung die Selbstbewirtschaftung gewählt. Die Forstbeamten sind dieser ihrer Aufgabe pflichtmäßig voll und ganz nachgekommen. Hier wie als Jagdsachverständige haben sie die Interessen der Bodenkultur so gewahrt, daß ihnen in Jägerkreisen und Jagdzeitschriften zwar nie die Anerkennung einer besonderen Berücksichtigung der Jagdinteressen, wohl aber wiederholt heftige Vorwürfe wegen „Jagdfeindlichkeit“ gemacht wurden. Andererseits allerdings verbietet es dem Forstmann Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis, jede Klage eines Grundbesizers, Pächters oder Güteraufsehers über angeblichen Wildschaden ohne eingehende Prüfung als berechtigt anzuerkennen und zu vertreten.

3. Die beiden Gewerbebetriebe Brauerei und Kellerei sind Verlustwirtschaften, einerlei wie die Bewirtschaftung, und dürfen für große Organisationsfragen nicht ausschlaggebend sein. Ich halte mich weder für berufen noch auch für fähig das Rätsel zu lösen, wie weit diese Betriebe unter staatlicher Leitung zu einem wirtschaftlichen Ertrag gebracht werden können. Auch ist hier dazu nicht der richtige Ort. Die Rebwirtschaft könnte vielleicht zur Errichtung der von der Landwirtschaft längst erstrebten Rebauschule Verwendung finden.

4. Durch die Uebertragung der Domänenkassen an die Bezirksfinanzkassen findet keinerlei Selbständigmachung von mittleren Beamten statt. Die Vorstände der Finanzkassen sind akademisch gebildete Oberfinanzbeamte, und ihnen ist vielfach auch noch ein zweiter Oberbeamter zugeteilt. Diese genügen vollständig auch zur Leitung der Domänenkassenabteilungen.

5. Ich würde es einem seiner Aufgabe gewachsenen Finanztechniker gegenüber für eine Anmaßung halten, im einzelnen diejenigen Vereinfachungen für Zahlungs- und Kreditwesen aufzuführen zu wollen, die sich aus der Kassenvereinheitlichung ergeben müssen. Hier darüber nur soviel:

Die Finanzämter müssen den besten Einblick in Vermögensverhältnisse und Borgwürdigkeit aller Personen innerhalb ihres Dienstbezirkes haben, oder die nötigen Grundlagen dazu auf die einfachste Weise beschaffen können. Sie haben in jedem Ort einen Steuer-einnehmer und damit eine Zahlstelle und eine Vertrauensperson. Sie verfügen über eine große Anzahl von Steueraufscheidern, die regelmäßig alle Orte besuchen und vorzügliche Auskunft-, Vollzugs- und Zustellungs-

beamte abgeben müssen. All dies fehlt den Domänenämtern. Der bargelblose Zahlungsverkehr und die Heranziehung der Banken auch für den Bereich der Staatskassen harren noch ihres völligen Ausbaues.

II.

Die gegen meine rechnerischen Angaben erhobenen Beanstandungen sind in der Hauptsache folgende:

1. Ich habe bei den Forstämtern den Gehalt der Vorstände um 500 Mk. und den Bauwert der Dienstgebäude um 20 000 Mk. niedriger als bei den Domänenämtern angegeben, während doch tatsächlich beide gleich, ja die Forstamtsgebäude sogar teilweise als Zugusbauten kostspieliger seien.

2. Die Angaben über den auf das ha Domänenwald fallenden Kostenaufwand für die Bezirksverwaltung sei unrichtig. Es fehle der Kostenaufwand für Rechnungs- und Kassensführung, der bei der Domänen- und Finanzverwaltung gebucht sei, ferner müsse für Wohnungsaufwand anstatt des Wohnungsgeldes der tatsächliche Gebäudeaufwand eingesetzt werden.

3. Es sei nicht einzusehen, warum die 3 Wiesen-Kulturmeister künftig überflüssig werden sollten.

4. Durch die Uebertragung der Kasse und der Rechnung an die Finanzämter müßten dort beträchtliche Erweiterungen der Diensträume vorgenommen werden. Diese Kosten seien ebenfalls nicht berücksichtigt.

5. Erstaunlich und nicht zu vereinbaren mit meinem Bestreben der Ersparung sei, daß ich für die Bezirksverwaltung in ihrer künftigen Gestaltung eine ganz erhebliche Erhöhung des Aufwandes für den äußeren Dienst fordere.

Darauf erwidere ich:

1. Meine Angaben über Gehalt und Baukosten-aufwand sind den Staatsvoranschlägen entnommen, deren Angaben wohl auch für R. maßgebend und ihm bekannt sein müssen.

Nach dem Voranschlag 1913/14 beträgt der Durchschnittsgehalt der 18 Domänenamtsvorstände 5500 Mk., jener der 99 Forstamtsvorstände 5000 Mk. Anfangs- und Endgehalt sind zwar gleich, aber nicht die Verteilung unter die einzelnen Gehaltsklassen. Die Forstbeamten sind von der Gehaltsgemeinschaft der übrigen Beamten der Finanzverwaltung merkwürdigerweise ausgeschlossen, daher der Unterschied zu ihrem Nachteil.

In den Staatsvoranschlägen von 1894/95 bis mit 1912/13 sind an Neubauten für Dienstgebäude enthalten:

Forstämter	Domänenämter
Anzahl	4 (ein Doppelhaus als zwei gerechnet)
Geforderte Bau-	
summen i. G. 1 088 000 Mk.	365 000 Mk.
i. Einzelnen v. 25 000–74 000 Mk.	64 000–103 000 Mk.
mittl. Bau-summe 49 500 Mk.	91 000 Mk.
Mehraufwand für 1 Domänen-	
amt im Mittel	41 000 Mk.

Die Domänenämter haben ein größeres Personal und es wurden ihnen von jeher größere und mehr Diensträume bewilligt. Daher ist auch bei ihnen Grundriß und überbauter Raum, also auch die Bau-summe größer. Der Vorwurf der Zugusbauten trifft nur für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum, der in obigen Angaben enthalten ist, zu; erstreckt sich aber auf alle Verwaltungszweige und, wie die Nachweisung ersehen läßt, auch auf die Domänenämter. In den 80er Jahren, wo mit dem Bau der Forsthäuser in größerem Umfang begonnen wurde, schwankte der Bau-aufwand für ein solches Gebäude zwischen 25 000 und 30 000 Mk.

2. Meine Angaben über den Verwaltungsaufwand für 1 ha Wald sind der von der Forst- und Domänen-direktion herausgegebenen Forststatistik des Jahres 1913 entnommen. Die von R. hervorgehobenen Mängel sind zutreffend und auch mir nicht entgangen, bleiben aber auf das Endergebnis ohne Einfluß, weil sie durch den Fehler ausgeglichen werden, daß als Verteilungsschlüssel für den Anteil der Domänen- und Gemeindewaldungen eine erstere viel zu schwer belastende Zahl angenommen worden ist. Unterstellt man das Vbha-Verhältnis, d. h. $1\frac{1}{2}$ ha Gemeindewald = 1 ha Domänenwald, so ergibt sich folgende Berechnung:

Aufwand nach der Statistik . . . 1 027 640 Mk.
dazu kommen:

- a. Unterschied zwischen wirklichem Gebäudeaufwand u. Wohnungsgeld 297 000–70 000 . . . 227 000 „
- b. Aufwandsanteil für Kasse und Rechnung nach R. 100 000 „

Wirklicher Aufwand somit 1 354 640 Mk.
Davon Anteil der Forstpolizei nach amtlichem Schlüssel 0,12 . . . 162 570 „
bleiben für 269 700 Vbha Domänen- und Gemeindewaldungen . . . 1 192 070 Mk.
das ist für 1 Vbha Domänenwald 4,42 Mk.

Setzt man den Aufwand für Rechnung und Kasse ausschließlich dem Domänenwald zur Last, so ist das Ergebnis:

Verwaltungsaufwand ohne Kasse . 1 254 640 Mk.
Davon Anteil für Forstpolizei 0,12 150 557 „

Kosten für Domänen- und Gemeindewaldungen . . . 1 104 083 Mf.

Das ist für den Vbh. . . . 4,10 Mf.

für den Domänenwald Raffenkosten:

100 000 Mf. auf 94 200 ha, auf 1 ha 1,06 „

Verwaltungsaufwand mit Rasse somit 5,16 Mf.

Meine Angabe war abgerundet . 5,00 „

3. Die Kulturmeister sind den Domänenämtern nötig zum Entwurf und Vollzug wiesenbautechnischer Arbeiten. Die Forstbeamten haben die dazu erforderlichen Fachkenntnisse selbst, oder können diese sich leicht aneignen. Auch finden sie außerhalb der Zeit des Jahres über jede Gelegenheit, diese Arbeiten unter Umständen ohne daß in dazu ebenfalls verwendbaren Forstpersonals auszutun. Ich halte daher die Anstellung besonderer Kulturmeister künftig für entbehrlich.

4. Das Personal der betroffenen Finanzämter wird zur Bearbeitung der Domänenkassenangelegenheiten eine Vermehrung von vielleicht je 2 bis höchstens 3 Köpfen erfahren. Wahrscheinlich wird aber auch bei diesen Stellen durch Einsparen da und dort ein Raum frei werden. Im übrigen werden sich die Beamten wohl überall, wenn nötig, an ein näheres Zusammenrücken gewöhnen müssen. Kostspielige Erweiterungsbauten lassen sich daher sicherlich vermeiden, wenn der strenge Wille dazu vorhanden ist.

5. Die Grundbedingung für die Erfüllung der hohen Anforderungen an die Leistungen des künftigen Musterforstamtes ist, wie ich ausdrücklich hervorgehoben habe, neben dem Gehilfen eine ausgiebige Benützung des Kraftwagens. Damit ist selbstverständlich ein wesentlich erhöhter Kostenaufwand gegen bisher verbunden. N. fällt auch hier in den Fehler, einen einzelnen Posten aus dem ganzen Gefüge heraus zu nehmen und mit einem Posten der alten Rechnung zu vergleichen. Es handelt sich aber nicht um Einzelteile, sondern um die Schlußwirkung des Ganzen.

III.

Nach N. „hat sich in der Kriegszeit gezeigt, daß eine ganze Reihe von Forstbezirken von benachbarten Forstämtern oder der Zentralstelle mitverwaltet werden können“. Dies ist richtig, aber mit der notwendigen und sehr wesentlichen Einschränkung: „zur dringenden Not in kriegsmäßiger Art“. Und ähnliche Wahrnehmungen gelten für alle Zweige der öffentlichen Verwaltung wie für das ganze wirtschaftliche Leben. Dieser Zustand ist aber weder natürlich, noch vorteilhaft, noch auf die Dauer durchführbar.

Von den höheren Forstbeamten sind bei einem Stand von 182 Köpfen seit Kriegsbeginn in den Heeresdienst eingetreten 112 = 67 %, von den 99 Forstamtsvorständen 44 = 44 %, darunter aus der nichtland-

sturmpflichtigen Altersklasse über 45 Jahren, die 68 Köpfe zählt, 28 Mann = 41 %. Ihr Leben haben im Kriegsdienst gelassen 14,4 % der Eingetretenen und 17,7 % der in's Feld gerückten.

Der Forstverwaltung ist es trotz dieses gewaltigen Ausfalls von Beamten gelungen den Betrieb in der Heimat aufrecht zu halten und auch den durch die Kriegsverhältnisse wesentlich erhöhten Anforderungen im Großen und Ganzen gerecht zu werden, soweit dies mit der ebenso zusammengeschnitzenen Arbeiterschaft möglich war, allerdings in kriegsmäßiger Weise.

Es ist Geschmackssache aus diesen Tatsachen die Hauptschlußfolgerung zu ziehen, daß die Forstverwaltung sich besser zur Einsparung von Beamten eigne als die Kameraldomänenverwaltung, über deren Inanspruchnahme durch den Kriegsdienst N. nichts sagt.

IV.

Endlich fragt N., wie es komme, daß im Geldrohertrag die von Forstbeamten bewirtschafteten hessischen Kameralwiesen in den letzten 20 Jahren um 14 % zurückgegangen, die bad. Kameralwiesen aber unter der Bewirtschaftung von Finanzbeamten in den letzten 25 Jahren um 56 % gestiegen seien. Die Grundlagen zu dieser in Frageform gekleideten so kurzen und sicheren Behauptung sind weder mir noch auch der hessischen Verwaltung bekannt. Ihre Berechtigung und Beantwortung ergibt sich aus folgender, auf amtlichen Angaben beruhenden Darstellung („Die Kameraldomänen des Großherzogtums Baden im 19. Jahrhundert“ Karlsruhe 1906, Seite 148, und Voranschlag des Finanzministeriums 1914/15, Seite 87 für Baden; Denkschrift über den Zustand der Domänialwiesen im Großherzogtum Hessen und weitere amtliche Mitteilungen für Hessen):

Der Rohertrag des Hektar selbstbewirtschafteter Wiesen war:

Zeitabschnitt	in Baden	in Hessen
1885/1894	116 Mf.	101 Mf.
1904/1913	129 Mf.	95,5 Mf.
Veränderung in %	+ 13	— 4
(Angabe N.'s)	(+ 56)	(— 14)
Flächen der Wiesen		
1885	6078 ha	3913 ha
1913	4635 ha	2180 ha
Abnahme	1443 ha	1733 ha

Die Flächen haben sich somit in beiden Verwaltungen ganz erheblich, in Baden um 24 %, in Hessen um 44 % innerhalb der Vergleichszeit verringert. Beiderseits kamen durch Ankäufe neue, meist wohl geringwertigere Wiesen von sogenannten „Waldgütern“ hinzu, andere wurden durch Verkauf, Aufforstung und Verpachtung — in Baden auch durch Ueberweisung

in den Waldbverband als sogenanntes Waldgut — ausgegliedert.

In Hessen sind schon seit dem Jahr 1875 die Oberförstereien an Stelle der aufgehobenen Rentämter mit der Bewirtschaftung der Kameraldomänen betraut. Schon in den 80er Jahren begann man dort mit einer großzügigen Verbesserung der früher vernachlässigten Wiesen, insbesondere durch Wässerungseinrichtungen und namentlich auch durch Anwendung von künstlichem Dünger. Zu diesem Zwecke wurde auch eine große Anzahl bisher verpachteter Wiesen in Selbstbewirtschaftung übernommen. Im Jahr 1907 ging man dann dazu über, die so hoch gebrachten Wiesen wieder, soweit sie wirtschaftlich vorteilhafter unmittelbar an einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Viehhaltung angegliedert werden konnten (Nutzbarmachung von tierischem und pflanzlichem Dünger), wieder an die inzwischen durch das ärarische Beispiel besser erzogenen Landwirte in Pacht zu geben. Dies waren natürlich die hochwertigsten, ertragreichsten Wiesen in landwirtschaftlich dicht bevölkerten Gegenden und in der Nähe der Ortschaften. Dauernd sollten in Selbstbewirtschaftung nur solche Wiesen bleiben, die wegen ihrer Lage oder sonstiger Verhältnisse Gefahr liefen, bei Verpachtungen in ihrer wirtschaftlichen Leistung zurückzugehen. Eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit solcher Wiesen bringt nicht immer zugleich auch eine Erhöhung des Rohgelbertrages; in landwirtschaftlich weniger dicht bevölkerten Gegenden wird durch die erhöhte Graserzeugung und das dadurch bedingte erhöhte Grasangebot der Geldertrag sogar herabgedrückt. In Hessen liegt ein ansehnlicher Teil der noch selbstbetriebsenen Kameralwiesen in Gegenden mit solchen Verhältnissen. In Baden befindet sich zur Zeit die ganz überwiegende Fläche der selbstbewirtschafteten Wiesen in der landwirtschaftlich dicht- und überbevölkerten Rheinebene. Ein Uebergang hocherträglicher Wiesen aus der Selbstbewirtschaftung in Verpachtung ist in Baden nicht Grundsatz, wohl aber eine tunlichste Auscheidung aller Wiesen mit geringerem Geldertrag namentlich in Gebirgsgegenden aus dem Selbstbetrieb in Verpachtung.

Aus diesen verschieden gearteten Verhältnissen und Wirtschaftsgrundsätzen findet der Unterschied im Rohgelbertrag zwischen den hess. und bad. Wiesen seine natürliche Erklärung. Zum Schluß auf eine vergleichsweise minderwertige Leistung der hessischen Verwaltung berechtigt er nicht.

Im Jahr 1895, also 20 Jahre nach Uebernahme des Betriebs durch die Forstverwaltung, wurde der Zustand der hessischen Kameralwiesen auf Wunsch der Landstände durch eine Kommission, bestehend aus dem kulturtechnischen Personal der oberen landwirtschaft-

lichen Behörde, einer Untersuchung unterzogen und das Ergebnis den Landständen unterbreitet mit den verlangten Verbesserungsvorschlägen. In dieser Denkschrift heißt es unter anderem: „Die Vorschläge der Kommission deckten sich im Ganzen mit den wirtschaftlichen Absichten der Oberförstereien. Wenn schon der Gesamteindruck für die Kommission ein günstiger war, so befanden sich einzelne Wiesen in mustergültigen Zustände. Fast allenthalben hoben sich die Domanielwiesen vorteilhaft von Privat- und Gemeindewiesen ab, was bei der langjährigen, zielbewußten Bewirtschaftung nicht Wunder nehmen kann. Werden doch die fiskalischen Wiesen schon durch die sorgfältig gemessenen Zeitabschnitte, die sie in Bezug auf Düngung und Rainit gebüht. Die hier erzielten Ergebnisse gaben den übrigen Grundbesitzern vielfach erst die Anregung zu gleichmäßigem Vorgehen. Wenn gleichwohl die Erlöse den gesteigerten Erträgen nicht entsprachen, so lag das in den besonderen Verhältnissen (Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wie oben geschildert). Trotz Ausbleibens der klangenden Erfolge wurde mit der Besserung der Wiesen überall dort fortgefahren, wo die Reinerträge noch annehmbar waren.“

Auch die badische Kameraldomänenverwaltung wird ein besseres Zeugnis von unbeteiligter sachverständiger Seite für sich nicht beanspruchen.

Als Ergänzung hierzu sei angeführt, was das Gr. hess. Ministerium der Finanzen, Abt. für Forst- und Kameralverwaltung, am 16. April 1917 mit auf Anfrage mitzuteilen die Güte hatte:

„Die Aufgabe, die Domanielwiesen mustergültig zu bewirtschaften, haben die Oberförstereien sehr gut gelöst, und zwar mit dem Erfolg, daß Gemeinden und Private dem Streben der Forstverwaltung nachzuseherten. Während bei den Mitte der 90er Jahre auf Verlangen der Ständekammer stattgefundenen Ortsbesichtigungen die Domänenwiesen vorteilhaft von den Gemeinde- und Privatwiesen sich abhoben, verschwand der Unterschied allmählich immer mehr, indem die Landwirte, durch das Vorgehen der Oberförstereien angeregt, das Versäumte nachholten.“

Wenn nach der Gelbertragsübersicht in den letzten 20 Jahren die Roherlöse um 4 % gesunken sind gegenüber dem Durchschnitt der vorausgegangenen 17 Jahre, so hängt das, abgesehen von dem vermehrten Futterbau damit zusammen, daß gerade die wertvollsten Wiesen in der Nähe der Ortschaften aus eigener Verwaltung in Zeitpacht übergingen.“

Jeder Vorschlag über bedeutende Umformung kann zunächst nur in großen Zügen gestaltet werden und wird einem eifrigen Nachprüfer aller Einzelheiten immer

genheit zu Einwürfen geben, namentlich wenn sachlich und persönlich eine Neuordnung nicht ersicht erscheint. Ich war auf eine solche Behandlung gefaßt, aber auch überzeugt, daß ich in der Lage, die Grundzüge meiner Ausführungen und Vorzüge erfolgreich zu rechtfertigen. Ich glaube, dies ist gelungen. Was ich an Einwendungen hier nicht beibringen habe und nicht behandeln konnte, dreht sich um nebensächliche Dinge, die für die Wirkung Ganzen von keiner ausschlaggebenden Bedeutung sind.

Man darf und muß sich vor einem sachverständigen Kreis über Organisationsfragen aussprechen, ohne daß man sich von anderer beteiligter dem Vorwurf der Gefährdung des Burgfriedens

aussetzt. Regierung und Volksvertretung verlangen und erstreben mit aller Entschiedenheit eine von persönlichen Rücksichten völlig unbeeinflusste, durchgreifende Vereinfachung unserer Staatseinrichtungen. Daß Verwaltungszweige und Beamtengruppen, die zu ihrer Zeit ihre Aufgaben voll erfüllt haben, einer Verschiebung ihrer bisherigen Arbeitsgebiete und ihrer Arbeitsgewohnheiten mit Bedenken und innerem Widerstreben gegenüberstehen, ist menschlich begreiflich. Staatsnotwendigkeit aber muß darüber hinwegkommen.

Woher sollen die zur Durchführung dieser Notwendigkeit berufenen Kreise klare Einsicht in Sonderverhältnisse und alle gebotenen Möglichkeiten gewinnen, wenn solche Aussprachen als eine Schädigung des vaterländischen Wohles gelten sollen?

Notizen.

Jagdliche Mitteilungen aus Süddeutschland.

Für den Verkehr mit Wild und die Höchstpreise hierfür seitens des Kriegsernährungsamtes Ende September v. J. erlassen worden, wobei die Preise eine ansehnliche Erhöhung erfahren haben. Letzterer Maßnahme lag die Abzugrunde, das Wild mehr als seither den größeren Städten zuführen, weil bei den früheren, unter den allgemeinen Fleischpreisen verbliebenen Beträgen für Wild dieses von den Jagdgewirtschaften im eigenen Haushalt verwendet oder an die einzelnen Bewohner abgegeben wurde. In den für das Reich geltenden Vorschriften ist den einzelnen Bundesstaaten das Vorbehalten, noch besondere Anordnungen zu treffen. Ueber die in dieser Hinsicht von Bayern und Baden ergangenen Bestimmungen sei nachstehend kurz berichtet.¹⁾

Bayern. Der gewerbsmäßige Handel mit Wild und Geflügel bedarf einer besonderen Erlaubnis der Bayer. Fleischversorgungsstelle, die regelmäßig nur an Personen erteilt wird, die diesen Handel schon vor dem 1. August 1914 betrieben. Die Abgabe von Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild schenkungsweise sowohl roh als in jeder Art der Zubereitung darf nur gegen Fleischmarken oder Bezugsscheine erfolgen. Markenfrei bleiben Gans, Hasen, Kaninchen, Wildgänse sowie der Wildaufbruch mit Herz und Leber, dann die Wildbret. Die Wildbretthändler haben über den Bezug und Art der Verwertung des abgesetzten Wildes Vorkontrolle zu führen, ebenso die Wirte und sonstigen Gewerbetreibende, die Wild zubereitet abgeben. Die Jäger sind berechtigt, von einer Jagdpflicht 10 vom Hundert, höchstens aber 40 Stück Wild für den eigenen Bedarf zurückzubehalten. Von dem Rest ein Viertel dem Kommunalverband des Jagdgebietes oder von diesem bezeichneten Stelle anzubieten bezw. abzugeben, der weitere Rest an die von der Fleischversorgungsstelle bestimmten Wildbretthändler zu verabsorgen. Auf Antrag der Jäger kann eine andere Art der Verteilung der Strecke durch die Fleischversorgungsstelle zugelassen werden. Zweck der Verteilung der Strecke ist die bemerkenswerte Bestimmung ge-

troffen, daß die Wildbretthändler die bezogene Strecke an besonders bezeichnete Versorgungsgebiete zu liefern haben. Es sind hier für die einzelnen Regierungsbezirke je 2 bis 5 größere Städte benannt, an welche die Wildbretthändler die ihnen zugefallenen Hasen zu überlassen haben. Auch von dieser Vorschrift können durch die Fleischversorgungsstelle Ausnahmen zugestanden werden. Markenfreies Wild und Geflügel darf aus Bayern nur mit Genehmigung der Fleischversorgungsstelle ausgeführt werden, welcher die Versandpapiere mit einer Erklärung des Kommunalverbandes des Ausfuhrortes vorzulegen sind, daß das auszuführende Wild und Geflügel für den Bezirk nicht beansprucht wird. Die Ausfuhr ist somit ziemlich erschwert. Mit verschwindenden Ausnahmen sind die vom Kriegsernährungsamt festgesetzten Höchstpreise für Wild in Bayern beibehalten worden. Erwähnenswert dürfte sein, daß auch für den zerlegten Hasen Einzelpreise bestimmt wurden. Ein Hühner 2,20 M., beide Schlegel zusammen 2,40 M., Ragout 1,20 M. Bemerkenswert ist das von dem Stellvert. Generalkommando des I. und III. bayer. Armeekorps erlassene Verbot, daß während des Krieges die Jagd und Fischerei durch Ausländer, die nicht einem verbündeten Staat angehören, nicht ausgeübt werden darf. Hierbei bleibt den durch das Verbot betroffenen Ausländern frei gestellt, ihre Befugnis durch geeignete deutsche Staatsangehörige unter Beachtung der dafür vorgeschriebenen Formen ausüben zu lassen. Es kommen hier u. A. belgische und schweizer Jagdgesellschaften in Betracht, die in der bayer. Pfalz gut besetzte Jagdbezirke zu hohen Preisen erpachtet und seither alljährlich im Herbst glänzende Treibjagden veranstaltet haben. Mit Rücksicht auf den Krieg sind zur Ausgiebigkeit der Versorgung mit Wildbret und Minderung der Wildschäden die Schutzzeiten für Rehböcke und Hasen um je 14 Tage verlängert worden.

Baden. Die Jäger sind verpflichtet, das auf ihrer Jagd erlegte Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild sowie Hasen und Wildgänse, insoweit sie solches nicht in ihrem eigenen Haushalt verbrauchen, oder an Gasthöfen zum Verbräuche in deren Haushalt abgeben, an den Kommunalverband des Jagdortes oder ihres Wohnortes oder an zugelassene Wildbretthändler gegen Entrichtung der für den Großhandel mit Wild festgesetzten

¹⁾ Auch in Hessen sind ähnliche Bestimmungen getroffen worden. D. Red.

Höchstpreise abzuliefern. Die Kommunalverbände dürfen die Jäger hinsichtlich der Abgabe von Wild an die zugelassenen Wildbrethändler nicht beschränken. Mit Zustimmung des Kommunalverbandes kann die Ablieferung auch an in der Nähe des Jagdortes gelegene Wirtschaften erfolgen. Ueber das empfangene Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild haben die Kommunalverbände Bescheinigungen, die Wildbrethändler sowie die Inhaber von Wirtschaften Fleischbezugscheine dem Jäger auszustellen. Bei der Entnahme von Fleisch von Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild zum Verbräuche im eigenen Haushalte, dann bei der Ueberlassung solchen Wildes an Gaststätten sind die entsprechenden Fleischmarken abzugeben. Markenfrei sind Hasen, Kaninchen, Wildgeflügel, Aufbruch mit Herz und Leber, auch Wildköpfe. Bei gemeinsamen Jagden darf der Jäger für den eigenen Haushalt nur je zwei Hasen und für jeden Gaststätten nur je einen Hasen von der Strecke behalten. Ueber die Entnahme und Abgabe von Wild und Wildgeflügel haben die Jäger eine Aufschreibung zu führen, welche die für den eigenen Haushalt entnommenen, an die Gaststätten, die Kommunalverbände, die Wildbrethändler und Wirte abgegebenen Mengen, die Namen der Empfänger und einen Vermerk über eingezogene Fleischmarken und Bezugscheine enthalten. Als Wildbrethändler sind vom Bezirksamte auf Ansuchen nur solche Gewerbetreibende zuzulassen, die bereits vor dem 1. Mai 1918 in offenen Verkaufsstellen Wild gewerbmäßig verabsolgt und sich hierbei nicht als unzuverlässig erwiesen haben. Die Höchstpreise des Kriegsernährungsamtes sind vorbehalten. Für den zerlegten Hasen sind bestimmt: für einen Hemer 2,40 Mk., für einen Schlegel 1,40 Mk., für das Ragout 1,10 Mk.

B. Wer verbreitet die Mistelbeeren.

Obwohl man schon bei den Römern wußte, daß die Mistelbroffel die Mistelbeeren verbreitet, ist man heute noch unsicher, welche Vögel sonst noch dem Genuß der Mistelfrüchte huldigen; ja man weiß nicht einmal, welche Drosselarten außer dem Mistler das zu tun pflegen. Bei meinen Fütterungsversuchen fraß der Seidenschwanz die Beeren ebenso wie die Mistelbroffel, aber keine andere Drosselart und auch sonst kein Vogel. Fütterungsversuche mit Zimmervögeln sind jedoch nicht geeignet, sichern Aufschluß zu erlangen. Alle Auskünfte, die man von Forstleuten und Jägern erhalten kann, beschränken sich auf die Beobachtung, welche Vögel an Mistelbüschen gesehen wurden: Man kann sich aber leicht überzeugen, daß manche Vögel Beeren abpicken ohne sie zu fressen und daß andere an den grünen Blättern zupfen. Wenn man also erfahren will, welche Vögel wirklich Mistelbeeren fressen, muß man ihren Mageninhalt untersuchen; man muß Vögel (Drosselarten, Krähen, Eiskern, Eichelhäher, Wildtauben, Seibenschwänze), die sich an Mistelbüschen zu tun machen, abschleichen und sich überzeugen, ob sie Mistelbeeren im Magen oder Darm haben. Die botanische Abteilung der K. Forstlichen Versuchsanstalt in München, Amalienstraße 52, wäre dankbar für die Mitteilung der Untersuchungsergebnisse und würde bei etwaiger Zusendung der Tiere die Portokosten vergüten.

Die Misteln verschwinden zumeist im Februar-März, doch wären auch genaue Beobachtungen über die Zeit des Absterbens der Beeren beim Frühlingszug der Drosseln nach Norden sehr erwünscht.

Prof. von Lubow.

C. Fischerei in Talsperren.

Im Oktober-Heft 1911 wurde über die Fischerei in Talsperren auf Grund eines Vortrags des Geheimen Regierungsrats Eberts in Cassel berichtet und darauf hingewiesen, daß die Fische im allgemeinen in den Talsperren recht gedeihen. Inzwischen sind in dieser Beziehung weitere Erfahrungen gesammelt worden, die zu einem gleichen Ergebnis geführt haben.

Heute liegt ein weiterer Beweis für die Ergiebigkeit von Talsperren, nämlich der Weiher-Talsperren, vor. Hierfür sollen nachstehend einige Angaben gemacht werden, die einem Vortrage entnommen, den der Bewirtschafteter der Talsperren, der Fischzüchter Rud. Rinte in Tharandt, gelegentlich der Hauptversammlung des Sächsischen Fischereivereins in Dresden in diesem Jahre gehalten hat.

Hiernach sei das Wachstum der Fische in diesen Sperren hervorragend gutes. Wenn auch die erstmalige Bepflanzung in guter Pflege befindlichen Acker- und Wiesenlandes und die zügliche Besatzmaterial ein gutes Wachstum habe voraussetzen lassen, so sei es dem Berichterstatter in seiner nunmehr 10-jährigen fischereilichen Praxis noch nicht vorgekommen, innerhalb eines Sommers einsommrige 10—12 cm lange Regenbogenforellen bis zu 2 Pfund herangewachsen, einsommrige Karpfen von 1½ Pfund im 4. Sommer bis zu 7 Pfund schwer geworden seien und 50 gr beim Einsetzen im April wiegende Schleien bis Oktober ein Gewicht von ½ Pfund erreicht hätten. Wenn auch diese günstigen Ergebnisse auf die Dauer nicht blieben, so sorge die durch das stehende Wasser entstehende Trodenlegung größerer Geländebereiche für dauernde Fruchtbarkeit des Bodens, besonders, wenn die entsprechende Bearbeitung, Gründüngung und unter Umständen mineralische Düngung nicht versäumt werde.

Karpfen, Schleien und Karauschen hätten in diesen Sperren reichlich Brut erzeugt; weitere Aussetzung von Karpfen und Schleien sei daher nicht mehr erforderlich.

Als unwillkommener Eindringling in eine der Sperren habe sich gleich im ersten Jahre (1914) der Barsch eingefunden. Da durch die Zuflüsse keine Barsche in die Sperre hätten kommen können, bliebe keine andere Erklärung, als daß die in großer Menge einfallenden wilden Enten die Barsche aus den Zuflüssen nur 3 km entfernten Teichen bei Wendisch-Carlsdorf oder auch aus größerer Entfernung als Laich an ihren Ruder und am Gießel eingeschleppt hätten.

Ein unliebsamer Gast sei ferner der Fischreiher. Dieser horste in den anliegenden Wäldern.

Die als Futterfische für die Forellen eingesetzten Grünkarpfen vermehrten sich gut.

Die Fische veränderten in den Talsperren ihre Lebensgewohnheiten. Besonders auffallend sei dies bei der Regenbogenforelle. Während sie im Zuflußgebiete nur im Herbst, von Ende Oktober bis Mitte November, laiche, begannen in den Talsperren einzelne Forellen schon im September zu laichen, ein großer Teil bleibe seiner alten Laichzeit treu, und ½ derselben laiche erst vom Dezember bis in den April hinein. Die Verschiebung habe ihre Ursache in den Temperaturverhältnissen des Sperrwassers. Auch suchten die Forellen nicht alle das fließende Wasser zum Laichen auf, zur Hälfte laichten sie in 4—5 m Wassertiefe im Sperrbecken selbst an den verschiedensten Stellen, wo sie harten Untergrund fanden. Das sei nicht unwichtig, denn es sei ein großer Unterschied, ob die Forellen bequem und in aller Gemütslichkeit in den wenigen Zuflüssen gefangen werden könnten, oder ob man sie umständlich

bevoll an den verschiedenen zerstreut liegenden Laichplätzen der Tiefe heraufbefördern müsse.

Gerade die Beschaffung bester und gesunder Eier sei für die Haupttriebfeder zur Pachtung der Sperren gewesen und müsse er sehen, daß der Plan des Fanges in unmittelbarer Nähe der Zuflüsse nur zum Teil ausgeführt werden könne.

Bei den Regenbogenforellen habe sich keine Verwertung der Laichzeit bis jetzt herausgestellt; sie laichten vor nach im April und Mai.

Die Saiblinge würden nur vereinzelt gefangen; sie seien auch nicht so gut, wie die Bach- und Regenbogenforellen. Es scheine ihnen in den Sperren nicht zu gefallen.

Eine weitere in den Temperaturverhältnissen begründete Änderung zeigten die Schleien. Diese könnten in den Sperren bloß erst im Juni und Juli in größeren Mengen gefangen werden, in den Sperren beginne der Fang gleich nach dem Schwinden des Eises in den ersten warmen Tagen im März. Es komme daher, daß das Wasser an den Ufern bei Sonneneinstrahlung und warmen Regen sich erwärme und die Schleie aus kalten Tiefe emporlocke.

Der Fischfang in den Sperren erfordere einen sehr gebildeten und intelligenten Fischer, der unverdrossen und fleißig stets wechselnden Aufenthaltsorte der Fische aufsuche und nach seine Fanggeräte aufstelle. Das Fischen mit dem Netze sei wegen der auf dem Boden befindlichen Stöcke und Röhren unmöglich. Der Fang erfolge in den Hauptfangzeiten April—Mai und Oktober—Dezember mit Garnsäcken und Reusen, während der übrigen Zeit mit einwandigen Grundnetzen und Schleien aus feinem Garn von 36 mm Maschenweite. Im Winter gingen aber nur Forellen ins Garn, weil es die einzigen Fische seien, die dann Nahrung suchten; im Sommer werden mit 50—100 m langen und 10 m tiefen Schwimmgarnen die Karpfen gefangen.

Auch mit der Angel könnten im Sommer bei leicht bewegtem Wasser gute Fänge von Forellen gemacht werden.

Ein Entweichen der Fische durch das den Abfluß bildende Abfließenrohr sei ganz vereinzelt, dagegen entwichen bei Hochwasser Fische in größeren Mengen durch den Ueberlauf.

Die Fischerei in den Talsperren sei in fachkundiger Hand keineswegs ein wertvolles Mittel, größere Mengen wohlmeckender, gutgenährter Fische auf den Markt zu bringen. Wer einmal Talsperrenfische gegessen habe, wolle am liebsten noch solche haben, weil sie so hochfein im Geschmack seien.

E.

D. Die Jagd und der Krieg.

Die Berliner tierärztliche Wochenschrift schreibt in Nr. 40 von 1915 über „Jägermangel und Wildvermehrung“ folgendes: Wegen der Eingliederung vieler Jäger hat sich der Wildbestand sehr stark vermehrt, und es besteht nicht nur die Gefahr, daß die Tiere in den Saaten große Verwüstungen anrichten, auch die Waldbäume dürften viel beschädigt werden. In Friedenszeiten gab es in Deutschland rund 600 000 Personen, die auf die Jagd gehen; — somit wäre im Durchschnitt bisher jeder 7. Deutsche ein Jäger gewesen —; 60 000 Personen, also nicht ganz zehn Prozent der Bevölkerung sind Forst- und Jagdwärter. Bei einem größeren Abschluß würde auch für die Bevölkerung mehr Fleisch auf den Markt kommen. Vor dem Kriege wurde das Fleischgewicht des in Deutschland abgehoffenen Wildes im Jahre auf rund 500 000 Zentner — offen-

bar eine viel zu nieder bemessene Ziffer — eingeschätzt. Bei einer regen Jagdtätigkeit wäre diese Menge bedeutend zu erhöhen. Auch die Felle der Tiere könnten bei dem heutigen Mangel an Rohmaterialien manche Blicke ausfüllen.“

Diese in dem tierärztlichen Fachblatt ausgesprochene Anschauung betrachtet die Jagd vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus als eine Quelle für die Ernährung, sowie als eine notwendige Abwehrstelle gegenüber den Schädigungen des Wildes an Wald und Flur, zugleich aber auch als eine lukrative Beschäftigung für den Jagdbesitzer in der Kriegszeit. In Bezug auf Wildschaden pflegen und zwar ganz besonders in heutiger Zeit von den Landwirten die Ansprüche oftmals übertrieben zu werden und manche Schädigungen dem Wildbeiz zur Last gelegt zu werden, welche sich bei genauerer Erforschung auf ganz andere Faktoren, kleineres Raubzeug, Mäuse, Ratten, auch Schnecken, Krähen, Raubbögel und namentlich wildernde Hunde zurückführen lassen; wenn solche z. B. zu mehreren eine Rinde mit Reis im stehenden Getreidefeld zielbewußt und ausdauernd verfolgen, später reißen, und durch herumlagernbe Knochen und Wildbrettteile anderes Ungeziefer anlocken. Wichtig ist, daß das Raubzeug aller Art auch im Binnenlande jetzt sehr überhandnehmen wird. Naturschutzdenkmäler für manche seltener gewordene Raubtierespezies oder Einführungen von wertvolleren Fuchsarten, wie dies seinerzeit im bayerischen Walde und an anderen Plätzen durch Rauchwarenfirmen geschehen ist, können jetzt ausgeschaltet werden. Im Gegenteil sollte, nachdem die Jagd auf Nutzwild fast die ganze Tätigkeit der zur Verfügung stehenden Nimrode in Anspruch nimmt, die Vertilgung von Raubzeug aller Art mehr als eine absolute Notwendigkeit in die breiten Schichten des Volkes, ganz besonders der Landbewohner, eindringen und die Erlangung bei der weit vorgeschrittenen Industrie jetzt mehr als sonst auf die richtige und intensive Verwendung der verschiedenen Fangapparate ausgedehnt werden. So existieren bereits Merkbüchlein zur Beseitigung der Mäuse-, Ratten- und Kaninchenplage. Diese sehr dankbare Bekämpfungsart ist noch bedeutender Erweiterung fähig. Namentlich ist neben dem Krähengefindel auch die amerikanische Disamratte, welche von Böhmen aus immer weiter vordringt und infolge ihres gesicherten Terrains bereits die ersten Verteiligungslinien durchbrechen konnte und enormen Schaden auch bereits in den angrenzenden Staaten anrichtet, nicht zu vergessen. Der Krieg kam diesem Schädling ganz besonders zu statten. — In den Schützengraben des Westens soll die Mäuse- und namentlich die Rattenplage für unsere Feldgrauen an manchen Plätzen geradezu unheimlich sein. Man wendet bereits den Rattentoxin und Typhusbazillus gegen dieselbe an. Es ist dies auch begreiflich; diese Mager finden wegen ihrer Kleinheit und Höhlenwohnungen leicht Schutz vor den Geschossen, wie vor der Detonation und außerdem sehr reichliche Nahrung auf den nicht abgeernteten Fluren, wie auf den Schlachtfeldern. — Uebrigens könnten in den Garnisonen auch Mannschaften, namentlich nicht mehr felddiensttaugliche, zum Abschuß von Nutzwild wie Raubbögel verwendet werden. Es wäre dies für die Soldaten eine sehr angenehme und nützbringende Abwechslung. Hat sich doch bereits die Industrie unserer invaliden Nimrode angenommen. So soll auch den einäugigen, einarmigen und selbst den einfüßigen Jägern durch Konstruktion besonderer Gläser und Gewehre, wie anderweitiger Vorrichtungen, die Ausübung des Wildwerkes für die Zukunft ermöglicht werden.

Die Jagd ist Gemeingut der deutschen Nation, derselben schon von den ältesten Zeiten her als Nähr- und Beschäftigungszweig eigen. Mehr der Charakter ist gegenüber früherer

Zeit und namentlich in jetziger Kriegszeit ein wesentlich anderer geworden. Das Wildbret, also die Erlegung des Wildes sollte, nach der modernen Auffassung, in der Hauptsache dem Sport vorbehalten sein. Wildbret galt daher als ein Genußmittel, und nicht als ein eigentliches Nahrungsmittel regulärer Art, höchstens für die oberen Zehntausend. Die gegenwärtigen Fleischpreise übersteigen aber vielfach den Preis des Wildbrets. Somit verdient jetzt das Wildbret eine andere Beurteilung für die Volksernährung als vor dem Kriege. Im Jahre der großen Trockenheit von 1893, wo an manchen Plätzen Ochsenfleisch erster Qualität um 20 Pfg. pro Pfund wegen des Futtermangels verkauft wurde, behielt das Wildbret seinen Preis ganz wie in den normalen Zeiten. Es ist dies auch erklärlich. Angebot und Nachfrage hielten sich wie sonst die Wage und die Konsumenten suchten und fanden im Wildbret ihre Befriedigung. Der billige Fleischkonsum vermochte nicht die Liebhaber des Wildbrets abzulenken. Auch war keineswegs ein Ueberschuß an Wild vorhanden. Die wirtschaftliche Notlage, wie sie bei der Haustiereernährung in die Erscheinung trat, kam beim Wilde nicht zum Ausbruch. Nunmehr hat unser Wildbret auch die Rolle eines Nahrungsmittels zu übernehmen. Die meisten der bisherigen Gourmands stehen wohl im Felde; die Fleischvorräte werden mit der Dauer des Krieges immer knapper. Soweit als nur irgend möglich muß, namentlich für verwundete und kranke Krieger, das Wild für die Volksernährung herangezogen und dessen zweckmäßigste Zubereitung, woran es bisher oft viel gefehlt hat, immer mehr Verbreitung finden. Auch Dauerwaren aus Wildbret müssen jetzt mehr als sonst zur Geltung kommen. Ganz besonders ist es für Gefrierfleisch geeignet. Dem Abschluß von Rauchwild und der gleichzeitigen tunlichsten Verteilung von Rauchzeug kommt in volkswirtschaftlicher Hinsicht jetzt die größte Bedeutung zu. Nicht zu vergessen sind aber auch die menschlichen Räuber, deren Beizen in der Kriegszeit ganz be-

sonders blüht. Wenn man bedenkt, daß Deutschland jährlich durchschnittlich rund 6 500 000 Stück Haarwild und 550 000 Federwild im Gesamtwert von etwa 27 000 000 Mk. durch das Wildabschuß erzielt hat, so kann man sich daraus ein Bild machen, was die Jagd auch für die Volksernährung zu leisten im Stande ist. Schließlich kann, wie dies bisher auch schon geschehen ist, durch Erweiterung der Schutzzeiten, Erleichterung des Betriebes unter Umständen das Ergebnis noch bedeutend gesteigert werden. Allerdings kann der finanzielle Ertrag auch durch die Marktlage wieder beeinträchtigt werden. Auch diese Frage spielt keine Rolle. Es würde nicht dem weiblichen Charakter des Deutschen entsprechen, die wirtschaftliche Notlage für gewinnstüchtige Zwecke auszunützen, wie dies jetzt leider bei anderen Sparten so häufig geschieht. Die deutschen Jagdverhältnisse erheischen somit die weitgehendste Fürsorge von Seiten der maßgebenden Stellen. Bemerkenswert ist, daß die Führung und Beförderung der Schußwaffen in jetziger Kriegszeit selbst für die Jagdausübung eine besondere Vorsicht erheischt. Bekanntlich ist allen Personen das Tragen von Schußwaffen jeder Art strengstens bei Strafe verboten, sofern sie nicht im Besitze einer Jagdkarte sind. So ließ in Nürnberg ein Fabrikant, der Jäger ist, durch seinen Ausgeher Gewehr und Rucksack zum Bahnhof bringen. Einem Schußmann kam diese Ausrüstung bedenklich vor; der Mann wurde auf die Wache gebracht und zur Vorzeigung der Jagdkarte oder eines Waffenscheines aufgefordert. Da er beides nicht konnte, wurde ihm das Jagdgewehr abgenommen und nach Feststellung seiner und seines Herrn Personalien wurde er entlassen. Es wäre daher wünschenswert, daß bei Beförderung von ungeladenen Jagdgewehren, die von den Blüchschmiedern meist durch Lehrlinge, auf den Bahnhöfen durch Bedienstete ohne Jagdkarte und zwar unbeaufsichtigt geschieht, die Härte der Verordnung, Wegnahme der Waffen und Bestrafung keine Anwendung finden möge.

M. Renter.



R. n. Güttenberg

Forst- und Jagd-Zeitung.

Juli 1917.

Versuch einer neuen Grundlegung der Forstwirtschafts-Wissenschaft.

Von Heinrich Weber, Großh. Hess. Forstassessor.

Die genaue Bestimmung und Abgrenzung ihres Gegenstandes ist eine der wichtigsten Aufgaben einer Wissenschaft. Der Einzelforscher kann nur dann sprichwörtliches leisten, wenn ihm das Ziel und die Grenzen seiner Wissenschaft klar und deutlich vor Augen stehen. Ohne die Oberleitung dieses führenden Prinzips wird seine Arbeit nie vor Zeit- und Kraftvergeudung sicher sein.

Man unterscheidet die historische von der rein logischen Grundlegung. Diese leitet den Begriff einer Wissenschaft ab, indem sie den hypothetischen Sammelbegriff, von dem sie ausgeht, in seine Elemente zerlegt und nach deren Definition durch ihre Zusammenfügung das Wesen des Sammelbegriffs zu erschließen versucht. Sie dagegen sucht alle in der Literaturgeschichte der betreffenden Wissenschaft vorkommenden begrifflichen Auffassungen des in Frage kommenden Wissenskomplexes zu ermitteln und dessen wahre Bedeutung aus der vergleichenden Betrachtung all dieser nebeneinander gegebenen Anwendungen zu erklären.

Beide Methoden der Grundlegung bedingen sich gegenseitig. Denn die historische Grundlegung ist ja bei ihrer Untersuchung aller vorhandenen Anwendungen immer schon von einem bestimmten a priori aufgestellten Begriffe aus. Auf der anderen Seite ist das „hypothetische Bild“, das die logische Grundlegung zum Ausgangspunkte nimmt, immer schon ein, wenn auch mehr oder weniger unbewusstes, Produkt historischer Erwägungen. Einseitig ist sowohl die rein logische als auch die rein historische Grundlegung. Beide müssen sich einander ergänzen.

Dies gilt auch für die Grundlegung unserer Wissenschaft. Für eine historische Grundlegung derselben fehlt es aber bis heute noch an den notwendigen Unterlagen und Vorarbeiten. Seit den Anfängen einer forstwirtschafts-wissenschaftlichen Literatur ist schon manches über das Wesen der Forstwirtschaftswissen-

schaft geschrieben worden. Es ist aber zerstreut in vielen Schriften, die kaum jemand liest, und könnte nur dann wieder lebendige Wirkungskraft erlangen, wenn es in systematischer Gebundenheit auf die Gegenwart hinübergerettet würde, d. h. wenn man eine Geschichte davon schreiben wollte. Ein sorgfältiges Durchsiehen unserer älteren Literatur ist schon deshalb vonnöten, weil sich bei der immer intensiver werdenden Weiterarbeit allmählich eine solche Ueberfülle von Reichtümern anhäufen würde, daß wir mit der Zeit darin erstickend müßten. Die wertvollen Gedanken der Alten bleiben tot und fallen allmählich ganz der Vergessenheit anheim, wenn wir sie uns nicht immer wieder von Neuem erringen und ans Licht ziehen und in Beziehung setzen zum Lebendigen und werdenden.

August Bernhardt hat uns zwar in seinem bekannten historischen Werke auch eine glänzende Darstellung der Geschichte unserer Wissenschaft gegeben, seit ihm aber ist dieser Spezialteil der „Geschichte der Forstwirtschafts-Wissenschaft“ nicht mehr sonderlich gefördert worden. Eine Entwicklungsgeschichte der „Forstwirtschaftsphilosophie“ im Besonderen gibt Bernhardt in Bd. II § 18, 22 und 42 und in Bd. III § 25, allerdings nur in kurzen Umrissen. Nach ihm hat man mehr die anderen Teile der sog. „Forstgeschichte“ ausgebaut, der Geschichte dieser wichtigen Sonderdisziplin aber nicht die geringste Beachtung mehr geschenkt. Schwaappach hat diese Seite der Forstgeschichte in seinem sonst so verdienstvollen „Handbuch der Forst- und Jagdgeschichte Deutschlands“ leider garnicht berücksichtigt. Eine umfassende Darstellung der Forstwirtschaftsphilosophie auch in ihrer historischen Entwicklung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Hier harret noch ein weites Feld der Bearbeitung.

Ohne die Grundlage einer solchen Entwicklungsgeschichte ist eine historische Grundlegung unserer Wissenschaft schlechterdings unmöglich. Auch ich muß mich hier, da ich in meinem Studium der historischen Entwicklung der Forstwirtschaftsphilosophie bis jetzt noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis gelangt bin, auf eine logische Grundlegung beschränken.

Zum Ausgangspunkt für meine grundlegenden Erörterungen nehme ich nicht den Ausdruck „Forstwissenschaft“, mit dem man bisher unrichtigerweise unser Wissensgefüge fast allgemein bezeichnet hat, sondern das „Hypothetische Bild“: „Forstwirtschafts-Wissenschaft“. Der Gegenstand unserer Wissenschaft — das muß hier vorgreifend erwähnt werden — ist nämlich nicht der „Forst“, der „Wald“, sondern die „Forstwirtschaft“. Deshalb kann auch nur die Bezeichnung „Forstwirtschafts-Wissenschaft“ dem in Frage kommenden Wissensinhalt vollauf gerecht werden. Es ist an der Zeit, daß wir den Ausdruck „Forst-Wissenschaft“, diese Eierchale einer überwundenen Ansicht, endlich einmal von uns abschütteln. Denn es gilt, nicht nur den Begriff unserer Wissenschaft klar und scharf zu umreißen, wir müssen ihm auch einen, seinem Sinn und Wesen durchaus entsprechenden, Namen geben. Es wäre überhaupt im Interesse der Weiterentwicklung unserer Wissenschaft sehr angebracht, wenn wir etwas mehr Wert auf die Richtigkeit und Prägnanz der Begriffsbezeichnungen legen würden. Der laien Auffassung, daß es „auf den Titel nicht ankomme“ kann nicht genug energisch entgegengetreten werden. (Siehe Trebeljahr „Revierförster als Oberförsterstellvertreter“, Abh. in der „Silva“ Jahrg. 1916, Nr. 40, Seite 214, 2. Spalte.)

In dem hypothetischen Bilde: „Forstwirtschafts-Wissenschaft“ sind die Begriffe: „Wissenschaft“ und „Forstwirtschaft“ enthalten. Daraus ergibt sich der logische Weg der Ableitung des Begriffes „Forstwirtschafts-Wissenschaft“: Man erläutert die Begriffe „Wissenschaft“ und „Forstwirtschaft“ und erhält durch Zusammenfügen dieser Teilbegriffe eine Definition für den Sammelbegriff. Mit anderen Worten: Man muß sich klar werden über den Begriff der Wissenschaft im allgemeinen einerseits und den besonderen Gegenstand unserer zu begründenden Wissenschaft andererseits. Aus dem Zusammenhalten dieser beiden resultiert dann ohne weiteres die dadurch bedingte Art des besonderen Charakters unserer Wissenschaft. Solange die beiden Grundbegriffe: „Wissenschaft im allgemeinen“ und „Gegenstand des fraglichen Wissenskomplexes“ noch nicht feststehen, ist es ein müßiges und erfolgloses Beginnen, über das Wesen unserer Wissenschaft Erwägungen anzustellen. Je nach der verschiedenen Stellungnahme zu diesen beiden Grundbegriffen ergeben sich naturgemäß auch ganz verschiedene Arten der Grundlegung unserer Wissenschaft. Hier liegen auch die Wurzeln der zwischen Wappes und mir bestehenden Meinungsverschiedenheiten über dieses bedeutsame Problem.

I. Was ist „Wissenschaft im allgemeinen“?

Von den Autoren, die in neuester Zeit über die Grundlegung unserer Wissenschaft geschrieben haben, hat nur Wappes eine genaue Definition dieses Allgemeinbegriffes zu geben versucht. „Wissenschaft entsteht“, nach ihm dann, „wenn Erscheinungen realer oder idealer Natur nach ihrem kausalen Zusammenhang erforscht und begrifflich erfasst werden“. In meiner kritischen Würdigung der Wappes'schen Grundlegung unserer Wissenschaft habe ich schon darauf hingewiesen, daß der Begriff der „Wissenschaft“, der auf dieser Entstehungserklärung derselben resultiert, m. E. zu eng gefaßt ist. Er läßt keinen Raum für die auf der Grundlage der Ethik basierten Willens- oder Gemeinschafts-Wissenschaften, die den Charakter von praktischen oder Norm-Wissenschaften haben. Diese läßt Wappes nicht als Wissenschaften gelten. Er erkennt nur die „dem reinen Erkenntnisbedürfnis dienenden“, von den Prinzipien der Logik geleiteten Wissenskomplexe als Wissenschaften an. Es dürfte jedoch nicht gerechtfertigt sein, den Ausdruck „Wissenschaft“ ausschließlich für diese kausale Zusammenhänge beschaulich betrachtende, Wissensgefüge zu reservieren. Die Willenswissenschaften verdienen genau so gut den Namen „Wissenschaften“. Sie sind indes auf dem Zweckbegriffe und den Prinzipien der Ethik begründet und lassen sich nicht einordnen in einen Wissenschaftsbegriff, der seinen Inhalt nur von der Logik erhält.

Wer den Willenswissenschaften und damit auch der „Forstwirtschafts-Wissenschaft“ — denn diese ist m. E. eine Willenswissenschaft — den Anspruch auf den Titel „Wissenschaft“ zuerkennt, der kann sich mit einer so engen Begrenzung des Begriffes „Wissenschaft“ nicht zufrieden geben. Ich verstehe mit Erdmann und Meßner unter „Wissenschaft“ ganz allgemein: „Einen wohlgeordneten Inbegriff von zusammenhängenden wahren und (soweit die Bedingungen dazu fehlen) wahrscheinlichen Urteilen über die Gegenstände des Denkens und von Untersuchungen, die zu solchen Urteilen führen“. Die Wissenschaft in solchem Sinne ist viel allgemeiner und umfassender und hat auch noch Raum für die Willenswissenschaften. Einen anderen Vorzug dieser Definition der „Wissenschaft im allgemeinen“ aber erblicke ich darin, daß sie so nachdrücklich betont, daß auch alle Untersuchungen, die zu den Urteilen einer Wissenschaft führen, zu dieser selbst rechnen. Diese Mithereinbeziehungen aller Voruntersuchungen einer Wissenschaft in diese selbst, wie sie die Erdmann'sche Definition vorsieht, ist gerade für den Aufbau unse-

Wissenschaft von großer Bedeutung. Davon wird aber noch ausführlicher die Rede sein.

Netzt gilt es erst einmal den Gegenstand unserer Wissenschaft festzulegen und zu definieren. Denn neben Fixierung des Begriffes „Wissenschaft“ heisst die Umdeutung unserer Wissenschaft auch eine genaue Bestimmung ihres Objektes, als das schon oben die „Forstwirtschaft“ bezeichnet wurde. Nicht der „Forst“, der „Wald“, sondern die „Forstwirtschaft“ bildet den Gegenstand unserer Wissenschaft. Das hat schon K. v. L. in seinem geistvollen Schriftchen über den Zweck und Begriff der Forstwirtschaft¹⁾ klar und deutlich entwickelt. Deshalb ist es unbegreiflich, wie heute noch Zweifel über diesen Punkt bestehen können. Aber sie bestehen tatsächlich noch, und wir müssen Wappes großen Dank wissen für seine energische Bekämpfung der falschen Auffassung, die dadurch öffentlich endgültig aus der Welt geschafft worden ist. Aber von einer anderen Seite her droht Gefahr. Raker¹⁾ hat in einer kritischen Besprechung der Wappeschen „Systematik“ die Behauptung aufgestellt, unsere Wissenschaft habe zwei Objekte, einmal die „Forstwirtschaft“ und dann den „Wald“. Die Forstwirtschaft selbst aber habe zum Gegenstand wiederum den „Wald“. In einer Kritik der Rakerschen Äußerungen habe ich auf die Unhaltbarkeit dieser Auffassung hingewiesen. Zum ersten ist es — angenommen, daß unsere Wissenschaft zwei Objekte haben könne — ganz identisch, daß der eine von den zwei Gegenständen nämlich die „Forstwirtschaft“ den anderen Gegenstand unserer Wissenschaft (nämlich den „Wald“) wieder selbst zum Gegenstand haben könne. Zum zweiten aber ist es eine Wissenschaft mit zwei Objekten ein Nonsens. Denn sobald man von dem „Objekt einer Wissenschaft“ redet, meint man damit den einen Oberbegriff, der alle Einzelurteile und Begriffe zu der einen großen Einheit zusammenschweißt, die eben Wissenschaft genannt wird.

Also das steht fest: unsere Wissenschaft hat weder zum Objekt den „Wald“, noch hat sie zwei Objekte „Wald“ und „Forstwirtschaft“).

Eine Willenswissenschaft kann ja auch unmöglich ein „Sein“ zum Objekt haben. „Im Wollen ist die Handlung der Inhalt und das Ziel“. Und das „Sein“ (in unserem Falle der „Wald“) „ist nichts als das Mittel, die Handlung zu erzeugen und zu Stande zu bringen.“ Gegenstand ist hier nur ausschließlich die Handlung. Und nur die Handlung ist hier die Aufgabe. (Cohen, Ethik S. 175, 177.)

Ein „Handeln“ ist auch Gegenstand unserer Wissen-

schaft, und dieses „Handeln“ ist eben die „Forstwirtschaft“.

II. Was ist „Forstwirtschaft“ als Gegenstand unserer Wissenschaft?

Die „Forstwirtschaft“ ist eine „Privatwirtschaft“. Dieser Begriff wird oft zu Unrecht wieder als Teilbegriff des Begriffes „Wirtschaft im allgemeinen“ angesehen. So geht Marshall, auf dessen Definition der „Wirtschaft“ Wappes seine Begriffsbestimmung der „Forstwirtschaft“ basiert, bei der Begründung der Volkswirtschaftslehre von der wirtschaftlichen Tätigkeit der Menschen aus und zerfällt diese wieder in die Tätigkeit des Einzelnen und die der Gesellschaft. Und wie mit den „Gegenständen“ so ist man mit ihren Wissenschaften verfahren. So sagt Raker („Silva“ Jahrgang 1913, Nr. 23, Seite 266 „Beiträge zur Systematik der Forstwissenschaft“) von der allgemeinen „Privatwirtschaftslehre“, daß sie zusammen mit der „Volkswirtschaftslehre“ die „allgemeine Wirtschaftslehre“ ausmache. Mit Recht bekämpft Stämmeler in seinem bekannten Werke „Wirtschaft und Recht“ diese Begründungsart der Volkswirtschaftslehre auf einer „Wirtschaft in abstracto“. Nach ihm gibt es einen solchen einheitlichen Oberbegriff nicht. Man erhält ihn nach seiner Ansicht „auch nicht durch das neuerdings von Adolf Wagner besonders stark betonte ökonomische Prinzip“. Es ist unmöglich „die Lebensfristung und Bedürfnisbefriedigung des gänzlich isoliert gedachten Menschen, als sog. Einzelwirtschaft, mit dem geregelten Zusammenwirken von Menschen, als der Sozialwirtschaft, unter einem einheitlichen oberen Begriffe, der „Wirtschaft in abstracto“ zusammen zu nehmen und jene beiden nur als unmittelbare Unterabteilungen eines und desselben Objektes zu fassen.“ Wir haben vielmehr „zwei verschiedene Einheiten und zwei der Art nach getrennte Gegenstände. Die Begriffe von beiden sind im Ganzen wie in der Einzelforschung qualitativ unterschieden, stehen unter getrennten Erkenntnisbedingungen; wie sollte es da einheitliche Lehrrsätze geben, die allgemein für beide Geltung hätten und dann in den getrennten Unterklassen nur Einzelmodifikationen aufweisen würden?“ Die soziale Wirtschaft ist nach Stämmeler „das unter äußeren Regeln stehende, auf Befriedigung irgend welcher menschlicher Bedürfnisse gerichtete Zusammenwirken“. Alles soziale Leben der Menschen ist als Einheit aufzufassen, „und der Gedanke an diese einheitliche Zusammengehörigkeit aller Einzelaussagen des gesellschaftlichen Menschendaseins“ muß „das erste Prinzip für die wissenschaftliche Durchforschung und Erkenntnis desselben sein“. Der Gegenstand der Sozialwissenschaft, das soziale Leben, ist seinem Begriffe

¹⁾ Silva 1913 Nr. 14, 16 und 23.

nach nichts anderes, als das „durch äußerlich verbindende Normen geregelte Zusammenleben von Menschen“, dessen „Materie“ die Wirtschaft, dessen „Form“ das Recht bildet. Die Sozialwissenschaft kann nicht in einer naturwissenschaftlichen Beschreibung der Technik von . . . Einzelwirtschaften und in einer mechanischen Addition derselben bestehen; denn vom Standpunkt der sozialwissenschaftlichen Untersuchung der Wirtschaft zusammenlebender Menschen gibt es jene supponierten Einzelwirtschaften überhaupt nicht mehr. „Eine andere Bewandnis, als mit der isolierten Einzelwirtschaft des gänzlichen Einsiedlers, hat es mit den Privatwirtschaften von Rechtsgenossen“.

Auch die „Forstwirtschaft“ ist mit tausend Fäden an das gesamte menschliche Kulturleben und besonders an alle anderen Erwerbszweige gebunden. Auch sie darf nicht als isolierte Einzelwirtschaft, nicht als die Tätigkeit eines aus dem übrigen menschlichen Gesellschaftszusammenhang herausgezierten „homo foresticus“ betrachtet, sie muß vielmehr als eine „Privatwirtschaft von Rechtsgenossen“ angesehen werden.

Wenn wir die „Forstwirtschaft“ als eine „Privatwirtschaft“ und damit die „Forstwirtschafts-Wissenschaft“ als eine „Privatwirtschafts-Wissenschaft“ bezeichnen, dann schalten wir damit die „Forstwirtschafts-Politik“, die sich auf die volkswirtschaftliche Förderung und Pflege der Forstwirtschaft durch den Staat und seine Gesetzeseinrichtungen bezieht, von vornherein aus dem Rahmen unserer Wissenschaft aus. Früher glaubte man allgemein, daß ohne die Hereinbeziehung dieser Disziplin, die ein wichtiges Glied der Systeme von *Hundeshagen* und *Widenmann* ausmacht, ja deren Wesen recht eigentlich bedingt, und auch von den meisten jüngeren Systematikern unserer Wissenschaft einverleibt worden ist, eine Forstwirtschafts-Wissenschaft nicht möglich sei. Es ist ein Verdienst von *Wappes*, die Unhaltbarkeit dieser dualistischen Forstwirtschafts-Wissenschaft zuerst erkannt zu haben. Wir haben ja eben erst dargelegt, daß eine rein privatwirtschaftliche Disziplin und eine rein volkswirtschaftliche sich nie unter einen Oberbegriff bringen, d. h. nie zu der Einheit einer Wissenschaft vereinigen lassen. Ein solcher Dualismus ist ganz und gar unwissenschaftlich. Wir sahen ja schon bei Besprechung der *Raker*schen „Grundlegung“ (S. 159), daß sich aus zwei verschiedenen Einheiten und zwei der Art nach getrennten Gegenständen eine Wissenschaft nicht zimmern läßt, denn Wissenschaft ist Einheit. Sie ringt nach einer alles beherrschenden Idee. Von den einzelnen Urteilen sucht sie zu immer umfassenderen hinaufzusteigen bis zu dem hehren Gipfel des allumfassenden Begriffes ihrer selbst. Die „Forstwirtschafts-Wissenschaft“ ist

eine reine „Privatwirtschafts-Wissenschaft“. Deshalb hat die „Forstwirtschafts-Politik“, die sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt mit der Forstwirtschaft befaßt, in dem Gefüge unserer Wissenschaft keine Daseinsberechtigung; sie macht vielmehr einen Teil der „Volkswirtschafts-Wissenschaft“ aus.

Als eine „Privatwirtschaft von Rechtsgenossen“ hatten wir die „Forstwirtschaft als Gegenstand unserer Wissenschaft“ definiert. Aber dieser Begriff muß noch enger begrenzt werden. Es muß wohl unterschieden werden zwischen „Tun“ und „Handeln“, also auch zwischen „forstwirtschaftlichen Tun“ und „forstwirtschaftlichen Handeln“. Diesen wichtigen Unterschied hat man m. E. bisher bei uns nicht scharf genug betont. Die „Forstwirtschaft in ihrer Gegenwärtigkeit“, d. h. die „Forstwirtschaft“, wie sie tatsächlich zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten ausgeübt wird, kann nicht Gegenstand unserer Wissenschaft sein. Gewiß, sie kann sehr wohl Objekt einer rein beschaulichen, konstatierenden wissenschaftlichen Betrachtung sein. Aber mit dieser allein ist uns nicht gedient. Wir wollen ja nicht einer tatsächlich ausgeübten Tätigkeit registrierend nachhinken, sondern wir verfolgen das Ziel, der Ausübung der Forstwirtschaft durch das Vorhalten eines idealen forstwirtschaftlichen Handelns voranzuleuchten. Dieses ideale forstwirtschaftliche Handeln ist unsere Aufgabe, unser Ziel, es ist der Gegenstand unserer Wissenschaft. Es ist ein sich stetig entwickelndes aber doch einem festen Ziele zustrebendes Ideengebilde, das der Ausübung der Forstwirtschaft als Ideal oder als Norm vorzuschweben will. Die praktische Ausübung der Forstwirtschaft aber entwickelt sich immer mehr aus einem Tun zu einem Handeln, je mehr sie sich dem idealen forstwirtschaftlichen Handeln nähert.

Die „Forstwirtschaft als Gegenstand unserer Wissenschaft ist also nichts anderes als die geistige Zweckidee des idealen forstwirtschaftlichen Handelns als einer Privatwirtschaft von Rechtsgenossen“, d. h. die ideale Forstwirtschaft, wie sie in ihrer allmählichen Entwicklung in der Literatur unserer Wissenschaft ihren Niederschlag findet, und wie wir sie in immer näherer Anlehnung an ihre „Grundlagen“ aus deren Zusammenwirken heraus zu konstruieren bemüht sind. Dieses ideale forstwirtschaftliche Handeln kann allein „Objekt“ unserer Wissenschaft sein. Die tatsächlich ausgeübte Forstwirtschaft ist nichts als ein Ausfluß, eine mehr oder weniger gelungene Anstrengung, dieser vom Willen gesetzten „Forstwirtschaft der Idee“. Die Setzung eines idealen Zweckes ist das Ursprüngliche. Sie war auch in den Zeiten, als sie noch nicht in das systematische Gewand einer bewußten Norm

leidet war, schon unbewußt das treibende und fördernde Moment.

III. Was ist „Forstwirtschafts-Wissenschaft“?

Aus den Wesensdeutungen der Begriffe: „Wissenschaft im allgemeinen“ und „Forstwirtschaft als Gegenstand unserer Wissenschaft“ ergibt sich folgende Definition der „Forstwirtschafts-Wissenschaft“:

Die Forstwirtschafts-Wissenschaft ist der wohlgeordnete Inbegriff der zusammenhängenden wahren und (soweit die Bedingungen dazu fehlen) wahrscheinlichen Urteile über das ideale forstwirtschaftliche Handeln und aller Vorunterstellungen, die zu diesen Urteilen führen.

Die Forstwirtschafts-Wissenschaft ist eine Willenswissenschaft. Ihr Gegenstand ist das ideale forstwirtschaftliche Handeln. Es ist wie alles menschliche Handeln vor allem durch die Gesetze der Ethik bedingt.

Es ist Pflicht eines jeden die Forstwirtschaft ausübenden „Rechtsgenossen“ seinen Willen bei der Ausübung seiner Wirtschaft auf die Bedingung einer allgemeinen Gesetzgebung einzuschränken. Er braucht deshalb keineswegs seinem „natürlichen Zwecke“, nämlich der „Glückseligkeit“ zu entsagen; denn das kann er gar nicht. Er soll nur die sittliche Idee „reiner Lust“ und, wenn auch vielleicht volle Uneigennützigkeit des Handelns nie erreicht worden ist, noch erreicht werden wird, „zu jener Reinigkeit hinstreben“: „das mag er, und das ist auch für seine Pflichtbeachtung genug“. (Siehe Kant's Aufsatz: „Ueber den Gemeinspruch: das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis.“) Das „höchste Gut“ besteht sogar auch für Kant in der Vereinigung der reinsten Sittlichkeit und ihr entsprechender allgemeiner Glückseligkeit. Der Mensch muß aber immer bedenken, daß er seiner allgemeinen Menschenpflicht nicht zuwider handelt, nachher kann er auch an seine eigene Glückseligkeit, seinen eigenen Vorteil denken.

Sein Handeln wird dem Forstwirtschaft treibenden „Rechtsgenossen“ leichter gemacht, wenn die wissenschaftliche Norm, nach der er sich bei Ausübung seiner praktischen Tätigkeit richten soll, von vornherein auf den Grundlagen der Ethik aufgebaut ist, d. h. wenn es alle Beziehungen zur Allgemeinheit und zur Gesamtkultur berücksichtigt.

Die aus allen Kulturgebieten herfließenden „Grundgesetze der Forstwirtschaft“ sind es also, welche die Bausteine bilden zur Errichtung der Norm, in der sie in einer eigenen Einheit zusammengeschmolzen werden. Aus allen Gebieten der menschlichen Lebensbetätigung, nicht nur aus dem Wollen, sondern auch aus dem Denken und Fühlen müssen die Bausteine heran-

getragen werden. Wir können uns nicht isolieren und von der übrigen Kultur abschließen. Wir stehen mitten drin in dem Ganzen der Kultur und nach allen Seiten hin heißt es Verbindung aufzunehmen“. (Siehe meinen Art. „Was ist Forstgeschichte und welche Stelle nimmt sie im System unserer Wissenschaft ein“. „Forstw. Zentralblatt“, Jahrgang 1916, Heft 8 und 9, Seite 426) Das ist unsere sittliche Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber.

Die Darstellung der besonderen Art und Zusammenfassung dieser „Grundlagen der Norm“ ist Aufgabe der Systematik unserer Wissenschaft.

Die „Forstwirtschaft der Idee“, der „Norm“ ist der Angelpunkt und Kern aller „Forstwirtschafts-Wissenschaft“, ihr Ziel und ihre Aufgabe.

Die tatsächlich ausgeübte forstwirtschaftliche Tätigkeit war schon oben als etwas sekundäres, als ein „Ausfluß der vom Willen gesetzten Forstwirtschaft der Idee“ bezeichnet worden. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß ihre beschauliche Betrachtung nicht in den Rahmen unserer Wissenschaft hineingehöre. Diese bildet vielmehr ein wichtiges Glied unserer Wissenschaft und ist als Kontrollinstanz eine nachwirkende Quelle der Reinigung für die Norm, ein Korrektionsfaktor derselben.

Mit ihrer Notwendigkeit wird die Kategorie der Urteilsart der Kritik, die Bedeutung des Erfahrungsmomentes als berechtigt anerkannt. „Die Erfahrung bezeichnet in der Geschichte der Wissenschaft, der Philosophie, der Kultur überhaupt das allgemeine Problem, welches gegen die Souveränität der Theorie sich richtet“. (Cohen, „Logik der reinen Erkenntnis“, Seite 400 f.) Der Empfindungsfaktor der Erfahrung spottet aller reinen Theorie, und das reine Denken geht verzweifelt seines wissenschaftlichen Charakters verlustig, wenn es diesen anscheinenden Widerspruch nicht anerkennt, um ihn zu bewältigen. „Der Zweifel an der Reinheit der Theorie muß zu Wort kommen. Sein Anwalt ist die Kritik, die sich von der Skepsis durch die Sachlichkeit unterscheidet.“ Alle Wege zur wahren Erkenntnis und Läuterung der Norm zählen nach unserer Definition der Forstwirtschafts-Wissenschaft zu dieser selbst. Darum muß auch dieser Weg ein immanentes Glied unserer Wissenschaft bilden. Wir haben es nur mit der beschaulichen Betrachtung der tatsächlich ausgeübten Forstwirtschaft zu tun. Diese selbst aber, die praktische Betätigung selbst, d. h. die Umsetzung der Norm, der Theorie in die Praxis stellt wieder ganz besondere Forderungen an den ausübenden Forstwirtschaftler. Ein solcher kann die Wissenschaft, die Theorie bis ins Kleinste beherrschen und dennoch können ihm die praktischen Fähigkeiten ab-

gehen. Diese Fähigkeiten zu wecken und zu entwickeln, das kann nicht mehr Aufgabe unserer Wissenschaft sein.

Es sind also drei große, gleich wichtige und gleich bedeutende Glieder, aus denen sich unsere Wissenschaft zusammensetzt:

- I. Erforschung der Grundlagen,
- II. Aufbau der Norm, und
- III. Beschauliche Betrachtung der tatsächlich ausgeübten Forstwirtschaft.

Die durch das Grundprinzip, den einheitlichen Gegenstand „Forstwirtschaft der Idee“, gewährleistete und verbürgte, große Einheit unserer Wissenschaft besteht also in einer Dreieinheit der Auswirkung. Diese Trikotomie zerreißt nicht etwa die Einheit unserer Wissenschaft, im Gegenteil, dieser eine Kopf mit den drei Gesichtern stellt erst ihre wahre Einheit dar.

Kameralismus und praktisch-technische Wissenschaften.¹⁾

Vom Gr. Bad. Oberförster Prof. Dr. Wimmer-Berlin.

Kameralwissenschaft bedeutet den Inbegriff der die Kameralverwaltung betreffenden Kenntnisse. Das ehemalige Kameralvermögen der Fürsten, das die Grundlage der Kameralverwaltung bildete, ist Staatsvermögen oder Privatvermögen der regierenden Fürsten geworden. Die Kameralverwaltung, die nach der ersten Abtrennung der Justiz als besonderen Verwaltungszweig die Verwaltung der Domänen, Regalien und Steuern inne hatte, und der weiter die Wirtschafts- und Wohlfahrtspolizei oblag, bezog so allmählich in ihr Bereich die Lehre von Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Handel und Gewerbe ein. Man verlangte also vom Kameralisten die Kenntnisse dieser praktisch-technischen Wissenschaften, die fast nur von rein privaten Gesichtspunkten behandelt wurden. Das ging, solange die einfache Empirie herrschte und diese Disziplinen nicht auf breiter Grundlage aufgebaut und entsprechend vertieft waren. Ja, die praktische Kameralwissenschaft spielte die Hauptrolle im Studium und Leben der Kameralisten und die theoretische Volkswirtschaftslehre wurde völlig vernachlässigt oder es blieb ihr nur eine ganz untergeordnete Rolle. Sie findet im Anfang des vorigen Jahrhunderts zuerst von Schmalz in Königsberg Anerkennung, und des Heidelberger Professors Rau großes Verdienst war es, dieses unausgeglichene, unklare Gebilde der Kameralwissenschaft, das nur mehr einen äußeren Zusammenhang hatte und nicht durch ein tiefgreifendes

System oder eine einheitliche Methode geboren war, endgültig zu beseitigen, dadurch, daß er das unhaltbare System der Kameralwissenschaft erkannte und an ihre Stelle die Wirtschaftslehre setzte und in politische Ökonomie und private Ökonomie und Technik getrennt hat. Die erstere enthält Gegenstände, die der heutigen Nationalökonomie zufallen, die zweckmäßig in theoretische Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft eingeteilt wird.

Die Technik der Land- und Forstwirtschaft und der übrigen Wirtschaftszweige aber gehört nicht in das Bereich der Staatswissenschaften oder Gesellschaftswissenschaften, sondern bildet den Gegenstand besonderer praktischer Wissenszweige mit überwiegend naturwissenschaftlicher Grundlage. Historisch sind diese praktisch-technischen Wissenschaften noch an drei Universitäten, in den staatswirtschaftlichen bzw. staatswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten München und Tübingen, in Gießen in die philosophische Fakultät einbezogen, erhalten, verlangen aber zum Verständnis und Studium der darin enthaltenen technisch-praktischen Wissenschaft eine gründliche naturwissenschaftliche Vorbildung. Daß das alte enzyklopädische kameralistische Studium keine tiefen Kenntnisse in den mit Riesenschritten weiter fortschreitenden und wichtiger werdenden technischen Wissenschaften bieten konnte, erkannte man nach und nach. Rau hat schon 1825 die Frage theoretisch geklärt; die Kameralwissenschaft ist seither in die Disziplinen, die sie unvollkommen zu erfassen suchte, zerfallen und fast überall ist das Studium der sogenannten Kameralwissenschaft als Vorbereitung zur Beamtenlaufbahn weggefallen. Nur einige dürftige Bestandteile praktisch-technischer Wissenschaften schleppte man dort, wo die Kameralwissenschaften noch eine Zeitlang als Vorbereitung für die Beamten der Finanzverwaltung galten, weiter, so in Baden, Hessen und Württemberg. In Baden hat man 1903 auch diesen Rest endlich beseitigt und das kameralistische Studium aufgehoben, es gibt damit seither keine neue „Kameralisten“ mehr. Die Verwaltungsbeamten teilen sich nun, der Vorbereitung nach, zweckmäßig in Juristen mit volkswirtschaftlicher Ausbildung, Volkswirtschaftler mit juristischer Vorbildung, die dann die Finanzwissenschaft als Spezialgebiet ihrer theoretischen und praktischen Ausbildung wählen und auf dem Bereich des Steuer-, Zollwesens, allgemein des Staatsfinanzwesens eine ihrer Vorbildung entsprechende und befriedigende Tätigkeit finden.

Die dritte im Zeitalter der Naturwissenschaft und Technik sich immer weiter ausbildende Vorbildung ist die der praktisch-technischen Berufe, von denen umfassende volkswirtschaftliche Kenntnisse verlangt werden.

¹⁾ In den Ausführungen der Herren Könige, Reinach, Hamm und Feist in den Heften X. 16, II. 17 u. III. 17 der Allg. F. u. J.-Zeitung.

Die Leitung privatwirtschaftlicher Betriebe der staats- und öffentlichen Körperschaften fällt heute für die spezialwirtschaftliche Tätigkeit vorgebildeten technischen Beamten zu und nur in den obersten Stufen der Verwaltungs-Organisation treffen sich Beamte, der volkswirtschaftlich gebildete Techniker und juristisch gebildete Volkswirt auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft, und ergänzen sich zweckvollst.

Es sind nun in Baden im Bereich der Domänenverwaltung noch einige Stellen mit „Kameralisten“ besetzt. Ihnen fehlt aber jene Ausbildung in praktisch-technischen Wissenschaften, jene naturwissenschaftliche Grundlage, die zur Beherrschung der Technik nötig ist.

In großen Bundesstaaten sind die Mitglieder der Verwaltungseinrichtungen, denen die Verwaltung der landwirtschaftlichen Güter und der Forsten obliegt, mit akademisch ausgebildeten Landwirten und Forstbeamten besetzt. Das Rassenwesen ist im wesentlichen mittleren Beamten anvertraut. Da die ganze technische Leitung in den Händen gründlich durchgebildeter technischer Beamten mit staats- und volkswirtschaftlicher Vorbildung liegt, so ist das Buchungs- und Rassenwesen einem ergänzenden Hilfsdienst der technischen Verwaltung herabgesunken.

In Staaten wie Baden, in denen keine landwirtschaftlichen Domänen außer Wiesen der Selbstbewirtschaftung unterliegen, ist der Uebergang der Bewirtschaftung des Grundbesitzes an technisch und naturwissenschaftlich vorgebildete Betriebsleiter am einfachsten zu erreichen durch Zuweisung der Verwaltung des gesamten domänenararischen Grundbesitzes — mit Ausnahme der Brauereien und der Weinberge — an die Forstämter, ein einfacher und zweckentsprechender Weg, den andere Bundesstaaten schon mit Erfolg — Hessen — beschritten haben. Es ist lange nicht genügend beachtet, daß für den Forstmann nach einem grundlegenden viersemestrigen naturwissenschaftlichen Studium mit den auf vier weitere Semester verteilten forstlichen Hauptfächern und volkswirtschafts-juristischen Hilfsdisziplinen, auch Fischerei, Wiesenbau und Landwirtschaftslehre in das Bereich seiner Studien und Prüfungsfächer einbezogen sind, und daß er namentlich auf dem Gebiete der Fischerei und Jagd (allgemein angewandte Zoologie, Fische, Fischerei, Fischzucht, Jagdtunde) eine weitgehende theoretische Vorbildung genießt. Gebiete, die für ihn später bei der jetzigen Organisation in der Praxis fast völlig brach liegen.

Diese historische Entwicklung kameralistischer unzeitgemäßer Gebilde im Jahrhundert der Technik neben ungenügend kräftigen, auf klarer Grundlage aufgebauten technischen, denen man erst allmählich das volle akademische Studium mit gebiegender naturwissenschaftlicher Grundlage und volkswirtschaftlichen Kenntnissen er-

möglichte, bildet m. E. die ganze Grundlage für Auseinandersetzungen, wie sie einmal kommen mußten und die durch Klärung und Neuorientierung der gesamten Staatsverwaltung nach dem Kriege gerade jetzt zur prinzipiellen sachlichen Auseinandersetzung zwingen; sie bilden den Kern dessen, was in den Artikeln von Könige, Reinach, Feist und Hamm niedergelegt ist und worin die anderen Forderungen nebensächlicher Art sind. Ist die Frage der Organisation der Forst- und Domänenverwaltung als Abteilung des Finanzministeriums, die Umgestaltung der Forstämter zu Verwaltungsstellen des gesamten ararischen Grundbesitzes geklärt, dann werden sich die andern mehr nebensächlichen Fragen fast selbsttätig lösen. Für die in genannten Artikeln angeschnittenen Fragen über Größe der einzelnen Ämter, über Schreibaushilfen usw. findet sich nach einer Flächenverteilung des gesamten ararischen Grundbesitzes an die Forstämter und nach einem Plan über die Einrichtung dieser Stellen leicht eine befriedigende Organisationsform. Es wird sich dies um so leichter erreichen lassen, als den meisten Kameralisten auf den Gebieten des Staatsfinanzwesens, des Steuer- und Zollwesens reichlich Arbeit nach dem Kriege zufließen und ihre Arbeit und Ausbildung dort Befriedigung und Anerkennung finden kann. Ein Haupthindernis ist die Unklarheit über den Begriff des Kameralismus und eine ungenügende Würdigung der praktisch-technischen Berufe, die noch dadurch erschwert ist, daß dank der historischen Entwicklung die Kameralisten ein großes Gebiet der Staatsforstverwaltung beherrschen und die mit Gewalt vorwärts drängenden und immer großen Erfolg aufweisenden praktisch-technischen Berufe als nicht gleichwertig ansehen wollen. Wie häufig hört man, wenn von Forstverwaltungsbeamten die Rede, ihre Herkunft aus dem vor etwa 100 Jahren üblichen Forstlehrlingswesen und von Walbläusern betonen, von „Forstschule“ für eine Fakultät an einer Hochschule und von „Forstern“ (mittleren Beamten) reden, wo es sich um Beamte mit voller akademischer Bildung handelt.

Einzelne Punkte der Abhandlungen Königes und Reinachs möchte ich am Schlusse noch berühren, die zu einer Kritik herausfordern. Königes Artikel macht den Eindruck, zuerst die rechnerischen Resultate festgelegt und dann mit der Beweisführung begonnen zu haben. So wird auch der „Vollbestands-Faktor“, diese unsichere Größe, entstanden sein. Der Vollbestandsfaktor ist eine imaginäre Größe, die völlig in der Luft hängt. Ich möchte z. B. sehr bezweifeln, daß ein Bezirk mit vorwiegend Domänenwald mehr Arbeit verursacht, als ein großer Gemeindewaldbezirk mit waldbaulich nicht einfachen Verhältnissen und mit sehr dürftigem vorgebildetem Hilfspersonal, womöglich noch

mit 20 verschiedenen Waldeigentümern. In einem solchen Bezirk wird der Oberförster durch verwaltende und beratende Tätigkeit viel mehr in seiner Zeit in Anspruch genommen, als bei der Bewirtschaftung eines gleich großen Domänenwaldbesitzes. In den Gemeindeforstungen hat der Oberförster doch nicht nur die Aufgabe zu wirtschaften und das Holz der Gemeinde zu überweisen, sondern er muß sich um den Gemeindehaushalt, die Finanzkraft der Gemeinden und den Holzverkauf eingehend kümmern, um den Bürgermeistern bei Aufstellung des Gemeindehaushaltsplanes mit weitgehendem Rat an die Hand gehen zu können. Der ganze Holzverkauf vollzieht sich unter ihm als Berater und ich möchte weiter bezweifeln, ob es weniger Arbeit verursacht, verschiedene Bürgermeister vom zweckmäßigen Holzverkauf zu überzeugen, als den Holzansatz eines großen Domänenwaldes in einigen Tagen zu veräußern. Auch die statistischen Daten, die Könige aufführt, sind nicht vollständig und geben daher dem uneingeweihten Leser ein unklares Bild der wirklichen Größenverhältnisse der Oberförstereien im Deutschen Reich. In der Zusammenstellung sind die Bundesstaaten mit kleineren Ämtern als Baden, z. B. Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg, ganz weggelassen. In Sachsen ist der Grund für die kleinen etwa 2000 ha großen Oberförstereien die intensive Bewirtschaftung. An Intensität der Bewirtschaftung dürfte Baden an zweiter Stelle im Reich stehen. Die bestehenden Forstämter sind meines Erachtens in Baden nicht zu klein, zumal wir durch eine sehr gute Verkehrslage zu dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet es auf eine intensive Ausnutzung unserer Wälder mit mannigfachen Holzarten in wechselnden Betriebsformen absehen müssen. Ersparnisse durch Verkleinerung der Ämter sind Berechnungen, die etwas krämerhaftes an sich haben, den weiten Blick der Wirtschaftler aber vermissen lassen, die in produktiven Ausgaben zuletzt sparen. Die durchschnittliche Größe eines Forstbezirktes im Reich ist etwa 2500 ha, unter 2000 ha sollte man überhaupt nicht herabgehen; bei Größen über 3000 ha wird eine intensive Wirtschaft im Oberförstersystem mehr und mehr fraglich. Da in einer größeren Organisation nicht alle Forstamts-Vorstände in dem rüstigen Alter von 40 bis 50 Jahren (mit 40 werden die meisten erst Amtsvorstände) stehen können, sondern auch noch ältere, sehr tüchtige Beamte beschäftigt werden müssen, die sehr großen Bezirken immerhin körperlich nicht mehr gewachsen sein können, so muß man mit den wirklichen Verhältnissen rechnen und darf für eine Gesamtorganisation m. E. keine Idealgröße allen Ämtern zu Grunde legen. Daß bei diesen kleinen Rechnungen Forstrat Könige auch an der Forstwissenschaft, an der theoretischen Weiter-

bildung unseres Faches sparen will, hat mich nicht gewundert, aber die Mittel, die für die theoretische Weiterbildung unseres Faches aufgewendet werden, sind m. E. erst recht produktive Ausgaben.

Wo wäre man im Kriege hingekommen, hätte man nicht große Summen vorher für technisch-wissenschaftliche Zwecke, zu rein theoretischer Untersuchung freudig ausgeworfen? Solche Fragen lassen sich durch Rechnungsfälle nicht beantworten, sondern da muß man auf den gesunden deutschen Idealismus vertrauen. Mit Könige werde ich mich in dieser Frage ebenso wie Herr Geheimrat Prof. Wimmener niemals einigen können; das sind letzten Endes Weltanschauungsprobleme. Ich möchte hier nur noch betonen, daß die forstliche Abteilung der Technischen Hochschule, sowie alle forstlichen Lehrinstitute nicht nur Lehr-, sondern auch Forschungsinstitute sind, und daß für die forstwissenschaftliche Forschung als solche und für die rein theoretischen Untersuchungen im Deutschen Reich im Verhältnis zu den großen Erträgen der Wälder viel zu wenig Mittel aufgewendet werden. Zum Schluß möchte ich noch vor einer Organisationsänderung warnen, die uns den allzu gehobenen Forstwart — Förster — das „Revierförstersystem“ brächte. Wir haben in Baden eine ganz vorzügliche Einrichtung in unseren Forstwarten, die bei der seitherigen Ausbildung ein ausgezeichnetes Betriebsvollzugs- und Schutzpersonal bilden, ohne daß wir damit eine Klasse der mittleren, meist unzufriedenen Beamten mit sachlicher Halbbildung geschaffen haben. Aus allen Staaten, die die Einrichtung der mittleren Forstbeamten besitzen, sind schon sehr berechtigter Klagen über diese Organisationsform laut geworden. Bilden wir nach wie vor unsere Forstwarte aus Leuten aus den Holzhauerkreisen in Kürze heran, sorgen wir, daß sie noch eine kleine Landwirtschaft betreiben können, und suchen wir unseren Gemeindeforsthältern auf denselben Grad der Ausbildung zu bringen, so haben wir ein vollkommenes Hilfspersonal, das allen Anforderungen voll und ganz genügt. Neben dem Oberförster und den akademischen Hilfskräften — von denen man übrigens für die Inventaraufnahme im Walde (Forsteinrichtung) nach dem Kriege mehr benötigen wird, als Könige annimmt — sind Forstwarte für die Betriebsführung vollständig genügend. Lösen wir noch das schwierigere Problem der Büro- und Schreibbeamten, was m. E. durch die Vereinheitlichung der Verwaltung des domänen-aratischen Grundbesitzes leicht möglich ist, dann haben wir alle Kräfte, die im Oberförster-System sich am zweckentsprechendsten ergänzen und den flotten Gang des Betriebes am vollsten gewährleisten. Mit Hamann stehe ich hier auf einem Standpunkte, den fast alle badischen Forstverwaltungsbeamten teilen.

Auf den Hauptdifferenzpunkt des grundverschiedenen
sens des sogenannten Kameralismus und der tech-
nischen Wissenschaft ist auch Geh. Rat Reinach nicht
gegangen; auch seine Beweisführung sucht mit Zahlen
den unkundigen Leser Beweise vorzuführen, wo es
nicht mit Zahlen zu beweisen gibt, solange man die
Voraussetzungen nicht genügend kennt. Reinach will
mit dem Reinertrag der Wiesen, die unter kamera-
listischer Leitung stehen, beweisen, daß die Bewirtschaftung
dieser Stellen besser sei, als die der unter forst-
licher Leitung stehenden Wiesenkomplexe.

Diese Differenz der Reinerträge ist jedoch kein Ver-
dienst der Wirtschaftsbeamten. Die kameralistische
Verwaltung erstreckt sich hauptsächlich auf ein günstig
gelegenes Gelände, wie z. B. im Rheintale. Die
Verwaltung der Forstämter erstreckt sich auf Wiesen
rauhher Lage, fernab von jedem Verkehrswege. Es
daher nach allen Regeln für Reinerträge klar, daß
fruchtbarer ein Grundstück ist, und je günstiger es
Markte liegt, ein desto höherer Reinertrag allein
durch diese beiden Faktoren erzielt werden muß. Ich
dauere nicht, daß die Reinerträge der unter den Do-
menämtern stehenden Wiesen zurückgehen werden,
wenn die Forstämter die Bewirtschaftung übernehmen.
Nur erst könnte man von einem Beweis reden, wenn
dieselben Grundstücke unter verschiedener Leitung bei
gleichbleibenden Preisen und Kosten verschiedene Rein-
träge abwerfen würden. Auch die angebliche Ueber-
legenheit des „Finanztechnikers, der den Blick für die
flüchtig wechselnden Beziehungen der gesellschaftlichen
Verhältnisse unserer Zeit, worauf es gerade im Ver-
waltungsdienst so sehr ankommt, zu schärfen Gelegen-
heit hat“, gegenüber anderen gebildeten Sterblichen
ist ein sehr subjektives, anzuzweifelndes Urteil. Sollte

ein gründliches Fachstudium, gute Volkswirtschafts- und
Allgemeinbildung einer ehemaligen Kameralwissenschaft,
die auf allen Gebieten privat-ökonomischer Disziplinen
umhertastet, doch nicht mindestens gleichwertig sein?

Solche Einseitigkeit und unvollkommene Benützung
statistischer Zahlen sollten in einer wissenschaftlichen
Abhandlung nicht zu finden sein. Erfasst man den
Kameralismus und der praktisch-technischen Berufe in
ihrer historischen Entwicklung und heutigen Bedeutung,
so wird eine Vereinfachung der Staatsverwaltung ein
Reichtes sein und dadurch schon gespart werden können,
daß man Beamtenkategorien das ganze Gebiet, das
ihre Vor- und Ausbildung umfaßt, als Arbeitskreis
überträgt und so zu einer zweckmäßigeren Benützung
der vorhandenen Kräfte fortschreitet. Bei einer Ver-
einfachung der Staatsverwaltung, die ja schon 1912
in Baden eingeleitet wurde und wovon die Forstver-
waltung betroffen worden ist, sollte man gründlich
prüfen, was alt, überlebt und nicht mehr entwicklungs-
fähig ist, und namentlich sollten nicht nur von „Kame-
ralisten“ in wissenschaftlich-technischen Verwaltungs-
zweigen Vereinfachungen ausgearbeitet und durch-
geführt werden, Probleme, die sie gar nicht in aller
Tiefe erfassen können; sondern sie sollten einmal im
eigenen Gebiete schürfen und graben, und sie werden
bei dem Studium der neueren nationalökonomischen
Literatur und der Verhältnisse in der Praxis — zum
Teil wenigstens, hoffe ich — zu der Einsicht gelangen,
daß heute nur noch juristisch gebildete National-
ökonom und nationalökonomisch durchgebildete wissen-
schaftlich-technische Beamte existenzberechtigt sind. Recht
und Wirtschaft bildet die Grundlage für die eine
Gruppe, Wirtschaft und Naturwissenschaft für die andere.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

Schrift z. Förderung d. Geflügelzucht unt. Ausnutzung
von Waldböden und besonderer Futtermittelgewinnung
u. bill. Zucht u. Haltung d. Geflügels, in Verbindung
m. Garten- u. Landwirtschaft. Dabei Arbeitsbeschaffung
f. Kriegsbeschädigte u. deren Frauen in d. Krieger-
heimstätten. (Von Gracchus.) (4 B.) Leg. 8°. M. —. 10.
Victor Zimmer in Breslau.

del, Karl, Ger.-R. a. D. Prof. Dr.: Deutsches u. preuß.
Forstzivilrecht m. Verh. d. übrigen deutschen Landes-
rechte u. einiger öffentlichrechtl. Fragen, wie Waffenge-
brauchsrecht, Forst- u. Jagdschutz, Stempelsteuer. 2. völlig
umgearb. u. verm. Aufl. (XXVIII, 1173 S. m. 1 Bild-
nis.) gr. 8°. M. 28.—; geb. M. 31.—. Franz Vahlen
in Berlin.

1917

Uberts, Geh. Reg.-R., Fischereivereins-Vorsitz.: Zusammen-
stellung d. im Reg.-Bez. Cassel gelt., d. Fischerei betr.
gesetzl. Bestimmungen. (III, 147 S.) Kl. 8°. M. 1.50.
Friedr. Scheel in Kassel.

Fischer, J., Oberförster: Geschichte d. Kammergutsforsten im
Fürstent. Schwarzburg-Sondershausen. (VIII, 121 S. m.
3 farb. Karten.) gr. 8°. M. 2.—. Fürstl. Hofbuchdruckerei
von Emil Frotzcher in Arnstadt.

Förster-Jahrbuch, Preussisches, f. 1916. Ein Ratgeber f. die
preuß. Kron- u. Staats-Forstbeamten. 7. Bd. Hrsq. z. L.
nach amtli. Quellen v. d. Geschäftsstelle d. deutschen Forst-
zeitung. (XXXVI, 244 S.) Leg.-8°. M. 4.—; f. Be-
zieher d. deutschen Forstzeitung M. 3.30. J. Neumann
in Neudamm.

Heinricher, E.: Der Kampf zwischen Mistel u. Birnbaum.

Immune, unecht immune u. nicht immune Birnrassen; Immunwerden f. d. Mistelgift früher sehr empfindl. Bäume nach d. Ueberstehen e. ersten Infektion. Aus d. botan. Institut d. k. k. Universität in Innsbruck. (S.-A. a. d. Denkschriften d. kais. Akademie d. Wissenschaften in Wien. Mathem.-naturw. Kl. 93. Bd.) Mit 4 Taf. (34 S. m. 4 Bl. Erklärgn.) 31,5×24,5 cm. M. 5.10. Alfred Hölder, Verlag in Wien.

Mitteilungen d. deutschen dendrologischen Gesellschaft. 1916. Kries-Jg. Red.: Dr. (Fritz) Graf v. Schwerin. (IV, 380 S. m. Abb. u. 78 Taf.) Lex.-8°. M. 5.—. Deutsche dendrologische Gesellschaft in Wendisch-Wilmersdorf bei Thyrow (Kr. Teltow).

Mitteilungen aus d. Forst- u. Kameralverwaltg. f. d. Wirtschaftsjahr 1914. Bearb. im Grossh. Ministerium d. Finanzen, Abt. f. Forst- u. Kameralverwaltung. (Beiträge z. Statistik d. Grossh. Hessen. Hrsg. v. d. grossh. hess. Zentralstelle f. d. Landesstatistik. Schriftleitung: Reg.-Rat L. Knöpfel. 64. Bd. 5. Heft.) Lex.-8°. (45 S.) M. 1.—. Buchh. d. Grossh. Hessischen Staatsverlags in Darmstadt.

Anleitung zur Buch- und Rechnungsführung für Privatforstbetriebe. Von B. Böhm, Geh. Regierungs- und Forstrat in Königsberg i. Pr. Zweite, umgearbeitete Auflage. Neudamm 1916, Verlag von J. Neumann.

Die neue Auflage der Böhmischen Anleitung zur Buch- und Rechnungsführung für Privatforstbeamte ist in vielen Abschnitten wesentlich umgearbeitet, ergänzt und hierdurch erheblich verbessert worden. Vor

allem enthält der III. Abschnitt „Forstrechnungsweise im besonderen“ viele Verbesserungen besonders in den Abschnitten über den Holzverkauf. Auch ist hier eingeschoben ein Kapitel über „die Vorschriften über die Verlohnung der Arbeiten in den kgl. preussischen Staatsforsten“. Auch in den Abschnitten „Rechnungsführung für besondere Verhältnisse“ und „Führung des Kontrollbuches und Aufstellung des jährlichen Haunungsplanes“ ist vieles neue enthalten. Ganz neu sind hier die Kapitel über das Hauptmerkbuch, das Flächenverzeichnis, das Sachen- und Geräteverzeichnis, das Geschäftstagebuch.

Die Zahl der neuen Vordrucke ist gegen die der ersten Auflage fast um das Doppelte vermehrt, so sind statt 32 Vordrucke jetzt 70 in die forstliche Buchführung eingefügt worden, darunter viele, die sich im Laufe der Zeit außerhalb des Böhmischen Buchführungssystems im Neumannschen Verlage bereits eingebürgert und in der Praxis als besonders gangbar erwiesen haben. Die Preise für die Vordrucke sind äußerst billig. Dieselben zeichnen sich durch sauberen Druck und festes Papier aus und werden auch in festen Einbänden geliefert.

Gleichwie die erste Auflage wird auch die neue Auflage bei den Verwaltungen der Privatforsten willkommenen Aufnahme finden. E.

B r i e f e.

Aus Preußen.

Forstakademie Münden.

Dem stenographischen Berichte des Preuß. Herrenhauses über die Sitzung vom 23. Januar 1917 entnehmen wir Folgendes:

Mündlicher Bericht der Finanzkommission über die Petition des Magistrats zu Hann. Münden um Fortbestand der kgl. Forstakademie in Hann. Münden.

Berichterstatte Dr. Hillebrandt: M. H.! Die Stadt Hann. Münden hat dem Hohen Hause eine Petition eingereicht, die sich auf den Fortbestand der gefährdeten Forstakademie in Hann. Münden bezieht. Es ist Gefahr vorhanden, daß sie aufgehoben und mit der Akademie in Eberswalde verbunden wird. Daraufhin hat die Stadt an uns die Bitte gerichtet, zu beschließen, daß die kgl. Forstakademie zu Münden, für deren Erhaltung auch wichtige Staatsinteressen sprechen, weiterhin bestehen bleibe.

In der Kommission traten zuerst Bedenken hervor, ob der Magistrat von Münden auf diese Petition noch

Wert lege, weil es schien, als ob er einverstanden sei, wenn die Stadt in anderer Weise schadlos gehalten werde. Das war aber ein Irrtum. Die Stadt hat erst neuerdings wieder in einem Schreiben an den Herrn Minister zum Ausdruck gebracht, daß sie die Petition nach wie vor aufrecht erhält. Die Kommission hat sich damals durch die Bedenken nicht abhalten lassen, über die Forstakademie zu beraten und ist zu dem Resultat gekommen, dem Hohen Hause zu empfehlen, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Gründe, die für diesen Beschluß maßgebend waren, sind zunächst die Rücksichten auf die Lebensinteressen der Stadt selbst. Als vor Jahren die Errichtung einer Forstakademie in Münden geplant wurde, ging die Staatsregierung an die Stadt heran mit dem Ersuchen, ihrerseits dafür zu sorgen, daß die Unterrichtsmittel und anderen Einrichtungen der Stadt auf die Höhe gebracht würden, wie die Forstakademie sie brauche. Darauf hat die Stadt eine Umwandlung ihres Progymnasiums in eine volle Anstalt beschlossen,

hat ferner eine Umwandlung der Töchterchule in Gymnasium vorgenommen, beides Dinge, die nicht ohne erhebliche Aufwendungen möglich gewesen sind. Weiter ist der Wunsch, den Sitz der Forstakademie würdig auszustatten, dazu geführt, Stadtpläne anzulegen, eine Anstalt und eine Wasserleitung zu bauen und all diesen ganzen Apparat zu schaffen, den eine auf der Höhe stehende kleinere Stadt haben muß, um eine Akademie würdig zu beherbergen. Das alles läßt natürlich den Wunsch der Stadt berechtigt erscheinen, die Akademie zu behalten. Dazu kommen aber noch andere Momente: das der Pietät und das der historischen Entwicklung. Die Akademie wurde i. J. 1867 infolge Zuwachses der neuen Provinzen in Münden eingerichtet. Die Regierung wünschte, im Westen eine Forstakademie zu haben, und ihre Wahl fiel auf Hann. Münden, das schon früher einmal in seinen Mauern eine Forstakademie beherbergt hatte, nämlich i. J. 1844. Kaiser Wilhelm I. wünschte den neuen Provinzen dadurch entgegenzukommen. Es erschien daher i. J. 1867 ein Erlaß des Herrn Finanzministers, daß des Königs Majestät geruht habe, die Wahl der Stadt Münden zur Errichtung einer zweiten Forstakademie mit Rücksicht auf die Anerbietungen, die sie gemacht habe, zu genehmigen. Nun spricht gegen die Aufrechterhaltung der Akademie die geringe Zahl von Studierenden, die sich auf beiden Akademien befinden. Es ist gewiß richtig, daß auf jeden Studierenden gegen 3000 Mk. Staatsausgaben kommen und auf jeden Dozenten nur 1/2 Zuhörer. Das ist keine große Zahl, und es ist auch formell richtig, wenn man an eine Zusammenfassung denkt. Aber gegen diesen bloß formellen Gesichtspunkt spricht doch einmal die Rücksicht auf die historische Entwicklung der Stadt, die Rücksicht auf ihren Anseh. Erlaß, und ferner gewisse allgemeine Momente, die ich kurz vorführen möchte. Wir dürfen niemals nicht vergessen, daß das Bestehen mehrerer Anstalten der Wissenschaft mehr zugute kommt als eine einzelne, da dadurch die einzelnen Dozenten unabhängiger von einander arbeiten, verschiedenartiger nach wissenschaftlichen Richtung, als an einer Anstalt, wo sie einem Direktor unterstehen. An kleinen Fakultäten mit wenigen Zuhörern wird persönlicher gearbeitet, ich möchte sagen, die Studenten werden besser gezogen, weil sie da in der Lage sind, mit den Dozenten nahe zu verkehren und in engster Berührung mit ihnen ihre Arbeiten zu machen. Ferner bedeutet jede Professur sozusagen einen Arbeitsstisch mehr, der der Gesamtheit zugute kommt; eine Professur weniger bedeutet einen Arbeitsstisch weniger.

Ferner ist zu bedenken, daß, wenn an einer Hochschule keine geeigneten Dozenten vorhanden sind und wenn eine oder andere Dozent in gewisser Richtung ver-

sagt, der Student wo anders hingehen, oder aber auch die Lehrer einer anderen Schule hören kann. Ferner haben wir das Interesse, möglichst viele Kulturzentren in kleinen Orten zu erhalten oder zu errichten. Dadurch, durch die Mannigfaltigkeit, ist eigentlich Deutschland groß geworden. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir in manchen Richtungen uns nach dem Kriege neu orientieren, es notwendig sein wird, mehr und mehr die kleinen Kulturzentren zu erhalten und zu stärken. Wenn wir die Akademie Münden nach Eberswalde verlegen, so wird sie eigentlich praktisch nach Berlin verlegt, d. h. es wird dem Moloch von Berlin ein neues Opfer gebracht. Ich meine, wir müssen dafür sorgen, daß die Provinzen möglichst das ihrige behalten. Nun ist von der Kommission zugegeben, daß die Mittel nicht ausreichen. Ich glaube aber, die Beschaffung der Mittel läßt sich doch vielleicht so ermöglichen, daß beide Hochschulen in gleicher Weise ausgestattet werden. Preußen hat in den Jahren nach 1807 zwei bis drei Hochschulen errichtet. Ich glaube, es wird auch nach diesem Kriege, wie er auch ausfallen möge, die nötigen Mittel haben, die Hochschulen genügend zu dotieren. In diesem Sinne bitte ich, die Petition der Rgl. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Freiherr von Schorlemer: M. H.! Ich habe bereits im vorigen Jahre im Abgeordnetenhaus, wo ebenfalls die Wünsche der Stadt Münden zur Sprache gebracht worden sind, der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Frage der Aufhebung der Forstakademie Münden in diesem Augenblicke keineswegs akut ist. Das Gleiche habe ich einer Abordnung der Stadt Münden am 2. Juni 1916 eröffnet, die ebenfalls bei mir war, um ihre Gründe gegen die Aufhebung der Akademie geltend zu machen. Ich möchte dieselbe Ansicht auch heute hier vertreten, glaube aber doch mit einigen Worten darauf eingehen zu müssen, warum überhaupt die eventuelle Aufhebung der Akademie Münden zur Sprache gekommen ist. Wir haben in Preußen gegenwärtig zwei höhere forstwirtschaftliche Anstalten, die Akademien zu Eberswalde und zu Münden. Die Akademie Münden ist erst nach dem Jahre 1866 errichtet worden. Beide Lehranstalten erfordern soviel Lehrkräfte, daß im Durchschnitt auf etwa 5,5 Schüler schon ein Lehrer entfällt. Es liegt auf der Hand, daß es nicht ganz leicht ist, die notwendigen und vor allem tüchtigen Lehrkräfte für zwei Forstakademien zu beschaffen, zumal die Herren von der grünen Farbe bei aller Tüchtigkeit und allem Wissensdrang im großen und ganzen sich sehr ungern von ihrem Walde trennen und von der praktischen Tätigkeit einem mehr wissenschaftlichen Berufe wieder zuwenden.

Außerdem darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Dozenten an einer Forstakademie, wenn sie Hervorragendes leisten, in der Regel auch ein weiteres und größeres Arbeitsfeld erstreben, daß die Aussicht, ordentlicher Professor an einer Universität zu werden, manchen verlockt, im Laufe der Zeit die Forstakademie zu verlassen.

Das sind zweifellos Erwägungen, die mich genötigt haben, die Frage der Beibehaltung der Forstakademie Münden zu prüfen, in dem Augenblicke, wo der verdiente Direktor der Akademie auf dem Felde der Ehre gefallen war. Es kommt hinzu, daß sowohl in der forstlichen Literatur¹⁾, wie auch anderwärts wiederholt die Frage zur Sprache gebracht worden ist, ob sich die Beibehaltung der Forstakademien in ihrer jetzigen Einrichtung als geschlossene Behranstalten empfiehlt, ob nicht manches dafür spricht, die jungen Forstkanbiden auch dem allgemein wissenschaftlichen Universitätsunterricht näher zu bringen. Und so hat sich denn auch die Frage erhoben, ob nicht vielleicht den dahingehenden Wünschen dadurch entgegen zu kommen sei, daß eine engere Verbindung der Akademie Münden mit der Universität Göttingen herbeigeführt oder auch an der Universität Göttingen forstlicher Unterricht eingerichtet würde. Alles, was ich hier angeführt habe, sind Erwägungen, und ich kann auch heute nur nochmals dasselbe, was ich bereits der Abordnung der Stadt Münden erklärt habe, wiederholen: daß nämlich eine Verlegung der Forstakademie Münden weder während des Krieges noch sofort nach dem Kriege in Frage kommt, und daß sie keineswegs eher in bestimmte Aussicht genommen werden wird, bis die Stadt Münden einen Ersatz für die Akademie erhalten kann. Es könnte in dieser Beziehung die Verlegung einer anderen Anstalt nach Münden, die Verstärkung der Garnison oder anderes mehr in Frage kommen.

Bei dieser Stellungnahme der Staatsregierung bin ich der Meinung, daß es nicht notwendig wäre, ihr die hier vorgelegte Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Denn Sie werden kaum den Standpunkt einnehmen wollen, daß unter allen Umständen daran festgehalten werden muß, die Forstakademie in der Stadt Münden zu belassen. Eins will ich ja allerdings zugeben, daß der Westen der Monarchie ein großes Interesse daran hat, daß die Söhne der Familien, welche sich dem Forstfach widmen, die Möglichkeit haben, in größerer Nähe ihrer Heimat den erforderlichen Unterricht zu erhalten. Aber diesem

Wunsche würde auch dann Rechnung getragen werden, wenn an einer Universität des Westens forstlicher Unterricht erteilt werden könnte. M. G.! ich glaube, Sie werden unter diesen Umständen den Wünschen der Stadt Münden auch dann gerecht, wenn Sie Ihre Beschlüsse, die hier vorgelegte Petition der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Die Frage der weiteren Entwicklung der Forstakademien, ihrer Einschränkung und ihrer eventuellen Verlegung wird ja auch weiter Gegenstand der Diskussion bleiben. Ich kann nur nochmals betonen, daß eine entscheidende Stellungnahme der Staatsregierung in der landwirtschaftlichen Verwaltung noch nicht erfolgt ist, und daß wir jederzeit dankbar für weitere Ratschläge und ebenso für die Geltendmachung weiterer Wünsche sein werden.

von Buch: M. G.! Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Ministers und mit Rücksicht darauf, daß nach seiner eigenen Erklärung die Entscheidung keine Eile hat, schlage ich Ihnen vor, die Angelegenheit zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurück zu verweisen, damit Gelegenheit wird, die einzelnen Gesichtspunkte noch einmal eingehend in der Kommission zu prüfen.

Hierauf beschließt das Herrenhaus, die Petition der Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurück zu verweisen.

Ueber diesen zu erwartenden Kommissionsbericht wird später weiter berichtet werden.

Die gleiche Frage hat dann im März 1917 das Preuß. Abgeordnetenhaus beschäftigt.

Nachdem die Abgeordneten v. der Groeben (kons.), von Dieß (kons.), Frhr. v. Wolff-Metternich (Zentr.), Dr. Bredt (freikons.), Wiersdorff (nat.-lib.) die Erhaltung der Akademie Münden warm befürwortet hatten, äußerte sich der Oberlandforstmeister v. Freier hierüber in folgender Weise:

„Die Frage, in welcher Weise der forstliche Unterricht am zweckmäßigsten zu gestalten sein möchte, ist von jeher eine außerordentlich umstrittene Streitfrage gewesen, die alle beteiligten Gemüter stets lebhaft bewegt hat. Es gibt kaum eine Frage, über die so viel geschrieben, beraten und gesprochen worden ist. Bereits i. J. 1874, auf der Versammlung Deutscher Forstmänner in Freiburg, hat die damalige Versammlung mit stürmischer Begeisterung sich dafür ausgesprochen, daß der forstliche Unterricht von den Akademien fort auf die Universitäten zu verlegen sei, und i. J. 1907 auf der Versammlung des Deutschen Forstvereins stand dasselbe Thema auf der Tagesordnung; die Versammlung hat auch dort mit erdrückender Majorität eine Resolution angenommen, nach der der

¹⁾ Auch in diesem Blatte ist die Frage, ob Forstakademie oder Universität mehrfach zu Gunsten der Universität beantwortet worden.

nte forstliche Unterricht nicht auf den isolierten Schulen, sondern auf den Universitäten stattzuhaben. Auch innerhalb der preussischen Forstverwaltung ist diese Frage eigentlich nie von der Tagesordnung verschwunden. Nach dem Tode des Oberforstmeisters Dandelsmann, des langjährigen Direktors der Forstakademie Eberswalde, hat eine Beratung hier stattgefunden, an der die höchsten Forstverwaltungsbeamten und Männer der Wissenschaft, insgesamt 18 Personen teilgenommen haben. Bei dieser Beratung hat sich nur eine verschwindend kleine Mehrheit für die Beibehaltung der isolierten Forstakademien ausgesprochen; bei weitem die größte Mehrheit und beinahe alle maßgeblichen Stimmen sind für den Universitätsunterricht eingetreten. Nur eine einzige Stimme, der damalige Direktor der Forstakademie Münden, sprach sich für Beibehaltung beider Akademien aus. Auf dem Standpunkt der Majorität haben auch die Amtsvorgänger, der Oberlandforstmeister Donner und der Oberlandforstmeister Wesener gestanden. Ich stehe auf demselben Standpunkt. Die sämtlichen Forstverwaltungsbeamten des Ministeriums haben die gleiche Ansicht und ebenso eine sehr große Zahl der preussischen Forstverwaltungsbeamten. Als daher der verdiente Direktor der Forstakademie Münden, Oberforstmeister Friede, auf dem Felde der Ehre gefallen war, hat die Staatsforstverwaltung sich für verpflichtet gehalten, diese Frage von neuem zu prüfen. Der Herr Minister ist bei dieser Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Zeit nicht angezeigt erscheine, der Auflösung der Akademie Münden näher zu treten, hauptsächlich aus dem Grunde, weil sich zur Zeit nicht annähernd übersehen läßt, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden. In diesem Sinne hat der Herr Minister auch die Deputation der Stadt Münden beschieden und ihr die Zusicherung gegeben, daß während des Krieges und auch während der nächsten Zeit nach dem Kriege die Auflösung der Forstakademie Münden nicht in Aussicht genommen sei. Hiernach war m. E. auch die Petition der Stadt Münden tatsächlich als erledigt anzusehen. Die Sachlage war dieselbe wie früher, und ich glaube nicht, daß dieses Hohe Haus aus Anlaß dieser Petition grundsätzlich zu der Frage, wie für alle Zukunft der forstliche Unterricht zu organisieren ist, hat Stellung nehmen wollen. Ich kann versichern, daß, wenn später einmal die Entscheidung fallen wird, die Staatsforstverwaltung lediglich dabei von dem Streben geleitet sein wird, unserem jungen Forstnachwuchs die denkbar beste und vollkommenste wissenschaftliche und fachliche Ausbildung zu geben, um sie für ihren schönen, aber auch verantwortungsvollen Beruf vorzubereiten.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Anfuhr des Gruben- usw. Holzes.

1. In einer an die Regierungspräsidenten gerichteten Allgemeinen Verfügung vom 3. November 1916 weist der Reichskanzler auf die Klagen der Holzverbrauchenden Industrien über Holzknappheit hin, die vornehmlich durch den Mangel an Gespannen zur Abfuhr des Holzes begründet seien. Ein Versagen in der Abfuhr würde unabsehbare Folgen haben, da es im staatlichen, besonders im militärischen Interesse dringend erforderlich sei, große Mengen von Holz zum Bau von Unterkünften usw., zur Gewinnung von Zellstoff und Papier und insbesondere zu Grubenzwecken zur Verfügung zu haben. Die Bedeutung der reichlichen Förderung von Rohle bedürfe keiner weiteren Ausführung; es brauche nur darauf hingewiesen zu werden, daß im Interesse der Bereitstellung ausreichender Munitionsmengen erheblich größere Mengen Rohle als bisher gefördert werden müßten. Zur Regelung der Grubenholzfrage seien die Holzbeschaffungsstellen Ost in Rattowitz und West in Essen tätig. Die Bemühungen der Grubenholzfirmen, Privatfuhrwerk zu erlangen, seien früher auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen. Eine Besserung sei eingetreten, als das Kriegsministerium Kommandos mit Gespannen zur Grubenholzförderung zur Verfügung gestellt habe. Da der erhöhte Bedarf der Front jedoch in Kürze die Zurückziehung der Pferde erforderlich mache, so sei mit der Rückkehr der früheren Verhältnisse zu rechnen, wenn es nicht gelänge, durch Einwirkung auf die Fuhrhalter die ausreichende Bereitstellung von Gespannen herbeizuführen. Es solle nicht verkannt werden, mit welchen Schwierigkeiten die Privatfuhrwerksbesitzer zurzeit zu kämpfen hätten. Andererseits werde es bei gutem Willen der Beteiligten und bei verständnisvoller Aufklärung über die hohe Bedeutung der Angelegenheit vielfach gelingen, auch ohne gesetzlichen Zwang und ohne Eingreifen der Militärbehörde darauf hinzuwirken, daß die erforderlichen Gespanne gestellt werden. Insbesondere werde es den örtlichen Verwaltungsbehörden, die in enger Fühlung mit den Landesbewohnern stehen, möglich sein, die Gemeinden oder die Gemeindevorsteher darüber aufzuklären, wie notwendig eine geregelte Grubenholzabfuhr zur Aufrechterhaltung der für die militärischen, hinsichtlich der Gewinnung von Nebenprodukten aber auch für die landwirtschaftlichen Interessen überaus wichtigen Kohlenförderung sei und daß dringende vaterländische Interessen es jedem Besitzer von tauglichen Gespannen zur Pflicht machten, dem Ansuchen der Grubenholzfirmen, Pferde und Wagen zur Verfügung zu stellen, entgegenzukommen. Von besonderem Werte würde es sein, wenn auf die Aufgaben der Holz-

beschaffungsstellen Ost und West hingewiesen und verfügt wurde, daß man den Mitteilungen und Anträgen dieser Stellen Gehör und Beachtung schenken solle. Einwendungen der Pferdehalter, daß die Tiere unterernährt seien und geschont werden müßten, würden die örtlichen Behörden zu beurteilen am besten in der Lage sein. Ebenso würde es ihnen möglich sein, bei zu hohen Preisforderungen der Pferdehalter ausgleichend einzugreifen.

2. Abschrift dieser Verfügung übersandte hierauf der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 4. Dezember 1916 den Regierungen mit dem Ersuchen, die für die Holzabfuhr in Betracht kommenden Gespannhalter durch die nachgeordneten Behörden und Beamten, durch die Tagespresse usw. darüber belehren zu lassen, welche verhängnisvollen Folgen für die Kriegsführung sowohl wie für die gesamte Volkswirtschaft es nach sich ziehen müsse, wenn sie sich der vaterländischen Pflicht entziehen wollten, für die Heranschaffung des nötigen Holzes aus dem Walde zu den Verbrauchsstellen nach Kräften einzusetzen. Es sei hierbei mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Zwang ausgeübt werden müsse, wenn die gutwillige Hergabe der Gespanne für die Holzabfuhr wider Erwarten nicht sollte erreicht werden. Von besonderer Wichtigkeit sei die regelmäßige und rechtzeitige Heranschaffung des Grubenholzes für den Kohlenbergbau. Mangel an Grubenholz bedeute Aufhören der Kohlenförderung und Mangel an Kohlen die Unmöglichkeit weiterer Kriegsführung, die Zerrüttung der deutschen Volkswirtschaft. Wegen der Bereitstellung ausreichender Futtermittel für die zur Holzabfuhr bereitgestellten Pferde seien Verhandlungen mit dem Kriegsernährungsamt eingeleitet. Es sei zu hoffen, daß auch die in Frage kommenden Königl. Domänenpächter sich nach Möglichkeit an der Holzabfuhr beteiligen, und daß die Forstbeamten sich als Vermittler zwischen Gespannhaltern und Holzkäufern erfolgreich betätigen würden. In vielen Fällen habe es sich als zweckmäßig erwiesen, daß die zuständigen Revierverwalter schon vor dem Verkaufe des Holzes Vereinbarungen mit den Gespannhaltern über die Fuhrlohne getroffen und bei Eröffnung der Verkaufstermine den Käufern die zur Abfuhr bereiten Personen und deren Forderungen genannt hätten.

3. In einem dem vorstehenden Erlasse beigelegten Flugblatt wird auf alles das hingewiesen, was aus der Kohle gewonnen wird, um hierdurch zu beweisen, wie unendlich wichtig der Bergwerksbetrieb und die Beschaffung des hierzu erforderlichen Grubenholzes ist.

Mit dem aus der Kohle erzeugten Roßs wurden Eisen und Stahl bereitet, die zur Herstellung von

Geschützen, Gewehren, Schiffen, Munition und all dem Kriegsgerät in tausendfacher Gestalt dienten, ohne daß die Niederbringung unserer Feinde unmöglich sei. Das Pech diene neben anderen Verwendungszwecken zur Herstellung von Britetts zur Heizung von Lokomotiven, sowie zur Fabrikation von Dachpappe für die Schützengräben und Unterstände. Die Leerdiele bildeten ein unschätzbares Kraftmittel für Motoren und würden in weitgehendem Maße in der Kriegsmarine angewendet. Das Benzol sei neben Spiritus der einzige zur Verfügung stehende Ersatz für Benzin und diene als Triebmittel der Lastkraftwagen, die den Truppen in die entlegensten Gebirgswinkel folgten und ihnen Lebensmittel und Munition nachführten. Aus Toluol werde jener wirksame Sprengstoff bereitet, der zur Füllung der Granaten Verwendung finde. Aus dem Gas werde neben anderen Stoffen, deren die Sprengstoffindustrie bedürfe, das schwefelsaure Ammoniak gewonnen, jenes stickstoffhaltige Düngemittel, ohne welches es den Engländern ein Leichtes gewesen wäre, das deutsche Volk trotz seiner glänzenden militärischen Erfolge durch Hunger in die Knie zu zwingen. Ferner bilde die Kohle das wichtigste Mittel, mit dem wir aus den neutralen Staaten unentbehrliche Rohstoffe- und Futtermittel im Austausch beziehen könnten usw.

* * *

Holzabfuhr.

In einem Runderlaß vom 8. Januar 1917 werden die Landwirtschaftskammern von dem Landwirtschaftsminister ersucht, bei der künftigen Verteilung des von ihm überwiesenen und zur Verwendung bei der Holzabfuhr geeigneten Militär- und anderen Pferdesolche in der Nähe des Waldes wirtschaftende Landwirte vorzugsweise zu berücksichtigen, die durch Bescheinigung des zuständigen Landrates oder eines königlichen Oberförstlers nachweisen, daß in ihrer Gegenwart dringender Bedarf an Gespannen für die Holzabfuhr vorliegt, und zugleich der Landwirtschaftskammer gegenüber die Verpflichtung eingehen, mit den erhaltenen Pferden sich wenigstens bis zur Bestellzeit nach Kräften an der Holzabfuhr zu beteiligen. Die Namen der verpflichteten Landwirte und die Zahl der ihnen überwiesenen Pferde sind alsbald dem zuständigen Landrat mitzuteilen und von diesem im Kreisblatt unter Mitteilung der von den Empfängern übernommenen Verpflichtung öffentlich bekannt zu machen.

Ferner benachrichtigt das Landwirtschaftsministerium unter dem gleichen Datum die Regierungen, daß voraussichtlich in den nächsten Monaten in der Lage sein werde, zur Holzabfuhr geeignete Pferde unmittelbar von Berlin aus auf Antrag der Staatsforstverwaltung an ihm namhaft gemachte zuverlässige Ge-

Spannhalter, die sich zur Uebernahme von Holzfuhrn Forstverwaltung gegenüber verpflichtet haben, zu weisen.

* * *

Holzabfuhr.

Unter dem 9. Januar empfiehlt der Landwirtschaftsminister den Rgl. Regierungen, sich zur Hebung der Holzabfuhr entgegenstehenden Schwierigkeiten erforderlichenfalls an das zuständige stellvertr. Generalkommando mit dem Ersuchen um möglichste Förderung Holzabfuhr durch Bestellung von Pferden und Kraftwagen der Heeresverwaltung zu wenden. Namentlich bei den Hölzern, an deren Lieferung die Heeresverwaltung wegen ihrer Verwendung für Kriegszwecke unmittelbares Interesse habe, werde solche Hilfe ertrotzt werden können. Wenn nach Lage der Verhältnisse die rechtzeitige Abfuhr von solchem Holze auf keine andere Weise zu erreichen sei, dann sei bei dem zuständigen stellvertr. Generalkommando der Erlaß einer Verordnung zu beantragen, durch den geeigneten Spannhaltern unter Zwangsandrohung eine Verpflichtung zur Bereitstellung ihrer Pferde für die Holzabfuhr auferlegt werde. Da Anordnungen dieser Art nur bis zum Eintritt der Bestellungszeit in Kraft treten könnten, sei gegebenen Falls der Erlaß solcher Anordnungen mit der größten Beschleunigung in die Wege zu leiten.

* * *

Förderung des Holzeinschlages und der Holzabfuhr:

Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten benachrichtigte durch Erlaß vom 18. Januar 1917 die Rgl. Regierungen, daß von dem Kriegsministerium unter dem 8. Januar 1917 an die stellvertr. Generalkommandos, die Rgl. Inspektion des Forstwesens und die Rgl. Inspektion der Eisenbahnen verfügt worden sei, daß mit Rücksicht auf die bestehende Holzknappheit für die Monate Januar, Februar und März folgende Maßnahmen zu treffen seien:

1. Allgemein.

Jeder Einschlag und jede Abfuhr von Nutzholzelementen bis auf weiteres als dringende Kriegsnotwendigkeit, ohne daß es im Einzelfall des Nachweises bedarf, daß und wie sie Heereszwecken dienen.

2. Förderung des Nutzholzeinschlages.

a) Alle nicht kriegsverwendungsfähigen Holzhauer, einschließlich der Vorarbeiter, sind erforderlichenfalls für den Nutzholzeinschlag nach Prüfung des Bedarfs einzugeben.

b) Kriegsgefangene sind für den Nutzholzeinschlag

vorzugsweise zu stellen. Den einschlägigen Anforderungen der Forstverwaltung usw. ist in weitestem Maße zu entsprechen. Eingearbeitete Kriegsgefangene sind den Arbeitgebern auch dann zu belassen, wenn die Arbeitsstelle nach Abholzung eines Reviers in das Gebiet einer anderen als der gestellenden Militärbehörde (innerhalb oder außerhalb des Korpsbereichs) verlegt wird, soweit an der neuen Stelle die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen.

c) An Stelle der gegenwärtig nur in sehr geringem Umfange zur Verfügung stehenden Kriegsgefangenen ist mit allen Mitteln auf die Verwendung abgeschobener belgischer Arbeitsloser hinzuwirken.

3. Förderung der Nutzholzabfuhr.

a) Für die Nutzholzabfuhr sind in erster Linie alle irgendwie verfügbaren Zivilgespanne heranzuziehen. Wo der Bedarf auf diese Weise nicht gedeckt werden kann und die dienstlichen Verhältnisse es zulassen, ist durch Ausleihen von Pferden in weitgehendstem Maße auszuhelfen.

b) Die Aushebung der zur Nutzholzabfuhr bereits verwandten oder nachweisbar verpflichteten Gespanne hat bis 31. März 1917 zu unterbleiben. Den Besitzern ist für diese Gespanne die Auflage bestimmter Mindesttagesleistungen in der Nutzholzabfuhr zu machen.

c) Den Anforderungen der Spannhalter auf Freigabe nicht kriegsverwendungsfähiger Holzfuhrleute für die Nutzholzabfuhr ist in weitestem Maße zu entsprechen.

d) Die Nutzholzkäufer sind in der Anwerbung privater Gespanne nachdrücklich zu unterstützen, indem die Spannhalter auf den Charakter der Fuhrleistung als einer Tätigkeit im Sinne des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst in geeigneter Weise hingewiesen werden; das Zustandekommen freier Vereinbarung zwischen Holzkäufern und Spannstellern ist zu vermitteln, bei ungerechtfertigter Verweigerung des Spanndienstes aber die Fuhrleistung nach Maßgabe des Gesetzes über die Kriegseinsätze vom 13. Juni 1873 § 3 Ziffer 5 und 6 zu fordern. Dieser Spanndienst muß während der bis zum Beginn der Frühjahrseinstellung noch verbleibenden Zeit unter allen Umständen in großem Maße arbeiten.

e) Soweit die Gespanne nicht ausreichen, kommt weitgehende Verwendung von Dampf- und sonstigen Kraftwagen in Frage. Ankauf und Anmietung von Lastkraftwagen ist u. a. bei der Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft, Berlin, Unter den Linden 34, möglich, die im Auftrage der Heeresverwaltung die aus dem Felde zurückkehrenden Lastkraftwagen instand setzt und verwertet. Für die zur Holzabfuhr eingestellten Lastkraftwagen ist die Notwendigkeit der Abgabe genügender Betriebsstoffe (Öl, Benzol usw.) anzuerkennen

Wo Betriebsstoffe im freien Handel nicht erhältlich, ist die Inspektion des Kraftfahrzeugwesens um Aushilfe anzugehen. Maßnahmen, durch die der Verkehr der Lastkraftwagen sachwidrig erschwert wird, sind, soweit es die Verkehrsverhältnisse irgendwie gestatten, außer Kraft setzen zu lassen.

f) Bau und Betrieb von Kuchholzabfuhrbahnen sind zu unterstützen. Förderbahnmateriale kann, wenn es im freien Handel nicht erhältlich ist, bei der Inspektion der Eisenbahntuppen erbeten werden, die nach Möglichkeit aus eigenen Beständen verkaufen oder noch verfügbare Landesbestände nachweisen wird. Bei Beschaffung neuen Materials ist Bezugsschein der Inspektion für die Vieserfirmen notwendig. Die Notwendigkeit zur Abgabe genügender Betriebsstoffe ist anzuerkennen.

Der Landwirtschaftsminister empfiehlt von diesem dankenswerten Entgegenkommen des Kriegsministers in jeder möglichen Weise zur Förderung von Holzeinschlag und Holzabfuhr Gebrauch zu machen.

Zur Förderung der Holzabfuhr hat das Stellvertretende Generalkommando des XVIII. Armeekorps unter dem 24. Januar 1917 folgende Verordnung erlassen:

„Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für den mir unterstellten Korpsbezirk:

Bis zum 15. März d. J. sind Fuhrwerksbesitzer, die mindestens 2 Pferde haben, auf Aufforderung ihrer Polizeibehörde verpflichtet, für von dieser ihnen bezeichnete Geschäfte oder Personen — gleichgültig, wo letztere ihren Sitz haben bezw. wohnen — Holz aus den benachbarten Wäldern anzufahren.

Ueber Beschwerden wegen der Aufforderung selbst entscheidet endgültig die untere Verwaltungsbehörde (Landrats- bezw. Kreisamt).

Die Vergütung für die Holzanzuhr ist ausschließlich Sache der Vereinbarung zwischen den Fuhrwerksbesitzern und denjenigen, für welche die Anfuhr des Holzes erfolgt, event. der richterlichen Festsetzung, jedoch hat die Bestellung des Fuhrwerks zu erfolgen ohne Rücksicht auf eine etwa eingelegte Beschwerde oder eine vorherige Regelung der Vergütung.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Der stellvert. Kommandierende General.“

Unter dem 24. April ist diese Verordnung durch eine Verordnung des gen. Generalkommandos ergänzt worden, welche bestimmt:

1. Halter von Pferden-, Ochsen- und Kuhfuhrwerken sind verpflichtet, auf schriftliche Aufforderung des für ihren Wohnort zuständigen Holzabfuhr-

ausschusses für jeden ihnen von dem Holzabfuhrausschuss bezeichneten Auftraggeber die jeweils bestimmten Mengen Kuchholz (auch Acetonholz) zu den festgesetzten Zeiten nach den ihnen bezeichneten Orten abzufahren. Wagenbesitzer sind in gleicher Weise verpflichtet, zu der Holzabfuhr geeigneten Wagen zur Verfügung zu stellen.

2. Jede männliche Person ist verpflichtet, auf Aufforderung des für ihren Wohnort zuständigen Holzabfuhrausschusses gegen den ortsüblichen Lohn bei der Abfuhr von Holz aus den Wäldern insoweit mitzuwirken, als es ohne wesentliche Schädigung ihrer eigenen Verhältnisse geschehen kann.

3. Gegen die Heranziehung durch den Holzabfuhrausschuss sowie gegen die Höhe der von diesem festzusetzenden Vergütung steht die Beschwerde zu, die keine aufschiebende Wirkung hat. Ueber die Beschwerde entscheidet endgültig der Landrat, bezw. in Stadtkreisen der Regierungspräsident.

4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mk. bestraft.

5. Die Holzabfuhrausschüsse werden in Preußen von den Regierungspräsidenten, in Hessen vom Ministerium des Innern in Darmstadt gebildet.

In Preußen besteht der Holzabfuhrausschuss aus dem Staats-, Gemeinde- oder Privat-Oberförster des Waldes, in dem das abzufahrende Holz lagert, aus dem Vorsitzenden und dem Bürgermeister der Gemeinde des Wohnorts dessen, der zur Holzabfuhr in Anspruch genommen wird, als Beisitzer. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorsitzenden und dem Beisitzer steht aber das Recht der Beschwerde an den Landrat zu.

Ähnliche Verordnungen sind auch seitens anderer Stellvert. General-Kommandos erlassen worden.

Holz zur Herstellung von Gewehrschäften.

Das Kriegsministerium teilt unter dem 28. Dezember 1916 dem Landwirtschaftsministerium mit, daß noch große Mengen Rotbuchen und Birkenholz zur Herstellung von Gewehrschäften erforderlich seien und ersucht um Angabe, welche Mengen solchen Holzes bis Ende März 1917 zur Verfügung gestellt werden können. Es sei bereit für Buchenholz 60 Mk. für den Festmeter der Klasse A 1, 50 Mk. je Festmeter Klasse A 2, 40 Mk. je Festmeter Klasse A 3 und 30 Mk. je Festmeter Klasse A 4 frei Wald zu zahlen. Die gleichen Preise könnten für Holz der B-Klasse gelten, für Birkenstammholz erscheine ein Durchschnittspreis von 40 Mk. je Festmeter angemessen. Die Abfuhr des Holzes

de von der Rgl. Gewehrfabrik Erfurt veranlaßt werden.

Das Holz müsse folgende Eigenschaften haben:

1. Beschaffenheit.

a) Birke: Sämtliches Holz ist äußerlich astrein zu halten, jedoch können nach dem Zopfende hin wieder kleinere gesunde Äste vorhanden sein. Im gemeinen müssen die Stämme gerade gewachsen sein. Eine Krümmung ist nur am Stammende zulässig. Kiefer, Fichte oder am Wasser gewachsene sowie geknickte Stämme sind von der Annahme ausgeschlossen. Bei Stämmen mit einem Mittendurchmesser von 35 cm aufwärts ist geringer brauner, jedoch gesunder Kern zulässig. Schwächere Stämme müssen weißkernig sein. Stämme mit Rängsrissen und Splinterungen sind unbrauchbar.

b) Rotbuche: Sämtliches Holz muß im allgemeinen der A-Klasse angehören. Die Stämme müssen gerade gewachsen sein. Aus der B-Klasse kommt Holz nur ausnahmsweise zur Abnahme, sofern es gesund und nur mit wenigen, weit auseinanderliegenden Ästen behaftet ist. Stämme unter 40 cm Durchmesser dürfen einen roten Kern haben; bei stärkeren Stämmen ist ein geringer gesunder Kern zulässig.

2. Länge des Holzes.

Die Stammenden müssen mindestens 1,30 m lang sein. Im allgemeinen sind sie in einer Länge von 2,20–4,40 m auszuhalten. Falls es die äußere Beschaffenheit des Holzes bedingt, kann das Holz auch in anderen Abmessungen, jedoch nicht unter 1,30 m Länge ausgehalten werden.

3. Durchmesser der Stämme. Die Stämme mit stärkstem Durchmesser sind die brauchbarsten. Der Mindestdurchmesser ist für Birkenholz 33 cm in der Mitte des Stammes, 30 cm am Zopfende, für Rotbuchenholz 35 cm bzw. 30 cm.

* * *

Buchenholz zur Herstellung von Fässern.

Der Verein ostdeutscher Holzhändler führt Klage über den Mangel an Buchenholz zur Herstellung von Fässern. Es sei zu befürchten, daß bedenklicher Mangel an Fässern zur Beförderung der wichtigsten Lebensmittel für Heer und Volk eintrete. Auch der Präsident des Kriegsernährungsamtes macht darauf aufmerksam, daß die Fäßversorgung in Frage gestellt werde, wenn Mangel an Holz für die Fäßanfertigung eintrete. Ebenso bezeichnet die Reichsstelle für Speisefette den Mangel an Fäßholz als groß.

Hierdurch veranlaßt ersucht der Landwirtschaftsminister durch Erlaß vom 26. Januar 1917 die Regierungen, dafür zu sorgen, daß in den Buchenschlägen möglichst Fäßholz ausgehalten werde. Der Fiehl solchen

Holzes werde sich voraussichtlich bis zum Sommer hinziehen lassen.

Bei freihändigem Verkauf von Fäßholz im Betrage von mindestens 100 fm in einer Oberförsterei sei zur Bedingung zu stellen, daß das Holz bei Vermeidung einer Vertragsstrafe von 20 Mk. je Festmeter tatsächlich zur Fäßanfertigung verwendet werde, daß die Fabrik sich hierüber einer Kontrolle des Kriegsernährungsamtes unterwerfe und dieses auch darüber Bestimmung zu treffen habe, zu welchen Verwendungszwecken (Butter-, Marmelade-, Margarine-Verband usw.) die Fässer abgegeben würden.

* * *

Anerkennung der Forstschutzbeamten als Schwerarbeiter.

In einem Erlasse des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 16. Januar 1917 wird darauf hingewiesen, daß die Festsetzung des Begriffs „Schwerarbeiter“ zur Zeit noch Sache des zuständigen Kommunalverbandes sei. Die Holzhauer würden wegen der Schwierigkeit ihrer Arbeit, die stets im Freien ohne Schutz gegen die Unbilden der Witterung stattfinde, wohl überall zu den Schwerarbeitern gerechnet und erhielten die für diese zulässigen Nahrungsmittelzuschüsse. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes habe anerkannt, daß die Forstschutzbeamten zum mindesten in Bezug auf die Brotzulage den Holzhauern gleichzustellen seien. Die Rgl. Regierungen werden daher ersucht, bei den zuständigen Kommunalverbänden darauf hinzuwirken, daß die Forstschutzbeamten bei Zuteilung der Nahrungsmittel wie Schwerarbeiter bedacht werden. Ebenso sollen die Regierungen auch für die Anerkennung der Holzabfuhrleute als Schwerarbeiter, soweit dies erforderlich sein sollte, eintreten.

* * *

Einmalige Kriegsteuerungszulagen für Arbeiter.

Durch Erlaß vom 13. Dezember 1916 sind die Rgl. Regierungen von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ermächtigt worden, den in dem Staatsforstbetriebe beschäftigten Arbeitern und sonstigen in einem Arbeiter- oder unterbeamtenähnlichen Verhältnisse befindlichen Vohnempfängern einmalige Kriegsteuerungszulagen zu zahlen und zwar:

den ledigen Arbeitern	40 Mk.
den verheirateten Arbeitern ohne Kinder unter 14 Jahren	60 „
den Arbeitern mit einem Kind unter 14 Jahren	80 „
den Arbeitern mit zwei Kindern unter 14 Jahren	90 „

den Arbeitern mit drei Kindern unter 14 Jahren	100 Mk.
den Arbeitern mit vier Kindern unter 14 Jahren	110 „
den Arbeitern mit fünf und mehr Kindern unter 14 Jahren	120 „

Nicht zu berücksichtigen sind solche Personen, deren Lohnbezüge während des Krieges eine erhebliche Aufbesserung bereits erfahren haben, und solche, die an Stelle von Beamten oder ständigen Arbeitern nur vorübergehend und ohne Aussicht auf dauernde Beibehaltung beschäftigt werden. Geringe können Lohnangestellte, die für die Dauer des Krieges als Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Unterbeamten angenommen sind und mindestens schon sechs Monate im Dienste der Verwaltung stehen, mit den einmaligen Kriegsteuerungszulagen bedacht werden.

* * *

Sammeln von Fichtensamen.

Eine Allgem. Verfügung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 22. Dezember 1916 weist darauf hin, daß der Kriegsaus- schuß für Öle und Fette gereinigten Fichtensamen zur Ölgewinnung, frei Waggon und ab Verladestation, zum Preise von höchstens 150 Mk. je Doppelzentner übernehme und fordert auf, den diesjährigen starken Fichtenzapfenanhang zur Ölgewinnung möglichst nutzbar zu machen. In geeigneten Oberförstereien seien daher die Walдарbeiter und deren Familien zur Fichtenzapfengewinnung auf eigene Rechnung anzuregen. Die Zapfen könnten den Sammlern unentgeltlich abgegeben werden. Bei der vorgeschrittenen Jahreszeit würden die Zapfen in der gewöhnlichen Stubenwärme leicht aufspringen, so daß der Samen von den Sammlern selbst gewonnen werden könne. Zur Entfernung der Samenflügel genüge ein leichtes Durchdreschen auf der Scheunentenne. Weiter werden die Rgl. Oberförster ermächtigt, solchen gereinigten Fichtensamen zu einem Preise anzukaufen, der den Weiterverkauf an den Kriegsaus- schuß ohne Einbuße für die Staatskasse, also etwa zu 130—140 Mk. für den Doppelzentner, ermöglicht.

Aus Kurland.

Aus den kurländischen Forsten.

Die Aufmerksamkeit der deutschen Forstleute und Holzinteressenten wird sich nach Beendigung dieses großen Krieges jedenfalls ganz besonders nach dem Osten richten, denn vom Westen haben wir bei einer etwaigen Gebietserweiterung in forstlicher Hinsicht

weniger zu erwarten. Die von uns eroberten oder zurückgenommenen russischen, bzw. ehemaligen deutschen Landstriche sind durchweg äußerst waldbreich. Es ist daher zu erwarten, daß vom Osten her ein ausgedehnter Holzhandel einsetzt, der sich immer mehr steigern wird, je nachdem das neugewonnene Land durch Bahnen, Chauffeen erschlossen wird.

Eines der waldbreichsten von uns besetzten Landstriche ist das urdeutsche Kurland, welches mit seinen ungeheuren Wäldern eine gewaltige Kapitalvermehrung für unser Vaterland bedeutet. Der große Holzverbrauch des Landes selbst, die Ausfuhr und verschiedene politische Maßnahmen haben zwar eine bedeutende Verminderung des ehemaligen Holzbestandes zur Folge gehabt; trotzdem ist noch ein schier unerschöpflicher Vorrat vorhanden, der hoffentlich dem deutschen Vaterlande zu gute kommen wird.

Eine Ursache des außergewöhnlich hohen Holzverbrauchs im Lande selbst besteht im Bau der Holzhäuser. Mit Ausnahme der alten, feudalen aus Stein erbauten Herrensitze, werden die meisten Bauten, auch in den Städten, aus Holz aufgeführt. Dazu wird, wenn man die vielen Ausbesserungen noch berücksichtigt, die bei Holzbauten alljährlich nötig sind, eine Unmasse Material gebraucht. Weiter wird in den baltischen Provinzen fast nur mit Holz geheizt, denn Kohlen sind bei den schlechten Wegeverhältnissen schwer zu befördern und daher zu teuer. Der Letzte legt ganz besonders Wert darauf, billiges Brennholz zu bekommen, weil er große Mengen davon verbraucht. Dieses nutzte seinerzeit auch Herzog Jakob und nach ihm die russische Regierung aus; denn um das von dem Herzog gegründete Städtchen Jakobstadt an der Düna zu bevölkern, versprach er den Bürgern kostenfreie Lieferung von Brennholz. Allerdings war dieses Versprechen nur eine List, denn nach einiger Zeit ihrer Ansiedelung wurde den Einwohnern das versprochene Holz soweit von Hause fort angewiesen, daß sie es nur mit ganz besonders hohen Kosten holen konnten.

Auch die großen, industriellen Anlagen, besonders Ziegeleien, werden vielfach nur mit Holz geheizt, allerdings wird dazu der Abfall der Sägereien verbraucht, weil die Entnahme aus dem Walde zu teuer ist. (Ein Faden¹⁾ aus der Forst kostet 30 Rubel, ein Faden Abfallholz aus den Rigaer Sägereien wurde 1900 mit 5 Rubel, 1914 mit 18 Rubel bezahlt).

Weiter war die für Hebung des Deutschtums in den baltischen Provinzen so großartige deutsche Kolonisation eine Ursache der Waldverminderung. Nach den Schreckensjahren der von der russischen Regierung

¹⁾ Der kurländische „Faden“ wird nach Angabe des Verf. 6 Fuß (Preuß.) lang, breit und hoch aufgelegt, enthält also etwa 6,7 Rm.

Ansichten lettischen Revolution im Jahre 1906, ging Bestreben der moskovitischen Regierung dahin, die Bereiche der zerstörten Güter durch die Agrarbank zu kaufen, Kleinsiedelungen daraus herzustellen und an Russen zu verteilen, um auf diese Weise sich heldenhaft jahrhundertlang bewährte Deutsche zu untergraben. Die Deutschen erkannten die Gefahr und kauften nun ihrerseits die Güter um sie an deutsche Ansiedler, die mit vieler aus Polen und Wolhynien herbeigezogen wurden aufzuteilen. Acker, Wiesen, Weiden und die ausgedehnten Gutswälder kamen zur Aufteilung. In 10 Jahren hatten die neuen Kolonisten den Besitz, sie für 15 Rubel für den Morgen Ackerland erhalten, zinsfrei, dafür aber die Verpflichtung, den Acker ganz zu roden und die Flächen zu bestellen. Es wurden rund 20 000 Menschen von deutscher Abstammung angesiedelt, es ist aber auch leicht erkennen, daß große Waldteile für diese dem Deutschtum gegenstandsreiche Maßregel geopfert wurden.

Schon im Jahre 1856 hatte die russische Regierung das Wesen der Wälder durch die Militärkolonisation zu untergraben versucht. Eine Maßregel, die zu großen Schädigungen im Wald- und Wildland führte. Es bekamen damals alle Ketten, die 25 Jahre im russischen Heere gedient hatten, 10 Desjätinen (ungefähr 4,36 - 43,60 ha) Ackerland. Diese Politik war aber vollkommen verfehlt, denn die ehemaligen Soldaten des Zaren übernahmen meistens mittellos und ohne Kredit ihr Land und da von der Landwirtschaft auch keine Ahnung hatten, fielen sie bald in Schulden. Die Akten jener Zeit zeigten von ganz gewaltigen Holzdiebstählen und Diebstahlbereien. Eine Bestrafung der Übeltäter fand Unbetracht des politischen Zwecks der Kolonisation statt, denn für Wild- und Holzdiebstähle hatte die russische Regierung viele Umgehungen.

Auch die Waldbrände haben in Kurland alljährlich große Waldflächen vernichtet. Der Brandschaden in Rußland ungeheuerlich, in den Jahren 1903 - 1909 brannten 1247 994 Desjätinen = 1362 313,73 ha, wovon ein Schaden von 5121 653 Rubel = 594 156 Mark allein am absehbaren Holz verursacht wurde.

Die wenigen Schneisen, die im kurländischen Wald angelegt sind, begünstigen die Ausdehnung des Feuers. Nur in den seltensten Fällen war, wie mir verschiedentlich Buschwächter versicherten, an ein Löschen mit Hilfe sämtlicher Einwohner und des in der nächsten Stadt liegenden Militärs, zu denken. Man mußte das Feuer so lange brennen lassen, bis der nächste Regen es verlöschte oder bis eben ein ganzer Waldteil vernichtet war.

Nun mag noch der Holzverbrauch während des Krieges durch Bau von Unterständen, Schützengraben, meilenlangen Knüppeldämmen usw. erwähnt werden. Der dadurch verursachte Schaden ist umso größer, weil zu den, von Truppen angelegten, Bauten meistens nicht hiebsreife Hölzer von 10 - 30 cm Durchmesser gebraucht werden müssen. Dazu kommt, daß beim Ausschneiden und Fällen der Stämme nicht gerade nach forstlichen Grundsätzen verfahren wird. Die in der Nähe der Truppen liegenden Bestände sind vielfach derart gelichtet, daß sie nach Wiederaufnahme einer geordneten Forstwirtschaft entweder ganz abgetrieben oder unterbaut werden müssen. Dann verfahren unsere Soldaten beim Fällen meistens so, daß ein Stumpf von ungefähr 1 m Höhe bleibt; die so behandelten und gelichteten großen Partien bieten kein schönes forstliches Bild.

Es leuchtet ein, daß die schönen kurländischen Wälder doch schon arg gelitten haben. Einige Forstordnungen versuchten schon frühzeitig die Benutzung des Waldes zu regeln, z. B. schrieb die Stadtverfassung in Sibau im 18. Jahrhundert vor, daß die Bürger sich das Lagerholz (Fallholz) umsonst aus den Wäldern holen konnten; Bauholz sollte „vor ein billiges verabsolget“ und das Brennholz nach der mitauischen Lage „für jedes Pferd“ abgegeben werden. Sehr interessant ist auch das Holzungsrecht der Geistlichen aus dem Jahre 1252, jedenfalls die älteste Forstordnung in den baltischen Provinzen. Diese Verordnung verbietet den Geistlichen das Schlagen der, dem Gotte Person geweihten, heiligen Haine (siehe Blätter der Hoffnung, Zeitschrift für Pflege deutschen Wesens, Verlag Thiele, Berlin, Nr. 20/21).

Der einzige Fürst Kurlands, der sich näher mit dem Wald beschäftigte und seine Wichtigkeit für das Volkswohl ahnte, war Herzog Wilhelm, der jüngere Sohn des Herzogs Kettler. Er erließ ein Holzausfuhrverbot, weil er bei dem enormen Holzverbrauch im eigenen Lande eine Holzknappheit befürchtete. Dieses Verbot zog große Schwierigkeiten mit dem dadurch geschädigten grolbinschen Adel nach sich. Vor dem Kriege bestand eine Oberaufsicht des russischen Staates über die Privatwälder, es wurde der Hiebsjahr und die Umtriebszeit festgesetzt.

Nach den waldverderbenden Ursachen sollen die mir von kurlischen Buschwächtern beschriebenen Kulturmethoden angeführt werden. Bis vor kurzem wurde die natürliche Verjüngung der Kiefer und Fichte angewandt. Bei der Fichte kehrte man neuerdings ja auch bei uns zu dieser Methode zurück, nur daß man rascher nachlichtet, als z. B. bei der Buche. Die Kiefer dagegen gedeiht bei der natürlichen Verjüngung weniger gut, am besten schließlich noch, je luftfeuchter

das Klima ist. Daher scheint die natürliche Verjüngung dieser Holzart in den baltischen Provinzen schließlich gerechtfertigt.

Wenn ein Waldbteil geschlagen werden sollte, mußten die, von dem Oberförster oder Buschwächter mit dem Stempelbeil gezeichneten, Samenbäume, deren Anzahl auch im Kaufkontrakt als unantastbar bezeichnet war, stehen bleiben. Sie wurden erst herausgenommen, wenn der neue Aufwuchs die Höhe von 1,50 m erreicht hatte. Die Methode des allmählichen Lichtens des zu verjüngenden Bestandes wurde nach Berichten der Förster nicht angewandt, ebenso fehlte jegliche Bodenbearbeitung, um dem Samen die Aufnahme zu erleichtern. Das Fehlen der letzten so notwendigen Maßregel scheint mir eine Ursache der vielen Fehlstellen zu sein, die man auf fast allen Kulturen bemerkt. Ueberblickt man größere Fichten- oder Kieferkulturen, die durch natürliche Verjüngung entstanden sind, so kann man durch den stellenweise dicht auftretenden Aufwuchs, der von nichtbestandenen Flächen umgeben ist, deutlich erkennen, wo früher einmal Samenbäume standen. Die Nichtbearbeitung des Bodens hat neben Unregelmäßigkeit der Kultur und Bodenverschlechterung durch die Blößen einen großen Ausfall an Durchforstungsmaterial und schlechten Wuchs der vielen Randbäume zur Folge. Selbst bei Beständen mittleren Alters glaubt man noch zu erkennen, daß das lückenhafte Aussehen auf Fehlen der Bodenarbeit zurückzuführen ist.

Auch die Folgen einer plötzlichen Freistellung der Samenbäume sind bei vielen Beständen sichtbar. Der Wind biegt die Stämme oder wirft sie ganz um, vielfach vertrocknen sie auch, da nun aber die Samenbäume die besten und gesündesten Stämme darstellen, ist es leicht zu erkennen, daß gerade das wertvollste Material durch diesen Fehler am meisten an Geldwert verliert. Unter Umständen wird aus der Kultur überhaupt nichts, wenn die größte Anzahl der Saatbäume vom Winde umgeworfen wird. Auf diese Weise sind wahrscheinlich die großen Blößen entstanden, die man recht häufig im kurländischen Wald sieht. Heute wendet man die Naturverjüngung ohne Bodenbearbeitung nur noch bei der Kiefer an, denn „diese Holzart wächst von selbst“ sagte mir ein alter, kurländischer Buschwächter. Fichtenbestände schlägt man kahl ab, schaufelt an der Schnur nach Entfernung der Humusschicht, im Abstände von 1 m, flache Löcher und tut Saat hinein. Ebenso verfährt man mit den vielen, mit Birken bestandenen Flächen, die im Staatswald meistens durch Fichten ersetzt werden.

Bei dieser Gelegenheit mag noch eine durchaus wichtige Maßnahme erwähnt werden, auf welche unsere forstliche Literatur andauernd hinweist. Der kurländische

Forstmann gewinnt nämlich seine Nadelholzsamen immer selbst. Die Zapfen werden von Frauen und Kindern gesammelt und nach der Oberförsterei gebracht, wo sich eine Klenganstalt befindet. Die Beiträge dieser Selbstgewinnung brauchen nicht erst erwähnt zu werden.

Die Laubholzarten werden in Kurland nur ganz wenig angebaut. Die ausgedehnten Eichen- und Buchenbestände hat man alle geschlagen und das Holz verkauft, für eine Wiederanpflanzung wurde aber nichts gesorgt. „Denn die Pflege macht zuviel Arbeit“ sagte mir ein Forstmann. Wie oben schon erwähnt, werden besonders im Staatswald die Birkenbestände geschlagen und durch Nadelholz ersetzt. In den Gutsforsten dagegen trifft man recht häufig reine Birkenpartien, denn das Holz wird zu landwirtschaftlichen Zwecken gerne gebraucht. Die Hauptholzarten der baltischen Provinzen sind Fichten und Kiefern, oder eine Mischung beider. Am angesehensten ist die Fichte.

Wir kommen nunmehr zur bisherigen Pflege der Bestände. Wer als Forstmann die Wälder durchwandert, bemerkt immer wieder, daß nur selten Väterungshiebe, Durchforstungen oder Trockenhiebe eingelegt wurden. Es ist sehr viel starkes, totes vom Wind geworfenes Material vorhanden. Die vielfach ganz ausgezeichneten Stämme werden von vorwüchsigen Birken arg geschädigt; ebenso ist es mit den Schonungen, die sehr viel Vorwüchse beherbergen. Das ist das Bild der kurlischen Bestände. Allerdings legt auch der russische Forstmann seine Durchforstungen mit 20 Jahren ein, aber die wenigen Arbeitskräfte sind für die ungeheure Größe des Reviers nicht ausreichend. (Es gibt Oberförstereien, zu denen 40 und mehr Buschwächtereien gehören). Die eigene Wirtschaft des Oberförsters paßt sich in Bezug auf Größe seinem Revier an. Zu der jetzt zerstörten Oberförsterei R. gehören 170 Poststellen (ungefähr 190 Morgen) Acker, außer Wiesen, Garten usw. Zur Bestellung des Ackers waren 20 Pferde nötig. Außer Schweinen und Schafen befanden sich hundert Kühe auf dem Hofe. Dann betrieb der Oberförster einen schwunghaften Getreidehandel; alle kleineren Besitzer der Umgebung kauften bei ihm, weil er, vermöge seiner landwirtschaftlichen Maschinen billig produzieren konnte.

Zur Durchforstung stehen nur während des Winters wenige Landleute zur Verfügung. Als Lohn bekommen diese für einen Faden Durchforstungsmaterial 4 Rubel. (Verkaufspreis eines Fadens 5—6 Rubel).

Ein großer Mangel der kurlischen Forsten ist die fehlende Entwässerung. Außer an verkehrsreichen Hauptwegen fehlen die Gräben fast gänzlich und auch hier sind sie aus Mangel an Pflege stellenweise zugesunken. Im Walde bilden sich, besonders im Früh-

große Lämpel, die man wegen ihrer Tiefe kaum breiten kann und wo jeglicher Abfluß fehlt. Die bewachsenen niedrigen Stämme, die schlechten Ästern, die auf diesen oft recht ausgedehnten Parzellen stehen, zeigen das Fehlen einer Entwässerung deutlich an. Auch die Landwirtschaft ist hierin weit zurück. Sehr häufig sind große Flächen landwirtschaftlichen Bodens, besonders im Nordteil des Landes, noch mit Wasser bedeckt, wo eine Überschwemmung ganz gut vermieden werden konnte. Allerdings hat hier eine Drainage wenig helfen, es müssen Kanäle angelegt werden.

Nunmehr soll die Nutzung des kurländischen Waldes, wie sie von russischer Seite gehandhabt wurde, beschrieben werden. Die Bestände wurden auf den Auktionen im September angekauft, die in den Gemeindehäusern oder in den Städten stattfanden, auf dem Stod verkauft. Als Käufer kamen meistens nur größere Holzhändler in Frage, denen vor der Versteigerung eine gedruckte Liste derjenigen Bestände zugesandt wurde, die im Laufe des Jahres geäuert werden sollten. Die Verzeichnisse enthielten den Namen der Forst- und der Buschwächerei, dann die Größe des Schläges, Holzart, Tage für den ganzen Schlag, Anzahl der Saatkäme, Kultur- und Reinigungsgeld und das Datum der Abfuhr aus dem Walde. Nach dieser Liste suchte sich nun der Käufer einen Bestand aus, und schickte, wenn er selbst nicht kommen konnte, seinen „Braker“, der sich mit dem Buschwächter zusammen die etwa zu erwerbenden Bestände ansah.

Nach der Auktion wurden 10% des Kaufgeldes der Forstverwaltung entrichtet. Wurde der Bestand nun gehauen, so mußte erst der Rest des Kaufgeldes, dann das Kultur- und Reinigungsgeld bezahlt werden. Letzteres bekam der Käufer zurück, wenn der Schlag vollkommen geräumt war; ließ er das für seine Zwecke nicht brauchbare Holz zurück und mußte der Schlag erst von seiten der Forstverwaltung geräumt werden, so verlor auch das Reinigungsgeld der Forst.

Die Holzhauer, die der Käufer selbst stellen mußte, arbeiteten unter Aufsicht des „Brakers“, dieser ordnete den ganzen Hieb an, maß sich Stämme ab und führte eine Abrechnungsliste. Die Arbeiter bekamen für jeden zu fällenden und zu entästenden Baum, ganz gleich welcher Stärke, 15 Kop., für einen Faden Holz aufzuhängen 1 Rubel 50 Kop.

Die Tage waren in den Auktionsprotokollen meistens niedrig angesetzt, wurden aber oft um das dreifache überboten. Einige Beispiele aus einem Auktionsprotokoll des Jahres 1914 mögen hier angeführt werden:

Holzart	Alter	Größe des Schläges Deßjät.	Tage der Verwaltung Rubel	Wirklicher Verkaufspreis Rubel	Bemerkungen
Fichten (Bretterware)	120	0,84	185	405	Der Rubellkurs des Jahres 1913 war 3,24 Mk. für 1 Silberrubel.
Fichten „	?	1,08	231	675	
Fichten (Balken)	?	0,84	204	411	
Fichten- und Kiefern-Mischung	?	0,41	264	656	1 Deßjätine = 1,09 ha.
Fichten- und Kiefern-Mischung 80 cm Durchm.	?	0,42	274	757	Das Alter der Bestände war nicht überall angegeben.

Der Verkauf der Saatkäme regelte sich anders. Wurden Käufer einzelne, besonders starke, kernige Stämme zu Balken usw. haben, so suchten sie sich Saatkäme aus. Diese schätzte der Buschwächter ab und der Käufer bezahlte sie im Voraus. Nach der Fällung wurden die Stämme nach der Buschwächerei gebracht, dort aufgemessen, und jetzt zahlte der Käufer hinzu, wenn das Maß die Schätzung übertraf, oder er bekam im umgekehrten Falle wieder Geld heraus.

In den Gutsforsten ist der Verkauf ähnlich geregelt. Es braucht kaum erwähnt zu werden, welche Unsummen Geldes der Forstverwaltung durch den Verkauf auf dem Stod verloren gehen, man muß aber die schlechten Arbeiterverhältnisse berücksichtigen, die ein Aufarbeiten des Holzes von seiten der Forstverwaltung nicht erlauben. Vielfach ist es auch gebräuchlich, daß die Sägereien die Stämme gleich im Walde zersägen lassen, um so einen Teil der teuren Transportkosten zu sparen; denn diese sind infolge der fehlenden Eisenbahnen, schlechten Wege und der wenigen Fuhrwerke sehr hoch. Ein Fuhrmann verdient beim Heraus-schleppen des Holzes den Tag ungefähr 3 Rubel, 50 Kopeken.

Meistens werden die Hölzer der an den Flüssen gelegenen Waldungen nach dem nächsten Wasserlauf geschleppt, wo dann die Flößerei des Rundholzes beginnt. Das Fadenholz wird mit einem Kahn transportiert.

Im kurländischen Wald ist die schlechte Beschaffenheit der wenigen Wege und das Fehlen an Waldstraßen das größte Hemmnis einer rentablen Forstwirtschaft, denn in den ausgedehnten, abgelegenen Wäldern ist die möglichst billige und mühelose Abfuhr der Waldprodukte die erste Bedingung. Ein gut ausgebauter Wegenetz zu schaffen, wäre wohl die erste

wichtigste Aufgabe des neuen Wirtschafers. Die angewendeten Kosten werden bald wieder durch Steigerung der Holzpreise eingebracht. Das Ergebnis der Auktionen hat auch in Kurland gezeigt, daß gute Wege die Preise erhöhen, denn als in der Oberförsterei R. wenigstens einige gute Wege gebaut waren, boten die Käufer gleich mehr. Die jetzt vorhandenen Wege sind eigentlich nur im Winter gangbar, aber das genügt nach Meinung der Einwohner. „Im Sommer hat kein Mensch etwas im Walde zu tun, und im Winter kann man ganz gut abfahren“, sagte mir ein Förster.

Die Landstraßen sind etwas besser als die Waldwege, denn jeder Besitzer muß eine mit Pfählen bezeichnete Strecke der Landstraße in Stand halten. Diesen Zwang empfindet er als die größte Last und ist eifrig auf Ablösung bedacht. Die Karten der großen Forsten, besonders westlich von Riga, weisen ein rechtwinkliges, von Norden nach Süden laufendes Schneisenetz auf; ob dieses in Wirklichkeit vorhanden, ist bei den russischen Verhältnissen zu mindest zweifelhaft.

Den Landtransport müssen die Wasserläufe ersetzen. In Kurland wird die älteste und billigste Art des Holztransportes, die Flößerei noch sehr betrieben und zwar in Form der Trift oder der gebundenen Flößerei. Heute herrscht allerdings nach Uebernahme des Wassertransportes durch eine Gesellschaft eine gewisse Ord-

nung; wenige Jahre vor dem Krieg wurde zur Versorgung der Stadt Mitau das den Kronsförsten entnommene Bau- und Brennholz einfach in die Aa geworfen. In der Stadt angelangt wurde es dann von den Bürgern mit langen Bootshaken herausgeholt und zwar durfte jeder nur soviel nehmen, als er vom Staate gekauft hatte, eine Verkaufsweise, die natürlich große Verluste mit sich brachte, weil unterwegs sehr viel Holz entwendet wurde und jeder mehr nahm, als er bezahlt hatte. Die meisten Städte, z. B. Riga, Mitau, Bauske, Windau usw. werden auf dem Wasserwege mit Holz versorgt. Letztere Stadt ist durch ihren Holzhandel, der in jüdischen Händen liegt, berühmt.

Das Material zu diesem Aufsatz wurde während des Krieges gesammelt. Bei jedem neuen Landesteil, den Verfasser Gelegenheit hatte zu sehen, tauchte immer wieder der Wunsch auf, daß dieses urdeutsche Land nun auch deutsch bleiben möge. Der kurländische Wald ist wunderschön und für Deutschland ein wertvoller Erwerb. Aber diese wilde Forst hat keine Kultur.

Die Aufgabe des deutschen Forstmannes ist es, nach dem Friedensschluß diese in das Waldesbündel hineinzutragen. Dies ist nicht leicht. Wer aber deutsche Arbeit in diesem Kriege an der Front und in der Heimat gesehen hat, wird keinen Zweifel hegen, daß auch das neue Friedenswerk gelingen wird.

W. Parchmann, z. St. Vizewachtmeister.

Notizen.

A. Dr. Adolf Ritter von Guttenberg †.

Im Jahre 1907, gelegentlich der dritten Jahrhundertfeier der Universität Gießen, hat die Philosophische Fakultät daselbst an Antrag ihrer Mitglieder Heß und Wimmenauer dem ordentl. Professor an der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien, Hofrat Adolf Ritter von Guttenberg, die Doktorwürde ehrenhalber verliehen. Ueber dessen Leben, Verdienste und wissenschaftliche Arbeiten enthalten die Fakultätsakten folgende näheren Ausführungen, die wir nachstehend mit einigen kleinen Änderungen und Kürzungen zum Abdruck bringen.

Das von Rektor und Dekan unterzeichnete Ehrendiplom enthält folgendes Elogium:

der durch Forschung, Unterricht und praktische Arbeit auf den verschiedensten Gebieten der Forstwissenschaft, insbesondere um die Forstbetriebsrichtung, sich ausgezeichnete Verdienste erworben hat.

Adolf Ritter von Guttenberg geb. zu Tamsweg, Salzburg, am 18. Oktober 1839 als Sohn des damaligen k. k. Oberförsters Anton Ritter von Guttenberg, absolvierte die Gymnasialstudien in Graz und Wien, dann die forstlichen Studien, sowie die technischen Fächer (Baukunde, Maschinenbau usw.) an der k. k. Berg- und Forstakademie zu Schminitz in Ungarn in den Jahren 1859–1862.

Am 15. Oktober 1862 als Forstgehilfe in den österr. Staatsdienst beim Forstamte Auzee (Steiermark) eingetreten, darauf der Forstverwaltung Aitergau (Oberösterreich) zugeteilt, legte er im Oktober 1863 die Staatsprüfung in Linz ab und wurde

darauf dem k. k. Forstamte Mariazell (Steiermark) als Hilfsarbeiter vom Juni 1864 bis Januar 1867 unterstellt. Die Uebernahme der Stelle als suppl. Assistent an der k. k. Forstakademie Mariazell bei dem unbergelichen Prof. A. Breymann bot ihm Gelegenheit zur Vervollständigung seiner theoretischen Ausbildung. Die Aenderung in der Organisation dieser Behörde veranlaßte ihn mit 1. August 1868 wieder in den praktischen Dienst, als Unterförster beim Forstamte Gory (Kärnten) zurückzutreten, er avancierte daselbst zum Forstverwalter und wurde mit der Durchführung der Forsteinrichtungsarbeiten des Ternobaner Forstes, der Staatswaldungen bei Gory und in Istrien, sowie bei Adelsberg in Krain betraut. Am 1. Januar 1871 zum k. k. Forstkonzipisten bei der Staatshalterei Innsbruck ernannt, oblag ihm die Arbeit in forstpolitischen Angelegenheiten und die Leitung der Vermessung und Forsteinrichtung der Staatsforste, welche sich später auf ganz Tirol und Vorarlberg ausdehnte und ihm den Titel eines k. k. Oberforstingenieurs eintrug.

Diese langjährige Tätigkeit auf dem Gebiete der Betriebsrichtung, wie auch einige Abhandlungen aus demselben, veranlaßten seine Berufung auf die Lehrkanzel der forstlichen Betriebslehre an der k. k. Hochschule für Bodenkultur zu Wien am 1. August 1877 mit dem Titel eines k. k. Forstrates, worauf am 27. Juli 1878 seine Ernennung zum ordentlichen Professor erfolgte. Als Rektor der Hochschule fungierte Guttenberg dreimal (im Jahre 1883/4, 1891/92 und 1898/99); seit Jahren ist er Präses der Prüfungskommission für die III. forstl. Staatsprüfung und Präses für das Lehramt der land- und

wirtschaftlichen Schülern; Mitglied des Landwirtschaftsrates
Obmann der forstlichen Abteilung desselben.

Auszeichnungen.

Verleihung des Titels und Charakters eines k. k. Hof-
rathes (1866); Verleihung des Komturkreuzes des Franz-Jos.-
ordens; Inhaber der Ehrenmedaille für 40jähr. treue Dienst-
leistung, sowie der Sublimationsmedaille. Allerhöchste Aner-
kennung aus Anlaß der k. u. f. Ausstellung in Wien 1890, als
Arbeiter des Werkes: „Die öster.-ungar. Monarchie in Wort
und Bild“ (1902) und für seine Tätigkeit als Mitglied des Land-
wirtschaftsrates. Ehren diplome der Gewerbeausstellung 1888,
3. der land- und forstw. Ausstellung 1890. Gold. Medaille
Weltausstellung Paris 1900.

Ernennung zum Ehrenmitgliede des öster. Reichs-
forstvereines, des Klub der Land- u. Forstw. in Wien, des
Forst.-Lärntn. und des Forstvereins für Tirol und Vorarlberg
und mehrerer andern fachlichen und gemeinnützigen Vereine.
Im Oesterreichischen Reichsforstverein ist er Mitglied seit
1883, Redakteur der Vereinschrift seit 1883, Vizepräsident seit
1895. Außerdem Vizepräsident des öster. Forstkongresses usw.,
Vizepräsident und Ausschussmitglied des Kaiser Franz Joseph-
Gedächtnisvereins der k. k. Hochschule für Forstwirtschaft, des
Forstrentenvereins usw.

Literarische Arbeiten.

Selbständig erschienene Schriften und Werke.
Die Wachstumsgeetze des Waldes, Wien 1885.

Die Pflege des Schönen in der Land- und Forstw. 1889.
Die Revision des Vermögensstandes in Fideikommissforsten
1894.

Die Forstbetriebseinrichtung nach ihren gegenwärtigen
Aufgaben und Zielen 1896.

Die Holzpreise in Oesterreich von 1848—1898—1902.

Die Forstbetriebseinrichtung 1903.

b) Mitarbeit an größeren Werken.

Holzmesskunde in Dorey's Handbuch der Forstwissenschaft
und II. Aufl. 1887 und 1903.

Forstverwaltung und forstl. Rechnungswesen in Dom-
owsky's Enzyklopädie der gesamten Forst- und Jagdwissen-
schaft.

Die Forstwirtschaft in N.-Oester., dann in Tirol und Vor-
arlberg in: „Die öster.-ungar. Monarchie in Wort und Bild“
(1902).

Forstschritte in der Forsteinrichtung in „Oesterreich's Forst-
wesen von 1848—1888“, redig. von B. Dmity 1890.

Die Entwicklung des forstl. Betriebs und seine Einrich-
tung in „Geschichte der öster. Land- und Forstwirtschaft 1848
bis 1898“.

c) Redaktionen.

Herausgabe des VI., VII. und VIII. Bandes von Dom-
owsky's Enzyklopädie der ges. Forst- und Jagdwissenschaft
gemeinsam mit Hensgel 1891—1894.

Redakt. der öster. Vierteljahrsschr. f. Forstwesen von 1883
bis jetzt.

d) Abhandlungen und Aufsätze.

In der Vierteljahrsschr.:

Zubehörs Forsteinrichtung 1872.

Organisation des forstl. Versuchswesens 1882.

Die Hochwässer des Herbstes 1882.

Die Aufstellung der Formzahlen und Massentafeln 1883.

Zur Statistik des Durchforstungsbetriebs 1884.

Die Aufstellung von Ertragstafeln 1885.

Die Reinertrags- und Bestandeswirtsch. 1885.

Zum 100 jähr. Jubiläum der öster. Kameraltage 1888.

Forstwirtschaft und Jagd in Nieder-Oesterreich 1888.

Forstwirtschaft und Holzindustrie auf der Gewerbeaus-
stellung in Wien 1888.

Die Heiber'sche Präzisionsbaummeßkluppe 1889.

Memorandum der Staatsforstbeamten 1890.

Die Nachhaltigkeitsforderung in der Forstwirtschaft 1890.

Neue Grundlagen der Waldwertrechnung 1892.

Vergleichung des Wachstumsganges der Buche, Fichte,
Tanne, Kiefer gemischt 1885.

Wald und Waldwirtschaft in Tirol und Vorarlberg 1894.

Aufstellung v. Holzmassen- und Gelbertragstafeln 1896.

Standesfragen der Forstwirte 1898.

Rückblick auf die Entwicklung unserer Forstwirtschaft in
den letzten 50 Jahren 1848—1898.

Holzverkehr auf unseren Eisenbahnen 1898.

Forst- und Jagdweisen auf der Pariser Weltausstellung
1900.

Bewirtschaftung des Kleinwaldbestandes 1903.

Die bosnische Konkurrenz im Holzhandel 1904.

Der Holzhandelsvertrag mit Deutschland 1906.

Im Zentralblatt für das gesamte Forstwesen.

Von 1877 bis 1904 9 größere Arbeiten, unter welchen
hauptsächlich die „Betriebsanweisung der Staats- und Fonds-
forste“ 1878 und 1879 hervorzuheben ist. Ferner die „Rein-
ertragslehre in der Gegenwart“ 1904.

In der öster. Forst- und Jagdzeitung.

Von 1883—1902 viele größere Aufsätze aus dem Gebiete
des forstl. Wissens, unter welchen hauptsächlich zu erwähnen
sind: die „Photogrammetrie im Dienste der Forstvermessung“
über die „Waldmuthandlung in den Alpenländern“ usw.

e) Rezensionen, Biographien, Nekrologe usw.
sind in großer Anzahl in der öster. Vierteljahrsschrift für
Forstwesen, im Zentralblatt für das gesamte Forstwesen, wie
auch in der öster. Forst- und Jagdzeitung, vom Jahre 1875
angefangen bis in die jüngste Zeit 1906, enthalten.

Was vorstehend den Gießener Fakultätsakten von 1907
entnommen ist, möge noch wie folgt ergänzt werden.

A. von Guttenberg ist im Jahre 1912, also im Alter von
73 Jahren in den Ruhestand getreten, hat aber später während
des Krieges die Vorlesungen wieder aufgenommen. Im Herbst
1916 wurde infolge eines Krebsleidens ein operativer Eingriff
notwendig, von dem er sich nicht wieder erholen konnte. Am
3. März 1917 erlag er der schweren, leidvollen Krankheit.
Vier Söhne und fünf Töchter, aus zwei Ehen mit Schwestern
stammend, trauern um den Hingeshiedenen, dem das seltene
Glück zu Teil geworden war, in allgemeinsten Hochachtung zu
stehen ohne Neider und Feinde. Bis kurz vor seinem Tode
hatte er seine wissenschaftlichen Arbeiten fortgesetzt. Seine
letzten Werke waren „Wachstum und Form der Fichte im
Hochgebirge“ 1915 und die „Forstverwaltungslehre“ 1917. Wo
deutsche Forstwirtschaft und Wissenschaft blühen, wird der
Name von Guttenberg unvergessen bleiben. Wt.

B. Zum Nutzen der Krammetsvögel.

Eine Besprechung des Artikels „Der Krammetsvogelssang
im Dohnenstiege“ von Geh. Regierungsrat Eberts in Rassel
(Jan.-Heft 1917 der Allgem. Forst- u. Jagdztg.) ist im Juni-
Heft, Nr. 28 der naturwiss. Wochenschrift (Hrsg. v. Gust. Fischer
in Jena) erschienen und veranlaßte mich zum Besen des bezeich-
neten Aufsatzes. Nicht beabsichtige ich Stellung zu nehmen
zum Für oder Wider der Dohnenstiege. Vieles spricht dafür,
guter Nebenverdienst mancher kleinen Leute, volkswirtschaftlicher

Nutzen, Hinweis auf die Gelbhühner, die trotz ihrer Nützlichkeit durch Verrüthen schädlicher Kerbtiere ausgetilgt besagt werden. Schonen der Drosseln für den „lachenden Ungetreuen im Süden“ — vieles dagegen! Nur einiges zum Nutzen der Drosseln will ich sagen.

An oben bezeichneter Stelle sind auf S. 12 Worte des Reg.-Kommissars angeführt: „Was den Nutzen für die Landwirtschaft anbetrifft, so kann man kaum davon sprechen, denn fast sämtliche Drosselarten, die dem Krammervogelgang unterliegen, leben im Walde; sie kommen nur selten auf die Felder“ usw. Ja sie leben im Walde und da triffen sie unbefremdeten Nutzen durch Verdrängen der beerentragenden Pflanzen, Heidelbeere, Wachholder, Vereiche u. a., deren Früchte im Herbst die Hauptnahrung der Drosseln auf ihren Wanderflügen bilden.

Mein Dienstland (Oberförsterer Lindenbergr, Reg.-Bez. Marienw.) liegt mitten im gleichnamigen Schugbezirk, rings vom Walde, Mischwald, umschlossen; nur im südlichen Teil ist eine 200 m breite freie Verbindung mit weiter angrenzenden Feldern. Von den, das Dienstland durchschneidenden, Wegen sind 600 m auf ihrer ganzen Länge beiderseits mit Vereichen bepflanzt, die alljährlich reichlich Beeren tragen. Bis in den Dezember hinein wurden diese, in den Jahren meiner Beobachtung vor dem Kriege, von Tausenden von Drosseln — meist *T. viscoivorus* — besucht. Aus den ersten Jahren meiner hiesigen Dienstzeit (seit 1902) weiß ich, daß die 1908 fast in allen Schugbezirken ein ziemlich ausgedehnter „Dohnensteg“ herrschte. Seit dem Schuggebot, von Jahr zu Jahr mehr, ist mir aber aufgefallen, daß überall im Herbst, auch in der Nähe anderer Wege, die mit Vereichen gesäumt sind, namentlich in der Nachbarschaft der Vogelbeerbäume, in etwa 40jähr. Kiefernstangenorten, ein Jungwuchs von Vereichen zum Gedeihen kommt, von dem ehemals so gut wie nichts zu sehen war.

Alle die Drosseln, die früher in den Kiefernstangenorten gefangen wurden, kommen seit 1908 zum ruhigen Verschmausen ihrer Beeren, fliegen, höchstens ausgehend von verkehrendem Fugrwerk und Menschen, hin und her vom Vogelbeerdamm zur Kiefer und verlieren dabei viele Beeren und in natürlicher Weise den Samen von dem großen Nahrungsreichtum. Da sie selbst jetzt am Boden weihen, können sie einen langen ungestörten Gerontismus halten, bis die voll tragenden Bäume leer sind. Ihre emsige Futtertätigkeit ist heute durch einen freudigen Vereichenunterstand in den sonst vordem Kiefernstangen bezogen. Besonders erfreulich ist dieses Vogelgeschaffen in Kiefernstangenorten auf ehemaligem Ackerland mit beginnenden Sierbelüden. Da bleibt nun wenigstens ein Bodensaum von reichlich wachsendem Vogelbeerdamm. Kriegsweidewich hat dafür allerdings kein Verständnis und vernichtet, trotz der Weideverbote, vieles wieder — abermals ist hier des Menschen Tun höchst unzureichend für die Wiederbegründung des Waldes.

Noch eine andere Dertlichkeit sah ich in diesem Juni, im Greitwalder Universitätsforst, mit noch viel dichterem und ausgedehnterem Vogelbeerdamm, als hier im Herbst. Dort sind beim Kleinbahnhof Watzlagen fast 2 Tagen 30–40jähr. Kiefernstangen bis zur dichtesten Geflossenheit mit etwa 10jähr. Vereichen unterwachsen. Meine Erkundigung beim zuständigen Beamten bestätigte meine Annahme, daß auch da nur die Drosseln die „Waldbegründer“ waren.

Für die Verbreitung von Buche und Eiche sorgt der Eichelhäher, für die Verbreitung aller beerentragenden Bäume und Sträucher sorgen die beerentragenden Vögel, in erster Linie alle Drosselarten. Eine heimliche mächtige Kiernarbeit, die dem Menschen viel zu oft entgeht, weil er Nutzen und Schaden von Pflanze und Tier meist in erster Linie aus eine Wagenfrage behandelt, leisten hier unsere Waldhänger.

Weitere Beobachtungen könnten wohl klären, ob solche nützliche Vogelstätigkeit nicht nur eine Folge der ihnen zuteil gewordenen Ruhe während ihres Herbstbesuches ist, oder ob nicht gleichzeitig doch auch eine wesentliche Zunahme der Drosselvogel mit in Frage kommt.

Vielleicht regen diese Zeilen an zu ähnlichen Betrachtungen über den tatsächlich vielseitigen Nutzen der vorzugsweise im Walde lebenden Drosselarten, ehe mal ein letztes Wort gesprochen wird über den Dohnensteg als einer reinen Erwerbs- und Wagenangelegenheit. Forstmeister G. Hütterott.

C. Ministerialrat a. D. Prof. Ferdinand Wang †.

Der erste, der in Oesterreich den Gedanken der Wildbachverbauung mit aller Macht seines Ansehens und Einflusses verbretete, war k. k. Regierungsrat Prof. Dr. Friedrich Freiherr von Sedendorff-Gudent, der in Wahrheit als Pionier in Wort und Schrift für seine Lieblingsangelegenheit eingetreten ist. Sein Werk übernahm nach seinem Tode ein Mann, dessen Name in seinem Fache einen gar guten Klang hat, der die Fortsetzung des Sedendorffschen Werkes, als seine Lebensaufgabe betrachtete, Ferdinand Wang, den wir vor kurzer Zeit — er starb am 26. April 1917 — einem hartnäckigen Darmleiden und Rippenfellentzündung zu Grabe geleitet haben.

Wang wurde am 24. Dezember 1855 zu Bolechowitz in Böhmen geboren, wandte sich nach Absolvierung der Mittelschule ursprünglich dem technischen Fache an der Baumgewerkschule der k. k. Technischen Hochschule in Wien zu, wählte aber bald darauf dem forstwissenschaftlichen Studium an der im Oktober 1876 eröffneten forstlichen Sektion der Hochschule für Bodenkultur in Wien, die von nun an die Stelle der k. k. Forstakademie in MariaBrunn ersetzen sollte, und trat im Jahre 1878 bei der k. k. Forst- und Domänen-Inspektion in Salzburg als k. k. Forst-Glebe in den Staatsdienst.

Als zu Anfang der vierziger Jahre der forsttechnische Dienst der politischen Verwaltung in Oesterreich neuorganisiert worden war, kam Wang im Jahre 1884 als Forstinspektoren-Adjunkt nach Gili. Im gleichen Jahre ward er forsttechnische Abteilung für Wildbachverbauung ernannt, in welcher er zu seiner ganzen Bedeutung aufsteigen konnte. 1886 kam wir ihn in der Sektion Villach, und 1887 in der Sektion Brigen tätig.

Was von Sedendorff angebahnt, hat Wang mit regstem Eifer durchgeführt. Umgeben von einem Stab tüchtiger Beamten, war es ihm gegönnt, trotz mancher Widerwartigkeiten und trotz der beschränkten Mittel, die seinem Verdienste von der Staatskasse zur Verfügung gestellt wurden, Erfolge zu erzielen, denen auch im Ausland die Anerkennung nicht versagt werden konnte. Von allem österreichischen Geiste durchdrungen, war er bestrebt, das Ansehen seines Vaterlandes auch außerhalb der Grenzen zu heben und auf den verschiedenen Ausstellungen zu zeigen, was Fleiß und Unverdorbenheit zu leisten vermöge. Seine Achtung verdiente demnach auf der Wiener Weltausstellung die Dofette aus dem Wildbachverbauungsweisen der k. k. Forst für die Leipziger internationale Bauausstellung 1913 eine Dofette er unerlässlich ein volles Jahr. Auch bei den verschiedenen heimischen Ausstellungen (Adriausstellung u. a.) war Wang mit Angebot aller seiner Kräfte und Erfahrungen tätig, wieder nur, um den Besuchern aus der Nähe und Fremde zu zeigen, was Blütenstraßen hervorbringen kann.

Schon im Herbst 1887 an der Hochschule für Bodenkultur mit den Vorlesungen über Wildbachverbauung betraut, suchte er seine Hörer gerade für diesen Zweig der Forstwirtschaft recht empfänglich zu machen; seine reichlichen Erfahrungen legte er in seinem Hauptwerke „Grundriss der Wildbachverbauung“ nieder, das wohl ein reichhaltiges und gediegenes Lehrbuch auf diesem weiten ist.

Wenig verstaßte sich Wang eingehend mit Photogrammetrie, die er auch an der k. k. Hochschule für Bodenkultur lehrte.

Im Jahre 1889, nachdem er die zwei vorhergehenden Winterperioden im Ackerbauministerium gedient — erstens in diese Zentralstelle berufen, hatte Wang Gelegenheit, in allen leitenden Forstämtern jener Zeit in regster Verbindung zu stehen und seinen Plänen offene Herzen und gutes Verständnis zu verschaffen.

Im Jahre 1897 wurde Wang zum k. k. Forstrat befördert und im Jahre 1903 anlässlich der Schaffung eines eigenen Departements für Wildbachverbauung im k. k. Ackerbauministerium zum Ober-Forstrat und Leiter dieses Departements ernannt und wurde im Jahre 1908 zum Ministerialrat ernannt. Mit allerhöchster Genehmigung vom 26. Januar 1911 geruhte Seine k. u. k. apostolische Majestät dem Genannten die erbetene Beförderung in den dauernden Ruhestand zu bewilligen.

Wägen seine Bestrebungen tatkräftig fortgesetzt werden zum Segen der Bevölkerung und zur Ehre des österreichischen Forstwesens! R. k. Forst Ing. Emil Böhmerle.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

August/September 1917

Zur Geschichte

europäischen Hasen nebst Bemerkungen über die Ursache des Aussterbens der großen Diluvialsäugetiere Europas und über die Entstehung neuer Arten

von

Dr. Max Hilzheimer, z. St. Lazarettinspektor
im Ref.-Lazarett Weißenau bei Ravensberg.

Wenn ein guter Naturbeobachter und warmer Naturfreund seine durch eifriges Nachdenken gewonnenen Ergebnisse mitteilt, so wirkt es immer anregend auf gleichgestimmte Seelen. Auch wenn sich die eigenen Gedanken nicht immer den gleichen Bahnen bewegen, wird man die mitgeteilten Tatsachen als neue Anregung mit Freuden begrüßen und dankbar zu verarbeiten suchen. Die alte Wahrheit aber, daß der Widerstreit der Meinungen für die Erkenntnis wesentlich fördernd veranlaßt mich auf die sehr wertvollen Mitteilungen des Herrn Pfarrer Wilhelm Schuster 297 bis S. 303 im Dezember-Heft 1916 dieser Zeitschrift einiges zu entgegnen.

Vorausgeschickt möchte ich freilich noch, daß ich jetzt in Stuttgart im Militärdienst bin, also fern von meiner Wohnung Charlottenburg über meine Notizen und literarischen Handapparat nicht verfüge und demgemäß, wo ich Gewährsmänner anführe, dies aus dem Gedächtnis tun muß.

In seiner Behandlung des Hasen schreibt Schuster verschiedene Sätze, die mich sehr sympathisch berühren. Ich zitiere: „Aus Waldbhasen werden Buschhasen, ja Feldhasen“ und später: „Es waren die Waldbhasen besonders zarte Tiere, die bedeutend mehr Deckung suchten, mehr Deckung gegen Witterung, widrige Temperatureinflüsse, Kälte.“

Das sind Gedanken, wie ich sie ganz ähnlich bereits 1912 in meinem „Handbuch der Biologie der Wirbeltiere“ (Stuttgart 1913) eingehend ausführte, denn auch in etwas anderer allgemeinerer Form. Ich glaube dort nachgewiesen zu haben, daß, wenn von zwei verwandten Tieren das eine den Wald, das andere die Steppe oder offene Landschaft bewohnt, das letztere das spezialisiertere, mehr einheitlich angepasste oder wie man wissenschaftlich sagt, in der stammesgeschichtlichen Entwicklung fortgeschrittenere ist.

Ein sehr einleuchtendes Beispiel dafür ist die Giraffe und das Okapi, die beide nahe verwandt sind. Jeder Laie sieht auf den ersten Blick ein, wieviel weiter sich die offene Landschaften bewohnende Giraffe in ihren Körperverhältnissen vom allgemeinen Bauplan der Wiederkäuer entfernt hat, als das den Wald bewohnende Okapi. Die Giraffe ist eben stammesgeschichtlich weiter entwickelt, fortgeschrittener, höherstehend. Von den afrikanischen Büffeln, hat sich der die offenen Länder Ost- und Südafrikas bewohnende mächtige Rafferbüffel mit seinem gewaltigen, so eigenartigen Gehörn weiter entwickelt, als die den westafrikanischen Urwald bewohnenden kleinen Büffelformen, von denen einige noch ein Gehörn haben, das sich wenig vom normalen Rindergehörn unterscheidet. Unter den Hirschen trägt bei der einzigen Form, die nicht den Wald bewohnt, dem Rentier, auch das Weibchen ein Geweih, sicherlich ein fortgeschrittener Zustand, wenn man der wohl allgemein angenommenen Ansicht ist, daß derartige Waffen im Laufe der Stammesgeschichte zuerst vom Männchen erworben werden und dann im weiteren Verlauf der stammesgeschichtlichen Entwicklung auch auf das Weibchen übergehen. Von den sechs lebenden Nashornarten, bewohnen die primitivsten, tiefststehenden die Urwälder Sumatras. Sie haben sich noch die Schneidezähne bewahrt, die den anderen verloren gingen. Weiter als alle lebenden war aber die eigenartige sibirische Nashornform entwickelt, die die Wissenschaft als *Elsamotherium sibiricum* bezeichnet, mit ihrer einzigartigen gekräuselten Schmelzfalten auf den Backenzähnen. Dies Tier war aber ein Steppenbewohner. Ebenso dürfte nach den neuesten Forschungen von Dietrich u. a. das Mammut, also die typischste Steppenform der Elefanten, eine der höchststehenden Elefantenformen gewesen sein, sicher erheblich höher stehend als der indische Elefant.

Mit diesen Beispielen will ich es bewenden lassen, sie genügen wohl, um die allgemeine Gültigkeit des Satzes von der fortgeschrittenen Entwicklung der Steppentiere gegenüber ihren nächsten Verwandten, die den Wald bewohnen, zu zeigen.¹⁾

¹⁾ U n m. Es ist übrigens interessant, daß dieses Gesetz auch für den Menschen gilt, der ja natürlich auch den allgemeinen biologischen Gesetzen unterworfen ist. Die körperlich und geistig tiefststehenden Menschen finden wir in den tro-

Von diesem Standpunkte aus könnte mir also Schusters Ansicht: Walbhase, Buschhase, Feldhase, nur recht sein. Denn die Entwicklung schreitet von wenigen Ausnahmen abgesehen, wo wie bei Parasiten ganz besondere Verhältnisse vorliegen, stets fort. Aber Schuster vermutet, daß der deutsche Hase „ehedem durchweg Walbhase gewesen“ sei, daß er „gleich anderen Nagern seiner ursprünglichen Art nach Steppentier ist und von Osten einwanderte. Nun vermute ich (Schuster) aber, daß er nicht erst nach der Eiszeit, sondern in Steppenzeiten zwischen den Eiszeitperioden oder unmittelbar darnach bei uns eingewandert ist.“

Diesen Sätzen kann ich mich nun nicht durchweg anschließen und zwar aus zwei Gründen. Der erste und schwerwiegendste scheinen mir die paläontologischen Funde zu sein. Aus der Durchforschung der eiszeitlichen Kulturen sind wir sehr genau über die sie begleitende Fauna unterrichtet, da man dieser namentlich in den letzten Jahrzehnten mit Recht große Aufmerksamkeit geschenkt hat. Ich selbst habe vor einigen Jahren in Perigord mit zwei Herrn im Auftrage des Berliner Museums für Völkerkunde sehr sorgfältig in den altsteinzeitlichen Kulturschichten ausgegraben. Da es damals galt, sowohl das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Kulturen, als auch innerhalb der Kulturschichten eine Entwicklung festzustellen und schließlich auch das Verhältnis der Kulturschichten zu den Eiszeitphasen aufzuhellen, so kann sich jeder leicht ein Bild davon machen, wie sorgfältig die Erde durchsucht, ja durchsiebt wurde. In der Berliner anthropologischen Gesellschaft haben wir über unsere Resultate einen vorläufigen Bericht veröffentlicht. Bei dieser Art der Durchforschung des Bodens hätten uns schwerlich die Nester eines

pflischen Urwäldern Afrikas und Hinterindiens, Zwergvölker wie die Atlas, Orang-Mamas u. a. In diesem Zusammenhange sei auch wenigstens angedeutet, daß gerade die ältesten, ersten Kulturen unseres Kulturkreises in Steppengebieten, Mesopotamien und Ägypten, liegen. Diese Länder trugen ursprünglich während des Ausganges unserer europäischen Eiszeit Wald. Mit dem trockner Werden des Klimas dort, das wohl mit dem Rückgang der gewaltigen nordischen Gletscher zusammenhing, ging auch der Wald zurück. Nester der ehemaligen Waldbedeckung müssen zu Beginn des Dämmeris der Geschichte jener Völker noch bestanden haben, wie ich mehrfach an Hand der damaligen Fauna nachgewiesen habe. Mit dem Rückgang des Waldes wurde aber allmählich jenen Völkern der ihnen durch den Wald gewährte Schutz entzogen, sie wurden allmählich den härteren Lebensbedingungen der freien Steppe ausgesetzt. Damit war der erste Anreiz zur kulturellen Entwicklung gegeben. Als bei weiterer Austrocknung die Steppe zur Wüste wurde, verschwand aus jenen Gebieten die Kultur. So steht Wachsen und Werden der Völker in innigem Zusammenhang mit geologischen und kosmischen Verhältnissen. Europa konnte seine hohe Kultur erst erreichen, nachdem die Wälder zurückgebrängt und eine (Kultur-) Steppe geschaffen war.

nur einigermaßen häufigen Tieres entgehen können, zumal wir auf die Fauna besonders achteten und selbst so kleine Stücker, wie Fischwirbel fanden. Nirgends aber fanden wir in rein eiszeitlichen Schichten Hasen-Nester. Und ich darf gleich hinzufügen, auch von anderer Seite sind sie dort nicht gefunden worden, obwohl der weit kleinere Lemming (Lemminge in Südfrankreich!) entdeckt worden ist. Das will bei der großen Sorgfalt, mit der von den verschiedensten Seiten in Südfrankreich ausgegraben ist, immerhin etwas heißen. Die ersten Nester von Hasen fand ich erst in Magdalenien selbst und zwar nicht einmal im Beginn sondern etwa in mittleren Schichten und zwar am klassischen Fundort La Madeleine. Dies war der typische kleine französische Hase (*Lepus meridiei* Hilzh.), wie er heute noch Frankreich bewohnt, nicht unser großer deutscher Hase (*Lepus europaeus* Pallas). Da nun das Magdalenien eine altsteinzeitliche Kulturstufe ist, die nach der allgemeinen Meinung in die Ausgangsphase der Eiszeit, d. h. in die Zeit nach der letzten großen Vereisung verlegt werden muß, so scheint es mir erwiesen, daß in Perigord der Hase erst nach der Eiszeit einwanderte. Diesen Schluß dürfen wir wohl auf ganz Südfrankreich ausdehnen, das schon mindestens seit dem Diluvium ein einheitliches Faunengebiet gewesen ist. Dabei muß Steppenbildung nach Ausweis der Fauna schon sehr früh dort geherrscht haben, denn das Wildpferd und der Bison *priscus*, d. h. eine Form des Bison, die dem amerikanischen, prärieenbewohnenden Bison und nicht unserm waldbewohnenden Wisent gleich, finden wir seit dem Acheuléen, also einer dem Beginn der eiszeitlichen Kulturen zeitlich nahestehenden Kulturperiode, die spätestens in die Mitte der Eiszeit zu setzen ist.

Ähnliches gilt in Bezug auf den Hase auch für Deutschland. Wenn es mir auch leider nicht möglich ist, im Augenblick die verschiedenen aufgestellten diluvialen Faunenlisten durchzusehen, so glaube ich doch nicht, daß unter den wirklich diluvialen Tieren der Feldhase (*Lepus europaeus* Pallas) vorkommt. Dagegen findet sich sehr häufig darunter der Schneehase (*Lepus timidus* L.). Freilich muß man beim Studium von diluvialen Faunenlisten vorsichtig sein. Es sind nämlich fossile Faunen leider häufig von Geologen bearbeitet worden. Diese mögen oft als Geologen mit Recht sich großer Wertschätzung erfreuen, zur Beurteilung feinerer Unterschiede morphologischer Art, wie sie bei Bearbeitung fossiler Faunen nötig sind, fehlt ihnen aber die nötige Erfahrung. Das Schlimme dabei ist, daß nun die Autorität, deren sie sich infolge ihrer Bedeutung auf geologischem Gebiet erfreuen, auch blind auf ihre paläontologischen Ausführungen über-

gen wird. Für den Kenner ist der Wert der-
iger Bearbeitungen paläontologischen Materials
ort zu ersehen, indem oft Artnamen auf Reste
geführt werden, die kaum ausreichen, Gattungen
bestimmen.

Nun sind Feld- und Schneehase im Skelett,
bst wenn ganze Skelette rezenter Tiere vorliegen,
on nicht ganz leicht unterscheidbar. Um wieviel
werer ist das bei einzelnen fossilen Resten. Wenn
Hädel oder wenigstens Gebißteile vorliegen, mögen
i genauer Kenntnis und großer Übung beide
asenarten mit leidlicher Sicherheit unterschieden
werden, aber schon bei Gliedmaßenknochen scheint
mir schwer, immer mit Sicherheit zu sagen, welche
on beiden Arten vorliegt, bei Wirbelsknochen dürfte
as ganz unmöglich sein. Zwar wenn die Bestim-
mungen von Männern wie Diebe, Woldrich, Nehring,
Studer u. a. herrühren, kann man sie wohl
als gesichert annehmen. Und gerade Studer
at die Fauna der sehr exakt durchforschten
Schweizer diluvialen Kulturstätten sehr genau
bearbeitet und meines Wissens dort in diluvialen
Schichten keinen Schneehasen gefunden. In dem
großen Werk „Die diluviale Vorzeit Deutschlands“
von R. R. Schmidt, G. Koken und A. Schütz (Stutt-
gart 1912) gibt Koken im paläontologischen Teil
eine Zusammenstellung der bisher beschriebenen
Faunen diluvialer Kulturstätten Deutschlands. Der
europäische Hase wird dabei nur zweimal erwähnt,
S. 173 und 189, und dabei ausdrücklich hervorge-
hoben, daß er jünger sei als die eiszeitlichen Tiere
dieser Fundplätze, an denen die Schichten insolge
moderner Grabungen gestört waren. *Lepus timi-*
lus L., der Schneehase, dagegen fehlt kaum einer
deutschen diluvialen Fauna.¹⁾

Dies alles scheint mir also dafür zu sprechen, daß
der europäische Hase im europäischen Diluvium
fehlte und erst nach der Eiszeit hier einwanderte.
Und zwar muß die Einwanderung sehr spät erfolgt
sein. In den spärlichen Funden des Aizilien, der un-
mittelbar auf das Magdalenien folgenden Kultur,
die einer Waldzeit mit moderner Fauna angehört,
ist kein Hase gefunden. Jedoch ist diese Kulturschicht
bei uns bisher viel zu selten, um daraus Schlüsse zu
ziehen. Leider fehlt mir im Augenblick die Möglich-
keit, die zahlreichen jungsteinzeitlichen und späteren
prähistorischen Faunenlisten durchzusehen. Viel-
leicht ließen sich daraus über die Zeit des Einwan-
derns von *Lepus europaeus* Pall. und seiner Her-
kunft Schlüsse ziehen.

¹⁾ Leider trankt die Arbeit Kokens, soweit es sich um
eigene Bestimmungen handelt, daran, daß nie angegeben ist,
auf welche Knochenfunde sie sich stützen. So weiß man nicht,
wie *Lepus cf. cuniculus* (S. 173) und *Lepus sp.* S. 201 zu
deuten ist.

Der deutsche Hase ist wohl, wie auch Schuster an-
nimmt, höchst wahrscheinlich von Osten gekommen.
Aber wahrscheinlich mehr von Südosten, als direkt
von Osten oder gar Nordosten. Woher stammt nun
der französische Hase? Daß *Lepus meridiei* Hilzh.
nicht nur eine der modernen Arten ist, die nur vom
genauen Kenner wiedererkannt werden könne,
sondern daß wirklich beide erheblich verschieden sind,
lehrt ein Vergleich des etwa um $\frac{1}{3}$ kleineren, sehr
lebhaft gefärbten südfranzösischen Hasen, mit dem
erheblich größeren matter gefärbten, namentlich der
lebhaft rostroten Farbe entbehrenden deutschen
Hasen. Der Unterschied zwischen beiden ist min-
destens so groß, wie zwischen etwa einem lang-
haarigen deutschen Hühnerhund und einem Setter.
Durch Deutschland kann der Hase Südfrankreichs
nicht gekommen sein, sonst müßten hier irgendwo
seine Nester gefunden sein. Oder sollten die a. a. O.
in der Anmerkung genannten *Lepus sp.* und *Lepus*
cf. cuniculus sich auf ihn beziehen? Schon bei der
Erwägung dieser Frage wäre es sehr wichtig, wenn
man wüßte, welche Nester Koken vorgelegen haben.

So verschieden der südfranzösische Hase von dem
deutschen Hasen ist, so ähnlich ist er gewissen um das
westliche Mittelmeer wohnenden europäisch-nord-
afrikanischen Hasen. Wir dürfen also wohl in ihm
einen Einwanderer aus Spanien vermuten, dem,
und das steht wieder im Einklang mit Schusters An-
sicht, die wiederkehrende Wärme ein Vordringen
nach Norden ermöglichte. Wie weit er hier nach
Norden vorgeedrungen ist, kann ich nicht sagen. Auf
jeden Fall geboten im Osten, nach meinen Fest-
stellungen im Elsaß, seinem Eindringen in das Rhein-
tal die Vogesen Halt, während dieses Waldgebirge
andererseits hier gegen das Vordringen des *Lepus*
europaeus nach Westeneine unüberwindliche Schranke
bildete. Es liegt hier also der merkwürdige und sehr
beachtenswerte Fall vor, daß einmal eine Tiergrenze
mit einer Landesgrenze zusammenfällt.¹⁾ In diesem
Sinne ist also Schusters Fig. I mit der Verbreitung
des Hasen zu korrigieren. Es handelt sich nicht um
eine einheitliche Art, deren Verbreitungsgebiet dort
als das des Hasen umgrenzt ist, sondern um das
von mindestens zwei Arten, die nach Aussehen und
Herkunft verschieden sind. Auch der englische und
irische Hase, soweit letzterer nicht ein Schneehase ist,

¹⁾ Es ist sehr beachtenswert, gerade augenblicklich, wo
in Frankreich immer wieder von dem stammeswandten
Elsaß-Lothringen gesprochen wird, wie scharf hier die tier-
geographische Grenze ist. So zieht z. B. von Westen her die
Ginsterlache bis an die Vogesen, von Osten machte noch vor
wenigen Jahrzehnten hier der Hamster Halt. Jetzt hat er das
Hindernis, allerdings auf dem Umweg über Belgien (!)
überwunden. Diese Beispiele ließen sich noch leicht vermehren.
Man sieht also, wo die „natürliche“ Grenze zwischen Frank-
reich und Deutschland verläuft.

gehört zum „Mittelmeerhasen“, wie ich ihn einmal nennen möchte.

Daß aber gerade das nicht eben hohe Waldgebirge der Vogesen für die Hasen von beiden Seiten ein unüberwindliches Hindernis bietet, ist für die folgende Frage, der ich mich jetzt zuwende, sehr zu beachten. Die Höhe der Vogesen ist nämlich keineswegs eine derartige, daß etwa deswegen die Hasen es nicht hätten überschreiten können. Sondern es leben, wie ich mich wiederholt überzeugt habe, auch auf den Vogesenkämmen Hasen. Aber freilich äußerst spärlich. Die Seltenheit des Waldhasen geht ja auch aus Schusters Aufsatz hervor. Nur ist Schuster der Ansicht, die Waldhasen seien früher häufiger gewesen und verschwinden heute mehr: „Die deutschen Hasen müssen ursprünglich Waldhasen gewesen sein. Denn das Germanien des Caesar und Tacitus war Waldgebiet. Hasen waren damals in Deutschland vorhanden.“ Ja, sicher waren zu Tacitus Zeiten in Deutschland Hasen vorhanden, wie gewisse römische Denkmäler beweisen. Tacitus selbst erwähnt übrigens in seiner Germania den Hasen nicht; ob dies Caesar tut, ist mir unbekannt. Woraus aber schließt Schuster, daß diese Tiere damals besonders zahlreich gewesen sind?

Woher will Schuster wissen, daß im Germanien des Caesar und Tacitus der Waldhase häufiger war als heute? Ich kenne eine im tgl. Lapidarium in Stuttgart befindliche, in Stuttgart gefundene, römische Darstellung eines Jägers auf einer Hasenjagd; der den Hasen von einem Windhund jagen läßt.¹⁾ Ähnliche Hasenjagden mit Windhunden sind mir aus Gallien bekannt. Nun hat aber sicher nie und nirgends jemand Waldbtiere mit Windhunden gehegt, denn im Walde würden sich diese Jagdgehilfen des Menschen die Schädel einrennen. Und im Mittelalter hat man Falken zur Hasenjagd abgerichtet, wieder ein Beweis dafür, daß der Hase auch damals ein Tier des offenen Geländes war. Wie überhaupt der ganze Falkensport beweist, daß hinreichend offenes Gelände im mittelalterlichen Deutschland vorhanden war. Hiermit soll aber nun keineswegs die Zunahme der Hasen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten geleugnet werden. Im Gegenteil ist eine solche nicht zu bezweifeln. Nur hat sie ihre Ursache nicht in biologischen Veränderungen, sondern in den durch die Feldwirtschaft für die Hasen geschaffenen besseren Lebensbedingungen. Auf eine biologische Änderung in der Lebensweise aber zu schließen, scheint mir sehr gewagt.

¹⁾ Abbildung bei Hilzheimer. Die Haustiere in Abstammung und Entwicklung. Abb. 12 S. 29 (Stuttgart bei Strecker u. Schröder).

Sicherlich ist das römische Germanien, wie auch das spätere Deutschland Waldgebiet gewesen, aber es wird sich nicht über das ganze Land ein Band an den anderen gereiht haben, sondern es wird auch Lücken im Walde gegeben haben, Blößen, Waldwiesen, wo sich Hasen halten konnten, ebenso wie auch als Hinterlassenschaft der Steppenzeit als „Relikte“ sich überall an geeigneten Plätzen Stepperpflanzen gehalten haben. Starben doch auch gewisse andere Steppentiere in dem späteren waldbedeckten Deutschland nicht völlig aus. Pferde erhielten sich an geeigneten Orten durch das ganze erste Jahrtausend, an manchen Stellen noch länger. Auch der Hamster überlebte die Waldzeit, und niemand wird von ihm behaupten, daß er jemals Walbtier gewesen ist. Er bietet übrigens genau dasselbe Bild wie der Hase, insofern nämlich, als er mit Zunahme der durch Bebauung geschaffenen für seine Lebensbedingungen günstigen offenen Stellen, mit Zunahme der Felder, der „Kultursteppe“ ebenfalls erheblich zunahm. In diesem Zusammenhang ist gerade der Vergleich der mit Schusters Fig. 1 zusammengestellten Verbreitungsgebiete des Hasen und des doch sicher waldbewohnenden Eichhörnchens lehrreich. Bei dem Eichhörnchen gibt es keine von Nord nach Süd verlaufende Grenze, wie eine solche die Vogesen für Hase und Hamster bilden. Das Eichhörnchen war aber Waldbewohner und konnte sich sonach, als ganz Europa von Wald bedeckt war, auch einheitlich über diesen ganzen Kontinent verbreiten. Wohl mag man bei dem europäischen Eichhörnchen hier und da etwas besonders aussehende Lokalformen oder selbst Unterarten nach mühsamen Studien trennen, aber zwei derartig scharf geschiedene Arten, wie die beiden Hasenarten, gibt es bei dem Eichhörnchen nicht.

Noch einen fernerer Grund habe ich gegen die Annahme, daß Hasen jemals eigentliche Walbtiere waren. Es gibt ein biologisches Gesetz, das sogenannte Dollosche Gesetz, von der Nichtumkehrbarkeit der Entwicklung im stammesgeschichtlichen Verlauf. Wenn z. B. im Laufe der Entwicklung ein Organ verloren gegangen ist und es infolge Wechsels der Lebensweise wieder benötigt wird, so kann es doch nicht wieder entstehen, sondern es muß an seiner Stelle ein neues Organ gebildet werden. Ein Beispiel aus unserer Fauna wird dies klar machen. Die Eichhörnchen hatten wohl schon, bevor sie zur kletternden Lebensweise übergingen, den Daumen verloren. Nun machte aber die Art ihrer Bewegung, die Art, wie sie die Borkenfäße beim Fressen halten, einen Widerhalt gegen die übrig gebliebenen 4 Finger nötig. Da konnten sie nicht etwa den verloren gegangenen Daumen wieder bekommen, sondern mußten statt dessen ein

des Organ entwickeln; sie bekamen nun an seiner Stelle an den Händen eine Art Warze, die wohl dem Beizenballen entstammt.

Dieses Dollosche Gesetz geht noch weiter. Nicht verloren gegangene Organe können nicht wieder entstehen, sondern auch funktionslos gewordene können ihre frühere Betätigungsmöglichkeit nicht mehr erhalten. Man nimmt wohl mit Recht an, daß im Laufe der Stammesgeschichte dem Verwinden eines Organs eine Zeit vorhergeht, wo es außer Dienst gesetzt wird. Beispiele für derartige funktionslos gewordene Organe sind bekannt genug. Sei nur an die Muskeln in der Ohrmuschel des Menschen und den verächtlichen Wurmfortsatz des Blinddarms erinnert. Bei den Kängurus ist das Ende der Schwanzmuskulatur funktionslos geworden, nicht der Anfang, da ja bei ihm die Wurzel des Schwanzes ein wichtiges Stützorgan ist. Dem Anschein nach stammen aber die Kängurus von baumbewohnenden Tieren ab und hatten früher einen Greifschwanz, wie andere baumbewohnende Säugetiere. Als Reste davon finden wir heute noch in einem zu den Kängurus gehörigen Tiere, nämlich Bettongia, eine gewisse Greiffähigkeit des Schwanzendes. Diese läßt sich bei dem erdbodenbewohnenden Tiere gar nicht anders erklären, als durch die Annahme baumbewohnender mit Greifschwänzen versehener Vorfahren. Nun sind die Kängurus zur Anzahl Kängurus zum Baumleben zurückgekehrt. Der Schwanz aber konnte die verlorene Greiffähigkeit nicht wieder erhalten, obwohl das sehr nützlich gewesen wäre.

Was hier für zwei Beispiele ausgeführt wurde, gilt natürlich auch für alle übrigen Körperteile, aber es gilt natürlich nicht nur für den Körper, sondern auch für die Psyche, für Gewohnheiten und Instinkte, die ja nur eine Funktion des Körpers sind. Nun habe ich schon am Anfang auseinandergesetzt, daß das Steppenleben eine höhere Entwicklung bedingt als das Waldleben. Aus diesem Grunde scheint es mir unahrscheinlich, daß ein psychisch und körperlich an die Steppe angepasstes Tier Waldtier wird. Und tatsächlich sind auch jene erwähnten diluvialen Steppentiere, das Mammuth, der Bison priscus, das Mastotherium, das wollhaarige Nashorn ausgestorben, manche früher, manche später, wie die Pferde; manchen ist es gar gelungen, sich ein neues waldfreies Gebiet zu erobern, in dem sie sich auf den Gebirgshöhen über dem Waldgebiet ansiedelten, wie die Steinböcke, die heute noch leben. Waldtier aber ist keines von ihnen geworden. Der lebende Bison ist kein Nachkomme des diluvialen Bison priscus. Mit diesem identisch, höchstens unterartlich von ihm unterschieden, ist der amerikanische Bison, dem eine gute ausgedehnte Steppe, eben die nord-

amerikanische Prärie, die nötigen Lebensbedingungen gewährt. Während in Eurasion die Entstehung mächtiger zusammenhängender Waldungen ihm, wie den anderen Steppentieren das Leben unmöglich machte. Man hat sich oft den Kopf zerbrochen, warum jene großen diluvialen Säugetiere ausgestorben sind. Es schien das umso unerklärlicher, als man nachweisen konnte, daß noch heute in Sibirien die gleiche Flora besteht, als zur Zeit in der die Mammute dort lebten. Auf der Suche nach einer Ursache für das Aussterben, hat man selbst den diluvialen Menschen dafür verantwortlich machen wollen, bis Soergel vor einigen Jahren überzeugend klar legte, daß der Mensch als Vernichter nicht in Betracht kommt.

Für jeden, der meinen Ausführungen bis hierher gefolgt ist, wird es ohne weiteres klar sein, warum jene Tiere aussterben mußten. Aber es muß einmal klar und deutlich ausgesprochen werden: Die Ursache des Aussterbens jener eiszeitlichen Steppentiere war die Ausbildung des Waldes in Europa und Nord-Asien und die Unmöglichkeit für ein Steppentier, sich an den Wald anzupassen. Für diese Auffassung bildet die Tatsache, daß heute noch an den sibirischen Fundstellen dieselben Gewächse gefunden werden, keine Schwierigkeit, wenn wir uns die biologischen Gewohnheiten der nordischen Säugetiere vor Augen halten. In meinem Handbuch der Biologie habe ich bei Besprechung der Tierwanderungen darauf hingewiesen, daß alle nordischen Tiere wandern, die größeren regelmäßig, die kleineren periodisch. Aber auch die Tiere der Steppen führen regelmäßige Wanderungen aus. Über die Wanderungen der wilden Equiden in Zentralasien haben uns russische Forscher eingehende Berichte hinterlassen. Aus Südafrika haben die mächtigen Wanderzüge der Springböcke große Berühmtheit erlangt. Auch sonst berichten die Erforscher der afrikanischen Tierwelt von den Wanderungen der großen Steppensäuger. Warum sollen gerade die Säugetiere der europäischen diluvialen Steppen nicht gewandert sein? Wir müssen vielmehr annehmen, daß auch sie den allgemeinen Gesetzen der Steppentiere folgten, dieselben Gewohnheiten hatten und große jahreszeitliche Wanderungen antraten, die sie im Winter weit nach Süden führten. Gehen doch noch heute die Wanderungen der Rentiere auf der Teimyrhalbinsel über mehrere Breitengrade fort. Als sich nun in Europa der Wald ausbildete, war hier ein Leben für Steppentiere ausgeschlossen. Ähnlich lagen aber die Verhältnisse auch in Asien. Zwar war hier nicht die ganze Steppe mit Wald bedeckt, aber die nord-sibirische Tundra wurde nach Süden durch die mächtigen Waldgürtel der Taiga abgeschlossen. Damit waren den nordischen Steppen-

tieren, Mammut, sibirisches Nashorn, Bison priscus und anderen die südlichen Teile ihres Wohngebietes entzogen. Wohl wächst heute noch in der Tundra dieselbe Vegetation, wie damals als die großen Säuger dort wohnten, wohl würden sie dort im Sommer noch genügend Nahrung finden, wohin aber sollen sie vor dem Verhungern im Winter flüchten, nachdem die Taiga im Süden ihnen ein nicht zu überwindendes Hindernis bereitet? So mußten sie infolge der Ausbildung der Taiga¹⁾ und der Unmöglichkeit für Steppentiere, sich an den Wald anzupassen, aussterben. Nur, und das ist der beste Beweis für meine Ansicht: in Nordamerika, wo sich eine mächtige, nach Süden unbegrenzte Prärie ausdehnt, konnte sich der Bison bis auf den heutigen Tag erhalten. Dort waren seiner Wanderlust niemals Schranken gesetzt und es ist zu bekannt, um hier noch näher darauf eingegangen zu werden, daß er im Winter den südlichen, im Sommer den nördlichen Teil seines Wohngebietes bezog, indem er jedes Jahr große Wanderungen ausführte. Das gilt natürlich nur für die Zeit vor seiner in den 70 er Jahren erfolgten mutwilligen Ausrottung durch den Menschen.

Gegen diese Ansicht, daß der Hase im allgemeinen niemals Waldtier war, sprechen auch die wenigen vereinzelt Waldhasen nicht. Ebenso, wie es bei den körperlichen Eigenschaften der Lebewesen eine große Veränderlichkeit gibt, so auch bei den geistigen. Gewohnheiten und Instinkte variieren nicht minder und kein Tier ist körperlich oder geistig dem andern gleich. Besonderheiten kommen auch bei den Tieren vor; wenn sie auch wegen der großen Schwierigkeit der Beobachtung, zumal sie auch nicht meßbar oder wägbare sind, weniger bekannt und erforscht sind. So gibt es auch einzelne Hasen, die aus besondern Gründen, sei es körperlicher oder psychischer Art, ein Leben im Walde vorziehen. Daß es aber, wie Schuster andeutet, wirklich zwei biologische Rassen, Wald- und Feldhase, und vielleicht als dritte noch den Buschhasen gibt, will mir noch nicht recht in den Kopf. Wohl kennen wir auch sonst bei Säugetieren derartige der Lebensweise nach verschiedene, sogenannte „biologische“ Rassen, welche bei körperlicher Gleichheit verschiedene Instinkte

¹⁾ Die Ausbildung der Taiga führte übrigens zu jener scharfen Trennung zwischen den Tieren der nördlichen und südlichen Steppe. In diluvialen Ablagerungen finden wir noch neben Ren, Saigaantilopen und Wildpferde, neben nordischen Nagern südl. Das ist wohl so zu erklären, daß infolge des fehlenden Waldbürtels zwischen den Verbreitungsgebieten beider keine scharfe Grenze bestand, und in breiter Zone mögen die Gebiete, die die Tiere des Nordens im Winter bewohnten, von den südlichen im Sommer eingenommen worden sein. So finden wir heute ihre Nester gemeinsam, ohne daß sie gerade neben und durcheinander gewohnt zu haben brauchen.

und Gewohnheiten besitzen. So kann man unter Wühlratte (*Arvicola terrestris*) und unsere Wasser- ratte (*Arvicola amphibius*) an körperlichen Merkmalen nicht unterscheiden, obwohl sie die schon im Namen ausgedrückten verschiedenen Lebensgewohnheiten haben.

Gewiß ist es sehr wichtig, auf biologische Veränderungen zu achten, und es ist ein großes Verdienst von Schuster, bei verschiedenen Gelegenheiten nachdrücklich auf die Möglichkeit der Änderungen in der Lebensweise der Tiere hingewiesen zu haben. Denn wenn wir solche beobachten, wahrnehmen, gewissermaßen mit eigenen Augen sehen können, so wäre das äußerst wichtig, nicht nur wegen der erdgeschichtlichen Schlüsse, die Schuster gläubig daraus ziehen zu können, sondern auch, wie ich später zeigen werde, in entwicklungstheoretischer Hinsicht. Aber man muß mit der Annahme solcher biologischer Veränderungen äußerst vorsichtig sein. Wie alt ist denn überhaupt das Interesse an der Lebensweise der Tierwelt! Abgesehen von Jagdtieren und von Beobachtungen an gefangen gehaltenen Tieren, hat uns die frühere Zeit doch nur auffällige Erscheinungen aus der Tierwelt berichtet. Gerade das alltägliche, die ganze Lebensweise eines Tieres ist doch erst in allerneuester Zeit Gegenstand der wissenschaftlichen, exakten Erforschung geworden und selbst da ist es ein nur von einigen wenigen beachtetes Gebiet geblieben. Wenn da also heute neue Tatsachen bekannt werden, braucht es sich noch lange nicht um eine Änderung der Lebensweise zu handeln, sondern um eine bessere Erkenntnis. Ich erinnere nur an das berühmte, vor etwa 10 Jahren häufig angeführte, Beispiel von der Änderung in den Lebensgewohnheiten der Ammel, welche erst in den letzten Jahrzehnten Fleischfresser geworden sein sollte. Nun steht aber schon, wie ich vor einigen Jahren in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift ausführte, im Frankfurter Kräuterbuch, das gegen Ende des 15. Jahrh. erschien, daß die Ammel Fleisch fresse. Sie tat das also bereits seit 400 Jahren und vermutlich schon länger, wir haben nur darüber keine Nachrichten. So hat also die Ammel nicht ihre Lebensgewohnheiten geändert, sondern diese sind nur besser bekannt geworden. Sie wird eben immer, wie noch manche andere Tiere, ein Allesfresser gewesen sein. Nun führt Schuster zwei Beispiele von veränderter Lebensweise bei Säugetieren an. Das erste betrifft die Eichhörnchen, welche infolge der milden Winter immer mehr auf die Winterruhe verzichten sollen. Daß hier wirklich ein fortschreitender Prozeß vorliegt, der bei Winterschlafern durch Abnahme der Winterruhe allmählich zum völligen Verzicht auf die Winterruhe führt, scheint mir mindestens schwer beweislich. Ich habe in meinem schon mehr

erwähnten Handbuch der Biologie der Wirbel- alles sorgfältig zusammengetragen, was über Winterschlaf der Tiere bekannt ist. Daraus ist mir zunächst hervorzugehen, daß es einen wirklichen monate- oder selbst nur wochenlangen Winterschlaf unter Säugetieren höchstens bei Insektenfressern wie Fledermäusen oder Igel gibt. Unter den andern Winterschläfern schlafen, wie es scheint, die deshalb sogenannten „Schläfer“ und „Murmeltier“-tiere noch am tiefsten und längsten. Aber ist unsere Siebenschläfer kommen an schönen milden Wintertagen aus ihrem Versteck hervor. Überhaupt schlafen wir bei den Winterschläfern, die Vorräte legen, schon deshalb nicht an einen ununterbrochenen Schlaf denken, selbst wenn auch, wie bei den Eichhörnchen, nicht immer alle Vorräte aufgebraucht oder wiedergefunden werden. Auch die Winterschlafenden Wägen liegen nicht in ununterbrochener Ruhe. Werfen doch gerade bei ihnen die Weibchen in den Wintertagen ihre Jungen; und von den Eisbären ist es bekannt, daß einzelne Individuen den ganzen Winter durch tätig sind. Bei diesen hochentwickelten Tieren kann man doch aber sicher nicht von einem allmählichen Aufgeben der Winterruhe in der kalten milden Winter denken. Überhaupt wissen wir noch wenig über die Ursache, warum die Tiere in den Winterschlaf in den lethargischen Zustand — sagt man wissenschaftlich wohl besser insgemein, es sich nicht immer um einen wirklichen Schlaf handelt — verfallen. Die unmittelbare Ursache scheint nicht immer ein bestimmter Temperaturanstieg zu sein — es gibt in den Tropen bei gewissen Tieren auch einen Trockenzeits-Schlaf und bei den Insekten Eidechsen wenigstens teilweise einen Sommer-Schlaf, — doch ist die Ursache wohl in irgendwelchen noch nicht genau bekannten kosmischen Einwirkungen zu vermuten. Auf jeden Fall scheint es für unsere Tiere festzustehen, daß ihr Schlafbedürfnis in milden Wintern weniger groß ist, als in strengen. Eine biologische Veränderung ist das also nicht, wenn die Eichhörnchen während einer Reihe milder Winter tätiger sind als bei strengem Winter. Eine solche könnten wir erst dann feststellen, wenn nach einer Reihe milder Winter bei Wiederansetzen einer Folge strenger Winter die Eichhörnchen die in den vorhergehenden Wintern geübte Gepflogenheit kürzeren Winterschlafes beibehielten. Solange das nicht bewiesen ist, kann nur festgestellt werden, daß die Eichhörnchen die Gewohnheit haben, in milden Wintern weniger zu schlafen als in strengen. Es ist das eine Eigentümlichkeit, die zu ihrer Lebensweise gehört, ebenso wie es zu ihrer Nahrung reichlicher ausfällt, stärker vermehren als in solchen, wo sie kärglich ist.

Das zweite Beispiel für eine biologische Änderung findet Schuster beim Kaninchen, indem er feststellt, daß das Kaninchen im Mainzer Becken vielfach keine Höhlen mehr herstellt, sondern Freilandbewohner sei. Diese Tatsache ist nun an und für sich so interessant, daß wir ihm für diese Mitteilung dankbar sein müssen. Nur befindet er sich in der Annahme der Ursache für diese biologische Veränderung auf einem Wege, auf dem ich ihm nicht zu folgen vermag.

Von der Ansicht ausgehend, daß die Kaninchen ursprünglich die Angewohnheit, Höhlen anzulegen, annahmen infolge eines durch das schlechte Klima der Eiszeit erregten Schutzbedürfnisses, schließt Schuster weiter, daß nunmehr die Aufgabe dieser Gewohnheit die Folge eines wieder besser werdenden Klimas sei. Nun ist es gewiß richtig, daß die Anlage von Höhlen einem Bedürfnis des Tieres nach Schutz entspricht. Muß dies aber gerade ein Schutz gegen unwirkliches Klima gewesen sein? Es gibt doch auch in den warmen Ländern höhlenbewohnende Säugetiere, sogar vollkommen unterirdisch lebende wie den afrikanischen Bathyergos. Bei den Kaninchen kommt noch besonders hinzu, daß es während der Eiszeit gar nicht in Mitteleuropa lebte. Es ist auch hier nicht etwa in der Nacheiszeit eingewandert. Sondern die Heimat des Kaninchens ist bekanntlich Spanien, das auch während der Eiszeit ein verhältnismäßig mildes Klima hatte. Von hier aus wurden Kaninchen erst zu Anfang der geschichtlichen Neuzeit nach Deutschland importiert.¹⁾ Meint nun Schuster wirklich, das heutige Klima der Rheinebene sei wärmer, als es in Spanien vor etwa 500 Jahren der Fall war? Ich glaube kaum, daß jemand diesen Gedanken wird aussprechen können. Nein! Die Verhältnisse liegen anders. Das Kaninchen hat wie die Mehrzahl der Nagetiere²⁾ eine große Anpassungs-

¹⁾ Vgl. auch die Ausführungen darüber von Prof. D. Pag in Naturwissensch. Wochenschr. 32 Bd. (N. F. 16. Bd.) Nr. 22 vom 3. Juni 1917, S. 299—300, der darin auch sehr interessante Tatsachen über das neuerliche Vordringen des Kaninchens nach Polen bringt. Es hat dort bereits die Weichsel erreicht, ist aber noch nicht auf das rechte Weichselufer vorgeedrungen. — Auch die von Schuster erwähnten Hasen wurden durch die Römer importiert. Schusters Ansicht, daß sie sich „Europa vom Balkan her erwandert“ hätten, dürfte starken Zweifeln begegnen. Denn die Griechen lernten diesen Vogel bekanntlich nicht auf den Balkan kennen, sondern in Golyis und gaben ihm nach dem kleinasiatischen Fluß Phasis, wo sie ihn in Menge trafen, den heute noch in der Wissenschaft gebräuchlichen Namen „Phasianus“. Es ist möglich, und spricht manches dafür, daß sie ihn schon in ihrer Heimat einbürgerten. Nach Deutschland haben ihn aber erst die Römer gebracht.

²⁾ Die Nagetiere sind überhaupt eine erdgeschichtlich verhältnismäßig junge Säugetierordnung, die noch eine Zukunft haben. Das zeigt sich in der auf großem Anpassungsvermögen beruhenden leichten Ansiedlungsfähigkeit, wie es z. B. den Ratten noch in der Neuzeit gelang, sich über

fähigkeit, so daß es leicht auf allen ihm einigermaßen zugänglichen Plätzen anzusiedeln ist. Die Anpassungsfähigkeit besteht nun darin, daß das Tier nicht etwa in der neuen Heimat einfach gut weiter lebt, sondern es reagiert leicht auf äußere Einflüsse und ändert ihnen gemäß seine Gewohnheiten, ja sogar seinen Körperbau ab, es paßt sich eben an. Das zeigen uns zwei berühmte Beispiele. Das eine sind die seit Darwin allgemein bekannten Porto-Santo-Raninchen, die, obwohl von aus Europa eingeführten Eltern abstammend, sich auf jener Insel derart verändert haben, daß sie nicht nur ein anderes Aussehen gewannen, sondern andere Lebensgewohnheiten annahmen und biologisch derartig abgeändert wurden, daß sie selbst sich nicht mehr als Verwandte ihrer Stammeltern, der europäischen Raninchen, fühlen: sie lassen sich nämlich mit ihnen nicht mehr kreuzen. Auch in Australien, wo die eingeführten Raninchen bald eine Landplage wurden, da für deren Beseitigung von Staats wegen vergeblich Millionen geopfert wurden (von Neu-Süd-Wales allein 15 Millionen), haben sie andere Gewohnheiten angenommen. Sie sollen angefangen haben Bauntiere zu werden und ihre Gliedmaßen sollen in Anpassung an die neue kletternde Lebensweise gewisse Umgestaltungen erfahren haben. Das zeigt, wie schnell und vollkommen sich Raninchen anpassen können. Wenn also am Rhein die Raninchen andere Lebensgewohnheiten angenommen haben, als ihnen ursprünglich zukamen, so hat das natürlich seine Gründe. • Dafür allein das milder werdende Klima verantwortlich zu machen, scheint doch wohl etwas gewagt zu sein. Sicher wäre es eine interessante und lohnende Aufgabe, die Ursache zu erforschen, denn hier schlummern tiefere Probleme.

Es ist nämlich denkbar, daß derartige zunächst geringfügige Änderungen in der Lebensweise zu tief greifenden Änderungen der ganzen Organisation des Tieres und damit zur Entstehung neuer Arten führt. Wie ja tatsächlich das australische Raninchen infolge der Gewohnheit, Bäume zu besteigen, schon eine Änderung des Fußbaues erlitten hat. Und das

die ganze Erde zu verbreiten. Und die vor wenigen Jahren in Böhmen angesiedelte amerikanische Wiberratte hat sich dort so schnell und so stark vermehrt, daß sie nicht nur in ihrem ursprünglichen Ansiedelungsgebiet zur Landplage geworden ist, sondern das Land weit darüber hinaus überschwemmt. Es liegt also, wie auch das Raninchen lehrt, im Einbürgerern fremder Nagetiere bei uns eine große Gefahr. Darum seien alle Jäger, die bei uns fremde Tiere einbürgerern wollen, vor Nagetieren aller Art gewarnt. — Umgekehrt wie die Nagetiere haben die Huftiere die Höhe ihrer Entwicklung überschritten. Bis auf ganz geringe Arten eigentlich nur Haustiere sind sie starre, nicht mehr anpassungsfähige Formen geworden, daher die Schwierigkeit Steinböde, selbst dort, wo sie noch vor kurzem beheimatet waren, wieder anzusiedeln, wenn sie einmal ausgerottet sind.

Porto-Santo-Raninchen wäre sicher schon als neue Art im System aufgenommen, wenn man seine Herkunft nicht so genau wüßte. Es wurde aber schon angeführt, daß die wichtigsten Unterschiede zwischen europäischem und Schneehase im Gebiß und Schädelbau liegen. Diese Unterschiede sind sicher durch Verschiedenheiten in der Nahrung bedingt. Unser Hase äßt vorwiegend saftige, weiche Gräser und Kräuter, der Schneehase liebt dagegen die Zwerggehölzer seiner Heimat. Sicher stellt das Verkleinern von Holzarten an alle bei dem Ausgeschäft beteiligten Organe größere Anforderungen, als das Rauen weicher Pflanzenteile. Diese Organe müssen daher kräftiger werden. So erklärt sich die größere Kürze und Maffigkeit des Unterkiefers des Schneehasen. Dieser Verkürzung entsprechend müßte auch der Oberkiefer sich verkürzen. Andererseits erforderte die schwerere Arbeit auch eine Verstärkung der Kaumusculatur. Diese mußte unbedingt auch eine Änderung der Schädelteile, an die sie sich ansetzt, d. h. Unterkiefer und Gehirnschädel, im Gefolge haben, so daß wir den ganzen Unterschied im Schädelbau und im Gebiß beider Hasenarten auf die veränderte Nahrung zurückführen können. Ich führe das Beispiel der beiden Hasenarten nicht ohne Grund an. Ich las nämlich kürzlich, etwa im Februar oder Anfang März, in der Züricher Zeitung von Wildschaden, den die Hasen in Obstgärten angerichtet hätten, indem sie bei dem diesjährigen strengen Winter massenhaft in die Obstplantagen eingedrungen seien und diese schwer durch Verbeißen geschädigt hätten. Mir war das neu, daß europäische Hasen an Bäume gehen. Aber der Art der Darstellung nach scheint das in der Schweiz eine ganz gewöhnliche, nicht unbekannte Tatsache zu sein. Aus Mangel an Zeit in meiner augenblicklichen militärischen Stellung konnte ich der Frage noch nicht näher nachgehen. Aber nehmen wir einmal an, es gäbe irgendwo Feldhasen, die aus irgendwelchen Gründen regelmäßig Baumknospen äßen, so müßte sich deren Schädel allmählich in der oben geschilderten Richtung des Schneehasenschädels ändern. Kämen dazu noch weitere Änderungen, vielleicht im Fußbau, weil diese Hasen anfangen, ähnlich wie die australischen Raninchen, ihrer Nahrung nach auf Bäume zu steigen, so würden wir bald eine neue Art entstehen sehen. Um wieviel einschneidender werden nun die Änderungen sein, wenn ein Waldtier aus irgend einem Grunde Steppentier wird. Da würden sich bei dem Waldtier bald alle möglichen Bedürfnisse geltend machen. Entweder der Tierkörper könnte sie befriedigen, indem er sich ihnen entsprechend ändert, vielleicht gar neue Organe entwickelt, d. h. sich anpaßt, oder er könnte es nicht. Dann würde das Tier zugrunde gehen. Dieses

Assimilationsbedürfnis ist das, worauf ich kommen
 te. Bekanntlich gibt es eine Theorie, die an-
 nimt, daß bei der Entstehung neuer Organe, bei
 Anpassung und schließlich bei der Heraus-
 bildung neuer Arten sich zuerst das Bedürfnis nach
 Neuem im Tierkörper geltend gemacht habe.
 Es ist entgegnet worden, daß diese Ansicht nicht
 Wahrscheinlichkeit für sich habe, da ja die Tiere,
 vor sie das Neuermorbene besäßen, gar nicht wissen
 konnten, welchen Nutzen sie davon hatten. Ich
 halte, die vorstehenden Beile werden zur Genüge
 zeigen, wie es wenigstens theoretisch denkbar ist,
 infolge geringer Änderungen der Lebensweise
 ein Bedürfnis nach Neuem und schließlich das
 neue wirklich entstand. Doch möchte ich das an
 dem Beispiel noch weiter ausführen.

Bekanntlich waren die Hirsche ursprünglich ge-
 hohloste Tiere, die sich mit ihren langen, hauerartig
 vorragenden Eckzähnen verteidigten, wie es noch
 heute die geweihslosen Moschustiere und Wasserrehe
 tun. Bei dieser Art der Verteidigung, d. h. beim
 Stoßen mit den Eckzähnen mag sich oft das hauernde
 Tier selbst die hervorragende Stelle des Schädels,
 die Augengegend selbst verletzt haben. Es ent-
 stand das Bedürfnis nach Schutz dieser Stelle. So
 ist hier, wie überhaupt an häufig verletzten Stellen,
 erhöhtes Knochenwachstum ein, es entstand der
 Knochensockel. Ob nun in Korrelation mit der Neu-
 bildung etwa den Eckzähnen zuviel Material ent-
 zogen wurde und sie sich so verkürzten, oder ob es
 allmählich herausstellte, daß die neuentstandene
 Bildung auf dem Schädel gleichzeitig neben dem
 Schutz eine gute Waffe sei und durch Verwendung
 dieses neuen Organes als Kampfmittel die Eckzähne
 überflüssig und damit funktionslos und infolgedessen
 abgebaut wurden, wird heute schwer zu ent-
 scheiden sein. Genug, der neuentstandene Auswuchs
 an dem Schädel wurde Waffe, damit war das
 Bedürfnis gegeben, ihn weiter auszubilden, und er
 entwickelte sich allmählich im Stammesgeschichtlichen
 zum Geweih. So glaube ich gezeigt zu
 haben, wie die Bedürfnisfrage die Entstehung eines
 schwierig zu erklärenden Gebildes wie das Geweih
 der Hirsche oder das Gehörn der Hohlhörner am
 einfachsten erklärt. Und den Beweis für die Richtig-
 keit dieser Ansicht sehe ich darin, daß selbst die Hörner
 der Hohlhörner nicht einheitlicher Entstehung sind,
 wie ich an Hand einer Zeichnung in meinem Hand-
 buch der Biologie ausgeführt habe, sondern mehr-
 fach sich unabhängig gebildet haben. Sie sitzen
 nämlich an ganz verschiedenen Stellen des Kopfes.
 Diese Erklärung für die Erwerbung neuer Organe
 und für die Umbildung der Arten hat noch den
 Vorzug, daß sie ohne Schwierigkeiten sowohl von
 Lamarckianern wie Weismannianern angenommen

werden kann. Nimmt man mit den Lamarckianern
 eine Vererbung erworbener Eigenschaften an, so
 bietet sie überhaupt keine Schwierigkeit. Zeugnet
 man sie mit Weismann, so kann man ruhig bei der
 von mir gegebenen Entstehungsart an eine Aus-
 wahl von in der Anlage gegebenen Verschiedenheiten,
 von Reizesvariationen, denken. Denn so wie ich
 z. B. die Geweihentstehung zu erklären versucht
 habe, können selbst schon kleine Unterschiede in der
 Wölbung der Stirnbeine oder bei dem Beispiel der
 Fuß- und Schädeländerung der Hasen geringfügige
 Unterschiede in der Stärke der Rammuskulatur von
 Wert sein.

Der Jagdgesang des Grätius Faliscus.

Von Balz, Hannover.

Wie schon die Geschichtsschreiber Cäsar und
 Tacitus bezeugen, waren auch die alten Germanen
 sehr eifrige Jäger. Wenn es auch nicht allgemein
 bekannt ist, daß die alten Völker, ausgenommen die
 Hebräer, eine große Vorliebe für die Jagd gehabt
 haben, so ergibt doch jede nähere Untersuchung
 dieser Frage, daß die heute in unserem Volksleben
 eine so große Rolle spielende Tätigkeit auch schon im
 Altertume stellenweise zu hoher Blüte entfaltet
 war, und ganz besonders kann dieses daraus ent-
 nommen werden, welche Aufmerksamkeit den von
 jeher zur Jagd unentbehrlichen Hunden geschenkt
 wurde. Sowohl die alten Ägypter wie auch die
 Assyrer und Perser hielten sehr große Meuten, und
 nach der Eroberung von Babylonien durch die Perser
 wurden die Einkünfte, welche vier Städte erbrachten,
 verwendet, um die Jagdhunde des Königs zu unter-
 halten. Großes Ansehen genossen die Jagdhunde
 bei den alten Griechen, die sie beinahe als göttlichen
 Ursprunges ansahen. Homer besingt die Treue des
 Hundes Argos, der nach dem 17. Gesang der Odyssee
 von dem leidengeübten Odysseus selber erzogen
 wurde. Ehemals jagte Argos wilde Ziegen, flüchtige
 Hasen und Rehe. Seine Eigenschaften als Spür-
 hund waren glänzende, und kein Wild konnte seiner
 Schnelligkeit entkommen. Aber nachdem Odysseus
 gen Troja gezogen war, lag Argos bald von Un-
 geziefen zerfressen auf dem großen Haufen von Mist
 der Mäuler und Rinder. Der Dioskure Rastor war
 der erste, der mit Laufhunden gejagt hat. Xenophon
 gibt sehr eingehende Beschreibungen der zur Jagd
 verwendeten Hunde, und seine Ausführungen lassen
 aufs deutlichste erkennen, in wie hoher Blüte die
 Jagd seiner Zeit bei den alten Griechen gestanden hat.

Die Auffassung, welche die alten Griechen und
 Römer von der Jagd hatten, war von der heute all-
 gemein herrschenden himmelweit verschieden. Nicht
 Zerstreuung und Vergnügen war ursprünglich der

Beweggrund für die Ausübung, sondern es galt durch Mut und Kraft die Tierwelt zu bekämpfen und zu überwinden, und hieraus mußte sich allmählich die Kunst entwickeln, durch Vervollkommen der Waffen und Werkzeuge, sowie auch durch Überlistung des Wildes, immer mehr die Überlegenheit über dieses zu gewinnen. Das Hohe und Erhabene, welches der Jagd innewohnte, ergibt sich aus der den Göttern vorbehaltenen Mitwirkung, und alle Gesänge der Alten, welche der Neuzeit überliefert sind, lassen erkennen, daß dem Kampfe des Menschen mit der Tierwelt nirgends die religiöse Weihe fehlt.

Einer der schönsten Gesänge, welcher uns erhalten geblieben ist, ist der des *Gratius* vom Stamme der *Falisker*, der in *Falerii*, einer alten Stadt im südlichen *Etrurien*, seinen Sitz hatte. Er beschäftigt sich ganz besonders mit den Hunden, besingt die Jagd als Göttergeschenk und eine dem Jäger erfreuliche Kunst, die aber deshalb erblüht, weil sie von *Diana*, der Göttin der Jagd, begünstigt wird.

„Dona cano divum, laetas venantibus artes
Auspicio, Diana, tuo.“

(Vers 1 u. 2.)

Gratius, der ein Zeitgenosse des *Dvid* war, mußte als Römer *Diana* als die Göttin der Jagd ansehen, die von den Griechen in *Artemis* verehrt wurde. *Gratius* sieht in *Diana* die Behüterin des von der Tierwelt bedrohten menschlichen Lebens, das sie durch die Kunst des Jagens zu schützen sucht, damit es von der Gefahr, die ihm droht, erlöst werde. Ihr zur Seite stehen die Nymphen aus unzähligen Hainen und die Naiaden aus tausend Quellen.

„Tu tropidam bello vitam, Diana, serino,
Qua primam quaerebat opem, dignata reportis
Protegere auxilium, orbemque hac solvere noxa.
Adscivere tuo comites sub numine divae
Centum omnes nemorum, centum de fontibus omnes
Naiades“

(Vers 13—18.)

Der Dichter *Claudianus* zeigt uns im 5. Jahrhundert die Göttin mit ihrer aus den verschiedensten Hunden zusammengesetzten Meute. Die einen, schrecklich durch ihr Gebiß, das geeignet war, den mächtigen Nacken der Stiere zu brechen, die anderen wiederum hoch auf den Läufen, schnellfüßig, leicht spürend, und wiederum andere von dem verschiedensten Aussehen.

Wie der *Artemis* von dem Jäger ein Teil der Beute gelobt werden mußte, wenn er Weidmannsheil haben wollte, so herrschte auch dieser Brauch bei den Kelten der *Diana* gegenüber, die ihnen von den Römern überliefert war. Allerdings wurde von ihnen die Göttin *Arduinna* genannt, und diese göttliche Jägerin der Ardennen hatte sich hier bis in das 8., ja bis in das 9. Jahrhundert göttlicher

Ehren zu erfreuen. Nicht allein bei den Kelten herrschte dieser Brauch, sondern selbstverständlich auch bei den im Ardennengebiet ansässigen alten Germanen war *Diana Arduinna* Schutzherrin des Waldes und des Wildes, aber ihr poesieumhangender Kultus mußte mit der Verbreitung des Christentums vernichtet werden.

Die heiligen Haine der alten Germanen, in welchen sich die schlichte Gottesverehrung unserer Altvordern vollzogen hat, mußten Kapellen und Kirchen weichen. Jene wurden vernichtet, die heiligen Steine zertrümmert, die heiligen Quellen verschüttet, die heiligen Bäume niedergelegt. Der wütende Angelfächische Mönch *Winfried*, der später zum heiligen *Vonifacius* freiert wurde, schlug eigenhändig die Joviseiche bei *Geismar* nieder, um den ihn stumm und starr umstehenden Schatten die Ohnmacht ihrer Götter zu zeigen, allerdings ohne zu bedenken, daß die Zerstörung der von ihm gebauten Kapellen nur denselben Erfolg hätten haben können.

So wurde auch *Diana* entthront, welche bis dahin der Jagd das Gepräge religiöser Erhabenheit verliehen hatte, und an ihrer Stelle trat *St. Hubertus*, der Jagd und Jäger verfolgende Bischof, der nicht den geringsten Anspruch darauf erheben kann, der Schuttpatron der Jäger und der Jagd zu sein; das um so weniger, da feststeht, daß er als Ersatz für *Diana* dienen soll.

Die Jagd als Tierkampf ging allmählich in die Kunst des Jagens über, denn wie die Waffen sich vervollkommneten, so war es auch mit den Garnen und Netzen der Fall, und nicht zum mindesten mit den Listten, welche der Jäger aufwendete, die Tiere in seine Gewalt zu bringen. *Gratius* besingt die Herstellung der Netze, und wie die Federn des gefräßigen Weiers, so auch wurde die Wolle des schneigen Schwanes als Jagdgerät verwendet. (Federn lappen.)

„Sunt, quibus immundo decerptae vulture plumae
Instrumentum operis fuit, et non parva facultas.
Tantum inter nivei iungantur vellera cygni;
Et satis armorum est.“

(Vers 75—78.)

Er schildert die Fußfallen.

„Quid, qui dentatas iligno robore clausit
Venator pedicas?“

(Vers 92—98.)

und preist den Mann als glücklich, dessen Streben zu dieser Erfindung geführt hat, denn er kann nach seiner Ansicht nur ein Gott sein oder ein göttlicher Geist, welcher die unwissende Noheit Sterblicher übertrifft.

„Deus ille, an proxima divos
Mens fuit, in coeas aciem quae magna tenebras
Egit, et ignarum perfudit lumine vulgus?“

(Vers 98—98.)

Gratius lehrt auch, wie die hölzernen Schäfte der Jagdspieße ausgewählt werden mußten. *Cornelbaum*,

erte, Tagus, Fichte und alpinatistische Ginster sind
 er anderem besonders dazu geeignet (Vers 129 bis
), und auf das Gebiet der Forstwissenschaft geht
 hinüber, indem er sagt, daß der Olbaum nicht
 selbst in die Luft ragt und ihm die schädlichen
 her entzogen werden müssen. Nur so wird der
 um seine edle Gestalt erhalten, wenn ihm das
 erflüssige Laub genommen und nutzlose Ver-
 dung der Säfte vermieden wird. Dann in der
 je von 5 Fuß soll man die Stangen pflanzen und
 schneiden, wenn das Jahr soweit vorgeschritten
 daß das alte Laub abgeworfen wird und der
 bst sich noch der laulichen Regen enthält.

„At enim multo sunt ficta labore
 Cetera, quae silvis errant hastilia nostris,
 Nunquam sponte sua procerus ad aëra termes
 Exiit, inque ipsa curvantur stirpe genistae
 Ergo age, luxuriam primo fortusque nocentes
 Detrahe: frondosas gravat indulgentia silvas.
 Post ubi proceris generosa stirpibus arbor
 Se dederit, tæretesque ferent ad sidera virgae;
 Stringe notas circum, et gemmantis exigue versus.
 His, si quis vitium nociturus sufficit humor,
 Ulcusibus fluet, et venas durabit inertes.
 In quinos sublata pedes hastilia plena
 Caede manu, dum pomiferis advertitur annus
 frondibus, et tepidos autumnus continet imbres“ . . .

(Vers 136—149.)

Der Jagdgesang des Gratius beschäftigt sich aber,
 bereits hervorgehoben, ganz besonders mit den
 Jagd verwendeten Hunden, wenn er auch nach
 der Richtung in die Spuren der Griechen tritt.
 Im alten Griechenland spielten eine Hauptrolle
 Molosserhunde, die aus der Landschaft
 Molossis des Epirus, welche durch ihre Jagdhunde
 eine große Berühmtheit erlangt hat, stammten.
 Die genaue Beschreibung dieser Hunde besitzen
 wir zwar nicht, aber man glaubt, sie in den Hunden
 von gewaltiger Größe und Doggenart zu erkennen,
 die auf alten Denkmälern gefunden sind, aufrecht
 stehende Ohren und lange Haare auf Schultern und
 Hals hatten, ähnlich der Mähne des Löwen. Es
 waren ferner in Griechenland berühmt die Hunde
 des Lakonien, die Kreter, Karer, Thraker, Böotier;
 Hunde von Argos, aus Arkadien und Lokien,
 Hunde von Elis, sowie Magnesier.¹⁾

¹⁾ Lakonien: eine Landschaft des alten Griechen-
 land, die den südöstlichen Teil des Peloponnes umfaßte. Die
 dort gezüchteten Jagdhunde genossen einen guten Ruf.

Die Karer stammten aus Karien; einer Land-
 schaft im Südwesten Kleinasiens. Seine Bewohner waren
 wahrscheinlich Semiten, aber trotzdem kriegerisch.

Thrakien war in der ältesten Zeit eine Landschaft
 nördlich von Griechenland und nördlich, sowie östlich von
 Makedonien. Die Thraker waren Krieger, Krieg und Jagd ihre
 Hauptbeschäftigung; ihre Sitten denen der Germanen ähnlich.

Böotier: im Altertum ein in Thrakien und Mace-

donien verbreitetes Volk.

Argos: eine Landschaft des Peloponnes.

Wie die Griechen ihre Hunde mit denen aus ihnen
 benachbarten Gegenden kreuzten, so ließen sie auch
 andere von weit her kommen, wie aus Ägypten,
 Pannonien, Sarmatien²⁾, Gallien, der Insel Bri-
 tannien und Indien. So waren die sogenannten
 Lakonier der späteren Zeit aus Kreuzungen mit
 gallischen und ägyptischen Windhunden hervor-
 gegangen, und Vergil, Horaz sowie Claudianus
 lassen diesen Hund als sehr schnell, bissig und so
 stark erkennen, daß er zur Wolfsjagd sehr geeignet
 war.

Der griechische Dichter Oppian, der in der
 2. Hälfte des 2. Jahrhunderts nach Christus einen
 Jagdgesang geschrieben haben soll, erzählt uns hier-
 über, daß der beste Mischling erreicht wird, wenn der
 Pannonier mit dem Kreter, der Arkader mit dem
 Kreter, der Arkader mit dem Hunde von Elis, der
 Karier mit dem Thraker, der Thyrhener mit dem
 Lakonier, die iberische Hündin mit dem Sarmatier
 gekreuzt wird. Die beste Zeit erscheint ihm hierzu
 der Frühling, in welchem nach seiner Ansicht selbst
 die Sterblichen von einem brennenden Verlangen
 erfüllt sein sollen.

Gratius spricht mit Recht von den tausend Ländern
 der Hunde, die es gibt, und daß deren Güte von der
 Abstammung abhängig ist.

„Mille canum patriae, doctique ab originæ mores
 Cuique sua“ (Vers 154.)

Zu schweren Kämpfen erscheint ihm der
 Molosser geeignet, obgleich er ungelehrig ist,
 und mit Ruhm bedeckt erscheinen ihm auch die
 keltischen Hunde. Von den Gelonen³⁾ kann
 er dasselbe nicht annehmen, aber doch gesteht
 er ihnen zu, daß sie von Natur eine scharfe Nase
 haben. Alle guten Eigenschaften vereinigen sich im
 Perser. Wilder Natur sind die serischen Hunde⁴⁾,
 von ungeheurer Kraft, aber unbezähmbar. Ge-
 schmeidig und mächtig entwickelt im Bug sind die
 lykionischen Hunde, aber denen aus Syrtanien
 wohnt noch eine viel größere Kraft inne.⁵⁾ Ihr
 Aufenthalt ist der Wald, wo sie sich mit den Bestien

Arkadien: Hirten- und Schäferland inmitten des
 Peloponnes. Die Bewohner waren dorischen Stammes.
 Die Wälder waren sehr weitläufig und deshalb genoß auch
 Artemis besondere Verehrung.

Lokris: Landschaft im alten Griechenland.

Elis: gehörte zum alten Peloponnes.

Magnesia: Landschaft Thessaliens, die einen Tempel
 der Artemis hatte.

²⁾ Pannonien: eine römische Donauprovinz.

Sarmatien: Land zwischen Weichsel und Wolga.

³⁾ Gelai: Stadt an der Südküste Siziliens, aber hier
 scheint es sich um den Hund eines sarmatischen Volksstammes
 zu handeln.

⁴⁾ Serika: Tibet und Nordchina.

⁵⁾ Lykaonien: eine Landschaft Kleinasiens.

zu vermischen suchen. Die Hunde aus Syrakaien¹⁾ waren von gewaltiger Größe und sollen vom Tiger und einer Hündin abstammen, weshalb sie auch ein getigertes Fell hatten. Von dem Umbrer²⁾ weiß Grätius hinsichtlich des ihn beseelenden Mutes nichts Günstiges zu sagen, aber um so mehr rühmt er die Schärfe seiner Nase. Schnell sind die Molosser, hinterlistig die Karnanier, die schweigend und unerwartet den Feind anfallen. Ein Kläffer war der Hund vom ätolischen Stamme, denn auf der Saujagd macht er das Wild flüchtig, daß er nicht sieht, weil er einen gräßlichen Lärm verursacht.³⁾

Grätius will, wie nach ihm Oppian, wahrscheinlich nach des ersteren Vorbild, es geschildert hat, die Hunde der verschiedensten Völker miteinander mischen. So die Hunde der Umbrer mit dem Gallier, um den den ersteren fehlenden Mut durch den beweglicheren Sinn des letzteren zu ergänzen. Die feigen Gelonen sollen durch den hirkaniischen Vater Angriffsgeist erhalten, und der molossische Müde soll bei der flatterhaften kalydonischen Hündin die ungünstige Eigenschaft verbessern⁴⁾. Es kommt weniger auf die Rasse an, als auf die Benützung des Guten, wo es vorhanden ist.

Wenn darauf verzichtet werden muß, hierüber den Text anzuführen, so soll dieses doch nicht bei den übrigen Hunden unterlassen werden, besonders weil über einiges Meinungsverschiedenheiten bestehen.

„ At te leve si qua
Tangit opus, pavidosque iuvat compellere dorcās,
Aut versuta sequi leporis vestigia parvi;
Petronios, scit fama, canes, volucresque Sygambros,
Et pictam macula Vertraham delige falsa,
Ociō affectu mentis pinnaque cucurrit,
Sed premit inventas, non inventura latentes
Illa feras: quae Petroniis bene gloria constat.
Quod si maturo pressantes gaudia lusu
Dissimulare feras, tacitique accedere possent;
Illis omne decus, quod nunc, metagontes, habetis,
Constaret silvis: sed virtus irrita damno est
At vestrum non vile genus, non patria vulgo:
Sparta suos, et Creta suos promittit alumnos.
Sed primum celsa lorum cervice ferentem,
Glympice, te silvis egit Boeotius Hagnon;
Hagnon Astylides.“ (Vers 199—215.)

¹⁾ Syrakaien: am südöstlichen Teil des Asiatischen Meeres. Hatte viel Wald und Wild und hieß deshalb das Wolfsland.

²⁾ Umbrien: Mittelitalienischer Landstrich östlich des Apennin.

³⁾ Karnanien: der westliche Teil des alten Heilas, ein wald- und wilbreiches Bergland. Ihm ist Ätolien benachbart.

⁴⁾ Kalydonien: Stadt in Ätolien. Nach ihr ist die kalydonische Jagd benannt, auf welcher der kalydonische Eber von Meleagros tödlich verwundet wurde, nach dem Kalante ihn angekrant hatte.

„Assumptus metagon lustrat per nota ferarum
Pascua, per fontes, per quas trivère latebras,
Primae lucis opus: tum signa vapore ferino
Intemerata legens, si qua est, qua fallitur, eius
Turba loci, maiore secatur spatia extera gyro.
Atque hic, egressu iam tum sine fraude reperto,
Incubuit spatiis, qualis permissa Lachaeis
Thessalium quadriga decus, quam gloria patrum
Excitat, et primae spesambitiosa coronae.
Sed ne qua ex nimio redeat iactura favore,
Lex dicta officiis: ne voce lacesseret hostem,
Neve levem praedam, aut propioris pignora luci
Amplexus, primos nequidquam effunderet actus.
Jam vero impensum melior fortuna laborem
Quum sequitur, iuxtaque domus quaesita ferarum,
Ut sciat, occultos et signis arguat hostes;
Aut effecta levi testatur gaudia cauda,
Aut ipsa infodiens uncis verstigia plantis
Mandit humum, celsasve adpressat naribus aures.
Et tamen, ut ne prima faventem pignora fallant,
Circa omnem, aspretis medius qua clauditur orbis,
Ferre pedem, accessusque abitusque notasse ferarum,
Admonet, et si forte loci spes prima fefellit,
Rarum opus, incubuit spatiis ad prospera versis,
Intacta repetens prima ad vestigia gyro.“

(Vers 221—245.)

Dem Sinne nach soll das also heißen, daß zur Jagd auf Gazellen und kleine Hasen der petronische Hund gewählt werden soll oder der windflüchtige Hund gewählt werden soll oder der windflüchtige Hund gewählt werden soll. Der Windhund (germanische Windhunde) und auch der Vertrahus¹⁾ der schillernde Flecken hat und gedankenschnell wie der geflügelte Pfeil ist. Dem gefundenen Wilde gegenüber kann er seine Eigenschaften entfalten, aber das Verborgene vermag er nicht zu finden, während dieses wiederum den Ruhm der Petronier ausmacht. Diese aber haben den Fehler, daß sie zu vorlaut sind und sich nicht im stillen dem Wilde zu nähern vermögen.

Der Vertrahus ist der Windhund, der eine schlechte Nase hat und sich durch Schnelligkeit auszeichnet. Es ist derselbe Hund, den wir in den Volkerechten unter verschiedenen ähnlichen Bezeichnungen wiederfinden. Der Petronier, der von den Römern gebraucht wurde, ist jedenfalls identisch mit dem petrunculus der Burgunder und dem bracco parvus der Friesen. Von den petronischen Hunden heißt es:

„Petronii canes, quia ita solidos calces habent, ut petras et rupes etiam illesim percurrant.“

Der Petronius ist nichts anderes als die ältere Steinbräde. Roth sagt in seiner Forst- und Jagdgeschichte bei der Gegenüberstellung des Vertrahus und des petronius, daß der erstere ausge-

¹⁾ Der Vertrahus soll, wie im Altertum angenommen wurde, einer Kreuzung von Hund und Wolfen entsprossen sein, wie es auch von den Sloughs der Araber behauptet wird. Nach Martial war der Vertrahus zum Bringen des Wildes abgerichtet. (Non sibi, sed domino venatur vertragus acer Illeusum leporem, qui tibi dente refert.)

schmet schnell läuft, aber schlecht findet, während der lehtere gut findet und nicht vorlaut ist, sondern dem Wilde still sich nähert. Das Gegenteil ist aber der Fall, denn die Petronier sind Läufer, die, wie Grätius in Wirklichkeit sagt, sich nicht still zu halten vermögen und nach Bradenart durch ihr unzeitiges Lautgeben das Wild verschrecken. Auf diese Abweichung gehe ich besonders ein, weil sie für die Feststellung, was für Hunde die Petronier sind, von sehr wesentlicher Bedeutung ist.

Wegen des Lautjagens will also Grätius dem Petronius nicht den Ruhm zuerkennen, welchen die Metagonten²⁾ beim Jagen im Walde haben. In Sparta und auf Kreta scheinen diese Hunde besonders gezüchtet zu sein, und wenn ich diese Stelle des Grätius richtig verstehe, so scheint Glympeus einer dieser berühmten Hunde gewesen zu sein, der mit einem Riemen am hochgehobenen Halse von Hagnon, dem Sohn des Astylus, der wohl ein großer Jäger gewesen ist, geführt wurde. Er liebte nicht die Begleiter auf der Jagd, und auch nicht das Jagdgerät, sondern im Morgengrauen sucht er die Fährten des Wildes auf. Wo die Spuren sich kreuzen, sucht der Metagont im Kreise, bis er die richtige Fährte gefunden hat, die er nun mit der Schnelligkeit des mit Messalischen Rennern bespannten Biergespannes verfolgt. Bei dieser Gelegenheit greift er keine andere Beute, damit nicht die geleistete Arbeit nutzlos sei, und wenn er das Lager des Wildes gefunden hat, so zeigt er dieses mit aufgehobener Rute an und hebt auch den Fuß, beißt in die Erde und gibt auch durch Winden die Nähe des Wildes zu erkennen. Selten geschieht es, daß er sich täuscht, und wenn es der Fall ist, kehrt er zur früheren Fährte zurück, um dann sein Werk zu vollenden.

Die Metagonten waren demnach die berühmtesten Spürhunde, die, wie man annahm, vom Schakal abstammen sollten. Hoch erhoben tragen sie den Kopf, die Ohren sind zottig und nach vorne gerichtet. Groß ist der Gang, das Gebiß stark, tief die Brust und kurz die Rute. Seine Haare sollen am Halse eine Art Mähne bilden. Den soll man meiden, welcher die Fährte breit austritt und bei der Arbeit seinen weichen Fuß verrät. Auf trockene Muskulatur und feste Fußballen ist der größte Wert zu legen. Zur Zucht soll natürlich nur ein Hund zur Hündin zugelassen werden, und größter Sorgfalt sollen die Jungen sich zu erfreuen haben. Ihr Futter sei nicht üppig, sondern ihre Kost bestehe aus Milch und den Abfällen des häuslichen Tisches. Nur einer soll die Hündchen pflegen und ihnen Kost und Arbeit zuteilen. Der Jäger, der mit ihnen hinauszieht, soll die Waden mit einer ledernen Binde bedecken, ein

kurzes Jagdgewand, eine Kopfbedeckung aus Dachsfell und um die Hüften den toledanischen Degen tragen. Einen schrecklichen Ton soll die mit der Rechten geschwungene Falarika, worunter ein Schleuderpeer zu verstehen ist, von sich geben, und mit der Spitze soll sich der Jäger da, wo es nötig ist, Bahn durch den Wald hauen.

Grätius gibt auch Anleitungen, wie Wunden bei den Hunden zu behandeln sind. Auch ein Mittel gegen die Hundswut erwähnt er, die von den Römern auf ein Würmchen zurückgeführt wird, das sich unter der Zunge festsetzt. Mit Messern sollen die jungen Hunde hier schon in der Jugend behandelt werden, um nicht der Seuche zu verfallen. Mit Salz sollen die Wunden bestrichen und dann mit Olivenöl erweicht werden. Grätius spricht auch noch von den Leuten, welche als Mittel gegen die Tollwut ein Halsband von Dachsfell empfehlen, von geweihten Muscheln oder Feuerstein, und schließlich sollen auch noch die Korallen von Malta und durch Zauberbesprüche geweihte Kräuter unter dem Schutze der Götter vor Nachteil bewahren. Die Räude soll mit einer Salbe von Wachs und Schwefel sowie Pech und Öl bekämpft werden. In einer Höhle im trinakrischen Felsen, wo die Gänge Naphtha schweben, soll Heilung von der giftigen Seuche gesucht werden, und Vulkan, der Gott dieser Örtlichkeit, soll Hilfe bei der Heilung gewähren.

Die Tollwut soll auch durch Ritzen der Nasenhöhle und unter anderem noch weiter durch Einschnitte in die Behänge, damit Blut abgeführt wird, bekämpft werden, ein Brauch, der sich bis in die heutige Zeit erhalten hat. Olivenöl und Wein dienen zum Besprengen der Wunden, denn das Geschenk des Bacchus ist ein auch Wunden heilender Saft.

Den Schluß seines Jagdgesanges widmet Grätius dem Jagdpferd, aber bei allem ist die Hauptsache der Beistand der olympischen Götter, der durch dankende Feste erkauft werden soll. Sie sind namentlich der Diana geweiht, und ihnen sollen auch die geschmückten Hunde beizohnen. Rauchende Kuchen auf grünen Körbchen sind die Opfer, und ein Boot, dessen Hörnerchen die weiche Stirne durchstoßen, sowie an Zweigen hängende Früchte. Blumenschmuck und diese Geschenke vermögen es, die Gunst der Göttin zu erwerben, damit sie ihre Gnaden den Sterblichen zuteil werden lasse.

Geben wir also ebenfalls Diana die Ehre, denn Hubertus ist, wenn auch unfreiwillig, ein Usurpator, der keinen Anspruch darauf hat, der Schutzpatron der Jäger und der Jagd zu sein.

²⁾ Metagonium in Afrika soll die Heimat dieser Hunde sein.

Über die Genauigkeit von Höhenmessungen.

Nach Unterlagen der großh. hess. forstl. Versuchsanstalt, mitgeteilt von Dr. Hermann in Gießen.

Im 1915er Oktober- und Novemberhefte dieser Zeitung habe ich den älteren Wimmenauerschen

Zu derartigen Nachmessungen hat sich inzwischen bei der Durchforstung von Versuchsfeldchen und der Fällung von Probehholz in der nächsten Umgebung von neu angelegten Versuchsfeldchen Gelegenheit geboten.

Nach Tabelle I ergab die Messung und Nachmessung von zehn bis 25 m hohen und fünf höheren

Nr.	Holzart	Ma ß e bei Verwendung des				Ma ß des liegenden Stammes	Oberförsterei	Lage und Bestandsform
		Chriften		Wimmenauerschen				
		v. oben	v. unten	i. gleicher Höhe	Spiegel- sextanten	Höhen- messers		
		m	m	m	m	m		

Tabelle I.

1	Fichte			20,0	21,3	19,4	18,7	Schiffenberg	Eben; mäßig und stark durchforstetes schwaches Baumholz	
2				19,0	18,9	19,1	19,4			
3				20,0	21,0	20,2	20,4			
4				21,0	19,3	21,2	21,6			
5				21,0	21,3	20,3	21,7			
6				23,0	21,5	23,0	22,0			
7				24,0	26,1	23,1	22,8			
8				23,0	22,9	23,0	23,5			
9				24,0	24,1	24,0	23,8			
10				26,5	24,0	24,0	24,6			
i. D.				22,1	22,0	21,7	21,8	Reichenbach	Hang; mäßig durch- forstetes Baumholz	
11				26,0	26,6	25,2	26,1	Schiffenberg Reichenbach		
12				27,5	26,2	25,5	27,0			
13				31,5	30,6	31,7	30,1			
14				30,5	30,4	30,3	30,4			
15				31,5	29,3	31,2	30,9			
i. D.				29,4	28,6	28,8	28,9			

Tabelle II.

16	Buche		24	22,9	22,0	Ebene; Lichtschlag
17			27	23,9	23,0	
18			25	25,4	23,0	
19			25	21,9	23,0	
20			27	26,7	23,5	
21			25	25,2	23,6	
22			24	28,6	23,8	
23			26	26,2	24,0	
24			30	27,3	24,0	
25			26	26,7	24,0	
26			27	26,4	24,2	
27			25	27,0	25,0	
28			26	25,2	25,0	
29			26	26,0	25,0	
i. D.			26,0	25,7	23,8	
30			25	25,5	25,6	
31			28	27,0	26,0	
32			27	28,6	26,2	
33			29	28,0	27,0	
34			29	29,0	28,0	
35			29	28,4	28,4	
36			28	29,7	28,4	
37			30	30,0	28,5	
38			29	30,0	29,2	
i. D.			28,2	28,5	27,5	

Höhenmesser mit dem neuen Spiegelfertanten und dem in der Praxis sehr gebräuchlichen Christenschen Meßlineale verglichen und zur Feststellung des Genauigkeitsgrades für alle drei Instrumente schließlich eine Nachmessung am liegenden Holze nötig gefunden.

Fichten, die selbstverständlich alle fünfzehn vom Fuße bis zum Scheitel unverdeckt sichtbar waren, bei Benutzung des Christen im Durchschnitte 22,1 bzw. 29,4 m „ Spiegelfertanten im Durchschnitte 22,0 „ 28,6 m

älteren Höhenmessers im Durchschnitt 21,7 bzw. 28,8 m eines Bandmaßes im Durchschnitt 21,8 " 28,9 m Also bewährte sich an den beiden ungleich hohen Stammgruppen am besten der ältere Höhenmesser oder der Spiegelsextant, während der Christen gegen die an Genauigkeit etwas zurückblieb — und zwar mit zunehmender Stammhöhe um so mehr. Zu einem größeren Abstände, als der praktisch Bonitierung oder Massenberechnung bedenkungslos von einem halben Meter es war, führten aber die mit dem Christen und Spiegelsextanten von

dem Christen günstigeren Stammgruppe als die bedeutendere herausstellte und der nach Tabelle I eher nachteilige Einfluß der zunehmenden Höhe auf die Genauigkeit, in dem vorliegenden Falle gerade der umgekehrte war. Mit aus dem Grunde wurden die Nachmessungen bei der Fällung von Probestämmen für die neuen hessischen Eschen-Versuchsflächen, mit deren Aufnahme und Bearbeitung die forstliche Versuchsanstalt in Gießen gegenwärtig u. a. beschäftigt ist, in diesem Winter fortgesetzt. Dabei ergaben sich nach Tabelle III für sechs bis 25 m hohe, ferner für sieben bis 30 m hohe und endlich für vier noch höhere Probestämme nach Messung

Nr.	Holzart	Maße bei Verwendung des					Maß des liegenden Stammes	Oberförsterei	Lage und Bestandsform
		v. oben	v. unten	i. gleicher Höhe	Spiegelsextanten	Höhenmessers			
		m	m	m	m	m	m		

Tabelle III.

39	Esche			23,0	21,5	22,0	22,3	Reichenbach	Hang; stark durchforstetes, schwaches Baumholz
40				26,5	23,1	26,0	23,5		
41				24,0	26,1	21,8	23,8		
42				26,5	22,1	22,4	24,0		
43				25,0	26,4	25,7	24,7		
44				26,0	30,9	28,3	24,9		
D.				25,2	25,0	24,3	23,9	Gr. Geran	Eben; stark durchforstetes, starkes Baumholz
45				25,0	28,0	27,3	25,3		
46				27,5	27,0	27,3	25,9		
47				31,0	31,0	29,9	27,1		
48				28,5	27,9	28,4	27,6		
49				30,0	31,1	28,6	27,7		
50				30,0	30,4	28,6	28,1		
51				30,0	32,5	30,3	29,2		
D.				28,8	29,7	28,6	27,3		
52				33,0	33,7	29,5	30,8		
53				37,0	36,5	37,5	32,9		
54				36,0	37,7	37,3	32,9		
55				32,0	35,6	34,1	33,3		
ii D.				34,5	35,9	34,6	32,5		

beheimrat Wimmenauer selbst angestellte Messversuche. Er erhielt nach Tabelle II für vierzehn bis 25 m hohe und für neun höhere Buchen im fürstlich hessischen Walde, die im allgemeinen ebenfalls gut anzuführen waren, bei Gebrauch des Christen im Durchschnitt 26,0 bzw. 28,2 m „ Spiegelsextanten im Durchschnitt 25,7 " 28,5 m und des Bandmaßes im Durchschnitt 23,8 " 27,5 m — im ungünstigsten Falle also einen um 2,2 m zu hohen Betrag, nach dem jede Bonitierung oder Massenberechnung bereits von wirtschaftlichen Nachteilen begleitet gewesen wäre. Jedenfalls mußten gegenüber den Ergebnissen der Tabelle I derlei Unstimmigkeiten auffallen und verlangten eine Erklärung, da sich die Differenz in der durchschnittlich niedrigeren und darum besonders der Messung mit

mit dem Christen im Durchschnitt 25,2 28,8 34,5 m mit dem Spiegelsextanten im Durchschnitt 25,0 29,7 35,9 m mit dem älteren Höhenmesser im Durchschnitt 24,3 28,6 34,6 m und mit dem Bandmaße im Durchschnitt 23,9 27,3 32,5 m

Also auch hier, je nach dem benutzten Instrumente, beträchtliche Unterschiede, die mit der ansteigenden Durchschnittshöhe der drei Gruppen im Höchstfalle je 1,3 bzw. 2,4 und 3,4 m betrugen und wiederum für Massenberechnungen oder Bonitierungen praktisch nur mit Nachteil hätten verwertet werden können.

Daß, wie bei den Lärchen Buchen, auch diesmal bei der Messung im Stehen regelmäßig zu hohe Maße herauskamen, dürfte freilich Zufall sein. Weniger

Nr.	Holzart	Ma ß e bei Verwendung „des					Ma ß des liegenden Stammes	Oberförsterei	Lage und Bestandsform	
		Christen		Wimmenauerfchen		Spiegel= sextanten				Höhen= messers
		v. oben	v. unten	i. gleicher Höhe						
		m	m	m	m	m	m			

Tabelle IV.

56	Eiche	19,0		21,0				Neustadt	Hang; mäßig durch- forstetes schwaches Baumholz
57		21,0		24,0					
58		21,0		24,0					
59		21,0		22,0					
60		22,0		23,0					
61		22,0		24,0					
62		23,0		25,0					
63		23,0		25,0					
64		23,0		22,0					
65		24,0		24,0					
i. D.		21,9		23,4					
66	Eiche	22,5	23,5	23,0			22,3	Reichenbach	Hang; stark durch- forstetes schwaches Baumholz
67		22,5	24,5	26,5			24,0		
68		23,5	26,5	25,0			24,7		
69		24,5	26,5	26,5			23,5		
70		25,0	29,0	27,5			25,9		
71		26,5	32,5	28,5			27,6		
i. D.		24,1	27,1	26,2			24,7		
72	Buche	27,0		30,0			29,2	Neustadt	Hang; mäßig durch- forstetes Baumholz
73		28,0		29,0			30,1		
74		28,0		30,0			30,7		
75		28,0		30,0			29,5		
76		28,0		33,0			32,9		
77		29,0		31,0			32,8		
78		29,0		32,0			31,4		
79		30,0		32,0			31,9		
80		30,0		33,0			33,9		
81		30,0		33,0			33,2		
i. D.		28,7		31,3			31,5		
82	Lärche	32,0		32,0			35,6	Neustadt	Hang; mäßig durch- forsteter Mischbestand von starken Lärchen und schwächeren Bu- chen.
83		33,0		31,0			35,6		
84		33,0		32,0			34,4		
85		35,0		33,0			37,0		
86		35,0		36,0			36,0		
87		35,0		33,0			37,1		
88		36,0		37,0			38,7		
89		37,0		34,0			38,5		
90		37,0		35,0			37,2		
91		38,0		34,0			38,1		
i. D.		35,1		33,7			36,8		
92	Fichte	24,5	25,5	26,5			24,6	Reichenbach	Hang; mäßig durch- forstetes Baumholz.
93		26,5	27,5	27,5			27,0		
94		31,5	31,5	31,5			30,1		
95		29,5	31,5	30,5			30,4		
96		30,5	31,5	31,5			30,9		
i. D.		28,5	29,5	29,5			28,6		

Zusammenstellung der Durchschnittsergebnisse in Prozenten der richtigen Höhe.

1—10	Fichte			101	100	100	
11—15	"			102	99	100	
16—20	Buche			109	108		
30—38	"			103	104		
39—44	Eiche			105	105	102	
45—51	"			105	109	105	
52—55	"			106	111	106	
66—71	Eiche	98	110	106			
92—96	Fichte	100	108	103			
Gesamt-Durchschnitt		99	106	108	105	103	

ig dürfte es hingegen sein, daß die schirmkronigen
en und schon zeitig sich gabelnden Eichen der
ieren Höhenmessung mit jedem der drei In-
ente ausnahmslos einen größeren Widerstand
gensetzten, als die spitzkronigen Fichten gleich-
Stammgruppen.

nd wenn es auch vielleicht noch verfrüht wäre,
haupten, daß die Höhenmessung stehender
kroniger Bäume durchweg nur ungenaue,
sch nicht zu verwertende Resultate lieferte, so
e doch bei der Aufnahme starker
mhölzer von Buchen, Eichen,
en, Kiefern und Tannen mehr
sicht in der Auswahl der Stämme
der Kronenform geboten
als bei derjenigen von Fich-
und schwachen Baumhölzern
Stangenhölzern jener Holz-
en. Auch wird man nicht alle Höhenmaße
rz auf weiß einfach darum getrost nach Hause
n dürfen, weil man sie mit den nachgewiesener-
n besten Instrumenten und auf die sorgfältigste
gewonnen hat. Besonders auch deshalb nicht,
es sich beiläufig nicht ganz gleich zu bleiben
it, ob die Messung von stehendem Holze an
lehnen oder Steilhängen von oben, von unten
in etwa gleicher Höhe mit dem Fuße eines
umes vorgenommen wird — immer natürlich
twa gleichen Abstände der ungefähren Schaft-
e von dem zu messenden Stamme.

in dem eingangs erwähnten Artikel ist auf die
chiedenheit der aus wechselnden Aufstellungen
lenen Maße schon einmal hingewiesen und in
lle IV auch hierfür noch einiges an zahlen-
igen Belegen zusammengetragen worden.

Danach ergaben sich bei Messungen mit dem
sten

	von oben	von unten	ober in gleich. Höhe
Eichen durchschnittlich	21,9	—	23,4 m
Eichen	24,1	27,1	26,2 m
Buchen	28,7	—	31,3 m
Lärchen	35,1	—	33,7 m
Fichten	28,5	29,5	29,5 m

Außer bei den Lärchen also über-

all kürzere Maße von oben, als in
gleicher Höhe!

Was hat es wohl mit diesen Unterschieden für
eine Bewandnis? Möglich, daß die von oben ge-
nommenen Maße die genaueren deshalb wären,
weil man den wirklichen Scheitel eben von oben
meist genauer anvisieren kann, als von unten ober
von der Seite, von der meist nur die breit aus-
ladenden Schirmkronen mit ihren Seitenästen ein
Ziel bieten, das häufig den eigentlichen und nur
von einem höheren Standort zu gewahrenden
Gipfeltrieb verdeckt

Doch kann auch irgend ein Zielfehler oder die
Stellung der Stämme gegen den Hang die Ursache
der Unterschiede sein.

Wohl ergeben die Maße der fünf über 25 m
hohen Reichenbacher Fichten, die in der Tabelle IV
zuletzt aufgeführt sind, daß die Messung von oben die
niedrigste und genaueste zugleich ist. Aber Fuß wie
Scheitel dieser Fichten waren von oben wie von
unten und von der Seite gleich gut sichtbar. Sie
beweisen darum noch nicht viel.

Eher bestätigte die Annahme einer genaueren
Messung von oben die Nachmessung der zwischen
Granittrümmern und -blöcken des gleichen fürstl.
Erbach-Schönbergischen Reviers Reichenbach i. D.
aufgewachsenen Eichen der Tabelle IV; denn von
ihnen war wirklich Fuß und Scheitel jeweils von
oben am besten sichtbar und tatsächlich lieferte auch
die Messung von der Seite und von unten im Durch-
schnitt bei ihnen wesentlich zu hohe Beträge.

Kurz und gut: auch bei den doch gewiß
nicht schwierigen Höhenmessungen
können recht erhebliche Fehler be-
gangen werden, vor denen die Be-
nutzung der praktischsten oder fein-
sten Instrumente zunächst noch nicht
schützt — es sei denn, daß sehr zahlreiche Messungen
immer auch Ausgleiche schafften. Aber ist das so
sicher? Weitere Versuche und Probefüllungen zum
Herausfinden der genauesten Meßweise nach Baum-
formen sind m. E. nötig, weil besonders die Ertrags-
regelung und Wertsermittlung genauer Unter-
lagen bedarf und die hier von 96 Stämmen mitge-
teilten Ergebnisse noch lange nicht beweiskräftig
genug sind.

Literarische Berichte.

Die Studienreise des kommerziellen Kurses an der Hochschule für Bodenkultur i. J. 1908. Von Julius Schrutschek, f. i. Ober-Forstrat. Wien 1908. Wilh. Fried, f. i. Hofbuchhändler. Preis 8 Kronen.

Das vorliegende Werk verdankt seine Entstehung einer Studienreise, die im Anschluß eines von dem Ackerbauministerium an der Hochschule für Bodenkultur veranstalteten kommerziellen Kurses für höhere Staatsforstbeamte und Forsttechniker der politischen Verwaltung i. J. 1908 stattfand. Diese Studienreise führte nach Passau, München, Nürnberg, Ochsenfurt, Hanau, Frankfurt, Mainz, Duisburg und Amsterdam. In allen diesen Orten wurden die bedeutendsten Holzhandlungen und Holzindustrien (Fasfabriken, Möbelfabriken, Bleistiftfabriken, Zigarrenstickenfabriken etc.) besucht und die Hafenanlagen, Kanalanlagen und Flößereien besichtigt. So bietet das mit zahlreichen Abbildungen versehene Buch ein um so interessanteres Bild des deutschen Holzhandels und Holzbedarfs, als in den genannten Orten nicht nur Holz aus Süd- und Nord-Deutschland und Österreich, sondern auch aus Rußland, Norwegen, Schweden, Amerika und Australien verwertet wird. Es fanden sich z. B. auf dem Lagerplatz der Holzgroßhandlung Hugo Forchheimer in Frankfurt a. M. folgende amerikanischen Hölzer vor: Alle Nadelhölzer, welche unter der allgemeinen Bezeichnung Pitsch pine, Yellow pine und Red pine in den Handel kommen, Pinus palustris, Pinus ponderosa, Pinus rigida, Pinus mitis, Pinus resinosa, Redwood, ferner die amerikanischen Laubhölzer Mahagoni, Storaxbaum, amerikanische Linde, Pappel, Rotbirke, Eiche und Eiche, weiter das australische Wunderholz „Jarrah“ etc. Der technische und Handelswert aller dieser Hölzer wird besprochen. Ebenso werden die verschiedenen Holzverarbeitenden und industriellen Anlagen, Häfen, Kanäle etc. eingehend erörtert, die Rhein- und Main-Flößerei geschildert. Forstlichen und holzhändlerischen Kreisen sei dieses interessante Werk bestens empfohlen.

Niesenthals Jagd-Lexikon. Nachschlage- und Handbuch für Jäger und Jagdfreunde. Zweite vollständig neugearbeitete Auflage, herausgegeben von der Schriftleitung der „Deutschen Jäger-Zeitung“. Mit 364 Abbildungen. Neudamm, 1916. Verlag von J. Neumann. Preis: in Leinwand geb. 15 Mk.

Mit dem Erscheinen der ersten Auflage Niesenthals Jagd-Lexikon sind 34 Jahre verflossen und das Werk ist seit Jahren schon vergriffen gewesen. Niesenthal, der im Jahre 1898 starb, konnte eine zweite Auflage nicht mehr herausgeben, sondern dieselbe nur zum Teil vorbereiten. Und so hat denn die rührige Schriftleitung der „Deutschen Jäger-Zeitung“ unternommen, auch dieses Werk gleichwie verschiedene klassische Schriften über das Jagdwesen in neuer Auflage der Öffentlichkeit übergeben. Begründet ist dieser Entschluß durch die mannigfachen Veränderungen auf jagdlichen Gebieten, insbesondere die Vervollkommenung der Hilfsmittel zur Jagd und die fortgesetzt sich erweiternden Kenntnisse von den Lebensverhältnissen und Lebensgewohnheiten des Wildes. Und diese Veränderungen haben naturgemäß eine alle Teile des Werkes umfassende gründliche Neubearbeitung zur Folge gehabt. Nur wenig ist gänzlich unverändert geblieben. Und da bei der gewaltigen Zunahme der zum erfolgreichen Jagdbetriebe erforderlichen Kenntnisse ein einziger Verfasser die Bearbeitung dieses umfassenden Wissens nicht zu bewältigen vermochte, haben Verlag und Herausgeber fünfzehn Bearbeiter gewonnen, deren Namen für die Gründlichkeit und Zuverlässigkeit ihrer Arbeiten bürgen. Es haben bearbeitet: Ernst Nitz von Dombrowski einen Teil des Gebiets, das unter dem Begriff „Allgemeine Jagdkunde“ zusammenfassen läßt; der andere Teil dieses Wissens zweigeteilt sowie alles, was die Weidmannsbrauch und den Weidmannsbrauch betrifft, stammt von der Feder von E. Tenmsen. Syndikus A. Ebn hat die jagdrechtlichen Fragen bearbeitet, Wilmmeister W. Gottschalk die Fasanenzucht, Redakteur B. Grundmann und E. E. Leonhardt als Schriftleiter die Jagdliteratur, letzterer außerdem die Jagdgeschichte und die Fischkunde, Ingenieur C. Leiß alles, was sich auf Jagdgläser bezieht, Feldmeister Mau den Raubzeugfang, Fallen und Netze, H. Otto das jagdliche Bauwesen und die Pflanzenkunde, Redakteur A. Preuß die Jagdfeuerwaffenkunde, Major E. Niesenthal, der Sohn des Verfassers, die Raubbögel, Hüttenjagd und Beize, Chefredakteur Dr. E. Schaff die jagdliche Tierkunde, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. A. Schwappach die forstwirtschaftlichen Fragen, Redaktionssekretär G. Stöckfleth das jagdliche Vereinswesen, Geh. Regierungsrat Dr. A. Ströse schließlich alle Fragen, die auf die Jagdhunde und die Wildkrankheiten beziehen.

Es kann nicht Aufgabe dieser kurzen Besprechung

näher auf den Inhalt des 636 Seiten starken mit 5 200 Artikeln und Verweisungen versehen. Beim Durchblättern und Stichprobeweisen einer ganzen Reihe von Beschreibungen, Erörterungen und Erklärungen habe ich aber den Eindruck gewonnen, daß der Jägerwelt ein Nachschub übergeben worden ist, das ihr ein zuverlässiger Ratgeber auf allen Gebieten des Jagds sein wird. Die Hauptwissenschaftszweige sind nach dem Maße die Lehren von Wild, Jagd, Hund und Fuchs. Alles für den deutschen Weidmann erwähnte Jagdwild ist eingehend beschrieben und seinen Lebensäußerungen nach den neuesten Beobachtungen geschildert. Jagd, Fang und Hege nicht nur in der jetzt gebräuchlichen Art und Weise dargestellt, sondern es ist auch der geschichtlichen Entwicklung des Jagdbetriebs in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Eine erschöpfende Darstellung haben die zur Jagd geeigneten Hundarten erfahren. Ebenso ist den Jagdfeuerwaffen ein großer Raum gewidmet. Aber nicht nur das Jagdwissenschaftsgebiet, sondern auch die zahlreichen Gebiete des Jagdwesens haben, soweit erforderlich, in je nach ihrer Bedeutung für den Jäger einen oder mehreren Artikeln ihre Bearbeitung gefunden, so die Weidmannssprache, Sitte und Sitten, Jagdliteratur, Jagdgeschichte, Jagdrecht, Jagdmusik, Jagdkunst und das jagdliche Vereinswesen. Ebenso das Forstwesen, soweit der Waldbestand, Aufenthalt des Wildes in Betracht kommt und die Kenntnis der verschiedenen forstlichen Bestandsarten, Betriebsarten, sowie der forsttechnischen Aufgaben für den Jäger notwendig ist, ferner die Botanik, die Fischereikunde und die optischen Hilfsmittel der Jagd, wie Feldstecher, Ferngläser und Fernrohre. Die 364 Abbildungen sind zum großen Teile von Dr. E. Schöff, dem Kunstmaler in Berlin und dem Jagdmaler C. Schulze neu gezeichnet worden. Eine wertvolle Bereicherung der Jagd-Auflage des Lexikons bildet die als Anhang beigegebene tabellarisch gehaltene Einführung in die Weidmannssprache. Sie bietet eine nach den Tierarten geordnete, klare Übersicht der gebräuchlichen weidmännischen Ausdrücke und umfaßt die allgemeine Benennung der Wildarten, ihre äußeren und inneren Körperteile, die Lebensäußerungen, die Bewertung des Wildes, und zwar hat man zweckmäßiger Weise das umgekehrte Verfahren eingeschlagen, wie sonst in den Jagdbüchern üblich. Man z. B. wissen, wie das Maul, die Zähne, der Schwanz des Schwarzwildes weidmännisch genannt werden, so braucht man nur unter den Körperteilen zu suchen, bis man auf das Schwarzwild kommt, um rasch festzustellen, daß der Weidmann das Maul des Wildschweines „Ge-

brech“, die unteren Hauszähne des Reilers „Gewehre“ und den Schwanz „Wurzel“ nennt.

Das vom Verlag gut ausgestattete Werk entspricht einem Bedürfnis. Einer besonderen Empfehlung bedarf es nicht. Sein reicher, gediegener Inhalt wird für eine rasche Verbreitung des Lexikons in Jägerkreisen sorgen. We.

Planmäßiger Abschluß des Rehstandes, ein Mittel zur Förderung der Gehörnsstärke. Von E. Graf Kallnein, Domnan. Mit 6 Textabbildungen, 3 Tafeln und einer Tabelle. Neudamm, 1917. Druck und Verlag von J. Neumann. Ladenpreis: 1 Mk.

Vorliegende Schrift ist als Heft 4 Band 3 des Jahrbuchs des Instituts für Jagdkunde Neudamm und Berlin-Zehlendorf erschienen.

In einer Einleitung weist Verfasser darauf hin, daß es 3 Punkte sind, die in hervorragendem Maße die Gehörnsstärke des in der Freiheit lebenden Rehbockes bestimmen, nämlich Ernährung, Abstammung und Züchtung. Des Weiteren werden dann das Geschlechtsverhältnis der Rehe, die Vererbung der Gehörnsform, die Altersverhältnisse, die Fortpflanzung, die Unterscheidungsmerkmale der Altersklassen, die Stärke des Wildstandes, die Regelung des Abschusses etc. besprochen.

Zur Erhaltung eines guten Rehstandes bezeichnet es Graf K. für notwendig, ebenso viel Rehen als Böcke abzuschießen, sofern nicht beim Vorhandensein einer Überzahl von Rehen einige Jahre hindurch ein erhöhter Rehenabschuß vorgenommen werden muß. Mit Recht ist er ein Gegner des Geltridenabschlusses, den er nur dann für einwandfrei hält, wenn über das Geltssein einer Rehe jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Wie schwer es ist, in dieser Richtung ein zutreffendes Urteil zu gewinnen, ist aus folgendem Falle zu ersehen. Vier Jahre lang trat täglich eine starke Rehe auf dem Dienstlande eines Försters aus ohne Rehen bei sich zu haben und dieses allgemein bekannte und als Geltride geltende Reh würde längst der Kugel verfallen sein, wenn es nicht auf Wunsch der Försterfamilie geschont worden wäre, die sich alltäglich an dem Anblick desselben erfreute. Im fünften Jahre erschien dieselbe Rehe mit drei starken Rehen. In den vorhergehenden Jahren waren ihre Rehen vermutlich von Fuchs oder Wildkatze, die dort noch häufig vorkam, geraubert worden.

Der Abschluß des weiblichen Wildes soll sich hauptsächlich auf die Schmalrehe und Rehen erstrecken. Den Rehenabschuß sieht Verfasser als durchaus zuverlässiges Mittel an, um einen Rehstand ohne Schaden in Schranken zu halten, durch verstärkten Abschluß der Rehen die das Geschlechts-

verhältnis zu bessern und bei ständiger Auswahl der geringen Reihe minderwertige Stücke von vornherein auszumergen.

Diesen Gründen stimmen wir in jeder Beziehung bei, halten aber trotzdem den Rißenabschuß für ein zweischneidiges Schwert, welches nur dem durchaus weidgerechten Jäger in die Hand gegeben werden darf.

Die vorliegende Arbeit verdient die volle Beachtung der weidmännischen Kreise! E.

Die Veränderung des Eigentums an Grundstücken in Preußen und ihre Fortschreibung im Kataster unter besonderer Berücksichtigung des Wassergesetzes vom 13. April 1913 von J. Leopold, Rgl. Preuß. Katasterinspektor und Stellvertreter. Verlag von H. Reiß, Liebenwerda.

In acht Hauptabschnitten behandelt Verfasser die Eigentumsveränderungen an Grundstücken und zwar im Abschnitt A gewissermaßen als Einleitung: Das Eigentum an Grundstücken, das Grundstück, seine Bestandteile und Zubehör, die Beziehungen der Hypotheken- (Grund-) Bücher zum Kataster und die Fortschreibung des Eigentumswechsels vor dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs, im Abschnitt B: die Veränderungen des Eigentums an Grundstücken nach dem Bürgerl. Gesetzbuch, im Abschnitt C: die Veränderungen des Eigentums an Grundstücken nach anderem Recht (Erwerb herrenloser Grundstücke, infolge Zwangsversteigerung, Enteignung, Ablösung von Reallasten, Gemeinheitsteilungen, Zusammenlegungen, Erbfolge, Bildung von Rentengütern u.), im Abschnitt D: das Erbaurecht und das Stockwerkseigentum, im Abschnitt E: die Veränderungen des Eigentums an

nicht gebuchten und an nicht buchungspflichtigen Grundstücken, im Abschnitt F: das Meeresufer, Abschnitt G: das Wassergesetz vom 13. April 1913 und im Abschnitt H: den Nachweis der Grundstücke im Grundbuch und im Kataster.

Das mit großem Fleiß und Verständnis arbeitete Buch enthält eine erschöpfende und sorgfältig durchgearbeitete Darstellung aller die Veränderung des Eigentums an Grundstücken und die Fortschreibung im Kataster berührender Fragen unter ganz besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen des Wassergesetzes. E.

Preussisches Förster-Jahrbuch für 1916. Ein Jahrbuch für die preussischen Kron- und Staatsforstbeamten. Siebenter Band. Herausgegeben zum Teil nach amtlichen Quellen von der Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung. Neudamm 1917. Verlag von J. Neumann.

Der vorliegende siebente Band des Preussischen Förster-Jahrbuchs ist zwar im März 1917 abgeschlossen, trägt aber die Jahreszahl 1916. Dies geschah, wie im Vorwort bemerkt wird, weil es dem Verlag bei der starken Inanspruchnahme des Verlags durch die Heranziehung zum Kriegsdienste erheblich an ringerten Personals nicht möglich war, im Jahre 1916 einen Band erscheinen zu lassen, und es beabsichtigt wird, demnächst in einem günstigen Jahre zwei Bände herauszugeben.

Die Einleitung des vorliegenden Bandes des Jahrbuchs ist die gleiche wie die der früheren Bände, nur ist der Personalteil ausgefallen.

Das dem Jahrbuche beigegebene Sachregister streckt sich nicht nur auf den vorliegenden Band, sondern auf alle bisher erschienenen Jahrgänge. E.

Briefe.

Aus Preußen.

Die Verhandlungen des Preuß. Abgeordnetenhauses über den Etat der Forstverwaltung.

Am 9. März d. J. fand die Beratung des Forsthaushalts im Abgeordnetenhaus statt. Über die Verhandlungen der Staatshaushalts-Kommission berichtete zunächst der Abgeordnete Graf von der Groeben folgendes:

Auch i. J. 1916 hat die Forstverwaltung schwere Verluste erlitten. Es sind in diesem Jahre auf dem Felde der Ehre gefallen: zwei

Regierungsforstbeamte, sechs Oberförster mit Revier, ein Oberförster ohne Revier, zwei Forst-Assessoren, zwei Forstreferendare, 15 Forstbesessene, ein Forstassistent, ein Förster mit Revier, zehn Forstschreiber bzw. Förster ohne Revier, 10 Forstverwundungsberechtigte, fünf Reservejäger, 20 Oberjäger und fünf Behrlinge. Im ganzen sind bis jetzt 164 Forstbeamte der Forstverwaltungslaufbahn gefallen. Die Forstverwaltung wird den Gefallenen ein ehrendes Andenken bewahren und alles, was ihren Kräften steht, tun, um den Verwundeten und Hinterbliebenen ebenso wie den Kriegsschädigten und verkrüppelten Forstbeamten zu helfen.

Naturgemäß sind durch den Mangel an Holzarbeitern und vor allem an Ge-
spannen zur Abfuhr große Schwierigkeiten ent-
standen. Trotzdem hat sich die Verwaltung nach
Möglichkeit bemüht, das verlangte Brennholz
und das Holz für militärische Zwecke
bereitzustellen. An Arbeitern stehen ihr nur die
wenigen zurückgebliebenen Leute und Kriegsge-
fangene zur Verfügung. Es ist selbstverständlich
nicht leicht, gegenüber den Anforderungen an
Brennholz und an Holz für militärische Zwecke
auch denjenigen an Brennholz gerecht zu werden.
Die Verwaltung hat den Oberförstern daher anheim-
gestellt, einzelne Schläge auch zur Selbstwerbung
durch den Käufer zu verkaufen. Bei der Bearbeitung
sow. können sich dann auch die Frauen beteiligen.
Die Löhne sind noch weiter gestiegen. Be-
züglich der Harzgewinnung ist zu bemerken,
daß ein Mangel an Harz für die Papier-, die
Seifen- und Lack-Industrie eingetreten war.
Zur Abhilfe dieses Mangels hat die Forstverwal-
tung alles mögliche getan. Der Ertrag entsprach
aber nicht den Erwartungen, immerhin sind aber
rund 30000 Zentner Harz gewonnen worden.
Von größeren Kalamitäten ist die Forstverwaltung
verschont geblieben. Leider steht für das kommende
Jahr ein Spinnerfraß in Aussicht, gegen-
über dem sich recht wenig Gegenmittel anwenden lassen.
An Eicheln sind i. G. 3000 Zentner, an Buch-
eckern 2200 Ztr. und dann noch einige Zentner
Kastanien zur Obereitung und als Futter gesammelt
worden. An Wild sind aus den Staatsforsten un-
entgeltlich an Lazarette abgegeben worden: i. J.
1914: 616 Stück Rotwild, 192 Damwild, 2383 Rehe,
73 Sauen, 2312 Hasen; i. J. 1915: 2 Eiche, 415 Rot-
wild, 145 Damwild, 1478 Rehe, 48 Sauen, 531
Hasen. Der Wildabschuß ist sowohl 1915 wie
1916 nach Möglichkeit verstärkt worden. Die An-
stellungsverhältnisse haben sich für die
höhere Laufbahn sehr gebessert. Nach
einigen Jahren wird man nicht genug Anwärter
mehr haben, da die älteren Jahrgänge erheblich im
Alter vorgeschritten sind und der Tod unter den
jüngeren Beamten eine furchtbare Ernte gehalten
hat. Bei den Förstern ist dies nicht in gleichem
Grade der Fall, weil die Anzahl der Anwärter sehr
groß und von den Förstern mit Revier wegen des
durchschnittlich höheren Lebensalters nur verhält-
nismäßig wenige ins Feld zogen.

Wegen Belassung der Forstakademie
Münden hat der Magistrate in Münden eine
Petition eingereicht. Diese hat auch bereits dem
Herrenhaus vorgelegen und die Finanzkommission
des Herrenhauses hat sie der Staatsregierung zur
Berücksichtigung überwiesen. Zunächst wird jeden-

falls eine Verlegung der Akademie noch nicht in
Frage kommen; dauernd kann die Belassung der-
selben in Münden aber nicht zugesichert werden.
Die Staatshaushaltskommission des Abgeordneten-
hauses hat ebenfalls beschlossen, die Petition der
Kgl. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu über-
weisen.

Abgeordneter v. Dieß (kons.) gedenkt
der im Kriege gefallenen Forstleute, weist darauf
hin, daß die Forstverwaltung neben dem Mangel
an Verwaltungs- und Schutz-Personal, auch unter
dem Arbeiter- und Gespann-Mangel sehr zu leiden
habe, bespricht den Holzverkauf, die Abgabe der
Waldstreu, die Harzgewinnung, das Sammeln von
Bucheln und Eicheln, die Anstellungsverhältnisse der
Forstbeamten, die Erhaltung der Forstakademie
Münden und spricht schließlich den Forstbeamten
Dank und Anerkennung aus für das, was sie unter
den jetzigen schwierigen Verhältnissen geleistet haben.

Abgeordneter Wenke (fortschr. B.-P.)
erörtert auch die Anstellungsverhältnisse der Forst-
beamten, empfiehlt zur Hebung des Arbeiter-
mangels die Ansiedlung Kriegsbeschädigter im oder
am Walde, wünscht die Abgabe von Brennholz zu
mäßigen Preisen an die Bevölkerung, führt Klage
über Wildschaden und darüber, daß von vielen Forst-
verwaltungen ein großer Teil der Waldwege ge-
sperrt werde, wünscht größeres Entgegenkommen bei
Ruhbarmachung aller Forst-Nebennutzungen und
verlangt, daß die Aufforstung von Grundstücken, die
schon als Ackerland benutzt waren, von einer gewissen
behördlichen Genehmigung abhängig gemacht werde.

Abgeordneter Frhr. v. Wolff-
Metternich (Zentr.) bemerkt, daß man dem
Waldbesitzer das Recht lassen müsse, unwillkommene
Besucher aus seinem Walde zu verweisen. Der
Staatsforstverwaltung gebühre wärmste Aner-
kennung für das weite Entgegenkommen, welches sie
bezüglich der Ruhbarmachung aller Nebennutzungen
während des Krieges gezeigt habe. Ebenso habe sie
im Einschlagen von Brennholz und Holz für den
Heeresbedarf Außerordentliches geleistet. Um die
Lohschläge wieder rentabel zu machen, müsse nach
dem Kriege dahin gestrebt werden, wirksame Böse
einzuführen. Es sei zu hoffen, daß die im Jahre 1916
erteilte Erlaubnis zum Vogelfange im Dohnenkriege,
besonders auch mit Rücksicht auf die in den Wein-
bergen durch die starke Vermehrung der Drosseln
verursachten starken Schäden, nicht wieder rück-
gängig gemacht werde.

Weiter bemerkt Redner, daß die Förster durch
die Kriegszeit wohl dahin belehrt worden seien, daß
das Diebstahl noch nicht so ganz zu verachten
sei, und daß sie auch in diesem Punkte von den Wort-
führern des Förstervereins recht schlecht beraten.

worden seien. Die Überlassung von ausreichenden Dienstländereien an die Förster sei sehr erwünscht. Schließlich tritt auch er für die Erhaltung der Akademie Münden ein.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Frhr. v. Schorlemer dankt für die Worte ehrender Anerkennung, welche den gefallenen Helden der grünen Farbe gewidmet worden seien. Dem Vorredner sei beizustimmen, daß manche Förster froh sein würden, wenn sie noch im Besitze ihres Dienstlandes wären; die Vorteile desselben würden auch bei der weiteren Stellenregulierung berücksichtigt werden müssen. Erst nach dem Kriege werde darüber entschieden werden, wieviele Stellen eingezogen werden könnten. Augenblicklich sei die Lage der Anwärter für den höheren Forstverwaltungsdienst günstig, weil bedauerlicher Weise zahlreiche Anwärter und Oberförster im Felde geblieben seien. Es sei anzunehmen, daß nach dem Kriege die Mehrzahl der Assessoren zur Anstellung kommen werde. Anders liege es bei den Förstern und den Anwärtern zum Forstschuttdienst. Da sich die Förster im höheren Alter befänden, seien verhältnismäßig wenig von ihnen in der Front gewesen, infolgedessen auch wenige gefallen. Um die Lage der Forstamwärter zu verbessern, werde alljährlich nur eine beschränkte Zahl angenommen. Im Rahmen der verfügbaren Mittel sei die Forstverwaltung schon seit Jahren bemüht, Walдарbeiter in der Nähe der Forsten anzusiedeln. Die Regierungen seien darauf hingewiesen worden, auch auf die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten, soweit diese noch im Walde Verwendung finden könnten, Bedacht zu nehmen.

Im Interesse der Bevölkerung seien die hohen Holzpreise zu beklagen und die Regierungen seien angewiesen, der bedürftigeren Bevölkerung das Holz in möglichst günstiger Weise zugänglich zu machen. Dies sei zunächst in der Form einer beschränkten Versteigerung versucht worden, indem man nur die Bewohner bestimmter Orte oder die Kriegerfrauen oder Kriegerwitwen zur Versteigerung zugelassen habe. Das habe sich aber nicht bewährt, weil sich die Beteiligten gegenseitig wieder die Preise so in die Höhe getrieben hätten, daß sie das Holz schließlich zu nahezu unerschwinglichen Preisen hätten übernehmen müssen. Jetzt werde den Gemeinden eine bestimmte Menge Holz zu erträglichen Preisen zur Verteilung unter die ärmere Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Da, wo Mangel an Walдарbeitern sei, werde den Gemeinden auch die Möglichkeit gegeben, Holz selbst einzuschlagen. Dies habe den Vorteil, daß auch weibliche Kräfte im Walde Verwendung finden könnten, und die Gemeinden seien auch vielfach in der Lage, mit den

Gespannen der Abnehmer das gekaufte Holz aus dem Walde abzufahren. Auch die Wälder, die keine Kohlen zur Verfügung hatten, hätten billiges Holz aus dem Walde bekommen, weil sonst die Deckung des Brothbedarfes gefährdet worden wäre. Aufgeforstet sei schon lange vor dem Kriege kein Gelände mehr geworden, welches für landwirtschaftliche Benutzung hätte in Frage kommen können. In den beiden Kriegsjahren seien ungefähr 2500 ha besseren Waldbodens teilweise mit Kaps, in der Hauptsache aber mit Kartoffeln angebaut worden und man habe namentlich mit Kartoffeln recht gute Ernten erzielt.

Abgeordneter Dr. Bredt (freis.) will die Akademie Münden ebenfalls erhalten haben und empfiehlt, die Wälder in den besetzten Gebieten so viel wie nur möglich zur Holznutzung heranzuziehen, die deutschen Wälder aber möglichst zu schonen.

Abgeordneter Wiersdorff (nat.-lib.) befürwortet auch die Erhaltung der Akademie Münden und weist auf den bedeutend gesteigerten Wildabschuß hin.

Ministerialdirektor, Oberlandforstmeister von Freier bemerkt, daß die Forstverwaltung hinsichtlich des Abschusses von Wild reichlich weit gegangen sei. Es sei an die Regierungen die Weisung ergangen, die Wildstände überall durch verstärkten Abschluß auf eine den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende Zahl zu reduzieren und erforderlichenfalls auch mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Was die Akademie Münden anbelange, so erscheine es zur Zeit nicht angezeigt, der Auflösung derselben näher zu treten, weil sich nicht annähernd übersehen lasse, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten würden.

Aus Preußen.

Die Preussische Fischereiordnung vom 29. März 1917.

Im Januar-Heft d. J. haben wir über das neue Preuß. Fischereigesetz eingehend berichtet und dabei darauf hingewiesen, daß eine Reihe höchst wichtiger Gegenstände durch Polizeiverordnung geregelt werden sollten. Dies ist nun inzwischen, insoweit als es sich um Materien handelt, die einheitlich für das ganze Staatsgebiet geregelt werden können, durch eine Polizeiverordnung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 29. März d. J. geschehen. Diese Polizeiverordnung ist als „Fischereiordnung“ bezeichnet worden. Nur die Materien, bei denen die jeweiligen örtlichen Verhältnisse bestimmend sein müssen, sind dem Regierungspräsidenten zur weiteren Regelung durch

Regierungs-Polizeiverordnungen überlassen worden. Wir können selbstverständlich hier nicht alle Bestimmungen der sieben Abschnitte umfassenden Fischereiorordnung aufzuführen, müssen uns vielmehr auf das Wesentlichste beschränken.

Vom allgemeinen Interesse sind zunächst die Mindestmaße der Fische, deren Fang erlaubt ist. Diese sind festgesetzt: für Stör auf 100 cm, doch soll der Regierungspräsident befugt sein, für Küstengewässer das Mindestmaß auf 150 cm zu erhöhen, für Aal auf 35 cm, mit der Ermächtigung des Regierungspräsidenten daselbe für Küstengewässer auf 25 cm herabzusetzen, für Lachs auf 5 cm, für Meerforelle auf 35 cm, für Zander auf 35 cm, mit der Ermächtigung des Regierungspräsidenten daselbe für Küstengewässer auf 18 cm herabzusetzen, für Barbe, Hecht, Korbseeschnäpel auf 28 cm, für Maifisch auf 28 cm, mit der Ermächtigung des Regierungspräsidenten für Küstengewässer daselbe bis auf 20 cm herabzusetzen, für Blei auf 25 cm, für Scholle und Flunder in der westlichen Ostsee westlich der Linie Hyllekrog Leuchtturm (auf Lolland) nach Staber Huk (auf Fehmarn) auf 22 cm östlich dieser Linie bis zur Linie Gedser nach Ahrensboop auf 21 cm, sonst, ausgenommen Scholle der Nordsee auf 18 cm, mit der Ermächtigung des Regierungspräsidenten das Mindestmaß für die Flunder in den Häfen bis auf 15 cm herabzusetzen, für Aesche, Aal, Döbel und Nase auf 10 cm, für Bachforelle und Schleie auf 8 cm, für Barsch, Plöke und Kottfeder in Binnengewässern auf 13, sonst auf 15 cm, für Flußkrebs auf 8 cm. In den thüringischen Grenzgewässern und in Gewässerstrecken, die mit thüringischen Gewässern in Verbindung stehen, kann der Regierungspräsident das Mindestmaß für den Blei bis auf 28, die Schleie bis auf 10, den Krebs bis auf 10 cm erhöhen, sowie ein Mindestmaß für den Karpfen bis zu 28 cm vorschreiben. Im Regierungsbezirk Sigmaringen kann der Regierungspräsident das Mindestmaß für den Hecht auf bis 30, die Aesche bis auf 25, die Bachforelle und Schleie bis auf 20 cm erhöhen; er kann auch ein Mindestmaß für den Fuchsen bis zu 50, für die Regenbogenforelle bis zu 20 cm vorschreiben. Zu wissenschaftlichen, gemeinnützigen und wirtschaftlichen Zwecken kann der Regierungspräsident für einzelne Personen Ausnahmen an den festgesetzten Mindestmaßen gestatten. Als Röderrische können für den eigenen Gebrauch des Fischers untermaßige Aal, Döbel, Nasen, Barsche, Plöke und Kottfeder gefangen werden. Widerrechtlich gefangene untermaßige Fische, die lebend in die Gewalt des Fischers fallen, sind sofort, oder wenn sie nicht gleich

aus dem Fanggerät entfernt werden können, spätestens nach Rückkehr des Fischereifahrzeugs ans Land, mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht ins Wasser zurückzusetzen. Von den toten Fischen dürfen die mit Aalhamen, Ankerhaken und Steerthamen gefangenen sämtlich, die mit Zug- und Grundschleppnetzen gefangenen bis zu einer Gesamtmenge von 1 kg für den Tag und die Besatzung eines Fahrzeugs im Haushalt des Fischers verwertet werden, während alle übrigen zu gemeinnützigen Zwecken nach näherer Bestimmung der örtlichen Fischereibehörde zu verwenden sind.

Die Schonzeiten sind in folgender Weise festgesetzt worden:

1. Am Sonntag ist der Fischfang von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr verboten (Sonntagsschonzeit). Die Fanggeräte der sog. stillen Fischerei, d. h. solche, die weder gezogen noch gestoßen werden, dürfen zum Fang im Wasser bleiben. Dazu gehören namentlich Stellnetze, Aalhamen, Ankerhaken, Steerthamen, Garn-, Draht-, Korb-, Reusen sowie Treib- (Schwimm-) Netze ohne Begleitung von Fahrzeugen. Angeln ist zulässig, soweit nicht der Fischfang in einem Gewässer ganz verboten ist.

2. In den Gewässern, in denen sich vorzugsweise Winterlaicher (Lachse, Forellen- und Saiblingsarten, Döbelschnäpel u. a.) fortpflanzen, ist der Fischfang in den Monaten Oktober bis Januar während acht aufeinanderfolgender Wochen, die der Regierungspräsident bestimmt, verboten (Winterschonzeit). Der Regierungspräsident bestimmt auch die Gewässer.

3. In den nicht der Winterschonzeit unterliegenden Binnengewässern ist der Fischfang in den Monaten März bis Juni während sechs aufeinanderfolgender Wochen, die der Regierungspräsident bestimmt, mit Ausnahme der stillen Fischerei und des Fischfangs mit der Handangel verboten (Frühjahrschonzeit).

4. Der Regierungspräsident kann außerdem besondere Artenschonzeiten festsetzen: a) für Stör vom 1. Juli bis 31. August, b) für Lachs, Saiblinge, Meer- und Bachforellen sowie Schnäpel, wenn diese Fischarten keiner Winterschonzeit unterliegen, höchstens acht Wochen in den Monaten Oktober bis Februar, c) für Maränen höchstens acht Wochen in den Monaten November und Dezember, d) für Aeschen und Nasen sowie im Regierungsbezirk Sigmaringen für Fuchsen und Regenbogenforellen, wenn diese Fischarten keiner Frühjahrschonzeit unterliegen, höchstens acht Wochen in den Monaten März bis Mai, e) für Döbel, die keiner Frühjahrschonzeit unterliegen, höchstens sechs Wochen in den

Monaten Mai und Juni, f) für Flußkrebsse vom 1. November bis 31. Mai, g) für Scemoos und Corallenmoos vom 1. April bis 31. August. Von allen Schonzeiten kann der Regierungspräsident zu wissenschaftlichen, gemeinnützigen und wirtschaftlichen Zwecken für einzelne Personen Ausnahmen gestatten.

Als Maschenweite wird für Stellneze, Stodneze, Treibneze, Zugneze und Grundschleppneze eine Weite von 2,5 cm vorgeschrieben. Für verschiedene Fälle kann der Regierungspräsident Ausnahmen zulassen. Für die Rehlen von Nezen, den hinteren Sackteil von Zug- oder Grundschleppnezen, sowie für Neze zum Fang von Aalen, Bach- und Regenbogenforellen, Stickslingen und Röhrenfischen können engmaschige Neze benutzt werden.

Ständige Fischereivorrichtungen müssen eine Lattenweite von mindestens 2 cm haben. Ebenso müssen die Absperre Vorrichtungen für geschlossene Gewässer, die Stabgitter einen Abstand von mindestens 2 cm, Maschen eine lichte Breite von mindestens 2 cm haben.

Der zur Ableitung eines Fischgewässers Berechtigte hat den Fischereiberechtigten den Beginn und die Dauer einer Ableitung mindestens drei Tage vorher anzuzeigen. In Notfällen kann die örtliche Fischereibehörde die Ableitung schon vor Ablauf der drei Tage gestatten. Geschlossene Gewässer, ausgenommen die künstlichen Fischteiche, dürfen in der Zeit vom 1. April bis 15. Mai, offene Gewässer während der Schonzeiten nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten abgeleitet werden.

Bachsaiblinge, Regenbogenforellen, Forellen, Schwarz- und Steinbarsche, Sonnenfische, Zwergwelse, amerikanische Krebse, galizische Sumpfstrebse und fremdländische Auster, sowie andere Fischarten, die in Zukunft aus dem Ausland eingeführt werden, dürfen in offenen Gewässern nur mit Zustimmung des Regierungspräsidenten neu ausgesetzt werden.

Soweit die Frühjahrsschonzeit von Gewässern in die Monate Mai und Juni fällt, ist in ihnen die Verbauung von Wasserpflanzen, einschließlich der Unterwasserpflanzen, sowie die Entnahme von Schlamm, Erde, Sand, Kies und Steinen nur mit Erlaubnis des Fischereiberechtigten zulässig. Für Laichschonbezirke bestimmt § 112 F.-G., daß dort während der Laichzeit der zu schonenden Fischarten die Räumdung, das Mähen von Schilf und Gras, die Entnahme von Pflanzen, Schlamm, Erde, Sand, Kies und Steinen, sowie jede andere der Fortpflanzung der Fische gefährliche Störung unterbleiben muß. Fischlaich darf ohne Erlaubnis des Fischereiberechtigten nicht

aus dem Wasser genommen oder beschädigt werden. Entenbesitzer müssen ihre Enten von fremden Fischgewässern fernhalten, wenn ihnen der Fischereiberechtigte nicht deren Einlassung gestattet. Bei Zuwiderhandlungen setzen sie sich, abgesehen von der Bestrafung, der Gefahr der Beschädigung oder Tötung der Enten nach § 228 B. G. aus. Der Regierungspräsident kann bestimmte Fischgewässer von dem Verbot des Enteneinlassens ausnehmen, er kann auch das Enteneinlassen gegen den Willen des Fischereiberechtigten verbieten. Das Einlassen von Enten während der Laichzeit in Laichschonbezirke ist bereits in § 112 F.-G. verboten. Weiter werden noch Bestimmungen getroffen über den Gebrauch der Fanggeräte, über die Kennzeichnung der Fischerzeuge, die Ordnung beim Fischfang in offenen Gewässern usw.

Aus Hessen.

Beobachtungen über Blitzschläge.)

Von Geh. Oberforstrat Joseph in Darmstadt.

In 1916 sind im Großherzogtum Hessen 57 Blitzschläge in Bäume festgestellt worden, die geringste Anzahl seit Aufnahme der Beobachtungen. Die Ursache hierfür bildet die eigenartige Witterung des Sommers mit seinen langen Regenzeiten und tiefen Temperaturen. Von den Hauptgewittermonaten war der Juni außerordentlich kühl und brachte auffallend wenig Sommertage. In den bis 1830 zurückreichenden Darmstädter Temperaturbeobachtungen findet sich kein gleich niedriges Junimittel verzeichnet. Auch der Juli war bis zum letzten Drittel kühl, trüb und regnerisch. Im Juni sind dann auch nur 11, im Juli sogar nur 3 Bäume vom Blitz getroffen worden. Im August sind — trotz zeitweiser lebhafter Gewittertätigkeit — überhaupt Blitzschläge in Bäume nicht mehr wahrgenommen worden.

Die meisten Blitzschläge ereigneten sich im Mai, und zwar 30 von 37 im Ganzen bei den weit verbreiteten, schweren Gewittern, die sich von den Nachmittagsstunden des 26. bis zu den ersten Morgenstunden des 27. Mai namentlich im Odenwald und in Oberhessen entluden. —

Die Verteilung der Blitzschläge auf die einzelnen Monate in den drei Beobachtungsjahren zeigt folgende Übersicht:

	1914	1915	1916
März	1	2	1
April	5	1	5
Mai	13	1	37
Übertrag	19	4	43

1) Vgl. Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung Juli-Sept. 1915 S. 165 ff., August-Sept. 1916, S. 198 ff.

Übertrag	19	4	43
.....	186	18	11
.....	184	19	3
.....	10	25	—
	399	66	57

Von den getroffenen Bäumen befanden sich in Wäldern, und zwar von Laubhölzern Eichen, drei Buchen und eine Akazie (Robinie), von Nadelhölzern zwölf Fichten und neun Kiefern.

Außerhalb des Waldes wurden vom Blitz getroffen: ein Apfelbaum, ein Kirschbaum, ein Nußbaum, eine Pappel, ein Vogelbeerbaum und drei Eichen. Letztere, sowie der Kirschbaum und der Vogelbeerbaum standen als Alleeabäume an Straßen am hohen Vogelsberg. Von zweien dieser Fichten ist angegeben, daß sie etwa 120 m voneinander entfernt unmittelbar an Straßendurchlässen mit stehendem Wasser standen und bei beiden der Blitz — den unteren Stammteil zu zersplittern oder gar zu beschädigen — in der Richtung nach den Wäldern übergesprungen sei. Der obere Stammteil, besonders soweit die starke Beastung reichte, wurde durch starke Absplitterungen an der Blitzbahn erheblich beschädigt. Auch an dem Vogelbeerbaum beginnt die unterhalb der Krone beginnende Blitzrinne in 1,3 m Höhe über dem Boden. Von hier aus führt der Blitz nach einem 3 m entfernten alten Eichenstamm Grenzmal übergesprungen zu sein. — In den durch Blitzschläge sonst viel heimgesuchten Wäldern der Rhein- und Main-Ebene sind in 1916 sieben Blitzschläge vorgekommen, die zwei Eichen, fünf Kiefern trafen. Auf den Odenwald entfielen 11 Blitzschläge, und zwar sechs an Eichen, vier an Kiefern, je einer an Buche und Akazie. In den Wäldern des Vogelsbergs sind dem stärkeren Bestand der Fichte mit 25 % entsprechend auch die getroffenen Fichten (zehn Stück) am zahlreichsten. Doch bleibt die Eiche mit sieben getroffenen Bäumen nicht weit zurück, obgleich ihr Anteil an Bestockung nur 5,7 % beträgt. An der Hauptholzart dieses Gebietes, der Buche, sind nur zwei Blitzschläge vorgekommen. Die Wetterau, in deren Wäldern ebenfalls die Buche weitaus vorherrscht, wurde nur durch Blitzschläge in Eichen (acht) und in eine Fichte getroffen. Überhaupt tritt die starke Gefährdung der Eiche und an zweiter Stelle der Fichte in diesem Gebiet besonders hervor. —

Welche Stellung die im Walde getroffenen Bäume zum Bestand und zu ihrer Umgebung einnehmen, ist in nachstehender Übersicht zu ersehen:

	Über- hälter	Rand- stämme	Im Bestandsinnern vorherrschend	unterdrückt	Im ganzen
Eiche	7	4	11	2	24
Buche	1	—	1	1	3
Akazie	—	1	—	—	1
Kiefer	2	4	3	—	9
Fichte	—	4	8	—	12
	10	13	23	3	49

Die verhältnismäßig große Zahl der getroffenen Überhälter und Randstämme bestätigt wieder die Erfahrung, daß neben der Holzart der Stand des Baumes die Blitzgefahr wesentlich beeinflusst. Unter einem Eichenüberhälter wurden bei dem Gewitter am 26. Mai auch drei Rindenschäler getroffen und an demselben Tage unter einem frei im Felde stehenden starken Nußbaum eine Frau erschlagen.

Der seltenere Fall, daß unterdrückte Bäume von Blitz getroffen wurden, ist bei zwei Eichen und einer Buche vorgekommen. Eine dieser Eichen stand neben einer Fichte, die sie um mindestens 8 m überragte; die Eingangsstelle des Blitzes war der dürre Gipfel, von dem die Blitzrinne senkrecht zu Boden führte. Die andere Eiche befand sich in einem 80-jährigen Buchenbestand und wurde unterhalb der Krone in 12 m Höhe getroffen. Die Blitzrinne läuft um den Baum herum, ohne jedoch dabei, wie in diesem Falle ausdrücklich bemerkt wird, dem Holzfaserverlauf zu folgen. Die unterdrückte Buche von 25 m Höhe befand sich im Schluß eines 90-jährigen, reinen Buchenbestands; sie wurde in 10 m Höhe getroffen. Aus der von der Eingangsstelle senkrecht zum Boden führenden, 3 cm breiten Blitzrinne wurde ein langer Span von der Stärke eines Bleistifts herausgerissen und 12 m weit weggeschleudert.

In den weitaus meisten Fällen (45) bestehen die Blitzbeschädigungen in Rinnen von 1 bis 10 cm Breite von senkrechtem oder gewundenem Verlauf, die teils nur an der Rinde schwach sichtbar sind, teils mehr oder weniger tief in das Holz eingreifen. In einigen Fällen sind mehrere Blitzrinnen vorhanden, die an den entgegengesetzten Seiten des Stammes zum Boden führen. Eine mehrfach unterbrochene Blitzrinne wurde an einer 60-jährigen, stark beasteten Kiefer in der Oberförsterei Storndorf beobachtet. Die Blitzrinne beginnt in 15 m Höhe und überspringt in ihrem Verlauf alle dürren Aststummel oder umgeht sie. Wo diese Rinne in etwa 10 m Höhe endigt, wird seitlich in einem Abstand von 10 cm eine weitere Rinne sichtbar, die senkrecht zum Boden verläuft.

Mehrfach wurde festgestellt, und zwar ausschließlich an Fichten, daß sich die Blitzrinnen auf der dem Wetter abgekehrten, also zur Zeit des Blitzschlags vermutlich noch unbeneigten Stammseite befanden.

Größere Zerstörungen an Waldbäumen durch Blitzschlag sind entstanden an fünf Fichten, vier Eichen und einer Kiefer, die vollständig zersplittert, gespalten oder abgeschlagen wurden. Ein mächtiger Eichenüberhälter von 2,15 m Stammumfang in der Oberförsterei Eichelsdorf wurde vollständig in zwei Hälften gespalten, die oben weit auseinander kaffen, Ein Hauptast der Krone wurde abgeschlagen, die beiden anderen Hauptäste wurden, wie auch der ganze Stamm, von Rinde entblößt. Äste, Holzsplinter und Rindenstücke wurden auf größere Entfernung weggeschleudert. Eine hohle Eiche wurde durch einen Blitzschlag in Brand gesetzt und zerstört.

Im Felde wurde ein Apfelbaum und eine Pappel gespalten und abgeschlagen.

Der anscheinend doch selten vorkommende Fall des nachträglichen Absterbens einer ganzen Baumgruppe im Anschluß an einen einwandfrei festgestellten Blitzschlag wurde in diesem Jahre aus der Oberförsterei Stornsdorf gemeldet. Dort war eine auf sehr feuchtem Lehmboden stehende, 100 jährige Fichte getroffen worden, die inmitten einer gleichaltrigen Kieferngruppe stand. Etwa 14 Tage nach dem Blitzschlag begannen die im Umkreise von 15 m stehenden Kiefern abzustorben. An keiner der eingegangenen Kiefern waren Blitzspuren wahrzunehmen.

Bei dem im Vorjahre aus der Oberförsterei Mörfelden berichteten Fall des späteren Absterbens von Kiefern ist ein weiteres Eingehen nicht mehr erfolgt.

Aus Baden.

Sein oder Nichtsein der Forstabteilung an der technischen Hochschule Karlsruhe.

Von Forstrat R ü n i g e, Heidelberg.

Wenn ich wiederum mit einem Aufsatz vor die Leser dieser Zeitschrift trete, so bitte ich mir dies nicht als eine Überhebung anrechnen zu wollen, sondern aus den Verhältnissen sich zu erklären.

Die zur Erörterung gestellte Frage erduldet keinen Aufschub. Der Bad. Forstverein ist unter den Kriegsverhältnissen nicht in der Lage, Stellung zu nehmen. Es wäre aber zu bedauern, wenn Kammer und Regierung entscheiden würden, ohne daß irgendeine forstliche Stimme sich geäußert hätte. Von dem älteren Geschlecht der Vorkämpfer in dieser Frage bin ich der letzte Lebende, das jüngere steht mit seinen besten Kräften zum größten Teil im Felde. Ich halte es daher für eine Ehrenpflicht, trotz meiner sonstigen dienstlichen und militärischen Inanspruchnahme im Heimatdienst, hier nochmals namens aller forstlichen Gesinnungsgegnossen für das einzutreten, was wir für notwendig halten zur

Gesundung der forstlichen Verhältnisse im engeren wie im weiteren Vaterland und zur Bekämpfung des Sondernuttsgeistes, soweit er dafür ein Hindernis ist.

Seit einer längeren Reihe von Jahren wird immer wieder in den badischen Kammerverhandlungen die Frage über Weiterbestehen oder Auflösung der Forstabteilung an der Hochschule Karlsruhe erörtert. Nach Äußerung des Unterrichtsministers in der 14. Sitzung der II. Kammer vom 11. Juni d. J. soll, wenn möglich, schon im nächsten Landtag, der im September d. J. zusammentritt, Klarheit über ihr ferneres Schicksal geschaffen werden, weil durch die dauernde Verunsicherung der Lehrkreise, wie der Studierenden Schaden zu befürchten sei.

Es erscheint daher gerechtfertigt, diese Frage vorher nochmals rück- und ausblickend in einer Zeitschrift einer rein sachlichen und sachlichen Besprechung zu unterziehen, um den entscheidenden Kreisen die Grundlage für ein richtiges Urteil zu bieten.

Der Lehrstätten für Forstwissenschaft sind in Deutschland allzuvielen für den Bedarf an akademisch gebildeten Forstmännern, die Aufwendungen für gute Ausstattung einer solchen belasten den Haushalt eines kleineren Staates ziemlich erheblich, obwohl dem ein begründetes Bedürfnis oder ein genügender Besuch gegenübersteht. Auch bietet die Gewinnung tüchtiger forstlicher Lehrkräfte für die vielen Anstalten große Schwierigkeiten. Forstverwaltungen und Forstwissenschaft, wie die Forstlehranstalten selbst, leiden mehr oder minder sehr unter diesen Mißverhältnissen.

Alle Forstleute, sei es, daß sie in der Verwaltung sei es, daß sie im Lehramt stehen, sind mit verschwindenden Ausnahmen dahin einig, daß eine Zusammenlegung der Forstlehrstätten an drei bis vier deutschen Universitäten unter Verzicht der kleineren Staaten auf je eine eigene Landeslehranstalt zu einer richtigen Pflege der Forstwissenschaft, zur Gesundung des Forstwesens und zur Verbilligung der Staatshaushalte unbedingt anzustreben ist.

Als im Jahre 1832 der forstliche Lehrstuhl an der Universität Heidelberg aufgehoben und die Forstschule für Baden an der Polytechnischen Schule in Karlsruhe errichtet wurde, entsprach dies den damaligen Verhältnissen. Eine eigentliche Forstwissenschaft bestand überhaupt noch nicht, oder richtiger stand noch in den ersten Kinderschuhen. Nach den damaligen Auffassungen schien sie sich gänzlich auf dem mathematisch-geometrischen und jenem der Naturwissenschaften aufbauen zu wollen, die hauptsächlich zugleich die Grundlagen jener technischen Fächer bildeten, zu deren Pflege diese Schulen

nimmt war. Botanik und Zoologie harrten noch ihrer Entwicklung und Bedeutung als logische Wissenschaften". Von den Forstbesüßern wurde ebenso wie von den Schülern der anderen Schulen nicht die Universitätsreise verlangt. Es wurde durch eine gemeinsame „Vorschule“ abgeklärt.

Die Forstwissenschaft nahm aber eine andere Entwicklung. Für die „Forsttechnik“ wurden immer mehr die biologischen Wissenschaften von Bedeutung, für die Forstwirtschaftsfächer trat Forst- und Staatswirtschaftswissenschaft in den Vordergrund, alles Wissenszweige, die ihre beste Pflege an der Universität finden. Mit Förderung der Maturitas für die Forstbesüßten die Notwendigkeit einer weiteren ergänzenden Ausbildung in der Mathematik an der Forstschule und damit der letzte Grund einer Verweisung der Forstwissenschaft an die technische Hochschule. In anderen deutschen Staatsforstverwaltungen sind die Ansichten, daß eine technische Hochschule nicht gleiche Bedingungen wie die Universität bietet, eine universelle Ausbildung, wie sie von einem Staatsforstbeamten verlangt wird, eine Überzeugung, die mit verschwindenden Ausnahmen alle Forstmänner teilen. Weisend ist, daß die forstlichen Lehrstühle an den Universitäten München und Gießen nicht etwa der naturwissenschaftlichen, sondern der staatswirtschaftlichen Fakultät zugeteilt sind.

Die Folge, an der Baden nichts ändern kann, ist daher der völlige Mangel an Zugang von Forstbesüßten aus dem übrigen Deutschland für Karlsruhe. Da auch das Pflichtaufnahmestudium an Forstbesüßten für Karlsruhe das kleinste ist — Gießen neben Hessen noch die thüringischen Staaten —, ist dieses von allen Forstlehrstätten in der schlimmsten Lage. Seine Studentenzahl ist von 64 im Jahr 1883 schon seit Jahren auf 12 bis 14 herabgesunken. Wesentlich günstiger steht es in dieser Beziehung an den Universitäten Tübingen und Gießen auch heute.

Es haben daher forstliche Lehrer dieser drei Hochschulen vor etwa 20 Jahren unter Darstellung dieser mißlichen Verhältnisse unter Hinweis auf die ungünstige Lage in der Hochschulpflege der Tierheilkunde und Landwirtschaft ihren Regierungen einen gemeinsamen Vorschlag unterbreitet: die drei Staaten Württemberg, Baden und Hessen, hätten alle das gleiche Interesse an einer musterhaften Pflege dieser Wissenschaften, keiner aber sei für sich allein in der Lage, solche für alle drei Wissenszweige zu übernehmen. Sie möchten sich daher in dieser Aufgabe in der Art teilen, daß Baden der Forstwissenschaft, Württemberg der Landwirtschaft, Hessen

der Tierheilkunde eine allen Anforderungen der Jetztzeit entsprechende Lehrstätte errichte. Für die Forstwissenschaft konnte selbstverständlich nur die Angliederung an eine Universität — Heidelberg oder Freiburg — in Betracht kommen.

Dieser gesunde Vorschlag zu gemeinsamer Tat fand in Hessen und Württemberg günstige Aufnahme.

Die Bestrebungen des forstlichen Berufsstandes in Baden auf Verlegung des forstlichen Unterrichtes von der technischen Hochschule an eine Universität gehen bis zum Jahre 1892 zurück. Damals gab die Versammlung des bad. Forstvereins die Erklärung ab, „es wäre wünschenswert, daß die badischen Forstbeamten ihre Ausbildung an der Universität sich erwerben müßten.“

Diese Erklärung wurde 1896 wiederholt. Es wurde aber nichts erreicht, als einige notwendige Verbesserungen der bestehenden Einrichtungen.

Nun stand zur Zeit, als die Anregung zu gemeinsamer Lösung der Forstschulfrage durch Hessen, Württemberg und Baden gegeben wurde, an der Spitze der Bad. Forstverwaltung ein Mann von besonders hervorragender Stellung als gleichzeitiges Mitglied des Staatsministeriums. Dieser war, wenn auch nicht Fachmann, mit den Forstverhältnissen vertraut genug geworden um die forstlichen Wünsche als gerechtfertigt zu erkennen, ihre Förderung in die Hand zu nehmen.

Er glaubte dazu den Boden genügend vorbereitet durch den Vorschlag der Forstdozenten, die günstige Aufnahme, die dieser in den anderen beteiligten Staaten gefunden hatte und das günstige Angebot, daß er für Baden enthielt. Auf seine Anregung befaßte sich der Bad. Forstverein erneut mit der Frage. Im Juni 1903 trat dieser zu einer feierlichen Sitzung in Baden-Baden zusammen unter Anwesenheit sowohl des Forst-Domänen-Direktors als des damaligen wegen seines weiten Blicks und seines warmen großen Verständnisses für Land- und Forstwirtschaft in ganz Deutschland hochangesehenen Finanzministers Buchenberger. Nach eingehender Begründung durch den Vorsitzenden, Forstmeister von Zeuffel, einen Mann, der sich in allen Kreisen des badischen Landes wegen seines würdigen, jeder Leidenschaft baren, ritterlichen Wesens besonderer Hochachtung und Verehrung erfreute, und nach daran sich schließender lebhafter Besprechung nahm der Verein mit 91 gegen 2 Stimmen folgende Entschließung an:

„Der Bad. Forstverein richtet die ehrerbietigste Bitte an hohe Regierung, es wolle die forstliche Abteilung der technischen Hochschule in Karlsruhe an eine der beiden Landesuniversitäten verlegt werden.“

Der Landesfürst, der in diesem Augenblick die Versammlung mit seinem Besuch beehrte, gestattete,

daß ihm dieser Beschluß sofort vorgetragen werden durfte.

Die berechtigten Hoffnungen, die sich an diesen feierlichen Vorgang und an das Entgegenkommen der Nachbarstaaten knüpften, gingen nicht in Erfüllung. Stadt und Hochschule Karlsruhe machten in Regierung und Landtag ihren ganzen großen Einfluß gegen eine Verlegung der Forstabteilung von Karlsruhe geltend. Die Regierung lehnte diese ab, und so war der Boden zu weiterem gemeinsamen Handeln mit den Nachbarstaaten verloren. In den Kammern fand sich zwar eine ansehnliche Stimmenzahl für die Verlegung, aber keine Mehrheit. Die Forstabteilung selbst und die forstlichen Lehrer beteiligten sich an der öffentlichen Erörterung der Frage nicht. So scheiterte der Plan je einer großen gemeinschaftlichen Lehrstätte für Forstwissenschaft, Landwirtschaft und Tierheilkunde, auf die Universitäten der südwestdeutschen Staaten verteilt, zum allgemeinen Bedauern der beteiligten Fach- und vieler sonstigen einsichtigen Kreise im Lande selbst. Die Stunde der Hinüberführung der bad. Forstabteilung in eine gesunde Zukunft blieb unbenuzt nicht ohne eigene Schuld. Ihr Wirkungsbereich ist und bleibt ausschließlich die Ausbildung der künftigen Staatsforstbeamten für Baden.

Wie groß ist nun der Bedarf an solchen?

Die Staatsverwaltung hat 111 planmäßige selbständige Stellen für höhere Forstbeamte, dazu kommen noch 15 Stellen für zweite Beamte, in der Hauptsache errichtet mehr zur Verbesserung der ungesunden Beförderungsverhältnisse, als daß ein eigentliches sachliches Bedürfnis bei einer zweckmäßigen Organisation dazu vorläge. Dieser Bestand wird in der Zukunft sicherlich nicht erhöht, eher wohl durch Stellenaufhebung verringert werden. Die wenigen Privatforstverwaltungen Badens nehmen ihren unbedeutenden Bedarf an Oberbeamten nur zum kleinen Teil aus den badischen Anwärtern. Zur Zeit dürften etwa 6 dort tätig sein. Nach langjährigem Durchschnitt werden in Baden alljährlich etwa 3,8 Stellen für forstliche Oberbeamte frei. Soll die beste Manneskraft in selbständiger Stellung ausgenutzt werden, so darf die Anstellung als Oberförster nicht später als im 32. Lebensjahr erfolgen. Die Vorbereitung von der Reifeprüfung bis zur Staatsprüfung beansprucht mit dem Militärdienst 8 Jahre. Der Assessor wird also bei natürlichem Verlauf im Alter von etwa 27 Jahren erreicht. Es blieben somit 5 Jahre Tätigkeit als Assessor und zweiter Beamter, vollständig hinreichend zur Erlangung der Reife für den Oberförster. Ein gesunder Bestand von Assessoren und zweiten Beamten wäre die Zahl von $5 \times 3,8$ bezw. $4 = 20$ bis 25. Diese würde auch sachlich genügen

bei Heranbildung eines geeigneten Unterpersonals für den Forstamtsdienst. Zur Zeit aber findet die Anstellung als Oberförster im Lebensalter von über 40 Jahren statt und der Bestand an Assessoren und zweiten Beamten zählt trotz des Kriegsabgangs und des seit 1909 bestehenden Numerus clausus immer noch etwa 50. Seit dessen Einführung werden alljährlich 2 bis 3 Forstbefähigte zugelassen. Die Beibehaltung dieser Zahl würde der Normalstand von 25 Assessoren und zweiten Beamten etwa im Jahr 1930 erreicht sein.

Bis dahin muß die Forstabteilung mit einem Zugang zum Forststudium von 2 bis 3, von dem ab von etwa 4 rechnen. Alles, was weiter zugelassen wird, ist gegen das Interesse der Forstverwaltung und der Staatskasse.

Aber nicht einmal auf diese Studentenzahl kann die Forstabteilung ganz rechnen. Der Staat möchte wünschen und es fördern, daß seine künftigen Beamten ihre Ausbildung nicht ausschließlich in Karlsruhe nehmen, sondern auch sonstige Lehrstätten erlangen, das sind Universitäten, aufsuchen. Dahin geht auch das natürliche Streben der Studierenden. Jeder Hemmschuh darin ist ein Schaden für beide Teile. Bringt der Studierende auch nur die Hälfte seiner Studienzeit für die Forstwirtschaft im engem Sinn an einer Universität zu, so bleibt für die Forstabteilung Karlsruhe nur die Hälfte obiger Zahlen, d. h. eine Zuhörerschaft für die einzelnen forstlichen Vorlesungen für die nächsten 10 Jahre von 1 bis 2 später von 2 bis 3 Köpfen.

Im ungünstigen Fall kann für einzelne Vorlesungen die Zuhörerschaft überhaupt gänzlich ausbleiben.

Die tatsächlichen Verhältnisse bestätigen die Berechnung.

Seit Einführung des Numerus clausus für die Forststudien wiederholt die Studentenschaft für einzelne Studien semester völlig aus; wenn dies nicht der Fall war, konnte der Lehrer mit einem Kollegienbesuch von 2 bis 3 Hörern sehr zufrieden sein, vielfach mußte sich mit einem begnügen.

Jegende Besserung durch Zugang von außerhalb Badens ist nicht zu rechnen. In früheren Zeiten war Karlsruhe von Forstleuten aus Nassau, Preußen, Schweiz und von Holland stark besucht. Nassau besteht nicht mehr, Schweiz und Holland haben längst eigene Forstlehranstalten und der Forststudent hat den berechtigten Zug zur Universität.

Der bad. Forstverein hat in Voraussicht der Entwicklung im Jahr 1903 sich dahin ausgesprochen, daß „wenn eine Verlegung des forstlichen Unterrichts an eine badische Universität in Vereinbarung mit den Nachbarstaaten nicht zu erreichen sei, die

gänzliche Aufhebung der Forstabteilung der Bedeutung des derzeitigen Zustandes vorzuziehen sei." Dieser Entschluß hätte gefaßt werden müssen, sich die Regierung zur Rettung der Forstverwaltung vor ihrer Aufzehrung durch die Überzahl der Vorräte im Jahr 1908 den Numerus clausus einfließen gezwungen sah, denn damit wurde der Forstabteilung auch die Untergrenze jedes Weiterens abgeschnitten. Mit ihrer Aufhebung hätte eine gänzliche Sperrung der Forstlaufbahn so die Gefundung auf dem kürzesten und unantastbarsten Wege durchführen können.

Die getroffene Maßnahme war für die badischen Verhältnisse eine Halbheit und hat zu den unhaltbaren Zuständen geführt, die seit Jahren die öffentliche Meinung beschäftigen und zu Beanstandungen den Verhandlungen beider Kammern führen.

Numerus clausus und Forstabteilung können würdiger Weise nicht neben einander bestehen. Es eine oder das andere muß weichen.

Zur Entscheidung steht die Frage: sind beides Staatsnotwendigkeiten, wenn ja, welches ist die dringlichere?

Die Antwort der Sachkreise liegt vor in den Entschlüssen des Bad. Forstvereins und des Finanzministeriums.

Jener hat den Numerus clausus als eine Notwendigkeit erklärt, dieses als solche erkannt und gegen zähe und einflußreiche Widerstände auch in der Leitung der Forstverwaltung selbst durchgeführt.

Der Finanzminister hat neuerlich erst wieder in Kammern den Numerus clausus als das beste Mittel zur Durchführung und Erhaltung gesunder Beamtenverhältnisse in der gesamten Staatsverwaltung bezeichnet.

Die Auflassung der Forstabteilung ist vom Bad. Forstverein nicht nur als durchführbar erklärt, sondern ausdrücklich empfohlen worden. Die führenden forstlichen Kreise in Württemberg und Hessen waren seiner Zeit zum Verzicht auf eigene Forstlehranstalten bereit, die thüringischen Staaten haben es neuerdings getan, Elsaß-Lothringen wie eine größere Anzahl anderer kleinerer Bundesstaaten haben solche nie gehabt oder längst aufgegeben.

Der Unterrichtsminister äußerte sich über die Frage in der Landtagsverhandlung vom 11. Juni folgendermaßen:

„Von einer Verlegung der Forstabteilung an eine Universität, wie sie ein Teil der bad. Forstbeamten wünsche, könne des Kostenaufwandes halber nicht die Rede sein, es sei nur zu wählen zwischen Belassung oder gänzlicher Aufhebung. Die Forstabteilung selbst habe ihren jährlichen Kostenaufwand auf 40 000 Mk. angegeben. Durch ihre Aufhebung könnten kaum 14 000 Mk. erspart

werden. Man könne daher Bedenken haben, wegen solch geringer Ersparung eine Einrichtung zu beseitigen, die mit dem Werdgang der Hochschule historisch verbunden gewesen sei. Bei der Aufhebung wären die badischen Forstbesessenen genötigt, im Ausland (!), voraussichtlich meist in München, ihre Studien zu betreiben. Es wäre aber nicht von Vorteil, wenn die inländischen Verhältnisse und die Eigentümlichkeiten des bad. Forstbetriebs bei der Vorbereitung auf der Hochschule außer acht gelassen werden müßten.“

Betrachten wir diese Ausführungen im einzelnen, so ist folgendes festzustellen:

1. Nicht ein Teil der Forstbeamten, sondern der Bad. Forstverein, der wohl als berufene Vertretung der Ansicht der bad. Forstmänner in ihrer Gesamtheit gelten kann, hat allerdings, wie oben dargestellt, ursprünglich die Verlegung des Forstunterrichts in Verbindung mit den Nachbarstaaten an eine bad. Universität angestrebt und würde dies auch heute noch als die beste Lösung für alle in Betracht kommenden Staaten halten. Nachdem diese aber an dem Widerstand Badens gescheitert ist, hat er sich schon längst mit der völligen Aufhebung der Forstabteilung nicht nur abgefunden, sondern sich ausdrücklich dahin erklärt, daß er diese der Belassung an der technischen Hochschule vorzieht und empfiehlt. Die gleiche Stellung dürften wohl alle Forstleute Deutschlands, sowohl jene der Praxis wie der akademischen Kreise mit verschwindenden Ausnahmen einnehmen.

2. Der derzeitige Aufwand für die Forstabteilung wird rechnerisch mit 40 000 Mk. wohl richtig angegeben sein. Die Angabe der Forstabteilung, daß durch ihre Aufhebung aber kaum 14 000 Mk. erspart würden, ist nicht ohne weiters nachzuprüfen, mir will aber scheinen, daß man bei einer Nachprüfung vom Standpunkt der Beschränkung auf das unbedingt Nötige doch zu einer ganz erheblich größeren Einsparung kommen kann. Jedenfalls ist es unmöglich, mit einem Betrag von 14 000 Mk. Einrichtungen auch nur für den rein forstlichen Unterricht dauernd so zu unterhalten, daß sie den an sie zu stellenden, immer steigenden Ansprüchen auch nur einigermaßen genügen. Handelt es sich doch um drei forstliche ordentl. Professuren, einen Lehrstuhl für forstl. Bodenkunde mit Laboratorium, einen Forstzoologen, mehrere Assistenten, Sammlungen und Forstgarten, sowie ein forsttechnisches Laboratorium und Diener. In der Berechnung muß irgendein Irrtum unterlaufen sein.

Das Entscheidende ist aber meines Erachtens weniger die Größe der Ersparnis, als vielmehr, ob der Aufwand für etwas unbedingt Nötiges oder wenigstens für etwas Zweckmäßiges und Lebens-

fähiges, oder für etwas Überflüssiges, die staatlichen Interessen nicht wirklich Förderndes erfolgt.

3. Mit dem Werdegang der technischen Hochschule waren historisch auch verbunden eine Post-, eine Handels- und eine Landwirtschaftsschule. Keinerlei Rücksicht auf das historisch gewordene hat die Aufhebung der beiden ersten und die Überführung der letzten an die Universität Heidelberg gehindert, als sie sich als lebensunfähige Glieder der technischen Hochschule erwiesen. Diese Abtrennungen haben der Hochschule nicht nur nichts geschadet, sondern sie in ihrer glänzenden Entwicklung zur eigentlichen technischen Hochschule gefördert. Die Auflassung der dort tatsächlich ebenfalls lebensunfähig gewordenen Forstabteilung wird die gleiche Wirkung haben. Angesichts der riesenhaften Entwicklung der Technik werden nach dem Krieg Aufgaben allergrößten Stils an die technischen Hochschulen herantreten, die nur unter Aufwendung großer Mittel gelöst werden können, dem Staat aber werden diese fehlen. Was liegt näher, als sie durch Aufhebung eines eintbehrlich gewordenen Gliedes aus sich selbst zu gewinnen?

In ihrer forstgeschichtlichen Bedeutung, und nur diese kann doch wohl in Betracht kommen, hebt sich die Forstabteilung an der Bad. Technischen Hochschule in nichts über die sonstigen kleinen Landesforstlehranstalten hinaus. Sie hat in der Wissenschaft keine führende Rolle gespielt, auch hat sie auf die Entwicklung des Forstwesens in Baden selbst einen dauernden maßgebenden Einfluß nicht gewonnen. Ihre Tätigkeit blieb in der Hauptsache die Ausbildung brauchbarer Bezirksforstbeamten und Gehilfen. Der Badische Staat hält heute noch als einziger in Deutschland an der Leitung der Forstverwaltung durch einen juristisch gebildeten Verwaltungsbeamten fest.

Wäre aber auch die geschichtliche Bedeutung der Forstschule noch so groß, durch sie allein würde ihre fernere Erhaltung sich nicht begründen lassen. Sie ist weder ein Denkmal, das seinen Zweck allein durch sein Dasein erfüllt, noch hat sie das Wesen etwa einer Münzstätte, deren Erhaltung auch bei ungenügender Beschäftigung als eine äußerliche Betätigung der Staatshoheit berechtigt erscheinen mag. Eine Forstlehranstalt hat eine lebende, für das Volks- und Staatswohl höchst wichtige Aufgabe und es liegt im staatlichen Interesse, daß diese in vollkommenster Weise erfüllt wird.

Dazu gehören aber bestimmte Vorbedingungen und nicht unwesentliche Mittel. Ist in einem Bundesstaat wie Deutschland ein kleineres Glied nicht in der Lage, für sich allein diese Grundlagen zu schaffen, so muß er versuchen, sich mit anderen Gliedern in der gleichen Lage zu gemeinsamer Lösung dieser Aufgabe zu vereinigen oder aber er überläßt diese

Aufgabe größeren Gliedern, die zu deren vollkommener Erfüllung in der Lage sind. Das liegt im Wesen des Bundesstaates und gebietet die Achtung vor der Wissenschaft.

4. Notwendig ist allerdings, daß bei der Ausbildung der badischen Forstbeamten für den öffentlichen Dienst die heimischen Verhältnisse und Eigentümlichkeiten des badischen Forstbetriebs nicht außer acht gelassen werden. Gänzlich verfehlt wäre es aber, diese Einführung in die Zeit der akademischen Vorbildung zu verlegen. Wirkliches Verständnis und Interesse für solche „Heimatkunst“ und ein unbefangenes Urteil darüber, was daran berechtigt und was unberechtigt, kann nur von dem mit seiner akademischen Sachausbildung fertigen Mann erwartet werden. Dazu sind auch die auf das Studium folgenden drei Jahre praktischer Tätigkeit in der badischen Forstverwaltung bestimmt und genügend. Gänzlich schädlich wirkt und zu unfruchtbarer Sondertümelei und Überschätzung der heimatischen und Unterschätzung der fremden Verhältnisse führt es, wenn der Student namentlich eines kleinen Staats während seiner ganzen Studienzeit in den Rahmen seiner engeren Heimat eingezwängt bleibt und verhindert wird, seine Ausbildung nach freier Wahl im größeren Vaterland zu nehmen. Je unbeeinflusster von den heimatischen Verhältnissen sein Studiengang, um so unbefangener und freier wird er im reiferem Alter mit erweitertem Gesichtskreis an sie herantreten, mit um so mehr Liebe und Verständnis sich in sie hineinleben und an ihrer weiteren Vervollkommenheit mitarbeiten.

Eine Hauptursache der auffallenden Langsamkeit in dem Fortschreiten der Forstwissenschaft und Forstwirtschaft im Vergleich zu den technischen Fächern und der Landwirtschaft dürfte meines Erachtens mit zu suchen sein in der Abgeschlossenheit, deren sich die deutschen Forstverwaltungen bei der Ausbildung ihrer künftigen Beamten befleißigen, in der landsmännischen und fachlichen Sondertümelei, die daraus hervorgeht und so oft bei Forstbesessenen wie bei Forstversammlungen in die Augen fällt.

Damit sei nicht gesagt, daß der nach Aufhebung der Landeslehranstalt nicht nur wie jetzt in der Theorie, sondern in der Tat freizügig gewordene badische Forststudent die Fühlung mit seiner Heimat gänzlich verlieren soll oder gar muß. Ist der beabsichtigte Zwang für Karlsruhe weggefallen, so kann die Studien- und Prüfungsordnung sehr wohl so eingerichtet werden, daß der Forstbesessene seine ersten vier Semester auf einer badischen Universität auch ohne forstlichen Lehrstuhl zuzubringen in der Lage ist. Will man dieses Infühlungsbleiben fördern, so richte man eine Vorlesung über Forstzyklopadie ein und beauftrage damit einen Forstbeamten mit

eignetem Dienstfizi im Nebenamt, wie dies ja auch mit anderen Fächern geschieht, die sonst an einer Universität nicht vertreten, aber für bestimmte Ausbildungsgänge gefordert werden. An geeigneten Vorlesungen fehlt es nicht, die Kosten wären gänzlich bedeutend. Diese Vorlesungen hätten Aussicht auf von anderen Studenten besucht zu werden und bieten die sehr erwünschte Gelegenheit, ein besseres Verständnis für das Forstwesen, als es bis jetzt vielfach besteht, in solche Preise zu tragen, die bezahlbar sind, später am öffentlichen Leben sich zu beteiligen und an der Staatsverwaltung an hervorragender Stellung mitzuwirken.

Zur Erledigung der forstwissenschaftlichen Studien im engeren Sinne stehen die Universitäten mit ihrer Lehrerausstattung nicht nur München, sondern auch Tübingen und Gießen, in einigen Fällen voraussichtlich auch Göttingen zur Verfügung. Die bedeutendsten Lehrer sind an diesen verteilt, eine einseitige Bevorzugung Münchens wäre weder begründet noch erwünscht. Die thüringischen Staaten weisen zur Ablegung der akademischen Prüfungen ihre Forstbesessenen seit Aufhebung der Akademie in Eisenach an die Universität Gießen.

Nachdem die Regierung eine Vereinbarung mit den Nachbarstaaten wegen Errichtung einer gemeinsamen forstlichen Studiengelegenheit an einer bayerischen Universität ablehnt und nur die Wahl läßt, zwischen Belassung der Forstabteilung in Verbindung mit der technischen Hochschule oder gänzlicher Aufhebung, müssen zur endgültigen Klärung folgende Fragen gestellt und beantwortet werden:

1. Stellt der künftige Bedarf Badens an akademisch gebildeten Beamten nach dem heutigen Grundsatze der Einsparung und Vereinfachung einen gesunden Hochschulbetrieb an der Abteilung der technischen Hochschule Karlsruhe für Forstwesen sicher oder wenigstens in das Gebiet der Möglichkeit?

2. Wenn nein, gibt es Mittel, diese Möglichkeit zu schaffen?

3. Welche Wirkung wird die Anwendung dieser Mittel auf die Staatsverwaltung im allgemeinen und die Forstverwaltung im besonderen ausüben?

4. Kann eine gute akademische Ausbildung der forstlichen Beamten sichergestellt werden auch ohne eigene Forstlehranstalt?

5. Bestehen irgendwelche andere gewichtige Gründe zur Erhaltung der Forstabteilung an der Hochschule Karlsruhe?

Bei rein sachlicher Erwägung vom Standpunkt des Staatsganzen aus und unter Einreihung aller Sonder- und Teilinteressen an ihren gehörigen Platz hinter das Staatsganze wird die Antwort wohl lauten müssen:

1. Der wirkliche Bedarf Badens an Forstbeamten ist für einen gesunden Hochschulbetrieb völlig ungenügend.

2. Die Hörerschaft für die Forstabteilung kann nur vermehrt werden durch eine kräftige Vermehrung der Forstämter um mindestens 20, wie sie auch seiner Zeit von einem Forstdozenten verlangt wurde, oder durch Vermehrung der Einstellung von Hilfsbeamten und Assessoren in der gleichen Zahl, beides über den derzeitigen Stand hinaus und unter gleichzeitiger Aufhebung des Numerus clausus und Einführung strengen Studienzgangs zu Gunsten Karlsruhes. Dann brächte man es zu einer möglichen Zuhörerschaft für die forstlichen Vorlesungen von etwa je 5 bis 6 Köpfen.

3. Ein Forstamt erfordert einen einmaligen Aufwand von etwa 50 000 Mk. und einen jährlichen von etwa 8000 Mk. nach den jetzigen Verhältnissen. Für 20 wären die Beträge 1 Million, bezw. 160 000 Mark. Vermehrung der Hilfsbeamten und Assessoren und Verzicht auf Numerus clausus ist ein völliger Verzicht auf gesunde Beamtenverhältnisse, der Studienzgang schließt Hochschulbetrieb aus. Die Maßregel in ihrer Gesamtheit stünde in vollem Gegensatz zu den Grundsätzen der Einsparung im allgemeinen und der Bemessung der Zahl der Oberbeamten nach rein sachlichem Bedarf im besonderen.

4. Für Baden ist zur Sicherung einer guten Ausbildung seiner Forstbeamten eine eigene Forstlehranstalt kein unbedingtes Erfordernis, angesichts der zahlreichen Studiengelegenheiten an deutschen Universitäten.

5. Für die Erhaltung der Forstabteilung sprechen Rücksichten auf die Wünsche der technischen Hochschule und der Stadt Karlsruhe wohl mehr äußerlicher Art, Anhänglichkeit an das Bestehende, „historisch Gewordene“, aber keinerlei Staatsnotwendigkeiten.

Da eine Belassung des derzeitigen Zustandes keine Lösung, sondern nur deren hinauschiebung wäre, was die Regierung ausdrücklich als schädigend bezeichnet hat und nicht will, so wird sich der kommende Landtag vor die Zwangsentscheidung gestellt sehen:

Ordnung der Forstverwaltung nach den Bedürfnissen der Forstlehranstalt oder Aufhebung dieser.

Erstere wäre eine Umbrehung der Denkfeder. Für letztere hat sich der forstliche Berufsstand ausgesprochen, dafür spricht die schwierige wirtschaftliche Lage, die Achtung vor der Wissenschaft und der Studienfreiheit, wohl auch die Erkenntnis der Mehrheit, daß eine andere gesunde Lösung nicht mehr möglich sein dürfte.

Aus Oesterreich.

Forstwesen in Istrien.

Von Hugo Piffli, I. I. Oberleutnant in Fiskau
bei Wiener-Neustadt.

Die Wälder, welche sich auf der Halbinsel Istrien befinden, bedecken etwa ein Viertel des Landes, doch darf man sich absolut nicht vorstellen, daß sie deutschen Forsten gleichen. Es sind zumeist Niedertwälder mit in der Regel sehr kurzem Benützungsalter, was den Grund in dem Mangel an Nadelholz und auch in der sehr günstigen Verkaufsmöglichkeit, des schwachen Brennholzes hat. Die Art und Gattung der Waldbestände ist von jener nördlicher Gegenden recht verschieden.

Die istrianische Waldflora kann nach drei Regionen eingeteilt werden, und zwar jene der Gebirgsregion im nördlichsten Teil des Landes zwischen Triest und Fiume, die in 1396 m Höhe unweit Abbazia gipfelt; das Hügelland im Innern des Landes, das sich bis 500 m erhebt, und dann die Küstenregion am Festlande und den Inseln.

Es muß hier bemerkt werden, daß man unter Karst nicht immer Steintwästen zu verstehen hat, da dieses Karstgebirge zum großen Teile sogar Urwälder trägt, also auch im nördlichen Istrien ausgebreitete und gut geschlossene Wälder zu finden sind, die hauptsächlich aus dem Grunde der Ausrodung entgingen, daß sie zumeist aus Rothbuchen bestehen, die für den Schiffsbau keine Verwendung finden, als Heizmaterial aber die Transportkosten nicht lohnen. Viel trug zur Erhaltung der Wälder der Umstand bei, daß sie Eigentum mehrerer Herrschaften waren, die für Schonung des Holzes sorgten. Die Wälder behielten, obwohl sie mit Einförstungsrechten der Nachbargemeinden belastet waren, den Hochwaldcharakter wohl bei; als sie jedoch zum Teile infolge zu geringer Einnahmen an die umliegenden Ortschaften veräußert wurden, begann sofort eine schrankenlose Ausnützung als Brennholz und Holzkohle, die in die Hafenstädte versandt wurden, jedoch nicht mehr als gewöhnlichen Tagelohn als Gewinn brachten, die Verkäufer aber kostbare Zeit verloren. Man fällte leichtfertigerweise nur junge Bäume, da man große Klöße nicht fortzuschaffen konnte, während von den alten Bäumen nur Äste genommen wurden. Der Wald wurde derart verteilt, daß jeder Nutzungsberechtigte einen sehr schmalen, doch langen Streifen erhielt, die Weidenbenützung aber allen gemeinsam blieb. Auf diese Art wäre ein großer Teil der Wälder, vor allem jener in Castelnovo, gänzlich verschwunden und die Gegend hätte leicht in kurzer Zeit verkarsten können. Zum Glück nahm sich der Staat der Sache an und der Zustand der Wälder begann sich bald zu bessern, doch erst nach zweckmäßiger Kommassierung der-

selben wurde eine regelrechte Bewirtschaftung möglich.

Im Bezirke Bolosca, namentlich in den Ortschaften Bepinaz und Castua, deren Waldbesitz fünfzig Quadratkilometer beträgt, nahm man die Bewirtschaftung in eigener Regie in die Hand und stellte geprüftes Forstpersonal an. Da das Buchenholz einen sehr geringen Wert besitzt, so sind die Einnahmen aus dem Holzverkauf sehr klein und man bemüht sich jetzt, Nadelhölzer anzupflanzen, was um so mehr Aussicht auf Erfolg hat, als hier früher Tannenwälder bestanden, die im 18. Jahrhundert einem großen Brande zum Opfer fielen. Die Mitte des Landes ist nur auf den Höhen bewaldet, während die Niederungen nur mehr erkennen lassen, daß dort einst Wald stand; die Berghänge sind bereits stark verkarstet und großer Wassermangel macht sich überall fühlbar. Verlässliche Waldbüter sind noch wenige zu haben. Der 11 km² große Staatsforst bei Plana wurde bereits aus einem Buchenwald in einen Nadelholzwald verwandelt.

Im Hügellande befinden sich die Waldungen vorherrschend in den Händen von Privaten und erhalten in der Regel weichhaarige Sommergrün Eichen, Zerreichen, orientalische Weißbuchen, Hopfenbuchen und Blumeneschen, vermengt mit einzelnen Steinweichseln und Bürgelbäumen, deren Stodtriebe gute Peitschenstiele liefern. Die Rothbuche gedeiht in der schon zu trockenen und zu warmen Hügellandregion, die sich von der Landesmitte gegen Süden erstreckt, nicht mehr. Man fällt hier die Eichen nach sieben Jahren, die übrigen Bäume nach vierzehn. Die Ersteren geben nämlich wenige aber starke Stodtriebe, während die vielen Roden der anderen Holzarten bis zur Verwertung mehr Zeit brauchen. Man führt das Brennholz meist nach Venedig aus. Das Holz wird kasterweise geschichtet, welches Maß man passo nennt; der Händler kauft es im Walde und führt es nach einem Seehafen, wo es mit Weidenruten zu Bündeln gebunden wird und so in der Lagunenstadt auf den Markt gebracht wird. Würde man die Eichen erst im zwölften Jahre schlagen, so könnten sie infolge der stärkeren Stämme in Triest an die Werften verkauft werden, doch ist dem Waldbesitzer die in Gold erfolgende ausländische Zahlung für das Brennholz lieber.

Die Republik Venedig als einstige Herrin eines Teiles von Istrien, hatte schon mittels Gesetz vom 2. Januar 1475 die Umtriebszeit für Unterholz auf zwölf Jahre festgesetzt, doch dieselbe am 10. Dezember 1778 auf 8 Jahre verringert.

Aus Weißbuchen und anderen Sträuchern wird sehr billiges Brennholz gewonnen, das fast ausschließlich den eigenen Bedarf deckt, dem auch Oliven, Maulbeerzweige, sowie Weinreben ausshelfen.

Als noch die Segelschiffahrt von Bedeutung wanderten viele Eichenstämme in die Schiffe, doch seit fast nur mehr Eisenschiffe gebaut werden, wird das Eichenholz zum Heizen verwendet. Es hält den Wert eines gut bestockten Eichenwaldes eines Aekers mittleren Ertrages gleich, er sichert eine gleichmäßige Rente und wird daher sorgfältig, namentlich vor dem weidenden Vieh, geschützt. Im Innern des Landes, von wo aus die Transportkosten den Holzhandel nicht rentieren machen, wird der Wald vernachlässigt, ja sogar Borliebe gerodet und in Weingärten verwandelt. Boden ist aber sehr brüchiger Mergel- und Tonstein und die Regengüsse schweben sehr rasch Erdreich in die Täler, so daß die Gegend rasch arktisiert. Im Tale des Quietosflüßchens wird so angeschwemmtes Erdreich abgelagert, daß man es — um die dort wachsenden Bäume des Staatsforstes fällen zu können — sie erst einen Meter tief ausgraben muß. Selbstverständlich will man sich jetzt wieder aufzuforsten und die vorhandenen Wasserrisse zu verbauen.

Die kleinen Staatswälder bei Leme, Bidorno Cornaria bedecken bloß neun Quadratkilometer, wird dort der Mittelwaldbetrieb mit Übergang zum Hochwald beobachtet. Der Staatsforst bei Montana mißt 14 Quadratkilometer, besteht zum Drittel aus Ulmen, der Rest sind Stieleichen. Hier lieferte er Bauholz für die Kriegsmarine, jetzt als Hochwald wenig Bedeutung und rentiert wenig.

Von den Inseln rühmt sich Veglia (slawisch Rrk) meisten Wälder, doch ist die Forstwirtschaft dort recht mangelhaft. Eine eigentümliche Ursache, die Ostseite der Inseln fast ohne jede Vegetation bleibt, ist folgende. Die Bora¹⁾ weht mit großer Gewalt von dem Hochlande Kroatiens herab, peitscht das Meer zu hohen Wogen auf und bestäubt die Inseln mit Salzwasser. Die Kraft des Sturmes, dann Regengüsse, fegen den Humus fort und der Salzniederschlag besorgt die Unfruchtbarkeit. Die Inseln Cherso und Lussin erfreuen sich immergrünen Laubholzes, vor allem der Stecheiche, des Erdbeerbaumes, des immergrünen Schneeeiches, des Granatapfelstrauches, spanischen Wacholders und der Fillyree (Phillyrea media). Die kleine Insel Cherso ist als zu einem Viertel bebaut im Steuerkataster verzeichnet, doch kaum die Hälfte hiervon könnte man als Wald bezeichnen, alles andere ist entweder kahl oder mit niederem Strauchbewuchs, aus dem da und dort ein wettergehauster Baum emporragt, Schutz gewährend dem Viehweidehüten. Die Aufforstung wäre gewiß von Er-

folg begleitet. Man beobachtet auf den Inseln eine ganz eigentümliche Art der Waldnutzung, und zwar die Kopfholzwirtschaft, wodurch die Verjüngung stark gefördert wird. Alle 10 bis 12 Jahre werden die Bäume der Äste und des Wipfels beraubt, so daß nur etliche Meter des Stammes übrig bleiben. Die sich neu bildenden Äste werden nach 12 Jahren neuerdings abgeästet; denn man will angeblich das Verweiden des Jungholzes durch das Tag und Nacht das ganze Jahr hindurch aufsichtslos weidende Vieh verhindern, da man die Kosten der Abgrenzung durch Mauern scheut. Die Bäume werden nur zu bald kernfaul, sterben ab und kein Nachwuchs ist da, weil jedes aus dem herabfallenden Samen entstandene Pflänzchen dem Vieh zum Opfer fällt. Gegen Versuche der Regierung, eine Änderung einzuführen, wehrt sich das Landvolk, weil es hauptsächlich von der Viehzucht lebt, die ohne Weidegründe eben unmöglich wäre. Lange kann dieser Zustand wohl nicht anhalten, denn sonst würden aus den schönen malerischen Inseln Felsklippen.

Die Insel Lussin, die in den letzten Jahrzehnten zu einem vielbesuchten klimatischen Kurort wurde, ist etwas besser bewaldet und dank des steigenden Fremdenbesuches hat sich bereits ein Aufforstungsverein gebildet, der vom Staate unterstützt, die nächst dem Hauptorte ansteigenden Höhen bereits mit Erfolg bepflanzt. Der Anblick solchen Jungwaldes, ja selbst der Obstgärten, ist ein ganz eigentümlicher. Zwischen weißen verwitterten Kalksteinblöcken ragen Obst- oder Waldbäume empor, während eine Wanderung auf dem zerklüfteten Boden fast lebensgefährlich und mehr eine Kletterpartie ist, bei der man nach jedem Schritt eine Verstauchung riskiert. Die kleine unweit Lussin gelegene Insel Sansego hat gar kein Holz, das aber für die 200 Familien, einfach von den nächsten Inseln geholt wird, ohne hierfür etwas zu entrichten.

Nächst des Kriegshafens Pola (slawisch Pulj) befindet sich der ärarische „Kaiserwald“ und etliche Privatwaldparzellen, in welchen die Korkeiche gedeiht, die alle 8—10 Jahre ihre Rinde für Angeln, Netze und sonstige Fischereigeräte hergibt, jedoch wegen zu großer Poren für Flaschenverschlüsse nicht brauchbar ist. Unweit des berühmten Kurortes Abbazia gibt es Borbeerhaine, deren Blätter einen guten Ertrag durch die Ausfuhr ergeben.

Die nächste Umgebung Triests ziert ein Stadtpark, sowie Aufforstungen, die bereits zu schönen Wäldern gebiehen. In weiterer Entfernung von der Stadtperipherie gibt es nur einige mit Hopfenbuchen, Blumeneschen und Eichen loder bestockte Niederwälder. Die Aufforstung begegnet keinen Schwierigkeiten, doch ist sie der kurzblickenden Landbevölkerung unbequem, da dann zu wenig Weide

¹⁾ Das romanisierte slawische Burja, d. h. Sturmwind.

vorhanden ist und auch keine Laubstreu gewonnen werden kann.

Bei dem kaiserlichen, seit dreihundert Jahren bestehenden Gestüt Lipizza befindet sich ein drei Quadratkilometer großer, wohlgepflegter Eichen-Hochwald. Erst in neuerer Zeit gelang es, die Vorurteile der Bauern da und dort zu besiegen, und eine Anzahl Wäldchen sind im Entstehen begriffen, deren Bäume bereits an die 20 m emporragen. Die Bora weht auf dem Karste mit solcher Heftigkeit, daß

Menschen und Tiere geschützte Stellen auffinden müssen, dagegen ist es in den Wäldern still. Einmal das ganze Land aufgeforstet, wird die Bora der Bora gebrochen sein, ja sie wird vielleicht gänzlich aufhören. Um 350 Hektar Karst nächst Triest aufzuforsten, wurden 2,600,000 Schwarzköhren gebraucht. Vier Quadratkilometer Laubholzwälder wurden in Schonung gelegt und es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sich dadurch auch die Gesundheitsverhältnisse des Landes bessern werden.

Notizen.

A. Invalidenheim für Jäger und Schützen in Marburg a. Lahn.

Zur Errichtung und Unterhaltung eines Erholungs-, Alters- und Invalidenheims für Jäger und Schützen des Deutschen Heeres hat sich ein Verein gebildet, dem durch eine behördlich gestattete Sammlung bereits mehr als 300 000 Mk. zugeflossen sind. Schirmherr des Vereines ist Se. Hoheit der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. Die größte Spende im Betrage von 30 000 Mk. hat der regierende Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe dem Verein zugewendet. Von dem Präsidenten des Allg. Deutschen Jagdschutzvereins, dem Herzog Viktor von Ratibor, Fürst von Corvey, sind 4000 Mk. zur Einrichtung von „Heilenzimmern“ gestiftet worden, die dem Gedächtnis gefallener Jäger oder Schützen gewidmet und mit Namensschild, Bild und sonstigen Erinnerungszeichen derselben geschmückt werden sollen.

Der Verein hat nun bereits ein Grundstück von etwa 16 Morgen am Fuße der „Spiegelgasse“ bei Marburg, die dem Kaiser-Wilhelms-Turm trägt, erworben und an Pfingsten 1916 den Grundstein zum Hauptgebäude gelegt. Der erste Geschäftsbericht mit Abbildungen des Heimes und seiner zukünftigen Ausgestaltung wird von dem „Invalidenheim für Jäger und Schützen in Marburg“ allen Freunden des Unternehmens gerne zugesandt. Um weitere wertvolle Unterstützung bittet ein Aufruf, der unter anderen von folgenden namhaften Forstbeamten unterzeichnet ist:

von Freier, Rgl. Oberlandforstmeister, Berlin-Nikolassee,

Dr. Bertog, Forstrat, Vorsitzender des Vereins für Privatforstbeamte, Berlin-Halensee,

Gernlein, Reg.- und Forstrat, Hauptmann d. R. und Kommandeur des Ersatz-Bataillons des Res.-Jägerbataillons Nr. 15, Potsdam,

Jacobi, Rgl. Forstmeister, Vorsitzender des Vereins „Waldbheil“, Neubamm-Massin,

Dr. König, Oberforstmeister, Potsdam,

Wette, Rgl. Förster, Dobrilugk, Kr. Ludau.

Diesem Aufruf, der auch die Unterschriften der Schriftleiter und Verleger verschiedener Forst- und Jagdzeitschriften — Deutsche Forstzeitung, Neubamm, Jägerzeitung „Horrido“, Berlin, Deutsche Jägerzeitung, Neubamm, „Wald und Hund“, Berlin — trägt, entnehmen wir noch folgendes:

„Gerade die Jäger haben in dem jetzigen Kriege sich besonders betätigen können, sie haben schwere Kämpfe und große Verluste zu überstehen gehabt und sind ihnen noch weiter aus-

geseht. Den zurückkehrenden, körperlich beschädigten Angehörigen der deutschen Jäger- und Schützen-Bataillone soll das Invalidenheim Hilfe und Heilung bringen.

Ganz Hilflose, zu völliger Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gezwungene werden ja hoffentlich nur in geringer Zahl dauernde Unterbringung im Heime benötigen. Seine Hauptbestimmung wird vielmehr darin bestehen, kriegsbeschädigten Jägern vorübergehend Gelegenheit zur Heilung und Erholung zu bieten. Aus diesem Grunde verfolgt auch das Königlich-Preussische Kriegsministerium die weitere Entwicklung unserer Jägerheime mit besonderem Wohlwollen.

Unter denjenigen, welche den Ersatz unserer Jäger- und Schützenbataillone bilden, haben von jeher und so auch jetzt in diesem Kriege die berufsmäßigen Förster, Wald- und Jagdaufseher eine überwiegende Bedeutung. Gerade sie sind aber vermög ihres Berufes gezwungen, im Walde oder auf dem Lande, jedenfalls fernab von solchen Orten zu wohnen, wo ärztliche Hilfe und sonstige Einrichtungen zur Heilung von Wundfolgen oder Krankheiten leicht erreichbar sind, und wo die meisten von ihnen, welche im Kriege den feldgrünen Jäger der deutschen Jäger- und Schützen-Bataillone getragen haben, werden, wenn sie auch nicht berufsunfähig geworden sind, wegen ihrer kriegsbeschädigung öfters wiederholter Behandlung bedürfen. Marburg ist nun die einzige deutsche Jäger-Garnison, welche gleichzeitig Sitz einer Universität ist und vermög ihrer gesunden und glücklichen Lage im Herzen Deutschlands, im schönen waldbreichen Lahnthal, aus allen Gauen leicht erreichbar, zu dem geschilberten Zweck unter gleichlich günstigen Bedingungen bietet. Die Professoren der medizinischen Fakultät der Universität Marburg haben sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, die Anwesenheit der Jäger-Invalidenheime kostenlos zu behandeln. Es steht also in einer Weise, wie es anderswo überhaupt nicht erreichbar ist, die Möglichkeit offen, gerade die kriegsbeschädigten Angehörigen der grünen Farbe von Fachleuten ersten Ranges während eines mehrwöchigen oder mehrmonatigen Erholungsurlaubes alljährlich oder in längeren Zwischenräumen untersuchen zu lassen.“

Wie uns weiter berichtet wird, hat der in Wüdeburg und Bad Eilen veranstaltete „Rosentag“ ein besonders glänzendes Ergebnis gezeitigt. Aus dem Gesamtüberschuß konnten 5 500,— Mk. seitens des 7. Jäger-Bataillons in Wüdeburg abgeführt werden. Das 7. Bataillon (Feld- und Ersatz-Bataillon), steht somit mit einem Gesamtbetrage von Mk. 15 927,82 an der Spitze aller Jäger-Bataillone und es wäre erfreulich, wenn diesem leuchtenden Beispiel auch von allen übrigen Bataillonen nachgeeifert würde.

D. Reb.

B. Berichtigung.

In dem Aufsatz „**Vom französischen Mittelwald**“ von G. Baader (Januarheft dieser Zeitschrift) sind eine Zahl Druckfehler.

Seite 2, erste Spalte, 28. Zeile von oben heißt es: „Eichen-ld“; es muß heißen: „Eichenhochwald“.

Seite 2, erste Spalte, 9. Zeile von unten heißt es: „ergab ihrer Fällung 5,74 km“; es muß heißen: „ergab bei ihrer Fällung einen Stamm von 5,74 km“.

Seite 2, zweite Spalte, 9. Zeile von oben heißt es: „zwischen 25 und 22 m“; es muß heißen: „zwischen 18 und m“.

Seite 6, zweite Spalte, 3. Zeile von unten heißt es: „Staatsbeschlusses“; es muß heißen: „Ratsbeschlusses.“

Der Forstverein für das Großherzogtum Hessen hat auch im Jahre 1917 keine Versammlung ab.

D. Forstliche Vorlesungen

an den Hochschulen im Wintersemester 1917/18.

I. Universität Gießen.

Prof. Dr. Weber (eventuell vertreten durch Forstmeister Dr. Schenck): Forstbenutzung II. Teil, 4-stündig; Forstpolitik II. Teil, vierstündig; Einführung in die Forstwissenschaft einstündig; Konversationskurs über forstliche Produktionslehre und die Forstverwaltungsfächer, Samstag, alle Tage. — Prof. Dr. Borgmann: Waldwertrechnung und forstliche Statistik, dreistündig; Forsteinrichtung nach heftiger Instruktion, zweistündig mit Exkursionen; Anleitung zum Planzeichnen, zweistündig. — Privatdozent Dr. Baader: Die Forsteinrichtung im 20. Jahrhundert in Literatur und Praxis. — Außerdem zahlreiche Vorlesungen aus den Gebieten der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Landwirtschaft usw.

Beginn der Vorlesungen am 1. Oktober, Schluß am Februar. Das allg. Vorlesungsverzeichnis kann vom Bibliothek-Sekretariat bezogen werden.

II. Universität München.

Geh. Rat Dr. Lupo Brentano liest nicht. Geh. Hofrat Prof. Dr. Endres: Forstpolitik 5 St., Waldwertrechnung und forstliche Statistik 4 St. mit Übungen, Einführung in die Forstwissenschaft 3 St. mit Lehrvanderungen.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Loh: Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre 5 St.; Finanzwissenschaft 5 St.

Prof. Dr. Raman: Bodenkunde 5 St. mit Lehrvanderungen, Bodenkundliches Praktikum für Geübtere täglich und halbtäglich, Kleines bodenkundliches Praktikum 2 St.

Prof. Dr. Frhr. von Tübeuf: Anatomie und Histologie der Pflanzen 4 St., Mikroskopisches Praktikum 3 St.

Prof. Dr. Schüpfer: Forsteinrichtung 5 St., Baum- und Bestandsmassenermittlung mit Zuwachslehre und Ertragskunde 3 St., Praktische Übungen in Verbindung mit Lehrvanderungen Prof. Dr. Fabricius (3. St. beim Heere): Waldbau 6 St. mit Lehrvanderungen.

Prof. Dr. Eschrich: Forstzoologie I. Teil: Wirbel-tiere 4 St., Leitung wissenschaftlicher Arbeiten.

Für den Fall die Professur für Nationalökonomie bis zum Beginn des Winterhalbjahres noch nicht besetzt ist, lesen

besondere oder praktische Volkswirtschaftslehre die Prof. Dr. Leonhard und Dr. Joffé, und zwar Dr. Leonhard I. Teil: Agrarpolitik 2 St. und Dr. Joffé II. Teil: Gewerbepolitik und gewerbliche Arbeiterfrage 2 St.

Beginn der Vorlesungen neuer ausnahmsweise schon am 1. Oktober.

III. Universität Tübingen.

Beginn am 1. Oktober 1917, Schluß ...

Prof. Dr. v. Dühler: Einleitung in die Forstwissenschaft, teils im Hörsaal, teils im Walde, mit Übungen und Exkursionen. — Waldbau I, mit Übungen und Exkursionen. — Exkursionen und Übungen. — Übungen und Exkursionen für Kriegsteilnehmer (Zeit noch zu vereinbaren).

Prof. Dr. Wagner: Waldwertrechnung mit Übungen. — Forstschutz. — Seminarübungen. — Exkursionen.

Sonstige Vorlesungen wie unter I.

IV. Technische Hochschule Karlsruhe.

Abteilung für Forstwesen.

Prof. Dr. Demoli: Zoologie, Forstliche Zoologie der Säugetiere und Vögel (Wirbeltiere der Heimat), Arbeiten im zoologischen Institut für Geübtere.

Prof. Dr. Hausrath: Forstpolitik (einschließlich Forstverwaltung und Forststatistik), Waldbau- und Wasserbau, Exkursionen, Anleitung zu größeren wissenschaftlichen Arbeiten.

Prof. Dr. Müller: Forsteinrichtung II, Holzmeßkunde, Einführung in die Forstwissenschaft, Waldwertrechnung, Exkursionen, Anleitung zu größeren wissenschaftlichen Arbeiten.

Geh. Oberforstrat Dr. Siefert: Forstbenutzung, Waldbau I, Übungen in Forstbenutzung und Waldbau, Exkursionen und Übungen, Anleitung zu größeren wissenschaftlichen Arbeiten.

Prof. Dr. Helbig: Standortlehre (Bodenkunde einschl. Agrarkulturchemie), Arbeiten für vorgeschrittene Studierende im Laboratorium für Bodenkunde.

Dr. Cronberger: Landwirtschaftslehre (I. Ackerbaulehre).

Dr. Fuchs: Einführung in die allgemeine Biologie.

Dr. Schultze: Meteorologie (Klimatologie).

Prof. Dr. Wimmer: Das Holz und seine Eigenschaften.

Außerdem Vorlesungen in allen Hilfs- und Grundwissenschaften. Auskunft durch den Vorstand der Abteilung für Forstwesen.

Beginn: 1. Oktober.

E. An die geehrten Leser der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung

richten wir die ergebenste Bitte, die seitherige Verzögerung im Erscheinen unserer Hefte gütigst entschuldigen zu wollen. Dieselbe war durch notwendig gewordenen Wechsel der Druckerei, durch Papiermangel infolge des Krieges und andere damit zusammenhängende Schwierigkeiten veranlaßt, die hoffentlich jetzt überwunden sind.

Verlag und Redaktion.

F. Gegen vermehrten Haherabschuß.

Wie die „Blätter für Naturschutz“ mitteilen, ist der „planmäßige Abschluß der Eichelhäher“ in Bayern angeordnet. Gegen vermehrten Haherabschuß ist Protest zu erheben vom jagdlichen und forstwirtschaftlichen Standpunkt.

Der Forstmann, der den Haher abschleift, schädigt sich selbst. Denn der Haher hat einen gewissen forstwirtschaftlichen Nutzen. Er verpflanzt Eichen, auch Buchen. Zudem er Eichen an bestimmte versteckte Plätze trägt, sie dort später unbeachtet liegen läßt oder auch nicht mehr auffindet, trägt er mit zur Verbreitung des Pflanzenlebens, hier der Waldbäume, bei (steht unzweifelhaft fest!). Das fällt

bei einer geregelten Forstwirtschaft in Kulturgegenden weniger ins Gewicht, meist sogar vielleicht gar nicht, aber beispielsweise im Gebirge, wo der Jäger zur Baumbesiedelung mancher Bergstöcke (gerade auch in den bayerischen Alpen) seinen rechtlichen Teil mit beigetragen hat. Das ist sicher eine recht beachtenswerte Tatsache!

Sodann ist aber der Jäger ein viel zu schöner Vogel, um ihn noch mehr zu vermindern. Er ist in der Tat ein Stück fliegender Poesie des deutschen Waldes. Der Jäger und Forstmann hat auch „Auge und Gemüt“, ein Herz im Leibe, er freut sich über die Schönheit der Natur und ihrer Lebewesen. Hier gelten die schönen Worte, die der Jäger Löss, mein vor dem Feinde gefallener Freund, über die „Gemütskrüppel“ schreibt: „Die Welt ist so arm geworden an schönem und großem Raubgeflügel, aber immer noch gibt es Gemütskrüppel, denen die Welt noch viel zu bunt ist, und damit sie langweilig und öde werde, wie sie selber, sagen und schreiben sie unentwegt von der Schädlichkeit der Weihe (lies: des Jähers) und finden immer noch Narren, die es ihnen glauben. Wer aber rotes Blut im Leibe und blanke Augen im Kopfe hat, der gönnt ihnen die Lerche und die Ammer, das Feldhühnchen und den Junghafen, denn davon gibt's genug.“

Der Jäger ist entschieden für den Jäger und Forstmann mehr Wertobjekt als negative schädliche Erscheinung. Auch dem Landwirt schadet er nicht. Dem Jäger zeigt er manchmal sogar den Standort des Wildes an, dient ihm also als Wegweiser; freilich verrät er mitunter auch dem Wild den Jäger durch sein rätschendes alarmierendes Geschrei. Immerhin, die Wagschale steigt zu seinen Gunsten in die Höhe, sie senkt sich nicht. Und es gibt augenblicklich eigentlich nur einen zulässigen Grund, den Eichelhäher abzuschießen, und dies ist: wenn man ihn in gegenwärtiger Kriegszeit zur Speise für den Menschen verwerten will. Allerdings gibt er einen vortrefflichen Braten an — läßt sich denken, denn er lebt von Eichen, Nüssen, jungem Getier. Aber die Schmachhaftigkeit des Jägerbratens ist leider zu wenig bekannt. Doch gibt es, wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß, genug gutsituierte Försterfamilien, die den Eichelhäher sehr gern essen, übrigens auch den Dachs, und bei denen die Jungkrähe (die fleischige, fette!) in keinem Jahre auf der Tafel fehlt (in Posen und Stettin kostet jetzt die Krähe, Nebel- und Saatkrähe, 1 Mk.). In der Tat, Jäger, Elstern sind zu genießen, ebenfalls Eichhörnchen. Ja, da wird sich allerdings mancher wundern und sagen, man würde noch mit Ratten und Mäusen enden, wie Anno 70 die Franzosen. Doch Spaß beiseite! Der Geschmack und das Aussehen des Eichhörnchenfleisches ist ähnlich dem Kalbfleisch. Wo die Eichhörnchen in großer Zahl vorhanden sind und zur Plage werden, wie in manchen Gegenden, lohnt es sich wirklich, Eichhörnchen zu schießen. Es gibt noch viel für die Weidmannsküche, und dabei will man uns ausheuern? Ne, det gibt's nicht! „Jungekrähen“ waren schon Ende der 80er Jahre ein ständiges Gericht auf der Speisekarte des „Weimarischen Hofes“ in Jena. Im vorigen Jahr

haben bekanntlich Krähen auch auf dem Mittagstisch vieler deutscher Familien Platz ergriffen und haben die eingangemachten Ausführungen vollauf bestätigt.

Pastor W. Schuster, Garn.-Bat. Posen.

G. Forstwirtschaftliches von der Ostfront.

(Vgl. Oberförster A. Müller-Ringenthal I. S.)

Sowohl an der galizischen wie an der russischen Front fällt dem forstlich geschulten Beobachter, der wohl mehr eintönige Waldmassen erwartet hatte, die reiche Fülle der Bestandsbilder angenehm auf. An Einsprengungen und Beimischungen verschiedener Holzarten in die Bestände der Hauptholzarten, an natürlichen Verjüngungen aller Art, an Wirtschaftsformen, Baumkrankheiten u. dergl. bieten sich hier mannigfache Studiengegenstände, deren Beachtung auch im Interesse der heimischen Wirtschaft liegen dürfte. Auffällig ist die meist vorzügliche Stammform der Eichen, Erlen und Aspen, eine auch vom deutschen Holzhandel längst gewürdigte Tatsache. Auch die Kiefern haben hier an meinem jetzigen russischen Frontteil vorwiegend höchst wertvolle Stammformen, gleichmäßige und sparsame Jahrringbildung und gute Kernbildung. Was allein an Kiefernholz als Rund- oder als Halbholz (dieses oft durch Keil gespalten statt zerschnitten) für Unterstände und andere militärische Zwecke an Ort und Stelle verwendet worden ist, das geht bereits in ganz gewaltige Geldwerte. Nebenbei bemerkt, vermag auch der Mykologe und der Techniker an diesen Bauten recht lehrreiche Studien über Holzdauer unter den verschiedensten Verhältnissen anzustellen.

Der Herbst verspricht hier eine ausgezeichnete Vollmacht an Eichen. Die Bäume tragen hier fast durchgängig in so reichem Maße Frucht, wie ich es bisher nur bei der Buche in den urwäldähnlichen Beständen Kalabriens beobachten konnte. Bekanntlich erhalten die Truppen Sammlerlöhne für Eichen und andere Waldfrüchte. Offentlich gelingt es, diese volkswirtschaftlich so wertvolle Ernte möglichst reiflos zu erhaschen. An Eichen sowohl wie an den sonstigen gleichfalls reichlich vorhandenen Waldsameren würde dann vielleicht auch eine gewisse Menge zur Versorgung unserer Forstwirtschaft zurückgestellt werden dürfen. Denn zweifellos hat unsere Waldsamenindustrie noch lange mit Saatgutmangel zu rechnen. Und ebenso zweifellos wird sich der Übergang zur Friedenswirtschaft im deutschen Walde durch vermehrtes Säen und Pflanzen ankünden müssen.

Nicht beachtenswert ist hier u. a. schließlich noch die Schnelligkeit, mit der der Wald von zerstört oder brachliegendem Kulturgelände Besitz ergreift. Denn die ungeheuren Flächen verbieten hier eine so reiflose Ausnutzung des Ackerlandes durch die Truppen, wie diese an der Westfront die Regel war. Vor allem hat die Birke schon von weiten Strecken Besitz ergriffen. Sie bildet unter Gras- und Unkrautwuchs große zwei- bis dreijährige Bestände, oft von lüdenloser Beschaffenheit, auf unseren jetzigen Pferdeweidenplätzen.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

Okttober/November 1917

Absterbende Schwarzmußbäume.

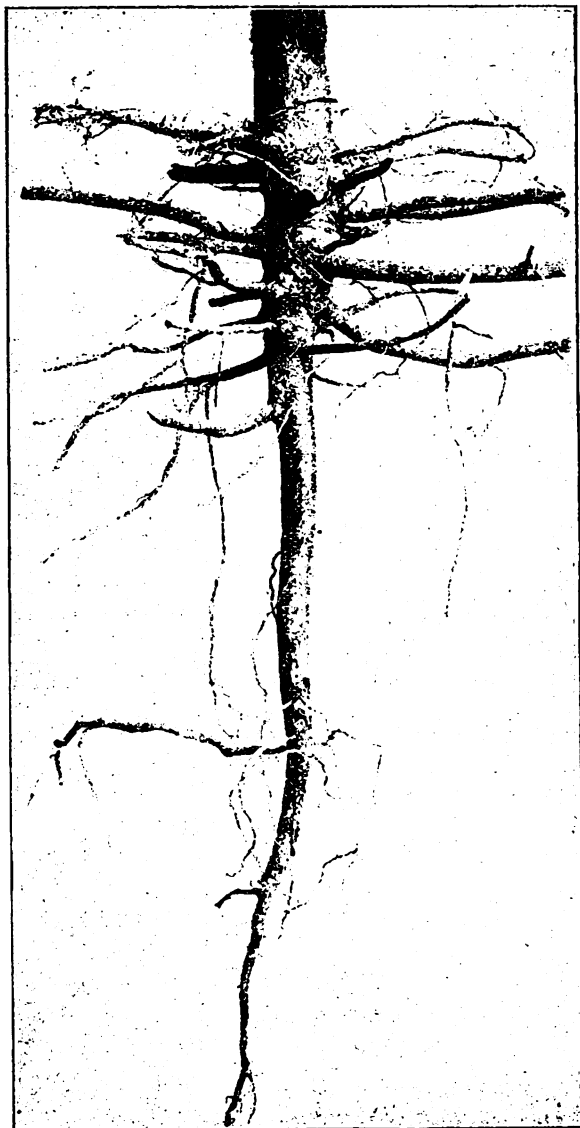
Von Forstmeister Rehm ann in Straßburg.

Im Sommer 1915 bemerkte Förster Ley zu Pfaffsthaus Breitlach, daß in einem 1896 durch Saat ründeten und seither prächtig gedeihenden Forste Abt. 71 des Straßburger Rheinwaldes mehrere Bäume dürre Gipfel bekamen und von oben her abstarben. Bei anderen Bäumen ließ sich schlecht entwickeltes Ast- und Blattwerk erkennen, was die Bäume krank seien und das gleiche Loß sie treffen würde. Tatsächlich vergrößerte sich im Jahre 1916 die Zahl der kränklichen und abgestorbenen Bäume. Herr Landforstmeister Pilz teilte mir dies mit und bat mich nach der Ursache zu forschen. Es war dies im Juli vorigen Jahres.

Da z. Bt. dieser außerordentlich wertvolle Baum größerer Zahl kultiviert wird und dieses so unwahrscheinliche Vorkommnis mich — als einen der größten Züchter dieser Holzart — besonders nahe berührt, fühle ich mich verpflichtet, das Ergebnis der bisherigen Forschungen mit der Bitte zu veröffentlichen, es mögen auch andere Züchter ihre Beobachtungen in dieser Beziehung möglichst bald mitteilen, um diese für die Zukunft des Baumes wichtige Frage in der nächsten Zeit aufzuklären.

Einige Tage nach der Mitteilung besichtigte ich mit dem Belaufsförster Ley den damals 21-jährigen Forst. Wir ließen einige abgestorbene und kranke Bäume fällen, auch Wurzeln ausgraben, um nach der Ursache der Erkrankung zu forschen. An Wurzel, Holz, Ast- und Blattwerk fanden wir weder Pilzbesiedelungen noch Pilzbeschädigungen, welche das Absterben verursachen konnten. Die oberen Äste und der Gipfel waren ganz dürr, weiter abwärts fanden wir im Schaft noch Spuren von Saft; nach unten nahm derselbe ständig zu, so daß der unterste Stamnteil — in einer Länge von 2—3 m — noch grün und voll Saft war. Es fanden sich sogar an mehreren abgestorbenen Bäumen am unteren Schaft noch frische Schößle vor, was unter normalen Verhältnissen bei *J. nigra* nie vorkommt. Man hatte den Eindruck, als seien die Bäume in der Saftmenge nicht. Nun ging es an die Untersuchung der Wurzeln. In der oberen fruchtbaren ca. 40 cm tiefen Humusschicht waren zahlreiche kräftig entwickelte Seitenwurzeln vorhanden, die anscheinend gesund waren. Hier und da am Ende der Wurzel

traute abgestorbene Teile, welche wir mitnahmen. Nach unten hin nahm der Sandgehalt zu, während die Seiten- und Faserwurzeln auffallend sich verringerten. Doch war der noch mit Lehm vermengte Boden bis auf 1,40 m Tiefe als gut anzusprechen,



Wurzel eines absterbenden Schwarzmußbaumes.

jetzt stießen wir auf eine 10—12 cm dicke Flöhsandschicht, in welcher die Pfahlwurzel sehr kümmerlich aussah, ebenso die wenigen Faserwurzeln. Unter der Sandschicht kam eine feste Kiebschicht, welche

der Wurzel Halt gebot. Wegen die Tiefe nahmen die kranken Wurzeln zu. Das Verhältnis kann vielleicht 6 bis 10% betragen, aber genau läßt sich dies nicht feststellen.

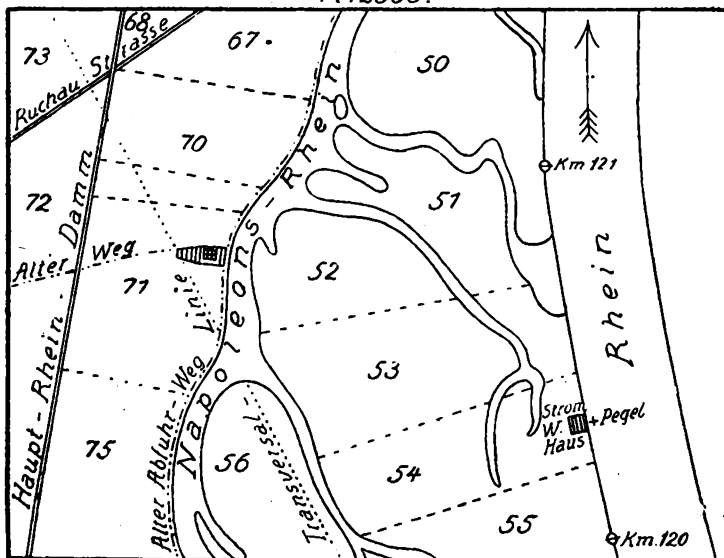
Da die ganze Wurzelbildung viel Interesse bietet und etwas zur Klärung der Frage beiträgt, ließ ich eine Wurzel sorgfältig ausgraben, abwaschen und hierauf photographieren.

Es wird hierzu bemerkt, daß der Durchmesser am Wurzelhals 9,5 cm, dann 10 cm abwärts 11, auf 20 cm 10, auf 40 cm 6 und auf 1 m Länge 2,5 cm betrug. Wie aus der Photographie zu ersehen ist, befindet sich das Hauptwurzelwerk im oberen Teil und fällt Manchem die horizontale Lage der Seitenwurzeln auf. Ein Herr meinte sogar, es sei dies auf fehlerhaftes Pflanzen zurückzuführen. Er hat den Korrekturbogen in der Dendrol. Zeitschrift wohl so flüchtig gelesen, daß er die Erklärung: der Forst sei ausschließlich durch *Saat* entstanden, ganz über sah. Die Ausbreitung von Wurzeln in horizontaler, ja sogar in aufsteigender Richtung, ist hier öfters zu beobachten und jeder Förster und Waldarbeiter kennt diese etwas abnorme Lage. In manchen Fällen läßt sich dieses Vorkommen leicht erklären, so z. B. bei Kiezlagen, Bettenschichten, lockeren fruchtbaren Bodenstellen usw., aber manchmal ist die Ursache nicht festzustellen.

Blattwerk, verdächtige Stamm- und Aststücke, sowie kranke Wurzeln wurden mitgenommen, um sie im Botanischen Institut und in Dahlem untersuchen zu lassen. Professor Dr. Jost, Vorstand des Botan. Instituts, interessierte sich derart für die Sache, daß er sich die Wurzel bei mir ansah, alle Proben selbst untersuchte und mit mir hinausging, um sich den erkrankten Forst und die gesunden Teile

genau anzusehen. Wir nahmen dort, sowie an verschiedenen andern Orten Wurzelproben mit, um Vergleiche zwischen Wurzeln von kranken und gesunden Bäumen und von feuchtem und trocknerem Boden machen zu können. Herr Prof. Dr. Jost teilte mir zunächst mit, daß er weder Insekten noch nennenswerte Pilzbeschädigungen, welche als Krankheitsursache angesehen werden könnten, gefunden habe; dagegen stellte er fest, daß viele Faserwurzeln krank waren und bei einem erheblichen Teil die Wurzelhaube fehlte. Nach weiteren Untersuchungen schrieb er mir Ende August: „Die beiden Proben habe ich untersucht. Am besten waren noch die Wurzeln von dem feuchteren Boden, allein auch bei ihnen fanden sich nur ganz wenige gute Saugwurzeln. Darauf untersuchte ich die Wurzeln unserer Nigra im Garten. Hochstehende sichtlich ausgetrocknete waren ebenfalls schlecht. Aber die im tieferen Boden befindlichen hatten sehr reichlich Saugwurzeln. Ich komme zu dem Resultat, daß die Bäume im Neuhofer Wald aus irgend einem physikalischen Grund, den ich nicht sicher kenne, an ihrem Wurzelsystem leiden und deshalb zu Grunde gehen.“ Von der Kais. Biologischen Anstalt zu Dahlem traf am 1. September folgende Antwort ein: „An den Herrn Bezirkspräsidenten. Die eingesandten Proben der Schwarznüsse ließen bei der Untersuchung nichts erkennen, was auf eine Infektionskrankheit hinweist. Es konnten weder tierische, noch pilzliche Schädiger, auch nicht Bakterien in oder an den kranken Stamm-, Zweig- und Wurzelstücken nachgewiesen werden. Es dürften daher wohl die — wie aus dem Bericht des Herrn Forstmeister Nebmann zu ersehen ist — ungewöhnlichen Grundwasserhältnisse oder sonstige örtliche Umstände als Krankheitsursache in Betracht kommen, die von hier aus nicht beurteilt werden können.“

Plan über die Lage des kranken Nussforstes. 1:12500.



Bei vielen Herren, die Erfahrungen über das Gedeihen der Waldbäume in Flußgebieten haben, wie Prof. D. Schwappach, Reg.-Dir. von Ritter, Oberforsttrat Siefert, Dr. Wimmer, Klingner, Will u. A. frag ich unter Schilderung der Verhältnisse an, ob sie Rückschlüsse über die Ursache der Erkrankung geben könnten. Sie haben mir in entgegenkommener Art geantwortet. Ihre Ansichten gehen dahin, daß die Boden- und Wasserhältnisse, sowie der dichte Stand der Bäume die Ursache des Absterbens sein müßten. — Bevor diese Punkte zur Sprache kommen, soll die Lage des Forstes, die Begründung, seitherige Pflege während meiner Dienstzeit und der heutige Zustand kurz ge-

ilbert werden, damit jeder Leser ein klares Bild von den hiesigen Verhältnissen bekommt. Über die örtliche Lage des durch Schraffierung bezeichneten Forstes in Abt. 71 gibt der Situationsplan Aufschluß:

Die Fläche liegt zwischen dem Rhein und Hauptwindamm und zwar stößt die Ostseite des Forstes an den dort durchfließenden 70—80 m breiten Napoleonsrhein. Ein alter Uferweg bildet die Grenze. Mehrere Altwässer durchziehen das Gelände. Eines geht hart am Südrand der Fläche, ist aber nicht eingezeichnet, damit die Forstfläche besser hervortritt. Bei Hochwasser, das 5,2 m erreicht, wird die Fläche überflutet. Dies war 1896 und 1910 der Fall. Die Fläche liegt nach einer Angabe des Herrn Baurats Schneider¹⁾ 140,2 m überm Meere. Die Fläche ist aber nicht ganz eben, sondern liegt verschieden hoch. Die Unterschiede zwischen der höchsten und tiefsten Stelle betragen ca. 1 m. Der kranke Teil liegt nach einem von mir und Förster Ley im Juli d. Js. vorgenommenen Nivellement 140,2 bis 140,7 ü. M. Der von der Rheinbaubehörde markierte Nivellement diente als Anhalt. Den Boden hielten wir für die Anzucht der *J. nigra* geeignet, denn es standen auf der Fläche prachtvolle Alteichen, die ein Wirbelsturm dort niederwarf.

An Stocklöchern, sowie an dem steil abfallenden Ufer des Napoleonsrheins konnte man sehen, daß es auf eine Tiefe von 1,30 bis 1,40 m fruchtbarer Boden vorhanden war. Wir untersuchten daher den Boden — wie es sonst hier üblich ist — nicht in Bezug auf den Untergrund. Der Forst wurde 1896 durch Streifensaaten im Verb. zu 1,30 bepflanzt; plagweise ist der Verband enger, weil auf den eingeebneten Stocklöchern mehr Früchte eingebracht wurden, um für Fehlstellen Pflanzen an die Hand zu haben. Ein Nachbessern war aber nicht nötig und so blieben sämtliche Pflanzen stehen. Die Kultur litt sehr häufig durch Spätfrost. Innerhalb der Jahre 1896—1915 waren nur 3 ganz frostfreie Jahre, in allen andern trat mehr oder minder starker Frostschaden ein. Besonders schlimm waren die Frostjahre in den Jahren 1900, 02, 04, 11 und 14. Auch Krautwuchs, besonders Gras und Schlinggewächse bedrängten die Pflanzen mächtig. Aber die Kultur wurde gepflegt, die Frostschäden heilten sich aus und der Forst entwickelte sich nach wenig Jahren zu einem der schönsten des ganzen Waldes. Der Wuchs war vorzüglich, in feucht warmen Sommern konnte man Gipfeltriebe von 1,50 bis 1,80 m sehen. Schon mit 10 bis 12 Jahren trat Schluß ein und hatten die meisten Stämmchen astreine Schäfte.

¹⁾ Herrn Baurat Schneider hier verdanke ich viele wertvolle Angaben über den Rhein und die Wasserstände, sowie Höhenlage des Terrains etc. Die Angaben beziehen sich auf das Straßburger Gebiet km 120 bis 180.

Der Forst war anfangs ganz rein, nur am Wasserrand ist regia vorherrschend, im übrigen nur ganz vereinzelt eingemischt. Unterholz war nicht vorhanden, aber bei dem lichterem Stande hat sich in den letzten Jahren Hasel-, Schwarz- und Weißdorn, auch wilder Hopfen usw. eingenistet. Da noch keine Durchreisungen oder Durchforstungen stattgefunden haben, steht das Holz sehr dicht — beinahe genau, wie zur Kulturzeit. Infolge der dichten Stellung bedrängen sich die einzelnen Exemplare, die Krone kann sich nicht entwickeln und bleibt klein und schwach. Nur einzelne Bäume — etwa der dritte Teil — haben besser entwickelte Kronen und kräftigere Schaftbildung. Im Juli 1916 fanden wir dort Höhen von 6 bis 11 m und Durchmesser von 4 bis 13 cm auf Brusthöhe. Die schwächeren Bäume haben 4 bis 8, die stärkeren 9 bis 13 cm Durchmesser und entsprechend größere Kronen. Hier und da bedrängen sich aber auch die dominierenden Bäume, so daß auch diese dann kleinere Kronen haben. Im Jahre 1917 hat sich die Zahl der kranken Bäume noch etwas vermehrt. Das Kümmeren und spätere Absterben erstreckt sich, wie wiederholte Besichtigungen ergaben, ausschließlich auf Bäume mit schwach entwickelter Krone. Die auf der 4 a großen Fläche freier stehenden Bäume mit gut entwickelter Krone und kräftigem Schaft sehen noch ziemlich gut aus und werden wohl durchkommen. Beachtenswert ist der Umstand, daß der Höhenwuchs in den letzten 4 bis 5 Jahren erheblich nachgelassen hat. Ob die Boden- und Wasserstandsverhältnisse, die Fröste von 1911 und 1914 und die dadurch entstehende Gipfelform oder der dichte Stand der Bäume, der ja mit jedem Jahr unheilvoller wirkt, die Ursachen sind, kann erst später festgestellt werden. Nach meinen Beobachtungen in den letzten Jahren glaube ich aber, daß dem dichten Stand die Hauptschuld beizumessen ist. Der hervorragend tüchtige intelligente Förster vertritt schon lange die Ansicht, daß nur der dichte Stand Ursache der Erkrankung sei. Gehen wir nun auf die in Betracht kommenden Verhältnisse näher ein.

1. Bodenverhältnisse.

Im früheren Flußgebiet haben wir es mit Alluvialboden zu tun, dessen Güte ganz außerordentlich wechselt. Höhenlage, Bodenmischung, Tiefgründigkeit, sowie Untergrund und Wasserverhältnisse geben hier den Ausschlag. Ortsweise finden wir sehr fruchtbaren tiefgründigen Boden, oft anstoßend beinahe ertraglose Sand- und Kiesbänke. Die Mächtigkeit der guten Bodenschichte schwankt zwischen 0,15 bis 3 m, selten sind Flächen mit tieferem fruchtbarem Boden. Hektargroße Flächen mit gleich gutem Boden gibt es im oberen Rheingebiet nicht viel. Rheinabwärts werden aber die Verhältnisse

weit besser. Meist trifft man in der obersten Schichte mergelähnlichen Schlick, dann folgt Mergelsand und hierauf Kies. Dies ist das am häufigsten vorkommende Bodenprofil. Wo diese Mischung vorkommt, ist der Boden und auch die Kiebschichte locker; wo aber Lehm, Ton, Letten oder Kalk das Bindemittel bilden, wird der Boden streng, kalt, naß und der kieselige Untergrund gleicht dann mitunter einer betonartigen Masse, welche das Eindringen der Wurzeln und das Durchsickern von Wasser unmöglich macht.

Den Untergrund bilden diluviale, meist mit grauem Quarzsand vermischte Geröllmassen, welche in große Tiefen — nach den neuesten Bohrungen bis 122 m — hinabreichen. Der Kies, hier noch nuß- bis faustgroß und noch dicker, wird rheinabwärts immer kleiner. Bei Speyer ist er noch erbsengroß, bei Worms findet man nur noch Sand. Hier tritt der Kies selten zutage, beinahe überall ist er von einer, wenn auch noch so dünnen Schicht von Schlick oder Sand überzogen. In der Kiebschichte fließt der so wichtige *Grundwasserstrom*.

Bei unserem Forst haben wir es mit humosem mergelartigem fruchtbarem Boden zu tun, nach unten hin nimmt der Sandgehalt zu, doch ist auch diese Schichte, die bis 1,40 m hinabreicht, immer noch als guter Boden anzusprechen. Dann kommt freilich eine unfruchtbare Flößsandschichte und hierauf Kies. Wir sehen hier, daß eine Bodenuntersuchung auf 1,50 m nicht unmer genügt. Wir müssen bei J. nigra offenbar weiter hinabgehen und vielleicht über 2 m Tiefe den Boden untersuchen.

Herr Prof. Dr. Schwappach, der als Leiter des Versuchswesens wohl die größten Erfahrungen auf diesem Gebiete hat, schreibt mir: „daß Schwarzwälder auf gutem, lehmigem Boden in den ersten Jahren vortrefflich wuchsen, aber im Wuchse nachließen, als die Wurzeln auf festere Lehm- und Mergelschichten kamen. Schließlich würden die Pflanzen kümmern und absterben. Es stimmt dies mit kleinen Versuchen, die ich auf verschiedenen Bodenarten machte, überein.“

2. Wasserverhältnisse.

Von den atmosphärischen Niederschlägen — die hier im Mittel 671 mm bei Schwankungen von 467 bis 940 betragen — abgesehen, beeinflussen die beiden Parallelflüsse Rhein und Ill mit zahlreichen Nebenarmen und Altwässern mächtig die Wasserverhältnisse. Oberhalb Straßburg liegen die Flüsse 5 bis 7, bei Schlettstadt und Colmar 13 bis 14 km auseinander. Zur Beurteilung unserer Frage ist es nötig, auf frühere und die heutigen Verhältnisse hinzuweisen und sollen vor allem die Rheinstände, das Grundwasser und die Übersutungen besprochen werden.

a) Rheinstand.

Vor der Rheinkorrektion, welche hier 1842 begann, bestanden — wie alte Karten beweisen — zahlreiche Flußarme, welche das Rheinwasser abführten. Das Gefälle wurde durch die vielen Windungen der Wasserläufe gemindert, so daß der Wasserstand viel gleichmäßiger sein mußte, als nach der Korrektion. Auch der Grundwasserstand war nach Mitteilungen alter Leute, die Ziehbrunnen besaßen, damals gleichmäßiger. Dem Baumbuch scheinen die früheren Verhältnisse zuträglicher gewesen zu sein, als die jetzigen, denn wir finden auf geringeren Böden tatsächlich noch schöne alte Eichen und Eichen, während wir heute solche Holzarten dort nicht mehr fortbringen. Es scheint, daß das Wurzelwerk an den offenbar höher liegenden und gleichmäßigeren Grundwasserstand sich anpaßte und die Bäume nicht darunter litten, sondern vortrefflich gediehen.

Nach vollzogener Korrektion — 1872 — und schon vorher bei den Rheindurchstichen, änderten sich diese Verhältnisse. Das Wasser floß viel schneller ab (hier etwa 15 km pro Stunde) und sehr erhebliche Schwankungen, die 1 bis 6 m betragen, stellten sich ein, so daß unsere Waldungen bald unter Trockenheit, bald unter Nässe zu leiden hatten. In Jahren mit niederem Rheinstand, wie 1893 bis 1895 und 1903, litten die Kulturen sehr not und selbst alte Eichen, Eschen, Kistern etc. wurden dürr und starben ab. Bei hohem Wasserstand haben wir Überfluß an Feuchtigkeit, welche ebenfalls schädlich wirkt, besonders wenn der hohe Stand, wie 1910, viele Wochen anhält.

Seit ca. 10 Jahren erstrebt man der Schiffsahrt wegen einen gleichmäßigeren Wasserstand durch Anlegung von Buhnenbauten zu erhalten und hat dieses Ziel bis über die Mehler Rheinbrücke hinaus erreicht.

b) Grundwasserverhältnisse.

Über den Einfluß des Grundwassers auf das Gedeihen der Holzarten habe ich in der Literatur nichts gefunden. Man hörte ich von einem Forstbeamten, der in Tharandt studiert hatte, daß man dort Versuche über den Einfluß des Bodentwassers auf das Gedeihen der Pflanzen gemacht habe. Ich wandte mich alsbald dahin. Herr Prof. Dr. Vater schrieb in sehr liebenswürdiger Art unterm 14. Okt., daß solche Versuche nicht gemacht worden seien. Er könne ein Urteil nicht abgeben.

Aber seine allgemeinen Bemerkungen sind so belehrend, daß ich dankbar dafür bin und mir gestatte, dieselben im Interesse der Sache zu veröffentlichen. Er schreibt:

„Ganz allgemein können Baumbestände dauernde Änderungen des Grundwasserstandes in ihrem

zelräume schwer oder gar nicht ertragen. Dies nach meiner Erfahrung lediglich darin begründet, sich das vorhandene Wurzelsystem einem bestimmten mittleren Grundwasserstande durchaus anpaßt und versagt, sobald sich der Wasserstand beträchtlich ändert, gleichgültig, ob diese Änderung in dem Steigen oder Fallen besteht. Die Bäume können ausnahmslos bei solcher Änderung, und kann nur abgewartet werden, ob sie genügende Kraft besitzen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Dies ist im allgemeinen umso eher zu erwarten, je geringer die Änderungen und je jünger die Bäume sind.

Wesentlich ist, daß ein Standort, auf welchem Bestand einer bestimmten Holzart wegen Verwitterung des Grundwasserstandes abgestorben ist, einen neu begründeten Bestand derselben Holzart, dessen Wurzeln sich den neuen Verhältnissen anpassen, recht wohl je nach Umständen ein vorzüglicher Standort sein kann. Steigen und Fallen des Grundwassers können je nach Umständen den Standort bessern, in seinem Ertrage nicht beeinflussen oder verschlechtern; etwas Allgemeines läßt hierüber nicht sagen. —

Ebenso bieten die Mitteilungen des im Februar 1895 verstorbenen Oberforstrates Eßlinger, der viele Jahre im Rheingebiete war, viel Interesse und füge ich sie bei. Er schreibt mir im November 1916: „Wenn dem Absterben der *J. nigra*, wie ich annehmen darf, Insekten und Pilzschäden, auch Wirkungen von Blitzschlag ausgeschlossen sind, bleibt als Ursache wohl nur abnormer Bodenzustand übrig. Nach meinen Erfahrungen vermag namentlich ein höherer Grundwasserstand — wie Du auch vermutest — das Wurzelwachstum ungünstig zu beeinflussen teils durch Herabsetzung der Wärme, ganz besonders aber durch Behinderung der Luftatmung. Die Widerstandskraft der einzelnen Holzarten gegen anhaltende Nässe ist sehr verschieden. Am besten vertragen solche Pappeln und Weiden, dann Erlen, Ahorn, Kiefer, namentlich *effusa*. Da die Schwarzerle nicht zu den einheimischen Holzarten des Rheins, sondern mit wechselnden Wasserständen gehört, wird

sie nach meinem Vermuten empfindlich sein gegen länger dauernden hohen Grundwasserstand, sowie namentlich auch gegen starke Schwankungen in dem Wassergehalt des Untergrundes. Besonders schädlich erweisen sich Wasserstauungen im Frühjahr z. Bt. des Wurzelwachstums, sowie im Sommer während der lebhaften Vegetationszeit.“

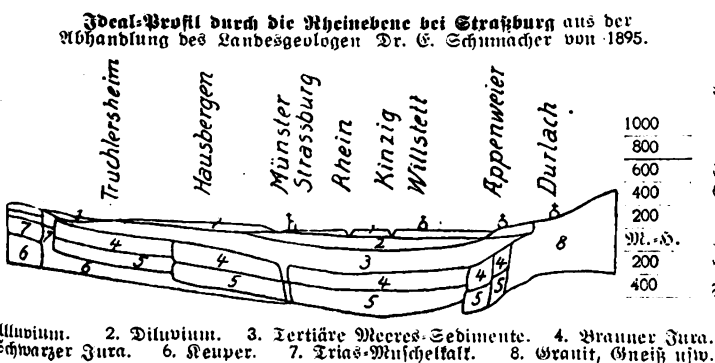
Zu ähnlichem Sinne schrieb mir Regierungsdirektor von Ritter in Speyer kurz vor seinem Tode.

Gehen wir nun auf die hiesigen Verhältnisse näher ein. Den größten Einfluß auf die Feuchtigkeitverhältnisse des Bodens hat im Rheingebiet das Grundwasser, welches hauptsächlich vom Wasserstand des Rheines abhängt. Der Rhein fließt etwa von Basel bis Speyer größtenteils in einem Riesbett, dessen Sohle nicht überall festliegt. Im oberen Teile, wo das Gefälle größer ist, wie hier — 96 cm, bei dem Wärrerhaus 66 cm auf 1 km — werden die Schichten aufgewühlt und rheinabwärts fortbewegt, die sogenannten wandernden Riesbänke. Wenn nun auch die Ufer jetzt durch Steinbauten festliegen und mehr oder minder verschlammte sind, so gelangt doch durch die Ufer und die Sohle des Rheins und teilweise auch der Ill eine Menge Wasser in die Tiefe und in das Seitengelände rechts und links vom Rhein. Dieser langsam fließende mehr oder minder breite Grundwasserstrom durchzieht die Rheinebene. Das Grundwasser soll nach verschiedenen Angaben ¹⁾ höher stehen, wie das Rheinwasser und deshalb in den Rhein abfließen.

Für uns ist wichtig, daß das Wasser außer neun andern Bestandteilen viel kohlensauren Kalk (bis 216,4), kohlensaures Magnesium (bis 87,4) und Kohlsäureanhydrit (bis 110 m. g) auf 1 Liter Wasser enthält.

Zur besseren Beurteilung der Verhältnisse im Rheintale sei hier ein Profil der geologischen Bildungen bei Straßburg ²⁾ beigelegt.

Zu der muldenförmigen Diluvialschicht sammelt sich das Grundwasser, weil die unterhalb liegenden tertiären und Juraschichten das Durchsickern des Wassers mehr oder weniger verhindern. Nach meinen Beobachtungen, die sich auf 15-jährige Pegelbeobachtungen stützen, steht das Grundwasser auf 3 bis 4 km Entfernung vom Rheinufer in Beziehung zum Wasserstand des Stromes, d. h. es steigt oder fällt mit diesem. Am besten können wir diesen Einfluß



Nach dem Schwarzwaldb.

¹⁾ Dr. Krieger, Topographie von Straßburg und Umgebung. — Dr. Schumacher, Landesgeologe, Abhandlung von 1895. — Berichte des Direktors Bresch vom städtischen Wasserwerk.

²⁾ Idealprofil aus der Abhandlung von Dr. Schumacher, 1895.

bei steigendem Rhein, besonders bei Hochwasser, beobachten. Da tritt hinter dem Hauptrheinbamm in 2 bis 3 Tagen das helle Grundwasser an die Oberfläche — (das Überflutungswasser ist schlammig und trüb) — und wird dann als *Druckwasser* bezeichnet. Alle tiefliegenden Stellen füllen sich mit diesem Wasser an. Dasselbe erscheint z. B. in dem 3 bis 5 km vom Rhein entfernten Jagengarten schon 2 bis 4 Tage nach dem höchsten Stand, stagniert je nach Witterung und Rheinstand 3 bis 10 und 14 Tage und verschwindet dann wieder (durch Versickern und Verdunsten). Es erscheint sogar westlich von andern größeren tiefen Wasserläufen, z. B. dem Krummen Rhein, und muß demnach unter der Sohle dieses Flusses durchfließen.

Alle Hohlräume des Bodens werden mit diesem kalten Wasser angefüllt, es wirkt, wie stagnierendes Wasser, auch in kürzerer Zeit recht schädlich. Jüngere Bäume bekommen gelbe Blätter und werden im Wuchs beeinträchtigt und Sämlinge, sowie jüngere Pflanzen gehen unbedingt ein. So sind beim Hochwasser 1910 durch Druckwasser mehrere 1000 *Hydnorh., J. nigra*, Buchen usw. zu Grunde gegangen.¹⁾ Die mangelnde Luftzirkulation und die Erkältung des Wurzelwerks werden die Hauptursachen sein.

Wie die Bodentemperaturen bei nassen Jahren beeinflusst werden, geht aus mir gütigst überlassenen Zusammenstellungen der hiesigen meteorol. Station hervor. So sind z. B. die Temperaturen bei 120 cm Tiefe in den Jahren 1910, 12 bis 14 im Mai um 0,5, Juni 1,3, Juli 1,4, und im August um 3,1° tiefer, als in denselben Monaten von 1911. Die Durchschnittstemperaturen betragen für April 7,9, Mai 11,2, Juni 13,8, Juli 14,9 und August 16° C.

Die Temperaturen des Grundwassers²⁾ be-

tragen in diesen Monaten 9,6 — 9,9 — 10,3 — 10,5 — 10,7°. Die Schwankungen in den einzelnen Jahren sind so klein, daß die Jahreszahl nicht erwähnt zu werden braucht. Wir sehen daraus, daß das Grundwasser den Boden erkaltet und hierzu kommt noch die durch Verdunstung entstehende Abkühlung.

Einen besonders hohen Wasserstand hatten wir 1910, 12, 14, 15 und 16 mit Höchstständen von 4,38 bis 5,78 m am Straßburger Pegel. An 530 Tagen hatten wir einen Rheinstand von über 3 m, während dies in den vorhergehenden 5 Jahren nur an 325 Tagen der Fall war. Das Grundwasser stand demnach auch in den Jahren 1910, 12 u. sehr hoch.

Es liegt nun die Frage nahe, ob der hohe Wasserstand nachteilig auf das Gedeihen der Nüsse wirken konnte? Herr Bauvat Schneider hatte die Güte, mir die nötigen Zahlen über den Wasserstand des ca. 400 m oberhalb liegenden Wärterhauses, sowie über die Meereshöhe des Geländes beim Ruffhorst und andere wertvolle Notizen zu geben. Hiernach beträgt der mittlere Sommerwasserstand, welcher die Monate April bis September einschließlich umfaßt, im Zeitraum 1896 bis 1916 — 3,35 m. Da der 0 Punkt des dortigen Pegels 135,26 m hoch liegt, so beträgt die Meereshöhe $135,26 + 3,35 = 138,61$ m.

Die Juniwasserstände sind aber 35 cm höher, also 138,96 m. Aus den Zahlen können wir leicht ermitteln, ob die Pfahlwurzeln der kranken und abgestorbenen Bäume das Grundwasser erreichten oder nicht. Die ausgegrabenen Wurzeln hatten eine Länge von 1,40 bis 1,50 m. Nehmen wir an, daß die Wurzeln 1,40 lang sind und das Grundwasser beim Ruffhorst 30 cm tiefer steht, als am Pegel, so ergibt sich Folgendes:

Jahr	Mittlerer Sommer Wasserstand beim Stromwärterhaus		Höhe des Grundwassers ab 30 cm	Höhe des Grundw. im Juni + 35 cm	Die Wurzel reicht hinauf bei höherem tieferem Gelände		Bemerkungen
	Pegel m						
1910	3,76	139,02	138,72	139,07	130,30	138,80	140,7 — 1,4 = 139,3 140,2 — 1,4 = 138,8
12	3,39	138,65	138,35	138,70			
14	3,87	139,13	138,83	139,18			
15	3,51	138,77	138,47	138,82			
16	3,55	138,81	138,51	138,86			Das Terrain steigt gleichmäßig gegen Westen hin, so daß jede Höhenlage 140,2, 140,3 usw. eine gleich große Fläche einnimmt.

¹⁾ Rebm ann, Dendrologische Zeitschrift von 1910 und 11. — Abhandlung v. B. II. Naturwissenschaftl. Zeitschrift für Land- und Forstwirtschaft, 1909, 1910. Jahresbericht des pfälzischen Forstvereins von 1904.

²⁾ Aus den Berichten des Wasserwerks von Direktor B r e s c h, 1907—14.

Hieraus geht hervor, daß die Pfahlwurzeln von stehenden Bäumen bei mittlerem Sommerwasserstand das Grundwasser nicht erreichten, jene in tief liegenden Stellen aber 1914 ins Wasser kamen. Greift man aber einzelne Monate, z. B. Juni mit 35 cm höherem Stande, heraus, so gestaltet sich das Verhältnis schon anders. Die Wurzeln der tiefstehenden Pflanzen waren, mit Ausnahme von 1912, in allen andern Jahren im Grundwasser. So wird es auch teilweise im Juli, der auch hohe Wasserstände hat, gewesen sein. Man darf wohl annehmen, daß der hohe Wasserstand nachteilige Folgen hatte, schon die kümmerlich entwickelte Wurzel im untersten Teil weist darauf hin. Das schlimmste Jahr war jedenfalls 1910 infolge 3 Monate lang anhaltenden Hochwassers. So hatten wir hier im Juni 17, Juli 30, August 13 und September noch 6 Tage mit einem Wasserstand von über 3,90 m und standen an diesen 66 Tagen die meisten Wurzelspitzen im Wasser. Ähnliche Verhältnisse lagen 1914 vor. An 142 Tagen hatten wir Wasserstände von über 3,10 m, so daß auch in diesem Jahre die Wurzeln häufig ins Wasser kamen.

Der nachteilige Einfluß des hohen Grundwasserstandes mag noch durch die nasskalten, regenreichen Sommermonate April bis Juli der Jahre 1914 bis 1916 vermehrt worden sein. So fielen in dieser Zeit 924,8 mm Regen, in den gleichen Monaten der drei vorhergehenden Jahre nur 702,1 mm.

Nach den Angaben verschiedener Herren soll das Grundwasser höher stehen, als der Rheingegel. Ich habe darauf keine Rücksicht genommen, weil ich Zweifel hege, ob diese Annahme bei h o c h e m Wasserstande zutreffend ist.

c) Überflutungen.

In den Flußgebieten der Ebene bietet sich reichlich Gelegenheit über derartige Beschädigungen Studien zu machen. Es liegen auch hierüber mehrere Erfahrungen vor; ich möchte aber hier nur auf den neueren Artikel von Forstmeister Will und Dr. Anderlind¹⁾ hinweisen und bemerken, daß sie mit meinen langjährigen Beobachtungen im mittleren — (1864/65 bei Worms, 1870 in Speyer) — und oberen Rheingebiet — (1890 bis jetzt) — übereinstimmen.

Das Verhalten der einzelnen Holzarten gegen Überschwemmungen ist ja recht verschieden und manchmal überraschend. So sind im Blosheimer Rheinwald zwei jetzt etwa 65 jährige Niefornhorste, die im Überschwemmungsgebiet liegen und bei dem höheren Wasserstand überflutet werden.

¹⁾ Will, Naturwissenschaft. Zeitschrift für Forst- und Landwirtschaft, 1911. — Dr. Anderlind, Darstellung des Verhaltens der Holzarten zum Wasser. Juli-Heft der Forst- und Jagdzeitung, 1916.

Wochen-, ja monatelang sah ich diese metertief im Wasser und konnte niemals einen nachteiligen Einfluß konstatieren. Dagegen trat ich Fichten, die sonst gegen feuchten Boden nicht empfindlich sind, schon bei Überflutungen, die 10 bis 14 Tage andauerten, eingehend. Es kommen hier tatsächlich kuriose Fälle vor. Dies nur nebenbei, denn hier soll vom Verhalten der J. nigra die Rede sein.

Professor Dr. Wimmer schrieb mir, daß die Schwarznüsse in Karlsruhe und Philippsburg unter der Masse nicht gelitten hätten.

Forstmeister Will teilt Folgendes mit:

„Nach dem Hochwasser 1910 sind eine große Anzahl von damals fünfjährigen Nusspflanzen eingegangen — andere kümmernten und entwickelten sich schirmförmig. Zu der 1911 in Landau stattfindenden landwirtschaftlichen Versammlung ließ ich 20 Stück schöne, anscheinend ganz gesunde, Pflanzen ausheben, um sie dort verpflanzen zu lassen; dabei zeigte es sich, daß vielfach die feinen Faserwurzeln und ein Teil der Pfahlwurzel abgestorben waren und sich nur ganz unten am Stämmchen neue Saugwurzeln gebildet hatten. Inzwischen sind keine Pflanzen mehr eingegangen.“ Will glaubt, daß der hohe Wasserstand die Hauptschuld am Absterben trage.

Im allgemeinen hängt bei dieser Frage der Schaden zunächst von der Dauer der Überschwemmung, sodann vom Alter und der Entwicklung der Pflanzen und Bäume ab. Kürzere nur einige Tage anhaltende Überflutungen können wohl die meisten Bäume, sofern sie gesund und kräftig entwickelt sind, ertragen. So habe ich in dem Revier Nothheim bei Worms, das alljährlich mehrmals überschwemmt wurde, niemals einen abgestorbenen Baum getroffen. Die Wachstumsverhältnisse waren freilich auf dem vorzüglichen Schlickboden ganz unglaublich. Mit 60 Jahren erreichten Eichen Durchmesser auf Brusthöhe von 1,40 bis 1,60 m. Niemals in meinem Leben sah ich etwas Ähnliches!¹⁾

Auf den meisten heutigen Waldböden sind die Verhältnisse anders. Bei länger dauernden Überschwemmungen leiden viele Arten Not und zeigen nach den Mitteilungen von Eßlinger, Will und Dr. Anderlind ein sehr verschiedenes Verhalten.

Gut entwickelte Schwarznüsse und die gegen Masse empfindliche Buche haben mehrtägige Überflutungen, ohne Schaden zu nehmen, ertragen; Sämlinge und einjährige Pflanzen gingen aber ein. Die 1910 im Juni fünf und im Juli zwei Tage anhaltende Überschwemmung der in Abt. 70 und 71

¹⁾ Das Revier Nothheim wurde parzelliert und verkauft. Ich war beauftragt, alle Arbeiten zu machen, daher meine genauen Kenntnisse dieses unvergleichlichen Waldes. 1864—1865.

liegenden damals 12 bis 14 jährigen nigra- und regia-Horste schienen einen Nachteil nicht erlitten zu haben. Es ist aber möglic und wahrscheinlich, daß die hohen Sommerwasserstände von 1912, 13 und 14, sowie die naßkalten Sommermonate zur Erkrankung beigetragen haben. So ist deutlich zu beobachten, daß Gipfel wie Seitentriebe dieser Jahrgänge, sowie die von 1915—16 erheblich kleiner sind, als die in früheren Jahren. Und 1917 will es Ende Juli scheinen, als würden die Triebe noch kleiner bleiben.

Bei dieser Sachlage ist ein Rückblick auf frühere Verhältnisse am Plage. Wir haben im Straßburger Gebiet 115 meist gut-entwickelte 80 bis 85 jährige Schwarznußbäume. Darunter befanden sich 17 Prachtexemplare mit Durchmessern von 65 bis 93 cm und Höhen bis 38 m. Nur die von raschwüchsigen Holzarten eingeeengten und unterdrückten Exemplare sind schwächer entwickelt.¹⁾ Als diese Bäume gepflanzt und erzogen wurden, gab es noch keine Rheindämme und ist die Annahme berechtigt, daß sie öfters in der Vegetationszeit überflutet wurden. Es ist auch wahrscheinlich, daß die Überflutungen länger dauerten, als jetzt. Die Gründe sind ja naheliegend. Selbst nach der Korrektion sind Überflutungen eingetreten; so daß die Gegend manchmal einem großen See glich. Wie oft habe ich dies von den Bergen aus in den 70 er und 80 er Jahren gesehen.

Alle diese Überschwemmungen haben die erwählten Bäume, die meist in tief liegendem Gelände stehen, — nach dem heutigen Aussehen zu schließen — ohne Nachteil überstanden. Freilich brachte auch jede Überflutung mehr oder weniger fruchtbaren Schlick mit. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, weshalb die Bäume, ohne Schaden zu nehmen, durchkamen?

3. Dichter Stand.

Über die nachteiligen Wirkungen einer zu dichten Bestockung bestehen unter den Forstwirten wohl keine Meinungsverschiedenheiten. Schon in alten Forstordnungen wird darauf hingewiesen, aber erst vor einem Jahrhundert haben unsere Altmeister Hartig und Cotta die Lehren vom Waldbau wissenschaftlich ausgebaut. Was diese ausgezeichneten Männer über zu dichten Stand schreiben, ist vorzüglich und für alle Zeiten zutreffend, weil diese Beobachtungen der Natur abgelauscht sind. Seither wurde durch Versuche die Lehre von der Waldpflege, insbesondere den Durchforstungen so gründlich in Wissenschaft und Praxis behandelt, daß für unsere heimischen Holzarten keinerlei Zweifel über die Wichtigkeit der Stiebsart und die Art und Weise der Ausführung bestehen.

¹⁾ Rebm ann, August, Artikel von 1912 der Forst- und Jagdzeitung, S. 265.

Für die fremdländischen Holzarten fehlen aber die auf längere Zeiträume sich stützenden Erfahrungen, insbesondere auch hinsichtlich des Verhaltens der einzelnen Arten gegen Licht und Schatten. In den mir bekannten Abhandlungen finden sich nur spärliche Notizen über diese Fragen und selbst Dr. Mayr geht in seinem Werke über fremdländische Holzarten ohne jedes Wort darüber hinweg. Und doch ist diese Frage ungemein wichtig, denn Gedeihen, ja die Zukunft der Holzarten hängt davon ab. Es wird daher manchem Wirtschaftler erwünscht sein, wenn ich meine Beobachtungen, die sich immerhin auf einen 35-jährigen Zeitraum erstrecken, hier mitteile bezw. auf die Notizen aufmerksam mache.

Die Schwarznuß ist eine ausgeprägte Lichtholzart und zwar von frühester Jugend an. Die Kulturen, welche ich der häufigen und intensiven Spätfroste wegen in den ersten sieben Jahren unter Schutzbestand erzog, haben mich und meine Förster davon aufs klarste überzeugt. Die gleiche Erfahrung haben andere Züchter auch gemacht. Nun haben wir in ganz Deutschland, in Österreich und den angrenzenden Ländern reich Gelegenheit, den Baum in jedem Alter zu sehen und Beobachtungen anzustellen. Da gewinnt man schließlich den Eindruck, daß der Baum Licht und Luft haben muß, um sich schön entwickeln zu können. Allenthalben, wo die Krone sich nicht ausbreiten kann, nimmt der Zuwachs in geradezu auffallender Weise ab. Meine Messungen, die im Augustheft 1912 dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden, beweisen dies auch. Und meine seither fortgesetzten Erhebungen über das Dickenwachstum dieser Holzart haben diese Ansicht immer aufs neue bestätigt.

In unserm kranken Horst kann leicht festgestellt werden, welchen Einfluß der dichte Stand hat. Die Mehrzahl der Bäume ist kümmerlich entwickelt, die Kronen sind klein, spitzen sich nach oben hin zu — ähnlich wie ein Kirchturm — die Durchmesser sind gering; nur etwa $\frac{1}{3}$ der Bäume winden sich durch und bekommen stärkere Kronen und Durchmesser. Wie anders sehen gleich alte Pflanzen, die freieren Wuchsraum haben, in Parkanlagen oder in Abt. 3 und die 8 bis 10 Jahre jüngeren in Abt. 36 des Straßburger Waldes aus! Sie strotzen von Gesundheit und Lebenskraft und haben größere Dimensionen erreicht.

Einige Kollegen, die sich den kranken Horst ansahen und der Ansicht sind, daß der dichte Stand die Hauptursache des Absterbens sei, meinten, man soll derartige Kulturen in weitem Verband anlegen, um einem dichten Stand von Beginn an vorzubeugen. Das wäre meines Erachtens nicht angebracht, denn mancherlei Nachteile wären die

lgen. Bekanntlich wird die Schwarznuß nur auf kräftigem Boden angebaut und da hat man starkem Unkraut- und Graswuchs zu rechnen. nigra hat nun eine lichte Belaubung und muß in der ersten Zeit dichter stehen, um über das Unkraut zu werden. In 5 bis 6 Jahren bringt sie dies, manchmal noch früher, fertig. Die Pflegekosten sind dann gering.

Bei weitständigen Kulturen, die hier ja auch — er aus anderen Gründen — gemacht wurden, zeigten die Pflegekosten etwa die dreifache Höhe, wie bei dichterem Stande. Auch andere Nachteile, wie die Ausdehnung in die Breite auf Kosten der Höhe, die glende Auswahl bei Durchforstungen u. dgl. haben sich veranlaßt vom weiten Verband abzugehen.

Bei Naturbesamung von Eichen, Buchen, Tannen usw. ist ja auch der dichte Stand als Regel anzusehen. Hier stehen die Pflanzen so dicht, wie eine Wüste; aber die Natur sorgt für Beseitigung des Überflusses durch den Unterdrückungsprozeß. Und wenn der Wirtschaftler mit Durchreiserungen noch nachhilft, dauert der Kampf nicht so lange. Diese Hiebe, die die Durchforstungen, sind bei allen Juglänschten, insbesondere bei nigra dringend notwendig, damit die Krone sich entsprechend ausbilden kann.

Der Wirtschaftler hat es ja in der Hand, hier rechtzeitig einzugreifen, es ist seine Pflicht, bei einer so eminent wertvollen Holzart alles zu tun, was zu ihrem Gedeihen notwendig ist.

Es fragt sich nun, in welchem Zeitpunkt diese Hiebe eingelegt werden müssen? Ein bestimmtes Alter kann wegen der Verschiedenheit der Standorte — zumal in klimatischer Hinsicht, nicht angegeben werden; es muß hier der Zustand des Horstes, besonders der Höhenwuchs, die Gipselform, kurz, das Gesamtaussehen entscheiden. Einen sicheren Inhaltspunkt für den Beginn dieser Hiebe bietet der Eintritt des Bestandeschlusses. In bis zwei Jahre später muß man jedenfalls mit den Durchforstungen beginnen und sie öfters, etwa alle 4 bis 5 Jahre wiederholen.

Ein dichter Stand der Bäumchen beeinträchtigt aber nicht nur die Ausbildung der Krone, sondern auch in fühlbarer Weise die Ausbreitung der Wurzeln und somit die Ernährung der Pflanzen. Und das ist auch ein wichtiger Punkt. Auf Stellen, wo mehrere Miteßer da sind, kommt eben auf jeden nur ein verhältnismäßiger Anteil und das ist bei anspruchsvollen Holzarten von Bedeutung.

Förster Bey machte mich auf zwei Horste aufmerksam, die in dieser Beziehung sehr lehrreich sind, und möchte ich deshalb diese Fälle hier kurz erwähnen.

Ein 10- und ein 25-jähriger nigra-Horst (in Abt. 8) grenzten ans Feld, und waren die Randbäume besonders schön entwickelt und zwei- ja dreimal

dicker, als die im Horste stehenden Bäume. Jeder Forstmann findet dies natürlich und schreibt das stärkere Wachstum hauptsächlich dem vollen Lichtgenuß, der Bodenwärme, Bodenbearbeitung und größeren Luftzirkulation im Boden zc. zu. Aber hier ändert sich auf einmal das Bild, wie Miteßer auftraten und vor etwa 10 Jahren ein Lindenhorst erzogen wurde. (Siehe nebige Zeichnung.)

Nußhorste in Abt. 78.

J. nigra Saaf von 1893/94 □ Verb. 1. 50 Unterband mit Buchen		J. regia und nigra Saaf von 1893/94 mit Nieferschuttkastand (Kroßloch)	
Ackerland bis 1907 dann angepflanzt mit Lindenheißern		Ackerland bis 1907 dann angepflanzt mit J. nigra b Streifenverband mit Buchenzwischen- pflanzung 1,20 : 1,00. und weniger	
Ackerland		Ackerland	
Bem.: Der weißlich liegende wie die am Brunnen-		Zeit ist 40 bis 50 cm höher, wasser liegende Fläche.	

Sehen etwa zwei Meter breit.

Brunnenheller (Schiffheller)

Seitdem die Linden die Bodenkraft des bisherigen Ackerlandes in steigender Weise in Anspruch nehmen, läßt der Wuchs der 25-jähr. nigra-Randbäume zusehends nach. Meine bisherigen Messungen der Durchmesser bestätigen es auch.

Der Lichteinfluß bei der Krone ändert sich hier nicht, weil die Schwarznußbäume 8 bis 10 m über die Linden hinausgehen. Es kann sich deshalb nur um Nahrungsentzug handeln.

Beim 10-jährigen Horst macht sich der Einfluß besonders durch den verschiedenen Höhenwuchs bemerkbar. Die Fläche a c e f hat gleichen Boden, nur liegt der Teil d e f ca. 40 cm tiefer und steht das Grundwasser dort sehr hoch, was im Wuchse sich auffallend bemerkbar macht.

Die Randbäume von a b sind um 1 bis 2 m niedriger, wie auf der Strecke b c d. Da ist es auch die Nahrungsentziehung, welche die Abnahme im Höhenwuchs verursacht

Schlußbetrachtungen.

1. Boden.

Die Ansprüche der J. nigra an den Boden sind allen Züchtern wohlbekannt und so geklärt, daß man über diese Frage nicht viel zu sagen braucht. Im vorliegenden Fall glaube ich, daß die Bodenverhältnisse in Abt. 71 entweder gar nicht oder nur in kaum nennenswerter Art zur Erkrankung der Bäume beigetragen haben. Ich folgere dies aus dem guten Gedeihen alter Bäume im Straßburger Gebiet, welche meistens auf geringere Boden erwachsen sind, als jene auf der Kulturfläche.

Es bot sich öfters Gelegenheit, Bodenstudien beim Ausgraben von Schwarznußbäumen zu machen. Meistens stieß man bei 40 bis 50 cm Tiefe auf kieseligen Boden, der unten hin sandiger und schlechter wurde. Einen solchen Boden sah ich in der Orangerie, etwas besseren in der Seufzerallee, allenthalben mit schönen Bäumen. Beim Kloster St. Joseph standen 2 *Prachtbäume* (70-jähr.) mit 88 und 90 cm Durchmesser auf Br. und 30 m hoch. (Eine Photographie davon besitze ich.) Die Oberin verkaufte dieselben und bat mich, nach der Aufarbeitung den Wert zu berechnen, weil sie dem Händler nicht traute. Ich besorgte dies und sah mir dann den nur mittelguten Boden an. Man konnte ihn als Bonität II—III für Eichen ansprechen. Er war ähnlich, wie der in der Orangerie, nur etwas besser. Wertvollere Bäume werden hier stets ausgegraben, so daß man gute Bodenbeobachtungen machen kann. — So könnte ich noch eine Reihe von Fällen aufzählen, da in den letzten 15 Jahren etwa 20 schöne Bäume verkauft wurden.

Nur wenige Bäume stehen auf Bonität I (Contades, Mainau), die meisten auf Bonität II und darunter, dennoch sind sie schön und gesund, wenn sie Raum für die Kronenentwicklung haben. Wo dies nicht der Fall ist, z. B. bei einigen Bäumen im Contades, welche von Platanen bedrängt sind, bleibt *J. nigra* selbst auf dem besten Boden im Wuchse zurück.

2. Wasserverhältnisse.

a) Rhein-, b) Grundwasserstand.

Es ist sicher, daß vor der Rheinregulierung der Rhein wie Grundwasserstand gleichmäßiger war und nicht die großen Schwankungen hatte, wie sie seither so häufig eintreten. Für den Baumwuchs waren ohne Zweifel die Verhältnisse günstiger.

Die Ausführungen von Prof. Dr. Water sind für unsere Wachstumsverhältnisse vollkommen zutreffend, denn die Vorzüge des gleichmäßigen und die Nachteile des oft wechselnden Wasserstandes, machen sich hier tatsächlich deutlich bemerkbar.

Eßlinger glaubt auch, daß ein höherer Grundwasserstand das Wurzelwachstum ungünstig beeinflusse, besonders bei *J. nigra*, die an wechselnde Wasserstände nicht gewöhnt sei. In gleichem Sinne äußert sich Reg.-Direktor a. D. von Ritter. Forstmeister Will fand auch faule und kranke Pfahl- und Fasertwurzeln und glaubt, daß der hohe Wasserstand die Ursache sei. Prof. Dr. Jost folgert aus seinen sehr sorgfältigen Untersuchungen, daß das Wurzelsystem aus irgend einem physikalischen Grunde leide und die Pflanzen deshalb zugrunde gingen.

Es stimmen die Ansichten der oben genannten Herren dahin überein, daß abnorme Bodenzustände die Ursache der Wurzelerkrankungen seien. Da nun

der Boden als normal bezeichnet werden kann, können nur die Wasserverhältnisse die Ursache sein. In zwei Abteilungen, 36 und 78, kann direkt der nachteilige Einfluß des hohen Grundwasserstandes nachgewiesen werden, da sie von mir und dem Förster häufig besucht und beobachtet wurden. Sie liegen nicht in der Gefährzone, wie 71, wo der Besuch in der Regel nur Sonntags möglich ist. Ein Nachlassen im Wuchs ist dort, wie in 71, auffallend bemerkbar. Da etwa von 1912 an die Wachstumsminde- rung in 71 eingetreten ist, so darf man folgern, daß die Seite 222 nachgewiesenen hohen Grundwasserstände mit ihren Nachteilen (Erniedrigung der Temperatur und Behinderung der Luftzirkulation) die Erkrankung der Wurzeln verursacht haben. Die Überzeugung, daß der hohe Grundwasserstand die Hauptschuld an der Erkrankung der Wurzeln trägt, steht bei mir fest.

c) Überflutungen.

Die Nußhorste in 71 wurden nur 1910 und zwar an 7 Tagen im Juni und Juli überflutet. Nach Beobachtungen an andern Orten nehme ich an, daß diese Überschwemmung dort keinen Schaden verursacht hat.

3. Dichter Stand.

Prof. Dr. Schwappach hat wiederholt in seinen Veröffentlichungen darauf hingewiesen, daß die Juglans- und Caryaarten anders behandelt werden müssen, wie die einheimischen Holzarten. Es sei Lichtwuchsbetrieb an Plätze, aber in stärkerem Maße, als bei der Eiche. Auch der Verfasser ist dieser Ansicht, denn die in der F. u. J.-Zeit. von 1912 veröffentlichten Durchmesser- und Höhenmessungen haben klar und überzeugend bewiesen, daß der Baum Raum braucht, um seine Krone auszubilden zu können. Wer Gelegenheit hat, den Schwarznußbaum in Parkanlagen, Alleen, Hofräumen oder im Walde zu sehen, und Vergleiche anstellen kann, der wird finden, daß meine Angaben genau den Tatsachen, der Wirklichkeit entsprechen. Jede stärkere Einengung der Krone tut dem Baum wehe und macht sich bemerkbar im Zuwachs. Eine stärkere Bedrängung hat ein Kümmeren im Gefolge und dies ist bei unserem Forst in Abt. 71 der Fall. Wäre dieser Forst rechtzeitig durchforstet worden, so hätten sich die übrig bleibenden Exemplare kräftiger entwickelt, sie wären widerstandsfähiger geworden und imstande gewesen, die Wurzelerkrankungen auszuheilen oder durch neue Wurzeln zu ersetzen. Hat ja Prof. Dr. Jost auch an ganz gesunden schönen Bäumen kranke Wurzeln gefunden, welche dem Wachstum keinen Eintrag getan haben. Es waren dies eben kräftig entwickelte Bäume, welche derartige Unbilden ohne Nachteil ertragen können. Der Schwächling geht aber zugrunde.

Obgleich ich nicht verkenne, daß die dortige Kies- und Sandschichte, sowie das hohe Grundwasser die Wurzelkrankheiten begünstigen und dadurch zur Verminderung beitragen, so halte ich doch nach den Untersuchungen und Beobachtungen den besten Stand der Bäume für die Hauptsache des Absterbens.

Weitere Forschungen sind ja notwendig, hoffentlich bringen sie recht bald volle Aufklärung . . .!

Allen Herren, die mich in so entgegenkommender und liebenswürdiger Weise unterstützt haben, sei hiermit aufs herzlichste gedankt.

Unsere Vorfahren haben uns viele Prachtbäume ganz Deutschland sowie in andern Ländern hinterlassen und in den letzten vier Jahrzehnten wurde den tüchtigen Forstwirten der Beweis erbracht, daß dieser eminent wertvollen Baum auch im Walde kultivieren können — an unsere Nachfolger übertrifft die Aufgabe heran, diese Holzart zu pflegen und zu wertvollen Beständen heranzuziehen.

Darstellung des Verhaltens der Holzarten zum Wasser.

Von Dr. phil. A. Ueberlind.

(Fortsetzung des Vortrages im Julihefte 1916.)

Die Weymouthskiefer, Strobe (*P. strobus* L.).

Die Heimat der Weymouthskiefer ist das zwischen Mississippi und den Alleghanies gelegene Gebiet.

Ihr Name rührt her von Lord Weymouth, welcher sie in England zuerst erzog und auf ansehnlichen Flächen anbaute. Von da gelangte sie nach Deutschland.¹⁾

Nach Carrière²⁾ wurde der Baum in Europa 1705 eingeführt. Bollé³⁾ gibt an, die Weymouthskiefer sei in Paris vorübergehend schon Mitte des 16. Jahrhunderts angebaut worden. Im Würthlicher Park wurde sie bei dessen Begründung im Jahre 1764 angepflanzt.⁴⁾ In der Rheinpfalz (Trippstadt) ist die Weymouthskiefer Ende des 17. Jahrhunderts von dem kurpfälzischen Oberjägermeister Freiherrn v. Haacke eingeführt worden.⁵⁾

Da die Weymouthskiefer überaus wasserbedürftig ist, so eignet sie sich nicht für trocknen Boden und kühle Lagen, wo das Wasser auf der glatten

Nadeldecke abrinnen würde. Der Baum gedeiht vortrefflich auf den Alluvionen der Flußniederungen,⁶⁾ selbst auf saurem Boden mit dicken Lagen von Rohhumus⁷⁾ sowie in Sümpfen.⁸⁾

Die Verjüngung der Weymouthskiefer geschieht auf natürlichem oder künstlichem Wege. Auf natürlichem Wege, durch das Femelschlagverfahren, wird die Weymouthskiefer vom 60. Jahre ab z. B. in der Rheinpfalz verjüngt. Da sie bereits im Alter von 17 bis 20 Jahren fruchtet, so könnte die Verjüngung sogar noch früher erfolgen.⁹⁾

Unter den Feinden der Weymouthskiefer sind zu erwähnen die Wurzelpilze *Agaricus melleus* und *Trametes radiciperda*, welche auch noch die Wurzeln starker Stämme befallen.¹⁰⁾

Unter den Kerfen sind als Kultur- und Bestands-schädlinge zu nennen *Hylurgus piniperda*, *Hylobius abietis*, *Pissodes notatus*, *Chermes strobil*. Am meisten gefährdet wird die Holzart durch *Pissodes piniphilus*.¹¹⁾

Der Baum erreicht eine Höhe von 40 bis 50 m und in einer Höhe von 1 m über dem Boden einen Durchmesser von 1,50 m. In der Rheinpfalz (Trippstadt) hatte im Jahre 1908 unter den damals anstehenden 960 Weymouthskiefern im Alter bis zu 113 Jahren der stärkste Stamm bei einer Scheitelhöhe von 27 m einen Durchmesser von 81 cm in Brusthöhe aufzuweisen.¹²⁾ Forstmeister Frhr. Schott v. Schottensee berichtet, daß diese Holzart an einzelnen Stellen des Stadtwaldes von Frankfurt a. M. einen jährlichen Durchschnittszuwachs bis zu 17 fm auf dem Hektar erreiche.

Das Holz ist weich und leicht, astfrei, daher zur Papierfabrikation brauchbar, leicht spaltbar und bearbeitbar, wirft sich nicht, reißt und schwindet nicht. Nach Schott erhält es sich in der Erde und im Wasser länger noch als die Eiche. Besonders geeignet ist das Holz zu Deckläden von Gewächshäusern, zu Kisten, Koffern, Schindeln, Dachsparren und zu gewöhnlichem Hausgerät.

Dagegen ist das Holz wegen seiner Bräunlichkeit zu Bauholz nicht verwendbar.

⁶⁾ Th. Hartig, Vollständige Naturgeschichte der forstlichen Kulturpflanzen Deutschlands. 1840, S. 88.

⁷⁾ Vergl. E. Grütter, Zur Würdigung der Weymouthskiefer, Monatschr. für Forst- und Jagdwesen, 1871, S. 283 und R. Gahner, Der Waldbau, 4. Aufl., 1898, S. 70.

⁸⁾ Nach J. B. Henckel und W. Hochstetter, Synopsis der Nadelbölzer, 1865, S. 98.

⁹⁾ Vergl. den Bericht über die XIX. Versammlung des Pfälz. Forstvereins zu Johanniskreuz, 1909, S. 17.

¹⁰⁾ Nach E. Frhr. v. Tübeuf, Die Nadelbölzer, 1897, S. 38.

¹¹⁾ Nach dem Bericht über die XIX. Versammlung des Pfälz. Forstvereins zu Johanniskreuz, 1909, S. 20.

¹²⁾ Bericht über die XIX. Versammlung des Pfälz. Forstvereins zu Johanniskreuz, 1909, S. 8.

¹⁾ Nach L. Weisner, Handbuch der Nadelholzkunde, 1891, S. 290.

²⁾ E. A. Carrière, Traité général des conifères. Neue Ausgabe. Paris, 1867, S. 399.

³⁾ Bollé, Gartenflora, 1890, S. 435.

⁴⁾ Ph. Gieseler, Herzogl. Anhalt. Garteninspektor, Die Nadelbölzer des Würthlicher Gartens. 1878, S. 10.

⁵⁾ Bericht über die XIX. Versammlung des Pfälzischen Forstvereins zu Johanniskreuz am 26. und 27. Sept. 1908. Speyer, 1909, S. 17.

Da die Weymouthskiefer sehr wasserbedürftig ist und nach der Fällung viel Wasser enthält, so muß das Holz vor der Benützung nicht nur sehr sperrig, sondern auch sehr lange lagern.¹³⁾ Infolge des hohen Gebrauchswertes des Weymouthskiefernholzes sind die Preise überaus hoch, höher als die für das Holz der Fichte, Kiefer und Lärche üblichen. In der Rheinpfalz (Trippstadt) wurden ums Jahr 1908 gezahlt für Holz II. Klasse 49 Mk., III. Klasse 37 Mk., IV. Klasse 30 Mk., und V. Klasse 22 Mk.

Da die Weymouthskiefer in Sümpfen frohwüchsig ist und nach T. H. Hartig¹⁴⁾ sogar höhere Feuchtigkeitsgrade verträgt als die Kiefer, so sollte man meinen, erstere müßte sehr widerstandsfähig gegen eine Wasserdecke sein. Dies ist in der Tat der Fall, wenigstens bei jungen, verschulten Weymouthskieferpflanzen. Am 27. September 1898 sah ich in dem Forstgarten des von der Mulde und Elbe begrenzten Herzogl. Anhaltischen Schutzbezirktes Jonik bei Dessau, welcher damals dem Förster, Herrn Machemehl, unterstellt war, ein mit 300 bis 350 Pflänzchen besetztes Beet Weymouthskiefern. Sie waren im Frühjahr 1897 verschult worden und hatten eine Höhe von 10 bis 15 cm erreicht. Am 1. August des nämlichen Jahres trat in der Mulde, am 2. August auch in der weit wasserreicheren Elbe Hochwasser ein. Von diesem Zeitpunkte an trat eine Stauung und damit ein kaum merkliches Abfließen des Muldewassers ein. Unsere Pflänzchen standen daher fast während der ganzen dreiwöchigen Dauer des Hochwassers im Stauwasser. In diesem Zeitraum waren die Pflänzchen völlig mit Wasser bedeckt. Gleichwohl erlitten sie durch die Gipfelwasserdecke keine Schädigung. Die Pflänzchen zeigten vielmehr bei meiner Anwesenheit eine überaus üppige Entwicklung.

Ist es richtig, daß die Wurzeln junger Holzpflanzen rascher atmen, als die alter Bäume, so müßten alte Weymouthskiefern ohne Schädigung eine Wasserdecke noch länger ertragen können als junge Weymouthskieferpflanzen.

3. Die Zirben.

a) Die Zirbelkiefer, Zirbe, Zirne, Arve (*P. cembra* L.).

Die Zirbe, ein Baum der Alpen und des Hochgebirges, ist auf den französischen, italienischen, österreichischen und bayerischen Alpen nur mäßig verbreitet. Dagegen bestockt sie ausgedehnte Gebiete in den Schweizer Alpen. Als oberste Grenze ihres Vorkommens gibt Willkomm¹⁵⁾ nach

¹³⁾ Nach F. Boden, Kritische Betrachtung ausländischer Holzarten, Forstwissenschaftl. Zentralblatt, 1902, S. 471.

¹⁴⁾ M. a. D. S. 83.

¹⁵⁾ M. Willkomm, Forstliche Flora, 2. Aufl. 1887, S. 177.

Tschudi 2560 m für das Stillsfer Joch an. Auch in den Alpen findet sie sich auch in den Karpathen (Tatra); gegenwärtig freilich nur noch in geringer Verbreitung, zumal, da in dem jetzigen Kriege den vorhandenen Resten arg zugesetzt worden sein dürfte. Die Höhengrenze der Zirbe ist hier bei 2268 m.

Die Zirbe erreicht ein erstaunlich hohes Alter, nach Reger¹⁶⁾ ungefähr 1000 Jahre.

Wegen ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Kälte und Sturm usw. ist die Zirbe in den Alpen und im Hochgebirge für die Grenzgebiete des Baumbereichs weitaus die geeignetste Holzart. Da sie aber ziemlich langsamwüchsig ist und nur eine Scheitelhöhe von 20 bis 23 m erreicht, so dürften Anbauversuche mit dieser Holzart in den Waldungen der Ebenen und Flußniederungen kaum zu befürworten sein.

b) Die Schweizerische Zirbe (*P. cembra* var. *helvetica* Clairv.).

Eine von der gewöhnlichen Zirbe abweichende Form wurde im Engadin entdeckt. Da sie sich jedoch nach Hegi und Dünzinger¹⁷⁾ nur durch die Farbe der Zapfen von der Gemeinen Zirbe unterscheidet — die reifen Zapfen der Gemeinen Zirbe sind zimmetbraun, die der Schweizerischen Zirbe gelbgrün gefärbt —, so kommt die Schweizerische Zirbe ebenso wie die Gemeine Zirbe für den Anbau in den Niederungen und Ebenen nicht in Betracht.

c) Die Sibirische Zirbe, Sibirische Zeder (*P. cembra sibirica* Hort.).

Die Sibirische Zirbe bestockt im nordöstlichen europäischen Rußland und in ausgedehnten Teilen Sibiriens sehr große Gebiete. Sie ist eine durch Anpassung an den Standort entstandene Form von der Gemeinen Zirbe. Die Sibirische Zirbe findet sich im Gouvernement Perm auf umfänglichen, aus brüchigem, fast nassem Boden bestehenden Landstrecken. Auch Pohle¹⁸⁾ teilt mit, daß diese Holzart bei Dranez an der Petschora (in den Vorbergen des nördlichen Ural) gemeinsam mit der Fichte sumpfigen, tonigen, unter hoher Humusschicht kaligründigen, schlecht durchlüfteten Boden bestockt.

Wenn die Sibirische Zirbe in Rußland vorzugsweise im Flachland vorkommt, so findet sie sich doch auch im Gebirge z. B. im Altai auf Höhen von 850 bis 1700 m. In der tschuktschen Provinz geht die Sibirische Zirbe über in die Strauch- oder

¹⁶⁾ F. W. Reger, Die Nadelhölzer, 1907, S. 114.

¹⁷⁾ G. Hegi und G. Dünzinger, Alpenflora, 1905, S. 10.

¹⁸⁾ H. Pohle, Vegetationsbilder aus Nordrußland, Tafel 17 in den Vegetationsbildern von G. Karsten und F. Schenck, 5. Reihe, Heft 3 bis 5, 1907.

vergärbare (P. cembra L. var. pumila
gel).¹⁹⁾

Die Sibirische Zirbe unterscheidet sich wesentlich von der Gemeinen Arve, durch etwas kürzere Nadeln, die walzenähnliche Form der Zapfen und den größeren Umfang der Samen, welchem es zuzuschreiben ist, daß diese in Rußland als „Zedernüsse“ auf den Markt gelangen. In solchen Gegenden werden die Zedernüsse gewonnen, daß in einzelnen Gegenden der Bestand die Sibirischen Zirbe geradezu gefährdet erscheint. So werden im Pechora-Land des nördlichen Ural die Stämme der Sibirischen Zirbe von den Syrjänen zur Gewinnung der Samen, mit welchem sie einen schwunghaften Handel treiben, in einer Menge gefällt, daß Pohle²⁰⁾ diesem Verhalten der Landesbewohner „viel Schuld“ beimißt, daß die Zirbenbestände trotz reichen Nachschlages Schluß vermessen lassen. Ein wichtiger Unterschied zwischen beiden Holzarten besteht darin, daß die Sibirische Zirbe nach Angabe Walewskis²¹⁾ in den Waldungen des Gouvernements Perm alle 2 bis 3 Jahre reichlich

fruchtet, während die Samenjahre bei der Arve seltener, alle 6 bis 10 Jahre, sich einstellen. Ein für den Gebrauchswert des Holzes bedeutender Unterschied zugunsten der Sibirischen Zirbe besteht in deren Höhenwuchs. Während diese nach Weißner die ansehnliche Scheitelhöhe von 40 m erreicht und — bei gutem Schluß der Bestände — bis zu einer Höhe des Schaftes von 20 bis 25 m glatt und astrein ist, beträgt die Scheitelhöhe der Arve nur etwa 20 bis 23 m. Nach dem Norden hin nimmt die Scheitelhöhe der Sibirischen Zirbe jedoch ab und beziffert sich in der Gegend von Dranez an der Petchora nur mehr mit 25 m.²²⁾

Unter diesen Umständen erscheint mir die Sibirische Zirbe zum Anbau in den Bewässerungswäldern des Flachlandes in hohem Maße geeignet. Bis jedoch die von mir vorgeschlagene Bewässerung der Wälder der Niederungen und Ebenen verwirklicht ist, sollte man die Sibirische Zirbe in den Überschwemmungen von langer Dauer ausgesetzten Waldungen bedeutender Flußläufe versuchsweise anbauen.

Literarische Berichte.

Der Charandter Forstakademie als Hemmschuh für den Fortschritt. (Der endgültige Niederbruch der Bodenreinertragslehre.) Von Hans Hönlinger. — Woikowiz bei Brünn; im Selbstverlage des Verfassers. 1917.

Die Schreibweise des Verfassers erinnert schon an Titel, insbesondere in dem eingeklammerten Satze, an diejenige der Engländer und Franzosen gegenwärtigen Weltkriege, wo sie mit tönenden Parolen ihren Endsieg und Deutschlands Niederlage verkündigen, in Wirklichkeit aber selbst eine Niederlage nach der anderen erleiden.

Auf den Inhalt gehe ich nicht ein, nachdem ich Herrn Hönlingers frühere Ausführungen im 1907er Mai- und 1908er Juniheft ausführlich wiederlegt habe und von Herrn E. Krenker, ebenfalls einem harten Gegner der Reinertragslehre, bestätigt worden ist, daß H.'s Theorien fehlerhaft sind. Vergl. das diesjährige Jahrbuch S. 20. Meine wiederholt klar ausgesprochene Stellung zu den streitigen

Fragen ist bekannt; auf weitere Kontroversen lasse ich mich in meinem Alter von nahezu 74 Jahren nicht mehr ein. Jüngere Kollegen, insbesondere mein Herr Amtsnachfolger, mögen das ausfechten. Aber zur Charakterisierung der Kampfesweise Herrn Hönlingers möchte ich nicht unterlassen, einen Brief desselben, gerichtet

„an die Kommilitonen des letzten Jahrgangs der Forstwissenschaft an der Universität in Gießen“,

hier öffentlich bekannt zu geben. Derselbe lautet:

Woikowiz bei Brünn (Mähren),
den 22. IX. 17.

Kommilitonen!

Im „Charandter forstlichen Jahrbuch“ v. J. 1915, 66. Band, 5. Heft, wurden die wissenschaftlichen Arbeiten Dr. Glasers wie die meinen ebenso ungehörig als unzutreffend durch Dr. Borgmann besprochen.

Dr. Glaser fiel auf dem Felde der Ehre, ihm war es nicht vergönnt, diesen ungehörigen Angriff zurückzuweisen. Ich selbst, zumeist auf engerem Kriegesgebiete beschäftigt, erfuhr von Borgmanns Angriff erst im Winter 1916/17.

²²⁾ H. Pohle, a. a. O. Tafel 17.

¹⁹⁾ Nach L. Weißner, Handbuch der Nadelholzkunde, VI, S. 276.

²⁰⁾ H. Pohle, Vegetationsbilder aus Nordrußland, a. O. Tafel 17.

²¹⁾ v. Kirchner, Löw, Schröter, Lebensgeschichte der Blütenpflanzen Mitteleuropas. Bd. I, Abteilg. 1, 1908, 272.

Borgmann, der Vortragende und Verteidiger einer veralteten, seit Ursprung an unrichtigen Lehre, ist unterdessen Euer Lehrer geworden!

Ich, am Rande des Greisenalters stehend, nehme trotzdem als Neuerer seinen Fehdehandschuh auf, trete als Kämpfer gegen das Althergebrachte auf, von dem der weit jüngere Borgmann nicht lassen kann.

Schon in der Jannurnummer des Tharandter forstlichen Jahrbuchs 1917 bekam Borgmann seine Antwort, 6 Beweise, bei welchen die alte Lehre im Gegensatz meiner Lehre versagt.

Zu gleicher Nummer antwortete Dr. Martin, eine Antwort Borgmanns ist ausgeblieben,¹⁾ obzwar er auf mehrfache Erinnerung hin die Antwort in der September-Nummer zusicherte. Warum zögert Borgmann?

Den Kampf in einer Fachzeitschrift fortzusetzen, auf der bloß eine Seite frei, die andere aber beengt ist, gab ich auf und darum erschien in neuester Zeit meine Schrift:

„Die Tharandter Forstakademie als Hemmschuh für den Fortschritt (Der endgültige Niederbruch der Bodenreinertragslehre)“, um den Kampf zur Entscheidung zu bringen und um weiterhin Borgmann das Ausweichen zu hindern.

Einmal hat er wohl versucht, sechs Beweise für die Unrichtigkeit der Reinertragslehre niederzuringen; mit welchem Mißerfolg, zeigt diese Schrift.

Weitere sechs Beweise, die er kennen gelernt (s. o.) blieben bis nun unbeantwortet, und mit in dieser Schrift enthaltenen weiteren Beweisen sich zu beschäftigen, findet Borgmann Gelegenheit.

Über alles gibt meine Schrift Aufklärung!

Unter dem Kampfrufe der Jugend: „Vorwärts!“ macht Euch frei von der Lüge in der Wissenschaft!

Behilflich dazu ist Euch meine letzte Schrift. Studieret sie! Bei Angabe der Adresse eines Vertrauensmannes sende ich Euch 10 Freiemplare.

Frei und offen könnt Ihr diese Schrift lesen, alle Fachzeitschriften Deutschlands und Österreichs besitzen sie heute zur Besprechung, in jeder Buchhandlung wird sie erhältlich sein, wohl auch Borgmann dürfte schon Kenntnis von ihr haben; wenn nicht, — dann überreicht auch ihm ein Exemplar.

Jug. Hans Hönlinger.

Ob das in diesem Briefe beliebte Vorgehen zu dem Zwecke, Mißtrauen zwischen einem akademischen Lehrer und dessen Zuhörern zu säen, gebilligt werden kann, mögen die geehrten Leser unserer Zeitschrift beurteilen. Dr. Wimmener.

Das österreichische Reichsforstgesetz mit Erläuterungen zu seiner Handhabung. Unter Benützung amtlicher Quellen und der Spruchpraxis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes zum praktischen Gebrauche für Forsttechniker, Forstwirte und rechtskundige Verwaltungsbeamte. Bearbeitet von Rudolf Fischer, k. k. Ministerialrat im Ackerbauministerium und Dr. Albert Hirsch Erlen von Stronstorff, k. k. Sektionsrat im Ackerbauministerium. Wien 1917. Im Selbstverlage der Verfasser, I., Liebiggasse 5 Einlauffstelle. 8° XII und 489 Seiten. Buchdruckerei Carl Fromme, G. m. b. H. in Wien V., Nikolsdorfergasse 7—11. Preis brosch. Kr. 15.—.

Das österr. Reichsforstgesetz stammt aus dem Jahre 1853. Im Laufe der Zeit sind zahlreiche Ministerial-Erlasse, Gerichtserkenntnisse und Erkenntnisse des k. k. Verwaltungsgerichtshofes zu demselben ergangen, die das Bedürfnis nach einem Kommentar zu diesem Gesetze immer fühlbarer machten. Zur Bearbeitung eines solchen entschloß sich der leider noch vor Vollendung des Werkes verstorbene k. k. Ministerialrat Rud. Fischer im Verein mit dem k. k. Sektionsrat Dr. Albert Hirsch Erlen v. Stronstorff.

Das vorliegende, fast 500 Seiten umfassende Werk zerfällt in zwei Hauptabschnitte. Im dem ersten, der gewissermaßen als Einleitung zu betrachten ist, werden die Entstehungsgeschichte des Forstgesetzes, seine Durchführung und die neueren Reformbestrebungen behandelt, der zweite Abschnitt behandelt speziell das Forstgesetz. Hier werden die einzelnen Paragraphen der Reihe nach mitgeteilt und zu jedem Paragraphen die hierzu ergangenen Erlasse und Entscheidungen angeführt.

Das Forstgesetz zerfällt in 7 Abschnitte: Abschnitt I. Von der Bewirtschaftung der Forste, II. Von der Bringung der Waldprodukte, III. Von den Waldbränden und den Insektenschäden, IV. Vom Forstschutzbienste, V. Von den Übertretungen gegen die Sicherheit des Waldeigentums, den zur Untersuchung und Bestrafung derselben sowie aller übrigen in diesem Patente festgestellten Übertretungen bestimmten Behörden und dem dabei zu beobachtenden Verfahren, VI. Von den Waldschadenersatzbestimmungen, VII. Vom Instanzenzuge.

¹⁾ Diese Antwort ist im 5. Hefte des Jh. f. J. 1917. S. 284 bis 325 in aller Ausführlichkeit erfolgt.

Als Beilagen sind dem Werke noch beigelegt: Eidesformel für das Forstpersonal, Formular des Strafregisters etc., Grundsätze, nach denen der Schadensadentarif zu entwerfen und der Schadenschaden zu leisten ist. Ein Anhang endlich enthält noch die Zusammenstellung der wichtigsten Rechtsätze aus den das Forstwesen betreffenden Erkenntnissen des k. k. Verwaltungsgerichtshofes und eine Zusammenstellung einiger das administrative Verordnungen im allgemeinen betreffender, bei Fällungsentscheidung, bezw. bei ihrer Überprüfung durch die Oberbehörde zu beobachtender Rechtsgrundsätze aus Erkenntnissen dieses Gerichtshofes. Das mit vielem Fleiß und anerkennenswerter Aufmerksamkeit bearbeitete Werk wird besonders Jägers, Forstverwaltungsbeamten, Richtern ein willkommenes Handbuch sein, aber auch dem interessierten Stehenden bietet es viel des Interessanten.

E.

Jagden und Abenteuer in den Gebieten des oberen Nil. Von A. D. David. Mit 80 Illustrationen nach Naturaufnahmen und 2 Karten. Verlag von Friedrich Reinhardt. Basel, 1917. Preis: 6,25 Mk.

Verfasser schildert in dem vorliegenden, gut ausgestatteten Buche seine Jagden und Abenteuer, die er im Laufe von 14 Jahren in Ägypten und besonders im Gebiete des oberen Nil erlebt hat. Die zahlreichen eingefügten Abbildungen und die vielen Karten von Afrika und den Gebieten am oberen Nil bilden eine erwünschte und zugleich reichliche Ergänzung des Textes. Durch die Schilderungen Davids werden wir über die Geschichte und Zustände des Sudans und mit den Sitten und Gebräuchen seiner Bewohner bekannt gemacht und über mancherlei aus dem Gebiete der Naturkunde unterrichtet.

Das interessante Buch zerfällt in folgende neun Abschnitte:

1. Nach Nordsudan i. J. 1900; 2. Aufenthalt in Ägypten 1901—1905; 3. Nach Britisch-Ostafrika i. J. 1906; 4. Nach dem blauen Nil und seinen Nebenflüssen i. J. 1907; 5. Mit Kinematograph und Büchse in Busch, 1908; 6. Wieder im Jagdparadies; zum dritten Mal am Dinderfluß, 1909; 7. Zweite Reise mit dem Kinematograph nilaufwärts, 1910; 8. Nochmals am Dinder und am weißen Nil, 1911 und 1912; 9. Bei den Elefanten und weißen Nashörnern i. J. 1913 und 1914.

E.

Praktische Stallhasen- und Ziegen-Nutzzucht mit Kriegsrathbuch, nach welchem Kaninchen- und Ziegenfleisch mit wenig Mitteln und Fett-Gr-

sparnis dennoch gut und schmackhaft zubereitet werden kann: Als wichtiger Beitrag zur Volksernährungsfrage nach eigenen langjährigen Erfahrungen verfaßt von Rödel-Paulus-Zittlau. Praktische Ratsschlüsse für Anfänger, Anstalten, Schulen, Behörden, Vereine usw. Volksbücher-Verlag F. Hoffmann, Hamburg. Preis broschiert: 1 Mk., kartoniert: 1,25 Mk.

Die Zucht und Pflege der Kaninchen und Ziegen, deren Fütterung, Rassen, Krankheiten, Schlachtabarten, Fell- und Düngerverwertung, ferner bei den Ziegen die Gewinnung der Milch und deren Verwendung, und endlich die Verwendung und Zubereitung des Fleisches der Kaninchen und Ziegen werden behandelt und zum Schlusse Anleitung zur Herstellung und Benutzung der Kochkiste und des Papierbentels gegeben.

E.

Praktische Anleitung zur Erhaltung der vermähnten Rebhühner- und Fasanen-Gelege. Von Paul Clausius, Jagdverwalter des Jagdclubs „Waldmann“, Godelau b. Darmstadt. G. Otto's Hofbuchdruckerei, Darmstadt, 1913.

Verfasser empfiehlt zunächst die Veröffentlichung einer Bekanntmachung bezüglich des Verhaltens der Landwirte beim Finden vermähnter Eier und Zahlung eines Preises von etwa 5 Pf. für ein abgeliefertes gutes Rebhühnerei und von 10 Pf. für ein Fasanenei, sowie einer Belohnung für Anmeldung zufällig gefundener Nester von Rebhühnern und Fasänen. Weiter gibt er dann Anleitung für den Transport, die Prüfung, das Ausbrüten der Eier, die Behandlung der Jungen, Aussetzen derselben usw.

Auch für das Fangen der Hühner- und Fasanenfeinde werden Ratsschlüsse erteilt und schließlich eine Reihe von Quellen zum Bezug von Brutapparaten angegeben.

E.

Karl Escherich, Prof. Dr.: Die Ameise. Schilderung ihrer Lebensweise. 2. verbesserte und vermehrte Auflage. Mit 98 Abbildungen. 348 S. 12 Mk. Verlag Vieweg & Sohn, Braunschweig.

Aus der Insektenwelt hat die Biologen und Tierpsychologen neben den Bienen wohl keine Familie mehr gefesselt, als die große Familie der Ameisen. Escherich hat vor zehn Jahren das gewaltige Beobachtungsmaterial und die vielen zerstreuten Einzelforschungen vorsichtig geprüft und zu einer glänzend geschriebenen Monographie verarbeitet, weit entfernt von trockener Schilderung, wie sie uns oft aus naturwissenschaftlichen Werken entgegentritt. Die erste Auflage dieses Buches war das Werk des für die angewandte Entomologie

zunehmend führenden Forschers und Organisations, mit dem er einen Lebensabschnitt abgeschlossen hat, der seiner Forschung und Theorie gewidmet war; von da an hat sich Escherich gestützt auf seine theoretische Forschung mit aller Energie, mit der Begeisterung und dem Glauben, die für jede große Durchführung neuer Probleme nötig sind, der praktischen Seite der Insektenkunde, der angewandten Entomologie, gewidmet. Während des nur kurzen Aufenthaltes als Ordinarius in Karlsruhe, umgeben von der herrlichen Natur des lachenden Rheintales, fand der Verfasser, trotz seiner reichen organisatorischen Tätigkeit, die auf viele Widerstände und Gegensätze stieß, genügend Muße, noch einmal sich mit seinen alten Lieblingen, den Ameisen, eingehend zu beschäftigen, zu einer Reise „in das Land, wo die Sonne rein geistigen Genießens“ scheint, „aus der Praxis des rauhen Lebens, wo das wissenschaftliche Interesse und eine Atmosphäre voller leidenschaftlicher Gegensätze und heftiger Widerstände herrscht“, — wie es im Vorwort der zweiten Auflage heißt.

Die Beobachtungen über das soziale Leben der Ameisen, über das Verhältnis der Ameisen zu der Pflanzenwelt, die Psychologie haben seit dem Erscheinen der ersten Auflage so vieles Neue zu Tage gefördert, daß viele Anschauungen der Berichtigung und Ergänzung bedurften und die zweite Auflage eine wesentlich erweiterte und verbesserte Bearbeitung der ersten Auflage geworden ist. Ein Anhang über die Beschädigung der Ameisen in Haus und Garten und deren Bekämpfung, wird dem Leserkreis dieser Zeitschrift besonders wertvoll sein.

Das Manuskript, am Tage vor Beginn des Völkerrings am 31. Juli 1914 abgeschlossen, konnte bei dem im letzten Jahrzehnt sich stark angehäuften Materiale nur dadurch so rasch beendet werden, daß Dr. H. W r u n n - Zürich das Kapitel über die Psychologie übernommen und G. V i c h m e h e r - Dresden den systematischen Teil kritisch durchgearbeitet und zum Teil neu gestaltet haben.

Die Einheitlichkeit des Werkes ist dadurch nicht beeinträchtigt worden.

Nach einer Einleitung, die Allgemeines über Systematisches, die geographische Verbreitung, das Staatenleben, die Untersuchungsmethoden und Geschichtliches bringt, beginnt der in 10 Kapitel eingeteilte Hauptteil des Werkes. Er behandelt in Kapitel

- I Morphologie u. Anatomie der Ameisen,
- II Polymorphismus,
- III Fortpflanzung,
- IV Nestbau,
- V Ernährung,
- VI Verschiedene Lebensgewohnheiten,

Kapitel VII Soziale Symbiose,

VIII Individuelle Symbiose (Myrmekophilie),

IX Beziehung der Ameisen zu den Pflanzen,

IX Psychologie.

Ein Anhang I behandelt die Ameisen als Haus- und Gartenbewohner und ihre Bekämpfung, ein weiterer Anhang II gibt eine klare Übersicht über die in Deutschland heimischen Arten, wobei jeder Art richtige biologische Kriterien beigelegt sind. Jedes Kapitel enthält am Schlusse ein ausführliches Literaturverzeichnis über die ausländische und heimische Literatur; ein umfangreiches Namen- und Sachregister erleichtert den Gebrauch des klar gegliederten und aufgebauten Buches. Sehr zahlreiche äußerst instruktive, meist Original-Abbildungen unterstützen die Anschaulichkeit des Werkes, dessen Ausstattung trotz der schwierigen Verhältnisse der Verlag in der bewährten gediegenen Weise durchgeführt hat.

Für den Forstmann sind die Ausführungen über die Ameisen als Pflanzenschädlinge besonders anziehend; es kommen für den Wald besonders die Holz- oder Nageameisen (Camponotus) in Betracht, die oft ganz gesunde Fichten- und Tannenstämme für den Nestbau bis zu 10 m Höhe auszöhlen. Unter den Ameisen als Beschädiger der Pflanzentwelt wird besonders Formica rufa aufgeführt, die in ausgiebigster Weise Pflanzenschädlinge vertilgt; Forst hat auf Grund seiner Beobachtungen angegeben, daß die Bewohner eines Nestes an einem Tage wenigstens 100 000 Insekten vertilgen. Es sollte daher die Zerstörung der Rufa-Nester im Walde (durch Sammeln der „Ameiseneier“) strengstens verboten werden.

Einen weiten Leserkreis werden die allgemeinen Kapitel über soziales Leben und Psychologie fesseln.

Die höchsten geistigen Fähigkeiten fehlen den Ameisen und es werden auf Grund der physiologischen Forschungen und Beobachtungen die oft sehr phantastischen Behauptungen geprüft und auf das wissenschaftlich berechnete Maß zurückgelehrt. „Die Ameisen sind keine Miniaturmenschen, aber auch keine reine Reflexautomaten. Sie sind vielmehr mit psychischen Qualitäten reichlich ausgestattete Wesen, bei denen man Gedächtnis, Assoziationen von Sinnesbildern, Wahrnehmungen, Benutzung von individuellen (sinlichen) Erfahrungen und somit deutliche, wenn auch geringe individuelle plastische Anpassungen nachweisen kann.“

Naturwissenschaftlich Gebildete werden aus dem Werke viele Anregung und Belehrung schöpfen, letztere wird durch die klare, packende Darstellung auch weiteren Kreisen zufließen; möge das Werk die Verbreitung, die es verdient, finden, vielen zu Nut und Freude!

Dr. W i m m e r.

ing. F. Zischer: Die Geschichte der Kammergutsforsten im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen. Arnstadt, Verlag von E. Krottscher, 1917.

Der Verfasser hat, im Felde erkrankt, die Zeit der Genesung zu vorliegender Arbeit benutzt. Abhandlung ist in drei Teile gegliedert, deren der erste eine allgemeine Einführung in die Schwarzburgische Geschichte bringt, der zweite befaßt sich mit der Entwicklung des Grundeigentums an den Kammergutsforsten, während der letzte Teil der Geschichte der Bewirtschaftung der Kammergutsforsten gewidmet ist.

Für die Lösung der Domänenfrage ist für Schwarzburg-Sondershausen vor allem das Gesetz vom 12. XII. 49 maßgebend, das die Bestimmung des Reichsverfassungsgesetzes vom 28. III. 49 bekräftigt und die Stellung des Fideikommisses des regierenden Fürstenhauses in Schwarzburg-Sondershausen durch Landesgesetz ordnet.

„Diese Bestimmung des Gesetzes vom 12. XII. 49 beruht auf das Fideikommiß des Fürstlichen Hauses in der Anwendung.“ Somit blieben die Wäldungen als ein Teil des nach der Regierungsfolge übererbenden Familienfideikommisses des Fürstlichen Hauses weiter bestehen, soweit nicht „für einzelne Bestandteile eine in dem früheren Familienfideikommiß begründete Ausnahme nachgewiesen werden konnte.“ „Unbeschadet notwendiger oder nützlicher Veränderungen mit einem Bestandteile“ — so wurde weiter bestimmt — „muß das Familiengut nach dem Werte nach unverändert erhalten bleiben. Die Verwaltung und Nutzung des Kammergutes kann, mit Ausschluß der zu unmittelbarer Benutzung des Fürstlichen Hauses bestimmten Bestandteile, auf die Dauer der Selbständigkeit des Fürstenhauses nach Vereinbarung einer dem Fürsten zu währenden Zivilliste, aus welcher alle Bedürfnisse des Fürstlichen Hauses und Hofes zu bestreiten sind, widerruflich dem Staate überlassen werden. Die bisherigen Bestimmungen hierüber bleiben einem künftigen Landesgesetze vorbehalten.“

Das Gesetz vom 18. März 1850 ordnet dann an: in

§ 2.

Sinsichtlich aller übrigen nicht zur unmittelbaren Benutzung des fürstlichen Hauses bestimmten Teile des Kammergutes werden nach der Bestimmung des Reichsverfassungsgesetzes dem Staate nur die Verwaltung und Benutzung abgetreten.

Weiter wurde durch das Landesgrundgesetz vom 8. Juli 1857 die Stellung des Kammergutes zum

Fürsten und der Landesfinanzverwaltung nochmals zum Ausdruck gebracht.

In dem Landesgrundgesetz vom 8. Juli 1857 heißt es: (§ 20):

„Die Verwaltung und Nutzung des Kammergutes kann mit Ausschluß der zu unmittelbarer Benutzung des Fürstlichen Hauses bestimmten Bestandteile von dem Fürsten gegen den Bezug einer festen Domänenrente der Landesfinanzverwaltung überlassen werden. Dem Regierungsfolger bleibt jedoch das Recht, dieses Verhältnis wieder aufzulösen“, usw.

Mit dem 14. Juni 1881 wurde endlich die Kammergutsfrage durch Gesetz endgültig geregelt, welches für die Forsten folgende wichtigen Bestimmungen enthält:

§ 2. „Das Kammergut ist fideikommissarisches Privateigentum des Fürstlichen Hauses. Dasselbe muß unbeschadet notwendiger oder nützlicher Veränderungen an einzelnen Bestandteilen seinem Werte nach unverändert erhalten werden.“

§ 7. „Die Verwaltung und Nutzung des Kammergutes kann, mit Ausschluß der zu unmittelbarer Benutzung des Fürstlichen Hauses bestimmten Bestandteile, von dem Fürsten gegen den Bezug einer Domänenrente der Landesverwaltung überlassen werden.“

§ 17. „Die Substanz des Kammergutes muß im Gesamtwerte unvermindert bleiben.“ „Extraordinäre Holzschläge können nur mit besonderer Genehmigung des Fürsten und des Landtages, oder in einigen Fällen, wenn dieser nicht eben versammelt ist, des Landtagsausschusses ausgeführt werden. Der Erlös aus denselben ist vorab zur Bestreitung der Gewinnungskosten und der durch Wiederanbau der abgetriebenen Forstflächen entstehenden Kosten zu verwenden.“

Seit 1850 ist die oberste Forstbehörde das fürstliche Ministerium, Finanzabteilung, mit einem forstlichen Referenten und mit einem dem Ministerium angegliederten Ministerialforstbureau. Die Verwaltung untersteht dem Oberforstamte Sondershausen, dem die Oberförstereien als Verwaltungsorgane unterstellt sind. Eingehend ist dann die Geschichte der Bewirtschaftung der Kammergutsforsten geschildert, die von den Gesichtspunkten der Holzartenverbreitung, Forsteinrichtung, Vertretung, Waldbau, Wegbau, Forstschutz und Forstbenutzung aus betrachtet werden, und namentlich in betriebs technischer und waldbaulicher Beziehung die Wäldungen des Thüringerwaldes geschichtlich näher bringt. Die Arbeit liefert einen willkommenen Beitrag zur Geschichte der deutschen Wälder.

Dr. W i m m e r.

Briefe.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Einschlag und Abfuhr von Kuchholz.

Unter dem 29. März 1917 teilt der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Regierungen Bestimmungen über den Einschlag und die Abfuhr von Kuchholz mit, die von dem Kriegsamt den Preuß. Stellvertr. Generalkommandos zc. zugegangen sind. Hiernach soll jeder Einschlag und jede Abfuhr von Kuchholz bis auf weiteres als dringende Kriegsnotwendigkeit angesehen und behandelt werden, ferner sollen alle nicht kriegsverwendungsfähigen Forstbeamten und Holzhauer, einschl. der Vorarbeiter, erforderlichenfalls für den Kuchholzeinschlag nach Prüfung des Bedarfs freigegeben und Kriegsgefangene auf Antrag der Forstverwaltungen für den Kuchholzeinschlag nach Möglichkeit belassen werden. Eingearbeitete Kriegsgefangene sollen den Arbeitgebern auch dann belassen werden, wenn die Arbeitsstelle nach Abholzung eines Reviers in das Gebiet einer anderen als der gestellenden Militärbehörde (inner- oder außerhalb des Korpsbereichs) verlegt wird, soweit an der neuen Stelle die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen. Auf die Verwendung abgeschobener belgischer Arbeitsloser soll mit allen Mitteln hingewirkt werden.

Für die Förderung der Holzabfuhr werden folgende Bestimmungen getroffen:

Zur Kuchholzabfuhr sollen in erster Linie alle irgendwie verfügbaren Zivilgespanne, nötigenfalls durch Zwangsmaßnahmen der Zivilbehörden, herangezogen werden. Wo der Bedarf hierdurch nicht gedeckt werden kann, sollen die stellvertr. Generalkommandos, soweit die dienstlichen Verhältnisse es zulassen, durch Ausleihen von Pferden ausbessern. Bei den Aushebungen soll auf diese wirtschaftlichen Verhältnisse tunlichst Rücksicht genommen und den Besitzern für die aus dieser Rücksicht belassenen Gespanne die Auflage bestimmter Mindesttagesleistungen in der Kuchholzabfuhr nach Kuchlast, Entfernung und Wegeverhältnissen gemacht werden. Den Anforderungen der Gespannhalter auf Freigabe nicht kriegsverwendungsfähiger Holzfuhrleute für die Kuchholzabfuhr soll in dem nötigen Umfang entsprochen werden.

Soweit Gespanne nicht ausreichen, soll die Verwendung von Dampf- und sonstigen Kraftwagen in Erwägung gezogen werden. Zum Ankauf und Anmietung von Lastkraftwagen wird auf die Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft, Berlin, Unter den Linden

34, hingewiesen und bemerkt, daß, wo Betriebsstoffe im freien Handel nicht zu haben seien, die Inspektion des Kraftfahrwesens um Mithilfe angehen sei. Maßnahmen, durch die der Verkehr der Lastkraftwagen sachwidrig erschwert, z. B. die Benutzung der Straßen von der Zahlung einer Einschädigung oder der Hinterlegung einer Sicherheit abhängig gemacht werde, seien, soweit es die Verhältnisse irgend gestatten, außer Kraft setzen zu lassen.

Bau und Betrieb von Kuchholzabfuhrbahnen sei zu unterstützen; Förderbahnmateriale könne, wenn es im freien Handel nicht erhältlich sei, bei der Inspektion der Eisenbahntruppen erbeten werden.

* * *

Urlaub für Holzfäller und Fuhrleute.

Das Kriegsministerium hat unter dem 27. Februar 1917 die Stellvertr. Generalkommandos erneut darauf hingewiesen, daß den Anträgen auf Freigabe von Holzhauern für den Kuchholzeinschlag und von Fuhrleuten für die Kuchholzabfuhr in weitestem Maße und mit größter Beschleunigung entsprochen werden solle.

* * *

Aussetzung forstlicher Arbeiten zugunsten der Landwirtschaft.

Mit Rücksicht auf die Sorge, daß die landwirtschaftlichen Bestellungsarbeiten, namentlich beim Eintritt ungünstiger Witterungsverhältnisse, nicht rechtzeitig fertiggestellt werden können, hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 21. Februar 1917 es als Pflicht der Forstverwaltung bezeichnet, die für ihren Betrieb geplanten Frühjahrsarbeiten, insbesondere also die Kulturarbeiten ohne Rücksicht auf das eigene wirtschaftliche Interesse überall da auszusetzen, wo die rechtzeitige Ackerbestellung der Gegend ohne Zuhilfenahme der mit Forstkulturarbeiten beschäftigten Personen in Frage gestellt sein würde. Sollte die Ackerbestellung hier oder da soweit zurückgeblieben sein, daß auch die Bereitstellung der Forstkulturarbeiter eine ausreichende Hilfe nicht gewährt, dann soll die zeitweise Aussetzung oder Einschränkung auch der Fällungsarbeiten erwogen werden.

* * *

Beschäftigung von Frauen beim Holzeinschlage.

Unter dem 2. März 1917 weist der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf die Not-

digkeit hin, wegen Arbeitermangels nicht nur Forstkultur- und Wegearbeiten auf das Äußerste einschränken, sondern auch die Frauen, soweit sie der Landwirtschaft entbehrlich sind, zu den Schlagritten heranzuziehen. Hiermit sei man schon erwärmt, namentlich in Bayern, mit gutem Erfolg vorgegangen. Die Frauen hätten sich dort wohl bei leichteren Arbeiten in den Abtriebsgruppen als auch namentlich bei Aufarbeitung der lächeren Gruben- und Brennholzer, beim Schälen Holzes und in den Durchforstungen jüngerer Stämme als durchaus brauchbar und leistungsfähig erwiesen. In den Durchforstungen jüngerer Stämme es möglich sein, Frauen allein arbeiten zu lassen. Man nehme an, wie in Starkholzschlägen, nur als Hilfspersonen bei der leichteren Arbeit verwendet werden, so würden sie von den Männern, mit denen zusammen arbeiten, entweder auf einen festen Lohn zu setzen sein oder, soweit sie bestimmte Teile der Schlagarbeit, wie das Aufsägen der Schichtbäume, das Schälen u. dergl. allein übernehmen, im Stücklohn beschäftigt werden können. Auf die der Revierverwalter werde es sein, die Verwendung der Frauen im thunlichsten Einvernehmen mit den männlichen Arbeitern so zu regeln, daß ein auskömmlicher Verdienst gesichert bleibe. Man nehme an, wie in Bayern, erwünscht erscheine, den Frauen besondere Schutzkleidungsstücke, wie Überwägen über die Röcke ev. Kittenschürzen, zur Verfügung zu stellen, so seien solche auf Staatskosten zu beschaffen. Falls weibliche Angehörige berufener Arbeiter, die neben den reichsgegesetzten Familienunterstützungen Beihilfen aus forstlichen Mitteln bezügen und nach ihrem Familienstand und sonstigen Verhältnissen unzweifelhaft in der Lage seien, sich an der Forstarbeit zu beteiligen, werde gerechtfertigterweise die Arbeit verweigerten, so seien ihnen die Beihilfen alsbald zu entziehen.

* * *

Ba Holz für Bäder.

Um den Bädern die Aufrechterhaltung ihres Betriebes zu ermöglichen, hat sich der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durch Erlaß vom 28. Februar 1917 damit einverstanden erklärt, den Bädern das zum Baden erforderliche Holz durch Vermittelung der Gemeindevorsteher, die das Bedürfnis festzustellen haben, freihändig zu Preisen zu lassen, die sich in erträglichen Grenzen halten.

* * *

Eintrieb von Schweinen in die Staatsforsten.

Unter Bezugnahme auf eine Entschließung des Reichsministeriums, 50 000 Schweine in die Staats-

forsten zum Eintrieb zu bringen, hat der Landwirtschaftsminister unter dem 27. März d. J. folgende allgemeine Verfügung erlassen.

Die wegen Futtermangels notwendige umfangreiche Abschachtung unreifer Schweine bei Herabsetzung der Schweinepreise vom 1. Mai d. J. ab gefährdet die deutsche Schweinehaltung und -Zucht in hohem Grade. Die Möglichkeit, viele Tausende von Schweinen, die wegen fehlenden Stallfutters sonst vorzeitig geschlachtet werden müßten, zu erhalten und heranreifen zu lassen, bietet der Wald. Die Heeresverwaltung beabsichtigt unter diesen Umständen, über 50 000 Jungschweine von ca. 35 kg Gewicht an aufwärts anzukaufen und vom Ende des Monats April ab in Heerden von 100 bis 150 Stück in die Staatsforsten einzutreiben. Die den Forstbeamten hierbei zugeordneten Aufgaben sind folgende:

1. Der Revierverwalter führt die Aufsicht über den gesamten Betrieb, weist die Einnahmen und Ausgaben auf die Forstkasse an, kontrolliert die eingegangenen Lieferungen an Futtermitteln, deren Aufbewahrung und Verbrauch und legt allmonatlich der Ankaufsstelle von Weidewieh für das Feldheer, Berlin, SW. 11, Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben an Geld und Naturalien. Insbesondere sorgt der Revierverwalter auch für die sofortige Herstellung der Schutzbuchten für je 150 Schweine und eines Unterkunftsraumes für die aus 2 bis 3 Personen bestehenden, von der Heeresverwaltung zu stellenden Hütermannschaften. Die Schutzbuchten sind thunlichst im Schutz eines Altbestandes aus Pfosten und Stangen so herzustellen, daß sie leicht versehen werden können, unter Dichtung der Dächer durch aufgelegtes Reisig. Macht die Überdachung der Buchten Schwierigkeiten und ist das Klima nicht zu rau, so genügt auch wohl reichliches Einbringen von Moos- oder Laubstreu, in die die Tiere sich warm einbetten können. Für die Hütermannschaften sind kleine Block- oder Bretterhäuser, Unterstände, sog. Schäferkarren oder Ruten nach harter Art mit Hilfe von Holzhauern und etwa an Ort und Stelle verfügbaren oder von der Ankaufsstelle zu erbittenden Handwerkern zu errichten. Das zur Verwendung kommende Holz ist als Brennholz zu verbuchen und der Ankaufsstelle mit dem Tagwert in Rechnung zu stellen.

2. Der Förster führt die ständige Aufsicht über die Handhabung des Betriebes durch die Mannschaften. Er hat für Annahme, Aufbewahrung, Ausgabe und Verwendung der gelieferten Futtermittel zu sorgen, nötigenfalls den Tierarzt zu rufen, die erforderlichen Notschlachtungen ausführen zu lassen und die notgeschlachteten Tiere zu verwerten. Die Verlohnung der unter seiner Leitung ausgeführten

Arbeiten erfolgt nach den für die Verlohnung der Forstarbeiter geltenden Bestimmungen. Über die erfolgten Notchlachtungen und die Verwertung der notgeschlachteten Tiere hat er sofort dem Oberförster zu berichten. Allmonatlich reicht er nach Vorschrift der Ankaufsstelle aufzustellende Abrechnung über Einnahme, Ausgabe und Bestand der gelieferten Futtermittel ein.

3. Der Forstschreiber der Oberförsterei übernimmt für alle mit dem Weidebetrieb der Ankaufsstelle zusammenhängenden Rechnungssachen, die er unter der Leitung des Oberförsters zu bearbeiten hat, dieselben Obliegenheiten, die ihm für das Forstrechnungsweisen obliegen.

Die Ankaufsstelle gewährt dem Förster und dem Forstschreiber eine monatliche Vergütung von 15 Mk. und jedem dieser Beamten, wie auch dem Revierverwalter die Vergünstigung, in die Herden des Revieres bis zu 4 Stück eigener, deutlich als Privateigentum zu zeichnender Schweine unentgeltlich einzustellen.

4. Die Forstkasse zahlt auf Anweisung des Revierverwalters die Ausgaben für den Weidebetrieb voranschüssweise, bucht die etwaigen Einnahmen bei den Abrechnungen und reicht dem Revierverwalter allmonatlich die Ausgabe- und Einnahmebelege behufs Aufstellung der Monatsrechnung ein. Es wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die Ehefrauen der beteiligten Förster sich durch Übernahme der Verpflegung der Hütermannschaften in den Dienst der Sache stellen werden, wenn eine andere Verpflegungsmöglichkeit nicht besteht. Die Beförderung wird aus den von der Heeresverwaltung zu liefernden Lebensmitteln erfolgen und die Ankaufsstelle auch für diese Mühewaltung eine angemessene besondere Vergütung gewähren.

Für Beschaffung der erforderlichen Hunde sorgt die Heeresverwaltung.

Weiter wird bemerkt, daß der Weidebetrieb in erster Linie durch das Vorhandensein hinreichenden Wassers, an dem es auch innerhalb oder dicht bei der Bucht nicht fehlen darf, bedingt wird. Sodann müsse die Örtlichkeit nach Boden- und Bestandsverhältnissen einen genügenden Ertrag an Gras, Kräutern, Wurzeln, Insekten und Würmern versprechen. Endlich erscheine es erwünscht, in den Weidebezirken Gelegenheit zur Werbung von Futterlaub zu haben, das unter Aufsicht der mit Hütern jeweils nicht beschäftigten Mannschaften erworben und gehäckselt den Schweinen als Ergänzungsfutter verabreicht werden könnte.

Sodann wird durch Erlass des Landwirtschaftsministeriums vom 30. April 1917 über die beim Eintrieb von Schweinen zur Waldweide gemachten Erfahrungen mitgeteilt, daß:

1. eine wirtschaftliche Ausnutzung der Waldungen durch Beweiden mit Schweinen schon in gewöhnlichen Zeiten geboten ist, geschweige denn bei der jetzigen Futternot,

2. daß in den meisten Waldungen ein Weiden auch in den besten Futtermonaten — abgesehen von Eichel- oder Buchelmaßzeit — nicht entbehrt werden kann,

3. daß die Wirtschaftlichkeit der Schweineweide aufhört oder sogar in große Verluste umschlägt, wenn die Schweinepeste, die Schweinepest oder der Rotlauf — ohne vorhergegangene Impfung — ausbrechen. Diese Seuchen fernzuhalten, ist bei zusammengekauften Schweinebeständen unmöglich. Schweinepeste und Schweinepest haben trotz zeitiger Schutz- und Heilimpfung so große Opfer erfordert, daß mancher Unternehmer die Lust zum Weiterhalten verloren hat. Eine Gewähr ist nun dann gegeben, wenn die Schweine für die Waldweide aus nachweislich seuchefreien Beständen gewonnen werden.

4. Eine Herde soll im allgemeinen ungefähr 100 Stück betragen. Wenn die Heeresverwaltung beim Eintreiben von Schweinen in die Wälder in größerem Umfange nicht Verluste, unter Umständen ein Massensterben erleben will, wird sie die unter 3 genannten veterinären Vorbedingungen möglichst erfüllen müssen. Einwandfrei muß auch noch die Herkunft der Bestände nachgewiesen werden, daß sie selbst von der Form derjenigen Schweinepeste frei sind, die nicht unter das Seuchengesetz fällt, d. h. die mit gelindem Verlauf; denn diese wird bei Waldschweinen, die jeder Witterung ausgesetzt sind, leicht akut und mörderisch.

Was die Unterschlupfräume betrifft, so ist noch zu erwähnen, daß sich hier dachförmig gegeneinander gesetzte Reisigbündel bewährt haben, die an einer auf starken anderthalb Meter über der Erde stehenden Pfosten ruhenden Mittelbalken mit den Spitzen befestigt und am Fußende etwas in die Erde eingelassen sind.

* * *

Verwertung des Schilfrohrs zu Futterzwecken.

Wie der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in einem Erlasse vom 7. Februar 1917 bekannt gibt, hat sich das Schilfrohr in den letzten Jahren als Futter sehr bewährt, namentlich dann, wenn es rechtzeitig geschnitten wurde. Der Kriegsausschuß für Ersatzfutter habe im besonderen in vielen Orten Einrichtungen für die Herstellung von Schilfmehl getroffen, das als Futter außerordentlich geschätzt werde. Diese Bestrebungen sollten auch in diesem Jahre fortgesetzt werden. Dabei seien die

gt trockenen und verhärteten Bestände des Vorjahres sehr lästig, weil sie bei der Nutzung aus den natürlichen Trieben des nächsten Sommers unter großem Arbeitsaufwand ausgesondert werden müßten. Die Nutzung im nächsten Sommer würde daher sehr erleichtert werden, wenn diese alten Bestände, soweit sie nicht für technische Zwecke Verwendung finden, rechtzeitig abgebrannt würden.

* * *

Fichtenharzgewinnung.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat durch Erlaß vom 17. März d. J. angeordnet, daß in diesem Jahre auch in Fichtenbeständen Harz in möglichst großem Umfange genutzt werden solle. Das Harzen der Fichten sei wesentlich einfacher, wie das der Kiefern. Es werde rasch erlernt und könne ausschließlich von Frauen und jugendlichen Arbeitern ausgeführt werden. Den ganzen Fichtenharzertrag des kommenden Sommers habe der Kriegsausschuß für Ole und Fette in Berlin zur Verfügung gestellt. Für das Harzen von Fichtenbeständen wird folgende Anweisung gegeben:

1. In der Regel sind nur solche Bestände auf Harz zu nutzen, die voraussichtlich binnen längstens 10 und frühestens binnen 3 Jahren zum Abtrieb kommen. Zu bevorzugen sind die Bestände der älteren Lagen auf Böden, die sich leicht erwärmen. Bei unmittelbarer Sonneneinwirkung verdunstet das Terpentinöl sehr stark und das Harz schwindet. Schutz vor Wind begünstigt den Harzfluß. Man harze deshalb weder Bestandsränder, die der Sonne, noch solche, die dem Winde ausgesetzt sind. Stehen wertvolle und minder wertvollere Bestände zur Wahl, so sind die minder wertvollen, insbesondere die mit Schälsschäden behafteten und an Rotfäule leidenden, zur Harznutzung zu bestimmen.

2. Das Zurichten der Stämme beginnt Anfang Mai und soll spätestens im Juli beendet sein. Jeder Stamm wird mit 2 bis 3 Lachten in Abständen von Mitte zu Mitte von etwa 20 cm versehen. Die Lachten sollen etwa 1,5 m lang sein und etwa 60 cm über dem Erdboden endigen. Sie werden in der Weise angelegt, daß man mit der geschärften Spitze des hakenförmig gekrümmten Harzreißers die Rinde des Stammes in einem Zuge von oben nach unten bis auf den Splint durchschneidet. Hierauf folgt in dem ersten gleichlaufenden Schnitt im Abstände von 3 cm. Die unteren Enden der Schnitte laufen in eine Spitze zusammen. Sodann wird der zwischen den beiden Schnitten liegende schmale Rindenstreifen nach Lockerung seiner Spitze durch den Reißer von unten nach oben mit der Hand abgezogen und oben mit dem am Harzreißer angebrachten kleinen Beil vom Stamme getrennt. Die Endspitze

der so entstandenen Lachte soll rinnenartig so ausgeformt werden, daß das längs der Lachte ablaufende Wasser möglichst restlos den Ausweg aus der Lachte findet. Das Lachtenreißen ist eine von Frauen leicht auszuführende Arbeit und erfordert etwa 5 Frauentagselöhne je ha. Ein Mann reißt täglich etwa 600 Lachten.

3. Das Sammeln des Harzes erfolgt in der Regel nur einmal im Jahre und muß spätestens Mitte September beendet sein, damit der folgende Harzfluß die Lachte noch vor Winter mit neuem Harz überziehen kann. Bei kaltem Wetter ist das Harz außerdem so spröde, daß es durch Abspringen zum Teil verloren geht. Im übrigen ist, je später das Sammeln beginnt, desto mehr Masse zu erwarten. Ist die Witterung sehr günstig, so kann das erste Mal im Frühsommer und ein zweites Mal im August und September geharzt werden. Zum Sammeln bedient man sich des Harzkrägers und des Harzsaßes.

Von Wichtigkeit ist, daß das Harz von den Wänden der Lachte und insbesondere aus den Ecken zwischen Splint und Harzwand gut herausgekratzt wird. Rindenteile, Moos und Flechten dürfen nicht in den Harzsaß geraten, und die Holzschicht der Lachte darf beim Kratzen nicht verletzt werden. Jene Fremdkörper müssen vor dem Harzen von den Rändern der Lachte mit den scharfen Schneiden des Harzkrägers entfernt werden. Um diese gebrauchsfähig zu erhalten, müssen sie nach Bedarf von innen heraus, z. B. mit einem Taschenmesser, sorgfältig immer wieder scharf gemacht werden. Auch das Harzkratzen ist Arbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter. Bei einem Stundenlohn von durchschnittlich 22 Pf. haben sich die Kosten dieser Arbeit auf 8 bis 16 Mk. je ha gestellt.

4. Die Erträge der Harznutzung schwanken stark und sind von der Beschaffenheit der Bestände, von Klima, Lage und Boden und von der jeweiligen Witterung des Sommers abhängig. Unter mittleren Verhältnissen kann auf einen Ertrag von gegen 100 kg, unter günstigen Umständen auf einen solchen von bis zu 200 kg je ha gerechnet werden.

5. Das Harz ist in kühlen Schuppen oder Scheunen aufzubewahren und in Kisten oder Säcken zu versenden.

Aus Preußen.

Welche Bestimmungen des neuen preussischen Fischereigesetzes hat der Angler zu beobachten?

Das neue preussische Fischereigesetz hat in dankenswerter Weise den Bedürfnissen des Anglersports Rechnung getragen. Vor allem hat es einen alten Wunsch der Angler erfüllt und das Angeln an Sonn-

und Feiertagen, sowie während der Frühjahrschönzeit zugelassen.

Es ist in dieser Beziehung durch die auf Grund des § 106 des Fischereigesetzes erlassene Polizeiverordnung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 29. März 1917 (F i s c h e r e i o r d n u n g) folgendes bestimmt worden:

„§ 11. Am Sonntag ist der Fischfang von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr verboten (Sonntagsschönzeit). Die Fanggeräte der sog. stillen Fischerei, d. h. solche, welche weder gezogen noch gestoßen werden, dürfen zum Fang im Wasser bleiben. Dazu gehören namentlich Stellnetze, Althamen, Anterkuilen, Steerthamen, Garn-, Draht-, Korb-Neusen, sowie Treibnetze ohne Begleitung von Fahrzeugen. Angeln ist zulässig, soweit nicht nach den § 13, 15 der Fischfang ganz verboten ist.

§ 13. In den Gewässern, in denen sich vorzugsweise Winterlaicher (Lachse, Forellen- und Saiblingarten, Ostseeschnäpel u. a.) fortpflanzen, ist der Fischfang in den Monaten Oktober bis Januar während acht auf einander folgender Wochen, die der Regierungspräsident bestimmt, verboten (Winterschönzeit). Der Regierungspräsident bestimmt auch die Gewässer. Er kann die Schönzeit für die einzelnen Gewässer und Gewässerstrecken verschieden festsetzen, auf bestimmte Fischarten beschränken oder bestimmte Fischarten davon ausnehmen.

§ 14. In den nicht der Winterschönzeit unterliegenden Binnengewässern ist der Fischfang in den Monaten März bis Juni während sechs auf einander folgender Wochen, die der Regierungspräsident bestimmt, mit Ausnahme der stillen Fischerei und des Fischfanges mit der Handangel verboten (Frühjahrschönzeit). Der Regierungspräsident kann die Schönzeit für die einzelnen Gewässer und Gewässerstrecken verschieden festsetzen, auf bestimmte Fischarten beschränken oder bestimmte Fischarten davon ausnehmen. Er darf sie auch verkürzen oder ganz aufheben.

§ 15. Für Küstengewässer gilt die Frühjahrschönzeit nur insoweit, als sich in ihnen vorzugsweise Frühjahrslaicher fortpflanzen. Der Regierungspräsident bestimmt die Gewässer oder Gewässerstrecken. Er kann darin den Fischfang auch ganz verbieten.

§ 16. Im Regierungsbezirk Sigmaringen kann der Regierungspräsident für Grenzgewässer und Gewässerstrecken, die mit außerpreussischen Gewässern in Verbindung stehen, die Frühjahrschönzeit bis auf zwei Monate, die Winterschönzeit bis auf drei Monate verlängern.

§ 17. Der Regierungspräsident kann besondere Artenschönzeiten festsetzen:

- a) für Större vom 1. Juli bis 31. August,
- b) für Lachse, Saiblinge, Meer- und Bachforellen, sowie Schnäpel, wenn diese Fischarten keiner Winterschönzeit unterliegen, höchstens acht Wochen in den Monaten Oktober bis Februar,
- c) für Maränen höchstens acht Wochen in den Monaten November und Dezember,
- d) für Äschen und Nasen, sowie im Regierungsbezirk Sigmaringen für Fuchen und Regenbogenforellen, wenn diese Fischarten keiner Frühjahrschönzeit unterliegen, höchstens acht Wochen in den Monaten März bis Mai,
- e) für Döbel, die keiner Frühjahrschönzeit unterliegen, höchstens sechs Wochen in den Monaten Mai und Juni,
- f) für Flußkrebs vom 1. November bis 31. Mai.

Hierauf ist das Angeln mit der Handangel während des ganzen Jahres, mit Ausnahme während der Winterschönzeit in den dieser unterliegenden Gewässern, gestattet, und es dürfen alle Fische, für die keine besonderen Artenschönzeiten festgesetzt sind, mit der Handangel gefangen werden.

Außer den speziell das Angeln betreffenden Bestimmungen sind für den Angler noch weiter von Wichtigkeit solche über:

1. die Mindestmaße der Fische;
2. die Behandlung der untermaßig und der während der Schönzeit verbotswidrig gefangenen Fische;
3. die Fischerei-Scheine und Fischerei-Erlaubnisscheine;
4. das Uferbetretungsrecht.

1. M i n d e s t m a ß e.

Auf Fische der nachbenannten Arten darf der Fischfang nur ausgeübt werden, wenn sie, von der Koppfpitze bis zum Ende des längsten Teiles der Schwanzflosse gemessen, mindestens folgende Längen haben:

Stör*): 100 cm;

Al*,*) Lachs, Meerforelle, Zander*): 35 cm;

Barbe, Hecht, Maifisch,*) Nordseeschnäpel: 28 cm;

Blei (Brachsen): 25 cm;

Scholle und Flunder*): 18 bis 22 cm;

Äsche, Alant, Döbel, Nase: 20 cm;

Bachforelle, Schlei: 18 cm;

Barsch, Blöße, Rotfeder: in Binnenseen 13, sonst 15 cm;

Flußkrebs: 8 cm. (§ 1 der Fischereiordnung.)

In den Binnengewässern dürfen untermaßige Alant, Döbel, Nasen, Barsche, Blößen und Rotfedern als R ö d e r fische für den eigenen Bedarf des Fischers unter Anwendung engmaschiger Netze

*) Für Küstengewässer sind Abänderungen durch den Regierungspräsidenten zulässig.

fangen werden. Der Regierungspräsident kann gleiche Erlaubnis für die Küstengewässer erteilen. (§ 9 und 25 der Fischereiordnung.)

2. Die Behandlung der untermaßig und der während der Schonzeit verbotswidrig gefangenen Fische.

Fische, deren Fang unter einem bestimmten Maße verboten ist, dürfen im Geltungsbereiche des Verbots unter diesem Maße weder feilgeboten, noch verkauft, noch zur Beförderung gebracht werden. Dasselbe gilt, wenn der Fang einzelner Fischarten verboten ist, für die Fische dieser Arten während der Verbotzeit (§ 107 F. G.). Da die stille Fischerei, durch das Angeln, während der Frühjahrsschonzeit statthalt ist, findet diese Bestimmung während dieser Zeit für die Fische Anwendung, für die durch § 17 F. G. eine Artenschonzeit innerhalb der Frühjahrsschonzeit festgesetzt ist, d. h. für Aeschen, Hasen, Hechten, Regenbogenforellen und Döbel. Widerrechtlich gefangene untermaßige Fische, die lebend die Gewalt des Fischers fallen, sind sofort, oder wenn sie nicht gleich aus dem Fanggerät entfernt werden können, spätestens nach Rückkehr des Fischereigeräts ans Land, mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht ins Wasser zurückzusetzen (§ 10 F. G.).

3. Fischerei- und Fischereierlaubnisscheine.

Nach § 92 F. G. muß jeder, der den Fischfang ausübt, einen auf seinen Namen lautenden Fischereierlaubnschein bei sich führen. Ein Fischereierlaubnschein ist nicht erforderlich:

1. für Gehilfen, die mit dem Fischereiberechtigten, Fischereipächter oder Inhaber eines Erlaubnisscheines zusammen den Fischfang ausüben, 2. zum kleinen Fischfang in der Nord- und Ostsee, einschließlich der offenen Meeresbuchten, soweit sie nicht im Eigentume stehen, 3. zum Fischfang in Gewässern, die dem Fischereiberechtigten gehören und vollständig von Grundstücken desselben begrenzt sind, wie in künstlichen Fischteichen, die mit einem Wasserlaufe nur dadurch in Verbindung stehen, daß sie mittels künstlicher Vorrichtungen aus ihm gefüllt oder in ihn abgelassen werden.

Zuständig für die Erteilung des Fischereierlaubnscheines ist die Fischereibehörde, in deren Bezirke der Antragsteller den Fischfang ausüben will (§ 93 F. G.). Erstreckt sich das Fischereigebiet über den Bezirk mehrerer Fischereibehörden, so steht es im Belieben des Antragstellers, bei welcher der in Betracht kommenden Fischereibehörden er den Schein beantragen will. Fischereibehörden sind nach § 119 F. G. für die Küstengewässer die Oberfischmeister, für die Binnengewässer die Ortspolizeibehörden.

Die Fischereierlaubnscheine sind gebühren- und stempel-frei.

Die Befugnis, die Vorzeigung des Fischereierlaubnscheins zu verlangen, steht dem Fischereiberechtigten, dem Fischereipächter, allen Polizeibeamten und Fischereibeamten zu.

Verweigerung der Vorzeigung des Fischereierlaubnscheines wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. (§ 53 F. G.), Nichtbeiführung desselben beim Fischen, mit gleicher Strafe (§ 125 F. G.), Fischen, ohne im Besitze eines Fischereierlaubnscheines zu sein, mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. (§ 126 F. G.) bestraft.

Neben dem Fischereierlaubnschein muß nach § 98 F. G. derjenige, welcher in einem Gewässer, in dem er nicht Fischereiberechtigter oder Fischereipächter ist, den Fischfang ausübt, einen Fischereierlaubnschein des Berechtigten oder Pächters bei sich führen, sofern letztere nicht zugegen sind. Der Erlaubnisschein muß auf die Person, auf ein oder mehrere bestimmt zu bezeichnende Gewässer und auf eine nicht länger als drei Jahre bemessene bestimmte Zeit lauten, sowie genaue Angaben über die Fanggeräte und Fahrzeuge enthalten. Erlaubnisscheine, die nicht von einer öffentlichen Behörde oder einem öffentlichen Beamten innerhalb seiner Amtsbefugnisse oder von dem Vorstand einer Wirtschaftsgenossenschaft ausgestellt sind, müssen von dem Gemeinde-(Guts-)Vorsteher einer der Gemeinden (Gutsbezirke), in deren Bezirke die Fischerei ausgeübt werden soll, beglaubigt werden. Dies geschieht gebühren- und stempelfrei.

Die Strafen für Verweigerung der Vorzeigung des Erlaubnisscheines, für Nichtbeiführung desselben beim Fischen, für das Fischen ohne im Besitze eines Erlaubnisscheines zu sein, sind dieselben, wie sie in den gleichen Fällen oben beim Fischereierlaubnschein angegeben worden sind.

4. Das Uferbetretungsrecht.

Hierüber enthält das Fischereigesetz folgende Bestimmungen:

„§ 13. (1) Der in einem Gewässer zur Fischerei Berechtigte und mit dessen Ermächtigung der Fischereipächter oder angestellte Fischer darf mit seinen Gehilfen und seinen Geräten die an das Wasser angrenzenden Ufer, Inseln, Anlandungen, Schiffahrtanlagen, sowie Brücken, Wehre, Schlußen und sonstige Wasserbauwerke soweit betreten, als es die Ausübung seines Fischereirechts erfordert.

(2) Abgesehen von dieser Vorschrift, kann der Kreis-(Stadt-)Auschuß nach Anhörung der Beteiligten widerruflich genehmigen, daß auch einzelne Inhaber von Erlaubnisscheinen (§ 98) fremde Grundstücke nach Abs. 1 betreten dürfen.

(3) Das Betreten von Schiffahrtanlagen und Wasserbauwerken, sowie von Anlandungen, die

durch Unterhaltungs- und Ausbauarbeiten (§ 140, § 162 Abs. Wassergesetz) entstanden sind, kann durch Polizei-Verordnung eingeschränkt oder verboten werden.

(4) Das Recht nach Abs. 1 erstreckt sich nicht:

1. auf Gebäude, Hofräume, Gartenanlagen, Forstkulturen, bestellte Äcker, gewerbliche Anlagen und dauernd vollständig eingefriedigte Grundstücke,
2. auf die Ufer von Bewässerungs- oder Entwässerungsgräben in Wiesen.

Zur vollständigen Einfriedigung gehört eine Einfriedigung des Ufers nicht. Eingezäunte Viehweiden gelten nicht als eingefriedigte Grundstücke im vorstehenden Sinne. Bei Streit beschließt auf Antrag der Kreis-(Stadt-)Aussschuß.

(5) Der Kreis-(Stadt-)Aussschuß kann das Recht nach Abs. 1 noch weiter einschränken, als in Abs. 1 bestimmt ist. Die Ausübung des Rechts ist ausgeschlossen, wenn der Schaden für den Eigentümer des Grundstücks größer ist, als der Vorteil für die Fischerei. Darüber, ob dies zutrifft, beschließt auf Antrag der Kreis-(Stadt-)Aussschuß.

§ 14. Schaden, welchen die nach § 13 Berechtigten oder ihre Gehilfen bei Ausübung dieser Rechte erleiden, brauchen Eigentümer oder Nutzungsberechtigte nur zu ersetzen, wenn sie ihn absichtlich herbeigeführt haben.

§ 15. (1) Für Schaden, der durch Ausübung der Rechte in den Grenzen des § 13 verursacht wird, kann der Geschädigte Ersatz verlangen. Ersatzpflichtig ist der Fischereiberechtigte. Neben ihm haften Fischereipächter, angestellte Fischer und Inhaber von Erlaubnisscheinen als Gesamtschuldner, wenn sie oder ihre Gehilfen den Schaden verursacht haben. In gemeinschaftlichen Fischereibezirken haftet an Stelle des Fischereiberechtigten der Fischereibezirk.

(2) Der Anspruch auf Schadenersatz ist binnen einer Woche, nachdem der Geschädigte von der Beschädigung Kenntnis erhalten hat, bei der Fischereibehörde oder dem Gemeinde-(Guts-)Vorsteher schriftlich oder zu Protokoll anzumelden. Wird diese Frist versäumt, so erlischt der Anspruch.

(3) Über den Anspruch und die entstandenen Kosten entscheidet die Fischereibehörde nach Anhörung der Beteiligten. Gegen den Bescheid ist binnen zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren beim Kreis-(Stadt-)Aussschuß zulässig. Auf Berufung entscheidet der Bezirksaussschuß endgültig.

§ 16. Weitergehende Rechte zur Benutzung fremder Grundstücke, die auf besonderen Rechtsverhältnissen beruhen, werden durch die §§ 13 bis 15 nicht berührt.

Schließlich möge noch auf den § 50 der F. L. hingewiesen werden, welcher lautet:

„Wer beim Fischfange von einem Fischereibeamten oder amtlich verpflichteten Aufseher angerufen wird, hat deren Rufe Folge zu leisten und nicht eher von der Stelle zu weichen, als bis er dazu ausdrücklich ermächtigt ist. Auf Verlangen hat er den Aufsichtsbeamten seine amtlichen Ausweise (Fischereischein, Erlaubnisschein etc.) vorzuzeigen. Die Führer von Fischerfahrzeugen und Fahrzeugen, die zur Beförderung von Fischen gebraucht werden, haben, wenn ihnen durch vier oder mehrere kurze Pfliffe mit der Dampf- oder Motorpfeife oder bei Segelbooten durch mehrfaches Hissen, Herablassen oder Wiederhissen der Flagge oder Laterne ein Zeichen gegeben wird, sofort ihr Fahrzeug zum Stillstand zu bringen, bis sie der Aufsichtsbeamte zum Weiterfahren ermächtigt.“

Eberts.

Aus Bayern.

Beschäftigung von Frauen bei der Holzhauerei, Buchelernte.

Als eine der wirtschaftlich schwierigsten Erscheinungen in dem langandauernden Wälderrücken wird im Forstbetriebe empfunden einerseits der Mangel an Arbeitern beim Fällungsgeschäft, dann andererseits der Mangel an Gespannen und sonstigen Transportmitteln bei der Ausbringung der geworbenen Hölzer an die Bahnverladepunkte oder an die Verbranchsorte. Während in letzter Hinsicht der erfolgreiche Versuch gemacht worden ist, die Zugkraft der Pferde durch Ochsengepanne und besonders durch Benzol- und andere Motorwagen zu ersetzen, sind anstelle der zum Heeresdienst einberufenen Holzhauer vielfach Kriegsgefangene, namentlich Russen, herangezogen worden, allerdings mit durchgehends recht mäßiger Arbeitsleistung und mit viel Schererei wegen der Verpflegung, wegen der mangelnden Übung in den Holzhauereigeschäften und wegen der recht oft fehlenden guten Willens. Diese Hemmungen im Fällungsbetriebe machen sich um so unangenehmer geltend, als gegenwärtig eine sehr lebhaft nachgefragte besteht nach Nadelholz- und Buchenstammhölzern, ganz besonders aber nach den schwächeren Sortimenten, nach Grubenhölzern, Holzwohl, Papier-Schleifhölzern usw.

Es sind deshalb die Forstverwaltungen eifrig bedacht, dem bestehenden Arbeitermangel nach Möglichkeit entgegenzuwirken.

Neben dem Bestreben, die zeitweise Beurlaubung geschäftsfundiger Holzarbeiter von der Militärverwaltung zu erreichen, insonderheit zur Herrich-

g von Sortimenten, die den Heereszwecken dienen, und neben der Beschäftigung von Kriegsgewerbeten, ist sehr bemerkenswert die Verwendung weiblicher Arbeitskräften beim Fällungs- und Transportgeschäfte. In dieser Beziehung hat die sehr rührige Forstverwaltungskammer der bayern. Pfalz mit großem Erfolg sich betätigt.

Es sind auf deren Betreiben in beiläufig 30 Forstämtern zum Beginn des Jahres 1917 etwa 260 Frauen und Mädchen im Holzschlag beschäftigt, wechselnder Zahl von 10 bis 40, sogar ansteigend auf beiläufig 100 im Forstamt Speyer in der Rheinebene.

Die von den Frauen geleisteten Arbeiten betreffen hauptsächlich in der Ausführung von Durchforstungen jüngerer Stangenhölzer, besonders von Kiefer, Fichten, auch Buchen, dann in der Durchforstung von Unterholztrieben in Mittel- und Niederwaldungen. Diese Arbeiten können von den Frauen allein betätigt werden. Sie finden manchenorts auch Verwendung in älteren Beständen, allerdings unter Beihilfe einiger männlicher Holzhauer, die das Fällen starker Bäume, das Abhauen dicker Äste, das Zerschneiden ungünstig gelagerter Stämme usw. übernehmen, während die Frauen das Hinausbringen der Brennholzstücke, das Spalten schwächerer Stämme, die Anfertigung von Wellen usw. betreiben.

Die Leistungen der weiblichen Holzhauer werden durchgehends sehr günstig eingewertet. Es haben sich sonst in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen, auch solche, die in der Industrie tätig waren (Schuhmacherinnen), sich sehr rasch an die zumteil doch recht strengen Verrichtungen im Holzhieb gewöhnt, daß sich sehr bald Spezialisten für Spalten, Sägen, Splittenmachen ausgebildet haben.

Nach übereinstimmenden Angaben werden von den Frauen durchschnittlich 2 Ster Brennholz für einen Tag und Kopf gefertigt. Bei dem Bezug des vollen Stücklohnes für Holzhauerei entspricht diesem Tageslohn von 3 bis 4 Mk., der stellenweise auf 5 Mk. ansteigt, ein sehr ansehnlicher Verdienst den kurzen Wintertagen.

Dem gegenüber kam die Leistung der kriegsgewerbeten Frauen nicht über durchschnittlich 1½ Ster Tag und Kopf hinaus, wozu noch ins Gewicht kommt, daß die weiblichen Arbeiter das gewöhnliche Holzhauergeschirr selbst beschaffen, während es für die Männer von dem Arbeitgeber bereit gestellt werden mußte.

Durch die Verwendung der weiblichen Hilfskräfte ist es möglich geworden, nicht allein die regelmäßige Flächenrate der Durchforstungen zu bewerkstelligen, sondern konnte in einzelnen Ämtern noch wesentlich darüber hinausgegangen werden. Da-

durch kann namentlich die Grubenholzgewinnung erheblich gesteigert werden, was um so wertvoller erscheint, als die für Heereszwecke und allgemeine Bedürfnisse so wichtige Steinkohlenförderung infolge Sperrung der Einfuhr von Grubenholz eine sehr lebhaftete Nachfrage ausgelöst hat, mit der Wirkung einer bedeutenden Preissteigerung von durchschnittlich 150 bis 160 % gegen den Anschlag, an welcher Erhöhung auch die Fichten-, Tannen- und Kiefernstammhölzer, sowie die zur Herstellung von Holz- und Zellulose dienenden Sortimente teilgenommen haben. Auf diese Weise wird durch den vermehrten Durchforstungsbetrieb nicht allein das allgemeine Wohl gefördert, sondern auch den Waldeigentümern eine erhebliche Einnahme eingebracht.

Schließlich bleibt noch eine Besonderheit bei der Heranziehung der Frauen im Fällungsgeschäft zu erwähnen. Es hat sich nämlich die übliche Tracht mit den langen Röcken bei den Arbeiten im Holzhieb während der rauhen Jahreszeit in gesundheitlicher Hinsicht als unpraktisch, ja sogar als gefährlich, erwiesen. Deshalb ist von der Regierungs-Forstverwaltung eine Schutzkleidung (Überstreifhose) beschafft worden, wie sie ähnlich die Sennerinnen im Hochgebirge schon lange tragen. Die Schutzbekleidung wird entweder kostenlos an die Arbeiterinnen abgegeben oder diese erhalten im Falle der Selbstbeschaffung eine Vergütung von 5 bis 6 Mk.

Im pfälzischen Gebirge haben die Frauen die Schutzkleider willig angenommen und gern getragen, dagegen haben die Arbeiterinnen im Forstamt Speyer (Rheinebene) darauf verzichtet. Sehr zweckmäßig haben sich auch die sog. Rückenschürzen erwiesen zum Schutze des rückwärtigen Oberkörpers und der Oberarme gegen Schnee und Masse beim Arbeiten in gebückter Stellung. Zwei Ärmel in der halben Länge der Arme geben diesen Schutz und der Decke selbst eine feste unverrückbare Lage. Zur Befestigung der Unterhälfte dienen zwei an ihr angefügte Schnüre oder Bänder, die in der Gegend des Nabels verknüpft werden. Diese aus dauerhaftem Segeltuch gefertigten, sehr bewährten Rückenschürzen sind von der Firma Schäfer & Ziegler, Sackfabrik in Heidelberg, geliefert worden, wobei nur zu bedauern bleibt, daß der anfängliche Anschaffungspreis von 3 bis 4 Mk. wegen Mangels an Segeltuch auf 9 bis 10 Mk. gestiegen ist. Auch für Wickelgamaschen und wasserdichtes Schuhwerk (auch Holzschuhe) hat die Forstverwaltung Sorge getragen insoweit, als die Kosten für letzteres und für die Rückenschürzen zur Hälfte auf die Staatskasse übernommen wurden. Diese Maßnahmen im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen sind mit großer Dankbarkeit aufgenommen worden und haben die Arbeitsfreudigkeit sehr gehoben.

Über das Ergebnis der Buchelernte 1916/17 in Bayern hat die Tagespresse einige, von zuständiger Seite als im ganzen zutreffend bezeichnete Mitteilungen gebracht, die ein gewisses allgemeines Interesse bieten dürften. Hiernach wurden rund 11 200 Ztr. lufttrockne Bucheln gesammelt, von denen $\frac{3}{4}$ d. i. 8400 Ztr. an den Kriegsauschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin abgegeben wurden, während der Rest der bayerischen Lebensmittelstelle und den Sammlern, diesen als Entlohnung für ihre Leistungen, zufiel. Nach allgemeinen Erfahrungen liefert 1 Ztr. lufttrockene Bucheckern 10 Liter Speiseöl, so daß aus der bayerischen Sammelmenge von 11 200 Ztr. 112 000 Liter eines vortrefflichen, wohlschmeckenden Speiseöles gewonnen werden konnten.

Es ist dies eine um so mehr geschätzte Gabe, als bekanntlich das vor dem Kriege weit überwiegend aus dem Ausland eingeführte Speiseöl wie verschiedene andere Speisefette im Laufe des schweren Krieges ein sehr gefragter Artikel geworden ist, der um das mehrfache des früheren Preises bezahlt werden mußte. Wenn die Gesamtmenge des bayerischen Sammelergebnisses gewiß als belangvoll angesprochen werden darf, so dürfte es doch erheblich hinter den Erwartungen verblieben sein. Es möchte in dieser Hinsicht Bezug genommen werden auf die voranschlägige Berechnung, die der im Kriegszernährungsamte als forsttechnischer Referent verwendete k. Professor Dr. Borgmann-Tharandt in seiner weitverbreiteten Druckschrift: „Die Mitwirkung der deutschen Forstwirtschaft an den Aufgaben der Volksernährung im Kriege“ S. 395 veröffentlicht hat. Hiernach wäre in den Forsten Deutschlands von rund 14 Mill. ha im ganzen 1 Mill. Ztr. lufttrockne Bucheln zu erhoffen gewesen mit einem mutmaßlichen Erträgnis an Öl von 10 Mill. Ztr.

Zu einer einigermaßen zuverlässigen Veranschlagung des auf Bayern treffenden Anteils fehlen die genaueren Grundlagen und soll deshalb auf das Verhältnis der Gesamtwaldflächen zurückgegriffen werden, um wenigstens einigen Anhalt zu gewinnen. Der Anteil der bayerischen Waldungen mit rund 2,5 Mill. ha stellt sich gegenüber der Gesamtfläche der Waldungen des Deutschen Reichs mit rund 14 Mill. ha auf 18 v. H. Somit würden von der durch Borgmann veranschlagten Gesamtmenge der Buchelernte zu 1 Mill. Ztr. auf Bayern 1 000 000 \times 0,18 = 180 000 Ztr. treffen. Dieser Schätzung gegenüber erscheint das wirkliche Ergebnis mit 11 200 Ztr. gewiß sehr bescheiden.

Es haben zweifellos verschiedene Ursachen ungünstig auf das Sammelergebnis eingewirkt. Einmal ist die Verordnung des Bundesrates über die Behandlung, namentlich über die Beschlagnahme

der Buchelernte vom 14. September 1916, etwas spät erschienen, so daß die von den Landeszentralbehörden erlassenen Vollzugsvorschriften sich auch ziemlich hinauszogezogen haben. Dabei sind infolge der auffallend warmen Tage Ende September und anfangs Oktober in Verbindung mit starken Stürmen die Bucheln auffallend früh abgefallen. An vielen Orten haben wohl auch die ärmeren Leute sofort nach dem ersten Abfall ohne Rücksicht auf das Beste zunächst für sich gesammelt ohne Ablieferung, da gerade sie starken Mangel an Speisefett gelitten haben.

Die im Oktober einsetzende Kartoffelernte hat sodann viele Arbeitskräfte in Anspruch genommen, später trat nasses und kaltes Wetter ein, unter dem besonders die für das Sammeln stark in Anspruch genommenen Schulkinder zu leiden hatten.

Allein die angeführten und noch verschiedenes sonst in Erscheinung getretene Hinderungsgründe reichen doch bei weitem nicht aus, um das auffallende Mißverhältnis zwischen Schätzung und Ertrag zu erklären. Es dürften die sorgfältig aufgebauten Borgmannschen Zahlen denn doch zu hoch gegriffen sein. Offenbar bietet es große Schwierigkeiten, einen von vielen Neben Umständen abhängigen Ernteertrag auch nur einigermaßen zuverlässig zu erfassen, und es wäre gewiß sehr bedenklich, aus einer nicht entsprechend gestützten Schätzung wichtige Schlußfolgerungen zu ziehen.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt wäre nun zu wünschen, daß die Ernte von diesen nützlichen Ölfrüchten möglichst ausgiebig, wenn auch teilweise ohne Ablieferung, ausgenutzt worden ist. Es wäre sehr interessant, das Gesamtergebnis der Buchelernte in Deutschland und die Menge der an den Kriegsauschuß abgelieferten Früchte zu erfahren. Schließlich sei der Wunsch ausgedrückt, daß wir nicht noch einmal eine Kriegsbuschelmast zu behandeln haben möchten!

Die Regierungsforstkammer der Pfalz hat einen weiteren Beweis ihrer Arbeiterfürsorge dadurch erbracht, daß sie Kochkurse in drei je 8 bis 9 Forstämtern umfassenden Gruppen abhalten läßt, um die Verwendung der zum Strecken der Kartoffeln sehr geeigneten Runkel- oder Dickrüben den Frauen und Töchtern der Staatsforstarbeiter praktisch vorzuführen.

Die sämtlichen Auslagen für Reisekosten und Entschädigung der Arbeitslehrerinnen und für die Materialien werden auf die Staatskasse übernommen. Bei der bekannten Kartoffelknappheit und der bewährten Eignung der Runkelrüben zu den verschiedenen Kartoffelgerichten, werden sich diese Kochkurse gewiß als sehr nützlich erweisen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß durch ministerliche Anordnung die Anfertigung verschiedener bayerischer größerer statistischer Arbeiten, besonders über Verhältnisse der Waldarbeiter, mit Rücksicht auf den Krieg auch für 1917 erlassen worden ist. Eßlinger.

Aus Oesterreich.

Forstwesen in Kroatien und Slavonien.

Von Hugo Pissl,

u. f. Oberleutnant in Fischen bei Wiener-Neustadt.

Man muß durch die prächtigen Eichenwälder Kroatiens marschiert sein, um einen Begriff von den schönen Baumriesen zu bekommen, die, an Felsern des Libanon's erinnernd, ihre mächtigen Äste ausbreiten und einen wahren Nationalstolz des Landes bilden; der Besitz solcher Wälder hat so manche Ortschaft derart reich gemacht, deren Bürger keine Gemeindeumlagen entrichten. Doch auch in anderen Gegenden des Königreiches krönen herrliche Waldanlagen die Gebirgskette. So ist die liebliche weinreiche Hügelkette Kruscha Gora in Syrmien, dem östlichen Teile Slavoniens, mit dichtem Buchenbestande bedeckt, Mittelgebirge im Zentrum der Provinz ist reich bewaldet und erst an der Küste des adriatischen Meeres herrscht die kahle Karstwildnis vor; doch nur wenige Meilen vom Meere entfernt gibt es wahre Waldwälder, darunter den Laudonov Gaj, d. h. Laudon's Hain, den der berühmte österreichische, aus dem Siebenjährigen und den Türkenkriegen bekannte General (ein gebürtiger Böhmer) dort anlegen ließ, als er in jener weltabgeschiedenen Gegend Infanteriehauptmann war. Der Wald ist sorgfältig angelegt, daß die Parzellen in der Form der damals üblichen Schlachtordnung vermessen wurden. 36 Prozent Kroatiens und Slavoniens sind von Waldern bedeckt, wozu auch die zahlreichen Inseln des Inlandes der Donau, Drau und Sava gehören. Schon vor zwanzig Jahren wurde der Kapitalwert der Waldungen auf sechshundert Millionen Kronen geschätzt. Industriebahnen führen in die Wälder, und bereits vor Jahrzehnten gelangten Holzwaren im Werte von 18 bis 24 Millionen Kronen zur Ausfuhr.

An Staatsforsten gibt es über eine halbe Million Hektar, dies sind 19 Prozent. Die Gemeinden der ehemaligen Militärgrenze besitzen über 750 000 Hektar¹⁾ oder 28 Prozent, die sogenannten Urbarmachungs- und Abteiler-Gemeinden und die Kompaßessoren über 600 000 Hektar, d. h. 24 Prozent, die Klöster, die geistlichen Orden und Bistümer 64 000 Hektar und der Rest von 700 000 ist im Privatbesitz.

¹⁾ 1 Hektar = 6400 Quadratmeter.

Drei Viertel der ganzen Waldfläche stehen so ziemlich direkt unter Staatsaufsicht, was gewiß ein großer Vorteil ist.

Längs der Meeresküste findet man Bestände von Lorbeer-, Öl-, Zypressen- und Feigenbäumen, doch ändert sich dieses Bild sehr rasch, da sich schon die nächstgelegenen Bezirke sehr hoch über das Meer erheben. Diese Landstriche sind infolge der rücksichtslosen Schiffsholzgewinnung der Venetianer seit langem nur mit kümmerlichem Gestrüppe bedeckt. Kahl, zuweilen blendend weiß im Sonnenlichte, treten die mehr als tausend Meter hohen Felsberge hart ans Ufer und müssen jetzt mit großen Kosten und Mühe aufgeforstet werden, was bei dem oft herrschenden Sturmwetter und der Monate währenden argen Sommerhitze nur zu oft mißlingt. Die Buche, Tanne und Fichte kommen Bestände bildend vor. Gegen Osten gibt es Mischbestände von Rotbuchen, Trauben-, Stein- und Zerreichen, Ahorn, Weißbuchen und Edelkastanien. In Slavonien — der äußerst fruchtbaren, meist ebenen und zum Teile versumpften Hälfte des Königreiches — herrscht die Stiel- und Traubeneiche vor, und zwar teils in reinen Beständen, teils gemischt mit Linden, Erlen, Weißbuchen, Kiefern, Eschen, Pappeln und Weidenbäumen.

Die Eichenwälder bedecken 63 000 Hektar, Flugland wurde mit 500 Hektar bepflanzt, auf reinen Waldböden kommen 1 400 000 Hektar und 1 200 000 Hektar gehören nicht zu absolutem Waldboden.

Reinen Eichenwald nehmen über 700 000 Hektar ein, darunter die in Oesterreich vielgerühmten schönen Eichenwälder Slavoniens, die allein 600 000 Hektar bedecken. Buchen- und andere Laubwälder bedecken 1 800 000 Hektar, Nadelholzwälder 300 000 Hektar.

Ausgebreitete Flächen Wald erfordern bereits die rascheste Abholzung, da sie sich schon längst in vegetativem Rückschritte befinden und den Besitzern zuweilen bereits Verluste bringen. Dagegen mangelt es an den sogenannten mittleren Altersklassen, nämlich Beständen von 50 bis 100 Jahren. Während aber große Eichenwaldungen infolge des engmaschiger gewordenen Schienennetzes schon ausgerodet wurden, liegen in den Gebirgen große Kapitalien brach. Unklare Besitzverhältnisse und politische Ereignisse, die das Land noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht zur Ruhe kommen ließen, und sehr große Rückständigkeit in der Organisation des Landesforstdienstes, ja auch der Umstand, daß hier noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts der Osmanen herrschte und nie aufhörende Grenzkämpfe stattfanden, trug dazu bei, daß die Wälder fast unbeaufsichtigt blieben. Die Prozesse bei Ablösung von Waldservituten und die durch viele Jahre geübte

plänterweise Anweisung der verkauften Stämme, ohne auf den künftigen Waldbestand Rücksicht zu nehmen, waren dem geregelten Forstwesen sehr ungünstig. Während in den Hafenstädten Kroatiens seit Jahrhunderten ein lebhafter Holzhandel getrieben wurde, gab es einen solchen im Innern des Landes gar nicht. Erst seit der in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts erfolgten Eröffnung der Dampfschiffahrt kam der Handel mit Waldprodukten in Fluß, und heute werden außer den drei früher erwähnten Strömen auch noch der Bosut- und Studwa-Fluß in Slavonien befahren und, wie schon gesagt, auch per Bahn viel Holz ausgeführt. Leider wurde bald zum Raubbau übergegangen, dem endlich entsprechende Gesetze entgegenzutreten mußten.

Der Verkauf am Stocke herrscht noch immer vor, doch vermitteln jetzt solide Firmen sowohl den Exporthandel als auch den lokalen Holzbetrieb. Selten befaßt sich ein Waldbesitzer persönlich mit dem Holzhandel. Die Plänterung ist nur mehr in Gebirgswaldungen vorherrschend, sonst wird die Schlagwirtschaft mit vorhergehender Verjüngung der Bestände geübt. In früherer Zeit wurde fast ausnahmslos Faßbaubenholz aus den Eichenwäldern ausgeführt, doch jetzt finden auch Eichenschnittware und Rundflöße, die auf der Sawe verschifft werden, viel Absatz. Modernste Sägewerke, Tanninfabriken und ähnliche Waldindustrien sind bereits entstanden. Die Rotbuchenbestände erfreuen sich einer rationellen Verwertung. Es ist gewiß ein Vorteil, daß die Arbeiter durchaus Einheimische sind.

In Kroatien gilt seit 1858 das österreichische Forstgesetz vom 3. Dezember 1852 so ziemlich unverändert. Seit 22. Januar 1894 trat das Gesetz betreffend „Die Organisation des forsttechnischen Dienstes der politischen Verwaltung“ und am 26. März desselben Jahres jenes über „Die Regelung der Verwaltung und Bewirtschaftung der unter der besonderen Aufsicht stehenden Wälder“ in Kraft. Bei der königlichen Landesregierung in Agram¹⁾ wurden eine eigene Forstsektion aufgestellt und in den einzelnen Bezirken Forsttechniker angestellt, die sich auch die Bewirtschaftung der Gemeinde- und Genossenschaftswälder angelegen sein lassen müssen.

¹⁾ Kroatisch Zagreb. 3. lies wie f in Noje.

Die im Jahre 1873 aufgelassene Militärgrenz, welche eine langgestreckte Provinz längs der ehemaligen Türkei bildete, besaß prachtvolle ausgedehnte Wälder, die jetzt den sogenannten Grenzvermögensgemeinden gehören, und es sorgen ein eigenes Forstinspektorat und Regierungskommissäre für deren richtige Bewirtschaftung. Vor Jahren beschuldigte man die ungarische Regierung, daß diese Wälder Unternehmern zur rücksichtslosen Ausbeutung überlassen würden, doch dürfte diese Beschuldigung kaum begründet gewesen sein. Tatsächlich übt über die kroatischen Landesforste das ungarische Ackerbauministerium in Budapest die Oberleitung aus. In Agram, Birkovec und Ototschak befindet sich die königliche Forstdirektion, beziehungsweise das Oberforstamt und ein Forstamt.

30 000 Joch Alteenbestände im östlichen Landesteil unterstehen der Staatsforstverwaltung und es müssen die Einnahmen dieser Wälder, die seit 1872 schon viele Millionen Kronen ergaben, für kulturelle Investitionen im Gebiete der einstigen Militärgrenzprovinz verwendet werden. Auf Kosten dieses Fonds wurde im Jahre 1878 in Zengg (kroatisch Senj) an der Meeresküste ein Forst-Inspizienten-Institut gegründet, das die vierhundert Quadratkilometer messende Karstwildnis aufzupforsten hat.

Am 22. Oktober 1895 trat ein Gesetz über Wildbach- und Rumpfenverbauung in Wirksamkeit. Schon 1860 entstand zu Kreuz (kroatisch: Kriševac) eine höhere Landesforstlehranstalt, die aber im Jahre 1898 nach Agram verlegt und an die dortige Universität angegliedert wurde.

Erst 13. März 1897 half ein Gesetz dem fühlbaren Mangel an geschultem Forstpersonal ab, indem die notwendigen Forst- und Waldhüterschulen errichtet wurden.

Im Jahre 1876 wurde der kroatisch-slavonische Landesforstverein gegründet, der schon an zweihundert Mitglieder zählt und sein eigenes schönes Vereinshaus nebst Museum besitzt. Sein Jahreseinkommen beträgt über 20 000 Kronen. Schumarski¹⁾ list „Des Forstmanns Blatt“ ist der Titel einer vom Verein herausgegebenen Zeitschrift, die sich anerkannt bedeutende Verdienste um das Forstwesen Kroatiens und Slavoniens erworben hat.

¹⁾ Schuma = Wald, Schumar = Forstmann.

Berichte über Versammlungen und Ausstellungen.

Die 23. Tagung des Forstwirtschaftsrates.

Die erste Kriegstagung des Forstwirtschaftsrates fand Ende März 1916 in Berlin statt. Inzwischen hat die Fülle der Kriegseignisse und die mit im engsten Zusammenhang stehende Kriegswirtschaft auch die forstwirtschaftlichen Verhältnisse beeinflusst, so daß eine zweite Kriegstagung des Forstwirtschaftsrates notwendig erschien. Im Hinblick auf die erheblichen Kosten einer solchen Versammlung und die jetzigen schwierigen Verkehrs- und Ernährungsverhältnisse trat der Vorstand des Forstvereins zwar nicht gern an die Einberufung des Forstwirtschaftsrates zur zweiten Kriegstagung heran. Aber die hervorragende Bedeutung der zu sprechenden kriegswirtschaftlichen Fragen und die Tatsache, daß das Kriegsamt eine gemeinsame Beratung mit den berufenen Vertretern der deutschen Forstwirtschaft über diese Fragen für höchst wünschenswert hielt, sowie schließlich auch verschiedene innere Angelegenheiten des Forstvereins, insbesondere die Notwendigkeit der Zustimmung des Forstwirtschaftsrates zu der durch den erweiterten Vorstand im Januar d. J. eingerichteten Geschäftsstelle für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten und die Berichterstattung dieser Stelle über ihre bisherige Tätigkeit, ließen jene Bedenken des Vorstandes zurücktreten und bestimmten ihn, den Forstwirtschaftsrat zur zweiten Kriegstagung einzuberufen.

Diese außerordentliche Tagung fand am 16. und 17. Juli in den Räumen des Klubs der Landwirte Berlin, Dessauer Straße 14, statt. Im Anschlusse an erfolgte am 18. Juli eine gemeinsame Beratung mit Vertretern der Kriegsrohstoffabteilung der forstpolitische Tagesfragen in den Räumen des Kriegsamts, Verlängerte Hedemannstraße 10. Aus obliegenden Gründen kann hier nur über die Verhandlungen an den beiden ersten Tagen berichtet werden.

Die Tagesordnung für die zweitägigen Verhandlungen lautete:

- A. Geschäftliche Angelegenheiten des Deutschen Forstvereins bzw. des Forstwirtschaftsrates.
- B. Sonstige Vorlagen.
1. Einrichtung einer Geschäftsstelle für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten.

Berichterstatte: Regierungsdirektor Dr. Wappes.

2. Vorberatung über die von der Kriegsrohstoffabteilung aufgestellte Tagesordnung:

a) Holzbedarf und Holzpreise.

Berichterstatte: Prof. Dr. Wimmer.

b) Holzabfuhr, Reklamation der Arbeitskräfte.

Berichterstatte: Oberförster Schulz.

c) Brennholz.

Berichterstatte: Prof. Dr. Wimmer.

3. Satzungsreform.

Berichterstatte: Regierungsdirektor Dr. Wappes.

4. Landwirtschaftlicher Anbau im Walde.

Berichterstatte: Oberförster Delfers.

5. Der gegenwärtige Stand der Forstnutzung.

Berichterstatte: Forstamtsassessor Dr. Münch.

6. Die Aufgaben der Forstwirtschaft im Kriege und die Abwehr übertriebener Ansprüche an den Wald.

Berichterstatte: Geheimrat Prof. Dr. Dickel.

7. Anträge und Anfragen aus der Versammlung.

Am 16. Juli sollte über die inneren Angelegenheiten des Forstvereins verhandelt werden, auf der Tagesordnung der Sitzung vom 17. Juli dagegen, zu der auch Vertreter der Staatsforstverwaltungen und sonstiger Körperschaften eingeladen waren, standen die eigentlichen kriegswirtschaftlichen Fragen.

Für die Sitzung vom 16. Juli war daher folgende Tagesordnung aufgestellt:

1. Eröffnung und Bericht über wichtigere Vorgänge im Vereinsleben und in der Geschäftsführung.

2. Vermögens- und Kassenverhältnisse des Vereines:

a) Jahresrechnung 1916;

b) Allgemeines über Vermögenslage und Erledigung einiger Anträge im Kassenwesen;

c) Haushaltsplan 1917 und 1918.

Berichterstattung zu a): durch einen Ausschuß, zu b) und c): durch den Generalsekretär.

3. Anordnung von Stellvertretung (infolge Ausscheidens des Vorsitzenden, des stellvertr. Beisitzers Oberforstmeister Riedel-Nest u. A. Berichterstatte: Der Vorsitzende.

4. Bericht des Ausschusses für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten:

- a) Tätigkeitsbericht des vom Kriegsausschuß des F. W. N. in das Kriegsernährungsamt entsandten Vertreters;

Berichterstatler: Prof. Dr. V o r g m a n n.

- b) Errichtung einer Geschäftsstelle des F. W. N. für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten zu Berlin.

Berichterstatler: Regierungsdirektor Dr. W a p p e s.

(Zu b) einschlägig ein Antrag schlesischer Waldbesitzer.)

5. Bericht der Geschäftsstelle für Holzhandels-, Verkehrs- und Zollangelegenheiten.

- a) Jahresbericht 1916;
b) Wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte vom Standpunkt der deutschen Forstwirtschaft (kurzer Bericht über die diesbezügliche Tätigkeit der Geschäftsstelle).

Berichterstatler: Prof. Dr. v o n M a m m e n.

6. Bericht der Kiefernsementkommission.

Berichterstatler: Geheimrat Prof. Dr. S c h w a p p a c h.

7. Satzungsreform.

Berichterstatler: Regierungsdirektor Dr. W a p p e s.

8. a) Bericht der Prüfungskommission über das Ergebnis der sechsten Prüfung für Bewerber des Revierverwaltungsdienstes der Privaten usw.

Berichterstatler: Oberforsttrat E i g n e r.

- b) Neuwahl der Prüfungskommission.

Berichterstatler: Der Vorsitzende.

Trotzdem die Sitzung mit nur etwa 1½-stündiger Unterbrechung von 9 Uhr vormittags bis nach 7 Uhr nachmittags dauerte, konnte diese umfangreiche Tagesordnung am 16. Juli nicht vollständig erledigt werden. Einige Punkte mußten vielmehr auf den Vormittag des 17. Juli verschoben werden.

Der Vorsitzende, Oberforstmeister N i e b e l, eröffnete die Sitzung am 16. Juli mit einem Hoch auf den Allerhöchsten Kriegsherrn. Er gedachte dann der seit der letzten Tagung verschiedenen Mitglieder des F. W. N., der Herren Forstdirektor Dr. v o n F ü r s t, Landesforstmeister W ä c h t e r und Oberforsttrat E f l i n g e r, sowie des ehemaligen Mitgliedes Forstmeister W o l f - W e t t e r, begrüßte die neu eingetretenen Mitglieder und berichtete hierauf über wichtigere Vorgänge im Vereinsleben und in der Geschäftsführung.

Aus dem Berichte des Generalsekretärs S p e n g l e r über die Vermögens- und Pfaffenverhältnisse des Forstvereins sei hervorgehoben, daß infolge erheblicher Ausgaben für die neu eingerichtete Geschäftsstelle die finanziellen Verhältnisse des Forstvereins auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen, wenn die Geschäftsstelle, wie beabsichtigt, eine dauernde Einrichtung bleiben soll. Die Regelung dieser wichtigen Angelegenheit konnte jedoch wegen Zeitmangels nicht erfolgen; sie soll bei der nächsten Tagung des F. W. N. und des Forstvereins stattfinden.

Der hierauf erstattete Jahresbericht Dr. v o n M a m m e n s über die Tätigkeit der Holzhandels- u. Geschäftsstelle im Jahre 1916, der sich auch über die Stellung der „Brandsteiner“ zur Berliner Kriegsgeschäftsstelle verbreitete, wurde genehmigt.

Im Auftrage des Kriegsausschusses berichtet Professor Dr. V o r g m a n n über seine Tätigkeit im Kriegsernährungsamt, die ihn vom Sommer bis zum November 1916 in Anspruch nahm. Durch die Einrichtung der Kriegsgeschäftsstelle ist die für das Frühjahr 1917 in Aussicht genommene weitere Tätigkeit eines Vertreters des F. W. N. im Kriegsernährungsamt überflüssig geworden. Borgmann ist der Ansicht, daß die Tätigkeit eines Einzigen nicht genügt, um die Forstwirtschaft in einer oberen Behörde zu vertreten. Die Errichtung einer ständigen Geschäftsstelle des F. W. N. hält auch er für notwendig. — Die Zurverfügungstellung Borgmanns für das Kriegsernährungsamt durch den Kriegsausschuß und den Vorstand wurde nachträglich genehmigt.

Über die Errichtung der Geschäftsstelle für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten in Berlin berichtet dann eingehend Regierungsdirektor Dr. W a p p e s, der am 27. Dezember 1916 vom erweiterten Vorstand mit der Einrichtung und vorläufigen Leitung der Stelle betraut worden war und in vierteljähriger Tätigkeit in Berlin die ihm gestellte Aufgabe mit Erfolg gelöst, d. h. die Stelle ins Leben gerufen hat. Insbesondere schilderte er die Vorgänge, die zur Errichtung der Geschäftsstelle führten, ihre Organisation, die leitenden Grundsätze für ihre Tätigkeit und die Ziele, die sie hierbei verfolgt. Auch auf die mannigfaltigen Schwierigkeiten und Hemmnisse, die sich der Errichtung der Stelle entgegenstellten, ging er näher ein. Nachdem hierauf Oberforstmeister N i e b e l als Vorsitzender des Vorstands dessen Vorgehen verteidigt und die Notwendigkeit der Errichtung einer ständigen Geschäftsstelle begründet hatte, entspann sich eine eingehende lebhafte Besprechung, an der sich zahlreiche Mitglieder des Forstwirtschaftsrates beteiligten.

In ablehnendem Sinne äußerte sich in längeren Ausführungen als einziger Redner Geh. Hofrat Professor Dr. E. n d r e s - München. Nicht nur, daß die sachliche Notwendigkeit und Dringlichkeit der Errichtung einer ständigen Geschäftsstelle des Deutschen Forstvereins bestritten, der die Vertretung der Staatsforstwirtschaft nicht übernehmen könne, sondern er bemängelte auch die Organisation der Geschäftsstelle und erhob vor allem formale Einwände gegen das Vorgehen der Satzungscommission des Vorstandes bei der Einrichtung der Stelle. Unter allen Umständen hätte zum mindesten der Forstwirtschaftsrat vor Errichtung der Geschäftsstelle gehört werden müssen. Aber selbst der F. W. R., und weniger der Kriegsausschuß, hätte allein diese organisatorische Frage lösen können. Das sei Sache der Hauptversammlung des Forstvereins gewesen. Die Geschäftsstelle sei deshalb vorerst nach seiner Auffassung eine rein private Angelegenheit ihres Gründers, des Regierungsdirektors Dr. Wappes. Sämtliche übrigen Redner vermochten dieser Auffassung nicht beizutreten. Sie vertraten vielmehr die Ansicht, daß die derzeitigen außergewöhnlichen Verhältnisse ein Abweichen des Vorstandes vom gewöhnlichen Geschäftsgange rechtfertigten. Die Sache sei von großer Wichtigkeit und sehr dringlich gewesen, und das tatkräftige und erfolgreiche Vorgehen von Wappes verdiene deshalb Anerkennung. Er habe sich mit der Errichtung der Geschäftsstelle den Dank nicht nur des Forstvereins, sondern der gesamten deutschen Forstwirtschaft erworben. Schließlich wurde einstimmig folgender Antrag angenommen:

1. Der Forstwirtschaftsrat billigt den Beschluß des erweiterten Vorstandes vom 27. Dezember 1916, durch den eine Geschäftsstelle als Vollzugsorgan des kriegswirtschaftlichen Ausschusses geschaffen worden ist.

2. Die Geschäftsstelle wird mit der weiteren Behandlung der kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten beauftragt und ermächtigt, auf dem bisherigen Wege die erforderliche Finanzierung zu betreiben. Mittel des Deutschen Forstvereins dürfen nicht in Anspruch genommen werden. Im Anschlusse an diesen Punkt der Tagesordnung wurde ein weiterer Antrag mit großer Mehrheit angenommen, wonach im September eine Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins nach Erfurt berufen werden soll.

Schließlich erklärte der Vorsitzende des Forstvereins, Oberforstmeister N i c h e l, und der erste

Beisitzer, Oberforstmeister N u n n e b a u m, den Rücktritt von ihren Vorstandsstellen, und da der eine der beiden Stellvertreter, Oberforstmeister N i c h e l - Ujest, infolge Ruhestandsversetzung aus dem Forstwirtschaftsrat ausgeschieden ist, so übernahm Geh. Oberforsttrat Dr. R e u m e i s t e r die Stelle des Vorsitzenden und Geh. Regierungsrat Du a c t - F a s l e m die des ersten Beisitzers. Bei der satzungsgemäß vom Forstwirtschaftsrat am nächsten Tage vorgenommenen Ersatzwahl wurden Regierungsdirektor Dr. W a p p e s als zweiter Beisitzer, Graf W e s t e r h o l t und Hofamterpräsident Erzellenz v o n B a s s e w i z - G o t h a als Stellvertreter in den Vorstand gewählt. In Erfurt wird die Neuwahl des Vorstandes durch die Hauptversammlung des Forstvereins stattfinden.

Zu Beginn der Sitzung vom 17. Juli begrüßte der Vorsitzende zunächst die erschienenen Vertreter der Staatsforstverwaltungen, sowie den Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates, worauf Landwirtschaftsminister v o n d e m B u s c h e in deren Namen für die Einladung dankte. Alsdann wurde auf Grund des Berichts des tags zuvor ernannten Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1916 dem Rechnungsführer und dem Vorstande Entlastung erteilt. Es folgten die Berichte der Kiefernsaamenkommission durch Geh. Regierungsrat Prof. Dr. S c h w a p p a c h und der Prüfungskommission über das Ergebnis der sechsten Prüfung für Anwärter des Revierverwaltungsdienstes der Privaten etc. durch Oberforsttrat E i g n e r, sowie die Neuwahl dieser Prüfungskommission. Die bisherigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Aus dem Berichte Prof. Dr. M a m m e n s zu Punkt 5 b der Tagesordnung sei schließlich hervorgehoben, daß von vielen Seiten zwar der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftszusammenschluß angestrebt wird, daß jedoch die Ansichten über die Ausführung noch sehr weit auseinandergehen. Der Antrag Mammens, daß der Forstwirtschaftsrat sich für die Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik Deutschlands ausspreche und eine wirtschaftspolitische Annäherung an Österreich-Ungarn wünsche, wurde einstimmig angenommen.

Nachdem Punkt 7 — die Satzungsreform — von der Tagesordnung abgesetzt und für die Erfurter Tagung zurückgestellt worden war, konnte in die Erörterung der kriegswirtschaftlichen Fragen eingetreten werden.

Zum ersten Thema „Holzbedarf und Holzpreise“ hielt Professor Dr. W i m m e r - Karlsruhe den einleitenden Vortrag. Er besprach zunächst die Hauptunterscheidungsmerkmale zwischen Kriegswirtschaft und Friedenswirtschaft und ging dann näher auf den Holzbedarf des Deutschen Reiches

ein. Kurz vor dem Ausbruche des Krieges, im Jahre 1913, betrug die Holzabfuhr im Deutschen Reich rund 59 Mill. fm, und zwar 29 Mill. fm Kuchholz und 30 Mill. fm Brennholz. Die Mehreinfuhr aus dem Auslande belief sich auf rund 14 Mill. fm, fast ausschließlich Kuchholz, so daß der jährliche Holzbedarf des Deutschen Reiches vor Kriegsbeginn rund 73 Mill. fm betrug. Durch den Krieg fiel nicht nur der weitaus größte Teil der Holzeinfuhr weg, sondern es verminderte sich auch der Einschlag in Deutschland infolge der schwieriger gewordenen Arbeiter- und Bringungsverhältnisse; zudem entfällt von den uns jetzt noch zur Befriedigung des Kuchholzbedarfs zur Verfügung stehenden Mengen ein sehr beträchtlicher Teil auf die Heeresverwaltung.

Der Berichterstatter ging sodann auf die gesetzlichen Maßnahmen ein, die bisher zur Regelung des Holzbedarfs getroffen worden sind. Der erste Eingriff in den freien Handel mit Holz erfolgte durch die Beschlagnahme der Kuchbäume zu militärischen Zwecken im November 1915. Ihr folgten die Bestimmungen der Verordnung des Bundesrats vom 30. November 1916 über die Beschaffung von Papierholz für die Versorgung der Tageszeitungen mit Druckpapier (Papierholzbeschaffungsstelle in Charlottenburg). Die Deckung des Grubenholzbedarfes erfolgt zurzeit noch durch Ankauf im freien Handel, aber es sind zwei Holzbeschaffungsstellen — eine für den Westen in Essen und die andere für den Osten in Rattowitz — eingerichtet worden, die die Aufgabe haben, den Gruben die erforderlichen Mengen Grubenholz zur Verfügung zu stellen. Zurzeit besteht ein Mangel an schwachen Sortimenten (6 bis 14 cm Zapfstärke), hervorgerufen durch die Tatsache, daß infolge der schwierigen Arbeiterverhältnisse der Holzeinschlag in Deutschland und in den von uns besetzten Gebieten sich mehr in Altholz als in den jüngeren Beständen bewegt. Es wird mehr abgetrieben und weniger durchforstet als zur Zeit des Friedens. — Für die Beschaffung des Holzbedarfs des Feldheeres sind im April 1917 „Richtpreise“ eingeführt worden, während von der Festsetzung von Höchstpreisen für Holz — wohl mit Recht — abgesehen wurde. Auf Grund der Richtpreise lassen sich die Waldpreise berechnen und die Zwischenverdienste feststellen. Unter den obwaltenden Verhältnissen scheint die Einführung der Richtpreise die bestmögliche Lösung der Frage gewesen zu sein.

Dr. Wimmer faßte seine Ausführungen zum Schluß in folgende Zeitsätze zusammen:

„I. Der Forstwirtschaft ist aus der Art des Verkaufes, der öffentlichen Versteigerung, die bei unsteuerten Preisen die Regel bildet, kein Vorwurf zu

machen, denn die Handverkäufe sind bei einer so stürmischen Nachfrage von allen Seiten schwer durchzuführen, ohne sich dem Vorwurf ungerechter Verteilung durch Bevorzugung einzelner auszusetzen. Nichtsdestoweniger wird die Versteigerung, je länger der Krieg dauert, mehr und mehr vom Freihandverkauf zurückgedrängt. Die Schwierigkeiten, die sich einer gerechten Holzverteilung entgegenstellen, werden, wie auf anderen Gebieten, überwunden werden.

II. Papier- und Grubenholz geben zur Änderung der seitherigen Erscheinungen keinen Anlaß, dem Einschlag von schwächeren Grubenholzsorten soll die Forstwirtschaft zur Sicherung unserer Kohlenförderung besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die Deckung des Frontbedarfs unseres Feldheeres unter möglicher Transportersparung ist zurzeit die dringendste Anforderung, die an den Wald gestellt wird.

III. Die Überlassung des Nadelholzeinschlages von Sägeholz, unter Ausschluß der etwa um 40 % wertvolleren Waggon- und anderen hochwertigen Sorten im freihändigen Verkauf, an die Austeile der Kriegsamtstellen legitimierte Käufer, unter Berücksichtigung des geringsten Transportes, ist eine Notwendigkeit. Die Preisfestsetzung für Kuchholz soll im Anhalt an die zurzeit geltenden Richtpreise geschehen. Die Kriegsamtstellen führen nachweise, daß ca. 70 % des so vom Waldbesitzer überwiesenen Rundholzes als Schnitthware der Heeresverwaltung abgegeben wird. Das übrige Holz bleibt, wie seither, im Verkehr.“

Den zweiten Punkt der Tagesordnung „Holzabfuhr und Reklamation der Arbeitskräfte“ leitete Oberförster Schulz als Mitglied der Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates ein. An eine bedeutende Vermehrung der Lastkraftwagen zum Zwecke der Holzabfuhr sei aus verschiedenen Gründen während des Krieges nicht zu denken. Im großen ganzen werde nur die Abfuhr mit Pferdegespannen in Frage kommen. Die Pferdefrage sei aber in der Hauptsache eine Futterfrage, ganz besonders bei der schweren Arbeit der Holzabfuhr. Jedes Ersatz-Futtermittel müsse bei Mangel an Hay verwendet werden; an die Holzfuhrwerksbesitzer seien Zulagen an solchen Futtermitteln zu verteilen. Mit der schwedischen Holzfallsmaschine „Sector“ seien günstige Ergebnisse auf Kahlfeldflächen erzielt worden. Für Kahlabtriebe könne sie entschieden empfohlen werden.

Bei der Reklamation von Arbeitskräften sei das Augenmerk auf gelernte Holzhauer und wirkliche Holzfuhrleute zu richten. Leute, die mit der Waldarbeit nicht vertraut seien, könne man nicht brauchen,

Nach längerer Besprechung wurden folgende *Entscheidungen* für die Verbesserung der Holzabfuhr und die weitestgehende Reklamation der Arbeitskräfte niedergelegt:

1. Es ist den Verwaltungen, die maschinelle Betriebe haben, nach Möglichkeit Brennstoff — Kohlen, Petroleum, Kohlen —, ferner Schmieröl zur vollen Ausnutzung ihrer Maschinen zur Verfügung zu stellen. Die gelehrten Maschinisten sind in Heeresdienst für die Zeit der Abfuhr möglichst befreit.

2. Es ist mit der Eisenbahnverwaltung in Unterabrede zu treten, daß dort, wo sich größere Holzschlagen lassen, tunlichst viele Verladestationen, bei wieder befahrenen Bahnen unter Umständen auch auf freier Strecke, ohne wesentliche Belastung des Waldbesitzers eingerichtet werden.

3. Es sind die Pferdebedecks anzuweisen, zu gemessenen Preisen Pferde möglichst mit garnisonenstfähigen, fahrkundigen Mannschaften zur Holzabfuhr zur Verfügung zu stellen oder Pferde käuflich überlassen.

4. Es ist Hafer, Kraft- und Rauhfutter als Fütterungszulage für Pferde zur Holzabfuhr zur Verfügung zu stellen, und zwar so, daß die Forstverwaltungen die Verteilung der Zulage sowohl an die eigenen Pferde, wie an die fremden Holzabfuhrspannen übernehmen können.

5. Bei der Auswahl der Kriegsgefangenen zu Holzarbeitern ist in weitestgehendem Maße auf ihren Zivilberuf Rücksicht zu nehmen. Es eignen sich neben gelehrten Holzhauern besonders Stellmacher, Tischler, Maurer, Gärtner und Landwirte zu; ebenso wie Bergwerksarbeiter, Ziegelerbeiter und sonstige Erdarbeiter häufig gutes Arbeitermaterial sind. Für Kriegsgefangene sind gewisse Abzüge für den gesamten Holzfallereibetrieb einzuschließen, die Abfuhr festzulegen.

6. Gelehrte Holzhauer, auch kriegsverwendungsfähige, sodann Holzfuhrleute, besonders aber auch Forstbeamte, sind in weitestgehendem Umfange und zeitlich zu beurlauben.

7. Die Waldarbeiter sind als Rüstungsarbeiter zu erklären, und es sind ihnen Schuhzeug bezw. jeder und abgetragene Militärkleider zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen.

8. Die Bauern sind durch das Kriegshilfsdienstgesetz mit ihren Gespannen zur Holzabfuhr heranzuziehen.

Über die Brennholzfrage, die im Verlauf des Krieges infolge der Kohlenknappheit erhöhte Bedeutung erlangt hat — die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen ist neben der Beschaffung von Nahrungsmitteln eins der wichtigsten Probleme der Kriegswirtschaft —, erstattete

Prof. Dr. Wimmer Bericht. Er zerlegte das Thema in folgende Unterfragen:

1. Wieviel Brennholz liefert der deutsche Wald?
2. Welche gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, um die Brennholzversorgung im Kriege zu regeln?
3. Welche Maßnahmen für die Brennholzversorgung sind von den einzelnen Forstverwaltungen bisher getroffen worden?
4. Auf welche Weise kann die Brennholzversorgung unter Würdigung der vorliegenden Tatsachen geregelt werden?

Die Brennholzerzeugung des Deutschen Reiches betrug im Frieden rund 30 Mill. fm, im Kriege ist sie auf etwa 24 Mill. fm gesunken. Verschiedene Bundesrats-Verordnungen haben sich bereits mit der Frage befaßt. Eine Förderung des Holzeinschlags wird mit allen Mitteln angestrebt, aber die Hauptschwierigkeit liegt in der Beschaffung der erforderlichen Arbeiter und Transportmittel. Gelingt es, diese Frage zu lösen, dann wird auch das Problem der Brennholzversorgung seine Lösung gefunden haben. Hinsichtlich der Befriedigung des Brennholzbedarfs ist neben die Abgabe auf dem Versteigerungswege mehr und mehr der freihändige Verkauf getreten. Nichtsdestoweniger haben die Brennholzpreise eine außergewöhnliche Steigerung erfahren. Die von den Staatsforstverwaltungen bereits erlassenen Vorschriften oder ins Auge gefaßten Wege und Mittel zur Regelung der Brennholzversorgung sind teils betriebstechnischer, teils wirtschaftspolitischer Art. Zu den ersteren gehören: Zulassung und Anregungen zum Handtransport auf Karren, Benutzung von kleinen Straßenbahnen; Selbstwerbung durch die Empfänger oder Aufarbeitung und Gewinnung des gefällten Holzes durch diese; Anwendung mechanischer Fällung und Stockrodung; Ausdehnung der Brennholztriebe über das ganze Jahr.

Das Ziel der geplanten Regelung der Brennholzversorgung ist sehr verschieden. Manche Staaten streben eine vollständige Brennholzbedarfsverteilung an, während in anderen Staaten nur eine weitestgehende freihändige Abgabe an den minder bemittelten Teil der Bevölkerung ins Auge gefaßt ist.

M. E. kann unter den heutigen Verhältnissen das Brennholz die Kohle, besonders in den Großstädten, nicht ersetzen. Einmal sind die Öfen in den Städten zumeist für Holzfeuerung nicht geeignet, und dann: wenn die Versorgung der Städte mit Kohle infolge der bestehenden Transportverhältnisse schon schwierig ist, würde ihre Versorgung mit Brennholz sich noch schwieriger gestalten, denn Holz ist im Vergleich zur Heizkraft schwerer als Kohle. Es muß deshalb mit allen Mitteln angestrebt werden, die Kohlenförderung zu steigern, und dazu kann auch

die Forstwirtschaft durch Lieferung des erforderlichen Grubenholzes ihr Teil beitragen. Die Brennstofffrage ist zum Teil eine Grubenholzfrage. Stellen wir den Gruben genügende Mengen Arbeiter und Grubenholz zur Verfügung! Die Transportfrage wird dann leichter zu lösen sein, als wenn den Städten Brennholz geliefert werden müßte.

Die Thematika „Landwirtschaftlicher Anbau im Walde“ und „Die Aufgaben der Forstwirtschaft im Kriege und die Abwehr übertriebener Ansprüche an den Wald“ wurden von der Tagesordnung des 17. Juli abgesetzt. Nur Punkt 3 „Der gegenwärtige Stand der Harznutzung“ kam noch zur Besprechung. Der Leiter des Kriegsausschusses für Fette und Öle, Rohharzabteilung, E. L. M. H. o. r. s. t. berichtete über die Harzwirtschaft im Kriege. Er hob insbesondere hervor, daß der Friedensbedarf des Deutschen Reiches an Harz im Betrage von jährlich über 80 000 t ausschließlich durch Einfuhr aus dem Auslande gedeckt worden sei. Durch den Krieg haben sich die Verhältnisse stark verändert. Alle Harz verbrauchenden Industrien haben ihre Betriebe wesentlich einschränken müssen. Erfsakstoffe, besonders Erzeugnisse der Steinkohlendestillation, sind vielfach an die Stelle des Harzes getreten, im übrigen aber hat der deutsche Wald, aus dem die Harznutzung seit langer Zeit verschwunden war, sein Harzerzeugnis hergeben müssen, um den Harzbedarf unserer wichtigen Kriegsindustrien zu decken.

Als forsttechnischer Mitarbeiter des Kriegsausschusses für Fette und Öle sprach schließlich noch zu dem gleichen Thema Forstamtsassessor Dr. M. ü. n. d. über den gegenwärtigen Stand der Harznutzungstechnik. Er schilderte die einzelnen Verfahren der Harzgewinnung an Kiefern, Fichten und aus den Wurzelstücken der Kiefer und erörterte dann die Rentabilitätsfrage, wobei er zu dem Schlusse kam, daß der vom Kriegsausschuß für das Jahr 1917 festgesetzte Preis von 300 Mk. für 100 kg Kiefern-Rohharz hoch genug bemessen sei, um einen Gewinn zu verbürgen und dadurch auch die Privat- und Gemeindeförster zur Harznutzung zu veranlassen.

Auf die an die Vorträge sich anschließenden eingehenden und lebhaften Besprechungen kann wegen Raum Mangels nicht eingegangen werden. Es sei nur erwähnt, daß sie sämtlich von dem eifrigsten Willen getragen waren, der Schwierigkeiten, die sich der Holzversorgung unserer Heere und der Bevölkerung während des Krieges entgegenstellen, Herr zu bleiben. Die Aussprache trug wesentlich zur Klärung der verschiedenen wichtigen Fragen bei, und es steht zu hoffen, daß die deutsche Forstwirtschaft sich den an sie gestellten Anforderungen des vierten Kriegsjahres, insbesondere des vierten Kriegswinteres gewachsen zeigen wird.

Litauen, im September 1917.

Dr. H. Weber.

Notizen.

Kgl. bayerischer Oberforststrat Otto Eßlinger †.

Auch in unserer Zeitschrift, welche in vorliegendem Heft wohl den letzten Aufsatz aus der fleißigen Feder des Verstorbenen bringt, soll der Verdienste dieses hervorragenden pfälzisch-bayerischen Forstmannes kurz gedacht werden.¹⁾

Seit 1888 befand sich Eßlinger als Referent an der R. Regierung der Pfalz zu Speyer, Forstabteilung und Kammer der Forsten, um im Jahre 1912 in Ruhestand zu treten, den er in Heidelberg verlebte bis zu seinem am 27. Februar d. J. plötzlich erfolgten Tode. Er erreichte ein Lebensalter von etwas über 78 Jahren. Aufrichtige Trauer verursachte sein Ableben allen, die ihm näher und auch ferher standen. Denn er besaß ein sonniges und heiteres Gemüt, das im Verein mit seiner Sprachgewandtheit die Herzen, namentlich der jungen Welt, rasch und leicht gewann.

Ausgestattet mit großen Geistes- und Herzensgaben wirkte Eßlinger schon 1878—1878 als Assistent und Dozent

an der damaligen Forstlehranstalt zu Aschaffenburg, wo ihn u. a. der Vortrag über Jagdkunde zugewiesen war, dessen er sich glänzend entledigte. 1878 als Oberförster zu Schaidt im Wienwald in seiner heimatlichen Pfalz ernannt, machte er sich durch die Einführung der dortigen Korbeidenzucht in die Verarbeitung besonders verdient. Von 1888 an war er Standort des Reviers, seit 1885 des Forstamts Aschaffenburg, wohin er sich versetzen ließ und übernahm auch wieder die Stelle eines Dozenten für Wegebau und Jagdkunde an der Forstlehranstalt. Diese Lehrbetätigung, die ihn in inniger Beziehung zur forstlichen Jugend brachte, sagte ihm ganz besonders zu. Späterhin beklagte er es oft, daß er dem forstlichen Lehrberuf nicht trenn blieb oder trenn bleiben durfte.

Seiner im Jahre 1888 erfolgten Berufung als Regierungsforstassessor und damit als Referent und Inspektionsbeamter an der R. Kreisregierung der Pfalz zu Speyer konnte er doch nicht widerstehen.

1891 rückte er zum Forststrat auf, war seit 1909 Regierungs- und Forststrat und erhielt in dieser Eigenschaft 1911 Titel und Rang eines R. bayer. Oberforststrates. Wegen seiner vorzüglichen Dienstleistungen während einer 24-jährigen Tätigkeit als höherer Regierungsbeamter, wurde er bei seinem Über-

¹⁾ Vgl. auch den mit Eßlingers Bild geschmückten, ehrenvollen, ausführlichen Nachruf vom Pfälzer Forstverein in Nr. 18, 1917 der Forstlichen Wochenschrift Silva, S. 81/88 von Herrn R. Regierungs- und Forststrat H. Cramer zu Speyer.

tritt in den Ruhestand 1912 noch der Allerhöchsten Anerkennung durch Verleihung des Verdienstordens vom Heiligen Michael III. Klasse teilhaftig.

Sowohl der äußere dienstliche Lebensgang unseres Fachgenossen und Freundes!

Wie ich schon bei meiner Ansprache auf dem stimmungsvollen Friedhof zu Altheidelberg bei Eßlingers Beerdigung am 2. März 1917 als Corpsbruder mit erwähnte, hat der Verbliebene als Beamter in dienstlicher und wissenschaftlicher Beziehung sich weit über das Durchschnittsmaß hinausgehoben.

Als junger Mann hatte er die forstliche Staatsprüfung mit der ersten Note zurückgelegt und war in seinen verschiedenen Vorbereitungsstellen links und rechts des Rheines stets eifrig bemüht, sein Wissen und seine forstlichen Erfahrungen zu bereichern, was ihm in seiner späteren selbständigen Stellung als äußerer Amtsvorstand zugute kam. Eßlinger hatte einen praktischen Blick und eine ausgesprochene Neigung für den forsttechnischen Betrieb. Die Kenntnisse im Wegbau namentlich konnte er als technischer Referent der Regierungsforstammer in Speyer gut verwerten, gar manche kunstvoll angelegte Wald- und Bergstraße im Pfälzerwald usw. legt von seinem technischen Können Zeugnis ab. Auch ist er der Erfinder der sog. Eßlingerschen Säelatte, deren einfache und sichere Handhabung ich bei der Deutschen Forstversammlung zu Dresden im Jahre 1889 gelegentlich meiner forstlichen Studienreise als Eßlingers ehemaliger Hörer den Herrn Fachgenossen zum erstenmal vorzuzeigen die Ehre hatte.

Auf den deutschen Forstversammlungen war Oberforststrat Eßlinger ein gern gesehener Gast, der durch Wort und Tat in ernster und heiterer Weise („Kapuzinade“) stets die Zusammenkünfte zu beleben wußte. Auch hat er seinen Pfälzer Landsmann † Oberforstmeister Mey zu Mey bei der Gründung des Deutschen Forstvereins wirksam unterstützt. Lange Jahre erster Vorsitzender des Pfälzischen Forstvereins hat er dessen Vereinstätigkeit wesentlich gehoben. Auch als zweiter Vorsitzender des pfälzischen Kreisforstvereins trug er zur Förderung der Forstzucht, auch in den Wald-Bächen und Weihern, vieles bei. Neben der Bekleidung anderer Ehrenämter behandelte sich der Verstorbene im öffentlichen Leben als treuer Verfechter der vaterländischen deutschen Sache und des Deutschlands überhaupt. Dabei war er auch tief innerlich veranlagt, ohne ausgesuchte Frömmigkeit an den Tag zu legen.

Infolge seiner früheren Lehrtätigkeit wurde er auch langjähriges Mitglied des Prüfungsausschusses für die alljährlichen forstlichen Staatsprüfungen und viele Prüfungsarbeiten sind zur Würdigung durch seine Hände gegangen; er dürfte, wo einigermaßen zugänglich, gern ein milder Richter gewesen sein.

Vermöge seiner fachlich und allgemein hervorragenden Ausbildung war Oberforststrat Eßlinger schon seit langen Jahren eifrig literarisch tätig und viele forstliche Aufsätze und Besprechungen zeugen von seiner befruchtenden forstlichen Schriftstellerei. Namentlich war er Mitarbeiter für den jagdlichen Teil der zweiten neu bearbeiteten Auflage 1904 des bekannten illustrierten Forst- und Jagdlexikons von Dr. Hermann Fürst, des 10 Tage vor Eßlinger auch entschlafenen letzten langjährigen Direktors der Forstlichen Hochschule zu Aschaffenburg. Mit diesem für unser Fach so verdienstvollen allgemein verehrten Manne stand Eßlinger seit 1878 in ununterbrochener Verbindung. Beiden ist nun die fleißige Feder entfallen. Beider Andenken bleibt ein segnetes!

Unserem lieben pfälzischen Landsmann und Fachgenossen, dem verstorbenen R. bayer. Oberforststrat Otto Eßlinger von Speyer, legen wir mit besonders tiefer Verehrung noch nachträglich den Kranz aus Eichenlaub auf seinem einen braven Mann bedeckten Grabhügel in dem baum- und walddummräuschten Heidelberger Friedhof.

Speyer a. Rh.

Johann Reiper.

Walbsamen-Erntebericht.

Von Heinrich Keller Sohn in Darmstadt.

Von Kiefern Samen haben wir in diesem Jahre eine geringe Ernte zu erwarten. Bei dem Leutemangel werden Preise für die Zapfen verlangt, die kaum vorher da waren; dabei werden die Zapfen wohl auch weniger Samen als in sonstigen guten Erntefahren enthalten. Vorräte von vorjähriger guter Saat werden kaum vorhanden sein.

Die Fichte brachte in den letzten Jahren nacheinander gute Ernteerträge, man kann sagen in allen Produktionsgebieten; deshalb war von vornherein zu erwarten, daß die Fichte diesmal nicht wieder Zapfen tragen wird. Nach allen vorliegenden Berichten scheinen Fichtenzapfen in diesem Jahre nirgends gewachsen zu sein. Ob die Vorräte guter vorjähriger Saat den Bedarf decken? Die Eigener verlangen sehr hohe Preise, namentlich aus Österreich kommen enorme Forderungen.

Die Lärche, die voriges Jahr ziemlich viel Zapfen trug — leider wurden die wenigsten davon abgeerntet — bringt dieses Jahr so gut wie keinen Ertrag, also wird auch der Lärchensamen recht teuer werden.

Ganz daselbe gilt für die Weimutsiefer, während die Wistanne im vorigen Jahre nicht fruktifizierte, dieses Jahr aber Zapfen liefert. Diese Zapfen wurden schon an die Brecher zu noch niemals dagewesenen Preisen bezahlt, so daß für das Kilo guten Samen eben M. 5,— verlangt werden! Auch für Schwarzkiefern Samen werden enorme Preise gefordert. Von Bantzkiefern werden voraussichtlich kleine Samenmengen aus deutschen Zapfen lieferbar sein.

Auf Douglasfichten-Samen muß diesmal ganz verzichtet werden.

Von Eekiefern wurden im vorigen Jahre noch ziemlich große Mengen Zapfen aus Belgien und Holland bezogen, die guten Samen ergaben; jetzt gibt das Reich keine Einwilligung zur Einfuhr, weder von Zapfen noch Samen. Aus diesem Grunde kann auch der Händler Walbsamen, der z. B. in der Schweiz in guter Qualität preiswert zu erhalten wäre, nicht hereinschaffen; ebenso wenig wie die Samen wichtiger Ercoten.

Von Laubhölzern brachte die Eiche strichweise eine mäßige Mast.

Die Eichen sind bekanntlich beschlagnahmt, doch ist es mir endlich gelungen, eine beschränkte Menge zu Saatzwecken frei zu bekommen. Die Eichen werden, trotzdem der amtlich vorgeschriebene Sammlerpreis erhöht wurde, zu Saatzwecken wie voriges Jahr geliefert werden können.

Die Koteiche trug fast keine Mast in Deutschland. Aus Belgien und Holland, welche Länder uns sonst mit guten Koteicheln aushalfen, ist wegen Einfuhrverbots nichts hereinzubringen. Dieselbe Kalamität haben wir bei Erleysamen, von dem ebenfalls sonst in Deutschland wenig und jetzt in den Kriegsjahren so gut wie nichts eingekerntet werden kann und der ebenso aus Belgien und Holland, das uns sonst gute Saat lieferte, nicht heringebracht werden darf.

Die Buche lieferte gar keine Mast.

Von den Horn-Ärten brachte Bergahorn ziemlich guten Samenertrag, dagegen Spahorn so gut wie nichts. Lindenamen kann sowohl von der Sommer- wie Winterlinde geliefert werden.

Auch die Esche lieferte befriedigenden Samenertrag; dagegen sieht es bei der Hainbuche wieder schlechter aus, von letzterem Samen war bis jetzt nichts einzubringen.

Die Birke lieferte bei uns außerordentlich wenig Samen; die Alazie hing dagegen schwer voll. Aber auch alle diejenigen Samen die reichlich gewachsen sind, werden in diesem

Jahre nicht billig werden, da den spärlieh vorhandenen Sammlern überall Gelegenheit zu sehr hohem anderen Verdienst geboten ist und diese deshalb an die weniger angenehme Samensammlung nur dann gehen, wenn sie dabei noch mehr verdienen.

Alles in allem werden wir also bei Kiefern, besonders deutscher Kontroll-Kiefernfaat wieder etwa so hohe Preise wie im Jahre 1913 zu erwarten haben. Für Fichten wahrscheintlich Preise, wie solche überhaupt noch nicht da waren, und auch für die übrigen wichtigen Nadelholzfasen durchgängig hohe Preise. Für die Laubholzfasen teilweise solche Preise, die man unter den gegebenen Verhältnissen als ziemlich normal bezeichnen kann, z. T. ebenfalls hohe Preise.

Darmstadt, Ende November 1917.

Forstfasen-Erntebericht 1917/18.

Von Conrad Appel, Kontrollkenganstalten, Darmstadt.

Der derzeitige starke Holzverbrauch lässt die Aufstellung von Kulturplänen für Ausfasen und Anpflanzungen für die Forstbewirtschaftung wohl notwendig erscheinen und besteht deshalb ein berechtigtes Interesse, näheres über die einheimischen Laub- und Nadelholzfasenernte cheftens zu hören.

Unter den jetzigen Verhältnissen begegnet natürlich die Einbringung der Ernte großen Schwierigkeiten, der größte Teil der Sammler und Zapfenpflücker ist entweder zum Militär einberufen oder im Vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt. Meinen fortgesetzten Bemühungen ist es gelungen, dennoch bewährte Sammler zur Verfügung zu haben. Zweisellos wird es auch bei der Forstbewirtschaftung an geeigneten Arbeitskräften zu den Vorbereitungen fehlen und ließe sich auch hier durch Heranziehen von weiblichen Arbeitskräften, namentlich aber von Kriegsgefangenen unter praktischer und fachmännischer Leitung älteren Forstpersonals Abhilfe schaffen.

Das Interesse für die Ausfasen von Laubholz, namentlich aber Nadelholzfasen im deutschen Walde sollte gerade während des Krieges nicht außer acht gelassen werden, im Gegenteil: der vermehrte Holzbedarf und die wesentlichen Abforstungen erheischen rechtzeitige Fürsorge für entsprechenden Nachwuchs, weshalb Ausfasen nicht etwa bis zur Beendigung des Krieges verschoben, sondern, soweit es äußerst nur angängig ist, jetzt vorgenommen werden müssen.

Bei der Versorgung mit Forstfasen, besonders Kiefernfasen deutschen Ursprungs, kommen bekannte zuverlässige Kenganstalten, hauptsächlich die Kontrollkenganstalten des deutschen Forstwirtschaftsrates und berechtigterweise wieder die größeren und alljährlich leistungsfähigen Firmen in Betracht, welche unter den größten Schwierigkeiten, wie Arbeiter- und Personalmangel, Kohlennot, Fehlen von Pflückern und Sammlern, teuren Arbeitslöhnen zu leiden und trotzdem ihren Betrieb seit Kriegsbeginn aufrecht erhalten haben.

In Anbetracht der Wichtigkeit der sicheren Beschaffung einwandfreien Saatgutes, in Verbindung mit dem Vorbesagten, erscheint es geradezu als ein Akt der Anerkennung und Pflicht, diese Firmen einestells seitens der Forstbewirtschaftung durch Zuweisung von vorhandenen Zapfen- und Samen-

erträgen eigener Bestände, andererseits namentlich durch vertrauensvolle Übertragung der Bedarfsbedingung in den verschiedenen Forstfasen zu berücksichtigen.

Über die Erträge der einzelnen Arten lässt sich wie folgt berichten: Von Berg- und Spihorn kommen nur kleine Mengen herein, Rot- und Weißerle ist knapp. Esche zeigt keinen Ertrag, die Qualität befriedigt. Von Hainbuche ist wenig gewachsen. Weichdorn hat mittlere Ernte. Ginster und Stachelginster kann voraussichtlich nicht geliefert werden, Birke hat nur wenig Samen erbracht, Akazie hat reichlich geblüht, die Samenbeschaffung ist indessen schwierig. Die beiden Linden-Arten zeigen zufriedenstellenden Fruchtansatz. Eichen sind strichweise geraten, aber, wie auch Früchte der Kieferkastanie, zu Futterzwecken beschlagahmt; eine etwaige Freigabe von Teilmengen zur Saat ist noch fraglich, jedoch hoffe ich als Hauptauskäufer dieses Artikels Lieferungen ermöglichen zu können. Koteichen sind wenig gewachsen und ebenfalls beschlagahmt. Bucheln zeigen geringen Ertrag, der teilweise von den einzelnen Bundesfasen zur Abgewinnung erworben wird, vielleicht kann doch etwas zur Saat abgegeben werden.

Von den Nadelholzfasen hatte die Weymutsiefer in einigen bekannten Beständen kleinen Zapfenenertrag, welcher von mir gesichert wurde, so daß ich den, mit besonderer Rücksicht daraus gewonnenen Samen in hochfeimender Qualität empfehlen kann. Weichdorn liefert wenig Zapfen, es mußten außerordentlich hohe Pflückerlöhne bewilligt werden, welche den Samen, der allerdings zufriedenstellende Qualität aufweist, ganz erheblich verteuern und nie dagewesene Preise zeitigen.

Lärche hat eine Fehlernte, vorjähriger Samen in guter Qualität kann den Bedarf decken. Fichte hat keinen Zapfenenertrag zu verzeichnen; gut überlagerter Samen, teilweise aus im Frühjahr gesammelten ganz vorzüglichen Zapfen, kann der gewiß stark auftretenden Nachfrage einigermaßen begegnen. Dadurch, daß ich mir im Vorjahr bestes Zapfenmaterial beschafft, was ich seither geflenkt habe, bin ich in der Lage, grobkörnigen Samen in besonderer Güte mit hoher Keimkraft zu liefern.

Die Kiefer wird eine äußerst kleine Ernte liefern, und bei dem Mangel an geeigneten Zapfenpflückern und den hohen Löhnen wird Kiefernfasen voraussichtlich sehr gesucht und teuer sein, trotzdem wird sich ein lebhafter Begehr auch für diesen Artikel zeigen.

In Anbetracht der geschilderten Verhältnisse wird gewiß auch ein geeignetes Zusammenwirken der Forstbewirtschaftung und beschriebenen Kengindustrie zur Förderung der Ausfasen und Pflanzenzucht beitragen, und damit der weiteren Erhaltung unseres deutschen Waldes förderlich sein, so daß selbst unter den derzeitigen schwierigen Verhältnissen im vierten Kriegsjahre ein Durchhalten geboten und die Ausführung der Neuaufforstungen durch Beschaffung einwandfreien Saatgutes auch für fernerehin sichergestellt ist.

Darmstadt, Mitte November 1917.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

Dezember 1917

Betrachtungen über den Wettstreit der Stämme reiner, gleichalter, geschlossener Bestände um die Oberherrschaft, sowie über Vererbung bei unseren Waldbäumen und über Erziehung der Bestände.

Von Forstmeister a. D. Tiemann in Göttingen.

Von den gleichalterigen Pflanzen bezw. Stämmen ein und derselben Holzart werden stets diejenigen die größte Stärke und Höhe aufweisen, die den günstigsten Standort einnehmen. In einem gleichalterigen, reinen Bestande mit stellenweise verschiedener Bodengüte wird dies auf den besseren Bodenstellen der Fall sein, z. B. bei einem im ganzen trockeneren Boden auf etwa zehnmal so vielen im gleichen feuchteren Stellen. Dementsprechend können daher auch zwischen genügsamen Holzarten spruchsvollere auf etwaigen besseren Stellen angebaut werden, beispielsweise zwischen Kiefern auf trockenem Sandboden Buchen auf den feuchteren Stellen, eine Mischung, wie sie ja aus bekannten Gründen besonders wünschenswert erscheint.

Aber auch in einem geschlossenen reinen Bestande gleichen Alters, gleichen Bodens und gleicher Entstehungsweise sind die Stämme bekanntlich nicht in Stärke und Höhe übereinstimmend. Die schwächsten Stämme sind die sogenannten unterdrückten, die von den herrschenden (dominierenden) überwachsen sind. Erstere lassen natürlich infolge Licht mangels und fehlenden Ausbreitungsraumes ihrer Kronen in ihrem Wachstum allmählich bedeutend nach und werden schließlich trocken.

Man kann hierbei nicht gerade behaupten, daß das Vorherrschen (die Prävalenz) von Stämmen in einer höheren Bodengüte ihrer Standorte, oder in einem etwas größeren Freistande begründet sei, sondern man muß annehmen, daß diesen Stämmen höchstwahrscheinlich schon von ihrer Entstehung an eine größere Lebenskraft, als den unterdrückten Stämmen gegenüber, eigen ist.

Allerdings könnte ja bei einzelnen der letzteren die Ursache der Unterdrückung und des schwächeren Wachstums darin liegen, daß sie vielleicht plötzlich mit ihren Wurzeln auf eine undurchlässige Ton- oder auf eine Felschicht geraten wären, oder die Wurzeln einzelner sich nicht tief

genug entwickelt hätten, um bei trockenem Boden tiefere und daher feuchtere Bodenschichten zu erreichen, oder es wären Stämme von Mäusen, Insekten u. an den Wurzeln oder am Schaft beschädigt.

Abgesehen von solchen Einzelfällen müßte also, wie bemerkt, der Grund des ungleichen Wachstums und der ungleichen Dimensionen der Stämme eines derartigen gleichalterigen, gleichmäßigen Bestandes ein und derselben Holzart wahrscheinlich in der verschiedenen Größe der Lebenskraft der Stammindividuen, ähnlich wie es ja selbst bei Menschen und Tieren der Fall ist, zu suchen sein.

Entfernt man nun periodisch die unterdrückten Stämme eines solchen Bestandes, unter strenger Schonung der herrschenden (dominierenden), wie es bei der schwachen Durchforstung (dem A-Grade) geschieht, so ergibt sich, daß von der großen Stammzahl der jugendlichen Bestände zur Zeit ihrer Verjüngung oder des Abtriebes nur noch verhältnismäßig wenige vorhanden sind; also nur bei diesen hat die Lebenskraft bis dahin ausgereicht.

Schon in dem berühmten „Lehrbuche für Förster“, von Professor Dr. Georg Ludwig Hartig, sagt in der neunten, von dessen Sohne, Prof. Dr. Theodor Hartig, im Jahre 1851 herausgegebenen Auflage letzterer auf Seite 95 des II. Bandes, gelegentlich der Beurteilung von Durchforstungen noch sehr jugendlicher Buchenbestände: „Die geringe Zahl der Bäume erster Größe des haubaren Ortes ist schon in der frühesten Lebensperiode, ja wahrscheinlich schon im Samenkorn als solche bestimmt; erreichen sie nicht ihre Ausbildung, so wird sich an ihrer Stelle zwar eine andere minder tüchtige Holzpflanze kräftig entwickeln, aber nicht die Größe und Stärke erreichen, welche die von ihrem Ursprunge ab individuell kräftigsten Holzpflanzen zu entwickeln vermögen.“

In dem vorzüglichen Waldbauwerke von Heyer-Hefß, 5. Auflage, I. Band, heißt es bei der Abhandlung über die Durchforstungen auf Seite 428: „Von einer Million Pflänzchen, welche im ersten Lebensjahre auf einem Hektar genügenden Lebensraum fanden, bleiben bis zum Haubarkeitsalter nur noch etwa 200 bis 900 übrig, u. zw. auf den besseren Bodenklassen weniger als auf den geringeren. Die Verminderung der ursprünglichen Stammzahl in-

folge der gegenseitigen Übergipfelung erfolgt fast in einer fallenden geometrischen Reihe; sie schreitet am raschesten vor in der Periode des vorherrschenden Bestandeshöhenwuchses und sinkt mit diesem um so mehr, als auch die zunehmende Kronenbreite der Stämmchen deren vollständige Unterdrückung verzögert.“

Zeigt sich die Prävalenz der Pflanzen wahrscheinlich schon im Samenkorn, so wird sie sich auch vielleicht durch besondere Größe und Schwere der letzteren bemerklich machen. Man darf daher wohl annehmen, daß aus so beschaffenen Samenkörnern kräftigere und widerstandsfähigere Pflanzen von längerer Lebensdauer hervorgehen werden, als aus kleineren, leichteren Körnern.

Die Versuche von Baur mit Eichen und von Gieslar mit Fichtensamen deuten darauf hin, wenngleich Versuche von Vonhausen mit Edelkastanien jene Annahme nicht bestätigt haben.¹⁾ Die Ergebnisse weiterer Versuche müssen erst noch abgewartet werden.

Die größeren und schwereren Samenkörner sollen auch leichter keimen, als solche von gegenteiliger Beschaffenheit.

Es ließe sich auch wohl mit Recht vermuten, daß z. B. bei versuchsweise etwas stärker mit Erde bedeckten Saaten diejenigen Keimpflanzen die größte Lebenskraft besitzen werden, welche am frühesten hervorkommen. Den später erscheinenden muß man wohl weniger Lebenskraft zuschreiben, und manche Keime werden überhaupt nicht die Kraft zeigen, eine etwas stärkere Erdschicht zu durchbrechen.

Ebenso ist vielleicht die Annahme berechtigt, daß größere und schwerere Samenkörner bei der Aufbewahrung ihre Keimfähigkeit länger behalten werden.

Immerhin erscheint es selbstverständlich, daß nur m annbare, kräftige Stämme auf guten Standorten den besten Samen und somit aus diesem die besten, lebenskräftigsten Pflanzen zu liefern imstande sind.

Hierher gehört auch die wahrscheinliche Vererbung mancher Eigenschaften der Mutterbäume, auf die in neuerer Zeit verschiedentlich aufmerksam gemacht wird. Es braucht in dieser Beziehung ja nur auf die großartigen Erfolge hingewiesen zu werden, die schon längst im Landwirtschaflichen Betriebe erreicht sind.

Man müßte demgemäß beim Samenbezuge z. B. stets, soweit möglich, darauf sehen, daß nur der Samen von gut geformten Mutterbäumen zur Verwendung gelangt, also nicht von

krummen, drehwüchsigem oder von Zwickel-Stämmen.¹⁾

Dabei möchte ich noch erwähnen, wie es von großer Bedeutung wäre, wenn es auf diesem Wege gelänge, z. B. bei der von Haus aus fast nur flachwurzelnden Fichte, wenigstens eine größere Anzahl von Pflanzen, mit dauernder Pfahlwurzelbildung zu erziehen. Man würde zu diesem Zwecke den Samen für Versuchsbeete im Rampe von solchen Bäumen benutzen, die ausnahmsweise eine Pfahlwurzel entwickelt haben, unter der Annahme einer Vererbung solcher Wurzelbildung; bei dem Abtriebe zapfentragender Fichtenbestände durch Baumrodung ließen sich derartige Stämme mit Sicherheit herausfinden und deren Zapfen leicht gewinnen. Den Samen würde man auf besondere, tief gelockerte Beete im Rampe aussäen und bei der Verschulung einjähriger Fichten auf ebenso bearbeitete Pflanzbeete nur Pflanzen mit Pfahlwurzeln auswählen. Ebenso würden natürlich bei der Anpflanzung in's Freie nur Pflanzen mit solcher Wurzelbildung zur Verwendung kommen dürfen.

Auch bei Benutzung gewöhnlichen Fichtensamens wäre zu versuchen, durch tiefere Bodenbearbeitung eine Anzahl von langbewurzelten Pflanzen zu erziehen.²⁾

Man hätte so, außer kräftigen Durchforstungen und einer Mischung der Fichtenbestände mit Buchen — wo solche möglich — noch ein weiteres Mittel zur Minderung der oft verheerend auftretenden Sturm Schäden, sowie auch der Schäden durch Dürre. Die Einleitung von Versuchen dürfte sich empfehlen.

Weiter mag hier noch bemerkt sein, daß bei Riefersaaten aus bekannten Gründen nur Samen deutscher Herkunft verwendet werden sollen.

Sehr interessant sind die Mitteilungen des Oberforstrats Dr. Neuß im „Zentralblatt für das gesamte Forstwesen“, 1916, S. 383³⁾, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Nur möchte ich anführen, daß hiernach fernere vergleichende Versuche mit Samen von grünpapfigen und rotzapfigen Fichten nötig sind, da die ersteren Fichten die wichtige Eigenschaft besitzen, um 14 Tage später auszutreiben als die letzteren (Verminderung der Spätfrost- und der Konnengefahr).

Überhaupt muß angeraten werden, bei der Auswahl der forstlichen Sämereien, noch weit sorg-

¹⁾ S. das genannte Waldbauwerk, I. Band, S. 141.

²⁾ Näheres s. „Forstwissenschaftliches Centralblatt“, Juliheft von 1913, S. 361.

³⁾ Besprochen vom Professor Dr. Schwappach in der „Forstlichen Rundschau“ vom Juli 1917.

¹⁾ S. das vorgenannte Waldbauwerk, I. Band, S. 142.

ältiger als bisher, deren Herkunft zu beachten. Versuche, die ja ein hohes Interesse beanspruchen dürfen, sind durchaus notwendig.

Ich komme nun wieder auf den eigentlichen Wettstreit der Stämme eines Bestandes um die Oberherrschaft zurück.

Der Unterdrückungskampf kann natürlich nur dann hervorgerufen werden, wenn die gleichalterigen Pflanzen bzw. Stämmchen eines Bestandes so eng stehen, daß sie sich mit ihren Krönchen berühren; er tritt daher früher bei dichten natürlichen Verjüngungen und Saaten, als bei Pflanzungen ein, bei diesen erst nach erreichtem vollständigem Schlusse. So lange gleichalterige Pflanzungen einer bestimmten Holzart noch nicht geschlossen sind, kann sich jede einzelne Pflanze — mit Ausnahme etwaiger Büschelpflanzungen, wie sie früher besonders bei der Fichte in vielen Gegenden üblich waren und auch hier und da bei der Buche vorkamen — nach allen Seiten frei entwickeln; je nach dem Grade der Lebenskraft der einzelnen Pflanzen werden sich aber allmählich in der Länge der letzten Gipfeltriebe bzw. in der Höhe der Pflanzen größere oder kleinere Unterschiede bemerkbar machen, und man darf annehmen, daß naturgemäß die niedrigsten Pflanzen nach erlangtem Schlusse zuerst der Unterdrückung anheimfallen werden.

In den allerfrühesten Lebensjahren lassen sich selbstredend bei den aus natürlichen Verjüngungen und Saaten hervorgegangenen Jungwüchsen unterdrückte (überwachsene) und herrschende Pflanzen noch nicht unterscheiden, weil alle Pflanzen gleich hoch sind.

Hätten nun alle gleichalten Pflanzen einer Holzart bei gleicher Entstehungsweise auf einer bestimmten Bodenfläche von durchgehends gleicher Güte den gleichen Grad von Lebenskraft, und verfügten sie alle über einen gleichgroßen Nahrungsraum in und über der Erde, so würden natürlich alle ein gleichmäßiges Wachstum zeigen und sich so lange am Leben erhalten, bis die Boden-Nährstoffe von ihnen aufgezehrt wären — von zufälligen Ursachen des Eingehens einzelner Pflanzen abgesehen.

Zu einem Kampf um die Oberherrschaft würde dann überhaupt keine Veranlassung vorliegen, wohl aber würde ein solcher infolge einer verschiedenen großen Stärke der Lebenskraft und außerdem schon naturgemäß durch einen ungleichen Abstand der Pflanzen von einander, also durch einen ungleich großen Wurzel- und Kronenraum, sofort bei der gegenseitigen Berührung der Kronenränder anheben. Die dabei zur Herrschaft gelangenden Stämmchen über-

wachsen die anderen und bringen letztere durch Lichtmangel allmählich zum Eingehen.

Die dominierenden erlangen so nicht allein einen größeren Wachstumsraum, sondern es kommen ihnen nun auch noch diejenigen Boden-Nährstoffe zugut, die früher von den unterdrückten Stämmchen verbraucht wurden und durch Verwesung der im Boden verbleibenden Wurzeln der letzteren noch weiter vermehrt werden; ebenso vermögen die ausgedehnter gewordenen Krönchen mehr Nahrungsstoffe aus der Luft aufzunehmen und die Einwirkung des Lichtes zu vergrößern.

Der ganz ungleichmäßige Stand der Pflanzen gleich nach deren Aufgehen bei den oft sehr dichten natürlichen und künstlichen Ansaaten hat daher, in Verbindung mit der ungleichen Lebenskraft der Pflanzen, zur Folge, daß bald eine Menge Stämmchen unterdrückt bzw. trocken werden; immerhin verbleibt in den herrschenden eine zum Bestandeschluß mehr als ausreichende, natürlich sich allmählich vermindernde Stammzahl.

Überhaupt sind die ungleiche Lebenskraft, sowie der ungleiche Stand der Pflanzen die alleinige Ursache, daß bei den obigen Bestandesgründungsmethoden und bei einer ungehinderten natürlichen Entwicklungsweise dieser Bestände sich solche in geschlossenem Zustande der dominierenden Stämme bis zu höherem Lebensalter in genügender Stammzahl zu erhalten vermögen. Welche der gegenwärtig dominierenden Stämmchen sich weiter und wie lange herrschend erweisen werden, muß der Unterdrückungskampf entscheiden.

Bei regelmäßigen Pflanzungen würde zunächst nur die verschiedene Lebenskraft bzw. Lebensfähigkeit der Pflanzen die Oberherrschaft der dominierenden bedingen. Sobald aber erst Stämmchen unterdrückt wären, würde auch der Pflanzenstand, also der Wachstumsraum, ungleichmäßig ausfallen, und auch schon hierdurch eine allmähliche weitere Unterdrückung von Stämmchen herbeiführen, ähnlich wie bei den natürlichen und künstlichen Ansaaten.

Nichtete man sich aber bei einer allmählichen Verminderung der Stämme in derartigen Pflanzungen nicht nach der Beschaffenheit der Stämme, sondern lediglich nach ihrer Stellung, so hätte ein solches Verfahren, wenn man bei jeder Durchforstung regelmäßig einen Stamm um den andern wegnähme, wiederum einen gleichen Abstand der Stämme von einander, aber natürlich im doppelten Betrage als bisher, zur Folge.

Mit dem merklichen Nachlassen bezw. mit dem Aufhören des Höhenwuchses, wie solches naturgemäß im höheren Baumalter eintritt, ferner wenn die Entfernung der Stämme voneinander allmählich nach den Durchforstungen so groß geworden ist, daß auf eine baldige Berührung der Kronenränder, also auf einen baldigen Schluß der Bestände nicht gerechnet werden kann, muß selbstredend der Unterdrückungskampf bis zum Wiedereintritt des Schlusses der Stämme aufhören, und ist deren weitere Lebensdauer zunächst nur von dem Grade ihrer noch vorhandenen Lebenskraft abhängig.

Da es nun notwendig erscheint, zu dichte Jungwüchse der natürlichen Verjüngungen und Saaten, namentlich bei Fichte und Kiefer, aber auch bei Buche, zur Beförderung ihres Wachstums und ihrer Widerstandsfähigkeit, von der Überzahl an Pflanzen zu befreien, muß man solche Wüchse schon zeitig durchrupfen (verziehen) bezw. ausschneiden und dabei einen ungefähr gleichen Abstand der Pflanzen von einander nach Möglichkeit herzustellen suchen.

Bei den nachfolgenden bekannten Durchreisierungen, die oft in zu dichten natürlichen Verjüngungen, besonders bei der Buche,¹⁾ sich nötig erweisen, machen sich schon unterdrückte und dominierende Stämmchen deutlich bemerkbar. Hauptsächlich wird man die ersteren — unter Verschonung derjenigen, die etwa zur Stütze guter, herrschender Stämmchen vorläufig noch zu erhalten sind —, sowie Vorwüchse und schlechtgeformte (krumme etc.) Stämmchen beseitigen, Weichhölzer angemessen vermindern, auch die besten dominierenden Stämmchen der Hauptholzart und etwa eingesprengte Nuthölzer ausreichend freihauen, Zwillbildungen regulieren usw.

Zugleich sieht man auch bei den Durchreisierungen darauf, die schon beim Ausschneiden eingeleitete, notwendige, annähernd gleiche Entfernung der dominierenden Stämmchen von einander soweit möglich weiter zu vervollständigen, und erreicht so eine gewisse Ähnlichkeit der Bestände mit den aus Pflanzung hervorgegangenen.

Bei letzterer entwickeln sich die Stämme infolge des regelmäßigen, bis zu eingetretenem Schlusse nach allen Seiten freien Standes, kräftiger, sind daher widerstandsfähiger zunächst gegen Schneeeindruck, sowie später gegen Sturm, und bietet die Pflanzung auch noch sonstige bekannte, wichtige Vorzüge vor

der natürlichen Verjüngung und vor der Saat. Selbst der Kostenaufwand dürfte meistens kein Hindernis für die Wahl der Pflanzung sein, wenn man, soweit möglich, kleines Pflanzmaterial benutzt, ein gutes, billiges Pflanzverfahren anwendet und nicht zu dicht pflanzt.

Dagegen ist bei Buche und Tanne die natürliche Verjüngung aus bekannten Gründen am empfehlenswertesten und gebräuchlichsten, ebenso für rauhe Hochlagen und Felsböden z. B. bei Fichte.

Bei dem Aufbau der Eiche ist bekanntlich die Saat wegen Vermeidung des Kürzens der Pfahlwurzel zweckmäßiger als die Pflanzung, welche durch eine solche Wurzelbildung erschwert wird. Allerdings lassen sich ja einjährige Eichen auch mit Pfahlwurzel pflanzen (v. Almann'sche und v. Buttlar'sche Methode).

In dem erwähnten Waldbauwerke, I. Bb., S. 106, heißt es in dieser Beziehung: „Das Kürzen der Pfahlwurzel ist zwar möglich, bleibt aber stets ein mit Nachteil verknüpfter operativer Eingriff, weil hierdurch die Organe vermindert werden, deren Aufgabe in Zuführung von mineralischen Nährstoffen und Stickstoffverbindungen besteht.“

Bei der Pflanzung wird der Wachstum gleichmäßig ausgenutzt; daher zeigen die Stämme wenigstens ziemlich gleiche Dimensionen und eine mehr regelmäßige Kronenbildung.

Selbstverständlich wird die Ausführung der eigentlichen Durchforstungen durch die vorangegangenen Durchreisierungen sehr vereinfacht und erleichtert.

Eine jährliche Herausnahme der unterdrückten und sonst abkömmlichen Stämmchen bezw. Stämme bei den Durchreisierungen und Durchforstungen unserer Hauptholzarten würde natürlich die Kosten zu sehr vermehren. Man nimmt daher die Durchforstungen, je nach Holzart, Bestandesmischung, Bestandesdichte, Standort, Holzablagelegenheit usw. in anfangs kürzeren, später in längeren angemessenen Zwischenräumen (z. B. bei Buche, Eiche, Weisstanne und Fichte etwa alle 5, bei Kiefer alle 3–5 Jahre) vor.

Es könnte ja nun allerdings als ein Vorzug der natürlichen Verjüngung und der ihr nahestehenden Saat vor der Pflanzung betrachtet werden, daß in der erheblich größeren Anzahl von Pflanzen, die durch die beiden ersteren Methoden auf die Fläche gebracht werden, sich auch selbstredend mehr lebenskräftigere, voraussichtlich herrschende Pflanzen befinden müssen, als in der weit weniger Pflanzen aufweisenden Pflanzung.

¹⁾ Näheres über Buchen-Durchreisierungen s. „Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung“, November-Heft von 1909.

Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß, ich schon in einem früheren Artikel ¹⁾ angedeutet, bei der Pflanzung eine gewisse Auslese stattfindet, namentlich bei der Verwendung veralter Söhlinge, indem man sowohl schon bei der Verschulung, als bei jeder Versetzung von Pflanzen Freie streng auf die Auswahl nur kräftiger Söhlinge, das Augenmerk richtet, und bei Kampften, aus denen die zu verschulenden Pflanzen genommen werden sollen, möglichst auf tadelloses, zeit tunlich einheimisches Saatgut (große, schwere Körner gutgeformter Bäume kräftigen Alters) hält.

Der Zeitpunkt des wiederholten Eintrittes Unterdrückung von Stämmen in reinen in gemischten Beständen richtet sich nach der Standortsgüte, der Bestandesdichte und dem Bestandesalter, in reinen Beständen auch darnach, ob aus einer Schatten- oder einer Lichtholzart zusammengesetzt sind, und nach der Schnellwüchsigkeit der Holzart. Die Unterdrückung zeigt sich früher an gutem Standort, in jüngeren Beständen, wie bei Licht- gegenüber den Schattenholzarten, und bei rasch wüchsigem Holzarten.

Die Stärke der Beschattung durch die vorhandenen Stämme hängt natürlich von der Größe und Dichtigkeit der Kronen, sowie ungemäß auch von dem Alter der Stämme ab. Es dürfte von Interesse sein, einmal versuchen zu ermitteln, wie lange etwa, je nach Holzart, Alter, Begründung und Standort in einem reinen, gleichaltrigen Bestande, vollständig überwachsene, aber noch grüne Stämme diesem Zustande der Unterdrückung sich noch lebend und so ausdauernd erhalten können, und nach vollkommenem Freihiebe ein noch möglichst normales Wachstum zu entwickeln. Eine solche Feststellung wäre für die Erziehung von Buchen, Eichen, Buchen, Tanne, Buche, Weymuthskiefer) wichtig, das nach der Richtung der dem Abtriebe des Oberstandes (gewöhnlich Kiefer, Lärche) noch baumartig heranwachsen soll.

Auch wäre es von Bedeutung, einmal bei unseren Hauptholzarten durch Versuche zu erkunden, bis zu welchem Alter bisher in strengem Beschluß erzogene Stämme noch auf einen Freihieb durch etwa eingeführte starke Durchforstungen reagieren, d. h. noch ein lebhaftes Wachstum zu erreichen vermögen, und in welchem Alter solches am stärksten sich bemerklich macht. Wie bekannt, hält von den Nadelholzern die

Tanne den Druck am längsten aus und zeigt nach dessen Beseitigung noch einen normalen Wuchs (Möglichkeit langer Verjüngungszeiträume beim Femelschlagbetriebe).

Wollte man nun bei den Durchreisungen und Durchforstungen immer nur die grünen unterdrückten — sowie natürlich auch die bereits trocken gewordenen — Stämme entfernen bezw. nutzen, so würde selbstredend der Kronenschluß der herrschenden Stämme streng erhalten werden. Bei den Durchforstungen in früherer Zeit wurde wohl überall so verfahren (schwache Durchforstung, A-Grad); von jeder, selbst der geringsten Unterbrechung des Bestandeschlusses, fürchtete man eine Schädigung der Bodengüte.

Durch eine solche Behandlungsweise der Bestände konnte aber natürlich auf deren Erziehung und Zuwachs nur eine höchst mangelhafte Wirkung ausgeübt werden: es fehlte den dominierenden Stämmen zu einer naturgemäßen, kräftigen Entwicklung an dem notwendigen Wachstumsraum und somit an Licht; auch mußte mancher schlechtgeformte, sowie mancher Weichholzstamm oder mancher Stamm einer nicht oder doch nur in geringerer Stammzahl gewünschten Holzart, beibehalten werden, lediglich zu dem Zwecke der Vermeidung von Schlußunterbrechungen.

Bei der damaligen fast ausschließlichen Erziehung von Brennholz — bei welcher auch das nur in geringer Menge benötigte Nutzholz erfolgte — waren Erziehungsgrüdsichten, also die Erzeugung einer möglichst großen Menge von Nutzholz, zumal bei den mangelhaften Absatzverhältnissen, noch weniger nötig und hatten längst nicht die Bedeutung als jetzt, wo der Nutzholzbedarf ein sehr gesteigerter ist und die mächtige Kohlenförderung auf die Brennholzfrage ungünstig einwirkt.

Jene schwache Durchforstung war demnach fast nur eine Nutzungs- und nur in sehr geringem Grade auch eine Erziehungs-Maßregel. Allerdings hat die Entnahme lediglich der grünen, unterdrückten Stämme insofern einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der verbleibenden, herrschenden Stämme, als nach Entfernung der ersteren die von ihnen aufgenommene Bodenfeuchtigkeit, sowie die von ihnen dem Boden entzogenen mineralischen Nährstoffe, nunmehr den dominierenden Stämmen zugute kommen. Ferner dienen die von den ausgehauenen unterdrückten Stämmen im Boden zurückgebliebenen Wurzeln nach ihrer Zersetzung zur Düngung der herrschenden Stämme, auch können diese jetzt noch mehr Wurzeln ausbilden.

¹⁾ „Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung“ von 1913, Maiheft, S. 167.

Bezüglich der Einwirkung einer Erziehung unserer Holzarten in vollständigem Kronenschlusse, wie sie besonders bei der Schwachen, aber, wenn auch etwas weniger streng, bei der mäßigen Durchforstung geübt wird, auf Erhaltung und Mehrung der Bodenkraft möchte ich auch hier ¹⁾ noch einmal kurz wiederholen, daß der Bestandesschluß selbstverständlich insofern einen günstigen Einfluß zeigt, als er zwar eine zu rasche Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit hindert, aber insofern ungünstig wirkt, als ein großer Teil der atmosphärischen Niederschläge vom Kronendache aufgefangen wird und nicht zum Boden gelangt. Die Folge davon ist eine zu große Trockenheit des Bodens, daher eine unvollkommene Humuszersetzung und unzureichende Ernährung der dominierenden Stämme. Auch bedingt die verhältnismäßig große Zahl der letzteren im geschlossenen Bestande einen größeren Wasserverbrauch aus dem Boden.

Wollen wir bei unseren Beständen ein Höchstmaß an Zuwachs und Widerstandsfähigkeit, ohne Schädigung der Bodengüte, erreichen, so ist dies nur dadurch möglich, daß wir den Kronen der dominierenden Stämme einen angemessenen größeren Wachstumsraum, also mehr Licht gewähren; wir müßten mithin den Kronenschluß unterbrechen, aber nicht etwa dauernd, es darf kein eigentlicher Lichtungszieh geführt werden, sondern die Lücken müssen sich in 5 bis allerhöchstens 10 Jahren wieder schließen, damit eine Ertragsminderung und eine Bodenverwilderung nicht eintreten können. Das hier durch zeitige, natürliche Besamung, besonders der schatten-ertragenden Holzarten, sich voraussichtlich leicht findende Bodenschuhholz würde allerdings wohl überhaupt eine Bodenvermagerung kaum aufkommen lassen.

Immerhin wäre hierbei auch noch zu berücksichtigen, daß, einer Erziehung im Schlusse gegenüber, die durch Fortnahme einer größeren Anzahl von Stämmen bewirkte Zersetzung der im Boden verbleibenden Wurzeln den Boden noch verhältnismäßig mehr düngt und lockert. ²⁾

Bei einer solchen Erziehungsweise der Bestände in einem gelockerten Kronenschlusse würden, wie bekannt, in Betracht kommen: die starke Durchforstung (C-Grad) und die Schwachdurchforstung. Näher hierauf einzugehen erscheint unnötig und darf ich mich wohl auf das unten erwähnte Heft der

„Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung“ von 1915 beziehen.

Nur möchte ich hinsichtlich der Ausführung der starken Durchforstung auf Folgendes aufmerksam machen:

Wie ich bereits in früheren Aufsätzen ¹⁾ bemerkt liegt es auf der Hand, daß sich hier, behufs Herstellung eines zweckmäßigen Lichtgrades, bestimmte Entfernungen der Kronenränder der herrschenden Stämme voneinander, je nach Holzart, Alter usw. — ähnlich wie man sie z. B. bei der Stellung der Buchen-Samenschläge in meist aus natürlicher Verjüngung hervorgegangenen, dichteren, mit mäßiger Durchforstung behandelten Beständen, nach Führung eines Vorbereitungs-schlages, als ungefähren Maßstab annimmt — nicht innehalten lassen; denn diese Abstände richten sich nach der Kronenbreite der wegzunehmenden Stämme bzw. in Pflanzbeständen nach der Pflanzweite.

Da man bei der Auszeichnung der starken Durchforstungen in den durch natürliche Verjüngung und durch Saat begründeten Beständen — auch schon bei etwaigen Durchreisungen — eine notwendige, annähernd gleiche Entfernung der herrschenden Stämme voneinander herbeizuführen sucht, so werden dergl. Bestände immer mehr den Pflanzbeständen ähneln, und läßt sich daher eine regelmäßige Auslichtung nur durch Wegnahme eines Stammes um den andern bewirken, wie sie bei letzteren Beständen selbstverständlich ist und in Beständen des ersteren Art bei der Auflösung von Gruppen solcher Holzarten zu geschehen hat, deren geschlossene Stämme nahezu gleiche Höhe und Stärke aufweisen.

Durch eine solche Ausführungsweise, bei der die Herausnahme der Stämme sich nicht nach deren Beschaffenheit, sondern nach deren Stande richtet, kann der Unterdrückungskampf nicht eintreten, man wird aber, wie schon Professor Th. Hartig auf der früher angegebenen Seite des genannten Lehrbuches hervorhebt, „wenn man den Bestand nicht lückig hauen will, oft genötigt sein, einen guten wüchsigen Stamm wegzunehmen und einen weniger wüchsigen stehen zu lassen.“ Man darf übrigens hierbei wohl annehmen, daß der letztere, allerdings weniger lebenskräftige Stamm infolge des erlangten freieren Standes, sich doch noch günstig weiter entwickeln werde.

Nähme man nun bei der Durchforstung regelmäßiger Pflanzbestände nur die Stellung

¹⁾ Näheres s. „Forstwissenschaftliches Centralblatt“, Mai-Heft von 1917.

²⁾ „Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung“, Juni-Heft von 1915, S. 137.

¹⁾ „Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung“, Juni-Heft von 1915, S. 138 und „Forstwissenschaftliches Centralblatt“, Mai-Heft von 1917, S. 209.

Stämme zum Maßstabe, so wäre ja das Ver-
en ein höchst einfaches, keine besondere Über-
ng erforderndes, wie eine solche jedoch bei der
Durchforstung nach der *Beischaffenheit* der
Stämme selbstredend unbedingt nötig, aber eben-
falls auch weit interessanter ist.

Wie hier nochmals erwähnt sein mag, wird nach
r starken Durchforstung natürlich die Entfernung
bleibenden, dominierenden Stämme vonein-
er und somit der Abstand ihrer Kronenränder —
Kronenbreite der wegzunehmenden Stämme
prechend — ein immer erheblich größerer;
müssen dann aber auch die Zeiträume bis zum
Wiedereintritt des Kronenschlusses immer länger
werden.

Wahrscheinlich würde der Kronenabstand schon
y der zweiten starken Durchforstung sich so
so herausstellen, daß eine fernere solche Durch-
tung, um eigentliche „*Lichtungen*“, also dauernde
den zu vermeiden, aus bekannten Gründen
terlassen werden müßte.

Die Ausbildung der Stämme wird aber um
se Zeit voraussichtlich bereits eine so gute, und
Zuwachs sowie die Widerstandsfähigkeit der
r. Bestände so günstig sein, daß man letztere,
h erlangtem Schlusse, in so lachem bis zur Ver-
gung oder bis zum Abtriebe fortwachsen lassen
nte; ohnehin würde eine zu große Erweiterung
Kronen infolge der vermehrten, minderwertigen
ifigproduktion nicht erwünscht sein.

Schließlich möchte ich auch hier noch einmal an-
hren, wie nach dem mehrerwähnten Waldbau-
rke, I. Band, S. 63 und 435, Rozesnik und Gang
s Maßstab bei der Auszeichnung der Durchfor-
ngen diejenigen, in besonderen Tafeln zusammen-
stellenden *Stammzahl* empfohlen haben,
elche die größten und wertvollsten Holzmasse
o ha je nach Holzart, Holzalter und Bonität an-
ben, und deren Wichtigkeit auch von Schuberg bei
r Aufstellung von Normalertragstafeln hervor-
hoben ist.

Solche *Stammzahl*tafeln würden nun
er bei der Ausführung der *Durchforstungen*
r einen ungefähren Anhalt bieten können, wie
n mir bereits früher bemerkt,¹⁾ da die *Stamm-*
zahl bzw. der Kronenabstand der dominierenden
ämme voneinander nur von der *Kronen-*
breite der wegzunehmenden Stämme abhängt;
nehin wären dergl. Tafeln natürlich für gemischte
stände nicht anwendbar.

Dagegen könnten *Stammzahl*tafeln vielleicht für
e Zeit des *Aufhörens* der starken Durch-

forstungen (etwa in der halben Umtriebszeit oder in
einem Bestandesalter von 50—70 Jahren) eine
gewisse größere Bedeutung insofern erhalten, als
man nach der vorhandenen *Stammzahl* fest-
stellen könnte, wie lange ungefähr, zur Erreichung
des Höchstbetrages an Masse und Wert, ein gleich-
alteriger, reiner Bestand noch weiter im *Schlusse*
fortwachsen dürfe und ob, wann und wo etwa so-
dann ein *Lichtungsbetrieb* mit Unter-
bau oder ein *Überhalt* vorteilhaft erscheine.
Näher hierauf einzugehen ist nicht der Zweck meiner
Arbeit.

Die naturgemäße Erziehungsweise in einem
loderen *Kronenschlusse* würde, wie auch
bereits an anderer Stelle hervorgehoben, zur Folge
haben, daß unsere Bestände — eine richtige Wahl
der Holzart bzw. der Mischung vorausgesetzt —
in den dominierenden Stämmen fast nur solche von
tadellosem, kräftigem, widerstandsfähigem Wuchse,
also vorwiegend zu wertvollem *Nußholz* ge-
eignete, enthalten.

Zugleich würden solche Bestände, namentlich
bei richtiger Mischung, ferner beim möglichsten Vor-
handensein von Bodenschuhholz und von Wald-
mäntelanlagen, auch den Anforderungen der *Wal-*
djöhnheitspflege und des wichtigen *Vogel-*
schutzes gerecht werden.

Die Entwicklung vom Waldhase zum Feldhasen (oder umgekehrt?) und die Neubildung von Tierformen in der Gegenwart: — im Beginne der wiederkehrenden tertiär- zeitähnlichen Tierlebensperiode.

Von Wilhelm Schuster, Pfarrer a. D. und Chefredakteur.

Wenn ein so bedeutender Gelehrter wie der Hoch-
schullehrer Dr. Max Hilzheimer, rühmlichst
bekannt geworden durch die geniale Bearbeitung
des Neuen Brehm, zu meiner These einer wieder-
kehrenden tertiärzeitähnlichen Tierlebensperiode das
Wort ergreift und neue Beiträge liefert (vergl. das
Heft August-September 1917 der Allgem. Forst-
u. Jagd-Ztg.), so ist dies äußerst schätzenswert. Es
geschah durch Exemplifikation an einem Tier, das
alle Forstleute und Jäger in gleich starkem Maße
interessiert und allen, dem armseligen Walbläuter
der Mittelmeergebirge, wie dem einsamen Polar-
menschen, wie dem modernen Großstadteuropäer,
gleich gut bekannt ist — weil der Hase einer der
wenigen erhalten gebliebenen Reste früherer euro-
päischer Großtierwelt ist. Ich habe mir manches
von dem, was uns Hilzheimer mitteilt, ge-
merkt und zu späterer Verwendung in meinem im

¹⁾ „Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung“, vom Juni 1915,
139 und „Forstwissenschaftliches Centralblatt vom Mai
17, S. 209.

Entstehen begriffenen Wert über die Veränderung der Tierarten in der Gegenwart ad notam genommen, namentlich seine persönlichen Feststellungen über das Eindringen des südfranzösischen Hasen aus Spanien nach Frankreich, sowie über die unüberwindliche Schranke des Waldgebirges der Vogesen, ein dauerndes Hindernis für das Vordringen dieser Hasenform nach dem Elsaß, wie überhaupt eine sehr charakteristische Verbreitungsschranke für verschiedene Tierarten und Menschenrassen. Ich bemerke noch, daß sich eine Reihe weiterer Forscher mit den von mir gekennzeichneten ersten Erscheinungen einer wiederkehrenden tertiärzeitähnlichen Tierlebensperiode beschäftigt hat, so der Herzog von Northumberland (bestätigte durch nachprüfende Experimente das Überwintern der Waldschneepfen), der berühmte Afrikareisende C. G. Schilling (in „Zauber des Elefanto“, S. 125), der vielseitige Gelehrte Dr. Fr. Knauer (in „Vogelzug und seine Rätsel“, S. 70), der bekannte Ornithologe Dr. Kurt Floerke (in „Deutsches Vogelbuch“, Stuttgart, S. 165), Kurt Graeser („Zug der Vögel“), der Jagdschriftsteller Camillo Morgan im Österreichischen Jagdblatt und der Leipziger Univ. Prof. Dr. Simroth in seiner bidleibigen „Pendulationstheorie“, S. 321. Letzterer stützt seine Theorie mit meinen Nachweisen.¹⁾

Unser Thema ist wahrlich ein lohnender Vorwurf, der im Vordergrund zeitgemäßen Forschens stehen muß.²⁾ Die Veränderung der Tierarten in der

1) Als ich im Juliheft 1902 des „J. f. D.“ meine These veröffentlichte (niedergeschrieben von mir im Sommer 1901), war mir und meinen Lesern noch nichts von der Reibisch-Simrothschen Erdbendulationstheorie bekannt, denn der Ingenieur Reibisch (jetzt †) hat erst ausgangs 1901 seinen ersten Vortrag über seine Theorie gehalten und diese dann erst in den nächsten Jahren schriftlich fixiert: ich selbst erfuhr, wie ich betone, von ihr erst durch das „Jllustr. Jahrbuch der Naturkunde“, das in brevi meine Forschungsergebnisse wiedergab und sie mit jener Theorie in Verbindung brachte. Diese Theorie hat nun in dem glänzenden, hochinteressanten (leider etwas teuren — Pr. 12 Mk.) Buch von Simroth selbst eine allseitig vollkommene Darlegung erfahren in Anwendung auf alle Tierreiche und Tierklassen der Erde. Übrigens halte ich von beiden — von der theoretischen Erörterung einerseits und dem sachlichen Material, also den zoologischen Nachweisen, zu denen auch die meinigen gehören, andererseits — das Letztere für das Wertvollere und Wichtigere. Trotzdem möchte ich Simroths Buch eine annähernd gleich große kommende Bedeutung beimesen wie diesem oder jenem (jetzt überholten) Werk Darwins.

2) Einer wärmeren Epoche auf der nördlichen Erdhälfte entspricht nach den neueren Forschungen eine kältere auf der südlichen Halbkugel. In der Gegenwart hat die nördliche Hemisphäre 6 Tage länger die Sonne über sich als die südliche. Sie erhält dadurch von der Sonne mehr Wärme zugeführt. Diese 6 Tage können und werden sich einmal auf 36 Tage erhöhen. Erst in 10 500 Jahren wird sich das jetzige Verhältnis wieder zu Gunsten der südlichen Erdhälfte umgeändert haben.

Gegenwart ist m. E. ebenso wichtig, wie die Entstehung von Tierformen in ältester Vergangenheit; wenn auch Darwin in seinen berühmten epochemachenden Werken den Hasen, der leicht ein Schulbeispiel für Darwins jetzt zum Teil schon überholte Lehrlänge hätte sein können, viel zu kurz hat kommen lassen und von ihm nur die Kämpfe der Männchen erwähnt, indem auch die furchtsamen Tiere die keine besonderen Waffen zum Kampfe — als sekundäre geschlechtliche Merkmale der Säugetiermännchen — besitzen, sich zur Paarungszeit auf das grimmigste beflehen¹⁾, sowie daß der Hase in seinem Lager ein bekanntes Beispiel für die unkenntlich machende Wirkung der Farbe ist, während dieses Prinzip zum Teil bei dem nah verwandten Kaninchen versagt, denn wenn dieses nach seiner Höhle läuft, fällt es dem Jäger und unzweifelhaft auch allen Raubtieren durch seinen weißen Schwanz auf („Abstammung des Menschen“ II., S. 304). Es wirkt doch gerade die Verwandlung des Waldhasen zum Felshasen (oder umgekehrt?) ein Licht auf die neuen Lebensformen, die in unserer Zeit für die Tiere geschaffen werden — geboren aus einer neuen Zeit (nicht nur geschaffen durch die verändernde Hand des Menschen), in Licht einer nahen Zukunft, einer stets warmen Zeit, deren Morgenglanz schon des Tacitus unter „rauhem Himmel“ (coelum asper) wohnende Waldgermanen mitempfanden durften, im Nibelungenlied andeuteten, in der Edda hofften.²⁾

Wer Augen hat zu sehen und wer das miterlebt, was gegenwärtig rund um uns vorgeht, der ahnt etwas und hat einen Eindruck von der gewaltigen

(Neumahr, „Erde im Weltraum“). Es gibt vor allem ornithologische Anzeichen, die mit Deutlichkeit darauf hinweisen, daß wir einer wärmeren Epoche, also einer „neuen Tertierzeit“ entgegen gegangen sind und noch entgegen gehen.

1) Man hat zwei Hasenmännchen beobachtet, die so lange miteinander kämpften, bis eins tot liegen blieb. Übrigens ist der Hase erst in neuerer Zeit zum Symbol der Furcht geworden, in der altchristlichen Symbolik war er das Sinnbild eines reinen Sünders, der zu Gott zurückkehrt (auf einem Marmorepitaph in den Katakomben). Darwin hat für die männlichen Säugetiere richtig den Satz von der Gewinnung des Weibchens durch das „Recht des Stärkeren“ aufgestellt, für die Vögel irrtümlich durch „Entfaltung von Reizen“, deren Wirkung ist so ziemlich gleich Null.

2) Siegfried der Wälung ist der Sonnengott, der Gott der Naturherrlichkeit mit den sonnenhellen, leuchtenden Augen; er durchbricht die Waberlohe, den nördlichen Flammenwall (Nordlicht) und erlöst Brunhilde von kalter isländischer Ede. — Der germanische Gott Walder, von dem die Edda erzählt, ist der Sommer. Nach dem Untergang und der Erneuerung der Welt (Eiszeit) wird er zurückkehren und dann in Eigleiten seines Amtes walten. — Die letzten Spuren des Menschen reichen in die Tertiärzeit (Fußspuren). Ein Gefühl von dieser mögen die Germanen in ihrer Brust bewahrt haben.

ologischen Revolution, in der unsere Umwelt zur Zeit steht, von dem Umgestürztwerden der Lebensformen und dem Geschaffenwerden neuer, die z. B. den stärksten Trieb in der Vogelbrut, wie den Zuginstinkt, still ertöten und aus einer ganzen großen Zahl von Zugvögeln Standvögel machen, andere Teile erobern lassen (Deutschland bis auf die Nordwestdeutsche Küstenplatte) und sogar Gestalt der Tiere, Farbe der Vögel (heißer Sommer 1911 auf direkt eine flavistische Rebhühner-Generation), Struktur der Eier rein sichtbarlich verändern. In diesem Sinne erlaube ich mir zu Dr. Hilzheimers sachlich fördernden Auseinandersetzungen auch einige Bemerkungen, soweit es der Rahmen dieser fachwissenschaftlichen Zeitschrift gestattet.

Wenn man den Kern aus der Schale schält, so lautet die zu Hilzheimers Standpunkt den Grund legenden Sätze: Hase (*Lepus europaeus* L.), ursprünglich Steppentier, wanderte in Deutschland nach der Eiszeit ein, blieb in der Waldzeit Freiwaldtier, indem er sich auf waldfreien Gebieten erhielt, sonderte als Zweigsippe den Waldhafen ab, tritt in der Neuzeit auf als Tier der modernen Kultursteppe. Meine Aufstellung lautete ungefähr: Hase, ursprünglich Steppentier, wanderte bei uns in den Zwischeneiszeiten oder unmittelbar darnach ein, wurde in der Waldzeit zum Waldbtier, tritt in der neueren Zeit als Wald-, Busch- und Feldhase auf, verschwindet allmählich als Waldhase — Buschhase ist wahrscheinlich nur Übergang — und bleibt als Feldhase in der „Erscheinungen und Zeiten lücke“ zurück. Wir stimmen überein darin, daß der Hase seiner ursprünglichen Natur nach ein Steppentier war; dies lehrt auf den ersten Blick seine Gestalt, die Ausbildung seiner Beine, die Lebensweise, die Verwandtschaft. Ebenso übereinstimmend glauben wir seine Heimat im Osten gelegen; er ist die Heimat vieler ähnlicher Tiere. Ein Unterschied der Meinungen besteht betreffs der Zeit der Einwanderung. Ich will nun kein besonderes Gewicht mehr darauf legen, ob es in den Zwischeneiszeiten oder unmittelbar nach der Eiszeit geschah — ich habe mir den Weg zu dieser Auslegung ja auch freigelassen mit den Worten „in den Steppenzeiten zwischen den Eiszeiten oder unmittelbar darnach“ — und erkenne Dr. Hilzheimers Beweisführung in diesem Punkte als überzeugend an. Der europäische Feldhase scheint tatsächlich erst in der Beendigung der Eiszeit bei uns eingewandert zu sein. So genau übrigens läßt sich dies nicht bestimmen; „scheint“ ist hier der richtige Ausdruck. Die Einschränkungen unserer Behauptung stellt H. selbst fest: Vorsicht

beim Studium diluvialer Faunenlisten, Schneehase (*Lepus timidus* L.) figuriert „sehr häufig“ auf ihnen, Feld- und Schneehase sind nur äußerst schwierig, in solchen vorgefundenen Knochenresten m. E. überhaupt nicht zu unterscheiden. Wollte man den Spieß ohne sophistische Gedankengymnastik umdrehen, so würde die Sachlage fast eher zu meinen Gunsten sprechen; denn 1. bis vor kurzem war es noch gänzlich unentschieden, ob die drei Lokalrassen Feld-, Schnee- (oder Alpen-) und Polarhase einer einzigen Art angehören — und das gilt auch für die 4. Form *Lepus meridiei* Hilz. und andere (ich komme noch darauf zurück!), — und 2. ein Vertreter dieser Typen, vorausgesetzt die Nichtunterscheidbarkeit der Knochenreste, findet sich im Magdalenien, der altsteinzeitlichen Kulturstufe in der Ausgangsphase der Eiszeit, unmittelbar nach der letzten großen Vereisung — nach Perigord in Südfrankreich kann doch der Hase nicht mit einem großen Sprung aus seinem Entstehungsherd in Zentralasien (oder noch mehr im Südosten oder auf dem Umweg über Afrika—Spanien) gekommen sein, sondern er hat dazu eine gewisse Zeit gebraucht. Denn wir haben uns die Besiedelung der neuen und fremden Länder doch nicht im „gestreckten Lauf“ zu denken, sondern durch langsame, oft in Jahrzehnten nur schrittweise vor sich gehende Einwanderung. Dazu braucht das Tier aber eine gewisse Zeit, vielleicht lange Zeit, und so ist es doch fast wahrscheinlicher, daß der Hase die letzte Zwischeneiszeit oder überhaupt die ausgehende Eiszeit benutzt hat zum Herüberkommen, um dann sofort nach dem Erlöschen der letzten großen Vereisung bei uns aufzutreten. Der Fund von Perigord macht dies wahrscheinlich.

Einen wesentlichen Unterschied wirft das Objekt „Wald“ in unsere Untersuchung. Wenn sich erweisen läßt, daß auch in der europäischen Waldzeit, z. B. in der geschichtlichen germanischen, größere Länderstrecken waldfrei geblieben sind, so will ich Herrn Mus.-Dir. Dr. Hilzheimer recht geben und seiner Meinung unumwunden beipflichten, daß sich unser Hase, a priori Steppentier, in seiner reinen Steppenform, jedoch mit einer Abzweigung der Form „Waldhase“, bei uns erhalten hat. Es wäre ja auch das Natürlichere! Ganz richtig greift H. auf das beweisende Argument zurück, daß sich ja auch Steppenpflanzen und andere Steppentiere und beispielsweise das wilde Pferd bei uns erhalten haben. Das Pferd war noch bis in die neuere Zeit hinein Jagdtier in Westfalen und im Duisburger Walde: eine Sache, die eine eigene eingehende Untersuchung verlangte. Aber gerade auch das Steppentier Pferd ist zum Waldbtier geworden, denn die deutschen wilden Pferde lebten in Wäldern: so die Wildpferde, die

um 1510 in West- und Ostpreußen lebten, von Erasmus Stella erwähnt, so die Wildpferde in den Vogesen, von denen wir um 1593 durch Elisäus Bößlin hören, und noch 1616 mußte die Stadt Kaiserslautern in der Pfalz drei Wildpferdschützen anstellen, um ihre Felder vor Schaden zu bewahren.

Ob das ganze Geschlecht der Feldhasen oder nur ein Teil derselben zu Waldhasen wurde, darauf kommt es mir und überhaupt im allgemeinen gar nicht an, sondern darauf, daß der Waldhase in unserer Gegenwart mehr und mehr verschwindet und mit dem wahrscheinlichen Übergang des Buschhasen zum Feldhasen wird.

Daran muß ich festhalten trotz des Dollschens Gesetzes. Ich erkenne dieses Gesetz an. Allein die Unterschiede zwischen Wald- und Feldhasen, die den Jägern ja ganz deutlich auffallen, sind im großen Rahmen der Naturentwicklung so gering, daß sie für ein solches Gesetz nicht in Betracht kommen oder ausschlaggebend sein können. Ich halte es also sehr wohl für möglich, daß aus Waldhasen Busch- und Feldhasen werden. Ich führe es auf das wärmere Klima zur Winterzeit und überhaupt die allgemein gebesserte Klimallage, die jene Tiere des Wärme- und überhaupt Deckungsschutzes des Waldes entbehren lehrt, zurück. Wie anders die Waldhasen verschwinden (doch nicht mehr durch Menschenhand als die Feldhasen, ja eher weniger), dies zu erklären, hat die gegenteilige Ansicht unterlassen, und gerade das ist für mich der springende Punkt, davon ging meine Untersuchung aus. Sie dankt jedoch der Gegenseite für weitere Förderung durch Aufstellung von „Kontrapunkten“.

Nicht viel größer als die Unterschiede zwischen Wald- und Feldhase sind auch diejenigen der verschiedenen Lokalrassen, wobei *Lepus meridiei* Hilzh. sicher eine gute Form ist. Weitere Formen sind außer dem typischen deutschen Feldhasen (*Lepus europaeus* Pall.) der nordische Schneehase (*Lepus timidus* L.), der Polarhase (*Lepus arcticus* Leach), der Alpenschneehase (*Lepus varonis* Mill.), der irische Schneehase (*Lepus timidus hibernicus* Bell) und der Dublinhase (*Lepus timidus lutescens* Barr.-Ham.). Von dem kleinen südfranzösischen Hasen *meridiei* muß man annehmen, daß er über Afrika von dem asiatischen Entstehungsherd aus gekommen sei.¹⁾ — Im Hinblick auf meine Karten im Dezember-Heft 1916 der Allgem. Forst- und Jagd-Zeitung muß ich noch feststellen, daß die Unterschiede zwischen diesen

Hasenformen nicht bedeutender sind als die zwischen Sprosser und Nachtigall, die ich bei Skizzierung der Karte auch in einen Begriff zusammennahm. Neuerdings wird ja immer mehr erkannt, daß biologische Momente, bei Vögeln namentlich der Gesangs wichtiger sind zur Unterscheidung und Auseinanderhaltung der Rassen als Strukturunterschiede (systematische), so z. B. gerade bei der Unterscheidung von Sprosser und Nachtigall, der Baumläufer-Rassen der Amselarten; *Leinhardt* wirkt neuerdings Gold- und Fichtenammer, *Reichenow* Kiefern- und Fichtenkreuzschnabel in eine Art zusammen.

Südeuropa besitzt einen Hasen, der den Übergang bildet zu dem sehr langohrigen Erne (*Lepus aethiopicus* L.) der Ägypter; dessen Wildbret übrigens verachten die Abessinier, sie jagen ihn nicht, weil die aus allen möglichen Elementen zusammengesetzte Religion dieses merkwürdigen Bergvolkes noch das Verbot Moses (3. Mo. 11,6 und 5. Mo. 14,7) kennt, wonach der Genuß des Hasenfleisches verboten ist, weil der Hase (anscheinend!) wiederkäut, da er mit den Kinnbacken ganz ähnliche Bewegungen macht (im Schlafen?) wie die Wiederkäuer — ein Verhalten, das nach seiner naturwissenschaftlichen Seite der neue Brehm nicht zu erklären versucht hat.

Dr. Hilzheimer und ich stimmen darin überein, daß die zunehmende Wärme die Tiere teils weiter nach Norden führt (südfranzösischer Hase), teils schützende Walddeckung entbehren lassen kann. Deutlicher noch, als letzteres in der Entwicklungsreihe „Wald-, Busch-, Feldhase“ zum Ausdruck kommt, entwickeln und offenbaren sich verwandte Vorgänge in ähnlichen oder noch großartigeren Erscheinungen der Neuzeit. Ich will einige aufzählen. Der Sperling verläßt die schützenden und wärmehabenden Hauslücken und baut unförmige große Nester in Bäumen, wie ich es bei Stettin und in Südschweden beobachtete. Belege dafür gebe ich demnächst im „Zool. Anz.“ (Marburg). Die Brandgans verläßt die Erdhöhlen und wird aus einem Höhlenbrüter ein Freinister (auf Zwiß), wie das Kaninchen ein Freilandbewohner. Ähnlich verhält es sich mit Turmfalke und Fliegenschwapper (nisten offen). Die Waldbohreule geht von der vierwöchigen zur dreiwöchigen Brutzeit über. Die Mehlschwalben (teilweise Fledung) und die Gartenrotschwänze (mitunter Rotfledung im Norden) befinden sich in einem Übergangsstadium, das sicher mit der neuen Zeit zusammenhängt — die nähere Erklärung fehlt mir noch —, und auf die Gelbfärbung der Hühner unter dem Einfluß der neuen Zeit (1911) wurde oben schon aufmerksam gemacht. Der polare Mornellregenpfeifer gibt sein südlichstes Brutgebiet, im Riesengebirge und in den steirischen Alpen, auf,

¹⁾ Vielleicht differenziert der neue Brehm diese Lokalformen zu fein; doch nehmen wir dies lieber mit in Kauf als das Gegenteil, zumal wenn es mit so ausgezeichneten Monographien verbunden ist wie beim Hasen, die z. B. beim Schaf und Pferd sozusagen ganz fehlen!

wird ihm zu warm. Die Blaurate sucht sich östlich Elbe anzusiedeln, ihr Auftauchen überall in Ostdeutschland ist weiter nichts als ein Zurückwandeln, vor der Eiszeit ist sie nach Osten¹⁾ ausgehen; auf den Giritz wies ich schon hin und ähnlich der Ansiedelungsversuch des Bienenfressers in der Kolonie im Kaiserstuhl und vieler anderer ausländischer Tiere zu beurteilen. Sehr merkwürdig dringt Insekten z. B. die stahlblaulügelige Holzbiene, *Colocopa violacea*, vor, deren nördlichstes Vorkommen wir in den letzten Jahren in Marburg feststellten, und die stattliche flügellose Laubschrecke Mittelträger, *Ephippigera vitium moguntiacae* Hust., neuerdings so häufig bei Mainz, ist auch erst 1856 (L. v. Heyden) am Rhein gesehen worden.²⁾ Der Singsperling (*Melodia cinerea*), einst Europäer, jetzt Amerikaner, befindet sich augenblicklich auf dem Wege des Rückwanderns nach Europa. Die Mittelaltersteinschnäher befinden sich zur Zeit in einer Phase der Fortentwicklung, noch leben beide Typen, der aurita- und stapazina-Typus, zusammen, aber sie erzeugen sie schon eine Nachkommenschaft, die sich bei der Ausföhrung zum Alterskleid unbedingt an der beiden Typen anschließt: Vorwärtswandern hat die noch im Schwanken begriffene Unklarheit in die Art hineingebracht (Endziel, Ausbildung einer nördlichen Form, geht in unserer Zeit sichtbarlich vor sich). Als Vögel, die ihr jetziges Brutgebiet nach Norden ausdehnen, zum Teil bereits nördlich verlegen, habe ich bis heute 34 Arten mit Sicherheit festgestellt und mehr als zwei Duzend aus Zugvögeln Standvögel geworden. Wie die Vögel im Winter singen, im Herbst brüten (S im - ot h: ein Rebhuhn im Dezember²⁾), so legt der Rebhuhn neuerdings früher im Jahre, der Albinismus kommt bei den Rehen zu, die Gemse macht Streifzüge bis nach Württemberg (Lautertal), Dachs, Fuchs und Zigel halten keinen Winter Schlaf mehr, der Dachs wird Freiwohner (in der Bukovina z. B., lebt im Winter in Heuschaber), die unglaublich starke Vermehrung der Bisamratte ist möglich,

Heidschnucken lassen sich als Winterstandwild einbürgern, worauf das nordische Ren standhaft verzichtet¹⁾, die Umfärbung des Mauswiesels zur hellen Wintertracht stoßt — ceterum censeo: es sind alles die gleichen Erscheinungen, wie das Aufgeben des Waldes als Wohnort seitens des Hasen, die Rückentwicklung vom Waldhasen zum Feldhasen. Ich könnte noch Hunderte von parallelen Fällen nennen. Es sind die Erscheinungen einer besonderen Zeit, Beginn der wiederkehrenden tertiärzeitähnlichen Tierlebensperiode.

Auf das Kaninchen und seine veränderte Lebensgewohnheit (jetzt Freilandbewohner) komme ich hier nicht näher zurück. Ich mußte für seine „neumodische“ Lebensweise eine Erklärung suchen und hielt mich dabei an das Nächstliegende, die Veränderung des Klimas. Welcher Grund letzten Endes ausschlaggebend ist, erscheint mir gleich wichtig wie die Veränderung selbst. Ich werde das Tier noch weiterhin in seinem veränderten Auftreten zu studieren suchen und später vielleicht darüber noch Näheres berichten.

Ich will hier noch eins erwähnen: Es ist sehr wohl möglich, daß es heute im Mainzer Tertiärbecken wärmer ist als vor 500 Jahren in Spanien, denn die großen Sonnenflecken des Mittelalters fehlen uns heute glücklicherweise (1911 übertraf unsere Sommerhitze sogar die Temperatur Nordafrikas, wir hatten in ägyptischen Kairo, wo ich damals selbst weilte, nicht mehr Hitzegrade als das mittlere Deutschland; ²⁾ und wenn die Kaninchen aus dem warmen Spanien gekommen sind, so haben sie unzweifelhaft in erster Linie als w ä r m e n d e n S c h u t z ihre Erdhöhlen bei uns hergestellt; dabei bleibt dahingestellt, ob sie dies damals noch in Spanien taten, genug, daß sie bei uns die Erdhöhlen herstellten gegen widrige Wettereinflüsse, und daß sie dies jetzt nicht mehr nötig haben bei milderer Temperatur. Die andere Möglichkeit: Höhlen als Schutz vor Feinden, kommt erst in zweiter, ja in unserem Falle ganz in letzter Linie in Betracht, sozusagen fast kaum in dem von jeher, seit Jahrhunderten, von den Römern schon 500 Jahre lang und dann durch Karl den Großen in Ingelheim und seit ihm i n t e n s i v e r K u l t u r

¹⁾ Hochinteressant ist auch das Nordwärtswandern einer Mittel- und südeuropäischen Bienenart, der Apfelhummel (*Bombus pomorum*). Auf einem Ausfluge in die Gegend von Nord auf Seeland im August 1903 fand S. M u c h a r d t aus Helsingborg eine Arbeiterin einer ihm unbekannten, der örtlichen Fauna völlig fremden Hummelart. Das auf eine persönliche Aufforderung ihm zugesandte Hummelmateriale, namentlich jütländisches, ergab zahlreiche Exemplare der Neuheit, die sich als die für Dänemark wie Skandinavien neue Apfelhummel erwies. Es handelt sich um Vorkommen und Ansiedelungen dieser in Mittel- und Südeuropäischen, in Thüringen schon selteneren Art. (Entomol. Meddelelser.). Das Tier ist also über die Nordsee nach Schweden geflogen. Auch alte deutsche Hummelarten ziehen sich in höheren Gebirgen gebirgs- und höhenwärts.

²⁾ „Pendulationstheorie“, S. 323.

¹⁾ Instinktiv und doch zweckmäßig zielbewußt, es hat keinen Sinn, gegen den „Strom der Zeit“ zu schwimmen!

²⁾ Wenn Simroths genial erdachte, mit Riesenfleiß durchgeführte, freilich bis jetzt noch leider nicht geologisch oder physikalisch begründete Theorie zu Recht besteht, dann müssen wir uns in einer zurückgewandten Erdphase befinden, in der die nördliche Erdhälfte der Sonne zu emporgehoben wird. Abgesehen davon, zeigt das Beispiel des Sirius, der zur Zeit der Griechen rotes und jetzt weißes Licht ausstrahlt, daß sich Sonnen verjüngen, mehr Wärme und Licht ausstrahlen, — wende dies auf unsere Sonne an! Auch Lichtverhältnisse spielen mit.

erschlossenen Mainzer Becken, das infolgedessen arm war an Raubvögeln und vierfüßigen Räubern (noch jetzt steht vereinzelt und versteckt da und dort in einem Dorfwinkel ein uralter Maulbeerbaum (Seidenzucht?) ungefähr aus der Zeit Karls des Großen). Wie sehr die Kaninchen Abänderungsfähigkeit haben, erwähnt Dr. Hilzheimer in seinem mir wohlbekannten und m. E. vortrefflichen „Handbuch der Biologie der Säugetiere“, S. 58: Nach van Bemmelen's Untersuchung ist das Kaninchen weiter nichts als ein umgebildeter Hase, das zeigt ein Vergleich der Schädel, und je schmaler — gegenüber dem dicken Hasenkopf — der Kaninchenkopf ist, je enger seine Nasenlöcher, je weniger hervortretend seine Augen, desto leichter wird ihm das Eindringen in den Boden gelingen, während dagegen die Kaninchenkiefer (und dementsprechend die Anheftungsstellen der Kau- und Nackenmuskeln) kräftiger sein müßten, „kräftig genug, um sich mittels seiner Zähne zwischen zähen Wurzeln und harten Zweigen einen Weg bahnen zu können“ (je mit den Zähnen? m. E. scharrt das Kaninchen nur! Schuster). Noch besser wie die Kaninchen sind, was die Feststellungsmöglichkeit der Abänderung anbelangt, glücklicherweise die Vögel schon vor 150 Jahren, so z. B. von Bechstein und dem älteren Naumann, ganz genau beobachtet und beschrieben worden, so daß wir ihr heutiges Verhalten mit ihrem damaligen gut vergleichen können. Es ist gar keine Frage, daß sich die **Schwarzamsel** sehr stark, wohl total verändert hat, und zwar in folgenden Punkten: 1. wurde aus einsamem, seltenem, selten vorhandenem Waldbvogel Garten- und Stadtvogel, Beweis: Jacobus Theodorus Klein, von seinem Verleger Ranter der „unsterbliche Klein“ genannt, schreibt in seinem mir vorliegenden Eierwerk vom Jahre 1766 „Ova avium“, daß er die Eier der Amseln nicht abbilden, auch nicht beschreiben, weil nicht bekommen konnte, wegen Seltenheit (desiderantur ova Turdi nigri et aliorum minus vulgarij), S. 23; sie waren also nicht in den ihm zur Verfügung stehenden schönen Eieransammlungen des Propstes Helwing, der Kgl. Galerie in Dresden, des Kabinetts in Baireuth, des Kommerzientrates Säturgus in Königsberg, des Konsistorialrats und „der Gottesgelahrtheit Dr.“ Friedrich Samuel Bodé; 2. nistet in Häusern, so von mir festgestellt im Neubau der Universitätsbibliothek in Gießen; 3. singt auf Dächern; 4. frißt Rot der Jungen; 5. macht sich trunken durch Übergenuß von Pflirsichen (im Mainzer Becken, von mir festgestellt, confer auch unmäßiges Fressen von Gartentulturfrüchten, Erdbeeren u. a. l.); 6. tötet gelegentlich junge Singvögelchen. Ich kann „wie am Schnürchen“ nachweisen, daß sich eins aus dem anderen er-

gibt und daß der erste Anlaß zu allem anderen wiederum auf dem Gebiet liegt, das die eine große Ursache zur radikalen Revolutionierung der Tierwelt in unseren grundstürzenden Tagen in sich birgt: mildere Zeiten, Verschiebung von mehr Wärme in den Winter u. dergl. Dies allein hat nicht nur auf dem Zugvogel Amsel einen Standvogel gemacht, sondern auch seine Vermehrung derartig begünstigt, daß er seinen reichen Überschuß aus dem Wald in die Gärten und Städte abgeben konnte, und darauf folgt dann alles andere (Wohnungsnot (2), Gewöhnung an Dächer (3), eigentümliche Fressgelüste (4 und 5), Nahrungsmangel (6) usw.). So gut übrigens, wie sich Tiere wie die **Walbschnecke** das Überwintern nicht nur in milden Wintern angewöhnt haben, sondern auch tatsächlich in einem immer noch einmal wiederkehrenden strengen Winter, so 1916/17, (das wäre also die tatsächliche neu erworbene Eigenschaft), so ähnlich können sich doch wohl auch unsere deutschen **Sichhörnchen** entsprechendes Verhalten angewöhnen, und haben es sich tatsächlich angewöhnt. ¹⁾ Dabei spricht es sich noch einmal wiederkehrender kalter Winter gar nicht gegen die Voraussetzung meiner These, denn er ist weiter nichts als ein Rückfall, eine reversio, entsprechend dem Atavismus im Tierreich, und was es im Gefolge hat, haben wir ja 1916/17 gesehen: Der darauf folgende Juni 1917 hatte den heißesten Junitag seit 1848. Das war mehr als wieder gut gemacht.

Die **Fasanen** muß ich bestimmt als teilweise zu Fuß bei uns eingewanderte Südländer ansprechen. Denn in Ungarn, das die Brücke zu ihrer Balkanheimat bildet, kommen sie seit langer Zeit als wild und nicht von Menschenhand eingebürgert vor. Wo die Griechen die Fasanen fanden, ist dabei gleichgültig, und das die Römer allerhand Tiere bei uns einbürgerten ist ein gern von uns gebrauchtes Schlagwort, das bei näherer Betrachtung in ein leeres Nichts zerfällt. Selbst Haustierte haben ist noch immer etwas anderes als sie in Germanien einführen. Der autochthone Fasanenbestand Ungarns-Böhmens redet eine andere, erdwichsigere Sprache als Latein ganz abgesehen von Jägerlatein.

Zum Schluß spreche ich Herrn Dr. Hilzheimer, Direktor des Märkischen Museums in Berlin, noch einmal Dank aus, daß er mir und sicher auch unsern Lesern Anregung zu neuen Gedanken und Förderung in deren Vertiefung gab, wozu er trotz seiner angestrengten militärischen Tätigkeit als derzeitiger Lazarettinspektor in Weissenau-Ravensberg die Zeit gefunden hat.

¹⁾ Bestätigte mir ein Revierförster, ich selbst lag über Winter 1916/17 im Militär Lazarett in Schlesien.

Zur Abwehr.

von Karl Rager, fürstl. Thurn und Taxischem Oberförster.

Das Juli-Heft 1917 dieser Zeitschrift brachte an erster Stelle eine Abhandlung: „Versuch einer neuen Grundlegung der Forstwirtschafts-Wissenschaft von Herrn Großh. Forstassessor Heinrich Weber, welche, reichwie frühere Arbeiten des Herrn Verfassers über denselben Gegenstand, ohne Zweifel höchst beachtenswert, obwohl in wichtigen Punkten nicht frei von aufsehbaren Aufstellungen ist. Zu einer Besprechung derselben, die leicht zur Aufrollung der vorliegenden mehreren Streitfragen und damit in umfangreichen Erörterungen führen müßte, mangelt mir sowohl die Zeit als auch die Stimmung, verdient auch — zum mindesten in der Gegenwart — das Vertrauen in das Vorhandensein eines entsprechenden Interesses für solche Dinge in forstlichen Kreisen. Ich kann mir indessen nicht versagen, wenigstens zu zwei Punkten jener Abhandlung Stellung zu nehmen, welche die Kritik eines im Jahre 1913 in der „Silva“ erschienenen Aufsatzes aus meiner Feder betreffen, und ganz kurz Folgendes darauf zu entgegnen.

I. Die einwandfreie methodologische Begründung der Forstwissenschaft ist, wie die Erfahrung lehrt, kein leichtes Unternehmen: eine Eigenlichkeit, die sie mit den Wissenschaften der übrigen technisch-wirtschaftlichen Kulturgebiete teilt. In den bezüglichen Werken und Abhandlungen der philosophischen Literatur werden alle diese Wissenschaften entweder gar nicht oder nur flüchtig erwähnt, mitunter wohl auch mit der geringfügigen Bemerkung abgetan, daß es sich bei ihnen nicht um eigentliche Wissenschaften sondern nur um „Kunstlehren“, d. i. um die Aufstellung praktischer Verhaltens- und Arbeitsregeln handle. Unter solchen Verhältnissen ist es selbstverständlich, wenn bisher die Lösung der bezeichneten Aufgabe nur von forstlichen Schriftstellern versucht worden ist. Einen der schwierigsten Teile dieser Aufgabe bildet wohl die Bestimmung und Abgrenzung des Gegenstandes oder Objektes unserer Wissenschaft. Nach meiner Auffassung ist dieser Gegenstand von dualistischer Wesenheit: der bald als Objekt der Forstwirtschaft einerseits, das Verfahren dieser andererseits; die Forstwissenschaft gehört somit zu den sog. gemischten Wissenschaften. Das Bestehen solcher hat Herr Forstassessor Weber wiederholt bestritten (Silva 1915, 31, 1916, 7, A. F. u. J. 3. 1917, Juli) ohne dabei u. a. von meiner jene Auffassung stützenden Berufung auf Prof. H. Wagner-Göttingen und Prof. A. Weber-Gießen im geringsten Notiz zu nehmen. Die Konstituierung wissenschaftlicher Wis-

formen kann in verschiedener Weise erfolgen (wobei aber jedesmal die Vereinheitlichung der durch sie zur Gewinnung und systematischen Darstellung gelangenden Erkenntnisse hergestellt werden muß), und zwar:

1. Durch solche Behandlung verschiedener koordinierter Erfahrungsobjekte aus einheitlichem Gesichtspunkte (Beispiel: die Geographie, in welcher die natürlichen und kulturellen Erscheinungen der Erdoberfläche aus dem Gesichtspunkte der räumlichen Anordnung betrachtet werden);

2. durch Korrelation zweier Wissensgebiete, wie dies in der Forstwissenschaft und überhaupt in den sog. praktischen Wissenschaften der Fall ist. Demgemäß habe ich seinerzeit in der Forstwirtschaftslehre, als dem Kern der Forstwissenschaft, zwischen Sachlehre und Methodenlehre unterschieden (Silva 1915, 45). Was unter letzterer zu verstehen ist, dürfte klar sein und keiner Erörterung bedürfen. Die Sachlehre nun befaßt sich mit der Feststellung und Darlegung der forstlichen Eigentümlichkeiten des Forstwirtschaftsobjektes im weitesten Sinne. Unterscheidet man in der Forstwirtschaftslehre einen technischen und einen ökonomischen Hauptteil, so tritt die Sachlehre besonders in ersterem hervor, nicht aber etwa als ein für das engere forstliche Bedürfnis geformter Ausschnitt aus den einschlägigen Naturwissenschaften. Aufgabe der forstlichen Sachlehre ist die Deutung und Wertung der im Bereiche der forstlich-technischen Tätigkeit auftretenden Naturdinge und -vorgänge für die Zwecke eben dieser Tätigkeit; die Feststellung dessen, was fördernd oder was hemmend in der Natur auf die Gestaltung und Betätigung der Technik seine Wirkung ausübt. Ist die Naturwissenschaft kausal, so ist die hier gemeinte Sachlehre teleologisch gerichtet. Letztere steht aber wieder zur Methodenlehre in konditionalem Verhältnis: Bedingendes und Bedingtes stehen aneinander gegenüber. Diese aber sind Korrelate und bilden somit zusammen eine logische Einheit. Das ist, in kürzester Andeutung, meine Auffassung des methodologischen Grundzuges der Forstwirtschaftslehre. Möge sie nun, ebenso wie meine früheren Ausführungen über diesen Gegenstand, richtig sein oder falsch, so kann ich doch nicht umhin dagegen Verwahrung einzulegen, daß sie einfach unter der Bezeichnung „Konsens“ abgetan wird (A. F. u. J. 3. 1917, Juli, S. 159), ehe noch eine erschöpfende Diskussion der bezüglichen Streitfrage stattgefunden hat.

II. Herr Forstassessor Weber beanstandet weiter (a. a. O. S. 159) meine Einteilung einer allgemeinen Wirtschaftslehre in „Privatwirtschafts-

lehre“¹⁾ und „Volkswirtschaftslehre“, eine Einteilung, die so oder ähnlich nicht selten in der wirtschaftswissenschaftlichen, in neuerer Zeit insbesondere auch in der handelswissenschaftlichen Literatur anzutreffen ist. (Ich beschränke mich darauf, in dieser Hinsicht nur auf zwei Schriften hinzuweisen: M. Weyermann und H. Schöniß, *Grundlegung und Systematik einer wissenschaftlichen Privatwirtschaftslehre* usw., Karlsruhe 1912, S. 12 u. f.; sodann L. Gombert, *Grundlegung der Verrechnungswissenschaft*. Leipzig 1908, S. 203). — Wenn im weiteren mit beträchtlichem Energieaufwand und ziemlich ausführlich für die Anerkennung der Forstwirtschaft als einer „Privatwirtschaft“ plaidiert wird, so bin ich mir, offen gestanden, über den Zweck jener Ausführungen nicht klar geworden, da ich niemals behauptet habe, daß die Forstwissenschaft keine Privatwirtschaft sei und dies wohl auch kein vernünftiger Mensch behaupten wird. Und wenn sich Herr Forstassessor Weber dabei auf die juristisch-soziologische Grundlegung der Wirtschaftswissenschaft durch Stämmeler (*Wirtschaft und Recht*) beruft, so ist dies zwar sein gutes Recht; allein es ist dabei immerhin zu beachten, daß unter den Vertretern dieses Wissensgebietes sowohl in methodo-

logischer wie auch in sachlicher Hinsicht noch sehr wenig Übereinstimmung ihrer Ansichten und Lehren besteht, daher der Bezugnahme auf letztere öfter nur sehr bedingte Geltung zuzuerkennen sein wird. Mit dem gleichen Recht wie Herr Forstassessor Weber zitierend, möchte ich gleichwohl auf eine sachverständige Beurteilung der Richtung Stämmeler in der Wirtschaftstheorie hinweisen, welche durchaus ablehnend ausgefallen ist und die in dem Satz gipfelt: „Alle diese unklaren sozialen Schlagworte, die niemals scharf definiert werden, und die ganze Verquickung der Wirtschaftswissenschaft mit der Gesellschaftslehre sind abzulehnen.“¹⁾ Bergh, R. Liefmann, *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, I. Band, Stuttgart und Berlin 1917, S. 644 bezw. S. 40 u. f. Ich bin nun weit entfernt, mich zur Abgabe eines maßgeblichen Urteils über diese gegensätzlichen Aufstellungen für berechtigt anzusehen und unterlasse jede an letztere anbindende Erörterung als ganz zwecklos. Mit der andeutungsweise Gegenüberstellung Stämmeler-Liefmann wollte ich nur zeigen, daß die Berufung auf fremde Arbeiten nicht immer geeignet ist, sichere Grundlagen für die Hervorbringung eigener sowie für die Kritik gegnerischer Erzeugnisse zu schaffen.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

- Borne, Max v. dem, weil. Kammerherr Ritterg.-Besitzer: *Leichwirtschaft*. 6. Aufl., Neubearb. v. Hans v. Debschitz. Mit 50 Textabb. (VII, 184 S.) (Thaer-Bibliothek 89. Bd.) gebd. M. 2.80. Paul Parey in Berlin.
- Büsgen, M., Prof. Dr.: *Bau u. Leben unserer Waldbäume*. Mit 129 Abb. im Text. 2. umgearb. Aufl. (VIII, 340 S.) Lex. 8°. M. 9.—. Gustav Fischer in Jena.
- Delius, H., Geh. Just.-R. Kammerger.-R. Dr.: *Die Landesfischereiordnung vom 29. III. 1917 u. d. Bezirksfischereiordnungen*. Erg.-Heft zu Delius, *Fischereigesetz* vom 11. V. 1916 (Ges. S. 55). (IV, 140 S.) Kl. 8°. Heymanns Taschengesetzsammlung Nr. 86. Nachtrag. M. 2.—. Carl Heymanns Verlag in Berlin.
- Fischereigesetz, Das neue preussische, vom 11. V. 1916 nebst Landes-Polizeiverordnung vom 29. III. 1917. (72 S.) Kl. 8°. brosch. M. 1.—; geb. M. 1.45. L. Schwarz & Comp. in Berlin.
- Forsten u. Holzungen, Die, im Deutschen Reich nach d. Erhebung d. J. 1913. Bearb. im kais. statist. Amte. Mit 3 Taf. (125 S.) 32 × 25 cm. (S.-M. a. d. Vierteljahrsheften z. Statistik d. Deutschen Reichs. 25. J. 1916.) M. 1.50. Rutt-Kammer & Mühlbrecht in Berlin.

- Förster, Der. Land- u. forstwirtschaftl. Kalender f. Forstschutzbeamte. 1918. Hrsg. vom prakt. Forstmann A. Conrad. (Kleine Ausg.) (288 S.) Kl. 8°. Pappbd. M. 2.10; große Ausg. Pappbd. M. 2.50. Gustav Röhres Verlagbuchhandlung in Graudenz.
- Frommes forstliche Kalender-Tasche 1918. Zugleich Kalender d. allgemeinen Güterbeamten-Vereines in Wien. Red. v. Hofr. Emil Böhmerle. 32. d. ganzen Folge 46. Jg. Mit 44 Fig. im Texte. (VIII, 234 S. m. Tages-Notizbuch. kl. 8°. Pappbd. M. 4.40. Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Carl Fromme, Ges. m. b. H. in Wien.
- Guttenberg, Adolf Ritter v., Hofr. Prof. i. R. Dr.: *Grundriss d. Forstverwaltungslehre*. (VIII, 165 S.) gr. 8°. M. 5.—. Franz Deuticke Verlag in Wien.
- Gusnagl, Leop., Zentralgüterdir. Dr.: *Handbuch d. Kaufm. Holzverwertung u. d. Holzhandels. Für Waldbesitzer, Forstwirte, Holzindustrielle u. Holzhändler*. 4., Neubearb. u. verm. Aufl. Mit 28 Textabb. (VIII, 412 S.) gr. 8°. Zwbd. M. 15.—. Paul Parey in Berlin.
- Kessner, Alois, Prof. Ing.: *Leitfaden d. Waffenlehre m. bes. Berücks. d. Jagd- u. Sportwaffen*. Mit 79 Abb. im Text. (V, 162 S.) gr. 8°. Hlwbd. M. 3.—. Franz Deuticke Verlag in Wien.
- Krammen, Prof. Dr. v., u. Kiedel, Hofr.: *Die Kriegsnutzung*

¹⁾ Heute würde ich anstatt „Privatwirtschaftslehre“ sagen „Einzelwirtschaftslehre“. Letztere zerfällt in die „Privatwirtschaftslehre“ und die „Gemeinwirtschaftslehre“.

¹⁾ Mehr als die Ausführung dieses einen Satzes ist hier nicht angängig. Ein klares Verständnis der Liefmannschen Darlegungen erfordert das Studium der betr. Buchabschnitte.

Walbes. Eine Anleitung z. Mobilmachung d. deutschen Walbes. (Bibliothek f. Volk- u. Weltwirtschaft. Hrsg.: Prof. Dr. Franz v. Mammen. 42. Heft.) (31 S.) 80. M. 1.—. „Globus“ Wissenschaftl. Verlagsanstalt in Dresden.

Ger, Prof. Dr.: Inwieweit vermag d. deutsche Wald dazu beizutragen, d. Volksernährung zu sichern. (Vortrag, gehalten d. Monom. Gesellschaft im Kgr. Sachsen zu Dresden am 2. II. 1917.) (27 S.) M. —. 80. Reichensbachsche Verlagsbuchhandlung Hans Wehner in Leipzig.

Klas, H., Assess. Dr. ing.: Bayerns Bodenbewirtschaftung unter Berücks. d. geolog. u. klimat. Verhältnisse. Hrsg. vom k. statist. Landesamt. (15 S. m. 17 farb. Karten in 11 x 34 cm.) 32,5 x 24 cm. M. 5.—. J. Lindauersche Univ. Buchh. (Schöpping) Verlags-Abteilg. in München.

Kiefer, Bruno, Handelshochsch.-Doz.: Holzhandel u. Holzindustrie Ostpreußens. gr. 80. (VII, 79 S.) M. 2.40.

Schriften d. Instituts f. ostdeutsche Wirtschaft in Königsberg (Pr.), hrsg. v. Prof. Dr. H. Heße, Prof. Dr. H. Bradmann, Prof. Dr. D. Gerlach, Prof. Dr. F. Hansen, Prof. Dr. F. Werner. 2. Heft.) Gustav Fischer in Jena.

Schönberg, Franz, Garteninsp.: Der Walnußbaum, seine Anzucht u. Pflege. Mit e. Zusammenstellung u. Beschreibung d. am häufigsten vorkomm. Walnußspielarten. Mit 25 Abb. (VII, 77 S.) gr. 80. M. 2.80. Eugen Ulmer in Stuttgart.

Se, Just.-R. Dr.: Das preuß. Fischereigesetz vom 11. V. 1916 nebst d. dazu erlassenen Bestimmungen d. Verwaltungsbehörden. Textausg. m. kurzen Anmerkungen u. Sachregister. (VI, 100 S.) gr. 80. M. 1.50. Julius Bergas Verlag in Schleswig.

Die organisatorischen Aufgaben und Ziele der deutschen Forstwirtschaft, zugleich Bericht der Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten. Herausgegeben vom Leiter der Geschäftsstelle Regierungsdirektor Dr. Wappes, Speyer.

Über Entstehung, Einrichtung und Arbeit der Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates, welche im Januar 1917 zur Bearbeitung der an den deutschen Forstverein herantretenden kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten geschaffen wurde, ist zwar in den öffentlichen Zeitchriften berichtet worden, eine umfassende Darstellung ihrer Tätigkeit war aber nicht möglich, weil die rasch ins Leben gerufene Einrichtung mit einiger Zeit bedurfte, um die Grundsätze für ihr Vorgehen zu gewinnen, weil sie, indem sie ihre Tätigkeit auf breitere Grundlage und weiteres Ausmaß ausbauen einstellte, nicht so schnell sogenannte „positive Erfolge“ aufweisen konnte. Dazu kam, daß ein Teil ihrer Wirksamkeit in der Anknüpfung persönlicher Beziehungen, der Gewinnung von Informationen und aufklärender Tätigkeit bei öffentlichen und privaten Stellen bestand. Für die Verhandlungen der kürzlich stattgehabten Hauptversammlung des deutschen Forstvereins in Erfurt erwies es sich aber als Bedürfnis, einen Überblick über das bisher Geleistete und einen Ausblick auf die nächsten Ziele zu haben. Da die Geschäftsstelle mit der aus-

gesprochenen Absicht geschaffen wurde, so viel als möglich den Zusammenhang der Forstwirtschaft mit den großen Bewegungen der Zeit zu ergründen und daraus die Erkenntnis für die Bedingungen und die Art tatkräftigen Handelns zu gewinnen, erschien es notwendig, zunächst darzulegen, wie sich in der Auffassung der Leiter und Mitarbeiter die Zeit mit ihren gewaltigen Ereignissen spiegelt, in welchem Geiste und mit welchen Zielen gearbeitet wird.

In vier Abschnitten werden unter diesen Gesichtspunkten besprochen: 1. die wirtschaftliche Lage der Gegenwart (das bisherige Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, die wirtschaftliche Umwälzung des Krieges, die Art der neuen Lebensordnung, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Übergangszeit, der Aufbau der neuen Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Aufgaben des Staates und Volkes, Sparsamkeit des Konsums, Steigerung der Produktion, Technische Wissenschaften, Organisationen), 2. die Aufgaben der Zukunft und die Forstwirtschaft (die Organisation der Bodenkultur, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Landwirtschaftskammer, Großwaldbesitz, Staatsforstverwaltungen, Bildung von Zentralstellen, Betriebliche Aufgaben der deutschen Forstwirtschaft), 3. der deutsche Forstverein (Leistungen desselben, die kriegswirtschaftliche Geschäftsstelle, Entstehung, Ziel der Arbeit, Arbeitseinteilung, Tätigkeit), 4. die Aufgaben einer Geschäftsstelle des deutschen Forstvereins (Weitere Aufgaben der Geschäftsstelle).

In einem Schlußwort wird darauf hingewiesen, daß sich eine neue Organisation aus dem Wirrsal der Zeit herausringt. Es sei einleuchtend, daß die Umwandlung der Kriegswirtschaft zur Übergangswirtschaft sich nicht in der Weise vollziehen kann, daß der Staat nach Friedensschluß das Gerüst, in dem er das Wirtschaftsleben eingezwängt hat, einfach abbricht und die neuen wieder fessellos gewordenen Kräfte frei dahinströmen läßt, der Staat müsse vielmehr die Führung übernehmen, aber es müsse darauf hingearbeitet werden, daß er sich nicht zu Experimenten verleiten läßt. Es werde Sache der Ausschüsse sein, die Grundzüge der künftigen Wirtschaftsorganisation, soweit diese die Forstwirtschaft angeht, frühzeitig zu erkennen und die daraus entstehenden Einzelfragen gründlich zu bearbeiten. Hierbei werde natürlich mit den Reichsbehörden Fühlung genommen werden müssen. Zu diesem Zwecke müßten in der von dem Reichsamt des Innern auszubauenden Organisation, welche Vorarbeiten für eine möglichst wenig Leiden verursachende Umwandlung der Kriegswirtschaft und Friedenswirtschaft liefern soll, auch Vertreter der Forstwirtschaft Platz finden und es müsse der deutsche Forstverein zu denjenigen Stellen gehören,

welche bei Vertretung der Interessen der Forstwissenschaft zu fragen wären. Durch die Schaffung der Geschäftsstelle sei es möglich, den Forstwirtschaftsrat in den Fragen der Übergangswirtschaft, der Zoll- und Verkehrspolitik heranzuziehen und mit den Reichsbehörden in enger Fühlung zu erhalten. Aufgabe des deutschen Forstvereins werde es sein, seine Verfassung und seine Organe derart zu gestalten, daß er in Zukunft befähigt sei, für seinen Teil den Forderungen einer neuen Zeit gerecht zu werden.

E.

Die Kriegsnutzung des Waldes. Eine Anleitung zur Mobilmachung des deutschen Waldes. Von Prof. Dr. Mammen und von Oberlehrer Niedel. Oberbehördlich empfohlen 1917. Jos. E. Hubers Verlag, Dießen vor München. Einzelne Exemplare 20 Pfg., 100 Stück a 12 Pfg., 500 Stück a 11 Pfg., 1000 Stück a 10 Pf.

Der Zweck des vorliegenden Schriftchens ist, in Kürze zu zeigen, in welcher Weise die deutsche Forstwirtschaft im Verein mit dem ihr anvertrauten Wald in dem gewaltigen Völkerrunge, in dem Deutschland sich befindet, bestrebt gewesen ist, dem Vaterlande das notwendigste Nützeng zum „Durchhalten“ zu geben und alle Kriegsbedürfnisse in reichlicher Menge zu beschaffen. Gleichzeitig will es aber zeigen, daß wir aus der Kriegswirtschaft die Lehren mit herübernehmen sollen in die Friedenswirtschaft, die dauernden Nutzen stiften können.

Der Inhalt dieses sehr lehrreichen Büchleins zerfällt in folgende Abschnitte: 1. Hauptnutzung des Waldes, a) das Brennholz, b) das Nutzholz; 2. Nebennutzungen, a) Streunutzung, b) Nähr- und Futterstoffe des Waldes, c) Futteranbau im Walde, d) Fleisch und Brot des Waldes, e) Öl, Fett, Harz, Gerbstoffe, f) Arzneikräuter, Tees, g) Verschiedenes; Arbeit und Kapital im Walde; die Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Arbeiter und Kriegsinvaliden; Gesundheitliche, ethische und ästhetische Bedeutung des Waldes; Heimatschutz im Walde; Taktische und strategische Bedeutung des Waldes.

Deutschland besitzt 14 223 200 ha Wald, 26 % der gesamten Landesfläche; sein Holzvorrat beträgt 2 Milliarden Kubikmeter, wovon jährlich genutzt werden 54 Millionen im Werte von 400 Millionen Mark; die Holzeinfuhr hat i. J. 1913 betragen 7 529 121 Tonnen, die Ausfuhr 560 023, die Mehreinfuhr somit 6 969 098 Tonnen.

Etwa die Hälfte des jährlich zur Nutzung kommenden Holzes wird als Heizmaterial verwandt,

das übrige als Nutzholz. Abgesehen vom Bauholz dient es als Material für Tischler, Böttcher, Drechsler, Wagner, Glaser, Korbmacher, Kistenbauer, Holzschneider, Kohlenbrenner, Schuh- und Pantoffelmacher, Instrumentenmacher und kommt ferner als Stangen für Telegraphen, elektrische u. Leitungen, als Hopfen-, Bohnen-Stangen, Baumpfähle, Fleißtöcke, Feuerholz, Grubenholz, zur Papierbereitung, als Eisenbahnschwellen, Holzwohle, Holzbohle, Zellulose usw. zur Verwendung.

Ungeheure Holzmen gen verschlingt der Krieg. Baracken, die zur Unterbringung der Gefangenen gebaut werden mußten, beanspruchten rund 1 Mill. Kubikmeter, die überall erbauten Speiseanstalten bis zum 8. Mobilmachungstage 30 000 Kubikmeter. Groß ist der Bedarf an Pfählen, Balken, Brettern zum Ausbau der Schützengräben, der Unterstände und Deckungen, zur Errichtung von Baracken, Lazaretten, Entlausungsanstalten, Brücken und Eisenbahnen, Schiffen, Fahrzeugen aller Art, Flugzeugen, Geschoskörben, Zelten, Tornisterrahmen, Holzpanzertoffeln, Kugelschutzhüllen für Pioniere usw. Knüppelholz und Reisig wird zur Herstellung von Hindernissen und zu Wegebauten im sumpfigen Gelände gebraucht. Außerdem stellen die winterlichen Laubwälder unerschöpfliche Quellen wertvoller Rohstoffe dar.

Ferner hätte noch die Verwendung von Buchen- und Lindenknochen zur Herstellung von Mehl erwähnt werden können.

Durch die Waldstreu wird das Stroh ersetzt, die Waldgräser dienen zur Ernährung des Viehs, die Früchte der Eichen, Buchen, Kiefer, Nadelbäume, Ahorn, Eschen, Ulmen usw. bieten Futterstoffe für Schweine und andere Tiere, Vogel- und Hohlunderbeeren, die Samen der Brennessel und des Schneeballs geben gutes Hühnerfutter, die Stengel der Brennessel und die Wurzeln des Adlerfarns und Weidenröschen werden von Pferden gern genommen, sind auch gutes Schweinefutter. Die Blätter der Laubbäume geben ein vorzügliches Futter für Rindvieh, Schafe, Ziegen und Pferde.

Weiter wird auf die Wertung forstschädlicher Vögel (Krähen, Eichelhäher usw.) und forstschädlicher Insekten (Engerlinge, Drahtwürmer, Maikäfer, Puppen usw.) hingewiesen. Auf abgeholzten Waldflächen können Getreide, Kartoffeln, auch Mais angebaut werden.

Auch Fleisch liefert der Wald in seinem Wild, ferner nahrhafte Kost in seinen Pilzen und Beeren, in seinen Wildpflanzen als Gemüse.

Ferner schafft er uns Ersatz für die fehlenden Öle, Futter, Harze und Gerbstoffe und gewährt uns schätzenswerte Arzneikräuter und Tees.

Schließlich wird noch auf die gesundheitliche,

liche und ästhetische Bedeutung des Waldes hinweisen und es werden beachtenswerte Regeln zum Nutzen des Waldes gegeben.

Möge das zeitgemäße, inhaltsreiche und lehrreiche Heftlein recht viele Abnehmer und Leser finden zum Nutzen unseres schönen deutschen Waldes, dessen Wert jetzt im Kriege wieder so recht erkannt worden ist.

Bialowieza¹⁾ in deutscher Verwaltung. Herausgegeben von der Militärforstverwaltung Bialowieza. Ersteres Heft. I. Hauptmann Gruber: Die Eroberung des Urwaldes; II. Hauptmann Dr. Voit: Die Erschließung des Urwaldes, a) das Waldgebiet, b) die wirtschaftliche Erschließung, c) die wissenschaftliche Erforschung. Mit 86 Textabbildungen. Berlin, Verlag Paul Parey 1917. Preis 4.— Mk.

Durch die Herausgabe des in zwanglosen Heften erscheinenden Lieferungsverkes „Bialowieza in deutscher Verwaltung“ will die Militärforstverwaltung Bialowieza der Jetzt- und der Nachwelt Zeugnis von deutscher Arbeit im Kriege ablegen. Es ist hoch anzuerkennen, daß es trotz der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten möglich war, jenes Urwaldgebiet, das durch seine Abgeschlossenheit seit Jahrzehnten für die Wissenschaft fast eine terra incognita war, zu erschließen.

Das vorliegende Heft, welches gewissermaßen die Fortsetzung der weiter in Aussicht genommenen Lieferungen bilden soll, enthält zunächst eine Abhandlung des Divisionsadjutanten Hauptmann Gruber über die Eroberung des Urwaldes. Hier gibt Verfasser einen kurzen Überblick über die militärischen Ereignisse, die der Erschließung des großen Waldgebietes im Jahre 1915 vorausgingen und schildert die jagdlichen Eindrücke und Erlebnisse beim Vormarsch bei der Eroberung des Urwaldes besonders beteiligten Division. In einer zweiten Abhandlung schildert dann Hauptmann Dr. E. Voit die Erschließung des eroberten Waldgebietes. Dasselbe wird

zunächst in geographischer, klimatischer, geologischer und forstlicher Beziehung besprochen und sodann dessen wirtschaftliche Erschließung eingehend geschildert. Gleich nach der Besetzung des Waldgebietes durch die deutschen Truppen wurde die deutsche Forstverwaltung daselbst eingerichtet und an deren Spitze der bahr. Hauptmann und Forstrat Dr. Eschrich gestellt. Die Aufgaben der jungen Forstverwaltung waren mannigfacher Art. In erster Linie galt es der Deckung des umfangreichen Heeresbedarfes. Die kämpfenden Truppen benötigten eine Unmenge Rundhölzer und beschnittenen Materials zum Ausbau der Unterstände und Errichtung von Baracken, Brennholz und Holzkohle zur Erwärmung der Unterkunftsräume, Holzwole zum Füllen der Strohkübel und als Einstreu für die Pferde, Schwellen und Telegraphenstangen zur Wiederherstellung der zerstörten und zum Bau neuer Bahnen und Telegraphenlinien. Neben diesen dem direkten Heeresbedarf dienenden Holzsortimenten waren noch Zellstoff und Grubenhölzer zu liefern. Das zunächst nur aus 3 höheren Forstbeamten bestehende Personal mußte bald vermehrt und eine umfangreiche Verwaltung durch Schaffung besonderer Referate für Personalien, Wirtschaft und Verpflegung, Forsteinrichtung, Holzverwertung, Technische Betriebe, Eisenbahn- und Wassertransport, Sanitätswesen, Massenverwaltung, Etatwesen, Einrichtung besonderer Wirtschaftsgebäude (Forstinспекtionen) eingerichtet werden. Die Verwaltung eines solchen Inspektionsbezirks wurde einem Forstbeamten im Range eines Hauptmannes übertragen und demselben ein Hilfsoffizier (Oberförster) beigegeben. Für den Betriebsvollzug erhielt jedes Forstamt eine entsprechende Anzahl von Förstern, Forstaufsehern, Waldwärttern aus dem Unteroffizier- und Mannschaftsstande zugewiesen. Eine große Schwierigkeit bot anfangs die Anwerbung von Waldbarbeitern, weil die wenigen im Urwalde und in dessen Nähe gelegenen Ortschaften von den Russen zerstört und deren Einwohner vertrieben und in das Innere Rußlands verschleppt worden waren. Bald trafen aber die Flüchtlinge in großen Scharen wieder ein und es konnte allmählich ein regelmäßiger Betrieb aufgenommen werden. Im Winter beschränkte sich die Holzgewinnung in der Hauptsache auf die Gewinnung hochwertiger Eichen-, Eschen-, Erlen- und Kiefernholzes, im Frühjahr wurde auch mit dem Einschlage von Fichten und mit der Gewinnung von Lohrinde begonnen.

Hand in Hand mit der Holzgewinnung mußte auch für die Abfuhr Sorge getragen werden. Die vorhandene eingleisige Sackbahn Gajnowka—Bialowieza konnte hierzu nicht genügen, es mußte dieselbe durch die Anlage von Ausweichstellen, Verladeanlagen, Holzlagerplätzen und den Ausbau eines

¹⁾ Da dieser Name ganz verschieden geschrieben wird — Bialowieza, Bialowicz, Bialowisch, Bialowiesch — und nicht auf jeder Karte leicht zu finden ist, wird bemerkt, daß der Urwald im Gouvernement Grodno, zwischen Pruschan, zwischen Bialystok (Bielostok) und Brest-Litwa liegt und mehr als 100 000 ha umfaßt. In der Mitte des Waldes liegt das gleichnamige Dorf. Mehrere Flüsse — Narwa, Narewka, Bialowiczanka — durchströmen den Wald, dessen Hälfte der Krone gehört hat, und der reiches Großwild, Auerhosen, Elche, Bären, Wölfe, Hasen enthält; auch öfters als Zufluchtsort polnischer Verfolger und (1831) Polnischer Insurgenten gedient hat.

Rehes von Feld- und Förderbahnen leistungsfähiger gemacht worden.

Der Wassertransport, den die Russen zur Ausbringung des Holzes auf Narew und Marcwka mit ihren Nebenflüssen, sowie auf der Lesna ausgeübt hatten, konnte erst nach Wiederherstellung der zerstörten Wehre und Stauwerke in Frage kommen. Eine der dringendsten Aufgaben war die Errichtung von Sägewerken und Holzwoollfabriken. Ferner mußten die Terpentiner- und Kienölsen wieder in Stand gesetzt und neue Terpentiner- und Teeröfen errichtet werden. Die Schar der Arbeiter war bis Ende Juni 1916 auf rund 3000 russische und polnische Zivilpersonen und mehrere tausend russische Gefangene angewachsen, die unter Leitung und Aufsicht einiger hundert deutscher Militärpersonen arbeiteten, und für die Unterkunft geschaffen werden mußte. Es wurden Einheitspläne für Arbeiterwohnungen ausgearbeitet und nach diesen 6 Kriegsgefangenenlager und eine Anzahl Baracken für Arbeiter gebaut, die sämtlich den Anforderungen der Hygiene entsprechen und mit Entlausungs- und Waschanstalten, Kücheneinrichtungen, Beleuchtungsanlagen usw. versehen sind.

Der dritte Abschnitt des Festes handelt von der wissenschaftlichen Erforschung des Forstes.

Zunächst wurde zur Schonung des Wildes eine Jagdordnung erlassen, in der die grundsätzliche Schonung des Wildes ausgesprochen und die Regelung seines Abschusses dem Armeekorpskommandanten vorbehalten wurde. Zur Feststellung der Lebensweise des Wildes und zur Erforschung der noch unerforschten Fauna und Flora des Urwaldes wurden zunächst die bekanntesten Fachgelehrten eingeladen und im Juni 1916 nahm die Militär-Forst-

verwaltung selbst die Durchforschung in die Hand. Die Tätigkeit der neuen wissenschaftlichen Abteilungen soll sich erstrecken auf die Erforschung des „ganz Urwaldgebietes in naturwissenschaftlicher Hinsicht und zwar durch:

1. Untersuchung der geologischen und meteorologischen Verhältnisse;
2. Lösung von Fragen der Tier- und Pflanzenverbreitung;
3. Untersuchung biologisch-ökologischer Fragen, besonders solcher, die im Urwaldcharakter des Waldes begründet sind.

Dieses Ziel soll erreicht werden durch:

1. Bodenuntersuchungen und Anstellung meteorologischer Beobachtungen;
2. Studium der Tier- und Pflanzenwelt an Ort und Stelle in Verbindung mit hervorragenden Forstgelehrten;
3. Anlagen einer Sammlung geologischer, zoologischer und botanischer Objekte aus den untersuchten Gebieten;
4. Sammeln von Notizen über biologische Beobachtungen aller Art;
5. Photographische Aufnahmen von „Natururkunden“ jeder Art.

Das gesammelte Material soll Spezialisten zur Bearbeitung übergeben werden, sobald im Sammelgebiet einzelner Gruppen ein gewisser Abschluß erreicht ist. Die Veröffentlichung der Resultate soll in den Publikationen der Militär-Forstverwaltung erfolgen, wies unter dem Titel: „Białowieża in der russischen Verwaltung“ erfolgen.

Die dem Feste beigegebenen 86 Textabbildungen sind vorzüglich und erhöhen noch den Wert des Festes durch ihren interessanten Inhalt.

Briefe.

Aus Preußen.

Aus der preussischen Forstverwaltung.

Nutzholzversorgung des Handels. Durch Erlass des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 15. Mai 1917 wird den Regierungen nahe gelegt, mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Handels etwaige rechtzeitig vor Beginn des Einschlags an sie herantretende Anträge des Handels betr. Versorgung mit dem nötigen Nutzholz zu berücksichtigen und im Bedarfsfalle auch freihändig zu angemessenen Preisen zu befriedigen.

Brennholzversorgung der Bevölkerung. Um bei der andauernden Kohlenknappheit der minderbemittelten Bevölkerung der Brennholzbezug nach Möglichkeit zu erleichtern und eine übermäßige Preissteigerung zu vermeiden, hat das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durch die allgemeine Verfügung vom 2. Juni 1917 die kgl. Regierungen angewiesen, bei den dieserhalb schon ergangenen Verfügungen einen möglichst weitgehenden Gebrauch zu machen. Es sei hierbei aber mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß diese Vergünstigung ausschließlich der Befriedigung des eigenen notwendigen Jahresbedarfes

is unter Anrechnung der etwa sonst zur Verwendung stehenden Brennstoffe benutzt werde und jeder Fall mißbräuchlicher Benutzung oder der Weiterveräußerung des überwiesenen Holzes den Verlust der Vergünstigung nach sich ziehe. Außer den vorzugsweisen Brennholzabgaben und anderen im § 28 der Oberförster-Geschäftsanweisung bereits vorgesehenen Fällen sollen freihändige Holzabgaben zur Deckung des Ortsverbrauchs in der Regel nur zur Selbstwerbung zu angemessenen Preisen abgeschlossen werden.

Erhöhtes Gewicht sei für die Befriedigung des Ortsbedarfs auf die Versteigerungen mit beschränktem Wettbewerb zu legen. Bei zweckmäßiger, dem Bedarf der Selbstverbraucher angepasster Losbildung und nicht zu geringem Angebot Holz verschiedener Sortimente in ein und demselben Termin solle der versteigernde Beamte einzeln möglichst gerechte Verteilung des verfügbaren Holzes unter die Bieter anstreben. Wie er dies am zweckmäßigsten erreiche, müsse ihm im Rahmen seiner Befähigung überlassen bleiben. Wesentlich sei nur, daß er etwaige besondere Maßnahmen in die Versteigerungsbedingungen aufnehme oder wenigstens vor Beginn der Versteigerung bekannt gebe. Der Teil des Brennholzes, der für die Befriedigung des Ortsbedarfs und der kleineren Selbstverbraucher nicht in Frage komme und der nicht etwa für unmittelbare Zwecke der Kriegsindustrie (Verkohlung) außerdem zurückgehalten werden müsse, sei im allgemeinen dem Holzhandel und für die größeren Selbstverbraucher unter entsprechender Losbildung und möglichst in besonderen Handelsterminen auszuweisen oder nach dem Ermessen der kgl. Regierung freihändig zu angemessenen, der Marktlage entsprechenden Preisen zu verkaufen. Dabei sei zur Sparrung von Transportmitteln auf tunlichste Kürzung der Transportwege nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

Bei freihändigen Verkäufen für kriegsindustrielle Zwecke sei Vorlage einer Bescheinigung der zuständigen Kriegsamtsstelle über Zweck und Höhe des Holzbedarfs sowie eine Verpflichtung des Käufers zur Lieferung des gekauften Holzes oder der daraus gewonnenen Produkte an die Heeresverwaltung zu verlangen und der Kriegsamtsstelle Menge und Preis des verkauften Holzes zur Kontrolle mitzuteilen. Selbstverbraucher sollen bei allen freihändigen Verkäufen bevorzugt werden.

Mußholzlieferung für den Heeresbedarf. In Ausführung des Grundgedankens, daß während des Krieges bei der örtlichen Regelung des Holzbedarfes und beim Verkaufe des Holzes die Rücksicht

auf die Befriedigung des Heeresbedarfs unter tunlichster Schonung der Transportmittel in erster Linie maßgebend sein müsse, bestimmte der Minister für Landwirtschaft usw. unter dem 26. Juni 1917 folgendes:

Wenn die Abfuhrgelegenheit für einen bestimmten Revierteil besonders günstig erscheint, sind die Schläge auch aus anderen Revierteilen möglichst dorthin zu vereinigen. Zu diesem Zwecke müssen unter Umständen Beamte und Arbeiter aus mehreren Schutzbezirken auf eine Schlagstätte zusammengezogen werden. Diese Zusammenfassungen, aus denen sich auch für die Unterbringung und Verpflegung von Kriegsgefangenen wesentliche Erleichterungen und Ersparnisse sowohl für die Verwaltungen wie für die selbstwerbenden Käufer ergeben würden, finden ihre Grenze nur in den Entfernungen, welche Beamte, Arbeiter und Gespanne bis zum Schlage zurückzulegen haben. Rahlschläge auf großen Flächen kommen besonders auch da in Frage, wo die Masse des in einer Richtung abzufahrenden Holzes die Anlage von Waldbahnen ermöglicht. Die Hauungspläne müssen die Möglichkeit einer zweckmäßigen Befriedigung des Holzbedarfes der für die Heeresverwaltung arbeitenden, dem Walde benachbarten Sägewerke sicherstellen, wobei für den Begriff „benachbart“ nicht die geographische Lage des Sägewerks schlechthin, sondern unter Berücksichtigung seiner Verbindung mit dem Walde auf Straßen, dem Schienen- oder Wasserwege maßgebend ist. Um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten hat sich der Oberförster vor Aufstellung der Hauungspläne durch Rundfrage bei der zuständigen Kriegsamtsstelle und den Sägewerken, eventuell auch den Nachbaroberförstereien darüber zu unterrichten, welche Sägewerke für sein Revier in Frage kommen und wie hoch der Rundholzbedarf jedes einzelnen unter Berücksichtigung seiner Holzvorräte und bereits abgeschlossenen Käufe bis längstens zum Schlusse des kommenden Wirtschaftsjahres zu veranschlagen ist. Er hat auf Grund dieser Ermittlungen sodann bereits im Hauungsplane darüber Vorschläge zu machen, welche Schläge den einzelnen Sägewerken zuzuteilen, welche für Befriedigung des Lokalbedarfs und welche für den freien Verkehr zu bestimmen sind. Die Vorschläge sind von den Inspektionsbeamten zu prüfen. Wenn mehrere Reviere für die Versorgung des Sägewerks in Frage kommen oder mehrere Sägewerke gleich günstig zu demselben Revierteil gelegen oder aus anderen Gründen gleich berücksichtigungswert erscheinen, wird bei Feststellung der Pläne endgültige Entscheidung getroffen. Erweisen sich die Gesamtanforderungen an das Revier als zu hoch, so sind sie verhältnismäßig zu kürzen. Jedenfalls muß außer

¹⁾ Vergl. Seite 170, 1916.

den Anforderungen für den Heeresbedarf auch der dringendste Ortsbedarf befriedigt und darüber hinaus möglichst auch noch ein angemessener Teil des Einschlags für den freien Handelsverkehr verfügbar gehalten werden. Bei Versorgung der für den Heeresbedarf arbeitenden Sägewerke muß ungeachtet der hiergegen bestehenden Bedenken und der zu erwartenden Einwände der freihändige Verkauf die Regel bilden, weil der für das ganze Verfahren maßgebende Grundsatz: Sicherstellung des Heeresbedarfs unter wirtschaftlich bester Ausnutzung der Transportmittel sonst nicht durchgeführt werden kann, seine Durchführung aber mittlerweile zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Nur wenn mehrere Sägewerke für den Bezug aus demselben Revier gleich berücksichtigungswert erscheinen und eine befriedigende Lösung anderweitig nicht gefunden werden kann, kommt öffentlicher Verkauf gegen das Meistgebot unter Beschränkung des Wettbewerbs auf diese Werke in Frage.

Unter Heeresbedarf im Sinne dieser Verfügung ist der unmittelbare Bedarf der Front an Brettern, Bohlen, Kant- und Rundholz sowie der Bedarf für andere nach der Bescheinigung der zuständigen Kriegsamtsstelle gleich dringliche mittelbar oder unmittelbar im Heeresinteresse liegende Lieferungen zu verstehen.

Als Gegengewicht gegen die unstreitig hierin liegende Bevorzugung der für den Heeresbedarf arbeitenden Werke sind dabei aber folgende Gesichtspunkte sorgfältig zu beachten:

1. Die freihändig oder in beschränktem Wettbewerbs zu beliefernden Werke haben eine für jedes Lieferungsrevier besonders auszustellende Bescheinigung der zuständigen Kriegsamtsstelle beizubringen, daß ihre Vorzugsversorgung aus dem zu benennenden Revier und in der beantragten Höhe notwendig oder dringlich ist, und sich der Kriegsamtsstelle gegenüber zu verpflichten, daß sie das freihändig gekaufte Holz für den Heeresbedarf nach den Bestimmungen der Heeresverwaltung selbst oder doch für eigene Rechnung verarbeiten wollen.

2. Weiterveräußerung an einen dritten ist bezüglich des auf Grund dieser Bescheinigung erworbenen Rundholzes gänzlich zu verbieten und bezüglich der daraus hergestellten Schnittware nur mit Genehmigung der Kriegsamtsstelle zu gestatten. Die letztere ist von jedem derartigen freihändigen Verkauf unter Angabe von Namen und Wohnort des Käufers, Menge, Art und Preis des verkauften Holzes alsbald nach Abschluß des Verkaufes in Kenntnis zu setzen.

3. Der Preis für freihändige Verkäufe ist zu bemessen im Anhalt an die von der Heeresverwaltung festgesetzten Richtpreise unter gleichzeitiger Berücksichtigung

der jeweiligen allgemeinen Lage des Holzmarktes, der in dem liefernden Revier erzielten durchschnittlichen Versteigerungspreise, soweit sie als der Marktlage entsprechend angesehen werden können, und endlich auch der etwa besonders günstigen oder ungünstigen Abfuhrlage des betreffenden Schlages.

4. Stundungen des Kaufgeldes über den in den allgemeinen Bedingungen festgesetzten Termin hinaus werden bei vorzugsweisen freihändigen Verkäufen grundsätzlich nicht mehr bewilligt werden.

5. Diejenigen Käufer, welche ihren Holzbedarf für Heereslieferungen durch freihändigen Einkauf gedeckt haben, können von der Teilnahme an den Holzversteigerungen des betr. Lieferungsreviers unter Umständen ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, sofern die zuständige Kriegsamtsstelle ihre Zulassung nicht als im dringenden Heeresinteresse liegend bescheinigt.

6. Selbstwerbung durch den Käufer ist zu bewilligen. Für Befriedigung des Lokalbedarfs und für den freien Verkehr zurückgehaltenen Teil des Einschlags muß der öffentliche Verkauf gegen das Meistgebot die Regel bilden, obwohl auch hier freihändige Abgaben — besonders bei Selbstwerbung durch den Käufer — nicht ausgeschlossen werden sollen. Dem Verkauf des schriftlichen Angebots, welches zumal in der gegenwärtigen Zeit, oft schadenbringend gewirkt hat, ist dagegen im allgemeinen kein Gebrauch zu machen. Er ist auf diejenigen Fälle zu beschränken, wo Ringbildung nachweisbar zu befürchten ist.

Grubenholzverkauf. In einem Erlaß vom 27. August 1917 weist der Minister für Landwirtschaft darauf hin, daß im Wirtschaftsjahre 1917/18 durch die Forstverwaltung: 1642 516 Fm, durch die Käufer: 737 273 Fm, im Ganzen: 2 379 789 Fm Grubenholz eingeschlagen und folgende Preise erzielt worden sind: 1. beim Meistbieten der Verkäufer: a) bei Werbung durch die Verwaltung: 9,36—20,16 Mk., i. D. 18,93 Mk., b) bei Werbung durch den Käufer: 16,83—19,00 Mk., i. D. 17,45 Mk. 2. beim freihändigen Verkauf: a) bei Werbung durch die Forstverwaltung: 9,22 bis 20,80 Mk., i. D. 16,05 Mk., b) bei Werbung durch den Käufer: 8,10—21,17 Mk., i. D. 14,94 Mk. — Mit Rücksicht auf die Lage des Geldmarktes, die gegen die Friedenszeit erheblich erhöhten Werbungskosten und die meistens günstige Abfuhrlage des großen Kahlschlags zusammengefaßten Holzes seien diese Preise im allgemeinen als angemessen und nicht übermäßig hoch zu bezeichnen. Würden sie in kommenden Wirtschaftsjahre nicht wesentlich überschritten werden, dann sei anzunehmen, daß auch für die Grubenerwartungen kein Anlaß vorliegen werde, höhere Beizenpreise für Grubenholz zu bewilligen.

und daß damit eine ungünstige Rückwirkung der Holzpreise auf die Kohlenpreise vermieden werde. Es seien daher bei freihändigen Verkäufen von Grubenholz aus dem Einschlage 1918 während der Kriegsbauer im Durchschnitt keine höheren Preise zu fordern, als die erzielten Versteigerungs-Durchschnittspreise des Wirtschaftsjahres 1917. In dem fragl. Erlasse heißt es dann weiter: Ich habe mich den drei Holzbeschaffungsstellen West, Ost und Mitte gegenüber zunächst bereit erklärt, ihnen zusammen ungefähr die Hälfte des in dem Regierungsbezirke, mit Ausnahme von Königsberg und Erfurt, für 1918 veranschlagten Grubenholzeinschlages, d. i. im ganzen rund eine Million Festmeter, tunlichst zur Selbstwerbung und in mittlerer Entfernung von den Verladestellen freihändig zu einem Preise zu verkaufen, welcher im Durchschnitt dem in dem betr. Regierungsbezirke erzielten Versteigerungs-Durchschnittspreis des Wirtschaftsjahres 1917 für Grubenholz entspricht und dessen Festsetzung im einzelnen je nach der Beschaffenheit des Holzes und der Lage des Hiebsortes den Regierungen überlassen bleibt. Zur Voraussetzung habe ich bei diesem Verkaufe gemacht:

1. daß mir Gewähr dafür geleistet wird, daß das auf diese Weise für den Kohlenbergbau verkaufte und geeignete Holz vollständig und zu den jetzt gültigen Rechenpreisen an die Gruben geliefert wird,
2. daß an der Durchführung des Kaufgeschäftes nicht etwa nur einige wenige große Firmen, die dadurch leicht zu einer unerwünschten Monopolstellung gelangen könnten, beteiligt, sondern daß hierzu auch kleinere, leistungsfähige und zuverlässige Firmen — seien sie mittelbare oder unmittelbare Rechenlieferanten — in tunlichst weitem Umfange herangezogen werden.

Die kgl. Regierung wolle hiernach zunächst etwa die Hälfte ihres für 1918 veranschlagten Grubenholzeinschlages für diesen freihändigen Verkauf in dazu geeigneten Schlägen auswählen und zurückstellen. Ich habe es den Holzbeschaffungsstellen überlassen, die angebotene Menge im ganzen und nach den einzelnen Regierungsbezirken unter sich zu verteilen. Sobald sie sich zu meinem Angebot geäußert haben, werde ich weitere Verfügung ergehen lassen. Über den Rest des Einschlages kann die kgl. Regierung nach ihrem Ermessen wie bisher verfügen. Freihändige Verkäufe — möglichst zur Selbstwerbung — sollen auch hierbei nicht ausgeschlossen sein, jedoch halte ich es für angezeigt, daß diejenigen Firmen, welche auf Grund der mit den Holzbeschaffungsstellen getroffenen Vereinbarungen nach Kenntnis der Regierung schon freihändig gekauft haben, tunlichst nicht außerdem noch größere Posten freihändig an sich bringen, sondern auf den meistbietenden Ankauf

verwiesen werden. Ich lege besonderen Wert darauf, daß nicht etwa die kleineren, aber im übrigen bewährten und schon vor dem Kriege im Grubenholzhandel tätig gewesenenen Firmen unter dem Druck der jetzigen kriegswirtschaftlichen Lage ihrer Selbstständigkeit beraubt werden und dadurch für den freien Wettbewerb in kommenden Zeiten verloren gehen. Die in letzter Zeit anscheinend häufiger verlangten Ausweise der Holzbeschaffungsstellen bieten gewiß einen guten Anhalt für die Beurteilung der Firma. Als unbedingt erforderlich für die Zulassung zum Verkauf sind sie aber nicht anzusehen. Es genügt, wenn die betr. Firma dem Verkaufsleiter als zuverlässig bekannt ist oder sich auf Verlangen anderweitig über ihre Betätigung im Grubenholzhandel genügend ausweisen kann. Einem dringenden Wunsche der Reichspostamtes entsprechend, genehmige ich, daß meine Verfügung, betreffend Vertragsstrafen bei Nichtverwendung des Kieferngrubenholzes zu Bergbauzwecken, keine Anwendung findet auf diejenigen im meistbietenden Verfahren erworbenen Stangen, welche als Telegraphenstangen geeignet sind und an das Reichs-Postamt abgeführt werden.

Einem mehrfach geäußerten Wunsche der Holzbeschaffungsstelle West entsprechend mache ich ferner darauf aufmerksam, daß im Rheinisch-Westfälischen Kohlenbezirk zurzeit besonderer Bedarf an schwächeren Stangeln von 5—14 cm Zapf besteht. Soweit möglich, wolle die kgl. Regierung diesem Bedarf Rechnung tragen. Endlich bemerke ich, daß bei Grubenholz auch Verkäufe im Wege des schriftlichen Angebots stattfinden können, soweit solche für zweckdienlich gehalten werden. E.

Aus Preußen.

Zur Vergrößerung der Oberförstereien.

Nach dem Haushaltsplane der Preussischen Forstverwaltung sollen in der Folge kleinere oder unwichtigere Oberförstereien — beides ist bekanntlich nicht immer dasselbe — eingehen und als Revierförstereien etwa mit anderen Revieren vereinigt werden. Die entstehenden umfangreichen Oberförsterdienstbezirke sollen mit einem erhöhten Dienstaufwande ausgestattet werden, der unter Umständen den Höchstsaß von 6000 Mark erreicht. Dieser Höchstsaß verpflichtet dann den Stelleninhaber zur Haltung eines Dienst-Kraftwagens.

Heute sind die derzeitigen Inhaber der aufzulösenden Oberförstereien wohl schon von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt. Wie viele in Betracht kommen, entzieht sich der Kenntnis des Schreibers. Wohl aber weiß er, daß die Zweckmäßigkeit und

Notwendigkeit der Maßnahme in forstlichen und auch anderen Kreisen sehr verschieden beurteilt wird. Es ist eine alte, der Preuß. Forstverwaltung anhaftende Eigentümlichkeit, daß auch einschneidende Änderungen niemals eigentlich vorher zum öffentlichen Meinungsaustausch gelangen. Welche Fülle von Beobachtungen, Erfahrungen, Fürsprachen und Warnungen gehen voraus, wenn beispielsweise in der Laufbahn und Stellung des Juristen etwas geändert werden soll, welche umfangreichen Besprechungen schließlich in der gesetzgebenden Körperschaft! Nichts von alledem bei forstlichen Angelegenheiten. Die Gründe sind mannigfach und teilweise nicht schmeichelhaft für den ganzen Stand; sie sollen hier nicht erörtert werden. Immerhin darf man aber wohl die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit nachträglich kritisch untersuchen.

Es will mir scheinen, als stände die Maßnahme im scharfen Gegensatz zu dem, was bei uns Forstwirtschaft und Wissenschaft unter Förderung der obersten Behörde in der Zeit vor dem Kriege gewünscht, geplant und teilweise auch in den Anfängen durchgeführt hatte. Man war sich doch wohl klar geworden, daß die Vertiefung unserer Wissenschaft nach jeder Richtung hin eine weit eingehendere Behandlung des einzelnen Wirtschaftsgegenstandes erfordere, man bemühte sich, den Revierverwalter durch Darbietung der Literatur, durch Abhalten von Kursen u. mit den Fortschritten von Wissenschaft und Praxis in Fühlung zu erhalten; kurzum das Bestreben war nicht zu verkennen, einen Beruf, dessen Wichtigkeit sich heute erneut gezeigt hat, über das Handwerksmäßige, Schematische und Bürokratische hinaus, wirklich zeitgemäß auszugestalten. Dabei, und das mußte man bei dieser Erkenntnis, hatte man, allen anderen Bestrebungen entgegen, am bewährten Oberförsterhystem festgehalten. Zur Betätigung intensiv wirtschaftender wissenschaftlich mitarbeitender Revierverwalter ist es aber unbedingt erforderlich, daß die Reviere eine gewisse Größe nicht überschreiten. Was früher noch möglich war, wird heute unter dem stets weiter sich ausdehnenden Aufgabekreis des Verwaltungsbeamten zur Unmöglichkeit. Sollten denn die nun eingehenden kleinen Reviere seinerzeit wirklich nur geschaffen sein, um Stellen für Antwärter zu haben? Ich kann mir nicht denken, daß jemals preussische Behörden so unfistalisch gedacht hätten. Jedenfalls, und das ist der Sinn der langen Vorrede, wird man mir zugeben müssen, daß der Revierverwalter nicht in die Eigenheiten seiner Bestände eindringen kann und wird, nicht seiner wissenschaftlichen Fortbildung wesentliche Zeit zu widmen vermag, der 3 Tage der Woche im Auto die Landstraßen mißt und 3 Tage den Wust des Riesenbüros erledigt.

Man muß voraussetzen, daß es gewichtige Gründe waren, welche die Verwaltung, und das bereits jetzt zu ihrem Schritte veranlaßten. Welche Gründe aber können es gewesen sein? Ist es die Absicht, zu sparen? Nun, ich weiß nicht, ob man die Rechnung einmal ganz ehrlich durchgeführt hat. Auf der einen Seite die erhöhten Dienstaufwandsgeelder, die Revierförsterzulagen, das ganze Drum und Dran der Umwandlung und, schwer zu erfassen aber doch denkbar, wirtschaftliche Einbußen; auf der anderen Seite einige kärgliche Anfangsgehälter für junge Oberförster. Oder es käme ein anderer Grund in Frage, die Unmöglichkeit nämlich, alle Stellen nach diesem mörderischen Kriege mit Verwaltungsbeamten zu besetzen. Die Unterlagen zu einer Nachprüfung stehen mir im Augenblick nicht zur Verfügung, und leider ist der Krieg ja auch noch nicht zu Ende; aber ein Ausweg wäre m. E. auch beim Vorliegen eines vorübergehenden Mangels möglich gewesen, ohne am Bestehenden zu rütteln. Hätte man nicht durch Forstschuß-Beamte aus der Zahl derjenigen, die sich als Vertreter während des Krieges bewährt, diese Reviere die kurze Zeitspanne länger verwalten lassen können, bis genügend Assessoren vorhanden sind? Und dann, glaube ich, hätte die Anstellung auch sehr junger Leute weder dem Staate noch der ganzen Berufssache geschadet. Oder ein anderer Weg. Es tagt ja wohl wieder eine Verwaltungsreformkommission. Ich ahne nicht, ob sie ihre Tätigkeit auch der Forstverwaltung widmet. Tut sie es aber, und erblickt endlich etwa eine zeitgemäße Oberförstergeschäftsanteufung das Licht der Welt, eine Geschäftsanteufung auf der Grundlage des Vertrauens zum Beamten und seinem gesunden Menschenverstande, dann wäre es wohl möglich, die Zahl der Inspektionsbeamten zu verringern. Ich glaube, gerade auch in den nächsten Jahren würde nach den Erfahrungen des Krieges mancher der Herrn gern bereit sein, auf eine Oberförsterstelle zurückzukehren, zumal, wenn ihm eine neue Geschäftsanteufung einen befriedigenderen Wirkungskreis sichert: Da wären denn die fehlenden Revierverwalter, und der verminderten Zahl der vom Kleinkram befreiten Inspektionsbeamten gele man das Auto.

Ganz besonders wenig gefallen mir, ich kann es nicht verhehlen, die neuen „automobilfähigen Reviere“. Jeder Automobilbesitzer weiß, daß mit einem Jahresaufwande von 6000 Mark an die Unterhaltung eines einigermaßen leistungsfähigen Kraftwagens nebst Führer nicht zu denken ist. Dabei sind 6000 M. der angenommene Höchstfak, und jeder preussische Forstmann weiß, daß Höchstfak nur in mährischen, unwahrscheinlichen Fällen gewährt werden, er weiß auch, daß aus einem Dienstaufwande noch

manches andere zu bestreiten ist als nur die Fahr-
 gelegenheit. Man kann auch ruhig folgendes sagen:
 Der jüngere Oberförster ohne Vermögen bestreitet
 heute seinen Lebensunterhalt auf ländlicher Stelle
 aus dem geringen Bargehalt und dem Überschuß
 des Dienstaufwandes, der sich durch die Arbeit seiner
 Pferde in der Landwirtschaft ergibt. Beim Auto-
 mobil fällt das weg, und es ist sehr wohl denkbar,
 daß er zur Erzeugung der notwendigsten Lebens-
 mittel auf abgelegener Stelle neben dem Automobil
 noch Pferde halten muß. — Unter allen Umständen
 erfolgt aber, daß sich um die automobilsfähige Stelle
 nur ein Mann bewerben kann, dessen Vermögens-
 lage es ihm gestattet, über die Unzulänglichkeit des
 Dienstaufwandes hinwegzusehen. Die Reiserreviere
 über werden nicht die unwichtigsten sein und erhöhte
 Eichtigkeit erfordern, die mit Reichtum sehr wohl
 gepaart sein kann, aber es ja leider durchaus nicht
 immer ist. Es beginnt bei der Stellenbesetzung ein
 Umstand mitzusprechen, der eigentlich nicht mit-
 sprechen dürfte, und die Mißstimmung kann nicht
 ausbleiben. Es liegt die Gefahr vor, daß sich eine
 Erscheinung wiederholt, die bereits vor dem Kriege
 einmal, ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahin
 gestellt sein, Gegenstand bitterer Kritik war. Kurz-
 um, es gibt im Lande eine ganze Menge Forstleute
 und andere, die andere „Übergangsmaßnahmen“
 lieber gesehen hätten.

Sechs Monate nach Niederschrift dieser Zeilen,
 deren Druck sich verzögerte, erscheint soeben im
 Septemberheft der Z. f. F. u. J. W. unter dem
 Titel „Forstliche Aufgaben nach Friedensschluß“
 eine Abhandlung des inzwischen verstorbenen Rgl.
 Oberforstmeisters Schwadt, welche die von mir be-
 handelte Frage auch berührt. Der erfahrene Ver-
 waltungsbeamte kommt auf Grund ziemlich der-
 selben Ergänzungen ebenfalls zu einer Ablehnung
 noch weiter gehender Zusammenlegungen und deutet
 Mittel und Wege an, um dem vorübergehenden
 Mangel an Revierverwaltern zu begegnen. Seine
 Forderung der Ausdehnung und Vertiefung forst-
 licher Arbeits- und Forschungsgebiete deßt sich eben-
 falls mit dem von mir Gesagten und den nun wieder-
 um in pejus reformierten Ansichten der Zentral-
 behörde vor dem Kriege. Früchte können solche
 Vorschläge eben nicht zeitigen, wenn der junge
 Beamte gleich nach Abschluß seiner Studien im
 Übermaß der Alltagsarbeit ersticht.

Obgleich unter dem Titel „Zur Vergrößerung
 der Oberförstereien“ veröffentlicht, stehen zwei Ab-
 handlungen in Nr. 32 und 36 der Silva mit der Frage
 nur im mittelbaren Zusammenhange. In Nr. 32
 wünscht ein Rgl. Forstmeister die Befreiung der
 Rgl. Oberförster von den Gutsvorstehergeschäften
 und Übertragung dieser auf einen Förster, während

in Nr. 36 Oberförster Dr. Busse dieser Anregung
 entgegentritt. Für süddeutsche Leser sei kurz gesagt,
 daß in der Regel die Oberförsterei einen sogenannten
 selbständigen Guts- und Amtsbezirk bildet und der
 Oberförster die Geschäfte als Guts- und Amtsvor-
 steher führt. Die Obliegenheiten des Gutsvorstehers
 entsprechen denen des Gemeindevorstehers (Schul-
 zen). Der Gutsvorsteher untersteht dem Landrat,
 der ihn auch mit Disziplinarstrafen belegen kann.
 Wenn auch in der großen Mehrzahl der Fälle der
 Forstbezirk nur recht wenige Einwohner hat — ab-
 gesehen von den fiskalischen Arbeiter- und Moor-
 kolonien — so macht sich während der Kriegszeit
 die Arbeitslast infolge der täglichen Zählungen und
 Aufnahmen doch recht fühlbar, zumal die Guts-
 insassen zumeist räumlich weit auseinander wohnen.
 Der Einsender in Nr. 32 möchte daher von dieser
 Arbeit befreit sein und betont das seltsame Verhält-
 nis der Unterstellung eines sonst koordinierten Be-
 amten unter den Landrat des Kreises. Dr. Busse
 hat in Nr. 36 der Silva ganz recht, wenn er es un-
 berechtigt findet, die Übertragung dieser Arbeits-
 last auf den ebenso in Anspruch genommenen Förster
 zu verlangen. In der Tat ist aber heute fast stets ein
 Förster Stellvertreter des Gutsvorstehers, und in
 sehr vielen Fällen hat eine ersprießliche Arbeits-
 teilung zwischen Gutsvorsteher und Stellvertreter
 stattgefunden. Der Zustand, daß der im Gutsbezirk
 wohnende Oberförster nun „Untertan“ des Guts-
 vorsteher-Försters würde, erscheint doch auch nicht
 erwünscht. Das Amt des Gemeinde- bzw. Guts-
 vorstehers erfordert gerade heute, wie Dr. Busse
 sehr richtig anführt, ein ganz besonderes Maß von
 völlig unbefangener unparteiischer Sachlichkeit, die
 um so mehr gesichert erscheint, je urteilsfähiger und
 unabhängiger der Inhaber des Amtes ist. Ich meine,
 die Erfahrungen der Kriegszeit sollten dahin führen,
 auch der ländlichen Selbstverwaltung die gebildetsten
 Elemente nach Kräften zuzuführen. Eine Änderung
 des Verhältnisses zum Landrat des Kreises wäre
 erwünscht, obgleich mir in dieser Beziehung Klagen
 nie zu Ohren gekommen sind. Reibungen kleinlicher
 Natur dürften sich doch gerade zwischen höheren
 Beamten gleichen Bildungsgrades unschwer ver-
 meiden lassen. Die Zulegung zu Gemeindebezirken
 (Eingemeindung) und damit Unterstellung unter
 einen ländlichen Gemeindevorsteher erscheint gerade-
 zu undenkbar in Anbetracht des zu oft getrübbten
 Verhältnisses zwischen Dorfgemeinden und benach-
 barten Waldbesitz. Wer, wie Schreiber dieser Zeilen,
 das Vergnügen hat, Untertan einer ländlichen
 Gemeinde zu sein, wird mit Freuden die forstfiska-
 lischen Gutsvorstehergeschäfte weiterführen, trotz
 andauernder Schweinezahlung und Unterstellung
 unter den Landrat.

M.

Berichte über Versammlungen und Ausstellungen.

Die XXIV. Tagung des Forstwirtschaftsrates.

Der XV. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins, die als erste und hoffentlich letzte Kriegstagung vom 18. bis 20. September in Erfurt stattfand, ging am 18. September die XXIV. Tagung des Forstwirtschaftsrates im Haus Rössenhäuschen voraus. Sie hatte in erster Linie die für die Hauptversammlung zur Beratung stehenden Fragen vorzubereiten, und es war daher folgende Tagesordnung für sie aufgestellt worden:

A. Geschäftliche Fragen.

1. Satzungsänderungen.
Berichterstatter: Regierungsdirektor Dr. Wappes.
2. Vorbereitung der Neuwahl des Vorstandes.
Berichterstatter: Der Vorsitzende.
3. Vorbereitung der Neuwahl der Landesobmänner und Neuwahl der Vertreter der forstlichen Hochschulen.
Berichterstatter: Der Vorsitzende.
4. Neuwahl des Generalsekretärs.
Berichterstatter: Der Vorsitzende.
5. Haushaltungsplan 1917 und 1918.
Berichterstatter: Der Generalsekretär.

B. Sonstige Vorlagen.

1. Kriegswirtschaftliche Fragen.
Eingeleitet durch Regierungsdirektor Dr. Wappes.
2. Anträge und Anfragen aus der Versammlung.

Die Mitglieder des Forstwirtschaftsrates hatten der Einladung sehr zahlreich Folge geleistet. Auch die Vertreter einiger Staatsforstverwaltungen nahmen als Gäste an den sehr anregend verlaufenen Verhandlungen teil. Die Leitung lag in den Händen des Geh. Oberforstrats Dr. Neumeister-Dresden.

Den größten Teil der von 9^{1/2}—1 und von 3—6 Uhr dauernden Sitzung nahm die Beratung der Satzungsänderungen in Anspruch. Als Vorsitzender der Satzungskommission berichtete Regierungsdirektor Dr. Wappes über den Entwurf der Satzungsänderungen und beantragte seine Annahme. Den meisten der vorgeschlagenen Änderungen wurde dann auch ohne weitere Debatte zugestimmt. Lange Erörterungen rief dagegen der § 7 der Satzungen in seiner neuen Fassung hervor, der von den Mitgliederbeiträgen handelt. Nach § 3 werden ordentliche und außerordentliche Mitglieder des Deutschen Forstvereins unterschieden. Als ordentliche Mitglieder können eintreten:

- a) beruflich vorgebildete deutsche Forstmänner,
- b) deutsche Waldbesitzer, Forstverwaltungen und sonstige Vertretungen des Waldbesitzes,
- c) Forst- und Waldbesitzervereine, die ihren Sitz im Deutschen Reiche haben.

Für die ordentlichen Mitglieder der unter a) und c) bezeichneten Art hatte die Satzungskommission einen Jahresbeitrag von 6,— Mk. vorgeschlagen. Der Forstwirtschaftsrat trug jedoch in seiner Mehrheit Bedenken, diesen Beitrag zu erhöhen, und stellte den bisherigen Satz von 5,— Mk. wieder her. Nachdem die Hauptversammlung die Anträge des Forstwirtschaftsrates angenommen hat, bleibt also der bisherige Beitrag von 5,— Mk. bestehen. Eine wesentliche Änderung haben dagegen die Beiträge der ordentlichen Mitglieder unter b) erfahren. Die deutschen Staatsforstverwaltungen zahlen in Zukunft einen mit dem Vorstande zu vereinbarenden Jahresbeitrag. Für die waldbesitzenden Gemeinden, Körperschaften und Privaten — der springende Punkt der ganzen Satzungsreform, von dessen Regelung die zukünftige Entwicklung des Deutschen Forstvereins und seiner Organe, vor allem also des Forstwirtschaftsrates und der „Geschäftsstelle“ (für „kriegswirtschaftliche Angelegenheiten“ begründet) abhängt — war zunächst nach eingehender Beratung ein Beitragsatz von 2 Pfg. für das ha Walbfläche beschlossen worden. Bei der Beratung über den Punkt 5 der Tagesordnung — Haushaltungsplan 1917 und 1918 — stellte sich jedoch heraus, daß der Aufwand für die „Geschäftsstelle“, wenn sie, wie unbedingt erforderlich und nun auch beschlossen, eine dauernde Einrichtung bleiben und ihre Tätigkeit nicht von vornherein wieder eingeschränkt werden soll, recht erheblich sein wird. Es wird mit einem Ausgabebetrage von 80 000 bis 100 000 Mk. gerechnet werden müssen, und dazu würde der Beitrag der Waldbesitzer von 2 Pfg. für das ha Walbfläche bei weitem nicht ausreichen, denn mit dem in Aussicht gestellten erheblichen Beitrag des Reiches und höheren als den bisherigen Beiträgen der Bundesstaaten bzw. Staatsforstverwaltungen kann mit Sicherheit vorerst ebenso wenig gerechnet werden wie mit einer wesentlichen Erhöhung der beitragspflichtigen Gemeinde- und Privatwalbfläche. Auf Grund dieser Erwägungen wurde der Jahresbeitrag der Waldbesitzer auf 5 Pfg. für das ha Walbfläche heraufgesetzt, nachdem die Vertreter verschiedener Großwaldbesitzer erklärt hatten, daß sie im Interesse der Erhaltung und günstigen Entwicklung der „Geschäftsstelle“ gegen diesen Satz

hts einzutenden hätten. Die „Geschäftsstelle“ be sich bewährt, und ihre Erhaltung sei unbedingt notwendig, wenn die angestrebte Hebung der Bedeutung und des Einflusses des Deutschen Forstvereins und des Forstwirtschaftsrates erreicht werden solle. Die dauernde Einrichtung einer „Geschäftsstelle“ verursache jedoch hohe Ausgaben, und diese müßten naturgemäß in erster Linie von denjenigen Mitgliedern des Forstvereins aufgebracht werden, die den Hauptvorteil von der Tätigkeit der Geschäftsstelle haben würden. — Der Beitrag der außerordentlichen Mitglieder des Deutschen Forstvereins, als welche

- a) Freunde des deutschen Waldes,
- b) Forstfachleute und forstliche Vereine des Auslandes

aufgenommen werden können, wurde nach dem Vorschlage der Satzungskommission auf 3,— Mf. jährlich festgesetzt.

Die geschäftlichen Fragen zu den Punkten 2 bis 4 wurden rasch und glatt erledigt.

Zur satzungsgemäßen Neuwahl des Vorstandes beschloß der Forstwirtschaftsrat, der Hauptversammlung folgende Herren vorzuschlagen: den Hofkammerpräsidenten Erzellenz von Bassewitz-Gotha als 1. Vorsitzenden, den kgl. Bayer. Regierungsdirektor Dr. Wappes-Spehr als 2. Vorsitzenden, den Geh. Regierungsrat Landesforsttrat Quast als 3. Vorsitzenden und den kgl. Preuß. Oberforstmeister Rranold-Marienwerder und den Grafen von und zu Westerholt-Ghyseberg-Haus Eythen als Beisitzer der Stellvertreter.

Den vom Vorstande gemachten Vorschlägen zur Neuwahl der Landesobmänner und der Vertreter der forstlichen Hochschulen wurde ebenfalls zugestimmt, während die Neuwahl des Generalsekretärs (Hauptgeschäftsführers) dem künftigen Vorstande überlassen werden soll.

Zu Punkt 5 wurde beschlossen, daß zur Deckung des Defizits der Geschäftsjahre 1917 und 1918 das Kapitalvermögen des Forstvereins durch Verkauf von Kriegsanleihen angegriffen werden soll. Außerdem sollen der „Geschäftsstelle“ 10 000 Mf. als Reserve zur Verfügung gestellt werden, für den Fall, daß die laufenden Einnahmen aus den Jahresbeiträgen nicht ausreichen werden.

Da die Zeit schon zu sehr vorge schritten war, konnte in die Beratung der kriegswirtschaftlichen Fragen, die in der Juli-Sitzung in Berlin schon eingehend behandelt worden waren, nur noch kurz eingetreten werden. Der Kriegsaus schuß hatte in seiner Sitzung vom 17. September beschlossen, in einer Eingabe an das Reichs ernährungsamt zu beantragen, daß den für die Holzabfuhr eingestellten

Pferden der gleiche Satz von Hafer und Kartoffeln bewilligt werden möge, wie den in der Landwirtschaft beschäftigten Pferden. Diesem Beschlusse trat der Forstwirtschaftsrat bei.

Litauen, im Oktober 1917. Prof. Dr. Weber.

Sagung des deutschen Forstvereins am 18., 19. und 20. September 1917 zu Erfurt.

Die XV. Versammlung des Deutschen Forstvereins zu Erfurt war trotz des Krieges sehr zahlreich besucht. Ueber 200 Mitglieder des Vereins hatten sich am Abend des 18. September im Hause Kossenhäuschen aus allen Teilen Deutschlands und selbst aus den besetzten Gebieten zusammengefunden. Die Verhandlungen nahmen am 19., vormittags 10 Uhr im Rathhaus zu Erfurt ihren Anfang. Geheimer Oberforsttrat Neumeister-Dresden, der stellvertretende Vorsitzende des Vereins, begrüßte die Versammlung und wies auf die Wichtigkeit der zur Beratung stehenden Fragen hin. Mit warmen Worten gedachte er der auf dem Felde der Ehre gefallenen Helden, deren Andenken unvergänglich bleiben wird. Mit einem Hoch auf S. M. den Deutschen Kaiser und dem Gelöbniß der Treue zu Kaiser und Vaterland schloß er die einleitenden Worte. Als Vertreter der örtlichen Forstverwaltung begrüßte Oberforstmeister Runnebaum, Erfurt, im Namen der königlichen Regierung die Versammlung. Er wies darauf hin, daß der Ernst der Zeit es nicht zuließe, den Vertretern des Deutschen Forstvereins einen Empfang, wie er in Friedenszeiten üblich war, zu bereiten.

Nach Eintritt in die Verhandlungen wurde zur Neuwahl des Vorsitzenden, der Beisitzer und der Landesobmänner geschritten. Zum Vorsitzenden des Deutschen Forstvereins wurde Se. Erzellenz Hofkammer-Präsident von Bassewitz, Gotha, einstimmig gewählt. Zum ersten Beisitzer Regierungsdirektor Dr. Wappes, Spehr, zum zweiten Beisitzer Geh. Regierungsrat Landesforsttrat Quast-Faslem, Marienwerder, und Graf Westerholt, Eythen. Zu Landesobmännern und deren Vertreter wurden nach § 11 der Satzungen bestimmt für:

Ostpreußen, Westpreußen und Posen: Majoratsherr von Ralckstein, Schultitten, als Stellvertreter Oberforstmeister von Eyndow, Königsberg;

Brandenburg: Graf Fina von Findenstein, Troßin, und kgl. Kammerherr von Waldow-Reitzenstein, Königswalde;

Schlesien: Oberforstmeister Brieger, Liegnitz, und Generaldirektor von Schwarzkopf, Ratibor;

Sachsen, Schleswig, Pommern:

Oberforstmeister Runnebaum, Erfurt, und Rittergutsbesitzer von Dieß, Zeitz;

Hannover, Westfalen: Geh. Regierungsrat Landesforsttrat Duett-Faslem, Hannover, und Graf Westerholt, Sythen;

Hessen-Massau, Rheinland und Hohenzollern: Rittergutsbesitzer von Bodelschwingh, Steinhaut, und Graf Droste zu Vischering, von Nesselrode-Reichenstein in Herten, Westfalen;

Ober-, Nieder-Bayern, Schwaben, Oberpfalz: Regierungsdirektor Lösch, München, Rittergutsbesitzer Freiherr von Cetto, München, zum Stellvertreter Gutsbesitzer von Schilcher, Diteramzell, Ober-Bayern;

Ober-, Mittel-, Unter-Franken und Pfalz: Professor Dr. von Mammen, Schloß Brandstein bei Hof a. d. Saale, und Freiherr von Thüngen;

Württemberg: Oberforsttrat Dr. Speidel, Stuttgart, und Oberhofammerrat von Bölder, Stuttgart;

Baden: Geh. Oberforsttrat Gretsche, Karlsruhe, und Forstmeister Waag, Ettlingen;

Rheinpreußen: Geh. Oberforsttrat Dr. Neumeister, Dresden, und Fürstlicher Forsttrat Gerlach-Tharandt.

Elßaß-Lothringen: Landesforstmeister Pilz, Straßburg, und Forstmeister Seibold, Barr;

Großherzogtum Hessen: Geh. Oberforsttrat Dr. Walther, Darmstadt, und Geh. Forsttrat Schwarz, Obereschbach i. Ts.

Thüringen: Hofammerpräsident Erz-Menz von Bassow, Gotha, und Rittergutsbesitzer von Eichel-Streiber, Oppershausen, Kreis Langensalza;

Meklenburg: Oberforstmeister von Derzhon, Gelbensande, und Forstmeister von Arenstorf in Steinförde;

Braunschweig: Oberforsttrat Neuß, Dessau, und Landesforstmeister Dr. Grundner, Braunschweig

Den wichtigsten Gegenstand der Versammlung bildete die Beschlußfassung über die Satzungsänderung. Eine Änderung der Satzungen des Deutschen Forstvereins war schon seit längerer Zeit angestrebt. Ihre Durchführung im Kriege wurde aber besonders dringlich durch die Errichtung der Geschäftsstelle in Berlin und durch die damit notwendige Erhöhung der Waldbesitzer-Beiträge. Regierungsdirektor Dr. Wappes hatte die Begründung der Satzungsänderung übernommen, deren Ziel dahin geht, dem Verein durch den Zusammenschluß von „Sachkunde und Kapitalkraft“ den nötigen Einfluß zu verschaffen und damit eine stärkere Vertretung der Forstwirtschaft und des Waldbesitzes herbeizuführen.

Als einziger Gegner der von Dr. Wappes vor-

geschlagenen Änderungen vertrat Forstmeister Junken den Standpunkt, daß der Deutsche Forstverein wegen seiner Größe nicht lebensfähig genug sei. Er will die Dezentralisation, weil er annimmt, daß fruchtbare Arbeit nur in den Landes- und Bezirksvereinigungen, d. h. in kleinerem Kreise geleistet wird. Die beantragte Aussetzung der Beschlußfassung und die Überweisung des Stoffes an eine Kommission wurde jedoch bei der Abstimmung abgelehnt. In seiner Erwiderung auf die Junken'schen Vorschläge macht Dr. Wappes geltend, daß gerade der Mangel an Geld den Verein seither an einer wirksamen Entfaltung gehindert habe. Von einer Erweiterung der „Mitteilungen des Deutschen Forstvereins“ in ein Bekanntmachungs- und Insertions-Organ muß auch für die Folge abgesehen werden, da die „Silber“ und der „Holzmarkt“ für die Veröffentlichungen des Vereins offenstehen. Eine Aussetzung der Beschlußfassung über die Erhöhung der Beiträge würde die Auflösung der Berliner Geschäftsstelle zur Folge haben. Diese ist aber gerade im Kriege besonders nötig, damit eine enge Fühlung mit dem Kriegsamt und der Kriegswirtschaft erhalten bleibt. Als künftiger Beitrag der Waldbesitzer wurden Mk. 50.— für je 1000 Hektar in Vorschlag gebracht. Als Vertreter des Privatwaldbesitzes erklärte Se. Durchlaucht Fürst zu Castell-Castell sein Einverständnis mit den Ausführungen des Regierungsdirektors Dr. Wappes. Gerade für den Privat-Waldbesitz hält er die Schaffung der Geschäftsstelle für notwendig, da der Staatswald in der Regierung seine Vertretung bereits besäße. Mit der Erhöhung der Beiträge ist er einverstanden.

Oberforsttrat Eigner, Regensburg, von der Thurn und Taxis'schen Verwaltung hält die geforderten Beiträge zwar hoch, will aber für deren Bewilligung stimmen, vorbehaltlich einer Prüfung der Arbeitsergebnisse der Geschäftsstelle.

Professor Dr. Weber-Giefen sprach der Satzungs-Kommission, die seit 1913 der mühevollen Arbeit der Satzungsänderung sich unterzogen hat, insbesondere aber Herrn Reg.-Direktor Dr. Wappes, den Dank der Versammlung aus.

Nachdem Dr. Wappes nochmals die Notwendigkeit der Errichtung der Berliner Geschäftsstelle begründet und den Großwaldbesitzern für die Bereitstellung der Gelder gedankt hat, wird von der Versammlung die Errichtung der Geschäftsstelle endgültig genehmigt und ihr aus dem Vereinsvermögen ein Reservefonds von Mk. 10 000.— bewilligt.

Auf Antrag des Präsidenten Schwarzkopf wurde alsdann beschlossen, der Berliner Geschäftsstelle eine Geschäftsordnung zu geben, mit deren Aufstellung ein Ausschuß beauftragt wurde. In diesen Ausschuß wurden gewählt: Forstmeister Seher, Professor Dr.

beber, Präsident von Schwarzkopf, Oberforststratignier, Generaldirektor von Garnier und Graf Osterholt.

Nachdem die Versammlungsteilnehmer in den Räumen des Hauses Kossenhäuschen ein gemeinschaftliches Mittagsmahl eingenommen hatten, wurde um 3 Uhr nachmittags die Sitzung wieder eröffnet und eine Ansprache Sr. Excellenz des Hofkammerpräsidenten von Bassow, der für seine Wahl dankte und der auch für die übrigen gewählten Vorstandsmitglieder und Obmänner den Dank aussprach.

Bei der Besprechung kriegswirtschaftlicher Fragen wählte Hauptmann Hedler vom Kriegsamt einen Vortrag über die Holzwirtschaft im Kriege. Da ein großer Teil der Ausführungen als vertraulich zu betrachten ist, wird von einer unvollständigen Wiederholung seiner Ausführungen abgesehen.

Direktor Schürhoff von der Nessel-faser-Verwertungsgesellschaft Berlin sprach von den Bestrebungen, einen geeigneten Ersatz für Baumwolle zu schaffen. Nach vielen Versuchen hat sich hierzu die Brennnesselfaser am geeignetsten erwiesen, so daß sie als gleichwertiger Rohstoff für Baumwolle in Betracht kommt. Seine Ausführungen endeten mit der Aufforderung an die Deutschen Forstleute, dem Anbau und der Gewinnung der Brennnessel ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden.¹⁾

Nach Schluß der Sitzung zeigte Professor Dr. Wislizenus, Tharandt, eine Sammlung von Rohharz- und Terpentinzeugnissen, die in einem Nebenzimmer aufgestellt waren.

Der 20. September führte die Teilnehmer der Deutschen Forstversammlung in die Oberförsterei Georgenthal. Oberförster Delfers, Mitglied der Geschäftsstelle des Deutschen Forstvereins Berlin, gab einen Überblick über den derzeitigen Stand der Rohharzgewinnung. Der Vortragende beschränkte sich auf die Vorführung der Verfahren, die zur Zeit klein in Frage kommen. Es sind dies bei der Kiefer das Lachten- und das Rißer-Verfahren, bei der Fichte das Thüringer und Sächsisches Verfahren. Das Lachtenverfahren an der Kiefer ist besonders ausgebaut von Forstmeister Dr. Rienitz-Chorin (Schwalbenneß), von dem Förster Heinrich in Böttow (Blechgrandel mit Deckel) und von dem

Förster Ruhn in Lützenwalde (Blechgrandel mit verstärktem Eisenblech). Die zum Richten und zur Anlage der Lachte benötigten Werkzeuge wurden ebenfalls vorgezeigt. Der Ertrag beim Lachtenverfahren an der Kiefer stellt sich auf ungefähr 2—3 Doppelzentner je Hektar. Ergiebiger ist das Rißerverfahren nach Splettstößer, bei dem über 5 und mehr Doppelzentner Balsamharz je Hektar gewonnen werden. Die Ernte des Harzes ist Frauenarbeit, ob die Anlage der Lachte bzw. Risse von Frauen vorgenommen werden kann, wird von manchen Seiten behauptet, von anderen bestritten. Das kombinierte Verfahren an der Kiefer ist eine Verbindung des Rißerverfahrens mit dem Lachtenverfahren. Die Rohharzgewinnung an der Fichte ist weniger ergiebig. Das sächsische Verfahren und das Thüringer Verfahren unterscheiden sich eigentlich nur durch die angewandten Werkzeuge.

Mit Spannung sah man den Leistungen der von dem Oberförster Schulz, Mitglied der Geschäftsstelle in Berlin, vorgeführten Baumfällmaschine „Sektor“ entgegen. Leider arbeitete die Maschine infolge verschiedener Störungen nicht so, wie man erwartete. Einer Einführung der Maschine in die Praxis stehen auch während des Krieges unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Immerhin kann damit gerechnet werden, daß die Maschine nach notwendigen Verbesserungen späterhin vielleicht zu größerer Bedeutung gelangen wird. Die Köln-Deutzer Gasmotorenfabrik hatte einen Motor aufgestellt, der beim Rücken der Stämme an Wege und Straßen Verwendung finden soll. Den Schluß des Waldganges bildeten die Vorführungen von Maschinen des Försters Sch. Büttner zu Eisa i. O.-H. Es wurden die Baumwinde vorgeführt, der Zahnleistentwaldteufel und die übrigen bekannten Büttnerschen Forstgeräte.

Ein sonniger Spätherbstnachmittag war den Teilnehmern der Deutschen Forstversammlung beschieden, als sie als Gäste Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha im Kurhaus Schützenhof in Georgenthal zum letzten Male sich zusammenfanden. Unter mancherlei Neben aus der Versammlung gingen die letzten Stunden im Fluge dahin, bis die Zeit der Abreise gekommen war und die Gäste auseinander führte. Dr. Baader.

Notizen.

A. Aufruf an alle Jäger!

Bei der Knappheit an Rohstoffen für das Webstoffgewerbe hat sich die Aufmerksamkeit auf die Brennnessel (*Urtica dioica*) als Faserpflanze gelenkt.

¹⁾ Vergl. auch die Notiz „Aufruf an alle Jäger“ in diesem Heft.

D. Reb.

Zu ihrer Aufzucht ist durch die Heeresverwaltung am 6. Juli 1916 die „Nessel-faser-Verwertungsgesellschaft m. b. H.“ Berlin W. 66, Wilhelmstr. 91, gegründet worden. Der Betrieb dieser Gesellschaft ist nicht auf Erwerb gerichtet, verfolgt vielmehr ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Ein etwa sich ergebender Überschuß ist an das Reich abzuführen. Das Einsammeln soll in erster Linie durch Kinder unter

Aufsicht von Lehrern usw. erfolgen, doch ist auch die Mithilfe Erwachsener erwünscht.

Hier kann die Hilfe der Wald- und Feld durchstreifenden Jäger einsetzen, denn sie kennen das Gelände aufs Genaueste, und bei dem meist in starkem Maße vorhandenen Sinne für Natur wird jedem bekannt sein, wie die einzelnen Teile des Jagdreviers bestanden sind, und wo es sich lohnt, Nesselbestände abzuernsten. Es gilt in erster Linie der Versorgung unserer Heere mit Webstoffen und bei dem großen Mangel an Baumwolle darf kein Nesselstengel unbenuzt bleiben. Mit den Fasern von 4 Kilo trodener Nesselstengel läßt sich ein Soldatenhemd weben, aber wie groß ist der Bedarf und wieviel Millionen Kilo Brennesseln müssen gesammelt werden! Nur Stengel von mindestens 80 cm Länge kommen in Frage! Helfe ein Jeder! Es ist vaterländische Pflicht! In alle Jäger ergeht die dringende Bitte, die Nesselstängel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 68, Schützenstr. 65/66 mittels Postkarte auf vorhandene Nesselbestände aufmerksam zu machen, damit die nächstwohnenden Vertrauensmänner die Überntung veranlassen können. Nesselstängel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. (Berlin SW. 68, Schützenstr. 65/66.)

B. Unfallversicherung im Forstbetriebe.

Grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamtes. sk. (Nachbruch, auch im Auszug, verboten.) Das Reichsversicherungsamt hat sich anlässlich eines Streitfalles dahin ausgesprochen, daß die königlichen Hausfideikommiß-Förstschußbeamten in Preußen gegen Unfälle reichsgesetzlich versichert sind. Die Gründe besagen:

Auf Grund der §§ 170 Abs. 2, 1242 Nr. 3 Reichsversicherungsordnung können Beamte und Bedienstete der landwirtschaftlichen Hof-, Domänen-, Forst- und ähnlichen Verwaltungen von der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung befreit werden. Für die Unfallversicherung ist eine gleichartige Vorschrift nicht getroffen. Die für die Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erlassenen Bestimmungen entsprechend auch bei der Unfallversicherung anzuwenden, geht nicht an. Es könnte geschehen, wenn etwa die Nichtaufnahme einer gleichartigen Vorschrift in das III. Buch der Reichsversicherungsordnung auf einem Versehen des Gesetzgebers beruhte. Das ist aber nach der Entstehungsgeschichte der Reichsversicherungsordnung nicht der Fall. Wie der Bericht der 16. Komm. zum III. Buche der Reichsversicherungsordnung (S. 35 f.) ergibt, ist nämlich ein von dem Vertreter der verbündeten Regierungen beauftragter Antrag, in das Gesetz eine Vorschrift aufzunehmen, durch die den landesherrlichen Hofverwaltungen ermöglicht werden sollte, ihre Beamten und Bediensteten auch von der reichsgesetzlichen Unfallversicherung zu befreien, ausdrücklich abgelehnt worden. Die Gründe hierfür sind aus dem Kommissionsbericht nicht zu ersehen. Dies wäre von besonderem Interesse gewesen, weil in der Tat beachtliche Gründe dafür sprechen,

die Beamten der landesherrlichen Hofverwaltungen in bezug auf Unfallversicherung nicht anders zu behandeln als in den übrigen Zweigen der Versicherung und dem sonst für Gesetzgeber leitenden Gedanken, bei gleichen sachlichen und rechtlichen Verhältnissen gleiches Recht auf allen Gebieten der Versicherung zu schaffen, auch hier zu folgen. Für die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes müßte in diesem Umstand ausschlaggebend sein, daß der Gesetzgeber, wenn auch aus dem Reichsversicherungsamt nicht bekannten Gründen es ausdrücklich abgelehnt hat, jene naheliegende Folgerung zu ziehen. (Mitteilungszeichen I B. S. 163/14; Vergl. Breithaupt Samml. v. Entsch. d. Reichsversicherungsamtes usw., Jahrgang 1915, S. 163.) Dr. jur. C. Klamroth

C. Tötung eines fliehenden Wilddiebes durch einen Privatförster.

Urteil des Reichsgerichts vom 16. Oktober 1917. sk. Leipzig, 16. Oktober. (Nachbruch verboten.) Das Landgericht Potsdam verurteilte am 7. Juli 1917 den Privatförster Johann Baptist Schumacher in Weiskolm D.-L., Kreis Hohenstein, wegen fahrlässiger Tötung des Maschinenführers Raab zu 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte stand als Privatförster im Dienste eines Dautenschlägers, der 6000 Morgen Jagd gepachtet hatte. Ein gewisser Hagen hatte schon wiederholt einen Wilderer bemerkt und holte, als er desselben wieder ansichtig wurde, den Angeklagten, um den Wilderer zu fassen. Letzterer (der nachher getötete R.) hatte sich inzwischen mit einem Rudel auf sein Fahrrad gesetzt und der Angeklagte lief nun querselben hinter ihm her mit dem Rufe „Halt! Gewehr und Fahrrad beiseite!“ Da R. jedoch schnell in der Richtung auf eine Schonung wegzuradelte, gab der Angeklagte einen Kugelschuß ab, der bei jener die Schlagader unter dem Gefäß verletzte, so daß alsbald der Tod durch Verblutung eintrat. Der Angeklagte, welcher in Notwehr gehandelt haben will, da er befürchtete, jener könne die Schonung gewinnen und aus Deckung auf ihn schießen, legte gegen die Verurteilung Revision ein. Er habe sich auf Grund seiner Kenntnis des Försterlehrbuchs für berechtigt zum Waffengebrauch gehalten. Der Reichsanwalt betonte zwar, daß im allgemeinen das Recht des Waffengebrauchs nur beamteten Förstern zustehe, gab aber zu, daß es unter Umständen auch für Privatförster in Frage kommen könne. Er beantragte daher zur nochmaligen Aufklärung des Falles bestandes Aufhebung des Vorderurteils und Zurückverweisung in die Vorinstanz. Das Reichsgericht verworft jedoch die Revision des Angeklagten als unbegründet; da bei der ganzen Sachlage objektiv weder einem beamteten noch einem privaten Förster das Recht zum Waffengebrauch zugesprochen werden könne. Notwehr sei nicht erwiesen. (Mitteilungszeichen 2D. 141/17.) Sächsischer Korrespondent

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer, und **Dr. Heinrich Weber,**
Geh. Forstrat u. Professor der Forstwissenschaft i. R. o. Professor der Forstwissenschaft
an der Universität Gießen.

Dreihundneunzigster Jahrgang.

1917. Januar.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Die Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung erscheint regelmäßig jeden Monat und wird halbjährlich mit Mark 8.— berechnet; zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

== Anzeigen. ==

Preise: $\frac{1}{4}$ Seite 60.— M., $\frac{1}{2}$ Seite 32.— M., $\frac{1}{4}$ Seite 17.50 M., $\frac{1}{8}$ Seite 10 M., $\frac{1}{12}$ Seite 7.50 M., $\frac{1}{16}$ Seite 5.62 M.
 bei kleineren Inseraten: die 40 mm breite Petitzeile 30 Pfg. — **Rabatt bei Wiederholungen** 15% bei 3x, 20% bei 6x, 33 $\frac{1}{3}$ % bei 10x, 40% bei 12x, 50% bei 24x iger Aufnahme eines Inserates. — **Veränderungen** bei längeren Aufträgen unberechnet. **Beisagen-Preise** nach Vereinbarung, je nach Gewicht des beizulegenden Prospektes.



Wer weiss

es heute noch nicht, dass **Weber-Fallen** in Fangsicherheit und Haltbarkeit unerreicht sind? Illustrierte Preisliste über sämtliche Raubtierfallen, Schiesssport- und Fischereiartikel gratis!
R. Weber, k. k. Hoflieferant, Haynau i. Schl.
 Älteste deutsche Raubtierfallenfabrik.

Hirschhornstangen u. Spitzen kauft jeden Posten
Rich. Plümacher
 Solingen.

Bitte,

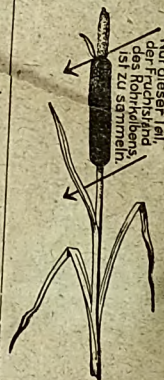
bei Bestellungen bei den hier inserierenden Firmen gefl. auf die „Allg. Forst- und Jagd-Zeitung“ Bezug nehmen zu wollen.

Arbeits-Handschuhe (ohne Bezugsschein) aus Leder und Malmöer Oelstoff, mit und ohne Futter.

Strassen-, Reit- und Fahr-Handschuhe aus gutem Kernleder, mit u. ohne Futter. Einlegesohlen, Asbestkork, Schilf, Ziegenhaarfilz. Preisliste kostenlos.

Heinrich Brandenburg, Kolberg (Ostsee).

Sammelt Rohrkolben



Dieselben dienen als Rohstoffe, gelangen in Lazaretten, für die Krankenpflege und für die Industrie zur Verwendung, und helfen fehlendes Material ersetzen.

Jeder Sammler dient dem Vaterland

Grössere Schulkinder können das Sammeln leicht vornehmen. Die Kolben müssen 2 $\frac{1}{2}$ cm (s. Abbildung) vom Stengel abgeschnitten und getrocknet werden und werden je nach Brauchbarkeit und Quantität bezahlt. Die Hauptsammelstelle befindet sich in Dresden, bei Herrn Kgl. Sächs. Kommerzienrat Hugo Zietz, wo die gesammelten Kolben in getrocknetem Zustande abgeliefert sind und bezahlt werden. Sammel-Anleitungen versendet kostenlos die Hauptsammelstelle.

Landwertrechnung u. forstl. Statik.

Ein Lehr- und Handbuch

von

Lehr- und Oberlandforstmeister Dr. Hermann Stoeber,

ehem. Oberlandforstmeister und Direktor der Forstakademie zu Eisenach.

Beirath von Prof. Dr. Hans Hausrath, Karlsruhe.

Fünfte Auflage.

Groß-Oktav, VIII und 252 Seiten.

sch. Mk. 5.—, gebunden Mk. 5.80.

legt am besten Zeugnis ab von der allseitigen Anerkennung, die dem Buche zu Theil geworden ist, und durch seine mehr populäre abzielende Richtung in Fachkreisen gefunden hat. Der ausdrückliche Wunsch des verstorbenen Verfassers, Herr Prof. Dr. Hausrath, hat wieder einige Ergänzungen erfahren, die in den Gebieten bedingt wurden.

Sauerländer's Verlag.

SDI
A43
v.93

OHIO STATE UNIVERSITY

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer

und

Dr. Heinrich Weber

Geh. Forstrat u. Professor d. Forstwissenschaft i. N.

ordentl. Professor der Forstwissenschaft

an der Universität Gießen.

Dreiundneunzigster Jahrgang.

1917. Dezember.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Die Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung erscheint regelmäßig jeden Monat und wird halbjährlich mit
Mark 8.— berechnet; zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Anzeigen.

Preise: $\frac{1}{4}$ Seite 100.— Mk., $\frac{1}{2}$ Seite 54.— Mk., $\frac{1}{4}$ Seite 30.— Mk., $\frac{1}{8}$ Seite 18.— Mk., $\frac{1}{16}$ Seite 14.— Mk., $\frac{1}{32}$ Seite 10.— Mk.; bei kleineren Inseraten: die 40 mm breite Pettizeile 50 Pfg. — **Rabatt bei Wiederholung** 15 % bei 3maliger, 25 % bei 6maliger, 33 $\frac{1}{3}$ % bei 10maliger, 40 % bei 12maliger, 50 % bei 24maliger Aufnahme eines Inserates. — **Textänderungen** bei längeren Aufträgen unberechnet. — **Beilagen-Preise** nach Vereinbarung je nach Gewicht des beizulegenden Prospektes.



Wer weiß

es heute noch nicht, daß **Weber-Fallen** in Fangsicherheit und Haltbarkeit **unerreicht** sind? **Illustrierte Preis-Liste** über sämtliche **Raubtierfallen, Schießsport- und Fischereiartikel gratis!**

— **R. Weber**, k. k. Hoflieferant, **Hagnau i. Schl.** —
Älteste deutsche Raubtierfallenfabrik.

! Jagd !

Sicheren raschen Fang erzielt man mit meiner Fuchswitterung

„Pelazol.“

Erprobt von tüchtigen Fachmännern mit bestem Erfolg. Preis Mk. 4.50 Nachnahme.

Nur durch

Apotheker Th. Obermeyer, Regensburg, Bienenheimweg 3.

Ein vollständig ferner

Hühnerhund

mit flotter Galoppsuche, guter Apporteur wird zu kaufen gesucht.

Angebote unter Chiffre 896 an die Exped. ds. Blattes.

Fuchswitterung

altbewährt, unwiderstehlich, zieht jeden Fuchs an.

Mark 6.60 Nachn.

Hubertus-Apotheke, Ruwer b. Trier.



Bitte,

bei Bestellungen bei den hierinserierenden Firmen gefl. auf die „Allgemeine Forst- u. Jagd-Zeitung“ Bezug nehmen zu wollen.



Das europäische Ödland seine Bedeutung und Kultur.

Von

Dr. Richard Grieb.

8^o. 142 Seiten. Preis Mk. 3.—.

Eine sehr beachtenswerte Schrift, die in forstlicher wie in wirtschaftlicher Hinsicht gleiches Interesse verdient.

In gegenwärtiger Zeit,

die die Nutzbarmachung jedes brach liegenden Flecken Landes aufs dringendste erheischt, von ganz besonderem Wert!

J. D. Sauerländer's Verlag
Frankfurt a. M.

Im Frühjahr 1913 ist in V. Auflage neu erschienen:

Waldwertrechnung und forstliche Statik

Ein Lehr- und Handbuch

von

weiland Professor Dr. Hermann Stoetzer,

Großh. Sächs. Oberlandforstmeister und Direktor der Forstakademie zu Eisenach.

Durchgesehen von Prof. Dr. Hans Hausrath, Karlsruhe.

Fünfte Auflage. Groß-Oktav, VIII und 252 Seiten.

Preis: brosch. Mk. 5.—, gebunden Mk. 5.80.

Das Erscheinen der fünften Auflage legt am besten Zeugnis ab von der allseitigen Anerkennung, die das Werk durch die prägnante und klare Darstellung des Stoffes und durch seine mehr popularisierende und auf Hervorhebung der praktischen Gesichtspunkte abzielende Richtung in Fachkreisen gefunden hat.

Diese neue Auflage, deren Durchsicht auf ausdrücklichen Wunsch des verstorbenen Verfassers Herr Prof. Dr. Hausrath in Karlsruhe bereitwillig übernommen hat, hat wieder einige Ergänzungen erfahren, soweit solche durch die neueren Erscheinungen auf den bezüglichen Gebieten bedingt wurden.

Frankfurt a. M.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer

und

Dr. Heinrich Weber

Forstrat u. Professor d. Forstwissenschaft i. R.

ordentl. Professor der Forstwissenschaft

an der Universität Gießen.



Neue Folge.

Vierundneunzigster Jahrgang.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

1918.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

PHYSICS DEPARTMENT

1954

RECEIVED

1954

1954

1954

1954

1954

1954

Inhalts-Verzeichnis

der

Allgemeinen Forst- und Jagd-Zeitung

Jahrgang 1918.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google



Aufsätze.

Forstwissenschaft im Allgemeinen, Forstgeschichte, Biographien.

Über die Waldverhältnisse Litauens. Von Prof. Dr. H. Weber-Gießen	1, 25
Über die Champagne. Von Dr. G. Baader	28
Die deutsche Forstwirtschaft in und nach dem Kriege. Vortrag, gehalten von Prof. Dr. H. Weber-Gießen, am 15. Dezember 1917 in der Versammlung der Waldbesitzer Schlesien in Breslau	45

Waldbau-, Schutz-, und -Pfleger.

Über die deutsche Waldbäume und ihre Feinde. Von Wilh. Schuster, Pfr.	96
Die Herstellung des Verhaltens der Holzarten zum Wasser. Von Dr. phil. Anderlind	125, 181
Einsparungen beim Pflanzbetriebe. Von Forststrat Tiemann	173

Forstbenutzung einschl. Transportwesen.

Über die Harznutzung im Jahre 1917. Von Forststrat Biehler-Nastatt	149
Die Buchenwirtschaft und chemische Verkohlungsindustrie. Von Dr. Baader	213

Forstliche Betriebsfächer.

Die Arbeitsform und Formzahl. Von Dr. Wimmenauer-Gießen	59
Die Tagungsuntersuchungen im Eichenhochwald. Von Dr. Wimmenauer-Gießen	221

Forstverwaltung.

Die Statistik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)	
Die Frage der forstlichen Hochschulen. Von Dr. Wimmenauer	34
Die Frage der forstlichen Hochschulen. Von Dr. Reg.-Rat Dr. Schwappach-Eberswalde	85

Seite

Desgl. von Geh. Staatsrat Wilbrand-Darmstadt	86
Desgl. von Prof. Dr. Weber-Gießen	88
Bemerkungen zu den vorstehenden Artikeln von Dr. Wimmenauer	95
Buchenwirtschaft und chemische Verkohlungsindustrie. Eine forstpolitische Studie von Dr. G. Baader-Gießen	213

Jagd und Fischerei.

Der „Bast“ und die „Kurie oder „curee“. Von Karl Balg	68
Die Waldfischen, Feldfischen und Wildpferde. Von Karl Balg, städt. Revierverwalter a. D., Hannover	128
Der Krammetsvogelfang im Dohnenstieg. Von Geh. Regierungsrat Eberts-Rassel	228

Literarische Berichte.

Forstwissenschaft im Allgemeinen, Forstgeschichte, Biographien.

Neues aus dem Buchhandel	103, 230
------------------------------------	----------

Waldbau-, Schutz- und -Pfleger.

Der deutsche Wald, sein idealer und wirtschaftlicher Wert. Verhinderung und Bekämpfung von Waldbränden. Bearbeitet und herausgegeben vom Westfälischen Feuerwehverband	233
--	-----

Forstbenutzung einschl. Transportwesen.

Böhmerwälder Hausindustrie und Volkskunst. I. Teil: Wald- und Holzarbeiten. Von Joseph Blau	38
Gewinnung und Verarbeitung von Harz und Harzprodukten. Von Dr. Gaja-Austertweil, Ing.-Chem. und Julius Roth, Agl. ung. Forststrat	74

Forstverwaltung.

(Politik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)

Forst- und Jagdkalender 1918. Bearbeitet von Dr. Reumeister	19
Der Förster, Land- und forstwirtschaftlicher Kalender für Forstschutzbeamte 1918. Von Th. Conrad	19
Wild- und Hund-Kalender XVIII. Jahrgang 1918	19
Bericht über die XVIII. Tagung (2. Kriegstagung) des deutschen F. W. N. zu Berlin am 16. und 17. Juli 1917	36
Waldbheil-Kalender für deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1918	76
Deutscher Forstkalendar des deutschen Forstverein für Böhmen 1918. Von Dr. R. Grieb	76
Bialowiez in deutscher Verwaltung. Herausgegeben von der Militärforstverwaltung Bialowiez. Zweites Heft	107, 234

Jagd und Fischerei.

Das deutsche Weidwerk. Von Gustav Freiherrn v. Nordensflicht, Forstmeister in Lößdörich	75
Fische in der Kriegswirtschaft	193
Von Jagden in Rußland. Von Gustav Deibel	231
Praktische Mittel gegen Wildschäden. Von Dr. A. Ströse-Berlin	231
Das Preussische Fischereigesetz am 11. Mai 1916 nebst Fischerei-Ordnung vom 29. März 1917 und den sonstigen fischereigesetzlichen Vorschriften für Preußen. Von Goerke	233

Forstliche Hilfsfächer.

(Mathematik und Naturwissenschaften.)

Pflanzenchemische Untersuchungen. Mitteilungen aus der kgl. sächsischen forstlichen Versuchsanstalt zu Tharandt. Von H. Serr	18
Bau und Leben unserer Waldbäume. Von M. Blüthen. 2. Aufl.	19
Der Pilz- und Kräuterfreund. Illust. Monatschrift für angewandte und wissenschaftliche Pilz- und Pflanzenkunde. Herausgegeben von August Henning, Nürnberg	19
Phänologische Karte des Frühlingsinzugs auf den britischen Inseln. Von E. Thine-Darmstadt	75
Die Tierwelt im Weltkrieg. Von Wilh. Schuster, Pastor, Ehrenmitglied des Österr. Reichsbundes für Vogelfunde usw.	76
Heil- und Gewürzpflanzen. Ihr Anbau und Einsammeln, sowie ihre industrielle Verwertung. Von Dr. H. Hoff u. Dr. R. Escalas	76
Die Seele des Tieres. Bericht über die neuen Beobachtungen an Pferden und Hunden. Herausgegeben von der Gesellschaft für Tierpsychologie	103
Die Brand- und Rostpilze. Von Prof. Dr. Rigula in Eisenach	106

Seite

Physiologie und Ökologie. I. Botanischer Teil, unter Redaktion von Haberlandt, bearbeitet von Czajek, von Guttenberg und E. Baur. Der „Kultur der Gegenwart“ III. Teil, IV. Abt., III. Band. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig 1917. Von Dr. Wimmer	134
Bodenbildung und Bodeneinteilung von Ramann	190
Die Beschreibung des Standorts usw. Von H. Vater-Tharandt	192
Erlebte Naturgeschichte. Von E. Schmitt	192
Arzneipflanzen-Merkblätter des Kaiserlichen Gesundheitsamts	232
Pflanzenphysiologie. Von H. Molisch	232

Verschiedenes.

Kulturarbeiten von Paul Schulze-Naumburg, Band VII. Die Gestaltung der Landschaft durch den Menschen. Kunstwart-Verlag in München	104
---	-----

Briefe.

Aus Baden.

Berichtigung	43
Erklärung. Zu der Berichtigung im Februarheft I. J. Von Hausrath, Karlsruhe	140
Zur forstlichen Hochschulfrage. Von Könige	242

Aus Hessen.

Beobachtungen über Blißschläge. Von Geh. Oberforstrat Joseph, Darmstadt	14
---	----

Aus Oesterreich.

Waldwirtschaft im Stanzlande. Von Hugo Pfiffel	22
--	----

Aus Preußen.

Zur preussischen Verwaltungsreform	21
Aus der Preuß. Forstverwaltung	39, 136, 166, 194, 239
Bestimmungen über den Verkehr mit Wild	41
Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen. Von Geh. R.-R. Eberts in Kassel	74
Erstreckt sich ein Fischereirecht im Flusse auch auf das in diesem Verlauf errichtete Staubecken? Von Geh. R.-R. Eberts in Kassel	80
Der Haushalt der Domänen-, Forst- und landwirtschaftlichen Verwaltung im Rechnungsjahr 1918	100
Über Holztagen und Holzpreise. Von Oberförster H. Müller-Ilzballen	113
Das Wild und der Gesetzgeber. Von Dr. Walter Duden	117

Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Haushalt der Forstverwaltung . .	201
Ordnung über die Regelung der Wildpreise Vorschläge zu den gesetzlichen Tagelohnen bei Dienstreisen der Staatsbeamten	237 238

Aus dem deutschen Reich.

Regelung der Preise für Flußwasserfische . .	236
--	-----

Berichte über Versammlungen und Ausstellungen.

Wahlung des erweiterten Vorstandes des Deut- schen Forstvereins am 2. November 1917 . .	119
XV. Tagung des Forstwirtschaftsrats . . .	205

Notizen.

Forstwissenschaft im Allgemeinen, Forst- geschichte, Biographien.	
Forstverwaltung Polens zur Preußenzeit. Aus den Warschauer Mitteilungen	83
Johann Craz †	243

Forstbenutzung einschl. Transportwesen.	
Erhaltung von Schälwalb	24
Ordnung über die Gewinnung von Laub- heu und Futterreisig	44
Verharmung des Laubheus	124
Arbeit der Forstleute und Jäger bei der Heufeldernte. Von Dr. E. B. Uderstadt, Berlin	144
Laubfuttermahlung. Von Hans Schrott, Fiechtl	147
Forstwirtschafts-Jubiläum	148
Vermäßigter Gewinn bei Holzverkäufen . .	212
Halbsamenerntebericht, Herbst 1918. Von P. Keller Sohn	244
Halbsamenerntebericht. Von E. Appel . . .	247

Forstliche Betriebsfächer.

(Forsteinrichtung, Vermessung, Holzmehlkunde, Waldwertrechnung und Statistik, forststatistische Versuche.	
Die Aufstellung von Holztagen nach dem Be- stands-Kostenwerte. Von Dr. Wimmenauer .	123

Forstverwaltung.

(Politik und Statistik, forstliches Unterrichts- und Vereinswesen.)	
Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Sommersemester 1918	84
— im Wintersemester 1918/19	172, 212
Wälder und Forstwesen Ungarns. Von G. Badermann-Steglich	120
Forstliches aus der Ukraine. Von Oberf. H. Müller	148
Der Forstverein für das Großherzogtum Hessen	148

Jagd und Fischerei.

Wildseuchen	23
Der Schwan als Edelwild und größter deutscher Jagdbogel. Von Chefredakteur Pastor Wil- helm Schuster	82
Wildstand Mitteleuropas	244

Forstliche Hilfsfächer.

(Mathematik und Naturwissenschaften etc.)

Ausstattungsstelle für Speisepilze	24
Der Maulwurf als Waldbier. Von Wilhelm Schuster, Pfarrer a. D.	142
Die „Deutsche Gesellschaft für angewandte Entomologie“. Von Dr. F. Stellwaag, Neustadt a. Odt. (Rheinpfalz)	172

Verchiedenes.

Die Brieftaube in Krieg und Frieden . . .	145
Invalidenheim für Jäger und Schützen zu Marburg a. Lahn	247
An die Mitarbeiter	248
An die Leser der Allgem. Forst- u. Jagdzeitung	248



Alphabetisches Sachregister

Neupflanzen-Merkblätter des Kaiserl. Gesundheitsamts	232
den, Briefe aus: 43, 140, 242.	
it und Kurie 68.	
u und Leben unsrer Waldbäume 19.	
ichtigung von Hausrath 43.	
lowies in deutscher Verwaltung 107, 234.	
schläge, Beobachtungen darüber 141.	
denbildung und Bodeneinteilung von Ramann 190.	
merwälder? Hausindustrie und Volkskunst 38.	
und- und Kospilze 106.	
esttaube 146.	

Buchedernöl 248.	
Buchenwirtschaft und chemische Verarbeitungsindustrie 213	
Buchhandel, neues aus dem: 103, 230.	

Champagne, aus der: 28.	
Craz, Dr. Johann, Nekrolog 243.	

Deutscher Forstkalender des deutschen Forstvereins für Böhmen 76.	
Deutscher Forstverein, Vorstandssitzung 119	
Deutsches Reich, Briefe aus dem: 236.	

Einsparungen beim Pflanzenbetriebe 173.
Entomologie, angewandte 172.
Erklärung von Hausrath 140.
Erliebte Naturgeschichte von C. Schmitt 192.
Ertragsuntersuchungen im Eichenhochwald 221.

Fische in der Kriegswirtschaft 193.
Fischereigesetz, preussisches 233.
Fischereirecht in Staudeden 80.
Fischwasserfische, deren Preise 236.
Förster, der, Kalender 19.
Forstamenerntebericht von C. Appel 247.
Forst- und Jagdkalender 1918 von Reumeister 19.
Forstwirtschaft, deutsche, in und nach dem Kriege 45.
Forstwirtschaftsrat, dessen Tagungen 36, 205

Geschäfts-Jubiläum 148.

Harznutzung im Jahre 1917 149.
Harz und Harzprodukte 74.
Heil- und Gewürzpflanzen 76.
Hessen, Briefe aus: 141.
Hessen, Forstverein für das Großherzogtum 148.
Hochschulen, forstliche 34, 85, 86, 88, 95, 242.
Holzlagen nach dem Bestands-Kostenwerte 123.
Holzlagen und Holzpreise 113.

Jagden in Rußland 231.
Jonzoland, dessen Waldwirtschaft 22.
Jnvalidenheim für Jäger und Schützen in Marburg 247.

Krammetsvogelfang im Dohnenstiege 228.
Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen in Preußen 77.
Kulturarbeiten von Paul Schulze, Naumburg 104.

Laubheu und Futterreisig 44, 124, 147.
Leser der Allg. F.- und J.-Z. 248.
Litauens Waldverhältnisse I, 25.

Maulwurf als Waldtier 142.
Mitarbeiter, an die: 248

Nesselernt 144.

Oesterreich, Briefe aus: 22

Pflanzen = chemische Untersuchungen 18.
Pflanzenphysiologie von H. Molisch 232.
Phänologische Karte der britischen Inseln 75.
Physiologie und Ökologie 134.
Pflz- und Kräuterfreund 19.
Polens Forstverwaltung zur Preußenzeit 83.
Preußen, Briefe aus: 20, 39, 41, 77, 80, 110, 113, 117, 136, 166, 194, 201, 237, 238, 239.
Preussische Forstverwaltung 39, 110, 136, 166, 194, 201, 237

Schaftform und Formzahl 59.
Schälwald-Abholungen 24.
Schwan als Edelwild 82.
Seele des Tieres 103.
Speisepilze 24.
Standortsbeschreibung usw. von F. Vater 192.

Tierwelt im Weltkrieg 76.

Uebermäßiger Gewinn bei Holzverkäufen 212.
Ungarns Wälder und Forstwesen 120.
Ukraine, forstliches aus der 148.

Verhalten der Holzarten zum Wasser 125, 181.
Verkehr mit Wild in Preußen 41.
Verwaltungsreform in Preußen 20.
Vier deutsche Waldbäume und ihre Feinde 96.
Vorlesungen, forstliche an den Hochschulen im Sommersemester 1918. 84.
— im Wintersemester 1918/19 172, 212.

Waldbrände, deren Verhinderung 233.
Waldbasen, Feldbasen und Wildpferde 128.
Waldbau-Kalender 76.
Waldbamenerntebericht von F. Keller Sohn 1918 24.
Weidwerk deutsches 75.
Wildpreise in Preußen 237.
Wildschäden, praktische Mittel dagegen 231.
Wildschützen 23.
Wildstand Mitteleuropas 244.
Wild und Geseßgeber 117.
Wild- und Hundkalender XVIII. Jahrgang 1918 19.

Zuschläge zu den gesetzlichen Tagegelbern bei Dienstreisen der Staatsbeamten 238.



Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

*

Januar 1918

*

Über die Waldverhältnisse Litauens.

Von Professor Dr. H. Weber-Gießen,
St. Hauptmann in der Militärverwaltung Litauen.

Die Leser dieser Zeitschrift haben über die Verhältnisse in den von unseren Heeren besetzten, ehemals russischen Gebieten mancherlei wohl schon gesehen, vielleicht hier und da auch einiges über ihre Forsten und ihre Waldwirtschaft. Gleichwohl gehen in der Annahme nicht fehl, daß sie es begrüßen werden, von einem Fachgenossen, der seit 1½ Jahren der Forstverwaltung eines der besetzten Gebiete angehört, Näheres über die Waldungen des Ostens erfahren.

Bevor ich jedoch in die Schilderung der Waldverhältnisse Litauens eintrete, dürfte es zweckmäßig zunächst kurz auf die Organisation der Verwaltung der besetzten Gebiete einzugehen.

Das gesamte von den deutschen Truppen besetzte ehemals russische Gebiet, zerfällt, soweit es Stappengebiet liegt, in zwei Verwaltungsgebiete: Generalgouvernement Warschau und die Verwaltung des Oberbefehlshabers Ost. Erstere ist Zivilverwaltung, die Verwaltung Ober-Ost hingegen oder Ob.-Ost, wie sie abgekürzt allgemein bezeichnet wird, ist durchaus militärisch organisiert. Er übt in dem seinen Befehlsbereich bildenden russischen Rußlands die gesamte gesetzgebende, richterliche und vollziehende Staatsgewalt aus kraft des durch die Übertragung des Oberbefehls erhaltenen kaiserlichen Auftrags, und zwar durch die ihm unterstellten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden. Diese sind Verwaltungsämter (Dienststellen) des Heeres und bilden einen Bestandteil desselben.¹⁾

Das Gebiet der Verwaltung des Oberbefehlshabers Ost hat eine Größe von 111 911 qkm mit 3 780 Einwohnern. Es gliederte sich anfangs in 6 Stappen- oder Bezirksverwaltungen: Kurland, Litauen, Wilna, Suwalki, Grodno und Bialystok. Im Laufe des letzten Jahres hat jedoch eine Vereinigung verschiedener Verwaltungen stattgefunden, so daß das gesamte Gebiet jetzt in nur noch

3 Stappen-Verwaltungen zerfällt, nämlich Kurland, Litauen (die ehemaligen Verwaltungen Litauen, Wilna und Suwalki) und Bialystok (früher Grodno und Bialystok).

Die Verwaltung der Staats- und Kronforsten (einschließlich Donationsforsten) des Gebiets Ob.-Ost bildet eine Abteilung der Verwaltung Ob.-Ost. Sie umfaßt folgende Staats- u. Waldflächen des Verwaltungsgebietes:

Forstverwaltung Kurland : rund 200 000 ha
Forstverwaltung Litauen : rund 618 000 ha
Forstverwaltung Bialystok : rund 420 000 ha

Insgesamt: rund 1 238 000 ha

Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß die Größe der preussischen Staatsforsten 2 600 000 ha beträgt. Die Staatsforsten des Verwaltungsgebietes Ob.-Ost nehmen also eine Fläche von rund 48 % der preussischen Staatswaldfläche ein.

Die einzelnen Militärforstverwaltungen sind eingeteilt in Militärforstinspektionen, im ganzen jetzt 42. Die Größe der Staatswaldflächen der Forstinspektionen schwankt je nach den örtlichen Verhältnissen zwischen 20 000 und 70 000 ha. In Litauen sind sie durchschnittlich 36 000 ha groß. Außerdem unterstehen auch die ausgedehnten Privatwaldungen der Aufsicht der Forstverwaltungen. Ohne Genehmigung der Militärforstinspektionen dürfen größere Fische in den Privatwäldern, ganz besonders auch in den Forsten der unter deutscher Verwaltung und Bewirtschaftung stehenden Güter, nicht stattfinden. Wie groß die Nichtstaatsforsten Litauens und des ganzen Ober-Ost-Gebietes sind, läßt sich nicht einmal annähernd angeben. Jedenfalls aber ist die Privatwaldfläche ebenso groß wie die Fläche der Staatsforsten.

Sämtliche Forstverwaltungsstellen sind mit Offizieren besetzt. Jeder Forstinspektion ist eine Anzahl von Kreisförstern, — meist kgl. preussische Förster im Range des Feldwebel-Leutnants bis zum Unteroffizier oder Oberjäger — und eine Anzahl von Hilfsförstern unterstellt. Letztere gehören nur zum kleinsten Teil dem Forstbeamtenstande an, zumeist sind es Landwirte, Gärtner oder Holzhauermeister. Außer diesen Hilfsförstern oder deutschen „Waldwärtern“ (sämtlich Angehörige des Heeres) untersteht den Kreisförstern noch eine größere Anzahl von früheren russischen Waldwärtern („Buschwächter“).

¹⁾ Verwaltungsordnung für das Stappengebiet im Befehlsbereich des Oberbefehlshabers Ost (Ob. Ost). Befehls-Verordnungsblatt des Oberbefehlshabers Ost. 1916. 34.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gehe ich zur Schilderung der Waldverhältnisse Litauens über. Da ich von dem großen Gebiete dieses Landes und seiner Wälder nur einen verhältnismäßig kleinen Teil bereift habe, kann die Darstellung natürlich nicht erschöpfend sein. Indessen glaube ich die Haupttypen des litauischen Waldes genügend kennen gelernt zu haben, um ein im ganzen zutreffendes Bild der Waldverhältnisse darbieten zu können. Ausdrücklich bemerken möchte ich aber, daß ich Süd-Litauen, d. h. das frühere Verwaltungsgebiet Wilna-Sumwalki, nicht kenne, meine Ausführungen beziehen sich deshalb nur auf Nord-Litauen.

1. Größe und Verteilung des Waldes.

Über die Größe der Wälder des im Osten besetzten Gebietes herrschen in der Heimat zumeist übertriebene Vorstellungen. Man denkt an unermessliche Urwälder Litauens und Polens. Gewiß sind im Vergleich zu unseren heimischen Forsten noch einzelne sehr große Waldgebiete vorhanden, so u. a. bei Bialystok, Augustow, Grodno, Wilna, also in den mehr polnischen Teilen des Verwaltungsgebietes Ober-Ost. Der Bialowieser Forst z. B. im Verwaltungsgebiet Bialystok umfaßt allein eine Fläche von rund 130 000 ha mit zum Teil noch urwaldbartigen Beständen, mit den anstoßenden Staats-, Gemeinde- und Privatwäldungen sind es sogar 165 000 ha mit einem Durchmesser von mehr als 40 km. Aber in den nördlichen Teilen des Verwaltungsgebietes Ober-Ost, also in Kurland und insbesondere in dem eigentlichen Litauen, liegen die Verhältnisse doch anders. Auf der Karte Litauens sind zwar auch viele Waldflächen eingezeichnet, aber nur sehr wenige große zusammenhängende Waldgebiete sind noch vorhanden. Insbesondere liegen die Staatsforsten hier sehr zerstreut im ganzen Lande, fast überall unterbrochen von Ackerland und mehr oder weniger ausgedehnten Privatwäldern, die allerdings nur zum Teil noch den Namen Wald verdienen. Nur zwei größere geschlossene Staatsforste von rund je 12 000 ha liegen bei Poniewiez und bei Onischty und einige ausgedehnte Donationsforste im Westen Litauens, in den Kreisen Georgenburg und Pajurze.

Das frühere Verwaltungsgebiet Litauen (ausschließlich Wilna—Sumwalki) besitzt eine Staats- und Donationswaldfläche von nur 224 000 ha, wovon 31 000 ha Donationsforste sind. Ebenso groß dürfte die Privatwaldfläche sein, während Gemeinde- und Stadtwäldungen nur wenig vorhanden sind. Die Waldflächen der einzelnen Güter schwanken außerordentlich in ihrer Größe. Zu manchen Gütern gehört gar kein Wald oder nur eine kleine Buschwaldfläche, andere Gutsbesitzer dagegen haben große

Forsten, bis zu 30 000 und 40 000 ha im Zusammenhang.

Wie groß die Bewaldungsziffer des Landes ist, läßt sich schwer feststellen, da viele Privatwäldungen nicht vermessen sind. Während manche Kreise ein Bewaldungsprozent von 40—50 aufweisen, sind andere nur schwach bewaldet — sogar unter 10 %. Im Ganzen schätze ich die Bewaldung Litauens auf etwa 20 %, während das deutsche Reich eine Bewaldungsziffer von 26 % aufzuweisen hat.

Die sehr zerstreute Lage der litauischen Staatsforsten ist vorwiegend eine Folge der von der russischen Regierung schon seit Jahrzehnten (seit dem polnischen Aufstande von 1863) durchgeführten Bauern-Ansiedlung. Das vorhandene Generalstabskarten-Material trägt dieser Entwicklung noch nicht genügend Rechnung. Beträchtliche Flächen sind hier noch als Wald gekennzeichnet, obwohl sie zum Teil schon seit langer Zeit Ackerflächen und Gehöfte sind. Lagen diesen Bauern-Ansiedlungen Anfangs nur volkswirtschaftliche Motive zu Grunde, so änderte sich dies später, ganz besonders seit der Revolution von 1905. Von da an trat ein politischer Zweck sehr stark in den Vordergrund. Es wurden Agrarbanken — die sogen. „Bauernbanken“ — gegründet, in deren Eigentum große Teile der Staatsforsten, aber auch ganze oder größere Teile von Privatforsten übergingen. Die Holzbestände wurden abgetrieben, und die Ackerflächen dann unter die Ansiedler verteilt. Die Holznutzung fand entweder durch den Vorbesitzer, meist jedoch durch die Bank, und zwar in der Weise statt, daß das Holz auf dem Stocke an Holzhändler verkauft wurde, und bis zu einem bestimmten Zeitpunkte die Ausräumung der Fläche stattgefunden haben mußte. Der Hauptzweck dieser neuen Besiedlung war, die dem russischen Reiche angegliederten Fremdböller, hier die Litauer, die nichts weniger als Russen sind und zum größten Teil kaum ein russisches Wort verstehen, mit russischen Elementen zu durchsetzen und auf diese Weise das Land zu russifizieren. Die Ansiedlungen seit dem Jahre 1905 sind deshalb fast durchwegs mit Russen — „Großrussen“ — bevölkert, ausnahmsweise wurde auch einmal im nördlichen Teile Litauens ein Lette zugelassen, der sich während der Revolutionszeit gegen die deutsche Oberschicht der Ostprovinzen — die Balten —, sehr im Einverständnisse mit der russischen Regierung, aufgelehnt hatte. Der Litauer und auch der Pole wurde dagegen von diesen neueren Ansiedlungen streng ausgeschlossen. Nach slavischem Brauche erfolgten letztere nicht in der Form der Dorfsiedlung, sondern der Einzel- oder Hof-siedlung. Mag diese Art der Besiedlung wirtschaftlich manche Vorzüge vor der Dorfsiedlung haben, dem deutschen Wesen entspricht sie wenig.

der deutsche Bauer liebt es, im geselligen Verkehr mit seinen Nachbarn zu leben und zu wirken. Das Leben nach dem Fortschritt in Bildung und Gelehrsamkeit beherrscht bei ihm das rein wirtschaftliche Element. Jeglicher Kulturfortschritt wird aber in der Dorfgemeinschaft bedeutend mehr gefördert als in der Einzelsiedlung, zumal in einem Lande mit sehr wenig entwickelten Verkehrsverhältnissen. Und so wird wir denn in deutschen Länden, wenigstens im Westen und Süden, zumeist die Dorfsiedlung vortreten, im Gegensatz zur Hofbesiedlung in den östlichen Gebieten, wie auch hier in den neueren Ansiedlungen Litauens.

Große ehemalige Walbflächen sind durch die litauischen Agrarbanken unter die Besitzer von Einzelsiedlungen aufgeteilt worden. Die Kaufpreise wurden in Form von Zeitrenten an die Banken abgetragen. Die Besiedlung selbst ging sehr langsam von statten. Nach dem Abtriebe des Holzes und dem Aufbau des Hofes — Blockhäuser — wird zunächst nur der Hof am nächsten liegende, meist trockenere Teil der Siedlungsfläche gerodet und als Acker bestellt, um die nötige Brotfrucht anzuziehen. Der Rest der Fläche, auf dem die meterhohen Baumstümpfe weithin das ehemalige Waldbild kenntlich machen, wird zunächst als Weideland benutzt. Hier tummelt und ernährt sich vom Frühjahr bis in den Winter hinein der gesamte Viehstand des Bauern — die kleinen rauen, aber kräftigen litauischen Pferde mit gekoppelten Vorderbeinen, sehr häufig sogar zu zweien aneinander gekoppelt, das hie und da schon mit schwarzbuntem Fleckvieh gekreuzte Rindvieh, sowie Schafe, Schweine, Ziegen und Gänse. Wohl haben auf diesen Weideflächen wieder Stodausschläge der Buchen, namentlich der Weichholzarten (Aspen, Kieferle etc.), gebildet und Kernwälder von Nadel- und Laubbäumen eingestellt, aber der ständige Verbiß des Weideviehs hat keinen richtigen Wald, der hier bald wieder die Fläche bedeckt hätte, mehr aufkommen lassen und den entstandenen Busch mehr und mehr zurückgedrängt. Aus dem gestrüppartigen Gehölz ist ein Mittelstadium zwischen Busch und Weide, die Hütung und später eine mehr oder weniger dauerhafte, durchaus ungepflegte Weide bezw. Weidung entstanden, die schließlich je nach Bedarf und wirtschaftlicher Kraft des Ansiedlers in kürzerer oder längerer Zeit zum Teil ebenfalls noch in Acker umgewandelt zu werden pflegt.

2. Standortverhältnisse.

Das Klima Litauens ist im allgemeinen als kontinentalklima zu bezeichnen, immerhin macht sich der Einfluß der Ostsee durch Ausgleichung der Witterungsextreme sowohl im Winter wie im Sommer

etwas bemerkbar. Verhältnismäßig tiefe und konstante Wintertemperatur, lange Dauer des Winters, kurzes Frühjahr und heißer trockener Sommer, geringe Gesamtjahresniederschlagsmenge geben dem litauischen Klima das Gepräge. Über die Niederschlagsmengen mögen folgende Zahlen, die einer meteorologischen Statistik der Landwirtschaftsschule zu Johanniskele, in der Nähe der kurländischen Grenze, entnommen sind, Aufschluß geben:

Niederschlagsmengen in mm:

Monat	1908	1909	1910	1911	1912	1913	im Durchschnitt der 6 Jahre 1908-1913
Januar	27,9	2,6	30,9	37,0	13,5	6,0	19,0
Februar	14,2	15,1	13,9	31,4	17,4	12,5	17,4
März	35,6	19,2	16,2	13,3	59,0	12,7	26,7
April	25,6	31,3	10,9	21,4	17,7	90,8	32,9
Mai	62,6	15,2	22,5	14,1	11,1	29,0	25,8
Juni	29,3	24,5	37,2	53,5	33,1	46,5	37,3
Juli	53,2	88,5	103,4	37,4	32,8	105,6	70,1
August	157,5	35,6	84,5	22,7	52,0	62,5	69,1
September	41,3	15,4	25,7	23,5	59,9	27,8	32,2
Oktober	27,4	10,4	14,2	54,7	31,7	47,1	30,9
November	20,9	53,6	39,1	37,2	34,0	57,0	40,3
Dezember	12,3	34,8	44,4	42,5	43,3	80,3	42,9
Summe	507,8	346,2	442,9	388,7	405,5	577,6	445,6

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Jahresniederschlagsmenge in den betr. 6 Jahren sehr niedrig war, und daß die beiden Monate Juli und August die regenreichsten gewesen sind. Vorausgesetzt, daß die Zahlen ein richtiges Durchschnittsbild von den hiesigen Niederschlagsverhältnissen geben, wäre Litauen als ein sehr niederschlagsarmes Gebiet zu bezeichnen. Wenn trotzdem den größten Teil des Jahres hindurch ein Überfluß an Bodenfeuchtigkeit festzustellen ist, liegt dies einmal an dem verhältnismäßig geringen Wasserverbrauch der Pflanzentwelt infolge der sehr kurzen Vegetationszeit und dann vor allem an den Wasserabflußverhältnissen, die von der Gestalt der Bodenoberfläche und den geologischen und physikalischen Bodenverhältnissen beeinflusst sind.

Die Bodenoberfläche Litauens ist, namentlich im westlichen Teile, zumeist eben. Nur in einzelnen Landesteilen, so z. B. im Kreise Telsche, finden sich beträchtliche rückenartige Erhebungen. Nach Osten zu wird das Gelände im allgemeinen welliger. Längs der Eisenbahnlinie Wilna—Dünaburg kann es sogar als hügelig bezeichnet werden. Zwischen den Hügeln ziehen sich zahlreiche reizvolle Seen hin; der Charakter dieser Gegend erinnert an die hinterpommersisch-westpreussische Kaschubei.¹⁾

¹⁾ Siehe Bilder aus Litauen. Im Auftrage des Chefs und unter Mitarbeit zahlreicher Herren der deutschen Verwaltung Litauens bearbeitet von Dr. R. Schlichting, Stabsarzt und Medizinalreferent. Herausgegeben von Leutnant d. R. O s m a n. Rowno, 1916. Druck und Verlag der Rownoer Zeitung. Preis 3,00 Mk.

Nach der Entstehung und Herkunft des Bodens gehört Litauen dem Diluvium an. Darauf weisen u. a. auch die vielenorts zahlreichen, den Boden bedeckenden und durchsetzenden erratischen Blöcke (Granite, Syenite, Gneise usw.) hin. Die mineralische Zusammensetzung des Bodens wechselt vom trockenen Sandboden bis zum strengen Tonboden. Im westlichen Teile Litauens sind die Böden meist bindiger und schwerer als im Osten, wo der Sandboden mit schwacher Lehmbeimischung vorherrscht. Im großen Ganzen aber ist ein mineralisch kräftiger, kalkreicher, humoser, milder Lehm Boden mit tonigem, sandigem oder auch kiesigem Untergrund in Litauen stark vertreten. In manchen Gegenden, so beispielsweise im Kreise Johanniskele, steht unter der eigentlichen Bodenschicht, oft in geringen Tiefe, Kalkgestein an, das hier und da, z. B. an den steilen Ufern der Muscha, eines Nebenflusses der kurischen Na, zutage tritt. In physikalischer Hinsicht zeichnen sich viele Böden durch Kälte, große Feuchtigkeit und hohen Grundwasserstand aus. Ganz besonders trifft dies für die Böden mit flach streichendem, undurchlässigem, tonigem Untergrunde zu, die deshalb und infolge der fast im ganzen Lande noch völlig unregelmäßigen Vorflutverhältnisse während eines großen Teiles des Jahres nahezu unzugänglich sind. Im Jahre 1916 stand sogar im Hochsommer auf ausgedehnten Waldflächen das Grundwasser. Nur die ausgesprochenen Sandböden der östlichen Gegenden des Landes machen hiervon eine Ausnahme. Die hier stöckenden Kiefernwälder sind während des ganzen Jahres zugänglich.

Auch hinsichtlich des Bodenerzeugnisses weichen die Mischwälder des westlichen Litauens von den Kieferngebieten des östlichen Landesteiles meist stark ab. Jene sind auf räumigen und lückigen Stellen durch eine überaus reiche Bodenflora ausgezeichnet, während in den Kiefernbeständen des Ostens der Bodenüberzug vorwiegend aus Heidelbeere, daneben auch Preiselbeere und Heide, besteht. Weniger häufig kommt die Mauschbeere vor. Auf sumpfigen Stellen tritt hier wie dort der Sumpfsporst (*Ledum palustre*) auf, auch vereint mit dem Wollgras (*Eriophorum angustifolium*).

Für die Forstwirtschaft können die Standortverhältnisse Litauens trotz der durch die klimatischen Verhältnisse bedingten kurzen Vegetationszeit im allgemeinen als günstig bezeichnet werden. Die vielenorts auftretende Bodennässe ist für das Gedeihen der landwirtschaftlichen Nutzpflanzen weit nachteiliger als für das Wachstum der Holzpflanzen, von denen einzelne, wie im sehr nassen Sommer 1916 beobachtet werden konnte, selbst monatelang stauende Nässe vertragen können. Ja, diese konstante Frische bezw. Feuchtigkeit des Bodens bei

genügender Sommerwärme ist trotz der langen Vegetationszeit die Ursache von Wachstumsleiden, wie ich sie mir für Litauen nicht vorgestellt habe.

3. Holzarten.

Den Standortverhältnissen entsprechend ist auch die Art der Waldbestockung. Jedoch ist man in Litauen nirgends einen so häufigen Wechsel der Holzarten wie in vielen unserer deutschen Gebirge, einmal weil im litauischen Flachland die Exposition keine Rolle spielt, und dann, weil die große Mehrzahl oder — man darf sagen — sämtliche Wälder Litauens der Mensch nicht in dem Maße eingegriffen hat wie in deutschen Wirtschaftswäldern. Wir haben es hier meist mit dem natürlichen Mischwalde zu tun. In großen Gebieten, in welchen in der Holzartenzusammensetzung nicht tiefgreifende Veränderungen festgestellt haben, tragen die Holzbestände den gleichen Charakter.

Die wertvollsten Nutzholzarten des litauischen Waldes sind zweifellos die Kiefer und Fichte, die beiden einzigen natürlich vorkommenden Nadelholzarten. Für das gesamte Verwaltungsgebiet Ober-Ost ist die Kiefer als die verbreitetste und deshalb wichtigste Nutzholzart zu bezeichnen. Für Litauen allein besitzt aber wohl die Fichte die größere wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung. Je bindiger und feuchter der Boden, desto mehr tritt die Fichte in den Vordergrund; je sandiger, trockener und lockerer der Standort, desto mehr herrscht die Kiefer vor. Und so ist denn die Fichte mehr auf den schweren feuchten Lehm- und Tonböden im westlichen Litauen verbreitet, während die Kiefer hauptsächlich in den im Osten gelegenen Wäldern, vielfach in reinem Bestande, bestockt. Nur in den fruchtbarsten Mulden und auf sonstigen feuchten Stellen findet der Kiefer die Fichte und einige Weichhölzer gemischt, während in den Bruchern die beiden Edelhölzer die Aspe und die Birke als Hauptholzarten auftreten. Im allgemeinen ist der Wald in den westlichen Teilen holzartenreicher als im Osten Litauens. Wenn dort auch die Fichte nicht selten in fast reinen Beständen vorkommt, so überwiegt doch bei weitem der aus Fichte und Laubhölzern, namentlich Weichhölzern, gemischte Wald. In den Übergangsgebieten vom frischeren, bindigeren zum trockeneren, leichteren Boden tritt naturgemäß auch die Fichte neben der Kiefer neben den Laubhölzern in Mischung auf (Abb. 1.)

Von Laubholzarten sind am meisten verbreitet die Aspe, Birke und Weißerle, aber auch unsere wertvollen Edel-Laubhölzer Eiche, Esche, Nüßler, Horn sowie die Rotterle sind da



Bild 1



Bild 2



Bild 3



Bild 4



Bild 9



Bild 10



Bild 11

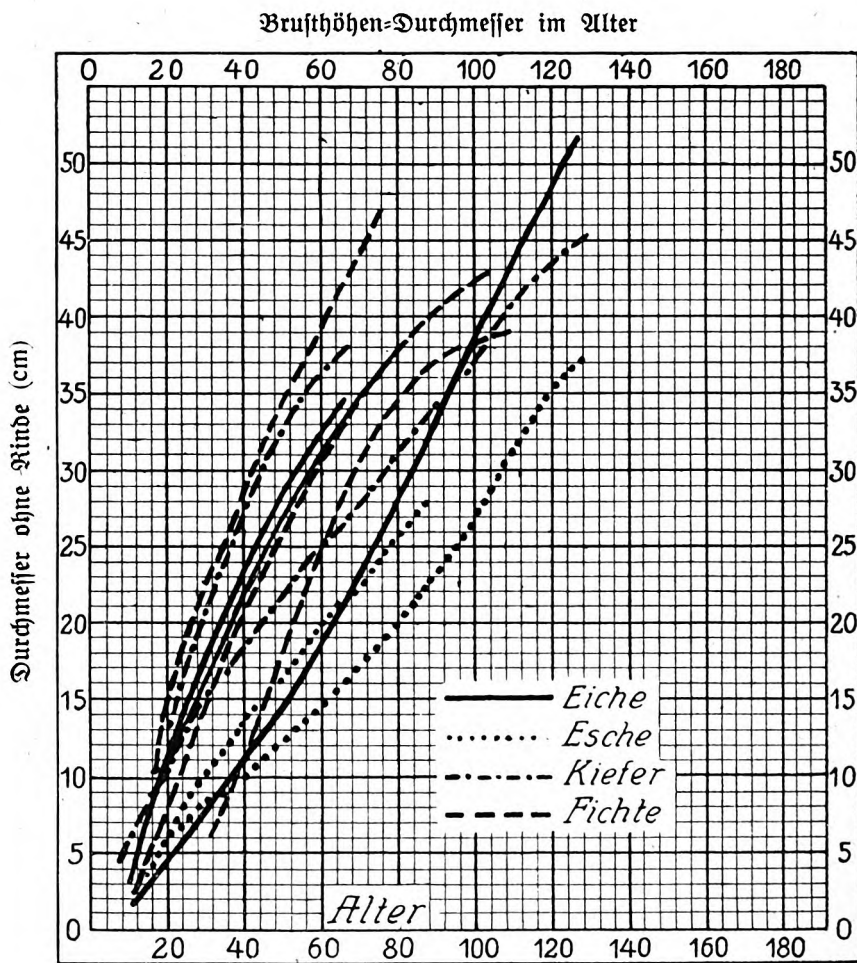


Bild 12

ständen häufig horst-, gruppen- und truppweise gemischt und einzeln eingesprenkt. Vielnorts, so spielsweise in den Kreisen Riejdan, Schaulen, Komierz und Johanischtele, setzen sich ganze Bestände und noch mehr die Buschwälder aus drei Baumarten zusammen, die im deutschen Walde keine große Bedeutung haben und deshalb dort als Nebenholzarten bezeichnet zu werden pflegen: der Buche, Aspe und der Weißerle. Sie bestocken ausgedehnte Flächen, namentlich in den Privatforsten, und haben deshalb hier als Hauptholzarten zu gelten, deren Nutzung sich der Betrieb in hervorragendem Maße zu stützen hat. Und da diese Holzarten in normalen Zeiten nicht zu den hochwertigen des europäischen Holzmarktes zu rechnen sind, beeinflusst Holzarten-Zusammensetzung den Wert solcher Waldbestände in ungünstiger Weise.

In früherer Zeit scheint die Eiche, und zwar die Stieleiche, in vielen Gegenden Litauens weit stärker als heute vertreten gewesen sein. Das beweisen unter anderem die alten Staats- und Gutsforsten allenthalben noch vorhandenen Eichen-Oberständer. Wohl sind auch Eichen jüngeren Alters überall zu finden, aber gegenüber den genannten drei Weichholzarten tritt die Stieleiche doch im Laubholzwalde im ganzen zurück. Obgleich diese Holzart sich in Litauen nicht mehr im Optimum ihres Verbreitungsgebietes befindet, ist ihr Rückgang doch sehr zu bedauern, denn, wenn sie im großen Ganzen auch nicht so glattschaftig erwächst und ihr Holz spröder ist als Buchenholz in den optimalen Gebieten dieser Holzart, liefert sie doch ein verhältnismäßig hochwertiges Nutzholz. Übrigens habe ich an manchen Stellen auch noch recht schöne Eichenbestände vorzufinden, und gerade hier sollte deshalb die zukünftige Wirtschaft die Anzucht der Stieleiche nicht ganz aus dem Auge lassen.

Außer den genannten Holzarten sind im litauischen Mischwalde noch fast sämtliche übrigen mitteleuropäischen Laubhölzer vertreten, mit alleiniger Ausnahme der Rotbuche, der Traubeneiche und des Bergahorns, deren östliche Verbreitungsgrenzen überschritten sind. Nur in einigen Parks habe ich die Rotbuche und auch den Bergahorn noch angetroffen. Die Tatsache, daß die Stieleiche hier natürlich noch vorkommt und sich fortpflanzt, während die östliche natürliche Verbreitungsgrenze der Rotbuche weiter westlich — Ostpreußen, etwa in der Linie Königsberg — Allenstein — liegt, mag beim Vergleich der Standortsprüfungen beider Holzarten zunächst überraschen, denn an und für sich verlangt die Stieleiche zum Gedeihen zweifellos wärmeres Klima als die Rotbuche. Den Grund dieser auffälligen Er-

scheinung erblicke ich in dem Umstande, daß die Rotbuche hier reife Früchte nicht mehr zu erzeugen vermag. Die Vegetationszeit ist für die Fruchterzeugung der Buche zu kurz, und ihre Fruchtanfänge sind regelmäßig den Spätfrostzeiten ausgesetzt, während die Stieleiche später ausschlägt und die Eichen etwas frühzeitiger reifen als die Buche edern.

Auch die Hainbuche tritt in Litauen in nur sehr untergeordnetem Maße auf, wenigstens in den Teilen des Landes, die ich kennen gelernt habe.

Von den hochwertigen Laubhölzern findet sich namentlich die Esche noch häufig, leider aber in einem meist sehr vernachlässigten Zustande — von den Weichhölzern Aspe, Birke und Weißerle in der Jugend überflügelt und in den Zwischen- und Unterstand zurückgedrängt, wo sie später als ausgesprochene Lichtholzart naturgemäß die ihr zuzurechnenden Wachstumsbedingungen nicht finden kann. In den Nebenbestand untergetaucht, kümmerst sie, geht mehr und mehr zurück und stirbt schließlich sehr häufig als schwache Stange ab, ohne den hohen Wert erlangt zu haben, zu dem sie bei verständnisvoller Pflege heranwachsen würde. Am häufigsten tritt die Esche als Baumholz noch in den mehr unberührten Staats- und auch in manchen größeren Gutsforsten auf. Namentlich sind es die feuchten, anmoorigen Standorte, wo sie mit der Stieleiche, Kiefer, dem Spitzahorn und sämtlichen Laubweichholzarten prächtige, ungleichaltrige Mischbestände bildet, die selbst während des Sommers wegen zu großer Bodenfeuchtigkeit schwer zugänglich sind.

Mehr als im deutschen Wirtschaftswalde sind schließlich im Laubmischwalde Litauens, besonders in den mittelmischwaldartigen Partien, noch eine ganze Anzahl von Nebenholzarten vertreten, die den Beständen ein eigenartiges Gepräge, namentlich in ästhetischer Hinsicht, verleihen, so u. a. die Wildobst- und verschiedene Sorbus-Arten. Auch die Winterlinde ist ein sehr verbreiteter Waldbaum Litauens und selbst im freien Stande der Parks in landschaftigen, bis zu 30 m hohen, vollholzigen Stämmen vertreten, wie sie in Deutschland nur sehr selten zu finden sein dürften.

4. Bestands- und Betriebsarten.

Die litauischen Waldbestandsbilder sind, was Form und Art anlangt, sehr verschieden, je nachdem es sich um mehr oder weniger unberührte Forsten oder aber um Waldungen oder Holzungen handelt, in welchen die Eingriffe der „Wirtschaft“ der Bestands- und Betriebsart bereits den Stempel aufgedrückt haben.

Zwar ist der eigentliche Urwald aus Litauen wohl überall verschwunden, aber mehr oder weniger un-

berührt sind doch noch ausgedehnte Gebiete der Staats- und großen Privatforste. Hier herrscht denn auch fast überall noch der ungleichaltrige Mischwald vor. Manche Bestände sind geradezu als urwaldartig oder -ähnlich zu bezeichnen. In frohem Wuchs sind viele Altersstufen durcheinander gemischt. Eine reiche Flora bedeckt den humosen, stets frischen bis feuchten Waldboden, auf dem noch überall die modernsten Reste der vom Sturm gefällten oder Insekten und Pilzen zum Opfer gefallenem Stämme verschiedener Generationen umherliegen. Jedenfalls herrschen die plenterwaldartigen Bestandsformen in diesen Wäldern bei weitem vor, hier die Nadelhölzer, besonders die Fichte, als Hauptholzarten bestandsbildend, dazwischen sämtliche Laubhölzer, teils im Einzelstande, teils gruppen- und horstweise, dort die Fichte zurücktretend und schließlich den Laubhölzern ganz den Platz einräumend (Abb. 2, 3, 4). Manche Laubholzmischwälder nähern sich dort, wo bereits stärkere Eingriffe der Wirtschaft stattgefunden haben, also namentlich an Örtlichkeiten, von denen aus das Nutzholz leichter abgesetzt werden konnte, wie hauptsächlich an den fließbaren Bächen und Flüssen und in nächster Nähe der wenigen Eisenbahnlinien, dem Mittelwaldtyp (Abb. 5, 6). Der Belassung einerseits des Stangen- und schwachen bis mittleren Baumholzes, andererseits aber auch der schwersten, mit den ortsüblichen unzulänglichen Transportmitteln nicht verbringungsfähigen Altholzstämme, verdanken diese Waldbilder ihre Entstehung. Zwischen den sehr verschiedenalterigen Oberhölzern haben teils Kernwüchse, teils aber auch raschwüchsige Stock- und Wurzelanschläge Besitz von den bloßgelegten Bodenstellen genommen. Manche dieser Bestände mit ihren meist langchaftigen Edel- und Weichhölzern ähneln, abgesehen von ihrem urwüchsigen Gepräge und der unpfleglichen Behandlung, den Nutwäldungen unserer deutschen Stromgebiete, in denen sich ja der Mittelwaldcharakter am reinsten erhalten hat. Immerhin sind sie doch im großen Ganzen mehr als plenterwaldartige Bestände zu bezeichnen, denn überall sind zahlreiche Altersstufen — nicht nur wenige Altersklassen — im Oberholz vertreten, und das bodenbedeckende dichte Unterholz besteht nicht nur aus Stock- und Wurzelanschlägen, sondern zum großen Teil aus Kernwüchsen der Esche, Stieleiche, Rüster, des Spitzahorns und anderer Laubhölzer.

Anders sieht der Wald dagegen dort aus, wo Staat und private Großgrundbesitzer nicht ihre schützende Hand über ihn gehalten haben. Damit soll übrigens nicht gesagt sein, daß sämtliche Staats- und besonders die großen Privatforste waldbaulich noch in guter Verfassung sich befinden und die geschilderten Bestandsformen aufweisen. Zunächst

haben im östlichen Teile Litauens, wo auf Sandboden die Kiefer vorherrscht, die Wälder, auch die Staatsforsten, durch die Eingriffe der Wirtschaft weit mehr den Charakter der Gleichaltrigkeit angenommen, als in den Gebieten, in welchen der Mischwald am verbreitetsten ist. Ferner aber haben viele Großgrundbesitzer ihre Forsten in geradezu schändlicher Weise ausgenutzt. Namentlich sind es die in Litauen die Oberschicht bildenden polnischen Grundherren, in deren Besitz der größte Teil der Privatwäldungen sich befindet, welche ihren Wald stets als die meiste Ruh betrachtet, und wenn sie in Geldnöten waren — was bei vielen häufig der Fall war — ausgedehnte Bestände rücksichtslos an die jüdischen Holzhändler verkauft haben, ohne sich auch nur im mindesten um die Wiederaufforstung der abgeholzten Flächen zu kümmern. In besserem Zustande habe ich dagegen fast überall die Forsten der im nördlichen Teile Litauens sesshaften Besitzer deutsch-baltischer Abkunft gefunden. Manche dieser Privatforsten sind sogar als sehr pfleglich behandelte Wäldungen von großer natürlicher Schönheit zu bezeichnen, die noch ansehnliche Holzvorräte aufzuweisen haben. Auch hier zeigt es sich wieder, daß der Germane nicht nur ein viel größeres Verständnis für die Waldbewirtschaftung hat, sondern daß er den Wald auch mehr liebt als Völker anderer Abstammung, insbesondere als der Slave. Rühmliche Ausnahmen kommen natürlich auch unter den Polen vor, aber im großen Ganzen befinden sich die Wäldungen in Händen der polnischen Grundherren in nicht viel besserer Verfassung als der Mittel- und Kleinwaldbesitz der litauischen Bauern. Namentlich hat man dort, wo die Bringungsverhältnisse günstiger sind, also besonders an den fließbaren Bächen und Flüssen und in der Nähe der Eisenbahnlinien, alles gut verwertbare Holz eingeschlagen. Vom Gesichtspunkte der Walderhaltung aus ist es deshalb als ein Segen zu betrachten, daß die Verkehrsmittel Litauens noch auf so sehr tiefer Entwicklungsstufe stehen. Ähnlich sieht es auch in denjenigen Gegenden Litauens aus, die zwar nicht günstig zu den Bringungsanstalten liegen, jedoch verhältnismäßig stark bevölkert sind. Hier hat der große Verbrauch von Brennholz während der langen Winter sowie der Umstand, daß sämtliche Gebäude des litauischen Bauers wie auch der meisten polnischen Grundbesitzer — der „Edelpanzer“ — vollständig aus Holz erbaut sind, allen Wäldern in der Nähe von Ortschaften und Gutshöfen stark zugeführt, denn von einer planmäßigen, sachkundigen Wiederverjüngung der abgeholzten Flächen war und nirgends die Rede. Der Wiederaufbau des abgenutzten Waldes ist Sache lediglich der Naturkräfte — eine Raubwirtschaft in des Wortes wahrster Bedeutung! (Abb. 7.) Nur dem Walten und Schaffen der

tur, die es mit dem Litauer offenbar besonders gut kennt, ist es zu danken, daß das Land noch genügende Holzmassen besitzt, und daß die verwüsteten Waldungen sich verhältnismäßig rasch wiederbestockten, wenn natürlich auch mit weniger wertvollem Holze, als früher getragen haben (Abb. 8). Die große, ständige Bodenfrische, das reiche Samentragen der Waldbäume und die unverwundliche Reproduktionskraft verdienen für die hiesige Waldbewirtschaftung wichtiger als die Holzarten sind die Faktoren, die der Waldwirtschaftung der hiesigen „Wirtschaft“ entgegenarbeiten und sie bis zu einem gewissen Grade paralisieren.

Aus dem Gesagten geht bereits hervor, daß die Waldbewirtschaft Litauens sich noch in den ersten Annahmen befindet. Je nach der stärkeren oder schwächeren Inanspruchnahme des Waldes haben sich ganz von selbst, d. h. ohne weiteres Zutun des Menschen, verschiedene Betriebsarten herausgebildet.

In den mehr oder weniger unberührten Forsten herrschte früher, soweit in ihnen Nutzungen überhaupt stattfanden, überall ein durchaus regelloser Plenterbetrieb. Die Entnahme der Stämme aus den ungleichaltrigen Mischbeständen hing von ihrem speziellen Gebrauchswerte und der Abfuhrmöglichkeit ab. Die Plenterung entsprach ganz dem Charakter des ungleichaltrigen Holzbestandes, und der Ersatz des Entnommenen besorgte in reichem Maße die Natur. So ist die Hochwaldform, und zwar plenterartige, in diesen Waldungen, ganz besonders aber dort, wo die Fichte einen wesentlichen Bestandteil der Bestockung bildet, bis heute die vorherrschende Bestands- und Betriebsform geblieben, und diese Forsten sind es denn auch, die den Hauptwert des litauischen Waldes darstellen und in Zukunft nach Durchführung ihres Aufschlusses noch sehr beachtenswerte Erträge liefern werden. Die wertvollsten Holzarten sind und sollten auch in Zukunft bleiben: die Fichte und die Kiefer. Aber auch die Esche, Aspe, Birke und Hainbuche werden nicht zu unterschätzende Erträge abwerfen. Ihre Bewertung ist gerade im Laufe des Krieges außerordentlich gestiegen. Starke Eschen-, Aspen- und Birkenstämme sind sehr gesucht und werden zu hohen Preisen gekauft.

Die Tatsache, daß viele russische Forstleute ihre Sachausbildung in Deutschland erhielten, hat zweifellos wesentlich dazu beigetragen, daß in den großen Staats- und Privatforsten allmählich der Kahlschlagbetrieb Eingang fand und den Plenterhieb mehr und mehr verdrängte. Die einfache und bequeme Kahlschlagwirtschaft galt lange Zeit, besonders in Norddeutschland, als die rationellste Betriebsart, und aus diesem Grunde führten die russischen Forstleute (zum Teil auch baltischer Abkunft), die

in Oberswalde und Tharandt ihre Sachausbildung genossen hatten, den Kahlschlagbetrieb auch in vielen litauischen Großbetrieben ein. Zweck der Regelung des Betriebes und der Erträge wurde der Wald in große Quartiere oder Zagen eingeteilt, und anfangs wurde wohl überall ein Zagen nach dem andern in seiner ganzen Ausdehnung kahl abgetrieben. Nur einige schwache Samenbäume pflegten meist übergehalten zu werden. Aber für einen erfolgreichen Naturverjüngungsbetrieb waren es ihrer viel zu wenige, auch wurden vielfach nicht die wertvollsten Holzarten übergehalten; vor allem aber war der Übergang vom Schluß zum Freistande ein zu plötzlicher und unvermittelter. Die große Mehrzahl dieser Samenbäume oder Überhälter (Birken, Aspen, Eschen, wohl auch einzelne schwache Fichten) schied aus, ehe sie ihren Zweck erfüllt hatten.

Sei es nun aus der Erkenntnis der großen Nachteile der Großkahlschlagwirtschaft, sei es aus dem Nachahmungstrieb heraus — in Norddeutschland und insbesondere in der Nähe von Oberswalde war die Kulissenwirtschaft üblich geworden —, ging man im Laufe der letzten drei Jahrzehnte auch hier vielerorts zu Kulissenhieben über. In die ungleichaltrigen Mischbestände wurden meist zwei bis drei Stammlängen breite, von Nord nach Süd gerichtete Kahlhiebe gelegt, zwischen denen gleich breite oder auch breitere Altholzbänder stehen blieben. Die Wiederbesamung bzw. -Bestockung überließ man sowohl auf diesen Kulissen wie auch auf den Großkahlschlägen zumeist ganz der Natur. Nur hier und da wurde auch künstlicher Anbau auf den Abtriebsflächen ausgeführt, aber meistens mit recht mangelhaftem Erfolg. Teils lag dies an der unzureichenden Ausführung der Kulturen, z. B. dort, wo im Abstände von 3—4 m eine oder mehrere Fichten auf Platten gepflanzt wurden, teils, und wohl zumeist, aber auch an dem vollständigen Mangel an Kulturpflege. Aus den angrenzenden Altholzstreifen oder von den etwa verbliebenen Oberstämmern flogen Weichhölzer auf der Schlagfläche in überreicher Menge an, dazwischen entstanden rasch emporwachsende Stod- und Wurzelstöcke aus den im Boden verbliebenen Stöcken der mittelalten und schwachen Laubholzstämme und Stangen. Säuerungsstämme kannte man nicht oder führte sie nur ganz ausnahmsweise — bei Bedarf von Weichholzgeräten für Zäune etc. —, und so folgte in der Hauptsache der gleichaltrige Weichholzwald — zum großen Teil Stod- und Wurzelstöckwald von Aspe und Weißerle sowie Birken usw. Kernwälder — dem früheren ungleichaltrigen Mischbestande. Nur vereinzelt vermochte die im hiesigen frischen oder feuchten Boden mit seltener Widerstandskraft und hervorragender

Schattennertragsfähigkeit ausgerüstete Fichte auszuhalten und sich zum Lichte durchzuringen. Jedoch gehörten diese Begünstigten gewöhnlich den meistenorts zahlreich angeflogenen Fichten an, die Pflanzfichten wurden schon während der Zeit des Anwachsens durch das dichte Weichholz fast sämtlich vernichtet. Und so tritt uns denn auf allen Kulissen wie naturgemäß in noch stärkerem Grade auf allen Großtafelschlägen immer wieder das gleiche Bild entgegen: dichtgeschlossener, vielenorts fast undurchdringlicher Aspen-, Weißerlen- und Birkenbusch mit unterständigen, zäh ihr Leben fristenden Fichten und stellenweise auch kümmernder Eschenjugend.

Der rücksichtslose, unpfleghche Kahlhieb auf großen Flächen ohne jegliches Zutun der Wirtschaft bei der Wiederverjüngung hat einen bemerkenswerten Holzartenwechsel hervorgerufen. Gegen die in der Jugend rasch emporstießenden Stock- und Wurzelanschläge der Aspe und Weißerle sowie den schnellwüchsigen Birkenanflug konnten die langsamwüchsigen Fichtenanflüge ebenso wenig wie der Eschen-, Eschen- und Ahornaufschlag aufkommen. Sie siedelten sich zwar zwischen den Weichhölzern, vielenorts sogar sehr reichlich, an, aber da ihnen die Wirtschaft nicht zu Hilfe kam — von Kultur- und bestandspfleglichen Maßnahmen war und ist ja keine Rede —, sie außerdem dem Verbiß des zahlreichen Weideviehs ausgesetzt waren, so tauchten sie bald unter dem Schirme der Weichhölzer unter und verschwanden allmählich zum großen Teil aus der Bestockung jener Bestände. Der — allerdings hier und da vorübergehende — Übergang vom Laub- und Nadelholzmischwalde zum Laubweichholzwalde, meist Ausschlagwald, hatte sich damit vollzogen.

In welcher Weise die Abnutzung und Wiederverjüngung der Kulissenartig angehaueenen Bestände geplant war, insbesondere nach Verlauf welchen Zeitraums die stehen gebliebenen Altholzkulissen zur Abnutzung gelangen sollten, ließ sich im westlichen Litauen nicht feststellen, weil die Kulissenwirtschaft hier anscheinend noch verhältnismäßig sehr jung ist. Vermutlich lag überhaupt kein bestimmter Plan dabei vor; hier und da sieht man schon 10- bis 20 jährige vollkommen geschlossene Weichholzkulissen, während die dazwischen stehenden Altholzkulissen, abgesehen von Windwürfen usw., noch ganz unberührt sind. Nur im Osten Litauens habe ich in reinen Kiefernbeständen eine vollständig durchgeführte Kulissenwirtschaft gesehen. Der Altersunterschied zwischen den aneinander grenzenden Kulissen beträgt dort meist 20—30 Jahre.

Welche Betriebsart sich aus den durch Kahlhieb abgenutzten Beständen mit der Zeit herausbilden wird, hängt von ihrer weiteren Behandlung und damit Entwicklung ab. Läßt man die Kahlschläge,

wie in den Staats- und großen Privatforsten, jahrzehntelang unberührt, mit anderen Worten: werden die Nachwuchsbestände in höherem Umtriebe bewirtschaftet, so erlangen sie allmählich das äußere Aussehen des Hochwaldes wieder. Die früher Ungleichaltrigkeit ist natürlich für absehbare Zeit dahin. Aber der Mischwaldcharakter bleibt. Wenn auch zunächst die Weichhölzer die Oberhand haben, und der deutsche Forstmann gar zu leicht geneigt ist, den unterständigen Fichten und Eschen ein durchwegs nur sehr kurzes Dasein zuzusprechen, so gestaltet sich die Entwicklung des Bestandes bei höherem Umtriebe durch das weise und gütige Walten der Natur manchenorts doch ganz anders. Vereinzelte Fichten halten aus und ringen sich durch die Weichhölzer durch, auch manche Esche bleibt am Leben. Wenn der Bestand nicht mit 20 oder 30 Jahren schon wieder abgetrieben wird, stellen sich im Stangenholzalter die Lichtweichhölzer allmählich räumiger, viele Ausschläge, namentlich die Wurzelanschläge der Aspe, werden stock- und kernfaul und sterben ab oder vegetieren kümmerlich weiter. An ihre Stelle schiebt sich die schattennertragende Fichte durch, und im Baumholzalter nimmt der Bestand immer mehr den Charakter zunächst des gleichaltrigen und, wenn er alt genug wird, auch wieder des ungleichaltrigen Mischhochwaldes an. Die Stammzahl der Ausschlagweichhölzer nimmt ab, die der Fichte verhältnismäßig zu, und mehr und mehr wird aus der unterdrückten Fichte wieder die vorherrschende Holzart, die den Charakter des Bestandes hauptsächlich bestimmt und seinen Hauptwert darstellt — also die Hauptholzart. Manche der heute in Abnutzung stehenden Bestände sind in. G. auf diese Weise entstanden. Sie sind in der Hauptsache gleichaltrig herangewachsen, aber die Ungleichaltrigkeit stellt sich hier bei höherem Umtriebe rascher ein als in den gepflegten, in regelmäßiger Wiederkehr mehr oder weniger schablonenhaft durchforsteten Waldungen Deutschlands. No Sturm, Schnebruch, Pilze oder Insekten hier Schaden in den Beständen verursachen, da fliegt bei ihrer häufigen Fruchtbarkeit die Fichte an. Sie wächst auf der Blöße oder im Bestandsloche langsam empor, das Loch erweitert sich, und die Ansätze zum ungleichaltrigen Bestandswuchs sind gegeben. Im höheren Alter machen sie sich mehr und mehr geltend. Gewiß gibt es in Litauen, wie schon erwähnt, noch viele Bestände, in denen noch nie ein richtiger Kahlhieb stattgefunden hat, in denen vielmehr stets nur regelmäßig geplentert worden ist, und die daher noch mehr oder weniger urwald- bzw. plenterwaldähnlichen Charakter tragen. Aber andere Bestände von weniger ungleichaltrigem Gepräge sind zweifellos auf der Kahlschläge entstanden, hervorgerufen durch Waldbrände oder sonstige Kalamitäten oder auch schon

h Rahlhiebe, die allerdings damals noch nicht Stempel der planmäßigen Wirtschaftsmaßregel trugen.

Anders als die geschilderten sehen meist die Hochwaldbilder in den östlichen Teilen Litauens aus, wo die Kiefer auf den Sanden diejenige Holzart ist, die den Wert der Weiden hauptsächlich bestimmt.¹⁾

Die übliche Betriebsart ist hier der gleichzeitige Schlagweise Hochwald, und zwar erfolgt die Abnutzung und Verjüngung in den Flächen nach vorherrschenden Staatsforsten eher auf großer Fläche mit Überhalt einzelner Reifebäume, seit etwa 30 Jahren aber in Reihenschlägen von ungefähr 70 m Breite. Das Altersklassenverhältnis ist ein sehr abgemessenes; es überwiegen an Ausdehnung die jüngeren Altersklassen. Die Wiederverjüngung der Schlagflächen erfolgte teils durch die Überhälter, die als wertvolle Starkhölzer über den ganzen Wald verteilt sind, teils durch Handbesamung von den Nachbarn Beständen her, aber auch durch Handt auf gepflügten oder gehackten Streifen und schließlich durch Pflanzung. Der sich mit dem Laubholz einstellende Anflug von Birke, Aspe, Buchenholzer usw. trug zum Bodenschutz bei und betätigte die Entwicklung der raschwüchsigen Kiefer nicht wesentlich, im Gegensatz zu der geschilderten Entwicklung der Fichte.

Ich komme zu den Waldungen, die in niedrigeren Umtrieben stehen und in welchen die Fichte sich nicht zu Baumholz und zur Reife entwikkeln und ausleben kann, weshalb diese Waldungen vorwiegend den Charakter des Laubwaldes tragen. Sie werden zumeist in Nieder- und mittelwaldartigen Betriebsarten bewirtschaftet. Nur dort, wo die Birke vorherrschend ist, tritt auch hier an die Seite des Mittel- und Niederwaldes der Hochwald im niedrigen Umtrieb, der Brennholzhochwald, weil die Stockschlagfähigkeit der Birke, namentlich im Baumalter, gering ist, während sie sich bekanntlich im jüngsten Maße und sehr leicht durch Samen fortpflanzt. So kommt es, daß die Birke vorwiegend als Kernwuchs im Laubholzgemischwald oder im mehr reinen Bestande vertreten ist, während die Aspen und die Weißerlen zum weitaus größten Teil Stock- und Wurzelanschläge sind. Vielerorts kommen deshalb Ausschlag- und Hochwald gemischt und ab-

wechselnd nebeneinander vor, je nachdem die Aspe und die Weißerle einerseits oder die Birke andererseits die Herrschaft an sich gerissen haben. Die übliche Höhe der Abtriebszeit — 20 bis 50 Jahre — verleiht übrigens auch vielen älteren Ausschlagholzbeständen ein hochwaldbartiges Aussehen.

Bei der hervorragenden, geradezu unverwundlichen Stock- und namentlich Wurzelanschlagfähigkeit der Aspe und Weißerle und bei dem geringen Verständnis der litauisch-polnischen Bevölkerung für eine geordnete Waldwirtschaft darf es nicht Wunder nehmen, daß diese Eigenschaft der Aspe und Weißerle von den Waldbesitzern in besonderem Maße ausgenutzt wird und zu der großen Verbreitung beider Holzarten beigetragen hat, die sie tatsächlich im litauischen Walde haben. Häufig wiederkehrender Rahlhieb, also verhältnismäßig niedriger Umtrieb, und der Mangel jeglicher bestandspfleglichen Maßnahmen sind die beiden wirtschaftlichen Ursachen dieser Erscheinung. Selbstverständlich spielen aber auch die Standortsfaktoren — Klima, Lage und Boden — und die Verkehrsverhältnisse hierbei eine hervorragende Rolle. Die Aspe und die Weißerle sind mit der Weißbirke die standortsgemähesten Laubholzarten Litauens. Das beweist vor allem ihr tadellos schlanker und glattschaftiger Wuchs, mit dem sich der Wuchs dieser Holzarten im Westen Deutschlands nicht messen kann. Vorteilhaft fällt hier auch die verhältnismäßig große Stammzahl dieser ausgesprochenen Lichtholzarten, selbst noch in älteren Beständen, auf — ebenfalls ein Zeichen dafür, daß sich diese Holzarten hier äußerst wohl fühlen, und der Einzelstamm deshalb seitens seiner Nachbarn mehr Schatten verträgt als im westdeutschen Klima. Aber trotz alledem kann diese Wirtschaft nicht als rationell bezeichnet werden. Der Wald dient menschlichen Zwecken, und deshalb kann nicht der Naturwald, wie ihn die Naturkräfte ohne Zutun des Menschen hervorbringen, das Ziel der Forstwirtschaft sein, sondern der Wirtschaftswald, den der Mensch nach seinen Bedürfnissen und mit dem Ziele gestalten muß, dem Boden möglichst hohe Erträge abzurufen. Zwar sind auch diese Waldungen zum Teil schon in Wirtschaftsfiguren eingeteilt, in meist große Quartiere oder Zagen. Auch wird wohl meist eine bestimmte Umtriebszeit eingehalten. Aber was sonst alles zum Begriffe einer zielbewußten Waldwirtschaft gehört, fehlt hier gänzlich. Alles bleibt dem freien Walten der Natur überlassen, anstatt daß der Mensch die Naturgesetze in seinen Bann zwingt und sie möglichst vorteilhaft für seine Zwecke ausnützt. So werden große Quartiere auf einmal oder im Verlaufe von nur wenigen Jahren kahl oder unter Belassung einiger Laßreitel oder Stangen als Oberholz oder Überhälter abgetrieben.

¹⁾ Die Angaben des folgenden Absatzes über die Kiefernwaldungen des östlichen Litauens verdanke ich meinem Freunde, dem Herrn Forstmeister und Hauptmann v. R. Hehl, dessen Inspektionsbezirk Kolthynjanj im litauischen Grenzgebiet südwestlich Nowo-Alexandrowsk und westlich der Eisenbahnlinie (Wilna)—Nowoswenzjanj—Dänaburg liegt.

An eine planmäßige Verjüngung der Bestände, insbesondere an den Anbau wertvoller, größere Massen- oder Gelberträge liefernder Nugholzarten anstelle der vorhandenen minderwertigen Weichhölzer wird nicht gedacht, noch viel weniger darauf hingearbeitet. Künstlicher Anbau ist in den Wäldern Litauens kaum bekannt. Bei den günstigen Verhältnissen für die Naturverjüngung würde sie zwar in nur untergeordnetem Maße nötig sein, aber ebensovienig wird ein planmäßiger Naturverjüngungsbetrieb eingeleitet und durchgeführt. Das Einzige, was man zur Wiederverjüngung bezw. Wiederbestockung der vorhandenen Blößen und der durch Kahlschlag entstehenden Lücken hier und da tut, ist das Überhalten einiger weniger Samenbäume, meist schwacher Birken. Diese sollen auf die großen Kahlschlägen ihre Samen austreuen, und ihr Nachwuchs soll im Verein mit den Stock- und Wurzelaußschlägen der Aspen, Weiß- und Roterlen, Linde, Eschen, Birken usw. die künftige Bestockung des Niederwaldes wieder bilden. In vielen Fällen läßt auch die Wiederbestockung der abgenutzten Flächen bei den günstigen Standortverhältnissen, was Vollkommenheit anlangt, nichts zu wünschen übrig. Reichlich sprießt die Birkenjugend aus dem kräftigen, frischen Boden hervor, und die Stock- und Wurzelaußschläge der genannten Weichhölzer entwickeln sich rasch so mächtig, daß der dazwischen keimende Aufschlag der edlen Laubholzarten und die angefliegenen Nadelhölzer im Kampf ums Dasein mit diesen mächtigen Mitbewerbern zumeist von vornherein unterliegen müssen. Nur verhältnismäßig sehr wenige der reichlich angefliegenen Fichten, Eschen usw. vermögen sich, durch besondere Umstände begünstigt, durchzuringen. Die große Mehrzahl fristet eine Zeit lang ein kümmerliches Dasein und ist dem Tode des Erstidens im Aspen-, Weißerlen- und Birken-Nachwuchs geweiht. Überall kann man, ähnlich wie im verjüngten Hochwalde, unter den Weichholz-Lohden des Niederwaldes Eschen- und Fichten-Jungwüchse stehen sehen, aber sie sind vollständig unterdrückt, die Eschen nicht selten auch vom Weidevieh und hier und da wohl auch vom — allerdings nirgends starken — Rehwildstande verbißen. Was könnte der kräftige, frische und humose Waldboden Litauens tragen und an hochwertigen Erzeugnissen liefern, wenn hier eine zielbewußte, geordnete und pflegliche Forstwirtschaft anstelle der überlieferten Platz greifen würde, die gar zu sehr den Stempel des Gesenlassens an sich trägt. Welch wertvolle Eschen-, Fichten- und Kiefernbestände sowie vor allem Mischbestände jeglicher Art könnten hier anstelle des Weichholznieder- und Buschwaldes stehen, wenn die Hand des wirtschaftenden Menschen durch Anbau, Kultur- und Bestandspflege recht-

zeitig eingegriffen hätte. Und was könnte jetzt noch für die Zukunft gerettet werden, wenn alsbald eine rationelle Waldbwirtschaft an die Stelle der bisherigen Nutzungsweise treten würde, die gewiß durch die Standorts- und Kulturverhältnisse des Landes mitbedingt ist, andererseits aber doch auf Schritt und Tritt auch den Mangel an der nötigen Initiative zum Fortschritt, an Voraussicht, Sorgfalt und wirtschaftlichem Denken fast überall klar erkennen läßt.

Nicht an allen Orten vollzieht sich übrigens die Wiederbestockung des Waldes nach dem Abtrieb der Quartiere so glatt, wie soeben geschildert. War der Bestand an Aspen, Weißerlen usw. zu alt geworden und hatte er dadurch seine Ausschlagfähigkeit verloren, befand sich ferner der Boden beim Bestandsabtriebe in einer für die natürliche Wiederverjüngung durch Samen ungünstigen Verfassung, dann blieb der Nachwuchs aus, und es entstanden trotz der hervorragenden Ausschlagfähigkeit der Aspe, Weißerle usw. und trotz der vorzüglichen Besamungsfähigkeit der Birke, Esche usw. Blößen, wie sie tatsächlich auf mehr oder weniger ausgedehnten Flächen der früher zweifellos gut bestockten Wäldungen zu finden sind.

Den Niederwäldungen nahe stehen oberholzarmer mittelwaldbartige Partien, die durch das Überhalten einer größeren Anzahl von Laubhölzern beim jedesmaligen Abtriebe des Schlags entstanden sind. Im Gegensatz zu den früher erwähnten oberholzreichen mittelwaldbartigen Beständen („hochwaldbartige Mittelwaldform“) stellen sie die „niederwaldbartige Mittelwaldform“ dar. Sie besitzen nur 1 bis 2 Klassen meist kurzschäftiges Oberholz und bei niedrigem Unterholzumtrieb liefern sie gleich dem Niederwalde in der Hauptsache nur Brennholz.

5. Umtriebszeiten.

Das Alter, in welchem Bestände und Teile von solchen zur Nutzung gelangen, wechselt nach dem Borgelegten natürlich außerordentlich — je nach den Standorts-, Bestands- und Wirtschaftsverhältnissen. Niedrige Umtriebe sind allenthalben das Kennzeichen der Ausschlagwäldungen, so auch in Litauen. In den kleineren Privatforsten ist, wenn man von den Buschwäldern mit 10- bis 12-jährigem Abtriebsalter abieht, zumeist eine Umtriebszeit von 20 bis 50 Jahren eingeführt, während man das Laubholz in den größeren Gutsforsten häufig bis zu 60 oder sogar 80 Jahren alt werden läßt, wodurch diese Ausschlagbestände natürlich mehr und mehr das äußere Aussehen von Hochwaldbeständen annehmen. Naturgemäß liegt dann die Gefahr unvollständiger Wiederverjüngung durch Ausschlag vor-

sch sind die älteren Aspen leider meist stock- und stammfaul. Ganze Bestände habe ich gesehen, in welchen die 50- bis 70 jährigen schlanken, vollholzigen Bäume fast ohne Ausnahme mit Polyporus-Arten befallen sind. — Am höchsten sind die Abtriebszeiten in den eigentlichen Hochwäldern, sowohl dort, wo Nadelhölzer — Fichte und Kiefer — überwiegen, als auch in den Laubholzhochwäldern. Ihnen gegenüber stehen die mittelwaldartigen, oberholzreichen Laubholzbestände. Aber trotz der kurzen Vegetationszeit sind die derzeitigen Umtriebszeiten nicht sehr groß, weil die standortsgemäßen Holzarten, namentlich im ungleichaltrigen plenterartigen Walde wie auch in den Mittelwaldpartien, ein beträchtliches Längen- und Stärkewachstum aufzuweisen haben und die Lebensdauer deshalb in verhältnismäßig niedrigem Standesalter erreichen. Die Folge davon ist, daß die meisten zur Zeit in Abnutzung stehenden gemischten Laub- und Nadelholz-(Fichte)Staatsforsten nur wenige eigentliche Altholzstämme bergen. Die hiesigen Fichten, Aspen, Eschen und Birken sind selten über 100 bis 130, häufig aber nur 80 bis 100 Jahre alt, während die Kiefernbestände im östlichen Litauen ein Alter von 100 bis zu 150 Jahren erreichen. In den Laubholzhochwäldern sind meist nur die älteren, insbesondere auch in den mittelwaldartigen Beständen, in welchen sie seiner Zeit vorgehalten worden sind, jedoch auch hier fast durchweg unter 200 Jahren. Die übrigen Edel- und Laubhölzer erreichen selten ein Alter von mehr als 100 Jahren.

Zuwachs- und Ertragsverhältnisse.

Der Zuwachs der standortsgemäßen Hauptbaumarten in den litauischen Forsten, der Aspe, Eiche, Weißerle, Fichte und Kiefer, ist trotz der kurzen Vegetationsperiode wohl infolge der kräftigen, frischen bis feuchten Standorte recht ansehnlich. Nur auf den nährstoffarmen Sandböden im östlichen Litauen ist er fast durchweg gering.

Die Aspe erreicht hier im Osten Dimensionen, wie sie im Westen Deutschlands kaum vorkommen, was aus dem Grunde, weil sie dort im vorigen Jahrhundert als Unkraut angesehen und ihr fast gänzlich der Krieg erklärt worden war. In Litauen betrug sie gerade und vollholzige Schäfte und tut es in Längenwachstum der Fichte und Kiefer gleich. Allerdings schließt das infolge des Umstandes, daß die Aspen fast ausnahmslos durch Wurzel- und Stammfäule entstanden und deshalb vom mittleren Baumstandesalter an stock- und stammfaul sind, frühzeitiger ab, daß die Gesamthöhen von Fichte und Kiefer nicht erreicht werden. Immerhin habe ich Aspenstämme von über 30 m Höhe, gewachsen wie die Kiefern,

gemessen können, die den Westeuropäer in Erstaunen setzen. Flüchtig betrachtet, glaubt man, die Stämme seien als wertvolle Nuthölzer verwendbar, aber bei näherem Zusehen folgt auf dem Fuße die Enttäuschung. Die meisten dieser äußerlich herrlichen Schäfte sind im ganzen unteren Teile, ja nicht selten in ihrer ganzen Länge mit Polyporus-Arten besetzt. Überall an den Aststummeln sitzen die großen konsolförmigen Fruchträger, die Schäfte sind faul und liefern deshalb nur mindwertiges Brennholz. Die verhältnismäßig wenigen gesunden Aspen dagegen sind zu Flugzeug- und Zündholz geeignet und sehr gesucht.

Auch die Birke ist hier in ihrem Optimalgebiete. Sie erreicht ebenfalls Längen und baut vollholzige Schäfte, wie sie im Westen Deutschlands selten vorkommen dürften. Mit der Kiefer und Fichte wetteifert sie im Längenwachstum. Stämme von 25 und mehr Meter Höhe sind keine Seltenheit. Ihr Baumschlag ist ein viel dichter als im westlichen Deutschland, und infolgedessen hält sie sich hier bis ins höhere Lebensalter, selbst in ganz reinen Beständen, die häufig vorkommen (Abb. 9), weit geschlossener als dort. Eine 70 jährige Birke wies folgende Stärkedimensionen auf:

	im Alter von Jahren						
	10	20	30	40	50	60	70
Brusthöhendurchmesser in cm ohne Rinde	3,2	9,7	17,1	22,5	27,6	33,0	35,8

Die Esche wächst in den Örtlichkeiten des Laubmischwaldes, aber auch in Mischung mit der Fichte und den Weichlaubhölzern noch recht befriedigend. Wohl zeigt sie nicht das Wachstum wie in den Auwäldern unserer deutschen Stromgebiete (Rhein, Elbe, Oder). Sie befindet sich hier an der Peripherie ihres horizontalen Verbreitungsgebietes. Aber lange, geradschaftige Eschen sind auch in Litauen überall anzutreffen, und daß ihr Holz auch hier einen hohen Nutzwert besitzt, wenn es sich auch nicht durch große Zähigkeit auszeichnet, zeigt seine vielfache Verwendung zur Möbelfabrikation und zur Innenausstattung der herrschaftlichen Wohnsitze. In manchem litauischen Herrenhause habe ich prächtige Möbel und geschmackvolle Vertäfelungen aus Eschenholz gefunden. Auch in besseren „Banje“-Häusern sah ich Stühle, Tische, Schränke usw. aus Eschenholz hergestellt. Den besten Beweis für die Güte des litauischen Eschenholzes aber liefert die Tatsache, daß der Preis für Eschenschnittholz zurzeit bis auf 200 Mk. für den Fm an der Verladestation gestiegen ist.

Das Stärkewachstum der Esche ergibt sich aus den beiden folgenden Zahlenreihen:

Brusthöhendurchmesser in cm ohne Rinde:

Alter	im Alter von Jahren												Zur Zeit d. Fällung	Farkern b. j. Jahre
	10	20	30	40	50	60	70	80	90	100	110	120		
129-jährig	1,9	5,8	8,2	9,8	12,2	14,3	17,1	20,4	23,2	26,4	31,9	35,3	37,0	90
83-jährig	2,2	5,8	10,8	14,0	16,9	19,7	23,0	26,5					27,5	50

Diesen drei Laubholzarten gegenüber tritt die Stieleiche sehr zurück. Noch weniger als die Esche befindet sie sich in Vitauen im Optimum ihres Verbreitungsgebietes. Es fehlt ihr hier an der nötigen Luft- und Bodenwärme. Die Vegetationsperiode ist zu kurz. Im allgemeinen ist die Eiche deshalb von mittelmäßigem Wuchs, ihr Holz spröde und zur Möbelfabrikation (Fournieren) infolgedessen wenig geeignet. Immerhin habe ich auch manche schöne Eiche gesehen, von deren Wuchs ich überrascht war. Insbesondere haben die Stieleichen, die

im räumigen Schlusse der hochwaldartigen Mittelwaldbestände stehen, nicht selten einen Wuchs und Dimensionen, wie ich sie hier nicht vermutet hätte. Die große Bodenfeuchtigkeit scheint gewisse Ansprüche, welche die Eiche an den Boden stellt, jedoch hier nur in geringem Maße findet, zum Teil auszugleichen.

Folgende, an verschieden alten Stieleichen ermittelten Stärkedi-mensionen mögen ein ungefähres Bild der Wachstumsverhältnisse geben:

Brusthöhendurchmesser in cm ohne Rinde:

Art der Entstehung und Alter	im Alter von Jahren												Zur Zeit der Fällung	Verkernung bis j. Jahre
	10	20	30	40	50	60	70	80	90	100	110	120		
Kernwuchs, 126-jährig	2,0	5,0	7,9	11,8	15,4	19,2	23,6	28,3	33,6	38,7	44,1	48,8	51,3	120
Anscheinend Kernwuchs, 82-jährig	3,0	11,0	16,3	21,5	26,5	30,1	34,4	37,7					38,4	70
Anscheinend Stockaus-schlag, 68-jährig	3,5	10,8	16,1	22,9	28,2	31,3							34,5	60

Die beiden hier vorkommenden und wirtschaftliche Bedeutung besitzenden Nadelhölzer, die Kiefer und Fichte, zeigen gutes Gedeihen, namentlich erwächst die Kiefer zu einem hochwertigen Nutzholzstamm. Es kann dies nicht Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß wir uns in einem Gebiete befinden, das zwischen zwei bekannten, geradezu

hervorragenden Kieferngebieten liegt, zwischen dem Balticum mit der berühmten Nigakiefer und Polen, wo ebenfalls herrliche Kiefern wachsen. Auffallend spät aber tritt hier überall die Verkernung des Kiefernholzes ein. Auch die beiden Stämme, über deren Stärkewachstum die folgenden Zahlenreihen Aufschluß geben, ließen dies erkennen:

Durchmesser in cm ohne Rinde:

Alter	im Alter von Jahren												Zur Zeit der Fällung	Bemerkungen
	10	20	30	40	50	60	70	80	90	100	110	120		
126-jährig	4,4	10,7	15,1	18,7	21,8	24,7	27,9	30,9	33,7	37,5	41,2	43,8	45,0	Durchmesser in 0,5 m Höhe gemessen. Verkernung bis zum 65/80. Jahre. Länge der Kiefern auf dem betr. Standorte bis 36 m.
66-jährig	2,9	12,5	21,2	27,6	33,9	36,2							37,1	Durchmesser in Brusthöhe gemessen. Verkernung bis zum 30. Jahre.

Sehr feinringig ist, der Nährstoffarmut der Sanden entsprechend, das Kiefernholz im östlichen Litauen, aber auch hier fällt die spät einsetzende Kernholzbildung auf, wie sich aus folgenden Zahlen ergibt, die ich Aufnahmen des Herrn Forstmeister Scheel verdanke.

Alter	Durchmesser am Stockabbieb cm	Durchmesser des Kernholzes cm
97	46	25
94	53	33
97	46	25
94	53	30
110	43	23
109	52	24

Auch der Höhenwuchs der Kiefer ist auf diesen Standorten gering. Im Durchschnitt erreicht sie nur wenig über 20 m Höhe bei einer Rugholzlänge von 10 m. Diese Standorte gehören also unserer IV. bzw. V. Kiefern-Bonität an.

Überall zeichnet sich aber in Litauen die Kiefer durch geraden, schlanken Wuchs aus mit schmaler, spitz zulaufender Kronenbildung. Selbst in Anflugsorten des vernachlässigten Privatwaldes fällt die Form der einzelstehenden Kiefer vorteilhaft auf, im Gegensatz zur westdeutschen Sperrwuchsform. Sie nähert sich stark der Spitzform der nordischen Kiefer.

Auch die Fichte ist in starken Exemplaren vertreten. Im westlichen Teile des Landes ist sie die wichtigste Holzart, die das meiste Rugholz liefert. Aber überall, wo ich diese Holzart hier gesehen, habe ich

doch den Eindruck gewonnen, daß sie sich im litauischen Tieflande nicht so wohl fühlt, wie in unseren deutschen Mittelgebirgen. Im Optimum ihres Verbreitungsgebietes befindet sie sich im Gegensatz zur Kiefer jedenfalls hier nicht. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sie infolge ihres Schattenertragens manchenorts, so z. B. auch im Bialowieser Gebiet, die Kiefer ohne Zutun des Forstmanns mehr und mehr verdrängt, und ebensowenig die weitere Tatsache, daß die Fichte auch hier große Massenerträge aufzuweisen hat, und daß sie sich leicht natürlich verjüngt. Ihr äußeres Aussehen ist ein anderes als im südwest- und mitteldeutschen Berglande. Beschattung und Benadelung sind in Litauen weniger kräftig und üppig, die Farbe der Nadeln nicht so sattgrün wie dort. Und diese Unterschiede im Habitus sind auch leicht zu erklären. Die Fichte gilt allgemein als ein Baum des Gebirges. Dort findet sie die ihr zusagenden klimatischen Wachstumsbedingungen, vor allem reichliche Niederschläge, große Luftfeuchtigkeit und Frische des Bodens, während diese ihr, abgesehen von der Bodenfrische, im hiesigen Kontinentalklima fehlen. Die Luft ist hier verhältnismäßig trocken, die Temperatur-Unterschiede sind groß und rasch wechselnd, und trockene östliche Winde häufig. Immerhin ist die Fichte infolge ihres sehr hohen Rugholzwertes und ihrer hervorragenden Massenerträge auch hier als eine weit wertvollere Holzart zu bezeichnen als die derzeitigen drei Hauptlaubholzarten des westlichen Litauens — die Aspe, Birke und Weißerle.

Die an verschiedenen Fichten vorgenommenen Stärkemessungen haben ergeben:

Brusthöhendurchmesser in cm ohne Rinde:

Alter	im Alter von Jahren										Zur Zeit der Fällung
	10	20	30	40	50	60	70	80	90	100	
110-jährig			6,9	12,0	19,3	25,0	30,3	34,2	36,8	38,0	39,0
104-jährig	2,6	9,7	14,5	20,2	25,5	30,1	34,1	37,8	40,1		43,8
76-jährig	2,6	13,6	21,0	28,1	33,8	38,8	44,0				47,1

Die graphische Darstellung (Abb. 12) möge zur weiteren Veranschaulichung der Stärkezuwachs-Verhältnisse beitragen.

7. Abnutzung der Forsten.

Um die wichtige Frage zu beantworten, wie die Nutzungsverhältnisse eines bestimmten Waldes sich bisher gestaltet haben und sich voraussichtlich in Zukunft entwickeln werden, erscheint es angemessen, zunächst ganz kurz die Frage nach der

Abnutzbarkeit der Wäldungen im allgemeinen zu beleuchten.

Die Forstwirtschaft eines Landes steht mit dessen Gesamt-Kulturstand im engsten Zusammenhang, und im allgemeinen läßt sich der Satz aufstellen, daß die Waldwirtschaft auf einer um so höheren Entwicklungsstufe steht, je höher die Kultur des Landes im allgemeinen ist. Ebenso gilt der Satz: Je höher die Kultur eines Landes, und je besser insbesondere der Zustand seiner Waldwirtschaft, desto leichter sind die Erzeugnisse des Waldes mit Vorteil abzusetzen.

Die Frage aber, ob die Erzeugnisse eines ganz bestimmten Waldgebietes überhaupt abnutzbar beziehungsweise absehbare sind, ist gleichbedeutend mit der Frage: Besitzen diese Erzeugnisse an ihrem Standort einen positiven Gebrauchs- und Verkaufswert? Ist dies nicht der Fall, wird der Wert des Erzeugnisses an dem Orte, an dem es gewachsen, nicht höher eingeschätzt, als der Wert der Arbeit, die auf das Erzeugnis zu verwenden ist, um es in gebrauchsfähigem Zustande an den Verbrauchsort zu bringen, so unterbleibt die Nutzung. Das Erzeugnis ist dann nicht abnutzbar. Die Antwort auf die zuletzt gestellte Frage ist hiernach bedingt von zwei Hauptfaktoren: von den technischen Eigenschaften der Erzeugnisse, welche ihre technische Gebrauchsfähigkeit und damit ihren objektiven Gebrauchswert bestimmen, und von ihrer subjektiven Bewertung durch den Menschen, von welcher die Möglichkeit der Verbringung nach den Verbrauchsorten abhängt.

Die technischen Eigenschaften, die Güte und der objektive Gebrauchswert des Haupterzeugnisses der Waldungen — des Holzes — hängen in erster Linie ab von der Holzart und dem Alter des Holzes. Sein Verkaufswert am Verbrauchsorte dagegen wird außerdem noch von der Kultur des Landes und damit vor allem vom Bedarfe nach Holz und seinen verschiedenen Sortimenten sowie von seiner Verbringungsfähigkeit nach den Verbrauchsorten bestimmt.

Der technische Gebrauchswert der einzelnen Holzarten ist sehr verschieden. Je mehr eine Holzart Nutzholz liefert, desto wertvoller ist sie, desto größere Bedeutung für die Waldbirtschaft kommt ihr zu. Der Wert der Nutzholzer hat im großen Ganzen steigende Tendenz, während der Wert der Brennholzsortimente vielmehr infolge des Wettbewerbs der fossilen Brennstoffe zurückgegangen ist. Abnorme Preisverhältnisse, wie in der jetzigen Kriegszeit, können diesen Gang der Preisentwicklung auf die Dauer nicht aufhalten.

Bezüglich des Alters kann im allgemeinen der Satz aufgestellt werden: je älter das Holz — bis zu einer gewissen Grenze —, desto höher sein Wert, weil das Holz ein bestimmtes, je nach Holzart und Standort verschiedenes Alter erreicht haben muß, um den höchsten Nutzwert zu erlangen, um technisch hiebzeig zu sein. Eine frühere Ernte der Erzeugnisse ist in der Regel mit wirtschaftlichen Verlusten verknüpft.

Hiernach wird ein Waldgebiet um so leichter ausnutzbar, d. h. seine Holzserzeugnisse werden unter

sonst gleichen Umständen um so ablaßfähiger sein, je hochwertigere Holzarten die Bestände des Waldes zusammensetzen, je älter — bis zu einer gewissen Grenze — die Holzbestände sind, und je höher die subjektive Bewertung der Hölzer ist.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, ist es für die Frage der Abnutzbarkeit der litauischen Wälder zunächst von hervorragender Bedeutung, welcher Art die erzeugten Holzsortimente sind.

Nach den früheren Ausführungen befinden sich die Forsten Litauens in sehr verschiedenartigen Zustände, namentlich was die Holz- und Betriebsarten, das Alter, die Stärke und die Massen der Holzbestände anlangt. Auch hier muß wieder unterschieden werden zwischen den weniger ausgenutzten Staats- und großen Gutsforsten einerseits und den kleinen Guts- und Bauernwaldungen andererseits. Erstere sind am abnutzungsfähigsten, die kleinen Guts- und Bauernwälder dagegen enthalten nur sehr wenig starke und wertvolle Holzsortimente und kommen deshalb hauptsächlich nur für die Befriedigung des örtlichen Holzbedarfs in Betracht. Die vorherrschenden Weichlaubholzarten gehören nicht zu den ausgesprochenen Nutzholzarten, und da sie meist in niedrigen Umtrieben bewirtschaftet werden, liefern sie vorwiegend schwaches und mittelstarkes Brennholz. Nur das Aspenholz wird mehr und mehr für besondere Zwecke als Nutzholz begehrt und verwendet. Jedoch sind hierzu in erster Linie starke Stämme erforderlich, wie sie in den fraglichen Wäldern nur noch selten zu finden sind. Immerhin kann die Ausfuhr von Aspenholz nach Deutschland im Hinblick darauf, daß die Ausfuhr von russischem Aspenholz zurzeit unterbunden ist, für die Herstellung von Holzdraht zu Zündhölzern usw. auch für die Bewirtschaftung und Ausnutzung der kleinen Gutswaldungen in Zukunft wohl in Frage kommen. Weniger trifft dies für den Bau von leichtes Holz beanspruchenden Beförderungsmitteln, wie namentlich von Flugzeugen usw., zu, weil betr. Holzindustriezweige starker Sortimente bedürfen. Auch stärkere Birken sind durch die Kriegswirtschaft zu gesuchten Hölzern geworden, und solche finden auch in erheblichen Mengen noch in den kleinen Gutsforsten. Sie finden beim Bau von Munition und anderen Wagen, besonders aber zur Herstellung von Gewehrshäften und Flugzeugsperrplatten unter nicht zu ungünstigen Bringungsverhältnissen lohnenden Absatz, während schwächere Birken namentlich zur Anfertigung von Holzschuhen, Spulen, Wagenbeicheln usw. gekauft werden. Aber trotz des Steigens der Nutzholztuglichkeit von Aspe und Birke infolge der durch den Krieg gebesserten Absatz

Preisverhältnisse, liefern die fraglichen Wälder wegen ihrer Holzartenzusammensetzung, der Betriebsarten und Umtriebszeiten in der Hauptsache nur Brennholz. Die Wirtschaft in diesen Wäldern ist als eine Brennholzwirtschaft einfach und extensivster Art zu bezeichnen. Und da der objektive Gebrauchswert der erzeugten Hölzer im Vergleich zu dem Holze anderer Baumarten sowie der Verkaufswert an den Verbrauchsorten im Verhältnis zu den Werbungs- und Bringungskosten niedrig ist, lohnt sich natürlich auch eine Verbringung auf weite Entfernungen nicht, denn die Werbungs- und Verbringungskosten würden den Marktpreis übersteigen. Wo die Grenze liegt, bis welcher Brennholzer noch mit einem positiven Übertrage für den Waldbesitzer, d. h. mit einem Gewinn auch nur geringen werbungs-kostenfreien Verkaufspreise am Erzeugungsorte, verbraucht werden können, läßt sich natürlich bei ungenügender Kenntnis der örtlichen normalen Absatzverhältnisse schwer sagen. Jedenfalls aber kann angenommen werden, daß der Kreis, in welchem die in den kleinen Gutsforsten erzeugten Brennholzer mit Vorteil abgesetzt werden können, ein verhältnismäßig nur kleiner sein kann. Wenn zu dem niedrigen objektiven Gebrauchswert dieser Hölzer kommt noch ein Moment, das schwer die Waagschale fällt: die äußerst schlechten Verkehrsverhältnisse Litauens, auf die weiter unten noch näher eingegangen werden wird. Heute sind diese Verhältnisse verwischt, denn die Brennholzpreise sind gewaltig in die Höhe gegangen, daß sich auch Transport auf weite Entfernungen noch lohnt. Die geschilderten Verhältnisse bringen es mit sich, daß die in der Nähe der Güter und Ortschaften gelegenen Waldungen immer wieder zur Deckung des örtlichen Brennholz- und Kleinnutzholz-Bedarfs angezogen werden mußten und deshalb hohe Altersstadien nicht erreichen konnten. Sie stehen im Niewerwald-, zum Teil sogar Buschholz- und seltener im mittelmächtigartigen Betriebe. Anders liegen die Verhältnisse meist bei den Staats- und großen Gutsforsten. Sie sind in großen Teile weit ab von den großen Ortschaften, von Wasserstraßen und den wenigen Eisenbahnlinien des Landes gelegen. Versteinte Straßen (Kunststraßen, Chausseen) gibt es ebenfalls in Litauen nur vereinzelt. Infolgedessen sind nur die in der Nähe der fließbaren Flüsse und Bäche liegenden Staats- und größeren Gutsforste zum Teil stark genutzt, während der größte Teil dieser Forsten den Weltmarkt bisher kaum in Betracht kam und mehr oder weniger unberührt geblieben ist. Erst in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriegeausbruche setzte sich mit dem allgemeinen erheblichen Steigen der Nutzholzpreise langsam ein Wandel vollzogen.

Wo Nutzungen in den Staats- und ausgedehnten Gutsforsten in größerem Maßstabe — also abgesehen von dem Einschlage zur Deckung des örtlichen Bedarfs, der meist auf dem Wege der Plenterung geschah — stattfanden, wurden in russischer Zeit, wie unter Ziffer 4 erwähnt, vorwiegend Kahlhiebe, in letzter Zeit hauptsächlich Kullishiebe, geführt. Allgemein üblich war hierbei der Verkauf auf dem Stocke. Der Waldbesitzer gab sich mit der sortimentsweisen Aufarbeitung der anfallenden Holzmassen nicht ab, sondern überließ dieses Geschäft den Unternehmern, fast ausschließlich Juden, in deren Händen sich der gesamte Holzhandel befand. Die Holzpreise im Walde waren niedrig. Nicht selten kam es vor, daß bei öffentlichem Ausgebot der Höchstbietende den Zuschlag nicht erhielt. Auch im Holzhandel spielte der Rubel von jeher eine sehr wichtige Rolle. Bestechliche Forstbeamte galten nicht als Ausnahmen. Umständlich und verwickelt waren häufig die aufgestellten Holzabstoßungsverträge. Der eine Kaufvertrag bezog sich nur auf bestimmte Holzarten und Stärkedi-mensionen der Stämme, ein anderer auf die schwächeren Sortimenten dieser Holzarten, und ein dritter schließlich auf andere Holzarten. Häufig trat der eine Käufer seine aus dem Kaufvertrage herzuleitenden Rechte und Pflichten an andere Käufer ab, und es ist deshalb nicht immer leicht, sich durch derartige, noch nicht zur vollständigen Ausführung gelangte Kaufverträge aus russischer Zeit durchzuarbeiten.

Die Holzern-te beginntzeitig im Vortwinter, um zum Anrücken die Schneebahn benutzen zu können. Das Aushalten der Nutzholzer geschah früher auf sehr verschiedene Art. Bei der Fichte spielte das Schleifholz die Hauptrolle, bei der Kiefer das Langholz von mindestens 4,20 m Länge (= 6 Arschin; 1 Arschin = 0,71 m).

Ob und in welcher Ausdehnung die Abnutzung der litauischen Forsten in russischer Zeit auf Grund von Waldertragsregelungsarbeiten und bestimmten Hiebssätzen stattfand, läßt sich nicht sagen. Forsteinrichtungswerke waren nach der Besignahme des Landes nicht zu finden. Die russischen Forstbeamten haben alle Akten und Karten rechtzeitig fortgeschafft.

Die meisten Staatsforsten sind ebenso wie die größeren Gutswaldungen in Fagen eingeteilt. Die Einteilungslinien (Gestelle) laufen über Berg und Tal und mitten durch die Sümpfe hindurch. Nur hier und da sind sie in Gräben gelegt und zu fahrbaren Schneisen hergerichtet. Die „Quartale“ haben meist eine Größe von 100 Dessjätinen (1 Dessj. = 1,005 ha) oder von 1 Quadratterst = 113,85 ha (1 Terst = 1067 m). Die Nieder- und Mittelwaldungen sind wohl meist in mehr oder weniger

regelmäßigem Betrieb mit „Quartals“-Hiebsfolge bewirtschaftet worden. Für die Hochwäldungen dürften aber nur ganz ausnahmsweise bestimmte Schlagflächen jährlich abgenutzt worden sein oder feste Hiebszüge Gültigkeit gehabt haben.

Stark eingegriffen hat in alle die geschilderten Verhältnisse der Krieg. Der Bedarf an allen Holzsortimenten, nicht nur Nutzholz, sondern auch an Brennholzern, ist gewaltig gestiegen. Unsere großen Fronten sowie die Truppenformationen und Behörden in den besetzten Gebieten haben einen ungeheuren Holzbedarf. Auch der Bedarf in der Heimat ist in vieler Hinsicht gestiegen, während andererseits die heimische Holzproduktion infolge Arbeiter- und Transportmittel-Mangels eingeschränkt worden ist. Auch ist die Holzzufuhr aus unseren Holzeinfuhrländern durch den Krieg zum großen Teil unterbunden worden. Und so müssen denn die Wälder der von den deutschen Heeren besetzten Gebiete große Holzmassen liefern. Selbst wenn die Holzwerbkosten durch den Marktpreis des Holzes nicht gedeckt worden wären, hätte sich der Einschlag in den großen unberührten Forsten uns als gebieterische Notwendigkeit aufgedrängt. Aber auch hier hat sich wieder der Satz bewährt, daß Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Gewaltig sind die Holzpreise mit der Nachfrage in die Höhe gegangen, so sehr, daß auch auf dem Gebiete des Holzhandels für bestimmte Sortimente Höchstpreise eingeführt werden mußten, um nicht gewisse notwendige Erzeugnisse unserer Holzindustrie allzu sehr zu verteuern, so z. B. für Papierholz und Grubenholz.

Als nächstes Ziel der Forstverwaltungen der besetzten Gebiete war hiernach anzusehen, unter allen Umständen den notwendigen Holzbedarf der Armeen zu decken. Zunächst versuchte man es, auf dem Wege der früheren Wirtschaft die erforderlichen Nutzholzer zu beschaffen. Mit einer Anzahl leistungsfähiger deutscher Holzhandelsfirmen wurden im Herbst 1915 Holzabstoßungsverträge abgeschlossen, nach welchen diese Firmen als Unternehmer den Einschlag und den Abtransport der Hölzer übernahmen. Sehr bald schon sah man jedoch ein, daß man auf diese Weise den erforderlichen Holzbedarf nicht werde decken können, denn einerseits die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, andererseits aber auch der Mangel an Holzhauern und Gespannen für den Abtransport der eingeschlagenen Hölzer an die Fluß- und Bahnablagen, schreckten entweder die Mehrzahl der Holzhändler vor dem Abschluß von Verträgen ab oder

veranlaßten sie, nur niedrige Preise zu zahlen. Man ging deshalb bald zum Eigenbetrieb der eingerichteten Forstverwaltungen über, und um das Ziel möglichst vollständig auf die leichteste Art zu erreichen, wurde als Grundsatz aufgestellt, nur in solchen Forstorten größere Hiebe einzulegen, von welchen aus die Hölzer ohne größere Schwierigkeiten mittels Flößen oder auf den Eisenbahnen abzutransportieren sind. Und um nun möglichst nur die gebrauchsfertigen Ware an die Verbrauchsorte verbringen zu müssen, wurden überall in den besetzten Gebieten — sowohl im eigentlichen Operations- wie besonders in den Verwaltungsgebieten — Sägegatter, Holzvollmaschinen, Schindelmaschinen usw. aufgestellt. Zum Teil sind diese Werke mit den Holzschlägen durch Waldbahnen in unmittelbare Verbindung gebracht worden. So hat denn der Krieg in diesen Gebieten mit einem Schlage den Eigenbetrieb auch in der Forstwirtschaft in den Vordergrund gerückt. Die Unternehmerwirtschaft mit ihren ungesunden Verhältnissen ist auf die kleineren Privatforsten zurückgedrängt worden, und sie wird nach Beendigung des Krieges hoffentlich nie mehr die Bedeutung erlangen, die ihr in russischer Zeit hier zukam.

Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmeten die Forstverwaltungen der Aufarbeitung der zahlreichen, durch den Krieg angebrannten Nadelholzbestände, die dem Verderben ausgeliefert waren und deren Stehenlassen dem Umsichgreifen der Käfergefahr Vorstoß geleistet haben würde.

Eine weitere Hauptaufgabe der Forstverwaltungen bildete auch der Abtransport und die Verwertung der sehr großen Mengen beschlagnahmter Hölzer, die bei der Besetzung der Gebiete vorgefunden wurden. Was davon an fließbaren Flüssen lag, wurde durch Flößen nach Deutschland verbracht. Zu diesem Zwecke ist unter militärischer Leitung das Memelflußkommando bei Ober-Ost, jetzt Bootsabteilung Ober-Ost, eingerichtet worden. Das Holz wurde, möglichst nach Feststellung der Eigentümer, nach Tilsit oder Memel gefloßt, dort verfrachtet oder verkauft zu werden. Die Eigentumsansprüche sind bei der Reichsentscheidungskommission anzumelden, die sie prüft und nach dem Ergebnis der vorgenommenen Feststellungen Entscheidung trifft.

Was die Art der jetzigen Hiebsführung anlangt, so ist sie ganz in das Ermessen der Militärforstinspektionen gestellt, denen nach dieser Richtung sehr große Selbstständigkeit eingeräumt ist. Je nach der Auffassung, insbesondere der waldbaulichen,

leitenden Forstmänner, steht der Kahlhieb in Verbindung mit der Plenterhiebung in Verbindung mit der Naturverjüngung im Vordergrund.

Jede der beiden Hiebsarten hat unter den jetzigen Verhältnissen der besetzten Gebiete ihre Vorzüge und Nachteile. Und je nachdem diese oder jene bewertet werden, wird der Inspektionskommission für diese oder jene Hiebsführung entschieden.

Der Kahlhieb ist die einfachste, müheloseste und bequemste Hiebsart. Im Hinblick auf das ungeschulte, nicht fachkundige Unterpersonal — die deutschen Waldwärter — müssen diese Eigenschaften als Vorteile des Kahlhiebs bezeichnet werden. Der Kahlhieb liefert ferner große Holzmengen auf verhältnismäßig kleiner Fläche. Auch der Abtransport des Holzeinschlags geht beim Kahlhieb allgemein am leichtesten von statten. Andererseits fällt bei Kahlhieben in ungleichaltrigen Beständen aber auch viel noch nicht hiebsreifes, geringes, hier weniger leicht zu verwertendes Holz an, besonders viel Weichholz. Was aber vor allem mich bei der Führung von Kahlhieben abhielt und auch weiterhin abhalten wird, sind die großen waldbaulichen Nachteile der Kahlschlagwirtschaft. Sind diese schon dort vorhanden, wo dem Kahlhiebe am Fuße die künstliche Wiederaufforstung der kahlen Kahlfäche folgt, wie in Deutschland, so sind die Schäden noch weit größer hier, wo auch jetzt infolge Arbeitermangels die Großkahlfächen nicht bewirtschaftet werden können.

Demgegenüber haben Plenterhiebung ihre Nachteile, die aus den erwähnten Vorzügen der Kahlschlagwirtschaft hervorgehen und die gerade für die zurzeit hier herrschenden Verhältnisse nicht zu verschätzen sind, denn die Kriegswirtschaft verlangt gebieterisch die Nutzung und Heranschaffung möglichst großer Holzmengen. Aber die gewichtigen, waldbaulichen Vorzüge der Plenterwirtschaft in großen Waldgebieten, die deutsch oder doch unter deutschem Einflusse bleiben sollen, betrogen mich vor allem, im verfloffenen Winter fast nur Plenter- und Verjüngungshiebe führen zu lassen. Der Charakter der starkholzreichen Mischbestände weist den Forstmann unbedingt auf diese bei der Hiebsführung hin. Überall sind, nicht nur in den plenterartigen, sondern auch in den gleichaltrigen hiebsreifen Beständen, zahlreiche kleinere, oder größere Fichten-, Eschen- u. Verjüngungshorste und Gruppen vorhanden. Man braucht nur nachzugehen und den Blick in der Hauptsache auf den stärksten Stamm zu führen. Damit fördert man die natürliche Verjüngung des Waldes ungemein, bezw. leitet sie durch

die Art ein. Je nach den Altersverhältnissen der Bestände wird der Plenterhieb hier über die ganze Bestandsfläche, dort nur über einzelne Teile derselben geführt. Die Abnutzung erfolgt also entweder rein plenterartig oder aber femelschlagweise. Gerade die Einleitung des Femelschlagsbetriebs ist hier vielversprechend (Abb. 10, 11). Ich bin überzeugt, daß auf den hiesigen frischen und feuchten Standorten diese Betriebsart bei richtiger Durchführung überraschende Erfolge aufzuweisen haben wird, denn die Naturverjüngung vollzieht sich hier geradezu spielend leicht. — Andererseits hat die plenternde Hiebsführung aber auch noch den großen Vorzug vor der Kahlschlagwirtschaft, daß nur stärkere Stämme anfallen, auf deren Gewinnung im vergangenen Jahre bei dem sehr großen Bedarf an Schnittbälzern aller Art ganz besonders großer Wert gelegt wurde. Von den mir unterstellten Kreisförstern — ausschließlich preussischen Förstern — wurde anfangs befürchtet, daß auf dem Wege der Plenterhiebung die erforderlichen Holzmassen nicht geerntet werden könnten. Allein diese Befürchtung hat sich als unbegründet erwiesen. In meinem Inspektionsbezirk ist keineswegs verhältnismäßig weniger Holz im verfloffenen Winter eingeschlagen worden als in anderen Inspektionsbezirken, in welchen ausschließlich oder doch vorwiegend Kahlhiebe geführt worden sind. Außerdem hat der Wirtschaftler aber bei Ausführung von Plenterhieben das erhebende Bewußtsein, der Erhaltung des hoffentlich deutsch bleibenden Waldes durch die Art der Hiebsführung einen großen Dienst geleistet zu haben, während die Kahlhiebe ohne nachfolgende Kultur viel wertvolles Jung- und Stangenholz vernichten und Kahlfächen hinterlassen, auf denen in Zukunft, wie in russischer Zeit, die Weichhölzer vorherrschend sein werden.

(Schluß folgt.)

* * *

Verzeichnis der zugehörigen Bilder.

- Bild 1: Kiefern- und Fichten-Mischholz, von einer Jungwuchskulturreihe aus betrachtet, im Revier Szynogole, Jagd 26. — Aufgenommen 1. 8. 17.
 " 2: Plenterwaldpartie in Jagd 3 des Reviers Niednisi. Aufgenommen 21. 8. 17.
 " 3: desgl. das.
 " 4: Plenterwaldartiges Bild im Gutsforst Montwidowo. Aufgenommen 29. 7. 17.
 " 5: Mittelwaldartiges Bild (Eiche, Aspe, Birke usw.) im Revier Budny, Jagd 39. — Aufgenommen 30. 7. 17.
 " 6: Desgl. das.

- Bild 7: Privatwald-Abtriebsfläche am Bahnhof Datnow. — Aufgenommen am 15. 8. 17.
 " 8: Jungwuchs auf einer Abtriebsfläche (meist Weiß-
 erlen, Birken usw.) im Gutsforst Montwidowo.
 Im Hintergrund plenterwalbartiges Bauernwald-
 bild. — Aufgenommen 29. 7. 17.
 " 9: Birkenwald des Staatsforstes bei Puzajcie, Jagenz, 38,
 Revier Serwidgole. — Aufgenommen 4. 8. 17.

- Bild 10: Femelschlagwaldpartie im Revier Nowo-
 — Aufgenommen 27. 6. 17.
 " 11: Fichten-Femelschlagwald im Revier Szyn-
 Jagenz 25. — Aufgenommen 1. 8. 17.
 " 12: Graphische Darstellung des Durchmesser-Zunahme
 in Brusthöhe.

Literarische Berichte.

Pflanzenchemische Untersuchungen. Mitteilungen aus der kgl. sächsischen forstlichen Versuchsanstalt zu Tharandt. Von Dr. H. Serz. Band I, Heft 4, 1917. 1. Über den Mineralstoffgehalt der Weimouthskiefer; 2. Skizze einer Pflanzenaschenanalyse.

Im Anschluß an die früher von J. Schröder gelieferten Arbeiten: Zur Kenntnis des Mineralstoffgehaltes der Fichte, Tanne, Birke u. hat der Verf. die Analysen von J. Stoben bearbeitet. Es fanden dadurch eine Reihe allgemeiner Resultate der Aschenuntersuchungen Schröders für Fichte und Tanne Bestätigung.

1. Der aschereichste Teil des Baumes waren auch hier die Nadeln, obwohl die Stobennadeln ascheärmer als die von Schröder untersuchten Tannen- und Fichten-Nadeln waren.

Die 3- und 2-jährigen Nadeln waren ärmer an Kali, Phosphorsäure und Schwefelsäure als die einjährigen Nadeln, aber reicher an Kalk, Mangan und Kieselsäure.

2. Mit Abnahme des Durchmessers am Baume erfolgt die Zunahme des Mineralstoffgehaltes.
3. Die Rinde ist stets reicher an Asche als das entsprechende Holz, bei der Strobe 6—9 mal.
4. Die Zunahme des Aschengehaltes von den stärkeren zu den schwächeren Holzteilen wird bewirkt durch Zunahme des Aschengehaltes in Holz und Rinde zusammen mit der Zunahme der Rindenprozentage.
5. Je schwächer ein Holzteil ist, um so mehr Einfluß hat die Rinde auf den Mineralstoffgehalt.
6. Das Splintholz zeigte sich reicher an Asche als das Kernholz.

Lehrreich sind die Resultate über das Mangan. Physiologen widmen in neuerer Zeit diesem Element in der Botanik erhöhte Aufmerksamkeit. Zwar zählt es zu den entbehrlichen Aschenbestandteilen, aber seine Rolle als „Reizstoff“ wird in neuerer Zeit

auf Grund von Versuchen von verschiedenen Seiten behauptet. (Loer, Bertrand, Stoklasa): es soll, wie von E. J. Kuffel behauptet wird, eine stimulierende, eine „fälschliche“ Wirkung ausüben. Während man über die Wirkung des Schwefels genaue Resultate hat, ist die Wirkung des Mangans noch nicht sicher festgestellt.

Beachtenswert sind nun in dieser Richtung die Resultate von Serz; es wiesen nämlich die Aschen mit mäßigem Kalkgehalt erhebliche Mengen an Mangan auf und umgekehrt, so daß gewisse Beziehungen zwischen Mangan und Kalkgehalt bestehen. E. Wolff hat für Fichte und Tanne dies so formuliert, daß, wo immer der Kalkgehalt ein Minimum im Verhältnis zum normalen Gehalt ist, der Mangangehalt ein Maximum darstellt. Bei Schröder trifft dies für Tanne, nach der vorliegenden Untersuchung für Strobe zu.

Wenn man aus dem Aschengehalt der Waldbäume auf ihre Ansprüche an den Mineralstoffvorrat im Boden schließen darf, so ist die Strobe arm an solchen Ansprüchen. Hervorgehoben wird weiter, daß die stark Nadeln abwerfende Strobe den Mineralgehalt dieser durch rasche Zersetzung dem Boden zurückgibt.

Doch erscheint sie nicht ganz so anspruchslos als die Kiefer; sie ist m. E. namentlich in den physikalischen Eigenschaften der Böden, an Bodenfeuchtigkeit und Bodenfrische, ziemlich anspruchsvoll, wie H. Mayer an verschiedenen Stellen seiner eingehenden Untersuchungen über die Biologie dieser Holzart betont hat und der sie daher höchstens bei auf den Kiefernstandorten dritter Ertragsgüte zuzulassen wollte.

Wer sich mit Analyse von Pflanzenaschen beschäftigt, findet in dem zweiten Teil des Heftes den Gang und die Methode einer solchen geschildert.

Dr. Wimmer.

Leben und Leben unserer Waldbäume. Von Dr. M. B i s s e n, Professor an der Kgl. Preuß. Forstakademie in Hann. Münden. Mit 129 Abbildungen im Text. Zweite umgearbeitete Auflage. Jena, Verlag von Gust. Fischer. 1917. Preis 9 Mark. Verfasser will mit seinem Werke denjenigen, die dem Leben der Bäume ein eingehenderes Studium zu widmen wünschen, eine Darstellung hauptsächlichsten Fragen bieten, welche die Wissenschaft auf diesem Felde jetzt behandelt. Die Fischerarbeit auf dem Gebiete des Baumlebens seit dem Erscheinen der ersten Auflage so wesentlich zugenommen, daß eine völlige Neubearbeitung erforderlich war. In 13 Kapiteln werden eingehend behandelt: Die Gestalt des Baumes, die Knospen, Eigenschaften und die Lebenstätigkeit der Bilzgewebe, die Elemente des Holzkörpers, die Rinde, der Jahresring, die anatomischen Grundlagen der technischen Eigenschaften der Hölzer, die Blätter, die Wurzel und ihre Tätigkeit, die Wasser- und Nährstoffversorgung des Baumes, die Herkunft und Bedeutung der mineralischen Nährstoffe der Bäume, Stoffwanderung und -Wandelung im Baume, Einige über Blüten und Früchten der Waldbäume. Einer besonderen Empfehlung bedarf das in vielen Kreisen bereits bekannte Büsgensche Werk nicht mehr. E.

Pilz- und Kräuterfreund. Illustrierte Monatschrift für angewandte und wissenschaftliche Pilz- und Pflanzenkunde. Herausgegeben von August Henning, Nürnberg. Jährlich 12 Hefte. Preis 5 Mark jährlich. Zunächst soll diese Zeitschrift ein Helfer und Berater in den Fragen seines Gebietes während des Krieges sein, sodann will sie aber auch weiterhin in Schulen, Naturfreunden, Pilz- und Kräutermännern, den Hausfrauen u. mit praktischem Rat und guten Vorschlägen zur Seite stehen und über alten und neuen Ergebnisse der Verwertung der Erforschung der Pilze, Wildgemüse, Wildfrüchte und Heilkräuter berichten. Die vorliegende erste Nummer enthält Abhandlungen über: Giftpilze und Vergiftungen von W. Zäuner in Würzburg, Ein bekannter Speisepilz (der rotbraune Mischling oder Schreizler) von Eugen Gramberg in Königsberg, Die Röhrlinge von Aug. Henning in Nürnberg, Die Pilzernte 1917, Über das Johanniskraut von Goldschmidt in Nürnberg, Über das Einkochen von Früchten ohne Zucker von Hans Schlegel in Nürnberg, Deutscher Erbsen- u. Weiter werden Mitteilungen über den Pilz-Markt, aus dem Verleben und über Pilzvergiftungen gebracht, eine Anzahl von Pilz-Rezepten mitgeteilt und die Frage:

Welche wildwachsenden Pflanzen können wir im Monat August für die Küche verwenden? beantwortet. E.

Forst- und Jagd-Kalender 1918. Begründet von Schneider (Eberswalde) und Judeich (Tharandt). Achtundsechzigster Jahrgang. Bearbeitet von Dr. M. Reumeister, Geh. Oberforstrat und Oberforstmeister in Dresden. In zwei Teilen. I. Teil: Kalendarium, Wirtschafts-, Jagd- und Fischerei-Kalender, Hilfsbuch, Verschiedene Tabellen und Notizen. Berlin. Verlag von Jul. Springer, 1918. Ausgabe A i. Leinwand 2,80 M., i. Kunstleder 3,40 M. Ausgabe B i. Leinwand 3,00 M., i. Kunstleder 3,60 M.

Der vorliegende erste Teil ist in unveränderter Form, wie der des Vorjahres erschienen. Dagegen haben die Schwierigkeiten in der Papierversorgung sowie die behördlichen Bestimmungen über die Verminderung des Papierverbrauchs die Verlagsbuchhandlung gezwungen, zu Ersatztönen zu greifen und das für Schreibzwecke bestimmte Papier auch durch Fortlassung des sonst noch lose beigegebenen 4. Vierteljahres des Schreibkalenders einzuschränken.

Über das Erscheinen des zweiten Teiles, der seit dem Jahre 1914 nicht wieder erschienen ist, lassen sich, wie in dem Vorwort bemerkt wird, zurzeit Angaben nicht machen. E.

Der Förster. Land- und Forstwirtschaftlicher Kalender für Forstbeamte. 1918. Herausgegeben vom praktischen Forstmann Th. Conrad. Graubenz: Gust. Roth's Buchdruckerei und Verlag „Der Gefellige“. 1917.

Die Einrichtung des für das Jahr 1918 im 32. Jahrgange erscheinenden Kalenders ist die gleiche wie bei den früheren Jahrgängen. Der Kalender erscheint wieder in zwei Ausgaben, die sich durch verschieden großen Umfang der Abzählungstabelle unterscheiden.

Preis: Kleine Ausgabe (2000 Nummern starke Abzählungstabelle): 2,10 M., große Ausgabe (4000 Nummern starke Abzählungstabelle): 2,50 M. E.

Wild und Hund-Kalender. Taschenbuch für deutsche Jäger. XVIII. Jahrgang. 1918. Herausgegeben von der illustrierten Jagdzeitung „Wild und Hund“ Berlin. Verlagsbuchhandlung Paul Parey. 1918. Preis: 3,00 M.

Der vorliegende Jahrgang des allgemein bekannten Wild und Hund-Kalenders enthält nach einem Übersichtskalender und einem Kalendarium für tägliche Eintragungen wichtige und lehrreiche Angaben über den Jagdbetrieb und Jagdhunde sowie Formulare für verschiedene Eintragungen. E.

Briefe.

Aus Preußen.

Zur Preussischen Verwaltungsreform.¹⁾

Dem Preussischen Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes über Ermächtigung des Staatsministeriums zu Maßnahmen betreffend Vereinfachung der Verwaltung seitens des Ministers des Innern zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt worden. Durch dieses Gesetz soll das Staatsministerium ermächtigt werden, während der Dauer des Krieges gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, die sich hinsichtlich der Zusammensetzung, der Zuständigkeit und des Verfahrens der Behörden des Staates, der Gemeinden und der Gemeindeverbände zur Ersparung von Arbeitskraft als notwendig erweisen. Die Maßnahmen sollen sich insbesondere erstrecken: 1. auf Herabsetzung der Beschäftigtenzahl von Behörden und Körperschaften, 2. auf Vereinfachung des förmlichen Verfahrens, 3. auf Vereinbarung der Instanzen und 4. auf Einschränkung der Staatsaufsicht.

Das Abgeordnetenhaus hat diesen Entwurf zunächst einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen. Bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wurde mehrfach auf die allgemeine Verwaltungsreform Bezug genommen. In dieser Beziehung waren einige Ausführungen des Ministers des Innern, Dr. Drews, von besonderem Interesse.

Derselbe wies zunächst auf den infolge der Einziehung zum Heeresdienst bestehenden Beamtenmangel und die große Arbeitslast hin, die auf den Schultern der zurückgebliebenen Beamten ruht. Aus diesem Grunde sei es unbedingt erforderlich, diese Arbeitslast zu verkleinern. Soweit dies im Verwaltungswege möglich sei, sei schon manches beschehen, es müßten aber auch Änderungen an gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen werden, um die Beamten zu entlasten.

Durch diese jetzt beabsichtigte „Kriegsverwaltungsreform“ werde der allgemeinen Verwaltungsreform gewissermaßen vorgearbeitet. Sie eröffnet — so führte der Minister des Innern aus — nämlich die Möglichkeit, eine ganze Menge von Vorschriften über die Vereinfachung der Verwaltung, von denen wir hoffen, daß wir sie auch in Zukunft werden beibehalten können, praktisch zu erproben. Sie alle wissen, daß das Staatsministerium vor einiger Zeit dem Könige vorgeschlagen hat, es möch-

ten Vorarbeiten für eine Reform unserer gesamten Staatsverwaltung mit dem Ziele der Vereinfachung und Verbilligung vorgenommen werden. Der König hat diesen Vorschlag gebilligt, und ich bin für das Gebiet der Verwaltung, abzüglich der Justizverwaltung, für die ein besonderer Kommissar bestellt ist, und abzüglich der Betriebsverwaltungen (Eisenbahn- und Bergverwaltung), bei denen solche Reformen schon im großen Umfange getätigt sind, seinerzeit zum königlichen Kommissar für die Vorbereitung der Verwaltungsreform bestellt worden. Die Aufgabe wurde mir am 19. Januar gestellt. Sie war sicherlich keine einfache, sondern eine recht umfangreiche. Man sollte, nachdem dies Thema bereits seit Jahrzehnten in der Öffentlichkeit ventiliert war, und nachdem die Immediatkommission jahrelang daran gearbeitet hatte, in relativ kurzer Zeit, so daß schon unmittelbar nach dem Kriege Pläne in die Wirklichkeit überseht werden konnten, einen neuen Plan für die Vereinfachung und die Verbilligung unserer Verwaltung aufstellen. Ich habe mich an die Arbeit herangemacht und nach 6 Monaten dem Staatsministerium den Entwurf einer Denkschrift über die Reform der Verwaltung vorgelegt, im Druck 200 Seiten. Die Dinge liegen augenblicklich so, daß die Denkschrift dem Staatsministerium vorliegt, und daß diese außerordentlich umfangreichen und sämtliche Verwaltungsgebiete umfassenden Vorschläge natürlich zunächst eingehend geprüft werden müssen. An die Öffentlichkeit kann nur das heraustreten, was das Staatsministerium gebilligt hat, da die Vorschläge sämtliche Ressorts berühren. Ich kann Ihnen deshalb über die Einzelheiten der Vorschläge nichts mitteilen. Immerhin wird es Sie vielleicht interessieren, wenn ich Ihnen einiges über die Ziele und die Mittel der Reform, wie ich sie mir gedacht habe, jetzt vortrage.

Die Aufgabe, die mir gestellt war, ging darauf, eine Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung herbeizuführen. Die Verbilligung der Verwaltung ist nur möglich, wenn wir die Zahl der Beamten, die in der Verwaltung tätig sind und die die Hauptkosten der Verwaltung verursachen, ganz erheblich herabsetzen. Nun lag es mir sehr nahe, daß man sagte: im Kriege habt ihr mit 40 bis 60 % Beamten weniger bei den Regierungen gearbeitet, wir wollen das im Frieden einfach beibehalten. Das würde ein Ding der Unmöglichkeit sein, nach diesem kurzen schematischen Rezept zu verfahren; denn die Beamten, die jetzt bei den Regierungen sind, leisten Übermenschliches. Wir werden

¹⁾ Vergl. Februar-Heft 1917, S. 54.

Zusammenbrüche nach Friedensschluß bekommen, erschreckend sein werden. Es sind alles Beamte, die fürs Vaterland das Beste hergegeben haben. Mit ähnlich herabgesetzten Beamtenzahlen unter ständiger Unveränderlichkeit des Organismus und der Arbeitslast in Zukunft zu arbeiten, ist unmöglich. Wichtig ist, daß wir im allgemeinen zu viel Beamte haben. Es ist ja das Bestreben in gewissem Sinne menschlich verständlich, wenn einzelne Behörden darauf sehen, daß ihr äußerer Apparat ein nicht kleiner ist. Ich glaube, es wird nötig sein, daß in dieser Hinsicht eine sehr eingehende Nachprüfung unseres gesamten Beamtenapparates bezüglich seiner Zahl vorgenommen wird. Diese Nachprüfung muß von einer einheitlichen Zentralstelle aus geschehen, die dann auch einen Überblick über die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitsmöglichkeit bei allen Behörden hat. Es wird eine Zentralstelle in Berlin meiner Meinung nach eine Kommission, an der die verschiedenen Ressorts beteiligt sind, einzusetzen sein, die in dieser Hinsicht arbeitet und überflüssige Beamtenstellen in den einzelnen Behörden beseitigt.

Aber damit ist es nicht getan. Wir müssen auch dafür sorgen, daß weniger Beamte erforderlich werden, einmal durch bessere und vereinfachte Geschäftsführung. Es sind in den letzten Jahren zwar Ansätze gemacht worden, um die Geschäftsführung zu vereinfachen, aber nach meinem Eindruck, die ich bei meinem Einblick in die verschiedenen Ressorts bekommen habe, ist damit noch lange nicht weit genug gegangen. Es steckt nun einmal in unserem Beamtentum ein außerordentlich harter Zug, der am Hergebrachten festhält. Das ist sich keine schlechte Eigenschaft, das gewährleistet auf der anderen Seite einen ruhigen, sicheren und gleichmäßigen Geschäftsgang, aber es ist ein Hindernis für zeitgemäße Verbesserungen, und es muß darum auch die Durchführung einer besseren Geschäftsführung z. B. in bezug auf Kanzleiwesen, Postwesen, nach einheitlichen Vorschriften unbedingt gefordert werden. Ich habe solche Vorschriften auch entworfen.

Aber auch damit ist es nicht getan. Wir müssen unseren Beamtenapparat auch dadurch verringern, daß wir Behörden, welche jetzt verschiedenen Ressorts unterstehen, die aber die gleichen oder ähnliche Angelegenheiten bearbeiten, zusammenlegen. Es ist ja naturgemäß, daß durch die gleichzeitige Bearbeitung an mehreren koordinierten Stellen eine Mehrarbeit entsteht, die vermieden werden kann und die dann auch zur Ersparnis von Beamten führt und ebenso auch zur größeren Bequemlichkeit für das Publikum, das

sich dann nur an eine Stelle zu wenden braucht und nicht mehr von Zuständigkeitsbedenken geplagt wird.

Noch wichtiger für die Beamtenersparnis als das Zusammenlegen koordinierter Behörden ist aber die Beseitigung übergeordneter Behörden, die Beseitigung von Instanzen. Wir Franken in Preußen an einem Übereinander von Instanzen. Kein moderner Staat, soweit ich es überblicken kann, hat zwischen der Kreis- und der Zentralinstanz zwei Instanzen, wie das preußische Oberpräsidium und die Regierung. Es ist ganz selbstverständlich, daß durch die Teilung der Geschäfte zwischen Oberpräsidium und Regierung eine gewisse Unklarheit für das Publikum entsteht, auch eine Geschäftsschwermis und Geschäftszögerung wird durch Hin- und Herschreiben zwischen den beiden Instanzen verursacht in Sachen, die miteinander in Verbindung stehen, die voneinander abhängen, und das tun sehr viele. Es ist zweifellos, daß hierdurch eine gewaltige Mehrarbeit hervorgerufen wird. Wo die Änderung einzusetzen hat, will ich vorläufig dahingestellt sein lassen; aber daß eine von den beiden Instanzen fallen muß, steht für mich fest. Wir müssen außer der Zusammenlegung koordinierter Behörden und der Zusammenlegung von Instanzen aber auch noch sonst die materielle Arbeit, die den Behörden obliegt, verringern. Man kann das machen, ohne daß das Wohl des Ganzen geschädigt wird, entweder in der Weise, daß man unteren Instanzen die Erledigung gewisser Angelegenheiten im Auftrage und unter Aufrechterhaltung des Abänderungsrechts der oberen Instanzen überträgt oder daß man Sachen, die bisher von den Staatsbehörden in ihren Instanzen bearbeitet wurden, den Selbstverwaltungsbehörden als reine Selbstverwaltungsangelegenheiten überträgt, so daß also ein Abänderungsrecht des Staates dabei aufgehoben und damit eine Erweiterung der reinen Selbstverwaltung herbeigeführt wird. In beiden Richtungen müssen wir vorgehen, und wir müssen das um so mehr tun, als eine Verwaltungsreform, die sich nicht in dieser Weise betätigt, eine eigentliche Verwaltungsreform überhaupt nicht ist. Bloßes Ändern der Organisation von staatlichen Behörden ohne eingreifende Änderung auch des materiellen Rechts auf öffentlich-rechtlichem Gebiet, das wird auf die Dauer nie als eine Verwaltungsreform empfunden werden. Der im vorstehenden entwickelte Reformplan greift zweifellos tief in das Gefüge unserer Staatsverwaltung ein; viele althergebrachte Anschauungen und Einrichtungen werden seiner Durchführung weichen müssen; er erfordert auch in mancher Hinsicht Opfer, so seitens derjenigen Städte, die Behörden verlieren sollen, seitens der höheren Be-

amtenchaft, für die manche höheren selbständigen Posten wegfallen, und auch seitens ganzer Ressorts, denen Materien, die bisher ihrer liebevollen Fürsorge anvertraut waren, oder Machtbefugnisse, die sie bisher in uneingeschränkter Selbständigkeit ausgeübt haben, genommen werden sollen. Aber — wie Friedrich der Große einmal gesagt hat, „bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge sehen wir die besten Einrichtungen entarten. Daher muß von Zeit zu Zeit die bessernde Hand angelegt werden, damit die Einrichtungen ihren ursprünglichen Zweck wieder erfüllen.“ Will man ernstlich eine Reform haben, so geht es ohne tiefgreifende Änderungen des bestehenden Zustandes, die an manchen Stellen schmerzhaft empfunden werden, nicht ab.

Dies sind die Grundsätze, nach denen ich meine Vorschläge für die Reform der Verwaltung geformt habe. Ich kann versichern: so lange ich Minister des Innern bin, werde ich dafür sorgen, daß eine Reform und kein Reformersatz geleistet wird, daß sich diese Reform in dem Rahmen bewegt, den ich vorgezeichnet habe, und daß auch Mittel zur Anwendung gelangen werden, die die gesteckten Ziele auch tatsächlich erreichen!

Aus Österreich.

Waldwirtschaft im Fionzlande.

Von Hugo Piffel, I. I. Oberstleutnant in Fischen bei Wiener-Neustadt.

Der fünfte Teil der Markgrafschaft Görz war vor dem Kriege, wenn auch nur teilweise, mit hochstämmigem Wald bedeckt, dieses Verhältnis aber wird sich infolge der schon zwei Jahre dauernden entsetzlichen Verwüstung ganz gewaltig ändern, denn die Ummengen Holz, die zu Unterstandbauten und Heizzwecken verwendet werden, sind in vielen Jahren nicht zu ersetzen. Schon vorher bestand ein Teil der in den Katastern als Wälder bezeichneten Stellen nur mehr aus Gestrüpp oder ödem Karstboden, den man mühselig wieder bepflanzt. In den Julischen Alpen, vornehmlich aber auf der Hochfläche nächst Görz, prangen großartige Staatsforste, worunter der Tarnowaner¹⁾ Wald eine Musterforstwirtschaft darstellt und zum Glück unerreichbar für Geschosse so hoch liegt, daß die dort einsam hausenden Förster eine herrliche Aussicht bis ans Meer und über die venetianische Ebene genießen. 1000 bis 1400 Meter hoch gelegen und neunzig Quadratkilometer bedeckend, ist er auf guten Straßen

und auf einer Eisenbahn zu erreichen. Im nördlichen Fionzo-Tal befinden sich etwa hundert Geviertkilometer Gemeindewälder und zweihundert Quadratkilometer in Privatbesitz. Bei Görz existiert der Panowitzer Staatswald, wohlgepflegten Eichenbestand enthaltend, sowie der jetzt gänzlich zerstossene Wald am Bodsabotino, aus welchem das Holz durch sinnreiche Drahtseilförderung ins Tal herabgebracht wurde. Bei Duino, jenem überaus malerisch gelegenen Schlosse, nächst der Fionzo-Mündung, befindet sich, als Rest einstiger großer Wälder, ein Gehölz immergrüner Steineichen, und bei dem historischen Aquileja, nächst der Ortschaft Centenario, stand vor dem Kriege ein Pinienhain. Zur Römerzeit soll sich ein solcher Wald die ganze Küste bis nach Ravenna erstreckt haben. Bei dem notorischen Holzmangel der Italiener, dürfte von diesem Pinienwäldchen nicht viel mehr übrig geblieben sein.

Die Waldverwüstung auf dem einst reichbewaldeten Karstplateau wurde nach vollzogener Abstodung durch das Weiden der Schafe, vornehmlich aber der Ziegen, eifrig fortgesetzt. Vor etwa vierzig Jahren sah man weit und breit kein Gehölz, höchstens kümmerliche Aufforstungen, heute rauschen dort schöne Föhrenwäldungen und selbst Brettsägen sind bereits in Tätigkeit. Auf dem berühmten Dobner und der anschließenden Hochfläche gibt es zwar noch sehr viel Eichengestrüpp, das aber vorläufig seiner Baumhöhe erreicht und durch den langen Krieg auch zum Verschwinden gebracht wird. Auf vielen Grundstücken nördlich von Triest wachsen, ohne daß eine Pflege stattfindet, Eichen, doch kaum zwanzig Jahre alt werden sie von den Eigentümern als Brennholz gefällt. Über zwanzig Millionen Baumpflanzen wurden in den letzten fünfzig Jahren an Gemeinden und einzelne Besitzer verteilt und sehr schöne Resultate erzielt. Der Reisende, der vor einem halben Jahrhundert durch den Tschischner-Boden — so heißt die Hochfläche nördlich von Triest — fuhr, würde dieselbe heute nicht mehr erkennen. Freilich ist es überall Jungwald, der uns umgibt.

Im Hoch- und Mittelgebirge ist die Fichte vorherrschend, im Tarnowaner-Wald gibt es uralte artige Bestände von Buchen, Tannen und Fichten, im Görzer Hügelland (italienisch Coglio genannt) sowie im Tale der Wippach finden sich Bestände der Stieleiche. Näher der Küste, im Fionzo-Delta, gibt es viele Edelkastanien, Ulmen und Walnüsse.

Zur Karstaufforstung eignet sich am besten die Schwarzföhre. Es muß bemerkt werden, daß der Karstboden nicht aus Stein und Felsen allein besteht; in den ungezählten Spalten, die den Boden wie von Riesenäxten zerspalten erscheinen lassen und oft außerordentlich tief sind, finden die Baumwurzeln

¹⁾ Tarn heißt im Slawischen Dorn oder Gestrüpp. Viele Städte haben hiervon den Namen, sowohl bei Nord- als bei Südslawen, z. B. Tarnau in Böhmen, Thurnau in Ungarn, Tarnowa in Bulgarien, Tarnow in Galizien usw.

großer Tiefe Nahrung, so daß selbst der fürchterliche Borasturm keine Windbrüche erzeugt. Nur solange die Dürre herrscht, gehen viele Pflänzchen runde.

Der Winter ist in der Görzer Gegend sehr kurz milde, was begreiflicher Weise der Aufforstung zu statten kommt. Niederschläge sind im Herbst Frühling zum Glück sehr häufig und reichlich. dem fast völligen Mangel an Stroh wird leider das Laub als Stallstreu verwendet, so daß sich keine reiche Humusschicht bilden kann, und das weidende Vieh verursacht auch viel Schaden. Das geringe Verständnis, das der Städter der Forstwirtschaft,

speziell der Aufforstung, entgegenbringt, hatte Schreiber dieses unweit Görz zu beobachten Gelegenheit gehabt, als seine Landsturmlaute, meist Fabrikarbeiter aus Nordböhmen, nächst des Waldes — weil, wie sie meinten, sie gern Rauch sehen wollten — aus jungen Föhren-Bäumchen Feuer unterhielten, obwohl ringsherum genügend Abfallholz herumlag. Es bedurfte nachdrücklichster Belehrung und Strafandrohung, um solchen Vandalismus zu verhindern.

Hoffentlich wird dem italienischen Ansturm im Fonzolande weiter heldenmütig Stand gehalten und die Arbeit vieler Jahrzehnte gerettet werden.

Notizen.

A. Wildseuchen.

Über diesen zeitgemäßen Gegenstand sprach in der Zoologischen Abteilung der Ffz in Dresden Professor Dr. Schwan an der Hand von Lichtbildern, zu denen Professor Dr. Pöpel (vom Johannstädter Krankenhaus) Aufnahmen herbeibrachte. Ein Rückgang des Wildstandes ist seit Jahren merkbar; besonders unangenehm wird er, seitdem im Kriege Wild erhöhte Bedeutung für die Volksernährung gefunden hat. Es scheint, als ob das Sterben gerade jetzt seinen Höhepunkt erreichen will; zu einer Statistik reichen die Unterlagen des Vortragenden allerdings noch nicht aus. Ausschlaggebend sind bestimmte Wildseuchen. Bei Hasen und Kaninchen, am stärksten betroffen sind, wirken mehrere Krankheitsger zusammen. Beim Rot-, Reh-, Schwarz- und dem schonorts eingeführten Muffelwild (Mufflon) ist der Rückgang wesentlich in den eigentlichen Tiergärten, die jetzt eifrig die Volksernährung beitragen. Auf die Wirkung der Leberseuche, wohl auch auf die des sogenannten Quertretens die schlechte Ernährung dieses Wildes Einfluß.

Die hämorrhagische Septikämie trifft bisher nur den Fuchs, nicht das Wildkaninchen. Ihre Erreger, Bakterien, die der Vortragende beschrieb, wirken feuchenartig hauptsächlich im Winter und Frühjahr. Wahrscheinlich weil sie unter Fische starker Belichtung leiden. Sie gehören einer großen Bakteriengruppe an, von der verschiedene Spielarten schwere Meinungen an mehrerlei Tieren hervorrufen. Verseucht und der Fuchs vermutlich bei der Aufnahme von Pilzen. Die Infektion trifft alle Organe, bezeichnend aber ist eine blutige Leimhautentzündung in Schlund, Lufttröhre, Kehlkopf. Der Verlauf ist stürmisch. Gefährliche Verbreiter sind Krähen und Füchse. Das Fleisch erkrankter Hasen ist genutztaulich, die Veränderungen nicht zu tiefgreifend sind. Aussetzen von Hasen bald nach dem Erlöschen der Seuche gilt für unbedenklich.

Die Ragetiartuberkulose hat zum Erreger den *Streptococcus rodentium*. Die Erscheinungen sind nur oberflächlich denen der echten Tuberkulose ähnlich. Auch der Erreger unterscheidet sich vom Tuberkelbazillus in wesentlichen Eigenschaften. Er ist nur Ragetieren gefährlich. Das Fleisch ist daher genutztaulich. Es handelt sich um eine der häufigsten Hasen- und Kaninchenkrankheiten. Echte Tuberkulose dagegen kommt bei wilden Ragetieren nicht vor. Eingangspforte ist die Nasenschleimhaut. Zur Bekämpfung müssen sich Besitzer in infizierten Gegenden zusammen tun, sonst nimmt die Ver-

breitung zu. Ein möglichst gründlicher Abschluß ist wünschenswert. Der Vortragende machte Angaben über Maßnahmen für Absperrung, Beseitigung der Kadaver, Desinfektion.

Die Staphylomykose (Traubenkokkenkrankheit) wird verursacht durch den auch in der menschlichen Pathologie wichtigen *Staphylococcus albus*. Überträger ist wahrscheinlich der Hasenfloß. Man kennt eine pyämische und eine septikämische Form der Erkrankung. Bei der pyämischen bestehen Eiterungen an verschiedenen Körperteilen, bei der septikämischen wirkt der Erreger in der Blutbahn. Die erkrankten Hasen werden durch Aufstöbern mit dem Hunde abgefangen. Rücksichtsloses Abschießen ist nicht rätlich, weil die Krankheit leicht von selbst zurückgeht. Das Fleisch ist genutzuntaulich, mindestens bei der septikämischen Form.

Das bösartige Ekzem des Hasen äußert sich in Borkenbildung, die sich, am Kopf beginnend, über den Körper verbreitet. Befall des Auges verursacht Erblindung, die Tiere gehen an Entkräftung ein. Der Erreger ist unbekannt. Eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Epithelioma contagiosum (der Hautform der Geflügelbiphtherie) läßt einen schwer erkennbaren Hautschmarozer vermuten. Gegen diese Krankheit nützen erfahrungsgemäß die Fische; in den meisten Fällen sonst schaden sie eher durch Verbreiten der Krankheitskeime; Widerstandsfähigkeit gegen die Verdauungssäfte des Fuchses ist erwiesen z. B. vom Milzbrand. Im Falle des Ekzems scheint den Fuchs ein besonderer Geruch der Kranken auf ihre Spur zu bringen. — Ähnliche Wirkungen wie von Staphylomykose und Ekzem will man von einer Aktinomykose (Strahlpilzkrankheit) des Hasen gesehen haben.

Das Reh, in geringerem Grad das Schwarz-, am wenigsten das Rotwild, leiden unter Lungenwürmern, Spulwürmern vom Strongylustyp in den Lungen. Und zwar hat jede Wildart ihre besondere Art dieser Schmarozer, ebenso wie die domestizierten Schaf, Rind und Hauszschwein. Übertragung vom Schaf und Rind auf das Reh, der man früher die Verbreitung beim Wild zuschrieb, ist belanglos. Mäßige Verseuchung ist wenig störend; sie wurde überschätzt; bei schwer verlaufenden Fällen sind meist hinzutretende Bakterienverseuchungen verderblich. Der Vortragende schilderte den Weg der Verseuchung und die Lebensweise der Würmer. Unentschieden ist, ob sie nach Verlassen des Wildes frei am Boden leben, wie Gräfin Linden nach ihren Zuchtversuchen annimmt, oder in einem andern Tier (Zwischentwirt). Arzneien die oft angepriesen werden, sind unwirksam. Absperren gefährdender Weideplätze bis Juli, Trodenlegen von Sumpf-

stellen, Abschluß hustender Stöße sind wirksame Abwehrmittel. Nach Überstehen empfiehlt sich verstärkte Hege und Verabreichung bestimmter Kräftigungsmittel.

Die Leberegelseuche beim Reh-, Rot-, Dam-, Schwarz- und Muffelwild wird verursacht durch zwei Arten Plattwürmer, den großen Leberegel (*Fasciola hepatica*) und den kleinen (*Microcoelium lanceolatum*). Übertragung von Wild auf Wild gibt es nicht. Zwischenwirte sind Sumpfschnecken, für den großen Leberegel *Limnaeus truncatulus*, vielleicht auch andere Limnaeen — die Entscheidung dieser Frage ist wichtig für Sanierungsmaßnahmen. Für den kleinen Egel ist die Schneckenart noch unbekannt. Der Vortragende beschrieb, was von der Metamorphose, mit verschiedenartigen schmarotzenden und freilebenden Larvenformen, ermittelt ist. Die Folgen des Befalls für das Wild sind Entzündungen in den Gallengängen, erhebliche Veränderungen des Lebergewebes, schwere Blutarmut, an der besonders junge Tiere leicht eingehe. Wie für Ungenurwurmseuche, so muß auch für die Leberegelseuche entschieden werden, in welchem Maße Mitwirkung von Kleinlebewesen den Ausgang der Erkrankung beeinflusst. Der Vortragende fand in der erkrankten Leber des Mufflons eine Spirochäte und Hefen. Beide können im Tierkörper schwer schädigend, können aber auch harmlos sein; ihre Rolle bei der Egelseuche ist noch ungeklärt. — In der Bekämpfung der Seuche sind Medikamenten bedeutungslos. Hauptsache ist die Freistellung des verseuchten, d. i. mit verseuchten Schnecken besiedelten Geländes, seine Absperrung oder besser Trockenlegung. Einstweilen kann das Wild durch Verwitterungsmittel ferngehalten werden. Auch in ausgedehnt versumpften Revieren können diese Maßnahmen Erfolg haben, weil das Vorkommen der Schnecken dort oft auf engbegrenzte Örtlichkeiten beschränkt ist; von ihnen aus werden dann die Egellarven mit dem Wasser in andere Revierteile abgetrieben. Mit Leberegeln verseuchtes Wild ist genutztauglich.

Rätselhaft in seinem Ursprung war bisher das Quertreten, bössartige Lähmung der Hinterläufe beim Rotwild. Seitdem man weiß, daß die Larven der Hautbremsen des Viehs (Dassellarven) einen Teil ihrer Entwicklung im Rückenatlas durchmachen, liegt die Auffassung nahe, das Quertreten sei beim Wild eine Folge des Befalls mit Hautbremsenlarven. Untersuchungen des Vortragenden haben jedoch vorerst nicht dies bestätigt, sondern sie machten als Ursachen wahrscheinlich: Das Vorkommen eines Fadenwurmes als Schmarotzer und das einer bestimmten Bakterienart (*Kolobazillus*) im Rückenatlas; diese Bakterienwirkung bringt solche Fälle der menschlichen Genickstarre nahe.

Allgemein ergab sich aus dem Vortrage: Die Erforschung der Wildseuchen ist praktisch wichtig; trotzdem noch wenig darüber gearbeitet ist, sind schon Sanierungsmaßnahmen möglich. Medikamente sind dabei nebenächlich, aber nicht immer abzulehnen. In der verbreiteten Idee, wildlebende Tiere müßten von Krankheiten verschont sein, steckt eine mißverständliche Auffassung des Zweckmäßigen in der Natur. Außerdem ist in der Umgebung des Wildes viel durch den Menschen abgeändert. Es gibt Kulturkrankheiten, wie die echte Tuberkulose, denen das Wild nicht unterliegt, — gibt aber auch ausgeprochene Wildkrankheiten, besonders durch mehrzellige Scharmaker verursacht. — Mittelbar hat die Erforschung der Wildkrankheiten großen Wert für die menschliche und Veterinärmedizin, weil dadurch Vergleiche an sehr verschiedenartigen und zwischen kultivierten und wildlebenden Tieren möglich werden.

Sächs. Centr.-Korresp., Dresden, Bayreuther Str. 29.

B. Die Abholzungen von Schälwald.

Die bedauerliche Erscheinung, daß Schälwaldbesitzer folge der hohen Holzpreise Teile ihres Schälwaldes fallen zum Verkauf bringen, hat bereits zu Vorstellungen bei den zuständigen Behörden geführt. Der Zentralverein der Deutschen Lederindustrie teilt nun mit, daß auch die Kriegsleder-Mittelschicht die bekannt gewordenen Beschwerden dem Kriegsministerium zur Kenntnis gebracht hat. Nach den Unterhandlungen der Gefühlsführung des Zentralvereins mit den zuständigen Stellen der Kriegs-Rohstoff-Abteilung ist vom Kriegsministerium vor mehreren Tagen an sämtliche obersten Forstbehörden, das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, an das Königlich Preussische Landes-Ministerkollegium und an die behördlichen Stellen in allen anderen Bundesstaaten ein Rundschreiben ergangen, in dem der Einspruch gewahrt wird, wobei das Näheren die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung unseres Eigenschälwaldes in klarer Weise vor Augen geführt wurde. Es steht anzunehmen, daß inzwischen auch die unteren Forstbehörden bereits in diesem Sinne erhalten haben. Ein Einsprechen einzelner wird nur möglich sein, wenn Fälle, in denen Eigenschälwald geschlagen und als Brennmaterial oder zu sonstigen Zwecken verwandt ist, einwandfrei gemeldet werden. Der Zentralverein der Deutschen Lederindustrie bittet seine Mitglieder daher, etwa bekannt werdende Vorgänge unverzüglich zu seiner Kenntnis zu bringen, damit sie der Kriegs-Rohstoff-Abteilung zum sofortigen Einschreiten vorgetragen werden können.

Die vorstehende Mahnung, die uns vom „Rentalverein der Deutschen Lederindustrie“ ausgegangen ist, können wir selbstverständlich nur bestätigen. Jedoch möchten wir dabei nicht unterlassen zu betonen, daß die Lederindustrie, wenn sie von der „unbedingten Notwendigkeit der Erhaltung unserer Eichen- und Buchenwälder“ so ganz überzeugt ist, doch nicht seit Jahrzehnten durch Druck der Rindenpreise und Anwendung ausländischer Erstattungen alles hätte tun sollen, um die Rentabilität des Schälwaldbetriebs zu verberken.

C. Auskunftsstelle für Speisepilze.

Um die Bekanntschaft mit den in unseren Wäldern so zahlreichen Speisepilzen zu verallgemeinern, ist auch in dieser Jahre in Königsberg i. Pr. eine städtische Pilz-Bestimmungsgstelle in Tätigkeit. Sie wird wiederum von Lehrer E. Gramberg verwaltet, dessen zweibändiger Pilz-Atlas „Pilze der Heimat“ (pro Band 5,40 M.) weit Verbreitung gefunden hat und dessen „Kleines Pilzführer“ (60 Pfg.) (beide bei Quelle & Meyer, Leipzig) soeben erschienen. Jeder Ausflügler der Stadt kann in der Auskunftsstelle Pilze bestimmen lassen. Auch Auswärtige können Pilze zur Bestimmung einsenden (Aufschrift: Städt. Pilz-Bestimmungsstelle Königsberg, Pr.), haben jedoch für je einen Pilzart eine Gebühr von 50 Pfg. beizulegen. Die Pilze sind — ebenso wie die zurückbehaltenen — zu nummerieren. Die Bestimmung gibt den Namen an und bemerkt, ob sie essbar, ungenießbar oder giftig ist.

Die Speisepilze werden leider in den breiten Volkskreisen noch viel zu wenig beachtet. Da es in den heimischen Wäldern über 100 wohlgeschmeckende Pilzarten gibt, sollte man doch endlich in unserer ersten Zeit der Nahrungsmittelknappheit von der Ausnützung dieser so wohlfeilen Lebensmittelquelle Gebrauch machen.

Für die Redaktion verantwortlich: für Aufsätze, Briefe, Versammlungsberichte und Notizen Prof. Dr. Wimmerauer,
für literarische Berichte Prof. Dr. Weber, beide in Gießen. — Für die Inserate verantwortlich: J. Sauerländer'scher
Verleger: J. D. Sauerländer in Frankfurt a. M. — Paul Schottkies Eden, G. m. b. H., Holzbuchdrucker in Offen (Hess.)

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

Februar 1918

Über die Waldverhältnisse Litauens.

Von Professor Dr. H. Weber-Gießen,
St. Hauptmann in der Militärverwaltung Litauen.
(Fortsetzung des Aufsatzes im Januar-Heft 1918.)

8. Bringungsverhältnisse.

Die Verbringungswertigkeit der Hölzer an den Orten des Verbrauchs steht mit den gegebenen Kulturverhältnissen des Landes im engsten Zusammenhang, im hervorragendsten Maße aber in seinen Verkehrsmitteln, denn es ist einleuchtend, daß die Bringungsfähigkeit des im Vertriebe zu seinem Werte sehr schweren Holzes in höherem Grade von der Art und dem Zustande der Bringungsanstalten bedingt wird als die Transportfähigkeit von sehr hochwertigen Erzeugnissen des Landes, wie z. B. von Weizen, Mais, Tabak, Kaffee, dergl. oder von Erzen. Und da die Höhe der Entwicklungsstufe jeder Wirtschaft von den Preisen der Erzeugnisse abhängt, so muß die Intensität der Waldwirtschaft in ganz besonders hohem Maße von den Verkehrsmitteln des Landes und namentlich von den Bringungsanstalten beeinflusst werden, welche das betr. Waldgebiet auf- und abschließen.

Die litauische Waldwirtschaft macht von diesem keine Ausnahme. Ja, für die Abnutzung der besten Waldungen in den besetzten Gebieten des Landes sind die Bringungsanstalten geradezu von ausschlaggebender Bedeutung. Man kann hier sagen: In fast allen Staats- und ausgedehnten Privatforsten kann Nugholz in großen Mengen geschlagen werden. Aber die Hauptfrage ist: kann der Einschlag auch abtransportiert werden?

Da gute Straßen (Chausseen) und Eisenbahnen in Litauen in nur sehr geringer Anzahl durchzuziehen, spielt zurzeit der Holztransport auf dem Wasser die hervorragendste Rolle. Ganz besonders gilt dies für die Verbringung der Nughölzer auf weite Strecken — in den Weltverkehr, weil der Transport auf den Wasserstraßen weit billiger ist als auf den Eisenbahnen und Straßen, und weil das Holz wegen seines im Vergleich zu anderen Bodenerzeugnissen beträchtlichen Gewichtes und niedrigen Wertes hohe Verbringungskosten nicht verträgt.

Der Hauptstrom des Verwaltungsgebietes Oberlitauens ist die Memel oder der Njemen. Seine

Hauptnebenflüsse sind die Schara, die Wilija mit der Swienta, die Niewiaza, die Dubissa und die Jura. Aber nicht nur diese, sondern weiter auch deren Nebenflüsse und die Bäche bis tief ins Innere des Landes hinein sind zumeist für den Wassertransport geeignet. Allerdings kann auf den meisten Bächen und Flüssen nur die „wilde Flößerei“ betrieben werden. Es wird „getriftet“. Und auch dies kann nur kurze Zeit, nämlich nur während des Frühjahr- und evtl. Herbsthochwassers, geschehen. Auch auf einigen größeren Gewässern, so der Dubissa und der Jura, kann teils infolge ihres Untergrundes oder wegen der geringen Wasserführung nur getriftet werden. Sobald der Eisgang und die Schneeschmelze vorüber sind, werden die Stämme, Schleifholztrumme oder Grubenholzstempel, die im Winter auf Schlitten, im Sommer mit Wagen an die Flußablagen gerückt werden, in die angeschwollenen Wasseradern geworfen und abwärts treiben lassen. Auf mehr Wasser führenden Flüssen wird schon gebunden „geflößt“, jedoch in kleinen Gebinden, sogen. „Tafeln“, die mitunter aus nur 8—10 Stämmen gebildet werden. Einige Nebenflüsse der Memel, so die Wilija mit der Swienta und die Niewiaza, tragen schon größere Flöße, sogenannte „Plieten“, die aus mehreren größeren Tafeln zusammengesetzt sind. Auch auf dem Njemen werden solche Plieten hinabgeflößt.¹⁾

Erst unterhalb von Kowno, nachdem die die Flößerei stark behindernden Brücken überwunden sind, werden 2—4 Plieten zu einer „Trift“ vereinigt, die nach Deutschland weitergeht. Eine Trift ist etwa 125 m lang bei einer Breite von 18 m und hatte in Friedenszeiten einen durchschnittlichen Wert von 8—10 000 Mk. Heute wird man sie mit 15—20 000 Mk. bewerten dürfen. Vor dem Kriege wurden jährlich rund 3000 Triften im Werte von 20—25 Millionen Mk. nach Deutschland eingeführt.

Eine Pliet oder eine Trift muß sachkundig gearbeitet sein, damit sie den Tücken des launischen Njemen standhalten kann. Um höhere Preise für das Holz zu erzielen, vermied man es möglichst, die Stämme zu nageln, man verband sie mit Wachholderwurzeln. Bei dem großen Mangel an Arbeitskräften während des Krieges muß man auf diese bessere Methode verzichten und die Plieten ausnahmslos

¹⁾ Die nachfolgende Schilderung der Flößerei ist den „Bildern aus Litauen“ entnommen.

nageln. Es werden dünne Hölzer — „Klüsterstangen“ — querüber gelegt, und jeder Stamm wird mit 5—6-zölligen Nägeln daran befestigt. Wenn es möglich ist, werden einzelne Stämme — „Auflieger“ — obenauf gelegt, um den Inhalt des Floßes zu erhöhen.

Am vorderen und hinteren Ende der Pliet wird ein Aufbau errichtet, der die „Butschien“ trägt, mit deren Hilfe die Pliet gesteuert wird. Die Butschien sind ungefähr 5 m lange, roh bearbeitete Ruderstangen, die in der Längsrichtung des Floßes liegen und wie Ruder bewegt werden. Zum Bremsen und Verankern der Trift dienen 3—3½ m lange Laubholzstangen — „Schriden“ —, die durch geeignete Löcher der Trift senkrecht nach unten geschoben werden und sich im Flußbett festbohren. Die Triften haben vorn und hinten je 2 Butschien und Schriden, die Plieten je eine. Bei größeren Transporten von etwa 10 Plieten, die von je einem besser bezahlten „Rätmann“ geleitet werden, hat letzterer einen Sandkahn mit Anker zur Verfügung, der beim Durchflößen durch Brücken, beim Überwinden von Steinriffen, Sandbänken, versenkten Rähnen und dergleichen unschätzbare Dienste leistet. Die Flößer vermögen allein mit Hilfe der Schriden und Butschien unter Ausnutzung der Strömung die Triften von einem Ufer zum anderen zu schaffen. Dazu gehört eine gewisse Fertigkeit, die nur im Laufe langer Jahre erworben werden kann. Die Arbeit auf dem Wasser ist aber den Flößern so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß man Proben verblüffender Gewandtheit beobachten kann. Während ein ungeübter Landbewohner sich nur mit Mühe auf einem Floß bewegen kann, allenthalben ausgleitet und jederzeit ein nasses Bad gewärtigen muß, bewegen sich die „amphibischen“ Flößer mit beneidenswerter Sicherheit auf dem schwankenden Grunde. Ja, es gibt Leute unter ihnen, die ohne Schwierigkeit auf einzelnen freischwimmenden Stämmen balancieren und sie mit Hilfe einer Floßstange nach Belieben lenken können. Allerdings geht der Flößer stets barfuß. Wind und Wetter ficht ihn nicht an, und ein kaltes Bad scheut er nicht. Gerate ein Floß auf eine der zahlreichen Sandbänke, so springen die Flößer in ihren Kleidern ins Wasser, um die Trift frei zu machen, und lassen sich nachher von Wind und Sonne trocknen. Während der Fahrt haufen sie in dachartigen Buden von 1 m Höhe, die mit Stroh oder Tannennrinde gedeckt sind. Ihr Essen kochen sie auf einer Feuerstelle auf dem Floße, die nichts weiter als eine Lehm-schicht auf den Stämmen des Floßes ist. Während der Fahrt leben sie meist von Brot und vermögen fabelhafte Mengen davon zu vertilgen. Dabei sind sie sehr sparsam und ängstlich darauf bedacht, ihren kärglichen Lohn möglichst un-

gekurzt nach Hause zu bringen. Die Flößer sind teils Juden, teils Litauer, teils Polen. Auch welche Flößer sieht man mit erfreulicher Kraft die Butschien handhaben. Die Geschwindigkeit des Floßes ist abhängig von der Wasserführung des Stromes, von seinem Gefälle und vom Winde. Unter normalen Verhältnissen erreicht die Trift eine Geschwindigkeit von 4—5 km in der Stunde. Herrscht aber Sturm, so werden die Triften am Ufer getrieben und müssen warten, bis das Unwetter aufhört. Man kann also nicht voraussetzen, wann ein Floß, dessen Abfahrt bekannt ist, an seinem Zielpunkte eintreffen wird.

Die Hauptmasse des Floßholzes ist Laubholz. Nadelhölzer schwimmen vermöge ihres geringen spezifischen Gewichtes allein. Harte Laubhölzer müssen mit Nadelhölzern — „Einbund“ — vermischt gefloßt werden, da sie sonst unterinken würden. Besonders gilt dies von der Eiche, deren Holz unter den einheimischen Baumarten am schwersten ist.

Die ästigen Zopfenden der Nadelhölzer werden in Längen von 4,30 m und 6,40 m geschnitten und im Inlande unter dem Namen „Schesjorkes“ und „Polskrapke“ — letzteres bedeutet „halbschäl“ — verwertet.

Ebenso bleibt das Brennholz im Lande, da die einheimischen Tonöfen auf Holzbrand berechnet sind und keinen Rost haben.

Die Schälfabriken führen Erlen ein, die Zündholzfabriken Aspen.

Von Ranthölzern werden auf dem Njemen Kleinbahnschwellen („Konkes“), Eisenbahnschwellen deutscher und russischer Art („Spallen“), englische „Sleeper“ und Balken („Timber“) verfloßt.

9. Nebenutzungen und Jagd.

Die wertvollste Nebenutzung des litauischen Waldes ist heute zweifellos noch die Weid. Die Viehzucht ist als der wichtigste Zweig der Landwirtschaft Litauens zu bezeichnen. Und da gute Weiden und gepflegte Weiden („Fettweiden“) in nur geringer Ausdehnung vorhanden sind, spielt die Waldweid hierzulande noch eine sehr große Rolle, zumal Weide und Wald bezw. Holzung oder Busch noch nicht so scharf von einander getrennt sind wie in Deutschland. Bei sehr vielen und ausgedehnten Flächen weiß selbst der Forstmann nicht, ob er sie als Wald oder Weide bezeichnen soll. Früher Wald gewesen und fast abgeholzt, sind die Weidhölzer wieder angeschlagen, aber durch den Eintrieb des Viehs hat sich ein wirklicher junger Wald nicht mehr entwickeln können.

i einem Mittelthing zwischen Busch und Weide es geblieben, und so lange diese großen Flächen selbst überlassen bleiben, und das Vieh jahraus rein weiter auf ihnen weidet, werden zunächst auch in dem geschilderten Zustande bleiben.

Aber nicht nur diese Mischform zwischen Wald und Weide — den „Waldweiden“ der Alpen vergleichend —, sondern auch die eigentlichen Waldungen stehen noch der Weide. Auf den meisten der Staats- und Gutsforsten ruhen Weideberechtigungen der Pächter, oder die Waldweide ist wenigstens gestattet und wird auch überall in ausgiebigstem Maße ausgeübt. Von den ersten Frühjahrstagen an bis in den Spätherbst hinein schickt der Litauer alles Vieh, es er gerade nicht zum Fahren gebraucht, also nicht nur das Rindvieh, die Schweine, Schafe und Ziegen, sondern auch die Pferde und Fohlen auf die Weide in den benachbarten Wald. Kunterbunt weidet es, meist ohne Aufsicht durcheinander, besonders in den Jungbölzern, aber auch in den reiferen Beständen, selbst in den feuchtesten Partien, in welchen im Hochsommer auch das Wasser die Fläche zum großen Teile bedeckt.

Daß das Weidevieh dem Walde erheblichen Schaden zufügt, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein, eine Ordnung und Regelung des Weidebetriebs herbeizuführen, weil zielbewußte Forstwirtschaft und unregelmäßiger Weidebetrieb, wie hier besteht, auf die Dauer nicht miteinander vereinbar sind, wenn die Bodenwirtschaft sich in fortwährendem Sinne entwickeln soll.

Andere Waldnebennutzungen haben bisher in Litauen keine größere Rolle gespielt. Hier und da findet man Teeröfen primitivster Art. Durch Verkohlen der Birkenrinde oder Kiefernstochholz stellt sich der Bauer auf diese Weise selbst die nötige Wagenmaniere her.

Durch den Krieg sind jedoch verschiedene Nebennutzungsbetriebe seitens der deutschen Forstverwaltung eingerichtet worden, weil deren Erzeugnisse infolge der Abschneidung Deutschlands vom Überseeverkehr wieder im Inlande gewonnen werden müssen. So hat die Verwaltung Ober-Ost bereits im Jahre 1916 verschiedene Teeröfen gebaut und in Betrieb gesetzt, und auch in diesem Jahre sollen weitere Teeröfen zur Gewinnung von Terpentin und Teer aus Kiefernholz in Betrieb genommen werden. Ferner hat im vorigen Jahre überall dort, wo Fichtenschleifholz eingeschlagen wurde, die Fichtenrinden- und Kiefernholz zu Gerbstoffzwecken eingesetzt, und in

diesem Jahre ist diese Nutzung anfangs noch fortgesetzt worden.

Zur Deckung des Harzbedarfs wurde in großem Maßstabe die im Laufe der letzten Jahrzehnte in Deutschland fast ganz in Vergessenheit geratene Harznutzung wieder eingeführt. Während aber in Deutschland früher nur die Fichtenharznutzung in verschiedenen Gebirgsforsten betrieben wurde, ist jetzt, wie in Deutschland, so auch hier, die Harznutzung der älteren Kiefernbestände in den Vordergrund gestellt worden, weil das Kiefernharz mehr Terpentin liefert als das Fichtenharz. Zwar waren die Ergebnisse der Kiefernharznutzung im vorigen Jahre nicht günstig, aber nichtsdestoweniger ist in diesem Jahre die Gewinnung fortgesetzt worden. Auf Grund der gemachten Erfahrungen hoffte man, mittels besserer Verfahren, u. a. des verbesserten Nachtenverfahrens — „Schwalbennest“, statt des alten „Grandel“-Verfahrens — höhere Ergebnisse zu erzielen. Diese Hoffnung scheint denn auch in Erfüllung gegangen zu sein.

Neben der Gewinnung von Kiefern-Fluß- (Balsam) und Scharharz wurde im vorigen Jahre aber auch an unabsichtlich verwundeten Fichten viel Harz gesammelt. Und in diesem Jahre ist damit nicht nur fortgefahren, sondern es sind auch die älteren Fichtenbestände systematisch zur Harznutzung herangezogen worden. Sie sind ebenfalls angelichtet worden.

Sowohl das Fluß- wie das Scharharz wird in einer besonderen Anstalt der Verwaltung Ober-Ost zu Terpentin und Kolophonium verarbeitet.

In einer Reihe von Staatsforsten wurden auch Meilerkölhereien im vorigen Jahre in Betrieb gesetzt. Auf diese Weise werden fortgesetzt große Mengen geringwertigen Brennholzes verwertet.

In jagdblicher Hinsicht sind die meisten Feldgrauen Jäger in ihren Hoffnungen recht enttäuscht worden. Man nahm meist an, die ausgedehnten Wälder Litauens steckten voll von Hochwild, namentlich von Rot- und Elchwild sowie von Wölfen. Aber Rotwild ist in Litauen fast gar nicht vorhanden; ein geringer Bestand soll sich noch in der Nähe der kurländischen Grenze aufhalten. Hier und da kommt der Elch in ausgedehnten sumpfigen Gegenden noch vor, doch einmal ist der Abschluß durch Ober-Ost verboten, aber auch wenn dies nicht der Fall wäre, würde die Erlegung eines jagdbaren Elchs mehr oder weniger Zufall sein. Obwohl in meinem Inspektionsbezirk sich in einer Sumpfgegend noch Elche als Standwild aufhalten, hat das Forstpersonal noch kein

Stück zu Gesicht bekommen. Dagegen hat ein Unteroffizier einer Wirtschafts-Kompagnie vor kurzem unter Nichtbeachtung des Ober-Ost-Verbots einen jüngeren Elch, der sich bei einem Stücke Raßwild befand, im Kreise Niejdanj, erlegt. Die beiden Stücke waren zweifellos weiter gewechselt. Auch Schwarzwild ist nur wenig vorhanden. Und mit Rehwild ist es im Vergleich zu den Verhältnissen in Deutschland meistens recht schlecht bestellt. Nur in einigen großen Privatforsten, deren Besitzer Sinn und Verständnis für die Jagd hatten, die nicht nur Jäger, sondern auch Jeger waren, gab es vor dem Kriege leidliche Bestände. Aber zur Zeit, als die russischen Heere hier standen und auch während des Vormarsches unserer Truppen bis zur Einrichtung einer geordneten Militärverwaltung scheinen die vorhandenen Bestände noch stark Not gelitten zu haben. Wölfe gibt es noch in einzelnen Teilen Litauens, und zwar hauptsächlich in den südlichen, an Polen grenzenden Teilen des Landes. Aber trotz des letzten strengen Winters sind doch nur 10 Stück zur Strecke gebracht worden. Sie wechseln weit hin und her, heute werden sie hier, morgen meilenweit entfernt davon gesehen bzw. gespürt. Sie sind nicht eigentliches Stand-, sondern Wechselwild. Auerswild ist in Litauen meines Wissens nur in wenigen Gegenden vorhanden, dagegen mehr noch in Kurland.

Vom Niederwild stehen Hasen und Rebhühner obenan, wenn auch die Bestände mit denjenigen im größten Teile der deutschen Ebenen nicht zu vergleichen sind. Auch der Schneehase ist in manchen Forsten vertreten. Allgemein zeichnet sich der litauische Hase durch sein erhebliches Gewicht aus, 10—12 Pfund schwere Hasen sind keine Seltenheit. Reichlich vertreten sind ferner Birkwild, Enten und die Waldschneepfe. Auch die Bekassinenarten und einer Reihe anderer Sumpfvögel, u. a. der Riebiß, sind überall anzutreffen. Gashühner sieht man allenthalben in nicht großen Mengen. Vom Raubwild ist der Fuchs am verbreitetsten, von den Marderarten der Iltis. Nicht selten kommt der Kolkrabe noch vor. Auch der schwarze Storch soll hier und da noch horsten.

Fasse ich zum Schlusse die Eindrücke, die ich von den litauischen Wäldern und ihrer Bewirtschaftung gewonnen habe, nochmals kurz zusammen, so gipfeln sie in der Feststellung, daß die litauische Waldwirtschaft, abgesehen von verhältnismäßig wenigen rühmlichen Ausnahmen, auf einer noch sehr niedrigen Entwicklungsstufe steht. Die Hauptursache dieses Zustandes erblicke ich in den geradezu abschreckenden

Brungsverhältnissen. Sie sind überhaupt das Grundübel der so sehr rückständigen Kultur des Landes anzusehen, und hier muß deshalb der Feld zunächst angefaßt werden, um das Land einer höheren Kulturstufe zuzuführen, die es im Hinblick auf seinen Boden und seine uraltschöne, aber bildungsunfähige Bevölkerung sicherlich verdient. Insbesondere die Forstwirtschaft, die bei der hebenden Landeskultur erhöhte wirtschaftliche Bedeutung erlangen wird, zu verbessern und einträglicher zu gestalten, ist in erster Linie der Aufschluß des Landes durch Verkehrsmittel dringend notwendig. Der Bau von Eisenbahnen und festen, versteinerten Landstraßen sowie die Schiffbarmachung der Flüsse ist eine der hervorragendsten, wenn nicht die zunächst wichtigste Aufgabe der Landesverwaltung, denn mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse geht die Hebung der allgemeinen Landeskultur Schritt für Schritt vorwärts; sie folgt ihr auf dem Fuße nach. Der Wert der Bodenerzeugnisse steigt. Damit erhöht sich die Wertschätzung des Erzeugers — des Grundbesitzers und Bodens —, und die weitere Folge ist die Verbesserung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit steigendem Wohlstande aber regt sich auch das Bedürfnis nach den menschlichen Kulturgütern, insbesondere nach besserer Bildung. Diese erzeugt eine höhere Lebensauffassung und eine Veredelung der Sitten. Der Zweck der Menschheit, einer immer höheren Vollkommenheit zuzustreben, nähert sich damit mehr und mehr seinem Ziele, ohne es allerdings jemals zu erreichen.

Aus der Champagne.

Von Dr. G. Baader.

Im Januarheft dieser Zeitschrift habe ich versucht, in einem Aufsatz über den Mittelwald im Nordosten von Verdun¹⁾ einen Beitrag zur Kenntnis französischer Wälder und französischer Forstwirtschaft zu liefern. Was ich damals über den Mittelwald ausführte, habe ich inzwischen auch in andern Gebieten Nordfrankreichs bestätigt gefunden, in der Picardie, in den Ardennen und auf dem linken Ufer der Maas, im Norden Verduns, mit seinen engen, gewundenen Seitentälern und schroffen Berghängen. Überall ist mir im Mittelwald ein Holzartenreichtum entgegengetreten, der dem gleichaltrigen Hochwald fremd ist, und der jene Waldform in ein immer wechselndes Gewand kleidet.

Hier ist das Unterholz ein reiner Hainbuchenstockschlag, dort ist es mit Eichen und Rotbuchen

¹⁾ „Vom französischen Mittelwald“, von Dr. G. Baader. Mgg. F. u. J.-B. 1917, S. 1.

hsetzt. Andernorts sind es ausschließlich Birke, Haselnuß, die den Bodenschutz übernehmen, in den südlichen Vorbergen der Ardennen muß vielfach sogar reiner Eschenausschlag, vermisch mit Brombeer- und Himbeerestrüpp, in diese Rolle en.

Nach im Oberholz tritt, bedingt durch den Stand, ein häufiger Wechsel der Holzarten zutage. Das Wirtschaftsziel ist somit in dem einen Gebiet auf die Erziehung der Stieleiche gerichtet, im andern setzt sich der Kernwuchs aus Rotbuchen zusammen. Schöne Mischbestände von Rotbuche, Bucheneiche, Bergahorn und Esche tragen die östlichen Maasberge in der Gegend von Flabas, Damer und Liffen, während der Mittelwaldbetrieb dem bereits erwähnten Randgebiet der Ardennen im Oberholzklassen auf größeren Flächen nur aus Buchen aufbaut, öfters sie auch so stark mit Birke durchsetzt, daß diese überwiegt.

Die Anzucht aller Laubhölzer vollzieht sich in Frankreich somit fast ausschließlich im Mittelwaldbetrieb, und bei dem Überwiegen der Tonböden mag der französische Forstmann auch nicht haben, wenn er dieser Waldform den Vorzug gibt. Die damit verbundene Vernachlässigung anderer Forderungen wurde schon in früheren Ausführungen¹⁾ dargelegt; ein allzu großer Teil der Gesamtproduktion an Holz entfällt eben auf schwache und sehr geringwertige Sortimenten. Ob dieses Opfer bewußt oder unbewußt gebracht wird, ist hier nicht untersucht werden. Aus der Verteilung der Betriebsarten nach Flächenanteilen im ganzen Lande — 73 % Nieder- und Mittelwald, 27 % Hochwald — läßt sich ohne weiteres ableiten, daß der Franzose für diese Wirtschaftsform eine besondere Vorliebe hat.

Wer zum ersten Male die Champagne betritt, wird deshalb erstaunt sein, wenn er die Waldverhältnisse hier so ganz anders geartet und von den oben geschilderten abweichend vorfindet. Selbst dem Forstmann geben sie zunächst Rätsel auf. Über weite Flächen von hunderten, ja selbst tausenden Hektar streckt sich scheinbar geschlossener Wald. Bei näherem Zusehen zerfällt er aber in zahllose Parzellen und Parzellchen forstlicher Zergwirtschaf: in Streifen Kiefern, ein Saum Birken, ein Band, das mit Niederwald aus einem Mischmasch aller möglichen Laubhölzer und Hecken, eine Wiese, hier Weiden, dann Lärchen, dort Obland. So reiht sich das endlos aneinander, bald parallel verlaufend, bald senkrecht auf einander stoßend oder in spitzen Winkeln sich treffend.²⁾

Wir stehen in einem Aufforstungsgebiet, und hundert Fragen bestürmen zugleich den Fremden. Woher diese Zersplitterung, diese Zügellosigkeit der Wirtschaft? Wohin führt der Weg, was ist das Ziel? Zeit und Arbeit brachten die Antwort auf jene Fragen und Zweifel, und es wurde immer klarer: Aus diesen Wäldern spricht der Boden und seine Kräfte, die sozialen Verhältnisse der Bewohner dieses Landes reden in ihnen stumm, aber eindringlich, und die Geschichte erloschener Jahrhunderte klingt leise nach im Rauschen ihrer Bäume.

Von der Champagne ist nur der nördliche Teil des Departements Marne in deutscher Hand, das ist das Hinterland der Front zwischen Reims und Argonnen, etwa bis in die Höhe von Rethel. Geologisch gehört das Gebiet der Kreideformation an, und zwar der oberen Kreide. Von den vielen Variationen dieses Schichtensystems findet sich hier am meisten der Kreidemergel. An der Luft zerbröckelt er bald in kleine, würfelige Stückchen. Dazu tritt an zahlreichen Orten der Kalk in reinsten Form als weiche, weiße Schreibkreide.

Die Kreide ist das Wahrzeichen der Champagne, und wo sie zu Tage tritt, hat ihre weiße Farbe wohl auch zur Ortsbenennung Anlaß gegeben. Erwähnt sei hier der Blanc Mont, ein Berg im Nordosten von St. Souplet, dessen weißer Rücken weithin in das Land leuchtet. Weitere Beispiele ließen sich noch anführen.

Das Verwitterungsprodukt der Kreideböden liefert sowohl der Landwirtschaft wie dem Walde ungünstige Standorte, die vorwiegend aus Kalksand bestehen und deren Eigenschaften mit dem steigenden Gehalt an Ton verbessert werden. Im allgemeinen sind sie heiß und arm an Humus.

Die wasserhaltende Kraft des Kreidebodens ist gering, die Durchlässigkeit groß und der Boden deswegen trocken. Die Sickerwässer vereinigen sich im Untergrunde zu einem zusammenhängenden Grundwasserspiegel, der langsam in der Richtung des nächsten Flusses oder Baches abströmt. Einen Einfluß auf die allein in Frage kommende Oberschicht kann das Grundwasser somit nur in Tief lagen und längs der Wasserläufe nehmen. Mit dem Steigen

metrischer Messung und aus Fliegeraufnahmen. Eine große Zahl Punkte wird zunächst durch ihre Koordinaten festgelegt und so das Gerippe der Karte geschaffen. In diese Blätter werden die Fliegeraufnahmen, die die Verteilung von Wald und Feld, den Verlauf der Wasserläufe und der Wege in vollendeter Weise wiedergeben, übertragen. Welche Summe von Arbeit wird dadurch dem Geometer erspart! Die Eigentums Grenzen gehen aus der Karte natürlich nicht hervor, sondern nur die Wald-Feld-Grenzen und die Grenzen zwischen Laub- und Nadelholz, Kultur und älterem Holz, mit anderen Worten alles, was von oben sichtbar ist.

¹⁾ A. F. u. F.-Z., 1917, S. 3.

²⁾ Die beigegebene Karte veranschaulicht diese Verhältnisse. — Die Karte selbst ist hervorgegangen aus trigono-

ung ehemaliger Waldböden handelt, oder um
e r s t e Kultivierung von Obländereien, bezw.
geringwertiger, landwirtschaftlich genutzter
en.

ch möchte die zweite Frage bejahen, die erste
einen, verhehle dabei aber nicht, daß die Grund-
dieser Entscheidung lückenhaft und unvoll-
ig sind. In dem geräumten Operationsgebiete
t sich nach drei Kriegsjahren keine Literatur
, und die einzige Geschichtsquelle) der Gegend,
aufzutreiben war, behandelt ausschließlich die
angenheit des Dorfes St. Etienne in der Arne.
or allem spricht der Name „Champagne“, von
lateinischen „campus“ abgeleitet, dafür, daß
zu Römerzeiten dieses Land keine Wälder von
erkennbarer Ausdehnung trug. Denn mit
apus“ verbindet sich der Begriff einer offenen
en und leeren Fläche. Dies schließt nicht aus,
an den Wasserläufen Streifen von Erlen,
en und Pappeln entlang zogen, und daß kleine
Olze und Strauchwerk zerstreut im Lande umher-
a. Sept Saulz, ein Dorf an der Marne, ist,
bedeutend mit septem salices.

aus der Geschichte der Gemeinde St. Etienne
sich über den Wald in alter Zeit das Folgende
nehmen: 2) -

in einem Besitzverzeichnis, das der „seigneur“,
Grundherr der Gemeinde bei Eintritt des Erbes
seinem Lehnsherrn einreichte, wird als einziger
d ein „Gehölz am Bache“ erwähnt. 3) Um die-
Zeit gab es in der Gemarkung neben freien
ern-Lehen noch „eine kleine Zahl von Wald-
en, die zinspflichtig waren.“ 4) Vom Grund-
n wird ferner im 13. Jahrhundert gesagt, daß
as Recht hatte, Kaninchen-Hege zu unterhalten.
37.) An anderer Stelle 5) wird dann ausgeführt,
hierzu drei kleine Gehölze bestimmt waren. Von
Hohen Jagd, als einem Vorrecht des Grund-
n, ist in keiner der zahlreichen Urkunden die Rede,

1) Histoire de Saint-Etienne à Arnes par J. N. J. Louis-
page couronné par l'Académie nationale de Reims.
ns 1902.

2) Herr Leutnant d. Bw. Beder, Seminarlehrer in
tabaur, war so freundlich und hat auf mein Bitten die
toire de Saint-Etienne à Arnes“ einer gewissenhaften
sicht unterzogen und die nachstehenden Belege ausge-
n. Auch den altfranzösischen Text der Urkunden hat er
setzt. Ich verhehle nicht, Herrn Beder auch an dieser
le nochmals herzlich zu danken.

3) S. 46 „item bos sour la rivière.“

4) S. 61 „Les héritages . . . , excepté un petit nombre
ois chargés de cens . . . , étaient tenus en franc-allen
urrier, . . .

5) S. 172 „Le seigneur . . . avait trois garennes: la petite
anne, à l'endroit où est le bois qui porte encore ce nom;
ande garenne, aux bois de St.-Etienne; et la troisième
anne, aux bois de Scay.“

und es darf daraus gefolgert werden, daß Rot- und
Schwarzwild wegen des Fehlens ausgebreiteter
Waldgebiete nicht vorkam. Eine Zusammenstellung
aus dem Jahre 1773 beziffert endlich den gesamten
Wald in der Gemeinde auf 28 ha, bei einer Größe
der Gemarkung von 3000 ha.

Ein weiteres Beweisstück liefert die Betrachtung
einer genauen Karte der Champagne. Zahlreiche
Punkte, insbesondere Anhöhen, Berge, Wege-
kreuzungen u. dgl. sind durch einzelnstehende Bäume
oder Baumgruppen gekennzeichnet und führen
Namen wie arbre, arbre signalé, arbre isolé, arbre
chenou, les deux arbres usw. In einem ausge-
sprochenen Waldgebiet wird eine derartige Orts-
bezeichnung kaum entstehen können, eher würde
man hier Rodungen vornehmen, um einen be-
stimmten Punkt im Gelände festzulegen.

Berücksichtigt man endlich die schon geschilderten
Bodenverhältnisse, die, worauf ich noch zu sprechen
komme, eigentlich nur für zwei anspruchslöse Holz-
arten — Birke und Schwarzkiefer — genügen,
dann darf wohl mit einigem Recht bezweifelt werden,
daß die Champagne in geschichtlicher Zeit jemals
geschlossene Wälder getragen hat.

Die vor etwa 50 Jahren in der Champagne ein-
setzende Aufforstungstätigkeit wird verständlich, wenn
man die sozialen und bodenwirtschaftlichen Verhält-
nisse des Landes im letzten Jahrhundert untersucht.
Wertvolle Anhalte liefert auch hier die Geschichte
von St. Etienne. S. 259¹⁾ wird über die Boden-
verhältnisse am Ende des 18. Jahrhunderts berichtet:
„Das Land war nicht derart, daß es überall mit
Nugun bearbeitet werden konnte. Bestimmte Be-
zirke waren ganz aufgegeben. Die Obländereien,
die heute fast alle mit Kiefern bestockt sind,
dienten als Weidegang für die Hammel. 1773
umfaßten die Obländereien der Gemeinde 180 ha.

Die Schafzucht legte den Grund zu einer be-
deutenden Hausweberei, die sich in der ganzen
Champagne nachweisen läßt, und die im 19. Jahr-
hundert ihre höchste Blüte erreichte. Landwirtschaft
und Hausindustrie gingen Hand in Hand, und
Winters über saßen der Kleinbauer und der Tagel-
öhner hinter dem Webstuhl. Dieses Verhältnis
wurde gelöst, als die Einführung der Ma sch i n e n-
spinnerei und -weberei die Hausweberei ver-
nichtete. Die ihres Unterhalts beraubten Haus-
weber standen jetzt vor der Wahl, entweder sich nur
der Landwirtschaft zu widmen, oder in die Städte
abzutwandern. Da ihnen zu der ersten Möglichkeit

1) „Le terroir n'étant pas de nature à être utilement
laboure dans toutes ses parties, certains cantons étaient
complètement abandonnés. Les triots, presque tous
aujourd'hui couverts de sapins, servaient au parcours
des moutons.“

meist die Mittel zum Landterwerb fehlten, taten sich das zweite. Für St. Etienne betrugen die Bevölkerungsziffern 1776: 600 Köpfe, 1788: 655 Köpfe, 1846: 728 Köpfe, 1900: 400 Köpfe. Mit dem Ausscheiden der bodenständigen Hilfskräfte wurden Anbau und Ernte, insbesondere auf den geringen und weit vom Dorfe gelegenen Standorten immer schwieriger. 1865 macht der Bürgermeister von St. Etienne den Vorschlag¹⁾, die Gemeindeländer aufzuforsten, da deren Verpachtung auf Hindernisse stoße und wenig Ertrag abwerfe. Hierzu kam noch weiter, daß auch die Schafzucht einen Rückgang erfuhr, weil die australische Einfuhr den Preis der Wolle drückte.

Die Aufforstungen in der Champagne lassen sich somit auf folgende Gründe zurückführen (siehe Anmerkung):

1. Es waren von Natur aus zahlreiche Ödlandereien vorhanden.
2. Deren Zahl wuchs, als infolge des Abströmens der unteren Bevölkerungsschichten in die Städte, die notwendigen Arbeitskräfte verloren gingen.
3. Die Nutzbarmachung dieser Landereien, die den Schafen als Weide dienten, wurde eingeschränkt mit der Verringerung der Schafherden.

Unter diesen Umständen konnte eine Bodenrente nur noch erwartet werden bei einem Wechsel der Wirtschaftsform, d. h. bei einem Übergang von Land- und Weidewirtschaft zu Waldbwirtschaft. Die Durchführung dieser Aufgabe blieb den Gemeinden und den Privaten überlassen. Ein jeder konnte nach seinem Geschmack die Holzart und die Art der Bestandsbegründung wählen. Wenn man

1) S. 436. „Comme la location en (d. h. des terres usagères, d. Verf.) devenait difficile et de peu de rapport, le maire proposa . . . de boiser ces terres en sapins.“

Anmerkung. Die Entwicklung, wie sie hier für St. Etienne geschildert ist, darf für die ganze „Champagne pouilleuse“ unterstellt werden. Eine Bestätigung ergab die „Géographie historique et statistique du Département de la Marne, Vouziers 1840“ und eine Anzahl ortsgeschichtlicher Monographien, die erst nach Niederschrift des Aufsatzes zu meiner Kenntnis gelangten. Die Abfassung solcher Ortsgeschichten erfährt durch die Akademie von Reims eine kräftige Anregung durch Aussetzung von Preisen. In dem erstgenannten Werke heißt es u. a. von der Champagne pouilleuse S. 92: „la fertilité est nulle . . . le travail de laine est presque dans tous les villages joint à celui de la culture.“ (Die Fruchtbarkeit ist gleich Null, fast in allen Dörfern ist die Wollbearbeitung mit dem Ackerbau verbunden.) Die Monographie des Dorfes Grivy-Loisy berichtet S. 138 aus dem Jahre 1886: „en 1886 le dernier tisserand a disparu. La grande industrie, localisée dans les villes a imposé silence aux métiers à tisser disséminés dans les campagnes.“ (1886 war der letzte Weber verschwunden. Die Großindustrie der Städte hat die Webstühle zur Ruhe gebracht, die zerstreut auf dem Lande standen.)

bedenkt, daß in der Champagne auf diese Art schon weit über 100 000 ha in Wald überführt wurden, dann wird man dem Fleiße die Anerkennung nicht versagen. Der Forstmann wird es aber bedauern und von seinem Standpunkte sogar fehlerhaft finden, daß die Waldbflächen keine organisch gegliederte und zielbewußt aufgebauten Wirtschaftskörper darstellen, sondern in eine Unzahl nicht zusammenhängender und wegen ihrer Kleinheit kaum lebensfähigen Bauernwirtschaften sich zu splitteln.

Außer den beiden Eichen- und Buchenarten finden sich so ziemlich alle Hauptholzarten im Aufforstungsgebiet vertreten. Doch läßt sich unschwer erkennen, daß Birke und Schwarzkiefer heute als die gezeichneten sich erwiesen haben und am meisten angepflanzt werden. In ihren Wachstumsleistungen sind sie allen andern Hölzern überlegen, insbesondere dem gemeinen Kiefer.

Pinus silvestris wurde vor 1900 sehr viel angebaut und nimmt beträchtlichen Anteil an der Gesamtwaldbfläche. Mit 12—14 m ist im günstigen Fall ihr Längenwuchs abgeschlossen, und zwischen dem 30. und 40. Jahr flacht sich die Krone ab, indem die Äste übereinander liegende Schichten horizontaler Flächen bilden. Der Schaft ist krumm, gedreht, und deshalb nur zu Grubenholz geeignet. Auf Örtlichkeiten, auf denen die Kreide keine oder nur eine sehr dünne Verwitterungsschicht trägt, bleibt die Kiefer aber weit hinter jenen Leistungen zurück. 20- bis 45-jährige bläunadelige Jungkandidaten von 2 bis 6 m Höhe bemühen sich hier durch reichlichen Zapfenanatz die Erhaltung ihrer Art sicherzustellen. Wenn aus solchen Quellen die französischen Samenhändler schöpfen, dann muß der deutsche Wald, mehr als seither, vor ihnen geschützt werden.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß in einem 30-jährigen Kiefern-Birken-Mischbestand auf kleiner Fläche drei ausgesprochene Trauerkiefen, d. i. die Spielart *pendula* gefunden wurden.

Die *Schwarzkiefer*, *p. laricio austriaca*, ist schon seit langem in der Champagne bekannt und vereinzelt sieht man Bäume von 80—90 Jahren. Von den Landeseinwohnern wird sie mit den übrigen Kiefernarten in einen Topf geworfen, die als „sapin“, d. h. Tanne, genannt werden. Nur gelegentlich findet man für *austriaca* die Bezeichnung „pin de Geneve“ bzw. „pin d'Autriche“. Die Schwarzkiefer bewährt hier ihren Ruf als Pionier der Kaltböden. Trotz der Trockenheit des Bodens sind ihre Nadeln meist von tief-dunkelgrüner Farbe und bis zu 12 cm lang. Sie ist entschieden wüchsiger als die gemeine Kiefer, auch in der Jugend und dieser im Längenwuchs überlegen. Der Schloß

mer gerade und mit der Krone bis zu 15 und
 lang. Sehr häufig zeigt sich Nadel- und Drill-
 bildung (Randelaber!); bei einzelfstehenden
 plaren ist dies sogar die Regel. Auf die Schwarz-
 entfällt wegen ihres erhöhten Anteils an den
 rstungen in den beiden letzten Jahrzehnten
 die gleiche Fläche wie auf die gemeine Kiefer.
 ei der Auswahl des Saatgutes wird auf Rein-
 esselben offenbar kein großes Gewicht gelegt.
 nur so erklärt es sich, daß in den Beständen
 vestris oder austriaca fast immer auch p i n u s
 i c a n a vereinzelt vertreten ist. Auch wenige
 reine Bestände sind vorhanden. Der Habitus
 corsicana trennt sie, namentlich vom 30. Jahre
 hart von ihrer Schwester, der austriaca. Die
 belung ist lichter und spärlicher, die Nadel
 zarter. Die Krone bei austriaca ist voller, oben
 nig abgerundet, die der corsicana spitz kegeli-
 g und schmal. Austriaca trägt grobe Beastung,
 cana hat dünne Äste, die oft steiler aufwärts
 en. Im Längenwuchs scheint sie der Schwarz-
 überlegen. Dagegen ist der Ansatz männlicher
 en bei austriaca viel stärker als bei corsicana
 wenigstens im Frühjahr 1917. Im ganzen nimmt
 cana nur einen kleinen Teil der Walbfläche ein.
 der ernste und düstere Ausdruck, den die ge-
 ten Kiefernarten der Champagne verleihen,
 gemildert durch die Birke. Freundlich
 im Sonnenschein die weißen Schäfte, und
 ichtem Winde bewegen sich die zarten, hängen-
 angtriebe der vollen Kronen wie feine Schleier.
 auch der kritische Forstmann kann seine Freude
 r haben, da die Wachstumsleistungen der Birke als
 bezeichnet werden müssen. Bei tabelloser
 umbildung erreicht sie eine Höhe bis zu 16 m.
 ie in Mischung mit Kiefer vorkommt, zeigt sie
 der gemeinen Kiefer überlegen, der austriaca
 an Raschwüchsigkeit. Daß sie nach dem Ab-
 sofort durch kräftigen Stockschlag den Boden
 ist auf den hiesigen Standorten von hohem
 t. Die von der Birke beschirmte Fläche steht
 wenig an Ausdehnung hinter dem Gebiet
 d, das von der Schwarzkiefer eingenommen
 egen die eben genannten Holzarten treten
 übrigen zurück. In Tieflagen findet man auf
 Kreideböden die Schwarzerle. Wassermangel
 öheren Lagen zeigt sie schon in jugendlichem
 r durch Zopfbürre an. In niederwaldartigen
 änden bildet gelegentlich alnus incana einen
 der Bestockung; auch die Feldulme hat wegen
 s starken Ausschlagvermögens hier Verwendung
 nden. Daselbe gilt von der Azalee. Die Anbau-
 uche mit Fichte sind vollkommen gescheitert;
 egen zeigen einige Lärchen, die der Nagearbeit

der Kaninchen entronnen sind, ein auffällig gutes
 Aussehen. Als Füllholz seien endlich genannt:
 Salweide, Aspe, Faulbaum, Hartriegel, Liguster,
 Weißdorn; das holzige Geißblatt, Schwarzborn und
 Holunder fehlen.

Die Bestandsbegründung erfolgte durch Saat
 oder Pflanzung. Für die gemeine Kiefer scheint
 früher die Vollsamt sogar die Regel gebildet zu haben.
 Die Ergebnisse waren jedoch dürftige; die Saat-
 bestände zeigen ohne Ausnahme eine mangelhafte
 Höhen- und Kronenentwicklung. Der enge Stand
 ließ auf dem an sich armen und offenbar nicht be-
 sonders bearbeiteten Boden die Individuen ver-
 kümmern. In vielen Fällen versagte aber diese
 Kulturmethode ganz, und von der unnütz geleisteten
 Arbeit legen heute nur wenige, zerstreut stehende,
 einzelne Kuffeln oder Gruppen Zeugnis ab. Im
 letzten Jahrzehnt ist deswegen die Saat kaum noch
 angewandt worden.

Besser bewährt hat sich die Pflanzung. Auf-
 fällig ist der weite Pflanzverband. Der engste Ver-
 band ist $1,5 \times 1,0$ m, bei der Schwarzkiefer ging
 man jedoch selbst in reinen Beständen bis zu $2,0 \times$
 $3,0$ m. Mischbestände wurden derart angelegt, daß
 zwischen die Reihen weitstehender Kiefern — 2 m
 und mehr Reihenabstand — Birken gepflanzt wur-
 den. Auch reine Birkenbestände zeigen einen großen
 Pflanzenabstand. ($1,0 \times 1,5$ m bis $2,0 \times 2,5$ m).
 Die Pflanzlinge, wenigstens gilt dies für austriaca,
 wurden 4-jährig in den Boden gebracht. 1000 4-jähr.
 Schwarzkiefern kosteten vor dem Kriege 10 Frs.,
 vor 50 Jahren dagegen etwa 50 Frs. Hierzu kommen
 die Kulturkosten mit 8—10 Frs. für das Tausend.
 Die Kulturarbeiten wurden entweder von dem
 Landbesitzer ausgeführt, oder sie waren einem
 „pépinieriste“, d. i. einem Saat- und Baumschulen-
 besitzer übertragen. Infolge der umfangreichen
 Aufforstungen hatte dieser Stand in der Champagne
 Bedeutung gewonnen, und in zahlreichen Dörfern
 finden sich „pépinieres“, dies sind Saat- und Baum-
 schulen. Der Private entnahm die Anleitung und
 Anregung zu seiner forstlichen Tätigkeit der „Revue-
 forestière“¹⁾, einem Blatt, das ähnlich unseren
 landwirtschaftlichen Zeitungen und Zeitungsbei-
 lagen hauptsächlich Ratschläge für die Praxis erteilt.
 Der Staat erleichterte die Aufforstung insofern, als
 die Grundsteuer wegfiel, wenn der Besitzer vor
 Zeugen bei dem Maire die Erklärung abgab, daß
 ein bestimmtes Grundstück in Wald übergeführt
 werde.

Die reinen Kiefernbestände wurden im Hoch-
 waldbetriebe, die Birkenpflanzungen teils im Hoch-
 walb-, teils im Niederwaldbetriebe bewirtschaftet,

1) Nach mündlicher Angabe von Landeseinwohnern.

indem man in letztem Falle die Kernwüchse zwischen dem 25. bis 40. Jahr auf den Stock setzte. In den Kiefern-Birken-Mischbeständen wurden die Birken entweder frühzeitig ausgehauen, und die Stockschläge übernahmen die Aufgaben des Bodenschutzes — oder der Abtrieb erstreckt sich auf beide Holzarten und die Fläche wurde alsdann völlig dem Niederwaldbetrieb überwiesen. Das Nadelholz unterlag einem 40- bis 50-jährigen Umtriebe, eine Durchforstung fand selten statt. Dagegen wurden die Schwarzkiefern, die infolge des weiten Pflanzverbandes bis tief herab beastet sind, gelegentlich bis auf 3 und 4 m Höhe aufgeastet. Nach dem Abtriebe wanderte das Kiefernstammholz in die nordfranzösischen Gruben bei Lens; der Mohertrag für eine 40- bis 50-jährige Kiefer stellte sich hierbei auf 1,5 bis 2 Frs. Schwaches Holz, Reisig und das gesamte Laubholz verbrauchte der Bauer in seiner eigenen Wirtschaft. Das finanzielle Ergebnis der Waldwirtschaft hielt sich somit im Ganzen in recht bescheidenen Grenzen.

Der Champagnewald hat unter dem Krieg schwer gelitten und in einer Zone bis zu 18 km hinter der Front ist er, von jüngeren, bis 20-jährigen Beständen abgesehen, fast ganz vernichtet. Nur die Rücksicht auf Deckung gegen Sicht hat einzelne ältere Teile gerettet, doch auch diese sind so mitgenommen, daß eine künftige Bewirtschaftung ausgeschlossen ist und nur der Abtrieb, oder — soweit es sich um Birken handelt — der Niederwaldbetrieb übrig bleibt. Die Kiefern wurden zum Ausbau der Unterkünfte, zur Anlage von Knüppeldämmen und als Heizmaterial verwandt, während die Birken in den Meilern verkohlt wurden. Zum Stellungsbau, insbesondere für Stollenanlagen, ist das Holz zu schwach. Kniehohe Stümpfe, umherliegende dürre Reisighaufen, beschirmt von wenigen Kiefern oder Birken, dazwischen wuchernde Unkräuter und Stockauschlag — das ist das Bild, das heute der Wald in dieser Gegend zeigt.

Eine Schilderung der Champagne wäre unvollständig, wenn sie nicht der charakteristischen Bewohner des Landes, der wilden Kaninchen, gedächte, die begünstigt, durch den trocknen und heißen Boden, in unglaublicher Menge vorkommen. Ihre Jagd, die bereits vor 700 Jahren die Freude der adeligen Grundherrscher der Champagne bildete, ist heute das Vergnügen unserer Soldaten. Mit Schußwaffen aller Art, mit Frettchen, mit Hunden, mit Spaten und Knüppeln, und leider auch mit Schlingen, sucht der Musketier sich eine Zutat für seinen Kochtopf zu verschaffen. So sehr man den Leuten den Spaß auch gönnen mag, so kann doch nicht übersehen werden, daß wohl mancher in die Versuchung kom-

men wird, in Friedenszeiten die im Felde geübten „Künste“ aufzufrischen.

Nicht uninteressant ist das Schicksal der 5 erwählten Kaninchenhegen der Grundherren von St. Etienne. Als 1800, im Jahre XI der Republik, der Verkauf des Herrenbesitzes erfolgte, wurden auch die alten Kaninchenhegen versteigert, was zwar ergab die große „garenne“ von 11 ha einen Erlös von 4000 Fr., eine andere von 3 ha 2500 Fr., und 3 ha Feld 2500 Fr., zwei weitere Hegen brachten endlich 2000 Fr. bzw. 400 Fr.¹⁾

Zum Schluß, und damit nimmt auch der Verfasser Abschied von der Champagne, noch ein Blick auf das Land, wie es von Lesage in seiner „Géographie²⁾ historique et statistique du Département de la Marne“ (Bouzier, 1840) vor 70 Jahren gesehen wurde:

„Dort sind Ebenen von 2—3000 ha, flach, einförmig, vergleichbar einem unbewegten Meer. Der Boden findet teilweise Benutzung, indem man die „Genfer Kiefer“, fälschlich „Tanne“ genannt, anpflanzt, oder die Birke, so daß der Blick von Zeit zu Zeit auf einigen Baumgruppen ausruht, wo kurz vorher nur durch den einförmigen, in gerader Linie verlaufenden Horizont begrenzt war.“

Juli 1917.

Zur Frage der forstlichen Hochschulen

Von Dr. Wimmenauer in Gießen.

Der in diesem Hefte gebrachte „Brief aus Baden“ von dem derzeitigen Rektor der Karlsruher technischen Hochschule, Herrn Kollegen Hausrat, verfaßt, gibt mir Veranlassung, mich zu den darin berührten Fragen kurz zu äußern. Zunächst hinsichtlich der Stellungnahme des badischen Forstvereins in der Hochschulfraße zwischen den Angaben dieses Artikels und demjenigen des Herrn Kollegen König im August-September-Hefte eine einstimmige Zustimmung zu bestehen. Hier ist von einer Vereinigung der Forstvereine in Baden-Baden, dort von solchen in Konstanz, Mannheim und Billingen die Rede. Eingezogener Erkundigung zufolge verhält sich die Sache wie folgt. Die Versammlung in Baden-Baden 1903 hatte sich nicht für Aufhebung der Forstabteilung, sondern nur für deren Verlegung an eine Universität ausgesprochen. Da hierfür von den maßgebenden Kreisen der Regierung keine Gelegenheit bestand, faßte der Verein im folgenden Jahre zu Konstanz den im letzten „Briefe“ mitgeteilten Beschluß, der 1907 in Mannheim bestätigt wurde. Hierzu steht der Billinger

¹⁾ Nach S. 336 der „Geschichte von St. Etienne.“

²⁾ S. 26, Band I.

schluß vom Jahre 1908 in einem gewissen Gegen-
sitz ist aber nicht von der Vollversammlung, sondern
Landesausschuß und zwar in nichtöffentlicher,
Ständesangelegenheiten gewidmeter, Sitzung
gefaßt worden.

Von größerem Interesse ist ohne Zweifel die
Frage: Forstakademie oder allge-
meine Hochschule? Diese Frage darf zweifel-
los zu Gunsten der Universität entschieden be-
urteilt werden, nachdem die Versammlungen
deutscher Forstmänner in Freiburg 1874 und in
Münster 1907 sich mit großer Stimmenmehrheit
diesem Sinne erklärt haben. Auch in Preußen
diese Auffassung durchgedrungen. Hat doch im
Jahre 1903 d. J. der Oberlandsforstmeister v. Freier
Abgeordnetenhaus mitgeteilt, daß nach Bern-
hard Dannehlmanns Tode (1901) in einer
Beratung, an der die höchsten Forstverwaltungs-
beamten und Männer der Wissenschaft teilnahmen,
eine Stimme, die des damaligen Direktors der
Mündener Akademie (Weise), sich gegen 17 Stim-
men für Beibehaltung beider Forstakademien aus-
gesprochen habe. Cf. das letzte Juliheft S. 169.
Herr Forstrat Könige steht auf diesem
Standpunkt, vertritt aber zugleich und zwar m. E.
das Recht die Auffassung, daß eine beschränkte An-
zahl von Universitäten genüge, um den Nachwuchs
deutscher Forstverwaltungsbeamten heranzuziehen.
Dann er zugleich im August-Septemberheft S. 210
die „auffallende Langsamkeit im Fortschreiten der
Forstwissenschaft und Forstwirtschaft“ behauptet
deren Hauptursache „in der Abgeschlossenheit,
in der sich die Deutschen Forstverwaltungen bei der
Bildung ihrer künftigen Beamten befleißigen,
in der landsmännischen und fachlichen Sonder-
stellung“ erblickt, so muß ich diese Auffassung doch
stark übertrieben bezeichnen. Denn davon habe
ich wenigstens in Hessen seit meiner Gießener
Abwesenheit (1861—1864) nichts bemerkt. Viel-
mehr wird von der hier herrschenden Studienfrei-
heit — zu Gunsten der Universitäten und technischen
Hochschulen — reichlich Gebrauch gemacht. Auch
meine weitere Behauptung (S. 207), daß die Zahl der
Forstwissenschaft Studierenden stark herabgesunken
ist trifft für Gießen nicht zu; denn wir haben in
den letzten 20 Jahren vor dem Kriege (1894—1914)
durchschnittlich 31 Forstleute hier gehabt, wovon
Hessen und 7 Auswärtige waren. Andererseits
möchte auch ich, daß man nach dem Kriege aus
Gründen der Sparsamkeit u. a. auf die von Herrn
Könige a. a. O. erwähnte Zusammenlegung der
Hochschulen für Forstwissenschaft und andere Fächer
bedacht kommen wird, und darf hier feststellen, daß
Hessen den ihm damals zugedachten Ausbau der
ärztlichen Fakultät, an der jetzt 4 ordentliche

Professoren und ein mit Lehrauftrag versehener
Kreisarzt wirken, voll und ganz — auch durch Neu-
bau und Einrichtung von Kliniken und sonstigen
Instituten — zur Ausführung gebracht hat. Infolge-
dessen ist die Zahl der Studierenden dieses Faches
vor dem Kriege auf ca. 200 gestiegen, wovon nur
etwa $\frac{1}{4}$ Hessen sind. Wenn jene Zusammenlegung
zu Stande kommt, wird allerdings jedes Land mit
Recht darauf sehen, daß seinen künftigen Forst-
beamten auch auf der Hochschule schon Gelegenheit
geboten wird, die für es charakteristischen Waldwirt-
schaftsbetriebe näher kennen zu lernen. Hätte z. B.
Hessen damals seine seit bald 100 Jahren bestehende
und bewährte forstliche Unterrichtsanstalt zu Gunsten
Badens aufgeben sollen, so wäre ihm nur die Uni-
versität Heidelberg, nicht aber Freiburg annehmbar
gewesen.

Inzwischen hat sich nun infolge der Aufhebung
der Akademie Eisenach der Zuzug studierender Forst-
leute aus Thüringen in Gießen erheblich verstärkt,
so daß die Zahl der Nicht-Hessen in den letzten Jahren
vor dem Kriege nahezu die Hälfte der Gesamtzahl
betrug. Ich möchte deshalb annehmen, daß es besser
wäre, die forstliche Hochschule in Gießen zu belassen;
insbesondere wenn Preußen sich entschließen könnte,
ebenfalls Studienfreiheit einzuführen und insbe-
sondere für die Forstleute aus den westlichen Pro-
vinzen die Universität Gießen zuzulassen. Man
hört in letzter Zeit viel von einer Verlegung der
Mündener Hochschule nach Göttingen. Davon ist
Gießen nicht allzuweit entfernt, seine Waldumgebung
nimmt den Vergleich mit Göttingen ohne Zweifel
auf und der Vergangenheit der alten Gießener
Forstlehranstalt ist doch wohl auch eine gewisse Be-
deutung zuzuschreiben. Dies hat vor etwa 25 Jahren
auch Borggreve anerkannt, wie ich aus dessen
eigenem Munde gehört habe, und er hat deshalb,
wohl als erster, die Ansicht geäußert, daß im Falle
der Aufhebung Münchens die Studierenden nach
Gießen zu verweisen wären.

Eine Vereinbarung unter den Deutschen Bundes-
staaten, die dann freilich ihren Partikularismus
fahren lassen müßten, könnte m. E. etwa zur Be-
ibehaltung resp. Errichtung von 5 forstlichen Hoch-
schulen, den verschiedenen Wirtschaftsgebieten ent-
sprechend, führen, wenn man sich vielleicht dahin
einigte, daß dem Lande, in welchem die betr. Uni-
versität u. c. liegt, die sachlichen Ausgaben und die
Gehalte der Dozenten für Hilfswissenschaften, die
ja ohnedies schon für andere Fächer vorhanden sein
müssen, zufielen, während die persönlichen Aus-
gaben für die Lehrer des Hauptfachs von den be-
teiligten Staaten gemeinsam zu tragen wären. Daß
bei Neubesezung solcher Stellen bürokratische Will-
kür, wie sie Borggreve schon 1874 in Freiburg ge-

geißelt hat, auszuschließen, vielmehr den betr. Fakultäten und Senaten das übliche Vorschlagsrecht einzuräumen wäre, versteht sich von selbst.

Man könnte m. E. etwa fünf Wirtschaftsgebiete ausscheiden und für jedes derselbe eine forstliche Hochschule bestimmen:

1. Bayern rechts vom Rheine mit weitaus überwiegender Nadelholzbestockung, in der die Fichte entschieden vorherrscht. Universität München.
2. Südwestdeutschland, d. h. Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und Bahr. Pfalz, mit annähernd gleichen Laub- und Nadelholzflächen, welche letztere durch ausgedehnte Verbreitung der Weißtanne (in Schwarzwald und Vogesen) neben Fichte und Kiefer charakterisiert sind. Universität Tübingen oder Freiburg.
3. Der westliche Teil von Mittel- und Norddeutschland; Laubholzgebiete überwiegend, von Nadelhölzern die Kiefer. Universität Gießen.
4. Der östliche Teil des mitteleuropäischen Berglandes: Preussisch-Preußen, Provinzen Schlesien und Sachsen, Königreich Sachsen, Braunschweig, Anhalt und angrenzende Thüringische Länder; wieder vorwiegende Nadelholzgebiete, in denen teils die Kiefer (Schlesien), teils die Fichte (Sachsen) vorherrscht.
5. Der östliche Teil des norddeutschen Tieflandes, ebenfalls vor-

wiegende Nadelholzbestockung und große Verbreitung der Kiefer.

Hinsichtlich der passenden Orte für die forstlichen Hochschulen beider letztgenannten Gebiete wage ich wegen ungenügender Orientierung keine Vorschläge zu machen. Im vierten Gebiete ist Thiergarten ohne Zweifel sehr günstig gelegen, auch für eine größere und allgemeine Hochschule ungeeignet; die Universitäten Leipzig und Halle haben ungenügende Waldumgebung und sind von den Gebirgsforsten, die doch in erster Linie in Betracht kommen, zu weit entfernt; Breslau liegt wohl zu nahe an der östlichen Grenze; am ehesten möchte Dresden in Betracht kommen, wo eine forstliche vielleicht mit der technischen Hochschule zu verbinden wäre, falls nicht etwa der neuerdings aufgetauchte Plan einer Universität in der sächsischen Hauptstadt zur Verwirklichung kommen sollte. Im fünften Gebiete endlich gehören die Preussischen Universitäten Berlin, Kiel, Greifswalde und Königsberg an. Ob eine derselben die nötigen Bedingungen für eine forstliche Hochschule bieten und insbesondere örtliche Vorzüge gegenüber Eberswalde aufweisen, vermag ich nicht zu beurteilen.

An die geehrten Leser unserer Zeitschrift richte ich die Bitte, mir es nicht als Vermessenheit anzulegen, wenn ich nach 30-jähriger Tätigkeit als akademischer Lehrer des Forstfachs auf Grund meiner Beobachtungen und Erfahrungen in der vorliegenden Frage weitgehende Vorschläge machen an die sich, wie ich hoffe, ein fruchtbarer Meinungsaustausch anschließen möge.

Literarische Berichte.

Bericht über die XXIII. Tagung (2. Kriegstagung) des deutschen Forstwirtschaftsrates zu Berlin am 16. und 17. Juli 1917. Berlin, Verlag von Julius Springer. 1917.

In einer Vorbemerkung wird darauf hingewiesen, daß das Kriegsamt (Kriegsrohstoffabteilung) den Forstwirtschaftsrat auf den 18. Juli 1917 zu einer Besprechung eingeladen hatte und daß der Forstwirtschaftsrat am 16. und 17. Juli zusammengetreten sei, um einerseits eine Vorberatung über seine Stellungnahme abzuhalten, ferner andere wichtige kriegswirtschaftliche Fragen zu besprechen und außerdem verschiedene geschäftliche Vorlagen zu erledigen. Demgemäß wurden folgende Beratungsgegenstände behandelt: Holzbedarf und Holzpreise; Holzabfuhr und Reklamation von Arbeits-

kräften; die Brennholzfrage; der gegenwärtige Stand der Harznutzung; Bericht der Geschäftsbetriebe für Holzhandels-, Verkehrs- und Zollangelegenheiten; Tätigkeitsbericht des vom Forstwirtschaftsrat in das Kriegsernährungsamt entsandten Vertreters. Zur Vorberatung des ersten Beratungsgegenstandes: „Holzbedarf und Holzpreise“ wurde eine Kommission gewählt, welche diesen Gegenstand weiter durcharbeiten sollte. Die entledigte sich dieser Aufgabe in den Abendstunden und einigte sich auf folgende Zeitsätze:

„1. der Forstwirtschaftsrat ist aus der Art der Verkaufes, der öffentlichen Versteigerung, die bei unstillen Preisen die Regel bildet, kein Vorwurfs machen, denn die Handverkäufe sind bei einer stürmischen Nachfrage von allen Seiten schwer durch-

Ihren, ohne sich dem Vorwurf ungerechter Vergütung durch Bevorzugung einzelner auszusetzen.

2. Papier- und Grubenholz geben zur Änderung seitherigen Erscheinungen keinen Anlaß; dem Einschlag von schwächeren Grubenholzsorten soll die Forstwirtschaft zur Sicherung unserer Kohlenförderung besondere Aufmerksamkeit schenken. Die Versorgung des Frontbedarfs unseres Feldheeres unter größtmöglicher Transportersparnis ist zurzeit die dringlichste Anforderung, die an den Wald gestellt wird.

3. Die Überlassung des Nadelholzeinschlags von Brennholz, unter Ausschluß der etwa um 40% wertvolleren Waggon- und anderen hochwertigen Sorten freihändigen Verkauf, an durch Ausweise der Kriegsamtsstellen legitimierten Käufer, unter Berücksichtigung des geringsten Transportes, ist eine Notwendigkeit. Die Preisfestsetzung für Rundholz im Anhalt an die zur Zeit geltenden Richtpreise zu treffen. Die Kriegsamtsstellen führen Nachweise, daß ca. 70% des so vom Waldbesitzer überwiesenen Brennholzes als Schnittware der Heeresverwaltung abgegeben wird. Das übrige Holz bleibt, wie seither, im Verkehr.

Des Weiteren wurden zum zweiten Thema: Holzabfuhr und Reklamation von Arbeitskräften folgende Leitsätze aufgestellt:

„1. Es ist den Verwaltungen, die maschinelle Beheizung haben, nach Möglichkeit Brennstoff, Benzol, Petroleum, Kohlen, ferner Schmieröl zur vollen Ausnutzung ihrer Maschinen zur Verfügung zu stellen. Die gelernten Maschinisten sind vom Heeresdienst für die Zeit der Abfuhr möglichst zu befreien.

2. Es ist mit der Eisenbahnverwaltung in Unterordnung zu treten, daß dort, wo sich größere Holzschuppen schlagen lassen, tunlichst viel Verladestationen, in minder befahrenen Bahnen unter Umständen auch auf freier Strecke ohne wesentliche Belastung der Holzproduzenten eingerichtet werden.

3. Es sind die Pferdebedepots anzuweisen, zu angemessenem Preis Pferde möglichst mit garnisonenstfähigen Mannschaften zur Holzabfuhr zur Verfügung zu stellen oder käuflich zu überlassen. Die Pferde wären nach beendeter Arbeit der Heeresverwaltung sofort zurückzugeben.

4. Es ist den Forstverwaltungen sowohl Heu als Stroh als Futter als Zulage zur Verfügung zu stellen. Die Forstverwaltung übernimmt die Verteilung der Zulagen sowohl an die eigenen Pferde, wie an die fremden Holzabfuhrgespanne.

5. Bei der Auswahl der Kriegsgefangenen zu Waldarbeitern ist im weitgehendsten Maße auf ihren zivilen Beruf Rücksicht zu nehmen. Es eignen sich neben gelernten Holzhauern besonders Stellmacher, Tischler, Maurer, Gärtner und Landwirte dazu; ebenso wie

Bergwerksarbeiter, Ziegeleiarbeiter und sonstige Erdarbeiter häufig gutes Arbeitsmaterial sind.

6. Ein Teil der heimischen gelernten Holzarbeiter sind als Vorarbeiter den Revieren zur Verfügung zu stellen. Nicht kriegsverwendungsfähige Forstschutzbeamte müssen zur Beaufsichtigung und Anweisung beurlaubt werden. Festlegung gewisser Löhne für den gesamten Holzfällereibetrieb einschließlich Abfuhr für Kriegsgefangene.

7. Die Walдарbeiter sind als Rüstungsarbeiter zu erklären; Lieferung von Schuhzeug und abgetragenen Militärkleidern an diese zu angemessenem Preis.

Das Ergebnis der Verhandlungen über „Die Brennholzfrage im Winter 1917/18“ wird dahin zusammengefaßt:

„Die Verhandlungen haben gezeigt, wie verschieden die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten liegen. Demgemäß hat sich die bisherige freie Entwicklung in der Frage, wie man den Brennholzbedarf decken will, auch ganz verschieden gestaltet. Der gleiche Wille tatkräftigen Vorgehens in der Deckung des Brennholzbedarfs ist überall vorhanden, doch der Verschiedenheit der Verhältnisse entsprechend sind die Wege verschieden. Diese Verschiedenheiten sollte man durch einheitliche Regelung im Reich nicht versuchen zu beseitigen. Man ist sich einig, daß der Feuerungsbedarf an Brennholz von zirka 30 Millionen Festmetern im Deutschen Reich auch im Kriege bei ausreichender Stellung von Arbeitskräften aus dem Walde geschafft werden kann. Nicht aber wird eine Verringerung der Kohlenfeuerung durch Brennholz ersetzt werden können.

Die Wünsche des Forstwirtschaftsrates gehen dahin, daß seitens des Kriegsamtes dafür gesorgt wird, daß:

1. Vorkehrungen getroffen werden, und zwar sobald als möglich, daß der Brennholzeinschlag im Walde und der Transport aus demselben, und zwar sowohl im Staats-, wie Gemeinde- und Privatwald möglichst gefördert wird. Also Förderung der Angebotsmöglichkeit.

2. Daß Maßregeln getroffen werden, daß im Verbrauch an Brennstoffen allgemein gespart wird. Also Verringerung der Nachfrage.

In Süddeutschland hat man sich zur freihändigen Abgabe des Brennholzes zu festen Preisen entschlossen und demgemäß zur Rationierung und Verteilung. In Norddeutschland will man lieber ein gemischtes System d. h. freihändige Abgabe zu festen Preisen einerseits und Beibehaltung der öffentlich meistbietenden Versteigerungen. Die freihändige Abgabe soll stattfinden, um den Nichtkapitalkräftigen in Stadt und Land den Brennbedarf zu ermöglichen. Der Landbevölkerung soll außerdem durch Ver-

schaffung der Selbstverwurmungsmöglichkeit entgegen gekommen werden. Den öffentlich meistbietenden Verkauf daneben beizubehalten, wird a u ß e r d e m für notwendig erachtet. Das große Publikum gerade auf dem Lande ist an die Versteigerungen gewöhnt und wünscht, sich selbst eindecken zu können. Der freie Preis ist dabei der beste Antrieb für die Sparsamkeit. Wo erforderlich, können getrennt Versteigerungen abgehalten werden für Konsumenten und für Händler. Gegen Festsetzung von Höchstpreisen hat man in Preußen und Mecklenburg-Schwerin, Strelitz und Lübeck die allergrößten Bedenken. Doch gibt es auch Herren aus Nord- und Süddeutschland, die diese Ansicht nicht teilen. Höchstpreise haben nur zu leicht zur Folge, daß das Angebot der Ware geringer und der Verbrauch gesteigert wird. Beides darf aber nicht sein, da der Brennbedarf nur zu leicht infolge der Kohlenknappheit größer sein wird, als die Möglichkeit, ihn zu befriedigen."

Bei der Besprechung des Themas: „Der gegenwärtige Stand der Harznutzung“ wurde zunächst darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl von Industrien Harz nicht entbehren können und es daher unbedingt erforderlich ist, den früher durch Einfuhr aus dem Auslande, besonders aus Frankreich und den Vereinigten Staaten gedeckten Harzbedarf von 82 000 Tonnen durch eigene Harznutzung zu decken. Es wurden sodann die einzelnen Methoden der Harzgewinnung besprochen, sowie die wichtige Frage, in welchem Maße die Harznutzung den Bäumen schade: Hierbei wurde folgendes festgestellt: „Bei der Kiefer steht fest, daß die geharzten Stellen der Holzfäulnis nicht ausgesetzt sind. Die Rachten verkienen durch das Eindringen des Harzes, das von außen in das Holz einzieht, und solche Stellen sind gegen Fäulnis pilze vollständig immun. Pilze können nur dann gedeihen, wenn sie den nötigen Luftgehalt haben, und der fehlt im verkienten Holz. Es liegen schon überall Erfahrungen vor, daß die im vorigen Jahre angeharzten Stämme an den Rachten durchaus nicht gelitten haben. Bei der Fichte wird die Gefahr ebenfalls sehr überschätzt. Hier ist allerdings nach einer Reihe von Jahren Fäulnis zu gewärtigen, wenigstens eine gewisse Verstärkung des Holzes. Aber die älteren Angaben aus der Zeit, in der noch die Fichtenharzgewinnung allgemein üblich war, lassen diese Befürchtung wesentlich verschwinden. Die Angaben schwanken zwischen 5 und 20 Jahren, in denen das Holz noch ohne Schaden stehen bleiben kann. Ebenso weisen die Erfahrungen an solchen Stämmen, die von Rotwild geschält worden sind, darauf hin, daß die Gefahr nicht so groß ist. Es gibt Bestände, die in der Jugend wiederholt geschält

worden sind und ein hohes Nutzungsprozent aufweisen."

Zu dem Beratungsgegenstand: „Wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte vom Standpunkte der deutschen Forstwirtschaft“ wird folgender Beschluß gefaßt:

„1. Der Forstwirtschaftsrat hält im großen und ganzen an der Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik, wie er sie in seinen Leitfäden (Trier¹⁾) gutgeheißen hat, fest.

2. Er erkennt aber eine Befestigung und Verbesserung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn, überhaupt eine engere wirtschaftliche Verbindung der heute verbündeten Mittelmächte im beiderseitigen Interesse des Volkswohlstandes als eine Grundlage der politischen Machtstellung an und ist sich nach dieser Richtung hin bewußt, daß gegebenenfalls dem großen Gedanken auch gewisse Opfer gebracht werden müssen. Nun fordert er dringend, die dritten Staaten gegenüber an den in seinen zu Trier gefaßten Leitfäden zum Ausdruck gebrachten Wünschen der deutschen Forstwirtschaft festgehalten werde.

3. Den Grad eines allenfallsigen Entgegenkommens der deutschen Forstwirtschaft Österreich-Ungarn gegenüber im einzelnen näher zu umschreiben, bleibt weiteren Beschlüssen vorbehalten."

Über die „Tätigkeit des vom Forstwirtschaftsrat in das Kriegsernährungsamt entsandten Vertreters“ berichtete Prof. Dr. Borgmann unter Hinweis auf seine im Tharandter forstlichen Jahrbuch Bd. 67 Heft 5 6, veröffentlichte Abhandlung: „Die Mitwirkung der deutschen Forstwirtschaft an den Aufgaben der Volksernährung im Kriege.“¹⁾ Der sehr interessante und lehrreiche Bericht über die zweite Kriegstagung des deutschen Forstwirtschaftsrates sei allen Lesern dieser Zeitschrift warm empfohlen.

E.

Böhmerwälder Hausindustrie und Volkstum

I. Teil: Wald- und Holzarbeit. Von Oberlehrer und Konservator Josef Blau. Mit Lichtbildern und Zeichnungen. Prag 1917. J. G. Calve, k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler. Preis 6,— Mk.

Dieses Buch ist als XIV. Band, 1. Hälfte der „Beiträge zur deutsch-böhmischen Volkskunde“, die im Auftrage der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen unter

¹⁾ Vergl. Januarheft dieser Zeitschrift, 1914.

ung von Prof. Dr. Adolf Hauffen heraus-
geben werden, erschienen.

Über die umfangreiche Hausindustrie des Böhmer-
des ist bisher noch keine umfassende Darstellung
vorgelegen. Die vorliegende ist die erste dieser Art.
Man findet die alten Wald- und Holzgewerbe ihre
Darstellung. Im ersten allgemeinen Teile wird die
Hausindustrie in den einzelnen Teilen des Böhmer-
des, deren Geschichte und wirtschaftliche Be-
deutung erörtert, während in dem zweiten Teile die
Handarbeit, die Holzhausegewerbe und die Holz-
industrie im einzelnen besprochen werden. Hier finden
sich die Abschnitte: 1. Der Wald die Grundlage der
Holzindustrie, 2. Der Holzhauer, 3. Schwemmen
und Triften, 4. Flößerei, 5. Die Kohlenbrennerei
im westlichen und südlichen Böhmen, 6. Aschen-

brenner und Flußkieder, 7. Pechler, Teer- und
Wagenschmierbrenner, 8. Die Böhmerwälder Holz-
industrie, 9. Das Holzdorf, 10. Das Hochgebirgshaus,
11. Schrenger und Zaun, 12. Das Wissen vom
Holze, 13. Die Erzeugung von Wirtschafts- und
Hausgeräten, 14. Der Holzschuhmacher, 15. Unsere
Bastler und Holzschnitzer, 16. Bauernmöbel, 17.
Totenbretter, 18. Drechslerarbeit, 19. Die
Spindelerzeugung, 20. Schleifen und Späne,
21. Die Spanschachtelmacherei, 22. Resonanzholz,
23. Zäunen und Flechten, 24. Der Besenbinder
und 25. Der Schwammkappenmann. Die vor-
liegende Arbeit ist ein wertvoller Beitrag zur Kultur-
und Kunstgeschichte Deutschböhmens. Der reiche,
wertvolle Bilderschmuck des Buches verdient be-
sondere Erwähnung. E.

Briefe.

Aus Preußen.

aus der preussischen Forstverwaltung.

Brennessel-Anbau.

Im Sommer 1916 sind große Mengen wild-
wachsender Brennesseln durch die unter Aufsicht
des kgl. preuß. Kriegsministeriums stehende Kessel-
er-Verwertungsgesellschaft in Berlin gesammelt
worden. Man hoffte in der Kesselfaser einen Ersatz
für die Baumwolle zu finden, deren Zufuhr von
außen abhängig ist. Diese Hoffnung ist in er-
heblichem Maße in Erfüllung gegangen. Die Kessel-
er, zu deren Gewinnung jetzt mehrere erprobte
Verfahren zur Verfügung stehen, ergibt ein Ge-
webe, welches dem aus amerikanischer Baumwolle
gesponnenen Garn gleicht.

Die Gewinnung der Kesselfaser soll daher künftig
größtenteils auf industrieller Weise betrieben werden. Neben der
Gewinnung der wildwachsenden Brennesseln soll der
Anbau derselben erfolgen. Zur Förderung des
Anbaus ist unter der Ägide des kgl. preuß. Kriegs-
ministeriums und des kgl. preuß. Landwirtschafts-
ministeriums eine Kessel-Anbaugesell-
schaft in Berlin, SW. 68, gegründet worden.
Sie soll die Landwirte, die die Anpflanzungen von
Brennesseln unternehmen wollen, mit Rat und Tat,
insbesondere durch Gewährung von zinsfreien Dar-
lehen und durch Lieferung der nötigen Stecklinge
unterstützen.

In einem Merkblatt wird für den Anbau der
Brennessel folgendes mitgeteilt:

Nach den bisherigen Erfahrungen bevorzugt die
Brennessel einen stickstoffreichen, kalkhaltigen, lockeren

Boden von mittlerer Feuchtigkeit. Halbschatten ist
auf ihre Entwicklung von günstigem Einfluß. Als
geeignetes Land dürften vor allem Niederungsmoore,
humose Wiesenböden, Bachränder, Nieselfelder,
Birken-, Erlen- und Eichenbrücher (in Laubholz-
beständen auf gutem fruchtbarem Boden gedeiht
die Brennessel vorzüglich!) in Frage kommen. Ein
gründliches Auflockern des Bodens ist erforderlich.

Magerer Boden ist vor der Bepflanzung leicht
zu düngen, und zwar entweder mit animalischem
Dung (Jauche oder Stalldung) oder mit Kunstdünger
(Kali und phosphorsäurehaltiger Rainit, Kalisalz,
Thomasmehl, Superphosphat); auf stickstoffarmem
Boden ist außerdem noch die Zuführung von Stick-
stoff notwendig. Mit Rücksicht auf die Knappheit
an den meisten Düngemitteln ist eine Gabe von
4—6 dz Rainit und 3 dz Thomasmehl je Hektar
angemessen. Nach Einbringung des Düngers wird
das Feld geeggt und gewalzt.

Die Anlage von Kesselfeldern durch Aussaat hat
sich nicht bewährt; auch die Versuche mit aus Samen
gezüchteten Pflanzen haben wenig Erfolg gehabt.
Am besten benutzt man für die Anlage von Kessel-
feldern Wurzelstecklinge bzw. Wurzelballen, die
dem Wildwuchs entnommen werden.

Solche Kesselbestände lassen sich in den Winter-
monaten und im Frühjahr in Gräben, an Hecken,
Waldrändern, sowie in Erlen- und Buchenbrüchern
leicht daran erkennen, daß die vorjährigen Stengel
teilweise noch vorhanden sind. Dicht an der Erde
befinden sich von Anfang November an auch be-
reits die grünen Triebe, welche überwintern. Diese
Triebe sind bis zu 10 cm hoch und haben kleine ge-

Kräuselte Blätter. Hier entnimmt man die Wurzelstecklinge bezw. Wurzelballen, indem man mit der Schippe in einem Umkreise von 20 cm um die Triebe herum etwa 20 cm tief in den Boden sticht, den Wurzelballen heraushebt, ihn von Unkräutern reinigt, die anhaftende Erde und die Enden der Verbindungswurzeln entfernt, so daß die reinen Wurzelballen übrig bleiben. Der Versand derselben geschieht am besten in der Weise, daß man Körbe zu unterst mit einer Schicht Torf, Sägemehl oder Stroh auslegt und hierüber eine dünne Lage Blätter (Eichen-, Erlen- usw. Blätter) streut. Hierauf werden die Wurzeln säuberlich ausgebreitet. Es folgt dann wieder eine Schicht Torf, eine Lage Blätter, Wurzelballen usw., bis der Korb gefüllt ist. Auf der letzten Lage der Wurzelballen werden nur Blätter aufgelegt, die mit Stroh zugebedeckt sind. Der Versand darf nur bei frostfreiem Wetter erfolgen. Am Versandziel angelangt werden die Ballen in frostfreien Räumen (Keller) in der Weise aufbewahrt, daß auf den Boden eine Schicht Laub gestreut, darüber Blätter oder Stroh und hierauf die Wurzeln neben einander gelegt und dann mit Laub oder Stroh überdeckt werden. Bei der Einlagerung in Mieten verfährt man in der Weise, daß man das in die Erde gegrabene Loch ringsumher mit Stroh polstert, darauf die Stecklinge legt, wiederum eine Lage Stroh usw. abwechselnd mit einer solchen von Stecklingen, zum Schluß gut abdichtet und dann Erde darauf bringt. Die Strohlage muß möglichst locker sein, damit die Triebe nicht ersticken.

Sollen größere Flächen mit Nesseln angebaut werden, dann zieht man mit einem Pfluge in der Weise Furchen, daß die zweite Furche die erste zuwirft, also eine Furche um die andere bepflanzt wird. Die Entfernung der bepflanzten Streifen soll etwa 40 cm betragen, die Furchentiefe etwa 15 cm. Die Bepflanzung erfolgt in der Weise, daß gleich hinter dem Pfluge die Wurzelballen so in den Boden gelegt werden, daß der abgeschnittene Teil etwas in den Boden eingedrückt wird und daher tiefer liegt, als der mit Trieben versehene Rhizomkopf. Die Entfernung in den Reihen soll nicht über 30 cm betragen. Nachdem das ganze Feld bepflanzt ist, wird es mit einer leichten Walze geebnet.

Bei kleineren Feldern muß die Bepflanzung durch Einsetzen der Nesseln in mit dem Spaten aufgeworfene Löcher erfolgen.

Nach zwei bis drei Wochen wird das Feld nochmals genau besichtigt, ausgebliebene Triebe werden durch frische Pflanzen ersetzt und etwa sich zeigendes Unkraut entfernt. Von Zeit zu Zeit muß das Feld nochmals vom Unkraut gereinigt werden.

Ein so angelegtes Feld wird gegen Ende Juni zu blühen beginnen und kann 14 Tage später zum ersten Male geerntet werden.

Voraussetzung hierbei ist, daß die Anlage vor Anfang April erfolgt ist; verschiebt sich die Anpflanzung, dann tritt die Erntezeit entsprechend später ein. Findet die Anlage erst im Mai statt, dann kann in der Regel mit einer zweiten Ernte nicht gerechnet werden.

Die zweite Ernte erfolgt etwa gegen Ende September, Anfang Oktober. Die Anbaustosten betragen für 1 ha Land: für Pflügen 70 Mk., für erstmaliges Düngen 60 Mk., Sammeln und Einpflanzen der Rhizome 400 Mk., Unkrautvertilgung 50 Mk., im Ganzen 580 Mk.

Der voraussichtliche Erntebetrag für 1 ha wird bei zweimaliger jährl. Ernte auf 1000 Zentner grüner Nesseltengel im Werte von 1000 Mk. geschätzt.

Die Ernte erfolgt durch Abmähen mit der Sense oder bei großen Flächen mit der Maschine. Die Stengel werden dann zum Trocknen in lockeren Bündeln zusammengelegt. Das Abtrocknen kann aber auch in der Weise vorgenommen werden, daß in ungefähr 1 Meter Höhe Seile oder Draht gespannt werden, an denen die Nesseln von beiden Seiten angelehnt werden.

Die obengenannte Nessel-Anbau-Gesellschaft hat sich bereit erklärt, in den Waldungen die Übernutzung der wildwachsenden Brennesseln selbst oder gegen Erstattung einer zu vereinbarenden Gebühr zu übernehmen, sowie die Verdrichtung der vorhandenen Bestände durch Hinzupflanzung von Stecklingen an geeigneten Stellen auszuführen.

Ginsterverwertung.

Zur Gewinnung von Spinnfasern aus Ginster hat sich eine Gesellschaft „Erste deutsche Ginsterfaser-Gesellschaft“ in Buhlertal in Baden gebildet. Es sollen täglich 30 000 kg Rohginster verarbeitet und hierbei 3000 kg Spinnfaser gewonnen werden. In einem größeren Probebetriebe sind bereits namhafte Mengen dieser Faser erzeugt und in Spinnereien und Webereien zu Garn und Stoffen verarbeitet worden. Hierbei hat sich ergeben, daß mittels eines der Gesellschaft patentierten Verfahrens aus Ginster eine Spinnfaser hergestellt werden kann, die den infolge des Fehlens der Faserprodukte des Auslandes, wie namentlich Baumwolle, Jute, auch Hanf und Flachs, eingetretenen Mangel zu lindern vermag. Die bis jetzt hergestellten Garne und Webstoffe haben volle Anerkennung gefunden.

Durch die Gewinnung des Ginsters erwächst der Bevölkerung ein neuer dauernder Verdienst und es werden den Forstverwaltungen und Waldbesitzern

ch die Entnahme des vielfach lästigen Unkrauts
nhaftige Kosten erspart.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und
Forsten hat durch Erlaß vom 25. August 1917 die
Vorgaben angewiesen, den Anträgen der ge-
meinnützigen Gesellschaft auf Abgabe von Ginster nach
Möglichkeit zu entsprechen.

Nutzung zur Gewinnung von Faserstoffen.

Aus den Fasern des Schilfs können nicht nur Filze
hergestellt werden, sondern es werden
auch die Fäden, wie sie zur Herstellung
von Netzen, Tauen, Riemen usw. gebraucht wer-
den, gewonnen. Aus den feineren Fäden lassen
sich Unterzeuge, Strümpfe u. dergl. herstellen.
Mit anderen Fasern gemischt eignen sie sich zu
Seidenwaren, zu Kleiderstoffen und anderen Sachen.

Um das Schilf (*Typha angustifolia* und *Typha
latifolia*) der deutschen Industrie zuzuführen, hat
der Reichsausschuß mit Unterstützung des Reichsamts des Inneren,
des Reichsindustriellen und Banken die „Deutsche
Typha-Werwertungsgesellschaft“ zu
Charlottenburg gebildet.

Die Nutzung des Schilfs zur Fasergewinnung muß
vom August bis zum Oktober erfolgen. Das ge-
schnittene Schilf wird in Bündeln am Ufer zum
Trocknen aufgestellt.

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen
und Forsten hat in einem Erlasse vom 28. September
1917 auf die Nutzung des Kolbenshilfs (*Typha
angustifolia* und *latifolia*) hingewiesen und bemerkt,
daß die deutsche Typha-Gesellschaft in Charlotten-
burg etwa 3—4 Mk. für den Zentner trockener
Stengel frei Waggon des Verladeorts zahle und
unter Umständen Kolbenshilf auch zur eigenen
Verbung ankaufe.

Aus Preußen.

Die Bestimmungen über den Verkehr mit Wild in Preußen.

Verordnung des Bundesrats vom 12. Juli 1917.

§ 1. Als Wild im Sinne dieser Verordnung
gelten Rotwild, Damwild, Schwarzwild, Rehwild,
Fasan, wilde Kaninchen und Fasanen.

Die Landeszentralbehörden sind befugt, die
Vorschriften dieser Verordnung auf andere Wild-
arten auszubehnen oder einzelne der in Abs. 1 be-
zeichneten Wildarten von den Vorschriften dieser
Verordnung auszunehmen.

§ 2. Die Landeszentralbehörden haben An-
ordnungen zu treffen, daß ein angemessener Teil
der Ergebnisse der Jagd den von ihnen oder der zu-
ständigen Behörde bestimmten Abnahmestellen zur
Verfügung zu stellen, von dieser abzunehmen und an

Kommunalverbände oder von diesen bestimmte Ver-
teilungsstellen zur Abgabe an die Verbraucher weiter-
zuleiten ist.

Die Landeszentralbehörden haben Anordnungen
dafür zu treffen, daß, sofern die Abnahme des Wildes
nicht spätestens am Tage der Erlegung des Wildes
oder bis zu einem späteren von der Landeszentral-
behörde festzusetzenden Tage erfolgt, der Jagd-
berechtigte über das erlegte Wild frei verfügen kann.

§ 3. Wer Treibjagden abhält oder abhalten läßt,
hat dies spätestens am vorhergehenden Tage der nach
§ 2 bestimmten Abnahme stelle anzuzeigen.
Das voraussichtliche Streckenergebnis ist schätzungs-
weise in der Anzeige anzugeben.

§ 4. Die Abnahmestelle hat für das Wild den
für den Großhandel mit Wild festgesetzten Preis zu
zahlen; sie trägt die Gefahr und die Kosten der
Beförderung.

§ 5. Die Verteilung des aus dem Ausland und
den besetzten Gebieten eingeführten Wildes erfolgt
durch die Reichsfleischstelle.

§ 6. Wer die ihm nach § 3 obliegende Anzeige
nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder den auf
Grund des § 2 erlassenen Anordnungen zuwider-
handelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre
und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder
mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe
kann auf Einziehung des Wildes, auf das sich die
strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne
Unterschied, ob es dem Täter gehört oder nicht.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der
Verkündung in Kraft.

2. Anweisung zur Ausführung der Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Wild vom 12. Juli 1917.

Zur Ausführung der vorstehend mitgeteilten
Bundesratsverordnung wurde für Preußen mit
Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der
Insel Helgoland unter dem 22. September 1917 von
dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und
Forsten gemeinsam mit den Ministern für Handel
und Gewerbe und des Inneren folgende Anweisung
erlassen:

1. Der Ablieferungs- und Abnahmepflicht im
Sinne des § 2 Abs. 1 der Bundesratsverordnung
unterliegt vorbehaltlich der Vorschrift in Ziffer 6
Abs. 2 nur die auf Treibjagden und ähnlichen Jagden
(Drück-, Kiege-, Stöberjagden, Streifen u. dergl.)
von einer Mehrheit von Schützen erlegte Strecke
an Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild, sowie an
Fasan, Kaninchen und Fasanen nach Maßgabe der
nachfolgenden Bestimmungen (Ziffer 2—5).

2. Jagdstrecken bis zu 3 Stück Schalentwild (Rot-,
Dam-, Schwarz- und Rehwild) oder 10 Stück Nieder-

wild (Hasen, Kaninchen und Fasanen) bleiben zur freien Verfügung des Jagdberechtigten mit der Maßgabe, daß ein Verkauf nur unmittelbar an Verbraucher oder an zugelassene Wildhändler (Ziffer 11) erfolgen darf (Mindeststrecken).

3. Der 3 Stück Schalenwild überschreitende Teil einer Jagdstrecke ist zur einen Hälfte zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs an Wildbret in der Umgebung des Jagdortes, zur anderen zur Ablieferung an die Abnahme stelle (§ 2 Abs. 1 der Bundesratsverordnung) bestimmt. Ein hierbei überschießendes Stück ist an die Abnahme stelle abzuliefern. Den hiernach für den örtlichen Bedarf bestimmten Teil der Jagdstrecke darf der Jagdberechtigte unmittelbar an die Verbraucher, die innerhalb des Kreiskommunalverbandes des Jagdortes ihren Wohnsitz haben, nicht aber an Gastwirtschaftsbetriebe veräußern; soweit dies nicht geschieht, darf er das Wild vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung der Kreiswildstelle (Ziffer 13) nur an die Abnahme stelle (Ziffer 12) verkaufen.

4. Bei Niederwildjagdstrecken findet grundsätzlich eine Dreiteilung mit der Maßgabe statt, daß ein Drittel, mindestens aber 10 Stück (vergl. Ziffer 2) dem Jagdberechtigten zur freien Verfügung verbleibt. Der Rest ist, wie bei Schalenwildstrecken (Ziffer 3) je zur Hälfte zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs und zur Ablieferung an die Abnahme stelle bestimmt. Die Vorschriften der Ziffern 2 und 3 über die Veräußerung des Wildes finden entsprechende Anwendung. Ist die Jagdstrecke eine so große, daß bei einer Drittelung dem Jagdberechtigten mehr als 50 Stück Niederwild zur freien Verfügung verbleiben würden, so ist der diese Höchstgrenze übersteigende Betrag dem zur Ablieferung an die Abnahme stelle bestimmten Teile zuzuschlagen.

5. Verschiedene Wildarten sind möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Anteile, Stücke, welche sich nicht zu einem längeren Transport eignen, sind in erster Linie auf die zu halbigen Verzehr bestimmten Anteile zu verrechnen. Bei gemischten Strecken von Schalen- und Niederwild ermäßigt sich die dem Jagdberechtigten zur freien Verfügung zu belassende Mindeststrecke (Ziffer 2) auf 1 Stück Schalenwild und 5 Stück Niederwild. Weitere Vorschriften über die Verteilung der einzelnen Wildarten auf die verschiedenen Anteile können von den Oberpräsidenten erlassen werden.

6. Die Oberpräsidenten sind ermächtigt, nach Anhörung der zuständigen Landesvorstände des Allgemeinen deutschen Jagdschutzbundes die nach den Ziffern 2—4 den Jagdberechtigten zur freien Verfügung verbleibenden Mindeststrecken sowie die in Ziffer 4 bezeichnete Höchstmenge von 50 Stück

Niederwild unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu ermäßigen. Ebenso kann der zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs bestimmte Anteil der Jagdstrecke nach Anhörung des Landesvorstandes des A. D. J.-B. oder der beteiligten Kreiswildstellen allgemein oder für einzelne Kreise zugunsten des zur Ablieferung an die Abnahme stelle bestimmten Teiles herabgesetzt oder an eine Höchstgrenze gebunden werden. Eine Heraussetzung der den Jagdberechtigten zur freien Verfügung belassenen Mindeststrecken oder der in Ziffer 4 bezeichneten Höchstgrenze bedarf der Genehmigung des Ministers für Landwirtschaft usw.

Die Oberpräsidenten sind ferner ermächtigt, nach Anhörung der zuständigen Landesvorstände des A. D. J.-B. oder der beteiligten Kreiswildstellen nach Bedarf allgemein oder für einzelne Jagdbezirke auch das Ergebnis von Such-, Anstands- und Birschjagden unter Festsetzung einer den Jagdberechtigten zur freien Verfügung zu belassenden Mindeststrecke den Vorschriften dieser Ausführungsanweisung zu unterwerfen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Oberpräsidenten entscheidet der Minister für Landwirtschaft usw.

7. Die nach § 3 der Bundesratsverordnung vom Jagdberechtigten zu erstattende Anzeige über die Abhaltung einer Treibjagd hat nach Bestimmung des Kreiskommunalverbandes bei diesem, der Kreiswildstelle oder der Abnahme stelle zu erfolgen. Der Jagdberechtigte ist verpflichtet, der zur Ablieferung bestimmte Wild zweckentsprechend auszusuchen (Ziffer 5) und bis zur Abnahme sachgemäß zu behandeln, es auf Verlangen gegen Erstattung der Transportkosten oder ortsüblichen Fuhrlohns bis zur nächsten Bahnstation schaffen zu lassen, auch den Versand an die ihm etwa von dem Kreiskommunalverbande, der Kreiswildstelle oder der Abnahme stelle bezeichnete Empfangsstelle (Ziffer 12) für Rechnung und Gefahr der Abnahme stelle ordnungsmäßig zu bewirken. Die Bezahlung des Wildes an den Jagdberechtigten erfolgt vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen zwischen ihm und der Abnahme stelle zum Zug mit der Abnahme.

8. Erfolgt die Abnahme des zur Ablieferung bestimmten Wildes nicht spätestens am Tage nach der Jagd, so darf der Jagdberechtigte über diesen Teil der Jagdstrecke wie über das Wild von Mindeststrecken (Ziffer 2) frei verfügen. Der Abnahme im Sinne dieser Vorschrift steht es gleich, wenn bis zu den vorbezeichneten Zeitpunkte dem Jagdberechtigten eine Mitteilung zugegangen ist, wohin er das Wild für Rechnung und Gefahr der Abnahme stelle senden solle.

9. Der Jagdberechtigte ist verpflichtet, über das gesamte Ergebnis seines Jagdbetriebes einschließlich Anstand-, Such- und Birschjagden genaue Listen zu führen, aus denen die Jagdart, der Tag der Erlegung und der Verbleib des Wildes zu ersehen sein muß. Er ist ferner verpflichtet, den zuständigen Behörden, insbesondere auch der Hauptwildstelle (Ziffer 10) und der zuständigen Kreiswildstelle oder Abnahmestelle Erfordern die Einsicht in diese Listen zu gestatten.

10. Die oberste Leitung des Verkehrs des nachstehenden Bestimmungen zur öffentlichen Vertriebschaftung bestimmten Wildes liegt unter der unmittelbaren Aufsicht des Ministers für Landwirtschaft usw., in der Hand einer in Berlin errichteten Hauptwildstelle, in der dem A. D. J.-B. dem Wildhandel eine angemessene Vertretung eingeräumt ist. Aufgabe der Hauptwildstelle vornehmlich die Fürsorge für die glatte Zuführung des Wildes an die nach ihrer Bestimmung aus den einzelnen Wildgebieten zu beliefernden Kommunalverbände. Sie kann zu diesem Zwecke die einzelnen Kommunalverbände, Kreiswildstellen, Abnahmestellen und Empfangstellen mit Anweisung versehen, auch von diesen und den einzelnen Jagdberechtigten und Wildhändlern jede gewünschte Auskunft verlangen.

11. Der Handel mit Wild ist nur den vom Leiter des Kreis Kommunalverbandes der gewerblichen Niederlassung zugelassenen Wildhändlern gestattet. Die Zulassung kann von der Hauptwildstelle unter bestimmten Bedingungen geknüpft werden, auch nur solche Wildhändler zuzulassen, die den Wildhandel bereits vor dem 1. August 1914 betrieben und seitdem fortlaufend steuerzahlend ausgeübt haben. Die zugelassenen Wildhändler sind von dem betr. Kommunalverband oder der zuständigen Kreiswildstelle mit entsprechendem Ausweis zu versehen.

12. Zwecks Abnahme und Weiterleitung des der Lieferungspflicht unterliegenden Wildes sind nach Bedarf in den einzelnen Wildgebieten Abnahmestellen und in den gemäß Ziffer 10 zur Belieferung bestimmten Kommunalverbänden Empfangstellen zu errichten. Mit den Geschäften der Abnahmestelle ist tunlichst ein im Wildgebiet zugelassener Wildhändler (Ziffer 11) oder eine Vereinigung von solchen zu betrauen. Im Einvernehmen der beteiligten Kommunalverbände kann man mit den Geschäften der Empfangstelle betrauter Wildhändler zugleich die Geschäfte der Abnahmestelle im Wildgebiet wahrnehmen.

Die Abnahmestelle hat das abzuliefernde Wild beim Jagdberechtigten entweder selbst oder durch einen von ihr hierzu beauftragten zuge-

lassen und mit Ausweis versehenen Wildhändler abzunehmen, sachgemäß zu behandeln und an die ihr von der Kreiswildstelle zu bezeichnende Empfangsstelle weiterzuleiten. Die geschäftlichen Beziehungen regeln sich nach den unmittelbaren Abmachungen zwischen der Empfangsstelle und der Abnahmestelle. Dem mit der Leitung der Abnahmestelle oder Empfangsstelle zu betrauten Wildhändler oder einer Vereinigung von Wildhändlern können vom Kommunalverbande oder der Kreiswildstelle weitere Verpflichtungen auferlegt werden.

Das der Abnahmestelle nach Ziffer 3 und 4 zufallende, zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs bestimmte Wild ist von ihr nach Weisung der Kreiswildstelle zu verwerten, kann aber gleichfalls zur Weiterleitung gemäß Abs. 1 bestimmt werden.

13. Die Aufsicht über die Abnahme- und Empfangsstellen wird von den Kommunalverbänden ausgeübt. Die Aufsicht über die Abnahmestellen kann in Landkreisen auf eine Kreiswildstelle übertragen werden, in der dem A. D. J.-B. und dem Wildhandel eine angemessene Vertretung einzuräumen ist. Erfolgt keine Errichtung einer besonderen Kreiswildstelle, so hat der Kreis Kommunalverband die der Kreiswildstelle in dieser Ausführungsanweisung übertragenen Aufgaben selbst zu übernehmen.

14. Wer den nachstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung des Wildes, auf das sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob es dem Täter gehört oder nicht.

15. Diese Ausführungsanweisung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. E.

Aus Baden.

Berichtigung.

Herr Forsttrat Könige hat wieder im August-Septemberheft dieser Zeitschrift einen längeren Aufsatz über die Aufhebung der Abteilung für Forstwesen an der Technischen Hochschule Karlsruhe veröffentlicht. Ich glaube, die Leser werden dankbar sein, wenn ich sie mit einer längeren Widerlegung verschone und mich auf zwei Punkte beschränke.

Der erste ist die Stellung des Badischen Forstvereins, von dem Herr Könige behauptet: „Die Auflassung der Forstabteilung ist vom Badischen Forstverein nicht nur als durchführbar erklärt, sondern ausdrücklich empfohlen worden.“

Er kann sich hierfür allerdings berufen auf den 1904 in Konstanz gefaßten, später in Mannheim bestätigten Beschluß, der aber doch etwas weniger entschieden lautet, als man nach seinen Ausführungen meinen möchte. Der Wortlaut mag hier folgen:

„Das Bestreben, eine Verlegung der forstlichen Abteilung von der technischen Hochschule an eine Universität herbeizuführen, soll mit aller Entschiedenheit fortgesetzt werden. Sollte diese Verlegung aus finanziellen Gründen nicht durchführbar sein, so wäre zu erwägen, ob nicht der Belassung des jetzigen, ungesunde Verhältnisse zeitigenden Zustandes die gänzliche Aufhebung der forstlichen Abteilung und die freie Wahl für die badiischen Forstkandidaten, an welcher entsprechend eingerichteten Hochschule sie ihre theoretische Ausbildung suchen wollen, vorzuziehen wäre.“

(Berichtsheft des Vereins 1904, Seite 6.)

Was Herr Könige aber nicht erwähnt, ist, daß der Landesauschuß des Badischen Forstvereins auf der Versammlung zu Billingen 1908 auf die weitere Verfolgung dieser Frage ganz verzichtete, um nicht die Gegensätze im Verein zu verschärfen. Das wird wohl Herrn Könige, der damals aus anderen Ursachen den Vereinsvorsitz niederlegte, nicht bekannt geworden sein.

Der zweite Punkt betrifft die Berechnung der möglichen Ersparnisse. Die Höhe derselben richtet sich natürlich ganz darnach, was man auch bei Auf-

hebung der Abteilung für Forstwesen für die Hochschule für nötig hält. Nur eines darf man nicht: Posten in die Rechnung stellen, die gar nicht bestehen und dann durch deren Streichung Ersparnisse machen wollen. Dies aber ist der Fall mit dem von Könige angeführten „forsttechnischen Laboratorium“, das es gar nicht gibt und das an der Technischen Hochschule auch ganz entbehrlich ist, weil andere Institute für die erforderlichen Versuche die Mitbenutzung gestatten. **Hausrath.**

Anmerkung der Redaktion. Die seit herigen Artikel, welche denselben Gegenstand betreffen, finden sich an folgenden Stellen:

- 1916 Oktober: Könige, Gedanken über Vereinfachung usw., usw. (Aufsatz).
- 1916 Oktober: Br., Bemerkungen dazu.
- 1917 Februar: Könige, nochmals Gedanken über Vereinfachung usw. (Aufsatz).
- 1917 Februar: Reinach, Gedanken über Vereinfachung usw. (Brief).
- 1917 März: Ham m, Zu Herrn Forsttrat Könige Ausführungen usw. (Brief).
- 1917 März: Feist (Brief), Zu den Gedanken über Vereinfachung usw. (von Forsttrat Könige).
- 1917 Mai-Juni: Könige, Gedanken über Vereinfachung usw. (Brief).
- 1917 Juli: Wimmer, Kameralismus und prakt. techn. Wissenschaften usw. (Aufsatz).
- 1917 August-September: Könige (Brief), Sein oder Nichtsein der Forstabteilung usw.

Notizen.

Verordnung über die Gewinnung von Laubheu und Futterreißig.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat unter dem 27. Dezember 1917 folgende Verordnung erlassen:

„Auf Grund der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916, 18. August 1917 wird bestimmt:

§ 1. Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, Vorschriften über die Gewinnung von Laubheu und Futterreißig zu erlassen. Sie oder die von ihnen bestimmten Behörden können zu diesem Zwecke insbesondere den Einschlag in Laubholzbeständen und die Aufarbeitung der bei diesem

Einschlag anfallenden Zweige zeitlichen Beschränkungen unterwerfen sowie Forsteigentümern und sonstigen Forstnutzungsberechtigten die Verpflichtung auferlegen, gegen Vergütung Laubheu und Futterreißig abzugeben und den Erwerbsberechtigten das Betreten der Laubholzbestände und das Errichten von Anlagen in ihnen zu gestatten.

§ 2. Wer den gemäß § 1 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung (27. XII. 17) in Kraft.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

★ März/April 1918 ★

Die deutsche Forstwirtschaft in und nach dem Kriege.

Vortrag, gehalten von Professor Dr. H. Weber
in Dresden am 15. Dezember 1917 in der Versammlung
der Waldbesitzer Schlesiens in Breslau.

Meine sehr verehrten Herren!

Schon seit Jahren war es meine Absicht, die
schlesischen Waldverhältnisse kennen zu lernen.
Dieses Vorhaben sollte zur Ausführung kommen im
Anschlusse an die für das Jahr 1914 vorgesehene
Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins.
Von Dresden aus wollte ich zunächst einige meiner
schlesischen Wäldern tätigen ehemaligen Schüler
auffuchen und mir dabei die Hauptgebiete der
schlesischen Forsten ansehen, um dann über Öster-
reich nach Ungarn zur Tagung des internationalen
Forstverbandes forstlicher Versuchsanstalten und nach
Rumänien weiter zu reisen. Aber es kam anders!
Der Weltkrieg brach aus, und die Versammlung des
F. V. in Dresden mußte ebenso wie die Tagung
der Vertreter der Versuchsanstalten bis nach Be-
endigung des Krieges verschoben werden. Meine
Reise nach Schlesien mußte damit ebenfalls auf-
gegeben werden. Aber nun hat mich der Krieg
hierher geführt.

Sie wissen alle, m. H., daß durch den Zwang
der Not die „Geschäftsstelle des Forstwirtschafts-
rates für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten“ in
Berlin vom Deutschen Forstverein eingerichtet
worden ist. Über die Vorgänge, die zu ihrer Gründung
geführt haben, hat Ihnen seinerzeit Herr Reg.-
Direktor Dr. Wappes hier Bericht erstattet.
Mir aber ist auf Veranlassung des Herrn Kammer-
präsidenten v. Schwarzkopf und des Herrn
Generaldirektors v. Garnier der Auftrag und
die Ehre zuteil geworden, heute vor Ihnen zu
sprechen über die Forstwirtschaft in und nach dem
Kriege. Auf diese Weise bin ich noch während des
Krieges, zwar nicht mit den schlesischen Wäldern,
wohl aber mit einem größeren Teile ihrer Besitzer
und Pfleger in Berührung gekommen. Und ich
möchte Seiner Durchlaucht dem Herzog von
Sachsen-Meiningen sowie den Herren v. Schwarzkopf
und v. Garnier meinen Dank aus dafür, daß
es mir ermöglicht haben, vor einem so ange-
sehenen Kreise von Vertretern des schlesischen Wald-
besitzes und ihrer Beamten zu sprechen. Meine

Beziehungen zu Schlesien sind damit angeknüpft,
und ich hoffe, daß sich mir nun auch bald die Ge-
legenheit bieten wird, die schlesischen Forsten und
ihre Bewirtschaftung näher kennen zu lernen. —

Doch nun zum Thema! Es lautet: „Die deutsche
Forstwirtschaft in und nach dem Kriege.“ Es
soll Ihnen also einmal der Gang der forst-
lichen Dinge während des Krieges geschildert und
Ihnen dann ein Ausblick in die Zukunft der Forst-
wirtschaft, oder mit anderen Worten ein Bild der
Aufgaben und Ziele der Forstwirtschaft gegeben
werden.

M. H.! Wollte ich dieses Thema eingehend oder
gar erschöpfend hier besprechen, so würde ich —
das werden Sie mir alle zugeben — viele Stunden
dazu nötig haben, denn eine Fülle von neuen
Problemen ist während des Krieges aufgetaucht und
der Forstwirtschaft zur Lösung gestellt worden.
Sie alle kann ich in der mir zur Verfügung stehenden
Zeit unmöglich besprechen, ja nicht einmal streifen.
Ich muß mir Beschränkung auferlegen und betone
deshalb von vornherein, daß ich mich in der Haupt-
sache mit der Organisation der Forstwirtschaft be-
fassen werde, weil diese mir für den Zweck der
heutigen Versammlung am wichtigsten erscheint.
Immerhin will ich einige wichtige Fragen der
forstlichen Technik und Ökonomik doch kurz streifen.

Meine Ausführungen gliedern sich hiernach in
die Betrachtung:

1. einiger forsttechnischer Fragen,
2. einiger Fragen der forstlichen Ökonomik und
3. der Organisation der Forstwirtschaft.

Und zwar fragen wir uns bei jedem Punkte:

- a) Welche Verhältnisse lagen bei Ausbruch des
Krieges vor?
- b) Welche Veränderungen hat der Krieg herbei-
geführt?
- c) Welche Aufgaben hat die Forstwirtschaft nach
dem Kriege zu lösen, bzw. welchem Ziele
muß sie zustreben?

Zu 1. In bezug auf die technische Seite
der Forstwirtschaft lagen die Verhältnisse in
den einzelnen Verwaltungen und Wirtschaften vor
dem Kriege sehr verschieden. Das hängt mit den
Ortlichkeiten und den Größenverhältnissen der forst-
lichen Unternehmungen zusammen und wird auch
nach dem Kriege sich nicht vermeiden lassen. Allein
vor dem Kriege wandelten allzu viele Verwaltungen

in ausgetretenen Bahnen. Die Reimruhe neuer Gedanken und Erfindungen dauerte in der Forstwirtschaft allzulange. Der Betrieb war vielmehr schematisch und schablonenhaft; er entbehrte der Elastizität und Anpassungsfähigkeit. Im großen Ganzen am besten stand es nach dieser Richtung hin noch in den Forstverwaltungen mit gut durchgebildetem, berufsfreudigem Personal. Aber auch hier wären raschere Fortschritte zu wünschen gewesen. Selbst die größten Betriebe, z. B. manche Staatsforstverwaltungen, kann man davon nicht ausnehmen.

Der Ursachen dieser Erscheinung sind verschiedene. Einmal hängen die Fortschritte jedes Wirtschaftszweiges aufs engste mit den Fortschritten auf dem Gebiete der betr. Wissenschaft und des fachlichen Unterrichtswesens zusammen. Und wenn ich mich da frage, ob auf dem Gebiete des forstlichen Unterrichts und des forstlichen Forschungs-, insbesondere Versuchswesens alles aufs beste bestellt war, so muß ich diese Frage verneinen. Mancherlei ist da verbesserungsbedürftig. Die forstlichen Unterrichts- und Versuchsanstalten müssen auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Insbesondere der forstliche Unterricht ist örtlich mehr zusammenzufassen. Wir haben auch heute, nachdem die Anstalten in Aschaffenburg und Eienach eingegangen sind, noch zu viele Forstlehranstalten. Die Kräfte zersplittern sich dadurch zu sehr; die Leistungen entsprechen nicht dem Aufwand. Das anzustrebende Ziel muß sein: wenige, aber vortrefflich, mit allen modernen Einrichtungen und Lehrmitteln ausgestattete Anstalten. Die kleinen forstlichen Unterrichtsanstalten bieten weder den Studierenden noch auch den Lehrern genug; sie sind deshalb auf die Dauer nicht lebens- und erhaltungsfähig. M. G. genügen für das Deutsche Reich drei große forstliche Lehranstalten: eine im Norden, die zweite im Süden und die dritte im Südwesten. Forstliche Versuchsanstalten sind zwar nicht zu viele vorhanden, aber es fehlt hier an der erforderlichen Zentralisation. Den Arbeiten mangelt nicht selten das systematische, zielbewußte Vorgehen. Forstliche Praxis und Theorie müssen mehr Hand in Hand miteinander arbeiten. Sie müssen sich gegenseitig Anregungen geben und befruchtend aufeinander einwirken. Und viel mehr Praktiker müssen die Schule des forstlichen Versuchswesens durchlaufen als bisher.

Aber nicht nur die Einrichtungen des forstlichen Unterrichts und der forstlichen Forschung sind schuld an den ungenügenden Fortschritten der forstlichen Technik. Noch viel mehr liegt das forstliche Fortbildungswesen im Argen. Manche forstlichen Praktiker beschäftigen sich, wenn sie zur

festen Anstellung gelangt sind, kaum noch mit der Fachliteratur. Sie besuchen keine Forsterversammlungen, noch viel weniger Fortbildungskurse und kommen über die Grenzen ihrer Reviere kaum hinaus. Ihre Anschauungen veralten naturgemäß rasch — die Leidtragenden sind der Wald und der Waldbesitzer. Hier muß Wandel geschaffen werden. Mit kräftiger Hand muß der Hebel zu Verbesserungen angelegt werden. Die Reime dazu sind vorhanden. Aber sie müssen nach dem Kriege ohne Rücksicht auf die Kosten, die sich hundertfach bezahlt machen werden, endlich zur Entwicklung gebracht werden. Der Forstverwaltungs-Betrieb muß fruchtbringender gestaltet werden. Alljährlich müssen Fortbildungskurse, wie auf anderen Gebieten des Wissens und der Wirtschaft, in verschiedenen Teilen des Reiches abgehalten werden, und die wichtigsten Neuererscheinungen der Fachliteratur müssen Gemeingut des gesamten Standes der Forstwirte werden. Es genügt nicht, wenn man ab und zu einen Blick in diese oder jene forstliche Zeitschrift wirft, sondern auch in die selbständigen neueren Schriften muß sich der forstliche Praktiker vertiefen, wenn er auf der Höhe des Wissens und Könnens bleiben will. Nicht alle Neuererscheinungen soll er studieren — das verlangt niemand —, aber jeder soll mindestens ein Lieblingsfach haben, in welchem er weiter arbeitet und sich vervollkommenet. Ein jeder soll sich wenigstens auf einem Gebiete der forstlichen Technik oder — wie ich gleich hinzufügen will — Ökonomie gewissermaßen als Spezialist ausbilden, denn nur durch Spezialisieren kommen wir vorwärts.

Fragen wir uns nun, ob der Krieg auf dem Gebiete der forstlichen Technik Änderungen günstiger Art mit sich geführt hat, so können wir diese Frage wohl verneinen. Eher das Gegenteil ist der Fall gewesen. Und das liegt auch in der Natur der Sache. Dieser alle Vorstellungen übertreffende Krieg hat unser gesamtes Wirtschaftsleben durch geradezu verheerende Stöße erschüttert. Auch die Forstwirtschaft ist davon nicht unberührt geblieben. Erst nach Beendigung des Krieges wird dies recht in die Erscheinung treten. Auf den meisten Gebieten konnte die forstliche Technik im Kriege nicht gefördert werden. Ausnahmen, wie z. B. auf dem Gebiete des Transportwesens und der Gewinnung einiger wichtigen Nebenprodukten des Waldes, z. B. des Harzes, können an dieser Tatsache nichts ändern. Mancher Hieb ist infolge der „Kriegswirtschaft“, bei der waldbauliche Gesichtspunkte unbedingt in den Hintergrund treten mußten, nicht so ausgeführt worden, wie es zur Friedenszeit geschehen wäre. Einerseits sind waldbauliche nötige Fällungen ganz zurückgestellt worden,

Während andererseits Bestände zur Nutzung herangezogen worden sind, die besser noch mit dem Kriege verschont worden wären. Die Kulturen konnten infolge Arbeiter-, Samen- und Pflanzenmangels vielenorts nicht so ausgeführt und gepflegt werden, wie es erforderlich oder erwünscht gewesen wäre. Kurzum: die forstliche Technik ist durch den Krieg vielfach geschädigt worden, und es muß nach dem Kriege viel Versäumtes nachgeholt werden. Aber wir wollen nicht stillstehen, sondern fortschreiten. Umso mehr heißt es deshalb für jeden Waldbesitzer und Forstmann, nach dem Kriege alle Kräfte anzusetzen, um die forstliche Produktion wieder auf die frühere Höhe und darüber hinaus zu bringen. Produktionssteigerung muß die Lösung für die Zukunft sein, denn nur sie ist das wirtschaftliche und soziale Heilmittel. Sie allein bringt uns die erforderlichen Rohstoffe und erzeugt neue Wertwerte, die wir nach dem Kriege bitter nötig haben werden. Sie trägt dazu bei, gute Arbeitskräfte zu gewinnen und ermöglicht es, die kulturellen und sozialen Bedürfnisse unseres Volkes zu befriedigen. Die Produktionssteigerung vermag es aber auch, den Unternehmern aus der bedrängten Lage herauszuhelfen, in die sie etwa durch den Krieg verjagt worden sind.

Zu 2. Wir kommen zur Betrachtung der ökonomischen Fragen. Wie sieht es auf diesem Gebiete aus? Im großen Ganzen nicht viel anders als auf dem Gebiete der forstlichen Technik, denn technische Fehler, unrichtige, durch den Krieg hervorgerufene, wenn auch unvermeidliche Maßnahmen müssen auch in finanzieller Hinsicht unangünstige Folgen nach sich ziehen.

Die Forstwirtschaft bewegte sich vor dem Kriege ökonomischer Hinsicht in aufsteigender Linie. Die Grundsätze der Reinertragslehre setzten sich in der forstlichen Praxis mehr und mehr durch, ganz besonders trifft dies für den Privatwaldbesitz zu. Die Erfolge sind denn auch nicht ausgeblieben. Trotz Steigens der Arbeitslöhne, insbesondere der Unterhaltungs-, Kultur- und Wegebaukosten, trotz Anwachsens der Steuern und sonstiger Ausgaben, allemal also trotz erheblichen Steigens der Erzeugungs- oder Produktionskosten gingen die Reinerträge in die Höhe, weil die Bruttoerträge, absolut genommen, in noch stärkerem Maße stiegen als die Ausgaben. Diese Erscheinung war begründet einmal in den steigenden Hiebsätzen und Einschlagslassen, die wieder eine Folge der verbesserten Waldbestände waren, und zum anderen in der gegen früher größeren Nutzholzausbeute und in dem Steigen der Holzpreise. Letzteres entsprach zum Teil dem Steigen der Preise anderer Bodenerzeugnisse. Aber vor allem war es hervorgerufen durch die

erheblich gestiegene Nachfrage nach Holz, insbesondere nach Nutzholzlern aller Art, eine Nachfrage, der das Angebot nur durch steigende Holzeinfuhr gerecht werden konnte. War doch die Nutzholzeinfuhr Deutschlands vor dem Kriege auf 15 Millionen fm Rundholz gestiegen. So zeichneten sich denn Waldbreinerträge und Waldwert vor dem Kriege durch steigende Tendenz aus.

Wie hat der Krieg nun die finanzielle Seite der Waldwirtschaft beeinflusst? Sie wissen alle, daß die Holzpreise — sowohl Nutzholz- wie Brennholzpreise — während des Krieges ganz rapid in die Höhe geschossen sind, in einer Weise, wie es nicht vorausgesehen und vorausgesehen werden konnte. Auch die Betriebsausgaben und damit die Produktionskosten sind zwar sprunghaft in die Höhe gegangen. Aber trotzdem: oberflächlich betrachtet, d. h. wenn man nur die buchmäßigen Reinerträge ins Auge faßt, so kann man sagen: Die Waldbesitzer sind durch den Krieg, wenn sie nur die Arbeiter zum Einschlagen der planmäßigen Hiebssätze einstellen konnten, nicht geschädigt worden. Die sogen. Waldbreinerträge sind erheblich gestiegen. Aber, m. H., lassen wir uns durch diese Zahlen nicht täuschen! Auch hier zeigt es sich wieder, daß die „Waldbreinerträge“ keinen Maßstab für den finanziellen Effekt, für die Rentabilität der Wirtschaft abgeben können. Wir wollen gar nicht den Fall annehmen, daß in das vor dem Kriege vorhandene Waldvermögen durch die Kriegswirtschaft infolge Übernutzung eingegriffen wurde, sondern vielmehr voraussetzen, daß nur der Zuwachs des Waldes genutzt worden ist. Nichtsdestoweniger wird das gesamte Waldvermögen, abgesehen von der enormen Holzpreissteigerung, die nicht von Dauer sein wird und der das Steigen der ganzen Lebenshaltung und das Sinken des Geldwertes gegenübersteht, schließlich doch nicht selten eine Einbuße erlitten haben. Wie schon erwähnt, bewirkten technische Fehler auch finanzielle Einbußen. Werden Holzbestände über ihr Hiebsreifealter stehen gelassen, so bedeutet dies einen Verlust. Und werden andererseits aus kriegswirtschaftlichen Gründen Bestände zur Nutzung herangezogen, die noch im besten Zuwachs standen und deshalb erhalten zu werden verdienten, so ist eine solche Maßregel ebenfalls als ein finanzwirtschaftlicher Fehler zu bezeichnen. Folgt der Nutzung eines Holzbestandes nicht auf dem Fuße die rationellste Wiederaufforstung der abgetriebenen Fläche, so geht nicht nur die Bodenkraft und der Bodenwert zurück, sondern es erwachsen dem Waldbesitzer auch mehr oder minder große Zuwachsverluste. Der Waldkapitalwert erleidet eine Einbuße. Und wenn infolge Mangels an Arbeits- und Gespann-

kräften der Waldbewegbau vernachlässigt werden muß und in Rückstand gerät, so bedeutet auch diese Tatsache für den Waldbesitzer einen Verlust. Hinzu treten eine Reihe von Schwierigkeiten und Erschwerungen des Forstbetriebes, wie sie vor dem Kriege nicht vorhanden waren. Ich möchte nur hinweisen auf das Sinken des Geldwertes und unserer Valuta, sowie auf die Steigerung der Arbeitslöhne und Transportkosten.

Und schließlich noch eins! Durch den kriegswirtschaftlichen Forstbetrieb sind die Betriebspläne vieler Wirtschaftsganzen über den Haufen geworfen worden. Das ließ sich nicht vermeiden. Aber nach dem Kriege muß versucht werden, wieder in normale Bahnen einzulenken und die Wunden, die dem Walde durch den Krieg geschlagen worden sind, zu heilen. Das erfordert Arbeit und Geld, und mancher durch die hohen Holzpreise während des Krieges anscheinend erzielte Gewinn wird dadurch wieder aufgebraucht bezw. in die Wirtschaft gesteckt werden müssen. Auch noch andere Nachteile können durch diese Außersetzungs der Betriebspläne den Waldbesitzern erwachsen. In Nadelholzforsten spielt bekanntlich die Hiebsfolge eine hervorragende Rolle. Bei der Aufstellung der periodischen Betriebspläne muß auf eine gute Hiebsfolge stets Rücksicht genommen werden. Wird nun die für zweckmäßig befundene und festgesetzte Hiebsfolge nicht beachtet, werden nicht vorgesehene Holzbestände zur Nutzung herangezogen und andere dafür stehen gelassen, so kann die Gefahr von Windwurf- und Bruchschäden erheblich gesteigert werden. Ganze Bestände können infolge einer solchen falschen Maßregel dem Sturm zum Opfer fallen.

Die Fälle, in welchen durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen den Waldbesitzern Verluste erwachsen, sind damit nicht erschöpft. Doch ich wollte diesen Fragenkomplex ja nur streifen. Es ist natürlich außerordentlich schwer, jetzt schon zu ermitteln, wie hoch etwa all' diese Verluste zu bewerten sind. Aber fest steht heute zweifellos, daß nach dem Kriege vieles Versäumte nachgeholt werden muß. Erhöhte Ausgaben würden dann die Brutto-Einnahmen stark herabdrücken, wenn die durch den Krieg verursachten Nachteile möglichst bald wieder ausgeglichen werden, der Waldbestand wieder auf die frühere Höhe gebracht werden soll, und wenn andererseits nicht Mittel und Wege gefunden werden, um dieses Steigen der Ausgaben auszugleichen. Die Mittel und Wege dazu aber sind die Verbesserung der Technik, weitere Fortschritte in den ökonomischen Fragen, mit anderen Worten: intensive Bewirtschaftung des Waldes; ferner Erzielung günstiger Zoll- und Verkehrsver-

hältnisse und besserer Zusammenschluß aller forstwirtschaftlichen Kräfte.

Dem durch den Krieg so sehr geschwächten Organismus unseres ganzen Wirtschaftslebens muß neue Kraft und neuer Saft zugeführt werden, dem Fortschreiten, nicht zurücksinken soll und muß die deutsche Volkswirtschaft. Das gilt wie für Handel, Industrie und Landwirtschaft auch für die Forstwirtschaft. Aber an geschulten Arbeitskräften zur Bewältigung der wachsenden Aufgaben wird nach dem Kriege Mangel sein. Auch diese Schwierigkeiten gilt es also zu überwinden. Geschehen kann es aber nur durch höchste Anspannung der Kräfte jedes Einzelnen sowie durch eine straffe, zielbewußte Organisation der ganzen Wirtschaft und aller damit im Zusammenhang stehenden Einrichtungen. Ich komme damit zum dritten und Hauptpunkte der heutigen Besprechung — zur Organisationsfrage.

Zu 3. M. G.! Die gewaltige — man darf wohl sagen — Katastrophe des Weltkrieges hat unser ganzes Wirtschaftsleben umgestaltet. Sämtliche Zweige der Volkswirtschaft, nicht nur die Industrie und der Handel, sondern auch die Land- und Forstwirtschaft sind vor eine Fülle neuer Probleme gestellt worden. Um sie zu lösen, mußte auch die Forstwirtschaft in ihrer Gesamtheit sich rühren. Eine kraftvolle, zielbewußte Zusammenfassung der vorhandenen, zum Teil aber brach liegenden Kräfte mußte ins Auge gefaßt werden, die Organisation einer Zentralliste, wie sie bisher der Forstwirtschaft noch fehlte.

Um die Notwendigkeit des Ausbaus der organisatorischen Einrichtungen der deutschen Forstwirtschaft und die Aufgaben und Ziele, die uns vorliegen, darzulegen, muß ich zunächst auf die Bedeutung der Organisation überhaupt und das bisher in der Forstwirtschaft Geleistete kurz eingehen.

Die letzten Jahrzehnte vor dem Kriegsausbruch zeichneten sich früheren Zeiten gegenüber u. a. aus durch ein gewaltiges Zusammenfassen der Kräfte auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschaftslebens. Der Kräfteverzettlung und -Vergeudung, die der Gesamtheit der unzähligen Einzelunternehmungen eigen ist, steht die Organisation von Verbänden gegenüber mit ihrer stärkeren Vertretung der Interessen der dem Verbande angehörenden Einzelunternehmer. Die Beherrschung der Technik und die ökonomische Durchbringung der technischen Leistungen genügen heute nicht mehr, selbst wenn sie in steigendem Maße in den Einzelunternehmungen in die Erscheinung treten und wirksam werden. Technik und Ökonomie müssen vielmehr organi-

torisch ausgenutzt werden. Die besten Erfindungen nützen nur wenig, wenn sie nicht durch eine Zusammenfassung und systematische Regelung der Arbeit derart ausgebeutet werden, daß möglichst wenig Kraftaufwand zur Erzielung der höchstmöglichen Leistung benötigt wird. Im modernen Wirtschaftsleben kann die Gesamtheit der Einzelunternehmer nebeneinander die höchste Leistungsfähigkeit nicht erzielen. Nur der streng zusammengefaßte Verband ist dazu in der Lage. Von der Zentralstelle des Verbandes aus können wichtige neuere Erfindungen und Arbeitsmethoden den Gliedern des Verbandes übermittelt werden. Der Einzelunternehmer eignet sie sich an und nutzt sie nach Kräften aus. Er erzielt dadurch einen Kräftezuwachs und einen Gewinn, wie er ihn sich allein niemals oder nur unter erschwerten Umständen hätte verschaffen können. Dieser Zusammenfassung der Kräfte in Verbänden verdanken wir zweifellos im großen Teil die staunenerregenden Leistungen unserer Industrie und unseres Handels, der sich in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit den Weg bahnte zu den fernsten Gegenden der Erde. Aber nicht ohne Folgen bleiben darf Deutschland auf der erreichten Stufe der Organisation. Unsere wirtschaftlichen Gegner, besonders das von uns auf manchen Gebieten überflügelte England, machen gewaltige Anstrengungen, um das Versäumte nachzuholen. Und das ist für Deutschland ein Grund mehr, in diesem Kampfe um die Macht sein Wirtschaftssystem und seine Organisationen in der eingeschlagenen Richtung weiter auszubauen, insbesondere auch auf den Gebieten, die noch erhebliche Organisationsmängel aufweisen, mit allem Eifer die schlummernden Kräfte zu wecken. Der Verbandsgeist, der sich in allen Zweigen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens regt und sich wie eine mächtige Flut seinen Weg bahnt, der auch eine Hauptursache unseres kraftvollen Widerstandes im Kampfe gegen fast die ganze Welt ist, muß mehr und mehr auch die Forstwirtschaft und ihre Arbeitsverfassung durchdringen, wenn wir nicht an die Wand gedrückt werden und uns nicht auch fernerhin des Vorwurfs der Unfähigkeit schuldig machen wollen.

Auf dem der Forstwirtschaft verschwiegenen Gebiete der Landwirtschaft hat sich die Zusammenfassung der Kräfte in Genossenschaften aller Art schon seit Jahrzehnten vollzogen, und sie vollzieht sich fortgesetzt weiter. Nicht nur die Großgrundbesitzer haben den Wert der Organisation erkannt, auch der kleinbäuerliche und allen Neuerungen von Haus aus ablehnende Bauer hat begriffen, daß er, auf sich allein gestellt, im Kampfe ums Dasein ins Hintertreffen gerät. Auch ihn hat der Verbandsgeist mit der Zeit erfaßt, und was all die landwirtschaftlichen Ver-

bände und Genossenschaften — die Einkaufs-, Verkaufs- und Kreditgenossenschaften, die Interessenvertretungen der Landwirtschaftskammern und des Bundes der Landwirte, des Landwirtschaftsrates, der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und wie sie alle heißen, für die deutsche Landwirtschaft und damit auch für unser ganzes Volk geleistet haben, das ist ein besonderes Blatt der Geschichte, und ich brauche es Ihnen nicht zu schildern. Jeder weiß es, der diese Entwicklung mit offenen Augen verfolgt hat. Und wer es vor dem Kriege etwa noch nicht wußte, der hat es sicherlich im Laufe dieses Krieges erkannt, eine wie kraftvolle Stütze des deutschen Reichesgebäudes unsere organisierte Landwirtschaft darstellt. Hier sind seit Jahrzehnten Kräfte geweckt und entfaltet worden, die den großen Sieg errungen haben, dessen sich die deutsche Landwirtschaft in diesem gewaltigsten aller Wirtschaftskriege rühmen darf. Wäre sie nicht so gesund und lebenskräftig in den Krieg eingetreten, wir hätten nicht bis heute durchhalten können, und mit unserem Volke stände es heute anders.

An diesem Beispiel, das die Landwirtschaft gegeben, muß die Forstwirtschaft lernen. Sie muß sich fragen, auf welche Weise die Landwirtschaft das alles erreicht hat? Die Antwort lautet: durch planmäßige Förderung der Technik und Ökonomik. Und die Mittel und Wege dazu waren: Belehrung durch die Literatur, besonders durch Zeitschriften und die Tagespresse, ferner durch Vorträge auf allen Gebieten der Wirtschaft und durch Ausstellungen usw. Alle technischen Neuerungen und Erfindungen, die für den Landwirt Wert haben, sind dadurch bekannt geworden und selbst in den von den Stätten des modernen Lebens weitab liegenden Bezirken eingeführt worden.

Mit Recht werden Sie fragen: War denn vor Ausbruch des Krieges in der deutschen Forstwirtschaft nichts von zentralistischer Organisation vorhanden? Gewiß, m. H., Anfänge waren wohl vorhanden. Es sind im Laufe der letzten Jahrzehnte zweifellos Fortschritte in mancher Richtung erzielt worden. Vor allem hat die Forstwissenschaft — das darf ich sagen, ohne mich dem Vorwurfe auszusetzen, pro domo zu sprechen — trotz der Mängel im forstlichen Versuchswesen ihr Gebiet gründlich und fruchtbringend bearbeitet; insbesondere sind die ökonomischen Fragen fleißig erörtert und geklärt worden. Auch sind verschiedene Interessenverbände entstanden und haben ihre Stimme für die Forstwirtschaft erhoben, so vor allem der Deutsche Forstverein und verschiedene Waldbesitzervereine. Und doch kann man sich bei kritischer Prüfung der Sachlage des Eindrucks nicht erwehren, daß die Forstwirtschaft im Vergleich zur Industrie, nament-

lich aber auch gegenüber der Landwirtschaft, in organisatorischer Hinsicht rückständig geblieben ist. Die Wirtschaft ist der Wissenschaft nicht überall und tatkräftig gefolgt. Allzu vorsichtig und leise ist der Organisationsgeist in die Forstwirtschaft eingezogen. Es herrscht hier noch viel von dem individualistischen Sinne, der glaubt, aus eigener Kraft sein Werk vollbringen und das Höchstmögliche leisten zu können. Nur ein Beispiel will ich dazu geben. Wie viel ist schon über die Bedeutung von Waldgenossenschaften geschrieben und verhandelt worden? Auch Gesetze sind zwecks Gründung von Waldgenossenschaften in verschiedenen Formen erlassen worden. Aber die Erfolge auf diesem Gebiete sind geradezu minimal zu nennen. Und welcher Nutzen würde aus einer Vereinigung des parzellierten Kleinwaldbesitzes zu Eigentums- oder Wirtschaftsgenossenschaften nicht nur den einzelnen Waldbesitzern, sondern auch der Gesamtheit erwachsen!

Vielleicht wird mir eingewendet werden, daß sich namentlich beim Großwaldbesitz eine Arbeitsorganisation herausgebildet habe, die im Vergleich zur Wirtschaft des Kleinwaldbesitzers hohe Leistungen und beachtenswerte Erfolge aufweisen könne. Das ist ganz richtig. Aber auch in diesem Falle reicht die Organisation der Einzelverwaltung nicht aus, um alle die Kräfte lebendig zu machen, die erst einen modernen, wirklich rationellen Betrieb ermöglichen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß auch hier der Überblick fehlt über die neuesten Betriebs- und Arbeitsmethoden. Es fehlt das Zentralorgan, welches nicht nur das weite Reich der Nation, sondern auch die mannigfaltigen internationalen Beziehungen zu überschauen und das Wichtige vom Unwichtigen zu sondern vermöchte. Vor allem aber fehlt dem Einzelunternehmer doch mehr oder weniger die Fähigkeit, wichtige Interessen bei den einzelnen Staatsregierungen, namentlich aber im Reich, so zu vertreten, daß diese durchgreifend einwirken und dadurch die Forstwirtschaft unterstützen.

Auch die Interessenvertretungen der Landwirtschaft, die Landwirtschaftskammern, erstrecken ihre Tätigkeit auf die Forstwirtschaft, und es soll nicht verkannt werden, daß sie Wertvolles für die Forstwirtschaft, insbesondere für den Klein- und Mittelwaldbesitz, geleistet haben. Aber so sehr diese forstlichen Abteilungen der Landwirtschaftskammern auch im einzelnen ausgebaut sind, es fehlt doch auch hier bis heute die zentrale Zusammenfassung, die unbedingt erforderlich ist, wenn das angestrebte Ziel erreicht werden soll. Der Landwirtschaftsrat ist wohl die Zentralstelle der Landwirtschaftskammern in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, aber als geistiges Zentralorgan für forstwirtschaftliche Fragen kann er un-

möglich betrachtet werden. Dazu fehlen ihm sämtliche Einrichtungen und Organe. Auch möchte ich hier schon hervorheben, daß die Landwirtschaftskammern, obwohl sie in Preußen gesetzlich als Vertreter der Interessen nicht nur der Land-, sondern auch der Forstwirtschaft erklärt sind, doch nach ihrem ganzen Art vornehmlich für den Klein- und Mittelwaldbesitz in Betracht kommen. Der Großwaldbesitz verfolgt seine besonderen Interessen, und diese können von den Forstfachverständigen der Landwirtschaftskammern aus einer Reihe von Gründen nicht befriedigt werden, weshalb die Großwaldbesitzer denn auch gar nicht den Wunsch hegen, in näheren Beziehungen zu den Forstabteilungen der Landwirtschaftskammern zu treten. Der Großwaldbesitz zeigt dagegen ein lebhaftes Interesse für ein die Tätigkeit aller forstlichen Einzelunternehmungen zusammenfassendes Zentralorgan, das, als Sammelpunkt gedacht, die gesamten Erfahrungen der Praxis intensiv auszunutzen in der Lage sein würde.

Schließlich möchte ich hier noch dem etwaigen Einwurfe begegnen, daß wir ja in den Zentralbehörden der Staatsforstverwaltungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten die gewünschten Zentralorgane hätten. Sie verfügten doch über eine große Anzahl von Forstbeamten sowie über die nötigen Mittel und sammelten eine Menge von Erfahrungen, so daß es ihnen nicht schwer fallen könne, alles das in die Wege zu leiten und durchzuführen, was von der geplanten Zentrale erwartet werde. Aber, m. H., auch hier fehlt es eben gerade an dem zentralen Organ, das die einzelnen Glieder des forstlichen Gewerbes zusammenfaßt. Die Staatsforstverwaltungen sind in der Hauptsache unabhängig voneinander tätig, sie arbeiten nebeneinander, nicht miteinander. Es herrscht auch hier Zersplitterung, und es fehlt das harmonische Zueinandergreifen der Räder aller Staatsforstverwaltungen und die Krönung des Werkes in einem zentralen Reichsorgan. Dieses brauchte nicht das ganze Gebiet der Tätigkeit der Staatsforstverwaltungen zusammenzufassen, sondern nur einzelne wichtige, sich besonders eignende Teilgebiete. Zweifellos würde eine solche Zentrale von großer Bedeutung sein. Ein großer Schritt vorwärts würde mit ihrer Einrichtung in der forstwirtschaftlichen Organisation getan sein. Aber trotzdem: eine Vertretung der Interessen der gesamten deutschen Forstwirtschaft würde damit immer noch nicht geschaffen sein, denn die Privat- und ein großer Teil der Gemeindewaldwirtschaft würde in einer solchen Zentralstelle nicht vertreten sein, während andererseits eine der gesamten deutschen Waldbesitz vertretende Zentralstelle eine besondere Zentralstelle der Staatsforstverwaltungen überflüssig machen würde, weil

Interessen des Staats-, Gemeinde- und Privatwaldbesitzes in sehr vielen Fragen vollständig miteinander übereinstimmen.

Sie sehen, m. H., überall, wohin wir blicken, ist es an der zentralen Zusammenfassung der Kräfte zu einem harmonischen Ganzen.

Aber — so werden Sie schließlich einwenden — haben ja doch seit Jahren den Deutschen Forstverein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen des gesamten deutschen Waldbesitzes zu vertreten. Stellt dieser Verein denn nicht schon diejenige Organisation dar, die angestrebt wird? Gewiß, der Deutsche Forstverein und allem sein Hauptorgan — der Forstwirtschaftsrat — ist der Anfang der gesuchten zentralistischen Organisation. Aber wenn wir die Geschichte des Forstvereins verfolgen und bei einer tieferen Betrachtung seiner bisherigen Gestaltung verweilen, dann können wir uns doch des niederdrückenden Eindrucks nicht erwehren, daß der Forstverein bisher eine Organisation war, die, von den staatlichen und Reichsbehörden als Gesamtvertretung des deutschen Waldbesitzes nicht anerkannt, sondern, als eine private Einrichtung betrachtet, gewissermaßen in der Luft schwebte. Es soll nicht verkannt werden, daß die Kommissionen des Forstwirtschaftsrates und auch die Hauptversammlungen des Forstvereins tüchtige Arbeit geleistet, manche Frage geklärt und wertvolles Material geliefert haben. Aber nichtsdestoweniger muß man feststellen, daß der Forstwirtschaftsrat mit dem Landwirtschaftsrat in Bezug auf das Geleistete nicht in Wettbewerb treten kann. Insbesondere hat der Deutsche Forstverein bisher keinen nennenswerten Einfluß auf die Gesetzgebung, also hinsichtlich forstpolitischer Fragen, namentlich in Zoll- und Verkehrsfragen, ausgeübt. Die Ergebnisse der Verhandlungen des Forstvereins haben zumeist nur akademischen Wert gehabt. Praktische Erfolge sind ihnen beschieden geblieben, und zwar zunächst aus dem Grunde, weil der Deutsche Forstverein bzw. der Forstwirtschaftsrat nicht als die gesetzliche Vertretung des deutschen Waldbesitzes angesehen wird, und weil keine starke Macht hinter ihm steht. Es darf daher nicht wundernehmen, daß er bei der Gesetzgebung seinen Willen nicht durchzusetzen vermochte. An diesen geringen Erfolgen trägt aber nicht nur der Umstand die Schuld, daß der Forstverein und der Forstwirtschaftsrat private Einrichtungen waren, sondern es haben auch eine Reihe von Organisationsmängeln dabei mitgewirkt. Einmal vertraten sie nicht den gesamten deutschen Waldbesitz, und dann fehlte ihnen bis in die neueste Zeit hinein eine Zentralstelle, an die sich die 2000 Mitglieder des Vereins wenden konnten, wenn sie Unter-

stützung in wirtschaftlichen Fragen erlangen wollten. Es fehlte eine auf fester Grundlage aufgebaute ständige Geschäftsstelle, an die sich auch die Staats- und Reichsbehörden hätten wenden können, wenn sie Unterlagenmaterial für die Gesetzgebung und andere wichtige Arbeiten nötig hatten. Der erste Vorsitzende des Forstvereins und zugleich Leiter des Forstwirtschaftsrates und der Generalsekretär wohnten meist an verschiedenen Orten, die noch dazu öfter wechselten.

So lagen die Verhältnisse in der Organisation der deutschen Forstwirtschaft, als der Krieg ausbrach. Wohl war es schon vorher den führenden Forstmännern und auch vielen anderen Mitgliedern des Forstvereins klar geworden, daß die Forstwirtschaft eine bessere Gesamtvertretung als die im Deutschen Forstverein und im Forstwirtschaftsrat ihr zur Verfügung stehende unbedingt haben müsse. Dahinzielende Reformpläne waren bereits bei Ausbruch des Weltbrandes ins Auge gefaßt. Die Verfassung des Vereins sollte zunächst eine Änderung erfahren, und die veränderten Satzungen sollten dann die Grundlage darbieten, auf der weiter gebaut werden sollte. Da trat der gewaltige Krieg dazwischen mit seinen vielen wirtschaftlichen Fragen und Problemen, die zu lösen es galt. Und dieser Krieg hat in rascher Folge Früchte heranreifen lassen, wie sie der Friede kaum in so kurzer Zeit hervorgebracht hätte. Mit zwingender Notwendigkeit hat er dargetan, daß rasch gehandelt werden mußte. Viel leichter hätten — darüber ist man sich im allgemeinen klar — die wirtschaftlichen und insbesondere auch die forstwirtschaftlichen Aufgaben gelöst und die notwendigen Arbeiten bewältigt werden können, wenn wir uns für das große bevorstehende Ringen der Völker nicht nur militärisch und finanziell, sondern auch wirtschaftlich gerüstet hätten. Man hatte in den maßgebenden Kreisen allgemein mit einer kurzen Kriegsdauer gerechnet. Einen Krieg von mehr als dreijähriger Dauer und von solcher Kraftentfaltung auf allen Seiten, wie wir ihn jetzt schon hinter uns haben, hatte man vor seinem Ausbruch geradezu für ausgeschlossen gehalten. Und als nun diese verhängnisvolle Ansicht durch die Tatsachen widerlegt wurde, als der Krieg sich mehr und mehr in die Länge zog, so daß heute nach 40 Monaten noch kein Ende abzusehen ist, und als der Wirtschaftskrieg mit den schärfsten Mitteln eine mehr und mehr ausschlaggebende Rolle in der Gesamtkriegsführung zu spielen anfang, da erkannte man zu spät, daß man es an der wirtschaftlichen Mobilisation so gut wie ganz hatte fehlen lassen. Die tiefeinschneidenden Begleiterscheinungen und Folgen des modernen Krieges, der sich nach jeder Richtung hin ins Ungeahnte entwickelt hat, hätten wir weit leichter über-

winden können, rascher und besser hätten wir unser Wirtschaftssystem den Anforderungen und Bedürfnissen des Krieges anpassen können, wenn wir auch auf wirtschaftlichem Gebiete „mobil gemacht“ hätten, ähnlich wie auf dem militärischen und finanziellen Gebiete. Gewiß, wir haben auch ohne dies uns durchgerungen, wir haben in schwerer Not und unter schweren Entbehrungen unser ganzes Wirtschaftssystem und unser Wirtschaftsleben mit großem Erfolg zur „Kriegswirtschaft“ umgestaltet. Aber weil diese Umwandlung nicht vorbereitet war, weil die dazu erforderlichen wirtschaftlichen Kräfte nicht bereit gestellt waren, hat man viel herumprobieren müssen, bis man das Richtige fand, und das hat nicht selten Mißgriffe zur Folge gehabt. Wertvolle Kräfte mußten verschleudert werden, weil keine Erfahrungen vorlagen, weil überall improvisiert vorgegangen werden mußte.

M. H.! Unser Wirtschaftsleben hat im Laufe des Krieges eine gewaltige Krisis durchgemacht, und es befindet sich noch mitten in ihr. Und wenn es uns bis jetzt gelungen ist, diese Krisis zu überwinden und zu verhindern, daß sie sich zu einer Katastrophe für Deutschland entwickelte, so verdanken wir dies in erster Linie dem deutschen Organisationstalent und einer Organisationskraft, die selbst unsere Feinde, wenn auch widerwillig, haben anerkennen müssen.

Jedoch ohne Zwangsmassnahmen des Staates wäre es nicht möglich gewesen, die nationale wirtschaftliche Kraft derart zusammenzufassen und zu festigen, daß sie den furchtbaren Schlägen, die der Krieg gegen sie führte, standhalten konnte.

Auch auf forstwirtschaftlichem Gebiete hat der Staat, so viel als unbedingt notwendig und möglich war, eingegriffen. Aber da keine vollwertige Organisation vorhanden war, so lagen die Verhältnisse hier sehr ungünstig und schwierig, als das Holz eine so außerordentlich große Rolle in unserer Kriegswirtschaft zu spielen anfang. Es fehlte den staatlichen und Reichsbehörden an einer Fülle von Unterlagenmaterial, um die an sie heran tretenden Aufgaben zu lösen, und nirgends war eine Zentralstelle, in der alle Fäden des forstwirtschaftlichen Lebens zusammentrafen, und an die man sich zwecks Unterstützung hätte wenden können.

Aus dieser Erkenntnis heraus und unter dem Druck der harten Notwendigkeit, den Anforderungen der Kriegswirtschaft möglichst gerecht zu werden, hielt es der Deutsche Forstverein, allen voran Reg.-Direktor Dr. Wappes als Vorsitzender der Satzungscommission, für seine Pflicht, schleunigst zu handeln, ohne den formell vorgeschriebenen Weg einzuschlagen. Umgehend mußte die geplante Reform der Spitze des Forstvereins vorgenommen und damit

der Gesamtvertretung der deutschen Forstwirtschaft ein Organ gegeben werden, das imstande war, in engem Zusammenarbeiten mit dem Kriegsamt und anderen Behörden der Bundesstaaten und des Reichs die bestehende Lücke notdürftig, d. h. so gut, wie es eben jetzt ging, auszufüllen. So wurde um die Jahreswende 1916/17 die „Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten“ eingerichtet. Über die Vorgänge, die zu ihrer Gründung geführt haben, kann ich hinweggehen. Darüber hat Ihnen Herr Reg.-Direktor Dr. Wappes selbst im April hier berichtet. Inzwischen hat sich die Geschäftsstelle entwickelt, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich hier der Ansicht Ausdruck gebe, daß sie durch ihre Leistungen ihre Daseinsberechtigung bewiesen hat. Ja, es war höchste Zeit, daß sie gegründet wurde, wenn die Fülle der dringend zu lösenden Aufgaben bewältigt werden sollte. Das Zeugnis der Herren vom Kriegsamt, daß die Geschäftsstelle ihm bei seiner Tätigkeit von größtem Nutzen sei, liefert den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht.

M. H.! Mit der Errichtung der Geschäftsstelle ist ein Wendepunkt in der Geschichte des Deutschen Forstvereins eingetreten, wenn ihrer Entwicklung und dem weiteren Ausbau der in Angriff genommenen Organisation die erforderliche Aufmerksamkeit und Sorge seitens der maßgebenden Kreise zugewendet wird. Denn das ist einleuchtend: mit der Errichtung der Geschäftsstelle allein ist es nicht getan. Es muß auch die nötige Kraft und Macht hinter ihr stehen, die dafür sorgt, daß die Tätigkeit der Geschäftsstelle bzw. des Forstwirtschaftsrates entscheidenden Einfluß auf die gesamte deutsche Forstwirtschaft und vor allem auf die einschlägige Gesetzgebung erlangt. Ohne dies würden wir im früheren Fahrwasser weiter schwimmen.

Die Geschäftsstelle war zunächst allerdings nur gedacht als Organ des Forstwirtschaftsrates für die kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten, mit anderen Worten im Hinblick auf die Bedürfnisse der „Kriegswirtschaft“. Aber ihren Gründern schwebte natürlich als Ziel doch schon die Errichtung einer ständigen Geschäftsstelle vor. Sie sollte nicht mit dem Kriegsende wieder aufgelöst werden, denn über die Notwendigkeit eines ständig arbeitenden Zentralorgans der deutschen Forstwirtschaft war man sich ja schon vorher klar geworden, wenn sie ohne den Krieg auch wohl nicht gleich von vornherein auf eine so breite Basis gestellt worden wäre, wie jetzt infolge der Kriegswirtschaft. Ganz besonders notwendig erscheint die

Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates auch für die „Übergangswirtschaft“, der die übergeordnete Aufgabe der Überleitung unserer Volkswirtschaft von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zugeordnet wird. Es ist einleuchtend, daß die Kriegswirtschaft sich nicht urplötzlich wieder in die Friedenswirtschaft umwandeln kann. Die Umwälzungen in unserem gesamten Wirtschaftsleben sind zu gewaltig, daß sich der frühere Zustand der Volkswirtschaft nur von heute auf morgen herstellen ließe. Ein Teil der geschaffenen Einrichtungen wird wohl hauptsächlich bestehen bleiben. Jedenfalls aber kann nicht alles auf einmal, was unser Wirtschaftsleben jetzt beherrscht, nach Friedensschluß nicht ein- und wieder aufhören und der früheren Freiheit Platz machen. Dadurch würde eine Verunsicherung sondergleichen in den ganzen Organismus unserer Wirtschaft hineingetragen werden, deren Folgen nicht abzusehen sein würden. Die Übergangswirtschaft von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft kann nur langsam stattfinden müssen. Der Staat muß noch so lange die Führung in den wichtigsten Wirtschaftszweigen übernehmen, bis es keinerlei Bedenken mehr unterliegt, den Zwang und die Fesseln der Kriegswirtschaft ganz fallen zu lassen. Man spricht und versteht deshalb heute schon viel über die Übergangswirtschaft, und die Vorbereitungen sind bereits im vollen Gange. Das Reichsministerium des Innern hatte zunächst das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft geschaffen, aber da inzwischen vom Reichsministerium des Innern das Reichswirtschaftsamt mit einem besonderen Staatssekretär abgetrennt worden ist, soll das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft nunmehr mit dem Reichswirtschaftsamt vollständig verschmolzen werden. Die Forstwirtschaft kann erwarten und verlangen, daß dieser Organisation auch ein Platz für ihren Vertreter bereit wird. Bei der Entsendung dieses Vertreters wird aber der Forstverein zu befragen sein. Der Forstwirtschaftsrat wird durch seine Geschäftsstelle in der Frage der Übergangswirtschaft, Zoll- und Verkehrspolitik ebenso zur Mitarbeit herangezogen werden können, wie jetzt zur Unterstützung der kriegswirtschaftlichen Behörden.

N. H. Die Gründung der Geschäftsstelle für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten ist in der Sitzung vom 17. Juli vom Forstwirtschaftsrat, der infolge der Notwendigkeit raschen Handelns vorher nicht hatte werden können, einstimmig gutgeheißen und am 19. September in Erfurt von der Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins ebenfalls einstimmig genehmigt worden. Dadurch ist der Gründung nachträglich auch die formelle Sanktion

erteilt worden. Und da in der Erfurter Tagung des Forstwirtschaftsrates und der Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins auch die Satzungsreform ihre Erledigung gefunden hat, so konnte die Geschäftsstelle dem Gesamt-Organismus des Deutschen Forstvereins als ständige Einrichtung eingefügt werden. Wir haben heute eigentlich keine Geschäftsstelle für kriegswirtschaftliche Angelegenheiten mehr, sondern die Geschäftsstelle des Deutschen Forstvereins und Forstwirtschaftsrates. Außer dem Herrn Reg.-Direktor Dr. Wap-p-e-s, der nach Einrichtung der Stelle in Berlin wieder auf seinen Posten nach Speyer zurückgekehrt ist und jetzt nur noch nebenamtlich als Leiter der Geschäftsstelle mitwirkt, arbeiten in Berlin drei forstliche Mitglieder und ein außerordentl. Mitarbeiter. Letzterer, Herr Privatdozent Dr. M-u-d-l-e, ist allerdings vor kurzem nach München übersiedelt, um dort bei der Gründung eines großen Waldbesitzerverbandes mitzuwirken. Er ist mit der Bearbeitung einer Denkschrift beschäftigt, welche die Grundlagen der neuen Organisation darstellen soll. Ferner werden noch einige Herren, die in Kriegsorganisationen tätig sind, zu besonderen Arbeiten herangezogen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Geschäftslast künftig geringer werden wird, im Gegenteil: die Beanspruchung der Geschäftsstelle wird wohl steigen, ihr Aufgabenkreis sich erweitern, und die Übergangswirtschaft wird noch mehr als die Kriegswirtschaft eine zentrale Auskunft- und Arbeitsstelle sowie aufklärende und anregende Tätigkeit benötigen. Die Geschäftsstelle hat zurzeit den Zweck, den Forstverwaltungen und Waldbesitzern als Berater in allen durch die Kriegslage bedingten Verhältnissen zu dienen, den Austausch der durch die Kriegswirtschaft gewonnenen Erfahrungen zu vermitteln, Erhebungen vorzunehmen oder bei solchen wie auch bei der literarischen Versorgung der Praktiker mitzuwirken und, soweit gewünscht oder erforderlich, durch Anregungen zur Förderung und Verbesserung des Forstbetriebs beizutragen, zusammenfassend gesagt: Die Geschäftsstelle soll durch gemeinsam aufgebrauchte Mittel Arbeiten leisten, die der Einzelne nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand durchzuführen vermag. Die Hauptarbeitsgebiete der Geschäftsstelle werden in Zukunft forstpolitisch sein. Außer Fragen der Holzverwertung vor allem: die Holzzoll- und Holzhandelspolitik, die Waldbesitzerversicherung und Beleihung, ferner alle in das Gebiet der Sozialpolitik einschlagenden forstlichen Fragen, sowie Fragen des Waldschutzes und der Forsttechnik. Über alle diese Fragen soll die Geschäftsstelle Material

sammeln, um die Interessen der Waldbesitzer bei den maßgebenden Behörden vertreten zu können. Sie soll aber auch dem einzelnen Waldbesitzer in forstlichen Fragen mehr allgemeiner Bedeutung auf Wunsch beratend zur Seite stehen und durch ihre ständigen Beziehungen zu den Behörden die Interessen des deutschen Waldes unmittelbar zur Geltung bringen.

Ich kann in eine nähere Betrachtung aller dieser Aufgaben nicht eintreten. Das würde mich zu weit führen. Nur auf zwei schwierige Probleme, die in mein Spezialarbeitsgebiet einschlagen, möchte ich kurz hinweisen. Selbst wenn wir, wie wir alle hoffen, einen starken deutschen Frieden uns erzwingen werden, darüber werden wir uns alle ziemlich klar sein: große Geldentschädigungen werden von unseren Feinden nicht zu erlangen sein. Das Reich, die Bundesstaaten und nicht zuletzt die Kommunen werden nach dem Kriege gewaltige Schuldenlasten zu tragen haben, deren Zinsen und Tilgungsquoten unter allen Umständen aufgebracht werden müssen. Die Deckung dieser Ausgaben kann in der Hauptsache nur durch Erhöhung der Steuern erfolgen. Und in dieser Hinsicht unterliegt es keinem Zweifel, daß Besitz und fundiertes Einkommen noch schärfer als bisher schon herangezogen werden. Die Waldbe-leiherungsfrage wird brennend.

M. H. 1 Ich vertrete die Ansicht, daß als Einkommen aus der Forstwirtschaft die Waldrente oder der jährliche Wertzuwachs besteuert werden sollte und nicht der Wert des Einschlags, der höher oder niedriger als die Waldbrente sein kann. Ich bin wegen dieser Auffassung von einer Seite heftig angegriffen, und es ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich vertrete mit dieser Auffassung nicht die Interessen der Waldbesitzer. Abgesehen davon, daß der Steuertheoretiker sowohl wie der Steuerpraktiker in erster Linie die Grundsätze der Gerechtigkeit zu vertreten haben, war ich und ich bin heute noch mehr der Ansicht, daß ich für die Dauer die Interessen der Waldbesitzer besser vertreten habe als mein wissenschaftlicher Gegner, der u. a. auch die Ansicht vertrat, die Erträge des Waldes müßten speziell zu Steuerzwecken mit 40% kapitalisiert werden, um den Waldvermögenswert zu ermitteln. Diejenigen, die so gerechnet haben, werden es zum Teil heute schon sehr zu bereuen haben. Der durch Kapitalisierung mit 40% ermittelte Waldwert ist zu niedrig. Wenn ein Wald seinen Wald zu einem solchen Preise verkaufen wird, wird nun aber ein Wald zu weit höherem Preise veräußert, als er am 1. Januar 1914 bei der Veranschlagung zur Wehrsteuer bewertet und ins Steuerbuch eingetragen wurde, dann wird die Differenz

zwischen dem jetzigen hohen Verkaufswerte und dem 1914er zu niedrigen Steuerwerte als Wertzuwachs betrachtet. Sie unterliegt der Wertzuwachssteuer und jetzt sogar der sehr hohen Kriegsgewinnsteuer. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, zu welchen unangenehmen Folgen dies führen kann und wird, denn Waldverkäufe werden voran-sichtlich nach dem Kriege mehr vorkommen als bisher. Wäre der Waldwert seinerzeit richtig ermittelt worden, dann würde wohl die Jahre her eine etwas höhere Vermögenssteuer zu entrichten gewesen sein — diese ist jedoch niedrig —, nicht aber hätte der Waldbesitzer jetzt mit der hohen Kriegsgewinnsteuer belastet werden können.

Von ähnlicher Bedeutung wird die Frage der Waldbeleihung künftig sein, die noch gar im Argen liegt. Die künftigen hohen Steuern werden manche Waldbesitzer entweder zu starken Eingriffen in das Waldkapital oder zur Aufnahme eines Kreditkredits zwingen. Entschließt sich der Waldbesitzer letzterem, so kommt es für ihn sehr auf die Grundsätze an, nach welchen die Beleihung durchgeführt wird. Für den Deutschen Forstverein liegt auch hier noch ein reiches Arbeitsfeld vor.

Ich wollte an diesen beiden Beispielen nur zeigen, wie eine hervorragende Bedeutung der Klärung aller dieser Probleme sowohl für den einzelnen Waldbesitzer wie für die gesamte Forstwirtschaft zukommt. Eine kraftvolle Interessenvertretung ist uns deshalb bitter Not.

Mit der Errichtung der ständigen Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan worden. Mit dem zielbewußten Ausbau einer zentralen forstwirtschaftlichen Organisation ist der Anfang gemacht worden. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß jede Geschäftsstelle naturgemäß in der Hauptsache nur Vollzugsorgan ist und sein kann. Es kann unmöglich all' die Probleme und Fragen bearbeiten, die nach dem Kriege zu lösen sein werden. Ich erinnere nur an die für die Forstwirtschaft die größte Bedeutung gewinnenden handelspolitischen Fragen. Unsere Zoll- und Handelsverträge sind durch den Krieg zerbrochen, aber es müssen neue Verträge abgeschlossen werden, und hierbei wird auch der Plan eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbundes eine bedeutende Rolle spielen. Der Verkehrspolitik muß die größte Beachtung geschenkt werden. Und auf die hervorragende Bedeutung der Arbeiterfrage — die Abwanderung der Industrie einerseits, die nach dem Kriege zurückflutenden Mengen von Arbeitern und das Sicherungswesen andererseits — brauche ich Sie nur hinzuweisen.

Für die Lösung all' dieser wichtigen Probleme sind besondere Ausschüsse im Forstwirtschaftsrat gebildet werden. Sie müssen die Ergebnisse ihrer Arbeit in Denkschriften und Gutachten verlegen, und diese müssen durch die Vermittlung der Geschäftsstelle befruchtend auf die gesamte Forstwirtschaft einwirken und ihren Einfluß auf die Erziehung ausüben.

Die Berichte über wichtige Ausschuß-Sitzungen sind nicht nur den Mitgliedern des Forstvereins in maßvoller Weise mitgeteilt werden, sondern vor allem sollen sie den Staatsregierungen, dem Reichsminister und den einzelnen Reichsämtern übermittelt werden. Auch würden diese Ausschüsse Petitionen an die Behörden und an den Reichstag anzuregen, die Vorwürfe zu besprechen und unter Umständen selbst solche zu verfassen haben. Und wenn die Behörden etwa Kommissionen für forstliche Angelegenheiten bilden sollten, dann müßte dem Forstwirtschaftsrat Gelegenheit gegeben werden, Mitglieder vorzuschlagen, die geeignet sind, bei den betr. Fragen mitzuwirken und wertvolle Arbeit zu leisten. In Forst- und Waldbesitzersammlungen hätten nicht nur die Mitglieder der Ausschüsse, sondern auch der Geschäftsstelle Vorträge über die Ergebnisse ihrer Arbeiten sowie über auftauchende Fragen zu halten, um auf diese Weise befruchtend auf den ganzen forstwirtschaftlichen Betrieb einzuwirken, andererseits aber auch über neue Anregung zu empfangen. Durch einen ständigen Gedankenaustausch würde gründliche Arbeit geleistet werden.

Um eine solch' umfangreiche Tätigkeit zu ermöglichen, sind aber bedeutende Mittel erforderlich. Wenn Leistungen verlangt werden, müssen auch entsprechende Mittel bereitgestellt werden, denn die Leistung ist heute überall in erster Linie eine Geldfrage, auch in der Forstwirtschaft. Je mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, desto mehr wird geleistet werden können. Nur wenige Wirtschaftszweige unserer Volkswirtschaft stehen in der aktiver, zentraler Arbeit heute so sehr zurück wie die Forstwirtschaft. Viel ist hier nachzuholen, deshalb werden aber auch die Erfolge wahrscheinlich groß sein. Niemals war die Zeit für ein weitsehendes, zielbewußtes, organisiertes Wirken der Forstwirtschaft günstiger und geeigneter als jetzt. Die Gelegenheit sollte deshalb nicht versäumt werden.

Die kriegswirtschaftliche Geschäftstätigkeit war finanziert auf ad hoc gestiftete freiwillige Beiträge. Die Gründung der ständigen Geschäftsstelle machte eine solidere Finanzierung erforderlich. Die Beanspruchung der Geschäftsstelle für ihr Aufwand haben sich im Verlaufe von

wenigen Monaten ganz außerordentlich gesteigert. Und wenn sie Ersprießliches leisten, wenn sie die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen soll, muß sie mindestens in dem Rahmen erhalten werden, den sie jetzt schon ausfüllt, obwohl der Forstwirtschaftsrat noch nicht als Vertretung der deutschen Forstwirtschaft amtlich anerkannt ist. Wollte man die Tätigkeit und das Arbeitsfeld der Geschäftsstelle bald schon wieder einschränken, so würde dies eine wesentliche Beeinträchtigung des Zweckes, dem sie dienen soll, bedeuten. Auch die Reform des Forstvereins und des Forstwirtschaftsrates würde damit in Frage gestellt sein, denn ohne eine wirklich leistungsfähige ständige Geschäftsstelle kann der Forstwirtschaftsrat nicht den Einfluß im Deutschen Reiche erlangen, der ihm als künftiger Hauptvertretung der deutschen Forstwirtschaft zukommt.

Auf Grund dieser Erwägungen kam der Forstwirtschaftsrat zu der Ansicht, daß die Finanzen des Deutschen Forstvereins auf breitere Grundlage zu stellen seien, denn ein unwürdiger Zustand würde es sein, wenn die Geschäftsstelle des Deutschen Forstvereins dauernd auf freiwillige Beiträge angewiesen sein sollte. Außerdem würde eine solche Finanzierung den großen Nachteil haben, daß tüchtige Kräfte auf die Dauer für die Geschäftsstelle nicht zu erlangen sein würden. — Man glaubte nun anfangs, insbesondere Herr Reg.-Direktor Wappes, es werde ein Satz von 2 Pf. je ha Waldbfläche der Vereinsmitglieder zur Finanzierung des Forstvereins und insbesondere der Geschäftsstelle genügen. Wappes rechnete dabei mit erheblichen Beiträgen des Reichs und der Staatsforstverwaltungen. Aber vorerst sind solche noch nicht bewilligt. Um aber eine Einrichtung finanziell dauernd sicherzustellen, bedarf es in bestmöglicher Höhe fließender Mittel. Und diese sind vorerst nur von denjenigen Mitgliedern des Deutschen Forstvereins zu erlangen, welche das größte Interesse an der Gründung und der Fortentwicklung der Geschäftsstelle in der eingeschlagenen Richtung hatten bzw. haben. Das sind die Waldbesitzer! Nur wenn diese aus der Kenntnis der Verhältnisse und dem Einblick in das bisher schon Geschaffene die Überzeugung gewonnen haben, daß die Arbeit des Deutschen Forstvereins und insbesondere seiner Geschäftsstelle ersprießlich und die aufgewendeten Mittel gut angewendet sind, wenn sie also Vertrauen zur künftigen Tätigkeit des Deutschen Forstvereins und seiner Organe haben, wird die Geschäftsstelle zu der Einrichtung ausgebaut werden können, die ihren Gründern vorgeschwebt hat.

Würde die gesamte deutsche Privat- und Gemeindefläche dem Forstverein angehören, dann würde die Geschäftsstelle

mit einem Schläge finanziell gesichert dastehen, ja sie würde sogar weit über ihren jetzigen Rahmen hinaus ausgebaut werden können. Aber die Erreichung dieses Zieles steht noch in weiter Ferne, es sei denn, daß der Beitritt auf gesetzlichem Wege festgelegt würde — wie bei den Landwirtschaftskammern. Mit der Gründung von Forstwirtschaftskammern kann aber vorerst nicht gerechnet werden. Und so bleibt denn nichts anderes übrig, als daß die jetzigen Mitglieder des Deutschen Forstvereins für die Beschaffung der erforderlichen Mittel durch Erhöhung der Beiträge eintreten. Aus dieser Erkenntnis heraus gelangte man in der Sitzung des Forstwirtschaftsrates in Erfurt zu der Überzeugung, daß der vorgesehene Satz von 2 Pfg. nicht hinreiche, sondern auf 5 Pfg. erhöht werden müsse. Ein dahingehender Beschluß wurde gefaßt und von der Hauptversammlung genehmigt. Und ich möchte hier nicht versäumen, mit Anerkennung hervorzuheben, daß die Herbeiführung dieses so sehr wichtigen Beschlusses mit in erster Linie den Herren Vertretern des schlesischen Waldbesitzes im Forstwirtschaftsrat zu danken ist. Sie erkannten die kritische Lage, in der niemand sonst den Vorschlag einer Erhöhung des Satzes von 2 auf 5 Pfg. zu machen wagte, und als Herr Rammerpräsident von Schwarzkopf erklärte, er glaube sagen zu können, daß die schlesischen Waldbesitzer auch einem Beitragsätze von 5 Pfg. zustimmen würden, da war die Situation gerettet.

Zimmerlin, m. H., auch jetzt ist die finanzielle Lage des Deutschen Forstvereins noch keine ganz gesicherte, geschweige denn eine glänzende. Es wird einer umfassenden Werbearbeit bedürfen, um vermehrten Beitritt der Privatwaldbesitzer herbeizuführen. Die Launen müssen aufgerüttelt, und es müssen ihnen die Vorteile des Zusammenschlusses geschildert werden. Andererseits werden naturgemäß die aufzuweisenden Leistungen des Forstvereins, des Forstwirtschaftsrates und seiner Geschäftsstelle die besten Werber sein. Aber, wie gesagt, um Leistungen zu vollbringen, dazu bedarf es der Mittel. Ein *circulus vitiosus*, aus dem wir nur herauskommen werden, wenn alle Kräfte angespannt werden, um dem Deutschen Forstverein über die kritische Zeit, in der er sich zweifellos jetzt befindet, hinwegzuhelfen.

Und schließlich liegt zurzeit noch eine Schwierigkeit vor, die überwunden werden muß. Im § 12 des Satzungsentwurfs von 1914 war die Beiziehung von Abgeordneten der staatlich anerkannten landwirtschaftlichen Vertretungen in den Forstwirtschaftsrat vorgesehen. Es sind darüber Verhandlungen mit dem deutschen Landwirtschaftsrat einerseits und mit den preußischen Land-

wirtschaftskammern andererseits gepflogen worden, aber sie haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Infolgedessen konnte in den neuen Satzungen des Deutschen Forstvereins die Vertretung der landwirtschaftlichen Körperschaften nicht aufgenommen werden.

M. H.! Daß eine solche Vereinbarung nicht zustande gekommen ist, bedaure ich aufs lebhafteste. Und ich bin der Ansicht, daß ein Einvernehmen im Interesse der Sache unbedingt herbeigeführt werden muß. Wie Ihnen bereits bekannt sein dürfte, wird in Preußen, nachdem sich die besagten Verhandlungen zerschlagen haben, der Versuch gemacht, im Landesökonomiekollegium eine forstliche Zentrale einzurichten. Es ist leider nicht zu verkennen, daß diese Neubildung im gegen die Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates gerichtete Tendenz hat, wenngleich sie zweifellos entstanden ist zufolge der Anregungen, die die Organisationsbestrebungen des Deutschen Forstvereins gegeben haben.

Bei dieser Sachlage haben wir uns nun ernstlich zu fragen, ob ein derartiges Konkurrenzunternehmen im Interesse der deutschen Forstwirtschaft liegt? Ich muß diese Frage mit aller Entschiedenheit verneinen. Das Bestehen zweier Zentralstellen mit ungefähr gleichen Zwecken und Aufgaben, die eine für das ganze Reich als Organ des Deutschen Forstvereins und die andere für Preußen als Organ des Preussischen Landesökonomiekollegiums, kann nur von Nachteil für die Sache sein. Keine der beiden Einrichtungen würde zu der Bedeutung und dem Einflusse gelangen, wie dies im Interesse der deutschen Forstwirtschaft erforderlich ist. Wir brauchen ein zentrales Organ für das ganze Deutsche Reich, in dem die bedeutendsten forstlichen Kräfte zusammenarbeiten. Der Deutsche Forstverein besitzt ein solches Organ im Forstwirtschaftsrat, in dem die führenden Männer der ganzen deutschen Forstwirtschaft und Forstwissenschaft vereinigt sind, und er steht im Begriff, dieses Organ zeitgemäß auszubauen. Niemand aber — das darf ich ruhig hier aussprechen — wird das Preussische Landesökonomiekollegium eine solche Anzahl von bedeutenden Fachkräften und Vertretern des Großwaldbesitzes in seinem Schoße vereinigen können. Die deutsche Forstwirtschaft hat für unser nationales Wirtschaftsleben eine Bedeutung erlangt, daß sie sich auf die Dauer der Landwirtschaft nicht unterordnen wird. Nebeneinander sollen beide im Interesse des Staates wirken. Getrennt marschieren und vereint schlagen, muß die Lösung sein. Im Preussischen Landesökonomiekollegium würden die forstlichen Interessen gegenüber den landwirtschaftlichen stets in den

hintergrund treten müssen. Das liegt in der Natur der Sache. Daß die Forstwirtschaft in Ermangelung einer zielbewußten eigenen Vertretung gegenüber der Landwirtschaft als *Abschneidebrot* dasteht, das hat sich deutlich bei den Beratungen und Beschlüßfassungen über die letzten Zoll- und Handelsverträge gezeigt. Die Forstwirtschaft bildete damals das Kompensations-Objekt, um die Minimaltarife der Getreidezölle durchzubrüden.

Bei aller Anerkennung der Leistungen der forstlichen Abteilungen der preussischen Landwirtschaftskammern, die in der geplanten Zentrale des Landesökonomiekollegiums ihre Zusammenfassung finden sollen, muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß diese Forstabteilungen auch nach ihrer Zentralisierung die Gesamtinteressen des deutschen Waldbesitzes nicht wirksam vertreten können. Es handelt sich hier um eine preussische Organisation, und so wie die Dinge nun einmal liegen, ist kaum anzunehmen, daß die forstlichen Verwaltungen der einzelnen Bundesstaaten sich der Zentrale im Preussischen Landesökonomiekollegium anschließen werden. Bei Besprechungen im Bereiche des Reichsamts des Innern und des Kriegsamts, in denen auch Vertreter der Geschäftsstelle teilnahmen, hat es sich auch herausgestellt, daß nur eine das ganze Reich umfassende Zentrale wie die Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates imstande ist, Aufgaben zu lösen, die das Reich als solches anzuordnen, und es ist nicht abzusehen, wie die forstliche Zentrale der Landwirtschaftskammern den Rahmen ihres bundesstaatlichen Gepräges sprengen könnte, da die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Ausweitung ihres Tätigkeitsbereiches fehlen.

Nun ist allerdings nicht zu bestreiten, daß die Landwirtschaftskammern dem Forstverein gegenüber dadurch im Vorteil sind, daß sie über gesetzliche Machtmittel verfügen. Die Waldbesitzer sind gesetzlich gezwungen, Beiträge an die Landwirtschaftskammern zu entrichten. Ob die Kammern aber dadurch tatsächlich zu Interessenvertretungen aller Waldbesitzer ihres Bezirks geworden sind, ist eine andere Frage. Insbesondere bei dem Großwaldbesitz besteht keinerlei Neigung, sich der Landwirtschaftskammern als beratender Organe zu bedienen. So haben sich denn in einzelnen Bezirken ganz unhaltbare Verhältnisse herausgebildet: Großwaldbesitzer entrichten sehr beträchtliche Beiträge, aber sie haben keine Veranlassung, die Forstabteilungen der Landwirtschaftskammern für ihren Waldbesitz in Anspruch zu nehmen. Und so werden die hohen Beiträge für den Forstbesitz zu einem guten Teil für nichtforstliche Zwecke verwendet. Die Landwirtschaftskammern

sind also wohl formal rechtlich in Preußen die Interessenvertretung der Waldbesitzer, nicht aber tatsächlich. Die Folge wird sein, daß auch die forstliche Zentrale des Preussischen Landesökonomiekollegiums keine den Großwaldbesitz vertretende Körperschaft darstellen wird: weder für Preußen, noch viel weniger aber für das Deutsche Reich.

Um nun aus dieser schwierigen und unhaltbaren Lage herauszukommen, halte ich es für unbedingt geboten, daß — wenn möglich noch vor der Einrichtung der forstlichen Zentrale des Landesökonomiekollegiums — ein Einvernehmen zwischen dem Forstverein und den Landwirtschaftskammern bezw. dem Landesökonomiekollegium erzielt wird. Die Kräfte des Forstwirtschaftsrates sollten mit den Mitteln der Landwirtschaftskammern vereinigt werden. Dann würden die erstrebten Leistungen auch wirklich erzielt werden können.

Meines Wissens sind die Verhandlungen seinerzeit aus dem Grunde gescheitert, weil die Landwirtschaftskammern je einen Vertreter im Forstwirtschaftsrat beanspruchten, während der mit den Verhandlungen betraute Vertreter des Forstwirtschaftsrates eine Zusage nur für 3 Vertreter der Landwirtschaft glaubte machen zu können. M. H.! Hier müßte der Faden zwecks Erzielung eines Einvernehmens wieder angeknüpft werden. Der Forstwirtschaftsrat würde, so wie ich die Sachlage beurteile, den Landwirtschaftskammern weiter entgegenkommen und ihnen 6 Vertreter bewilligen, und mit dieser Anzahl von Stimmen könnten die 12 preussischen Landwirtschaftskammern m. G. sich durchaus zufrieden geben. Weiter müßte vereinbart werden, daß die Landwirtschaftskammern zum mindesten einen Teil ihrer aus Forsten stammenden Beiträge an den Deutschen Forstverein abzuliefern hätten. Sollte jedoch auf die Gründung der forstlichen Zentrale des Landesökonomiekollegiums nicht verzichtet werden, dann müßte sie sich organisch in das Gefüge des Deutschen Forstvereins einordnen. Diese Zentrale müßte dann ihre Vertreter in den Forstwirtschaftsrat entsenden, genau so, wie auch die Staatsforstverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten im Forstwirtschaftsrat vertreten sind. Ich möchte jedoch meine persönliche Ansicht dahin aussprechen, daß die forstliche Zentrale des Landesökonomiekollegiums überflüssig ist, ja sogar für die Sache leicht nachteilig werden kann, selbst wenn sie organisch in den Forstverein eingegliedert werden sollte. Jedenfalls aber würde ihre Einrichtung eine Zersplitterung der Kräfte und eine Erhöhung des Aufwandes bedeuten. M. G. könnten die Forstabteilungen der Landwirtschaftskammern unmittelbar den Anschluß an den Forst-

wirtschaftsrat finden durch Entsendung von etwa 6 Vertretern. Ihr Einfluß auf die Tätigkeit des Forstwirtschaftsrates und der Geschäftsstelle würde dadurch in genügendem Maße zur Geltung gebracht werden können. Und diese Angliederung der Forstabteilungen der Landwirtschaftskammern an den Deutschen Forstverein würde für beide Teile von großer Bedeutung sein. Die Landwirtschaftskammern würden in ihrem Arbeitsfeld in keiner Weise beeinträchtigt werden, wie dies anscheinend befürchtet wird. Im Gegenteil: ihre Tätigkeit würde durch die zentrale Zusammenfassung einzelner Gebiete im Forstwirtschaftsrat und in der Geschäftsstelle einerseits sowie andererseits durch ihre eigene Mitarbeit im Forstwirtschaftsrat in hohem Maße gefördert und befruchtet werden. Der Forstwirtschaftsrat aber würde nicht nur durch die Geldmittel der Landwirtschaftskammern, sondern auch durch ihre Tätigkeit eine kräftige Stütze erfahren, und seine Arbeiten mehr allgemeiner Natur würden durch die Landwirtschaftskammern aufs vorteilhafteste in die Praxis des Klein- und Mittelwaldbesitzes übertragen werden können. Die wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaftskammern dagegen, wie die Beratung der Waldbesitzer in wirtschaftlichen Fragen, die Bewirtschaftung von kleinen Wirtschaftsgängen, Forsteinrichtungsarbeiten usw., würden nach wie vor den Landwirtschaftskammern zur selbständigen Bearbeitung verbleiben.

Und so möchte ich denn schließen mit einem warmen Appell an die Herren Waldbesitzer Schlesiens: Fördern Sie das Unternehmen, welches vom Deutschen Forstverein begründet worden ist! Es liegt in Ihrem eigenen Interesse. Treten Sie alle dem Deutschen Forstverein bei! Der Jahresbeitrag von 5 Pfg. für das ha Walbfläche oder von etwa 1 Pfg. für den fm jährlich geschlagener Holzmasse ist sehr klein, ja ich darf sagen verschwindend im Vergleich zu den Werten, welche auf dem Spiele stehen, und zu den Vorteilen, welche jedem einzelnen Waldbesitzer aus seiner Mitgliedschaft beim Deutschen Forstverein durch die in Angriff genommene Organisation und die nachhaltige Vertretung seiner Interessen erwachsen werden. Bedenken Sie nur, daß ein Mehrerlös von 1—2 Mk. für den fm Nutzholz, erzielt durch die Tätigkeit des Forstwirtschaftsrates und seiner Geschäftsstelle, den Beitrag für eine Reihe von Jahren zu decken vermag. Suchen Sie aber auch nach Kräften mitzuwirken, daß das so sehr erwünschte Einvernehmen zwischen dem Forstwirtschaftsrat und den preuß. Landwirtschaftskammern bezw. dem Landesökonomiekollegium hergestellt wird, ehe es zu spät ist.

Sollte diese Vereinbarung, wie ich im Interesse der Sache lebhaft hoffe und wünsche, zustande-

kommen, dann, m. H., würde der Deutsche Forstverein auch finanziell so gestellt sein, daß tüchtige Leistungen mit Recht von ihm und seinen Organen erwartet werden könnten. Die Anerkennung als Interessenvertretung des deutschen Waldbesitzes seitens des Reichsamts des Innern würde dann sicher leicht zu erreichen sein. Ein so gestalteter Ausbau des Deutschen Forstvereins würde rechtlich und tatsächlich eine Interessenvertretung des gesamten deutschen Waldbesitzes darstellen, wie sie keine etwa aus den zurzeit gegebenen rechtlichen Grundlagen sich erhebende Neuorganisation erreichen könnte. Alle Voraussetzungen für die Lösung der großen Aufgaben, die den Deutschen Forstverein als eine Organisation für das ganze Reichsgebiet beschäftigen, würden gegeben sein, vor allem aber würde der Forstwirtschaftsrat als eine wahre Zentrale der deutschen Forstwirtschaft die Gewähr für eine feste Grundlage der ganzen Organisation bieten. —

M. H.! Ich komme zum Schlusse! Wir wollen zuversichtlich in die Zukunft schauen! Unser Volk hat sich in diesem Kriege trotz aller Meinungsverschiedenheiten als tüchtig und im Grunde genommen auch ein es Willens erwiesen, und deshalb brauchen wir nicht zu verzagen. So viele Fesseln uns auch behindern, sie werden gesprengt werden, denn in unserem Volke schlummern noch gewaltige Kräfte, die nur geweckt werden müssen, um in verhältnismäßig kurzer Zeit die Bahn wieder frei zu machen zu neuem Aufschwung. Das deutsche Volk muß sein ihm zugedachtes Werk vollenden. Es wird sich nicht zurückdrängen lassen. Und das soll auch für die deutsche Forstwirtschaft Geltung haben. Sie ist bisher an der Spitze marschiert, und diesen Rang wird sie sich nicht streitig machen lassen. Zwar sind andere Nationen eifrig bestrebt, es in forstlicher Hinsicht der deutschen gleich zu tun, ja sogar sie zu überflügeln. Aber dazu darf und wird es nicht kommen, wenn die geplante Organisation im vollen Maße gelingt. Das Volk der vom Geiste der Wissenschaft befruchteten Technik wird auch auf forstlichem Gebiete seine Stellung und seinen Rang zu behaupten wissen. Höchste nationale Pflicht ist es aber, daß jeder Einzelne sich auch hier die Worte unseres H in d e n b u r g stets vorhält und danach handelt:

„Die Muskeln gestrafft, die Nerven gespannt, das Auge geradeaus! Wir sehen das Ziel vor uns: Ein Deutschland hoch in Ehren, frei und groß!“

Und ich füge hinzu: Eine deutsche Forstwirtschaft als gesundes, kräftiges Glied der gesamten deutschen Volkswirtschaft!

Schaftform und Formzahl.

Von Dr. Wimmenauer in Gießen.

Im Novemberhefte 1898 habe ich unter gleicher Überschrift auf Grund zahlreicher Aufnahmen der Hessischen forstlichen Versuchsanstalt nachgewiesen, daß die wirkliche Schaftform der Buche, Eiche und Fichte durch die sog. „Formzahl“ keineswegs richtig zur Darstellung gelangt. Dies gilt anscheinlich von den dortigen Figuren 5, 6 und 7 zunächst für die sog. „absolute Formzahl“ Rinkers, die sich nur auf den Schaftteil oberhalb der Brusthöhe (1,3 m) bezieht; also selbstverständlich erst recht auch für die „echte Formzahl“ Preßlers und für die „unechte, gemeine oder Brusthöhenformzahl“.

Die neuerdings in Angriff genommene Aufnahme von Ertrags-Versuchsflächen an Eichenbeständen, deren Ergebnisse demnächst zur Veröffentlichung kommen sollen, hat mir nun Veranlassung gegeben zu untersuchen, ob auch für diese Holzart das Gleiche gilt. Dabei bin ich aus Gründen, die weiterhin angegeben werden sollen, von der „echten Formzahl“, die sich auf den Durchmesser in $\frac{1}{20}$ der Höhe bezieht, abgesehen. Zunächst will ich mitteilen, welches Aufnahmehaterial dabei zur Verfügung stand.

Im Großherzogtum Hessen sind bei der 1911 er Statistikk der Betriebs- und Holzarten in den der Staatsforstverwaltung unterstellten (Domänen- und Kommunal-)Waldungen die beiden Holzarten Eiche und Ahorn zusammengefaßt. Dieselben nehmen an Hochwald 853,3 ha ein; d. i. nur etwa 0,5 % der gesamten Fläche von 162 869,2 ha Holzboden. Immerhin aber sind wenigstens in 3 Wirtschaftsgebieten ansehnliche Flächen rein oder vorherrschend mit beiden Holzarten bestanden; nämlich

1. in der Main-Rhein-Ebene 514,1 ha
 2. im Urgebirge des Odenwaldes 139,9 ha
 3. im Basaltgebiete des Vogelsberges 131,6 ha,
- während die 5 anderen Gebiete — Buntsandstein des Odenwaldes und des Vogelsberges, Lahntal und Wetterau, Taunus, Rheinhessen — nur geringe Flächen von 7 bis 22 ha aufweisen.

Demgemäß hat man sich zunächst in dem unter Nr. 1 genannten Gebiete (Main-Rhein-Ebene) nach Versuchsflächen, die rein oder vorherrschend mit Eichen bestanden sind, umgesehen und 10 solche im Herbst 1916 angelegt, nämlich

- Bfl. 1 u. 2 auf der Rheininsel „Rühkopf“, Oberförsterei Worms, 65 Jahre alt;
 Bfl. 3 u. 4 im Distr. „Niederwald“ der Oberförsterei Groß-Gerau, 111 und 116 Jahre alt;

Bfl. 5 u. 6 im Distr. „Reufee“ derselben Oberförsterei, 59 und 63 Jahre alt;

Bfl. 7 im Distr. „Wiesental“ der Oberförsterei Mörfelden, 70 Jahre alt;

Bfl. 9 u. 10 im Distr. „Steinewald“ der Oberförsterei Worms, 26 und 33 Jahre alt.

Von diesen Flächen liegen Nr. 1, 2, 9 u. 10 ca. 90, Nr. 3—7 ca. 100 m über N. N.

Im Urgebirge des Odenwaldes konnte bis jetzt erst eine Versuchsfläche angelegt werden, nämlich

Bfl. 8 im Distr. „Ferdinandeshöhe“ des fürstl. Erbach-Schönbergischen Reviers Reichenbach, ca. 350 m über N. N., 51 Jahre alt.

Dazu kommen für die hier vorliegende Frage noch 10 Probestämme, welche als 89-jährige Oberständer eines Verjüngungsschlages im Distr. „Grebenhainer Berg“ der Oberförsterei Grebenhain, im Basaltgebiete des Vogelsberges, ca. 570 m über N. N. gefällt und vermessen worden sind. In demselben Gebiete sind außerdem noch mehrere normale Versuchsflächen aufgefunden, aber bis jetzt nicht fertig gestellt.

Zum Zwecke ziffermäßiger und graphischer Darstellung der Schaftform wurden die bis jetzt gefällten 60 Eichen-Probestämme in 4 Gruppen zusammengefaßt, nämlich

- I: 10 über 100-jährige Stämme der Bfl. 3 u. 4, mittlere Schaftlänge = 30,0 m;
- II: 10 solche von durchschnittlich 89 Jahren am Grebenhainer Berg, mittlere Schaftlänge = 27,3 m;
- III: 30 im Alter von 51 bis 70 Jahren aus den Bfl. 1, 2, 5, 6, 7 und 8, mittl. Schaftlänge = 23,6 m;
- IV: 10 im Alter von 26—33 Jahren aus Bfl. 9 u. 10, mittl. Schaftlänge = 15,2 m.

Sämtliche Probestämme wurden liegend bis zum Gipfel entastet; dann wurden die Durchmesser in den Abständen 1, 3, 5 . . . m vom Stodabschnitt auf mm genau gemessen und verzeichnet, die zugehörigen Kreisflächen aufgeschlagen und notiert. Indem man alsdann die in gleicher Höhe über dem Stodabschnitt (1, 3, 5 . . . m) liegenden Kreisflächen für jede der 4 Gruppen zusammenzählte, die Summe mit 10 resp. 30 dividierte und zu den so gefundenen mittleren Kreisflächen die entsprechenden Durchmesser aufschlug, ergab sich einerseits für jede der 4 Stammgruppen die der Wirklichkeit entsprechende mittlere Schaftkurve, wie sie in der hier beigegebenen Figur 1 dargestellt ist, und andererseits durch Multiplikation der Kreisflächensumme mit der Sektionslänge von 2 m der genau berechnete Schaftinhalt. Wenn hierbei das oberste Endstück, je nachdem es kürzer oder länger als 2 m war, vernach-

läßt oder zu 2 m angenommen wurde, so dürfte diese Ungenauigkeit — bei der verschwindend geringen zugehörigen Kreisfläche von nur wenigen Quadratcentimetern — außer Betracht bleiben.

Für jede der 4 Gruppen sind die mittleren Schaftdurchmesser im Abstand 1, 3, 5 . . . vom Stodabschnitt in nachfolgender Tabelle 1 zusammengestellt und zwar einerseits in cm, andererseits in % der Grundstärke bei 1 m Höhe (relative Durchmesser).

Tabelle 1.

Höhe über dem Stodabschnitt (m)	Mittl. Schaftdurchmesser in Gruppe							
	I		II		III		IV	
	cm	%	cm	%	cm	%	cm	%
1	45,3	100	34,4	100	24,8	100	13,2	100
3	41,2	91	31,6	92	22,6	91	11,7	89
5	39,3	87	30,1	87	21,4	86	10,6	80
7	37,2	82	28,7	83	20,2	81	9,1	69
9	35,6	79	27,6	80	18,9	76	7,6	58
11	34,1	75	26,4	77	17,3	70	5,9	45
13	32,7	72	25,0	73	15,3	62	4,2	32
15	29,9	66	23,7	69	13,6	55	2,3	17
17	27,1	60	22,3	65	11,1	45	—	—
19	23,1	51	19,4	56	8,8	35	—	—
21	20,0	44	16,0	47	6,4	26	—	—
23	17,1	38	11,9	35	3,4	14	—	—
25	13,8	30	8,0	23	—	—	—	—
27	8,5	19	4,4	13	—	—	—	—
29	5,2	11	—	—	—	—	—	—

Die graphische Darstellung der hier berechneten Prozentzahlen in Figur 2 entspricht den Figuren 1 bis 3 des 1898er Aufsatze, die nur — entsprechend dem viel zahlreicheren Grundlagenmaterial an Buchen-, Eichen- und Kiefern-Probestämmen — einen gleichmäßigeren Verlauf zeigen. Schließlich wurden, wie dort, auch jetzt bei den Eichen die relativen Durchmesser bei 0,2—0,4—0,6 und 0,8 der Höhe interpoliert. Die hieraus berechneten Mittelzahlen ergeben in Fig. 3 die charakteristische Durchschnittsform des Eschenschaftes im Vergleich mit den Kurven der Figur 4 von 1898 für die drei anderen Holzarten. Die entsprechenden Zahlenangaben folgen in

Hieraus ergeben sich für

die relativen Höhen	0,2	0,4	0,6	0,8
als mittl. relative Durchmesser	84,3	73,0	57,6	36,1
während früher für Kiefern	78	68	56	37
„ Buchen	87	76	58	34
„ Eichen	87	76	61	39

festgestellt worden sind. Hiernach ist der Eschenschaft dem der Buche und Eiche sehr ähnlich gestaltet; die Kiefer zeigt einen mehr abweichenden Verlauf.

Dabei ist noch zu bemerken, daß von den Eschen-Probestämmen der Main-Rhein-Ebene auf gleicher Fläche öfters einzelne sich als Kernwüchse, andere als Stodauschläge erwiesen haben, je nachdem der Unterschied der Jahrringzahlen am Stodabschnitt und bei dem folgenden Querschnitt in 5 m Höhe etwa 11 bis 16 oder nur 4 bis 10 betrug. Im Höhenwachstum ergaben sich hiernach ganz verschieden verlaufende Kurven, auf die ich später ausführlicher zurückkommen werde. Dagegen zeigten sich in der Schaftform keine durchgängigen Unterschiede, wie insbesondere aus folgender Gegenüberstellung von 14 Kernwuchs- und 13 Stodauschlag-Stämmen der Gruppe III deutlich hervorgeht:

Tabelle 3.

Höhe über dem Stodabschnitt	Mittl. relative Kernwüchse	Durchmesser der Stodauschläge
1 m	100 %	100 %
3 "	92 "	91 "
5 "	86 "	86 "
7 "	83 "	82 "
9 "	75 "	77 "
11 "	69 "	71 "
13 "	62 "	61 "
15 "	56 "	53 "
17 "	44 "	45 "
19 "	35 "	36 "
21 "	25 "	30 "

Demnach konnten die beiderseitigen Entstehungsarten hinsichtlich der Schaftform unbedenklich zusammengefaßt werden.

Tabelle 2.

Relative Höhe über der Grundstärke	I		II		III		IV	
	Höhe über dem Stod- abschnitt	Relativer Durchm.	Höhe über dem Stod- abschnitt	Relativer Durchm.	Höhe über dem Stod- abschnitt	Relativer Durchm.	Höhe über dem Stod- abschnitt	Relativer Durchm.
	m	%	m	%	m	%	m	%
0,2	6,8	82,5	6,3	84,4	5,5	84,8	3,8	85,4
0,4	12,6	72,6	11,5	76,0	10,0	73,0	6,7	70,6
0,6	18,4	53,7	16,8	65,4	14,6	56,4	9,5	54,8
0,8	24,2	33,2	22,0	41,0	19,1	34,5	12,4	35,9
1,0	30,0	—	27,3	—	23,6	—	15,2	—

Unsere Figur 3 zeigt unverkennbar, daß bei den untersuchten Holzarten die sog. „Schaftrubengleichung“

$$y^2 = px^r$$

die wirkliche Schaftform unmöglich zum Ausdruck bringen kann. Denn sie gilt, je nachdem der „Formponent“ r zwischen 1 und 3 schwankt, nur für den gradseitigen, aus- oder eingebauchten Regel, während der Schaft sich aus Stücken ganz verschiedener Kegelform zusammensetzt und insbesondere zwischen Stängelanlauf (Stammfuß) und Mittelschaft einen Wendepunkt der Kurve aufweist. Außerdem ist jene Gleichung deshalb oft unbrauchbar, weil sie den Nullpunkt der Abzisse in die Schaftspitze versetzt, während es sich in praxi sehr oft um Vermessungsbasisberechnung von Stücken, die nicht bis zur Spitze reichen, handelt. Verlegen wir also den Nullpunkt an eine andere Stelle, so nimmt die Gleichung für den Halbmesser y die Form

$$y = a + bx + cx^2 + \dots$$

Lassen wir cx^2 das letzte Glied sein, so haben wir eine quadratische Gleichung, die wieder keinen Wendepunkt aufweisen kann, also ebenfalls unbrauchbar ist. Gleiches gilt von den hieraus abgeleiteten sog. „Rubierungsformeln“, die zur Inhaltsberechnung drei Durchmesser-messungen erfordern, aus denen die Werte der drei Konstanten b und c abgeleitet werden können. Zur richtigen Darstellung der Schaftform ist also mindestens eine Gleichung vom dritten Grade

$$y = a + bx + cx^2 + ex^3$$

erforderlich, die einen Wendepunkt haben kann, dessen Lage dadurch zu bestimmen ist, daß man den zweiten Differentialquotienten $y'' = 0$ setzt. Es dann

$$y' = b + 2cx + 3ex^2$$

$$y'' = 2c + 6ex = 0,$$

so die Abzisse des Wendepunktes

$$= -\frac{c}{3e}.$$

Zur Anwendung dieser Formeln sind vier Durchmesser-messungen an verschiedenen Stellen des Schaftstücks erforderlich, um danach die vier Koeffizienten a, b, c und e festzustellen. Wollte man die ersten dieser Messungen etwa in Brusthöhe oder 1 m im Stodabschnitt, die drei anderen in $\frac{1}{3}, \frac{2}{3}$ der Länge 1 und am oberen Ende des Schaftstücks vornehmen, so ergäben sich vier Gleichungen

$$y_1 = a + b + c + e$$

$$y_2 = a + \frac{bl}{3} + \frac{cl^2}{9} + \frac{el^3}{27}$$

$$y_3 = a + \frac{2bl}{3} + \frac{4cl^2}{9} + \frac{8el^3}{27}$$

$$y_4 = a + bl + cl^2 + el^3.$$

Die Ausführung der Rechnungen hiernach wurde versucht, führte aber zu fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Man wählte deshalb für die unterste Durchmesser-messung, die zwar nicht am Stodabschnitt, aber nicht weit davon entfernt stattfinden muß, anstatt des konstanten absoluten Abstandes (1 m) einen gleichbleibenden relativen Abstand = 0,1 l und für die drei weiteren Messungen 0,4 — 0,7 — 1,0 der Länge; erhielt also vier Gleichungen

$$y_1 = a + 0,1bl + 0,01cl^2 + 0,001el^3$$

$$y_2 = a + 0,4bl + 0,16cl^2 + 0,064el^3$$

$$y_3 = a + 0,7bl + 0,49cl^2 + 0,343el^3$$

$$y_4 = a + bl + cl^2 + el^3.$$

Die Auflösung dieser vier Gleichungen nach a, b, c und e ließ sich ohne Schwierigkeit bewerkstelligen, indem man, um zunächst a zu eliminieren, je eine von der anderen abzog; also die Differenzen

$$y_2 - y_1 = 0,3bl + 0,15cl^2 + 0,063el^3$$

$$y_3 - y_2 = 0,3bl + 0,33cl^2 + 0,279el^3$$

$$y_4 - y_3 = 0,3bl + 0,51cl^2 + 0,657el^3$$

bildete. Dann ebenso die weiteren Differenzen

$$y_3 - 2y_2 + y_1 = 0,18cl^2 + 0,216el^3$$

$$y_4 - 2y_3 + y_2 = 0,18cl^2 + 0,378el^3$$

und endlich

$$y_4 - 3y_3 + 3y_2 - y_1 = 0,162el^3,$$

woraus bei Abrundung auf 2 Dezimalstellen

$$el^3 = -6,17y_1 + 18,52y_2 - 18,52y_3 + 6,17y_4$$

folgt. Dieser Wert, in die vorhergehenden Gleichungen eingeführt, ergibt dann

$$cl^2 = +12,96y_1 - 33,33y_2 + 27,78y_3 - 7,41y_4$$

$$bl = -8,52y_1 + 16,11y_2 - 10,00y_3 + 2,41y_4$$

$$a = +1,73y_1 - 1,30y_2 + 0,74y_3 - 0,17y_4$$

Die vier letzten Gleichungen zeigen nach den Regeln der Algebra die Eigenschaft, daß die algebraische Summe der Koeffizienten in der Gleichung für $a = 1$, die der drei anderen Gleichungen = 0 wird.

Als Lage des Wendepunktes ergibt sich hiernach die Entfernung

$$-\frac{c}{3e} = -\frac{cl^2}{el^3} \times \frac{1}{3}$$

Endlich läßt sich aus den hier zu Grunde liegenden Durchmesser-Messungen auch eine neue Formel für den Schaftinhalt oder

einzelne Teile desselben ableiten, wenn man in die Formel

$$y = a + bx + cx^2 + ex^3$$

anstatt des Halbmessers y die zugehörige Kreisfläche g einführt. Dann ist ein Differential des Inhalts

$$dv = g_x \cdot dx$$

und der ganze Inhalt

$$\begin{aligned} v &= \int_0^1 g_x \cdot dx = \int_0^1 (a + bx + cx^2 + ex^3) dx \\ &= a1 + \frac{b1}{2} + \frac{c1^3}{3} + \frac{e1^4}{4} \\ &= 1 \left(a + \frac{b1}{2} + \frac{c1^3}{3} + \frac{e1^4}{4} \right) \\ &= 1 \left(\begin{array}{l} 1,73 g_1 - 1,30 g_2 + 0,74 g_3 - 0,17 g_4 \\ 4,26 g_1 + 8,055 g_2 - 5,00 g_3 + 1,205 g_4 \\ + 4,32 g_1 - 11,11 g_2 + 9,26 g_3 - 2,47 g_4 \\ - 1,5425 g_1 + 4,63 g_2 - 4,63 g_3 + 1,5425 g_4 \end{array} \right) \\ &= 1 (0,2475 g_1 + 0,275 g_2 + 0,370 g_3 + 0,1075 g_4) \end{aligned}$$

Hier ist wie bei allen Kubierungsformeln die Summe der Koeffizienten in der Klammer = 1.

Wenden wir nun dieses Rechnungsverfahren, also A. die Durchmessermessung bei $\frac{1}{10}$, $\frac{4}{10}$, $\frac{7}{10}$ und $\frac{10}{10}$ der Schaftlänge auf die vier Gruppen unserer Eschen-Probestämme, resp. auf deren Mittelstämme an, und zwar:

- a) bis zu 10 m Höhe,
- b) " " 20 " "
- c) " zur Spitze,

so wird das Verfahren sich dann als befriedigend erweisen, wenn es

1. für den Stodabschnitt einen Durchmesser ergibt, der erheblich größer ist als die Grundstärke bei 1 m Abstand; wenn es ferner annähernd
2. übereinstimmende Lagen des Wendepunktes und
3. richtige, der sektionsweisen Vermessung entsprechende Inhalte liefert.

Gruppe I.

Für das Schaftstück

bis zu 10 m Höhe

ergeben sich aus Tabelle 1, resp. durch Interpolation folgende

	Durchmesser	Kreisflächen
bei 1 m vom Stodabschnitt	45,3 cm	1612 qcm
" 4 " "	40,25 "	1272 "
" 7 " "	37,2 "	1087 "
" 10 " "	34,85 "	954 "

Die Konstante a der Kubengleichung oder der Durchmesser am Stodabschnitt berechnet sich wie folgt:

$$1,73 \cdot 45,3 - 1,30 \cdot 40,25 + 0,74 \cdot 37,2 - 0,17 \cdot 34,85 = 105,897 - 53,2495 = 47,6 \text{ cm.}$$

Um die Lage des Wendepunktes zu bestimmen, müssen wir die Werte cl^2 und el^3 berechnen.

Für cl^2 ergibt sich unter Einführung der Durchmesser (anstatt der Halbmesser y) der Wert

$$\begin{aligned} 12,96 \cdot 45,3 - 33,33 \cdot 40,25 + 27,78 \cdot 37,2 \\ - 7,41 \cdot 34,85 \\ = 1620,504 - 1599,710 = + 20,784. \end{aligned}$$

Ebenso für el^3

$$\begin{aligned} - 6,17 \cdot 45,3 + 18,52 \cdot 40,25 - 18,52 \cdot 37,2 \\ + 6,17 \cdot 34,85 \\ = - 968,445 + 960,454 = - 7,991. \end{aligned}$$

Also

$$\frac{cl^2}{el^3} = - \frac{20,784}{7,991} = - 2,60$$

und

$$- \frac{cl^2}{el^3} \times \frac{1}{3} = + \frac{2,60 \times 10}{3} = + 8,7 \text{ m.}$$

Der Inhalt des Schaftstücks bis zu 10 m Höhe berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} 0,2475 \times 16,12 &= 3,99 \text{ qdm} \\ 0,275 \times 12,72 &= 3,50 \text{ " } \\ 0,370 \times 10,87 &= 4,02 \text{ " } \\ 0,1075 \times 9,54 &= 1,02 \text{ " } \\ \hline \text{Summe } 12,53 \text{ qdm} \end{aligned}$$

Also $v = 1253 \text{ cbdm}$, während die sektionsweise Vermessung

$$(16,12 + 13,33 + 12,13 + 10,87 + 9,95) 200 = 62,40 \times 20 = 1248 \text{ cbdm,}$$

also nahezu den gleichen Betrag ergibt.

In gleicher Weise berechnen sich für das Schaftstück

bis zu 20 m Höhe

	Durchmesser	Kreisfläche
bei 2 m vom Stodabschnitt	43,25 cm	1469 qcm
" 8 " "	36,4 "	1041 "
" 14 " "	31,3 "	769 "
" 20 " "	21,55 "	365 "

Für den Durchmesser am Stodabschnitt ergeben sich 47,0 cm; für die Lage des Wendepunktes 9,8 m über dem Stodabschnitt und der Kubikinhalte des Schaftstücks wird = 1948 cbdm, gegenüber 1938 cbdm nach den 2 m langen Abschnitten.

Wenden wir endlich die gleichen Rechnungen
auf den ganzen 30 m langen Schaft

bis zur Spitze

, so sind nach Tabelle 1

	Durchmesser	Kreisfläche
3 m vom Stodabschnitt =	41,2 cm	1333 qcm
12 " " "	= 33,4 "	876 "
21 " " "	= 20,0 "	314 "
30 " " "	= 0,0 "	0 "

Ansatz zu bringen. Hieraus berechnet sich

der Durchmesser am Stodabschnitt = 42,7 cm
die Abszisse des Wendepunktes = — 39,3 m
der ganze Schaftinhalt = 2058 cbdm.

Während hier die letzte Zahl dem sektionsweise
berechneten Inhalt (2093 cbdm) immer noch nahe
kommt — der Unterschied beträgt nur 1,7 % —
weisen beide ersteren große Unterschiede auf. Der
Wendepunkt fällt überhaupt nicht mehr auf den
irridischen Schaft, sondern liegt weit unten in
der negativen Fortsetzung der Kurve, und der Durch-
messer am Stodabschnitt stellt sich niedriger als der
Brusthöhe; ein deutlicher Beweis dafür,
daß hier auch die vier Messungen nicht ge-
gen, um die Schaftform richtig zur Dar-
stellung zu bringen.

Zu ähnlichen Ergebnissen führt die Anwendung
des gleichen Rechnungsverfahrens auf die Mittel-
nahme der drei anderen Gruppen. Ich teile der-
herbe halber nur die Endresultate mit.

Gruppe II.

Für die Eschen am Grebenhainer Berg (im
Gelsberg) ergeben sich folgende Zahlen:

Durchmesser am	bis 10 m Höhe	bis 20 m Höhe	bis zur Spitze
Stodabschnitt =	36,1 cm	35,4 cm	35,2 cm
Lage d. Wende-			
punktes	= + 8,2 m	+ 9,6 m	+ 9,5 m
Rubikinh. nach			
der Formel	= 736 cbdm	1165 cbdm	1254 cbdm
dgl. nach 2 m-			
Abschnitten	= 734 "	1167 "	1242 "

Hier steht also der Durchmesser am Stodabschnitt
etwas mehr als einmal noch über der Grundstärke bei 1 m Höhe
(4 cm); demgemäß findet sich der Wendepunkt
in Figur 1 nahezu übereinstimmend bei etwa
1 m Höhe und die berechneten Rubikinhalt differieren
wenig von denjenigen der sektionsweisen Vermessung.

Gruppe III,

dem Mittelstamm der 30 Eschen von Versuchsfäche
1, 2 und 5 bis 8. Hier erhalten wir für

Durchmesser am	bis 10 m	bis 20 m	den ganzen Schaft
Stodabschnitt =	26,1 cm	25,1 cm	24,8 cm
Lage d. Wende-			
punktes	= + 6,3 m	+ 3,8 m	+ 3,5 m
Rubikinh. nach			
der Formel	= 370 cbdm	516 cbdm	521 cbdm
dgl. nach 2 m-			
Abschnitten	= 368 "	513 "	521 "

Nach Fig. 1 muß der Wendepunkt zwischen
4 und 6 m Höhe liegen. Damit stimmt auch die
Rechnung annähernd überein; aber die Differenzen
der berechneten Lagen dürften so groß nicht sein.
Sie erklären sich aus dem berechneten Durchmesser
am Stodabschnitt, der für das Schaftstück bis 20 m
sowie für den ganzen Schaft im Vergleich zur Grund-
stärke (24,8 cm) viel zu gering ist. Die Rubierungs-
formel ergibt den Inhalt jedesmal nahezu richtig.

Gruppe IV.

Für den Mittelstamm der Eschen im Steiner-
wald am Rhein (bei Worms) berechnet sich

Durchmesser am Stodab-	bis 10 m Höhe	bis zur Spitze
schnitt	= 13,7 cm	14,0
Lage des Wendepunktes	= 1,3 m	4,7 m
Rubikinhalt nach d. Formel	= 89 cbdm	97 cbdm
dgl. nach 2 m-Abschnitten	= 88 "	97 "

Hier liegt nach Fig. 1 der Wendepunkt bei etwa
4 m, während die Rechnung für das 10 m lange
Schaftstück nur 1,3 m und auch für den Durchmesser
am Stodabschnitt im Vergleich zur Grundstärke
(13,2 cm) viel zu wenig ergibt. Den Rubikinhalt
liefert die Formel wieder richtig.

Als Gesamtergebnis der seitherigen Unter-
suchung kann festgestellt werden, daß vier Durch-
messermessungen im Abstand von $\frac{1}{10}$, $\frac{4}{10}$, $\frac{7}{10}$ und
 $\frac{10}{10}$ der Länge über dem Stod die Schaftform noch
nicht durchgängig richtig zum Ausdruck bringen.
Insbesondere liegt für Stämme oder Stammstücke
von mehr als 20 m Höhe der unterste Durchmesser
noch zu hoch. Ich habe deshalb einen zweiten Versuch

B. mit vier Durchmessern in $\frac{1}{20}$, $\frac{7}{20}$,
 $\frac{13}{20}$ und $\frac{20}{20}$ der Schaftlänge

angestellt. Hierfür lassen sich in analoger Weise
folgende Formeln zur Berechnung der Koeffizienten
der Grundgleichung ableiten:

$$a = + 1,330 y_1 - 0,555 y_2 + 0,278 y_3 - 0,053 y_4$$

$$b = - 7,18 y_1 + 12,52 y_2 - 6,63 y_3 + 1,29 y_4$$

$$cl^2 = + 11,68 y_1 - 29,08 y_2 + 22,24 y_3 - 4,84 y_4$$

$$el^3 = - 5,85 y_1 + 17,10 y_2 - 15,87 y_3 + 4,62 y_4$$

Die Lage des Wendepunktes ergibt sich wie vorher aus dem Ansatz

$$-\frac{c}{3e} = -\frac{cl^2}{el^3} \cdot \frac{1}{3}$$

und der Kubikinhalt aus

$$v = 1 (0,178 g_1 + 0,292 g_2 + 0,403 g_3 + 0,127 g_4)$$

Die Anwendung dieser Formeln auf die Mittelstämme unserer vier Eschen-Gruppen, wobei selbstverständlich nur Stammlängen von mindestens 20 m herangezogen werden konnten, lieferte folgende Resultate, denen ich die Grundstärke und den richtigen Kubikinhalt zur Vergleichung noch einmal beifüge:

(Tabelle 4)

Gruppe I		
Grundstärke 1 m vom Stod	bis 20 m Höhe = 45,3 cm	bis zur Spitze 45,3 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	= 47,6 cm	46,0 cm
Lage des Wendepunktes	= 9,7 m	4,1 m
Kubikinhalt nach der Formel	= 1979 cbdm	2118 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	= 1938 "	2093 "
Gruppe II.		
Grundstärke 1 m vom Stod	= 34,4 cm	34,4 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	= 35,9 "	36,0 "
Lage des Wendepunktes	= 9,8 m	10,2 m
Kubikinhalt nach der Formel	= 1167 cbdm	1291 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	= 1167 "	1242 "
Gruppe III.		
Grundstärke 1 m vom Stod	= 24,8 cm	24,8 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	= 25,7 "	25,6 "
Lage des Wendepunktes	= 5,2 m	6,1 m
Kubikinhalt nach der Formel	= 516 cbdm	534 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	= 513 "	521 "

Gruppe IV.

Grundstärke 1 m vom Stod	bis 20 m Höhe =	bis zur Spitze 13,2 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	=	14,1 "
Lage des Wendepunktes	=	3,6 m
Kubikinhalt nach der Formel	=	98 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	=	97 cbdm

Hier zeigen sich auffallender Weise bei der Inhaltsberechnung mitunter größere Differenzen gegenüber der sektionsweisen Vermessung. Dagegen berechnet sich der Durchmesser am Stodabschnitt überall wenigstens etwas größer als die Grundstärke bei 1 m Abstand. Und die berechnete Lage des Wendepunktes zeigt entschieden bessere, wenn auch noch nicht vollkommene Übereinstimmung mit der Figur.

Es erschien daher angezeigt, noch einen dritten Versuch

C. mit 5 Durchmessern bei $\frac{1}{20}$, $\frac{5}{20}$, $\frac{10}{20}$, $\frac{15}{20}$ und $\frac{20}{20}$ der Schaftlänge zu machen. Hier lautet die Grundgleichung

$$y = a + bx + cx^2 + ex^3 + fx^4$$

Durch Einführung der 5 Wertpaare für Abszisse und Ordinate ergeben sich dann zur Bestimmung der Koeffizienten a, b, c, e und f die 5 Gleichungen

$$y_1 = a + 0,05 b_1 + 0,0025 c_1^2 + 0,000125 e_1^3 + 0,0000625 f_1^4$$

$$y_2 = a + 0,25 b_1 + 0,0625 c_1^2 + 0,015625 e_1^3 + 0,00930625 f_1^4$$

$$y_3 = a + 0,5 b_1 + 0,25 c_1^2 + 0,125 e_1^3 + 0,0625 f_1^4$$

$$y_4 = a + 0,75 b_1 + 0,5625 c_1^2 + 0,421875 e_1^3 + 0,31640625 f_1^4$$

$$y_5 = a + b_1 + c_1^2 + e_1^3 + f_1^4$$

Aus diesen lassen sich unter Abrundung auf je 2 Dezimalstellen folgende Werte ableiten:

$$a = + 1,58 y_1 - 1,01 y_2 + 0,68 y_3 - 0,29 y_4 + 0,04 y_5$$

$$b_1 = - 13,07 y_1 + 24,34 y_2 - 17,56 y_3 + 7,71 y_4 - 1,42 y_5$$

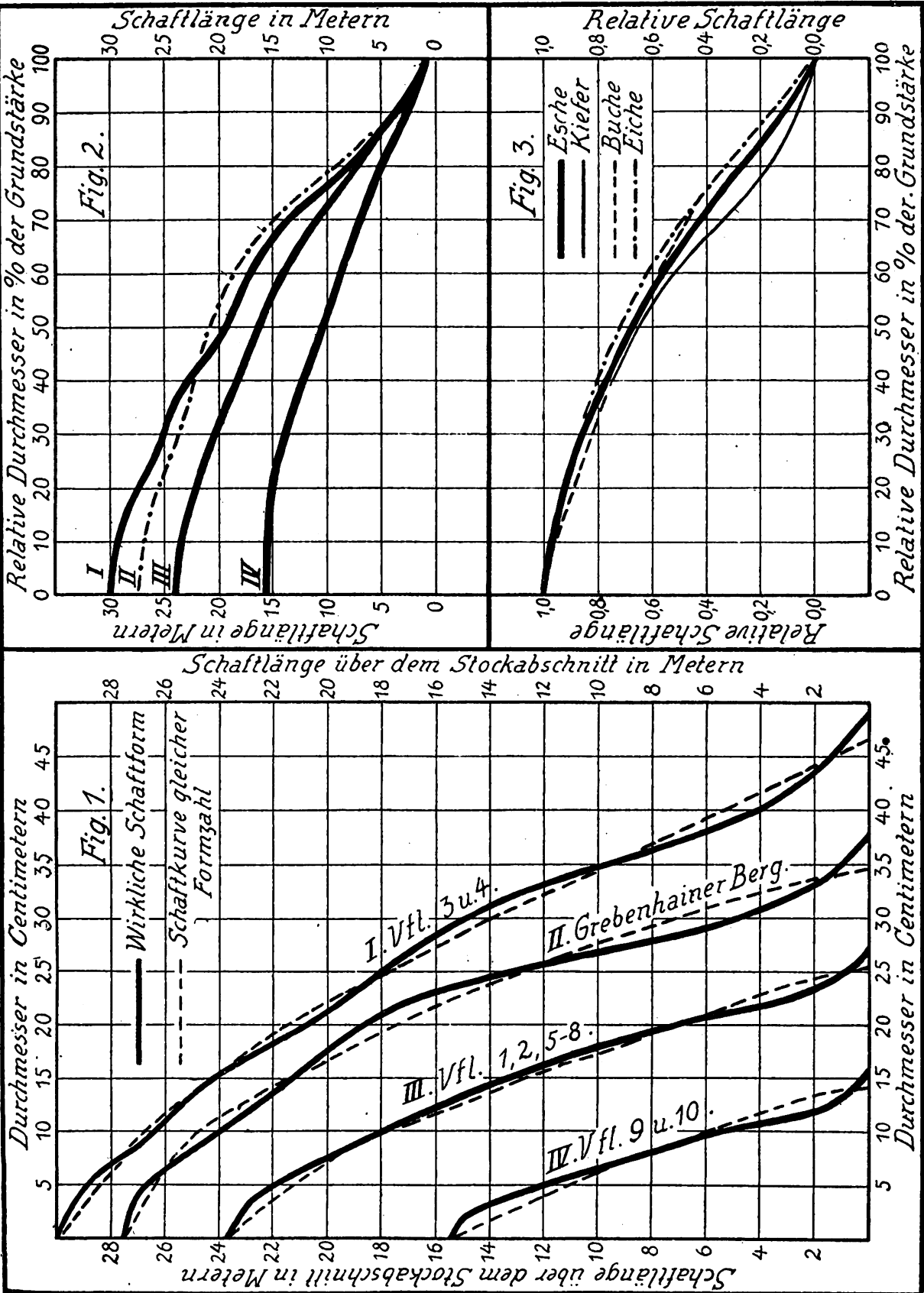
$$c_1^2 = + 36,55 y_1 - 92,67 y_2 + 91,54 y_3 - 43,98 y_4 + 8,56 y_5$$

$$e_1^3 = - 41,77 y_1 + 122,68 y_2 - 145,77 y_3 + 82,27 y_4 - 17,41 y_5$$

$$f_1^4 = + 16,71 y_1 - 53,34 y_2 + 71,11 y_3 - 45,71 y_4 + 11,23 y_5$$

Die Lage des Wendepunktes ergibt sich, indem man den zweiten Differentialquotienten der Grundgleichung = 0 setzt, also aus

$$2c + 6ex + 12fx^2 = 0.$$



Dies ist für x eine quadratische Gleichung, deren Wurzel lautet

$$x = -\frac{e}{4f} + \sqrt{\frac{e^2}{16f^2} - \frac{c}{6f}}$$

Wir erhalten also 2 Wendepunkte, von denen für uns jedoch nur der eine, zwischen Stodabschnitt und Baumspitze gelegene, in Betracht kommt.

Für den Schaftinhalt endlich ergibt sich durch Integration der Grundgleichung die Formel

$$v = a1 + \frac{b1^2}{2} + \frac{c1^3}{3} + \frac{e1^4}{4} + \frac{f1^5}{5}$$

$$= 1 (0,128 g_1 + 0,272 g_2 + 0,193 g_3 + 0,330 g_4 + 0,077 g_5)$$

Auch die hier entwickelten Formeln für a, b, c, e, f und v zeigen wieder nach den Regeln der Algebra die Eigentümlichkeit, daß die Summe der Koeffizienten bei der ersten und letzten $= 1$, sonst $= 0$ ist.

Bei der etwas umständlichen Rechnung nach diesen Formeln ergab sich folgendes:

(Tabelle 5)

Gruppe I.		
Grundstärke 1 m vom Stod	bis 20 m Höhe	bis zur Spitze
	45,3 cm	45,3 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	47,8 "	47,9 "
Lage des Wendepunktes	8,1 m	8,3 m
Kubikinhalt nach der Formel	1960 cbdm	2112 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	1938 "	2093 "

Gruppe II.		
Grundstärke 1 m vom Stod	bis 20 m Höhe	bis zur Spitze
	34,4 cm	34,4 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	36,2 "	36,1 "
Lage des Wendepunktes	9,6 m	9,6 m
Kubikinhalt nach der Formel	1174 cbdm	1247 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	1167 "	1242 "

Gruppe III.		
Grundstärke 1 m vom Stod	bis 20 m Höhe	bis zur Spitze
	24,8 cm	24,8 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	26,3 "	26,0 "
Lage des Wendepunktes	6,8 m	7,1 m
Kubikinhalt nach der Formel	521 cbdm	526 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	513 "	521 "

Gruppe IV.

Grundstärke 1 m vom Stod	bis 20 m Höhe	bis zur Spitze
	—	13,2 cm
Durchmesser am Stodabschnitt	—	14,0 "
Lage des Wendepunktes	—	3,2 m
Kubikinhalt nach der Formel	—	99 cbdm
Kubikinhalt nach 2 m-Abschnitten	—	97 "

Diese Zahlen beweisen, daß unsere Gleichung vierten Grades die Schaftform annähernd richtig zur Darstellung bringt. Denn der berechnete Durchmesser am Stodabschnitt ist durchgängig erheblich größer als die Grundstärke 1 m darüber, meist auch größer, als sie sich nach den anderen Gleichungen (unter A und B) ergeben hatte; in der Lage des Wendepunktes zeigt sich die gewünschte Übereinstimmung der Rechnungsergebnisse unter sich und mit der Figur und die berechneten Kubikinhalte kommen denjenigen der sektionsweisen Vermessung genügend (bis auf ca. 1%) nahe.

Zur Vergleichung habe ich die Rechnungsergebnisse nach folgenden bekannten Kubierungsformeln herangezogen:

$$\text{Höfelfd: } v = \frac{h}{4} (3 g_{1/2} + g_n)$$

$$\text{Dezel I: } v = \frac{h}{2} (g_{1/2} + g_{1/2})$$

$$\text{Dezel II: } v = \frac{h}{9} (5 g_{1/2} + 3 g_{1/2} + g_n)$$

$$\text{Simony I: } v = \frac{h}{3} (2 g_{1/2} - g_{1/2} + 2 g_{1/2})$$

$$\text{Simony II: } v = \frac{h}{3} (g_{1/2} + g_{1/2} + g_{1/2})$$

$$\text{Schiffel: } v = \frac{\pi h}{4} (0,61 d_{1/2}^2 + 0,62 d_{1/2}^2 - 0,23 d_{1/2} \cdot d_{1/2})$$

und diese Ergebnisse in folgender Tabelle 6 zusammengestellt.

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß keine der bisher gebräuchlichen Kubierungsformeln den Schaftinhalt durchgängig richtiger angibt, als die neue, von mir unter C entwickelte Formel. Trotzdem bin ich weit davon entfernt, dieselbe für den praktischen Gebrauch empfehlen zu wollen; dafür ist sie zu kompliziert und die Berechnung zu umständlich; weit einfacher und sicherer ist die Ermittlung nach mehreren Abschnitten mit Hilfe der gewöhnlichen Hüberschen Formel. Wenn es sich aber darum

Tabelle 6.

Schaftinhalt (cbdm) nach verschiedenen Formeln

Bezeichnung der Formeln	Gruppe						
	I		II		III		IV
	Bis 20 m Höhe	bis zur Spitze	bis 20 m Höhe	bis zur Spitze	bis 20 m Höhe	bis zur Spitze	bis zur Spitze
Hoßfeld	1840	2146	1107	1216	513	540	99
Dezel I	1910	2004	1158	1171	500	505	95
Dezel II	1897	2022	1140	1197	507	515	97
Simony I	1915	1924	1155	1156	502	502	97
Simony II	1912	2070	1171	1204	507	520	97
Schiffel	1926	2053	1157	1224	513	524	99
nach 2 m-Abschnitten	1938	2093	1167	1242	513	521	97

ndelt, Schaftform und -Inhalt zu-
eich richtig darzustellen, dann können
ine Formeln brauchbare Dienste leisten.

Zum Schlusse möchte ich durch Vorführung
etr. Zahlen und Figuren den Nachweis liefern,
e sehr auch bei der Esche durch Anwendung der
„Formzahl“ — auch der „echten“ nach
epler — die wirkliche Schaftform entsteht wird.
Bezeichnet man den richtigen Schaftinhalt mit
die Kreisfläche in $\frac{1}{20}$ der Höhe mit γ und die
Schaftlänge mit l , so ergibt sich die echte Formzahl
aus dem Ansätze

$$\varphi = \frac{v}{\gamma \cdot l}$$

Aus der sog. „Schaftkurvengleichung“

$$g_x = p x^n$$

gt bekanntlich

$$v = \frac{g_0 \cdot l}{n+1}$$

da die Proportion besteht

$$\frac{\gamma}{g_0} = \frac{19^n}{20^n}$$

wird

$$v = \frac{\gamma \cdot l}{n+1} \cdot \left(\frac{20}{19}\right)^n$$

mithin

$$\varphi = \frac{1}{n+1} \cdot \left(\frac{20}{19}\right)^n = \frac{1,0526^n}{n+1}$$

Für unsere erste Eschengruppe (Ver-
schäflache 3 und 4) ergibt sich durch Interpolation
e Durchmesser in $\frac{1}{20}$ der Höhe, d. h. bei 1,5 m
er dem Stodabschnitt, zu 44,3 cm, also die Kreis-
sche = 1541 qcm und die echte Formzahl

$$\varphi = \frac{2093}{15,41 \cdot 300} = \frac{2093}{4623} = 0,453.$$

Der sog. „Formexponent“ n läßt sich
aus mittels der zuletzt entwickelten Formel
ch Probieren ableiten und ergibt sich = 1,37.
enn es ist

$$0,453 = \frac{1,0526^{1,37}}{2,37}.$$

Der sog. „Parameter“ p berechnet sich hiernach
wie folgt:

$$p = \frac{15,41}{285^{1,37}} = 0,00668.$$

Durch Einführung dieser Zahlwerte für p und
 n läßt sich nun für die Abstände von

5 10 15 20 25 m vom Stod oder
25 20 15 10 5 m von der Spitze

der Durchmesser zu

40,1 34,8 28,5 21,6 13,4 cm

berechnen, gegenüber

39,3 34,85 29,9 21,55 13,8 cm

nach der Messung resp. Interpolation. Und für den
Stodabschnitt selbst ergeben sich ebenso nur 45,9 cm,
also offenbar viel zu wenig, weil eben wieder der
Wendepunkt fehlt; dgl. für die Grundstärke (1 m
vom Stod) nur 44,8 cm, anstatt 45,3.

Die gleiche Rechnung, auf die Mittelfstämme
der drei weiteren Eschengruppen angewendet, liefert
folgende Zahlwerte, denen die richtigen in Klam-
mern beigelegt sind:

Tabelle 7.

Gruppe	II	III	IV	
Durchmesser in $\frac{1}{20}$ der Höhe	33,8	24,6	13,5	cm
Kreisfläche in $\frac{1}{20}$ der Höhe	897	475	143	qcm
Formzahl	0,507	0,465	0,446	
Formexponent n	1,08	1,30	1,41	
Parameter p	0,0222	0,00418	0,00129	
Durchmesser am Stod	34,8	25,4	14,0	cm
" 1 m vom Stod	34,1 (34,4)	24,7 (24,8)	13,4 (13,2)	"
" 5 m " "	31,2 (30,1)	21,8 (21,4)	10,6 (10,6)	"
" 10 m " "	27,2 (27,0)	17,8 (18,1)	6,6 (6,7)	"
" 15 m " "	22,6 (23,7)	13,2 (13,6)	0,7 (2,3)	"
" 20 m " "	17,1 (17,7)	7,5 (7,6)	—	"
" 25 m " "	9,1 (8,0)	—	—	"

Wie hierdurch die wahre Schaftform ent stellt
wird, führt Figur 1 deutlich vor Augen.

Der „Bast“ und die „Kurie“ oder „curée“.

Von Karl Balg.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Am Schlusse meiner Abhandlung „Unsere Weidmannssprache“ im Augustheft der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung habe ich in Aussicht gestellt „Die Kurie“ gelegentlich ausführlich zu behandeln.

Der Ausdruck „Kurie“ ist weniger geläufig als „die curée“ und in dem inzwischen erschienenen Jagdlexikon von Riesenthal (II. Auflage) heißt es unter Curée: „Der Schluß der Parforcejagd. Der gejagte Hirsch oder Reiter wird, nachdem er abgefangen ist, zerwirrt, in ganz kleine Stücke zerlegt und den Hunden überlassen, damit diese recht genossen gemacht werden. Dabei wird die fanfare Curée geblasen.“

Diese Definition ist nicht ganz erschöpfend und auch nicht so genau, wie sie, ohne einen wesentlich breiteren Raum einzunehmen, hätte gegeben werden können. Sie erschöpft nicht den ganzen Wortbegriff, denn nicht allein Hirsche und Schweine wurden bei der Kurie verwendet, sondern auch der Hase, und abgesehen davon, daß auch die Falken einen Teil der Jagdbeute bekamen, der in der Regel aus Herz und Gehirn bestand, war es nicht etwa dauernd Brauch, das ganze Wild den Hunden als ihren Anteil an der Jagd zu überlassen, sondern in der Regel nur bestimmte Teile. Die Erwähnung der Falken soll nur nebenbei geschehen, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß von „curée“ nur gesprochen werden kann, soweit der Anteil der Hunde am Jagdergebnis in Frage kommt, wenn auch in beiden Fällen der gleiche Zweck verfolgt wurde, nämlich die Lust zu erregen, Tiere, welche ganz oder teilweise zur curée verwendet wurden, mit um so größerem Eifer zu jagen.

Zu bestimmten Zeiten wurde das Wild vollständig den Hunden überlassen; so z. B. ein ganzer Eber, den Partonopceus de Blois zu diesem Zwecke verwendet (Et il a tot aus chiens doné. Que rien n'en a d'iluec porté), aber das geschieht doch nicht immer, sogar nicht einmal in der Regel. Im übrigen bestand noch der Unterschied zwischen der curée chaude und der curée froide.

Das „Genossenschaft“ der Hunde war allezeit ein wichtiger Akt — denn aus diesem Grunde verlangt auch Siegfried im Nibelungenlied „einen Braden, der so genozzen hat daß er die verte erkenne der tiere durch den tan.“ — Und in einem alten Weidspruch heißt es: „Ein bespengter (mit Spangen

gezierter) Jäger verbroffen, ein trabender Reithund ungenossen und ein zeltender Wind, das ist das unnütze Hofgesind.“

Zuerst wird die Curée in Gottfrieds von Straßburg „Tristan und Isolde“ so eingehend geschildert, wie es sich sonst nirgends in irgendeiner alten Quelle findet.¹⁾ Kunstgerecht hat Tristan den Hirsch „entbästet“. Im neuen Riesenthal finden wir zwar das Wort Bast, als Bezeichnung für die von weichen Haaren bedeckte Haut, welche die wachsenden Geweihe und Gehörne der Hirsche und Rehböcke überzieht, aber keinen Hinweis auf die weitere Bedeutung dieses Wortes, wie er z. B. noch bei Dombrowski (III. Auflage, Weidmannssprache) zu finden ist, das, wenn es auch der Geschichte angehört, doch hätte erwähnt werden müssen. Gestützt auf Gottfried von Straßburg, sagt Dombrowski: „Im Mittelhochdeutschen hieß bast die Decke des Hirsches und hiervon abgeleitet bastite ober bastlist die Kunst, das Wild weidgerecht zu zerwirken, entbästen das Abdecken des Wildes“.

Diese Erklärung trifft nach Tristan nicht ganz das Richtige, aber sie ist immer besser als gar keine, oder ein einfaches Fallenlassen weidmännischer Ausdrücke die, wenn sie auch heute nicht mehr gebräuchlich sind, doch für die Entwicklung unserer Weidmannssprache und Weidmannsbräuche die allergrößte Bedeutung haben, abgesehen von ihrer Unentbehrlichkeit bei der geschichtlichen Würdigung der Entwicklung des Weidwerks überhaupt.

Aus allen diesen Gründen erscheint es notwendig, auf Tristan näher einzugehen, damit seine Kunst, die nicht vergessen ist, auch richtig beurteilt wird.

Wir lassen deshalb aus dem ersten Abschnitt „Die Jagd“ des Gedichtes „Tristan und Isolde“ den Teil hier wörtlich, und zwar in Simrods neuer hochdeutscher Übersetzung folgen, welcher die dem Erlegen des Hirsches folgenden Akte — Entbästen, Furtie und Kurie — schildert. Des Zusammenhangs wegen sei vorausgeschickt, daß Tristan nach der Sage der Sohn des Königs Rivalin von Parmenien und Nefte des Königs Marke von Cornwall war, seine Eltern früh verlor und von dem Marschall Rual erzogen wurde. Im 14. Lebensjahr wurde er von Norwegischen Kaufleuten entführt und an der englischen Küste ausgesetzt. Da traf er mit der Jagdgesellschaft des Königs Marke, seines Oheims, zusammen, führte dieser die von Rual erlernten edleren Jägerbräuche vor und trat in Markes Dienst.

¹⁾ Gottfried von Straßburg, ein Zeitgenosse Wolframs von Eschenbach und Walthers von der Vogelweide, lebte am Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts. Näheres über sein Leben ist nicht bekannt.

e Schilderung des gewandten, redefertigen Jüng-
 gs, der sich in allen Dingen leicht zurechtfindet,
 vortrefflich. Zur näheren Erläuterung der ein-
 nen Akte fügen wir einige Anmerkungen hinzu.

Da nun gefället war der Hirsch,
 Der da Jagdmeisteramt besaß,
 Der streckt ihn nieder auf das Gras,
 Auf alle Viere wie ein Schwein.
 „Ei, Meister, wie? was soll das sein?“
 Sprach da der höf'sche Tristan:
 „Laßt stehn, bei Gott, was fangt ihr an?
 Haut man so den Hirsch in Stücke?“
 Der Jägermeister trat zurüde,
 Sah ihn an und sprach ihm zu:
 „Wie willst du, Kind, daß ich es tu’?
 Die Sitte gilt hier bei der Hirsch:
 Wenn enthäutet ist der Hirsch,
 So spaltet man ihn erst einmal
 Von dem Haupt herab zu Tal,
 Darnach auch in die Viere,
 So daß der vier Quartiere
 Keins beträchtlich größer sei
 Als die übrigen drei.
 Das ist Sitt’ in diesem Land;
 Kind, ist dir andrer Brauch bekannt?“
 „Ja, Meister“, sprach er wider ihn,
 „Das Land, da ich erzogen bin,
 Da ist ganz anders der Brauch.“
 „Und wie denn? sage mir das auch.“
 „Entbästet wird der Hirsch bei mir.“
 „Traun, Freund, ich sah es denn von dir,
 Weiß ich nicht was entbästen sei.
 Wir sind der Kunde Alle frei
 In diesem Königreiche hie.
 So hört ich auch das Wort noch nie
 Von Heimischen noch Gästen:
 Lieb’ Kind, was ist entbästen?
 Bei deiner Güte, zeige mir’s;
 Geh’ her, entbäste diesen Hirsch.“

Das Kind sprach: „Lieber Meister mein,
 Mag es mit euern Hulden sein,
 Und kann euch Liebes dran geschhehn,
 So laß ich euch gar gerne sehn,
 Ist es mir selber recht bekannt,
 Was Brauch ist in meinem Land,
 Nach eurer Frage, mit dem Bast.“
 Der Meister sah den jungen Gast
 Mit freundlichem Lächeln an,
 Denn er war selbst ein höf'scher Mann
 Und kannte alle Sitte wohl,
 Die ein guter Mann verstehen soll.
 „Ja“, sprach er, „lieber Freund, das tu’.
 Wohl her! Bist du zu schwach dazu,
 Ich selbst und die hier bei mir sind,
 Wir helfen dir mit Händen
 Ihn legen oder wenden.
 Du darfst mir und den Leuten
 Nur mit dem Finger deuten.“
 • Tristan, der entführte Knab’,
 Seinen Mantel zog er ab
 Und legt ihn dort auf einen Block;
 Dann zog er höher seinen Rod,
 Wandte vorn das Armelpaar,
 Und strich zurück das schöne Haar,
 Daß es ihm auf den Ohren lag.

Nun sahn sie All’ bei vollem Tag,
 Die da bei dem Bästn waren,
 Sein Gehaben, sein Gebahren.
 Sie nahmen’s in der Augen Gut;
 Und Alle deucht’ es auch so gut
 Und lieblich zu betrachten,
 Daß sie im Herzen dachten,
 Gar adlig wär’ sein ganzes Wesen,
 Seine Kleider reich und auserlesen,
 Sein Leib nach Wünschen wohlgetan.
 Da traten sie zu ihm heran
 Und merkten wohl auf all sein Tun.
 Hin ging der Heimatlose nun,
 Der junge Meister Tristan:
 Er griff den Hirsch mit Händen an
 Und wollt’ ihn auf den Rücken legen;
 Doch konnt’ er ihn nicht frei bewegen,
 Denn er war ihm allzu schwer.
 Da bat er höf'sch Die umher,
 Daß sie ihn legten wie er wollte,
 Wenn er den Bast beginnen sollte.

Nun, das war alsbald geschhehn.
 Zu dem Hirsche ging er oben stehn;
 Den begann er zu entkleiden.
 Zuerst den Strich zu schneiden
 Von dem Geäße bis hernieder;
 Dann sich zu den Bugen wieder
 Kehrend, löst’ er sie gewandt,
 Erst das rechte, dann das linker Hand.
 Die beiden Keulen nahm er nun,
 Ihnen lösend auch ihr Recht zu tun;
 Begann die Haut zu scheiden
 Dann an den Seiten beiden
 Von den Haftern überall,
 Von oben bis herab zu Tal
 Und zog die Haut dem Hirschen nieder.
 Dann zu den Bugen kehrt er wieder,
 Sie zu entbästen von der Brust;
 Doch blieb die ganz, litt nicht Verlust.
 Die Bugen legt’ er noch hindann;
 Von dem Rücken begann
 Er erst die Brust zu scheiden
 Und von den Seiten beiden;
 Zu jeder Hand drei Rippen auch:
 Das ist der rechte Bastgebrauch;
 Die läßt jederzeit datan,
 Wer die Brust recht lösen kann.
 Zu den Keulen jetzt gewandt,
 Entbästet’ er mit kluger Hand
 Die beiden Hinterbeine,
 Zusammen, nicht alleine.
 Ihr Recht er auch den beiden ließ:
 Den Braten, wo der Rücken stieß
 An die Lenden mit dem Ende
 In der Breite anderthalber Hände;
 Was die da Biemer nennen,
 Die solche Bastkunst kennen.
 Dann ging er zu den Rippenstücken,
 Die schnitt er beide von dem Rücken,
 Und kam zu Magen und Gescheide.
 Doch weil nicht rein dies Eingeweide
 Seinen schönen Händen wär’,
 Rief er: „Schnell zwei Knechte her!
 Da nehmet diese Stücke fort
 Und bereitet sie an anderm Ort.“
 So war der Hirsch entbästet,

Und seiner Haut entläßt;
 Die Bugen, Seiten, Beine,
 Die hatt' allzumal der Kleine
 Beiseit gelegt und wohl gefügt:
 Hiemit so war dem Bast genügt.¹⁾
 Tristan, der heimatlose Gast,
 Sprach: „Meister, seht, dies ist der Bast.
 So ist's um diese Kunst bestellt.
 Nun tretet näher, wenn's gefällt,
 Mit eurer Massenk
 Und machet die Furtke.“ —
 „Lieb' Kind, Furtke, was ist das?
 Du sagst mir vor, ich weiß nicht was.
 Du hast uns diesen Jägerbrauch,
 Der fremd ist und zu loben auch,
 So, meisterlich nun lassen sehn:
 So laß ihn vollends vor sich gehn,
 Vollführe deine Meisterschaft;
 Wir dienen dir nach unsrer Kraft.“
 Als bald sprang ins Gebüsch der Knab'
 Und hieb sich eine Gabel ab,
 Was die da Furtke nennen;
 Die die Furtke kennen;
 Doch ist der Unterschied gering,
 Denn Furt' und Gabel ist ein Ding.
 Nun kam er mit dem Zwieselstab,
 Und schnitt die Leber weg vorab,
 Worauf er Reß und Lummer schied,
 Und auch den Biemer von dem Glied
 Sondere, woran er saß.
 Dann seht' er dort sich auf das Gras,
 Nahm die drei Stücke in die Hand,
 Die er an die Furtke band,
 Daß sie das Reß umfaßte;
 Mit einem grünen Baste
 Ward es so und so verstrickt.
 „Nun seht, ihr Herrn,“ sprach er geschickt,
 „Dies heißen sie Furtke
 In unsrer Jägerle,

¹⁾ Der „Bast“ umfaßte also das „aus der Dede schlagen, das Zerlegen in die einzelnen größeren Teile (Zerwirken) und das Aufbrechen.“

Auf das Zerwirken soll hier nicht näher eingegangen werden und deshalb genüge der Hinweis, daß der Ausdruck schon alt ist. In *Hadamar's von Labe* „Jagd“ — einem allegorischen Gedichte, das aus dem 14. Jahrhundert stammt — kommt er einigemal vor. So in Str. 344:

„Man soll zerwürken keinez,
 wan daz sich lât durch gab mit gelde kaufen.“

Labe jagt nämlich hinter seiner Geliebten her mit den aller verschiedensten Gefühlen, die er in Hundsn verkörpert hinterher jagen sieht. Er erwirkt sie aber nicht, denn es kommt immer eine andere dazwischen; aber eine Wuhlerin will er sich doch nicht zu eigen machen, die sich von jedermann mit Geld kaufen läßt.

Das „Entbästen“ bedeutete danach nicht nur das Abdecken des Wildes, sondern den ganzen Akt; der Ausdruck „Bast“ deckt die Handlung, also alles, was bisher getan ist. „Bastsite“ kennzeichnet die Vervollständigung der weidmännischen Kunst des „Entbästens“ und „Bastlist“ muß in seiner Bedeutung ebenso aufgefaßt werden. Daß der Bast bei Tristan nicht die Dede bedeuten sollte, geht auch daraus hervor, daß er sie, wie wir später sehen werden, „cuire“ nannte.

Und weiß ich's an die Furtke band,
 So wird der Brauch Furtke genannt.¹⁾
 Dies, dünkt mich, stimmt wohl überein,
 Denn an der Furtke muß es sein.
 Dies nehm' in seine Hand ein Knecht.
 Nun aber laßt nach Jägerrecht
 Auch folgen die Curle.
 „Curle? Dê deniel“
 Riefen Alle: „Was ist das?
 Wir verstünden Sarazenisch baß.
 Was ist Curle, lieber Sohn?
 Schweig', und sag' uns nichts davon:
 Was es sei, das laß geschehn,
 Daß wir es selbst mit Augen sehn
 Dies tu' bei deiner Höflichkeit.“

Nun, Tristan war alsbald bereit.
 Den Herzdick such' er, das Geschling,
 Woran das Herz des Hirschen hing;
 Und schob die Hüllen dran zurück.
 Vom Herzen ab das halbe Stück
 Schnitt er nach dem spitzen Ende,
 Nahm es dann in seine Hände,
 Auf daß er es halbiere,
 Dann kreuzweis teil' in viere;
 Warf auf die Haut die Teile nieder
 Und kam zu seinem Ride wieder.
 • Milz und Lungen löst er gar,
 Daß nichts mehr an dem Ride war,
 Denn auf der Haut lag alles dort.
 Dann schnitt er Rid und Gurgel fort
 Von der Brust am obern Ende,

¹⁾ Ob die hier genannten Körperteile in der Übersetzung richtig bezeichnet sind, erscheint zweifelhaft. Unter „Reß“ ist wohl das Fettneß um die Eingeweide zu verstehen. „Lummer“ — mittelhochdeutsch „lumbale“, d. h. kleine Leber — sind vermutlich gewisse Teile der Eingeweide, Nieren u. dgl. bezeichnet; lumbus bedeutet aber auch die Schamteile. Unter „zimeren“ ist hier nicht das Biemerstück zu verstehen, sondern die Testikeln, die in der älteren Zeit als Speise nicht verschmäht wurden.

Tristan läßt zwar bei seinem späteren Einmarsch in die Burg Tintajol die Furtke am Schluß des Auges mittragen, sagt aber nicht mehr, was damit geschehen soll. Die Furtke ist aber weiter nichts als ein Teil des Jägerrechts. Die bei den Entbästen erwähnten Stücke können als bereits verteilt angesehen werden, aber die Furtke hatte die Zweckbestimmung, das Beste dem Jagdherrn darzubringen. Aus dem Brauch der späteren Zeit kann dies ebenfalls entnommen werden, denn noch im 17. Jahrhundert wurden die ausgewählten Stücke, die menus droits, an die hölzernen Gabel gebunden und für König und Königin, in anderen Fällen für den Jagdherrn bestimmt. Hierzu gehörten damals die vorderen Teile des Gefäßes, Lunge, das Kurzwildbrät und unter anderem auch der mit den Nieren zusammenhängende Mörbraten.

Dem Oberjägermeister fiel das Leberstück (Biemer) zu, die Keule mit dem daran sitzenden Braten dem Leutnant de vénerie, dem Unterleutnant ein Stück des Rückens, das rechte Vorderblatt dem Edelmann, welcher die Jagd durchführte, die linke Schulter dem Führer des Leithundes und geringere Stücke wurden unter die übrigen valets verteilt, nach der alten dauernd beibehaltenen Regel.

Daß die menus droits an der Gabel befestigt wurden, hatte jedenfalls seinen Grund darin, daß sie besser transportiert werden konnten; denn sie wurden in die Küche getragen.

Und sonderte das Haupt behende
Mit dem Gehörne von dem Kragen;
Er befahl, es zu der Brust zu tragen.
„Wohl her geschwinde!“ hub er an:
„Nehmet diesen Rind hindann:
Wenn etwa arme Leute kämen,
Die ihn gerne von euch nähmen,
Gebt ihnen diesen Rind dann hin;
Sonst tut damit nach euerem Sinn:
Nun komm ich zur Curle.“

Hin ging die Compagnie
Und sah wie seiner Kunst gelinge.
Erst heischte Tristan alle Dinge,
Die er zuvor bereiten lassen.
Nun lag dies alles solchermassen
Gerüstet und bereitet,
Wie Er sie angeleitet.
Es lagen die Quartiere
Von dem Herzen viere
Nach jägerlichen Sitten
Auf der Haut zerschnitten
Alle vier einander nah;
Milz und Lunge schnitt er da,
Dann Magen und Gescheide gar,
Und was der Hunde Weide war,
In Stücke, so kurz und klein
Wie es flüchtig mochte sein.
Das alles streut' er auf die Haut.
Darauf begann er überlaut
Und rief den Hunden: „Sa, sa, sa!“
Als bald sah man sie alle da
Stehn über ihrer Speise.
„Seht“, sprach der Wortweise,
„Dies heißen sie Curle
Daheim in Parmente.
Ich will euch sagen auch warum:
Curle heißt der Brauch darum,
Weil man auf die Cuire legt
Was den Hunden man zu geben pflegt.
So hat die Jägerle
Diesen Namen Curle
Von der Cuire hergenommen:
Von Cuire ist Curle gekommen.
Und fürwahr, es ward den Hunden
Zum Frommen erfunden
Dieser Brauch, der sie erfreut;
Denn was man auf die Cuire streut,
Schmeckt ihnen süß, des Blutes wegen,
Und reizt sie noch, der Jagd zu pflegen.
Schaut nun diese Bastkunst an,
Es ist kein andrer Wiß daran:
Seht, wie sie euch gefalle.“
„Ach, Herre“, riefen alle,
„Was sagst du, seliges Kind?
Wir sehn wohl, diese Künste sind
Den Braden und den Hunden
Zu großem Frommen erfunden.“¹⁾

In Hadamars auf Minne abgestimmter Jagd-
allegorie ist am Schlusse der Fehljagd auch vom
Raben die Rede.

„Natürlich Lust, dem raben
gelsch, blög ob den hunden,
er wolt auch von in haben
sin geniez, ob sie erjagen kunden.
er schrei grâ grâ; ja grâ trag ich mit leide.
Kopp, weidgeselle, ich fährte,
din barbe swarze werde mir ze kleide.“

(Str. 529)

Auch der rabe wollte sich am „geniez“ beteiligen.
Wenn Hadamars Dichtung auch nur rein alle-
gorisch zu nehmen ist, so steht doch der Rabe mit dem
Entbästen in einem gewissen Zusammenhang.

Im altfranzösischen Epos erscheint der Rabe
als die Verkörperung des Teufels, und der an Leichen
fressende Vogel.

In der nordischen Mythologie sind Odinn außer
zwei Wölfen, Geri und Freki, die irrtümlich auch
als Jagdhunde bezeichnet werden, auch zwei Raben
beigegeben, Huginn und Muninn. Sie sind kluge
und viel wissende Vögel, die auf seinen Achseln
sitzen und ihm alles ins Ohr sagen, was sie sehen
und hören und das ist alles, was geschieht. Auch
dem Appollo waren Wolf und Rabe heilig und auf
dem Mantel des Sonnengottes Mithras sitzt oben
ein Rabe. Das Christentum hat diese Raben schein-
bar durch die weißen Tauben ersetzt, die hernieder-
schweben und auch auf den Schultern einiger Heiligen
sitzen und deshalb liegt es nahe, daß im christlichen
Germanien der Rabe des Teufels Bruder wurde.
Wie der Rabe mit der Jagd in Verbindung ge-
kommen ist, ist wohl nirgends festgestellt, aber beim
Zerwirken wurde seiner gedacht, denn es wurde
ihm ein Knochen (l'os corbin tout franc) zurück-
gelegt, so daß auch er an der Kurie beteiligt wurde.

Daß der Brauch der Kurie sich wandelte mit der
Zeit, ist sehr natürlich. So wurde der Leithund
(liemier) bald bevorzugt. Er bekam das Herz und

Strasbourg Gedicht nicht kannte. In Strophe 415 spricht er
von dem Hunde Harre:

„Der Hunt hat uf der Hiute viel genossen.“

Die Übereinstimmung aber ist gegeben, daß die Kurie
auf der Dede dargeboten wurde, was die Bekanntschaft Labers
mit dem Brauch zur Voraussetzung hat, von dem im Nibe-
lungenliede nicht die Rede ist.

Cuire kommt von corium (χόριον) und bei den Fran-
zosen wurde dafür der Ausdruck nappe (eigentlich Tisch Tuch)
geprägt, was durchaus bezeichnend ist, weil die Haut zum
Decken des Tisches der Hunde diente.

Regel ist also, daß ein Teil des Herzens, Lunge und Milz,
Magen und Gescheide und andere Abfälle den Hunden als
curée zugewiesen wurden. Die Überlassung des ganzen
Stückes war eine Seltenheit und geschah dann hauptsächlich
nur im Winter, oder wenn es sich um ein sehr lange geheftes
Stück handelte.

¹⁾ Kurie (curée) wird also der den Hunden zustehende
eil an der Jagdbeute genannt, weil man diesen auf die
re legt, von der jenes den Namen hat. Die cuire ist nach
er Quelle unzweifelhaft die Haut oder Dede. In den alt-
zösischen Artus- und Abenteuer-Romanen kommt der
brud cuire für Firschhaut verschiedentlich vor. Hadamar
Baber gebraucht ihn aber nicht, weil er Gottfrieds von

durfte den Kopf mit Geweih (massacre) beknabbern, nachdem er auch den Vorzug genossen hatte, beim Zerwirken zusehen zu dürfen.

Der Brauch, die curée den Hunden auf der Dede zu geben, wurde im ganzen nur bis ins 17. Jahrhundert beibehalten, während von nun an dazu übergangen wurde, sie mit der Dede zuzudecken, um die Hunde besonders zu reizen.

Die Kùree war eine der Glanznummern der pomphaften höfischen Parforcejagden und sie entbehrten auch nicht des phantastischen Beigeschmades, wie es z. B. die dem Großfürsten Konstantin von Rußland zu Ehren, im Jahre 1860 in Compiègne veranstaltete curée beweist.

Auf dem Hofe „des adieux“ — so genannt nach dem Abschiede Napoleon I. 1814 — wurde beim Scheine der Fackeln der am Tage bei der Parforcejagd zur Strecke gebrachte Hirsch am Fuße der berühmten Hufeisentreppe, bedeckt mit der Dede, an welcher der Kopf mit dem Geweih noch festsaß, niedergelegt. Die Meute wurde durch das Tor hereingeführt, ihrem Führer auf dem Fuße folgend. Vor der hochgehaltenen Peitsche machen die Hunde Halt und auf 12 großen Jagdhörnern wird die Fanfare, la Royale, geblasen. Ein zweites Mal wird vorgerückt und unter den Klängen des hallali à pied eine abwartende Stellung eingenommen. Ein drittes Vorgehen bringt die Meute auf einige Schritte an den Hirsch heran, dessen Kopf hin und her bewegt wird, um ein lebendes Tier nachzuahmen. Jetzt können die Klänge des hallali à terre durch die Nacht; die Hunde, gierig nach der Beute, verbellern diese immer heftiger, aber die hochgehaltene Peitsche des Führers hält sie in Schach. Unter dem Rufe: „hallali, valets, hallali!“ sinkt das die Ordnung aufrecht erhaltende Instrument, während im selben Augenblick die Dede des Hirsches hinweggerissen wird, und bei Mark und Bein durchbringendem Geheul verschwindet der Hirsch unter einem einstweilen unentwirrbaren Knäuel von Hunden, im gespenstischen Lichte der den Hof beleuchtenden, qualmenden Fackeln. Nach kurzer Zeit bringen die knallenden Peitschen der Jägerei wieder Ordnung in den wirren Haufen, der Rababer ist verschwunden und in geordnetem Zuge verläßt die Meute unter den Klängen einer sonoren Fanfare den Hof. — Derartige pomphafte Veranstaltungen hießen curée aux flambeaux (bei Fackelbeleuchtung). Besonders unter Ludwig XIV. waren diese beliebt und alle Prinzessinnen und Damen des Hofes nahmen daran teil.

Man unterschied die curée chaude und curée froide; wörtlich übersetzt „warm“ und „kalt“.

Jacques de Fouilloux sagt in seiner Vénérerie, daß, wenn der Hirsch zur Strecke gebracht ist, wobei

man auch damit rechnete, daß die Hunde ihn selbst töteten:

„on lui doit dépouiller le col, et leur faire la curée sur le champ toute chaudement, parce qu'elle leur est beaucoup meilleure, plus friande et profitable chaude, que froide.“

col (collum) heißt eigentlich Hals, aber „dépouiller“ (dépouiller) bedeutet für sich „die Haut abziehen“. Die „Haut vom Hals abziehen hat keinen Sinn, nur deshalb ist die Mitteilung so aufzufassen“

„daß der Hirsch aus der Dede zu schlagen und von ihm die Curée auf der Stelle zu bereiten ist, ganz warm, denn sie ist den Hunden bekömmlicher, schmackhafter, und zuträglicher warm als kalt.“

Die curée chaude, die auch das Überlassen des ganzen Hirsches umfassen konnte, diente auch Drefsurzweden, um die Hunde einzujagen und von Hasenfahrten zu entwöhnen.

Man spaltete dem gefangenen Hirsch einen Lauf zwischen den Schalen bis zum Gelenk oder eine Schale wurde losgetrennt und der Hirsch freigelassen. Nach einer Viertelstunde wurde der Limier zur Fahrt gelegt und ihm folgen nun die jungen Hunde, denen der Hirsch überlassen werden sollte.

Als Dressurmittel soll allerdings die curée zuerst beim Hasen gegeben werden, weil sie bei ihm toutes ruzes und hour-variz kennen lernen, dergleichen den Gebrauch der Nase. Werden sie dann auf den Hirsch abgeführt, geben sie den Hasen bald auf.

„pour autant que la chair du cerf est plus friande, et aussi qu'il a plus grand vent et sentiment que n'a pas le lieure.“

Das schmackhaftere des Wildbrets des Hirsches und dessen Wind wird die Hunde bald veranlassen, den Hasen wieder aufzugeben.

Die curée chaude folgte der Jagd unmittelbar, und bei ihr wird es sich ausnahmsweise um die Überlassung des ganzen Hirsches an die Hunde gehandelt haben, während die curée froide sich in der Hauptsache um den Rumpf und die Abfälle drehte und in der Nähe des Zwingers gegeben wurde. Sie vollzog sich ebenso wie oben schon geschildert, sehr feierlich. Je nach dem Range der Zuschauer verteilten, wiederum nach dem Range, verschiedene Personen der Jägerei Stäbchen aus Birken- und Haselholz, welche die Zweckbestimmung hatten, die Hunde abzuhalten. Unter Hörnerklang verließen diese den Zwinger und verzehrten zunächst eine Suppe von Milch oder Brot, vermischt mit dem Schweiß des Hirsches. Gereizt wurden die Hunde dann durch den Anblick des Rumpfes. Nach verschiedenem Hin und Her wurde es ihnen überlassen, und während sie sich drum balgten, war großes Geblase und das Weidgeschrei „hallali, valets, hallali!“

Wenn die heutige Jägerei unter „Halali“ das Stände gejagt sein versteht, so hatte der Ruf in älteren Zeit eine andere Bedeutung, wie aus Quellen entnommen werden muß. Das *ha la* was „ha, da liegt er“ bedeutet wird, kam niemals Geltung, wenn der Hirsch sich stellte, sondern war ein Anfeuerungsruf für die Hunde bei der Beute.

Welche Bedeutung man dem „Halali“ heute beimessen will, so läßt sich doch nirgends ein Weg für die Auffassung im neuen Riesenthal, die gemein geteilt wird, finden, daß bei der Parforce- oder der sich stellende Hirsch „Halali“ war, und dieser Sache muß Rechnung getragen werden. Auch Brauch der späteren Zeit, daß der valet de curée (der Führer des Leithundes) beim Wegreißen der Decke des Hirschens von der curée „Halali“ schrie, nur die Deutung zu, daß es der Anfeuerungsruf der Hunde war, wenn ihnen die curée gegeben wurde. Das „*ha la lit*“ (Ha, da liegt er) würde eßlich dem gestellten Hirsch gegenüber auch keinen Sinn haben, denn in diesem Augenblick liegt unter Umständen noch lange nicht. In diesem Augenblick stand der Hirsch (nach Tristan), zum Laufen, und geblasen wurde *la vue*.

„*Bl*“ findet sich im Riesenthal überhaupt nicht vor und seine Erwähnung würde sicherlich dazu beitragen haben, den dann hervortretenden Widerspruch zwischen *Bl* und *Halali* erkennen zu lassen, daß *Halali* eine andere Bedeutung haben müsse. Als ein Bestandteil der curée ist noch ein anderer Punkt anzusehen: Das *forhu*!

Der Ausdruck ist dunkel. Unter „huer“ ist das Schreien auf der Jagd zu verstehen, und „huer corner“ „Schreien und Blasen“ würden als ungenügend nötige Eigenschaften des Jägers gelten. *Forhu* steht allem Anschein nach mit *huer* in Verbindung.

Ist die curée nahezu verzehrt, dann wird das letzte gelegte Gescheide mit einer Gabel aufgenommen oder auch am Ende eines Stodes befestigt und die Meute mit *Tataut* angeschrien. Der Jäger läuft 100 Schritte weit fort, bläst und schreit allem die Hunde mit dem Rufe *Ty a hillaud* was *forhu* genannt wurde. Unter großem Lärm sammeln sich die Hunde um ihn, um in getragenen Sätzen hochspringend das *forhu* zu erreichen und schließlich zwischen sie geworfen und nun Gegenstand einer großen Rauferei wird, die sich unter den Klängen der fanfare *la vue* vollzieht, nach deren Beendigung die Hunde zur curée zurückkehren, wo nach dem Verschwinden der letzten Reste die curée auf sie umgedreht wurde.

Das *forhu* war besonders üblich bei den Jagden, die weniger Gelegenheit zum Jagen hatten

als die königliche. Der Zweck der Übung bestand darin, die Hunde daran zu gewöhnen, wenn sie aus irgendeinem Grunde von der Fährte abgekommen waren, sich um die Biqueure zu sammeln. *Forhu* waren deshalb auch die Rufe mit dem Jagdhorn und die Schreie die wie *Ty a hillaud* bei der Jagd auf den Hirsch, dem Anlocken der Hunde dienten.

Das *forhu*, gewissermaßen der Nachschuß bei der curée, war bis zur Zeit der Revolution in Übung und darf vor allen Dingen nicht mit der *furkie* verwechselt werden. In der *Chasse illustrée* (1911, S. 302) wird ein Wandteppich und ein Gemälde wiedergegeben, welche beide das *forhu* veranschaulichen, wenigstens teilweise. Auf dem Wandteppich bläsen im Vordergrund drei Jäger gewaltig in ihre großen runden Jagdhörner nach Dampfströmungen, während die Meute dem leider nicht sichtbaren Träger des *forhu* nachstürmt. Dieselbe Idee liegt dem Gemälde zugrunde, nur läßt es erkennen, wie die bei der curée stehenden valets den Hunden zeigen, wohin sie gehen sollen, die in vollem Laufe fortstürmen und auch teilweise im Vordergrund schon in mächtigen Sätzen hochspringen. Leider ist auch hier die Hauptsache, der Träger des *forhu*, nicht zu sehen.

Mit dem *forhu* hatte die curée das Ende erreicht.

Es bleibt nun noch übrig, die curée beim *Hasen* zu erwähnen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Hunde zuerst beim Hasen verwendet wurden, um sie im Gebrauch der Nase sicher zu machen. Hierbei vollzieht sich die curée etwas weniger feierlich. Der valet de Chien legt den Hasen auf den Rasen und verteidigt ihn mit einer abgeschnittenen Gerte gegen die Hunde, die vom Biqueur durch Hornruf herbeigeholt werden. Dann wird Lampe abgehalgt, ausgeweidet, das Gescheide und die Lunge entfernt und mit dem Balge so aufgehängt, daß die Hunde nicht dazu gelangen können. Brot, Käse und irgendwelche anderen Dinge werden in den Hasen hineingesteckt, um alles mit Schweiß zu benetzen. Vorderblätter und Kopf werden losgetrennt um als Lederbissen für die jungen Hunde verwendet zu werden. Dann wird der Hase fortgetragen, die aus seinem Innern herausgenommene curée auf dem Rasen ausgebreitet und nun gegen die Hunde verteidigt. Sind sie, nachdem zugelassen, damit fertig geworden, dann fängt der valet de chien an mit *forhu*, indem er den Hunden den Hasen zeigt, die nun darauf losstürzen und ihn durch Hochspringen zu erfassen suchen, bis er schließlich zwischen sie geworfen und verzehrt wird.

Unter *Bast* in seiner ursprünglichen Bedeutung in der Weidmannssprache ist nicht die Decke des Hirschens zu verstehen, sondern die Handlung des aus der Decke schlagen und des damit verbundenen Zerwirkens. Das *Entbästen* ist die auf Zerwirklichkeit des Bastes gerichtete Tätigkeit und *Bäslist*, *Bästsie* die weidmännische Kunst der Durchführung. Wie hierbei schon in frühester Zeit ein *Jägerrecht* zum Ausdruck gekommen ist, so auch in diesem Sinne ein *Nacht der Hunde*, denn die dem Bast folgende *curie* oder *curée* bestand in der Zuweisung des ihnen gebührenden Anteiles an der Jagdbeute. Dieser Anteil bestand ausnahmsweise in der Überlassung des ganzen Stückes, in der Regel aber nur in den minderwertigen Teilen, weil die besseren verteilt wurden. Die *Curée* war „warm“ oder „kalt“.

Ein Teil der *curée* war das *forhu*, gewissermaßen der Nachtsch, dem aber der Gedanke zugrunde gelegen hat, die Hunde daran zu gewöhnen, sich beim *Signal Ty a hillaud* zu sammeln.

Die Lederbissen gehörten dem König oder dem Jagdherrn überhaupt, und die Zeremonie der Überreichung bestand in der *furkie*, und an der hierbei verwendeten zweizinkigen Gabel wurden sie in die Rüche getragen.

Zum Schluß sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn der Hirsch zur Strecke gebracht war, vor allem der Jagdherr das Abzeichen des Siegers erhielt, das bekanntlich heute bei uns im Bruch besteht. Die französische Jägerei kannte den Bruch in dieser Verwendung nicht, aber ehe der Hirsch aus der Decke geschlagen wurde, löste ein Jäger den unteren Teil des Laufes über den Afterklauen im Gelenk los, der nun mit einem daran gelassenen längeren Streifen der Decke am Jagdmesser befestigt getragen wurde und den Bruch auf dem Hut ersetzte.

Diese alte Sitte war auch in der neueren Zeit noch in Übung und diese Trophäe hochgestellten Jagdteilnehmern als Auszeichnung zugebach.

Den Bruch finden wir aber auch schon bei Gottfried von Straßburg, denn es heißt weiterhin:

„Von einer Linde brach er da
Sich zwei Kränzlein wohlbelaubt,
Eins seht er selber sich aufs Haupt,
Das andere, das weiter war,
Bot er dem Jägermeister dar.“

Zwei Kränze vom Laub der Linde werden als Bruch verwendet, einer für Triften selbst, der andere für den Jägermeister. —

Literarische Berichte.

Gewinnung und Verarbeitung von Harz und Harzprodukten. Von Dr. Géza Austerweil, Ing. Chem. u. Julius Roth, Igl. ung. Forst-rat. Mit 65 Abbildungen und 1 Tafel. München und Berlin 1907. Druck und Verlag R. Oldenbourg.

Deutschlands Import von Kolophonium und Terpentinöl aus Amerika hat sich zuletzt auf Mengen im Werte von 600 Millionen Mark belaufen. Bei der Ungewißheit, wie lange wir noch gezwungen sein werden, diesen Bedarf aus eigener Ernte zu decken, tritt an die Forstwirte die Aufgabe heran, überall dort, wo die forstlichen Interessen es irgendwie gestatten, den in den Wäldern ruhenden Reichtum an Harz auszunutzen. Das vorliegende Werk, welches die neuesten Erfahrungen und Methoden der Harzgewinnung, Harznutzung und Harzverarbeitung behandelt, ist daher gerade jetzt von besonderem Werte.

In demselben werden, nachdem in einer Einleitung die geschichtliche Entwicklung der Harz-

gewinnung geschildert worden ist, in 12 Kapiteln besprochen: Die Chemie der Harzprodukte; die Entstehung und Verteilung des Harzes im Baumstamme; der Harzfluß; die verschiedenen Verfahren der Harzgewinnung aus lebenden Nadelholzarten; der Einfluß der Harzung auf die Bäume und den Baumbestand; die Terpentindestillation; die Verarbeitung von Fichtenscharrharz; technische Grundlagen der Harzextraktion; Gewinnung und Zerkleinerung des Wurzel- und Stockholzes; die Extraktion des Wurzelstodes und im allgemeinen; Wurzelstodextraktion bei stehendem Rohmaterial und beweglicher Extraktionsflüssigkeit; Wurzelstodextraktion mit rotierenden Apparaten; Vergleich mit der Extraktion mit unbeweglichem Rohmaterial und beweglicher Extraktionsflüssigkeit; Terpentinöl und Kolophonium als Endprodukte der Extraktionsanlagen; Verwertung des entharzten Holzkleins; Erzeugung von Zellstoff daraus; Verwertung des entharzten Holzkleins zur Spritgewinnung; die Verwertung des Wurzel- und Stockholzes durch Ver-

lung; Kienholzdestillation; Erzeugung von Kien-
steer und Kienöl; Destillation von Kienöl; die
Opophonium und Terpentin verarbeitenden In-
dustrien.

Die vorliegende Arbeit enthält sehr viel Nützliches
Interessantes. Sie verdient die volle Beachtung
forstlichen Kreise. Wir stimmen der darin aus-
gesprochenen Ansicht voll und ganz bei, daß es zur-
bald darauf ankommt, uns unabhängig vom Aus-
lande zu machen, und daß die Einführung der Harz-
nutzung zurzeit von außerordentlich großer Wichtig-
keit und auch dann notwendig ist, wenn sie unseren
Wirtschaftsbedingungen schädlich und finanziell nur von
geringem Gewinne ist.

Da die Harznutzung in den Nadelholzforsten
Deutschlands allenthalben eine große Ausdehnung
genommen hat, wird dieses Buch vielen Forst-
leuten sehr willkommen sein.

Preis geheftet 9,— Mk., gebunden 10,50 Mk.
E.

**Phänologische Karte des Frühlingseinzuges auf
den britischen Inseln.** Von G. J. H. n e in Darm-
stadt. Märzheft 1916 von Dr. A. Petermanns
Mitteilungen aus Justus Perthes' Geographischer
Anstalt, Gotha.

Im Märzheft 1912 der Allgemeinen Forst- und
Jagdzeitung (Seite 96) wurde über die zweite neu-
bearbeitete Auflage von Dr. J. H. n e s „Phänologische
Karte des Frühlingseinzuges im Großherzogtum
Sachsen“ berichtet. Diese Karte bildet einen ver-
vollständigten Ausschnitt aus der 1905 erschienenen „Karte
des Frühlingseinzuges in Mitteleuropa.“ Witten im
Weltkrieg hat Verfasser im Anschluß und zur Ver-
vollständigung der letzten Karte eine schon im Juni
1914 fertiggestellte Karte für die britischen Inseln
veröffentlicht, die das kartographische Bild des
phänologisch-phänologischen Frühlingseinzuges für Nord-
Mitteleuropa vervollständigt. Während zur Berech-
nung für das Frühlingsdatum eines Ortes bei den
vorherigen Karten 13 Pflanzenspezies herangezogen
wurden, berücksichtigen die britischen Beobachtungen
von nur drei, nämlich: *Prunus spinosa*,
Scilla hippocastanum und *Crataegus oxy-
anthus*. Das aus den Aufblühzeiten dieser
drei Spezies berechnete Frühlingsdatum liegt
etwa zwei Tage später wie das für den
gleichen Ort aus den 13 Spezies ermittelte.
Der Beobachtung dieses Unterschiedes lassen sich
so die auf beide Weisen berechneten Daten leicht
miteinander beziehen. Verfasser hat die für die Zeit
von 1891—1912 an 272 Stationen erhobenen Be-

obachtungen benutzt. An 87 Stationen war für 10
und mehr Jahre, an 100 Stationen für 9 bis 3 Jahre
und an 85 Stationen für weniger als 3 Jahre be-
obachtet worden. Die britischen phänologischen
Stationen liegen sämtlich unter 200 m Seeshöhe,
ihre Verteilung ist nicht regelmäßig. Die Karte ist
daher nur als Übersicht- oder Generalkarte aufzu-
fassen, die noch durch Spezialkarten einzelner Ge-
biete zu ergänzen und zu verfeinern ist. Wie bei der
Mitteleuropakarte sind auch bei der britischen Karte
für die Abgrenzung der 6 Zonen die Daten von je
7 Tagen zusammengefaßt. Im übrigen ist die Karte
unabhängig von meteorologischen Angaben und
Anhaltspunkten entworfen worden.

Aus der Karte ist ersichtlich, wie sich der Einfluß
der atlantischen Lage und des damit bedingten
Seeklimas geltend macht, indem die Temperatur
des Winters und Vorfrühlings von W nach O ab-
nimmt und dies auf die Vegetationsentwicklung
nachwirkt. In allen phänologischen Zonen sehen wir,
daß die Nordgrenzen im Westen höher nach Norden
reichen als im Osten. Gegen die Mitteleuropakarte
zeigt sich im allgemeinen, daß auf dieser bei den
gleichen Zonen die Grenzlinien mehr südlich be-
ginnen als dies bei gleicher Seeshöhe bei den britischen
Inseln der Fall ist. Die Wirkung des mildernden
Einflusses der See auf das Klima läßt sich also auf
der Karte verfolgen. — Im Begleitwort sind auch
drei Isothermenkarten der britischen Inseln ent-
halten.

Das deutsche Weidwerk. Von G u s t a v F r e i-
h e r r n v. N o r d e n f l y c h t, Forstmeister in
Lüderitz. Mit einem Titelbild. Verlag und
Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.
1917. Preis: 1.50 Mk.

Das vorliegende, als 436. Bändchen der Samml-
ung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Dar-
stellungen: „A u s N a t u r u n d G e i s t e s w e l t“
erschienene Büchlein gibt zunächst in gedrängter
Form eine Übersicht über die Entwicklung des Jagd-
wesens in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung
von Beginn des Mittelalters bis auf die Gegenwart,
und behandelt sodann die Weidmannssprache, die
Naturgeschichte der Jagdtiere Deutschlands, die Aus-
rüstung des Jägers, die Jagdhunde, die Jagd und
den Fang der Jagdtiere, die Nachsuche und die Be-
handlung des erlegten Wildes und die Wildhege.

Dem Umfange des Bändchens entsprechend,
konnte sich die Darstellung des Jagdbetriebes und
seiner Hilfsmittel natürlich nur auf das wesentlichste
beschränken. Um den Lesern es zu ermöglichen, sich
erforderlichen Falls über einzelne Gegenstände ein-

gehender zu unterrichten, hat Verfasser den einzelnen Abschnitten ein Verzeichnis derjenigen Werke beigefügt, die über den betreffenden Gegenstand genauere Auskunft erteilen.

E.

Die Tierwelt im Weltkrieg. Von Wilhelm Schuster, Pastor, Ehrenmitglied des Österr. Reichsbundes für Vogeltunde usw. Druck und Verlag von Albert Oscar Müller, Heilbronn am Neckar. Preis 1,25 Mk.

Die Tierwelt im Schützengraben, die Vögel im Weltkrieg, die Säugetiere im Weltkrieg, der Hund im Weltkriege, die Jagd im Weltkriege, die Fischerei und der Weltkrieg, Insekten und Krieg, Militärisches aus der Tierwelt, Naturforscher als Opfer des Weltkrieges sind die Hauptabschnitte des vorliegenden Buches. Der Schlußabschnitt ist den gefallen höheren Forstbeamten gewidmet. Es werden hier 110 höhere Forstbeamte als gefallen genannt. Leider ist diese Zahl inzwischen noch weit überschritten worden.

E.

Heil- und Gewürz-Pflanzen. Ihr Anbau und Einsammeln sowie ihre industrielle Verwertung. Monatschrift für Praxis und Wissenschaft, Industrie, Technik und Handel, Organ der Hortus-Gesellschaft, München. Herausgeber: Dr. Herm. Roß und Dr. Rich. Escales. Verlag: J. F. Lehmann, München. Erscheint monatlich. Bezugspreis jährlich 8,— Mk. Einzelpreis 80 Pfg.

In dem vorliegenden ersten Hefte werden zunächst die Zwecke und Ziele der Monatschrift dargelegt und sodann die Zusammenstellung unserer wichtigsten wildwachsenden Heilpflanzen von Dr. Herm. Roß, Konservator am kgl. botanischen Museum in München gebracht. Weitere Abhandlungen betreffen: Die Zukunft des Arzneipflanzenwesens von Apotheker Th. Meyer in Colbitz, Einige Zeitsätze für die Kultur der Arzneipflanzen von Prof. Dr. A. Tschirch, Bern, Über die Keimverhältnisse der Samen der gebräuchlichsten Arzneipflanzen von Dr. Georg Gentner, Assessor an der kgl. Agrikulturbotanischen Anstalt in München, Arzneipflanzenkultur, ein Berufszweig für Kriegs-

beschädigte von Apotheker Herm. Geiger in München, Über die Bekämpfung der Blattläuse von Dr. G. Korff, Assessor an der Agrikulturbotanischen Anstalt in München. Technisches, Besprechungen wichtiger wissenschaftlicher Arbeiten, Literaturübersicht und eine Zusammenstellung der im Monat Juli eingesammelnden Arzneipflanzen beschließen die erste Nummer der Monatschrift.

E.

Waldheil-Kalender für deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1918. Vereinskalender des Vereins kgl. preuß. Forstbeamten. Neubamm, Verlag von J. Neumann. Ladenpreis: Ausgabe A: 1,60 Mk., Ausgabe B: 2,— Mk.

Form und Inhalt des Kalenders sind unverändert.

Einer besonderen Empfehlung bedarf der besonders in den Kreisen der preussischen Förster sehr beliebte Kalender nicht.

E.

Deutscher Forstkalender des deutschen Forstvereins für Böhmen. 1918. 11. Jahrgang. Bearbeitet von Ingenieur Dr. Richard Grieb, Direktor der deutschen Forstschule in Eger, staatl. autor. Forstwirt, Bezirks-Forsttechniker usw. Eger 1918. Druck und Verlag von A. Robrtich & Gschihay, Eger. Preis 3,60 Kr.

Der Kalender ist wieder in seiner bisherigen Form erschienen. Eine besonders gehetzte Beilage enthält Angaben über die Entwicklung des deutschen Forstvereins für Böhmen, über Post- und Stempelgebühren, Mitteilungen aus dem Leben des Haar- und Federwildes, dem Insektenleben, Anzüge aus dem Jagd-, dem Fischerei-, dem Forstgesetz für Böhmen, dem österr. Reichsforstgesetz usw., sowie Angaben über die deutsche Forstschule in Eger.

Den Schluß bildet die Zusammenstellung der wichtigsten Arzneimittel gegen Wunden, Entzündungen, Verstopfung, Durchfall, Übelkeit, Erbrechen, rheumatische Schmerzen, Insektenstiche u. a. m.

E.

Briefe.

Aus Preußen.

Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen.

Nach Maßgabe der Erlasse des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 1. November 1915, vom 14. Februar 1917, vom 11. August 1917 und vom 19. Oktober 1917 werden zurzeit folgende Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen gezahlt:

Zentrums- und konservativen Partei, der freisinnigen Volkspartei und der nationalliberalen Partei zugegangen, welche übereinstimmend beantragen: einmal eine Aufbesserung der Kriegszulagen der Beamten, dann eine rückwirkende Kraft dieser Zulagen zum 1. April 17 oder je nachdem eine einmalige Kriegsteuerungszulage, dann eine Aufbesserung der Lage der Ruhegehaltsempfänger

Bezeichnung der Beamten	Zeit für die die Beihilfen z. gewährt werden	Für unverheir. Beamte	Für verheiratete Beamte								Für jed. weitere Kind mehr	
			mit 0	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6			
unversorgten Kindern												
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ					
A. Kriegsbeihilfen:												
Beamte mit einem Dienst-Einkommen bis zu 2300 ℳ und ständig beschäftigte außerplanmäßige Beamte mit einem Einkommen bis zu 2000 ℳ.	monatlich	10	15	27	41	54	69	85	102	Für jedes folgende Kind erhöht sich die Steigerung progressiv um eine Mark.		
	vierteljährlich	30	45	81	120	162	207	255	306			
	jährlich	120	180	324	480	648	828	1020	1224			
Beamte mit einem Dienst-Einkommen von mehr als 2300 bis 4000 ℳ und ständig beschäftigte außerplanmäßige Beamte mit einem höheren Einkommen.	monatlich	0	12	23	35	48	62	77	93			
	vierteljährlich	0	36	69	105	144	186	231	279			
	jährlich	0	144	276	420	576	744	924	1110			
Beamte mit einem Dienst-Einkommen von mehr als 4800 bis 6000 ℳ und ständig beschäftigte außerplanmäßige Beamte mit einem höheren Einkommen.	monatlich	0	0	10	21	33	46	60	75			
	vierteljährlich	0	0	30	63	99	138	180	225			
	jährlich	0	0	120	252	396	552	720	900			
B. Kriegsteuerungszulagen: *)												
Vollbeschäftigte Waldwärter.	monatlich	25	30	33	36	39	42	45	48		3	
	vierteljährlich	75	90	99	108	117	126	135	144		9	
	jährlich	300	360	396	432	468	504	540	576	36		
Vollbeschäftigte Forstkassenrentanten, Revierförster, Förster mit und ohne Revier, Forstauffseher.	monatlich	25	45	49,50	54	58,50	63	67,50	72	4,50		
	vierteljährlich	75	135	148,50	162	175,50	189	202,50	216	13,50		
	jährlich	300	540	594	648	702	756	810	864	54		
Revierförster, Regierungs- und Forststräte, Oberförster mit und ohne Revier, Forstassessoren, Forstreferendare, sofern sie Beschäftigungsgelder erhalten.	monatlich	25	60	66	72	78	84	90	96	6		
	vierteljährlich	75	180	198	216	234	252	270	288	18		
	jährlich	300	720	792	864	936	1008	1080	1152	72		

*) Die Kriegsteuerungszulagen erfolgen bei den verheirateten Beamten nur bis zu einem Dienststeinkommen von 18000 ℳ, bei den unverheirateten nur bis zu einem Dienststeinkommen von 6000 ℳ.

Von 1. April 1918 ab tritt eine Erhöhung der Zulagen ein, und zwar wurden die Grundzüge der Klasse der Unterbeamten (Waldwärter) von 360 auf 600 ℳ, also um 240 ℳ, der Klasse der mittleren Beamten (Forstkassenrentanten, Revierförster, Förster, Forstbillaufseher) von 540 auf 700 ℳ, also um 160 ℳ, und der Klasse der höheren Beamten (Oberförster, Regierungs- und Forststräte, Oberförster, Forstassessoren usw.) von 720 auf 900 ℳ, also um 180 ℳ erhöht. Der Zuschlag von 10% für jedes unversorgte Kind ist unverändert geblieben. Ebenso haben die Kriegsbeihilfen keine Änderung erfahren.

Diese Zulagen haben sich als nicht ausreichend erwiesen und außer einer großen Anzahl (76) von Petitionen sind dem preussischen Abgeordneten-Ausschuss vier Fraktionsanträge, und zwar seitens der

und der Witwen und Waisen, weiter eine Besserstellung der Staatsarbeiter und Arbeiterinvaliden und endlich eine Neuregelung der Kriegsunter-

stützung für die zum Heeresdienst eingezogenen Beamten.

Diese Anträge wurden von dem Abgeordneten- haufe der Staatshaushalts-Kommission zur Vor- beratung überwiesen, die dem Hause folgenden An- trag vorlegte:

„Das Haus der Abgeordneten wolle

1. die Kgl. Staatsregierung ersuchen: einmalige Teuerungszulagen zu gewähren, und zwar

a) den verheirateten Beamten bis zu einem Einkommen von 13 000 Mk. (ohne Wohnungsgelb- zuschuß) einen Grundbetrag von 200 Mk. und für jedes unversorgte Kind einen weiteren Steigerungsbetrag von je 20 Mk.,

b) den unverheirateten Beamten bis zu einem Einkommen von 6000 Mk. (ohne Wohnungsgelb- zuschuß) 150 Mk.;

2. folgende Entschließung annehmen:

Das Haus der Abgeordneten hält die gegen- wärtigen Zuwendungen aus Anlaß der Kriegs- teuerung für unzureichend. Das Haus erklärt sich im Interesse einer beschleunigten Hilfe für die not- leidenden Beamten zunächst mit einer einmaligen Zulage einverstanden. Es tut dies jedoch in der be- stimmten Erwartung, daß spätestens vom Beginn des nächsten Rechnungsjahres ab höhere laufende Sätze gewährt werden. Die Frage des Systems, nach dem diese Zulagen zu gewähren sind, soll dabei offen bleiben. Das Haus beauftragt die Kommission, in die Einzelberatung dieser Fragen spätestens am 15. Februar 1918 einzutreten;

3. die Kgl. Staatsregierung ersuchen, bei Ge- währung von Teuerungszulagen und Kriegsbei- hilfen an die Pensionäre neben den sonstigen Voraus- setzungen das aus der Beschäftigung im vater- ländischen Hilfsdienst sich ergebende Einkommen nur zu berücksichtigen, soweit es den Betrag von 1000 Mk. jährlich übersteigt.“

Dieser Antrag der Staatshaushaltskommission wurde von dem Plenum des Abgeordnetenhauses einstimmig angenommen. Aus den interessanten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses sei hier folgendes mitgeteilt.¹⁾ Der Berichterstatter der Kom- mission, Dr. Schroeder-Cassel, wies zu- nächst darauf hin, daß die gegenwärtigen Zuwen- dungen nach einem doppelten System gegeben würden: einmal Kriegsbeihilfen, und zwar

vom 1. April 1917 ab in drei Abstufungen für die Beamten: erstens mit dem Gehaltsatz bis zu 2300 Mk., dann von 2300—4800 Mk. und drittens von 4800—7800 Mk. Es wird dann unterschieden zwischen Unverheirateten und Verheirateten, und die Zuwendungen erfolgen im wesentlichen abgestuft nach der Kinderzahl. Die Kriegsteuerungszu- lagen sind gewährt vom 1. Juli 1917. Daß ein völlig anderes System zugrundegelegt. Die Verheirateten sind eingereiht in 4 Klassen, und zwar nach den Tariffklassen, die einstmals für den Woh- nungsgelbzuschuß maßgebend gewesen sind. Danach sind die Zuwendungen abgestuft in der Tariffklasse V für die Unterbeamten, auf einen Grund- betrag von 300 Mk., in der Tariffklasse IV, für die mittleren Beamten, auf einen Grund- betrag von 540 Mk., in der Tariffklasse III, für die oberen Beamten, auf einen Grundbetrag von 720 Mk., und schließlich für einen anderen Teil der oberen Beamten in Tariffklasse II auf einen Grundbetrag von 900 Mk. Dann werden auch hier Steuersätze für die Kinder gegeben und endlich werden die Unverheirateten so bedacht, daß sie bei einer Gehaltsgrenze bis zu 6000 Mk. ein- heitlich ohne Unterschied in den einzelnen Tarif- klassen 300 Mk. bekommen. Die Zuwendungen er- folgen bei den Verheirateten bis einschließlich einer Gehaltsgrenze von 13000 Mk.

Bei der Behandlung dieser Frage waren alle Parteien darüber einig, daß die jetzigen Zuwen- dungen an die Beamenschaft völlig ungenügend sind und daß ein Notstand bei den Beamten vorhanden ist, gegen den schnelle Hilfe nötig sei und gegen den großzügig eingegriffen werden müsse. Das Ge- lde dürfe in dieser Beziehung keine Rolle spielen. Der Staatshaushaltsausschuß einigte sich mit der Finanzverwaltung dahin, daß zunächst einmalige Teuerungszulagen gewährt werden sollen, und zwar einmal den Verheirateten bis zu einem Gehaltsatz von 13 000 Mk. — das ist die bisherige Grenze der Teuerungszulagen — ein einmaliger Grundbetrag von 200 Mk. und dann für jedes unversorgte Kind eine Steigerung um 20 Mk., sowie den Unver- heirateten bis zu einem Gehaltsatz von 6000 Mk. — und zwar immer ohne Anrechnung des Wohnungsgelbzuschusses — eine einmalige Zuwendung von 150 Mk.

Der Berichterstatter bemerkte dann weiter: „Nun komme ich zu der Hauptfrage, ob nun mit dieser einmaligen Zuwen- dung der Notlage der Beamenschaft abgeholfen ist. Ich glaube im Sinne des gesamten Ausschusses zu sprechen, wenn ich diese Frage glatt verneine. Mit den einmaligen Teuerungszulagen ist der Not-

¹⁾ Hierbei beschränken wir uns auch auf die Ver- handlungen, soweit sie die im Dienste befindlichen Be- amten betreffen, bemerken aber, daß — wie dies auch schon aus Nr. 3 des von dem Abgeordnetenhaufe ein- stimmig angenommenen Antrages der Kommission hervor- geht, — auch eine Aufbesserung der Zuwendungen an die Ruhegehaltsempfänger, sowie an die Witwen und Waisen der verstorbenen Beamten demnächst erfolgen soll.

ge nicht abgeholfen; die Notlage unserer Beamten-
schaft ist viel zu groß. Infolgedessen hat der Staats-
schuß die Entschliebung gefaßt, daß das Haus
im Interesse einer beschleunigten Hilfe für die
leidenden Beamten zunächst mit einer einmaligen
Zulage in der bestimmten Erwartung einverstanden
ist, daß spätestens vom Beginn des
nächsten Rechnungsjahres ab höhere
laufende Sätze gewährt werden. Die
Frage des Systems, nach dem diese Zulagen zu ge-
währt werden sollen, soll dabei offen bleiben und in die
Einzelberatung dieser Fragen spätestens am 15. Fe-
bruar 1918 eingetreten werden. Mit dieser Ent-
schliebung hat sich auch der Finanzminister ein-
verstanden erklärt. Wir dürfen deshalb als sicher an-
nehmen, daß auch die laufenden Zulagen in Kürze
einer Nachprüfung und Aufbesserung werden
unterzogen werden".

Hierauf äußerte sich der Finanzminister
ergt in folgender Weise: „Die jetzt geltende
Regelung stammt vom 28. Juli dieses Jahres. Seit-
dem sind fünf Monate verflossen, seitdem ist die
Steuerung fortgeschritten, zum Teil in beängstigender
Weise. Die Staatsregierung hat sich dem nicht ver-
schließen können, daß unter diesen veränderten Um-
ständen die alte Regelung zurzeit nicht mehr zu-
reichend ist und einer Verbesserung bedarf. Wenn
auch Zweifel darüber bestehen konnten, ob diese
Verbesserung sich auf ein erträgliches, kleineres Maß
beschränken dürfte oder ob daraus eine größere
Entlastung werden sollte, so haben die Verhandlungen
der Kommission diese Zweifel bei der Staatsre-
gierung durchaus beseitigt. Denn in der Kommission
war ein so reiches Material über die Gesamtverhältnisse
unserer Beamenschaft zusammengetragen worden,
daß wir uns der Überzeugung nicht verschließen
können, daß in der Tat etwas Kräftiges geschehen
muß, daß es nicht mit kleinen Mitteln abgetan ist,
sondern daß reichlicher in den Beutel gegriffen
werden muß. Wenn unsere Beamten durch ihr
opferes Ausharren, trotz vieler Entbehrungen, trotz-
dem vielfach schon Überanstrengung eingetreten ist,
uns ermöglichen, daß wir, das ganze Volk, in
diesen schweren Zeiten durchhalten, dann sind wir
auch verpflichtet, diesen Beamten das Durchhalten
von ihrer Pension und mit ihrer Familie
ermöglichen, und dazu gehört, daß wir sie auch
von drückender Sorge und Bedrängnis befreien.
Darüber herrschte also am Schlusse der Verhand-
lungen in der Kommission Einigkeit, daß etwas
Wichtiges geschehen müsse. Die Frage war nun,
in welcher Form das zu geschehen hätte. Ich will
auf die Anträge, die zu den Systemen, nach denen
die Zulagen und Beihilfen gewährt
werden, gestellt worden sind, hier nicht eingehen.

Sie sind durch die endgültige Beschlußfassung der
Kommission erledigt. Die Frage war in der Haupt-
sache so zu stellen: sollen die laufenden Zulagen
aufgebessert oder sollen einmalige Zulagen gegeben
werden? Die Kommission hat einstimmig die
Meinung vertreten, daß es wichtiger wäre, an die
laufenden Zulagen heranzugehen, teils, weil
damit zunächst die Bemängelungen, die nun einmal
von der Beamenschaft vielfach gegen das geltende
System erhoben worden sind, abgestellt werden
sollten, teils, weil doch eine größere Beruhigung eine
größere Sicherheit für die Beamten darin liegen
müßte, wenn sie gewiß wären, daß sie laufend mehr
erhielten. Auch die Regierung hat diesen Weg be-
schreiten können, und ich habe in der Kommission dem
auch Ausdruck gegeben. Wenn gleichwohl der andere
Weg gewählt worden ist, der Weg der einmaligen
Steuerungszulagen, so haben die Gründe teils beim
Reiche gelegen, wo sich die Reichsfinanzen, die
Bundesregierungen und auch in interfraktionellen
Besprechungen der Reichstag selbst, mehr für ein-
malige Steuerungszulagen ausgesprochen haben.
Sie haben aber hauptsächlich darin gelegen, daß
Eile not tat. Wir leben jetzt in der kritischsten Zeit
des Jahres, und wer rasch gibt, gibt doppelt. Wenn
wir uns noch hätten darüber unterhalten müssen,
an welcher Stelle die laufenden Zulagen zu
erhöhen waren, dann dürfte wohl noch längere Zeit
darüber hin vergehen, und deshalb habe ich geglaubt,
mich in Übereinstimmung mit dem Reichsschatzamt
trotz meiner eigenen Bedenken, doch für den Weg
der einmaligen Zulagen entscheiden zu sollen. Zu
meiner großen Freude hat die Kommission auch
ihrerseits die Berechtigung dieses Standpunktes an-
erkannt und sich dem Vorschlage auf einmalige Zu-
lagen angeschlossen.

Was wird aber nun, wenn die Wirkungen dieser
einmaligen Zulagen sich wieder verflüchtigt haben,
wenn dann wieder die Steuer mit all ihren Nach-
teilen für die Beamten in die Erscheinung tritt?
Das ist die Frage, die die Beamenschaft am meisten
beschäftigen wird und die auch die Kommission an
die Staatsregierung gerichtet hat. Sie werden es ver-
ständlich finden, wenn die Finanzverwaltung dem-
gegenüber grundsätzlich den Standpunkt einnehmen
müßte, daß Steuerungszulagen begrifflich immer nach
den jeweiligen Verhältnissen einzustellen sind, daß
man abwarten muß, wie sich die Wirkung der ein-
maligen Zulagen zeigt, und daß, wenn sich dann ergibt,
daß wieder mehr getan werden muß, die Finanz-
verwaltung sicherlich mit neuen Zulagen auf
den Plan treten würde. Ich habe auch darauf hin-
weisen können, daß die Staatsregierung erstmalig
die bisher außerplanmäßig verrechneten Zuwen-
dungen für die Beamenschaft in den nächsten Jahren

Etat eingestellt hat, daß damit für die Staatshaushalts-Kommission ohne weiteres Gelegenheit gegeben ist, sich mit dieser Frage im Anfang des nächsten Jahres zu beschäftigen, und daß die Staatsregierung sich also dieser künftigen Erörterung durchaus nicht habe entziehen wollen. Nun hat die Kommission gleichwohl gemeint, daß den Beamten etwas weiteres geboten werden müsse, daß sie beruhigt werden müßten nach der Richtung, daß schon möglichst bald wieder diese Angelegenheit hier zur Erörterung kommen wird. Deshalb hat die Kommission die Resolution vorgeschlagen, daß erstens das hohe Haus beschließen möge, die Haushaltskommission zu beauftragen, spätestens Mitte Februar 1918 mit den Verhandlungen hierüber wieder zu beginnen, und daß zweitens die Verhandlungen den Zweck haben sollen, die laufenden Zuwendungen vom nächsten Etatsjahre ab zu erhöhen. Im Interesse der Beamtenschaft und der Erzielung des erwünschten Einverständnisses zwischen der Staatsregierung und der Kommission habe ich meine Bedenken zurückstellen und der Resolution zustimmen zu sollen geglaubt. Ich glaube, darin liegt sehr viel für die Beamtenschaft; sie hat jetzt eine Sicherung für die Zukunft, und halte dieses ferner für ein sehr wertvolles Weihnachtsgeschenk, das wir ihr jetzt auf den Tisch legen.“

Sämtliche Parteien erklärten die jetzt gewährte einmalige Zulage nur als eine Abschlagszahlung und sprachen durch ihre Vertreter die bestimmte Erwartung aus, daß im nächsten Etatsjahre den im Dienste befindlichen Beamten sowohl wie den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen verstorbener Beamten eine wesentliche, und zwar fortlaufende Teuerungszulage zuteil werden würde. So besonders charakteristischen Ausdruck dieser Erwartung gab der Vertreter der nationalliberalen Partei Dr. G o t t s c h a l k, indem er bemerkte: „Bei der schwierigen Lage, in die die Beamten durch die außerordentliche Teuerung versetzt worden ist, wäre es von uns vermessen, wenn wir die Arbeit, die wir zustande gebracht haben, als einen großen Erfolg ansprechen wollten. Viel wichtiger erscheinen mir die bedeutungsvollen Worte, die der Herr Finanzminister soeben gesprochen hat, und die die Aussicht eröffnen, daß die Arbeit, die wir im Februar wieder aufnehmen werden, zu besseren Erfolgen führen wird. Ich hoffe, daß die schönen Worte für die wir dem Herrn Finanzminister durchaus dankbar sind, sich auch in Münze umsetzen werden. Die einmalige Teuerungszulage wird den Beamten eine willkommene Gabe sein. Ich fürchte aber, daß die Erleichterung nicht lange währen wird. Es wird sich herausstellen, daß die Notlage so groß ist, daß

das Wenige, was jetzt gegeben wird, auch bald wieder erschöpft ist.“

E.

Aus Preußen.

Erstreckt sich ein Fischereirecht im Flusse auch auf das in dessen Verlauf errichtete Staubecken?

Diese auch für viele Waldbesitzer und Forstverwaltungen wichtige Frage ist jüngst Gegenstand eines Prozesses gewesen. Für Waldbesitzer hat sie insofern Interesse, als bei der Anlage von Staubecken, insbesondere von Talsperren, oft dem Waldbesitzer gehörige Fischereien in deren Bereich gezogen werden. Im vorliegenden Falle war der Fischer E. in R. fischereiberechtigt. Innerhalb seines Fischereigebietes hatte ein Elektrizitätswerk ein Staubecken angelegt, wodurch der Fischereiertrag nachteilig beeinflusst wurde. E. verlangt daher von dem Elektrizitätswerk Schadenersatz. Das Landgericht in Sch. und das Oberlandesgericht in P. erkannten dem Kläger als Entschädigung eine jährliche Rente von 648 Mk. zu. Das Reichsgericht hob diese Entscheidung auf und verwies die Klage an das Oberlandesgericht zurück. Dieses hat nach erneuter Verhandlung der Sache das Elektrizitätswerk wieder zur Zahlung der Rente verurteilt. Auf die hiergegen eingelegte Berufung hat das Reichsgericht auch dieses Urteil aufgehoben und die Sache wiederum zur weiteren Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen.

G r ü n d e: Das Oberlandesgericht nimmt an, daß die mit Grund und Boden angelegenen Anlieger der R., eines Privatflusses, ein Eigentum am Flußbett bis zur Mitte des Flusses und soweit auch das Recht, in der R. zu fischen, besäßen; sie seien also neben dem Kläger in den Grenzen ihrer Grundstücke zum Fischfang berechtigt. Diese Berechtigung sei ihnen durch die infolge der Stauanlage eingetretene Überschwemmung des in ihrem Eigentum bleibenden Anliegerlandes nicht entzogen. Der Kläger aber habe, da die Vorschriften über den Fischfang bei natürlichen Überschwemmungen hier entsprechend anzuwenden seien, keine Befugnis, auf dem überschwemmten Lande zu fischen. Die Grenzen des alten Flußlaufes seien innerhalb des Staubeckens nicht erkennbar; es sei ihm tatsächlich unmöglich, in den früheren Grenzen der R. zu fischen, und dadurch sei sein Fischereirecht zum Teil so gut wie ertraglos geworden. Hierfür und für die Schädigung, die er dadurch erleide, daß der Rahn um den Stau herumgeführt werden müsse und dabei ein Teil der Fische heute absterbe, sei der Kläger zu entschädigen.

Diese Ausführungen können nicht als zutreffend angesehen werden. Darin, daß die Vorschriften des Landrechts bestimmend dafür seien, ob der Kläger in Fischereirecht auch auf den Überschwemmungen auszuüben berechtigt ist, kann dem Oberlandesgericht nicht gefolgt werden. Diese gesetzlichen Bestimmungen, auf die sich das Oberlandesgericht stützt, handeln von einer natürlichen Überschwemmung und sind deshalb auf den vorliegenden Fall nicht anzuwenden. In der Auffassung des Oberlandesgerichts, daß die Rechtslage eine ähnliche sei, wenn die Überschwemmung durch künstliche Anlagen herbeigeführt wird, verkennt die gesetzliche Vorschrift des Landrechts. Diese regelt das Aneignungsrecht an den Fischen während einer Überschwemmung von vorübergehender Dauer, herbeigeführt durch natürliche Anflüsse. Nur wie es bei einem solchen Ausreten der geschlossenen Gewässer mit der Aneignung der Fische zu halten ist, ist im Gesetze geordnet, und es bestimmt, daß der Fischereiberechtigte die ausgetretenen Fische in der Regel verfolgen darf. Auch der Eigentümer des überschwemmten Landes darf sich zunächst nicht aneignen, wird aber hierzu berechtigt, wenn nach dem Zurücktreten des Wassers Fische in den Lachen zurückbleiben. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht um eine vorübergehende, sondern um eine durch das Stauwerk bedingte dauernde Überschwemmung, bei der die Fischen übergetretenem und bis auf die Lachen zurückgetretenem Wasser nicht zu unterscheiden ist. Wenn nun das Oberlandesgericht unter Anwendung der landesherrlichen Bestimmung den Kläger nicht zum Fischen berechtigt erachten will, an dem durch die Stauung ausgetretenem Wasser das ihm in der R. zustehende Fischereirecht auszuüben, dann muß folgerichtig dort auch den Eigentümern der überschwemmten Grundstücke als Anliegern das Fischen verweigert werden und die Fischerei danach im Staudenbiete, solange die Stauanlage besteht, gänzlich untersagt werden. Denn, da der alte Flußlauf sich im Staubecken nicht erkennen läßt, können in ihm allein weder der Kläger noch die anliegenden Grundstücksbesitzer die Fischerei ausüben. Diese Folgerung zieht das Oberlandesgericht aber nur hinsichtlich des Klägers, die Berechtigung der Anlieger im Staubecken zu fischen, verneint es nicht. Diese verschiedene Beurteilung der Befugnisse der Anlieger und der des Klägers ist nicht gerechtfertigt. Die R. ist ein Privatfluß. Den Uferbesitzern steht kraft ihres Eigentums an einem solchen Flusse das Recht der Fischerei zu, dem jeden bis zur Hälfte des Flusses zu. Neben der auf der Anliegerschaft beruhenden Befugnis an Fischen kann noch für andere Personen eine aus

besondern Rechtstiteln herzuleitende Fischereiberechtigung im Flusse bestehen. So lagen hier rechtlich die Verhältnisse vor der Errichtung des Stauwerks. Der Kläger war neben den Uferbesitzern zur Fischerei berechtigt. In dieser Rechtslage ist eine Änderung nicht eingetreten, wenn das Stauwerk nur dazu geführt hat, die Wasserfläche der R. an der hier in Betracht kommenden Fläche durch Überschwemmung von Land zu vergrößern, der Fluß aber als solcher bestehen geblieben ist. Es folgt dann, ohne daß es einer dies noch aussprechenden Gesetzesbestimmung bedarf, aus der Natur der Sache, daß ein vorherbestandenes Fischereirecht an dem nur um Wasserfläche vergrößerten Flusse fortbesteht, und es kommt für die Ausübung der Fischereiberechtigung des Klägers nicht darauf an, ob an der jetzt vorhandenen Wasserfläche der frühere Flußlauf noch zu erkennen ist. Das ist auch der Standpunkt, den die Begründung zu dem neuen preuß. Fischereigesetze vom 24. April 1916 als den bei Veränderungen des Wasserlaufes ohne weiteres gegeben ansieht.

Bei der Beurteilung der Sache von den vorstehend erörterten rechtlichen Gesichtspunkten aus ist das Urteil des Oberlandesgerichts nicht aufrecht zu erhalten. Denn es stützt einen erheblichen Teil des zugesprochenen Entschädigungsanspruchs des Klägers lediglich darauf, daß er an der hier in Betracht kommenden Strecke jetzt nur innerhalb des alten R.-Laufs zu fischen berechtigt war, das ihm aber die Fischerei, da der alte Flußlauf nicht erkennbar ist, tatsächlich unmöglich sei. Beim Auscheiden dieses Grundes muß hinsichtlich der aus der veränderten Ertragsfähigkeit hergeleiteten Schadensforderung neu geprüft werden, ob auch beim Bestehen der Berechtigung des Klägers, im Staubecken zu fischen, sich der Ertrag durch die Einrichtung des Stauwerks zu seinem Nachteil geändert hat. Es ist dann weiter aber auch bei der gesamten Entschädigungsforderung des Klägers auf die Gegenbehauptung der Beklagten einzugehen, daß jetzt die Fischerei gegenüber den früheren Verhältnissen lohnender geworden ist und dadurch auch die aus der Veränderung, der Teilung des Fischbezirks durch das Stauwerk, im übrigen gefolgerten Nachteile ausgeglichen sind.

Notizen.

A. Der Schwan als Edelwild und größter deutscher Jagdvogel.

Seine Stellung im Jagdrecht und Jagdschutz.

Von Chefredakteur Pastor Wilhelm Schuster.

Obwohl bei flüchtiger Betrachtung der Kranich (*Grus cinerea*) als der größte deutsche Jagdvogel erscheint, seine stattliche Figur allerdings auch den Storch um Hauptes Länge und den Schwan noch um ein Erledliches mehr überragt, so hat trotzdem *Cygnus musicus* oder *olor* die längsten Körpermaße: 155 cm, der Kranich nur 118 cm. Eine fast kaum glaubliche, und doch vorhandene Differenz von ca. 37 cm! Auch die Eiermaße reden, was vielleicht nicht allgemein bekannt sein dürfte, eine deutliche Sprache; Schwan: 111 × 73, Kranich: 96 × 61 mm. Gleich füge ich auch noch, des interessanten Vergleichs halber, die Zahlen für Positiva und Negativa („Nutzen“ und „Schaden“) an, wie ich sie für beide Vogelarten ausgerechnet habe; für den Schwan ergeben sich 19 Wertpunkte und 2½ negative; für den Kranich 17 und 5. Nimmt man dem Kranich die langen Beine und den gedehnten Hals weg, so ist der übrige Körper nicht mehr allzu groß.

Wenn die Jägersprache bedauerlicher Weise nur bestimmte Vierfüßler Edelwild nennt und die Jagd auf sie Edelwildjagd, so ist doch ohne Zweifel die Reiherbeize eine Sorte edelster Jagdart und der Schwan ein Stück Edelwild in des Wortes wahrster Bedeutung. Wenn der wilde Schwan hoch durch die Lüfte zieht — fast die Wolken streift sein Zug, hernieder hallt der Ruf der wandernden Sing Schwäne wie Trompetenton — so späht das Jägerauge sehnüchlich empor in den dämmerungsgrauen Abendhimmel — vergebens! Sie sind sicher da oben vor jeder Kugel. Dem Jäger in Mittel- und Süddeutschland bietet sich heutzutage nur noch selten die Gelegenheit, einen wilden Schwan zu erlegen oder auch nur zu beobachten.¹⁾ Wer aber einmal am Medarlauf als Ornithologe mit dem Prämenbinoel auf den Schwan gelauert, wer ihn an einem norddeutschen See mit der Kugelbüchse beschließen hat, der weiß, welche großartigen Reize diese Jagd auf ihn mit Kugel oder Gelbflecker entwickeln kann; die ganze Romantik ahnt selbst der, welcher an einem Wagner-Abend im Stadt- oder Hoftheater Lohengrins Schwan im feierlichsten Moment der Handlung über die Bühne ziehen sieht, oder wer von den Schwanenjüngfrauen hört (im Englischen männlichen Geschlechts, Schwanenburschen, swanlike shollers), den Jungfrauen in Schwanenkleidern, die vom Himmel herniederfliegen auf das Schlachtfeld und die Seelen der gefallenen germanischen Krieger aufwärts zur Walhalla tragen.

Wo kommt heute der wilde Schwan noch vor in Deutschland? An den Küsten der Ost- und Nordsee ist der Schwan ständiger Gast. Der Sing Schwan (*Cygnus musicus*) bevorzugt die Küsten der Nordsee, der Höderschwan (*C. olor*) liebt bradiges Wasser und zieht deshalb die Flußmündungen an der Ostsee vor — auf dem Zug! —, nur selten besucht der auf Island heimische kleine Sing Schwan (*C. minor*) die deutschen Westküste.

Weiter darf gesagt werden: Der Höderschwan ist deutscher Brutvogel, der Sing Schwan nur mehr Wintergast aus dem Norden. Früher war der Höderschwan noch viel häufiger als

jetzt und er brütete an allen größeren deutschen Seen. Menschen und Kultur haben ihm aber mit der Zeit die Nistplätze genommen. Jetzt brütet er noch in Norddeutschland an den großen Landseen. Sing- und Höderschwan kann man an noch ziemlich weiter Entfernung leicht an folgenden Merkmalen unterscheiden: Der Sing Schwan trägt den Hals schlangenförmig aufwärts; der Höderschwan gebückt S-förmig. Im übrigen hat der Höderschwan einen Höder auf dem Oberschnabel (das Weibchen einen kleineren), welcher dem Sing Schwan fehlt. Der Schnabel des Höderschwans ist rot und schwarz, der des Sing Schwans gelb und schwarz. Beide sind gleich groß. Ruf „kurrr“.

Natürlich werden zur Zugzeit die größeren Seen des Norddeutschen Tieflands von beiden ziehenden Schwänarten berührt und für kurze Zeit zum Aufenthalt gewählt. Mit Vorliebe suchen die Schwäne im Frühling die weichen vom Schmelzwasser überschwemmten Niederungen auf; ich sah sie im Frühjahr 1917 im Warthetal bei Posen, neben gut 500 ziehenden, auf dem Warthensee schwimmenden, die aus dem Wasser ragenden Wiesenflächen wie ein Rind Truthühner äßend überlaufenden Blässhühnern, während die Tauchenten (Reiher-, Tafel- und auch Schellenten), wie wir Prof. Hammling-Posen schreibt, im Warthetal immer nur kurz verweilen, da sie auf den jüngst überschwemmten Wiesen nicht die erwünschte Ronghlynnahrung finden; die Schwäne aber als ausgesprochene Vegetarianer (fressen Unkraut, Wurzeln von Löwenzahn, junge Saat, Weizen- und Roggenkörner, Erbsen, Binsen, Buchweizen, Rapz) finden in überschwemmten Niederungen reichliche Nahrung und sind, da sie sich fern vom Ufer aufzuhalten pflegen, auch vor der Bläshühnerei sicher. Es gelingt dem Jäger sehr selten, den überaus scheuen und vorsichtigen Vogel mit einem Rahne anzufahren. — Auch der Höderschwan überwintert zum Teil, neuerdings sogar häufiger („wiedertretende Tertiärzeit“), doch wird er in der Zeit vom Oktober bis März bei uns meist erlegt durch den aus dem Norden kommenden Sing Schwan.

Zuweilen erscheinen auch im Sommer auf größeren Binnengewässern flugbare Schwäne, doch ist im allgemeinen wohl anzunehmen, daß sie nicht wilde, sondern nur verwilderte und entflozene zahme sind. Auf sie dürfte der Jäger in den meisten Fällen kein Recht haben.

Und wie steht es mit dem wilden Schwan? Er ist jagdbar. Schonzeit: 1. Mai bis 30. Juni in Preußen (vergl. Anhang zum Vogelschutzgesetz in „Unsere einheimischen Vögel“, S. 111!). Damit steht er unter dem Jagdschutz. Kein Jäger darf ihn töten, aber auch der Jäger nicht der Eier der Jungen berauben.

Nun ist hier ein besonderer Fall zu berücksichtigen, der sich im Jahre 1877 zutrug und die Gerichte beschäftigte. Ich gebe ihn zunächst so wieder, wie ihn die damaligen Berichte bringen.

Es fanden sich im Juli auf dem Mellener See im Kreis Teltow, wo noch nie zahme Schwäne bemerkt worden sind, drei Exemplare ein. Sie strichen vom Wühnsdorfer und Sperenbergsee nach dem Mellener, hielten sich jedoch vorzugsweise auf dem letzteren und waren durchaus nicht so daß man hoffte, sie durch regelmässiges Füttern allmählich an den See zu fesseln. Die Hoffnung wurde leider getäuscht. Ein übereifriger Wildtöter konnte — trotz der Bitte des an dem See wohnenden Müllers, die Schwäne zu schonen — den Versuchung nicht widerstehen und erlegte auf der Enten-

¹⁾ In den letzten Jahren wurde ein Schwan auf dem Medar bei Heilbronn erlegt, er befindet sich jetzt im neugegründeten Robert Mayer-Museum daselbst.

harmlosen, gern gesehenen Gäste ohne Mühe. Der Schmerz Dorf war groß und der Empfang des vom See bedeutenden heimkehrenden Schützen seitens der Müllerin nicht abe ein überaus freundlicher. Außerdem zog der Staatsanwalt die wenig weidmännische Heldentat in den Bereich gehender Betrachtung und das Kreisgericht zu Mittenbe verurteilte den Schützen wegen Erlegens zahmer Schwäne zu der gesetzlichen, freilich etwas harten Strafe von 5 Mk. für jeden Schwan und zur Tragung der sehr bedeutenden Kosten.

Der Verurteilte appellierte unter Berufung auf das Urtheil des Dr. Bobinusz, Direktors des zoologischen Museums zu Berlin. Dieser gewiß kompetente Sachverständige wies nach, daß die erlegten Schwäne als zahme resp. zahmte im Sinne des Gesetzes nicht zu betrachten wären, das Kammergericht schloß sich seinen Ausführungen an.

Die abweichenden Urtheile der beiden Gerichte sind wohl erklärlich. Ein altes, dem vorborigen Jahrhundert entstammendes Gesetz verbietet in Preußen bei hoher Strafe das Erlegen zahmer Schwäne. Es ist erlassen zum Schutze jener Vögel, die vielfach auf Gewässern in Gärten und Anlagen gezähmt gehalten werden, die besonders Havel und Havel von Berlin bis Spandau und Potsdam so anmutig leben.¹⁾ Zu hunderten durchfurchen sie die Wellen der Bäume. Hier zieht ein Paar dahin — Männchen und Weibchen halten treu zusammen —, der Kopf ist stolz gehoben, die weißen Segeln gleichen die halbgeöffneten Flügel, der Schwanz hat sie leicht gebläht; dort folgen noch graugefiederte junge den führenden Alten. Auf der Landzunge hat sich eine andere Familie niedergelassen; sie ist emsig beschäftigt, die Nahrung zu glätten. Jede Bewegung des stolzen Vogels ist leicht und gemessen, er kennt keine Furcht und weicht der Gefahr nicht aus. In der Verteidigung seines Nestes und seiner Jungen ist er ein gefährlicher Gegner, der mit Schnabelschlägen und Flügelstößen jeden Angriff abzuweisen versteht. Unbeholfen erscheint er nur auf dem Lande. Zahm wie andere Haustiere wird der Schwan nie, er bleibt immer zurückhaltend; viele der scheinbar zahmen Schwäne würden, wenn ihnen die Flügel in der Jugend nicht gebrochen wären, auf dem Wasser davon ziehen und sich ihren wilden Genossen im Norden lieber anschließen. Denn obgleich schon durch viele Generationen in der Gefangenschaft gezüchtet, unterscheiden sie sich doch fast gar nicht von ihren Brüdern, den wilden Hörschwänen. Von diesen stammen sie und ihnen schließen sie sich auch wieder an, wenn sich die Möglichkeit der Flucht bietet. Solche Flüchtlinge waren unzweifelhaft auch die betreffenden, welche dem Melleren See erlegten Schwäne; vielleicht wäre es gelungen, sie wieder zu zähmen, wahrscheinlich jedoch hätten sie sich im Herbst wilden, wandernden Genossen zugesellt und wären mit diesen davon gezogen.

Das „Für“ und „Wider“ ist — wie ja schon aus den abweichenden Gerichtsentscheidungen hervorgeht — schwer abzuwägen gewesen, das Richtige wurde aber doch getroffen. Natürlich vom weidmännischen Standpunkt aus findet die Verurteilung des Schützen unter den obwaltenden Umständen keinerlei Rechtfertigung; jeder wahre Jäger wird die Entscheidung verurtheilen: „Das ist des Jägers Ehrenschilde, daß er behütet und hegt sein Wild.“

Aber juristisch ist der Fall richtig zur Erledigung gekommen.

Die Jägerwelt hatte allen Grund, mit der Entscheidung des Kammergerichts zufrieden zu sein. Denn durch eine Verurteilung des Schützen wäre der Schwan gewissermaßen aus der Reihe der jagdbaren Tiere gestrichen worden und die hohe

Jagd wäre um ein stattliches Wild ärmer. Das heißt: Nach den Bestimmungen des Reichsvogelschutzgesetzes wäre es dem Jäger doch erlaubt, den Vogel Schwan wie jeden anderen im Winterhalbjahr zu schießen und, solange kein Schnee liegt und es Tagzeit ist, ihn zu fangen.

Kann denn nun der Weidmann, auch der erfahrenste, imstande sein, unter den hoch oben in der Dämmerung ziehenden Schwänen wilde und angeblich gezähmte zu unterscheiden? Wohl kaum. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal dürfte aber bereits schon darin bestehen, daß der zahme Schwan meist gar nicht fliegt, vielfach überhaupt nicht fliegen kann. Im übrigen ähnelt er dem Hörschwän vollkommener; vom Hörschwän wurde der zahme gewonnen, nicht vom Singschwän. Hier liegt ein interessantes paralleles Verhältnis vor zwischen Schwänen und Gänsen, auf das ich aufmerksam machen möchte; sowohl beim Schwan wie bei der Gans stammt das zahme Tier ab von der in Deutschland brütenden wilden Art (Hörschwän, Graugans); man kann das sehr leicht feststellen und behalten, wenn man auf die Schnäbel sieht, bei allen vier Arten sind sie rot mit schwarz; die nordischen Vertreter derselben Familien, die nur über Winter bei uns sind (Singschwän, Saatgans), haben gelbe Schnabelfarbe; im weniger wirkungskräftigen Polarlicht ist gewissermaßen das Rot ausgebleicht in Gelb. Zahmer und Hörschwän haben an der Wurzel des roten Schnabels einen schwarzen Höder, die Ruder sind schwarz; dem Singschwän fehlt der Höder, sein Schnabel ist an der Spitze schwarz, oben gelb. Erst nach den Jugendjahren wird das Gefieder rein weiß. Der Schwan ist von allen Vögeln der einzige, dessen Männchen einen wirklich ausgebildeten Penis hat.

Demnach darf sich der Jäger ruhig getrauen, in der Zugzeit, im Herbst und Frühling, den der Kugel erreichbaren, ziehenden Schwan zu erlegen. Die Schwäne ziehen in hakenförmiger Ordnung wie die Wildgänse.

Das Wildbret junger Schwäne ist wohlschmeckend. Es wird wie das der Wildgans mit Speck gespickt und in Butter und Sahne gebraten. Es ist empfehlenswert, einige Rüben in den hohlen Braten zu legen, die den etwa vorhandenen tranigen Geschmack auffangen und vor dem Aufsteigen entfernt werden können. Vielleicht würde dieses Mittel auch verfangen bei Lachmöven, über deren Küchenwert jüngst Anfragen durch unsere Zeitschriften gingen, veranlaßt durch die fleischlose Kriegszeit. Ältere Schwäne sollen außerordentlich zäh sein, doch läßt sich auch diese Zähigkeit durch geschickte Zubereitung überwinden.

B. Die Forstverwaltung Polens zur Preußenzeit.

Die Fürsorge, die die jetzigen Okkupationsbehörden in Polen der von der russischen Regierung ziemlich vernachlässigten Waldbwirtschaft angedeihen lassen, lenkt den Blick zurück auf die Jahre um 1800, als sich das ungefähr mit dem Generalgouvernement Warschau bedeckte Gebiet von Neu-Ostpreußen, Südpreußen und Neuschlesien in preussischen Händen befand. Diese kurze Zeit der preussischen Herrschaft darf als eine besondere Periode der polnischen Forstgeschichte angesehen werden; denn bis dahin hatten sich lediglich die Eigentumsrechte entwickelt. Obwohl im 16. Jahrhundert bereits eine Forstverwaltung geschaffen worden war, kannte man nur regellosen Plenterbetrieb. Erst zur Preußenzeit tauchte der Gedanke an eine regelmäßige Wirtschaft auf und wurde ein sicherer Grund zur forstlichen Betriebseinrichtung gelegt. Die Forsten wurden vermessen, in Wirtschaftseinheiten geteilt, für letztere ein bestimmter Umtrieb und die Höhe des Abnutzungsfalles festgestellt. Leider scheinen die Alten jener Zeit keine Einzelheiten über die Ausführung dieser Arbeiten zu enthalten, so daß man sich über den Umfang der Tätigkeit

¹⁾ Sie mußten sich im Weltkrieg eine starke Verminderung gefallen lassen, nicht so die Breslauer Schwäne.

der damaligen preussischen Forstverwaltung kein genaues Bild machen kann. Die in späterer Zeit darüber veröffentlichten Schriften heben jedoch alle den wohlthätigen Einfluß hervor, den die Einführung und die Aufrechterhaltung der forstwirtschaftlichen und forstpolizeilichen Bestimmungen im allgemeinen auf den Wald Polens, im besonderen auch auf die Privatforsten ausübten. Im preussischen und österreichischen Anteil des späteren Kongreß-Polen wurde ein Ausfuhrzoll auf Holz gelegt.

In Südpreußen wurden schon 1794 die bis dahin mit den Domänen zusammen verpachteten Wälder aus der Pacht herausgenommen und der Forstverwaltung unterstellt, die dafür den Bezugsberechtigten ihren Bedarf anwies. Eine Verordnung vom Jahre 1796 dehnte diese Trennung auf die Staats- und geistlichen Güter Polens aus. 1799 wurde jeder eigenmächtige Einschlag in den Wäldern verboten, nur die nachgewiesenen Berechtigungen wurden anerkannt. Wo Staatsgüter zu Dotationen für verdienstvolle Leute verwendet wurden, schloß man die Wälder davon aus bis auf das für die Gutsbedürfnisse unbedingt Erforderliche, wovon jedoch nichts in Alder, Weide usw. übergeführt werden durfte.

Die zur Preußenzeit geschaffenen Verordnungen wurden auch im Großherzogtum Warschau beibehalten. Eine 1807 erlassene vorläufige Instruktion für die Forstbeamten und eine Oberförsterinstruktion desselben Jahres besagen dies ausdrücklich. So darf man ohne Überhebung behaupten daß die Grundlagen zur Forstverwaltung Russisch-Polens aus der Zeit der kurzen preussischen Besetzung stammen. Aber die vernachlässigende Handhabung der Gesetze in den folgenden hundert Jahren der russischen Herrschaft hat den heutigen walدارmen Zustand Polens verschuldet, daß prozentual nur noch halb so viel waldbedeckte Fläche (etwa 13%) aufweist wie das Deutsche Reich (25%). Dr. Fr.

(Aus den Warschauer Mitteilungen.)

C. Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Sommersemester 1918.

I. Universität Gießen.

Professor Dr. Weber (zurzeit beim Heere): Einführung in die Forstwissenschaft, 1-stündig; Waldbau II. Teil, 4-stündig; Forstschutz I. Teil, 4-stündig; Forstpolitik II. Teil, 3-stündig. — Prof. Dr. Borgmann: Forsteinrichtung II. Teil (Verfahren), 2-stündig mit Exkursionen; Waldbewertung und forstliche Statistik (Übungen), 2-stündig; Waldbau I, 1-stündig mit Exkursionen; Übungen in Holzmesskunde, 1-stündig mit Exkursionen. — Privatdozent Dr. Baader (zurzeit beim Heere): Forstschutz, 4-stündig mit Exkursionen. — Außerdem zahlreiche Vorlesungen aus den Gebieten der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Landwirtschaft usw.

Anfang der Immatrikulation am 15. April, der Vorlesungen am 22. April. — Das allgemeine Vorlesungsverzeichnis kann vom Univ.-Sekretariate bezogen werden.

II. Universität München.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Endres: Geschichte der Forst- und Jagdwissenschaft, 3-stündig; Forstverwaltungslehre, 2-stündig; Übungen in forstlichen Rentabilitätsrechnungen nach bes. Vereinbarung, publice; Lehrwanderungen zur Vorlesung im Winterhalbjahr über „Einführung in die Forstwissenschaft“. — Kais. Unterstaatssekretär z. D. Prof. Dr. Gg. Ritter von Mahr: Praktische Nationalökonomie, 5-stündig; Finanzwissenschaft, 5-stündig; Statistik, 4-stündig. — Prof. Dr. Raman: Agrilkulturchemie mit Lehrwanderungen, 5-stündig; Bodenkundliches Praktikum, täglich und halbtäglich. — Prof. Dr. Freiherr von Tübeuf: Pflanzenpathologie mit Exkursionen und Lehrwanderungen, 4-stündig; Spezielle Botanik II; Naturgeschichte forstlicher Kulturpflanzen mit Übungen und Lehrwanderungen, 4-stündig. — Prof. Dr. Schüpfer: Geodäsie, 4-stündig; Nivellieren und Projektieren, 3-stündig; Praktische Übungen, Lehrwanderungen. — Prof. Dr. Fabricius (zurzeit beim Heere): Forstbenutzung, 4-stündig; Forstschutz, 2-stündig; Lehrwanderungen. — Prof. Dr. Escherich: Forstzoologie II, Insekten, 5-stündig; Forstentomologische Übungen und Lehrwanderungen, 2-stündig; Leitung wissenschaftlicher Arbeiten, ganztägig.

Sonstige Vorlesungen wie unter I.

III. Universität Tübingen.

Prof. Dr. von Bühler: Einleitung in die Forstwissenschaft, 2-stündig mit Exkursionen und Übungen; Waldbau I, 3-stündig mit Übungen und Exkursionen; sonstige Exkursionen und Übungen, auch für Kriegsteilnehmer und in der Versuchsanstalt. — Prof. Dr. Wagner (zurzeit beim Heere): Forsteinrichtung, 4-stündig; Übungen dazu, 4-stündig.

Sonstige Vorlesungen wie unter I.

Anfang des Semesters am 16. April, Schluß am 14. August 1918.

IV. Technische Hochschule zu Karlsruhe.

Abteilung für Forstwesen.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Klein: Forstbotanik, System. Botanik, Pilzkrankheiten der Waldbäume. — Prof. Dr. Hausrath: Forstschutz, Waldbauübungen, Forstgeschichte. — Prof. Dr. U. Müller: Statistik, Forsteinrichtung I, Jagdkunde. — Geh. Oberforstrat Prof. Dr. Siefert: Waldbau II, Technologie. R. R. Forstentomologie mit Übungen und Exkursionen.

Ferner Vorlesungen in allen Grund- und Hilfswissenschaften, als: Mathematik, Naturwissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Rechtskunde.

Auskunft durch den Abteilungsvorstand Geh. Oberforstrat Siefert.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

*

Mai/Juni 1918

*

Die Frage der forstlichen Hochschulen.

Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwaappach.

Im Februar-Heft dieser Zeitschrift hat Herr Geheimrat Wimmenauer seine Ansichten über wünschenswerte künftige Gestaltung des forstlichen Hochschulunterrichts entwickelt und am Schlusse einem Meinungsaustausch aufgefordert. Diesem Wunsche entsprechend, gestatte ich mir folgenden zu seinen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Bezüglich der ersten Frage: Forstakademie oder allgemeine Hochschule? teile ich die Ansicht W.'s, daß sie zu Gunsten der Universität entschieden ist. Mich bestimmen hierzu die Beschlüsse der Forstversammlungen zu Straßburg und Straßburg und meine persönlichen Erfahrungen, sondern die Ergebnisse der neuesten Verhandlungen in den Volksvertretungen von Preußen, Sachsen und Baden. In Preußen hat sich nunmehr die Staatsregierung grundsätzlich für den Universitätsunterricht ausgesprochen und will beide Akademien (Münden und Eberswalde) nur während eines kurzen Übergangsstadiums nach dem Kriege zur Deckung des stärkeren Bedarfs an Verwaltungsbefähigten noch fortbestehen lassen, dann soll zunächst Münden, später auch Eberswalde aufgehoben werden.

In Sachsen ist infolge des Widerstandes der ersten Kammer ein gemeinsamer Beschluß beider Kammern wegen Aufhebung der Akademie Tharandt verhindert worden. Immerhin ist aber dieses Ergebnis nur ein negatives und als ein vorläufiges betrachten. Aus den Verhandlungen geht hervor, daß man nach dem Kriege auf diese Frage zurückkommen und sich bei der Entscheidung schließlich durch den Vorgang Preußens beeinflussen lassen wolle.

In Baden endlich hat sich der Finanzminister auf dem Standpunkt der Staatsforstverwaltung für die Aufhebung der forstlichen Abteilung bei der künftigen Hochschule in Karlsruhe ausgesprochen. In der ersten Kammer ist sodann angeregt worden, die Regierung möge sondieren, wie sich Württemberg, Hessen und Elsaß-Lothringen zu einer Zusammenlegung des höheren forstlichen Unterrichts stellen.

Wimmenauer macht nun im zweiten Teile seines Vortrags den Vorschlag, in Deutschland fünf große

Waldgebiete auszuscheiden und für jedes eine forstliche Hochschule zu errichten, die nach Bedarf unter Zusammenwirken mehrerer Bundesstaaten zu erhalten wären.

Hierzu muß ich bemerken, daß mir ein Aufbau forstlicher Hochschulen auf bestimmte Waldgebiete dann unzulässig erscheint, wenn dabei die Absicht besteht, daß die an den einzelnen Hochschulen ausgebildeten Beamten auch nur oder wenigstens überwiegend in den betreffenden Waldgebieten dauernd Verwendung finden sollen.

Eine derartige Beschränkung würde dem Grundgedanken des forstlichen Hochschulunterrichts geradezu widersprechen. Dieser muß so geführt werden, daß der Schüler in der Lage ist, sich den Ansprüchen der Forstwirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Mitteleuropa unschwer anpassen zu können. Lehrausflüge, Studienreisen und Wanderungen in der Lernzeit nach Beendigung des Hochschulunterrichts müssen die fehlende Kenntnis von Waldbildern und andersartiger Forstwirtschaft vermitteln. Die Kenntnis fremder Forsteinrichtungen, Anordnungen und sonstiger Dienstvorschriften kann sich jeder, der mit den allgemeinen Grundsätzen dieser Gebiete vertraut, im Bedarfsfalle leicht aneignen. Es kann sich also nur um Ausfüllung von Lücken bestimmter Spezialgebiete, z. B. Wildbachverbauung handeln, die unter Umständen nachgeholt werden müßte.

Den besten Beweis der Unabhängigkeit der Ausbildungsmöglichkeit von der waldbaulichen Umgebung der Hochschulen bildet Preußen mit seinen beiden Akademien.

Die im Kieferngebiet von Eberswalde ausgebildeten Beamten sind späterhin mit dem besten Erfolg im westdeutschen Laubholzgebiet tätig, das umgekehrte gilt für Münden.

Die Zahl und Verteilung der forstlichen Hochschulen wird nach dem Kriege in erster Linie von der Lage der Staatsfinanzen abhängen. Ihre Anzahl kann unzweifelhaft vermindert werden. Das Bestehen von 7 forstlichen Hochschulen geht weit über den Bedarf hinaus und hat sich schon bisher durch eine Überzahl von stellenlosen Anwärtern bitter gerächt. Für Hessen habe ich auf diesen Mangel schon seit länger als 30 Jahren wiederholt aufmerksam gemacht. Die Anstellungsverhältnisse werden sich eben in Zukunft noch ungünstiger stellen

als bisher, weil die nach dem Kriege dringend gebotene Sparsamkeit in allen deutschen Staaten, namentlich aber in den mittleren und kleineren zu einer sehr wohl durchführbaren Vergrößerung der Verwaltungsbezirke zwingen wird. Für die Forderung nach „Vereinfachung der Verwaltung“ bieten die Staatsforstverwaltungen noch ein sehr ergiebiges und dankbares Gebiet. Oberförstereien von 1500–2000 ha und selbst noch weniger können und müssen in Zukunft verschwinden. Es ist mit den dringenden Ansprüchen an Sparsamkeit unvereinbar, daß mit Rücksicht auf die Zahl der Anwärter unwirtschaftlich kleinere Oberförstereien als grundsätzliche Einrichtung beibehalten oder größere Oberförstereien ohne zwingende Notwendigkeit geteilt werden. Auch der Inspektionsdienst gestattet noch sehr erhebliche Vereinfachungen.

Unter diesen Umständen muß naturgemäß die Zahl der Studierenden der Forstwissenschaft entsprechend zurückgehen. Wenn diese nach den in der Presse gemachten Mitteilungen schon bisher nicht ausgereicht hat, um an einzelnen Hochschulen die erspriessliche Abhaltung von Vorlesungen zu ermöglichen, so wird sich dieses Verhältnis in Zukunft noch verschärfen und die Lebensfähigkeit derartiger Anstalten wirtschaftlich unmöglich machen. Kein Hochschullehrer wird behaupten wollen, daß die offizielle Zahl von 2–5 Hörern für einzelne Vorlesungen, die erfahrungsgemäß meist nur zum Teil erscheinen, eine befriedigende Wirksamkeit ermöglicht!

Ich bin der Ansicht, daß für Deutschland (im bisherigen Umfange!) 3 bis höchstens 4 Anstalten vollkommen ausreichen, die Gewährung voller Studienfreiheit setze ich als selbstverständlich voraus. Preußen, welches doch den weitaus größten Bedarf an Anwärtern hat, kann die hierfür jährlich nötigen 30 Referendare (selbst bei Berücksichtigung des Gemeinde- und Privatdienstes) unschwer an einer Anstalt ausbilden. Daß Bayern eine eigene höhere forstliche Bildungsstätte haben will und muß, bedarf keiner weiteren Begründung.

Der Bedarf der übrigen deutschen Staaten könnte technisch sehr wohl durch eine Anstalt befriedigt werden. Politische und lokalpatriotische Interessen werden aber doch wohl dazu führen, zwei solche Einrichtungen zu schaffen. In diesem Fall dürfte Gießen stets in erster Linie sowohl wegen seiner Lage als auch aus geschichtlichen Rücksichten beizubehalten sein.

Es handelt sich also noch um eine forstliche Bildungsstätte für Südwestdeutschland.

Die bisherigen Erfahrungen, die mit den Verhandlungen über Schaffung gemeinsamer forstlicher Bildungsstätten gemacht wurden und welche bis in die 1860er Jahre zurückreichen (Gustav Seher), sind

zwar wenig ermutigend, vielleicht gelingt es aber nunmehr, unter dem Zwang der Not jene Bedenken zu überwinden, die bei günstigerer Finanzlage ein unübersteigliches Hindernis gebildet haben.

Ganz unberücksichtigt sind bei vorstehenden Erörterungen die Verhältnisse der ehemals russischen Ostseeprovinzen geblieben. Für Kurland, Livland, Estland und Litauen wird jedenfalls eine eigene forstliche Bildungsstätte, am besten wohl in Riga, notwendig werden.

Zur Frage der forstlichen Hochschulen.

Von Geh. Staatsrat Wilbrand in Darmstadt.

Auf Grund der seitherigen Verhandlungen darf erwartet werden, daß bald nach dem Friedensschlusse Preußen und Sachsen dem Vorbilde der süddeutschen Staaten folgen und mit Aufhebung ihrer Akademien und Errichtung forstlicher Lehrstühle auf ihren Universitäten vorgehen werden. Es ist deshalb gewiß zeitgemäß, wenn Geheimrat Wimmenauer in dem Februar-Hefte der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung die Bitte ausspricht „in der vorliegenden Frage weitgehende Vorschläge zu machen, an die sich ein fruchtbarer Meinungsaustrausch anschließen möge.“

Wimmenauer kommt zur Ansicht, daß es genüge, wenn im Ganzen im Deutschen Reiche an 5 Universitäten forstlicher Unterricht erteilt wird. Gegenwärtig haben wir sieben forstliche Bildungsstätten: die Universitäten Gießen, München und Tübingen, die technische Hochschule zu Karlsruhe und die Akademien zu Oberwalde, Münden und Tharandt. Sein Vorschlag geht also dahin, die forstlichen Bildungsstätten um ungefähr $\frac{1}{3}$ zu vermindern.

Diese Beschränkung ist wohl durch die Sorge veranlaßt, es möchte die Zahl der Studierenden zeitweise recht klein werden, ja es möchten dem Lehrer die Zuhörer vielleicht ganz fehlen. Ich halte diese Sorge einerseits für unbegründet, andererseits darf ihr m. E. in dieser recht wichtigen Angelegenheit kein allzu großer Einfluß zugestanden werden. Für die nächste Zeit nach dem Kriege werden die Bänke in den forstlichen Kollegien nicht leer sein. Der Krieg hat gerade dem Forstpersonal außerordentlich viele Verluste gebracht. Wohl mehr wie in irgendeinem anderen Zweige des öffentlichen Dienstes. Es war dies ja zu vermuten, da jeder Forstmann kriegstüchtig sein muß, bei ihm die Kriegsbrauchbarkeit länger anhalten und meist wohl auch hervorragender sein wird als in anderen Ständen des Zivildienstes. Es ist daher nach dem Friedensschlusse ein großer Zubrang zu dem Studium der Forstwissenschaft zu erwarten. Das Forstfach ist an und für sich ein anziehender beliebter Beruf

und die Anstellungsverhältnisse in ihm werden für längere Zeit günstige sein. Und was die auf diese Periode folgende Zeit betrifft, so wird jener Zustand vielleicht keine Änderung erfahren. Denn mit dem Siege wird die Weltlage und in ihr die Stellung und Aufgabe Deutschlands eine ganz andere werden wie seither. Die baltischen Provinzen treten in ein neues Verhältnis zum Deutschen Reiche. Nach Osten bis tief nach Asien hinein wird unser Einfluß reichen und ist geltend zu machen. Die Zeit wird kommen, von welcher der Dichter vorausahnend schrieb: An dem deutschen Wesen soll die Welt gemessen. Dem deutschen Forstmann fällt hierbei eine große und herrliche Mitarbeit zu. Professor Schlich hat überzeugend dargetan, daß die drohende Brennstoffnot zwar ein großer Schrecken für die menschliche Kultur sein wird, daß aber der Kuxholzmangel das schrecklichere, rasch näher rückende Gespenst für die Menschheit ist. In unverantwortlicher Weise hat die Jagd auf dem Erdbreis die Wälder niedergeschlagen und Einöden geschaffen. Im Interesse der gesamten Menschheit muß Wandel geschaffen werden. Kein Volk ist diesen herbeizuführen befähigter wie das deutsche und ihn herbeizuführen mehr berufen. Die deutsche Forstwirtschaft muß in allen diesen ungeheueren Länderstrecken Fuß fassen und die so dringend notwendige Pflege und Wiederbewaldung im Laufe der Jahrhunderte durchführen. So wird es auch in der Zukunft den forstlichen Lehrstätten an Zuhörern nicht fehlen.

Aber selbst wenn die Zahl der Zuhörer knapp werden sollte, darf ein solcher Zustand auf die uns beschäftigende Frage nicht von entscheidendem Einfluß sein. Die Lehrer der Forstwissenschaft haben nicht bloß die Aufgabe, vor gefüllten Auditorien Vorlesungen zu halten. Sie haben auch die Aufgabe wissenschaftlich weiter zu arbeiten und das Gebiet der jungen Forstwissenschaft ausbauen zu helfen. Je weniger der Lehrer durch Vorlesungen in Anspruch genommen wird, um so mehr Zeit und Muße hat er, auf diesem Gebiete recht nützliche Arbeit zu schaffen. Und hierzu kommt noch die Pflege des forstlichen Versuchswesens. Es ist zweckmäßig, dies in die Hände der Professoren zu legen. Zweckmäßig schon deshalb, weil es nötig ist, daß der Professor in Fühlung mit dem Walde bleibt und seine Anschauungen immer wieder durch die Erfahrungen in der Natur berichtigt. In dem forstlichen Versuchswesen, in dem gerade mein alter Freund Wimmenauer so wertvolles geleistet hat, ist noch ein weites Feld für die Betätigung des forstlichen Lehrers gegeben.

Zu beachten ist auch, daß der Weltkrieg auf unsere deutsche Forstwirtschaft ungeahnten Einfluß ausgeübt hat, und daß der Lehrer alle Veranlassung zur Prüfung hat, ob der Standpunkt, den er in der

einen oder anderen Richtung einnimmt, nicht abänderungsbedürftig ist. Ich will nur einen Fall anführen. Es hat sich ergeben, daß unser Heer ganz ungeheuerer Holzmengen bei der Kriegsführung beansprucht. Im Wertverhältnis der einzelnen Holzarten zu einander, wie in dem der Stärkekassen zu einander, sind außerordentliche Veränderungen eingetreten. Starke Hölzer sind dringend notwendig geworden. Es ist zu erwägen, ob man dabei bleiben kann, wichtige forstwirtschaftliche Zukunftsfragen mit mathematischen Formeln zu lösen, oder ob die Pflicht, dem Vaterland zu dienen, nicht einen anderen Weg einzuschlagen zwingt. Nach den vorliegenden Erfahrungen sind leider im Laufe eines Hochwaldumtriebs zwei bis drei Kriege zu führen. Die Vorsicht gebietet damit zu rechnen, daß die Zukunft hierin vielleicht keine Änderung bringen werde. Man kann aus dem Erlebten den Schluß ziehen, daß bei der Unsicherheit der Zukunft die Aufgabe vorliegt, recht konservativ zu wirtschaften mit genügend hoher Umtriebszeit und dafür zu sorgen, daß der Wald einen möglichst großen Holzvorrat enthält. Selbstverständlich ohne Übertreibung. Was erhalten wird, muß gesund und brauchbar sein.

Mit dem Übergang des forstlichen Unterrichts an die Universität muß der *numerus clausus*, der an verschiedenen Bildungsstätten besteht, aufgehoben werden. Der Krieg hat gezeigt, daß die Beschränkung der zum Studium der Forstwissenschaft zuzulassenden Personen auf eine bestimmte Zahl ein großer Fehler war, der schweren Schaden bringen wird. Infolge des *numerus clausus* fehlt es an Forstassessoren, um die durch den Krieg verwaisten Oberförstereien zu besetzen. Der Mangel an Anwärtern ist so groß, daß bereits der Gedanke zum Ausdruck kam, die Zahl der Oberförstereien durch Vergrößerung der Bezirke zu vermindern. Würde diesem Gedanken Folge gegeben, so würde der Forstwirtschaft unfähiger Schaden zugefügt. Es wäre ein gründlicher Rückschritt. Wir sind noch weit von der Höhe eines wirklich intensiven Forstbetriebs mit Individualwirtschaft entfernt. Eine solche Wirtschaft ist nur in kleinen Oberförstereien zu erreichen. Denn nur in ihnen kann der technisch durchgebildete Beamte, also der Oberförster, für alle technischen Maßregeln verantwortlich sein. Die volle Verantwortung kann der Oberförster aber nur tragen, wenn er an Ort und Stelle die Geschäfte anordnet, leitet und ihre Durchführung überwacht.

Der *numerus clausus* hat noch einen weiteren Mißstand im Gefolge. Bei ihm müssen, um Willkür auszuschneiden, Grundsätze aufgestellt werden, nach denen die Abweisung der Überzähligen erfolgt. Da verfällt man naturgemäß darauf, gewisse gute

Noten im Maturitätszeugnis zu verlangen oder gar den Stand des Vaters des zum Studium Angemeldeten den Ausschlag geben zu lassen. Eine gute Note im Reifezeugnis oder in einem besonderen Schulfache, z. B. der Mathematik, gibt durchaus keine Gewähr, daß der betreffende junge Mann sich gerade zum Forstfach gut eignet. Ein tüchtiger Forstmann wird nur, wer warmes Interesse an der Natur und innige Liebe zum Walde hat. Bekanntlich sind es nicht immer gerade die besten Schüler, die sich im praktischen Leben als die brauchbarsten Männer erweisen. Auch die Rücksicht auf den Stand des Vaters müßte wegfallen. Einem Jeden muß die forstliche Laufbahn geöffnet sein. Die Anwärter mögen den Bedarf übersteigen. Die Konkurrenz kann nur nützlich sein. Der Mindertüchtige mag überholt und ausgeschieden werden.

Man wird die Frage aufwerfen: „Wenn fünf forstliche Lehrstellen an den Universitäten für zu wenig erachtet werden, wie viele sollen es denn sein?“ Die Antwort hängt von der Beantwortung der Vorfrage ab: „Ist die Lehre vom Forstfach eine Wissenschaft?“ Niemand wird diese Frage verneinen. Durch Errichtung der forstlichen Lehrstühle in Gießen, München und Tübingen ist sie auch von den alten Fakultäten als Wissenschaft anerkannt. Gut, dann steht der jungen Forstwissenschaft das gleiche Recht zu, wie den übrigen älteren Wissenschaften. Dann kann sie verlangen, daß auch sie einen Teil der universitas litterarum ausmacht und daß sie an jeder Universität zu vertreten ist, die auf Vollständigkeit der Wissenschaften Anspruch erhebt. Hierbei kann es zunächst nicht darauf ankommen, ob den Professoren eine größere Zahl von Zuhörern gesichert wird, oder wie hoch sich die Kosten der forstlichen Lehrstühle belaufen. Wer nimmt denn Rücksicht darauf, wie viele Zuhörer ein Professor des Sanskrit oder einer anderen selten gepflegten Wissenschaft hat, und doch werden solche Professuren geschaffen und besetzt. Und wer fragt denn in einem solchen Falle, ob sich die Stelle rentiert. Keine Universität liefert finanzielle Überschüsse. Die Universität ist kein Finanzunternehmen. Jeder Staat von einigem Umfang bringt das Opfer, eine Universität zu besitzen. Die vorhandenen kleinen Universitäten werden nicht aufgehoben, wiewohl so viele reich ausgestattete große Universitäten vorhanden sind, an denen die Studierenden der kleineren Universitäten ihren Unterschlupf auch noch finden könnten. Ja, es werden immer noch neue große Universitäten gegründet. So in jüngster Zeit Frankfurt a. M., und selbst die Handelsstadt Hamburg beschäftigt sich sehr mit dem Plane, eine Universität zu bekommen. Neuerdings steht auch noch Dresden in Frage. Man sollte bei dieser Sachlage

davon absehen, bei unserer Frage das Finanzielle so sehr zu betonen. Bei Aufhebung der Akademien in Eberswalde, Münden und Tharandt können übrigens solche Ersparnisse erzielt werden, daß sich mit ihnen schon recht Vieles machen läßt. Die Professuren der Nebenfächer, wie Physik, Chemie, Mineralogie, Zoologie, Feldmesskunde, Mathematik usw. können ja doch eingezogen werden. Die Stellen der forstlichen Lehrer wären an die Universität überzuführen. Ich meine also, wir Forstleute sollten uns auf den Standpunkt stellen: Unsere Forstwissenschaft ist den übrigen Wissenschaften gleichberechtigt und soll ihnen gleich behandelt werden. Wir sollten keine Vorschläge machen, auf wie vielen oder wie wenigen Universitäten Lehrstellen zu errichten wären. Auf den verschiedensten Gebieten ist eine „Neuorientierung“ nach dem Kriege geboten. Diese hat wohl auch hinsichtlich des Bildungsgangs der staatlichen Verwaltungsbeamten, der Landräte, Kreisräte, Oberamtmänner und Oberbürgermeister und wie die verschiedenen Stellen benannt sind, stattzufinden. In der hessischen Abgeordneten-Kammer ist von der Volksvertretung kürzlich darauf hingewiesen worden, daß die rein juristische Ausbildung für diese Stellen nicht mehr genüge. Der Forderung nach Erweiterung der Kenntnisse ist die Berechtigung nicht abzuspochen. Da liegt es doch nahe, daß man von diesen Beamten auch eine enzyklopädische Kenntnis des Forstfachs verlangt, da der Wald einen so überaus wichtigen, täglich mehr an Bedeutung gewinnenden Einfluß auf das Volkswohl und die Finanzen der Staaten und Gemeinden hat. Wird dieser Forderung entsprochen, so wird kaum eine Universität zu finden sein, die nicht wenigstens einen Professor der Forstwissenschaft haben möchte.

Zur Frage der forstlichen Hochschulen.

Von Prof. Dr. H. Weber - Gießen,
Hauptmann d. R., z. St. kommandiert zur „Wissenschaftlichen
Kommission“ des kgl. Preuß. Kriegsministeriums in Berlin.

Durch den Artikel des Forstrats Königs-Heidelberg im August/September-Heft 1917 dieser Zeitschrift, betitelt: „Sein oder Nichtsein der Forstabteilung an der technischen Hochschule Karlsruhe“, ist die forstliche Unterrichtsfrage nicht nur für Baden, sondern für das ganze Deutsche Reich von neuem aufgerollt worden. Auf ihn folgte eine „Berichtigung“ von Prof. Dr. Hausrath - Karlsruhe im Februar-Heft der A. F. u. F. Z. sowie eine Erwiderung von Prof. Dr. Wimmer - Berlin in der forstlichen Wochenschrift „Silva“ Nr. 9, die sich beide nur mit der Regelung des forstlichen Unter-

hts in Baden befaßen. Gleichzeitig aber hat Geh. Forsttrat Prof. Dr. W i m m e n a u e r ebenfalls im Februar-Heft dieser Zeitschrift einen Artikel zur Frage der forstlichen Hochschule¹⁾ veröffentlicht, in dem weitgehende Vorschläge für die Lösung dieser seit einem halben Jahrhundert zur Erörterung stehenden und immer lebhafter werdenden forstlichen Frage gemacht werden. Und damit scheint der Neigen für die literarische Erörterung dieser Frage erst recht eröffnet worden zu sein, denn ich glaube annehmen zu dürfen, daß dem Wunsche Wimmenauers, es möge sich an eine Ausführungen ein „fruchtbarer Meinungs- und Erfahrungsaustausch“ anschließen, entsprochen werden wird.

Sowohl in der Versammlung deutscher Forstleute zu Freiburg 1874 wie in der Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins 1907 in Straßburg ist die forstliche Unterrichtsfrage mit großer Mehrheit von Süd und Nord theoretisch zu Gunsten der allgemeinen Hochschule, und zwar der Universität, entschieden worden. Aber wie so häufig in unserm Fache — übrigens wohl auch auf anderen Gebieten — hinkt die Praxis der Theorie nach. Voll umgesetzt in die Tat sind die beiden wichtigsten Beschlüsse noch heute nicht. Immerhin sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Universität ist auch für die Forstwissenschaft auf dem Wege zum endgültigen Siege. Auf die Versammlung in Freiburg folgte in Bayern im Jahre 1878 die Verlegung des forstlichen Unterrichts, abgesehen von den Grund- und einigen Hilfsfächern, an die Universität München, wo die Forstwissenschaft der staatswirtschaftlichen Fakultät zugeteilt wurde. Drei Jahre später (1881) wurde der forstliche Unterricht in Württemberg von Tübingen nach Stuttgart verlegt, und zwar durch die Vereinigung mit der staatswissenschaftlichen Fakultät. Dann war es ein Vierteljahrhundert still. Auf die Versammlung in Straßburg 1907 aber folgte sehr bald schon (1910) die Aufhebung der forstlichen Hochschule Alsfeld an der Universität Marburg und die Verlegung des Studiums auch der Grundfächer für die bayerischen Staatsforstbeamten an die Universität München. Während des Krieges ist ferner die Aufhebung der Forstakademie Eisenach erfolgt, nachdem die meisten thüringischen Staaten für ihre Forstdienstbeamten schon vorher Studienfreiheit erklärt hatten. Und nun ist auch die Frage der Aufhebung der preussischen Forstakademie Mühlhausen in das Stadium der Erörterung getreten. Der Chef der preuss. Staatsforstverwaltung, Oberlandforstmeister von Freier, hat am 9. März 1917 im Abgeordnetenhaus erklärt, daß es zwar zurzeit nicht an-

gezeigt erscheine, der Auflösung der Forstakademie Mühlhausen näher zu treten, weil sich die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege nicht annähernd übersehen lasse, aber er hat zugleich versichert, daß, wenn später die Entscheidung fallen werde, die Staatsforstverwaltung dabei lediglich von dem Bestreben geleitet sein werde, dem forstlichen Nachwuchse die denkbar beste und vollkommenste wissenschaftliche und fachliche Ausbildung zu geben, um sie für ihren schönen, aber auch verantwortungsvollen Beruf vorzubereiten. Und in der Sitzung des Herrenhauses vom 27. März 1917 sagte er ausdrücklich: „Wir sind der Ansicht, daß die Nachteile, die unvermeidlich mit den isolierten Fachschulen verknüpft sind, deren Lichtseiten bei weitem überwiegen, und würden es mit Freuden begrüßen, wenn allmählich der Unterricht von den Forstakademien auf die Universitäten überginge.“ Auch bezüglich der Zukunft der Forstakademie Tharandt haben Verhandlungen im Finanzausschuß der zweiten sächsischen Kammer stattgefunden, die ihr Weiterbestehen in Frage stellen. Nach einer Mitteilung in der „Silva“ scheint die Angliederung der Akademie an die Universität Leipzig oder an die technische Hochschule Dresden ernstlich in Erwägung gezogen zu werden, nachdem in dem Finanzausschuß keine einzige Stimme für die Belassung des jetzigen Zustandes eingetreten ist.¹⁾ Und schließlich steht die Frage des „Seins oder Nichtseins“ der forstlichen Abteilung an der technischen Hochschule Karlsruhe allem Anscheine nach ebenfalls vor einer wichtigen Entscheidung.

Forsttrat Rö n i g e tritt in seinem Artikel zwar in erster Linie für die völlige Aufhebung der forstlichen Abteilung an der technischen Hochschule Karlsruhe ein, jedoch nur aus dem Grunde, weil der Unterrichtsminister in der Sitzung der zweiten badischen Ständekammer vom 11. Juni 1917 nur die Wahl zwischen Belassung oder gänzlicher Aufhebung der badischen Forstlehranstalt gelassen hatte. Von einer Verlegung der Karlsruher Forstabteilung an eine der beiden badischen Universitäten könne — so erklärte der Minister — des Kostenaufwandes halber keine Rede sein. Rö n i g e selbst dagegen ist, wie früher, so auch heute noch der An-

¹⁾ Die Finanzdeputation hat inzwischen beantragt, die sächsische Regierung unter den gegenwärtigen, dazu besonders günstigen Verhältnissen, spätestens bis zum nächsten Landtage, um das Ergebnis der Erörterung zu ersuchen, ob im Interesse der Fortentwicklung der sächsischen Forstwirtschaft der Fortbestand der Forstakademie zu Tharandt, ihre Aufhebung oder ihre Angliederung an eine sächsische Hochschule zweckmäßig ist, und wie im Falle des Fortfalls der Forstakademie in Tharandt die dortigen Institute zu einer großzügigen forstlichen Versuchsanstalt für Sachsen ausgebaut werden können.

sicht, daß die Verlegung des forstlichen Unterrichts in Verbindung mit den Nachbarstaaten an eine badische Universität die beste Lösung der Frage für alle in Betracht kommenden Staaten sein würde. Und er behauptet, auch der badische Forstverein, der als die berufene Vertretung der Ansicht der badischen Forstmänner in ihrer Gesamtheit gelten könne, stehe noch heute auf dem Standpunkte seiner in diesem Sinne gefaßten Beschlüsse. Für den Fall aber, daß diese beste Lösung sich nicht verwirklichen lassen sollte, habe der badische Forstverein die Auflassung der Forstabteilung Karlsruhe nicht nur als durchführbar erklärt, sondern ausdrücklich empfohlen. Zwar hat Hausraath diese Feststellung Königes a. a. O. zu berichtigen versucht und insbesondere darauf hingewiesen, daß der Landesauschuß des badischen Forstvereins auf seiner Versammlung in Willingen im Jahre 1908 auf die Weiterverfolgung dieser Frage ganz verzichtet habe. Aber, wie Wimmenauer schon in seinem oben erwähnten Artikel hervorgehoben hat, ist dieser Beschluß nicht in der Vollversammlung des badischen Forstvereins, sondern in einer nicht-öffentlichen Sitzung des Landesauschusses gefaßt worden. Er drückt also nicht die Auffassung des badischen Forstvereins aus, der in Konstanz 1904 sowohl wie in Mannheim 1907 beschlossen hat, das Bestreben, eine Verlegung der forstlichen Abteilung von der technischen Hochschule an eine Universität herbeizuführen, solle „mit aller Entschiedenheit“ fortgesetzt werden. Auch geht aus der Fassung jenes Beschlusses des Landesauschusses deutlich hervor, daß er nur aus dem Zweckmäßigkeitsgrunde gefaßt wurde, „um nicht die Gegensätze im Verein zu verschärfen“. Eine Minderheit der badischen Forstmänner scheint hiernach für die Beibehaltung der Forstabteilung an der technischen Hochschule Karlsruhe zu sein oder doch nicht für ihre Aufhebung ohne gleichzeitigen Ersatz durch eine bessere Einrichtung, d. h. ohne Verlegung des forstlichen Unterrichts an eine Universität.

Im Hinblick auf die vom Unterrichtsminister gestellte Alternative „Beibehaltung oder gänzliche Aufhebung der Karlsruher Forstabteilung“ kann man das Bestreben der Minderheit, Baden seine forstliche Lehrstätte zu erhalten, verstehen. Jedoch ist die Stellungnahme Königes unter der Voraussetzung, daß eine Verlegung des forstlichen Unterrichts an eine badische Universität ausgeschlossen sein sollte, aus den von ihm angegebenen Gründen m. E. folgerichtiger als diejenige seiner Gegner. Er betrachtet die Aufhebung gegenüber der Beibehaltung als das kleinere Übel. Auch ich bin der Ansicht, daß es besser ist, eine zeitgemäßen

Forderungen nicht entsprechende Anstalt aufzuheben, als sie in veraltetem Zustande weiter bestehen zu lassen. Als Grundsatz sollte in dieser Richtung gelten, daß die beste wissenschaftliche und fachliche Ausbildung auch für den jungen Forstmann gerade genug ist. Mit der Aufhebung nicht mehr zeitgemäßer Forstlehranstalten und der Freigabe des Studienorts werden aber die Studierenden der Forstwissenschaft den besteingerichteten Unterrichtsstätten zugeführt.

Andererseits fragt es sich jedoch, ob der von Könige gewählte Weg, der ihm durch die Stellungnahme des Ministers gewissermaßen vorgezeichnet wurde, taktisch richtig ist, um zur besten Lösung der Frage zu gelangen? Das erscheint mir zweifelhaft, denn erfolgt die gänzliche Aufhebung der Forstabteilung in Karlsruhe, worauf Könige jetzt hinstrebt, dann wird die Errichtung einer gemeinsamen südwestdeutschen forstlichen Unterrichtsanstalt in Frage gestellt oder doch zum mindesten sehr erschwert. Die Aufhebung der Karlsruher Forstabteilung und die Gründung einer gemeinsamen forstlichen Forstlehranstalt an einer badischen Universität müssen Zug um Zug erfolgen. Es empfiehlt sich deshalb, auf die Voraussetzung für den von Könige eingeschlagenen Weg zurückzugehen. Und da fragt es sich, ob denn diese Voraussetzung, d. h. die Ablehnung der Verlegung des forstlichen Unterrichts von der technischen Hochschule Karlsruhe an eine der beiden badischen Universitäten, eine unumstößliche ist? Allerdings hat der badische Unterrichtsminister erklärt, von dieser Verlegung könne aus dem Kostenaufwande halber nicht die Rede sein. Aber ist dies denn das letzte Wort in dieser Frage? Kann der Minister nicht überzeugt werden, daß die Verlegung des forstlichen Unterrichts an eine badische Universität trotz des Kostenaufwandes durchführbar ist — wenn auch nicht von Baden allein, so doch in Gemeinschaft mit anderen Bundesstaaten, die sich in ähnlicher Lage befinden wie Baden? Ich will diese Frage offen lassen. —

Nachdem ich im Jahre 1907 in Straßburg an der Vereinigung der Forstlehranstalten in Tübingen, Karlsruhe und Gießen teilgenommen war und den Vorschlag gemacht hatte, die Studienschwerpunkte der Forstwissenschaft, der Landwirtschaft und der Veterinärheilkunde in der Weise auf die drei Bundesstaaten Württemberg, Baden und Hessen zu verteilen, daß Württemberg die Landwirtschaft, Baden die Forstwissenschaft und Hessen die Veterinärheilkunde behielte, wurde der Frage sehr bald schon von württembergischer und hessischer Regierungsseite näher getreten. Man wandte sich an die badische Regierung mit der Anfrage, ob sie in Verhandlungen darüber eintreten wolle, ob

Die Antwort lautete damals ablehnend. An Baden wäre daher jetzt die Reihe, den abgerissenen Faden wieder aufzunehmen, zumal begründete Aussicht dafür besteht, daß — wenn überhaupt eine gemeinsame südwestdeutsche forstliche Unterrichtsanstalt zustande kommt — von den drei beteiligten Staaten an Baden bekommen würde. Infolge der Erklärung des Unterrichtsministers scheint jedoch von badischer Seite keine Anregung zu erfolgen. Doch sei es, wie ihm wolle, die Kostenfrage allein kann nicht darfst, wenn es sich um kulturelle Fragen handelt, nicht den Ausschlag geben. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Die Sache ist mit durch den Krieg durchreif geworden. Und so heißt es denn für alle diejenigen, die in dieser Frage ein maßgebendes Urteil für sich in Anspruch nehmen dürfen, Stellung zu nehmen. Gelingt es nicht bald nach Beendigung des Krieges, die forstliche Unterrichtsfrage zu lösen, so fürchte ich, daß auf absehbare Zeit zum Schaden unseres Faches und der Gesamtheit alles im Alten bleiben wird. Für wünschenswert würde es deshalb vor allem halten, daß im gegebenen Augenblick auch die forstlichen Dozenten der technischen Hochschule Karlsruhe ihre bisher an den Tag gelegte Zurückhaltung aufgeben und zu der Frage öffentlich das Wort ergreifen. Hausrath und Zimmer haben sich zwar zu Königs Ausführungen über die gänzliche Aufhebung der Forstteilung Karlsruhe geäußert, aber zur Verschmelzungsfrage haben sie keine Stellung genommen. Auch Zimmer nimmt, wie König, die vom Unterrichtsminister gestellte Alternative als unumstößliche Voraussetzung für seine Ausführungen an, indem er sagt, bei den herrschenden finanziellen Verhältnissen könne in Baden an eine Verlegung der Karlsruher Forstabteilung an eine Universität derzeit nicht gedacht werden. Im Gegensatz zu König tritt er dann aber nicht für die Aufhebung, sondern für die Beibehaltung der Forstabteilung Karlsruhe ein. Immerhin läßt er doch deutlich durchblicken, daß er die Verlegung an eine badische Universität für das Ideal hält, denn er sagt ausdrücklich, die Förderung der Forstwirtschaft durch Erhaltung und Ausbau der vorhandenen forstlichen Lehrstühle sei eine Kulturaufgabe der nächsten Zeit, und Baden solle seine Abteilung für Forstwesen in Karlsruhe nicht aufheben, ehe nicht die Gelegenheit gegeben sei, daß etwas Besseres an ihre Stelle trete. Er macht damit einen wichtigen Vorbehalt und hält den Weg zur Stellungnahme für die Errichtung einer gemeinsamen südwestdeutschen forstlichen Unterrichtsanstalt offen.

Meine eigene Ansicht in der forstlichen Unterrichtsfrage ist bekannt. Die Gründe, die ich seinerzeit

in Straßburg dafür vorgebracht habe, haben sich nicht geändert. Im Gegenteil: die Erfahrungen, die ich im Verlaufe des Krieges habe sammeln können, haben mich in meiner Auffassung außerordentlich bestärkt. Ich brauche diese Gründe deshalb hier nicht zu wiederholen, verweise vielmehr auf den Bericht über die Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins in Straßburg 1907 (S. 139 ff. — Verlag von J. Springer, Berlin).

Das Heil unseres Faches kann, abgesehen von der zielbewußten Zusammenfassung aller Kräfte der deutschen Forstwirtschaft in Verbänden mit der Spitze im Forstwirtschaftsrat als amtlich anerkannter zentralen Vertretung der deutschen Waldwirtschaft, nur von einer grundlegenden Reform des forstlichen Unterrichts- und Versuchswesens ausgehen in der Richtung, die bereits in Angriff genommen ist. Die Lösung muß auch für die Forstwissenschaft heißen: Straffere Zusammenfassung der Kräfte; daher Aufhebung der noch bestehenden Forstakademien, Vereinigung aller forstlichen Lehrstühle an wenigen, aber zu diesem Zwecke nach jeder Richtung hin zeitgemäß ausgestatteten Universitäten und Freizügigkeit für sämtliche Studierenden der Forstwissenschaft, gleichwie für die Studierenden der übrigen an der Universität vertretenen Fächer.

Hinsichtlich der Anzahl der forstlichen Lehrstühle bin ich in Straßburg für drei Universitäten eingetreten: eine in Süddeutschland (Bayern rechts des Rheins), die zweite im Südwesten des Reiches (Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und Pfalz) und die dritte in Norddeutschland. Auch heute bin ich noch der Ansicht, daß drei Anstalten, so wie ich sie mir denke, genügen würden. Aber wenn — wie wir alle hoffen — das Deutsche Reich durch den Krieg einen territorialen Machtzuwachs sowohl im Osten wie im Westen erfährt, sei es auch nur in der Form enger Bündnisse mit zu selbständigen Staaten werdenden, seither nicht unter unserem Einflusse stehenden Gebieten, dann würde sich auch die Errichtung zweier forstlicher Lehranstalten im Norden Deutschlands empfehlen, der einen im Westen, der anderen im Osten. Wenn man es schlägt in seinem erwähnten Artikel fünf forstliche Unterrichtsanstalten vor. Auch darüber läßt sich reden! Immerhin möchte ich meinen, daß nach dem Kriege die Reform des forstlichen Unterrichtswesens für lange Zeit durchgeführt werden sollte. Und als oberster Grundsatz sollte deshalb gelten, daß jede Zersplitterung der Kräfte vermieden werden muß. Partikularistische Gründe müssen im Interesse der Sache unbedingt in den Hintergrund treten. Auch historische Verhältnisse dürfen nicht ausschlaggebend sein, wenn ihre Berücksichtigung

den Zusammenschluß zu erschweren oder gar zu verhindern droht.

Ich komme nun zur Ortsfrage und damit zu den Vorschlägen Wimmenauers. Charakteristisch an denselben ist, daß die Wahl der Universitäten in Zusammenhang gebracht wird mit den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands. Wimmenauer scheidet fünf forstliche Wirtschaftsgebiete aus und will für jedes eine forstliche Lehranstalt bestimmt wissen. Er geht dabei von dem Gedanken aus, daß für den Fall der Zusammenlegung der Forstlehranstalten jedes Land darauf sehen müsse, daß seinen künftigen Forstbeamten auch auf der Hochschule schon Gelegenheit geboten werde, die für es charakteristischen Waldwirtschaftsbetriebe näher kennen zu lernen.

Da diese Auffassung für den Wimmenauerschen Vorschlag der Universitäten bestimmend ist, kann an ihr nicht vorübergegangen werden. Und da möchte ich doch auf die ständige Berührung der Studierenden der Forstwissenschaft mit den für ihr Heimatland charakteristischen Waldwirtschaftsbetrieben weniger Wert legen als Wimmenauer, zumal dann, wenn die Universitäten mit forstlichen Lehrstühlen in ihrer Gesamtheit so zweckmäßig ausgewählt werden, daß in ihrer Umgebung sämtliche Hauptholz- und Betriebsarten vertreten sind, was nicht schwer zu erreichen ist. Für München, Heidelberg und Göttingen z. B. würde es im vollen Maße zutreffen. Der Hochschule liegt die allgemein-wissenschaftliche und fachlich-theoretische Ausbildung der akademischen Jugend ob. Es gibt nur eine Theorie der Forstwissenschaft, und für die Erwerbung der zur späteren Ausübung der Forstwirtschaft erforderlichen theoretischen Kenntnisse ist deshalb jede Universität geeignet, in deren Nähe genügend große Waldungen liegen. Gewiß ist es besser, wenn die Waldverhältnisse mannigfaltig, und wenn auch die heimatischen Waldwirtschaftsbetriebe vertreten sind, aber unbedingt notwendig ist dies nicht. Zum Kennenlernen der heimatischen Waldverhältnisse ist nach beendetem Hochschulstudium noch Zeit genug vorhanden. Insbesondere liegt diese Aufgabe dem Vorbereitungskursus zwischen der Referendar- und der Assessor-Prüfung ob.

Trotz dieser von der Wimmenauerschen Ansicht etwas abweichenden Auffassung soll doch im Nachstehenden auf seine Auscheidung von Wirtschaftsgebieten und seine Auswahl der Universitäten näher eingegangen werden.

Hinsichtlich des ersten Gebietes „Bayerisch-rechts vom Rhein“ mit München als forstlicher Lehrstätte bestehen keine Meinungsverschiedenheiten.

Das zweite Wirtschaftsgebiet soll „Südwestdeutschland“, d. h. Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und die Rheinpfalz, umfassen, und hierfür schlägt Wimmenauer Tübingen oder Freiburg als Universität vor. Ich halte Tübingen wegen seiner weniger günstigen Lage — es liegt zu sehr abseits von den großen Verkehrsstraßen — für weniger geeignet als Freiburg und Heidelberg. Wimmenauer nennt Heidelberg hierbei überhaupt nicht. Das ist zunächst auffallend, weil Heidelberg bei diesen Bestrebungen stets im Vordergrund gestanden hat. Aber es erklärt sich aus dem Umstande, daß Wimmenauer Hessen nicht seinem südwestdeutschen Wirtschaftsgebiete zuteilt. Der größere, südlich des Main gelegene Teil Hessens gravitiert jedoch nach dem Südwesten Deutschlands. Nur die ganz von Preußen umschlossene Provinz Oberhessen gehört mehr zum Nordwesten des Reiches. Wimmenauer sagt selbst vorher, für Hessen sei, wenn es seinerzeit zu einer Vereinbarung mit Württemberg und Baden gekommen wäre, nur die Universität Heidelberg, nicht aber Freiburg annehmbar gewesen. Auch heute noch bin ich der Ansicht, daß Hessen, als Ganzes genommen, besser tun würde, sich mit Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen zu vereinigen. Was die hessischen Waldungen anlangt, so weisen auch sie „annähernd gleiche Laub- und Nadelholzflächen“ auf, wie dies Wimmenauer für die Waldungen Württembergs, Badens und Elsaß-Lothringens als charakteristisch hervorgehoben hat. Die Waldflächen dieser vier Staaten verteilen sich folgendermaßen auf Laub- und Nadelholz:

	Laubholz	Nadelholz
	%	%
Württemberg	36,0	64,0
Baden	45,1	54,9
Hessen	50,2	49,8
Elsaß-Lothringen	66,6	33,4

Hiernach stehen sich Baden und Hessen hinsichtlich des Verhältnisses vom Laub- zum Nadelholz wesentlich näher als Württemberg und Baden, und in Elsaß-Lothringen ist sogar das Laubholz doppelt so stark vertreten wie das Nadelholz. Allerdings fehlt in Hessen die Tanne fast ganz. Aber es kann für die künftigen hessischen Forstbeamten nur von Vorteil sein, wenn sie die auf die Naturverjüngung sich stützende Tannenwirtschaft im Schwarzwald und in den Vogesen näher kennen lernen. Jedenfalls paßt aber in Bezug auf die Waldwirtschaftsbetriebe Hessen mindestens ebenso gut zum Wimmenauerschen Wirtschaftsgebiet „Südwestdeutschland“ wie zum westlichen Teile von Mittel- und Norddeutschland. Auch dürften die Studierenden

Forstwissenschaft aus Hessen mehr Neigung haben, eine südwestdeutsche Hochschule zu besuchen als eine norddeutsche.

Allerdings schlägt Wimmenauer für sein viertes Wirtschaftsgebiet, den „westlichen Teil von Mittel- und Norddeutschland“, eine norddeutsche Universität vor, sondern Gießen. Ich glaube, meinen hochverehrten Lehrer und Kollegen so gut zu kennen, daß ich es ruhig aussprechen darf: bei der Auswahl der Universität für sein drittes Wirtschaftsgebiet hat bei ihm, obwohl er sich selbst dafür ausspricht, daß die deutschen Bundesstaaten in der Frage der Zusammenlegung von Forstlehranstalten ihren Partikularismus fahren lassen müßten, die Vorliebe für Gießen und seine Erhaltung als forstliche Lehrstätte zu sehr mitgesprochen. Auch ich würde — ich gestehe es offen — eine für die Erhaltung der Gießener forstlichen Lehranstalt aus historischen und anderen Gründen eintreten. Aber ich befürchte, daß bei der grundlegenden Reform des forstlichen Unterrichtswesens Gießen aus der Reihe der forstlichen Lehrstätten ausscheiden wird. Und um im Interesse der Sache die ganze Reform nicht zu gefährden oder doch zu erschweren, stelle ich meine Sonderwünsche auf und würde für den Fall der Zusammenlegung der Aufhebung der forstlichen Lehranstalt in Gießen nichts einzutenden haben, es sei denn, daß Preußen volle Freizügigkeit im forstlichen Hochschulstudium gewähren und im Westen Deutschlands nicht selbst eine forstliche Lehrstätte an einer der Universitäten an Stelle der Forstakademie München errichten würde. Wenn ich mich nun zwar der Hoffnung hingebe, daß die Studienfreiheit der Forstwissenschaft schließlich in ganz Deutschland durchgeführt werden wird, weil ihre sehr großen Vorteile nicht zu bestreiten sind, so vermag ich doch andererseits nicht daran zu glauben, daß der größte deutsche Bundesstaat für den Fall der Aufhebung der Forstakademie München oder seiner beiden Forstakademien von der Errichtung forstlicher Lehrstühle einer seiner im Westen gelegenen Universitäten zugehen wird. Näher läge dagegen, daß Hessen sich Preußen anschließen würde, wenn eine Vereinigung von Württemberg und Baden nicht zustandekommen sollte. In Betracht kämen dann Göttingen, Marburg oder Bonn. Schon wegen seiner zentralen Lage und wegen der Nähe der Münchener Pfaffen, die dem forstlichen Unterricht seit einem halben Jahrhundert als Lehrreviere gebient haben, hat Göttingen die meiste Aussicht haben, von der preussischen Regierung als forstliche Lehrstätte im Westen des Landes ausgewählt zu werden. Und für diesen Fall würde Gießen von München gegenüber Göttingen ins Hintertreffen

kommen, denn es ist als sicher anzunehmen, daß Preußen die in Göttingen zu errichtende Forstlehranstalt nach jeder Richtung hin zeitgemäß und reich ausstatten würde. Für Marburg und Bonn würde das Gleiche gelten.

Das vierte Wimmenauersche Wirtschaftsgebiet mit einer besonderen Forstlehranstalt, „der östliche Teil des mitteldeutschen Berglandes“, würde wohl nur für den Fall in Betracht kommen, daß das Königreich Sachsen unbedingt an einer eigenen forstlichen Unterrichtsstätte festhält. Dann würde Dresden, wenn es Universitätsstadt werden wird, den Vorzug vor Leipzig verdienen. Aber auch dieses würde für die Aufnahme einer Forstlehranstalt geeignet sein. Weder für Halle noch für Breslau würde Sachsen zu haben sein. Und daß bei Studienfreiheit mancher Studierende der Forstwissenschaft aus Schlesien und aus den östlichen Teilen Thüringens in Dresden oder Leipzig seinen Studien obliegen würde, ist nicht zu bezweifeln. Würde dagegen die sächsische Regierung zu dem Entschlusse kommen, die Forstakademie Tharandt aufzuheben, ohne den forstlichen Unterricht an eine seiner Hochschulen zu verlegen, dann könnte für das Wirtschaftsgebiet des östlichen mitteldeutschen Berglandes doch auch Breslau noch in Betracht kommen, denn Schlesien ist waldbreich, die Nähe der östlichen Reichsgrenze dürfte dagegen keinen Hinderungsgrund bilden. Andererseits wird aber Preußen kaum drei Universitäten für den forstlichen Unterricht einrichten wollen. Auch halte ich, wie schon bemerkt, vier forstliche Unterrichtsanstalten im ganzen für durchaus hinreichend. Von den von Wimmenauer vorgeschlagenen fünf Anstalten könnte aber die für sein viertes Wirtschaftsgebiet vorgeschlagene am ersten ausfallen. In München, Heidelberg, Göttingen und gegebenenfalls einer im Osten gelegenen vierten Universität würden die sächsischen, schlesischen und thüringischen Forstleute ebenso gut ausgebildet werden können, wie in Dresden, Leipzig oder Breslau.

Für das fünfte Wirtschaftsgebiet schließlich, den „östlichen Teil des norddeutschen Tieflandes“, halte ich, wenn weite Gebiete im Osten — ich meine Kurland, Livland, Estland und Litauen — sich westwärts orientieren werden, die Errichtung einer Forstlehranstalt an einer Universität im Osten für zweckmäßig. Berlin möchte ich dafür nicht in Vorschlag bringen. Für den forstlichen Unterricht ist diese Großstadt m. E. ungeeignet. Kiel liegt zu weit westlich, es gehört viel mehr zu Nordwestdeutschland als zu Nordostdeutschland, auch bezüglich der Waldverhältnisse (Schleswig-Holstein besitzt 59 pCt. und Hannover 34 pCt. Laub-

holz), und Greifswald dürfte für Ostdeutschland ebenfalls nicht die geeignete Universität mit forstlichen Lehrstühlen sein. Dagegen wäre die Universität Königsberg, an der auch die Landwirtschaft vertreten ist, wohl in Erwägung zu ziehen, vorausgesetzt, daß nicht Riga oder Dorpat, diese entlegenste, aber altherwürdige und ruhmgekrönte Pflanzstätte deutscher Wissenschaft, die vor einigen Tagen von unseren tapferen Truppen besetzt worden ist, als Sitz einer für unser neues Ostland zu errichtenden Forstlehranstalt ausersehen werden sollte. Die Entscheidung hierüber hängt in erster Linie von der staatsrechtlichen Gestalt und den Beziehungen ab, welche die ehemals russischen Ostseeprovinzen erhalten bzw. mit dem Deutschen Reich eingehehen werden. Wird das Baltikum ein einheitliches Staatsgebilde werden, dann wird der Wunsch nach Errichtung einer Universität in Riga, das bereits eine technische Hochschule besitzt, wohl zu Gunsten Dorpats zurücktreten müssen. Sollte dagegen Kurland und der südliche Teil von Livland mit Riga in engere Verbindung zu Deutschland treten als Nordlivland und Estland, dann würde es sich wohl empfehlen, Riga zu wählen. Diese Stadt würde zweifellos für die Aufnahme einer forstlichen Unterrichtsstätte geeignet sein, denn die Ostseeprovinzen und Litauen besitzen eine Waldfläche von etwa 5 Millionen ha, und bei der großen Bedeutung, welche die Forstwirtschaft für diese Gebiete heute schon hat und in Zukunft noch mehr erlangen wird, würde jedenfalls eine Forstlehranstalt im äußersten Osten des Reiches sehr am Platze sein. Auch aus politischen Gründen würde sich die Errichtung einer Universität in Riga m. E. sehr empfehlen, vorausgesetzt daß Nordlivland mit Dorpat nicht etwa auch in ein sehr enges Verhältnis zu Deutschland treten sollte. Wenn deutscher Einfluß in unseren neuen Ostland herrschend werden soll, dann darf auch eine deutsche Universität dort nicht fehlen.

Wenn die Wimmenauerschen oder die vorstehend gemachten Vorschläge Aussicht auf Verwirklichung haben sollten, wie es im Interesse unseres Faches sehr zu wünschen ist, dann muß jedoch unter allen Umständen Freizügigkeit im forstlichen Hochschulstudium, wie ich es schon 1907 in Straßburg gefordert habe, gewährt werden. Das gegenseitige Abschließen der deutschen Staatsforstverwaltungen bei der Ausbildung ihrer künftigen Beamten herrscht tatsächlich noch vor. Zwar besteht in Hessen, wie auch in Baden, Elsaß-Lothringen und einigen kleineren Bundesstaaten, für die Studierenden der Forstwissenschaft Studienfreiheit, und wie Wimmenauer bereits hervorgehoben hat, ist von derselben in Hessen — und

wohl auch anderwärts — stets reichlich Gebrauch gemacht worden. Aber wie steht es in den größten deutschen Bundesstaaten, in Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen? Besteht da nicht eine sehr starke Einschränkung der Studienfreiheit, die einer „Abgeschlossenheit“, von der König spricht, gleich zu achten ist? Man sollte doch endlich vollkommene forstliche Studienfreiheit für das ganze Deutsche Reich gewähren und nach Einführung eines einheitlichen Unterrichts- und Prüfungsplanes die theoretischen Fachprüfungen an sämtlichen deutschen Forstlehranstalten, wenigstens für diejenigen, welche auf Anstellung im Staats- und Gemeindeforstdienste Anspruch erheben, als gleichwertig und für alle deutsche Bundesstaaten gültig erklären. Während der Vorbereitungszeit zur Staatsprüfung, die natürlich am Sitze der Regierung des betr. Landes abzulegen ist, würde dann die Trennung der forstlichen Jugend nach den einzelnen Bundesstaaten eintreten, und nun würde sich der junge Forstreferendar, nachdem er sich die erforderlichen theoretischen Kenntnisse, wenn irgend möglich an verschiedenen Hochschulen, erworben hat, rasch mit den charakteristischen Verhältnissen seines Heimatlandes vertraut machen können.

Zuletzt noch einige Worte zur Kostenfrage bei im Südwesten Deutschlands zu errichtenden gemeinsamen Forstlehranstalt! Da die unbestreitbaren, großen Vorteile der Zusammenlegung allseits anerkannt sind, wird man auch über diesen Punkt hinwegkommen. Der Vorschlag Wimmenauer's, wonach die sachlichen Ausgaben und die Gehälter der Dozenten für die Grund- und Hilfswissenschaften, die ja ohnedies schon für andere an der Universität vertretene Fächer vorhanden sein müssen, dem Lande, in welchem die betr. Universität liegt, zufallen sollen, während die persönlichen Ausgaben für die Lehrer der Forstwissenschaft von den beteiligten Staaten gemeinsam zu tragen wären, läßt sich hören. Außerdem bietet die Universität Jena, für welche die Mittel von den thüringischen „Erhalterstaaten“ eingebracht werden, ein Musterbeispiel für die befriedigende Regelung dieser Frage. Sollte jedoch die Unterrichtsfrage für die drei Spezialfächer Forstwissenschaft, Landwirtschaft und Veterinärheilkunde in der von mir vorgeschlagenen Weise gelöst werden, dann würde es sich der Einfachheit halber doch wohl mehr empfehlen, jeden der drei beteiligten Staaten sämtliche Kosten für die ihm verbleibende Anstalt bestreiten zu lassen. Württemberg würde dann den finanziellen Vorteil haben, daß die Ausgaben für die Tübinger forstliche Unterrichtsanstalt wegfielen, und Hessen könnte seine forstliche und landwirtschaftliche Lehranstalt aufgeben und dadurch wesentliche Ersparnisse erzielen, die für andere Fächer Ber-

endung finden könnten. Baden würden allerdings durch die Neueinrichtung der forstlichen Unterrichtsanstalt in Heidelberg nicht nur besondere einmalige, sondern auch höhere laufende Ausgaben erwachsen, aber dafür würde es auch den Vorzug haben, eine demgemäß eingerichtete und höchstwahrscheinlich sehr zu besuchende Forstlehranstalt zu besitzen. Und andererseits würde es den kürzlich aufgetauchten Plan aufheben können, eine landwirtschaftliche Unterrichtsanstalt der Universität Freiburg anzugliedern, einen Plan, den ich für sehr wenig glücklich und zweckmäßig halte. Muß denn jeder dieser drei Mittelstaaten eine eigene Lehranstalt für die drei fraglichen Spezialfächer haben? Württemberg hat vor einigen Jahren mit Recht seine Unterrichtsanstalt für Veterinärkunde aufgelöst. Und nun tragen gewisse Kreise sich in Baden mit dem Gedanken, eine landwirtschaftliche Unterrichtsanstalt zu errichten! Die gemein als sehr vorteilhaft anerkannte Zusammenfassung würde dadurch noch mehr erschwert werden, als im Interesse der Sache ganz außerordentlich zu beklagen sein würde.

Auch ich möchte meine Ausführungen schließen mit der bereits in Straßburg von mir ausgesprochenen Mahnung: „Caveant consules, ne quid detrimenti res publica capiat“, allerdings nicht im Sinne der Erhaltung des jetzigen Zustandes mit drei forstlichen Lehrstätten im Südwesten Deutschlands, sondern im Sinne einer zeitgemäßen Weiterentwicklung des forstlichen Unterrichts durch Zusammenfluß der Kräfte und Mittel an einer vollwertigen, modern eingerichteten Anstalt. Kommt diese gemeinsame Lehrstätte nach Beendigung des Krieges zu Stande, dann wird die forstliche Unterrichtsfrage für das übrige Deutschland in dem gewünschten Sinne gelöst werden. Möchte nunmehr aber auch, nachdem genug darüber geschrieben und genügend lange Zeit seit dem ersten Auftauchen des Vorschlags zur Zusammenlegung verfloßen ist, dem Gedanken Tat folgen.

Berlin, im Februar 1918.

Bemerkungen zu den vorstehenden Artikeln.

Von Dr. W i m m e n a u e r.

Meine im Februar-Hefte gegebene Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen; ein Zeichen, daß es eine höchst zeitgemäße Frage ist, die ich da geschnitten habe. Den Herren Verfassern der drei vorstehenden Äußerungen bin ich sehr dankbar für das Eingehen auf die Frage. Allerdings gehen die Meinungen zum Teil noch weit auseinander und ich hoffe auf weitere Beiträge zur Klärung der Sache.

Übereinstimmung herrscht, wie es scheint, nur in dem Verlangen nach Aufhebung der abgesonderten Forstakademien, Vereinigung des forstlichen Hochschul-Unterrichts mit Universitäten und Einführung der Studienfreiheit, die zur Folge haben müßte, daß den künftigen Forstverwaltungsbeamten die Wahl der zu besuchenden, wo möglich mehreren, Hochschulen überlassen bleibt und daß sie auch an der einen oder anderen die allgemeine wissenschaftliche Prüfung ablegen können. Dies würde allerdings wohl eine Übereinkunft unter den beteiligten Bundesstaaten erfordern, die aber, sollte man denken, unschwer zu erreichen sein müßte.

In einem Punkte scheine ich von manchen mißverstanden worden zu sein. Wenn ich nämlich den Anschluß der künftigen forstlichen Hochschulen an gewisse Wirtschaftsgebiete vorgeschlagen habe, so war dies durchaus nicht in dem Sinne gemeint, daß eine einseitige Vorbildung für das Heimatgebiet angestrebt werden sollte. Vielmehr bin ich mit den Herren Kollegen Sch w a p p a c h und W e b e r ganz einverstanden, wenn sie die Auffassung vertreten, daß die Studierenden an jeder Hochschule in die allgemeinen Grundlagen und Ziele unserer Wissenschaft einzuführen sind. Aber den akademischen Lehrern fällt doch nicht nur die Aufgabe zu, Vorlesungen zu halten, sondern — wie auch Herr Geh. Staatsrat W i l b r a n d, mein alter Freund, betont — auch die Verpflichtung, unsere Waldwirtschaft wissenschaftlich auszubauen. Wenn ihnen zu diesem Zwecke die forstlichen Versuchsanstalten anvertraut sind oder werden, so wird sich ihre Tätigkeit hauptsächlich der heimischen Waldwirtschaft oder derjenigen der näheren Umgebung zuwenden. Die Kiefernwirtschaft der norddeutschen Ebene wird man nicht von München oder Freiburg, die Weißtannenwirtschaft des Schwarzwalds und der Vogesen nicht von Breslau oder Königsberg aus bearbeiten können und wollen. Nur in diesem Sinne bitte ich meinen Vorschlag zu verstehen.

Was nun die Zahl der beizubehaltenden, bezw. zu errichtenden forstlichen Hochschulen anbelangt, so hält mein Vorschlag ungefähr die Mitte zwischen dem, was Schwappach und Weber einerseits, Wilbrand andererseits fordern. Nur drei Lehrstätten — nach Schwappach je eine für Preußen, Bayern und die übrigen Staaten, nach Weber zwei für Süddeutschland und nur eine für das ganze viel größere Norddeutschland — scheinen mir zweifellos zu wenig; das geben beide Herren ja nun auch zu. Eine erheblich größere Anzahl, wie sie Wilbrand im Auge hat und im Vergleiche mit anderen Hochschulfächern begründet, wird vielleicht doch an dem Kostenpunkte scheitern. Aber völlig zustimmen möchte ich dem letztgenannten Herrn, wenn er im

Interesse einer intensiven Forstwirtschaft vor Vergrößerung der Reviere und Beschränkung der Anwärterzahl warnt. Dies haben ja auch die im Kriege gemachten Erfahrungen bestätigt.

Daß kleinere Bundesstaaten sich zu gemeinschaftlicher Unterhaltung einer forstlichen Hochschule einigen, scheint mir immer noch eine nicht unerfüllbare Forderung zu sein. Vor 20 und mehr Jahren haben auch Kollege Heß und ich dem Plane zugestimmt, für Südwestdeutschland einschließlich Hessens die Universität Heidelberg zu wählen. Seitdem aber die Akademie Gießen aufgehoben ist und die Thüringer Forststudenten größtenteils Gießen aufsuchen, schien mir, wie ich im Februar-Feste näher ausgeführt habe, die Beibehaltung dieser seit fast 100 Jahren bestehenden und bewährten Lehrstätte für das westliche Mittel- und Norddeutschland mit seiner vorwiegenden Laubholzbestockung das richtigere zu sein. Wenn doch — auch in Preußen — Studienfreiheit eingeführt wird, würde ich keinen Grund dafür einsehen, an Stelle Gießens eine benachbarte preußische Universität zu bevorzugen. Damit ist ja auch Kollege Weber einverstanden. Partikularistische Neigungen sollten davon doch jetzt — nach dem Kriege, der alle deutschen Stämme mit Strömen von Blut zusammengekittet hat — nicht abhalten. Solche Neigungen können uns Hessen am wenigsten zugeschrieben werden; denn gerade wir sind ja mit Gewährung der Studienfreiheit vorangegegangen. Und wenn eine der preußischen Universitäten oder auch deren zwei für das östliche Mittel- und Norddeutschland gewählt würden, dürfte dies doch wohl auch für den Großstaat genügen. Daß daneben noch enzyklopädische Vorlesungen über Forstwissenschaft für künftige Verwaltungsbeamte — nach Wilbrand's Vorschlag — auch an anderen Hochschulen gehalten werden sollten, könnte ich nur freudig begrüßen. Habe ich doch das Eingehen des kameralistischen Studiums in Gießen für keinen Fortschritt, sondern für das Gegenteil davon angesehen.

Möchten sich nun noch weitere Äußerungen von anderen Seiten zur vorliegenden Frage vernehmen lassen! Nur das möchte ich noch betonen, daß mich nicht sowohl die Sorge um Zuhörer-Mangel, sondern vielmehr nur das Interesse für die Sache selbst bei meinen Vorschlägen geleitet hat; denn dies wird auch nach meiner Ansicht am besten durch eine beschränkte Anzahl gut ausgestatteter forstlicher Hochschulen gewahrt werden.

Vier deutsche Waldbäume und ihre Feinde.

(Linde, Buche, Eiche, Tiefer.)

Systematische Zusammenstellung der Baumschädlinge und der Feinde dieser Holz- und Blatt-Zerstörer.

Von Wilhelm Schuster, Pfr.

„Vor wenigen Wochen saß ich mit meinen jungen Söhnen unter der halb 1000 jährigen gewaltigen Linde im Schlossgarten von Reinharbtsbrunn an der Rande des Thüringerwalbes. Der grüne Riesbaum blühend in voller Kraft und Pracht, streckte seine mächtigen Arme wie ein hochragendes Gewölbe über uns aus. Seine Zweige senkten sich in weiten Bogen wie ein schützendes Dach zur Erde; der Stamm, neun Meter im Umfange, festgewurzelt in der Tiefe, zum Himmel ragend in jugendlicher Kraft, trug dies wunderbare Gebilde ohne Mühe. In den Millionen seiner Blüten fanden die Bienen Honig; unter seinem grünen Gewölbe war für den Wanderer ein schattiger Ruheplatz.“ So schreibt General von Viebahn über einen der schönsten Bäume Thüringens, wenngleich dieser freilich nicht ganz 1000 Jahre alt zu sein braucht; denn die Linde ist bekanntlich ein außerordentlich schnelles Dickenwachstum; wir sind in der Lage, es an einem ihrer markantesten Vertreter jüngst festgestellt zu haben. Die „Gerichtslinde“ in Prztygodzice, Kreis Ostrowo (Posen), hat von 1904 bis 1907, also in drei Jahren im Umfang von 4.97 m bis 5.16 m zugenommen, ca. 20 Zentimeter; und die dickste Linde, ja die stärkste Baum der Provinz Posen überhaupt, die Winterlinde (Tilia cordata) auf dem Kirchplatz Borni, Kreis Bomst, mit beinahe 10 m Umfang (genau 9.78 m)¹⁾ ist erst im Jahre 1776 gepflanzt worden, also erst ca. 14 Jahre alt. Das beweist so recht das außerordentlich schnelle Wachstum der Linden. Dagegen hat beispielsweise die einzige noch ursprüngliche berühmte Eiche der Provinz Posen (alle anderen Eichen sind kultiviert), das Exemplar auf dem Gutshofe in Gorny Kreis Schmerin a. W. — übrigens ein weibliches Exemplar, wie jetzt feststeht —, nach 7 Jahren noch genau denselben Umfang von 2 m; der alte Wacholder in Ricin, Kreis Posen-Ost, hat in 4 Jahren (seit 1903) nur um 1 cm an Umfang zugenommen (ein Beweis für das sehr langsame Zunehmen bei Wacholdern), und die Mehlebere in der Oberförsterei Schönlanke ist gegen 1830 gepflanzt und heute erst 90 cm dick.

¹⁾ Das war im Jahre 1907. Da die Zunahme pro Jahr 6–8 Zentimeter im Durchschnitt beträgt, muß der Umfang von 10 m jetzt (1918) schon überschritten sein.

Trotz des starken und mächtigen Wuchses, trotzdem sie einen der herrlichsten Bäume unserer Wälder stellt, hat die Linde eine ganz beträchtliche Reihe von Blattfeinden und Holzzerstörern. Wofür es mir hier ankommt, das ist eine übersichtliche thematische Zusammenstellung der Hauptschädlinge von vier deutschen Waldbäumen und der hauptsächlichsten Schädlingsfeinde aus dem Insekten- und Vogelreiche. Zusammenstellungen der Hauptschädlinge der Pflanzenarten sind ja schon gemacht worden (wenn auch zum Teil recht unvollkommen), aber noch nirgends an gleicher Stelle neben ihnen und in zusammenfassender Weise systematische Zusammenstellungen der Feinde der pflanzenschädlinge, der Insekten sowohl als ganz besonders der Vögel. Letzteres hat mich als Ornithologen von jeher am meisten interessiert, und ich habe zum ersten Mal den Versuch einer solchen Zusammenstellung in meinem Buche: „Unsere einheimischen Vögel“ gemacht.¹⁾ Da wir derartige Zusammenstellungen bisher nicht besaßen, werden sie jedem praktischen Forstmann erwünscht sein.

I. Linde (Tilia).

Feinde dieser Zerstörer:	
1. Insekten:	
Sandwespen (Ammophila), Schlupfwespen (Microgaster, Fonus, Pimpla u. Anomalonia), Schildwanzen (Pentatoma), Raubfliegen, Wasserjungfern (Cordulia acnea, Libellula depressa, Aeschna affinis und quadrimaculata), Laufkäfer, Puppenräuber.	
2. Vögel:	
Finken, Haus- u. Feldspatzen, Rotschwänze, Meisen, Spechtmeisen, Stare, Drosseln, Pirole, Eichelhäher, Raben, Nachtschwalben, Auklud.	

Von Säugetieren kommen als Feinde der Lindenschädlinge, soweit sie bis jetzt genannt

sind, Spitzmäuse und Maulwürfe in Betracht, welche die Puppen am Boden auffinden und verzehren; auch der Dachs wäre hier zu nennen. Die Raupen der oben genannten Schmetterlinge fressen die Blätter der Linde, was namentlich an Sämlingen und jungen Pflanzen nachteilig wirken kann; dichtgedrängt sitzen oft die Mondvogelraupen an einem Zweig beisammen (nesterweise, die große, charakteristisch mit Schreckstellung und Schreckfarben — gelb und schwarz — ausgestattete Raupe ist ein interessantes Tier); doch kann es bei keiner der genannten Arten zu einer Raupenfraß-Kalamität kommen, höchstens bei den Frostspannern. Natürlich sind in meinen Zusammenstellungen der Vollständigkeit halber auch solche Schmetterlinge genannt, deren Raupen den Gewächsen nicht viel schaden, die aber durch ihre wunderbare Schönheit die Natur sehr beleben und darum hohen ästhetischen Wert haben, wie die Schwärmer (Sphinx tiliaria) u. a. Solchen wolle man die paar Hände voll Nadeln oder Blätter gern gönnen, ich bitte sie zu schonen.

9. Linden-Vorkentäfer, Bostrichus tiliaria	1. Insekten: Raubkäfer.
10. Linden-Brachtkäfer, Psephenon rutilans (Larve)	2. Vögel: Spechte, Raben, vorwiegend Graue u. Grünspecht.
11. Maikäfer, Melolontha vulgaris (Käfer u. Larve)	3. Säuger: Feldmäuse, Igel, Maulwurf, Spitzmaus, Dachs.
12. Rostkastanien-Maikäfer, Melolontha hippocastani (Käfer und Larve)	
13. Junikäfer (Käfer u. Larve).	

Der Maikäfer, namentlich seine Larve, ist ein Hauptfeind der blatttragenden Holzgewächse; sein erfolgreichster Vertilger ist der Maulwurf.

14. Blattwespen, Eriocampa annulipes.	1. Insekten: Marienkäfer usw., Larven der Flor- und Schwebfliegen, Ameisen.
15. Lindengallmücke, Cecidomyia tiliaria (Larve)	2. Vögel: Meisen, Baumläufer, Finken, Grasmücken.
16. Blattläuse, Aphididae.	

Von den genannten Vögeln werden alle mit Ausnahme der Nachtschwalben den Raupen der Lindenschmetterlinge gefährlich; die erstgenannten, Finken, Haus- und Feldspatzen, sowie der Star fressen sie in kleinerem Format, Drosseln, Eichelhäher und Raben in älterem

¹⁾ Aus dem Heimatverlag Gera dieser Tage in den Verlag Schreiber in Eßlingen übergegangen.

Stadium. Die Meisen verdienen ebenso wie die Spechtmeisen besonders stark (durch fetten Druck) hervorgehoben zu werden, weil sie sich mit großer Vorliebe und Ausdauer den Eiern, die von den Schmetterlingen an Zweige und Stämme der Bäume abgelegt werden, widmen; unaufhörlich suchen sie darnach in den Ästen, Zweigen und am Stamm der Rinde; dadurch werden sie ungemein forstnützlich, ja man kann sie als die nützlichsten Vögel überhaupt mit gutem Gewissen bezeichnen, da sie die Herde des Insektenlebens auffuchen und vernichten, die Keime der Zerstörung. So sparen sie den übrigen Vögeln eine ungeheure Arbeit in der Bekämpfung der erwachsenen Schädlinge und ihrer Zwischenstadien vom Ei bis zum Imago, und die deutsche Reichsgesetzgebung hat dies auch dadurch anerkannt, daß sie die Meisen unbedingt schützt, absolut und ohne jede Einschränkung, während es für die anderen Vögel selbst nach dem Vogelschutzgesetz Möglichkeiten gibt, die ihre Verfolgung erlauben. Man kann den ungeheuren Nutzen der Meisen nicht stark genug hervorheben; denn hier wird gleich millionenweise gearbeitet. Die Spechtmeise, die wir zurzeit in drei nahe verwandte Lokalrassen zerlegen (*Sitta caesia* Wolf, *Sitta caesia sordida* Rchw. und *Sitta europaea homeyeri*), wird in anderer Hinsicht ebenso nützlich wie die Meisen, das Volk der Zweige; die Spechtmeise klettert am Lindenstamm hinab ebenso wie hinauf, ersteres kopfunter; bei dieser Übung habe ich sie gerade die Eierpakete auffinden sehen, die in die Risse und Spalten der obersteits vom Stamm abstehenden Lindenpartien gelegt waren, auf die unsere Spechtmeise beim Abwärtsklettern stieß und die sie auffinden mußte, während sich sonst kein Vogel, namentlich Meisen nicht, dieser Eierpakete annahm. Gerade die Spechtmeise ist ein Laubholz- und Laubwaldvogel, verhältnismäßig auffallend häufig in den Buchenwäldern des Vogelsberges und den waldbähnlichen Lindenanpflanzungen im Odenwald; ich habe sie oft in Linden- und Buchenhöhlungen in Mannshöhe brütend gefunden, so auch an den oft mächtigen Linden mit Vorliebe, die die oberhessischen Sträßzüge säumen (Lauterbach—Blitzenrod). — Wenn die **Stare** durch fetten Druck hervorgehoben sind, so deshalb, weil sie sich einer zwar anderen Arbeit als die Meisen, aber auch der ihren mit der größten Energie widmen; sie holen unaufhörlich Raupen für ihre hungrige Brut, und diese Raupen gern aus den einzeln stehenden Linden beim Dorfe. Allerdings ist die Linde ein so robuster Baum, daß ihr die Blatt-, Rinde und Holz zerstörenden Schädlinge nie besonders gefährlich werden.

II. Buche. (*Fagus*).

Die Buche scheint noch mehr Feinde zu haben als die Linde.

Zerstörer.

1. Streiffuß (Motschwanz), *Orgyia pudibunda* (Raupen)
2. Buchenspinner, *Stauropus fagi* (Raupen: „Buchentamel“)
3. Schwammspinner, *Liparis dispar* (Raupen)
4. Nonne, *Lymantria monacha* (Raupen)
5. Fagobuchenspinner, *Endromis versicolor* (Raupen)
6. Tau (Steinbecker), *Agliata tau* (Raupen)
7. Schildkrötenspinner, *Heterogenea limacodes* (Raupen)
8. Laria Vnigrum (Raupen)
9. Weidenbohrer, *Cossus ligniperda* (Raupen)
10. Lithosia sororcula (Raupen)
11. Drepana cultraria (Raupen)
12. Spanner *Geometra papilionaria* (Raupen)
13. Spanner *Cidaria dilutata* (Raupen)
14. Spanner *Cheimatobia boreata* (Raupen)
15. Großer Frostspanner, Herbstspanner, Waldblindenspanner, *Hibernia defoliaria* (Raupen)
16. *Chimabache fagella*.

Feinde dieser Zerstörer:

1. Säuger:

Spitzmaus, Maulwurf, Dachse, gelegentlich Eichhörnchen, auch Feldmäuse bezw. Waldmäuse, Igel.

2. Insekten:

Sandwespen, Schlupfwespen, Schildwanzen, Libellen, Laufkäfer, Puppenräuber, w. allem: **Eichelschlupfwespe** (*Pimpla instigator*), blauer **Waldlaufkäfer** (*Carabus intricatus*) und andere **Carabiden**, Fliegen (*Exorista laevis*, *Tachina bellula* larvarum, *Concinna erythrostoma*, *crassisetula*, *larvincola*, *monachae*, *bimaculata*), Spinnen.

3. Vögel:

Von 1—8: Eulen, **Nachtschwalben**, **Schneefalk**, **Pirrol**, **Amstel**, **Häher** usw. Von 9: **Spechte**. Von 10 bis 16: Finken, Meisen, Aeliber, Baumläufer, Braunellen, Grausmücken, Erdbäuer, **Postvögel**, **Pieper**, **Wachstelzer**.

Entschiedene Feinde der verschiedenen Raupen sind gerade die Laufkäfer, und der **Waldlaufkäfer** dürfte von ihnen seiner Größe wegen am meisten Nahrung brauchen. Schade, daß er nicht allzu häufig vorkommt, er dürfte zahlreicher vertreten sein! Sehr energisch wirkt der **Puppenräuber**, dessen Name ja schon bezeichnend ist, doch ist auch er nicht allzu häufig. Die **Nonne** spielt bei der Buche nicht dieselbe große Rolle wie

er Kiefer, der Maulwurf den Schmetterpuppen gegenüber nicht dieselbe wie den Engern gegenüber.

Als hauptsächlichste Schädlingsfeinde kommen die Vögel in Betracht. Nachtschwalben, Fleder und Birkel sind vorwiegend die Vertreter der größeren, die Laubvögel die der kleineren Schmetterlingsarten. Ungemein segenswürdig wirkt hier die Nachtschwalbe als Hauptvertreter der schwerfälligen, träge fliegenden, mit voll beladenen Schmetterlingsweibchen, sie ganze Generationen im Keim (milliardenweise), der Raupen wiederum in seiner Weise durch Zerschneiden der großen Schmetterlingsraupen, vonst kein Vogel mag. Beide sind ausgesprochene Laubvögel, im Forst heimisch, können also hier an jeder Stelle das Meiste wirken. Nicht minder die Laubvögel, welche die Spanner- und ähnlichen kleinere Raupen auffuchen.

Den Weidenbohrerraupen setzen die Spechte

Die Sichelklupfwespe sticht die Raupen an, so andere Schmarogermwespen und Raubfliegen.

Blattwespen, Cimbex variabilis	} Fliegen- schäpper, Meisen, Laubvögel u. a.
Buchengallmücke, Cecidomyia fagi.	

Für 17 und 18 spielen die Fliegen-
schäpper eine wichtige Rolle. Sie sind neben den Meisen typischsten Feinde der geflügelten Insekten (aller Art, und zwar der Imagines-
formen). Die Meisen, die absichtlich vom Reichsvogelschutzgesetz total geschützt (das ganze Jahr ohne Einschränkung, im Gegensatz zu anderen Singvögeln, die nur bedingungs-
weise geschützt sind), sind auch hier wieder die erfolgreichsten Vernichter der Insektenzener.

Schnellkäfer, Elater crocatus

Schmied, Diacanthus cinctus

Buchenprachtkäfer, Agriolus fagi

Scharlachroter Feuerkäfer Pyrochroa coccinea

Tillus elongatus

Hedobia imperialis

Ramshörniger Nagelkäfer, Ptilinus pectinicornis

Bunter Klopffäfer, Anobium tessellatum

1. Insekten:

Laufkäfer, Staphilin (17—32, Raub-
fliegen, Ameisenkäfer u. a. (33—38)).

27. Blei-Klopffäfer, Anobium plumbeum

28. Stachelkäfer, Mordella faxiata

29. Ausspähender Kurzhornbock, Rhagium inquisitor

30. Weißrüssler, Anthribus albinus

31. Kurzrüssler, Platyrhynchus latirostris

32. Haselkurzkopf, Skophosomus coryli

33. Silberglänzender Grünrüssler, Phyllobius argentatus

34. Phyll. maculicornis

35. „ betulae

36. Buchenspringrüssler, Orchestes fagi

37. Großer Buchenborkenkäfer, Bostrychus domesticus

38. Kleiner Buchenborkenkäfer, Bostr. bicolor

39. Himbeerkäfer, Dasytes caeruleus

40. Maikäfer, Melolontha vulgaris

41. Melol. hippocastani

42. Feld- bzw. Wald-
mäuse.

2. Vögel:

Spechte, Spechtmei-
sen, Baumläufer,
Meisen, Wendehals
usw. Alle kleineren
Gebüsch-, Laub- und
Baumvögel fressen
die Eier und Larven.

3. Säuger:

Die oben Genannten.

Raben, Mäuse, Bach-
stelzen, Spechte, Sper-
linge, Mäuse usw.

Bussard, Eulen, Ra-
ben, Fuchs, Wie-
sel, Iltis, Rabe.

Über die Tätigkeit der Mäuse will ich hier im Anschluß an die letzte Nummer (42) einen Beleg geben. Aus den Jahren 1813 und 14 liegen aus England Berichte vor, wo die Mäuse in den Waldungen unter ein- und zweijähriger Baumsaat ausgedehnte Verwüstungen anrichteten. Sie schälten nicht bloß die Rinde von den Sämlingen ab, sondern zernagten auch die Wurzeln schon stattlich herangewachsener Buchen, Eichen und Kastanien, die in Folge dessen abstarben. Blasius hebt den in den zwanziger Jahren durch Mäuse mehrfach vorgekommenen empfindlichen Schaden am Niederrhein hervor. Später wurden gleiche Feststellungen gemacht in der Wetterau, in Rheinhessen, zwischen Erfurt und Gotha, in der Leipziger Ebene und andernorts.

Daß übrigens auch die Mäuse (die Rager), also Feldmäuse, Brandmäuse, Wald-

mühlmaus u. a. die so schädlichen Engerlinge (Malkäferlarven) verzehren, erhellt aus den Mitteilungen des verdienten Alsfelder Pfarrers und Defans Karl Müller, des Heimatforschers, der leider — wie sein Bruder Oberförster Adolf Müller (Kroisdorf, Darmstadt, jetzt beide verstorben) — viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Während man diese rühmliche Eigenschaft früher nur dem Maulwurf, der Spitzmaus, dem Dach und den Krähen so hoch angerechnet hatte, zeigte sich durch Versuche im Gefangenleben der Feldmäuse, daß sie vegetabilische Nahrung verschmähten, so lange ihnen die Engerlinge geboten waren. Es ist dies durchaus keine befremdende Erscheinung, weil ja Fleisch, Speck und andere tierische Bestandteile zur Lieblingskost der Mäuse gehören und Raubtaten im Gebiete der Nagetierwelt nicht ausgeschlossen sind. Indessen haben wir an den Resultaten der Versuche im Gefangenleben der Mäuse noch kein ganz sicheres Äquivalent für ihr Verhalten im Freien.

Hier noch ein paar Worte über die Malkäfer und ihre Feinde! Von allen Käfern dürften sie und ihre Larven Buchen und Eichen am gefährlichsten werden. Da haben wir nun in den Rabenarten ganz prächtige Bekämpfer dieser Schädlinge. Ich habe beobachtet, wie die Raben die von Malkäfern stark besetzten Bäume systematisch aufsuchten, indem sie sie als ihre willkommenen gastliche Speisetische betrachteten, die ihnen stets Nahrung bot, solange der Malkäferflug dauerte; hatten sie die zunächst sichtbaren Käfer abgelesen, so schüttelten sie die weniger leicht auffindbaren Gesellen gewissermaßen den unten harrenden und suchenden Rabengenossen zu, indem sie, wie ich deutlich sah, die Zweige in Bewegung brachten, so daß die Malkäfer auf den Boden herab und ins Gras fielen. Sodann sieht man ja auch die Rabenvögel aufs eifrigste die Äder nach Malkäferlarven absuchen, namentlich die frischgepflügten Äder, also im Frühjahr, wenn die Äder vom Pflug umgeworfen werden. Dadurch werden die Rabenvögel ungemein nützlich. Zu ihrem Verdienst gehört es, daß sie in der Malkäferbekämpfung nicht nachlassen, sondern standhalten, im Gegensatz zu dem immer leichtem Sinnes durchs Leben tändelnden Sperling, der oft, wenn er zu Beginn der Malkäferperiode ein oder zwei Exemplare gefangen und verzehrt hat, dann schon genug hat und sich von den Käfern zu anderer Nahrung abwendet. Die Rabenvögel dagegen halten aus im Vernichten von Malkäfern, und ihr großer Körper braucht ziemlich viel Nahrung, zumal die Vögel ja überhaupt alle eine sehr starke Verdauung haben und stets fressen müssen.

III. Eiche (Quercus).

Die Eiche scheint noch mehr Feinde zu haben als die Buche. Ich zähle gegen 50 Stück auf.

Verstörer.

1. Schwammspinner, *Lymantria dispar* (Raupen)
2. Stredfuß, Rotschwanz, *Dasychira pudibunda* (Raupen)
3. Ronne, *Lymantria monacha* (Raupen)
4. Goldaster, *Porthesia chrysorrhoea* (Raupen)
5. Eichenspinner, *Lasiocampa quercus* (Raupen)
6. Deutscher Bär, *Arctia caja* (Raupen)
7. Zweifalter, *Taeniocampa miniosa* (Raupen)
8. Dämmerungsfalter, *Borarmia crepuscularia* (Raupen)
9. *Acronycta auricoma* (Raupen)
10. Eichenfächlerchen, *Thecla quercus* (Raupen)
11. Prozessionsspinner, *Thaumetopoea processionea* (Raupen)
12. Eichenwickler, *Tortrix viridana* (Raupen)
13. *Notodonta velitaris* (Raupen)
14. Marmorierte Cetonie, *Cetonia marmorata*
15. *Cetonia speciosissima*
16. Eichenbock, *Cerambyx heros*
17. Schrottkäfer, *Rhagium mordax*
18. Hirschkäfer, *Lucanus cervus*
19. Nashornkäfer, *Oryctes nasicornis*
20. Malkäfer, *Melolontha vulgaris*
21. Wasser, Gerber, *Polypheyla fullo*

Feinde dieser
Verstörer:

1. Insekten:

Libellen, großer und kleiner Puppenräuber, *Calosoma inquisitor* und *sycophanta*, *Megachile croceator*, *Anomalus circumflexus*, *Teleas* usw. Große Raupenfliege (*Tachina grossa*), wilde Raupenfliege (*Tachina ferox*).

2. Vögel:

Weissen, Goldhähnchen, Amdud, Nachtschwalbe, Stare, Zinken.

1. Insekten:

Tausendfüße, Puppenräuber, Laufkäfer, Schlupfwespen.

2. Vögel:

Häher, Weissen, Zinken, Waldblaubvögel.

1. Insekten:

Bimpla-Arten, *Calosoma inquisitor* und *sycophanta*.

2. Vögel:

Rabenvögel, Spechte, Häher, Möwen.

Walgenkäfer, *Sinodendron cylindricum*

Eremmit, *Osmoderma eremita*

Eckelkäfer, *Gnorimus nobilis*

Brachtkäfer, *Dicerca berolinensis*

Veränderlicher Schönböck, *Callidium variabilis*

Orthosia stabilis

Widderböck, *Clytus arietis*

Geschweiffter Widderböck, *Clytus arcuatus*

Großer Eichelbohrer, *Balaninus glandium*

Kleiner Eichelbohrer, *Balaninus turbatus*

Haselnußfrüßler, *Bal. nuncum*

Eichenborkenkäfer, *Bostrychus monographus*

Bostrychus dispar

Eichenerdfloh, *Haltica erucacae*

Eichenbaumlaus, *Lachmus quercus*

Eichenrindenlaus, *Phylloxera quercus*

hl. Eichengallwespen, wie: *Cynips Malpighii*

„ *focundatrix*

„ *baccarum*

„ *agama*

„ *terminalis*

„ *inflator*

Holzwespe, *Sirex majus*

Schabe, *Blatta lapponica*

Maulwurfsgrille, *Gryllotalpa vulgaris* (vernichtet ig. Eichenpflanzsaaten)

Während die Maulwurfsgrille junge

heupflanzsaaten vernichtet, wird namentlich der

blaukäfer sowohl Schabe wie Maulwurfsgrille

1. Insekten:
Laufkäfer (*Carabus intricatus*), *Silpha quadripunctata*, Ameisenkäfer (*Clerus formicarius*) u. a.

2. Vögel:
Raben, Fäher, Kuckuck, Pirol, Spechte, Baumläufer, Kleiber, Meisen, Goldhähnchen.

1. Insekten:
Coccinellen, Flor- u. Schwebfliegen, Goldlaufkäfer (*Carabus auratus*), zerstört die Brut.

2. Vögel:
Meisen, Baumläufer, Spechte, Fliegen- schnäpper, Raben, Fäher, Elstern, Stare.

Anwendung eine gemeingefährliche Bekämpfung der Rabenvögel ist.

Auch hier tritt natürlich wieder der Maikäfer auf. Daß die Raben seine hauptsächlichsten Feinde sind, ist schon vorn gesagt worden. Doch sei hier noch auf zwei Bekämpfer aufmerksam gemacht, die zwar ungewöhnlicher Natur sind, aber doch auch ins Gewicht fallen können. Es sind dies Grün- bezw. Grauspecht und Möwen (Nachmöwen). Der Grünspecht durchsucht die alten und neuen Ameisenhaufen im Walde und namentlich am Waldbrand nach Ameisenpuppen und Larven sonstiger Insekten. Dabei fällt ihm oft genug ein Engerling zur Beute, denn Engerlinge halten sich mit Vorliebe in alten Roßameisenneestern auf. Häufiger aber noch ist dort eine andere Larve, nämlich die von Rosenkäfern, Cetonien, in erster Linie *marmorata*. Diese Larve wird also noch häufiger vom Erdspecht erbeutet, und es ist dieser Tatsache auch Ausdruck gegeben im Neuen Raumann. Ich habe oft genug die Erdspechte beim An- und Auskriechen von Ameisenneestern beobachtet, und öfter einmal werden ihre Einbrüche in die Ameisenburgen so tief, daß die Spechtvögel darin verschwinden, so daß sie ein vorübergehender Mensch fast mit der Hand, sicher aber ein leise vorbeischiebender Fuchs mit Leichtigkeit fangen kann. — Die *Nachmöwen* wiederum folgen dort, wo sie vorkommen, dem Pflug des Landwirts, wenn er den Acker umbricht, ebenso wie die Krähen und suchen die Maikäferlarven aus den dampfenden Schollen heraus. Leider kommen die Nachmöwen nicht mehr überall vor, doch beispielsweise noch in Oberhessen an den Mooser Teichen und am Rhein von Mainz bis Bingen.

IV. Kiefer (Pinus).

Zerstörer:

1. Kiefernswärmer *Sphinx pinastri* (Raupen)
2. Kiefernspinner, *Dendrolimus pini* (Raupen)
3. **Ronne**, *Lymantria monacha* (Raupen)
4. **Kiefernspanner**, *Bupalus piniarius* (Raupen)
5. **Sorteule**, *Panolis pini-perda*
6. **Wintersaateule** (Raupen)
7. Kiefern gallentw. *Tortrix resinana*
8. Obelispanner (Raupen)

Feinde dieser Zerstörer:

1. Insekten:

Ichneumon pisorius und *fusorius*, *Tachinae* wie *Echinomyia fera*, *grossa* usw. *Ophion luteus*, *Microgaster nemorum* (*Sainschlupfwespe*), *Anomalon circumflexum* (*Sichelwespe*, *Teleas leviunculus* (*Eierwespe*), Ameisenkäfer-Larven (*Clerus formicarius*), *Ramelhalsfliegen* usw.

2. Vögel:

Alle unt. Genannten.

9. **Kiefern totschblattwespe**
Lyda campestris (Farbe an Gipfeltrieben)
10. **Kiefern kammhornblattwespe** (Lophyrus pini (Farbe)
11. **Rotköpfige Gespinstblattwespe**, Lyda erythrocephala (Farbe)
12. **Kiefernblattwespe**, Lyda stellata (Farbe)
13. **Kiefernholzwespe**, Sirex juvencus (Farben „Äfter-raupen“)
14. **Kiefernharzgallenmücke**, Cecidomyia pini (Farbe)
15. **Stahlblausflügelige Holzbiene**, Xylocopa violacea (Farbe)
16. **Kieferntriebwickler**, Tortrix buoliana
17. **Kiefernstrunkbock**, Leptura rubrotestacea
18. **Zimmerbock**, Acanthocinus aedilis
19. **Hausbock**, Xylotrupes ba-julus
20. **Langhornbock**, Astynomus aedilis
21. **Walter**, Melolontha fullo (Farben an den Wurzeln, Käfer an den Nadeln)
22. **Asenum striatum**
23. **Kleiner Kiefernritzer**, Pissodes notatus
24. **Großer Kiefernritzer**, Hylobius abietis
25. **Schwarzer Bastkäfer**, Hylastes ater
26. **Gemeiner Kiefern-Borkenkäfer**, Bostrychus typographus
27. **Großer Kiefern-Borkenkäfer**, Bostrychus stenographus
28. **Zweizähniger Borkenkäfer** Bostr. laricis
29. **Kupferstecher-Borkenkäfer**, Bostr. chalcographus

1. Insekten:

Spinnen, Tausendfüße, Puppentrüber Calosoma sycophanta, Laufkäfer, Carabus memorialis, intricatus u. a., Staphylini, Buntkäfer, Clerus formicarius und seine Larve, Macrocentrus marginator, Schlupfwespen wie Glypta resinanae, Mordfliegen, Ichneumon, Tachinae, Asilus germanicus (Deutsche Raubfliege), Asilus crabroniformis (Hornstraubfliege, tötet und saugt Insekten aus), Ephialtes imperator (sticht Larven an), Pimpla-Arten Schildwanzen (Pentatoma), Ohrtriecher (frisst Larven).

2. Vögel:

Von 1—3: **Häher**, **Rudud**, **Nachtschwalbe**, **Pirol**, **Spechte**, **Meisen**, **Baumläufer** und **Kleiber**, **Rabenkrähe** und **Saatkrabe**, **Elster**, **Dohle**, selbst **Schwalben**. Von 4 bis 7: **Meisen**, **Baumläufer**, **Kleiber**, **Kleinspechte**, **Großspechte**, **Grasmücken**, **Laubvögel**, **Nachtschwalbe**. Von 8: **Pirole** usw. Von 9—14: Alle oben genannten, dazu noch **Bürger**, **Wespenbuschfarbe**, **Fliegenschnapper**, **Rudud**. Von 15:

30. **Zweizähniger Borkenkäfer** Bostr. bidens
31. **Waldbärtner**, großer Kiefernmarkkäfer, Hylurgus piniperda
32. **Kleiner Kiefernmarkkäfer** Hylurgus minor
33. **Metallschmied**, Diacanthus aeneus
34. **Seytropus mustela**, Wiefelchen (Farbe in d. Rinde)
35. **Wasserkäfer**, Melolontha vulgaris und hippocastani
36. **Pissodes piniphilus**
37. **Hylobius pinastri**
38. **Hylastes ligniperda**
39. **Bostrychus amitinus**
40. **Bostrychus acuminatus**.

Wespenbuschfarbe ger. Von 16—19: **Spechte**, **Kleiber**, **Meisen**. Von 20: **Sträucher**. Von 21—23: **Spechte**, **Kleiber**, **Baumläufer**, **Meisen**. Alle Insektenfresser unter den Vögeln fressen die fliegenden Käferchen.

Die Zahl der Kiefernfeinde und ihrer Bekämpfer läßt sich noch erhöhen.¹⁾ Pflichtschuldig erscheinen oben unter anderem der Typograph, der Stenograph und der Chalcograph. Die Spechte sind ihre gegebenen Feinde. Desgleichen bekämpfen die Bostrychus-Arten nicht allein der ameisenförmige Borkenkäfer selbst, sondern auch seine Larve. Die höchst interessante stahlblausflügelige Holzbiene (Xylocopa violacea) kommt nur in wärmeren Gegenden unserer Vaterlandes vor, so im Mainzer Becken und Untermainthal, doch haben wir Brüder Schuster als reichlichste Punkte ihres Vorkommens Gießen und Marburg im Lahntale festgestellt. In den kälteren Landstrichen unseres Vaterlandes fehlt sie. Für die Kiefernzerstörer sind namentlich unsere Waldböden als Bekämpfer von unbegrenzter Wichtigkeit, in erster Linie die Spechte und Meisen; letztere suchen die Eierniederlagen der forstschädlichen Schmetterlinge auf und vertilgen sie paketweise.

¹⁾ J. B. nennt mit Herr Hauptmann Dr. Baer (zurzeit im Felde) freundlicher Weise noch folgende:

Hylastes opacus,	Hylargops glabratus,
„ attenuatus,	Crypturgus cinereus,
„ augustatus,	Pissodes pinipiceus,
Brachyderes incanus,	„ validirostris,
Metallites mollis,	Magdalis frontalis.
Cleonus glaucus,	

Vergleich dazu übrigens: **Näslin**, „Leitfaden der Forstinsektenkunde“, **Jubeich** u. **Nitsche**, 3. Aufl. von **Gschler**, „Lehrbuch der mitteleuropäischen Forstinsektenkunde“, sowie die einschlägigen Werke von **H. J. B.** In meinem Buche „Unsere einheimischen Vögel nach ihrem wirtschaftlichen Wert“ (Gera) sind ähnliche Tabellen erschienen wie oben zusammengestellt.

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

Abt. b. 23. Tagung (2. Kriegstagung) d. deutschen Forstwirtschaftsrates zu Berlin am 16. u. 17. VII. 1917. (VIII, 8.) gr. 8°. M. 3.—. Julius Springer in Berlin.

in, E., Reg.- u. Forst. Geh. Reg.-R.: Die Forstwirtschaft ihren Hauptteilen. 5. Aufl. v. Meyers Forstwirtschaft. Unterrichtsbücher, Landwirtschaftliche. (IV, 108 S.) Lwbd. 2.20 M. Paul Parey in Berlin.

er, Hans: Natur- u. Jagdstudien in Deutsch-Ostafrika. Mit zahlr. Abb. nach Orig.-Aufnahmen d. Verf., nach Zeichnungen v. E. Dungan, e. (eingedr.) Rärtchen u. e. farb. Umschlagbild, gezeichnet v. R. Frieze. 3. Aufl. (80 S.) 8°. 1.—; geb. M. 1.80. Franckh'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart.

Schriften d. deutschen Gesellschaft f. angewandte Entomologie. Nr. 7. Wilhelmi, J., Prof. Dr.: Die hygien. Bedeutung d. angewandten Entomologie. Betrachtungen u. die m. dem Menschen u. Warmblütern in Lebensgemeinschaft als Krankheitserreger od. -überträger vorkomm. Insekten (u. Milben) u. üb. d. Weg ihrer Bekämpfung. (Nach e. am 11. XII. 1917 in d. Gesellschaft naturforsch. Freunde, Berlin, geh. Vortrag.) Mit 13 Textabb. 7 S.) Lex. 8°. M. 1.50. Paul Parey in Berlin.

Kalender, Deutscher, d. deutschen Forstvereines f. Böhmen. 18. 11. Jg. Bearb. v. Forstsch.-Dir. Ing. Dr. Rich. Fieb. (152 u. Beil. 48 S.) fl. 8°. Lwbd. u. geh. M. 3.40. Rodrich u. Wiskich in Eger.

- u. Jagdkalender 1918. Begr. v. (F. W.) Schneider u. Reich. 68. Jg. (46. Jg. b. Judeich-Wehmischen Kalenders.) Bearb. v. Geh. Oberforst. Oberforstmr. Dr. M(ax) Neuffer. (In 2 Tln.) 1. Tl. Kalendarium, Wirtschafts-, Jagd- u. Fischerei-Kalender, Hilfsbuch, verschiedene Tab. Notizen. (Ausg. A. 7 Tage auf d. linken Seite, d. rechte Seite frei.) (XXXII, 19 S., Schreibkalender, 144 u. 52 S.) 8°. Lwbd. M. 2.80; Kunstlbrbd. M. 3.40; (Ausg. B auf der Seite nur 2 Tage) Lwbd. M. 3.—; Kunstlbrbd. M. 3.60. Julius Springer in Berlin.

tenau, J., ehemal. 1. Assst. Dr.: Die Krankheiten d. Wilds. (VIII, 72 S.) 8°. Pappbd. M. 3.—. Paul Parey Berlin.

tzer, E(rnst), Forstmr.: Streiflichter auf d. Gebiet forstl. Betriebslehre. (49 S.) Lex.-8°. M. 1.40. Gustav Hagebauer in Prag.

re, F., Landwirtschaftsk.-Geschäftsführ. Dr.: Landwirtschaftlich-statistischer Atlas. Die landwirtschaftl. Erzeugung d. Welt unter bes. Berücks. d. Landwirtschaft in Deutschland, Oesterreich-Ungarn u. Polen u. d. deutsche Erzeugnissehandel in land- u. forstwirtschaftl. Erzeugnissen. 105 (farb.) Karten (je 47,5×66 cm) u. e. Einleit. Nebst Geleitw. v. Geh. Reg.-R. Dir. Prof. Dr. F. Wohltmann (III S.) 50×36,5 cm. Hlwb. M. 72.—. Dietrich Reimer Ernst Vohsen in Berlin.

onal-Verzeichnis d. lgl. sächs. Staats-Forstverwaltung f. b. J. 1918. (67 S.) 8°. M. 1.75. C. Heinrich in Dresden.

enichen, Walther, Prof. Dr.: Praktikum d. Insektenkunde nach biologisch-ökolog. Gesichtspunkten. Mit 1 Abb. im Text. (VII, 193 S.) Lex.-8°. M. 7.—. Gustav Fischer in Jena.

Taschenkalender (Einbd.: Gustav Hempels Taschenkalender f. d. Forstwirtschaft. d. J. 1918. 37. Jg. Begr. v. Hofr. Prof. Gustav Hempel. Fortges. v. Hofr. Prof. Julius Marchet u. Forstmr. Dr. Frdr. Hempel. (VIII, 315 S.) kl. 8°. Lwbd. M. 4.40. Moritz Perles, Verlags-Konto in Wien.

Waidmannsheil-Kalender 1918. (4 S. auf Karton m. farb. Abb.) 21×28,5 cm. M. 2.80. Joh. Leon sen. in Klagenfurt.

Wild u. Hund-Kalender. Taschenbuch f. deutsche Jäger. 18. Jg. 1918. Hrsg. v. d. illustr. Jagdzeitung „Wild und Hund“. (IX S., Schreibkalender u. 176 S. m. Abb. u. 1 Karte.) kl. 8°. Lwbd. M. 3.—. Paul Parey in Berlin.

Zacher, Frdr., Dr.: Die Geradflügler Deutschlands u. ihre Verbreitung. Systemat. u. synonym. Verzeichnis d. im Gebiete d. Deutschen Reiches bisher aufgefundenen Orthopteren-Arten (Dermaptera, Oothecaria, Saltatoria). Mit e. (farb.) Verbreitungskarte. (VII, 287 S.) gr. 8°. M. 10.—. Gustav Fischer in Jena.

Die Seele des Tieres. Berichte über die neuen Beobachtungen an Pferden und Hunden. Herausgegeben von der Gesellschaft für Tierpsychologie. — Verlag von W. Junk, Berlin 1916. — 115 Seiten. — Preis 1,50 Mk.

Da es sich hier nicht allein um ein interessantes wissenschaftliches Problem, sondern auch speziell um Tiere handelt, die dem Forstmann und Jäger nahe stehen, erscheint es gerechtfertigt, wenn an dieser Stelle kurz über den Inhalt der vorliegenden Schrift berichtet wird.

Nach einem Vorwort von Dr. H. C. Ziegler, Professor der Zoologie an der technischen Hochschule in Stuttgart und an der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, folgen die „Satzungen der Gesellschaft für Tierpsychologie“ und ein Verzeichnis der Mitarbeiter, das 44 Namen, z. T. solche anerkannter wissenschaftlicher Autoritäten, umfaßt.

In dem ebenfalls von Dr. H. C. Ziegler verfaßten „Theoretischen Teile“ (S. 15 bis 42) werden die Stufen der psychologischen Entwicklung, die Grundbegriffe der Tierpsychologie und das begriffliche Denken bei Menschen und Tieren allgemein besprochen. Die Erörterungen gipfeln in dem Schlusssatz: „Manche Tiere haben einen so hochstehenden Verstand, daß sie die Sprache der Menschen verstehen lernen und dadurch auch gewissermaßen zu begrifflichem Denken gelangen können.“ Weiterhin wird festgestellt, „daß manche Tiere in gewisser Hinsicht ein besseres Gedächtnis haben, als der Mensch. Dadurch ist ihnen auch das Kopfrechnen erleichtert, indem sie die Zahlen mit Leichtigkeit behalten, welche beim Menschen rasch

wieder aus dem Gedächtnis entschwinden.“ Hiermit erklärt sich, daß es den „Elberfelder Pferde“ des Herrn K. Krasl gelingt, selbst zu vierten und fünften Potenzen die Grundzahlen richtig anzugeben, also Rechnungen auszuführen, die nicht für leicht gelten und gewissen zahlentheoretischen Regeln unterliegen, die näher erörtert werden. Den Schluß des Abschnittes bilden Mitteilungen, die dartun, daß bei den angestellten Versuchen weder absichtliche noch unabsichtliche Zeichen und Hilfen der Eigentümer und Lehrer genannter Tiere mitgewirkt haben.

Der folgende Abschnitt (Seite 43 bis 78) „Die Elberfelder Pferde“ bringt zunächst eine Abhandlung von Karl Krasl über die von ihm beim Unterricht benutzten Buchstabiertafeln auf denen die Buchstaben durch Zahlen (1 bis 5 oder 6) ausgedrückt werden, die in Horizontal- und Vertikalreihen stehen; die ersteren bedeuten Einer, die letzteren Zehner; jene werden von dem Tiere mit dem rechten, diese mit dem linken Fuße abgezählt getreten. Die am häufigsten vorkommenden Buchstaben (e, n, r, d, s) werden durch die kleinsten Zahlen bezeichnet. Auf Orthographie wird kein Gewicht gelegt, z. B. brauchen d und t nicht unterschieden zu werden; es kommt nur auf die Lautgebung an. Dann folgt eine lange Reihe von Berichten über Versuche, welche von anderen Personen, Männern der Wissenschaft, mit jenen Pferden angestellt worden sind.

Im Schlußabschnitt (S. 79 bis 115) wird „der Mannheimer Hund Rolf“, ein Nirebale-terrier, vorgeführt. Dessen Herrin, Frau Dr. Moekel, geb. von Moers, hatte beim Bearbeiten der Schulaufgaben ihrer Kinder zufällig entdeckt, daß der Hund die Frage: „wie viel gibt $2 + 2$ oder $3 + 3$ usw.“ richtig verstand und durch Pfotenschläge beantwortete. Sie hat hierauf den Hund selbst angeben lassen, durch welche Zahlen er die einzelnen Buchstaben bezeichnen wolle, und dies aufgeschrieben. Rolf behielt alles im Gedächtnis und machte solche Fortschritte, daß er Briefe lesen und die Antwort darauf diktiert konnte. Auch davon haben sich mehrere Besucher überzeugt. So teilt Dr. Ziegler mit, daß er dem Rolf Gutes und Böses geschickt und folgende Antwort, von Frau Dr. Moekel nach Rolfs Diktat niedergeschrieben erhalten habe:

„Bibl Rolf (so nennt er sich gern) hat freid anggs um Bibr. Ein Dei Wubfel (Schweine) braf? Rolf sagt, Du soln Bibr magn von Wubsei. Dngl Gruber sein Wubfel ist dig mid wiß Nas (die mit wüßter Nase) usw.“

Lesern unserer Zeitschrift, die sich für die hier behandelten Fragen interessieren, sei das kleine Buch

zur Kenntnisknahme empfohlen. Eines eigenen Urteils über dessen Wert und wissenschaftliche Bedeutung muß ich mich als nicht Sachverständiger enthalten.

Paul Schütze-Naumburg: Kulturarbeiten. Im Kunstwart-Verlage bei Georg D. W. Callwey zu München, 1916. Band VII: Die Gestaltung der Landschaft durch den Menschen. — Preis 7,50 Mk.

Für die Leser unserer Zeitschrift wird die VII. Band des groß und schön angelegten Werkes von Interesse sein; denn er behandelt nach einem kürzeren Abschnitt „Wege und Straßen“ im Hauptteile (Seite 77 bis 324) „die Pflanzenwelt und ihre Bedeutung im Landschaftsbild.“ Da spielen Wälder und Baumpflanzungen selbstverständlich eine Hauptrolle, wie schon aus den Überschriften der einzelnen Abschnitte — Wälder, Hain und Busch, Allee, Nadelholz, Einzelbaum, Ackerbau, Hecken, Ödland — hervorgeht.

Dem VII. Bande folgen dann noch zwei weitere in denen „der Abbau der Mineralien, die Wasserkraft, die Industrie-Anlagen mit den Schienenstraßen und schließlich das gesamte Gebiet der Bauwerke, die der Mensch auf der Erde errichtet“, besprochen werden.

An der Hand von mehr als 200 verständnisvoll geschmackvoll ausgewählten Abbildungen erörtert der Verfasser im VII. Bande seine Anforderungen und Urteile, die allen denen von Wert sein müssen, welche über die Rücksichten auf Zweckmäßigkeit und Gelbertrag das nicht vernachlässigen wollen, was dem nicht minder berechtigten Gefühle für landschaftliche Schönheit entspricht. So kann ich es dem Verfasser gar nicht verübeln, wenn er in seinen Worten manche Ausschreitungen geißelt, die bei den modernen Selbstbereinigungen begangen worden sind. Ich führe einige Belegstellen wörtlich an.

Seite 20: „Die Felder und Flurgrenzen, die nach uraltem Abkommen in rhythmischem Wechsel das Land durchzogen, wurden durch schematisch genommene Zusammenlegungen begrabigt, mit ihnen fielen Busch und Baum, Hecke und Gehölz, das vorher in malerischem Wechsel die Flur charakteristischen Merkmalen durchsetzt hatte, mit ihnen wieder fielen die Brutstätten von Nachtigallen, gesiegender Sänger und Insektenfresser. Jeder Feldlauf, der vorher zwischen Erlengebüsch seinen Weg gezogen, wurde zum Kanal, an dessen Ufern nichts Grünes mehr blüdete, und jeder Bach, der sich durch das Wiesengelände schlängelte, wurde begrabigt und zu einem in Zement gefaßten Rinnsal.“

Seite 282: „Und so wurde denn gemessen und rabigt, gerodet und eingeebnet, bis jeder natürliche Reiz der Landschaft verschwunden war und Latomben von Vogelopfern gebracht waren, den man Nist- und Brutstätten vernichtet hatte. Und hier verwundete sich das System selbst an seiner empfindlichsten Stelle: dem Nutzertrag. Man hatte damit gerechnet, daß es einen bösen Feind der Bodenkultur gab: die Insektenwelt. Und damit das Volk der Insekten nicht zum Himmel wüchse, ließ Gott die Spägen und Kotkehlchen, die Meisen und Bachstelzen eingeführt, die nichts lieber fressen, gerade die bösen Insekten, und bei ihrer nicht zu gnugenden Gefräßigkeit zwar immer noch nicht viel fressen konnten, daß ihre Lieblingspeise ihnen verstarb, aber doch genügend davon vertilgt wurde. Man nun die Vögel von Haus und Hof vertrieben, entstand gar bald eine Insektenplage, deren man mit natürlichen Mitteln nicht mehr Herr zu werden vermochte. . . . So mußte erst maßloser Schaden entstehen, ehe natürliche Einsicht wieder eingriff. Heute sind, nicht zum mindesten dank Heimatschutzbewegung und dem Entgegenkommen der Regierungen, die zuständigen Behörden angewiesen, alle jene Punkte zu beachten und auch in natürlich Gewordenen und seiner Schönheit neuer Pflege zu widmen.“

Hier wird immerhin anerkannt — was ich z. B. auch aus meinen Erfahrungen als Stadtverordneter in Gießen bestätigen darf —, daß man neuerdings maßgebenden Stellen den früher eingerissenen Übertreibungen entgegentritt. Anderwärts aber läßt der Verfasser unserer Schrift doch seinen Unmut über Maßregeln, die er von seinem ästhetischen Standpunkt aus nicht billigen zu können glaubt, die Zügel weit schießen. Dabei kommen wir Förster zuweilen über Gebühr schlecht weg. Auch hierfür einige Belege!

Seite 20: „Die Wälder, die man noch soeben (h. vor 1870) als die heiligen Dome deutscher Freiheit gepriesen und besungen hatte, wichen bald im beschleunigten Umtrieb moderner Bewirtschaftung, die aus den in engem Verband gepflanzten Nadelhölzern raschen Ertrag herauszupressen wußte.“

Seite 86: „Die Früchte dieser Wirtschaftsweise sind heute derart aufgegangen, daß man nicht mehr ohne Schmerz durch die Wälder gehen kann. Nicht die Dämmerung unter dichten Buchenkrönen, nicht das Rauschen mächtiger Wipfel empfängt uns dort, wo die Balkenproduktion kann man nachrechnen und sich am Holzerlös freuen. Kein Blätterdach blüht sich mehr über uns, denn der Laubbaum ist eine Seltenheit in unseren Wäldern geworden, die nur noch von langen Stangenhölzern der Kiefern und Fichten gebildet werden, deren dürre Stämme

mit verwirrendem, abgestorbenem Astgestrüpp im engsten Verbande in schmurgeraden Reihen dastehen. Drückend lastet im Sommer die Mittagssonne, die durch kein Kronendach gehemmt wird, auf solchem Orte, der mit seinem heißen Boden und den einkörmigen, unzugängigen Gassen seiner Holzreihen einen grausigen Aufenthalt bietet.“

Weiterhin wird gegen Kahlschläge geeifert, und dann heißt es S. 129: „Für die Landschaft günstiger ist natürlich der alte Femelschlagbetrieb, bei dem nie der ganze Bestand verschwindet, sondern durch Schlagen immer nur der harbaren Bäume eine Art Lichtung stattfindet, und man durch natürliche oder künstliche Besamung oder auch Uterpflanzung die Lücken füllt. Aber auch hier bleibt es dringend wünschenswert, daß man nicht jeden schlagreifen Stamm zeichnet, sondern hier und da auch vor einem Waldbriesen Halt macht, der vielleicht einer ganzen Gegend bekannt und lieb geworden ist. Leider findet man ein solches Zugeständnis für das öffentliche Interesse immer noch häufiger im Privatwald als im staatlichen, denn das Ungeheuer Fiskus hat kein Herz und frißt mit Vorliebe auch fiskalische Gegner, wenn sie nur einem anderen Ressort angehören. Eine wunderliche Ironie bei einer Behörde, die zur Wahrung der allgemeinen öffentlichen Interessen entstanden ist.“

Wie reimt sich nun diese Philippika gegen den „Fiskus“ mit der Stelle auf Seite 90, wo Heinrich von Salischs „Forstästhetik“ rühmend erwähnt und gesagt wird, daß „unsere deutschen Regierungen deren Forderungen ein wachsendes Interesse und manchmal auch tatkräftiges Entgegenkommen gezeigt haben?“ Hätte der geehrte Verfasser sich jener Übertreibungen und ungerechtfertigten Anschuldigungen enthalten, so würde er ohne Zweifel bessere Wirkungen erzielt haben. Auch ist übersehen, daß der Femelschlagbetrieb sich nur für gewisse Holzarten (Buche und Weißtanne), für andere aber nicht eignet.

Anderwärts wieder werden die klimatischen Einflüsse des Waldes, die doch gerade von den Forstleuten erkannt und gewürdigt werden, ganz richtig geschildert.

Seite 84: „Die Wälder sind die großen Akkumulatoren der atmosphärischen Niederschläge; sie verhindern den unmittelbaren Weiterlauf der Regengüsse, die sonst Überschwemmungen verursachen würden. Sie saugen sich wie ein Schwamm voll Feuchtigkeit, um das wohlthätige Maß in Form von tausend Quellen und Wasseradern in weiser wirtschaftlicher Verteilung weiter zu geben, und so die Gefahr zum Segen umzuschaffen. Ohne diesen Ausgleich durch die Wälder würde das Klima ständig zwischen verheerenden Regengüssen und Trocken-

heit schwanken. Dieser Ausgleich schafft erhöhte Fruchtbarkeit des Landes, in dessen Niederungen sich Humus ansetzen kann, der durch den ständigen Zufluß aus den großen Akkumulatoren getränkt wird."

In einzelnen Punkten urteilt der Verf. wieder schroff, aber ohne genügende Sachkenntnis ab; so, wenn er S. 214 behauptet, daß „der Nadelholzbaum das rauhere, felsige, einsame Land fordert und . . . die gegebene Form für das Hochgebirge ist." Das am weitesten verbreitete Nadelholz, die Kiefer, ist doch keineswegs ein Baum des Hochgebirges, sondern ein solcher der Tiefebene und des Hügellandes. Gleiches gilt von dem Tadel, der S. 132 mit Bezug auf reihenweise Anpflanzungen ausgesprochen wird: „Ist es nicht etwas zu teuer bezahlt, wenn das deutsche Volk um seinen Wald betrogen wird, damit der Förster eine leichtere Rechnungsaufstellung hat?" Ebenso wenig berechtigt ist die gleich folgende Klage: „Das Unterholz im Walde ist von höchstem Werte für Wild und Vögel. Aber wo wird ein solches noch in einem „rationell“ gehaltenen Forste geduldet?" Dem gegenüber ist denn doch festzustellen, daß Unterholz, wo es hingehört, nämlich unter Kiefern, Eichen und anderen Nadelbäumen, nicht nur geduldet, sondern auf weiten Strecken mit Kosten aufwand angezogen wird.

Daß man in manchen Ländern den Anbau der Fichte zu einseitig und fast ausschließlich betrieben hat, kann nicht geleugnet werden. Aber auch dort ist man neuerdings zur Einsicht gelangt, daß „gemischter Bestand nicht allein der Insektenplage, sondern auch dem Schneebruch, Sturm- und Feuer-schaden weniger ausgesetzt ist."

Die angeführten Stellen mögen genügen, um zu rechtfertigen, daß ich nicht in allen Punkten dem Verfasser des Buches beistimmen kann. Trotzdem möchte ich den Herren Fachgenossen dessen Anschaffung und Studium dringend empfehlen, zumal es sich mit seinem reichen Bilder-schmuck auch zu Geschenkwegen vorzüglich eignet. Wr.

Die Brand- und Rostpilze. Ein Hilfsbuch zu ihrem Erkennen, Bestimmen, Sammeln, Untersuchen und Präparieren von Prof. Dr. W. M i g u l a, Eisenach. Mit 10 Tafeln. Francksche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1917.

Als beachtenswerte Feinde unserer Kulturpflanzen und Waldbäume beanspruchen die beiden Pilzgruppen der Brand- und Rostpilze das besondere Interesse der Landwirte und Forstleute. Über den Lebensvorgängen dieser Pilze liegen noch recht viele Unklarheiten, die der Forschung ein weites Feld der Betätigung eröffnen. Nach dem Wunsch des Ver-

fassers soll die vorliegende Arbeit daher auch in einer Linie zu einer allgemeinen Beteiligung an diesem Forschungsgebiet anregen.

Migula hat das Buch in drei Abschnitte gegliedert und behandelt im ersten Abschnitt das Sammeln, Untersuchen und Präparieren, im zweiten Abschnitt die Lebensgeschichte der Brand- und Rostpilze, und endlich im dritten Abschnitt die Systematik.

Für den Forstmann ist namentlich der zweite Abschnitt von Wert, dessen erstes Kapitel über die Brandpilze (Ustilagineae) spricht. Durch Beispiele wird die mannigfache Art der Infektion, die meist an einem ganz bestimmten Pflanzenteil erfolgt und einen ganz bestimmten Entwicklungszustand der Wirtspflanze voraussetzt, belegt. Bei der Erörterung der Bekämpfungsmaßnahmen wird von dem Verfasser auf die Wichtigkeit hingewiesen, die der Beschaffenheit des den Feldern zugeführten Stalldüngers zukommt. Frischer Dünger begünstigt die Bildung der Sproßkonidien, während dessen fortschreitende Ablagerung die Vermehrung und Infektionsenergie der Konidien herabsetzt. Die dem Saatgut anhaftenden Brandsporen werden entweder durch Kupfervitriol oder durch Kupferalkali abgetötet; auch die Behandlung des Saatgutes mit Wasser, das auf 55° C erhitzt ist, erzielt gute Ergebnisse.

Im folgenden Kapitel werden die viel verwickelteren Lebensvorgänge der Rostpilze (Uredineae) erörtert. Bei einer Anzahl Rostpilze vollzieht sich der Lebenslauf in zwei Entwicklungskreisen, von denen jeder durch verschiedenartige Sporen charakterisiert ist. Der erste Kreis schließt mit den Phykniden und den Aecidien ab, wobei die Bedeutung der Phykniden noch eine offene Frage ist, der zweite Kreis mit den Uredo- bzw. den Teleutosporen. Diese Vorgänge vollziehen sich bei den autozytischen Arten auf ein und derselben Wirtspflanze, bei den heterozytischen ist ein Wirtswechsel damit verknüpft. Jedoch nicht alle Rostpilze zeigen diese Sporenformen. Bei den einen fehlen die Aecidiosporen oder Phyknosporen, bei den anderen die Uredosporen oder die Aecidio- und Uredosporen. Hiernach unterscheidet man Eu-Formen, wenn sämtliche Sporenarten vertreten sind, Brachy-Formen, wenn die Aecidiosporen fehlen usw. Bei den heterozytischen Arten tritt eine weitere Komplizierung dadurch ein, daß bei einer Reihe von Rostpilzen entweder das Mycel der Aecidiogeneration oder das der Uredo- und Teleutogeneration überwintert oder perenniert. Die Erhaltung der Art ist in solchen Fällen auch dann gesichert, wenn die andere Wirtspflanze fehlt. In der klaren und übersichtlichen Form, in der diese vielgestalteten Lebensvorgänge vorgetragen werden,

gt der größte Vorzug des Buches und ein entbehrliches Verdienst des Verfassers.

Der dritte Abschnitt ist der Systematik gewidmet und beschreibt bei den Ustilagineen 138 Arten, von denen jedoch bekanntlich keine an Waldbäumen vorkommt. Dagegen sind von den 411 beschriebenen Arten der Uredineen 48 Arten für den Forstmann von Interesse. Migula hat hier eine Fülle Material zusammengetragen, das jedem, der sich mit Pilzkrankheiten und Artbestimmungen beschäftigt, eine wertvolle Unterstützung und Hilfe gewährt. Nicht erwähnt seien endlich die dem Werk beigegebenen Tafeln mit Zeichnungen, die eine gute Erläuterung des Textes darstellen.

Die Arbeit gereicht dem Verfasser zur Ehre und möchte sie zur weiteren Betätigung an vielen Stellen anregen!

Dr. Baader.

Bialowiez in deutscher Verwaltung. Herausgegeben von der Militärforstverwaltung Bialowiez. Zweites Heft. I. Forsthauptmann Lautenschlager: Die forstlichen Verhältnisse des Bialowieser Urwaldes; II. Prof. Dr. Escherich: Forstentomologische Streifzüge im Urwald von Bialowiez. Anhang: Oberleutnant Dr. Hubner: Dr. Ludwig Nitz. Mit einer Karte, 47 Textabbildungen und 2 Kartenskizzen. Berlin, Paul Parey. 1917. Preis: 4 Mk. u. 20 Pf. Steuerzuschlag.

In dem vorliegenden zweiten Hefte des von der Militärforstverwaltung Bialowiez herausgegebenen „Bialowiez in deutscher Verwaltung“ behandelt zunächst der Forsthauptmann D. Lautenschlager die forstlichen Verhältnisse des Bialowieser Urwaldes. Im ersten Abschnitt schildert die Beschaffung der Unterlagen für die Holzvorrats- und Wertsermittlung, die in Verbindung mit der Erforschung der allgemeinen Wald- und Transportverhältnisse eine zweckentsprechende und bewußte Bewirtschaftung des ungeheuren Waldbietes ermöglichen und die nötigen Fingerzeige für den weiteren Ausbau der Militärforstverwaltung Bialowiez geben sollte, sowie die Standortsverhältnisse. Der zweite Abschnitt handelt von den Holzarten, Beständen und der russischen Waldwirtschaft. Die bestandsbildenden Holzarten sind an Nadelhölzern: Kiefer und Fichte, an Laubhölzern: Eiche, Esche, Hainbuche, Schwarzerle, Birke, Aspe, Winterlinde, Feld- und Bergulme sowie Spitzorn. Vollständig fehlen Weißtanne, Lärche, Rot- und Weißerle und Bergahorn. An Waldsträuchern

findet sich häufig nur die Hasel auf den frischen, Wacholder auf den armen, sandigen Böden; vereinzelt treten auf: Sahl-, Grau- und Dornweide, Vogelbeere, Traubentirische, Pulverholz, Pfaffenhütchen, schwarzer Holunder, Wildapfel und Hartriegel; auf Moorboden neben verschiedenen Weiden die behaarte Birke und die Zwergbirke; völlig fehlen anscheinend Liguster, Schlehe, Berberitze, Geißblatt und roter Holunder. Sehr häufig kommt die Mistel, besonders auf Linden, Birken und Aspen vor.

Die weitaus wichtigste und verbreitetste Holzart ist die Kiefer, die in allen Altersstufen vorkommt, wenn auch die Jungbäume und Kulturen gegenüber den Althölzern fast verschwinden. Sie verzüchtet sich leicht auf natürlichem Wege, in der Regel horstweise. Durch Pflanzung begründete Kiefernplantagen finden sich nur wenige. Beschädigungen der Kiefer durch Schneeeindring oder Bruch sind selten. Die Feinde aus der Insektenwelt scheinen durch die äußerst zahl- und artenreichen Spedite und Meisen in Schach gehalten zu werden. Kiefernspinner und -Spanner scheinen mehrfach aufgetreten zu sein, wie sich aus dem Vorhandensein von Leimringen schließen läßt. Der gefährlichste Feind ist der Kiefernschwamm.

Die Fichte ist überall vertreten, mit Ausnahme auf den trockensten Böden. Sie kommt in reinen Beständen, sowie in Mischung mit der Kiefer und einzeln- und gruppenständig im Laubholzgebiet vor. Charakteristisch ist ihr Auftreten an den Sumpf- und Moorrändern, wo sie meist rein oder mit Aspen und Birken gemischt, den Übergang vom Sumpfwald zum Kiefern- oder Laubholzbestand bildet. Sie verzüchtet sich auch überall natürlich, künstliche Pflanzung konnte nur in einem Falle festgestellt werden. Beschädigungen der Fichte durch Hochwild sind trotz des früheren außerordentlich hohen Wildstandes selten. Der Hauptfeind der Fichte scheint die Kanne gewesen zu sein.

Unter den Laubhölzern sind als die wertvollsten Eiche und Esche zu nennen. Die Eiche, nur Stieleiche, kommt nur auf etwa 350 ha in größeren reinen Beständen vor, sonst ist sie überall einzelnständig oder in Gruppen und Horsten zu finden. In der Jugend ist sie den Beschädigungen durch Hoch- und Rehwild stark ausgesetzt.

Die Esche ist hauptsächlich in den Sumpf- und Moorgebieten sehr häufig, und tritt hier rein, horst- und partiellweise, meist aber in Mischung mit Erle, Aspe, Birke, Fichte, seltener mit Eiche und Hainbuche auf. Wegen des Wildes ist ihre natürliche Verjüngung sehr in Frage gestellt.

Die Hainbuche macht den höchsten Prozentsatz der Laubholzbestockung aus. Sie kommt in

reinen Beständen und als Misch- und Füllholz zwischen den Eichen, Ulmen, Linden, Ahorn und Birken vor.

Die Waldbestände des Bialowieserforstes bestehen hinsichtlich Art und Maß der Mischung aus allen nur denkbaren Kombinationen der Holzarten. Seit Jahrhunderten verjüngte sich der Wald ohne wesentliche menschliche Eingriffe von selbst; entsprechend dem vielfachen Wechsel der Bodenverhältnisse konnten Laub- und Nadelholzarten sich auf den ihnen zufallenden Standorten verteilen und einzelne Holzarten je nach der Schwere und Masse ihrer Samenerzeugung auf günstigem Boden die Oberhand gewinnen. Es war nun nicht leicht, aus den unendlich vielen wechselnden Bestandsbildern die zur Taxation notwendigen typischen Formen herauszuschälen. Es konnten natürlich nur die verbreitetsten Bestandsarten berücksichtigt werden, nämlich: 1. Reiner oder nur wenig mit Fichten oder Kiefern gemischter Laubwald; der eigentliche Urwald; 2. Mischwald aus Laub- und Nadelholz; 3. Reine oder nur mit Birken gemischte Kiefern; 4. Reine oder nur mit Birken und Aspen gemischte Fichten; 5. Reine Kiefern und Fichten, oder schwach mit Laubholz gemischt; 6. Reine Eichen.

Der dritte Abschnitt schildert die Wertsermittlung. Für die Wertsermittlung des weitaus größten Teils der Bestodung mußte der Bestandswert festgestellt werden. Für jede Bestandart wurden 5 Bonitätsklassen gebildet unter Berücksichtigung des Wuchses und der Schönheit, bezw. der etwaigen Mängel, des Mischungsverhältnisses der edleren Laubholzarten, der Verwendbarkeit des Materiales zu bestimmten Zwecken, des Alters etc.

Als zweite Arbeit enthält das vorliegende Heft eine waldbhygienische Betrachtung des Prof. Dr. R. Escherich (München): „Forstentomologische Streifzüge im Urwald von Bialowieza.“

Nach einigen einleitenden Bemerkungen weist Verfasser auf den Unterschied zwischen der Gestaltung des Bialowieser Urwaldes und unserer Kulturwälder hin. Ein Urwald im strengen Sinn des Wortes sei der Bialowieser Wald nicht. Es gebe in demselben gewiß einige wahre, sich völlig selbst überlassene Urwaldpartien, wo die gefallenen Baumriesen, von dicker Moosschicht bedeckt, übereinander liegen, und wo auf den Leichen neues Leben entsteht. Solche unberührte Partien seien aber in der Minderheit. Der größere Teil zeige deutlich die Spuren menschlicher Eingriffe, wenn auch nur geringfügiger Natur. Meist beschränkten sie sich darauf, die Dürrehölzer zu entfernen. Wesentliche Unterschiede gegenüber unseren heimischen Kulturwäldern beständen in der enormen Ausdehnung des Bialowieser Ur-

waldes (ca. 130 000 ha geschlossener Wald), in der bunten Mischung der Baumarten, in dem fast völligen Fehlen größerer Kahlschläge und Kulturflecken, in der überall unberührten Bodenbedeckung und in der morastigen und sumpfigen Beschaffenheit ausgedehnter Waldflächen. Diesen Unterschieden in der Gestaltung des Waldes entsprechend, brüde sich auch die Art des Insektenauftretens aus. Die primären Insekten träten stark zurück, die sekundären träten dagegen stark hervor. Letztere bedürften ihrer Vermehrung vor allem fränklichen Pflanzmaterials mit stöckenden Säften usw. Ihre Vermehrungsziffer stehe daher im direkten Verhältnis zu der Menge des vorhandenen geeigneten Baumaterials. Da nun im Bialowieser Wald trotz der Entfernung der Dürrehölzer von einer sauberen Wirtenschaft in unserem Sinne keine Rede sein könne, sondern überall reichliches Brutmaterial in den vom Sturm geworfenen oder von Pilzen geschwächten Bäumen dargeboten werde, seien die Vorken-, Bork- und Prachtkäfer usw. in stärkerer Vermehrung begriffen als in unseren Kulturwäldern. Den Hauptwall gegen ein übermäßiges Anschwellen stelle die bunte Mischung der Baumarten dar, zumal gerade die zum Primärwerden neigenden Vorkenstäme meistens ausgesprochen monophag sind. In zweiter Linie stehe sodann hier jenen Insekten ein weit größeres Heer von natürlichen Feinden gegenüber als in unseren Wäldern. Schon die große Anzahl der insektenvertilgenden Vögel, vor allem die Spechte, sowie die Zahl der Räuber aus der Insektenwelt, vornehmlich der Raubfliegen, falle auf. Auch die Parasiten, vor allem die Schlupfwespen, die parasitischen Rundwürmer (Nematoden), die infektentötenden Pilze etc. seien häufig. Das starke Zurücktreten der primären Schädlinge habe verschiedene Ursachen. Viele der primären Insekten seien streng monophag und außerdem sehr wählerisch in Bezug auf das Alter des Fraßobjektes. Vor allem aber sei die Zahl der natürlichen Feinde der Insekten im Urwald eine große und letzterer sei für die Entwicklung der Parasiten günstiger als der saubere Kulturwald. Denn viele Parasiten unserer Schädlinge seien auf Zwischenwirte angewiesen, die von ganz anderer Art seien als die Schädlinge, welche an anderen Pflanzen leben. Wo nun, wie vielfach in unseren Wäldern, nur eine Baumart gebuhet sei, wo alle anderen Pflanzen sauber entfernt seien, wo vielleicht auch noch die Bodenflora vernichtet sei, da fehlten oft auch die Lebensbedingungen für die nötigen Zwischenwirte. Je bunter die Flora, desto mannigfaltiger sei die Parasitenfamilie. Wie bereits früher bemerkt, sei auch die Zahl der Raubinsekten, besonders der Raubfliegen im Urwald sehr groß. Auffallend häufig komme die rote Walbameise vor.

eine Menge Forstinsekten vertilge. Auch die reichgel- und Säugetierfauna mache sich in einer ersten Vernichtung der Insekten geltend. Besonders wirke das Wildschwein auf die Niederhaltung der Insekten, welche in irgendeinem Stadium, Imago, Puppe oder Larve in der Bodenbedeckung aufhielten (Kiefernneule, Kiefernspanner, Lyda, natus, Engerlinge). Gegen den Kiefernspinner, den behaarte im Boden überwinterte Raupen des Schwarzwild nicht annehme, wirke die starke Bodenfeuchtigkeit und die hierdurch begünstigte Verrottung.

Auch für die Nonne, die ihre ganze Entwicklung nur dem Boden durchmache, komme das Schwarzwild nicht in Betracht, auch die Mischung des Waldes spiele bei ihr nicht jene starke, absolute, vermehrungsbegünstigende Rolle, wie bei den anderen Insekten, sondern die Nonne polyphag sei. Weiter komme hinzu, daß die Nonne, im Gegensatz zum Spinner und Kiefernspanner, dumpfe Waldpartien besonders liebe und in der Urwald diese daher begünstige. Auch die eigentümliche Parasitenfauna des Urwaldes mache sich gegenüber der Nonne nicht so sehr geltend, weil die Nonne überhaupt von weit weniger Arten angegriffen werde als andere Schmetterlinge. Hieraus ließe sich auch zu erklären, daß die Nonne allein im Bialowieser Walde ihre Vermehrung zuweilen bis zu katastrophalen Höhen gesteigert habe. Zu jener Zeit besaßen die Nonnen eine so oft in anderen Wäldern fehlende Stöckkraft, wie man es so oft in anderen Wäldern kennen gelernt habe, scheine sie aber hier nicht zu gelangen, denn die Nonnenstraßfläche im Bialowieser Urwalde besitze nur eine relativ geringe Ausdehnung.

Der große braune Rüsselkäfer fehle zwar nicht, spiele aber nicht jene verderbliche Rolle als Kulturschädling wie in unseren Wäldern. Die Gründe hierfür seien darin zu suchen, daß die Brutstätten (Stöcke) vereinzelt und sehr verteilt vorkämen, daß nicht nur neben den Brutstätten gleich die jungen Käfer an den Stämmen standen, der Käfer daher in der Regel

auf älteren Pflanzen und in den Kronen alter Bäume seine Nahrung suchen müsse, wo sein Fraß nur geringen Schaden verursache. Außerdem stellten dem Rüsselkäfer auf seinen Wanderungen auf Bäumen alle möglichen Feinde, vor allem Vögel und räuberische Insekten nach.

In einem Schlußwort wird darauf hingewiesen, daß der Urwald von Bialowies im allgemeinen weit weniger unter Insektenschäden zu leiden habe, als unsere modernen Kulturmälder. Den Hauptwall gegen ungesunde Insektenvermehrungen stellten die Mischung der Holzarten, die Raschwüchsigkeit und strobende Gesundheit der Bäume infolge standesgemäßen Vorkommens und nährstoffreichen Bodens und die natürliche Verjüngung dar; dazu komme die ausgiebige Selbstreinigung des Urwaldes von seinen Schädlingen durch die erhöhte Zahl der natürlichen Feinde aller Art. In unseren modernen Wäldern würden gerade diese so wichtigen Eigenschaften vielfach mehr oder weniger ausgeschaltet. Daraus solle aber nicht etwa gefolgert werden, daß man blindlings zum Naturzustand zurückkehren solle, ebenso wenig wie ein vernünftiger Mediziner aus der Erkenntnis, daß viele Krankheiten ihre Wurzeln in Einrichtungen der Kultur haben, den Schluß ziehen werde, daß wir die Kultur völlig preisgeben und wieder zu Naturmenschen werden sollten. Aber wir sollten jener Gegenüberstellung soviel entnehmen, daß, je weiter die Kultur von der Natur sich entferne, desto größer die Schäden jener würden, und daß wir deshalb im Hinblick auf eine gesunde Waldhygiene bedacht sein müßten, die Kulturmaßnahmen mit den natürlichen Lebensbedingungen des Waldes möglichst in Einklang zu bringen.

Ein Anhang ist dem an den Folgen einer schweren Ruhrerkrankung im Kriegslazarett Bialowies gestorbenen verdienstvollen Hilfsarbeiter der wissenschaftlichen Abteilung der Militär-Forstverwaltung Bialowies Dr. Ludwig Riß gewidmet.

E.

Briefe.

Aus Preußen.

Der Haushalt der Domänen-, Forst- und landwirtschaftlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1918.

I. Der Haushalt der Forst-Verwaltung.

Der Abschluß lautet:

Ordentliche Einnahmen und dauernde Ausgaben.

		gegen den vorigen Haushalt
Die ordentlichen Einnahmen betragen	192 861 000 M	mehr 38 050 000 M
Die dauernden Ausgaben	73 731 000 M	mehr 8 742 000 M
Mithin Überschuß:	119 130 000 M	mehr 29 308 000 M

Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Die außerordentlichen Einnahmen betragen	2 000 000 M	ebensoviel
Die einmaligen u. außerordentlichen Ausgaben betragen	3 100 000 M	mehr 170 000 M
Mithin Zuschuß im außerordl. Haushalt	1 100 000 M	mehr 170 000 M
bleibt Überschuß	118 030 000 M	mehr 29 138 000 M

A. Einnahmen.

Ordentliche Einnahmen.

		gegen den vorigen Haushalt
Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1918:	175 000 000 M	mehr 31 400 000 M
Nebennutzungen	13 000 000 M	mehr 5 291 000 M
Jagd	1 000 000 M	mehr 200 000 M
Forstgräbereien	124 000 M	ebensoviel.
Rückzahlungen auf die an Forstbeamte (Oberförster, Revierförster, Förster, Meister u. Wärter) zur wirtschaftl. Einrichtung bei Übernahme oder anderweiter Ausstattung einer Stelle gewährten Vorschüsse	1 000 000 M	mehr 650 000 M
Forstliche Lehranstalten	111 000 M	ebensoviel.
Verschiedene andere Einnahmen	2 626 000 M	mehr 509 000

Außerordentliche Einnahmen.

Erlöse aus dem Verlaufe von Forstgrundstücken	2 000 000 M	ebensoviel.
---	-------------	-------------

Der sehr erhebliche Mehrertrag für Holz beruht auf den steigenden Holzpreisen, der für Nebennutzungen aus den Erträgen der Harznutzung, den Einnahmen für Streu- und Futtermittel und den höheren Pachterträgen von Grundstücken, der Mehrertrag aus der Jagd ist eine Folge des Steigens der Wildpreise.

Der Naturalertrag an Holz ist für 1918 veranschlagt auf:

a) kontrollfähiges Material = 9 280 231 fm	} = 11 352 883 fm
b) nichtkontrollf. Material = 2 072 652 fm	

Der Flächeninhalt der Staatsforsten beträgt:

a) zur Holzzucht bestimmter Boden	= 2729 279 ha	} = 3 052 073 ha
b) zur Holzzucht nicht bestimmter Boden	= 322 794 ha	
gegen 3 051 707 ha im Jahre 1917.		

B. Ausgaben.

Dauernde Ausgaben.

1. Kosten der Verwaltung und des Betriebes.

		gegen den vorigen Haushalt
Befolgungen	17 589 480 M	mehr 398 170 M
Wohnungsgeldzuschüsse	174 000 M	ebensoviel.
AnderepersönlicheAusg.	2 989 448 M	mehr 259 000 M
Stellenzulagen, Dienstaufwands- u. Mietsentschädigungen, Dienstkleidungszuschüsse	4 450 400 M	mehr 55 520 M
Werben und Verbringen von Holz und anderen Forstzeugnissen	25 700 000 M	mehr 7 800 000 M
Unterhaltung u. Neubau der Gebäude	3 250 000 M	ebensoviel
Unterhaltung der öffentlichen Wege	3 600 000 M	ebensoviel.
Beihilfen zu Wege- und Brückenbauten, zur Anlage von Eisenbahngüterstellen (außerhalb der Forsten) die von wesentlichem Nutzen für die Forstverwaltung sind	250 000 M	ebensoviel.
Wasserbauten i. d. Forsten	50 000 M	ebensoviel.
Forstkulturen, Bau und Unterhaltung d. Wirtschaftswege und Eisenbahngüterhaltestellen, die für die Forstverwaltung angelegt werden müssen, Verbesserung der Forstgrundstücke, Forstvermessungen und Betriebsregulierungen	6 000 000 M	ebensoviel.
Jagdverwaltungs-kosten u. Wildschadenersatzgelder	121 000 M	ebensoviel
Forstgräbereien	31 000 M	ebensoviel
Reisefkosten	110 000 M	ebensoviel
Umzugskosten	172 000 M	ebensoviel
Vertilgung schädli. Tiere	400 000 M	mehr 100 000 M

Verkaufs- u. Verpäch-
tungskosten, Vorflut-
kosten, Kosten in Rechts-
sachen, Druckkosten u.
andere vermischte Aus-
gaben, darunter nicht
gelöste Postporto- u.
Gebührenbeträge mit
Einschluß von Telegr.-
Gebühren 1 110 672 M mehr 310 M

Forstwissenschaftliche und Lehr- zwecke.

gegen den vorigen
Haushalt
Abbildungen 139 370 M mehr 850 M
Druckkosten 11 420 M ebensoviel.
andere persönl. Ausgaben . . . 59 400 M ebensoviel.
andere ständige Ausgaben . . . 187 810 M mehr 150 M

3. Allgemeine Ausgaben.

Land- u. Gemeindefall-
kosten der örtlichen
Gemeinde- und Polizei-
verwaltung in staatlich.
Land- u. Amtsbezirken . . . 4 700 000 M mehr 600 000 M
Pensionsrenten u. zeit-
weise Vergütungen an
Stellen von Naturalab-
gaben 1 320 000 M mehr 78 000 M

Unglückliche Kosten d. Un-
fallversicherung u. Un-
fallfürsorge sowie Aus-
gaben für die Unfallver-
sicherung bei den Forst-
beamten und Beiträge
zum Ruhegehaltsver-
bande für Gemeinde-
forstschutzbeamte des
Regierungsbezirks Wies-
baden 427 000 M ebensoviel.
Unterstützungen für aus-
geschiedene Beamte so-
wie Ruhegehälter und
Unterstützungen f. Wit-
wen u. Waisen von Be-
amten 200 000 M ebensoviel

Kosten der der Forstver-
waltung auf Grund
rechtlicher Verpflichtung
obliegend. Armenpflege
mit Einschluß von rund
10 000 M, die im Durch-
schnitt alljährlich als Bei-
träge der Forstverwal-
tung zur Clausthaler
Forstarbeiterunterstüt-
zungsanstalt im Reg.-Bez.
Hildesheim gez. werden
Unterstützungen aus sonst.
Veranlassung, darunter
einmalig. Unterstützung
für Personen ohne Be-
amten-eigenschaft, die
im Dienste der Forstver-
waltung beschäftigt werden
oder beschäftigt gewesen

128 000 M ebensoviel.

sind, u. für ihre Hinter-
bliebenen 60 000 M ebensoviel.
Ankauf von Grundstücken
zu den Forsten 500 000 M weniger 550 000 M.

Einmalige und außerordentliche Ausgaben.

Ablösung von Forstberech-
tigungen, Grundlasten
und Schuldrenten 100 000 M ebensoviel.

Ankauf u. erste Einricht.
von Grundstücken zu den
Forsten, Vorbereitung
u. Ausführung des Ver-
kaufes von Forstgrund-
stücken, deren Veräuße-
rung beabsichtigt ist, z.
B. Herstellung der nö-
tigen Straßen, Beleuch-
tungs-, Entwässerungs-
u. s. w. Anlagen, sowie
deren Unterhaltung und
Benutzung 1 200 000 M ebensoviel.

Hier kann derjenige Teil
der Zinsnahme aus
dem Erlöse des Verkaufs
von Domänen- u. Forst-
grundstücken verwendet
werden, der die Summe
von 1 600 000 M zuzüg-
lich der Hälfte des Er-
löses aus dem Waldver-
kauf an den Verband
Groß-Berlin übersteigt
und nicht zur Erwer-
bung u. ersten Einrich-
tung von Domänen u.
Domänengrundstücken
verwendet wird.
Versuchsweise Beschaffung
v. Insektenf. Arbeiter . . . 300 000 M ebensoviel.
Außerordentlich. Zuschuß
zum Wegebaufonds 1 300 000 M ebensoviel.
Herstellung v. Fernsprech-
anlagen 200 000 M mehr 170 000 M

Der Fonds für Zuschüsse an Forst-
beamte zur wirtschaftlichen Ein-
richtung bei Übernahme einer Stelle ist um
650 000 M gegen das Vorjahr unter der Begrün-
dung erhöht worden, daß nach Beendigung des
Krieges außerordentlich viele Oberförster und Förster
verfezt oder ihr erstes Revier erhalten werden und
daß dem größten Teile derselben bei den bedeutend
gestiegenen Preisen für Pferde, Wagen u. s. w. Vor-
schüsse von wesentlich höheren Beträgen, als bisher
erforderlich war, gewährt werden müssen.

Die Zahl der Forstbeamten beträgt:
33 Oberforstmeister, 86 Regierungs- und Forsträte,
882 Oberförster, darunter 66 ohne Revier, 2 ver-
waltende Revierförster in den Klosterforsten der
Provinz Hannover, 111 vollbeschäftigte Forstassen-
rendanten, 5400 Revierförster und Förster, davon

1435 Förster als Forstschreiber und Förster ohne Revier, 8 Dorf-, Wege-, Flöß- usw. Meister, 3 Ab-lage- und Wiesenwärter.

Wegen der gestiegenen Löhne und weil die Gar-nurung auf etwa 20 000 ha erfolgen soll, sind die Beträge für Werben und Verbringen von Holz und anderen Forsterzeug-nissen gegen 1917 um 7 800 000 M erhöht worden.

II. Der Haushalt der Domänen-Verwaltung.

Der Abschluß lautet:

Ordentliche Einnahmen und dauernde Ausgaben.

		gegen den vorigen Haushalt
Die ordentlichen Einnahmen betragen	33 439 500 M mehr	2 116 050 M
Die dauernden Ausgaben betragen	10 656 840 M mehr	296 190 M
Mithin Überschuß	22 782 660 M mehr	1 819 860 M

Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

		gegen den vorigen Haushalt
Die außerordentlichen Einnahmen betragen	3 000 000 M	ebensoviel.
Die einmaligen u. außerordentl. Ausgaben betragen	3 175 000 M wenig.	1 015 500 M
mithin Zuschuß im außerordentl. Haushalt	175 000 M wenig.	1 015 500 M

Bleibt Überschuß: 22 607 660 M mehr 2 835 360 M

III. Der Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung einschließlich der Hauptverwaltung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Der Abschluß lautet:

		gegen den vorigen Haushalt
Dauernde Ausgaben	47 354 484 M mehr	4 913 411 M
Ordentliche Einnahmen	16 261 017 M mehr	5 154 050 M
Zuschuß im Ordinarium	31 093 467 M wenig.	240 639 M
Dazu: einmalige u. außerordentliche Ausgaben	4 934 300 M wenig.	705 440 M
Gesamtzuschuß	36 027 767 M wenig.	946 079 M

Die Einnahme rührt her von den Einnahmen bei den Generalkommissionen, landwirtschaftlichen Lehranstalten, tierärztlichen Hochschulen, der Veterinärverwaltung, der Schlachtvieh- und Fleischbeschau, der Deichverwaltung u.

Die Ausgabe setzt sich in folgender Weise zusammen:

		gegen den vorigen Haushalt
Ministerium	2 043 990 M mehr	53 140 M
Oberlandeskulturgericht	169 920 M mehr	250 M
Generalkommissionen	13 479 446 M mehr	121 301 M

Banktechnische Revisoren	31 700 M wenig.	100 M
Landwirtschaftliche Lehranstalten u.	5 073 741 M mehr	13 331 M
Tierärztliche Hochschulen u. Veterinärwesen	6 454 625 M mehr	11 550 M
Förderung der Viehzucht	13 915 000 M mehr	5 100 000 M
Förderung der Fischerei	592 527 M mehr	2 840 M
Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- u. Dünenwesen	3 788 466 M wenig.	387 000 M
Allgemeine Ausgaben	1 805 069 M	ebensoviel.

Zur Ausführung des Gesetzes, betr. Schutzverbunden und Waldgenossenschaften, sowie zur Förderung der Wald- und Wiesenkultur überhaupt, ist wieder ein Betrag von 195 000 M vorgeesehen, ferner zur Ausführung des Gesetzes, betr. Schutzregeln im Quellgebiete der linksseitigen Zuflüsse der Oder in der Provinz Schlesien 15 000 M und endlich für die Beobachtung der in den Flüssen vorkommenden Wasserstände und Messungen der hierbei zum Abfluß gelangenden Wassermengen sowie Feststellung des tatsächlichen Verbrauchs der Hochwasservellen in den preussischen Stromgebieten 55 219 M.

Einmalige außerordentliche Ausgaben.

Hier sind im Ganzen vorgeesehen 4 934 300 M (705 440 M weniger wie 1917). Hierunter sind besonders zu erwähnen:

Für Errichtung von ländlichen Stellen mittleren und kleineren Umfangs auf staatlichen Grundstücken	200 000 M
Für Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen	1 015 000 M
Für Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen	1 252 000 M
Für Durchführung des öffentl. Wetterdienstes	210 000 M
Für Förderung der Kultivierung der Niederungsmoore durch Folgeeinrichtungen	100 000 M

Am 16. Januar d. J. wurde dieser Haushaltsplan dem Abgeordnetenhaus vorgelegt und dessen Beratung mit einer Rede des Finanzministers Hergt eingeleitet. In dieser betonte derselbe unsere glänzende militärische und finanzielle Lage. Der Friede sei im Annarsch und werde im Marz bleiben, und je länger sich die Westmächte noch dagegen sträubten, um so günstiger müßten die Friedensbedingungen sich für uns gestalten. Unser aller Herzenswunsch sei, daß der Frieden bald kommen möge. Sollte aber der Krieg noch länger dauern, dann seien wir auch darauf gerüstet und es werde unseren Feinden nicht gelingen, uns unheilvolle Wunden zu schlagen, sondern Preußen werde bleiben, was es in jahrhunderte langer Arbeit geworden: eine Stätte des regsten Wirtschaftslebens, und mit Zuhilfenahme der alten preussischen, soliden Finanzgebarung würden wir über alle Schwierigkeiten

uns etwa in Zukunft erwachsen sollten, hinübernehmen. An der Überwindung dieser Schwierigkeiten hat die Forstverwaltung verdienstvollen Anteil. Sie wird auch fernerhin ihre Schuldigkeit tun!

Aus Preußen.

Über Holztagen und Holzpreise.

Von Rgl. Oberförster H. Müller-Utzballen.

Die Not der Zeit scheint an den festbegründetsten Grundlagen der Volkswirtschaftslehre zu rütteln. Die Ausbildung aus Angebot und Nachfrage findet in ungelöster Form fast für kein Erzeugnis menschlicher Wirtschaft mehr statt. Höchst- und Nichtpreise, Preisplagnahme u. s. f. spielen eine erhebliche Rolle, das Endergebnis ist jedenfalls überall eine unerwartete Preissteigerung aller Dinge und großes Mangel; um so größer, je notwendiger die Masse des Volkes den kostbar gewordenen Gegenstand braucht. Diese Zeit wird unbedingt dem Volkswirt in jedem Fach eine Menge interessanter Fragen vorlegen, die auch am Forstwirt kann sie nicht vorübergehen, die ihn auf allerlei Gedanken über die ökonomischen Grundlagen seines Wirkungsgebietes zu bringen. So wird denn auch vielerlei geschrieben, erwogen und verfügt, warum auch die Holzpreise im Walde so hoch geworden, ob dies recht und gut und zulässig ist, und wie dies etwa zu ändern sei. Nur einmal aber ist in W. im Holzmarkt eine Frage gestreift, der ich im Nachfolgenden etwas näher zu gehen möchte.¹⁾ Ich weiß dabei sehr wohl, daß dazu natürlich gründliche volkswirtschaftliche Kenntnisse gehören, die ich mir nicht anmaßen kann, und ich beschränke die Zeilen etwa als „volkswirtschaftliche Laienurtheile eines praktischen Forstmannes“ zu bezeichnen. Außerdem will ich gleich vorausschicken, daß sich die später zu gebenden Zahlen und damit der große Teil der gezogenen Folgerungen auf ein paar Bezüge beziehen, welches bis 1866 etwa mangels einer Bahnverbindung tatsächlich als „isoliert“ angesehen konnte; aber auch heute noch mit seinen Ergebnissen am eigentlichen Handel nur ganz nebenbei teilnimmt.

Wie aus allen Verkaufsergebnissen hervorgeht, sind ganz allgemein die Preise für Holz in den Kriegsjahren um das Doppelte und mehr der Forsttagen zugenommen, und zwar für Nutzholz sowohl wie für Brennholz. Je nach der Örtlichkeit mehr oder weniger, oder mehr für die eine Art, weniger für die andere. Höchstpreise werden zunächst nirgends festgestellt. Die Steigerung ist also das Ergebnis des gesteigerten Bedarfes einerseits und des vermuthlich durch den Arbeitermangel und Abfuhrschwierigkeit) herbeigeführten Angebots andererseits. Die fort-

schreitende Preissteigerung wird als unerträglich empfunden und die Heeresverwaltung als Hauptverbraucherin des Nutzholzes setzt schließlich „Nichtpreise“ für die von ihr gebrauchten Erzeugnisse fest. Damit ist der Waldpreis für die weitaus größte Menge des Nutzholzes, wenn ich so sagen darf, von rückwärts her in einem Rahmen festgelegt, der nur noch beschränkte Schwankungen erlaubt, die nach unten zunächst durch die Forsttage begrenzt, nach oben hin aber durch die etwa verschieden hohen Verdienstanprüche von Händler und Schneidemühle bedingt werden.

Beim Brennholz sind amtliche Einwirkungen in dieser allgemeinen Form wenigstens in Preußen bisher nicht erfolgt.

Dem amtlichen Nichtpreis liegt doch wohl der Gedanke zu Grunde, dem Erzeuger und Arbeiter einer Ware den Ersatz seiner Aufwendungen nebst einem angemessenen Gewinn zuzuwenden und gleichzeitig den Verbraucher vor unangemessenen Forderungen zu schützen.

Die Feststellung des Nichtpreises wird demgemäß für mancherlei Dinge, z. B. ein Paar Stiefel, jederzeit unschwer zu bewirken sein, schwieriger schon für Erzeugnisse der Landwirtschaft und ganz besonders schwierig für Forstprodukte. Wer sich jemals in landwirtschaftlicher Buchführung versucht hat, weiß, wie schwer es ist, den Gestehtungspreis eines Erzeugnisses einwandfrei festzustellen. Wie viel schwieriger noch ist dies für das Holz unserer Wälder, wo sich, abgesehen von allem anderen, in der Regel nicht einmal die Begründungskosten des zu erntenden Bestandes mit Sicherheit ermitteln lassen.²⁾ Man kann wohl ruhig behaupten, daß die Forstwirtschaft heute eine ganz einzigartige Stellung in dieser Hinsicht einnimmt und bezüglich des Überblickes über Aufwand und Erfolg, d. h. der kaufmännischen Bilanz, in einer Unbekümmertheit dahinlebt, die dem Kaufmann im gegebenen Falle die Anklage wegen betrügerischen Bankrotts eintragen würde. Daran ändern die schönsten Tabellen und Jahresabschlüsse nichts.

Der Mindestpreis irgendeines Erzeugnisses bestimmt sich auf die Dauer sicher durch die Herstellungskosten und einen gewissen Verdienstanteil des Erzeugers. Wird diese Summe nicht mehr erreicht, hört die Erzeugung auf. Wären die Gestehtungskosten eines Raummeters Brennholz im Staatsforstbetriebe so einfach zu ermitteln wie die jenes Stiefelpaares, so würde die heutige Preissteigerung im Einklang stehen müssen mit den erhöhten Werbungskosten, den Steuerungs- und Kriegszulagen der Beamten und den gesteigerten Geschäftskosten aller beteiligten Instanzen von der Sten-

¹⁾ Geschrieben im Winter 1916/17.

²⁾ Cf. die Notiz B. in diesem Hefte.

pelschmiere des Hammermeisters bis zur Schreibmaschinenfarbe in den Büros des Herrn Ministers, wenn ich der Einfachheit halber von der Wertsteigerung der produzierenden Kapitalien absehe. Die Ermittlung des gerechtfertigten Aufschlages wäre mithin auch nicht ganz leicht, aber immerhin doch denkbar. Voraussetzung aber wäre immerhin, daß die letzte Friedens *t a z e* einen Waldpreis darstellt, der sich aus Gesehungskosten und angemessenem Unternehmergewinn herleitet.

Im Heft 24 der „Beiträge zur Kriegswirtschaft“¹⁾ lese ich eine Begriffsbestimmung des Richtpreises: „Das Wort Richtpreis“, sagt Prof. Hirsch, „wurde bereits im Frieden, und zwar in der Syndikatspraxis verwendet. Insbesondere bedeutet beim Rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat „Richtpreis“ diejenige Preishöhe, welche das Syndikat im „unbestrittenen Gebiete“ mindestens zu erzielen gedachte.“ Da drängt sich mir die Überzeugung auf: Auch unsere Friedensforsttagen sind Richtpreise des Syndikates Staatsforstverwaltung. Das Gebiet ist unbestritten, denn die Privatforstwirtschaft spielt dem großen Syndikat gegenüber keine Rolle, ihre Preisbildung ist im Großen und Ganzen von den im Staatswalde erzielten Preisen abhängig. Wir haben also zurzeit, nebenbei bemerkt, als Merkwürdigkeit für unser Nutholz einen Erzeugerrichtpreis in den Tagen, der das allgemeine Vertrauen so sehr verloren hat, daß er der Forstverwaltung nur noch als Rechenexperimentierunterlage dient, und einen *B e r b r a u c h e r r i c h t p r e i s* der Heeresverwaltung. Es wäre interessant, zu erfahren, aus welchen Erwägungen heraus dieser letztere zustande gekommen ist, insonderheit welchen Einfluß die Forsttagen dabei gehabt haben. Jedenfalls sehen wir nun die eigenartige Erscheinung, daß unter der Überschrift „Welcher Preis kann im Walde angelegt werden“ oder so ähnlich, die Bestrebungen am Werke sind, rückwärts einen neuen Erzeugerrichtpreis zu konstruieren.

Nach einem sechsjährigen Durchschnitt setzt die preußische Staatsforstverwaltung für bestimmte Gebiete, in der Regel Regierungsbezirke, die Holztagen fest. Innerhalb dieses Gebietes findet zumeist eine wesentliche Abflurung nicht statt. Grundlage sind die erzielten Durchschnittspreise der abgelassenen sechsjährigen Periode. Die neue Holztagetage kennzeichnet daher, besonders für das Nutholz, die allgemeine Handels- und Wirtschaftslage eines *a b g e l a u f e n e n* Zeitabschnittes und überläßt es bis zu einem gewissen Grade dem lokalen Wirtschaftsbeamten, einer günstigeren Lage gegenüber nach

Möglichkeit mehr zu fordern und zu vereinnahmen. Während der Verkauf unter der Tage bei *flotten* Geschäftsgänge schon wesentlich erschwert ist. Das ist das Angebot des Einzelrevieres im Großen und Ganzen ja von Jahr zu Jahr gleichbleibend, d. h. der Abnutzungssatz wird für 10 oder 20 Jahre im Voraus bestimmt. Eine kaufmännisch überaus primitive Lage. Es könnte nicht ausbleiben, daß sich hieraus, ganz theoretisch, außerordentliche Abweichungen der Preise von der Tage und sehr starke Schwankungen der Jahresdurchschnittspreise oder unter Umständen große Vorratsreste ergeben würden, wenn nicht, ich möchte sagen automatisch, eine Gegenwirkung eintrete. Trifft es sich, daß nach sechs jährigen Hochstand von Handel und Wandel mit dem neuen erhöhten Tage schlechtere Zeiten eintreten, so hat es der Revierverwalter bis zu einem gewissen Grade in der Hand, durch Auswahl der Jahresschläge und veränderte Aushaltung das Nutholzangebot zu verringern. Er bildet sich sein Urteil über die Abnahmefähigkeit seines Marktes von Jahr zu Jahr und weiß außerdem, daß er eine erhöhte Menge Brennholz zur Tage oder unwesentlich unter dieser *wenigsten* vorübergehend immer noch absetzen kann. Das helfen ihm diejenigen, die auch im Frieden damit hantieren, d. h. die „Konjunktur“ ausnutzen, und dann wird verhältnismäßig billiges Brennholz in größerer Menge plötzlich auf weitere Entfernungen absetzbar (Händler). Der Wahrheit die Ehre geben, ist es häufig nicht sowohl der kaufmännische Geist des Revierverwalters, der hier in Tätigkeit tritt, als die Angst vor den Mühseligkeiten des Verkaufs unter der Tage oder gar des Verbleibes von „Resten“.

Wo der Großhandel nicht aus dem Reviere zieht und es sich im Wesentlichen um Lokalbedarf handelt, hat der Revierverwalter auch die Gestaltung des Durchschnittspreises bis zu einem gewissen Grade in der Hand. Bietet er beispielsweise zur nächsten Forsttagetage aus, so erzielt er ganz gewiß weniger, als wenn er gleich mit dem vorjährigen oder einem persönlich erbachten Durchschnittspreis beginnt. Dies wie viele andere Punkte gehören zur Psychologie des Holzverkaufes, über die sich ein besonderes Buch schreiben ließe.

Jedenfalls empfinden es gerade die älteren Revierverwalter als persönliche Niederlage, wenn etwa im Großen und Ganzen nicht zum Mindesten der Tagwert ihrer Hölzer erreicht wurde. So wird es fast ganz allgemein eintreten, daß die Jahresdurchschnittspreise über der gültigen Forsttagetage liegen, und da diese das Ergebnis ehemaliger Durchschnittspreise ist, muß notwendig bei nächster Feststellung eine abermalige Erhöhung eintreten. Es geht daraus hervor, daß sich die Holztagen ständig aufwärts bewegen werden, und daß der Grad da

¹⁾ Herausgegeben von der volkswirtschaftl. Abteilung des Kriegs- und Ernährungsamtes. Heft 27. „Die Preisgebilde der Kriegswirtschaft“ von Prof. Dr. Hirsch.

gerung durchaus nicht allein von der allgemeinen Wertschätzung der Erzeugnisse beeinflusst, sondern ganz wesentlich mit von kaum benennbaren, sehr mannigfachen Nebenumständen, ganz örtlicher Natur sein können. Auch die Art Abrundung der Durchschnittspreise zu Tagen der Inspektion fällt sehr ins Gewicht. Ich weiß nicht, ob jemals der Versuch gemacht wurde, unsere Holztagen-Nichtpreise tiefer zu betonen. Ich fürchte nein, und daß man vielmehr jenem Durchschnittspreis-Verfahren — amtlicher nichtamtlich — seit Olms Zeiten auf irgend eine Urtafel weiter aufbaut. Ehrlicherweise will ich hier gleich hinzusetzen, daß ich einen Ausweg nicht weiß. Nur scheint mir die heutige Bildung der Täge so ziemlich jeder Begründung zu entbehren. Es wäre denkbar, an ihre Stelle einen Betrag zu setzen, sofern man sich auf den Standpunkt stellt, daß der Staatswald als gemeinsames Eigentum aller Staatsbürger ohne Rücksicht auf Gewinn oder Schaden dem Bürger das notwendige Holz zu liefern habe, lediglich ein bestimmter Betrag zur Deckung der Kosten zu entrichten sei. Wir wären dann wieder bei der „Stamm- und Anweiselgeld unserer Untertanen“ angelangt, welches ja zunächst als einziges Entgelt

für die Holzabgabe bestand und nach Einführung der Täge noch eine Zeitlang neben diesen bestehen blieb.

An dieser Stelle möchte ich einem Gedanken Ausdruck geben, der mir schon öfter kam angesichts des Streites um die Rentabilität der Starkholzerziehung. Der Einwand, daß diese ohne Rücksicht auf ihre Wirtschaftlichkeit im nationalen Interesse erforderlich ist, findet zurzeit seine Bestätigung. Vielleicht ist sie sogar unter Zugrundelegung der heutigen Preise auch rentabel und wir ziehen zum ersten Male mit Recht die Zinsen für die lange Aufbewahrung der Ware für den Gebrauchsfall. Läge es nun nicht in der Hand der Staatsregierung, die Starkholzerziehung auch ökonomisch einwandfrei hinzustellen durch entsprechende Preisfestsetzung für die hochwertigen Endprodukte und entsprechende Zollpolitik? Die Aufstellung solcher Täge nach Durchmesserstufen und Längen (nicht Inhalt) aber müßte eine sorgfältige wissenschaftliche Arbeit sein, nicht das Ergebnis von Zufallserlösen.

Anschließend möchte ich nur einige Zahlen wiedergeben, die mir gerade zur Verfügung stehen, um auf das Eigentümliche der Entwicklung der Brennholztage hinzuweisen. Weitere naheliegende Folgerungen versage ich mir.

Tabelle I.

J a h r	Im gegebenen Revier kamen auf 1 fm d. Gesamteinschlages an rein örtlichen persönlichen und sachl. Unkosten:		Preis des nackten Grund und Bodens je 1 ha für Betriebe über 500 ha. (Nach Hansen und Vereboc.)		Durchschnittstage-lohn des freien Arbeiters in Ostpreußen.		Tage für 1 fm Kiefernklößenholz.	
	Mark	Verhältniszahl	Mark	Verhältniszahl	Mark	Verhältniszahl	Mark	Verhältniszahl
1861	—	—	250	100	—	—	—	—
1862	1.87	100	—	—	—	—	—	—
1863	—	—	—	—	1.08	100	4.00	100
1872	2.40	130	—	—	0.80	74	—	—
1880	—	—	—	—	—	—	3.86	86
1882	3.40	180	—	—	—	—	—	—
1889	—	—	470	188	—	—	—	—
1890	—	—	—	—	—	—	3.86	86
1892	3.60	190	—	—	1.30	120	—	—
1900	—	—	—	—	—	—	4.00	100
1901	—	—	465	186	—	—	—	—
1902	2.90	156	—	—	—	—	—	—
1905	4.90	260	—	—	1.60	150	—	—
1910	—	—	—	—	—	—	4.30	108
1912	—	—	610	244	—	—	—	—

Jedenfalls geht daraus hervor, wie wenig von den gesteigerten Unkosten bisher gerade auf das Brennholz abgewälzt ist.

Es fallen zurzeit harte Worte, wie Bucher u. dergl.; auch gegen die staatlichen Forstverwaltungen. Bei der scheinbaren Unmöglichkeit, den angemessenen Preis herzuleiten, wird man den Beweis für den Vorwurf wohl schuldig bleiben müssen. Es kann aber nicht uninteressant sein, zu untersuchen, ob die Preisbewegung des Holzes im Vergleich mit anderen Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens den Verdacht der Übertreibung zu rechtfertigen scheint.

Um dies festzustellen, bedarf es natürlich eines sehr umfangreichen Vergleichsmaterials, welches ich mir in den heute ja besonders spärlichen Mußestunden nicht verschaffen konnte. Ich muß mich also auf die Verwendung der wenigen Zahlen beschränken, die mir mehr oder weniger der Zufall an die Hand gab und die mich eigentlich zu diesen Zeilen veranlaßten. Für die tiefere Bearbeitung findet sich in der Folge vielleicht jemand, dem die Unterlagen reichlicher zu Gebote stehen.

Naturgemäß läßt sich meine Betrachtung leicht durchführen, wenn ich mich auf das Brennholz beschränke, da für die Preisgestaltung des Kuchens ja eine Menge schwerfaßbarer Umstände mitsprechen wie Entwicklung der Industrie, Einfuhr und Ausfuhr u. s. w.

Als Vergleichszahlen standen die Durchschnittspreise einiger Lebensmittel im nächstgelegenen Markte zur Verfügung. Wenig anwendbar scheinen dabei die Roggenpreise, da ihre Schwankungen im wesentlichen von dem Ausfall der Ernte und der wechselnden Zollpolitik abhängig sind. Ich lasse die Zusammenstellung der Zahlen folgen.

1) Ganz zufällig entdeckte ich nachträglich in einer Handlung, betitelt: „Das Steigen der Holzpreise seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts, dessen Ursachen und Folgen und die Mittel dagegen“, Suppl. d. A. F. u. J. 34, 1860, II, eine Zusammenstellung der Korn- und Brennholzpreise in München z. B. von 1766 bis 1850. Der Statistiker auf diese Quelle hingewiesen.

Tabelle II.

Bewegung der Forsttagen für einige Brennholzsortimente und der örtlichen Durchschnittspreise einiger Lebensmittel seit 1860.

Birkenkloben			Kiefernklößen			Roggen			Butter			Rindfleisch		
Zeit	Tag für 1 fm mk.	Ver- hält- nis- zahl	Zeit	Tag für 1 fm mk.	Ver- hält- nis- zahl	Zeit	Durch- schnitts- markts- preis für 1 Scheffel mk.	Ver- hält- nis- zahl	Zeit	Durch- schnitts- markts- preis für 1 Pfd. mk.	Ver- hält- nis- zahl	Zeit	Durch- schnitts- markts- preis für 1 Pfd. mk.	Ver- hält- nis- zahl
1863	5 00	=100	1863	4 00	=100	1860	4 80	=100	1861—70	0.95	=100	1861—70	0.48	=100
1880	4.30	86	1880	4.00	100	1879—83	6.20	130	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	84—88	4.85	100	—	—	—	—	—	—
1890	4.30	86	1890	3 86	98	89—93	6.25	130	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	94—98	4.70	100	93—97	1.09	115	93—97	0.56	120
1900	5 00	100	1900	4.00	100	99—03	5 30	110	98—02	1.11	117	98—02	0.65	151
—	—	—	—	—	—	04—08	6 25	130	03—07	1.24	130	03—07	0.72	167
1910	5.70	114	1910	4.30	108	09—13	6.53	136	08—12	1.29	136	08—12	0.77	180

Die letzte amtliche Brennholz t a g e , also keineswegs Höchstpreis, sondern eher Mindestpreis, stammt für den fraglichen Bezirk aus dem Jahre 1914 vor Kriegsbeginn. Ihr Betrag zeigt als Verhältniszahl zur Tage von 1863 eine eigentümliche Übereinstimmung mit den entsprechenden Zahlen der Vergleichswaren. Wenn bei diesen die Steigerung etwa von 1860—1900 zunächst energischer und gleich-

mäßiger erfolgt ist, so mag diese Erscheinung in dem hier während dieser Zeit erst ausgedehnter stattfindenden Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes ihre Erklärung finden.

Es verschärfte sich für das Brennholz die Konkurrenz der Steinkohle, und erst allmählich entwickelte sich die Holzverbrauchende Industrie der Umgebung und paßte sich das Revier durch erhöhte Kuchens-

altung und Minderung des Brennholzangebotes veränderten Lage an. (Nutzholzprozent 1862 = 902 = 80).

Die Preisentwicklung der zum Vergleich geeigneten Lebensmittel bis zum Beginn des Krieges fraglos ein logisches Ergebnis aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen Umstände dar. Für die Entwicklung der Holztagen ist dies nach dem oben Gesagten nicht zu behaupten, ebensowenig vermuten wir die Festsetzung der Höchstpreise. Da diese nur einmal amtlich aufgestellt sind, dürfen wir wohl bei Beurteilung der herrschenden Holzpreise abziehen, um die Frage zu beantworten, ob der Sachlage nach als wucherisch gelten können. Man bedenke, daß die Konkurrenz der Steinkohle vollkommen wegfällt und daß die Nutzholzaufkündigung aufs äußerste gesteigert werden mußte, andererseits aber auch der größte Teil gerade der ländlichen Bevölkerung über ganz außerordentlich große Vorräte verfügt.

Gegenwärtig aber ist bereits zu beobachten, wie die erwähnte Anpassung im Verein mit den besondern Maßnahmen schon am Werke ist, selbst bei längerer Kriegsdauer einen örtlichen Brennpreis herauszuarbeiten, der den vorher hergestellten Zahlen ziemlich genau entspricht. Ob das Ergebnis für die Berechtigung unserer Tagung spricht, oder ob andere Gründe dabei mitwirken, wage ich nicht zu entscheiden, jedenfalls kann m. E. an jenen amtlichen Preisfestsetzungen nichts, von einem Brennholzwucher hier nicht gesprochen werden.

Aus Preußen.

Das Wild und der Gesetzgeber.

Von Dr. Walter Duda.

(Nachdruck verboten.)

Erst spät, fast zögernd, hat der Gesetzgeber in Preußen das Herrenrecht der Jagd eingegriffen. Während langem der Landwirt nur mit großen Einschränkungen sich an dem Lohn seiner Mühe in Gestalt des saftigen Schweinebratens erfreuen darf, konnte der Jäger — und der das Geld dazu hatte — noch unhindert mit Behagen seinen Rehziemer und Hasenbraten verzehren. Nach der Fleischversorgungsgesetzgebung sollte ihm allerdings dabei dieser Vorzug auf den anderen Fleischverbrauch angerechnet werden, aber wer wollte das nachprüfen? So ist diese Bestimmung den Todeskeim völliger Vernachlässigung in sich.

Nur ganz vorsichtig mit einem reinen Ermächtigungsgesetz griff der Reichsgesetzgeber in seiner Verordnung über den Verkehr mit Wild vom 12. Juli

1917 in die Angelegenheit ein. Hierbei überließ er außerdem noch nahezu alle Einzelheiten dem Bundesstaat. Er beschränkte sich auf die Bestimmung des Begriffes Wild. Hiernach gilt für Wild im Sinne der gesetzlichen Regelung Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild, Hasen, wilde Kaninchen und Fasanen, also nicht Rebhühner. Von dem Recht, diesen Begriff auch noch auf andere Wildarten auszudehnen oder einzelne der genannten Wildarten von ihm auszunehmen, hat Preußen keinen Gebrauch gemacht. Weiterhin bestimmt der Reichsgesetzgeber nur, daß der, der eine Treibjagd abhält oder abhalten läßt, dies spätestens am vorhergehenden Tage der Kreiswildstelle anzuzeigen hat und schließlich, daß die Wildabnahmestelle für das Wild den für den Großhandel festgesetzten Preis zu zahlen hat, dafür aber die Gefahr und die Kosten der Beförderung trägt. Dies ist nebenbei die einzige Bestimmung über die Preise. In den Ausführungsbestimmungen befindet sich hierüber nichts.

Nach einer geraumen Zeit, am 10. September, gab dann Preußen eine Ausführungsbestimmung heraus. Sie faßt unter den Begriff „Wild“ dieselben Wildarten wie das Reichsrecht. Eine ganz wesentliche Einschränkung erfährt aber die Ablieferungspflicht des Jägers dadurch, daß nur die auf Treib- und Suchjagden (Drück-, Riegel-, Stöberjagden u. dergl.) von einer Mehrzahl von Schützen erlegte Wildstrecke zum Teil abzuliefern ist.

Grundsätzlich werden alle Treibjagdwildstrecken in drei Teile gelegt. Das erste Drittel, die sogenannte Mindeststrecke, behält der Jäger zu seiner freien Verfügung. Er kann das Wild selbst verbrauchen, es verschenken und nach Belieben verkaufen, allerdings nur unmittelbar an Verbraucher und nur an vom Kommunalverband zum Wildhandel zugelassene Wildhändler. Aus einem Schweigen der Verordnung darf man folgern, daß er es auch an Gastwirtschaftsbetriebe verkaufen kann. Das zweite Drittel dient ausschließlich für den örtlichen Bedarf an Wildbret. Das darf er nur verkaufen unmittelbar an den Verbraucher oder nur an die Wildabnahmestelle des Kreises, jedenfalls nicht an Gastwirtschaftsbetriebe und nicht an Kreisfremde. Das letzte Drittel schließlich muß er an die Wildabnahmestelle abliefern. Also nur dieses Drittel allein ist beschlagnahmt.

Wird dieses letzte Drittel nicht spätestens am Tage nach der Jagd abgenommen, so kann der Jäger darüber gerade so frei verfügen, wie über das erste Drittel, die Mindeststrecke. Als Abnahme gilt auch die Anweisung der Wildabnahmestelle, daß das Wild einer bestimmten Empfangsstelle zuzusenden sei.

Das erste Drittel, die sogenannte Mindeststrecke, beträgt bei Schalenwild höchstens 3, bei gemischten

Strecken 1 Stück, bei Niederwild beträgt sie mindestens 10, bei gemischten Strecken 5 Stück, im höchsten Falle aber 50 Stück. Wird soviel erlegt, das bei reiner Drittelung dem Jäger mehr als 50 Stück Niederwild zur freien Verfügung bleiben werden, so wird der überschüssende Betrag dem Teil zugeschrieben, der an die Wildabnahmestelle abgeliefert wird. Der Teil also, der der Befriedigung des örtlichen Bedarfs dient, wird hierdurch nicht vergrößert.

Im übrigen hat allerdings der Jäger manche Pflichten. So hat er bei gemischten Strecken die einzelnen Wildarten möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Anteile zu verteilen. Stücke, die sich nicht zu einem längeren Transport eignen, hat er in erster Linie auf die zum baldigen Verzehr bestimmten Anteile zu geben. Das ausgesuchte Wild muß er sachgemäß behandeln, auf Verlangen der Wildabnahmestelle gegen Erstattung der Transportkosten oder des ortsüblichen Fuhrlohns bis zur nächsten Bahnstation schaffen lassen und schließlich an die ihm von der Kreiswild- oder Wildabnahmestelle bezeichnete Empfangsstelle für Rechnung und Gefahr der Wildabnahmestelle ordnungsgemäß versenden. Auch soll er über das gesamte Ergebnis seiner Jagdstrecke einschließlich der Anstand-, Such- und Wirschjagden genaue Listen führen, die er auf Verlangen den zuständigen Behörden vorlegen muß.

Der behördliche Aufbau ist sehr einfach. In Berlin besteht unter der Aufsicht des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eine Hauptwildstelle. In den einzelnen Kreisen wird als Verwaltungsabteilung eine Kreiswildstelle, als Geschäftsabteilung eine Wildabnahmestelle eingerichtet. Diese besorgt die Abnahme und den Versand des Wildes.

Der Wildhandel ist nur den ausdrücklich vom Kommunalverband zugelassenen Wildhändlern ge-

stattet. Sie erhalten einen Ausweis und haben für eine jährliche Abgabe von 5 M an die Reichsgesellschaft zur Wildversorgung der Städte m. b. H. in Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 15, Postfachkonto Berlin 28 544 zu bezahlen.

Die gesetzliche Regelung läßt manche Fragen offen, so namentlich die nach dem Höchstpreise und auch nach der Staffelung der einzelnen Preise, die der Jäger von der Wildabnahmestelle, die diese an der Empfangsstelle erhält und schließlich, die der Verbraucher in der Großstadt der Empfangsstelle im Kleinhandel zahlen muß. In Kürze ist allerdings eine eingehende Regelung zu erwarten.

Mag der nun geschaffene Rechtszustand nicht alle Wünsche befriedigen, so sind doch bei Weiterentwicklung nicht die Schwierigkeiten zu verkennen, die sich gerade bei der Erfassung des Wildes durch gesetzgeberische Maßnahmen entgegenstellen. Eine gleichförmige Abschlagnahme des Wildes zu Gunsten der Allgemeinheit, wie sie von manchen Seiten gewünscht wurde, ist undurchführbar. Wenn dem Jäger nicht für seinen eigenen Bedarf, worunter auch der seiner Freunde und Bekannten wohl oder über mit zu verstehen bleibt, so entfällt jeder Anreiz zum Abschluß. Dadurch würde ihm die Jagd vollständig verleidet. Der Wildbestand, namentlich Schalenwild, ist ohnehin dies Jahr infolge der ungünstigen Witterung im Frühjahr und der darauf folgenden langen Trodheit nicht besonders günstig. Nicht zuletzt um diesen willen wird also das Wild für den Fleischverbrauch der großen Masse so gut wie gar nicht in Frage kommen.

Das Jagdrecht, als altes Vorrecht der Könige und Ritter, widerstrebt also mit Erfolg selbst im Zeitalter der Demokratie der beabsichtigten und nicht unerwünschten Sozialisierung.

#

§ 11.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Der Haushaltsplan ist nach dem vom erweiterten Vorstand genehmigten Muster alljährlich dem Arbeitsbericht vom 1. Juli beizufügen. Er wird von dem erweiterten Vorstand festgestellt und dem Forstwirtschaftsrat zur Genehmigung vorgelegt. Die einzelnen Abteilungen des Haushaltsplanes dürfen ohne Genehmigung des erweiterten Vorstandes nicht überschritten werden. Die Jahresabrechnung

ist dem Muster des Haushaltsplanes entsprechend zu legen.

§ 12.

Der vom Vorstand aus den Mitgliedern der Geschäftsstelle ernannte Schatzmeister trägt die Verantwortung für das Buch- und Kassentwesen.

§ 13.

Die Jahresabrechnung ist spätestens mit dem Arbeitsbericht am 1. April vorzulegen. We.

Notizen.

A. Wälder und Forstwesen in Ungarn.

Das Königreich Ungarn, zu welchem in staatsrechtlicher Beziehung neben dem Mutterlande Ungarn auch noch Kroatien und Slawonien gehören, besitzt eine Flächenausdehnung von 325 411 Quadratkilometern. Hier von sind 8 930 861 Hektar Waldböden, von denen wiederum zur planmäßigen forstlichen Bewirtschaftung 5 907 023 Hektar verpflichtet sind. Das Königreich zerfällt in folgende Landesteile: Rechtes Donau-Ufer, Linkes Donau-Ufer, Donau-Theiß-Beden, Rechtes Theiß-Ufer, Linkes Theiß-Ufer, Theiß-Maros-Beden, Siebenbürgen, Fiume, Kroatien-Slawonien.

Die Wälder dieser Landesteile sind von sehr verschiedener Größe und nach Holzarten ebenfalls sehr verschieden zusammengefaßt. Über die Ausdehnung derselben, die Standorte nach Bodenbeschaffenheit und Holzarten dürften folgende Mitteilungen Interesse erwecken.

Rechtes Donau-Ufer: Es sind vorhanden an Waldungen 756 841 Hektar, von denen 388 993 Hektar der planmäßigen Bewirtschaftung unterliegen. Von den Waldböden sind 48 17 Hektar Bannwälder, 9301 Hektar befinden sich auf Flugandboden, 378 332 Hektar auf unbedingtem und 364 391 Hektar auf bedingtem Waldboden. Nach Holzarten sind 320 456 Hektar Eichenwälder, 318 827 Hektar Buchen- und andere Laubholzwälder, 117 558 Hektar Nadelwälder.

Linkes Donau-Ufer: Der Waldbestand beläuft sich auf 1 079 203 Hektar, davon sind der planmäßigen Bewirtschaftung 640 565 Hektar unterstellt. Weiter verteilen sich die Waldungen auf 42 672 Hektar Bannwälder, ferner Wälder auf 6864 Flugandboden, 974 792 Hektar unbedingtem und 49 875 Hektar bedingtem Waldboden. Die Eichenwälder umfassen 285 747 Hektar, die Buchen- und anderen Laubholzwälder 369 081 Hektar und die Nadelwälder 419 375 Hektar.

Donau-Theiß-Beden: Die Waldböden dieses Landes teils bedecken 253 263 Hektar, von denen der planmäßigen Bewirtschaftung 134 104 Hektar unterstehen. Es sind darunter an Bannwäldern 1422 Hektar, Wäldern auf Flugandboden 85 542 Hektar, auf unbedingtem Waldboden 133 427 Hektar, auf bedingtem Waldboden 32 872 Hektar. Verteilt nach Holzarten stellen sie dar 89 509 Eichenwälder, 162 938 Hektar Buchen- und andere Laubholzwälder und 816 Hektar Nadelwälder.

Rechtes Theiß-Ufer: Von den gesamten Waldböden in einer Ausdehnung von 1 168 644 Hektar sind der planmäßigen Bewirtschaftung unterstellt 705 753 Hektar. Die Fläche der Bannwälder beträgt 15 721 Hektar. Waldungen auf Flugandboden sind in diesem Landesteil nicht vorhanden, dagegen befinden sich solche auf unbedingtem Waldboden in einer Aus-

dehnung von 1 028 300 Hektar und auf bedingtem Waldboden in einer Größe von 124 623 Hektar. Von den gesamten Waldungen sind 305 811 Hektar Eichenholzbestände, 622 571 Hektar Buchen- und andere Laubholzwälder, 240 262 Hektar Nadelholzbestände.

Linkes Theiß-Ufer: Der Waldbestand beläuft sich hier zusammen 1 129 485 Hektar, von denen zur planmäßigen Bewirtschaftung 709 872 Hektar verpflichtet sind. Nach Bodenbeschaffenheit sind 60 190 Hektar Bannwälder, ferner Wälder auf Flugandboden 676 Hektar, auf unbedingtem Waldboden 896 178 Hektar, auf bedingtem Waldboden 171 Hektar. Es entfallen auf Eichenwälder 314 741 Hektar, Buchen- und andere Laubholzwälder 583 148 Hektar, Nadelholzwälder 231 596 Hektar.

Theiß-Maros-Beden: Es sind vorhanden 777 698 Hektar Waldböden, davon sind der planmäßigen Bewirtschaftung 603 871 Hektar unterstellt. Die Bannwälder bedecken eine Fläche von 33 523 Hektar, von den weiteren Waldböden befinden sich 7593 Hektar auf Flugandboden, 617 844 Hektar auf unbedingtem und 118 738 Hektar auf bedingtem Waldboden. Nach Holzarten verteilen sich die Waldungen auf 253 403 Hektar Eichenwälder, 501 257 Hektar Buchen- und andere Laubholzwälder, 23 038 Nadelholzwälder.

Siebenbürgen: In diesem Landesteil nehmen die Waldböden eine Ausdehnung von 2 239 776 Hektar ein. Es unterstehen davon der planmäßigen Bewirtschaftung 1581 Hektar. Die Größe der Bannwälder beläuft sich auf 131 Hektar. Weiter sind vorhanden an Wäldern 628 Hektar auf Flugandboden, 2 035 575 auf unbedingtem Waldboden, 72 360 Hektar auf bedingtem Waldboden. Die Ausdehnung der Eichenwälder beträgt 393 972 Hektar, diejenige der Buchen- und anderen Laubholzwälder 1 103 031 Hektar, diejenige der Nadelholzwälder 742 773 Hektar.

Fiume: Der sämtlich der planmäßigen Bewirtschaftung unterstellte Waldbestand des Bezirks beträgt 509 Hektar, darunter 127 Hektar Bannwälder und 382 Hektar Waldungen auf unbedingtem Waldboden. Davon sind 144 Hektar Eichenwälder, 127 Hektar Buchen- und anderer Laubholzwälder, 238 Hektar Nadelholzbestand.

Kroatien und Slawonien: Die gesamte Waldböden umfaßt 1 530 442 Hektar, wovon der planmäßigen Bewirtschaftung 1 142 107 Hektar unterstehen. An Bannwäldern sind vorhanden 35 943 Hektar, ferner befinden sich von Waldungen 287 Hektar auf Flugandboden, 803 568 Hektar auf unbedingtem und 690 644 Hektar auf bedingtem Waldboden. Nach Holzarten zeigen sich folgende Bestände: 336 434 Hektar Eichen-

er, 1 019 842 Hektar Buchen- und andere Laubholzwälder, 366 Hektar Nadelholzwälder.

Es unterstehen demnach einer geregelten Forstwirtschaft der planmäßigen Bewirtschaftung im Königreich Ungarn von dem gesamten Waldbestande in einer Ausdehnung von 3 930 861 Hektar Waldflächen von 5 907 023 Hektar oder 67,3 Prozent. Nach der Bodenbeschaffenheit sind vorhanden: annähernd 326 548 Hektar oder 3,7 Prozent, an Wäldern auf Flugandboden 110 891 Hektar oder 1,2 Prozent, an bedingtem Waldboden 6 868 398 Hektar oder 76,9 Prozent, an bedingtem Waldboden 1 625 224 Hektar oder 18,2 Prozent. Nach Holzarten geschieden: 2 300 217 Hektar Eichen- oder 25,8 Prozent, 4 680 822 Hektar Buchen- und andere Laubholzwälder oder 52,4 Prozent und 1 949 822 Hektar Nadelholzwälder oder 21,8 Prozent. Demnach sind Buchen- und anderen Laubholzwälder im Königreich ungarisch vorherrschend.

Was die Anzahl und den Umfang der vom Staate verwalteten Forsten und unfruchtbaren Flächen oder Ödländer, die zur Aufforstung nach und nach kommen sollen, anlangt, so sind davon vorhanden in den Landesteilen: 1. Rechts Donau-Ufer: 106 672 Hektar, welche 2086 Forstbesitzern gehören, die jährlich 73 616 Kronen zahlen. 2. Links Donau-Ufer: 245 601 Hektar im Besitze von 2992 Personen, deren Beitrag sich auf 108 757 Kronen beläuft. 3. Donau-Theiß-Ufer: 31 317 Hektar, für welche von 252 Forstbesitzern 38 659 Kronen bezahlt werden. 4. Rechtes Theiß-Ufer: 212 897 Hektar im Besitze von 3360 Personen, deren Jahresbeitrag 91 661 Kronen beträgt. 5. Linkes Theiß-Ufer: 209 882 Hektar, welche 2086 Forstbesitzern gehören, die pro Jahr 58 871 Kronen entrichten. 6. Theiß-Maros-Beden: 56 908 Hektar unter 448 Besitzern, welche 38 192 Kronen zahlen. 7. Siebenbürgen: 9 360 Hektar, die 6222 Forstbesitzern gehören, deren Jahresbeitrag sich auf 219 158 Kronen beläuft. 8. Tisza mit Nebenflüssen: 485 Hektar, für welche er pro Jahr 168 Kronen entrichtet. Ferner stehen noch an privatem Forstbesitz unter staatlicher Verwaltung 6239 Hektar, deren 34 Besitzer einen Jahresbeitrag nicht zu bezahlen haben, und 161 396 Hektar, deren 44 Besitzer 169 844 Kronen entrichten. In Summe sind dies am Ende des Jahres 1913 gewesen: 2 070 757 Hektar unter 16 947 Besitzern, deren Gesamt-Jahresbeitrag dem Staat sich auf 798 926 Kronen belief.

Nach den auf Grund der Forstbetriebspläne bzw. des Artikels XXXI vorgeschriebenen und angemeldeten Aufforstungen waren unter dieser Verwaltung aufzuforsten dem verwalteten Gebiet 1910: 88 335, 1911: 92 448, 1912: 88 281, 1913: 88 118 Hektar, von privatem Gebiet 1910: 13, 1911: 12 680, 1912: 9175, 1913: 9240 Hektar. Aufforsten wurden von dem verwalteten Gebiet 1910: 60 677, 1911: 62 215, 1912: 55 933, 1913: 59 365, von dem privaten Gebiet 1910: 5769, 1911: 6015, 1912: 5472, 1913: 4894 Hektar. Was den Umfang und die Kosten der ärarischen Aufforstungen anbelangt, welche im Königreiche Ungarn zur Ausführung kamen, so waren nach den Wirtschaftsplänen jährlich aufzuwenden 1910: 14 346, 1911: 14 484, 1912: 14 142, 1913: 14 085 Hektar. Samt den älteren Rückständen betrugen die Aufforstungsflächen aber 1910: 23 572, 1911: 22 864, 1912: 22 860, 1913: 17 376 Hektar. Tatsächlich aufgefördert wurden im Jahreslaufe auf natürlichem Wege 1910: 633, 1911: 1166, 1912: 1761, 1913: 1032 Hektar, auf künstlichem Wege durch Aussaat 1910: 1860, 1911: 3046, 1912: 758, 1913: 1226 Hektar, durch Anpflanzungen 1910: 12 110, 1911: 12 258, 1912: 10 031, 1913: 10 660 Hektar. Die Kosten der im Laufe des Jahres durchgeführten Aufforstungen beliefen sich 1910: 762 443, 1911: 828 670, 1912: 776 416, 1913: 837 222 Kronen als ausschließlich ärarische Waldbaukosten. Pro Hektar betrugen die Kosten bei den künstlichen Aufforstungen

durch Aussaat 1910: 25,13, 1911: 22,12, 1912: 30,24, 1913: 27,46 Kronen, durch Anpflanzung 1910: 59,09, 1911: 62,11, 1912: 77,40, 1913: 75,50 Kronen.

Von den Staats-Forstämtern verwaltete Baumschulen bestanden 1910: 157, 1911: 164, 1912: 186, 1913: 196 mit einem Umfange von 366,5 bzw. 435,8, bzw. 550,2 bzw. 577,5 Hektar. Von diesen Baumschulen wurden ausgeführt zur Auffrischung der Holzschläge in den vom Staate verwalteten Forstbesitzungen an Stedlingen 1910: 10 126 000 Eichen, 8 769 000 sonstige Laubhölzer, 17 964 000 Nadelhölzer, 1911: 12 261 000 Eichen, 7 828 000 sonstige Laubhölzer, 17 343 000 Nadelhölzer, 1912: 8 404 000 Eichen, 7 427 000 sonstige Laubhölzer, 13 970 000 Nadelhölzer, 1913: 9 457 000 Eichen, 8 022 000 sonstige Nadelhölzer, 16 978 000 Nadelhölzer; zur Aufforstung der vom Staate verwalteten unfruchtbaren Flächen 1910: 15 702 000 Akazien, 1 871 000 sonstige Laubhölzer, 5 831 000 Nadelhölzer, 1911: 12 777 000 Akazien, 2 524 000 sonstige Laubhölzer, 6 301 000 Nadelhölzer, 1912: 16 804 000 Akazien, 3 076 000 sonstige Laubhölzer, 6 081 000 Nadelhölzer, 1913: 29 059 Akazien, 3 821 000 sonstige Laubhölzer, 5 424 000 Nadelhölzer; zur Aufforstung von nicht vom Staate verwalteten unfruchtbaren und sonstigen Flächen 1910: 7 153 000 Akazien, 3 015 000 sonstige Laubhölzer, 1 477 000 Nadelhölzer, 1911: 6 279 000 Akazien, 5 590 000 sonstige Laubhölzer, 5 223 000 Nadelhölzer, 1912: 3 986 000 Akazien, 2 383 000 sonstige Laubhölzer, 2 455 000 Nadelhölzer, 1913: 7 813 000 Akazien, 4 844 000 sonstige Laubhölzer, 34 990 100 Nadelhölzer. Außerdem wurden dem Seidenzucht-Inspektorat zur Verfügung gestellt 1910: 360 000, 1911: 764 000, 1912: 179 000, 1913: 146 000 Maulbeerbäume.

Aufforstungen von kahlen Flächen mit unentgeltlich verteilten Sämlingen wurden in den einzelnen Landesteilen im Jahre 1913 wie folgt durchgeführt: Rechtes Donau-Ufer: 3 934 000 Sämlinge auf 495 Hektar. Unentgeltliche Sämlinge wurden an 215, staatliche Geldunterstützungen an 74 Grundbesitzer verteilt. Links Donau-Ufer: 6 660 000 Sämlinge auf 855 Hektar. 515 Grundbesitzer erhielten unentgeltliche Sämlinge, 292 Grundbesitzer staatliche Geldunterstützungen. Donau-Theiß-Beden: 4 004 000 Sämlinge auf 492 Hektar. Es erhielten 222 Grundbesitzer unentgeltliche Sämlinge, 85 Grundbesitzer staatliche Geldunterstützungen. Rechtes Theiß-Ufer: 6 298 000 Sämlinge auf 661 Hektar. Zur Verteilung gelangten unentgeltliche Sämlinge an 412 Gutbesitzer und staatliche Geldunterstützungen an 492 Grundbesitzer. Linkes Theiß-Ufer: 2 348 000 Sämlinge auf 375 Hektar. Die Zahl der Grundbesitzer, welche unentgeltliche Sämlinge erhielten, betrug 69, die Zahl derjenigen, welche staatliche Geldunterstützungen erhielten, 31. Theiß-Maros-Beden: 8 291 000 Sämlinge auf 1223 Hektar. Unentgeltlich Sämlinge erhielten 186, staatliche Geldunterstützungen 160 Grundbesitzer. Siebenbürgen: 23 747 000 Sämlinge auf 2141 Hektar. 721 Grundbesitzer erhielten unentgeltlich Sämlinge, 539 Grundbesitzer staatliche Geldunterstützungen. Tisza: ein Grundbesitzer erhielt 63 000 Sämlinge unentgeltlich für 13 Hektar. Kroatien-Slawonien: 341 000 Sämlinge auf 76 Hektar. Unentgeltlich Sämlinge erhielten 21 Grundbesitzer.

Die Maulbeerbaumkultur im Königreiche Ungarn wies im Jahre 1913 folgende Daten auf: Das Seidenzucht-Inspektorat verteilte an die in Betracht kommenden Komitate insgesamt 4 003 870 zwei- bis dreijährige Maulbeerbaum-Stedlinge und 108 352 zur Aussetzung geeignete Maulbeerbäume. Aus den eigenen Baumschulen der Gemeinden wurden 309 834 Maulbeerbäume auf endgültige Plätze ausgesetzt.

Der Umfang und Wert der ärarischen Forstbesitzungen ergibt sich aus den nachfolgenden Zusammenstellungen der verschiedenen Forstbezirke des Königreiches Ungarns:

Die Forstdirektion Besztercebanya umfaßt 92 587 Hektar, wovon 81 135 Hektar Forst im Werte von 26 745 000 Kronen sind.

Das Forstamt Isarnocza hat einen Umfang von 35 560 Hektaren. Der Forst dehnt sich über 32 641 Hektar aus und ist mit 7 871 000 Kronen bewertet.

Die Forstdirektion Marmarosziget besitzt eine Ausdehnung von 175 934 Hektar, von den 143 387 Hektar Waldbestände sind, welche einen Wert von 17 603 000 Kronen darstellen.

Das Forstamt Buzsahaza umfaßt 116 636 Hektar, wovon 105 699 Hektar Forst im Werte von 9 376 000 Kronen sind.

Die Forstdirektion Kolozsvar mißt 148 184 Hektar, worunter sich ein Waldbestand von 135 726 Hektaren befindet, dessen Wert mit 7 397 000 Kronen angegeben ist.

Das Forstamt Szaszebes weist eine Fläche von 116 533 Hektaren auf. 101 215 Hektar davon sind Wald im Werte von 6 186 000 Kronen.

Die Forstdirektion Lugos verfügt über eine Ausdehnung von 44 974 Hektaren, von denen 41 627 Hektar Wald sind, welche einen Wert von 3 996 000 Kronen besitzen.

Das Forstamt Orsova ist 153 701 Hektar groß, der Forstbestand umfaßt 145 618 Hektar und repräsentiert einen Wert von 2 888 000 Kronen.

Das Oberforstamt Diktoujvar umfaßt 69 155 Hektar mit einem Waldbestand von 51 979 Hektar im Werte von 23 975 Kronen.

Das Oberforstamt Ungvar dehnt sich über 110 129 Hektar aus, auf welchen sich an Forsten 95 228 Hektar befinden, welche einen Wert von 5 334 000 Kronen haben.

Das Oberforstamt Nagybanya hat einen Umfang von 56 059 Hektar, von denen 51 343 Hektar Wald im Werte von 3 563 000 Kronen sind.

Das Oberforstamt Lippa besitzt eine Flächenausdehnung von 66 425 Hektar, auf denen sich ein Waldbestand von 63 270 Hektar im Werte von 6 471 000 Kronen befindet.

Das Forstamt Tofobvar ist 61 620 Hektar groß und hat Forsten im Umfange von 5098 Hektar, welche einen Wert von 15 378 000 Kronen besitzen.

Das Forstamt Upatin hat eine Größe von 19 570 Hektar, während der Waldbestand im Werte von 11 384 000 Kronen ein Areal von 12 107 Hektaren umfaßt.

Das Forstamt Göbölös hat einen Umfang von 21 214 Hektar, seine Waldbungen einen solchen von 19 362 Hektar im Werte von 9 193 000 Kronen.

Die Forstdirektion Zagreb dehnt sich über 130 837 Hektar aus. Die Forsten sind 127 615 Hektar groß und haben einen Wert von 16 708 000 Kronen.

Das Oberforstamt Vinkovci umfaßt 70 754 Hektar, davon an Wald 62 823 Hektar, die einen Wert von 41 900 000 Kronen darstellen.

Das Forstamt Susak weist eine Ausdehnung von 154 932 Hektaren auf, von denen 141 340 Hektar mit Wald bestanden sind, welcher einen Wert von 2 444 000 Kronen besitzt.

Insgesamt verteilt sich die 1 644 637 Hektar große Gesamtfläche der ärarischen Forstbesitzungen nach Kulturzweigen und dergl. wie folgt: 2505 Hektar Intravillangründe, 9762 Hektar Acker, 29 304 Hektar Wiesen, 38 518 Hektar Weiden, 67 226 Hektar Alpenweiden, 28 852 Hektar unfruchtbarer Boden, zusammen 176 167 Hektar nicht bewaldete Fläche, dann 1 468 637 Hektar Wald im Werte von 218 412 000 Kronen.

Insgesamt standen im Jahre 1913 bezw. stehen noch in regelmäßiger Nutzung im Königreich Ungarn von den Staatsforsten 1 311 828 Hektar, und zwar 154 980 Hektar Eichenstammwälder, 1860 Hektar Eichenjungwälder, 405 555 Hektar Nadelholzwälder, 733 885 Hektar Buchen- und sonstige harten Laubholzwälder, 12 548 Hektar Weiden-, Aspen- und sonstige

weichen Laubholzwälder, während auf die nicht in Nutzung stehenden Forsten 156 809 Hektar entfallen.

Der Holzsertrag aus den ausgenützten Holzschlägen im Jahre 1913 war folgender:

Forst-Bezirke	Ausbare Schlagsfläche Hektar	davon genutzt Hektar	Holzsertrag in Kubikmetern	Wert in Kronen
Besztercebanya	825	294	200 729	71 530
Isarnocza	769	558	25 880	71 273
Marmarosziget	2 146	1068	185 942	164 985
Buzsahaza	1 363	1110	57 906	26 811
Kolozsvar	9 215	8310	104 509	113 377
Szaszebes	4 089	3299	82 878	170 223
Lugos	2 269	2011	8 018	61 797
Orsova	10 255	9698	30 148	151 637
Diktoujvar	508	125	128 410	41 282
Ungvar	1 491	628	34 265	233 491
Nagybanya	2 577	2373	5 632	70 681
Lippa	1 143	731	31 803	150 689
Tofobvar	685	137	260 497	89 635
Upatin	439	328	2 319	28 533
Göbölös	209	91	1 250	30 171
Zagreb	3 995	2806	57 153	271 497
Vinkovci	315	74	32 518	54 661
Susak	1 153	764	39 580	60 565

Das Jahr vorher mußte für den Holzhandel, namentlich was das Daubengeschäft betraf, als ein sehr ungünstiges bezeichnet werden. Es konnte von einer vollständigen Elagation gesprochen werden. Schwache Weinernten hatten ungünstig auf das Fassbindergerwerbe eingewirkt und die Daubenexport, welche früher ähnliche Krisen ausglich, hörte in neuerer Zeit ebenfalls fast völlig auf. Unter diesen Umständen konnten sich die Daubenproduzenten bei den slowenischen Waldbesitzungen nicht exponieren; sie sicherten sich gelegentlich der Herbstauktionen keinen einzigen Wald. Trotz der Zurückhaltung der Daubenproduzenten wurden die bereits zu hohen Preisen zur Ausschreibung gelangten slowenischen Wälder enorm teuer verkauft, was sich aus folgenden Umständen erklären läßt: Unter den Interessenten waren auffallend viele deutsche Käufer zu sehen, die um jeden Preis den Besitz dieser Wälder gelangen wollten, da sie überzeugt waren, daß der kontinuierliche Wertzuwachs der slowenischen Eiche durch keine zeitweiligen Hindernisse ernstlich beeinträchtigt werden kann. Auch die schwierige politische Lage, die veränderte Haltung des Konsums und die auch innerhalb der Grenzen der Monarchie zur Wirkung gelangende russische und japanische Konkurrenz konnten die Interessenten davon nicht abhalten, mit aller Anstrengung danach zu trachten, Eichenwälder zu erwerben. Es war auffallend, daß die ungarischen Sägewerke in sehr vielen Fällen überboten wurden und daß die deutschen Klügelimporteure dank der bedeutenden Anschaffungen der deutschen Waggonfabriken mit einer starken Überlegenheit in Aktion traten. Hierbei sei bemerkt, daß viele Käufer bereits in der Absicht ihre Offerte abgaben, den Wald erst in der nächsten Produktionskampagne zu exploitierten, wodurch naturgemäß die angebotene Lage erhöht wurde, nachdem in dieser bereits die nächstjährige Preiserhöhung eintreffend wurde.

Nach den Angaben der Schlußrechnung der finanziellen Ergebnisse der Staatsforsten im Jahre 1913 wurde ein Überschuß im Königreich Ungarn von zusammen 6 336 000 Kronen erzielt; die Ausgaben betrugen 17 786 000 Kronen, die Einnahmen 26 122 000 Kronen. Defizite wiesen nur die Forstbezirke Kolozsvar, Lugos, Ungvar, Nagybanya, Lippa, Göbölös und Susak auf.

Die Forstingenieur-Sachabteilung der kgl. montanistischen und forstwirtschaftlichen Hochschule in Selmeczbanya wurde

nde des Jahres 1913 von 369 Schülern besucht. In dieser
teilung waren 12 ordentliche und 16 sonstige Professoren
ehramt tätig. Die vier ungarischen Forstwirtschaftsschulen
en 165 Schüler am Schlusse des Jahres 1913.

Badermann, Steglitz.

Die Aufstellung von Holztagen nach dem Bestands- Kostenwerte.

Von Dr. Wimmenauer in Gießen.

er in diesem Hefte erschienene „Brief aus Preußen“
Herrn Oberförster H. Müller-Ußzballen hat
Veranlassung gegeben, der Frage näher zu treten, ob
die Holztagen oder Holzpreistarife nicht auch auf Grund
Bestands-Kostenwerte aufgestellt werden können. Bei
großen Verschiedenheit der letzteren je nach Bodenwert,
Anlagekosten und Vorerträgen erscheint eine solche
Aufstellung für einzelne Örtlichkeiten allerdings ausgeschlossen.
Wir aber Durchschnittswerte zugrunde legen, wie
die Ertrags tafeln sie uns an die Hand geben, dann dürfte
Problem sich doch befriedigend lösen lassen. Den Weg
möchte ich hier an der Hand meiner Ertrags tafeln für
Niederrhein zeigen, wie sie im Januarheft 1900 erschienen
später (1913) zum Gebrauche bei der Forsteinrichtung
Darmstädter Ministerium herausgegeben worden sind;
an deren Ergänzung durch Beigabe durchschnittlicher
Sortimentspreise für die Main-Rhein-Ebene und Konstruktion
berechnender Gelbertrags tafeln im Maihefte 1901. Später
wie ich vielleicht ausführlicher auf die Sache zurück.
Aus den genannten Holz- und Gelbertrags tafeln läßt
sich zunächst der durchschnittliche Verkaufswert (Ein-
wert) pro Festmeter für die verschiedenen Bestandsalter
berechnen. Ich habe dies zunächst für die am weitesten ver-
breitete dritte Standortsklasse, und zwar für den Gesamt-
bestand — Hauptbestand und Durchforstungsertrag des
Alters — getan und diesem Verkaufswerte dann den
Kostenwert gegenübergestellt. Der letztere ist nach der
bekannten Faustmannschen Formel

$$K = (B + V) (1,0p^m - 1) + c \cdot 1,0p^m - \left(\frac{m-a}{Da} \cdot 1,0p^m + \dots \right)$$

berechnet. Dabei wurde der Boden-Bruttowert $(B + V)$
Seite 168 im 1901er Maiheft mit rund 700 Mk. in Ansatz
genommen, wie er sich für die „finanzielle Umtriebszeit“ von
10 Jahren als Maximum berechnet; die Kulturkosten c zu
100 Mk. eingeschätzt und die Vorerträge $(Da \dots)$ der Gelb-
ertrags tabelle (a. a. O. S. 161) entnommen; als Zinsfuß wurden
anfangs 2,5 % eingestellt. Hiernach ergaben sich, wenn man
den Festmeterzahl in den Bestandswert dividiert, folgende
Zahlenreihen:

Bestandsalter	Durchschnittlicher Verkaufswert	Kostenwert pro fm
10 Jahre	—	15,0 Mk
20 "	—	11,5 "
30 "	4,2 Mk	9,5 "
40 "	6,2 "	9,8 "
50 "	7,9 "	9,9 "
60 "	9,5 "	10,5 "
70 "	11,1 "	11,4 "
80 "	12,7 "	12,6 "
90 "	13,8 "	14,2 "
100 "	14,6 "	16,2 "
110 "	15,7 "	18,8 "
120 "	17,1 "	22,1 "
130 "	19,1 "	26,2 "
140 "	21,5 "	31,4 "
150 "	22,9 "	38,0 "
160 "	23,9 "	46,1 "

Während also der Verkaufswert pro fm naturgemäß
von Jahr zu Jahr steigt, setzt der Kostenwert mit 10 Jahren
hoch ein, sinkt rasch auf ein Minimum im 30. Jahre und steigt
dann wieder, anfangs langsam, weiterhin rascher. Nur im
Alter des finanziellen Umtriebs, mit 80 Jahren, stehen beide
Werte — den Regeln der Waldbewertung entsprechend — ein-
ander gleich. Diese Umtriebszeit hat also finanzielles Gleich-
gewicht zur Folge. Würde man statt ihrer 120 Jahre einführen,
so entstünde für den Waldeigentümer ein entsprechender Ver-
lust, der nur zu vermeiden wäre, wenn die Holzpreise im Ver-
hältnis $22,1 : 17,1 = 1,29$, also um 29 % stiegen. Ebenso
würde ein Umtrieb von 160 Jahren eine Preissteigerung
um 93 %, also nahezu auf den doppelten Betrag der Preise
vom Jahr 1900 erfordern.

Wie ergeben sich nun hieraus die Kostenwerte der
einzelnen Sortimente? Von solchen werden
a. a. O. nur fünf unterschieden, nämlich:

1. Schnittholz im erntekostenfreien seitherigen
Werte von 38 bis 50 Mk pro fm. Es kommt in dritter
Standortsklasse erst vom 120-jährigen Alter an vor
und steigt im Preise mit dem mittleren Bestands-
Durchmesser.
2. Schwellenholz im erntekostenfreien Werte
von 23,5 Mk pro fm.
3. Grubenholz wie Nr. 1 mit dem Mittelbur-
messer im Werte von 11,5 bis 16,5 Mk pro fm steigend;
im Bestande vom 40- bis zum 120-jährigen Alter
vertreten.
4. Derbbrennholz im Werte von 7,5 Mk pro fm.
5. Reifsig dgl. zu 2,5 Mk pro fm.

Aus diesen 5 Sortimenten setzt sich nach S. 160 im 1901er
Maiheft beispielsweise ein Bestand von 35 cm Mittelbur-
messer und etwa 120 Jahren wie folgt zusammen:

6 %	Schnittholz	zu 38 Mk	= 2,3 Mk
39 %	Schwellenholz	zu 23,5 Mk	= 9,2 Mk
21 %	Grubenholz	zu 16,5 Mk	= 3,5 Mk
23 %	Derbbrennholz	zu 7,5 Mk	= 1,7 Mk
11 %	Reifsig	zu 2,5 Mk	= 0,3 Mk

Durchschnitt pro fm = 17,0 Mk

Ebenso enthält ein ca. 160-jähriger Bestand von 46 cm
Mittelburmesser

27 %	Schnittholz	zu 47 Mk	= 12,7 Mk
39 %	Schwellenholz	zu 23,5 Mk	= 9,2 Mk
25 %	Derbbrennholz	zu 7,5 Mk	= 1,9 Mk
9 %	Reifsig	zu 2,6 Mk	= 0,2 Mk

Durchschnitt pro fm = 24,0 Mk

In gleicher Weise habe ich die Rechnung für die Bestands-
alter von 40, 60, 80, 100, 120, 140 und 160 Jahren durch-
geführt, dabei die seitherigen Verkaufswerte der
5 Sortimente zugrunde gelegt und daraus deren Kosten-
werte durch Multiplikation mit den entsprechenden Ver-
hältniszahlen — $\frac{9,8}{6,2}, \frac{10,5}{9,5}$ usw. — abgeleitet. Die Ergebnisse
sind in folgender Tabelle zusammengestellt:

Alter (Jahre)	Mittel- durchm. cm	Verkaufswert pro fm						Kostenwert pro fm					
		Schnitt- holz	Schwellen- holz	Gruben- holz	Verb- Brennh.	Reißig	im Durchschn.	Schnitt- holz	Schwellen- holz	Gruben- holz	Verb- Brennh.	Reißig	im Durchschn.
40	9,3	—	—	11,5	7,5	2,6	6,2	—	—	18,2	11,8	4,1	9,8
60	16,5	—	—	13,6	7,5	2,6	9,5	—	—	15,1	8,3	2,9	10,5
80	23,0	—	—	15,8	7,5	2,6	12,7	—	—	15,8	7,5	2,6	12,8
100	28,3	—	23,5	16,5	7,5	2,6	14,6	—	26,1	18,3	8,3	2,9	16,9
120	35,3	38,0	23,5	16,5	7,5	2,6	17,1	49,0	30,3	21,3	9,7	3,4	22,1
140	40,9	42,8	23,5	—	7,5	2,6	21,5	62,5	34,3	—	10,9	3,8	31,4
160	45,7	46,8	23,5	—	7,5	2,6	23,9	90,3	45,4	—	14,5	5,0	46,1

Um hieraus die Ansätze einer „Holztage nach dem Kostenwert“ abzuleiten, wären diejenigen für Brennholz noch auf Raummaß (Raummeter oder Wellen) umzurechnen und überall die Erntekosten (Sauer- und Seherlohn) zuzählen. Dabei wäre noch folgendes zu berücksichtigen:

1. Schnittholz findet sich ausschließlich im Abtriebs-ertrag, wäre also je nach der eingehaltenen Umtriebszeit mit einem Kostenwerte von 49 bis 90 M in Ansatz zu bringen.
2. Schwellenholz ebenso mit 26 bis 45 M, denn die geringen Mengen, in denen es bei Durchforstungen vom 130. Jahre an vorkommt, spielen keine erhebliche Rolle.
3. Grubenholz fällt bei hohen Umtrieben nur bei Durchforstungen im Alter von 40 bis 120 Jahren an, wäre also mit einem Durchschnittspreis von etwa 18 M anzusetzen.
4. Verbbrennholz und Reißig ebenso mit höchstens etwa 10 und 3,5 M, denn beide verteilen sich auf Vor- und Enderträge aller Altersklassen.

Der Vergleichung halber habe ich schließlich die Berechnung des mittleren Verkaufs- und Kostenwertes pro fm auch für Eichenhochwald II. Standortsklasse ausgeführt und dabei ganz ähnliche Zahlenverhältnisse erhalten, von denen ich hier nur folgende mitteile:

Alter	Verkaufs-	Kostenwert pro fm	Verhältnis Hk : Ho
40	6,7	10,1	1,51
70	13,1	13,1	1,00
100	16,6	19,8	1,19
130	23,1	33,6	1,45
160	25,2	60,6	2,40

Hier fällt die finanzielle Umtriebszeit — bei einem Boden-Bruttowert von 1150 M — in das 70. Jahr, wo beide Einheitswerte einander gleich stehen. Vor- und nachher ist der Kostenwert immer entsprechend größer.

C. Nutzbarmachung des Laubheues.

Von der Laubfutterstelle für die Heeresverwaltung (Berlin W. 62, Burggrafenstraße 14) geht uns die folgende Notiz zur Veröffentlichung zu:

„Unter allen Umständen muß dafür gesorgt bleiben, daß für unsere Heerespferde genügend Futter vorhanden ist. Den Zufälligkeiten der Futterernte darf man sich nicht aussetzen,

weil der Krieg um die Existenz des ganzen deutschen Volkes geht. In unseren Wäldern ist nun eine ungeheure Menge Futter jedes Jahr zu haben und die schwere Zeit zwingt uns darauf zuzugreifen. Das Kriegsamt hat daher die Laubheugewinnung im ganzen Reich organisiert: Alles Laub mit Ausnahme der Blätter des Faulbaums, der Akazie, des Eichenregens und des Ephenus ist verwendbar.

Unsere Schuljugend und überhaupt alle Leute, die in die Laubwerbung Zeit haben, sollen sich ihr unter Leitung der betreffenden Ortsausschüsse mit allen Kräften annehmen. Damit das aber auch jedermann kann, wird der Gewinn der Laubheue von den Orts sammelstellen lohnend bezahlt.

Es ist dringend notwendig, durch eine außerordentlich umfassende Gewinnung von Laubheue die Ernährung der Heerespferde sicherstellen zu helfen.

Der deutsche Laubwald.

kann uns in der Kriegsnot mit Futter für die Heerespferde reichlich versehen. Ein gutgepflegter Ulmenhain gibt alljährlich an Laub Futtermengen, wie sie ein gleich großes Kiefernholz bringt.

Man kann im allgemeinen auf das halbe Laubwald 100 ha Grünlaub rechnen. Wenn nur die Hälfte der 4 Mill. ha Laubwald, die wir in Deutschland haben, herangezogen wird, ergibt das gegen 9 Mill. t Laubheue.

Für die deutschen Heerespferde waren bei jählicher Arbeit nach der Felddienstordnung täglich 12 kg Hafer, 7 kg Heu und 3 kg Futterstroh vorgesehen. Bei der gegenwärtigen Futternapppheit mußte die Ration erheblich verringert werden, was bei den gewaltigen Leistungen, die gerade jetzt von den Tieren verlangt werden, dringender Abhilfe bedarf.

Es mögen sich recht viele am Laubsammeln beteiligen, da von der Leistung der Pferde auch der Erfolg der Kriegsführung abhängt, um so mehr wir überzeugt sein dürfen, daß wir mit Hilfe des Laubes unserer Wälder den größten Teil des Laubfutterbedarfes der Heerespferde reichlicher gestalten können.

Wir bemerken dazu noch, daß auch von Seiten der verschiedenen Ministerial-Forstabteilungen ein Ausschreiben vom 17. April 1918 über die Gewinnung von Laubheue an die Groß- Oberförstereien und die größeren Privat-Forstverwaltungen ergangen ist und daß das Kriegswirtschaftsamt in Frankfurt zu Besprechungen über das Vorgehen in dieser Richtung eingeladen hat. Auf die Ergebnisse werden wir demnächst zurückkommen.

D. R.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

Juli 1918

*

Stellung des Verhaltens der Holzarten zum Wasser.

Von Dr. phil. Anderlind.

(Fortsetzung des Aufsatzes im Oktober-November-Hefte 1917.)

Die Schwarzkiefer, Österreichische Kiefer, *Pinus peuceletii* Endl., *Pinus austriaca* Hoess.

Die Urteile der forstwissenschaftlichen Schriftsteller über die Anbauwürdigkeit der Schwarzkiefer in Deutschland sind verschieden. Am schroffsten stehen sich Pfeil und Fischbach, die zu den feinsten und genauesten Beobachtern auf dem Gebiete des Waldbaus gehören.

Pfeil¹⁾ lehnt den Anbau der Österreichischen Schwarzkiefer in Deutschland glatt ab. Diese Holzart könne außerhalb ihrer Heimat, den Österreichischen Kalkalpen und ihren Ausläufern, nicht mit Erfolg gezogen werden. Die in vielen Waldgegenden Deutschlands mit der Schwarzkiefer unternommenen Anbauversuche hätten gelehrt, daß dieser Baum im Wuchse und in der Nutzbarkeit hinter Fichte und Kiefer zurückstehe.

Hefß²⁾, welcher die Schwarzkiefer die genügende Holzart unter den inländischen Nadelhölzern ansieht, ihr Unempfindlichkeit gegen Rauchschäden schreibt und anführt, daß diese Holzart in Österreich, z. B. bei Wiener-Neustadt Scheitelhöhen von 30 m erreiche, betont, daß dieselbe vom dritten Lebensjahre an etwas langsamwüchsiger sei als die Gemeine Kiefer und hinter ihr im Höhenwuchse in der Schaftentwicklung zurückbleibe.

Ganz anders als Pfeil urteilt Fischbach, welcher in Österreich und Süddeutschland als leitender Beamter ausgebreiteter Waldbesitzungen sich betätigt hat, über die Anbauwürdigkeit der Schwarzkiefer. Fischbach³⁾ spendet ihr, wegen ihrer guten Eigenschaften, großes Lob. Diese auf humus- und Kalkboden am besten gedeihende Holzart sei viel dichter belaubt als die Gemeine

Kiefer, beschatte den Boden stark und liefere rasch eine dichte Humusschicht. Bei deren Entstehen ist auch wirksam, was Fischbach nicht ausdrücklich hervorhebt, der ziemlich häufig erfolgende Wechsel der langen und dicken Nadeln, welche nach Mördlinger⁴⁾ „dann und wann“ alle 6 Jahre, in der Regel schon alle 4 bis 5 Jahre, abgeworfen werden. Fischbach rühmt weiter an der Schwarzkiefer, daß sie in der Jugend eine etwas stärkere Beschattung als die Gemeine Kiefer ertrage, daß jene bei regelrechter Behandlung sich länger geschlossen erhalte als diese, und daß die Schwarzkiefer befähigt sei, ganz reichlich und von ausgezeichneter Beschaffenheit zu liefern. Weiter betont Fischbach, daß das Holz dieser Holzart demjenigen der Gemeinen Kiefer in jeder Hinsicht vorgezogen werde.

Ergänzt wird Fischbachs Loblied auf die Schwarzkiefer durch die Beobachtung v. Thümmen⁵⁾, daß die Schwarzkiefer zu den gesündesten, am wenigsten von pilzlichen Parasiten heimgesuchten Waldbäumen gehöre, welche es überhaupt gebe.

Im Anschluß hieran sei noch auf eine gute, der Schwarzkiefer innewohnende Eigenschaft hingewiesen, auf welche namentlich v. Fürst⁶⁾ mit Recht aufmerksam macht. Für die bei unvorsichtiger Abholzung so leicht verfallenden, schwer wieder aufforstbaren Kalksteinhänge eigne sich zur Wiederbestockung die kalkliebende Schwarzkiefer. Aber nicht bloß für solche Hänge, sondern auch für solche, welche seit Menschengedenken überhaupt nicht bewaldet waren, kommt die Schwarzkiefer für die Aufforstung dann in Betracht, wenn die Hänge nicht über 1000 bis 1300 m über dem Meere gelegen sind.

In ihrem Verhalten zum Wasser, insbesondere zu stehendem Wasser, kann die Schwarzkiefer als wasserfest bezeichnet werden. Sie steht in dieser Beziehung etwa mit der Gemeinen Kiefer, Krummholzkiefer, Buche, Fichte, Stechfichte, Sibirischen Zirbe, Schwarzerle und Buche oder Bruchbirke

¹⁾ W. Pfeil, Die deutsche Holzzucht. 1860. S. 540. Pfeil selbst hielt dieses Buch für einen Auszug aus zahlreichen Schriften, welche er im Laufe von 20 Jahren veröffentlicht hat.

²⁾ R. Hefß, Die Eigenschaften und das forstliche Verhalten der wichtigeren in Deutschland vorkommenden Holzarten. 3. Aufl. 1905. S. 259 f.

³⁾ C. v. Fischbach, Lehrbuch der Forstwissenschaft. 1. Aufl. 1886. S. 32.

⁴⁾ Mördlinger, Deutsche Forstbotanik. 2. Bd. 1876. S. 379.

⁵⁾ v. Thümmen, Zentralblatt für das gesamte Forstwesen. 1884. S. 9.

⁶⁾ F. v. Fürst, Die Pflanzenzucht im Walde. 4. Aufl. 1907.

(*Betula pubescens* Ehrhart, *Betula odorata* Bechstein) auf gleicher Stufe¹⁾ und wird nur von verschiedenen Palmerarten, der Weiß- oder Zähesche (*Fraxinus americana* L.), Schwarzesche (*Fraxinus nigra* Marsh., *Fr. sambucifolia* Lam.), dem Amberbaum (*Liquidambar styraciflua* L.) und der Wasser- oder Sumpfpypresse (*Taxodium distichum* Rich.) übertroffen.

Die ansehnliche Widerstandsfähigkeit der Schwarzkiefer gegen eine aus Stauwasser bestehende Wurzelwasserbede wird durch folgende Beobachtungen bekundet. Ein im Rheinwald der Stadt Straßburg, etwa 1 km oberhalb des städtischen Wasserwerkes stehender Mischbestand von Fichten und Schwarzkiefern stand im Juni 1876 16 Tage lang ununterbrochen in hohem Stauwasser des Rheins. Der nämliche Bestand geriet außerdem in der Vegetationszeit des Jahres 1879 zweimal mit kurzer Unterbrechung je 8 bis 10 Tage ins Stauwasser. Diese Wurzelwasserbeden haben Fichte und Schwarzkiefer nicht im geringsten benachteiligt.

5. Die Banksiefer, *Pinus Banksiana* Lamb.²⁾

Die Banksiefer findet sich im nordöstlichen Nordamerika bis zum 68. Breitengrade. Sie bleibt selbst auf gutem Boden nur ein Baum zweiter Größe, welcher nach May³⁾ hier höchstens 22 m Scheitelhöhe und 30 cm Durchmesser erreicht. Im Mittel beträgt die Scheitelhöhe des Baumes jedoch nur 10 bis 15 m. Der Zuwachs kulminiert im Alter von etwa 60 Jahren. Wohl ist die Banksiefer frosthart. Im bayerischen Alpenvorlande wächst sie jedoch auf der Endmoräne des Fargletschers bei einer Meereshöhe von 700 bis 800 m auf sehr frischem, meist vortrefflichem Boden nach v. Schilcher⁴⁾ so üppig, daß sie dem Schneeeindruck erliegt und deshalb dort unbrauchbar ist. Über die Eigen-

¹⁾ Vergl. C. Heyer, Der Waldbau oder die Forstproduktenzucht. 5. Aufl. von R. Heß. 1. Bd. 1906. S. 23.

²⁾ Die in Preußen, Bayern, Württemberg und Österreich mit einer großen Anzahl fremdländischer Holzarten ausgeführten Versuche haben ergeben, daß unter den Koniferen, namentlich Banksiefer (*Pinus Banksiana* Lamb.), Pechkiefer (*Pinus rigida* Mill.), Eichefichte (*Picea pungens* Engelm.), Sittlichfichte (*Picea Menziesii* Carr.), Douglasanne (*Pseudotsuga Douglasii* Carr.), Japanische Lärche (*Larix leptolepis* Murr.), Riesenlebensbaum (*Thuja gigantea* Nutt.) anbaufähig und anbauwürdig sind. Nach „Der Waldbau“ von Karl Heyer, 5. Aufl. von R. Heß, 1. Bd. 1906. S. 15 f. Diese Holzarten müssen daher in meiner Arbeit berücksichtigt und, sofern es möglich ist, auf das Verhalten zum Wasser geprüft werden.

³⁾ H. Mayr, Die Wäldungen von Nordamerika. 1890. S. 215.

⁴⁾ v. Schilcher, Erfahrungen mit ausländischen Bäumen in den Mitteilungen der dendrologischen Gesellschaft. 1917. S. 118.

schaften des Holzes berichtet Heß¹⁾ Gültig. Es ist sehr leicht (spezifisches Lufttrockengewicht 0,48), weich, grobfaserig²⁾, leichtspaltig, ziemlich biegsam und dauerhaft. Willkomm³⁾ führt an, daß das Holz der Banksiefer als Bauholz in Kanada sehr geschätzt sei. Im allgemeinen erreicht indes das Holz der Banksiefer in Güte das der gemeinen Kiefer nicht.

Die Banksiefer ist in Europa schon vor 1700 eingeführt worden.

Über das Verhalten dieser Holzart zum Wasser habe ich Beobachtungen nicht gemacht. Und in der Literatur finde ich nur zwei Angaben. Die eine lautet⁴⁾, daß die Bewässerungsversuche, welche die österreichische forstliche Versuchsanstalt in dem der Gemeinde Wiener-Neustadt gehörenden Walde seit dem Frühjahr 1901 unternommen hat, sich für die Banksiefer und Fichte sehr vorteilhaft erwiesen haben. Indes beweist das gute Verhalten einer Holzart zu mäßiger Bewässerung noch nicht, daß sie wasserfest sei, d. h. eine drei- oder vierwöchige, fließendem oder gar stauendem Wasser bestehende Wurzel- oder Gipfelwasserbede vertrage. Je weit beweiskräftiger in dieser Beziehung halte ich die andre Angabe⁵⁾, wonach die Banksiefer indes auf Boden sehr anpassungsfähig ist, da sie sowohl auf den ärmsten Sandböden, selbst auf Flugland als auch in feuchten, sumpfigen Gegenden gedeiht.

6. Die Murraykiefer, Amerikanische Schwarzkiefer (in den Blue Mountains), *Pinus Murrayana* Ballou

Nach May⁶⁾ ist die Murraykiefer ein Gebirgsbaum des westlichen Nordamerikas. Er findet sich in Kalifornien auf der Sierra Nevada, dann nachwärts auf den Bergen von Oregon und Washington auf dem Felsengebirge von Montana, in British Columbia bis zum 64° n. Br., ja sogar noch auf den inneren Bergen von Alaska. In den Vereinigten Staaten scheint er auf den sandig-feuchten, kalten Einsenkungen der Blauen Berge besonders gut zu gedeihen. Hier erreichen nach den Messungen

¹⁾ R. Heß, Die Eigenschaften und das forstliche Verhalten der wichtigeren in Deutschland vorkommenden Holzarten. 3. Aufl. 1905. S. 316.

²⁾ Nach Schwappach, Die Ergebnisse der in preussischen Staatsforsten ausgeführten Anbauversuche an fremdländischen Holzarten. 1901. S. 55.

³⁾ M. Willkomm, Forstliche Flora von Deutschland und Österreich. 2. Aufl. 1887. S. 242.

⁴⁾ C. Heyer, Der Waldbau oder die Forstproduktenzucht. 5. Aufl. von R. Heß. 1. Bd. 1906. S. 489.

⁵⁾ R. Heß, Die Eigenschaften und das forstliche Verhalten usw. 3. Aufl. 1905. S. 316.

⁶⁾ H. Mayr, a. a. O. S. 349.

rs mittlere Stämme reiner Bestände bei Durchmesser (wohl in Brusthöhe) von 42 cm Scheitelhöhe. Leider gibt Ma yr das Alter messeren Bäume nicht an. Er hat weiter htet, daß die Murraykiefer selbst auf den , sehr feuchten, den Hochmooren (en) am Fuße der Bayerischen n ähnlichen Standorten guten s zeigte. Im Hinblick auf den kümmer- aus Gemeiner Kiefer und Spirke (*Pinus ulginosa* (Neum.) bestehenden Holzwuchs Hochmoore empfiehlt Ma yr hier die Aus- ng von Anbauversuchen mit der Murraykiefer. r hat der Großgrundbesitzer v. Schilcher¹⁾ Dietramszell (Oberbayern) die Murraykiefer, der Bantkiefer, allerdings auf sehr gutem t der Endmoräne des Jargletschers der Eis- t einer Meereshöhe von 700 bis 800 m, also in einer Höhe, wie sie Ma yr im Auge hat, aut. Das Ergebnis war, daß die Bantkiefer, e überaus üppig gewachsen war, den dort tenden Schneefällen erlag. Sie wird daher wieder angebaut. Und von der Murraykiefer Ähnliches, wenn auch nicht so ausgesprochen". ber auf den Hochmooren, auf welchen Ma yr uversuche mit dieser Holzart befürwortet, die ahkiefer weit langsamer sich entwickeln und haftere Stämme erzeugen wird, so ist immer- u Anbauversuchen mit der Murraykiefer auf niederen Hochmooren zu rater. Um so mehr, e Ergebnisse der Anbauversuche auf den nasse n der Hochmoore beachtenswert n für den Abau der Murraykiefer in den der schwemmung ausgefekten Flußauen und Strom- rungen sowie in den Hälternwäldern der Bur- . Fraglich erscheint es freilich, ob die Murray- , selbst bei gutem Ergebnis der Abauver- , der Gemeinen Kiefer in bezug auf Beschaffen- und Gebrauchswert des Holzes gleichwertig . Nach Ma yr²⁾ beziffert sich das spezifische icht des Holzes der Murraykiefer, dessen Splint beträgt, nur mit 41. Dadurch erklärt sich wohl weitere Angabe Ma yr's, daß das Holz der ahkiefer in ihrer Heimat bloß „gelegentlich Rugholz verarbeitet wird."

Die Pechkiefer, Pechtaune (in Nordamerika), steifnadelige Kiefer, *Pinus rigida* Mill.

Die Heimat der Pechkiefer ist das östliche Nord- Amerika zwischen dem 44. und 38. Breitengrade (England bis Virginien). Die Anpassungs- keit dieser Holzart an den Boden ergibt sich

daraus, daß sie nach Willkomm¹⁾ ebenso in sandigen und sumpfigen Teilen der Ebenen des bezeichneten Gebietes, wie in den Alleghans ansehnliche Flächen bestockt und nach Heß²⁾ selbst auf festem Torboden vorkommt. Willkomm³⁾ führt an, die Pechkiefer sei 1750 in Europa einge- führt und in preussischen Forstgärten bereits ums Jahr 1837 versuchsweise argesät worden. Etwa im Jahre 1887 wurde sie in den Wäldungen Pom- merns, Posen und vornehmlich Schlesiens vielfach angebaut. Gegen Beschädigungen durch Tiere erweist sie sich widerstandsfähiger als die Gemeine Kiefer, ein beachtenswertes Verhalten, da die Pechkiefer dem Fraße des Ergerlings und der Rüsselkäfer ebenso ausgesetzt ist, wie die Gemeine Kiefer, und auch vom Hochwild zum Verbeißen, Schlagen und Schälen der Gemeinen Kiefer vor- gezogen wird⁴⁾. Schwappach⁵⁾ teilt weiter mit, daß die Pechkiefer auch gegen Spätfröste unempfind- lich sei und von der Schütte fast ganz verschont bleibt.

Ma yr⁶⁾ gibt an, daß in Nordamerika aus dem Stocke der gefällten Pechkiefer, wie bei *Pinus mitis*, sich Ausschläge entwickeln: eine wissenschaft- lich bemerkenswerte, praktisch jedoch bedeutungs- lose Tatsache.

Nach Nördlinger⁷⁾ sind in nassen Niederungen erwachsene Pechkiefern raschwüchsig und breitringig. Ist dies richtig, dann verhält sich diese Holzart in bezug auf das Wachstum ganz anders als die meisten andern Holzarten, welche, wenn sie dauernd auf nassem Boden stocken, lang- samwüchsig sind und schmalringiges Holz erzeugen. Das auf trockenem Boden erwachsene Holz der Pechkiefer ist schwer, fest, ungemein harzreich, das auf nassem Boden erwachsene weich, sehr splint- reich, nach Nördlinger sogar kernlos. Solche Pechkiefern heißen in Nordamerika Sap-Pines (Splint- kiefern). Nördlinger schreibt dieser Holzart ü berhaupt verhältnismäßig wenig Kernholz zu. Der Splint beträgt nach diesem Autor an starken Bäumen $\frac{3}{4}$ des Durchmessers. Schwap- pach⁸⁾ bezeichnet das Holz der Pechkiefer im all- gemeinen als nicht fest, spröde, grobsäferig, jedoch

¹⁾ M. Willkomm, Forstliche Flora von Deutschland und Österreich. 2. Aufl. 1887. S. 191.

²⁾ R. Heß a. a. D. S. 312.

³⁾ M. Willkomm a. a. D. S. 191.

⁴⁾ Vergl. Schwappach a. a. D. S. 60.

⁵⁾ Schwappach a. a. D.

⁶⁾ F. Ma yr, Die Wäldungen von Nordamerika. 1890. S. 190.

⁷⁾ Nördlinger, Deutsche Forstbotanik. 2. Bd. 1876. S. 400.

⁸⁾ Schwappach a. a. D. S. 60.

¹⁾ F. v. Schilcher a. a. D. S. 118.

²⁾ F. Ma yr a. a. D. S. 360.

sehr dauerhaft. Ursache der bedeutenden Dauerhaftigkeit des Holzes ist wohl dessen Harzreichtum.

Die Scheitelshöhe der Pechkiefer beziffert Willkomm mit 10 bis 28 m.

Betreffs der Wachstumsverhältnisse hat Mayr¹⁾ eine auf kieseligen Geschiebe bei Boston erwachsene Pechkiefer untersucht. Es ergab sich, daß die Kulmination des Zuwachses bereits im Alter des Baums von 40 Jahren erreicht worden ist. Er zeigte 1,5 m über dem Boden einen Durchmesser von 30,2 cm, eine Kreisfläche von 718,9 und einen Jahreszuwachs von 25,7 □ cm. Nach Schwappach²⁾ ist das Stärkenwachstum der Pechkiefer in der Jugend viel bedeutender als das der Gemeinen Kiefer. Die stärksten neunjährigen Bäume zeigten in Brusthöhe einen Durchmesser von 5, die zwanzigjährigen einen solchen von 14 cm. Im Höhenwachstum wird jedoch die Pechkiefer vom 12. Jahre an von der Gemeinen Kiefer übertroffen.

Über den Gebrauchswert des Holzes und die Anbauwürdigkeit der Pechkiefer urteilt Mayr ziemlich geringschätzig. Wohl sei sie eine beachtenswerte Erzeugerin von Brenn- und Rohholz. Aber das Holz mit dem durchschnittlichen spezifischen Gewicht von 51 (nach Schwappach 52), sei grobfaserig und durch keine hervorstechend vorteilhafte Eigenschaft ausgezeichnet. Mayr, welcher seine Waldstudien in Nordamerika vor dem Jahre 1890 machte, behauptet, die Pechkiefer habe damals einen Wert als Nutzholz überhaupt nicht gehabt. Höher als Mayr schätzt Nördlinger³⁾ den Gebrauchswert des Holzes der Pechkiefer ein. Es diene bei Hochbau, zur Herstellung von Schiffspumpen, wegen seines bedeutenden Harzreichtums als Brennholz für Ziegelbrennereien und Bäckereien, vorzüglich aber der Teer- und Terpentinergewinnung. Das Wurzelholz werde auch zur Erzeugung von Lampenruß verwertet.

Und entsprechend der von Mayr betonten Minderwertigkeit des Holzes der Pechkiefer will dieser Autor⁴⁾ auch den Anbau der Holzart beschränkt wissen auf gerirgen Sandboden der Ostsee- und Nordseeküste, falls daselbst die Gemeine Kiefer nicht gedeihe. Wo diese aber gut wachse, komme die Pechkiefer für den Anbau nicht in Frage. Gar nicht empfehle er sich im Binnenland. Indes ist diesen Behauptungen Mayrs wenig Wert beizulegen im Hinblick auf die oben angeführte Bekundung Willkomm's, daß die Pechkiefer im Binnenlande Preußens, in Posen und vornehmlich in Schlefien, häufig angebaut werde, in An-

betracht ferner der in Preußen, Bayern, Württemberg und Österreich ausgeführten Anbauversuche, wonach die Pechkiefer zu denjenigen ausländischen Holzarten gehört, welche bei uns anbaufähig und anbauwürdig sind.

Was das Verhalten der Pechkiefer zum Wasser betrifft, so sagt Nördlinger¹⁾, daß sie selbst im Sumpfland wachse und Willkomm²⁾, daß sie auf Moorboden noch „gut“ fortkomme. Auch Dobner-Robbe³⁾ sowie Heß⁴⁾ schreiben, daß sie sogar im Sumpfe vorkomme. Die eine bedeutende Wasserfestigkeit der Pechkiefer bekundenden Angaben werden durch die Befunde der Mayr's⁵⁾ bestätigt, dem einzigen unter den hier genannten Schriftstellern, welcher die Pechkiefer im Sumpflande Nordamerikas beobachtet hat. Nach den Erkundigungen Mayr's waren früher in New-Jersey, wenige Meilen vom Ozean entfernt, auf schwer zugänglichen Sumpfinfeln starke, hohe Pechkiefern in Form von Urwald vorhanden. Die Bäume wurden zum Zwecke der Verkohlung gefällt. Die Wiederaufforstung unterblieb. Als Mayr diese Gegend vor dem Jahre 1890 besuchte, gab es von dem früheren Urwalde nur noch wenige astige, verkümmerte Überreste. Nach den Versicherungen glaubwürdiger Gewährsmänner hat die Scheitelshöhe der Stämme des Urwaldes durchschnittlich 22 m betragen. Schließlich sei hier noch die Mitteilung Schwappach's erwähnt, daß die Pechkiefer auf anmoorigem Sandboden sich gut entwidelt.

Waldhasen, Feldhasen und Wildpiers

Von Karl Balz, städt. Revierverwalter a. D., Hannover.

In dieser Zeitschrift sind einige Abhandlungen erschienen (Dezember 1916, August-September 1917 und Dezember 1917), die sich mit der Frage befassen, in welchen Ursachen die Veränderung der Lebensweise zu suchen sein mag, die sich scheinbar bei einem Teil unserer wild lebenden Tiere zeigt. Herr Pfarrer Wilhelm Schuster sieht den tiefen Grund derartiger Wandlungen in einer „wiederkehrenden tertiärzeitähnlichen Zeitepoche“ oder „wiederkehrenden tertiärzeitähnlichen Tierlebensperiode“ wie die hierfür von ihm geprägten

¹⁾ Nördlinger a. a. D. S. 399.

²⁾ M. Willkomm a. a. D. S. 191.

³⁾ Dobner's Botanik für Forstmänner. 4. Aufl. v. F. Robbe. 1882. S. 426.

⁴⁾ M. Heß a. a. D. S. 312.

⁵⁾ S. Mayr a. a. D. S. 190.

⁶⁾ Schwappach a. a. D. S. 58.

¹⁾ S. Mayr a. a. D. S. 189.

²⁾ Schwappach a. a. D. S. 59.

³⁾ Nördlinger a. a. D. S. 399.

⁴⁾ S. Mayr a. a. D. S. 421.

esdrücke lauten, gestützt auf Gründe, die, wie von die trefflichen Ausführungen des Herrn Dr. Hildebrand zeigen, in einem wesentlichen Teile der näheren Prüfung einstweilen nicht standhalten.

Hierbei kann die Pendulationstheorie ganz und gar aus dem Spiele bleiben, zumal sie mindestens nicht bewiesen angesehen werden muß und deshalb alle auf sie gestützten Mutmaßungen nur Vermutungen sind, die nicht ohne weiteres Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Daran kann nicht gezweifelt werden, daß seit der Eiszeit unser Klima wärmer geworden ist, aber daraus Schlußfolgerungen zu ziehen, wie Schuster tut, dazu sind die Beobachtungszeiträume viel zu kurz. Gehen die gezogenen Schlußfolgerungen dazu noch von unrichtigen Voraussetzungen aus, ist der Grund, auf dem die neue Theorie aufgebaut werden soll, von vornherein ein viel zu schwaches, um einstweilen als hierfür einigermaßen geeignetes Fundament angesehen werden zu können.

Wie schon die Überschrift meiner Abhandlung sagt, will ich nicht näher auf alle hier einschlägigen Fragen eingehen, sondern nur von den „Waldbund- und Feldhasen“ sowie den „Wildpferden“ sprechen und den Nachweis erbringen, daß Schuster hinsichtlich ihrer von Voraussetzungen ausgeht, die nicht zu halten sind. Er sagt: „Die deutschen Hasen müssen ehemals durchweg Waldhasen gewesen sein. Denn das Germanien des Cäsar und Tacitus war ein Waldgebiet. Hasen waren damals in Deutschland vorhanden.“ Schlußfolgerung hieraus: „Hase, ursprünglich Steppentier, wanderte bei uns in den Zwischenzeiten oder unmittelbar danach ein, wurde in der Waldzeit zum Waldbtier, tritt in der neueren Zeit als Wald-, Busch- und Feldhase auf, verschwindet als Waldhase usw.“

Hildebrand lehnt diesen Standpunkt ab, mit der sehr berechtigten Frage, woher denn Schuster wissen will, daß die Hasen im alten Germanien zahlreich vorhanden waren, vor allem aber nicht Bewohner des freien Geländes, das doch vorhanden gewesen sein müsse, weil die Hasen nachweisbar mit Windhunden gesagt wurden, die sich im Walde sicher die Schädels eingeraunt haben würden.

Wenn Schuster weiter sagt, daß der Wald „in geschichtlicher Zeit und noch im Mittelalter bis in die neuere Zeit, die hergebrachte Vegetation auf deutschem Boden“ gewesen sei, so ist das nur mit erheblicher Einschränkung aufzufassen, während die Unterstellung, daß Deutschland zur Zeit des Cäsar und Tacitus Waldgebiet war, und zwar in einem solchen Umfange, daß der Hase sich vom „Steppen-

tier“ zum Waldbtier wandeln mußte, nicht anerkannt werden kann, so daß diese Hauptstütze der aufgestellten Hypothese hinfällig ist, was hierunter bewiesen werden soll.

Zunächst sei hervorgehoben, daß sowohl Tacitus als auch Cäsar herzlich wenig von dem alten Germanien gesehen haben. Schon aus diesem Grunde sind ihre Übermittlungen mit großer Vorsicht zu genießen. Wie dürftig diese Quellen fließen, läßt Cäsar besonders daran erkennen, daß von den 3, — sage und schreibe drei — von ihm erwähnten Jagdtieren, das eine ein Fabeltier ist. Von den vielen im Hercynischen Wald vorkommenden Tieren werden Elch und Ure genannt, während es der Phantasie des Lesers überlassen bleibt, was er sich unter dem wie ein Hirsch gestalteten Wesen, mit einem Horne zwischen den Ohren und mitten auf der Stirne vorzustellen hat.

Wenn Tacitus Germanien als das von Sümpfen und Wäldern starrende Land schildert, so ist das nicht ganz wörtlich zu nehmen, denn was immer schon bei Cäsar übersehen wird, was in der Hauptsache auf gedankenloses Nachbeten zurückzuführen ist, das ist die fast niemals gewürdigte Tatsache, daß die alten Germanen jener Zeit keineswegs auf der Stufe des Nomadentums und des Jägervolkes gestanden haben, sondern schon eine gewisse Sesshaftigkeit gehabt haben müssen wofür die Bevölkerungszahl und der von ihr betriebene Ackerbau sprechen. Hierfür sprechen zunächst schon die zahlenmäßigen Angaben Cäsars, daß z. B. die Kämpfer der geschlagenen Usipeter und Tenkterer auf 430 000 angegeben werden (cum hostium numerus capitum quadringentorum triginta milium fuisset. Lib. IV 15). Auf 60 000 gibt Tacitus die Zahl der von den Nachbarstämmen getöteten Bructerer an, die, wie der Römer sagt, nicht durch römische Waffen gefallen waren, sondern — und das hat ihm ganz besonders gefallen — durch germanische Zwietracht; ein Kapitel, das namentlich lehrreich für die heutige Zeit ist. (Germania, Kap. 33.)

Wenn aus diesen Tatsachen allein schon hervorgeht, daß eine solche Bevölkerungszahl auf immerhin begrenzter Fläche sich nur erhalten konnte, wenn sie ernsthaft Ackerbau betrieb, so ist grade Cäsar auch im übrigen die beste Quelle für den Nachweis, daß die Germanen jener Zeit große Sorgfalt auf den Ackerbau verwendet haben. Im vierten Buche seines Gallischen Krieges läßt er die Usipeter und Tenkterer über den Rhein gehen, weil sie von den Sueben seit geraumer Zeit beunruhigt, mit Krieg überzogen und am Feldbau gehindert würden. An derselben Stelle teilt er

mit, daß die Sueben das mächtigste und kriegerischste Volk aller Germanen seien, hundert Gae bewohnten und jährlich tausend Mann ins Feld schickten, während die übrigen zu Hause blieben und für das Heer und den eigenen Unterhalt sorgten. Im Jahre darauf wird abgewechselt und auch der **Feldbau** nicht unterbrochen. Alles das weist wenigstens auf den Beginn der **Sesshaftigkeit** hin und den damit verbundenen nicht unerheblichen **Ackerbau**.

Es kann also keine Rede davon sein, daß das alte Germanien bei seinem Eintritt in die Geschichte **Waldgebiet** in dem Sinne war, daß von den zweifellos vorhandenen Hasen angenommen werden könnte, daß sie sich vom **Steppentier** zum **Waldhasen** hätten umwandeln müssen.

Diese Hypothese wird allein dadurch schon hinfällig, daß es dem Hasen an freiem Gelände gar nicht gefehlt hat. Im übrigen ist der altgermanische Wald auch nicht als ein undurchdringliches Dickicht zu denken, sondern als eine Zusammensetzung von **Wald** und **Brüchern**, die den Steppentieren, wie z. B. auch den Wildpferden, auf die ich noch zurückkomme, die Existenz gestatteten, ohne daß sie den Charakter von Waldtieren anzunehmen brauchten.

Wenn die altgermanischen Agrarverhältnisse, die Herr Schuster, wie aus seinen Ausführungen hervorgeht, nicht näher bekannt zu sein scheinen, den entwickelten Spekulationen widersprechen, so nicht minder aber die Jagd auf die Hasen selbst, wie sie im alten Germanien ausgeübt wurde.

Eines der ältesten deutschen Volksrechte ist die **Lex salica**. Es ist das zum erstenmal zwischen 486 und 496 aufgezeichnete Recht der salischen Franken (Frankreich, Belgien, Niederlande), das auch Geltung hatte bei den stammverwandten Chattischen Franken (Hessen, Mittelrhein, Mosel, Lahn- und Maingebiete). Die **Lex salica** beruht auf Weis-tümern, die weit in die heidnische Zeit zurückreichen, und muß deshalb als guter Wegweiser angesehen werden. Schon in dieser **Lex salica**, die nur älteres germanisches Recht enthält, nennt man einen Hund, „*veltrem leporarium*“, dessen Entwendung oder Tötung mit 600 denarios gebüßt werden soll.

Die **Lex Alamannorum**, von Herzog Rantfrid von Schwaben gegeben, ist ihren Quellen nach auf das Ende des 6. oder Anfang des 7. Jahrhunderts zurückzuführen. Sie bedroht den mit 3 Solidis Strafe, der einen „*veltrum leporalem*“ tötet.

Die **Lex Bajuvariorum** zeigt sich mit dem Gesetz der Alamannen sehr nahe verwandt. Sie lehnt sich aber auch an die Gesetze des Königs Carich an, die um 475 für Streitigkeiten der Goten und Römer,

466 bis 484 für Streitigkeiten der Goten unter sich gegeben wurden, ebenso auch an die **Lex salica**.

Dieses Gesetz spricht ebenfalls vom *canis veltris* (*veltrix veltrus* oder *veltraus*) und läßt an seiner Zweckbestimmung einen Zweifel nicht aufkommen. Es heißt: „*De canibus veltricibus, qui leporem non persecutum sed sua velocitate comprehendit cum simili et 3 solidos conponat.*“ Die Zweckbestimmung dieser Hunde war, durch ihre Schnelligkeit die Hasen zu ergreifen, eine Eigenschaft, die Gratius bei den auch von den Römern verwendeten Sigambrierhunden anerkannt, die germanische Windhunde waren und, wie Martial sagt, „*unverlezt durch den Zahn*“ die erjagte Beute dem Jäger brachten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die alten Germanen bei ihrem Eintritt in die Geschichte den Hasen schon mit **Windhunden** jagten, was als weiteres Glied in der Kette dienen kann, daß im alten Germanien viel offenes Gelände war. Wenn der altgermanische Windhund kein Hund war, der wegen seiner Schnelligkeit zur Hasenhege im Walde verwendet werden konnte, aus den von Hilzheimer betonten Gründen, so spricht dafür aber noch ein weit triftigerer Grund als das Hindernis, welches die Bäume darstellten. Der Windhund hat eine schlechte Nase und jagt nur sichtig, was auch Gratius bezeugt. Im Walde kann er die Hasen nicht sehen, sondern nur in freiem Gelände. Daß es hieran im alten Germanien nicht fehlte, kann gar nicht bezweifelt werden. Deshalb ist der Hase niemals bei uns Waldtier gewesen, sondern stets das, was er heute noch ist. Wo er heute im Walde seinen Aufenthalt noch hat und auf die Dauer verbleibt, da hat er die Möglichkeit, seine Bedürfnisse zu befriedigen und seine Vermehrung im Felde ist Folge der Kultur und nicht zu vergessen, der Jagdpflege.

Der Hinweis auf das Wildpferd, das nach Schusters Ansicht in Germanien zum Waldtier geworden sein soll, denn, wie er sagt, „*lebten die deutschen Wildpferde in Wäldern*“ wo sie bis in die neuere Zeit hinein in Westfalen und im Duisburger Walde „*Jagdtier*“ gewesen sein sollen, kann der Beweisführung ebensowenig als Stütze dienen.

Der Herchnische Wald hat nach Plinius große Herden von Wildpferden enthalten.¹⁾ Griechische und römische Schriftsteller bringen zuverlässige Kunde darüber, daß schon vor Christi Geburt das

¹⁾ Die nachfolgenden Angaben über Wildpferde sind einer Abhandlung des Verfassers in Beilage Nr. 14 der „*Bayerischen Zeitung*“ von 1917 entnommen.

deutsche Wildpferd im Leben unserer Altvorderen eine große Rolle gespielt hat, und daß die alten Germanen auch von Pferdefleisch gelebt und sich in Pferdehäute gekleidet haben.

Benantius Fortunatus, der im 6. Jahrhundert gelebt hat, berichtet davon, daß in den heutigen Ardennen und Vogesen neben Bären, Hirschen und Ebern auch der Onager vorgekommen ist, worunter in getreuer Übersetzung ein wilder Esel, Waldefel, verstanden werden muß, aber es ist selbstverständlich, daß es sich hierbei nur um das wilde Pferd handeln kann, das von geringer Größe war. Daß die alten Germanen das Pferdefleisch als Speise benutzt haben, ist längst feststehende Tatsache, die auch darin ihre volle Bestätigung findet, daß der heilige Bonifazius es erlaubt hatte, Fleisch von wilden und zahmen Pferden zu essen, aber Gregor III. forderte um das Jahr 732, daß das nicht mehr gestattet werden solle. Das Vorkommen des Wildpferdes findet eine weitere Bestätigung darin, daß noch in späterer Zeit bei den Mönchen des Klosters St. Gallen im Jahre 1000 der Segensspruch galt:

Sit feralis equi caro dulcis in hoc Cruce Christi.

Nach der Glosse zum Sachsenspiegel gehörten wilde Pferde, die man nicht immer in Hut behalte, nicht zur fahrenden Habe, und wie Helisäus Röslin berichtet, waren noch Ende des 16. Jahrhunderts in den Vogesen Wildpferde, die viel wilder und heuer waren als der Hirsch.

In Pommern gab es in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts viel wilde Pferde, mit einem gelben Streifen auf dem Rücken, und noch in der Neuzeit und in der Reformationszeit wurden die Wildpferde ganz wie anderes Wild gejagt, sowohl der Haut als auch des Wildbrets wegen. So wurde der Komtur von Balge am Frischen Haff dem Hochmeister nach Marienburg im Jahre 1403 ein auf der Jagd erlegtes, zum Speisen bestimmtes wildes Pferd.

Wann das Wildpferd in Europa zuerst aufgetreten ist, das ist wohl nicht bekannt und ebenso wenig, wann es in die Reihe der Haustiere eingerechnet ist.

Ob das Wildpferd Europas von zahmen und wieder verwilderten Pferden abstammt, soll hier nicht näher untersucht werden, aber jedenfalls ist das Wahrscheinlichere, daß auch das deutsche Wildpferd seine Abstammung vom Diluvialpferd ableiten kann. Gegenstand der Jagd war es bis in die spätesten Zeiten, und das Verbot Gregors III., Pferdefleisch zu essen, das konnte sich wohl kaum auf das gezähmte Pferd beziehen, sondern nur auf das wilde und hatte den Zweck, der Verbreitung der christlichen Religion Vorschub zu leisten, weil

das Pferd bei den heidnischen Germanen eine gewisse religiöse Verehrung genoß, namentlich aber das Pferdewiehern als Orakel galt und auch das vornehmste Opfertier war.

Es klingt etwas romantisch, daß noch im 19. Jahrhundert das heutige rheinisch-westfälische Kohlengebiet von Wildpferden bevölkert war, die noch zu Tausenden in der neueren Zeit in den heutigen Regierungsbezirken Düsseldorf, Münster, Arnsberg, Minden und im Fürstentum Lippe vorgekommen sind. Wenn ursprünglich das Wildpferd als tatsächlich „wildes Pferd“ angesehen werden muß, so sind doch im Laufe der Zeit so große Veränderungen damit vorgegangen, daß es seinen Charakter verändern mußte. Einmal als Haustier in den Dienst des Menschen gestellt, mußte von diesem bald die Notwendigkeit erkannt werden, daß dieser kostbare Gegenstand erhalten bleiben und nutzbar gemacht werden mußte.

In den einzelnen Marken, die ja von einander abgeschlossen waren, ist man wie in den übrigen Wildbahnen darauf bedacht gewesen, ein gewisses Aneignungsrecht an den vorhandenen Wildpferden geltend zu machen, das sich auch daraus erkennen läßt, daß gegenseitig der freie Durchstrich zugestanden wurde; und schließlich treten Eigentumsrechte dadurch in die Erscheinung, daß die Wildpferde ein Zeichen trugen, und um dieses anzubringen vorher schon eingefangen sein mußten. Wie schon hervorgehoben wurde, hatte das Wildpferd auf der rechten Rheinseite eine ziemlich weite Verbreitung und eine der hervorragendsten dieser Wildbahnen war das südlich der Stadt Neckinghausen in Westfalen gelegene sogenannte *Emserbruch*, das einen Flächenraum von ungefähr 15 000 Hektar eingenommen hat.

Schon zur Römerzeit saßen in dieser Gegend Germanen, die des Reitens sehr kundige Krieger waren, und deshalb kann als zweifellos angenommen werden, daß bei uns *Bruch gegen den* als die Heimat des wilden Pferdes anzusehen sind. Die Bruchwiesen waren die Ausrüstungsplätze und meilenweit wechselten die Pferde hin und her, um sie aufzufuchen. Wie alles übrige Wild, so mußte auch das Wildpferd sich durch eine gewisse Genügsamkeit auszeichnen, denn zu seiner Ernährung dient im Winter nur verdorbenes Gras und Heide, das alles unter dem Schnee hervorgeschlagen werden mußte. In der Zeit der Not fingen die Pferde auch das Schälten an. Für die landwirtschaftlich bebauten Gegenden, die hier, wenn auch nur in geringerem Umfange, vorhanden waren, stellten sie eine gewisse Gefahr dar, wegen des damit verbundenen Schadens, der dadurch abzuwenden versucht wurde, daß man mit Pfeffer und Salz auf

die Pferde schoß. Nur in ganz strengen Wintern wurde durch Füttern etwas nachgeholfen, aber die ganze Lebensweise der Pferde unterschied sich nicht von derjenigen des übrigen Wildes.

Der Bedeutung des Pferdes entsprechend war es selbstverständlich, daß diese Tiere, wie heute auch noch das Wild, eingeparkt wurden. Sie wurden immer mehr der Gegenstand, auf dessen Erhaltung die menschliche Aufmerksamkeit gerichtet werden mußte, denn der Bedarf an Pferden, sei es zu wirtschaftlichen oder kriegerischen Zwecken, wurde aus ihrem Bestande gedeckt. Ihre Sinne waren außerordentlich scharf und deshalb war es nicht so leicht, sie in die Gewalt zu bekommen. Von Ranzeln aus, die auf den Wechselln gebaut wurden, fing man sie mit dem Lasso, entweder auf dem Anstande oder aber beim Treiben. Ein großer Festtag war beispielsweise der Laurentiustag, an welchem groß und klein hinauszog, um die Treibjagd auf Wildpferde festlich zu begehen, deren Zweck das Brennen der Fohlen und Schneiden der Hengste war.

Die Wildpferde des Emscherbruches waren als tabellose Reitpferde berühmt und zeichneten sich vor allem anderen durch Schnelligkeit und Ausdauer aus. Der Reitergeneral Murat bevorzugte die Emscherbrucher, und die Vorläufer der jetzigen Baderborner Husaren wurden auf dem Rücken deutscher Wildpferde über die Pyrenäen nach Spanien getragen. Durch das Dekret vom 22. Juli 1811, wonach alles weidende Vieh unter die Aufsicht eines Hirten gestellt werden sollte, wurden auch die Wildpferde betroffen, und das hat dazu beigetragen, daß sie angingen, aus dem Walde zu verschwinden, bis am 12. September 1814 das vorerwähnte Dekret, soweit die Wildpferde in Frage kamen, aufgehoben wurde, weil sich bei der französisch-bergischen Regierung die Erkenntnis eingestellt hatte, daß bei den wilden Pferden ein Hüten nicht stattfinden konnte, weil es nicht möglich war.

Im Jahre 1825 setzte die Aufteilung der Mark ein, und das bedeutete das Ende für die Wildpferde im Emscherbruch. Sie wurden eingefangen, und soweit es bei den Hengsten, die sich mit großer Schlaueit allen Nachstellungen zu entziehen mußten, nicht gelungen ist, wurden sie erschossen.

Nicht weit von dem Emscherbruch zieht sich der Duisburger Stadtwald hin. Hier war zwischen Düffel, Rhein und Ruhr das Wildpferd in sehr großer Zahl vertreten, und ein 23 Wegstunden langer Wallgraben und Hecken umschloß die Wildbahn, in welcher sich die Wildrosse tummelten. Ihnen gegenüber waren die Herzöge von Berg, verschiedene Stifte und Rittergüter berechtigt. Zu ihrer Veredelung wurden Hengste der verschiedensten Abkunft im Monat Mai eingetrieben und

nach einiger Zeit wieder entfernt. Es läßt sich denken, daß die wilden Hengste, entsprechend ihrer Natur, ihre Herden den zahmen Genossen nicht ganz freiwillig überließen. Das mußte es mit sich bringen, daß jene geschritten und, wo ein Überfluß vorhanden war, auch totgeschossen wurden. Auch hier wurden die Pferde, wie im Emscherbruch mit dem sogenannten Reifen gefangen, das von einem Strick dargestellt wurde, an dessen Ende ein Holzkloß befestigt war. Gewaltige Treibjagden wurden veranstaltet, bei welchen natürlich die Bauern, wie es zeitgemäß war, als Treiber zu dienen hatten. Welchen Umfang diese Treibjagden hatten, geht daraus hervor, daß im Jahre 1729 bei einer veranstalteten Jagd Lebensmittel für sieben Tage mitgeführt werden mußten. 10 Goldgulden Strafe traf den, welcher dieses veräußert hatte, und mit 20 Goldgulden wurde bestraft, wer nicht erschienen war. Bei der letzten „Generaljagd“ im Jahre 1815 wurden 2700 Treiber verwendet, um die Wildpferde in die mit Hecken und Pfosten eingefriedigten sogenannten „Eyle“ zu treiben.

Die Rosse des Duisburger Waldes waren ausgezeichnete Tiere, deren letzte im Anfang des 19. Jahrhunderts eingefangen wurden. Im Stehlen der Wildpferde taten sich seinerzeit die Franzosen hervor, und die Verhältnisse der Zeit brachten es mit sich, daß die Duisburger im Jahre 1814 die Wildpferde als herrenlos erklärten. Wie im Emscherbruch die letzten Hengste, die nicht eingefangen werden konnten, erschossen wurden, so ging es auch im Duisburger Wald, und der letzte Rest des einstigen gewaltigen Wildpferdestandes war ein Wallach. Zur Ende der zwanziger Jahre in dem sogenannten Raper Wald zwischen Duisburg und Düsseldorf zur Strecke gebracht wurde.

Auch das sogenannte Merfelder Bruch hatte eine ausgedehnte Wildbahn, in welcher Wildpferde vorhanden waren. Sie unterschieden sich von den bisher genannten durch ihre ponyartige Beschaffenheit. Auch für sie hatte die Stunde geschlagen, als die Marken geteilt wurden. Der Herzog von Croÿ, welcher hier am meisten begünstigt war, hat die Wildpferde gehalten, und wer sich dafür interessiert, hat heute noch Gelegenheit, auf einer kleineren Fläche den Rest der einstigen Herrlichkeit zu sehen. Wo früher der Boden beschneit, wenn er von den Hufen der Wildrosse geschlagen wurde, schleicht jetzt nur noch ein kümmerlicher Rest der ungeheuer genügsamen Tiere umher.

Nicht weit von Münster in Westfalen ist die sog. Dabert. Hier waren den Merfeldern ähnliche Wildpferde vorhanden, die ebenfalls am Anfang des 19. Jahrhunderts verschwunden sind. Auch

Arnberger Wald war von jeher mit Pferden bevölkert.

Von all den bis jetzt angeführten Wildpferden gesagt werden, daß sie echte equi vagi waren, die Halbwilden gegenübergestellt werden können, bei welchen die Zucht in freier Wildbahn Ziel war. Das 38 000 Morgen große Sennerräut diente diesem Zweck. Aus den Kreuzen sollen die Pferde mitgebracht worden sein, hier ausgesetzt wurden, um in schrankenloser Zeit aufzuwachsen. Gefüttert wurden sie nur im strengsten Winter, und ihr Verhalten war das eines Wildes. Sie waren so scheu, daß sie keinen Menschen an sich herankommen ließen, aber schließlich mußten sie aus dem Wald entfernt werden, die große Schältschäden anrichteten.

Auch im übrigen Preußen und Litauen war das Wildpferd vertreten, und zwar wird von einem Individuum, von mausfarblicher Farbe mit schwarzem Gesicht und schwarzer Mähne.

Auch an einer Reihe anderer Orte läßt sich heute der Nachweis erbringen, daß das wilde Pferd in Preußen war, und jedenfalls sind es nur wenige Gegenden des germanischen Bodens, welche das Wildpferd nicht bewohnt hat. Wenn auch schon frühzeitig die Hand des Menschen eingegriffen haben, um die Nachzucht zu regeln, so erscheint es doch feststehend, daß das deutsche Wildpferd von ausgesetzten oder entlaufenen zahmen Pferden abstammt, sondern der Nachkomme des Wildpferdes ist. Je mehr die Freiheit der Jagd durch den Grundeigentümer eingeschränkt wurde, schließlich auch das wilde Pferd in den Wildbann einbezogen und die gewaltige Quersperre dem Material nutzbar gemacht. Der fortwährenden Kultur mußten die Wildpferde zum Opfer fallen, und mit der Aufteilung der Marken schließlich die letzten verschwunden.

Das eigentliche Waldtier ist auch das Pferd nicht gewesen, denn nur in Bruchteilen war seine Existenz möglich und daß es lange existiert hat, spricht von vornherein dafür in Germanien, wo die landwirtschaftliche Kultur nicht schon in der ältesten Zeit sich entwickelt hat. Der bruchige Charakter der Landschaft das Ergebnis war. Wenn Steppentiere sich auch unter Umständen gehalten haben, so erscheint das Unwahrscheinliche, aber Waldtiere sind sie dadurch nicht gewesen; für den Hasen steht es jedenfalls ohne Zweifel fest, daß er Waldtier im Sinne dieses Wortes nie gewesen ist.

Der Standpunkt der Jägerei ist heute im allgemeinen der, daß von Feldhasen und Waldhirschen gesprochen wird, aber keineswegs ist darüber ein Gedanke verbunden, daß es sich biologisch

um verschiedene Rassen handeln soll. Man sieht hierin nur ein und denselben Hasen, der sich auf der einen Seite mehr an das Feld als an den Wald gewöhnt hat und umgekehrt, der schließlich auch einmal seinen Standort wechselt, je nachdem. Die Gründe dieses Verhaltens sind aber weniger in der eigenen Natur zu suchen, als in den Verhältnissen. Heute bietet der Wald jede Nutzungsmöglichkeit und der Hase, welcher eine gewisse Ruhe und Behaglichkeit liebt, hat keine Ursache, sich in den Trubel des Feldes zu stürzen. Aus diesen Gründen bleibt er im Walde, und unter den verschiedenen Lebensmöglichkeiten wird sich auch eine gewisse Verschiedenheit herausbilden, sowohl nach Farbe, als nach Gewicht und Geschmack. Der sogenannte Waldhase schmeckt besser als der Feldhase und das erklärt sich aus der einfachen Tatsache, daß die Waldzucht eine bessere ist. Ist der erste im allgemeinen größer an Gewicht, so spricht der eben genannte Grund mit, aber wohl auch die Tatsache, daß er im Walde mehr Ruhe hat und im allgemeinen auch älter werden kann. Auch die Farbenabweichungen lassen sich auf ganz natürliche Weise erklären, aber es wird kaum einen Jäger geben, der bei der Unterscheidung von Feld- und Waldhasen ernsthaft an Rassenunterschiede denkt und gedacht hat.

Behalten wir im Auge, daß im geschichtlichen alten Germanien der Feldbau eine weit größere Ausdehnung hatte als von denen angenommen wird, die in seinen männlichen Bewohnern jener Zeit, sogar mit einem gewissen Behagen, nur Krieger, Jäger, Säuer, Spieler und Faulenzer sehen, so werden wir uns nicht länger der Erkenntnis verschließen, daß unsere Altvordern schon im Anfang der christlichen Zeitrechnung sesshafte Ackerbauer gewesen sein müssen. Hierbei übersehe ich keineswegs, daß Cäsar Privateigentum leugnet, und von einer Verfassung spricht, die nicht länger gestattete als ein Jahr an einem Orte zu bleiben (*Sed privati ac separati agri apud eos nihiles; neque longius anno remanere uno in loco colendi causa licet. Lib. IV cap. 1*) (siehe auch Lib. VI c. 22).

Der Widerspruch Cäsars tritt im 4. Buche an derselben Stelle, an der er diese Behauptung aufstellt, klar zu Tage, denn wäre es so gewesen, wie er sagt, so hätten sich Ulpeter und Tentikerer nicht von den Sueben über den Rhein gedrängt gesehen, die sie am Feldbau hinderten und wohl nicht dauernd hinterher gelaufen sind.

So widerspricht sich Cäsar nicht allein an dieser Stelle, sondern häufiger.

Selbst aber, wenn seine Mitteilung Anspruch auf Genauigkeit hätte, was aber auch aus dem Grunde wenig Wahrscheinlichkeit hat, weil nach

Livius schon die Cimbern das Bestreben zeigten, Felder zu haben, auf denen sie sich häuslich niederlassen konnten, steht es zu Tacitus Zeiten schon ganz anders. Wenn man ihm glauben soll, — was auch schwer fällt, wenn man das erste Kapitel seiner Germania ins Auge faßt, wo er von der zahlreichen Bevölkerungsmaße spricht (in tanto hominum numero) — so wechselten jetzt die Gemeinden, wenn sie mehrere Jahre in der Flur gegessen hatten.

(Agri pro numero cultorum ab universis (vices) occupantur, quos mox inter se secundum digitationem partiuntur, facilitatem partiendi camporum spatia praestant. Arva per annos mutant, et superest ager. Germania Kap. 26.)

Die Gemeinden wechseln. Wenn die Gemarkung von ihnen mehrere Jahre inne gehabt gewesen ist, kommen andere von möglichst gleicher Zahl. Das arva per annos mutant bedeutet nicht das Niederlassen in einer neuen Flur, sondern bezieht sich auf die Art der Bebauung, den Wechsel der Feldfrüchte, mit dem sogar eine Brache verbunden war (superest ager), so daß die bebaute Fläche umso größer sein mußte.

Wald und Sumpf war trotzdem noch vorhanden und jedenfalls hat es auch an nicht gefehlt, aber wenn Privateigentum noch vorhanden war, so doch der Anfang des Gemein- oder Stammeseigentums, so daß die etwas grobe Beschreibung des Landes „silvis horrida auditibus foeda, (Germania, Kap. 5) sicherlich übertrieben ist.

Im übrigen kann es auch als festgestellt gesehen werden, daß Weizen, Gerste und Hirse etwa von den Römern auf die Germanen kommen sind, sondern schon sehr früh in Europa bekannt waren. Hafer, Roggen und wurden ebenfalls von den Germanen gebaut, zweifelhaft ist nur der Dinkel. Wenn Tacitus Lind „satis ferax, frugiferarum arborum tiens“ (ziemlich fruchtbar, doch nicht geeignet Bäume hervorzubringen) nennt, so ist das auch nicht ganz wörtlich zu nehmen, denn auch die alten Germanen hatten schon einige Obstbäume, wenn auch den Römern nicht streitig gemacht werden soll, daß sie den Obstbau sehr geliebt haben.

Literarische Berichte.

Physiologie und Ökologie. I. Botanischer Teil, unter Redaktion von Haberlandt bearbeitet von Czapek, von Guttenberg und E. Baur. Der „Kultur der Gegenwart“ III. Teil, IV. Abt., III. Band. Verlag B. G. Teubner, Leipzig 1917.

Physiologie und Ökologie werden hier als Teildisziplinen der Physiologie im weiteren Sinne behandelt; ihre gemeinsame Bearbeitung wird damit gerechtfertigt, daß die gegenseitigen Grenzen sich gar oft verwischen, um eine erschöpfende klare Behandlung einer Disziplin allein zu gestatten, ohne die andere mit hineinzuziehen. Nach den neueren methodologischen Untersuchungen ist dem nicht ohne weiteres zuzustimmen. Das Herausarbeiten der ökologischen Momente und die Darstellung der Ökologie geschah seither in der Botanik nur sehr stiefmütterlich. Gerade für die Anwendung der Resultate botanischer Forschung ist die eingehende Behandlung der Ökologie von besonderem Werte. Die mangelnde Schärfe in der botanischen Systematik ihrer theoretischen

Disziplinen hat die langsame Weiterentwicklung der angewandten Botanik mitverschuldet.

Fassen wir die Biologie als Gesamtwissenschaft von den Lebewesen auf, so ergibt sich als weitere Gliederung einmal die Lehre von den Formen der Organismen als Morphologie, eingeteilt in äußere Morphologie und innere Morphologie — (Anatomie) —, dann die Lehre von den Veränderungen im Zustande der Lebewesen, die Lehre von den Lebensvorgängen, die Physiologie; die Beziehungen der Lebewesen zu einander und zur anorganischen Welt, die Ökologie und zur anorganischen Welt, die Systematik, die Pflanzengraphie und Pflanzengeschichte.

Der Grundbegriff der ökologischen Betrachtungsweise ist der der Anpassung. Wichtig ist bei der Erforschung physiologischer Probleme die kausale Bedingtheit zu ergründen, welche bei der ökologischen Betrachtungsweise teleologische Fragestellung in erster Linie be-

t. Die Physiologie sucht daher die kausale Erklärung der Lebensvorgänge, die Ökologie ökologischen Momente für die Lebensvorgänge, die Untersuchung auf deren Zweckmäßigkeit in den Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen. Nach einer Einleitung von Czapek in die Pflanzenphysiologie folgt der übrige Text, in vier Abteilungen gegliedert, die umfassen

I. Die Ernährung der Pflanze (Czapek);

II. Wachstum und Entwicklung der Pflanze (von Guttenberg);

III. Bewegungserscheinungen im Pflanzenreiche (von Guttenberg);

IV. Physiologie der Fortpflanzung (E. Baur) nach den vier wichtigen Lebensvorgängen Keimung, Wachstum, Bewegung und Fortpflanzung, wie sie sich der Beobachtung am unmittelbarsten bieten.

Die Einleitung in die Pflanzenphysiologie legt das Verhältnis von Morphologie und Physiologie klar und grenzt die Aufgaben der Pflanzenphysiologie ab, indem er auf die Unterschiede der botanischen und zoologischen Physiologie eingeht, die ihrerseits die verschiedenen Methoden in der Behandlung pflanzen- und tierphysiologischer Fragen bedingen. Andererseits weist er auch auf das beide Einigende hingewiesen und betont, daß die lebende Substanz und der Vitalismus tierischer und pflanzlicher Zellen im wesentlichen so übereinstimmen, daß eine allgemeine Physiologie darauf gebaut werden konnte, die eben mit dem Gebiete der allen Organismen gemeinsamen Lebensphänomene zu tun hat. Eigenartig ist die Heraushebung besonderer biologischer Probleme, hervorgerufen dadurch, daß in der belebten Natur der gleiche Effekt in einer unbegrenzten großen Zahl von Fällen beobachtet werden kann, während wir in der Biologie es meist mit einer begrenzten Zahl von Fällen zu tun haben, die sich nicht gleich oft in Zeit und Raum wiederholen und die daher bedingen, daß hier der Grad der Wahrscheinlichkeit festzustellen ist, wie häufig bestimmter Erfolg eintritt. Die Statistik hat hier ergänzende wertvolle Arbeit geleistet, wie die Frage der Vererbung; doch blieben noch manche offen, auf denen nur die Erfahrung zu entscheiden vermöge, wie wahrscheinlich es ist, wie den Mendelschen Gesetzen, ein Gebiet, auf dem die Chemie und Physik bisher eine wissenschaftlich genaue Darstellung der Lebensvorgänge nicht ermöglichen. Czapek schließt aber aus der Entwicklung der Physiologie als Wissenschaft, daß in der modernen „Physiologie“ kein einziges Element nötig, Energieformen in den Lebewesen zu nehmen, welche in der unbelebten Natur

nicht zu beobachten sind.“ Auch hier gelten die Zeitgesetze der Erhaltung der Materie und die Hauptsätze der mechanischen Wärmetheorie als unumschränkte Führer.

Sobald sich von außen her ein ändernder Einfluß geltend macht, antwortet die Pflanze darauf mit einer Gegenwirkung — Reaktion —; diese Selbstregulation ist in äußerst vollkommener Weise ausgebildet und jeder Lebensprozeß wird abhängig vom anderen. Dies bedingt die Frage nach dem zusammenhanglosen Geschehen zur Erkenntnis biologischer Vorgänge, nach der Ursache oder nach der Zweckmäßigkeit: „warum“? und „wozu“? die kausale und finale Betrachtung, die den Forschungsmethoden der Physiologie und Ökologie zu Grunde liegen. Es gibt nun Wirkungen, die vorübergehend und solche, die von bleibenden Folgen für den Organismus sind. Daraus sind zwei wichtige Tatsachen zu erkennen, daß lebende Pflanzen variationsfähig sind und weiter, daß solche neue Eigenschaften vererbungs-fähig sein können. Ein Ausblick auf das, was wir, im Gegensatz zum Leben, Tod nennen, schließt diesen Abschnitt: Der Tod kann eintreten, wenn die Existenzbedingungen für einen Teil der Zellen so ungünstig werden, daß diese ihre normale Funktion einstellen, oder es liegen Gründe dafür in der Zelle selbst, in der sich allmählich abnorme Gestaltungen des Stoffwechsels einstellen, die mit der Aufrechterhaltung des Lebens sich nicht vereinbaren.

Den I. Abschnitt hat ebenfalls Czapek behandelt. Die Ernährung der Pflanze wird hier in klarem Aufbau unter den wichtigsten historischen Rückblicken nach dem neuesten Stande behandelt. Den größten Teil davon nehmen die Beziehungen der Pflanzentwelt zur unbelebten Natur ein, während deren geringerer Erkenntnis auf diesem Gebiete entsprechend die Beziehungen der Pflanzentwelt zur belebten Natur in einem 2. Teile geschildert sind. Nach der Begründung der Wichtigkeit der Aschenbestandteile, des Wassers und der organischen Baustoffe für die Ernährung der Pflanze wird die Atmosphäre dargestellt und die Chemie des Chlorophylls unter Benutzung der neuesten Arbeiten von Willstätter erhellte. In dem Teil der Beziehungen zwischen den Pflanzen und der belebten Natur ist die Entwicklung der eigentlichen Ökologie gegeben; die Kenntnis dieser hierunter fallenden Vorgänge ist aber noch lange nicht fest begründet, wodurch auch die angewandte Botanik, z. B. der Waldbau, noch wenig direkten Nutzen daraus schöpfen konnte, obwohl vielversprechende Anfänge gerade auf diesem Wege gemacht sind.

Die symbiotischen und antibiotischen Beziehungen der Pflanze zu den Organismen geben unter anderem eine klare Einteilung der Symbiosen zwischen Protisten, Pflanzen untereinander und Pflanzen und Tieren; unter die erste Gruppe fällt die Symbiose der für den Nitrifikationsprozeß wichtigen Nitrosobakterien mit dem nitratbildenden Nitrobakter, unter die zweite Gruppe das Zusammenleben von Bakterien und niederen Pilzen an den Wurzeln höherer Pflanzen (Wurzelknöllchen), während an Pflanzen und Ameisen eine Symbiose zwischen Tier und Pflanze erörtert ist. Gegenüber diesen Symbiosen wird dann weiter auf die Antibiosen, die Angriffe der Organismen auf einander, die sich namentlich im Parasitismus äußert, eingegangen.

Der Abschnitt über das Wachstum und die Entwicklung der Pflanze bietet dem Leser ebenfalls einen erwünschten Überblick über den neuesten Stand dieses Zweiges der Physiologie mit knappen aber prägnanten Rückblicken. Die Mechanik des Wachstums, das Wachstum der Organe und die

Beeinflussung des Wachstums und der Entwicklung durch äußere Faktoren, die Abhängigkeit der Gestaltung durch innere Ursachen bieten namentlich auch dem Forstmann zahlreiche Anregungen zu wichtigen Problemen. Den Entwicklungserscheinungen im Pflanzenreiche sind auf beiden Seiten gewidmet, auf denen die Resultate der modernen Physiologie ausführlich dargestellt werden. Insbesondere wird dabei auf die Arbeiten über Tropismen von Pfeffer, Czapek, Titze, Koll, Haberlandt und Remec eingegangen. Im dem letzten Abschnitt über die Physiologie der Fortpflanzung werden besonders die Ausführungen über Ökologie und Physiologie der Keimung interessieren. Jedem Abschnitt ist ein Literaturverzeichnis der grundlegenden Werke über das betreffende Gebiet beigegeben. Der Bedeutung, die das große Unternehmen „Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele“ in Anspruch nehmen darf, wird auch dieser Band gerecht.

Dr. Wimmer.

Briefe.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Löschung von Disziplinarstrafen.
Eintragung in die Personalakten.

Das Preussische Staatsministerium hat unter dem 18. August 1917 folgende Grundsätze betr. Eintragungen in die Personalakten und für die Löschung von Disziplinarstrafen erlassen:

1. In die Personalakten (Personalbogen) eines Beamten sollen für ihn ungünstige Tatsachen (Vorermisse) — nicht Urteile — nur nach Anhörung des Beamten eingetragen werden. Dessen Äußerung ist der Eintragung beizufügen.

2. Die in den Personalakten (Personalbogen) der Beamten befindlichen Vermerke (Verhandlungen etc.) über Disziplinarstrafen sind mit einem Lösungsvermerk zu versehen, wenn der Beamte seit der Festsetzung der Strafe während einer Bewährungsfrist die Pflichten seines Amtes zufriedenstellend erfüllt hat.

3. Die Bewährungsfrist beträgt bei Warnungen, Verweisen und Geldstrafen bis zu 30 Mt. fünf Jahre, bei sonstigen Disziplinarstrafen zehn Jahre.

4. Mit Lösungsvermerk versehene Strafen sollen den Beamten nicht mehr zum Vorwurfe

gereichen und in Berichten an vorgesetzte Behörden sowie bei Auskunftserteilung nicht erwähnt werden.

5. Bei Bewertung von vor dem 1. Oktober 1917 verhängten Disziplinarstrafen ist auch ohne förmliche Lösungsvermerke nach vorstehenden Bestimmungen sinngemäß zu verfahren.

6. Den einzelnen Verwaltungen bleibt überlassen, zu diesen Grundsätzen eine besondere Handlungsanweisung zu erlassen.

Hierzu bestimmte der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durch Erlass vom 23. Nov. 1917, daß die von Anstellungsuchenden einzuziehende Akten über gerichtliche Vorstrafen in der Regel ungelöschte Strafen zu beschränken ist. In dem Fragebogen, soweit solche zur Versendung kommen, soll deshalb zum Ausdruck gebracht werden, ob gelöschte Strafen nicht angegeben zu werden brauchen. Den Anstellungsbehörden soll auch nicht empfohlen bleiben, sich mit der Vorlegung eines polizeilichen Führungszeugnisses zu begnügen, sondern die Einfügung eines solchen neben der Ausfüllung der Spalte „Vorstrafen“ in den Fragebogen zur Auswahl zu stellen. Ein auch die gelöschten Strafen enthaltender Strafregisterauszug soll nur auf Verlangen, wenn ein besonderer Anlaß dazu vorliegt, eingefordert werden.

zuschüsse zu den gesetzlichen Tagelohnen für Dienstreisen.

Weil die fortschreitenden Teuerungsverhältnisse häufiger als im Frieden notwendig werden, gemäß § 8 des Reisekostengesetzes einen Zuschuß zu den gesetzlichen Tagelohnen zu zahlen, hat der Minister für Landwirtschaft u. die Behörden u. ermächtigt, bis auf weiteres bei Dienstreisen mit denen eine Übernachtung verbunden ist und in denen die Prüfung des Einzelfalles die Notwendigkeit eines erhöhten Reiseaufwandes ergibt, einen Zuschuß bis zu 50 Prozent der gesetzlichen Tagelohnsätze zu bewilligen. Zur Begründung der Notwendigkeit eines erhöhten Reiseaufwandes wird allgemein die Versicherung der Beamten als Reisende angesehen werden können. Erfordert die Dienstreise über die vorstehende Regelung hinaus einen außerordentlichen Aufwand, so ist der Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses oder einer Pauschvergütung zu stellen.

* * *

Eintrieb von Schafen in Fichtenkulturen.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat durch einen Erlaß vom 4. Januar 1918 die Regierungen unter Hinweis auf einen Bericht des Fürstlich Jsenburgischen Oberförsterei Birstein angewiesen, Anträge auf Gestattung der Schafweide in ältere Fichtenkulturen unter Ausschluß der geringsten Standorte und bei Aussetzung des Eintriebs der Schafe in Dürreperioden zu genehmigen. In dem Erlasse wird bemerkt, daß in vielen Fällen das Gedeihen der Kulturen durch Zurückhalten des Graswuchses und Fernhalten des Rüsselkäfers, der mit Schafen beweidete Kulturen schaden, gefördert werde.

In dem Berichte der Oberförsterei Birstein wird ausgeführt, daß dort der Weidegang von Schafen in den Fichtenkulturen seit 12 Jahren ausgeübt werde. Da der Basaltboden hier sehr dünnwüchsig sei, entstehe an vielen Stellen die Gefahr, daß das hohe und dichte Gras die jungen Fichtenkulturen bei hohem Schnee niederbrücke. Dieser Gefahr werde durch den Eintrieb der Schafe begegnet. Die Schafe dürften nur durchgetrieben werden, sich aber niemals lagern. Kulturen vom ersten Frühjahr seien erst im Herbst zu beweiden, weil die Schafe leicht die noch nicht angewachsenen jungen Fichtenpflanzen mit ihren Klauen ausreißen. Man könne die Fichtenkulturen so lange beweiden, bis durch Ausreißen von Wolle durch Fichtenseitenzweige sich das Beweiden von selbst verbiete.

Man rechne auf 400 Morgen 300 Schafe. Es dürften nur Mutterchafe zum Weidegang zugelassen werden, weil Hammel und Schafböcke, besonders wenn sie anfangen, fett zu werden, aus Spielerei und Langeweile die jungen Fichtentriebe abblößen und die Terminaltriebe zerlauten. Mutterchafe mit Lämmern seien den Kulturen vollständig ungefährlich gewesen.

* * *

Gewinnung von Laubstreu und Futterreisig.

Zur Ausführung der vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes erlassenen Verordnung über die Gewinnung von Laubheu und Futterreisig vom 27. Dezember 1917, welche lautet:

„§ 1. Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, Vorschriften über Gewinnung von Laubheu und Futterreisig zu erlassen. Sie oder die von ihnen bestimmten Behörden können zu diesem Zwecke insbesondere den Einschlag in Laubholzbeständen und die Aufarbeitung der bei diesem Einschlage anfallenden Zweige zeitlichen Beschränkungen unterwerfen sowie Forsteigentümern und sonstigen Forstnutzungsberechtigten die Verpflichtung auferlegen, gegen Vergütung Laubheu und Futterreisig abzugeben und den Erwerbsberechtigten das Betreten der Laubholzbestände und das Errichten von Anlagen in ihnen zu gestatten.

§ 2. Wer den gemäß § 1 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.“

Hat der Preuß. Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 6. Januar 1918 folgende Anweisung erlassen:

„1. Die Forsteigentümer und die sonstigen Forstnutzungsberechtigten sind verpflichtet, auf Anordnung der zuständigen Behörde — in Landkreisen des Landrats, in Stadtkreisen des Magistrats bzw. Bürgermeisters —

a) Den Einschlag von Niederwaldbeständen und von Unterholz im Mittelwalde in unbelaubtem Zustande zu unterlassen,

b) in allen Laubholzschlägen die Spitzen der Zweige bis zur Stärke von 1 cm, soweit sie nicht von ihnen selbst als Viehfutter verwendet werden, bis zu drei Wochen nach Aufarbeitung des übrigen Holzes unaufgearbeitet im Schlage liegen zu lassen und etwaigen Kaufliebhabern zur Verwendung als Viehfutter zu überlassen,

c) den Käufern das Zusammenbringen, Schneiden, Häckseln, Trocknen, Verpacken und Fortschaffen der Zweigspitzen und die Errichtung der hierzu er-

forderlichen Anlagen im Walde gegen angemessene Vergütung zu gestatten.

2. In Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung zwischen den Parteien setzt die zuständige Behörde — siehe Nr. 1 — die von den Käufern der Zweigspitzen den Forsteigentümern oder sonstigen Forstnutzungsberechtigten zu gewährende Vergütung für die ihnen nach Nr. 1 eingeräumten Nutzungen und Befugnisse fest.

3. Beschwerden über die auf Grund dieser Bestimmungen von der zuständigen Behörde getroffenen Anordnungen entscheidet der zuständige Regierungspräsident endgültig. Die Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.

4. Wer den Vorschriften zu Nr. 1 a, b und c zuwiderhandelt, wird nach Maßgabe des § 2 der Verordnung vom 27. Dezember 1917 mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.“

In einem weiteren Erlasse des Landwirtschaftsministers vom 24. Jan. 1918 wird nochmals auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, zur Steuerung der drohenden Futternot auf das wichtige Erbsaftfutter, das in Gestalt von Laub und jungen Trieben von Bäumen und Sträuchern alljährlich in Wäldern, Gärten, Parkanlagen, auf Wegebäumen und Hecken in fast unerschöpflichen Mengen erzeugt wird, zurückzugreifen.

Es wird ferner über das Gewinnen und Verfüttern des Winterreisigs folgende Anleitung gegeben:

Verwendbar sind die ein- und zweijährigen, bis $\frac{1}{2}$ cm starken Triebe aller Laubholzbäume und -Sträucher mit Ausnahme derer der Traubeneiche, des Faulbaums (Pulverholz), des Goldregens, der Alazie und des Epheus. Das Sammeln beginnt nach Blattabfall und währt bis zum Laubausbruch. Die geschnittenen und gebündelten Reiser werden, am besten unter Dach, luftig und gegen Feuchtigkeit geschützt, aufbewahrt, so daß Schimmelbildung nicht auftreten kann. Sie können frisch oder getrocknet gefüttert werden, nachdem sie in 1—2 cm lange Stücke mit der Hand zerhackt oder in Maschinen geschnitten, tunlichst auch gequetscht worden sind. Das gehäckselte und zerquetschte Reisig wird auch gern angehäuert. Zur Fütterung an Schweine eignet sich das Reisigfutter nicht. An Schafe und Ziegen kann es auch ungehäckselte verarbeitet werden. Das Reisig wird immer nur in Unter Mischung mit anderem Futter gegeben, so daß es nicht mehr als höchstens die Hälfte des Gesamtfutters ausmacht.

Hinsichtlich der Nutzung von Futterreisig in den Staatswäldungen wird folgendes bestimmt:

1. Die in den Jahren 1916 und 1917 gegebenen Vorschriften über Gewinnnen und Abgabe von Laubfutter bleiben unverändert in Kraft und werden, soweit sie sich auf die Form der Abgabe und die im das Futter zu fordernden Vergütungen beziehen, auf die Abgabe von Reisigfutter ausgedehnt.¹⁾

Ferner werden die Regl. Regierungen ermächtigt, an die Sammler des Futters selbständig und unter Bedingungen, deren Feststellung den Regierungen überlassen wird, die Benützung forstlichen Grund und Bodens zur Errichtung von Anlagen aller Art für die weitere Verarbeitung des im Walde gesammelten Futters zu gestatten.

2. Die Gewinnung von Reisig und Laub durch die Verwaltung selbst wird sich, so erwünscht sie an sich sein würde, wegen des großen Mangels an Beamten und Arbeitern in der Regel wohl entgegenzuhalten, ganz verbieten oder doch nur in beschränktem Maße zu ermöglichen sein. Soweit sie möglich ist, ist sie durchzuführen. Das hierbei gewonnene Laubfutter ist in allen Fällen zunächst der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellen.

3. Alles Reisig- und Laubfutter, dessen Verwertung im laufenden Jahre möglich erscheint, von der Forstverwaltung selbst aber nicht übernommen werden kann, ist den in der Nähe des Waldes wohnenden Viehhaltern, der Heeresverwaltung oder solchen Personen, die es gewerbmäßig gewinnen, verarbeiten und vertreiben wollen, anzubieten und zu möglichst bequemen Bedingungen zu überlassen.

a) Die Viehhalter der Umgebung des Waldes sind von den Oberförstern rechtzeitig von der Inangriffnahme oder Fertigstellung der für ihren Futterbedarf in Betracht kommenden Schläge, einschließlich der Durchforstungen, Lärnungen und sonstiger Gewinnungsgelegenheiten, in Kenntnis zu setzen. Die Winterschläge werden ihnen in der Regel erst nach der Aufarbeitung des Verholzes, die Niederwald- und Frühjahrsschläge schon während des Hiebes zu öffnen sein. Die in Betracht kommenden Gemeindeverwaltungen sind angeregt, das Sammeln der Gemeinde zu organisieren und nach Möglichkeit zu fördern. Als Sammler kommen namentlich Frauen und Mädchen, halbwüchsige Jugend, Jungmänner und Schulkinder und als Leiter, namentlich der jugendlichen Sammler, die Schullehrer oder andere Vertrauenspersonen der Gemeinden in Betracht.

b) Die Heeresverwaltung hat Kenntnis davon, daß sie, abgesehen von Ausnahmefällen, das Sammeln in den Staatsforsten selbst zu organisieren und zu leiten hat; Pflicht der Forstverwaltung ist

¹⁾ Vergl. A. F. u. J. B. 1916, Seite 190.

s aber, alle das Sammelwerk betreffenden Maßnahmen und Veranstaltungen der Heeresverwaltung in jeder möglichen Weise zu fördern. Bei der Verteilung der im Walde vorhandenen Vorräte an Reisig und Laub ist, sofern nicht im Einzelfalle ringende Notstände der Anwohner des Waldes vorweg berücksichtigt werden müssen, der Bedarf des Heeres überall in erster Linie zu berücksichtigen.

c) Den Unternehmern, die im Auftrage der Heeresverwaltung oder für eigene Rechnung Reisig und Laubfutter sammeln lassen wollen, muß die Forstverwaltung in gleicher Weise wie anderen Abnehmern entgegenkommen. Für sie wird es besonders wichtig sein, möglichst frühzeitig zu erfahren, wo und wann ihnen in den Staatsforsten größere Futtermengen zur Verfügung gestellt werden können.

Die kgl. Regierungen werden beauftragt, baldmöglichst öffentliche Bekanntmachungen ergehen zu lassen, in denen für die einzelnen Oberförstereien der Gesamtumfang der nicht für den örtlichen oder Heeresbedarf zurückgestellten Sammelbestände angegeben und wegen näherer Auskunft auf die Heeresverwaltungen verwiesen wird.

An amtlichen und privaten Stellen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Gewinnen oder Verteilen von Reisig- und Laubfutter zu fördern, werden folgende genannt:

1. Die neugegründete Laubfutterstelle des Kriegsausschusses für Ersatzfutter und der Bezugsvereinigung Deutscher Landwirte für die Heeresverwaltung, Berlin, W. 62; 2. der Kriegsausschuß für den Sammler- und Helferdienst in Berlin, W. 8; 3. der Kriegsausschuß für Futter aus Strauch- und Baumreisern in Berlin, W. 15; 4. die Pflanzenverwertungsgesellschaft in Gera und 5. die Firma Seeling in Leipzig, Schleufiger Weg 1.

* * *

Laubheugewinnung.

Um das Durchhalten des Viehstandes, insbesondere der Pferde, zu gewährleisten, weist auch ein Erlass des Kriegsamts in Berlin vom 30. Januar auf die Beschaffung von Ersatzfutter, insbesondere von Laubheu hin. Es wird dabei bemerkt, daß Laubheu an Futterwert mittlerem Wiesenheu gleicht und bis zu einem gewissen Grade an Stelle des Heufutters für die Pferde treten kann. In der Hauptsache soll das Laubheu in Form von Laubfuttertuchen an die Pferde an den Fronten als Hartfutterersatz zur Verfütterung kommen, da es nur möglich ist, dieses in Form von Ruchen, um es verdaulich und haltbar zu machen, bei den Pferden

an den Fronten, besonders in der Nähe der kämpfenden Truppen, zu verwenden. Zu diesem Zwecke soll die Einerntung des Rohmaterials des Laubheus über das ganze Reich organisiert werden.

Vor Beginn der Einerntung soll durch die Kriegswirtschaftsstellen bezw. Ortsammelstellen die Erlaubnis der Waldbesitzer u. eingeholt werden. Zur Laubfuttergewinnung ist das Laub der meisten Bäume und Sträucher geeignet. Die Bergung erfolgt von etwa Mitte Mai bis Ende August. Je jünger die Blätter sind, desto höher ist der Futterwert. Abgestorbenes Laub ist nicht verwendbar. Die Blätter des Faulbaums, der Traubenkirsche und des Goldregens sind schädlich.

Es werden entweder die frischen Blätter vom Zweig abgestreift, in Schürzen oder Säcken gesammelt und wie gewöhnliches Heu getrocknet und aufbewahrt oder die ganzen Zweige bis zu höchstens 1 cm Dicke am unteren Ende abgeschnitten, durch Ausbreiten auf dem Boden etwas vorgetrocknet und dann gebündelt, die Bündel in der Zeile oder an Bäumen aufgestellt, bis sie trocken sind und dann durch Ausschütteln, Dreschen oder von Hand das trockne Laub von den Zweigen getrennt.

Das Kriegsamtsamt läßt durch seine nachgeordneten Stellen im Einverständnis mit dem Kriegsernährungsamt das Einernnten organisieren. Träger der Organisation sind die Kriegswirtschaftsämter. Diese haben sich mit den entsprechenden Regierungsstellen, insbesondere mit staatlichen u. Forstverwaltungen und größeren Privatwaldbesitzern alsbald in Verbindung zu setzen, um festzustellen, in welchen Gegenden am vorteilhaftesten Laubheu geerntet werden kann. Es können nur dadurch wesentliche Ergebnisse der Einerntung herbeigeführt werden, wenn nach ganz bestimmten Gesichtspunkten die Einerntetätigkeit organisiert wird. Die Kriegswirtschaftsämter werden sich zur Durchführung der Organisation der Kriegswirtschaftsstellen bedienen müssen; letztere werden die in den einzelnen Orten bereits bestehenden Sammler-Vereinigungen, insbesondere die Ortsausschüsse des Kriegsausschusses für Sammler- und Helferdienst, sonstige gemeinnützige Vereine (Ortsausschüsse des Roten Kreuzes, Sammelstellen für Obstkerne, für Brennnesseln usw.) herbeiführen müssen, um diese, je nach den örtlichen Verhältnissen und unter Heranziehung sonstiger sich für die Förderung von Sammlungen im vaterländischen Interesse zur Verfügung haltenden Persönlichkeiten (Geistliche, Lehrer, im Ruhestande lebende Beamte, forstfachverständige Landwirte, kriegsbeschädigte Förster, Waldbütet)

zu einem Ortsausschuß zu vereinigen. An die Spitze des Ortsausschusses muß ein Leiter gestellt werden, der die geschäftliche Abwicklung der Sammlung (Zahlung an die Forsteigentümer, Vergütung an Sammler etc.) vorzunehmen in der Lage ist (Lehrer). Der Leiter der Ortsammelstelle hat den Verkehr mit der Einkaufsstelle durchzuführen.

Der Ortsausschuß mit einem Leiter an der Spitze wird die Einernntung zu bestimmten Zeiten und nach einem bestimmten Plane zu organisieren haben, um eine Zersplitterung von Arbeitskräften zu vermeiden. Hierzu wird er sich in erster Linie der Schuljugend unter Leitung der Lehrer bedienen. Ferner werden aus den Orten selbst, soweit es die sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten zulassen, Frauen, ältere Kinder usw. für die Sammlung zu interessieren sein. Vor allem sind durch die Kriegswirtschaftsämter die sonst zur Verfügung stehenden Kräfte den Ortsausschüssen zur Verfügung zu stellen. Hierbei kommen in erster Linie die Jungmänner und Jüngstmannen (Schüler der unteren Klassen höherer Lehranstalten) in Frage, soweit sie in der betreffenden Zeit nicht zu landwirtschaftlichen Arbeiten gebraucht werden. In allen Fällen ist anzustreben, daß zur Anleitung und Aufsichtsführung Sachverständige (Forster) von den Ortsausschüssen beigezogen werden. Auch Angehörige von Genesungsheimen werden gegebenenfalls mit Einwilligung der vorgesetzten Behörde herangezogen werden können.

Nach den örtlichen Verhältnissen wird empfohlen, mehrere Kriegswirtschaftsstellen zu einer Bezirksammelstelle zusammenzuschließen, zwecks einheitlicher Durchführung der ganzen Sammelstätigkeit in den betreffenden Kreisen.

Von dem Leiter der Ortsammelstelle werden die eingeernteten Mengen Laubheu der Einkaufsstelle der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zur Verfügung gestellt. Die einzelnen Einkaufsstellen, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen auch auf mehrere Gemeinden erstrecken können, werden von der Bezugsvereinigung oder deren Vertreter in den Provinzen oder Bundesstaaten später den Kriegswirtschaftsämtern noch mitgeteilt werden. Die Einkaufsstelle hat für die pflegliche Behandlung des Laubheus, die gelbliche Erledigung und das zweckmäßige Verladen zu sorgen. Die Kriegswirtschaftsämter müssen auf Anfordern den Transport von der Einkaufsstelle zur Bahn organisieren. Ebenso haben sie für die Bestellung von Eisenbahnwaggons auf Anfordern der Vertreter der Bezugsvereinigung Sorge zu tragen.

Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Kriegswirtschaftsämter in stetem Einvernehmen mit den in Frage kommenden Eisenbahndirektionen stehen.

Die Bewertung und die allenfallsige Verarbeitung des eingeernteten Laubheus werden die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin, W., Potsdamerstraße 30 und der Kriegsausschuß für Ersatzfutter, Berlin, W., Margrafenstraße 11 übernehmen. Hierzu ist die „Laubfutterstelle für die Heeresverwaltung“, Berlin, W. 62, Burggrafenstr. 11 unter dem Vorsitz des Chefs des militärischen Stabes des Kriegsernährungsamtes, des Majors Reum, gegründet.

Während der Kriegsausschuß für Ersatzfutter nur die Verarbeitung des Laubheus besorgt, hat die Bezugsvereinigung es übernommen, von der Ortsammelstelle, die durch das Kriegswirtschaftsamt in Verbindung mit den Kriegswirtschaftsstellen eingerichtet ist, die eingeernteten Mengen Laubheu durch die Einkaufsstelle zu übernehmen. Die Bezugsvereinigung wird die örtlichen Einkaufsstellen unter Kreiseinkaufsstelle zusammenfassen, während die geschäftliche Abwicklung in der Provinz und in den einzelnen Bundesstaaten durch von der Bezugsvereinigung noch bekanntzugebende Provinzialstellen (Landesfuttermittellstellen, Landwirtschaftliche Verbände usw.) erfolgen wird.

Aus Baden.

Erklärung.

(Zu der Berichtigung im Februarheft I. 3.)

Die Darstellung der Stellungnahme des Bad. Forstvereins in Billingen 1908 gab ich, da mir keine schriftlichen Aufzeichnungen vorlagen, aus dem Gedächtnis. Sie ist inzwischen von Herrn Forstrat Könige Gegenstand einer erneuten Umfrage bei den damals zunächst Beteiligten gemacht worden und auf seinen Wunsch gebe ich folgende Klarstellung:

Ein formeller Beschluß des Landesauschusses liegt nicht vor. Der Gang der Dinge war der, daß ich, als mir die Geschäftsleitung bis zu den 1909 vorzunehmenden Neuwahlen angetragen wurde, erklärte, sie wegen der bisherigen Stellung des Forstvereins in der Hochschulfrage ablehnen zu müssen. Auf das Drängen, ich solle den Verein in der gegenwärtigen Lage nicht im Stiche lassen, stellte ich die Bedingung, daß, so lange ich im Vorstand sei, diese Frage nicht aufgenommen werden solle. Das wurde in etwas abgeschwächt, mit im

klaut nicht mehr erinnerlicher Form zugestanden. In einer brieflichen Mitteilung des verstorbenen Forstrats v. Teuffel an Herrn Könige vom 9. 08, d. h. fast 3 Monate nach der Willingerung, lautete die Zusage etwa: Ich solle zum Austritt aus dem Vorstand befugt sein für den „unwahrscheinlichen“ Fall, daß die Frage der Übernahme meiner Geschäftsleitung zur Verhandlung kommen sollte. Es liegt also kein ausdrücklicher, formeller, öffentlich bekannt gegebener Bescheid vor, auf die weitere Verfolgung der Hochschulfrage „ganz“ zu verzichten, wozu auch nur die Versammlung berechtigt gewesen wäre, wie auf Wunsch des Herrn Könige hiemit bestätigte. Praktisch hat jedoch der F. B. nach meiner Auffassung zunächst für das Jahr meiner Geschäftsführung doch diesen Verzicht getan und mir die Meinung, daß die Frage ruhen werde, so lange der Vorstand sei, hat mir damals die Übernahme der Leitung möglich gemacht.

Ich habe aber auch in den seither verstrichenen Jahren tatsächlich die Hochschulfrage nicht wieder aufgenommen. Es mag dahingestellt bleiben, ob es geschah, „des lieben Friedens willen“, d. h. um den Unterzeichneten nicht zum Austritt aus dem Vorstand zu nötigen, oder weil er sich keinen Gedanken davon versprach, oder weil er die Frage für so wichtig und dringlich ansah, seit sie nicht wieder von Herrn Könige angeregt wurde.

Frankfurt a. M., im Juni 1918.

Hausrath.

Aus Hessen.

Beobachtungen über Blizschläge.¹⁾

Von Geh. Oberforsttrat Joseph, Darmstadt.

In 1917, dem vierten Beobachtungsjahr, sind im Großherzogtum Hessen 56 Blizschläge in Bäume getroffen worden. Es ist dies die geringste Zahl, die bis jetzt in einem Jahre festgestellt wurde. In diesen Blizschlägen fielen 11 in den Monat Juni, 23 in den Juni, 8 in den Juli und 14 in den August. Frühgewitter mit Blizschlägen, wie sie in Vorjahren die Monate März und April gebracht hatten, sind in diesem Jahre bei der unsrigen Gegend ungewöhnlich langen Dauer im Winter überhaupt nicht vorgekommen. Die Blizschläge ereigneten sich am 8. Mai und am 1. Juni im Kieferngebiet der Mainebene zwei in der Wetterau zwei im

Schloßpark zu Büdesheim stehende Pappeln. Der späteste Blizschlag traf am 14. August eine Eiche im Forstorte Schlichter der Oberförsterei Mörfelden.

Der Tageszeit nach fallen die meisten Blizschläge in die Nachmittagsstunden; wenige in die Nachtzeit, hiervon 3 in die ersten Stunden (1½ bis 2 Uhr) nach Mitternacht.

In Wäldern wurden 50 Bäume vom Bliz getroffen und zwar von Laubhölzern 3 Buchen, 12 Eichen, 1 Linde, 1 Pyramidenpappel und eine Weide; von Nadelhölzern 14 Fichten, 15 Kiefern und 3 Lärchen.

Außerhalb des Waldes schlug der Bliz in eine Akazie, 3 Birnbäume und 2 Pappeln.

Eiche und Fichte haben sich wieder im Verhältnis zu ihrem Vorkommen und Anteil an der Bestockung als die am meisten bevorzugten Holzarten erwiesen. Blizschläge an vereinzelt in Kiefernbeständen vorkommende Fichten weisen auf eine stärkere Gefährdung der Fichte gegenüber der Kiefer hin. Die Linde erscheint als Waldbaum in diesem Jahre erstmals unter den getroffenen Holzarten. Ein Blizschlag an einer in Parkanlagen stehenden Linde war in 1914 festgestellt worden. Diese Linde stand in einem 119 jährigen Mischbestand zwischen Birken, Buchen und Ulmen und wurde von den Nachbarbäumen überragt. Der Bliz traf den schiefgewachsenen Stamm in 10 m Höhe und fuhr mit einer Unterbrechung den Stamm entlang zum Boden. Außer der geringen Verbreitung der Linde im Walde mag wohl die leichte Benutzbarkeit der Rinde dazu beitragen, daß Blizschläge in Linden zu den Seltenheiten gehören. Die vom Bliz getroffene 90 jährige Weide stand verwüchsig in einem Erlenhorst.

Von den im Walde getroffenen Bäumen waren 9 Überhälter, nämlich 4 Eichen, 3 Kiefern, 1 Lärche und 1 Pyramidenpappel; 23 standen an Waldbeg- oder Schlagrändern und zwar 3 Eichen, 10 Fichten, 8 Kiefern und 2 Lärchen. Im Bestande vorherrschend waren 3 Buchen, 4 Eichen, 4 Fichten, 4 Kiefern und 1 Weide. An unterdrückten Bäumen sind nur zwei Blizschläge vorgekommen, nämlich an einer Eiche, die unter einer Kiefer stand, durch einen von dieser abgesprungenen Bliz, und an einer Linde. Auch bei letzterer scheint der Bliz zuerst die Krone einer vorgewachsenen Birke getroffen zu haben und dann auf den darunter befindlichen Lindenstamm übersprungen zu sein. — Sehr deutlich spricht sich wieder die große Blizgefahr der Randbäume aus, auf die 41 % aller Blizschläge entfielen. Eine am Rande einer Abtriebsfläche stehende 30 m hohe Kiefer war bereits angehauen und von den an ihr arbeit-

¹⁾ Vgl. Allgem. Forst- und Jagdzeitung, Juli-Heft S. 165 ff., Augustheft 1916, S. 195 ff. und August-Heft 1917, S. 204 ff.

tenden Holzhauern, die vor dem Gewitter Schutz gesucht hatten, gerade verlassen worden, als sie der Blitz traf. Von fünf Bäumen, vier Fichten und einer Buche, die am 1. August zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags in der Oberförsterei Komrobnorck im Umkreis von 150 m vom Stand des Beobachters vom Blitz getroffen wurden, waren vier Randbäume. Eine etwa 100 jähr. Fichte — Randstamm an einer Wiese — wurde hierbei vollständig zerschmettert. Bei einer 80 jähr. Randfichte in der Oberförsterei Münster folgte der Blitz dem Verlauf einer auf der Südwestseite des Stammes befindlichen, verharzten Wundstelle, die von einer früheren Fällungsbeschädigung herrührte.

In den meisten Fällen bestehen die Blitzbeschädigungen in einfachen oder mehrstrahligen Blizrinnen von senkrechtem oder gewundenem Verlauf. Eine größere Unterbrechung der Blizrinne wurde bei einem 30 m hohem Lärchenoberständler beobachtet. Von der Eingangsstelle des Blitzes innerhalb der Baumkrone führt eine 3 m

lange Blizrinne am Stamme abwärts, dann aber der Blitz einen etwa 12 m langen Teil des Stammes übersprungen und ist sodann wieder am Stammentlang in den Boden gefahren.

Stärkere Zerstörungen des Schaftes der getroffenen Bäume sind vorwiegend wieder Fichten vorgekommen, von welchen 6 vollständig zersplittert wurden. Eine etwa 250 jährige Fichte im Forstorte Schlichter der Oberförsterei Münster — Überhälter und Randstamm an einer Wiese — ist durch Blitzschlag in Brand geraten und ausgebrannt. An einer am 31. Juli vom Blitz getroffenen, etwa 200 jährigen, freistehenden Fichte in der Oberförsterei Lorsch ist im oberen Teil des Stammes eine 6 m lange, 5 cm tiefe Blizrinne sichtbar, die bis zu einer eingefaulten Aststelle führt. Von dieser Stelle aus ist der Blitz in dem aufsteigend hohlen Stamm zur Erde gegangen, der Stamm selbst ist aufgerissen und auf der Westseite ein 3 m breiter Rindenstreifen abgesprengt.

Notizen.

A. Der Maulwurf (*Talpa europaea* Linn.) als Waldbier.

Seine Zukunftsangabe im deutschen Wald. Zugleich ein Blick auf seine jetzige Bedeutung für die Forstwirtschaft.

Von Wilhelm Schuster, Pfarrer a. D.

„Forstlich ist der Maulwurf nur nützlich.“ Altum.

Vor wenigen Jahren schloß der Tod einem Manne die Augen, der ein wirklicher Forscher war und mir befreundet: Dr. Hermann Reeler, ein Sohn der Stadt Münster, Vorsitzender der westfälischen zoologischen Sektion. Wenn auch nicht auf seinen Schultern der Nimbus seines großen Volksgenossen Altum oder des in den geistesmächtigen Kreisen der alten Westfalenstadt wohlbekannten Landais ruhte, so hat Reeler doch manche schöne Beobachtung gemacht. Eine dieser war: daß der Maulwurf gegenwärtig weit mehr wie früher im Winter — auch im Winter — tätig sei und vor allem auch über der Erde, nicht mehr bloß unter ihr. Von dieser Voraussetzung gehen meine folgenden Betrachtungen aus. Denn ich habe auch selbst die Tatsache als solche durch persönliche Beobachtung festgestellt. Winnen und den einschlägigen Tatbestand früher mitgeteilt.¹⁾ Außerdem haben andere die gleiche Beobachtung gemacht und der gleichfalls unlängst verstorbene, von einer feindlichen Kugel getroffene bekannte Naturforscher und Heimatsänger Hermann Böns hat dem Mull einen eigenen Aufsatz gewid-

met in seiner Eigenschaft „als Tagtier“. Wir werden um so lieber mit dem niedlichen, trotz seiner Erdwühlarbeit stets sauberen, schwarzrötlichen Kerlchen beschäftigen, als auch für den deutschen Wald als erfolgreichster Bekämpfer eines seiner Hauptfeinde (Engerlinge Motzläufer) eine hervorragende Bedeutung hat. Außerdem: — wie man meiner lieben Leser unter den grügeliebten Bienen des deutschen Waldes, deutschen Nationalgutes und -heiligens hat mit stillem Vergnügen, vielleicht des abends, am Rande, in der Wegschneise, auf den noch offenen Särgen ganz junger Pflanzung den Burschen, den Mull, als „Weggenos“ daherhumpeln sehen, ihn in seinem warmen baren tiefschblauen Fellganz, wie es mit höchster Bildung menschlicher Kunst und Farbentechnik die neuestes Tierleben so wahrhaft naturgetreu wiedergibt (golden ist dagegen der kaspijsche Goldmull, der Buntbild S. 270/271); oder er hat ihn vielleicht, wie mir einmal ging im Mainzer Breden, als Beute einer Waldmühle in deren Nest tot wiedergefunden, mit seinem Schnäuzchen noch in der Todesnacht wohlthuendes Licht ausstrahlend. Eigentümliche, ring- oder bandartig geordnete Anhängel an der Nasenspitze hat der Maulwurf in Amerika, der darnach (Bild eines Sternes) benannt Sternmull, *Condylura cristata* Linn., auch beherbergt einige Maulwurfaffen.

Sehr zu Ehren gekommen ist neuerdings der bisher der Zoologie etwas stiefmütterlich behandelte Maulwurf über den selbst in wissenschaftlichen Werken mancherlei Dinge umgehen. Der Engländer Adams hat eingehende Untersuchungen über seine Bauten angestellt, die nicht immer nach dem gewöhnlich bargelegten Schema angelegt sind. Von etwa 300 durch ihn untersuchten Bauten liegen sich nicht zwei völlig und keiner stimmt mit der letz-

¹⁾ Wie forstnützlich gerade bei der „Tagssicht“-Arbeit der Maulwurf wird (Aufstöbern der Kiefernraupen im Winterlager — zugleich also auch „Winter“-Arbeit!), hat schon Altum betont, ohne auf die hier gezogenen Schlüsse zu kommen. Schuster.

figur überein. Bei der Anlage des Baues wird die 2 bis 6 Zoll unter der Erdoberfläche belegene Nestschale ausgegraben. Die aus der Höhle stammende Erde wird mittels einer oder mehrerer Tunnel nach oben geleitet; der Verlauf dieser Tunnel wechselt, ebenso ihre Richtung. Von der Nesthöhle gehen dann, ebenfalls regellos, Gänge für die Nahrungssuche sowie zur Flucht dienende Gänge seitlich ab; letztere münden in einen der Hauptgänge. Die Bedeutung der gelegentlich gefundenen, senkrecht nach unten führenden Schächte ist noch unerforscht; daß der Maulwurf sie als Wasserbehälter anlegt, ist Adams nicht. Zu schwimmen versteht der Maulwurf recht gut, etwa so schnell wie die Wasserratte; dagegen ist die Angabe, daß er „unter dem Bette großer Flüsse durchwühlt“, bärer Unsinn; wozu hätte er das nötig und könnte das feststellen? Ebenso ein Märchen ist die Behauptung, daß die Geschwindigkeit des Maulwurfs in seiner Tunnelröhre der Schnelligkeit eines trabenden Pferdes gleichkomme. Daß der Maulwurf sein Nest mit seinen eigenen Haaren auspolstert, daß er es immer an einem geeigneten Ort, am Fuße einer Mauer, eines Baumes oder einer Hecke anlegt, fand Adams nicht bestätigt. Stets dagegen das Nest mit trockenem Gras oder Laub auspolstert und in der Nähe des Wassers gelegen.

Ich komme nun speziell auf die neuerdings an den Tausenden Eigenschaften des Maulwurfs bezugnehmenden im Laufe der letzten Jahrzehnte erworbenen Veränderungen seiner Lebensweise zu sprechen und darf die Perspektive für seine Zukunftsaufgabe im deutschen Wald eröffnen. Wenn es richtig ist, daß der Maulwurf jetzt auch über der Erde und im Winter tätig ist, so ergibt sich daraus eine Ueberhauptung der Tätigkeit des Tieres. Intensiver arbeitet es. Der Forstwirt ist dies willkommen, denn das Mehr der Maulwurfstätigkeit kommt ihm zu gute. Warum, wie so? Kein Geringerer als der berühmte Dichter und Prälat des evangelischen Landeskirchens Badens, Peter Hebel, hat die land- und forstwirtschaftliche Bedeutung des Maulwurfs ins rechte Licht zu setzen und ihn von dem Odium der heidnischen Verfolgung seitens der Bauernschaft (weil er den Boden aufwühlt) zu befreien gesucht. Er schloß: Daß der Maulwurf Wurzeln abnagt — Glaube vieler Jahrhunderte noch heute der Bauern — ist unmöglich, denn er hat ein Weidetiergebiß; nicht der Maulwurf frißt die Wurzeln ab, sondern die Pflanzen absterben, sondern die Engerlinge; diese wiederum frißt der Maulwurf, reinigt den Boden von diesen Schädlingen des Landwirts und Forstwirts; also ist er eminent nützlich.

Hätte nun Darwin vor dem Volksaufklärer Hebel gelebt, wäre dieser wohl vorsichtiger kalkuliert. Denn Darwin hat uns gelehrt, wie eminent wichtig der Regenwurm ist, nützlich. Derer ein erheblicher Teil verzehrt aber gerade den Maulwurf. In dieser Hinsicht ist also des Wurm Wert wiederum ein zweifelhafter.

Wie dem auch sein mag, die Tatsache bleibt bestehen, daß der Maulwurf eine Unmasse Engerlinge verzehrt. Diese Schädlinge sind in der Larven- wie in der Puppenform die größten Feinde des Getreides, namentlich in Saatfeldern. Das braucht nicht näher betont oder nachgewiesen zu werden.

Nun erleben wir in der Neuzeit, daß die natürlichen Wespennester der Insekten überhaupt und die Feinde der Käfer insbesondere an Zahl immer mehr abnehmen. Die Vögel nämlich! Das ist keine Frage. Es besteht die Tatsache, daß im palaearktischen Faunengebiet die Großtierwelt mehr und mehr zurückgeht, die Kleintierwelt zunimmt, sich vermehrt, sich an die Stelle jener setzt. Es ist unter anderem eine Folge der

Kultur, teilweise aber auch eine Folge der günstigeren Lebensbedingungen, die infolge zunehmender Wärme und gesteigerten Lichtes in Deutschland für die Insekten eingetreten sind.

Da setzt nun die Arbeit des Maulwurfs ein und tritt an Stelle der im Bestande zurückgehenden Vögel. Was diese nicht mehr leisten können in der Bekämpfung der Maitäferbrut, das tut *Talpa europaea*. Hier liegt für uns der springende Punkt, wenn wir dem blauschwarzen Burschen noch eine große Zukunftsmission beimessen. In Ermangelung anderer Käferfeinde ist seine intensiv gesteigerte Tätigkeit um so viel mehr wert. Und es handelt sich nicht allein um die Engerlinglarve; auch um die Maulwurfsgrille, einen bösen Feind der forstlich nutzbaren Pflanzen. Was er über der Erde sucht, sind Schnecken, Mäuse, Frösche. Blasius sah mehrmals einen Frosch von einem Maulwurf überlistet.¹⁾

Das Verlassen der Erdböden ist eine parallele Erscheinung zur regeren Winterarbeit. Beides beruht auf dem neuerdings sich geltend machenden milderen Klima und der Verschiebung von Sommerwärme in den Winter; es entspricht dem Aufgeben der Erdböden seitens der Kaninchen, der Winteraktivität der Eichhörnchen, der Verwandlung der Waldhasen in Feldhasen. Der Mull kann den Wärmeschuß der Höhle entbehren, wie ihm andererseits der Erdboden im Winter nicht mehr zufriert und dadurch auch — so geht eins mit dem andern Hand in Hand — das Insektenleben in der Erde wach und rege gehalten wird.

Es erübrigt noch zu berichten, wann und wie der Maulwurf oberirdisch lebend beobachtet wurde. Schon in der unten angezogenen Fußnote kommt Altum auf das Ausklobern von Prozeßionslarven über der Erde, überwinternd im Waldmoos, zu reden. Adams erzählt von einem Maulwurfneß, das er im sumpfigen Terrain 1.75 Meter hoch in einer Kopfschneide gefunden hat. Blasius — was schon berührt wurde — beobachtete im Freien einen Maulwurf, wie er einen Frosch überlistete und an den Hinterbeinen unter die Erde zog, bei welcher unfreiwilligen Versenkung das unglückliche Opfer ein lautes, klägliches Geschrei ausstieß. Mittergutbesitzer Wiegand in Trzask sah an einem Novembertag bei der Gassensuche einen Maulwurf etwas fleischfarbenes hinter sich herziehen: einen lebenden Frosch. Ein Mitarbeiter

¹⁾ Erst nachträglich kam mir Altums ganzes Urteil über den Maulwurf vom forstwirtschaftlichen Standpunkt zu Gesicht: „Forstlich ist der Maulwurf nur nützlich; es sei denn, daß er in Saatfeldern durch sein Wühlen zu viele Pflanzen hochstellt, die infolgedessen vertrocknen. Geht er jedoch daselbst den Maitäferlarven nach, so ist seine Tätigkeit auch hier von überwiegendem Nutzen. In den Wäldern und auf den jüngeren Kulturen kann er nur nützen. Dort verzehrt er eine unzählige Menge von Larven, Puppen und Insekten, die dem Walde verderblich sind. Wenn noch die Kiefernraupen im Winterlager ruhen, sieht man schon seine eifrige Tätigkeit. Auffallend kleine, großbrodige, hoch und steil aufragende Erdhügel bezeichnen, wenn kaum der Boden frostfrei geworden ist, sein Jagdterrain. Im allgemeinen geht er im Walde früher als im Felde seiner oberflächlichen (d. h. oberirdischen) Nahrung nach. Sehr sterilen Sandboden vermeidet er, man findet ihn z. B. selten in einem schlechteren Kiefernboden als dem dritten Klasse.“ — Es ist speziell also auch „Winter“-Arbeit, die hier vom Maulwurf verlangt war, wenn er zu seiner forstlichen Nützlichkeit kommen soll.

des englischen Fiehl erzählt von Nesträuberien des Maulwurfs bei „bodenständigen Drosseln- und Schwarzamselfestern“. Der Münchener Soffel überraschte einen Maulwurf in der Abenddämmerung, als er sich gerade an einem toten, noch frischen Hasen gütlich tat; der Hase hatte eine Schußwunde in der Weiche und lag in dichtem Bachobergebüsch eines Föhrenwaldes. Nun kommen die wichtigen Beobachtungen Reekers und Lönz. „Sehr erstaunt war ich, als ich im vergangenen Winter einen Maulwurf bei Schnee und Eis im Freien umherlaufen sah.“ (Reeker). B. Lange bestätigt dieses neuerdings an den Tag gelegte Verhalten des Maulwurfs in einem Schreiben an die „Naturwissenschaftliche Wochenschrift“ (1907), er hat die Wintertätigkeit des Muffs wiederholt gesehen, („des öfteren“), besonders in den vergangenen Wochen kurz nach der Schneeschmelze, und zwar auf niedrig gelegenen Geländen des Weichseldeltas, wo das Grundwasser nur etwa 16 cm unter der Grasnarbe stand. Die Maulwürfe nehmen ihren Weg zumeist durch die Wagengeleise der etwas erhöhten Landwege, indem sie die hohen Geleistränder nach verborgenem Gewürm absuchten. Andere durchstreiften witternd den dünnen Grasfilz trockenliegender Wiesenflächen, nur zum Teil sichtbar. Recht häufig, besonders als Schulknabe auf meinem weiten Schulwege, habe ich Maulwürfe auf frisch gefallenem Schnee vorgefunden. Schon aus weiter Entfernung waren die unruhig hin und her laufenden Tiere zu erblicken.“ Das war also gleichzeitig auch „Tagssicht“-Arbeit. Solche beobachtete ich selbst im Winter des öfteren im Vogelsberg, wenn die Maulwürfe sich aus dem väterlichen Pfarrgarten (Frischhorn) zur anstoßenden Pfarrscheune tummelten, in der sie einen Unterschlupf oder gar eine Maulwurfsburg angelegt hatten. Als Gymnasiast fing ich bei Fulda Maulwürfe auf Wiesen in der versilzten Grasnarbe mit Händen und Fut. „Als Junge“, sagt H. Lönz, „beobachtete ich an einem der Sonne ausgefekten Abhänge des Schloßjesses bei Deutsch-Krone in Westpreußen ein Duzend Maulwürfe, die zwitschernd (des Maulwurfs Stimme ist bekanntlich ein Zwitschern, Schußter) und fauchend sich jagten, neckten und balgten. Am 7. August stand ich in einem Feldholze bei Linderte in der Nähe von Hannover. Nicht neben dem Wege erschien ein ungefähr halbwüchsiger Maulwurf, ließ sich in die tiefe Wagenspur des Weges fallen und suchte dort eifrig nach Beute, nach der er ganz nach Art des Dachses „stach“, indem er trockene Blätter, Moosrasen und die Knöterichpolster mit der Nase umdrehte oder mit den Vorderpfoten zerbiß. Zuerst suchte er das linke Wagengeleise ab; alle Augenblicke saßte er mit den Pfoten oder dem Maule zu und verzehrte hastig das Beutetier. Erstaunlich war die Sicherheit, mit der er in der Erde verborgenes Gewürm witterte. In solchen Fällen scharfte er schnell eine Vertiefung und legte die Beute bloß. Schließlich erkletterte er; indem er sich einen Schwung gab, den Weg und wandte sich dem anderen Geleise zu. Am Rande des Geleises stutzte er, fuhr mit der Nase am Boden hin und her und scharfte mit großer Emsigkeit die Erde los.“ Die Wagengeleise scheinen überhaupt eine bevorzugte Wegspur für die Maulwürfe bei ihren oberirdischen Streiftouren zu sein, und dies deswegen, weil sie ja ihr Auge nicht gebrauchen, aber an der Spur einen Halt haben. Dr. Herm. Reeker hatte „in den letzten Jahren zweimal beobachtet, „jagen zu sehen“. Es war, wenige Hundert Meter von der Stelle, wo der Dortmund-Ems-Kanal den Schiffahrter Damm schneidet. Dem Berichterstatler betätigten Schlachthofdirektor Ulrich und Rentner Widenberg, daß sich namentlich junge Maulwürfe „sehr gern“ an der Erdoberfläche herumtreiben. „Daß der Maulwurf aber auch im Winter bei Schnee und Eis im Freien

umherlaufen würde, hätte ich nicht erwartet, bis ich es am 7. Februar 1907 mit eigenen Augen sah“, bei der Rastwirtschaft Rumpshorst bei Münster. Er passierte langsam den Schneebedekten, etwa 2 m breiten Weg. Auch Wilhelm Schmieemann sah den Maulwurf auf dem Schnee umherlaufen. Alle diese einzelnen Fälle betrachte ich als Indikationen zu der von mir aufgestellten These.

B. Mitarbeit der Forstleute und Jäger bei der Nesselernte.

Die zunehmende Knappheit an Webstoffen in Deutschland merken wir an den ständig strenger werdenden Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle „am eigenen Leide“.

Als vollwertiger Ersatz für die mangelnde Einfuhr haben wir aber zum Glück unsere eigene Produktion an Brennesseln.¹⁾ Ist doch die Brennessel selbst einstmals durch Baumwolle ersetzt worden und kommt jetzt als Ersatz wieder zu ihrem ursprünglichen Recht. Die Stengel der als Unkraut bisher mißachteten Brennessel ergeben ein vorzügliches Fasermaterial, dem wir zu verdanken haben, daß die Mängel der Einfuhr an Baumwolle nicht zu einer ernsthaften Rohstoff-Krise bei uns im Lande führen können.

Abgesehen nun von den in letzter Zeit angelegten Brennessel-Kulturen selbst, gibt es, wie bekannt, in Deutschland eine unabsehbare Menge von wilden Beständen, die bisher nur als Unkraut angesehen wurden. Gelingt es auch hier, die wilden Bestände abzuernsten, so steigt der Ertrag der Brennesselernte um das Vielfache. Die natürliche Folge ist, daß unsere Rohstoff-Versorgung an Webstoff-Material dadurch die sorgliche Aberntung der wilden Bestände gesichert wird. Wirklich anschaulich wird die Bedeutung der Nesselernte, wenn man bedenkt, daß 2 kg trockener Nesselstengel ein Militärhemd ergeben.

Die Forstleute und Jäger sind nun diejenigen Personen, die am besten wissen, wo auch gerade entfernter von menschlichen Wohnstätten wilde Brennesselbestände zu finden sind. Die Mitarbeit der Forstleute und Jäger ist deshalb außerst wünschenswert. Unter Führung und Anleitung dieser besonders sachverständigen Männer kann eine besonders erfolgreiche Ernte der wilden Nesselbestände erfolgen. Während es einerseits schon wesentlich ist, wenn die Forstleute und Jäger den allervorts anfassigen Vertretern der N. A. G. m. b. H. Berlin W. 8 (Krausenstr. 17/18) die Lage der Erntestellen mitteilen, kann andererseits leicht auch im Interesse der vaterländischen Sache erwirkt werden, daß sie die Ernte auch weiter selbst durch Führung und Beaufsichtigung der pflückenden Schulkinder fördern. Es kann nun nicht verkannt werden, daß ein Hinweis auf die vaterländische Verbindlichkeit der Mithilfe durch die Jäger und Forstleute in dieser Form des Dankes für ihre Mithilfe bei der Nesselernte nicht allein hinreichend sein kann, sondern auch noch eine Belohnung in Form einer Prämie notwendig ist. Diese Prämie wird daher auf die in der Inzerat angeführten Vergütungen verwiesen.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat ausdrücklich auf die Wichtigkeit der Mitarbeit durch Forstleute bei der Nesselernte hingewiesen und die Annahme der ausgefekten Prämie für erfolgreiche Nesselernte genehmigt.

Die Sammlungen haben nach drei Gesichtspunkten zu erfolgen. Es müssen gesammelt werden:

- a) die Stengel, die die Träger des wertvollen, gewöhnlich unerfesslichen Fasermaterials sind,

1) Vergl. Dezemberheft 1917, Seite 279.

b) die Blätter, die bei einem Gehalt von 6 % Protein ein hochwertiges Viehfutter sind,
 c) die Samen, die der Grund zu einem weiten planmäßigen Anbau in diesem Herbst sein sollen.
 Zur Zeit der Ernte — Mitte Juli — werden die Stengel der unwidelten oder behandschuhten Hand von unten oben abgestreift, die dabei abfallenden Blätter und Samen in Behältern aufgefangen und nach dem Trocknen einander getrennt! Die entlaubten Stengel werden mit der Sense oder Sichel geschnitten und bündelförmig getrocknet. Feinlichste Sorgfalt muß darauf gelegt werden, daß die Stengel nicht zertreten oder geknickt werden; würden dann völlig entwertet sein!
 Auch die Jagdliebhaber können dazu beitragen, die Nesselke günstig zu gestalten, wenn sie in ihrem Jagdgebiete während über den Wert der Brennessel als Isfermaterial wirken!
 Dr. E. R. Ubersäbt-Berlin.

C. Die Brieftaube in Krieg und Frieden.

Die große Heimatliebe und das außerordentlich hochentwickelte Orientierungsvermögen verschiedener Taubenarten waren schon im frühesten Altertum bekannt und wurden die Taube zu einem der beliebtesten Haustiere Alten. So spielt die Taube vor allem in der Mythologie der orientalischen Völker eine große Rolle und wird auch auf uns gekommenen Schriften des frühen Altertums häufig erwähnt. Bei dem großen Interesse, das von der die Menschen der Taubenjucht entgegenbrachten, man bestrebt, die einzelnen Rassen mehr und mehr zu vervollkommen. Schließlich gelang es menschlicher Mühe, aus den besonders zur Kreuzung geeigneten Arten eine heranzuzüchten, die mit großer Fluggeschwindigkeit gesichertes Orientierungsvermögen verbunden, und diesen wiederum ist unsere heutige Militär-Brieftaube vorgegangen.

Wie ihr Name schon andeutet, ist unter allen Vögeln die Brieftaube ganz besonders zur Nachrichtenmittlung geeignet. An irgendetwas beliebigen Orten gelassen, sucht sie, getrieben von ihrer großen Heimatliebe und geleitet durch einen aus Wunderbare grenzenden Orientierungssinn, sofort ihren Heimatort aufzusuchen, erreicht ihn selbst auf Entfernungen über 100 km mit flüßender Sicherheit. Als mittlere Fluggeschwindigkeit rechnet man etwa 1 km in der Minute. Infolge dieser hervorragenden Eigenschaften wurde die Brieftaube in früheren Kriegen, wo an unsere heutigen Nachrichtenmittel nicht zu denken war, vielfach mit großem Erfolge verwendet. Aber auch dem friedlichen Verkehr wurde sie dienstgemacht. Es sei hier z. B. daran erinnert, daß die Eröffnung des Wolffschen Telegraphenbüros auf die Einrichtung einer Brieftaubenpost zwischen Brüssel und Aachen zurückgeht. Bald wurde sie allerdings auf diesem Gebiete durch Telegraph und Telephon verdrängt, doch hat sie ihre Bedeutung für den Krieg nie verloren. Der Brieftaubendienst breitete sich vielmehr weiter aus und feierte seine größten Triumphe bei der Belagerung von Paris im Kriege 1870/71. Während dieser für unsere heutigen Begriffe langen Zeit wurden Tausende von Meldungen durch Brieftauben nach der eingeschlossenen Stadt und aus ihr heraus gebracht. Der Transport der Tauben zum Aufnahmestort erfolgte durch Ballone. Wenn man bedenkt, daß durch mikroskopische Aufnahmen ganze Zeitungen auf dünne Blätter ausgedruckt werden können, und eine einzige Taube mit 75 Gramm derartiger Güter mit Kapfen zu tragen

vermag, kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, was die Brieftauben für die Pariser bedeuteten. Daher ist es auch unmittelbar nach dem Kriege 1870/71 das Bestreben unserer Heeresverwaltung gewesen, eine ausgedehnte Verwendung der Brieftauben im Kriegsfall vorzubereiten. Abgesehen davon, daß sämtliche Festungen Brieftaubenschläge erhielten, schloß das Kriegsministerium mit dem Verbands Deutscher Militär-Brieftauben-Züchtervereine einen Vertrag, wonach im Bedarfsfalle die Schläge der einzelnen Züchter der Obersten Heeresleitung zur Verfügung stehen. So wurde ein über das ganze Land verbreitetes Nachrichtenetz geschaffen, das wohl imstande war, im Ernstfalle allen Anforderungen gerecht zu werden. Doch hat man sich auch hiermit nicht begnügt. Immer neue Versuche wurden unternommen, um das eigenartige Nachrichtenmittel weiter auszubauen und zu vervollkommen. Den schon immer als etwas umständlich empfundenen Transport der Brieftauben zum Aufnahmestort wußte man geschickt zu umgehen. Die Tauben der Fortifikationsschläge zweier benachbarter Festungen wurden daran gewöhnt, Futter und Wasser abwechselnd auf der einen oder der andern Station zu erhalten. Dadurch gelang es, einen geregelten Pendeldienst zwischen den Festungen herzustellen.

Mit der Erfindung der drahtlosen Telegraphie schien jedoch die Brieftaube als Nachrichtenmittel plötzlich ihre Bedeutung für alle Zeiten verloren zu haben, und zu Beginn des Weltkrieges wurde kaum damit gerechnet, daß jemals auf die Dienste der Taube zurückgegriffen werden müßte. Aber auch hier zeigte sich der alte Erfahrungssatz, daß maschinelle Einrichtungen wohl in weitgehendem Maße, niemals aber ganz imstande sind, ein lebendes Wesen zu ersetzen. Zuerst waren es die U-Boote und Seeflugzeuge, die wegen ihrer Kleinheit in der ersten Zeit, nicht mit Funkstationen ausgerüstet werden konnten, die Brieftauben auf ihren Fahrten mitnahmen, und manch eines verdankt seine Rettung aus Seenot einer rechtzeitig eingetroffenen Brieftaubenmeldung. Ebenso wie hier rechtzeitig fertigten aber auch zu Lande weder Funktelegraphie noch Telephon vollständig die Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte. Der lange Stellungskrieg, der in einer derartigen Ausdehnung nicht vorhergesehen werden konnte, änderte die Taktik von Grund auf, und als zum ersten Male das Wort Trommelfeuer für eine bis dahin nie gekannte, zusammengefaßte Artilleriewirkung auftauchte, wurde es immer klarer, daß das Telephon, die drahtlose Telegraphie und das Blinkwesen zur Sicherstellung der rückwärtigen Verbindungen nicht ausreichten. Das rasende Artilleriefeuer zerriß die Leitungen und zerstörte Funk- und Blinkstationen; meist war eine Ausbesserung nicht möglich, und die nach hinten entsandten Meldebegänger erreichten nur selten oder zu spät ihr Ziel. Da besann man sich darauf, daß man in der Brieftaube einen gesiebten Meldebegänger besaß, wie man ihn besser sich nicht wünschen kann. Nachdem man vor Verbund mit den wenigen damals vorhandenen fahrbaren Brieftaubenschlägen günstige Erfahrungen gemacht hatte, wurden sie in der Sommerschlacht zum ersten Male in größerem Maßstabe als Nachrichtenmittel eingesetzt, und sie bewährten sich hier so glänzend, daß eine bedeutende Erweiterung des Brieftaubenwesens vorgenommen wurde. Heute ist unsere gesamte Front mit Hunderten von Brieftaubenschlägen versehen, die in den Abwehrschlachten des vergangenen Jahres sowohl wie bei der diesjährigen Offensive unseren Truppen hervorragende Dienste geleistet haben. Auch unsere Gegner bedienen sich seit geraumer Zeit der Brieftauben. Wie bezeichnend war doch die Zeitungsnotiz aus der Zeit unserer italienischen Offensive über den Kampf um den Monte Rosso! — Eine Brieftaube

taube überbrachte die letzte Meldung, die besagte, daß der Berg noch gehalten würde. „Die letzte Meldung!“ — Dieses Wort kennzeichnet so recht den Wert der Brieftaube. Wenn jede rückwärtige Verbindung unterbrochen, die Telephonverbindung zerstört ist, dann tritt sie in Tätigkeit. Hier bringt sie die Meldung zurück, daß die tapfere Besatzung sich noch hält. Aber wie lange noch? — Wann wird der ersehnte Entsatz kommen? — Wird die Taube auch rechtzeitig ihr Ziel erreichen? — Das mögen wohl die Gedanken des Kommandeurs gewesen sein, als er das Tierchen in Freiheit setzte. Und solche Fälle haben sich immer und immer wiederholt. Kein Wunder, daß unsere Feldgrauen die Brieftauben schätzen und lieben gelernt haben. —

Die umfangreiche, unvorhergesehene Erweiterung des Brieftaubenwesens, die in kurzer Zeit geleistet werden mußte, wurde ermöglicht durch die weitestgehende Unterstützung der Heeresleitung durch den Verband Deutscher Militär-Brieftauben-Züchter-Vereine, der ungefähr 2000 Vereine in allen Gauen Deutschlands umfaßt und seinen Sitz in Hannover-Binden hat.

Durch die geringe Beachtung, die die Brieftaube als Nachrichtenmittel vor dem Kriege fand, hatte sich der Verband nicht beirren lassen. Vielmehr war es durch jahrelange, mühevolle Arbeit den Züchtern gelungen, eine der belgischen gleichwertige Brieftaube heranzuzüchten, und die große Zahl von Tauben, die der Heeresleitung zur Verfügung gestellt wurden, geben ein bereites Zeugnis für die verständnisvolle Mitarbeit an der Landesverteidigung. Einige Zahlen mögen dies erläutern: Im Jahre 1917 lieferte der Verband etwa 45 000 Tauben an die Heeresverwaltung ab, und als Bedarf für das laufende Jahr ist die große Zahl von 100 000 Tauben vorgesehen, von der ein großer Teil schon an die Front abgegangen ist. Eine derartige Leistungsfähigkeit war nur möglich bei einer vorbildlichen Organisation, wie sie kein zweites Land auch nur annähernd aufzuweisen hat. Selbst Belgien, das Heimatland unserer heutigen Brieftaube, das noch immer als die Hochburg des Brieftaubensports bezeichnet werden muß, steht in dieser Beziehung weit hinter uns zurück. Während in Belgien jeder Züchter seinen Tauben beliebige Fußringe anlegen kann, gibt es bei uns nur einen, nach einem Schema gezeichneten Ring, der die Nummer des Vereins, die Jahreszahl des Ausflüpfens der Taube und eine laufende Nummer enthält, außerdem als Verbandszeichen den Reichsadlerkopf. Ferner tragen sämtliche Tauben des Verbandes Deutscher Militär-Brieftauben-Züchter-Vereine als Flügelzeichen das Reichswappen, sind dadurch als Militär-Brieftauben gekennzeichnet und genießen den für diese vorgesehenen gesetzlichen Schutz. Wie schon weiter oben angedeutet wurde, stehen sämtliche Tauben des Verbandes im Kriegsfalle der Heeresverwaltung durch Vertrag mit dem Kriegsministerium zur Verfügung. Jeder Züchter ist verpflichtet, über seine Tauben genaue Listen zu führen und dem Verbands anzuzeigen, wieviel Tauben er im Bedarfsfalle stellen kann. Das Kriegsministerium seinerseits schreibt den einzelnen Vereinen vor, in welchen Richtungen sie ihre Tauben einzuüben haben, und verleiht für besondere Leistungen an einzelne Vereine und Züchter alljährlich goldene, silberne und bronzene Medaillen und trägt dadurch nicht unwesentlich dazu bei, den Eifer der Züchter anzuspornen.

Den schönsten Lohn findet jedoch der Züchter im Brieftaubensport selbst. Wer Erfolge erzielen will, muß seine Tiere nach Fähigkeiten und Leistungen, Körperbau, Flugeschwindigkeit und Orientierungsvermögen genau kennen, denn diese Kenntnis ist von großer Wichtigkeit für die Zusammenstellung der einzelnen Paare im Frühjahr. Die ausgeschlüpften Jungen müssen, nachdem sie flügge ge-

worden sind, frühzeitig zur Selbstständigkeit erzogen und daran gewöhnt werden, auf den Feldern sich Unkrautjäten, Schneden und kleine Steinchen zu suchen und Wasser zu finden. Ohne diese Eigenschaften wäre es unmöglich, die alten Tauben auf große Entfernungen reisen zu lassen, bei denen sie zwei Tage und länger unterwegs und gänzlich auf sich selbst angewiesen sind. Andererseits ist das flügge Feldern eine gute Übung für die Tiere und erhöht die Fluglust. Dabei fügen die Tiere der Landwirtschaft nicht, wie vielfach behauptet wird, großen Schaden zu, sie nähern ihr im Gegenteil durch Vertilgung von Schädlingen eher mehr, als sie Schaden könnten.

Ist die Brutzeit vorüber, so beginnt etwa im Juni die Reisezeit. Die jungen Tauben des Jahres werden im Alter von zwei bis vier Monaten zunächst eingeeübt, auf wenige hundert Meter ihren Schlag wiederzufinden, und man läßt sie, damit sie die Umgebung ihres Schlages genau kennen lernen, aus den verschiedensten Richtungen auf. Dann vergrößert man die Entfernungen etappenweise. Man läßt die jungen Tauben auf 5, 10, 20, 50, 100, 150, ja selbst 200 km fliegen und erreicht damit, daß das Orientierungsvermögen der Tiere immer mehr verfeinert wird. Dabei ist es verhältnismäßig belanglos, welche Richtungen man zum Üben der Tiere wählt. Eine einmal auf größere Entfernungen ausgebildete Taube findet, vorausgesetzt natürlich, daß es sich um ein brauchbares Tier handelt, ihren Heimatschlag wieder, gleichgültig, ob sie die durchflogene Gegend kennt oder nicht.

Haben die jungen Tauben so gelernt, sich in der Umgebung ihres Schlages zurechtzufinden, so veranlaßt man mit ihnen gegen Ende ihrer Ausbildungszeit schon kleinere Wettflüge. Die alten Tauben dagegen, die ihre Ausbildungszeit schon in früheren Jahren durchgemacht haben, setzt man bereits Ende April nach einigen Rortouren auf größere Entfernungen, die sich bis zu 1000 km, ja selbst bis Rom oder Budapest erstrecken. Noch weiter geht man in Belgien, wo ein Romflug oder Flüge von Dax (Südfrankreich) und Barcelona in Spanien die jährlichen Schlußflüge bilden. In Belgien sind auch die Einsätze und Wettflüge bedeutend höher als bei uns. In Deutschland kann jedes Mitglied einer Reisevereinigung seine Tauben zu den Wettflügen in fünf Klassen mit verschiedenen Einlagen setzen. In den einzelnen Klassen macht jede fünfte, zehnte, fünfzehnte usw. Taube einen Preis, dessen Höhe natürlich in umgekehrtem Verhältnis zur Zahl der preisgekrönten Tauben jeder Klasse steht. Sache des Züchters ist es, seine Taube genau zu kennen, zu wissen, inwieweit sie in Form und was er ihnen zutrauen kann, um seine Einsätze dementsprechend zu gestalten. Hierzu ist ein genaues Studium der Tauben erforderlich, und ein Züchter, der selten seinen Schlag sieht und über Leistung, Abstammung usw. seiner Tiere nicht genau unterrichtet ist, wird selten bei den Wettflügen Erfolge haben. Andererseits findet ein richtiger Brieftaubenzüchter seine Erholung in der Beschäftigung mit seinen Tieren, und manch einer unter ihnen, der auf seinen Taubenflügen geht, anstatt sich in die Kneipe zu setzen, füllt damit seine Mußstunden in nicht minder anregender Weise aus. Schließlich soll seine Freude auch nicht ewig dauern. Die im Sommer einsetzende Mauser macht der schönen Reisezeit ein Ende, doch treten nun wieder neue Aufgaben an ihn heran. Jetzt heißt es, die im Sommer gemachten Erfahrungen zu verwerten, um Fehler und Schwächen der einzelnen Tiere im kommenden Jahre durch geschickte Paarung wieder auszugleichen zu können, die Entwicklung der Jungen aufmerksam zu verfolgen und nicht ganz vollwertige Tiere auszumergen. So hat ein Brieftaubenzüchter selbst seine Beschäftigung, und reichlich wird seine Mühe durch die Ge-

ge und die Freude am Umgang mit den Tieren lohnt.

Wie es aber einem Züchter nach diesen Ausführungen mutet, wenn er des Abends seinen Schlag nachsieht und einzelne Tiere vermisst oder andere angeschossen vorfindet, das kann sich der Züchter selbst ausmalen. Trotzdem nach Reichsgesetz und Verfügungen der k. k. General-Commandos Geld- und Gefängnisstrafen auf den Abschuss von Brieftauben stehen, finden sich noch immer Raubschützen, die Eltern der jungen Tauben, die der Heeresverwaltung die Front geschenkt werden sollen, abschießen und die jungen Tauben dadurch mit töten, den Züchter aber, der manches wertvolle Zuchttier einen Preis von 100 Mark nicht mehr geben mußte, materiell schwer schädigen. Jeder, der diese Sorte Menschen zur Anzeige bringt und durch Belehrung weiterer Kreise über den Wert der Brieftauben dieser Fingsticht vorbeugend wirkt, macht sich um das Vaterland verdient.

Leider ist bei uns über die Brieftaube noch viel zu wenig bekannt und die Auffassung verbreitet, daß der Brieftaubensport nur der Kennsport des kleinen Mannes sei. Es mag noch dahingestellt sein, welcher Art von Sport der Vorzug gegeben ist. Jedenfalls bedarf die Brieftaube keines vernünftigen Wesens, das sie auf ihrem Fluge begleitet, um größten Leistungen aus ihr herauszuholen, sondern ihre eigene Intelligenz, ihr Orientierungsvermögen, ihre Heimat- und ihre Fluggewandtheit sind für die Bewertung der sportlichen Leistungen allein ausschlaggebend.

Um so merkwürdiger muß es anmuten, daß in Deutschland mit Ausnahme der Industriegegenden der Brieftaubensport verhältnismäßig weniger Anhänger gefunden hat. Man mag wohl noch das alte Vorurteil sein, das sich in dem Sprichwort widerspiegelt: Wer sein Geld nicht sehn kann, den der laufe Tauben, dann sieht er's fliegen. Über diese Vorurteile sollte man aber schon längst hinaus sein. In andern Ländern, wie Belgien, ist der Brieftaubensport ein wahrer Nationalsport geworden. Arm und reich, jung und alt, vornehm und gering huldigen ihm, und das kleine und verfallene im Frieden allein über einen Bestand von Millionen Tauben, übertraf damit bei weitem unsere Brieftaubenzucht, die nur einen Bestand von 360 000 Tauben, dafür allerdings den bereits erwähnten Vorteil der einheitlichen, straffen Organisation besaß. Daß wir unseren wenigen Tauben und trotz der großen Schwierigkeiten in der Futterbeschaffung im Kriege so viel leisten konnten, zeugt von der großen Vaterlandsliebe der einzelnen Züchter. In unserem eigenen Interesse wäre es nur zu wünschen, daß sich auch bei uns die Militär-Brieftaubenzucht zum Schutze des Vaterlandes, an dem nach allen Umständen die Taube als Nachrichtenmittel in diesem Kriege einen ganz hervorragenden Anteil hat, mehr und mehr emporhebe und Gönner finden und sich weiter ausbreiten könnte, und die vereinigten Nationalflüge in unserem Heerlande mit gleich begeisterter Aufmerksamkeit verfolgt werden möchten wie in Belgien und Frankreich.

D. Zur Laubfutterwerbung.

Von Hans Schröter-Fiechtl.

Gelegentlich der Futterknappheit, wie sie die Kriegszeit mittlerer bis mäßiger Futterernte mit sich bringt, man sich wieder auf den Futterwert des Baumlaubs wenden. Vor 50 Jahren wurde auch bei uns ziemlich häufig und regelmäßig Laub verfüttert. Die Neugestaltung wirtschaftlichen Verhältnisse hat das dann, besonders

in größeren Gutswirtschaften überflüssig gemacht, und so hat man ganz das Empfinden dafür verloren, daß im Baumlaub nicht nur eine erhebliche, sondern auch eine zweckmäßige Futterquelle zu sehen ist. Wenn nun die Militärbehörde in Rücksicht auf die Futterknappheit an der Front eine großzügige Organisation über das ganze Reich ausbreitet hat, damit möglichst viel Laub gesammelt wird, so begegnet das manchen Orts nicht selten gelindem Kopfschütteln, wie alles Ungewohnte.

Die Sache ist durchaus ernst und bitter notwendig. Um sie dem Verständnis der Allgemeinheit näher zu führen, ist es wohl am besten, erstmals darzulegen, was aus dem gesammelten Laub überhaupt wird. Vor allem kann nicht entschieden genug betont werden, daß das Laub keineswegs ein Ersatz für Heu sein soll, sondern tatsächlich ein zweckmäßiger Ersatz für das Hartfutter, für den Hafer der Frontpferde ist.

Das Laub wird auf der Darre völlig getrocknet, dann zu feinem Laubheumehl vermahlen, und nun mit etwas Melasse vermischt, unter hohem Druck zu Laubfutterkuchen gepreßt. In dieser Gestalt läßt es sich einmal leicht verschiden und einfach behandeln, zum andern aber wird es dadurch erheblich futterwertiger. Diese Behauptung wird einwandfrei erhellt durch die Analysen des Tierphysiologischen Instituts der kgl. Univ. Hochschule in Berlin. Darin enthält der Laubfutterkuchen in % an verdaulicher Substanz: 9,37 Rohfaser, 5,88 Fett, 7,25 Protein und 26,79 stickstofffreie Extrakte. Sein Stärkewert ist also 42,4 und übertrifft den von Pellner für vorzügliches Heu angegebenen Wert um 5,0 %. Wenn 8,2 kg mittleres Wiesenhheu als Erhaltungsfutter für ein Pferd von 500 kg Gewicht täglich ausreichen, so leisten 5 kg dieses Futterkuchens daselbe. Ein kg Laubfutterkuchen gibt dem Tier nahezu 1000 Kalorien.

Aus diesen Befunden ergibt sich, daß es auf diesem Wege möglich ist, aus dem Baumlaub ein außerordentlich gutes Futter herzustellen. Die ungeheuren Laubmengen im Lande bieten aber auch noch die Gewähr dafür, daß wir ganz erhebliche Mengen tatsächlich schaffen können, und damit die Futternot an der Front zu mildern in der Lage sind.

Kein Mensch wird nach Lage der Sache nunmehr bestreiten können, daß die Laubsammlung durchaus ernst zu nehmen ist, denn sie schafft tatsächliche Werte von Bedeutung, Werte, die erheblich größer sind, als man vielleicht anzunehmen geneigt war. Ist man sich aber darüber einmal klar, darf man wohl auch voraussetzen, daß in Rücksicht auf die Kriegsnot mit aller Entschiedenheit an ein möglichst leistungsfähiges Laubsammeln allerwärts geschritten wird, denn es ist vor allem unsere vaterländische Pflicht, dem bitter und schwer kämpfenden Heer alle Momente, die für unsern Erfolg ausschlaggebend sind, freudig zu erleichtern.

Die Organisation des Laubsammelns gipfelt in der Laubfutterstelle für die Heeresverwaltung, Berlin, Potsdamerstraße 31 a, die die technische Seite der Sache in der Hand hält. Die praktische Seite liegt bei den verschiedenen Kriegs-Wirtschafts-Ämtern, die ihrerseits überall Organisationen zum Laubsammeln geschaffen haben. An jedem Ort haben sie einen Sammelleiter bestellt, der die Schüller und alle, die sich der Sache zur Verfügung stellen, in den Wald führt, und ihnen ihre Arbeit unter einheitlichen Gesichtspunkten zuteilt, denn es könnte ja zu nichts führen, wenn jeder Eine auf eigene Faust losziehen würde. Ja, das muß geradezu in Rücksicht auf den Wald vermieden werden. Der Sammelleiter bestimmt auch, ob das Laub grün oder als Laubheu abgeliefert werden soll. Die Ablieferung von Grünlaub kommt nur in der Nähe von Dörfern in Frage. In allen andern Fällen muß es in Rücksicht auf

den Transport und die Qualitätssicherheit im Schatten getrocknet werden. Trocknet man es im Freien, so soll man es nicht so dick breiten und abends stets häufen, um es am Morgen neu auszuliegen. Die verschiedenen Laubarten trocknen sehr verschieden rasch, und manche sind gegen Regen überaus empfindlich, sie werden leicht fleckig oder schwarz und sind dann als Futter unbrauchbar. Beim Sammeln sind die Schüler stets daran zu halten, daß sie das Laub ja nicht pflücken, sondern immer vom dicken Zweigende angreifen, es zur Spitze zu mit einem Rüd herunter streifen. Die jüngsten diesjährigen Zweigenden sollen mitgenommen werden, weil sie viel lebendige Nährkraft besitzen.

Das im Schatten getrocknete Laub enthält aber noch zu viel Wasser, als daß es leicht genug durch die Mühle ging. Infolgedessen muß es auf der Darre gar getrocknet werden.

Die Heeresverwaltung zahlt für den Zentner Grünlaub 4,00 M und für den Zentner Laubheu 18,00 M, und zwar sofort bei der Annahme. Die kaufmännische Seite der ganzen Sache hat die Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte, Berlin, Potsdamerstraße 30/31, in der Hand. Sie bestellt für jede Provinz Hauptaufkäufer, die ihrerseits wieder Orts-einkäufer unter sich haben, und in ihrer Hand liegt einmal die Bezahlung des gesammelten Laubes, dann der Transport und die weitere technische Verarbeitung.

Wenn man bedenkt, daß aus drei Zentnern Laub erst ein Zentner Laubheuteichen wird, und wir etwa 3 000 000 Ztr. Kuchen brauchen, so kann man unschwer ermessen, welche große Laubmengen es gilt zu sammeln. Und umso mehr, als diese Mengen möglichst rasch gebraucht werden, denn gerade vor der Ernte ist die knappste Zeit.

Andererseits wird an die Leistungen der Pferde an der Front ein Ungeheures an täglichen Anforderungen gestellt, das einfach nicht zu schaffen ist, wenn die Tiere nicht wenigstens regelrecht satt werden können. Die kämpfenden Soldaten haben da in erster Linie den Nachteil, umso mehr der Krieg heute weit ausgiebiger wie zuvor in der Transportfrage gipfelt.

Darum möge jeder nach Kräften werktätig dazu beitragen, daß die Futtererschwierigkeiten an der Front vermindert werden. Und am besten geht das durch eifriges Laub sammeln.

E. Forstliches aus der Ukraine.

Von Oberf. A. Müller.

Die Nordukraine bietet bei ihrem großen Waldbreichtum reichlich Gelegenheit zu forstlichen Beobachtungen; namentlich in waldbaulicher Hinsicht. Denn hier, wie im Hinterlande unserer früheren russischen Stellungen, fand ich

große Mannigfaltigkeit der Holzarten und Bestandsformen. Von Holzarten Mitteleuropas fehlt durchgängig wohl nur Rotbuche und Weißtanne. Auffällig wie überall im Osten ist der schlanke und astreine Wuchs der Aspe und Eiche. Geschlossene größere Aspenhorste geben das wertvolle Material, das der Bündholzfabrikant hierzulande und bei uns sucht. So zahlreiche und große Birkenbestände wie hier habe ich bisher noch nirgends gesehen. Neben natürlichem Birkenanflug findet man auch häufig Saaten und Pflanzungen, insbesondere in Fluglandgegenden. Überhaupt trifft man verhältnismäßig häufig auf künstliche Kulturmaßnahmen. Meist ist aber der Wald sich selbst überlassen und verzüngt sich auch auf armen Böden oft leicht und sicher; der Kiefernwald zumal dort, wo Schweineherden hingelangen. Die Waldweide für alle Viehgattungen spielt selbstverständlich eine bedeutende volkswirtschaftliche Rolle, schädlich für den Wald ist hier kaum. An Wild gibt es außer etwas Schwarzwild nur ganz wenig, dafür aber viel Jagdliebhaber. In den größeren Waldungen ist der Wolf noch häufig und magt sich auch in der guten Jahreszeit an Pferdebesen und andere kleine Haustiere.

F. Geschäfts-Jubiläum.

Der derzeitige Inhaber der unseren Lesern wohl bekannten Firma Conrad Appel, Samenwerke und Menganstalten in Darmstadt, Herr Kommerzienrat Ludwig Heyn, konnte am 1. Juli mit seinem Prokuristen Herrn Ludwig Hinkel, auf eine dreißigjährige Geschäftstätigkeit zurückblicken. Während dieser Zeit hat die schon im Jahre 1789 gegründete und jetzt in der vierten Generation der Familie stehende Firma nicht nur ihren alten guten Ruf bewahrt, sondern durch Verbollkommen des Betriebs auf dem Gebiete der Samen-Gewinnung, -Reinigung und -Untersuchung sowie durch ihre Mitarbeit bei der Kontrollorganisation des Deutschen Forstwirtschaftsrates zur Beschaffung einheimischen Saatgutes sich besondere Verdienste erworben.

Wir glauben im Sinn weiter Kreise des grünen Fachs zu handeln, wenn wir Herrn Kommerzienrat Heyn zu seinem Jubiläum die besten Glückwünsche, auch für die Zukunft des altbewährten Hauses Conrad Appel, hiermit aussprechen.

G. Der Forstverein für das Großherzogtum Hessen hält auch im Jahre 1918 keine Versammlung ab.

Zur Harznutzung im Jahre 1917.

Von Forstpraktikant Diehler-Rastatt.

Wie im vorigen, hat auch in diesem Jahre die so neue wie interessante Harznutzung die öffentlichen Gemüter beschäftigt und wohl manchen Forstmann zu Untersuchungen und Beobachtungen erregt, sei es um die Technik der Harznutzung weiter auszugestalten oder die Wissenschaft durch neue Kenntnisse zu fördern, sei es um den Ursachen des geringen Harzertrages seines Revieres nachzugehen, um, gestützt auf die hierbei gemachten Erfahrungen, seinen Betrieb besser einzurichten, auszubauen, sowie produktiver und rentabler zu gestalten. Diesem letzteren Umstande sind auch die unten angeführten Versuche zu verdanken, die etwa, um daraus allgemeine Schlüsse und allgemein gültige Folgerungen abzuleiten — das nur an der Hand einer großen Zahl von exakt geführten Untersuchungen geschehen — sondern, die bisherigen Veröffentlichungen und Untersuchungen auf ihre Richtigkeit und örtliche Brauchbarkeit zu prüfen und anzuwenden. Ist doch bei der derzeitigen Stände der Harznutzungstechnik in etwa jeder Revierverwalter noch darauf angewiesen, selbst forschend zu prüfen und zu untersuchen, was nützt, um die Produktivität und Stabilität dieses neuen, wichtigen Kriegswirtschaftszweiges zu erhöhen. Daß derartige Versuche nicht leicht anzustellen und mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft sind, wurde in der Literatur schon mehrfach hervorgehoben. Dem ist auch jeder beipflichten müssen, der es einmal übernommen hat, auch nur kleinere Versuche der Harznutzungsfragen anzustellen. Spielen doch, wie schon davon, daß es schwierig ist, Bäume gleichmäßiger natürlicher Harzbildung auszuwählen, eine ganze Reihe äußerer Faktoren wie Kronenform, Stammstärke, die verschiedenen Standortverhältnisse in allen ihren Abstufungen, die Beschaffenheit der Lachenanlage, die Größe der Lachte, die Harzleitungsführung ebenso wie die Tiefe des Dechfelsns und die persönlichen Momente des Arbeiters eine wichtige, ja hervorragende Rolle, und wer alle diese Versuchsobjekte aufs sorgfältigste ausgewählt hat und alle störenden Einflüsse ausgeschaltet zu haben glaubt, wird finden, daß bei der Harzbildung noch unbekannte intermediäre Vorgänge wirken, die unserer Erkenntnis noch verschlossen

sind und das gewonnene Resultat störend beeinflussen, so daß derartige Versuche höchstens als Fingerzeig dafür bewertet werden können, welche Richtung eine auf Ertragssteigerung abhebende Wirtschaft einschlagen muß.

Zunächst eine kurze Beschreibung der Harzfläche: Ihre Lage ist durchaus eben, 122 m über dem Meere. Der Boden ein mäßig tiefgründiger trockener Sand von geringem Lehm- und Humusgehalt III./IV. Bonität. Gegenstand der Nutzung waren ca. 100 jährige Kiefern in räumlicher bis lückiger Stellung über etwa 5—15 jähr. natürlich entstandenem Kiefernunterwuchs. Die Fläche selbst war getrennt in 2 Arbeitsfelder, einen größeren, bereits letztes Jahr auf Harz genutzten und einen kleineren neu hinzugekommenen Teil, bei dem die Vorarbeiten schon im Vorjahre gemacht, das Nachdecheln aber erstmals in diesem in Angriff genommen wurde. Während die Lachten auf diesem letzteren Teil bis zum Schluß der Harzzeit eine Höhe von ca. 70 cm erreichten, betrug dieselbe auf der im zweiten Jahr stehenden Fläche eine solche von etwa 150 cm, wobei eine Erhöhung der Grandelhöhle nur an wenigen Stämmen vorgenommen wurde. Daß trotzdem das Verhältnis von Scharr- und Flußharz sich relativ günstig gestaltete, dürfte aus nachfolgender Zusammenstellung der Harzergebnisse (Tabelle I) zu ersehen sein.

Das Nachdecheln wurde von 10—14 Volksschülern ausgeführt, die eigens zu diesem Zweck vom Unterricht befreit waren, unter Aufsicht und Leitung eines Forstschützbeamten. Mit den Leistungen dieser Jungen konnte man mangels anderer Arbeitshilfe wohl zufrieden sein. Sie gewannen zuweilen Freude an der Sache und gewöhnten sich an das Decheln mühelos und rasch. Es kann daher die Verwendung solcher noch schulpflichtiger Knaben bei den hohen Arbeitslöhnen gelernter Arbeiter einerseits und der geringen Rentabilität der Harznutzung andererseits, wie bei den hiesigen Verhältnissen nur empfohlen werden. An Tagelöhnen wurden 1,50 M bis 1,70 M bezahlt. Eine Extravergütung nach der Menge des abgelieferten Harzes als Prämie zu gewähren, schien bei dem Mangel des nötigen Verständnisses hierfür nicht angezeigt. Die Ausrüstung der Knaben war sehr einfach: Jeder hatte eine Schürze zum Sammeln des Rohharzes, einen Lappen zum Reinigen der

Tabelle 1:

1917	Stamm- zahl	Lachten- zahl	Reingewicht				Ein- nahmen bei 1 kg = 3 K.	Ausgaben für			Be- merkungen
			Flußharz	Scharharz	i. g. bei 60 Dech- selungen	bei einmal. Dechselfung		Nach- dechselfn	Sonstige Arbeiten	i. g.	
			kg	kg	kg	kg	„	„	„	„	
Alter Teil von 1916	3287	4526	592	184	776	12.93	2328.—				
pro Stamm			0.18	0.06	0.24	0.004	0.71				
pro Lachte			0.13	0.04	0.17	0.0028	0.51				
Neuer Teil	1067	1368	274	43	317	5.28	951.—				
pro Stamm			0.26	0.04	0.30	0.005	0.89				
pro Lachte			0.20	0.03	0.23	0.0038	0.69				
Gesamtfläche	4354	5894	866	227	1093 ¹⁾	18.22	3279.— ²⁾	3233.08	82.72	3315.80	
pro Stamm			0.20	0.05	0.25	0.0042	0.74	0.74	0.02	0.76	
pro Lachte			0.15	0.04	0.18	0.0030	0.56	0.55	0.01	0.56	
1916					50 Dech- selungen						
Gesamtfläche	3612		322	54	376	7.52	1128.—	1585.—	1419.30	3004.30	
pro Stamm			0.09	0.01	0.10	0.0021	0.31	0.44	0.39	0.83	

60 Dech-
selungenInfolge Ver-
dunstung
durch Ver-
dunstung
und Ver-
dunstung
1) 1033 kg
2) 9099 kg
Ausg. 3315.80
Gebühr 213.950 Dech-
selungen

Grandelhöhle und einen Schleifstein zum Abziehen des Dechfels mit sich zu führen. Trotz eifrigen Nachdechselfns waren die Erträge, namentlich in der ersten Zeit, in den eigentlichen Sommermonaten, sehr mäßig und fast schien es, als ob der Unstern, welcher voriges Jahr über der Harznutzung hier schwebte, die Arbeiten auch dieses Jahr wieder begleiten wolle. Bei den großen anfänglichen Mißerfolgen ging naturgemäß das Streben dahin, so gut es ging, die Einnahmen mit den Kosten einigermaßen in Einklang zu bringen, d. h. die Wirtschaft ökonomischer zu gestalten. Dieses wurde jedoch nicht durch Ersparnis an Arbeit als vielmehr durch Intensivierung des Betriebes, durch die Produktion steigende größere und kleinere Mittel, wie später gezeigt werden soll, zu erreichen gesucht. Mehrfache Änderungen in der Technik der Nutzung wie in der Organisation der Arbeit wurden vorgenommen. Die Einführung des ständigen Lachtenscharrens im August und der Übergang zu einem mehr schrägen bis flachen Dechselfn im September bilden Marksteine in der Geschichte der hiesigen diesjährigen Harznutzung.

Im folgenden sei es nun gestattet, auf diese und die übrigen auf das Harzerggebnis hauptsächlich Einfluß nehmenden Faktoren etwas näher einzugehen und die hierüber gemachten Erfahrungen und Beobachtungen im Einzelnen zu schildern.

1. Der Einfluß der Kronengröße.

Im allgemeinen gilt wohl der Satz: Je besser die Ausbildung der Krone, um so besser die Assimilation, um so besser die Ernährung, um so besser auch das Ergebnis an Harz. Hat man doch eine Reihe von pflanzlichen Bildungstoffen wie Stärke, Zellulose, Gerbstoffe, Glukoside und selbst das Chlorophyll als Ausgangsmaterialien der Harzbildung bezeichnet. Ja, wir wissen heute, daß das, was wir Harz nennen, aus einem Drogen verschieden Substanzen besteht und daß es einen sehr hohen Aufbau großer chemischer Prozesse bedarf. Wenn es richtig ist, daß das Harz, wie die neuere Forschung lehrt, ein Abspaltungsprodukt des Stoffwechsels darstellt, so hat die Harzbildung die Voraussetzung reichlicher Nährstoffe zur notwendigen Voraussetzung. Dazu aber bedarf der Baum ein wohl ausgebildetes, entsprechend großes Kronenwerk, eine gute Lunge. Der Schluß von der Kronenbeschaffenheit auf das Harzerggebnis ist daher außerordentlich naheliegend und einleuchtend, und steht er mit den Erfahrungen der Praxis sehr oft in Widerspruch. Wie nämlich schon anderwärts gemacht, daß viele schön gewachsene, frei stehende, gut bekronete, überhaupt allen Anforderungen eines gesunden Stamm entsprechende Bäume wenig oder so gut wie gar kein Harz gaben, wie

hingegen wieder andere minder gut, ja bis-
en geradezu schlecht bekronte, Stämme zu den
den Harzern gezählt werden mußten. Auf diese
eigentümlichkeit des verschiedenen Harzertrags
wurde in der Literatur wiederholt hinge-
en. So schreibt Kienitz¹⁾ in der „Silva“: „Die
verschiede in der Harzbildung sind außerordent-
groß und leider sind, wie es scheint, die guten
ger in der Minderzahl.“ Die Bestätigung dieses
erren wurde auch hier gefunden und dürfte
der unten angeführten Versuchstabelle ohne
eres hervorgehen. Kienitz hat daher den Vor-
g und auch den praktischen Versuch gemacht,
schlecht harzenden Stämme überhaupt von
Nutzung auszuschließen, ein Vorschlag, der
nach den hiesigen Erfahrungen, worauf noch
er zurückzukommen sein wird, jedenfalls einer
erigen eingehenden Prüfung auf seine Zweck-
igkeit von Fall zu Fall wird unterzogen werden
en. Auch der Kriegsausschuß weist in seinem
ährigen Merkbuch auf das ungleiche Verhalten
Harzstämme hin. Er schreibt: „Auffallender-
e ist aber die Reichlichkeit des Harzflusses bei
einzelnen Bäumen auch im gleichen Bestande
verschieden, ohne daß äußerliche Merkmale
Bäume dieses verschiedene individuelle Ver-
en erklären ließen. Manche Bäume harzen
andere daneben fast gar nicht.“ Auch ver-
dene Schriftsteller führen diese merkwürdige
einung an, ohne eine Erklärung dafür zu
n. Im Folgenden sei das Ergebnis eines Ver-

juchs wiedergegeben, der zur Ermittlung des
Einflusses der Kronengröße auf den Harzertrag
hier angestellt wurde. Als Beobachtungsmaterial
diente eine zusammenhängende Fläche mit 570
Stämmen, die nach ihrer Kronengröße und Be-
schaffenheit in 3 Klassen geschieden und je nach
ihrem Harzergebnis in 3 Harzklassen eingereiht
wurden. Stämme der I. Harzklasse gaben nach
einem Nutzungsgang 1 Löffel und mehr Harz,
die der II. $\frac{1}{2}$ —1 Löffel und die der III. weniger
als $\frac{1}{2}$ Löffel Harz. (Tabelle II und III.)

Der Versuch lehrt folgendes: Die Zahl der
gutharzenden Stämme macht etwa $\frac{1}{4}$, die der
gering und schlecht harzenden dagegen $\frac{3}{4}$ aller
Stämme aus. Ferner: Mit steigendem Brust-
höhenmesser nimmt die Zahl der gutharzen-
den Stämme zu, die der schlechtharzenden ab.
Mit der Abnahme der Kronenbeschaffenheit nimmt
auch die Zahl der gutharzenden Stämme ab, die
der gering harzenden dagegen zu. 68 % aller gut
bekronten Stämme harzten schlecht, 19 % aller
schlecht bekronten dagegen gut. Daraus erhellt,
daß der Kronengröße für die Beurteilung des
Harzvermögens eines Stammes höchstens sympto-
matische Bedeutung zukommen kann und der
Schluß „gute Krone, gutes Harzvermögen“ nur
cum grano salis richtig ist, daß also die Kronen-
beschaffenheit für sich allein kein genügendes Kri-
terium für die Harzproduktion der Kiefer abgeben
kann. Man könnte daher auf die Vermutung kom-
men, daß es sich hier um individuelle oder Rassen-
eigentümlichkeiten handle, die letzten Endes dar-
auf beruhen, daß die Zahl der Harzkanäle im Holz

¹⁾ Kienitz: Von der Harznutzung 1916, Silva Nr. 5.

Tabelle II:

Kronenform	normal volle Krone				mittel mäßige aber noch ordentliche Krone				schwach gering bis schlechte Krone				Im ganzen			
	I.	II.	III.	zus.	I.	II.	III.	zus.	I.	II.	III.	zus.	I.	II.	III.	zus.
Harzklasse:																
Brust- höhenmesser in cm bei 1,3 m																
7,5—12,5											3	3			3	3
12,5—17,5			5	5	2		14	16		3	35	38	2	3	54	59
17,5—22,5	7	4	38	49	2	4	51	57	3	4	23	30	12	12	112	136
22,5—27,5	10	9	51	70	6	10	43	59	2	6	19	27	18	25	113	156
27,5—32,5	25	9	61	95	6	5	14	25	1	1	8	10	32	15	83	130
32,5—37,5	8	13	37	58	2	2	5	9		1	1	2	10	16	43	69
37,5—42,5	3	2	5	10	—	—	1	1		—	—	—	3	2	6	11
42,5—47,5	2	—	3	5	—	—	1	1		—	—	—	2	—	4	6
Summa	55	37	200	292	18	21	129	168	6	15	89	110	79	73	418	570
In Prozenten	19	13	68		11	12	77		5	14	81		14	13	73	
	32				23				19				27			

Tabelle III:

Auf 100 Stämme jeder Klasse kommen:

Krone	normal			mittel			schwach			Im ganzen		
Harzklasse:	I.	II.	III.	I.	II.	III.	I.	II.	III.	I.	II.	III.
Durchmesser bei 1,3 m	Prozent:											
7,5—12,5				12	—	88		8	92	3	5	92
12,5—17,5												
17,5—22,5	14	8	78	4	7	89	10	13	77	9	9	82
22,5—27,5	14	13	73	10	17	73	7	22	71	12	16	72
27,5—32,5	26	10	64	24	20	56	10	10	80	25	11	64
32,5—37,5	14	22	64	22	22	56		50	50	15	23	62
37,5—42,5	30	20	50	—						27	18	55
42,5—47,5	40		60	—								
Zusammen	19	13	68	11	12	77	5	14	81	14	13	73
	32			23			19			27		

keine konstante ist, zumal ihre Zahl mit dem Alter steigt. Für den sekundären Harzfluß, der bekanntlich pathologischer Natur ist, könnte aber dieses verschiedene Verhalten in der Harzgangführung des Stammes nicht oder doch nur mittelbar in Betracht kommen für den Fall, daß sich zeigen ließe, daß tatsächlich ein inniger Zusammenhang zwischen primärem und sekundärem Harzfluß besteht. Ein solcher ist aber, da die Abietineen, die gar keine Harzgänge führen, auch reichlich Wundharz (sekundäres Harz) nach Verwundungen erzeugen, nicht ohne Weiteres anzunehmen. Immerhin muß jedoch die Möglichkeit offen gelassen werden, daß die Zahl der im Holz vorhandenen Harzgänge wiederum mit der Zahl der pathologisch gebildeten in Zusammenhang stehen könnte, wofür auch das unzweifelhaft bessere Harzen der stärkeren Stämme spräche, so daß tatsächlich individuelle Eigenschaften mitwirkten. Viel wichtiger als diese individuellen Eigentümlichkeiten der Kiefer scheinen jedoch andere Faktoren zu sein, die in der Beschaffenheit des Bodens begründet sind.

2. Der Einfluß des Bodens.

Daß der Boden einen wesentlichen Einfluß auf die Harzbildung hat, dürfte eine feststehende Tatsache sein. Der Boden ist hier ziemlich gleichartig, meist lehmiger Sand auf Kiegunterlage, verschieden und stets wechselnd dagegen ist die Gründigkeit des Bodens, und gerade diese letztere für die Bewertung eines Bodens so wichtige Eigenschaft dürfte auf die Harzergiebigkeit der Kiefer

einen wesentlichen, wenn nicht entscheidenden, Einfluß ausüben. (Vgl. umstehende Figur).

Der Boden zeigt hier folgendes Profil, aus welchem ersehen werden kann, wie sehr die Gründigkeit des Bodens hier auf engem Raume wechselt. Die stark gezeichnete wellenförmige Kurve stellt das Niveau der Kiegunterlage dar, welche die Kiefernwurzeln bald mehr oder weniger erreichen und in der sie zum Teil stellenweise vegetieren müssen.

Diese zwar nicht gerade sehr stark aber doch merklich wechselnden Unterschiede in der Gründigkeit des Bodens in Verbindung mit den dadurch bedingten Unterschieden in der Wasserversorgung der Kiefer scheinen die hauptsächlichste im Boden liegende Ursache des verschiedenen Harzertrages zu sein. Eine Reihe mit dem Gersonschen Bohrstoß hier ausgeführte Untersuchungen haben nämlich gezeigt, daß fast sämtliche zur Beobachtung gewählten gut harzenden Stämme an einer tiefergründigeren Stelle saßen, wo sie ihr Wurzelnetz noch in dem lockeren lehmigen Sand ausbreiten und verzweigen konnten (Profil Stamm Nr. 2), während die schlechter oder gar nicht harzenden fast immer Plätze geringerer Gründigkeit einnahmen, so daß ihre Wurzeln bereits in der darüber befindlichen Kiegunterlage strichen (Profil Stamm Nr. 1 u. 4). Die Ausgrabung zweier solcher Stämme konnte das mit dem Bohrstoß gefundene Ergebnis nur bestätigen. Die Wurzeln beider waren völlig normal ausgebildet, ohne eine Spur von Verkümmung; während jedoch das Wurzel-

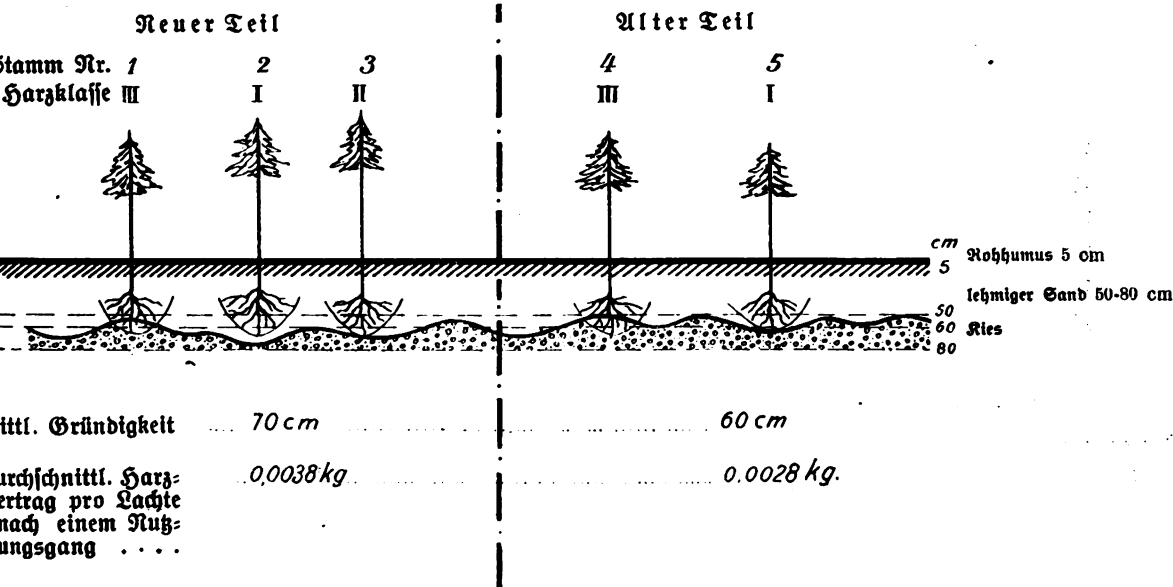
rt des schlechtharzen den zum Teil in die Ries-
 icht eingebettet war und deutlich erkennbare
 einabdrücke zeigte, strichen die gut ausgebildeten
 urzeln des gut harzen den noch im Erdbreich, so
 ß sie der Ries-schicht gerade oben auf saßen (Profil
 amm Nr. 3 u. 5) und beides bei einem nur ge-
 en Unterschied in der Mächtigkeit des Bodens!
 it Recht hat daher Spletstößer¹⁾ in der Silva
 Ernährung des Baumes für die Harzbildung
 antwortlich gemacht. Wenn es nun auch sicher
 daß enge Beziehungen und Wechselwirkungen
 ischen Ernährung und Harzbildung bestehen,

so dürfte doch weniger die Ernährung an sich, d. h.
 die Versorgung mit mineralischen Bestandteilen,
 als vielmehr die Wasseraufnahme des Baumes
 und die damit zusammenhängende Transpiration
 von entscheidender Bedeutung für die Harzbildung
 sein. Verdunstung und Wasseraufnahme stehen
 bekanntlich im engsten Zusammenhang. Je aus-
 giebigere die Wechselwirkung beider, um so größer
 der Turgordruck, um so besser der Harzfluß. Müssen
 schon die Zellwandungen, wenn keine Vertienung
 des Stammes eintreten soll, immer mit Wasser
 gefüllt sein, so wird das Vorhandensein genügender
 Wassermengen im Boden wie im Stamm die Vor-
 aussetzung für einen ergiebigen Harzerguß bilden.

¹⁾ Spletstößer: Über Harznutzung, Silva 1917, Nr. 29.

Bodenprofil

gezeichnet nach ausgeführten Bohrungen.



ie große Mengen Wassers die Bäume täglich
 verdunsten und demzufolge auch aus dem Boden
 aufnehmen, ist bekannt. Auf einem tiefen Boden
 daher die Kiefer mit der Wasserversorgung
 on Schwierigkeiten, was jedoch im Kronen-
 mögen des Baumes nicht notwendig zum Aus-
 uß zu kommen braucht (z. B. ein Kiefernbestand
 f flachgründigem Steinboden). Es ist daher
 r wohl möglich, daß bei der großen Anpassungs-
 igkeit der Kiefer an die Bodenbeschaffenheit
 Stamm, der auf einer Ries-scholle sitzt, an seiner
 one nichts zu wünschen übrig läßt und doch im
 rgertrag gegenüber andern zurückbleibt, so daß
 hl gesagt werden kann: das Harzerträgnis der
 efer steigt und fällt mit jedem, wenn auch kaum
 merkbaren, Wechsel in der Bonität des Bodens.

Bodenbeschaffenheit und Kronenausbildung
 eines Stammes können also bis zu einem gewissen
 Grade als Anhaltspunkte für die Beurteilung
 seines Harzvermögens angesehen werden. Auch
 die Beschaffenheit der Nadeln der Kiefer läßt nach
 den hiesigen Beobachtungen in gewisser Hinsicht
 einen Schluß auf die Harzproduktion zu. Stämme
 mit saftig grüner und voller Benadelung schienen
 im allgemeinen (aber nicht immer) besser zu harzen
 als solche mit einer fahlen und dünnen Benadelung.
 Bezüglich der Beschaffenheit der Rinde und Borke
 ließen sich Unterschiede im Harzvermögen nicht
 erkennen. Höchstens insofern, als bei Stämmen
 mit schwächerer Borke das Harz nach dem Deckeln
 rascher zum Vorschein kam als bei den dickborkigen.
 Die Stammstärke hat auf das Harzerträgnis inso-

fern Einfluß, als stärkere Stämme, die, wie schon erwähnt, das größte Kontingent der besten Harzer stellen, die Vermutung begründen, im allgemeinen bessere Harzer zu sein, als schwächere, ein Umstand, der tatsächlich auf einen engeren Zusammenhang der Zahl der Harzgänge im primären Holz mit dem sekundären Harzfluß hinzuweisen scheint.

Leichte und sichere Erkennungszeichen des guten Harzvermögens eines Stammes wären für die Praxis der Harznutzung unzweifelhaft von großem Vorteil. Leider aber sind an solchen nur wenige

vorhanden und die vorhandenen nicht sicher genug. Eine sichere Erkennung der gut harzenden Stämme an äußeren Merkmalen wird wohl daher a priori nicht möglich sein. Nur das Experiment dürfte hierüber genügend sicheren Aufschluß geben können.

3. Der Einfluß der Zahl der Lachten.

Über den Einfluß, welchen die Zahl der Lachten auf das Harzergebnis ausübt, sollen die beiden folgenden Versuche (Tab. IV und V) Aufschluß geben.

I. Versuch mit 3 Lachten.

Tabelle IV:

Tag des Sammelns	Witterung	Gruppe I 5 Stämme mit je 1 Lachte Gramm	Gruppe II 5 Stämme mit je 2 Lachten Gramm	Gruppe III 5 Stämme mit je 3 Lachten Gramm	Bemerkungen
18. September	warm	50	100	200	Jede Gruppe enthält fünf Probestämme mit gleichem Harzertrag, die täglich gedeckelt wurden.
19. "	"	50	50	100	
20. "	"	50	150	300	
21. "	"	100	200	400	
22. "	"	50	50	100	
23. "	"	Sonntag			
24. "	"	100	150	350	
25. "	"	50	100	150	
26. "	"	50	100	150	
Zusammen		500	900	1750	
Ertrag einer Lachte in 8 Tagen		100	90	117	
Ertrag einer Lachte nach einem Ruhungs- gang		12,5	11,25	14,57	

II. Versuch mit 4 Lachten.

Tabelle V:

Tag des Sammelns	Witterung	Gruppe I 5 Stämme mit je 1 Lachte Gramm	Gruppe II 5 Stämme mit je 2 Lachten Gramm	Gruppe III 5 Stämme mit je 3 Lachten Gramm	Gruppe IV 5 Stämme mit je 4 Lachten Gramm	Bemerkungen
27. September	veränderlich	20	25	50	200	Jede Gruppe ent- hält 5 Probestämme mit gleichem Har- ertrag.
28. "	warm	25	50	50	100	
29. "	"	25	50	75	100	
30. "	"	Sonntag				
1. Oktober	"	25	50	100	150	
2. "	"	50	100	125	150	
Zusammen		145	275	400	700	
Ertrag einer Lachte in 5 Tagen		29	27,5	26,6	35,0	
Ertrag einer Lachte nach einem Ruhungsgang		5,8	5,5	5,3	7,0	

Diese kleinen Versuche bestätigen die bekannte und erstmals von Tschirch*) hervorgehobene Tatsache, daß die Menge des abgeschiedenen Sekretes in direktem Verhältnis steht zur Größe der Wundfläche, weil durch eine große Wunde auch eine große Fläche vom Wundreiz beeinflusst wird. Mit der Vermehrung der Zahl der Nachten geht also auch in Hand eine entsprechende Erhöhung des Harzertrages. Der Versuch steht mit dem von Köger und Müller an Schwarzkiefern im Wienerwald gefundenen Ergebnis, wonach durch Doppelung der Nachte sich eine Erhöhung des Harzertrages um 84—115 % ergab, durchaus im Einklang. Nach den obigen Versuchen würde sich das Harzergebnis pro Nachte mit der Vermehrung der Nachtenzahl etwas erhöhen. Theoretisch wäre so, vom Standpunkt der Produktion betrachtet, die möglichst große Zahl von Nachten wünschenswert und bekanntlich wird ja auch bei der Nutzung der Seestrandkiefer in Frankreich die Zahl der Nachten bis zu 8 erhöht, um die Kiefer dadurch zu äußerster Harzabgabe zu veranlassen. Eine solche intensive Nutzung liegt aber nicht in unserer Pflicht, sie ist auch vom Standpunkte eines pflanzlichen Nutzungsbetriebes nicht einmal wünschenswert, da mit der Vergrößerung der Wundfläche auch die Gefahr der Austrocknung des Stammes (Vertiemung) und der Unterbrechung der Wasser- und Nährstoffzufuhr (Verdursten und Verhungern des Baumes) wächst. Auch ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Nutzungsergebnisse bei Anlage mehrerer Nachten meist hinter diesen Versuchsergebnissen zurückbleiben werden, da zu diesen Versuchen lediglich Stämme mit gleichem Harzertrag ausgewählt werden mußten. In Wirklichkeit zeigten die meisten Stämme mit mehreren Nachten im Bestand ein ganz verschiedenes Ergebnis, indem bald der eine Stamm auf der einen Seite gut harzte, auf der andern dagegen schlecht oder gar nicht, eine Erscheinung, die hier vielfach beobachtet wurde und nach Tschirch auf Gleichgewichtsstörungen im Baume zurückgeführt wird, jedenfalls aber mit der Exposition der Nachte nach einer unünftigen Himmelsrichtung nicht erklärt werden kann. Es dürfte daher für die Praxis die Anlage von 1—3 Nachten je nach dem Durchmesser des Stammes das Empfehlenswerteste sein.

4. Der Einfluß der Tiefe des Deckfels

Wurde aus folgendem Versuch (Tab. VI) hervorgehen, bei welchem eine Gruppe von je 5 Stämmen gleicher Harzergiebigkeit auf 2 Jahrringe ($\frac{1}{4}$ cm Tiefe),

die andere Gruppe auf 5 Jahrringe ($\frac{1}{2}$ cm Tiefe) täglich gedeckelt wurden.

Tabelle VI:

Datum	Witte- rung	Gruppe I 2 Jahrringe ($\frac{1}{4}$ cm)	Gruppe II 5 Jahrringe ($\frac{1}{2}$ cm)	Be- merkungen
30. August	warm	50	50	Jede Gruppe enthält fünf Stämme mit gleichem Harzertrag.
31. "	regnerisch	100	50	
1. Septbr.	warm	50	50	
2. "	"	S o n n t a g		
3. "	"	50	50	
4. "	"	100	50	
5. "	"	50	50	
6. "	"	100	50	
7. "	"	—	—	
8. "	"	80	50	
9. "	"	S o n n t a g		
10. "	"	100	100	
11. "	"	100	50	
12. "	Regen	100	50	
13. "	warm	50	25	
14. "	"	100	80	
Zusammen		1030	705	
Ergebnis pro Nachte		206	141	
Ergebnis pro Nachte nach einem Nutzungsgang		15,8	10,8	
	d. i.	1 : 0,68		

Das Ergebnis zeigt, daß im Gegensatz zu den Resultaten, die Dr. Münch¹⁾ gefunden und in der „Silva“ veröffentlicht hat, der Harzertrag bei einer tieferen Führung des Deckfels nicht steigt, sondern sinkt und, wie es scheint, sogar sehr stark sinkt. Mag sein, daß die Auswahl der Probestämme mit gleichgutem Harzertrag nicht ganz exakt war (die Auswahl der Stämme mit gleichem Harzertrag ist sehr schwierig, weil, wie schon eingangs erwähnt wurde, im Harzflusse sich öfters Unregelmäßigkeiten zeigen, die mangels besserer Erkenntnis auf innere Ursachen zurückgeführt werden müssen). Jedenfalls konnte aber eine Erhöhung des Harzertrages, wie sie Dr. Münch bei tieferem Deckeln festgestellt hat, hier nicht gefunden werden. Daß eine solche in größeren Mengen auch nicht zu erhoffen ist, geht auch aus der Bildung des Harzes direkt hervor. Der für die Praxis in Betracht kommende Harzfluß ist bekanntlich nur der sekundäre, d. h. jener, der aus den durch Wundreiz ge-

¹⁾ A. Tschirch: Die Harze und die Harzbehälter, Bornbrunnen 1906, Bd. 2.

¹⁾ Dr. Münch, Silva 1916, Nr. 39.

bildeten im sekundären Holzgewebe gelegenen pathologischen Harzgängen entsteht. Nur dieser sekundäre, aus den im werdenden Jahrring gelegenen Harzkanälen fließende Harzfluß ist ergiebig, dagegen ist der aus den tieferen Schichten des Holzkörpers stammende zu einer lohnenden Gewinnung nicht ergiebig genug und nimmt auch, wie es scheint, bei längerer Nutzung ab. Über den Anteil, den die im primären Holz gelegenen Harzkanäle am Harzfluße nehmen, soll folgender Versuch (Tab. VII) einen Einblick gewähren:

Tabelle VII:

Tag des Sammelns	Witterung	Gruppe I		Gruppe II	Bemerkungen
		bei normaler Dechselführung	bei gleichzeit. (wiederholt.) Dechselführung am Fuße der Lachte	bei alleiniger Dechselführung der unteren Lachte	
		Gramm	Gramm	Gramm	
18. Sept.	warm	20	10	20	Jede Gruppe enthält fünf Stämme mit gleichem Harzertrag, die täglich nachgedechfelt wurden.
19. "	"	35	5	10	
20. "	"	50	5	20	
21. "	"	50	10	10	
22. "	"	80	10	10	
23. "	"	—	—	—	
24. "	"	50	5	20	
25. "	"	50	5	5	
26. "	"	45	5	—	
27. "	verändertlich	35	3	3	
28. "	warm	20	3	3	
29. "	"	25	—	—	
30. "	"	—	—	—	
1. Oktbr.	"	25	—	—	
2. "	"	20	2	2	
Zusammen		505	63	104	
		568			

Bei den Stämmen der Gruppe I wurde außer der normalen Dechselführung gleichzeitig die untere Lachtenfläche nochmals nachgedechfelt. Bei den Stämmen der Gruppe II wurde letzteres für sich allein ausgeführt.

Nach diesem Versuch liefern die tieferen Holzschichten also nur etwa 10—15 % der Harzmengen, die aus den beiden äußersten Jahrringen fließen, so daß auf die Nutzung dieses geringen, wie gesagt im Laufe der Zeit wahrscheinlich stark abnehmenden Harzflusses im Interesse der Arbeits- und Zeiterparnis wohl ohne großen Verlust verzichtet werden kann. Auch die in der Literatur vertretenen Ansichten reden fast alle einem möglichst flachen Dechselführungs das Wort. Dr. Münch¹⁾ allerdings stellt $\frac{1}{2}$ cm Tiefe = 5 Jahrringe als Regel auf und Brandt²⁾ will sogar dem Durchschlagen von 7 bis

8 Jahrringen den Vorzug geben. So flach wie möglich zu dechselführen, ohne Rücksicht darauf, wie viel Jahrringe durchschnitten werden, war die Parole, die dem leitenden Forstschußbeamten hinausgegeben wurde, insbesondere auch deshalb, weil sich damit ein schräges bis flaches Dechselführen, das, wie nachher gezeigt werden soll, sich für den Harzfluß am günstigsten stellt, von selbst ergibt, während das Durchschlagen einer größeren Zahl von Jahrringen, abgesehen von der dadurch bedingten Schädigung des Holzes, nicht nur eine größere Kraft und insbesondere einen größeren Zeitaufwand erfordert, sondern auch eine gerade Dechselführung bedingt, was, wie gesagt, für den Harzfluß ungünstig ist. (Die Lachte in Abb. 1 ist ganz oberflächlich nachgedechfelt, während in Abb. 2 durch die gerade Führung des Dechselführers 7 Jahrringe durchhauen sind.) Eine etwas tiefere Führung des Dechselführers wird man dagegen in den folgenden Jahren der Harznutzung eintreten lassen müssen, um auch die pathologisch gebildeten Jahrringe der Vorjahre anzuschneiden, die sich sehr wahrscheinlich auch noch an der Harzproduktion beteiligen und bei der Unmasse der gebildeten Kanäle viel ausgiebigere Balsammengen führen dürften, als die normalen Gänge des Holzes. Diese Vermutung findet auch nach den im Wiener-Walde gemachten Erfahrungen, daß sich der Harzertrag von Nutzungsjahr zu Nutzungsjahr steigere, eine Stütze und auch die hiesigen Ergebnisse lassen gegenüber dem Vorjahre eine Besserung erkennen (siehe Tabelle I oben).

Von diesem Gesichtspunkte heraus wird sich vielleicht ein Dechselführen empfehlen, das so viele Jahrringe umfaßt als der Baum Nutzungsjahre hinter sich hat. Für die ersten beiden Jahre, welche für die Nutzung eines Stammes bei uns meist allein in Betracht kommen, dürfte jedoch eine so flache Dechselführung genügen, daß die vertieften Wunde gleichsam wie durch einen Hobelschnitt wieder offen gelegt wird.

5. Der Einfluß der Dechselführung.

Wie schon erwähnt, übt gerade die Art und Weise der Dechselführung auf das Harzergebnis einen sehr wesentlichen Einfluß aus. Nach der diesjährigen Anleitung des Kriegsausschusses muß der Dechselführer schräg von oben herab mit kurzen Schlägen aus der Hand geführt werden, damit sich die Harzkanäle in einem länglichen Schnitte öffnen, während diese bei rechtwinkligem Dechselführen sich rasch wieder verstopfen und gequetscht werden, so daß der Harzertrag dann merklich zurückbleibt.

¹⁾ Münch: Zur Harznutzung 1916, Silva Nr. 39.

²⁾ Brandt: Über Harzgewinnung 1917, Silva Nr. 36.

Bestätigung dieser Tatsache dürfte aus folgenden Versuche (Tab. VIII) leicht hervorgehen:

Tabelle VIII:

Datum	Witterung	Dechselführung			Bemerkung
		I. gerade 90°	II. schräg Winkel v. 30°	III. flach 10°	
Sept.	warm	Gr. 25	Gr. 50	Gr. 50	Jede Gruppe enthält fünf Stämme von gleich gutem Harzertrag, die täglich gedechfelt wurden.
"	"	25	50	75	
"	"	50	75	50	
"	"	25	50	50	
"	"	25	75	50	
		Sonntag			
"	"	25	50	50	
"	"	50	75	50	
"	"	100	100	100	
"	veränderl.	50	75	75	
"	warm	50	50	50	
"	"	25	50	50	
		Sonntag			
Dktbr.	"	25	50	50	
"	"	50	75	75	
Im Ganzen		525	825	775	

Der Harzertrag der gerade gedechfelten Stämme beträgt somit gegenüber den schräg gedechfelten 36 % und gegenüber den flach gedechfelten 30 % zurück. Wenn auch das ganz flache Dechselfeln sich nach dem Versuch etwas ungünstiger stellt als das schräge, so wurde hier in letzter Zeit doch mehr flaches Dechselfeln mit Erfolg angewendet; es, wie gesagt, vor einem zu tiefen Dechselfeln, wogegen ein schräger Absturz trotz aller Ermahnungen und Belehrungen zu tieferem Dechselfeln führt. (Abb. 1 zeigt eine Nachte mit schräger, Abb. 2 eine solche mit gerader Dechselfelung.) Hierzu kommt noch der weitere Umstand, daß ein flaches Dechselfeln die Arbeit ungemein erleichtert, da die Arbeiter sehr leicht daran gewöhnen. So wurde hier ganze Harzfläche anfangs kaum in 3 Tagen fertiggestellt, während sie später in 2 Tagen mit größter Tätigkeit durchgearbeitet werden konnte, wobei außerdem noch möglich war, die früher von der Nachte ausgeschiedenen schlechten Harzer wieder Angriff zu nehmen, ohne den zweitägigen Turnus aufgeben zu müssen.

Der Einfluß der Periodizität des Nachdechselfeln.

Während die Anweisung des Kriegsausschusses im vorigen Jahr ein 4—5 tägiges Dechselfeln empfahl, hat man in diesem auf Grund angestellter Versuche einem 2 tägigen Dechselfeln das Wort gegeben.

Das Nachdechselfeln wurde hier bis zum 1. Aug. in 3 tägigen, von da an in 2 tägigen Perioden bis in die kühle Jahreszeit mit Erfolg durchgeführt. Nach den hiesigen Erfahrungen hätte selbst das 2 tägige Nachdechselfeln zur Zeit des stärksten Flusses im Spätsommer und Frühherbst noch vorteilhaft eine Verkürzung erfahren dürfen. Nach den Angaben der Literatur soll der Balsamfluß bereits nach 24 Stunden abgeschlossen sein, worauf ein neues Fließen beginne. In dieser Hinsicht hat sich hier gezeigt, daß der Balsam in den Sommermonaten bei warmem Wetter schon nach wenigen Stunden zu fließen aufhörte und insbesondere bei den guten Harzern $\frac{1}{4}$ des ganzen Flusses in den ersten 2—3 Stunden nach dem Dechselfeln sich schon in der Granel gesammelt hatte. Namentlich bei schwülem Wetter entleerten sich die Harzkanäle schon in kurzer Zeit und verstopften sich ebenso rasch wieder, wogegen in der späteren Jahreszeit, insbesondere im November, der früher leicht flüssige Balsam sich zu einem zähflüssigen Gemisch verdickte und sich im Fluß beträchtlich verlangsamte, bis schließlich die aus dem Nachtenrand hervorbrechenden Harzperlen in geräumiger Entfernung vom Wundrande vertrockneten und hängenblieben. Es wird sich also je nach der Witterung und Jahreszeit auch die Periode im Dechselfeln zu richten haben und sich vielleicht ein Dechselfeln empfehlen, welches mit dreitägigen Intervallen beginnend, später zu zwei-, in der Haupterntezeit zu eintägigem Dechselfeln übergeht, um dann wieder mit einem zwei-, später dreitägigen Dechselfeln abzuschließen. Dieser sich allmählich steigenden Intensivierung des Betriebes und seinem sich allmählich wieder vollziehenden Abbau wird auch bezüglich der Arbeitsorganisation durch Neueinstellung und spätere Wiederentlassung der Arbeiter leicht Rechnung getragen werden können. Im übrigen aber muß nach den hiesigen Beobachtungen darauf hingewiesen werden, daß, was auch aus den mit eintägigem Dechselfeln ausgeführten Versuchen hervorgeht, der Harzerguß am ergiebigsten ist, wenn überhaupt so oft wie möglich gedechfelt und somit dem Baume gar keine Ruhepause gegönnt wird.

7. Der Einfluß der Jahreszeiten, Temperatur- und Witterungsverhältnisse.

Sehr verschieden sind die Ansichten über den Beginn der Harznutzung. Während Wislicenus¹⁾ die Harznutzung mit geschlossenen Kanälen bereits

¹⁾ Wislicenus: Zur deutschen Terpentingewinnung mit geschlossenen Baumwunden. Naturw. Zeitschrift 1917, Heft 2.

im März zu beginnen empfiehlt, verlegen die meisten Schriftsteller diesen Beginn auf den Anfang Mai. Nach der Anweisung des Kriegsausschusses soll die eigentliche Mähung mit der Vegetation im Mai beginnen und anfangs Oktober abschließen. Nach den hier gewonnenen Ergebnissen wird aber hierin eine Korrektur eintreten müssen. Die Harznutzung begann hier am 11. Juni und endete am 17. November, also bereits im Vorwinter. In den ersten Monaten der Mähung, Juni und Juli, war das Ergebnis gering, es hob sich beträchtlich erst im August, erreichte Mitte September seinen Höhepunkt, hielt sich im Laufe des Oktober nur wenig darunter, ließ dann seit Anfang November stark nach, ohne aber unter das Ergebnis der ersten Hälfte des Monats Juli herabzusinken (siehe Übersicht 1).

Nach den Mitteilungen von Kienitz¹⁾ war letztes Jahr in Chorin der September der Haupterntemonat für Harz. Dies trifft, wie aus der Übersicht hervorgeht, auch hier dieses Jahr zu, wobei allerdings zu bemerken ist, daß der September dieses Jahr auffallend warm war. Ein nicht viel geringerer Harzertrag ergab sich aber auch noch im Monat Oktober, dessen Witterung, wie erinnerlich, schon die Vorboten des Winters ankündigte. Nachtfröste traten manchenorts bereits auf und die Morgentemperaturen lagen meist nur wenige Grade über Null. Zur Erläuterung seien einige in Rastatt gemachte Aufzeichnungen (Tab. IX) angeführt:

¹⁾ Kienitz, Silva 1917, Nr. 5, S. 27.

Tabelle IX:

Datum	Temperatur	Witterung	Datum	Temperatur	Witterung
1. Oktober	früh 8° C.	hell, schön, warm	16. Oktober	früh 4° C.	hell, sonnig, kühl
2. "	" 7°	neblig, dann hell, schön, warm	17. "	" — 1°	erster Reif, hell, sonnig, kühl
3. "	" 7°	hell, schön, warm	18. "	" + 2°	neblig, später sonnig, kühl
4. "	" 11°	hell, windig, dann trüb	19. "	" 6°	trüb, kühl
5. "	" 5°	trüb, (teilw.) leichter Regen	20. "	" 2°	trüb, kühl
6. "	" 3½°	hell, windig, kühl	21. "	" 5°	trüb, kühl
7. "	" 3°	windig, kühl	22. "	" 2°	neblig, kühl
8. "	" 6°	kalt, windig, abends Regen	25. "	" 5°	Sturm
9. "	" 7°	starker Wind und Regen	26. "	" 6°	trüb, windig
10. "	" 6°	trüb, Regen	27. "	" 7°	Regen
11. "	" 4°	trüb, Regen	28. "	" 4°	trüb
12. "	" 3½°	hell, dann Wind und Regen	29. "	" 2°	kalt
13. "	" 10°	hell, starker Wind, Regen	30. "	" 2°	kalt
14. "	" 7½°	trüb, nachm. starker Regen	31. "	" 1°	kalt, später wärmer.
15. "	" 3°	kühl, dann sonnig.			

Die kalte Witterung des Monats Oktober findet auch in dem vom Zentralbüro für Meteorologie und Hydrographie herausgegebenen Witterungsbericht beredeten Ausdruck. Darnach ist der Oktober zu trüb, zu kühl und zu regenreich gewesen; mit Ausnahme der vier ersten noch recht warmen Tage sind die Temperaturen fast beständig unter der normalen gelegen. Mehrmals sind im ganzen Lande Nachtfröste aufgetreten und selbst in der Rheinebene die ersten Schneeflocken gefallen. Klare Tage sind selten gewesen und starke Überregnungen mehrmals aufgetreten, weshalb die Monatssummen der Niederschläge, weit über den Mittelwerten gelegen haben. Die Luft-

druckmittel sind um 2—2½ mm zu niedrig ausgefallen. Von Anfang des Monats an hat sich fast den ganzen Monat hindurch ein Luftwirbel nach dem andern geltend gemacht, weshalb die Luftwärme rasch unter den normalen Wert gesunken und fast ständig darunter geblieben ist.

Nach diesem auszuweisen Witterungsbericht wäre von einer Harznutzung, deren Mißerfolge man letztes Jahr überall auf die schlechte Witterung zurückgeführt hat, in diesem Monat nicht viel zu hoffen gewesen. Trotzdem hat sich hier noch ein Harzertrag ergeben, der von den Ergebnissen des September sich nur um ein Geringes unterscheidet und die in den Monaten Juni, Juli und selbst auch

erhaltenen Mengen um ein Bedeutendes getroffen hat (siehe Übersicht 3).

Dazu kommt, daß die kalte Witterung, die von der zweiten Hälfte des Oktober an einsetzt, nicht nur die Arbeitsluft herabstimmte, sondern auch infolge der kurzen Tageszeit noch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit nötig machte. Wenn trotzdem die Erträge der beiden letzten Monate zum Teil erheblich über den Sommermonaten blieben, so drängt sich die Frage auf: Wie kommt eine solche Abnormität überhaupt

zustande? Gibt es vielleicht noch andere Beeinflussungsfaktoren als das vielgepriesene und vielbeschuldigte Wetter? Denn nach allem dem ist wohl das klar, daß Witterung und Lufttemperatur für sich allein keinen ausschlaggebenden Einfluß auf den Harzertrag ausüben können, daß zum mindesten neben diesen noch einschneidende Vorgänge und Umstände mitwirken müssen, um den anhaltenden Harzfluß zu bewirken, in einer Zeit, wo die Vegetation zum Stillstand gekommen ist und die Natur ihr farbloses Winterkleid anzulegen

Übersicht 1.

Übersicht der Harzerträge vom 16. Juni bis 15. November.

Monat	Juni		Juli		August		September		Oktober		Nov.	Summe	Bemerkungen
Periode	16.-30.	1.-15.	16.-31.	1.-15.	16.-31.	1.-15.	16.-30.	1.-15.	16.-31.	1.-15.			
	Kilogramm												
Gesamtertrag	27,5	45,5	97,5	81,5	148,5	163,5	143,5	123,5	149,0	82,0	1046		Die Erträge vom 11. Juni bis 15. Juni und 16. Nov. bis 17. Nov. bleiben unberücksichtigt
Anzahl der Nutzungstage	7	8	13	10	13	12	12	13	13	12	113		
durchschnittl.	3,9	5,7	7,5	8,2	11,4	13,6	12,0	9,5	11,5	6,8	9,3		
Maximum	5,0	10,5	15,0	11,5	15,5	18,4	16,8	12,5	15,0	9,5	—		
Minimum	2,5	4,0	3,0	5,0	7,5	9,0	8,0	8,0	10,5	4,0	—		

Übersicht 2.

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben vom 16. Juni bis 15. November.

Monat	Juni		Juli		August		September		Oktober		Nov.	Summe	Bemerkungen
Periode	16.-30.	1.-15.	16.-31.	1.-15.	16.-31.	1.-15.	16.-30.	1.-15.	16.-31.	1.-15.			
	Mark												
Einnahmen	82	136	292	244	445	490	430	370	483	246	3218		Tageslöhne ohne Versicherungsbeträge.
gehende Ausgaben	146	235	370	250	323	287	274	286	299	283	2753		
Unterschied +					122	203	156	84	184		465		
" —	64	99	78	6						37			

anspricht. Nun wurde in der Literatur schon hervorgehoben, daß gerade die Bodenbedeckung im Beginn und das Ende der Harznutzung von wesentlichem Einfluß sei, indem in einem mit Unterwuchs bestockten Bestande der Harzfluß später aufhört, aber auch später aufhört. Mit diesem wechselnden Verhalten der Bestände, je nach der Bodenbedeckung, ist jedoch der hier bis in den Winter anhaltende Harzfluß nicht zu erklären. Etwas anders im Bestande, der neben Stellen mit reichlichem Unterwuchs solche mit spärlichem und

auch nacktem Boden enthält, war ein Unterschied in der Harzergiebigkeit und der Dauer des Flusses festzustellen. Höchstens insofern, als der nur schwach mit Unterholz bestockte Teil das ganze Jahr über am schlechtesten harzte, was aber auf die dort etwas ungünstigeren Bodenverhältnisse zurückzuführen sein wird. Die Erklärung wird daher in anderen Ursachen gesucht werden müssen. Unter diesen scheinen eine hervorragende Rolle zu spielen die sog. physiologischen, deren Wirkung gerade im Spätsommer und Frühherbst auffallend in

Überzicht 3.**Harzertrag und Witterung.****Monatsmittel**

nach Veröffentlichungen des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie in Karlsruhe.

Monat	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Bemerkungen
Harzertrag kg	(28) ¹⁾	142	230	306	272	(82) ²⁾	1) vom 16. bis 30. Juni. 2) vom 1. bis 15. Novbr.
Temperatur in Celsius							Beobachtungsstation Karlsruhe Entfernung von der Harz- nutzungsfläche 12 km.
Im Mittel	19,9	18,8	18,0	16,3	8,6	6,2	
höchste	30,4	29,8	30,2	26,4	22,2	13,9	
niederste	7,6	9,0	10,9	0,3	— 1,6	— 0,8	
Luftdruck mm							
Im Mittel	752,4	752,3	748,8	753,9	748,5	754,6	
höchster	760,3	759,2	755,6	759,8	760,8	766,2	
niederster	745,1	742,7	738,9	747,4	736,4	736,4	
Absolute Feuchtigkeit mm							
Im Mittel	12,4	12,8	12,4	11,5	7,2	6,3	
Monatliche Niederschläge mm							
Gesamtsumme	98,4	57,2	106,6	37,8	104,2	41,8	

Überzicht 4.**Harzertrag und Temperatur.**

Monat	Juni	Juli	August	September	Oktober	Nov.	Bemerkungen
Periode	16.-30	1.-15. 16.-31	1.-15. 16.-31	1.-15 16.-30	1.-15. 16.-31	1.-15	
Harzertrag kg	28	45 97	82 148	163 143	123 149	82	graphisch ermittelt.
Mittlere Temperatur 6°	19,9	17,7 20,1	18,2 17,8	16,6 15,9	9,9 7,3	6,1	

Erfcheinung tritt. Allgemein wird der September oder Anfang Oktober als das Ende der Harznutzung bezeichnet. Ihre Beendigung mit dem Abschlusse der Vegetation ist auch nur natürlich. Dem gegenüber darf jedoch andrerseits nicht außer acht gelassen werden, daß trotz Stillstandes der äußerlich sichtbaren Lebensvorgänge im Innern des Baumes vielmehr die Stoffwechselthätigkeit noch eine sehr lebhaft ist, denn gerade jetzt werden die Stoffe gebildet, die der Baum zur Entfaltung seiner Knospen im Frühjahr braucht, und gerade jetzt findet eine erhebliche Anspeicherung von Nährstoffen und Fetten im Baume statt, was bekanntlich zur Unterscheidung in Stärkebäume und Fettbäume geführt hat.

Zu der letzteren Kategorie gehören auch unsere Kiefern. Sollte vielleicht die Harzbildung, die

erwiesenermaßen im Herbst ihren Höhepunkt erreicht, mit der Fettbildung zusammenhängen? Jedenfalls ist mit Rienitz nicht einzusehen, daß der Baum im Frühjahr nichts anderes zu tun hätte, als Harz abzuscheiden. Wenn eine Jahreszeit zur Bildung dieses Nebenprodukts geeignet ist, so ist es naturgemäß der Herbst. Auf diese allseitig gemachte Beobachtung, daß der Harzfluß gerade im Herbst am ausgiebigsten ist, weist schon Mayr¹⁾ 1893 hin. Nach ihm beginnt das Auftreten von Harz im Innern des Plasmas, sobald die Zelle ihre definitive Größe erreicht hat, und

1) G. Mayr: Das Harz der Nadelhölzer, Springer, Berlin 1893.

scheint in den neu sich bildenden Marktstrahlen des Holzkörpers bereits Ende Juli (also sehr spät!) Harz in kleinen Tröpfchen, worauf mit dem Alter der Zelle der Harzgehalt zunimmt. Mit dem Abschluß des Jahrringes (Ende Juli) auch die Erweiterung des Harzganges zum Abschluß gekommen. Der Baum wird also nach Aufbaue des Jahrringes nunmehr daran gehen, die für die nächste Vegetation nötigen Nährstoffe aufzuspeichern. Jedenfalls haben die Holzzellen im Spätjahr ihr Höchstmaß an Nährstoffen erreicht. Daß hierbei auch die Bildung des Harzes, das nach neuerer Forschung sich als ein Abspaltungsprodukt darstellt, am intensivsten ist, erscheint daher ebenso erklärlich wie natürlich. Dazu kommt, daß Witterungseinflüsse immer längerer Zeit bedürfen, bis sie sich in der Wurzeltiefe bemerkbar machen und die Funktion der Wurzel beeinträchtigen können, so daß bis in den Winter hinein so viel Bodenwärme — und auf diese kommt es hauptsächlich an — vorhanden ist, daß die Wasseraufnahmefähigkeit der Wurzel nicht aufgehoben wird. Auch von diesem Gesichtspunkte aus zeigt sich wieder die Notwendigkeit der Wasseraufnahme für die Harzbildung, denn die Wurzel hängt sowohl in ihrem Wachstum wie in ihrer Funktion in erster Reihe vom Wasserergehalt des Bodens ab (siehe Einfluß des Bodens).

Was speziell den Einfluß der Witterung, insbesondere der Temperatur auf das Harzergebnis anlangt, so dürfte, wie aus den Übersichten 3 und 4 hervorgeht, allerdings ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen Witterung und Harzfluß bestehen. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht derart, daß die Harzproduktion an eine bestimmte Temperatur gebunden wäre — aus Übersicht 4 könnte man eher herauslesen, daß der Harztrag umgekehrt proportional der Temperatur sei — sondern so, daß der Harzfluß die Tendenz zeigt, den Schwankungen der Temperatur zu folgen, nach ihr zu gravitieren, ohne jedoch ausschließlich und ursächlich von ihr abhängig zu sein. Mit der vielenorts gemachten Beobachtung, daß der Harzfluß am besten ist bei schwülem und gemäßigtem Wetter, stimmen auch die hiesigen Erfahrungen überein. Besonders günstig scheinen, wenn man den Haupterntezeitpunkt September ausnimmt, die Perioden niederen Luftdruckes auf den Harzfluß zu wirken (Übersicht 3), was weiter nicht verwunderlich ist, da ja die Wetterbildung überhaupt an die Barometrische Minima gebunden ist. Es muß also ein gewisser Zusammenhang zwischen Luftdruck und Harzfluß bestehen. Die Luftfeuchtigkeit hat offenbar keine besondere Bedeutung. Größere

Niederschläge scheinen auf das Harzergebnis nicht gerade ungünstig zu wirken (Übersicht 3), was wiederum für die Notwendigkeit genügender Wasservorräte im Boden spricht (siehe Einfluß des Bodens). Von besonderem Einfluß scheint die sog. Insolation zu sein. Unter ihrer Wirkung zeigte sich der Fluß am lebhaftesten zur Mittagszeit, nahm gegen Abend ab (schwüles Wetter bei bedecktem Himmel ausgenommen) und war in den ersten Vormittagsstunden am schwächsten. Diese Erscheinung steht ganz im Einklang mit der Annahme Mayrs, daß der Balsam in den Kanälen unter Druck stehe, der sich bei Erwärmung durch Volumenvergrößerung erwärmter Körper vermehrt, wodurch das Harz aus den Zellen ausgepreßt werde. Dieser Turgordruck, der einem häufigen Wechsel unterliegt, soll nach ihm überhaupt den Harzfluß bedingen. Wärme und feuchte Witterung seien der Harznutzung am günstigsten, weil die Turgeszenz der Gewebe dann am lebhaftesten sei. Der Turgordruck hängt aber zweifellos auch mit dem Wasserergehalt des Bodens zusammen; er wird größer sein an einer tiefgründigen Stelle, wo die Wurzeln in der Lage sind, reichlich Wasser aufzunehmen und demzufolge der Wasserergehalt des Baumes größer sein wird, als an einem flachgründigen Orte (siehe Einfluß des Bodens). Im Herbst, wo die Wurzeltätigkeit allmählich nachzulassen beginnt, nimmt auch die Turgeszenz ab. Langsameres Austreten des Harzes aus dem Wundrand ist die Folge. Das zeigte sich namentlich in den kalten und rauhen Tagen des November, wo eine auffallende Verlangsamung des an sich noch ergiebigen Harzflusses eintrat und die Harztränen meist alle am oberen Wundrand hängen blieben und infolge ihrer Zähflüssigkeit erstarrten, weshalb im November meist nur Scharharz gewonnen werden konnte. Steht also der Harzfluß, richtiger die Schnelligkeit des Fließens, in direktem Zusammenhang mit der Jahreszeit und Temperatur, so besteht andererseits, wie gesagt, anscheinend aber nicht auch eine solche direkte Abhängigkeit der Harzbildung und Dauer des Flusses. Könnte selbst in den kurzen kalten Novembertagen immer noch ein höheres Ergebnis erzielt werden, als in dem hochsommerlichen Juli, so wird man diese Erscheinung nicht wohl dem Konto der Witterung gutschreiben können. Diese kann den Fluß wohl auslösen, seine Bildung und sein Anhalten bis in den Winter hinein müssen dagegen die Auswirkung anderer auf den ganzen Organismus heftig einwirkender Ursachen sein. Unter diesen muß neben dem eigentlichen Wundreiz der sog. Scharreiz als ein wesentlicher Faktor der Harzerzeugung angeführt werden.

8. Der Einfluß des Scharreizes.

Unter Scharreiz ist jene Reizwirkung zu verstehen, die auf die harzbildenden Zellen, die sog. resinogene Schicht, durch das mechanische Abscharren des Holzkörpers ausgeübt wird, wie dies bei der Gewinnung des Scharharzes bereits geschieht. Nach der Anleitung des Kriegsausschusses soll das Scharharz etwa monatlich einmal abgetraht werden. Seine Gewinnung tritt also gegenüber dem wertvolleren Balsamharz in den Hintergrund und doch dürfte das regelmäßige Abscharren der Lachte fast so wichtig sein wie die Balsamgewinnung selbst, nicht als Selbstzweck, sondern

um dem Balsam einen möglichst raschen Abfluß, der ihn vor Verdunstung schützt, in die Grandel zu verschaffen, sodann aber vor allem wegen der dadurch bedingten indirekten günstigen Wirkungen auf den Harzfluß. Diese Wirkungen traten schon nach wenigen Versuchen klar in Erscheinung, und wurde deshalb das jeweilige Abtragen der oberen Lachtenfläche vor dem Nachbedeheln hier eine ständige Einrichtung. Eine zur Steigerung der Harzproduktion bei jedem Nutzungsgang gehärtete (gereizte) Lachte zeigt Abbildung 1. Man sieht die durch solche Behandlung sich ergebende reine, glatte, fettglänzende Lachtenoberfläche, die den



Abbildung 1.



Abbildung 2.

durch den Scharreiz vermehrten Balsam ohne Hindernisse zur Grandel abfließen läßt. Abbildung 2 zeigt eine durch Harz verkrustete Lachte, die wie bisher üblich nach Bedürfnis in größeren Zwischenräumen zur Scharharzgewinnung abgetraht wurde. Die Harzkruste ist dem Abfluß hinderlich und setzt schon hierdurch das Ergebnis an Balsam erheblich herab. Die günstigen Wirkungen des Scharreizes dürften auch die im Folgenden mitgeteilten Versuche zum Ausdruck bringen. Gegenstand des Versuchs waren Gruppen von je 5 Probestämmen von gleichem Harzertrag, die täglich gedeckelt wurden. (Vgl. Tab. X, XI und XII).

Die Stämme der Gruppe II und III harzten ein wenig geringer als die der Gruppe I; immerhin ist die auffallend rasche Abnahme des Harzergebnisses bemerkenswert.

Hiernach scheint also das häufige Abtragen der Lachte in der Tat pathologische Wirkungen auf den sekundären Harzfluß auszuüben. Erklären läßt sich diese Erscheinung vielleicht in der Weise, daß vom Scharren ausgehende Reizwirkungen auf den Holzkörper sich nach oben in die Rambium-Zellen fortpflanzen und hier die Zellteilung günstig beeinflussen. Denn die Bildung der Harzkanäle

Tabelle X.

I. Versuch.

Datum	Witterung	I. Gruppe	II. Gruppe	III. Gruppe	Bemerkungen
		gereizt (R.)			
		jeden Tag	jeden 2ten Tag	jeden 3ten Tag	
Gramm					
Oktober					
19.	erstmalig gedeckelt				
20.	kühl	R. 20	25	20	R = gereizt.
21.	—	Sonntag			
22.	kühl	R. 25	R. 25	20	Die unmittelbaren Wirkungen kommen in den schräg gestellten Zahlen zum Ausdruck.
23.	"	R. 20	15	R. 10	
24.	"	R. 20	R. 20	15	
25.	regnerisch	R. 15	15	10	
26.	wärmer	R. 20	R. 20	R. 15	
27.	Regen	nicht gedeckelt			
28.	—	Sonntag			
29.	kalt	R. 35	R. 35	30	
30.	"	R. 25	20	R. 20	
31.	wärmer	R. 20	R. 20	20	
	Abnahme	200	195 — 2,5%	160 — 20%	

Tabelle XI.

II. Versuch.

Datum	Witterung	Gruppe I.	Gruppe II.	Gruppe III.	Bemerkungen
		gereizt (R.)			
		täglich	1 mal wöchentlich	nicht	
Gramm					
September		gedeckt			* bleibt als primäres Harz infolge Bleichschlags zur Erhöhung der Granzelhöhe außer Betracht.
22.	warm	R. 50*)	30*)	25*)	
23.	—	R. 50*)	R. 25*)	20*)	
24.	"	R. 50*)	25*)	20*)	
25.	"	R. 25	2	—	
26.	"	R. 10	3	—	
27.	veränderlich	R. 5	2	—	
28.	warm	R. 5	—	—	
29.	"	Sonntag			
30.	"				
Oktober		R. 25	R. 5	2	Die unmittelbaren Wirkungen des Reizes kommen in den schräg gestellten Zahlen zum Ausdruck.
1.	warm	R. 20	10	3	
2.	"	R. 25	5	—	
3.	"	R. 10	3	—	
4.	"	R. 15	10	3	
5.	Regen	R. 10	5	—	
6.	kühl	Sonntag			
7.	—	R. 15	R. 5	2	
8.	kühl	R. 25	15	10	
9.	wärmer	190 150*)	65 80*)	20 65*)	

III. Versuch.

Tabelle XII.

Datum	Witterung	I. Gruppe II. Gruppe III. Gruppe IV. Gruppe V. Gruppe					Bemerkungen
		gereizt (R.) jeden					
		1ten Tag	2ten Tag	3ten Tag	5ten Tag	7ten Tag	
Novbr.		Gramm					
2.	kalt	gedeckelt					
3.	wärmer	R. 20	R. 20	20	20	25	R = gereizt.
4.	"	Sonntag					
5.	"	R. 15	10	R. 5	5	5	Die unmittelbaren Wirkungen kommen den schräg gestellten Zahlen zum Ausdruck.
6.	"	R. 10	R. 10	10	R. 5	10	
7.	"	R. 10	5	5	5	5	
8.	kälter	R. 5	R. 5	R. 3	5	3	
9.	"	R. 10	5	5	4	3	
10.	"	R. 5	R. 4	3	3	2	
Abnahme gegenüb. Gruppe I		75	59	51	47	53	
			— 21,3%	— 32%	— 37,3%	— 29,3%	

vollzieht sich nach Mahr¹⁾ durch Teilung und Los-trennung der Kamialzellen in der Weise, daß die Kanalbildenden Zellen ihre ursprüngliche Größe beibehalten, die mit ihnen verwachsenen Holzelemente sich dagegen auf das dreifache ihrer ursprünglichen Dimensionen ausdehnen, wodurch intensive Zerrungen und Spannungen im Holzkörper entstehen, welche die sich von einander lösenden Kanalzellen auseinander zerren und so das Lumen der Harzgänge schaffen. Mag dem sein, wie es wolle, die Wirkungen interessieren jetzt mehr als die Ursachen, und sie berechtigen zu dem Schlusse, daß die mit dem Nachtscharren verbundenen Zerrungen der Holzfasern Reizwirkungen auf die Wunde bezw. die sog. harzbildende Schicht auszulösen im Stande sind und daß ihnen vielleicht ähnliche Wirkungen zukommen wie dem eigentlichen durch das Nachbedeheln verursachten Wundreiz, der für die Ergiebigkeit des sekundären Harzflusses allein verantwortlich zu machen ist. Über die Bedeutung, den der Wundreiz auf die Harzproduktion ausübt, sagt Tschirch²⁾ in seinem Werke: „Die Intensität des sekundären Harzflusses und die Menge des austretenden Sekretes ist abhängig von der Größe der Wunde und der Einwirkung des Wundreizes. Immer ist die Bildung zahlreicher pathologischer Kanäle und damit das Auftreten des sekundären Harzflusses als Reaktion des Wundreizes zu betrachten.“ Dieser Wundreiz, der von dem ständig sich wiederholenden Nachbedeheln ausgeht, scheint nun wirksam unterstützt zu wer-

den durch das stetig und ständig ihn begleitende Nachscharren der Nachte, das sog. Reizen, und auf eine möglichst starke Reizwirkung kommt es zur Erzielung eines ausgiebigen Harzflusses offenbar an. Denn die pathologischen Kanäle werden nur dann zur vollen Wirkung kommen, wenn der Wundreiz schneller fortschreitet, als das Bedeheln selbst. Die Grenze des durch das Nachbedeheln verursachten Wundreizes, jenseits welcher keine pathologischen Veränderungen mehr nachweisbar sind, liegt nach Tschirch im Mittel oberhalb der Wunde bei 6 cm, unterhalb bei 2½ cm, doch sollen auch Fälle vorkommen, wo diese Werte um mehr als das Doppelte überschritten werden. Darnach bestände also wohl die Möglichkeit, daß durch das sog. Reizen die Bildung der pathologischen Kanäle nicht nur vermehrt, sondern ihrer Bildung schon, bevor das eigentliche Nachbedeheln, die Hauptreizwirkung, beginnt, vorgearbeitet und für späterhin eine nachhaltigere Wirkung erzielt werden könnte. Es erhält diese Ansicht, wie in dem vorigen über den Einfluß der Jahreszeiten und Temperatur gezeigt ist, eine Stütze durch die merkwürdige Erscheinung, daß die Harznutzung bis in den November hinein sich mit einem täglichen Reingewinn fortsetzen ließ (Übersicht 2). Diese Tatsache festzuhalten, ist wichtig, denn man könnte mit Recht einwenden, die Einführung des Reizens der Nachten falle hier gleichzeitig mit der Jahreszeit zusammen, in der der Harzfluß erfahrungsgemäß an und für sich zu zunehmen pflegt, in den Herbst. Welche große Bedeutung gerade diesen sog. physiologischen Ursachen auf den Harzertrag zugeschrieben werden

¹⁾ G. Mahr: Das Harz der Nadelhölzer, Springer 1893.

²⁾ A. Tschirch: Über den Harzfluß, Flora 904.

wurde schon erwähnt. Daß aber dem Reizen nicht minder große und auch selbständige Wirkung zukommt, dürfte sowohl aus dem sprunghaften Emporschnellen der Harzerträge mit seinem Beginn um Mitte August (Übersicht 1), als auch dem in den Novembertagen ausgeführten Versuche 3 hervorgehen. Als weiterer Beweis für mag auch die Tatsache angeführt werden, daß der Harzertrag pro Stamm nach einmaliger Beschneidung gegenüber dem Vorjahre sich von 2 kg auf 0.004 kg und auf der dieses Jahr als in Angriff genommenen Fläche auf 0.005 erhöht hat (siehe Tabelle I). Es muß neben dem durch das Nachdehnen ausgeübten Reiz, auch dem vom Lachenscharren ausübten Reiz ein hoher, vielleicht der höchste Reiz auf die Balsambildung zugeschrieben werden.

Daß auch das Verhältnis von Fluß- und Harz durch die Einführung des regelmäßigen Scharrens der Lachte, das von den Arbeitern geübt und gern geübt wurde, weil sie den augensichtlichen Erfolg dieser Maßnahme sahen, günstig beeinflusst wird, wurde schon hervorgehoben. Zu den günstigen Wirkungen kommt aber noch ein weiteres, nicht minder wichtiges Moment. Wie schon angeführt, waren die schlechten Harzerträge aus Zeitmangel, als auch um das Ergebnis günstiger zu gestalten, ausgeschlossen, bei der der Zeit sich einstellenden Übung im Dehnen, besonders seit Anwendung eines flacheren Dehnen, aber wieder zur Nutzung herangezogen wurden. Und dabei hat sich nun die auffallende Tatsache gezeigt, daß jetzt auch diese schlechteren unter dem Einfluß der neuen und somit erhöhten Reizwirkung mehr Balsam abgaben, daß nunmehr die Unterschiede in den stammigen Harzerträgen weniger groß waren, als Anfangs. Man ist also hieraus wohl zu der Folgerung berechtigt, daß tatsächlich von dem Scharren mittelbare Reizwirkungen auf das Wundgehehen ausgehen, daß die Reizwirkung der regelmäßigen Wundwundung dadurch erhöht wird und dadurch die für die Harzbildung ungünstigen Bedingungen (schlechte Bodenbeschaffenheit, kalte Witterung u.) bis zu einem gewissen Grade pariert werden; denn nur so ist die Besserung der Produktion der schlechten Harzer zu erklären, so, daß die Harzerträge des Monats Oktober, welchem man dieses Jahr seit Beginn die Ofen zu mußte, bisweilen nahezu die höchsten Erträge des Jahres erreichten und selbst zu Anfang November bei beschränkter Tages- und verkürzter Arbeitszeit und unter dem Einfluß der auf die Produktion ungünstig wirkenden kalten Witterung noch ein täglicher Reingewinn erzielen ließ,

während in den Monaten Juni, Juli und Anfang August das tägliche Harzertragnis nicht einmal die Kosten deckte (siehe Übersicht 2). Ob es möglich sein wird, die Lichte auch in den Sommermonaten zu stärkerem Harzerguß zu zwingen, wird sich im nächsten Jahre zeigen.

Schlußbetrachtung.

Die vorstehenden Betrachtungen sollen nicht abgeschlossen werden, ohne den nochmaligen Hinweis darauf, daß das Harzertragnis zum wesentlichsten Teile von der Bearbeitungsmethode abhängt, während die außerhalb unserer Beeinflussungsmöglichkeit liegenden Faktoren, die Boden- und Witterungsverhältnisse, für die Praxis erst in zweiter Linie in Betracht kommen dürften. Gerade den Witterungsverhältnissen hat man von jeher einen entscheidenden Einfluß auf die Harzproduktion zugeschrieben, sie für alle Mißerfolge verantwortlich gemacht. Ob immer mit Recht, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß die ungünstigen Wirkungen dieser beiden auf den Harzertrag am meisten Einfluß nehmenden Faktoren auch einer starken Beeinflussung fähig sind, daß sie durch eine besser ausgebildete Nutzungstechnik bis zu einem gewissen Grade aufgehoben oder doch in ihrer Wirkung abgeschwächt werden können. Dürfte sonach einer sachgemäßen Nutzungsmethode ein entscheidender Einfluß auf den Erfolg zukommen, so wird eine solche aber auch begleitet sein müssen von einer gewissen Einheit und Stetigkeit der Arbeit. Mit der Harznutzung von Zeit zu Zeit aussetzen, wird sich nicht empfehlen; denn so wenig ein Fabrikherr seinen Fabrikbetrieb einstellen wird, wenn er einmal einige Zeit gezwungen ist, mit Verlust zu arbeiten, so wenig wird man auch beim Eintritt kühlerer Witterungsperioden, die jedes Jahr auftreten, den Betrieb nicht gleich aussetzen dürfen. Bezüglich der Technik der Nutzung wird weiter probiert und geforscht werden müssen, insbesondere wird es, wie hier auf den geringeren Böden, der Anspannung aller Kräfte und Mittel bedürfen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich hier naturgemäß der Harznutzung entgegenstellen. Bestimmte Regeln zu geben, wird bei aller Mannigfaltigkeit im Einzelnen und den alljährlich neu gemachten Erfahrungen nicht angängig sein, und niemand wird auch eine Gewähr dafür bieten können, daß eine bis jetzt gültige Regel ihre Gültigkeit für immer behaupten wird, am allerwenigsten bei der neuen, noch in den Kinderschuhen stehenden Harznutzung. Möge auch das neue bevorstehende Harznutzungsjahr uns wieder einen guten Schritt vorwärts bringen!

Briefe.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Sammeln von Bucheckern.

I. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat unter dem 30. Juli d. J. folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Landeszentralbehörden erlassen Vorschriften über das Sammeln von Bucheckern; sie errichten Abnahmestellen, an die die gesammelten Bucheckern abgeliefert werden können.

§ 2. Die bei den Abnahmestellen abgelieferten Bucheckern sind dem Kriegsausschusse für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin zur Verfügung zu stellen; dieser hat sie gegen Zahlung eines vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts festzusetzenden Preises abzunehmen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts erläßt die näheren Bestimmungen. Der Kriegsausschuß hat den Landeszentralbehörden ferner auf Verlangen Speiseöl gegen Zahlung eines vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts festzusetzenden Preises in Höhe von sieben vom Hundert der Gewichtsmenge der abgelieferten Bucheckern zu liefern.

§ 3. Wer Bucheckern an eine Abnahmestelle abliefern, erhält von dieser eine von den Landeszentralbehörden nach Gewicht festzusetzende Vergütung, deren Mindestbetrag der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes bestimmen kann. Ferner erhält er die Genehmigung, Bucheckern bis zur Höhe der abgelieferten Menge selbst zu Öl schlagen zu lassen; die Genehmigung erfolgt durch Ausstellung eines Schlagscheins. Die hierbei gewonnenen Ölkuchen sind ihm zurückzuliefern. Anstatt des Schlagscheins ist der Ablieferer berechtigt, gegen entsprechende Kürzung der Vergütung Speiseöl zu einer von den Landeszentralbehörden festzusetzenden Menge zu verlangen.

§ 4. Bei der Berechnung des an die Landeszentralbehörden vom Kriegsausschusse zu liefernden Öls wird von der Gewichtsmenge der abgelieferten Bucheckern eine Menge in Höhe derjenigen in Abzug gebracht, über die Schlagscheine ausgestellt sind. Die Landeszentralbehörden können das ihnen vom Kriegsausschusse gelieferte Öl, soweit sie es nicht gemäß § 3 zuweisen, über die von der Reichsstelle für Speisefette festgesetzten Verteilungsmengen an Speisefett hinaus an die versorgungsberechtigte Bevölkerung ausgeben.

§ 5. Die Landeszentralbehörden setzen Preise für den Verkauf von Bucheckern im freien Ver-

kehr fest, die unter den von den Abnahmestellen zu zahlenden Preisen bleiben müssen. Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise.

§ 6. Das gegen die Ablieferung von Bucheckern seitens der Abnahmestellen gelieferte Öl darf entgeltlich nur an die Sammler der abgelieferten Bucheckern, die Angehörigen ihrer Wirtschaft und die in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter weitergegeben werden. Das gleiche gilt für das gemäß § 3 auf Schlagschein hergestellte Öl und die dabei gewonnenen Ölkuchen.

§ 7. Das Schlagen von Öl aus Bucheckern ist nur in den vom Kriegsausschusse zugelassenen Ölmöhlen und nur gegen Schlagschein gestattet; jede andere Verarbeitung von Bucheckern ist, wenn sie gewerbsmäßig erfolgt, verboten.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft,

1. wer das von ihm gemäß § 3 oder § 6 empfangene Öl oder die empfangenen Ölkuchen entgeltlich an andere als die im § 6 genannten Personen weitergibt;

2. wer Bucheckern auf andere Weise als in einer vom Kriegsausschusse gemäß § 7 zugelassenen Ölmühle oder ohne Schlagschein zu Öl schlägt oder schlagen läßt;

3. wer Bucheckern gewerbsmäßig zu anderen Zwecken als zur Gewinnung von Öl verarbeitet;

4. wer den von den Landeszentralbehörden auf Grund des § 1 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Sie tritt an die Stelle der Verordnung über Bucheckern vom 4. Oktober 1917.

* * *

II. Ein Erlass des Kriegsministeriums (Kriegsamt) in Berlin vom 11. August 1918 bestimmt Folgendes:

Die diesjährige reiche Bucheckernernte bietet die Möglichkeit, unsere in starkem Rückgang begriffenen Fettvorräte zu ergänzen und einer Herabsetzung der Fett ration vorzubeugen, wenn es gelingt, Bucheckern in großen Mengen für die

öffentliche Hand zu sammeln und der Fettverwertung von Heer und Volk zuzuführen. Das Kriegsamt hat gemäß Vereinbarung mit dem Herrn Preuß. Staatskommissar für Volksernährung die Durchführung der öffentlichen Bucheckernsammlung in Preußen übernommen. Die übrigen Bundesstaaten können sich auf ihren Wunsch für Preußen getroffenen Regelung anschließen. Träger der Organisation sind die Kriegswirtschaftsämter, die sich zur Durchführung der Kriegswirtschaftsstellen zu bedienen haben.

In gleicher Weise wie bei der Laubheuschammlung wird die Sammlung durch die Kriegswirtschaftsstellen und Orts sammelstellen durchgeführt werden. Die Kriegswirtschaftsämter haben sofort durch Benehmen mit den Königlichen Regierungen (Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten bzw. den entsprechenden Stellen der Bundesstaatlichen Regierungen) und durch Rundfrage bei den Kriegswirtschaftsstellen festzustellen:

- a) in welchen Kreisen eine Bucheckernernte zu erwarten ist,
- b) ob in allen Gebieten, die eine Bucheckernernte erwarten lassen, bereits anlässlich der Laubheugewinnung Orts sammelstellen in hinlänglicher Zahl bestellt sind,
- c) auf welche Bezirke die Organisation durch Errichtung weiterer Orts sammelstellen und insbesondere durch Bestellung von Orts sammelleitern noch auszuweiten sein wird, um überall die Bucheckern durch öffentlich organisierte Sammlungen erfassen zu können.

Die Staatswäldungen werden in Preußen für die Bucheckernsammlung mit einigen, im Interesse des Staatsschutzes gebotenen Einschränkungen freigegeben werden. Auch ist Bestimmung getroffen, daß die Eigentümer von Privatwäldungen Sammlungen nur von dem zuständigen Kriegswirtschaftsamt auftragten Stellen zu dulden haben, soweit es der zuständige Landrat auf Antrag des Waldeigentümers in Einzelfällen besondere Einschränkungen anordnet. Soweit es in Bezirken mit Bucheckernernte noch an Orts sammelstellen fehlt, sofortige Einrichtung zu veranlassen. Da die Bucheckernsammlung voraussichtlich schon Mitte September beginnt, ist sofortige Durchführung der Erhebung und der Errichtung der Orts sammelstellen dringend geboten.

Einzelheiten für die Durchführung der Bucheckernsammlung werden noch bekannt gegeben werden.

* * *

III. Verordnung des Preuß. Staatskommissars für Volksernährung vom 8. August 1918.

Die in diesem Jahre zu erwartende reiche Bucheckernernte bietet ein wirksames Mittel, die in starkem Rückgang begriffenen Fettvorräte zu ergänzen und einer Herabsetzung der Fett ration vorzubeugen, wenn es gelingt, die Bucheckern in großen Mengen in die öffentliche Hand zu bekommen und der Öl- und Margarinebereitung zuzuführen.

1. Durch Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes über Bucheckern vom 30. Juli 1918 ist es den Landeszentralbehörden übertragen, Vorschriften über das Sammeln von Bucheckern und über die Errichtung von Abnahmestellen zu erlassen.

a) Die gen. Verordnung sieht von einer Beschlagnahme der Bucheln und von einem Verfüttungsverbot ab. Indem sie das S a m m e l n von Bucheckern grundsätzlich freigibt, beschränkt sie sich auf Anordnungen, welche bezwecken, einen gewissen Teil der Bucheckernernte für die allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit Fett sicherzustellen. Ein Anreiz, die Bucheckern den öffentlichen Abnahmestellen zuzuführen, wird geschaffen einmal durch hohen Sammel lohn, sodann durch die Vorschrift, daß jede Person, welche Bucheckern an eine öffentliche Abnahmestelle liefert, nach ihrer Wahl entweder einen Schlagschein über eine gleich hohe Bucheckernmenge, oder einen Bezugschein, der sie zum Bezuge von Speiseöl berechtigt, erhält (§ 3).

b) Das Schlagen von Öl aus Bucheckern ist nur gegen einen derartig erworbenen Schlagschein und nur in den vom Kriegsausschuß für Öl und Fette zugewiesenen Ölmühlen gestattet (§ 7). Sämtliche auf Grund des Erlasses des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 19. Okt. 1917 zugelassenen Ölmühlen sind ohne weiteres befugt, Bucheckern gegen einen auf die betreffende Mühle lautenden Schein zu Öl zu schlagen. Die Zulassung neuer Mühlen findet nur unter der Voraussetzung jenes Erlasses statt mit der Maßgabe, daß die Entscheidung dem Kriegsausschuß für Öl und Fette zusteht (§ 7). Für schleunige Aufklärung der Beteiligten ist Sorge zu tragen, damit die zugelassenen Mühlen die nötigen Vorbereitungen treffen und für die nicht zugelassenen Mühlen, falls die Bedingungen hierfür vorliegen, der Zulassungsantrag gestellt wird. Anträge der Kommunalverbände sind durch die dortige Hand an den Kriegsausschuß für Öl und Fette zu richten. Im übrigen ist jedes S c h l a g e n von Bucheckern

zu Öl, worunter nach Mitteilung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes die planmäßige Herstellung von Öl auf technisch vervollkommneter Grundlage zu verstehen ist, verboten (§ 7, § 8 Ziffer 2). Die gelegentliche Gewinnung von Öl, wie sie die Verwendung von Bucheckern im eigenen Haushalt mit sich bringt, ist dagegen nicht unter Strafe gestellt.

c) Eine gewerbsmäßige Verarbeitung der Bucheckern zu Bucheckermehl oder sonstigen Erzeugnissen ist gleichfalls verboten (§ 7, § 8 Ziff. 3).

d) Die beim Bucheckernschlagen gegen Schlagschein gewonnenen Bucheckernkuchen sind dem Schlagscheininhaber zurückzuliefern (§ 3, Satz 3) und dürfen in der Wirtschaft der Empfänger verwendet werden. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß Bucheckernkuchen in der zur Verordnung über Futtermittel vom 10. Januar 1918 im Zentralblatt für das deutsche Reich 1918, S. 98, veröffentlichten Liste der Futtermittel unter Nr. 41 aufgeführt ist, und daß die Bestimmungen über Futtermittel, insbesondere § 2 der Verordnung vom 10. Januar 1918 Anwendung finden, soweit nicht in der Verordnung über Bucheckern andere Vorschriften enthalten sind. Für Ölkuchen gilt ferner der bestehende Höchstpreis.

e) Soweit Bucheckern im freien Handel abgesetzt werden, gilt der von der Landeszentralbehörde festgesetzte Höchstpreis, in Preußen 1,50 Mk. je Kilogramm, dessen Höhe unter dem von den Abnahmestellen zu zahlenden Sammelpreis (1,65 Mk.) liegt (§ 5). Die Vorschrift soll ermöglichen, daß die Sammler auch geringfügige Mengen an Aufkäufer absetzen können, ohne die Abnahmestelle aufsuchen zu müssen, und daß das Zusammenbringen der einzelnen Sammelungen durch von der Abnahmestelle ermächtigte Aufkäufer erfolgt.

f) Einer übermäßigen Verfütterung gesammelter Bucheckern wird der hohe Preis entgegenwirken. Der Schweineeintrieb in die Buchenbestände ist zu fördern. Während der Hauptsammelzeit — Mitte September bis Ende November — sind die für das Einsammeln hauptsächlich in Frage kommenden Reviere tunlichst zu schonen.

2. In Preußen wird die öffentliche Sammlung der Bucheckern im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden vom Kriegsamt durchgeführt werden, wobei die Laubheufammelungsorganisation nutzbar gemacht und nötigenfalls auf solche Buchengebiete ausgebeht werden soll, in denen die Laubheufammelungsorganisation bisher nicht durchgeführt war. Träger der Sammlung sind die Kriegswirtschaftsämter, die sich ihrer-

seits der Kriegswirtschaftsstellen bedienen. Nebenbei werden die bei der Laubheuegewinnung tätigen Sammelvereinigungen, Ortsausschüsse und Ortsammelstellenleiter heranziehen und nötigenfalls ergänzen. Insbesondere werden Geistliche, Beamte im Ruhestande lebende Beamte, forstliche ständige Landwirte, Förster und Waldhüter soweit sie ihrer Persönlichkeit nach geeignet sind wertvolle Dienste leisten können. Bei der Sammlung werden ferner Frauen und Schulkinder soweit sie nicht durch dringende landwirtschaftliche Arbeiten in Anspruch genommen sind, beteiligen sein. Nötigenfalls wird eine Beteiligung der Bevölkerung aus geeigneten, dicht bewohnten Nachbargebieten der Buchenwaldgebiete zu fördern sein. Der Ortsammelstellenleiter wird die örtliche öffentliche Sammlung leiten, die Vergütung an hierbei beteiligte Personen, sowie eine etwaige Vergütung an die Eigentümer auszahlen, und die Wertung der erteilten Schlagscheine und Ölbezugscheine mit den Sammlungssteilnehmern herbeiführen. Er hat die für die Sammlung geeignetsten Orte zu ermitteln, das Reisen der Bucheckersammler zu verfolgen, soweit möglich, für die Bereitstellung geeigneter Geräte (Behälter, Plane, Sack, Besen, Siebe usw.) zu sorgen und sofort beim Einsetzen der Reise die Sammlung durchzuführen. Entsprechende Anordnungen werden von dem Kriegsamt ergehen. Der Ortsammelstellenleiter wird für seine Bemühung eine Vergütung von 8 Pfennig je Kilogramm der von ihm an die Abnahmestelle abgelieferten verwendbaren Bucheckern erhalten und 1 Pfennig Vergütung für den Forstnutzungsberechtigten, dessen Auszahlung an den Forstnutzungsberechtigten dem Ortsammelstellenleiter obliegt. Eine Versicherung der Teilnehmer der öffentlichen Bucheckernsammlung wird in die Wege geleitet werden.

3. Neben der öffentlichen Sammlung findet eine freie Sammlung statt, d. h. jeder Private kann, vorbehaltlich der Zustimmung des Forstberechtigten, Bucheckern sammeln und zur Erlangung eines Schlagscheins oder eines Ölbezugscheins seinerseits an die öffentliche Abnahmestelle liefern.

4. Der von der Abnahmestelle zur Auszahlung gelangende Sammellohn ist auf 1,65 Mk. je Kilogramm verwendbarer Bucheckern festgesetzt.

5. Die Staatswäldungen werden mit den durch die Rücksicht auf besondere wirtschaftliche Verhältnisse gebotenen Ausnahmen — allgemein zur Bucheckernsammlung gegen öffentliche Erlaubnisscheine freigegeben werden.

Wegen der Privatwaldungen ergehen noch besondere Vorschriften.

6. Die Abnahme der Bucheckern und ihre Ablieferung an den Kriegsausschuß für Öle und Fette ist für Preußen der auch mit der Abnahme des Laubheuz befaßten Reichsfuttermittelstelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H. (Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte) in Berlin übertragen, die diese Geschäfte mit Hilfe ihrer bestehenden Provinzialorganisationen (Hauptaufkäufer) durchführen wird.

Abnahmestellen (§ 1) sind die von der Reichsfuttermittelstelle bestellten Ortseinkäufer. Diese zahlen gegen Ablieferung der Bucheckern den Ortsammelstellenleitern Sammelohn und Vergütung für den Leiter und den Forstigentümer, den freien Sammlern den Sammelohn aus und stellen gleichzeitig über das Gewicht der abgelieferten Bucheckern, je nach Wahl des Abliefernden, eine zur Erlangung eines Schlagscheines oder eine zur Erlangung eines Ölbezugscheines berechtigende Quittung aus. Zweck Vereinfachung des Schlagens und des Ölbezugs wird die Zusammenfassung von Sammlern in Gruppen anzustreben sein, wobei Quittung, Schlagschein und Ölschein auf den Gruppenführer auszustellen ist.

Dem Ortseinkäufer (Abnahmestelle) liegt die Weiterleitung der eingelieferten Bucheckern zur Kreisstelle oder, falls es sich um Wagenladungen handelt, zur Darre ob. Er hat für Lagerung und pflegliche Behandlung (Umstechen) des Sammelguts bis zur Weiterleitung zu sorgen und die Säcke vom Hauptaufkäufer rechtzeitig anzufordern.

Auf der Kreisstelle werden die eingehenden Stückgutsendungen zu Wagenladungen zusammengestellt und nach Weisung der Reichsfuttermittelstelle bzw. ihres Hauptaufkäufers zur Darre weitergeleitet. Es empfiehlt sich schleunige Weiterleitung, um den Lagerungsverlust möglichst niedrig zu halten und ein Verderben der Ware zu verhüten.

Der Abrechnung zwischen der preuß. Landeszentralbehörde und der Reichsfuttermittelstelle wird das loco Darre angelieferte Gewicht zugrunde gelegt. Die Durchschriften der Quittungsbücher sind von dem Ortseinkäufer (Abnahmestelle) zwecks Berechnung der Kreisstelle vorzulegen, die sie nach rechnerischer Prüfung an den zuständigen Kommunalverband alsbald weiter zu leiten hat.

7. Gegen entsprechende Quittung des Ortseinkäufers (Abnahmestelle) erhält der Sammler von dem für die betr. Abnahmestelle örtlich zuständigen Kommunalverband einen Schlagschein, der ihn berechtigt, auf der im Schlag-

schein bezeichneten Ölmühle eine Bucheckermenge von gleicher Höhe wie die von ihm abgelieferte Bucheckermenge zu Ölschlagen zu lassen. Über die ausgegebenen Schlagscheine ist vom Kommunalverband eine Liste zu führen, in welcher die laufende Nummer des Schlagscheins, Datum der Ausgabe, Nummer der Quittung, Name des Sammlers und die Bucheckermenge, über welche der Schlagschein lautet, anzugeben ist. Die Vorschrift des Erlasses vom 19. Oktober 1917 findet auf die Verarbeitung von Bucheckern auf Grund von Schlagscheinen entsprechende Anwendung.

8. Wählt der Sammler statt der Bucheckerverwertung durch Schlagschein den Bezug von Speiseöl, so erhält er gegen entsprechende Quittung der Abnahmestelle von dem für die betr. Abnahmestelle örtlich zuständigen Kommunalverband einen Ölbezugschein, der ihn berechtigt, bei der vom Kommunalverband zu bestimmenden Verteilungsstelle Öl im Gewicht von 6 % des Gewichts der von ihm abgelieferten Bucheckermenge zu beziehen. Wegen der unvermeidlichen Beförderungs- und Verteilungsverluste kann statt des der Landeszentralbehörde überwiesenen Anteils von 7 % (§ 2 Abs. 2) den örtlichen Empfangsberechtigten nur 6 % der eingelieferten Bucheckermenge zugewiesen werden. Der Satz von 6 % entspricht nach den Erfahrungen etwa 40 % des Ölertrags, der aus frischen Bucheckern gewonnen werden kann. Eine Verpflichtung, daß die Rücklieferung in Bucheckernöl geschieht, hat der Kriegsausschuß nicht übernehmen können, vielmehr wird, schon um wenigstens dem ersten Teil der Sammler möglichst frühzeitig den Ölbezug zu ermöglichen und die Sammler von der Durchführung der Bucheckerverwertung unabhängig zu stellen, zunächst anderes Speiseöl geliefert werden. Bei dem hohen Sammelohn wird der Preis, zu dem das Speiseöl von der Verteilungsstelle abgegeben wird, sich auf etwa 15 Mk. für das Kilogramm stellen.

Um die Abrechnung einfacher zu gestalten, wird sowohl dem Schlagschein- wie dem Ölbezugschein-Sammler, entgegen § 3 Satz 3 der Verordnung, der volle Sammelohn ungekürzt ausgezahlt werden. Der Preis für das Speiseöl wird erst entrichtet, wenn der Sammler das Speiseöl von der Verteilungsstelle gegen Hingabe des Bezugscheins in Empfang nimmt. Da die Verteilung des Speiseöls von der Aufstellung der Ölverteilungspläne abhängig ist, wird zwischen der Ausgabe der Ölbezugscheine und der Verteilung des Speiseöls bei den örtlichen Verteilungsstellen eine gewisse Zeitspanne liegen.

9. Die Ausgabe der Schlagscheine und der Ölbezugscheine kann der Kommunalverband den für die betr. Abnahmestellen örtlich zuständigen Ortspolizeibehörden übertragen. Die dem Kommunalverband von der Kreisabnahmestelle zugehenden Durchschriften der Quittungsblocks (oben Ziffer 6 letzter Absatz) sind in diesem Falle den betr. Ortspolizeibehörden zu übersenden. Sie dienen als Kontrollunterlage bei der Ausstellung der Schlagscheine und Ölbezugscheine.

10. Die Verteilung des Speiseöls gegen Bezugsscheine soll nach den von der Reichsfuttermittellstelle aufgestellten Verteilungsplänen von der Landesfettstelle durch Vermittlung der Kommunalverbände (Kreisfettstelle) erfolgen. Alle Sammler einer Ortsabnahmestelle sind vom Kommunalverband durch entsprechende Ausfüllung des Ölbezugscheinvordrucks an die gleiche Ölverteilungsstelle zu weisen.

11. Das gegen Schlagschein geschlagene, sowie das gegen Ölbezugschein bezogene Öl darf entgeltlich nur an die Sammler der abgelieferten Buchedern, die Angehörigen ihrer Wirtschaft und die in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter weitergegeben werden (§ 6). Die Vorschrift bezweckt, dem Schleichhandel mit Öl vorzubeugen. Der freie Handel mit Öl bleibt verboten. Es gilt vielmehr für alle Ölmengen, soweit sie nicht auf Grund der Verordnung vom 30. Juli 1918 oder vom 7. August 1917 erlaubter Weise erlangt sind, die Anzeige- und Ablieferungspflicht gemäß § 3 Ziffer 6 der Verordnung vom 15. Februar 1917 und vom 14. September 1917. Erlaubt ist lediglich, daß derjenige, der einzelne Sammelmen gen für eine Anzahl von Sammlern zusammengebracht und der Abnahme zugeführt hat (Gruppenführer), in gleicher Weise die Rückverteilung des Öls vornimmt.

* * *

IV. Preuß. Verordnung über Buchedern.

Für Preußen hat der Preuß. Staatskommissar für Volksernährung in Verbindung mit dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 7. August 1918 folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Von der Reichsfuttermittellstelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H. (Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte) in Berlin werden öffentliche Buchedernabnahmestellen errichtet.

§ 2. Wer Buchedern an eine öffentliche Buchedernabnahmestelle abliefern, erhält

1. eine Vergütung von 1,65 Mk. für das Kilogramm Buchedern,

2. außerdem nach seiner Wahl

a) entweder eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverband die Erlaubnis erteilt wird, eine gleich große Buchedernmenge, wie er an die öffentliche Abnahmestelle abgeliefert hat, zu Öl für seine Wirtschaft schlagen zu lassen (Schlagschein),

b) oder eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverband ein Bezugsschein über Speiseöl in Höhe von 6 % des Gewichts der abgelieferten Buchedernmenge erteilt wird (Ölbezugschein).

Unbrauchbare Buchedern können zurückgewiesen werden.

§ 3. Die bei den Buchedernabnahmestellen eingelieferten Buchedern sind an den Kriegsausschuß für Öle und Fette nach den Weisungen der Reichsfuttermittellstelle abzuliefern.

§ 4. Im Handel mit Buchedern darf der Preis von 1,50 Mk. für das Kilogramm Buchedern nicht überschritten werden. Dieser Preis ist Höchstpreis im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise.

§ 5. Die Forsteigentümer und die sonstigen Forstnungsberechtigten sind verpflichtet, das Buchedernsammeln der von dem örtlich zuständigen Kriegswirtschaftsamt mit der Durchführung der Buchedernsamm lung beauftragten Stellen (Kriegswirtschaftsstellen, Ortssammelstellen) in ihren Wäldern zu dulden. Auf Antrag des Forsteigentümers oder der sonstigen Forstnungsberechtigten bestimmt in Landkreisen der Landrat (Oberamtmann), in Stadtkreisen der Magistrat bzw. Bürgermeister, welche Forstteile von der Buchedernsamm lung der von dem Kriegswirtschaftsamt beauftragten Stellen auszuschließen sind, welche Einrichtungen zum Sammeln, Heiligen und Wegschaffen der Buchedern nicht benutzt werden dürfen, und welche Bedingungen von den Buchedernsammlern zu erfüllen sind. Für die fiskalischen Forsten und Gemeindewaldungen werden diese Festsetzungen von der zuständigen königlichen Forstverwaltung getroffen.

* * *

V. Der Staatskommissar für Volksernährung und der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten haben diese Verordnung unter dem 16. August den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Kre-

ungen u. mit dem Ersuchen, den Abdruck in den Regierungsamtsblättern, den Kreisblättern u. zu veranlassen, und mit folgenden Ausführungen verfaßt:

Gemäß § 5 vorstehender Verordnung haben die Forsteigentümer und sonstigen Forstnutzungsberechtigten das Buchedernsammeln zu dulden, soweit es sich um die in den örtlich zuständigen Kriegswirtschaftsämtern eingerichteten öffentlichen Sammlungen handelt. Für die freien Sammlungen ist eine solche Bestimmung nicht getroffen, ihre Zulassung hängt lediglich von der Bestimmung des Forstnutzungsberechtigten ab.

Soweit der Forsteigentümer oder Forstnutzungsrechtigte bestimmte Forsteile von der Buchedernsammlung ausgenommen zu sehen wünscht, oder soweit er Wert darauf legt, daß bestimmte Sammlungsanrichtungen ausgeschlossen werden, oder von den Sammlern besondere Bedingungen erteilt werden, hat er einen dahingehenden Antrag beim Landrat (Magistrat, Bürgermeister) zu stellen (§ 5 Abs. 2). Über diesen Antrag ist schleunigst Entscheidung zu treffen. Auf Antrag des Forstnutzungsberechtigten werden namentlich solche Forsteile von der Buchedernsammlung auszuschließen sein, in denen wesentliche wirtschaftliche Rücksichten dem Buchedernsammeln entgegenstehen. Aus dem gleichen Grunde wird auf Antrag des Forstnutzungsberechtigten das Anprellen (Anschlagen) der Bäume oder starker Zweige mit Ästen verboten werden können. Im übrigen ist bei der Entscheidung auf die Anträge gemäß § 5 Abs. 2 zu beachten, daß die Lage unserer Fettversorgung der öffentlichen Buchedernsammlung dringend bedarf, daß daher das Buchedernsammeln der öffentlichen Sammlungsorganisation grundsätzlich zugelassen werden soll (§ 5 Abs. 1) und daß eine Entscheidung gemäß § 5 Abs. 2 lediglich bezweckt, bestimmte Teilgebiete und bestimmte dem Walde nachteilige Werbungsverfahren auszuschließen, ohne daß dabei ein ausgiebiges Sammeln zum Schaden der allgemeinen Volksernährung verhindert wird. Als von der öffentlichen Sammlung zu erfüllende Bedingung kann hinsichtlich der Vergütung an den Forstnutzungsberechtigten vorgeschrieben werden, daß der Ortssammlerstellenleiter von jedem Doppelzentner der an die Abnahmestelle eingelieferten verwertbaren Buchedern dem Forstnutzungsberechtigten eine Entschädigung von 1 Mk. zahlt.

Über die fiskalischen Forsten und Gemeinbewaldungen werden besondere Bestimmungen demnächst ergehen.

* * *

VI. Bestimmungen über das Sammeln von Buchedern in den fiskalischen Forsten.

Durch Erlass des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 17. August wird unter Bezugnahme auf die Verordnung des Kriegsernährungsamtes vom 30. Juli 1918, die Verordnung des Preuß. Staatskommissars für Volksernährung und des Ministers für Landwirtschaft u. vom 7. August 1918 und der Verfügung des Preuß. Staatskommissars u. vom 8. August 1918 folgendes für die Rgl. Regierungen angeordnet. Die Rgl. Regierung wolle die in der letztgenannten Verfügung unter 2 und 3 näher bezeichnete öffentliche wie private Sammlung in jeder Weise fördern. Bei der privaten Sammlung ist dabei kein Unterschied zu machen, ob die gesammelten Buchedern demnächst an eine Abnahmestelle abgeliefert oder von den Sammlern in beliebiger anderer zulässiger Weise verwertet werden. Vorwiegend muß das Sammeln durch Kinder ausgeführt werden, diese sind dazu besonders geeignet, es ist dies auch im Hinblick auf die dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten meist geboten.

Das Sammeln von Buchedern in den Staatswaldungen ist nach der vom Staatsministerium erteilten Ermächtigung vom 17. August d. J. ohne Entgelt zu gestatten. Die bei öffentlicher Sammlung nach Ziffer 2 Abs. 4 der Verfügung vom 8. August 1918 dem Forstnutzungsberechtigten zu zahlenden Vergütungen sind jedoch zur Staatskasse zu vereinnahmen. Von der Ausgabe besonderer Erlaubnischeine kann abgesehen werden.

Die nach § 5 der Verordnung vom 7. August 1918 für die fiskalischen Forsten den Rgl. Forstverwaltungen obliegenden Festsetzungen sind von den zuständigen Revierverwaltern zu treffen. Forsteile, die danach von der Buchedernsammlung sofort oder von einem zu bestimmenden Zeitpunkte ab mit Rücksicht auf natürliche Verjüngung, zum Sammeln des eigenen Bedarfs oder aus anderen wirtschaftlichen Gründen auszuschließen sind, werden zweckmäßig örtlich durch Strohweiche oder dergl. kenntlich gemacht. Anschlagen von Buchen mit Ästen, um den Abfall der Eedern zu erzielen, wird zu verbieten sein.

Soweit dies gewünscht wird, kann Sammlern ein Vorbereiten des Bestandes zum Sammeln durch Freiharken oder Fegen des Bodens von Laub gestattet werden.

Die nach § 5 der Verordnung vom 7. August 1918 erforderlichen Bestimmungen sind umgehend zu treffen.

Schweine und Schafe können in die dazu freigegebenen Bestände nach Lösung eines Erlaubnis-

scheines eingetrieben werden. Die Nutzung der Mast auch auf diese Weise verdient jede Förderung.

Die Festsetzung eines für den Erlaubnischein zu zahlenden mäßigen Entgelts wird der Regierung überlassen.

Derselbe Bestand kann, um die Mast möglichst voll auszunutzen, zum Sammeln und entweder sogleich oder später zum Eintrieb von Schweinen und Schafen freigegeben werden.

Notizen.

A. Die „Deutsche Gesellschaft für angewandte Entomologie“, die vor allem die Durchführung einer zweckdienlichen staatlichen Organisation zur wissenschaftlichen Untersuchung und Bekämpfung der wirtschaftlich schädlichen und krankheitsübertragenden Insekten sowie die Förderung der Zucht von Nutzinsekten anstrebt, wird hener zum erstenmal während des Krieges eine Versammlung abhalten. Sie findet vom 23.—25. September in München (Amalienstraße 52, Forstliche Versuchsanstalt) statt. Es werden dort die gegenwärtig wichtigsten Fragen der praktischen Insektenkunde, die namentlich im Krieg zu besonderer Bedeutung gelangt ist, in einer Reihe von Vorträgen behandelt werden. Einen breiten Raum nehmen unter anderem die Ausführungen über das erste seit einem Jahr in Deutschland angewandte und zu einer umfassenden Organisation ausgebaute Blausäureverfahren ein, das im Kampf gegen die verschiedensten Haus- und Magazininsekten, namentlich Mühlenkäfer, Wanzen und Läuse, durchschlagende Erfolge gezeitigt hat. Weiterhin sind Vorträge über den Gebrauch von Arsenmitteln im Pflanzenschutz, über Bekämpfung von Schnaken und Fliegen, über Fragen züchterischer Natur sowie über: „Angewandte Entomologie und Schule“ angemeldet. Endlich wird Professor Dr. R. Escherich-München über das in München neu zu gründende Forschungsinstitut für praktische Insektenkunde und über andere organisatorische Ziele sprechen. Das Programm der Tagung ist von dem unterzeichneten Schriftführer der Gesellschaft zu erfahren.

Dr. F. Stellwaag-Meinstadt a. Rhdt. (Rheinpfalz).

B. Forstliche Vorlesungen an den Hochschulen im Wintersemester 1918/19.

I. Universität Gießen.

Professor Dr. Weber (zurzeit beim Heere): Forstbenutzung II. Teil, 4-stündig; Forstpolitik, II. Teil, 4-stündig; Einführung in die Forstwissenschaft, 1-stündig; Konversationskurs über forstliche Produktionslehre und die Verwaltungsfächer, alle 14 Tage. — Prof. Dr. Borgmann: Forsteinrichtung I. Teil, Theorie und Methoden, 2-stündig; Waldwertrechnung und forstliche Statistik II. Teil, Verfahren, 2-stündig; Holzmaß- und Ertragskunde, 2-stündig mit Exkursionen. — Außerdem zahlreiche Vorlesungen aus den Gebieten der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Landwirtschaft usw.

Beginn der Immatrikulation und der Vorlesungen am 30. September. Semesterluß am 1. Februar. Das all-

gemeine Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat bezogen werden.

II. Universität München.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Endres: Forstpolitik, 2-stündig, Ausländische Forstwirtschaft (für Studierende, welche nicht in den Bayerischen Staatsforstdienst gehen), 2-stündig. — Prof. Dr. Schüpfer: Forsteinrichtung, 5-stündig; Baum- und Bestandsmassenermittlung mit Zuwachslehre und Ertragskunde, 3-stündig; Übungen und Vorträge. — Prof. Dr. Fabricius (zurzeit im Heere): Waldbau, 4-stündig. — Prof. Dr. Escherich: Forstzoologie I. Teil, Wirbeltiere, 4-stündig.

Sonstige Vorlesungen wie unter I.

Beginn der Immatrikulation am 23. September, der Vorlesungen am 30. September; Schluß am 1. Februar.

III. Universität Tübingen.

Prof. Dr. von Bühler: Einleitung in die Forstwissenschaft mit Übungen und Exkursionen, 2-stündig; Waldbau I mit Übungen und Exkursionen, 3-stündig; Übungen und Exkursionen für Kriegsteilnehmer. — Professor Dr. Wagner: Waldwertrechnung, 2-stündig; Seminar-Übungen, 2-stündig, Exkursionen.

Sonstige Vorlesungen wie unter I.

Beginn des Winterhalbjahrs am 30. September, Schluß am 1. Februar.

IV. Technische Hochschule zu Karlsruhe.

Abteilung für Forstwesen.

Prof. Dr. Hausrath: Forstpolitik, 3-stündig, Waldbau- und Wasserbau, 4-stündig, Exkursionen und Anleitung zu wissenschaftl. Arbeiten. — Prof. Dr. H. Müller: Forsteinrichtung II u. I, 2-stündig, Holzmeßkunde, 2-stündig, Enzyklopädie der Forstwissenschaft, 2-stündig, Waldwertrechnung, 2-stündig, Exkursionen usw. v. o. — Geh. Oberforstrat Prof. Siefert: Forstbenutzung, 4-stündig, Waldbau I, 3-stündig, Übungen, Exkursionen usw. v. o. — Prof. Dr. Wimmer: Das Holz und seine Eigenschaften, nach Vereinbarung. — Prof. Dr. Lauterborn: Zoologie, 3-stündig, Fische, Fischerei und Fischzucht, 2-stündig.

Sonstige Vorlesungen wie unter I.

Dauer des Winterhalbjahrs vom 16. September bis 1. Februar.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

*

September/Oktober 1918

*

er Einsparungen beim Pflanzbetriebe.

Von Forstmeister a. D. Tiemann in Göttingen.

Anfolge der außerordentlich hohen Arbeits-
e in der Jetztzeit, die auch wahrscheinlich nach
Kriege sich noch eine Zeitlang in erheblicher
e halten werden, haben wir alle Veranlassung,
der künstlichen Verjüngung unserer Wald-
ünde und bei der Aufforstung von Ödflächen u.
solche Verfahren zu wählen, welche sich durch
illigkeit neben gutem An- und Fortwachsen
Kulturen auszeichnen.

Soweit von Buchen und Weißtannen
gutem Boden reine oder gemischte Bestände
erjüngungsfähigem Alter vorhanden sind, wird
bei deren Verjüngung selbstverständlich die
ährte und billige natürliche Verjün-
g durch Femelschläge beibehalten.

Die Fichte, welche wegen ihrer flachen
urzelung in hohem Grade der Windbruch-
hr ausgesetzt ist, wird deshalb und aus noch
eren bekannten Gründen fast ausschließlich im
hlschlagbetriebe mit nachfolgender
nzung verjüngt. In höheren Gebirgslagen,
e auf sehr steinigem und felsigem Boden ge-
t aber dem Femelschlagbetriebe in
sicht auf Zweckmäßigkeit und Billigkeit meistens
Vorzug.

für Fichtenbestände, die regelmäßig mit starker
hforstung behandelt sind, würde sich in ge-
ten Tagen gleichfalls der letztere Betrieb,
n auch zunächst nur versuchsweise, schon der
illigkeit wegen, empfehlen; ebenso da,
Einmischungen von Buchen oder Weiß-
nen in Fichtenbeständen vorkommen sollten.
ürlich müßten in denselben Örtlichkeiten, im
lusse an die Femelschläge, die gewöhnlichen
schläge mit nachfolgender Pflanzung geführt
en, um durch Vergleichung den Wert beider
etriebe richtig abwägen zu können.

Bei der künstlichen Verjüngung der
hte würde nun zwar die Saat wegen
ens größerer Billigkeit vor der Pflan-
den Vorzug verdienen, doch zeigt die früher
verbreitete Saat verschiedene bekannte Nach-
e, durch die sie schon längst immer mehr zurück-
ängt ist; wohl aber erscheint sie für steinigem
en zweckmäßig.

Was nun die gleichwichtige Liefer betrifft,
so ist diese, schon ihrer Eigenschaft als Lichtholz-
art, aber auch noch aus anderen bekannten Rück-
sichten, nur wenig zu der allerdings billigen natür-
lichen Verjüngung durch Femelschläge ge-
eignet, daher ihr Anbau auf Kahlschlägen
mittels Saat oder Pflanzung (ein-, höchstens
zweijährige Pflanzen) am gebräuchlichsten. Nur
auf kräftigen, frischen Böden könnte man auch ein-
mal Versuche mit Femelschlägen aufstellen,
und zwar vergleichsweise mit Saaten und Pflan-
zungen auf Kahlschlägen.

Während nun früher beim künstlichen Anbau
unserer Hauptholzarten die Saat, besonders
wohl wegen geringeren Kostenaufwandes,
entschieden bevorzugt wurde, hat sich allmählich
das Gebiet der Pflanzung bedeutend aus-
gedehnt und ist gegenwärtig, wegen verschiedener
bekannter Vorteile der letzteren, erheblich größer,
als dasjenige der Saat.

Wenn man früher die Pflanzung für
zu mühsam, zu teuer und weniger gutwüchsig
hielt, so lag der Grund darin, daß man fast aus-
schließlich ältere und stärkere Pflanzen
benutzte, „welche man entweder in kostspieliger
Weise anzog oder aus einem dichten jungen Be-
stande entnahm.“¹⁾

Ein solcher war aus natürlicher Verjüngung
oder aus Freisaat hervorgegangen und bot zwar
eine sehr billige Bezugsquelle, aber es war nicht
zu verwundern, daß die so gewonnenen Pflanzen
weniger leicht an- und fortwachsen. Erst als man
kleines, also jüngeres, übrigens gutbewur-
zeltes Pflanzenmaterial verwendete, das sich in
Kämpfen leicht in Masse billig erziehen ließ und
meist auch die Belassung eines angemessenen Erb-
ballens nicht nötig machte, konnten gutgedeihe-
nde Pflanzungen auf großen Flächen billig zur
Ausführung gelangen.

Bei der bedeutenden Verbreitung der Pflan-
zung sind natürlich, gerade bei ihr, Kostenerspa-
rungen von großem Einflusse, wenngleich
selbstverständlich letztere mit gleicher Sorgfalt
ebenso bei der Saat anzutreiben sind. Es dürfte
daher wohl in jetziger Zeit wichtig erscheinen, ein-

¹⁾ S. das vorzügliche Waldbauwerk von Heyer-Hef, 5. Aufl., I. Bd., S. 104.

mal bei der Pflanzung diejenigen Berrichtungen hervorzuheben bezw. an solche zu erinnern, bei denen sich event. Einsparungen ermöglichen lassen, ohne den Erfolg zu schmälern. Dabei kommen hier zunächst die Art des Pflanzenbezuges und die Anzuchtverfahren bei den Pflänzlingen, sodann die eigentliche Pflanzung in Betracht.

I. Bezug und Erziehung (Anzucht) der Pflänzlinge.

1. Bietet sich Gelegenheit, gute, kleinere und etwas größere Pflanzen mit oder ohne Ballen aus natürlichen Verjüngungen oder Freisaaten in unschädlicher Weise zu entnehmen, so würde man die sämtlichen Kosten für eine besondere Anzucht der Pflanzen sparen, vorausgesetzt, daß auf den betr. Bezugsflächen die Pflanzen nicht zu dicht stehen, und der Boden wegen Erleichterung des Aushebens derselben nicht zu steinig und für Ballenpflanzen genügend bindend ist. Höhere Pflanzen, namentlich Halbhäuser und Häuser, sind hier oft zu schlank, auch weniger gut bewurzelt und in lichterer Stellung bei stufigem Wuchse meist nicht abkömmlich.¹⁾

2. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß die an Schaft und Wurzeln besten Pflanzen in Rämpeu erzogen werden, die in jedem Reviere in ausreichender Zahl und Größe vorhanden sein müssen, und deren Behandlung, unter Leitung des Revierpersonales, eine lehrreiche, angenehme Beschäftigung für dasselbe darbietet, so könnte man, wenigstens zur Aushilfe, namentlich kleine Pflanzen, auch einmal von den bekannten Handels-Baumschulen, wie solche z. B. in Halstenbeck zu finden sind, beziehen, falls die Kosten der eigenen Anzucht solcher Pflanzen sich merklich höher berechnen sollten, als die Preise einschließlich der Frachtkosten für die Kaufpflanzen.

3. Auch die Anzucht von Laubholz-, sowie von Weißtannen- und Fichten-Pflänzlingen (mit und ohne Ballen) unter regelrecht durchforsteten Beständen von Nadelholzarten würde wegen ihrer großen Billigkeit, der teureren Erziehung in Rämpeu gegenüber, zu beachten sein. Nach Heyer-Hess, Waldbau, I. Bd., S. 226, würden sich unter etwa mittelalten Kiefern- und Lärchenbeständen auf kräftigem, frischem Lehmboden Laubholz-pflänzlinge und „unter lichtschrägigen Laubholzbeständen (z. B. Birken, Aspen oder Erlen) oder auf Lichtungen zwischen höherem Holz oder an den Bestandes-

rändern, woselbst aber der Boden gewöhnlich etwas gelockert werden muß“, Weißtannen- und Fichten-Pflanzen ziehen lassen. „Weide Nadelhölzer gedeihen auch unter Lärchen und die Weißtanne unter älteren Kiefernbeständen.“

„Man erspart hierbei die Kosten für eine sorgfältigere Bodenbearbeitung, für künstliche Düngung, für das Reinhalten von Unkräutern, für das Begießen oder Wässern, sowie meistens auch für eine künstliche Einfriedigung.“

4. Die weitaus gebräuchlichste Pflanzengattung in Forstgärten (Saat- und Pflanzlämpen) liefert, wie bereits bemerkt, das beste Pflanzmaterial, das Verfahren ist aber das teuerste, und man muß erwägen, wobei auch hier Einsparungen zu ermöglichen sind.

Schon bei der Herstellung der Einfriedigungen ist neben Zweckmäßigkeit auf tüchtigste Einfachheit und Billigkeit zu sehen, sowie darauf, daß die Einfriedigungen möglichst durch geschickte Waldbarbeiter angefertigt und aufgestellt werden.

Bei der Bodenbearbeitung ist eine unnötig große Tiefe derselben wegen Kostspieligkeit zu vermeiden. Wo es möglich erscheint, ist als billigstes Werkzeug der Pflug, in Verbindung mit der Egge, anzuwenden, andernfalls zwischen kräftiger Hacke oder Spaten, den Bodenverhältnissen entsprechend, zu wählen.

An Zätekosten läßt sich dadurch sparen, daß man dem Unkrautwuchse durch Bedecken der Beete bezw. Zwischenräume zwischen den Saatrillen und Verschulungsreihen mit trockenem Laub, Moos, Schilf, Gerberlohe u. vorbeugt.

Zur Vertilgung eines vorhandenen Unkrautwuchses dienen bekanntlich schmale Hacken, besondere schmale Rechen, sowie Messer und verschiedene andere, in dem mehrerwähnten Waldbauwerke abgebildete Geräte, mit denen man auch zugleich den Boden etwas lockert — als Schutz gegen Hitze und als möglichsten Ersatz des kostspieligen Begießens. Bei der Anwendung bezw. bei dem Ankauf solcher Werkzeuge wählt man natürlich diejenigen aus, die sich durch Zweckmäßigkeit, geringen Preis und billige Arbeit am meisten empfehlen und bewährt haben.

Die gegen die Pflanzenerziehung in Saarbeeten viel kostspieligere Verschulung der Pflanzen, durch die aber, wie bekannt, besonders kräftige, reich bewurzelte, widerstandsfähige Pflanzen gewonnen werden, muß man selbstverständlich auf die Fälle beschränken, wo zum Anbau bestimmter Örtlichkeiten solche kräftige Pflanzen durchaus erforderlich sind. In dem ge-

¹⁾ S. das gen. Waldbauwerk, I. Bd., S. 223.

te (I. Bb., S. 287) wird darüber gesagt: „Zu dieser Kategorie gehören steinige oder trockene oder verunkrautete oder sonst verwilderte Böden exponierte (zu Frost geneigte oder sehr heiße) Böden, Bepflanzung von Straßen, ständige Viehweiden und kleinere Blößen zwischen höherem Gestrüch u.“

Zu bemerken ist noch, daß das Ausheben, namentlich größerer Pflanzen mit Ballen, durch Verschulung sehr erleichtert bezw. erst ermöglicht wird.

Durch richtige Auswahl der Verschulungsgeräte bezw. der anzuwendenden Geräte läßt sich bei kleinen Pflanzen an Kosten sparen. Der Verschulung gegenüber empfiehlt sich für den Großbetrieb durch außerordentliche

Billigkeit und gutes Gedeihen der Pflanzen (meist 1—2jährige Fichten) die internationale Gadersche Verschulungsmaschine, die wohl den meisten Forstleuten, wenigstens aus der Literatur, bekannt sein wird. Bei Fichten können oft die mit der Verschulung verbundenen Kosten dadurch vermindert werden, daß man die Saatbeete im Frühjahr, spätestens im zweijährigen Alter, in bestimmter Weise „verdünnert“ (verzieht und ausschneidet), um die Pflanzen nach dem ersten Lebensjahre direkt ins Freie zu verpflanzen.

Bei Eichenpflanzen, die aus irgend einem Grunde noch ein drittes Jahr im Saatbeet verbleiben müssen, wäre nach Fürst¹⁾ zu ermitteln, ob sich durch sorgfältig ausgeführtes Abstoßen Pfahlwurzeln einjähriger, nicht zu eng stehender Eichen kräftige, dreijährige Eichenpflanzen, die zu manchen Kulturen wünschenswert sind, billiger und doch ebenso gut erziehen ließen, als durch das immerhin teure Verschulen.“

Auch bei der Anwendung der künstlichen Vermittel in Forstgärten muß natürlich, je nach den Bodenverhältnissen, eine richtige Auswahl getroffen werden, um unnütze Kosten zu vermeiden. Event. muß sich die Wahl auf die Ergebnisse erst nach anzustellender kleiner Versuche mit verschiedenen Düngerarten gründen.

II. Pflanzung.

Hierbei muß zunächst betont werden, wie zur Wahl der für jeden verschiedenen Standort die zweckmäßigsten und billigsten Verschulungsweisen mitunter erst nach die Anstellung einiger vergleichender Versuche notwendig werden kann. Von unseren forstlichen Versuchsan-

stalten haben wir noch bedeutungsvolle Ergebnisse solcher Versuche zu erwarten. Bis jene vorliegen, müssen wir uns auf die Erfahrungen — soweit sie sich bewährt haben — stützen, welche in dem betr. Reviere oder etwa auch in anderen Revieren, unter ähnlichen Verhältnissen, gewonnen sind.

Kleinere Kulturversuche überhaupt könnten immerhin schon durch die Revierverwalter selbständig ausgewählt und unter ihrer Leitung ausgeführt werden, um möglichst bald Resultate zu erlangen. Wie dabei etwa zu verfahren sein möchte, habe ich in einem Artikel im Märzheft d. Bl. vom Jahre 1911 dargelegt und eine Reihe solcher Versuche, beispielsweise bei Pflanzung der Fichte, zur Erleichterung der Wahl, zusammengestellt; ich erlaube mir darauf zu verweisen.

Um neben der Zweckmäßigkeit auch die so nötige größtmögliche Kostenersparung bei der Ausführung der Pflanzungen zu erreichen, wären nachstehende Punkte zu beachten:

1. Wo auf einer Anbaufläche vielleicht Saat und Pflanzung gleich anwendbar erscheinen, ist zu überlegen, welche dieser beiden Methoden bezüglich Zweckmäßigkeit und Billigkeit hier den Vorzug verdient.

2. Es ist darauf zu sehen, daß da, wo es angeht, der Wohlfeilheit wegen, kleines, übrigens gut bewurzeltes Pflanzenmaterial, wie es namentlich bei Nadelholzpflanzungen üblich ist, zur Verwendung gelangt; bei letzteren, soweit es tunlich erscheint, als unverschulte, ballenlose Pflanzen.

3. Die Pflanzweite ist nicht kleiner zu wählen, als für die betr. Holzart zur Erreichung der höchsten Massen- und Gelderträge gerade nötig ist, um an Pflanzen und somit an Kosten zu sparen. Nur auf trockenen Böden, die eine möglichst baldige Deckung verlangen, muß natürlich enger gepflanzt werden.

4. Alle Nachbesserungen der Pflanzungen sind tunlichst bald vorzunehmen, damit nicht später unnötig große, verschulte Pflanzen benutzt werden müssen, welche die Kosten erhöhen. Wo aber größere Pflanzen nötig sind, wären, des besseren Anwachsens wegen, verschulte Setzlinge zu wählen.

5. Die Auspflanzung der Fehlstellen in den natürlichen Buchenverjüngungen des Femelschlagbetriebes hat, aus demselben Grunde wie bei 4, schon gleich nach den ersten Auslichtungen zu geschehen. Sollen die Rüden nicht lediglich zur Einmischung nuzholztüchtiger Holzarten, sondern auch zur Verbollständigung mit Buchen benutzt werden, so hebt man letztere, unter Anwen-

¹⁾ „Pflanzenzucht im Walde“, 2. Aufl., S. 247.

bung des Spatens, mit Ballen aus den volleren — übrigens nicht zu dichten — Schlagstellen aus, auf genügend bindenden, stein- und wurzelfreien Stellen bei etwa 2—4 jährigen Pflanzen in billiger Weise mit dem C. Hehersch 5—8 cm weiten Hohlbohrer oder mit dem Jansaschen Patent-Hohlbohrer oder bei tiefer entwickelten Wurzeln, sowie bei etwaigen Pflanzungen im Laube, mit dem C. Hehersch 8 cm Hohlbohrer.

Zur Einmischung von Nußholzarten wären am billigsten gutbewurzelte, verschulte, ballenlose Pflanzen zu verwenden.

Wird die Auspflanzung der Fehlstellen bis zum Abtriebe aller Mutterbäume (mit Ausnahme der Überhälter) verschoben, so müssen die zu benutzenden, nun schon viel größeren Buchen-Ballenpflanzen natürlich mit dem Robeeisen (Stoßspaten) in der Verjüngung, nußholztaugliche größere Laubholzpflanzen in Pflanzklampen ausgehoben und, der Kostenersparung wegen, ohne Ballen sorgfältig eingesetzt werden.

Nach Heher-Heß, Waldbau, genügt es, nur Lücken von etwa 4—5 qm und mehr Größe auszupflanzen.

Selbstverständlich sind die Pflanzen nicht zu nahe an die Ränder der letzteren zu bringen, um ein Überwachsenwerden der ersteren zu verhüten und unnötige Kosten zu vermeiden.

6. Was nun die Kosten der für die verschiedenen Standortverhältnisse auszuwählenden Pflanzmethoden betrifft, so ist natürlich eine solche Wahl von größter Bedeutung.

Die billigsten Pflanzmethoden sind selbstredend diejenigen mit kleinen, ballenlosen, 1—2 jährigen Pflanzen, die mit den bekannten Werkzeugen der Klemm- und Spaltpflanzung — der sogen. Gerätemethoden — ausgeführt werden (Biermanscher Spiralbohrer, Sekholz, Pflanzdolch, v. Buttlarsches Eisen, Wartenbergisches Stieleisen, Pflanzlanze, Beil oder Warte, Spizenbergisches Pflanzholz, Spaten (besonders Reilspaten) u. a.)¹⁾

Sie setzen lockeren bzw. gelockerten Boden voraus. Ein Andrücken bzw. Anquetschen der Wurzeln ist dabei nur bei der gewöhnlichen Pflanzung 1 jähriger Kiefern auf lockerem, trockenem Sandboden zulässig, sowie auf bindigem Boden für alle 1—2 jährigen Pflanzen nur dann, wenn die Pflanzstellen gehörig künstlich gelockert oder die mit jenen Geräten angefertigten

Pflanzlöcher mit, aus möglichster Nähe herbeschaffter lockerer, guter Erde gefüllt sind.

Für kleine Pflanzen mit unvertikaler Pfahlwurzel (Eiche, Kiefer, Weißtanne) sind natürlich die Pflanzlöcher mit den betr. Werkzeugen ausreichend zu vertiefen.

Auf nur etwas steinigem Boden können die Pflanzlöcher für kleine Pflanzen mit oder ohne Pfahlwurzel mit dem Hammer- oder verstaßten Robeeisen oder mit dem Neurathschen Pflanzeisen billiger als mit der Hacke hergestellt werden.

Lockerung der Pflanzstelle auf bindendem Boden, sowie Anfertigung besonders tiefer Pflanzlöcher für mit Pfahlwurzeln versehenen kleinen Seklinge und Anwendung von Füllmaterialien, verteuern selbstverständlich derartige Pflanzungen, sind aber unter ungünstigeren Bodenverhältnissen zur Sicherung eines guten Anwachsens und Gedeihens unbedingt notwendig, auch infolge Nichtbenutzung der Hacke immer noch ziemlich billig.

Natürlich müssen von den Geräten zur Klemm- und Spaltpflanzung diejenigen gewählt werden, welche nach der vorliegenden Beschaffenheit der Pflanzen und des Bodens am geeignetsten erscheinen zur Herbeiführung besten und billigsten Erfolges.

Auf steinigem Boden, sowie für alle größeren Pflanzen mit und ohne Ballen lassen sich die Pflanzlöcher nur mit unseren Universal-Kulturwerkzeuge, einer kräftigen Hacke, auf steinfreiem lockeren Boden auch wohl mit dem Spaten anfertigen.

Dabei ist natürlich auf steinigem oder armerem Boden die Benutzung guter Pflanzerde und bzw. künstlicher Düngung unerlässlich. Pflanzungen dieser Art stellen sich selbstredend am teuersten.

Ballenpflanzungen mit größeren Pflanzen, die unter günstigen Bodenverhältnissen mit dem gewöhnlichen Spaten, auf steinigem und festem Boden mit der Hacke oder besser mit dem Robeeisen (Stoßspaten), möglichst in der Nähe der Kulturstelle, ausgehoben und je nach Bodenbeschaffenheit in mit den beiden erwähnten Werkzeugen hergestellte Pflanzlöcher eingesetzt werden, verursachen, besonders bei weiterem Transport der Pflanzen, selbstverständlich einen erheblichen Kostenaufwand, der für größere Laubholz-Heister den höchsten Betrag erreicht.

Dergleichen Pflanzungen sind auf die ungünstigsten Bodenverhältnisse, sowie auf

¹⁾ Näheres über diese Instrumente s. das mehrerwähnte Waldbauwerk, I. Bd.

Vervollständigung älterer Buchenverjüngungen, Ergänzung des Oberholzes im Mittelwalde, Verpflanzung von Fudeflächen u. zu beschränken. Die besten Pflanzen für obige Zwecke bezieht man selbstredend aus Pflanzkämpe. Um Transportkosten für solche großen Heister zu sparen, empfiehlt sich deren Verwendung ohne Ballen als verschulte, gutbewurzelte Pflanzen.

Kleinere, bis etwa 30 cm hohe Ballenpflanzen solcher Holzarten, die nicht schon von der ersten Jugend an eine Pfahlwurzelreiben, lassen sich auf steinfreiem, bindigem, leicht erastem Boden nach dem mehrgenannten Waldbauwerke am besten mit dem von C. Heher konstruierten, äußerst praktischen, bekannten Hohlbohrer ausheben, und die so gewonnenen Ballenpflanzen in mit demselben Instrumente von gleicher Bohrerweite hergestellte Pflanzlöcher einsetzen. Diese Pflanzmethode ist wegen ihrer hervorragenden Sicherheit und Billigkeit sehr zu empfehlen; um letztere zu erreichen, darf aber die untere Weite der Bohrer nicht unnötig groß gewählt werden. In jenem Werke wird darüber (I. Bd., S. 331) gesagt: „Für die kleinsten Setzlinge genügen Bohrer von 4—5 cm unterem Durchmesser; für mittelgroße müssen Bohrer von 6—8 cm und für die größten von 9—13 cm unterer Weite gewählt werden, damit die Enden der Faserwurzeln beim Ausheben der Pflanzballen nicht abgeschnitten werden.“

Auch der neuerdings von Janja erfundene, dort (II. Bd., S. 52) beschriebene „Patent-Hohlbohrer“ wäre zu erproben.

Da, wo sich Pflanzen zwar mit dem Hohlbohrer ausheben, aber wegen zu lockeren oder steinigem Bodens mit demselben Werkzeuge nicht auch die Pflanzlöcher anfertigen lassen, kann man die ausgebohrten Ballenpflanzen in mit der Hacke hergestellte Löcher einsetzen, was immerhin noch verhältnismäßig billige und sichere Kulturen ergibt. Steigende Böden erhöhen natürlich durch Erschwerung des Löchermachens und das Herbeischaffen von Pflanzerde die Kosten.

Um kleine Pflanzen mit Pfahlwurzel — besonders Eichen —, die sich selbstverständlich mit Hohlbohrern nicht ausheben lassen, doch für bestimmte Verwendungszwecke mit Ballen ausbohren und, ähnlich wie beim Hohlbohrer, in mit demselben Instrumente angefertigte Pflanzlöcher einsetzen zu können, hat Cb. Heher, wie bekannt, in sinnreicher Weise einen Regelbohrer konstruiert, der regel-

förmige Pflanzballen liefert und dadurch an Transportkosten spart.

Der Regelbohrer wird von seinem Erfinder besonders zur billigen und sicheren Vervollständigung besamter, aber lückiger Buchen-Samenschläge empfohlen, und zwar auch zu Sommerpflanzungen.¹⁾

Das Instrument ist aber auch zur billigen Herstellung der Pflanzlöcher für 2—3 jährige ballenlose Fichten auf bindigem, stein- und ziemlich wurzelfreiem Boden sehr geeignet. Zum Einpflanzen dient auf der Kulturstelle bereitete Füllerde, sowie auch der zerkleinerte Lochballen.

Die Anwendung der sogen. Gerätemethoden bei der Pflanzung kleiner ballenloser Setzlinge auf geeignetem Boden und des 4—5 cm weiten Hohlbohrers bei kleinsten Ballenpflanzen, wo solcher angebracht ist, steht zur erheblich kostspieligeren Hackenpflanzung etwa in dem Verhältnis von billiger Maschinen- zu teurerer Handarbeit und verdient entschieden Förderung.

Bezüglich der früher sehr gebräuchlichen Fichten-Büschelpflanzung — hervorgegangen durch Entnahme der 2—3 jährigen Pflanzen aus damals sehr dicht besäeten Rillen der Saatkämpfe — möchte ich Folgendes bemerken:

Die Vorteile der Methode lagen hauptsächlich in der Ersparung von Nachbesserungen, im gegenseitigen Schutze der Büschelpflanzen, in den geringeren Beschädigungen der mittleren Pflanzen des Büschels durch Verbeißen vom Weidevieh und Wilde, in der Nichtanwendung der Verschulung u. a.

Diesen Vorteilen standen aber die bekannten bedeutsamen Nachteile gegenüber, von denen hier nur der geringere Widerstand der aus Büschelpflanzung hervorgegangenen Bestände gegen Schneedruck, sowie das, die Kuchholzqualität schädigende Zusammenwachsen der Büschelstämmchen in deren unterem Teile, zuweilen auch noch höher hinauf, zu einem unförmlichen Stamme, erwähnt sein mögen.

Infolge der mancherlei Nachteile ist die Fichten-Büschelpflanzung sehr zurückgedrängt und durch die naturgemäße Pflanzung mit kräftigen, verschulten, gutbewurzelten Einzelpflanzen ersetzt.

¹⁾ Näheres s. das gen. Waldbauwerk, I. Bd., S. 332. Auf manchen lockeren, berauten Bodenstellen findet sich in obigen Buchen-Schlägen oft auch neben kleinen flachwurzelnenden Pflanzen eine Anzahl mit Pfahlwurzel versehener, die sich natürlich nicht mit dem Hohlbohrer, wohl aber meist mit dem Regelbohrer mit Ballen ausheben lassen.

Nur in höheren Gebirgslagen könnte die wohlfeile Büschelpflanzung (3, höchstens 5 Pflanzen im Büschel) insofern günstig wirken, als die Pflanzen eines Büschels sich gegenseitig gegen schädliche atmosphärische Einflüsse schützen und so das Anwachsen erleichtern, ferner würden auch die Stämmchen in der Mitte des Büschels weniger durch Verbeißen leiden.

Unter geeigneten Bodenverhältnissen könnten die Pflanzlöcher sowohl für 2—3 jährige Büschel-, als für ebenso alte unverschulte Einzelpflanzen mit dem Regelbohrer, dem Niederstadtchen Robeeisen oder dem Neurath'schen Pflanzeisen — mit den beiden letzteren Werkzeugen besonders auf etwas steinigem Boden — hergestellt werden, also billiger als mit der Hacke.

Auf lockerem Boden könnten auch die billigen Gerätemethoden und auf steinfreiem bindendem Boden der Heyer'sche Hohlbohrer oder der Jansche Patentbohrer in wohlfeiler Weise Anwendung finden.

Bei dem ausgebreiteteren guten Wurzelsystem, wie es sich bei verschulter Einzelpflanzung findet, kann für diese meistens nur die Hacke zum Böchermachen benutzt werden, ebenso auf steinigem Boden sowohl bei Einzel-, als bei Büschelpflanzung.

Übrigens könnte der entschieden unnatürliche kraußörmige Pflanzenstand im Büschel dadurch wesentlich verbessert werden, daß man, wie von mir bereits vor langen Jahren vorgeschlagen, auf mit der Hacke gelockerte 30—45 cm im Quadrat große Platten versuchsweise 5 Stück 2 jährige Fichten aus verdünnten Saatbeeten in etwa 15 cm Entfernung von einander in Form eines stehenden Kreuzes oder 3 Stück in Form eines gleichseitigen Dreiecks in derselben Entfernung mit dem bekannten Pflanzger, ähnlich wie bei Verschulungen, einsetzte. Am raschesten würde das Eindringen der Pflanzlöcher mit einem hölzernen Pflanzkreuz oder Pflanzdreieck geschehen, die in der gewünschten Pflanzform und Pflanzweite mit kegelförmigen Zapfen versehen sind. Man würde bei einem solchen Verfahren bis zu einem gewissen Grade die Vorteile von Einzel- und Büschelpflanzung vereinigen, ohne die Nachteile der letzteren mit in Kauf nehmen zu müssen.

Der durchschnittliche Kostenaufwand der Plattenpflanzung dürfte sich, der Einzel- und Büschelpflanzung gegenüber, bei einer Entfernung der Platten von einander von etwa 1,8 m □ oder

1,8
2,5 m — von Mitte zu Mitte gerechnet — nicht ungünstig stellen.¹⁾

Ähnlich wie bei der gewöhnlichen Büschelpflanzung würden auch bei der Plattenpflanzung Nachbesserungen fast vollständig ausgeschlossen sein, und der Mehrverbrauch an Pflanzgeräten bei letzterer Methode nicht ins Gewicht fallen, da jene direkt, wie bei der Büschelpflanzung, aus dem Saatbeet in's Freie versetzt werden.

Vergleichende Versuche mit der Platten-, Einzel- und Büschelpflanzung würden darüber entscheiden müssen, ob erstere empfehlenswerter ist.²⁾

Die für kleinere sowohl wie für größere Pflanzen anwendbare, bekannte, vorzügliche v. Mantouffelsche Hügelpflanzung kann wegen der im Verhältnis zur gewöhnlichen Lochpflanzung merklich höheren Kosten hauptsächlich nur für Kies- und sehr bindige Böden in Frage kommen, und zwar nur dann, wenn auf der Kulturfäche oder in deren unmittelbarer Nähe sich Rasenplaggen zum Decken der Hügel gewinnen lassen (aufzuforstende alte Waldwiesen und Weideflächen). Auf nassem Boden macht die Methode aber nicht etwa eine vorherige Entwässerung unnötig.

Zum Vergleich mit dieser Hügelpflanzung wäre auf den für letztere geeigneten Flächen die in dem erwähnten Waldbauwerke (I. Bd., S. 365) beschriebene „Rasenhügelpflanzung“ anzuwenden, bei der im Herbst neben der Pflanzstelle abgeschälte Rasenplaggen auf jene gelegt werden, die Rasenseite nach unten, so daß ein Doppelrasen entsteht. Im folgenden Frühjahr werden mit einem, mit eiserner Spitze und Tritteisen versehenen Sechspfad Löcher durch den Doppelrasen gestoßen und in diese die Pflänzchen (zwei jährige Nadelhölzer oder einjährige Eichen) eingesetzt.

Versuchsweise könnten diese Pflanzlöcher auch mit dem Regelbohrer oder dem Niederstadt'schen Robeeisen angefertigt werden.

Die v. Mantouffelsche Hügelpflanzung wäre bezüglich der Kosten und des Erfolges mit der Rasenhügelpflanzung,

¹⁾ Bei der Drei-Plattenpflanzung würde man die Platten 30 cm □ groß und ihre Entfernung, von Mitte zu Mitte, 1,2 m oder 1,5 m □ wählen können.

²⁾ Die Plattenpflanzung ist von mir im Oktoberheft d. Bl. von 1863, S. 395, und im Oktoberheft d. Bl. v. 1872, S. 325, beschrieben. Ferner s. Heyer-Hef, Waldbau, II. Bd., S. 132.

ob diese beiden Methoden mit der gewöhnlichen Pflanzung, bei der die Pflanzlöcher mit der Hacke oder dem Regelbohrer oder dem Niederstadtschen Rodeseisen oder dem Neurathschen Pflanzzeisen in gleicher Ortschaft hergestellt werden, in Vergleich zu stellen, um zu erkunden, der vielleicht bessere Erfolg der v. Mantouffelschen Hügelpflanzung deren höhere Kosten auch nicht, oder ob durch Anwendung der anderen Methoden bei genügendem Erfolge Einsparungen erzielt werden könnten.

7. Zu einer möglichst billigen Ausführung der Pflanzungen trägt natürlich auch eine richtige Auswahl der für die einzelnen Verrichtungen geeigneten Arbeiter bei:

Für leichtere Arbeiten, z. B. bei den Erntemethoden auf lockerem Boden, bei der Lockerung von Pflanzstellen auf ziemlich steinigem Boden, bei dem Ausheben von Pflanzlöchern mit Spaten oder Hacke auf solchem Boden, bei dem Einsetzen kleiner oder größerer Pflanzen die mit letzteren beiden Werkzeugen angefertigten Pflanzlöcher — bei größeren Laubholzplantagen und -Heistern in bekannter Weise in Gemeinschaft mit Männern —, beim Umlegen der ausgepflanzten Setzlinge mit abgeschälten Rasenplaggen — die Rasenseite nach unten —, ferner beim Durchhacken steinfreier, humoser Bodenstellen auf der Kulturfläche oder in deren Nähe hufsch Gewinnung von Pflanzerde, sind vorzüglich Frauen und kräftige, über 14 Jahre alte Knaben und Mädchen zu verwenden.

Auch kann das Ausheben kleiner Ballenpflanzen mit etwa nur 4—5 cm weiten Hohlbohrern und das Einsetzen solcher Pflanzen mit den gleichweiten Bohrern hergestellte Pflanzlöcher von diesen Personen ausgeführt werden, die selbstverständlich weit geringere Löhne als die Männer beziehen und sich leichter bücken können; auch zeigen Frauen und Mädchen für manche Arbeiten, namentlich für das Einpflanzen ballenloser Setzlinge, besonderes Geschick.

Alle beschwerlicheren Arbeiten, wie z. B. das Anfertigen von Pflanzlöchern mit der Hacke auf einem steinigem oder stark durchwurzeltem Boden, sowie das Ausbohren von Ballenpflanzen mit weiteren Hohlbohrern und mit dem Regelbohrer, ferner das Lößermachen mit diesen Instrumenten für die mit ihnen ausgepflanzten Ballenpflanzen, ferner die Herstellung von Pflanzlöchern für kleine ballenlose Setzlinge mit dem Regelbohrer, dem Niederstadtschen Rodeseisen und dem Neurathschen Pflanzzeisen, das Ausheben von Laubholz-Heistern mittels

Rodeseisens u. a. m., können nur von Männern ausgeführt werden; auch solche Verrichtungen die ein größeres Verständnis nötig machen, wie z. B. das Beschneiden der Pflanzen u. a.

Eine gewisse Geschicklichkeit der Frauen erfordert das Einsetzen kleiner und etwas größerer ballenloser Pflanzen in mit der Hacke angefertigte Lösser, sowie bei Männern die Handhabung des Regelbohrers, des Neurathschen Pflanzzeisens und des Rodeseisens (Stoßpatens), ferner das Plaggenhauen für die v. Mantouffelsche Hügelpflanzung u. a. m.

Bei manchen anstrengenden Kulturarbeiten für Frauen, z. B. bei dem Herausheben von durch Bodenlockerung gewonnener Pflanzerde mittels Tragkiepen aus etwas weitem Entfernungen nach der Kulturstelle, namentlich aus Tälern an Berghänge, hat der Aufseher dafür zu sorgen, daß ein angemessener Personenwechsel stattfindet und schwerere mit leichteren Arbeiten abwechseln.

Soweit tunlich, sind aber bestimmte Verrichtungen bei den Pflanzungen durch die gleichen Personen auszuführen, die sich dabei eine größere Geschicklichkeit zu erwerben und daher rascher sowie billiger zu arbeiten vermögen.

Während der Dauer des gegenwärtigen Krieges kann nun allerdings die Auswahl unter den Kulturarbeitern meistens nur eine beschränkte sein, und müssen manche dergl. Arbeiten, die naturgemäß eigentlich nur für Männer geeignet sind, wenn möglich von weiblichen Personen ausgeführt werden, wie das ja auch in vielen anderen Fällen sich längst als notwendig herausgestellt hat.

8. Eine weitere Kostenersparung bei den Pflanzungen und ihren Vorbereitungen wird dadurch erreicht, daß manche dabei vorkommende Arbeiten nicht im Tagelohn, sondern in dem billigeren Akkord ausgeführt werden. Letzterer ist aber natürlich nur für diejenigen Arbeiten zulässig, „deren Güte auch nach dem Vollzuge noch kontrollierbar ist. Hierher gehören: Bodenbearbeitung in Forstgärten, Herstellung von Gräben oder Umfriedigungen, Pflanzen-Transport oder -Beschnitt, Ausheben von Lössern mit einem Erdbohrer, dem Hohl- oder Regelbohrer u.“ Auch das Abschälen von Rasenplaggen zur v. Mantouffelschen Hügelpflanzung könnte hierher gezählt werden. „Im allgemeinen hat aber der Akkord bei den eigentlichen Pflanzarbeiten ein beschränktes Feld.“¹⁾

¹⁾ S. das gen. Waldbauwert, I. Bd., S. 369.

9. Ferner trägt es zur Verbilligung der Pflanzungen bei, wenn alle zugehörigen Arbeiten, behufs Vermeidung von Stockungen, gut ineinander greifen; zu jeder besonderen Berrichtung ist die gerade ausreichende Anzahl der geeignetsten Personen zu bestimmen — nicht mehr und nicht weniger —. Es erfordert das für größere Kulturen einen umsichtigen Aufseher, der sich die nötigen Erfahrungen darüber aber schon in den ersten Tagen der Kulturausführung erwerben wird.

Selbstverständlich muß er auch Sorge tragen, daß stets das ausreichende, sorgfältig eingeschlagene Pflanzmaterial auf der Kulturfläche so verteilt wird, daß es bequem zum Einpflanzen herangebracht werden kann.

Die Arbeiter sind der leichteren Beaufsichtigung wegen möglichst zusammenzuhalten und nicht zu verzetteln.

Ist das Lössermachen und Einpflanzen, wie namentlich bei allen etwas größeren und größten Pflanzen, durch gesonderte Arbeiter auszuführen, so müssen die Pfläner bezw. Pflänerinnen den Lössermachern rasch folgen, damit ein Austrocknen der Pflanzlöcher verhütet und daher Nachbesserungen auch so möglichst vermieden werden.

10. Daß überhaupt alle zur Pflanzung nötigen Arbeiten mit Sorgfalt ausgeführt werden müssen, versteht sich von selbst; es können in erster Linie schon hierdurch Nachbesserungen und deren Kosten auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Schon das beständige Frischhalten der Wurzeln ballenloser Pflanzen sofort nach deren Ausheben, ferner beim Transport nach der Kulturstelle, beim Beschneiden und beim Einpflanzen, in bekannter Weise, ist von großer Bedeutung für den Erfolg.

11. An trockenen, flachgründigen oder steinigten Berghängen empfiehlt sich, um das Regentwasser den Pflanzen vollständiger zugut kommen zu lassen, dessen Zurückhaltung durch Herstellung kleiner Erdwälle am unteren Rande der Pflanzlöcher, neben Zuführung von Füllerde; es wird dadurch sehr an Nachbesserungskosten gespart und das Wachstum der Pflanzen gefördert.

12. Bei der Pflanzung größerer, ballenloser, unverschulter Laubholz-Geßlinge — namentlich solcher aus natürlichen Verjüngungen und Freisaaten —, die oft nach dem Ausheben eine ungenügende Wurzelmenge aufweisen, erscheint es notwendig, die wasserverdunstenden Organe, also die künftigen Blätter, durch stärkeres Beschneiden der Krone — aber nicht etwa durch Aufschneitelung — ange-

messen zu vermindern (Pyramidenschritt) und so ein besseres Anwachsen herbeizuführen, sowie Pflanzenverluste mehr zu vermeiden.)

13. Weiter können Nachbesserungen und deren Kosten durch den Schutz der Pflanzungen gegen von Tieren (Wild, Mäuse, Insekten) und Pilzen verursachte Beschädigungen vermindert werden; ebenso durch Schutz gegen schädliche atmosphärische Einwirkungen, besonders gegen Hitze und austrocknende Winde (Vorbeugung durch Verwendung tief bewurzelter, kräftiger, verschulter Pflanzen, Ballenpflanzung, Bedecken der Pflanzstellen mit Rasenplaggen oder Steinen, Einbringen von Kiefernreißig als Bodenbede zwischen die Reihen der Kiefern-Pflanzungen auf trockenerem Sandboden (nach Schwappach u. a. m.).

14. Sollte eine wesentliche Beschränkung der Kulturmittel angewendet werden müssen, so könnten selbstverständlich nur die dringendsten Kulturen zur Ausführung gelangen. Zu diesen gehören in erster Linie die Nachbesserungen von Saaten und Pflanzungen, die Ausbesserungen von Lücken in den natürlichen Verjüngungen und der Einbau von Nutholzarten in letztere.

Durch zeitige Ausführung solcher Pflanzungen macht man, wie bereits bei 4 und 5 erwähnt, die kostspieligere und meist weniger sichere Verwendung größerer Pflanzen unnötig.

Darauf erst folgen die Blößen- und Odlandkulturen, soweit noch Mittel für das betr. Jahr zur Verfügung stehen sollten. Von den hierbei in Betracht kommenden Flächen wäre mit der Aufforstung bei denjenigen anzufangen, welche eine Ausmagerung oder auch eine Verwilderung des Bodens durch Unkräuter befürchten lassen und wo daher eine baldige Bodenbedeckung notwendig erscheint.

„Bei dem Anbau ausgedehnter Blößen berücksichtige man die künftige Stiebsfolge, beginne nämlich mit dem Anbau da, wo künftig der Bestand zuerst angehauen werden soll, und setze ihn nach der entgegengesetzten Himmelsgegend hin fort.“²⁾

Bemerken möchte ich noch, daß selbstredend feuchte Witterung im Frühjahr und Sommer das An- und Fortwachsen der Pflanzungen, wie überhaupt aller Kulturen, ungemein begünstigt, so daß erheblich an Nachbesserungskosten gespart

¹⁾ Ich darf mir wohl erlauben, bezüglich der Punkte 10 und 11 auf meinen Artikel im März-Heft d. Bl. v. 1917 mit der Überschrift: „Über Zuführung und sparsame Verwendung der Feuchtigkeit in den Holzpflanzen“ zu verweisen.

²⁾ Heyer-Hef, Waldbau, I. Bd., S. 108.

rb. Das Gegenteil hat uns der außerordentlich
dene Sommer des Jahres 1911 bewiesen, be-
ders bei den flachwurzelnenden Holzarten und
f trockenem Boden.

Ich komme zum Schluß meiner Arbeit.

Wenn ich in derselben auch nichts Neues bieten
unte, so dürfte es doch vielleicht nicht überflüssig
heinen, den einen oder anderen Fachgenossen
einer Prüfung seines Pflanzbetriebes dahin
veranlassen, ob Kosten und Erfolg im richtigen
rhältnis stehen, oder ob und wo Einsparungen
ermöglichen sind, die sich allerdings etwa hier
b da erst noch auf die Ergebnisse vergleichender
rsuche gründen müßten.

arstellung des Verhaltens der Holz- arten zum Wasser.

Von Dr. phil. Anderlind.

(Fortsetzung des Aufsatzes im Juli-Heft 1918.)

8. Die Fichte (*Picea excelsa* Link).

Die Fichte gedeiht in den Niederungen und
enen des mittleren Europa auf kräftigem, frischem
feuchtem Boden vortrefflich, verdiente daher
den Wasserwäldern Berücksichtigung, falls
ese Holzart eine geraume Zeit
ihrende Wasserbede ertrüge.
Hierüber gehen die Urteile der Forstmänner
einander.

Zuerst will ich die ungünstigen, sodann
günstigen Urteile der forstwissenschaft-
en Schriftsteller anführen, soweit mir deren
eile bekannt geworden sind.

Pfeil¹⁾ sagt, daß die Fichte auf nassem,
erem Boden nicht gedeihe.

Th. Hartig²⁾ schreibt, daß die Fichten-
ände auf allen sehr konsistenten Bodenarten
ie auf feuchtem, fruchtbarem Sandboden
ch Rotfäule gefährdet seien und kein hohes
er erreichen.

Dieser Ausspruch Th. Hartigs hat nahezu
rtlich Aufnahme gefunden in der Forstbotanik
u Döbner-Mobbe.³⁾ Weitere Angaben
er das Verhalten der Fichte zur Bodenfeuchte
ben sich nicht in dieser Schrift.

Ausführlicher als in seiner oben angeführten
chrift spricht sich Pfeil über das Verhalten

der Fichte zum Wasser in einem nach seinem Tode
erschiedenen Buche¹⁾ aus, welches Pfeil selbst
als einen Auszug aus seinen zahlreichen Schriften
bezeichnet. Die Fichte, heißt es dort, komme zwar
noch vor auf nicht zu nassem Bruchboden jeder
Art, in den Gebirgen selbst auf den Torfbrüchen,
wache aber auf letzteren dann schlecht, wenn sie
zu naß sind, Säuren enthalten und wenn die Pflan-
zenfaser der Torfgewächse noch wenig verwittert
sei. Die Fichte wache hier oft bloß noch strauch-
artig, erreiche immer nur eine sehr geringe Stärke
und Höhe und werde frühzeitig gipfelförmig.

Auch Jäger²⁾, Burckhardt³⁾, Heß⁴⁾
Gaher⁵⁾ und Männel⁶⁾ behaupten, daß die
Fichte auf nassem, saurem Boden nicht gedeihe.
Männel hat beobachtet, daß säurereiches Moor-
wasser das Absterben ganzer Bestände bewirkt.

Mit dem Ausspruche Heß⁷⁾, daß die Fichte
auf nassem, saurem Boden nicht gedeihe, läßt
sich der bald danach von dem Genannten nieder-
geschriebene Satz nicht recht vereinbaren, daß flache
Wurzelwerk der Fichte wirke drainierend. Ist dies
richtig, dann läßt sich nicht recht einsehen, warum
die Fichte hier nicht am Plage sein sollte. Sie
würde sich von einem übertriebenen Feuchtigkeits-
maße des Bodens selbst befreien können.

Wie die Vorgenannten, so hat wohl auch Es-
linger nassem, sauren Boden bei seiner
Mitteilung im Auge, daß im Bientwalde (Rhein-
pfalz) die Fichte ziemlich allgemein als eine Holz-
art gelte, welche nasse Bodenstellen entschieden
meide. Bei Nässe habe sich in aus Fichte und Kiefer
bestehenden Pflanzungen die Fichte dort ebenso
wie im Gebrüch bei Landstuhl weniger wider-
standsfähig gezeigt als die Kiefer.

Und wie bei der Mitteilung Eslingers,
so hat man wohl auch bei dem Ausspruche Hem-
pels und Wilhelm⁸⁾, daß die Fichte auf
völlig durchnäßtem und sich daher der Einwirkung

¹⁾ W. Pfeil, Die deutsche Holzzucht. 1860. S. 469 ff.,
S. 490.

²⁾ J. Ph. E. R. Jäger, Das Forstkulturwesen, 2. Aufl.
1865. S. 53.

³⁾ Burckhardt, Säen und Pflanzen. 3. Aufl. 1867.
S. 416.

⁴⁾ R. Heß, Die Eigenschaften und das forstliche Ver-
halten der wichtigeren in Deutschland vorkommenden Holz-
arten. 1883. S. 124.

⁵⁾ R. Gaher, Der Waldbau. 4. Aufl. 1898. S. 54.

⁶⁾ Männel, Die Moore des Erzgebirges und ihre
forstwirtschaftliche und nationalökonomische Bedeutung mit
besonderer Berücksichtigung des sächsischen Anteils, Forst-
lich Naturwissenschaftliche Zeitschrift. 1896. S. 378 f.

⁷⁾ R. Heß a. a. O. S. 239.

⁸⁾ G. Hempel und R. Wilhelm, Die Bäume und
Sträucher des Waldes. I. Abteilung. (Vorwort ist 1889 ge-
schrieben. S. 67.)

¹⁾ W. Pfeil, Neue vollständige Anleitung zur Be-
düngung, Benutzung und Schätzung der Forsten. 3. Aus-
gabe, 2. Abteilung: Holzkenntnis und Holzerziehung. 1839.
S. 148, 153.

²⁾ Theodor Hartig, Vollständige Naturgeschichte
forstl. Kulturpflanzen Deutschlands. 1840. S. 20.

³⁾ Döbner's Botanik für Forstmänner. 4. Aufl. von
Fiedr. Mobbe. 1882. S. 442.

der Luft verschließendem Boden nicht gedeihe sowie bei dem Ausspruche v. Tubeuf¹⁾, daß diese Holzart gegen stehende Nässe empfindlich sei und auf nassen Böden nicht wachse, an nasse, saure Böden zu denken.

In Betreff des Verhaltens der Fichte gegen Überschwemmungen, so berichtet der Fürstl. Trachenbergische Forstmeister Bur²⁾, daß da, wo man mit dem Anbau der Fichte in den Überschwemmungsgebieten der Bartsch, Horle und Schäfte (Reg.-Bez. Breslau) zu weit gegangen sei, in den letzten Jahren, namentlich durch die Überschwemmungen im August und September 1854, beträchtliche Verluste entstanden seien. Man räume daher der Eiche und Erle diese Örtlichkeiten wieder ein. Es will mir aber scheinen, man habe die Fichte auch auf Senken angebaut, wo das Wasser nach Ablauf der eigentlichen, damals auf einige Wochen sich erstreckenden Flut noch geraume Zeit zu stehen pflegt, sodaß die Fichtenzurzel den Wirkungen des Wassers übertrieben lange ausgesetzt waren.

Pfeil³⁾ schreibt, die Fichte ertrage abwechselnde Nässe und Trockenheit so wenig als wirkliche Überschwemmungen, weshalb man diese Holzart auch in solchen ausgesetzten Flusstälern nicht finde.

Noch eine ganze Anzahl namhafter forstwissenschaftlicher Schriftsteller schreiben der Fichte eine geringe Widerstandsfähigkeit gegen Überschwemmungen zu. Ich nenne Jäger⁴⁾, Mörbinger⁵⁾, Burdhardt⁶⁾, Mey⁷⁾, Borggreve⁸⁾, Weise⁹⁾, Ham¹⁰⁾ und Heß¹¹⁾.

Ist aber Mörbinger, welcher offenbar eigene Wahrnehmungen über das Verhalten der Fichte zu Überschwemmungen nicht gemacht hat, in dieser Beziehung zweifelhaft, indem er schreibt,

¹⁾ Karl Freiherr v. Tubeuf, Die Nadelhölzer. 1897. S. 50.

²⁾ Bur^o, Beschreibung der zum Fürstentum Trachenberg gehörigen Forsten, Verhandlungen des Schlesischen Forstvereins 1857. S. 245.

³⁾ W. Pfeil, Die deutsche Holzzucht. 1860. S. 471.

⁴⁾ J. P. H. E. L. Jäger, Das Forstkulturwesen. 2. Aufl. 1865. S. 43.

⁵⁾ Mörbinger, Deutsche Forstbotanik. 2. Bd. 1876. S. 43.

⁶⁾ Burdhardt, Säen und Pflanzen. 5. Aufl. 1880. S. 240.

⁷⁾ E. E. Mey, Die Lehre vom Waldbau. 1885. S. 91.

⁸⁾ B. Borggreve, Die Holzzucht. 2. Aufl. 1891. S. 62, 76.

⁹⁾ Weise, Leitfaden für den Waldbau. 2. Aufl. 1894. S. 201.

¹⁰⁾ J. Ham, Der Ausschlagwald. 1896. S. 60.

¹¹⁾ H. Heß, Die Eigenschaften und das forstliche Verhalten der wichtigeren in Deutschland vorkommenden Holzarten. 3. Aufl. 1905. S. 242.

daß die Fichte für Überschwemmungsboden der Flusstäler nicht geeignet sein solle, so lauten die Urteile Borggreves, Weises und Heß bestimmt. Die drei Schriftsteller halten die Fichte in der bezeichneten Richtung für minderbewertig. Borggreve sagt: „Die Tanne ist unfähig, Überschwemmungen zu ertragen, was auch für alle sonstigen einheimischen Nadelholzarten gilt.“ Bezüglich der Fichte spricht sich der Genannte jedoch dahin aus, daß sie erst durch anhaltende Überschwemmungen getötet werde. Weise spricht der Fichte die Befähigung Überschwemmungen zu ertragen völlig ab, indem er behauptet, diese Holzart erliege ihnen, wenn sie auch nur kurze Zeit währen. Kurz und bündig ist das Urteil Heß' über die Fichte: „Überschwemmungen verträgt sie nicht.“

Ich wende mich nun zur Mitteilung der von einer Anzahl forstwissenschaftlicher Schriftsteller über die Widerstandsfähigkeit der Fichte gegen Wasser veröffentlichten mehr oder weniger günstigen Urteile.

Nach Cotta¹⁾ gedeiht die Fichte auf saurem Moorboden zuweilen noch sehr gut. H. v. Cotta²⁾, der Enkel H. v. Cottas, spricht der Fichte auf Moor- und Torfbrüchen der Gebirge sogar allgemein ein noch recht gutes Gedeihen zu. Das Urteil des Enkels ist mithin für die Widerstandsfähigkeit der Fichte gegen Wasser noch günstiger als dasjenige seines Großvaters.

Sehr beachtenswert ist das Urteil Mörbinger³⁾, welches lautet, die Fichte liebe nicht nur Feuchtigkeit des Erdreichs, sondern wachse sogar, ohne der Notfäule zu verfallen, auf saurem und torfigem Boden, welchen sie bessere.

Burdhardt, welcher früher die Ansicht ausgesprochen hat, die Fichte sei gegen nassen, sauren Boden nicht widerstandsfähig, hat sein Urteil in neuerer Zeit geändert und zwar so, daß er sich demjenigen H. v. Cottas nähert. Burdhardt⁴⁾ schreibt nämlich, daß haubare, starkstämmige, gesunde Fichtenbestände auf sehr tiefem Bruchmoor vorkommen und hier einen hohen Grad von Feuchtigkeit ertragen, indem

¹⁾ H. Cotta, Anweisung zum Waldbau. 5. Aufl., mit von H. Cotta gebilligten Verbesserungen, von seinem Sohne August Cotta. 1835. S. 186.

²⁾ Heinrich Cottas Anweisung zum Waldbau. 9. Aufl. Herausgegeben von (H. Cottas Enkel) Heinrich v. Cotta. 1865. S. 58.

³⁾ Mörbinger, Deutsche Forstbotanik. 2. Bd. 1876. S. 432.

⁴⁾ Burdhardt, Säen und Pflanzen. 5. Aufl. 1880. S. 218, 240.

die Wurzeln, die Moorschicht meidend, sehr weit in der Bodenoberfläche fortstreichen, daß aber die Fichtenbestände gegen Überslutung sich weniger gut behaupten als Kiefernbestände.

v. F i s c h b a c h¹⁾ betont die Vorliebe der Fichte für frischen und feuchten Boden und ihr noch gutes Gedeihen auf nassen, selbst saueren Böden. Fürst²⁾ richtet sich dahin aus, daß die Fichte selbst auf sehr nuchtem Boden noch zu gedeihen vermöge, hier doch sehr häufig Rotfäule zeige. Mit dieser Bemerkung steht Fürst im Gegensatz zu den kurz vorher angeführten Aussprüchen Burckhardt's und Nordlinger's.

Die Beobachtung des Forstmeisters R. P r e s s e r zu Stetteldorf in der österreichischen Donau-Region, daß einjährige Fichtenpflanzen eines Saateinsatzes dem Hochwasser der Donau im September 1890, durch welches die Pflanzen volle 8 Tage wasserhoch überflutet wurden, aufs beste widerstanden haben, wurde in der die Kiefer betreffenden Darstellung ausführlich berücksichtigt.

Nach M. W i l l k o m m³⁾ verträgt die Fichte viel Bodenfeuchtigkeit, wie ihr herrliches Gedeihen in den sumpfigen Flußniederungen und in den Sümpfen der baltischen Provinzen und Russlands beweist.⁴⁾ Die Fichten finden sich hier oft im Gemenge mit wasserfesten Holzarten als Eichen, Kiefern, Aspen, Schwarzerlen. Für das Wachstum der Fichte sei bindiger Boden ein Hemmnis, doch mehr von stehendem Wasser durchdrungener Torfboden, auf welchem sie nur ein kümmerliches Dasein friste.

B o r g g r e v e⁵⁾ welcher, wie ich oben mitgeteilt habe, die Fichte nicht für gefeit hält, anhaltenden Überschwemmungen zu widerstehen, schreibt ihr dagegen einen bemerkenswerten Grad von Widerstandsfähigkeit gegen stehende Nässe zu, welche sie nächst Erle, Birke und Kiefer am besten vertrage.

Die Befähigung der Fichte, auf nassem Boden zu kommen, wird auch durch eine Beobachtung

P o h l e⁶⁾ bekundet. Danach bestockt die Fichte gemeinsam mit der Sibirischen Zirbe bei Oranetz an der Petschora (in den Vorbergen des nördlichen Ural) sumpfigen, tonigen, unter hoher Humusschicht kaltgründigen, schlecht durchlüfteten Boden.

Schließlich möge eine Wahrnehmung des Mit-herausgebers dieser Zeitschrift, W e b e r⁷⁾ hier Platz finden. Danach kommt von den beiden wertvollsten Holzarten des nordlitauischen Waldes, Fichte und Kiefer, erstere hauptsächlich auf den bindigen und feuchten Lehms- und Tonböden des westlichen Teiles Nordlitauens vor, während die Kiefer vorzugsweise die sandigen, trockenen und lockeren Böden des östlichen Teiles bestockt.

Bemerkt sei noch, daß die Widerstandsfähigkeit der Fichte gegen nassen, saueren Boden betonenden forstwissenschaftlichen Schriftsteller meist nichts erwähnen über das Verhalten der Fichte zu Überschwemmungen.

Die vorstehend zusammengestellten Urteile, Aussprüche und Beobachtungen einer Anzahl forstwissenschaftlicher Schriftsteller und Botaniker über das Verhalten der Fichte zur Nässe des Bodens weichen weit voneinander ab. Nur darin stimmen alle, welche ein Urteil über das Verhalten der Fichte zu Überschwemmungen abgegeben haben, überein, daß dieselbe nicht befähigt sei, ihnen geraume oder selbst kurze Zeit zu widerstehen.

Aus den erheblich voneinander abweichenden Urteilen der Schriftsteller über das Verhalten der Fichte gegen stehende Bodennässe vermag man das Maß der Widerstandsfähigkeit unserer Holzart gegen Bodenfeuchte nicht zu erkennen. Aber auch aus den übereinstimmenden, ein geringes Widerstandsvermögen der Fichte gegen Überschwemmungen bekundenden Angaben zahlreicher Autoren läßt sich ein zutreffendes Urteil über die Befähigung der Fichte einer Oberflächenwasserbedeckung zu widerstehen, nicht gewinnen, weil die Angaben der Schriftsteller sehr mangelhaft sind. Wir erfahren daraus nichts oder nichts Genaueres über die Art der Wasserbedeckung (Wurzels-, Gipfelwasserbedeckung), über die Dauer der Wasserbedeckung, über das Alter der betroffenen Fichten, über die manchmal durch das Flutwasser bewirkte Verschlammung junger Fichten, über die besonders durch fließendes Wasser oft herbeigeführte Verkrustung des Bodens, über das etwaige Vorkommen pflanzen-schädlicher Stoffe im Über-

¹⁾ C. v. F i s c h b a c h, Lehrbuch der Forstwissenschaft. 1. Aufl. 1886. S. 26.

²⁾ F. F ü r s t, Illustriertes Forst- und Jagdlexikon. 1888. S. 20.

³⁾ In der Allgemeinen Enzyklopädie der gesamten Forst- und Jagdwissenschaft von R. v. D o m b r o w s k i, fortgesetzt von A. v. G u t t e n b e r g und G. S e n s c h e l. 1891. S. 373 f.

⁴⁾ Vergl. auch M. W i l l k o m m, Forstliche Flora von Deutschland und Österreich. 2. Aufl. 1887. S. 93 und des genannten Schriftstellers Streifzüge durch die baltischen Provinzen 1872, S. 54, 86 f. und Aufsatz über die Nigaischen Abtörfen in der Allgem. Forst- und Jagdzeitung, Jahrgang 1872.

⁵⁾ B o r g g r e v e, Die Holzzucht. 2. Aufl. 1891. S. 76.

⁶⁾ R. P o h l e, Vegetationsbilder aus Nordrußland in den Vegetationsbildern von G. R a r t e n und S. S c h e n d. 5. Reihe, Heft 3 bis 5. 1907. Tafel 17.

⁷⁾ S. W e b e r, über die Waldverhältnisse Litauens, Allgem. Forst- und Jagdzeitung 1918. S. 6.

schwemmungswasser (aus gewissen Fabriken, Bergwerken, aus Aborten durch zu reichliche Sticksstoffzufuhr), über das Vorkommen von Wurzelverletzungen kurz vor oder während der Überschwemmungen und über die Jahreszeit, in welcher diese stattfanden. Ich mußte mir daher gutes Material über die in Rede stehenden Verhältnisse durch Befragen von Praktikern, welchen ein möglichst zuverlässiges Material in den bezeichneten Richtungen zu Gebote stand, sowie durch Anschauung und Beobachtung der von Bodennässe oder Überschwemmungen heimgesuchten Fichten an zweckmäßigen Standorten zu verschaffen suchen. Dies geschah in der Niederung der Weißen Elster (Oberförsterei Sckteubitz), im Donautal bei Ling, in den Niederungen der Isar, des Rheins, des in der Pfalz in diesen mündenden Queichflusses, ferner der Elbe und der in die Ober sich ergießenden Bartsch. Aus dem so gewonnenen Material läßt sich der Wasserfestigkeitsgrad der Fichte ziemlich genau bestimmen.

Zunächst möge das Ergebnis der Befragung des Königl. Preuß. Forstmeisters Herrn Westermeyer in Sckteubitz bei Leipzig hier angeführt werden, welcher die Dauer der Wasserbedeckung während der Vegetationszeit in seinem Forstrevier aufgrund im Archiv der Oberförsterei aufgefundenen und anderer Notizen bestimmt hat.

Vorher will ich etwas über den Standort der von den Überschwemmungen der Weißen Elster betroffenen Teile des Sckteubitzer Forstrevieres mitteilen. Ein großer Teil desselben ist zwischen der Weißen Elster und einem von diesem Flusse an der Spitze des Leipziger Palmengartens abgeleiteten ansehnlichen Wasserlaufe, der Luppe, gelegen. Diese fließt in einer etwa 1 bis 5 km betragenden Entfernung vom Hauptstrom und mündet in der Nähe von Merseburg, nördlich von dieser Stadt, in die Saale. Das zwischen beiden Wasserläufen gelegene flache, aus Wiesen und Wald bestehende Gelände wird häufig, mehr um die Zeit der Schneeschmelze, im Elster- und Erzgebirge als im Hochsommer, von Überflutungen heimgesucht. Das Gelände liegt im Sckteubitzer Forstrevier im Mittel nur ungefähr 80 m über der Nordsee und besteht aus dem Diluvium aufgelagertem Alluvium, tiefgründigem, fruchtbarem Flußlehm.

Nach den schriftlichen Angaben des Herrn Westermeyer währten die Überschwemmungen der Elster und Luppe im August 1858 etwa 10 Tage, im August 1860 8 Tage, Juli 1871 5 Tage, Mai 1874 7 Tage, August 1882 10 Tage. Die letzte Angabe vervollständigt Herr Westermeyer durch die Bemerkung, die zweite Hälfte dieses

Jahres werde als so naß, wie es seit 50 Jahren nicht vorgekommen sei, bezeichnet, sodaß in dieser Zeit sicher alle Senken voll Wasser gestanden haben werden. Im Mai 1887 9 Tage. 1889 ereignete sich ein überaus bedeutendes Frühjahrshochwasser, über welches Näheres nicht zu ermitteln war. Von der längsten Dauer sind offenbar die Überschwemmungen des Jahres 1898 gewesen. Vom Mai bis Juli trat 4 mal Hochwasser ein: Vom 8. bis 19. Mai, vom 29. Mai bis 10. Juni („sehr großes Hochwasser“), Mitte Juni und vom 10. bis 15. Juli. Da werden vom 8. Mai bis nach Mitte Juni die Senken nicht lange wasserfrei geworden sein. Dessen ungeachtet sind nach Mitteilung des Herrn Forstmeisters Westermeyer vom 13. August 1901, die 40- bis 60 jährigen Fichten in den Schutzbezirken Sckteubitz und Maßlau durch die Bodenwasserbedeckung nicht geschädigt worden. Neuere Angaben über die Dauer und Wirkung der Hochwässer der Elster stehen mir nicht zu Gebote.

Im Forstgarten des zur Herrschaft Trachenberg (Reg. Bez. Breslau) gehörigen Forstreviers Messigerode zeigte mir Herr Revierförster Muchel am 20. August 1898 eine Anzahl mit dreijährigen Fichten und Eschen besetzte Pflanzbeete, welche im Juli des nämlichen Jahres durch Zufall etwa 10 Tage lang von einer ungefähr 5 cm hohen Wasserbedeckung betroffen wurden. Die etwas fahle Farbe der Nadeln und Blätter einzelner Pflänzlinge bekundete, daß ihnen das Wasser, von welchem sie gerade in der Zeit ihrer stärksten Entwicklung heimgesucht wurden, einiges Unbehagen bereite. Indes war bis zum 20. August keine einzige Pflanze den Wirkungen des Stauwassers erlegen. Das Fahlwerden, welches von mir unter ähnlichen Verhältnissen, wie sie im Messigeroder Forstgarten bestanden, später wiederholt wahrgenommen worden ist, verschwindet im Laufe der Zeit allmählich vollständig, bei dreiwöchiger Wirkung sommerlichen Wasserstaues bisweilen erst nach Ablauf einiger Jahre.

Bei einem am 26. September 1898 in Begleitung des Herrn Unterförsters A. Gädzel in das Herzogl. Anhalt. Forstrevier Großkühnau bei Dessau unternommenen Ausflug kamen wir durch einen 0,25 ha großen sechs- bis achtjährigen Fichtenjungwuchs, welcher im August 1897 während eines Zeitraumes von 1 bis 2 Wochen von dem Hochwasser der Elbe größtenteils Gipfelwasserbedeckung erhalten hatte. Der Jungwuchs ist hierdurch nicht benachteiligt worden. Wohl zeigte er einige Mängel. Er war im Wachstum etwas zurückgeblieben. Die längsten Pflanzen hatten kaum ein Meter Höhe erreicht. Auch waren einige Pflanzen abgestorben oder im Absterben begriffen. Diese Erscheinungen sind jedoch nicht den Wirkungen

Wasserbede, sondern andern Einflüssen zuzuschreiben. Der Jungwuchs bestodt sterilen Flußkott. Außerdem waren die jungen Fichten an Verbeissen und Fegen durch Hehe, dem Mäusefraß und Grasswuchs in nicht geringem Maße ausgeht.

Daß aber junge Fichtenpflanzen in der Vegetationszeit noch viel länger im Wasser stehen können, die Schaden zu erleiden, geht aus zwei weiteren mir beobachteten Tatsachen hervor. Bei der ersten handelt es sich um eine hauptsächlich aus Stauwasser bestehende Gipfelwasserbede. Bei der andern, um eine aus stehendem Druckwasser bestehende Wurzelwasserbede.

In dem dem Herzogl. Anhalt. Förster Herrn Machemehl unterstellten Forstschutzbezirk bei Dessau an der Mulde wurden zwei mit einer Höhe von 50 bis 100 cm hohen Fichten besetzte Teile eines Pflanzgartens vom 1. August des Jahres 1897 an durch das Hochwasser der Mulde so überflutet, daß sämtliche Pflanzkürzere oder längere Zeit, die kleineren mindestens 3 Wochen lang, vom Wasser übergipfelt waren. Gleichwohl gingen die Pflanzen durchweg unversehrt aus der Flut hervor und ließen, wie durch ein Jahr nach der Überschwemmung überholte Besichtigung feststellen konnte, in Frohbarkeit nichts zu wünschen übrig.

Bei dem am 23. Juli 1903 ausgeführten Besuche des Herzogl. Schlossparkes zu Großkühnau in Dessau zeigte mir Herr Hofgärtner August Lian im Pflanzgarten eine Partie (etwa 100 Stüd) verschulte sechsjährige Fichten, welche mehrere Jahre früher, im Mai 1900, infolge eines Hochwassers der Elbe durch 2 bis 3 cm hohen Druckwasser dreiwöchiger Dauer heimgesucht worden waren. Die Mitteilung des Herrn Lian war nach dem Verschwinden der Wurzelwasserbede das Ausbleiben der Fichtenpflanzen, wegen gelblicher Färbung der Nadeln, kein gutes. Hiergegen vermag ich anzustellen, daß ich am 23. Juli 1903 an den Pflanzgärten äußerlich keine Spur einer schädlichen Wirkung der Wurzelwasserbede zu erkennen vermochte. Gegenteil: Ich fand, daß die Fichten, deren Nadeln etwas hellgrün gefärbt waren, in diesem Jahre vielfach 50 bis 60 cm lange Triebe entwickelt hatten.

Diese Tatsachen dürften beweisen, daß junge Fichtenpflanzen selbst einer dreiwöchigen Gipfelwasserbede oder einer Wurzelwasserbede von derartigen Dauer gut widerstehen. Dagegen können sie Wasserbede nicht ertragen: Reimpflänzchen; alte Pflanzen, welche bei Eintritt der Wasserbede etwa vorhandene starke Wurzelverletzungen nicht ausgeheilt haben; Pflanzen, welche von der

Wucht des strömenden Wassers umgelegt werden, weil hierdurch bedeutende Wurzelverletzungen entstehen können; Pflanzen, welche in der Vegetationszeit nach Verschwinden der Wasserbede noch lange in verschlammtem, verkrustetem Boden und verschlammtem Gewand (Stamm, Zweige, Nadeln) stehen müssen; Pflanzen, welche in der Vegetationszeit von einer pflanzenschädlichen Stoffe enthaltenen Wasserbede heimgesucht werden. Hierbei denke ich an die Abwässer gewisser Fabriken und Bergwerke, an die Zufuhr sehr stichtstoffreichen Wassers aus städtischen Aborten.

In dem von dem Großherzogl. Badischen Forstmeister Schimpf in Bruchsal verwalteten Forstrevier Bruchsal, Revierteil Obere Lufthardt, welcher von mir am 7. September 1911 in Begleitung des Genannten besucht wurde, sah ich im Distrikt I, Abteilung 51, Viertel 1 eine ungefähr 40 Ar umfassende achtjährige Fichtenpflanzung und im Distrikt I, Abteilung 51, Viertel 2 eine 1½ bis 2 Hektar große zehnjährige Fichtenpflanzung, welche völlig gebräunt und abgestorben waren. Nur einige zwischen den zehnjährigen Fichten stehende, etwas jüngere Kiefernpflanzen waren noch am Leben. Wie denn auch einige kleine, neben der zehnjährigen Fichtenpflanzung angebaute zehnjährige Kieferngruppen nur stellenweise völlig gebräunt und abgestorben waren. Verursacht war dieser Schaden durch eine Wurzelwasserbede, welche durch das Grund- (Druck-) Wasser des während geraumer Zeit Hochwasser führenden Rheins entstanden war und die Abteilungen 50 bis 52 des I. Distriktes, obwohl diese Flächen viele Kilometer vom Rheine entfernt sind, überzogen hatte. Die Fichten- und Kiefernplantagen standen vom 12. Juni bis 15. Oktober 1910 und dann wiederum von Mitte November 1910 bis Mitte Mai 1911 ununterbrochen im Wasser. Bei so langer Dauer der Wasserbede ist der an sich sehr dauerliche Schaden nicht befremdlich, um so weniger, da sie aus stehendem Wasser bestand, welches in der wärmsten Jahreszeit über Tag sehr erwärmt wurde und daher sehr luftarm war und da sehr junge, rasch atmende Pflanzen von der Wasserbede heimgesucht wurden.

Wohl sind nach Haberlandt¹⁾ in jungen, rasch wachsenden und deshalb auch kräftig atmenden Pflanzenteilen luftführende Interzellularräume schon zu einer Zeit entwickelt, in welcher die eigentliche Gewebedifferenzierung noch lange nicht begonnen hat; wohl reichen in manchen

¹⁾ G. Haberlandt, Physiologische Pflanzenanatomie. 2. Aufl. 1896. S. 378.

Fällen, besonders bei Wurzeln, die Durchlüftungskanäle bis tief in das Urmeristem hinein: eine durchgreifende Proportionalität zwischen der Energie der Atmung und der quantitativen Ausbildung der Durchlüftungsräume läßt sich jedoch nicht nachweisen.

Der Königl. Bayerische Forstmeister Will hat in seinem Forstrevier Sondernheim am Rhein, Forstort Heuweg, im Frühjahr 1910 auf einer Fläche von etwa 2000 qm eine Pflanzung mit zweijährigen Fichten ausgeführt. Von Ende Juli an brachten Rhein und die aus der Pfalz kommenden Flüsse Hochwasser. Die Pflanzung geriet in eine Wasserbedeckung, welche anfangs aus fließendem Wasser von mehrtägiger Dauer, später aus Druckwasser des Rheins und Stauwasser bestand. Die Wasserbedeckung bestand mindestens einen Monat. Die mit Fichten bepflanzte Fläche zeigt in der Mitte eine schmale Einsenkung. Hier fehlen etwa 10 % der Pflanzen, welche nach Will's Ansicht größtenteils der Wirkung der Wasserbedeckung, zu einem kleinen Teile der Wirkung des Schädlings der Kaninchen erlegen sind. Da aber später im wesentlichen Schluß der Pflanzen zu erwarten ist, so gedenkt Herr Will eine Nachbesserung nicht vorzunehmen.

Der Knittelsheimer Gemeindeforst, welcher vom Forstmeister Will verwaltet wird, ist auf einer großen Strecke begrenzt von Wiesen der Gemeinde Knittelsheim. Sie werden durch Aufstau des sie durchströmenden Queichflusses vom Herbst bis durchschnittlich Mitte Mai bewässert. Ein mehr oder weniger breiter, mit den Wiesen etwa in gleicher Ebene liegender, aus Mittelwald bestehender Streifen des Gemeindeforstes wird dadurch mit einer Wasserbedeckung überzogen. Das Unterholz des Mittelwaldes ist wohl infolge der Wasserbedeckung sehr lückig geworden und besteht dermaßen aus wenig wertvollen Weichhölzern (Ape, Hasel, Sahlweide usw.). Es galt nun, diese Lücken forstlich zu nutzen. Da 20- bis 30-jährige Fichtenstangenhölzer für den in der Gegend von Knittelsheim stark betriebenen Tabakbau sehr gesucht sind, so wurden die Lücken allmählich mit Fichte, Sitka-fichte und Douglas ausgepflanzt. So wurden angebaut im Jahre 1907 in II, 2 (Mauswiesenschlag) 9000 dreijährige Fichten und 4500 Douglas; ferner 1908 in II, 9 (Schaftrunk) 4000 vierjährige Fichten, in 10 a (Heidelbeerstein) 4000 vierjährige Fichten; 1909 in II, 9 (Schlaftrunk) 300 dreijährige Sitkafichten; 1910 in II, 7 (Haseln) 3000 vierjährige Fichten; 1911 in II, 1 (Speer) 4000 vierjährige Fichten, in II, 2. (Saubuckel) 2000 vierjährige Fichten; 1912 in II, 2 (Mauswiesenschlag)

2000 vierjährige Fichten, in 3 a (Mauswiesenschlag) 6200 vierjährige Fichten, im ganzen 34 200 Fichten 4500 Douglas und 3000 Sitkafichten.

Die Fichte ist überall gediehen, jedoch im Vergleich mit einer etwas höher gelegenen, vom Rhein nicht erreichten Fichtenanlage etwas langsamwüchsiger; wohl infolge spärlicheren Vorkommens von Saugwurzeln.

Über das Verhalten der Sitka- und Douglasfichte zu diesen Überschwemmungen werde ich, zur Vermeidung von Wiederholungen, später in den diese Holzarten betreffenden Artikeln berichten.

Sehr schöne Beobachtungen habe ich auch über die Widerstandsfähigkeit alter Fichtenbestände gegen eine Wasserbedeckung gemacht. Ich teile meine Beobachtungen in der Reihenfolge mit, wie sie selbst erfolgt sind.

Der ausgedehnte in der Darstellung über die Kiefer erwähnte Kiefernbestand des Forstreviers Neßfegerode bei Breslau umschließt eine Gruppe etwa dreißigjähriger Fichten, welche, gleich dem Kiefernbestand, seit dem Jahre 1881 vier, durch schnittlich ungefähr zehntägige sommerliche Überschwemmungen durch die Barisch, darunter ein im Juli, erfahren hat. Gleichwohl war darunter der Fichtengruppe ein äußerlich sichtbarer Schaden nicht erwachsen.

Außerdem teilte mir der mich bei meiner Forstbesichtigung im Forstrevier Neßfegerode begleitende Revierwalter desselben, Herr Revierförster Much, mit, daß das Revier noch einen alten Fichtenbestand enthalte, welcher in der Vegetationsperiode bisweilen anhaltender Wasserbedeckung erhalte, wodurch geschädigt worden zu sein. Zeitmangel halber mußte ich mir leider versagen, den Bestand zu besichtigen.

Am Oberrhein habe ich an einigen Stellen Fichten beobachtet, deren Boden in der Vegetationszeit nicht selten vom Hochwasser des Stroms überflutet werden. Ich will hier nur über den Bestand zweier Fichtenpartien berichten. Die eine, eine kleine, etwas zerstreute Gruppe stockt auf der „Großen“ und „Kleinen“ Rhein gebildeten Sporeninsel oberhalb Straßburgs, 100 bis 150 Schritte unterhalb des am Kleinen Rhein vorhandenen rechtsseitigen Dammarischmittes, durch welches ein Teil des Hochwassers dieses Rheinarms nach rechts schräg über die Sporeninsel nach dem großen Rhein abströmt. Die stärkste unter den die Gruppe darstellenden 7 Fichten war am 26. Juli 1899 25 bis 30 Jahre alt, ungefähr 17 m hoch und maß 1 m über dem Boden 24 cm im Durchmesser. Eine andere, etwa 0,5 m tiefer stehende, hatte im sommerlichen Hochwasser etwas länger ausgedauert, ungefähr 20- bis 25-jährige, gleichfalls etwa 17 m

Die Fichte hatte 1 m über dem Boden einen Durchmesser von 23 cm aufzuweisen. Die Fichten standen gerade in der Zeit der größten Entwicklung, im Juni, von dem hauptsächlich infolge der Schmelze des Alpenschnees durchschnittlich ein Jahr und andre eintretenden Hochwasser heimgesucht, welches allerdings gewöhnlich höchstens 6 Tage dauern aber auch erheblich länger anhält, wenn endlich einige Zeit vor Beginn der Schneeschmelze oder unmittelbar nach Verlaß des schneefreies derselben in der nördlichen Schweiz, südlichen Württemberg, Baden und Elsaß anhaltende Niederschläge sich einstellen.

Eine andre, weit größere Partie Fichten, gleich der erwähnten kleinen Gruppe in dem der Stadt Straßburg gehörigen Rheinauwald gelegen, findet sich 1 km oberhalb des Straßburger Wasserwerkes bestehend aus einem, durch einen schmalen 1 m breiten Streifen Niederwald unterbrochenen, Bestand im Umfang von etwa $\frac{1}{3}$ ha. Die beiden beieinander stehenden beiden Gruppen, die östliche stark gemischt ist mit der Schwarzkiefer (*Pinus austriaca* Hoess) sind nach Angabe des Försters, Herrn Theodor Schäffer in Straßburg, von seinem Amtsvorgänger Förster Schäffer 1868/69 an der Stelle eines von diesem verlassenen Forstgartens unter Benützung der noch vorhandenen Fichten- und Schwarzkieferpflanzungen angelegt worden. Es ist mir nicht bekannt, ob diese beiden Gruppen bei ihrer Begründung nur aus Nadelholz bestanden und ob die Gruppen vollkommen waren. Im Jahre 1899 fanden sie im allgemeinen einen etwas schütterten Bestand und nur an einigen Stellen völligen Schluß. Die Lücken waren in dem bezeichneten Jahre bereits mit im Vergleich zu dem Nadelholz etwas kleineren Kiefern, Eschen (*Frax. excelsior*), Weißbuche, Birken, einigen Eichen und mit Strauchholz verschiedener Art. Herr Förster Schäffer teilte mit, er habe im Februar 1878 20 dürre und tote Fichten aus beiden Gruppen herausgenommen. Möglich, daß so die darin vorhandenen Lücken entstanden sind. In Anbetracht dessen, daß sich am Rande der Gruppen stellenweise Fichten- und Schwarzkieferanflug jeden Alters findet, welcher sogar über den 1 m tiefer gelegenen, zwischen beiden Gruppen trennenden Niederwald hinaus sich zu verbreiten beginnt, glaube ich, daß die Lücken sich wieder mit Fichten- und Schwarzkieferanflug bedeckt hätten, wenn dies nicht durch die Momente verschiedener Art verhindert worden wäre. Das eine Moment besteht darin, daß gerade die schönsten jungen, etwas freistehenden Bäume des Nachwuchses zur Gewinnung von Brennholz in Bäumen Verwertung finden. Am ehesten wer-

den die hierzu sich eignenden Bäumchen in der Höhe von etwa 1 m geköpft. Wohl überwindet das Bäumchen anscheinend solche Verstämmelungen, indem es einen neuen Gipfel, bisweilen selbst mehrere Gipfel aus den obersten Ästen des Torso's entwickelt. Leicht können aber infolge der Verstämmelung die Bäumchen erkranken und dann absterben. Das andre Moment besteht in dem starken Verbeißen des Nachwuchses durch Rehe und in durch Schwarzwild verursachten, sehr breiten und langen Schälwunden, welche ich auch an ziemlich starken Fichten und sogar an Schwarzkiefern bis zur Stammhöhe von 1 m über dem Boden wahrgenommen habe. Erstrecken sich diese Schälwunden auf die Hälfte des Stammumfanges und darüber, so erliegen die Stämme leicht den erlittenen Verletzungen. Was das Verbeißen durch Rehe betrifft, so fand ich namentlich einige Schwarzkieferpflänzchen im Winter 1898/99 so stark verbissen, daß nur noch eine spärliche Benadelung an den Stämmchen und an dem übriggebliebenen Teile der Äste vorhanden war. Ich erwähne hier diese Tatsachen, um dem Leser eine Vorstellung davon zu geben, wie leicht in späterer Zeit die lückige Beschaffenheit dieser Nadelholzgruppen der Wirkung der hier häufig vorkommenden Überschwemmungen zugeschrieben werden kann.

Von den Überflutungen des Rheins werden die beiden Fichtengruppen, gleich dem nahe gelegenen, unten zu berücksichtigenden Buchenbestand, in der Vegetationszeit oft, durchschnittlich ein Jahr und andre heimgesucht. Beide Nadelholzgruppen sind aber nicht fließendem Wasser, wie der Buchenbestand, sondern dem den Waldbau mehr gefährdenden Stauwasser ausgesetzt. Gewöhnlich währt der Wasserstau in der Wachstumszeit allerdings nur etwa 6 Tage. Bisweilen erstreckt er sich jedoch auf einen erheblich längeren Zeitraum. Nach Angabe des Herrn Schäffer dauerte hier der Wasserstau in der Vegetationszeit des Jahres 1879 zweimal, mit kurzer Unterbrechung, je 8 bis 10 Tage, im Juni 1876 sogar ununterbrochen 16 Tage. Man darf daher hier der Fichte und Schwarzkiefer eine Widerstandsfähigkeit von sechzehntägiger Dauer zusprechen. In Berücksichtigung der an diesem Orte obwaltenden ungünstigen Verhältnisse ist sonach das Verhalten der beiden Nadelholzgruppen gegen Wasser als recht günstig zu bezeichnen.

Dabei ist der Befund der Wachstumsverhältnisse der beiden Gruppen ein ganz befriedigender. Sie zeigten im Winter 1898/99 bei sehr ansehnlichen Gipfeltrieben den üppigsten Wuchs. Die älteren bis etwa 35 jährigen Fichten hatten im Bestandsinnern, bei einem Durchmesser von 20 bis

23 cm in einer Höhe von 1 m über dem Boden, durchschnittlich eine Scheitelhöhe von 16 bis 23 m, die eben so alten Schwarzkiefern im Bestandsinnern bei einem Durchmesser von 19 bis 28 cm, eine Scheitelhöhe von nur 12 bis 15 m aufzuweisen. Bei meiner Anwesenheit an diesem Orte am 19. Juli 1913 hatte man mit der Fällung der Fichten begonnen. Es lagen 30 bis 40 Fichtenstämme am Boden. Der Stammdurchmesser maß 1 m über dem Boden durchschnittlich 25 bis 35 cm.

Den umfanglichsten, Überschwemmungen ausgelegten Fichtenbestand vorgerückten Alters, sah ich im Jahre 1902 bei einer Wanderung in den weiten Waldbauen der Donau unterhalb Linz. Er stockt auf dem linken Donauufer, etwa 4 km unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Linz und gehört, wie ein großer Teil der Donauau in dieser Gegend, dem Grafen W e i ß e n w o l f in Steuereck. Der 30- bis 40-jährige, eine Scheitelhöhe von etwa 30 m erreichende Bestand nimmt etwa 1 ha ein. Auffallend ist die große Verschiedenheit der Stärke der Stämme, welche 1 m über dem Boden einen Durchmesser von 10 bis 50 cm, meist allerdings von 10 bis 35 cm zeigen. Ich erkundete am 26. August, daß der Bestand in der Vegetationszeit nicht selten von der Hochflut der Donau erreicht wird. So stand er im September 1899 4 Tage lang, beim Höchststande des Hochwassers am 16. September, etwa 1,5 m tief im Wasser. Vorher, im August 1897, war die Donauniederung bei Linz bereits von einer Überflutung heimgesucht worden. Zwar blieb der höchste Wasserstand damals um etwa 0,5 m niedriger als im Jahre 1899, dagegen übertraf die Dauer der Wasserbedeckung, welche im Fichtenbestand ungefähr 10 Tage währte, diejenige des Jahres 1899 um 6 Tage. Außerlich war dem Bestande keinerlei Benachteiligung durch die Flut erwachsen. Die oben mitgeteilten Wachstumsverhältnisse lassen sogar eine nicht ganz gewöhnliche, gute Entwicklung des Bestandes erkennen.

Weit beweiskräftiger für die bedeutende Widerstandsfähigkeit alter Fichtenbestände gegen das Wasser sind die Beobachtungen, welche ich im Sommer 1911 in den Farauden oberhalb Plattling gemacht habe. Führer bei meinen Wanderungen in den Farauden waren in den rechtsseitigen Auswäldungen Revierjäger Herr Haas, Aufseher des Bleichertschen Jagdbreviers; in den linksseitigen Auswäldungen der Forstaufseher der Gemeinbewaldungen Kleinweichs und Eisensdorf Herr Johann Heindl. Infolge der anhaltenden und ergiebigen Niederschläge, welche im Sommer 1910 in dem Gebiete der Bahrtschen Alpen fielen, wurden von den rechtsseitigen Nebenflüssen der Donau, namentlich Lech, Isar und

Isar, überaus bedeutende Überschwemmungen verursacht. Sie dauerten mit kurzen Unterbrechungen vom 18. April bis Mitte August, stelltenweise bis Ende Oktober 1910.

Längs des Fardammes, rechts der Isar, gibt es zu beiden Seiten des Dammes zahlreiche größere und kleinere, vielfach mit Wasser gefüllte Senken ohne Vorflut. Diese Vertiefungen sind entstanden durch die Entnahme von Boden zur Herstellung des hohen und starken Dammes, welcher zur Bindung des ungestüm strömenden Hochwassers der Isar dient. In Verbindung mit zahlreichen schmalen und breiteren alten Schlingen und Schluten ist so eine Bodenfläche entstanden, welche Höhenunterschiede von 1 bis 2 m zeigt und daher besonders bei der in vielen größeren und kleineren Horsten und Beständen vorkommenden Fichte gute Beobachtungen über die Wirkung einer Wasserbedeckung von verschiedener Zeitdauer ermöglicht.

Der Boden besteht aus Starkiez, welcher meist nur von einer flachen, selten von einer hohen Humus- oder Schlammenschicht überlagert ist.

Ich werde die in der Vegetationszeit des Jahres 1910 vom Hochwasser heimgesuchten Horste und Bestände der Fichte einzeln besprechen. Die Menge der Fichtenbeständchen stockt auf der rechten Isarseite zwischen dem Flutdamm und Fluß.

Erster Horst. Er umfaßt 0,25 ha und zeigt ein prächtiges Aussehen. Kranke oder abgestorbene Stämme kommen nicht vor. Der Horst hat vom 18. April bis Anfang Juni mit Unterbrechungen von Anfang Juni bis fast Mitte Juli ununterbrochen, etwa 6 Wochen und von Ende Juli bis Mitte August mit Unterbrechung im Wasser gestanden. Wohl fanden sich einige Lücken. Sie erklären sich aber nach Aussage des Revierjägers Haas durch die Entnahme einzelner schöner, zu Bauholz geeigneter Stämme. Das Gedeihen der Fichten auf dem mit nicht tiefer Schlamm- oder Schlamm- und Kiesboden war vortrefflich. Die stärksten, 40-jährigen Stämme zeigten bei einer Scheitelhöhe von etwa 33 1/3 m in einer Höhe von 1 m über dem Boden 60 cm im Durchmesser. Die mittlere Scheitelhöhe und der mittlere Durchmesser des Bestandes waren wegen des jugendlichen bis auf 20 Jahre herabgehenden Alters eines Teiles des Bestandes, welcher aus natürlicher Besamung entstanden war, natürlich beträchtlich geringer.

Zweiter Horst. Er ist 1/3 ha groß und steht mehrere Hundert Schritte nördlich von dem beschriebenen Horst auch dicht am Fardamm. Das Beständchen, welches bis auf 3 freiwachsende Fichten, der übertriebenen Dauer der Wasserbedeckung völlig erlegen war, bestand aus ungefähr 120; zum kleineren Teil schon früher abgeholten.

an großen Teile noch stehenden Stämmen. Das Beständchen, gleichfalls aus natürlicher Besamung entstanden, war abgeglichen im Alter als das erste Beständchen, ungefähr 50-jährig. Scheitelhöhe bei einzelnen Stämmen höchstens 25 m, durchschnittlich nur 20 m. Der Stammdurchmesser betrug 1 m über dem Boden im Mittel 40 bis 50 cm, in einzelnen Fällen bis 60 cm. Die Wurzelwasserbede dauerte im Jahre meiner Anwesenheit 1911 etwa 4 Wochen. Die Stöcke des abgeholzten Teiles des Horstes standen am 2. Juli 1911 noch im Wasser. Infolge seiner Tieflage hat der Horst Mitte April bis Mitte August 1910 ununterbrochen im Wasser gestanden. Obwohl das Beständchen schon früher mehrere Wochen im Wasser gestanden hat, so zeigte doch nicht ein Stock des abgetriebenen Teiles des Horstes Fäulnis.

Dritter Horst. Er ist aus Pflanzung entstanden und steht südlich, unweit vom ersten Horst gleichfalls am Damme. Die Dauer der Wurzelwasserbede im Jahre 1910 war etwa dieselbe, wie bei Horst 1. Das Alter war etwa 30-jährig. Am 2. Juli 1911 sah ich hier 11 meist abgestorbene Stämme.

Vierter Horst. Er bestodt etwa $\frac{1}{3}$ ha und steht ungefähr 2 km südlich vom ersten Horst am Flutdamm. Jenseits desselben, 50 Schritt davon entfernt, liegt ein Gehöft. Der Horst stand von Anfang Juni bis fast Mitte Juli ununterbrochen, etwa 6 Wochen, und außerdem vor und nach dieser Zeit noch einige Wochen im Wasser. Er ist unversehrt aus der Flut hervorgegangen.

Auf der linksseitigen Isarau gab es 2 Flächen, auf welchen Fichten in der Vegetationszeit 1910 kürzere oder längere Zeit von einer Wasserbede umgeben wurden. Die beiden Fichtengruppen sind überaus interessant wegen der Kontraste, welche sie in bezug auf die Widerstandsfähigkeit gegen eine Wasserbede zeigen.

5. Eine kleine Gruppe Fichten, die mengt mit Eiche und Nüster. Die Fichten, welche einen großen Altersunterschied zeigten, sind offenbar durch natürliche Besamung entstanden. Der kleine Mengbestand wurde von Anfang Juni bis fast Mitte Juli von einer ununterbrochen währenden Wurzelwasserbede betroffen. Unter den Wirkungen derselben blieb hier fast keine Fichte völlig gesund. Die meisten waren abgestorben. Von einer Anzahl bereits gefällter Fichten zeigten die beiden stärksten an der Stockfläche je 1 m im Durchmesser. Die Zählung der Jahresringe an der Stockfläche ergab 72 und 75. Sämtliche Stöcke waren kerngesund. Von mehreren stehenden Fichten waren die Gipfel völlig, von mehreren andern weit herab beästeten Fichten

die Benadelung eine Strecke weit hinauf gebräunt.

6. Horst. Der etwa $\frac{1}{2}$ km nördlich von der unter 5. erwähnten Fichtengruppe flussabwärts gelegene, fast 0,5 ha große Horst stodt auf einer aus Schlamm und Humus bestehenden Bodenschicht, welche in einer Höhe von nur 15 bis 20 cm dem Isarkies aufgelagert ist. Der Kies war nach Aussage des Forstauffsehers Hein dl vor 30 bis 40 Jahren in der Hauptsache hier noch völlig fehl. Der Fichtenhorst nimmt die tiefste Stelle des ganzen Schutzbezirkes ein. Hein dl gab an, der Horst sei vom 18. April bis Ende Oktober 1910 ununterbrochen, also etwa $6\frac{1}{2}$ Monate, im Wasser gestanden. Von dieser fast märchenhaft klingenden Angabe wich Hein dl nicht ab, als ich nach Ablauf längerer Zeiträume die nämliche Frage einige Male wiederholte. Die Tiefe des Wassers betrug hier, wie die an allen Stämmen noch sichtbare Wassermärke deutlich zeigte, bis 1,5 m. Natürlich ist die Wasserhöhe während dieses langen Zeitraumes zeitweise viel geringer gewesen. Dieser anhaltenden Wasserbede ist nicht ein Baum erlegen. Der Bestand ist fast lückenlos. Wo eine Lücke sich zeigt, erklärt sich diese durch mangelhafte Besamung der Fläche oder durch etwas übertrieben starke Durchforstungen.

Bemerkenswert ist, daß während und nach dieser anhaltenden Wasserbede und trotz der Flachheit der Bodentonne nicht ein Windwurf sich ereignet hat.

Die Fichten, wie die an einer Stelle als Sprangholz vorkommenden Kiefern — etwa 6 Stämme — sind 20- bis 60-jährig, also aus natürlicher Besamung hervorgegangen. Bei einer mittleren Scheitelhöhe von 15 m betrug der mittlere Durchmesser der Fichte, 1 m über dem Boden, 20 bis 25 cm. Die Kiefern zeigen einen etwas stärkeren mittleren Durchmesser bei einer im Mittel freilich nur etwa 10 m betragenden Scheitelhöhe. Die stärkste Fichte ist ungefähr 60-jährig, hat 1 m über dem Boden 40 cm im Durchmesser. Die Farbe der dichten Benadelung der Gipfel ist dunkelgrün, der Gipfeltrieb nur bei wenigen Fichten etwa 5 cm, meist viel länger, 30 bis 50 cm. Die Kiefern, welche auf solchen flachgründigen Boden nicht paßt, zeigt teilweise gekrümmte Stämme und bleibt natürlich im Höhenwuchs, wie oben angegeben, gegen die Fichte bedeutend zurück. So haben auch in diesem Jahre die Gipfeltriebe der Kiefern nur eine Höhe von 10 bis 15 cm aufzuweisen.

Daß jedes Jahr eine Anzahl Fichten an dem nach Süd gelegenen Bestandsrande absterben, erklärt sich lediglich aus der dünnen, nur 15 bis 20 cm betragenden Bodentonne, welche

von der Sonne übermäßig erwärmt und ausgetrocknet wird. Mit zunehmender Verstärkung der Bodentrume wird sich diese Erscheinung allmählich verlieren. Ich schlug vor, zur Beschattung des jetzt etwa 10 bis 12 m breiten, bis an einen toten Wasserlauf der Isar sich erstreckenden Streifens, welcher infolge allmählichen Absterbens der Fichten kahl geworden ist, Weißweide und Schwarzpappel als Kopfholz, ferner Amerikanische Esche usw. anzubauen.

Aus den vorstehenden Ausführungen über die Widerstandsfähigkeit alter Fichtenbestände gegen eine Wasserbede ergeben sich zwei Erscheinungen. Die eine besteht darin, daß, wie das unter 5 beschriebene Fichtengruppchen lehrt, Fichten mittleren Alters schon einer sommerlichen Wasserbede in der Dauer von 6 Wochen zum großen Teile erliegen. Die andere Erscheinung besteht darin, daß, wie die Beschreibung des Fichtenbestandes unter 6 lehrt, Fichten mittleren Alters unversehrt aus einer 6½ monatigen, ununterbrochenen Wasserflut hervorgehen.

Der überaus bedeutende Unterschied in der Wasserfestigkeit der Fichten der Gruppen 5 und 6 veranlassen mich zu der Annahme, die Fichten der Gruppe 6 stellen eine von der gewöhnlichen Fichte, Gruppe 5, in der Widerstandsfähigkeit gegen eine sommerliche Wasserbede abweichende, sehr wasserfeste Spielart, die Wasserfichte, dar. Wie ich im Juliheft (Seite 161) des Jahrganges 1916 der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung riet, man möge in den bayerischen Rheinauwaldungen des Forstamtes Randel-Eüb („Goldgrund“) von den dort vorkommenden, besonders wasserfesten Kiefern sobald sie fruchten

Samen gewinnen und aus ihm Pflanzen zum Anbau in den anhaltenden Wasserbeden in der Vegetationszeit ausgesetzten Kieferngebieten züchten, so schlage ich hier für den unter 6 beschriebenen Fichtenbestand dasselbe Verfahren vor.

Als Hauptgewinn aus meinen Ausführungen über das Verhalten der Fichte zum Wasser bringe ich, daß selbst die rasch wachsenden und daher sehr kräftig atmenden und gegen Oberflächenwasser besonders empfindlichen jungen Fichten eine Wurzel- und Gipfelwasserbede von mindestens drei bis vierwöchiger Dauer ganz gut ertragen. Trifft dies für jugendliche Fichten zu, so gilt dasselbe erst recht für alte, schwächer atmende Fichten. Somit eignet der Fichte ein Wasserfestigkeitsgrad, welcher sie zum Anbau in den Au- und Hälterwaldungen fast ebenso befähigt, wie die Gemeine Kiefer.

Was den Einfluß der Wasserbeden auf die Güte des Holzes betrifft, so erleidet diese durch Oberflächenwasser von der bezeichneten Dauer keine Benachteiligung. Fäulnis habe ich an Stöcken und Stämmen alter, von anhaltenden Überflutungen öfters betroffenen Fichten nicht wahrgenommen. Namentlich zeigten die 30 bis 40 Fichten mittleren Alters, welche oberhalb des Wasserwerkes der Stadt Straßburg in dem oben beschriebenen Fichtenorte bei meiner letzten Anwesenheit daselbst am 19. Juli 1913 gefällt am Boden lagen sowie die Stodflächen zahlreicher alter, nicht selten von anhaltenden Überschwemmungen heimgesuchter Fichten auf dem rechten und linken Isarufer in der Nähe des Städtchens Plattling keine Spur von Fäulnis.

Literarische Berichte.

Bodenbildung und Bodeneinteilung (System der Böden). Von Dr. E. Ramann, o. ö. Professor an der Universität München. Berlin, Verlag von Julius Springer, 1918.

Seit Jahren arbeitet Verfasser an einer systematischen Einteilung der Bodenarten. Neue Forschungsergebnisse besonders aus bisher nicht oder wenig bekannten Gebieten, Widersprüche oft in den wichtigsten Deutungen standen einer auch jetzt noch nicht endgültigen Systematik entgegen. Der Krieg hat nun auch diesem Arbeitsgebiete einen gewissen Stillstand gebracht. So konnte Ramann das bisher Bekannte in dem vorliegenden Werke selbständig verarbeiten.

Die Autorität des Verfassers sichert der Schrift von vornherein Anerkennung; reiflos wird und kann sie nicht sein, wie schon aus den zahlreichen selbst betonten Unsicherheiten der Ein- und Zuteilung der Böden gefolgert werden muß.

Die hier vorliegende Einteilung der Böden beruht auf der empirischen und wissenschaftlichen Erkenntnis, daß bestimmten Klimaten bestimmte Bodentypen entsprechen.

Nicht nur, daß das Klima die Richtung der Verwitterung beeinflusst, auch die Tier- und Pflanzenwelt, die im Boden eine so bedeutende Rolle spielt, hängt vom Klima ab.

Die schwierigste Lösung des Einteilungsproblems ist aber, die mannigfaltigen mit dem Klima konkurrierenden Einflüsse zu erfassen; so besonders die Wirkung der Gesteinsverschiedenheit und die Wasserführung der Böden.

Die „Einteilung“ mag nun allerdings „zwanglos“ sein, anders aber die Zuteilung. Folgende kurze Übersicht macht ersichtlich, wie Ramann seine Einteilung denkt:

1. Klimatische Bodenzonen und Regionen. Die Böden tragen gemeinsame Eigentümlichkeiten, welche durch die Klimate bedingt sind.
2. Ortsböden. Innerhalb der klimatischen Bodenzonen bilden die Ortsböden Unterabteilungen, welche durch besondere Einflüsse (Grundgestein, Wasserführung, Korngröße, Ortslage usw.) abweichende Eigenschaften aufweisen.
3. Biologisch beeinflusste Böden. „Zur Kartierung eignen sich nur die beiden ersten Gruppen, es sind dauernde Einflüsse, denen der Boden unterliegt.“

Als „Großwerte“ des Klimas gelten:

1. die Temperatur; 2. die Niederschläge; 3. die Verdunstung (letzterer Größe ist der „relativen Feuchtigkeit“ vorzuziehen). Außerdem hat der Boden sein eigenes Klima.

Den Großwerten des Bodens entsprechen die Großwerte der Bodenbildung:

1. die Verwitterung (physikalische und chemische),
2. die Wirkung des in den Böden umlaufenden Wassers,
3. die Wirkung der im Boden verbleibenden Reste abgestorbener Organismen, bes. der Pflanzen (Humus).

In musterhaften kurzen Ausführungen berichtet Verfasser das Wesen und die Wirkung der Großwerte. Einige dieser Ausführungen wie insbesondere jene über die Wirkung der aufsteigenden Wasserströme und über die „Ortsböden“ heinen besonders wertvoll, weil sie die neuesten Forschungsergebnisse in nirgendso gebotener Zusammenfassung wiedergeben. Ähnlich verhält es sich mit der berzeitigen Namengebung nach der Färbung der Böden. In kurzen Sätzen sind Beschreibung und wesentliche Eigenschaften der Bleich-, Schwarz-, Braun-, Gelb-, Roterden und des Laterits gegeben, wird die Ursache der Schichtenfolge (Profil) des Normalbodens geschildert.

Weniger einfach ist es, den Ausführungen über die klimatischen Bodenzonen zu folgen, wenn nicht eigene Anschauung das Studium unterstützt. Es werden beschrieben die Böden kalter, kühl, gemäßigter Zonen und deren Ortsböden, die feucht-trockenen (hemihumiden) Böden gemäßigter Zonen, die subtropischen und die Tropenböden. Alle diese Bodenarten werden in einem weiteren Kapitel in folgende Einleitung eingereiht:

Hauptgruppe A: Feuchtböden.

Untergruppe I: Böden dauernd feuchter Klimate.

Untergruppe II: Böden der Gebiete mit jahreszeitlichem Klimawechsel.

Hauptgruppe B: Trocknböden.

Untergruppe I: Böden der Klimate mit jahreszeitlichem Wechselklima.

Untergruppe II: Böden der dauernd trockenen Klimate.

In diesen Hauptgruppen bringt nun Ramann alle ihm bekannten und bekannt gewordenen Böden unter, z. B.:

Feuchtböden (humide Böden).

II. Kühle, gemäßigte Zone.

A. Nordische Grauerden

- a) nordische Sand-Humusböden,
- b) Podsol,
- c) Bleicherde-Waldböden.

Ortsböden.

1. Unterwasserböden.

- a) Mineralböden unter Wasser,
- b) Mudde- oder Faulstammböden,
- c) Humusböden,

- α) Flachmoortorf,
- β) Waldborf,
- γ) Hochmoortorf,
- δ) Moderboden.

2. Unter Einfluß des Grundwassers stehende Böden.

- a) Gleiböden,
- b) Wiesenböden,
- c) Raseneisensteinböden.

3. Böden mit fortdauernder Stoffzufuhr.

- a) Aueböden,
- b) Marschböden.

4. Salzhaltige Böden des Bleicherbegebietes.

5. Fließerden.

Regional: Grauerden verschiedener Formen. Die Arbeit umfaßt 118 Seiten. Sie wäre wert gewesen, auf besseres Papier gedruckt zu werden.

G. Bauer · Stambul.

Die Beschreibung des Standortes als Grundlage zur Beurteilung seines Einflusses auf den Pflanzenwuchs. Von H. Vater in Tharandt. Sonderabdruck aus „Internationale Mitteilungen für Bodenkunde“. Br. VI. 1916.

Während Namann in seinem „System der Böden“ den Boden rein wissenschaftlich betrachtet, also auf dessen Zweckbestimmung keine Rücksicht nimmt, befaßt sich Vater gerade damit und erweist damit der Praxis ohne Zweifel wertvolle Dienste. Verfasser gibt selbst eine gedrängte Übersicht dessen, was die 65 Seiten umfassende, auf reiche Literatur gestützte Arbeit bringt; ich entnehme dieser Folgendes:

1. Zur vollständigen Standortbeschreibung gehören die Angaben nach der Anleitung für das forstliche Versuchswesen, die Ergebnisse der Bodenuntersuchung, ev. Analyse des Grund- oder Überschwemmungswassers.
2. Ein Boden ist durch Angabe des Grundgesteins, des Profils und die Ergebnisse der Untersuchung der einzelnen Schichten zu kennzeichnen.
3. Die engste systematische Einheit der Böden werde mit „Bodenform“ bezeichnet. Sie umfaßt alle Böden, welche von demselben Grundgestein abstammen und diese bilden eine „Bodenreihe“.
4. Auf „Vergleichsarten“ werden Standorteigenschaften und Pflanzenwuchs eingehend untersucht, um den Zusammenhang zwischen dem Gedeihen der Pflanzen und dem Standorte zu erkennen.
5. Die forstliche Untersuchung eines Standorts hat auch dessen Verhalten bei der Bestandesverjüngung festzustellen.
6. Die Aufnahme von Salzen aus dem Boden wird bedingt: 1. vom Streben der Pflanze, die Nährstoffe in einem ihrer Eigenart entsprechenden Mengenverhältnis aufzunehmen; 2. von der Menge der im Boden vorhandenen aufnehmbaren Nährstoffe; 3. von der Witterung. Jede Zusammenstellung einer Pflanzenform und einer Bodenform ist einzig Lösungsmittel, die dem Aufschließungsvermögen der Pflanzen ganz allgemein gleichkommen, gibt es nicht.
7. Die Bodenfruchtbarkeit kann nicht an Hand einer feststehenden Nährstofftabelle ermittelt werden.
8. Bei der wichtigen Aufgabe, die Ursachen der Ungleichheit des Pflanzenwuchses zu erkunden ist zunächst der „einfachste Vergleichsfall“ zu behandeln; dieser ist gegeben bei Klimagleichheit der zu untersuchenden

Standorte, gleichzeitiger flacher Ausformung und gleichartiger nachbarlicher Umgebung, und wenn die Standorte weder vom Grundwasser beeinflusst noch zeitweilig überschwemmt werden.

9. Diebig's Gesetz vom Minimum ist zu beachten. Der im Minimum vorhandene Nährstoff muß bekannt und füt die zu vergleichenden Böden der gleiche sein.
10. Bodenprobenahme und Bestandesaufnahme zur Bestimmung des Ertrages sind gewöhnlich auf die gleiche Fläche zu beziehen.
11. Eine allen Anforderungen genügende Einteilung (System, Klassifikation) der Böden kann es nicht geben. Für die Zusammenfassung eingehender Untersuchungen über den Einfluß des Bodens auf die Pflanzen ist die geologische Bodeneinteilung am geeignetsten.

H. Vater - Stambul.

Erlebte Naturgeschichte (Schüler als Tierbeobachter). Von Cornel Schmitt. Mit 30 Abbildungen im Text. Verlag und Druck von W. G. Teubner in Leipzig und Berlin, 1918.

Das Buch fällt nicht in den engeren Interessenskreis des Forstmannes, sondern in den des Lehrers und ist zunächst für diesen und seine Schüler geschrieben. Es bringt eine Reihe von biologischen Beobachtungen, die von dem Knabenalter entwachsenden Schülern unter verständnisvoller Anleitung ihres naturwissenschaftlichen Lehrers vermittelt werden. Der Verfasser richtet sich an die verschiedenen Vertreter aller Klassen des Tierreichs, hauptsächlich aber an Insekten, gemacht worden sind. Dem Kenner bieten die Ergebnisse dieser Beobachtungen nichts Neues und wollen das auch nicht. Der Zweck des Buches ist vielmehr darauf gerichtet, den Blick des jungen Menschen auf die ihn umgebende Natur und die ihm täglich auf Schritt und Tritt entgegentretenden Organismen einzustellen und den Schüler — weidmännisch ausgedrückt — frühzeitig auf die Fährte des Forschers zu setzen. Nicht das Naturobjekt als solches soll allein vom Auge gesehen, es soll vielmehr zum Gegenstand zielbewusster Beobachtung und genauer Untersuchungen gemacht werden, um seine Lebensgewohnheiten, seine Stellung in der Umgebung, seine Daseinsaufgabe und seine Daseinsbefriedigung kennen zu lernen.

Mit dem Verf., der uns in seinem Buche gesichtete Früchte seines Verfahrens vorlegt und seine Schüler uns erzählen läßt, was sie in der freien Natur oder in ihren Zwingern, Terrarien

Aquarien an Süßwasserpflanzen, Regenwürmern, Schnecken, Spinnen, Grillen, Käfern, Heuschrecken, staatenbildenden Hautflüglern, Vögeln und Säugern aller Art beobachtet werden, stimmen wir vollkommen überein, daß auf dem von ihm eingeschlagenen, in der Einleitung näher gekennzeichneten und begründeten Wege Gutes und Wertvolles erzielen läßt. Nicht nur, daß durch Selbstschauen, Selbstfinden und durch eigenes Nachprüfen bleibender geistiger Gewinn und verankertes Wissen im Gegensatz zu dem durch Lesen oder Hören aufgenommenen vermittelt wird, die Beschäftigung mit der Natur ist in jeder Hinsicht erzieherisch und veredelnd und erschließt demjenigen, der sich ihr mit Lust und Liebe hinzugeben vermag, bekanntlich reine Freude.

Aus diesem Grunde sei das Buch auch an dieser Stelle der Beachtung empfohlen; wächst ja doch in den Forsthäusern ein großer Teil der Jüngerschaft Berufs heran, bei dem die Liebe zur Natur in besonderem Maße vorausgesetzt und gepflegt werden muß. Wo es dem Vater und Lehrherrn an Zeit oder Übung fehlt, den Sohn oder Lehrling auf den Weg zur Natur hinzuweisen, wird das Buch nicht nutzlos in die Hand genommen werden; es vermag hier sowohl als Anleitung wie auch als Vermittler einer ganz beachtenswerten Menge naturwissenschaftlichen Wissens gute Dienste zu leisten.

R. B e c k.

Fische in der Kriegswirtschaft. Vom Reichskommissar für Fischversorgung Regierungsassessor W. v. Flügel in Verbindung mit Referendar Walter Becker (Friedberg i. H.), Dr. G. Eichelbaum (Berlin), Fischereimeister Heidrich (Altona), Regierungsrat Dr. H. R. Maier (München), S. Marzyski (Berlin), Mitglied des Vorstandes der Zentral-Fischverkaufsgenossenschaft A. Michahelles (Berlin), Regierungsrat Rich. Mühler (Berlin), Direktor Dr. Otto Senft (Geestemünde), Dr. R. Simon (Berlin) und Generalsekretär Max Stahmer (Hamburg). Berlin 1918. Verlag der Beiträge zur Kriegswissenschaft Reimar Hobbing.

Die Lage, vor die der Krieg die Fischwirtschaft stellte, war die gleiche wie bei allen anderen Nahrungsmitteln: geringes Angebot und starke Nachfrage, dabei Steigen der Preise bis zu einem Grade, den Ankauf von Fischen für die minderbemittelte Bevölkerung unmöglich machte und zu argen wirtschaftlichen und sozialen Mißständen und Unannehmlichkeiten führte. Das Steigen der Preise für Süßwasserfische wurde durch die Reichspolitik

bereits 1915 mit der Festsetzung von Höchstpreisen beantwortet. Die ebenfalls beabsichtigte Festsetzung von Höchstpreisen für Seefische unterblieb glücklicherweise. Die Art der Höchstpreise wurde wiederholt geändert. Großhandelspreise wechselten mit Erzeugerpreisen, künstliche Staffellungen zwischen dem Fangort und dem Ort des Verbrauchs wurden eingeführt. Die Preise wurden zunächst niedrig, dann immer höher festgesetzt; alles mit dem einen und gleichen Erfolge, daß seit Festsetzung der Preise die Ware für den Verbrauch der großen Masse und den öffentlichen Verkehr verschwunden war. Die Verteilungsmaschinerie fehlte, und die künstlichen Staffellungen der Preise zwischen Verbrauchs- und Fangort vermochten das verwickelte Gebilde der Preisbildung für die Verteilung nicht zu ersetzen; die Ware wurde zum Teil in den Konsum des platten Landes gedrängt, zum anderen Teil in den Schleichhandel getrieben. Nur diejenigen Süßwasserfische gelangten noch in den Verkehr, bei denen man von einer Preisfestsetzung abgesehen hatte.

Die Preise stiegen dauernd, so daß endlich das Kriegswucheramt und die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes mit dem Verbot der Versteigerungen und mit der Festsetzung von Richtpreisen einschritten. Der Erfolg der Richtpreise war ähnlich gering wie der der Höchstpreise. Bei den Fischen wie bei allen anderen Waren war daher die Bewirtschaftung der Ware durch die öffentliche Hand, vor allem die Gründung von Fischhandels-Gesellschaften notwendig, wodurch Ersparnisse im Transport und bei den meisten im Fischverkehr benötigten Materialien, sowie größere Zuverlässigkeit in Maß, Inhalt und Verpackung u. erzielt wurden.

Durch die Verordnung vom 28. November 1916 wurde dem Reichskommissar für Fischversorgung die Möglichkeit gegeben, die Gewerbetreibenden der Fischerei, des Fischhandels und der Fischindustrie zu zwangsmäßigen Syndikaten zusammenzuschließen und deren Satzungen zu bestimmen. Von dieser Bestimmung ist in keinem Falle Gebrauch gemacht worden; überall fanden sich die Organisationen freiwillig zusammen. Auf dem Gebiete des privaten Rechts wurden die Mittel gefunden, die der Zentralstelle den nötigen Einfluß gewährleisteten. In den Satzungen der Gesellschaften wurde festgelegt, daß die Vertretungsstellen der Gesellschaften an die Weisungen des Reichskommissars für Fischversorgung gebunden seien. Durch Anweisung des Reichskommissars an die Gesellschaften werden diejenigen Preise festgesetzt, die im Verhältnis zu den Pro-

duktionskosten angemessen sind, es wird ferner diejenige Form der Fischverteilung hergestellt, die einerseits eine möglichst gerechte Verteilung gewährleistet und andererseits auf die besonderen Bedürfnisse von Gegenden mit mangelhafter Lebensmittelversorgung oder mit starkem Bedürfnis nach Fischen Rücksicht nimmt; auch werden Bestimmungen getroffen, die für die Zwecke der Qualitätsgewährleistung, für die Zwecke der Ersparniswirtschaft und für sonstige volks- und kriegswirtschaftliche Zwecke notwendig sind.

In dem vorliegenden Hefte werden die Organisation der nunmehr getroffenen Fischversorgung und die Gesichtspunkte geschildert, nach denen diese Einflußnahme auf die Gesellschaften vor sich geht.

Der interessante Inhalt zerfällt in folgende Hauptabschnitte: 1. Grundsätzliches zum Aufbau der Fischversorgung von Regierungsassessor W. v. Flüge, Reichskommissar für Fischversorgung, 2. Die Einfuhr von Fischen, Schäl- und Krustentieren während des Krieges von A. Michaelis, Mitglied des Vorstandes der Zentral-Einkaufsgenossenschaft, 3. Die Beschaffung des Fischereibedarfs von Dr. E. Gieselbaum, Wissenschaftl. Mitarbeiter beim deutschen Seefischereiverein, Dr. G. M. Maier, Rgl. bahr. Regierungsrat, Landesinspektor für Fischzucht in Bayern, Dr. R. Smolian, Wissenschaftl. Assistent beim deutschen Fischereiverein, 4. Die Entwicklung der deutschen Dampfhochseefischerei von Direktor Dr. Otto Senft, 5. Die Fischerei auf Muscheln, Strandaustern und Krabben während des Krieges von Oberfischmeister Heibrich in Altona, 6. Die Binnenfischerei im Kriege von Dr. G. M. Maier, Rgl. bahr. Regierungsrat, 7. Die Kriegsorganisation der Fischindustrie von Max Stahmer, Generalsekretär des Vereins der Fischindustriellen Deutschlands in Hamburg, 8. Die

Fischabfall-Verwertung im Kriege vom Großherzogl. hessischen Referendar Walter Beder, 9. Die Fischverteilung von Rgl. Sächs. Regierungsrat Rich. Mühler, 10. Die Preispolitik in der Fischbewirtschaftung von S. Marzynski.

Das meiste Interesse für die Leser dieses Blattes bietet der Abschnitt 6 über die Binnenfischerei im Kriege. In demselben werden eingehend erörtert: Die Hebung des Fischereiertrags durch Vermehrung des Fischbestandes (Befischung, Fütterung, Düngung, Meliorierung) und durch Förderung des Fischfanges (Bereitstellung von Fischereigeräten, Vermittlung von Arbeitskräften, Fang erleichterung), sowie die Regelung der Fischpreise und des Absatzes von Süßwasserfischen. In letzterer Beziehung wurden eine Reihe von Organisationen geschaffen, die Süßwasserfische allein oder neben Seefischen durch Erfassung und Verteilung in öffentliche Bewirtschaftung nehmen mußten. Bei diesen Organisationen handelt es sich teils um Kriegsgesellschaften, teils um amtliche Fischversorgungsstellen behördlichen oder militärischen Charakters.

Es werden genannt: die Flußfischhandels-gesellschaft, die Kriegsgesellschaft für Teichfisch-Verwertung, die Fischhandelsgesellschaften Westpreußen in Danzig,interpommern in Köslin, Stettin, Neuvorpommern in Stralsund, Mecklenburg in Wismar, Lübeck und Schleswig-Holstein in Kiel u.; ferner wurde in Bayern eine Bayerische Landesvermittlungsstelle für Fischversorgung geschaffen und ermächtigt, den Verkehr von Süßwasserfischen zwischen Erzeuger und Gemeinde zu vermitteln und nötigenfalls die Bewirtschaftung und Befischung der Gewässer durchzuführen. Ähnliche Organisationen wurden für Württemberg und Hohenzollern sowie für Baden, Hessen und Mecklenburg geschaffen und weitere Organisationen für die öffentliche Bewirtschaftung von Süßwasserfischen stehen noch bevor.

Briefe.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Verordnung über den Verkehr mit Laubheu.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom

22. Mai 1916 hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes unter dem 11. Mai 1916 folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer grün geerntetes Laub in heutrockenem, lufttrockenem oder künstlich getrocknetem Zustand (Laubheu), auch gehäckselt, gemahlen oder sonstwie zerkleinert, an einen anderen absetzen will,

es der Reichsfutterstelle in Berlin zum Erwerb anbieten, auf Verlangen käuflich zu überlassen auf Abruf zu verladen.

Die Vorschrift im Absatz 1 findet keine Anwendung auf den unmittelbaren Absatz von Laub durch den Werber an den Verbraucher, sofern Beförderung weder die Eisenbahn noch der Seerweg benutzt wird.

§ 2. Die Reichsfuttermittelstelle hat binnen Tagen nach Eingang des Angebots dem Verboteten mitzuteilen, ob die Überlassung verlangt wird; stellt sie das Verlangen nicht, so hat ihm in derselben Frist eine Bescheinigung darüber zu erteilen.

Die Reichsfutterstelle hat die von ihr in Anspruch genommenen Mengen binnen 3 Wochen Stellung des Überlassungsverlangens abnehmen.

Der zur Überlassung Verpflichtete hat die Mengen von der Stellung des Überlassungsverlangens an bis zur Abnahme aufzubewahren und ordnungsgemäß zu behandeln. Erfolgt die Abnahme nicht binnen drei Wochen nach Stellung des Überlassungsverlangens, so erhält er vom Ablauf der Frist ab eine Vergütung, die vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts festgesetzt wird. Mit dem Zeitpunkt geht die Gefahr des zufälligen Verderbens oder der zufälligen Wertänderung auf die Reichsfuttermittelstelle über.

§ 3. Die Reichsfuttermittelstelle hat für das Laubheu einen angemessenen Übernahmepreis zu zahlen.

Über Streitigkeiten, die sich aus der Übernahme Laubheus ergeben, entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig ein Schiedsgericht. Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Übernahmepreises zu liefern, die Reichsfuttermittelstelle vorläufig den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen. Das Schiedsgericht wird von der Landeszentralbehörde bestellt. Zuständig ist das Schiedsgericht des Bezirks, aus dem die Lieferung erfolgen soll.

§ 4. Wird das Laubheu nicht freiwillig übernommen, so wird das Eigentum auf Antrag der Reichsfuttermittelstelle durch Anordnung der zuständigen Behörde auf die Reichsfuttermittelstelle oder die von ihr bezeichnete Person übertragen. Die Anwendung ist an den zur Überlassung Verpflichteten gebunden. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Verpflichteten zugeht.

§ 5. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme (§ 2). Für streitige Restbeträge tritt diese Frist mit dem Tage, an dem die Ent-

scheidung des Schiedsgerichts der Reichsfuttermittelstelle zugeht.

Erfolgt die Zahlung nicht binnen dieser Frist oder bei nicht rechtzeitiger Abnahme nicht binnen 5 Wochen nach Stellung des Überlassungsverlangens, so ist der Kaufpreis von diesem Zeitpunkt ab mit eins vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskont zu verzinsen.

§ 6. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 7. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den ihm nach § 1, § 2, Abs. 3 Satz 1 obliegenden Verpflichtungen nicht nachkommt,

2. wer den nach § 6 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 9 Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

* * *

Unentgeltliche Abgabe von Baum- und Strauch-Reisig und Laub aus den Staatsforsten an Selbstwerber zu Fütterungszwecken.

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung ist von dem Staatsministerium für das Rechnungsjahr 1918 die unentgeltliche Abgabe von Baum- und Strauch-Reisig und Laub aus den Staatsforsten an Selbstwerber zu Fütterungszwecken gestattet worden.

Im Anschlusse hieran erklärte der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 21. März 1918 sich damit einverstanden, daß, soweit es im Interesse des Sammelwerts erwünscht erscheint, auch von der Ausstellung von Erlaubnisscheinen zum Sammeln von Reisig und Laub zu Fütterungszwecken sowie von der Verbuchung des gesammelten Reisigs und Laubs abgesehen wird. Der Verzicht auf die Ausstellung von Erlaubnisscheinen schließt selbstverständlich nicht den Verzicht auf die Erlaubniserteilung selbst in sich, insbesondere bleibe der Forstverwaltung überall die Öffnung der Bestände vorbehalten, in denen gesammelt werden dürfe. Die Form der Erlaubniserteilung an einzelne Personen und an Sammelgemeinschaften sowie die der Bekanntgabe oder

der örtlichen Kenntlichmachung der den Sammlern geöffneten Bestände vorzuschreiben, bleibe der Rgl. Regierung überlassen. Die Abgabe von Laub und Reisig aus Nieder- und Mittelwaldbeständen solle fortan nicht mehr an ein bestimmtes Alter der Stodausschläge gebunden sein. Schließlich genehmigt der Minister, daß überall da, wo das Sammeln von Futterreisig und Laub aus Mangel an Arbeitskräften nicht den gewünschten Fortgang nehmen kann, die minder bringlichen Kulturarbeiten, um jenes Sammelwerk zu fördern, zurückgestellt werden.

Hinsichtlich der Gewinnung von Laubheu und Futterreisig sind weiter noch folgende Anordnungen getroffen worden:

1. Zur Ausführung der bereits früher mitgeteilten Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts über die Gewinnung von Laubheu und Futterreisig vom 27. Dezember 1917 ist unter dem 20. Juni d. J. folgende Anweisung ergangen:

a) Die Forsteigentümer und die sonstigen Forstnutzungsberechtigten sind verpflichtet, auf Anordnung der zuständigen Behörden — in Landkreisen des Landrats (Oberamtmanns), in Stadtkreisen des Magistrats bzw. des Bürgermeisters) — gegen angemessene Vergütung das Laub und die Zweigspitzen bis zu 1 cm Stärke auch von stehenden Bäumen und Sträuchern den von dem zuständigen Kriegswirtschaftsamt mit der Durchführung der Laubheugewinnung beauftragten Stellen (Kriegswirtschaftsstellen, Ortsammelstellen) zwecks Verwendung als Viehfutter zur Selbstwerbung zu überlassen.

b) Die Eigentümer, Mieter oder sonstigen Nutzungsberechtigten von zum Trocknen von Laub und Futterreisig geeigneten Räumen, wie z. B. Tangböden, Sälen, Schuppen, Lagerböden usw. sind verpflichtet, diese Räume auf Anordnung der zuständigen Behörden gegen angemessene Vergütung zum Trocknen und Verpacken von Laub und Futterreisig, das der Heeresverwaltung unmittelbar oder mittelbar zugeführt werden soll, demjenigen, der die Zuführung übernommen hat, zur Verfügung zu stellen.

2. Sodann ist zu der oben mitgeteilten Verordnung über den Verkehr mit Laubheu vom 19. Mai 1918 folgende Ausführungsbestimmung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 5. Juni d. J. erlassen worden:

a) **B e h ö r d e n.** Zuständige Behörde im Sinne des § 4 ist der Landrat (Oberamtmann), in Stadtkreisen der Gemeindevorstand, und zwar des Bezirks, aus dem die Lieferung zu erfolgen hat.

b) **Schiedsgericht.** Das Schiedsgericht (§ 3) besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern.

Sie werden vom Landrat (Oberamtmann) in den Stadtkreisen vom Gemeindevorstand ernannt.

Zum Vorsitzenden ist ein staatlicher Forstförster, in Ermangelung eines solchen ein höherer Forstbeamter, zu Mitgliedern sind geeignete Sachverständige zu ernennen.

Die ihnen zu gewährenden Vergütungen (Reisekosten und Auslagen) werden von den unter

1. genannten Behörden festgesetzt.

Das Schiedsgericht bestimmt auch über die Verteilung der Kosten des Verfahrens unter die Parteien.

Die Reichsfuttermittellstelle, Geschäftsabteilung, ist von den Sitzungen des Schiedsgerichts zu benachrichtigen. Sie kann dazu Vertreter abstimmen und Stimmrecht entsenden.

c) **Übernahmepreis.** Für die Abnahme gemessenheit des Preises (§ 3) ist ausschließlich die Beschaffenheit der Ware zurzeit des Gefahresüberganges (§ 2 Abs. 3) maßgebend. Gefahrespreis, Zinsen, Unkosten und Gewinn bleiben außer Betracht.

Die in den Bekanntmachungen der Reichsfuttermittellstelle bestimmten Preise gelten als angemessen für gesunde Ware frei Eisenbahnwagen oder Schiffsverladestelle des Eigentümers. Entspricht die Ware dieser Voraussetzung nicht, hat ein entsprechender Abschlag einzutreten.

Die bekanntgemachten Preise stellen die Grenzen dar, die bei den Entscheidungen nicht überschritten werden darf. Werden sie dem Eigentümer geboten, so bedarf es, falls er gleichwohl die Feststellung des Preises beantragt, der Entscheidung einer materiellen Nachprüfung nicht.

* * *

Abfuhrfristen und Vertragsstrafen
wegen verspäteter Abfuhr.

Da sich in letzter Zeit die Beschwerden der Holzhandels über Verhängung von Vertragsstrafen für verspätete Holzabfuhr aus den Städten gemehrt und die durch Mangel an Gelspannen und Arbeitskräften sowie durch Beschränkung der Futtermittel entstandenen Schwierigkeiten, welche beim Vertragsabschluß vielleicht noch nicht in dem Maße wie heute vorlagen, nicht zu verkennen sind, werden die Rgl. Regierungen durch Erlass vom 20. März 1918 angewiesen, Anträge auf Verlängerung der Abfuhrfrist sorgfältig von Fall zu Fall zu prüfen. Hierbei soll aber auch berücksich-

werden, daß die Abfuhr zuweilen vom Käufer absichtlich oder fahrlässig verzögert und das Holz im Walde zurückgehalten wird, um noch höhere Verwertungspreise abzuwarten. Eine weitere Handhabung der vertraglichen Bestimmungen wird vom Minister überall da empfohlen, wo die Verwertung absichtlicher oder fahrlässiger Verzögerung ehlt.

* * *

Bekämpfung des Waldgärtners.

In einem Erlaß vom 23. April 1918 wird darauf hingewiesen, daß infolge des Mangels an Balbarbeitern, der die rechtzeitige Entrindung des eingeschlagenen Holzes und den Auszieh der kankelnder Stämme vielfach unmöglich gemacht hat, in den Kiefernrevieren, insbesondere in den vom Kiefernspanner, der Forleule und dem Kiefernspinner betroffenen Revieren, eine starke, ernste Besorgnis erregende Vermehrung des Waldgärtners eingetreten sei. Die Regierungen werden daher angewiesen, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß das im Walde und auf den Ablagen in der Nähe des Waldes liegende Kiefernholz geschält wird, sobald die ersten Larven halbwüchsig sind. Spätestens Mitte Juni müsse die Schälarbeit, die sich auch für Frauen gut eigne, beendet sein. Holz Käufer, die ihr Holz nicht rechtzeitig abfahren könnten, seien zur pünktlichen Erfüllung ihrer vertragmäßigen Schälspflicht anzuhalten, erforderlichenfalls sei die Entrindung auf Kosten der Käufer von der Forstverwaltung durchzuführen. In den von Raupenfraß heimgesuchten Beständen seien die vom Waldgärtner beslogenen, stehenden Stämme, die am Bohrmehl kenntlich seien, durch die Beamten und besonders gewandte Arbeiter aufzusuchen und anzuschalen, dann zu fällen, zu entwirfeln und, sobald die Larven halbwüchsig seien, zu schälen. Die völlige Aufarbeitung könne auf spätere Zeit verschoben werden. Stelle sich hierbei heraus, daß der Bestand nicht mehr zu halten sei, so sei beim Abtrieb in derselben Weise zu verfahren. Da die Raupenfraßschäden oft erst durch das folgende Auftreten des Waldgärtners großen Umfang annähmen, seien zu seiner Bekämpfung alle vorhandenen Kräfte aufzubieten.

* * *

Bewilligung von Vorschüssen an Beamte und ständige Arbeiter zur Beschaffung von Wintervorräten.

Durch Erlaß vom 12. Juli 1918 hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten be-
stimmt, daß den Beamten und ständigen Arbeitern

in Staatsbetrieben zur Beschaffung von Winter-
vorräten an Heizstoffen, Kartoffeln, Gemüse und
Obst auf Antrag unverzinsliche Gehalts- und
Lohnvorschüsse gewährt werden können. Die An-
träge sollen besonders daraufhin geprüft werden,
ob die betr. Beamten (Arbeiter) die Kenntnis
und die Möglichkeit besitzen, für eine ordnungs-
mäßige Lagerung und Behandlung größerer Kar-
toffelvorräte usw. zu sorgen, da durch ein Ver-
derben der Kartoffeln nicht nur der Betreffende
selbst, sondern auch die Allgemeinheit stark geschä-
digt werden könnte. Die Vorschüsse dürfen ferner
nur gegen Vorlegung der Rechnung über ange-
lieferte Wintervorräte und nicht über die Höhe
des Rechnungsbetrages hinaus gewährt werden,
auch dürfen sie einen Monatsbetrag des Gehaltes
(Lohnes) nicht übersteigen. Bei den planmäßigen
Beamten, die ihr Gehalt in vierteljährlichen Teil-
beträgen empfangen, dürfen sie außerdem nur
 $\frac{2}{3}$ der für diese Beschaffungen rechnungsmäßig
nachzuweisenden Aufwendungen betragen. Die
Bezahlung der Rechnung ist zu überwachen. Die
Vorschüsse sollen nur zur Eindeckung eines Vorrats
für den kommenden Winter dienen, sie sind also
nicht zur Beschaffung des augenblicklichen Be-
darfs bestimmt. Die Rückzahlung ist den wirt-
schaftlichen Verhältnissen der Beamten u. anzu-
passen und so zu bemessen, daß der Vorschuß bis
zum Ablauf des Zeitraumes getilgt wird, für den
die Vorräte beschafft sind. Wo die Einbringung
der Rechnung auf Schwierigkeiten stößt, kann von
ihr abgesehen werden, sofern der Beamte u. den
Einkauf auf andere Weise glaubhaft macht.

* * *

Reisekosten-Erhöhung

Bei Inkrafttreten des Reisekostengesetzes vom
26. Juli 1910, das die Fahrkosten für Wegetreden
die auf Eisenbahnen oder Schiffen zurückgelegt
werden, auf 9 \mathcal{A} für die erste Wagenklasse, auf
7 \mathcal{A} für die zweite Wagen- und die erste Schiffs-
klasse und im übrigen auf 5 \mathcal{A} festsetzte, betrugen
die Einheitsätze des Personentarifs für 1 km der
ersten Wagenklasse 7 \mathcal{A} , der zweiten Wagenklasse
4,5 \mathcal{A} und der dritten Wagenklasse 3 \mathcal{A} . Hierzu
treten die Schnellzugzuschläge, welche betrugen
bei Entfernungen von 1 bis 75 km für die erste
und zweite Wagenklasse 0,50 \mathcal{M} , die dritte Wagen-
klasse 0,25 \mathcal{M} , bei Entfernungen von 76 bis 150 km
für die erste und zweite Wagenklasse 1 \mathcal{M} , die dritte
Wagenklasse 0,50 \mathcal{M} , bei Entfernungen über 150 km
für die erste und zweite Wagenklasse 2 \mathcal{M} , für die
dritte 1 \mathcal{M} . Später traten hinzu die Stempel-
abgaben des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juli

1913, abgestuft nach der Höhe der Fahrpreise von 0,20 bis 8 M bei der ersten Wagenklasse, von 0,10 bis 4 M bei der zweiten Wagenklasse und von 0,05 bis 2 M bei der dritten Wagenklasse.

Nunmehr ist mit dem Inkrafttreten der die Besteuerung des Personenverkehrs betreffenden Vorschriften des Reichsgesetzes vom 8. April 1917 über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs, d. i. am 1. April 1918, eine dauernde weitere Erhöhung der Fahrartenpreise eingetreten. Zu der in § 11 des Gesetzes enthaltenen Abgabe tritt ferner eine Tarifierhöhung der Eisenbahnverwaltung um 10 v. H. der Einheitsätze des Personentarifs. Diese werden durch die Tarifierhöhung steigen für die erste Klasse auf 7,7 S, für die zweite Klasse auf 4,95 S, für die dritte Klasse auf 3,3 S. Unter Hinzurechnung der Steuer von 16, 14,4, 12 v. H. des Beförderungspreises werden die Fahrpreise sich belaufen für die erste Klasse auf rund 9 S, die zweite auf rund 5,7 S und die dritte auf rund 3,7 S. Die Schnellzugzuschläge werden künftig betragen bei 1—75 km für die erste und zweite Wagenklasse 1,00 M, für die dritte Klasse 0,50 M, bei 76—150 km für die erste und zweite Wagenklasse 2,00 M, die dritte Klasse 1,00 M, bei 151—350 km für die erste und zweite Klasse 3,00 M, die dritte Klasse 1,50 M, bei mehr als 350 km für die erste und zweite Klasse 4,00 M, für die dritte Klasse 2,00 M.

Während bei Dienstreisen die von der Eisenbahnverwaltung für die Benutzung von Schnell- und Eilzügen vorübergehend erhobenen besonderen Ergänzungsbeträge auf Grund des § 8 des Reisekostengesetzes durch Verwaltungsanordnung geregelt werden konnte, mußte die Anpassung der Fahrtkostenätze an die dauernde Fahrpreiserhöhung durch Gesetz erfolgen. Dabei empfahl sich eine Änderung der Grundlage insofern, als in Zukunft die Schnellzugzuschläge nicht mehr durch die regelmäßigen Kilometersätze, sondern neben ihnen besonders erstattet werden sollen.

Durch das Gesetz über Erhöhung der Eisenbahnfahrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten ist daher bestimmt worden, daß künftig bei Dienstreisen an Fahrtkosten für das Kilometer einschließlich der Kosten der Gepäckbeförderung gezahlt werden:

für Wegestrecken, die auf Eisenbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden können:

- a) an die Aktiven Staatsminister und die Beamten der ersten bis fünften Rangklasse, 10 S, wenn der Fahrpreis für die erste Wagenklasse bezahlt ist, sonst 8 S,

b) an die Beamten, die nicht zu diesen Rangklassen gehören, und die Subalternbeamten der Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden und andere Beamte gleichen Ranges 8 S, wenn der Fahrpreis für die zweite Wagenklasse oder die erste Schiffsklasse bezahlt ist, sonst 6 S,

c) an die anderen Beamten 6 S.

Außerdem werden die tatsächlich aufzubewendenden Schnellzugzuschläge erstattet.

Das Gesetz ist am 1. April 1918 in Kraft getreten.

* * *

Die laufenden Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen.

Durch Erlass des Finanz-Ministers vom 26. März 1918 und des Landwirtschaftsministers vom 2. April 1918 sind die Kriegsteuerungszulagen der Beamten in folgender Weise neu geregelt worden.

A. Laufende Kriegsbeihilfen.

Vom 1. April 1918 ab erhalten alle planmäßig angestellten männlichen und weiblichen Staatsbeamten laufende Kriegsbeihilfen nach folgenden Sätzen:

	Gruppe Gruppe Gruppe		
	1 2 3		
	mit einem jährl. Dienstlohn von mehr als 2300 M		
	bis zu 2300 M	von 2300 bis 4300 M	von mehr als 4300 M
	jährlich		
unverheiratete Beamte	120	144	180
verheiratete Beamte ohne Kinder	180	216	270
" " mit 1 Kinde	324	396	480
" " " 2 Kindern	480	576	720
" " " 3 "	648	792	960
" " " 4 "	828	1008	1260
" " " 5 "	1020	1224	1560
" " " 6 "	1224	1440	1800
" " " 7 "	1440	1728	2160
" " " 8 "	1668	2016	2520

für jedes folgende Kind erhöht sich die Steigerung zunehmend um jährlich 12 M

B. Laufende Kriegsteuerungszulagen.

Neben den unter A genannten laufenden Kriegsbeihilfen erhalten die Staatsbeamten und Lohnangestellten höherer Ordnung vom 1. April 1918 ab laufende Kriegsteuerungszulagen, und zwar:

1. Die verheirateten planmäßig angestellten Staatsbeamten mit einem Dienstlohn von bis zu 1300 M einschließlich erhalten, je nachdem sie der in dem Gesetz vom 25. Juni 1914 für den Wohnungsgeldzuschuß vorgesehenen Art

assen V (Nebenbetriebsmeister, Hausmeister bei Bergakademien, vollbeschäftigte Wald- u. Förster), IV (vollbeschäftigte Forstkassenrendanten, Forstschullehrer, Gärtner bei den Forstakademien, Revierförster, Förster, Forstaufsesser, Hilfsjäger), III (Oberförstermeister, Forstakademie-Direktoren, Forstregierungs- und Forststräte, Forstakademie-Professoren, Oberförster, Forstassessoren, besoldete Forstreferendare), II (Landforstmeister) angehören, I (Tariffklasse

	V	IV	III	II
	jährlich			
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Kind	600	700	800	900
Kind	660	770	880	990
Kind	720	840	960	1080
"	780	910	1040	1070
"	840	980	1120	1260
"	900	1050	1200	1350
"	960	1120	1280	1440
"	1020	1190	1360	1530
"	1080	1260	1440	1620

er jedes weitere Kind immer 10 v. H. des für das kinderlos verheiratete Ehepaar eingesezten Grundbetrages mehr.

Unverheiratete männliche und weibliche planmäßig angestellte Staatsbeamte, unverheiratete ständig gegen Entgelt beschäftigte — außerplanmäßige — männliche und weibliche Staatsbeamte und unverheiratete ständig gegen Entgelt beschäftigte männliche und weibliche Lohnangestellte höherer Ordnung mit einem Diensteinkommen von nicht mehr als 7800 ℳ erhalten 70 v. H. der Sätze für kinderlos-Verheiratete.

Beamte im Vorbereitungsdiens erhalten die Kriegsteuerungsbezüge so lange, als sie entgeltlich beschäftigt werden. Forstlehrlinge, die ihre Ausbildungszeit noch nicht beendet haben, gehören nicht zu den Beamten im Vorbereitungsdiens, dagegen alle übrigen Forstamtwärter. Sie erhalten also alle zur Dienstleistung bei der Staatsforstverwaltung kommandierten oder vom Militär beurlaubten gelernten Jäger und Jäger der Klasse A, soweit sie die Ausbildungszeit beendet haben, die Kriegsteuerungsbezüge mit Wirkung vom 1. April 1918 sofort bei Antritt und für die Dauer ihrer forstfiskalischen Beschäftigung und nicht erst, wie zum Teil bisher, nach sechsmonatiger Beschäftigung. Auch ist es nunmehr unwesentlich, ob die Beschäftigung längere oder kürzere Zeit dauert.

Zu den bei Berechnung der Kriegsteuerungsbezüge der Forstbeamten zu berücksichtigenden Diensteinkommen zählen: Gehälter, Ruhegehaltsfähige Zulagen, Ostmarkenzulagen, Stellenzulagen, Beschäftigungsgelder (jedoch ohne die für die Kriegsdauer bewilligten besonderen Zulagen der Forsthilfsaufseher), Betriebsregelungszulagen, Schreibgehilfenzulagen, Zulagen der Forsthilfsaufseher bei den Forstakademien, bare Brennholzentanschädigungen mit dem tatsächlichen Betrage, Militärpensionen, Militärrenten und die Einnahmen aus einer Tätigkeit in öffentlich-rechtlicher Eigenschaft, soweit sie nicht als Dienstaufwandsentschädigungen anzusehen sind. Die Naturalbezüge an freier Feuerung sind bei den planmäßigen Forstbeamten mit dem Ruhegehaltsfähigen Satz, bei den nicht planmäßigen mit 75 ℳ jährlich anzunehmen.

Nicht zu berücksichtigen sind: Kriegszulagen zu den Beschäftigungsgeldern der Forsthilfsaufseher, Ostmarken-Erziehungsbeihilfen, Zuschußvergütungen und Auftragsgelber bei auswärtiger Beschäftigung, Dienstwohnungen, Wohnungsgeldzuschüsse, Mietsentschädigungen, Dienstaufwandsentschädigungen, Dienstkleidungszuschüsse, Pferdehaltungszulagen, Kriegs- und Verstümmelungszulagen, Nebeneinnahmen, die nicht aus Nebenämtern erzielt werden, und solche Einnahmen aus Nebenämtern, die wie die Einnahmen aus Amts- und Gutsvorstehergeschäften als Dienstaufwandsentschädigungen angesehen sind. Von den Kindern sind zu berücksichtigen: eheliche, legitimierte, Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder, wenn sie von den Beamten unentgeltlich (ohne entsprechende Gegenleistung) unterhalten werden müssen, weil sie sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder aus sonstigen wichtigen Gründen (z. B. Gesundheitszustand der Kinder oder der Eltern) einem Erwerbe nicht nachgehen können. In der Regel werden daher Kinder nicht zu berücksichtigen sein, die eigenes Einkommen in solcher Höhe haben, daß es elterliche Aufwendungen in der Hauptsache entbehrlich macht, oder deren Unterhalt dadurch, daß sie zu militärischen Dienstleistungen eingezogen sind usw., den Eltern nicht mehr zur Last fällt. Eigenes Einkommen bis zu 30 ℳ monatlich wird regelmäßig nicht zu berücksichtigen sein. Gelegentliche Geld- oder Liebesgaben sendungen reichen zur Begründung der Unterhaltungskosten nicht aus. Andererseits sind Fälle denkbar, in denen eine wesentliche Entlastung der Eltern durch die Einberufung nicht eintritt, z. B. wenn der Vater gezwungen ist, erhebliche regelmäßige Aufwendungen zu machen, weil der Sohn Fahnenjunker, Offiziersaspirant,

Zahlmeisterapplikant u. dergl. ist, oder weil er sich in Kriegsgefangenschaft unter besonders ungünstigen Umständen befindet.

* * *

Einmalige Kriegsteuerungszulagen für Beamte.¹⁾

Gelegentlich der Beratungen des Abgeordnetenhauses über den Haushaltsplan 1918 wurde von allen Parteien übereinstimmend anerkannt, daß den Beamten in der heutigen teuren Zeit eine wesentliche Beihilfe durch angemessene Zulagen gemacht werden müsse.

Die für die Gewährung der zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen Kriegsteuerungszulagen der Beamten maßgebenden Grundsätze sind nunmehr festgestellt und bekannt gegeben worden.

Hiernach soll allen für die Gewährung von laufenden Kriegsteuerungszulagen in Betracht kommenden planmäßig angestellten und außerplanmäßigen Staats-Beamten mit einem Dienst-einkommen bis zu 20 000 Mk. einschließlich sofort eine außerordentliche einmalige Kriegsteuerungszulage ausbezahlt werden.

Für den kinderlos Verheirateten beträgt diese Zulage mindestens 500 Mk. und höchstens 1000 Mk. Sie wird im einzelnen wie folgt berechnet: Zu einem Grundbetrag von 250 Mk. tritt der volle Betrag des monatlichen Gehalts ohne Wohnungsgeldzuschuß hinzu. Der sich bei dieser Berechnung ergebende Betrag wird, soweit er unter 500 Mk. zurückbleibt, auf 500 Mk. erhöht, soweit er 1000 Mk. überschreitet, auf 1000 Mk. ermäßigt.

Verheiratete mit Kindern erhalten für jedes Kind weitere Kinderzulagen von je 10 v. H. der sich aus vorigem Absatz ergebenden Gesamtzulage.

Die Unverheirateten erhalten als einmalige Kriegsteuerungszulage 70 v. H. der für die kinderlos Verheirateten geltenden Zulage. Auf die einmalige Kriegsteuerungszulage finden im allgemeinen die Bestimmungen über die laufenden Kriegsteuerungszulagen Anwendung.

Unmittelbare Staatsbeamte u. im Ruhestande, sowie die Hinterbliebenen von unmittelbaren Staatsbeamten u. erhalten unter den Voraussetzungen, die für die Gewährung laufender Kriegsbeihilfen an denselben Personenkreis gelten, sofort eine außerordentliche einmalige Kriegsbeihilfe, die mindestens 50 v. H. derjenigen Summe beträgt, die an einmaliger Kriegsteue-

rungszulage unter Zugrundelegung der von dem Beamten u. zuletzt bezogenen Gehaltsbezüge zustehen würde, wenn der Beamte u. noch im Dienste wäre. Die Beihilfe ist, wo das Bedürfnis zur Gewährung einer laufenden Kriegsbeihilfe bereits anerkannt wurde, ohne weiteres zu gewähren, und zwar wird in der Regel derselbe Prozentsatz der Bemessung der einmaligen Kriegsbeihilfe zugrunde gelegt, der bei der Bemessung der laufenden Kriegsbeihilfe maßgebend gewesen ist.

Vollwaisen bis zu 18 Jahren erhalten die ihnen zustehende einmalige Kriegsbeihilfe in Höhe von 50 v. H. bis 100 v. H. der für das Kind des entsprechenden aktiven Beamten u. zuständigen einmaligen Kriegsteuerungszulage.

* * *

Versicherung gegen Unfälle beim Laubheusammeln.

Beim Sammeln von Laubheu durch Schulen sind mehrfach Unfälle vorgekommen, für die dann der die Aufsicht führende Lehrer verantwortlich gemacht wurde. Hierdurch wurden zuweilen die Lehrer veranlaßt, das Sammeln von Laubheu einzustellen, um nicht auf Grund des Haftpflichtgesetzes im Falle von Unfällen, die auch bei bester Aufsicht nicht zu vermeiden sind, haftbar gemacht zu werden. Um die Lehrer und auch die Eltern der bei der vaterländischen Sammeltätigkeit beschäftigten Kinder möglichst vor den Folgen etwaiger Unfälle zu schützen, die den Kindern beim Sammeln von Laubheu zustoßen könnten, hat der Kriegsauschuß für Sammel- und Helferdienst den Abschluß einer Gesamtversicherung gegen Unfälle der sammelnden Kinder angestrebt und es ist ihm gelungen, durch Unterstützung und gemeinsam mit der Laubfütterstelle für die Heeresverwaltung einen Versicherungsvertrag mit dem Allgemeinen Deutschen Versicherungsverein a. G. in Stuttgart abzuschließen, ohne daß den örtlichen Organisationen irgendwelche Kosten für Zahlung von Prämien erwachsen.

* * *

Öffentlicher Wetterdienst in Preußen.

Einer Allgem. Verfügung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 19. April 1918 zufolge ist der öffentliche Austausch der Wettervorhersagen mit den durch die Heeresverwaltung infolge des Krieges notwendigen Einschränkungen am 1. Mai d. J. wieder aufgenommen worden und wird bis zum 31. Okt.

¹⁾ Vergl. Heft III/VI, 18.

S. durchgeführt werden. In dieser Verfügung wird auf das steigende Interesse für den Abendwetterdienst hingewiesen und empfohlen, weil die Fassung der Vorhersage am Vormittage unter unregelmäßigem Eingang der meteorologischen Meldungen leide, die Interessenten auf das Bestehen des Abenddienstes und auf die Herausgabe der Abendwetterkarte aufmerksam zu machen. Da es im Kriege vielfach an Personal fehle, die telegraphische Wettervorhersage bei den gewöhnlich häufigen Verspätungen der Samrger Wettertelegramme noch rechtzeitig aufzuliefern, werde auf das Zugeständnis der Kaiserl. Fernpostdirektion in Bromberg aufmerksam gemacht, die Vorhersage telephonisch gegen eine Gebühr von 20 Pfennigen aufzuliefern.

Das Großherzogtum Hessen sei mit dem 31. März 1918 aus dem Verbands der norddeutschen Wetterdienstorganisation ausgeschieden. Die den öffentlichen Wetterdienststellen übertragene Verlegung der besetzten ehemals russischen Gebiete mit Wetternachrichten bleibe in dem Umfange bestehen, wie diese Gebiete inzwischen aus dem russischen Staatsverbande ausgeschieden seien.

E.

Aus Preußen.

Die Verhandlungen des Abgeordneten-Hauses über den Haushalt der Forstverwaltung.

Bei der am 8. Mai d. J. stattgehabten Sitzung des Abgeordneten-Hauses über den Forsthaushaltsplan wurde folgender Antrag der Staatshaushaltskommission angenommen:

„Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen:

a) zur Beseitigung der vorhandenen Wohnungs- und Möbelnot den Kommunen und gemeinnützigen Gesellschaften zum Bau von Kleinhäusern und Mietwohnungen und zur Herstellung von Möbeln die minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere die heimkehrenden jungverheirateten Krieger, erforderliche Holz zu angemessenen Preisen möglichst aus den Staatsforsten zur Verfügung zu stellen. Die dazu erforderlichen Maßnahmen entsprechend den Verhältnissen der einzelnen Kreise zu gestalten;

b) beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die Angehörigen der Heeresverwaltung, welche für militärische Zwecke nicht mehr benötigt werden, die Herstellung von Kleinhäusern, Mietwohnungen und Möbeln für die minderbemittelte Bevölkerung und die heimkehrenden jungverheirateten Krieger zu den festgesetzten Richtpreisen

unter Ausschluß jedes Konjunkturgewinnes an die Kommunen und gemeinnützigen Gesellschaften abgegeben werden.“

Über die Verhandlungen der Staatshaushaltskommission über den Forsthaushaltsplan erstattete der Berichterstatter Graf v. der Groeben eingehenden Bericht.

Eine große Anzahl von Mitgliedern der grünen Farbe sei auf dem Felde der Ehre gefallen. Im ganzen seien von höheren Forstbeamten gefallen 1 Akademiedirektor, 3 Regierungs- und Forsträte, 49 Oberförster mit Revier, 5 Oberförster ohne Revier, 41 Forst-Assessoren, 21 Forstreferendare und 60 Forstbesessene, im ganzen 180; ferner seien gefallen 2 Forstkassenrentanten, 20 Förster mit Revier, 61 Förster ohne Revier und Forstschreiber, 113 Forstversorgungsberedigte, 52 Reservereizäger, 205 noch nicht Versorgungsberedigte, 63 Forstlehrlinge, im ganzen 514 Forstschußbeamte. Außerdem seien von Wilddieben meuchlings erschossen 1 Kgl. Forstmeister und 2 Forstschußbeamte. Die Verwaltung werde diesen treuen Forstbeamten ein treues und dankbares Andenken bewahren und sich bemühen, für die Witwen und Waisen nach Möglichkeit zu sorgen. Auch für die Kriegsbeschädigten werde nach Möglichkeit gesorgt werden, sei es, daß sie in ihrem früheren Berufe verwendet oder, wenn dies nicht möglich, anderen Berufen zugeführt würden.

Bezüglich der Anstellungsverhältnisse hätten die statistischen Zusammenstellungen und die Wahrscheinlichkeitsberechnungen ergeben, daß voraussichtlich in einiger Zeit einmal ein Mangel an Forstassessoren eintreten könne. Einstweilen seien noch genügend Forstassessoren vorhanden. Aber die Zahl sei doch im Verhältnis zu den Stellen, die frei seien oder frei würden, so gering, daß möglicherweise in einigen Jahren ein Mangel an Assessoren eintreten könne. Es seien aber bereits mehr Forstbesessene als in den früheren Jahren angenommen worden, so daß demnächst der Bedarf voll gedeckt sein und der Zustand wieder erreicht sein werde, daß die Forstassessoren etwa 4 Jahre nach dem Examen zur Anstellung als Oberförster mit Revier gelangten. Nicht so günstig lägen die Verhältnisse bei den Forstschußbeamten. Immerhin hätten auch sie sich wesentlich gebessert, und sie würden sich noch weiter bessern, da seit längeren Jahren nur eine beschränkte Zahl an Lehrlingen zur Forstkarriere zugelassen würde. Bei der Besprechung des Haushaltsplanes habe die Staatsregierung vorweg bemerkt, daß der Waldbesitz nicht allein fiskalischen und finanziellen, sondern vornehmlich den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen zu dienen habe. Die Staatswälder

seien als ein dem Volke gehöriges Gut betrachtet worden, sozusagen als ein volkswirtschaftliches Fideikommiß, das man der Nachwelt in möglichst gutem Zustande übergeben müsse. In dieser Beziehung seien sehr große Anforderungen an die Forstverwaltung gestellt worden. Er erinnere an die gewaltigen neuen Nebenutzungen der Wälder, an die Harzgewinnung, den Eintrieb von vielen Tausenden von Schweinen der Heeresverwaltung, an die Ginsten-, Brennessel- und Heidekrautnutzung, die Wertverwertung der Waldfrüchte usw. Vor allen Dingen hätten aber die Anforderungen, die bezüglich des Holzeinschlages an die Verwaltung gestellt seien, gewaltig zugenommen, deren Erledigung durch die geringe Anzahl der Beamten und Arbeiter und die geringe Zahl und Minderwertigkeit der zur Verfügung gestellten Gefangenen wesentlich erschwert worden sei. Trotzdem sei es i. J. 1917 gelungen, annähernd wieder den normalen Friedenseinschlag zu bewältigen. 1914 seien 11,3 Millionen Festmeter Derbholz eingeschlagen worden, 1915: 8,3 und 1916: 8,5, 1917 dagegen 10,8 Millionen Festmeter. Das sei allerdings nur unter äußerster Anspannung aller Kräfte gelungen. Ferner habe sich die Forstverwaltung für verpflichtet gehalten, preisregulierend einzuwirken, damit nicht eine ungesunde Preistreiberei stattfinde. Dies sei im großen und ganzen gelungen, wenn auch hier und da Preise für Holz gezahlt worden seien, die als übertrieben hoch zu bezeichnen seien. Die erzielten Durchschnittspreise legten Zeugnis davon ab, daß sie nicht ungesund seien, und daß die Forstverwaltung mit ihren Maßnahmen durchaus nicht die Konjunktur voll auszunutzen bestrebt gewesen sei. Die Holzpreise des Wirtschaftsjahres 1917 seien gegen 1914 gestiegen: Eichen i. D. um 60 %, Buchen um 100 %, Kiefern um 74 %, Fichten um 78 %; Grubenholz: Kiefern und Fichten um 85 und 83 %, Buchenschwellenholz um 40 %, Kiefernswellen um 66 %; Papierholz: Kiefern um 180 %, Fichten und Tannen um 120 %; Brennholz: Eichen um 149 %, Buchen um 153 %, Kiefern um 154 %. Wenn man berücksichtige, welche Teuerung alle anderen Produkte erfahren hätten, so gehe daraus hervor, daß die Forstverwaltung keine ungesunde Preispolitik betrieben habe, zumal wenn man berücksichtige, daß vielfach die Schlage dort hätten erfolgen müssen, wo die Abfuhrlage am günstigsten gewesen sei, ohne Rücksicht auf die bestehenden Wirtschaftspläne. Es sei bestimmt zu erwarten, daß die in den Haushaltplan eingesetzten 175 Millionen im neuen Jahre auch eingenommen würden, vorausgesetzt, daß genügend Arbeitskräfte und genügend Gefangene zur Verfügung ständen, was

allerdings zur Zeit noch zweifelhaft erscheine. In bezug auf das Buchenholz habe der Minister angeordnet, daß die Regierung den Wäldereien das Holz, was das Wäldereigewerbe notwendig brauche, durch Vermittelung der Gemeinden, die den Bedarf festzustellen hätten, zu angemessenen Preisen überweisen sollten. Wegen der Abgabe von Brennholz an die arme Bevölkerung habe der Minister eine große Zahl von Verfügungen erlassen, alle in dem Sinne, tunlichst der armen Bevölkerung den Bezug des Brennholzes nach Möglichkeit zu erleichtern.

Es sei dann der Antrag, zur Beseitigung des Wohnungs- und Möbelnot das Notwendige durch Bereitstellung von Holz zu veranlassen, besprochen worden. Der Oberlandforstmeister habe anerkannt, daß eine große Nachfrage nach Bau- und Möbelholz vorhanden sei. Die Regierung werde in jeder Beziehung entgegenzukommen suchen. Die Schwierigkeit liege aber darin, daß man mit den jetzigen Arbeitskräften nicht in der Lage sei, Ertragsläge über das jetzt Geleistete hinaus vorzunehmen. Die Regierung habe bereits ihre Bereitwilligkeit wiederholt ausgesprochen, für Kleinwohnungen und Herstellung von einfachem Hausrat besonders für Kriegsteilnehmer durch freihändige Abgabe von Holz die Gemeinden, gemeinnützigen Vereine usw. zu unterstützen. Voraussetzung sei allerdings, daß jede spekulative Ausnutzung dieser Verkäufe ausgeschlossen werde, und daß die Verwendung des Holzes zu diesen Zwecken von den Gemeinden überwacht werde. Ein dementsprechendes Vorgehen sei in die Wege geleitet. Wegen des Möbelholzes werde das Erforderliche erfolgen, sobald die mit dem Vorsitzenden des Arbeiterschutzesverbandes eingeleiteten Verhandlungen abgeschlossen seien. Auch mit der Heeresverwaltung seien bereits Verhandlungen eingeleitet wegen Abgabe von dem Heere zur Verfügung gestelltem, aber entbehrlichem Schnittholz. Nach Auskunft der Heeresverwaltung seien, trotzdem die Ostfront inzwischen nicht mehr soviel Holz verbräuche, doch so geringe Vorräte vorhanden, daß bisher nennenswerte Mengen von Schnittholz von der Heeresverwaltung nicht hätten zur Verfügung gestellt werden können. Es bleibe nichts anderes übrig, als die Selbstversorgung seitens der Gemeinden, gemeinnützigen Gesellschaften usw.

Die Debatte habe sich auch auf die Nachhaltigkeit der gesamten Forstwirtschaft erstreckt. Der Oberlandforstmeister habe erklärt, daß sie in keiner Weise gefährdet sei. Wenn auch nicht überall genau nach den Wirtschaftsplänen entsprechend geschlagen sei, so sei doch in den Jahren 1915 und

6 wegen Mangels an Arbeitern der Einschlag
t unerheblich hinter dem Einschlags-Soll zurück-
geblieben.

Bezüglich der Beerennutzung habe der Ober-
forstmeister mitgeteilt, die Forstverwaltung
vor Ausbruch des Krieges beabsichtigt, die
Erlöse für die Beerenzettel nicht unwesentlich
erhöhen. Bisher habe der Preis für die Zettel
5 Pfg. betragen. Es sei der Verwaltung be-
kannt gewesen, daß große Werte aus der Beeren-
nutzung der Wälder gezogen würden. Aus Anlaß
des Krieges sei aber angeordnet, daß der Satz von
5 Pfg. beibehalten werden solle, um eine möglichst
gute Ausnutzung der Beeren zu gewährleisten.
Es habe der Zettel für die ganze Familie Gel-
de gebracht. Das sei jedoch lediglich eine Kriegs-
maßnahme. Nach dem Kriege müsse man zu einer
besseren Ausnutzung der Beerenvorräte schreiten.
Während der Kriegszeit sei das Beeren sammeln
von Interesse der Volksernährung von großem
Nutzen. Arbeiter, die irgendwie für landwirtschaft-
liche Arbeiten in Frage kämen, würden nicht zu-
genügen.

Bezüglich des Wildes habe der Oberlandforst-
meister mitgeteilt, daß auch in diesem Jahre an
Lazarette Wild abgegeben worden sei, und
teils unentgeltlich, teils gegen Bezahlung
Tage. Im Jahre 1916 seien abgeschossen wor-
den 71 Stück Elchwild, 9306 Stück Rotwild, 6348
Stück Damwild und 17 274 Rehe. Das sei gegen-
über dem Abschluß des Jahres 1915 ein Mehr von
1000 Stück Elchwild, 2271 Rotwild, 1519 Damwild
und 1450 Rehwild. Wenn man den Abschluß i. J.
1916 in Vergleich setze mit dem Friedensjahr 1913,
ergebe sich, daß der Abschluß des Jahres 1916
1441 Stück Rotwild und 2477 Stück Damwild
gegen 1913 sei. Trotz der geringen Anzahl von Be-
jägten und Jägern, die zur Verfügung ständen,
habe das Möglichste geleistet, um sowohl im Inter-
esse der Volksernährung wie zur Verhütung von
Schaden den Abschluß möglichst zu forcieren.
Die Kulturen seien nach Möglichkeit aufrecht-
erhalten worden. Der Kommission habe eine
Petition um Erlass eines Waldschutzgesetzes vor-
gelegt. Diese Petition sei von dem Naturschutz-
verein in München-Grabbach eingereicht worden
und gehe davon aus, daß die Petenten sich an den
Regierungspräsidenten in Düsseldorf mit der Mit-
teilung gewandt hätten, daß nach Zeitungsnotizen
aus benachbarten Orten N. und S. größere
Jagden stattfänden. Der Regierungspräsident,
wie gebeten hätten, das zu inhibieren, habe
geantwortet, er bedauere die Rodungen sehr,
verstehe aber, daß weitere folgen würden wegen
hoher Holzpreise und wegen des Bestrebens,

mehr Land für den Körner-, Futter- und Kar-
toffelbau zu erhalten. Es sei sodann noch eine
Petition vom Bund Niederrhein in Düsseldorf
eingegangen, welche sich auf obige Petition berufe
und beantrage, dieser volle Beachtung zu schenken.
Die Vernichtung der Waldbestände mache sich am
ganzen Niederrhein bemerkbar. Wenngleich in-
folge der starken Nachfrage nach Holz und infolge
der Schwierigkeit, Holz aus überseeischen Ländern
herbeizuschaffen, eine starke Beanspruchung des
heimischen Waldes natürlich und unvermeidlich
sei, so müsse doch dafür gesorgt werden, daß we-
nigstens gewisse Bestände erhalten blieben. Dies
lasse sich am besten durch die Gesetzgebung er-
reichen. Der Oberlandforstmeister habe es für
ausgeschlossen erklärt, daß der Petition gegen-
wärtig Folge gegeben werden könne, wo alles
darauf hindränge, möglichst viel Holz einzuschlagen,
und wo jedes Urbarmachen von Ländereien von
Wert sei.

Aus der Kommission heraus sei betont worden,
daß man nicht alles Gute zusammen vereinigen
könne. Wenn man in Industriegegenden für
Körner- und Gemüsebau u. Ländereien haben
wolle, dann müsse man solche unter Umständen
aus Waldbesitz schaffen. Die Anforderungen der
Bittsteller seien nicht zu erfüllen, in jeder Industrie-
gegend einen Waldgürtel zu schaffen. Von anderer
Seite wurde dann noch bemerkt, es gebe leider
keine gesetzliche Maßnahme, um dem Wunsche
der Bittsteller auf Erhaltung des Waldes zu will-
fahren. Die Petition sei darauf der kgl. Staats-
regierung als Material überwiesen worden.

Das Abgeordnetenhaus schloß sich dem Kom-
missionsbeschlusse an.

Bei der nun folgenden Debatte sprachen die
Vertreter aller Parteien den gefallenem Felden
der grünen Farbe Dank und Anerkennung aus.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der
Krieg gezeigt habe, daß das Ressort des Ministe-
riums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
eines der wichtigsten sei, das es ermöglicht habe,
in diesem Kriege zu bestehen und durchzuhalten.

Auch an die Waldbestände seien Ansprüche
gestellt worden, die ins Gewaltige gingen. Überall
müsse das Holz aushelfen. Der Bedarf an Gespinnst-
und Faserstoffen werde aus unseren Wäldern ge-
deckt. Die Nebenerträge aus dem Walde seien
bedeutend gestiegen. Es wurde auf die Brennholz-
abgaben, die Abgabe von Waldstreun, Beeren,
Pilzen, den Eintrieb von Vieh, besonders von
Schweinen, hingewiesen, die Wildschadenfrage, die
Frage der Erhaltung der Akademie Münden u. a. m.
besprochen.

Zu allen diesen Fragen nahm der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, von Eichenhart-Rothe, Stellung und äußerte sich darüber in folgender Weise:

Der Mangel an Arbeitern, den der Krieg überall verursacht hat, hat auch die Forstverwaltung sehr stark betroffen. Wenn es trotzdem gelungen ist, den Einschlag im Walde i. J. 1917 annähernd ebenso hoch zu bringen wie in Friedenszeiten, so ist das vor allen Dingen der aufopfernden Tätigkeit der Staatsforstbeamten zu danken, und ich benutze gern die Gelegenheit, hier vor dem Hohen Hause den Beamten der staatlichen Forstverwaltung meine Anerkennung und meinen Dank für diese aufopfernde Tätigkeit auszusprechen. Durch diesen einigermaßen ausreichenden Einschlag ist es gelungen, die Anforderungen, die an Brennholz gestellt wurden, im großen Ganzen zu befriedigen: die Schwierigkeiten lagen hauptsächlich in der Abfuhr des Holzes. Wenn auch die stellvertretenden Generalkommandos vielfach die Gespannhalter aus der Nachbarschaft der Forsten veranlaßt haben, ihre Gespanne zur Abfuhr des Holzes zur Verfügung zu stellen, so ist es doch nicht gelungen, das geschlagene Holz überall abzufahren. Ich komme nun zu den Fragen und Wünschen der einzelnen Vorredner.

Herr Abgeordneter Henneberg hat beklagt, daß die Waldstreu nicht überall in dem zulässigen Maße zur Verfügung gestellt wäre. Ich glaube, daß das im allgemeinen nicht zutrifft. Es ist von uns angeordnet, daß ohne Rücksicht auf die bisherige Praxis und ältere Bestimmungen, Waldstreu überall, wo sie vorhanden ist, zur Verfügung gestellt wird. Einen Hauptbeschwerdepunkt bildet der Wildschaden, der an vielen Stellen bemerkbar ist, und wie ich anerkenne, manchmal in sehr starkem Maße. Es wird aber alles getan, um den Wildschaden möglichst einzuschränken. Die Regierungspräsidenten sind angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß der Abschluß des Wildes möglichst gesteigert wird. Obgleich hohe Prämien auf die Vertilgung des Schwarzwildes gesetzt sind, gelingt es nicht, das Schwarzwild so einzuschränken, wie es wünschenswert wäre.

Der Herr Abgeordnete Hue hat einen speziellen Fall von besonders starkem Wildschaden angeführt, bezüglich dessen er sich an das Kriegsernährungsamt gewandt habe, das Kriegsernährungsamt habe die Sache an mich abgegeben, er hätte aber noch keine Antwort erhalten. In dieser Sache ist die betreffende Regierung zum Bericht aufgefordert, und Herr Abgeordneter Hue wird, wenn der Bericht eingegangen und die Prüfung erfolgt ist, Antwort bekommen.

Der Herr Abgeordnete von Bohna hat bemängelt, daß der Mischwald zu wenig gepflegt würde. Grundsätzlich ist die Anlage von Mischwald nicht ausgeschlossen; er wird je nach den lokalen Verhältnissen kultiviert. Im allgemeinen wird ja allerdings der reine Nadelwald aus finanziellen Rücksichten mehr gepflegt. Wenn von einigen der Herren Vorredner bemängelt worden ist, daß die Preise, die für Holz gefördert werden, nicht entsprechend niedrig ausfielen, daß die ärmere Bevölkerung dadurch beschwert würde, so möchte ich dem entgegenhalten, daß der Friedenspreis für den heutigen Preis nicht der Maßstab sein kann, sondern daß auch die Forstverwaltung damit rechnen muß, daß das Geld heute tatsächlich nicht mehr den Wert hat, wie vor dem Kriege. Darum müssen die Holzpreise selbstverständlich auch wenigstens annähernd mit der allgemeinen Preissteigerung mitgehen. Die Forstverwaltung bemüht sich aber, die Holzpreise niedrig zu halten.

Über die Aufhebung der Akademien zu Ehrenwäldern und Münden kann man verschiedener Ansicht sein. Ich will zugeben, daß die vorgebrachten Gründe sehr beachtenswert sind, aber ich glaube, es empfiehlt sich nicht, diese Frage jetzt überhaupt grundsätzlich zu erörtern, weil ja während des Krieges und auch in der ersten Zeit danach von einer Aufhebung der Akademie Münden nicht die Rede sein kann. Später wird man die Frage nochmals prüfen müssen.

Es ist dann das Vorgehen bei dem Schloß und der Lieferung von Holz zur Herstellung von Schuhsohlen bemängelt worden. Ich gebe zu, diese Sache ist etwas schlecht gelaufen. Die Ursache liegt aber daran, daß das Kriegswirtschaftsamt und das Kriegsamt in den letzten Wintermonaten dringend forderten, daß 1 Million Festmeter Buchenholz für Holzsohlen zur Verfügung gestellt würden. Die Lieferung wurde sehr dringlich gemacht, so daß die Forstverwaltung sich veranlaßt fühlte, durch die Regierungspräsidenten und die Landwirtschaftskammern auch auf die Privatwaldbesitzer dahin einzuwirken, daß sie Buchenholzeinschläge machten, um das nötige Quantum Holz zu liefern. Als nun das Holz geschlagen wurde, stellte es sich heraus, daß der Bedarf nicht annähernd so groß war, und die Reichsholzverteilungsstelle für Fußbekleidung erklärte, sie könnte so viel nicht gebrauchen. Infolgedessen hat sich der Fiskus veranlaßt gesehen, den Vertrag mit der Holzlieferungsstelle aufzuheben. Es sollten 60 000 Festmeter seitens des Staates geliefert werden, hieron hat die Forstverwaltung zurückgetreten, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Verteilungsstelle wenigstens das Holz, das die Privaten eingeschlagen

hätten, abnähme. Sie hat sich auch dazu bereit erklärt, so daß die Privaten an dem Holz an sich keinen Schaden haben werden. Ich gebe aber zu, daß ihnen andere wirtschaftliche Schäden aus dieser Sache entstanden sind. Ich bedaure, daß das vorgekommen ist, aber die Staatsforstverwaltung hat hierbei nicht falsch gehandelt, sondern das liegt an dem Druck, der von anderen Seiten auf das Ministerium ausgeübt worden ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Wenke beklagt, daß das Holz zur Herstellung von Papier zu teuer wäre, so sind die Holzpreise weniger schuld an der Steigerung der Papierpreise, sondern es sind die Herstellungskosten, die daneben erwachsen.

Stubbenholz wird an sich ja verwertet, aber die Reviere werden doch überall angewiesen, so viel Stubbenholz, wie für den Bedarf der armen Bevölkerung notwendig ist, zurückzuhalten, so daß dieses den Leuten zur Verfügung gestellt werden kann.

Es wurde dann auch darüber geklagt, daß die Naturdenkmäler nicht genügend geschützt würden. Es bezieht sich dies auf Privatwaldungen, auf die wir keine Einwirkung haben, ebenso auch die Beschwerde, daß das Holz zu jung geschlagen werde. Es ist dies ja an sich bedauerlich, es ist aber zu berücksichtigen, daß ein sehr großer Bedarf an Grubenholz besteht.

Der Bau von Kleinwohnungen muß selbstverständlich möglichst gefördert werden. Es ist auch die Forstverwaltung bereits mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten darüber in Verbindung getreten, wie dies geschehen und weiter gefördert werden kann. Es soll die freihändige Abgabe von Holz an gemeinnützige Gesellschaften und Gemeinden erfolgen, in denen Vorsorge dafür ge-

troffen ist, daß das Holz nicht zu spekulativen Zwecken verwendet, sondern tatsächlich zum Kleinwohnungsbau gebraucht wird. Den Regierungen ist auch empfohlen, schon von dem diesjährigen Einschlag einen Teil zu diesem Zwecke zurückzubehalten. Die Preise, die dafür gefordert werden, sollen nach den Grundsätzen bemessen werden, nach denen die Abgabe des Holzes für Heereszwecke erfolgt. Hinsichtlich der Möbel wird ebenso verfahren; da kann auch an gemeinnützige Gesellschaften Holz abgegeben werden. Es soll aber in den Tischlereien genug Holz zur Herstellung von Möbeln vorhanden sein; wenn die Möbel schwer zu beschaffen sind, so liegt dies daran, daß andere zur Herstellung der Möbel erforderliche Materialien fehlen.

Der Abgeordnete Krüger hat dann gefragt, wie es mit der Raupenplage stünde. Ich muß zugeben, daß in weiten Strecken des Ostens der Kiefernspinner und der Kiefernspanner großen Schaden angerichtet haben. Man kann den Raupen aber schwer beikommen, weil es an Leim fehlt, um die Leimringe um die Bäume zu legen, und, ebenso an Arbeitern. Andererseits ist festgestellt, daß ein großer Teil der Raupen an Krankheiten leidet, so daß anzunehmen ist, daß die Schädlinge bald von selbst verschwinden werden. Endlich ist gebeten worden, daß man die Waldwärter zu Förstern macht und ihnen die gleichen Gehälter wie den Förstern gibt. Den älteren von ihnen wird schon jetzt der Titel „Förster“ verliehen, sie werden auch in ihren sonstigen Bezügen möglichst wohlwollend behandelt. Weiter kann man nicht gehen.

Der Haushaltplan wurde sodann angenommen.

Berichte über Versammlungen und Ausstellungen.

XV. Tagung des Forstwirtschaftsrates.

Am 31. Juli und 1. August fand die diesjährige Tagung des Forstwirtschaftsrates in Berlin im Saale der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Eßauerstraße 14, statt.

Der erste Vorsitzende des Deutschen Forstvereins, Herr Hofkammerpräsident von Bassewitz, eröffnete am 31. Juli, vormittags 9 Uhr, die Sitzung mit einer Begrüßung der zum ersten Male an einer Tagung des Forstwirtschaftsrates anwesenden Vertreter der neugegründeten und des Deutschen Forstvereins als Mitglieder bei-

getretenen Waldbesitzervereine von Schlesien, Hannover und Bayern, sprach dann sein Bedauern aus, daß das Vorstandsmitglied Herr Geh. Regierungsrat Du a e t - J a s l e m - Hannover durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei, und wünschte dem um die Entwicklung des deutschen Forstvereins sehr verdienten Mitglied recht baldige Genesung. Ferner widmete Erz. v. Bassowitz dem seit der letzten Tagung verstorbenen Herzögl. Anhaltischen Oberforstrat Neuß in Dessau, der Landesobmann für den Bezirk Braunschweig etc. war, einen warm empfundenen Nachruf.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Zum 1. Punkt erstattete der zweite Vorsitzende des Deutschen Forstvereins, Rgl. Bayer. Regierungsdirektor Dr. Wappes Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und der Ausschüsse. Eingehend schilderte er die Bestrebungen, denen der Vorstand seit der Erfurter Tagung im Herbst vor. Jz. seine Tätigkeit in erster Linie gewidmet hat, und die Vorgänge, die sich dabei abgespielt haben. Er gab zu, daß die in Erfurt beschlossenen neuen Vereinsstatuten nichts Ideales und Dauerndes darstellten. Die Entwicklung des Deutschen Forstvereins sei noch nicht am Ende angelangt, so lange es keine amtlich anerkannte Vertretung der Deutschen Forstwirtschaft gebe. Das Bestreben, dem Forstwirtschaftsrat als Hauptorgan des Deutschen Forstvereins diese amtliche Anerkennung zu verschaffen oder ihn zu einer amtlich anerkannten Körperschaft umzugestalten, stehe nach wie vor im Vordergrund des Interesses des Vorstandes und des ihm beigegebenen Beirates. Die Frage, welcher Weg der einfachste und zweckmäßigste sei, der zu diesem Ziele führe, bilde fortgesetzt den Gegenstand von Erwägungen und Verhandlungen, und es sei zu hoffen, daß die Lösung des Problems bald gefunden werde. Indessen sei jede Überstürzung zu vermeiden. Dagegen müsse unentwegt, wie im Laufe des letzten Jahres, am Unterbau für die Zentralvertretung der deutschen Forstwirtschaft weitergearbeitet werden. Ein wirksames Mittel zum Erreichen dieses Zieles sei u. a. auch die Werbetätigkeit in der Presse. Es sei daher ein Wechsel im Vereinsorgan vorgenommen worden. Der Berichterstatter legte die Gründe dar, die den Vorstand zu dem Beschlusse geführt hätten, an die Stelle der bei J. Springer-Berlin erschienenen „Mitteilungen des deutschen Forstvereins“ sowie der Mitteilungsblätter „Silva“ und „Deutsche Forst-Zeitung“ als einziges Vereinsorgan die „Forstlichen Mitteilungen“, eine Beilage der von Ulstein & Co. verlegten „Holzwelt“, zu setzen.

Die sich anschließende, eingehende Aussprache ergab volle Übereinstimmung in der Ansicht, daß zur Förderung des Ausbaues der forstlichen Interessenvertretung der Zusammenschluß und die Organisation des Waldbesitzes, insbesondere des Privatwaldbesitzes, auf Grund der gemachten Erfahrungen tatkräftig fortgesetzt werden müsse. Zwar sind seit der Erfurter Tagung des Deutschen Forstvereins recht erfreuliche Erfolge nach dieser Richtung hin erzielt worden. In Schlesien, Westfalen, Hannover, Bayern, Württemberg und Baden sind neue Waldbesitzervereine und -ver-

bände gegründet, bezw. bereits bestehende weiter ausgebaut worden. Diese Vereine sind zum Teil schon mit ihrer gesamten Walbfläche dem deutschen Forstverein als Mitglieder beigetreten. So sind in Schlesien jetzt rund 480 000 ha Privat- und Gemeindewaldungen in sechs Vereinen zusammengeschlossen, die einen Verband bilden. Ebenso haben sich die westfälischen und niederrheinischen Waldbesitzervereine zu einem Verbande zusammengeschlossen. Immerhin ist in den meisten preussischen Provinzen und in den kleinen Bundesstaaten noch nichts nach dieser Richtung hin geschehen. Der vom Kammerpräsidenten von Schwarzkopf-Ratibor gestellte Antrag:

„Der Forstwirtschaftsrat wolle beschließen, angesichts der vorgeschrittenen Verhandlungen mit den Reichs- und preussischen Staatsbehörden, die Landesobmänner anzuweisen, die Waldbesitzer der noch nicht organisierten Provinzen und Bundesstaaten nach dem vorhandenen Muster zusammenzuschließen“

fiel daher einstimmig an. Um aber die etwaigen Ergebnisse der Verhandlungen des Vorstandes mit dem Reichswirtschaftsamt und dem preussischen Landwirtschaftsministerium als Grundlage für eine abermalige Änderung der Statuten des Deutschen Forstvereins benutzen zu können, schlug Wappes die Bildung einer neuen Statutenkommission vor durch Zuwahl von Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Schwappach und Oberforstmeister von Derken zum Vorstand und dessen Beirat. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen.

Zur Angelegenheit „Holzwelt“ gab der Schriftleiter der „Forstlichen Mitteilungen“, Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Endres in München, eine ausführliche Darstellung der Vorgänge und der bestimmenden Verhältnisse, worin der erste Vorsitzende hob mit Nachdruck hervor, daß keinerlei persönliche, sondern ausschließlich sachliche Gründe für den Vertragsabschluß mit dem Verlag Ulstein & Co. bestimmend gewesen seien. Dieser Auffassung schloß sich der Forstwirtschaftsrat an durch einstimmige Annahme des von Prof. Dr. von Mammen gestellten Antrages:

„Der Forstwirtschaftsrat billigt nachträglich die vom Vorstand und Beirat beschlossene Wahl der „Holzwelt“ als Vereinsorgan und genehmigt den mit dem Verlage Ulstein & Co. in Berlin geschlossenen Vertrag vom 25. März 1918.“

Im Anschluß daran stellte Generaldirektor von Garnier, um die Interessen des Waldbesitzes und der Forstwirtschaft besser als bisher

der Öffentlichkeit zu wahren, folgenden Antrag, einstimmig angenommen wurde:

„Der Forstwirtschaftsrat wolle beschließen, einen Presseauschuß zu bilden, der die fachmännische und Tagespresse überwacht und die Interessen der deutschen Forstwirtschaft durch entsprechende Veröffentlichungen zur Geltung bringt.“

Als Mitglieder des Ausschusses wurden gewählt: Geh. Hofrat Prof. Dr. Endres, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwapach, Prof. Dr. Weber, Prof. Dr. Borgmann, Prof. Dr. Wimmer und der künftige Geschäftsleiter.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete Prof. Dr. Wimmer den Bericht über die Tätigkeit und den Umfang der Aufgaben der Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates und Professor Dr. Wamme über seine Tätigkeit als Leiter der Geschäftsstelle für Holzhandels-, Verkehrs- und Vollangelegenheiten in Brandstein.

Prof. Dr. Wimmer wird nach Ablauf seines Urlaubs am 1. Oktober 1918 in den Badischen Staatsforstdienst zurücktreten. Der erste Vorsitzende dankte ihm mit warmen, anerkennenden Worten für seine anderthalbjährige erfolgreiche und verdienstvolle Tätigkeit und schlug, da ein geeigneter Nachfolger bis jetzt noch nicht gefunden werden konnte, vor, die Wiederbesetzung der Stelle dem Vorstande und dem Beirat zu überlassen. Der Forstwirtschaftsrat stimmte diesem Vorschlage zu. Auf Antrag des Kammerpräsidenten von Schwarzkopf wurde den Beschlüssen des Beirats durch den Beirat erweiterten Vorstandes, insbesondere der in einer Sitzung zu Gotha verfaßten Geschäftsordnung für die Geschäftsstelle nachträglich die Genehmigung erteilt und weiter beschlossen, daß die vierteljährlichen Berichte der Geschäftsstelle künftig durch Verlesen in den Sitzungen zur Kenntnis des Forstwirtschaftsrates gebracht werden sollen.

Oberförster Schulz trug dann die Abrechnung des Deutschen Forstvereins für 1917 und den Haushaltsplan für 1918 vor. Für erstere wurde Entlastung erteilt, der letztere genehmigt. In Zukunft soll die Prüfung der Jahresabrechnung einem Rechnungsbeamten übertragen werden.

Eine längere Aussprache knüpfte sich schließlich noch an eine Anfrage des Grafen von Westersholt-Sythen und verschiedener anderer Mitglieder über gewisse Erscheinungen auf dem Grubenholzmarkt, die darauf hinauszulaufen scheinen, daß die Bechen in Zukunft den Ankauf der Grubenholzer nur noch gemeinsam durch Bildung von Einkaufsgenossenschaften, unter Ausschaltung des preußischen Grubenholzhandels, unmittelbar beim

Waldbesitzer vorzunehmen beabsichtigen. Der Forstwirtschaftsrat ist der Ansicht, daß der freie Grubenholzhandel, weil er die zweckmäßigste Bewertung dieses Holzfortimentes gewährleistet, nötig sei und deshalb nicht ausgeschaltet werden dürfe. Die Holzhandelskommission und die Geschäftsstelle wurden daher beauftragt, diese Angelegenheit im Auge zu behalten, das einschlägige Material zu sammeln und zu bearbeiten und dem Forstwirtschaftsrat gegebenenfalls Vorschläge zu machen.

Am zweiten Tage begrüßte der erste Vorsitzende zunächst die erschienenen Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, nämlich vom Reichswirtschaftsamt den Referenten für Holzwirtschaft, Landrat von Halem, von der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsamtes den Leiter der Unterabteilung Holz (Holzzentrale) Major Hedler, vom Kriegsernährungsamt Prof. Dr. Hirsch und Diplom-Kaufmann Lecoutre, vom Preussischen Landwirtschaftsministerium und der Staatsforstverwaltung den Landesforstmeister Laspeyres und von der Badischen Staatsforstverwaltung den Geh. Oberforstrat Gretsch.

Hierauf hielt Geh. Hofrat Prof. Dr. Endres in München zur Einleitung des dritten Punktes der Tagesordnung einen kurzen, klaren und anregenden Vortrag über die Eisenbahntarife für Holz. Die nachfolgende Aussprache drehte sich hauptsächlich um die gleiche oder verschiedene Tarifierung von Rundholz und Schnittware. Die bessere Ausnutzung des Ladegewichts (kein Abfall und geringeres spezifisches Gewicht) sowie der höhere Wert der Schnittware sprechen für die billigere Verfrachtung des Rundholzes gegenüber der Schnittware. Nichtsdestoweniger äußerten sich Oberforstmeister Krandl-Marienwerder und Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwapach-Eberswalde gegen die Differenzierung von Rundholz und Schnittware und forderten die Beibehaltung gleich hoher Frachtsätze für diese beiden Sortimente für den preussischen Osten, um in den dort bestehenden Verhältnissen keine nachteiligen Umwälzungen hervorzurufen. Der Forstwirtschaftsrat faßte auf Grund der Endress'schen Anträge folgenden Beschluß, der zur Kenntnis des von den Deutschen Eisenbahnverwaltungen zwecks Revision der Eisenbahntarife eingesetzten Ausschusses gebracht werden soll:

„Für die Frachtberechnung von Holz sollen im Interesse der Forstwirtschaft folgende Grundsätze eingehalten werden:

1. Papierholz, Grubenholz, Schwellen, Brennholz bis 1,30 m Länge, Hobelspäne,

Sägespäne und andere Abfallspäne sind im Spezialtarif III zu belassen, die Stangen bis 15 cm am untern Ende ohne Beschränkung der Länge aus dem Spezialtarif II in den Spezialtarif III zu versetzen.

2. Bei Stammholz des Spezialtarifs II sind zu nennen: Aspe, Birke, Esche, Pappel, Weide, Fichte, Kiefer, Tanne, Lärche; im Spezialtarif III 1 a—c sind zu nennen: Aspe, Fichte, Kiefer, Tanne, Lärche.
3. Im Spezialtarif II ist Rundholz um 20 % niedriger zu tarifieren als Schnittholz.

Für den Osten Preußens wird die Beibehaltung der bisherigen Gleichstellung des Rundholzes und Schnittholzes für angemessen und wünschenswert erachtet.

Einer Anregung verschiedener Mitglieder entsprechend, bezeichnete es der Forstwirtschaftsrat ferner als wünschenswert, daß für die Bearbeitung forstpolitischer Fragen in das Reichswirtschaftsamt ein Vertreter der Forstwirtschaft berufen wird. Landrat von Halem erkannte diese Forderung als berechtigt an und empfahl dem Forstwirtschaftsrat, beim Reichswirtschaftsamt einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Außerhalb der Tagesordnung stellte Graf von Garnier-Turawa hierauf folgende Anfrage, die er eingehend begründete:

„Ist das Kriegsernährungsamt bereit, darüber Aufschluß zu geben, wie es erklärlich ist, daß dem Waldbesitzer, alias Beerenproduzenten, ein Höchstpreis von nur 45 \mathcal{M} per Liter Blaubeeren zugewilligt wird, während der Höchstpreis beispielsweise für Berlin mit 1 \mathcal{M} per Liter normiert wird? Wer verdient die Differenz von 0,55 \mathcal{M} oder 55 % des Objektwertes?

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß

1. der Berliner Höchstpreis von 1 \mathcal{M} ungemein häufig überschritten wird, und
2. daß es sich um Millionen handelt, die dem Zwischenhandel mähelos durch eine derartige unerklärliche Preisdifferenz zugeführt und dem Produzenten entzogen werden.“

Der anwesende Vertreter des Kriegsernährungsamtes, Le Coultre, bedauerte, daß Prof. Dr. Hirsch infolge anderweitiger dringender Inanspruchnahme die Sitzung habe verlassen müssen. Er selbst könne die Anfrage ohne ausführliches Unterlagematerial nicht sofort beantworten und bitte daher, eine Anfrage an das Kriegsernährungsamt zu richten. Die Angelegenheit werde dann näher untersucht werden.

Nach längerer Aussprache, aus der hervorging, daß die Frage der Waldbenehnungen, insbesondere der Beeren- und Pilzernte, im deutschen Reich sehr verschieden geregelt ist und gehandhabt wird, und in welcher Oberförster Deltz sich über die Beratung des Kriegsernährungsamts auf diesem Gebiete durch die Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrates verbreitete, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Es soll für die Bearbeitung der Fragen des Sammelns von Beeren, Pilzen und sonstigen Waldfrüchten ein Ausschuß gebildet werden, der diese Fragen für das ganze Reich, namentlich auch durch Zusammenstellung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, bearbeitet.“

In diesen „Waldfrüchteausschuß“ wurden gewählt: Graf von Garnier-Turawa, Geh. Oberforstrat Dr. Walther, Oberforstmeister Arnold, Graf Westerholt-Sythen, Regierungsdirektor Prof. Dr. Wappe und Oberförster Deltz.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung: „Beschlüsse der Kommission für Holzhandels-, Verkehrs- und Zollangelegenheiten“ berichtete Prof. Dr. von Mammen-Brandstein über den Stand der Holzzollfrage und Prof. Dr. Wimmer über den Stand der Frage über die einheitliche Vermessung und Sortierung des Nutzholzes.

Die Beschlüsse zur Holzzollfrage wurden vom Forstwirtschaftsrat gutgeheißen. Der am 18. März in Leipzig gefaßte Beschluß lautet wie folgt:

„Die Deutsche Forstwirtschaft stimmt einem Wirtschaftsbandnis mit Österreich-Ungarn unter Wahrung ihrer Interessen durch Aufrechterhaltung einer geeigneten Zwischenzoll-Linie für forstwirtschaftliche Produkte zu.

Diese Zwischenzolllinie fordert:

- a) für Nutz-Rundholz über 1 m lang und über 18 cm Stärke am oberen Ende einen Vertragszoll von 0,12 \mathcal{M} je dz
- b) für beschlagenes und geschnittenes Holz die bisherigen . . . 0,24 \mathcal{M} bzw. 0,72 \mathcal{M} je dz
- c) für Kiefernzapfen 10,00 \mathcal{M} je dz, für Kiefernfasern 1000,00 \mathcal{M} je dz.

Die deutsche Forstwirtschaft erwartet, daß die Wirkung dieser Zollsätze nicht durch eisenbahntarifarische Maßnahmen durchkreuzt wird. Im übrigen hält der Forstwirtschaftsrat, ebenso wie Holzhandel und Holzindustrie den Ausbau der Wasserstraßen für besonders wichtig.“

Ein weiterer am 5. Juni in Berlin gefaßter Beschluß über den Holztarif lautet:

„Die Position „Holz zur Herstellung von Holzstoff, nicht über 1,20 m lang und nicht über 4 cm am schwächeren Ende stark, unter Zollsicherung“

folgende Fassung erhalten:

„Holz zur Herstellung von Holzstoff, nicht über 1 m lang und nicht über 18 cm am schwächeren Ende stark, unter Zollsicherung“.

Pos. 264 Forstämereien, anderweit nicht genannt, Nadelholzsaamen:

amtlicher Kennzeichnung des Ursprungslandes

er.

„Holzsaamen
folgende Fassung erhalten:

„Pos. 264 Forstämereien, anderweit nicht genannt,

Nadelholzzapfen, nicht entfernt (mit Ausnahme der Zapfen von *Pinus silvestris*), Zapfen von *Pinus silvestris*, nicht entfernt, Nadelholzsaamen, mit Ausnahme der *Pinus silvestris*,

Samen der *Pinus silvestris*,

Laubholzsaamen,

mit amtlicher Kennzeichnung des Ursprungslandes.“

Die Kommission vertrat den Standpunkt, daß stärkere zur Zellstofffabrikation geeignete Holz wohl unter der jetzigen wirtschaftlichen Lage dieser Industrie einen Zoll ertragen könne, aber namentlich auch die schwächeren Sortimente der deutschen Forstwirtschaft eines Zolles bedürfen, der auch in Zeiten niedrigerer Preise der Forstwirtschaft für diese Ware noch einen solchen Preis sichern hilft, daß eine pflegliche Waldbehandlung durch Durchforstungen noch wirtschaftlich ist. Es sollte daher der alte Durchmesser von 18 cm, der vor 1906 gültig war, wieder eingelegt und die Länge auf 1 m festgesetzt werden. Die entfernten Zapfen fallen unter das Brennholz.

Der Samen von *Pinus silvestris* soll wohl nur aus guten Beständen im Inlande gewonnen, und daher der Herkunftsort eingetragenen Samens bekannt sein, damit die deutsche Forstwirtschaft in der Lage ist, die Lieferungsamensproben zu kontrollieren und die Abstammung des Saatgutes der im Wuchse so verschiedenen Massen festzustellen.

Für die künftigen Gestaltungen der Gerbstoffe wurden schließlich am 5. Juni folgende Beschlüsse beschlossen, die mit den vom Bayerischen Wirtschaftsrat beantragten vollkommen übereinstimmen:

1. Eichenrinde 2,00 M für 100 kg
2. Fichteninrinde 2,00 M für 100 kg
3. Quebracho in Blöcken und zerkleinert 15,00 M für 100 kg
4. Andere bisher schon bekannte gerbstoffhaltige Hölzer 0,50 M für 1 kg
5. Gerbstoffauszüge } 0,50 M für 1 kg ^{nutzbaren Gerbstoff}

Der Beschluß der Holzhandelskommission zur Frage der einheitlichen Vermessung und Sortierung des Nutzholzes vom 18. März lautet:

1. Das Stammholz ist ohne Rinde zu messen.
2. Die Mittendurchmesser-Messung erfolgt auf ganze cm unter Abrundung nach unten; die verglichene Messung ist bei allen nicht augenscheinlich runden Stämmen maßgebend.
3. Die Holzarten sind getrennt, jede für sich, zu sortieren.
4. Die Klasseneinteilung soll nicht nach dem Festgehalt, sondern nach den für den Wert maßgebenden Dimensionen unter Berücksichtigung der Qualität erfolgen.
 - a) die Laubholzstämmen sollen ohne Rücksicht auf die Länge nach dem Mittendurchmesser eingeteilt werden.
 - b) für Nadelholz (Stämme), namentlich für Fichte und Tanne, soll die Sortierung unter Rücksicht auf die Länge und den Durchmesser bei bestimmter Länge (Rohp) erfolgen. Hat das Holz nicht genügende Dimensionen für die Sortierung nach b (Stämme), so fällt es unter c (Abschnitte und Klöße).
 - c) Die Nadelholzabschnitte und Klöße sollen ohne Rücksicht auf die Länge nach dem Mittendurchmesser sortiert werden.“

Dieser Beschluß war sämtlichen Staatsforstverwaltungen der deutschen Bundesstaaten zur Kenntnis und Äußerung mitgeteilt worden. 23 Verwaltungen hatten geantwortet. Für die Messung ohne Rinde sprachen sich alle Verwaltungen aus, ausgenommen Preußen und Mecklenburg-Strelitz, während Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt und Schaumburg-Lippe sich nicht ablehnend verhalten wollen. Für den Fall, daß die Messung ohne Rinde allgemein eingeführt werden sollte. Für die Mittendurchmesser-Sortierung stimmten alle Staatsforstverwaltungen, mit Ausnahme von Preußen, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, die letzteren wohl aus dem Grunde, weil sie sich nach der Sortierung des ihre Gebiete umschließenden Königs

reichs Preußen richten müssen. Für die Aufrechterhaltung der Heilbronner Sortierung sprachen sich Bayern und Baden aus. Hessen erklärte, falls die übrigen Staaten sie einführen, würde auch Hessen sie annehmen, und Elsaß-Lothringen hielt ihre Beibehaltung nicht für notwendig, falls die Vereinheitlichung der Sortierung an diesem Punkte scheitern sollte. Auch die Antwort des Königl. Preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten u. verkennt nicht, daß eine Vereinheitlichung der Klassenbildung und Messung erfahrungsgemäß für Nukholz innerhalb des Deutschen Reiches für gewisse Zwecke wünschenswert sei, jedoch seien die hierdurch erreichbaren Vorteile nicht so groß, daß sie ihn veranlassen könnten, das für die Waldverhältnisse Preußens bisher bewährte Verfahren aufzugeben.

Diesem von Prof. Dr. Wimmer gegebenen Überblick über den derzeitigen Stand der Frage schloß sich eine eingehende Aussprache an, in der sich die große Mehrzahl der Redner für die Mittendurchmesser-Sortierung erklärte. Selbst die Anhänger der Heilbronner Sortierung für das Lang-Nadelnukholz (Stämme), welche diese Sortierungsweise für die feinere und vollkommenere gegenüber der Mittendurchmesser-Sortierung halten, traten für die Einigung auf letztere ein, um endlich überhaupt einmal zu einer einheitlichen Nukholzsortierung in Deutschland zu gelangen. Der Forstwirtschaftsrat stimmte schließlich folgendem Antrag Schwa p p a c h s zu:

„Der Vorstand des Deutschen Forstvereins wird ersucht, die nachstehenden Beschlüsse über Vermessung und Sortierung des Stammholzes zur Kenntnis der Bundesregierungen zu bringen mit dem Antrag, hiervon abweichende Bestimmungen baldmöglichst in Übereinstimmung bringen zu wollen:

1. Das Stammholz ist ohne Rinde zu messen.
2. Die Mittendurchmesser-Messung erfolgt auf ganze Zentimeter unter Abrundung nach unten.
3. Die Holzarten sind getrennt, jede für sich, zu sortieren.
4. Die Klasseneinteilung soll nach den für Wert maßgebenden Abmessungen unter Berücksichtigung der Beschaffenheit erfolgen.
5. Als Grundlage hat bei Laub- und Nadelholzstämmen ohne Rücksicht auf die Länge der Mittendurchmesser zu gelten.“

Zu Ziffer 5 stimmte eine Minderheit für die Beibehaltung der Heilbronner Sortierung für das Lang-Nadelstammholz als Ausnahme.

Den fünften und letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht des Prof. Dr. Wimmer über „Die Holzversorgung im Kriege“. Der Berichterstatter behandelte hauptsächlich die Lieferung von Rundholz für Heereszwecke. Er ging dabei auf die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Verschiedenheiten ein und forderte im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung des gesamten Waldbesitzes die Abstellung dieser Ungleichheiten. Bei der Verteilung der Rundholzabgabe dürfe nicht allein, wie geschehen, die Leistungsfähigkeit der Sägeindustrie der betr. Länder als Maßstab dienen, sondern in erster Linie die Holzherzeugung ausschlaggebend. Nachdem Oberforstmeister Arnold seine Erfahrungen auf diesem Gebiete im Osten Preußens und Oberforsttrat Grets ch die Verhältnisse in Süddeutschland geschildert, jeder von beiden auch seine Wünsche vorgetragen hatte, gab Major Hedler den Verhandlungen des nächsten Tages im Kriegsausschusse gewissermaßen vorgreifend, kurz die Stellung der Kriegsrohstoffabteilung zu diesen Fragen für diejenigen Mitglieder des Forstwirtschaftsrates bekannt, die an der Sitzung am nächsten Tage nicht teilnehmen konnten.

Hierauf wurde die offizielle Tagung des Forstwirtschaftsrates vom ersten Vorsitzenden geschlossen.

Im Anschluß an diese zweitägige Sitzung des Forstwirtschaftsrates fand am 2. August unter dem Vorsitz des Herrn Major Hedler eine Besprechung der Unterabteilung Holz (Holzmitteltrale) der Kriegsrohstoffabteilung mit einer Anzahl von Mitgliedern des Forstwirtschaftsrates über die Holzversorgung mit folgender Tagesordnung in der Kriegsrohstoffabteilung statt:

1. Welche Art der Rohholzversorgung im Kriege hat sich in kriegswirtschaftlicher Hinsicht als die zweckmäßigste erwiesen — Freihandverkauf, öffentliches Ausschreiben (Submission) oder Versteigerung?
Hat insbesondere der Freihandverkauf in Verbindung mit den Anhalts-Waldpreisen (Vorzugspreisen) die freie Preisentwicklung durch Angebot und Nachfrage in der beschriebenen Weise hintangehalten, d. h. ein übermäßiges Preissteigen verhindert? Wenn nicht, kann der Freihandverkauf künftig aufgegeben werden? Oder muß er schon aus anderen Gründen — Begünstigung der dem Rohholz benachbarten Sägewerke, Transportverhältnisse u. — vorerst noch beibehalten werden?
2. Welche Erfahrungen sind im laufenden Jahre mit der Einrichtung der „Holzbeiräte“ an den Kriegsamtsstellen gemacht worden?

- Empfiehlst sich deren Beibehaltung oder Umgestaltung?
3. Haben sich die „Holzabfuhrausschüsse“ bewährt? Sind Fälle vorgekommen, daß entgegen der getroffenen Vorschrift an die Spitze derselben nicht die Oberförster gestellt worden sind? Wie wäre diesem Mißstande im Interesse beschleunigter Holzabfuhr und angemessener Abfuhrhöhe zu begegnen?
4. Sind die Forstbeamten und Waldbarbeiter in genügendem Maße mit Schuhzeug — Leder, Ledererfaß und Holzschuhen — versorgt worden? Wenn nicht, welche Maßnahmen sind zur Sicherung der Bedarfsdeckung zu treffen?
5. Feststellung des beabsichtigten Einschlags von Holz im Wirtschaftsjahre 1918/19 auf Grund beiliegenden Fragebogens.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 10 Uhr, gab zunächst einen kurzen Überblick über Lage der Holzversorgung, insbesondere über vom Kriegsamt getroffenen Maßnahmen und deren Wirkungen, und bat dann die Mitglieder des Wirtschaftsrates, sich zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung zu äußern, Verbesserungsvorschläge zu machen und die Wünsche der Waldbesitzer vorzubringen.

Die sich anschließenden Erörterungen ließen erkennen, daß die zwangsweisen Freihandverkäufe in Verbindung mit den sogen. „Nichtpreisen“ für Schnittwaren und den Anhalts-Waldpreisen das Rundholz in den Kreisen der Waldbesitzer bei ihrer Beamten nicht allgemeinen Beifall gefunden haben. Die von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge gipfelten deshalb hauptsächlich in dem Wunsche, daß im kommenden Wirtschaftsjahre mit dem Abbau der Zwangsmaßnahmen begonnen werde. Dem freien Spiel der Kräfte, d. h. der Preisbildung durch freies Auf- und Abwinkeln von Angebot und Nachfrage, sollte wieder mehr Raum gewährt werden. Im das Kriegsamt aber vom Freihandverkauf abgesehen zu können, möchte es wenigstens die Anhalts-Waldpreise fallen lassen und „Nichtpreise“ für die Schnittholzer erhöhen. Major Hedler erklärte demgegenüber, daß die Heeresverwaltung aus verschiedenen Gründen anders aber, um die bestehenden Schwierigkeiten in der Transportfrage nicht noch zu vergrößern, vom Freihandverkauf grundsätzlich nicht abgehen könne. Andererseits solle aber die Nutzholzerwertung auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung nicht ganz unterbunden werden. Den seitherigen „Nichtpreisen“ für das Schnitt-

holz solle zunächst festgehalten werden, während Anhalts-Waldpreise für das kommende Jahr nicht wieder festgesetzt werden.

Das Ergebnis der Besprechung läßt sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:

1. Der Freihandverkauf in Verbindung mit „Nichtpreisen“ für Schnittholz hat den beabsichtigten Zweck, einer übermäßigen Preistreiberei vorzubeugen, erfüllt und außerdem dafür gesorgt, daß das Rundholz den nächstgelegenen Sägewerken zugeführt wird, wodurch eine Entlastung der Transportmittel, sowohl der tierischen wie der mechanischen (Eisenbahnen u.), erzielt wird.

Die Heeresverwaltung glaubt deshalb, am Freihandverkauf im allgemeinen festhalten zu sollen, ist aber damit einverstanden, daß in den Gebieten, in welchen die Sägewerkindustrie gegenüber dem Waldbesitz überwiegt, der Freihandverkauf deshalb mit Schwierigkeiten verknüpft sein wird, weil für viele Sägewerke die Transportlage gleich günstig ist, das Holz im Wege der Versteigerung mit beschränkter Zulassung von Käufern verwertet wird. Aber auch hier wird die Bedingung auferlegt, daß $\frac{2}{3}$ der verkauften Holzmenge der Heeresverwaltung als Schnittmaterial zu den auch in Zukunft beizubehaltenden seitherigen „Nichtpreisen“ auf Anfordern geliefert werden muß.

2. Im allgemeinen haben die „Holzbeiräte“ sich bewährt. Es ist nur der Wunsch geäußert worden, daß zu den Sitzungen, die nur Richtlinien zu beraten haben, von jeder Art des Waldbesitzes ein Vertreter zugezogen wird.
3. Auch die „Holzabfuhrausschüsse“ haben sich bewährt. Schwierigkeiten sind nur dort entstanden, wo statt des Oberförsters ein Vorsitzender aus landwirtschaftlichen oder kommunalen Kreisen bestimmt war. Die Tätigkeit der Holzabfuhrausschüsse wird voraussichtlich im kommenden Jahre erleichtert werden, weil die Körnerernte besser ausfallen wird. Die Heeresverwaltung läßt Dampftraktoren herstellen, die für die Holzabfuhr von großem Werte sein können. Genaue Angaben über Anschaffungswert und Art sowie über die Rentabilität sind bei den zuständigen Kriegsamtstellen zu erfahren.
4. Die Schuhversorgung, die vom Kriegsamt bisher mitgeregelt war, hat sich

bewährt: Gesuche und Wünsche sind aber in Zukunft dem Reichswirtschaftsamt als der zuständigen Stelle einzureichen.

5. Um eine Übersicht über die Deckung des Holzbedarfs zu erhalten, schlägt das Kriegsamt die Ausfüllung von Fragebogen einfacher Form vor. Die Forstbehörden sind der Ansicht, daß die Ausfüllung dieser Fragebogen möglich ist,

und sind bereit, die Unterlagen dem Kriegsamt bis zum 1. Dezember zu liefern. Bis zum 10. August wird dem Kriegsamt mitgeteilt werden, welche Anzahl von Fragebogen in jedem Bezirk erforderlich ist. Für Privatwäldungen unter 100 ha Flächen-größe wird auf die Ausfüllung der Fragebogen verzichtet.

Dr. Weber.

Notizen.

A. Erzielung übermäßigen Gewinnes bei Holzverkäufen.

Ein Privatmann hatte für eigenen Bedarf Brennholz erwerben wollen. Der Preis, der ihm dafür abgefordert wurde, erschien ihm jedoch zu hoch, und er nahm infolgedessen von dem Ablauf des Holzes Abstand, setzte aber die Behörde von der Preisforderung des Waldbesitzers in Kenntnis, der daraufhin unter Anklage gestellt wurde, weil der von ihm geforderte Preis einen übermäßigen Gewinn im Sinne der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 enthalte.

Das Landgericht hatte die Preise, die vor Kriegsausbruch bestanden, der Gewinnberechnung zugrunde gelegt und war zu einer Verurteilung des Angeklagten gelangt. Eine Berechnung, was das Holz dem Angeklagten selbst gekostet hatte, hatte das Gericht abgelehnt, weil das in der Forstwirtschaft bei der es nicht nur auf den Erwerbspreis des Grundstücks ankomme, sondern auch auf den Wert der Fläche ohne das Holz, auf die Dichtigkeit des Bestandes und sein Alter, nicht tunlich und eine zuverlässige Berechnung des Gestehtungspreises des Holzes kaum möglich sei.

Der verurteilte Waldbesitzer legte Revision gegen das ihm ungünstige Erkenntnis ein, indem er gegen die Vorinstanz den Vorwurf erhob, sie habe den Begriff des übermäßigen Gewinnes im Sinne der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 verlegt, weil sie von einer Berechnung des Gestehtungspreises ab sah und auch die Tatsache, daß er selbst den Wald erst während des Krieges erworben habe, völlig unbeachtet ließ.

Das Oberlandesgericht Stettin hat die Revision des Angeklagten für begründet erachtet.

Handelt es sich um die Entscheidung der Frage, ob ein übermäßiger Gewinn angestrebt worden ist, so müssen, wie das Reichsgericht vielfach ausgesprochen hat, die Gestehtungskosten festgestellt werden. Es müssen also die Anschaffungs- und Erzeugungskosten, die besonderen Betriebsunkosten und der auf die Ware entfallende Teil an den allgemeinen Betriebskosten ermittelt werden. Ihre Summe ist mit dem Verkaufspreise und der so ermittelte Reingewinn mit dem im Frieden üblichen zu vergleichen.

Nun ist der Vorinstanz zwar darin beizustimmen, daß die Berechnung dessen, was ein Raummeter von dem Holze, um das es sich hier handelt, den Angeklagten selbst gekostet hat,

auf mancherlei Schwierigkeiten stößt. Das ist aber kein hinreichender Grund, von dieser Berechnung überhaupt Abstand zu nehmen, um so weniger, als der Wald, aus dem das Holz stammt, vom Angeklagten selbst erst im Kriege erworben und vielleicht teuer bezahlt worden ist. Es muß also — gegebenenfalls durch Sachverständige — noch festgestellt werden, wie teuer dem Angeklagten selbst das Holz zu stehen gekommen ist, wobei jedoch, falls etwa der Erwerbspreis für den Wald des Angeklagten durch Preistreiberei ein besonders hoher war, dieser Erwerbspreis nicht in ganzer Höhe einzupreisen sein wird, sondern nur mit einem solchen Betrage, wie er sich ohne Preistreiberei ergibt. (Oberlandesger. Stettin, 24. 10. 17, S. 51/17.)

A. Radojff.

B. Verzeichnis der Vorlesungen, die an der Forstakademie Oberwalde im Wintersemester 1918/19 gehalten werden.

Oberforstmeister Prof. Dr. Möller: Über die Bedeutung der Pilze für das Leben des Waldes; Lepidopterenwanderungen. — Professor Dr. Schubert: Geodätische Aufgaben; Geodätische Instrumente; Ausgewählte Abschnitte der Physik; Meteorologie. — Professor Dr. P. G. Krause: Geologie; Mineralogisches und geognostisches Praktikum; Lepidopterenwanderungen. — Professor Dr. Schwalbe: Mineralogie; Allgemeine und angewandte chemische Chemie; Chemische Übungen; Lepidopterenwanderungen. — Professor Dr. Albert: Bodenkunde (Pflanzengeographie); Lepidopterenwanderungen. — Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Schwarz: Allgemeine Botanik mit Praktikum; Botanisches Seminar. — Professor Dr. Wolff: Allgemeine Zoologie und Wirbeltiere; Zoologische Übungen und Lepidopterenwanderungen. — Professor Dr. Dickel: Vögelkunde, Recht, Allgemeiner Teil und Schulbuchkenntnisse (Praktikum und Übungen).

Das Wintersemester beginnt am 15. Oktober 1918 und endet am 20. März 1919.

Anmeldungen sind baldmöglichst an die Forstakademie Oberwalde einzureichen unter Beifügung der Zeugnisse über Schulbildung, sonstige Lehrzeit, Fächer, über erforderlichen Mittel für den Unterhalt und den Lebenslauf mit Angabe der Militärverhältnisse.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung

November/Dezember 1918

Buchenwirtschaft und chemische Verholungsindustrie.

Eine forstpolitische Studie

von Dr. G. Baader, Gießen.

Seit Jahrzehnten ist die Buchenfläche in Deutschland in stetem Rückgang begriffen. Die geringe Rentabilität, Erwägungen wirtschaftlicher Natur — hie und da — waldbauliche Schwierigkeiten haben diese Entwicklung ausgelöst. Die Buche ist der Liebling des Waldbauers und das Sorgenkind des forstlichen Statistikers. Die Hauptversammlung des deutschen Forstvereins hat deswegen mehrfach über den Buchenhochwald und seine künftige Bewirtschaftung verhandelt und nach Mitteln und Wegen gesucht, wie insbesondere die Rentabilität gesteigert werden kann.¹⁾ Die Maßnahmen, die in Vorschlag gebracht wurden, sind vorwiegend waldbauliche: Anlage von Mischbeständen, Anwendung geeigneter Durchforstungsverfahren zur Steigerung des Nutzholzprozents, Umwandlung der Bestände 4. und 5. Standortsstufe.

Nur mit wenigen Worten wurden dabei auch die Aussichten besprochen, die die Verwendung des Buchenholzes als Eisenbahnschwelle, in der Kettfabrikation, in der Jagdindustrie, bei der Herstellung Thonet'scher Möbel, und endlich auch in der Verholungsindustrie eröffnet. Die Möglichkeit, eine Hebung der Rente durch Steigerung der Nachfrage nach Buchenholz herbeizuführen, hat man offenbar nur sehr gering eingeschätzt. Zur Stärkung der genannten Industriezweige ist bis heute seitens des Waldbesitzes gut wie nichts geschehen, trotzdem dies im eigenen, wohlverstandenen Interesse liegt. Diese Unterlassung hat verschiedene Gründe; vor allem fehlte die nötige Bekanntschaft mit den Produktionsbedingungen der genannten Gewerbe. Die Bearbeitung der Unterlagen wird eine Zukunftsaufgabe sein. Mehr als seither muß die Wissenschaft, insbesondere die Forstpolitik, sich mit den Holzverarbeitenden Wirtschaftszweigen überhaupt befassen und die Ergebnisse ihrer Arbeit zum Ge-

meingut des deutschen Forstmannes machen. Der Waldbesitz, als dessen gesetzmäßige Vertretung im Reiche hoffentlich recht bald der Forstwirtschaftsrat anerkannt wird, vermag alsdann aus solcher Grundlage die praktischen Folgen zu ziehen.

Aus diesen allgemeinen Ausführungen ergeben sich ohne weiteres Richtlinien und Gliederung der vorliegenden Arbeit:

- I. die derzeitige wirtschaftliche Lage des Buchenhochwaldes;
- II. die Produktionsbedingungen der Verholungsindustrie vor dem Kriege und heute.
- III. Folgerungen.

I.

Nach der Reichsstatistik waren im Jahre 1883 im deutschen Reiche 2043 132 ha mit Buchen bestockt; 1913 waren es noch 1 868 382 ha. Die mit Buche bedeckte Fläche ist somit um 174 750 ha = 8,5% zurückgegangen. Trotzdem diese Ziffern aus mancherlei Gründen nicht streng vergleichbar sind, so geben sie doch einen Anhalt und den Beweis, daß die Buche an Fläche verliert. Ein schärferes Bild — wenn auch in kleinerem Maßstabe — liefern die Flächennachweise der Forstverwaltungen einzelner Bundesstaaten, in denen die Statistik auf besseren Grundlagen sich aufbaut.

Im Großherzogtum Hessen betrug die mit Buche (einschließlich Eiche und Ahorn) beschirmte Fläche in Staats- und Gemeindewaldungen

1881	68 789 ha
1911	55 392 ha.

Dies entspricht einem Verlust an Buchenfläche von 13 397 ha oder rund 20%.

In Baden stellen sich die gleichen Ziffern für

1876 auf	167 693 ha, für
1902 auf	144 563 ha.

Die Einbuße beläuft sich somit auf 23 130 ha bzw. 13,8%.

(Vergl. Statistische Nachweisungen aus den Forstverwaltungen des Großherzogtums Baden für das Jahr 1907, Karlsruhe 1909).

Nach einer freundlichen Mitteilung des Herrn Regierungs- und Forstrats Nicolai zu Arnshausen betrug im Regierungsbezirk Arnshausen, wo

¹⁾ Vergl. die Berichte über die XXV. Versammlung deutscher Forstmänner zu Stuttgart 1897 und über die Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins zu Wiesbaden 1900.

der Staatsbesitz nur rund 9% der ganzen Walbfläche ausmacht, die Buchenhochwalbfläche

1881 — 12 456 ha 1918 — 8080 ha.

Mithin stellt sich der Verlust auf 4376 ha oder rund 35%. Weiter schreibt Herr Forstrat Nicolai, daß in den Gemeinde- und Privatwaldungen des Regierungsbezirkes mit dem gleichen Rückgang an Buchenfläche zu rechnen ist.

Die rückläufige Bewegung spiegelt sich auch wieder in der Größe der Verjüngungsflächen im letzten Jahrhundert. Setzt man den Anteil der jüngsten, 1–20 jährigen, Altersklasse der Buche im deutschen Reich in dem Zeitabschnitt 1820/40 = 100, dann ergeben sich nach Endres (vergl. Handbuch der Forstpolitik S. 49) für die kommenden Perioden folgende Ziffern:

1820/40	1840/60	1860/80	1880/1900
100	87	70	55

Die Gründe für diese Erscheinung wurden schon eingangs angedeutet. In einzelnen Fällen ist sie auf ein Versagen des Standortes zurückzuführen, im großen ganzen jedoch muß die durch aus unbefriedigende Rente der Buchenwirtschaft als Hauptursache angesprochen werden, die zur Umwandlung drängt.

Die ehemaligen Buchenorte sind fast restlos in Nadelholz übergeführt worden. Mit Recht konnte vor dem Kriege die Forstpolitik diesen Holzartenwechsel begründen mit dem Hinweis auf die beschränkte Verwendungsfähigkeit des Buchenholzes. Nadelholz dagegen war in allen Stärken marktfähig und die zunehmende Industrialisierung des Landes stellte einen wachsenden Bedarf in Aussicht und sicherte den Absatz jeder Menge.

Ein Rückblick auf den Tiefstand der Buchenwirtschaft vor dem Kriege ist in mancher Hinsicht lehrreich. Gerade der Krieg hat uns eindringlich bewiesen, daß die Buche unentbehrlich ist. Ihre Rolle als Aschenbrödel muß deshalb ausgespielt sein!

Einen Überblick über Rohertlöse von Buchenscheitern gab Bühler¹⁾ auf der Forstversammlung in Stuttgart. Darnach kostete der Raummeter Buchenscheitholz in 6 Oberförstereien des Regierungsbezirkes Gumbinnen 1,80 M., im Norden und Osten von Preußen meist 3–4, selten 5–6 oder gar 7 M. Bei Aachen 2–4, bei Köln, Koblenz 4–6, bei Wiesbaden 3–8 M. In Baden wurden durchschnittlich 7–8 M., bei Bruchsal 12 M., um Stuttgart 12–13 M. erzielt.

¹⁾ Vergl. Bericht über die XXV. Versammlung deutscher Forstmänner zu Stuttgart 1897, S. 40.

„1 ha hundertjährigen Buchenwaldes erster Bonität wirkt bei reiner Brennholzwirtschaft am württembergischen oder badischen Ufer des Bodensees etwa 6–7000 M., bei Gumbinnen dagegen nur 1500 M. ab.“ Die Abtriebe auf den am meisten vertretenen Standorten 3. und 4. Klasse liefern selbstverständlich noch geringere Gelbeträge, die um 20 bis 40% hinter den genannten zurückbleiben.

An diesem bescheidenen Ergebnis wurde im allgemeinen wenig geändert durch eine sorgfältige Auslese von allem zu Nutzholz geeigneten Material. Der Nutzholzanfall ist in reinen Buchenbeständen an sich gering und schwankt zwischen 3 und 10%¹⁾. Nur in einzelnen Fällen ist die Nutzholzausbeute größer. Die Preise für Buchennutzholz waren außerdem sehr niedrig und nur bei ganz starkem Holz war die Steigerung gegen die Scheitholzpreise eine nennenswerte.

In welcher Weise machte nun die Verkohlungsindustrie ihren Einfluß auf dem Buchenmarkt und in der Buchenwirtschaft geltend?

Der Holzbedarf der deutschen Verkohlungsanlagen kann für die Jahre vor dem Krieg auf etwa 400 000–500 000 fm veranschlagt werden; je nach der Marktlage wurde bald mehr, bald weniger gebraucht. 0,9 dieser Holzmenge entfiel auf die Buche, 0,1 auf andere Holzarten, wie Eichen, Eichenknüppel, Birke, Erle, Aspe. Zur Verkohlung eignet sich alles Holz von 3 cm an aufwärts. Bei weiten Transporten kommt jedoch nur Scheitholz in Frage.

Die Preise, die von der Verkohlungsindustrie gezahlt wurden, waren die niedersten, die die einzelnen Sortimenten jeweils erzielten. Sie bildeten die tiefsten Punkte in der Wertkurve der Buchenscheiter und Knüppel. Mehr als 5,50 M. für den rm Buchenscheit und 3,80 M. für den rm Buchenknüppel wurde für Verkohlungszwecke nur in einzelnen, seltenen Fällen angelegt. Aus diesem Grunde schieden auch alle jene Gegenden als Lieferanten der Verkohlungsanlagen aus, in denen der örtliche Markt jedes beliebige Holzquantum noch zu Preisen aufnahm, die über der genannten lagen.

Die Einkaufsgebiete der Verkohlungsindustrie finden sich daher meist in solchen Walbstrichen, die vorwiegend oder ganz mit Buche bepflanzt sind und wo bei häufig mangelhaften Verkehlsrichtungen und relativ dünner Besiedelung des Buchenholzes im Ortsverkehr nicht abgesetzt werden kann. Hier spielt die Verkohlungsindustrie sowohl in den waldbaulichen, wie in den finanziellen Überlegungen des Wirtschafters eine hervorragende

¹⁾ Dasselbst S. 4.

Rolle. Um eine Überschwemmung des örtlichen Brennholzmarktes zu verhüten, muß ein beträchtlicher Teil des Buchenholzes der Verkohlung zugeführt werden. Erst dann bekommt die Wirtschaft die notwendige Bewegungsfreiheit, wenn die Bewertung des Holzes sicher gestellt ist. Langfristige Verträge zwischen Industrie und Waldbesitz wurden deshalb oft abgeschlossen. Mit dieser Rückendeckung kam der Waldbau zu seinem Recht, er ausgedehnte Durchforstungen und notwendige Verjüngungsmaßnahmen durchführen konnte.

Die gleiche, ungeteilt günstige Beurteilung vom forstlichen Standpunkt aus wird jedoch nicht der finanziellen Seite der mit der Verkohlungsindustrie eingegangenen Verträge zuteil. War wird durch diese Abmachungen eine gewisse Verstärkung des örtlichen Brennholzmarktes erreicht und eine Verschleuderung des Holzes verhindert. Doch darf nicht übersehen werden, daß die von der Verkohlungsindustrie angelegten Preise sich sehr niedrig waren und sozusagen das Minimum der Rente darstellten. Eine angemessene Verzinsung der in der Waldwirtschaft tätigen Kapitalien wurde dadurch keineswegs erzielt.

Der Forstmann ist gern geneigt anzunehmen, daß die Industrie bewußt die Notlage des Waldbesitzes ausgenutzt und die Preise diktiert habe. Diese Auffassung ist, wie hier vorweg gesagt sein muß, ein Irrtum. Denn es wird dabei übersehen, daß die deutsche Verkohlungsindustrie vor dem Kriege sich ebenfalls in einer Zwangslage befand. Sie war einfach nicht in der Lage für ihre Rohstoffe, das Buchenholz, mehr auszugeben, um konkurrenzfähig zu bleiben. Der Markt in den Verkohlungsprodukten war vollkommen beherrscht durch den ausländischen, den österreichisch-ungarischen und insbesondere den amerikanischen Wettbewerb. Eine Änderung dieses Zustandes liegt nicht nur im Interesse der Verkohlungsindustrie, sondern auch des Waldbesitzes.

Ein verändertes Bild unserer Buchenwirtschaft trat der Krieg gezeichnet. In der Rohstoffwirtschaft des isolierten Staates nimmt die Buche eine bedeutende Stellung ein. Die gesteigerten Bedürfnisse des Heeres und der Marine veranlaßten eine wachsende Nachfrage nach Buchenholz, und die verschiedensten Gewerbebranchen verwenden die Buche mehr und mehr als Ersatz für andere Holzarten. Die nachteiligen Folgen der unzureichenden Belieferung des flachen Landes mit Rohleuchtstoff vorwiegend die Buche ausgleichen. Die Folge ist eine Steigerung der Preise aller Sortimente um 300 bis 400%.

Auch die Verkohlungsindustrie ist infolge der Kriegsverhältnisse mit erhöhten Anforderungen

an den Wald herangetreten. Der Holzbedarf belief sich in den Zeiten der stärksten Nachfrage auf etwa 600 000 fm.¹⁾ Für Verkohlungshölzer werden heute die zwei- und dreifachen Sätze der Friedenszeiten bezahlt. Die Entwicklung ist in der Richtung unverändert geblieben, daß auch jetzt noch die Verkohlungsindustrie bestimmend für das Minimum der zu erzielenden Werte ist. Der vermehrte Holzbedarf und Arbeitermangel haben jedoch eine Änderung insofern bewirkt, als die Forstverwaltungen vielfach genötigt sind, das Holz auf dem Stock zur Selbstverbrennung zu verkaufen. Rund 0,7 der benötigten Holzmengen schlägt die Verkohlungsindustrie heute selbst ein, 0,3 werden von den Forstverwaltungen aufgearbeitet überliefert.

In schwerer Zeit hat die Buche ihre Unentbehrlichkeit bewiesen und damit dauerndes Heimatrecht in deutschen Wäldern erworben. Die günstigen Verhältnisse, die der Krieg für den Buchenwald geschaffen hat, werden nach dem Frieden verschwinden und die Buche wird damit wieder zur alten bescheidenen Rolle zurückkehren. Die Umwandlungen in Nadelholz werden weiter fortschreiten und unaufhörlich wird die Buche an Fläche verlieren. Soweit es sich dabei um die Überführung geringer Standorte handelt, wird dies als ein waldbaulicher und wirtschaftlicher Fortschritt anzusehen sein. Ob weitere Verluste an Buchenfläche als Gewinn zu buchen sind, mag bezweifelt werden. Nicht nur Waldbau und Forstschutz können gewichtige Worte dagegen sprechen, sondern es drängen sich auch Erwägungen auf, die mit unserer Rohstoffversorgung und damit letzten Endes mit der Landesverteidigung zusammenhängen. Eine stark verringerte Buchenfläche kann künftigen Aufgaben, die etwa in ähnlicher Lage wie heute gestellt werden, kaum noch genügen. Darum Schutz der Buche!

Mit Gefühlsgründen wird dieses Ziel aber nicht erreicht werden. Nur eine Hebung der Bodenrente wird wirksam Abhilfe schaffen. Eine Verzinsung von 1—2%, die vor dem Kriege die Regel war, in vielen Fällen sogar eine Minuswirtschaft, ist auf die Dauer namentlich für den Privatwaldbesitz unerträglich.

Welche Wege beschritten werden sollen, wird sich, soweit die Verkohlungsindustrie dabei in Frage kommt, aus den weiteren Ausführungen ergeben.

¹⁾ Wie hoch der Holzverbrauch der von der Heeresverwaltung eingerichteten Verkohlungsanlagen ist, kann nicht angegeben werden, da Veröffentlichungen nicht vorliegen.

II.

Alte und vielseitige Beziehungen knüpfen sich zwischen Verkohlungsindustrie und Wald. Auf jeden Fall wurde schon lange Holz verkohlt, bevor man von einer Forstwirtschaft reden konnte. Die älteste Form der Holzverkohlungs war die Grubenverkohlungs. Erst viel später ging man zur Meilerverkohlungs über. Der einzige Zweck war die Herstellung von Holzkohle, die u. a. in der Eisenindustrie unentbehrlich war. So blieb es bis um die Wende zwischen 18. und 19. Jahrhundert, als die fortschreitende Chemie auch der Verkohlungs-technik neue Aufgaben zuwies. Nicht mehr die Holzkohle, sondern die in den wässerigen und flüchtigen Auscheidungen enthaltenen Verbindungen wurden die Hauptprodukte. An Stelle des Meilers trat die feststehende Verkohlungsanlage, der Ofen bzw. die Retorte.

Während man in Amerika und Schweden vorwiegend das Nadelholz der Verkohlungs unterwirft, wird in Deutschland und Österreich-Ungarn fast ausschließlich das Buchenholz hierzu verwandt. Im deutschen Reich bestehen zurzeit 11 Firmen, die mit 24 Verkohlungsanlagen arbeiten. Über deren Jahresbedarf an Holz, Anforderungen nach Stärke und Holzarten, wurde bereits im ersten Abschnitt berichtet.

Die Hauptprodukte der Verkohlungsindustrie sind Holzkohle, Holzgeist und holzessigsaurer Kalk. Aus Holzgeist und holzessigsaurem Kalk werden die verfeinerten Erzeugnisse gewonnen, nämlich Aceton, Essigsäure, Methyllalkohol und Formaldehyd. In der Teerfarben-Industrie, bei der Herstellung von Kunstharzen und Lacken, Desinfektionsmitteln und Medikamenten, bei der Verarbeitung des Celluloids sind sie unentbehrlich. Insbesondere hat aber der Krieg eine außerordentlich gesteigerte Nachfrage nach Produkten der Holzverkohlungs zur Folge gehabt, da sie zur Herstellung wichtigsten Heeresbedarfs dienen. Aceton z. B. ist ein Lösungsmittel für rauchschwaches Pulver, und bei der Herstellung unserer Gasmasken sind bestimmte Verbindungen notwendig.

Die Lage der Verkohlungsindustrie war in Friedenszeiten, wie schon gesagt wurde, keine günstige. Ihre Entwicklung war durch die bestehende Zollgesetzgebung gehemmt, die keinen Schutz gegen die übermächtige Konkurrenz der ausländischen Verkohlungen gewährte. Bei diesem Wettbewerb standen die Vereinigten Staaten noch besonders begünstigt da, weil hier die Verkohlungs vorwiegend von der Eisenindustrie betrieben wird mit dem alleinigen Zweck, Holzkohle zu Verhüttungszwecken zu gewinnen. Holzkalk und Holz-

geist waren hier Nebenprodukte, die unter allen Umständen und zu jedem Preis abgesetzt werden mußten. So erklären sich auch die starken Preisschwankungen, denen z. B. Holzkalk unterworfen war und die bis zu 60% des Wertes betrugen.

Einer Eingabe deutscher Holzverkohlungsfirmen vom Februar 1913 an das Reichsamt des Innern entnehme ich die nachstehenden Zusammenstellungen, die eine gute Übersicht der Zollsätze gewähren, welche in den betreffenden Ländern auch von den meistbegünstigten Staaten erhoben wurden.

Aus dieser Übersicht ergibt sich ein grundlegender Unterschied in der Behandlung der Fragen in den einzelnen Staaten. In Deutschland Zollfreiheit, in allen anderen Staaten starke Zollschränken, die in Österreich-Ungarn zur absoluten Abschließung führten. Die maßgebenden Stellen in Deutschland waren dabei von dem Gedanken geleitet, Rohstoffe zollfrei einzulassen, wobei sie die Verkohlungsprodukte als Rohstoffe bewerteten. Ein Irrtum, denn Rohstoff der Verkohlung ist nur das Buchenholz.

Infolge des Zollschränkes hat die Verkohlungsindustrie in Österreich-Ungarn und in Nordamerika einen gewaltigen Aufschwung genommen. In Österreich-Ungarn hat sich z. B. der Holzbedarf der Verkohlungen zwischen 1907 und 1913 verdoppelt. Die Absperrung der Grenzen ermöglichte es der Industrie in diesen Ländern ihre Produkte auf dem heimischen Markt beliebig zu bewerten. Der Überschuss an Holzverkohlungszeugnissen aber wanderte zu billigen Preisen nach Deutschland und wirkte hier in entgegengesetztem Sinne auf die Entwicklung der Holzverkohlungen.

Im Interesse der deutschen Forstwirtschaft lag eine solche Zollpolitik ebenfalls nicht, weil sie die Nachfrage nach Buchenholz und die Preise niedriger hielt.

Das Bestreben der deutschen Verkohlungsindustrie nach einem angemessenen Zollschutz ist deshalb verständlich. Dabei wäre festzustellen, daß die Anschauungen über die Höhe der Zollsätze, die als „angemessen“ zu bezeichnen sind, innerhalb der Industrie in den letzten Jahren unter dem Einfluß des Krieges sich stark geändert haben. Auch die Ansichten über das künftige zollpolitische Verhältnis zu Österreich-Ungarn waren einem Wechsel unterworfen. Noch im Jahre 1913 suchte die Holzverkohlungsindustrie in erster Linie Schutz gegen Österreich-Ungarn (vergl. die Eingabe deutscher Holzverkohlungsfirmen vom Februar 1913 an das Reichsamt des Innern). Im Jahre 1917 hatte jedoch der Gedanke — wenn auch mit Vorbehalten — Platz gegriffen, Deutschland und Österreich-

Es wurden an Zoll verlangt:

in	auf effigsauren Holzkalk	auf effigsaures Natron	auf Holzgeist (roh)	auf Aceton (roh)
Deutschland	ℳ 1.—	frei	frei	frei
Österreich-Ungarn	Kr. 14 50	Kr. 14 50	Kr. 60.—	Kr. 60.—
Vereinigte Staaten von Nord- amerika	— 25 % ad valorem ¹⁾ — auf alle Produkte			
Kanada	20 % ad val	17½ % ad val	20 c. p. gall ²⁾	30 % ad val

Unterstellt man für

effigsauren Holzkalk	einen Friedensdurchschnitt von	ℳ 20.—	} je 100 kg
effigsaures Natron	"	30.—	
Holzgeist (roh)	"	60.—	
Aceton (roh)	"	110.—	

so errechnet sich in diesen Ländern ein Zollsatz in Prozenten des Werts von:

in	für effigsauren Holzkalk	für effigsaures Natron	für Holzgeist (roh)	für Aceton (roh)
Deutschland	5 %	—	—	—
Österreich-Ungarn	rund 60 %	rund 40 %	rund 85 %	rund 50 %
Vereinigte Staaten von Nord- amerika	25 %	25 %	25 %	25 %
Kanada	20 %	17½ %	rund 50 %	30 %

¹⁾ 25 % ad valorem, abgekürzt ad val., d. h. es wurde ein Zoll von 25 % des Werts erhoben.

²⁾ 20 c. p. gall, d. h. 20 cents per gallon. 1 Gallon nach englischem Maß = 4,543 l.

Ungarn als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu betrachten. Infolgedessen wurde beim Reichsrat des Innern im September 1917 von den deutschen Holzverkohlern Zollfreiheit auf Verkohlungsprodukte zwischen diesen beiden Ländern empfohlen. Erste Voraussetzung dieser Zollfreiheit ist jedoch ein unter allen Umständen ausreichender Schutz gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Für die Hauptprodukte und die veredelten Erzeugnisse werden von der Industrie die nachstehenden Sätze erstrebt, denen zum Vergleich die jetzt bestehenden Zollsätze gegenüber gestellt sind.

Die Österreich-Ungarn gegenüber empfohlene Zollfreiheit wird jedoch nur dann vertreten, wenn Österreich-Ungarn diese auch gewährt. Wird von diesem Lande ein Zollsatz gegen Deutschland

eingeführt, wird Gleichheit vorgeschlagen. Bei den Positionen, bei denen unter allen Umständen ein Zollsatz verlangt wird, handelt es sich um eine Sicherung der Veredelungsindustrie.

Die Forderungen der Holzverkohlungsindustrie berühren nicht nur deren eigene Interessen, sondern auch in hohem Maße die des Waldbesitzes. Es kann der deutschen Forstwirtschaft nicht gleichgültig sein, ob ein Abnehmer so bedeutender Holz-mengen, wie sie zur Verkohlung gebraucht werden, in bedrängter Lage sich befindet, oder ob es ihm gut geht. Soll die Forstwirtschaft zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen und in welchem Sinne?

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, wäre die Entwicklungsmöglichkeit und die voraussichtliche Lage der Holzverkohlung nach dem Kriege zu prüfen.

Nr. der Position des Zolltarifs	Erzeugnis	Festiger Zollsatz		Gewünschter künftiger Zollsatz		
		nach dem autonomen Tarif	nach dem Vertrags- Tarif	nach dem autonomen Tarif	nach dem Vertrags- Tarif	gegen Österreich- Ungarn
88	Holzkohle	frei	frei	3.— „	keine Herab- setzung	Zollfreiheit
	Holzkohlenbriketts	frei	frei	6.— „	„	„
277	Essigsäure, auch kristallisiert (Eisessig). Bei einem Ge- wicht der unmittelbaren Um- schließung nebst Inhalt von mindestens 20 kg	42.— „	42.— „	80.— „	„	80.— „
	weniger als 20 kg	78.— „	78.— „	80.— „	„	80.— „
277	Essigsäure-Anhydrid, bei einem Gewicht der unmittelb. Um- schließung nebst Inhalt von mindestens 20 kg	42.— „	42.— „	100.— „	„	100.— „
	weniger als 20 kg	78.— „	78.— „	100.— „	„	100.— „
309	Essigsäure Salze, Acetate, Ace- tonöl	1.— „	1.— „	12.50 „	„	Zollfreiheit
349	Holzgeist (Methylalkohol) roh, Aceton roh	5.— „	frei	50.— „	„	„
350	Holzgeist gereinigt, Aceton ge- reinigt	20.— „	20.— „	50.— „	„	50.— „
350 u. 388	Formaldehyd in wässriger Lösung	20.— „	20.— „	30.— „ für flüssiges	30.— „	30.— „
	Paraformaldehyd	40.— „	40.— „	75.— „ für feste Form oder Paste, Pulver oder Tafelchen.	75.— „	75.— „

Im Jahre 1913 wurden an Verkohlungs-
produkten ausgeführt:

nach	Holzkohlen	Holzgeist, Aceton (roh und gereinigt) Formaldehyd
	t	t
Holland	4874	323
Schweiz	8598	870
Österreich-Ungarn	5582	—
England	3386	1103
Belgien	—	178
Frankreich	—	2440
Italien	—	255
Diverse	4274	1807
Summa	26714	6876

Eingeführt wurden:

aus	Holz- kohle t	Holz- geist t	Holzgeist- sauren Kalk t
Belgien	1490	—	—
Österreich-Ungarn	10860	5274	365
Amerika und Canada	—	5071	20364
Diverse	1960	355	193
Summa	14310	10700	20922

Als Gesamtbild ergibt sich damit für das letzte
Friedensjahr ein Überschuß an Holzkohle von
12 404 t und ein Mangel an Holzgeist und Holz-
essigsäurem Kalk von zusammen 24 646 t. Mit
diesen Ziffern ist zugleich der Umfang der Ent-

wicklungsmöglichkeit abgegrenzt, die der Verkohlungsindustrie mit einem Zollschutz geboten wird. Denn der angestrebte Zoll soll nicht nur Schutz verleihen, sondern er legt der deutschen Holzverkohlung auch die Verpflichtung auf, den gesamten Bedarf des Inlandes bereit zu stellen.

Die hierfür mehr benötigte Rohstoffmenge von 900 000 fm Buchenholz¹⁾ kann die heimische Forstwirtschaft auf jeden Fall ohne Schwierigkeit liefern.

Die Zeit unmittelbar nach dem Kriege wird jedoch voraussichtlich einen starken Rückschlag bringen, da der größte Abnehmer von Verkohlungsprodukten, die Heeresverwaltung, nur noch in sehr beschränktem Bedarf haben wird. Auch die Teerfarben-Industrie wird erst ganz allmählich ihre frühere Blüte entfalten können und deshalb zunächst nur geringe Anforderungen stellen. Von Bedeutung ist es auch, daß es während des Krieges gelungen ist, Essigsäure bzw. Aceton auf synthetischem Wege herzustellen. Die für dieses Verfahren in Deutschland erstandenen Anlagen werden in Friedenszeiten mit der Holzverkohlung in einen scharfen Wettbewerb treten.

Endlich sei hier noch auf einen Vorgang verwiesen, der sich erst leztthin in unserem Wirtschaftsleben abgespielt hat und der auf den ersten Blick mit Verkohlungsindustrie und Buchenwirtschaft nichts zu tun hat, der aber bei näherer Betrachtung deutlich vor Augen führt, wie verschlungen die Fäden laufen: Das Branntweinmonopol.

Durch Vergärung von Alkohol unter besonderen Bedingungen entsteht Essig. Ein weiterer Weg zur Herstellung von Essig bietet sich bei der chemischen Umsetzung des bei der Holzverkohlung gewonnenen Holzkalkes. Schon früher mußte die Essigsäure-Industrie geschützt werden, weil ihr Rohstoff, der Spiritus, durch bestimmte steuerliche Maßnahmen verteuert war. Die Notwendigkeit eines solchen Schutzes in gewissen Grenzen wird auch von der Holzverkohlung als billig anerkannt. Dieser Schutz wird dadurch erreicht, daß die aus Holzkalk stammende Essigsäure mit einer Verbrauchsabgabe belastet wurde.

Diese Verbrauchsabgabe war aber in der letzten Zeit nicht mehr hinreichend, um die Vergärungs-Essig-Industrie lebensfähig zu erhalten, weil der Preis für Alkohol aus verschiedenen Gründen in die Höhe geschossen ist. Man hat deswegen in diesem Sommer die Verbrauchsabgabe für die aus

Holzkalk stammende Essigsäure von M. 30,— auf M. 160,— für je 100 kg erhöht.

Da der Alkoholpreis jedoch keine feststehende Größe ist, sondern jeweils vom Monopolrat bestimmt wird, liegt in der unverrückbaren Festlegung des Abgabepreises eine große Gefahr für die Holzverkohlung. Setzt z. B. der Monopolrat den Spirituspreis unter eine gewisse Höhe, so scheidet die übrige Essigsäure-Industrie als Konkurrent aus, da sie ja von vorneherein mit einer Abgabe von M. 160,— belastet ist. Die Verkohlungsindustrie erhebt deshalb Widerspruch einmal gegen die Höhe der Verbrauchsabgabe, dann gegen die Unabänderlichkeit derselben und endlich dagegen, daß sie in dem Monopolrat nicht vertreten ist.

III.

Das Ziel, das mir vorschwebt, ist die mögliche Erhaltung der Buche in ihrer heutigen Flächenausdehnung auf allen Standorten I. bis IV. Klasse. Das Mittel, dahin zu gelangen, soll die Hebung der Rentabilität sein durch Steigerung der Nachfrage nach Buchenholz.

Soweit die Verkohlungsindustrie dabei als Holzabnehmer in Frage kommt, besteht sowohl hinsichtlich des Zieles wie der vorzuschlagenden Mittel eine vollkommene Übereinstimmung mit den Interessen der Forstwirtschaft, keinesfalls ein Gegensatz. Aus leicht begreiflichen Gründen verfolgt die deutsche Holzverkohlung das Schwinden unserer Buchenwälder mit Sorge. Sie steht und fällt mit ihnen und die Existenzmöglichkeit wird ihr genommen, wenn die Buchenfläche unter einen gewissen Stand sinkt. Andererseits ist sich die Industrie vollkommen darüber klar, daß die Entwicklung nicht aufzuhalten ist, wenn die finanzielle Lage der Buchenwirtschaft nicht wesentlich gebessert wird. Schon aus Eigeninteresse wird sich deshalb die Holzverkohlung dazu entschließen müssen, für ihre Hölzer höhere Preise anzulegen. Sie kann dies aber nur, wenn ihr der angestrebte Zollschutz zuteil wird.

Für eine zielbewußte, nach Anerkennung ringende Forstwirtschaft ergibt sich hieraus ohne weiteres die künftige Marschrichtung. Zum Schutze unserer Buche schlage ich darum nicht mehr und nicht weniger vor als ein zollpolitisches Einvernehmen und Zusammengehen mit der Verkohlungsindustrie. Dieser Vorschlag ist für die Forstwirtschaft ein ungewöhnlicher. Er bedeutet einen vollkommenen Bruch vor allem mit den Gepflogenheiten der Staatsforstverwaltungen.

M. E. kann die Forstwirtschaft sich jedoch nur dann durchsetzen, wenn sie ihren Folierverschmelz-

¹⁾ Es ist dabei unterstellt, daß die eingeführten 24646 t im Verhältnis 1:2 aus Holzgeist bzw. Holzessigsäuremalt bestehen, und daß 100 fm gutes Buchenscheitholz 1 t essigsäuren Kalk und 0,63 t Holzgeist ergeben.

auf dem sie allzulange in Abgeschlossenheit saß, verläßt und hinabsteigt in den Schauplatz wirtschaftlicher Kämpfe.

Die von der Verkohlungsindustrie vertretenen Zollforderungen sind im II. Abschnitt mitgeteilt worden. Läßt der Waldbesitz diesen Forderungen seine Unterstützung zuteil werden, so kommen für ihn folgende Fragen in Betracht:

1. Welche Preissteigerung für Verkohlungsholz ist mindestens anzustreben?
2. Welche Wirkungen wird ein Zollschutz auf Holzverkohlungsprodukte auf dem Buchenmarkte ausüben?
3. Liegt ein Wirtschaftsbündnis mit Österreich-Ungarn im Interesse der deutschen Forstwirtschaft?

Bei der Beantwortung der ersten Frage ist es im Hinblick auf die große Verschiedenheit, der in den einzelnen Gebieten erzielten Erlöse natürlich nicht möglich, absolute Ziffern zu nennen; die wünschenswerte Preissteigerung für Verkohlungshölzer kann nur prozentual angegeben werden. Diese Erhöhung müßte m. G. 50—200% betragen, derart, daß in Gegenden mit relativ hohem Preisstand, wo die Verkohlungsindustrie nur wenig einkauft, die Steigerung mit 50% einsetzt. In Gebieten mit tieferm und tiefstem Preisstand ist die Erhöhung gestaffelt von 100 bis 200% gedacht. Bei den Revieren mit tiefstem Preisstand dürfte es sich vorwiegend um solche Waldstriche handeln, die, wie schon Seite 214 gesagt, ganz oder vorherrschend mit Buche bestockt sind und wo der örtliche Brennholzmarkt den gesamten Holzanfall zu annehmbaren Preisen überhaupt nicht aufnehmen kann. Hier ist die Hilfe am dringendsten, hier soll die Wertsteigerung am stärksten sein.

Die vorgeschlagenen Preiserhöhungen werden bei der Verkohlungsindustrie wohl nicht auf Widerstand stoßen. Gesteigerte Forderungen sind aber wohl kaum durchzusetzen, denn eine Zollschranke gewährt nur bis zu einem gewissen Grade Schutz gegen das Ausland. Auch darf nicht übersehen werden, daß durch die synthetische Darstellung von Essigsäure und Aceton bestimmte Grenzen für die Rohstoffpreise gezogen sind.

Die Rückwirkung, die ein Zollschutz auf Verkohlungsprodukte auf dem Buchenmarkte ausüben wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Während der Dauer der Übergangswirtschaft wird ein wesentlicher Einfluß nicht zu erwarten sein. Nach den Ausführungen auf Seite 218 und 219 wird diese Zeit für die Holzverkohlung einen starken Rückschlag bringen. Der relativ kleine Holzverbrauch, der auf jeden Fall hinter den Ziffern von

1913 zurückbleibt, wird den Buchenmarkt kaum beeinflussen. Erst mit dem Abbau der Zwangswirtschaft und der fortschreitenden Befestigung der internationalen Handelsbeziehungen wird eine Besserung eintreten. Bei steigendem Holzbedarf ist ein allgemeines Anziehen der Preise zu erwarten. Die Erfahrungen, die aus Österreich-Ungarn vorliegen, wo ein Zollschutz in wenigen Jahren eine Verdoppelung des Verbrauchs an Verkohlungshölzern zur Folge hatte, berechtigen zu dem Schlusse, daß auch in Deutschland die Verkohlungsindustrie nach dem Ausschwingen der gegenwärtigen politischen Erschütterungen einen starken Aufschwung nimmt. Doch ist nicht damit zu rechnen, daß der gesamte Inlandsbedarf an Verkohlungserzeugnissen, wozu etwa 1,3 Millionen fm Buchenholz benötigt würden, durch Destillation gewonnen wird. Da die auf synthetischem Wege hergestellten Mengen von Essigsäure und Aceton hiervon abzudecken sind, können m. G. als Optimum des künftigen Holzbedarfs für Verkohlung höchstens etwa 800 000 bis 1 Million fm angenommen werden. Ein Zollschutz auf Verkohlungsprodukte wird somit in absehbarer Zeit auf dem Buchenmarkte eine gesteigerte Nachfrage nach Buchenholz herbeiführen, da der Brennholzmarkt um weitere 400 000 bis 600 000 fm entlastet ist. Die Folge für die Preisbildung für Buchenholz liegt auf der Hand.

Unter diesen Umständen kann der Waldbesitz an der im Abschnitt II berührten Neuregelung des Branntweinmonopols, bezw. der Vergärungs-essig-Industrie nicht vorübergehen, weil durch diese der Absatz von Buchenholz beschränkt wird. Die berechtigten Interessen von Industrie und Waldbesitz können aber nur dann sichergestellt werden, wenn sie ebenfalls im Monopolrat vertreten sind.

Die dritte Frage endlich beantwortet sich leicht. Liegt ein Wirtschaftsbündnis mit Österreich-Ungarn im Interesse der deutschen Forstwirtschaft? Vom Standpunkt der Forstpolitik aus ist hierauf mit einem entschiedenen „Nein“ zu antworten. Mammen, der sich mit dieser Frage ebenfalls beschäftigte, nimmt denselben Standpunkt¹⁾ ein. Dagegen hat er aus politischen Gründen gegen eine handelspolitische Annäherung der beiden Länder nichts einzuwenden. Ob Mammen heute noch die gleiche Meinung vertritt, ist mir unbekannt. Aber auch die politischen Gründe, die einmal für eine Annäherung sprachen, werden für

¹⁾ Vgl. Mammen, Deutschlands und Österreich-Ungarns Holzpoltitik vor, während und nach dem Weltkriege. Dresden und Leipzig 1910, S. 79.

e gegenwärtig nicht mehr zugkräftig sein. Ich habe deshalb, daß in diesem Punkte die Verarbeitungsindustrie gern den Bedenken der Forstwirtschaft sich anpassen wird, zumal sie ihre Zustimmung zu einem Wirtschaftsbündnis nicht im Herzen und mit schweren Bedenken gab. Einem zollpolitisch geeinten Deutschland und Österreich-Ungarn würde die Holzverföhlung in Deutschland, namentlich im westlichen Teile, wahrlich unter ungünstigeren Verhältnissen arbeiten als die österreichisch-ungarische. Entweder müßte sie den Preis des Verföhlungsholzes auf den Stand im Südosten des Zollgebietes herabsetzen und damit eine weitere Verschlechterung der finanziellen Lage des Buchenhochwaldes herbeiführen, oder sie müßte ebenfalls nach Österreich-Ungarn auswandern. Das vorgeschlagene Wirtschaftsbündnis hat somit auch allgemein wirtschaftliche Nachteile.

Die berufene Vertretung der deutschen Forstwirtschaft hat jetzt das Wort, ob sie zu den ausgeführten Vorschlägen Stellung nehmen will. Die Übergangswirtschaft steht vor der Tür, und die Zeit, das Rüstzeug für den Frieden zu bereithalten, wird u. U. knapp bemessen sein. Diese Zeit müßte genutzt werden, um zwischen der Forstwirtschaft und der Verföhlungs-Industrie bereits bestehende Beziehungen in eine Zentrale zusammenlaufen zu lassen, und um die Vorarbeiten für ein späteres Zusammengehen zu leisten. Was ich hier zusammengetragen habe, ist nicht abschöpfend; vieles bedarf noch der Ergänzung. Ich bitte die Arbeit dazu anregen, daß diese Mängel beseitigt werden. Vielleicht gibt sie auch den Anstoß, daß andere Zweige unseres Wirtschaftslebens, die ebenfalls dem Buchenhochwald entstammen, in gleicher Weise einer Untersuchung unterworfen werden. Ich denke hier z. B. an die Buchen-Schwellenindustrie. Erst bei einer klaren Darstellung aller buchenverarbeitenden Gewerbe werden wir sagen können, ob wir alles getan haben, um die Zukunft der Buche zu sichern.

Frankfurt a. M., Anfang Oktober 1918.

Ertragsuntersuchungen im Eichenhochwald.

Von Dr. Wimmenauer in Gießen.

Unter der gleichen Überschrift habe ich auf dem 1. und der Aufnahmen der forstlichen Versuchsanstalt für das Großherzogtum Hessen eine Reihe von Aufsätzen in dieser Zeitschrift veröffentlicht, die zwar

1. im Juniheft 1898 eine Übersicht der Eichenbestände des Landes, den Arbeitsplan und die Aufnahme-Ergebnisse der ca. 100- und mehrjährigen Weiserbestände;
2. im Septemberheft 1899 die ermittelten Formzahlen, und zwar sowohl solche von Einzelslämmen für Schaft-, Derbholz- und Baummasse, als auch die entsprechenden Bestandsformzahlen; hierauf folgten,
3. im Januarheft 1900 die ersten modernen Ertrags tafeln für Eichenhochwald, und zwar bei nur mäßiger Niederdurchforstung, weil es zweckmäßig erschien, zunächst festzustellen, was die Holzart bei strengem Bestandschlusse leistet; weiterhin wurden
4. im Mai- und Juniheft 1901 auf Grund von Fragebogen, die an 10 Oberförstereien verschickt und von diesen ausführlich beantwortet worden waren, nähere Mitteilungen über das größte und wichtigste Eichenhochwaldgebiet des Landes, die Main-Rhein-Ebene gemacht; insbesondere Gelbertrags tafeln aufgestellt, Waldbrenten und Bodenerwartungswerte berechnet, die Umtriebsfrage im Anhalt an Vermögenswert des Waldes und dessen Verzinsung erörtert und endlich noch vorläufige Hinweise auf Richtungsbetrieb mit Unterbau und dessen Rentabilität im Vergleiche mit derjenigen geschlossener Bestände angefügt; endlich folgten 12 Jahre später
5. im Augustheft 1913 neue Ertrags tafeln für Eichenhochwald im Richtungsbetrieb mit Unterbau, sowie für diesen letzteren selbst. In der Zwischenzeit waren nämlich die meisten Versuchsfächen durch verstärkte Richtungen in diesen Betrieb übergeführt worden und es ergab sich dabei dessen zahlenmäßige finanzielle Überlegenheit zunächst für die in der Main-Rhein-Ebene vorherrschende zweite Standortsklasse.

Nachdem nun sämtliche (nahezu 100) Versuchsfächen 15 bis 25, zum größten Teil 20 und mehr Jahre lang fortgeführt worden sind, möchte ich den geehrten Lesern unserer Zeitschrift in diesem, meinem letzten einschlägigen Aufsatze die Ergebnisse der Gesamt-Untersuchung, insbesondere zum Vergleiche mit den Ansätzen der Ertrags tafeln vorführen. Ich habe zu diesem Zweck die nachfolgende Übersicht (Seite 222 bis 225) aufgestellt, in der, getrennt nach den 4 Standortsklassen, sämtliche Versuchsfächen dem Alter nach einge-

reicht sind. Von einer jeden sind zunächst angegeben

1. Alter, Stammgrundfläche pro ha und Mittelhöhe des Hauptbestandes zu Anfang und zu Ende der Beobachtungsperiode und ferner
2. durchschnittlich jährlicher Gesamtzuwachs dieser Periode an Derbholz sowie im Ganzen.

Diese Zuwachsmassen sind durchgängig aus Stammgrundfläche und Mittelhöhe des Haupt- und des Nebenbestandes (Durchforstungs- und Lichtungsertrags) mit Hilfe der zugehörigen Formzahlen berechnet. Zum Zwecke der Vergleichung ist schließlich für jede Versuchsfäche und den gleichen Beobachtungszeitraum der entsprechende Holzmassenzuwachs an Derbholz und im Ganzen nach beiden Ertrags tafeln

- I. für geschlossenen Eichenhochwald bei mäßiger Niederdurchforstung und

II. für Eichenhochwald im Lichtungsbereich hinzugefügt.

Die beste Übersicht über solche tabellarisch zusammengestellten Zahlen gewährt bekanntlich eine graphische Darstellung durch Kurven und Eintrags nach Abszisse (Alter) und Ordinate (Stammgrundfläche, Holzmasse). Da es aber bei der großen Anzahl der Versuchsfächen unmöglich war, alle einzeln aufzuzeichnen, wurden sie gruppenweise nach Altersklassen zusammengefaßt, und zwar so, daß in jeder Standortsklasse für die Bestände, welche zu Anfang der Beobachtungsperiode ein Alter von

20 bis 40 Jahren,

40 " 60 " "

60 " 80 " " usw. aufwiesen,

jedesmal Summen und Durchschnitte für Altersklassen, Grundflächen, Mittelhöhen und Zuwachsmassen

Ordn.-Nr.	Nr. der Wfl.	Oberförsterei	Distrikt	Alter						Laufend		Holzmasse n-Zuwachs			
				des Hauptbestandes						jährl. Zuwachs		nach Taf. I		nach Taf. II	
				zu Anfang	zu Ende	der Beobachtungs-Periode	Derbholz	im Ganzen	Derbholz	im Ganzen	Derbholz	im Ganzen			
Standortsklasse I.															
1	74	Birkenau	Teufelstein	20	18,1	8,9	40	19,7	15,1	7,2	8,6	9,5	10,6	10,6	11,9
2	82	Salzhäusen	Södered	34	20,4	14,3	54	21,8	20,8	9,2	10,0	10,2	11,0	12,0	13,1
			Sa.	54	38,5	23,2	94	41,5	35,9	16,4	18,6	19,7	21,6	22,6	25,0
			Mittel	27	19,25	11,6	47	20,25	17,95	8,2	9,3	9,9	10,8	11,3	12,5
			Tafel I	27	19,1	12,7	47	25,6	20,7						
			Tafel II	27	19,1	12,7	47	21,8	20,7						
3	62	Birnheim	Eichenschlag	55	20,7	21,7	75	17,6	25,3	5,8	6,4	9,2	9,9	9,1	9,8
4	60	"	Birkenplatte	56	24,9	22,3	76	21,3	25,4	7,1	7,8	9,1	9,8	9,0	9,7
5	61	"	"	56	24,4	22,3	76	21,0	24,9	6,1	6,7	9,1	9,8	9,0	9,7
6	63	"	"	56	22,1	20,8	76	20,0	26,4	7,8	8,4	9,1	9,8	9,0	9,7
			Sa.	223	92,1	87,1	303	79,9	102,0	26,8	29,3	36,5	39,3	36,1	38,9
			Mittel	56	23,0	21,8	76	20,0	25,5	6,7	7,3	9,1	9,8	9,0	9,7
			Tafel I	56	28,0	23,2	76	31,6	27,4						
			Tafel II	56	22,0	23,2	76	22,0	27,5						
7	67	Birnheim	Schafwiese	65	29,8	27,0	85	23,8	31,1	9,0	9,8	8,7	9,4	8,2	8,9
8	65	"	Eichenschlag	68	22,6	24,8	88	20,0	28,6	6,5	7,1	8,5	9,3	8,0	8,6
9	64	"	"	69	23,6	25,9	89	18,8	28,4	5,0	6,7	8,5	9,2	7,9	8,5
10	19	Mörfelden	Wiesenthal	71	24,7	24,9	91	22,5	28,1	6,5	7,2	8,4	9,1	7,8	8,4
11	91	Birnheim	Ameisenlache	77	23,3	26,7	96	21,4	29,1	7,6	8,3	8,1	8,8	7,6	8,0
			Sa.	350	124,0	129,3	449	106,5	145,3	34,6	39,1	42,2	45,8	39,5	42,4
			Mittel	70	24,8	25,9	90	21,3	29,1	6,9	7,8	8,3	9,2	7,9	8,5
			Tafel I	70	30,6	26,3	90	33,4	29,6						
			Tafel II	70	22,0	26,3	90	22,0	30,0						
12	21	Gr.-Gerau	Nidelswiese	94	36,9	30,4	114	21,5	31,2	5,6	6,1	7,1	7,9	6,5	7,1
13	12	Mörfelden	Schlächter	105	35,9	33,0	125	21,3	36,1	6,8	7,4	6,7	7,4	6,0	6,6
14	14	"	"	105	34,8	31,4	125	25,3	34,4	6,3	7,0	6,7	7,4	6,0	6,6
			Sa.	304	107,6	94,8	364	68,1	101,7	18,7	20,5	20,5	22,7	18,5	20,3
			Mittel	101	35,9	31,6	121	22,7	33,9	6,2	6,8	6,8	7,5	6,2	6,8
			Tafel I	101	34,4	31,0	121	36,1	33,0						
			Tafel II	101	22,0	31,6	121	22,0	34,0						

Nr. der St.	Ober- försterei	Distrikt	des Hauptbestandes						Holzmassen-Zuwachs							
			zu Anfang			zu Ende			Laufend jährl. Zuwachs		nach Taf. I		nach Taf. II			
			Alter	Grdf.	Höhe	Alter	Grdf.	Höhe	Derb- holz fm	im Gang. fm	Derb- holz fm	im Gang. fm	Derb- holz fm	im Gang. fm		
Standortsklasse II.																
2	Birnheim	Alter Eichwald	21	13,7	6,4	41	20,0	15,9	8,2	12,9	7,3	8,3	8,1	9,4		
0	Jägersburg	Bibl. Gem.-W.	24	13,8	8,8	44	20,8	16,9	8,8	9,9	7,6	8,5	8,6	9,8		
2	Eudorf	Niedstrauch	26	23,9	8,2	51	26,0	14,4	8,7	11,2	7,8	8,7	8,9	10,1		
0	Gernsheim	Böttelwiese	32	20,4	13,4	52	21,2	19,5	8,1	8,8	8,2	8,9	9,4	10,5		
1	Salzhäusen	Dichte Harb	38	21,6	15,3	58	22,7	21,8	9,8	10,7	8,1	8,9	8,9	9,4		
6	Mörfelden	Schlichter	39	23,7	14,0	59	23,4	21,7	9,9	10,7	8,1	8,9	8,8	9,8		
Ca.			180	117,1	66,1	30,5	134,1	110,2	53,5	64,2	47,1	52,2	52,7	59,0		
Mittel			30	19,5	11,0	51	22,3	18,4	8,9	10,7	7,9	8,7	8,8	9,8		
Tafel I			30	18,7	11,4	51	25,0	18,1								
Tafel II			30	18,7	11,4	51	20,9	18,1								
0	Birnheim	Alter Eichwald	42	20,2	14,4	62	22,0	21,4	7,5	8,0	8,1	8,3	8,5	9,5		
9	Salzhäusen	Frankenhau.	44	18,4	15,8	64	19,2	20,0	6,9	7,2	8,0	8,8	8,3	9,3		
3	Lorsch	Borh. Feldschl.	47	22,3	16,2	67	21,1	21,7	6,9	7,4	8,0	8,7	8,1	9,1		
0	Salzhäusen	Eichelader	51	19,0	17,4	71	19,1	23,8	7,9	8,6	7,9	8,6	7,8	8,6		
4	Lorsch	Bürst. Feldschl.	52	22,4	17,1	72	21,4	21,2	5,8	6,2	7,8	8,5	7,7	8,6		
22	Gr. Gerau	Mädchensee	53	26,0	18,3	73	22,8	24,3	9,0	9,7	7,8	8,5	7,6	8,5		
Ca.			289	128,3	99,2	409	125,6	132,4	44,0	47,1	47,6	51,4	48,0	53,6		
Mittel			48	21,4	16,5	68	20,9	22,1	7,3	7,8	7,9	8,6	8,0	8,9		
Tafel I			48	24,3	17,3	68	28,4	22,0								
Tafel II			48	20,8	17,3	68	21,0	22,0								
75	Dieburg	Mittelforst	62	24,8	21,4	81	23,2	25,3	7,1	7,8	7,6	8,2	7,2	7,9		
49	Birnheim	Alter Eichwald	63	23,6	22,8	83	19,4	26,6	5,6	6,1	7,5	8,1	7,2	7,8		
35	Lorsch	Bürst. Feldschl.	62	24,7	19,6	82	20,0	26,2	7,8	8,4	7,6	8,1	7,2	7,9		
24	Gr. Gerau	Faulbruch	69	26,9	23,7	89	20,9	28,8	9,2	9,9	7,4	7,9	6,9	7,5		
38	Jägersburg	Junger Wald	70	26,2	24,3	90	17,6	28,2	5,8	6,3	7,4	7,8	6,8	7,4		
92	Vielbrunn	Erlen	70	17,7	21,5	85	14,2	24,8	5,6	6,1	7,4	7,9	6,9	7,5		
25	Gr. Gerau	Heggrund	71	25,9	21,9	91	22,5	27,3	7,4	7,7	7,4	7,8	6,8	7,4		
94	Lich	Kolnh. Kopf	71	21,4	20,9	86	23,2	23,5	6,9	7,5	7,2	7,6	6,9	7,5		
20	Mönchbruch	Kohlhag	73	31,2	22,5	93	22,2	27,1	7,9	8,5	7,3	7,8	6,7	7,3		
36	Lorsch	Wolfsgarten	74	21,4	20,4	94	19,8	25,7	7,0	7,6	7,3	7,7	6,7	7,2		
18	Mörfelden	Wiesenthal	75	28,2	23,3	95	20,4	26,9	5,5	6,0	7,3	7,7	6,6	7,2		
88	Gernsheim	Ob. Kuhweide	77	27,0	24,2	97	19,8	27,0	5,6	5,9	7,2	7,6	6,5	7,1		
31	Lorsch	Ob. Hauschen	79	22,4	25,0	99	17,1	29,2	4,3	4,7	7,2	7,6	6,4	7,0		
78	Salzhäusen	Friedrichschl.	79	26,9	22,5	99	20,2	24,8	5,9	6,4	7,2	7,6	6,4	7,0		
Ca.			995	348,3	314,0	1264	280,5	371,4	91,6	98,9	103,0	109,4	95,2	103,7		
Mittel			71	24,9	22,4	90	20,0	26,5	6,5	7,1	7,4	7,8	6,8	7,4		
Tafel I			71	28,9	22,6	90	31,7	25,6								
Tafel II			71	21,0	22,5	90	21,0	26,3								
17	Mörfelden	Wiesenthal	80	30,4	25,1	100	20,4	29,4	6,8	7,3	7,1	7,5	6,4	6,9		
37	Lorsch	Erlengarten	83	23,4	23,8	103	13,2	27,9	4,4	4,8	7,0	7,4	6,3	6,7		
84	Gernsheim	Saupferchl.	83	28,2	25,0	103	21,9	27,0	5,5	5,9	7,0	7,4	6,3	6,7		
32	Lorsch	Bubenlache	84	28,4	25,9	104	22,3	32,7	8,5	9,2	7,0	7,4	6,2	6,7		
Ca.			330	110,4	99,8	410	77,8	117,0	25,2	27,2	28,1	29,7	25,2	27,0		
Mittel			82	27,6	25,0	102	19,4	29,2	6,3	6,8	7,0	7,4	6,3	6,7		
Tafel I			82	30,6	24,4	102	33,2	27,1								
Tafel II			82	21,0	24,9	102	21,0	28,1								
54	Darmstadt	Harras	102	26,4	26,4	122	21,5	29,4	5,5	6,0	6,1	6,7	5,5	5,9		
26	Gr. Gerau	Alte Lanne	103	22,1	27,2	123	17,8	30,5	4,6	5,0	6,1	6,7	5,4	5,9		
6	Nb. Eschbach	Bordevwald	104	39,9	29,9	125	28,3	31,4	8,2	8,9	6,1	6,6	5,4	5,8		
56	Dieburg	Oberforst	109	32,9	27,2	129	23,5	30,6	7,0	7,6	5,9	6,5	5,2	5,7		
55	Darmstadt	Harras	116	29,4	28,5	136	19,0	31,0	4,6	5,0	5,7	6,3	5,0	5,5		
46	Gießen	Badenb. W.	122	39,3	28,6	142	26,7	32,7	8,5	9,4	5,5	6,1	4,8	5,3		
59	"	Wanne	122	37,2	28,5	142	22,0	32,6	7,8	8,7	5,5	6,1	4,8	5,3		
Ca.			778	227,2	196,3	919	158,8	218,2	46,2	50,6	40,9	45,0	36,1	39,4		
Mittel			111	32,5	28,0	131	22,7	31,2	6,6	7,2	5,8	6,4	5,2	5,6		
Tafel I			111	34,2	28,2	131	35,6	30,2								
Tafel II			111	21,0	30,3	131	21,0	31,3								

Orb.-Nr.	Nr. der Bl.	Ober- försterei	Distrikt	des Hauptbestandes						Jahres- Zuwachs		Sozialaffe-Zuwachs nach Taf. I		nach Taf. II			
				Alter	Gröfß.	Höhe	Alter	Gröfß.	Höhe	Derb- holz fm	im Ganz.	Derb- holz fm	im Ganz.	Derb- holz fm	im Ganz.		
																zu Anfang der Beobachtungs-Periode	
Standortsklasse III.																	
52	51	Birnheim	Alter Eichwald	21	9,0	5,9	41	18,2	12,9	5,0	6,7	4,9	6,0	4,9	6,4		
53	66		Grabenschl.	28	13,7	7,8	48	15,4	13,6	4,4	5,1	6,1	6,6	6,3	7,7		
54	1	Eudorf	Niedstrauch	30	20,3	8,6	55	21,8	15,6	6,4	7,3	6,5	6,8	6,7	8,0		
55	23	Gr. Geran	Mädchensee	34	21,3	10,9	54	21,7	17,2	7,9	8,6	6,6	6,9	6,8	8,0		
			Ga.	113	64,3	33,2	198	77,1	59,3	23,7	27,7	24,1	26,3	24,7	30,1		
			Mittel	28	16,1	8,3	49	19,3	14,8	5,9	6,9	6,0	6,6	6,2	7,5		
			Tafel I	28	15,2	7,7	49	22,1	13,6								
			Tafel II	28	15,2	7,7	49	19,8	13,7								
56	8	Mittelbid	Buchschlag	47	19,2	12,7	58	17,2	17,0	6,4	6,9	6,3	6,6	6,3	7,2		
57	77	Babenhausen	Lüpfelforst	47	16,7	12,7	67	18,2	17,3	5,3	6,1	6,8	7,1	6,6	7,5		
58	42	Lamperttheim	Ob. Wildbahn	50	18,5	13,7	70	22,0	19,4	6,7	7,6	6,8	7,1	6,5	7,2		
			Ga.	144	54,4	39,1	195	57,4	53,7	18,4	20,6	19,9	20,8	19,4	21,9		
			Mittel	48	18,1	13,0	65	19,1	14,6	6,1	6,9	6,6	6,9	6,5	7,3		
			Tafel I	48	21,8	13,4	65	25,5	17,2								
			Tafel II	48	19,7	13,6	65	20,0	17,4								
59	3	Eudorf	Steinfirch	62	27,1	17,3	87	20,9	22,9	6,3	6,7	6,4	6,8	6,0	6,4		
60	87	Gernsheim	Ob. Kuhweide	65	20,1	18,7	85	16,4	22,7	5,0	5,4	6,4	6,8	5,9	6,4		
61	86			66	21,6	18,6	86	18,9	23,6	6,5	7,0	6,4	6,8	5,9	6,4		
62	95	Lich	Kolnh. Kopf	70	19,3	18,3	85	22,8	21,7	7,7	8,8	6,3	6,7	5,9	6,3		
63	73	Birkenau	Eichelberg	72	23,6	16,9	92	24,8	20,0	6,8	7,6	6,2	6,7	5,7	6,2		
64	68			76	21,1	19,5	96	24,4	21,8	6,5	7,3	6,1	6,6	5,6	6,1		
65	89	Gernsheim	Ob. Kuhweide	77	23,4	20,1	97	19,6	24,7	6,6	7,3	6,2	6,6	5,6	6,0		
			Ga.	488	156,2	129,4	628	147,8	157,4	45,4	50,1	44,0	47,0	40,6	43,8		
			Mittel	70	22,3	18,5	90	21,1	22,5	6,5	7,2	6,3	6,7	5,8	6,3		
			Tafel I	70	26,5	18,2	90	29,6	21,4								
			Tafel II	70	20,0	18,4	90	20,0	22,1								
67	11	Mittelbid	Schmelmern	81	21,4	19,2	102	20,0	21,3	3,7	4,0	6,0	6,5	5,4	5,9		
68	71	Birkenau	Eichelberg	84	24,2	22,7	104	26,0	24,0	4,7	5,2	5,9	6,4	5,8	5,8		
68	30	Lorch	Neue Anlage	88	26,4	22,2	108	18,1	27,3	4,4	4,7	5,8	6,3	5,2	5,7		
69	27	Haunheim	Mönchwald	89	27,4	19,8	109	21,5	23,3	6,0	6,5	5,8	6,2	5,2	5,7		
70	7	Mittelbid	Schmelmern	90	25,8	19,9	111	21,5	24,7	6,3	6,7	5,8	6,2	5,1	5,6		
71	83	Gernsheim	Haselchlag	91	26,3	23,4	111	19,8	26,0	5,6	6,0	5,8	6,2	5,1	5,6		
			Ga.	523	151,5	127,2	645	126,9	146,6	30,7	33,1	35,1	37,8	31,3	34,3		
			Mittel	87	25,2	21,2	107	21,1	24,4	5,1	5,5	5,8	6,3	5,2	5,7		
			Tafel I	87	29,2	21,0	107	31,8	23,7								
			Tafel II	87	20,0	21,6	107	20,0	24,5								
72	13	Mörfelden	Schlächter	100	28,6	23,4	120	19,8	27,9	5,9	6,4	5,6	6,0	4,9	5,3		
73	43	Lamperttheim	Ob. Wildbahn	100	27,9	23,5	120	15,7	28,3	5,0	5,4	5,6	6,0	4,9	5,3		
74	44			100	28,2	24,1	120	18,2	27,6	5,3	5,8	5,6	6,0	4,9	5,3		
75	85	Gernsheim	Erlengrund	107	23,6	24,6	127	18,3	25,7	4,6	5,0	5,4	5,8	4,6	5,0		
76	57	Dieburg	Oberforst	112	29,7	25,1	132	22,2	27,7	5,4	5,9	5,3	5,7	4,4	4,8		
77	47	Salzhäusen	Eichelader	117	30,1	26,3	137	20,2	28,8	5,1	5,6	5,2	5,5	4,3	4,7		
			Ga.	636	168,1	147,0	756	114,4	166,0	31,3	34,1	32,7	35,0	28,0	30,4		
			Mittel	106	28,0	24,5	126	19,1	27,7	5,2	5,7	5,4	5,8	4,7	5,1		
			Tafel I	106	31,7	23,6	126	33,7	25,6								
			Tafel II	106	20,0	24,4	126	20,0	26,6								
78	48	Lich	Eichwald	140	32,5	27,2	160	20,5	31,6	8,2	8,9	4,4	5,0	3,8	4,1		
79	58	Hirschhorn	Teufels Hochst.	162	36,0	30,0	182	25,4	30,6	5,0	5,4						
			Ga.	302	68,5	57,2	342	45,9	62,2	13,2	14,3						
			Mittel	151	34,2	23,6	171	22,9	31,1	6,6	7,1						
			Tafel I	151	35,3	28,0	171	36,2	29,3								
			Tafel II	151	20,0	29,3	171	20,0	30,3								

Ordn.-Nr.	Nr. der Wfl.	Oberförsterei	Distrikt	des Hauptbestandes						Holzmassen-Zuwachs			
				Alter	Gröfl.	Höhe	Alter	Gröfl.	Höhe	Laufend jährl. Zuwachs		nach Taf. I	
				zu Anfang der Beobachtungs-Periode			zu Ende			Derbholz	im Ganzen	Derbholz	im Ganzen
				fm	fm	fm	fm	fm	fm	fm	fm	fm	fm
Standortsklasse IV.													
80	39	Jägersburg	Schwanh. W.	49	19,4	11,1	69	19,2	17,6	7,0	7,8	4,6	5,1
81	72	Birkenau	Eichelberg	58	21,3	12,6	78	22,6	18,0	6,0	6,7	4,9	5,3
			Sa.	107	40,7	23,7	147	41,8	35,6	13,0	14,5	9,5	10,4
			Mittel	53	20,3	11,8	73	20,9	17,8	6,5	7,2	4,8	5,2
			Tafel I	53	20,3	10,6	73	24,5	15,9				
			Tafel II	53	18,7	10,4	73	19,0	14,8				
82	76	Dieburg	Mittelforst	62	17,5	14,4	81	18,0	17,8	4,8	5,4	5,0	5,4
83	69	Birkenau	Eichelberg	75	26,9	15,4	96	25,0	17,5	4,6	5,1	4,9	5,3
84	70	"	"	78	26,6	17,0	98	26,1	19,9	8,4	9,3	4,9	5,3
			Sa.	215	71,0	46,8	275	69,1	55,2	17,8	19,8	14,8	16,0
			Mittel	72	23,7	15,6	92	23,0	18,4	5,9	6,6	4,9	5,3
			Tafel I	72	24,3	14,1	92	27,4	17,2				
			Tafel II	72	19,0	14,6	92	19,0	18,2				
85	28	Raunheim	Mönchwald	93	20,6	18,9	113	19,7	22,1	5,0	5,3	4,8	5,2
86	45	Gießen	Hegwald	98	26,5	18,9	118	23,3	24,1	7,5	8,1	4,7	5,0
			Sa.	191	47,1	37,8	231	43,0	46,2	12,5	13,4	9,5	10,2
			Mittel	95	23,5	18,9	115	21,5	23,1	6,2	6,7	4,8	5,1
			Tafel I	95	27,7	17,6	115	30,3	20,1				
			Tafel II	95	19,0	18,7	115	19,0	21,4				
87	29	Raunheim	Mönchwald	138	33,4	21,4	158	20,0	24,0	4,4	4,8	3,9	4,4
88	4	Eudorf	Steinfirt	140	34,6	20,4	165	30,7	23,0	5,0	5,5	3,8	4,3
89	41	Jägersburg	Winkel	141	33,6	23,3	161	21,4	26,9	5,7	6,1	3,9	4,3
90	5	Eudorf	Steinfirt	148	32,5	22,3	173	20,3	23,5	4,4	4,8	3,8	4,3
			Sa.	567	134,1	87,4	657	92,4	97,4	19,5	21,2	15,4	17,3
			Mittel	142	33,5	21,8	164	23,1	24,3	4,9	5,3	3,9	4,3
			Tafel I	142	32,9	22,9	164	34,2	24,8				
			Tafel II	142	19,0	24,0	164	19,0	25,3				
91	53	Schweinsberg	Schmitterhege	184	35,5	26,5	204	19,9	27,3	1,6	2,0		
92	9	Mittelbied	Kaiserplatte	198	28,9	25,3	218	20,5	26,6	3,6	3,9		
93	10	"	"	220	35,4	28,1	240	21,9	28,4	3,1	3,3		
			Sa.	602	99,8	79,9	662	62,3	82,3	8,3	9,2		
			Mittel	201	33,3	26,6	221	20,8	27,4	2,8	3,1		

gezogen wurden. So ergab sich beispielsweise für die erste Altersklasse III. Bonität

vom 28- bis 49-jährigen Alter ein Ansteigen der Hauptbestands-Grundfläche von 16,1 auf 19,3 qm pro ha und der Mittelhöhe von 8,3 auf 14,8 m, sowie ein jährlicher Massenzuwachs an Derbholz von 5,9 und im Ganzen von 6,9 fm.

Diesen Zahlen gegenüber weist für den gleichen Zeitabschnitt

Tafel I: 15,2 bis 22,1 qm Hauptbestands-Grundfläche, 7,7 bis 13,6 m Mittelhöhe, 6,0 und 6,6 fm Zuwachs und

Tafel II: 15,2 bis 19,8 qm Grundfläche, 7,7 bis 13,7 m Mittelhöhe, 6,2 und 7,5 fm Zuwachs an Derbholz resp. im Ganzen auf.

Die Tafelansätze sind nach den 1913 erschienenen und im Märzheft 1914 S. 97 besprochenen „Ertragstafeln zum Gebrauche bei der Forsteinrichtung im Großherzogtum Hessen“ berechnet. So ergaben sich z. B. bei Ord. Nr. 52 — Wfl. 51 in Birnheim — die Vergleichszahlen nach Tafel II wie folgt:

9 Jahre	a	3,4	resp.	4,9	=	30,6	resp.	44,1
10	"	6,1	"	7,6	=	61,0	"	76,0
1	"	7,2	"	8,5	=	7,2	"	8,5
Summa = 20 Jahre						98,8	resp.	128,6
						p. Jahr	4,9	resp. 6,4

So gut wie hier stimmen die Durchschnittszahlen der Altersgruppen nicht überall mit den entsprechenden Tafelansätzen überein und insbesondere zeigen die einzelnen Versuchsflächen, wie ja auch von vornherein nicht anders zu erwarten

war, öfters beträchtliche Abweichungen. Am wenigsten ist dies bei der *Mittelhöhe* zu bemerken, wie Fig. I der beigegebenen Kurventafel deutlich vor Augen führt. Hier sind die Höhenkurven der Tafel I mit ausgezogenen, die der Tafel II mit unterbrochenen starken Linien, die Höhen der einzelnen Versuchsfächen zu Anfang und zu Ende der Beobachtungsperiode mit verschieden gestalteten Punkten eingezeichnet und je 2 zusammengehörige Punkte durch feine Striche mit einander verbunden. Diese Kurvenstücke zeigen meist ähnlichen Verlauf wie die Tafelkurven. Daß eine Versuchsfäche im Verlaufe der Periode in eine andere, höhere oder geringere, Standortsklasse überggegangen ist, kommt nur ausnahmsweise, im ganzen 13 mal vor, nämlich

bei Ord.-Nr. 1, Bfl. 74 (Birkenau)	von I nach II
" " " 5, " 61 (Birnheim)	" II " III
" " " 17, " 2 (Eudorf)	" II " I
" " " 30, " 24 (Gr. Gerau)	" II " I
" " " 31, " 38 (Jägersburg)	" III " II
" " " 36, " 36 (Zorisch)	" III " II
" " " 55, " 23 (Gr. Gerau)	" " " "
" " " 61, " 86 (Gernsheim)	" " " "
" " " 68, " 30 (Zorisch)	" " " "
" " " 72, " 13 (Mörfelden)	" " " "
" " " 73, " 43 (Lamperttheim)	" " " "
" " " 80, " 39 (Jägersburg)	" IV " III
" " " 86, " 45 (Gießen)	" " " "

Nur die 3 ersten der hier aufgeführten Versuchsfächen zeigen ein Herabsinken, alle anderen ein Ansteigen der Bonität.

Ein ganz anderes Bild gewährt Fig. II. Wie schon erwähnt, sind die meisten Versuchsfächen im Laufe der Beobachtungsperiode aus strengem Bestandschluß in stärker gelichtete Stellung übergeführt worden; die Stammgrundfläche hat also nicht zu-, sondern abgenommen. Dies führt die Figur deutlich vor Augen.

In Fig. III und IV sind die Tafel-Kurven des laufenden Zuwachses an *Verbholz* und im *Ganzen* in gleicher Weise wie diejenigen der *Mittelhöhe* und der Stammgrundfläche aufgezeichnet. Die dazwischen zerstreuten Punkte geben den wirklichen Zuwachs der einzelnen Altersgruppen an, und zwar jedesmal für die Mitte der betr. Periode, also z. B. bei der ersten Gruppe I. Bonität für das Alter von 37 Jahren. Wie sich diese Zuwachsbeträge zu den entsprechenden Tafelansätzen verhalten, ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle (Seite 226 rechts). Hiernach sind die Versuchsfächen I. Bonität hinter den Tafelansätzen zurückgeblieben, während diejenigen IV. Standortsklasse die Tafelansätze übertroffen haben. In II. und III. Bonität, zu denen die meisten Flächen gehören, sind die wirklichen Zuwachsbeträge bald höher, bald niedriger als diejenigen der Tafeln und im Gesamtdurchschnitt diesen fast gleich.

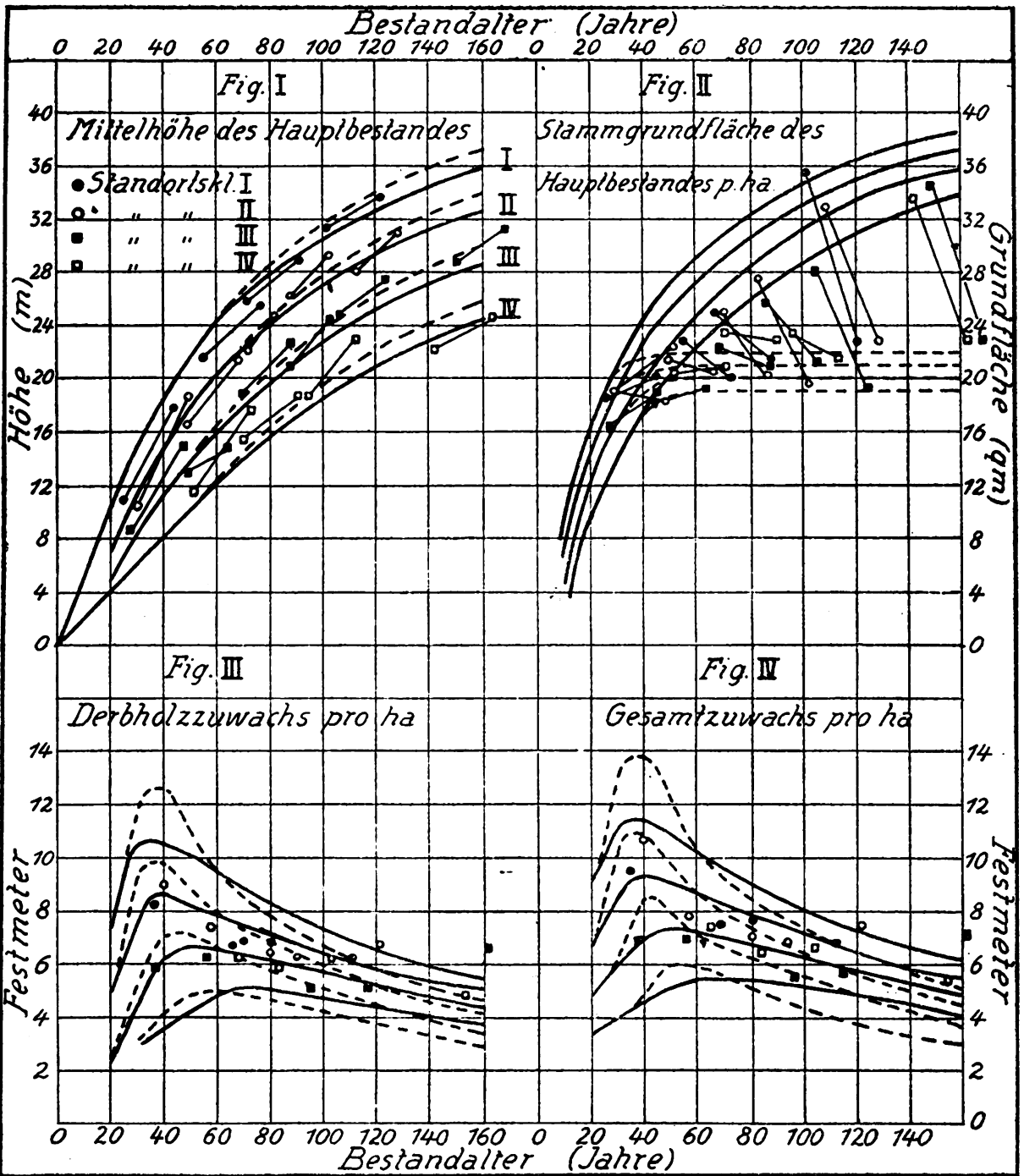
Daß hier, sowie auch bei den Höhen und Stammgrundflächen des Hauptbestandes jedesmal die Ansätze beider Tafeln zum Vergleiche herangezogen wurden, rechtfertigt sich durch die Erwägung, daß die erwähnte Überführung stattgefunden hat. Im großen Ganzen haben meine Tafeln also Bestätigung erfahren.

Es war mir nun noch von besonderem Interesse, die Ergebnisse meiner Untersuchungen mit denen Schwappach zu vergleichen, wie sie in dessen Schrift vom Jahre 1905 — „Untersuchungen über die Zuwachseleistungen von Eichen-Hochwaldbeständen in Preußen“ — niedergelegt sind. Da

Standorts- Klasse	Altersgruppe	Prozentisches Verhältnis des laufend jährlichen <i>Verbholz</i> - und Gesamtzuwachses zu den Ansätzen nach			
		Tafel I		Tafel II	
		<i>Verbholz</i>	im Ganzen	<i>Verbholz</i>	im Ganzen
I	27—47	83	86	72	74
	56—76	74	74	74	74
	70—90	83	85	87	92
	101—121	91	91	100	100
II	30—51	113	123	101	110
	48—68	92	91	91	88
	71—90	88	91	96	96
	82—102	90	92	100	101
III	111—131	114	112	127	129
	28—49	98	105	97	92
	48—65	92	100	94	95
	70—90	103	107	112	113
IV	87—107	88	87	98	96
	106—126	96	98	111	112
	53—73	135	138	133	131
	72—92	112	125	128	132
	95—115	129	131	151	152
	142—164	126	123	158	161
Summe 1807		1859	1930	1948	
Mittel		100	103	107	108

haben sich nun doch sehr erhebliche *Ver-
schiedenheiten* zwischen den Preussischen und Hessischen oder — wie ich wohl in Anbetracht des Umstandes, daß die hessischen Versuchsfächen zu $\frac{4}{5}$ südlich vom Main liegen, sagen darf — *zwei-
fchen nord- und süddeutschen Eichen* herausgestellt.

Was zunächst den *Höhenwuchs* anbelangt, so bleiben, wie auch Schwappach schon betont hat, die norddeutschen Eichen hinter den süddeutschen erheblich zurück. Trägt man die beiderseitigen Kurven der Hauptbestandshöhe graphisch auf, so verlaufen sie zwar ganz ähnlich, aber so, daß die süddeutschen Kurven um mehr als eine Bonitätsstufe im Vorsprung sind. Zum Belege hierfür möchte ich, um den Aufsatz nicht mit zu viel Zahlentabellen zu überlasten, nur anführen, daß die hessischen Ertragstafeln II. Standortsklasse



für das Alter von 50 100 150 Jahren
 beim Schlußstand 17,9 26,9 31,7 m
 beim Lichtstand 17,9 27,8 33,0 m

dagegen die preußischen I. Standortsklasse nur
 17,8 26,6 31,0 m

angeben. Ähnlich verhalten sich die letzteren für
 II. und III. Bonität zu den hessischen Höhen III
 und IV. Klasse.

Bei den übrigen Zahlen zeigt sich ein solches
 Verhalten nicht. Vielmehr müssen die beider-
 seitigen Angaben mit denjenigen der gleichbezeich-
 neten Bonität verglichen werden. Ich beschränke
 mich darauf, die betr. Zahlen der weit verbreiteten
 II. Standortsklasse wie folgt anzuführen:

		Hessische Tafeln für Preußische Schlußstand Lichtstand Tafeln			
Stammgrundfläche des Hauptbestandes im Alter	50	24,8	20,9	18,5	qm
	100	33,0	21,0	27,0	"
	150	36,6	21,0	30,2	"
Hauptbestandsmasse im Alter	50	258	216	143	fm
	100	500	329	349	"
	150	666	401	469	"
Bestandsformzahl im Alter	50	0,581	0,580	0,594	
	100	0,563	0,563	0,582	
	150	0,574	0,578	0,581	
Gesamtertrag bis zum Alter	50	339	369	269	fm
	100	737	758	776	"
	150	1056	1033	1066	"
Zwischennutzungen bis zum Alter	50	81	133	126	fm
	100	237	429	427	"
	150	390	632	597	"

Hiernach bleiben die norddeutschen Eichen bis
 zum Alter von etwa 50 Jahren nicht nur im Höhen-
 wuchs, sondern auch an Hauptbestands-Grund-
 fläche und Holzmasse, sowie im Gesamtertrag
 hinter den süddeutschen erheblich zurück, liefern
 bis zu jenem Zeitpunkte aber bei der von Schwap-
 pach eingehaltenen Art der Bestandspflege (Hof-
 durchforstung) schon größere Vorräte als
 der Schlußstand in Hessen. Mit 100 Jahren werden
 dort die Vorräte des hessischen Lichtungsbe-
 triebes erreicht, dessen Hauptbestandsmasse sogar
 etwas übertroffen, und annähernd das gleiche
 Verhältnis bleibt bis zum 150. Jahre bestehen,
 in welchem der Gesamtertrag nach allen 3 Tafeln
 nahezu der gleiche ist.

Am meisten aufgefallen ist mir der Unterschied
 im Alter und in der Höhe des größten
 jährlichen Massenwachses. Dieser
 wird nämlich nach den hessischen Tafeln II. Stand-
 ortsklasse

im Schlußstand mit 45 Jahren und 9,4 fm,
 „ Lichtstand „ 35 „ „ 10,9 fm,

dagegen nach der preußischen Tafel erst mit 60
 Jahren erreicht, steigert sich aber bis dahin auf

12,0 fm. Ob diese erhebliche Mehrleistung lebig-
 lich der Bestandspflege zuzuschreiben ist, bleibt
 mir zweifelhaft. Und wenn die Schwappach'sche
 Tafel I. Standortsklasse sogar einen Maximal-
 zugwachs von 14,8 fm (im 40. Jahr) angibt, der
 denjenigen der Kiefer, nämlich

12,0 fm mit 25 Jahren nach der Schrift von 1889
 13,2 „ „ 30 „ „ „ „ 1896
 14,0 „ „ 35 „ „ „ „ 1908

noch erheblich übertrifft, so möchte ich doch ver-
 muten, daß hier eine spätere Berichtigung, und
 zwar Ermäßigung der Ansätze eintreten werde.
 Die hier mitgeteilten, der Wirklichkeit entnommenen
 Zuwachseleistungen normaler hessischer Eichen-
 bestände gipfeln bei Ord.-Nr. 15 mit 12,9 fm,
 während meine Tafeln

für Schlußstand in maximo 11,4 fm
 „ Lichtstand in maximo 13,8 fm

ansetzen. Andererseits sinkt der Zuwachs bis zum
 160. Jahre nach meinen Tafeln

für Schlußstand auf 4,1 bis 6,1 fm
 „ Lichtstand „ 3,2 „ 5,1 fm

und nach den preußischen Tafeln auf 3,2 bis 5,4 fm.
 Dem gegenüber weisen meine wiederholten Auf-
 nahmen, wie sie oben in Tabelle I mitgeteilt sind,
 meist tatsächlich etwas höhere Minimalzahlen auf.
 Ich möchte es daher als wahrscheinlich bezeichnen,
 daß fortgesetzte Untersuchungen zu einer Abschwä-
 chung der Extreme, Ermäßigung der höchsten und
 Erhöhung der geringsten Ansätze führen werden.

Der Krametsvogelfang im Dohnenstiege.

Von Geh. Regierungsrat Eberts-Rassel.

Im Januar-Heft 1917 habe ich meine Ansicht
 über das Verbot des Vogelfanges im Dohnen-
 stiege zum Ausdruck gebracht. Daß ich mit meiner
 Ansicht, daß es wünschenswert sei, dieses Verbot
 baldigst wieder zu beseitigen, nicht allein dasstehe,
 bewiesen mir die mir aus den verschiedensten Be-
 völkerungskreisen zugegangenen zustimmenden Zu-
 schriften. Zu meiner Freude hat auch die Deutsche
 Jäger-Zeitung in der am 4. August 1918 erschie-
 nenen Nummer 36 zu dieser Frage im gleichen
 Sinne Stellung genommen. Hier wird in einer
 „Die Jagd im Preussischen Abgeordnetenhaus“
 überschriebenen Abhandlung folgendes ausgeführt:

„Auch der Dohnenstiege spielte bei den Ver-
 handlungen eine Rolle. Der Abgeordnete Wenk,
 der in jagdlichen Fragen von der fortschrittlichen
 Volkspartei zum Sprecher bestellt wird, geht darauf
 ein. Daß er kein Jäger ist und das jagdliche Gebiet

nicht beherrscht, geht unter anderem auch daraus hervor, daß er dem Hause verkündet: „Der sog. Dohnenstiege betrifft bekanntlich den Fang von Krammetsvögeln, einer Drosselart.“ Er sagt, daß der Dohnenstiege eine große Tier-Quälerei bedeutet. Er glaubt nicht, daß ein Eichelhäher, der ja ein viel größerer Vogel als der Krammetsvogel ist, sich in den Dohnen fangen sollte.“, Er hat den dringenden Wunsch, daß die Freigabe des Dohnenstieges in diesem Jahre nicht wieder erfolgt. Auch ein nationalliberaler Redner spricht gegen eine weitere Freigabe, weil damit mehr geschadet als genützt werde.

In der 147. Sitzung ist es wiederum ein Nationalliberaler, welcher den Dohnenstiege verurteilt, und derselben Ansicht ist auch der konservative Redner. Es hat sich niemand gefunden, der sich für die Beibehaltung des Dohnenstieges ausgesprochen hätte und der maßlos übertriebenen Bejagung, die von vogelschädlerischer Seite aufgestellt wird, daß sich so viele Kleinvögel in den Schlingen fingen, entgegengetreten wäre. Kein Redner hat darauf hingewiesen, daß es nur folgerichtig ist, die fremden Drosseln für uns nutzbar zu machen, wenn jedes Stück Wild, das die heimische Erzeugung von Nahrungsmitteln nur im geringsten schädigt, auf den Kopf geschossen werden soll. Es ist eine greifbare Folgewidrigkeit, wenn in Abrede gestellt wird, daß auch die Krammetsvögel, wenn auch nicht in erheblichem Maße, dazu beitragen, die Volksernährung aufzubessern, und ein Unrecht ist schließlich, namentlich den geringer besoldeten Vorbeamten gegenüber, wenn durch die abermalige Beseitigung des Dohnenstieges diesen eine Einnahme fortgenommen wird, die sie in der heutigen Zeit schwer entbehren können, und das alles eines übertriebenen vogelschädlerischen Gedankens wegen.

Den allerstärksten Widerspruch fordert es aber heraus, wenn der Abgeordnete Wentke aus diesem Anlaß das deutsche Volk, wenn es für den Krammetsvogelfang eintritt, mit den Italienern auf eine Stufe stellt. Ein italienischer oder französischer Abgeordneter würde nicht in solcher Weise gegen eine eigene Nation aufgetreten sein — und er müßte auch ganz genau warum. Wir dürfen uns denfalls der Erwartung hingeben, daß unsere General-Kommandos und die übrigen maßgebenden Stellen diese Frage nüchtern und frei von jeder unserer Vogelschutzbestrebungen beherrschenden Sentimentalität beurteilen und den Dohnenstiege auch in diesem Jahre wieder freigeben, nicht allein um der Volksernährung zu dienen, sondern auch mit Rücksicht auf unsere schlecht gestellten Forst- und Jagdbeamten. Denn auch das gehört dazu,

um mit dem Abgeordneten Wohna zu sprechen, den kleinen Mann bei der Stimmung zu erhalten, die für das Durchhalten des Krieges zweifellos die wichtigste aller Voraussetzungen ist.“

Die vorerwähnten Ausführungen des Abgeordneten Wentke lauteten folgendermaßen:

„Der Abgeordnete Hr. Wolff-Metternich, den ich zu meinem Bedauern heute hier vermissen, hat sich im vorigen Jahre für die Freigabe des Dohnenstieges eingesetzt. Der sog. Dohnenstiege betrifft bekanntlich den Fang von Krammetsvögeln, einer Drosselart. Dem Abgeordneten Hause liegt nun ein Antrag der politischen Freunde des Abg. Hr. v. Wolff-Metternich vor, nach dem Maßnahmen zur Bekämpfung der Schädlinge landwirtschaftlicher Kulturpflanzen getroffen und gleichzeitig eine nachdrückliche Förderung des Schutzes nützlicher Vogelarten angestrebt werden soll. Unsere Singvögel nützen nicht nur der Feldmark, sondern auch den Wäldern. Nach dem Vogelschutzgesetz vom 30. Mai 1908 ist der Dohnenstiege verboten; aber auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand ist den stellvertretenden General-Kommandos das Recht gegeben, den Dohnenstiege freizugeben. Die gefangenen Drosseln sind aber für die allgemeine Volksernährung vollständig unerheblich. Ich möchte Sie fragen: wer von Ihnen hat im Kriege schon einmal Krammetsvögel zu essen bekommen? Der Dohnenstiege bedeutet eine große Tierquälerei. In den Schlingen der sog. Dohnen fangen sich nicht nur die Drosseln, sondern auch viele andere nützliche Singvögel manchmal mit den Füßen, so daß sie, den Kopf nach unten hängend, sich elendiglich zu Tode zappeln. Wenn der Herr Abgeordnete Graf v. der Gröben in der Kommission gesagt hat, in den Dohnen fingen sich auch die den nützlichen Vögeln schädlichen Eichelhäher, so ist mir davon trotz Erkundigungen nichts bekannt geworden. Ich kann es auch gar nicht glauben, daß der Eichelhäher, der ja ein viel größerer Vogel als der Krammetsvogel ist, sich in den Dohnen fangen sollte. Aber ich will das dahingestellt sein lassen. Wir sind immer sittlich entristet, wenn wir lesen, wie in Italien unsere Singvögel auf dem Durchzuge weggefangen werden. Sind wir nun wirklich bessere Menschen? Der Dohnenstiege wird bei uns im Herbst freigeben zu einer Zeit, wo unsere einheimischen Drosseln bereits fortgezogen sind. Es fangen sich also nur diejenigen Drosseln, die aus nördlichen Ländern auf dem Durchzuge zu uns kommen. Können sich da die Schweden und Norweger nicht mit gutem Recht beklagen, daß wir ihnen die Drosseln wegfangen? Sind wir nun wirklich so viel bessere Menschen als die Italiener?“

Ein weiteres Eingehen auf diese Auslassungen erscheint mir unnötig. Bemerken möchte ich nur, daß der von dem Abgeordneten Wenke angezwiefelte Fang von Eichelhähern im Dohnenstiege sehr häufig stattfindet. Ich habe alljährlich eine große Anzahl von Eichelhähern im Dohnenstiege gefangen, in manchen Jahren waren es in meinem Oberförstereibezirke über 50 Stück. Daß andere Vogelfänger gleiche Erfahrungen gemacht haben, ist aus einer Abhandlung des Prof. Dr. G. Mörig über „Die Aufhebung des Krammetsvogelfanges in Deutschland“ (Deutsche Jäger-Zeitung Nr. 52, Band 51) zu ersehen. Hier werden neben einer großen Menge schädlicher Eichelhäher noch als im Dohnenstiege gefangen angeführt: Würger und Sperber.

Da Herr Abgeordneter Wenke die umfangreiche Literatur über den Krammetsvogelfang nicht zu kennen scheint, sei hier schließlich bemerkt, daß für die Freigabe des Vogelfanges viele namhafte Männer warm eingetreten sind und die Fachzeitschriften und die Stenogr. Berichte des Reichstages und des Abgeordnetenhauses u. aus den Jahren 1888 und 1908 hierüber viel Interessantes und Belehrendes enthalten. Auch die neuere Literatur hat wiederholt nachgewiesen, daß die Voraussetzungen, die das Fangverbot hauptsächlich veranlaßt haben, ausnahmslos nicht zugetroffen sind. Die Mär von der Tierquälerei ist in überzeugender Weise von dem Abgeordneten Dr. Windthorst im Reichstage am 10. Februar 1888 als eine unbegreifliche Sentimentalität bezeichnet worden.

Näheres hierüber ist in den Sten. Berichten des Reichstages und in meiner eingangs erwähnten Abhandlung nachzulesen. Auch über die übertriebene Nützlichkeit der Krammetsvögel ist dort einiges zu finden.

Wundern muß man sich, daß so viele Abgeordnete immer wieder die Krammetsvögel vor vermeintlicher Tierquälerei in Schutz nehmen, andererseits aber das Rotwild mit Stumpf und Stiel auf jede mögliche Art ausrotten möchten. Bei diesem edlen herrlichen Wilde hält man es für unbedenklich, den Abschluß ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht und Zeit zu verlangen. Da empfindet man es nicht als eine unverzeihliche Tierquälerei, den Kälbern die Mutter wegzuschießen und sie einem langen Siedtum und einem qualvollen Tode zu überliefern. Man übersieht auch vollständig, daß das gegenwärtig gesetzlich erlaubte Schießen der Krammetsvögel mit viel mehr Duren für die Vögel verbunden ist, als das Fangen in der Schlinge.

Wir hoffen noch immer, daß allmählich sich die Überzeugung immer mehr Bahn bricht, daß sich die Hoffnungen, die man beim Erlasse des Vogelschutzgesetzes hinsichtlich eines internationalen Vogelschutzgesetzes hegte, niemals erfüllen werden, und daß wir uns ins eigene Fleisch schneiden, wenn wir auf den Krammetsvogelfang im Dohnenstiege zu unserem Schaden und zum Nutzen unserer treulosen wortbrüchigen Feinde verzichten!

Literarische Berichte.

Neues aus dem Buchhandel.

- Abeles, Josef, Oberbeamte.: Handbuch der Technik des Weichholzhandels (Fichte und Tanne) mit bes. Berücks. d. Sägebetriebes u. d. Produktion v. Schnittmaterial. Für Holzproduzenten, Holzhändler, Forstwirte u. Waldbesitzer. Mit 50 Textabb. (X, 330 S.) gr. 8°. Glbb. 15.—. + 10% ur. L. Paul Parey in Berlin.
- Bühler, Anton, Prof., Versuchsanst.-Vorst. Dr.: Der Waldbau nach wissenschaftl. Forschung und prakt. Erfahrung. Ein Hand- und Lehrbuch. 1. Bd. (XII, 662 S.) gr. 8°. 15.—; geb. 18.50. Eugen Ulmer in Stuttgart.
- Conventz, H.: Merkbuch für Naturdenkmalpflege und verwandte Bestrebungen. (VIII, 110 S.) fl. 8°. 2.50. Gebirder Borntraeger in Berlin.
- Deibel, Gustav: Von Jagden in Rußland. (123 S.) 8°. 3.50; geb. 4.50. A. Müller, Verlag in Zürich.
- Engler, Arnold, Vers.-Anst.-Dir.: Tropismen u. exzentr. Dickenwachstum der Bäume. Ein Beitrag z. Physiologie und Morphologie der Holzgewächse. Mit 14 Fig.

auf Kunstdruckpapier, 16 Textfig. u. 43 Tab. Preisschrift, hrsg. durch die Stiftung v. Schnyder v. Wartensee. (IV, 106 S.) 32×24 cm. 12.—. Beer & Cie., vormals Fäsi & Beer in Zürich.

Giltner, Lorenz, Dir. Oberreg.-R. Prof. Dr.: Vermehrte Futtergewinnung aus der heim. Pflanzenwelt. 2 Teil (Walz, Heide und Moor als Futterquellen. Die Bewertung der Wasser- und Sumpfpflanzen. Futtergewinnung aus Gemüse, Obst-, Wein- und Hopfengärten. Anh.: Die Aufschließung des Strohens.) Mit 23 Abb. gr. 8°. (IV, 146 S.) 4.80. Eugen Ulmer in Stuttgart.

Jagd-Abreißkalender 1919. Herausgeg. von der deutschen Jäger-Zeitung. (II, 220 Bl. mit Abb.) Gr. 8°. 4.—. J. Neumann in Neudamm.

Leeder, Karl, Reg.-R. Prof.: Wildkunde u. Jagdbetrieb. Mit 147 Abb. nach Zeichnungen des Verf. 2 Bde. (XI, 227 S.) gr. 8°. Pappbd. 5.50. Wilhelm F. G. m. b. H., in Wien.

Mitteilungen aus dem forstlichen Versuchswesen Österreichs. Hrsg. von der k. k. forstl. Versuchsanstalt Mariabrunn. Der ganzen Folge 40. Heft. (Unter

suchungen über die Elastizität und Festigkeit der österreich. Bauhölzer. V. Janka, Gabr., Forstr. Prof. Dr.: Lärche aus Krain, aus Oberösterreich - Steiermark, aus dem Erzgebirge und Böhmerwalde, aus Mähren und Galizien. Techn. Qualität des Lärchenholzes im allgemeinen.) Mit 5 Taf. Lex.-8°. VIII. 88 S. u. 5 Bl. Erklärungen. 5.—. Wilhelm Frick Verlagskonto in Wien.

Sollath, Franz X.: Katechismus des Waldbaues. Ein Hefch zur Vorbereitung auf die Staatsprüfung für den Forstschuß und techn. Hilfsdienst und zur Erleichterung des Studiums. Fragen aus „Waldbau“ und deren Beantwortung. Zweite, neubearb. und erw. Aufl. v. em. Hofr. Ing. Emil Böhmerle. (160 S.) H. 8°. 3.20 + 20% Z. Buchdr. u. Verlh. E. Fromme in Wien.

Laessle, Ferd. v., Forstmr.: Das deutsche Weidwerk. Ein Lehr- und Handbuch der Jagd. Illustriert von Karl Wagner mit 309 Textabb. und 18 z. T. mehrfarb. Taf. Zweite, neubearb. Aufl. (XII, 692 S.) Lex.-8°. Zwbb. 30.— + 10% ur. Z. Paul Parey in Berlin.

Labatini, P., Dr.: Die gesetzl. Bestimmungen über die Veräußerung land- und forstwirtschaftl. Grundstücke. Zum Handgebrauche für Mitglieder von Grundbesitzkommissionen, Gerichts- und Notariatskanzleien, sowie für Käufer und Verkäufer einschlag. Objekte d'geft. Mit einem Anhang von Not. Dr. Eduard Reichel. (77 S.) 8°. 2.—. Carl Gerolds Sohn in Wien.

Praktische Mittel gegen Wildschäden. Bearbeitet von Geh. Regierungsrat Dr. A. Ströse-Berlin-Zehlendorf, unter Mitwirkung von Rgl. Forstmeister M. Krahnmer-Schmolzin und Dr. E. Schöff-Neudamm. Mit 30 Abbildungen. Neudamm, 1917. Verlag von J. Neumann. Preis: geh. 1 M. In Partien: 10 Stück 9 M., 25 Stück 21 M., 50 Stück 40 M., 100 Stück 75 M., 200 Stück 140 M.

Während Ströse sich im ersten Hefte¹⁾ der Sammlung „Belehrungshefte des Instituts für Jagdkunde, Neudamm“ ein ganz spezielles Thema, die Bekämpfung der Kaninchenplage, zur Bearbeitung gewählt hatte, handelt er im vorliegenden zweiten Hefte eine Auswahl von praktischen Mitteln gegen den durch unsere übrigen häufigsten und wichtigsten Wildarten, nämlich durch Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild sowie durch Hasen erwachsenden vorübergehenden Wildschäden. Auf den vorübergehenden Wildschäden hat sich der Verfasser mit Rücksicht darauf beschränkt, daß dauernder erheblicher Schaden entweder eine starke Verminderung der Eingatterung des Wildes erforderlich macht, ein Bedürfnis nach gemeinfaßlichen, kurzen Bezeichnungen hierüber aber nicht besteht.

¹⁾ Die Massenbekämpfung der Kaninchenplage unter Anwendung von Verwitterungsmitteln von Dr. A. Ströse, h. Reg.-Rat in Berlin-Zehlendorf, 2. Auflage, Neudamm, 1916.

Das Werkchen will natürlich nicht in Wettbewerb treten mit den vorhandenen umfangreichen Büchern über den Schutz des Waldes und Jeldes gegen jagdbare Tiere, sondern es will nur eine leicht verständliche, kurze Anleitung zur Anwendung der wichtigsten Mittel gegen Wildschäden für die große Masse der Jäger, Land- und Forstwirte und Gärtner geben und dadurch eine bestehende Lücke ausfüllen. Die vorgeschlagenen Maßregeln sind aus der Lebensweise und dem Verhalten des Wildes gegenüber dem Menschen und den Bodenerzeugnissen entwickelt und zum großen Teil durch eigene Versuche und Beobachtungen des Verfassers als erprobt befunden worden.

Das Heft zerfällt in folgende vier Abschnitte:

- A. Beachtenswerte Lebensgemeinschaften des Wildes.
- B. Der Wildschaden.
- C. Maßnahmen gegen Wildschäden im allgemeinen.
- D. Maßnahmen gegen Wildschäden im besonderen.

a) Schutz der Feldpflanzen.

b) Schutz der Holzgewächse.

Das durch knappe und klare Darstellung sich vorteilhaft auszeichnende Werkchen sei allen, die sich für das Thema interessieren, ganz besonders aber den Forst- und Jagdverwaltungen zur Anschaffung für das Forstschutz- und Jagdpersonal, warm empfohlen.

We.

Von Jagden in Rußland. Von Gustav Deibel.

Albert Müllers Verlag in Zürich. 123 Seiten.

Preis: 3,50 M., geb. 4,50 M.

Gehagte und gepflegte Jagden wie allgemein in Deutschland, gibt es in Rußland nur wenige. Um so größeres Interesse bietet es, Näheres über den Jagdbetrieb deutscher Jäger unter den eigenartigen russischen Verhältnissen, insbesondere über das gegenüber den heimischen Jagden Unterschiedliche zu erfahren. Eine Gesellschaft deutscher Jäger hatte nicht weit von Petersburg ein zusammenhängendes Jagdgebiet von 35 000 ha erpachtet und dort lange Jahre hindurch in deutschem Geiste und nach den Anforderungen des deutschen Weidwerks bis zum Ausbruch des Krieges der Jagd obgelegen. Ein deutsches Jagdland in Rußlands Wäldern!

In anregender, fesselnder Weise schildert der Verfasser unter Beschreibung der Hauptjagarten, den Jahreszeiten folgend, seine bzw. der Gesellschaft Jagderlebnisse — in folgenden Abschnitten: Die Balz des Birkhahns; die Schnepfen; die Auerhahnbalz; Allgemeines vom Auerwild; die Zeit

zwischen Frühjahr- und Sommerjagd; die Sommerjagd; die Herbstjagd; Winterjagden; vom Fuchs; vom Luchs; vom Wolf und anderes; Bärenjagd.

Dem Wahrspruche der Gesellschaft:

„Das ist das Geheimnis der Jägerei,
Mit Glas, Luchs, Bär und Auerhahn,
Mit Büchse und Schuß ist's nicht getan,
Es ist ein Geist dabei.“

entsprach die Auffassung vom ganzen Jagdbetrieb und seine Durchführung. Möchte dieser deutsche Jägergeist und deutsches Weidwerk nach dem Kriege für immer in unserem neuen Ostlande Einzug halten zu Nutz und Frommen der dortigen Wildbestände und Jagdverhältnisse. We.

Arzneipflanzen - Merkblätter des Kaiserlichen Gesundheitsamts, bearbeitet in Gemeinschaft mit dem Arzneipflanzen-Ausschuß der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft Berlin-Dahlem. Berlin, Verlag von Julius Springer, 1917.

Viele Kräuter, die in Deutschland zu Heilzwecken dienen, sind, obwohl sie auch bei uns wild wachsen, vor dem Kriege aus dem Auslande bezogen worden, hauptsächlich wohl aus dem Grunde, weil sie von dort billiger geliefert werden konnten. Der Weltkrieg hat uns durch das Abschneiden der Zufuhr von überseeischen Ländern und durch seine lange Dauer wie auf manchen anderen Gebieten, so auch auf dem der Beschaffung der Arzneipflanzen gezwungen, das Kräutersammeln in der Heimat, das in früheren Zeiten fast allgemein üblich war, wieder aufzunehmen, um uns dadurch vom Auslande unabhängig zu machen und nicht unerhebliche Geldmittel im Lande zu belassen.

Für die Herstellung der Arzneimittel sind aber große Pflanzenmengen erforderlich, und deren Beschaffung ist nur dann in genügendem Maße gesichert, wenn nicht nur die mit der Kenntnis der Pflanzen vertrauten Kreise — vor allem also Botaniker, Ärzte, Apotheker, Forstleute, Pfarrer, Lehrer — tätig dabei mitwirken, sondern im weitesten Umfange auch im Volke über die in Betracht kommenden Pflanzen in leicht faßlicher Weise Aufklärung verbreitet wird.

Diesem Zwecke will das vorliegende Büchlein dienen. In ihm sind die vom Kaiserlichen Gesundheitsamt herausgegebenen Arzneipflanzen-Merkblätter zusammengestellt. Jedes dieser Merkblätter, mit Ausnahme von Nr. 1 und 32, stellt eine naturgetreue farbige Abbildung der betr. Pflanze dar und enthält die nötigen Angaben über den Standort, die Blüte- und Reifezeit der

Samen, die beste Art des Einsammelns, Trockens usw.

Merkblatt 1 behandelt die allgemeinen Regeln für das Sammeln von Arzneipflanzen. Dann folgen die Darstellungen von 30 Kräutern, nämlich: Bärentraubenblätter, Herbstzeitlosenamen, Bitterkleeblätter, Arnikablüten, Huflattichblätter, Kamillen, Löwenzahn, Wildes Stiefmütterchen, Raimuswurzel, Schafgarbe, Ehrenpreis, Stachelapfelblätter, Tausendgüldenkraut, Quendel, Hahnenwurz, Wollblumen, Rainfarn, Eisenhut (Monit)-Knollen, Malvenblätter und -blüten, Verumut, Tollkirschenblätter, Fingerhutblätter, Bilsentkrautblätter, Wachholderbeeren, Vibernellwurzel, Schachtelhalm, Isländisches Moos, Steirische, Bärlappsporen, Ragenpfötchenblüten. Merkblatt 32 schließlich enthält eine Zusammenstellung von zur Teebereitung geeigneten Blättern und Blüten.

Um die Verbreitung der Merkblätter im weitesten Umfange zu ermöglichen, ist ihr Preis außerordentlich niedrig angesetzt worden. Jedes einzelne Blatt kostet 10 Pfg., zuzüglich Porto und Verpackung 15 Pfg. Für 20 Stück eines Merkblattes beträgt der Preis 1,20 M. und für 100 Stück 4 M., einschl. Porto.

Die Ausgabe in Buchform, auf besserem Papier und in geschmackvollem, festem Umschlag hergestellt, ist hauptsächlich für die das Sammeln der Pflanzen Überwachenden, in erster Linie also für die Hand des Lehrers, bestimmt. Der Preis hierfür beträgt 1,80 M.

Zu diesen 32 Merkblättern ist inzwischen noch ein neues hinzugekommen über „Teemischungen für den Haushalt, Ersatzmittel für Chinesischen Tee“. Es enthält u. a. ein Verzeichnis der Bestandteile von vier Ersatzteesorten des Handels.

Mögen die „Merkblätter“ den Zweck, dem sie dienen sollen, erfüllen! We.

H. Molisch: Pflanzenphysiologie. Natur und Geisteswelt Nr. 569. Verlag B. G. Teubner in Leipzig.

Aus der Feder des Wiener Pflanzenphysiologen Professor H. Molisch, dem wir schon das umfangreichere Werk „Pflanzenphysiologie als Theorie der Gärtnerei“ neben vielen anderen Arbeiten, die auf die Physiologie fördernd gewirkt haben, verdanken, ist in der Teubnerschen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ ein kurzer Grundriß der Pflanzenphysiologie erschienen. Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, allgemein verständlich in kurzer Übersicht dem Laien, der über keine einschlägigen Kenntnisse

se verfügt, das Wesentliche der Pflanzenphysiologie vor Augen zu führen und hat zu einem klaren, appropäen Text passende Abbildungen — meist Originalbilder in sehr anschaulicher Art ausgewählt. In weiten Laien-Kreisen herrscht heute noch falsche Ansicht, daß der Botaniker seine Aufgabe gelöst habe, wenn er Pflanzen gesammelt, beschrieben und ihre Verwendung festgestellt habe. Der vorliegende, von großen Gesichtspunkten aus übernommene Überblick über die Lehre von den Lebenserscheinungen der Pflanze, ihren Ursachen und ihrer Bedeutung für die Pflanze kann zur Förderung botanischer Erkenntnis in weiten Kreisen würdig begrüßt werden. Molisch besitzt, wie er seinem oben erwähnten Werk schon eingehend bewiesen hat, die seltene Gabe, Ergebnisse schwieriger Forschung leicht faßlich darzulegen. Dadurch trägt er, wie selten ein Physiologe, die Brücke zwischen der rein theoretischen Betrachtungsweise zu den Gebieten der angewandten Botanik, in die selbst ein tiefer Einblick gewonnen hat. Was in auf 97 Seiten über dieses Thema verlaugt, ist hier erreicht, und nicht nur botanische Kreise werden davon Nutzen haben, sondern auch Lesrer aus den Gebieten der angewandten Botanik, Forstleute und Landwirte, werden mit Nutzen manche Anregungen durch dessen Lektüre erhalten.

Dr. Wimmer.

Preussische Fischereigesetz vom 11. Mai 1916 nebst der Fischerei-Ordnung vom 29. März 1917 und den sonstigen fischereigesetzlichen Vorschriften für Preußen. Zum praktischen Gebrauch erläutert von Goerde, Amtsgerichtsrat in Oberstwalde. Berlin 1918. Verlag von H. W. Müller. Preis: 5,50 Mk. Im Vorwort bemerkt Verfasser, daß die Arbeit jetzt, und nicht gleich nach der Veröffentlichung des Fischereigesetzes, erschienen sei, weil die Polizeiverordnungen zu dem Gesetze hätten abgewartet werden sollen. Warum Verfasser das Erscheinen nicht auch noch weiter um einige Monate hinausgeschoben und die Ausführungsbestimmungen im Fischereigesetz, die am 16. März d. J. erlassen worden sind, abgewartet hat, ist nicht recht verständlich. Der Gebrauchswert des Buches würde deutlich gewonnen haben, wenn in ihm auch Ausführungsbestimmungen zum Fischereigesetz hätten Berücksichtigung finden können.

Das Buch zerfällt in drei Hauptabschnitte. Der erste Abschnitt enthält „die für die Fischerei wesentlichen privatrechtlichen Vorschriften außerhalb des Fischereigesetzes aus dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem preussischen Allgemeinen

Landrecht“, der zweite Abschnitt „das Fischereigesetz vom 11. Mai 1916“ und der dritte Abschnitt „die für die Fischerei in Betracht kommenden Vorschriften aus der preussischen Jagdordnung, dem Reichsvogelschutzgesetz, dem Reichsstrafgesetzbuch und den Gewerbe- und Steuergesetzen.“

Ein Anhang enthält: 1. die für die Fischerei wesentlichsten Vorschriften des Wassergesetzes, 2. das Gesetz über den Erwerb von Fischereiberechtigungen für den Staat und das Aufgebot von Fischereiberechtigungen, 3. die Fischereiordnung für die Binnengewässer der Provinz Preußen, 4. die Fischereiordnung für das Frische Haff, 5. die Fischereiordnung für das Rurische Haff, 6. das Gesetz betr. die Fischerei der Ufereigentümer und die Koppelfischerei in der Provinz Hannover und 7. das Gesetz, betr. die Koppelfischerei im Regierungsbezirk Cassel, soweit diese Gesetze noch gültig geblieben sind. Die Erläuterungen zum Fischereigesetz sind klar und erschöpfend.

E.

Der deutsche Wald, sein idealer und wirtschaftlicher Wert. Verhinderung und Bekämpfung von Waldbränden. Bearbeitet und herausgegeben vom Westfälischen Feuerwehr-Verband. Zu beziehen durch die Buchdruckerei Gottfried Marx, Olpe i. Westf. Preis: 0,50 M.

Die alljährlich zunehmende Zahl der Waldbrände und die Zunahme der Ausdehnung derselben hat den Ausschluß des Westfäl. Feuerwehr-Verbandes veranlaßt, der Verhinderung und Bekämpfung von Waldbränden seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ihm ist die vorstehende nützliche und dankenswerte Arbeit zu verdanken, der eine möglichst große Verbreitung zu wünschen ist.

Im ersten Abschnitt wird auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Waldes hingewiesen und es werden die vielen z. T. unentbehrlichen Stoffe aufgeführt, die der Wald uns liefert. In erster Linie werden natürlich das Holz in einer jährlich zum Einschlage kommenden Menge von 54 Millionen cbm genannt, sowie die weiteren Erzeugnisse, die aus Holz gewonnen werden, wie Holzleer, Holzessig, Kreosot, Terpentin, Papierstoff, Garn zu Kleibern, Säcken, Brotbeuteln der Soldaten usw. Die deutsche Papierindustrie bedarf jährlich einer Holzmenge von sieben Millionen Festmetern. Ferner wird Holz verwendet zur Herstellung von Eisenbahnschwellen, Schwefelhölzern und ganz besonders beim Bergbau. Gegenwärtig werden außerordentlich große Holzmassen im Kriege gebraucht zur Herstellung von Unterständen, Schützengräben, Brücken und Eisen-

bahnbauten, Gewehrholzen, Holzschuhen, Sohlen u. Von großer Bedeutung sind ferner die Streu- und Futtermittel, die der Wald gewährt, das Pflanz- und Fescheholz, sowie die Pilze und Beeren. Der Verdienst, den der Wald den darin beschäftigten Arbeitern und Fuhrleuten bringt, wird auf jährlich 250 Millionen Mark veranschlagt.

Sodann wird die gesundheitliche und ethische Seite des Waldes besprochen:

„Wenn Kummer dich befallen, geh hin zum grünen Wald,
Da trifft du Tempelhallen in ihrer Urgehalt.
Da waltet Gottes Segen in stiller Einsamkeit,
Rannst an sein Herz dort legen den Kummer und dein Leid.
Dort kann dein Herz gesunden, Gott wohnt im grünen Hain,
Dast Frieden du gefunden, kehst neu gestärkt du heim.“

Im zweiten Abschnitt werden die Mittel zur Verhütung und im dritten Abschnitt die zur Bekämpfung von Waldbränden erörtert.

Als wichtigste Maßnahmen werden angeführt:

1. Das Volk und namentlich die Jugend muß über die Gefahren der Waldbrände mehr aufgeklärt und zum Schutze des Waldes erzogen werden.

2. Die ohne Aufsicht ziehenden wilden Wandervögel, denen es nur um Unfug zu tun ist, sind im Walde außerhalb der öffentlichen Wege nicht zu dulden, vor allem dürfen sie im Walde keine Rockgeschirre mitführen.

3. Der Schwarm der Beerenfucher aus den Städten und dem Industriebezirk ist so viel als möglich einzuschränken.

4. Zwischen den gefährdeten Waldparzellen sind Schneisen und Wege in ausreichender Breite von allem Brennbarren freizuhalten; soweit tunlich sind Wiesen und Weiden in großen Waldungen zur Unterbrechung einzuschieben.

5. Für ausreichende Aufsicht durch Patrouillen, Ehrenforsthüter, Wachtürme und dergleichen ist in der heißen Jahreszeit zu sorgen.

6. Die Feuerwehren sind von den Gemeinden auch als Waldschutzwehren auszurüsten und auszubilden.

7. Auf 8 Kilometer muß jeder beim Waldbrande zur Löschhilfe auch ohne persönliche Aufforderung verpflichtet sein.

8. Löschmannschaft wie Geräte sind durch Fuhrwerk eiligst zur Brandstelle zu schaffen; der Brand ist so schnell als möglich zu bekämpfen und abzulöschen, die Brandstelle nachher ausreichend zu bewachen. Für Verpflegung der Löschmannschaft ist zu sorgen.

Bialowies in deutscher Verwaltung. Herausgegeben von der Militärforstverwaltung Bialowies. Drittes Heft. I. Hauptmann Genthe: Die Geschichte des Wisents in Europa; II. Prof. Dr. Röhrig: Die

Säugetiere; III. Prof. Dr. Reichenow: Die Vogelfauna; IV. Major Dr. Escherich: In den Jagdgründen des Jaren. Mit 1 Titelbild, 3 Abbildungen und 5 Vollbildern im Text. Berlin, Verlag Paul Parey, 1918.

Der erste Abschnitt enthält die Geschichte des Wisents in Europa. Hauptmann Genthe schildert die Verbreitung desselben in der früheren Zeit und sein allmähliches Verschwinden bis auf kleine Reste.

Im zweiten Abschnitt bespricht Geheimrat Prof. Dr. G. Röhrig die im Walde von Bialowies vorkommenden Säugetiere. Die Säugetierwelt in diesem Walde ist hiernach nicht allzu mannigfaltig und hinsichtlich der Artenzahl vom Menschen wenig beeinflusst worden. Ihm verdankt das Gebiet wahrscheinlich nur 3 Arten, von denen zwei, nämlich die Wanderratte und die Hausmaus ohne sein Zutun infolge seiner eigenen Ausbreitungstätigkeit sich eingefunden haben, während die dritte, das Damwild, von ihm unmittelbar eingeführt worden ist. Mit Sicherheit sind bis jetzt 36 Arten festgestellt.

In erster Linie interessiert unter diesen der Wisent.

Im Jahre 1829 waren im Walde von Bialowies noch 711 Wisente vorhanden; die Zahl fiel 1830 auf 772 Stück und fiel 1831 auf 657 Stück. In dieser Höhe hat sie sich anscheinend während der nächsten 50 Jahre gehalten. Infolge der Wild- und Rinderseuche war der Bestand im Jahre 1917 auf 727 Stück gesunken. In noch höherem Maße wurde der Bestand während des Krieges gemindert und als Bialowies unter geordnete deutsche Verwaltung kam, waren kaum noch 160 Stück übrig. Seit dieser Zeit finden allmonatlich Bestandsaufnahmen statt. Hiernach betrug die Zahl im März 1917 etwa 121 Stück. Die Farbe des Fells ist im Sommer heller und glänzender als im Winter. Unter den Sinnesorganen steht der Geruchssinn am höchsten. Die Nahrung sucht sich der Wisent vornehmlich im Walde, und nur im Frühjahr wenn das Gras zu schießen beginnt, tritt er aus. Die Brunst beginnt im August und dauert etwa vier Wochen. Die Setzeit fällt in der Regel in den Mai.

Der Bestand der Wisente ist mancherlei Gefahren ausgesetzt. Unter den Krankheiten ist die Milzbrand und die Wild- und Rinderseuche die bedrohlichsten. Sodann aber ist es die auffallend schwache Vermehrung, die einer Zunahme der Zahl hinderlich ist, sowie die Menge der Wilder. Das Elchwild verschwindet immer mehr im Bialowieser Waldgebiet, es ist nur noch wenigen Stücken vertreten.

Die am meisten vertretene Wildart ist das Rotwild. Zu Anfang des Jahres 1914 standen noch 6 778 Stück Rotwild und im Winter 15/16 wurde der Bestand auf 2—3000 Stück festgestellt; im Januar 1918 wurde ein Bestand von 1769 Stück ermittelt. Die starken Hirsche gehen gewöhnlich nur bis 12 Enden und setzen dann meist bis zum Achter zurück. Die Eiszprossen stehen sehr unregelmäßig auf und sind meist ziemlich hoch angelegt und kürzer als die Augsprosse. Die Perlung der Geweihe läßt im allgemeinen Wünschen übrig; das Gewicht derselben ist nicht bedeutend. Das Rotwild hat im Sommer seinen Aufenthalt in den Niederungen, in den ausgedehnten Sumpfpartien und Laubholzbeständen; nach der Pflanzzeit, die um die Mitte des August beginnt und bis sechs Wochen dauert, bevorzugt es die höher gelegenen Stellen, auf denen das Nadelholz vorherrscht und reichlicher Wacholder und Heidekraut Bodendecke bildet. Die Setzzeit ist im Mai. Das früher in großer Zahl vorhandene Damwild ist durch den Krieg sehr stark vermindert worden und soll, da es in das Revier nicht hineinreist, nur in einem geringen Bestande erhalten bleiben. Bei der Zählung im März 1917 waren 10 Stück vorhanden.

Für das Rehwild sind große Teile des Bialowieser Waldrevieres vorzüglich geeignet und werden, wenn mehr Kahlschläge vorhanden und die Kuntseisen vermehrt sein werden, noch bei weitem besser werden. Zu Anfang des Jahres 1914 soll der Rehbestand sich auf 4966 Stück belaufen haben; die Zählung im März 1917 ergab nur noch 1063 Stück. Die Ursache für den Rückgang liegt in den harten Winterzeiten und in den fortwährenden Jagdstörungen, denen das Reh durch Unberufene ausgesetzt ist. Dazu kommen gewisse Krankheiten, denen die Rehe bald erliegen oder durch die sie geschwächt werden, daß sie anderen ungünstigen Umständen nicht Widerstand leisten können.

Von den 2225 Stück Schwarzwild, die zu Anfang des Jahres 1914 noch vorhanden waren, waren im März 1917 nur noch 446 übrig und die Zählung vom 1. Januar 1918 ergab 560 Stück. Während des größten Teiles des Jahres steckt das Schwarzwild in den sumpfigen Revierteilen, von wo es nachts in die benachbarten Waldteile und zeitweise auch auf die Felder wechselt. Die Paarungszeit beginnt in der Regel im Dezember und zieht sich bis in den Januar hin; die Wachen frischen im April und Anfang Mai.

Von den übrigen Säugetieren werden als Jagdtiere genannt: die Raubtiere: Luchs, Fuchs, Fischotter, Dachs, Fuchs, Wolf, Edelreiter, Steinmarder, Iltis, Hermelin, Maus-

iesel, die Nagetiere: Gase, Wanderratte, Hausmaus, Waldmaus, Waldmühlmaus, Nordische Wühlmaus, Mollmaus, Baumschläfer, Siebenschläfer, Eichhörnchen, Ziesel, die Insektenfresser: Igel, Maulwurf, Wasserspitzmaus, Waldspitzmaus und Zwergspitzmaus, Handflatterer: Mops-Fledermaus, Langohrige, spätfliedende, frühfliedende, Zwerg- und gefranzelte Fledermaus.

Im dritten Abschnitt bringt Prof. Dr. Reichenow von Berlin eine Übersicht der Vogelwelt des Bialowieser Urwaldes. Diese ist nicht artenreich. Bei dem Fehlen größerer offener Gewässer fallen Schwimmvögel fast ganz aus. Auch die Zahl der Stelzvogelarten ist nur eine beschränkte; nur zwei Vertreter dieser Vogelordnung, der Kranich und der Schwarze Storch sind zu nennen. Auffallend ist das verhältnismäßig spärliche Auftreten der Raubvögel im Vergleich mit den Bewohnern deutscher Wälder; außer dem Bussard kommen Raubvögel kaum vor. Von den typischen Waldvögeln sind alle drei Waldhühner, vor allem der Auerhahn, zu nennen. Auch die Spechte sind artenreich und zahlreich vorhanden; ebenso Kleiber, Baumläufer und Meisen. Ferner fehlen nicht Hohltaube, Blaue Krähe und Amd. Aus der Gruppe der Rabenvögel sind zu nennen Kollkrahe, Nebelkrähe, die aber nur an einzelnen Stellen des Waldlandes in größerer Zahl vorkommt, und die Dohle. Allenthalben macht sich der Eichelhäher bemerkbar, und sein Vetter, der Tannenhäher. Von kleineren Singvögeln zeigen sich am häufigsten Drosseln, besonders die Sing- und die Misteldrossel, ferner der Rotrückenwürger, der Fliegenfänger, der Laubsänger, der Zaunkönig; nur wenig bemerkbar machen sich die Grasmücken. Die nassen Wiesen werden von dem Baumpieper in großer Menge und von dem weniger zahlreichen Wiesenpieper belebt. An Finkenvögeln zeigt sich im Schloßpark und in der Umgebung des Dorfes Bialowiez sehr häufig der Grünling, der Bluthänfling, nicht selten auch Buchfink, Stieglitz und Goldammer. Im Schloßpark erschallt die melodische Stimme des Sprossers.

Bisher sind 148 Vogelarten mit Sicherheit nachgewiesen. In einer Übersicht sind dieselben besonders aufgeführt.

In dem letzten Abschnitt: „In den Jagdgründen des Jaren“ schildert Major Dr. G. Escherich 1. den Wildstand einst und jetzt, 2. die Jagd in deutscher Ver-

waltung, 3. den Schnepfenstrich, die Hahnfalz, die Jagd auf den Rehbock, die Hirschbrunft, die Damwildbrunft und die Jagd auf Schwarzwild im Bialowieser Walde.

Von besonderem Interesse sind in diesem Abschnitt die den Wisent betreffenden Mitteilungen. Zu russischer Zeit glaubte man dieses Wild nur durch reichliche Fütterung durch den Winter bringen zu können. Dasselbe war so an die Fütterung gewöhnt, daß es völlig verlernt hatte, sich selbst Nahrung zu suchen. Eine solche Fütterung war jetzt im Kriege nicht möglich, es konnte nur durch Fällen von reichlich vorhandenen Laubhölzern dem Wilde geholfen werden. Gar bald wurden diese auch gefunden und angenommen, zuerst die Knospen und dünnen Zweige, dann aber auch die Rinde der glatten Stammteile und selbst stärkere Stammteile. Ferner wurde die bodenständige Nahrung gesucht und abends zog das Wild zu den großen Laubholzstüben, um hier die Knospen von Eschen, Eichen und anderen Laubhölzern zu äßen. Diese Rück-

kehr zur Natur bekam dem Wilde vorzüglich. Der zum halb zahmen Stalltier gewordene Wisent, der nur in nächster Nähe des Futterstabels zu treffen war, der es verlernt hatte, selbst der Nahrungssuche nachzugehen, dem der Kampf ums Dasein fast ganz abgenommen war, mußte sich jetzt auf einmal wieder seiner Kräfte und Sinne bedienen, um den Nöten des Winters nicht zu erliegen. Er mußte auf der Nahrungssuche wieder mehr oder weniger große Märsche machen, wurde wieder beweglicher, gesünder und widerstandsfähiger, namentlich auch wieder vorsichtiger und schmerzempfindlicher. Hierdurch ist der Wisentstand wesentlich gehoben worden, wie dies schon die größere Zahl der Kühe im letzten Jahre zeigte. Man beabsichtigt nun zur weiteren Hebung des Wildstandes die gellen Kühe und vor allem die überalten Bullen, die die kräftigen jungen Stiere am Beschlage verhindern abzuschießen.

Dieses dritte Heft reiht sich würdig den beiden früher erschienenen Heften an und wird gleichfalls ihnen überall eine freundliche Aufnahme finden.

Briefe.

Aus dem Deutschen Reiche.

Festsetzung

der Preise für Süßwasserfische.

Über die Preise der Süßwasserfische trifft die Bekanntmachung des Reichskommissars für Fischversorgung vom 7. Februar 1918 folgende Bestimmungen.

§ 1. Beim Verkauf von Süßwasserfischen dürfen, vorbehaltlich der Vorschrift unter Nr. 4, folgende Preise für 0,5 kg Reingewicht nicht überschritten werden:

Aale von 500 gr und darüber	3,20 M.
bezgl. von 250 gr bis unter 500 gr	2,80 "
bezgl. unter 250 g	1,80 "
Bander (Schill) von 1000 g u. darüber	2,80 "
bezgl. unter 1000 g	2,30 "
Große Moränen, Blaufelchen, Sandfelchen (Weißfelchen) Äschen, Renken, Gangfische, Kische, Schnaepel	2,50 "
Hechte, Schleien	2,30 "
Karpfen, kleine Moränen, Welse, Maifische, Quappen	1,80 "
Barsche, Karauschen, sofern 3 Fische 500 g und darüber wiegen	1,60 "
bezgl. sofern 3 Fische unter 500 g wiegen	1,00 "
Hele (Brachsen), Barben, Rapsen (Schiede), Doebel (Mittel, Schuppfische), Zährten, Alande (Orfen) von 2000 g und darüber	1,50 "

bezgl. von 1000 g bis unter 2000 g	1,20 "
bezgl. von unter 1000 g	1,00 "
Plöhe, Rotaugen, Güstern, sofern 3 Fische 500 g und darüber wiegen	1,00 "
bezgl. sofern 3 Fische unter 500 g wiegen	0,60 "
Rasen	0,80 "
Soppen, Ziegen, Stinte, Maulbarsche, Klelei, Hasel, Gründlinge sowie kleine Bäckfische aller Art	0,50 "

§ 2. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirks die unter 1 festgesetzten Preise herabsetzen oder erhöhen. Dasselbe Befugnis steht den Kommunalverbänden zu, soweit die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden von der ihnen nach Satz 1 zustehenden Befugnis keinen Gebrauch machen.

Eine Erhöhung bedarf der Zustimmung des Reichskommissars für Fischversorgung. Die Landeszentralbehörden können bestimmen, daß abweichende Preisfestsetzungen der Kommunalverbände auch der Zustimmung der Landeszentralbehörde bedürfen.

§ 3. Bei Verschiedenheit der Preise am Orte der gewerblichen Niederlassung des Käufers und des Verkäufers sind die für den letzteren Ort geltenden Preise maßgebend.

Wird die Ware an einen andern Ort als an den gewerblichen Niederlassung des Verkäufers gebracht und dort für dessen Rechnung verkauft, so sind die für diesen Ort geltenden Preise maßgebend.

§ 4. Auf den Absatz von Süßwasserfischen, mit Genehmigung der nachstehend aufgeführten Stellen erfolgt, sowie auf den Weiterabsatz dieser Fische finden die im § 1 festgesetzten Preise keine Anwendung: Stellv. General-Kommando des I. Armee-Korps, Abt. Fische in Königsberg, Stellv. Gen.-Komm. des XX. A.-R., Fischverteilungsstelle in Allenstein, Fischhandels-Gesellschaft Westpreußen in Danzig, Fischhandels-Gesellschaft Hinterpommern in Köslin, Stettiner Fischhandels-Gesellschaft in Stettin, Kriegsfisch-Gesellschaft Neuborpomern und Rügen in Stralsund, Mecklenburg-Schwerinsche Fischhandels-Gesellschaft in Wismar, Lübecker Fischhandels-Gesellschaft in Flensburg, Schleswig-holsteinsche Fischhandels-Gesellschaft in Kiel, Schleswig-holsteinsche Kriegsfisch-Gesellschaft in Heide, Kriegsfischerei Unterweser in Hamburg, Küstentischerei Unterweser-Fabek in Nordenham, Fisch- und Fischvertriebs-Gesellschaft Ostfriesland in Norden, Kriegsfischerei für die Nordsee in Geestemünde, Marinefischerei Wilhelmshafen, Kriegsfischhandel Elbe in Hamburg, Kriegsfischhandel Weser in Geestemünde, Kriegsverband Berlin in Berlin, Kriegsfischindustrie Elbe in Altona, Kriegsfischindustrie Unterweser in Geestemünde-Bremerhaven, Binnenschifffahrt Kriegsfischindustrie-Ges. in Berlin, Westfälische Fischindustrie in Köln, Mecklenburgische Landesbehörde für Volksernährung, Vermittlungsstelle für Süßwasser-Fischversorgung in Schwerin, Mecklenburgische Lebensmittelstelle, Landesvermittlungsstelle für Fischversorgung in München, Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern in Stuttgart, Gr. Statistisches Landesamt, Mecklenburgische Landesvermittlungsstelle für Flußfischversorgung in Karlsruhe, Badische Landesfleischstelle, Landesvermittlungsstelle für Flußfischversorgung in Darmstadt, Kriegsfischgesellschaft für Teichwirtschaft in Berlin, Hessische Landesfleischstelle, Landesvermittlungsstelle für Flußfischversorgung in Darmstadt, Flußfischhandels-Gesellschaft Berlin, Maleinfuhr-Gen. in Berlin, Zentral-Eisenmarkt Hamburg, Altona, Geestemünde, Bremerhaven und Berlin, Zentral-Eisenhandels-Gesellschaft in Berlin.

Die Kommunalverbände können für den Weiterabsatz von Fischen, die gemäß Absatz 1 den im § 1 festgesetzten Preisen nicht unterliegen, Preise festsetzen, insbesondere bestimmen, daß die nach § 1 festgesetzten Preise auch für sie gelten; der Absatz 2 § 2 § 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft; neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Aus Preußen.

Verordnung über die Regelung der Wildpreise.

Unter dem 5. August 1918 haben der Staatskommissar für Volksernährung, der Minister für Handel und Gewerbe und der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Preise für Wild in folgender Weise festgesetzt:

I. Bei dem Verkauf durch den Jagdberechtigten dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:

1. bei Rot-, Dam- und Rehwild mit Dede;
bei Schwarzwild mit Schwarte für 0,5 kg 1,30 M.
2. bei Hasen das Stück 7,25 "
3. bei wilden Kaninchen, das Stück 2,50 "
4. bei Fasanen: a) Hähne, das Stück 6,00 "
b) Hennen, das Stück 5,00 "

Diese Preise gelten ab Jagdstrecke. Sie gelten nicht für die Abgabe einzelner Teile (Rücken, Keulen, Blätter, Kochfleisch) zerlegten Rot-, Dam-, Reh- oder Schwarzwildes seitens der Jagdberechtigten unmittelbar an Verbraucher, wenn die Zerlegung nach Entfernung der Dede oder Schwarte stattgefunden hat. In diesem Falle gelten die unter III. Ziffer 1 festgesetzten Höchstpreise.

II. Für das vom Jagdberechtigten erworbene Wild dürfen beim Weiterverkauf im Großhandel, insbesondere durch die Abnahmestellen an die Empfangsstellen folgende Preise nicht überschritten werden:

1. bei Rot-, Dam- und Rehwild mit Dede, bei Schwarzwild mit Schwarte für 0,5 kg . 1,50 M.
2. bei Hasen, das Stück 8,00 "
3. bei wilden Kaninchen, das Stück 2,80 "
4. bei Fasanen: a) Hähne, das Stück 6,50 "
b) Hennen, das Stück 5,50 "

Diese Preise gelten ab Eisenbahn-Versandstation, einschließlich der Beförderungskosten bis zu dieser Versandstation. Die Frachtkosten ab Versandstation bis zur Empfangsstation haben die Empfangsstellen zu tragen.

III. Bei Abgabe an die Verbraucher dürfen vorbehaltlich der Bestimmungen unter IV. folgende Preise einschließlich Beförderungskosten nicht überschritten werden:

1. Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild:
 - a) für Rücken und Keulen für 0,5 kg . . . 2,75 M.
 - b) für Blatt für 0,5 kg . . . 1,75 "
 - c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 kg. . . 0,75 "
2. bei Hasen:
 - a) mit Balg, das Stück . . . 8,50 "
 - b) ohne Balg, das Stück . . . 8,25 "
3. bei wilden Kaninchen:
 - a) mit Balg, das Stück . . . 3,00 "
 - b) ohne Balg, das Stück . . . 2,95 "
4. bei Fasanen:
 - a) für Hähne, das Stück . . . 7,00 "
 - b) für Hennen, das Stück . . . 6,00 "

IV. Bei Abgabe von Wild durch die Empfangsstellen an die Kleinhändler in den nach Maßgabe der Ausführungsanweisung vom 10. September 1917 zur Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Wild vom 12. Juli 1917 zu beliefern den Kommunalverbänden dürfen folgende Preise einschl. aller Beförderungs- (Fracht-) und Verteilungskosten nicht überschritten werden:

1. Bei Rot-, Dam- und Rehwild mit Decke, bei Schwarzwild mit Schwarte für 0,5 kg . . . 1,70 M.
2. bei Hasen, das Stück . . . 8,90 "
3. bei wilden Kaninchen, das Stück . . . 3,15 "
4. bei Fasanen:
 - a) Hähne, das Stück . . . 6,90 "
 - b) Hennen, das Stück . . . 5,90 "

Diese Preise gelten ab Empfangsstelle.

Bei Abgabe an die Verbraucher in diesen Kommunalverbänden dürfen durch die Kleinhändler folgende Preise ab Laden oder sonstigen Verkaufsstellen nicht überschritten werden:

1. bei Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild:
 - a) für Rücken und Keulen für 0,5 kg . . . 3,00 M.
 - b) für Blatt für 0,5 kg . . . 2,00 "
 - c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 kg . . . 1,00 "
2. bei Hasen:
 - a) mit Balg, das Stück . . . 10,00 "
 - b) ohne Balg, das Stück . . . 9,75 "
3. bei wilden Kaninchen:
 - a) mit Balg, das Stück . . . 3,60 M.
 - b) ohne Balg, das Stück . . . 3,55 "
4. bei Fasanen:
 - a) für Hähne, das Stück . . . 8,00 "
 - b) für Hennen, das Stück . . . 7,00 "

Aus Preußen.

Zuschläge zu den gesetzlichen Tagelgeldern bei Dienstreisen der Staatsbeamten.

1. Erlass des Ministers des Innern und des Finanzministers vom 4. September 1918 betr. Zuschläge zu den gesetzlichen Tagelgeldern bei Dienstreisen der Staatsbeamten.

Die immer weiter steigenden Kosten der auswärtigen Unterkunft und Verpflegung haben ge-

genwärtig eine Höhe erreicht, welche die Bestimmungen des § 8 Abs. 2 des Reisekostengesetzes vom 26. Juli 1910 durchweg als vorliegend und eine allgemeine Regelung der deswegen zu gewährenden Zuschüsse durch Festsetzung einheitlicher Zuschläge zu den gesetzlichen Tagelgeldern wünschenswert erscheinen lassen. Die durch ungewöhnlichen Preisverhältnisse bringen es mit sich, daß der Unterschied zwischen den Aufwendungen der verschiedenen Beamtenklassen sich erheblich verringert hat. Es erscheint daher für die geringeren Tagelgelberläge gegenwärtig eine größere Aufbesserung nötiger als für die höheren. Auch ist es geboten, einen Unterschied zu machen zwischen eintägigen Reisen einerseits, bei denen der Beamte nur zu geringeren Aufwendungen genötigt ist, und mehrtägigen Reisen andererseits, bei denen die Einnahme mehrerer Mahlzeiten und die Übernachtung erhebliche Kosten verursacht. In Berücksichtigung dieser Umstände bewilligen wir hierdurch gemäß § 8 Abs. 2 des Reisekostengesetzes¹⁾ folgende Zuschläge zu den gesetzlichen Tagelgeldern: den in § 1 des Reisekostengesetzes genannten Beamten bei Dienstreisen

	die an demselben Tage angetreten und beendet werden	bei mehrtägigen Dienstreisen
unter I bis III	30	40
unter IV	40	50
unter V bis VI	50	60
unter VII	60	75

vom Hundert der zuständigen Tagelgelber.

Werden planmäßig angestellte Beamte vorübergehend außerhalb ihres Wohnortes bei einer Behörde beschäftigt, so werden die Zuschläge nur für die Tage der Hin- und Rückreise, und zwar stets nach dem Satze für mehrtägige Dienstreisen dagegen nicht während der Dauer der auswärtigen Beschäftigung gewährt. Die Zuschläge sind vom 1. September 1918 ab in allen Fällen ohne weiteres Nachweis zu gewähren und mit den zuständigen Tagelgeldern zu verrechnen. Hat der Beamte über diese Sätze hinaus erhöhte Aufwendungen gehabt, so ist nach wie vor ein Antrag an uns notwendig. Zu den Säzen der allgemeinen Verfügung des Staatsministeriums über die Festsetzung von Pauschalvergütungen für Dienstreisen nach nach gelegenen Orten vom 13. Oktober 1911 werden die Zuschläge nicht gewährt. Wegen einer entsprechenden angemessenen Erhöhung der sonstigen

¹⁾ Im § 8 Abs. 2 des Reisekostengesetzes werden die Verwaltungsscheffe ermächtigt, wenn eine Dienstreise außergewöhnlichen Aufwand erfordert, einen Zuschuß zu einer Pauschalvergütung zu bewilligen.

ordnungsmäßigen Tagegelber behalten wir uns
Regelung von Fall zu Fall vor.

* * *

2. Erlass des Ministeriums für
Landwirtschaft, Domänen und
Forsten vom 18. September 1918.

Der vorstehende, für den Bereich der allge-
meinen Verwaltung, sowie der Verwaltungen
Inneren und der direkten Steuern bestimmte
Erlass der Herren Finanzminister und Minister
Inneren vom 4. d. M. wird mit der Veranlas-
sung bekannt gegeben, ihn auch für den Bereich
einer Verwaltung zur Anwendung zu bringen.

* * *

Antragung weiterer Forderungs-
lagen und einer Neuregelung der
Besoldungen für die Beamten.

Bei dem Preussischen Abgeordnetenhaus ist
jüngster Antrag der Abgeordneten v. Heyde-
brand u. Gen. eingebracht worden:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

1. allen Staatsbeamten, Lehrern und Geist-
lichen eine weitere einmalige Zulage¹⁾ mit Zu-
schlägen für die von den Eltern zu unterhaltenden
Kinder noch vor Jahresfrist zu gewähren;

2. die bisher gewährten Kriegsbeihilfen und
Ergänzungszulagen entsprechend der Entwertung
Geldes wesentlich zu erhöhen;

3. den pensionierten Beamten, Lehrern und
Geistlichen, sowie den Witwen und Hinterblie-
benen der Genannten Beihilfen unter den gleichen
Voraussetzungen und in derselben Höhe wie den
Dienst befindlichen Beamten zu gewähren
und sie an der Darlehnsaktion zu beteiligen;

4. mit den Vorarbeiten für eine allgemeine
Neuordnung der Besoldungen, Pensionen, Witwen-
und Waisengelder schon jetzt zu
beginnen;

5. die nach dem 1. April 1918 ausgeschiedenen
Beamten rückwirkend auf Grund der neuen Be-
soldungsordnung zu pensionieren und überhaupt
jeder Neuordnung der Besoldung die Pensionen,
Witwen- und Waisengelder erneut hiernach fest-
setzen;

6. für alle im Heimatdienst befindlichen Be-
amten die Kriegsjahre bei der Pensionierung
in Betracht anzurechnen.

¹⁾ Eine solche weitere Zulage ist den preussischen Be-
amten usw. im Dezember 1918 gezahlt worden.

Aus Preußen.

Aus der Preussischen Forstverwaltung.

Sammeln von Eichen und Roßkastanien.

Ein Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten vom 9. September 1918
bestimmt Folgendes:

In den preussischen Staatsforsten tragen rund
18 900 ha und in den übrigen Forsten der Mo-
narchie rund 29 000 ha Eichenbestände mehr oder
minder reiche, zum großen Teile sehr reiche Mast.
Auch die Roßkastanien haben befriedigend ange-
setzt. Die möglichst reiflose Erfassung dieser Früchte
ist von hoher wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Eichen finden nicht nur als Viehfutter,
sondern namentlich auch in der Kaffeeerzeugungs-
industrie Verwendung. Sie treten in dieser für
vollwertigere Nahrungs- und Futtermittel, wie
Roggen und Gerste, ein und machen solche in er-
höhtem Maße für die menschliche Ernährung und
als Futtermittel frei.

Die Roßkastanien dienen zunächst zur
Herstellung von Speiseöl und werden hiernach ent-
bittert, wobei ein zur Seifenfabrikation und für
andere technische Zwecke geeignetes Material ab-
fällt. Das entbitterte Roßkastanienmehl findet
entweder als Nahrungsmittel oder zur Herstellung
von Glycerinerzeugnissen Verwendung. Glycerinerzeugnisse
sind der Kriegsindustrie für Brems- und Kälte-
zwecke von Wichtigkeit.

Das Einsammeln der Eichen und Roßkastanien
wird von der Reichsfuttermittelstelle in der Weise
betrieben, daß in allen Landesteilen Hauptan-
käufer bestellt sind, die ihrerseits wieder für die
einzelnen Bezirke ihres Ankaufsgebietes Unter-
Ankäufer einsetzen. Die Unter-Ankäufer richten
an den verschiedenen Orten ihres Bezirks Sammel-
stellen ein, an die die Sammler die Früchte un-
mittelbar absetzen.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Staatsforst-
verwaltung, das Sammelwerk der Reichsfutter-
mittelstelle in jeder Weise zu fördern u.

Eichen und Roßkastanien dürfen nur durch
die Reichsfuttermittelstelle abgesetzt werden, und
wer solche Früchte besitzt, muß sie bei der genannten
Stelle anmelden und ihr auf Verlangen käuflich
überlassen. Ausgenommen sind die selbstgewon-
nenen Früchte, deren der Anzeigepflichtige zur
Ausfaat oder zum sonstigen Verbrauch im eigenen
landwirtschaftlichen Betriebe oder in dem dazu
gehörigen gewerblichen Nebenbetriebe bedarf. Die
Verwendung der Früchte durch den Eigentümer
des Waldes zur Ausführung von Forstkulturen
sowie in seinen und seiner Beamten landwirtschaft-

lichen Betrieben ist also auch fernerhin zulässig.

Die Ausgabe von Erlaubnissscheinen zum Sammeln der Früchte, die nach wie vor unentgeltlich zu geschehen hat, sowie das Eintreiben von Vieh in die masttragenden Bestände gilt nicht als ein „Absatz“ der Früchte im Sinne der Verordnung vom 5. Oktober 1916.

Die Ankäufer der Reichsfuttermittelstelle haben für die Früchte, soweit sie von mittlerer Art und Güte sind, die zur Zeit des Kaufs geltenden gesetzlichen Höchstpreise zu bieten und zu zahlen. Diese betragen zurzeit:

für waldbrische, schalentrockene Eichen: 13 M. je 100 kg

für waldbrische, schalentrockene Kastanien: 10 M. je 100 kg.

Sind die Früchte von geringerer Art und Güte, so können die Ankäufer einen entsprechenden Preisabschlag abnehmen. Wird eine Einigung zwischen dem Ankäufer und dem Eigentümer der Früchte nicht erzielt, so hat der Ankäufer der Reichsfuttermittelstelle sofort Anzeige zu machen.

Ob und inwieweit es nach der Lage der örtlichen Verhältnisse möglich ist und angezeigt erscheint, die Früchte etwa für Rechnung der Verwaltung sammeln zu lassen und hiernach an die Ankäufer der Reichsfuttermittelstelle abzuführen oder aber das Sammeln nur durch Ausgabe von Sammel-Erlaubnissscheinen zu fördern und außerdem Vieh in die masttragenden Bestände eintreiben zu lassen, darüber wird die Kgl. Regierung selbst sich schlüssig zu machen haben.

Ich erwarte aber mit Bestimmtheit, daß die Kgl. Regierung sich unter allen Umständen die möglichst ausgedehnte Nutzbarmachung der Früchte angelegen sein lassen und die eifrige Mitwirkung der ihr unterstellten Forstbeamten zur Erreichung dieses Zieles mit Nachdruck in Anspruch nehmen wird. Insbesondere weise ich darauf hin, daß es durchaus nicht angängig ist, masttragende Bestände, die ohne überwiegenden Schaden für die Forstwirtschaft den Sammlern oder für den Eintrieb von Vieh geöffnet werden können, diesen gleichwohl — etwa im Interesse der Jagd oder aus sonstigen nebensächlichen Rücksichten — zu verschließen, es sei denn, daß es sich um eingegatterte Jagdreviere handelt, deren Wildstände auf die vorhandene Mast angewiesen sind. Auch in Fällen dieser Art ist sorgfältig zu erwägen, welcher Teil der masttragenden Bestände im Interesse der Erhaltung des Wildes für Sammler und Mastvieh unbedingt verschlossen bleiben muß, und welcher Teil den Sammlern usw. geöffnet werden kann.

Hat die Reichsfuttermittelstelle auf Früchte, die der Besitzer ihr pflichtgemäß angeboten hat, verzichtet, so erlischt die Absatzbeschränkung. In Fällen, in denen es dringend erwünscht erscheinen sollte, die vorhandenen Früchte den in der Nähe des Waldes wohnenden Viehhaltern als Futtermittel zuzuführen, kann für die Kgl. Regierung in Frage kommen, mit der Reichsfuttermittelstelle wegen eines etwaigen Verzichtes ihrerseits auf die Übernahme der Früchte sofort in Verhandlung zu treten.

* * *

Abzug von Lombardzinsen bei Barzahlung gestundeter Polizeikaufgelder.

Bei vorzeitiger Bezahlung gestundeter Polizeikaufgelder wurde auf Grund der Erlasse vom 22. August 1914, vom 10. Dezember 1914 und vom 2. Dezember 1915 eine Vergütung von Lombardzinsen gewährt. Durch Erlass vom 22. August 1918 bestimmt der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, daß vom Wirtschaftsjahr 1919 ab eine Vergütung von Lombardzinsen nicht mehr erfolgt.

* * *

Kosten der Polizeijagden.

Ein Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 17. Januar 1918 trifft hinsichtlich der Zahlung der durch Polizeijagden entstehenden Kosten folgende Bestimmung:

Nach der Entstehungsgeschichte des § 64 der Jagdordnung kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Kosten der Polizeijagden als Kosten der Landespolizei der Staatskasse zur Last fallen. Andererseits ergeben die Materialien zu § 64, daß der Staat berechtigt ist, den Erlös des auf Polizeijagden erlegten Schwarzwildes zur Deckung der Kosten zu verwenden. Diese Berechtigung ergibt sich ferner aus der besonderen Stellung, die das Schwarzwild auf dem Gebiete des Jagdrecht einnimmt. Durch § 64 ist dem Jagdberechtigten

1) § 64 bestimmt folgendes: Schwarzwild darf nur in solchen Gefeuerungen gehalten werden, aus denen es nicht ausbrechen kann. Der Jagdberechtigte, aus dessen Gehege Schwarzwild austritt, haftet für den durch das ausgetretene Schwarzwild verursachten Schaden. Außer dem Jagdberechtigten darf jeder Grundbesitzer oder Nutzungsberechtigte innerhalb seiner Grundstücke Schwarzwild auf je erlaubte Art fangen, töten und behalten. Die Jagdpolizeibehörde kann die Benutzung von Schießwaffen für eine bestimmte Zeit gestatten. Die Jagdpolizeibehörde hat außerdem zur Vertilgung uneingefriedigter Schwarzwildes alle Erforderliche anzuordnen, sei es durch Polizeijagden, sei es durch andere geeignete Maßnahmen oder Aufstellen an die Jagdberechtigten des Bezirks und der Nachbarkreise.

der Hege des Schwarzwildes in freier Wildbahn unterlagt, er haftet sogar für jeden Schaden, den aus dem Wildgatter ausbrechendes Schwarzwild verursacht. Nimmt somit das genannte, auch durch eine gesetzliche Schonzeit geschützte Wild auf dem Gebiete des Jagdrechts insofern eine besondere Stellung ein, als der Jagdberechtigte auf seinem Jagdgebiete wenigstens in freier Wildbahn grundsätzlich nichts unternehmen darf, um sich die Nachhaltigkeit der Jagd auf diese Wildgattung zu sichern, hat er rechtlich auch keinen Anspruch auf Überweisung der durch polizeiliche Maßnahmen ohne in Zutun zufällig auf seinem Jagdgebiete zur Strecke gebrachten Stück¹⁾. Folgerichtig erlaubt das Gesetz neben dem Jagdberechtigten auch jedem Grundbesitzer und Nutzungsberechtigten innerhalb seiner Grundstücke Schwarzwild auf jede erlaubte Art zu fangen, zu töten und im Gegensatz zu anderem gemäß § 61¹⁾ erlegtem Wilde, das dem Jagdberechtigten abzuliefern ist, zu behalten.

Auch der Kommissionsbericht über den im Abordnenhause seinerzeit ausgearbeiteten Entwurf zum Wildschadengesetze, dessen § 3 bestimmte, die Kosten solcher Polizeijagden trägt die Staatskasse, welcher auch der Erlös aus dem dabei erlegten Wild zufällt, soweit er zur Deckung der Kosten nötig ist²⁾, bemerkt zu dieser Bestimmung, da auf den Polizeijagden die Zahl und der Wert des getöteten Wildes sehr beträchtlich sein könne, wäre es billig erschienen, aus dessen Erlös der Staatskasse nur den Ersatz für die Kosten der

Polizeijagd zuzubilligen, stellt also das Recht des Staates, das auf der Polizeijagd erlegte Wild für sich zu beanspruchen, als solches nicht in Frage, sondern will dieses Recht nur aus Billigkeitsgründen zugunsten des Jagdberechtigten auf den Kostenersatz beschränkt wissen.

Da es sich somit bei der Verwertung des auf Polizeijagden erlegten Schwarzwildes seitens des Staates nicht um eine Wegnahme des dem Jagdberechtigten überhaupt noch nicht gehörenden Wildes handelt, ist etwaigen Ansprüchen der Jagdbesitzer auf Herausgabe des Wildes vor der Deckung der Unkosten der Polizeijagd mit Nachdruck entgegenzutreten. In gleicher Weise ist eine etwaige Auslegung, daß die Kosten sämtlicher von der Jagdpolizeibehörde auf Grund des § 64 F.-D. zur Schwarzwildvertilgung etwa zu ergreifender Maßnahmen der Staatskasse zur Last zu legen seien, zurückzuweisen. Wie sich aus dem Wortlaut des Gesetzes ohne weiteres ergibt, kann die Jagdpolizeibehörde neben der Anwendung von Polizeijagden oder „anderer geeigneter Maßnahmen“ auch Auflagen an die Jagdberechtigten selbst richten, deren Kosten naturgemäß von diesen selbst zu tragen sind. Derartige Auflagen werden namentlich dort am Platze sein, wo es die Jagdberechtigten offensichtlich am guten Willen, zur Schwarzwildvertilgung beizutragen, mangeln lassen, oder wo sie der Abhaltung von Polizeijagden und der Inanspruchnahme des Erlöses des gestreckten Schwarzwildes zur Kostendeckung unberechtigten Widerstand entgegensetzen. Um den Jagdberechtigten nicht einen begründeten Anlaß zum Widerspruch gegen die Polizeijagden zu geben, ist allerdings mit Strenge darauf zu achten, daß seitens der polizeilich abgeordneten Schützen auf keinerlei anderes Wild geschossen wird.

* * *

A u s ü b u n g d e s D o h n e n s t i e g s .

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat unter dem 30. Juli 1918 auf Grund der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom ^{22. Mai 1916} ~~13. Aug. 1917~~ folgende Verordnung über den Fang von Krammetsvögeln erlassen:

„§ 1. Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, die Ausübung des Dohnenstiegs mittels hochhängender Dohnen für die Zeit vom 21. September bis 31. Dezember 1918 einschließlich zu gestatten. Sie oder die von ihnen bestimmten Behörden können die Art der Ausübung des Dohnenstiegs näher regeln.“

¹⁾ § 61 lautet: Wenn die in der Nähe von Forsten benachbarten Grundstücke, welche Teile eines gemeinschaftl. Jagdreviers bilden, oder solche Waldenklaven, auf welchen die Jagdausübung dem Eigentümer des sie umschließenden Grundstücks überlassen ist, erheblichen Wildschäden durch das aus der Forst übertretende Wild ausgeht, so ist die Jagdpolizeibehörde befugt, auf Antrag der geschädigten Grundbesitzer nach vorhergegangener Prüfung des Verhältnisses und für die Dauer desselben den Jagdpächter zu verpflichten, während der Schonzeit zum Abschusse des Wildes Anordnungen zu treffen. Schützt der Jagdpächter, dieser Aufforderung ungeachtet, die beschädigten Grundstücke nicht genügend, kann die Jagdpolizeibehörde den Grundbesitzern selbst die Genehmigung erteilen, das auf diese Grundstücke ausgetretene Wild auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehres zu töten. Das Nämliche gilt hinsichtlich der Besitzer solcher Grundstücke, auf welchen sich die Kaninchen bis zu einer der Feld- und Gartenkultur schädlichen Menge vermehren, in Betreff dieser Tiergattung. Wird gegen die Verfügung der Jagdpolizeibehörde die Beschwerde eingelegt, so bleibt erstere bis zur eingehenden höheren Entscheidung einstweilen gültig. Das von den Grundbesitzern in Folge einer solchen Genehmigung der Jagdpolizeibehörde erlegte oder gefangene Wild muß aber gegen Bezahlung des in der Gegend üblichen Fußgeldes dem Jagdpächter überlassen und die des falsche Anzeige binnen 24 Stunden erstattet werden.

§ 2. Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft, wer den auf Grund des § 1 Abs. 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

Auf Grund vorstehender Verordnung hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 16. August 1918 in Preußen den Jagdberechtigten die Ausübung des Dohnenstiegs mittels hochhängender Dohnen für die Zeit vom 21. September bis 31. Dezember 1918 gestattet und weiter bestimmt, daß Unterschlingen nicht verwendet werden dürfen sowie daß binnen drei Tagen nach Schluß der Fangzeit die Schlingen aus den Dohnen entfernt werden müssen.

Aus Baden.

Zur forstlichen Hochschulfrage.

Herr Professor Dr. Hausrath, Karlsruhe hat im Februar-Heft eine „Berichtigung“ zu meinem Aufsatz im September-Heft 1917 veröffentlicht. Es handelt sich dabei zwar nur um zwei meines Erachtens für die Beurteilung des Ganzen sehr unwesentliche Punkte. Immerhin aber ließ seine Darstellung die Zuverlässigkeit und aufrichtige Sachlichkeit meiner Angaben in ungünstigem Licht erscheinen.

Zunächst sollte nach ihm, zeitlich zusammenfallend mit meinem Rücktritt von der Vorstandschaft im Bad. Forstverein, ein Beschluß des Landesausschusses dieses Vereins vorliegen, wonach der Verein „auf die weitere Verfolgung der Hochschulfrage ganz verzichtet habe, um nicht die Gegensätze im Verein zu schärfen“. Diesen Vorgang hätte ich verschwiegen.

Herr Hausrath hat auf meine Aufforderung im Juliheft eine Erklärung dazu abgegeben, die eine Berichtigung jener Berichtigung darstellt und zugibt, daß ein solcher Beschluß nicht besteht.

Aber auch diese Darstellung verwertet den Urkundenstoff, der ihm von mir mitgeteilt wurde, nicht vollständig. Nachdem diese Vertraulichkeiten des Vereins, die meines Erachtens der öffentlichen Erörterung hätten entzogen bleiben sollen, von Hausrath herangezogen und auch in den Kammerverhandlungen in Hausrathscher Deutung verwertet worden sind, mögen die Belege nun auch im Wortlaut hier folgen:

Ich habe an den Leiter jener von Hausrath angezogenen Versammlung, Ehrenpräsidenten des Forstvereins und Vorkämpfer in der Hochschulfrage, Forstrat von Teuffel, am 17. 9. 09 geschrieben: „Der Verein hat sich völlig unterworfen. Er hat durch die Wahl eines Dozenten an der technischen

Hochschule ausgesprochen, daß er auf eine weitere Verfolgung der Hochschulfrage verzichtet.“

Die Antwort v. Teuffels vom 20. 9. 09 lautet:

„Die Wahl Hausraths ist auch kein Verzicht auf das weitere Verfolgen der Hochschulfrage. Es war von ihm im Landesausschuß betont worden, daß seine Stellung an der technischen Hochschule es ihm unmöglich mache, mitzutun, wenn diese Frage irgendwie in Bewegung käme. Und für diesen Fall war ihm zugestanden worden, sich zurückziehen, und hatte ich für diesen im Lauf des Jahres sehr unwahrscheinlichen Fall es übernommen, für ihn einzutreten.“ Man vergleiche damit die Hausrathsche Darstellung „aus dem Gedächtnis“ nach 9 Jahren.

Der Verein war damals vor die Wahl gestellt, entweder auf die Behandlung von forstlichen Tagesfragen, die die Staatsforstverwaltung betreffen, zu verzichten oder mit einer dauernden Trübung der Beziehungen zur Staatsforstbehörde zu rechnen. Der Verein hat sich seitdem nicht mehr mit der öffentlichen Behandlung solcher Fragen befaßt und seine Satzungen geändert. In seiner jetzigen Verfassung hat der Forstverein einen geänderten Wirkungskreis.

Weiter beanstandet Hausrath, daß ich bei Aufzählung der für eine Forstlehranstalt erforderlichen Einrichtungen auch ein forsttechnisches Laboratorium genannt habe, während ein solches in Karlsruhe gar nicht bestehe und auch entbehrlich sei, weil andere Institute der Hochschule die Mitbenutzung für forstliche Versuche gestatteten. Ich habe darauf Herrn Hausrath selbst um Auskunft gebeten, wie und mit welchem Erfolg diese Möglichkeit der Mitbenutzung anderer Institute ausgenutzt worden sei.

Er nannte mir als die wichtigsten derartige in anderen Instituten erfolgten forstlichen Forschungen:

1. Untersuchungen über den Einfluß der Bestandsform und Bestandserziehung auf die Festigkeit und Biegsamkeit der Hölzer auf Veranlassung des Vereins der forstlichen Versuchsanstalten im mechanischen Laboratorium der Maschinenbauabteilung. Die Untersuchungen sind im Jahre 1898 begonnen. Sie sind heute weder abgeschlossen noch ist irgendein Ergebnis darüber veröffentlicht.

2. Im gleichen Laboratorium Untersuchungen über Gewinnung geeigneter Werkzeuge für Tiefbohrung in Mooren. Ergebnis wird nicht genannt.

3. Im chemisch-technischen Laboratorium während der Kriegszeit Untersuchung über Er-

gewinnung aus Walbfrüchten. Das Ergebnis ist meines Wissens in einem Bericht enthalten, der dem naturwissenschaftlichen Verein in Karlsruhe erstattet und dann veröffentlicht wurde.

4. Forschung über die Papierleimung mit Humusäuren im chemischen Laboratorium, im Gang.

Soweit ein Ergebnis überhaupt vorliegt, dürfte die eigentliche Forsttechnik bei den Untersuchungen nur eine nebensächliche Rolle gespielt haben, bei OZ 3 und 4 überhaupt kaum in Betracht kommen.

Ist aber dies das Wichtigste der Gesamtausbeute innerhalb der 80 Jahre, während der die Mitbenutzungsmöglichkeit anderer Institute bestand, so wird dies Ergebnis doch manchem reichlich gering und geradezu als ein Beweis

dafür gelten, daß eben solche Möglichkeiten ein selbständiges forsttechnisches Laboratorium als Forschungsstätte nicht ersetzen.

Darin aber bin ich mit Hausrath wohl einig, daß Baden für sich allein ebenso wenig in der Lage ist, ein solches Laboratorium wie manche andere in Karlsruhe fehlende Einrichtung für forstliche Forschung und Lehre zu schaffen und in voller Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Meines Erachtens wäre eine glatte Stellungnahme des Herrn Hausrath zu der Frage im Ganzen wertvoller und aufklärender, als dieser wohl nicht ganz geglückte Versuch einer Richtigtstellung in Nebenfragen.

Heidelberg, Oktober 1918.

Könige.

Notizen.

A. Dr. Johann Coaz †.

Am 18. August d. J. starb zu Chur in Graubünden der ehemalige eidgenössische Oberforstinspektor Johann Coaz im Alter von 96 Jahren. Einem ausführlichen Artikel „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 26. August entnehmen wir folgende Angaben über Leben und Wirken des hochverdienten Mannes.

J. Coaz ist am 31. Mai 1822 in Antwerpen geboren, sein Vater in holländischen Diensten stand. Nach der Lehre der Familie in die Schweiz besuchte er städtische und kantonale Schulen in Chur und erhielt — nach einer Propraxis bei der Stadtverwaltung in Chur und dem Forstinspektorat des Kantons St. Gallen — seine forstliche Ausbildung an der sächsischen Forstakademie Tharandt, wo neben Cotta schon Preßler und Hofmayer lehrten. Von 1844 bis 1851 war Coaz bei dem schweizerischen topographischen Bureau mit Aufnahme und Ausarbeitung verschiedener Kartenblätter, insbesondere vom Ober- und Unter-Engadin, beschäftigt und benutzte zugleich die hier gebotene Gelegenheit zu Bergbesteigungen im Hochgebirge, die er später im Jahrbuch des Alpenklubs geschildert hat.

Im Jahre 1851 wurde Coaz mit der Leitung des Forstwesens im Kanton Graubünden, das damals noch recht wenig lag, betraut. Die richtige Vollziehung der trefflichen Forstordnung vom Jahre 1839 ließ in Graubünden lange auf sich warten. Noch 1851 bestand das ganze bündnerische Forstpersonal nur aus einem Forstinspektor und seinem Adjunkten. Da man über keine wissenschaftlich gebildeten Kandidaten verfügte, versuchte man es mit eigenen, in kantonalen Forstkursen herangebildeten jungen Leuten. Solche erste waren bereits 1847 in Graubünden eingeführt. Diese wurden nun reorganisiert; der Unterricht erhielt eine mehr praktische Richtung und sie wurde Vorbildlich für die nötigen interkantonalen Kurse zur Heranbildung des Unterforstpersonals. Noch weitere Verbesserungen führte Coaz durch: Rahlshäge wurden möglichst eingeschränkt, alle Rahlshäge wurden aufgeforscht, und nach allmählicher Verbesserung des Forstpersonals konnte man zur Stammweisen

Anzeichnung sämtlicher Holznutzungen schreiten. Jede Gemeinde erhielt ihre Forstordnung und ernstlich wurde angestrebt, in allen Gemeinden das sog. Losholz durch ständige Arbeiter aufräumen zu lassen.

Nach 22-jähriger segensreicher Tätigkeit im Kanton Graubünden folgte Coaz einer Berufung nach dem Kanton St. Gallen, als Übergangsstation an die neugeschaffene Stelle eines eidgenössischen Forstinspektors, die er 1875 antrat. Die erste Aufgabe des eidgenössischen Forstinspektors bestand in der Vorlage eines Entwurfes zum Gesetz betr. die Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei im Hochgebirge gemäß Art. 24 der neuen Bundesverfassung vom Jahre 1874. Durch die Verfassungsrevision vom Jahre 1897 wurde die Beschränkung der Aufsicht auf das Hochgebirge gestrichen und dem Bund die Oberaufsicht über die Forstpolizei für die ganze Schweiz übertragen. Das im Jahre 1876 in Kraft getretene eidgenössische Forstgesetz mußte im Jahre 1902 dem neuen Bundesgesetz über die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei weichen. Das Leben stellt an den schweizerischen Forstmann die verschiedenartigsten Ansprüche. Es genügt nicht, über eine bestimmte Summe von Wissen und Können zu verfügen. Praktisches Geschick und taktvolles Auftreten im Verkehr mit Volk und Behörden werden besonders da verlangt, wo der Förster berufen ist, dem Forstwesen Eingang zu verschaffen. Gewaltige Hindernisse stellten sich der Durchführung des eidgenössischen Forstgesetzes entgegen, selbst in Kantonen, die schon Forstgesetze hatten. Die Anstellung von Forstbeamten weckte besonders in den Gebirgskantonen Mißtrauen. . . . Coaz verstand es, mit diplomatischem Geschick, mit seltener Geduld und Ausdauer allen Umständen auch dann Rechnung zu tragen, als die forstliche Aufsicht über die sämtlichen 25 Kantone dem Bund übertragen wurde.

Neben seiner amtlichen Tätigkeit, die er bis zu dem hohen Alter von 90 Jahren fortführte, fand Coaz noch Zeit zu ausgedehnten wissenschaftlichen und literarischen Arbeiten. Unermüdet war er im Sammeln und Einlegen von Pflanzen; sein großes und wertvolles Herbarium hat er dem

botanischen Museum der eidgenössischen Technischen Hochschule hinterlassen. Zahlreiche Schriften aus den Gebieten der Botanik, der schweizerischen Landeskunde, über Lawinen und deren Verbauung u. a. m. sind von ihm veröffentlicht worden. In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen wurde ihm von der Universität Bern die Würde eines Doktors der Philosophie ehrenhalber verliehen. Zahlreiche wissenschaftliche und gemeinnützige Gesellschaften ernannten ihn zum Ehrenmitglied. Bei der Leichenseier, die am 21. August im Krematorium zu Davos stattfand, wurde seiner antiken und wissenschaftlichen Tätigkeit von vielen Seiten rühmend und anerkennend gedacht.

Wr.

B. Waldfamenerntebericht, Herbst 1918.

Die Aussichten für die Waldfamenernte sind in diesem Jahre im allgemeinen nicht ungünstig. Hätten wir genügend Leute zum Einernuten, so könnten die meisten Waldfamen besonders die wichtigeren Sorten, in ausreichenden Mengen und zu mäßigen Preisen geliefert werden. Dadurch aber, daß es an gelübten Sammlern fast überall fehlt, wird es wiederum außerordentlich schwierig, die erforderlichen Zapfen und Samen hereinzubringen.

Die Kiefer liefert in den meisten Gegenden Deutschlands befriedigenden Zapfenenertrag, mancherorts sogar eine gute Ernte.

Fichte n hatten anfangs sehr gut angefeht, die Zapfen sind aber zum großen Teil abgefallen; immerhin wird noch eine mäßige Ernte zu erwarten sein. Die Weimouthskiefer bringt nach mehrjähriger Pause wieder eine mittlere Zapfenernte.

Von Weißtannen werden ebenfalls bereits gute samenreiche Zapfen geerntet. Selbstredend müssen diese zu Preisen bezahlt werden, welche man in Friedenszeiten nicht für möglich gehalten hat; ohne Anreiz zu gutem Verdienst werden keine Zapfen eingeerntet, nicht nur von Weißtannen, sondern auch von allen anderen Sorten. Heute läßt sich deshalb über die Preise nur das sagen, daß voraussichtlich, obwohl die Ernte nicht ungünstig ist, außergewöhnlich hohe Preise zu erwarten sind. Auf welcher Höhe sie sich bewegen werden, das vorauszusagen, ist ein Ding absoluter Unmöglichkeit. Deshalb sind auch alle jetzigen Anfragen nach der voraussichtlichen Preisgestaltung der einzelnen Gehölzfamereien im Frühjahr 1919 vollständig zwecklos.

Von den Laubhölzern bringt bekanntlich die Buche fast überall eine reiche Mast, auch die Eichelmast ist strichweise befriedigend.

Von Birken werden ebenfalls genügende Mengen Samen hereinkommen.

Die Hornarten haben gut angefeht, es scheint aber, daß viele Samen jetzt schon abfallen.

Linden und Hainbuchen sind ebenfalls gut behangen, dagegen sieht es mit Eichen weniger günstig aus.

Wie sich die Ernte der übrigen — weniger wichtigen — Waldfamen, besonders wie sich die Preise stellen werden, darüber wird erst dann berichtet werden können, wenn die Ernte wirklich stattgefunden hat.

Heinrich Keller Sohn
Darmstadt.

C. Der Wildstand Mitteleuropas.

Die Ursache des Krieges, in dem wir leben, ist der Reiz gegenüber der Wirtschaftsmacht Deutschlands, und daher handelt es sich in diesem Kriege um die wirtschaftliche Zu-

kunft Deutschlands. Englands bisherige Kriegsführung hat Ursache und Absicht des Krieges deutlich gemacht. England hat es auch verstanden, seine Verbündeten für den Plan, dem Wirtschaftsleben Deutschlands den Nährboden zu entziehen, zu gewinnen. Je weniger es ihm aber gelingt, diesen Plan bereits durch den Krieg in einem genügenden Umfang zu erreichen, um so mehr ist es bestrebt, mit seinen Verbündeten auch für die Zeit nach dem Kriege Abmachungen zum Wirtschaftskampfe gegen Deutschland zu treffen. Solche liegen in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 vor. Die Maßnahmen derselben für den Krieg, für den Übergang zum Friedenszustand und für die Dauer greifen ineinander. Neben diesen mehr in die Einzelpraxis fallenden Kampfmitteln stehen solche großen handelspolitischen Charakters, wie Zollbund und Wirtschaftspaganda. Für den Zollbund soll ein dreiteiliger Tarif aufgestellt werden, und zwar ein Vorzugstarif für die Ententegenossen, ein Vertragstarif für die während des Krieges nicht feindlichen Staaten und ein Generaltarif in dreifacher Höhe des bisher gültigen Meißbegünstigungstarifs für die Feinde. Der engere wirtschaftliche Zusammenschluß der Ententegenossen soll ferner durch folgende Mittel erreicht werden: Sammlung und Vorführung von feindlichen Warenmustern zur Nachahmung durch einheimischen Ersatz, Veranstaltung von regelmäßigen Mustermessen nach Leipziger Vorbild für Angehörige der Ententeländer und bestmöglicher Nationen, Propagandabureaus im neutralen Ausland, Subventionierung und sonstige Unterstützung und Erleichterung für Filialen, Agenturen und dergleichen, Errichtung von Schiffsahrtslinien zur Verdrängung der deutschen und österreichisch-ungarischen, Ausnahmezölle, auf Eisenbahnen und Schiffen für Entente- und neutrale Güter, ähnliche Vergünstigungen bei der Zahlung von Hafengebühren und dergleichen und noch manches andere. Es sollen alle legalen oder noch zu legalisierenden Mittel angewandt werden, um Deutschland und seine Verbündeten von den Märkten der Entente zu verdrängen. Die sogenannten kleinen Mittel dürften, von Haß und Rachgefühl noch lange unterstützt, teilweise Erfolg haben, zumal da England und seine politischen Freunde alles nur Erdentliche getan haben, was zum dauernden Zerreißen der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und den Ententeländern beitragen kann. Aber der zollpolitische Zusammenschluß der Entente enthält so viele und große Schwierigkeiten für seine Durchführung, schon in den widerstreitenden Interessen der einzelnen Länder selbst, daß er in sich scheitern muß. Wenn man die Wirtschaftskräfte der einzelnen Länder in einem Gesamtbilde erfaßt, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß für die Verwirklichung der Ententepläne kaum irgend eine Aussicht vorhanden ist. Dagegen hat sich in Mitteleuropa durch den Krieg ein sehr altes Wirtschaftsgebiet wieder zusammengeschlossen, wie es vor 1500 und zum Teil noch lange vorher bestand, und man fragt sich, wie weit seine Neubebauung unsere Abhängigkeit von überseeischer Zufuhr vermindern wird. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Verwertung des genannten Wirtschaftsgebietes mit Rohstoffen aus denjenigen Naturschätzen, welche dem Gebiete selbst entnommen werden können. Zu diesen Naturschätzen gehört auch der Wildstand, dessen Ausdehnung und Bedeutung für die Volkswirtschaft der Mittelmächte hier näher untersucht werden soll, wobei die Angaben in Band I von Röhrig und A. Binz herausgegebenen Werkes „Die Rohstoffe des Wirtschaftsgebietes zwischen Nordsee und persischem Golf“ als Grundlage dienen sollen.

Bekanntlich sind die jagdlichen Verhältnisse Deutschlands die weitaus besten in ganz Europa.

man den hohen und ideellen Wert, den ein guter Wild- und die Jagdausübung besitzt, von Jahr zu Jahr mehr nimmt hat und dementsprechend die Jagd pfléglich betreibt, durch einen in verständigen Grenzen gehaltenen Absatz für die Erhaltung eines mit den Interessen der Landwirtschaft nicht in Widerspruch stehenden Wildbestandes Sorge trägt. Gute Jagdgesetze und die dem Deutschen im Blute liegende Liebe zur freien Natur und ihrer Umwelt haben vereint das Jagdwesen zu hoher Blüte geführt, und Wissenschaft und Praxis wetteifern darin, die bestehenden Auswüchse zu beseitigen und Schäden, die dem Wild unter besonderen Verhältnissen anzurichten vermögen, auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Größeres Raub fehlt bei uns fast vollständig; die an den Ost- und Westgrenzen Deutschlands gelegentlich zur Strede kommenden Jäger sind Überläufer aus den Nachbarländern; und das seltene Raubzeug können und wollen wir nicht entbehren, weil es durch den Balg Einnahmen verschafft, teils auch, weil es als Naturpolizei hilft, daß krankes Nutzwild, das Gefahr für das gesunde bildet, schnell und sicher beseitigt wird. Im Übrigen hat man es völlig in der Hand, dem Überhandnehmen von Raubwild vorzubeugen. Der jetzige Bestand an Nutzwild in Deutschland wird nach sorgfältiger Schätzung auf 130 000 Stück Rotwild, 80 000 Dammwild, 60 000 Schwarzwild, 1 300 000 Rehwild, 8 500 000 Hasen, 800 000 Fasanen und 8 000 000 Rebhühner angegeben. Der Bestand an Elchwild betrug im Jahre 1911 10 000 Stück; über das Gemäswild liegen keine einigermaßen zuverlässigen Schätzungen vor, ebenso wie auch über den Bestand an wilden Kaninchen nichts gesagt werden kann. Hierhin muß dieser auf mehrere 100 000 Stück an zu rechnen werden. Es kommen auf 1000 Hektar der entwaldeten Waldb-, Feld- oder Gesamtsfläche: 9,2 Stück Rotwild, 5,6 Stück Dammwild, 4,3 Stück Schwarzwild, 24,5 Stück Rehwild, 156 Hasen, 18 Fasanen, 260 Rebhühner. Von werden erlegt 2,3 Stück Rotwild, 1,4 Stück Dammwild, 1,1 Stück Schwarzwild, 4,9 Stück Rehwild, 102 Hasen, 3 Fasanen, 110 Rebhühner. Der jährliche Abschluß an Rotwild beläuft sich auf rund 32 000 Stück Rotwild (Wert 20 000 M.), 20 000 Dammwild (530 000 M.), 12 000 Schwarzwild (360 000 M.), 265 000 Rehwild (4 700 000 M.), 5 600 000 Hasen (14 000 000 M.), 430 000 wilde Kaninchen (220 000 M.), 10 000 Rebhühner (3 500 000 M.), 450 000 Fasanen (10 000 M.), 500 Auerwild (250 000 M.), 8000 Birkwild (20 000 M.), 58 000 Waldschneppen (150 000 M.), 338 000 Wildenten (10 000 M.), 71 000 Besaffinen (30 000 M.). Insgesamt also der Abschluß von Nutzwild jährlich einen Wert von 222 500 M. dar. Dazu kommt der Fang und Abschluß an Raubzeug, für welchen folgende Berechnung aufgestellt wird: Rund 130 000 Füchse (910 000 M.), 11 000 Dachse (2 000 M.), 6000 Fischottern (138 000 M.), 21 000 Marder (5 000 M.), 41 000 Iltisse (82 000 M.). Dies entspricht einem Gesamtwert von 1 787 000 M. Die zum Verzehrer benötigte Wildbretmenge beläuft sich auf etwa 30 Millionen oder etwa 0,45 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Sie entspricht einer Menge von rund 37 000 Mastochsen von 1 kg Schlachtgewicht und würde ausreichend sein, den täglichen Fleischbedarf von 600 000 Personen zu decken. Bei ist von Bedeutung, daß das Wild besonders in den größeren Städten verzehrt wird und dort vorzüglich aussehend gegen die Preissteigerungen auf dem Fleische wirken kann. Im Jahre 1908 entfielen an Wildverbrauch, soweit er aus dem Markthallenverkehr ersichtlich ist, auf 100 Einwohner in Baden 257,4, Magdeburg 162,2, Dresden 160,5, Wiesbaden 136,9, Breslau 129,7, Königsberg 122,4 kg. Um den wirklichen Verbrauch zu erhalten, muß man diese Zahlen um 50 % erhöhen, da der Markt-

hallenverkehr nur etwa zwei Drittel der ganzen Zufuhr erhält. Deutschlands Bedarf an Wildbret wurde aber trotz der reichen Erträge des heimischen Wildbannes nicht gedeckt; es bezog noch bedeutende Mengen von Haar- und Federwild vom Auslande, namentlich von Österreich-Ungarn und Rußland. Ebenso werden erhebliche Summen für die Beschaffung lebenden Wildes, das vorzugsweise aus Österreich-Ungarn kommt, aufgewendet, mit dem man die heimischen Bestände verbessern will. Und endlich werden viele Hörner und Geweihe eingeführt, die hier verarbeitet werden. Es belief sich im Jahre 1912 die Einfuhr von Haarwild, nicht lebend, auf 1 243 000 M., Federwild, nicht lebend, 691 000 M., Hirsche, Hunde, Vögel und andere lebende Tiere 3 080 000 M., Hörner, Geweihe, roh, 6 051 000 M. Und die Ausfuhr von Haarwild, nicht lebend, 382 000 M., Federwild, nicht lebend, 250 000 M., Hirsche, Hunde, Vögel und andere lebende Tiere 3 206 000 M., Hörner, Geweihe, roh, 2 796 000 M. An Elfenbein wurden im Jahre 1912 eingeführt für 786 300 M., ausgeführt für 2 230 000 M. An Hasen- und Kaninchenfell kamen 1912 zur Einfuhr für 8 528 000 M., an anderen Fellen zur Pelzwerkbearbeitung für 123 114 000 M., zur Ausfuhr an Hasen- und Kaninchenfellen für 13 374 000 M., an anderen Fellen zur Pelzwerkbearbeitung für 48 647 000 M.

In Österreich sind die Jagdverhältnisse stellenweise ähnlich wie in Deutschland entwickelt, und namentlich dort, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, ist oft ein außerordentlich reicher Wildstand vorhanden. Über die Verteilung einzelner Wildarten auf die verschiedenen Gebiete wird ebenso wie über den Abschluß eine regelmäßige Statistik geführt, die ein gutes Bild der Verhältnisse gibt. Im Jahre 1911 betrug zum Beispiel der Abschluß: 17 128 Stück Rotwild, 3004 Dammwild, 105 785 Rehe, 10 574 Gemsen, 3263 Schwarzwild, 1 754 292 Hasen, 290 432 Kaninchen, 1571 Murmeltiere, 9441 Auerwild, 18 675 Birkwild, 13 492 Faselwild, 366 980 Fasanen, 16 667 Steinhühner, 1 696 664 Rebhühner, 123 394 Wachteln, 120 206 Enten. Außerdem wurden an nutzbarem Flugwild erlegt 2152 Schneehühner, 40 189 Waldschneppen, 14 276 Moorschnepfen, 2512 Wildgänse. An Raubwild kamen zur Strede 41 877 Füchse, 15 856 Marder, 112 837 Wiesel, 39 329 Iltisse, 859 Fischottern, 255 Wildfahnen, 5800 Dachse. Die Wildschadensvergütungen, welche in Österreich ausbezahlt werden, sind nicht unbedeutend. Sie beliefen sich im Jahre 1909 auf 169 004 M., 1910 auf 148 914 M., 1911 auf 182 512 M. Das Wild bildet für Österreich eine erhebliche Einnahmequelle als Handelsgegenstand. Es wurden an Wildbret im Jahre 1912 eingeführt für 79 840 M., ausgeführt für 2 464 000 M., an Hasen- und Kaninchenfellen eingeführt für 3 855 200 M., ausgeführt für 6 121 600 M.

Ungarn verfügt über weite und ergiebige Jagdgründe, in denen alles mitteleuropäische Wild noch reich vertreten ist. In den Gebirgen ist ein guter Bestand an Hochwild, und die Ebenen beherbergen große Mengen an Niederwild. Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 1912 erlegt 10 880 Stück Rotwild, 2586 Dammwild, 26 858 Rehe, 153 Gemsen, 79 Mufflons, 8664 Schwarzwild, 1 397 960 Hasen, 87 938 Kaninchen, 339 Truthühner, 526 Auerwild, 52 753 Wildtauben, 14 646 Sumpfschnepfen, 5966 Faselwild, 303 247 Fasanen, 944 266 Rebhühner, 158 210 Wachteln, 87 557 Wildenten, 41 364 Waldschneppen, 188 Bären, 4758 Dachse, 961 Fischottern, 249 Wölfe, 4453 Wildfahnen, 54 440 Füchse, 5548 Marder, 22 923 Iltisse, 45 650 Wiesel. Der Handel mit Wild ist nicht unbedeutend. Das ausgeführte erlegte Wild geht zum größten Teile nach Österreich, das zum Zwecke der Ausfuhr lebend gefangene Wild, unter dem die Hasen an erster Stelle stehen, wird hauptsächlich von Deutschland aufgenommen. Die Ausfuhr lebender Hasen

betrug im Jahre 1911 28 655, 1912 22 424 Stück. An erlegten Hasen wurden in den beiden Jahren ausgeführt 24 124 bzw. 17 678 Doppelzentner.

Die jagdlichen Verhältnisse Belgiens sind infolge der dem Wildstande ungünstigen Gesetzgebung nicht befriedigend. Der Umstand, daß das Recht der Jagdausübung auch dem kleinen Landbesitzer zusteht, daß für manche Wildarten der Ausgang der Jagd viel zu spät, bei anderen wieder viel zu früh erfolgt, und die große Verbreitung der Wilddieberei tragen die Hauptschuld daran, daß die Felder so wildleer sind. Rotwild kam nur noch in geringen Beständen vor und ist fast gänzlich auf den Ardenner Wald beschränkt, Schwarzwild dagegen ist stellenweise zahlreicher, als sich mit dem Anbau von Kulturpflanzen verträgt. Der Rehsstand ist im Allgemeinen ganz gering. Da das Reh infolge des späten Jagdbeginnes fast nur auf Treibjagden erlegt wurde, kamen meist Riden zum Abschluß, so daß der Bestand ständig zurückging. Das fast gänzliche Fehlen weidgerechter Jagdpflege, durch das die Vermehrung des Raubzeuges sehr gefördert wird, in Verbindung mit den zahllosen Jägern, die auf ihrem Grund und Boden alles schießen, was ihnen vor die Flinte kommt, hat es dahin gebracht, daß Hase und Rebhuhn stellenweise bereits selten geworden sind, während diese Wildarten angesichts der günstigen Boden- und klimatischen Verhältnisse einen reichen Bestand aufweisen könnten. Nur das Kaninchen gleicht alle Angriffe durch seine reiche Fruchtbarkeit wieder aus und auch der Fasan behauptet sich in manchen Gegenden, namentlich dort, wo ausgedehnte Weideniederungen vorhanden sind. Erwähnt sei noch, daß den Belgiern der Fang und die Jagd auf alle Singvögel freistand und daß infolgedessen dort jährlich Hunderttausende von Drosseln, Starren, Finken und Lerchen ihr Leben lassen mußten. Nach der Handelsstatistik führte Belgien im Jahre 1912 208 000 kg Wildbret im Werte von 416 000 M ein und 62 000 kg im Werte von 123 000 M aus. An der Einfuhr war Deutschland mit 54 000 kg und Österreich-Ungarn mit 3000 kg beteiligt.

Auch in Serbien sind die jagdlichen Verhältnisse minderwertig; namentlich ist das größere Rotwild, Rotwild, Gemsen und Rehe nur in geringer Zahl vorhanden, weil die Berge mit ihren stehenden Wäldern und Weiden von den zahlreichen Groß- und Kleinviehherden beunruhigt werden. An kleinerem Rotwild, zu dem auch Drosseln, Starre und Tauben gerechnet werden, wurden im Jahre 1908 22 889 Stück erlegt. Darunter waren 6741 Hasen, 3923 Wachteln, 5483 Rebhühner. An Raubwild einschließlich der Eulen, Eistern, Dohlen, Krähen und Eichhörnchen wurden 3149 Stück geschossen. Darunter waren noch 52 Wölfe. Eine wirtschaftliche Bedeutung kommt der Jagd in Serbien nicht zu. Im Jahre 1912 wurden eingeführt 264 kg Wildhäute im Werte von 2400 M. Die Ausfuhr betrug an Wild und Wildgeflügel 5090 Doppelzentner im Werte von 544 000 M, an Wildhäuten 320 Doppelzentner im Werte von 104 000 M. Der Wert der Mehrausfuhr belief sich auf 645 600 M.

Die Jagd Bulgariens hat unter dem noch zahlreich vorhandenen Raubzeuge und unter der geringen Pflege, die dem Rotwild zuteil wird, zu leiden. Besonders nachteilig ist für das Wild hauptsächlich der starke Weidebetrieb, der dem Walde, den Wiesen und Brachfeldern die Ruhe nimmt und das Wild nicht nur vertreibt, sondern geradezu vernichtet. An Raubwild gibt es noch Wären in mäßiger Zahl. Wölfe dagegen häufiger, die den Viehherden noch erheblichen Abbruch tun. Der Luchs kommt in den Waldgebirgen nur noch vereinzelt vor, der Schakal findet sich im Osten der thrakischen Ebene und an der Küste des Schwarzen Meeres, alle übrigen Raubtiere, wie Wildkaten, Marder,

Ilisse, Wiesel, Dachse und Fischotter, sind überall vorhanden. Das häufigste Rotwild ist das Schwarzwild, das in den Buchen- und Eichenwäldern der Gebirge reichlich findet und auch den Getreidefeldern nicht fern bleibt. Hase und Reh sind überall vorhanden, aber nirgends besonders häufig; Rotwild ist nur spärlich vertreten, Gemswild dagegen häufiger, besonders an den Felsabhängen des Rilo und in dem Gebiete zwischen Televan und Dolosur auf den höchsten Stellen des Balkangebirges. An nutzbarer Wild sind Auervild, Fasane, Rebhühner, Wachteln und Trappen an ihnen zugängenden Stellen überall zu finden. Die Wasserläufe sind von unzähligen Mengen von Enten und anderem Wassergeflügel belebt. Auffallend ist die große Menge der Raubvögel aller Arten. Irigendeinen Raubvögel wirft die Jagd bis jetzt noch nicht ab.

Ähnlich ist es mit Rumänien bestellt, wo es in den Niederungen aber fast gar kein Wild mehr gibt, während in den bewaldeten Teilen, namentlich am Karpathenrande und in den Karpathen selbst, sich noch vielerlei Raubwild aufhält. Viel Wassergeflügel beherbergen die nächsten Umgebungen der Wasserläufe und diese selbst.

In der Türkei unterliegt die Jagd nur geringen Beschränkungen, indem sie den Besitz eines zum Preise von 3,24 M erhältlichen Waffenscheines voraussetzt. In der europäischen Türkei ist der Wildstand nicht hervorragend; in den Gebirgen Anatoliens kommt die Bezoarziege vor, in Syrien der Sinai-Steinbock vor. Im armenischen Berglande lebt neben der Bezoarziege ein Wildschaf; Rotwild und Damwild ist infolge der durch die Ziegen- und Schaffenzucht und deren Herden getriebenen Waldverwüstung nur in den inneren noch stellenweise vorhanden, auch das Rehwild ist nirgends mehr häufig. Schwarzwild dagegen ist besonders in den Ackerbau treibenden Gebieten weit verbreitet, wo es die Getreide- und Maisfelder der Bauern zur Heizung brandschädigt. Da dem Türken der Genuß des Schwarzwildfleisches verboten ist, legt er auch auf die Jagd auf Schwarzwild keinen großen Wert, was zur Folge hat, daß der Verlust an den Säuen angerichtete Schäden oft sehr bedeutend sind. Die Hasenjagd soll stellenweise recht gut sein. Nach einer Angabe haben die Hasen in Angora, wie die Ziegen, glänzendes Seidenhaar und 60 000 Stück davon gingen jährlich zum Preise von 64 S pro Fell nach Marseille zur Futtabrikation. Es mag dahingestellt bleiben, ob hier eine Verwechselung mit dem Angorafaninchen, einem Kanarienvogel, vorliegt. Ebenso mag Rörig nicht zu entscheiden, ob die Notiz, daß der Biber noch im Euphrat und in der Gegend von Aleppo lebt, zutreffend ist. Wassergeflügel ist an den Küsten und in den Sumpfsgebieten der Flüsse reichlich vorhanden. Von sonstigem Flugwild sind Fasan, Rebhuhn, Steinhuhn, Wachtel, sowie im Herbst und Frühjahr die Schnepfen an allen diesen Tieren zugängenden Örtlichkeiten zu finden. Erwähnt sei noch, daß auch in der Türkei, wie in den meisten Mittelmeerländern, die Jagd auf Singvögel betrieben wird.

An Raubzeug ist Kleinasien reicher als Europa. Namentlich bilden dort noch die Wölfe eine große Gefahr für die Herden, die nur durch die stets als Begleiter der Hirten zu findenden großen, sehr bössartigen Hunde geschützt werden können. In den Waldgebieten sind der Bär, Leopard, Luchs und Kavalal zu Hause und in den Feldern und Steppen ist der Schakal eine häufige Erscheinung, der auch, wie schon kurz erwähnt, in den Balkanländern nicht fehlt. Die Jäger haben von dem Erlöse des zum Kaufe gelangenden Wassergeflügels eine Abgabe von 20 Proz. von allem übrigen Wilde eine solche von 4 bis 8 Proz. zu entrichten. Ein Jagdschutzgesetz schreibt eine allgemeine Schonzeit vom 1. März bis 30. August vor. Daß die

mit nur geringem Erfolge ausgeübt wird, liegt teils an der Unquemlichkeit der Bevölkerung, die sich um eines verhältnismäßig geringen Gewinnes willen nicht den Strapazen des Weidwerks aussetzen will, zum Teil aber auch an dem Mangel an besseren Schußwaffen. In den südwestlichen asiatischen Gebieten des türkischen Reiches bietet die wildlebende Tierwelt insofern ein gewisses jagdliches Interesse, als hier die tiergeographischen Gebiete der paläarktischen, ethiopischen und indisch-mesopotamischen Region zusammenstoßen und man infolgedessen auf verhältnismäßig engem Räume sehr verschiedenartige Tiere beieinander trifft. So ist das Reh in nächster Nachbarschaft der Gazelle und der gestreiften Hyäne.

Außer in Deutschland und in Österreich-Ungarn, wo, wie ausgeführt, der Jagd auch eine größere wirtschaftliche Bedeutung zukommt, spielt die Jagd in den anderen Staaten Mitteleuropas, sicherlich einstmals auch hier eine Hauptrolle der Bedürfnisbefriedigung, nur noch eine geringe Rolle. Indem intensivere Wirtschaftsarten in Europa, wie Ackerbau, Viehzucht, Bergbau, Industrie, eine größere Versorgung der Bevölkerung erlaubten und letztere den Boden immer mehr beschlagnahmte, wurden sowohl die schädlichen Tiere, als die nützlichen Jagdtiere, die doch meist im Verhältnis zu anderen Erwerbsarten einen nur bescheidenen Nutzen geben, immer mehr zurückgedrängt und zum Teil vernichtet. Nur noch in den dünn bevölkerten Gegenden Europas, wo die natürlichen Verhältnisse etwa intensivere Bodenbenutzung behemmen, hat daher die Jagd namentlich für Raubtiere noch Anspruch auf die Erwähnung als Bedürfnisbefriedigung, wie zum Beispiel in den nordischen Ländern, in den ausgedehnten Waldgebirgen und den Balkanstaaten. Auch hat die Jagd mehr den Charakter eines Sportes, dem man durch Schonzeiten das rare Wild zu erhalten sucht. Aber trotz alledem ist sie als ein mächtiger Faktor im Wirtschaftsleben der Völker zu betrachten, wie die für Deutschland und Österreich-Ungarn angegebenen Statistiken bezeugen. Schon in der Fabrikation von Pelzwaren kommt der Jagd zum Ausdruck. Nach E. Braß hatte die jährliche Weltproduktion von Rauchwaren im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1912 einen Wert von etwa 440 Millionen Mark, davon entfielen auf Nordamerika 130, Südamerika 7, Asien 40, Australien 40, Europa, einschließlich des europäischen Russland, 110, Deutschland 10, Afrika 1, die Ozeane 12 Mill. Mark. Deutschland lieferte allein dem Pelzhandel folgende Stückzahlen: 2 Millionen Hamster, 2 Millionen Kaninchen (N. der zahmen), 1 Million Maulwürfe, 250 000 Füchse, 100 000 Füchse, 100 000 Steinmarder, 30 000 Baummarder, 10 000 Iltisse, 10 000 Fischottern. Hierbei sind natürlich die eingeführten Felle berücksichtigt. Der größte Teil kommt aber aus der eigenen Jagd.

Steglik, Anicphoffstr. 45. Badermann.

D. Invalidenheim für Jäger und Schützen zu Marburg a. Lahn.

Am 28., 29. und 30. September fand die 2. ordentliche Mitgliederversammlung des Invalidenheims statt, die, wie berichtet wird, einen in allen Teilen befriedigenden Verlauf nahm. Schon am Sonnabend hatten sich zu der Veranstaltung und dem Begrüßungsabend fast alle auswärtigen Gäste eingefunden. Am Sonntag zeigte ein zum führenden Rundgang die schöne Lage und große Ausdehnung des erworbenen Gebäudes. Über die von dem Vorstand erfolgte Erwerbung des ehemaligen Deutschordenshauses herrschte nur eine Stimme freudiger Anerkennung. Besonders zahlreich waren Vertreter der im Felde stehenden Bataillone erschienen, die ganz besonders großes Interesse

für die das Heim betreffenden Fragen zeigten. Der Geschäftsjahrs- und Kassenbericht gab ein klares Bild über den derzeitigen Stand. Die Beiträge der Jäger-Bataillone sind bereits recht erheblich. Die Zahlen von M. 9468,37 (Marburg), M. 14956,65 (Hirschberg) und M. 28998,49 (Wüdeburg) wurden mit besonderer Freude aufgenommen. Die Aussprache über die Fragen der nächsten Zukunft zeitigte Ergebnisse, die für eine schnelle und gute Weiterentwicklung des Heimes bürgen. Es ist in dem Rahmen dieses Vorberichtes nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen, ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen wird in Kürze allen Mitgliedern und Freunden des Heims zur Verfügung gestellt. Als wichtigstes Ergebnis sei heute nur erwähnt, daß das Heim bis Ende November vollständig eingerichtet ist, also betriebsfähig dastehen wird, so daß spätestens kurz nach Weihnachten die Aufnahme von Insassen erfolgen kann; in welchem Umfang, hängt noch davon ab, welche Mittel zur jährlichen Unterhaltung zur Verfügung stehen werden; doch ist begründete Aussicht vorhanden, daß die Opferfreudigkeit der Kameraden und Freunde der grünen Farbe die notwendigen Betriebsmittel dauernd sichert. Aus eigener Kraft und unabhängig wird das Heim dann dem Wohl der invaliden Jäger dienen. Viele wichtige Einzelheiten wurden noch in einer erweiterten Vorstandssitzung entschieden. Dem hiesigen Vorstand wurde wiederholt wärmste Anerkennung und vollste Befriedigung über die bisherige zielbewußte Förderung des Heims zuteil. Aber nicht nur das Ergebnis der Beratungen und der günstige Stand des Heims befriedigte allgemein, auch Marburg selbst und die anlässlich der Tagung stattfindenden Veranstaltungen trugen zu einem günstigen Gesamteindruck bei. Die Vorführungen der Marburger Jugend, die sich so freudig in den Dienst des Heims gestellt hatte, erfuhren dankbare Anerkennung, und gar mancher meinte, ein Volk, das so zusammenarbeitet im Gefühl der Dankeschuld gegen unsere Kämpfer, kann nicht untergehen, wenn auch die Feinde noch so sehr von allen Seiten gegen uns anstürmen. Diesem Gedanken gab auch Herr Oberbürgermeister Troje, der Ehrenvorsitzende des Vereins, bei dem gemeinsamen Mittagessen beredten Ausdruck. Von einer Festfeier, wie sie in anderen Zeiten wohl veranstaltet worden wäre, war selbstverständlich abgesehen worden. Es waren Tage ernster Arbeit, aber bei aller Schwere der Zeit doch felsenfeste Zuversicht auf eine gute Zukunft unseres deutschen Vaterlandes.

(Oberhessische Zeitung Nr. 231 vom 2. Oktober 1918:)

E. Forstjamen-Erntebericht 1918/19.

Die Ernte in den hauptsächlichsten Laub- und Nadelholzjamen läßt sich erst jetzt einigermaßen zutreffend beurteilen, da bekanntlich der Spätherbst mit wechselnder und oft stürmischer Witterung die Ergebnisse besonders in Laubholzjamen nachteilig beeinflussen kann. — Die so rasch geänderten innerpolitischen Verhältnisse werden natürlich auch nicht ohne Einwirkung auf das Samengeschäft bleiben und insofern vielleicht vorteilhaft sich gestalten, da infolge der Truppenentlassungen Arbeitskräfte für das Pflücken von Samenzapfen der verschiedenen Nadelhölzer mit sofort greifbarer Verdienstmöglichkeit in ausgedehnterem Maße vorhanden sein werden, so daß die Ernte größtenteils ausgenutzt werden kann und dabei niedere Preisnormen gegen voriges Jahr jedenfalls Platz greifen können.

Hinsichtlich der Laubhölzer ist zu berichten, daß Eichen strichweise mittleren Ertrag in zufriedenstellender Güte brachten, die Früchte sind im allgemeinen noch als Futtermittel beschlagnahmt, indessen werden beschränkte Mengen zur

Saat freigegeben. Nördlich sind aus Deutschland nur spärlich zu erhalten, Belgien und Holland liefern überhaupt nichts, Bucheln zeigen allermähls reichlichen Gehang, die Früchte werden für Ölzwecke gesammelt, eine Abgabe zur Saat erscheint zurzeit aussichtslos. Berg- und Spitzahorn hat mittlere Ernte, von Birken und Hainbuche (letztere hat stellenweise reich getragen) konnte nur wenig eingebracht werden, ebenso sind Rot-, Weißerle und Alazie nicht ausreichend vorhanden, da es zur Zeit der Ernte noch an Sammlern mangelte. Weißdorn brachte mittleren Ertrag, Esche zeitigte dieses Jahr keinen Samen, vorjährige Bestände decken nur teilweise den Bedarf. Von Linden wird auch nur einiges gesammelt werden können. Die Anlieferung von Ginstern und Stachelginstern erscheint auch heuer noch fraglich.

Von den Nadelhölzern ist zu bemerken, daß Weimuthe-, Kiefer und Weißtanne befriedigende Zapfeneträge mit guter Samenqualität aufweisen. Infolge Fehlen von Arbeitskräften und ungünstiger Witterung konnte deren Einbringung nur zum Teil erfolgen, Samen der beiden Arten von besonders hoher Keimkraft bezw. Schnittgehalt stehen zur Verfügung. Lärche hat spärlichen Zapfenbehang, Fichte, die strichweise etwas angefeht hat, ist in der Entwicklung der Zapfchen zurückgeblieben, zum Teil wurmfressig; die Ernte läßt sich noch nicht überblicken. Kiefer verspricht dagegen mittleren, teilweise zufriedenstellenden Ertrag. Über die Beschaffenheit des Samens läßt sich heute noch nicht urteilen. Die Einbringung der Zapfen kann sich in Ermangelung sonstiger Beschäftigung der vom Heeresdienst entlassenen Leute wohl ausgedehnter wie seither gestalten, so daß die Samengewinnung gegen die vorhergehenden Jahre wieder mehr gefördert werden kann, was gewiß im forstwirtschaftlichen Interesse zu begrüßen ist. Auch die Preisfrage wird sich dann unter den gegebenen Voraussetzungen jedenfalls günstiger wie im letzten Jahre gestalten. Über Schwarzkiefer läßt sich heute noch nichts Bestimmtes aussagen, Norwische Kiefer und Seekiefer werden im kommenden Frühjahr noch nicht zur Verfügung stehen. Bezüge in Douglassichte, Pech- und Banksiefer vom Auslande werden sich ebenfalls noch nicht ermöglichen lassen, aus einheimischen Beständen könnten vielleicht kleinere Samenmengen gewonnen werden.

In Anbetracht der schwierigen Lage in diesem Herbst habe ich die Versendung eines Preisverzeichnisses unterlassen, stehe indessen auf gefl. Anfrage in den betreffenden Saaten gerne zu Diensten. Zu Beginn des nächsten Jahres wird wie alljährlich mein ausführliches Frühjahrspreisblatt über meine sämtlichen Artikel zur Ausgabe gelangen und erlaube mir solches heute schon werten Interessenten zur gefl. Beachtung anzupfehlen.

Darmstadt, den 20. November 1918.

Conrad Appel, Samen-Werke.

An die geehrten Herren Mitarbeiter unserer Zeitschrift

richten wir die ergebenste Bitte, uns mit Beiträgen zu unterstützen. Vielen hat seither ohne Zweifel Zeit und Muße zu wissenschaftlichen Arbeiten gefehlt. Wir haben trotzdem die Hefen, wenn auch in vermindertem Umfang und leider oftmals verspätet erscheinen lassen. Mangel an Arbeitskräften und Papier, sowie Verzögerungen durch die Zensur mögen zur Entschuldigung dafür angeführt werden. Wir geben uns aber jetzt der Hoffnung hin, daß das neue Jahr mit dem erhofften Frieden auch wieder vermehrte Lust in schriftstellerischer Betätigung bringen möge, und hoffen auf tatkräftige Beihilfe hierzu von Seiten der geehrten Herren Kollegen.

Gießen, im November 1918.

Die Redaktion
der Allg. Forst- und Jagdzeitung.

Den geehrten Lesern

unserer Zeitschrift müssen wir mitteilen, daß wir uns in Folge der ganz außerordentlich gestiegenen Preise für Druck und Papier, die uns ein erhebliches Defizit gebracht haben, und die auch in absehbarer Zeit kaum wesentlich zurückgehen werden, genötigt sehen, von 1919 an den Preis unserer Zeitschrift, der noch der gleiche wie vor 44 Jahren war, auf Mark 10,— per Semester zu erhöhen.

Wir werden unausgesetzt bemüht sein, den Inhalt der Zeitschrift auf der alten Höhe zu halten, und den Umfang der Hefte wieder auf dem früheren Stand zu bringen, sobald es die Verhältnisse irgend zulassen. Auch wird es unser eifrigstes Bestreben sein, für ein pünktliches Erscheinen der Hefte Sorge zu tragen, sobald die immer noch bestehenden Schwierigkeiten ganz überwunden sind.

Indem wir unseren Lesern für die uns in den schweren Kriegszeiten bewiesene Nachsicht verbindlichst danken, bitten wir sie, uns die gleiche Nachsicht zu bewahren, und uns beim Wiederaufbau unserer Zeitschrift tatkräftig zu unterstützen.

J. D. Sauerländer's Verlag, Frankfurt a. M.

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer

und

Dr. Heinrich Weber

Geh. Forstrat u. Professor d. Forstwissenschaft i. R.

ordentl. Professor der Forstwissenschaft

an der Universität Gießen.

Vierundneunzigster Jahrgang.

1918. Jannar.

Mit einer Bilder-Tafel.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Die Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung erscheint regelmäßig jeden Monat und wird halbjährlich mit
Mark 8.— berechnet; zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Anzeigen.

Preise: $\frac{1}{2}$ Seite 10.— Mk., $\frac{1}{2}$ Seite 54.— Mk., $\frac{1}{4}$ Seite 30.— Mk., $\frac{1}{8}$ Seite 18.— Mk., $\frac{1}{12}$ Seite 14.—
 $\frac{1}{16}$ Seite 10.— Mk.; bei kleineren Inseraten: die 40 mm breite Petitzeile 50 Pfg. — **Rabatt bei Wiederholungen**
 15 % bei 3maliger, 25 % bei 6maliger, 33 $\frac{1}{3}$ % bei 10maliger, 40 % bei 12maliger, 50 % bei 24maliger Auftr.
 eines Inserates. — **Fertänderungen** bei längeren Aufträgen unberechnet. — **Beilagen-Preise** nach Vereinbarung
 je nach Gewicht des beizulegenden Prospektes.

! Jagd !

Sicheren raschen Fang erzielt
 man mit meiner Fuchswitterung

„Pelazol.“

Erprobt von tüchtigen Fach-
 männern mit bestem Erfolg.
 Preis **Mk. 4.50** Nachnahme.

Nur durch

Apotheker Th. Obermeyer,
 Regensburg, Bienenheimweg 3.

Fuchswitterung

altbewährt, unwiderstehlich,
 zieht jeden Fuchs an.
Mark 6.60 Nachn.

Hubertus-Apotheke, Rnwer b. Trier.

Zuverl. solid. Mann, 24 J., der
 sich i. Kürze z. verheh. gedenkt,
 sucht z. März od. später gute,
 dauernde Stellung als

Jagd- od. Forst-Auffeher.

Gutes Zeugnis liegt vor.

Angebote unter Nr. 1543 a. d.
 Geschäftsstelle des Artländer
 Anzeiger in Quakenbrück.

Kiefernnsamen verbürgt deutscher Herkunft

in meinen hiesigen und Zweigklengen in Süd-
 und Nord-Deutschland unter Kontrolle des
 deutschen Forstwirtschaftsrates gewonnen,

ebenso:

Fichten-, Lärchen-, Weymuthskiefern- u. Weißtannensamen eig. Klengung
 unter Gewähr höchster Gebrauchswerte nach Eberswalde,

Laubholzlamen neuer Ernte

Forstpflanzen

empfiehlt

Conrad Appel, Darmstadt

Forst- und landwirtschaftliche Samen- Werke
 Gegr. 1789 — Klenganstalten. — Gegr. 1789

Eicheln

kaufe jeden kleinen und großen Posten gegen höchsten
 Preis. — Säcke können gestellt werden.

Gell. Angebote sind unter M. L. 8821 an die
 Annoncen-Expedition Richard Landsberger,
 Breslau V, zu richten.



Bitte,

bei Bestellungen bei
 hierinserierenden Fir-
 gefl. auf die „Allgeme-
 Forst- u. Jagd-Zeitung“
 Bezug nehmen zu wol-



Im Frühjahr 1913 ist in V. Auflage neu erschienen:

Waldwertrechnung und forstliche Statik

Ein Lehr- und Handbuch

von

weiland Professor Dr. Hermann Stuetzer,

Großh. Sächs. Oberlandforstmeister und Direktor der Forstakademie zu Eisenach.

Durchgesehen von Prof. Dr. Hans Hausrath, Karlsruhe.

Fünfte Auflage. Groß-Oktav, VIII und 252 Seiten.

Preis: brosch. Mk. 5.—, gebunden Mk. 5.80.

Das Erscheinen der fünften Auflage legt am besten Zeugnis ab von der allseitigen Anerkennung, die das Werk durch die prägnante und klare Darstellung des Stoffes und durch seine mehr popularisierende und auf Hervorhebung der praktischen Gesichtspunkte abzielende Richtung in Fachkreisen gefunden hat.

Diese neue Auflage, deren Durchsicht auf ausdrücklichen Wunsch des verstorbenen Verfassers Herr Prof. Dr. Hausrath in Karlsruhe bereitwilligst übernommen hat, hat wieder einige Ergänzungen erfahren, soweit solche durch die neueren Erscheinungen auf den bezüglichen Gebieten bedingt wurden.

Frankfurt a. M.

J. D. Sauerländer's Verlag.

SDP
A43
v. 34

Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Wimmenauer

und

Dr. Heinrich Weber

Geh. Forstrat u. Professor d. Forstwissenschaft i. R.

ordentl. Professor der Forstwissenschaft

an der Universität Gießen.

Vierundneunzigster Jahrgang.

1918. November/Dezember.



Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Die Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung erscheint regelmäßig jeden Monat und wird halbjährlich mit
Mark 8.— berechnet; zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Anzeigen.

Preise: $\frac{1}{16}$ Seite 100.— Mk., $\frac{1}{2}$ Seite 54.— Mk., $\frac{1}{4}$ Seite 30.— Mk., $\frac{1}{8}$ Seite 18.— Mk., $\frac{1}{12}$ Seite 14.—
 $\frac{1}{16}$ Seite 10.— Mk.; bei kleineren Inseraten: die 40 mm breite Pettzeile 50 Pfg. — **Rabatt bei Wiederholungen**
 15 % bei 3maliger, 25 % bei 6maliger, 33 $\frac{1}{3}$ % bei 10maliger, 40 % bei 12maliger, 50 % bei 24maliger Auf-
 eines Inserates. — **Legtänderungen** bei längeren Aufträgen unberechnet. — **Beilagen-Preise** nach Vereinbarung
 je nach Gewicht des beizulegenden Prospektes.

Jagdhund

(Rüde), Kurzhaar, dreijährig, geführt, sehr schönes Tier, zu verkaufen. Preis 350.— Mark. Offerten unter E. 8259 an D. Frenz, Ann.-Exped., Mainz.

Ia.

Hundekuchen

liefert

Wilhelm F. Klagholz,
Schellingstr. 100/0, München.

Zigarren!

Reine Ware, zu 45, 50, 60, 75 und 85 Mark per Hundert verschickt franko geg. Nachnahme. S. Silbermann, Cöln, Venloerstraße 21.

Bei Tausend einer Sorte 100% Rabatt. Weniger als Hundert Stück können nicht abgegeben werden.

Sterbefallhalber erstklassig.

Drilling mit Lederetui, sowie Patronen

zu verkaufen.

Gefällige Angebote an

Josef Neuhoff,
Dortmund, Arnekestr. 14.

Forstmathematik

von Prof. Langenbacher,
354 S. Text mit 134 Holzschnitten, Mk. 6,60 p. Nachn.
L. Schwarz & Co., Verlag,
Berlin 14, Dresdnerstr. 80.

Zur Herbst- und Frühjahrssaat:

Erstkl. Weißtannensamen

zirka 60% Schnitt, liefert preiswert

Ch. Geigle, Nagold, Schwarzwald.

Herbstpreisliste über Waldfamen u. Waldpflanzen grat. u. postfr.

Forstverwalter

Für meinen Forstverwalter, der bisher mein im Elsaß gelegenes Waldgut von 7000 Morgen selbständig bewirtschaftete und den ich nach jeder Richtung hin warm empfehlen kann, suche ich ein neues Betätigungsgebiet als Forstverwalter.

Carl Schaller,

Berlin-Westend, Plantanallee 11.

Rücktransport der Kriegshunde

Die in der Heimat und im Felde befindlichen, mit hunden belieferten Cruppenteile haben Anweisung erhalten, Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangsbefehl zuzuführen. Über den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überbrücken. Immerhin ist damit zu rechnen, daß in Anbetracht der Räumung der besetzten Gebiete und, wie gesagt, unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten dieser oder jener Hund oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückführung also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Befehl der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde, unter den heutigen Verhältnissen nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht machen vermag.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellen, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes erlebt.

Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission

Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichten)

Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

Kiefern-Samen verbürgt rein deutscher Herkunft

in meinen hiesigen und Zweigklengen in Süd- und Norddeutschland unter Kontrolle des deutschen Forstwirtschaftsrates gewonnen, ebenso

Fichten-, Lärchen-, Weymuthskiefern- und Weißtannensamen

verbürgt rein deutschen Ursprungs, eigener Klengung

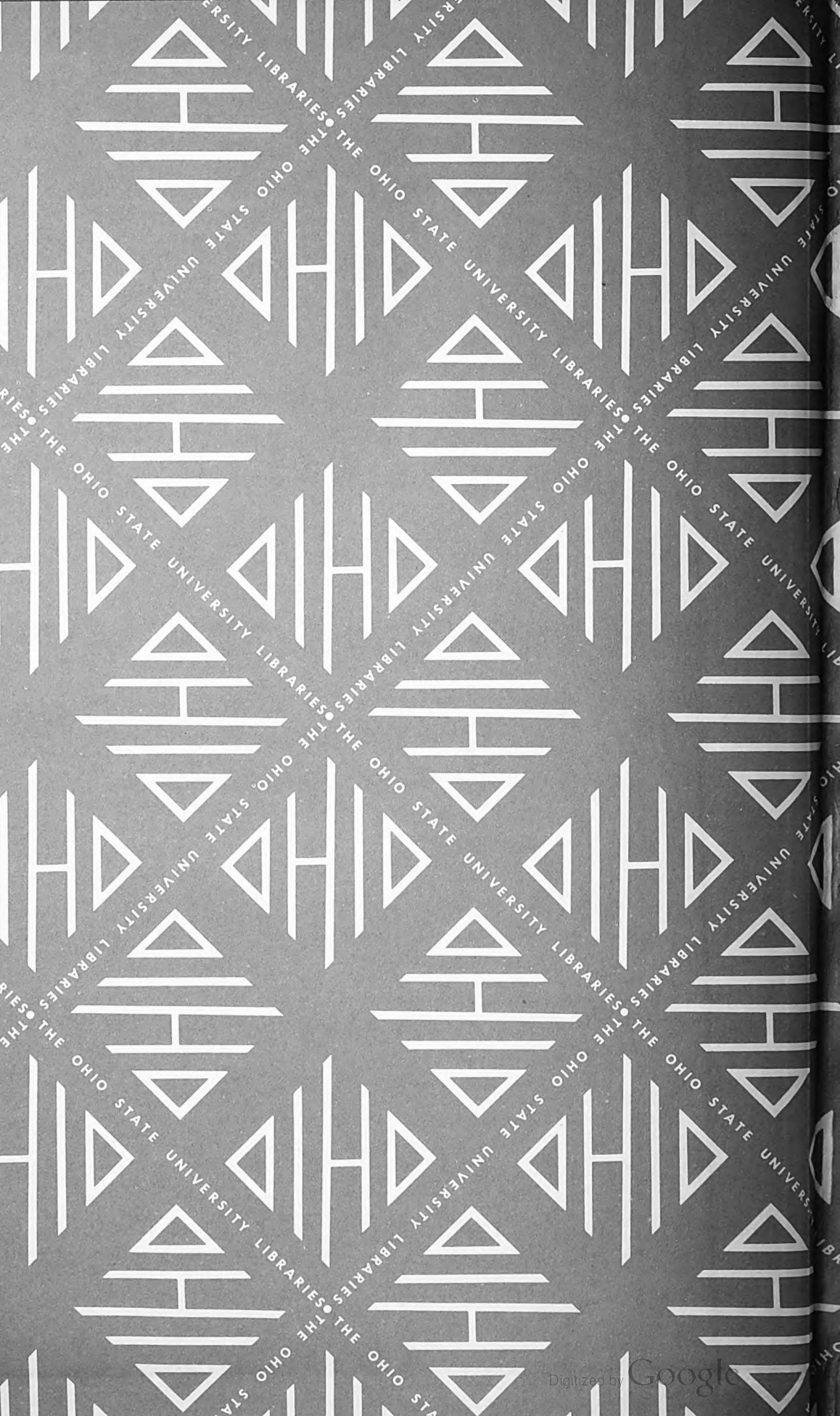
unter Gewähr höchster Gebrauchswerte nach Eberswalde

Laubholz-Samen neuer Ernte in zuverlässiger Saatware

Conrad Appel, Darmstadt

Kleng-Anstalten :: Forst- und landwirtschaftl. Samen-Werke :: Gegr. 1789

Angebote in allen Nadelholzsamenzapfen erbeten!




The Ohio State University



3 2435 024969966

ALLGEMEINE FORST- UND JAGD-ZEITUNG 001
SD1A43 V92-94

THE OHIO STATE UNIVERSITY BOOK DEPOSITORY



D	AI	SL	SECT	SHLF	SIDE	POS	ITEM	C
8	02		08	03	8	06	004	4